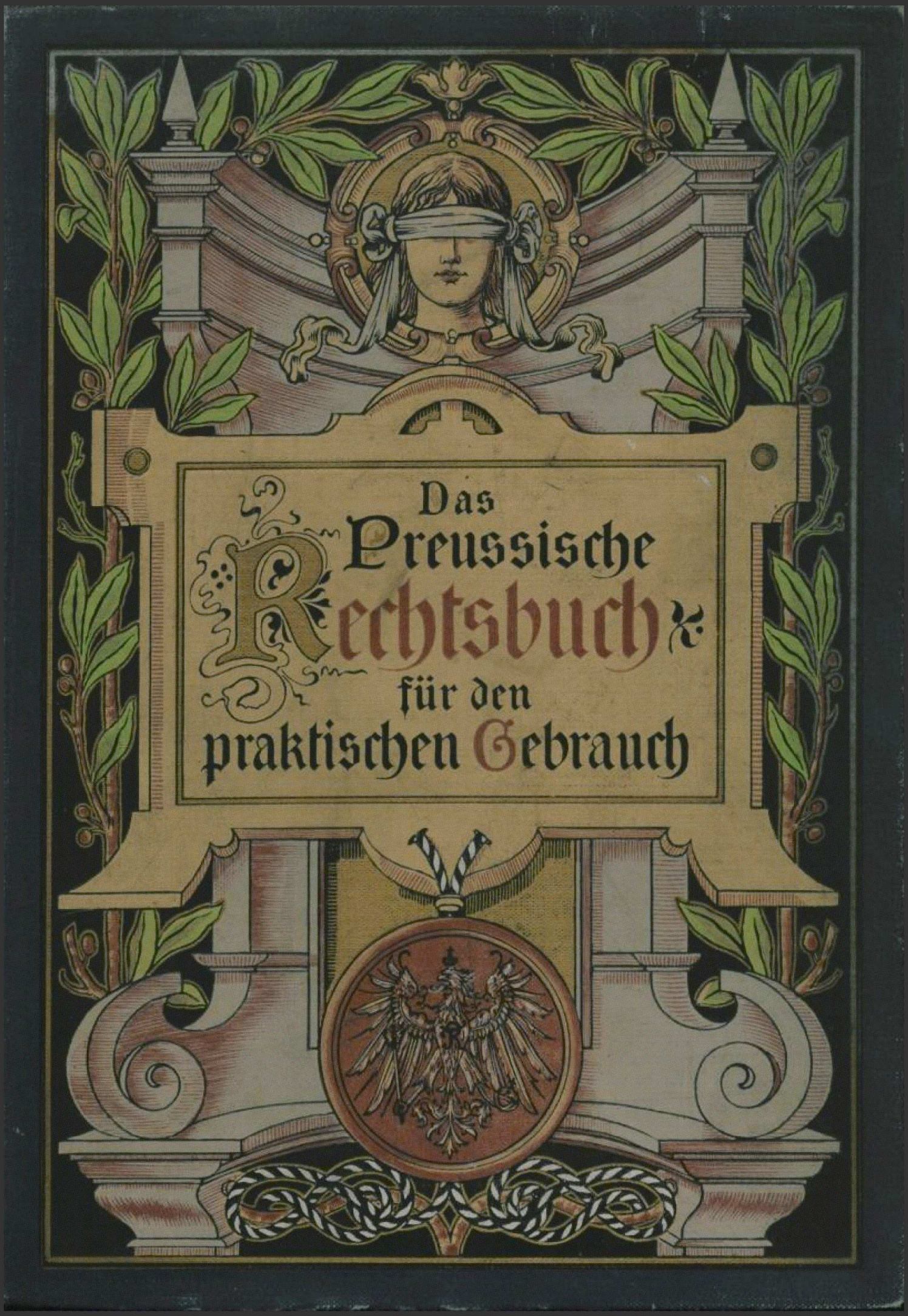

Das
Preussische
Rechtsbuch
für den
praktischen Gebrauch



Ewiger Bund

https://www.ewigerbund.org



Vaterländischer Hilfsdienst

https://www.hilfsdienst.net/



Das
Preussische Rechtsbuch.

Band II.

Die Sammlung wird dem Fortschreiten der Gesetzgebung entsprechend durch Ergänzungen auf dem Laufenden erhalten.

Diese Nachträge, welche je nach Bedarf von Zeit zu Zeit erscheinen, sollen sowohl die ergehenden neuen Bestimmungen als auch die Abänderungen der bisherigen enthalten. Sie werden in einzelnen Druckbogen zum Preise von je 15 Pfg. (16 Druckseiten) auf Wunsch nachgeliefert.

Die Verlagsbuchhandlung.

Das Preußische Rechtsbuch.

Sammlung
der
Preussischen Gesetze, Verordnungen und Ministerialverfügungen
einschließlich des noch in Geltung gebliebenen
Allgemeinen Landrechts für die preußischen Staaten
in den
nach dem 1. Januar 1900 geltenden Originaltexten
mit gemeinverständlichen Erläuterungen
nebst zahlreichen Beispielen und Formularen.

Zum praktischen Gebrauch für jedermann
herausgegeben von
Dr. jur. Ferdinand Gebhard und **Dr. jur. Josef P. Lutz,**
Herausgebern des „Neuen Deutschen Rechtsbuches".

Mit einem Vorwort
von
Dr. jur. Georg Kautz,
Regierungsrat am Königlichen Polizeipräsidium in Berlin.

Nebst ausführlichem Sachregister
von
Dr. jur. Fritz Ehrhardt.

Zweiter Band.

Berlin.
Verlag von W. Herlet.
Abt. für Rechtswissenschaft.
1900.

Druckfehler und Nachträge.

Band I.

S. X Z. 4 lies: „30. März 1880" statt: 30. Mai 1880. S. 27 § 2 Z. 10 lies: Zinsscheine. S. 28 § 11 Z. 4 lies: Stempelabgabe. S. 55 § 2 Z. 6 lies: Frau. S. 138 Z. 3 lies: „Deichpflicht" statt: Dienstpflicht. S. 231 § 99 Z. 7 lies: „Vertrage" statt: Betrage. S. 312 § 25 sind Zeile 17 bis 19 zu streichen. S. 313 § 35 ist im Absatz 1 der zweite und dritte Satz zu streichen. S. 362 Z. 2 lies: „1891" statt: 1892. S. 362 § 4 Z. 6 ist hinter das Wort: erzielen zu setzen: „[1])". S. 364 § 19 Z. 8 bis 10 sind zu streichen. S. 381 Z. 13 von unten lies: „März" statt: Mai. S. 389 § 1 Z. 27 lies: herangezogen. S. 441 § 4 Z. 17 lies: „Anlage-". S. 581 Z. 2 von unten lies: „jetzt". S. 586 § 1 Z. 8 lies: „oder" statt: der.. S. 587 Schlesischer Landtags-Abschied Z. 3 lies: „1810" statt: 1870. S. 595 § 16 Z. 8 lies: „vier" statt: fünf.

Band II.

S. 36 § 5 des Gesetzes, betreffend Aenderung des Wahlverfahrens vom 29. Juni 1893 ist vom 1. Januar 1901 ab aufgehoben durch § 5 des Gesetzes, betreffend die Bildung der Wählerabteilungen bei den Gemeindewahlen vom 30. Juni 1900 (S. 317). S. 227 § 56 Z. 12 lies: erfolgt. S. 263 Z. 18 lies: „Bestallung" statt: Bestellung. S. 274 § 22 Z. 1 lies: konkurrieren. S. 375 § 5 Z. 8 lies „Oberpräsidenten" statt: Oberpräsident. S. 377 § 10 Z. 5 lies: Uebertretung. S. 440 Z. 9 lies: Enteignung. S. 441 Anm. 2 lies „Artikel 109" statt § 109.

Typograph-Maschinensatz von Oscar Brandstetter in Leipzig.

Inhaltsverzeichnis

zum

Preußischen Rechtsbuch.

II. Band.

Mit Hilfe des am Schlusse dieses Bandes beigegebenen ausführlichen nach Schlagwörtern in alphabetischer Reihenfolge geordneten Sachregisters des ganzen Werkes findet man sofort jede gewünschte Auskunft.

	Seite
Verfassungs-Urkunde für den Preußischen Staat vom 31. Januar 1850.	1
Verordnung wegen Bildung der Ersten Kammer vom 12. Oktober 1854.	29
Verordnung über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten zur Zweiten Kammer vom 30. Mai 1849	31
Gesetz, betreffend Aenderung des Wahlverfahrens vom 29. Juni 1893.	36
Wahlreglement vom 18. September 1893	37
Gesetz, betreffend die Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten vom 27. Juni 1860	44
Die Preußischen Verwaltungsgesetze. Vorbemerkung	49
Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883.	61
Gesetz über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883	89
Provinzialordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vom 29. Juni 1875, in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. März 1881. .	124
Kreisordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vom 13. Dezember 1872, in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1881 . . .	140

Seite

Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen der Preußischen Monarchie vom 30. Mai 1853 169

Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen der Preußischen Monarchie vom 3. Juli 1891. 187

Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 214

Gesetz wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893. 237

Gesetz, betr. die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes vom 27. Februar 1880 246

Gesetz über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben vom 18. Juni 1840 248

Verordnung, betreffend das Verwaltungszwangsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen vom 15. November 1899 . . 251

Die wichtigsten über die Rechtsverhältnisse der Staats- und Kommunal-Beamten ergangenen Gesetze und Verordnungen.

Vorbemerkung 262

I. Anstellung und Besoldung, Rechte und Pflichten während der Dienstführung.

Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern vom 25. März 1882 269

Gesetz, betreffend die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen in der Verwaltung der Kommunalverbände mit Militäranwärtern vom 21. Juli 1892. 276

Grundsätze, betreffend die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Kommunalbehörden 2c. mit Militäranwärtern vom 25. Juli 1899 276

Allerhöchster Erlaß, betr. die Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Dienstalter der Civilbeamten vom 14. Dezember 1891. 280

Gesetz, betreffend die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten vom 30. Juli 1899 281

Königliche Verordnung, betreffend die Form der Diensteide vom 6. Mai 1867. 286

Gesetz, betreffend die Aufhebung der Verpflichtung zur Bestellung von Amtskautionen vom 7. März 1898. 287

Allerhöchste Kabinetsorder, die Amtsverschwiegenheit der öffentlichen Beamten betreffend, vom 21. November 1835. . . 288

Seite

Allerhöchster Erlaß, die Rechtsverhältnisse der aus dem Preußischen Staatsdienst in den Reichsdienst oder in den Landesdienst von Elsaß-Lothringen übertretenden Beamten betreffend, vom 2. Februar 1881 289

Allerhöchste Kabinetsorder, betreffend die für die Folge rücksichtlich der Uebernahme von Nebenämtern durch Staatsbeamte zu beobachtenden Bestimmungen vom 13. Juli 1839. . . . 289

Gesetz, betreffend die Beteiligung der Staatsbeamten bei der Gründung und Verwaltung von Aktien-, Kommandit- und Bergwerksgesellschaften vom 10. Juni 1874. 290

Gesetz, betreffend die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten vom 12. Mai 1873. 290

Allerhöchster Erlaß, betreffend den Gehaltsabzug bei Beurlaubung von Beamten vom 15. Juni 1863 292

Gesetz, betreffend die Tagegelder und die Reisekosten der Staatsbeamten vom 24. März 1873, in der durch die Gesetze vom 28. Juni 1875 und 21. Juni 1897 und die Verordnung vom 15. April 1876 abgeänderten Fassung 292

Gesetz, betreffend die Tagegelder und die Reisekosten der Staatsbeamten vom 21. Juni 1897. 295

Gesetz, betreffend die Umzugskosten der Staatsbeamten vom 24. Februar 1877 295

Cirkular und Erlaß der Minister der Finanzen und des Innern, betr. die Umzugskosten der Staatsbeamten vom 4. Mai 1877. 297

Cirkular und Erlaß der Minister der Finanzen und des Innern, die Umzugskosten der Staatsbeamten mit Familie betreffend, vom 31. Juli 1881. 298

Beschluß des Königlichen Staatsministeriums, betreffend die Berechnung der Reise- und Umzugskosten der Staatsbeamten bei Staatsdienstreisen und Versetzungen vom 13. Mai 1884. 299

Beschluß des Königlichen Staatsministeriums, betreffend die Berechnung der Reise- und Umzugskosten der Staatsbeamten vom 30. Oktober 1895 301

Regulativ über die Dienstwohnungen der Staatsbeamten vom 26. Juli 1880 mit Nachtrag vom 20. April 1898 . . . 302

Erlaß des Finanzministers zu dem Regulativ vom 27. Oktbr. 1880. 307

Seite

Verordnung, betreffend die Heranziehung der Staatsdiener zu den Kommunal-Auflagen in den neu erworbenen Landesteilen vom 23. September 1867 309

Gesetz, betreffend die Heranziehung von Militärpersonen zu Abgaben für Gemeindezwecke vom 29. Juni 1886 . . . 310

Gesetz, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, die Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand vom 21. Juli 1852 312

Gesetz, betreffend die Abänderung von Bestimmungen der Disziplinargesetze vom 9. April 1879 323

II. Pension und Sorge für die Hinterbliebenen.

Gesetz, betreffend die Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten, sowie der Lehrer und Beamten an den höheren Unterrichtsanstalten, mit Ausschluß der Universitäten, vom 27. März 1872, in der durch die Gesetze vom 31. März 1882, 30. April 1884, 29. März 1890 und 25. April 1896 abgeänderten Fassung 327

Gesetz, betreffend Abänderungen des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872, vom 31. März 1882 333

Gesetz, betreffend die Ausdehnung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 31. März 1882 wegen Abänderung des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 auf mittelbare Staatsbeamte, vom 1. März 1891 334

Gesetz, betr. die Abänderung des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872. Vom 25. April 1896 334

Pensionstabelle. 335

Gesetz, betreffend die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen vom 18. Juni 1887 338

Gesetz, betreffend die Zahlung der Beamtengehälter und Bestimmungen über das Gnaden-Quartal vom 6. Februar 1881. 341

Gesetz, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten vom 20. Mai 1882. . . . 341

Allerhöchste Kabinetsorder wegen der den Hinterbliebenen Königlicher Beamten zu bewilligenden Gnaden- und Sterbe-Quartale vom 27. April 1816 343

Seite

Allerhöchste Kabinetsorder, daß auf die nach dem Tode eines Beamten geschehenen allgemeinen Gnadenbewilligungen die Gläubiger keine Ansprüche haben sollen, vom 15. Nov. 1819. 344

Allerhöchste Kabinetsorder wegen des Gnaden- und Sterbe-Quartals für die Hinterbliebenen der Kommunalbeamten vom 22. Januar 1826 344

Gesetz, betreffend das Staatsschuldbuch vom 20. Juli 1883 . . 345

Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger vom 2. Juli 1900. 356

Die Polizeiverwaltungsgesetze. Vorbemerkung 361

Gesetz über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850. . . . 369

Verordnung über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen vom 20. September 1867. 371

Gesetz, betreffend die Kosten Königlicher Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden vom 20. April 1892 374

Gesetz, betr. den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Uebertretungen vom 23. April 1883 375

Gesetz über die Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf polizeiliche Verfügungen vom 11. Mai 1842 376

Gesetz, betr. die Erweiterung des Rechtsweges vom 24. Mai 1861. 377

Verordnung, betreffend die Zulässigkeit des Rechtsweges und die Anwendung der Gesetze vom 8. April 1847 über das Verfahren bei Kompetenzkonflikten zwischen den Gerichten und Verwaltungsbehörden und vom 13. Februar 1854 über die Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen in den durch die Gesetze vom 20. September und 24. Dezember 1866 der Monarchie einverleibten Landesteilen. Vom 16. September 1867 381

Verordnung, betreffend die Kompetenzkonflikte zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden vom 1. August 1879. . . . 382

Gesetz, betreffend die Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen vom 13. Februar 1854 . . . 385

Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850. 386

Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851. . . . 387

Gesetz, betreffend die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatz des bei öffentlichen Aufläufen verursachten Schadens vom 11. März 1850. 391

Seite

Gesetz, betreffend die Verlegung der Landes-Buß- und Bettage vom 12. März 1893 392

Gesetz, betreffend den Charfreitag vom 2. September 1899 . . . 393

Gesetz über die Termine bei Wohnungs-Miets-verträgen vom 30. Juni 1834 393

Gesetz, betreffend die Errichtung öffentlicher, ausschließlich zu benutzender Schlachthäuser vom 18. März 1868 und 9. März 1881. 394

Revidierte Apothekerordnung vom 11. Oktober 1801 396

Gesetz, betreffend die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften (Fluchtliniengesetz) vom 2. Juli 1875 404

Gesetz, betreffend die Verteilung der öffentlichen Lasten bei Grundstücksteilungen und die Gründung neuer Ansiedelungen in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Westfalen vom 25. August 1876. Mit den Abänderungen des Gesetzes vom 16. September 1899 407

Gesetz, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 8. März 1871. Mit den Abänderungen des Gesetzes vom 11. Juli 1891 411

Das Preußische Vereins- und Versammlungsrecht. Einleitung . 422

Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauches des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes vom 11. März 1850 435

Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874. 440

Gesetz, betreffend den Austritt aus der Kirche vom 14. März 1873. 454

Gesetzgebung, betreffend Kultus und Unterricht.

Gesetz, betreffend die evangelische Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen vom 25. Mai 1874 456

Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen vom 10. September 1873. Mit den Abänderungen durch die Gesetze vom 9. März 1891 und 10. Mai 1893 458

Seite

Gesetz, betreffend die Vertretung der Kreis- und Provinzialsynodalverbände in vermögensrechtlichen Angelegenheiten für die evangelische Landeskirche der neun älteren Provinzen vom 18. Juni 1895. 474

Kirchengesetz, betreffend die Vertretung der Kreis- und Provinzialsynodalverbände in vermögensrechtlichen Angelegenheiten für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen vom 16. Juni 1895. 475

General-Synodalordnung für die evangelische Landeskirche der neun älteren Provinzen der Monarchie vom 20. Juni 1876. Mit den Abänderungen durch die Gesetze vom 18. Juli 1892, 13. April und 19. September 1898 476

Gesetz, betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den neun älteren Provinzen der Monarchie vom 3. Juni 1876. Mit den Abänderungen durch die Gesetze vom 19. Mai 1891 und 28. Mai 1894. 485

Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes vom 3. Juni 1876, betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den neun älteren Provinzen der Monarchie vom 21. September 1898 491

Kirchengesetz, betreffend die kirchliche Aufsicht über die Vermögensverwaltungen der Kirchengemeinden vom 18. Juli 1892 . . 491

Verordnung über die Ausübung der Rechte des Staats gegenüber der evangelischen Landeskirche der acht älteren Provinzen der Monarchie vom 9. September 1876 493

Verordnung, betreffend den Uebergang der Verwaltung der Angelegenheiten der evangelischen Landeskirche auf den evangelischen Oberkirchenrat und die Konsistorien der acht älteren Provinzen der Monarchie vom 5. September 1877. 494

Gesetz über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden vom 20. Juni 1875 495

Verordnung über die Ausübung der Aufsichtsrechte des Staats bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden vom 30. Januar 1893 503

Gesetz über die Aufsichtsrechte des Staats bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen vom 7. Juni 1876 . . 504

Verordnung über die Aufsichtsrechte des Staats bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen vom 30. Januar 1893. 506

Gesetz, betreffend den Bau und die Unterhaltung der Schul- und Küsterhäuser vom 21. Juli 1846. 507

Seite

Gesetz, betreffend die Beaufsichtigung des Unterrichts und Erziehungswesens vom 11. März 1872 508
Gesetz, betreffend die Feststellung von Anforderungen für die Volksschulen vom 26. Mai 1887 509
Gesetz, betr. die Erleichterung der Volksschullasten vom 14. Juni 1888. 510
Gesetz, betreffend die Ergänzung des Gesetzes über die Erleichterung der Volksschullasten vom 14. Juni 1888, vom 31. März 1889. 511

Gesetz über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 und 19. August 1897. 512

Das Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten . . . 519

Kleinere Gesetze zur Ergänzung des Allgemeinen Landrechts.

Verordnung über die Erscheinung und den Verkauf der neuen Gesetzsammlung vom 27. Oktober 1810. 701
Gesetz, betreffend die Publikation der Gesetze vom 3. April 1846. 702
Gesetz, betreffend die Bekanntmachung landesherrlicher Erlasse durch die Amtsblätter vom 10. April 1872 702
Gesetz, betreffend den Beginn der verbindlichen Kraft der durch die Gesetzsammlung verkündeten Erlasse vom 16. Februar 1874. . 703
Gesetz wegen des Wasserstaues bei Mühlen und Verschaffung von Vorflut vom 15. November 1811 704
Gesetz, betreffend die Errichtung und Erhaltung von Marksteinen behufs der zur Legung eines trigonometrischen Netzes über die sechs östlichen Provinzen der Monarchie zu bestimmenden trigonometrischen Punkte vom 7. Oktober 1865 707
Gesetz, betreffend die Errichtung von Marksteinen vom 7. April 1869. 708
Gesetz zur Ergänzung der Gesetze vom 7. Oktober 1865 und 7. April 1869, die Errichtung von trigonometrischen Marksteinen betreffend, vom 3. Juni 1874 710
Gesetz, betreffend den erleichterten Abverkauf kleiner Grundstücke, vom 3. März 1850 710
Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 12. April 1841, über den erleichterten Austausch einzelner Parzellen von Grundstücken vom 27. Juni 1860 711
Gesetz, betreffend die Erleichterung unentgeltlicher Abtretungen einzelner Gutsteile oder Zubehörstücke zu öffentlichen Zwecken vom 15. Juli 1890 712

Seite

Gesetz über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838. 713

Gesetz, betreffend die Einsetzung von Bezirkseisenbahnräten und eines Landeseisenbahnrates für die Staatseisenbahnverwaltung vom 1. Juni 1882 720

Gesetz über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892. 723

Gesetz, betreffend das Pfandrecht an Privateisenbahnen und Kleinbahnen und die Zwangsvollstreckung in dieselben vom 19. August 1895. 731

Vorläufige Verordnung über die Ausübung der Waldstreu-Berechtigung vom 5. März 1843 742

Gesetz, betreffend die Zwangsvollstreckung aus Forderungen landschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditanstalten vom 3. August 1897. 744

Gesetz, betreffend die Errichtung einer Centralanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Personalkredits vom 31. Juli 1895. Mit den Abänderungen des Gesetzes vom 8. Juni 1896 746

Gesetz, betreffend den Geschäftsverkehr der Versicherungsanstalten vom 17. Mai 1853 748

Gesetz über das Mobiliar-Feuer-Versicherungswesen vom 8. Mai 1837. 749

Allgemeines Berggesetz für die Preußischen Staaten vom 24. Juni 1865 mit den Abänderungen durch die Gesetze vom 9. April 1873, 24. Juni 1892, 8. April 1894 und 20. September 1899 . 752

Gerichtsvollzieherordnung vom 31. März 1900 791

Gesetz, betreffend die Bildung der Wählerabteilungen bei den Gemeindewahlen vom 30. Juni 1900 815

Gesetz, betreffend die Warenhaussteuer vom 18. Juli 1900 . . 818

Zeittafel

der im Band I und II enthaltenen Gesetze, Verordnungen etc.

Die römischen Zahlen bezeichnen die Zahl des Bandes, die arabischen die Seitenzahl.
G = Gesetz; KV = Königliche Verordnung, Allerhöchste Kabinettsorder oder Allerhöchster Erlaß;
MV = Ministerialverfügung, Ministerialerlaß, Ministerialverordnung oder Beschluß des Staatsministeriums.

1794
Allgemeines Landrecht II 519.

1801
11. Oktober G II 396.

1810
27. Oktober G II 701.
8. November G I 574.

1811
15. November G II 704.

1816
27. April KV II 343.

1819
15. November KV II 344.

1826
22. Januar KV II 344.

1827
2. Juni KV I 587.

1834
30. Juni G II 393.

1835
21. November KV II 288.

1837
8. Mai G II 749.

1838
3. November G II 713.

1839
13. Juli KV II 289.

1840
18. Juni G II 248.

1842
11. Mai G II 376.
28. Juni KV I 587.

1843
5. März KV II 742.

1846
20. Februar KV I 587.
3. April G II 702.
21. Juli G II 507.
29. September KV I 588.

1849
30. Mai KV II 31.

1850
31. Januar G II 1.
12. Februar G II 386.
8. März G II 710.
7. März G I 354.
11. März G II 369.
11. März G II 391.
11. März G II 435.

1851
4. Juni G II 387.

1852
21. Juli G II 312.

1853
17. Mai G II 748.
30. Mai G II 169.

1854
13. Februar G II 385.
24. April G I 586.
12. Oktober KV II 29.

1860
27. Juni G II 44.
27. Juni G II 711.

1861
21. Mai G I 495.
21. Mai G I 501.
24. Mai G II 377.

1863
15. Juni KV II 292.

1865
24. Juni G II 752.
7. Oktober G II 707.

1867
6. Mai KV II 286.
16. September KV II 381.
20. September KV II 371.
23. September KV II 309.

1868
18. März G II 394.

1869
7. April G II 708.

1870
24. Februar G II 512.
26. Februar G I 359.

1871
8. März G II 411.

1872
11. März G II 508.
27. März G II 327.
10. April G II 702.
13. Dezember G II 140.

1873
14. März G II 454.
24. März G II 292.
12. Mai G II 290.
10. September G II 458.

1874
16. Februar G II 703.
25. Mai G II 456.
30. Mai G I 369.
3. Juni G II 710.
10. Juni G II 290.
11. Juni G II 440.

1875
20. Juni G II 495.
28. Juni G II 292.
29. Juni G II 124.
2. Juli G II 404.

1876
15. April KV II 292.
3. Juni G II 485.
7. Juni G II 504.
20. Juni G II 476.
3. Juli G I 488.
25. August G II 407.
19. September KV II 493.

1877
24. Februar G II 295.
4. Mai MV II 297.
5. September KV II 494.

1878
15. April G I 326.
24. April G I 103.

1879
10. März G I 256.
14. März G I 301.
24. März G I 116.
29. März G I 273.
9. April G II 323.
1. August KV II 382.

1880
27. Februar G II 246.
30. März G I 369, 381.
1. April G I 332.
26. Juli MV II 302.
27. Oktober MV II 307.

1881
2. Februar KV II 289.
6. Februar G II 341.
9. März G II 394.
17. März G I 589.
19. März G II 140.
22. März G II 124.
31. Juli MV II 298.

1882
25. März MV II 269.
31. März G II 327, 333.
20. Mai G II 341.
1. Juni G II 720.

1883
23. April G II 375.
20. Juli G II 345.
30. Juli G II 61.
1. August G II 89.

1884
30. April G II 327.
13. Mai MV II 299.

1885
29. Juli G I 596.

1886
29. Juni G II 310.

1887
26. Mai G II 509.
18. Juni G II 338.

1888
14. Juni G II 510.

1889
31. März G II 511.

1890
29. März G II 327.
15. Juli G II 712.

1891
1. März G II 334.
9. März G II 458.
19. Mai G I 543.
19. Mai G II 485.
24. Juni G I 388.
24. Juni G I 463.
3. Juli G II 187.
11. Juli G II 411.
18. August G I 597.
14. Dezember KV II 280.

1892
20. April G II 374.
24. Juni G II 752.
11. Juli G I 362.
18. Juli G II 476.
18. Juli G II 491.
21. Juli G II 276.
28. Juli G II 723.

1893
30. Januar KV II 503.
30. Januar KV II 506.
12. März G II 392.
10. Mai G II 458.
29. Juni G II 36.
14. Juli G I 439.
14. Juli G II 214.
14. Juli G II 237.
18. September MV II 37.

1894
8. April G II 752.
19. April G I 597.
28. Mai G II 485.

1895
16. Juni G II 475.
18. Juni G II 474.
25. Juni G I 191.
25. Juni G I 242.

31. Juli G I 365.
31. Juli G I 508.
31. Juli G I 543.
31. Juli G II 746.
19. August G II 731.
30. Oktober MB II 301.

1896

25. April G II 327, 334.
8. Juni G II 746.

1897

21. Juni G II 292.
21. Juni G II 295.
3. August G II 744.
13. August G I 361.
19. August G II 512.

1898

7. März G II 287.
13. April G II 476.
20. April MB II 302.
19. September G II 476.
21. September G II 491.

1899

25. Juli MB II 276.
30. Juli G II 281.
7. August G I 358.
2. September G II 393.
16. September G I 269.
16. September G II 407.
20. September G I 4.
21. September G I 151.
22. September G I 119.
23. September G I 136.
24. September G I 95.
25. September MB I 655.
26. September G I 122.
27. September G I 249.
6. Oktober G I 116.
6. Oktober G I 191.
6. Oktober G I 242.
9. Oktober G I 249.
27. Oktober MB I 606.
6. November MB I 601.
7. November MB I 634.
8. November MB I 642.
13. November KB I 718.
15. November KB II 254.
16. November KB I 598.
18. November MB I 609.
18. November MB I 730.
20. November MB I 731.
28. November MB I 656.
1. Dezember MB I 660.
8. Dezember MB I 716.
8. Dezember MB I 740.
11. Dezember MB I 644.
12. Dezember MB I 659.
13. Dezember MB I 812.
14. Dezember MB I 600.
17. Dezember MB I 632.
18. Dezember MB I 633.
20. Dezember KB I 611.
20. Dezember KB I 748.
20. Dezember MB I 789.
26. Dezember MB I 816.
28. Dezember MB I 758.
30. Dezember MB I 609.

1900

5. Februar MB I 653.
31. März G II 791.
30. Juni G II 815.
2. Juli G II 356.
18. Juli G II 818.

Verfassungs-Urkunde

für den

Preußischen Staat.

Vom 31. Januar 1850.

Inhaltsverzeichnis.

	Artikel
Titel I.	
Vom Staatsgebiete	1— 2
Titel II.	
Von den Rechten der Preußen	3—42
Titel III.	
Vom Könige	43—59
Titel IV.	
Von den Ministern	60—61
Titel V.	
Von den Kammern	62—85
Titel VI.	
Von der richterlichen Gewalt	86— 97
Titel VII.	
Von den nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten	98
Titel VIII.	
Von den Finanzen	99—104
Titel IX.	
Von den Gemeinden, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Verbänden	105
Allgemeine Bestimmungen	106—111
Uebergangsbestimmungen	112—119

Verfassungs-Urkunde

für den

Preußischen Staat.

Vom 31. Januar 1850.

Vorbemerkung.

Die wechselseitigen Rechte und Pflichten, welche zwischen dem preußischen Staate und seinen Angehörigen bestehen, bilden in ihrer Gesamtheit das preußische Staatsrecht. Dasselbe beruht im wesentlichen auf der „Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat" vom 31. Januar 1850. Dieses „Staatsgrundgesetz", wie es sich selbst nennt, hat nun nicht alle staatsrechtlichen Fragen in erschöpfender Weise geregelt, sondern dies zum Teil später zu erlassenden Gesetzen vorbehalten. Solche ergänzenden Gesetze sind in größerer Anzahl ergangen. Andererseits hat die Verfassungsurkunde im Laufe der Zeit vielfache Abänderungen erfahren, zunächst durch preußische Gesetze, dann aber durch Reichsgesetze, in erster Linie durch die Reichsverfassung vom 16. April 1871. Da alle diese Gesetze unter Wahrung der Formen zu stande gekommen sind, welche die Verfassungsurkunde ausdrücklich für Verfassungsänderungen vorschreibt, so müssen sie neben dem Staatsgrundgesetz als Quellen des preußischen Staatsrechtes angesehen werden.

Hierbei ist noch zu bemerken, daß die Reichsverfassung und deren Ergänzungen häufig Vorschriften enthalten, welche mit den Bestimmungen der Verfassungsurkunde im Widerspruch stehen, ohne dieselben jedoch ausdrücklich aufzuheben. In solchen Fällen gilt der Grundsatz: Reichsrecht geht vor Landesrecht, d. h. das preußische Gesetz gilt durch das Reichsgesetz als aufgehoben.

Wer sich also über eine Frage des preußischen Staatsrechtes orientieren will, darf sich nicht damit begnügen, die entsprechenden Artikel in der Verfassungsurkunde nachzulesen, sondern muß sich auch Gewißheit

darüber verschaffen, ob nicht etwa die Reichsverfassung und deren Ergänzungen abweichende Bestimmungen über diesen Gegenstand enthalten, weil diese dann vorgehen würden.

Soweit die Gesetze, welche die Verfassungsurkunde ergänzen und abändern, preußische sind und allgemeineres Interesse auch für den Laien haben, sind sie hier aufgenommen worden. Dagegen sind die in Frage kommenden Reichsgesetze weggelassen und nur in den wichtigsten Fällen erwähnt worden, weil sie schon an anderer Stelle (im Anschluß an die Reichsverfassung) behandelt worden sind.

Titel I.

Vom Staatsgebiete.

Nach Art. 1 der Verfassung bilden alle Landesteile der Monarchie in ihrem „gegenwärtigen" Umfange (also am 31. Januar 1850), das Staatsgebiet. Eine Veränderung der Grenzen desselben ist jedoch nach Art. 2 im Wege der Gesetzgebung möglich. Solche Veränderungen sind nun in beträchtlicher Anzahl erfolgt; hier seien nur die wichtigsten erwähnt. Es wurden einverleibt im Jahre 1850 die Fürstentümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen; im Jahre 1851 das Jadegebiet; im Jahre 1866 die Landesteile, welche heute die Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau bilden (das ehemalige Königreich Hannover, Kurfürstentum Hessen, Herzogtum Nassau, die freie Stadt Frankfurt, die Herzogtümer Schleswig und Holstein, sowie einige ehemals bayrische und großherzoglich hessische Gebietsteile); im Jahre 1876 das Herzogtum Lauenburg und im Jahre 1891 die Insel Helgoland.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. thun kund und fügen zu wissen, daß Wir, nachdem die von Uns unterm 5. Dezember 1848 vorbehaltlich der Revision im ordentlichen Wege der Gesetzgebung verkündigte und von beiden Kammern Unseres Königreichs anerkannte Verfassung des Preußischen Staats der darin angeordneten Revision unterworfen ist, die Verfassung in Uebereinstimmung mit beiden Kammern endgültig festgestellt haben.

Wir verkünden demnach dieselbe als Staatsgrundgesetz, wie folgt:

Artikel 1.

Alle Landesteile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preußische Staatsgebiet.

Artikel 2.

Die Grenzen dieses Staatsgebiets können nur durch ein Gesetz verändert werden.

Titel II.
Von den Rechten der Preußen.

Unter der nicht ganz zutreffenden Bezeichnung „Rechte der Preußen" (weil nicht nur von Rechten, sondern auch von Pflichten gehandelt wird), stellt der Titel II eine Anzahl von Rechtssätzen auf, welche die Rechte und Pflichten des preußischen Staatsbürgers dem Staate gegenüber festlegen und ihn so der Willkür der Machthaber entziehen. Diese Rechtssätze gelten aber nur für Preußen, nicht für Ausländer, auch nicht für Angehörige anderer deutscher Bundesstaaten. Die preußische Staatsangehörigkeit, deren Erwerb und Verlust jetzt reichsrechtlich geregelt ist (Gesetz über den Erwerb und den Verlust der Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870), wird begründet durch Abstammung von dem ehelichen Vater oder der unehelichen Mutter, durch Legitimation (d. h. Anerkennung des unehelichen Kindes durch Verheiratung des Vaters mit der unehelichen Mutter), für eine Ausländerin durch Verheiratung mit einem Preußen, durch Verleihung seitens der Behörde (Regierungspräsident bezw. in Berlin Polizeipräsident) und durch Anstellung im preußischen Staatsdienst.

Uebrigens muß noch bemerkt werden, daß kein Teil der preußischen Verfassungsurkunde so sehr von der übrigen preußischen und der Reichsgesetzgebung beeinflußt worden ist, als gerade Titel II; insbesondere macht sich die Einwirkung der Reichsgesetze bemerkbar, wie z. B. alle für die Verletzung der gewährleisteten Rechte angedrohten Strafen im Reichs-Strafgesetzbuche enthalten sind.

Die den Preußen verfassungsmäßig zustehenden Rechte sind entweder staatsbürgerliche (politische) oder bürgerliche. Die ersteren umfassen das aktive und passive Wahlrecht zu den öffentlichen Aemtern, zu den Staats- und Kommunalwahlen und die Befugnis, Schöffe oder Geschworener zu werden. Die bürgerlichen Rechte sind folgende:

Gleichheit vor dem Gesetz mit Ausschluß der Standesvorrechte. Die letztere Bestimmung ist nur durchbrochen zu gunsten der Mitglieder des Kgl. Hauses und des Fürstlichen Hauses Hohenzollern, sowie in beschränktem Maße zu gunsten der vormals Reichsunmittelbaren (hoher Adel) und der im Jahre 1866 entthronten Fürstenhäuser. Der Adel an sich ist kein Standesvorrecht, weil mit demselben keinerlei gesetzliche Vergünstigungen verbunden sind, sondern nur die lediglich im gesellschaftlichen Leben in Betracht kommende Befugnis, die sogenannten Adelsprädikate (Titel und Adelswappen), zu führen.

Die Freiheit der Person ist in ihren weitgehendsten Beziehungen gewährleistet. Eine Entziehung oder Beschränkung der persönlichen Freiheit ist nur in den gesetzlich bestimmten Fällen zulässig.

Insbesondere darf eine Verhaftung nur auf Grund eines schriftlichen, richterlichen Haftbefehles erfolgen. Ebenso ist gesetzlich fixiert, wann eine vorläufige Festnahme, eine polizeiliche Verwahrung oder die Stellung unter Polizeiaufsicht stattfinden kann. Ungesetzliche Beschränkung oder Entziehung der persönlichen Freiheit ist als Freiheitsberaubung strafbar.

Jeder Preuße kann innerhalb der Monarchie seinen Wohnsitz da nehmen, wo es ihm beliebt; er ist in dieser Beziehung nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welche im polizeilichen Interesse und mit Rücksicht auf die Ortsarmenpflege getroffen sind. Ebenso kann jeder preußische Staatsangehörige auswandern, ohne daß Abzugsgelder von ihm erhoben werden dürfen. Allerdings bedürfen Wehrpflichtige, sowie Reservisten, Ersatzreservisten und Landwehrleute ersten Aufgebotes der Genehmigung der Militärbehörde, dieselbe darf aber den Angehörigen der drei letzten Kategorien nur im Falle der Einberufung verweigert werden.

Die Eheschließung ist dem Einflusse der Geistlichkeit entzogen; eine rechtsgültige Heirat kann allein vor dem Standesbeamten unter Wahrung der gesetzlichen Formen geschlossen werden. (Civilehe.) (Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung.) Andere Beschränkungen des Rechtes zur Eheschließung und insbesondere andere Ehehindernisse als die im Gesetz genannten giebt es nicht.

Das Vereins- und Versammlungsrecht ist gewährleistet. Die Versammlungen müssen unbewaffnet und in geschlossenen Räumen, welche auch oben geschlossen sein müssen (also nicht in Gärten oder Höfen), stattfinden und dürfen nur friedlichen Zwecken dienen. Eine vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis ist nicht erforderlich; wenn sich aber die Versammlung mit öffentlichen Angelegenheiten befassen will, so ist 24 Stunden vorher eine Anzeige bei der Ortspolizeibehörde zu erstatten, welche durch eine sofort zu erteilende schriftliche Bescheinigung bestätigt wird.

Wird diese Anzeige unterlassen oder stellt sich heraus, daß die Versammlung nicht friedlichen Zwecken dient, so hat die Polizeibehörde das Recht zur sofortigen Auflösung derselben. Versammlungen unter freiem Himmel bedürfen vorgängiger polizeilicher Erlaubnis.

Das Recht, sich in Gesellschaften zu vereinigen, deren Zwecke den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, unterliegt nur der Beschränkung, daß Statuten und Mitgliederverzeichnis sowie Aenderungen beider binnen 3 Tagen nach der Errichtung der Gesellschaft oder der eingetretenen Veränderung der Polizeibehörde eingereicht werden müssen, sofern sich die Gesellschaft mit öffentlichen Angelegenheiten befaßt. Politische

Vereine, d. h. solche, deren Zweck die Erörterung von Staatseinrichtungen ist, sind noch weiteren Beschränkungen unterworfen, da sie Frauen, Schüler und Lehrlinge nicht als Mitglieder aufnehmen dürfen.

Dagegen ist das sogenannte Verbindungsverbot, nach welchem politische Vereine nicht mit anderen gleichartigen Vereinen in Verbindung treten dürfen, aufgehoben.

Jeder Preuße hat das Recht der freien Meinungsäußerung durch Wort, Schrift und bildliche Darstellung; insbesondere ist das Recht zum geistigen Verkehr durch Druckschriften (Preßfreiheit) verfassungsgemäß gewährleistet und unterliegt nur den gesetzlichen Beschränkungen. Die Censur ist verboten, d. h. es ist niemand, welcher eine Schrift durch den Druck vervielfältigen und verbreiten will, verpflichtet, dieselbe der Behörde zur Kenntnisnahme und Genehmigung einzureichen. Dagegen muß auf jeder Druckschrift der Name und Wohnort des Druckers angegeben sein, und, wenn sie für den Buchhandel oder sonst zur Verbreitung bestimmt ist, der Name und Wohnort des Verlegers oder Herausgebers. Ausgenommen von dieser Vorschrift sind nur Druckschriften, welche den Zwecken des Gewerbes und Verkehrs oder des häuslichen und geselligen Lebens dienen, z. B. Formulare, Preislisten, Visitenkarten, Wahlzettel u. dergl. Zeitschriften, welche in monatlichen oder kürzeren Fristen erscheinen, müssen auf jeder Nummer den Namen und Wohnort des verantwortlichen Redakteurs angeben.

Das Briefgeheimnis ist unverletzlich. Wer einen verschlossenen Brief eröffnet, welcher nicht zu seiner Kenntnisnahme bestimmt ist, macht sich strafbar. Bei dem Verdacht strafbarer Handlungen ist jedoch der Richter und in einigen Fällen (Straf-Prozeßordnung §§ 99—101) auch die Staatsanwaltschaft befugt, die für den Beschuldigten eingehenden Briefe und Depeschen, oder solche, von denen anzunehmen ist, daß sie von dem Beschuldigten herrühren oder für ihn bestimmt sind, mit Beschlag zu belegen. Zur Oeffnung derselben ist nur der Richter befugt. Ferner können im Falle eines Konkurses die Post- und Telegraphenanstalten durch Anordnung des Konkursgerichts angewiesen werden, die für den Gemeinschuldner eingehenden Sendungen, Briefe und Depeschen dem Konkursverwalter auszuhändigen, welcher zur Oeffnung derselben berechtigt ist.

Das religiöse Bekenntnis ist frei; der Genuß der staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von demselben.

Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Es ist jedem Preußen unbenommen, Unterricht zu erteilen, sofern er seine sittliche Unbescholtenheit und die erforderliche Befähigung nachgewiesen hat.

Die Wohnung ist unverletzlich. Das Eindringen in dieselbe und Haussuchungen sind nur bei strafbaren Handlungen zulässig, wenn es sich

um die Ergreifung des Thäters oder Auffindung von Beweismitteln handelt. Einen erhöhten Schutz genießt die Wohnung zur Nachtzeit, indem während derselben Durchsuchungen nur dann stattfinden dürfen, wenn der Thäter auf frischer That verfolgt wird oder wenn Gefahr im Verzug ist oder zum Zwecke der Wiederergreifung eines entwichenen Gefangenen. Ferner ist der Gerichtsvollzieher befugt, in die Wohnung des Schuldners einzudringen, bei welchem er eine Zwangsvollstreckung vorzunehmen hat.

Das Eigentum ist unverletzlich. Dasselbe kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohles im Wege des Enteignungsverfahrens entzogen werden. Eigentumsbeschränkungen finden statt innerhalb des Rayons einer Festung, indem für die dort belegenen Grundstücke besondere Einschränkungen hinsichtlich der Bebauung gelten. Aus Gründen des öffentlichen Wohles ist auch die Polizei zu Beschränkungen des Eigentums berechtigt, um Gefahren vorzubeugen oder solche zu beseitigen. Hierunter fallen beispielsweise die Befugnisse der Baupolizei, Vorschriften zur Herbeiführung einer soliden Bauart zu erlassen oder die Niederlegung baufälliger und deshalb gemeingefährlicher Baulichkeiten zu verlangen.

Den staatsbürgerlichen Rechten steht eine Reihe von Pflichten gegenüber, von denen aber in der Verfassungsurkunde nur der Schulzwang und die Wehrpflicht ausdrücklich als solche genannt sind. Die gesamten Pflichten des preußischen Staatsbürgers beruhen jedoch auf der Verpflichtung zum Gehorsam gegen den König, gegen die Regierung und die Gesetze.

Der König hat Anspruch auf Gehorsam auf Grund seiner staatsrechtlichen Stellung (siehe Titel III). Die Regierungsbehörden sind die Organe, welche verfassungsmäßig zur Ausführung des Staatswillens berufen sind, ihren Verfügungen muß deshalb Folge geleistet werden, sofern sich dieselben innerhalb der ihnen vom Gesetz gezogenen Grenzen halten. Die Gesetze endlich sind für jedermann verbindlich, weil sie den verfassungsmäßig zu stande gekommenen Staatswillen aussprechen. Als wesentlichste Pflichten des Staatsbürgers sind zu nennen: die Militär- und Steuerpflicht, der Schulzwang, die Pflicht zur Uebernahme gewisser öffentlicher Aemter, zur Ablegung des Zeugnisses und zur Anzeige bestimmter Verbrechen.

Von der Steuerpflicht wird an anderer Stelle gehandelt werden.

Die Wehrpflicht, welche jetzt im Wege der Reichsgesetzgebung geregelt ist (Reichs-Milit.-Ges. vom 2. Mai 1874, Wehrordnung vom 22. November 1888 und Heerordnung vom 22. Juli 1889), ist eine allgemeine; sie erstreckt sich auf jeden, der körperlich untauglich ist, vom 17.

bis zum 45. Lebensjahre. Sie zerfällt in die Dienstpflicht (bis zum 39. Lebensjahre) und die Landsturmpflicht. Zunächst gehört jeder Dienstpflichtige 7 Jahre dem stehenden Heere an; die Mannschaften der Kavallerie und Feldartillerie müssen 3, die anderen 2 Jahre bei der Fahne dienen; die übrigen 4 bezw. 5 Jahre gehören sie zur Reserve. Hierauf gehören sie 3 bezw. 5 Jahre zur Landwehr ersten Aufgebots und sodann bis zum 39. Lebensjahre zur Landwehr zweiten Aufgebots. Landsturmpflichtig sind alle Wehrpflichtigen, welche weder dem Heere noch der Marine angehören. Der Landsturm umfaßt 2 Aufgebote, zum ersten Aufgebote gehören alle Wehrpflichtigen bis zum 39. Lebensjahre (also die noch nicht ausgebildeten Mannschaften), zum zweiten Aufgebote die Landwehrpflichtigen nach vollendeter Dienstzeit.

Junge Leute, welche tauglich sind, können sich auch schon vor dem 17. Lebensjahre freiwillig melden (zu 2-, 3- oder 4jähriger Dienstzeit) und dürfen sich dann ihren Truppenteil selbst aussuchen. Haben sie eine höhere wissenschaftliche Bildung nachgewiesen und sind sie im stande, sich selbst zu bekleiden und zu verpflegen, so brauchen sie nur 1 Jahr bei der Waffe zu dienen. Befreit von der Wehrpflicht sind nur die Mitglieder der anfangs erwähnten Fürstenhäuser und Familien des hohen Adels, sowie völlig Untaugliche. Ausgeschlossen sind solche, die mit Zuchthaus bestraft sind oder denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind.

Der Schulzwang verpflichtet alle Einwohner, ihre Kinder vom vollendeten 5. Lebensjahre an so lange in die öffentliche Volksschule zu schicken oder für anderweitigen entsprechenden Unterricht zu sorgen, bis sie sich die gehörige Bildung angeeignet haben. Durch Verordnungen der Verwaltungsbehörden ist der Anfang der Schulpflicht im allgemeinen auf das vollendete 6. und die Beendigung auf das vollendete 14. Lebensjahr festgesetzt. Die Eltern, welche diese Vorschrift unbeachtet lassen, machen sich strafbar.

Jeder Preuße ist zur Uebernahme gewisser Ehrenämter verpflichtet, sofern er den gesetzlichen Anforderungen derselben entspricht und keine gesetzlichen Ablehnungsgründe hat. Hierher gehören insbesondere das Amt eines Schöffen, Geschworenen, Schiedsmannes, Vormundes, Waisenrates u. a., sowie die Aemter der Selbstverwaltung (Gemeindeschöffen, Stadtverordnete u. s. w.). Bei unberechtigten Weigerungen tritt Bestrafung ein, namentlich zeitweilige Versetzung in eine höhere Steuerklasse.

Im Interesse einer geordneten Rechtspflege ist der Zeugniszwang eingeführt. Jedermann ist gehalten, auf ergangene Vorladung als Zeuge vor Gericht und anderen Behörden zu erscheinen und sich (auch eidlich)

über Thatsachen zu äußern, welche zu seiner Kenntnis gelangt und in einem Civilprozeß oder Strafverfahren von Erheblichkeit sind. Nichtbeachtung der Ladung zieht Geldstrafe nach sich; ein ohne Grund verweigertes Zeugnis kann durch Geldstrafen oder Haft erzwungen werden. Zur Verweigerung des Zeugnisses ist nur derjenige berechtigt, welcher durch Ablegung desselben einen nahen Verwandten belasten, oder sich einen Vermögensnachteil (in Civilprozessen) oder eine strafrechtliche Verfolgung zuziehen würde.

Bezüglich einiger Verbrechen besteht eine allgemeine Anzeigepflicht. Jeder, der zu einer Zeit, wo die Verhütung des Verbrechens möglich ist, von demselben glaubhafte Kenntnis erhält, muß dasselbe bei Vermeidung von Gefängnisstrafe anzeigen. Diese Verbrechen sind: Hochverrat, Landesverrat, Münzverbrechen, Mord, Raub, Menschenraub, gemeingefährliche Verbrechen (Brandstiftung, Herbeiführung von Ueberschwemmungen), Kriegsverrat, Fahnenflucht und Meuterei im Heere.

Artikel 3.

Die Verfassung und das Gesetz bestimmen, unter welchen Bedingungen die Eigenschaft eines Preußen und die staatsbürgerlichen Rechte erworben, ausgeübt und verloren werden.

Artikel 4.

Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Aemter sind, unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.

Artikel 5.

Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Die Bedingungen und Formen, unter welchen eine Beschränkung derselben, insbesondere eine Verhaftung zulässig ist, werden durch das Gesetz bestimmt.

Artikel 6.

Die Wohnung ist unverletzlich. Das Eindringen in dieselbe und Haussuchungen sowie die Beschlagnahme von Briefen und Papieren sind nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen gestattet.

Artikel 7.

Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte und außerordentliche Kommissionen sind unstatthaft.

Artikel 7

ist ersetzt durch § 16 des Gerichts-Verfassungsgesetzes:

Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Die gesetzlichen Bestimmungen über Kriegsgerichte und Standrechte werden hiervon nicht berührt.

Artikel 8.

Strafen können nur in Gemäßheit des Gesetzes angedroht oder verhängt werden.

Artikel 9.

Das Eigentum ist unverletzlich. Es kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohles gegen vorgängige in dringenden Fällen wenigstens vorläufig festzustellende Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes entzogen oder beschränkt werden.

Artikel 10.

Der bürgerliche Tod und die Strafe der Vermögenseinziehung finden nicht statt.

Artikel 11.

Die Freiheit der Auswanderung kann von Staatswegen nur in Bezug auf die Wehrpflicht beschränkt werden.

Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden.

Artikel 11

ist durch das Gesetz vom 1. Juni 1870 und andere reichsrechtliche Bestimmungen ersetzt worden.

Artikel 12.

Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften (Art. 30 und 31) und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.

Artikel 13.

Die Religionsgesellschaften, sowie die geistlichen Gesellschaften, welche keine Korporationsrechte haben, können diese Rechte nur durch besondere Gesetze erlangen.

Artikel 14.

Die christliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staats, welche mit der Religionsübung im Zusammenhange stehen, unbeschadet der im Art. 12 gewährleisteten Religionsfreiheit, zum Grunde gelegt.

Artikel 15, 16 und 18

sind durch das Gesetz vom 18. Juni 1875 aufgehoben.

Artikel 17.

Ueber das Kirchenpatronat und die Bedingungen, unter welchen dasselbe aufgehoben werden kann, wird ein besonderes Gesetz ergehen.

Artikel 18

ist aufgehoben.

Artikel 19.

Die Einführung der Civilehe erfolgt nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes, was auch die Führung der Civilstandsregister regelt.

Das in Gemäßheit des Artikel 19 ergangene preußische Gesetz ist ersetzt durch das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und der Eheschließung.

Artikel 20.

Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

Artikel 21.

Für die Bildung der Jugend soll durch öffentliche Schulen genügend gesorgt werden.

Eltern und deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die öffentlichen Volksschulen vorgeschrieben ist.

Artikel 22.

Unterricht zu erteilen und Unterrichtsanstalten zu gründen und zu leiten, steht jedem frei, wenn er seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden nachgewiesen hat.

Artikel 23.

Alle öffentlichen und Privat-Unterrichts- und Erziehungsanstalten stehen unter Aufsicht vom Staate ernannter Behörden.

Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte und Pflichten der Staatsdiener.

Artikel 24.

Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen sind die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen.

Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften.

Die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule steht der Gemeinde zu. Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Beteiligung der Gemeinden aus der Zahl der Befähigten die Lehrer der öffentlichen Volksschulen an.

Artikel 25.

Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von den Gemeinden, und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens, ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besonderen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen.

Der Staat gewährleistet demnach den Volksschullehrern ein festes, den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen.

In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt.

Artikel 26.

Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen.

Artikel 27.

Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.

Die Censur darf nicht eingeführt werden; jede andere Beschränkung der Preßfreiheit nur im Wege der Gesetzgebung.

Artikel 28.

Vergehen, welche durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung begangen werden, sind nach den allgemeinen Strafgesetzen zu bestrafen.

Artikel 29.

Alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln.

Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Versammlungen unter freiem Himmel, welche auch in Bezug auf vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis der Verfügung des Gesetzes unterworfen sind.

Artikel 30.

Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen.

Das Gesetz regelt, insbesondere zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit, die Ausübung des in diesem und in dem vorstehenden Artikel (29) gewährleisteten Rechts.

Politische Vereine können Beschränkungen und vorübergehenden Verboten im Wege der Gesetzgebung unterworfen werden.

Artikel 31.

Die Bedingungen, unter welchen Korporationsrechte erteilt oder verweigert werden, bestimmt das Gesetz.

Artikel 32.

Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu. Petitionen unter einem Gesamtnamen sind nur Behörden und Korporationen gestattet.

Artikel 33.

Das Briefgeheimnis ist unverletzlich. Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen notwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen.

Vergl. jedoch Strafprozeßordnung § 99 und 100 sowie Konkursordnung § 111.

Artikel 34.

Alle Preußen sind wehrpflichtig. Den Umfang und die Art dieser Pflicht bestimmt das Gesetz.

Artikel 34

ist ersetzt durch Artikel 57 der Reichsverfassung und zahlreiche andere Reichsgesetze und Kaiserliche Verordnungen (Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1875, sowie Deutsche Wehrordnung vom 22. November 1888 und die Ergänzungen beider).

Artikel 35.

Das Heer begreift alle Abteilungen des stehenden Heeres und der Landwehr.

Im Falle des Krieges kann der König nach Maßgabe des Gesetzes den Landsturm aufbieten.

Artikel 36.

Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur in den vom Gesetze bestimmten Fällen und Formen und auf Requisition der Civilbehörde verwendet werden. In letzterer Beziehung hat das Gesetz die Ausnahmen zu bestimmen.

Artikel 37.

Der Militärgerichtsstand des Heeres beschränkt sich auf Straffachen und wird durch das Gesetz geregelt. Die Bestimmungen über die Militärdisziplin im Heere bleiben Gegenstand besonderer Verordnungen.

Artikel 37

ist ersetzt durch das Reichsmilitärstrafgesetzbuch vom 20. Juni 1872 und die Militärstrafgerichtsordnung vom 1. Dezember 1898.

Artikel 38.

Die bewaffnete Macht darf weder in noch außer dem Dienste beratschlagen oder sich anders, als auf Befehl versammeln. Versammlungen und Vereine der Landwehr zur Beratung militärischer Einrichtungen, Befehle und Anordnungen sind auch dann, wenn dieselbe nicht zusammenberufen ist, untersagt.

Artikel 39.

Auf das Heer finden die in den Artikeln 5, 6, 29, 30 und 32 enthaltenen Bestimmungen nur insoweit Anwendung, als die militärischen Gesetze und Disziplinarvorschriften nicht entgegenstehen.

Artikel 40 und 41

sind durch das Gesetz vom 5. Juni 1852 aufgehoben und lauten jetzt in der Fassung dieses Gesetzes (Artikel 2 und 3):

Artikel 40.

Die Errichtung von Lehen ist untersagt.

Der in Bezug auf die vorhandenen Lehen noch bestehende Lehnsverband soll durch gesetzliche Anordnung aufgelöst werden.

Artikel 41.

Die Bestimmungen des Artikels 2 finden auf Thronlehen und auf die außerhalb des Staats liegenden Lehen keine Anwendung.

Artikel 42.

Ohne Entschädigung bleiben aufgehoben, nach Maßgabe der ergangenen besonderen Gesetze:

1. das mit dem Besitze gewisser Grundstücke verbundene Recht der Ausübung oder Uebertragung der richterlichen Gewalt (Titel VI der Verfassungsurkunde) und die aus diesem Rechte fließenden Exemtionen und Abgaben;
2. die aus dem gerichts- und schutzherrlichen Verbande, der früheren Erbunterthänigkeit, der früheren Steuer- und Gewerbe-Verfassung herstammenden Verpflichtungen.

Mit den aufgehobenen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, welche den bisher Berechtigten dafür oblagen.

Titel III.

Vom Könige.

Die gesamte Staatsgewalt ruht beim Könige; in der Ausübung derselben ist der König aber durch die Verfassung beschränkt. Bevor es in Preußen eine Verfassung gab, war im großen und ganzen der Wille des Königs Gesetz, alles, was sich auf seinen Willen zurückführen ließ, war geltendes Recht. Nur in privatrechtlicher Beziehung hatten die Könige von Preußen auf einen Teil ihrer Vorrechte verzichtet und sich ihren Unterthanen gleichgestellt. Denn in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten mußte auch der König ebenso wie jeder Staatsbürger sein Recht vor den ordentlichen Gerichten suchen, er war gegebenenfalls genötigt, Klage zu erheben und konnte verklagt werden.

Auch nach der Verfassung ist der König grundsätzlich der Träger und Inhaber der Staatsgewalt, er ist im Besitze aller derjenigen Rechte geblieben, welche ihm nicht ausdrücklich durch die Verfassung entzogen sind. Die staatsrechtliche Stellung des Königs ist hiernach folgende:

Der König ist unverletzlich und unverantwortlich. Die Person des Königs und mit ihm alle Mitglieder des Königlichen Hauses genießen erhöhten Rechtsschutz. Handlungen, welche gegen die Ehre oder die Person des Königs oder eines Angehörigen des Königlichen Hauses gerichtet sind, finden schwere Ahndung als Majestätsbeleidigung bezw. als Hoch-

verrat. Der König kann weder wegen seiner Regierungsakte noch wegen sonstiger Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden. Für die ersteren übernehmen die Minister die Verantwortlichkeit durch die Gegenzeichnung. Wegen seiner sonstigen Handlungen kann der König nicht zur Verantwortung gezogen werden, auch wenn dieselben bei einem anderen unerlaubt oder sogar strafbar sein würden.

Der König besitzt die oberste Staatsgewalt, aber unter den durch die Verfassung ausdrücklich festgelegten Beschränkungen. Ihm steht die gesetzgebende Gewalt zu, allein er kann dieselbe nur in Gemeinschaft mit der Volksvertretung ausüben. Dagegen erhalten die Gesetze ihre Gültigkeit wiederum erst durch die vom König befohlene Verkündigung. Der König hat ferner die vollziehende Gewalt, denn ohne ihn und gegen ihn kann nichts im Staate geschehen, doch ist die Gültigkeit seiner Regierungsakte durch die Gegenzeichnung der Minister bedingt. Keiner Gegenzeichnung bedürfen die Regierungshandlungen, die der König als oberster Kriegsherr oder als Träger des landesherrlichen Kirchenregiments vollzieht. Alle Stellen im Heeres- und Staatsdienst werden vom König besetzt, doch dürfen zu Staatsbeamten nur solche Personen ernannt werden, welche die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen, also z. B. das vorgeschriebene Examen abgelegt haben. Den Oberbefehl im Heere führt der König. Er ist ferner Inhaber der richterlichen Gewalt; in seinem Namen wird Recht gesprochen, werden die Urteile ausgefertigt und vollstreckt. Aber die Richter sind in ihren Entscheidungen nicht von dem Willen des Monarchen abhängig, sondern nur der Autorität der Gesetze unterworfen. Nach Artikel 48 der Verfassung stand dem König ursprünglich auch das Recht zu, Krieg zu erklären, Frieden zu schließen und Verträge mit anderen Regierungen zu errichten. Die ersten beiden Befugnisse hat zwar der König jetzt noch, doch stehen sie ihm zu in seiner Eigenschaft als Deutscher Kaiser gemäß Artikel 11 der Reichsverfassung. Auch das Recht, Bündnisse mit anderen Staaten zu errichten, gehört jetzt zum großen Teil zu der Zuständigkeit des Reichs bezw. des Kaisers, das gilt namentlich in Bezug auf Bündnisse, Handelsverträge, Post- und Telegraphenverträge u. a. Ferner darf der König allein den Landtag berufen, vertagen und schließen, sowie das Abgeordnetenhaus auflösen.

Neben diesen Machtbefugnissen stehen dem König verfassungsmäßig noch eine Reihe von Ehrenrechten zu. Er führt den Titel „Von Gottes Gnaden König von Preußen“ und hat Anspruch auf das Prädikat „Majestät“; er führt die Reichsinsignien (Krone und Scepter), sowie das Königliche Wappen. Er hat das Recht auf feierlichen Empfang. Bei jedem regelmäßigen Gottesdienst wird eine Fürbitte für den König

in das Kirchengebet aufgenommen, und bei seinem Tode findet eine allgemeine Landestrauer statt. Der König verleiht Auszeichnungen, Orden und Ehrenzeichen, er erhebt in den Adelsstand und höhere Klassen desselben. Ihm steht das Begnadigungsrecht zu, er darf Strafen mildern und ganz oder teilweise erlassen. Er darf strafrechtliche Verfolgungen niederschlagen, jedoch nur so lange, als die richterliche Untersuchung nicht eröffnet ist. Dem König steht die ausschließliche Benutzung der Kgl. Schlösser und Parks zu, sowie der Genuß der Kronrente, die gegenwärtig 15 719 296 Mark jährlich beträgt.

Diesen Rechten des Königs steht die Verpflichtung gegenüber, die Verfassung des Königreiches fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren. Er gelobt dies eidlich beim Regierungsantritt in Gegenwart der vereinigten Kammern.

Die Krone ist erblich in dem Mannesstamme des Hauses Hohenzollern nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Linealfolge, d. h. zur Nachfolge berechtigt ist nur ein Prinz, welcher durch rechtmäßige Geburt von einem erbberechtigten Prinzen aus einer ebenbürtigen, nach den Hausgesetzen in gültiger Weise abgeschlossenen Ehe abstammt. Von mehreren Berufenen hat immer der Erstgeborene bezw. der Aeltere der Geburt nach Anspruch auf den Thron.

Artikel 43.

Die Person des Königs ist unverletzlich.

Artikel 44.

Die Minister des Königs sind verantwortlich. Alle Regierungsakte des Königs bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.

Artikel 45.

Dem Könige allein steht die vollziehende Gewalt zu. Er ernennt und entläßt die Minister. Er befiehlt die Verkündigung der Gesetze und erläßt die zu deren Ausführung nötigen Verordnungen.

Artikel 46.

Der König führt den Oberbefehl über das Heer.

Artikel 47.

Der König besetzt alle Stellen im Heere, sowie in den übrigen Zweigen des Staatsdienstes, sofern nicht das Gesetz ein Anderes verordnet.

Artikel 48.

Der König hat das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, auch andere Verträge mit fremden Regierungen zu errichten. Letztere bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Kammern, sofern es Handelsverträge sind, oder wenn dadurch dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden.

Zu Artikel 48 vergleiche auch Artikel 11 der Reichsverfassung.

Artikel 49.

Der König hat das Recht der Begnadigung und Strafmilderung.

Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurteilten Ministers kann dieses Recht nur auf Antrag derjenigen Kammer ausgeübt werden, von welcher die Klage ausgegangen ist..

Der König kann bereits eingeleitete Untersuchungen nur auf Grund eines besonderen Gesetzes niederschlagen.

Artikel 50.

Dem Könige steht die Verleihung von

Orden und anderen mit Vorrechten nicht verbundenen Auszeichnungen zu.

Er übt das Münzrecht nach Maßgabe des Gesetzes.

Vergleiche zu Artikel 50 Absatz 2 den Artikel 4 Nr. 3 der Reichsverfassung und das Reichsmünzgesetz vom 9. Juli 1873.

Artikel 51.

Der König beruft die Kammern und schließt ihre Sitzungen. Er kann sie entweder beide zugleich oder auch nur eine auflösen. Es müssen aber in einem solchen Falle innerhalb eines Zeitraums von sechzig Tagen nach der Auflösung die Wähler und innerhalb eines Zeitraums von neunzig Tagen nach der Auflösung die Kammern versammelt werden.

Artikel 52.

Der König kann die Kammern vertagen. Ohne deren Zustimmung darf diese Vertagung die Frist von dreißig Tagen nicht übersteigen und während derselben Session nicht wiederholt werden.

Artikel 53.

Die Krone ist, den Königlichen Hausgesetzen gemäß, erblich in dem Mannesstamme des Königlichen Hauses nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Linealfolge.

Artikel 54.

Der König wird mit Vollendung des achtzehnten Lebensjahres volljährig.

Er leistet in Gegenwart der vereinigten Kammern das eidliche Gelöbnis die Verfassung des Königsreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren.

Artikel 55.

Ohne Einwilligung beider Kammern kann der König nicht zugleich Herrscher fremder Reiche sein.

Artikel 56.

Wenn der König minderjährig oder sonst dauernd verhindert ist, selbst zu regieren, so übernimmt derjenige volljährige Agnat (Art. 53), welcher der Krone am nächsten steht, die Regentschaft. Er hat sofort die Kammern zu berufen, die in vereinigter Sitzung über die Notwendigkeit der Regentschaft beschließen.

Artikel 57.

Ist kein volljähriger Agnat vorhanden und nicht bereits vorher gesetzliche Fürsorge für diesen Fall getroffen, so hat das Staatsministerium die Kammern zu berufen, welche in vereinigter Sitzung einen Regenten erwählen. Bis zum Antritt der Regentschaft von seiten desselben führt das Staatsministerium die Regierung.

Artikel 58.

Der Regent übt die dem Könige zustehende Gewalt in dessen Namen aus. Derselbe schwört nach Einrichtung der Regentschaft vor den vereinigten Kammern einen Eid, die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren.

Bis zu dieser Eidesleistung bleibt in jedem Falle das bestehende gesamte Staatsministerium für alle Regierungsverhandlungen verantwortlich.

Artikel 59.

Dem Kron-Fideikommißfonds verbleibt die durch das Gesetz vom 17. Januar 1820 auf die Einkünfte der Domänen und Forsten angewiesene Rente.

Titel IV.

Von den Ministern.

Die Minister sind die Organe des Königs, welche seine Befehle entgegennehmen und ausführen; sie sind einerseits die Ratgeber des Königs, welche ihn mit ihrer Sachkenntnis in den Regierungsangelegen-

heiten unterstützen, andererseits die Vermittler zwischen König und Volk. Sie werden vom König nach freier Wahl ernannt und nach Gutdünken entlassen. Sie haben eine doppelte Verantwortlichkeit. Einmal werden sie der Volksvertretung für die Regierungsakte des Königs verantwortlich gemacht durch die Gegenzeichnung derselben. Dann sind sie dem König verantwortlich für ihre Geschäftsführung innerhalb des ihnen überwiesenen Ressorts. Dasselbe umfaßt einen ganzen Zweig der Staatsverwaltung und erstreckt sich über die gesamte Monarchie. Die Minister sind die höchsten Vorgesetzten aller Beamten und Behörden ihres Ressorts. Gegenwärtig giebt es 9 preußische Minister, nämlich: 1. der auswärtigen Angelegenheiten, 2. des Krieges, 3. der Justiz, 4. der Finanzen, 5. des Inneren, 6. der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, 7. für Handel und Gewerbe, 8. für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, 9. der öffentlichen Arbeiten.

Außerdem sind noch preußische Staatsminister der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes des deutschen Reiches sowie der Staatssekretär des Reichsmarineamtes. Die Minister bilden in ihrer Gesamtheit das Staatsministerium, dessen Präsident zugleich der Reichskanzler ist. Dem gesamten Staatsministerium stehen einige besondere Befugnisse zu. Falls der König dauernd regierungsunfähig oder der Thron überhaupt erledigt ist, und kein zur Regentschaft berufener volljähriger Agnat vorhanden ist, führt das Staatsministerium die Regierung, bis die Kammern einen Regenten gewählt haben. Ferner kann der König, wenn die Kammern nicht versammelt sind, in besonderen Notfällen unter Verantwortlichkeit des gesamten Ministeriums provisorische Gesetze, sogenannte Notstandsverordnungen erlassen.

Das Ministerium des Kgl. Hauses ist kein Ministerium im staatsrechtlichen Sinne und gehört nicht zu den Staatsbehörden. Der Verwaltung desselben unterstehen die persönlichen Angelegenheiten des Königs und des Kgl. Hauses (Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Testamente, Nachlaßsachen, Ehe- und Vormundschaftssachen).

Artikel 60.

Die Minister, sowie die zu ihrer Vertretung abgeordneten Staatsbeamten haben Zutritt zu jeder Kammer und müssen auf ihr Verlangen zu jeder Zeit gehört werden.

Jede Kammer kann die Gegenwart der Minister verlangen.

Die Minister haben in einer oder der anderen Kammer nur dann Stimmrecht, wenn sie Mitglieder derselben sind.

Artikel 61.

Die Minister können durch Beschluß einer Kammer wegen des Verbrechens der Verfassungsverletzung, der Bestechung und des Verrates angeklagt werden. Ueber solche Anklage entscheidet der oberste Gerichtshof der Monarchie in vereinigten Senaten. Solange noch zwei oberste Gerichtshöfe bestehen, treten dieselben zu obigem Zwecke zusammen.

Die näheren Bestimmungen über die Fälle der Verantwortlichkeit, über das Verfahren und über die Strafen werden einem besonderen Gesetze vorbehalten.

Titel V.

Von den Kammern.

Die verfassungsmäßige Teilnahme des Volkes an der Regierung wird ausgeübt durch die Volksvertretung. Dieselbe wird repräsentiert durch die beiden Kammern, oder, wie sie gewöhnlich genannt werden, durch die beiden Häuser des Landtages. Die erste Kammer heißt Herrenhaus, die zweite Haus der Abgeordneten.

Die Rechte der Volksvertretung sind folgende: I. Der Landtag muß seine Zustimmung zu allen Gesetzen geben. II. Alle Maßnahmen der Regierung bei Ausübung der Finanzgewalt bedürfen der Mitwirkung und der Zustimmung des Landtages. Es unterliegen deshalb seiner Genehmigung die Aufstellung des jährlichen Staatshaushaltsetats, die Aufnahme neuer Anleihen und die Uebernahme von Garantien zu Lasten des Staates. Er hat ferner das Steuerbewilligungsrecht und die Kontrolle über die Staatsfinanzen, insbesondere über das Staatsschuldenwesen. III. Gewisse Staatsverträge bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Landtages.

Die Rechte der Volksvertretung werden durch das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten gemeinschaftlich ausgeübt; erst der übereinstimmende Beschluß beider gilt als der Wille der Volksvertretung. Beide Häuser beraten und beschließen getrennt, nur wenn es sich um Einsetzung einer Regentschaft handelt, tagen sie in gemeinsamer Sitzung. Außerdem findet eine Vereinigung statt bei der feierlichen Eröffnung des Landtages sowie bei der Eidesleistung des Königs oder Regenten auf die Verfassung.

Andererseits darf jedes Haus selbständig und ohne Zustimmung des anderen in folgenden Fällen handeln: 1. Bei Ausübung des Rechtes, Adressen an den König zu senden. 2. Jedes Haus kann Gesetze vorschlagen. 3. Jedes Haus kann den Ministern die bei ihm eingegangenen Beschwerden überweisen und Auskunft über dieselben verlangen (Interpellationsrecht). 4. Jedes Haus kann Kommissionen zur Untersuchung von Thatsachen ernennen. 5. Das Recht, Anklage gegen die Minister wegen Verfassungsverletzung zu erheben, steht sowohl dem Herrenhaus, wie dem Abgeordnetenhaus zu. 6. Jedes Haus prüft selbständig die Legitimationen seiner Mitglieder, regelt seine Geschäftsordnung und Disziplin und genehmigt oder versagt die Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung oder Verhängung der Haft (auch wegen Schulden) gegen eines seiner Mitglieder.

Die beiden Häuser des Landtages stehen einander gleich, die Regierung kann deshalb nach Gutdünken Gesetzesvorlagen nach Belieben

jedem von ihnen zuerst vorlegen; nur Finanzgesetzentwürfe und Staatshaushalts-Etats müssen zuerst dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden.

Die einzelnen Mitglieder der Kammern haben besondere Rechte und Pflichten. Sie leisten dem König den Eid der Treue und des Gehorsams und beschwören die gewissenhafte Beobachtung der Verfassung. Sie sind die Vertreter des ganzen Volkes und als solche bei Ausübung ihres Mandats nicht an Aufträge oder Instruktionen gebunden, sondern geben ihre Stimmen nur nach ihrer freien Ueberzeugung ab. Infolgedessen können sie wegen ihrer Abstimmungen auch niemals zur Rechenschaft gezogen werden. Auch für ihre Meinungsäußerungen innerhalb der Kammer sind sie nur dieser auf Grund und nach Maßgabe der Geschäftsordnung verantwortlich. Eine strafrechtliche Verfolgung oder die Haft zur Erzwingung des Offenbarungseides ist nur mit Genehmigung des betreffenden Hauses statthaft; ein schwebendes Strafverfahren und jede Haft (mit Ausnahme der Strafhaft) muß auf Verlangen dieses Hauses aufgehoben werden. Sofern die Landtagsmitglieder Beamte sind, bedürfen sie keines Urlaubes zum Eintritt in die Kammer. Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses erhalten Diäten (15 Mark täglich) und Ersatz der Reisekosten. Die Mitglieder des Herrenhauses haben nur freie Eisenbahnfahrt zwischen Berlin und ihrem Wohnorte.

Der Landtag wird alljährlich in der Zeit zwischen Anfang November und Mitte Januar vom König einberufen, außerdem aber so oft, als es die Umstände erfordern. Beide Häuser werden gleichzeitig einberufen und vertagt. Das Abgeordnetenhaus darf jedoch während einer Session nur einmal vertagt werden, und zwar ohne seine Zustimmung nicht länger als 30 Tage. Bei Auflösung des Abgeordnetenhauses müssen die Wahlen binnen 60 Tagen nach derselben und die Versammlung des neuen Hauses binnen 90 Tagen erfolgen.

Die Sitzungen sind in beiden Häusern öffentlich (Ausnahme Art. 79 der Verf.-Urkunde). Wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.

Das Herrenhaus beruht auf der Kgl. Verordnung vom 12. Okt. 1854. Die Anzahl seiner Mitglieder ist unbestimmt. Es ist beschlußfähig, wenn 60 seiner Mitglieder anwesend sind.

Das Abgeordnetenhaus besteht aus 433 Abgeordneten, welche aus allgemeinen indirekten Wahlen hervorgehen; es ist beschlußfähig, wenn die Mehrzahl seiner Mitglieder (217) anwesend ist.

Die Abstimmungen in beiden Häusern erfolgen nach absoluter Stimmenmehrheit.

Artikel 62.

Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt.

Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich.

Finanzgesetz-Entwürfe und Staatshaushalts-Etats werden zuerst der zweiten Kammer vorgelegt; letztere werden von der ersten Kammer im ganzen angenommen oder abgelehnt.

Artikel 63.

Nur in dem Falle, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, oder die Beseitigung eines ungewöhnlichen Notstandes es dringend erfordert, können, insofern die Kammern nicht versammelt sind, unter Verantwortlichkeit des gesamten Staatsministeriums Verordnungen, die der Verfassung nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen werden. Dieselben sind aber den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen.

Artikel 64.

Dem Könige, sowie jeder Kammer, steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen.

Gesetzesvorschläge, welche durch eine der Kammern oder den König verworfen worden sind, können in derselben Sitzungsperiode nicht wieder vorgebracht werden.

Artikel 65—68,

welche die Bestimmungen über die Zusammensetzung des Herrenhauses enthielten, sind durch das Gesetz vom 7. Mai 1853 aufgehoben. An ihrer Stelle gilt jetzt die in Gemäßheit des genannten Gesetzes ergangene Verordnung wegen Bildung der Ersten Kammer vom 12. Oktober 1854.

Artikel 69.

Die zweite Kammer besteht aus vierhundertunddreißig Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden durch das Gesetz festgestellt. Sie können aus einem oder mehreren Kreisen oder aus einer oder mehreren der größeren Städte bestehen.

Artikel 70.

Jeder Preuße, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat und in der Gemeinde, in welcher er seinen Wohnsitz hat, die Befähigung zu den Gemeindewahlen besitzt, ist stimmberechtigter Urwähler.

Wer in mehreren Gemeinden an den Gemeindewahlen teilzunehmen berechtigt ist, darf das Recht als Urwähler nur in einer Gemeinde ausüben.

Artikel 71.

Auf jede Vollzahl von zweihundertundfünfzig Seelen der Bevölkerung ist ein Wahlmann zu wählen.[1])

Die Gesamtsumme wird berechnet:

a) gemeindeweise, falls die Gemeinde einen Urwahlbezirk für sich bildet;

b) bezirksweise, falls der Urwahlbezirk aus mehreren Gemeinden zusammengesetzt ist.

Die erste Abteilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Dritteils der Gesamtsteuer fallen.

Die zweite Abteilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die nächst niedrigeren Steuerbeträge bis zur Grenze des zweiten Dritteils fallen.

Die dritte Abteilung besteht aus den am niedrigsten besteuerten Urwählern, auf welche das dritte Dritteil fällt.

Jede Abteilung wählt besonders und zwar ein Dritteil der zu wählenden Wahlmänner.

Die Abteilungen können in mehrere Wahlverbände eingeteilt werden, deren keiner mehr als fünfhundert Urwähler in sich schließen darf.

Die Wahlmänner werden in jeder Abteilung aus der Zahl der stimmberechtigten Urwähler des Urwahlbezirks ohne Rücksicht auf die Abteilungen gewählt.

Artikel 72.

Die Abgeordneten werden durch die Wahlmänner gewählt.

Das Nähere über die Ausführung der Wahlen bestimmt das Wahlgesetz, welches auch die Anordnung für diejenigen Städte zu treffen hat, in denen an Stelle eines Teils der direkten Steuern die Mahl- und Schlachtsteuer erhoben wird.

---

[1]) Ueber die Einteilung der Urwähler für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten vergleiche man jetzt das unten abgedruckte Gesetz, betreffend Aenderungen des Wahlverfahrens vom 29. Juni 1893.

Artikel 70, 71 und 72

sind bis zum Erlaß des in Artikel 72 in Aussicht gestellten Wahlgesetzes gemäß Artikel 115 suspendiert. Da dieses Gesetz noch nicht ergangen ist, so gilt noch die Verordnung vom 30. Mai 1849.

Artikel 73.

Die Legislaturperiode des Hauses der Abgeordneten dauert fünf Jahre.

Artikel 74.

Zum Abgeordneten der zweiten Kammer ist jeder Preuße wählbar, der das dreißigste Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte infolge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits drei Jahre dem preußischen Staatsverbande angehört hat.

Der Präsident und die Mitglieder der Ober-Rechnungskammer können nicht Mitglieder eines der beiden Häuser des Landtages sein.

Artikel 75.

Die Kammern werden nach Ablauf ihrer Legislatur-Periode neu gewählt. Ein Gleiches geschieht im Falle der Auflösung. In beiden Fällen sind die bisherigen Mitglieder wieder wählbar.

Artikel 76.

Die beiden Häuser des Landtages der Monarchie werden durch den König regelmäßig in dem Zeitraum von dem Anfange des Monats November jeden Jahres bis zur Mitte des folgenden Januar und außerdem, so oft es die Umstände erheischen, einberufen.

Artikel 77.

Die Eröffnung und die Schließung der Kammern geschieht durch den König in Person oder durch einen dazu von ihm beauftragten Minister in einer Sitzung der vereinigten Kammern.

Beide Kammern werden gleichzeitig berufen, eröffnet, vertagt und geschlossen.

Wird eine Kammer aufgelöst, so wird die andere gleichzeitig vertagt.

Artikel 78.

Jede Kammer prüft die Legitimation ihrer Mitglieder und entscheidet darüber. Sie regelt ihren Geschäftsgang und ihre Disziplin durch eine Geschäftsordnung und erwählt ihren Präsidenten, ihre Vicepräsidenten und Schriftführer.

Beamte bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in die Kammer.

Wenn ein Kammermitglied ein besoldetes Staatsamt annimmt oder im Staatsdienste in ein Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höheres Gehalt verbunden ist, so verliert es Sitz und Stimme in der Kammer und kann seine Stelle in derselben nur durch neue Wahl wieder erlangen.

Niemand kann Mitglied beider Kammern sein.

Artikel 79.

Die Sitzungen beider Kammern sind öffentlich. Jede Kammer tritt auf den Antrag ihres Präsidenten oder von zehn Mitgliedern zu einer geheimen Sitzung zusammen, in welcher dann zunächst über diesen Antrag zu beschließen ist.

Artikel 80.

Keine der beiden Kammern kann einen Beschluß fassen, wenn nicht die Mehrheit der gesetzlichen Anzahl ihrer Mitglieder anwesend ist. Jede Kammer faßt ihre Beschlüsse nach absoluter Stimmenmehrheit, vorbehaltlich der durch die Geschäftsordnung für Wahlen etwa zu bestimmenden Ausnahmen.

Das Herrenhaus kann keinen Beschluß fassen, wenn nicht mindestens sechzig der nach Maßgabe der Verordnung vom 12. Oktober 1854 (Gesetz-Samml. S. 541 bis 544) zu Sitz und Stimme berufenen Mitglieder anwesend sind.

Artikel 81.

Jede Kammer hat für sich das Recht, Adressen an den König zu richten.

Niemand darf den Kammern oder einer derselben in Person eine Bittschrift oder Adresse überreichen.

Jede Kammer kann die an sie gerichteten Schriften an die Minister überweisen und von denselben Auskunft über eingehende Beschwerden verlangen.

Artikel 82.

Eine jede Kammer hat die Befugnis, behufs ihrer Information Kommissionen

zur Untersuchung von Thatsachen zu ernennen.

Artikel 83.

Die Mitglieder beider Kammern sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie stimmen nach ihrer freien Ueberzeugung und sind an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden.

Artikel 84.

Sie können für ihre Abstimmungen in der Kammer niemals, für ihre darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Kammer auf den Grund der Geschäftsordnung (Artikel 78) zur Rechenschaft gezogen werden.

Kein Mitglied einer Kammer kann ohne deren Genehmigung während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages nach derselben ergriffen wird.

Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden notwendig.

Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Kammer und eine jede Untersuchungs- oder Civilhaft wird für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben, wenn die betreffende Kammer es verlangt.

Artikel 85.

Die Mitglieder der zweiten Kammer erhalten aus der Staatskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Ein Verzicht hierauf ist unstatthaft.

Hier gilt ebenfalls das zu Artikel 70 bis 72 Bemerkte.

Titel VI.

Von der richterlichen Gewalt.

Die in diesem Titel enthaltenen Vorschriften bezwecken hauptsächlich die Trennung der Justiz von der Verwaltung und die Ausschließung der sogenannten Kabinettsjustiz im Interesse einer unparteiischen und gerechten Rechtspflege.

Die Richter sind deshalb in weit höherem Maße gegen willkürliche Uebergriffe der Verwaltungsbehörden sichergestellt als andere Staatsbeamte. Sie werden vom König auf Lebenszeit ernannt und können nur unter den gesetzlichen Voraussetzungen und Formen abgesetzt, versetzt oder in den Ruhestand versetzt werden. Sie üben die richterliche Gewalt zwar im Namen des Königs aus, aber sie sind hierbei nur der Autorität der Gesetze unterworfen; ihre Entscheidungen und Urteile können weder im Verwaltungswege abgeändert werden, noch unterliegen sie einer Bestätigung. Die einzige Ausnahme hiervon bildet das Begnadigungsrecht des Königs zur Milderung und Aufhebung von Strafurteilen.

Diese leitenden Grundsätze der Verfassungs-Urkunde sind in die Reichsgesetzgebung übergegangen; dagegen sind die Einzelbestimmungen des Titel V zum großen Teil durch die entsprechenden Reichsgesetze, namentlich das Gerichts-Verfassungs-Gesetz vom 27. Januar 1877 hinfällig geworden.

Artikel 86.

Die richterliche Gewalt wird im Namen des Königs durch unabhängige, keiner anderen Autorität als der des Gesetzes unterworfene Gerichte ausgeübt.

Die Urteile werden im Namen des Königs ausgefertigt und vollstreckt.

Dieser Artikel ist ersetzt durch § 1 des Ger.-Verf.-Ges.

Artikel 87.

Die Richter werden vom Könige oder in dessen Namen auf ihre Lebenszeit ernannt.

Sie können nur durch Richterspruch aus Gründen, welche die Gesetze vorgesehen haben, ihres Amtes entsetzt oder zeitweise enthoben werden. Die vorläufige Amtssuspension, welche nicht kraft des Gesetzes eintritt, und die unfreiwillige Versetzung an eine andere Stelle oder in den Ruhestand können nur aus den Ursachen und unter den Formen, welche im Gesetze angegeben sind, und nur auf Grund eines richterlichen Beschlusses erfolgen.

Auf die Versetzungen, welche durch Veränderungen in der Organisation der Gerichte oder ihrer Bezirke nötig werden, finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

Artikel 87a.

Bei der Bildung gemeinschaftlicher Gerichte für Preußische Gebietsteile und Gebiete anderer Bundesstaaten sind Abweichungen von den Bestimmungen des Artikels 86 und des ersten Absatzes im Artikel 87 zulässig.

Artikel 88

ist aufgehoben.

Artikel 89.

Die Organisation der Gerichte wird durch das Gesetz bestimmt.

Artikel 90.

Zu einem Richteramte darf nur der berufen werden, welcher sich zu demselben nach Vorschrift der Gesetze befähigt hat.

Artikel 91.

Gerichte für besondere Klassen von Angelegenheiten, insbesondere Handels- und Gewerbegerichte sollen im Wege der Gesetzgebung an den Orten errichtet werden, wo das Bedürfnis solche erfordert.

Die Organisation und Zuständigkeit solcher Gerichte, das Verfahren bei denselben, die Ernennung ihrer Mitglieder, die besonderen Verhältnisse der letzteren und die Dauer ihres Amtes werden durch das Gesetz festgestellt.

Artikel 92.

Es soll in Preußen nur Ein oberster Gerichtshof bestehen.

Artikel 93.

Die Verhandlungen vor dem erkennenden Gerichte in Civil- und Strafsachen sollen öffentlich sein. Die Oeffentlichkeit kann jedoch durch einen öffentlich zu verkündenden Beschluß des Gerichts ausgeschlossen werden, wenn sie der Ordnung oder den guten Sitten Gefahr droht.

In anderen Fällen kann die Oeffentlichkeit nur durch Gesetze beschränkt werden.

Ersetzt durch § 170 ff. des Ger.-Verf.-Ges.

Artikel 94.

Bei Verbrechen erfolgt die Entscheidung über die Schuld des Angeklagten durch Geschworene, insoweit ein mit vorheriger Zustimmung der Kammern erlassenes Gesetz nicht Ausnahmen bestimmt. Die Bildung des Geschworenengerichts regelt das Gesetz.

Artikel 95.

Es kann durch ein mit vorheriger Zustimmung der Kammern zu erlassendes Gesetz ein besonderer Gerichtshof errichtet werden, dessen Zuständigkeit die Verbrechen des Hochverrats und diejenigen Verbrechen gegen die innere und äußere Sicherheit des Staats, welche ihm durch das Gesetz überwiesen werden, begreift.[1])

Artikel 96.

Die Kompetenz der Gerichte und Verwaltungsbehörden wird durch das Gesetz bestimmt. Ueber Kompetenzkonflikte zwi-

[1]) An Stelle des Artikel 95 gilt jetzt Straf-Ges.-Buch §§ 80—93, Ger.-Verf.-Ges. § 136, Straf-Proz.-Ord. § 484.

schen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden entscheidet ein durch das Gesetz bezeichneter Gerichtshof.

Artikel 97.

Die Bedingungen, unter welchen öffentliche Civil- und Militärbeamte wegen durch Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse verübter Rechtsverletzungen gerichtlich in Anspruch genommen werden können, bestimmt das Gesetz. Eine vorgängige Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde darf jedoch nicht verlangt werden.

Titel VII.

Von den nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten.

Das in diesem Titel verheißene Gesetz über die Rechtsverhältnisse der nicht richterlichen Beamten ist nicht ergangen. Die in dieser Beziehung geltenden Bestimmungen sind in einer Anzahl von einzelnen Gesetzen zerstreut. Eine Zusammenstellung derselben folgt unten.

Artikel 98.

Die besonderen Rechtsverhältnisse der nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten, einschließlich der Staatsanwälte, sollen durch ein Gesetz geregelt werden, welches, ohne die Regierung in der Wahl der ausführenden Organe zweckwidrig zu beschränken, den Staatsbeamten gegen willkürliche Entziehung von Amt und Einkommen angemessenen Schutz gewährt.

Titel VIII.

Von den Finanzen.

Das Finanzwesen umfaßt die Einnahmen und Ausgaben des Staates. Beide werden alljährlich im voraus veranschlagt; auf Grund dieses Voranschlages wird dann der Staatshaushalts-Etat aufgestellt und durch Gesetz festgestellt. Die Einnahmen des Staates bestehen aus:

1. den Einkünften des Staatsvermögens (Fiskus). Dieses setzt sich zusammen aus den Domänen, Staatsforsten, öffentlichen Straßen, Flüssen, Häfen, Gebäuden, gewerblichen Anlagen (Staatseisenbahnen, Bergwerke, Hüttenwerke, Porzellanmanufaktur, Seehandlung, Leihamt u. a.), und Kapitalien;

2. den Regalien und Gebühren. Regale sind: das Recht des Staates auf herrenlose Gegenstände, das Bernsteinregal und das Lotterieregal. Gebühren sind: Gerichtskosten, Wege- und Brückengelder, Schulgeld u. a.;

3. den Steuern.

Die Ausgaben entfallen auf die einzelnen Zweige der Verwaltung: also allgemeine Staatsverwaltung, Justiz, Eisenbahnen u. s. w.

Dem Staatsvermögen stehen die Staatsschulden gegenüber. Ist eine Staatsschuld aufgenommen, um ein „Defizit" zu decken, welches dadurch entstanden ist, daß die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, so heißt sie „Finanzschuld". Soll die Schuld aufgenommen werden, um Eisenbahnen, Kanäle und andere Anlagen zu bauen, so nennt man

sie „Anlageschuld". Die Aufnahme der Staatsschulden (Anleihen) erfolgt durch Ausgabe von Inhaberpapieren (Staatsschuldverschreibungen, Obligationen). Die Staatsschuldverschreibungen lauten auf einen bestimmten Betrag (Nennwert, Nominalwert); hiervon verschieden ist der wirkliche Verkehrs- und Verkaufswert (Kurswert). Derselbe ist hauptsächlich abhängig von dem Zinsfuß und dem Staatskredit. In der Regel bleibt der Kurswert einige Prozent hinter dem Nennwert zurück.

Die Besitzer von preußischen konsolidierten Staatsschuldverschreibungen können sich noch einen besonderen Schutz gegen den Verlust derselben verschaffen, indem sie dieselben der Staatsschuldenverwaltung einreichen und sich als Gläubiger des Staates für einen gleich hohen Wert in das „Staatsschuldbuch" eintragen lassen. Die preußischen Staatsschuldverschreibungen genießen besondere Vorrechte, indem sie als pupillarisch sicher gelten und deshalb zur Anlage von Sparkassen- und Mündelgeldern verwendet werden können.

Artikel 99.

Alle Einnahmen und Ausgaben des Staats müssen für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden.

Artikel 100.

Steuern und Abgaben für die Staatskasse dürfen nur, soweit sie in den Staatshaushalts-Etat aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind, erhoben werden.

Artikel 101.

In betreff der Steuern können Bevorzugungen nicht eingeführt werden.

Die bestehende Steuergesetzgebung wird einer Revision unterworfen und dabei jede Bevorzugung abgeschafft.

Artikel 102.

Gebühren können Staats- oder Kommunalbeamte nur auf Grund des Gesetzes erheben.

Artikel 103.

Die Aufnahme von Anleihen für die Staatskasse findet nur auf Grund eines Gesetzes statt. Dasselbe gilt von der Uebernahme von Garantieen zu Lasten des Staats.

Artikel 104.

Zu Etats-Ueberschreitungen ist die nachträgliche Genehmigung der Kammern erforderlich.

Die Rechnungen über den Staatshaushalts-Etat werden von der Ober-Rechnungskammer geprüft und festgestellt. Die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt jeden Jahres, einschließlich einer Uebersicht der Staatsschulden, wird mit den Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer zur Entlastung der Staatsregierung den Kammern vorgelegt.

Ein besonderes Gesetz wird die Einrichtung und die Befugnisse der Ober-Rechnungskammer bestimmen.

Titel IX.

Von den Gemeinden, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Verbänden.

In Gemäßheit der auf Grund des Art. 105 zahlreich ergangenen Gesetze wird die Verwaltung in Preußen teils durch Staatsbehörden, teils durch Organe der Selbstverwaltung ausgeübt.

A. Die Staatsbehörden sind: I. Zentralbehörden, II. Provinzial-, Bezirks- und Kreisbehörden, III. Ortsbehörden.

I. Die Zentralbehörden sind: 1. Staatsrat, 2. Staatsministerien, 3. das Oberverwaltungsgericht, 4. die Oberrechnungskammer, 5. der evangelische Oberkirchenrat.

1. Der Staatsrat hat im wesentlichen nur eine beratende und begutachtende Thätigkeit und tritt deshalb auch wenig hervor. Er setzt sich zusammen: a) aus den Prinzen des Kgl. Hauses, sobald sie das 18. Lebensjahr erreicht haben. b) aus den Ministern, den Feldmarschällen, dem Präsidenten der Oberrechnungskammer, den Chefs des Militär- und Civilkabinetts und den in Berlin anwesenden Oberpräsidenten und kommandierenden Generalen. c) aus Staatsdienern, die durch besonderes Vertrauen des Königs in den Staatsrat berufen sind.

2. Von den Ministerien ist unter Titel IV die Rede gewesen.

3. Das Oberverwaltungsgericht hat die Aufgabe, eine einheitliche Rechtsprechung auf dem Gebiete des öffentlichen Rechtes herbeizuführen und zu erhalten. Insbesondere steht ihm als oberster Gerichtshof in dieser Beziehung die endgültige Entscheidung in Sachen der Einkommen-, Ergänzungs- und Gewerbesteuern zu.

4. Die Oberrechnungskammer ist die oberste Prüfungsinstanz für das gesamte Finanz- und Rechnungswesen in Preußen.

5. Der evangelische Oberkirchenrat ist die oberste Kirchenbehörde der Landeskirche; er vertritt und verwaltet dieselbe namentlich in vermögensrechtlicher Beziehung.

II. Provinzialbehörden sind der Oberpräsident und der Provinzialrat. Der erstere führt die Verwaltung der gesamten Provinz und die Aufsicht über deren Behörden. Zu seiner Unterstützung ist ihm der Provinzialrat beigeordnet, dessen Vorsitzender er ist und dessen Mitglieder (6) bis auf eines, welches höherer Verwaltungsbeamter ist, aus solchen in der Provinz ansässigen Personen vom Provinziallandtag gewählt werden, die in den letzteren wählbar sind.

Die Bezirksbehörden sind Bezirksregierung, Regierungspräsident und Bezirksausschuß. Die erstere ist geteilt in drei Abteilungen, nämlich a) des Innern, b) für Kirchen- und Schulsachen, c) für direkte Steuern, Domänen und Forsten. Jede Abteilung erledigt die ihr zugeteilten Verwaltungssachen unter Leitung eines Abteilungsdirigenten (Oberregierungsrates) kollegialisch durch Beschluß. Der Regierungspräsident, welchem die gesamte Regierung unterstellt ist, und welcher zugleich Dirigent der ersten Abteilung ist, hat die Befugnis, die Beschlüsse der Abteilungen selbständig aufzuheben und andere Verfügungen an deren

Stelle zu erlassen. Dem Regierungspräsidenten ist der Bezirksausschuß beigeordnet. Derselbe besteht aus dem Regierungspräsidenten als Vorsitzenden, 2 vom König auf Lebenszeit ernannten und 4 vom Provinzialausschuß gewählten Mitgliedern.

Die Kreisbehörden sind der Landrat und der Kreisausschuß und (in Städten) Stadtausschuß. Dem Landrat untersteht die Verwaltung des Kreises unter Mitwirkung des aus Kreiseingesessenen zu wählenden Kreisausschusses. Der Stadtausschuß besteht aus Mitgliedern des Magistrates und wird von diesem gewählt. Der Vorsitzende des Kreisausschusses ist der Landrat, der Vorsitzende des Stadtausschusses der Bürgermeister.

III. Gemeindebehörden sind in Stadtgemeinden Bürgermeister und Magistrat, in Landgemeinden der Ortsvorsteher (Schulze).

B. Die Selbstverwaltung beruht auf der Einteilung der Monarchie in Provinzen, Kreise und Gemeinden. (Eine besondere Stellung nehmen der Stadtkreis Berlin und der Regierungsbezirk Sigmaringen ein.)

I. Die Selbstverwaltung der Provinz wird unter Aufsicht des Provinziallandtages von dem Provinzialausschuß und dem Landeshauptmann ausgeübt. Der Provinziallandtag besteht aus Abgeordneten, von denen jeder Kreis je nach seiner Einwohnerzahl einen oder mehrere entsendet. Der Provinziallandtag ist der Vertreter der ganzen Provinz, er stellt den Provinzialhaushalt fest, beschließt über Anleihen, Erhebung von Abgaben und hat die Aufsicht über die Vermögensverwaltung der Provinz. Der Provinzialausschuß besteht aus 7—13 vom Provinziallandtag zu wählenden Mitgliedern, er beschließt über die Ausführung der Provinzialverwaltung. Die Ausführung selbst geschieht durch den Landesdirektor (Landeshauptmann), welcher vom Provinziallandtage gewählt und vom Könige bestätigt wird.

Die Organe der Kreisverwaltung sind der Landrat, der Kreistag und der Kreisausschuß. Der Kreistag ist der Vertreter des Kreises und hat als solcher über die Kreisangelegenheiten zu beraten und zu beschließen. Die Kreistagsabgeordneten werden nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl von den Stadt- und Landgemeinden gewählt. Die Vertreter des Landes werden zur einen Hälfte von den vereinigten Landgemeinden, zur anderen Hälfte von den größeren Grundbesitzern und Gewerbetreibenden entsendet. Die Verwaltung des Kreises wird vom Kreisausschuß unter Vorsitz des Landrates geführt. Der Kreisausschuß, welchem in Städten der Stadtausschuß entspricht, besteht aus dem Landrat und 6 vom Kreistage zu wählenden Mitgliedern.

Die Selbstverwaltung der Gemeinden ist in Stadt- und Landgemeinden verschieden. Die Organe der Stadtverwaltung sind: Stadt-

verordnetenversammlung, Magistrat und Bürgermeister. Die Stadtverordnetenversammlung vertritt die Stadtgemeinde und überwacht deren Verwaltung, namentlich die des Stadtvermögens und beschließt über Aufbringung der Gemeindesteuern, Abnahme der Gemeinderechnung und Aufstellung des Etats. Sie wird von den Bürgern nach dem Dreiklassenwahlsystem gewählt und muß zur Hälfte aus Hausbesitzern bestehen. Der Magistrat ist die eigentliche Verwaltungsbehörde. Seine Mitglieder, die sämtlich von der Stadtverordnetenversammlung gewählt werden, sind der Bürgermeister, ein Beigeordneter, (in größeren Städten zweiter Bürgermeister) und Stadträte (Ratsherren, Senatoren). Die letzteren sind entweder besoldet oder unbesoldet.

In Landgemeinden wird die Gemeindeverwaltung von der Gemeindeversammlung (in größeren Orten Gemeindevertretung), dem Ortsvorsteher (Schulzen) und 2 Schöffen geführt. Ortsvorsteher und Schöffen sind die ausführenden, die Gemeindeversammlung das aufsichtsführende Organ der Gemeindeverwaltung.

Artikel 105.

Die Vertretung und Verwaltung der Gemeinden, Kreise und Provinzen des Preußischen Staats wird durch besondere Gesetze näher bestimmt.

Allgemeine Bestimmungen.

Die Gesetze erlangen Gültigkeit und verbindliche Kraft mit dem 14. Tage nach Ablauf desjenigen Tages, an welchem das Stück der Gesetzsammlung, in dem sie enthalten sind, in Berlin ausgegeben ist. Auf jedem Stück der Gesetzsammlung ist deshalb der Tag der Ausgabe vermerkt. Wenn die Gesetze selbst eine Bestimmung über den Anfang ihrer Gültigkeit enthalten, so geht diese vor.

Artikel 106.

Gesetze und Verordnungen sind verbindlich, wenn sie in der vom Gesetze vorgeschriebenen Form bekannt gemacht worden sind.

Die Prüfung der Rechtsgültigkeit gehörig verkündeter Königlicher Verordnungen steht nicht den Behörden, sondern nur den Kammern zu.

Artikel 107.

Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung abgeändert werden, wobei in jeder Kammer die gewöhnliche absolute Stimmenmehrheit bei zwei Abstimmungen, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens einundzwanzig Tagen liegen muß, genügt.

Artikel 108.

Die Mitglieder der beiden Kammern und alle Staatsbeamten leisten dem Könige den Eid der Treue und des Gehorsams und beschwören die gewissenhafte Beobachtung der Verfassung.

Eine Vereidigung des Heeres auf die Verfassung findet nicht statt.

Artikel 109.

Die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben, und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetzbücher, einzelnen

Gesetze und Verordnungen, welche der gegenwärtigen Verfassung nicht zuwiderlaufen, bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden.

Artikel 110.

Alle durch die bestehenden Gesetze angeordneten Behörden bleiben bis zur Ausführung der sie betreffenden organischen Gesetze in Thätigkeit.

Artikel 111.

Für den Fall eines Krieges oder Aufruhrs können bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Artikel 5, 6, 7, 27, 28, 29, 30 und 36 der Verfassungs-Urkunde zeit- und distriktsweise außer Kraft gesetzt werden. Das nähere bestimmt das Gesetz.

Uebergangsbestimmungen.

Artikel 112.

Bis zum Erlaß des im Artikel 26 vorgesehenen Gesetzes bewendet es hinsichtlich des Schul- und Unterrichtswesens bei den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

Artikel 113.

Vor der erfolgten Revision des Strafrechts wird über Vergehen, welche durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung begangen werden, ein besonderes Gesetz ergehen.

Vergl. das Gesetz über die Presse vom 7. Mai 1874.

Artikel 114

ist aufgehoben.

Artikel 115.

Bis zum Erlasse des im Artikel 72 vorgesehenen Wahlgesetzes bleibt die Verordnung vom 30. Mai 1849, die Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer betreffend, in Kraft.

Artikel 116.

Die noch bestehenden beiden obersten Gerichtshöfe sollen zu einem einzigen vereinigt werden. Die Organisation erfolgt durch ein besonderes Gesetz.

Artikel 117.

Auf die Ansprüche der vor Verkündigung der Verfassungs-Urkunde etatsmäßig angestellten Staatsbeamten soll im Staatsdienergesetz besondere Rücksicht genommen werden.

Artikel 118.

Sollten durch die für den deutschen Bundesstaat auf Grund des Entwurfs vom 26. Mai 1849 festzustellende Verfassung Abänderungen der gegenwärtigen Verfassung nötig werden, so wird der König dieselben anordnen und diese Anordnungen den Kammern bei ihrer nächsten Versammlung mitteilen.

Die Kammern werden dann Beschluß darüber fassen, ob die vorläufig angeordneten Abänderungen mit der Verfassung des deutschen Bundesstaats in Uebereinstimmung stehen.

Artikel 119.

Das im Artikel 54 erwähnte eidliche Gelöbnis des Königs, sowie die vorgeschriebene Vereidigung der beiden Kammern und aller Staatsbeamten, erfolgen sogleich nach der auf dem Wege der Gesetzgebung vollendeten gegenwärtigen Revision dieser Verfassung (Artikel 62 und 108).

Verordnung
wegen Bildung der Ersten Kammer.

Vom 12. Oktober 1854.

§ 1. Die erste Kammer besteht:
1. aus den Prinzen Unseres Königlichen Hauses, welche Wir, sobald sie in Gemäßheit Unserer Hausgesetze die Großjährigkeit erreicht haben, in die erste Kammer zu berufen, Uns vorbehalten;
2. aus Mitgliedern, welche mit erblicher Berechtigung,
3. aus Mitgliedern, welche auf Lebenszeit von Uns berufen sind.

§ 2. Mit erblicher Berechtigung gehören zur ersten Kammer:
1. die Häupter der Fürstlichen Häuser von Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen;
2. die nach der Deutschen Bundes-Akte vom 8. Juni 1815 zur Standschaft berechtigten Häupter der vormaligen Deutschen reichsständischen Häuser in Unseren Landen;
3. die übrigen nach Unserer Verordnung vom 3. Februar 1847 zur Herren-Kurie des Vereinigten Landtags berufenen Fürsten, Grafen und Herren.

Außerdem gehören mit erblicher Berechtigung zur ersten Kammer diejenigen Personen, welchen das erbliche Recht auf Sitz und Stimme in der ersten Kammer von Uns durch besondere Verordnung verliehen wird. Das Recht hierzu wird in der durch die Verleihungs-Urkunde festgesetzten Folgeordnung vererbt.

§ 3. Als Mitglieder auf Lebenszeit wollen Wir berufen:
1. Personen, welche Uns in Gemäßheit der folgenden Paragraphen präsentiert werden;
2. die Inhaber der vier großen Landes-Aemter im Königreich Preußen;
3. einzelne Personen, welche Wir aus besonderem Vertrauen ausersehen. Aus denselben wollen Wir „Kron-Syndici" bestellen, welchen Wir wichtige Rechtsfragen zur Begutachtung vorlegen, imgleichen die Prüfung und Erledigung rechtlicher Angelegenheiten des Hauses anvertrauen werden.

§ 4. Das Präsentationsrecht steht zu:
1. den nach Unserer Verordnung vom 3. Februar 1847 zur Herren-Kurie des Vereinigten Landtags berufenen Stiftern;
2. dem für jede Provinz zu bildenden Verbande der darin mit Rittergütern angesessenen Grafen, für je einen zu Präsentierenden;
3. den Verbänden der durch ausgebreiteten Familienbesitz ausgezeichneten Geschlechter, welche Wir mit diesem Recht begnadigen;
4. den Verbänden des alten und des befestigten Grundbesitzes;
5. einer jeden Landes-Universität;
6. denjenigen Städten, welchen Wir dieses Recht besonders beilegen.

§ 5. Die von den Stiftern zu präsentierenden Vertreter werden von den Mitgliedern derselben aus ihrer Mitte, die von den Universitäten zu präsentierenden von dem akademischen Senate aus der

Zahl der ordentlichen Professoren, die von den Städten zu repräsentierenden von dem Magistrate, oder in Ermangelung eines kollegialischen Vorstandes von den übrigen kommunalverfassungsmäßigen Vertretern der Stadt aus der Zahl der Magistrats-Mitglieder erwählt.

§ 6. Die näheren reglementarischen Bestimmungen wegen Bildung der Verbände des alten und des befestigten Grundbesitzes — Landschaftsbezirke — (§ 4 Nr. 4) und wegen Ausübung des Präsentationsrechts (§ 4 Nr. 1 bis 6) werden von Uns erlassen.

§ 7. Das Recht auf Sitz und Stimme in der ersten Kammer kann nur von Preußischen Unterthanen ausgeübt werden, welche sich im Vollbesitze der bürgerlichen Rechte befinden, ihren Wohnsitz innerhalb Preußen haben und nicht im aktiven Dienste eines außerdeutschen Staates stehen.

Ferner ist dazu — außer bei den Prinzen Unseres Königlichen Hauses — ein Alter von dreißig Jahren erforderlich.

§ 8. Das Recht der Mitgliedschaft der ersten Kammer erlischt bei denjenigen Mitgliedern, welche in Gemäßheit der §§ 4 bis 6 präsentiert werden, mit dem Verluste der Eigenschaft, in welcher die Präsentation erfolgt ist.

§ 9. Das Recht der Mitgliedschaft der ersten Kammer geht außer den Fällen der §§ 12 und 21 des Strafgesetzbuchs verloren, wenn die Kammer durch einen von Uns bestätigten Beschluß einem Mitgliede das Anerkenntnis unverletzter Ehrenhaftigkeit oder eines der Würde der Kammer entsprechenden Lebenswandels oder Verhaltens versagt.

§ 10. Wenn die Kammer mit Rücksicht auf eine gegen ein Mitglied eingeleitete Untersuchung oder aus sonstigen wichtigen Gründen der Ansicht ist, daß demselben die Ausübung des Rechts auf Sitz und Stimme zeitweise zu untersagen sei, so ist zu dieser Maßregel Unsere Genehmigung erforderlich.

§ 11. Hat ein Mitglied der ersten Kammer das Recht der Mitgliedschaft verloren, so wird, falls dieselbe auf erblicher Berechtigung beruht, wegen der Wahl eines anderen Mitgliedes der betreffenden Familie von Uns Bestimmung getroffen werden. Wenn ein solches Mitglied in Gemäßheit der §§ 4 bis 6 präsentiert worden ist, so werden Wir eine anderweite Präsentation anordnen.

Verordnung
über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten zur Zweiten Kammer.

Vom 30. Mai 1849.

Vorbemerkung.

Das Wahlrecht ist eins der wichtigsten Rechte des preußischen Staatsbürgers. Es ist zu unterscheiden das aktive und das passive Wahlrecht.

Aktiv wahlberechtigt ist jeder selbständige Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet hat, sich im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln bezieht und in der Gemeinde seit 6 Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. Als Armenunterstützung gelten die von den Krankenkassen und den Unfallberufsgenossenschaften gezahlten Beträge nicht, ebenso wenig wie Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit. Bei den Militärpersonen mit Ausnahme der Militärbeamten ruht das aktive Wahlrecht.

Passiv wahlberechtigt ist jeder Preuße, der das 30. Lebensjahr vollendet hat, sich im Vollbesitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet und bereits ein Jahr lang dem preußischen Staatsverbande angehört. Selbständigkeit wird hier nicht ausdrücklich verlangt, doch sind z. B. Personen, welche sich im Konkurse befinden, nicht wählbar.

Die Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses dauert 5 Jahre. daß zunächst von Urwählern Wahlmänner und von diesen dann die Abgeordneten gewählt werden. Die Wahl der Wahlmänner (Urwahl) geht in Urwahlbezirken vor sich; die der Abgeordneten in Wahlbezirken. Zu diesem Zwecke werden die Wahlbezirke, welche nebst den Wahlorten gesetzlich festgestellt sind (siehe Nr. VII) durch die Landräte oder in Gemeinden mit mehr als 1749 Seelen von den Gemeindebehörden in Urwahlbezirke zerlegt, welche nicht weniger als 750 und nicht mehr als

1749 Seelen zählen dürfen. Innerhalb des Urwahlbezirkes werden die Urwähler nach Maßgabe der von ihnen entrichteten direkten Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in 3 Abteilungen geteilt und zwar derart, daß in jede Abteilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fällt. Die direkten Staatssteuern sind: Grund- und Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, Wandergewerbesteuer, Einkommensteuer und Ergänzungssteuer. Für jede nicht zur Staatseinkommensteuer veranlagte Person ist an Stelle dieser Steuer ein Betrag von 3 Mark in Ansatz zu bringen.

Die erste Abteilung umfaßt diejenigen Urwähler, auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Ablaufe eines Drittels des Gesamtbetrages aller Steuern entfallen. Die zweite Abteilung umfaßt die Urwähler innerhalb des nächsten Drittels des Gesamtsteuerbetrages. Die dritte Abteilung umfaßt die am niedrigsten und gar nicht Besteuerten. Auf je 250 Seelen ist ein Wahlmann zu wählen und zwar von jeder Abteilung ein Drittel der im Urwahlbezirk zu wählenden. Ist die Zahl derselben nicht durch 3 teilbar, so ist, wenn nur ein Wahlmann übrig bleibt, dieser von der zweiten Abteilung zu wählen. Bleiben zwei Wahlmänner übrig, so wählt die erste und dritte Abteilung je einen. Die Berechtigung zu den Urwahlen wird durch öffentliche Auslegung der Urwählerlisten während dreier Tage festgestellt. Innerhalb dreier Tage nach der Auslegung können gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Liste Einwendungen erhoben werden.

Zu dem durch den Minister des Innern festgesetzten Urwahltage werden die Urwähler durch ortsübliche Bekanntmachung einberufen. Die Leitung der Wahl liegt einem Wahlvorsteher ob, welcher von der Behörde ernannt wird, und der einen Protokollführer sowie 3—6 Beisitzer aus der Zahl der Urwähler ernennt und durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet. Die Urwahl geschieht durch Stimmenabgabe zu Protokoll. Wahlberechtigt ist jeder Urwähler des Urwahlbezirks ohne Rücksicht auf die Abteilung; absolute Mehrheit entscheidet. Unter Protest oder unter Vorbehalt abgegebene Stimmen sind ungültig. Der gewählte Wahlmann muß sich über Annahme oder Ablehnung der Wahl erklären; eine Annahme unter Protest oder Vorbehalt gilt als Ablehnung und zieht eine Ersatzwahl nach sich. Die Urwahlprotokolle werden von dem Wahlvorsteher dem Wahlkommissar eingereicht, welcher ein Verzeichnis der Wahlmänner aufstellt und veröffentlicht.

In gleicher Weise erfolgt dann die Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner.

§ 1. Die Abgeordneten der zweiten Kammer werden von Wahlmännern in Wahlbezirken, die Wahlmänner von den Urwählern in Urwahlbezirken gewählt.

§ 2 ist aufgehoben.

§ 3 ist aufgehoben.

§ 4. Auf jede Vollzahl von 250 Seelen ist ein Wahlmann zu wählen.

§ 5. Gemeinden von weniger als 750 Seelen, sowie nicht zu einer Gemeinde gehörende bewohnte Besitzungen, werden von dem Landrate mit einer oder mehreren benachbarten Gemeinden zu einem Urwahlbezirke vereinigt.

§ 6. Gemeinden von 1750 oder mehr als 1750 Seelen werden von der Gemeinde-Verwaltungsbehörde in mehrere Urwahlbezirke geteilt. Diese sind so einzurichten, daß höchstens 6 Wahlmänner darin zu wählen sind.

§ 7. Die Urwahlbezirke müssen, soweit es thunlichst ist, so gebildet werden, daß die Zahl der in einem jeden derselben zu wählenden Wahlmänner durch drei teilbar ist.

§ 8. Jeder selbständige Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet, und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte infolge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, sofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält.

§ 9. Die Militärpersonen des stehenden Heeres und die Stamm-Mannschaften der Landwehr wählen an ihrem Standorte, ohne Rücksicht darauf, wie lange sie sich an demselben vor der Wahl aufgehalten haben. Sie bilden, wenn sie in der Zahl von 750 Mann oder darüber, zusammenstehen, einen oder mehrere besondere Wahlbezirke. Landwehrpflichtige, welche zur Zeit der Wahlen zum Dienste einberufen sind, wählen an dem Orte ihres Aufenthaltes für ihren Heimatsbezirk.

§ 10.[1])

§ 11 hat keine Bedeutung mehr.

§ 12. Die erste Abteilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Dritteils der Gesamtsteuer (§ 10) fallen.

Die zweite Abteilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die nächst niedrigeren Steuerbeträge bis zur Grenze des zweiten Dritteils fallen.

Die dritte Abteilung besteht aus den am niedrigsten besteuerten Urwählern, auf welche das dritte Dritteil fällt.[2])

§ 13 hat keine Bedeutung mehr.

§ 14. Jede Abteilung wählt ein Drittteil der zu wählenden Wahlmänner.

Ist die Zahl der in einem Urwahlbezirke zu wählenden Wahlmänner nicht durch 3 teilbar, so ist, wenn nur 1 Wahlmann übrig bleibt, dieser von der zweiten Abteilung zu wählen. Bleiben 2 Wahlmänner übrig, so wählt die erste Abteilung den einen und die dritte Abteilung den anderen.

§ 15. In jeder Gemeinde ist sofort ein Verzeichnis der stimmberechtigten Urwähler (Urwählerliste) aufzustellen, in welchem bei jedem einzelnen Namen der Steuerbetrag angegeben wird, den der Urwähler in der Gemeinde oder in dem, aus mehreren Gemeinden zusammengesetzten Urwahlbezirk zu entrichten hat. Dies Verzeichnis ist öffentlich auszulegen, und daß dieses geschehen, in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

Wer die Aufstellung für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies innerhalb dreier Tage nach der Bekanntmachung bei der Ortsbehörde oder dem von derselben dazu ernannten Kommissar oder der dazu niedergesetzten Kommission schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben.

Die Entscheidung darüber steht in den

---

[1]) Ueber die Einteilung der Urwähler für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten vergleiche man jetzt das unten abgedruckte Gesetz, betreffend Aenderungen des Wahlverfahrens vom 29. Juni 1893.

[2]) Man vergleiche auch § 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 29. Juni 1893. (S. 36.)

Städten der Gemeinde-Verwaltungsbehörde, auf dem Lande dem Landrate zu.

In Gemeinden, die in mehrere Urwahlbezirke geteilt sind, erfolgt die Aufstellung der Urwählerlisten nach den einzelnen Bezirken.

---

§ 16. Die Abteilungen (§ 12) werden seitens derselben Behörden festgestellt, welche die Urwahlbezirke abgrenzen (§§ 5, 6).

Eben diese Behörden haben für jeden Urwahlbezirk das Lokal, in welchem die auf den Bezirk bezügliche Abteilungsliste öffentlich auszulegen und die Wahl der Wahlmänner abzuhalten ist, zu bestimmen und den Wahlvorsteher, der die Wahl zu leiten hat, sowie einen Stellvertreter desselben für Verhinderungsfälle zu ernennen.

In Bezug auf die Berichtigung der Abteilungslisten kommen die Vorschriften des § 15 gleichmäßig zur Anwendung.

---

§ 17. Der Tag der Wahl ist von dem Minister des Innern festzusetzen.

---

§ 18. Die Wahlmänner werden in jeder Abteilung aus der Zahl der stimmberechtigten Urwähler des Urwahlbezirks ohne Rücksicht auf die Abteilung gewählt.

Mit Ausnahme des Falles der Auflösung der Kammer, sind die Wahlen der Wahlmänner für die ganze Legislaturperiode dergestalt gültig, daß bei einer erforderlich werdenden Ersatzwahl eines Abgeordneten nur an Stelle der inzwischen durch Tod, Wegziehen aus dem Urwahlbezirk, oder auf sonstige Weise ausgeschiedenen Wahlmänner neue zu wählen sind.

---

§ 19. Die Urwähler sind zur Wahl durch ortsübliche Bekanntmachung zu berufen.

---

§ 20. Der Wahlvorsteher ernennt aus der Zahl der Urwähler des Wahlbezirks einen Protokollführer, sowie 3 bis 6 Beisitzer, welche mit ihm den Wahlvorstand bilden, und verpflichtet sie mittelst Handschlags an Eidesstatt.

---

§ 21. Die Wahlen erfolgen abteilungsweise durch Stimmgebung zu Protokoll, nach absoluter Mehrheit und nach den Vorschriften des Reglements. (§ 32.)

---

§ 22. In der Wahlversammlung dürfen weder Diskussionen stattfinden, noch Beschlüsse gefaßt werden.

Wahlstimmen, unter Protest oder Vorbehalt abgegeben, sind ungültig.

---

§ 23. Ergiebt sich bei der ersten Abstimmung keine absolute Stimmenmehrheit, so findet die engere Wahl statt.

---

§ 24. Der gewählte Wahlmann muß sich über die Annahme der Wahl erklären. Eine Annahme unter Protest oder Vorbehalt gilt als Ablehnung und zieht eine Ersatzwahl nach sich.

---

§ 25. Das Protokoll wird von dem Wahlvorstande (§ 20) unterzeichnet und sofort dem Wahlkommissar (§ 26) für die Wahl der Abgeordneten eingereicht.

---

§ 26. Die Regierung ernennt den Wahlkommissar für jeden Wahlbezirk zur Wahl der Abgeordneten und bestimmt den Wahlort.

---

§ 27. Der Wahlkommissar beruft die Wahlmänner mittelst schriftlicher Einladung zur Wahl der Abgeordneten. Er hat die Verhandlungen über die Urwahlen nach den Vorschriften dieser Verordnung zu prüfen, und wenn er einzelne Wahlakte für ungültig erachten sollte, der Versammlung der Wahlmänner seine Bedenken zur endgültigen Entscheidung vorzutragen. Nach Ausschließung derjenigen Wahlmänner, deren Wahl für ungültig erkannt ist, schreitet die Versammlung sofort zu dem eigentlichen Wahlgeschäfte.

Außer der vorgedachten Erörterung und Entscheidung über die etwa gegen einzelne Wahlakte erhobenen Bedenken dürfen in der Versammlung keine Diskussionen stattfinden, noch Beschlüsse gefaßt werden.

---

§ 28. Der Tag der Wahl der Abgeordneten ist von dem Minister des Innern festzusetzen.

---

§ 29. Zum Abgeordneten ist jeder Preuße wählbar, der das dreißigste Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürger-

lichen Rechte, infolge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses, nicht verloren hat und bereits ein Jahr lang dem preußischen Staatsverbande angehört.

---

§ 30. Die Wahlen der Abgeordneten erfolgen durch Stimmengebung zu Protokoll.

Der Protokollführer und die Beisitzer werden von den Wahlmännern auf den Vorschlag des Wahlkommissarius gewählt und bilden mit diesem den Wahlvorstand.

Die Wahlen erfolgen nach absoluter Stimmenmehrheit. Wahlstimmen, unter Protest oder Vorbehalt abgegeben, sind ungültig.

Ergiebt sich bei der ersten Abstimmung keine absolute Mehrheit, so wird zu einer engeren Wahl geschritten.

---

§ 31. Der gewählte Abgeordnete muß sich über die Annahme oder Ablehnung der auf ihn gefallenen Wahl gegen den Wahlkommissarius erklären. Eine Annahme-Erklärung unter Protest oder Vorbehalt gilt als Ablehnung und hat eine neue Wahl zur Folge.

---

§ 32. Die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen näheren Bestimmungen hat Unser Staatsministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen.

Gesetz,

betreffend

Aenderung des Wahlverfahrens.

Vom 29. Juni 1893.

---

§ 1. Für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten werden die Urwähler nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in drei Abteilungen geteilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abteilung ein Dritteil der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fällt.

Für jede nicht zur Staatseinkommensteuer veranlagte Person ist an Stelle dieser Steuer ein Beitrag von drei Mark zum Ansatz zu bringen.

---

§ 2. Urwähler, welche zu einer Staatssteuer nicht veranlagt sind, wählen in der dritten Abteilung.

Verringert sich infolgedessen die auf die erste und zweite Abteilung entfallende Gesamtsteuersumme, so findet die Bildung dieser Abteilungen in der Art statt, daß von der übrig bleibenden Summe auf die erste und zweite Abteilung je die Hälfte entfällt.

---

§ 3. Wo direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, treten an deren Stelle die vom Staate veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern.

---

§ 4. Auch in Gemeinden, welche in mehrere Urwahlbezirke geteilt sind, wird für jeden Urwahlbezirk eine besondere Abteilungsliste gebildet.

---

§ 5. In den Stadt- und Landgemeinden, in welchen die Bildung der Wählerabteilungen für die Wahlen zur Gemeindevertretung nach dem Maßstabe direkter Steuern stattfindet, werden diese Abteilungen fortan allgemein in der durch die §§ 1 bis 3 für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten vorgeschriebenen Weise gebildet.

Unberührt bleiben die Bestimmungen der Gemeindeverfassungsgesetze, nach denen die Ausübung des Wahlrechts an die Entrichtung bestimmter Steuersätze geknüpft ist oder geknüpft werden kann.

---

§ 6. Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere das Gesetz, betreffend Aenderung des Wahlverfahrens, vom 24. Juni 1891 (Gesetz-Samml. S. 231) werden aufgehoben.

---

§ 7. Bis zum Erlasse des Wahlgesetzes werden die Bestimmungen der Artikel 71 und 115 der Verfassungsurkunde, soweit sie den vorstehenden Bestimmungen entgegenstehen, außer Kraft gesetzt.

---

§ 8. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft, jedoch erhalten § 3 und für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten die Vorschrift des § 1, wonach bei der Bildung der Urwählerabteilungen die direkten Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in Anrechnung zu kommen haben, erst mit dem Inkrafttreten des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern Geltung.

Wahlreglement.

Vom 18. September 1893.

Unter Aufhebung des Reglements vom 4. September 1882 werden zur Ausführung der Verordnung vom 30. Mai 1849, des Gesetzes vom 11. März 1869, des § 2 des Gesetzes vom 23. Juni 1876, des § 10 des Gesetzes vom 18. Februar 1891 und des Gesetzes, betreffend Aenderung des Wahlverfahrens, vom 29. Juni 1893 für den Umfang der Monarchie mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande die folgenden näheren Bestimmungen getroffen.

I. Wahl der Wahlmänner.

§ 1. Die Landräte oder, im Falle des § 6 der Verordnung vom 30. Mai 1849, die Gemeinde-Verwaltungsbehörden, haben die Aufstellung der Urwählerlisten zu veranlassen (§ 15 der Verordnung).

Dieselben Behörden haben gleichzeitig die Urwahl-Bezirke (§§ 5, 6, 7 der Verordnung) abzugrenzen und die Zahl der auf jeden derselben fallenden Wahlmänner (§§ 4, 6, 7 der Verordnung) festzusetzen.

Die Zahl der Wahlmänner des Urwahl-Bezirkes und dessen allgemeine Abgrenzung ist auf der Urwählerliste (§ 3 des Reglements) anzugeben.

§ 2. Kein Urwahl-Bezirk darf weniger als 750 und mehr als 1749 Seelen umfassen.

Bei Berechnung der Seelenzahl sind die zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen der Civilbevölkerung hinzuzuzählen.

Maßgebend ist die bei der letzten allgemeinen Volkszählung ermittelte ortsanwesende Bevölkerung.

Wird danach bei der Bildung der Urwahl-Bezirke die Zusammenlegung von Gemeinden (Orts-Kommunen, selbständigen Gutsbezirken u. s. w.) aus verschiedenen Amtsbezirken der im § 1 des Reglements bezeichneten Behörden erforderlich, so sind hierüber die näheren Anordnungen durch die nächsthöhere Verwaltungsbehörde zu treffen.

Die Bewohner der von ihrem Hauptlande getrennt liegenden Gebietsteile müssen, soweit sie in sich keinen Urwahl-Bezirk bilden können, mit nächstgelegenen Gemeinden ihres Hauptlandes zusammengelegt werden.

Sonst muß jeder Urwahl-Bezirk ein möglichst zusammenhängendes und abgerundetes Ganzes bilden.

§ 3. Die Aufstellung der Urwählerliste liegt der Gemeinde-Verwaltungsbehörde (in selbständigen Gutsbezirken dem Gutsvorsteher) ob. In Gemeinden, die in mehrere Urwahl-Bezirke geteilt sind, erfolgt die Aufstellung der Urwählerlisten nach den einzelnen Bezirken.

Bei jedem einzelnen Namen ist der Betrag der direkten Staatssteuern (Einkommensteuer, Gewerbesteuer einschließlich der Betriebssteuer, Grund- und Gebäudesteuer) anzugeben, den der Urwähler in der Gemeinde oder in dem aus mehreren Gemeinden zusammengesetzten Urwahl-Bezirke zu entrichten hat.

Vom 1. April 1895 ab erstreckt sich der anzusetzende Steuerbetrag nicht nur auf die dann noch zur Hebung gelangenden direkten Staatssteuern (Einkommen- nebst Ergänzungssteuer und Gewerbesteuer für den Gewerbebetrieb im Umherziehen), sondern auch auf die direkten Gemeinde-, Kreis- und Provinzialsteuern — in der Provinz Hessen-Nassau auch Bezirkssteuern —, welche der Urwähler zu entrichten hat. Dabei treten an Orten, wo direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, an deren Stelle die vom Staate veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer.

Direkte Steuern, welche außerhalb der Gemeinde oder des aus mehreren Gemeinden zusammengesetzten Urwahl-Bezirkes in Preußen zu entrichten sind, kommen auf Antrag des betreffenden Urwählers mit zur Anrechnung, wenn ihr Betrag der mit Aufstellung der Urwählerliste betrauten Behörde spätestens innerhalb der in § 4 des Reglements vorgeschriebenen Einspruchsfrist glaubwürdig nachgewiesen wird.

Für jede nicht zur Staatseinkommensteuer veranlagte Person ist an Stelle dieser Steuer ein Betrag von drei Mark zum Ansatz zu bringen. Dies hat auch in dem Falle zu geschehen, daß für einen solchen Urwähler eine andere, von ihm zu entrichtende direkte Staats- oder Gemeindesteuer anzurechnen ist.

In Helgoland ist nur die dort zur Hebung kommende Einkommensteuer in Anrechnung zu bringen.

---

§ 4. Die Urwählerliste ist von der Gemeinde-Verwaltungsbehörde in jeder Gemeinde (Orts-Kommune, selbständigem Gutsbezirke u. s. w.) drei Tage lang öffentlich auszulegen. Daß und in welchem Lokale dies geschieht, ist beim Beginne der Auslegung in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

Innerhalb drei Tagen nach dieser Bekanntmachung steht es jedem frei, gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Liste bei der Behörde, welche die Auslegung bewirkt hat, oder dem von dieser zu bezeichnenden Kommissar oder der dazu niedergesetzten Kommission seine Einwendungen schriftlich anzubringen oder zu Protokoll zu geben.

Die Entscheidung darüber erfolgt in den Städten durch die Gemeinde-Verwaltungsbehörde, auf dem Lande durch den Landrat, mit der Maßgabe, daß dieselbe

im Regierungsbezirk Wiesbaden in den im § 22 der Kreisordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 7. Juni 1885 (Gesetz-Samml. S. 193) aufgeführten Städten,

in der Provinz Hannover in denjenigen Städten, auf welche die Hannoversche revidierte Städte-Ordnung vom 24. Juni 1858 (Hannoversche Gesetz-Samml. S. 141) Anwendung findet,

den Gemeinde-Verwaltungsbehörden zusteht.

Die Urwählerlisten sind mit einer Bescheinigung über die nach ortsüblicher Bekanntmachung während drei Tagen erfolgte öffentliche Auslegung, sowie darüber zu versehen, daß innerhalb der Reklamationsfrist keine Reklamationen erhoben oder die erhobenen erledigt sind.

Beide Bescheinigungen liegen der Behörde ob, welche die Auslegung bewirkt hat. In dem Falle aber, daß dieser Behörde nicht auch die Entscheidung über die Reklamationen zusteht, und solche erhoben werden, hat sie die Urwählerlisten nur rücksichtlich der Auslegung zu bescheinigen und sofort nach Ablauf der Reklamationsfrist nebst den eingegangenen Reklamationen, sowie dem Atteste, daß keine weiteren, als die beigefügten Reklamationen angebracht sind, der zur Entscheidung über dieselben berufenen Behörde einzureichen, welche nach Erledigung der Reklamationen die bezügliche Bescheinigung auszustellen hat.

---

§ 5. Nach Auslegung der Urwählerlisten wird die Aufstellung der Abteilungslisten in folgendem Verfahren bewirkt:

Nach Anleitung des anliegenden Formulars A werden die Urwähler in der Ordnung verzeichnet, daß mit dem Namen des Höchstbesteuerten angefangen wird, dann derjenige folgt, welcher nächst jenem die höchsten Steuern entrichtet, und so fort bis zu denjenigen, welche die geringste Steuer zu zahlen haben. Zuletzt sind diejenigen Urwähler einzutragen, für welche nur der Betrag von drei Mark an Stelle der Staatseinkommensteuer gemäß § 3 des Reglements in Ansatz zu bringen ist.

Alsdann wird die Gesamtsumme aller Steuern berechnet, und endlich die Grenze

der Abteilungen dadurch gefunden, daß man die Steuersumme der einzelnen Urwähler so lange zusammenrechnet, bis das erste und dann das zweite Drittel der Gesamtsumme aller Steuern erreicht ist.

Die Urwähler, auf welche das erste Drittel fällt, bilden die erste, diejenigen, auf welche das zweite Drittel fällt, die zweite, die übrigen die dritte Abteilung. In die erste, beziehungsweise zweite Abteilung gehört auch derjenige, dessen Steuerbetrag nur teilweise in das erste, beziehungsweise zweite Dritteil fällt. Wird bei Bildung der ersten Abteilung das erste Dritteil hierdurch überschritten, so wird bei Bildung der beiden folgenden Abteilungen nur derjenige Teil der Gesamtsteuer zu Grunde gelegt, welcher nicht von den Urwählern der ersten Abteilung getragen wird, dergestalt, daß diejenigen, welche die Hälfte dieses Restes der Gesamtsteuer tragen, die zweite, die übrigen die dritte Abteilung bilden.

Ergiebt sich nach Vorstehendem, daß Urwähler, welche zu einer Staatssteuer nicht veranlagt sind, in die zweite oder erste Abteilung gelangen würden, so sind dieselben gleichwohl der dritten Abteilung zuzuteilen und die für sie in Ansatz gebrachten Steuerbeträge von der für die erste und zweite Abteilung berechneten Steuersumme abzuziehen. Diejenigen Urwähler, auf welche die erste Hälfte der übrig bleibenden Summe ganz oder teilweise entfällt, bilden dann die erste, die übrigen, nicht zur dritten Abteilung gehörigen Urwähler die zweite Abteilung.

Kein Wähler kann zwei Abteilungen zugleich angehören. Läßt sich bei gleichen Steuerbeträgen nicht entscheiden, welcher unter mehreren Wählern zu einer bestimmten Abteilung zu rechnen ist, so giebt die alphabetische Ordnung der Familiennamen, bei gleichen Namen das Los, den Ausschlag.

---

§ 6. In Gemeinden, welche für sich einen Urwahl-Bezirk bilden, und in Urwahl-Bezirken, welche aus mehreren Gemeinden bestehen, wird nur eine Abteilungsliste angefertigt. Im ersteren Falle stellt dieselbe die Gemeinde-Verwaltungsbehörde, im letzteren Falle der Landrat auf. In Gemeinden, welche in mehrere Urwahl-Bezirke geteilt sind, wird für jeden Urwahl-Bezirk eine besondere Abteilungsliste von der Gemeinde-Verwaltungsbehörde angefertigt.

---

§ 7. Die Feststellung der Abteilungslisten erfolgt durch die im § 1 des Reglements bezeichneten Behörden.

Dieselben Behörden haben auch die im zweiten Absatz des § 16 der Verordnung gedachten Funktionen wahrzunehmen.

---

§ 8. Nach Feststellung der Abteilungsgrenzen bleibt für die Reihenfolge der Urwähler innerhalb der Abteilungen dieselbe Ordnung nach den Steuersätzen maßgebend, in welcher die Urwähler bei Aufstellung der Abteilungsliste verzeichnet worden sind (§ 5 des Reglements). Die gleichbesteuerten Urwähler derselben Abteilungen und die steuerfreien Urwähler werden alphabetisch nach Familiennamen und bei gleichen Namen durch das Los geordnet.

---

§ 9. In Betreff des Reklamationsverfahrens gegen die Abteilungsliste, insbesondere auch in Betreff der Auslegung und der Bescheinigung derselben, kommen die Vorschriften des § 4 des Reglements mit der Maßgabe zur Anwendung, daß die öffentliche Auslegung der Abteilungslisten in dem betreffenden Urwahl-Bezirke, oder doch in dem Gemeindebezirke, wenn solcher aus mehreren Urwahl-Bezirken besteht, stattzufinden hat, sowie daß die vorgeschriebenen Bescheinigungen der Abteilungsliste durch diejenige Behörde zu bewirken sind, welche über die Reklamationen zu entscheiden hat.

Nachdem die Abteilungsliste durch die Bescheinigung, daß keine Reklamationen gegen dieselbe erhoben oder die erhobenen erledigt sind, abgeschlossen worden, ist jede spätere Aufnahme von Urwählern in dieselbe untersagt.

Sie ist demnächst dem Wahlvorsteher behufs Benutzung bei der Wahl zuzustellen.

---

§ 10. Die sämtlichen Urwähler des Urwahl-Bezirks werden zu einer, für die Wahlbeteiligung möglichst günstigen, von den im § 1 des Reglements bezeichneten Behörden zu bestimmenden Stunde des Tages der Wahl in ortsüblicher Weise zusammenberufen, wobei zugleich das Wahllokal und der Name des Wahlvorstehers,

sowie seines Stellvertreters bekannt zu machen ist.

Darüber, daß dieses geschehen, haben die Behörden, welche die Auslegung der Urwählerlisten bewirkt haben (§ 4 des Reglements), spätestens im Wahltermine dem Wahlvorsteher eine Bescheinigung einzureichen, welche dem Protokolle (§ 22 des Reglements) beizufügen ist.

---

§ 11. In den Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover kann für solche Wahlbezirke, welche ganz oder teilweise aus Inseln bestehen, je nach der Oertlichkeit und dem Bedürfnisse von einer Wahlversammlung für den ganzen Bezirk abgesehen und von dem Regierungs-Präsidenten die Abhaltung von Wahlversammlungen für einen Teil des Bezirks oder für jede einzelne Insel angeordnet werden (§ 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 11. März 1869).

Der Wahlvorsteher ist dann verpflichtet, die Wahlen an den verschiedenen Orten in einem Zeitraume von höchstens drei Tagen, mit Einschluß des von dem Minister des Innern bestimmten Tages der Wahl, in Ausführung zu bringen. In einer gleich langen Frist ist die etwa erforderliche engere Wahl zu bewirken.

Der Wahlvorsteher ernennt an jedem Orte, wo er eine Wahlversammlung abhält, neue Beisitzer, erforderlichenfalls auch einen neuen Protokollführer.

Von dem Wahlvorstande desjenigen Ortes, wo die letzte Wahlversammlung stattfindet, wird die Wahlverhandlung abgeschlossen und das Ergebnis verkündet.

Wird eine engere Wahl nötig, so stellt der Wahlvorsteher die Kandidatenliste für dieselbe nach § 17 dieses Reglements fest. Er läßt alsdann sogleich die Versammlung, in welcher die erste Wahlhandlung geschlossen wurde, durch weitere Abstimmung den neuen Wahlakt beginnen, und führt denselben demnächst in den anderen Orten, nach den oben gegebenen Bestimmungen, zum Schluß.

---

§ 12. Der Wahlvorsteher ernennt aus der Zahl der Urwähler des Wahlbezirkes den Protokollführer und 3 bis 6 Beisitzer (§ 20 der Verordnung).

Bei einer von einer einzelnen Abteilung vorzunehmenden Nachwahl können erforderlichenfalls zu Beisitzern oder zum Protokollführer Urwähler einer anderen Abteilung desselben Urwahl-Bezirkes ernannt werden.

---

§ 13. Die Wahlverhandlung wird damit eröffnet, daß der Wahlvorsteher den Protokollführer und die Beisitzer mittelst Handschlages an Eidesstatt verpflichtet. Er weist auf die für die Wahl maßgebenden gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen hin, von denen ein Abdruck im Wahllokale auszulegen ist.

Jeder nicht stimmberechtigte Anwesende wird zum Abtreten veranlaßt und so die Versammlung konstituirt.

Später erscheinende Urwähler melden sich bei dem Wahlvorsteher und können an den noch nicht geschlossenen Abstimmungen teilnehmen.

Die Anwesenheit solcher nicht stimmberechtigten Personen, ohne deren Thätigkeit der zweckentsprechende und ordnungsmäßige Verlauf der Wahlverhandlung nach dem Ermessen des Wahlvorstehers nicht möglich ist, ist vorübergehend zulässig.

Abwesende können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl teilnehmen.

---

§ 14. Die dritte Abteilung wählt zuerst; die erste zuletzt. Sobald die Wahlverhandlung einer Abteilung geschlossen ist, werden die Mitglieder derselben zum Abtreten veranlaßt.

---

§ 15. Der Protokollführer ruft die Namen der Urwähler abteilungsweise in derselben Folge auf, wie sie in der Abteilungsliste verzeichnet sind (§§ 5 und 8 des Reglements), wobei mit dem Höchstbesteuerten angefangen wird. Jeder Aufgerufene tritt an den zwischen der Versammlung und dem Wahlvorsteher aufgestellten Tisch und nennt unter genauer Bezeichnung den Namen des Urwählers, welchem er seine Stimme geben will. Sind mehrere Wahlmänner zu wählen, so nennt er gleich so viel Namen, als deren in der Abteilung zu wählen sind. Die genannten Namen trägt der Protokollführer neben den Namen des Urwählers und in Gegenwart desselben in die Abteilungsliste ein, oder läßt sie, wenn derselbe es wünscht, von dem Urwähler selbst eintragen.

---

§ 16. Die Wahl erfolgt nach absoluter Mehrheit der Stimmenden.

Ungültig sind, außer dem Falle des § 22 der Verordnung, solche Wahlstimmen, welche auf andere, als die nach § 18 der Verordnung oder nach § 17 dieses Reglements wählbaren Personen fallen.

Ueber die Gültigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet der Wahlvorstand.

§ 17. Soweit sich bei der ersten oder einer folgenden Abstimmung absolute Stimmenmehrheit nicht ergiebt, kommen diejenigen, welche die meisten Stimmen haben, in doppelter Anzahl der noch zu wählenden Wahlmänner auf die engere Wahl.

Ist die Auswahl der hiernach zur engeren Wahl zu bringenden Personen zweifelhaft, weil auf zwei oder mehrere eine gleiche Stimmenzahl gefallen ist, so entscheidet zwischen diesen das Los, welches durch die Hand des Vorstehers gezogen wird.

Eine engere Wahl findet auch dann statt, wenn bei der *ersten* Abstimmung die Stimmen zwischen zwei oder — wenn es sich um die Wahl von zwei Wahlmännern handelt — zwischen vier Personen ganz gleich geteilt sind. Tritt dieser Fall dagegen bei einer späteren Abstimmung ein, so entscheidet das Los zwischen den zwei beziehungsweise vier Personen.

Wenn bei einer Abstimmung die absolute Stimmenmehrheit auf mehrere, als die noch zu wählenden Wahlmänner gefallen ist, so sind diejenigen derselben gewählt, welche die höchste Stimmenzahl haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet auch hier das Los. Ist aber die Stimmengleichheit bei der ersten Abstimmung eingetreten, so findet zunächst zwischen denen, welche eine gleiche Stimmenzahl erhalten haben, eine engere Wahl statt.

§ 18. Die gewählten Wahlmänner müssen sich, wenn sie im Wahltermine anwesend sind, sofort, sonst binnen drei Tagen, nachdem ihnen die Wahl angezeigt ist, erklären, ob sie dieselbe annehmen, und, wenn sie in mehreren Abteilungen gewählt sind, für welche derselben sie annehmen wollen.

Annahme unter Protest oder Vorbehalt, sowie das Ausbleiben der Erklärung binnen drei Tagen, gilt als Ablehnung.

Jede Ablehnung hat für die Abteilung eine neue Wahl zur Folge.

§ 19. Erfolgt die Ablehnung sofort im Wahltermine, und bevor die Wahlverhandlung der betreffenden Abteilung geschlossen ist (§ 14 des Reglements), so hat der Wahlvorsteher sofort eine neue Wahl vorzunehmen.

Erfolgt die Ablehnung später oder geht binnen drei Tagen (§ 18 des Reglements) keine Erklärung des Gewählten ein, so hat der Wahlvorsteher die betreffende Abteilung unter Beobachtung der im § 10 des Reglements gegebenen Bestimmungen unverzüglich und, wenn möglich, so zeitig zu einer neuen Wahl zusammenzurufen, daß der zu erwählende Wahlmann noch an der Wahl des Abgeordneten teilnehmen kann.

§ 20. Ist in einem Urwahl-Bezirke die Wahl eines Wahlmannes wegen Nichterscheinens der Urwähler nicht zu stande gekommen, oder die Wahl für ungültig erklärt worden, so ist, ebenso wie bei sonstigem Ausscheiden von Wahlmännern (§ 18 der Verordnung), vor der nächsten Wahl eines Abgeordneten eine Ersatzwahl durch den Regierungs-Präsidenten und für Berlin durch den Ober-Präsidenten anzuordnen.

§ 21. Wird die Ersatzwahl eines Wahlmannes nach Ablauf eines Jahres seit der letzten Wahl eines Abgeordneten erforderlich, so ist derselben eine neue Urwähler- und Abteilungsliste, bei deren Aufstellung und Auslegung die Vorschriften dieses Reglements zu beobachten sind, zu Grunde zu legen.

§ 22. Ueber die Verhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen.

II. Wahl der Abgeordneten.

§ 23. Die Regierungs-Präsidenten und für Berlin der Ober-Präsident haben die Wahlkommissare für die Wahl der Abgeordneten zu bestimmen, und davon, daß dies geschehen, die Wahlvorsteher zu benachrichtigen.

§ 24. Die Wahlvorsteher reichen die Urwahl-Protokolle dem Wahlkommissar ein. Der Wahlkommissar stellt aus den eingereichten Urwahl-Protokollen ein nach Kreisen, obrigkeitlichen Bezirken oder in sonst geeigneter Weise geordnetes Verzeichnis der Wahlmänner seines Wahlbezirks auf und veranlaßt, daß dieses Verzeichnis durch Auslegung in den Geschäftslokalen der Landräte, sowie der Magistrate (Gemeinde-Verwaltungsbehörden) der einen eignenen Kreis oder Wahlbezirk bildenden Städte, und durch Abdruck in den zu amtlichen Publikationen dienenden Blättern veröffentlicht wird.

---

§ 25. Der Wahlkommissar ladet die Wahlmänner schriftlich zur Wahl der Abgeordneten ein. Die Zustellung ist durch einen vereideten Beamten zu bescheinigen.

Die Vorladung der Wahlmänner kann auch sofort im Urwahltermine durch die Wahlvorsteher bewirkt werden. Die Wahlvorsteher erhalten in diesem Falle seitens des Wahlkommissars die erforderliche Anzahl von Einladungs-Formularen und Behändigungsscheinen. Sie haben die ersteren mit der Adresse der Wahlmänner zu versehen und gegen Vollziehung der Behändigungsscheine auszuhändigen, auf den letzteren aber die richtig erfolgte Zustellung zu bescheinigen und dieselben gleichzeitig mit den Urwahl-Protokollen dem Wahlkommissar einzureichen.

---

§ 26. Die Wahlverhandlung wird unter Hinweis auf die für die Wahl maßgebenden gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen, von denen ein Abdruck im Wahllokal auszulegen ist, eröffnet.

Der Protokollführer und drei bis sechs Beisitzer werden von den Wahlmännern aus ihrer Mitte auf den Vorschlag des Wahlkommissars gewählt und von diesem mittels Handschlages an Eidesstatt verpflichtet.

Bei der Entscheidung der Versammlung über die von dem Wahlkommissar für ungültig erachteten Urwahlen (§ 27 der Verordnung) sind auch diejenigen Wahlmänner stimmberechtigt, deren Wahl von dem Wahlkommissar beanstandet wird.

Im übrigen kommen die Bestimmungen des § 13 zur Anwendung.

---

§ 27. Jeder Abgeordnete wird in einer besonderen Wahlhandlung gewählt. Die Wahl selbst erfolgt, indem der nach der Reihenfolge des Verzeichnisses (§ 24 des Reglements) aufgerufene Wahlmann an den zwischen der Wahlversammlung und dem Wahlkommissar aufgestellten Tisch tritt und den Namen desjenigen nennt, dem er seine Stimme giebt.

Den vom Wahlmann genannten Namen trägt der Protokollführer neben den Namen des Wahlmannes in die Wahlmännerliste ein, wenn der Wahlmann nicht verlangt, den Namen selbst einzutragen.

---

§ 28. Hat sich auf keinen Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit vereinigt, so wird zu einer weiteren Abstimmung geschritten.

Dabei kann keinem Kandidaten die Stimme gegeben werden, welcher bei der ersten Abstimmung keine oder nur eine Stimme gehabt hat.

Die zweite Abstimmung wird unter den übrigen Kandidaten in derselben Weise, wie die erste, vorgenommen.

Jede Wahlstimme, welche auf einen anderen als die in der Wahl gebliebenen Kandidaten fällt, ist ungültig.

Wenn auch die zweite Abstimmung keine absolute Mehrheit ergiebt, so fällt in jeder der folgenden Abstimmungen derjenige, welcher die wenigsten Stimmen hatte, aus der Wahl, bis die absolute Mehrheit sich auf einen Kandidaten vereinigt hat. Stehen sich mehrere in der geringsten Stimmenzahl gleich, so entscheidet das Los, welcher aus der Wahl fällt.

Wenn die Abstimmung nur zwischen zwei Kandidaten noch stattfindet, und jeder derselben die Hälfte der gültigen Stimmen auf sich vereinigt hat, entscheidet ebenfalls das Los.

In beiden Fällen ist das Los durch die Hand des Wahlkommissars zu ziehen.

---

§ 29. Ueber die Gültigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet der Wahlvorstand.

---

§ 30. Der Gewählte ist von der auf ihn gefallenen Wahl durch den Wahlkommissar in Kenntnis zu setzen und zur Erklärung über die Annahme, sowie zum Nachweise, daß er nach § 29 der Verordnung wählbar sei, aufzufordern.

Annahme unter Protest oder Vorbehalt, sowie das Ausbleiben der Erklärung binnen

acht Tagen von der Zustellung der Benachrichtigung, gilt als Ablehnung.

In Fällen der Ablehnung oder Nichtwählbarkeit hat der Regierungs-Präsident und für Berlin der Ober-Präsident sofort eine neue Wahl zu veranlassen, bei welcher nötigenfalls eine neue Abschrift der Wahlmännerliste zur Eintragung der Abstimmung zu benutzen ist.

§ 31. Sämtliche Verhandlungen, sowohl über die Wahl der Wahlmänner, als auch über die Wahl der Abgeordneten, werden von dem Wahlkommissar dem Regierungs-Präsidenten und für Berlin dem Ober-Präsidenten, gehörig geheftet, eingereicht, und hiernächst dem Minister des Innern zur weiteren Mitteilung an das Haus der Abgeordneten vorgelegt.

Gesetz,

betreffend

die Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten.

Vom 27. Juni 1860.

---

§ 1. Die Wahlbezirke, die Wahlorte und die Zahl der in jedem Bezirke zu wählenden Abgeordneten für das Haus der Abgeordneten werden nach Inhalt des anliegenden Verzeichnisses hierdurch festgestellt.

---

§ 2. In denjenigen Wahlbezirken, bei welchen laut des anliegenden Verzeichnisses zwei Wahlorte benannt sind, findet die zunächst eintretende Wahl in dem zuerst genannten, die demnächst folgende Wahl in dem zweitgenannten Orte und so fortgesetzt in derselben Reihenfolge abwechselnd in dem einen und dem anderen Orte statt. In dem Wahlbezirke Schleusingen-Ziegenrück (Nr. 5 Regierungsbezirk Erfurt) wird jedoch zweimal hintereinander im Wahlorte Schleusingen und sodann erst zum drittenmale in Ranis gewählt.

---

§ 3. Eine Abweichung von der laut § 2 vorgeschriebenen Regel im Wechsel der Wahlorte oder die Bestimmung eines anderen als des in dem anliegenden Verzeichnisse genannten Wahlortes steht dem Minister des Innern, jedoch stets nur für die einzelne, zunächst bevorstehende Wahlhandlung, auch nur in dem Falle zu, wenn die Abhaltung der Wahl an dem im Verzeichnis bestimmten Orte des betreffenden Wahlbezirkes durch ansteckende Krankheiten, Unterbrechung der Verbindung mit dem Wahlorte oder durch andere unabwendbare Zufälle unausführbar wird.

Der vom Minister des Innern zu bezeichnende andere Wahlort darf niemals außerhalb des Wahlbezirkes bestimmt werden.

---

§ 4. Die §§ 2 und 3 der Wahlverordnung vom 30. Mai 1849 und die Vorschrift im § 26 desselben Gesetzes wegen Bestimmung der Wahlorte, wie die Bestimmung unter Nr. 1 § 2 des interimistischen Wahlgesetzes für die Wahlen zur zweiten Kammer in den Fürstentümern Hohenzollern vom 30. April 1851 werden aufgehoben.

---

§ 5. Das gegenwärtige Gesetz tritt bei der ersten nach dessen Verkündigung stattfindenden Neuwahl des Hauses der Abgeordneten in Kraft.

Die Wahlbezirke sind die folgenden, bezw. die aus demselben durch Ausscheidung von Stadtkreisen und Teilung hervorgegangenen oder hervorgehenden Kreise (die Wahlorte und die Zahl der Abgeordneten sind eingeklammert):

I. Provinz Ostpreußen:

A. Regierungsbez. Königsberg. 1. Memel-Heydekrug (2), (Prökuls). 2. Labiau-Wehlau (2), (Tapiau). 3. Stadt und Kreis Königsberg-Fischhausen (3), (Königsberg). 4. Heiligenbeil-Pr.-Eylau (2), (Zinten). 5. Braunsberg-Heilsberg (2), (Wormditt). 6. Pr.-Holland-Mohrungen (2), (Mohrungen). 7. Osterode-Neidenburg (2), (Hohenstein). 8. Allenstein-Rössel (2), (Wartenburg). 9. Rastenburg-Gerdauen-Friedland (2), (Schippenbeil).

B. Regierungsbez. Gumbinnen. 1. Tilsit-Niederung (2), (Tilsit). 2. Ragnit-Pillkallen (2), (Pillkallen). 3. Gumbinnen-Insterburg (2), (Insterburg). 4. Stallupönen-Goldap-Darkehmen (2), (Goldap). 5. Angerburg-Lötzen (1), (Lötzen). 6. Oletzko-Lyck-Johannisburg (2), (Lyck). 7. Sensburg-Ortelsburg (2), (Aweiden).

II. Provinz Westpreußen; s. auch Ges., betr. die Teilung von Kreisen in den Provinzen Posen und Westpreußen v. 6./6. 87 (GS. S. 197).

A. Regierungsbez. Danzig. 1. Elbing-Marienburg (2), (Marienburg). 2. Stadt Danzig, Kreise Danziger Höhe und Danziger Niederung (3), (Danzig). 3. Neustadt-Carthaus-Putzig (2), (Zoppot). 4. Berent-Dirschau-Pr.-Stargardt (2), (Stargardt).

B. Regierungsbez. Marienwerder. 1. Stuhm-Marienwerder (2), (Marienwerder). 2. Rosenberg-Graudenz (2), (Freystadt). 3. Löbau (1), (Löbau). 4. Strasburg (1), (Strasburg). 5. Thorn-Culm-Briesen (2), (Culmsee). 6. Schwetz (1), (Schwetz). 7. Conitz-Schlochau (2), (Conitz). 8. Flatow-Deutsch-Crone (2), (Jastrow).

III. Provinz Brandenburg:

A. Berlin. 1. Linkes Spree-Ufer, untere Stadt (3). 2. Linkes Spree-Ufer, obere Stadt und der Stadtteil Berlin (2). 3. Rechtes Spree-Ufer, untere Stadt (2). 4. Rechtes Spree-Ufer, obere Stadt (2).

B. Regierungsbez. Potsdam. 1. West- und Ost-Priegnitz (3), (Pritzwalk). 2. Ruppin-Templin (2), (Gransee). 3. Prenzlau-Angermünde (2), (Prenzlau). 4. Ober- und Nieder-Barnim (3), (Bernau). 5. Stadt Potsdam (1). 6. Osthavelland (1), (Nauen). 7. Westhavelland-Zauch-Belzig (3), (Brandenburg). 8. Jüterbogk-Luckenwalde (1), (Jüterbogk). 9. Teltow-Beeskow-Storkow (2), (Köpnick).

C. Regierungsbez. Frankfurt. 1. Arnswalde-Friedeberg (2), (Wolbenberg). 2. Landsberg-Soldin (2), (Landsberg). 3. Königsberg (2), (Bärwalde). 4. Stadt Frankfurt, Kreis Lebus (2), (Frankfurt). 5. West- und Ost-Sternberg (2), (Drossen). 6. Züllichau-Krossen (2), (Krossen). 7. Guben-Sorau (2), (Guben). 8. Cottbus-Spremberg-Kalau (2), (Cottbus). 9. Luckau-Lübben (2), (Lübben).

IV. Provinz Pommern:

A. Regierungsbez. Stettin. 1. Demmin-Anklam-Usedom-Wollin-Ueckermünde (3), (Anklam). 2. Randow-Greifenhagen (2), (Greifenhagen). 3. Stadt Stettin (1). 4. Pyritz-Saatzig (2), (Stargardt). 5. Naugard-Regenwalde (2), (Naugard). 6. Greiffenberg-Cammin (2), (Greiffenberg).

B. Regierungsbez. Cöslin. 1. Lauenburg-Bütow-Stolp (3), (Stolp). 2. Rummelsburg-Schlawe (2), (Schlawe). 3. Schievelbein-Dramburg (1), (Schievelbein und Dramburg). 4. Kreis Fürstentum (2), Cörlin). 5. Neustettin-Belgard (2), (Bärwalde).

C. Regierungsbez. Stralsund. 1. Rügen-Franzburg (2), (Stralsund). 2. Grimmen-Greifswald (2), (Greifswald).

V. Provinz Schlesien:

A. Regierungsbez. Breslau. 1. Guhrau-Steinau-Wohlau (2), (Winzig). 2. Mi-

litsch-Trebnitz (2), (Trebnitz). 3. Wartenberg-Namslau-Oels (3), (Oels). 4. Stadt Breslau (3). 5. Kreis Breslau-Neumarkt (2), (Kanth). 6. Striegau-Schweidnitz (2), (Schweidnitz). 7. Waldenburg-Reichenbach (3), (Waldenburg und Reichenbach). 8. Neurode-Glatz-Habelschwerdt (3), (Glatz). 9. Frankenstein-Münsterberg (2), (Frankenstein und Münsterberg.) 10. Nimptsch-Strehlen (1), (Strehlen). 11. Ohlau-Brieg (2), (Brieg).

B. Regierungsbez. Oppeln. 1. Creutzburg-Rosenberg (2), (Creutzburg). 2. Oppeln (2), (Oppeln). 3. Groß-Strehlitz-Lublinitz (2), (Guttentag). 4. Tost-Gleiwitz (1), (Gleiwitz). 5. Beuthen (2), (Beuthen). 6. Pleß-Rybnik (3), (Sorau). 7. Ratibor (2), (Ratibor). 8. Cosel-Leobschütz (3), (Gnadenfeld). 9. Neustadt-Falkenberg (2), (Friedland). 10. Neisse-Grottkau (2), (Neisse).

C. Regierungsbez. Liegnitz. 1. Grünberg-Freystadt (2), (Neusalz). 2. Sagan-Sprottau (2), (Sagan und Sprottau). 3. Glogau-Lüben (2), (Glogau). 4. Bunzlau-Löwenberg (2), (Löwenberg). 5. Haynau-Goldberg-Liegnitz (2), (Liegnitz). 6. Jauer-Bolkenhain-Landshut (2), (Bolkenhain). 7. Hirschberg-Schönau (2), (Hirschberg). 8. Lauban-Görlitz (3), (Görlitz). 9. Rothenburg-Hoyerswerda (2), (Muskau).

VI. Provinz Posen; s. auch Ges. v. 6./6. 87 (GS. 197).

A. Regierungsbez. Posen. 1. Stadt Posen (1). 2. Kreise Ost- und West-Posen-Obornik (2), (Murowanna-Goslin). 3. Schwerin a. W.-Samter-Birnbaum (2), (Zirke). 4. Meseritz-Bomst (2), (Bomst). 5. Grätz-Neutomischel-Schmiegel-Buck-Kosten (2), (Grätz). 6. Lissa-Fraustadt-Kröben-Gostyn-Rawitsch (3), (Lissa). 7. Schrimm-Schroda-Wreschen (3), (Schroda). 8. Pleschen-Jarotschin-Koschmin-Krotoschin (2), (Koschmin). 9. Adelnau-Ostrowo-Schildberg-Kempen (2), (Schildberg).

B. Regierungsbez. Bromberg. 1. Czarnikau-Filehne-Chodziesen (2), (Schönlanke). 2. Wirsitz-Bromberg (3), (Nakel). 3. Schubin-Inowrazlaw (2), (Labischin). 4. Znin-Mogilno-Wongrowitsch (2), (Znin). 5. Gnesen-Witkowo (1), (Gnesen).

VII. Provinz Sachsen:

A. Regierungsbez. Magdeburg. 1. Salzwedel-Gardelegen (2), (Gardelegen). 2. Osterburg-Stendal (2), (Stendal). 3. Jerichow I. und II. (2), (Genthin). 4. Stadt Magdeburg mit Neustadt und Sudenburg (2). 5. Wollmirstedt-Neuhaldensleben (2), (Neuhaldensleben). 6. Wanzleben (1), (Wanzleben). 7. Kalbe-Aschersleben (2), (Aschersleben und Kalbe). 8. Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode (2), (Halberstadt).

B. Regierungsbez. Merseburg. 1. Liebenwerda-Torgau (2), (Torgau). 2. Schweinitz-Wittenberg (2), (Schweinitz). 3. Bitterfeld-Delitzsch (2), (Delitzsch). 4. Saalkreis inkl. Stadt Halle (2), (Halle). 5. Mansfelder See- und Gebirgskreis (2), (Eisleben). 6. Sangerhausen-Eckartsberga (2), (Artern). 7. Querfurt-Merseburg (2), (Lauchstedt). 8. Weißenfels-Naumburg-Zeitz (2), (Weißenfels).

C. Regierungsbez. Erfurt. 1. Stadt und Kreis Nordhausen (1), (Nordhausen). 2. Heiligenstadt-Worbis (2), (Heiligenstadt). 3. Langensalza-Weißensee-Mühlhausen (2), (Langensalza). 4. Kreis und Stadt Erfurt (1), (Erfurt). 5. Schleusingen-Ziegenrück (1), (Schleusingen und Ranis).

VIII. Provinz Westfalen:

A. Regierungsbez. Münster. 1. Tecklenburg (1), (Ibbenbüren). 2. Steinfurt-Ahaus (2), (Steinfurt). 3. Stadt und Kreis Münster-Koesfeld (2), (Münster). 4. Borken-Recklinghausen (2), (Dorsten). 5. Lüdinghausen-Beckum-Warendorf (2), (Ahlen).

B. Regierungsbez. Minden. 1. Minden-Lübbecke-Jade-Gebiet (2), (Minden). 2. Herford-Halle-Bielefeld (3), (Bielefeld). 3. Wiedenbrück-Paderborn-Büren (2), (Paderborn). 4. Warburg-Höxter (2), (Brackel).

C. Regierungsbez. Arnsberg. 1. Wittgenstein-Siegen (1), (Siegen). 2. Olpe-Meschede (1), (Olpe und Meschede). 3. Altena-Iserlohn (2), (Iserlohn). 4. Kreis Hagen (2), (Hagen). 5. Bochum-Dortmund (3), (Dortmund). 6. Hamm-Soest (2), (Soest). 7. Lippstadt-Arnsberg-Brilon (2), (Warstein).

IX. Rheinprovinz:

A. Regierungsbez. Cöln. 1. Stadt Cöln (2). 2. Kreis Cöln-Bergheim-Euskirchen (3), (Brühl). 3. Rheinbach-Bonn (2), (Bonn). 4. Sieg-Mühlheim-Wipperfürth (3), (Mühlheim). 5. Gummersbach-Waldbroel (1), (Wiehl).

B. Regierungsbez. Düsseldorf. 1. Lennep-Solingen (3), (Solingen). 2. Stadt Elberfeld und Stadt Barmen (2), (Elberfeld). 3. Kreis Elberfeld (mit Ausschluß der Städte Elberfeld und Barmen) (1), (Mettmann). 4. Stadt und Kreis Düsseldorf (2), (Düsseldorf). 5. Essen-Duisburg (3), (Duisburg). 6. Rees (1), (Wesel). 7. Cleve (1), (Cleve). 8. Mörs (1), (Rheinberg). 9. Geldern-Kempen (2), (Geldern). 10. Stadt Crefeld (1). 11. Kreis Gladbach (2), (Gladbach). 12. Neuß-Grevenbroich-Crefeld, exkl. Stadt Crefeld (2), (Neuß).

C. Regierungsbez. Coblenz. 1. Wetzlar (1), (Wetzlar). 2. Altenkirchen-Neuwied (2), (Neuwied und Altenkirchen). 3. Coblenz-St.-Goar (2), (Coblenz). 4. Kreuznach-Simmern-Zell (2), (Simmern). 5. Kochem-Mayen (2), (Polch). 6. Adenau-Ahrweiler (1), (Altenahr).

D. Regierungsbez. Trier. 1. Daun-Prüm-Bitburg (2), (Prüm). 2. Wittlich-Bernkastel (2), (Bernkastel). 3. Stadt und Kreis Trier (2), (Trier). 4. Saarburg-Merzig-Saarlouis (2), (Merzig). 5. Saarbrücken-Ottweiler-St.-Wendel (3), (Ottweiler).

E. Regierungsbez. Aachen. 1. Schleiden-Malmedy-Montjoie (2), (Montjoie). 2. Eupen-Aachen (3), (Aachen). 3. Düren-Jülich (2), (Düren). 4. Geilenkirchen-Heinsberg-Erkelenz (2), (Erkelenz).

X. Hohenzollern (2), (Gammertingen).

XI. Provinz Schleswig-Holstein. (Nur die Wahlorte sind aus Raumersparnis angegeben.) 1. (Hadersleben). 2. (Gravenstein). 3. (Flensburg). 4. (Tondern). 5. (Husum). 6. (Schleswig). 7. (Eckernförde). 8. (Altona). 9. (Pinneberg). 10. (Itzehoe). 11. (Meldorf). 12. (Heide). 13. (Rendsburg). 14. (Kiel). 15. (Segeberg). 16. (Wandsbeck). 17. (Preetz). 18. (Oldenburg).

XII. Provinz Hannover. (GS. 1884 S. 231.)

A. Regierungsbez. Hannover. 1. Diepholz-Syke (1), (Bassum). 2. Nienburg-Hoya-Sulingen (1), (Nienburg). 3. Stolzenau-Neustadt a. R. (1), (Bad Rehburg). 4. Stadtkreis Hannover (2). 5. Landkreis Hannover-Springe (1), (Hannover). 6. Linden (1), (Linden). 7. Hameln (1), (Hameln).

B. Regierungsbez. Hildesheim. 1. Stadt-Landkreis Hildesheim-Peine (1), (Hildesheim). 2. Gronau-Alfeld (1), (Gronau). 3. Marienburg-Goslar (1), (Salzgitter). 4. Zellerfeld-Ilfeld (1), (St. Andreasberg). 5. Osterode-Duderstadt (1), (Herzberg). 6. Stadt-Landkreis Göttingen-Münden (1), (Göttingen). 7. Northeim-Einbeck-Uslar (1), (Northeim).

C. Regierungsbez. Lüneburg. 1. Gifhorn-Isenhagen (1), (Gifhorn). 2. Stadt-Landkreis Celle-Burgdorf (1), (Celle). 3. Fallingbostel-Soltau (1), (Fallingbostel). 4. Uelzen (1), (Uelzen). 5. Dannenberg-Lüchow-Bleckede (1), (Dannenberg). 6. Stadt-Landkreis Lüneburg-Winsen (1), (Lüneburg). 7. Stadt-Landkreis Harburg (1), (Harburg).

D. Regierungsbez. Stade. 1. Jork-Kehdingen (1), (Stade). 2. Stade-Bremervörde (1), (Stade). 3. Neuhaus a. d. O.-Hadeln (1), (Neuhaus a. d. O.). 4. Lehe-Geestemünde (1), (Lehe). 5. Osterholz-Blumenthal-Achim (1), (Osterholz). 6. Verden-Rotenburg-Zeven (1), (Rotenburg).

E. Regierungsbez. Osnabrück. 1. Meppen-Aschendorf-Hümmling (1), (Meppen). 2. Lingen-Grafschaft Bentheim (1), (Lingen). 3. Bersenbrück-Wittlage (1), (Bramsche). 4. Stadt-Landkreis Osnabrück (1), (Osnabrück). 5. Melle-Iburg (1), (Melle).

F. Regierungsbez. Aurich. 1. Norden, Stadt- und Landkreis Emden (1), (Marienhafe). 2. Aurich-Wittmund (1), (Aurich). 3. Leer-Weener (1), (Leer).

XIII. Provinz Hessen-Nassau. (GS. 1885 S. 238.)

A. Regierungsbez. Cassel. 1. Rinteln (1), (Rinteln). 2. Hofgeismar-Wolfhagen (1), (Grebenstein). 3. Stadtkreis Cassel (1). 4. Landkreis Cassel-Witzenhausen (1), (Gr. Almerode). 5. Eschwege-Schmalkalden (1), (Eschwege bei zwei Wahlen, bei der dritten Wahl Schmalkalden). 6. Rotenburg-Hersfeld (1), (Hersfeld). 7. Melsungen-Fritzlar (1), (Felsberg). 8. Homburg-Ziegenhain (1), (Ziegenhain). 9. Kirchhain-Frankenberg (1), (Rauschenberg). 10. Marburg (1), (Marburg). 11. Hünfeld-Gersfeld (1), (Hünfeld). 12. Fulda (1), (Fulda). 13. Schlüchtern-Gelnhausen (1), (Salmünster). 14. Stadt und Landkreis Hanau (1), (Hanau).

B. Regierungsbez. Wiesbaden. 1. Biedenkopf (1), (Biedenkopf). 2. Dillkreis-Oberwesterwaldkreis (1), (Driedorf). 3. Westerburg-Unterwesterwaldkreis (1), (Montabaur). 4. Unterlahnkreis (1), (Diez). 5. Limburg (1), (Limburg). 6. Oberlahnkreis-Usingen (1), (Weilburg). 7. St. Goarshausen-Rheingaukreis (Meisenheim) (1), (Rüdesheim). 8. Landkreis Wiesbaden-Höchst (1), (Hochheim). 9. Stadtkreis Wiesbaden-Untertaunuskreis (1), (Wiesbaden). 10. Obertaunuskreis-Landkreis Frankfurt a. M. (1), (Homburg v. d. H.). 11. Stadtkreis Frankfurt a. M. (2).

Die
Preußischen Verwaltungsgesetze.

Vorbemerkung.

Die Verwaltung der Preußischen Monarchie ist teils Staatsverwaltung, teils Kommunalverwaltung, da der Staat nur die Besorgung solcher öffentlichen Angelegenheiten selbst in die Hand genommen hat, die für den ganzen Staat einheitlich geregelt werden müssen, während er andere Angelegenheiten lokaler Natur den Gemeinwesen innerhalb des Staates, Kommunen und Kommunalverbänden (Provinzen, Kreisen, Gemeinden) überlassen hat.

An der Spitze der Preußischen Staatsverwaltung stehen die Zentralbehörden (Minister, Staatsministerium, Staatsrat, Oberrechnungskammer, Oberverwaltungsgericht, evangelischer Oberkirchenrat). Unter diesen Zentralbehörden verzweigen sich die Staatsbehörden lokal und im Großen und Ganzen im Anschluß an die kommunale Gliederung des Staates nach Provinzen, Regierungsbezirken, Kreisen, Amts-, Stadt-, Landgemeinde-, Guts-Bezirken.

Die Staatsbehörden unterhalb der Zentralbehörden sind teils Einzelbeamte (z. B. Oberpräsident, Amtsvorsteher), teils Kollegien (z. B. Provinzialrat, Bezirksausschuß), teils sind es besonders ausgebildete Berufsbeamte (z. B. Oberpräsident, Regierungspräsident), teils aus solchen Berufsbeamten und aus Laien gemischte Behörden (z. B. Provinzialrat, Bezirksausschuß), teils nicht besonders vorgebildete Staatsbürger im unbesoldeten Ehrenamt (z. B. Amtsvorsteher), teils Organe der Kommunalverwaltung (z. B. Kreisausschuß, Bürgermeister). Letztere sind dann gleichzeitig Staats- und Kommunalbehörden.

Der Aufbau der Staatsbehörden ist der folgende:

Als unterste Stufe, als Lokalbehörde fungieren im Amtsbezirk der Amtsvorsteher mit dem Amtsausschuß, in Stadtbezirken der Bür-

germeister und der Magistrat, in Landgemeindebezirken der Gemeindevorsteher, in Gutsbezirken der Gutsvorsteher.

Ueber diesen Lokalbehörden stehen im Landkreise der Landrat mit dem Kreisausschuß, über diesen im Regierungsbezirk die Bezirksregierung mit dem Regierungspräsidenten an ihrer Spitze und mit dem Bezirksausschuß, über diesen in der Provinz der Oberpräsident mit dem Provinzialrat.

Die Preußische Monarchie ist in zwölf Provinzen geteilt (Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Hannover, Sachsen, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinprovinz). Außerhalb dieser Provinzen stehen die Stadt Berlin und der Regierungsbezirk Sigmaringen.

An der Spitze der Verwaltung der Provinz steht der Oberpräsident mit seinen Räten und Hilfsarbeitern. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg ist zugleich Oberpräsident von Berlin.

Der Wirkungskreis des Oberpräsidenten umfaßt die eigene Verwaltung aller der Angelegenheiten, welche sich über den Bereich eines einzelnen Regierungsbezirks hinaus erstrecken, die Oberaufsicht über die Behörden der Provinz, die Entscheidung in der Beschwerdeinstanz gegen den Regierungspräsidenten, die Stellvertretung der Minister in der Provinz in besonderem Auftrage und bei außerordentlicher Veranlassung. Ihm sind ferner überwiesen die Erteilung der Konzession zur Anlegung neuer Apotheken, die vom Staat zu erteilende Genehmigung für die Gründung, Erweiterung, Umänderung, Einschränkung oder Aufhebung gemeinnütziger Anstalten, die Genehmigung zur Ausschreibung öffentlicher Kollekten, mit Ausnahme der Kirchenkollekten.

Zur Seite steht dem Oberpräsidenten der Präsidialrat, bestehend aus den Oberpräsidenten als Vorsitzenden, einem vom Minister des Innern ernannten höheren Verwaltungsbeamten und fünf Laienmitgliedern, die vom Provinzialausschuß (siehe unten) aus der Zahl der zum Provinziallandtage wählbaren Provinzialangehörigen auf sechs Jahre gewählt werden. In der Provinz Posen bedarf die Wahl einer Bestätigung seitens des Ministers des Innern.

Der Provinzialrat wirkt bei wichtigen Angelegenheiten mit dem Oberpräsidenten zusammen, er beschließt ferner über Beschwerden gegen Beschlüsse des Bezirksausschusses.

Das Nähere ersehe man aus den §§ 8—15 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung.

Neben dem Oberpräsidenten sind Provinzialbehörden mit begrenztem Wirkungskreis das Provinzialschulkollegium, das Medizinalkolle-

gium, die Generalkommission, die Provinzialsteuerdirektion. Für den Stadtkreis Berlin fungieren das Provinzialschulkollegium, das Medizinalkollegium, die Generalkommission und die Provinzialsteuerdirektion für die Provinz Brandenburg. Ein Provinzialrat besteht für Berlin nicht.

Jede Provinz ist in Regierungsbezirke eingeteilt, daneben bestehen selbständig als eigener Regierungsbezirk die Stadt Berlin, ferner, direkt dem Minister des Innern unterstellt, der Regierungsbezirk Sigmaringen.

Die Verwaltung des Regierungsbezirks wird von der Bezirksregierung mit dem Regierungspräsidenten an der Spitze besorgt.

Dem Regierungspräsidenten liegt die sogenannte innere Verwaltung ob, das sind insbesondere die Angelegenheiten der Landeshoheit und der Polizei, des Gesundheitswesens, des Kommunalwesens, der Aufsicht über Koporationen und Gesellschaften, des Militär-, des Gewerbewesens u. s. w.

Daneben zerfällt die Bezirksregierung in zwei getrennte Kollegien, die Abteilung für Kirchen- und Schulwesen und die Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten. An der Spitze dieser beiden Kollegien steht je ein Oberregierungsrat.

Neben dem Regierungspräsidenten steht der Bezirksausschuß, bestehend aus dem Regierungspräsidenten als Vorsitzenden und aus sechs Mitgliedern. Zwei von diesen Mitgliedern, von denen eines zum Richteramt, eines zur Bekleidung von höheren Verwaltungsämtern befähigt sein muß und von denen eins den Titel „Verwaltungsgerichts-Direktor" führt, werden vom König auf Lebenszeit ernannt. Die vier anderen Mitglieder werden vom Provinzialausschuß aus den Einwohnern des Sprengels des Bezirksausschusses gewählt. In der Provinz Posen bedarf diese Wahl der Bestätigung seitens des Oberpräsidenten.

Dem Bezirksausschuß liegt hauptsächlich ob die Zustimmung zu gewissen Verordnungen und Verfügungen des Regierungspräsidenten und die Entscheidung auf bestimmte Beschwerden über behördliche Anordnungen.

Das Nähere ergeben die §§ 17—35 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung, sowie das Zuständigkeitsgesetz vom 1. August 1883.

In Berlin treten an die Stelle des Regierungspräsidenten teils der Polizeipräsident von Berlin, teils der Oberpräsident. Man vergleiche § 42 des Landesverwaltungsgesetzes und die dort mit abgedruckte Verordnung vom 26. Januar 1881.

Die Regierungsbezirke zerfallen in Kreise. Die staatlichen Verwaltungsbehörden im Kreise sind der Landrat und der Kreisausschuß.

Der Landrat wird vom König ernannt, doch darf der Kreistag, ausgenommen die Provinz Posen, für die Besetzung des erledigten Landratsamts geeignete Personen, welche seit mindestens einem Jahre dem Kreise durch Grundbesitz oder Wohnsitz angehören, in Vorschlag bringen. Wer geeignet sei, die Stelle eines Landrats zu bekleiden, das bestimmt § 74 der Kreisordnung für die östlichen Provinzen.

In wichtigeren Angelegenheiten ist der Landrat an die Zustimmung des Kreisausschusses gebunden. Der Kreisausschuß besteht aus dem Landrat als Vorsitzenden und sechs Mitgliedern, welche vom Kreistage aus der Zahl der Kreisangehörigen mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt, in Posen vom Oberpräsidenten ernannt werden (§§ 36 bis 40 des Landesverwaltungsgesetzes, §§ 130 und folgende der Kreisordnung für die östlichen Provinzen).

Städte, welche mit Ausschluß der aktiven Militärpersonen eine Einwohnerzahl von mindestens 25 000 Seelen haben, sind befugt, aus dem Landkreise auszuscheiden und für sich einen Kreisverband, Stadtkreis, zu bilden (§ 4 der Kreisordnung). Dieser Stadtkreis bildet dann ebenso wie der Landkreis einen eigenen staatlichen Verwaltungsbezirk. An die Stelle des Landrates tritt hier der Bürgermeister oder der sonstige Chef der Ortspolizei (z. B. der staatlich bestellte Polizeidirektor oder Polizeipräsident), an die Stelle des Kreisausschusses der Stadtausschuß, bestehend aus dem Bürgermeister oder sonstigen Chef der Ortspolizei als Vorsitzenden und vier Mitgliedern, welche vom Magistrat aus seiner Mitte für die Dauer ihres Hauptamtes gewählt werden (§§ 37—40 des Landesverwaltungsgesetzes).

Die Einzelbeamten, Oberpräsident, Regierungspräsident und Landrat haben so die Geschäfte der laufenden Verwaltung zu erledigen, die Kollegien, Provinzialrat, Bezirksausschuß und Kreisausschuß wirken hierbei nur in den von den Gesetzen besonders bestimmten Fällen mit, und zwar im sogenannten Beschlußverfahren (§§ 54—60, 115 bis 126 des Landesverwaltungsgesetzes).

Daneben besteht die Verwaltungsgerichtsbarkeit, durch welche ein Teil der Verwaltungsangelegenheiten, die sogenannten „Verwaltungsstreitsachen", in einem förmlichen, dem gerichtlichen nachgebildeten Verfahren erledigt wird. Mit der Abgrenzung des Beschlußverfahrens von dem Verwaltungsstreitverfahren beschäftigen sich die §§ 50—60, insbesondere § 54 des Landesverwaltungsgesetzes. Die Verwaltungsgerichte steigen in drei Instanzen auf.

Verwaltungsgericht erster Instanz ist in Landkreisen der Kreis-

ausschuß, in Stadtkreisen der Stadtausschuß. Verwaltungsgericht zweiter Instanz ist der Bezirksausschuß, Verwaltungsgericht dritter Instanz das Oberverwaltungsgericht in Berlin. Der Bezirksausschuß entscheidet übrigens in einzelnen Fällen auch als erste Instanz, das Oberverwaltungsgericht als erste oder als zweite Instanz.

Das Verwaltungsstreitverfahren wird durch die §§ 61—114 des Landesverwaltungsgesetzes dem Zivilprozeß entsprechend geregelt.

Ueber die Zwangsbefugnisse und das Polizeiverordnungsrecht der Verwaltungsbeamten vergleiche man die §§ 132—135, 136—145 des Landesverwaltungsgesetzes.

Die Zuständigkeit der einzelnen Kollegialbehörden und Verwaltungsgerichte wird in umfassender Weise, doch ohne Aufstellung allgemeiner Grundsätze, hauptsächlich durch das Zuständigkeitsgesetz vom 1. August 1883 geregelt.

Der Aufbau der kommunalen Selbstverwaltungskörper ist ähnlich dem der Staatsbehörden.

Die unterste Stufe bilden die Kommunen: die Stadtgemeinden mit dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung als Organen der Selbstverwaltung, die Landgemeinden mit dem Gemeindevorsteher und der Gemeindevertretung, die selbständigen Gutsbezirke, welche der Gutsvorsteher in Rechten und Pflichten vertritt.

Die Kommunen werden zusammengefaßt in Kreise (Stadt- oder Landkreise) mit dem Kreistag und dem Kreisausschuß, die Kreise in Provinzen mit dem Provinziallandtag, dem Provinzialausschuß und dem Landesdirektor.

Die Rechtsverhältnisse der Kommunen sind vor allem durch die Städteordnungen und Landgemeindeordnungen, sowie durch das Kommunalabgabengesetz geregelt. Die Städteordnungen und Landgemeindeordnungen sind provinziell verschieden. Die wichtigsten sind die unten abgedruckten: die Städteordnung für die sieben östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853 und die Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen vom 3. Juli 1891. Ihnen sind die übrigen Städteordnungen und Landgemeindeordnungen zumeist nachgebildet.

Zur Stadtgemeinde gehören alle Einwohner des Stadtbezirks mit Ausnahme der servisberechtigten Militärpersonen des aktiven Dienststandes. Sie sind berechtigt zur Mitbenutzung der öffentlichen Gemeindeanstalten der Stadt und verpflichtet zur Teilnahme an den städtischen Gemeindelasten.

Unter den Einwohnern heben sich durch besondere Rechte und Pflichten die Bürger ab. Bürger wird ohne seinen besonderen Willen, wer die in § 5 der Städteordnung genannten Bedingungen erfüllt.

Das Bürgerrecht besteht in dem aktiven und passiven Wahlrecht, verpflichtet aber auch zur Uebernahme unbesoldeter Gemeindeämter auf mindestens drei Jahre. Weigerung solcher Uebernahme ohne hinreichenden Entschuldigungsgrund kann Verlust der Ausübung des Bürgerrechts auf drei bis sechs Jahre und um ein Achtel bis ein Viertel stärkere Heranziehung zu den direkten Gemeindeabgaben nach sich ziehen (§§ 74,75 der Städteordnung).

Organe der Stadt sind Magistrat und Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung besteht aus mindestens zwölf Mitgliedern, sie werden von den in drei Abteilungen geteilten Bürgern auf sechs Jahre gewählt. Die Hälfte der Stadtverordneten muß Hausbesitzer sein. (§§ 12—28 der Städteordnung.)

Die Stadtverordnetenversammlung hat über alle Gemeindeangelegenheiten zu beschließen, soweit dieselben nicht ausschließlich dem Magistrat überwiesen sind. Sie kontroliert die Verwaltung des Magistrats. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung wird entweder eine gemeinschaftliche Kommission eingesetzt oder der Beschluß des Bezirksausschusses eingeholt (§§ 35—55 der Städteordnung).

Der Magistrat besteht aus dem Bürgermeister, einem Beigeordneten oder zweiten Bürgermeister als dessen Stellvertreter und einer Anzahl von Schöffen (Stadträte, Ratsherren, Ratsmännern). Wo es das Bedürfnis erfordert, kommen noch besoldete Mitglieder dazu. Sämtliche Magistratsmitglieder werden von der Stadtverordnetenversammlung teils auf sechs, teils auf zwölf Jahre gewählt. Die Wahl bedarf der Bestätigung, in einigen Fällen des Königs, in anderen des Regierungspräsidenten (§§ 29—34 der Städteordnung).

Der Magistrat ist Ortsobrigkeit und Gemeindeverwaltungsbehörde. Er faßt seine Beschlüsse nach Stimmenmehrheit, gültige Beschlüsse erfordern die Anwesenheit einer bestimmten Anzahl seiner Mitglieder. Ihm liegt ob die Ausführung der Gesetze und Verordnungen, sowie der Verfügungen der vorgesetzten Behörden, die Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, die Verwaltung oder Beaufsichtigung der städtischen Gemeindeanstalten, die Verwaltung des Eigentums und der Einkünfte der Stadtgemeinde, die Anstellung und Beaufsichtigung der Gemeindebeamten, die Vertretung der Stadtgemeinde nach außen.

Der Bürgermeister leitet und beaufsichtigt den ganzen Geschäftsgang der städtischen Verwaltung. Er ist gleichzeitig Organ der Staatsverwaltung und hat in dieser Eigenschaft die in § 62 der Städteord-

nung aufgeführten Geschäfte zu besorgen (§§ 56—63 der Städteordnung).

In Städten von nicht mehr als 2500 Einwohnern kann die Zahl der Stadtverordneten bis auf sechs vermindert und statt des Magistrats nur ein Bürgermeister mit zwei oder drei Schöffen zu seiner Unterstützung gewählt werden (§§ 72, 73 der Städteordnung).

Die Aufsicht des Staates über die Stadtgemeinden wird in erster Instanz vom Regierungspräsidenten, in höherer und letzter Instanz vom Oberpräsidenten geübt (§§ 76—80 der Städteordnung, §§ 7, 15, 19, 20 des Zuständigkeitsgesetzes).

Aehnlich wie in den Stadtgemeinden werden auch die Bewohner der Landgemeinden in einem weiteren und einem engeren Kreise zusamengefaßt.

Gemeindeangehörige sind mit Ausnahme der nicht angesessenen servisberechtigten Militärpersonen des aktiven Dienststandes alle diejenigen, welche innerhalb des Gemeindebezirks einen Wohnsitz haben.

Die Gemeindeangehörigen sind zur Mitbenutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten der Gemeinde berechtigt; sie sind verpflichtet zur Teilnahme an den Gemeindeabgaben und Lasten (§§ 7 bis 38 der Landgemeindeordnung).

Gemeindemitglied ist jeder, dem das Gemeinderecht zusteht. Der Erwerb dieses Gemeinderechts ist von den Voraussetzungen des § 41 der Landgemeindeordnung abhängig.

Das Gemeinderecht besteht im aktiven und passiven Wahlrecht (§§ 39—48 der Landgemeindeordnung). Es verpflichtet auch zur Uebernahme unbesoldeter Gemeindeämter auf mindestens drei Jahre. Weigerung solcher Uebernahme ohne genügenden Entschuldigungsgrund kann Verlust der Ausübung des Gemeinderechts auf drei bis sechs Jahre und um ein Achtel bis ein Viertel stärkere Heranziehung zu den Gemeindeabgaben zur Folge haben (§ 65 der Landgemeindeordnung).

Organe der Landgemeinde sind der Gemeindevorsteher und die Gemeindeversammlung oder die Gemeindevertretung.

Das Gemeinderecht umfaßt das Stimmrecht in der Gemeindeversammlung. Außer den Gemeindemitgliedern haben auch bestimmte Ausmärker und juristische Personen dieses Stimmrecht (§ 45 der Landgemeindeordnung). Nicht allen Stimmberechtigten steht das gleiche Stimmrecht zu (§ 48 der Landgemeindeordnung).

In Landgemeinden, in denen die Zahl der Stimmberechtigten mehr als vierzig beträgt, tritt an die Stelle der Gemeindeversammlung die Gemeindevertretung (§§ 49—67 der Landgemeindeordnung).

Die Gemeindevertretung besteht aus dem Gemeindevorsteher und

den Schöffen, sowie aus neun bis vierundzwanzig von den Stimmberechtigten gewählten Gemeindeverordneten. Die Stimmberechtigten sind in drei Abteilungen geteilt.

Die Gemeindeversammlung oder die Gemeindevertretung hat über alle Gemeindeangelegenheiten zu beschließen, soweit diese nicht durch das Gesetz dem Gemeindevorsteher überwiesen sind, und überwacht die Verwaltung des Gemeindevorstehers (§§ 102—116 der Landgemeindeordnung).

Der Gemeindevorsteher (Schulze, Scholze, Richter, Dorfrichter) steht an der Spitze der Verwaltung der Landgemeinde. Ihm stehen zwei bis sechs Schöffen (Schöppen, Gerichtsmänner, Gerichts- oder Dorfgeschworene) zur Seite. Gemeindevorsteher und Schöffen werden aus der Zahl der Gemeindeglieder von der Gemeindeversammlung oder der Gemeindevertretung auf sechs Jahre gewählt. In Gemeinden mit mehr als dreitausend Einwohnern kann die Gemeindevertretung die Anstellung eines besoldeten Gemeindevorstehers beschließen. Dessen Wahl erfolgt auf die Dauer von zwölf Jahren und ist nicht auf die Gemeindeglieder beschränkt.

Die gewählten Gemeindevorsteher und Schöffen bedürfen der Bestätigung durch den Landrat, sie werden vor dem Amtsantritt beeidet.

Der Gemeindevorsteher ist Obrigkeit der Landgemeinde und führt deren Verwaltung. In der Gemeindeversammlung oder in der Gemeindevertretung führt er den Vorsitz mit vollem Stimmrecht.

Gleichzeitig ist der Gemeindevorsteher Organ des Amtsvorstehers für die Polizeiverwaltung.

In größeren Gemeinden kann durch Ortsstatut ein aus dem Gemeindevorsteher und den Schöffen bestehender kollegialischer Gemeindevorstand eingeführt werden (§§ 74—91 der Landgemeindeordnung).

Für den Bereich der selbständigen Gutsbezirke ist der Gutsbesitzer zu den Pflichten und Leistungen, welche sonst den Gemeinden obliegen, verbunden, er hat ebenfalls die obrigkeitlichen Befugnisse und Pflichten des Gemeindevorstehers in Person oder durch einen Stellvertreter auszuüben (§§ 122—127 der Landgemeindeordnung).

Die staatliche Aufsicht über die Verwaltung der Angelegenheiten der Landgemeinden und der Gutsbezirke wird in erster Instanz vom Landrat als Vorsitzenden des Kreisausschusses, in höherer und letzter Instanz vom Regierungspräsidenten geübt (§§ 139—145 der Landgemeindeordnung).

Das Vermögen der Gemeinden (Stadt- wie Landgemeinden) besteht aus dem Kämmerei- und dem Bürgervermögen. Aus ersterem bezieht die Gemeinde einen Teil ihrer Einkünfte, das letztere steht zwar

auch im Eigentum der Gemeinde, wird aber von einzelnen Gemeindegliedern genutzt (z. B. Allmenden).

Die Haupteinnahmequelle der Gemeinden bilden die Kommunalsteuern.

Die Gemeinden dürfen Steuern nur soweit erheben, als die sonstigen Einnahmen, insbesondere aus dem Gemeindevermögen, aus Gebühren und Beiträgen (§§ 4—12 des Kommunalabgabengesetzes) und aus vom Staat oder weiteren Kommunalverbänden den Gemeinden überwiesenen Mitteln zur Deckung ihrer Ausgaben nicht ausreichen. Ausgenommen hiervon ist nur die Erhebung von Hunde- und Lustbarkeits- und von ähnlichen, durch besondere Rücksichten gebotenen Steuern.

Neben den direkten und indirekten selbständigen Kommunalsteuern (§§ 13—19, 23—32 des Kommunalabgabengesetzes) werden Kommunalsteuern erhoben in Form von Zuschlägen von Staatseinkommensteuern (§§ 13—43 des Kommunalabgabengesetzes), auch erheben die Kommunen die ihnen überwiesenen staatlichen Realsteuern (Gesetz wegen Aufhebung direkter Staatssteuern).

Zur Vermeidung der Doppelbesteuerung wird bestimmt, daß Personen mit mehrfachem Wohnsitz in den einzelnen Preußischen Wohnsitzgemeinden nur mit einem bestimmten Bruchteil des Gesamteinkommens herangezogen werden können (§§ 47—52 des Kommunalabgabengesetzes).

Die Rechtsverhältnisse der Kommunalverbände, der Kreise und Provinzen sind vor allem durch die Kreisordnungen und Provinzialordnungen geregelt. Diese sind provinziell verschieden wie Städteordnungen und Landgemeindeordnungen. Am wichtigsten und vorbildlich für die anderen sind auch hier die unten abgedruckten: die Kreisordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vom 13. Dezember 1872 (neue Fassung vom 19. März 1881) und die Provinzialordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vom 29. Juni 1875 (neue Fassung vom 22. März 1881).

Oben ist schon erwähnt, daß Städte, welche mit Ausschluß der aktiven Militärpersonen eine Einwohnerzahl von mindestens 25 000 Seelen haben, aus dem Landkreise auszuscheiden und für sich einen eigenen Kreisverband, einen Stadtkreis, zu bilden befugt sind (§§ 4, 5 der Kreisordnung).

Kreisangehörige sind, mit Ausnahme der nicht angesessenen servisberechtigten Militärpersonen des aktiven Dienststandes, alle diejenigen, welche innerhalb eines Kreises einen Wohnsitz haben. Sie sind berechtigt, an der Verwaltung und Vertretung des Kreises teilzunehmen

und die öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Kreises mit zu benutzen. Sie sind andererseits verpflichtet, unbesoldete Aemter in der Verwaltung und Vertretung des Kreises zu übernehmen und zur Befriedigung der Bedürfnisse des Kreises Abgaben aufzubringen (§§ 6 bis 19 der Kreisordnung, §§ 91—93 des Kommunalabgabengesetzes).

Organe für die Kommunalverwaltung des Kreises sind der Kreistag und der Kreisausschuß.

Der Kreistag besteht aus wenigstens fünfundzwanzig Mitgliedern. Zum Zwecke ihrer Wahl werden drei Wahlverbände gebildet, und zwar:

a) der Wahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer,

b) der Wahlverband der Landgemeinden und

c) der Wahlverband der Städte.

Auf diese drei Wahlverbände werden die Kreistagsabgeordneten verteilt, derart daß nach dem Verhältnis der städtischen und ländlichen Bevölkerung des Kreises die Zahl der städtischen Abgeordneten bestimmt wird (doch darf die Zahl der städtischen Abgeordneten die Hälfte und in den Kreisen, in welchen nur eine Stadt vorhanden ist, ein Drittel der Gesamtzahl aller Abgeordneten nicht übersteigen). Von der nach Abzug der städtischen Abgeordneten übrig bleibenden Zahl der Kreistagsabgeordneten erhalten die Verbände der größeren Grundbesitzer und der Landgemeinden ein jeder die Hälfte (§§ 84—114 der Kreisordnung).

Der Kreistag wird vom Landrat berufen. Jährlich müssen wenigstens zwei Kreistage anberaumt werden, außerdem kann der Landrat einen Kreistag anberaumen, so oft es die Geschäfte erfordern. Die Zusammenberufung muß erfolgen, sobald sie von einem Viertel der Kreistagsabgeordneten oder von dem Kreisausschusse verlangt wird.

Der Landrat führt den Vorsitz im Kreistage. Die Sitzungen des Kreistages sind öffentlich. Er ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist, seine Beschlüsse werden nach einfacher Stimmenmehrheit gefaßt.

Aufgabe des Kreistages ist es, den Kreis zu vertreten und über die Kreisangelegenheiten, sowie über die ihm sonst durch Gesetz oder Königliche Verordnung überwiesenen Gegenstände zu beraten und zu beschließen (§§ 115—126 der Kreisordnung).

Der Kreisausschuß besteht aus dem Landrat als Vorsitzenden und sechs vom Kreistage aus der Zahl der Kreisangehörigen gewählten Mitgliedern.

Der Landrat beruft und leitet den Kreisausschuß, er führt auch die leitenden Geschäfte der dem Ausschuß übertragenen Verwaltung.

Aufgabe des Kreisausschusses ist die Vorbereitung und Ausfüh-

rung der Beschlüsse des Kreistages, die Verwaltung der Kreisangelegenheiten und die Ernennung und Beaufsichtigung der Beamten des Kreises (§§ 130—166 der Kreisordnung).

Staatliche Aufsichtsbehörden für die Kreisverwaltung sind der Regierungspräsident und der Bezirksausschuß (§§ 176—186 der Kreisordnung).

Die Provinzen als kommunale Selbstverwaltungskörper umfassen Land- und Stadtkreise. Einem Provinzialverbande gehört nicht an die Stadt Berlin.

Provinzialangehörige sind alle Angehörigen der zu der Provinz gehörigen Kreise. Sie sind berechtigt zur Teilnahme an der Verwaltung und Vertretung des Provinzialverbandes und zur Mitbenutzung seiner öffentlichen Einrichtungen und Anstalten. Verpflichtet sind die Provinzialangehörigen zu Beiträgen zu den Provinziallasten (§§ 5—7 der Provinzialordnung, §§ 91—93 des Kommunalabgabengesetzes).

Organe der Provinz sind der Provinziallandtag, der Provinzialausschuß und der Landesdirektor.

Der Provinziallandtag besteht aus Abgeordneten der Land- und Stadtkreise der Provinz. Jeder Kreis wählt je nach seiner Größe einen, zwei oder mehrere Abgeordnete.

Die Abgeordneten der Landkreise werden von den Kreistagen, die Abgeordneten der Stadtkreise von dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Wählbar ist jeder selbständige Reichsangehörige, welcher das dreißigste Lebensjahr vollendet hat, sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet und seit mindestens einem Jahre der Provinz durch Grundbesitz oder Wohnsitz angehört (§§ 9—24 der Provinzialordnung).

Der Provinziallandtag wird vom König alle zwei Jahre wenigstens einmal berufen, außerdem aber, so oft es die Geschäfte erfordern.

Die Ladung der Mitglieder, die Eröffnung und Schließung des Provinziallandtages erfolgt durch den Oberpräsidenten als Königlichen Kommissar oder durch den für ihn in dieser Eigenschaft ernannten Stellvertreter.

Die Sitzungen des Provinziallandtages sind öffentlich. Die Beschlußfähigkeit erfordert die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt, den Vorsitzenden wählt sich der Provinziallandtag selbst (§§ 25—33 der Provinzialordnung).

Die Aufgabe des Provinziallandtages ist eine mannigfache, hauptsächlich ist es die Vertretung des Provinzialverbandes und die Beratung

und Beschlußfassung über dessen Angelegenheiten (§§ 34—44 der Provinzialordnung).

Der Provinzialausschuß besteht aus einem Vorsitzenden und einer durch das Provinzialstatut festzusetzenden Zahl von sieben bis dreizehn Mitgliedern. Der Landesdirektor ist außerdem von Amtswegen Mitglied.

Zuständig ist der Provinzialausschuß hauptsächlich für die Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse des Provinziallandtages, für die Verwaltung der ihm überwiesenen Angelegenheiten und für die Ernennung der Provinzialbeamten (§§ 45—86 der Provinzialordnung).

Der Landesdirektor wird vom Provinziallandtage auf sechs bis zwölf Jahre gewählt und vom König bestätigt.

Er führt unter Aufsicht des Provinzialausschusses die laufenden Geschäfte der kommunalen Provinzialverwaltung, vertritt den Provinzialverband nach außen und ist Dienstvorgesetzter sämtlicher Provinzialbeamten (§§ 87—92 der Provinzialordnung).

Aufsichtsbehörde für die Angelegenheiten der Provinzialverbände ist der Oberpräsident und der Minister des Innern (§§ 114—122 der Provinzialordnung).

Die Provinzialabgaben werden durch sogenannte Kontingentierung aufgebracht, das heißt: nicht der einzelne Provinzialangehörige muß Provinzialsteuern zahlen, sondern die aufzubringenden Provinzialabgaben werden auf die Kreise nach Maßgabe der in ihnen veranlagten direkten Staatssteuern verteilt.

Die Kommunalverbände erhalten außerdem vom Staat Geldbeiträge zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Form von Jahresrenten, die sogenannten Dotationen.

Gesetz

über die

allgemeine Landesverwaltung.

Vom 30. Juli 1883.

Inhaltsverzeichnis.

	Paragraphen
Erster Titel.	
Grundlagen der Organisation . . .	1 — 7
Zweiter Titel.	
Verwaltungsbehörden.	
I. Abschnitt. Provinzialbehörden	8 — 16
II. „ Bezirksbehörden .	17 — 35
III. „ Kreisbehörden . .	36 — 40
IV. „ Behörden für den Stadtkreis Berlin .	41 — 47
V. „ Stellung der Behörden	48 — 49
Dritter Titel.	
Verfahren.	
I. Abschnitt. Allgemeine Vorschriften	50 — 60
II. Abschnitt. Verwaltungsstreitverfahren . .	61 — 114
III. „ Beschlußverfahren	115 — 126
Vierter Titel.	
Rechtsmittel gegen polizeiliche Verfügungen	127 — 131
Fünfter Titel.	
Zwangsbefugnisse	132 — 135
Sechster Titel.	
Polizeiverordnungsrecht	136 — 145
Siebenter Titel.	
Uebergangs- und Schlußbestimmungen	146 — 159

Gesetz

über die

allgemeine Landesverwaltung.

Vom 30. Juli 1883.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtags, für den gesammten Umfang der Monarchie, was folgt:

Erster Titel.

Grundlagen der Organisation.

§ 1. Die Verwaltungseinteilung des Staatsgebiets in Provinzen, Regierungsbezirke und Kreise bleibt mit der Maßgabe bestehen, daß die Stadt Berlin aus der Provinz Brandenburg ausscheidet und einen Verwaltungsbezirk für sich bildet.

---

§ 2. In der Provinz Hannover bleiben die Landdrosteibezirke als Regierungsbezirke bestehen.

Die Abänderung der Kreis- und Amtseinteilung der Provinz Hannover erfolgt mittels besonderen Gesetzes.

---

§ 3. Die Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung werden, soweit sie nicht anderen Behörden überwiesen sind, unter Oberleitung der Minister, in den Provinzen von den Oberpräsidenten, in den Regierungsbezirken von den Regierungspräsidenten und den Regierungen, in den Kreisen von den Landräten geführt.

Die Oberpräsidenten, die Regierungspräsidenten und die Landräte handeln innerhalb ihres Geschäftskreises selbständig unter voller persönlicher Verantwortlichkeit, vorbehaltlich der kollegialischen Behandlung der durch die Gesetze bezeichneten Angelegenheiten.

---

§ 4. Zur Mitwirkung bei den Geschäften der allgemeinen Landesverwaltung nach näherer Vorschrift der Gesetze bestehen für die Provinz am Amtssitze des Oberpräsidenten der Provinzialrat, für den Regierungsbezirk am Amtssitze des Regierungspräsidenten der Bezirksausschuß, für den Kreis am Amtssitze des Landrats der Kreisausschuß.

An die Stelle des Kreisausschusses tritt in den durch die Gesetze vorgesehenen Fällen in den Stadtkreisen, in welchen ein Kreisausschuß besteht, der Stadtausschuß, in den einem Landkreise angehörigen Städten mit mehr als 10000 Einwohnern der Magistrat (kollegialische Gemeindevorstand).

In Stadtgemeinden, in welchen der Bürgermeister allein den Gemeindevorstand bildet, treten für die in dem zweiten Absatze bezeichneten Fälle an die Stelle des Magistrats der Bürgermeister und die Beigeordneten als Kollegium.

---

§ 5. In den Hohenzollernschen Landen tritt, soweit nicht die Gesetze anderes bestimmen, an die Stelle des Oberpräsidenten und des Provinzialrats der zuständige Minister, an die Stelle des Kreises der Oberamtsbezirk, an die Stelle des Landrats der Oberamtmann, an die Stelle des Kreisausschusses der Amtsausschuß.

§ 6. In Bezug auf die amtliche Stellung, die Befugnisse, die Zuständigkeit und das Verfahren der Verwaltungsbehörden bleiben die bestehenden Vorschriften in Kraft, soweit dieselben nicht durch das gegenwärtige Gesetz abgeändert werden.

§ 7.[1]) Die Verwaltungsgerichtsbarkeit (Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren) wird durch die Kreis-(Stadt-)Ausschüsse und die Bezirksausschüsse als Verwaltungsgerichte, sowie durch das in Berlin für den ganzen Umfang der Monarchie bestehende Oberverwaltungsgericht ausgeübt. Die Entscheidungen ergehen unbeschadet aller privatrechtlichen Verhältnisse.

Die sachliche Zuständigkeit dieser Behörden zur Entscheidung in erster Instanz wird durch besondere gesetzliche Bestimmungen geregelt.

Die Bezirksausschüsse treten überall an die Stelle der Deputationen für das Heimatwesen.

Wo in besonderen Gesetzen das Verwaltungsgericht genannt wird, ist darunter im Zweifel der Bezirksausschuß zu verstehen.

Zweiter Titel.

Verwaltungsbehörden.

I. Abschnitt.

Provinzialbehörden.

1. Oberpräsident.

§ 8. An der Spitze der Verwaltung der Provinz steht der Oberpräsident. Demselben wird ein Oberpräsidialrat und die erforderliche Anzahl von Räten und Hilfsarbeitern beigegeben, welche die Geschäfte nach seinen Anweisungen bearbeiten. Auch ist der Oberpräsident befugt, die Mitglieder der an seinem Amtssitz befindlichen Regierung, sowie die dem Regierungspräsidenten daselbst beigegebenen Beamten (§ 19 Absatz 1) zur Bearbeitung der ihm übertragenen Geschäfte heranzuziehen.

§ 9. Die Stellvertretung des Oberpräsidenten in Fällen der Behinderung erfolgt, soweit sie nicht für einzelne Geschäftszweige durch besondere Vorschriften geordnet ist, durch den Oberpräsidialrat. Die zuständigen Minister sind befugt, in besonderen Fällen eine andere Stellvertretung anzuordnen.

2. Provinzialrat.

§ 10. Der Provinzialrat besteht aus dem Oberpräsidenten beziehungsweise dessen Stellvertreter als Vorsitzenden, aus einem von dem Minister des Innern auf die Dauer seines Hauptamtes am Sitze des Oberpräsidenten ernannten höheren Verwaltungsbeamten beziehungsweise dessen Stellvertreter und aus fünf Mitgliedern, welche vom Provinzialausschusse aus der Zahl der zum Provinziallandtage wählbaren Provinzialangehörigen gewählt werden. Für die letzteren werden in gleicher Weise fünf Stellvertreter gewählt.

Von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind der Oberpräsident, die Regierungspräsidenten, die Vorsteher königlicher Polizei-

[1]) Gesetz zur Ergänzung des § 7 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung, vom 27. April 1885.

Für Streitigkeiten, welche nach reichsgesetzlicher Vorschrift im Verwaltungsstreitverfahren zu entscheiden sind, kann die Zuständigkeit der nach § 7 in Verbindung mit § 4 Absatz 2 und 3 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 bezeichneten Behörden, soweit dieselbe nicht anderweit gesetzlich feststeht, sowie der Instanzenzug durch Königliche Verordnung bestimmt werden.

behörden, die Landräte und die Beamten des Provinzialverbandes.

§ 11. Die Wahl der Mitglieder des Provinzialrats und deren Stellvertreter erfolgt auf sechs Jahre.

Jede Wahl verliert ihre Wirkung mit dem Aufhören einer der für die Wählbarkeit vorgeschriebenen Bedingungen. Der Provinzialausschuß hat darüber zu beschließen, ob dieser Fall eingetreten ist. Gegen den Beschluß des Provinzialausschusses findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt. Die Klage steht auch dem Vorsitzenden des Provinzialrats zu. Dieselbe hat keine aufschiebende Wirkung; jedoch dürfen bis zur Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Ersatzwahlen nicht stattfinden.

§ 12. Alle drei Jahre scheidet die Hälfte der gewählten Mitglieder und Stellvertreter, und zwar das erste Mal die nächstgrößere Zahl, aus und wird durch neue Wahlen ersetzt. Die Ausscheidenden bleiben jedoch in allen Fällen bis zur Einführung der Neugewählten in Thätigkeit. Die das erste Mal Ausscheidenden werden durch das Los bestimmt. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.

Für die im Laufe der Wahlperiode ausscheidenden Mitglieder und Stellvertreter haben Ersatzwahlen stattzufinden. Die Ersatzmänner bleiben nur bis zum Ende desjenigen Zeitraums in Thätigkeit, für welchen die Ausgeschiedenen gewählt waren.

§ 13. Die Dauer der Wahlperiode kann durch das Provinzialstatut auch anders bestimmt werden.

§ 14. Die gewählten Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Provinzialrats werden von dem Oberpräsidenten vereidigt und in ihre Stellen eingeführt.

Sie können aus Gründen, welche die Entfernung eines Beamten aus seinem Amte rechtfertigen (§ 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1852, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, Gesetz-Samml. S. 465), im Wege des Disziplinarvergehens ihrer Stellen enthoben werden.

Für das Disziplinarvergehen gelten die Vorschriften des genannten Gesetzes mit folgenden Maßgaben:

Die Einleitung des Verfahrens, sowie die Ernennung des Untersuchungskommissars und des Vertreters der Staatsanwaltschaft erfolgt durch den Minister des Innern.

Disziplinargericht ist das Plenum des Oberverwaltungsgerichts.

§ 15. Der Provinzialrat ist beschlußfähig, wenn mit Einschluß des Vorsitzenden fünf Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

3. Generalkommissionen.

§ 16. Die Generalkommission für die Provinzen Pommern und Posen zu Stargard in Pommern wird aufgehoben. An die Stelle derselben tritt für die Provinz Pommern die für die Provinz Brandenburg bestehende Generalkommission.

Für die Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen wird eine gemeinsame Generalkommission gebildet. Die Generalkommission für die Provinz Hannover fungiert zugleich für die Provinz Schleswig-Holstein.

II. Abschnitt.

Bezirksbehörden.

1. Regierungspräsident und Bezirksregierung.

§ 17. An die Spitze der Bezirksregierung am Sitze des Oberpräsidenten tritt, unter Wegfall des Regierungsvizepräsidenten, ein Regierungspräsident. Der Oberpräsident ist fortan nicht mehr Präsident dieser Regierung.

§ 18. Die Regierungsabteilung des Innern wird aufgehoben. Die Geschäfte desselben werden, soweit nicht durch das gegenwärtige Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen sind, von dem Regierungspräsidenten mit den der Regierung zustehenden Befugnissen verwaltet.

§ 19. Dem Regierungspräsidenten wird für die ihm persönlich übertragenen Angelegenheiten ein Oberregierungsrat und die erforderliche Anzahl von Räten und Hilfsarbeitern, von denen mindestens einer die Befähigung zum Richteramte haben muß, beigegeben, welche die Geschäfte nach seinen Anweisungen bearbeiten.

Diese Beamten können zugleich bei der Regierung beschäftigt werden und nehmen an den Plenarberatungen derselben nach Maßgabe der für die Regierungsmitglieder bestehenden Vorschriften teil.

Die Mitglieder der Regierung können von dem Regierungspräsidenten zur Bearbeitung der ihm übertragenen Geschäfte herangezogen werden.

---

§ 20. Die Stellvertretung des Regierungspräsidenten in Fällen der Behinderung erfolgt durch den ihm beigegebenen Oberregierungsrat und, wenn auch dieser behindert ist, durch einen Oberregierungsrat der Bezirksregierung. Die zuständigen Minister sind befugt, in besonderen Fällen eine andere Stellvertretung anzuordnen.

---

§ 21. Die Geschäfte der Regierungen zu Stralsund und zu Sigmaringen, soweit sie zur Zuständigkeit der Regierungsabteilungen des Innern gehören, werden nach Maßgabe des § 18 von den Regierungspräsidenten verwaltet. Die Mitglieder der Regierung bearbeiten diese Geschäfte nach den Anweisungen des Präsidenten.

Die Stellvertretung des Präsidenten in Fällen der Behinderung erfolgt durch ein von den zuständigen Ministern beauftragtes Mitglied der Regierung.

---

§ 22. Bei den Regierungen zu Danzig, Erfurt, Münster, Minden, Arnsberg, Coblenz, Köln, Aachen und Trier tritt an die Stelle der Abteilung des Innern für die bisher von derselben bearbeiteten Kirchen- und Schulsachen eine Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

---

§ 23. Die landwirtschaftlichen Abteilungen der Regierungen zu Königsberg und Marienwerder, sowie die bei den Regierungen der Provinzen Ost- und Westpreußen und zu Schleswig bestehenden Spruchkollegien für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten werden aufgehoben. Die Zuständigkeiten dieser Behörden, sowie diejenigen der Abteilungen des Innern der Regierungen zu Gumbinnen, Danzig und Schleswig als Auseinandersetzungsbehörden gehen auf Generalkommissionen (§ 16) über.

Bei der Regierung zu Wiesbaden tritt an die Stelle der Abteilung des Innern als Auseinandersetzungsbehörde ein Kollegium, welches aus dem Regierungspräsidenten, dem für ihn hierzu bestimmten Stellvertreter und mindestens zwei Mitgliedern besteht, von denen das eine die Befähigung zum Richteramte besitzen und der landwirtschaftlichen Gewerbslehre kundig sein, das andere die Befähigung zum Oekonomiekommissarius haben muß. Von diesem Kollegium sind auch die Obliegenheiten der Regierung hinsichtlich der Güterkonsolidationen wahrzunehmen.

---

§ 24. Der Regierungspräsident ist befugt, Beschlüsse der Regierung oder einer Abteilung derselben, mit welchen er nicht einverstanden ist, außer Kraft zu setzen und, sofern er den Aufenthalt in der Sache für nachteilig erachtet, auf seine Verantwortung anzuordnen, daß nach seiner Ansicht verfahren werde. Andernfalls ist höhere Entscheidung einzuholen.

Auch ist der Regierungspräsident befugt, in den zur Zuständigkeit der Regierung gehörigen Angelegenheiten an Stelle des Kollegiums unter persönlicher Verantwortlichkeit Verfügungen zu treffen, wenn er die Sache für eilbedürftig oder, im Falle seiner Anwesenheit an Ort und Stelle, eine sofortige Anordnung für erforderlich erachtet.

---

§ 25. In der Provinz Hannover treten an die Stelle der Landdrosteien und der Finanzdirektion sechs Regierungspräsidenten und Regierungen, welche, gleich dem Oberpräsidenten, die Verwaltung mit den Befugnissen und nach den Vorschriften führen, welche dafür in den übrigen Provinzen gelten, beziehungsweise in dem gegenwärtigen Gesetz gegeben sind.

Welche der vorbezeichneten Regierungen nach dem Vorbild der Regierung zu Stralsund zu organisieren sind, bleibt Königlicher Verordnung vorbehalten.

---

§ 26. Die Zuständigkeiten der Konsistorialbehörden in der Provinz Hannover in Betreff des Schulwesens, sowie die kirchlichen Angelegenheiten, welche bisher zum Geschäftskreise der katholischen Konsistorien zu Hildesheim und Osnabrück gehörten, werden den Abteilungen für Kirchen- und Schulwesen der betreffenden Regierungen überwiesen..

Die genannten katholischen Konsistorien werden aufgehoben.

---

§ 27. Den evangelischen Konsistorialbehörden in der Provinz Hannover verbleiben, bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung, in Kirchensachen ihre bisherigen Zuständigkeiten.

---

2. Bezirksausschuß.

§ 28. Der Bezirksausschuß besteht aus dem Regierungspräsidenten als Vorsitzenden und aus sechs Mitgliedern.

Zwei dieser Mitglieder, von denen eins zum Richteramte, eins zur Bekleidung von höheren Verwaltungsämtern befähigt sein muß, werden vom Könige auf Lebenszeit ernannt. Aus der Zahl dieser Mitglieder ernennt der König gleichzeitig den Stellvertreter des Regierungspräsidenten im Vorsitze mit dem Titel Verwaltungsgerichtsdirektor. Zur sonstigen Stellvertretung des Regierungspräsidenten im Bezirksausschusse und zur Stellvertretung jedes der beiden auf Lebenszeit ernannten Mitglieder ernennt der König ferner aus der Zahl der am Sitze des Bezirksausschusses ein richterliches oder ein höheres Verwaltungsamt bekleidenden Beamten einen Stellvertreter. Die Ernennung der Stellvertreter erfolgt auf die Dauer ihres Hauptamts am Sitze des Bezirksausschusses.

Die vier anderen Mitglieder des Bezirksausschusses werden aus den Einwohnern seines Sprengels durch den Provinzialausschuß gewählt. In gleicher Weise wählt letzterer vier Stellvertreter, über deren Einberufung das Geschäftsregulativ bestimmt.

Wählbar ist mit Ausnahme des Oberpräsidenten, der Regierungspräsidenten, der Vorsteher Königlicher Polizeibehörden, der Landräte und der Beamten des Provinzialverbandes jeder zum Provinziallandtage wählbare Angehörige des Deutschen Reichs.. Mitglieder des Provinzialrats können nicht Mitglieder des Bezirksausschusses sein.

Im übrigen finden auf die Wahlen beziehungsweise die gewählten Mitglieder die Bestimmungen der §§ 11, 12 und 13 sinngemäße Anwendung.

---

§ 29. Wo der Geschäftsumfang es erfordert, können durch Königliche Verordnung Abteilungen des Bezirksausschusses für Teile des Regierungsbezirks gebildet werden. In solchen Fällen gehören der Vorsitzende und, sofern nicht für die verschiedenen Abteilungen besondere Ernennungen erfolgen, die ernannten Mitglieder allen Abteilungen an. Die gewählten Mitglieder und deren Stellvertreter müssen für jede Abteilung gesondert bestellt werden. Im übrigen gelten die für den Bezirksausschuß gegebenen Vorschriften sinngemäß für jede Abteilung.

---

§ 30. Der Vorsitz im Bezirksausschusse geht in Behinderungsfällen von dem Regierungspräsidenten beziehungsweise dem Verwaltungsgerichtsdirektor auf das zweite ernannte Mitglied, sodann auf den Stellvertreter des Verwaltungsgerichtsdirektor über. Der Regierungspräsident gilt als behindert in allen Fällen, in welchen über eine Beschwerde gegen die Verfügung eines Regierungspräsidenten verhandelt wird.

---

§ 31. Den ernannten Mitgliedern darf eine Vertretung des Regierungspräsidenten oder eine Hilfsleistung in den diesem persönlich überwiesenen Geschäften nicht aufgetragen werden. Beide nehmen an den Plenarberatungen der Regierung nach Maßgabe der für die Regierungsmitglieder bestehenden Vorschriften teil. Im übrigen ist ihnen die Führung eines anderen Amtes nur gestattet, wenn dasselbe ein richterliches ist oder ohne Vergütung geführt wird.

---

§ 32. Die gewählten Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder werden durch den Vorsitzenden vereidigt. Alle Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder unterliegen in dieser ihrer Eigenschaft den Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der Richter u. s. w., vom 7. Mai 1851 (Gesetz-Samml. S. 218), beziehungsweise des Gesetzes vom 26. März 1856 (Gesetz-Samml. S. 201).

Disziplinargericht ist das Plenum des Oberverwaltungsgerichts; der Vertreter der Staatsanwaltschaft wird von dem Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts ernannt.

---

§ 33. Der Bezirksausschuß ist bei Anwesenheit von fünf Mitgliedern, in Streitsachen unter Armenverbänden bei Anwesenheit von drei Mitgliedern beschlußfähig, unter denen sich in allen Fällen mit Einschluß des Vorsitzenden mindestens zwei ernannte, darunter ein zum Richteramte befähigtes, und ein gewähltes Mitglied befinden muß.

Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei gerader Stimmenzahl scheidet, wenn außer dem Vorsitzenden zwei ernannte Mitglieder anwesend sind, das dem Dienstalter nach jüngste ernannte, wenn außer dem Vorsitzenden nur ein ernanntes Mitglied anwesend ist, das dem Lebensalter nach jüngste gewählte Mitglied mit der Maßgabe aus, daß das Stimmrecht vorzugsweise

1. unter den ernannten Mitgliedern einem zum Richteramte befähigten, sofern es dessen zur Beschlußfähigkeit bedarf,
2. im übrigen dem Berichterstatter verbleibt.

---

§ 34. Die gewählten Mitglieder und deren Stellvertreter erhalten Tagegelder und Reisekosten nach den für Staatsbeamte der vierten Rangklasse bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

Alle Einnahmen des Bezirksausschusses fließen zur Staatskasse. Derselben fallen auch alle Ausgaben zur Last.

---

§ 35. In den Hohenzollernschen Landen kommen in betreff des Bezirksausschusses die Bestimmungen der §§ 28, 30, 32, 33, 34 mit der Maßgabe zur Anwendung, daß die zu wählenden Mitglieder von dem Landesausschusse aus der Zahl der zum Kommunallandtage wählbaren Angehörigen des Landeskommunalverbandes gewählt werden. Der Regierungspräsident, die Oberamtmänner und die Beamten des Landeskommunalverbandes sind von der Wählbarkeit ausgeschlossen.

III. Abschnitt.

Kreisbehörden.

§ 36. An der Spitze der Verwaltung des Kreises steht der Landrat. Derselbe führt den Vorsitz im Kreisausschusse. Im übrigen wird die Zusammensetzung des Kreisausschusses durch die Kreisordnungen geregelt.

---

§ 37. Der Stadtausschuß besteht aus dem Bürgermeister beziehungsweise dessen gesetzlichem Stellvertreter als Vorsitzenden und vier Mitgliedern, welche vom Magistrate (kollegialischen Gemeindevorstande) aus seiner Mitte für die Dauer ihres Hauptamtes gewählt werden.

Für Fälle der Behinderung sowohl des Bürgermeisters wie seines gesetzlichem Stellvertreters wählt der Stadtausschuß den Vorsitzenden aus seiner Mitte. Derselbe bedarf der Bestätigung des Regierungspräsidenten, in dem Stadtkreise Berlin des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg.

Der Vorsitzende oder ein Mitglied des Stadtausschusses muß zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst befähigt sein.

---

§ 38. In Stadtkreisen, in denen der Bürgermeister allein den Gemeindevorstand bildet, werden die außer dem Vorsitzenden zu bestellenden Mitglieder von der Gemeindevertretung aus der Zahl der Gemeindebürger gewählt.

Die Wahl erfolgt auf sechs Jahre.

Alle drei Jahre scheidet die Hälfte der gewählten Mitglieder aus und wird durch neue Wahlen ersetzt. Die Ausscheidenden bleiben jedoch in allen Fällen bis zur Einführung der neu Gewählten in Thätigkeit.

Die das erste Mal Ausscheidenden werden durch das Los bestimmt. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.

Für die im Laufe der Wahlperiode ausscheidenden Mitglieder haben Ersatzwahlen stattzufinden. Die Ersatzmänner

bleiben nur bis zum Ende desjenigen Zeitraums in Thätigkeit, für welchen die Ausgeschiedenen gewählt worden.

Im übrigen gelten in betreff der Wählbarkeit, der Wahl, der Einführung und der Vereidigung der Mitglieder, sowie des Verlustes ihrer Stellen unter einstweiliger Enthebung von denselben, die für unbesoldete Magistratsmitglieder bestehenden gesetzlichen Vorschriften.

§ 39. Die gewählten Mitglieder des Kreis-(Stadt-)Ausschusses können aus Gründen, welche die Entfernung eines Beamten aus seinem Amte rechtfertigen (§ 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1852, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten), im Wege des Disziplinarverfahrens ihrer Stellen enthoben werden.

Für das Disziplinarverfahren gelten die Vorschriften des genannten Gesetzes mit folgenden Maßgaben:

Die Einleitung des Verfahrens, sowie die Ernennung des Untersuchungskommissars erfolgt durch den Regierungspräsidenten.

Die entscheidende Behörde ersten Instanz ist der Bezirksausschuß, die entscheidende Behörde zweiter Instanz das Plenum des Oberverwaltungsgerichts.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft wird für die erste Instanz von dem Regierungspräsidenten, für die zweite Instanz von dem Minister des Innern ernannt.

§ 40. Der Kreis-(Stadt-)Ausschuß ist beschlußfähig, wenn mit Einschluß des Vorsitzenden drei Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Ist eine gerade Zahl von Mitgliedern anwesend, so nimmt das dem Lebensalter nach jüngste gewählte Mitglied an der Abstimmung nicht teil. Dem Berichterstatter steht jedoch in allen Fällen Stimmrecht zu.

IV. Abschnitt.

Behörden für den Stadtkreis Berlin.

§ 41. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg ist zugleich Oberpräsident von Berlin.

Ingleichen fungieren das Provinzialschulkollegium, das Medizinalkollegium, die Generalkommission und die Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg auch für den Stadtkreis Berlin.

§ 42.[1]) An Stelle des Regierungspräsidenten führt der Oberpräsident die Aufsicht des Staates über die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Berlin. Auf welche Behörden die sonstigen Zuständigkeiten, der Regierungsabteilung des Innern zu Potsdam in betreff Berlins übergehen, wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

Im übrigen, und soweit nicht sonst die Gesetze anderes bestimmen, tritt für den Stadtkreis Berlin an die Stelle des Regierungspräsidenten der Polizeipräsident von Berlin.

§ 43. An die Stelle des Provinzialrats tritt in den Fällen, in welchen derselbe in erster Instanz beschließt, der Oberpräsident, in den übrigen Fällen der zuständige Minister.

Für den Stadtkreis Berlin besteht ein

[1]) Verordnung zur Ausführung des § 42. Vom 26. Januar 1881:

Art. 1. Mit dem 1. April 1881 wird die Verwaltung der Invaliden-Pensions- und Unterstützungsangelegenheiten der in Berlin wohnhaften Militär- und Marineinvaliden aus dem Stande vom Feldwebel abwärts, sowie der Angelegenheiten, betreffend die Unterstützung der hinterbliebenen Eltern, Kinder und Witwen solcher Personen, soweit diese Verwaltung bisher von der Abteilung des Innern der Regierung zu Potsdam geführt worden ist, dem Polizeipräsidenten von Berlin übertragen.

Mit demselben Zeitpunkte gehen alle sonstigen Zuständigkeiten der gedachten Regierungsabteilung in betreff Berlins, gleich der bereits durch § 42 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung dem Oberpräsidenten von Berlin übertragenen Aufsicht des Staates über die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Berlin, auf den Oberpräsidenten von Berlin über.

besonderer Bezirksausschuß. Auf denselben finden die Bestimmungen der §§ 28, 30 Satz 1, 31 Satz 3, 32, 33, 34 mit folgenden Maßgaben Anwendung:

1. an Stelle des Regierungspräsidenten tritt ein vom Könige ernannter Präsident. Die Ernennung dieses Beamten kann im Nebenamte auf die Dauer seines Hauptamtes in Berlin erfolgen. Beamte des Polizeipräsidiums sind von dieser Ernennung ausgeschlossen.
2. Die zu wählenden Mitglieder werden durch den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung unter dem Vorsitz des Bürgermeisters gewählt. Dasselbe Kollegium beschließt an Stelle des Provinzialausschusses über das Aufhören einer der für die Wählbarkeit vorgeschriebenen Bedingungen, sowie über die Abänderung der Dauer der Wahlperiode. Die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung sind von der Wählbarkeit ausgeschlossen.

Zur Zuständigkeit des Bezirksausschusses für den Stadtkreis Berlin gehören die im Verwaltungsstreitverfahren zu behandelnden Angelegenheiten und diejenigen im Beschlußverfahren zu behandelnden Angelegenheiten, welche im einzelnen durch die Gesetze seiner Zuständigkeit überwiesen werden; in betreff der übrigen im Beschlußverfahren zu behandelnden Angelegenheiten tritt für den Stadtkreis Berlin der Oberpräsident an die Stelle des Bezirksausschusses, soweit nicht in den Gesetzen ein anderes bestimmt ist.

§ 44. In Angelegenheiten der kirchlichen Verwaltung tritt für den Stadtkreis Berlin an die Stelle der Regierungsabteilung für Kirchen- und Schulwesen der Polizeipräsident.

Bezüglich der Verwaltung des landesherrlichen Patronats und des Schulwesens verbleibt es bei den bestehenden Bestimmungen.

---

§ 45. Die Geschäfte der direkten Steuerverwaltung werden an Stelle der Regierungsabteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten, für den Stadtkreis Berlin von der „Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern" wahrgenommen.

Diese Behörde wird in betreff der Zuständigkeit in Disziplinarsachen den im § 24 Nr. 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1852, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten ꝛc., bezeichneten Provinzialbehörden gleichgestellt.

---

§ 46. Hat keine Bedeutung mehr.[1])

---

§ 47. Für diejenigen Kategorien der in Berlin angestellten Beamten, bezüglich deren nicht die Zuständigkeit einer anderen Behörde in Disziplinarsachen begründet ist, behält es bei den Bestimmungen des § 25 des Gesetzes vom 21. Juli 1852 mit der Maßgabe sein Bewenden, daß die Einleitung des Disziplinarverfahrens, sowie die Ernennung des Untersuchungskommissars und des Vertreters des Staatsanwalts für die erste Instanz dem Oberpräsidenten von Berlin zusteht.

V. Abschnitt.

Stellung der Behörden.

§ 48. Die dienstliche Aufsicht über die Geschäftsführung des Kreis-(Stadt-) Ausschusses wird von dem Regierungspräsidenten, in Berlin von dem Oberpräsidenten, die Aufsicht über die Geschäftsführung des Bezirksausschusses von dem Oberpräsidenten, die Aufsicht über die Geschäftsführung des Provinzialrats von dem Minister des Innern geführt.

Vorstellungen gegen die geschäftlichen Aufsichtsverfügungen des Regierungspräsidenten unterliegen der endgültigen Beschlußfassung des Oberpräsidenten, Vorstellungen gegen die Aufsichtsverfügungen

---

[1]) Man vergleiche jetzt § 41 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (abgedruckt im Band I).

des Oberpräsidenten der endgültigen Beschlußfassung des Ministers des Innern.

Die Aufsichtsbehörden sind zur Vornahme allgemeiner Geschäftsrevisionen befugt.

---

§ 49. Die im § 48 bezeichneten Behörden haben sich gegenseitig Rechtshilfe zu leisten. Sie haben den geschäftlichen Aufträgen und Anweisungen der ihnen im Instanzenzuge vorgesetzten Behörden Folge zu leisten.

Dritter Titel.

Verfahren.

I. Abschnitt.

Allgemeine Vorschriften.

§ 50. Das Gesetz bestimmt, in welcher Weise Verfügungen (Bescheide, Beschlüsse) in Verwaltungssachen angefochten werden können. Zur ersten Anfechtung dienen in der Regel die Beschwerde oder die Klage im Verwaltungsstreitverfahren.

Die Beschwerde ist ausgeschlossen, soweit das Verwaltungsstreitverfahren zugelassen ist, vorbehaltlich abweichender besonderer Bestimmungen des Gesetzes.

Unberührt bleibt in allen Fällen die Befugnis der staatlichen Aufsichtsbehörden, innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit Verfügungen und Anordnungen der nachgeordneten Behörden außer Kraft zu setzen, oder diese Behörden mit Anweisungen zu versehen.

---

§ 51. Wo die Gesetze für die Anbringung der Beschwerde gegen Beschlüsse des Kreis-(Stadt-)Ausschusses, des Bezirksausschusses oder des Provinzialrats, oder der Klage beziehungsweise des Antrags auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren eine andere als eine zweiwöchentliche Frist vorschreiben, beträgt die Frist fortan zwei Wochen. Das Gleiche gilt von den im § 11 des Gesetzes vom 14. August 1876, betreffend die Verwaltung der den Gemeinden und öffentlichen Anstalten gehörigen Holzungen in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen (Gesetz-Samml. S. 373), und im § 91 des Gesetzes vom 1. Juli 1879, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften (Gesetz-Samml. S. 297) vorgeschriebenen Fristen.

---

§ 52. Die Fristen für die Anbringung der Beschwerde und der Klage beziehungsweise des Antrags auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren, sowie alle Fristen im Verwaltungsstreitverfahren sind präklusivisch und beginnen, sofern nicht die Gesetze anderes vorschreiben, mit der Zustellung. Für die Berechnung der Fristen sind die bürgerlichen Prozeßgesetze maßgebend.[1])

Bezüglich der Beschwerde kann die angerufene Behörde in Fällen unverschuldeter Fristversäumung Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewähren.

Für eine im Verwaltungsstreitverfahren zu gewährende Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sind lediglich die für das Verwaltungsstreitverfahren besonders getroffenen Bestimmungen maßgebend (§ 112).

---

§ 53. Die Anbringung der Beschwerde, sowie der Klage beziehungsweise des Antrags auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren hat, sofern nicht die Gesetze anderes vorschreiben, aufschiebende Wirkung. Verfügungen, Bescheide und Beschlüsse können jedoch, auch wenn dieselben mit der Beschwerde oder mit der Klage beziehungsweise dem Antrag auf mündliche Verwaltung im Verwaltungsstreitverfahren angefochten sind, zur Ausführung gebracht werden, sofern letztere nach dem Ermessen der Behörde ohne

---

[1]) Dies sind die §§ 221 und 222 der Civilprozeßordnung und die §§ 187 bis 192 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Nachteil für das Gemeinwesen nicht ausgesetzt bleiben kann, vorbehaltlich der Bestimmung im § 133 Absatz 3 dieses Gesetzes.

---

§ 54. Das Verfahren des Kreis-(Stadt-) Ausschusses und des Bezirksausschusses in Angelegenheiten der allgemeinen Landesverwaltung ist entweder das Verwaltungsstreitverfahren oder das Beschlußverfahren.

Das Verwaltungsstreitverfahren tritt in allen Angelegenheiten ein, in welchen die Gesetze von der Entscheidung in streitigen Verwaltungssachen oder von der Erledigung der Angelegenheit im Streitverfahren oder durch Endurteil oder von der Klage bei dem Kreisausschusse, dem Bezirksausschusse oder einem Verwaltungsgerichte sprechen, und wo sonst dieses Verfahren gesetzlich vorgeschrieben ist.

In allen anderen Angelegenheiten ist das Verfahren des Kreis-(Stadt-)Ausschusses und des Bezirksausschusses das Beschlußverfahren.

Das Oberverwaltungsgericht verfährt nur im Verwaltungsstreitverfahren; der Provinzialrat nur im Beschlußverfahren.

---

§ 55. Der Vorsitzende des Kreis-(Stadt-)Ausschusses, des Bezirksausschusses und des Provinzialrats beruft das Kollegium, leitet und beaufsichtigt den Geschäftsgang und sorgt für die prompte Erledigung der Geschäfte. Er bereitet die Beschlüsse der Behörde vor und trägt für deren Ausführung Sorge. Er vertritt die Behörde nach außen, verhandelt namens derselben mit anderen Behörden und mit Privatpersonen, führt den Schriftwechsel und zeichnet alle Schriftstücke namens der Behörde.

---

§ 56. Soweit Geschäftsgang und Verfahren des Kreis-(Stadt-)Ausschusses, des Bezirksausschusses und des Provinzialrats nicht durch die nachstehenden oder durch besondere gesetzliche Bestimmungen geregelt sind, werden dieselben durch Regulative geordnet, welche der Minister des Innern erläßt.

---

§ 57. Die örtliche Zuständigkeit für das Verwaltungsstreit- und Beschlußverfahren bestimmt sich, wie folgt:

Zuständig in erster Instanz ist:

1. in Angelegenheiten, welche sich auf Grundstücke beziehen, die Behörde der belegenen Sache;
2. in allen sonstigen Fällen die Behörde desjenigen Bezirks (Kreis, Regierungsbezirk, Provinz), in welchem die Person wohnt oder die Korporation beziehungsweise öffentliche Behörde ihren Sitz hat, welche im Verwaltungsstreitverfahren in Anspruch genommen wird oder auf deren Angelegenheit sich die Beschlußfassung bezieht. Wenn die Korporation oder öffentliche Behörde ihren Sitz außerhalb ihres räumlichen Bezirks hat, ist diejenige Behörde zuständig, welcher dieser Bezirk angehört.

   Bezüglich des Kommunalverbandes der Provinz Brandenburg ist der Bezirksausschuß zu Potsdam zuständig.

---

§ 58. Sind die Grundstücke in mehreren Bezirken belegen, oder ist es zweifelhaft, zu welchem Bezirke sie gehören, so wird die zuständige Behörde

1. für das Verwaltungsstreitverfahren durch den Bezirksausschuß und, wenn die Grundstücke in verschiedenen Regierungsbezirken liegen, durch das Oberverwaltungsgericht,
2. Für das Beschlußverfahren durch den Regierungspräsidenten, den Oberpräsidenten oder den Minister des Innern, je nachdem die betreffenden Bezirke demselben Regierungsbezirke, derselben Provinz, aber verschiedenen Regierungsbezirken, oder verschiedenen Provinzen angehören,

endgültig bestimmt.

Dasselbe findet statt, wenn die Personen oder Korporationen, deren Angelegenheit den Gegenstand der Entscheidung oder Beschlußfassung bildet, in mehreren Bezirken wohnen oder ihren Sitz haben.

---

§ 59. Ist bei einer Angelegenheit, welche zur Zuständigkeit des Kreis-(Stadt-) Ausschusses gehört, die betreffende Kreiskorporation (Stadtgemeinde) als solche beteiligt, so wird

1. für das Verwaltungsstreitverfahren von dem Bezirksausschusse und, wenn ein Stadtkreis beteiligt ist, von dem Oberverwaltungsgerichte,
2. für das Beschlußverfahren von dem

Regierungspräsidenten, für Berlin von dem Oberpräsidenten
ein anderer Kreis- oder Stadtausschuß mit der Entscheidung oder Beschlußfassung beauftragt.

---

§ 60. Die Vollstreckung im Verwaltungsstreitverfahren und im Beschlußverfahren erfolgt im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens. Die Vollstreckung wird namens der Behörde, welche in der ersten Instanz entschieden, beziehungsweise beschlossen hatte, von deren Vorsitzendem verfügt. Ueber Beschwerden gegen die Verfügungen des Vorsitzenden entscheidet die Behörde. Gegen die Entscheidung der Behörde findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an die im Instanzenzuge zunächst höhere Behörde statt.

Die Entscheidung der letzteren ist endgültig.

II. Abschnitt.

Verwaltungsstreitverfahren.

1. Von der Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen.

§ 61. Die Bestimmungen der bürgerlichen Prozeßgesetze über Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen finden für das Verwaltungsstreitverfahren sinngemäße Anwendung.[1])

Aus der innerhalb seiner Zuständigkeit geübten amtlichen Thätigkeit des Landrats beziehungsweise des Regierungspräsidenten darf kein Grund zur Ablehnung desselben wegen Besorgnis der Befangenheit entnommen werden.

---

§ 62. Ueber das Ablehnungsgesuch beschließt das Gericht, welchem der Abgelehnte angehört, und wenn der Vorsitzende des Kreis-(Stadt-) oder Bezirksausschusses abgelehnt werden soll, das nächst höhere Gericht.

Der Beschluß, durch welchen das Gesuch für begründet erklärt wird, ist endgültig. Wird das Gesuch für unbegründet erklärt, so steht der mit demselben zurückgewiesenen Partei innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an das im Instanzenzuge zunächst höhere Gericht zu. Das letztere entscheidet endgültig. Die Verhandlung über die Ablehnung erfolgt in nicht öffentlicher Sitzung.

Das im Instanzenzuge zunächst vorgesetzte Gericht entscheidet desgleichen endgültig und bestimmt das zuständige Gericht, wenn das Gericht, dem das ausgeschlossene oder abgelehnte Mitglied angehört, bei dessen Ausscheiden beschlußunfähig wird.

---

2. Von dem Verfahren in erster Instanz.

§ 63. Die Klage ist bei dem zuständigen Gericht schriftlich einzureichen. Die Klage beim Kreisausschusse kann zu Protokoll erklärt werden. In der Klage ist ein bestimmter Antrag zu stellen, und sind die Person des Beklagten, der Gegenstand des Anspruchs, sowie die den Antrag begründenden Thatsachen genau zu bezeichnen.

---

§ 64. Stellt sich der erhobene Anspruch sofort als rechtlich unzulässig oder unbegründet heraus, so kann die Klage ohne Weiteres durch einen mit Gründen versehenen Bescheid zurückgewiesen werden.

Scheint der erhobene Anspruch dagegen rechtlich begründet, so kann dem Beklagten ohne Weiteres durch einen mit Gründen versehenen Bescheid die Klaglosstellung des Klägers aufgegeben werden.

Namens des Kreisausschusses steht auch dem Vorsitzenden desselben, namens des Bezirksausschusses auch dem Vorsitzenden im Einverständnis mit den ernannten Mitgliedern der Erlaß eines solchen Bescheides zu.

In dem Bescheide ist den Parteien zu eröffnen, daß sie befugt seien, innerhalb zwei Wochen, vom Tage der Zustellung ab, entweder die Anberaumung der mündlichen Verhandlung zu beantragen oder

---

[1]) Dies sind die §§ 41, 42 und 49 der Civilprozeßordnung.

dasjenige Rechtsmittel einzulegen, welches zulässig wäre, wenn der Bescheid als Entscheidung des Kollegiums ergangen wäre.

Wird mündliche Verhandlung beantragt, so muß dieselbe zunächst stattfinden.

Hat einer der Beteiligten mündliche Verhandlung beantragt, ein anderer das Rechtsmittel eingelegt, so wird nur dem Antrag auf mündliche Verhandlung stattgegeben.

Wird weder mündliche Verhandlung beantragt, noch das Rechtsmittel eingelegt, so gilt der Bescheid als endgültiges Urteil.

---

§ 65. Wird ein Bescheid nach den Bestimmungen des § 64 nicht erlassen, so ist die Klage dem Beklagten mit der Aufforderung zuzufertigen, seine Gegenerklärung innerhalb einer bestimmten, von einer bis zu vier Wochen zu bemessenden Frist schriftlich einzureichen. Wenn das Verfahren bei dem Kreisausschusse anhängig ist, so kann die Gegenerklärung auch zu Protokoll erklärt werden.

Die Frist kann in nicht schleunigen Sachen der Regel nach nicht über zwei Wochen verlängert werden. Die Gegenerklärung des Beklagten wird dem Kläger zugefertigt.

---

§ 66. Allen Schriftstücken sind die als Beweismittel in Bezug genommenen Urkunden im Original oder in Abschrift beizufügen. Von allen Schriftstücken und deren Anlagen sind Duplikate einzureichen.

Das Gericht kann geeignetenfalls gestatten, daß statt der Einreichung von Duplikaten die Anlagen selbst zur Einsicht der Beteiligten in seinem Geschäftslokale offengelegt werden.

---

§ 67. Ist weder vom Kläger noch vom Beklagten die Anberaumung der mündlichen Verhandlung ausdrücklich verlangt, so kann das Gericht auch ohne solche Verhandlung schon auf Grund der Erklärung der Parteien seine Entscheidung in der Form eines mit Gründen versehenen Bescheides fällen. Dabei gelten die Bestimmungen der Absätze 4 bis 7 des § 64.

---

§ 68. Hat dagegen auch nur eine Partei die Anberaumung der mündlichen Verhandlung gefordert oder erachtet das Gericht eine solche für erforderlich, so werden die Parteien zur mündlichen Verhandlung unter der Verwarnung geladen, daß beim Ausbleiben nach Lage der Verhandlungen werde entschieden werden.

Das Gericht kann zur Aufklärung des Sachverhältnisses das persönliche Erscheinen einer Partei anordnen.

Den Parteien steht es frei, ihre Erklärungen, auch ohne dazu besonders aufgefordert zu sein, vor dem Termine schriftlich einzureichen und zu ergänzen. Das Duplikat solcher Erklärungen ist der Gegenpartei zuzufertigen. Kann dies nicht mehr vor dem Termine zur mündlichen Verhandlung bewirkt werden, so ist der wesentliche Inhalt der Erklärungen in dieser Verhandlung mitzuteilen.

---

§ 69. Wo die Gesetze zur Einleitung des Verwaltungsstreitverfahrens statt der Klage den Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren geben, erfolgt auf den Antrag ohne weiteres die Vorladung der Parteien zur mündlichen Verhandlung.

Der Antrag muß alles enthalten, was nach § 63 für den Klageantrag erfordert wird, soweit dasselbe nicht aus den Vorverhandlungen bei der Behörde sich ergiebt.

---

§ 70. Das Gericht kann auf Antrag oder von Amtswegen die Beiladung Dritter, deren Interesse durch die zu erlassende Entscheidung berührt wird, verfügen. Die Entscheidung ist in diesem Falle auch den Beigeladenen gegenüber gültig.

---

§ 71. In der mündlichen Verhandlung sind die Parteien oder ihre mit Vollmacht versehenen Vertreter zu hören.

Dieselben können ihre thatsächlichen oder rechtlichen Anführungen ergänzen oder berichtigen und die Klage abändern, insofern durch die Abänderung nach dem Ermessen des Gerichts das Verteidigungsrecht der Gegenpartei nicht geschmälert oder eine erhebliche Verzögerung des Verfahrens nicht herbeigeführt wird. Sie haben sämtliche Beweismittel anzugeben und, soweit dies nicht bereits geschehen, die schriftlichen ihnen zu Gebote stehenden Beweismittel vorzulegen; auch können von ihnen Zeugen zur Vernehmung vorgeführt werden.

Der Vorsitzende des Gerichts hat dahin zu wirken, daß der Sachverhalt vollständig

aufgeklärt und die sachdienlichen Anträge von den Parteien gestellt werden.

Er kann einem Mitgliede des Gerichts gestatten, das Fragerecht auszuüben.

Eine Frage ist zu stellen, wenn das Gericht diese für angemessen erachtet.

---

§ 72. Die mündliche Verhandlung erfolgt in öffentlicher Sitzung des Gerichts.

Die Oeffentlichkeit kann durch einen öffentlich zu verkündigenden Beschluß ausgeschlossen werden, wenn das Gericht dies aus Gründen des öffentlichen Wohls oder der Sittlichkeit für angemessen erachtet.

Der Vorsitzende kann aus der öffentlichen Sitzung jeden Zuhörer entfernen lassen, der Zeichen des Beifalls oder des Mißfallens giebt oder Störung irgend einer Art verursacht.

Parteien, Zeugen, Sachverständige, welche den zur Aufrechterhaltung der Ordnung erlassenen Befehlen des Vorsitzenden nicht gehorchen, können auf Beschluß des Gerichts aus dem Sitzungszimmer entfernt werden. Gegen die bei der Verhandlung beteiligten Personen wird sodann in gleicher Weise verfahren, wie wenn sie sich freiwillig entfernt hätten.

---

§ 73. Die Parteien sind in der Wahl der von ihnen zu bestellenden Bevollmächtigten nicht beschränkt.

Das Gericht kann Vertreter, welche, ohne Rechtsanwälte zu sein, die Vertretung vor dem Gerichte geschäftsmäßig betreiben, zurückweisen. Eine Anfechtung dieser Anordnung findet nicht statt.

Gemeindevorsteher, welche als solche legitimiert sind, bedürfen zur Vertretung ihrer Gemeinden einer besonderen Vollmacht nicht.

---

§ 74. Liegt einer öffentlichen Behörde als Partei die Wahrnehmung des öffentlichen Interesses ob, so kann auf deren Antrag der Regierungspräsident für die mündliche Verhandlung vor dem Bezirksausschusse, und der Ressortminister für die mündliche Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgerichte einen Kommissar zur Vertretung der Behörde bestellen.

Der Regierungspräsident beziehungsweise der Ressortminister kann in geeigneten Fällen auch ohne Antrag einer Partei einen besonderen Kommissar zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses für die mündliche Verhandlung bestellen. Der Kommissar ist vor Erlaß des Endurteils mit seinen Ausführungen und Anträgen zu hören, zur Einlegung von Rechtsmitteln aber nicht befugt.

Der Vorsitzende des Kreis-(Stadt-)Ausschusses beziehungsweise des Bezirksausschusses und der Ressortminister hat behufs der erforderlichen Wahrnehmung des öffentlichen Interesses einen Kommissar zu bestellen, wenn das Gesetz die öffentliche Behörde, welche die Rolle des Klägers oder des Beklagten wahrzunehmen hat, nicht bezeichnet.

---

§ 75. Die mündliche Verhandlung erfolgt unter Zuziehung eines vereidigten Protokollführers. Das Protokoll muß die wesentlichen Hergänge der Verhandlung enthalten. Dasselbe wird von dem Vorsitzenden und dem Protokollführer unterzeichnet.

---

§ 76. Das Gericht ist befugt — geeignetenfalls schon vor Anberaumung der mündlichen Verhandlung — Untersuchungen an Ort und Stelle zu veranlassen, Zeugen und Sachverständige zu laden und eidlich zu vernehmen, überhaupt den angetretenen oder nach dem Ermessen des Gerichts erforderlichen Beweis in vollem Umfange zu erheben.

---

§ 77. Das Gericht kann die Beweiserhebung durch eines seiner Mitglieder oder erforderlichenfalls durch eine zu dem Ende zu ersuchende sonstige Behörde bewirken lassen. Es kann verordnen, daß die Beweiserhebung in der mündlichen Verhandlung stattfinden soll.

Die Beweisverhandlungen sind unter Zuziehung eines vereidigten oder von der betreffenden Behörde durch Handschlag zu verpflichtenden Protokollführers aufzunehmen; die Parteien sind zu denselben zu laden.

---

§ 78. Hinsichtlich der Verpflichtung, sich als Zeuge oder Sachverständiger vernehmen zu lassen, sowie hinsichtlich der im Falle des Ungehorsams zu verhängenden Strafen kommen die Bestimmungen der bürgerlichen Prozeßgesetze mit der Maßgabe zur Anwendung, daß im Falle des Ungehorsams die zu erkennende Geldbuße

den Betrag von einhundertfünfzig Mark nicht übersteigen darf.

Gegen die eine Strafe oder die Nichtverpflichtung des Zeugen oder Sachverständigen aussprechende Entscheidung steht den Beteiligten innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an das im Instanzenzuge zunächst vorgesetzte Gericht, gegen die in zweiter Instanz ergangene Entscheidung des Bezirksausschusses die weitere Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht zu.

---

§ 79. Das Gericht hat nach seiner freien, aus dem ganzen Inbegriffe der Verhandlungen und Beweise geschöpften Ueberzeugung zu entscheiden. Beim Ausbleiben der betreffenden Partei oder in Ermangelung einer Erklärung derselben können die von der Gegenpartei vorgebrachten Thatsachen für zugestanden erachtet werden. Die Entscheidungen dürfen nur die zum Streitverfahren vorgeladenen Parteien und die in demselben erhobenen Ansprüche betreffen.

---

§ 80. Die Entscheidung kann ohne vorgängige Anberaumung einer mündlichen Verhandlung erlassen werden, wenn beide Teile auf eine solche ausdrücklich verzichtet haben.

---

§ 81. Die Verkündigung der Entscheidung erfolgt der Regel nach in öffentlicher Sitzung des Gerichts. Eine mit Gründen versehene Ausfertigung der Entscheidung ist den Parteien und, sofern ein besonderer Kommissar zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses bestellt war (§ 74 Absatz 2), gleichzeitig auch diesem zuzustellen. Die Zustellung genügt, wenn die Verkündigung in öffentlicher Sitzung nicht erfolgt ist.

---

3. Von dem Verfahren in den weiteren Instanzen und von der Wiederaufnahme des Verfahrens.

§ 82. Gegen die in streitigen Verwaltungssachen ergangenen Endurteile der Kreisausschüsse und gegen die Bescheide in den Fällen der §§ 64 und 67 steht, soweit nicht gemäß besonderer gesetzlicher Vorschrift diese Urteile endgültig oder die gegen dieselben stattfindenden Rechtsmittel in abweichender Weise geregelt sind, den Parteien und aus Gründen des öffentlichen Interesses dem Vorsitzenden des Kreisausschusses die Berufung an den Bezirksausschuß zu.

Will der Vorsitzende des Kreisausschusses gegen eine Entscheidung des letzteren die Berufung einlegen, so hat er dies sofort zu erklären. Die Verkündigung der Entscheidung bleibt in diesem Falle einstweilen, jedoch längstens drei Tage ausgesetzt. Sie erfolgt mit der Eröffnung, daß im öffentlichen Interesse die Berufung eingelegt worden sei. Ist die Verkündigung ohne diese Eröffnung erfolgt, so findet die Berufung im öffentlichen Interesse nicht mehr statt. Die Gründe der Berufung sind den Parteien zur schriftlichen Erklärung innerhalb der im § 86 gedachten Frist mitzuteilen. Nach Ablauf der Frist sind die Verhandlungen dem Bezirksausschusse einzureichen und die Parteien hiervon zu benachrichtigen.

---

§ 83. Gegen die in streitigen Verwaltungssachen in erster Instanz ergangenen Endurteile der Bezirksausschüsse und gegen die Bescheide in den Fällen der §§ 64 und 67 steht, soweit nicht gemäß besonderer gesetzlicher Vorschrift diese Urteile endgültig oder die gegen dieselben stattfindenden Rechtsmittel in abweichender Weise geregelt sind, den Parteien und aus Gründen des öffentlichen Interesses dem Vorsitzenden des Bezirksausschusses die Berufung an das Oberverwaltungsgericht zu.

Das Recht der Berufung des Vorsitzenden findet in den Formen statt, welche in § 82 Absatz 2 vorgeschrieben sind.

---

§ 84. Die Vertretung der aus Gründen des öffentlichen Interesses von dem Vorsitzenden des Kreisausschusses oder des Bezirksausschusses eingelegten Berufung erfolgt vor dem Bezirksausschusse durch den von dem Regierungspräsidenten, vor dem Oberverwaltungsgerichte durch den von dem Ressortminister zu bestellenden Kommissar.

---

§ 85. Die Frist zur Einlegung der Berufung beträgt vorbehaltlich der Bestimmungen der §§ 82 Absatz 2, 83 Absatz 2 und 157 dieses Gesetzes zwei Wochen.

---

§ 86. Innerhalb der in § 85 gedachten Frist ist, bei Verlust des Rechtsmittels, die Berufung bei dem Gerichte, gegen dessen Entscheidung dieselbe gerichtet ist, schriftlich anzumelden und zu rechtfertigen.

Das Gericht prüft, ob die Anmeldung rechtzeitig erfolgt ist. Ist dies der Fall, so wird die Berufungsschrift mit ihren Anlagen der Gegenpartei zur schriftlichen Gegenerklärung innerhalb einer bestimmten, von einer bis zu vier Wochen zu bemessenden Frist zugefertigt.

Zur Rechtfertigung der Berufung, sowie zur Gegenerklärung kann in nicht schleunigen Sachen eine angemessene, der Regel nach nicht über zwei Wochen zu erstreckende Nachfrist gewährt werden.

Ist die Frist versäumt, so ist die Berufung ohne Weiteres durch einen mit Gründen versehenen Bescheid zurückzuweisen. Namens des Kreisausschusses steht auch dem Vorsitzenden, namens des Bezirksausschusses dem Vorsitzenden im Einverständnis mit den ernannten Mitgliedern der Erlaß eines solchen Bescheides zu. In demselben ist dem Berufungskläger zu eröffnen, daß ihm innerhalb zwei Wochen vom Tage der Zustellung ab die Beschwerde an das Berufungsgericht zustehe, widrigenfalls es bei dem Bescheide verbleibe.

---

§ 87. Der Berufungsbeklagte kann sich der Berufung anschließen, selbst wenn die Berufungsfrist verstrichen ist.

---

§ 88. Nach Ablauf der Frist sind die Verhandlungen dem Berufungsgerichte einzureichen. Die Parteien sind hiervon unter abschriftlicher Mitteilung der eingegangenen Gegenerklärungen zu benachrichtigen.

---

§ 89. Bezüglich der von einer Partei eingelegten Berufung findet die Bestimmung des § 67 für das Berufungsgericht entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß gegen den Bescheid nur der Antrag auf mündliche Verhandlung zulässig ist.

Die Abänderung der durch Berufung angefochtenen Entscheidung findet nur nach vorgängiger Anberaumung der mündlichen Verhandlung statt.

---

§ 90. Die Ladung der Parteien zur mündlichen Verhandlung erfolgt unter der Verwarnung, daß beim Ausbleiben nach Lage der Verhandlungen werde entschieden werden. In gleicher Weise erfolgt in den Fällen der Berufung aus Gründen des öffentlichen Interesses die Ladung des zur Vertretung desselben bestellten Kommissars.

Das Gericht kann zur Aufklärung des Sachverhältnisses das persönliche Erscheinen einer Partei anordnen.

---

§ 91. Ist die Berufung von dem Vorsitzenden des Kreisausschusses oder des Bezirksausschusses aus Gründen des öffentlichen Interesses eingelegt, so entscheidet das Berufungsgericht zunächst über die Vorfrage, ob das öffentliche Interesse für beteiligt zu erachten ist. Wird die Vorfrage verneint, so weist das Berufungsgericht, ohne im übrigen in die Sache selbst einzutreten, die Berufung als unstatthaft zurück.

---

§ 92. Die §§ 66, 70, 71 — mit Ausschluß der Bestimmungen über die Abänderung der Klage — §§ 72 bis 81 sind auch für das Verfahren in der Berufungsinstanz maßgebend.

Die Zufertigung der Entscheidung erfolgt durch Vermittelung desjenigen Gerichts, gegen dessen Entscheidung die Berufung eingelegt worden war.

---

§ 93. Gegen die von den Bezirksausschüssen in zweiter Instanz erlassenen Endurteile steht, soweit nicht gemäß besonderer gesetzlicher Vorschrift diese Urteile endgültig oder die gegen dieselben stattfindenden Rechtsmittel in abweichender Weise geregelt sind, den Parteien das Rechtsmittel der Revision an das Oberverwaltungsgericht zu.

Soweit das Rechtsmittel der Revision überhaupt zugelassen ist, steht dasselbe aus Gründen des öffentlichen Interesses auch dem Vorsitzenden des Bezirksausschusses zu.

---

§ 94. Die Revision kann nur darauf gestützt werden:

1. daß die angefochtene Entscheidung auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts, insbesondere auch der von den

Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Verordnungen beruhe;
2. daß das Verfahren an wesentlichen Mängeln leide.

§ 95. Die Bestimmungen des § 66, des § 71 — mit Ausschluß der Bestimmungen über die Abänderung der Klage — sowie der §§ 72 bis 75, 80 und 81, 82 Absatz 2, 84 bis 90 sind auch für die Frist zur Einlegung und Rechtfertigung der Revision, sowie für das Verfahren in der Revisionsinstanz maßgebend.

Die Anmeldung und Rechtfertigung der Revision hat bei demjenigen Gerichte zu erfolgen, welches in erster Instanz entschieden hat.

§ 96. In der Revisionsschrift ist anzugeben, worin die behauptete Nichtanwendung oder unrichtige Anwendung des bestehenden Rechts oder worin die behaupteten Mängel des Verfahrens gefunden werden.

§ 97. Das Oberverwaltungsgericht ist bei seiner Entscheidung an diejenigen Gründe nicht gebunden, welche zur Rechtfertigung der gestellten Anträge geltend gemacht worden sind.

§ 98. Erachtet das Oberverwaltungsgericht die Revision für begründet, so hebt es die angefochtene Entscheidung auf und entscheidet in der Sache selbst, wenn diese spruchreif erscheint. Die Zufertigung der Entscheidung erfolgt durch Vermittelung desjenigen Gerichts, welches in erster Instanz entschieden hat.

§ 99. Ist die Sache nicht spruchreif, so weist das Oberverwaltungsgericht dieselbe zur anderweitigen Entscheidung an die dazu nach der Sachlage geeignete Instanz zurück und verordnet die Wiederholung oder Ergänzung des Verfahrens, soweit es nach seinem Ermessen mit einem wesentlichen Mangel behaftet ist.

§ 100. Gegen die im Verwaltungsstreitverfahren ergangenen, rechtskräftig gewordenen Endurteile findet die Klage auf Wiederaufnahme des Verfahrens unter denselben Voraussetzungen, in demselben Umfange und innerhalb derselben Fristen statt, wie nach den bürgerlichen Prozeßgesetzen[1]) die Nichtigkeitsklage beziehungsweise die Restitutionsklage. Zuständig ist ausschließlich das Oberverwaltungsgericht. Erachtet das Oberverwaltungsgericht die Klage für begründet, so hebt es die angefochtene Entscheidung auf, verweist die Klage zur anderweitigen Entscheidung an die dazu nach der Sachlage geeignete Instanz und verordnet die Wiederholung oder Ergänzung des Verfahrens, soweit dasselbe von dem Anfechtungsgrunde betroffen wird.

§ 101. Das Gericht, an welches die Sache in den Fällen der §§ 99, 100 gewiesen wird, hat bei dem weiteren Verfahren und bei der von ihm anderweitig zu treffenden Entscheidung die in dem Aufhebungsbeschlusse des Oberverwaltungsgerichts aufgestellten Grundsätze, sowie in den Fällen des § 100 die dem Aufhebungsbeschlusse zu Grunde gelegten thatsächlichen Feststellungen als maßgebend zu betrachten.

4. Von den Kosten des Verwaltungsstreitverfahrens.

§ 102. Das Verwaltungsstreitverfahren ist stempelfrei.

§ 103. Dem unterliegenden Teile sind die Kosten und die baren Auslagen des Verfahrens, sowie die erforderlichen baren Auslagen des obsiegenden Teils zur Last zu legen. Die Gebühren eines Rechtsanwalts des obsiegenden Teils hat der unterliegende Teil nur insoweit zu erstatten, als dieselben für Wahrnehmung der mündlichen Verhandlung vor dem Bezirksausschusse oder dem Oberverwaltungsgerichte zu zahlen sind. An baren Auslagen für die persönliche Wahrnehmung der mündlichen Verhandlung vor dem Bezirksausschusse und dem Oberverwaltungsgerichte kann die obsiegende Partei nicht mehr in Anspruch nehmen, als die gesetzlichen Gebühren eines sie vertretenden Rechtsanwalts betragen haben würden, es sei denn, daß ihr persönliches Erscheinen von dem Gerichte angeordnet war.

[1]) Das sind die §§ 578 bis 583, 585 bis 589 der Civilprozeßordnung.

Im Endurteile ist der Wert des Streitobjektes festzusetzen.

Die Gebühren der Rechtsanwälte bestimmen sich nach den für dieselben bei den ordentlichen Gerichten geltenden Vorschriften.

---

§ 104. Die Kosten und baren Auslagen bleiben dem obsiegenden Teile zur Last, soweit sie durch sein eigenes Verschulden entstanden sind.

---

§ 105. Die Entscheidung über den Kostenpunkt (§§ 103, 104) kann nur gleichzeitig mit der Entscheidung in der Hauptsache durch Berufung oder Revision angefochten werden.

---

§ 106. An Kosten kommt ein Pauschquantum zur Hebung, welches im Höchstbetrage bei dem Kreisausschusse und bei dem Bezirksausschusse sechzig Mark, bei dem Oberverwaltungsgerichte einhundertfünfzig Mark nicht übersteigen darf. Für die Gebühren der Zeugen und Sachverständigen gelten die in Civilprozessen zur Anwendung kommenden Vorschriften, für die Berechnung des Pauschquantums kann von den Ministern der Finanzen und des Innern ein Tarif aufgestellt werden.

---

§ 107. Die Erhebung des Pauschquantums findet nicht statt:

1. wenn der unterliegende Teil eine öffentliche Behörde ist, insoweit die angefochtene Verfügung oder Entscheidung derselben nicht lediglich die Wahrung der Haushaltsinteressen eines von der Behörde vertretenen Kommunalverbandes zum Gegenstande hatte; die baren Auslagen des Verfahrens und des obsiegenden Teils fallen demjenigen zur Last, der nach gesetzlicher Bestimmung die Amtsunkosten der Behörde zu tragen hat;
2. wenn die Entscheidung ohne vorgängige mündliche Verhandlung erfolgt ist;
3. bei dem Kreisausschusse in den Fällen der §§ 60 bis 62 des Gesetzes vom 8. März 1871, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz (Gesetz-Samml. S. 130);
4. bei dem Bezirksausschusse und bei dem Oberverwaltungsgerichte, soweit die Berufung oder die Revision von dem Vorsitzenden des Kreisausschusses beziehungsweise des Bezirksausschusses eingelegt worden war;
5. von denjenigen Personen, mit Ausnahme jedoch der Gemeinden in den die Verwaltung der Armenpflege betreffenden Angelegenheiten, denen nach den Reichs- oder Landesgesetzen Gebührenfreiheit in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zusteht.

---

§ 108. Die Kosten und baren Auslagen des Verfahrens werden für jede Instanz von dem Gerichte festgesetzt, bei dem die Sache selbst anhängig gewesen ist.

Die von der obsiegenden Partei zur Erstattung seitens des unterliegenden Teils liquidierten Auslagen werden für alle Instanzen von demjenigen Gerichte festgesetzt, bei dem die Sache in erster Instanz anhängig gewesen ist.

Gegen den Festsetzungsbeschluß des Kreisausschusses findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Bezirksausschuß, gegen den in erster Instanz ergangenen Festsetzungsbeschluß des Bezirkszirksausschusses findet innerhalb gleicher Frist die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht statt.

---

§ 109. Dem unterliegenden Teile kann im Falle des bescheinigten Unvermögens nach Maßgabe der Bestimmungen des § 17 des Preußischen Gerichtskostengesetzes in der Fassung vom 6. Oktober 1899 (Gesetz-Samml. S. 326) [1]) oder wenn sonst ein besonderer Anlaß dazu vorliegt, gänzliche oder teilweise Kostenfreiheit beziehungsweise Stundung bewilligt werden. Gegen den das Gesuch ablehnenden Beschluß des Kreisausschusses findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Bezirksausschuß, gegen den in erster Instanz ergangenen ablehnenden Beschluß des Bezirksausschusses innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht statt.

---

[1]) Siehe Band I Seite 290.

5. Schlußbestimmungen für das Verwaltungsstreitverfahren.

§ 110. Auf Beschwerden, welche die Leitung des Verfahrens bei den Kreis- und Bezirksausschüssen zum Gegenstande haben, entscheidet das im Instanzenzuge zunächst höhere Gericht endgültig.

§ 111. Alle Beschwerden sind innerhalb der für dieselben vorgeschriebenen Frist bei dem Gerichte, gegen dessen Entscheidung sie gerichtet sind, einzulegen.

Das Gericht verfährt bei Versäumung der vorgeschriebenen Frist nach Bestimmung des Schlußabsatzes des § 86.

Für das angerufene Gericht kommt § 64 zur Anwendung; an die Stelle des Antrags auf Anberaumung der mündlichen Verhandlung beziehungsweise der Einlegung des Rechtsmittels tritt der Antrag auf Entscheidung durch das Gericht.

Wird die Beschwerde der Vorschrift des ersten Absatzes zuwider innerhalb der gesetzlichen Frist bei demjenigen Gericht angebracht, welches zur Entscheidung darüber zuständig ist, so gilt die Frist als gewahrt. Die Beschwerde ist in solchen Fällen von dem angerufenen Gerichte zur weiteren Veranlassung an dasjenige Gericht abzugeben, gegen dessen Beschluß sie gerichtet ist.

§ 112. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kann beantragen, wer durch Naturereignisse oder andere unabweisbare Zufälle verhindert worden ist, die in dem gegenwärtigen Gesetze oder die in den Gesetzen für Anstellung der Klage beziehungsweise für den Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren vorgeschriebenen Fristen einzuhalten. Als unabwendbarer Zufall ist es anzusehen, wenn der Antragsteller von einer Zustellung ohne sein Verschulden keine Kenntnis erlangt hat. Ueber den Antrag entscheidet das Gericht, dem die Entscheidung über die versäumte Streithandlung zusteht. Die versäumte Streithandlung ist, unter Anführung der Thatsachen, mittels deren der Antrag auf Wiedereinsetzung begründet werden soll, sowie der Beweismittel, innerhalb zwei Wochen nachzuholen; der Lauf dieser Frist beginnt mit dem Ablauf des Tages, mit welchem das Hindernis gehoben ist. Nach Ablauf eines Jahres, von dem Ende der versäumten Frist an gerechnet, findet die Nachholung der versäumten Streithandlung beziehungsweise der Antrag auf Wiedereinsetzung nicht mehr statt. Die durch Erörterung des Antrags auf Wiedereinsetzung entstehenden baren Auslagen trägt in allen Fällen der Antragsteller.

§ 113. Die Central- und die Provinzialverwaltungsbehörden sind auch für die im Verwaltungsstreitverfahren zu verhandelnden Angelegenheiten zur Erhebung des Kompetenzkonflikts befugt.

Die Erhebung des Kompetenzkonflikts auf Grund der Behauptung, daß in einer im Verwaltungsstreitverfahren anhängig gemachten Sache eine andere Verwaltungsbehörde zuständig sei, findet nicht statt.

Die zur Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren berufenen Behörden haben ihre Zuständigkeit von Amtswegen wahrzunehmen.

Wird von einer Partei in erster Instanz die Einrede der Unzuständigkeit erhoben, so kann über dieselbe vorab entschieden werden.

Haben sich in derselben Sache die zur Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren berufene Behörde und eine andere Verwaltungsbehörde für zuständig erklärt, so entscheidet auf Grund der schriftlichen Erklärungen der über ihre Kompetenz streitenden Behörden und nach Anhörung der Parteien in mündlicher Verhandlung das Oberverwaltungsgericht. Das Gleiche gilt in dem Falle, wenn beide Teile sich in der Sache für unzuständig erklärt haben. In beiden Fällen werden weder ein Kostenpauschquantum noch bare Auslagen erhoben. Ebensowenig findet eine Erstattung der den Parteien erwachsenden Kosten statt.

§ 114. Die gemäß § 11 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze vom 27. Januar 1877 (Reichs-Gesetzbl. S. 77) dem Oberverwaltungsgerichte zustehenden Vorentscheidungen erfolgen in dem durch den letzten Absatz des § 113 dieses Gesetzes vorgeschriebenen Verfahren, für welches im übrigen die Vorschriften über das Verwaltungsstreitverfahren entsprechende Anwendung finden.

III. Abschnitt.

Beschlußverfahren.

§ 115. Betrifft der Gegenstand der Verhandlung einzelne Mitglieder der Behörde oder deren Verwandte und Verschwägerte in auf- und absteigender Linie oder bis zum dritten Grade der Seitenlinie, so dürfen dieselben an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen. Ebensowenig darf ein Mitglied bei der Beratung und Beschlußfassung über solche Angelegenheiten mitwirken, in welchen es in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben hat, oder als Geschäftsführer, Beauftragter oder in anderer als öffentlicher Stellung thätig gewesen ist.

---

§ 116. Wird infolge des gleichzeitigen Ausscheidens mehrerer Mitglieder gemäß § 115 die Behörde beschlußunfähig und kann die Beschlußunfähigkeit auch nicht durch Einberufung unbeteiligter Stellvertreter hergestellt werden, so wird von dem Regierungspräsidenten beziehungsweise Oberpräsidenten oder Minister des Innern, je nachdem es sich um einen Kreis-(Stadt-)Ausschuß, Bezirksausschuß oder Provinzialrat handelt, ein ander Kreis- oder Stadtausschuß, Bezirksausschuß oder Provinzialrat mit der Beschlußfassung beauftragt.

Für den Stadtkreis Berlin steht die Beauftragung an Stelle des Regierungspräsidenten dem Oberpräsidenten zu.

---

§ 117. Der Vorsitzende des Kreis-(Stadt-)Ausschusses ist befugt, in Fällen, welche keinen Aufschub zulassen, oder in welchen das Sach- und Rechtsverhältnis klar liegt und die Zustimmung des Kollegiums nicht im Gesetz ausdrücklich als erforderlich bezeichnet ist, namens der Behörde Verfügungen zu erlassen und Bescheide zu erteilen.

Die gleiche Befugnis steht dem Vorsitzenden des Bezirksausschusses und des Provinzialrats mit der Maßgabe zu, daß eine Abänderung der durch Beschwerde angefochtenen Beschlüsse des Kreis-(Stadt-) Ausschusses beziehungsweise des Bezirksausschusses nur unter Zuziehung des Kollegiums erfolgen darf.

In den auf Grund der vorstehenden Bestimmungen erlassenen Verfügungen und Bescheiden ist den Beteiligten, sofern deren Anträgen nicht stattgegeben wird, zu eröffnen, daß sie befugt seien, innerhalb zwei Wochen auf Beschlußfassung durch das Kollegium anzutragen oder dasjenige Rechtsmittel einzulegen, welches zulässig wäre, wenn die Verfügung, beziehungsweise der Bescheid auf Beschluß des Kollegiums erfolgt wäre.

Wird auf Beschlußfassung angetragen, so muß solche zunächst erfolgen. Hat einer der Beteiligten auf Beschlußfassung angetragen, ein anderer das Rechtsmittel eingelegt, so wird nur dem Antrag auf Beschlußfassung stattgegeben. Wird weder auf Beschlußfassung angetragen, noch das Rechtsmittel eingelegt, so gilt die Verfügung beziehungsweise der Bescheid als endgültiger Beschluß. Für den Antrag auf Beschlußfassung des Kollegiums finden die nach den §§ 52 und 53 für die Beschwerde geltenden Bestimmungen Anwendung.

Der Vorsitzende hat dem Kollegium von allen im Namen desselben erlassenen Verfügungen und erteilten Bescheiden nachträglich Mitteilung zu machen.

---

§ 118. An den Verhandlungen der Behörde können unter Zustimmung des Kollegiums technische Staats- oder Kommunalbeamte mit beratender Stimme teilnehmen.

---

§ 119. Die Behörden fassen ihre Beschlüsse auf Grund der verhandelten Akten, sofern nicht das Gesetz ausdrücklich mündliche Verhandlung vorschreibt.

Die Behörden sind befugt, auch in anderen, als den im Gesetze ausdrücklich bezeichneten Angelegenheiten die Beteiligten beziehungsweise deren mit Vollmacht versehene Vertreter behufs Aufklärung des Sachverhalts zur mündlichen Verhandlung vorzuladen.

In betreff der mündlichen Verhandlung finden im übrigen die Vorschriften der §§ 68, 71, 72, 73 und 75 sinngemäße Anwendung.

§ 120. Für die Erhebung und Würdigung des Beweises kommen die Vorschriften der §§ 76 bis 79 sinngemäß und mit der Maßgabe zur Anwendung, daß gegen den eine Strafe oder die Nichtverpflichtung eines Zeugen oder Sachverständigen aussprechenden Beschluß des Kreis-(Stadt-)Ausschusses den Beteiligten die Beschwerde an den Bezirksausschuß, gegen den in erster oder zweiter Instanz ergangenen Beschluß des letzteren oder des Provinzialrats innerhalb gleicher Frist die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht zusteht.

---

§ 121. Gegen die Beschlüsse des Kreis-(Stadt-)Ausschusses findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Bezirksausschuß, gegen die in erster Instanz ergehenden Beschlüsse des Bezirksausschusses innerhalb gleicher Frist die Beschwerde an den Provinzialrat statt, sofern nicht nach ausdrücklicher Vorschrift des Gesetzes

1. die Beschlüsse endgültig sind,
2. die Beschlußfassung über die Beschwerde anderen Behörden übertragen ist.

Die auf Beschwerden gefaßten Beschlüsse des Bezirksausschusses und die Beschlüsse des Provinzialrats sind endgültig, sofern nicht das Gesetz im einzelnen anders bestimmt.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auf die nach Maßgabe der Gesetze von dem Landrate unter Zustimmung des Kreisausschusses, von dem Regierungspräsidenten unter Zustimmung des Bezirksausschusses, von dem Oberpräsidenten unter Zustimmung des Provinzialrats gefaßten Beschlüsse entsprechende Anwendung.

---

§ 122. Die Beschwerde ist in den Fällen des § 121 bei derjenigen Behörde, gegen deren Beschluß sie gerichtet ist, anzubringen. Der Vorsitzende prüft, ob das Rechtsmittel rechtzeitig angebracht ist.

Ist die Frist versäumt, so weist der Vorsitzende das Rechtsmittel ohne Weiteres durch einen mit Gründen versehenen Bescheid zurück. In demselben ist dem Beschwerdeführer zu eröffnen, daß ihm innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an diejenige Behörde zustehe, welche zur Beschlußfassung in der Sache berufen ist, widrigenfalls es bei dem Bescheide verbleibe.

Ist die Frist gewahrt und ist eine Gegenpartei vorhanden, so wird die Beschwerdeschrift mit ihren Anlagen zunächst dieser zur schriftlichen Gegenerklärung innerhalb zwei Wochen zugefertigt. Die Gegenpartei kann sich dem Rechtsmittel anschließen, selbst wenn die Frist verstrichen ist.

Abschrift der eingegangenen Gegenerklärung erhält der Beschwerdeführer. Zur näheren Begründung der Beschwerde, sowie zur Gegenerklärung kann in nicht schleunigen Sachen eine angemessene, der Regel nach nicht über zwei Wochen zu erstreckende Nachfrist gewährt werden. Hierauf werden die Verhandlungen mittels Berichts derjenigen Behörde eingereicht, welcher die Beschlußfassung über die Beschwerde zusteht.

Wird die Beschwerde der Vorschrift des ersten Absatzes zuwider innerhalb der gesetzlichen Frist bei derjenigen Behörde angebracht, welche zur Beschlußfassung darüber zuständig ist, so gilt die Frist als gewahrt. Die Beschwerde ist in solchen Fällen von der angerufenen Behörde zur weiteren Veranlassung an diejenige Behörde abzugeben, gegen deren Beschluß sie gerichtet ist.

---

§ 123. Die Einlegung der Beschwerde steht in den Fällen des § 121 aus Gründen des öffentlichen Interesses auch den Vorsitzenden der Behörden zu.

Will der Vorsitzende von dieser Befugnis Gebrauch machen, so hat er dies dem Kollegium sofort mitzuteilen.

Die Zustellung des Beschlusses bleibt in diesem Falle einstweilen, jedoch längstens drei Tage, ausgesetzt. Sie erfolgt mit der Eröffnung, daß im öffentlichen Interesse die Beschwerde eingelegt worden sei. Ist die Zustellung ohne diese Eröffnung erfolgt, so gilt die Beschwerde als zurückgenommen.

Die Gründe der Beschwerde sind den Beteiligten zur schriftlichen Erklärung innerhalb zwei Wochen mitzuteilen.

Nach Ablauf dieser Frist sind die Verhandlungen der Behörde einzureichen, welcher die Beschlußfassung über die Beschwerde zusteht.

Eine vorläufige Vollstreckung des mit der Beschwerde angefochtenen Beschlusses (§ 53) ist in diesen Fällen ausgeschlossen.

§ 124. In dem Beschlußverfahren wird ein Kostenpauschquantum nicht erhoben, ebensowenig haben die Beteiligten ein Recht, den Ersatz ihrer baren Auslagen zu fordern.

Jedoch können die durch Anträge und unbegründete Einwendungen erwachsenden Gebühren für Zeugen und Sachverständige demjenigen zur Last gelegt werden, welcher den Antrag gestellt beziehungsweise den Einwand erhoben hat.

Die sonstigen Kosten und baren Auslagen des Verfahrens fallen demjenigen zur Last, der nach gesetzlicher Bestimmung die Amtsunkosten der Behörde zu tragen hat.

Bei den Vorschriften der Gewerbeordnung behält es sein Bewenden.

---

§ 125. Ueber Beschwerden, welche die Leitung des Verfahrens und die Kosten betreffen, beschließt endgültig die in der Hauptsache zunächst höhere Instanz.

---

§ 126. Der Oberpräsident kann endgültige Beschlüsse des Provinzialrats, der Regierungspräsident endgültige Beschlüsse des Bezirksausschusses und der Landrat, beziehungsweise der Vorsitzende des Kreis-(Stadt-)Ausschusses endgültige Beschlüsse dieser Behörde mit aufschiebender Wirkung anfechten, wenn die Beschlüsse die Befugnisse der Behörde überschreiten oder das bestehende Recht, insbesondere auch die von den Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Verordnungen, verletzen. Die Anfechtung erfolgt mittels Klage beim Oberverwaltungsgericht.

Die Behörde, deren Beschluß angefochten wird, ist befugt, zur Wahrnehmung ihrer Rechte in dem Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht einen besonderen Vertreter zu wählen.

Vierter Titel.

Rechtsmittel gegen polizeiliche Verfügungen.

§ 127. Gegen polizeiliche Verfügungen der Orts- und Kreispolizeibehörden findet, soweit das Gesetz nicht ausdrücklich anderes bestimmt, die Beschwerde statt, und zwar:

a) gegen die Verfügungen der Ortspolizeibehörden auf dem Lande oder einer zu einem Landkreise gehörigen Stadt, deren Einwohnerzahl bis zu 10000 Einwohnern beträgt, an den Landrat und gegen dessen Bescheid an den Regierungspräsidenten;

b) gegen die Verfügungen der Ortspolizeibehörden eines Stadtkreises, mit Ausnahme von Berlin, einer zu einem Landkreise gehörigen Stadt mit mehr als 10000 Einwohnern, oder des Landrats an den Regierungspräsidenten, und gegen dessen Bescheid an den Oberpräsidenten;

c) gegen ortspolizeiliche Verfügungen in Berlin an den Oberpräsidenten.

Gegen den in letzter Instanz ergangenen Bescheid des Regierungspräsidenten beziehungsweise des Oberpräsidenten findet die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.

Die Klage kann nur darauf gestützt werden,

1. daß der angefochtene Bescheid durch Nichtanwendung oder unrichtige Anwendung des bestehenden Rechts, insbesondere auch der von den Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Verordnungen den Kläger in seinen Rechten verletze;
2. daß die thatsächlichen Voraussetzungen nicht vorhanden seien, welche die Polizeibehörde zum Erlasse der Verfügung berechtigt haben würden.

Die Prüfung der Gesetzmäßigkeit der angefochtenen polizeilichen Verfügung erstreckt sich auch auf diejenigen Fälle, in welchen bisher nach § 2 des Gesetzes vom 11. Mai 1842 (Gesetz-Samml. S. 192) der ordentliche Rechtsweg zulässig war.

Die Entscheidung ist endgültig, unbeschadet aller privatrechtlichen Verhältnisse.

---

§ 128. An Stelle der Beschwerde in allen Fällen des § 127 findet die Klage statt und zwar:

a) gegen die Verfügungen der Ortspolizeibehörden auf dem Lande oder

einer zu einem Landkreise gehörigen Stadt, deren Einwohnerzahl bis zu 10000 Einwohnern beträgt, bei dem Kreisausschusse;

b) gegen die Verfügungen des Landrats oder der Ortspolizeibehörden eines Stadtkreises oder einer zu einem Landkreise gehörigen Stadt mit mehr als 10000 Einwohnern, bei dem Bezirksausschusse.

Die Klage kann nur auf die gleichen Behauptungen gestützt werden, wie die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte (§ 127 Absatz 3 und 4).

---

§ 129. Die Beschwerde im Falle des § 127 Absatz 1 und die Klage im Falle des § 128 sind bei derjenigen Behörde anzubringen, gegen deren Verfügung sie gerichtet sind.

Die Behörde, bei welcher die Beschwerde oder Klage angebracht ist, hat dieselbe an diejenige Behörde abzugeben, welche darüber zu beschließen oder zu entscheiden hat. Der Beschwerdeführer beziehungsweise Kläger ist hiervon in Kenntnis zu setzen.

Die Frist zur Einlegung der Beschwerde und zur Anbringung der Klage gegen die polizeiliche Verfügung, sowie gegen den auf Beschwerde ergangenen Bescheid beträgt zwei Wochen.

Die Anbringung des einen Rechtsmittels schließt das andere aus. Ist die Schrift, mittels deren das Rechtsmittel angebracht wird, nicht als Klage bezeichnet oder enthält dieselbe nicht ausdrücklich den Antrag auf Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren, so gilt dieselbe als Beschwerde. Bei gleichzeitiger Anbringung beider Rechtsmittel ist nur der Beschwerde Fortgang zu geben. Das hiernach unzulässigerweise angebrachte Rechtsmittel ist durch Verfügung der im Absatz 1 bezeichneten Behörde zurückzuweisen. Gegen die zurückweisende Verfügung findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an die zur Entscheidung auf die Klage berufene Behörde statt.

Wird die Beschwerde oder Klage der Vorschrift des ersten Absatzes zuwider innerhalb der gesetzlichen Frist bei derjenigen Behörde angebracht, welche zur Beschlußfassung oder Entscheidung darüber zuständig ist, so gilt die Frist als gewahrt. Die Beschwerde oder Klage ist in solchen Fällen von der angerufenen Behörde zur weiteren Veranlassung an diejenige Behörde abzugeben, gegen deren Beschluß sie gerichtet ist.

---

§ 130. Gegen polizeiliche Verfügungen des Regierungspräsidenten findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Oberpräsidenten und gegen den vom Oberpräsidenten auf die Beschwerde erlassenen Bescheid innerhalb gleicher Frist die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte nach Maßgabe der Bestimmungen des § 127 Absatz 3 und 4 statt.

Gegen polizeiliche Verfügungen des Regierungspräsidenten in Sigmaringen findet innerhalb zwei Wochen unmittelbar die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.

Gegen die Landesverweisung steht Personen, welche nicht Reichsangehörige sind, die Klage nicht zu.

---

§ 131. Der § 6 des Gesetzes vom 11. Mai 1842[1]) (Gesetz-Samml. S. 192) findet auch Anwendung, wenn eine polizeiliche Verfügung im Verwaltungsstreitverfahren durch rechtskräftiges Endurteil aufgehoben worden ist.

Fünfter Titel.

Zwangsbefugnisse.

§ 132. Der Regierungspräsident, der Landrat, die Ortspolizeibehörde und der Gemeinde-(Guts-)Vorsteher(Vorstand) sind berechtigt, die von ihnen in Ausübung der obrigkeitlichen Gewalt getroffenen, durch ihre gesetzlichen Befugnisse gerecht-

---

[1]) § 6. Wird eine polizeiliche Verfügung im Wege der Beschwerde als gesetzwidrig oder unzulässig aufgehoben, so bleiben dem Beteiligten seine Gerechtsame nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über die Vertretungsverbindlichkeit der Beamten vorbehalten.

fertigten Anordnungen durch Anwendung folgender Zwangsmittel durchzusetzen:

1. Die Behörde hat, sofern es thunlich ist, die zu erzwingende Handlung durch einen Dritten ausführen zu lassen und den vorläufig zu bestimmenden Kostenbetrag im Zwangswege von den Verpflichteten einzuziehen.
2. Kann die zu erzwingende Handlung nicht durch einen Dritten geleistet werden, — oder steht es fest, daß der Verpflichtete nicht im stande ist, die aus der Ausführung durch einen Dritten entstehenden Kosten zu tragen, — oder soll eine Unterlassung erzwungen werden, so sind die Behörden berechtigt, Geldstrafen anzudrohen und festzusetzen, und zwar:
   a) die Gemeinde-(Guts-)Vorsteher bis zur Höhe von fünf Mark;
   b) die Ortspolizeibehörden und die städtischen Gemeinde-Vorsteher (Vorstände) in einem Landkreise bis zur Höhe von sechzig Mark;
   c) die Landräte, sowie die Polizeibehörden und Gemeinde-Vorsteher (Vorstände) in einem Stadtkreise bis zur Höhe von einhundertfünfzig Mark;
   d) der Regierungspräsident bis zur Höhe von dreihundert Mark.

   Gleichzeitig ist nach Maßgabe der §§ 28, 29 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich die Dauer der Haft festzusetzen, welche für den Fall des Unvermögens an die Stelle der Geldstrafe treten soll. Der Höchstbetrag dieser Haft ist
   in den Fällen zu a = Ein Tag,
   „ „ „ „ b = Eine Woche,
   „ „ „ „ c = Zwei Wochen,
   „ „ „ „ d = Vier Wochen.

   Der Ausführung durch einen Dritten (Nr. 1), sowie der Festsetzung einer Strafe (Nr. 2) muß immer eine schriftliche Androhung vorhergehen; in dieser ist, sofern eine Handlung erzwungen werden soll, die Frist zu bestimmen, innerhalb welcher die Ausführung gefordert wird.
3. Unmittelbarer Zwang darf nur angewendet werden, wenn die Anordnung ohne einen solchen unausführbar ist.

---

§ 133. Gegen die Androhung eines Zwangsmittels finden dieselben Rechtsmittel statt, wie gegen die Anordnungen, um deren Durchsetzung es sich handelt. Die Rechtsmittel erstrecken sich zugleich auf diese Anordnungen, sofern dieselben nicht bereits Gegenstand eines besonderen Beschwerde- oder Verwaltungsstreitverfahrens geworden sind.

Gegen die Festsetzung und Ausführung eines Zwangsmittels findet in allen Fällen nur die Beschwerde im Aufsichtswege innerhalb zwei Wochen statt.

Haftstrafen, welche an Stelle einer Geldstrafe nach § 132 Nr. 2 festgesetzt sind, dürfen vor ergangener endgültiger Beschlußfassung oder rechtskräftiger Entscheidung auf das eingelegte Rechtsmittel beziehungsweise vor Ablauf der zur Einlegung desselben bestimmten Frist nicht vollstreckt werden.

---

§ 134. Die Bestimmungen des gegenwärtigen und des vierten Titels finden sinngemäße Anwendung auf die besonderen Beamten und Organe, welche zur Beaufsichtigung der Fischerei vom Staate bestellt sind (§ 46 des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 (Gesetz-Samml. S. 197).

Die Vorschriften der §§ 127, 128 finden in den Fällen des § 2 Absatz 2 des Gesetzes, betreffend die Ausführung des Reichsgesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, vom 12. März 1881 (Gesetz-Samml. S. 128) keine Anwendung.

---

§ 135 hat keine Bedeutung mehr.

Sechster Titel.

Polizeiverordnungsrecht.

§ 136. Soweit die Gesetze ausdrücklich auf den Erlaß besonderer polizeilicher Vorschriften (Verordnungen, Anordnungen, Reglements ꝛc.) durch die Centralbehörden verweisen, sind die Minister befugt, innerhalb ihres Ressorts dergleichen Vorschriften

für den ganzen Umfang der Monarchie oder für einzelne Teile derselben zu erlassen und gegen die Nichtbefolgung dieser Vorschriften Geldstrafen bis zum Betrage von einhundert Mark anzudrohen.

Die gleiche Befugnis steht zu:

1. dem Minister der öffentlichen Arbeiten in betreff der Uebertretungen der Vorschriften der Eisenbahnpolizei-Reglements;
2. dem Minister für Handel und Gewerbe in betreff der zur Regelung der Strom-, Schiffahrts- und Hafenpolizei zu erlassenden Vorschriften, sofern dieselben sich über das Gebiet einer einzelnen Provinz hinaus erstrecken sollen.

Zum Erlasse der im § 367 Nr. 5 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich[1]) gedachten Verordnungen sind auch die zuständigen Minister befugt.

---

§ 137. Der Oberpräsident ist befugt, gemäß §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Samml. S. 265) beziehungsweise der §§ 6, 12 und 13 der Verordnung vom 20. September 1867 (Gesetz-Samml. S. 1529) und des Lauenburgischen Gesetzes vom 7. Januar 1870 (Offizielles Wochenblatt S. 13) für mehrere Kreise, sofern dieselben verschiedenen Regierungsbezirken angehören, für mehr als einen Regierungsbezirk oder für den Umfang der ganzen Provinz gültige Polizeivorschriften zu erlassen und gegen die Nichtbefolgung derselben Geldstrafen bis zum Betrage von sechzig Mark anzudrohen.

Die gleiche Befugnis steht dem Regierungspräsidenten für mehrere Kreise oder für den Umfang des ganzen Regierungsbezirks zu.

Die Befugnis der Regierung zum Erlasse von Polizeivorschriften wird aufgehoben.

---

§ 138. Die Befugnis, Polizeivorschriften über Gegenstände der Strom-, Schiffahrts- und Hafenpolizei zu erlassen, steht, vorbehaltlich der Bestimmungen des § 136 Absatz 2 Nr. 2, ausschließlich dem Regierungspräsidenten und, wenn die Vorschriften sich auf mehr als einen Regierungsbezirk oder auf die ganze Provinz erstrecken sollen, dem Oberpräsidenten, soweit aber mit der Verwaltung dieser Zweige der Polizei besondere, unmittelbar von dem Minister für Handel und Gewerbe ressortierende Behörden beauftragt sind, den letzteren zu. Die Befugnis des Regierungspräsidenten erstreckt sich auch auf den Erlaß solcher Polizeivorschriften für einzelne Kreise oder Teile derselben.

Für Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnungen können Geldstrafen bis zu sechzig Mark angedroht werden.

Bei den Vorschriften des Gesetzes vom 9. Mai 1853, betreffend die Erleichterung des Lotsenzwanges in den Häfen und Binnengewässern der Provinzen Preußen und Pommern (Gesetz-Samml. S. 216), behält es mit der Maßgabe sein Bewenden, daß an die Stelle der Bezirksregierung der Regierungspräsident tritt.

---

§ 139. Die gemäß §§ 137, 138 von dem Oberpräsidenten zu erlassenden Polizeivorschriften bedürfen der Zustimmung des Provinzialrats, die von dem Regierungspräsidenten zu erlassenden Polizeivorschriften der Zustimmung des Bezirksausschusses. In Fällen, welche keinen Aufschub zulassen, ist der Oberpräsident sowie der Regierungspräsident befugt, die Polizeivorschrift vor Einholung der Zustimmung des Provinzialrats beziehungsweise des Bezirksausschusses zu erlassen. Wird diese Zustimmung nicht innerhalb drei Monaten nach dem Tage der Publikation der Polizeivorschrift erteilt, so hat der Oberpräsident beziehungsweise der Regierungspräsident die Vorschrift außer Kraft zu setzen.

---

§ 140. Polizeivorschriften der in den §§ 136, 137 und 138 bezeichneten Art sind unter der Bezeichnung „Polizeiverordnung" und unter Bezugnahme auf die

---

[1]) § 367 Nr. 5. Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer bei der Aufbewahrung oder bei der Beförderung von Giftwaren, Schießpulver oder Feuerwerken, oder bei der Aufbewahrung, Beförderung, Verausgabung oder Verwendung von Sprengstoffen oder anderen explodierenden Stoffen, oder bei Ausübung der Befugnis zur Zubereitung oder Feilhaltung dieser Gegenstände, sowie der Arzneien die deshalb ergangenen Verordnungen nicht befolgt.

Bestimmungen des § 136 beziehungsweise der §§ 137 und 138, sowie in den Fällen des § 137 auf die in demselben angezogenen gesetzlichen Bestimmungen durch die Amtsblätter derjenigen Bezirke bekannt zu machen, in welchen dieselben Geltung erlangen sollen.

§ 141. Ist in einer gemäß § 140 verkündeten Polizeiordnung der Zeitpunkt bestimmt, mit welchem dieselbe in Kraft treten soll, so ist der Anfang ihrer Wirksamkeit nach dieser Bestimmung zu beurteilen, enthält aber die verkündete Polizeiverordnung eine solche Zeitbestimmung nicht, so beginnt die Wirksamkeit derselben mit dem achten Tage nach dem Ablaufe desjenigen Tages, an welchem das betreffende Stück des Amtsblatts, welches die Polizeiverordnung verkündet, ausgegeben worden ist.

§ 142. Der Landrat ist befugt, unter Zustimmung des Kreisausschusses nach Maßgabe der Vorschriften des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 beziehungsweise der Verordnung vom 20. September 1867 und des Lauenburgischen Gesetzes vom 7. Januar 1870 für mehrere Ortspolizeibezirke oder für den ganzen Umfang des Kreises gültige Polizeivorschriften zu erlassen und gegen die Nichtbefolgung derselben Geldstrafen bis zum Betrage von dreißig Mark anzudrohen.

§ 143. Ortspolizeiliche Vorschriften (§§ 5 ff. des Gesetzes vom 11. März 1850 beziehungsweise der Verordnung vom 20. September 1867 und des Lauenburgischen Gesetzes vom 7. Januar 1870), soweit sie nicht zum Gebiete der Sicherheitspolizei gehören, bedürfen in Städten der Zustimmung des Gemeindevorstandes. Versagt der Gemeindevorstand die Zustimmung, so kann dieselbe auf Antrag der Behörde durch Beschluß des Bezirksausschusses ergänzt werden.

In Fällen, welche keinen Aufschub zulassen, ist die Ortspolizeibehörde befugt, die Polizeivorschrift vor Einholung der Zustimmung des Gemeindevorstandes zu erlassen. Wird diese Zustimmung nicht innerhalb vier Wochen nach dem Tage der Publikation der Polizeivorschrift erteilt, so hat die Behörde die Vorschrift außer Kraft zu setzen.

§ 144. In Stadtkreisen ist die Ortspolizeibehörde befugt, gegen die Nichtbefolgung der von ihr erlassenen polizeilichen Vorschriften Geldstrafen bis zum Betrage von dreißig Mark anzudrohen. Im übrigen steht die Erteilung der Genehmigung zum Erlasse ortspolizeilicher Vorschriften mit einer Strafandrohung bis zum Betrage von dreißig Mark gemäß § 5 der im § 137 angezogenen Gesetze dem Regierungspräsidenten zu.

Ingleichen hat der Regierungspräsident über die Art der Verkündigung orts- und kreispolizeilicher Vorschriften, sowie über die Form, von deren Beobachtung die Gültigkeit derselben abhängt, zu bestimmen.

§ 145. Die Befugnis, orts- oder kreispolizeiliche Vorschriften außer Kraft zu setzen, steht dem Regierungspräsidenten zu. Mit Ausnahme von Fällen, welche keinen Aufschub zulassen, darf diese Befugnis nur unter Zustimmung des Bezirksausschusses ausgeübt werden.

Bei der Befugnis des Ministers des Innern, jede (orts-, kreis-, bezirks- oder provinzial-) polizeiliche Vorschrift, soweit Gesetze nicht entgegenstehen, außer Kraft zu setzen (§ 16 des Gesetzes vom 11. März 1850, § 14 der Verordnung vom 20. September 1867 beziehungsweise des Lauenburgischen Gesetzes vom 7. Januar 1870), behält es mit der Maßgabe sein Bewenden, daß diese Befugnis hinsichtlich der Strom-, Schiffahrts- und Hafenpolizeivorschriften (§ 138) auf den Minister für Handel und Gewerbe übergeht.

Siebenter Titel.

Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 146. Die Stellvertretung des Regierungspräsidenten bei der Regierung kann den gegenwärtig mit derselben betrauten Ober-Regierungsräten für die Dauer ihres Amtes belassen werden.

§ 147. Beamte, welche bei der auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes eintretenden Umbildung der Verwaltungsbehörden nicht verwendet werden, bleiben während eines Zeitraumes von fünf Jahren zur Verfügung der zuständigen Minister und werden auf einem besonderen Etat geführt.

Diejenigen, welche während des fünfjährigen Zeitraumes eine etatsmäßige Anstellung nicht erhalten, treten nach Ablauf desselben in den Ruhestand.

§ 148. Die zur Verfügung der Minister verbleibenden Beamten haben sich nach der Anordnung derselben der zeitweiligen Wahrnehmung solcher Aemter zu unterziehen, zu deren dauernder Uebernahme sie verpflichtet sein würden.

Erfolgt die Beschäftigung außerhalb des Ortes ihrer letzten Anstellung, so erhalten dieselben die gesetzmäßigen Reisekosten und Tagegelder.

§ 149. Die zur Verfügung der Minister verbleibenden Beamten erhalten während des im § 147 bezeichneten fünfjährigen Zeitraumes, auch wenn sie während desselben dienstunfähig werden, unverkürzt ihr bisheriges Diensteinkommen und den Wohnungsgeldzuschuß in dem bisherigen Betrage.

Als Verkürzung im Einkommen ist es nicht anzusehen, wenn die Gelegenheit zur Verwaltung von Nebenämtern entzogen wird oder die Beziehung der für die Dienstunkosten besonders ausgesetzten Einnahmen mit diesen Unkosten selbst wegfällt.

An Stelle einer etatsmäßig gewährten freien Dienstwohnung tritt eine Mietsentschädigung nach der Servisklasse des Orts der letzten Anstellung.

§ 150. Die nach Ablauf des fünfjährigen Zeitraums gemäß § 147 Absatz 2 in den Ruhestand tretenden Beamten erhalten eine Pension in der gesetzmäßigen Höhe mit der Angabe, daß die Pension ohne Rücksicht auf die Dauer der Dienstzeit auf $^{45}/_{60}$ des Diensteinkommens zu bemessen ist.

§ 151. Den Verwaltungsbeamten, welche zu den im § 2 des Gesetzes vom 27. März 1872 (Gesetz-Samml. S. 268) bezeichneten Beamten gehören, kann ein Wartegeld bis auf die Höhe des gesetzmäßigen Pensionsbetrages gewährt werden.

§ 152. Die bisherigen Bezirksverwaltungsgerichts-Direktoren übernehmen mit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes am Sitze ihres bisherigen Amts das Amt des Verwaltungsgerichts-Direktors (§ 28).

Denselben ist gestattet, die bis dahin verwalteten nicht richterlichen Nebenämter, auch sofern mit denselben eine Vergütung verbunden ist, beizubehalten.

§ 153. Die Bezirksräte und die Bezirksverwaltungsgerichte werden aufgehoben.

An deren Stelle treten die Bezirksausschüsse.

§ 154. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. April 1884, jedoch nur gleichzeitig mit dem Gesetze über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden, in Kraft, vorbehaltlich der Bestimmungen des § 155.

Gleichzeitig treten das Gesetz über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung vom 26. Juli 1880 (Gesetz-Samml. S. 291) und die §§ 1 bis 16a, 31 bis 87a und 89 des Gesetzes, betreffend die Verfassung der Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsstreitverfahren vom 3. Juli 1875 und 2. August 1880 (Gesetz-Samml. 1880 S. 328), außer Kraft.

Auf die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes bereits anhängig gemachten Sachen finden in Beziehung auf die Zuständigkeit der Behörden, das Verfahren und die Zulässigkeit der Rechtsmittel die Bestimmungen der früheren Gesetze, jedoch mit der Maßgabe Anwendung, daß an Stelle des Bezirksrats und des Bezirksverwaltungsgerichts der Bezirksausschuß tritt.

§ 155. In den Provinzen Posen, Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau, Westfalen und in der Rheinprovinz tritt das gegenwärtige Gesetz erst in Kraft, je nachdem für dieselben auf Grund besonderer Gesetze neue Kreis- und Provinzialordnungen erlassen sein werden. Der betreffende Zeitpunkt wird für jede Pro-

vinz durch Königliche Verordnung bekannt gemacht.

Die Geltung der Bestimmungen des § 16 und des § 23 Absatz 1 wird jedoch hierdurch nicht berührt.

Inwieweit die Bestimmungen der §§ 127 und 128 auf die selbständigen Städte in der Provinz Hannover Anwendung finden, bleibt der Kreisordnung für diese Provinz vorbehalten.

---

§ 156. In jeder Provinz ist noch vor dem Zeitpunkte des Inkrafttretens dieses Gesetzes zur Bildung des Bezirksausschusses in Gemäßheit der Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes zu schreiten.

---

§ 157. Durch das gegenwärtige Gesetz werden nicht berührt:

1. die Bestimmungen der §§ 20, 21 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 (Bundes-Gesetzbl. S. 245);
2. die Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juli 1852, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten ꝛc. (Gesetz-Samml. S. 463); dieselben finden jedoch für das Verwaltungsstreitverfahren mit folgenden Maßgaben Anwendung: die Entscheidung erfolgt auf Grund mündlicher Verhandlung; das Gutachten des Disziplinarhofs ist nicht einzuholen; das Disziplinarverfahren kann mit Rücksicht auf den Ausfall der Voruntersuchung durch Beschluß der in erster Instanz zuständigen Behörde eingestellt werden; die Erhebung eines Kostenpauschquantums findet nicht statt;
3. die Bestimmungen des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 (Bundes-Gesetzbl. S. 360).

---

§ 158. Aufgehoben sind:

1. die §§ 40 bis 48, 50 bis 56 des Gesetzes vom 8. März 1871, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz (Gesetz-Samml. S. 130);
2. die §§ 141 bis 163, 165 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 (Gesetz-Samml. 661), soweit sie das Verfahren in streitigen Verwaltungssachen zum Gegenstande haben, sowie die §§ 187 bis 198 derselben Kreisordnung;
3. der fünfte Abschnitt des zweiten Titels, sowie die §§ 2 Absatz 2 und 126 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 (Gesetz-Samml. S. 335) und die Titel I bis IV, sowie die §§ 168, 169, 170 Nr. 2, 4 und 5 und der § 174 des Gesetzes vom 26. Juli 1876, betreffend die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und der Verwaltungsgerichtsbehörden ꝛc. (Gesetz-Samml. S. 297).

---

§ 159. Mit dem Tage des Inkrafttretens des gegenwärtigen Gesetzes treten alle mit demselben im Widerspruche stehenden Bestimmungen außer Kraft.

Gesetz

über die

Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden.

Vom 1. August 1883.

Inhaltsverzeichnis.

	Paragraphen
I. Titel.	
Angelegenheiten der Provinzen . .	1
II. Titel.	
Angelegenheiten der Kreise	2— 4
III. Titel.	
Angelegenheiten der Amtsverbände	5— 6
IV. Titel.	
Angelegenheiten der Stadtgemeinden	7—23
V. Titel.	
Angelegenheiten der Landgemeinden und der selbständigen Gutsbezirke	24—38
VI. Titel.	
Armenangelegenheiten	39—44
VII. Titel.	
Schulangelegenheiten	45—49
VIII. Titel.	
Einquartierungsangelegenheiten . .	50—51
IX. Titel.	
Sparkassenangelegenheiten	52—53
X. Titel.	
Synagogengemeindeangelegenheiten	54
XI. Titel.	
Wegepolizei	55—64
XII. Titel.	
Wasserpolizei.	
A. Räumung von Gräben, Bächen und Wasserläufen	65—66
B. Stau-, Entwässerungs- und Bewässerungsanlagen, sowie Verschaffung der Vorflut . .	67—93
C. Allgemeine Bestimmungen .	94—95
XIII. Titel.	
Deichangelegenheiten	96—97
XIV. Titel.	
Fischereipolizei	98—102
XV. Titel.	
Jagdpolizei	103—108
XVI. Titel.	
Gewerbepolizei.	
A. Gewerbliche Anlagen . .	109—113
B. Gewerbliche Konzessionen .	114—121
C. Ortsstatuten	122
D. Innungen	123—126
E. Märkte	127—130
F. Oeffentliche Schlachthäuser	131
G. Kehrbezirke	132
H. Ablösung gewerblicher Berechtigungen	133
XVII. Titel.	
Handelskammern, kaufmännische Korporationen, Börsen . . .	134—138
XVIII. Titel.	
Feuerlöschwesen	139—140
XIX. Titel.	
Hilfskassen	141—142
XX. Titel.	
Baupolizei	143—146
XXI. Titel.	
Dismembrations- und Ansiedelungssachen	147—149
XXII. Titel.	
Enteignungssachen	150—153
XXIII. Titel.	
Personenstand und Staatsangehörigkeit	154—155
XXIV. Titel.	
Steuerangelegenheiten	156
XXV. Titel.	
Ergänzende, Uebergangs- und Schlußbestimmungen	157—164

Gesetz

über die

Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden.

Vom 1. August 1883.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtags, über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden für den gesammten Umfang der Monarchie, was folgt:

I. Titel.

Angelegenheiten der Provinzen.

§ 1. Gegen den auf die Reklamation eines Kreises wegen Verteilung der Provinzialabgaben erlassenen Beschluß des Provinzialausschusses findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.

Der letzte Absatz des § 112 der Provinzialordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vom 29. Juni 1875 (Gesetz-Samml. 1881 S. 233) kommt in Wegfall.

II. Titel.

Angelegenheiten der Kreise.

§ 2. In den Fällen der Veränderung der Kreisgrenzen und der Bildung neuer Kreise, sowie des Ausscheidens großer Städte aus dem Kreisverbande beschließt der Bezirksausschuß über die Auseinandersetzung der beteiligten Kreise, vorbehaltlich der den letzteren gegeneinander innerhalb zwei Wochen zustehenden Klage bei dem Bezirksausschusse.

---

§ 3. Gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses, betreffend die Heranziehung oder die Veranlagung zu den Kreisabgaben, ist nur das Rechtsmittel der Revision zulässig.

---

§ 4. Der zweite Absatz des § 180 der Kreisordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vom 13. De-

zember 1872 (Gesetz-Samml. 1881 S. 179) wird dahin geändert:

Gegen die Verfügung des Regierungspräsidenten steht dem Kreise innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte zu.

Zur Ausführung der Rechte des Kreises kann der Kreistag einen besonderen Vertreter bestellen.

III. Titel.

Angelegenheiten der Amtsverbände.

§ 5. Der erste Absatz des § 55c der Kreisordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vom 13. Dezember 1872 Gesetz-Samml. 1881 S. 179) wird dahin abgeändert:

Die Aufsicht des Staates über die Verwaltung der Angelegenheiten der Amtsverbände wird unbeschadet der vorstehenden Bestimmungen in erster Instanz von dem Landrat als Vorsitzenden des Kreisausschusses, in höherer und letzter Instanz von dem Regierungspräsidenten geübt.

---

§ 6. Im Geltungsbereiche der Kreisordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vom 13. Dezember 1872 (Gesetz-Samml. 1881 S. 179) erfolgt fortan die Revision, endgültige Feststellung und Abänderung der Amtsbezirke (§ 49 Absatz 2 der Kreisordnung), die Vereinigung ländlicher Gemeinde- und Gutsbezirke bezüglich der Verwaltung der Polizei mit dem Bezirke einer Stadt (§ 49a Absatz 1 a. a. O.), sowie die Ausscheidung der ersteren aus dem Amtsbezirk (§ 49a Absatz 3 a. a. O.), durch den Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Bezirksausschusse nach vorheriger Anhörung der Beteiligten und des Kreistages.

IV. Titel.

Angelegenheiten der Stadtgemeinden.

§ 7. Die Aufsicht des Staates über die Verwaltung der städtischen Gemeindeangelegenheiten wird in erster Instanz von dem Regierungspräsidenten, in höherer und letzter Instanz von dem Oberpräsidenten geübt, unbeschadet der in den Gesetzen geordneten Mitwirkung des Bezirksausschusses und des Provinzialrats.

Für die Stadt Berlin tritt an die Stelle des Regierungspräsidenten der Oberpräsident, an die Stelle des Oberpräsidenten der Minister des Innern, für die Hohenzollernschen Lande tritt an die Stelle des Oberpräsidenten der Minister des Innern.

Beschwerden bei den Aufsichtsbehörden in städtischen Gemeindeangelegenheiten sind in allen Instanzen innerhalb zwei Wochen anzubringen.

---

§ 8. Der Bezirksausschuß beschließt, soweit die Beschlußfassung nach den Gemeindeverfassungsgesetzen der Aufsichtsbehörde zusteht, über die Veränderung der Grenzen der Stadtbezirke.

Der Bezirksausschuß beschließt über die infolge einer Veränderung der Grenzen der Stadtbezirke notwendig werdende Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Gemeinden, vorbehaltlich der den letzteren gegeneinander zustehenden Klage im Verwaltungsstreitverfahren.

---

§ 9. Streitigkeiten über die bestehenden Grenzen der Stadtbezirke unterliegen der Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren.

Ueber die Festsetzung streitiger Grenzen beschließt vorläufig, sofern es das öffentliche Interesse erheischt, der Bezirksausschuß. Bei dem Beschlusse behält es bis zur rechtskräftigen Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren sein Bewenden.

---

§ 10. Die Gemeindevertretung beschließt:

1. auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend den Besitz oder den Verlust des Bürgerrechts, insbesondere des Rechts zur Teilnahme an den Wahlen zur Gemeindevertretung, sowie des Rechts zur Bekleidung einer den Besitz des Bürgerrechts voraussetzenden Stelle in der Gemeindeverwaltung oder zur Verleihung des Bürgerrechts, beziehungsweise zur Zahlung von Bürgergewinngeldern (Ausfertigungsgebühren) und zur Leistung des Bürgereides, die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bürgerklasse, die Richtigkeit der Gemeindewählerliste;
2. über die Gültigkeit der Wahlen zur Gemeindevertretung;
3. über die Berechtigung zur Ablehnung oder Niederlegung von Aemtern und Stellen in der Gemeindeverwaltung oder Vertretung, über die Nachteile, welche gegen Mitglieder der Stadtgemeinde wegen Nichterfüllung der ihnen nach den Gemeindeverfassungsgesetzen obliegenden Pflichten, sowie über die Strafen, welche gegen Mitglieder der Gemeindevertretung wegen Zuwiderhandlungen gegen die Geschäftsordnung nach Maßgabe der Gemeindeverfassungsgesetze zu verhängen sind.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste sind während der Dauer der Auslegung der letzteren, Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahlen zur Gemeindevertretung innerhalb zwei Wochen nach Bekanntmachung des Wahlergebnisses und in allen Fällen bei dem Gemeindevorstande zu erheben.

In dem Geltungsbereiche der Kurhessischen Gemeindeordnung vom 23. Oktober 1834 ist die Gemeindewählerliste nach vorgängiger öffentlicher Bekanntmachung zwei Wochen hindurch auszulegen, und finden die in betreff der Einsprüche gegen die Gemeindewählerliste getroffenen Bestimmungen auch auf Einsprüche gegen das Verzeichnis der hochbesteuerten Ortsbürger Anwendung.

---

§ 11. Der Beschluß der Gemeindevertretung (§ 10) bedarf keiner Genehmigung oder Bestätigung von Seiten des Gemeindevorstandes oder der Aufsichtsbehörde. Gegen den Beschluß der Gemeindevertretung findet die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt. Die Klage steht in den Fällen des § 10 auch dem Gemeindevorstande zu.

Die Klage hat in den Fällen des § 10 unter 1 und 2 keine aufschiebende Wirkung; jedoch dürfen Ersatzwahlen vor ergangener rechtskräftiger Entscheidung nicht vorgenommen werden.

---

§ 12. Der Bezirksausschuß beschließt, soweit die Beschlußfassung nach den Gemeindeverfassungsgesetzen der Aufsichtsbehörde zusteht,

1. über die Zahl der aus jeder einzelnen Ortschaft einer Stadtgemeinde zu wählenden Mitglieder der Gemeindevertretung,
2. über die Vornahme außergewöhnlicher Ersatzwahlen zur Gemeindevertretung, oder in den Gemeindevorstand.

---

§ 13. Soweit die Bestätigung der Wahlen von Gemeindebeamten nach Maßgabe der Gemeindeverfassungsgesetze den Aufsichtsbehörden zusteht, erfolgt dieselbe durch den Regierungspräsidenten.

Die Bestätigung kann nur unter Zustimmung des Bezirksausschusses versagt werden. Lehnt der Bezirksausschuß die Zustimmung ab, so kann dieselbe auf den Antrag des Regierungspräsidenten durch den Minister des Innern ergänzt werden.

Wird die Bestätigung vom Regierungspräsidenten unter Zustimmung des Bezirksausschusses vertagt, so kann dieselbe auf Antrag des Gemeindevorstandes oder der Gemeindevertretung von dem Minister des Innern erteilt werden.

---

§ 14. Ueber die Gültigkeit von Wahlen solcher Gemeindebeamten, welche der Bestätigung nicht bedürfen, beschließt, soweit die Beschlußfassung der Aufsichtsbehörde zusteht, der Bezirksausschuß.

---

§ 15. Beschlüsse der Gemeindevertretung oder des kollegialischen Gemeindevorstandes, welche deren Befugnisse überschreiten oder die Gesetze verletzen, hat der Gemeindevorstand, beziehungsweise der Bürgermeister, entstehendenfalls auf Anweisung der Aufsichtsbehörde, mit aufschiebender Wirkung, unter Angabe der

Gründe, zu beanstanden. Gegen die Verfügung des Gemeindevorstandes (Bürgermeisters) steht der Gemeindevertretung, beziehungsweise dem kollegialischen Gemeindevorstande die Klage im Verwaltungsstreitverfahren zu.

Die in den Gemeindeverfassungsgesetzen begründete Befugnis der Aufsichtsbehörden, aus anderen als den vorstehend angegebenen Gründen eine Beanstandung der Beschlüsse der Gemeindevertretung oder des kollegialischen Gemeindevorstandes herbeizuführen, wird aufgehoben.

---

§ 16. Gemeindebeschlüsse über die Veräußerung oder wesentliche Veränderung von Sachen, welche einen besonderen wissenschaftlichen, historischen oder Kunstwert haben, insbesondere von Archiven oder Teilen derselben, unterliegen der Genehmigung des Regierungspräsidenten.

Hinsichtlich der Verwaltung der Gemeindewaldungen bewendet es bei den bestehenden Bestimmungen.

Im übrigen beschließt der Bezirksausschuß über die in den Gemeindeverfassungsgesetzen der Aufsichtsbehörde vorbehaltene Bestätigung (Genehmigung) von Ortsstatuten und sonstigen die städtischen Gemeindeangelegenheiten betreffenden Gemeindebeschlüssen.

---

§ 17. Der Bezirksausschuß beschließt, soweit die Beschlußfassung nach den Gemeindeverfassungsgesetzen der Aufsichtsbehörde zusteht,

1. abgesehen von den Fällen des § 15 über die zwischen dem Gemeindevorstande und der Gemeindevertretung, beziehungsweise dem Bürgermeister und dem kollegialischen Gemeindevorstande entstehenden Meinungsverschiedenheiten, wenn von einem Teile auf Entscheidung angetragen wird und zugleich die Angelegenheit nicht auf sich beruhen bleiben kann,
2. an Stelle der Gemeindebehörden, im Falle ihrer durch widersprechende Interessen herbeigeführten Beschlußunfähigkeit,
3. an Stelle der nach Maßgabe der Gemeindeverfassungsgesetze aufgelösten Gemeindevertretung.

Der Bezirksausschuß beschließt ferner an Stelle der Aufsichtsbehörde:

4. über die Art der gerichtlichen Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen gegen Stadtgemeinden (§ 15 zu 3 des Einführungsgesetzes zur Deutschen Civilprozeßordnung vom 30. Januar 1877 in der durch das Einführungsgesetz zu dem Gesetze, betreffend Aenderungen der Civilprozeßordnung vom 17. Mai 1898, Reichs-Gesetzbl. S. 332, festgesetzten Fassung),
5. über die Feststellung und den Ersatz der Defekte der Gemeindebeamten nach Maßgabe der Verordnung vom 24. Januar 1844 (Gesetz-Samml. S. 52): der Beschluß ist vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges endgültig.

---

§ 18. Auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend:

1. das Recht zur Mitbenutzung der öffentlichen Gemeindeanstalten, sowie zur Teilnahme an den Nutzungen und Erträgen des Gemeindevermögens,
2. die Heranziehung oder die Veranlagung zu den Gemeindelasten,[1])

beschließt der Gemeindevorstand.

Gegen den Beschluß findet die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt.

Der Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren unterliegen desgleichen Streitigkeiten zwischen Beteiligten über ihre in dem öffentlichen Rechte begründete Berechtigung oder Verpflichtung zu den im Absatz 1 bezeichneten Nutzungen beziehungsweise Lasten.

Die Beschwerden und die Einsprüche, sowie die Klage haben keine aufschiebende Wirkung.

---

§ 19. Unterläßt oder verweigert eine Stadtgemeinde, die ihr gesetzlich obliegenden, von der Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit festgestellten Leistungen auf den Haushaltsetat zu bringen oder außerordentlich zu genehmigen, so verfügt der Regierungspräsident unter Anführung der Gründe die Eintragung in den Etat, beziehungsweise die Feststellung der außerordentlichen Ausgabe.

Gegen die Verfügung des Regierungs-

---

[1]) Man vergleiche die §§ 69 und folgende des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893.

präsidenten steht der Gemeinde die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte zu.

Eine Feststellung des Stadtetats durch die Aufsichtsbehörde findet fortan nicht statt; auch in den Städten von Neuvorpommern und Rügen ist jedoch eine Abschrift des Etats gleich nach seiner Feststellung durch die städtischen Behörden der Aufsichtsbehörde einzureichen.

---

§ 20. Bezüglich der Dienstvergehen der Bürgermeister, Beigeordneten, Magistratsmitglieder und sonstigen Gemeindebeamten kommen die Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juli 1852 mit folgenden Maßgaben zur Anwendung:

1. Gegen die Bürgermeister, Beigeordneten und Magistratsmitglieder, sowie gegen die sonstigen Gemeindebeamten kann an Stelle der Bezirksregierung und innerhalb des derselben bisher zustehenden Ordnungsstrafrechts der Regierungspräsident Ordnungsstrafen festsetzen. Gegen die Strafverfügungen des Regierungspräsidenten findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Oberpräsidenten, gegen den auf die Beschwerde ergehenden Beschluß des Oberpräsidenten findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt. In Berlin findet gegen die Strafverfügungen des Oberpräsidenten, in den Hohenzollernschen Landen findet gegen die Strafverfügungen des Regierungspräsidenten innerhalb zwei Wochen unmittelbar die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.
2. Gegen die Strafverfügungen des Bürgermeisters findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Regierungspräsidenten, und gegen den auf die Beschwerde ergehenden Beschluß des Regierungspräsidenten innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.
3. In dem Verfahren auf Entfernung aus dem Amte wird die Einleitung des Verfahrens von dem Regierungspräsidenten beziehungsweise dem Minister des Innern verfügt und von demselben der Untersuchungskommissar ernannt: an die Stelle der Bezirksregierung beziehungsweise des Disziplinarhofes tritt als entscheidende Disziplinarbehörde erster Instanz der Bezirksausschuß; an die Stelle des Staatsministeriums tritt das Oberverwaltungsgericht; den Vertreter der Staatsanwaltschaft ernennt bei dem Bezirksausschusse der Regierungspräsident, bei dem Oberverwaltungsgerichte der Minister des Innern.

In dem vorstehend bezüglich der Entfernung aus dem Amte vorgesehenen Verfahren ist entstehendenfalls auch über die Thatsache der Dienstunfähigkeit der Bürgermeister, Beigeordneten, Magistratsmitglieder und sonstigen Gemeindebeamten Entscheidung zu treffen.

Gegen Mitglieder der Gemeindevertretung findet ein Disziplinarverfahren nicht statt.

Ueber streitige Pensionsansprüche[1]) der besoldeten Gemeindebeamten beschließt, soweit nach den Gemeindeverfassungsgesetzen die Beschlußfassung der Aufsichtsbehörde zusteht, der Bezirksausschuß, und zwar, soweit der Beschluß sich darauf erstreckt, welcher Teil des Diensteinkommens bei Feststellung der Pensionsansprüche als Gehalt anzusehen ist, vorbehaltlich der den Beteiligten[2]) gegeneinander zustehenden Klage im Verwaltungsstreitverfahren, im übrigen vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges.[3]) Der Beschluß ist vorläufig vollstreckbar.

---

§ 21. Zuständig in erster Instanz ist im Verwaltungsstreitverfahren für die in diesem Titel vorgesehenen Fälle, sofern nicht im einzelnen anders bestimmt ist, der Bezirksausschuß, für den Stadtkreis Berlin in den Fällen des § 8 Absatz 2, § 9 und § 15 das Oberverwaltungsgericht. Die Frist zur Anstellung der Klage beträgt in allen Fällen zwei Wochen.

Die Gemeindevertretung, beziehungsweise der kollegialische Gemeindevorstand können zur Wahrnehmung ihrer Rechte im Verwaltungsstreitverfahren einen besonderen Vertreter bestellen.

---

[1]) Man vergleiche jetzt § 7 des Kommunalabgabengesetzes vom 30. Juli 1899.
[2]) Innerhalb zweier Wochen (§ 7 des Kommunalbeamtengesetzes).
[3]) Binnen einer Ausschlußfrist von sechs Monaten nach Zustellung des Beschlusses (§ 7 des Kommunalbeamtengesetzes).

Gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses in den Fällen des § 18 unter 2 ist nur das Rechtsmittel der Revision zulässig.

---

§ 22. Die Bestimmungen dieses Abschnitts kommen zur Anwendung im Geltungsbereiche der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853 (Gesetz-Samml. S. 261) auch auf die § 1 Absatz 2 daselbst erwähnten Ortschaften (Flecken),

in der Provinz Schleswig-Holstein auch auf die §§ 94 ff. des Gesetzes vom 14. April 1869 (Gesetz-Samml. S. 589) erwähnten Flecken,

im Regierungsbezirke Cassel auch auf die Stadt Orb,

in den Hohenzollernschen Landen außer auf Hechingen auch auf die Gemeinde Sigmaringen.

Welche Gemeinden im Regierungsbezirke Wiesbaden außer der Stadt Frankfurt als Stadtgemeinden im Sinne dieses Abschnitts zu betrachten sind, wird in der zu erlassenden Kreisordnung für Hessen-Nassau bestimmt.

---

§ 23. In der zum ehemaligen Kurfürstentume Hessen gehörigen Städten ist als Gemeindevorstand der Stadtrat, als Gemeindevertretung der Gemeindeausschuß,

in den Stadtgemeinden des vormaligen Herzogtums Nassau (§ 22) ist als Gemeindevorstand der Gemeinderat, als Gemeindevertretung der Bürgerausschuß,

in der Gemeinde Homburg v. d. H. ist als Gemeindevorstand der Bürgermeister, als Gemeindevertreter der Gemeindevorstand,

in der Gemeinde Hechingen ist als Gemeindevorstand der Stadtrat, als Gemeindevertretung der Bürgerausschuß,

in der Gemeinde Sigmaringen ist als Gemeindevorstand der Gemeinderat, als Gemeindevertretung der Bürgerausschuß zu betrachten.

V. Titel.

Angelegenheiten der Landgemeinden und der selbständigen Gutsbezirke.

§ 24.[1]) Die Aufsicht des Staates über die Verwaltung der Angelegenheiten der Landgemeinden, der Aemter in der Provinz Westfalen und der Bürgermeistereien in der Rheinprovinz, sowie der Gutsbezirke wird, unbeschadet der Vorschriften der Kreisordnungen und der in den Gesetzen geordneten Mitwirkung des Kreisausschusses und des Bezirksausschusses, in erster Instanz von dem Landrate als Vorsitzenden des Kreisausschusses, in höherer und letzter Instanz von dem Regierungspräsidenten geübt.

Beschwerden bei den Aufsichtsbehörden in den vorbezeichneten Angelegenheiten sind in allen Instanzen innerhalb zwei Wochen anzubringen.

---

§ 25. Der Kreisausschuß beschließt, soweit die Beschlußfassung nach den Gemeindeverfassungsgesetzen der Aufsichtsbehörde zusteht, über die Veränderung der Grenzen der ländlichen Gemeindebezirke und der Gutsbezirke.

Hinsichtlich der Veränderung der Grenzen der Aemter in der Provinz Westfalen und der Bürgermeistereien in der Rheinprovinz, sowie hinsichtlich der Bildung neuer Gemeinde- und Gutsbezirke behält es bei den bestehenden Vorschriften sein Bewenden.

In den im Absatz 1 bezeichneten Fällen findet neben der Beschlußfassung des Kreisausschusses die in den Gemeindeverfassungsgesetzen vorgeschriebene Anhörung des Kreistages nicht mehr statt. An die Stelle der sonst für kommunale Bezirksveränderungen, einschließlich der Fälle des zweiten Absatzes, in den Gemeindeverfassungsgesetzen vorgeschriebenen Anhörung des Kreistages tritt die Anhörung des Kreisausschusses.

Ueber die infolge einer Veränderung der Grenzen der Landgemeinden und Gutsbezirke, sowie der in Absatz 2 erwähnten Aemter und Bürgermeistereien notwendig werdende Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten beschließt der Kreisausschuß,

---

[1]) Man vergleiche § 146 Abs. 1 der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891.

vorbehaltlich der den letzteren gegeneinander zustehenden Klage im Verwaltungsstreitverfahren.

---

§ 26. Streitigkeiten über die bestehenden Grenzen der ländlichen Gemeinde- und Gutsbezirke, sowie über die Eigenschaft einer Ortschaft als Gemeinde oder eines Guts als Gutsbezirks unterliegen der Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren.

Ueber die im ersten Absatze bezeichneten Angelegenheiten beschließt vorläufig, sofern es das öffentliche Interesse erheischt, der Kreisausschuß. Bei dem Beschluß behält es bis zur rechtskräftigen Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren sein Bewenden

---

§ 27. Die Gemeindevertretung, wo eine solche nicht besteht, der Gemeindevorstand, beschließt:

1. auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend den Besitz oder den Verlust der Gemeindemitgliedschaft, sowie des Gemeindebürgerrechts, des Stimmrechts in der Gemeindeversammlung, des Rechts zur Teilnahme an den Gemeindewahlen, die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse von Stimmberechtigten, die Wählbarkeit zu einer Stelle in der Gemeindeverwaltung oder Gemeindevertretung, die Ausübung des Stimmrechts durch einen Dritten, sowie über die Richtigkeit der Gemeindewählerliste;
2. über die Gültigkeit der Wahlen zur Gemeindevertretung;
3. über die Berechtigung zur Ablehnung oder Niederlegung einer Stelle in der Gemeindeverwaltung oder Gemeindevertretung, über die Nachteile, welche gegen Angehörige (Mitglieder) der Gemeinde wegen Nichterfüllung der ihnen nach den Gemeindeverfassungsgesetzen obliegenden Pflichten, sowie über die Strafen, welche gegen Mitglieder der Gemeindevertretung wegen Zuwiderhandlungen gegen die Geschäftsordnung oder wegen unentschuldigten Ausbleibens nach Maßgabe der Gemeindeverfassungsgesetze zu verhängen sind.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste sind während der Dauer der Auslegung der letzteren, Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahlen zur Gemeindevertretung innerhalb zwei Wochen nach Bekanntmachung des Wahlergebnisses, und in allen Fällen bei dem Gemeindevorstande anzubringen.

In dem Geltungsbereiche der Kurhessischen Gemeindeordnung finden die Vorschriften des § 10 Absatz 3 des gegenwärtigen Gesetzes entsprechende Anwendung.

---

§ 28. Die Beschlüsse der Gemeindevertretung, beziehungsweise des Gemeindevorstandes, in den Fällen des § 27 bedürfen keiner Genehmigung oder Bestätigung von Seiten des Gemeindevorstandes oder der Aufsichtsbehörde.

Gegen die Beschlüsse findet die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt. Die Klage steht in den Fällen des § 27, wenn der Beschluß von der Gemeindevertretung gefaßt ist, auch dem Gemeindevorstande, sowie in der Provinz Westfalen dem Amtmanne zu.

Die Klage hat in den Fällen des § 27 unter 1 und 2 keine aufschiebende Wirkung; jedoch dürfen Neuwahlen vor ergangener rechtskräftiger Entscheidung nicht vorgenommen werden.

---

§ 29. Beschlüsse der Gemeindeversammlung, der Gemeindevertretung oder des kollegialischen Gemeindevorstandes, welche deren Befugnisse überschreiten, oder die Gesetze verletzen, hat der Gemeindevorsteher, in der Provinz Westfalen auch der Amtmann, entstehendenfalls auf Anweisung der Aufsichtsbehörde, mit aufschiebender Wirkung, unter Angabe der Gründe, zu beanstanden. Gegen die Verfügung des Gemeindevorstehers beziehungsweise Amtmanns steht der Gemeindeversammlung, Gemeindevertretung, beziehungsweise dem kollegialischen Gemeindevorstande die Klage im Verwaltungsstreitverfahren zu.

Die in den Gemeindeverfassungsgesetzen begründete Befugnis der Aufsichtsbehörde, aus anderen als den vorstehend angegebenen Gründen eine Beanstandung von Beschlüssen der Gemeindevertretung oder des kollegialischen Gemeindevorstandes herbeizuführen, wird aufgehoben.

---

§ 30. Gemeindebeschlüsse über die Veräußerung oder wesentliche Veränderung von Sachen, welche einen besonderen wissenschaftlichen, historischen oder Kunstwert

haben, insbesondere von Archiven oder von Teilen derselben, unterliegen der Genehmigung des Regierungspräsidenten.

Hinsichtlich der Verwaltung der Gemeindewaldungen bewendet es bei den bestehenden Bestimmungen.

---

§ 31. Im übrigen beschließt der Kreisausschuß, soweit die Beschlußfassung in den Gemeindeverfassungsgesetzen der Aufsichtsbehörde oder — in der Provinz Hessen-Nassau — dem Amtsbezirksrate zusteht, über die Bestätigung (Genehmigung) von Ortsstatuten und sonstigen, die ländlichen Gemeindeangelegenheiten betreffenden Gemeindebeschlüssen, sowie über die Herbeiführung und erforderlichenfalls Anordnung einer Ergänzung oder Abänderung der in Ansehung der Gemeindelasten oder des Gemeindestimmrechts bestehenden Ortsverfassung.

In den vorstehend bezeichneten Fällen findet neben der Beschlußfassung des Kreisausschusses die in den Gemeindeverfassungsgesetzen vorgeschriebene Anhörung des Kreistages nicht mehr statt.

Die §§ 33 und 34 Titel 7 Teil II des Allgemeinen Landrechts, die Kabinettsorder vom 25. Januar 1831, betreffend die Erwerbung von Rittergütern durch Dorfgemeinden oder deren Mitglieder (Gesetz-Samml. S. 5) und der § 4 des Anhangs zur Allgemeinen Gerichtsordnung sind aufgehoben.

---

§ 32. Der Kreisausschuß beschließt, soweit die Beschlußfassung nach den Gemeindeverfassungsgesetzen der Aufsichtsbehörde zusteht:

1. über die Zahl der aus jeder einzelnen Ortschaft einer Gemeinde zu wählenden Mitglieder der Gemeindevertretung,
2. über die Vornahme außergewöhnlicher Ersatzwahlen zur Gemeindevertretung oder in den Gemeindevorstand,
3. über die Vermehrung der Zahl der Mitglieder des Gemeindevorstandes, der Schöffen und der Ortsvorsteher, sowie über die Bestellung besonderer Ortsvorsteher für verschiedene Ortschaften eines Gemeindebezirks,
4. über die Festsetzung der Besoldungen, der Dienstunkostenentschädigungen und der baren Auslagen der Mitglieder des Gemeindevorstandes, der Schöffen, der sonstigen Gemeindebeamten, sowie der kommissarischen Gemeindevorsteher, Gutsvorsteher und sonstiger kommissarisch bestellten Beamten.

Der Kreisausschluß beschließt ferner:

5. an Stelle der Aufsichtsbehörde über die Feststellung und den Ersatz der bei Kassen und anderen Verwaltungen der Landgemeinden vorkommenden Defekte nach Maßgabe der Verordnung vom 24. Januar 1844 (Gesetz-Samml. S. 52). Der Beschluß ist vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges endgültig.

---

§ 33. Der Kreisausschuß beschließt, soweit die Beschlußfassung nach den Gemeindeverfassungsgesetzen der Aufsichtsbehörde zusteht:

1. abgesehen von den Fällen des § 29 über die zwischen dem Gemeindevorstande und der Gemeindevertretung oder zwischen dem Gemeindevorsteher und dem kollegialischen Gemeindevorstande entstandenen Meinungsverschiedenheiten,
2. an Stelle der Gemeindebehörden im Falle ihrer durch widersprechende Interessen herbeigeführten Beschlußunfähigkeit oder im Falle wiederholter Beschlußunfähigkeit,
3. an Stelle der nach Maßgabe der Gemeindeverfassungsgesetze aufgelösten Gemeindevertretung.

Der Kreisausschuß beschließt ferner an Stelle der Bezirksregierung:

4. über die Art der gerichtlichen Zwangsvollstreckungen wegen Geldforderungen gegen Landgemeinden (§ 15 zu 3 des Einführungsgesetzes zur Deutschen Civilprozeßordnung vom 30. Januar 1877 in der durch das Einführungsgesetz zu dem Gesetze, betreffend Aenderung der Civilprozeßordnung vom 17. Mai 1898, Reichs-Gesetzbl. S. 332, festgesetzten Fassung).

---

§ 34. Auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend

1. das Recht zur Mitbenutzung der öffentlichen Gemeindeanstalten, sowie zur Teilnahme an den Nutzungen und Erträgen des Gemeindevermögens,
2. die Heranziehung oder die Veranlagung zu den Gemeindelasten,

3. die besonderen Rechte oder Verpflichtungen einzelner örtlicher Teile des Gemeindebezirks oder einzelner Klassen der Gemeindeangehörigen in Ansehung der zu Nr. 1 und 2 erwähnten Ansprüche und Verbindlichkeiten,

beschließt der Gemeindevorstand.

Gegen den Beschluß findet die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt.

Der Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren unterliegen desgleichen Streitigkeiten zwischen Beteiligten über ihre in dem öffentlichen Rechte begründete Berechtigung oder Verpflichtung zu den im Absatz 1 bezeichneten Nutzungen beziehungsweise Lasten.

Die Beschwerden und die Einsprüche, sowie die Klage haben keine aufschiebende Wirkung.

Die vorstehenden Bestimmungen finden sinngemäß Anwendung auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend die Heranziehung oder die Veranlagung von Grundbesitzern und Einwohnern eines Gutsbezirks zu den öffentlichen Lasten desselben.

---

§ 35. Unterläßt oder verweigert eine Landgemeinde (Amt, Bürgermeisterei) oder ein Gutsbezirk die ihnen gesetzlich obliegenden, von der Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit festgestellten Leistungen auf den Haushaltsetat zu bringen oder außerordentlich zu genehmigen, beziehungsweise zu erfüllen, so verfügt der Landrat, unter Anführung der Gründe, die Eintragung in den Etat, beziehungsweise die Feststellung der außerordentlichen Ausgabe.

Gegen die Verfügung des Landrats steht der Gemeinde beziehungsweise dem Besitzer des Guts die Klage bei dem Bezirksausschusse zu.

---

§ 36. Bezüglich der Dienstvergehen der Gemeindevorsteher, Schöffen, Mitglieder, des Gemeindevorstandes und sonstigen Gemeindebeamten, sowie der Gutsvorsteher kommen die Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juli 1852 mit folgenden Maßgaben zur Anwendung:

1. die Befugnis, gegen die Gemeindevorsteher (Amtmänner in Westfalen, Bürgermeister in der Rheinprovinz), Schöffen, Mitglieder des kollegialischen Gemeindevorstandes und sonstige Gemeindebeamten, sowie gegen Gutsvorsteher Ordnungsstrafen zu verhängen, steht dem Landrate, und im Umfange des den Provinzialbehörden beigelegten Ordnungsstrafrechts dem Regierungspräsidenten zu.

   Gegen die Strafverfügungen des Landrats findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Regierungspräsidenten, gegen die Strafverfügungen des Regierungspräsidenten innerhalb gleicher Frist die Beschwerde an den Oberpräsidenten statt.
2. Gegen die von dem Amtmann in Westfalen oder von dem Bürgermeister in der Rheinprovinz auf Grund des § 83 der Westfälischen Landgemeindeordnung vom 19. März 1856, beziehungsweise der §§ 83 und 104 der Rheinischen Gemeindeordnung vom 23. Juli 1845 gegen Unterbeamte der Gemeinden, Aemter oder Bürgermeistereien erlassenen Strafverfügungen findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Regierungspräsidenten statt.
3. Gegen den auf die Beschwerde in den Fällen zu 1 und 2 in letzter Instanz ergehenden Beschluß des Regierungspräsidenten, beziehungsweise des Oberpräsidenten findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.

   In den Hohenzollernschen Landen findet gegen die Strafverfügungen des Regierungspräsidenten innerhalb zwei Wochen unmittelbar die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.
4. In dem Verfahren auf Entfernung aus dem Amte wird die Einleitung des Verfahrens von dem Landrate oder von dem Regierungspräsidenten verfügt und von denselben der Untersuchungskommissar und der Vertreter der Staatsanwaltschaft ernannt. Als entscheidende Disziplinarbehörde erster Instanz tritt an die Stelle der Bezirksregierung der Kreisausschuß; an die Stelle des Staatsministeriums tritt das Oberverwaltungsgericht. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft bei dem Oberverwaltungsgerichte wird von dem Minister des Innern ernannt.

In dem vorstehend zu 4 vorgesehenen Verfahren ist entstehendenfalls auch über

die Thatsache der Dienstunfähigkeit der ländlichen Gemeindebeamten Entscheidung zu treffen.

Ueber streitige Pensionsansprüche[1]) der besoldeten Gemeindebeamten beschließt, soweit nach den Gemeindeverfassungsgesetzen die Beschlußfassung der Aufsichtsbehörde zusteht, der Kreisausschuß, und zwar, soweit der Beschluß sich darauf erstreckt, welcher Teil des Diensteinkommens bei Feststellung der Pensionsansprüche als Gehalt anzusehen ist, vorbehaltlich der den Beteiligten[1]) gegeneinander zustehenden Klage im Verwaltungsstreitverfahren, im Uebrigen vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges[1]). Der Beschluß ist vorläufig vollstreckbar

---

§ 37. Zuständig in erster Instanz ist im Verwaltungsstreitverfahren für die in diesem Titel vorgesehenen Fälle, sofern nicht im einzelnen anders bestimmt ist, der Kreisausschuß. Die Frist zur Anstellung der Klage beträgt in allen Fällen zwei Wochen.

Die Gemeindeversammlung, die Gemeindevertretung, beziehungsweise der kollegialische Gemeindevorstand können zur Wahrnehmung ihrer Rechte im Verwaltungsstreitverfahren einen besonderen Vertreter bestellen.

---

§ 38.

1. In den Landgemeinden des vormaligen Kurfürstentums Hessen ist als Gemeindevorstand der Gemeinderat, als Gemeindevertretung der Gemeindeausschuß,
2. in den vormals Großherzoglich Hessischen Landesteilen ist als Gemeindevorstand der Bürgermeister, als Gemeindevertretung der Gemeinderat,
3. in den Landgemeinden der vormals Königlich Bayerischen Landesteile ist als Gemeindevorstand der Gemeindevorsteher, als Gemeindevertretung der Gemeindeausschuß,
4. in den Gemeinden des vormaligen Herzogtums Nassau ist als Gemeindevorstand der Gemeinderat, als Gemeindevertretung der Bürgerausschuß,
5. in den Gemeinden des vormals Landgräflich Hessischen Amtes Homburg ist als Gemeindevorstand der Bürgermeister, als Gemeindevertretung der Gemeindevorstand,
6. in den Landgemeinden des Stadtkreises Frankfurt a. M. ist als Gemeindevorstand der Schultheiß, als Gemeindevertretung der Gemeindeausschuß,
7. in den Landgemeinden des ehemaligen Fürstentums Hohenzollern-Hechingen ist als Gemeindevorstand das Ortsgericht, als Gemeindevertretung der Bürgerausschuß,
8. in den Gemeinden des ehemaligen Fürstentums Hohenzollern-Sigmaringen ist als Gemeindevorstand der Gemeinderat, als Gemeindevertretung der Bürgerausschuß

zu betrachten.

VI. Titel.

Armenangelegenheiten.

§ 39. Streitigkeiten zwischen Armenverbänden wegen öffentlicher Unterstützung Hilfsbedürftiger werden im Verwaltungsstreitverfahren entschieden.

Zuständig in erster Instanz ist der Bezirksausschuß.

Im übrigen behält es bei den Bestimmungen des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 sein Bewenden.

§ 40. Der Bezirksausschuß beschließt endgültig über die Bestätigung der in den §§ 8, 9, 10 und 12 des Gesetzes, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 8. März 1871 (Gesetz-Samml. S. 130) und des betreffenden Lauenburgischen Gesetzes vom 24. Juni 1871 (Offizielles Wochenbl. S. 183) gedachten Statuten zur Regelung der Armenpflege in den nicht ausschließlich

---

[1]) Man vergleiche die Anmerkungen 1 bis 3 zum § 20 dieses Gesetzes.

im Eigentum des Gutsbesitzers stehenden Gutsbezirken und in den Gesamtarmenverbänden, sowie über die Genehmigung zur Wiederauflösung von Gesamtarmenverbänden (§ 14 a. a. O.).

Soweit die Feststellung der Statuten bisher dem Kreistage oblag, erfolgt dieselbe fortan durch den Kreisausschuß.

Ist den Statuten die Bestätigung wiederholt versagt worden, so stellt der Bezirksausschuß dieselben endgültig fest.

---

§ 41. Beschwerden von Armen gegen Verfügungen von Ortsarmenverbänden darüber, ob, in welcher Höhe und in welcher Weise Armenunterstützungen zu gewähren sind (§ 63 des Gesetzes vom 8. März und § 51 des Gesetzes vom 24. Juni 1871), unterliegen:

1. sofern eine Stadt von mehr als 10000 Einwohnern an dem Armenverbande beteiligt ist, der endgültigen Beschlußfassung des Bezirksausschusses;
2. andernfalls der endgültigen Beschlußfassung des Kreisausschusses.

Desgleichen unterliegen Beschwerden von Armen gegen Verfügungen von Landarmenverbänden über die Art und Höhe der Unterstützung der endgültigen Beschlußfassung des Bezirksausschusses, sofern die Landarmenverbände nur aus einem Kreise bestehen.

---

§ 42. Beschwerden von Ortsarmenverbänden gegen Verfügungen der Landarmenverbände darüber, ob, in welcher Höhe und in welcher Weise Beihilfen zu gewähren sind (§ 36 des Gesetzes vom 8. März 1871), unterliegen der endgültigen Beschlußfassung des Provinzialrats.

---

§ 43. Der Kreis-(Stadt-)Ausschuß beschließt:

1. an Stelle der in den §§ 60 bis 62 des Gesetzes vom 8. März 1871 und in den §§ 48 bis 50 des Lauenburgischen Gesetzes vom 24. Juni 1871 bezeichneten Kreiskommission über Streitigkeiten zwischen Armenverbänden im schiedsrichterlichen oder sühneamtlichen Vermittelungsverfahren;
2. an Stelle des Landrats, beziehungsweise des städtischen Gemeindevorstandes, auf den Antrag eines Armenverbandes gegen die zur Unterstützung eines Hilfsbedürftigen verpflichteten Angehörigen gemäß § 65 beziehungsweise § 53 a. a. O.

Die Beschlüsse des Kreis-(Stadt-)Ausschusses sind, vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges im Falle zu 2, endgültig.

---

§ 44. Auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend

1. die Verpflichtung zur Teilnahme an den Lasten der Armenpflege in Gutsbezirken und in Gesamtarmenverbänden (§§ 8 ff. des Gesetzes vom 8. März 1871),
2. die Heranziehung oder Veranlagung zu den Lasten der Landarmenverbände (§ 29 a. a. O.),

beschließt in den Fällen zu 1 der Gutsvorsteher, beziehungsweise der Vorsitzende der Vertretung des Gesamtarmenverbandes, in den Fällen zu 2 der Vorstand des Landarmenverbandes.

Gegen den Beschluß findet innerhalb zwei Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt. Zuständig ist in den Fällen zu 1 der Kreisausschuß, in den Fällen zu 2 der Bezirksausschuß. Gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses ist in allen Fällen nur das Rechtsmittel der Revision zulässig.

Einsprüche gegen Zuschläge zu den direkten Staatssteuern, welche sich gegen den Prinzipalsatz der letzteren richten, sind unzulässig.

Die Beschwerden und die Einsprüche, sowie die Klage haben keine aufschiebende Wirkung. Dieselben stehen in den Fällen zu 2 nur den unmittelbar zur Aufbringung der Kosten der Landarmenpflege herangezogenen einzelnen Verbänden, Kreisen und Gemeinden zu.

VII. Titel.

Schulangelegenheiten.

§ 45. Ueber die Feststellung des Geldwertes der Naturalien und des Ertrages der Ländereien bei amtlicher Festsetzung des Einkommens der Elementarlehrer beschließt auf Anrufen von Beteiligten der Kreisausschuß und, sofern es sich um

Stadtschulen handelt, der Bezirksausschuß. Der Beschluß des Bezirksausschusses in erster oder zweiter Instanz ist endgültig.

§ 46. Auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend die Heranziehung zu Abgaben oder sonstigen nach öffentlichem Rechte zu fordernden Leistungen für Schulen, welche der allgemeinen Schulpflicht dienen, beschließt, vorbehaltlich der Bestimmungen des § 47, die örtliche Behörde, welche die Abgaben und Leistungen für die Schule ausgeschrieben hat (Vorstand des Schulverbandes, der Schulgemeinde, Schulsocietät, Schulkommune 2c.).

Gegen den Beschluß findet innerhalb zwei Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt.

Der Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren unterliegen desgleichen Streitigkeiten zwischen Beteiligten über ihre in dem öffentlichen Rechte begründete Verpflichtung zu Abgaben und Leistungen für Schulen, welche der allgemeinen Schulpflicht dienen.

Zuständig in erster Instanz ist im Verwaltungsstreitverfahren der Kreisausschuß und, sofern es sich um Stadtschulen handelt, der Bezirksausschuß.

Die Entscheidung über streitige Abgaben und sonstige nach öffentlichem Rechte zu fordernde Leistungen für Schulen der bezeichneten Art oder für deren Beamte, sowie über streitiges Schulgeld für solche Schulen nach § 15 des Gesetzes über die Erweiterung des Rechtsweges vom 24. Mai 1861 (Gesetz-Samml. S. 241) erfolgt fortan im Verwaltungsstreitverfahren.

Einsprüche gegen die Höhe von Zuschlägen für Schulzwecke zu den direkten Staatssteuern, welche sich gegen den Prinzipalsatz der letzteren richten, sind unzulässig.

Die Beschwerden und die Einsprüche, sowie die Klage haben keine aufschiebende Wirkung.

Die Vorschriften dieses Paragraphen finden auf solche Abgaben und Leistungen für Schulen, welche zu den Gemeindelasten (§§ 18, 34) gehören, keine Anwendung.

§ 47. Ueber die Anordnung von Neu- und Reparaturbauten bei Schulen, welche der allgemeinen Schulpflicht dienen, über die öffentlich-rechtliche Verpflichtung zur Aufbringung der Baukosten, sowie über die Verteilung derselben auf Gemeinden (Gutsbezirke), Schulverbände und Dritte, statt derselben oder neben denselben Verpflichtete beschließt, sofern Streit entsteht, die Schulaufsichtsbehörde.

Gegen den Beschluß findet die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt. Dieselbe ist, soweit der in Anspruch Genommene zu der ihm angesonnenen Leistung aus Gründen des öffentlichen Rechts statt seiner einen anderen für verpflichtet erachtet, zugleich gegen diesen zu richten.

Auch im übrigen unterliegen Streitigkeiten der Beteiligten (Absatz 1) darüber, wem von ihnen die öffentlich-rechtliche Verbindlichkeit zum Bau oder zur Unterhaltung einer der Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht dienenden Schule obliegt, der Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren.

Die Klage ist in den Fällen des zweiten Absatzes innerhalb zwei Wochen anzubringen. Die zuständige Behörde kann zur Vervollständigung der Klage eine angemessene Nachfrist gewähren, durch den Ablauf dieser Fristen wird jedoch die Klage im Verwaltungsstreitverfahren auf Erstattung des Geleisteten gegen einen aus Gründen des öffentlichen Rechts verpflichteten Dritten nicht ausgeschlossen.

Zuständig im Verwaltungsstreitverfahren ist in erster Instanz der Kreisausschuß und, sofern es sich um Stadtschulen handelt, der Bezirksausschuß.

§ 48. Unterläßt oder verweigert ein Schulverband (Schulgemeinde, Schulsocietät, Schulkommune 2c.) bei Schulen, welche der allgemeinen Schulpflicht dienen, in anderen als den im § 47 Absatz 1 bezeichneten Fällen die ihm nach öffentlichem Rechte obliegenden, von der Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit festgestellten Leistungen auf den Haushaltsetat zu bringen oder außerordentlich zu genehmigen beziehungsweise zu erfüllen, so verfügt der Landrat und, sofern es sich um Stadtschulen handelt, der Regierungspräsident die Eintragung in den Etat beziehungsweise die Feststellung der außerordentlichen Ausgabe.

Gegen die Verfügung des Landrats steht dem Schulverbande die Klage bei dem Bezirksausschusse, gegen die Verfügung des Regierungspräsidenten die Klage bei dem

Oberverwaltungsgerichte zu. Dabei finden die Bestimmungen des § 47 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 4 sinngemäße Anwendung.

---

§ 49. Die Vorschriften des § 47 finden auch Anwendung, wenn die Schule mit der Küsterei verbunden ist.

Für die im Verwaltungsstreitverfahren nach § 47 zu treffenden Entscheidungen sind die von den Schulaufsichtsbehörden innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit getroffenen allgemeinen Anordnungen über die Ausführung von Schulbauten maßgebend.

Die der Schulaufsichtsbehörde nach Maßgabe des Gesetzes zustehende Befugnis zur Einrichtung neuer oder Teilung vorhandener Schulsocietäten bleibt unberührt.

VIII. Titel.

Einquartierungsangelegenheiten.

§ 50. Ueber die Bestätigung von Gemeindebeschlüssen oder Ortsstatuten wegen Verteilung der Quartierleistungen und sonstigen Naturalleistungen (Vorspann, Naturalverpflegung, Fourage), (§ 7 Absatz 3 bis 5 des Gesetzes vom 25. Juni 1868, betreffend die Quartierleistungen für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes, Bundes-Gesetzbl. S. 523, und § 7 Absatz 2 des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 13. Februar 1875, Reichs-Gesetzbl. S. 52) beschließt der Kreisausschuß, in Städten der Bezirksausschuß.

Der Kreisausschuß beschließt über die Festsetzung des Umfangs der Quartierleistung für solche Gutsbezirke, welche eine Vereinigung mit einer Gemeinde nicht abgeschlossen haben (§ 7 letzter Absatz des Gesetzes vom 25. Juni 1868).

---

§ 51. Werden gegen die für die Verteilung der Quartierleistungen aufgestellten Kataster (§ 6 Absatz 4 des Gesetzes vom 25. Juni 1868) innerhalb der gesetzlich bestimmten Frist von 21 Tagen Einwendungen erhoben, so hat hierüber in betreff der Städte der Gemeindevorstand, in betreff der übrigen Ortschaften der Kreisausschuß zu beschließen.

Gegen den Beschluß findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Bezirksausschuß statt.

Der Beschluß des Bezirksausschusses ist endgültig.

IX. Titel.

Sparkassenangelegenheiten.

§ 52. Die Errichtung von Sparkassen durch Kreise, Stadt- und Landgemeinden und andere über den Umfang eines Kreises nicht hinausgehende kommunale Verbände bedarf der staatlichen Genehmigung auch in denjenigen Landesteilen, in welchen eine solche bisher nicht vorgeschrieben war.

Diese Genehmigung, sowie die Bestätigung der bezüglichen Statuten steht dem Oberpräsidenten zu. Die Genehmigung (Bestätigung) darf nur unter Zustimmung des Provinzialrats versagt werden. Ingleichen bedarf es der Zustimmung des Provinzialrats zu Statutenänderungen und zur Auflösung von Sparkassen, soweit solche der Oberpräsident nach bestehendem Rechte gegen den Willen der Kreise, Gemeinden oder sonstigen Verbänden vorzunehmen ermächtigt ist.

---

§ 53. Die Aufsicht über die Verwaltung der im § 52 bezeichneten Sparkassen wird durch die geordneten Kommunalaufsichtsbehörden geübt.

Wo bezüglich dieser Verwaltung in bestehenden Gesetzen oder in den Statuten eine ausdrückliche staatliche Genehmigung vorgeschrieben ist, erteilt dieselbe der Regierungspräsident, in Berlin der Oberpräsident. Die Versagung der Genehmigung darf nur unter Zustimmung des Bezirksausschusses erfolgen.

X. Titel.

Synagogengemeindeangelegenheiten.

§ 54. Der Bezirksausschuß entscheidet auf Klagen einzelner, wegen der ihnen, als Mitgliedern einer Synagogengemeinde, oder auf Grund des Gesetzes vom 28. Juli 1876, betreffend den Austritt aus den jüdischen Synagogengemeinden (Gesetz-Samml. S. 353), zustehenden Rechte und obliegenden Verpflichtungen zu Abgaben und Leistungen.

XI. Titel.

Wegepolizei.

§ 55. Die Aufsicht über die öffentlichen Wege und deren Zubehörungen, sowie die Sorge dafür, daß den Bedürfnissen des öffentlichen Verkehrs in Bezug auf das Wegewesen Genüge geschieht, verbleibt in dem bisherigen Umfange den für die Wahrnehmung der Wegepolizei zuständigen Behörden. Sind dazu Leistungen erforderlich, so hat die Wegepolizeibehörde den Pflichtigen zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit binnen einer angemessenen Frist aufzufordern und, wenn die Verbindlichkeit nicht bestritten wird, erforderlichenfalls mit den gesetzlichen Zwangsmitteln anzuhalten. Auch ist die zuständige Wegepolizeibehörde befugt, das zur Erhaltung des gefährdeten oder zur Wiederherstellung des unterbrochenen Verkehrs Notwendige, auch ohne vorgängige Aufforderung des Verpflichteten, für Rechnung desselben in Ausführung bringen zu lassen, wenn dergestalt Gefahr im Verzuge ist, daß die Ausführung der vorzunehmenden Arbeit durch den Verpflichteten nicht abgewartet werden kann.

§ 56. Gegen die Anordnungen der Wegepolizeibehörde, welche den Bau und die Unterhaltung der öffentlichen Wege oder die Aufbringung und Verteilung der dazu erforderlichen Kosten oder die Inanspruchnahme von Wegen für den öffentlichen Verkehr betreffen, findet als Rechtsmittel innerhalb zwei Wochen der Einspruch an die Wegepolizeibehörde statt.

Wird der Einspruch der Vorschrift des ersten Absatzes zuwider innerhalb der gesetzlichen Frist bei denjenigen Behörden erhoben, welche zur Beschlußfassung oder Entscheidung auf Beschwerden gegen Beschlüsse oder Verfügungen der Wegepolizeibehörde zuständig sind, so gilt die Frist als gewahrt.

Der Einspruch ist in solchen Fällen von den angerufenen Behörden an die Wegepolizeibehörde zur Beschlußfassung abzugeben.

Ueber den Einspruch hat die Wegepolizeibehörde zu beschließen. Gegen den Beschluß findet die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt. Dieselbe ist, soweit der in Anspruch Genommene zu der ihm angesonnenen Leistung aus Gründen des öffentlichen Rechts statt seiner einen anderen für verpflichtet erachtet, zugleich gegen diesen zu richten. In dem Verwaltungsstreitverfahren ist entstehendenfalls auch darüber zu entscheiden, ob der Weg für einen öffentlichen zu erachten ist.

Auch im übrigen unterliegen Streitigkeiten der Beteiligten darüber, wem von ihnen die öffentlich-rechtliche Verpflichtung zur Anlegung oder Unterhaltung eines öffentlichen Weges obliegt, der Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren.

Die Klage ist in vielen Fällen des vierten Absatzes innerhalb zwei Wochen anzubringen. Die zuständige Behörde kann zur Vervollständigung der Klage eine angemessene Nachfrist gewähren. Durch den Ablauf dieser Fristen wird jedoch die Klage im Verwaltungsstreitverfahren auf Erstattung des Geleisteten gegen einen aus Gründen des öffentlichen Rechts verpflichteten Dritten nicht ausgeschlossen.

Zuständig im Verwaltungsstreitverfahren ist in erster Instanz der Kreisausschuß, in Stadtkreisen, in Städten mit mehr als 10000 Einwohnern, und, sofern es sich um Chausseen handelt, oder ein

Provinzialverband, Landeskommunal- oder Kreiskommunalverband als solcher, oder — in der Provinz Hannover — ein Wegeverband beteiligt ist, oder wenn die Klage gegen Beschlüsse des Landrats gerichtet ist, der Bezirksausschuß.

Wird ein Weg im Verwaltungsstreitverfahren für einen öffentlichen erklärt, so bleibt demjenigen, welcher privatrechtliche Ansprüche auf den Weg geltend macht, der Antrag auf Entschädigung gegen den Wegebauverpflichteten im ordentlichen Rechtswege nach Maßgabe des § 4 des Gesetzes vom 11. Mai 1842 (Gesetz-Samml. S. 192) vorbehalten.

---

§ 57. Ueber Einziehung oder Verlegung öffentlicher Wege beschließt — vorbehaltlich der in den §§ 58 und 60 für die Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover im Anschluß an die dortige Wegegesetzgebung getroffenen besonderen Bestimmungen — die Wegepolizeibehörde, nachdem das Vorhaben mit der Aufforderung, Einsprüche binnen vier Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses geltend zu machen, in ortsüblicher Weise, sowie durch das Kreisblatt und das Amtsblatt veröffentlicht worden ist. Gegen den Beschluß der Wegepolizeibehörde steht den mit dem Einspruche Zurückgewiesenen innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Kreisausschusse, beziehungsweise dem Bezirksausschusse nach Maßgabe der Vorschrift in § 56 Absatz 7 zu.

Wird die beantragte Verlegung oder Einziehung eines öffentlichen Weges von der Wegepolizeibehörde von vornherein oder nach dem Einspruchs-(Ausschließungs-) Verfahren abgelehnt, so ist dem Antragsteller nur das Anrufen der Aufsichtsbehörde gestattet.

Der Artikel IV des Gesetzes, betreffend die Abänderung von Bestimmungen der Kreisordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen vom 13. Dezember 1872 und die Ergänzung derselben vom 19. März 1881 (Gesetz-Samml. S. 155) wird aufgehoben.

---

§ 58. In der Provinz Schleswig-Holstein unterliegt der Beschlußfassung des Kreisausschusses, in Stadtkreisen des Bezirksausschusses:

1. die Bestätigung von Bestimmungen der Gemeinden in betreff der Anlegung, Verlegung oder Einziehung von Nebenwegen, öffentlichen Fußsteigen oder Landwegen nach §§ 226, 234 Absatz 1, 235 der Wegeverordnung für die Herzogtümer Schleswig und Holstein vom 1. März 1842 (Sammlung der Verordnungen S. 191) und § 7 Absatz 1 der Wegeordnung für das Herzogtum Lauenburg vom 7. Februar 1876 (Offizielles Wochenblatt S. 27);
2. die Anordnung der Verlegung von Nebenwegen nach § 226 Satz 1 der Wegeverordnung vom 1. März 1842, sowie die Anordnung der Anlegung neuer Landwege oder der Verlegung oder besseren Einrichtung bestehender Landwege im Kreise Herzogtum Lauenburg nach § 7 Absatz 2 der Wegeordnung vom 7. Februar 1876;
3. die Genehmigung des Zusammentretens von Gemeinden und Gutsbezirken zu einem Verbande behufs gemeinsamer Herstellung und Unterhaltung von Nebenwegen nach § 13 des Gesetzes vom 26. Februar 1879, betreffend die Abänderung der Wegegesetzgebung für die Provinz Schleswig-Holstein u. s. w. (Gesetz-Samml. S. 94);
4. die Anordnung der im Interesse der Sicherheit der Wegebenutzung nach § 14 der Wegeverordnung vom 1. März 1842 zulässigen Beschränkungen der Benutzung von Grundstücken in der Nähe öffentlicher Wege.

---

§ 59. In der Provinz Schleswig-Holstein beschließt der Bezirksausschuß:

1. über die Zulassung einzelner Ausnahmen von den Regeln hinsichtlich der Breite und der Herstellungsart der Nebenwege nach § 221 der Wegeverordnung vom 1. März 1842;
2. über die Herstellungsart derjenigen neu auszubauenden Nebenlandstraßen, hinsichtlich welcher die Kreise aus Provinzialmitteln eine Unterstützung nicht erhalten, nach § 146 der Wegeverordnung vom 1. März 1842 und § 7 Absatz 3 des Gesetzes vom 26. Februar 1879.

---

§ 60. In der Provinz Hannover beschließt:

1. in Landkreisen der Kreisausschuß, in Stadtkreisen sowie in den bezüglich der Verwaltung der allgemeinen Landesangelegenheiten selbständigen Städten der Bezirksausschuß:
   a) über Beschwerden Beteiligter gegen Bestimmungen der Gemeinden darüber, welche Wege als Gemeindewege anzulegen, aufzugeben oder für solche zu erklären sind (§ 11 des Hannoverschen Gesetzes vom 8. Juli 1851 über Gemeindewege und Landstraßen — Hannoversche Gesetz-Samml. S. 141);
   b) über Beschränkungen des Gebrauchs von Gemeindewegen auf bestimmte Zwecke des Verkehrs oder hinsichtlich einzelner Arten der Beförderungsmittel (§ 17 a. a. O.);
   c) über Beschwerden Beteiligter gegen die Anordnung der gesetzlichen Gemeindevertretung in betreff der Teilung eines Gemeindebezirks in Unterbezirke zur abgesonderten Anlegung oder Unterhaltung von Gemeindewegen (§ 24 Absatz 2 Nr. 2 und Absatz 4 a. a. O.);
2. der Bezirksausschuß über zeitweilige Beschränkungen des Gebrauchs von Landstraßen hinsichtlich der Zwecke des Verkehrs oder der Beförderungsmittel (§ 18 a. a. O.).
3. Ueber die Verbindung mehrerer benachbarter Ortsgemeinden zur gemeinschaftlichen Anlegung und Unterhaltung der für sie alle wichtigen Gemeindewege innerhalb des einen oder anderen Bezirks (§ 24 Absatz 2 Nr. 1 und Absatz 3 a. a. O.) beschließt
   a) der Kreisausschuß, wenn die beteiligten Gemeinden demselben Kreise angehören;
   b) der Bezirksausschuß, wenn ein Stadtkreis oder eine bezüglich der Verwaltung der allgemeinen Landesangelegenheiten selbständige Stadt beteiligt ist oder die Gemeinden verschiedenen Kreisen, aber demselben Regierungsbezirke angehören;
   c) der Provinzialrat, wenn die Gemeinden verschiedenen Regierungsbezirken angehören.

---

§ 61. Für den Umfang des Regierungsbezirkes Cassel beschließt der Bezirksausschuß an Stelle der Bezirksregierung:

über die Heranziehung der Gemeinden und Gutsbezirke zum Wegebau außerhalb ihrer Gemarkungen, sowie über die Verteilung der Wegebaulast (§§ 2, 3 und 4 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Wegegesetze im Regierungsbezirke Cassel, vom 16. März 1879 — Gesetz-Samml. S. 225).

---

§ 62. Für den Umfang des vormaligen Herzogtums Nassau beschließt der Bezirksausschuß über die Feststellung des Beitrages der Gemeinden zu den Kosten der Herstellung chaussierter Verbindungsstraßen nach Maßgabe der §§ 5 und 6 des Nassauischen Gesetzes, betreffend die Erbauung chaussierter Verbindungsstraßen, vom 2. Oktober 1862 (Verordnungsblatt S. 176).

Die im § 7. a. a. O. im Amtsbezirksrate vorbehaltene Beschlußfassung steht dem Kreisausschusse zu. Gegen diesen Beschluß steht der Chausseebauverwaltung und den beteiligten Gemeinden binnen zwei Wochen die Beschwerde an den Bezirksausschuß offen.

---

§ 63. Für den Umfang der vormals Großherzoglich Hessischen Landesteile beschließt der Kreisausschuß über die Erteilung der Genehmigung:

1. zur Ausführung neuer Ortsstraßen und Vizinalwege seitens der Gemeinden in Gemäßheit des Gesetzes vom 4. Juli 1812, das Rechnungswesen der Gemeinden u. s. w. betreffend;
2. zur Bildung von Vizinalwegeverbänden in Gemäßheit des Großherzoglich Hessischen Gesetzes vom 6. November 1860 die Anlegung und Unterhaltung der Vizinalwege betreffend (Großherzoglich Hessisches Regierungsbl. S. 333).

---

§ 64. Ueber den besonderen Beitrag, welchen die Unternehmer von Fabriken u. s. w., durch deren Betrieb Wege in erheblicher Weise benutzt werden, nach stehenden Gesetzen (Gesetz vom 26. Februar 1877, betreffend eine Abänderung des Hannoverschen Gesetzes über Gemeinde-

wege und Landstraßen, — Gesetz-Samml. S. 18; § 24 der Wegeordnung für das Herzogtum Lauenburg vom 7. Februar 1876 — Lauenburgisches Offizielles Wochenbl. S. 27; § 7 des Gesetzes vom 16. März 1879, betreffend die Abänderung der Wegegesetze im Regierungsbezirke Cassel — Gesetz-Samml. S. 225) zu den Kosten der Unterhaltung oder des Neubaues des betreffenden Weges zu leisten haben, entscheidet auf Klage des Wegepflichtigen in erster Instanz:

bei Gemeindewegen in Landkreisen der Kreisausschuß, bei sonstigen Wegen der Bezirksausschuß.

In der Provinz Hannover steht bei den Gemeindewegen in allen bezüglich der allgemeinen Landesverwaltung selbständigen Städten diese Entscheidung dem Bezirksausschusse zu.

XII. Titel.

Wasserpolizei.

A. Räumung von Gräben, Bächen und Wasserläufen.

§ 65. Ueber den Erlaß von Reglements (Regulativen) wegen Räumung von Gräben, Bächen und Wasserläufen beschließt in den durch die nachstehend bezeichneten Gesetze vorgesehenen Fällen an Stelle der bisher zuständigen Behörde der Kreis-(Stadt-)Ausschuß (§ 3 des Vorflutgesetzes für Neuvorpommern und Rügen vom 9. Februar 1867 — Gesetz-Samml. S. 220; Artikel 10 und 15 des Großherzoglich Hessischen Gesetzes vom 18. Februar 1853, betreffend die Aufräumung und Unterhaltung der Bäche, — Regierungsbl. S. 65; Artikel 39 des Landgräflich Hessischen Gesetzes vom 15. Juli 1862, betreffend die Errichtung und Beaufsichtigung der Wassertriebwerke an Bächen u. s. w., — Archiv S. 895).

---

§ 66. Gegen die Anordnungen der für die Wahrnehmung der Wasserpolizei zuständigen Behörde wegen Räumung von Gräben, Bächen und Wasserläufen, beziehungsweise wegen Aufbringung oder Verteilung der dazu erforderlichen Kosten findet als Rechtsmittel innerhalb zwei Wochen der Einspruch an die Wasserpolizeibehörde statt. Dabei finden die Vorschriften des zweiten und dritten Absatzes des § 56 sinngemäße Anwendung.

Ueber den Einspruch hat die Wasserpolizeibehörde zu beschließen. Gegen den Beschluß der Klage findet die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt. Dieselbe ist, soweit der Inanspruchgenommene zu der ihm angesonnenen Leistung aus Gründen des öffentlichen Rechts statt seiner einen anderen für verpflichtet erachtet, zugleich gegen diesen zu richten.

Auch im übrigen unterliegen Streitigkeiten der Beteiligten darüber, wem von ihnen die öffentlich-rechtliche Verbindlichkeit zur Räumung von Gräben und sonstigen Wasserläufen obliegt, der Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren.

Die Klage ist in den Fällen des zweiten Absatzes innerhalb zwei Wochen anzubringen. Die zuständige Behörde kann zur Vervollständigung der Klage eine angemessene Nachfrist gewähren. Durch den Ablauf dieser Fristen wird jedoch die Klage im Verwaltungsstreitverfahren auf Erstattung des Geleisteten gegen einen aus Gründen des öffentlichen Rechts Verpflichteten nicht ausgeschlossen.

Zuständig im Verwaltungsstreitverfahren ist in erster Instanz der Kreisausschuß, in Stadtkreisen und, wenn die Klage gegen Beschlüsse des Landrats gerichtet ist, sowie in Städten mit mehr als 10000 Einwohnern der Bezirksausschuß.

Auf Gräben, Bäche und Wasserläufe im Bezirke eines Deichverbandes finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.

B. Stau-, Entwässerungs- und Bewässerungsanlagen, sowie Verschaffung der Vorflut.

I. Vorschriften für den betreffenden Geltungsbereich folgender Gesetze:

1. Gesetz vom 15. November 1811 wegen des Wasserstauens bei Mühlen und Verschaffung von Vorflut (Gesetz-Samml. S. 352);

2. Rheinisches Ruralgesetz vom 28. September 1791;
3. Rheinisches Ressortreglement vom 20. Juli 1818;
4. Gesetz vom 11. Mai 1853, betreffend die Anwendung der Vorflutgesetze auf unterirdische Wasserleitungen (Gesetz-Samml. S. 182);
5. Gesetz vom 14. Juni 1859 wegen Verschaffung der Vorflut in den Bezirken des Appellationsgerichtshofes zu Köln und des Justizsenats zu Ehrenbreitstein, sowie in den Hohenzollernschen Landen (Gesetz-Samml. S. 325);
6. Vorflutgesetz für Neuvorpommern und Rügen vom 9. Februar 1867 (Gesetz-Samml. S. 220);
7. Gesetz über die Benutzung der Privatflüsse vom 28. Februar 1843 (Gesetz-Samml. S. 41);
8. Verordnung vom 9. Januar 1845, betreffend die Einführung des Gesetzes vom 28. Februar 1843 über die Benutzung der Privatflüsse in dem Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Köln (Gesetz-Samml. S. 35);
9. Gesetz vom 23. Januar 1846, betreffend das für Entwässerungsanlagen einzuführende Aufgebots- und Präklusionsverfahren (Gesetz-Samml. S. 26);
10. Wiesenordnung für den Kreis Siegen vom 28. Oktober 1846 (Gesetz-Samml. S. 485).

---

§ 67. Behufs Festsetzung der Höhe des Wasserstandes bei Stauwerken erfolgt die Ernennung der sachverständigen Kommissarien endgültig durch Beschluß des Kreis-(Stadt-)Ausschusses. Eine Zuziehung des Gerichts findet ferner nicht statt.

Gegen die durch die Kommissarien beim Mangel rechtsverbindlicher deutlicher Bestimmungen bewirkte Festsetzung des Wasserstandes steht den Beteiligten die Klage bei dem Kreis-(Stadt-)Ausschusse zu.

Streitigkeiten darüber, ob die Höhe des Wasserstandes in rechtsverbindlicher und deutlicher Weise bestimmt sei, unterliegen der Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren vor dem Kreis-(Stadt-)Ausschusse. Der Kreis-(Stadt-)Ausschuß ist befugt, durch endgültigen Beschluß einen Wasserstand, welcher bis zur rechtskräftigen Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren inne zu halten ist, vorläufig festzusetzen (§§ 1 bis 7 des Gesetzes vom 15. November 1811; §§ 4 bis 11 des Gesetzes vom 9. Februar 1867; Titel II Artikel 16 des Rheinischen Ruralgesetzes vom 28. September 1791; § 2 Nr. 3 und 4 des Rheinischen Ressortreglements vom 20. Juli 1818).

---

§ 68. Der Kreis-(Stadt-)Ausschuß beschließt:

1. über Anträge auf Verschaffung von Vorflut, und zwar nach einer vorgängigen, von ihm anzuordnenden örtlichen Untersuchung (§§ 103 bis 109 und 113 bis 116 Teil I Titel 8 Allgemeinen Landrechts; §§ 11 bis 18 des Vorflutgesetzes vom 15. November 1811; Artikel 3 des Gesetzes vom 11. Mai 1853; §§ 14 bis 16, 18 bis 21 des Gesetzes vom 9. Februar 1867; §§ 4 ff. des Vorflutgesetzes vom 14. Juni 1859). Das schiedsrichterliche Verfahren nach den Bestimmungen der §§ 15 ff. des Vorflutgesetzes vom 15. November 1811 findet auch auf die Fälle der §§ 103 bis 109 und 113 bis 116 Teil I Titel 8 Allgemeinen Landrechts Anwendung;
2. über Anträge auf Mitbenutzung einer Entwässerungsanlage und auf Abänderungen eines Entwässerungsplans (§§ 17, 20 des Gesetzes vom 9. Februar 1867).

Gegen den Beschluß findet innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren statt.

---

§ 69. Die Aufforderung zur Schiedsrichterwahl, die Ernennung des Obmannes, sowie der von den Beteiligten nicht rechtzeitig gewählten Schiedsrichter und die Ermächtigung des Schiedsgerichts erfolgt endgültig durch Beschluß des Kreis-(Stadt-) Ausschusses (§§ 22, 23, 25, 27 des Gesetzes vom 15. November 1811; §§ 23, 24, 26 des Gesetzes vom 9. Februar 1867).

---

§ 70. Der Kreis-(Stadt-)Ausschuß beschließt:

1. über die Rechtmäßigkeit der Ablehnung des Schiedsrichteramts (§ 30 des Gesetzes vom 15. November 1811; § 24 des Gesetzes vom 9. Februar 1867);
2. über die Zurückweisung unzulässiger Schiedsrichter (§§ 28, 29 des Gesetzes vom 15. November 1811; § 24 des Gesetzes vom 9. Februar 1867);
3. über die Festsetzung der Vergütung der Schiedsrichter (§ 33 des Gesetzes vom 15. November 1811; § 27 des Gesetzes vom 9. Februar 1867);
4. über die Festsetzung der Vergütung der Kommissarien (§ 27 des Gesetzes vom 9. Februar 1867).

Gegen die Beschlüsse des Kreis-(Stadt-) Ausschusses steht innerhalb zwei Wochen den Beteiligten der Antrag auf mündliche Verhandlung im Streitverfahren zu, in welchem der Kreis-(Stadt-)Ausschuß endgültig entscheidet.

---

§ 71. Die Anfechtung der schiedsrichterlichen Entscheidung erfolgt innerhalb sechs Wochen im Wege der Klage bei dem Kreis-(Stadt-)Ausschusse (§§ 25, 26 des Gesetzes vom 15. November 1811; § 26 des Gesetzes vom 9. Februar 1867).

---

§ 72. Die Vorschrift in § 28 des Gesetzes vom 9. Februar 1867 wegen exekutivischer Einziehung von Kosten und Kostenvorschüssen durch die Bezirksregierung ist aufgehoben.

---

§ 73. Der Bezirksausschuß beschließt über die Beschränkung der Ableitung des Wassers, wenn durch eine Bewässerungsanlage das öffentliche Interesse gefährdet oder der notwendige Wasserbedarf den unterhalb liegenden Einwohnern entzogen wird (§ 15 des Gesetzes vom 28. Februar 1843; § 3 der Wiesenordnung für den Kreis Siegen vom 28. Oktober 1846).

---

§ 74. Der Kreis-(Stadt-)Ausschuß faßt den Präklusionsbescheid bei Bewässerungsanlagen ab (§§ 19 bis 22, beziehungsweise 6 bis 9 a. a. O.). Gegen die Präklusion ist das Restitutionsgesuch innerhalb zwei Wochen bei dem Kreis-(Stadt-)Ausschusse anzubringen, welcher darüber im Verwaltungsstreitverfahren entscheidet. Auf Berufung entscheidet der Bezirksausschuß endgültig.

Das Gleiche gilt bezüglich des Präklusionsverfahren bei Entwässerungsanlagen (Gesetz vom 23. Januar 1846; Artikel 3 des Gesetzes vom 11. Mai 1853; § 29 des Gesetzes vom 9. Februar 1867).

---

§ 75. Ueber Widersprüche gegen eine Bewässerungsanlage des Uferbesitzers (§§ 16a und b, 17, 23 Absatz 1 und 2 des Gesetzes vom 28. Februar 1843; § 12 der Wiesenordnung vom 28. Oktober 1846) entscheidet der Kreis-(Stadt-) Ausschuß im Verwaltungsstreitverfahren.

---

§ 76. Die Anträge eines Uferbesitzers auf Einräumung oder Beschränkung von Rechten behufs Ausführung oder Erhaltung von Bewässerungsanlagen sind bei dem Kreis-(Stadt-)Ausschusse anzubringen.

Behufs Prüfung des Antrags an Ort und Stelle und Vernehmung der Beteiligten ernennt der Kreis-(Stadt-)Ausschuß einzelne seiner Mitglieder oder andere Sachverständige, welche das Ergebnis der Erhebung unter Beifügung ihres Gutachtens festzustellen haben.

Demnächst beschließt der Kreis-(Stadt-) Ausschuß über die Vorfrage, ob ein überwiegendes Landeskulturinteresse vorwalte (§§ 30 bis 32 des Gesetzes vom 28. Februar 1843).

---

§ 77. Der Kreis-(Stadt-)Ausschuß ernennt endgültig die Kommissarien für das fernere Verfahren und beschließt über die erhobenen Widersprüche gegen den von den Kommissarien entworfenen Plan, sowie über die Frist zu seiner Ausführung.

Gegen den Beschluß findet innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren statt (§§ 33 bis 44 a. a. O.).

---

§ 78. Der Kreis-(Stadt-)Ausschuß ernennt endgültig die Taxatoren und stellt die Entschädigung durch Endurteil fest.

Gegen das Endurteil steht dem Berechtigten nur die Berufung an das Oberlandeskulturgericht zu (§§ 43 bis 47, 54 und 55 a. a. O.).

---

§ 79. Die Einziehung und Auszahlung oder Hinterlegung der festgestellten

Entschädigungssumme liegt dem Landrate, in Stadtkreisen dem Gemeindevorstande ob.

---

§ 80. Ueber den Antrag auf vorläufige Gestattung der Anlage und die Höhe der zu erlegenden Kaution beschließt der Kreis-(Stadt-)Ausschuß.

II. Vorschriften für den Geltungsbereich der provisorischen Verfügung für die Geestdistrikte des Herzogtums Schleswig vom 6. September 1863 (Chronologische Samml. S. 232)

§ 81. Gegen die Anordnungen, Festsetzungen und Erkenntnisse der Wasserlösungskommissionen und der Schauungsmänner findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Kreis-(Stadt-)Ausschusse statt. Derselbe kann zur Vervollständigung der Klage eine angemessene Nachfrist gewähren.

Die Wasserlösungskommissionen und beziehungsweise die Schauungsmänner entscheiden durch Erkenntnis auch:

1. auf Beschwerde gegen Verfügungen der von den Wasserlösungskommissionen Kommittierten (§ 22 a. a. O.),
2. in Streitigkeiten der Beteiligten untereinander über die ihnen aus dem Gesetz oder den rechtlich bestehenden Regulativen zustehenden Rechte und Pflichten.

Im Falle des Schlußsatzes des § 17 a. a. O. entscheidet der Kreis-(Stadt-) Ausschuß im Verwaltungsstreitverfahren.

Gegen Verfügungen des Landrats an die in Wasserlösungsangelegenheiten Beteiligten steht denselben innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse zu.

III. Vorschriften für den Geltungsbereich der Wasserlösungsordnung für die Geestdistrikte des Herzogtums Holstein vom 16. Juli 1857 (Gesetz- und Ministerialbl. S. 208) und der Wasserlösungsordnung für den Kreis Herzogtum Lauenburg vom 22. Mai 1857 (Gesetz- und Ministerialbl. S. 135).

§ 82. Die Entscheidung

1. über Beschwerden gegen Verfügungen der Behörden, durch welche die Beteiligten zur Erfüllung der durch das Gesetz oder durch die rechtlich bestehenden Regulative bestimmten Verpflichtungen angehalten werden,
2. über Streitigkeiten unter den Beteiligten über die ihnen aus dem Gesetz oder aus den rechtlich bestehenden Regulativen entspringenden Rechte und Pflichten

erfolgt nach Maßgabe der §§ 10 und 12, beziehungsweise §§ 9 und 11 der gedachten Verordnungen.

Gegen die Entscheidung findet innerhalb zwei Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt. Zuständig ist in erster Instanz der Kreisausschuß, in Stadtkreisen und in Städten über 10000 Einwohner, sowie wenn die Beschwerde gegen die Verfügung des Landrats gerichtet ist, der Bezirksausschuß.

Ueber Anträge auf Regulierungen, insbesondere über den Erlaß von Regulativen, durch welche die Rechte und Pflichten der an einer Wasserlösung Beteiligten nach Maßgabe der §§ 2 bis 9 und 11, beziehungsweise §§ 2 bis 8 und 10 der gedachten Verordnungen bestimmt werden sollen, beschließt der Kreis-(Stadt-)Ausschuß.

Die betreffenden Schaukommissionen sind vor dem Beschlusse zu hören und haben auf Erfordern des Kreis-(Stadt-)Ausschusses die Untersuchung und Vermittelung vorzunehmen.

Gegen den Beschluß des Kreis-(Stadt-) Ausschusses findet innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verwaltung im Verwaltungsstreitverfahren statt.

IV. Vorschriften für den Geltungsbereich des Hannoverschen Gesetzes vom 22. August 1847 über Ent- und Bewässerung der Grundstücke, sowie über Stauanlagen (Hannoversche Gesetz-Samml. S. 262).

§ 83. In erster Instanz beschließt der Bezirksausschuß an Stelle der Landdrostei und der Kreis-(Stadt-)Ausschuß — in den bezüglich der Verwaltung der allgemeinen Landesangelegenheiten selbständigen Städten der Bezirksausschuß — an Stelle der Obrigkeit (§§ 98, 99 a. a. O.) über die nach jenem Gesetze (§§ 4, 47, 53, 68, 74, 86, 87, 90) für die Vorrichtung neuer Entwässerungs-, Bewässerungs- und Stauanlagen, sowie für die Aenderung und Aufhebung solcher Anlagen erforderliche vorgängige Genehmigung der

zuständigen Behörde (zu vergl. jedoch § 84 Ziffer 1).

---

§ 84. Der Kreis-(Stadt-)Ausschuß beschließt über Anträge:

1. auf Zulassung neuer Entwässerungs-, Bewässerungs- oder Stauanlagen, oder auf Aenderung oder Wegräumung derartiger Anlagen gegen den Widerspruch Beteiligter (§ 97 a. a. O.);
2. auf Setzung eines Stauziels u. s. w. (§§ 75 bis 77 a. a. O.) für vorhandene Stauanlagen (§ 79 a. a. O.);
3. auf den Eintritt in eine oder auf den Austritt aus einer Entwässerungs- oder Bewässerungsgenossenschaft, welche auf Grund des Hannoverschen Gesetzes vom 22. August 1847 oder vor Erlaß desselben errichtet und als öffentliche Genossenschaft im Sinne des Gesetzes vom 1. April 1879, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften (Gesetz-Samml. S. 297) nicht begründet ist (§§ 47 bis 52, §§ 68 und 69 a. a. O.).

Gegen den Beschluß des Kreis-(Stadt-) Ausschusses findet innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren statt.

V. Vorschriften für den Geltungsbereich der Kurhessischen Verordnung vom 31. Dezember 1824, betreffend den Wasserbau (Kurhessische Gesetz-Samml. S. 99), des Kurhessischen Gesetzes vom 28. Oktober 1834, betreffend die Beseitigung mehrerer der Verbesserung des Acker- und Wiesenbaues entgegenstehenden Hindernisse (Kurhessische Gesetz-Samml. S. 156) und des Kurhessischen Gesetzes vom 17. Dezember 1857, betreffend die Ausführung von Entwässerungsanlagen mittels unterirdischer Röhren (Kurhessische Gesetz-Samml. S. 51).

§ 85. Der Bezirksausschluß beschließt über die Erteilung der nach §§ 16 und 17 Absatz 2 der Verordnung vom 31. Dezember 1824 erforderlichen Genehmigung zu den dort bezeichneten Wasserbauanlagen und zu Veränderungen an vorhandenen derartigen Anlagen (zu vergl. jedoch § 86 Ziffer 1 und 3).

---

§ 86. Der Kreis-(Stadt-)Ausschuß beschließt über Anträge:

1. auf Zulassung oder Veränderung der im § 85 bezeichneten Wasserbauanlagen gegen den Widerspruch Beteiligter;
2. auf Setzung von Aichpfählen bei vorhandenen Stauanlagen und über den Widerspruch Beteiligter;
3. auf Führung von Bewässerungs- oder Entwässerungsgräben oder Drains durch fremde Grundstücke, auf Gestattung von Vorarbeiten für Drainsanlagen auf fremden Grundstücken, oder auf Anlegung von Werken zum Stauen oder zur Hebung des Wassers auf fremden Grundstücken, nach §§ 6 bis 9 des Gesetzes vom 28. Oktober 1834 und nach dem Gesetze vom 17. Dezember 1857;
4. auf Feststellung des Beitrags, welchen Gemeinden oder Private nach § 3 Absatz 2 der Verordnung vom 31. Dezember 1824 zu den Kosten von Wasserbauten zu leisten haben, welche nach ihrem Gegenstande und Zwecke nicht nur als Staats-, sondern zugleich als Gemeinde- oder Privatbauten erscheinen, § 18 der Verordnung vom 31. Dezember 1824.

Gegen den Beschluß des Kreis-(Stadt-) Ausschusses findet innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren statt.

VI. Vorschriften für den Geltungsbereich der Nassauischen Verordnung vom 27. Juli 1858, betreffend Entwässerungs- und Bewässerungsanlagen (Verordnungsbl. S. 100); der Großherzoglich Hessischen Gesetze vom 18. Februar 1853, betreffend die Aufräumung und Unterhaltung der Bäche (Regierungsbl. S. 65); vom 19. Februar 1853, betreffend die Regulierung der Bäche (Regierungsbl. S. 70); vom 20. Februar 1853, betreffend die Errichtung und Beaufsichtigung der Wassertriebwerke (Regierungsblatt Seite 75) und vom 2. Januar 1858, betreffend die Entwässerung von Grundstücken (Regierungsbl. S. 33); beziehungsweise der Landgräflich Hessischen Gesetze vom 15. Juli 1862 über Errichtung und Beaufsichtigung der Wassertriebwerke (Archiv S. 895) und vom 15. Juli 1862, betreffend die Entwässerung von Grundstücken (Archiv S. 889).

§ 87. Der Bezirksausschuß beschließt an Stelle der Bezirksregierung:

1. über die nach dem Artikel 4 des Großherzoglich Hessischen Gesetzes vom 18. Februar 1853 erforderliche Genehmigung der vertragsmäßigen Vereinigung mehrerer Gemeinden zu einem Verbande (Konkurrenz), behufs gemeinsamer Aufbringung der Kosten für Aufräumung und Unterhaltung eines Baches;
2. über die Genehmigung zu einer Bachregulierung, zu Ent- und Bewässerungsanlagen oder zur Anlage von Wassertriebwerken nach §§ 2, 19, 25 und 26 der Nassauischen Verordnung vom 27. Juli 1858 (zu vergl. jedoch § 89 Ziffer 1 und 4);
3. über die Genehmigung zur Anlegung oder Veränderung von Wassertriebwerken nach §§ 1 und 15 der Großherzoglich Hessischen Verordnung vom 20. Februar 1853 und des Landgräflich Hessischen Gesetzes vom 15. Juli 1862 (zu vergl. jedoch § 89 Ziffer 4).

---

§ 88. Der Kreisausschuß beschließt über die Anlegung von Schwellen in den Sohlen regulierter Bäche nach § 5 der Nassauischen Verordnung vom 27. Juli 1858 und Artikel 20 des Großherzoglich Hessischen Gesetzes vom 19. Februar 1853.

---

§ 89. Der Kreisausschuß beschließt über Anträge:

1. auf Zulassung von Bachregulierungen, sowie neuer Ent- und Bewässerungsanlagen gegen den Widerspruch Beteiligter nach § 2 der Nassauischen Verordnung vom 27. Juli 1858;
2. auf Ausführung von Entwässerungsanlagen gegen den Widerspruch Beteiligter nach §§ 1, 21 und 32 des Großherzoglich Hessischen Gesetzes vom 2. Januar 1858 und des Landgräflich Hessischen Entwässerungsgesetzes vom 15. Juli 1862;
3. auf Entscheidung über Widersprüche von Gemeinden gegen eine Bachregulierung oder gegen die Uebernahme der durch eine Bachregulierung entstehenden Kosten und über das Verhältnis, in welchem die Kosten einer Bachregulierung auf mehrere Gemeinden zu verteilen sind, nach Artikel 10, 7 und 8 des Großherzoglich Hessischen Gesetzes vom 19. Februar 1853;
4. auf Genehmigung zur Errichtung, sowie zur Veränderung von Triebwerken an Bächen und deren Seitengräben gegen den Widerspruch Beteiligter nach §§ 19, 25, 26 und 27 der Nassauischen Verordnung vom 27. Juli 1858, beziehungsweise Artikel 8 und 10 des Großherzoglich Hessischen Gesetzes vom 20. Februar 1853 und des Landgräflich Hessischen Gesetzes vom 15. Juli 1862;
5. auf Setzung von Aichpfählen an bereits bestehenden Triebwerken nach § 28 der Nassauischen Verordnung vom 27. Juli 1858, beziehungsweise Artikel 20 und 21 des Großherzoglich Hessischen Gesetzes vom 20. Februar 1853 und des Landgräflich Hessischen Gesetzes vom 15. Juli 1862.

Gegen den Beschluß des Kreisausschusses findet innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren statt.

VII. Vorschriften für den Geltungsbereich des Bayerischen Gesetzes über Benutzung des Wassers vom 28. Mai 1852 (Bayerisches Gesetzbl. S. 489).

§ 90. Der Bezirksausschuß beschließt:

1. über die im Interesse der Erhaltung des nötigen Wasserbedarfs für eine Ortschaft erforderlichen Beschränkungen hinsichtlich der Ableitung des Wassers nach § 58 a. a. O.;
2. über Anträge auf Genehmigung zur Errichtung oder Abänderung von Stauanlagen nach Artikel 61 und 82 a. a. O. (zu vergl. jedoch § 91 Ziffer 4).

---

§ 91. Der Kreisausschuß beschließt über Anträge:

1. auf Genehmigung zu einer Abweichung von der gesetzlichen Beschränkung der Uferanlieger in der Benutzung des Wassers nach Artikel 54 Absatz 2 und § 58 a. a. O.;
2. auf Verteilung des Wassers unter die Berechtigten bei Verminderung des Wasserstandes nach Artikel 60 a. a. O.;

3. auf Zuweisung von Wasser für Grundstücke, welche nicht an dem Flusse liegen, nach Artikel 62 und 63 a. a. O.;
4. auf Genehmigung zur Errichtung oder Abänderung von Stauvorrichtungen und Triebwerken oder auf Setzung eines Stauziels gegen den Widerspruch Beteiligter nach Artikel 61, 73, 76, 77, 83 und 84 a. a. O.;
5. auf Zuleitung oder Ableitung des für eine Be- oder Entwässerung erforderlichen Wassers durch fremde Grundstücke.

Gegen den Beschluß des Kreisausschusses findet innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren statt.

VIII. Vorschriften für den Geltungsbereich der Mühlenordnung für das Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen vom 8. November 1845 (Gesetz-Samml. für Hohenzollern-Sigmaringen Bd. VII S. 157).

§ 92. Der Bezirksausschuß beschließt über die Feststellung von Instruktionen für die Einrichtung und Benutzung der Mühlenhauptkanäle nach § 27 Nr. 12 a. a. O.

---

§ 93. Der Amtsausschuß beschließt über die Einrichtung von Flutschleusen an Mühlenwehren zur Verhütung von Ueberschwemmungen nach § 27 Nr. 13 a. a. O.

Der Amtsausschuß beschließt ferner über Anträge:

1. auf Errichtung, Veränderung oder Wiederherstellung von Wassermühlen nach § 23 II, § 5 III, § 8 a. a. O.;
2. auf Gewährung einer Entschädigung an einen Mühlenbesitzer für die Einrichtung von Flutschleusen nach § 27 Nr. 13 a. a. O.;
3. auf Benutzung des Wassers für Mühlen und die Gewährung bezüglicher Entschädigungen nach § 25 Absatz 2 a. a. O.

Gegen den Beschluß des Amtsausschusses in den Fällen zu 1 bis 3 findet innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren statt.

C. Allgemeine Bestimmungen.

§ 94. Das Gesetz, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften, vom 1. April 1879 (Gesetz-Samml. S. 297) kommt fortan mit folgenden Maßgaben zur Anwendung.

Die in § 49 Absatz 3 dem Kreis-(Stadt-) Ausschusse, in der Beschwerdeinstanz dem Bezirksausschuß übertragene Aufsicht über Wassergenossenschaften wird fortan vom Landrat als Vorsitzenden des Kreisausschusses, in Stadtkreisen von der Ortspolizeibehörde, in der Beschwerdeinstanz vom Regierungspräsidenten geführt. In den Fällen der §§ 51, 53, 71 behält es bei der Zuständigkeit des Kreis-(Stadt-) Ausschusses sein Bewenden.

An die Stelle des zweiten Absatzes des § 50 tritt folgende Bestimmung:

> Gegen die Verfügung oder Feststellung des Landrats oder der Ortspolizeibehörde steht der Genossenschaft innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse, gegen die Verfügung oder Feststellung des Regierungspräsidenten die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte zu.

In betreff der Rechtsmittel gegen die Androhung, Festsetzung und Ausführung des Zwangsmittels in den Fällen des § 54 finden die Bestimmungen der §§ 132 ff. des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 Anwendung.

Bei dem Verfahren zur Begründung öffentlicher Wassergenossenschaften tritt, sofern das Genossenschaftsgebiet die Grenzen eines Regierungsbezirks nicht überschreitet, in den Fällen der §§ 73, 75, 76, 77, 93 und 94 der Regierungspräsident an die Stelle des Oberpräsidenten, und im Falle des § 72 Ziffer 2 der Landrat, in Stadtkreisen der Gemeindevorstand an die Stelle der Regierung. Die Befugnis zur Uebertragung der Leitung des Verfahrens an eine Auseinandersetzungsbehörde (§ 77 Absatz 1 Satz 2) verbleibt dem Oberpräsidenten.

Die §§ 53 Absatz 3, 97 und 98, sowie der im § 57 daselbst für den Fall einer anderweiten Organisation der höheren Verwaltungsbehörden gemachte Vorbehalt treten außer Kraft.

§ 95. Durch die Vorschriften des gegenwärtigen Titels werden nicht berührt:

1. die Zuständigkeiten der zur Wahrnehmung der Strom-, Schiffahrts- und Hafenpolizei berufenen Behörden;
2. die Zuständigkeiten der Auseinandersetzungsbehörden zur Regelung der mit einer Auseinandersetzung verbundenen Wasserstau-, Ent- und Bewässerungsanlagen;
3. die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 (Bundes-Gesetzbl. S. 245) über Stauanlagen für Wassertriebwerke und die darauf bezüglichen Zuständigkeitsvorschriften in §§ 109 ff. des gegenwärtigen Gesetzes.

XIII. Titel.

Deichangelegenheiten.

§ 96. Der Bezirksausschuß beschließt, soweit es sich um Deiche handelt, welche zu keinem Deichverbande oder Deichbande gehören:

1. über die Genehmigung für neue und für die Verlegung, Erhöhung oder Beseitigung bestehender Deichanlagen nach §§ 1 bis 3 des Gesetzes über das Deichwesen vom 28. Januar 1848 — Gesetz-Samml. S. 54; §§ 16 und 17 der Kurhessischen Verordnung vom 21. Dezember 1824, betreffend den Wasserbau, — Kurhessische Gesetz-Samml. S. 99; Artikel 10, 36 und 40 des Bayerischen Gesetzes vom 28. Mai 1852, betreffend die Benutzung des Wassers, — Gesetz-Samml. für Bayern S. 489;
2. über die Herstellung ganz oder teilweise zerfallener oder zerstörter Deiche und die Heranziehung der Pflichtigen zur Erhaltung oder Wiederherstellung nach §§ 4 und 5 des Gesetzes vom 28. Januar 1848;
3. über die interimistische Tragung der Deichbaulast und die Verteilung der Beiträge nach §§ 6 bis 8 a. a. O.;
4. über die Beschränkung oder Untersagung der Nutzung eines Deichs nach § 24 a. a. O.;

Die Beschwerde findet an den Minister für Landwirtschaft 2c. statt.

---

§ 97. Befugnisse, welche hinsichtlich der Deichverbände den Bezirksregierungen (Landdrosteien) in Gemäßheit des Gesetzes über das Deichwesen vom 28. Januar 1848 übertragen worden sind, können durch Statut oder Statutenänderung den Kreis-(Stadt-)Ausschüssen, den Bezirksausschüssen oder Provinzialräten überwiesen werden.

Auch können den vorbezeichneten Behörden Befugnisse hinsichtlich der Deichverbände und der Sielverbände (Schleusen-, Wettern-, Wasserlösungs- u. s. w. Verbände) durch Statuten übertragen werden, mittels welcher die innere Organisation der Deich- und Sielverbände im Geltungsbereiche der besonderen Deichordnungen nach Artikel IV des Gesetzes vom 11. April 1872 (Gesetz-Samml. S. 377) neu geregelt und festgestellt wird.

XIV. Titel.

Fischereipolizei.

§ 98. Der Bezirksausschuß beschließt:

1. über den Erlaß von Regulativen, betreffend die Beaufsichtigung und den Schutz der Laichschonreviere (§ 31 des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874, Gesetz-Samml. S. 197);
2. über die Genehmigung zur Ausführung von Fischpässen (§§ 36 und 39 a. a. O.);
3. darüber, in welchen Zeiten des Jahres der Fischpaß geschlossen gehalten werden muß und in welcher Ausdehnung oberhalb und unterhalb des Fischpasses für die Zeit, während welcher der Fischpaß geöffnet ist, jede Art des Fischfangs verboten ist (§§ 41 und 42 a. a. O.).

---

§ 99. Der Bezirksausschuß beschließt ferner:

1. über die Gestattung von Ableitungen nach § 43 Absatz 2 des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 und über die Anordnungen von Vorkehrungen nach § 43 Absatz 3 a. a. O., sofern die betreffende Ableitung nicht Zubehör einer der im § 16 der Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 (Bundes-Gesetzbl. S. 245) als genehmigungspflichtig bezeichneten Anlagen ist.

   Die Schlußbestimmung des § 43 des Fischereigesetzes wird in betreff der im § 16 der Reichsgewerbeordnung nicht erwähnten Anlagen aufgehoben;
2. über die Gestattung von Ausnahmen von dem Verbote des Flachs- und Hanfrötens in nicht geschlossenen Gewässern (§ 44 a. a. O.).

§ 100. Der Kreis-(Stadt-)Ausschuß führt die Aufsicht über die nach den §§ 9 und 10 des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 gebildeten Genossenschaften.

Behauptet die Genossenschaft, daß eine im Aufsichtswege getroffene Verfügung dem Statute oder dem Gesetze widerspricht, so steht ihr innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren zu.

§ 101. Wird die Verpflichtung zur Teilnahme an den Lasten der nach den §§ 9 und 10 a. a. O. gebildeten Genossenschaften oder

wird das Recht zur Teilnahme an den Aufkünften aus der gemeinschaftlichen Fischereinutzung (§ 10 a. a. O.) bestritten, so hat hierüber der Genossenschaftsvorstand Bescheid zu erteilen. Gegen den Bescheid findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Kreis-(Stadt-)Ausschusse statt. Die Entscheidung des Kreis-(Stadt-)Ausschusses ist vorläufig vollstreckbar.

§ 102. Der Entscheidung des Bezirksausschusses unterliegen:

1. Streitigkeiten über die Frage, ob ein Gewässer als ein geschlossenes anzusehen ist (§ 4 a. a. O.);
2. Klagen der Fischereiberechtigten oder Fischereigenossenschaften auf weitere Beschränkung oder gänzliche Aufhebung von Fischereiberechtigungen, welche auf die Benutzung einzelner bestimmter Fangmittel oder ständiger Fischereivorrichtungen gerichtet sind (§ 5 Ziffer 2 a. a. O.).

XV. Titel.

Jagdpolizei.

§ 103. In Jagdpolizeisachen beschließt, soweit die Beschlußfassung nach bestehendem Rechte den Verwaltungsbehörden zusteht, unbeschadet der nachfolgenden Bestimmungen, der Landrat, in Stadtkreisen die Ortspolizeibehörde.

Gegen Beschlüsse dieser Behörden, durch welche Anordnungen wegen Abminderung des Wildstandes getroffen oder Anträge auf Anordnung oder Gestattung solcher Abminderung abgelehnt werden, findet statt der allgemeinen Rechtsmittel innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Bezirksausschuß statt. Der Beschluß des Bezirksausschusses ist endgültig.

§ 104. Der Kreisausschuß, in Stadtkreisen der Bezirksausschuß, beschließt, soweit die Beschlußfassung nach bestehendem Rechte den Verwaltungsbehörden zusteht,

1. über die Genehmigung zur Bildung mehrerer für sich bestehender Jagdbezirke aus dem Bezirke einer Gemeinde (Gemarkung, Feldmark);
2. über die Anordnung der Vereinigung mehrerer Gemeindebezirke (Gemarkungen, Feldmarken) zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirke gemäß § 6 der Verordnung, betreffend das Jagdrecht und die Jagdpolizei im ehemaligen Herzogtum Nassau, vom 30. März 1867 (Gesetz-Samml. S. 426) und § 8 des Lauenburgischen Gesetzes, betreffend das Jagdrecht und die Jagdpolizei, vom 17. Juli 1872 (Offizielles Wochenbl. Nr. 42).

Bestimmungen, wonach es zur An-

nahme eines Ausländers als Jagdpächters einer besonderen Genehmigung bedarf, finden auf Angehörige des Deutschen Reichs fortan keine Anwendung.

§ 105. Streitigkeiten der Beteiligten über ihre in dem öffentlichen Rechte begründeten Berechtigungen und Verpflichtungen hinsichtlich der Ausübung der Jagd, insbesondere über

1. Beschränkungen in der Ausübung des Jagdrechts auf eigenem Grund und Boden,
2. Bildung von gemeinschaftlichen Jagdbezirken, Anschluß von Grundstücken an einen gemeinschaftlichen Jagdbezirk, oder Ausschluß von Grundstücken aus einem solchen,
3. Ausübung der Jagd auf fremden Grundstücken, welche von einem größeren Walde oder von einem oder mehreren selbständigen Jagdbezirken umschlossen sind, sowie die den Eigentümern der Grundstücke zu gewährende Entschädigung

unterliegen der Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren.

Zuständig im Verwaltungsstreitverfahren ist in erster Instanz der Kreisausschuß, in Stadtkreisen der Bezirksausschuß.

§ 106. Auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend die von der Gemeindebehörde oder dem Jagdvorstande festgestellte Verteilung der Erträge der gemeinschaftlichen Jagdnutzung, beschließt die Gemeindebehörde beziehungsweise der Jagdvorstand.

Gegen den Beschluß findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Kreisausschusse, in Stadtkreisen bei dem Bezirksausschusse statt.

Die im ersten Absatze gedachte Feststellung bedarf keiner Genehmigung oder Bestätigung von Seiten der Aufsichtsbehörde.

§ 107. Der Bezirksausschuß beschließt über die Verlängerung, Verkürzung oder Aufhebung der gesetzlichen Schonzeit, soweit darüber nach bestehendem Rechte im Verwaltungswege Bestimmung getroffen werden kann. Der Beschluß ist endgültig.

§ 108. Der Bezirksausschuß beschließt über die Erneuerung der auf den Schleswigschen Westseeinseln bestehenden Konzessionen zur Errichtung von Vogelkojen, sowie über die Erteilung neuer Konzessionen (§ 6 des Gesetzes vom 1. März 1873, Gesetz-Samml. S. 27).

XVI. Titel.

Gewerbepolizei.

A. Gewerbliche Anlagen.

§ 109. Der Kreis-(Stadt-)Ausschuß, in den einem Landkreise angehörigen Städten mit mehr als 10000 Einwohnern der Magistrat (kollegialische Gemeindevorstand), beschließt über Anträge auf Genehmigung zur Errichtung oder Veränderung gewerblicher Anlagen (§§ 16 bis 25 der Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869), soweit konzessionspflichtige Anlagen der nachbezeichneten Art in Frage stehen:

Gasbereitungs- und Gasbewahrungsanstalten, Anstalten zur Destillation von Erdöl, Anlagen zur Bereitung von Braunkohlenteer, Steinkohlenteer und Coaks, Asphaltkochereien und Pechsiedereien, Glas- und Rußhütten, Kalk-, Ziegel- und Gipsöfen, Metallgießereien, Hammerwerke, Schnellbleichen, Firnißsiedereien, Stärkefabriken, Stärkesyrupfabriken, Wachstuch-, Darmsaiten-, Dachpappen- und Dachfilzfabriken, Darmzubereitungsanstalten, Leim-, Thran- und Seifensiedereien, Knochenbrennereien, Knochendarren, Knochenkochereien und Knochenbleichen, Hopfenschwefeldarren, Zubereitungsanstalten für Tierhaare, Talgschmelzen, Schlächtereien, Gerbereien, Abdeckereien, Strohpapierstofffabriken, Stauanlagen für Wassertriebwerke, Fabriken, in welchen Dampfkessel oder andere Blechgefäße durch Vernieten hergestellt werden, Anstalten zum Imprägnieren von Holz mit erhitzten Teerölen,

Kunstwollefabriken und Dégrasfabriken, endlich Dampfkessel mit Ausnahme der für den Gebrauch auf Eisenbahnen bestimmten Lokomotiven und der zum Betriebe auf Bergwerken und Aufbereitungsanstalten bestimmten Dampfkessel.

Im Falle fernerer Ergänzung des Verzeichnisses der konzessionspflichtigen Anlagen, gemäß § 16, letzter Absatz, der Reichsgewerbeordnung bleibt die Bestimmung darüber, für welche der in das Verzeichnis nachträglich aufgenommenen Anlagen der Kreisausschuß (Stadtausschuß, Magistrat) zuständig ist, Königlicher Verordnung vorbehalten.

---

§ 110. Der Bezirksausschuß beschließt über Anträge auf Genehmigung zur Errichtung oder Veränderung gewerblicher Anlagen, soweit die Beschlußnahme darüber nicht nach § 109 dem Kreis-(Stadt-)Ausschusse (Magistrat) überwiesen ist.

Der Bezirksausschuß beschließt ferner im Einvernehmen mit dem zuständigen Oberbergamte über die Zulässigkeit von Wassertriebwerken, welche zum Betriebe von Bergwerken oder Aufbereitungsanstalten dienen (§ 59 Absatz 3 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865, Gesetz-Samml. S. 705).

---

§ 111. Der Bezirksausschuß beschließt auf Antrag der Ortspolizeibehörde darüber, ob die Ausübung eines Gewerbes in Anlagen, deren Betrieb mit ungewöhnlichem Geräusch verbunden ist, an der gewählten Betriebsstätte zu untersagen oder nur unter Bedingungen zu gestatten ist (§ 27 der Reichsgewerbeordnung).

---

§ 112. Die Befugnis, gemäß § 51 der Reichsgewerbeordnung die fernere Benutzung einer gewerblichen Anlage wegen überwiegender Nachteile und Gefahren für das Gemeinwohl zu untersagen, steht dem Bezirksausschusse zu.

---

§ 113. In den Fällen der §§ 109 bis 112 findet die Beschwerde an den Minister für Handel und Gewerbe statt. Sofern bei Stauanlagen Landeskulturinteressen in Betracht kommen, ist der Minister für Landwirtschaft zuzuziehen.

B. Gewerbliche Konzessionen.

§ 114. Ueber Anträge auf Erteilung der Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft oder Schankwirtschaft, zum Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus, sowie zum Betriebe des Pfandleihgewerbes und zum Handel mit Giften (§§ 33, 34 der Reichsgewerbeordnung) beschließt der Kreis-(Stadt-)Ausschuß.

Wird die Erlaubnis versagt, so steht dem Antragsteller innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren vor dem Kreis-(Stadt-)Ausschusse zu.

Ueber Anträge auf Erteilung der Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft, zum Ausschänken von Branntwein oder von Wein, Bier oder anderen geistigen Getränken, sowie zum Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus, ist zunächst die Gemeinde- und die Ortspolizeibehörde zu hören. Wird von einer dieser Behörden Widerspruch erhoben, so darf die Erteilung der Erlaubnis nur auf Grund mündlicher Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren erfolgen.

Die Entscheidung des Bezirksausschusses ist endgültig.

In den zu einem Landkreise gehörigen Städten mit mehr als 10000 Einwohnern tritt an die Stelle des Kreisausschusses der Magistrat (kollegialische Gemeindevorstand).

---

§ 115. Ueber die Anträge auf Erteilung:

a) der Konzession zu Privat-Kranken-, Privat-Entbindungs- und Privat-Irrenanstalten (§ 30 Absatz 1 der Reichsgewerbeordnung),

b) die Erlaubnis zu Schauspielunternehmungen (§ 32 a. a. O.)

beschließt der Bezirksausschuß.

Gegen den die Konzession (Erlaubnis) versagenden Beschluß findet innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren statt.

Für die im Verwaltungsstreitverfahren in den Fällen zu a zu treffenden Entscheidungen sind die von den Medizinal-

aufsichtsbehörden innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit getroffenen allgemeinen Anordnungen über die gesundheitspolizeilichen Anforderungen, welche an die baulichen und sonstigen technischen Einrichtungen der unter a bezeichneten Anstalten zu stellen sind, maßgebend.

§ 116. Gegen Verfügungen der Ortspolizeibehörde, durch welche die Erlaubnis zum gewerbsmäßigen öffentlichen Verbreiten von Druckschriften (§ 43 der Reichsgewerbeordnung) versagt, oder die nicht gewerbsmäßige öffentliche Verbreitung von Druckschriften (§ 5 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874, Reichs-Gesetzbl. S. 65) verboten worden ist, findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Kreisausschusse, in Stadtkreisen und in den zu einem Landkreise gehörigen Städten mit mehr als 10000 Einwohnern bei dem Bezirksausschusse statt.

§ 117. Gegen Verfügungen der unteren Verwaltungsbehörden, durch welche Reichsangehörigen der Legitimationsschein:

1. zum Ankauf von Waren oder zum Aufsuchen von Warenbestellungen (§ 44 der Reichsgewerbeordnung) oder
2. zum Gewerbebetrieb im Umherziehen (§ 58 Nr. 1 und 2 der Reichsgewerbeordnung)

versagt worden ist, findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse statt. Ueber Anträge wegen Erteilung von Legitimationsscheinen für alle anderen Arten des Gewerbebetriebs im Umherziehen beschließt der Bezirksausschuß. Gegen den versagenden Beschluß findet innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren statt.

§ 118. In den Fällen der §§ 115, 116 und 117 ist gegen die Endurteile des Bezirksausschusses nur das Rechtsmittel der Revision zulässig.

§ 119. Der Kreisausschuß, in Stadtkreisen und in den zu einem Landkreise gehörigen Städten mit mehr als 10000 Einwohnern der Bezirksausschuß, entscheidet auf Klage der zuständigen Behörde:

1. über die Untersagung des Betriebes der im § 35 der Reichsgewerbeordnung und der im § 37 a. a. O. gedachten Gewerbe;
2. über die Zurücknahme von Konzessionen zum Betriebe der Gast- und Schankwirtschaft, zum Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus, sowie zum Betriebe des Pfandleihgewerbes und zum Handel mit Giften (§ 53 a. a. O.).

§ 120. Der Bezirksausschuß entscheidet auf Klage der zuständigen Behörde über die Zurücknahme:

1. der im vorstehenden § 119 Nr. 2 nicht gedachten, im § 53 der Reichsgewerbeordnung aufgeführten Approbationen, Genehmigungen und Bestallungen, mit Ausnahme der Konzessionen der Markscheider;
2. der Konzessionen der Versicherungsunternehmer, sowie der Auswanderungsunternehmer und Agenten;
3. der Konzessionen der Handelsmakler;
4. der Patente der Stromschiffer (§ 31 Absatz 3 der Reichsgewerbeordnung);
5. der Prüfungszeugnisse der Hebeammen (§ 30 Absatz 2 a. a. O.).

§ 121. Insofern durch das Reichsgesetz bestimmt wird, daß außer den in §§ 114 bis 120 aufgeführten Gewerbetreibenden noch andere einer Konzession (Approbation, Genehmigung, Bestallung) zum Gewerbebetriebe bedürfen oder noch anderen Gewerbetreibenden der Gewerbebetrieb untersagt oder die ihnen erteilte Konzession zurückgenommen werden kann, so wird die zur Erteilung der Konzession, Untersagung des Gewerbebetriebes, beziehungsweise Zurücknahme der Konzession zuständige Behörde durch Königliche Verordnung bestimmt.

C. Ortsstatuten.

§ 122. Der Bezirksausschuß beschließt über die Genehmigung von Ortsstatuten, betreffend gewerbliche Angelegenheiten (§ 142 der Reichsgewerbeordnung und § 57 Nr. 2 der Verordnung vom 9. Februar 1849, Gesetz-Samml. S. 93).

D. Innungen.

§ 123. Der Bezirksausschuß beschließt
1. über die Genehmigung zur Erhöhung der bei der Aufnahme in eine Innung zu entrichtenden Antrittsgelder (§ 85 der Reichsgewerbeordnung);
2. über die Genehmigung zur Auflösung von Innungen (§ 93 a. a. O.).

§ 124. Der Bezirksausschuß beschließt über die Genehmigung von Innungsstatuten und deren Abänderung (§ 92 der Reichsgewerbeordnung; § 98b a. a. O. in der Fassung des Reichsgesetzes vom 18. Juli 1881, Reichs-Gesetzbl. S. 233).

Gegen den die Genehmigung versagenden Beschluß findet innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren statt.

Gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses ist nur das Rechtsmittel der Revision zulässig.

§ 125. Der Entscheidung des Bezirksausschusses unterliegen Streitigkeiten zwischen Ortsgemeinden und Innungen infolge der Auflösung der letzteren gemäß § 94 Absatz 4 der Reichsgewerbeordnung (§ 103a Absatz 3 des Reichsgesetzes vom 18. Juli 1881).

Ingleichen findet in den Fällen des § 95 Absatz 1 der Reichsgewerbeordnung und des § 104 Absatz 7 und 8 des Reichsgesetzes vom 18. Juli 1881 innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen gegen die dort erwähnten Entscheidungen der Aufsichtsbehörde die Klage bei dem Bezirksausschusse statt.

§ 126. Der Bezirksausschuß entscheidet auf Klage der Aufsichtsbehörde über die Schließung einer Innung oder eines gemeinsamen Innungsausschusses (§ 103 des Reichsgesetzes vom 18. Juli 1881).

Der Bezirksausschuß kann vor Erlaß des Endurteils nach Anhörung des Innungsvorstandes oder des gemeinsamen Innungsausschusses die vorläufige Schließung der Innung oder des gemeinsamen Innungsausschusses anordnen, welche alsdann bis zum Erlaß des Endurteils fortdauert.

E. Märkte.

§ 127. Der Provinzialrat beschließt über die Zahl, Zeit und Dauer der Kram- und Viehmärkte.

Gegen den Beschluß findet die Beschwerde an den Minister für Handel und Gewerbe statt.

§ 128. Der Bezirksausschuß beschließt über die Zahl, Zeit und Dauer der Wochenmärkte, über die fernere Gestattung des herkömmlichen Wochenmarktverkehrs mit gewissen Handwerkerwaren von seiten der einheimischen Verkäufer (§ 64 der Reichsgewerbeordnung), sowie darüber, welche Gegenstände außer den im § 66 a. a. O. aufgeführten nach Ortsgewohnheit und Bedürfnis im Regierungsbezirke überhaupt oder an gewissen Orten zu den Wochenmarktsartikeln gehören.

Die Festsetzungen über Zahl, Zeit und Dauer der Wochenmärkte erfolgen unter Zustimmung der Gemeindebehörden des Marktortes.

§ 129. Sofern bei Aufhebung von Märkten der in den §§ 127 und 128 bezeichneten Art Entschädigungsansprüche von Marktberechtigten in Frage kommen, bedürfen die bezüglichen Beschlüsse der Zustimmung des Ministers für Handel und Gewerbe.

§ 130. Der Bezirksausschuß beschließt über die Einführung neuer, sowie über die Erhöhung oder Ermäßigung oder anderweite Regulierung bestehender Marktstandsgelder (Gesetz vom 26. April 1872, betreffend die Erhebung von Marktstandsgeldern, Gesetz-Samml. S. 513).

Bei der Bestimmung des § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 26. April 1872 behält es sein Bewenden.

F. Oeffentliche Schlachthäuser.

§ 131. Der Bezirksausschuß beschließt:
1. über die Genehmigung der auf Grund der §§ 1 bis 4 des Gesetzes vom 18. März 1868, betreffend die

Errichtung öffentlicher, ausschließlich zu benutzender Schlachthäuser (Gesetz-Samml. S. 277), gefaßten Gemeindebeschlüsse, sowie über die Bestätigung von Verträgen zwischen einer Gemeinde und einem Unternehmer in betreff der Errichtung eines öffentlichen Schlachthauses (§ 12 a. a. O.);

2. über Entschädigungsansprüche der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Privatschlachtanstalten wegen des ihnen durch die Errichtung öffentlicher, ausschließlich zu benutzender Schlachthäuser zugefügten Schadens (§§ 9 bis 11 a. a. O.).

In den Fällen zu 1 findet die Beschwerde an den Minister für Handel und Gewerbe, in den Fällen zu 2 nur der ordentliche Rechtsweg gemäß § 11 a. a. O. statt.

G. Kehrbezirke.

§ 132. Der Bezirksausschuß beschließt über die Einrichtung, Aufhebung oder Veränderung der Kehrbezirke für Schornsteinfeger (§ 39 der Reichsgewerbeordnung).

H. Ablösung gewerblicher Berechtigungen.

§ 133. Der Bezirksausschuß entscheidet über Anträge auf Auflösung von Gewerbeberechtigungen und auf Entschädigung für aufgehobene Gewerbeberechtigungen.

Gegen die Endurteile des Bezirksausschusses findet unter Ausschluß anderer Rechtsmittel nur die Berufung an das Oberverwaltungsgericht statt.

XVII. Titel.

Handelskammern, kaufmännische Korporationen, Börsen.

§ 134. Der Minister für Handel und Gewerbe beschließt über die Genehmigung zur Erhebung eines zehn Prozent, der Gewerbesteuer vom Handel übersteigenden Zuschlags von seiten einer Handelskammer, sowie zu einer Ueberschreitung des Etats derselben, ingleichen über die Herabsetzung der etatsmäßigen Kosten auf den Betrag eines zehnprozentigen Zuschlags zur Gewerbesteuer vom Handel (§ 24 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870, Gesetz-Samml. S. 134).

§ 135. Die Beschlußfassung über Einsprüche gegen die Wahl von Mitgliedern (§ 15 a. a. O.) steht der Handelskammer zu, welche im übrigen die Legitimation ihrer Mitglieder von Amtswegen prüft und darüber beschließt.

Die Handelskammer beschließt darüber, ob die Mitgliedschaft infolge eines in der Person des Mitgliedes eingetretenen Umstandes erloschen ist (§ 17 a. a. O.).

Die Handelskammer beschließt ferner über Beschwerden wegen unrichtiger Einschätzung zu einer fingierten Gewerbesteuer behufs Aufbringung der etatsmäßigen Kosten (§ 23 a. a. O.).

Gegen die nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen gefaßten Beschlüsse der Handelskammer, ferner gegen Beschlüsse der Handelskammer über Einwendungen gegen die Listen der Wahlberechtigten (§ 11 a. a. O.) und gegen Beschlüsse der Handelskammer, durch welche ein Mitglied ausgeschlossen oder seiner Funktionen vorläufig enthoben wird (§§ 18, 19 a. a. O.), findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse statt.

§ 136. Gegen Beschlüsse des Vorstandes einer kaufmännischen Korporation über die Aufnahme, die Suspension oder die Ausschließung von Mitgliedern, die Gültigkeit der Vorstandswahlen, die Rechte und Pflichten der Mitglieder und die Verhängung von Ordnungsstrafen gegen Mitglieder findet, soweit nach dem Statut gegen dergleichen Beschlüsse der Rekurs an

eine Behörde zulässig ist, an Stelle desselben innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse statt.

---

§ 137. Gegen Beschlüsse der Handelskammer oder des Vorstandes einer kaufmännischen Korporation, durch welche die Erlaubnis zum Besuche der, der Aufsicht der Handelskammer oder kaufmännischen Korporation unterstellten Börse versagt, auf Zeit oder für immer entzogen, eine Beschwerde über unrichtige Einschätzung zu den Börsenbeiträgen zurückgewiesen, oder über einen Handelsmakler eine Ordnungsstrafe verhängt wird, findet, soweit nach der Börsen- oder Maklerordnung gegen dergleichen Beschlüsse der Rekurs an eine Behörde zulässig ist, an Stelle desselben innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse statt.

---

§ 138. Gegen die Endurteile des Bezirksausschusses in den Fällen der §§ 135 bis 137 ist nur das Rechtsmittel der Revision zulässig.

XVIII. Titel.

Feuerlöschwesen.

§ 139. Der Kreisausschuß beschließt, soweit die Vorschriften über das Feuerlöschwesen nicht entgegenstehen, über die Genehmigung und erforderlichenfalls über die Anordnung zur Bildung, Veränderung und Aufhebung von Verbänden mehrerer Landgemeinden oder Gutsbezirke behufs gemeinschaftlicher Anschaffung und Unterhaltung von Feuerspritzen (Spritzenverbänden).

Ueber die gemeinschaftlichen Angelegenheiten jedes Spritzenverbandes, insbesondere über die Aufbringungsweise und die Verteilung der Kosten, sind, soweit dies notwendig ist, die erforderlichen Festsetzungen durch ein unter den Beteiligten zu vereinbarendes Statut, welches der Bestätigung des Kreisausschusses bedarf, zu treffen. Kommt eine Vereinbarung über das Statut binnen einer von dem Kreisausschusse zu bemessenden Frist nicht zustande, oder wird dem Statute die Bestätigung wiederholt versagt, so stellt der Kreisausschuß das Statut fest.

---

§ 140. Ueber die infolge Veränderung oder Aufhebung eines Spritzenverbandes notwendig werdende Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten beschließt der Kreisausschuß.

Gegen den Beschluß findet innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren statt.

Streitigkeiten zwischen den beteiligten Gemeinden oder Gutsbezirken über ihre Berechtigung oder Verpflichtung zur Teilnahme an den Nutzungen beziehungsweise Lasten des Spritzenverbandes unterliegen der Entscheidung des Kreisausschusses im Verwaltungsstreitverfahren.

XIX. Titel.

Hilfskassen.

§ 141. Der Bezirksausschuß beschließt über Anträge auf Zulassung eingeschriebener Hilfskassen (§ 4 des Reichsgesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 7. April 1876, Reichs-Gesetzbl. S. 125).

Gegen den die Zulassung versagenden Beschluß findet innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren statt.

Gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses ist nur das Rechtsmittel der Revision zulässig.

§ 142. Der Bezirksausschuß entscheidet auf Klage der Aufsichtsbehörde über die Schließung eingeschriebener Hilfskassen (§ 29 a. a. O.).

Der Bezirksausschuß kann vor Erlaß des Endurteils nach Anhörung des Kassenvorstandes die vorläufige Schließung der Hilfskasse anordnen, welche alsdann bis zum Erlasse des Endurteils fortdauert.

XX. Titel.

Baupolizei.

§ 143. Der Bezirksausschuß beschließt über die Anwendung der in den Städten geltenden feuer- und baupolizeilichen Vorschriften bei Gebäuden auf solchen zum platten Lande gehörigen Grundstücken, welche innerhalb der Städte oder im Gemenge mit städtischen bebauten Grundstücken liegen, gemäß den Vorschriften der Verordnung vom 17. Juli 1846 (Gesetz-Samml. S. 399).

---

§ 144. Ueber die Anwendung der Bestimmungen der Verordnung vom 21. Dezember 1846, betreffend die bei dem Bau von Eisenbahnen beschäftigten Handarbeiter (Gesetz-Samml. 1847 S. 21), auf andere öffentliche Bauausführungen (Kanal- und Chausseebauten ꝛc.) gemäß § 26 der gedachten Verordnung beschließt:

1. insoweit es sich um Bauten der Kreise, Amts-, Wegeverbände oder Gemeinden handelt, der Regierungspräsident unter Zustimmung des Bezirksausschusses;
2. insoweit es sich um Bauten des Provinzialverbandes handelt, der Oberpräsident unter Zustimmung des Provinzialrats;
3. für den Stadtkreis Berlin der Oberpräsident.

---

§ 145. Ueber Dispense von Bestimmungen der Baupolizeiordnungen beschließt nach Maßgabe dieser Ordnungen der Kreisausschuß, in Stadtkreisen und in den zu einem Landkreise gehörigen Städten von mehr als 10000 Einwohnern der Bezirksausschuß, soweit die Angelegenheit nicht nach diesen Ordnungen zur Zuständigkeit anderer Organe gehört. Verfügungen der letzteren unterliegen der Anfechtung nur im Wege der Beschwerde an die Aufsichtsbehörde.

Der Bezirksausschuß tritt in betreff der Zuständigkeit zur Erteilung von Dispensen in allen Fällen an die Stelle der Bezirksregierung.

Zur Einlegung der Beschwerde gegen den Beschluß ist auch die zur Erteilung der Bauerlaubnis zuständige Behörde befugt, welcher der Beschluß zuzustellen ist.

Gegen den Beschluß des Bezirksausschusses in erster Instanz findet die Beschwerde an den Minister der öffentlichen Arbeiten statt.

---

§ 146. Die §§ 17 und 18 des Gesetzes, betreffend die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften, vom 2. Juli 1875 (Gesetz-Samml. S. 561) werden aufgehoben.

Die Wahrnehmung der in den §§ 5, 8, 9 a. a. O. dem Kreisausschusse beigelegten Funktionen liegt für den Stadtkreis Berlin dem Minister der öffentlichen Arbeiten, für die übrigen Stadtkreise, sowie für die zu einem Landkreise gehörigen Städte mit mehr als 10000 Einwohnern dem Bezirksausschusse ob. Die Bestätigung der Statuten nach den §§ 12 und 15 a. a. O. erfolgt für den Stadtkreis Berlin durch den Minister des Innern.

XXI. Titel.

Dismembrations- und Ansiedelungsverfahren.

§ 147. Die §§ 22 und 23 des Gesetzes vom 25. August 1876, betreffend die Verteilung der öffentlichen Lasten bei Grundstücksteilungen und die Gründung neuer Ansiedelungen in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Westfalen (Gesetz-Samml. S. 405) treten außer Kraft.

§ 148. Die in den §§ 1 bis 4 des Lauenburgischen Gesetzes vom 4. November 1874, betreffend die Gründung neuer Ansiedelungen im Herzogtum Lauenburg (Offizielles Wochenbl. S. 291), dem Landrate zugewiesene Entscheidung über die Gestattung neuer Ansiedelungen ist von der Ortspolizeibehörde zu treffen.

Gegen den Bescheid, welcher mit Gründen zu versehen und dem Antragsteller, sowie denjenigen, welche Widerspruch erhoben haben, zu eröffenen ist, steht den Beteiligten innerhalb zwei Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren bei dem Kreisausschusse zu.

---

§ 149. Im Geltungsbereiche des Lauenburgischen Gesetzes vom 22. Januar 1876, betreffend die Verteilung der öffentlichen Lasten bei Grundstückszerstückelungen (Offizielles Wochenbl. S. 11), tritt

1. an die Stelle der im § 12 Absatz 2 den Beteiligten und der Patronatsbehörde offen gehaltenen Beschwerde gegen die Lastenverteilung, innerhalb der dort bestimmten Frist von zwei Wochen, die Klage beim Kreisausschusse im Verwaltungsstreitverfahren und,
2. an die Stelle der vorläufigen Festsetzung des Landrats über die Lastenverteilung (§ 16 a. a. O.) die vorläufige Festsetzung durch Beschluß des Kreisausschusses, gegen welchen eine Beschwerde nicht stattfindet.

XXII. Titel.

Enteignungssachen.

§ 150. Die Befugnisse und Obliegenheiten, welche in dem Gesetze vom 11. Juni 1874 über die Enteignung von Grundeigentum (Gesetz-Samml. S. 221) den Bezirksregierungen (Landdrosteien) beigelegt worden sind, werden in den Fällen der §§ 15, 18 bis 20, 24 und 27 von dem Regierungspräsidenten, in den Fällen der §§ 3, 4, 5, 14, 21, 29, 32 bis 35 und 53 Absatz 2 von dem Bezirksausschusse im Beschlußverfahren, in dem Stadtkreise Berlin von der ersten Abteilung des Polizeipräsidiums, wahrgenommen.

Auch gehen auf den Bezirksausschuß beziehungsweise die erste Abteilung des Polizeipräsidiums in Berlin die nach den §§ 142 ff. des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 (Gesetz-Samml. S. 705) der Bezirksregierung zustehenden Befugnisse über.

Gegen die in erster Instanz gefaßten Beschlüsse des Bezirksausschusses beziehungsweise der ersten Abteilung des Polizeipräsidiums findet, soweit nicht der ordentliche Rechtsweg zulässig ist, innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Minister der öffentlichen Arbeiten statt.

Bei der für die Erhebung der Beschwerde in § 34 des Gesetzes vom 11. Juni 1874 bestimmten Frist von drei Tagen behält es sein Bewenden.

---

§ 151. Die nach § 53 Absatz 1 des Gesetzes vom 11. Juni 1874 dem Landrate (in Hannover der betreffenden Obrigkeit) zugewiesene Entscheidung ist durch Beschluß des Kreis-(Stadt-)Ausschusses zu treffen.

Der § 56 des gedachten Gesetzes tritt außer Kraft.

---

§ 152. Soweit nach den für Enteignungen im Interesse der Landeskultur in § 54 Nr. 1 des Gesetzes vom 11. Juni 1874 aufrecht erhaltenen Gesetzen, in Verbindung mit dem Gesetze über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883, der Regierungspräsident über die Enteignung Entscheidung zu treffen haben würde, beschließt der Bezirksausschuß, jedoch — unbeschadet der Vorschriften im § 97 des gegenwärtigen Gesetzes — mit Ausnahme der Enteignungen für die Zwecke von Deichen, welche einem Deichverbande angehören, und für die Zwecke der Sielanstalten in den Verbandsbezirken.

---

§ 153. Der Bezirksausschuß beschließt endgültig vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges über die Feststellung der Entschädigung in den Fällen der §§ 39 ff. des Reichsgesetzes vom 21. Dezember 1871, betreffend die Beschränkungen der Grundeigentums in der Umgebung von Festungen (Reichs-Gesetzbl. S. 459).

XXIII. Titel.

Personenstand und Staatsangehörigkeit.

§ 154. Die staatliche Aufsicht über die Amtsführung der Standesbeamten wird in den Landgemeinden und Gutsbezirken von dem Landrat als Vorsitzenden des Kreisausschusses, in höherer Instanz von dem Regierungspräsidenten und dem Minister des Innern, in den Stadtgemeinden von dem Regierungspräsidenten, in höherer Instanz von dem Oberpräsidenten und dem Minister des Innern, im Stadtkreise Berlin von dem Oberpräsidenten und in höherer Instanz von dem Minister des Innern geführt.

Die Festsetzung der Entschädigung für die Wahrnehmung der Geschäfte des Standesbeamten in den Fällen des § 7 Absatz 2 des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 (§ 5 Absatz 1 des Gesetzes vom 8. März 1874) erfolgt in den Stadtgemeinden durch die Gemeindevertretung, für die Landgemeinden durch Beschluß des Kreisausschusses. Beschwerden über die Festsetzung sind in beiden Fällen innerhalb zwei Wochen bei dem Bezirksausschusse anzubringen. Der Beschluß des Bezirksausschusses ist endgültig.

---

§ 155. Die durch das Reichsgesetz vom 1. Juni 1870 über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit (Bundes-Gesetzbl. S. 355) der höheren Verwaltungsbehörde beigelegten Befugnisse übt fortan der Regierungspräsident aus.

Gegen den Bescheid des Regierungspräsidenten, durch welchen Angehörigen eines anderen deutschen Bundesstaats oder einem früheren Reichsangehörigen die Erteilung der Aufnahmeurkunde oder einem preußischen Staatsangehörigen die Erteilung der Entlassungsurkunde in Friedenszeiten versagt worden ist (§§ 7, 15, 17 und 21 letzter Absatz a. a. O.), findet innerhalb zweier Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.

XXIV. Titel.

Steuerangelegenheiten.

§ 156 ist aufgehoben.

XXV. Titel.

Ergänzende, Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 157. Durch den in dem gegenwärtigen Gesetze vorgeschriebenen Beschwerdezug an einen bestimmten Minister wird die in den bestehenden Vorschriften begründete Mitwirkung anderer Minister bei Erledigung der Beschwerde nicht berührt.

---

§ 158. Durch die den Behörden in diesem Gesetze beigelegten Befugnisse zur Entscheidung beziehungsweise Beschlußfassung in Wegebausachen und in wasserpolizeilichen Angelegenheiten werden die der Landespolizeibehörde und dem Minister der öffentlichen Arbeiten nach §§ 4 und 14 des Gesetzes über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 (Gesetz-Samml. S. 505) und nach § 7 des Gesetzes vom 1. Mai 1865 (Gesetz-Samml. S. 317) zustehenden Befugnisse in Eisenbahnangelegenheiten nicht berührt.

---

§ 159. Die in den §§ 7 und 22 des Gesetzes über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 und nach § 9 des Gesetzes vom 1. Mai 1865 (Gesetz-Samml. S. 317) der Bezirksregierung beigelegten Befugnisse gehen auf den Minister der öffentlichen Arbeiten über.

In Streitsachen zwischen Eisenbahngesellschaften und Privatpersonen wegen Anwendung des Bahngeld- und des Frachttarifs (§ 35 des ersteren Gesetzes) entscheidet fortan der ordentliche Richter.

§ 160. In den Fällen der §§ 1, 18, 34, 44, 46, 47, 54 und 140 des gegenwärtigen Gesetzes, sowie des § 53 des Gesetzes, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften, vom 1. April 1879 (Gesetz-Samml. S. 297) ist die Zuständigkeit des Kreis-(Stadt-)Ausschusses, des Bezirksausschusses und des Oberverwaltungsgerichts auch insoweit begründet, als bisher durch § 79 Titel 14 Teil II Allgemeinen Landrechts, beziehungsweise §§ 9, 10 des Gesetzes über die Erweiterung des Rechtsweges vom 24. Mai 1861 (Gesetz-Samml. S. 241) oder sonstige bestehende Vorschriften der ordentliche Rechtsweg für zulässig erklärt war.

Der Grundsatz, daß die Entscheidungen unbeschadet aller privatrechtlichen Verhältnisse ergehen (§ 7 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883) bleibt hierbei unberührt.

---

§ 161. Für den Stadtkreis Berlin ist der Bezirksausschuß auch in den Fällen der §§ 14, 17 Nr. 2 und 5, 41, 110, 111, 112, 123, 128, 130, 132, 145 und 154 Absatz 3 dieses Gesetzes zuständig.

In den Fällen der §§ 115, 117, 124 und 141 beschließt für den Stadtkreis Berlin an Stelle des Bezirksausschusses der Polizeipräsident; gegen den versagenden Beschluß desselben findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse statt.

---

§ 162. Maßgebend für die Berechnung der Einwohnerzahl einer Stadt ist in betreff der Bestimmungen dieses Gesetzes die durch die jedesmalige letzte Volkszählung ermittelte Zahl der ortsanwesenden Civilbevölkerung.

---

§ 163. Das gegenwärtige Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Gesetze über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 in Kraft.

Bezüglich der vor diesem Zeitpunkte anhängig gemachten Sachen sind die Vorschriften des § 154 Absatz 3 des letzteren Gesetzes maßgebend.

---

§ 164. Mit dem Tage des Inkrafttretens des gegenwärtigen Gesetzes kommt das Gesetz, betreffend die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und der Verwaltungsgerichtsbehörden ꝛc., vom 26. Juni 1876 (Gesetz-Samml. S. 297) in allen seinen Teilen in Wegfall.

Ingleichen treten mit dem gedachten Zeitpunkte alle mit den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes in Widerspruch stehenden Bestimmungen außer Kraft.

Provinzialordnung

für die

Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen.

Vom 29. Juni 1875

in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. März 1881.

Inhaltsverzeichnis.

	Paragraphen
Erster Titel.	
Von den Grundlagen der Provinzialverfassung.	
Erster Abschnitt.	
Von dem Umfange und der Begrenzung der Provinzialverbände	1 — 4
Zweiter Abschnitt.	
Von den Provinzialangehörigen, ihren Rechten und Pflichten	5 — 7
Dritter Abschnitt.	
Von den Provinzialstatuten und Reglements	8
Zweiter Titel.	
Von der Vertretung und Verwaltung der Provinzialverbände.	
Erster Abschnitt.	
Von der Zusammensetzung der Provinziallandtage	9 — 24
Zweiter Abschnitt.	
Von den Versammlungen der Provinziallandtage	25 — 33
Dritter Abschnitt.	
Von den Geschäften des Provinziallandtages	34 — 44
Vierter Abschnitt.	
Von dem Provinzialausschusse, seiner Zusammensetzung und seinen Geschäften	45 — 61
Fünfter Abschnitt.	
Von den Provinzial- und Bezirksräten (Behörden des Staats), ihrer Zusammensetzung und ihren Geschäften	62 — 86
Sechster Abschnitt.	
Von den Provinzialbeamten . .	87 — 98
Siebenter Abschnitt.	
Von den Provinzialkommissionen und Schlußbestimmung . . .	99 — 100
Achter Abschnitt.	
Von dem Provinzialhaushalte . .	101 — 113
Dritter Titel.	
Von der Aufsicht über die Verwaltung der Angelegenheiten der Provinzialverbände . . .	114 — 122
Vierter Titel.	
Schluß-, Uebergangs- und Ausführungsbestimmungen . . .	123 — 130
Wahlreglement.	§§ 1 — 11.

Provinzialordnung

für die

Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen.[1])

Vom 29. Juni 1875
in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. März 1881.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen, was folgt:

Erster Titel.

Von den Grundlagen der Provinzialverfassung.

Erster Abschnitt.

Von dem Umfange und der Begrenzung der Provinzialverbände.

§ 1. Jede Provinz bildet einen mit den Rechten einer Korporation ausgestatteten Kommunalverband zur Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten.

Zum Kommunalverbande der Provinz (Provinzialverband) gehören alle innerhalb der Grenzen derselben belegenen Kreise und alle zu diesen Kreisen gehörenden Ortschaften.

Diejenigen Kreise und einzelnen Ort-

---

[1]) Für die übrigen Provinzen mit Ausnahme von Posen gelten besondere Provinzialordnungen, die jedoch die Verhältnisse der Provinzen in ganz ähnlicher Weise regeln, wie obige Provinzialordnung. Es sind dies die Provinzialordnungen für die Provinzen:

Hannover vom 7. Mai 1884,
Hessen-Nassau vom 8. Juni 1885,
Westfalen vom 1. August 1886,
Rheinprovinz vom 1. Juni 1887,
Schleswig-Holstein vom 27. Mai 1888.

In Posen gilt das Gesetz wegen Anordnung der Provinzialstände für das Großherzogtum Posen vom 27. März 1824 mit Abänderungen durch das Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung und die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden in der Provinz Posen vom 19. Mai 1889.

schaften, welche bisher zu einem anderen provinzialständischen Verbande gehört haben, treten aus diesem Verbande aus und in den Kommunalverband derjenigen Provinz ein, innerhalb deren Grenzen sie belegen sind.

§ 2. Die Haupt- und Residenzstadt Berlin scheidet aus dem Kommunalverbande der Provinz Brandenburg aus.

§ 3. Die infolge der Ausführung der Vorschrift des § 1 erforderliche Regelung der Verhältnisse ist, unbeschadet aller Privatrechte Dritter, durch den Minister des Innern zu bewirken.

Streitigkeiten, welche hierbei entstehen, unterliegen der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts.

§ 4. Die Veränderung bestehender Provinzialgrenzen erfolgt durch Gesetz.

Die infolge einer derartigen Veränderung erforderliche Regelung der Verhältnisse ist auf dem im § 3 bezeichneten Wege zu bewirken.

Veränderungen solcher Gemeinde- oder Gutsbezirksgrenzen, welche zugleich Provinzialgrenzen sind, ziehen die Veränderung der letzteren ohne Weiteres nach sich.

Eine jede Veränderung der Provinzialgrenzen, welche nicht durch Gesetz erfolgt, ist durch die Amtsblätter der beteiligten Provinzen bekannt zu machen.

Zweiter Abschnitt.

Von den Provinzialangehörigen, ihren Rechten und Pflichten.

§ 5. Provinzialangehörige sind alle Angehörigen der zu der Provinz gehörigen Kreise.

§ 6. Die Provinzialangehörigen sind berechtigt:

1. zur Teilnahme an der Verwaltung und Vertretung des Provinzialverbandes nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes;
2. zur Mitbenutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Provinzialverbandes nach Maßgabe der für dieselben bestehenden Bestimmungen.

§ 7. Die Provinzialangehörigen sind verpflichtet, nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes zu den Provinziallasten beizutragen.

Dritter Abschnitt.

Von den Provinzialstatuten und Reglements.

§ 8. Die Provinzialverbände sind befugt:

1. zum Erlasse besonderer statutarischer Anordnungen über solche ihre Verfassung betreffenden Angelegenheiten, hinsichtlich deren das Gesetz auf statutarische Regelung verweist oder keine ausdrücklichen Vorschriften enthält. Das Statut darf den bestehenden Gesetzen nicht widersprechen;
2. zum Erlasse von Reglements über besondere Einrichtungen der Provinzialverbandes.

Die Provinzialstatuten und Reglements sind auf Kosten der Provinzialverbände durch die Amtsblätter der Provinz bekannt zu machen.

Zweiter Titel.

Von der Vertretung und Verwaltung der Provinzialverbände.

Erster Abschnitt.

Von der Zusammensetzung der Provinziallandtage.

§ 9. Die Provinzialversammlung (der Provinziallandtag) besteht aus Abgeordneten der Land- und Stadtkreise der Provinz.

§ 10. In den Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern und Sachsen werden für jeden Kreis zwei Abgeordnete, in der Provinz Schlesien für jeden Kreis mit weniger als 40000 Einwohnern ein Abgeordneter, für jeden Kreis mit 40000 oder mehr Einwohnern zwei Abgeordnete gewählt. Erreicht die Einwohnerzahl eines Kreises

1. in der Provinz Schlesien 80000,
2. in den Provinzen Ost- und Westpreußen 60000,
3. in den Provinzen Brandenburg und Sachsen 50000,
4. in der Provinz Pommern 40000 Einwohner,

so werden drei Abgeordnete gewählt.

Für jede fernere Vollzahl von 50000 Einwohnern tritt ein Abgeordneter hinzu.

§ 11. Den Provinziallandtagen bleibt es überlassen, durch statutarische Anordnung in geeigneten Fällen zwei derjenigen angrenzenden Landkreise, welche nur je zwei Abgeordnete zu wählen haben, unter Zustimmung der betreffenden Kreistage zu Wahlbezirken zu verbinden und die Wahlorte zu bestimmen.

In der Provinz Schlesien können außerdem in gleicher Weise zwei Landkreise, deren einer nur einen und der andere nur zwei Abgeordnete zu wählen hat, sowie zwei oder drei derjenigen Landkreise, welche nur je einen Abgeordneten zu wählen haben, zu Wahlbezirken verbunden werden.

Die Wahlbezirke wählen diejenige Zahl der Abgeordneten, welche gemäß § 10 auf die zusammengelegten Kreise trifft.

§ 12. Die Feststellung der Zahl der von den einzelnen Kreisen beziehungsweise Wahlbezirken zu wählenden Abgeordneten erfolgt vor jeder neuen Wahl (§§ 20 und 122) durch den Provinzialausschuß und wird durch die Amtsblätter der Provinz zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Der Feststellung ist die durch die jeweilige letzte Volkszählung ermittelte Einwohnerzahl der Kreise beziehungsweise Wahlbezirke, mit Ausschluß der aktiven Militärpersonen, zu Grunde zu legen.

§ 13. Anträge auf Berichtigung der Feststellung sind innerhalb vier Wochen nach Ausgabe des Amtsblatts, durch welches die Feststellung veröffentlicht worden ist, bei dem Provinzialausschusse anzubringen, welcher darüber endgültig beschließt.

§ 14. Die Abgeordneten der Landkreise werden von den Kreistagen gewählt.

Erfolgt die Bildung von Wahlbezirken, so treten die Kreistage der zu dem Wahlbezirke gehörigen Landkreise unter dem Vorsitze des von dem Ober-Präsidenten zu ernennenden Wahlkommissars zu einer Wahlversammlung zusammen.

§ 15. Die Abgeordneten der Stadtkreise werden von dem Magistrate und der Stadtverordnetenversammlung beziehungsweise dem bürgerschaftlichen Repräsentantenkollegium in gemeinschaftlicher Sitzung unter dem Vorsitze des Bürgermeisters gewählt.

§ 16. Die Vollziehung der Wahlen der Provinziallandtagsabgeordneten erfolgt nach näherer Vorschrift des diesem Gesetze beigefügten Wahlreglements.

§ 17. Wählbar zum Mitgliede des Provinziallandtages ist jeder selbständige Angehörige des Deutschen Reichs, welcher das dreißigste Lebensjahr vollendet hat, sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet und seit mindestens einem Jahre der Provinz durch Grundbesitz oder Wohnsitz angehört.

Als selbständig gilt derjenige, welchem das Recht, über sein Vermögen zu verfügen und dasselbe zu verwalten, nicht durch gerichtliche Anordnung entzogen ist.

§ 18. Die Wählbarkeit geht verloren, sobald eines der im § 17 gedachten Erfordernisse bei dem bis dahin Wählbaren nicht mehr zutrifft. Sie ruht während der Dauer des Konkurses, ferner während der Dauer einer gerichtlichen Untersuchung, wenn dieselbe wegen Verbrechen oder wegen solcher Vergehen, welche den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte nach sich ziehen müssen oder können, eingeleitet, oder wenn die gerichtliche Haft verfügt ist.

§ 19. Die Abgeordneten zum Provinziallandtage werden auf sechs Jahre gewählt.

Jede Wahl verliert dauernd oder vor-

übergehend ihre Wirkung mit dem gänzlichen oder zeitweisen Aufhören einer der für die Wählbarkeit vorgeschriebenen Bedingungen. Der Provinziallandtag hat darüber zu beschließen, ob einer dieser Fälle eingetreten ist.

§ 20. Die Vornahme der Wahlen zum Provinziallandtage wird durch den Ober-Präsidenten angeordnet.

§ 21. Die Namen der neugewählten Abgeordneten sind von dem Ober-Präsidenten durch die Amtsblätter der Provinz bekannt zu machen.

Die Einführung derselben erfolgt durch den Vorsitzenden des Provinziallandtages.

§ 22. Die Ersatzwahlen für die im Laufe der Wahlperiode Ausgeschiedenen werden von denjenigen Land- und Stadtkreisen beziehungsweise Wahlbezirken vorgenommen, von denen die Ausgeschiedenen gewählt waren.

Die Vollziehung der Ersatzwahlen muß innerhalb längstens sechs Monaten und womöglich vor dem Zusammentritte des nächsten Provinziallandtages erfolgen. Die Ersatzmänner bleiben nur bis zum Ende desjenigen Zeitraums in Thätigkeit, für welchen die Ausgeschiedenen gewählt waren.

§ 23. Gegen das stattgehabte Wahlverfahren kann jedes Mitglied der Wahlversammlung innerhalb zwei Wochen Einspruch bei dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes erheben. Die Beschlußfassung über den Einspruch, über welchen die Beteiligten vorab zu hören sind, steht dem Provinziallandtage zu. Im übrigen prüft der Provinziallandtag die Legitimation seiner Mitglieder von Amtswegen und beschließt darüber.

§ 24. Gegen die nach Maßgabe der §§ 19 und 23 gefaßten Beschlüsse des Provinziallandtages findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt. Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung, jedoch dürfen bis zur Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Ersatzwahlen nicht stattfinden.

Zweiter Abschnitt.

Von den Versammlungen der Provinziallandtage.

§ 25. Der Provinziallandtag wird von dem Könige alle zwei Jahre wenigstens einmal berufen, außerdem aber so oft es die Geschäfte erfordern.

§ 26. Die Ladung der Mitglieder, die Eröffnung und Schließung des Provinziallandtages erfolgt durch den Ober-Präsidenten der Provinz als Königlichen Kommissarius oder den für ihn in dieser Eigenschaft ernannten Stellvertreter.

§ 27. Der Königliche Kommissarius ist die Mittelsperson bei allen Verhandlungen der Staatsbehörden mit dem Provinziallandtage.

Der Kommissarius teilt dem Provinziallandtage die Vorlagen der Staatsregierung mit und empfängt die von ihm abzugebenden Erklärungen und Gutachten.

Der Königliche Kommissarius, sowie die zu seiner Vertretung oder Unterstützung abgeordneten Staatsbeamten sind befugt, den Sitzungen des Provinziallandtages und der von ihm zur Vorbereitung seiner Beschlüsse gewählten Kommissionen beizuwohnen; dieselben müssen auf Verlangen zu jeder Zeit gehört werden.

§ 28. Die Sitzungen des Provinziallandtages sind öffentlich. Für einzelne Gegenstände kann durch besonderen, in geheimer Sitzung gefaßten Beschluß die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden.

§ 29. Der Provinziallandtag kann nur beschließen, wenn mehr als die Hälfte der im § 10 vorgeschriebenen Mitgliederzahl anwesend ist.

Als anwesend gelten auch diejenigen Mitglieder, welche sich der Abstimmung enthalten.

§ 30. Der Provinziallandtag faßt seine Beschlüsse nach Stimmenmehrheit. Die Stimmenmehrheit wird ohne Mit-

zählung derjenigen festgestellt, die sich der Abstimmung enthalten haben. Bei Stimmengleichheit gilt der gestellte Antrag als abgelehnt.

§ 31. Die Mitglieder des Provinzialausschusses, sowie der Landesdirektor (Landeshauptmann) und die ihm zugeordneten oberen Beamten (§§ 87 und 93) können, sofern sie nicht selbst Mitglieder des Provinziallandtages sind, den Sitzungen desselben mit beratender Stimme beiwohnen.

Der Provinziallandtag kann jedoch beschließen, einzelne, die Mitglieder des Provinzialausschusses, den Landesdirektor oder die ihm zugeordneten oberen Beamten persönlich berührende Gegenstände in deren Abwesenheit und in geheimer Sitzung zu verhandeln, sofern dieselben nicht Mitglieder des Provinziallandtages sind.

§ 32. Unter dem Vorsitze des an Jahren ältesten Mitgliedes, welchem die beiden jüngsten Mitglieder als Schriftführer und Stimmzähler zur Seite stehen, wählt der Provinziallandtag nach näherer Vorschrift des diesem Gesetze beigefügten Wahlreglements einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

Dieselben fungieren während der Sitzungsperiode und in der darauf folgenden Zwischenzeit bis zum Zusammentritte des nächsten Provinziallandtages.

§ 33. Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen. Er eröffnet und schließt die Sitzungen und handhabt die Ordnung in denselben. Er kann jeden Zuhörer entfernen lassen, welcher Zeichen des Beifalls oder des Mißfallens giebt oder sonst eine Störung verursacht.

Im übrigen regelt der Provinziallandtag seinen Geschäftsgang durch eine Geschäftsordnung.

Dritter Abschnitt.

Von den Geschäften des Provinziallandtages.

§ 34. Der Provinziallandtag ist berufen:

I. über diejenigen die Provinz betreffenden Gesetzentwürfe sowie sonstigen Gegenstände sein Gutachten abzugeben, welche ihm zu dem Ende von der Staatsregierung überwiesen werden;

II. den Provinzialverband zu vertreten, und nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes über die Angelegenheiten desselben, sowie über diejenigen Gegenstände zu beraten und zu beschließen, welche ihm durch Gesetze oder Königliche Verordnungen überwiesen sind oder in Zukunft durch Gesetz überwiesen werden.

§ 35. Zu den Befugnissen und Obliegenheiten des Provinziallandtages gehören insbesondere folgende:

I. Der Provinziallandtag beschließt über den Erlaß von Statuten und Reglements gemäß § 8.

§ 36. II. Der Provinziallandtag beschließt, in welcher Weise Staatsprästationen, welche von dem Provinzialverbande aufzubringen sind, und deren Aufbringungsweise nicht schon durch das Gesetz vorgeschrieben ist, verteilt werden sollen.

§ 37. III. Der Provinziallandtag beschließt über die zur Erfüllung von Verpflichtungen oder im Interesse der Provinz erforderlichen Ausgaben.

Er beschließt zu dem Ende:

1. über die Verwendung der dem Provinzialverbande aus der Staatskasse überwiesenen Jahresrenten und Fonds nach näherer Vorschrift des Gesetzes, betreffend die Ausführung der §§ 5 und 6 des Gesetzes vom 30. April 1873 wegen der Dotation der Provinzial- und Kreisverbände,
2. über die Verwendung der Einnahmen aus sonstigem Kapital- und Grundvermögen des Provinzialverbandes, sowie über die Verwendung des Kapitalvermögens selbst,
3. über die Aufnahme von Anleihen und die Uebernahme von Bürgschaften,
4. über die Ausschreibung von Provinzialabgaben.

§ 38. IV. Der Provinziallandtag beschließt über die Veräußerung von Grundstücken und Immobiliarrechten. Durch Provinzialstatut kann dem Provinzialausschusse für einzelne Verwaltungszweige und Anstalten die Befugnis zur Veräußerung von Grundstücken minderen Wertes beigelegt werden.

§ 39. V. Der Provinziallandtag beschließt über die Einrichtung des Rechnungs- und Kassenwesens, über die Feststellung des Haushaltsetats, sowie über die Dechargierung der Jahresrechnungen (§§ 101 und 104).

§ 40. VI. Der Provinziallandtag stellt die Grundsätze fest, nach denen die Verwaltung der Angelegenheiten des Provinzialverbandes zu erfolgen hat.

§ 41. VII. Der Provinziallandtag beschließt über die Einrichtung von Provinzialämtern, er bestimmt die Zahl, die Besoldung, sowie die Art der Anstellung der Beamten und wählt den Landesdirektor (Landeshauptmann), die demselben nach § 93 zugeordneten oberen Beamten, sowie die sonstigen im Provinzialstatute zu bezeichnenden leitenden Beamten einzelner Verwaltungszweige.

§ 42. VIII. Der Provinziallandtag vollzieht die Wahlen zum Provinzialausschusse, sowie nach Maßgabe der besonderen Gesetze die Wahlen zu den für Zwecke der allgemeinen Landesverwaltung angeordneten Behörden und Kommissionen; er bestellt besondere Kommissionen oder Kommissare für Zwecke der kommunalen Provinzialverwaltung (§ 99).

Für die Vollziehung dieser Wahlen gelten die Vorschriften des diesem Gesetze beigefügten Reglements. Gegen das stattgehabte Wahlverfahren kann jedes Mitglied des Provinziallandtages innerhalb vierundzwanzig Stunden Einspruch bei dem Vorsitzenden erheben. Die endgültige Beschlußfassung über den Einspruch steht dem Provinziallandtage zu.

§ 43. IX. Der Provinziallandtag ist befugt, Anträge und Beschwerden, welche die Provinz oder einzelne Teile derselben betreffen, an die Staatsregierung zu richten.

§ 44. X. Der Provinziallandtag nimmt die ihm durch Gesetz übertragenen sonstigen Geschäfte wahr.

Vierter Abschnitt.

Von dem Provinzialausschusse, seiner Zusammensetzung und seinen Geschäften.

§ 45. Zum Zwecke der Verwaltung der Angelegenheiten des Provinzialverbandes wird für jede Provinz ein Provinzialausschuß bestellt.

§ 46. Der Provinzialausschuß besteht aus einem Vorsitzenden und einer durch das Provinzialstatut festzusetzenden Zahl von mindestens sieben bis höchstens dreizehn Mitgliedern.

Außerdem ist der Landesdirektor von Amtswegen Mitglied des Provinzialausschusses.

§ 47. Der Vorsitzende, die Mitglieder des Provinzialausschusses und aus der Zahl der letzteren der Stellvertreter des Vorsitzenden werden von dem Provinziallandtage gewählt.

Für die Mitglieder ist in gleicher Weise eine mindestens der Hälfte derselben gleichkommende Zahl von Stellvertretern zu wählen.

Die Zahl der Stellvertreter, sowie die Reihenfolge, in welcher dieselben einzuberufen sind, wird durch das Provinzialstatut bestimmt.

Wählbar ist jeder zum Provinziallandtage wählbare Angehörige des Deutschen Reichs (§ 17).

Von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind der Oberpräsident, die Regierungspräsidenten, sowie sämtliche Provinzialbeamte.

Der Landesdirektor kann zum Vorsitzen-

den oder stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialausschusses nicht gewählt werden.

§ 48. Die Wahl des Vorsitzenden, der Mitglieder des Provinzialausschusses und deren Stellvertreter erfolgt auf sechs Jahre.

Jede Wahl verliert dauernd oder vorübergehend ihre Wirkung mit dem gänzlichen oder zeitweisen Aufhören einer der für die Wählbarkeit vorgeschriebenen Bedingungen.

Der Provinzialausschuß hat darüber zu beschließen, ob einer dieser Fälle eingetreten ist. Gegen den Beschluß des Provinzialausschusses findet nach Maßgabe des § 24 die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.

§ 49. Alle drei Jahre scheidet die Hälfte der gewählten Mitglieder und Stellvertreter aus und wird durch neue Wahlen ersetzt. Die Ausscheidenden bleiben jedoch in allen Fällen bis zur Einführung der neu Gewählten in Thätigkeit.

Ist die Zahl der gewählten Mitglieder beziehungsweise Stellvertreter nicht durch zwei teilbar, so scheidet das erste Mal die nächst größere Zahl aus.

Die das erste Mal Ausscheidenden werden durch das Los bestimmt. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.

§ 50. Für die im Laufe der Wahlperiode ausscheidenden Mitglieder und Stellvertreter haben Ersatzwahlen stattzufinden. Die Vollziehung der Ersatzwahlen muß durch den Provinziallandtag bei dessen nächstem Zusammentritt erfolgen. Die Ersatzmänner bleiben nur bis zum Ende desjenigen Zeitraums in Thätigkeit, für welchen die Ausgeschiedenen gewählt waren.

§ 51. Der Vorsitzende des Provinzialausschusses wird vom Ober-Präsidenten, die Mitglieder des Provinzialausschusses werden von dem Vorsitzenden vereidigt und in ihre Stellen eingeführt. Sie können aus Gründen, welche die Entfernung eines Beamten aus seinem Amte rechtfertigen (§ 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1852, Gesetz-Samml. S. 465), im Wege des Disziplinarverfahrens ihrer Stellen enthoben werden.

Für das Disziplinarverfahren gelten die Vorschriften, welche nach Maßgabe des § 98 Nr. 5 gegen den Landesdirektor zur Anwendung kommen.

§ 52. Der Provinzialausschuß versammelt sich, so oft es die Geschäfte erfordern. Die Berufung zu den Versammlungen erfolgt durch den Vorsitzenden; sie muß erfolgen auf schriftlichen Antrag des Landesdirektors oder der Hälfte der Mitglieder des Provinzialausschusses.

Durch Beschluß des Provinzialausschusses können regelmäßige Sitzungstage festgesetzt werden.

§ 53. Der Provinzialausschuß kann nur beschließen, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder, mit Einschluß des Vorsitzenden, anwesend ist.

Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 54. Betrifft der Gegenstand der Verhandlung einzelne Mitglieder oder deren Verwandte und Verschwägerte in auf- und absteigender Linie oder bis zu dem dritten Grade der Seitenlinie, so dürfen dieselben an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen.

Ebensowenig darf ein Mitglied bei der Beratung und Beschlußfassung über solche Angelegenheiten mitwirken, in welchen es in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben hat oder als Geschäftsführer, Beauftragter oder in anderer als öffentlichen Stellung thätig gewesen ist.

§ 55. Wird infolge des gleichzeitigen Ausscheidens von mehr als der Hälfte der Mitglieder gemäß § 54 ein Provinzialausschuß beschlußunfähig und kann die Beschlußfähigkeit auch nicht durch Einberufung unbeteiligter Stellvertreter hergestellt werden, so erfolgt die Beschlußnahme durch den Provinziallandtag.

Kann die Beschlußnahme nicht bis zum Zusammentritte des Provinziallandtages ausgesetzt bleiben, so ist durch den Ober-Präsidenten aus den unbeteiligten Mitgliedern des Provinzialausschusses beziehungsweise deren Stellvertretern, sowie aus Mitgliedern des Provinziallandtages eine besondere Kommission zu bestellen:

dieselbe hat aus einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, wie der Provinzialausschuß, zu bestehen.

§ 56. Der Vorsitzende des Provinziallandtages und die dem Landesdirektor zugeordneten oberen Beamten (§§ 87 und 93) können den Sitzungen des Provinzialausschusses mit beratender Stimme beiwohnen. Der Provinzialausschuß kann jedoch beschließen, einzelne den Landesdirektor oder die ihm zugeordneten oberen Beamten persönlich berührende Gegenstände in deren Abwesenheit zu verhandeln.

§ 57. Der Provinzialausschuß regelt seinen Geschäftsgang durch eine Geschäftsordnung. Dieselbe bedarf der Genehmigung des Provinziallandtages.

§ 58. Dem Provinzialausschusse liegt die Erledigung folgender Geschäfte ob:

I. Der Provinzialausschuß hat die Beschlüsse des Provinziallandtages vorzubereiten und auszuführen, soweit damit nicht besondere Kommissionen, Kommissarien oder Beamte durch Gesetz oder Beschluß des Provinziallandtages beauftragt sind.

§ 59. II. Der Provinzialausschuß hat die Angelegenheiten des Provinzialverbandes, insbesondere das Vermögen und die Anstalten desselben nach Maßgabe der Gesetze, der auf Grund von Gesetzen erlassenen Königlichen Verordnungen und der von dem Provinziallandtage beschlossenen Reglements (§ 8 Nr. 2), sowie des von diesem festgestellten Haushaltsetats zu verwalten.

§ 60. III. Der Provinzialausschuß hat die Provinzialbeamten zu ernennen, soweit die Ernennung derselben nicht dem Provinziallandtage vorbehalten ist (§ 41), und deren Geschäftsführung zu leiten und zu beaufsichtigen.

§ 61. IV. Der Provinzialausschuß hat sein Gutachten über alle Angelegenheiten abzugeben, welche ihm von den Ministern oder dem Ober-Präsidenten überwiesen werden.

Fünfter Abschnitt.

Von den Provinzial- und Bezirksräten (Behörden des Staats), ihrer Zusammensetzung und ihren Geschäften.

§§ 62 bis 86. (Fortgefallen.)

Sechster Abschnitt.

Von den Provinzialbeamten.

§ 87. Zur Wahrnehmung der laufenden Geschäfte der kommunalen Provinzialverwaltung wird ein Landesdirektor (Landeshauptmann) bestellt, welcher von dem Provinziallandtage auf mindestens sechs bis höchstens zwölf Jahre zu wählen ist.

Der Landesdirektor (Landeshauptmann) bedarf der Bestätigung des Königs. Wird die Bestätigung versagt, so schreitet der Provinziallandtag zu einer neuen Wahl. Wird auch diese Wahl nicht bestätigt, so kann der Minister des Innern die kommissarische Verwaltung der Stelle auf Kosten des Provinzialverbandes anordnen. Dasselbe findet statt, wenn der Provinziallandtag die Wahl verweigert oder den nach der ersten Wahl nicht Bestätigten wieder wählt. Die kommissarische Verwaltung dauert so lange, bis die Wahl des Provinziallandtages, deren wiederholte Vornahme ihm jederzeit zusteht, die Bestätigung erlangt hat.

Der Provinzialausschuß ist berechtigt, zur Uebernahme der kommissarischen Verwaltung geeignete Personen in Vorschlag zu bringen.

§ 88. Für den Fall einer Behinderung des Landesdirektors, sowie im Falle der Erledigung der Stelle desselben

bestellt der Provinzialausschuß einen Stellvertreter bis zur Aufnahme der Geschäfte durch den Landesdirektor, beziehungsweise bis zum Eintritte einer kommissarischen Verwaltung nach Maßgabe des § 87.

Weder der kommissarische Vertreter, noch der Stellvertreter des Landesdirektors sind als solche stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses.

---

§ 89. Der Landesdirektor (Landeshauptmann) wird von dem Ober-Präsidenten in sein Amt eingeführt und vereidigt.

---

§ 90. Der Landesdirektor (Landeshauptmann) führt unter der Aufsicht des Provinzialausschusses die laufenden Geschäfte der kommunalen Provinzialverwaltung. Er bereitet die Beschlüsse des Provinzialausschusses vor und trägt für die Ausführung derselben Sorge.

Er ist der Dienstvorgesetzte sämtlicher Provinzialbeamten.

Der Landesdirektor vertritt den Provinzialverband nach außen in allen Angelegenheiten, insbesondere auch da, wo die Gesetze eine Spezialvollmacht verlangen. Er verhandelt namens des Provinzialverbandes mit Behörden und Privatpersonen, führt den Schriftwechsel und zeichnet alle Schriftstücke.

---

§ 91. Urkunden, mittelst deren der Provinzialverband Verpflichtungen übernimmt, müssen unter Anführung des betreffenden Beschlusses des Provinziallandtages beziehungsweise des Provinzialausschusses von dem Landesdirektor (Landeshauptmann) und von zwei Mitgliedern des Provinzialausschusses unterschrieben und mit dem Amtssiegel des Landesdirektors versehen sein. In denjenigen Fällen, in denen es der Genehmigung der Staatsaufsichtsbehörde bedarf, ist dieselbe der Ausfertigung in beglaubigter Form beizufügen.

Dem Provinziallandtage bleibt vorbehalten, für einzelne Verwaltungszweige und Anstalten in betreff der Vollziehung von Urkunden und Vollmachten zur Vereinfachung der Geschäfte anderweite statutarische Bestimmung zu treffen.

---

§ 92. Der Landesdirektor (Landeshauptmann) ist befugt, für die Geschäfte der kommunalen Provinzialverwaltung die vermittelnde und begutachtende Thätigkeit der Kreis-, Amts- und Gemeindebehörden in Anspruch zu nehmen.

---

§ 93. Dem Landesdirektor (Landeshauptmann) können nach näherer Bestimmung des Provinzialstatuts zur Mitwirkung bei Erledigung der Geschäfte der gesamten oder einzelner Zweige der kommunalen Provinzialverwaltung noch andere vom Provinziallandtage zu wählende obere Beamte mit beratender oder beschließender Stimme zugeordnet werden. Sie werden von dem Landesdirektor in ihre Aemter eingeführt und vereidigt.

Werden dem Landesdirektor obere Beamte mit beschließender Stimme zugeordnet, so hat das Provinzialstatut auch darüber Bestimmung zu treffen, welche der durch dieses Gesetz dem Landesdirektor allein überwiesenen Geschäfte von demselben unter Mitwirkung jener Beamten zu erledigen sind.

---

§ 94. Die Stellen der zur Wahrnehmung der Bureau-, Kassen- und sonstigen Geschäfte der kommunalen Provinzialverwaltung erforderlichen Beamten werden von dem Provinziallandtage nach Zahl, Diensteinnahme und Art der Besetzung (auf Lebenszeit, auf Zeit, auf Kündigung) auf Vorschlag des Provinzialausschusses durch den Haushaltsetat bestimmt.

Die Besetzung dieser Stellen erfolgt vorbehaltlich der Bestimmung des § 41 durch den Provinzialausschuß. Die Beamten werden von dem Landesdirektor (Landeshauptmann) in ihre Aemter eingeführt und vereidigt. Sie erhalten ihre Geschäftsinstruktionen von dem Provinzialausschusse.

---

§ 95. Ueber die an den einzelnen Provinzialinstituten und in der Provinzial-Chaussee- und Wegeverwaltung anzustellenden Beamten, sowie über die Art der Anstellung derselben wird durch die für jene Institute und jenen Verwaltungszweig zu erlassenden Reglements beziehungsweise die für dieselben festzustellenden Etats bestimmt.

Bis zum Erlasse neuer Reglements bleiben die bestehenden Reglements in Geltung.

---

§ 96. Sämtliche Provinzialbeamte haben die Rechte und Pflichten mittelbarer Staatsbeamten. Die besonderen dienstlichen Verhältnisse derselben werden durch ein von dem Provinziallandtage zu erlassendes Reglement geordnet.[1])

§ 97. Hinsichtlich der Besetzung der Stellen von Provinzialbeamten mit Militärinvaliden gilt das Gesetz, betreffend die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen in der Verwaltung der Kommunalverbände mit Militäranwärtern, vom 21. Juli 1892.

§ 98. In betreff der Dienstvergehen der Provinzialbeamten finden die Vorschriften des Gesetzes vom 21. Juli 1852 (Gesetz-Samml. S. 465) mit folgenden Maßgaben Anwendung:

1. Gegen den Landesdirektor (Landeshauptmann) und die im § 41 gedachten Provinzialbeamten ist die Festsetzung von Ordnungsstrafen nur in dem auf Entfernung aus dem Amte gerichteten Verfahren zulässig.
2. Gegen die übrigen Provinzialbeamten steht die den Ministern und den Provinzialbehörden beigelegte Befugnis zur Verhängung von Ordnungsstrafen dem Landesdirektor zu; jedoch dürfen die von ihm festzusetzenden Geldbußen den Betrag von dreißig Mark nicht übersteigen.

   Außerdem steht
3. den Vorstehern von Provinzialanstalten die Befugnis zu, gegen die ihnen nachgeordneten Anstaltsbeamten, mit Ausnahme der oberen Anstaltsbeamten, Geldbußen bis zu zehn Mark festzusetzen.
4. Gegen die Disziplinarverfügungen des Landesdirektors und der Vorsteher von Provinzialanstalten findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse statt.
5. In dem auf Entfernung aus dem Amte gerichteten Verfahren tritt an die Stelle des Regierungspräsidenten der Landesdirektor und, sofern das Verfahren gegen den letzteren selbst oder einen der im § 41 gedachten Provinzialbeamten gerichtet ist, der Minister des Innern, an die Stelle der Bezirksregierung beziehungsweise des Disziplinarhofes der Bezirksausschuß und an die Stelle des Staatsministeriums das Oberverwaltungsgericht.

   Die Vertreter der Staatsanwaltschaft bei dem Bezirksausschusse und dem Oberverwaltungsgerichte werden vom Minister des Innern ernannt. Die Verhandlung vor dem Bezirksausschusse und dem Oberverwaltungsgerichte findet im mündlichen Verfahren statt. Das Gutachten des Disziplinarhofes ist nicht einzuholen.

   Das Verfahren kann mit Rücksicht auf den Ausfall der Voruntersuchung durch Beschluß des Bezirksausschusses eingestellt werden.
6. Die Bestimmung des § 16 Nr. 1 des Gesetzes vom 21. Juli 1852 findet auch auf die Provinzialbeamten, mit Ausnahme der im § 41 gedachten, Anwendung.

Siebenter Abschnitt.

Von den Provinzialkommissionen und Schlußbestimmung.

§ 99. Für die unmittelbare Verwaltung und Beaufsichtigung einzelner Anstalten, sowie für die Wahrnehmung einzelner Angelegenheiten des Provinzialverbandes können besondere Kommissionen oder Kommissare bestellt werden. Die Einsetzung, die Begrenzung der Zuständigkeit und die Art und Weise der Zusammensetzung derselben hängt von dem Beschlusse des Provinziallandtages ab. Die Wahl der Mitglieder steht dem Provinzialausschusse zu, sofern sich nicht der Provinziallandtag dieselbe für einzelne Kommissionen oder Kommissare selbst vorbehält.

Die Kommissionen oder Kommissare empfangen von dem Provinzialausschusse ihre

[1]) Man vergleiche über Anstellung und Versorgung der Provinzialbeamten jetzt §§ 22 und 1 bis 8 des Kommunalbeamtengesetzes vom 30. Juli 1899.

Geschäftsanweisung und führen ihre Geschäfte unter der Aufsicht desselben.

§ 100. Die Mitglieder des Provinziallandtages, des Provinzialausschusses und der Provinzialkommissionen, sowie die gewählten Mitglieder des Provinzialrats erhalten eine ihren baren Auslagen entsprechende Entschädigung.

Ueber die Höhe derselben beschließt der Provinziallandtag.

Achter Abschnitt.

Von dem Provinzialhaushalte.

§ 101. Ueber alle Einnahmen und Ausgaben entwirft der Provinzialausschuß einen Haushaltsetat für ein oder mehrere Jahre. Derselbe wird vom Provinziallandtage festgestellt und durch die Amtsblätter der Provinz veröffentlicht.

§ 102. Bei Vorlegung des Haushaltsetats hat der Provinzialausschuß über die Verwaltung und den Stand der Angelegenheiten des Provinzialverbandes Bericht zu erstatten.

§ 103. Der Provinzialausschuß beziehungsweise in Ausführung der Beschlüsse desselben der Landesdirektor (Landeshauptmann) haben dafür zu sorgen, daß der Haushalt nach dem Etat geführt werde.

Der Landesdirektor erläßt die Einnahme- und Ausgabeanweisungen an die Provinzial-(Landes-)Hauptkasse.

Etatsüberschreitungen und außeretatsmäßige Ausgaben dürfen nur unter Verantwortung des Provinzialausschusses stattfinden und bedürfen der Genehmigung des Provinziallandtages.

§ 104. Die Jahresrechnungen der Provinzial-Hauptkasse sowie der Kassen der einzelnen Provinzialanstalten sind von den Rendanten derselben innerhalb vier Monaten nach Schluß des Rechnungsjahres zu legen und dem Provinzialausschusse einzureichen.

Letzterer hat die Revision der Rechnungen zu veranlassen und dieselben mit seinen Bemerkungen dem Provinziallandtage zur Prüfung, Feststellung und Entlastung vorzulegen. Nach erfolgter Entlastung sind Auszüge aus den Rechnungen durch die Amtsblätter der Provinz zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

§ 105. Der Provinziallandtag kann die Ausschreibung von Provinzialabgaben beschließen.

Bis zum Erlasse eines besonderen Gesetzes über die Kommunalbesteuerung gelten hierüber folgende Bestimmungen:

§ 106. Die Verteilung der Provinzialabgaben erfolgt auf die einzelnen Land- und Stadtkreise nach dem Maßstabe der in ihnen aufkommenden direkten Staatssteuern mit Ausschluß der Gewerbesteuer vom Hausiergewerbe.[1][2]

§ 107. Bei der Verteilung kommen die behufs Aufbringung der Kreis- beziehungsweise der städtischen Kommunalabgaben in den einzelnen Land- und Stadtkreisen nach den Vorschriften der

[1]) und der Ergänzungssteuer (nach § 51 des Ergänzungssteuergesetzes).

[2]) Soweit hierbei die Entrichtung der im § 1 Nr. 1 und 2 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893 bezeichneten Steuern vorausgesetzt wird, treten an die Stelle der zu entrichtenden die veranlagten Beträge (§ 5 Abs. 1 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern).

Die Veranlagung ist auf diejenigen Liegenschaften, Gebäude und Gewerbebetriebe auszudehnen, welche von der entsprechenden Staatssteuer freigeblieben, aber gemäß den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes der Kommunalsteuerpflicht unterworfen sind (§ 4 Abs. 1 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern).

Die auf Grund der Einlegung von Rechtsmitteln erfolgte Erhöhung oder Ermäßigung der der Verteilung von Provinzialsteuern zu Grunde gelegten Staatssteuersätze zieht die entsprechende Abänderung der Veranlagung zu den Provinzialsteuern nach sich (§ 91 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes).

§§ 14 bis 16 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872[1]) besonders veranlagten Steuerbeträge auf Höhe der Staatssteuern, welche von dem ihnen zu Grunde liegenden Einkommen, Grundsteuerreinertrage, Gebäudesteuernutzungswerte oder nach dem Umfange des Gewerbe- oder Bergbaubetriebes zu entrichten wären, mit in Anrechnung. Dagegen bleiben die von einer Belastung mit Kreis- und Gemeindeabgaben ganz oder teilweise befreiten Steuerbeträge (§ 18 der Kreisordnung,[2]) [1]) mit Einschluß der Steuerbeträge der Militärpersonen außer Ansatz.

§ 108. In den einzelnen Land- und Stadtkreisen erfolgt die Aufbringung der auf sie treffenden Anteile an den Provinzialabgaben gleich den übrigen Kreis- und beziehungsweise Gemeindebedürfnissen nach den Vorschriften der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 beziehungsweise des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893.

§ 109. Hat keine Bedeutung mehr.

§ 110. Sofern es sich um Provinzialeinrichtungen handelt, welche in besonders hervorragendem oder in besonders geringem Maße einzelnen Teilen der Provinz zu gute kommen, kann der Provinziallandtag beschließen, für die betreffenden Kreise eine Mehr- oder Minderbelastung eintreten zu lassen.

Die Mehrbelastung kann nach Maßgabe der Beschlüsse des Provinziallandtages durch Naturalleistungen ersetzt werden.

§ 111. Die Verteilung der Provinzialabgaben auf die einzelnen Land- und Stadtkreise liegt dem Provinzialausschusse ob.

Der Betrag der von dem Provinziallandtage ausgeschriebenen Provinzialabgaben, sowie die Verteilung desselben auf die Kreise sind durch die Amtsblätter der Provinz öffentlich bekannt zu machen. In dem Ausschreiben ist der Bedarf für Verkehrsanlagen besonders anzugeben. In betreff der Aufbringung dieses Teiles der Provinzialabgaben von seiten der Landkreise gelten die Vorschriften des § 12 Absatz 1 Satz 2 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872.[3])

§ 112. Reklamationen der Kreise gegen die Verteilung der Provinzialabgaben unterliegen der Beschlußfassung des Provinzialausschusses.

Die Reklamationen sind innerhalb einer Frist von vier Wochen nach erfolgter Bekanntmachung der Abgabenbeträge bei dem Provinzialausschusse anzubringen.[4])

§ 113. Die Zahlung der Provinzialabgabe darf durch die Reklamation beziehungsweise Klage nicht aufgehalten werden, muß vielmehr mit Vorbehalt der späteren Rückerstattung des etwa zu viel Bezahlten zu den bestimmten Terminen erfolgen.

Dritter Titel.

Von der Aufsicht über die Verwaltung der Angelegenheiten der Provinzialverbände.

§ 114. Die nach Maßgabe dieses Gesetzes zu handhabende Aufsicht über die Verwaltung der Angelegenheiten der Provinzialverbände wird von dem Ober-Präsidenten, in höherer Instanz von dem Minister des Innern geübt.

Die Beschwerde an die höhere Instanz ist innerhalb zwei Wochen zulässig.

§ 115. Die Aufsichtsbehörden haben mit den ihnen in diesem Gesetze zugewiesenen Mitteln darüber zu wachen, daß die Verwaltung den Bestimmungen der Gesetze gemäß geführt und in geordnetem Gange erhalten werde.

---

[1]) und der §§ 91, 92 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893.
[2]) und der §§ 24, 26, 28 und 30 des Kommunalabgabengesetzes.
[3]) und des § 91 Nr. 2 des Kommunalabgabengesetzes.
[4]) Ueber die Anfechtung des Beschlusses des Provinzialausschusses vergleiche man jetzt § 1 Abs. 1 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883.

§ 116. Die Aufsichtsbehörden sind zu dem Ende befugt, über alle Gegenstände der Verwaltung Auskunft zu erfordern, die Einsicht der Akten, insbesondere auch der Haushaltsetats und Jahresrechnungen zu verlangen, und Geschäftsrevisionen, sowie in der Verbindung mit denselben Kassenrevisionen an Ort und Stelle zu veranlassen.

§ 117. Der Ober-Präsident ist befugt, an den Beratungen des Provinzialausschusses und der Provinzialkommissionen entweder selbst oder durch einen zu seiner Vertretung abzuordnenden Staatsbeamten teilzunehmen.

§ 118. Beschlüsse des Provinziallandtages, des Provinzialausschusses oder einer Provinzialkommission, welche deren Befugnisse überschreiten oder die Gesetze verletzen, hat der Ober-Präsident, entstehenden Falles auf Anweisung des Ministers des Innern, unter Angabe der Gründe, mit aufschiebender Wirkung zu beanstanden.

Gegen die Verfügung des Ober-Präsidenten steht dem Provinziallandtage, dem Provinzialausschusse, beziehungsweise der Provinzialkommission innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte zu. Dieselben können zur Wahrnehmung ihrer Rechte im Verwaltungsstreitverfahren einen besonderen Vertreter bestellen.

§ 119. Beschlüsse des Provinziallandtages, welche folgende Angelegenheiten betreffen:

1. den Erlaß von Statuten gemäß § 8 Nr. 1 und § 35,
2. Mehr- oder Minderbelastungen einzelner Teile der Provinz gemäß § 110,
3. Aufnahme von Anleihen, durch welche der Provinzialverband mit einem Schuldenbestande belastet oder der bereits vorhandene Schuldenbestand vergrößert werden würde, sowie Uebernahme von Bürgschaften auf den Provinzialverband,
4. eine Belastung des Provinzialverbandes durch Beiträge über fünfundzwanzig Prozent des Gesamtaufkommens an direkten Staatssteuern,
5. eine neue Belastung des Provinzialverbandes ohne gesetzliche Verpflichtung, insofern die aufzulegenden Leistungen über die nächsten fünf Jahre hinaus fortdauern sollen,

bedürfen in den Fällen zu 1 der landesherrlichen Genehmigung, in den Fällen zu 2 und 3 der Bestätigung des Ministers des Innern, in den Fällen zu 4 und 5 der Bestätigung der Minister des Innern und der Finanzen.

§ 120. Der Genehmigung der zuständigen Minister bedürfen ferner die von dem Provinziallandtage gemäß § 8 Nr. 2, §§ 35 und 95 für folgende Provinzialinstitute und Verwaltungszweige zu beschließenden Reglements:

1. Landarmen- und Korrigendenanstalten,
2. Irren-, Taubstummen-, Blinden- und Idiotenanstalten,
3. Hebammenlehrinstitute,
4. Provinzialhilfs- und Darlehnskassen,
5. Versicherungsanstalten.

Dieser Genehmigung unterliegen jedoch die gedachten Reglements nur insoweit, als sich die Bestimmungen derselben beziehen:

in betreff der zu 1 und 2 gedachten Anstalten auf die Aufnahme, die Behandlung und Entlassung der Landarmen, Korrigenden, Irren, Taubstummen, Blinden und Idioten beziehungsweise auf den Unterricht derselben,

in betreff der Hebammenlehrinstitute zu 3 auf die Aufnahme, den Unterricht und die Prüfung der Schülerinnen,

in betreff der Provinzialhilfs- und Darlehnskassen zu 4 auf die Grundsätze, nach denen die Gewährung von Darlehnen zu erfolgen hat,

in betreff der Versicherungsanstalten zu 5 auf die Organisation und die Verwaltungsgrundsätze.

Ingleichen bedarf das im § 96 vorgeschriebene Reglement über die dienstlichen Verhältnisse der Provinzialbeamten der Genehmigung des Ministers des Innern in betreff der Grundsätze über die Anstellung, Entlassung und Pensionierung der Beamten.[1])

[1]) Man vergleiche die Anmerkung zu § 96 dieses Gesetzes.

§ 121. Unterläßt oder verweigert ein Provinzialverband die ihm gesetzlich obliegenden, von der Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit festgestellten Leistungen auf den Haushaltsetat zu bringen oder außerordentlich zu genehmigen, so verfügt der Ober-Präsident, unter Angabe der Gründe, die Eintragung in den Etat, beziehungsweise die Feststellung der außerordentlichen Ausgaben.

Gegen die Verfügung des Ober-Präsidenten steht dem Provinzialverbande innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte zu. Zur Ausführung der Rechte des Provinzialverbandes kann der Provinziallandtag einen besonderen Vertreter bestellen.

§ 122. Auf den Antrag des Staatsministeriums kann ein Provinziallandtag durch Königliche Verordnung aufgelöst werden. Es sind sodann Neuwahlen anzuordnen, welche innerhalb drei Monaten vom Tage der Auflösung an erfolgen müssen. Der neugewählte Landtag ist innerhalb sechs Monaten nach erfolgter Auflösung zu berufen.

Im Falle der Auflösung eines Provinziallandtages bleiben die von demselben gewählten Mitglieder des Provinzialausschusses und der Provinzialkommissionen bis zum Zusammentritte des neugebildeten Provinziallandtages in Wirksamkeit.

Vierter Titel.

Schluß-, Uebergangs- und Ausführungsbestimmungen.

§ 123. Die gegenwärtige Provinzialordnung tritt mit dem 1. Januar 1876 in Kraft.

§ 124. In allen Provinzen ist noch im Laufe des Jahres 1875 zur Wahl der Mitglieder der Provinziallandtage gemäß den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes zu schreiten.

Für diese ersten Wahlen sind die Obliegenheiten des Provinzialausschusses (§§ 12 und 13) von dem Ober-Präsidenten wahrzunehmen.

§ 125. Von dem im § 123 gedachten Zeitpunkte ab gehen die Rechte und Pflichten der bisherigen provinzialständischen Verbände auf die nach § 1 dieses Gesetzes gebildeten Provinzialverbände über.

Die bisherigen provinzialständischen Ausschüsse und Kommissionen bleiben bis zur anderweitigen Beschlußnahme der nach diesem Gesetze gewählten Provinziallandtage über ihren Fortbestand und ihre Zusammensetzung in Wirksamkeit.

§ 126. (Fortgefallen.)

§ 127. (Fortgefallen.)

§ 128. Die Verwaltung der zur Zeit bestehenden besonderen kommunalständischen Verbände, soweit sie die Fürsorge für Landarme, Geisteskranke, Taubstumme, Blinde und Idioten betrifft, ist spätestens bis zum 1. Januar 1878 mit allen Rechten und Pflichten auf die Provinzialverbände zu übertragen.

Soweit die betreffende Regelung in der obigen Frist nicht durch Uebereinkommen zwischen den gegenwärtigen Vertretungen der kommunalständischen Verbände und der nach diesem Gesetze zu bildenden Provinzialvertretung, unter Genehmigung des Ministers des Innern, zu stande kommt, erfolgt dieselbe, unbeschadet aller Privatrechte Dritter, durch Königliche Verordnung.

Streitigkeiten, welche bei der Ausführung entstehen, unterliegen der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts.

Im übrigen erfolgt die Umbildung beziehungsweise Aufhebung der kommunalständischen Verbände und ihrer Organe durch besondere Gesetze.

§ 129. Mit dem Tage des Inkrafttretens des gegenwärtigen Gesetzes treten alle mit den Vorschriften desselben im Widerspruch stehenden oder mit denselben nicht zu vereinigenden gesetzlichen Bestimmungen außer Geltung.

§ 130. Der Minister des Innern ist mit der Ausfertigung des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt und erläßt die hierzu erforderlichen Anordnungen und Instruktionen.

Wahlreglement.

§ 1. Der Wahlvorstand besteht aus dem Vorsitzenden des Provinziallandtages beziehungsweise dem vom Ober-Präsidenten ernannten Wahlkommissar, dem Landrate, dem Bürgermeister oder deren Stellvertreter als Vorsitzenden und aus zwei oder vier Beisitzern, welche von der Wahlversammlung aus der Zahl der Wähler zu wählen sind. Der Vorsitzende ernennt einen der Beisitzer zum Protokollführer.

§ 2. Während der Wahlhandlung dürfen im Wahllokale weder Diskussionen stattfinden, noch Ansprachen gehalten, noch Beschlüsse gefaßt werden.

Ausgenommen hiervon sind die Diskussionen und Beschlüsse des Wahlvorstandes, welche durch die Leitung des Wahlgeschäfts bedingt sind.

§ 3. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel.

§ 4. Die Wähler werden in der Reihenfolge, in welcher sie in der Wählerliste verzeichnet sind, aufgerufen.

Jeder aufgerufene Wähler legt den Stimmzettel uneröffnet in die Wahlurne.

§ 5. Die während des Wahlakts erscheinenden Wähler können an der nicht geschlossenen Wahl teilnehmen.

Sind keine Stimmen mehr abzugeben, so erklärt der Wahlvorstand die Wahl für geschlossen; der Vorsitzende nimmt die Stimmzettel einzeln aus der Wahlurne und verliest die darauf verzeichneten, von einem Beisitzer, welchen der Vorsitzende ernennt, laut zu zählenden Namen.

§ 6. Ungültig sind:

1. Stimmzettel, welche keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten;
2. Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist;
3. Stimmzettel, auf welchen mehr Namen als zu wählende Personen oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist;
4. Stimmzettel, welche einen Protest oder Vorbehalt enthalten.

§ 7. Alle ungültigen Stimmzettel werden als nicht abgegeben betrachtet. Ueber die Gültigkeit der Stimmzettel entscheidet vorläufig der Wahlvorstand. Die Stimmzettel sind dem Wahlprotokolle beizufügen und so lange aufzubewahren, bis über die gegen das Wahlverfahren erhobenen Einsprüche rechtskräftig entschieden ist.

§ 8. Als gewählt sind diejenigen zu betrachten, welche die absolute Stimmenmehrheit (mehr als die Hälfte der Stimmen) erhalten haben.

Ergiebt sich keine absolute Stimmenmehrheit, so wird zu einer engeren Wahl zwischen denjenigen zwei Personen geschritten, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das von dem Vorsitzenden zu ziehende Los darüber, wer auf die engere Wahl zu bringen, beziehungsweise wer als schließlich gewählt zu betrachten ist.

§ 9. Die Wahlprotokolle sind von dem Wahlvorstande zu unterzeichnen.

§ 10. Der Vorsitzende des Wahlvorstandes hat die Gewählten von der auf sie gefallenen Wahl mit der Aufforderung in Kenntnis zu setzen, sich über die Annahme oder Ablehnung innerhalb längstens fünf Tagen zu erklären. Wer diese Erklärung nicht abgiebt, wird als ablehnend betrachtet.

§ 11. Wahlen, welche auf dem Provinziallandtage selbst vorzunehmen sind, können auch durch Akklamation stattfinden, sofern niemand Widerspruch erhebt.

Kreisordnung

für die

Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen.

Vom 13. Dezember 1872
in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1881.

Inhaltsverzeichnis.

Paragraphen

Erster Titel.

Von den Grundlagen der Kreisverfassung.

Erster Abschnitt.

Von dem Umfange und der Begrenzung der Kreise . . . . . 1— 5

Zweiter Abschnitt.

Von den Kreisangehörigen, ihren Rechten und Pflichten . . . . 6—19

Dritter Abschnitt.

Kreisstatuten und Reglements . . 20

Zweiter Titel.

Von der Gliederung und den Aemtern des Kreises.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen 21

Zweiter Abschnitt.

Von dem Gemeindevorsteher- und Schöffenamte, sowie von der Ortsverwaltung der selbständigen Gutsbezirke . . . . . 22—35

Dritter Abschnitt.

Von der Aufhebuug der mit dem Besitze gewisser Grundstücke verbundenen Berechtigung und Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzenamts . . . . . 36—45

Vierter Abschnitt.

Von den Amtsbezirken und dem Amte der Amtsvorsteher. Aufhebung der gutsherrlichen Polizeiverwaltung 46—73

Fünfter Abschnitt.

Von dem Amte des Landrats . . 74—78

Paragraphen

Sechster Abschnitt.

Von dem Zwangsverfahren der Behörden des Kreises . . . . 79— 83

Dritter Titel.

Von der Vertretung und Verwaltung des Kreises.

Erster Abschnitt.

Von der Zusammensetzung des Kreistages . . . . . 84—114

Zweiter Abschnitt.

Von den Versammlungen und Geschäften des Kreistages . . . 115—126

Dritter Abschnitt.

Von dem Kreishaushalte . . . 127—129

Vierter Abschnitt.

Von dem Kreisausschusse, seiner Zusammensetzung und seinen Geschäften in der Kreiskommunal- und allgem. Landesverwaltung 130—166

Fünfter Abschnitt.

Von den Kreiskommissionen . . 167—168

Vierter Titel.

Von den Stadtkreisen . . . . 169—175

Fünfter Titel.

Von der Oberaufsicht über die Kreisverwaltung 176 180

Sechster Titel.

Besondere Bestimmungen für die Provinz Sachsen . . . . . 181—182

Siebenter Titel.

Allgemeine, Uebergangs- und Ausführungsbestimmungen . . . 183—200

Wahlreglement §§ 1—11.

Kreisordnung

für die

Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen.[1])

Vom 13. Dezember 1872
in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1881.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen, was folgt:

Erster Titel.

Von den Grundlagen der Kreisverfassung.

Erster Abschnitt.

Von dem Umfange und der Begrenzung der Kreise.

§ 1. Die Kreise bleiben in ihrer gegenwärtigen Begrenzung als Verwaltungsbezirke bestehen.

---

§ 2. Jeder Kreis bildet nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes einen Kommunalverband zur Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten mit den Rechten einer Korporation.

---

§ 3. Die Veränderung bestehender Kreisgrenzen und die Bildung neuer, so-

---

[1]) Für die übrigen Provinzen mit Ausnahme von Posen gelten besondere Kreisordnungen, die jedoch die Verhältnisse der Kreise in ganz ähnlicher Weise regeln, wie obige Kreisordnung. Es sind dies die Kreisordnungen für die Provinzen:
Hannover vom 6. Mai 1884,
Hessen-Nassau vom 7. Juni 1885,
Westfalen vom 31. Juli 1886,
Rheinprovinz vom 30. Mai 1887,
Schleswig-Holstein vom 26. Mai 1888.
In Posen gilt die Kreisordnung für das Großherzogtum Posen vom 20. Dezember 1828 mit Abänderungen durch das Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung und die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden in der Provinz Posen vom 19. Mai 1889.

wie die Zusammenlegung mehrerer Kreise erfolgt durch Gesetz.

Der Bezirksausschuß beschließt über die infolge einer solchen Veränderung notwendig werdende Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Kreisen, vorbehaltlich der den letzteren gegeneinander[1]) zustehenden Klage bei dem Bezirksausschusse.

Veränderungen solcher Gemeinde- oder Gutsbezirksgrenzen, welche zugleich Kreisgrenzen sind, sowie die Vereinigung eines Grundstückes, welches bisher einem Gemeinde- oder Gutsbezirke nicht angehörte, mit einem in einem anderen Kreise belegenen Gemeinde- oder Gutsbezirke, ziehen die Veränderung der betreffenden Kreisgrenzen und, wo die Kreis- und Wahlbezirksgrenzen zusammenfallen, auch die Veränderung der letzteren ohne weiteres nach sich.

Eine jede Veränderung der Kreisgrenzen ist durch das Amtsblatt bekannt zu machen.

---

§ 4. Städte, welche mit Ausschluß der aktiven Militärpersonen eine Einwohnerzahl von mindestens 25000 Seelen haben und gegenwärtig einem Landkreise angehören, sind befugt, für sich einen Kreisverband, Stadtkreis (§ 169), zu bilden und zu diesem Behufe aus dem bisherigen Kreisverbande auszuscheiden.

Auf den Antrag der Stadt wird dieselbe durch den Minister des Innern für ausgeschieden erklärt.

Durch Königliche Verordnung kann nach Anhörung des Provinziallandtages auch Städten von geringerer Einwohnerzahl auf Grund besonderer Verhältnisse das Ausscheiden aus dem bisherigen und die Bildung eines eigenen Kreisverbandes gestattet werden.

Es ist jedoch zuvor in allen Fällen eine Auseinandersetzung darüber zu treffen, welchen Anteil die ausscheidende Stadt an dem gemeinsamen Aktiv- und Passivvermögen des bisherigen Kreises, sowie etwa an fortdauernden Leistungen zu gemeinsamen Zwecken der beiden neuen Kreise zu übernehmen hat.

Ueber die Auseinandersetzung beschließt der Bezirksausschuß vorbehaltlich der den Beteiligten gegeneinander zustehenden Klage bei dem Bezirksausschusse.

---

§ 5. Privatrechtliche Verhältnisse werden durch Veränderungen der Kreisgrenzen (§§ 3, 4) nicht berührt.

Zweiter Abschnitt.

Von den Kreisangehörigen, ihren Rechten und Pflichten.

§ 6. Angehörige des Kreises sind, mit Ausnahme der nicht angesessenen servisberechtigten Militärpersonen des aktiven Dienststandes, alle diejenigen, welche innerhalb des Kreises einen Wohnsitz haben.

---

§ 7. Die Kreisangehörigen sind berechtigt:

1. zur Teilnahme an der Verwaltung und Vertretung des Kreises nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes,
2. zur Mitbenutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Kreises nach Maßgabe der für dieselben bestehenden Bestimmungen.

---

§ 8. Die Kreisangehörigen sind verpflichtet, unbesoldete Aemter in der Verwaltung und Vertretung des Kreises zu übernehmen.

Zur Ablehnung oder zur früheren Niederlegung solcher Aemter berechtigen folgende Entschuldigungsgründe:

1. anhaltende Krankheit;
2. Geschäfte, die eine häufige oder lange dauernde Abwesenheit vom Wohnorte mit sich bringen;
3. das Alter von 60 Jahren;
4. die Verwaltung eines unmittelbaren Staatsamtes;
5. sonstige besondere Verhältnisse, welche nach dem Ermessen des Kreistages eine gültige Entschuldigung begründen.

Beträgt die Amtsdauer mehr als drei Jahre, so kann das Amt nach Ablauf von drei Jahren niedergelegt werden.

Wer ein unbesoldetes Amt in der Ver-

[1]) Innerhalb zwei Wochen (nach § 2 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883).

waltung oder Vertretung des Kreises während der vorgeschriebenen regelmäßigen Amtsdauer versehen hat, kann die Uebernahme desselben oder eines gleichartigen für die nächsten drei Jahre ablehnen.

Wer sich ohne einen der vorbezeichneten Entschuldigungsgründe weigert, ein unbesoldetes Amt in der Verwaltung oder Vertretung des Kreises zu übernehmen oder das übernommene Amt drei Jahre hindurch zu versehen, sowie derjenige, welcher sich der Verwaltung solcher Aemter trotz vorhergegangener Aufforderung seitens des Kreisausschusses thatsächlich entzieht, kann durch Beschluß des Kreistages für einen Zeitraum von drei bis sechs Jahren der Ausübung seines Rechtes auf Teilnahme an der Vertretung und Verwaltung des Kreises für verlustig erklärt und um ein Achtel bis ein Viertel stärker, als die übrigen Kreisangehörigen, zu den Kreisabgaben herangezogen werden.

Gegen den Beschluß des Kreistages findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse statt.

---

§ 9. Die Kreisangehörigen sind verpflichtet, zur Befriedigung der Bedürfnisse des Kreises Abgaben aufzubringen, insofern der Kreistag nicht beschließt, diese Bedürfnisse aus dem Vermögen des Kreises oder aus sonstigen Einnahmen zu bestreiten (§ 116 Nr. 3).

---

§ 10. Die Verteilung der Kreisabgaben darf nach keinem anderen Maßstabe, als nach dem Verhältnisse der von den Kreisangehörigen zu entrichtenden direkten Staatssteuern und zwar nur durch Zuschläge zu denselben, beziehungsweise zu den nach §§ 14 und 15 zu ermittelnden fingierten Steuersätzen der Forensen, juristischen Personen ꝛc. erfolgen.[1] [2])

Im übrigen[3]) kann die Gewerbesteuer von der Heranziehung ganz frei gelassen, darf aber keinesfalls dazu mit einem höheren Prozentsatze, als die Grund- und Gebäudesteuer, herangezogen werden. Ausgeschlossen von der Heranziehung bleibt die Gewerbesteuer vom Hausiergewerbe.[4] [5])

---

§ 11. Unter Anwendung des nach diesen Grundsätzen (§ 10) vom Kreistage beschlossenen Verteilungsmaßstabes wird das Kreisabgabensoll für die einzelnen Gemeinden und selbständigen Gutsbezirke im ganzen berechnet und denselben zur Unterverteilung auf die einzelnen Steuerpflichtigen nach demselben Maßstabe zur Einziehung sowie zur Abführung im ganzen an die Kreiskommunalkasse überwiesen.

Den Städten bleibt die Beschlußnahme

---

[1]) Soweit hierbei die Entrichtung der im § 1 Nr. 1 und 2 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893 bezeichneten Steuern vorausgesetzt wird, treten an die Stelle der zu entrichtenden die veranlagten Beträge. (§ 5 Abs. 1 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern.)

Die Veranlagung ist auf diejenigen Liegenschaften, Gebäude und Gewerbebetriebe auszudehnen, welche von der entsprechenden Staatssteuer freigeblieben, aber gemäß den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes der Kommunalsteuerpflicht unterworfen sind. (§ 4 Abs. 1 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern.)

Die auf Grund der Einlegung von Rechtsmitteln erfolgte Erhöhung oder Ermäßigung der der Verteilung von Kreissteuern zu Grunde gelegten Staatssteuersätze zieht die entsprechende Abänderung der Veranlagung zu den Kreissteuern nach sich. (§ 91 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes.)

[2]) Bei der Verteilung der Kreissteuern sind die Grund-, Gebäude- und die Gewerbesteuer der Klassen I und II in der Regel mit dem gleichen Betrage desjenigen Prozentsatzes heranzuziehen, mit welchem die Staatseinkommensteuer belastet wird.

Mit Genehmigung des Bezirksausschusses kann der Betrag, mit welchem die Realsteuern heranzuziehen sind, bis auf das Anderthalbfache jenes Prozentsatzes erhöht oder bis auf die Hälfte desselben herabgesetzt werden (§ 91 Nr. 2, Abs. 1 und 2 des Kommunalabgabengesetzes).

[3]) Der Satz 1 dieses Absatzes ist weggefallen. Die Worte „Im übrigen" deuten jetzt auf die Klassen III und IV der Gewerbesteuer und sind auf die in Anmerkung 2 abgedruckte Gesetzesstelle zu beziehen.

[4]) und die Ergänzungssteuer nach § 51 des Ergänzungssteuergesetzes vom 14. Juli 1893.

[5]) Die Veranlagung von Personen mit Einkommen von nicht mehr als 900 Mark behufs Heranziehung zu Kreisabgaben erfolgt jetzt auf Grund des § 74 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891.

darüber, wie ihre Anteile an den Kreisabgaben aufgebracht werden sollen, vorbehalten.[1])

§ 12. Der Maßstab, nach welchem die Kreisabgaben zu verteilen sind, ist für jeden Kreis bis zum 30. Juni 1874 ein für allemal festzustellen und demnächst unverändert zur Anwendung zu bringen. Der Kreistag ist jedoch befugt, hierbei zu den Kreisabgaben für Verkehrsanlagen die Grund- und Gebäudesteuer, sowie die von dem Gewerbebetriebe auf dem platten Lande aufkommende Gewerbesteuer der Klassen I und II innerhalb der im § 10[2]) festgesetzten Grenzen mit einem höheren Prozentsatze als zu den übrigen Kreisabgaben heranzuziehen, beziehungsweise nach Maßgabe der §§ 74 und 75 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 die Personen mit Einkommen von nicht mehr als 900 Mark von der Heranziehung zu diesen Kreisabgaben ganz frei zu lassen oder dazu mit einem geringeren Prozentsatze heranzuziehen.

Kommt ein gültiger Kreistagsbeschluß über den Verteilungsmaßstab innerhalb der festgesetzten Zeit nicht zu stande, so werden bis zur Herbeiführung dieses Beschlusses die Kreisabgaben auf die sämtlichen direkten Staatssteuern, mit Ausschluß der Hausierergewerbesteuer,[3]) nach Maßgabe des § 10 Absatz 1 gleichmäßig verteilt.

Der Kreistag kann den festgestellten Maßstab von fünf zu fünf Jahren einer Revision unterziehen.

Wo gegenwärtig mit Königlicher Genehmigung zu bestimmten Zwecken Kreisabgaben nach besonderer Verteilungsart erhoben werden, behält es dabei bis zum 31. Dezember 1875 sein Bewenden, sofern nicht der Kreistag schon in der Zwischenzeit auch hierfür den Uebergang zu dem nach dem gegenwärtigen Gesetze festgestellten Maßstabe für die Verteilung der Kreisabgaben beschließt. Vom 1. Januar 1876 ab tritt der nach diesem Gesetze festzustellende Maßstab (Absatz 1 und 2) auch für die bezeichneten Abgaben von selbst in Kraft.

§ 13. Sofern es sich um Kreiseinrichtungen handelt, welche in besonders hervorragendem oder in besonders geringem Maße einzelnen Kreisteilen zu gute kommen, kann der Kreistag beschließen, für die Kreisangehörigen dieser Kreisteile eine Mehr- oder Minderbelastung eintreten zu lassen. Die Mehrbelastung kann nach Maßgabe der Beschlüsse des Kreistages durch Naturalleistungen ersetzt werden.

§ 14. Diejenigen physischen Personen, welche, ohne in dem Kreise einen Wohnsitz zu haben, beziehungsweise in demselben zu den persönlichen Staatssteuern veranlagt zu sein, in demselben Grundeigentum besitzen, oder ein stehendes Gewerbe, oder außerhalb einer Gewerkschaft Bergbau betreiben (Forensen), mit Einschluß der nicht im Kreise wohnenden Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft (§§ 105 und 161 des Handelsgesetzbuches) sind verpflichtet, zu denjenigen Kreisabgaben beizutragen, welche auf den Grundbesitz, das Gewerbe, den Bergbau oder das aus diesen Quellen fließende Einkommen gelegt werden.

Ein Gleiches gilt von den juristischen Personen, von den Kommanditgesellschaften auf Aktien und Aktiengesellschaften (§§ 179 und 320 des Handelsgesetzbuches), sowie Berggewerkschaften, welche im Kreise Grundeigentum besitzen oder ein stehendes Gewerbe oder Bergbau betreiben.

Der Fiskus kann zu den Kreisabgaben wegen seines aus Grundbesitz, Gewerbe- und Bergbaubetrieb fließenden Einkommens nicht herangezogen, dagegen mit der Grund- und Gebäudesteuer um die Hälfte desjenigen Prozentsatzes stärker belastet werden, mit welchem die Einkommensteuer dazu herangezogen wird. Im Falle des § 12 (Absatz 2) tritt diese Belastung auch ohne Beschluß des Kreistages ein.

§ 15. Die Einschätzung der Forensen, der Bergwerksbesitzer, der Kommanditgesellschaften auf Aktien, der Aktiengesellschaften und der juristischen Personen zu den Kreisabgaben erfolgt, soweit sie zu

[1]) Wie den Städten, bleibt auch den Landgemeinden die Beschlußfassung darüber vorbehalten, in welcher Weise ihre Anteile an den Kreissteuern aufgebracht werden sollen (§ 91 Nr. 1 des Kommunalabgabengesetzes).

[2]) und im § 91 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893.

[3]) und der Ergänzungssteuer (nach § 51 des Ergänzungssteuergesetzes).

den, der Verteilung der letzteren zu Grunde gelegten Staatssteuern (§ 10) nicht schon unmittelbar herangezogen[1]) sind, von dem Kreisausschuß, nach den für die Veranlagung dieser Staatssteuern bestehenden gesetzlichen Vorschriften, unter Anwendung des für die Kreisabgaben bestimmten Anteilsverhältnisses.

§ 16. Niemand darf von demselben Einkommen in verschiedenen Kreisen zu den Kreisabgaben herangezogen werden. Es muß daher dasjenige Einkommen, welches einem Abgabenpflichtigen aus seinem außerhalb des Kreises belegenen Grundeigentume, oder aus seinem außerhalb des Kreises stattfindenden Gewerbe- oder Bergbaubetriebe zufließt, bei Feststellung des im Kreise zu veranlagenden Einkommens desselben außer Berechnung gelassen werden. Dies geschieht durch Absetzung der bezüglichen Einkommensquote von dem zur Staatssteuer veranlagten Gesamteinkommen und durch verhältnismäßige Herabsetzung des festgestellten Steuersatzes.

§ 17. Die nach § 24 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 steuerfreien Grundstücke und Gebäude sind von den Kreislasten befreit.

§ 18. Bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung bleiben die Dienstgrundstücke der Geistlichen, Kirchendiener und Elementarschullehrer gleichfalls von den Kreislasten befreit. Auch ist bis zu dieser Regelung die Besteuerung des Diensteinkommens der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten nur nach Maßgabe der §§ 2 und 3 des Gesetzes vom 11. Juli 1822 (Gesetz-Samml. S. 184) und nur insoweit zulässig, als die Beiträge derselben zu den Bedürfnissen der Gemeinde ihres Wohnortes nicht bereits das in den gedachten Gesetzesvorschriften bestimmte Maximum erreichen, und auch dann nur innerhalb der Grenzen der letzteren. Ebenso findet der § 10 des Gesetzes vom 11. Juli 1822 auf die Heranziehung zu den Kreisabgaben Anwendung.

§ 19. Auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend:

1. das Recht zur Mitbenutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Kreises,
2. die Heranziehung oder die Veranlagung zu den Kreisabgaben,

beschließt der Kreisausschuß.

Beschwerden und Einsprüche der zu 2 gedachten Art sind innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Bekanntmachung der Abgabebeträge bei dem Kreisausschusse anzubringen. Einsprüche gegen die Höhe von Kreiszuschlägen zu den direkten Staatssteuern, welche sich gegen den Prinzipalsatz der letzteren richten, sind unzulässig.[2])

Gegen den Beschluß des Kreisausschusses findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse statt. Hierbei ist die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte auch insoweit begründet, als bisher durch § 79 Titel 14 Teil II Allgemeinen Landrechts, beziehungsweise §§ 9, 10 des Gesetzes über die Erweiterung des Rechtsweges vom 24. Mai 1861 (Gesetz-Samml. S. 241) oder sonstige bestehende Vorschriften der ordentliche Rechtsweg für zulässig erklärt war.

Die Beschwerden und die Einsprüche, sowie die Klage haben keine aufschiebende Wirkung.

Dritter Abschnitt.

Kreisstatuten und Reglements.

§ 20. Jeder Kreis ist befugt:

1. zum Erlasse besonderer statutarischer Anordnungen über solche Angelegenheiten des Kreises, hinsichtlich deren das gegenwärtige Gesetz Verschiedenheiten gestattet (§§ 104 Absatz 2, 108 Absatz 1 und 109), oder das Gesetz auf statutarische Regelung verweist,

[1]) oder veranlagt (nach § 5 Abs. 1 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern, man vergleiche die erste Anmerkung zum § 10).

[2]) Man vergleiche Absatz 3 der ersten Anmerkung zum § 10.

sowie über solche Angelegenheiten, deren Gegenstand nicht durch Gesetz geregelt ist:

2. zum Erlasse von Reglements über besondere Einrichtungen des Kreises.

Die Kreisstatuten und Reglements sind durch das Kreisblatt und, wo ein solches nicht besteht, durch das Amtsblatt auf Kosten des Kreises bekannt zu machen.

Zweiter Titel.

Von der Gliederung und den Aemtern des Kreises.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 21. Die Kreise, mit Ausnahme der Stadtkreise (§§ 4 und 169), zerfallen in Amtsbezirke, beziehungsweise in Stadt- und Amtsbezirke.

Die Amtsbezirke bestehen aus einer oder mehreren Landgemeinden oder aus einem oder mehreren Gutsbezirken, beziehungsweise aus Landgemeinden und Gutsbezirken.

An der Spitze der Verwaltung des Kreises steht der Landrat, an der Spitze der Verwaltung des Amtsbezirks der Amtsvorsteher, an der Spitze der Verwaltung der Gemeinde der Gemeindevorsteher. Für den Bereich eines selbständigen Gutsbezirks führt der Gutsvorsteher die dem Gemeindevorsteher obliegende Verwaltung.

Zweiter Abschnitt.

Von dem Gemeindevorsteher- und Schöffenamte, sowie von der Ortsverwaltung der selbständigen Gutsbezirke.

§§ 22—34a sind aufgehoben. An ihre Stelle sind die Bestimmungen der Landgemeindeordnung (siehe diese) getreten.

§ 35. (Fortgefallen.)

Dritter Abschnitt.

Aufhebung der mit dem Besitze gewisser Grundstücke verbundenen Berechtigung und Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzenamts.

§§ 36—45 sind aufgehoben. An ihre Stelle sind die Bestimmungen der Landgemeindeordnung getreten.

Vierter Abschnitt.

Von den Amtsbezirken und dem Amte der Amtsvorsteher. Aufhebung der gutsherrlichen Polizeiverwaltung.

§ 46. Die Polizei wird im Namen des Königs ausgeübt.

Die gutsherrliche Polizeigewalt ist aufgehoben.

---

§ 47. Behufs Verwaltung der Polizei und Wahrnehmung anderer öffentlicher Angelegenheiten wird jeder Kreis, mit Ausschluß der Städte, in Amtsbezirke geteilt.

---

§ 48. Für die Bildung der Amtsbezirke gelten folgende Grundsätze:

1. Jeder Amtsbezirk soll thunlichst ein

räumlich zusammenhängendes und abgerundetes Flächengebiet umfassen, dessen Größe und Einwohnerzahl dergestalt zu bemessen ist, daß einerseits die Erfüllung der durch das Gesetz der Amtsverwaltung auferlegten Aufgaben gesichert, andererseits die Unmittelbarkeit und die ehrenamtliche Ausübung der örtlichen Verwaltung nicht erschwert wird.

2. Gemeinden, welche eine den Bestimmungen des Gesetzes entsprechende Amtsverwaltung aus eigenen Kräften herzustellen vermögen, sind, wenn nicht die örtliche Lage die Zuschlagung anderer Gemeinde- oder Gutsbezirke notwendig macht, auf ihren Antrag zu einem Amtsbezirke zu erklären.
3. Gutsbezirke von abgesonderter Lage, welche ohne wesentliche Unterbrechung ein räumlich zusammenhängendes Gebiet von erheblichem Flächeninhalte umfassen, können auf Antrag ohne Rücksicht auf ihre Einwohnerzahl unter den übrigen Voraussetzungen der Nummern 1 und 2 zu Amtsbezirken erklärt werden.
4. Alle übrigen Gemeinden und Gutsbezirke werden zu Amtsbezirken vereinigt. Insbesondere sollen Gemeinden und Gutsbezirke, welche eine örtlich verbundene Lage haben, zu einem und demselben Amtsbezirke gehören.

Bei Abgrenzung der zusammengesetzten Amtsbezirke ist möglichst darauf zu achten, daß die innerhalb der Kreise bestehenden Verbände (Kirchspiele, Schulverbände, Wegebaubezirke u. s. w.) nicht zerrissen werden.

---

§ 49. Die Bildung der Amtsbezirke, sowie die etwa erforderliche Abänderung derselben erfolgt nach Anhörung der Beteiligten, auf Vorschlag des nach diesem Gesetze gewählten Kreistages, durch den Minister des Innern.

Die Revision und endgültige Feststellung, sowie jede spätere Abänderung der Amtsbezirke erfolgt durch den Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Bezirksausschusse nach vorheriger Anhörung der Beteiligten und des Kreistages.

Die endgültige Feststellung der Amtsbezirke darf erst nach Ablauf einer öffentlich bekannt zu machenden angemessenen Frist stattfinden.

Veränderungen solcher Gemeinde- oder Gutsbezirksgrenzen, welche zugleich Amtsbezirksgrenzen sind, ziehen die Veränderung der letzteren ohne weiteres nach sich.

---

§ 49a. Dem Minister des Innern steht die Befugnis zu, im Einvernehmen mit dem Bezirksausschusse ländliche Gemeinde- und Gutsbezirke, welche innerhalb der Feldmark einer zu einem Landkreise gehörigen Stadt belegen sind oder unmittelbar an dieselbe angrenzen, bezüglich der Verwaltung der Polizei nach Anhörung der Beteiligten und des Kreistages mit dem Bezirke der Stadt zu vereinigen, sofern dies im öffentlichen Interesse notwendig ist.

In Ermangelung einer Einigung unter den Beteiligten wird der Beitrag der betreffenden Landgemeinde, beziehungsweise des betreffenden Gutsbezirkes zu den Kosten der städtischen Polizeiverwaltung von dem Bezirksausschusse festgesetzt.

Der Minister des Innern kann im Einvernehmen mit dem Bezirksausschusse in den Fällen des ersten Absatzes gleichzeitig die Ausscheidung der betreffenden Landgemeinden und Gutsbezirke aus dem Amtsbezirke, welchem sie bisher angehörten, aussprechen. Ueber die hierdurch notwendig werdende Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten beschließt der Kreisausschuß. Gegen den Beschluß findet innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren statt.

---

§ 50. Die Organe der Amtsverwaltung in den Amtsbezirken sind nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes der Amtsvorsteher und der Amtsausschuß.

---

§ 51. Für die Bildung des Amtsausschusses gelten folgende Bestimmungen:

1. In den zusammengesetzten Amtsbezirken besteht der Amtsausschuß aus Vertretern sämtlicher zum Amtsbezirke gehörigen Gemeinden und selbständigen Gutsbezirke. Jede Gemeinde und jeder Gutsbezirk ist wenigstens durch einen Abgeordneten zu vertreten.

   Die Vertretung der Gemeinden erfolgt zunächst durch den Gemeindevorsteher, sodann durch die Schöffen und, wenn auch deren Zahl nicht

ausreicht, durch andere von der Gemeinde zu wählende Mitglieder.

Die Zahl der von jeder Gemeinde zu entsendenden Vertreter, sowie der jedem Gutsbezirk einzuräumenden Stimmen wird mit Rücksicht auf die Steuerleistungen und die Einwohnerzahl durch ein nach Anhörung der Beteiligten auf den Vorschlag des Kreisausschusses von dem Kreistage zu erlassendes Statut geregelt. Beschwerden gegen dieses Statut unterliegen der endgültigen Beschlußfassung des Bezirksausschusses.

Vertreter einer Gemeinde oder eines Gutsbezirkes bei dem Amtsausschusse können nur Personen sein, welche die im § 96 unter a und b bezeichneten Eigenschaften besitzen.

2. In denjenigen Amtsbezirken, welche nur aus einer Gemeinde bestehen, nimmt die Gemeindeversammlung beziehungsweise Gemeindevertretung die Geschäfte des Amtsausschusses wahr.
3. In denjenigen Amtsbezirken, welche nur aus einem Gutsbezirke bestehen, fällt der Amtsausschuß weg.

---

§ 51a. Gegen das zum Zwecke der Wahl eines Abgeordneten zum Amtsausschusse (§ 51 Nr. 1) stattgehabte Wahlverfahren kann jedes Mitglied der Wahlversammlung innerhalb zwei Wochen Einspruch bei dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes erheben. Die Beschlußfassung über den Einspruch, über welchen die Beteiligten vorab zu hören sind, steht dem Amtsausschusse zu.

Im übrigen prüft der Amtsausschuß die Legitimation seiner Mitglieder von Amtswegen und beschließt darüber.

Jede Wahl verliert dauernd oder vorübergehend ihre Wirkung, wenn sich ergiebt, daß die für die Wählbarkeit vorgeschriebenen Bedingungen nicht vorhanden gewesen sind, oder wenn diese Bedingungen gänzlich oder zeitweise aufhören. Das Gleiche gilt in Bezug auf die unmittelbar auf dem Gesetze beruhende Mitgliedschaft des Amtsausschusses. Der Amtsausschuß hat darüber zu beschließen, ob einer der gedachten Fälle eingetreten ist.

Gegen die nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen gefaßten Beschlüsse des Amtsausschusses findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Kreisausschusse statt. Dieselbe steht auch dem Amtsvorsteher zu. Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung; jedoch dürfen Ersatzwahlen vor rechtskräftiger Entscheidung nicht vorgenommen werden.

Für das Streitverfahren kann der Amtsausschuß einen besonderen Vertreter bestellen.

---

§ 52. Zu den Befugnissen des Amtsausschusses gehört:

1. die Kontrolle sämtlicher und die Bewilligung derjenigen Ausgaben der Amtsverwaltung, welche vom Amtsbezirke aufgebracht werden (§§ 69 und 70 Absatz 4);
2. die Beschlußfassung über diejenigen Polizeiverordnungen, welche der Amtsvorsteher unter Mitwirkung des Amtsausschusses zu erlassen befugt ist (§ 62);
3. die Aeußerung über Abänderung des Amtsbezirkes (§ 49);
4. die Bestellung, sowie die Wahl besonderer Kommissionen oder Kommissarien zur Vorbereitung und Ausführung von Beschlüssen des Amtsausschusses;
5. die Beschlußfassung über sonstige Angelegenheiten, welche der Amtsvorsteher aus dem Kreise seiner Amtsbefugnisse dem Amtsausschusse zu diesem Zwecke unterbreitet.

---

§ 53 ist aufgehoben.

---

§ 54. Der Amtsvorsteher beruft den Amtsausschuß und führt den Vorsitz mit vollem Stimmrechte. Die Sitzungen des Amtsausschusses sind öffentlich. Für einzelne Gegenstände kann durch einen in geheimer Sitzung zu fassenden Beschluß die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Der Amtsausschuß kann nur beschließen, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Eine Ausnahme hiervon findet statt, wenn die Mitglieder, zum zweitenmale zur Verhandlung über denselben Gegenstand berufen, dennoch nicht in beschlußfähiger Anzahl erschienen sind. Bei der zweiten Berufung muß auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

Die Beschlüsse des Amtsausschusses werden nach Mehrheit der Stimmen gefaßt.

Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

§ 54a. Beschlüsse des Amtsausschusses, welche dessen Befugnisse überschreiten oder die Gesetze verletzen, hat der Amtsvorsteher, entstehenden Falles auf Anweisung der Aufsichtsbehörde, unter Angabe der Gründe, mit aufschiebender Wirkung zu beanstanden.

Gegen die Verfügung des Amtsvorstehers steht dem Amtsausschusse innerhalb einer Frist von zwei Wochen die Klage bei dem Kreisausschusse zu. Zur Wahrnehmung seiner Rechte im Verwaltungsstreitverfahren kann der Amtsausschuß einen besonderen Vertreter wählen.

§ 55. Für die nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes den Gemeinden und Gutsbezirken gemeinsamen Angelegenheiten stehen dem Amtsverbande die Rechte einer Korporation zu. Die Korporation wird nach außen durch den Amtsvorsteher vertreten.

Urkunden, welche das Amt verpflichten sollen, sind von dem Amtsvorsteher und mindestens einem Mitgliede des Amtsausschusses unter Anführung des betreffenden Beschlusses des Amtsausschusses zu vollziehen.

§ 55a. Beschlüsse der Amtsverbände, betreffend die Veräußerung von Grundstücken oder Immobiliarrechten, oder die Aufnahme von Anleihen, durch welche der Amtsverband mit einem Schuldenbestande belastet oder der bereits vorhandene Schuldenbestand vergrößert werden würde, bedürfen der Bestätigung des Kreisausschusses. Ohne diese Genehmigung sind die bezeichneten Rechtsgeschäfte nichtig.

Zur Aufnahme von Anleihen durch den Amtsausschuß ist die Zustimmung sämtlicher zu dem Amtsbezirke gehörigen Gemeinden und Gutsbezirke notwendig.

§ 55b. Der Kreisausschuß beschließt an Stelle der Aufsichtsbehörde:

1. über die Art der gerichtlichen Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen gegen Amtsverbände (§ 15 zu 3 des Einführungsgesetzes zur Deutschen Civilprozeßordnung vom 30. Januar 1877, in der durch das Einführungsgesetz zu dem Gesetze, betreffend Aenderungen der Civilprozeßordnung vom 17. Mai 1898, Reichs-Gesetzbl. S. 332, festgesetzten Fassung);
2. über die Feststellung und den Ersatz der bei Kassen und anderen Verwaltungen der Amtsverbände vorkommenden Defekte nach Maßgabe der Verordnung vom 24. Januar 1844 (Gesetz-Samml. S. 52);
3. über die verweigerte Abnahme oder Entlastung von Rechnungen der rechnungsführenden Beamten.

Der Beschluß zu 2 und 3 ist, vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges, endgültig.

§ 55c. Die Aufsicht des Staates über die Verwaltung der Angelegenheiten der Amtsverbände wird unbeschadet der vorstehenden Bestimmungen in erster Instanz von dem Landrate als Vorsitzenden des Kreisausschusses, in höherer und letzter Instanz von dem Regierungspräsidenten geübt.

Beschwerden bei den Aufsichtsbehörden in Angelegenheiten der Amtsverbände sind in allen Instanzen innerhalb zwei Wochen anzubringen.

§ 56. Der Amtsvorsteher wird von dem Ober-Präsidenten ernannt.

Die Ernennung erfolgt auf Grund von Vorschlägen des Kreistages, in welche aus der Zahl der Amtsangehörigen die zu Amtsvorstehern befähigten Personen aufzunehmen sind.

Lehnt ein Kreistag die Aufforderung des Ober-Präsidenten zur Vervollständigung dieser Vorschläge ab, so hat der Provinzialrat auf Antrag des Ober-Präsidenten darüber zu beschließen, ob und welche Personen nachträglich in die Vorschlagsliste aufzunehmen sind.

Die Ernennung erfolgt auf sechs Jahre. Der Amtsvorsteher wird von dem Landrate vereidigt.

In denjenigen Amtsbezirken, welche nur aus einer Gemeinde oder einem selbstständigen Gutsbezirke bestehen, ist der Gemeinde- beziehungsweise Gutsvorsteher zugleich Amtsvorsteher.

§ 57. Für jeden Amtsbezirk wird nach den für die Ernennung des Amtsvorstehers geltenden Bestimmungen (§ 56) ein Stellvertreter des letzteren ernannt.

Ist der Amtsvorsteher an der Wahrnehmung seiner Amtsgeschäfte verhindert, so hat der Stellvertreter dieselben zu übernehmen; der Landrat ist hiervon zu benachrichtigen, sobald die Verhinderung länger als drei Tage dauert.

Erledigt sich das Amt des Amtsvorstehers, so tritt bis zur Ernennung seines Nachfolgers der Stellvertreter für ihn ein.

Findet sich im Amtsbezirke keine zur Ernennung als Stellvertreter geeignete Person, so hat der Kreisausschuß die Stellvertretung einstweilen einem der benachbarten Amtsvorsteher, oder, nach vorherigem Einvernehmen mit der städtischen Vertretung, dem Bürgermeister einer benachbarten Stadt zu übertragen. Eine gleiche Anordnung erfolgt für den Fall des gleichzeitigen Abganges oder der gleichzeitigen Behinderung des Amtsvorstehers und seines Stellvertreters.

Ist der Amtsvorsteher bei der Erledigung eines Amtsgeschäftes persönlich beteiligt, so hat der Kreisausschuß den Stellvertreter oder einen der benachbarten Amtsvorsteher, beziehungsweise Bürgermeister, damit zu betrauen.

In den Gemeinden, welche einen eigenen Amtsbezirk bilden, vertritt nach der Bestimmung des Kreisausschusses einer der Schöffen den Gemeindevorsteher in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher.

In den Fällen der Absätze 5 und 6 ist der Beschluß des Kreisausschusses endgültig.

---

§ 58. Ist nach der Erklärung des Kreistages für einen Amtsbezirk weder eine zum Amtsvorsteher geeignete Person zu ermitteln, noch die zeitweilige Wahrnehmung der Amtsverwaltung durch den Vorsteher eines benachbarten Amtsbezirkes oder durch den Bürgermeister einer benachbarten Stadt thunlich, so bestellt der Ober-Präsident auf Vorschlag des Kreisausschusses einen kommissarischen Amtsvorsteher.

Für die Uebernahme der Verwaltung eines benachbarten Amtsbezirkes durch einen Bürgermeister ist die Zustimmung der städtischen Vertretung erforderlich.

Sofern die Verhältnisse es gestatten, kann ein kommissarischer Amtsvorsteher mit der Verwaltung zweier oder mehrerer Amtsbezirke gleichzeitig beauftragt werden.

---

§ 59. Der Amtsvorsteher verwaltet:

1. die Polizei, insbesondere die Sicherheits-, Ordnungs-, Sitten-, Gesundheits-, Gesinde-, Armen-, Wege-, Wasser-, Feld-, Forst-, Fischerei-, Gewerbe-, Bau-, Feuerpolizei u. s. w., soweit sie nicht durch besondere Gesetze dem Landrate oder anderen Beamten übertragen ist;
2. die sonstigen öffentlichen Angelegenheiten des Amtes nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes.

Unter der nach Ziffer 1 dem Amtsvorsteher übertragenen Wasserpolizei ist die Strom-, Schiffahrts- und Hafenpolizei nicht begriffen.

---

§ 60. Der Amtsvorsteher hat das Recht und die Pflicht, da, wo die Erhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit sein Einschreiten notwendig macht, das Erforderliche anzuordnen und ausführen zu lassen.

---

§ 61. Der Kreisausschuß bestimmt endgültig denjenigen Amtsvorsteher, beziehungsweise Bürgermeister, welcher die in Bezug auf die öffentlichen Wege notwendigen Anordnungen zu treffen hat, wenn die Beteiligten verschiedenen Amtsbezirken, beziehungsweise Amts- und Stadtbezirken angehören.

Diese Bestimmung findet gleichmäßig Anwendung auf die in Vorfluts- und anderen polizeilichen Angelegenheiten zu treffenden Anordnungen.

---

§ 62. Das durch die §§ 5 ff. des Gesetzes vom 11. März 1850 (Gesetz-Samml. S. 265) der Ortspolizeibehörde für den Umfang einer Gemeinde erteilte Recht zum Erlaß von Polizeistrafverordnungen wird auf den Amtsvorsteher mit der Maßgabe übertragen, daß er nicht nur für den Umfang einer einzelnen Gemeinde oder eines einzelnen Gutsbezirks, sondern auch für den Umfang mehrerer Gemeinden oder Gutsbezirke und für den Umfang des ganzen Amtsbezirks unter Zustimmung des Amtsausschusses, auch im Falle des § 7 des Gesetzes, derartige Verordnungen zu erlassen befugt ist.

Versagt der Amtsausschuß die Zustimmung, so kann dieselbe auf Antrag des Amtsvorstehers, durch Beschluß des Kreis-

ausschusses ergänzt werden. Der Beschluß ist endgültig.

§ 63. Der Amtsvorsteher hat in den seiner Verwaltung anheimfallenden Angelegenheiten das Recht der vorläufigen Straffestsetzung nach den Vorschriften des Gesetzes vom 23. April 1883 (Gesetz-Samml. S. 65).

§ 64. (Fortgefallen.)

§ 65. Die Gemeinde- und Gutsvorsteher sind verbunden, den Anweisungen und Aufträgen des Amtsvorstehers, welche derselbe in Gemäßheit seiner gesetzlichen Befugnisse in Dienstangelegenheiten an sie erläßt, nachzukommen, und können hierzu von ihm unter Anwendung der den Ortspolizeibehörden nach § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Samml. S. 195) zustehenden Zwangsmittel, mit Ausnahme der Haftstrafe, angehalten werden. Ein Ordnungsstrafrecht steht dem Amtsvorsteher gegen die Gemeinde- und Gutsvorsteher nicht zu.

Die Gendarmen haben den Requisitionen des Amtsvorstehers in polizeilichen Angelegenheiten zu genügen. Der Dienstaufsicht des Amtsvorstehers unterliegen sie nicht.

§ 66. Der Landrat und der Kreisausschuß sind befugt, für die Geschäfte der allgemeinen Landes- und Kreiskommunalverwaltung, sowie bei Beaufsichtigung der Kommunalangelegenheiten der zu dem Amtsbezirke gehörigen Gemeinden und Gutsbezirke die vermittelnde und begutachtende Thätigkeit des Amtsvorstehers in Anspruch zu nehmen.

§ 67. Der Kreisausschuß beschließt über Beschwerden gegen Verfügungen der Amtsvorsteher in nicht polizeilichen Angelegenheiten.

Die Aufsicht über die Geschäftsführung der Amtsvorsteher führt der Landrat als Vorsitzender des Kreisausschusses.

§ 68. Bezüglich der Dienstvergehen der Amtsvorsteher finden die Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juli 1852, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten (Gesetz-Samml. S. 465), mit folgenden Maßgaben Anwendung:

1. Ueber die Verhängung von Ordnungsstrafen gegen die Amtsvorsteher beschließt im Umfange des den Provinzialbehörden beigelegten Ordnungsstrafrechtes der Kreisausschuß und im Umfange des dem Minister beigelegten Ordnungsstrafrechtes der Regierungspräsident. Dem Landrate steht das Recht zur Verhängung von Ordnungsstrafen gegen die Amtsvorsteher nicht zu.

   Gegen den Beschluß des Kreisausschusses findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Bezirksausschuß, gegen die Strafverfügungen des Regierungspräsidenten innerhalb gleicher Frist die Beschwerde an den Ober-Präsidenten statt.

   Gegen den auf die Beschwerde ergehenden Beschluß des Bezirksausschusses beziehungsweise des Ober-Präsidenten findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.
2. In dem auf Entfernung aus dem Amte gerichteten Verfahren wird die Einleitung des Disziplinarverfahrens von dem Landrate oder von dem Regierungspräsidenten verfügt und von demselben der Untersuchungskommissar, sowie der Vertreter der Staatsanwaltschaft für die erste Instanz ernannt.

   Die entscheidende Behörde erster Instanz ist der Kreisausschuß, die entscheidende Behörde zweiter Instanz das Oberverwaltungsgericht. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft bei dem Oberverwaltungsgerichte wird von dem Minister des Innern ernannt.

§ 69. Der Amtsvorsteher ist berechtigt, eine Amtsunkostenentschädigung zu beanspruchen, welche nach Anhörung der Beteiligten von dem Kreisausschusse als ein Pauschquantum festgesetzt wird.

In gleicher Weise erfolgt die Festsetzung der einem kommissarischen Amtsvorsteher zu gewährenden Remuneration.

§ 70. Als Beitrag zu den Kosten der Amtsverwaltung überweist der Staat den Kreisen diejenigen Summen, welche er infolge des gegenwärtigen Gesetzes durch das Eingehen der Königlichen Polizeiverwaltungen, durch den Wegfall der Schulzen-

remunerationen und anderer Polizeiverwaltungskosten an den im Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1873 für ebengenannte Zwecke veranschlagten Ausgaben fernerhin ersparen wird.

Die Verteilung des für jede Provinz festzustellenden Betrages auf die einzelnen Kreise erfolgt nach Maßgabe des Bedürfnisses durch die Provinzialvertretung beziehungsweise durch eine von dieser zu erwählende Kommission.

Außerdem wird der Staat für die den Kreisen beziehungsweise Amtsbezirken durch die Wahrnehmung von Geschäften der Staatsverwaltung erwachsenden Ausgaben besondere Fonds überweisen. Das hierüber zu erlassende Gesetz wird über den Betrag und die Verteilung dieser Fonds nähere Anordnungen treffen.

Soweit die Kosten der Amtsverwaltung durch die vom Staate überwiesenen Beträge ihre Deckung nicht finden, trägt dieselbe das Amt.

In den zusammengesetzten Amtsbezirken gilt für die Aufbringung der Verwaltungskosten in Ermangelung einer Vereinbarung unter den Beteiligten der nach Maßgabe dieses Gesetzes in dem Kreise für die Kreisabgaben festgestellte Maßstab.

---

§ 70a. Auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend:

1. das Recht zur Mitbenutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Amtsbezirkes,
2. die Heranziehung oder die Veranlagung zu den Kosten der Amtsverwaltung oder zu anderen Amtsabgaben,

beschließt — in zusammengesetzten Amtsbezirken — der Amtsausschuß.

Beschwerden und Einsprüche der zu 2 gedachten Art sind innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Bekanntmachung der Abgabebeiträge bei dem Amtsvorsteher anzubringen. Einsprüche gegen die Höhe von Amtszuschlägen zu den direkten Staatssteuern, welche sich gegen den Prinzipalsatz der letzteren richten, sind unzulässig.

Gegen den Beschluß des Amtsausschusses findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Kreisausschusse statt. Hierbei finden die Vorschriften des § 19 Absatz 3 Satz 2 Anwendung.

Die Beschwerden und die Einsprüche, sowie die Klage, haben keine aufschiebende Wirkung.

---

§ 71. In denjenigen Gemeinden und Gutsbezirken, welche einen Amtsbezirk für sich bilden, werden die Kosten der Amtsverwaltung gleich den übrigen Kommunalbedürfnissen aufgebracht. Solche Amtsbezirke haben keinen Anspruch auf die vom Staate gewährten Fonds.

---

§ 72. Unterläßt oder verweigert ein Amtsverband die ihm gesetzlich obliegenden, von der Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit festgestellten Leistungen auf den Haushaltsetat zu bringen oder außerordentlich zu genehmigen, so verfügt der Landrat unter Anführung der Gründe die Eintragung in den Etat, beziehungsweise die Feststellung der außerordentlichen Ausgabe.

Gegen die Verfügung des Landrats steht dem Amtsverbande innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse zu. Zur Ausführung der Rechte des Amtsverbandes kann der Amtsausschuß einen besonderen Vertreter bestellen.

---

§ 73. Die von den Amtsvorstehern in Gemäßheit des Gesetzes vom 23. April 1883 (Gesetz-Samml. S. 65) endgültig festgesetzten Geldbußen und Konfiskate, sowie die von denselben festgesetzten Exekutivgeldbußen werden — soweit nicht in Ansehung gewisser Uebertretungen besonders bestimmt ist, wohin die durch dieselben verwirkten Geldbußen oder Konfiskate fließen sollen — zur Amtskasse, beziehungsweise zu den Kassen der einen eigenen Amtsbezirk bildenden Gemeinden und Gutsbezirke vereinnahmt und zur Deckung der Kosten der Amtsverwaltung mitverwendet.

Fünfter Abschnitt.

Von dem Amte des Landrats.

§ 74. Der Landrat wird vom Könige ernannt.

Der Kreistag ist befugt, für die Besetzung des erledigten Landratsamtes ge-

eignete Personen, welche seit mindestens einem Jahre dem Kreise durch Grundbesitz oder Wohnsitz angehören, in Vorschlag zu bringen.

Geeignet zur Bekleidung der Stelle eines Landrates sind diejenigen Personen, welche

1. die Befähigung zum höheren Verwaltungs- oder Justizdienste erlangt haben, oder
2. dem Kreise seit mindestens einem Jahre durch Grundbesitz oder Wohnsitz angehören, und zugleich mindestens während eines vierjährigen Zeitraumes, entweder
   a) als Referendare im Vorbereitungsdienste bei den Gerichten und Verwaltungsbehörden
      oder
   b) in Selbstverwaltungsämtern des betreffenden Kreises, des Bezirkes oder der Provinz, — jedoch nicht lediglich als Stellvertreter oder als Mitglieder von Kreiskommissionen thätig gewesen sind.

Auf den Zeitraum von vier Jahren kann den zu 2b bezeichneten Personen eine Beschäftigung bei höheren Verwaltungsbehörden bis zur Dauer von zwei Jahren in Anrechnung gebracht werden.

§ 75. Behufs Stellvertretung des Landrates werden von dem Kreistage aus der Zahl der Kreisangehörigen zwei Kreisdeputierte auf je sechs Jahre gewählt. Dieselben bedürfen der Bestätigung des Ober-Präsidenten. Sie sind von dem Landrate zu vereidigen.

Für kürzere Verhinderungsfälle kann der Kreissekretär als Stellvertreter eintreten.

---

§ 76. Der Landrat führt als Organ der Staatsregierung die Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung im Kreise und leitet als Vorsitzender des Kreistages und des Kreisausschusses die Kommunalverwaltung des Kreises.

---

§ 77. Soweit die Rechte und Pflichten des Landrates nicht durch das gegenwärtige Gesetz abgeändert sind, behalt es bei den darüber bestehenden Vorschriften auch ferner sein Bewenden.

Demgemäß hat der Landrat auch ferner die gesamte Polizeiverwaltung im Kreise und in dessen einzelnen Amtsbezirken, Gemeinden und Gutsbezirken zu überwachen.

---

§ 78. (Fortgefallen.)

Sechster Abschnitt.

Von dem Zwangsverfahren der Behörden des Kreises.

§ 79—83. (Fortgefallen.)

Dritter Titel.

Von der Vertretung und Verwaltung des Kreises.

Erster Abschnitt.

Von der Zusammensetzung des Kreistages.

§ 84. Die Kreisversammlung (der Kreistag) besteht in Kreisen, welche unter Ausschluß der im aktiven Militärdienste stehenden Personen 25000 oder weniger Einwohner haben, aus 25 Mitgliedern. In Kreisen mit mehr als 25000 bis zu 100000 Einwohnern tritt für jede Vollzahl von 5000 und in Kreisen mit mehr als 100000 Einwohnern für jede über die letztere Zahl überschießende Vollzahl von 10000 Einwohnern je ein Vertreter hinzu.

---

§ 85. Zum Zwecke der Wahl der Kreistagsabgeordneten werden drei Wahlverbände gebildet und zwar:

a) der Wahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer,
b) der Wahlverband der Landgemeinden und

c) der Wahlverband der Städte.

In Kreisen, in welchen keine Stadtgemeinde vorhanden ist, scheidet der Wahlverband der Städte aus.

Für Kreise, welche nur aus einer oder mehreren Städten bestehen, gelten die Vorschriften der §§ 169 und 171 bis 175 dieses Gesetzes.

---

§ 86. Der Wahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer besteht aus allen denjenigen zur Zahlung von Kreisabgaben verpflichteten Grundbesitzern, mit Einschluß der juristischen Personen, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, welche von ihrem gesamten, auf dem platten Lande innerhalb des Kreises belegenen Grundeigentume den Betrag von mindestens 225 Mark an Grund- und Gebäudesteuer entrichten, beziehungsweise zu entrichten haben würden, wenn sie nach Maßgabe der Gesetze vom 21. Mai 1861 (Gesetz-Samml. S. 253 und 317) zur Grund- beziehungsweise Gebäudesteuer veranlagt wären.

Nach Erlaß der Provinzialordnung bleibt den Provinzialvertretungen überlassen, für ihre Provinz oder auch für einzelne Kreise derselben den Betrag von 225 Mark auf den Betrag von 300 Mark zu erhöhen oder bis auf den Betrag von 150 Mark zu ermäßigen.

Für einzelne Kreise der Provinz Sachsen darf diese Erhöhung bis zu dem Betrage von 450 Mark erfolgen.

Dem Wahlverbande der größeren ländlichen Grundbesitzer treten diejenigen Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer hinzu, welche wegen ihrer auf dem platten Lande innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in den Klassen I oder II der Gewerbesteuer mit einem Steuerbetrage von 300 Mark veranlagt sind (§ 14 Absatz 4).

---

§ 87. Der Wahlverband der Landgemeinden umfaßt:

1. sämtliche Landgemeinden des Kreises;
2. sämtliche Besitzer selbständiger Güter mit Einschluß der juristischen Personen, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, welche nicht zu dem Verbande der größeren Grundbesitzer (§ 86) gehören;
3. diejenigen Gewerbetreibenden und Bergwerksbesitzer, welche wegen ihrer auf dem platten Lande innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in den Klassen I oder II unter einem Steuerbetrage von 300 Mark veranlagt sind.

---

§ 88. Der Wahlverband der Städte umfaßt die Stadtgemeinden des Kreises.

---

§ 89. Die nach § 84 dieses Gesetzes jedem Kreise nach Maßgabe seiner Bevölkerungsziffer zustehende Zahl von Kreistagsabgeordneten wird auf die drei Wahlverbände der größeren Grundbesitzer, der Landgemeinden und der Städte nach folgenden Grundsätzen verteilt:

1. Die Zahl der städtischen Abgeordneten wird nach dem Verhältnisse der städtischen und ländlichen Bevölkerung, wie dasselbe durch die letzte allgemeine Volkszählung festgestellt worden ist, bestimmt. Die Zahl der städtischen Abgeordneten darf die Hälfte, und in denjenigen Kreisen, in welchen nur eine Stadt vorhanden ist, ein Drittel der Gesamtzahl aller Abgeordneten nicht übersteigen.
2. Von der nach Abzug der städtischen Abgeordneten übrig bleibenden Zahl der Kreistagsabgeordneten erhalten die Verbände der größeren Grundbesitzer und der Landgemeinden ein jeder die Hälfte.

---

§ 90. Bleibt die vorhandene Zahl der in dem Wahlverbande der größeren Grundbesitzer Wahlberechtigten (§ 86) in einem Kreise unter der ihrem Verbande nach § 89 zukommenden Abgeordnetenzahl, so wählt dieser Verband nur so viele Abgeordnete, als Wähler vorhanden sind, und fällt die demselben hiernach abgehende Zahl von Abgeordneten dem Wahlverbande der Landgemeinden zu.

---

§ 91. Zum Zwecke der Wahl der von dem Verbande der Landgemeinden zu wählenden Abgeordneten werden, unter möglichster Anlehnung an die Amtsbezirke, in räumlicher Abrundung und nach Maßgabe der Bevölkerung Wahlbezirke gebildet, deren jeder die Wahl von einem bis zwei Abgeordneten zu vollziehen hat.

---

§ 92. Die Zahl der vom Wahlverbande der Städte überhaupt zu wählenden

Kreistagsabgeordneten wird auf die einzelnen Städte des Kreises nach Maßgabe der Seelenzahl verteilt.

Sind in einem Kreise mehrere Städte vorhanden, auf welche hiernach nicht je ein Abgeordneter fällt, so werden diese Städte behufs der Wahl mindestens eines gemeinschaftlichen Abgeordneten zu einem Wahlbezirke vereinigt.

Ist in einem Kreise neben anderen großen Städten nur eine Stadt vorhanden, welche nach ihrer Seelenzahl nicht einen Abgeordneten zu wählen haben würde, so ist derselben gleichwohl ein Abgeordneter zu überweisen.

---

§ 93. Ergeben sich bei den nach Maßgabe der §§ 89 bis 92 des Gesetzes vorzunehmenden Berechnungen Bruchteile, so werden dieselben nur insoweit berücksichtigt, als sie $^1/_2$ erreichen oder übersteigen.

Uebersteigen sie $^1/_2$, so werden sie für voll gerechnet, kommen sie $^1/_2$ gleich, so bestimmt das Los, welchem der bei der Verteilung beteiligten Wahlverbände und Wahlbezirke, beziehungsweise welcher Stadtgemeinde der Bruchteil für voll gerechnet werden soll.

---

§ 94. Zur Wahl der von dem Wahlverbande der größeren Grundbesitzer zu wählenden Kreistagsabgeordneten treten die zu diesem Verbande gehörigen Grundbesitzer, Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer in der Kreisstadt unter dem Vorsitze des Landrats zusammen.

---

§ 95. Bei dem Wahlakte hat jeder Berechtigte nur eine Stimme.

Auch als Stellvertreter können Personen, welche bereits eine Stimme führen, ein ferneres Stimmrecht nicht ausüben. Ausgenommen sind die im § 97 Nr. 7 bezeichneten Vertreter.

---

§ 96. Das Recht zur persönlichen Teilnahme an den Wahlen (§ 94) steht vorbehaltlich der nachfolgenden besonderen Bestimmungen (§ 97) denjenigen Grundbesitzern, Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzern zu, welche

a) Angehörige des Deutschen Reiches und selbständig sind.

Als selbständig wird derjenige angesehen, welcher das 21. Lebensjahr vollendet hat, sofern ihm das Recht, über sein Vermögen zu verfügen und dasselbe zu verwalten, nicht durch gerichtliche Anordnung entzogen ist;

b) sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Das Wahlrecht geht verloren, sobald eins der vorstehenden Erfordernisse bei dem bis dahin Wahlberechtigten nicht mehr zutrifft. Es ruht während der Dauer eines Konkurses, ferner während der Dauer einer gerichtlichen Untersuchung, wenn dieselbe wegen Verbrechen oder wegen solcher Vergehen, welche den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte nach sich ziehen müssen oder können, eingeleitet oder wenn die gerichtliche Haft verfügt ist.

---

§ 97. Durch Stellvertretung können sich an den Wahlen beteiligen:

1. der Staat durch einen Vertreter aus der Zahl seiner Beamten, seiner Domänenpächter oder der ländlichen Grundbesitzer des Kreises;
2. juristische Personen, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien durch einen Pächter oder mit Generalvollmacht versehenen Administrator eines im Kreise belegenen größeren Gutes, oder durch einen Vertreter aus der Zahl der ländlichen Grundbesitzer des Kreises; Korporationen sind befugt, sich nach Maßgabe ihrer Statuten oder Verfassungen vertreten zu lassen;
3. Eltern durch ihre Söhne, welchen sie die Verwaltung selbständiger Güter dauernd übertragen haben;
4. unverheiratete Besitzerinnen durch Vertreter aus der Zahl der ländlichen Grundbesitzer des Kreises;
5. die Mitglieder regierender Häuser durch ein Mitglied ihrer Familie oder einen Vertreter aus der Zahl ihrer Beamten, ihrer Gutspächter oder der ländlichen Grundbesitzer des Kreises;
6. die gemeinschaftlichen Besitzer eines größeren Grundeigentums (§ 86) durch einen Mitbesitzer, beziehungsweise die Teilnehmer eines gewerblichen Unternehmens durch einen derselben;
7. Ehefrauen, sowohl groß- wie minderjährige, können durch ihren Ehemann, Kinder unter väterlicher Gewalt durch ihren Vater, bevormundete Personen durch ihren Vormund oder Pfleger vertreten werden. Wird die Vor-

mundschaft oder Pflegschaft von weiblichen Personen geführt, so kann deren Vertretung nach Maßgabe der Bestimmung unter 4 erfolgen,

insofern die unter Nr. 2 genannten Berechtigten im Deutschen Reiche ihren Sitz haben und die unter Nr. 3 bis 7 genannten Berechtigten Angehörige des Deutschen Reiches sind und sich im Genusse der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Die Vertreter, mit Ausnahme der unter Nr. 7 bezeichneten, müssen in dem Kreise entweder einen Wohnsitz haben oder in demselben Grundeigentum besitzen. Außerdem gelten für die Vertreter die Grundsätze, welche der § 96 für die Wahlberechtigung vorschreibt.

---

§ 98. In jedem Wahlbezirke des Wahlverbandes der Landgemeinden wird die Wahlversammlung gebildet:

1. durch Vertreter der einzelnen Landgemeinden;
2. durch die Besitzer der in dem Bezirke liegenden selbständigen Güter, welche nicht zu den größeren Grundbesitzern (§ 86) gehören;
3. durch diejenigen Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer, welche wegen ihrer auf dem platten Lande innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in den Klassen I oder II der Gewerbesteuer mit einem Steuerbetrag von weniger als 300 Mark veranlagt sind.

Auf die in den Nummern 2 und 3 erwähnten Wahlberechtigten finden die Bestimmungen der §§ 95 bis 97 Anwendung.

---

§ 99. Befinden sich in einem Wahlbezirke zwei oder mehrere Güter (§ 98 Nr. 2), deren jedes zu weniger als 60 Mark Grund- und Gebäudesteuer veranlagt ist, so werden die Besitzer derselben nach Anordnung des Kreisausschusses dergestalt zu Gesamt-(Kollektiv-)Stimmen vereinigt, daß auf jede Stimme, soweit möglich, ein Grund- und Gebäudesteuerbetrag von 60 Mark entfällt.

Der Kreisausschuß regelt die Art, in welcher das Kollektivstimmrecht ausgeübt wird.

---

§ 100. Die Vertretung der Landgemeinden erfolgt bei Gemeinden:

1. von weniger als 400 Einwohnern durch einen Wahlmann,
2. von 400 und weniger als 800 Einwohnern durch zwei,
3. von 800 und weniger als 1200 Einwohnern durch drei,
4. von 1200 und weniger als 2000 Einwohnern durch vier,
5. von 2000 und weniger als 3000 Einwohnern durch fünf Wahlmänner, und für jede fernere Vollzahl von 1000 Seelen durch einen ferneren Wahlmann.

Die Wahlmänner der Landgemeinden werden von der Gemeindeversammlung, in denjenigen Landgemeinden aber, in welchen eine gewählte Gemeindevertretung besteht oder eingeführt wird, von der letzteren und dem Gemeindevorstande aus der Zahl der stimmberechtigten Gemeindemitglieder durch absolute Stimmenmehrheit gewählt.

Die Wahlen erfolgen nach näherer Vorschrift des diesem Gesetze beigefügten Wahlreglements.

Ausgeschlossen von der Teilnahme an der Wahl in der Gemeindeversammlung sind diejenigen, welche zum Wahlverbande der größeren Grundbesitzer gehören.

---

§ 101. Befinden sich in einem Wahlbezirke zwei oder mehrere Gemeinden, deren jede weniger als 60 Mark Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, und weniger als 100 Einwohner zählt, so werden dieselben nach Anordnung des Kreisausschusses in gleicher Weise, wie die Besitzer der im § 99 gedachten Güter, zu Gesamt-(Kollektiv-)Stimmen vereinigt.

---

§ 102. Wer als Besitzer eines selbständigen Guts, als Gewerbtreibender oder Bergwerksbesitzer zur Teilnahme an den Wahlen im Verbande der Landgemeinden persönlich berechtigt ist (§ 98 Nr. 2 und 3), darf die auf ihn gefallene Wahl als Wahlmann einer Landgemeinde ablehnen. Nimmt er die Wahl an, so ist er zur Ausübung seines persönlichen Wahlrechts nicht befugt.

Dagegen wird durch die Ausübung eines Wahlrechts als Wahlmann einer Landgemeinde die Ausübung des persönlichen Wahlrechts im Verbande der größeren Grundbesitzer nicht ausgeschlossen.

§ 103. Die Vertreter der Gemeinden des Wahlbezirks, die Besitzer der zu dem letzteren gehörigen selbständigen Güter und die wahlberechtigten Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer treten unter der Leitung des Landrats oder in dessen Auftrage eines Amtsvorstehers an dem von dem Kreisausschusse zu bestimmenden Wahlorte behufs der Wahl der Kreistagsabgeordneten zusammen.

---

§ 104. Die Wahl der städtischen Kreistagsabgeordneten erfolgt in denjenigen Städten, welche für sich einen oder mehrere Abgeordnete zu wählen haben, durch den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung, beziehungsweise das bürgerschaftliche Repräsentantenkollegium, welche zu diesem Behufe unter dem Vorsitze des Bürgermeisters zu einer Wahlversammlung vereinigt werden.

In denjenigen Städten, welche mit anderen Städten des Kreises zu einem Wahlbezirke vereinigt sind, haben der Magistrat und die Stadtverordneten beziehungsweise die bürgerschaftlichen Repräsentanten in vereinigter Sitzung auf je 250 Einwohner einen Wahlmann zu wählen. Durch statutarische Anordnung des Kreistages kann jene Zahl erhöht werden.

Die Wahlmänner des Wahlbezirks treten unter Leitung des Landrats an dem von dem Kreisausschusse zu bestimmenden Wahlorte zur Wahl der Abgeordneten zusammen.

---

§ 105. Die nach den vorstehenden Bestimmungen vorzunehmenden Wahlen erfolgen nach näherer Vorschrift des diesem Gesetze beigefügten Wahlreglements.

---

§ 106. Wählbar zum Mitgliede des Kreistages und beziehungsweise zum Wahlmanne ist:

1. im Wahlverbande der Städte jeder Einwohner der im Kreise belegenen Städte, welcher sich im Besitze des Bürgerrechts befindet;
2. in den Wahlverbänden der größeren Grundbesitzer, sowie der Landgemeinden, ein jeder seit einem Jahr in dem Kreise angesessene ländliche Grundbesitzer, sowie ein jeder, welcher in einer Versammlung dieser Verbände ein Wahlrecht ausübt und seit einem Jahre in dem Kreise einen Wohnsitz hat.

Für die Wählbarkeit zum Wahlmanne und zum Abgeordneten gelten die im § 96 für die Wahlberechtigung gegebenen Bestimmungen.

---

§ 107. Die Kreistagsabgeordneten werden auf sechs Jahre gewählt.

Alle drei Jahre scheidet die Hälfte der Abgeordneten eines jeden Wahlverbandes aus und wird durch neue ersetzt. Ist diese Zahl nicht durch 2 teilbar, so scheidet das erste Mal die nächstgrößere Zahl aus. Die das erste Mal Ausscheidenden werden durch das Los bestimmt, welches der Landrat auf dem Kreistage zu ziehen hat.

Die Ausscheidenden können wiedergewählt werden.

---

§ 108. Die Wahlen zur regelmäßigen Ergänzung des Kreistages finden alle drei Jahre im Monat November statt, sofern nicht durch statutenmäßige Anordnung seitens des Kreistages ein anderer Termin bestimmt wird. Die Wahlen in dem Verbande der Landgemeinden erfolgen vor den Wahlen in dem Verbande der größeren Grundbesitzer.

Ergänzungs- und Ersatzwahlen werden von denselben Wahlverbänden, Stadtgemeinden und Wahlbezirken vorgenommen, von denen der Ausscheidende gewählt war.

Wo in städtischen oder ländlichen Wahlbezirken die Wahl von Wahlmännern durch dieses Gesetz vorgeschrieben ist (§§ 100 und 104), erfolgt dieselbe aufs neue vor jeder Wahl, mit Ausnahme der Ersatzwahlen, bei welchen die früheren Wahlmänner fungieren.

Der Ersatzmann bleibt nur bis zum Ende derjenigen sechs Jahre in Thätigkeit, für welche der Ausgeschiedene gewählt war.

---

§ 109. Die bei der regelmäßigen Ergänzung neugewählten Kreistagsabgeordneten treten, sofern nicht durch statutarische Anordnung ein anderer Termin bestimmt wird, ihr Amt mit dem Anfange des nächstfolgenden Jahres an; die Ausscheidenden bleiben bis zur Einführung der neugewählten Mitglieder in Thätigkeit. Die Einführung der Gewählten erfolgt durch den Vorsitzenden des Kreistages.

§ 110. Für jeden Kreis werden alle drei Jahre vor jeder neuen Wahl der Kreistagsabgeordneten:

1. ein Verzeichnis der zum Wahlverbande der größeren Grundbesitzer gehörigen Grundbesitzer, Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer unter Angabe der in dem § 86 enthaltenen Merkmale,
2. ein Verzeichnis der zum Wahlverbande der Landgemeinden gehörigen Besitzer selbständiger Gutsbezirke und wahlberechtigten Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer unter Angabe der in den §§ 87, 98 und 99 enthaltenen Merkmale,
3. ein Verzeichnis der Landgemeinden unter Angabe der Zahl der von jeder einzelnen Gemeinde oder von den zu einer Kollektivstimme vereinigten Gemeinden zu wählenden Wahlmänner (§§ 100 und 101)

durch den Kreisausschuß aufgestellt und durch das Kreisblatt, oder wo ein solches nicht besteht, durch das Amtsblatt zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Anträge auf Berichtigung dieses Verzeichnisses sind binnen einer Frist von vier Wochen nach Ausgabe des Blattes, durch welches das Verzeichnis veröffentlicht worden ist, bei dem Kreisausschusse anzubringen, welcher darüber beschließt. Gegen den Beschluß findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse statt.

---

§ 111. Die Verteilung der Kreistagsabgeordneten auf die einzelnen Wahlverbände (§§ 89 und 90), die Bildung von Wahlbezirken für die Landgemeinden und die zum Verbande derselben gehörigen selbständigen Gutsbezirke, Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer, sowie die Verteilung der Abgeordneten der Landgemeinden auf dieselben (§ 91), ingleichen die Verteilung der städtischen Abgeordneten auf die einzelnen Städte, beziehungsweise die Bildung von Städtewahlbezirken (§ 92), erfolgt auf den Vorschlag des Kreisausschusses durch den Kreistag und ist durch das Kreis- beziehungsweise Amtsblatt zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

---

§ 112. Die nach den Vorschriften des § 111 festgestellte Verteilung der Abgeordneten bleibt das erste Mal für drei Jahre, sodann für einen Zeitraum von je zwölf Jahren maßgebend. Nach dessen Ablauf wird sie durch den Kreisausschuß einer Revision unterworfen und der Beschluß des Kreistages über die etwa nach Maßgabe der Vorschriften der §§ 84, 89 bis 93 notwendigen Abänderungen eingeholt. In der Zwischenzeit erfolgt eine Revision nur:

1. wenn die Zahl der Städte des Kreises sich vermehrt oder vermindert, oder wenn eine Stadt in Gemäßheit des § 4 aus dem Kreisverbande ausscheidet. In diesen Fällen ist alsbald eine anderweite Verteilung der Abgeordneten auf die einzelnen Wahlverbände und eine Neuwahl sämtlicher Kreistagsabgeordneten vorzunehmen;
2. wenn die Zahl der Berechtigten in dem Verbande der größeren Grundbesitzer sich dergestalt vermehrt oder vermindert, daß nach § 90 die Zahl der diesem Verbande zukommenden Abgeordneten eine größere oder geringere wird als bei der letzten Verteilung. In diesem Falle ist vor den nächsten regelmäßigen Ergänzungswahlen (§ 108) von dem Kreistage eine Berichtigung des Verteilungsplans vorzunehmen und sind sodann nach diesem berichtigten Verteilungsplan die erforderlichen Ergänzungs- beziehungsweise Neuwahlen zu vollziehen.

---

§ 112a. Gegen die von dem Kreistage gemäß §§ 111 und 112 wegen Verteilung der Kreistagsabgeordneten gefaßten Beschlüsse steht den Beteiligten innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Ausgabe des Blattes, durch welches die Verteilung bekannt gemacht worden ist, die Klage bei dem Bezirksausschusse zu.

Gegen die Endurteile des Bezirksausschusses findet sowohl in diesen, wie in den Fällen des § 110 Absatz 2 nur das Rechtsmittel der Revision statt.

---

§ 113. Gegen das zum Zwecke der Wahl der Kreistagsabgeordneten stattgehabte Wahlverfahren kann jedes Mitglied einer Wahlversammlung innerhalb zwei Wochen Einspruch bei dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes erheben. Die Beschlußfassung über den Einspruch, über

welchen die Beteiligten vorab zu hören sind, steht dem Kreistage zu.

Im übrigen prüft der Kreistag die Legitimation seiner Mitglieder von Amtswegen und beschließt darüber.

Jede Wahl verliert dauernd oder vorübergehend ihre Wirkung, wenn sich ergiebt, daß die für die Wählbarkeit vorgeschriebenen Bedingungen nicht vorhanden gewesen sind, oder wenn diese Bedingungen gänzlich oder zeitweise aufhören. Der Kreistag hat darüber zu beschließen, ob einer dieser Fälle eingetreten ist.

Gegen die nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen gefaßten Beschlüsse findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse statt. Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung; jedoch dürfen bis zur rechtskräftigen Entscheidung Ersatzwahlen nicht stattfinden.

Für das Streitverfahren kann der Kreistag einen besonderen Vertreter bestellen.

Die Namen der Gewählten sind durch das Kreis- beziehungsweise Amtsblatt bekannt zu machen.

---

§ 114. Die Kreistagsabgeordneten erhalten weder Diäten noch Reisekosten.

Zweiter Abschnitt.

Von den Versammlungen und Geschäften des Kreistages.

§ 115. Der Kreistag ist berufen, den Kreiskommunalverband zu vertreten, über die Kreisangelegenheiten nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes, sowie über diejenigen Gegenstände zu beraten und zu beschließen, welche ihm zu diesem Behufe durch Gesetze oder Königliche Verordnungen überwiesen sind oder in Zukunft durch Gesetz überwiesen werden.

---

§ 116. Insbesondere ist der Kreistag befugt:

1. nach Maßgabe des § 20 statutarische und reglementarische Anordnungen zu treffen;
2. zu bestimmen, in welcher Weise Staatsprästationen, welche kreisweise aufzubringen sind, und deren Aufbringungsweise nicht schon durch das Gesetz vorgeschrieben ist, repartiert werden sollen.

   Bei der Bestimmung in § 5 Nr. 3 des Gesetzes wegen der Kriegsleistungen vom 11. Mai 1851 (Gesetz-Samml. S. 362) behält es sein Bewenden;
3. Ausgaben zur Erfüllung einer Verpflichtung oder im Interesse des Kreises zu beschließen, und zu diesem Behufe

   über das dem Kreise gehörige Grund- beziehungsweise Kapitalvermögen zu verfügen, Anleihen aufzunehmen und die Kreisangehörigen mit Kreisabgaben zu belasten;
4. innerhalb der Vorschriften der §§ 10 bis 18 den Verteilungs- und Aufbringungsmaßstab der Kreisabgaben zu beschließen;
5. den Kreishaushalts-Etat festzustellen und hinsichtlich der Jahresrechnung Decharge zu erteilen (§§ 127 und 129);
6. die Grundsätze festzustellen, nach welchen die Verwaltung des dem Kreise gehörigen Grund- und Kapitalvermögens, sowie der Kreiseinrichtungen und Anstalten zu erfolgen hat;
7. die Einrichtung von Kreisämtern zu beschließen, die Zahl und Besoldung der Kreisbeamten zu bestimmen;[1])
8. die Wahlen zum Kreisausschusse (§ 130) und zu den durch das Gesetz für Zwecke der allgemeinen Landesverwaltung angeordneten Kommissionen zu vollziehen, sowie besondere Kommissionen und Kommissare für Kreiszwecke zu bestellen (§ 167).

   Für die Vollziehung dieser Wahlen gelten die Vorschriften des diesem Gesetze beigefügten Reglements. Gegen das stattgehabte Wahlverfahren kann jedes Mitglied des Kreistages bis

---

[1]) Man vergleiche über Anstellung und Versorgung der Kreisbeamten jetzt die §§ 21 und 8 bis 15 des Kommunalbeamtengesetzes vom 30. Juli 1899.

zum Schlusse des Kreistages Einspruch bei dem Vorsitzenden erheben. Die endgültige Beschlußfassung über den Einspruch steht dem Kreistage zu;

9. Gutachten über alle Angelegenheiten abzugeben, die ihm zu diesem Behufe von den Staatsbehörden überwiesen werden;
10. die durch Gesetz oder Königliche Verordnung (§ 115) ihm übertragenen sonstigen Geschäfte wahrzunehmen.

---

§ 117. Ueber Fonds, welche der Gesamtheit des platten Landes oder der Städte gehören, steht den Kreistagsabgeordneten des platten Landes beziehungsweise der Städte die Verfügung allein zu.

Insbesondere haben über diejenigen Fonds, welche in der Kur- und Neumark Brandenburg aus den Kontributionsüberschüssen angesammelt sind, die Kreistagsabgeordneten des platten Landes allein zu verfügen.

---

§ 118. Der Landrat beruft die Kreistagsabgeordneten zum Kreistage durch besondere Einladungsschreiben, unter Angabe der zu verhandelnden Gegenstände, führt auf demselben den Vorsitz, leitet die Verhandlungen und handhabt die Ordnung in der Versammlung. In Behinderungsfällen übernimmt der dem Dienst- beziehungsweise Lebensalter nach älteste anwesende Kreisdeputierte den Vorsitz.

Mit Ausnahme dringender Fälle, in welchen die Frist bis zu drei Tagen abgekürzt werden darf, muß die Einladung sämtlichen Kreistagsabgeordneten mindestens 14 Tage vorher zugestellt werden. Gegenstände, die nicht in die Einladung zum Kreistage aufgenommen sind, können zwar zur Beratung gelangen, die Fassung eines bindenden Beschlusses über dieselben darf jedoch erst auf dem nächsten Kreistage erfolgen.

Anträge von Kreistagsabgeordneten auf Beratung einzelner Gegenstände sind bei dem Landrate anzubringen und in die Einladung zum nächsten Kreistage aufzunehmen, insofern sie vor Erlaß der Einladungsschreiben eingehen. Der Landrat ist verpflichtet, jährlich wenigstens zwei Kreistage anzuberaumen, außerdem aber ist er hierzu berechtigt, so oft es die Geschäfte erfordern. Die Zusammenberufung des Kreistages muß erfolgen, sobald dieselbe von einem Viertel der Kreistagsabgeordneten oder von dem Kreisausschusse verlangt wird.

Von einem jeden anzusetzenden Kreistage hat der Landrat dem Regierungspräsidenten unter Einsendung einer Abschrift des Einladungsschreibens Anzeige zu machen.

---

§ 119. Soll auf dem Kreistage Beschluß gefaßt werden:

1. über die Festsetzung des Abgabenverteilungsmaßstabes in Gemäßheit des § 12,
2. über Mehr- und Minderbelastungen einzelner Kreisteile in Gemäßheit des § 13,
3. über solche Gegenstände, welche Kreisausgaben notwendig machen, die nicht auf einer gesetzlichen Verpflichtung des Kreises beruhen,

so ist ein ausführlicher Vorschlag zu dem Beschlusse, welcher über

a) den Zweck desselben,
b) die Art der Ausführung,
c) die Summe der zu verwendenden Kosten,
d) die Aufbringungsweise

das Nötige enthält, von dem Kreisausschusse auszuarbeiten und jedem Abgeordneten mindestens 14 Tage vor Abhaltung des Kreistages schriftlich zuzustellen. Die Frist darf bis zu drei Tagen abgekürzt werden, wenn einem Notstande vorgebeugt oder abgeholfen werden soll.

---

§ 120. Die Sitzungen des Kreistages sind öffentlich. Für einzelne Gegenstände kann durch einen in geheimer Sitzung zu fassenden Beschluß der Versammlung die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden.

---

§ 121. Der Kreistag kann nur beschließen, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Eine Ausnahme hiervon findet statt, wenn die Mitglieder des Kreistages, zum zweitenmal zur Verhandlung über denselben Gegenstand berufen, dennoch nicht in beschlußfähiger Anzahl erschienen sind. Bei der zweiten Zusammenberufung muß auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

---

§ 122. An Verhandlungen über Rechte und Verpflichtungen des Kreises darf der-

jenige nicht teilnehmen, dessen Interesse mit dem des Kreises in Widerspruch steht.

§ 123. Die Mitglieder des Kreisausschusses, welche nicht Mitglieder des Kreistages sind, werden zu den Versammlungen des Kreistages eingeladen und haben in denselben beratende Stimme.

§ 124. Die Beschlüsse des Kreistages werden nach Mehrheit der Stimmen gefaßt.

Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Zu einem Beschlusse, durch welchen eine neue Belastung der Kreisangehörigen ohne eine gesetzliche Verpflichtung oder eine Veräußerung vom Grund- oder Kapitalvermögen des Kreises bewirkt oder eine Veränderung des festgestellten Verteilungsmaßstabes für die Kreisabgaben (§ 12) eingeführt werden soll, ist jedoch eine Stimmenmehrheit von mindestens zwei Drittel der Abstimmenden erforderlich.

§ 125. Ueber die Beschlüsse des Kreistages ist eine besondere Verhandlung aufzunehmen, in welcher die Namen der dabei anwesend gewesenen Mitglieder aufgeführt werden müssen. Diese Verhandlung wird von dem Vorsitzenden und von wenigstens drei Mitgliedern des Kreistages vollzogen, welche zu diesem Behufe von der Versammlung vor dem Beginne der Verhandlung zu bestimmen und in letzterer aufzuführen sind.

Ueber die Wahl eines Protokollführers und die Formen der Verhandlung bestimmt im übrigen die von dem Kreistage zu beschließende Geschäftsordnung.

Der Inhalt der Kreistagsbeschlüsse ist, sofern der Kreistag nicht in einem einzelnen Falle etwas anderes beschließt, in einer von dem Kreistage zu bestimmenden Weise zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Dem Regierungspräsidenten ist eine Abschrift des Protokolls einzureichen.

§ 126. Petitionen und Eingaben, welche namens des Kreistages in Bezug auf die seiner Beschlußnahme unterliegenden Angelegenheiten (§§ 115 und 116) überreicht werden sollen, müssen auf dem Kreistage selbst beraten und vollzogen werden. Daß dies geschehen, ist in der gleichen Eingaben ausdrücklich zu bemerken.

Dritter Abschnitt.

Von dem Kreishaushalte.

§ 127. Ueber alle Einnahmen und Ausgaben, welche sich im voraus bestimmen lassen, entwirft der Kreisausschuß jährlich einen Haushaltsetat, welcher von dem Kreistage festgestellt und demnächst in derselben Weise, wie die Kreistagsbeschlüsse, veröffentlicht wird.

Bei Vorlage des Haushaltsetats hat der Kreisausschuß dem Kreistage über die Verwaltung und den Stand der Kreiskommunalangelegenheiten Bericht zu erstatten.

Eine Abschrift des Etats und des Verwaltungsberichtes wird nach erfolgter Feststellung des ersteren sofort dem Regierungspräsidenten überreicht.

Ausgaben, welche außer dem Etat geleistet werden sollen, bedürfen der Genehmigung des Kreistages.

§ 128. Die Kreiskommunalkasse muß an einem bestimmten Tage in jedem Monate regelmäßig und mindestens einmal im Jahre außerordentlich revidiert werden. Die Revisionen werden von dem Vorsitzenden des Kreisausschusses vorgenommen. Bei den außerordentlichen Revisionen ist ein von dem Kreisausschusse zu bestimmendes Mitglied desselben zuzuziehen.

§ 128a. Der Bezirksausschuß beschließt, an Stelle der Aufsichtsbehörde, über die Feststellung und den Ersatz von Defekten der Kreisbeamten nach Maßgabe der Verordnung vom 24. Januar 1844.

Der Beschluß ist, vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges, endgültig.

§ 129. Die Jahresrechnung ist von dem Rendanten der Kreiskommunalkasse innerhalb der ersten vier Monate nach

Schluß des Rechnungsjahres zu legen und dem Kreisausschusse einzureichen. Dieser hat die Rechnung zu revidieren, solche mit seinen Erinnerungen und Bemerkungen dem Kreistage zur Prüfung, Feststellung und Entlastung einzureichen und demnächst einen Rechnungsauszug zu veröffentlichen.

Der Kreistag ist befugt, diese Prüfung durch eine hiermit zu beauftragende Kommission bewirken zu lassen.

Eine Abschrift des Feststellungsbeschlusses ist sofort dem Regierungspräsidenten vorzulegen.

Vierter Abschnitt.

Von dem Kreisausschusse, seiner Zusammensetzung und seinen Geschäften in der Kreiskommunal- und allgemeinen Landesverwaltung.

§ 130. Zum Zwecke der Verwaltung der Angelegenheiten des Kreises und der Wahrnehmung von Geschäften der allgemeinen Landesverwaltung wird ein Kreisausschuß bestellt.

§ 131. Der Kreisausschuß besteht aus dem Landrate und sechs Mitgliedern, welche von der Kreisversammlung aus der Zahl der Kreisangehörigen nach absoluter Stimmenmehrheit gewählt werden. Für die Wählbarkeit gelten die im § 96 für die Wahlberechtigung gegebenen Bestimmungen.

Geistliche, Kirchendiener und Elementarlehrer können nicht Mitglieder des Kreisausschusses sein; richterliche Beamte, zu denen jedoch die technischen Mitglieder der Handels-, Gewerbe- und ähnlicher Gerichte nicht zu zählen sind, nur mit Genehmigung des vorgesetzten Ministers.

§ 132. Der Kreistag kann nach Bedürfnis einen Syndikus bestellen, welcher die Befähigung zum höheren Richteramte besitzt. Derselbe nimmt an den Sitzungen mit beratender Stimme teil.

§ 133. Die Wahl der Ausschußmitglieder erfolgt auf sechs Jahre mit der Maßgabe, daß bei Ablauf der Wahlperiode die Mitgliedschaft im Ausschusse bis zur Wahl des Nachfolgers fortdauert. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel der Mitglieder aus. Die das erste Mal Ausscheidenden werden durch das Los bestimmt. Die Ausgeschiedenen können wiedergewählt werden. Jede Wahl verliert ihre Wirkung mit dem Aufhören einer der für die Wählbarkeit vorgeschriebenen Bedingungen. Der Kreisausschuß hat darüber zu beschließen, ob dieser Fall eingetreten ist. Gegen den Beschluß des Kreisausschusses findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse statt. Die Klage steht auch dem Vorsitzenden des Kreisausschusses zu. Dieselbe hat keine aufschiebende Wirkung; jedoch dürfen bis zur rechtskräftigen Entscheidung Ersatzwahlen nicht stattfinden. Für das Streitverfahren kann der Kreisausschuß einen besonderen Vertreter bestellen.

Die Ausschußmitglieder werden vom Vorsitzenden vereidigt. Sie können nach Maßgabe der Bestimmungen des § 39 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung im Wege des Disziplinarverfahrens ihrer Stellen enthoben werden.

§ 134. Der Kreisausschuß hat:

1. die Beschlüsse des Kreistages vorzubereiten und auszuführen, soweit damit nicht besondere Kommissionen, Kommissarien oder Beamte durch Gesetz oder Kreistagsbeschluß beauftragt werden;
2. die Kreisangelegenheiten nach Maßgabe der Gesetze und der Beschlüsse des Kreistages, sowie in Gemäßheit des von diesem festzustellenden Kreishaushalts-Etats zu verwalten;
3. die Beamten des Kreises zu ernennen und deren Geschäftsführung zu leiten und zu beaufsichtigen.

Hinsichtlich der Besetzung der Kreisbeamtenstellen mit Militärinvaliden gilt das Gesetz, betreffend die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen in der Verwaltung der Kommunalverbände mit Militäranwärtern, vom 21. Juli 1892; hinsichtlich der Dienstvergehen der Kreisbeamten finden die Bestimmungen des § 68 mit der Maßgabe Anwendung,

daß das Recht zur Verhängung von Ordnungsstrafen auch dem Landrate zusteht;

4. sein Gutachten über alle Angelegenheiten abzugeben, welche ihm von den Staatsbehörden überwiesen werden;
5. diejenigen Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung zu führen, welche ihm durch Gesetz übertragen werden.

---

§ 135. (Fortgefallen.)

---

§ 136. Der Landrat leitet und beaufsichtigt den Geschäftsgang des Ausschusses und sorgt für die prompte Erledigung der Geschäfte.

Der Landrat beruft den Kreisausschuß und führt in demselben den Vorsitz mit vollem Stimmrechte. Ist der Landrat verhindert, so geht der Vorsitz auf seinen Stellvertreter über. Ist dies der Kreissekretär, so führt nicht dieser, sondern das hierzu vom Ausschusse gewählte Mitglied den Vorsitz.

---

§ 137. Der Landrat führt die laufenden Geschäfte der dem Ausschusse übertragenen Verwaltung. Er bereitet die Beschlüsse des Ausschusses vor und trägt für die Ausführung derselben Sorge. Er kann die selbständige Bearbeitung einzelner Angelegenheiten einem Mitgliede des Kreisausschusses übertragen.

Er vertritt den Kreisausschuß nach außen, verhandelt namens desselben mit Behörden und Privatpersonen, führt den Schriftwechsel und zeichnet alle Schriftstücke namens des Ausschusses.

Urkunden über Rechtsgeschäfte, welche den Kreis gegen Dritte verbinden sollen, ingleichen Vollmachten, müssen unter Anführung des betreffenden Beschlusses des Kreistages beziehungsweise Kreisausschusses von dem Landrate und zwei Mitgliedern des Kreisausschusses beziehungsweise der mit der Angelegenheit betrauten Kommission unterschrieben und mit dem Siegel des Landrats versehen sein.

---

§ 138. Die Anwesenheit dreier Mitglieder mit Einschluß des Vorsitzenden genügt für die Beschlußfähigkeit des Kreisausschusses.

Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Ist eine gerade Zahl von Mitgliedern anwesend, so nimmt das dem Lebensalter nach jüngste gewählte Mitglied an der Abstimmung keinen Anteil.

---

§ 139. Betrifft der Gegenstand der Verhandlung einzelne Mitglieder des Kreisausschusses oder deren Verwandte und Verschwägerte in auf- oder absteigender Linie oder bis zu dem dritten Grade der Seitenlinie, so dürfen dieselben an der Beratung und Entscheidung nicht teilnehmen.

Ebensowenig dürfen die Mitglieder des Kreisausschusses bei der Beratung und Entscheidung solcher Angelegenheiten mitwirken, in welchen sie in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben haben oder in anderer als öffentlicher Eigenschaft thätig gewesen sind.

Wird dadurch ein Kreisausschuß beschlußunfähig, so erfolgt, soweit es sich um Kreiskommunalangelegenheiten handelt, die Beschlußfassung durch den Kreistag.

---

§§ 140—163. (Fortgefallen.)

---

§ 164. Soweit die eigenen Einnahmen des Kreisausschusses und die vom Staate hierzu nach § 70 zu überweisenden Beiträge nicht ausreichen, werden die Kosten, welche die Geschäftsverwaltung desselben verursacht, von dem Kreise getragen.

Die Mitglieder des Kreisausschusses erhalten eine ihren baren Auslagen entsprechende Entschädigung. Ueber die Höhe derselben beschließt der Kreistag.

---

§ 165. (Fortgefallen.)

---

§ 166. Im übrigen wird der Geschäftsgang bei den Kreisausschüssen durch ein von dem Minister des Innern zu erlassendes Regulativ geordnet.

Fünfter Abschnitt.

Von den Kreiskommissionen.

§ 167. Für die unmittelbare Verwaltung und Beaufsichtigung einzelner Kreisangelegenheiten kann der Kreistag nach Bedürfnis besondere Kommissionen

oder Kommissare aus der Zahl der Kreisangehörigen bestellen, welche ebenso, wie die durch das Gesetz für Zwecke der allgemeinen Landesverwaltung angeordneten Kommissionen, ihre Geschäfte unter der Leitung des Landrats besorgen.

Der Landrat ist befugt, jederzeit den Beratungen der Kreiskommissionen beizuwohnen und dabei den Vorsitz mit vollem Stimmrechte zu übernehmen, soweit nicht hierüber hinsichtlich der für Zwecke der allgemeinen Landesverwaltung angeordneten Kommissionen etwas anderes gesetzlich bestimmt ist.

---

§ 168. Ueber die Gewährung von Diäten und Reisekosten an die Mitglieder der Kreiskommissionen zu bestimmen, bleibt dem Kreistage überlassen.

Vierter Titel.

Von den Stadtkreisen.

§ 169. In denjenigen Kreisen, welche nur aus einer Stadt bestehen (Stadtkreise), werden die Geschäfte des Kreistages und des Kreisausschusses, die des letzteren, soweit sich dieselben auf die Verwaltung der Kreiskommunalangelegenheiten beziehen, von den städtischen Behörden nach den Vorschriften der Städteordnung wahrgenommen.

Die Bestimmungen des zweiten Abschnittes des ersten Titels finden auf Stadtkreise keine Anwendung.

§ 170. In den Stadtkreisen tritt an die Stelle des Kreisausschusses zur Wahrnehmung von Geschäften der allgemeinen Landesverwaltung in den durch die Gesetze bezeichneten Fällen der nach den Vorschriften der §§ 37 ff. des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung gebildete Stadtausschuß.

---

§§ 171—175 haben keine Bedeutung mehr.

Fünfter Titel.

Von der Oberaufsicht über die Kreisverwaltung.

§ 176. Beschlüsse des Kreistages, welche folgende Angelegenheiten betreffen:

1. statutarische Anordnungen nach Maßgabe des § 20 Nr. 1,
2. Mehr- oder Minderbelastung einzelner Kreisteile (§ 13),
3. eine Belastung der Kreisangehörigen durch Kreisabgaben über 50 Prozent des Gesamtaufkommens der direkten Staatssteuern,
4. Veräußerungen von Grundstücken und Immobiliarrechten des Kreises,
5. Anleihen, durch welche der Kreis mit einem Schuldenbestande belastet oder der bereits vorhandene Schuldenbestand vergrößert werden würde, sowie die Uebernahme von Bürgschaften auf den Kreis,
6. eine neue Belastung der Kreisangehörigen ohne gesetzliche Verpflichtung, insofern die aufzubringenden Leistungen über die nächsten fünf Jahre hinaus fortdauern sollen,

bedürfen in den Fällen zu 1 der landesherrlichen Genehmigung, in den Fällen zu 2 der Bestätigung des Ministers des Innern, in den Fällen zu 3 der Bestätigung der Minister des Innern und der Finanzen, in den übrigen Fällen der Bestätigung des Bezirksausschusses.

Ohne die vorgeschriebene Bestätigung sind die betreffenden Beschlüsse des Kreistages nichtig.

---

§ 177. Die Aufsicht des Staates über die Verwaltung der Angelegenheiten der Landkreise wird von dem Regierungspräsidenten, in höherer und letzterer Instanz von dem Ober-Präsidenten geübt, unbeschadet der in den Gesetzen geordneten Mitwirkung des Bezirksausschusses und des Provinzialrates.

Beschwerden an die Aufsichtsbehörde in Kreisangelegenheiten sind in allen Instanzen innerhalb zwei Wochen anzubringen.

---

§ 177a. Die Aufsichtsbehörden haben mit den ihnen in den Gesetzen zugewiesenen Mitteln darüber zu wachen, daß die Verwaltung den Vorschriften der Gesetze gemäß geführt und in geordnetem Gange erhalten werde.

Die Aufsichtsbehörden sind zu dem Ende befugt, über alle Gegenstände der Verwaltung Auskunft zu erfordern, die Einsendung der Akten, insbesondere auch der Haushaltsetats und der Jahresrechnungen zu verlangen, sowie Geschäfts- und Kassenrevisionen an Ort und Stelle zu veranlassen.

---

§ 178. Beschlüsse des Kreistages, der Kreiskommissionen, sowie in Kommunalangelegenheiten des Kreises gefaßte Beschlüsse des Kreisausschusses, welche deren Befugnisse überschreiten oder die Gesetze verletzen, hat der Landrat, entstehenden Falles auf Anweisung der Aufsichtsbehörde, unter Angabe der Gründe, mit aufschiebender Wirkung zu beanstanden.

Gegen die Verfügung des Landrats steht dem Kreistage, der Kreiskommission beziehungsweise dem Kreisausschusse innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse zu. Dieselben können zur Wahrnehmung ihrer Rechte im Verwaltungsstreitverfahren einen besonderen Vertreter bestellen.

---

§ 179. Auf den Antrag des Staatsministeriums kann ein Kreistag durch Königliche Verordnung aufgelöst werden. Es sind sodann Neuwahlen anzuordnen, welche binnen sechs Monaten, vom Tage der Auflösung an, erfolgen müssen.

Im Falle der Auflösung eines Kreistages bleiben die von demselben gewählten Mitglieder des Kreisausschusses und der Kreiskommissionen so lange in Wirksamkeit, bis der neugebildete Kreistag die erforderlichen Neuwahlen vollzogen hat.

---

§ 180. Unterläßt oder verweigert ein Kreis die ihm gesetzlich obliegenden, von der Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit festgestellten Leistungen auf den Haushaltsetat zu bringen oder außerordentlich zu genehmigen, so verfügt der Regierungspräsident, unter Angabe der Gründe, die Eintragung in den Etat, beziehungsweise die Feststellung der außerordentlichen Ausgaben.

Gegen die Verfügung des Regierungspräsidenten steht dem Kreise innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte zu.

Zur Ausführung der Rechte des Kreises kann der Kreistag einen besonderen Vertreter bestellen.

Sechster Titel.

Besondere Bestimmungen für die Provinz Sachsen.

§ 181. Für den Umfang der in der Provinz Sachsen belegenen Grafschaften Wernigerode, Stolberg-Stolberg mit dem vormaligen Amte Heringen und Stolberg-Roßla mit dem vormaligen Amte Kelbra kommt dieses Gesetz mit den Maßgaben des Gesetzes vom 18. Juni 1876 (Gesetz-Samml. S. 245) zur Anwendung.

---

§ 182. (Fortgefallen.)

Siebenter Titel.

Allgemeine, Uebergangs- und Ausführungsbestimmungen.

§ 183. Bis zu einer anderweiten Beschlußfassung der Provinzialvertretungen tritt an die Stelle des im § 86 festgestellten Betrages von 225 Mark Grund- und Gebäudesteuer für die Kreise der Provinz Sachsen der Betrag von 300 Mark und für die Kreise des Regierungsbezirks Stralsund der Betrag von 750 Mark.

---

§ 184. Für die ersten nach Maßgabe dieses Gesetzes vorzunehmenden Verteilungen und Wahlen der Kreistagsabgeordne-

ten sind die dem Kreisausschusse beziehungsweise dem Kreistage übertragenen Befugnisse von dem Landrate wahrzunehmen. Ingleichen liegt für diese ersten Wahlen dem Landrate die Prüfung der Wahlprotokolle an Stelle des Kreisausschusses ob.

§ 185. Für jeden Kreis wird die erfolgte Bildung der Amtsbezirke und die Ernennung der Amtsvorsteher durch eine von dem Oberpräsidenten durch das Amtsblatt zu erlassende Bekanntmachung zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Bis zu diesem Zeitpunkte bleiben die rücksichtlich der örtlichen Polizeiverwaltung bestehenden Vorschriften in Kraft.

§ 186. Die Amtsthätigkeit der jetzigen Gemeindevorsteher und Schöffen erlischt am 30. Juni 1874. Die schon jetzt gewählten Gemeindevorsteher und Schöffen bleiben jedoch in Funktion bis zum Ablauf der in dem gegenwärtigen Gesetze vorgeschriebenen sechsjährigen Amtsdauer, vom Tage ihrer Bestätigung gerechnet, sofern nicht eine Gemeinde eine frühere Wahl ausdrücklich beantragt.

§§ 187 bis 198. (Fortgefallen.)

§ 199. Alle dem gegenwärtigen Gesetze zuwiderlaufenden Bestimmungen werden aufgehoben und treten, mit Vorbehalt der Vorschriften der §§ 12, 185 und 186, mit dem 1. Januar 1874 außer Kraft. Die bisherigen kreisständischen Kommissionen bleiben bis zur anderweitigen Beschlußnahme des Kreistages über ihren Fortbestand und ihre Zusammensetzung in Wirksamkeit.

§ 200. Der Minister des Innern ist mit der Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt und erläßt die hierzu erforderlichen Anordnungen und Instruktionen.

Wahlreglement.

§ 1. Acht Tage vor der Wahl werden die Wähler zu den Wahlen mittels schriftlicher Einladung oder durch ortsübliche Bekanntmachung berufen. Die Einladung und Bekanntmachung muß das Lokal, den Tag und die Stunde der Wahl genau bezeichnen. Hinsichtlich der von dem Kreistage vorzunehmenden Wahlen bewendet es bei den für die Berufung des Kreistages vorgeschriebenen Fristen.

§ 2. Der Wahlvorstand besteht aus dem nach den bestehenden Vorschriften zur Leitung des Wahlaktes berufenen Beamten als Vorsitzenden und aus zwei oder vier von der Wahlversammlung aus der Zahl der Wähler zu wählenden Beisitzern. Der Vorsitzende ernennt einen der Beisitzer zum Protokollführer. In den Fällen der §§ 23, 51 Nr. 1 und 100 der Kreisordnung kann auch eine nicht zur Wählerversammlung gehörige Person zum Protokollführer ernannt werden.

§ 3. Während der Wahlhandlung dürfen im Wahllokale weder Diskussionen stattfinden, noch Ansprachen gehalten, noch Beschlüsse gefaßt werden. Ausgenommen hiervon sind Diskussionen und Beschlüsse des Wahlvorstandes, welche durch die Leitung des Wahlgeschäftes bedingt sind.

§ 4. Jede Wahl erfolgt in einer besonderen Wahlhandlung durch Stimmzettel.

§ 5. Die Wähler werden in der Reihenfoge, in welcher sie in der Wählerliste verzeichnet sind, aufgerufen. Jeder Aufgerufene legt seinen Stimmzettel uneröffnet in die Wahlurne.

Die während der Wahlhandlung erscheinenden Wähler können an der nicht geschlossenen Wahl teilnehmen.

Sind keine Stimmen mehr abzugeben, so erklärt der Wahlvorstand die Wahl für geschlossen; der Vorsitzende nimmt die Stimmzettel einzeln aus der Wahlurne und verliest die darauf verzeichneten, von einem Beisitzer, welchen der Vorsitzende ernennt, laut zu zählenden Namen.

§ 6. Ungültig sind

1. Stimmzettel, welche nicht von weißem

Papier, oder welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind,
2. Stimmzettel, welche keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten,
3. Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist,
4. Stimmzettel, auf welchen mehr als ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist,
5. Stimmzettel, welche einen Protest oder Vorbehalt enthalten.

---

§ 7. Alle ungültigen Stimmzettel werden als nicht abgegeben betrachtet. Ueber die Gültigkeit der Stimmzettel entscheidet vorläufig der Wahlvorstand.

Die Stimmzettel sind dem Wahlprotokolle beizufügen und so lange aufzubewahren, bis über die gegen das Wahlverfahren erhobenen Einsprüche rechtskräftig entschieden ist.

---

§ 8. Als gewählt ist derjenige zu betrachten, welcher die absolute Stimmenmehrheit (mehr als die Hälfte der Stimmen) erhalten hat.

Ergiebt sich keine absolute Stimmenmehrheit, so kommen diejenigen zwei Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, auf die engere Wahl. Haben mehr als zwei Personen die meisten und gleich viel Stimmen erhalten, so entscheidet das durch die Hand des Vorsitzenden zu ziehende Los darüber, wer auf engere Wahl zu bringen ist; in gleicher Weise erfolgt die Entscheidung, wenn auch die engere Wahl keine Stimmenmehrheit ergiebt.

---

§ 9. Die Wahlprotokolle sind von dem Wahlvorstande zu unterzeichnen.

---

§ 10. Der Vorsitzende des Wahlvorstandes hat die Gewählten von der auf sie gefallenen Wahl mit der Aufforderung in Kenntnis zu setzen, sich über die Annahme oder Ablehnung innerhalb längstens fünf Tagen zu erklären. Wer diese Erklärung nicht abgiebt, wird als ablehnend betrachtet.

---

§ 11. Wahlen, welche auf dem Kreistage vorzunehmen sind, können auch durch Akklamation stattfinden, sofern niemand Widerspruch erhebt.

Städteordnung

für

die sechs östlichen Provinzen der Preußischen Monarchie.

Vom 30. Mai 1853.

Inhaltsverzeichnis.

Paragraphen

Titel I.

Von den Grundlagen der städtischen Verfassung . . . . . 2—11

Titel II.

Von der Zusammensetzung und Wahl der Stadtverordnetenversammlung 12—28

Titel III.

Von der Zusammensetzung und Wahl des Magistrats . . . . . 29—34

Titel IV.

Von den Versammlungen und Geschäften der Stadtverordneten . . 35—55

Titel V.

Von den Geschäften des Magistrats 56—63

Titel VI.

Von den Gehältern und Pensionen 64—65

Paragraphen

Titel VII.

Von dem Gemeindehaushalte . . . 66—71

Titel VIII.

Von der Einrichtung der städtischen Verfassung ohne kollegialischen Gemeindevorstand für Städte, welche nicht mehr als 2500 Einwohner haben . . . . . 72—73

Titel IX.

Von der Verpflichtung zur Annahme von Stellen und von dem Ausscheiden aus denselben wegen Verlustes des Bürgerrechts . . . . 74—75

Titel X.

Von der Oberaufsicht über die Stadtverwaltung . . . . . 76—80

Titel XI.

Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen . . . . . 81—85

Städteordnung

für

die sechs östlichen Provinzen der Preußischen Monarchie.

Vom 30. Mai 1853.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. ꝛc. verordnen, unter Zustimmung beider Kammern, was folgt:

§ 1. Die gegenwärtige Städte-Ordnung soll in den bisher auf dem Provinzial-Landtage, im Stande der Städte vertretenen Städten der Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Sachsen zur Anwendung kommen, desgleichen in den im Stande der Städte nicht vertretenen Ortschaften dieser Provinzen, in welchen bisher eine der beiden Städte-Ordnungen vom 19. November 1808 und vom 17. März 1831 gegolten hat.

In Ansehung derjenigen im Stande der Städte auf den Provinzial-Landtagen nicht vertretenen Ortschaften (Flecken), wo bisher weder eine dieser Städte-Ordnungen gegolten, noch die ländliche Gemeindeverfassung bestanden hat, bleibt die nähere Festsetzung ihrer Gemeindeverhältnisse mit Berücksichtigung der Vorschriften im Titel VIII der gegenwärtigen Städte-Ordnung der Bestimmung des Königs nach Anhörung des Provinzial-Landtages vorbehalten.

Wegen der Städte in Neuvorpommern und Rügen ergeht ein besonderes Gesetz.

Titel I.

Von den Grundlagen der städtischen Verfassung.

§ 2. Den städtischen Gemeindebezirk (Stadtbezirk) bilden alle diejenigen Grundstücke, welche demselben bisher angehört haben.

Grundstücke, welche bisher noch keinem Gemeinde- oder selbständigen Gutsbezirke angehört haben, können nach Vernehmung der Beteiligten und nach Anhörung des Kreistages durch Beschluß des Bezirksausschusses mit dem Stadtbezirk vereinigt werden.[1])

Privatrechtliche Verhältnisse dürfen

---

[1]) Die Vereinigung eines ländlichen Gemeinde- oder eines selbständigen Gutsbezirks mit einer Stadtgemeinde wird jetzt durch § 2 Nummer 6, 7 und Nummer 3 der

durch dergleichen Veränderungen niemals gestört werden.

Eine jede solche Veränderung ist durch das Amtsblatt bekannt zu machen. Veränderungen, welche bei Gelegenheit einer Gemeinheitsteilung vorkommen, unterliegen diesen Bestimmungen nicht.

§ 3. Alle Einwohner des Stadtbezirks, mit Ausnahme der servisberechtigten Militärpersonen des aktiven Dienststandes, gehören zur Stadtgemeinde.

Als Einwohner werden diejenigen betrachtet, welche in dem Stadtbezirk nach den Bestimmungen der Gesetze ihren Wohnsitz haben.

§ 4. Alle Einwohner des Stadtbezirks sind zur Mitbenutzung der öffentlichen Gemeinde-Anstalten der Stadt berechtigt und zur Teilnahme an den städtischen Gemeindelasten nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 verpflichtet.

Die Bestimmungen besonderer Stiftungen, welche mit dergleichen städtischen Gemeindeanstalten verbunden sind, sowie die hinsichtlich solcher Anstalten auf besonderen Titeln beruhenden Privatrechte, werden hierdurch nicht berührt.

§ 5. Das Bürgerrecht besteht in dem Rechte zur Teilnahme an den Wahlen, sowie in der Befähigung zur Uebernahme unbesoldeter Aemter in der Gemeindeverwaltung und zur Gemeindevertretung.

Jeder selbständige Preuße erwirbt dasselbe, wenn er seit einem Jahre

1. Einwohner des Stadtbezirks ist und zur Stadtgemeinde gehört (§ 3),
2. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen,
3. die ihn betreffenden Gemeindeabgaben gezahlt hat und außerdem
4. entweder
   a) ein Wohnhaus im Stadtbezirk besitzt (§ 16), oder
   b) ein stehendes Gewerbe selbständig als Haupterwerbsquelle und in Städten von mehr als 10000 Einwohnern mit wenigstens zwei Gehilfen selbständig betreibt, oder
   c) zur Einkommensteuer veranlagt ist.
   d) [1])

Steuerzahlungen, Einkommen, Haus- und Grundbesitz der Ehefrau werden dem Ehemann, Steuerzahlungen, Einkommen, Haus- und Grundbesitz der minderjährigen, beziehungsweise der in väterlicher Gewalt befindlichen Kinder, dem Vater angerechnet.

In den Fällen, wo ein Haus durch Vererbung auf einen anderen übergeht, kommt dem Erben bei Berechnung der Dauer des einjährigen Wohnsitzes die Besitzzeit des Erblassers zu gute.

Als selbständig wird nach vollendetem vierundzwanzigsten Lebensjahre ein jeder betrachtet, der einen eigenen Hausstand hat, sofern ihm nicht das Verfügungsrecht über sein Vermögen oder dessen Verwaltung durch richterliches Erkenntnis entzogen ist.

Inwiefern über die Erlangung des Bürgerrechts von dem Magistrat eine Urkunde (Bürgerbrief) zu erteilen ist, bleibt den statutarischen Anordnungen vorbehalten.

§ 6. Verlegt ein Bürger seinen Wohnsitz nach einer anderen Stadt, so kann ihm das Bürgerrecht in seinem neuen Wohnort, wenn sonst die Erfordernisse zur Erlangung desselben vorhanden sind, von dem Magistrate im Einverständnisse mit der Stadtverordnetenversammlung (§ 12) schon vor Ablauf eines Jahres verliehen werden.

Diese Bestimmungen finden auch auf den Fall Anwendung, wenn der Besitzer eines einen besonderen Gutsbezirk bilden-

---

Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 geregelt, die Abtrennung einzelner Teile von einem Stadtbezirk und deren Vereinigung mit einem Landgemeinde- oder Gutsbezirk, sowie die Abtrennung einzelner Teile von einem Landgemeinde- oder Gutsbezirk und deren Vereinigung mit einem Stadtbezirk durch § 2 Nummer 6, 7 und Nummer 4 und 5 der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891.

Die infolge einer derartigen Veränderung etwa notwendig werdende Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten geschieht jetzt auf Grund des § 3 der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891.

[1]) d. Zu einem Steuersatze von vier Mark veranlagt ist, beziehungsweise ein Einkommen von mehr als 660 Mark bis 900 Mark hat (nach § 77 des Einkommensteuergesetzes).

den Gutes oder ein stimmberechtigter Einwohner einer Landgemeinde seinen Wohnsitz nach einer Stadt verlegt.

Der Magistrat ist, im Einverständnis mit der Stadtverordnetenversammlung, befugt, Männern, welche sich um die Stadt verdient gemacht haben, ohne Rücksicht auf die oben gedachten besonderen Erfordernisse, das Ehrenbürgerrecht zu erteilen, wodurch keine städtischen Verpflichtungen entstehen.

---

§ 7. Wer infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der bürgerlichen Ehre verlustig geworden (§§ 32 bis 34 des Reichsstrafgesetzbuches), verliert dadurch auch das Bürgerrecht und die Befähigung, dasselbe zu erwerben.

Ist gegen einen Bürger wegen eines Verbrechens die Versetzung in den Anklagestand, oder wegen eines Vergehens, welches die Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte nach sich ziehen muß oder kann, die Verweisung an das Strafgericht ausgesprochen, oder ist derselbe zur gerichtlichen Haft gebracht, so ruht die Ausübung des ihm zustehenden Bürgerrechts so lange, bis die gerichtliche Untersuchung beendigt ist.

Das Bürgerrecht geht verloren, sobald eines der zur Erlangung desselben vorgeschriebenen Erfordernisse bei dem bis dahin dazu Berechtigten nicht mehr zutrifft.

Verfällt ein Bürger in Konkurs, so verliert er dadurch das Bürgerrecht;[1]) die Befähigung, dasselbe wieder zu erlangen, kann ihm, wenn er die Befriedigung seiner Gläubiger nachweist, von den Stadtbehörden verliehen werden.

---

§ 8. Wer in einer Stadt seit einem Jahre mehr als einer der drei höchstbesteuerten Einwohner sowohl an direkten Staats- als an Gemeindeabgaben entrichtet, ist, auch ohne im Stadtbezirke zu wohnen, oder sich daselbst aufzuhalten, berechtigt, an den Wahlen teilzunehmen, falls bei ihm die übrigen Erfordernisse dazu vorhanden sind.[2])

Dasselbe Recht haben juristische Personen, wenn sie in einem solchen Maße in der Gemeinde besteuert sind.

---

§ 9. Die Stadtgemeinden sind Korporationen; denselben steht die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes zu.

---

§ 10. In den Städten wird ein Magistrat (kollegialischer Gemeindevorstand) und eine Stadtverordnetenversammlung gebildet, welche nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes dieselben vertreten. Der Magistrat ist die Obrigkeit der Stadt und verwaltet die städtischen Gemeindeangelegenheiten. Die Ausnahmen bestimmt Titel VIII.

---

§ 11. Jede Stadt ist befugt, besondere statutarische Anordnungen zu treffen,

1. über solche Angelegenheiten der Stadtgemeinden, sowie über solche Rechte und Pflichten ihrer Mitglieder, hinsichtlich deren das gegenwärtige Gesetz Verschiedenheiten gestattet, oder keine ausdrücklichen Bestimmungen enthält;
2. über sonstige eigentümliche Verhältnisse und Einrichtungen, insbesondere hinsichtlich der den gewerblichen Genossenschaften bei Einteilung der stimmfähigen Bürger und bei Bildung der Wahlversammlungen und der städtischen Vertretung zu gewährenden angemessenen Berücksichtigung.

Dergleichen Anordnungen bedürfen der Bestätigung des Bezirksausschusses.

Titel II.

Von der Zusammensetzung und Wahl der Stadtverordnetenversammlung.

§ 12. Die Stadtverordnetenversammlung besteht aus zwölf Mitgliedern in Stadtgemeinden von weniger als 2500 Einwohnern,

---

[1]) Doch erlangt er das Bürgerrecht mit der Beendigung des Konkursverfahrens wieder (§ 52 des Preußischen Ausführungsgesetzes zur Konkursordnung vom 6. März 1879).

[2]) Man vergleiche jetzt § 5 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893.

aus	18	in Gemeinden von	2 500	bis	5 000	Einwohnern,
„	24	„ „ „	5 001	„	10 000	„
„	30	„ „ „	10 001	„	20 000	„
„	36	„ „ „	20 001	„	30 000	„
„	42	„ „ „	30 001	„	50 000	„
„	48	„ „ „	50 001	„	70 000	„
„	54	„ „ „	70 001	„	90 000	„
„	60	„ „ „	90 001	„	120 000	„

In Gemeinden von mehr als 120000 Einwohnern treten für jede weiteren 50 000 Einwohnern sechs Stadtverordnete hinzu.

Wo die Zahl der Stadtverordneten bisher eine andere gewesen ist, verbleibt es bei dieser Zahl, bis durch statutarische Anordnung, welcher überhaupt abweichende Festsetzungen über die Zahl der Stadtverordneten vorbehalten werden, eine Aenderung getroffen ist.

---

§ 13.[1]) In die erste beziehungsweise zweite Abteilung gehört auch derjenige, dessen Steuerbetrag oder Einkommen nur teilweise in das erste beziehungsweise zweite Dritteil fällt.

Steuern, die für Grundbesitz oder Gewerbebetrieb in einer anderen Gemeinde errichtet werden, sowie die Steuern für die im Umherziehen betriebenen Gewerbe, sind bei der Bildung der Abteilungen nicht anzurechnen.

Kein Wähler kann zweien Abteilungen zugleich angehören.

Läßt sich weder nach dem Steuerbetrage oder Einkommen noch nach der alphabetischen Ordnung der Namen bestimmen, welcher unter mehreren Wählern zu einer bestimmten Abteilung zu rechnen ist, so entscheidet das Los.

Jede Abteilung wählt ein Drittel der Stadtverordneten, ohne dabei an die Wähler der Abteilung gebunden zu sein.

---

§ 14. Gehören zu einer Abteilung mehr als fünfhundert Wähler, so kann die Wahl derselben nach dazu gebildeten Wahlbezirken geschehen. Enthält eine Stadtgemeinde mehrere Ortschaften, so kann dieselbe mit Rücksicht hierauf in Wahlbezirke eingeteilt werden. Die Anzahl und die Grenzen der Wahlbezirke, sowie die Anzahl der von einem jeden derselben zu wählenden Stadtverordneten, werden nach Maßgabe der Zahl der stimmfähigen Bürger von dem Magistrat festgesetzt.

Ist eine Aenderung der Anzahl oder der Grenzen der Wahlbezirke oder der Anzahl der von einem jeden derselben zu wählenden Stadtverordneten wegen einer in der Zahl der stimmfähigen Bürger eingetretenen Aenderung oder aus sonstigen Gründen erforderlich geworden, so hat der Magistrat die entsprechende anderweitige Festsetzung zu treffen, auch wegen des Uebergangs aus dem alten in das neue Verhältnis das Geeignete anzuordnen.

Der Beschluß des Magistrats bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörden.

---

§ 15. Bei Stadtgemeinden, welche mehrere Ortschaften enthalten, kann der Bezirksausschuß nach Verhältnis der Einwohnerzahl bestimmen, wie viel Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung aus jeder einzelnen Ortschaft zu wählen sind.

---

§ 16. Die Hälfte der von jeder Abteilung zu wählenden Stadtverordneten muß aus Hausbesitzern (Eigentümern, Nießbrauchern und solchen, die ein erbliches Besitzrecht haben) bestehen.

---

§ 17. Stadtverordnete können nicht sein:

1. diejenigen Beamten und die Mitglieder derjenigen Behörden, durch welche die Aufsicht des Staats über die Städte ausgeübt wird (§ 76);
2. die Mitglieder des Magistrats und alle besoldeten Gemeindebeamten, die Ausnahmen bestimmen §§ 72 und 73;
3. Geistliche, Kirchendiener und Elementarlehrer;
4. die richterlichen Beamten, zu denen jedoch die technischen Mitglieder der

---

[1]) Ueber die Art der Teilung der stimmfähigen Bürger in drei Abteilungen für die Wahlen der Stadtverordneten giebt jetzt das Gesetz, betreffend Aenderung des Wahlverfahrens vom 29. Juni 1893 in den §§ 1 bis 3 und 5 Bestimmungen.

Handels-, Gewerbe- und ähnlicher Gerichte nicht zu zählen sind;
5. die Beamten der Staatsanwaltschaft;
6. die Polizeibeamten.

Vater und Sohn, sowie Brüder, dürfen nicht zugleich Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sein. Sind dergleichen Verwandte zugleich erwählt, so wird der ältere allein zugelassen.

§ 18. Die Stadtverordneten werden auf sechs Jahre gewählt. Jedoch verliert jede Wahl ihre Wirkung, sobald einer der Fälle eintritt, in denen nach den Bestimmungen im § 7 der Gewählte des Bürgerrechts verlustig geht oder von der Ausübung desselben für eine gewisse Zeit ausgeschlossen wird. Tritt einer der Fälle ein, in denen nach jenen Bestimmungen die Ausübung des Bürgerrechts ruhen muß, so ist der Gewählte zugleich von der Teilnahme an den Geschäften der Stadtverordnetenversammlung einstweilen bis zum Austrage der Sache ausgeschlossen. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittteil der Mitglieder aus und wird durch neue Wahlen ersetzt. Die das erste und zweite Mal Ausscheidenden werden für jede Abteilung durch das Los bestimmt.

§ 19. Eine Liste der stimmfähigen Bürger, welche die erforderlichen Eigenschaften derselben nachweist, wird von dem Magistrat geführt und alljährlich im Juli berichtigt.

Die Liste wird nach den Wahlabteilungen und im Falle des § 14 nach den Wahlbezirken eingeteilt.

§ 20. Vom 1. bis 15. Juli schreitet der Magistrat zur Berichtigung der Liste.

Vom 15. bis zum 30. Juli wird die Liste in einem oder mehreren zu öffentlicher Kenntnis gebrachten Lokalen in der Stadtgemeinde offen gelegt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste bei dem Magistrat Einwendungen erheben.

Die Stadtverordnetenversammlung hat darüber bis zum 15. August zu beschließen.[1])

Soll der Name eines einmal in die Liste aufgenommenen Einwohners wieder ausgestrichen werden, so ist ihm dieses acht Tage vorher von dem Magistrate unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

§ 21. Die Wahlen zur regelmäßigen Ergänzung der Stadtverordnetenversammlung finden alle zwei Jahre im November statt. Bei dem zunächst vorhergehenden wöchentlichen Hauptgottesdienst ist auf die Wichtigkeit dieser Handlung hinzuweisen. Die Wahlen der dritten Abteilung erfolgen zuerst, die der ersten zuletzt.

Außergewöhnliche Wahlen zum Ersatze innerhalb der Wahlperiode ausgeschiedener Mitglieder müssen angeordnet werden, wenn der Magistrat, oder der Bezirksausschuß[2]) es für erforderlich erachten. Der Ersatzmann bleibt nur bis zum Ende derjenigen sechs Jahre in Thätigkeit, auf welche der Ausgeschiedene gewählt war.

Alle Ergänzungs- und Ersatzwahlen werden — unbeschadet der Vorschrift im zweiten Absatze des § 14 — von denselben Abteilungen und Wahlbezirken vorgenommen, von denen der Ausgeschiedene gewählt war. Ist die Zahl der zu wählenden Stadtverordneten nicht durch drei teilbar, so ist, wenn nur einer übrig bleibt, dieser von der zweiten Abteilung zu wählen. Bleiben zwei übrig, so wählt die erste Abteilung den einen und die dritte Abteilung den anderen.

Die in den §§ 19—21 bestimmten Termine können durch statutarische Anordnungen abgeändert werden.

§ 22. Der Magistrat hat jederzeit die nötige Bestimmung zur Ergänzung der erforderlichen Anzahl von Hausbesitzern (§ 16) zu treffen.

Ist die Zahl der Hausbesitzer, welche zu wählen sind, nicht durch die Zahl der Wahlbezirke teilbar, so wird die Verteilung auf die einzelnen Wahlbezirke durch das Los bestimmt.

---

[1]) Ueber die Anfechtung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vergleiche man jetzt die §§ 10, 11 und 21 des Zuständigkeitsgesetzes.

[2]) Durch Beschluß (nach § 12 Nr. 2 des Zuständigkeitsgesetzes). Für den Stadtkreis Berlin entscheidet nach § 43 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1883 statt des Bezirksausschusses der Oberpräsident.

Mit dieser Beschränkung können die ausscheidenden Stadtverordneten jederzeit wieder gewählt werden.

§ 23. Vierzehn Tage vor der Wahl werden die in der Liste (§§ 19 und 20) verzeichneten Wähler durch den Magistrat zu den Wahlen mittels schriftlicher Einladung oder ortsüblicher Bekanntmachung berufen.

Die Einladung oder Bekanntmachung muß das Lokal, die Tage und die Stunden, in welchen die Stimmen bei dem Wahlvorstande abzugeben sind, genau bestimmen.

§ 24. Der Wahlvorstand besteht in jedem Wahlbezirk aus dem Bürgermeister oder einem von diesem ernannten Stellvertreter als Vorsitzenden und aus zwei von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Beisitzern. Für jeden Beisitzer wird von der Stadtverordnetenversammlung ein Stellvertreter gewählt.

§ 25. Jeder Wähler muß dem Wahlvorstande mündlich und laut zu Protokoll erklären, wem er seine Stimme geben will. Er hat so viele Personen zu bezeichnen, als zu wählen sind. Werden die Ersatzwahlen mit den Ergänzungswahlen in ein und demselben Wahlakte verbunden, so hat jeder Wähler getrennt zunächst so viele Personen zu bezeichnen, als zur regelmäßigen Ergänzung der Stadtverordnetenversammlung, und sodann so viele Personen, als zum Ersatze der innerhalb der Wahlperiode ausgeschiedenen Mitglieder zu wählen sind.

Nur die in § 8 erwähnten juristischen oder außerhalb des Stadtbezirks wohnenden, höchstbesteuerten Personen können ihr Stimmrecht durch Bevollmächtigte ausüben. Die Bevollmächtigten müssen selbst stimmfähige Bürger sein. Ist die Vollmacht nicht in beglaubigter Form ausgestellt, so entscheidet über die Anerkennung derselben der Wahlvorstand endgültig.

§ 26. Gewählt sind diejenigen, welche bei der ersten Abstimmung die meisten Stimmen und zugleich absolute Stimmenmehrheit (mehr als die Hälfte der Stimmen) erhalten haben.

Wenn sich bei der ersten Abstimmung nicht für so viel Personen, als zu wählen sind, die absolute Stimmenmehrheit ergeben hat, wird zu einer zweiten Wahl geschritten.

Der Wahlvorstand stellt die Namen derjenigen Personen, welche nächst den gewählten die meisten Stimmen erhalten haben, so weit zusammen, daß die doppelte Zahl der noch zu wählenden Mitglieder erreicht wird. Diese Zusammenstellung gilt alsdann als die Liste der Wählbaren.

In der zweiten Wahl werden die Wähler durch eine, das Ergebnis der ersten Wahl angebende Bekanntmachung des Wahlvorstandes sofort oder spätestens innerhalb acht Tagen aufgefordert. Bei der zweiten Wahl ist die absolute Stimmenmehrheit nicht erforderlich.

Unter denjenigen, die eine gleiche Anzahl von Stimmen erhalten haben, giebt das Los den Ausschlag.

Wer in mehreren Abteilungen oder Wahlbezirken gewählt ist, hat zu erklären, welche Wahl er annehmen will.

§ 27. Die Wahlprotokolle sind vom Wahlvorstande zu unterzeichnen und vom Magistrate aufzubewahren. Der Magistrat hat das Ergebnis der vollendeten Wahlen sofort bekannt zu machen.

Gegen das stattgehabte Wahlverfahren kann von jedem stimmfähigen Bürger Einspruch erhoben werden.[1])

Bei erheblichen Unregelmäßigkeiten sind die Wahlen für ungültig zu erklären.[2])

Für einen Ungültigkeitsgrund ist es nicht zu erachten, wenn die der betreffenden geistlichen Behörde anheimzugebende Hinweisung auf die Wichtigkeit der Wahl (§ 21) unterblieben ist.

§ 28. Die bei der regelmäßigen Ergänzung neu gewählten Stadtverordneten treten mit dem Anfang des nächstfolgenden Jahres ihre Verrichtungen an; die Ausscheidenden bleiben bis zur Einfüh-

[1]) Innerhalb zwei Wochen nach Bekanntmachung des Wahlergebnisses, und zwar bei dem Gemeindevorstande (§ 10 Abs. 2 des Zuständigkeitsgesetzes).

[2]) Das Verfahren wird jetzt geregelt durch §§ 10, 11 und 21 des Zuständigkeitsgesetzes. Man vergleiche auch § 63 des Landesverwaltungsgesetzes.

rung der neu gewählten Mitglieder in Thätigkeit.

Der Magistrat hat die Einführung der Gewählten und deren Verpflichtung durch Handschlag an Eidesstatt anzuordnen.

Titel III.

Von der Zusammensetzung und Wahl des Magistrats.

§ 29. Der Magistrat besteht aus dem Bürgermeister, einem Beigeordneten oder zweiten Bürgermeister als dessen Stellvertreter, einer Anzahl von Schöffen (Stadträten, Ratsherren, Ratsmännern) und wo das Bedürfnis es erfordert, noch aus einem oder mehreren besoldeten Mitgliedern (Syndikus, Kämmerer, Schulrat, Baurat ꝛc.). Es gehören zum Magistrat in Stadtgemeinden von weniger als

		2500	Einwohnern	2 Schöffen,
2501	bis	10000	„	4 „
10001	„	30000	„	6 „
30001	„	60000	„	8 „
60001	„	100000	„	10 „

Bei mehr als 100000 Einwohnern treten für jede weiteren 50000 Einwohner zwei Schöffen hinzu.

Wo die Zahl der Mitglieder des Magistrats bisher eine andere gewesen ist, verbleibt es bei dieser Zahl, bis durch statutarische Anordnung, welcher überhaupt abweichende Festsetzungen über die Zahl der Magistratsmitglieder vorbehalten werden, eine Aenderung getroffen ist.

§ 30. Mitglieder des Magistrats können nicht sein:

1. diejenigen Beamten und die Mitglieder derjenigen Behörden, durch welche die Aufsicht des Staats über die Städte ausgeübt wird (§ 76);
2. die Stadtverordneten, ingleichen Gemeinde-Unterbeamte und in Städten über 10000 Seelen die Gemeinde-Einnehmer (§ 56 Nr. 6);
3. Geistliche, Kirchendiener und Lehrer an öffentlichen Schulen;
4. die richterlichen Beamten, zu denen jedoch die technischen Mitglieder der Handels-, Gewerbe- und ähnlicher Gerichte nicht zu zählen sind;
5. die Beamten der Staatsanwaltschaft;
6. die Polizeibeamten.

Vater und Sohn, Schwiegervater und Schwiegersohn, Brüder und Schwäger dürfen nicht zugleich Mitglieder des Magistrats sein.

Entsteht die Schwägerschaft im Laufe der Wahlperiode, so scheidet dasjenige Mitglied aus, durch welches das Hindernis herbeigeführt worden ist.

Vater und Sohn, Schwiegervater und Schwiegersohn, sowie Brüder dürfen nicht zugleich Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung sein.

Personen, welche die in dem Gesetze vom 7. Februar 1835 (Gesetz-Samml. S. 18) bezeichneten Gewerbe betreiben, können nicht Bürgermeister sein.

§ 31. Der Beigeordnete und die Schöffen (§ 29) werden auf sechs Jahre, der Bürgermeister und die übrigen besoldeten Magistratsmitglieder dagegen auf zwölf Jahre von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Auch können Beigeordnete mit Besoldung angestellt werden, und erfolgt in diesem Falle deren Wahl gleichfalls auf zwölf Jahre.

Alle drei Jahre scheidet die Hälfte der Schöffen aus und wird durch neue Wahlen ersetzt. Die das erste Mal Ausscheidenden werden durch das Los bestimmt. Die Ausscheidenden können wieder gewählt werden. Wegen der außergewöhnlichen Ersatzwahlen kommt die Bestimmung § 21 zur Anwendung.

Die Wahl des Bürgermeisters und der übrigen besoldeten Magistratsmitglieder kann auch auf Lebenszeit erfolgen.

§ 32. Für jedes zu wählende Mitglied des Magistrats wird besonders abgestimmt. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel. Wird die absolute Stimmenmehrheit bei der ersten Abstimmung nicht erreicht, so werden diejenigen vier Personen, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind, auf eine engere Wahl gebracht. Wird auch hierdurch die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so findet unter den-

jenigen zwei Personen, welche bei der zweiten Abstimmung die meisten Stimmen erhalten haben, eine engere Wahl statt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

---

§ 33. Die gewählten Bürgermeister, Beigeordneten, Schöffen und besoldeten Magistratsmitglieder bedürfen der Bestätigung. Die Bestätigung steht zu:

1. dem Könige hinsichtlich der Bürgermeister und Beigeordneten in Städten von mehr als 10000 Einwohnern;
2. dem Regierungspräsidenten hinsichtlich der Bürgermeister und Beigeordneten in Städten, welche nicht über 10000 Einwohner haben, sowie hinsichtlich der Schöffen und der besoldeten Magistratsmitglieder in allen Städten, ohne Unterschied ihrer Größe.[1])

Wird die Bestätigung versagt, so schreitet die Stadtverordnetenversammlung zu einer neuen Wahl. Wird auch diese Wahl nicht bestätigt, so ist der Regierungspräsident berechtigt, die Stelle einstweilen auf Kosten der Stadt kommissarisch verwalten zu lassen.

Dasselbe findet statt, wenn die Stadtverordneten die Wahl verweigern oder den nach der ersten Wahl nicht Bestätigten wieder erwählen sollten.

Die kommissarische Verwaltung dauert so lange, bis die Wahl der Stadtverordnetenversammlung, deren wiederholte Vornahme ihr jederzeit zusteht, die Bestätigung des Königs, beziehungsweise des Regierungspräsidenten erlangt hat.

---

§ 34. Die Mitglieder des Magistrats werden vor ihrem Amtsantritt durch den Bürgermeister in öffentlicher Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in Eid und Pflicht genommen; der Bürgermeister wird vom Regierungspräsidenten oder einem von diesem zu ernennenden Kommissar in öffentlicher Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vereidet.

Magistratsmitgliedern, welche ihr Amt mindestens neun Jahre mit Ehren bekleidet haben, kann in Uebereinstimmung mit der Stadtverordnetenversammlung von dem Magistrat das Prädikat „Stadtälteste" verliehen werden.

Titel IV.

Von den Versammlungen und Geschäften der Stadtverordneten.

§ 35. Die Stadtverordnetenversammlung hat über alle Gemeindeangelegenheiten zu beschließen, soweit dieselben nicht ausschließlich dem Magistrate überwiesen sind. Sie giebt ihr Gutachten über alle Gegenstände ab, welche ihr zu diesem Zwecke durch die Aufsichtsbehörden vorgelegt werden. Ueber andere als Gemeindeangelegenheiten dürfen die Stadtverordneten nur dann beraten, wenn solche durch besondere Gesetze oder in einzelnen Fällen durch Aufträge der Aufsichtsbehörde an sie gewiesen sind.

Die Stadtverordneten sind an keinerlei Instruktion oder Aufträge der Wähler oder der Wahlbezirke gebunden.

---

§ 36. Die Beschlüsse der Stadtverordneten bedürfen, wenn sie solche Angelegenheiten betreffen, welche durch das Gesetz dem Magistrate zur Ausführung überwiesen sind, der Zustimmung des letzteren. Versagt dieser die Zustimmung, so hat er die Gründe dieser Versagung der Stadtverordnetenversammlung mitzuteilen. Erfolgt hierauf keine Verständigung, zu deren Herbeiführung sowohl von dem Magistrate als den Stadtverordneten die Einsetzung einer gemeinschaftlichen Kommission verlangt werden kann, so beschließt der Bezirksausschuß über die Meinungsverschiedenheit.[2]) — Die Stadtverordnetenversammlung darf ihre Beschlüsse in keinem Falle selbst zur Ausführung bringen.

---

[1]) Man vergleiche §§ 13, 14 des Zuständigkeitsgesetzes.

[2]) wenn von einem Teile auf Entscheidung angetragen wird und zugleich die Angelegenheit nicht auf sich beruhen bleiben kann. (§ 17 Nr. 1 des Zuständigkeitsgesetzes.)

§ 37. Die Stadtverordnetenversammlung kontroliert die Verwaltung. Sie ist daher berechtigt, sich von der Ausführung ihrer Beschlüsse und der Verwendung aller Gemeindeeinnahmen Ueberzeugung zu verschaffen. Sie kann zu diesem Zwecke von dem Magistrat die Einsicht der Akten verlangen und Ausschüsse aus ihrer Mitte ernennen, zu welchen der Bürgermeister ein Mitglied des Magistrats abzuordnen befugt ist.

§ 38. Die Stadtverordnetenversammlung wählt jährlich einen Vorsitzenden, sowie einen Stellvertreter desselben, und einen Schriftführer, sowie einen Stellvertreter desselben, aus ihrer Mitte; doch kann auch die Stelle des Schriftführers ein von den Stadtverordneten nicht aus ihrer Mitte gewählter, in öffentlicher Sitzung hierzu von dem Bürgermeister vereideter Protokollführer vertreten. Diese Wahlen erfolgen in dem § 32 vorgeschriebenen Verfahren.

Die Stadtverordneten versammeln sich, so oft es ihre Geschäfte erfordern.

Der Magistrat wird zu allen Versammlungen eingeladen und kann sich durch Abgeordnete vertreten lassen. Die Stadtverordneten können verlangen, daß Abgeordnete des Magistrats dabei anwesend sind. Der Magistrat muß gehört werden, so oft er es verlangt.

§ 39. Die Zusammenberufung der Stadtverordneten geschieht durch den Vorsitzenden: sie muß erfolgen, sobald es von einem Viertel der Mitglieder oder von dem Magistrat verlangt wird.

§ 40. Die Art und Weise der Zusammenberufung wird ein- für allemal von der Stadtverordnetenversammlung festgestellt.

Die Zusammenberufung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung; mit Ausnahme dringender Fälle muß dieselbe wenigstens zwei freie Tage vorher statthaben.

§ 41. Durch Beschluß der Stadtverordneten können auch regelmäßige Sitzungstage festgesetzt, es müssen jedoch auch dann die Gegenstände der Verhandlung mit Ausnahme dringender Fälle mindestens zwei freie Tage vorher den Stadtverordneten und dem Magistrat angezeigt werden.

§ 42. Die Stadtverordnetenversammlung kann nur beschließen, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder zugegen ist. Eine Ausnahme hiervon findet statt, wenn die Stadtverordneten, zum zweitenmal zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammenberufen, dennoch nicht in genügender Anzahl erschienen sind. Bei der zweiten Zusammenberufung muß auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

§ 43. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Wer nicht mitstimmt, wird zwar als anwesend betrachtet, die Stimmenmehrheit wird aber lediglich nach der Zahl der Stimmenden festgestellt.

§ 44. An Verhandlungen über Rechte und Verpflichtungen der Stadtgemeinde darf derjenige nicht teilnehmen, dessen Interesse mit dem der Gemeinde in Widerspruch steht. Kann wegen dieser Ausschließung eine beschlußfähige Versammlung nicht gehalten werden, so hat der Magistrat, oder, wenn auch dieser aus dem vorgedachten Grunde einen gültigen Beschluß zu fassen nicht befugt ist, der Bezirksausschuß für die Wahrung des Gemeinde-Interesses zu sorgen und nötigenfalls einen besonderen Vertreter für die Stadtgemeinde zu bestellen.

Sollte ein Prozeß der Stadtgemeinde gegen alle oder mehrere Mitglieder des Magistrats aus Veranlassung ihrer Amtsführung notwendig werden, so hat der Regierungspräsident[1]) auf Antrag der Stadtverordnetenversammlung zur Führung des Prozesses einen Anwalt zu bestellen.

§ 45. Die Sitzungen der Stadtverordneten sind öffentlich. Für einzelne Gegenstände kann durch besonderen Beschluß, welcher in geheimer Sitzung gefaßt wird, die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden. Die Sitzungen dürfen nicht in

[1]) Für die Stadt Berlin der Oberpräsident nach § 7 des Zuständigkeitsgesetzes.

Wirtshäusern oder Schänken gehalten werden.

§ 46. Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen, eröffnet und schließt die Sitzungen und handhabt die Ordnung in der Versammlung. Er kann jeden Zuhörer aus dem Sitzungszimmer entfernen lassen, welcher öffentliche Zeichen des Beifalls oder des Mißfallens giebt oder Unruhe irgend einer Art verursacht.

§ 47. Die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und die Namen der dabei anwesend gewesenen Mitglieder sind in ein besonderes Buch einzutragen. Sie werden von dem Vorsitzenden und wenigstens drei Mitgliedern unterzeichnet.

Dem Magistrat müssen alle Beschlüsse der Stadtverordneten, auch diejenigen, welche ihm durch das Gesetz zur Ausführung nicht überwiesen sind, mitgeteilt werden.

§ 48. Den Stadtverordnetenversammlungen bleibt überlassen, unter Zustimmung des Magistrats eine Geschäftsordnung abzufassen und darin Zuwiderhandlungen der Mitglieder gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung gegebenen Vorschriften mit Strafen zu belegen; diese Strafen können nur in Geldbußen bis zu fünfzehn Mark und bei mehrmals wiederholten Zuwiderhandlungen in der auf eine gewisse Zeit oder für die Dauer der Wahlperiode zu verhängenden Ausschließung aus der Versammlung bestehen.

Versagt der Magistrat seine Zustimmung, so tritt das im § 36 vorgeschriebene Verfahren ein.

§ 49. Die Stadtverordneten beschließen über die Benutzung des Gemeindevermögens; die Deklaration vom 26. Juli 1847 (Gesetz-Samml. S. 327) bleibt dabei maßgebend.

Ueber das Vermögen, welches nicht der Gemeindekorporation in ihrer Gesamtheit gehört, kann die Stadtverordnetenversammlung nur insofern beschließen, als sie dazu durch den Willen der Beteiligten oder durch sonstige Rechtstitel berufen ist.

Auf das Vermögen der Korporationen und Stiftungen haben die zur Stadtgemeinde gehörenden Einwohner (§ 3) als solche und auf dasjenige Vermögen, welches bloß den Hausbesitzern oder anderen Klassen der Einwohner gehört, haben andere Personen keinen Anspruch.

In Ansehung der Verwaltung und Verwendung des Vermögens der Stiftungen bewendet es bei den stiftungsmäßigen Bestimmungen. Soweit es hierbei auf den Begriff von Bürger ankommt, sind die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes (§ 5) an sich selbst nicht maßgebend.

§ 50. Die Genehmigung des Bezirksausschusses (in den unter 2 genannten Fällen des Regierungspräsidenten)[1]) ist erforderlich:

1. zur Veräußerung von Grundstücken und solchen Gerechtsamen, welche jenen gesetzlich gleichgestellt sind;
2. zur Veräußerung oder wesentlichen Veränderung von Sachen, welche einen besonderen wissenschaftlichen, historischen oder Kunstwert haben, namentlich von Archiven;
3. zu Anleihen, durch welche die Gemeinde mit einem Schuldenbestand belastet, oder der bereits vorhandene vergrößert wird, und
4. zu Veränderungen in dem Genusse von Gemeindenutzungen (Wald, Weide, Haide, Torfstich und dergleichen).

§ 51. Die freiwillige Veräußerung von Grundstücken u. s. w. (§ 50 Nr. 1) darf nur im Wege der Lizitation auf Grund einer Taxe stattfinden.

Zur Gültigkeit der Lizitation gehört:

1. einmalige Bekanntmachung durch das Amtsblatt des Regierungsbezirks und die für Bekanntmachungen des Magistrats üblichen öffentlichen Blätter;
2. eine Frist von sechs Wochen von der Bekanntmachung bis zum Lizitationstermine, und
3. Abhaltung dieses Termins durch eine Justiz- oder Magistratsperson.

Das Ergebnis der Lizitation ist der Stadtverordnetenversammlung mitzuteilen

[1]) Für die Stadt Berlin tritt an die Stelle sowohl des Bezirksausschusses wie des Regierungspräsidenten der Oberpräsident nach §§ 42 und 43 des Landesverwaltungsgesetzes und § 7 des Zuständigkeitsgesetzes.

und kann nur mit deren Genehmigung der Zuschlag erteilt werden.

In besonderen Fällen kann der Bezirksausschuß auch den Verkauf aus freier Hand, sowie einen Tausch gestatten, sobald er sich überzeugt, daß der Vorteil der Gemeinde dadurch gefördert wird.

Für die Hypothekenbehörde genügt zum Nachweise, daß der Vorschrift dieses Paragraphen genügt worden, die Bestätigung des Vertrages durch den Bezirksausschuß.

---

§ 52.[1]) Die Teilnahme an den Gemeindenutzungen (§ 50 Nr. 4) kann außerdem von der Entrichtung einer jährlichen Abgabe und anstatt oder neben derselben von Entrichtung eines Einkaufsgeldes abhängig gemacht werden, durch deren Entrichtung aber die Ausübung des Bürgerrechts niemals bedingt wird.

Alle derartige Beschlüsse bedürfen der Genehmigung des Bezirksausschusses. Die mit dem Besitze einzelner Grundstücke verbundenen oder auf sonstigen besonderen Rechtstiteln beruhenden Nutzungsrechte sind den Bestimmungen dieses Paragraphen nicht unterworfen.

---

§§ 53 und **54** sind aufgehoben. An ihre Stelle ist das Kommunalabgabengesetz getreten.

---

§ 55. Die in Bezug auf die Behandlung der Gemeindewaldungen für die einzelnen Landesteile erlassenen Gesetze und Bestimmungen bleiben in Kraft, bis ihre Abänderung im gesetzlichen Wege erfolgt sein wird.

Titel V.

Von den Geschäften des Magistrats.

§ 56. Der Magistrat hat als Ortsobrigkeit und Gemeindeverwaltungsbehörde insbesondere folgende Geschäfte:

1. die Gesetze und Verordnungen, sowie die Verfügungen der ihm vorgesetzten Behörden auszuführen;
2. die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten und, sofern er sich mit denselben einverstanden erklärt, zur Ausführung zu bringen.

   Der Magistrat ist verpflichtet, die Zustimmung und Ausführung zu versagen, wenn von den Stadtverordneten ein Beschluß gefaßt ist, welcher deren Befugnisse überschreitet, gesetz- oder rechtswidrig ist, das Staatswohl oder das Gemeinde-Interesse verletzt. In Fällen dieser Art ist nach den Bestimmungen im § 36[2]) zu verfahren;
3. die städtischen Gemeindeanstalten zu verwalten und diejenigen, für welche besondere Verwaltungen eingesetzt sind, zu beaufsichtigen;
4. die Einkünfte der Stadtgemeinde zu

---

[1]) Ueber Bürgerrechts- und Einkaufsgelder bestimmt jetzt § 2 des Gesetzes über das städtische Einzugs-, Bürgerrechts- und Einkaufsgeld vom 14. Mai 1860:

Die Stadtgemeinden sind befugt, auf Grund von Gemeindebeschlüssen, welche die Genehmigung des Bezirksausschusses erhalten haben, die Entrichtung von:

2. Bürgerrechtsgeld bei Erwerb des Bürgerrechtes (St.-O. § 5),
3. Einkaufsgeld anstatt oder neben einer jährlichen Abgabe für die Teilnehmer an den Gemeindenutzungen (St.-O. § 50 Nr. 4 anzuordnen.

Ist ein Bürgerrechtsgeld eingeführt, so darf nach § 6 des genannten Gesetzes vor dessen Berichtigung das Bürgerrecht nicht ausgeübt werden.

In derselben Gemeinde darf nach § 7 daselbst das Bürgergeld von niemandem zweimal erhoben werden.

Nach § 7 sind von der Entrichtung des Bürgergeldes befreit: die unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbeamten, die Lehrer und die Geistlichen, welche gemäß dienstlicher Verpflichtung ihren Wohnsitz in der Stadt nehmen, ferner Militärpersonen, die zwölf Jahre im aktiven Dienststande sich befunden haben, bei der ersten Niederlassung, sowie die sämtlichen genannten Personen bei der ersten Verlegung des Wohnsitzes nach ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Dienste.

[2]) Und im § 15 des Zuständigkeitsgesetzes.

verwalten, die auf dem Etat oder besonderen Beschlüssen der Stadtverordneten beruhenden Einnahmen und Ausgaben anzuweisen und das Rechnungs- und Kassenwesen zu überwachen. Von jeder regelmäßigen Kassenrevision ist der Stadtverordnetenversammlung Kenntnis zu geben, damit sie ein Mitglied oder mehrere abordnen könne, um diesem Geschäfte beizuwohnen; bei außerordentlichen Kassenrevisionen ist der Vorsitzende oder ein von demselben ein- für allemal bezeichnetes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung zuzuziehen;

5. das Eigentum der Stadtgemeinde zu verwalten und ihre Rechte zu wahren;
6. die Gemeindebeamten, nachdem die Stadtverordneten darüber vernommen worden, anzustellen und zu beaufsichtigen. Die Anstellung erfolgt, soweit es sich nicht um vorübergehende Dienstleistungen handelt, auf Lebenszeit; diejenigen Unterbeamten, welche nur zu mechanischen Dienstleistungen bestimmt sind, können jedoch auf Kündigung angenommen werden.[1]) Die von den Gemeindebeamten zu leistenden Kautionen bestimmt der Magistrat nach Anhörung der Stadtverordnetenversammlung. In Städten bis zu 10000 Einwohnern (§ 30, 2) können die Geschäfte des Gemeinde-Einnehmers nach Vernehmung der Stadtverordnetenversammlung und mit Zustimmung des Bezirksausschusses dem Kämmerer übertragen werden;
7. die Urkunden und Akten der Stadtgemeinde aufzubewahren;
8. die Stadtgemeinde nach außen zu vertreten und namens derselben mit Behörden und Privatpersonen zu verhandeln, den Schriftwechsel zu führen und die Gemeindeurkunden in der Urschrift zu vollziehen. Die Ausfertigungen der Urkunden werden namens der Stadtgemeinde von dem Bürgermeister oder seinem Stellvertreter gültig unterzeichnet; werden in denselben Verpflichtungen der Stadtgemeinde übernommen, so muß noch die Unterschrift eines Magistratsmitgliedes hinzukommen; in Fällen, wo die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erforderlich ist, muß dieselbe in beglaubigter Form der gedachten Ausfertigung beigefügt werden;
9. die städtischen Gemeindeabgaben und Dienste nach den Gesetzen und Beschlüssen auf die Verpflichteten zu verteilen und die Verbreitung zu bewirken.

---

§ 57. Der Magistrat kann nur beschließen, wenn mindestens die Hälfte, in Stadtgemeinden, welche mehr als 100000 Einwohner haben, mindestens ein Dritteil seiner Mitglieder zugegen ist.

Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden entscheidend. Den Vorsitz führt der Bürgermeister oder sein Stellvertreter. Der Vorsitzende ist verpflichtet, wenn ein Beschluß des Magistrats dessen Befugnisse überschreitet, gesetz- oder rechtswidrig ist, das Staatswohl oder das Gemeininteresse verletzt, die Ausführung eines solchen Beschlusses zu beanstanden. Der Beigeordnete nimmt auch außer dem Falle der Stellvertretung an den Verhandlungen und Beschlüssen teil.

Bei Beratungen über solche Gegenstände, welche das Privatinteresse eines Mitgliedes des Magistrats oder seiner Angehörigen berühren, muß dasselbe sich der Teilnahme an der Beratung und Abstimmung enthalten, auch sich während der Beratung aus dem Sitzungszimmer entfernen.

---

§ 58. Der Bürgermeister leitet und beaufsichtigt den ganzen Geschäftsgang der städtischen Verwaltung.

In allen Fällen, wo die vorherige Beschlußnahme durch den Magistrat einen nachteiligen Zeitverlust verursachen würde, muß der Bürgermeister die dem Magistrat obliegenden Geschäfte vorläufig allein besorgen, jedoch dem letzteren in der nächsten Sitzung behufs der Bestätigung oder an-

---

[1]) Man vergleiche jetzt auch § 1, Abs. 2 und §§ 8 bis 10 des Kommunalbeamtengesetzes vom 30. Juli 1899, durch welche die obenstehenden Bestimmungen zum Teil abgeändert sind.

derweitigen Beschlußnahme Bericht erstatten.

Zur Erhaltung der nötigen Disziplin steht dem Bürgermeister das Recht zu, den Gemeindebeamten Geldbußen bis zu neun Mark und außerdem den unteren Beamten Arreststrafen bis zu drei Tagen aufzulegen (§§ 15, 19 und 20 des Gesetzes vom 21. Juli 1852, Gesetz-Samml. S. 465).[1])

---

§ 59. Zur dauernden Verwaltung oder Beaufsichtigung einzelner Geschäftszweige, sowie zur Erledigung vorübergehender Aufträge können besondere Deputationen entweder bloß aus Mitgliedern des Magistrats, oder aus Mitgliedern beider Gemeindebehörden, oder aus letzteren und aus stimmfähigen Bürgern gewählt werden. Zur Bildung gemischter Deputationen aus beiden Stadtbehörden ist der übereinstimmende Beschluß beider erforderlich.

Zu diesen Deputationen und Kommissionen, welche übrigens in allen Beziehungen dem Magistrate untergeordnet sind, werden die Stadtverordneten und stimmfähigen Bürger von der Stadtverordnetenversammlung gewählt, die Magistratsmitglieder dagegen von dem Bürgermeister ernannt, welcher auch unter letzteren den Vorsitzenden zu bezeichnen hat.

Durch statutarische Anordnungen können nach den eigentümlichen örtlichen Verhältnissen besondere Festsetzungen über die Zusammensetzung der bleibenden Verwaltungsdeputationen getroffen werden.

---

§ 60. Städte von größerem Umfange oder von zahlreicherer Bevölkerung werden von dem Magistrat nach Anhörung der Stadtverordneten in Ortsbezirke geteilt.

Jedem Bezirk wird ein Bezirksvorsteher vorgesetzt, welcher von den Stadtverordneten aus den stimmfähigen Bürgern des Bezirks auf sechs Jahre erwählt und vom Magistrat bestätigt wird. In gleicher Weise wird für den Fall der Verhinderung des Bezirksvorstehers ein Stellvertreter desselben angestellt.

Die Bezirksvorsteher sind Organe des Magistrats und verpflichtet, seinen Anordnungen Folge zu leisten, ihn namentlich in den örtlichen Geschäften des Bezirks zu unterstützen.

---

§ 61. Jedes Jahr, bevor sich die Stadtverordnetenversammlung mit dem Haushaltsetat beschäftigt, hat der Magistrat in öffentlicher Sitzung derselben über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten einen vollständigen Bericht zu erstatten. Tag und Stunde werden wenigstens zwei freie Tage vorher in der Gemeinde bekannt gemacht.

---

§ 62. Der Bürgermeister hat nach näherer Bestimmung der Gesetze folgende Geschäfte zu besorgen:

I. wenn die Handhabung der Ortspolizei nicht Königlichen Behörden übertragen ist:
   1. die Handhabung der Ortspolizei;
   2. die Verrichtung eines Hilfsbeamten der gerichtlichen Polizei;
   3. die Verrichtungen eines Amtsanwalts, vorbehaltlich der Befugnis der Behörde, in den Fällen 2 und 3 andere Beamten mit diesen Geschäften zu beauftragen.

   Dem Bürgermeister am Sitze eines Gerichts kann die Vertretung der Amtsanwaltschaft bei dem Gericht auch für die übrigen Gemeinden des Gerichtsbezirks gegen angemessene Entschädigung übertragen werden, in deren Hinsicht nähere Bestimmungen vorbehalten bleiben.

II. Alle örtlichen Geschäfte der Kreis-, Bezirks-, Provinzial- und allgemeinen Staatsverwaltung, namentlich auch das Führen der Personenstandsregister, sofern nicht andere Behörden dazu bestimmt sind.

Einzelne dieser unter I und II erwähnten Geschäfte können mit Genehmigung des Regierungspräsidenten einem anderen Magistratsmitgliede übertragen werden.

---

§ 63. In betreff der Befugnis der Stadtbehörden, ortspolizeiliche Verordnungen zu erlassen, kommen die darauf bezüglichen Gesetze zur Anwendung.

---

[1]) Ueber das Rechtsmittel gegen die Strafverfügungen des Bürgermeisters vergleiche man § 20 Nr. 2 des Zuständigkeitsgesetzes.

Titel VI.

Von den Gehältern und Pensionen.[1])

§ 64. Der Normaletat aller Besoldungen wird von dem Magistrat entworfen und von den Stadtverordneten festgesetzt.

Ist ein Normalbesoldungsetat überhaupt nicht oder nur für einzelne Teile der Verwaltung festgestellt, so werden die in solcher Weise nicht vorgesehenen Besoldungen vor der Wahl festgesetzt.

Hinsichtlich der Bürgermeister und der besoldeten Magistratsmitglieder unterliegt die Festsetzung der Besoldungen in allen Fällen der Genehmigung des Bezirksausschusses.[2]) Der Regierungspräsident ist ebenso befugt als verpflichtet, zu verlangen, daß ihnen die zu einer zweckmäßigen Verwaltung angemessenen Besoldungsbeträge bewilligt werden.

Den Beigeordneten, insofern ihnen nicht eine Besoldung besonders beigelegt ist (§ 31), können mit Genehmigung des Bezirksausschusses feste Entschädigungsbeträge bewilligt werden. Schöffen und Stadtverordnete erhalten weder Gehalt noch Remuneration, und ist nur die Vergütung barer Auslagen zulässig, welche für sie aus der Ausrichtung von Aufträgen entstehen.

§ 65. Den Bürgermeistern und den besoldeten Mitgliedern des Magistrats sind, sofern nicht mit Genehmigung des Bezirksausschusses eine Vereinbarung wegen der Pension getroffen ist, bei eintretender Dienstunfähigkeit, oder wenn sie nach abgelaufener Wahlperiode nicht wieder gewählt werden, folgende Pensionen zu gewähren:

$^1/_4$ des Gehalts nach 6 jähr. Dienstzeit,
$^1/_2$ „ „ „ 12 „ „ [3])
$^2/_3$ „ „ „ 24 „ „

Die auf Lebenszeit angestellten besoldeten Gemeindebeamten erhalten, insofern nicht mit dem Beamten ein anderes verabredet worden ist, bei eintretender Dienstunfähigkeit Pension nach denselben Grundsätzen, welche bei den unmittelbaren Staatsbeamten zur Anwendung kommen.[4])[5])

Die Pension fällt fort oder ruht insoweit, als der Pensionierte durch anderweitige Anstellung im Staats- oder Gemeindedienste ein Einkommen oder eine neue Pension erwirbt, welche mit Zurechnung der ersten Pension sein früheres Einkommen übersteigen.[6])[7])

Titel VII.

Von dem Gemeindehaushalte.

§ 66. Ueber alle Ausgaben, Einnahmen und Dienste, welche sich im voraus bestimmen lassen, entwirft der Magistrat jährlich, spätestens im Oktober, einen Haushaltsetat. Mit Zustimmung der Stadtverordneten kann die Etatsperiode bis auf drei Jahre verlängert werden.

Der Entwurf wird acht Tage lang, nach vorheriger Verkündigung, in einem oder mehreren von dem Magistrat zu bestim-

---

[1]) Man vergleiche jetzt auch die §§ 11 bis 16 des Kommunalbeamtengesetzes vom 30. Juli 1899.

[2]) Man vergleiche jetzt auch § 11 des Kommunalbeamtengesetzes.

[3]) Man vergleiche jetzt auch § 14 des Kommunalbeamtengesetzes vom 30. Juli 1899, durch welchen die obenstehenden Bestimmungen zum Teil abgeändert sind.

[4]) Man vergleiche jetzt auch § 12 des Kommunalbeamtengesetzes.

[5]) Das Verfahren bei Streitigkeiten über Pensionsansprüche der besoldeten Gemeindebeamten regelt § 20 des Zuständigkeitsgesetzes, insbesondere in Absatz 2 und 4.

[6]) Man vergleiche jetzt auch § 13 des Kommunalbeamtengesetzes.

[7]) Durch § 15 des Kommunalbeamtengesetzes ist neu die Frage der Versorgung der Hinterbliebenen der Gemeindebeamten gesetzlich geordnet.

menden Lokalen zur Einsicht aller Einwohner der Stadt offen gelegt und alsdann von den Stadtverordneten festgestellt. Eine Abschrift des Etats wird sofort der Aufsichtsbehörde eingereicht.

§ 67. Der Magistrat hat dafür zu sorgen, daß der Haushalt nach dem Etat geführt werde.

Ausgaben, welche außer dem Etat geleistet werden sollen, bedürfen der Genehmigung der Stadtverordneten.

§ 68. Die Gemeindeabgaben und die Geldbeträge der Dienste (§ 54), sowie die Abgaben für die Teilnahme an den Nutzungen (§ 52) und die sonstigen Gemeindegefälle werden von den Säumigen im Steuerexekutionswege beigetrieben.

§ 69. Die Jahresrechnung ist von dem Einnehmer vor dem 1. Mai des folgenden Jahres zu legen und dem Magistrat einzureichen. Dieser hat die Rechnung zu revidieren und solche mit seinen Erinnerungen und Bemerkungen den Stadtverordneten zur Prüfung, Feststellung und Entlastung vorzulegen.

§ 70. Die Feststellung der Rechnung muß vor dem 1. Oktober bewirkt sein.

Der Magistrat hat der Aufsichtsbehörde sofort eine Abschrift des Feststellungsbeschlusses vorzulegen.

Durch statutarische Anordnungen können auch andere Fristen, als vorstehend für die Legung und Feststellung der Rechnung bestimmt sind, festgesetzt werden.

§ 71. Ueber alle Teile des Vermögens der Stadtgemeinde hat der Magistrat ein Lagerbuch zu führen. Die darin vorkommenden Veränderungen werden den Stadtverordneten bei der Rechnungsabnahme zur Erklärung vorgelegt.

Titel VIII.

Von der Einrichtung der städtischen Verfassung ohne kollegialischen Gemeindevorstand für Städte, welche nicht mehr als 2500 Einwohner haben.

§ 72. In Städten von nicht mehr als 2500 Einwohnern kann auf Antrag der Gemeindevertretung unter Genehmigung des Bezirksausschusses die Einrichtung getroffen werden, daß

1. die Zahl der Stadtverordneten bis auf sechs vermindert, und
2. statt des Magistrats nur ein Bürgermeister, welcher den Vorsitz in der Stadtverordnetenversammlung mit Stimmrecht zu führen hat, und zwei oder drei Schöffen, welche den Bürgermeister zu unterstützen und in Verhinderungsfällen zu vertreten haben, gewählt werden.

§ 73. Wird eine Einrichtung nach Maßgabe der Bestimmung unter 2 in § 72 getroffen, so gehen alle Rechte und Pflichten, welche in den Vorschriften der Titel I bis VII dem Magistrat beigelegt sind, auf den Bürgermeister mit denjenigen Modifikationen über, welche sich als notwendig daraus ergeben, daß der Bürgermeister zugleich stimmberechtigter Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung ist. Demselben steht insonderheit ein Recht der Zustimmung zu den Beschlüssen der Stadtverordneten nicht zu; er ist aber in den im zweiten Satze unter 2 des § 56 bezeichneten Fällen die Ausführung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zu beanstanden und, wenn diese bei nochmaliger Beratung bei ihrem Beschlusse beharrt, einen Beschluß des Bezirksausschusses herbeizuführen verpflichtet.[1]) — Im übrigen finden bei den Städten, welche die gedachte Einrichtung angenommen haben, die Vorschriften der Titel I bis VII gleichfalls, jedoch mit der Maßgabe Anwendung, daß die Schöffen zugleich Stadtverordnete sein können, und daß es genügt, wenn die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung (§ 47) nur von dem Vorsitzenden und einem Mitgliede unterzeichnet werden.

[1]) Abgesehen von den Fällen des § 15 des Zuständigkeitsgesetzes (man vergleiche § 17 Nr. 1 des Zuständigkeitsgesetzes).

Titel IX.

Von der Verpflichtung zur Annahme von Stellen und von dem Ausscheiden aus denselben wegen Verlustes des Bürgerrechts.

§ 74. Ein jeder stimmfähiger Bürger ist verpflichtet, eine unbesoldete Stelle in der Gemeindeverwaltung oder Vertretung anzunehmen, sowie eine angenommene Stelle mindestens drei Jahre lang zu versehen.

Zur Ablehnung oder zur früheren Niederlegung einer solchen Stelle berechtigen nur folgende Entschuldigungsgründe:

1. anhaltende Krankheit;
2. Geschäfte, die eine häufige oder lange dauernde Abwesenheit mit sich bringen;
3. ein Alter über sechzig Jahre;
4. die früher stattgehabte Verwaltung einer unbesoldeten Stelle für die nächsten drei Jahre;
5. die Verwaltung eines anderen öffentlichen Amtes;
6. ärztliche und wundärztliche Praxis;
7. sonstige besondere Verhältnisse, welche nach dem Ermessen der Stadtverordnetenversammlung eine gültige Entschuldigung begründen.

Wer sich ohne einen dieser Entschuldigungsgründe weigert, eine unbesoldete Stelle in der Gemeindeverwaltung oder Vertretung anzunehmen oder die noch nicht drei Jahre lang versehene Stelle ferner zu versehen, sowie derjenige, welcher sich der Verwaltung solcher Stellen thatsächlich entzieht, kann durch Beschluß der Stadtverordneten auf drei bis sechs Jahre der Ausübung des Bürgerrechts verlustig erklärt und um ein Achtel bis ein Viertel stärker zu den direkten Gemeindeabgaben herangezogen werden.[1])

§ 75. Wer eine das Bürgerrecht voraussetzende Stelle in der Verwaltung oder Vertretung der Stadtgemeinde bekleidet, scheidet aus derselben aus, wenn er des Bürgerrechts verlustig geht; im Falle des ruhenden Bürgerrechts tritt die Suspension ein (§ 7).

Die zu den bleibenden Verwaltungsdeputationen gewählten stimmfähigen Bürger (§ 59) und anderen von der Stadtverordnetenversammlung auf eine bestimmte Zeit gewählten unbesoldeten Gemeindebeamten, zu denen jedoch die Schöffen nicht zu rechnen sind, können durch einen übereinstimmenden Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten auch vor Ablauf ihrer Wahlperiode von ihrem Amte entbunden werden.

Titel X.

Von der Oberaufsicht über die Stadtverwaltung.

§§ 76 bis **78** sind aufgehoben. Man vergleiche die §§ 7, 15 und 19 des Zuständigkeitsgesetzes.

§ 79. Durch Königliche Verordnung auf den Antrag des Staatsministeriums kann eine Stadtverordnetenversammlung aufgelöst werden.

Es ist sodann eine Neuwahl derselben anzuordnen und muß diese binnen sechs Monaten vom Tage der Auflösungsverordnung an erfolgen. Bis zur Einführung der neugewählten Stadtverordneten sind deren Verrichtungen durch den Bezirksausschuß[2]) [3]) zu besorgen.

§ 80. In betreff der Dienstvergehen der Bürgermeister, der Mitglieder des Vorstandes und der sonstigen Gemeindebeamten kommen die darauf bezüglichen Gesetze zur Anwendung.[4])

---

[1]) Das Verfahren zur Anfechtung dieses Beschlusses regelt § 11 Abs. 1 des Zuständigkeitsgesetzes.

[2]) Man vergleiche § 17 Nr. 3 des Zuständigkeitsgesetzes.

[3]) Für den Stadtkreis Berlin tritt an die Stelle des Bezirksausschusses der Oberpräsident nach § 43 des Landesverwaltungsgesetzes.

[4]) Man vergleiche § 20 des Zuständigkeitsgesetzes.

Titel XI.

Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen.

§ 81. Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen werden von dem Minister des Innern getroffen.

---

§ 82. In Städten, wo die Einführung der Gemeindeordnung vom 11. März 1850 bereits beendigt ist, tritt die gegenwärtige Städteordnung sogleich nach ihrer Verkündigung in Kraft und an die Stelle jener Gemeindeordnung; die auf Grund der letzteren gewählten Bürgermeister, Beigeordneten, Schöffen und alle anderen besoldeten und unbesoldeten Gemeindebeamten, sowie die Mitglieder des Gemeinderats, diese als Stadtverordnete, verbleiben jedoch in ihren Stellen bis zum Ablaufe der Periode, für welche sie gewählt worden sind, und behalten, soweit sie eine besoldete Stelle bekleiden, ihre bisherigen Besoldungen und Pensionsansprüche.

---

§ 83. In Städten, wo die Einführung der Gemeindeordnung vom 11. März 1850 bis zur Einsetzung des Gemeinderats gediehen ist, bleiben die Mitglieder desselben in ihren Stellen als Stadtverordnete bis zum Ablaufe der Periode, für welche sie gewählt worden sind; im übrigen ist, sowohl dort, als in allen anderen Städten, für welche diese Städteordnung noch gegeben ist (§ 1), nach den Vorschriften derselben mit der Einführung der städtischen Verfassung und Verwaltung zu verfahren.

---

§ 84. Die seitherigen nicht gewählten und nicht ausdrücklich auf Kündigung angestellten Oberbürgermeister und Bürgermeister, welche bei Einführung der gegenwärtigen Städteordnung weder in ihren Aemtern und Einkünften belassen, noch anderweitig mit gleichem Einkommen angestellt werden, haben, sofern nicht für diesen Fall bereits früher eine andere verbindliche Bestimmung getroffen worden ist, einen Anspruch auf Pension.

Diejenigen dieser Beamten, welche auf Kündigung angestellt sind, von welcher jedoch observanzmäßig niemals oder doch nur aus besonderen Gründen Gebrauch macht worden ist, sind den lebenslänglich angestellten Beamten gleichzusetzen, wenn nicht einer der Gründe eintritt, aus welchen die Kündigung vorbehalten ist. Bloß vorläufig und kommissarisch ohne Zeitbestimmung angestellten Beamten steht dieser Anspruch erst nach sechsjähriger Dienstzeit zu. Wenn ein solcher Beamter demnächst von der Stadt für dieselbe Stelle auf Zeit gewählt worden ist, so wird seine Dienstzeit, behufs der Feststellung seiner Pensionsberechtigung, von der Zeit des Eintritts in die kommissarische Dienstleistung gerechnet.

Die Pension beträgt nach kürzerer als zwölfjähriger Dienstzeit ein Viertel, nach zwölf- oder mehr als zwölfjähriger Dienstzeit die Hälfte, nach vierundzwanzigjähriger Dienstzeit zwei Drittel des seitherigen reinen Diensteinkommens. Was als solches anzusehen, wird im Verwaltungswege endgültig festgesetzt. Die Pension fällt insoweit fort oder ruht, als der Pensionierte durch anderweitige Anstellung im Staats- oder Gemeindedienst ein Einkommen oder eine neue Pension erwirbt, welche mit Zurechnung der ersten Pension sein früheres Einkommen übersteigen. Die Pensionen werden von den Stadtgemeinden, in welchen die Beamten gegenwärtig angestellt sind, geleistet.

Alle vorstehend nicht bezeichneten Gemeindebeamten sind in ihren Aemtern und Einkünften zu belassen und behalten ihre bisherigen Pensionsansprüche.

---

§ 85. Der Zeitpunkt, mit welchem in den einzelnen im § 83 erwähnten Städten die Einführung gegenwärtiger Städte-Ordnung beendigt sein wird, ist durch das Amtsblatt des Regierungsbezirks zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Von diesem Zeitpunkte an treten für die betreffenden Städte die bisherigen Gesetze und Verordnungen über die Verfassung der Stadtgemeinden außer Kraft.

Landgemeindeordnung

für

die sieben östlichen Provinzen der Monarchie.

Vom 3. Juli 1891.

Inhaltsverzeichnis.

Paragraphen

Erster Titel.

Allgemeine Bestimmungen . . . . 1— 4

Zweiter Titel.

Landgemeinden.

Erster Abschnitt.

Rechtliche Stellung der Landgemeinden 5— 6

Zweiter Abschnitt.

Gemeindeangehörige, deren Rechte und Pflichten . . . . . 7—38

Dritter Abschnitt.

Gemeindeglieder, deren Rechte und Pflichten . . . . . 29—48

Vierter Abschnitt.

Gemeindevertretung . . . . . 49—67

Fünfter Abschnitt.

Gemeindevermögen . . . . . 68—73

Sechster Abschnitt.

Verwaltung der Landgemeinden . . 74—91

Siebenter Abschnitt.

Aufhebung der mit dem Besitze gewisser Grundstücke verbundenen Berechtigung und Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzenamts 92—101

Paragraphen

Achter Abschnitt.

Geschäfte der Gemeindeversammlung und Gemeindevertretung 102—116

Neunter Abschnitt.

Besoldete Gemeindebeamte, deren Gehälter und Pensionen . . . 117—118

Zehnter Abschnitt.

Gemeindehaushalt . . . . . 119—121

Dritter Titel.

Selbständige Gutsbezirke . . . 122—127

Vierter Titel.

Verbindung nachbarlich belegener Gemeinden und selbständiger Gutsbezirke behufs gemeinsamer Wahrnehmung kommunaler Angelegenheiten . . . . . 128—138

Fünfter Titel.

Aufsicht des Staates . . . . . 139—145

Sechster Titel.

Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen . . . . . 146—149

Landgemeindeordnung

für

die sieben östlichen Provinzen der Monarchie.

Vom 3. Juli 1891.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages, für die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen, was folgt:

Erster Titel.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die gegenwärtige Landgemeindeordnung findet in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen hinsichtlich der Landgemeinden und selbständigen Gutsbezirke Anwendung.

Landgemeinden kann die Annahme der Städteordnung und Stadtgemeinden die Annahme der Landgemeindeordnung auf ihren Antrag nach Anhörung des Kreistages und Provinziallandtages durch Königliche Verordnung gestattet werden.

---

§ 2. Die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes vorhandenen Landgemeinden und Gutsbezirke bleiben in ihrer bisherigen Begrenzung unter den nachfolgenden Maßgaben bestehen:

1. Grundstücke, welche noch keinem Gemeinde- oder Gutsbezirke angehören, sind, sofern nicht ihre Eingemeindung in einen Stadtbezirk geeignet erscheint, nach Vernehmung der Beteiligten durch Beschluß des Kreisausschusses mit einer Landgemeinde oder einem Gutsbezirke zu vereinigen. Aus solchen Grundstücken kann, soweit dies nach ihrem Umfange und ihrer Leistungsfähigkeit angezeigt erscheint, mit Königlicher Genehmigung ein besonderer Gemeinde- oder Gutsbezirk gebildet werden.
2. Landgemeinden und Gutsbezirke, welche ihre öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen außer stande sind, können durch Königliche Anordnung aufgelöst werden. Die Regelung der kommunalen Verhältnisse der Grundstücke derselben erfolgt nach Maßgabe der Vorschriften in Nr. 1.
3. Landgemeinden und Gutsbezirke können mit anderen Gemeinde- oder Gutsbezirken nach Anhörung der beteiligten Gemeinden und Gutsbesitzer sowie des Kreisausschusses mit Königlicher Genehmigung vereinigt wer-

den, wenn die Beteiligten hiermit einverstanden sind. Wenn ein Einverständnis der Beteiligten nicht zu erzielen ist, so ist die Zustimmung derselben, sofern das öffentliche Interesse dies erheischt, im Beschlußverfahren durch den Kreisausschuß zu ersetzen. Gegen den auf Beschwerde ergehenden Beschluß des Bezirksausschusses steht den Beteiligten und nach Maßgabe des § 123 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Samml. S. 195) dem Vorsitzenden des Bezirksausschusses die weitere Beschwerde an den Provinzialrat zu. Erachtet der Oberpräsident das öffentliche Interesse durch den Beschluß des Provinzialrats für gefährdet, so steht demselben in der gleichen Weise (§ 123 a. a. O.) die Beschwerde an das Staatsministerium offen. Der mit Gründen zu versehende Beschluß des Staatsministeriums ist dem Oberpräsidenten behufs Zustellung an die Beteiligten zuzufertigen. Unter den gleichen Voraussetzungen und in der gleichen Weise können Gutsbezirke in Landgemeinden und Landgemeinden in Gutsbezirke durch Königlichen Erlaß umgewandelt werden.

Wird eine leistungsunfähige Gemeinde einem leistungsfähigen Gutsbezirk zugelegt, so bleibt letzterer als solcher bestehen, sofern der Gutsbesitzer dies beantragt.

4. Die Abtrennung einzelner Teile von einem Gemeinde- oder Gutsbezirke und deren Vereinigung mit einem anderen Gemeinde- oder Gutsbezirke kann, wenn die beteiligten Gemeinden und Gutsbesitzer sowie die Besitzer der betreffenden Grundstücke einwilligen, oder wenn beim Widerspruche Beteiligter das öffentliche Interesse es erheischt, durch Beschluß des Kreisausschusses erfolgen. Gegen den auf Beschwerde ergehenden Beschluß des Bezirksausschusses steht den Beteiligten und dem Vorsitzenden des Bezirksausschusses die weitere Beschwerde an den Provinzialrat, und gegen den Beschluß des Provinzialrats dem Oberpräsidenten die fernere Beschwerde an des Staatsministerium nach Maßgabe der Nr. 3 offen. Soll aus den abgetrennten Grundstücken ein neuer Gemeinde- oder Gutsbezirk gebildet werden, so ist die Königliche Genehmigung erforderlich.

5. Ein öffentliches Interesse im Sinne der Nr. 3 und 4 ist nur dann als vorliegend anzusehen,
   a) wenn Landgemeinden oder Gutsbezirke ihre öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen außer stande sind.

      Bei Beurteilung dieser Frage sind Zuwendungen, welche Gemeinden und Gutsbezirken vom Staate oder größeren Kommunalverbänden zustehen, nicht als bestimmend zu erachten,
   b) wenn die Zersplitterung eines Gutsbezirks oder die Bildung von Kolonien in einem Gutsbezirke die Abtrennung einzelner Teile desselben oder dessen Umwandlung in eine Landgemeinde oder dessen Zuschlagung zu einer oder mehreren Landgemeinden notwendig macht,
   c) wenn infolge örtlich verbundener Lage mehrerer Landgemeinden oder von Gutsbezirken oder Teilen derselben mit Landgemeinden ein erheblicher Widerstreit der kommunalen Interessen entstanden ist, dessen Ausgleichung auch durch Bildung von Verbänden im Sinne der §§ 128 ff. nicht zu erreichen ist.

6. Die vorstehenden Bestimmungen finden in den Fällen, in welchen es sich um die Vereinigung einer Landgemeinde oder eines Gutsbezirks mit einer Stadtgemeinde, um die Abtrennung einzelner Teile von einem Stadtbezirke und deren Vereinigung mit einem Landgemeinde- oder Gutsbezirke, sowie um die Abtrennung einzelner Teile von einem Landgemeinde- oder Gutsbezirke und deren Vereinigung mit einem Stadtbezirke handelt, sinngemäße Anwendung mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Beschlußfassung des Kreisausschusses nach erfordertem Gutachten des Kreistages die Beschlußfassung des Bezirksausschusses tritt.

7. In den vorstehend bezeichneten, der Königlichen Genehmigung unterliegen-

den Fällen ist vor deren Erwirkung der Beschluß des Kreisausschusses, des Bezirksausschusses oder des Provinzialrats, sowie das Gutachten des Kreistages den Beteiligten mitzuteilen.

8. Jede Bezirksveränderung ist durch das Regierungsamtsblatt zu veröffentlichen.

§ 3. Ueber die infolge einer Veränderung der Grenzen der Landgemeinden und Gutsbezirke notwendig werdende Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten beschließt der Kreisausschuß, soweit aber hierbei Stadtgemeinden in Betracht kommen, der Bezirksausschuß, vorbehaltlich der den Beteiligten gegeneinander zustehenden Klage im Verwaltungsstreitverfahren bei diesen Behörden.

Bei dieser Auseinandersetzung sind erforderlichenfalls Bestimmungen zur Ausgleichung der öffentlich-rechtlichen Interessen der Beteiligten zu treffen. Insbesondere können einzelne Beteiligte im Verhältnis zu anderen Beteiligten, welche für gewisse kommunale Zwecke bereits vor der Vereinigung für sich allein Fürsorge getroffen haben, oder solche Beteiligte, welche vorwiegend Lasten in die neue Gemeinschaft bringen, zu Vorausleistungen verpflichtet werden. Auch kann, wenn eine Gemeinde oder der Besitzer eines Gutsbezirks durch die Abtrennung von Grundstücken eine Erleichterung in öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen erfährt, der Gemeinde, welcher, oder dem Gutsbezirke, welchem jene Grundstücke einverleibt werden, ferner der neuen Gemeinde oder dem neuen Gutsbezirk, welche aus letzteren gebildet werden, eine Beihilfe zu den ihnen durch die Bezirksveränderung erwachsenden Ausgaben bis zur Höhe des der anderen Gemeinde oder dem Gutsbesitzer dadurch entstehenden Vorteils zugebilligt werden. Im Falle der Vereinigung von Gemeinden geht das Vermögen derselben auf die neugebildete Gemeinde über.

---

§ 4. Streitigkeiten über die bestehenden Grenzen der Gemeinde- und Gutsbezirke, sowie über die Eigenschaft einer Ortschaft als Landgemeinde, oder eines Gutes als selbständigen Gutsbezirks unterliegen der Entscheidung des Kreisausschusses, soweit hierbei Stadtgemeinden in Betracht kommen, des Bezirksausschusses.

Diese Behörden beschließen vorläufig über die im ersten Absatze bezeichneten Angelegenheiten, sofern das öffentliche Interesse es erheischt. Bei dem Beschlusse behält es bis zur rechtskräftigen Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren sein Bewenden.

Zweiter Titel.

Landgemeinden.

Erster Abschnitt.

Rechtliche Stellung der Landgemeinden.

§ 5. Landgemeinden sind öffentliche Körperschaften; es steht ihnen das Recht der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu.

---

§ 6. Die Landgemeinden sind zum Erlasse besonderer statutarischer Anordnungen über solche Angelegenheiten der Gemeinde, hinsichtlich deren das Gesetz Verschiedenheiten gestattet oder auf ortsstatutarische Regelung verweist, sowie über solche Angelegenheiten, deren Gegenstand nicht durch das Gesetz geregelt ist, befugt.

Die statutarischen Anordnungen bedürfen der Genehmigung des Kreisausschusses.

Zweiter Abschnitt.

Gemeindeangehörige, deren Rechte und Pflichten.

§ 7. Angehörige der Landgemeinde sind mit Ausnahme der nicht angesessenen servisberechtigten Militärpersonen des aktiven Dienststandes diejenigen, welche inner-

halb des Gemeindebezirks einen Wohnsitz haben.

Einen Wohnsitz im Sinne dieses Gesetzes hat jemand an dem Orte, an welchem er eine Wohnung unter Umständen inne hat, die auf die Absicht dauernder Beibehaltung einer solchen schließen lassen.

---

§ 8. Die Gemeindeangehörigen sind zur Mitbenutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten der Gemeinde nach Maßgabe der für dieselben bestehenden Bestimmungen berechtigt und zur Teilnahme an den Gemeindeabgaben und Lasten nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 verpflichtet.

---

§ 9. Auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend das Recht der Mitbenutzung der öffentlichen Gemeindeanstalten, beschließt der Gemeindevorsteher (Gemeindevorstand).

Gegen den Beschluß findet die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt. Die Beschwerden und die Einsprüche sowie die Klage haben keine aufschiebende Wirkung.

---

§§ 10 bis **27** sind fortgefallen. An ihre Stelle ist das Kommunalabgabengesetz getreten.

---

§ 28. Besitzer selbständiger Güter, welche für ursprünglich bäuerliche, zu ihren Gütern eingezogene, der örtlichen Lage nach aber gegenwärtig nicht mehr erkennbare Grundstücke (wüste Hufen) der Gemeindeabgabepflicht in einer Landgemeinde unterliegen, haben die von ihnen bisher entrichteten Gemeindeabgaben und Lasten in dem Betrage, wie derselbe sich in dem Durchschnitte der letzten fünf Jahre vor dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes unter Weglassung des höchsten und des niedrigsten Jahresbetrages berechnet, entweder fortzuleisten oder durch Zahlung des zwanzigfachen Jahreswertes dieses Betrages abzulösen. Im Fall des Streites ist zum Zweck einer billigen Ausgleichung wie im § 3 zu verfahren.

---

§ 29 bis **35** sind fortgefallen. An ihre Stelle ist das Kommunalabgabengesetz getreten.

---

§ 36. Die baren Gemeindeabgaben unterliegen im Falle nicht rechtzeitiger Entrichtung der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren gemäß der Verordnung vom 15. November 1899 (Gesetz-Samml. S. 545).

---

§ 37. Beschwerden und Einsprüche gegen die Heranziehung oder die Veranlagung zu den direkten Gemeindeabgaben sind innerhalb drei Monaten, vom Tage der Bekanntmachung der zur Erhebung gelangenden Zuschlagsprozentsätze, der Benachrichtigung über den zu entrichtenden Abgabebetrag oder der beendeten Auslegung der Hebeliste (§ 34) ab gerechnet, und Ansprüche auf Zurückzahlung zu viel erhobener indirekter Gemeindeabgaben sind binnen Jahresfrist, vom Tage der Versteuerung ab gerechnet, bei dem Gemeindevorsteher anzubringen.

Bezüglich der Nachforderung von Gemeindeabgaben und der Verjährung der Rückstände finden die hinsichtlich der Staatssteuern geltenden Bestimmungen sinngemäße Anwendung.

---

§ 38. Auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend die Heranziehung oder die Veranlagung zu den Gemeindelasten, beschließt der Gemeindevorsteher.

Gegen den Beschluß findet die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt.

Der Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren unterliegen desgleichen Streitigkeiten zwischen Beteiligten über ihre in dem öffentlichen Rechte begründeten Verpflichtung zu den Gemeindelasten.

Einsprüche gegen die Höhe von Gemeindezuschlägen zu den direkten Staatssteuern, welche sich gegen den Prinzipalsatz der letzteren richten, sind unzulässig. Die Ermäßigung des Prinzipalsatzes (§ 34, 1a) hat die Ermäßigung der Gemeindezuschläge von selbst zur Folge.

Die Beschwerden und die Einsprüche, sowie die Klage haben keine aufschiebende Wirkung.

Dritter Abschnitt.

Gemeindeglieder, deren Rechte und Pflichten.

§ 39. Gemeindeglieder sind alle Gemeindeangehörigen, welchen das Gemeinderecht zusteht.

Eine Liste der Gemeindeglieder, welche deren nach § 41 erforderliche Eigenschaften nachweist, und der sonstigen Stimmberechtigten (§ 45) wird von dem Gemeindevorsteher geführt und alljährlich im Monate Januar berichtigt.

---

§ 40. Das Gemeinderecht umfaßt:

1. das Recht zur Teilnahme an dem Stimmrechte in der Gemeindeversammlung oder, wo die letztere durch eine gewählte Gemeindevertretung ersetzt ist, zur Teilnahme an den Gemeindewahlen,
2. das Recht zur Bekleidung unbesoldeter Aemter in der Verwaltung und Vertretung der Gemeinde.

---

§ 41. Das Gemeinderecht steht jedem selbständigen Gemeindeangehörigen zu, welcher

1. Angehöriger des Deutschen Reiches ist und
2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt,
3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirke seinen Wohnsitz hat,
4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt,
5. die auf ihn entfallenden Gemeindeabgaben gezahlt hat und außerdem
6. entweder
   a) ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirke besitzt, oder
   b) von seinem gesamten innerhalb des Gemeindebezirks belegenen Grundbesitze zu einem Jahresbeitrage von mindestens drei Mark an Grund- und Gebäudesteuer veranlagt ist,
   c) zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist oder zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 660 Mark in Gemäßheit des § 38 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 herangezogen wird.

Steht ein Wohnhaus im (geteilten oder ungeteilten) Miteigentum mehrerer, so kann das Gemeinderecht auf Grund dieses Besitzes nur von einem derselben ausgeübt werden.

Falls die Miteigentümer sich über die Person des Berechtigten nicht einigen können, ist derjenige, welcher den größten Anteil besitzt, befugt, das Gemeinderecht auszuüben; bei gleichen Anteilen bestimmt sich die Person des Berechtigten durch das Los, welches durch die Hand des Gemeindevorstehers gezogen wird.

Steuerzahlungen und Grundbesitz der Ehefrau werden dem Ehemanne, Steuerzahlungen und Grundbesitz der in väterlicher Gewalt befindlichen Kinder werden dem Vater angerechnet. In den Fällen, wo ein Wohnhaus durch Vererbung auf einen anderen übergeht, kommt dem Erben bei Berechnung der Dauer des einjährigen Wohnsitzes die Besitzzeit des Erblassers zu gute. Die Uebertragung unter den Lebenden an Verwandte in absteigender Linie steht der Vererbung gleich.

Als selbständig wird nach vollendetem vierundzwanzigsten Lebensjahre ein jeder betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat, sofern ihm nicht das Verfügungsrecht über die Verwaltung seines Vermögens durch richterlichen Beschluß entzogen ist.

Inwiefern über die Erlangung des Gemeinderechts von dem Gemeindevorsteher eine Urkunde zu erteilen ist, bleibt den statutarischen Anordnungen vorbehalten.

---

§ 42. Verlegt ein Gemeindeglied seinen Wohnsitz in eine andere Landgemeinde, so kann ihm das Gemeinderecht, sofern im übrigen die Voraussetzungen zu dessen Erlangung vorliegen, von dem Gemeindevorsteher im Einverständnisse mit der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) schon vor Ablauf eines Jahres verliehen werden.

Ein Gleiches findet statt, wenn der Besitzer eines selbständigen Gutes (§ 122) seinen Wohnsitz in eine Landgemeinde verlegt.

---

§ 43. Das Gemeinderecht und die unbesoldeten Gemeindeämter gehen verloren, sobald eines der im § 41 unter Nr. 1 und 6 vorgeschriebenen Erfordernisse nicht

mehr zutrifft oder der Wohnsitz in dem Gemeindebezirke aufgegeben wird.

Wer durch rechtskräftiges Erkenntnis der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig gegangen ist, verliert dadurch dauernd die bisher von ihm bekleideten Aemter in der Gemeindeverwaltung und der Gemeindevertretung, und für die im Urteile bestimmte Zeit das Gemeindestimm- und Wahlrecht, sowie die Fähigkeit, dasselbe zu erwerben und Gemeindeämter zu bekleiden.

Die rechtskräftig erfolgte Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter hat den dauernden Verlust der bisher bekleideten Aemter in der Gemeindeverwaltung und Gemeindevertretung, sowie für die im Urteile bestimmte Zeit die Unfähigkeit zur Bekleidung solcher Aemter zur Folge.

Die Verurteilung zur Zuchthausstrafe hat den Verlust der Gemeindeämter und die dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung solcher Aemter zur Folge.

---

§ 44. Die Ausübung des Gemeinderechts (§ 40) ruht,

1. wenn gegen ein Gemeindeglied wegen eines Verbrechens oder eines Vergehens, welches die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann, das Hauptverfahren eröffnet, oder dasselbe zur gerichtlichen Haft gebracht ist, so lange, bis das Strafverfahren beendet ist;
2. wenn ein Gemeindeglied in Konkurs verfällt, bis zur Beendigung des Verfahrens;
3. wenn ein Gemeindeglied Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, während sechs Monate nach dem Empfang der Unterstützung, sofern es nicht früher die empfangene Unterstützung erstattet;
4. wenn ein Gemeindeglied die auf dasselbe entfallenden Gemeindeabgaben nach Mahnung durch den Steuererheber nicht gezahlt hat, bis zur Entrichtung derselben.

Bekleidet ein solches Gemeindeglied unbesoldete Gemeindeämter, oder ist dasselbe Abgeordneter nicht angesessener Stimmberechtigter (§ 48), so ist der Kreisausschuß berechtigt, die Wahl eines kommissarischen Vertreters anzuordnen.

---

§ 45. Wer, ohne im Gemeindebezirke einen Wohnsitz zu haben, in demselben seit einem Jahre ein Grundstück besitzt, welches wenigstens den Umfang einer die Haltung von Zugvieh zur Bewirtschaftung erfordernden Ackernahrung hat, oder auf welchem sich ein Wohnhaus, eine Fabrik oder eine andere gewerbliche Anlage befindet, die dem Werte einer solchen Ackernahrung mindestens gleichkommen, ist ebenfalls stimmberechtigt, wenn bei ihm die im § 41 unter Nr. 1, 2, 4 und 5 bezeichneten Voraussetzungen vorhanden sind.

Ingleichen steht das Stimmrecht juristischen Personen, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften, eingetragenen Genossenschaften und dem Staatsfiskus zu, sofern dieselben Grundstücke von dem bezeichneten Umfange in dem Gemeindebezirke besitzen.

Frauen und nicht selbständige Personen (§ 41 Absatz 5) sind, wenn der ihnen im Gemeindebezirke gehörige Grundbesitz zum Stimmrechte befähigt, stimmberechtigt, sofern bei ihnen die im § 41 unter 1 bis 5 bezeichneten Voraussetzungen vorliegen.

---

§ 46. In der Ausübung des Stimmrechtes, zu welchem der Grundbesitz befähigt, werden vertreten:

1. Minderjährige durch ihren Vater, Stiefvater oder Vormund, andere Bevormundete durch ihren Vormund; der Stiefvater ist vor dem Vormunde zur Vertretung berufen,
2. Ehefrauen durch ihren Ehemann,
3. großjährige Besitzer vor vollendetem vierundzwanzigsten Lebensjahre, unverheiratete Besitzerinnen (abgesehen von den Fällen unter Nr. 1) und Witwen durch Gemeindeglieder,
4. juristische Personen, einschließlich des Staatsfiskus, sowie die übrigen im zweiten Absatz des § 45 bezeichneten Personengesamtheiten durch ihre verfassungsmäßigen Organe, Repräsentanten oder Generalbevollmächtigte, sowie durch Pächter oder Nießbraucher der zur Teilnahme am Stimmrechte befähigten Grundstücke, oder durch Gemeindeglieder.

Auswärts wohnende Stimmberechtigte, welche das vierundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, und auswärts wohnende Vertreter Stimmberechtigter können

das Stimmrecht persönlich ausüben, sind aber befugt, sich durch männliche Gemeindeglieder vertreten zu lassen.

§ 47. Zur Ausübung des Stimmrechtes durch Vertreter (§ 46) ist erforderlich, daß

1. der Vertreter sich im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, das vierundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat und keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, sowie außerdem, daß
2. der Vater die väterliche Gewalt besitzt,
3. der Stiefvater das zum Stimmrechte befähigende Grundstück bewirtschaftet.

§ 48. Der Regel nach steht jedem einzelnen Stimmberechtigten eine Stimme in der Gemeindeversammlung, jedoch mit folgenden Maßgaben, zu:

1. Mindestens zwei Drittel sämtlicher Stimmen müssen auf die mit Grundbesitz angemessenen Mitglieder der Gemeindeversammlung (§ 41 Absatz 1 unter 6a und b) entfallen. Uebersteigt die Anzahl der nicht angesessenen Gemeindemitglieder (a. a. O. unter 6c) den dritten Teil der Gesamtzahl der Stimmen der Mitglieder der Gemeindeversammlung, so haben die ersteren ihr Stimmrecht durch eine jenem Verhältnisse entsprechende Anzahl von Abgeordneten auszuüben, welche sie aus ihrer Mitte auf die Dauer von sechs Jahren wählen.
2. Denjenigen Besitzern, welche von ihrem im Gemeindebezirke belegenen Grundeigentume zu einem Jahresbetrage von 20 bis ausschließlich 50 Mark an Grund- und Gebäudesteuer veranlagt sind, sind je zwei, denjenigen Besitzern, welche von diesem ihrem Grundeigentume zu einem Jahresbetrage von 50 bis ausschließlich 100 Mark veranlagt sind, je drei, und denjenigen Besitzern, welche zu 100 Mark oder mehr veranlagt sind, je vier Stimmen beizulegen.

   Auf Antrag des Kreisausschusses können durch Beschluß des Provinziallandtages die vorstehenden Sätze erhöht oder, höchstens jedoch um die Hälfte, ermäßigt werden; auch kann Grundbesitzern, welche zu dem im ersten Absatz erwähnten Steuersatze veranlagt sind, eine größere Zahl von Stimmen, jedoch nicht über 3, 4 und 5 Stimmen, beigelegt werden.

   Den Gewerbetreibenden der dritten Gewerbesteuerklasse sind 2 Stimmen, den Gewerbetreibenden der zweiten Gewerbesteuerklasse sind 3 Stimmen und den Gewerbetreibenden der ersten Gewerbesteuerklasse sind 4 Stimmen beizulegen.

   Für den Fall der Erhöhung der Zahl der Stimmen der Grundbesitzer sind die im vorstehenden Absatze beigelegten Stimmen entsprechend dem Schlußsatze des Absatzes 2 zu erhöhen.
3. Kein Stimmberechtigter darf in der Gemeindeversammlung mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der Stimmen führen.

Vierter Abschnitt.

Gemeindevertretung.

§ 49. In denjenigen Landgemeinden, in welchen die Zahl der Stimmberechtigten mehr als 40 beträgt, tritt mit dem Zeitpunkte, wo die Liste der Stimmberechtigten diese Zahl nachweist (§ 39 Absatz 2), an die Stelle der Gemeindeversammlung eine Gemeindevertretung.

Die Landgemeinden sind berechtigt und, falls der Kreisausschuß auf Antrag Beteiligter oder im öffentlichen Interesse dies beschließt, verpflichtet, auch bei einer geringeren Anzahl von Stimmberechtigten eine Gemeindevertretung im Wege ortsstatutarischer Anordnung einzuführen.

Die Gemeindevertretung besteht aus dem Gemeindevorsteher und den Schöffen, sowie den gewählten Gemeindeverordneten, deren Zahl mindestens das Dreifache der Zuerstgenannten betragen muß. Diese Zahl kann durch Ortsstatut auf 12, 15, 18 oder höchstens 24 erhöht werden.

§ 50.[1]) Steuern, welche für Grundbesitz oder Gewerbebetrieb in einer anderen Gemeinde entrichtet werden, kommen hierbei[1]) nicht in Betracht.

Niemand kann zwei Abteilungen zugleich angehören; in die erste oder zweite Abteilung gehört auch derjenige, dessen Steuerbetrag nur teilweise in das erste oder zweite Drittel fällt. Unter mehreren einen gleichen Steuerbetrag entrichtenden Wählern entscheidet das Lebensalter und erforderlichenfalls das Los darüber, wer von ihnen zu der höheren Abteilung zu rechnen ist.

Jede Abteilung wählt aus der Zahl der Stimmberechtigten ein Drittel der Gemeindeverordneten, ohne dabei an die Wähler der Abteilung gebunden zu sein. Auch die nach § 46 zur Stellvertretung berechtigten Personen sind wählbar, können aber nur so lange Gemeindeverordnete sein, als die Stellvertretung dauert.

---

§ 51. Gehören zu einer Abteilung mehr als 500 Wähler, so kann die Wahl nach dazu gebildeten Wahlbezirken geschehen. Die Anzahl und die Grenzen der Wahlbezirke, sowie die Anzahl der in einem jeden zu wählenden Gemeindeverordneten werden nach Maßgabe der Zahl der Stimmberechtigten von dem Gemeindevorsteher (Gemeindevorstande) festgesetzt.

Enthält eine Gemeinde mehrere Ortschaften, so kann der Kreisausschuß auf Antrag des Gemeindevorstehers (Gemeindevorstandes) nach Verhältnis der Zahl der Stimmberechtigten jeder Abteilung anordnen, wie viel Gemeindeverordnete aus jeder einzelnen Ortschaft von jeder in Betracht kommenden Abteilung zu wählen sind.

Ist eine Aenderung der Anzahl oder der Grenzen der Wahlbezirke oder der Anzahl der in einem jeden derselben zu wählenden Gemeindeverordneten wegen einer in der Zahl der stimmberechtigten Gemeindeglieder eingetretenen Aenderung oder aus sonstigen Gründen erforderlich geworden, so hat der Gemeindevorsteher (Gemeindevorstand) die entsprechende anderweite Festsetzung zu treffen, auch wegen des Uebergangs aus dem alten in das neue Verhältnis das Geeignete anzuordnen. Diese Festsetzung bedarf der Bestätigung des Kreisausschusses.

---

§ 52. Mindestens zwei Drittel der Gemeindevertretung müssen Angesessene (§ 41 Nr. 6a und b, § 45) sein.

Die Zahl der Gemeindeverordneten, welche hiernach aus der Mitte der Nichtangesessenen gewählt werden können, wird auf die drei Abteilungen gleichmäßig verteilt. Ist diese Zahl nicht durch 3 teilbar, so kann, wenn die Zahl 1 übrig bleibt, die zweite Abteilung aus der Zahl der Nichtangesessenen einen Gemeindeverordneten mehr wählen, als die beiden anderen; bleibt die Zahl 2 übrig, so kann die erste Abteilung den einen, die dritte Abteilung den anderen wählen.

Sind in einer Abteilung mehr nicht angesessene Gemeindeverordnete gewählt, als hiernach zulässig ist, so gelten diejenigen, welche die geringste Stimmenzahl erhalten haben, als nicht gewählt. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los.

Bei den zum Ersatz derselben anzuordnenden Neuwahlen sind nur die auf Angesessene entfallenden Stimmen gültig.

---

§ 53. Als Gemeindeverordnete sind nicht wählbar:

1. diejenigen Beamten und die vom Staate ernannten Mitglieder derjenigen Behörden, durch welche die Aufsicht des Staates über die Gemeinden ausgeübt wird,
2. die besoldeten Gemeindebeamten,
3. die richterlichen Beamten,
4. die Beamten der Staatsanwaltschaft und die Polizei-Exekutivbeamten,
5. Geistliche, Kirchendiener und Volksschullehrer,
6. Frauen.

Vater und Sohn dürfen nicht zugleich Gemeindeverordnete derselben Gemeinde sein. Sind Vater und Sohn zugleich gewählt, so wird nur der Vater als Gemeindeverordneter zugelassen.

---

[1]) Ueber die Art der Teilung der Stimmberechtigten einer Landgemeinde in drei Abteilungen für die Wahlen der Gemeindeverordneten giebt jetzt das Gesetz, betreffend Aenderung des Wahlverfahrens, vom 29. Juni 1893 in den §§ 1 bis 3 und 5 Bestimmungen.

§ 54. Die Gemeindeverordneten werden auf sechs Jahre gewählt. Alle zwei Jahre scheidet aus jeder Abteilung ein Drittel der Gemeindeverordneten aus und wird die Gemeindevertretung durch neue Wahlen ergänzt. Ist die Zahl der Ausscheidenden nicht durch 3 teilbar, so wird die Reihenfolge der Abteilungen, in welcher die Ausscheidung je eines der Uebrigbleibenden erfolgt, durch das Los bestimmt. Die das erste und zweite Mal Ausscheidenden werden für jede Abteilung durch das Los bestimmt. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.

Außergewöhnliche Wahlen zum Ersatze innerhalb der Wahlperiode ausgeschiedener Gemeindeverordneten müssen angeordnet werden, wenn die Gemeindevertretung oder der Gemeindevorsteher es für erforderlich erachten, oder wenn der Kreisausschuß dies beschließt. Der Ersatzmann bleibt nur bis zum Ende der Wahlperiode des Ausgeschiedenen in Wirksamkeit.

Auch bei Ergänzungs- und Ersatzwahlen ist bezüglich der Wählbarkeit von Nichtangesessenen nach den Grundsätzen des § 52 zu verfahren.

---

§ 55. Die nach § 39 Absatz 2 zu führende Liste wird der Wahl zu Grunde gelegt und nach Wahlabteilungen, im Falle des § 51 Absatz 1 außerdem nach Wahlbezirken, eingeteilt.

---

§ 56. In dem Zeitraume vom 15. bis 30. Januar erfolgt die Auslegung der Liste in einem vorher zur öffentlichen Kenntnis zu bringenden Raume.

Während dieser Zeit kann jeder Stimmberechtigte gegen die Richtigkeit der Liste bei dem Gemeindevorsteher Einspruch erheben.

Soll der Name eines einmal in die Liste aufgenommenen Stimmberechtigten wieder gelöscht werden, so ist dieses demselben unter Angabe der Gründe acht Tage vorher durch den Gemeindevorsteher mitzuteilen.

---

§ 57. Die Wahlen der dritten Abteilung erfolgen zuerst, die der ersten zuletzt.

---

§ 58. Die Wahlen zur regelmäßigen Ergänzung der Gemeindevertretung finden alle zwei Jahre im März statt. Alle Ergänzungs- und Ersatzwahlen werden, unbeschadet der Vorschrift in § 51, von denselben Abteilungen vorgenommen, von welchen der Ausgeschiedene gewählt war.

---

§ 59. Eine Woche vor dem Wahltage werden die in der Wählerliste (§ 55) verzeichneten Wähler durch den Gemeindevorsteher mittels ortsüblicher Bekanntmachung zu den Wahlen berufen. Die Bekanntmachung muß den Raum, den Tag und die Stunden, in welchen die Stimmen bei dem Wahlvorstande abzugeben sind, genau bezeichnen.

---

§ 60. Der Wahlvorstand besteht aus dem Gemeindevorsteher oder einem von dem letzteren zu seinem Stellvertreter ernannten Schöffen und zwei von der Wahlversammlung gewählten Beisitzern.

---

§ 61. Jeder Wähler muß dem Wahlvorstande mündlich zu Protokoll erklären, wem er seine Stimme geben will. Er hat so viele Personen zu bezeichnen, als zu wählen sind.

Bezüglich der Stellvertretung bei der Wahl kommen die Bestimmungen im § 46 zur Anwendung.

---

§ 62. Gewählt sind diejenigen, welche bei der ersten Abstimmung die meisten Stimmen und zugleich mehr als die Hälfte der Stimmen erhalten haben.

Hat sich bei der ersten Abstimmung eine unbedingte Mehrheit nicht ergeben, so werden von denjenigen Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, so viele auf eine engere Wahl gebracht, daß die doppelte Anzahl der noch zu wählenden Mitglieder erreicht wird. Bei der zweiten Wahl ist die unbedingte Stimmenmehrheit nicht erforderlich. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Zu der engeren Wahl werden die Wähler durch eine das Ergebnis der ersten Wahl angebende Bekanntmachung des Wahlvorstandes sofort oder spätestens innerhalb einer Woche aufgefordert.

Die engere Wahl findet nach denselben Vorschriften, wie die erste, statt. Tritt bei derselben Stimmengleichheit ein, so entscheidet das durch die Hand des Wahlvorstehers zu ziehende Los.

Wer in mehreren Abteilungen oder

Wahlbezirken zugleich gewählt ist, hat zu erklären, welche Wahl er annehmen will.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch auf eine nach § 52 erforderlich werdende Neuwahl Anwendung.

---

§ 63. Die Wahlprotokolle sind von dem Wahlvorstande zu unterzeichnen und von dem Gemeindevorsteher aufzubewahren. Der letztere hat das Ergebnis der Wahlen sofort in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahlen zur Gemeindevertretung sind innerhalb zwei Wochen nach Bekanntmachung des Wahlergebnisses bei dem Gemeindevorsteher anzubringen.

---

§ 64. Die bei der regelmäßigen Ergänzung neu gewählten Gemeindeverordneten treten an dem der Wahl folgenden 1. April ihr Amt an; die Ausscheidenden bleiben bis zur Einführung der neu gewählten Mitglieder in Thätigkeit. Die Gewählten werden von dem Gemeindevorsteher in die Versammlung der Gemeindevertretung eingeführt und durch Handschlag verpflichtet.

---

§ 65. Die Gemeindeglieder sind verpflichtet, unbesoldete Aemter in der Verwaltung und der Vertretung der Gemeinde zu übernehmen, sowie ein angenommenes Amt mindestens drei Jahre lang zu versehen.

Zur Ablehnung oder früheren Niederlegung solcher Aemter berechtigen folgende Entschuldigungsgründe:

1. anhaltende Krankheit,
2. Geschäfte, welche eine häufige oder lange dauernde Abwesenheit vom Wohnorte mit sich bringen,
3. das Alter von sechzig Jahren,
4. die Verwaltung eines unmittelbaren Staatsamtes,
5. sonstige besondere Verhältnisse, welche nach dem Ermessen der Gemeindevertretung oder, wo eine solche nicht besteht, des Gemeindevorstehers eine gültige Entschuldigung begründen.

Wer ein unbesoldetes Amt in der Verwaltung oder in der Vertretung der Gemeinde während der vorgeschriebenen regelmäßigen Amtsdauer versehen hat, kann die Uebernahme desselben oder eines gleichartigen für die nächsten drei Jahre ablehnen.

Wer sich ohne einen der vorbezeichneten Entschuldigungsgründe weigert, ein unbesoldetes Amt in der Verwaltung oder Vertretung der Gemeinde zu übernehmen oder das übernommene Amt drei Jahre hindurch zu versehen, sowie derjenige, welcher sich der Verwaltung solcher Aemter thatsächlich entzieht, kann für einen Zeitraum von drei bis sechs Jahren der Ausübung seines Rechts auf Teilnahme an der Verwaltung und Vertretung der Gemeinde für verlustig erklärt und um ein Achtel bis ein Viertel stärker als die übrigen Gemeindeangehörigen zu den Gemeindeabgaben herangezogen werden.

---

§ 66. Die Gemeindevertretung, wo eine solche nicht besteht, der Gemeindevorsteher, beschließt

1. auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend den Besitz oder den Verlust des Gemeinderechts, die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Abteilung von Stimmberechtigten, die Wählbarkeit zu einer Stelle in der Gemeindeverwaltung oder Gemeindevertretung, die Ausübung des Stimmrechts durch einen Dritten, sowie über die Richtigkeit der Gemeindewählerliste,
2. über die Gültigkeit der Wahlen zur Gemeindevertretung,
3. über die Berechtigung der Ablehnung oder Niederlegung einer Stelle in der Gemeindeverwaltung oder Gemeindevertretung, sowie über die Nachteile, welche gegen Gemeindeglieder wegen Nichterfüllung der ihnen nach diesem Gesetze obliegenden Pflichten zu verhängen sind.

---

§ 67. Die Beschlüsse der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstehers in den Fällen des § 66 bedürfen keiner Genehmigung oder Bestätigung von seiten des Gemeindevorstehers oder der Aufsichtsbehörde.

Gegen die Beschlüsse findet die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt, welche, wenn der Beschluß von der Gemeindevertretung gefaßt ist, auch dem Gemeindevorsteher zusteht.

Die Klage hat in den Fällen des § 66 unter 1 und 2 keine aufschiebende Wirkung, jedoch dürfen Neuwahlen zum Er-

satz für solche Wahlen, welche durch Beschluß der Gemeindevertretung oder des Gemeindevorstehers für ungültig erklärt worden sind, vor ergangener rechtskräftiger Entscheidung nicht vorgenommen werden.

Fünfter Abschnitt.

Gemeindevermögen.

§ 68. Im Eigentum der Landgemeinden stehen sowohl diejenigen Bestandteile des Gemeindevermögens, deren Erträge für die Zwecke des Gemeindehaushalts bestimmt sind (Gemeindevermögen im engeren Sinne) wie auch diejenigen Vermögensgegenstände, deren Nutzungen den Gemeindeangehörigen oder einzelnen derselben vermöge dieser ihrer Eigenschaft zukommen (Gemeindegliedervermögen, Allmenden, Gemeinheiten).

Im weiteren kommen die Bestimmungen der Deklaration einiger Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Gemeinheitsteilungsordnung vom 7. Juni 1821, betreffend das nutzbare Gemeindevermögen, vom 26. Juli 1847 (Gesetz-Samml. S. 327) zur Anwendung.

---

§ 69. Das den Zwecken des Gemeindehaushalts gewidmete Vermögen darf nur dann in Gemeindegliedervermögen umgewandelt werden, wenn die Gemeinde schuldenfrei ist und durch eine solche Veränderung weder die Einführung neuer Gemeindeabgaben, noch auch die Erhöhung bestehender für absehbare Zeit erforderlich wird.

Hinsichtlich der Verwaltung der Gemeindewaldungen bewendet es bei den bestehenden Bestimmungen, im besonderen dem Gesetze vom 14. August 1876 (Gesetz-Samml. S. 373).

Gemeindegliedervermögen kann unter hinzutretender Genehmigung des Kreisausschusses in Gemeindevermögen im engeren Sinne umgewandelt werden, jedoch mit der Einschränkung, daß Nutzungsrechte, welche nicht den sämtlichen, sondern nur einzelnen Gemeindegliedern oder Einwohnern, als solchen, zustehen, durch Gemeindebeschluß den letzteren wider ihren Willen nicht entzogen oder geschmälert werden dürfen.

---

§ 70. Zur Teilnahme an den Gemeindenutzungen sind die Gemeindeangehörigen unter den aus den Verleihungsurkunden, vertragsmäßigen Festsetzungen und hergebrachter Gewohnheit sich ergebenden Bedingungen und Einschränkungen berechtigt. Soweit hiernach der Maßstab für die Teilnahme an diesen Nutzungen nicht feststeht, erfolgt die Verteilung nach dem Verhältnisse, in welchem die Gemeindeangehörigen zu den kommunalen Lasten beitragen.

---

§ 71. Auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend

1. das Recht zur Theilnahme an den Nutzungen und Erträgen des Gemeindevermögens,
2. die besonderen Rechte einzelner örtlicher Teile des Gemeindebezirks oder einzelner Klassen der Gemeindeangehörigen in Ansehung der zu Nr. 1 erwähnten Ansprüche,

beschließt der Gemeindevorsteher (Gemeindevorstand).

Gegen den Beschluß findet die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt.

Der Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren unterliegen desgleichen Streitigkeiten zwischen Beteiligten über ihre in dem öffentlichen Rechte begründete Berechtigungen zu den im Absatze 1 bezeichneten Nutzungen.

Die Beschwerden und die Einsprüche sowie die Klage haben keine aufschiebende Wirkung.

---

§ 72. Die Landgemeinden sind befugt, auf Grund von Gemeindebeschlüssen, welche der Genehmigung des Kreisausschusses unterliegen, für die Teilnahme an den Gemeindenutzungen die Entrichtung eines zu deren Werte in einem angemessenen Verhältnisse stehenden Einkaufsgeldes anstatt oder neben einer jährlichen Abgabe anzuordnen.

Durch die Entrichtung des Einkaufsgeldes wird die Ausübung des Gemeinderechtes nicht bedingt.

Die Verpflichtung zur Zahlung des Einkaufsgeldes sowie der Abgabe für die Teilnahme an den Gemeindenutzungen ruht, solange auf diese Teilnahme verzichtet wird.

---

§ 73. Hinsichtlich der Beitreibung der Einkaufsgelder und der jährlichen Abgaben für die Teilnahme an den Gemeindenutzungen im Verwaltungszwangsverfahren, der Einsprüche und Beschwerden sowie der Klage in betreff der Heranziehung oder der Veranlagung zu diesen Abgaben, etwaiger Nachforderung derselben und der Verjährung der Rückstände finden die in den §§ 36 bis 38 enthaltenen Bestimmungen sinngemäße Anwendung, jedoch mit der Maßgabe, daß die nicht zur Hebung gestellten Einkaufsgelder erst in zwei Jahren nach Ablauf desjenigen Jahres, in welchem die Zahlungsverbindlichkeit entstanden ist, verjähren.

Sechster Abschnitt.

Verwaltung der Landgemeinden.

§ 74. An der Spitze der Verwaltung der Landgemeinde steht der Gemeindevorsteher (Schulze, Scholze, Richter, Dorfrichter).

Dem Gemeindevorsteher stehen zwei Schöffen (Schöppen, Gerichtsmänner, Gerichts- oder Dorfgeschworene) zur Seite, welche ihn in den Amtsgeschäften zu unterstützen und in Behinderungsfällen zu vertreten haben.

Durch Ortsstatut kann die Zahl der Schöffen auf höchstens sechs vermehrt werden.

Wo die Zahl der Schöffen nach der bisherigen Ortsverfassung eine größere als zwei gewesen ist, aber die Zahl sechs nicht übersteigt, verbleibt es hierbei bis zu anderweiter ortsstatutarischer Festsetzung.

Wo dem Gemeindevorsteher nur zwei Schöffen zur Seite stehen, ist ein Stellvertreter zu wählen, welcher in Behinderungsfällen eines der beiden Schöffen für diesen eintritt.

In größeren Gemeinden kann durch Ortsstatut ein aus dem Gemeindevorsteher und den Schöffen bestehender kollegialischer Gemeindevorstand eingeführt werden.

---

§ 75. Der Gemeindevorsteher und die Schöffen werden von der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) aus der Zahl der Gemeindeglieder auf sechs Jahre gewählt. Nach dreijähriger Amtsdauer kann der Gemeindevorsteher auf weitere neun Jahre gewählt werden.

In Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern kann die Gemeindevertretung die Anstellung eines besoldeten Gemeindevorstehers beschließen. Die Wahl desselben erfolgt auf die Dauer von zwölf Jahren und ist nicht beschränkt auf die Gemeindeglieder.

Vater und Sohn, sowie Brüder dürfen nicht gleichzeitig Gemeindevorsteher und Schöffen sein.

---

§ 76. Bezüglich der Einladung der Mitglieder der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) zur Wahl kommen die Vorschriften des § 59 zur Anwendung.

---

§ 77. Der Wahlvorstand besteht aus dem Gemeindevorsteher oder dem zu dessen Vertretung berufenen Schöffen, als Vorsitzenden, und aus zwei von der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) zu wählenden Beisitzern. Der Vorsitzende ernennt einen der Beisitzenden zum Protokollführer. Erforderlichenfalls kann jedoch auch eine nicht zur Wahlversammlung gehörige Person zum Protokollführer ernannt werden.

---

§ 78. Während der Wahlhandlung dürfen im Wahlraume weder Beratungen stattfinden, noch Ansprachen gehalten, noch Beschlüsse gefaßt werden. Ausgenommen hiervon sind Beratungen und Beschlüsse des Wahlvorstandes, welche durch die Leitung des Wahlgeschäfts erheischt werden.

---

§ 79. Jede Wahl erfolgt in einem besonderen Wahlgange durch Stimmzettel.

---

§ 80. Die Wähler werden in der Reihenfolge, in welcher sie in der Wählerliste aufgeführt sind, aufgerufen.

Die Aufgerufenen legen ihre Stimmzettel uneröffnet in die Wahlurne.

Findet die Wahl durch die Gemeindeversammlung statt, so wird das Stimmrecht nach Maßgabe der Bestimmungen des § 48 ausgeübt.

Die nach der Eröffnung, jedoch vor dem Schlusse der Wahlhandlung erscheinenden Wähler können noch an der Abstimmung teilnehmen.

Sind keine Stimmen mehr abzugeben, so erklärt der Wahlvorstand die Wahl für geschlossen; der Vorsitzende nimmt die Stimmzettel einzeln aus der Wahlurne und die darauf verzeichneten Namen, welche von einem durch den Vorsitzenden zu ernennenden Beisitzer laut gezählt werden.

---

§ 81. Ungültig sind diejenigen Stimmzettel,

1. welche nicht von weißem Papier oder welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind,
2. welche keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten,
3. aus welchen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist,
4. auf welchen mehr als ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist,
5. welche einen Protest oder Vorbehalt enthalten.

Alle ungültigen Stimmzettel werden als nicht abgegeben betrachtet. Ueber die Gültigkeit der Stimmzettel entscheidet vorläufig der Wahlvorstand.

Die Stimmzettel sind dem Wahlprotokolle beizufügen und so lange aufzubewahren, bis über die gegen das Wahlverfahren erhobenen Einsprüche rechtskräftig entschieden ist.

---

§ 82. Als gewählt ist derjenige zu betrachten, welcher bei der ersten Abstimmung mehr als die Hälfte der gültig abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Ergiebt sich bei der ersten Abstimmung diese Stimmenmehrheit nicht, so kommen bei der sofort vorzunehmenden zweiten Abstimmung diejenigen zwei Personen, welche im ersten Wahlgange die meisten Stimmen erhalten haben, auf die engere Wahl. Haben mehr als zwei Personen die höchste oder zweithöchste Stimmenzahl in der Weise erhalten, daß auf sie eine gleiche Stimmenzahl entfallen ist, so entscheidet das durch die Hand des Vorsitzenden zu ziehende Los darüber, wer auf die engere Wahl zu bringen ist. Bei dem zweiten Wahlgange sind außer den im § 81 angegebenen ferner auch alle diejenigen Stimmzettel ungültig, welche den Namen einer nicht zur engeren Wahl stehenden Person enthalten. Als gewählt ist derjenige zu betrachten, welcher die meisten Stimmen erhalten hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das durch die Hand des Vorsitzenden zu ziehende Los.

Die Wahlprotokolle sind von dem Wahlvorstande zu unterzeichnen.

---

§ 83. Der Vorsitzende des Wahlvorstandes hat die Gewählten von der auf sie gefallenen Wahl mit der Aufforderung in Kenntnis zu setzen, sich über die Annahme oder Ablehnung der Wahl innerhalb längstens einer Woche zu erklären. Von demjenigen, welcher hierüber keine Erklärung abgiebt, wird angenommen, daß er die Wahl ablehne.

---

§ 84. Die gewählten Gemeindevorsteher und Schöffen bedürfen der Bestätigung durch den Landrat.

Vor der Bestätigung ist der Amtsvorsteher (Distriktskommissarius) mit seinem Gutachten zu hören.

Die Bestätigung kann nur unter Zustimmung des Kreisausschusses versagt werden. Dieser Zustimmung bedarf es auch dann, wenn der Wahl die Bestätigung wegen formaler Mängel des Verfahrens versagt wird.

Wird die Bestätigung versagt, so ist eine Neuwahl anzuordnen. Erhält auch diese die Bestätigung nicht, so ernennt der Landrat unter Zustimmung des Kreisausschusses einen Stellvertreter auf so lange, bis eine erneuerte Wahl die Bestätigung erlangt hat.

Dasselbe findet statt, wenn keine Wahl zu stande kommt.

Die Bestimmungen dieses Paragraphen finden auch auf andere gewählte Gemeindebeamte Anwendung, deren Wahl der Bestätigung bedarf..

---

§ 85. Der Gemeindevorsteher und die Schöffen werden vor ihrem Amtsantritte von dem Landrate oder in seinem Auftrage von dem Amtsvorsteher, in der Pro-

vinz Posen von dem Distriktskommissarius, vereidigt.

---

§ 86. Die Gemeindevorsteher haben den Ersatz ihrer baren Auslagen und die Gewährung einer mit ihrer amtlichen Mühewaltung in billigem Verhältnisse stehenden Entschädigung zu beanspruchen.

Die Aufbringung derselben liegt der Gemeinde ob.

Alle fortlaufenden Geld- und Naturalbeiträge des Gutsherrn zur Remuneration des Gemeindevorstehers fallen fort.

Landdotationen, welche für die Verwaltung des Schulzenamts ausgewiesen sind, können auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes nicht zurückgefordert werden. Sind solche Landdotationen allein oder in Verbindung mit Geld- und Naturalbeiträgen von dem Gutsherrn gewährt, so ist derselbe berechtigt, hierfür von dem Gemeindevorsteher auch ferner die Wahrnehmung der Geschäfte des Gutsvorstehers oder die Vertretung hierbei in dem bisherigen Umfange (§ 124 Absatz 2) zu fordern.

Der Gutsherr wie die Gemeinde kann die Lösung eines derartigen Verhältnisses gegen Fortfall der Geld- und Naturalbeiträge und gegen Entschädigung für die Landdotationen verlangen. Der Gemeinde steht dabei das Recht zu, statt der Gewährung einer Entschädigung die Landdotationen herauszugeben.

In betreff der Auseinandersetzungen kommen die Vorschriften der §§ 97 bis 101 mit der Maßgabe zur Anwendung, daß zu den im ersten Absatze des § 101 erwähnten Kosten auch die Gutsherren nichts beizutragen haben.

Die Schöffen haben ihr Amt in der Regel unentgeltlich zu verwalten und nur den Ersatz barer Auslagen zu beanspruchen.

---

§ 87. Ueber die Festsetzung der baren Auslagen und der Entschädigung der Gemeindevorsteher und der kommissarischen Gemeindevorsteher, sowie über die baren Auslagen der Schöffen beschließt der Kreisausschuß auf Antrag der Beteiligten.

---

§ 88. Der Gemeindevorsteher ist die Obrigkeit der Landgemeinde und führt deren Verwaltung.

Der Gemeindevorsteher führt in der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) den Vorsitz mit vollem Stimmrechte.

Hat die Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) einen Beschluß gefaßt, welcher nach der Ansicht des Gemeindevorstehers das Gemeinwohl oder das Gemeinde-Interesse verletzt, so ist der Gemeindevorsteher verpflichtet, die Ausführung des Gemeindebeschlusses auszusetzen und, wenn die Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) bei nochmaliger Beratung bei ihrem Beschluß beharrt, innerhalb zwei Wochen die Entscheidung des Kreisausschusses einzuholen.

Insbesondere liegen dem Gemeindevorsteher folgende Geschäfte ob:

1. die Gesetze und Verordnungen, sowie die Verfügungen der ihm vorgesetzten Behörden auszuführen,
2. die Beschlüsse der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) vorzubereiten,
3. die Beschlüsse der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung), sofern er dieselben nicht beanstandet (§ 140) oder deren Ausführung aussetzt (Absatz 3) — diejenigen über die Benutzung des Gemeindevermögens (§ 113) nach Beratung mit den Schöffen —, zur Ausführung zu bringen und demgemäß die laufende Verwaltung bezüglich des Vermögens und der Einkünfte der Gemeinde, sowie der Gemeindeanstalten, für welche eine besondere Verwaltung nicht besteht, zu führen, und diejenigen Gemeindeanstalten, für welche besondere Verwaltungen eingesetzt sind, zu beaufsichtigen,
4. die auf dem Gemeindevoranschlage oder auf Beschlüssen der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) beruhenden Einnahmen und Ausgaben anzuweisen und das Rechnungs- und Kassenwesen, soweit er es nicht selbst führt, zu beaufsichtigen,
5. die Gemeindebeamten, nachdem die Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) darüber beschlossen hat, anzustellen und zu beaufsichtigen,
6. die Urkunden und Akten der Gemeinde aufzubewahren,
7. die Gemeinde nach außen zu vertreten und namens derselben mit Behörden und Privatpersonen zu verhandeln.

Urkunden über Rechtsgeschäfte, welche die Gemeinde gegen Dritte verbinden sollen, ingleichen Vollmachten, müssen unter Anführung des betreffenden Gemeindebeschlusses und der dazu etwa erforderlichen Genehmigung oder Entschließung der zuständigen Aufsichtsbehörde im Namen der Gemeinde von dem Gemeindevorsteher und einem der Schöffen unterschrieben und mit dem Gemeindesiegel versehen sein. Eine der vorstehenden Bestimmung gemäß ausgestellte Vollmacht ist auch dann ausreichend, wenn die Gesetze sonst eine gerichtliche oder Notariatsvollmacht erfordern.

Zu dem Nachweise, daß von einer Gemeinde bei der Erwerbung oder Veräußerung von Grundstücken oder denselben gleichstehenden Gerechtsamen die den Gemeinden gesetzlich vorgeschriebenen besonderen Formen beobachtet sind, genügt eine Bescheinigung des Landrats als Vorsitzenden des Kreisausschusses;

8. die Gemeindeabgaben und Dienste nach den Gesetzen und den Beschlüssen der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) auf die Verpflichteten zu verteilen und wegen deren Einziehung oder Ausführung die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

---

§ 89. Wo ein kollegialischer Gemeindevorstand eingeführt ist (§ 74 Absatz 6), können demselben die in den §§ 9, 51, 71, 88 Nr. 2 bis 4 und 8, 119 und 120 erwähnten Befugnisse durch das Ortsstatut übertragen werden.

Die Beschlüsse des Gemeindevorstandes werden nach Stimmenmehrheit und unter Teilnahme von mindestens drei Mitgliedern gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Den Vorsitz führt der Gemeindevorsteher. Ueber dessen Vertretung in Behinderungsfällen hat das Ortsstatut Bestimmungen zu treffen.

Betrifft der Gegenstand der Verhandlung einzelne Mitglieder des Gemeindevorstandes oder deren Verwandte oder Verschwägerte in auf- oder absteigender Linie oder bis zum dritten Grade der Seitenlinie, so dürfen dieselben an der Beratung und Entscheidung nicht teilnehmen. Wird hierdurch der Gemeindevorstand beschlußunfähig, so entscheidet der Gemeindevorsteher allein.

Tritt die Beschlußunfähigkeit aus anderen Gründen ein, so hat der Gemeindevorsteher allein hinsichtlich der auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände Anordnung zu treffen.

---

§ 90. Der Gemeindevorsteher ist, sofern er nicht zugleich selbst das Amtsvorsteheramt bekleidet, das Organ des Amtsvorstehers für die Polizeiverwaltung.

In dem gleichen Verhältnisse steht der Gemeindevorsteher in der Provinz Posen zu dem Distriktskommissarius.

Der Gemeindevorsteher hat vermöge dessen das Recht und die Pflicht, da, wo die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ein sofortiges polizeiliches Einschreiten notwendig macht, das dazu Erforderliche vorläufig anzuordnen und ausführen zu lassen.

---

§ 91. Der Gemeindevorsteher hat insbesondere das Recht und die Pflicht:

1. der vorläufigen Festnahme und Verwahrung einer Person nach den Vorschriften des § 127 der Strafprozeßordnung für das Deutsche Reich vom 1. Februar 1877 (Reichs-Gesetzbl. S. 253) und des § 6 des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850 (Gesetz-Samml. S. 45),[1])
2. die unter Polizeiaufsicht stehenden Personen zu beaufsichtigen,
3. die ihm von dem Amtsvorsteher (Distriktskommissarius), der Staats- oder Amtsanwaltschaft aufgetragenen

---

[1]) Nach dem genannten § 6 sind die Polizeibehörden und andere Beamte, welchen nach den bestehenden Gesetzen die Pflicht obliegt, Verbrechen und Vergehen nachzuforschen, und die Wachtmannschaften befugt, Personen in polizeiliche Verwahrung zu nehmen, wenn der eigene Schutz dieser Personen oder die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sittlichkeit, Sicherheit und Ruhe diese Maßregeln dringend erfordern. Die polizeilich in Verwahrung genommenen Personen müssen jedoch spätestens im Laufe des folgenden Tages in Freiheit gesetzt werden, oder es muß in dieser Zeit das Erforderliche veranlaßt werden, um sie der zuständigen Behörde zu überweisen.

polizeilichen Maßregeln auszuführen und Verhandlungen aufzunehmen,

4. die in den §§ 8 ff. des Gesetzes über die Aufnahme neu anziehender Personen vom 31. Dezember 1842 (Gesetz-Samml. 1843 S. 5) vorgeschriebene Meldung entgegenzunehmen.

Siebenter Abschnitt.

Aufhebung der mit dem Besitze gewisser Grundstücke verbundenen Berechtigung und Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzenamts.

§ 92. Die mit dem Besitze gewisser Grundstücke verbundene Berechtigung und Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzen-(Richter-)Amtes ist von dem Zeitpunkte des Inkrafttretens dieses Gesetzes ab auch in der Provinz Posen aufgehoben.

§ 93. Infolge der Aufhebung der im § 92 gedachten Berechtigung und Verpflichtung treten auch diejenigen Festsetzungen außer Kraft, welche infolge der Zerstückelung von Lehn- und Erbschulzengütern nach § 16 des Gesetzes vom 3. Januar 1845 (Gesetz-Samml. S. 25) über die Verbindung der Verwaltung des Schulzenamtes mit dem Besitze eines der Teile des zerstückelten Grundstücks oder die Ausweisung eines auskömmlichen Schulzengehaltes in Grundstücken oder in Geld und die Verteilung des Geldbeitrages auf die einzelnen Trennstücksbesitzer getroffen worden sind.

§ 94. Grundstücke, Gerechtigkeiten und Einkünfte, welche den Schulzengutsbesitzern erweislich von der Gemeinde selbst für die Amtsverwaltung verliehen sind, fallen an die Gemeinde zurück.

§ 95. Ebenso hören diejenigen Vorrechte und Befreiungen auf, welche dem Schulzengutsbesitzer für die Verwaltung des Schulzenamtes in Beziehung auf die aus dem Kommunalverbande oder aus anderen Verbänden, z. B. dem Kirchen- und Schulverbande, entspringenden Dienste und Abgaben der Gemeinde oder deren Mitgliedern gegenüber bisher zustanden.

Auf weitere Vergütigungen hat die Gemeinde keinen Anspruch.

§ 96. Die Beziehungen zwischen dem Besitzer des Schulzengutes und dritten Personen werden von den Vorschriften dieses Gesetzes nicht berührt.

In keinem Falle können jedoch Grundstücke, Gerechtigkeiten oder Befreiungen welche dem Schulzengute, wenngleich mit Beziehung auf die dem Besitzer zustehende Verwaltung des Schulzenamtes, von Dritten, insbesondere von dem Landesherrn oder von Gerichts- oder Gutsherren, sei es bei der Fundation des Schulzengutes oder später, ohne ausdrücklichen Vorbehalt des Widerrufs verliehen worden sind, sowie die etwa an Stelle der verliehenen Gerechtigkeiten und Freiheiten getretenen Landabfindungen oder sonstigen Entschädigungen von den Verleihern oder deren Rechtsnachfolgern in Anspruch genommen und zurückgefordert werden. Dieselben verbleiben vielmehr dem Schulzengutsbesitzer auch nach Aufhebung der mit dem Schulzengute verbundenen Amtsverwaltung.

§ 97. Die nach den §§ 94 und 95 etwa erforderliche Auseinandersetzung zwischen der Gemeinde und dem Schulzengutsbesitzer wird durch einen von dem Kreisausschusse zu ernennenden Kommissarius bewirkt.

Der über die Auseinandersetzung aufzunehmende Rezeß unterliegt der Prüfung und Bestätigung des Kreisausschusses.

§ 98. Entstehen bei dem Auseinandersetzungsverfahren (§ 97) Streitigkeiten darüber, ob mit einem Grundstücke die Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzenamtes verbunden ist, oder ob und welche Grundstücke, Gerechtigkeiten, Vorrechte oder Befreiungen der in den §§ 94 und 95 gedachten Art zurückzugewähren oder aufzuheben sind, oder wird die Vollziehung des Rezesses von den Beteiligten verweigert, oder die Bestätigung (§ 97 Absatz 2) von dem Kreisausschusse versagt, so sind die Verhandlungen zum weiteren Verfahren und zur Entscheidung an die betreffende Auseinandersetzungsbehörde (Generalkommission) abzugeben.

Gegen die Entscheidung der Generalkommission findet die Berufung an das Oberlandeskulturgericht statt, welches endgültig entscheidet.

Vor der Entscheidung in erster und zweiter Instanz ist das Gutachten des Kreisausschusses einzuholen und den Beteiligten zur Erklärung mitzuteilen.

§ 99. Ist das Auseinandersetzungsverfahren zufolge § 98 auf die Auseinandersetzungsbehörde übergegangen, so steht dieser Behörde auch die Aufnahme, Prüfung und Bestätigung des Rezesses zu.

§ 100. In betreff des Verfahrens (§§ 97 bis 99), sowie der Wirkung und Ausführung der Rezesse, gelten die hinsichtlich der Ablösung der Reallasten und der Regulierung der gutsherrlichen Verhältnisse bestehenden Vorschriften.

§ 101. Zu den Kosten, welche die Ausführung der in diesem Gesetze den Kreisausschüssen und deren Kommissarien übertragenen Geschäfte verursacht, haben die Gemeinden und die Schulzengutsbesitzer nichts beizutragen.

Für das Verfahren bei den Auseinandersetzungsbehörden gelten die für dieselben bestehenden Kostenbestimmungen.

Achter Abschnitt.

Geschäfte der Gemeindeversammlung und Gemeindevertretung.

§ 102. Die Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) hat über alle Gemeindeangelegenheiten zu beschließen, soweit diese nicht durch das Gesetz dem Gemeindevorsteher (Gemeindevorstand) ausschließlich überwiesen sind. Ueber andere Angelegenheiten darf die Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) nur dann beraten, wenn solche durch besondere Gesetze oder in einzelnen Fällen durch Aufträge der Aufsichtsbehörde an sie gewiesen sind.

Wo eine Gemeindevertretung besteht, sind die Gemeindeverordneten an keinerlei Instruktion oder Aufträge der Wähler gebunden.

§ 103. Die Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) überwacht die Verwaltung; sie ist berechtigt, sich von der Ausführung ihrer Beschlüsse, von dem Eingange und der Verwendung aller Einnahmen der Gemeindekasse, sowie von der gehörigen Ausführung der Gemeindearbeiten Ueberzeugung zu verschaffen; sie darf jedoch ihre Beschlüsse niemals selbst zur Ausführung bringen.

§ 104. Die Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) ist zusammenzuberufen, so oft ihre Geschäfte es erfordern.

Die Zusammenberufung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Beratung durch den Gemeindevorsteher; sie muß erfolgen, wenn es von einem Viertel der Mitglieder verlangt wird.

Die Art und Weise der Zusammenberufung wird durch die Ortsverfassung bestimmt. Mit Ausnahme dringender Fälle müssen zwischen der Zusammenberufung und dem Verhandlungstermine mindestens zwei Tage frei bleiben.

Die Versammlungen sollen in der Regel nicht in Wirtshäusern oder Schänken abgehalten werden.

§ 105. Für die Gemeindevertretung können durch Beschluß derselben regelmäßige Sitzungstage festgesetzt werden; es müssen jedoch auch dann die Gegenstände der Beratung, und zwar mit Ausnahme dringender Fälle mindestens zwei Tage vorher den Mitgliedern der Versammlung angezeigt werden.

§ 106. Die Gemeindeversammlung ist beschlußfähig, wenn mehr als ein Drittel der stimmberechtigten Gemeindemitglieder anwesend ist.

Für die Gemeindevertretung bedarf es der Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder derselben.

In beiden Fällen bedarf es bei der Vorladung des Hinweises darauf, daß die Nichtanwesenden sich den gefaßten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Wird die Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) zum zweitenmal zur Be-

ratung über denselben Gegenstand zusammenberufen, so sind die erschienenen Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Anzahl beschlußfähig. Bei der zweiten Zusammenberufung muß auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

§ 107. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die der Stimmabgabe sich enthaltenden Mitglieder werden zwar als anwesend betrachtet, die Stimmenmehrheit wird jedoch lediglich nach der Zahl der abgegebenen Stimmen festgestellt.

§ 108. An Verhandlungen über Rechte und Verpflichtungen der Gemeinde darf derjenige nicht teilnehmen, dessen Interesse mit dem der Gemeinde im Widerspruche steht. Kann wegen dieser Ausschließung ein gültiger Beschluß nicht gefaßt werden, so beschließt an Stelle der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) der Kreisausschuß.

§ 109. Bei den Sitzungen der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) findet beschränkte Oeffentlichkeit statt. Denselben können als Zuhörer alle zu den Gemeindeabgaben herangezogenen männlichen großjährigen Personen beiwohnen, welche sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und Gemeindeangehörige (§ 7) oder Stimmberechtigte auf Grund des § 45 Absatz 1 oder Vertreter von Stimmberechtigten (§ 46 Nr. 1, 2 und 4) sind. Für einzelne Gegenstände kann durch besonderen Beschluß, welcher in geheimer Sitzung gefaßt wird, die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden. Das Ortsstatut kann Bestimmung darüber treffen, daß die Sitzungen mit Angabe der Tagesordnung in ortsüblicher Weise vorher bekannt zu machen sind.

§ 110. Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen, eröffnet und schließt die Sitzungen und handhabt die Ordnung in der Versammlung.

Er kann jeden Zuhörer, welcher Störung irgend einer Art verursacht, aus dem Sitzungszimmer entfernen lassen.

§ 111. Die Beschlüsse der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) sind in ein besonderes Buch einzutragen und von dem Vorsitzenden, sowie wenigstens zwei stimmberechtigten Mitgliedern der Versammlung zu unterzeichnen.

§ 112. Durch Ortsstatut kann bestimmt werden, daß unentschuldigtes Ausbleiben aus den Versammlungen der Gemeindevertretung, sowie ordnungswidriges Benehmen in diesen Versammlungen oder in der Gemeindeversammlung für das betreffende Mitglied eine in die Gemeindekasse fließende Geldstrafe von 1 bis 3 Mark nach sich ziehen, und daß im Wiederholungsfalle, nach Lage der Sache, Ausschließung aus der Versammlung auf eine gewisse Zeit, bis auf die Dauer eines Jahres, verhängt werde. Ueber die Verhängung dieser Strafen beschließt die Gemeindevertretung (Gemeindeversammlung). Gegen den Beschluß findet die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt. Die Klage steht auch dem Gemeindevorsteher zu.

§ 113. Die Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) beschließt über die Verwaltung und Benutzung des Gemeindevermögens (§§ 68 ff.).

§ 114. Zur Veräußerung oder wesentlichen Veränderung von Sachen, welche einen besonderen wissenschaftlichen, historischen oder Kunstwert haben, ist die Genehmigung des Regierungspräsidenten erforderlich.

Zur Veräußerung von Grundstücken oder solchen Gerechtigkeiten, welche den Grundstücken gesetzlich gleichgestellt sind,

zu einseitigen Verzichtleistungen und Schenkungen,

zu Anleihen, durch welche die Gemeinde mit einem Schuldenstande belastet, oder der vorhandene vergrößert wird,

zur neuen Belastung der Gemeindeangehörigen ohne gesetzliche Verpflichtung,

zu Veränderungen im Genusse der Gemeindenutzungen

bedarf es der Genehmigung des Kreisausschusses.

§ 115. Die Veräußerung von Grundstücken darf der Regel nach nur im Wege des öffentlichen Meistgebotes stattfinden.

Zur Gültigkeit einer solchen Veräußerung gehört:

1. die Vorlegung eines beglaubigten Auszuges aus der Grundsteuermutterrolle,
2. eine ortsübliche Bekanntmachung,
3. die einmalige Bekanntmachung durch das für die amtlichen Bekanntmachungen des Landrats bestimmte Blatt (Kreisblatt),
4. eine Frist von vier Wochen von der Bekanntmachung bis zum Verkaufstermine,
5. die Abhaltung der Verkaufsverhandlung durch den Gemeindevorsteher oder einen Justizbeamten.

Der im Absatz 2 unter Nr. 3 vorgeschriebenen Bekanntmachung bedarf es nicht, wenn der Grundsteuerreinertrag des Grundstücks 6 Mark nicht übersteigt.

Liegt diese Voraussetzung (Absatz 3) vor, oder erachtet der Kreisausschuß den Vorteil der Gemeinde für gewahrt, so kann ein Verkauf aus freier Hand oder ein Tausch stattfinden.

Das Ergebnis des Verkaufes ist in allen Fällen der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung mitzuteilen; der Zuschlag kann nur mit deren Genehmigung erteilt werden.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch auf Verkäufe von Realberechtigungen Anwendung, wobei außerdem die Aufnahme einer Taxe in allen Fällen notwendig ist.

Für die Eintragung im Grundbuche genügt zum Nachweise, daß der Vorschrift dieses Paragraphen genügt worden ist, die Bestätigung des Vertrages durch den Kreisausschuß.

---

§ 116. Die Verpachtung von Grundstücken und Gerechtsamen der Gemeinden muß im Wege des öffentlichen Meistgebotes geschehen. Ausnahmen hiervon können durch den Kreisausschuß gestattet werden.

Neunter Abschnitt.

Besoldete Gemeindebeamte, deren Gehälter und Pensionen.

§ 117. Die Landgemeinden sind befugt, die Anstellung besoldeter Gemeindebeamten für einzelne Dienstzweige oder Dienstverrichtungen zu beschließen.

---

§ 118.[1]) Ueber die Gehalts- und Pensionsverhältnisse dieser Beamten kann durch Ortsstatut Bestimmung getroffen werden.

Auf Antrag der Beteiligten beschließt der Kreisausschuß über die Festsetzung der Besoldungen und sonstigen Dienstbezüge von Gemeindebeamten.

Ueber streitige Pensionsansprüche der besoldeten Gemeindebeamten beschließt der Kreisausschuß, und zwar, soweit der Beschluß sich darauf erstreckt, welcher Teil des Diensteinkommens bei Feststellung der Pensionsansprüche als Gehalt anzusehen ist, vorbehaltlich der den Beteiligten gegeneinander zustehenden Klage im Verwaltungsstreitverfahren, im übrigen vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges. Der Beschluß ist vorläufig vollstreckbar.

Zehnter Abschnitt.

Gemeindehaushalt.

§ 119. Ueber alle Einnahmen und Ausgaben, welche sich im voraus veranschlagen lassen, entwirft der Gemeindevorsteher (Gemeindevorstand) für das Rechnungsjahr oder für eine längere, von der Gemeindeversammlung (Gemeindevertre-

[1]) Man vergleiche jetzt § 18 des Kommunalbeamtengesetzes vom 30. Juli 1899, durch welchen die obenstehenden Bestimmungen zum Teil abgeändert sind.

tung) festzusetzende Rechnungsperiode, welche jedoch die Dauer von drei Jahren nicht übersteigen darf, einen Voranschlag.

Der Entwurf ist während zwei Wochen nach vorheriger Bekanntmachung in einem von der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) zu bestimmenden Raume zur Einsicht aller Gemeindeangehörigen auszulegen.

Nach Ablauf dieser Frist erfolgt die Feststellung des Voranschlages durch die Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung).

Diese Feststellung ist vor Beginn des neuen Rechnungsjahres oder der neuen Rechnungsperiode zu bewirken. Der Gemeindevorsteher hat eine Abschrift des festgesetzten Voranschlages dem Vorsitzenden des Kreisausschusses einzureichen.

Der Gemeindehaushalt ist nach dem Voranschlage zu führen. Alle Gemeindeeinkünfte müssen zur Gemeindekasse gebracht werden. Ausgaben, welche außerhalb des Voranschlages geleistet werden sollen, oder über deren Verwendung besondere Beschlußfassung vorbehalten ist, sowie Ueberschreitungen des Voranschlages bedürfen der vorherigen Genehmigung der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung).

Durch Beschluß des Kreisausschusses kann einzelnen Gemeinden die Festsetzung eines Voranschlages nachgelassen werden, wenn deren Verhältnisse dies unbedenklich erscheinen lassen.

---

§ 120. Ueber alle Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde muß ein nach Vorschrift angelegtes Gemeinderechnungsbuch geführt werden.

Die Gemeinderechnung ist binnen drei Monaten nach dem Schlusse des Rechnungsjahres der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) zur Prüfung, Feststellung und Entlastung vorzulegen.

Wo ein besonderer Gemeindeeinnehmer bestellt ist, erfolgt die Einreichung der Rechnung zunächst an den Gemeindevorsteher (Gemeindevorstand), welcher sie einer Vorprüfung zu unterziehen und, mit seinen Erinnerungen versehen, der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) vorzulegen hat.

Die Feststellung der Rechnung muß innerhalb drei Monaten nach Vorlegung der Gemeinderechnung bewirkt sein.

Nach erfolgter Feststellung ist die Rechnung während eines Zeitraumes von zwei Wochen zur Einsicht der Gemeindeangehörigen auszulegen.

Dem Vorsitzenden des Kreisausschusses ist eine Abschrift des Feststellungsbeschlusses sofort einzureichen.

Dem Kreisausschusse liegt die Revision der Gemeinderechnungen ob, welche alljährlich bei mehreren Gemeinden des Kreises zu erfolgen hat.

---

§ 121. Der Kreisausschuß beschließt:

1. an Stelle der Aufsichtsbehörde über die Feststellung und den Ersatz der bei Kassen und anderen Verwaltungen der Landgemeinden vorkommenden Defekte nach Maßgabe der Verordnung vom 24. Januar 1844 (Gesetz-Samml. S. 52).

   Der Beschluß ist vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges endgültig;
2. über die Art der gerichtlichen Zwangsvollstreckungen wegen Geldforderungen gegen Landgemeinden (§ 15 zu 3 des Einführungsgesetzes zur Deutschen Civilprozeßordnung vom 30. Januar 1877 in der durch das Einführungsgesetz zu dem Gesetze, betreffend Aenderungen der Civilprozeßordnung vom 17. Mai 1898, Reichs-Gesetzbl. S. 332) festgesetzten Fassung.

Dritter Titel.

Selbständige Gutsbezirke.

§ 122. Für den Bereich eines selbständigen Gutsbezirkes ist der Besitzer des Gutes zu den Pflichten und Leistungen, welche den Gemeinden für den Bereich ihres Gemeindebezirkes im öffentlichen Interesse gesetzlich obliegen, mit den hinsichtlich einzelner dieser Leistungen aus den Gesetzen folgenden Maßgaben verbunden.

Auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend die Heranziehung oder die Ver-

anlagung von Grundbesitzern und Einwohnern eines Gutsbezirks zu den öffentlichen Lasten desselben, finden die Bestimmungen im § 38 dieses Gesetzes sinngemäße Anwendung.

---

§ 123. Der Besitzer eines selbständigen Gutes hat insbesondere die in den §§ 90 und 91 aufgeführten obrigkeitlichen Befugnisse und Pflichten entweder in Person oder durch einen von ihm zu bestellenden, zur Uebernahme des Amtes als Gutsvorsteher befähigten Stellvertreter auszuüben. Der letztere muß seinen beständigen Aufenthalt im Gutsbezirke oder in dessen unmittelbarer Nähe haben.

Es können jedoch auch außer dem im § 86 Absatz 4 vorgesehenen Falle seitens des Besitzers des Gutes sämtliche oder einzelne Gutsvorstehergeschäfte an den Vorsteher einer benachbarten Gemeinde unter beider Zustimmung gegen eine angemessene Entschädigung übertragen werden.

Ehefrauen werden rücksichtlich der angeführten Rechte und Pflichten durch ihren Ehemann, Kinder unter väterlicher Gewalt durch ihren Vater und bevormundete Personen durch ihren Vormund oder Pfleger vertreten.

---

§ 124. Die Bestellung eines Stellvertreters muß erfolgen, wenn:

1. das Gut unverheirateten oder verwitweten Besitzerinnen, einer juristischen Person, einer Aktiengesellschaft, einer Kommanditgesellschaft auf Aktien, einer Berggewerkschaft oder einer eingetragenen Genossenschaft gehört, oder wenn mehrere Besitzer sich nicht darüber einigen, wer von ihnen die Geschäfte des Gutsvorstehers wahrnehmen soll,
2. der Gutsbesitzer kein Angehöriger des Deutschen Reichs ist,
3. derselbe nicht seinen beständigen Aufenthalt im Gutsbezirke oder in dessen unmittelbarer Nähe hat oder
4. wegen Krankheit oder aus anderen in seiner Person liegenden Gründen außer stande ist, die Pflichten eines Gutsvorstehers zu erfüllen.

Auf den Antrag des Gutsbesitzers kann ein Stellvertreter für den ernannten Gutsvorsteher bestellt werden, welcher in Fällen der Behinderung des letzteren die Gutsvorstehergeschäfte wahrzunehmen hat.

Für die von dem Hauptgute entfernt belegenen Teile eines selbständigen Gutsbezirkes kann von dem Kreisausschusse die Bestellung besonderer Stellvertreter angeordnet werden, sofern dies für eine ordnungsmäßige örtliche Verwaltung erforderlich ist.

---

§ 125. Der Gutsbesitzer, sowie dessen Stellvertreter werden in der Eigenschaft als Gutsvorsteher von dem Landrate bestätigt. Die Bestätigung kann nur unter Zustimmung des Kreisausschusses versagt werden.

Der Gutsvorsteher wird vor seinem Amtsantritte von dem Landrate oder in dessen Auftrage von dem Amtsvorsteher (Distriktskommissarius) vereidigt.

---

§ 126. Unterläßt der Besitzer des Gutes in den im § 124 angegebenen Fällen oder wenn ihm die Bestätigung als Gutsvorsteher versagt worden ist, die Bestellung eines Stellvertreters, oder befindet er sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte, oder ist er in Konkurs verfallen, so steht dem Landrate unter Zustimmung des Kreisausschusses die Ernennung des Stellvertreters auf Kosten des Besitzers zu.

---

§ 127. Ueber die Festsetzung der dem stellvertretenden Gutsvorsteher in den Fällen des § 126 zu gewährenden Vergütung beschließt der Kreisausschuß.

Vierter Titel.

Verbindung nachbarlich belegener Gemeinden und selbständiger Gutsbezirke behufs Wahrnehmung kommunaler Angelegenheiten.

§ 128. Landgemeinden und Gutsbezirke können mit nachbarlich belegenen Landgemeinden oder Gutsbezirken zur Wahrnehmung einzelner kommunaler Angelegenheiten nach Anhörung der beteiligten Gemeinden und Gutsbesitzer durch Be-

schluß des Kreisausschusses verbunden werden, wenn die Beteiligten damit einverstanden sind.

Wenn ein Einverständnis der Beteiligten nicht zu erzielen ist, kann, sofern das öffentliche Interesse dies erheischt, die Bildung eines solchen Verbandes durch den Oberpräsidenten erfolgen, nachdem die Zustimmung der Beteiligten im Beschlußverfahren durch den Kreisausschuß ersetzt worden ist.

Vorstehende Bestimmungen finden auf die Fälle der Veränderung der Verbände in ihrer Zusammensetzung sowie der Auflösung derselben sinngemäße Anwendung.

---

§ 129. Bei der Bildung dieser Verbände ist auf die sonst bestehenden Verbände (Amtsbezirke, Kirchspiele, Schul-, Wegebau-, Armenverbände u. s. w.) thunlichst Rücksicht zu nehmen.

Es können diesen Verbänden auf ihren Antrag mit Königlicher Genehmigung die Rechte öffentlicher Körperschaften beigelegt werden.

---

§ 130. Ueber die infolge einer solchen Verbindung oder infolge einer Aenderung der Zusammensetzung oder einer Auflösung der Verbände notwendig werdende Regelung der Verhältnisse zwischen den Beteiligten beschließt der Kreisausschuß vorbehaltlich der denselben gegeneinander zustehenden Klage im Verwaltungsstreitverfahren.

Bei dieser Regelung sind erforderlichenfalls Bestimmungen zur Ausgleichung der öffentlich-rechtlichen Interessen der Verbandsmitglieder zu treffen. Insbesondere können einzelne Gemeinden oder Gutsbezirke zu Vorausleistungen verpflichtet werden, wenn diejenigen, mit welchen sie verbunden werden sollen, für gewisse Verbandszwecke bereits vor der Verbindung für sich allein in genügender Weise Fürsorge getroffen haben oder aus anderen Gründen nur einen geringeren Vorteil von der Verbindung haben.

---

§ 131. Die nach Maßgabe des § 128 gebildeten Verbände sind berechtigt, die Ausführung der in ihrem gemeinsamen Interesse liegenden Maßnahmen und Veranstaltungen auf gemeinsame Kosten zu beschließen. Sie bilden in den Fällen, wo die Fürsorge für die öffentliche Armenpflege von ihnen übernommen oder ihnen auferlegt wird, Gesamtarmenverbände im Sinne des § 12 des Gesetzes vom 8. März 1871 (Gesetz-Samml. S. 130). Auf die bereits bestehenden Gesamtarmenverbände finden die Bestimmungen dieses Titels fortan sinngemäße Anwendung.

Im übrigen werden die Rechtsverhältnisse der Verbände durch ein Statut geregelt, welches von den Beteiligten im Wege freier Vereinbarung festzustellen ist und der Bestätigung des Kreisausschusses unterliegt.

---

§ 132. Das Statut muß enthalten:

1. die Bezeichnung derjenigen Gemeinden und selbständigen Gutsbezirke, welche den Verband bilden,
2. die Bezeichnung der von dem Verbande wahrzunehmenden Angelegenheiten,
3. die Benennung des Verbandes und die Angabe des Ortes, wo dessen Verwaltung geführt wird,
4. die Festsetzung der Art und Weise, in welcher über die gemeinsamen Angelegenheiten des Verbandes Beschluß gefaßt wird,
5. eine Bestimmung über die Wahl oder die sonstige Art der Berufung des Verbandsvorstehers, sowie über die Vertretung des Verbandes nach außen,
6. die Bestimmung des Maßstabes für die Verteilung der Beiträge zu den gemeinsamen Ausgaben auf die Verbandsmitglieder.

Das Statut ist durch das Regierungsamtsblatt und das Kreisblatt (§ 115 Nr. 3) zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Außerdem bleibt es der Beschlußfassung der einzelnen Verbände überlassen, weiter noch die Bekanntmachung des Statuts auf anderem Wege anzuordnen.

---

§ 133. Verbandsvorsteher können nur solche Personen sein, bei welchen die Voraussetzungen zur Uebernahme des Amtes als Gemeinde- oder Gutsvorsteher vorliegen.

Vertreter von Gemeinden können nur die zur Uebernahme des Amts als Gemeindeverordneter in denselben befähigten Personen sein.

Selbständige Gutsbezirke werden durch den Besitzer des Gutes, im Falle des

§ 124 zu 1, 2 und 4 und § 126 durch den Stellvertreter desselben vertreten.

---

§ 134. Die Wahl des Verbandsvorstehers bedarf, wenn der Gewählte nicht zugleich Gemeinde-, Guts- oder Amtsvorsteher ist, der Bestätigung durch den Landrat unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des § 84 dieses Gesetzes.

Wird gegen die Gültigkeit der Wahl eines Verbandsvorstehers, welcher nach der vorstehenden Bestimmung einer besonderen Bestätigung nicht bedarf, Einspruch erhoben, so entscheidet hierüber die Versammlung der Verbandsmitglieder. Gegen den Beschluß findet die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt.

---

§ 135. Den einzelnen Gemeinden bleibt die Aufbringung ihrer Anteile an den gemeinsamen Ausgaben nach Maßgabe ihrer Verfassung überlassen.

---

§ 136. Auf Beschwerden und Einsprüche, betreffend

1. das Recht zur Mitbenutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Verbandes,
2. die Heranziehung der einzelnen Gemeinden und selbständigen Gutsbezirke zu den Beiträgen für Verbandszwecke,

beschließt der Verbandsvorsteher. Die Rechtsmittel und das Verfahren regeln sich nach §§ 9 und 38.

---

§ 137. Kommt ein Statut durch freie Vereinbarung der Beteiligten nicht zu stande, so ist dasselbe nach Anhörung der letzteren durch den Kreisausschuß festzusetzen. Hierbei kommen folgende Grundsätze zur Anwendung:

Der Verband wird in seinen Angelegenheiten durch den Verbandsausschuß und den Verbandsvorsteher vertreten. Der letztere ist die ausführende Behörde.

Der Verbandsausschuß, welcher über alle Angelegenheiten des Verbandes zu beschließen hat, besteht aus Vertretern sämtlicher zu dem Verbande gehörigen Gemeinden und Gutsbezirken. Jede Gemeinde und jeder Gutsbezirk ist wenigstens durch einen Abgeordneten zu vertreten.

Die Vertretung der Landgemeinden in dem Verbandsausschusse erfolgt durch den Gemeindevorsteher, die Schöffen und, wenn deren Zahl nicht ausreichen sollte, durch andere von der Gemeinde zu wählende Abgeordnete.

Die Zahl der von jeder Gemeinde zu entsendenden Vertreter, sowie der jedem Gutsbezirke einzuräumenden Stimmen bemißt sich nach dem Gesamtbetrage der zu dem Zeitpunkte der Feststellung des Statutes in den Gemeindebezirken und von den Gutsbesitzern zu entrichtenden direkten Staatssteuern unter Mitberücksichtigung der nach Maßgabe des § 36 Absatz 2 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 zu ermittelnden Steuersätze der in § 33 Nr. 2, 3 und 4 a. a. O. bezeichneten Personengesamtheiten, juristischen und physischen Personen.

Der Verbandsausschuß wählt aus seiner Mitte einen Verbandsvorsteher und einen Stellvertreter desselben auf die Zeitdauer von sechs Jahren nach den für die Wahl des Gemeindevorstehers geltenden Vorschriften (§§ 76 ff.) mit der Maßgabe hinsichtlich des § 77, daß der Verbandsausschuß aus seiner Mitte einen Wahlvorsteher wählt und von der Wahl von zwei Beisitzern Abstand nehmen kann.

Die Verteilung der gemeinsamen Ausgaben erfolgt nach den im § 59 Absatz 1 Satz 2 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 für die Verteilung der Gemeindeabgaben vorgeschriebenen Grundsätzen, sofern nicht auf Grund des § 130 eine andere Festsetzung stattfindet.

---

§ 138. Die Bestimmungen der §§ 128 bis 137 finden auch auf die Verbindung von Landgemeinden oder Gutsbezirken mit Stadtgemeinden sinngemäße Anwendung mit den Maßgaben, daß an die Stelle des Kreisausschusses der Bezirksausschuß, an die Stelle des Landrats der Regierungspräsident tritt, und daß die Vertretung der Stadtgemeinden in den Verbandsausschüssen durch den Bürgermeister, den Beigeordneten (zweiten Bürgermeister), sonstige Magistratsmitglieder und erforderlichenfalls durch andere von der Stadtgemeinde zu wählende Abgeordnete erfolgt.

Fünfter Titel.

Aufsicht des Staates.

§ 139. Die Aufsicht des Staates über die Verwaltung der Angelegenheiten der Landgemeinden, Gutsbezirke und Gemeindeverbände (Titel IV) wird unbeschadet der in den Gesetzen geordneten Mitwirkung des Kreisausschusses und des Bezirksausschusses in erster Instanz von dem Landrate als Vorsitzenden des Kreisausschusses, in höherer und letzter Instanz von dem Regierungspräsidenten geübt.

Beschwerden bei den Aufsichtsbehörden in den vorbezeichneten Angelegenheiten sind in allen Instanzen innerhalb zwei Wochen anzubringen.

---

§ 140. Beschlüsse der Gemeindeversammlung, der Gemeindevertretung oder der Gemeindeverbände (Titel IV), welche deren Befugnisse überschreiten oder die Gesetze verletzen, hat der Gemeinde- oder Verbandsvorsteher, entstehendenfalls auf Anweisung der Aufsichtsbehörde, mit aufschiebender Wirkung unter Angabe der Gründe zu beanstanden. Gegen die Verfügung des Gemeinde-(Verbands-)Vorstehers steht der Gemeindeversammlung (der Gemeindevertretung, der Versammlung der Verbandsmitglieder) die Klage im Verwaltungsstreitverfahren zu.

Die Aufsichtsbehörde ist nicht befugt, aus anderen als den vorstehend angegebenen Gründen eine Beanstandung von Beschlüssen der Gemeindeversammlung, der Gemeindevertretung oder des Gemeindeverbandes herbeizuführen.

---

§ 141. Unterläßt oder verweigert eine Landgemeinde, ein Gutsbezirk oder ein Gemeindeverband (Titel IV) die ihnen gesetzlich obliegenden, von der Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit festgestellten Leistungen auf den Voranschlag zu bringen oder außerordentlich zu genehmigen, so verfügt der Landrat unter Anführung der Gründe die Eintragung in den Voranschlag oder die Feststellung der außerordentlichen Ausgabe.

Gegen die Verfügung des Landrats steht der Gemeinde, dem Besitzer des Gutes, sowie dem Verbande die Klage bei dem Bezirksausschusse zu.

§ 142. Durch Königliche Verordnung kann eine Gemeindevertretung aufgelöst werden. Es ist sodann binnen sechs Wochen, vom Tage der Auflösungsverordnung ab gerechnet, eine Neuwahl anzuordnen. Bis zur Einführung der neugewählten Gemeindeverordneten beschließt an Stelle der Gemeindevertretung der Kreisausschuß.

---

§ 143. Bezüglich der Dienstvergehen der Gemeindevorsteher, der Schöffen, der Gutsvorsteher und der Verbandsvorsteher, sowie der sonstigen Beamten der Landgemeinden, Gutsbezirke und Gemeindeverbände kommen die Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juli 1852 (Gesetz-Samml. S. 463) mit folgenden Maßgaben zur Anwendung:

1. Die Befugnis, gegen diese Beamten Ordnungsstrafen zu verhängen, steht dem Landrate und im Umfange des den Provinzialbehörden beigelegten Ordnungsstrafrechts dem Regierungspräsidenten zu.

   Gegen die Strafverfügungen des Landrats findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Regierungspräsidenten, gegen die Strafverfügungen des Regierungspräsidenten innerhalb gleicher Frist die Beschwerde an den Oberpräsidenten statt.
2. Gegen den auf die Beschwerde in den Fällen zu 1 in letzter Instanz ergehenden Beschluß des Regierungspräsidenten oder des Oberpräsidenten findet die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.
3. In dem Verfahren auf Entfernung aus dem Amte wird die Einleitung des Verfahrens von dem Landrat oder von dem Regierungspräsidenten verfügt, und von denselben der Untersuchungskommissar und der Vertreter der Staatsanwaltschaft ernannt. Als entscheidende Disziplinarbehörde erster Instanz tritt an die Stelle der Bezirksregierung der Kreisausschuß; an die Stelle des Staatsministeriums tritt das Oberverwaltungsgericht. Der

Vertreter der Staatsanwaltschaft bei dem Oberverwaltungsgericht wird von dem Minister des Innern ernannt.

In dem vorstehend zu 3 vorgesehenen Verfahren ist entstehendenfalls auch über die Thatsache der Dienstunfähigkeit der ländlichen Gemeindebeamten Entscheidung zu treffen.

---

§ 144. Zuständig in erster Instanz ist im Verwaltungsstreitverfahren für die in diesem Gesetze vorgesehenen Fälle, sofern nicht im einzelnen ein anderes bestimmt ist, der Kreisausschuß. Die Frist zur Anstellung der Klage beträgt in allen Fällen zwei Wochen.

Die Gemeindeversammlung, die Gemeindevertretung, der Gemeindevorstand und der Gemeindeverband (Titel IV) können zur Wahrnehmung ihrer Rechte im Verwaltungsstreitverfahren einen besonderen Vertreter bestellen.

---

§ 145. Auf Gemeindeverbände, denen eine Stadtgemeinde angehört (§ 138) finden an Stelle der §§ 139, 140, 141, 143, 144 die entsprechenden Vorschriften für Stadtgemeinden (§§ 7, 15, 19, 20, 21 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (Gesetz-Samml. S. 237) sinngemäße Anwendung.

Sechster Titel.

Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen.

§ 146. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. April 1892 in Kraft.

Mit diesem Zeitpunkt treten alle entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere die §§ 18 bis 78 Teil II Titel 7 Allgemeinen Landrechts, das Gesetz, betreffend die Landgemeindeverfassungen in den sechs östlichen Provinzen der preußischen Monarchie, vom 14. April 1856, die §§ 22 bis 45 sowie der § 53 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 in der Fassung vom 19. März 1881 und die §§ 24 bis 37 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 für die im § 1 genannten Provinzen außer Kraft. Die Bestimmungen der §§ 51, 51a und 55a Absatz 2 der Kreisordnung bleiben auch fernerhin in Kraft.

Rechte und Pflichten, welche auf besonderen Titeln des öffentlichen Rechts beruhen, bleiben insoweit in Kraft, als diese Titel von den bisherigen allgemeinen und besonderen gesetzlichen Vorschriften, Ordnungen, Gewohnheitsrechten und Observanzen abweichende Bestimmungen enthalten. Eine solche Abweichung wird nicht vermutet.

---

§ 147. Die bei Verkündigung dieses Gesetzes bereits bestehenden Ortsstatuten, allgemeinen Gewohnheitsrechte und Observanzen bleiben, soweit dieses Gesetz ortsstatutarische Regelung zuläßt, unbeschadet der Bestimmung in Absatz 2, einstweilen, längstens auf drei Jahre, in Kraft.

Bis zum Inkrafttreten eines Kommunalsteuergesetzes, längstens aber bis zum 1. April 1897, können die bei Verkündigung dieser Landgemeindeordnung für Verteilung der Gemeindeabgaben statutarisch oder observanzmäßig bestehenden Maßstäbe durch Beschluß der Gemeinde mit Genehmigung des Kreisausschusses aufrecht erhalten werden.

---

§ 148. Soweit den Volksschulen die Eigenschaft von Gemeindeanstalten beiwohnt, kommen in Ansehung derselben die Bestimmungen dieses Gesetzes nur unter den aus den besonderen Gesetzen über die Volksschule sich ergebenden Einschränkungen zur Anwendung.

---

§ 149. Der Minister des Innern erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen.

Wegen der Vorbereitung für die notwendig werdenden Neuwahlen ist alsbald nach der Verkündigung des Gesetzes Anordnung zu treffen. Die Vollmacht der bisherigen Mitglieder der bestehenden Gemeindevertretungen erlischt mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes; doch bleiben dieselben bis zur Einführung der

neugewählten Gemeindeverordneten im Amte.

Die zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes im Amte befindlichen Gemeindevorsteher, Schöffen und sonstigen gewählten Gemeindebeamten verbleiben in demselben bis zum Ablauf ihrer Wahlperiode. Ingleichen verbleiben im Amte die besoldeten Gemeindebeamten nach Maßgabe ihres Anstellungsvertrages.

Denjenigen Gemeindeangehörigen, welche zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes von einem Einkommen von mehr als 660 Mark bis ausschließlich 900 Mark zur Staatssteuer eingeschätzt und zu den Gemeindelasten herangezogen sind, steht in derjenigen Gemeindeversammlung, welche erstmalig über die Heranziehung der im § 13 erwähnten Personen von den Gemeindelasten zu beschließen hat, ein Stimmrecht nach Maßgabe des § 48 Nr. 1 zu. Diese Beschlußfassung ist unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Gesetzes herbeizuführen.

Diese Bestimmung findet auf die Wahlen in die Gemeindevertretung sinngemäße Anwendung.

Kommunalabgabengesetz.

Vom 14. Juli 1893.

Inhaltsverzeichnis.

Paragraphen

Teil I.

Gemeindeabgaben.

Erster Titel.

Allgemeine Bestimmungen . . . . 1— 3

Zweiter Titel.

Gebühren und Beiträge . . . . . 4—12

Dritter Titel.

Gemeindesteuern.

Erster Abschnitt.

Indirekte Gemeindesteuern . . . . 13—19

Zweiter Abschnitt.

Direkte Gemeindesteuern.

I. Allgemeine Bestimmungen . . 20—23

II. Besondere Bestimmungen.

1. Realsteuern.

a) Vom Grundbesitz . . . 24—27

b) Vom Gewerbebetrieb . . 28—32

2. Gemeindeeinkommensteuer.

a) Steuerpflicht . . . . . 33—43

b) Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens der fiskalischen Domänen, Staats- u. Privatbahnen 44—46

c) Vermeidung von Doppelbesteuerung . . . . . 47—52

Paragraphen

3. Verpflichtung der Betriebsgemeinden zur Leistung von Zuschüssen 53

4. Verteilung des Steuerbedarfs auf die verschiedenen Steuerarten . . . . . 54—59

5. Zeitliche Begrenzung der Steuerpflicht 60

6. Veranlagung und Erhebung 61—67

Vierter Titel.

Naturaldienste 68

Fünfter Titel.

Rechtsmittel . . . . . 69—76

Sechster Titel.

Aufsicht . . . . . 77—78

Siebenter Titel.

Strafen . . . . . 79—82

Achter Titel.

Nachforderungen und Verjährungen 83—88

Neunter Titel.

Kosten und Zwangsvollstreckung . 89—90

Teil II.

Kreis- und Provinzialsteuern . . . 91—93

Schluß-, Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen . . . . . 94—97

Kommunalabgabengesetz.

Vom 14. Juli 1893.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages Unserer Monarchie, für den Umfang derselben, mit Ausschluß der Hohenzollernschen Lande und der Insel Helgoland, was folgt:

Teil I.

Gemeindeabgaben.

Erster Titel.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die Gemeinden sind berechtigt, zur Deckung ihrer Ausgaben und Bedürfnisse nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes Gebühren und Beiträge, indirekte und direkte Steuern zu erheben, sowie Naturaldienste zu fordern.

---

§ 2. Die Gemeinden dürfen von der Befugnis, Steuern zu erheben, nur insoweit Gebrauch machen, als die sonstigen Einnahmen, insbesondere aus dem Gemeindevermögen, aus Gebühren, Beiträgen und vom Staate oder von weiteren Kommunalverbänden den Gemeinden überwiesenen Mitteln zur Deckung ihrer Ausgaben nicht ausreichen. Auf Hunde- und Lustbarkeits-, sowie auf ähnliche, durch besondere Rücksichten gebotene Steuern findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Durch direkte Steuern darf nur der Bedarf aufgebraucht werden, welcher nach Abzug des Aufkommens der indirekten Steuern von dem gesamten Steuerbedarfe verbleibt.

---

§ 3. Gewerbliche Unternehmungen der Gemeinden sind grundsätzlich so zu verwalten, daß durch die Einnahmen mindestens die gesamten durch die Unternehmung der Gemeinde erwachsenden Ausgaben, einschließlich der Verzinsung und der Tilgung des Anlagekapitals, aufgebraucht werden.

Eine Ausnahme ist zulässig, sofern die Unternehmung zugleich einem öffentlichen Interesse dient, welches anderenfalls nicht befriedigt wird.

Zweiter Titel.

Gebühren und Beiträge.

§ 4. Die Gemeinden können für die Benutzung der von ihnen im öffentlichen Interesse unterhaltenen Veranstaltungen (Anlagen, Anstalten und Einrichtungen) besondere Vergütungen (Gebühren) erheben.

Die Erhebung von Gebühren hat zu erfolgen, wenn die Veranstaltung einzelnen Gemeindeangehörigen oder einzelnen Klassen von solchen vorzugsweise zum Vorteile gereicht und soweit die Ausgleichung nicht durch Beiträge (§ 9) oder eine Mehr- oder Minderbelastung (§ 20) erfolgt. Die Gebührensätze sind in der Regel so zu bemessen, daß die Verwaltungs- und Unterhaltungskosten der Veranstaltung, einschließlich der Ausgaben für die Verzinsung und Tilgung des aufgewendeten Kapitals, gedeckt werden.

Besteht eine Verpflichtung zur Benutzung einer Veranstaltung für alle Gemeindeangehörigen oder für einzelne Klassen derselben, oder sind die Genannten auf die Benutzung der Veranstaltung angewiesen, so ist unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses, welchem die Veranstaltung dient, und der den einzelnen gewährten besonderen Vorteile eine entsprechende Ermäßigung der Gebührensätze gestattet; auch kann in Fällen dieser Art die Erhebung von Gebühren unterbleiben.

Auf Unterrichts- und Bildungsanstalten, auf Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, sowie auf vorzugsweise den Bedürfnissen der unbemittelten Volksklassen dienende Veranstaltungen finden vorstehende Bestimmungen (Absatz 2 und 3) keine Anwendung. Jedoch muß für den Besuch der von den Gemeinden unterhaltenen höheren Lehranstalten und Fachschulen ein angemessenes Schulgeld erhoben werden.

Andere Abweichungen von der im Absatz 2 vorgeschriebenen Bemessung der Gebühren sind nur aus besonderen Gründen gestattet.

Ein Zwang zur Erhebung von Chaussee-, Wege-, Pflaster- und Brückengeldern findet nicht statt.

---

§ 5. Die bestehenden Vorschriften über die Verleihung des Rechts auf Erhebung von Chaussee-, Wege-, Pflaster-, Brücken-, Fähr-, Hafen-, Schleusengeldern und von anderen derartigen Verkehrsabgaben, sowie über die Feststellung der Tarife für solche werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

---

§ 6. Die Gemeinden, Amtsbezirke, Aemter und Landbürgermeistereien sind berechtigt, für die Genehmigung und Beaufsichtigung von Neubauten, Umbauten und anderen baulichen Herstellungen, sowie für die ordnungs- und feuerpolizeiliche Beaufsichtigung von Messen und Märkten, von Musikaufführungen, Schaustellungen, theatralischen Vorstellungen und sonstigen Lustbarkeiten Gebühren zu erheben. Die Erhebung von Lustbarkeitssteuern schließt die Erhebung von Gebühren für die Beaufsichtigung der Lustbarkeit aus.

Im übrigen bewendet es hinsichtlich der Befugnis der Gemeinden, für einzelne Handlungen ihrer Organe Gebühren (Verwaltungsgebühren) zu erheben, bei den bestehenden Bestimmungen.

Die Gebühren müssen so bemessen werden, daß deren Aufkommen die Kosten des bezüglichen Verwaltungszweiges nicht übersteigt.

---

§ 7. Gebühren sind im voraus nach festen Normen und Sätzen zu bestimmen. Eine Berücksichtigung Unbemittelter ist nicht ausgeschlossen.

---

§ 8. Die Festsetzung von Gebühren bedarf in den Fällen des § 4 Absatz 3 und 5 und des § 6 der Genehmigung.

Das Erfordernis der Genehmigung des Schulgeldes durch die Schulaufsichtsbehörde bleibt unberührt.

---

§ 9. Die Gemeinden können behufs Deckung der Kosten für Herstellung und Unterhaltung von Veranstaltungen, welche durch das öffentliche Interesse erfordert werden, von denjenigen Grundeigentümern und Gewerbetreibenden, denen hierdurch besondere wirtschaftliche Vorteile erwachsen, Beiträge zu den Kosten der Veranstaltungen erheben. Die Beiträge sind nach den Vorteilen zu bemessen.

Beiträge müssen in der Regel erhoben werden, wenn anderenfalls die Kosten, einschließlich der Ausgaben für die Verzinsung und Tilgung des aufgewendeten Kapitals, durch Steuern aufzubringen sein würden.

Der Plan der Veranstaltung ist nebst einem Nachweise der Kosten offen zu legen. Der Beschluß der Gemeinde wegen Erhebung von Beiträgen ist unter der Angabe, wo und während welcher Zeit Plan nebst Kostennachweis zur Einsicht offen liegen, in ortsüblicher Weise mit dem Bemerken bekannt zu machen, daß Einwendungen gegen den Beschluß binnen einer

bestimmt zu bezeichnenden Frist von mindestens 4 Wochen bei dem Gemeindevorstande anzubringen seien. Handelt es sich um eine Veranstaltung, welche nur einzelne Grundeigentümer oder Gewerbetreibende betrifft, so genügt an Stelle der Bekanntmachung eine Mitteilung an die Beteiligten. Der Beschluß bedarf der Genehmigung.

Zu diesem Behufe hat der Gemeindevorstand den Beschluß nebst den dazu gehörigen Vorverhandlungen und der Anzeige, ob und welche Einwendungen innerhalb der gestellten Frist erhoben sind, der zuständigen Behörde einzureichen.

Der Beschluß der zuständigen Behörde ist in gleicher Weise zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen, wie der Beschluß der Gemeinde bekannt gemacht worden ist.

Gegen den Beschluß der zuständigen Behörde steht den Beteiligten die Beschwerde offen.

---

§ 10. Die Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften, vom 2. Juli 1875 (Gesetz-Samml. S. 561) bleiben mit der Maßgabe in Kraft, daß die im § 15 daselbst vorgesehenen Beiträge nach einem anderen, als dem dort angegebenen Maßstabe, insbesondere auch nach der bebauungsfähigen Fläche, bemessen werden dürfen.

---

§ 11. Die Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Erhebung von Marktstandsgeld, vom 26. April 1872 (Gesetz-Samml. S. 513) bleiben unberührt.

Ebenso behält es bei den Bestimmungen der Gesetze über die Errichtung öffentlicher Schlachthäuser vom 18. März 1868 (Gesetz-Samml. S. 277) und 9. März 1881 (Gesetz-Samml. S. 273) sein Bewenden. Jedoch dürfen für die Schlachthausbenutzung Gebühren bis zu einer solchen Höhe erhoben werden, daß durch ihr jährliches Aufkommen die Kosten der Unterhaltung der Anlage und des Betriebes, sowie ein Betrag von 8 Prozent des Anlagekapitals und der etwa gezahlten Entschädigungssumme gedeckt werden. In denjenigen Städten, in denen Verbrauchssteuern auf Fleisch zur Erhebung kommen, dürfen die Benutzungsgebühren nur bis zu einer solchen Höhe erhoben werden, daß durch ihr jährliches Aufkommen außer den Unterhaltungs- und Betriebskosten ein Betrag von 5 Prozent des Anlagekapitals und der Entschädigungssumme gedeckt wird.

Die Gebühren für die Untersuchung des nicht in öffentlichen Schlachthäusern ausgeschlachteten Fleisches (Artikel 1 § 2 Nr. 2 und 3 des Gesetzes vom 9. März 1881) können in einer den Gebühren für die Schlachthausbenutzung entsprechenden Höhe bemessen werden.

---

§ 12. In Badeorten, klimatischen und sonstigen Kurorten können die Gemeinden für die Herstellung und Unterhaltung ihrer zu Kurzwecken getroffenen Veranstaltungen Vergütungen (Kurtaxen) erheben.

Dritter Titel.

Gemeindesteuern.

Erster Abschnitt.

Indirekte Gemeindesteuern.

§ 13. Die Gemeinden sind zur Erhebung indirekter Steuern innerhalb der durch die Reichsgesetze gezogenen Grenzen befugt.

Den Gemeinden sind Vereinbarungen mit den Beteiligten gestattet, wonach der Jahresbetrag der zu entrichtenden indirekten Steuern für mehrere Jahre im voraus fest bestimmt wird. Die Vereinbarungen bedürfen der Genehmigung.

§ 14. Steuern auf den Verbrauch von Fleisch, Getreide, Mehl, Backwerk, Kartoffeln und Brennstoffen aller Art dürfen nicht neu eingeführt oder in ihren Sätzen erhöht werden. Die Einführung einer Wildpret- und Geflügelsteuer ist jedoch auch in den früher nicht mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Gemeinden zulässig. Die Steuersätze können abweichend von den Vorschriften des Erlasses vom 24. April

1848 (Gesetz-Samml. S. 131) bemessen werden.

Wegen Forterhebung der Schlachtsteuer bewendet es bei den Bestimmungen des Gesetzes vom 25. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 222).

---

§ 15. Die Besteuerung von Lustbarkeiten, einschließlich musikalischer und deklamatorischer Vorträge, sowie von Schaustellungen umherziehender Künstler ist den Gemeinden gestattet.

---

§ 16. Die Gemeinden sind befugt, das Halten von Hunden zu besteuern (§ 93). Die in dieser Beziehung zur Zeit bestehenden gesetzlichen Vorschriften werden aufgehoben.

§ 17. Die bestehenden Vorschriften über die Verwendung des Aufkommens indirekter Steuern für bestimmte Zwecke (Kosten der Armenpflege u. s. w.) werden aufgehoben.

---

§ 18. Die Einführung neuer und die Veränderung bestehender indirekter Gemeindesteuern kann nur durch Steuerordnungen erfolgen.

Die Steuerordnungen bedürfen der Genehmigung.

---

§ 19. Wegen der Befreiung der Militärspeiseeinrichtungen und ähnlicher Militäranstalten von den Verbrauchssteuern bewendet es bei den bestehenden Bestimmungen.

Zweiter Abschnitt.

Direkte Gemeindesteuern.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 20. Die direkten Gemeindesteuern sind auf alle der Besteuerung unterworfenen Pflichtigen nach festen und gleichmäßigen Grundsätzen zu verteilen.

Handelt es sich um Veranstaltungen, welche in besonders hervorragendem oder geringem Maße einem Teile des Gemeindebezirks oder einer Klasse von Gemeindeangehörigen zu statten kommen, und werden Beiträge nach §§ 9 und 10 nicht erhoben, so kann die Gemeinde eine entsprechende Mehr- oder Minderbelastung des Gemeindebezirks oder dieser Klasse von Gemeindeangehörigen beschließen. Bei der Abmessung der Mehr- und Minderbelastung ist namentlich der zur Herstellung und Unterhaltung der Veranstaltungen erforderliche Bedarf nach Abzug des etwaigen Ertrages in Betracht zu ziehen. Der Beschluß bedarf der Genehmigung.

---

§ 21. Die auf besonderem Rechtstitel beruhenden Befreiungen einzelner Grundstücke von Gemeindesteuern bleiben in ihrem bisherigen Umfange fortbestehen. Die Gemeinden sind jedoch berechtigt, diese Befreiungen durch Zahlung des zwanzigfachen Jahreswertes derselben nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre vor dem 1. April desjenigen Rechnungsjahres, in welchem die Ablösung beschlossen wird, abzulösen. Steht ein anderer Entschädigungsmaßstab fest, so hat es hierbei sein Bewenden.

---

§ 22. Vorschriften, welche eine Befreiung von Gewerbesteuer in sich schließen, finden auf Gewerbe, welche nach Verkündigung dieses Gesetzes in Betrieb gesetzt werden, keine Anwendung.

Die Gemeinden sind berechtigt, die bestehenden Befreiungen durch Zahlung des $13^1/_3$fachen Jahreswertes derselben nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre vor dem 1. April desjenigen Rechnungsjahres, in welchem die Ablösung beschlossen wird, abzulösen. Steht ein anderer Entschädigungsmaßstab fest, so hat es hierbei sein Bewenden.

---

§ 23. Die direkten Gemeindesteuern können vom Grundbesitz und Gewerbebetrieb (Realsteuern), sowie vom Einkommen der Steuerpflichtigen (Einkommensteuer) erhoben werden.

Die Einkommensteuer kann zum Teil durch Aufwandssteuern ersetzt werden. Aufwandssteuern dürfen grundsätzlich die ge-

ringeren Einkommen nicht verhältnismäßig höher als die größeren belasten.

Miets- und Wohnungssteuern dürfen nicht neu eingeführt werden.

Die bestehenden Miets- und Wohnungssteuern sind auf ihre Uebereinstimmung mit den vorstehenden Besteuerungsgrundsätzen und den sonstigen Bestimmungen dieses Gesetzes zu prüfen. Sie bedürfen erneuter, an die Zustimmung der Minister des Innern und der Finanzen gebundener Genehmigung und treten außer Kraft, wenn die Genehmigung nicht bis zum 1. April 1898 erfolgt ist.

Die Einführung neuer und die Veränderung bestehender direkter Gemeindesteuern, welche nicht in Prozenten der vom Staate veranlagten Steuern erhoben werden, kann nur durch Steuerordnungen erfolgen.

Die Steuerordnungen bedürfen der Genehmigung.

II. Besondere Bestimmungen.

1. Realsteuern.

a) Vom Grundbesitz.

§ 24. Den Steuern vom Grundbesitz sind die in der Gemeinde belegenen bebauten und unbebauten Grundstücke unterworfen, mit Ausnahme

a) der Königlichen Schlösser, einschließlich der zugehörigen Nebengebäude, Hofräume und Gärten;

b) der einem fremden Staate gehörigen Grundstücke, auf denen Botschafts- oder Gesandtschaftsgebäude errichtet sind, einschließlich der auf ihnen errichteten Gebäude, sofern von dem fremden Staate Gegenseitigkeit gewährt wird;

c) der dem Staate, den Provinzen, den Kreisen, den Gemeinden oder sonstigen kommunalen Verbänden gehörigen Grundstücke und Gebäude, sofern sie zu einem öffentlichen Dienste oder Gebrauche bestimmt sind;

d) der Brücken, Kunststraßen, Schienenwege der Eisenbahnen, sowie der schiffbaren Kanäle, welche mit Genehmigung des Staates zum öffentlichen Gebrauche angelegt sind;

e) der Deichanlagen der Deichverbände und der im öffentlichen Interesse staatlich unter Schau gestellten Privatdeiche, sowie der im öffentlichen Interesse unterhaltenen Anlagen der Ent- und Bewässerungsverbände;

f) der Universitäts- und anderen zum öffentlichen Unterrichte bestimmten Gebäude;

g) der Kirchen, Kapellen und anderen dem öffentlichen Gottesdienste gewidmeten Gebäude, sowie der gottesdienstlichen Gebäude der mit Korporationsrechten versehenen Religionsgesellschaften;

h) der Armen-, Waisen- und öffentlichen Krankenhäuser, der Gefängnis-, Besserungs-, Bewahr- und derjenigen Wohlthätigkeitsanstalten, welche die Bewahrung vor Schutzlosigkeit oder sittlicher Gefahr bezwecken (Mägdehäuser und dergleichen), sowie der Gebäude, welche milden Stiftungen angehören und für deren Zwecke unmittelbar benutzt werden; durch Gemeindebeschluß können auch anderweitige Gebäude solcher milden Stiftungen, welche nicht bloß zu gunsten bestimmter Personen und Familien bestehen, freigelassen werden;

i) der Grundstücke der unter f, g, h aufgeführten Anstalten und Körperschaften, soweit die Grundstücke für deren Zwecke unmittelbar benutzt werden;

k) der Dienstgrundstücke und Dienstwohnungen der Geistlichen, Kirchendiener und Volksschullehrer, soweit ihnen bisher Steuerfreiheit zugestanden hat.

Alle sonstigen, nicht auf einem besonderen Rechtstitel beruhenden Befreiungen (§ 21), insbesondere auch diejenigen der Dienstgrundstücke und Dienstwohnungen der Beamten, sind aufgehoben.

Ist ein Grundstück oder Gebäude nur teilweise zu einem öffentlichen Dienste oder Gebrauche bestimmt, so bezieht sich die Befreiung nur auf diesen Teil.

Die Bestimmungen der Kabinetsordre vom 8. Juni 1834 (Gesetz-Samml. S. 87) bleiben in Geltung und werden auf diejenigen Gemeinden ausgedehnt, in welchen dieselben noch nicht in Geltung sind.

§ 25. Den Gemeinden ist die Einführung besonderer Steuern vom Grundbesitz gestattet.

Die Umlegung kann insbesondere erfolgen nach dem Reinertrage beziehungsweise Nutzungswerte einer oder mehrerer Jahre, nach dem Pacht- beziehungsweise Mietswerte oder dem gemeinen Werte der Grundstücke und Gebäude, nach den in der Gemeinde stattfindenden Abstufungen des Grundbesitzes oder nach einer Verbindung mehrerer dieser Maßstäbe.

§ 26. Sind besondere Steuern vom Grundbesitz nicht eingeführt, so erfolgt die Besteuerung in Prozenten der vom Staate veranlagten Grund- und Gebäudesteuern.

Die auf Grund der Einlegung von Rechtsmitteln erfolgte Erhöhung oder Ermäßigung der veranlagten Steuer zieht die entsprechende Abänderung der Veranlagung zur Gemeindesteuer nach sich.

Die Veranlagung hat sich auf sämtliche Grundstücke und Gebäude zu erstrecken, welche der Gemeindebesteuerung unterliegen (§§ 3, 4 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern).

Die Besteuerung neuerbauter oder vom Grunde aus wieder aufgebauter Gebäude sowie die Steuererhöhung infolge von Verbesserungen der Gebäude beginnt mit dem Ablaufe des Rechnungsjahres, in welchem die Bewohnbarkeit oder Nutzbarkeit eingetreten oder die Verbesserung vollendet ist.

§ 27. Die Steuern vom Grundbesitz sind nach gleichen Normen und Sätzen zu verteilen.

Liegenschaften, welche durch die Festsetzung von Baufluchtlinien in ihrem Werte erhöht worden sind (Bauplätze), können nach Maßgabe dieses höheren Wertes zu einer höheren Steuer als die übrigen Liegenschaften herangezogen werden. Diese Besteuerung muß durch Steuerordnung geregelt werden.

b) Vom Gewerbebetrieb.

§ 28. Den Gewerbesteuern unterliegen in den Gemeinden, in denen der Betrieb stattfindet,

1. die nach dem Gewerbesteuergesetz vom 24. Juni 1891 (Gesetz-Samml. S. 205) zu veranlagenden stehenden Gewerbe;
2. die landwirtschaftlichen Branntweinbrennereien;
3. der Bergbau;
4. die gewerbsmäßige Gewinnung von Bernstein, Ausbeutung von Torfstichen, von Sand-, Kies-, Lehm-, Mergel-, Thon- und dergleichen Gruben, von Stein-, Schiefer-, Kalk-, Kreide- und dergleichen Brüchen;
5. die Gewerbebetriebe kommunaler und anderer öffentlicher Verbände;
6. die Gewerbebetriebe des Staates und der Reichsbank.

Diejenigen zu Nr. 2 bis 6 bezeichneten Betriebe, bei denen weder der jährliche Ertrag 1500 Mark, noch das Anlage- und Betriebskapital 3000 Mark erreicht, ingleichen die nach § 3 Nr. 4 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 steuerfreien Gewerbebetriebe der Kommunalverbände bleiben von der Gewerbesteuer befreit. Auf die Betriebssteuer findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Der Betrieb der Staatseisenbahnen und der der Eisenbahnabgabe unterliegenden Privateisenbahnen ist gewerbesteuerfrei.

Der Gewerbebetrieb im Umherziehen ist der Gewerbesteuer in den Gemeinden nicht unterworfen.

§ 29. Den Gemeinden ist die Einführung besonderer Gewerbesteuern gestattet.

Die Gewerbesteuern können namentlich bemessen werden nach dem Ertrage des letzten Jahres oder einer Reihe von Jahren, nach dem Werte des Anlagekapitals oder des Anlage- und Betriebskapitals, nach sonstigen Merkmalen für den Umfang des Betriebes oder nach einer Verbindung mehrerer dieser Maßstäbe.

§ 30. Sind besondere Gewerbesteuern nicht eingeführt, so erfolgt die Besteuerung in Prozenten der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer.

Die auf Grund der Einlegung von

Rechtsmitteln erfolgte Erhöhung oder Ermäßigung der veranlagten Gewerbesteuer zieht die entsprechende Abänderung der Veranlagung zur Gemeindesteuer nach sich.

Die Veranlagung hat sich auf sämtliche Gewerbebetriebe, einschließlich des Bergbaues, zu erstrecken, welche der Gemeindebesteuerung unterliegen (§§ 3, 4 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern).

---

§ 31. Eine verschiedene Abstufung der Gewerbesteuersätze und Prozente ist zulässig:

1. wenn die einzelnen Gewerbearten in verschiedenem Maße von den Veranstaltungen der Gemeinde Vorteil ziehen oder der Gemeinde Kosten verursachen, und soweit die Ausgleichung nicht nach §§ 4, 9, 10 oder 20 erfolgt;
2. wenn die gewerblichen Gebäude in stärkerem Verhältnis zur Gebäudesteuer herangezogen werden, als es auf Grundlage der staatlichen Gebäudesteuer der Fall sein würde, oder wenn die gewerblich benutzten Räume einer Mietssteuer unterliegen.

Die verschiedene Abstufung bedarf der Genehmigung.

---

§ 32. Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeindebezirke, so hat für den Fall der Erhebung von Prozenten der veranlagten Gewerbesteuer der zuständige Steuerausschuß auch für die im § 28 Nr. 2 bis 6 bezeichneten Betriebe die Zerlegung des Gesamtsteuersatzes in die auf die einzelnen Gemeinden entfallenden Teilbeträge zu bewirken (§ 38 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891).

Werden besondere Gewerbesteuern umgelegt, so hat die Veranlagung nur nach Maßgabe des in der Gemeinde belegenen Teiles des Gewerbebetriebes zu erfolgen, bei besonderen Gewerbesteuern nach dem Ertrage unter sinngemäßer Anwendung der in den §§ 47, 48 dieses Gesetzes getroffenen Bestimmungen.

---

2. Gemeindeeinkommensteuer.

a) Steuerpflicht.

§ 33. Der Gemeindeeinkommensteuer sind unterworfen:

1. diejenigen Personen, welche in der Gemeinde einen Wohnsitz (§ 1 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891, Gesetz-Samml. S. 175) haben, hinsichtlich ihres gesamten innerhalb und außerhalb des preußischen Staatsgebietes gewonnenen Einkommens, insoweit dasselbe nicht von der Besteuerung freizulassen ist;
2. diejenigen Personen, welche in der Gemeinde, ohne in derselben einen Wohnsitz zu haben, Grundvermögen, Handels- oder gewerbliche Anlagen, einschließlich der Bergwerke, haben, Handel oder Gewerbe oder außerhalb einer Gewerkschaft Bergbau betreiben oder als Gesellschafter an dem Unternehmen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung beteiligt sind, hinsichtlich des ihnen aus diesen Quellen in der Gemeinde zufließenden Einkommens;
3. Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften, eingetragene Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht (insbesondere Konsumvereine mit offenem Laden) und juristische Personen (insbesondere auch Gemeinden und weitere Kommunalverbände), welche in der Gemeinde Grundvermögen, Handels- oder gewerbliche Anlagen, einschließlich der Bergwerke, haben, Handel oder Gewerbe, einschließlich des Bergbaus betreiben, oder als Gesellschafter an dem Unternehmen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung beteiligt sind, hinsichtlich des ihnen aus diesen Quellen in der Gemeinde zufließenden Einkommens. Hat eine Veranlagung zur Staatseinkommensteuer stattgefunden, so erfaßt die Gemeindeeinkommensteuer das hierbei veranlagte Einkommen, vorbehaltlich der Bestimmung im § 16 Absatz 3 a. a. O.;
4. der Staatsfiskus bezüglich seines Ein-

kommens aus den von ihm betriebenen Eisenbahn-, Bergbau- und sonstigen gewerblichen Unternehmungen, sowie aus Domänen und Forsten.

Eisenbahnaktiengesellschaften, welche ihr Unternehmen dem Staate gegen eine unmittelbar an die Aktionäre zu zahlende Rente übertragen haben, sind als Besitzer von Eisenbahnen nicht zu erachten.

Jeder steuerpflichtige Grundstückskomplex und jede steuerpflichtige Unternehmung des Staatsfiskus gilt in Beziehung auf die Steuerpflicht als selbständige Person. Die gesamten Staats- und für Rechnung des Staates verwalteten Eisenbahnen sind als eine steuerpflichtige Unternehmung anzusehen. Im übrigen setzt die zuständige obere Verwaltungsbehörde fest, was als selbständige Bergbau- oder sonstige gewerbliche Unternehmung des Staatsfiskus zu betrachten ist.

Neuanziehende können, auch wenn sie in der Gemeinde keinen Wohnsitz haben, gleich den übrigen Gemeindeeinwohnern zur Steuer herangezogen werden, sofern ihr Aufenthalt die Dauer von drei Monaten übersteigt.

---

§ 34. Das Einkommen aus bebauten und unbebauten Grundstücken, welche ganz oder zum Teil nach § 24 der Steuer vom Grundbesitz nicht unterworfen sind, unterliegt insoweit auch nicht der Gemeindeeinkommensteuer.

---

§ 35. Ein die Steuerpflicht begründender Betrieb von Handel und Gewerbe, einschließlich des Bergbaues, der im § 33 Nr. 2, 3 und 4 bezeichneten Personen und Erwerbsgesellschaften findet nur in denjenigen Gemeinden statt, in welchen sich der Sitz, eine Zweigniederlassung, eine Betriebs-, Werk- oder Verkaufsstätte oder eine solche Agentur des Unternehmens befindet, welche ermächtigt ist, Rechtsgeschäfte im Namen und für Rechnung des Inhabers, beziehungsweise der Gesellschaft selbständig abzuschließen. Der Eisenbahnbetrieb unterliegt der Steuerpflicht in den Gemeinden, in welchen sich der Sitz der Verwaltung (beziehungsweise einer Staatsbahnverwaltungsbehörde), eine Station oder eine für sich bestehende Betriebs- oder Werkstätte oder eine sonstige gewerbliche Anlage befindet.

Das Einkommen aus dem nicht mit eigenem Betriebe verbundenen Besitze von Handels- und gewerblichen Anlagen, einschließlich der Bergwerke, unterliegt der Besteuerung in denselben Gemeinden, in welchen das Einkommen aus dem Betriebe steuerpflichtig ist.

---

§ 36. Gemeindesteuern vom Einkommen dürfen, unbeschadet der Vorschrift im § 23 Absatz 2 und der Bestimmungen über die Veranlagung von Teileinkommen (§§ 49 bis 51), nur auf Grund der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer und in der Regel nur in der Form von Zuschlägen erhoben werden. Diese Zuschläge müssen gleichmäßig sein. Zuschläge zur Ergänzungssteuer sind unzulässig.

Ist das gemeindesteuerpflichtige Einkommen ganz oder zum Teil zur Staatseinkommensteuer nicht veranlagt, so ist der dem Zuschlage zu Grunde zu legende Steuersatz, sofern sich aus den §§ 44 bis 46 nicht ein anderes ergiebt, nach den für die Veranlagung der Staatseinkommensteuer geltenden Vorschriften zu ermitteln.

Die auf Grund der Einlegung von Rechtsmitteln, sowie die auf Grund der §§ 57, 58 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 erfolgte Erhöhung oder Ermäßigung der veranlagten Staatseinkommensteuer zieht die entsprechende Abänderung des Gemeindezuschlags nach sich.

---

§ 37. Besondere Gemeindeeinkommensteuern sind nur aus besonderen Gründen gestattet und bedürfen der Genehmigung. Die bei der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer erfolgte Feststellung des Einkommens und die Stufen des Steuertarifs der Staatseinkommensteuer dürfen nicht abgeändert werden. Veränderungen der Sätze des Steuertarifs sind nur mit der Maßgabe zulässig, daß der Prozentsatz der Besteuerung des Einkommens bei den unteren Stufen nicht höher sein darf, als bei den oberen Stufen, und daß das im Tarif der Staatseinkommensteuer enthaltene Steigerungsverhältnis der Sätze nicht zu Ungunsten der oberen Stufen geändert werden darf.

Die Beibehaltung bestehender besonderer Gemeindeeinkommensteuern kann mit Zustimmung der Minister des Innern und der Finanzen ausnahmsweise und aus besonderen Gründen auch dann genehmigt

werden, wenn sie den Vorschriften der Bestimmungen des Absatzes 1 nicht entsprechen.

Die Vorschriften des § 36 Absatz 2 und 3 finden auf die besonderen Gemeindeeinkommensteuern entsprechende Anwendung.

---

§ 38. Steuerpflichtige mit einem Einkommen von nicht mehr als 900 Mark werden, sofern in den Steuerordnungen (§§ 23 Absatz 5, 37) nicht abweichende Bestimmungen getroffen sind, zu der Einkommensteuer nach Maßgabe folgender Steuersätze veranlagt:

1. bei einem Einkommen von nicht mehr als 420 Mark nach einem Steuersatze von $^2/_5$ vom Hundert des steuerpflichtigen Einkommens bis zum Höchstbetrage des Steuersatzes von 1,20 Mark;
2. bei einem Einkommen von mehr als 420 Mark bis einschließlich 660 Mark nach einem Steuersatze von 2,40 Mark;
3. bei einem Einkommen von mehr als 660 Mark nach einem Steuersatze von 4 Mark.

Steuerpflichtige mit einem Einkommen von nicht mehr als 900 Mark können durch Gemeindebeschluß, wenn die Deckung des Bedarfs der Gemeinde ohnehin gesichert ist, von der Beitragspflicht entbunden oder mit einem geringeren Prozentsatze herangezogen werden. Der Beschluß bedarf der Genehmigung. Ihre Freilassung muß erfolgen, sofern sie im Wege der öffentlichen Armenpflege fortlaufende Unterstützung erhalten.

---

§ 39. Die Gemeinde kann beschließen, Ausländer und Angehörige anderer Bundesstaaten, welche in der Gemeinde einen Wohnsitz, aber nicht des Erwerbes wegen haben, auf die Dauer von höchstens drei Jahren zu der Gemeindeeinkommensteuer nicht oder nur mit einem ermäßigten Prozentsatze heranzuziehen.

Der Beschluß bedarf der Genehmigung.

---

§ 40. Von der Gemeindeeinkommensteuer sind befreit:

1. die Mitglieder des Königlichen Hauses und des Hohenzollernschen Fürstenhauses,
2. die bei dem Kaiser und Könige beglaubigten Vertreter fremder Mächte und die Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten zum Bundesrate, die ihnen zugewiesenen Beamten, sowie die in ihren und ihrer Beamten Diensten stehenden Personen, soweit sie Ausländer sind,
3. diejenigen Personen, denen sonst nach völkerrechtlichen Grundsätzen oder nach besonderen, mit anderen Staaten getroffenen Vereinbarungen ein Anspruch auf Befreiung zukommt.

Die Befreiungen zu Nr. 2 und 3 erstrecken sich nicht auf das im § 33 Nr. 2 bezeichnete Einkommen und bleiben ausgeschlossen, sofern in den betreffenden Staaten Gegenseitigkeit nicht gewährt wird.

Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, gemäß welchen Standesherren und deren Familien von Gemeindelasten befreit sind, bleiben — unbeschadet der Vorschriften in den §§ 21, 22 des gegenwärtigen Gesetzes — unberührt.

---

§ 41. Die Heranziehung der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten, Beamten des Königlichen Hofes, der Geistlichen, Kirchendiener und Elementarschullehrer, sowie der Witwen und Waisen dieser Personen zu Einkommen- und Aufwandssteuern (§ 23) wird durch besonderes Gesetz geregelt. Bis zum Erlasse dieses Gesetzes kommen die Bestimmungen der Verordnung, betreffend die Heranziehung der Staatsdiener zu den Kommunalauflagen in den neu erworbenen Landesteilen, vom 23. September 1867 (Gesetz-Samml. S. 1648) mit der Maßgabe zur Anwendung, daß das notwendige Domizil außer Berücksichtigung bleibt.

---

§ 42. Hinsichtlich der Heranziehung der Militärpersonen zu den auf das Einkommen gelegten Gemeindeabgaben bewendet es bei den bestehenden Bestimmungen.

Die Mitglieder der Gendarmerie gelten als Militärpersonen im Sinne dieses Gesetzes.

---

§ 43. Den Gemeinden sind Vereinbarungen mit Steuerpflichtigen gestattet, wonach von fabrikmäßigen Betrieben und von Bergwerken an Stelle der Gemeindesteuer vom Einkommen und vom Gewerbebetriebe ein für mehrere Jahre im voraus zu bestimmender fester, jährlicher Steuerbeitrag zu entrichten ist. Die Vereinbarung bedarf der Genehmigung.

b) Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens der fiskalischer Domänen, Staats- und Privatbahnen.

§ 44. Das Reineinkommen aus fiskalischen Domänen und Forsten ist für die einzelnen Liegenschaften aus dem Grundsteuerreinertrage nach dem Verhältnis zu berechnen, in welchem der in der betreffenden Provinz aus den Domänen- und Forstgrundstücken erzielte etatsmäßige Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben unter Berücksichtigung der auf denselben ruhenden Verbindlichkeiten und Verwaltungskosten zum Grundsteuerreinertrage steht.

Das Verhältnis ist durch den zuständigen Minister alljährlich endgültig festzustellen und öffentlich bekannt zu machen.

---

§ 45. Als Reineinkommen der Staats- und für Rechnung des Staats verwalteten Eisenbahnen gilt der rechnungsmäßige Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben mit der Maßgabe, daß unter die Ausgaben eine $3^1/_2$prozentige Verzinsung des Anlage- beziehungsweise Erwerbskapitals nach der amtlichen Statistik der im Betriebe befindlichen Eisenbahnen zu übernehmen ist. Der sich danach ergebende steuerpflichtige Gesamtbetrag ist durch den zuständigen Minister alljährlich endgültig festzustellen und öffentlich bekannt zu machen.

---

§ 46. Als Reineinkommen der Privatbahnunternehmungen gilt der nach Vorschrift der Gesetze vom 30. Mai 1853 (Gesetz-Samml. S. 449) und 16. März 1867 (Gesetz-Samml. S. 465) behufs Erhebung der Eisenbahnabgabe für jede derselben ermittelte (beziehungsweise zu ermittelnde) Ueberschuß abzüglich der Eisenbahnabgabe mit der Maßgabe, daß bei der Berechnung nach dem Gesetze vom 16. März 1867 die zur Verzinsung und planmäßigen Tilgung der etwa gemachten Anleihen erforderlichen Beträge als Ausgabe mit in Anrechnung gebracht werden dürfen. Die sich danach ergebenden steuerpflichtigen Beträge sind von den mit der Aufsicht über die Privateisenbahnunternehmungen betrauten Staatsbehörden alljährlich endgültig festzustellen und öffentlich bekannt zu machen.

Auf Kleinbahnen (Gesetz vom 28. Juli 1892, Gesetz-Samml. S. 225) findet die vorstehende Bestimmung keine Anwendung.

c) Vermeidung von Doppelbesteuerung.

§ 47. Die Verteilung des gemeindesteuerpflichtigen Einkommens aus dem Besitze oder Betriebe einer sich über mehrere preußische Gemeinden erstreckenden Gewerbe- oder Bergbauunternehmung erfolgt, sofern nicht zwischen den beteiligten Gemeinden und dem Steuerpflichtigen ein anderweiter Maßstab vereinbart ist, in der Weise, daß:

a) bei Versicherungs-, Bank- und Kreditgeschäften derjenigen Gemeinde, in welcher die Leitung des Gesamtbetriebes stattfindet, der zehnte Teil des Gesamteinkommens vorab überwiesen, dagegen der Ueberrest nach Verhältnis der in den einzelnen Gemeinden erzielten Bruttoeinnahme verteilt,

b) in den übrigen Fällen das Verhältnis der in den einzelnen Gemeinden erwachsenen Ausgaben an Gehältern und Löhnen, einschließlich der Tantièmen des Verwaltungs- und Betriebspersonals, zu Grunde gelegt wird. Bei Eisenbahnen kommen jedoch die Gehälter, Tantièmen und Löhne desjenigen Personals, welches in der allgemeinen Verwaltung beschäftigt ist, nur mit der Hälfte, des in der Werkstättenverwaltung und im Fahrdienst beschäftigten Personals nur mit zwei Dritteilen ihrer Beträge zum Ansatz.

Erstreckt sich eine Betriebsstätte, Station ꝛc., innerhalb deren Ausgaben an Gehältern und Löhnen erwachsen, über den Bezirk mehrerer Gemeinden, so hat die Verteilung nach Lage der örtlichen Verhältnisse unter Berücksichtigung des Flächenverhältnisses und der den beteiligten Gemeinden durch das Vorhandensein der Betriebsstätte, Station u. s. w.

erwachsenen Kommunallasten zu erfolgen.

Bei den Staats- und für Rechnung des Staats verwalteten Eisenbahnen wird bis zum 1. April 1896 ein Dritteil des gesamten, nach § 36 steuerpflichtigen Reineinkommens dieser Bahnen denjenigen Gemeinden, welche vor dem 1. April 1880 steuerberechtigt waren und dieses Recht thatsächlich ausgeübt haben, zur Verteilung nach Verhältnis der im Durchschnitt der dem 1. April 1880 vorangegangenen drei Steuerjahre zu den Gemeindeabgaben herangezogenen Reinerträge vorab überwiesen. Der Ueberrest wird nach den vorstehend unter b angegebenen Grundsätzen auf sämtliche nach §§ 33, 35 berechtigte Gemeinden verteilt. Vom 1. April 1896 ab erfolgt die Verteilung nach den Grundsätzen unter b bei allen steuerberechtigten Gemeinden.

---

§ 48. Die Ermittelung der Bruttoeinnahmen der Versicherungs-, Bank- und Kreditgeschäfte, sowie der Ausgaben an Löhnen und Gehältern (§ 47) erfolgt in dreijährigem Durchschnitt nach Einsicht eines den steuerberechtigten Gemeinden von dem Unternehmer beziehungsweise Gesellschaftsvorstande jährlich mitzuteilenden Verteilungsplanes. Derselbe ist bezüglich der Staatseisenbahnen (§ 45) für jeden Direktionsbezirk besonders aufzustellen.

---

§ 48a. Erstreckt sich ein Handels- oder Gewerbeunternehmen, einschließlich eines Bergbauunternehmens, über preußische und nichtpreußische Gemeinden, so finden behufs Ermittelung des dem Steuerpflichtigen in den verschiedenen Gemeinden zufließenden Einkommens die Vorschriften des § 47 sinngemäße Anwendung.

---

§ 49. Bei der Heranziehung der Steuerpflichtigen zur Einkommensteuer in ihren Wohnsitzgemeinden ist, unbeschadet der Bestimmungen des § 35, derjenige Teil des Gesamteinkommens außer Berechnung zu lassen, welcher außerhalb des Gemeindebezirks aus Grundvermögen, Handels- oder gewerblichen Anlagen, einschließlich der Bergwerke, aus Handels- und Gewerbebetrieb, einschließlich des Bergbaues, sowie aus der Beteiligung an dem Unternehmen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (§ 33 Nr. 2) gewonnen wird. Zu diesem Behufe wird das Gesamteinkommen des Steuerpflichtigen eingeschätzt und der so ermittelte Steuerbetrag dem Verhältnis des außer Berechnung zu lassenden Einkommens zu dem Gesamteinkommen entsprechend herabgesetzt.

Die Gemeinde, in welcher der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz hat, ist jedoch, wenn das steuerpflichtige Einkommen weniger als ein Vierteil des Gesamteinkommens beträgt, berechtigt, durch Gemeindebeschluß ein volles Vierteil des Gesamteinkommens für sich zur Besteuerung in Anspruch zu nehmen. Der Anspruch verteilt sich entstehendenfalls verhältnismäßig auf die übrigen Teile des außerhalb des Gemeindebezirks zufließenden Einkommens und, soweit preußische Forensalgemeinden in Betracht kommen, unter entsprechender Verkürzung des diesen Gemeinden zur Besteuerung zufallenden Einkommens. Steht der Anspruch mehreren Wohnsitzgemeinden zu, so ist dieser Bruchteil nach Maßgabe des § 50 zu verteilen.

---

§ 50. Bei der Einschätzung von Personen mit mehrfachem Wohnsitz innerhalb oder innerhalb und außerhalb des preußischen Staatsgebiets in ihren preußischen Wohnsitzgemeinden verbleibt derjenige Teil des Gesamteinkommens, welcher aus Grundvermögen, Handels- oder gewerblichen Anlagen, einschließlich der Bergwerke, aus Handel oder Gewerbe, einschließlich des Bergbaues, sowie aus der Beteiligung an dem Unternehmen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung fließt, der Belegenheits- beziehungsweise der Betriebsgemeinde. Beträgt jedoch dieser Teil mehr als drei Vierteile des Gesamteinkommens der Steuerpflichtigen, so gelangt die Bestimmung in § 49 Absatz 2 dieses Gesetzes sinngemäß zur Anwendung.

Neuanziehende, welche in einer Gemeinde wegen ihres die Dauer von drei Monaten übersteigenden Aufenthalts zu den Gemeindesteuern herangezogen werden (§ 33 Absatz 4), sind insoweit denjenigen gleichgestellt, welche in dieser Gemeinde ihren Wohnsitz haben.

Im übrigen dürfen Personen mit mehrfachem Wohnsitz innerhalb des preußischen Staatsgebietes in jeder preußischen Wohnsitzgemeinde nur mit dem der Zahl dieser Gemeinde entsprechenden Bruchteile

ihres Einkommens herangezogen werden. Wohnsitzgemeinden, in welchen der Steuerpflichtige sich im Laufe des vorangegangenen Rechnungsjahres überhaupt nicht oder kürzere Zeit als drei Monate aufgehalten hat, werden hierbei nicht mitgezählt.

In allen Fällen ist das Gesamteinkommen des Steuerpflichtigen einzuschätzen und der so ermittelte Steuerbetrag dem Verhältnis des außer Berechnung zu lassenden Einkommens zu dem Gesamteinkommen entsprechend herabzusetzen.

---

§ 51. Ist das der Staatseinkommensteuer unterliegende Gesamteinkommen eines Steuerpflichtigen nach seinen Teilen in mehreren preußischen Gemeinden steuerpflichtig, so darf das in diesen Gemeinden steuerpflichtige Einkommen im ganzen den Höchstbetrag derjenigen Steuerstufe nicht übersteigen, in welche der Steuerpflichtige bei der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer eingeschätzt worden ist. Zu diesem Behufe sind die Teile des Einkommens, sofern sie auch nach erfolgter Richtigstellung im ganzen den Höchstbetrag der Steuerstufe übersteigen, verhältnismäßig herabzusetzen (§§ 71 bis 74).

Besitzt der Steuerpflichtige in einer Gemeinde verschiedene Quellen von Einkommen, so sind dieselben für die Besteuerung in der Gemeinde als ein Ganzes zu erachten.

---

§ 52. In den Fällen der §§ 47 bis 51 sind behufs Ermittelung des gemeindesteuerpflichtigen Einkommens die selbständigen Gutsbezirke den Gemeinden gleichzuachten.

---

3. Verpflichtung der Betriebsgemeinden zur Leistung von Zuschüssen.

§ 53. Wenn einer Gemeinde, welcher ein Besteuerungsrecht nach § 35 nicht zusteht, durch den in einer anderen Gemeinde stattfindenden Betrieb von Berg-, Hütten- oder Salzwerken, Fabriken oder Eisenbahnen nachweisbar Mehrausgaben für Zwecke des öffentlichen Volksschulwesens oder der öffentlichen Armenpflege erwachsen, welche im Verhältnisse zu den ohne diese Betriebe für die erwähnten Zwecke notwendigen Gemeindeausgaben einen erheblichen Umfang erreichen und eine Ueberbürdung der Steuerpflichtigen herbeizuführen geeignet sind, so ist eine solche Gemeinde berechtigt, von der Betriebsgemeinde einen angemessenen Zuschuß zu verlangen. Bei der Bemessung desselben sind neben der Höhe der Mehrausgaben auch die nachweisbar der Gemeinde erwachsenden Vorteile zu berücksichtigen. Die Zuschüsse der Betriebsgemeinde dürfen in keinem Falle mehr als die Hälfte der gesamten in der Betriebsgemeinde von den betreffenden Betrieben zu erhebenden direkten Gemeindesteuern betragen.

Liegt der Betrieb in einem Gutsbezirk, so richtet sich der Anspruch gegen den Gewerbetreibenden; der Zuschuß darf in diesem Falle den vollen Satz der staatlich veranlagten Gewerbesteuer nicht übersteigen.

Ueber den Anspruch beschließt in den Fällen, in welchen keine Einigung der Beteiligten erfolgt, der Kreisausschuß, soweit die Stadt Berlin oder andere Stadtgemeinden beteiligt sind, der Bezirksausschuß. Gegen den Beschluß findet innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren statt.

Zutreffendenfalls kommen die Bestimmungen des § 58 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Samml. S. 195) dahin zur Anwendung, daß auch in den Fällen, in welchen die Stadt Berlin beteiligt ist, der Minister des Innern den Bezirksausschuß bestimmt, welcher zu beschließen hat.

4. Verteilung des Steuerbedarfs auf die verschiedenen Steuerarten.

§ 54. Die vom Staate veranlagten Realsteuern sind in der Regel mindestens zu dem gleichen und höchstens zu einem um die Hälfte höheren Prozentsatze zur Kommunalsteuer heranzuziehen, als Zuschläge zur Staatseinkommensteuer erhoben werden.

Solange die Realsteuern 100 Prozent

nicht übersteigen, ist die Freilassung der Einkommensteuer oder eine Heranziehung derselben mit einem geringeren als dem im ersten Absatze bezeichneten Prozentsatze zulässig.

Werden mehr als 150 Prozent der staatlich veranlagten Realsteuern erhoben und ist die Staatseinkommensteuer mit 150 Prozent belastet, so können von dem Mehrbetrage für jedes Prozent der staatlich veranlagten Realsteuern zwei Prozent der Staatseinkommensteuer erhoben werden.

Mehr als 200 Prozent der Realsteuern dürfen in der Regel nicht erhoben werden.

---

§ 55. Zuschläge über den vollen Satz der Staatseinkommensteuer hinaus, sowie Abweichungen von den im § 54 enthaltenen Vorschriften bedürfen der Genehmigung; die Abweichungen sind nur aus besonderen Gründen zu gestatten.

In beiden Fällen ist davon auszugehen, daß Aufwendungen der Gemeinde, welche in überwiegendem Maße dem Grundbesitze und dem Gewerbebetriebe zum Vorteile gereichen, insoweit in der Regel durch Realsteuern gedeckt werden sollen, sofern die Ausgleichung nicht nach §§ 4, 9, 10 oder 20 erfolgt. Zu solchen Aufwendungen gehören namentlich die Ausgaben für den Bau und die Unterhaltung von Straßen und Wegen, für Ent- und Bewässerungsanlagen, sowie für die Verzinsung und Tilgung der zu derartigen Zwecken aufgenommenen Schulden.

---

§ 56. Zur Deckung des durch Realsteuern aufzubringenden Steuerbedarfs sind die veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern in der Regel mit dem gleichen Prozentsatze heranzuziehen.

Genießen jedoch die Grund-(Haus-)Besitzer oder Gewerbetreibenden von Veranstaltungen der Gemeinde besondere Vorteile oder verursachen sie der Gemeinde besondere Kosten, so ist, sofern die Ausgleichung nicht nach §§ 4, 9, 10 oder 20 erfolgti, der durch die Realsteuern aufzubringende Steuerbedarf (§§ 54, 55) auf die Steuern vom Grund-(Haus-)Besitz und Gewerbebetrieb, in Prozenten der veranlagten Realsteuern berechnet, anderweitig entsprechend unterzuverteilen, jedoch mit der Maßgabe, daß Grund- und Gebäudesteuer höchstens doppelt so stark herangezogen werden, wie die Gewerbesteuer und umgekehrt.

Ausnahmen können aus besonderen Gründen von den Ministern des Innern und der Finanzen zugelassen werden.

Vorstehende Bestimmungen finden sinngemäße Anwendung auf die Heranziehung der Grundsteuer im Verhältnis zur Gebäudesteuer.

Die Unterverteilung (Absatz 2 und 4) bedarf der Genehmigung.

---

§ 57. Bei der Verteilung des Steuerbedarfs (§§ 54, 55, 56) ist das Aufkommen besonderer Gemeindesteuern (§ 23 Absatz 2, §§ 25, 29, 37) je nach ihrer Einrichtung und Beschaffenheit auf denjenigen Teil des Steuerbedarfs zu verrechnen, welcher durch Prozente der entsprechenden, vom Staate aufzubringenden Steuer aufzubringen ist.

Mietssteuern von gewerblich benutzten Räumen sind auf die Gewerbesteuer zu verrechnen.

---

§ 58. Die Bestimmungen der §§ 54, 56 und 57 finden auf die Betriebssteuer und auf die Steuern von Bauplätzen (§ 27 Absatz 2) keine Anwendung. Zuschläge zu der Betriebssteuer, die 100 Prozent übersteigen, bedürfen der Genehmigung.

---

§ 59. Ueber die Verteilung des Steuerbedarfs nach den vorstehenden Bestimmungen (§§ 54 bis 57) hat die Gemeinde bis zum Ablaufe der ersten drei Monate des Rechnungsjahres Beschluß zu fassen. Kommt bis zu diesem Zeitpunkte ein gültiger Beschluß nicht zu stande, so werden behufs Deckung des Steuerbedarfs — unbeschadet der Vorschrift im § 96 Absatz 4 — die Realsteuern mit einem um die Hälfte höheren Prozentsatze als die Einkommensteuer, unter sich nach gleichen Prozentsätzen, herangezogen. Die Aufsichtsbehörde ist jedoch befugt, die Deckung des Steuerbedarfs nach Maßgabe der §§ 54, 55 anzuordnen.

Der hiernach zur Anwendung gelangende Maßstab behält so lange Geltung, als nicht bis zum Ablaufe der ersten drei Monate des jedesmaligen Rechnungsjahres ein gültiger Gemeindebeschluß über die Verteilung des Steuerbedarfs zu stande gekommen ist.

5. Zeitliche Begrenzung der Steuerpflicht.

§ 60. Soweit sich die Gemeindesteuern den Staatssteuern anschließen und etwas anderes nicht bestimmt ist, gelten für den Zeitpunkt des Beginnes und des Erlöschens der Steuerpflicht die für die entsprechende Staatssteuer bestehenden Vorschriften.

Im übrigen gelten hinsichtlich der Dauer der Steuerpflicht folgende Bestimmungen:

1. die Steuerpflicht beginnt:
   a) soweit sie von der Begründung eines Wohnsitzes oder Sitzes in einer Gemeinde abhängt, mit dem ersten Tage des auf die Begründung des Wohnsitzes oder Sitzes folgenden Monats;
   b) soweit sie von dem Aufenthalte in einer Gemeinde abhängt, mit dem ersten Tage des nach dem Ablaufe der maßgebenden Aufenthaltsfrist (§ 33 Absatz 4) beginnenden Monats;
   c) soweit sie durch Grundvermögen, Betrieb von Handel oder Gewerbe, einschließlich des Bergbaues, bedingt ist (§ 33 Nr. 2, § 35) mit dem ersten Tage des auf den Erwerb des Grundvermögens oder den Beginn des Betriebes folgenden Monats.

   Ist in dem zu b bezeichneten Falle die Steuerpflicht infolge des Ablaufs der Aufenthaltsfrist oder der früheren Begründung eines Wohnsitzes eingetreten, so muß die Steuer seit dem ersten Tage des nach erfolgter Aufenthaltsnahme begonnenen Monats nachentrichtet werden.
2. Die Steuerpflicht erlischt:
   a) durch den Tod des Steuerpflichtigen mit dem Ablaufe des Monats, in welchem der Tod erfolgt ist;
   b) durch das Aufgeben des Wohnsitzes, Sitzes oder Aufenthaltes mit dem Ablaufe des Monats, in welchem der Wohnsitz, Sitz oder Aufenthalt thatsächlich aufgegeben worden ist, sofern jedoch bis zu diesem Zeitpunkte der Gemeindebehörde hiervon keine Anzeige erstattet ist, erst mit dem Ablaufe des folgenden Monats;
   c) durch die Veräußerung des Grundvermögens beziehungsweise die Einstellung des die Steuerpflicht bedingenden Betriebes von Handel oder Gewerbe einschließlich des Bergbaues (§ 33 Nr. 2, § 35), mit dem Ablaufe des Monats, in welchem die Veräußerung beziehungsweise die Einstellung des Betriebes erfolgt ist.

---

6. Veranlagung und Erhebung.

§ 61. Die Veranlagung erfolgt durch den Gemeindevorstand oder einen besonderen Steuerausschuß der Gemeinde.

Die Zusammensetzung und die Geschäftsordnung der Steuerausschüsse sind unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der §§ 50 Absatz 3 bis einschließlich 54 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 durch Gemeindebeschluß zu bestimmen.

---

§ 62. Dem Gemeindevorstande (Steuerausschuß) sind von den zuständigen Staatsbehörden diejenigen bei der Veranlagung oder Festsetzung der Staatssteuern bekannt gewordenen Besteuerungsmerkmale, deren er für die Veranlagung bedarf, auf Ersuchen mitzuteilen.

Zu dem gleichen Zwecke haben die Behörden anderer Gemeinden hinsichtlich der ihnen bekannten Besteuerungsmerkmale dem Gemeindevorstande (Steuerausschuß) auf Erfordern Auskunft zu erteilen.

---

§ 63. Durch die Steuerordnung können die Rechte des Gemeindevorstandes (Steuerausschusses) und die Obliegenheiten der Steuerpflichtigen nach Maßgabe folgender Bestimmungen geregelt werden.

Der Gemeindevorstand (Steuerausschuß) kann, soweit er nicht auf anderem Wege (§ 62) zur Kenntnis der für die Veranlagung maßgebenden Besteuerungsmerkmale gelangt ist, ermächtigt werden, von den Steuerpflichtigen hierüber binnen einer angemessenen Frist Auskunft zu erfordern.

Die Aufforderung muß in jedem einzelnen Falle durch eine besondere, dem Steuerpflichtigen zuzustellende Zuschrift erfolgen.

Die Verpflichtung zur Auskunftserteilung erstreckt sich nur auf die Beantwortung der bei der Aufforderung gestellten Fragen über bestimmte Thatsachen. Soweit es sich um Schätzungen handelt, ist der Steuerpflichtige eine Erklärung abzugeben berechtigt, aber nicht verpflichtet.

Wird die Auskunftserteilung beanstandet, so sind dem Steuerpflichtigen vor der Veranlagung die Gründe der Beanstandung mit dem Anheimstellen mitzuteilen, hierüber binnen einer angemessenen Frist eine weitere Erklärung abzugeben.

Die im Vorstehenden wegen der Steuerpflichtigen getroffenen Bestimmungen finden auf Bevollmächtigte und gesetzliche Vertreter der Steuerpflichtigen sinngemäße Anwendung.

---

§ 64. Durch Steuerordnung kann bestimmt werden, daß die Veranlagung besonderer Realsteuern für mehrere aufeinander folgende Rechnungsjahre zu erfolgen hat. Soweit eine Bestimmung nicht getroffen ist, geschieht die Veranlagung für je ein Rechnungsjahr.

---

§ 65. Im Falle der Erhebung von Prozenten der vom Staate veranlagten Realsteuern, sowie von Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer erfolgt die Bekanntmachung der Steuern durch den Gemeindevorstand für diejenigen Steuerpflichtigen, bezüglich deren die staatlich veranlagte Steuer die unveränderte Grundlage der Prozente oder Zuschläge bildet, durch eine in ortsüblicher Weise zu bewirkende Veröffentlichung der zu erhebenden Prozentsätze, für andere Steuerpflichtige durch besondere Mitteilung.

Bei Erhebung besonderer Gemeindesteuern geschieht die Bekanntmachung durch den Gemeindevorstand für die im Gemeindebezirke wohnenden steuerpflichtigen physischen Personen mittels Auslegung der Hebeliste während eines zweiwöchigen Zeitraumes in einem oder mehreren, in ortsüblicher Weise zur öffentlichen Kenntnis zu bringenden Räumen des Gemeindebezirks, für die übrigen Steuerpflichtigen durch besondere Mitteilung.

Bei Zugängen im Laufe des Jahres bedarf es stets besonderer Mitteilung.

Durch Gemeindebeschluß kann an Stelle der Bekanntmachung durch Auslegung eine besondere Mitteilung an jeden einzelnen Pflichtigen angeordnet werden.

---

§ 66. Nach erfolgter Bekanntmachung (§ 65) ist die Steuer in den ersten 8 Tagen eines jeden Monats zu entrichten. An Stelle des Monats kann durch Gemeindebeschluß eine zwei- oder dreimonatliche Hebeperiode eingeführt werden. Auch können durch Gemeindebeschluß bestimmte Hebungstage festgesetzt werden.

Wenn die zu erhebenden Prozentsätze der vom Staate veranlagten Realsteuern oder die Zuschläge zur Einkommensteuer 50 vom Hundert nicht übersteigen, so kann durch Gemeindebeschluß unter Festsetzung der Hebetermine die Hebung der Steuer in halbjährigen Beträgen oder auch im Betrage des ganzen Jahres angeordnet werden.

Dem Pflichtigen ist stets die Vorausbezahlung mehrerer Raten bis zum ganzen Jahresbetrage gestattet.

---

§ 67. Die Gemeinden können die von den Mitgliedern einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung gemäß § 33 Nr. 2 und 3 zu entrichtende Gemeindeeinkommensteuer von der Gesellschaft einziehen.

Vierter Titel.

Naturaldienste.

§ 68. Die Steuerpflichtigen können durch Gemeindebeschluß zu Naturaldiensten (Hand- und Spanndiensten) herangezogen werden.

Spanndienste sind von den Grundbesitzern nach dem Verhältnis der Anzahl der Zugtiere, welche die Bewirtschaftung ihres im Gemeindebezirk belegenen Grundbesitzes erfordert, Handdienste von sämtlichen Steuerpflichtigen gleichheitlich zu leisten.

Ob und inwieweit hierbei den gespannhaltenden Grundbesitzern die ihnen obliegenden Spanndienste auf das Maß der auf sie entfallenden Handdienste anzurechnen sind, bestimmt sich nach den hierüber getroffenen vertragsmäßigen oder statutarischen Festsetzungen oder dem Herkommen. Im Zweifelsfalle wird vermutet, daß die gespannhaltenden Grundbesitzer nur bei solchen Arbeiten, bei welchen zugleich Spanndienste vorkommen, von den Handdiensten befreit sind. Abweichungen von diesen Bestimmungen, insbesondere die Heranziehung von anderen gespannhaltenden Steuerpflichtigen zu Spanndiensten, bedürfen der Genehmigung.

Die Dienste können mit Ausnahme von Notfällen durch taugliche Stellvertreter abgeleistet werden.

Die Gemeinde kann gestatten, daß an Stelle des Naturaldienstes ein angemessener Geldbeitrag geleistet wird.

Die gemäß § 38 dieses Gesetzes von den Gemeindeabgaben ganz oder teilweise freigelassenen Steuerpflichtigen können nach Maßgabe der Bestimmung des Absatzes 2 zu Naturaldiensten herangezogen werden.

Die in §§ 40, 41, 42 aufgeführten Personen sind von Naturaldiensten, soweit diese nicht auf den ihnen gehörigen Grundstücken lasten, befreit; untere Kirchendiener insoweit, als ihnen diese Befreiung seither rechtsgültig zustand.

Fünfter Titel.

Rechtsmittel.

§ 69. Dem Abgabepflichtigen steht gegen die Heranziehung (Veranlagung) zu Gebühren, Beiträgen, Steuern und Naturaldiensten der Einspruch zu. Das Rechtsmittel ist binnen einer Frist von 4 Wochen bei dem Gemeindevorstande einzulegen.

Der Lauf der Frist beginnt:

1. soweit die Bekanntmachung durch Auslegung der Hebelisten erfolgt ist, mit dem ersten Tage nach Ablauf der Auslegungsfrist;
2. soweit eine besondere Mitteilung vorgeschrieben ist, mit dem ersten Tage nach erfolgter Mitteilung;
3. in allen übrigen Fällen mit dem ersten Tage nach der Aufforderung zur Zahlung beziehungsweise Leistung.

Einsprüche, welche sich gegen den der Veranlagung zu Grunde liegenden Staatssteuersatz (§§ 26, 30, 36, 38) und bei besonderen Gemeindeeinkommensteuern (§ 37) gegen die Höhe des zur Staatseinkommensteuer veranlagten Einkommens richten, sind unzulässig.

Vorstehende Bestimmungen finden sinngemäße Anwendung auf Einsprüche wegen Heranziehung oder Veranlagung von Grundbesitzern, Gewerbetreibenden und Einwohnern eines Gutsbezirks zu den öffentlichen Lasten desselben.

§ 70. Ueber den Einspruch beschließt der Gemeindevorstand.

Gegen den Beschluß steht dem Pflichtigen binnen einer, mit dem ersten Tage nach erfolgter Zustellung beginnenden Frist von zwei Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren offen. Zuständig in erster Instanz ist für Landgemeinden (Gutsbezirke) der Kreisausschuß, für Stadtgemeinden der Bezirksausschuß. Der Gemeindevorstand kann zur Wahrnehmung der Rechte der Gemeinde einen besonderen Vertreter bestellen. Gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses bei Stadtgemeinden ist nur das Rechtsmittel der Revision zulässig.

Der Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren unterliegen desgleichen Streitigkeiten zwischen Beteiligten über ihre in dem öffentlichen Rechte begründete Verpflichtung zu den im § 69 Absatz 1 bezeichneten Lasten.

---

§ 71. Ueber die Verteilung gemeindesteuerpflichtiger Einkommen auf eine Mehrzahl steuerberechtigter (Wohnsitz-, Aufenthalts-, Belegenheits-, Betriebs-)Gemeinden gemäß den Vorschriften dieses Gesetzes (§§ 47 bis 51 in Verbindung mit §§ 33 und 52) beschließt auf Antrag des Steuerpflichtigen unter Zugrundelegung der Einschätzung der einzelnen Gemeinden der

Kreisausschuß und, soweit die Stadt Berlin oder andere Stadtgemeinden in Betracht kommen, der Bezirksausschuß nach Anhörung sämtlicher Beteiligten.

Der Antrag des Steuerpflichtigen, welcher binnen der Frist von vier Wochen, vom Tage der Bekanntmachung der Steuer (§ 65) seitens der zweiten oder einer weiteren eine Steuerforderung erhebenden Gemeinde ab gerechnet, zu stellen ist, tritt an die Stelle des Einspruches gegen die Heranziehung (Veranlagung) zu den bezüglichen Steuern in jeder einzelnen der beteiligten Gemeinden (§ 69).

Der Kreis-(Bezirks-)Ausschuß hat nach verhandelter Sache den auf jede Gemeinde entfallenden Teil des steuerpflichtigen Einkommens und den von denselben zu entrichtenden Steuerbetrag festzusetzen.

Zutreffendenfalls kommen die Bestimmungen des § 58 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 dahin zur Anwendung, daß auch in den Fällen, in welchen die Stadt Berlin beteiligt ist, der Minister des Innern den Bezirksausschuß bestimmt, welcher zu beschließen hat.

---

§ 72. Gegen den Beschluß des Kreis-(Bezirks-)Ausschusses findet binnen einer Frist von 2 Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren statt. In den Fällen, in welchen der § 58 a. a. O. zur Anwendung kommt, ist für das Verwaltungsstreitververfahren derjenige Kreis-(Bezirks-)Ausschuß zuständig, welcher in Ansehung des Beschlußverfahrens für zuständig erklärt worden war.

Der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren steht sowohl dem Steuerpflichtigen, als auch einer jeden Gemeinde zu, auf deren Steuerforderung sich der Beschluß erstreckt, und richtet sich gegen sämtliche Beteiligte, deren Teilverhältnis durch den von dem Kläger verfolgten Anspruch berührt wird.

---

§ 73. Wird während schwebenden Beschluß- oder Verwaltungsstreitverfahrens eine weitere Forderung auf Zahlung von Gemeindesteuern in Ansehung des dem Verfahren unterliegenden Einkommens erhoben, so hat der Steuerpflichtige binnen der Frist von vier Wochen, vom Tage der Bekanntmachung der bezüglichen Steuerforderung (§ 65) ab gerechnet, deren Einbeziehung in das schwebende Verfahren bei derjenigen Behörde zu beantragen, bei welcher die Sache anhängig ist. In diesem Verfahren ist alsdann gleichzeitig auch über die später erhobene Steuerforderung zu beschließen oder zu entscheiden.

---

§ 74. Wird nach rechtskräftig entschiedener Sachen eine weitere Steuerforderung in Ansehung des Einkommens erhoben, welches den Gegenstand des früheren Verfahrens gebildet hat, so finden die vorstehenden Bestimmungen (§§ 71 bis 73) sinngemäße Anwendung mit der Maßgabe, daß derjenige Kreis-(Bezirks-) Ausschuß, welcher in dem ersten Verfahren beschlossen und entschieden hat, auch für das zweite Verfahren zuständig ist, und daß das rechtskräftig festgesetzte Anteilsverhältnis der bei dem ersten Verfahren beteiligt gewesenen Gemeinden in dem zweiten Verfahren nicht mehr geändert, in dem letzteren vielmehr nur noch darüber beschlossen und entschieden werden kann, welchen Betrag die früher aufgetretenen Steuergläubiger dem später aufgetretenen nach dem durch das rechtskräftige Urteil für sie festgesetzten Anteilsverhältnisse zu erstatten haben.

---

§ 75. Durch Einspruch und Klage wird die Verpflichtung zur Zahlung oder Leistung nicht aufgeschoben.

---

§ 76. Gegen die Feststellung des Gesamtsteuersatzes für einen Gewerbebetrieb, der sich über mehrere Gemeinden erstreckt und nicht zur Staatsgewerbesteuer, aber gemäß § 28 Nr. 2 bis 6 zur Gemeindegewerbesteuer herangezogen wird (§ 32), finden dieselben Rechtsmittel statt, die im Falle der Veranlagung dieses Betriebes zur Staatsgewerbesteuer gegeben sein würden (§§ 35 bis 37 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891).

Desgleichen finden auch in diesem Falle hinsichtlich der Zerlegung des Steuersatzes in die auf die einzelnen Betriebsorte entfallenden Teilbeträge die im § 38 a. a. O. wegen der Rechtsmittel getroffenen Vorschriften Anwendung.

Sechster Titel.

Aufsicht.

§ 77. Für die Erteilung der in diesem Gesetze vorbehaltenen Genehmigungen ist nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen bei Stadtgemeinden der Bezirksausschuß, bei Landgemeinden der Kreisausschuß zuständig.

Gegen den auf Beschwerde ergehenden Beschluß — bei Stadtgemeinden des Provinzialrats, bei Landgemeinden des Bezirksausschusses — steht dem Vorsitzenden dieser Behörde aus Gründen des öffentlichen Interesses die Einlegung der weiteren Beschwerde an die Minister des Innern und der Finanzen zu. Hierbei finden die Bestimmungen des § 123 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 Anwendung.

Die Genehmigung von Gemeindebeschlüssen, durch welche

a) besondere direkte oder indirekte Gemeindesteuern neu eingeführt oder in ihren Grundsätzen verändert,
b) Abweichungen von den im § 54 vorgeschriebenen Verteilungsregeln,
c) Zuschläge über den vollen Satz der Staatseinkommensteuer hinaus (§ 55) angeordnet werden,

bedarf der Zustimmung der Minister des Innern und der Finanzen. Den Ministern ist gestattet, die Erteilung der Zustimmung auf die ihnen untergeordneten Aufsichtsbehörden höherer Instanz zu übertragen.

Die Erteilung der Genehmigung kann auf eine von vornherein zu bestimmende Frist von einem oder mehreren Jahren beschränkt werden.

---

§ 78. Bestehen bei dem Inkrafttreten des Gesetzes in einzelnen Gemeinden Ordnungen über die Aufbringung von Gebühren, Beiträgen, indirekten, direkten Steuern oder Diensten, welche den Vorschriften dieses Gesetzes zuwiderlaufen, oder werden derartige Gemeindebeschlüsse gefaßt, so ist die Aufsichtsbehörde befugt, deren Abänderung oder Ergänzung unter Angabe der Gründe anzuordnen.

Dieselbe Befugnis steht der Aufsichtsbehörde zu, wenn die Abstufungen des Grundbesitzes, nach welchen die Steuer umgelegt wird (§ 25), wegen wesentlicher Veränderungen der Besitzverhältnisse zur Grundlage der Besteuerung nicht mehr geeignet sind und ein Antrag auf Abänderung oder Ergänzung von der Mehrheit der einer Abstufung angehörigen Steuerpflichtigen gestellt wird.

Die Einführung neuer und die Erhöhung bestehender direkter Steuern darf nicht angeordnet werden.

Gegen die Anordnung findet innerhalb vier Wochen nach Ablauf der in derselben gestellten Frist die Klage im Verwaltungsstreitverfahren, für Landgemeinden bei dem Bezirksausschusse, für Stadtgemeinden bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.

Wird die Klage innerhalb dieser Frist nicht erhoben, so ist die Aufsichtsbehörde befugt, die in Ansehung der Aufbringung der Gebühren, Beiträge, indirekten, direkten Steuern oder Dienste erforderliche Ordnung auf Grundlage der erlassenen Verfügung selbst festzustellen. Das Gleiche gilt für den Fall der rechtskräftigen Abweisung der Klage. Wird die Klage endgültig für begründet erkannt, so tritt die Anordnung außer Kraft.

Sofern das öffentliche Interesse es erheischt, beschließt im Falle der Erhebung der Klage über die vorläufige Ordnung des Steuerwesens bis zur rechtskräftigen Entscheidung für Landgemeinden der Kreisausschuß, für Stadtgemeinden der Bezirksausschuß.

Siebenter Titel.

Strafen.

§ 79. Wer in der Absicht der Steuerhinterziehung an zuständiger Stelle auf die an ihn gerichteten Fragen oder bei der Begründung eines Einspruchs unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit dem vier- bis zehnfachen

Betrage der stattgehabten oder beabsichtigten Verkürzung, mindestens aber mit einer Geldstrafe von einhundert Mark bestraft.

Ist eine unrichtige oder unvollständige Angabe, welche geeignet ist, eine Verkürzung der Steuer herbeizuführen, zwar wissentlich, aber nicht in der Absicht der Steuerhinterziehung erfolgt, so tritt Geldstrafe von drei bis einhundert Mark ein.

Straffrei bleibt, wer seine unrichtige oder unvollständige Angabe, bevor Anzeige erfolgt oder eine Untersuchung eingeleitet ist, an zuständiger Stelle berichtigt oder ergänzt und die vorenthaltene Steuer in der ihm gesetzten Frist entrichtet.

---

§ 80. Der Gemeindevorstand beziehungsweise die Mitglieder des Gemeindevorstandes, die Mitglieder der Steuerausschüsse, sowie die bei der Veranlagung beteiligten Gemeindebeamten werden, wenn sie die zu ihrer Kenntnis gelangten Erwerbs-, Vermögens- oder Einkommensverhältnisse eines Steuerpflichtigen, insbesondere auch den Inhalt einer Auskunftserteilung (§ 63) oder der darüber gepflogenen Verhandlungen unbefugt offenbaren, mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Die Verfolgung findet nur auf Antrag des Gemeindevorstandes oder des Steuerpflichtigen beziehungsweise dessen Vertreters statt. Ist das Vergehen von dem Gemeindevorstande oder von Mitgliedern des Gemeindevorstandes begangen, so ist auch die Aufsichtsbehörde zur Stellung des Antrages berechtigt.

---

§ 81. Die auf Grund der §§ 79 und 80 festgesetzten, aber unbeitreiblichen Geldstrafen sind nach Maßgabe der für Uebertretungen geltenden Bestimmungen der §§ 28 und 29 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich in Haft umzuwandeln.

Die Untersuchung und Entscheidung in betreff der im § 79 bezeichneten strafbaren Handlungen steht dem Gerichte zu, wenn nicht der Beschuldigte die von dem Gemeindevorstande vorläufig festgesetzte Geldstrafe nebst den durch das Verfahren gegen ihn entstandenen Kosten binnen einer ihm bekannt gemachten Frist freiwillig an die Gemeindekasse zahlt.

Hat der Beschuldigte in Preußen keinen Wohnsitz, so erfolgt das Einschreiten des Gerichts ohne vorläufige Festsetzung der Strafe durch den Gemeindevorstand. Dasselbe findet statt, wenn der Gemeindevorstand aus sonstigen Gründen von der vorläufigen Festsetzung der Strafe Abstand zu nehmen erklärt oder der Angeschuldigte hierauf verzichtet.

Bei Zuwiderhandlungen wegen der Verpflichtung zur Geheimhaltung (§ 80) findet nur das gerichtliche Strafverfahren statt.

---

§ 82. In den Steuerordnungen können Strafen gegen Zuwiderhandlungen bis zur Höhe von dreißig Mark angedroht werden.

Die Strafen sind durch den Gemeindevorstand festzusetzen und nach eingetretener Rechtskraft (§ 459 der Strafprozeßordnung vom 1. Februar 1877, Reichs-Gesetzbl. S. 253) im Verwaltungszwangsverfahren beizutreiben.

Achter Titel.

Nachforderungen und Verjährungen.

§ 83. Die Einziehung hinterzogener direkter Steuern (§ 79) zur Gemeindekasse erfolgt neben und unabhängig von der Strafe.

Die Verbindlichkeit zur Nachzahlung der Steuer verjährt in zehn Jahren und geht auf die Erben, jedoch für diese mit einer Verjährungsfrist von fünf Jahren und nur auf Höhe ihres Erbanteils, über. Die Verjährung beginnt mit Ablauf des Rechnungsjahres, in welchem die Hinterziehung begangen wurde.

Die Festsetzung der Nachsteuer steht dem Gemeindevorstande zu, gegen dessen Beschluß nach Maßgabe der §§ 69, 70 der Einspruch und die Klage im Verwaltungsstreitverfahren zulässig ist.

---

§ 84. Steuerpflichtige, welche entgegen den Vorschriften dieses Gesetzes oder der

auf Grund desselben erlassenen Steuerordnungen bei der Veranlagung direkter Gemeindesteuern übergegangen oder steuerfrei geblieben sind, ohne daß eine strafbare Hinterziehung der Steuer stattgefunden hat (§§ 79, 83), sind zur Entrichtung des der Gemeindekasse entzogenen Betrages verpflichtet. Die Verpflichtung erstreckt sich auf die drei Rechnungsjahre zurück, welche dem Rechnungsjahre, in dem die Verkürzung festgestellt worden, vorausgegangen sind.

Die Verpflichtung zur Zahlung der Nachsteuer geht auf die Erben, jedoch nur bis zur Höhe ihres Erbanteils über.

Die Veranlagung der Nachsteuer erfolgt einheitlich für den ganzen Zeitraum, auf welchen sich die Verpflichtung erstreckt, nach den Vorschriften dieses Gesetzes oder der maßgebenden Steuerordnungen.

---

§ 85. Ist nach den Bestimmungen der §§ 67, 80 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 eine Nachsteuer für den Staat festgesetzt, so haben die zur Entrichtung der Nachsteuer Verpflichteten gemäß den hierfür geltenden Vorschriften die entsprechenden Zuschläge an die Gemeinde nachzuzahlen.

Die Festsetzung der nachträglich zu entrichtenden Zuschläge geschieht durch den Gemeindevorstand einheitlich für den ganzen Zeitraum, auf welchen sich die Verpflichtung erstreckt, nach den Vorschriften dieses Gesetzes oder der maßgebenden Steuerordnungen.

---

§ 86. Hat infolge der Einlegung von Rechtsmitteln oder einer anderweiten Veranlagung (§ 57 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891) eine Erhöhung der ursprünglich vom Staate veranlagten Steuer stattgefunden (§ 30 Absatz 2, § 36 Absatz 3), so kann die hieraus entspringende Nachforderung der Gemeinde nur innerhalb der Frist von einem Jahre, welche mit dem Tage der ergangenen endgültigen Entscheidung über die Erhöhung der Steuer beginnt, erhoben werden.

---

§ 87. Die Berechtigung der Gemeinden zur Nachforderung anderer Gemeindeabgaben als direkter Steuern beschränkt sich ohne Unterscheidung, ob die Abgabe gar nicht oder mit einem zu geringen Betrage erhoben worden ist,

1. bei Verbrauchsabgaben auf die Frist eines Jahres, vom Tage des Eintrittes der Zahlungsverpflichtung an gerechnet,
2. bei sonstigen indirekten Steuern, Gebühren und Beiträgen (§§ 4 bis 11), sowie bei Kosten auf die Frist von drei Jahren seit dem Ablaufe desjenigen Jahres, in welchem die Forderung entstanden ist.

Die Nachforderung von Naturaldiensten ist, sofern die Nachleistung nach den Zwecken der zu leistenden Dienste überhaupt noch möglich ist, auf die Dauer des laufenden Rechnungsjahres beschränkt.

---

§ 88. Zur Hebung gestellte Gemeindeabgaben und Kosten, welche im Rückstande verblieben oder befristet sind, verjähren in 4 Jahren, von dem Ablaufe des Jahres an gerechnet, in welches der Zahlungstermin fällt.

Die Verjährung wird durch eine an den Pflichtigen erlassene Zahlungsaufforderung, durch Verfügung der Zwangsvollstreckung und durch Stundung unterbrochen.

Nach Ablauf des Jahres, in welchem die letzte Aufforderung zugestellt, die Zwangsvollstreckung verfügt oder die bewilligte Frist abgelaufen ist, beginnt eine neue vierjährige Verjährungsfrist.

Neunter Titel.

Kosten und Zwangsvollstreckung.

§ 89. Die Kosten der Veranlagung und Erhebung der Abgaben fallen, insoweit hierüber nicht durch § 14 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern anderweitige Bestimmung getroffen ist, der Gemeindekasse zur Last. Jedoch sind diejenigen Kosten, welche durch die gelegentlich eines Einspruches erfolgenden Ermittelungen veranlaßt werden, von dem Abgabepflichtigen zu erstatten, wenn sich

seine Angaben in wesentlichen Punkten als unrichtig erweisen. Die Festsetzung dieser Kosten kann nur in der Entscheidung über den Einspruch erfolgen.

§ 90. Gebühren, Beiträge, Steuern und Kosten, sowie die nach einem von der Aufsichtsbehörde festgestellten Tarife erhobenen Vergütungen (Kurtaxen u. s. w.) unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren nach Maßgabe der Verordnung vom 15. November 1899 (Gesetz-Samml. S. 545).

Sind Naturaldienste zu leisten, so ist der Gemeindevorstand bei Säumnis der Pflichtigen befugt, die Dienste durch Dritte leisten und die entstehenden Kosten von den ersteren im Verwaltungszwangsverfahren beitreiben zu lassen.

Teil II.

Kreis- und Provinzialsteuern.

§ 91. Die bestehenden Vorschriften über die Aufbringung der Kreis- und Provinzialsteuern bleiben mit folgenden Maßgaben unberührt:

1. Wie in den Städten, bleibt auch den Landgemeinden die Beschlußfassung darüber vorbehalten, in welcher Weise ihre Anteile an den Kreissteuern aufgebracht werden sollen.
2. Bei der Verteilung der Kreissteuern sind die Grund-, Gebäude- und die Gewerbesteuer der Klassen I und II in der Regel mit dem gleichen Betrage desjenigen Prozentsatzes heranzuziehen, mit welchem die Staatseinkommensteuer belastet wird.

   Mit Genehmigung des Bezirksausschusses kann der Betrag, mit welchem die Realsteuern heranzuziehen sind, bis auf das Anderthalbfache jenes Prozentsatzes erhöht oder bis auf die Hälfte desselben herabgesetzt werden.

   Die zur Ausführung der vorstehenden Bestimmungen erforderlichen Beschlüsse der Kreistage und Bezirksausschüsse können bereits innerhalb eines Jahres vor dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes gefaßt werden. Mit dem bezeichneten Zeitpunkte treten Maßstäbe für die Verteilung der Kreisabgaben, welche den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht entsprechen oder die darnach erforderliche Genehmigung nicht erhalten haben, außer Kraft.
3. Die Mehr- oder Minderbelastung einzelner Kreisteile mit Kreissteuern und einzelner Kreise mit Provinzialsteuern darf auch nach einem anderen Maßstabe, als nach Quoten der Kreissteuern beziehungsweise der direkten Staatssteuern erfolgen.
4. Insoweit juristische Personen, Gesellschaften u. s. w. zur Entrichtung der in Kreisen oder Provinzen vom Einkommen zu erhebenden Steuern verpflichtet sind oder physische Personen in verschiedenen Kreisen beziehungsweise Provinzen solchen Steuern unterliegen, kommen bei Veranlagung der Pflichtigen die die Gemeindeeinkommensteuer betreffenden Vorschriften dieses Gesetzes sinnentsprechend zur Anwendung.

Die auf Grund der Einlegung von Rechtsmitteln erfolgte Erhöhung oder Ermäßigung der der Verteilung von Kreis- und Provinzialsteuern zu Grunde gelegten Staatssteuersätze zieht die entsprechende Abänderung der Veranlagung zu den Kreis- beziehungsweise Provinzialsteuern nach sich.

§ 92. Die Vorschriften der §§ 51, 71 bis 74 finden bei der Kreis- und Provinzialbesteuerung mit nachstehenden Maßgaben sinnentsprechende Anwendung:

1. Ueber die Verteilung des dem Besteuerungsrechte mehrerer Kreise (Stadt- oder Landkreise) unterliegenden Einkommens beschließt der Bezirksausschuß.

   An Stelle der Frist von 4 Wochen tritt eine solche von 2 Monaten.
2. Ueber die Verteilung des dem Besteuerungsrechte mehrerer Provinzen unterliegenden Einkommens beschließt — auch wenn die Stadt Berlin mit

in Betracht kommt — derjenige Provinzialrat, welchen der Minister des Innern bestimmt.

Gegen den Beschluß findet binnen 2 Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.

---

§ 93. Die Kreise sind befugt, das Halten von Hunden zu besteuern. Die Steuer darf jährlich 5 Mark für den Hund nicht übersteigen und ist durch Steuerordnung zu regeln. Auf die Steuerordnung finden die Vorschriften des § 82 mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Gemeindevorstandes der Kreisausschuß tritt.

Die Steuerordnung bedarf der Genehmigung des Bezirksausschusses. Die Genehmigung unterliegt der Zustimmung der Minister des Innern und der Finanzen. Den Ministern ist gestattet, die Erteilung der Zustimmung auf den Oberpräsidenten zu übertragen.

Die Erhebung einer Hundesteuer seitens der Kreise berührt das Recht der Gemeinden zur Besteuerung der Hunde nicht (§ 16).

Schluß-, Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen.

§ 94. Alle in dem gegenwärtigen Gesetze vorgeschriebenen Fristen sind Ausschlußfristen. Die Fristen beginnen, soweit in diesem Gesetze nichts anderes bestimmt ist, mit der Zustellung des Beschlusses oder der sonstigen Anordnung. Der Tag der Zustellung wird nicht mitgerechnet. Im übrigen sind für den Beginn und die Berechnung der Fristen die bürgerlichen Prozeßgesetze maßgebend.

---

§ 95. Das Rechnungsjahr für den Gemeindehaushalt beginnt mit dem 1. April und schließt mit dem 31. März.

Der Beschlußfassung der Gemeindebehörden bleibt überlassen, an Stelle des Rechnungsjahres eine Periode von zwei oder drei Rechnungsjahren treten zu lassen.

---

§ 96. Das gegenwärtige Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Gesetze wegen Aufhebung direkter Staatssteuern in Kraft.

Die Gemeinden sind verpflichtet, die Ordnungen (Observanzen, Statuten, Regulative, Gemeindebeschlüsse u. s. w.) über die Aufbringung von Gebühren, Beiträgen, indirekten oder direkten Steuern oder Diensten mit den Vorschriften dieses Gesetzes in Uebereinstimmung zu bringen.

Zu diesem Behufe können die zur Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes erforderlichen Gemeindebeschlüsse bereits innerhalb eines Jahres vor dem Inkrafttreten desselben im voraus gefaßt und die dadurch bedingten Anordnungen und Entscheidungen der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes getroffen werden.

Ordnungen, welche bis zum Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes in Geltung gewesen sind, bleiben — unbeschadet der Bestimmungen im § 23 Absatz 4 und § 37 Absatz 2 — bis zur Abänderung durch rechtsgültigen Gemeindebeschluß oder Anordnung der Aufsichtsbehörde (§ 78) bestehen.

Mit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes treten alle demselben entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen außer Kraft.

Wo in den Gesetzen auf diese Bestimmungen Bezug genommen ist, kommen diejenigen des gegenwärtigen Gesetzes sinnentsprechend zur Anwendung.

Unberührt bleiben die Vorschriften wegen Erhebung von Bürgerrechtsgeldern, Einkaufsgeldern und gleichartigen Abgaben.

---

§ 97. Der Minister des Innern und der Finanzminister sind mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Gesetz

wegen

Aufhebung direkter Staatssteuern.

Vom 14. Juli 1893.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtags Unserer Monarchie für den Umfang derselben, mit Ausschluß der Insel Helgoland, was folgt:

§ 1. Behufs Erleichterung und anderweitiger Regelung der öffentlichen Lasten der Gemeinden (Gutsbezirke) werden die folgenden direkten Staatssteuern gegenüber der Staatskasse außer Hebung gesetzt:

1. die nach den Gesetzen vom 21. Mai 1861 (Gesetz-Samml. S. 253 und 317) sowie nach den hierzu ergangenen ergänzenden und abändernden Gesetzen veranlagte Grund- und Gebäudesteuer,
2. die nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 (Gesetz-Samml. S. 205) veranlagte Gewerbe- und Betriebssteuer.

---

§ 2. Ferner werden außer Hebung gesetzt:

1. die von den Bergwerken in den älteren rechtsrheinischen Landesteilen zu entrichtende Aufsichtssteuer und Bergwerksabgabe (Gesetz über die Besteuerung der Bergwerke für den ganzen Umfang der Monarchie, mit Ausnahme der auf dem linken Rheinufer belegenen Landesteile, vom 12. Mai 1851, § 8 — Gesetz-Samml. S. 261 —, Gesetz, die Bergwerksabgaben betreffend, vom 20. Oktober 1862, § 4 —, Gesetz-Samml. S. 351 —).
2. die in den übrigen Landesteilen zu entrichtende Bergwerksabgabe (Gesetz, die Bergwerksabgaben betreffend, vom 20. Oktober 1862, § 6; Verordnungen für das Gebiet des vormaligen Königreichs Hannover, vom 8. Mai 1867, Artikel XXI — Gesetz-Samml. S. 601 —, für das Gebiet des vormaligen Kurfürstentums Hessen, die Stadt Frankfurt und die vormals Königlich Bayerischen Gebietsteile, vom 1. Juni 1867, Artikel XVII — Gesetz-Samml. S. 770 —, für das vormalige Herzogtum Nassau, die vormals Großherzoglich Hessischen Landesteile und die vormalige Landgrafschaft Hessen-Homburg einschließlich des Oberamtsbezirks Meisenheim, vom 1. Juni 1867, Artikel I § 2 — Gesetz-Samml. S. 802 —; Gesetz, betreffend die Einführung des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 in das Gebiet des Herzogtums Lauenburg, vom 6. Mai 1868, Artikel VII — Offizielles Wochenblatt für das Herzogtum Lauenburg für 1868 Nr. 36 —; Gesetz, betreffend die Einführung des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 in das Gebiet der Herzogtümer Schleswig und Holstein, vom 12. März

1869, Artikel IX — Gesetz-Samml. S. 453 —).

§ 3. Die Vorschriften der in den §§ 1 und 2 bezeichneten Gesetze bleiben, soweit nicht in dem gegenwärtigen Gesetze und in dem Kommunalabgabengesetze Abweichendes bestimmt ist, in Kraft.

Die Veranlagung und Verwaltung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer wird, soweit nicht in dem gegenwärtigen Gesetze Abweichendes bestimmt ist, unter Aufrechterhaltung der dieserhalb bestehenden gesetzlichen Einrichtungen vom Staate für die Zwecke der kommunalen Besteuerung ausgeführt. Die landständische Mitwirkung bei der Verwaltung der Grundsteuer innerhalb des kommunalständischen Verbandes der Oberlausitz (Gesetz, betreffend die definitive Unterverteilung und Erhebung der Grundsteuer u. s. w. vom 8. Februar 1867, § 49 — Gesetz-Samml. S. 185 —) wird hierdurch nicht berührt.

§ 4. Die Veranlagung (§ 3) ist auf diejenigen Liegenschaften, Gebäude und Gewerbebetriebe auszudehnen, welche von der entsprechenden Staatssteuer freigeblieben, aber gemäß den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes der Kommunalsteuerpflicht unterworfen sind.

Für die Veranlagung gelten, soweit nicht in dem gegenwärtigen Gesetze und in dem Kommunalabgabengesetze Abweichendes bestimmt ist, die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften, welche bei der Heranziehung zu den entsprechenden Staatssteuern anzuwenden gewesen sein würden. Insbesondere sind gegen die Veranlagung dieselben Rechtsmittel zulässig, mit denen die Veranlagung der entsprechenden Staatssteuer hätte angefochten werden können.

§ 5. Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, welche von der Veranlagung der im § 1 Nr. 1 und 2 bezeichneten Steuern oder von einzelnen derselben anderweitige Rechtsfolgen, insbesondere die Begründung von Rechten oder Pflichten abhängig machen, bleiben aufrecht erhalten; soweit hierbei die Entrichtung solcher Steuern vorausgesetzt wird, treten an die Stelle der zu entrichtenden die veranlagten Beträge.

Auf die Bestimmungen im § 9 I Nr. 4 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (Gesetz-Samml. S. 175) findet diese Vorschrift keine Anwendung.

Die Vorschrift findet gleichfalls keine Anwendung auf die Bildung der Urwählerabteilungen für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten. Ueber diese, sowie über die Bildung der Wählerabteilungen für die Wahl von Gemeindevertretungen ergeht besondere gesetzliche Bestimmung.

§ 6. Die für die Provinzen Rheinland und Westfalen bestehenden besonderen Vorschriften über den Grundsteuerdeckungsfonds und den Fonds zur Erhaltung und Erneuerung des Katasters (Grundsteuergesetz für die westlichen Provinzen vom 21. Januar 1839, § 2 zu b und c, §§ 4 44 bis 48 — Gesetz-Samml. S. 30 —, Verordnung, betreffend die Feststellung und Unterverteilung der Grundsteuer in den beiden westlichen Provinzen, vom 12. Dezember 1864, §§ 3, 4, 21 — Gesetz-Samml. S. 683 —) treten außer Kraft.

An Stelle dieser Vorschriften treten die in den übrigen Landesteilen geltenden allgemeinen Bestimmungen.

Mit der Auflösung der Fonds gehen die Bestände, sowie die alsdann noch bestehenden Forderungen und Verpflichtungen

a) des Grundsteuerdeckungsfonds auf die Kreise der betreffenden Regierungsbezirke nach Maßgabe der veranlagten Grundsteuer,
b) des Fonds zur Erhaltung und Erneuerung des Katasters auf die Staatskasse

über.

§ 7. Die auf die Aufbewahrung der Kopie der Katasterdokumente und auf die Erteilung beglaubigter Auszüge aus denselben bezüglichen Bestimmungen im Artikel II des Gesetzes über die Veräußerung und hypothekarische Belastung von Grundstücken im Geltungsbereiche des Rheinischen Rechts vom 20. Mai 1885 (Gesetz-Samml. S. 139) werden auf die übrigen Teile der Rheinprovinz und auf die Provinz Westfalen ausgedehnt.

§ 8. Soweit die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer von der Vorenthaltung oder von dem Verluste der Steuer gegenüber dem

Staate abhängig gemacht ist (Gebäudesteuergesetz vom 21. Mai 1861, § 17 Absatz 3; Gesetz, betreffend die definitive Unterverteilung und Erhebung der Grundsteuer in den sechs östlichen Provinzen, vom 8. Februar 1867, § 34 Absatz 3; Gesetz, betreffend die Ausführung der anderweiten Regelung der Grundsteuer in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau, sowie in dem Kreise Meisenheim, vom 11. Februar 1870, § 1 — Gesetz-Samml. S. 85 —, Gewerbesteuergesetz vom 24. Juni 1891, § 70), gilt als vorenthalten (verloren) derjenige Betrag, welcher im Falle fortdauernder Hebung der Steuer zur Staatskasse nach Maßgabe der Veranlagung (§ 3 Absatz 2, § 4) zu entrichten gewesen sein würde.

Die im § 17 Absatz 3 des Gebäudesteuergesetzes vom 21. Mai 1861 bestimmte dreimonatliche Anmeldefrist für neuentstandene Gebäude (§ 15 zu 4 a. a. O.), desgleichen für wesentliche Verbesserungen von Gebäuden, sowie Vergrößerungen der zu ihnen gehörigen Hofräume und Hausgärten (§ 15 zu 5 a. a. O.) beginnt mit dem Ablaufe des Rechnungsjahres, in welchem die Veränderung eingetreten ist.

---

§ 9. Zum Bezuge von Nachsteuern (Gebäudesteuergesetz vom 21. Mai 1861, § 17 Absatz 4; Gesetz vom 8. Februar 1867, § 34 Absatz 4; Gesetz vom 11. Februar 1870, § 1; Gewerbesteuergesetz vom 24. Juni 1891, §§ 70, 78) ist diejenige Gemeinde berechtigt, welcher nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes das entsprechende Steueraufkommen zusteht.

---

§ 10. Die Bestimmungen im § 81 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 werden aufgehoben.

Das Aufhören eines steuerpflichtigen Gewerbes ist nicht der Hebestelle (§ 58 Absatz 1 a. a. O.), sondern dem Vorsitzenden des für die Veranlagung zuständigen Steuerausschusses anzuzeigen.

---

§ 11. Die Hebung und Beitreibung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer liegt derjenigen Gemeinde ob, welche nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes zum Bezuge des entsprechenden Steueraufkommens berechtigt ist.

Die Ausfälle treffen die Gemeindekasse. Die Ermächtigung zum Erlasse und zur Ermäßigung veranlagter Steuern (Gesetz, betreffend den Erlaß oder die Ermäßigung der Grundsteuer infolge von Ueberschwemmungen, vom 15. April 1889, § 1 Nr. 1 — Gesetz-Samml. S. 99 —, Gewerbesteuergesetz vom 24. Juni 1891, §§ 44, 45) geht auf die Gemeinden über.

Die gesetzlichen Bestimmungen über Ansprüche der Gemeinden auf Mitverwaltung ihrer Kassen durch staatliche Kassenbeamte (Gemeindeordnung für die Rheinprovinz vom 23. Juli 1845, §§ 79, 106 — Gesetz-Samml. S. 523 —, Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856, §§ 44, 73 — Gesetz-Samml. S. 265 —) werden aufgehoben.

---

§ 12. Die auf die Betriebssteuer bezüglichen Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 gelangen nach Maßgabe folgender Bestimmungen zur Anwendung:

1. Erstreckt sich ein betriebssteuerpflichtiges Gewerbe über mehrere Kreise, so ist für jeden dieser Kreise die Hälfte der im § 60 Nr. 1 und 2 a. a. O. bestimmten Steuersätze zu entrichten. Auf die im § 60 Absatz 2 a. a. O. bezeichneten Betriebsstätten findet diese Bestimmung keine Anwendung.
2. Die Betriebssteuer wird in den Landkreisen vom Landrat, in den Stadtkreisen vom Gemeindevorstande, in Berlin von der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern festgestellt.

   Diesen Behörden stehen auch die Befugnisse zur Herabsetzung der Betriebssteuer § 61 und die anderweite Feststellung gemäß § 65 Absatz 2 a. a. O. zu.
3. Die Betriebssteuer ist binnen zwei Wochen nach erfolgter Behändigung der Steuerzuschrift in einer Summe zu entrichten.

   Die im § 61 a. a. O. bezeichneten Steuerpflichtigen haben die Steuer vor Eröffnung des Betriebes zu entrichten, oder, falls bis dahin die Steuerzuschrift noch nicht behändigt ist, einen von dem Gemeinde-(Guts-)Vorstande zu bestimmenden Geldbetrag bei der gleichzeitig zu bezeichnenden Kasse zur Deckung der Steuer zu hinterlegen, widrigenfalls

ihnen die Ausübung des Betriebes nach Maßgabe des § 63 a. a. O. untersagt werden kann.

§ 13. Die Gemeinden (Gutsbezirke) haben die Betriebssteuer in den veranlagten Beträgen (§ 12) von den Pflichtigen ihres Bezirks zu erheben.

Die Gemeinden (Gutsbezirke) der Landkreise haben die erhobenen Beträge am Schlusse eines jeden Vierteljahres an die Kreiskommunalkasse abzuführen.

Sofern die Gemeinden nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes besondere Betriebssteuern eingeführt haben, müssen sie denjenigen Betrag, welcher sich bei Anwendung der Bestimmungen der §§ 60 bis 69 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 und des § 12 des gegenwärtigen Gesetzes ergeben würde, an die Kreiskommunalkasse abführen.

Die Kreise haben das ihnen zufließende Aufkommen der Betriebssteuer (Absatz 2 und 3) zur Bestreitung ihrer Ausgaben zu verwenden.

§ 14. Die Kosten der Veranlagung und Verwaltung der Steuern (§ 3 Absatz 2, § 4) werden, soweit sie nicht durch die den Gemeinden hierbei übertragenen Geschäfte entstehen, aus der Staatskasse bestritten.

Das Aufkommen an Gebühren, Kosten und Strafen im Bereiche der Grund-, Gebäude- und Gewerbe-(Betriebs-)Steuer fließt in die Staatskasse.

Soweit im Bereiche der Katasterverwaltung die Ausführung von Neumessungen ganzer Gemarkungen oder größerer Teile von solchen seitens einer Gemeinde oder der beteiligten Grundbesitzer beantragt wird, oder vorzugsweise der Gemeinde oder den beteiligten Grundbesitzern zum Vorteile gereicht, kann die Ausführung nach Bestimmung des Finanzministers von der Entrichtung eines, seitens der Gemeinde oder der beteiligten Grundbesitzer zu leistenden Beitrages zu den Kosten der Neumessung abhängig gemacht werden.

§ 15. Die Kosten der Hebung und Beitreibung der Steuern (§§ 11, 13) sind von den Gemeinden zu tragen.

Die gesetzlichen Bestimmungen über die Verpflichtung der Grundsteuerpflichtigen zur Entrichtung von Beischlägen behufs Bestreitung der Elementarerhebungskosten (Grundsteuergesetz für die westlichen Provinzen vom 21. Januar 1839, §§ 2a, 3; Gesetz vom 11. Februar 1870, § 11) werden aufgehoben.

§ 16. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Ansprüche der Gemeinden (Gutsbezirke) auf den Bezug von Vergütungen für die bei Veranlagung der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer ihnen übertragenen Geschäfte (Gewerbesteuergesetz vom 24. Juni 1891, § 75 Absatz 1; Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891, § 73 Absatz 1) treten außer Kraft.

Durch Königliche Verordnung kann den Gemeinden und selbständigen Gutsbezirken die Verpflichtung auferlegt werden, in ihren Bezirken die Elementarerhebung der sämtlichen direkten Staatssteuern, der Domänen-, Rentenbank- und Grundsteuerentschädigungsrenten sowie die Abführung der erhobenen Beträge an die zuständigen Staatskassen ohne Vergütung zu bewirken.

§ 17. Ansprüche auf Grundsteuerentschädigungen aus den §§ 1, 15 bis 17 des Gesetzes vom 11. Februar 1870 und aus dem Grundsteuerentschädigungsgesetze vom 21. Mai 1861 — Gesetz-Samml. S. 327 — sowie auf sonstige, seitens des Staates zu leistende Entschädigungen, welche die Entrichtung der Grundsteuer an den Staat zur Voraussetzung haben, finden nicht ferner statt.

§ 18. Die auf Grund der §§ 1 bis 4 des Grundsteuerentschädigungsgesetzes vom 21. Mai 1861 und der §§ 1, 15 des Gesetzes vom 11. Februar 1870 für die Aufhebung von Grundsteuerbefreiungen und Grundsteuerbevorzugungen geleisteten Entschädigungen sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen an die Staatskasse zurückzuerstatten.

Hierbei ist, soweit die Entschädigung durch Erlaß von Domänenabgaben oder Domänenamortisationsrenten stattgefunden hat, das zu erstattende Entschädigungskapital nach dem zwanzigfachen Betrage der erlassenen Abgabe beziehungsweise Rente zu berechnen.

§ 19. Die Rückerstattung (§ 18) bleibt ausgeschlossen bezüglich derjenigen Güter und Grundstücke, welche nach erfolgter Ent-

schädigung durch lästiges (entgeltliches) Rechtsgeschäft veräußert worden sind.

Wenn sich die Veräußerung nur auf einen Teil des Gutes beziehungsweise Grundstückes erstreckt hat, so wird der Betrag der Rückerstattung nach dem Verhältnisse der Grundsteuer ermittelt.

Falls jedoch der veräußerte Teil nur aus Absplissen zu öffentlichen Wegen, zu Flüssen, Bächen, Kanälen oder zu Eisenbahnen besteht, wird der hierauf entfallende Entschädigungsbetrag von der für das ganze Gut oder Grundstück geleisteten Entschädigung nur dann abgerechnet, wenn der zur Rückerstattung Verpflichtete nachweist, daß der Grundsteuerreinertrag der Absplisse mehr als den zehnten Teil des Grundsteuerreinertrages des ganzen Gutes oder Grundstücks und zugleich mehr als 30 Mark beträgt.

Die Rückerstattung (§ 18) bleibt ferner in denjenigen Fällen ausgeschlossen, in welchen die Vorschriften im § 5 des Gesetzes vom 25. Mai 1885 (Gesetz-Samml. S. 170) deshalb nicht zur Anwendung gekommen sind, weil der Besitzer der betreffenden Grundstücke die im § 7 a. a. O. vorgesehenen Voraussetzungen nicht erfüllt hat.

Bezüglich derjenigen Güter und Grundstücke, deren Eigentum nach erfolgter Entschädigung durch Schenkung, Vermächtnis, infolge von Erbteilungen oder Gutsüberlassungsverträgen übergegangen ist, bleibt die Rückerstattung des Entschädigungskapitals zu demjenigen Bruchteile ausgeschlossen, zu welchem der zeitige Eigentümer weder unmittelbar noch mittelbar Erbe des Entschädigten geworden ist.

---

§ 20. Diejenigen Städte, welche gemäß § 7 des Gesetzes vom 21. Mai 1861 entschädigt worden sind, haben die empfangene Entschädigung an die Staatskasse zurückzuerstatten.

Sofern die einer Stadtgemeinde überwiesene Entschädigungssumme auf die einzelnen Besitzer der Grundstücke in der städtischen Feldmark verteilt worden ist (§ 18 Absatz 2 a. a. O.), haben diese nach Maßgabe der §§ 18, 19 die Rückerstattung an die Staatskasse zu bewirken.

---

§ 21. Solchen Gemeinden, welche die Grundsteuerentschädigung zu gemeinnützigen, keine entsprechende Verzinsung gewährenden Einrichtungen verwendet haben, kann die Rückerstattung durch den Finanzminister ganz oder teilweise erlassen werden.

Kommt infolge von privatrechtlichen Abmachungen dem Grundbesitzer die Außerhebungsetzung der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer nicht zu statten, so kann durch den Finanzminister der Zeitpunkt der Rückerstattung und der Beginn der Verzinsung bis zum Ablauf des betreffenden Vertrages, längstens aber bis zum 1. April 1910 hinausgeschoben werden.

---

§ 22. Soweit durch Vertrag eine Ablösung der durch die Gesetze vom 21. Mai 1861 (Gesetz-Samml. S. 253 und 317) und 11. Februar 1870 aufrecht erhaltenen Befreiungen von der Grund- und Gebäudesteuer stattgefunden hat, ist die empfangene Entschädigung an die Staatskasse zurückzuerstatten.

Die Bestimmungen des § 19 finden entsprechende Anwendung.

---

§ 23. Die zurückzuerstattenden Kapitalien (§§ 18 bis 22) sind seitens der Pflichtigen vom 1. April 1895 ab mit $3^1/_2$ vom Hundert zu verzinsen.

Die Feststellung der zurückzuerstattenden Kapitalien gebührt dem Finanzminister.

Gegen die Feststellung steht den Pflichtigen binnen einer vom Tage der Mitteilung des zu erstattenden Betrages ab laufenden Ausschlußfrist von drei Monaten der Rechtsweg offen.

Die Beschreitung des Rechtsweges hat aufschiebende Wirkung.

---

§ 24. Kapitalbeträge (§ 23), welche den Betrag von 25 Mark nicht erreichen, sowie Kapitalbeträge, welche über einen durch 25 ohne Rest teilbaren, in Mark ausgedrückten Geldbetrag hinausgehen, müssen binnen einer Frist von sechs Monaten nach erfolgter endgültiger Feststellung nebst den bis zum Zahlungstage aufgelaufenen Zinsen zur Staatskasse eingezahlt werden.

Dem Verpflichteten steht es frei, nach seiner Wahl entweder

a) den noch verbleibenden Betrag des zu erstattenden Kapitals nebst den Zinsen binnen sechs Monaten nach erfolgter endgültiger Feststellung eben-

falls zur Staatskasse zurückzuzahlen, oder

b) statt dessen für die Zeit vom 1. April 1895 ab auf die Dauer von $60^1/_2$ Jahren eine in vierteljährlichen Teilbeträgen fällige Tilgungsrente von jährlich 4 vom Hundert des Kapitals zu entrichten, wodurch das Kapital mit $3^1/_2$ vom Hundert verzinst, sowie mit $^1/_2$ vom Hundert und mit den durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen des ursprünglichen Kapitalbetrages getilgt wird.

Auch während des Zeitraums von $60^1/_2$ Jahren kann der Verpflichtete die Tilgungsrente zum Beginn eines jeden Rechnungsjahres durch Barzahlung des noch nicht getilgten Teils des Kapitals ganz oder teilweise ablösen, mit der Beschränkung, daß bei teilweiser Ablösung der fortzuentrichtende Teil der Tilgungsrente einen auf volle Mark abgerundeten Jahresbetrag ergeben muß. Welche Beträge in den verschiedenen Jahren der $60^1/_2$-jährigen Tilgungsdauer zur Ablösung erforderlich sind, ergiebt die beiliegende Tilgungstafel.

Die fälligen Beträge an Kapital und Renten unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren.

---

§ 25. Die aus den §§ 18, 19, 20 Absatz 2, §§ 22 bis 24 folgenden Verpflichtungen ruhen auf den Gütern und Grundstücken, wofür die Entschädigung geleistet worden ist, als eine öffentliche, auf jeden Besitzer übergehende Last.

Wird ein mit einer Tilgungsrente behaftetes Gut oder Grundstück zerstückelt, so ist die Tilgungsrente nach den Vorschriften der §§ 2 bis 5 des Gesetzes, betreffend die Verteilung der öffentlichen Lasten bei Grundstücksteilungen u. s. w., vom 25. August 1876 (Gesetz-Samml. S. 405) zu verteilen, mit der Maßgabe, daß die Bestätigung des Verteilungsplanes durch die Bezirksregierung erfolgt.

Die bei der Verteilung sich ergebenden, hinter dem Jahresbetrage von einer Mark zurückbleibenden Tilgungsrenten oder über volle Markbeträge überschießenden Rententeile sind nach den Grundsätzen des § 24 durch Kapitalzahlung abzulösen.

In den Fällen des § 19 Absatz 3 bleibt die Verteilung ausgeschlossen.

§ 26. Insoweit nicht in den §§ 24, 25 ein anderes bestimmt ist, regeln sich die Zahlung, Sicherstellung und Tilgung der Kapitalien und Tilgungsrenten nach den entsprechenden Vorschriften in den §§ 18 bis 27 des Gesetzes über die Errichtung von Rentenbanken vom 2. März 1850 (Gesetz-Samml. S. 112), mit der Maßgabe, daß die Bezirksregierung an die Stelle der Rentenbank tritt.

---

§ 27. Die sämtlichen, behufs Rückerstattung von Kapitalien nebst Zinsen (§§ 18 bis 25) im Laufe eines jeden Rechnungsjahres gezahlten Beträge werden zum Zwecke der Tilgung von Staatsschulden durch Rückkauf eines entsprechenden Betrages von Schuldbokumenten der Staatsschuldentilgungskasse überwiesen.

---

§ 28. Das Gesetz, betreffend Ueberweisung von Beträgen, welche aus landwirtschaftlichen Zöllen eingehen, an die Kommunalverbände, vom 14. Mai 1885 (Gesetz-Samml. S. 128) tritt außer Kraft.

Soweit die Kreise bis zum 1. April 1895 die ihnen für das Rechnungsjahr 1894/95 zu überweisenden Summen noch nicht empfangen oder über die Verwendung dieser Summen noch keine endgültige Entscheidung getroffen haben, kommen die Vorschriften jenes Gesetzes auch ferner zur Anwendung.

---

§ 29. Die Bestimmungen der §§ 1 bis 27 finden auf die Hohenzollernschen Lande keine Anwendung.

Die Umgestaltung des Systems der direkten Steuern in diesen Landen bleibt einem besonderen Gesetze vorbehalten.

Bis zum Erlasse eines solchen Gesetzes wird für die Hohenzollernschen Lande vom 1. April 1896 ab ein fester Jahresbetrag von 62020 Mark aus der Staatskasse überwiesen.

Dieser Betrag wird nach den Verhältnissen der durch die letztvorangegangene Volkszählung ermittelten Einwohnerzahlen auf die einzelnen Gemeinden verteilt. Den Vertretern der letzteren steht die Beschlußfassung über die Verwendung zu.

---

§ 30. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. April 1895, jedoch nur gleichzeitig mit dem Kommunalabgabenge-

setze und dem Ergänzungssteuergesetze in Kraft; die Bestimmungen der §§ 7, 10 Absatz 1, § 11 Absatz 3, § 14 Absatz 3, §§ 17, 25 Absatz 1 gelangen mit dem Tage der Verkündigung zur Geltung.

Die Veranlagung für die Zwecke der kommunalen Besteuerung (§ 3 Absatz 2, § 4) erfolgt nach den Vorschriften dieses Gesetzes zunächst für das Rechnungsjahr 1895/96.

Die am 1. April 1895 verbliebenen Rückstände der in den §§ 1, 2 bezeichneten Steuern werden nach Maßgabe der bis dahin geltenden Bestimmungen zur Staatskasse eingezogen; das Gleiche gilt von Nachsteuern und Strafen im Bereiche der Grund-, Gebäude- und Gewerbe-(Betriebs-)Steuer.

---

§ 31. Die Minister der Finanzen und des Innern werden mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Tilgungstafel.

(Siehe §§ 24 und 25 des Gesetzes.)

Tilgung eines mit 3½ vom Hundert verzinslichen Kapitals von 100 Mark durch eine jährliche Rente von 4 vom Hundert				Das Ablösungskapital beträgt für die jährliche Tilgungsrente											
nach Jahren	treffen von der Rente auf		und es bleiben vom Kapital noch zu tilgen	im Laufe des Rechnungsjahres vom 1. April	von 10 Mark	von 9 Mark	von 8 Mark	von 7 Mark	von 6 Mark	von 5 Mark	von 4 Mark	von 3 Mark	von 2 Mark	von 1 Mark	Bemerkungen.
	Zinsen ℳ	Kapital ℳ	ℳ		ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
0	—	—	100,0000	1895—1896	250,00	225,00	200,00	175,00	150,00	125,00	100,00	75,00	50,00	25,00	1. Beispiel. Ist ein Kapital
1	3,5000	0,5000	99,5000	1896—1897	248,75	223,88	199,00	174,13	149,25	124,38	99,50	74,63	49,75	24,88	von . . . . . 568,37 ℳ
2	3,4825	0,5175	98,9825	1897—1898	247,46	222,72	197,97	173,22	148,47	123,73	98,98	74,24	49,49	24,75	zu erstatten, so ist
3	3,4644	0,5356	98,4469	1898—1899	246,12	221,51	196,89	172,28	147,67	123,06	98,45	73,84	49,22	24,61	der nächst kleinere,
4	3,4456	0,5544	97,8925	1899—1900	244,73	220,26	195,79	171,31	146,84	122,37	97,89	73,42	48,95	24,47	durch 25 ohne Rest
5	3,4262	0,5738	97,3187	1900—1901	243,30	218,97	194,64	170,31	145,98	121,65	97,32	72,99	48,66	24,33	teilbare Kapitalbe-
6	3,4062	0,5938	96,7249	1901—1902	241,81	217,63	193,44	169,27	145,09	120,91	96,72	72,54	48,36	24,18	trag . . . . . 550,00 ℳ
7	3,3854	0,6146	96,1103	1902—1903	240,28	216,25	192,22	168,19	144,17	120,14	96,11	72,08	48,06	24,03	
8	3,3639	0,6361	95,4742	1903—1904	238,69	214,82	190,95	167,08	143,21	119,34	95,47	71,61	47,74	23,87	Der Ueberschuß von 18,37 ℳ
9	3,3416	0,6584	94,8158	1904—1905	237,04	213,34	189,63	165,93	142,22	118,53	94,82	71,11	47,41	23,70	nebst Zinsen ist sofort zurück-
10	3,3186	0,6814	94,1344	1905—1906	235,34	211,80	188,27	164,74	141,20	117,67	94,13	70,40	47,07	23,53	zuzahlen, und für den Betrag
11	3,2947	0,7053	93 4291	1906—1907	233,57	210,22	186,86	163,50	140,14	116,79	93,43	70,67	46,71	23,36	von 550 ℳ ist eine jährliche
12	3,2700	0,7300	92,6991	1907—1908	231,75	208,57	185,40	162,22	139,05	115,87	92,70	69,52	46,35	23,17	Tilgungsrente von
13	3,2445	0,7555	91,9436	1908—1909	229,86	206,87	183,89	160,90	137,92	114,93	91,94	68,96	45,97	22,99	$\frac{550 \times 4}{100} = 22$ ℳ
14	3,2180	0,7820	91,1616	1909—1910	227,90	205,11	182,32	159,53	136,74	113,95	91,16	68,37	45,58	22,79	
15	3,1907	0,8093	90,3523	1910—1911	225,88	203,29	180,70	158,12	135,53	112,94	90,35	67,76	45,18	22,59	zu entrichten. Soll der Ge-
16	3,1623	0,8377	89,5146	1911—1912	223,79	201,41	179,03	156,65	134,27	111,89	89,51	67,14	44,76	22,38	samtbetrag dieser Rente, nach-
17	3,1330	0,8670	88,6476	1912—1913	221,62	199,46	177,30	155,13	132,97	110,81	88,65	66,49	44,32	22,16	dem sie für die Zeit vom
18	3,1027	0,8973	87,7503	1913—1914	219,38	197,44	175,50	153,56	131,63	109,69	87,75	65,81	43,88	21,94	1. April 1895 bis zum 1. April
19	3,0713	0,9287	86,8216	1914—1915	217,05	195,35	173,64	151,94	130,23	108,53	86,82	65,12	43,41	21,71	1914 gezahlt worden ist, im
20	3,0388	0,9612	85,8604	1915—1916	214,65	193,19	171,72	150,26	128,79	107,33	85,86	64,40	42,93	21,47	Rechnungsjahre 1914 bis 1915
21	3,0051	0,9949	84,8655	1916—1917	212,16	190,95	169,73	148,51	127,30	106,08	84,87	63,65	42,43	21,22	abgelöst werden, so berechnet
22	2,9703	1,0297	83,8358	1917—1918	209,59	188,63	167,67	146,71	125,75	104,79	83,84	62,88	41,92	20,96	sich das hierfür am 1. April
23	2,9343	1,0657	82,7701	1918—1919	206,93	186,23	165,54	144,85	124,16	103,46	82,77	62,08	41,39	20,69	1914 zu zahlende Ablösungs-
24	2,8970	1,1030	81,6671	1919—1920	204,17	183,75	163,33	142,92	122,50	102,08	81,67	61,25	40,83	20,42	kapital, wie folgt:
25	2,8583	1,1417	80,5254	1920—1921	201,31	181,18	161,05	140,92	120,79	100,66	80,53	60,39	40,26	20,13	für 10 ℳ Rente auf 217,05 ℳ
26	2,8184	1,1816	79,3438	1921—1922	198 36	178,52	158,69	138,85	119,02	99,18	79,34	59,51	39,67	19,84	für 10 ℳ Rente auf 217,05 ℳ
27	2,7770	1,2230	78,1208	1922—1923	195,30	175,77	156,24	136,71	117,18	97,65	78,12	58,59	39,06	19,53	für 2 ℳ Rente auf 43,41 ℳ
28	2,7342	1,2658	76,8550	1923—1924	192,14	172,92	153,71	134,50	115,28	96,07	76,86	57,64	38,43	19,21	zus. für 22 ℳ Rente auf 477,51 ℳ
29	2 6899	1,3101	75,5449	1924—1925	188,86	169,98	151,09	132,20	113,32	94,43	75,54	56,66	37,77	18,89	
30	2,6441	1,3559	74,1890	1925—1926	185,47	166,93	148,38	129,83	111,28	92,74	74,19	55,64	37,09	18,55	

Tilgungstafel.

(Siehe §§ 24 und 25 des Gesetzes.)

Tilgung eines mit 3½ vom Hundert verzinslichen Kapitals von 100 Mark durch eine jährliche Rente von 4 vom Hundert				Das Ablösungskapital beträgt für die jährliche Tilgungsrente											Bemerkungen.
nach Jahren	treffen von der Rente auf		und es bleiben vom Kapital noch zu tilgen	im Laufe des Rechnungsjahres vom 1. April	von 10 Mark	von 9 Mark	von 8 Mark	von 7 Mark	von 6 Mark	von 5 Mark	von 4 Mark	von 3 Mark	von 2 Mark	von 1 Mark	
	Zinsen	Kapital													
	ℳ	ℳ	ℳ		ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
31	2,5966	1,4034	72,7856	1926—1927	181,96	163,77	145,57	127,37	109,18	90,98	72,79	54,59	36,39	18,20	2. Beispiel. Wird ein Gut oder Grundstück in zwei Teile zerstückelt, und werden bei der Verteilung der darauf ruhenden Tilgungsrente von 42 ℳ jährlich für die Zeit vom 1. April 1941 ab die Anteile der beiden Stücke auf 16,43 ℳ und 25,57 ℳ festgestellt, so betragen die weiter zu zahlenden Renten 16 ℳ und 25 ℳ jährlich, während die überschießenden Rententeile von 0,43 ℳ und 0,57 ℳ durch Kapitalzahlung abzulösen sind. Die am 1. April 1941 zahlbaren Ablösungskapitalien berechnen sich im Rechnungsjahre 1941—1942:
32	2,5475	1,4525	71,3331	1927—1928	178,33	160,50	142,67	124,83	107,00	89,17	71,33	53,50	35,67	17,83	
33	2,4967	1,5033	69,8298	1928—1929	174,57	157,12	139,66	122,20	104,74	87,29	69,83	52,37	34,91	17,46	
34	2,4440	1,5560	68,2738	1929—1930	170,68	153,62	136,55	119,48	102,41	85,34	68,27	51,21	34,14	17,07	
35	2,3896	1,6104	66,6634	1930—1931	166,66	149,99	133,33	116,66	100,00	83,33	66,66	50,00	33,33	16,67	
36	2,3332	1,6668	64,9966	1931—1932	162,49	146,24	129,99	113,74	97,49	81,25	65,00	48,75	32,50	16,25	
37	2,2749	1,7251	63,2715	1932—1933	158,18	142,36	126,54	110,73	94,91	79,09	63,27	47,45	31,64	15,82	
38	2,2145	1,7855	61,4860	1933—1934	153,72	138,34	122,97	107,60	92,23	76,86	61,49	46,11	30,74	15,37	
39	2,1520	1,8480	59,6380	1934—1935	149,10	134,19	119,28	104,37	89,46	74,55	59,64	44,73	29,82	14,91	
40	2,0873	1,9127	57,7253	1935—1936	144,31	129,88	115,45	101,02	86,59	72,16	57,73	43,29	28,76	14,43	
41	2,0204	1,9796	55,7457	1936—1937	139,36	125,43	111,49	97,55	83,62	69,68	55,75	41,81	27,87	13,94	
42	1,9511	2,0489	53,6968	1937—1938	134,24	120,82	107,39	93,97	80,55	67,12	53,70	40,27	26,85	13,42	
43	1,8794	2,1206	51,5762	1938—1939	128,94	116,05	103,15	90,26	77,36	64,47	51,58	38,68	25,79	12,89	
44	1,8052	2,1948	49,3814	1939—1940	123,45	111,11	98,76	86,42	74,07	61,73	49,38	37,04	24,69	12,35	
45	1,7283	2,2717	47,1097	1940—1941	117,77	106,00	94,22	82,44	70,66	58,89	47,11	35,33	23,55	11,78	
46	1,6488	2,3512	44,7585	1941—1942	111,90	100,71	89,52	78,33	67,14	55,95	44,76	33,57	22,38	11,19	
47	1,5665	2,4335	42,3250	1942—1943	105,81	95,23	84,65	74,07	63,49	52,91	42,33	31,74	21,16	10,58	
48	1,4814	2,5186	39,8064	1943—1944	99,52	89,56	79,61	69,66	59,71	49,76	39,81	29,85	19,90	9,95	
49	1,3932	2,6068	37,1996	1944—1945	93,00	83,70	74,40	65,10	55,80	46,50	37,20	27,90	18,60	9,30	
50	1,3020	2,6980	34,5016	1945—1946	86,25	77,63	69,00	60,38	51,75	43,13	34,50	25,88	17,25	8,63	
51	1,2076	2,7924	31,7092	1946—1947	79,27	71,35	63,42	55,49	47,56	39,64	31,71	23,78	15,85	7,93	
52	1,1098	2,8902	28,8190	1947—1948	72,05	64,84	57,64	50,43	43,23	36,02	28,82	21,61	14,41	7,20	
53	1,0087	2,9913	25,8277	1948—1949	64,57	58,11	51,66	45,20	38,74	32,28	25,83	19,37	12,91	6,46	
54	0,9040	3,0960	22,7317	1949—1950	56,83	51,15	45,46	39,78	34,10	28,41	22,73	17,05	11,97	5,68	
55	0,7956	3,2044	19,5273	1950—1951	48,82	43,94	39,05	34,17	29,29	24,41	19,53	14,65	9,76	4,88	
56	0,6835	3,3165	16,2108	1951—1952	40,53	36,47	32,42	28,37	24,32	20,26	16,21	12,16	8,11	4,05	
57	0,5674	3,4326	12,7782	1952—1953	31,95	28,75	25,56	22,36	19,17	15,97	12,78	9,58	6,39	3,19	
58	0,4472	3,5528	9,2254	1953—1954	23,06	20,76	18,45	16,14	13,84	11,53	9,23	6,92	4,61	2,31	
59	0,3229	3,6771	5,5483	1954—1955	13,87	12,48	11,10	9,71	8,32	6,94	5,55	4,16	2,77	1,39	
60	0,1942	3,8058	1,7425	1955—1956	4,36	3,92	3,49	3,05	2,61	2,18	1,74	1,31	0,87	0,44	

für 0,40 ℳ Rente auf $\frac{44,76}{10}$ = 4,476 ℳ

für 0,03 ℳ Rente auf $\frac{33,57}{100}$ = 0,3357 ℳ

zus. für 0,43 ℳ Rente auf 4,81 ℳ

für 0,50 ℳ Rente auf $\frac{55,95}{10}$ = 5,595 ℳ

für 0,07 ℳ Rente auf $\frac{78,33}{100}$ = 0,7833 ℳ

zus. für 0,57 ℳ Rente auf 6,38 ℳ

Gesetz,

betreffend

die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes.

Vom 27. Februar 1880.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages Unserer Monarchie, für den ganzen Umfang derselben, was folgt:

§ 1. Wer außerhalb seines Wohnortes und ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung die Waren eines Wanderlagers von einer festen Verkaufsstätte aus feilbieten will, hat vom 1. April 1880 ab neben und unabhängig von der Steuer für den Gewerbebetrieb im Umherziehen (Gesetz vom 3. Juli 1876, Gesetz-Samml. S. 247) an jedem Orte, an welchem er das Geschäft betreibt oder durch Vermittelung eines daselbst einheimischen Verkäufers oder Auktionators betreiben läßt, eine nach den folgenden Vorschriften für die Gemeinden beziehungsweise Kreise zu erhebende Steuer zu entrichten.

Durch die Erfüllung der gesetzlichen Förmlichkeiten der Begründung des Wohnsitzes oder einer gewerblichen Niederlassung wird der Inhaber eines Wanderlagers von der Entrichtung der Steuer nicht befreit, wenn die begleitenden Umstände erkennen lassen, daß die Förmlichkeiten behufs Verdeckung des Wanderlagerbetriebes erfüllt sind.

Das Veranstalten einer Auktion von Waren eines Wanderlagers wird dem Feilbieten derselben gleichgeachtet.

§ 2. Werden die Waren des Wanderlagers an einem Orte in mehreren Verkaufslokalen (gleichzeitig oder nacheinander) feilgeboten, so ist für jedes derselben die Steuer besonders zu entrichten.

§ 3. Der in diesem Gesetze vorgeschriebenen Besteuerung ist nicht unterworfen:

1. der Markt- und Meßverkehr, sowie der Verkauf von Ausstellungsobjekten auf öffentlichen, von den zuständigen Behörden genehmigten Ausstellungen,
2. die Errichtung fester Verkaufsstellen für die Dauer der Kurzeit (Saison) in Bade-, Brunnen- und ähnlichen Orten,
3. das Feilbieten von Gegenständen des Wochenmarktverkehrs vom Schiffe aus — mit Ausnahme derjenigen Handwerkerwaren, mit denen nur den einheimischen Verkäufern der Wochenmarktverkehr gestattet ist (§ 64 der Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 (Bundes-Gesetzbl. S. 245),
4. das Feilbieten von Lebensmitteln aller Art.
5. Außerdem kann der Finanzminister für gewisse Gewerbsarten oder in einzelnen Fällen den Geschäftsbetrieb steuerfrei gestatten.

§ 4. Die Steuer beträgt für jede Woche der Dauer des Wanderlagerbetriebes in den Orten:

der ersten Gewerbesteuerabteilung 50 Mark,

der zweiten und dritten Gewerbesteuerabteilung 40 Mark,

der vierten Gewerbesteuerabteilung, sowie in den Hohenzollernschen Landen 30 Mark.

Eine Teilung der Steuersätze für einen kürzeren als einwöchentlichen Betrieb findet nicht statt.

Die Woche wird vom Tage der Er-

öffnung des Betriebs bis zum Anfang des entsprechenden Tages der nächsten Kalenderwoche gerechnet. Eine Unterbrechung oder frühere Beendigung des Betriebes vor Ablauf der Woche bleibt unberücksichtigt.

Für die Wanderauktionen wird dieselbe Steuer für den Tag erhoben.

---

§ 5. Die Isteinnahme der Steuer wird

a) in den Orten der ersten, zweiten und dritten Gewerbesteuerabteilung der Gemeinde, in deren Bezirk der Wanderlagerbetrieb stattgefunden hat,

b) in den Orten der vierten Gewerbesteuerabteilung den betreffenden Kreisen, in den Hohenzollernschen Landen den betreffenden Amtsverbänden

überwiesen.

Ueber die Verwendung haben im Falle zu Litt. b die Kreisvertretungen beziehungsweise in den Hohenzollernschen Landen die Amtsversammlungen zu gunsten der beteiligten Gemeinden und Gutsbezirke zu beschließen.

Insoweit die Erhebung der Steuer durch Staatsbeamte (Steuerempfänger, Steuerkasse in Berlin, Kreiskasse in Frankfurt a. M.) bewirkt wird, sind von der zu überweisenden Isteinnahme drei Prozent als Erhebungskosten für die Staatskasse vorweg in Abzug zu bringen.

Im übrigen steht weder dem Staate noch den Gemeinden für ihre Mitwirkung bei Festsetzung und Erhebung der Steuer ein Anspruch auf Vergütung zu.

---

§ 6. Wer ein nach § 1 steuerpflichtiges Geschäft beginnen, oder nach Ablauf der Zeit (§ 4), für welche die Steuer entrichtet ist, fortsetzen oder wieder beginnen will, ist verpflichtet, davon der Gemeindebehörde des Ortes — in Berlin der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern — unter Angabe der Verkaufsstelle und der Dauer des Betriebes (§ 4) Anzeige zu machen und den in der Anmeldungsbescheinigung bestimmten Steuerbetrag an die daselbst bezeichnete Empfangsstelle gegen Quittung vor Eröffnung des Betriebs zu entrichten.

In den Fällen des § 2 ist die gleiche Verpflichtung für jede Verkaufsstelle zu erfüllen.

---

§ 7. Wer ein nach §§ 1 und 2 steuerpflichtiges Geschäft beginnt beziehungsweise fortsetzt, ohne die im § 6 bestimmten Verpflichtungen erfüllt zu haben, wird mit einer dem doppelten Betrage der vorenthaltenen Steuer (§ 4) gleichen Geldstrafe bestraft.

Außerdem ist die vorenthaltene Steuer zu entrichten.

---

§ 8. Wird festgestellt, daß die strafbare Handlung (§ 7) im Auftrage und für Rechnung einer anderen Person ausgeübt ist, so ist gegen den Auftraggeber auf die gleiche Strafe wie gegen den Beauftragten zu erkennen, und haften beide solidarisch für die Strafbeträge, die Kosten und die vorenthaltene Steuer.

---

§ 9. Die empfangene Steuerquittung muß bei jeder Verkaufsstelle während der Dauer des Geschäftsbetriebes den zuständigen Beamten auf Erfordern vorgezeigt werden.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark bestraft.

---

§ 10. In betreff der Umwandlung der Geldstrafen in Haft, des Strafverfahrens und der Beschlagnahme der zum Geschäftsbetriebe mitgeführten Gegenstände finden die §§ 26 bis einschließlich 29 des Gesetzes vom 3. Juli 1876 (Gesetz-Samml. S. 247) entsprechende Anwendung.

In den Fällen des § 9 findet eine vorläufige Festsetzung der Strafe durch die Regierung nicht statt.

---

§ 11. In betreff des Beschwerdeverfahrens, der Verpflichtungen der Kommunal- und Kreisbehörden sowie der Kommunen bezüglich der Ermittelung und Erhebung der Steuer sind auf die nach Vorschrift dieses Gesetzes zu erhebende Steuer, soweit in demselben nicht etwas anderes bestimmt ist, die wegen der Gewerbesteuer vom stehenden Gewerbebetrieb geltenden Bestimmungen anzuwenden.

Dasselbe gilt bezüglich der Vorschriften des Gesetzes über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben vom 18. Juni 1840 (Gesetz-Samml. S. 140).

---

§ 12. Mit der Ausführung dieses Gesetzes sind die Minister des Innern und der Finanzen beauftragt.

Gesetz

über die

Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben.[1])

Vom 18. Juni 1840.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc.

verordnen über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben, worüber im Gesetz vom 31. März 1838 (Gesetzsammlung Seite 250) eine besondere Verordnung vorbehalten worden ist, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsrats, für den ganzen Umfang Unserer Monarchie, wie folgt:

§ 1. Reklamationen gegen direkte Steuern, namentlich gegen Abgaben, welche nach den Etats, Katastern oder Jahresheberollen als Grundsteuer durch Ortserheber oder unmittelbar durch unsere Kassen von den Steuerpflichtigen erhoben werden, im gleichen gegen die Klassen- und Gewerbesteuer, sowie gegen diejenigen Abgaben, welche infolge des § 11 des allgemeinen Abgabengesetzes vom 30. Mai 1820, als auf einem speziellen Erhebungstitel beruhend, zu entrichten sind, müssen ohne Unterschied, ob sie auf Ermäßigung oder auf gänzliche Befreiung gerichtet sind, binnen drei Monaten vom Tage der Bekanntmachung der Heberolle, oder wenn die Steuer im Laufe des Jahres auferlegt worden, binnen drei Monaten nach erfolgter Benachrichtigung von deren Betrage, oder endlich, im Falle eine periodische Veranlagung und Anfertigung von Heberollen nicht stattfindet, binnen den

---

[1]) Durch die neuere Steuergesetzgebung sind für die durch sie geregelten Steuern vielfach abweichende Bestimmungen gegeben betreffs der Rechtsmittel, der Nachforderung und der Verjährung. Man vergleiche daher neben Artikel 9 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche die §§ 80, 81 des Einkommensteuergesetzes, §§ 30 bis 36, 46 des Ergänzungssteuergesetzes, §§ 10, 11 und 22 des Gesetzes, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, §§ 35 bis 37, 78 und 79 des Gewerbesteuergesetzes, § 32 des Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen (Hausiersteuergesetzes), § 11 des Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes, §§ 42, 50 des Erbschaftssteuergesetzes, §§ 26, 27 des Stempelsteuergesetzes, §§ 69 bis 76, 83 bis 88 des Kommunalabgabengesetzes. Man vergleiche ferner §§ 19 und 70a der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872, § 112 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875.

ersten drei Monaten jedes Jahres, bei der Behörde angebracht werden.

Wird diese Frist versäumt, so erlischt der Anspruch auf Steuerermäßigung oder Befreiung, sowie auf Rückerstattung, für das laufende Kalenderjahr.

Ist die Reklamation vor dem Ablaufe der Frist angebracht und wird solche begründet gefunden, so erfolgt die Ermäßigung oder gänzliche Befreiung für das laufende Jahr. Für verflossene Jahre wird keine Rückzahlung gewährt.

Tritt eine solche Veränderung ein, wodurch die bisherige Steuerverpflichtung aufgehoben wird, so muß davon der Behörde Anzeige gemacht werden. Bis zu Ende des Monats, in welchem diese Anzeige erfolgt, kann die Entrichtung der Steuer gefordert werden.

§ 2. Auf Rückzahlung zu viel erhobener Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangsabgaben, der infolge der Zollvereinigungsverträge zu erhebenden Ausgleichungsabgaben, der Branntwein-, Braumalz-, Mahl- und Schlachtsteuer, der Weinmost- und Tabaksteuer, der Salzablösungsgelder, der Blei- und Zettelgelder, der Wege-, Brücken-, Fähr-, Wage- und Krahngelder, der Kanal-, Schleusen-, Schiffahrts- und Hafenabgaben und der Niederlagegelder[1]) findet ein Anspruch nur statt, wenn derselbe binnen Jahresfrist, vom Tage der Versteuerung an gerechnet, angemeldet und begründet wird.

§ 3. Wird in den Fällen der §§ 1 und 2 die Reklamation ganz oder teilweise zurückgewiesen, so ist dagegen der Rekurs an die vorgesetzte Behörde binnen einer Präklusivfrist von sechs Wochen, vom Tage der Bekanntmachung des Bescheides an gerechnet, zulässig.[2]) Wendet sich der Reklamant an eine inkompetente Behörde, so hat diese das Rekursgesuch an die kompetente Behörde abzugeben, ohne daß dem Reklamanten die Zwischenzeit auf die Frist anzurechnen ist.

§ 4. In den Fällen, in welchen nach den bestehenden Gesetzen über die Steuer-Verpflichtung der Weg Rechtens nachgelassen ist, kann die Steuer nur von dem Anfange desjenigen Etatsjahres an zurückgefordert werden, worin die Klage angemeldet, oder worin vor der Klage eine Reklamation bei der Verwaltungsbehörde eingereicht worden ist.

§ 5. Eine Nachforderung von Grundsteuern ist zulässig sowohl bei gänzlicher Uebergehung, als bei zu geringem Ansatz, in beiden Fällen aber nur für das Etatsjahr, worin die Nachforderung geltend gemacht wird.

§ 6. Die Nachforderung von Klassen-, Gewerbe- und persönlichen, auf besonderen Titeln beruhenden Steuern findet im Fall gänzlicher Uebergehung nach den im § 5 enthaltenen Regeln statt; im Fall eines zu geringen Ansatzes fällt bei diesen Steuern jede Nachforderung weg, jedoch unbeschadet der gesetzlichen Wiederumlage bei Gewerbesteuergesellschaften, welche nach Mittelsätzen steuern.[3])

§ 7. Bei den im § 2 erwähnten indirekten Steuern kann der Betrag dessen, was zu wenig oder gar nicht erhoben worden ist, nur binnen einem Jahre, vom Tage des Eintritts der Zahlungsverpflichtung an gerechnet, nachgefordert werden.

§ 8. Zur Hebung gestellte direkte oder indirekte Steuern, welche im Rückstande verblieben oder kreditiert sind, verjähren in vier Jahren, von dem Ablaufe des Jahres an gerechnet, in welches ihr Zahlungstermin fällt.

---

[1]) Nach Lage der heutigen Gesetzgebung kommen von den Abgaben nur noch in Betracht die Verkehrsabgaben, wie Chaussee-, Wege-, Pflaster-, Brücken-, Fähr-, Kanal-, Schleusen-, Schiffahrts- und Hafenabgaben, ferner die Krahn-, Wege- und Niederlagegelder.

[2]) Bezüglich der Kommunalabgaben vergleiche man § 70 des Kommunalabgabengesetzes.

[3]) Man vergleiche die Anmerkung auf Seite 248, insbesondere § 80 des Einkommensteuergesetzes, § 46 des Ergänzungssteuergesetzes, § 78 des Gewerbesteuergesetzes, §§ 83 bis 87 des Kommunalabgabengesetzes.

Die Verjährung wird durch eine an den Steuerpflichtigen erlassene Aufforderung zur Zahlung, sowie durch Verfügung der Exekution, oder bewilligte Stundung der Steuer unterbrochen.

Nach Ablauf des Jahres, in welchem die letzte Aufforderung zugestellt, Exekution verfügt worden, oder die bewilligte Frist abgelaufen ist, beginnt eine neue vierjährige Verjährungsfrist.

---

§ 9 hat keine Bedeutung mehr.

---

§ 10. Ist in der unterlassenen Entrichtung der ganzen Steuer oder eines Teils derselben eine Kontravention gegen die Steuersätze enthalten, so verjährt die Nachforderung nur gleichzeitig mit der gesetzlichen Strafe.[1])

---

§ 11. Die in diesem Gesetze festgesetzten Fristen laufen auch gegen Minderjährige und bevormundete Personen, sowie gegen moralische Personen, denen gesetzlich die Rechte der Minderjährigen zustehen, ohne Zulassung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, jedoch mit Vorbehalt des Regresses gegen die Vormünder und Verwalter.

§ 12. Durch den Ablauf der Verjährungsfrist wird der Steuerpflichtige von jedem ferneren Anspruch, sowohl des Staates, als der Steuerbeamten und der Steuersozietäten, befreit.

---

§ 13. Wegen der Verjährung der Stempelsteuer und der Reklamationen in betreff dieser Steuer, nicht minder wegen der Hypotheken- und Gerichtsschreibergebühren in der Rheinprovinz, bleibt es bei den bestehenden Vorschriften.

---

§ 14. Dieses Gesetz findet auch auf öffentliche Abgaben, welche nicht zu unseren Kassen fließen, sondern an Gemeinden[2]) und Korporationen, sowie an ständische Kassen zu entrichten oder als Provinzial-, Bezirks-, Kreis- oder Gemeindelasten oder zur Unterhaltung öffentlicher Anstalten aufzubringen sind, sowie auf die mit Einziehung solcher Abgaben beauftragten Beamten Anwendung.

---

§ 15. Alle früheren gesetzlichen Vorschriften über die im gegenwärtigen Gesetz enthaltenen Gegenstände werden hierdurch aufgehoben.

---

[1]) Man vergleiche die Anmerkung auf Seite 248.

[2]) Man vergleiche jetzt §§ 69 bis 76, 83 bis 88 des Kommunalabgabengesetzes.

Königliche Verordnung,

betreffend

das Verwaltungszwangsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen.

Vom 15. November 1899.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen in Gemäßheit des § 5 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung an Stelle der Verordnungen vom 7. September 1879 (Gesetz-Samml. S. 591) und vom 4. August 1884 (Gesetz-Samml. S. 321), was folgt:

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die Zwangsvollstreckung wegen aller derjenigen Abgaben, Gefälle und sonstigen Geldbeträge, welche nach den bestehenden Vorschriften der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren unterliegen, erfolgt ausschließlich nach den Vorschriften dieser Verordnung.

---

§ 2. Inwieweit über die Verbindlichkeit zur Entrichtung der geforderten Geldbeträge der Rechtsweg stattfindet, richtet sich nach den hierüber bestehenden Vorschriften.

Wegen vermeintlicher Mängel des Zwangsverfahrens, dieselben mögen die Form der Anordnung oder die der Ausführung oder die Frage betreffen, ob die gepfändeten Sachen zu den pfändbaren gehören, ist dagegen, unbeschadet der besonderen Vorschriften über die Rechtsmittel im Falle der zwangsweisen Ausführung polizeilicher Verfügungen, nur die Beschwerde bei der vorgesetzten Dienstbehörde des Beamten zulässig, dessen Verfahren angefochten wird.

---

§ 3. Soweit nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts Dritte, insbesondere Erben, Ehegatten, Eltern oder Nießbraucher, kraft Gesetzes zu der Leistung oder zur Duldung der Zwangsvollstreckung verpflichtet sind, kann das Zwangsverfahren auch gegen diese Personen angeordnet werden. Die Vorschriften der §§ 735 bis 749, 778, 779, 781 bis 784, 786 der Civilprozeßordnung finden mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß die Anordnung des Zwangsverfahrens an die Stelle des nach den §§ 735 bis 749 zur Zulässigkeit der gerichtlichen Zwangsvollstreckung erforderlichen oder genügenden vollstreckbaren Titels tritt.

Durch die Geltendmachung der dem Erben nach den §§ 2014, 2015 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zustehenden Einreden wird die Zwangsvollstreckung in den Nach-

laß nicht gehemmt, wenn der beizutreibenden Forderung das im § 61 Nr. 2 oder 3 der Konkursordnung bezeichnete Vorrecht zusteht.

Wird seitens einer der im Abs. 1 benannten Person die Verpflichtung zu der Leistung oder zur Duldung der Zwangsvollstreckung bestritten oder werden auf Grund der §§ 781 bis 784, 786 der Civilprozeßordnung Einwendungen erhoben, so entscheidet hierüber derjenige, für dessen Rechnung die Zwangsvollstreckung stattfindet. Gegen die den Widerspruch oder die erhobene Einwendung zurückweisende Entscheidung steht entweder die Beschwerde bei der vorgesetzten Aufsichtsbehörde oder innerhalb einer Ausschlußfrist von einem Monate nach der Zustellung die gerichtliche Klage zu. Die Anbringung des einen Rechtsmittels schließt das andere aus. Die Klage ist gegen denjenigen, für dessen Rechnung die Zwangsvollstreckung stattfindet, zu richten. Auf die Einstellung der Zwangsvollstreckung und die Aufhebung bereits erfolgter Vollstreckungsmaßregeln finden die Vorschriften der §§ 769, 770 der Civilprozeßordnung entsprechende Anwendung.

---

§ 4. Diejenigen Behörden oder Beamten, welchen die Einziehung der der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren unterliegenden Geldbeträge zusteht, bilden die zur Anordnung und Leitung des Zwangsverfahrens zuständigen Vollstreckungsbehörden. Auf die Beamten der Korporationen, welche nach den bisherigen Vorschriften zur eigenen Zwangsvollstreckung nicht berechtigt sind, findet diese Bestimmung nicht Anwendung.

Die Behörde, welcher die Einziehung einer gerichtlich erkannten Geldstrafe obliegt, ist zugleich Vollstreckungsbehörde für die mit der Einziehung der Strafe verbundene Beitreibung der Kosten. Diese Beitreibung erfolgt nach den für die Beitreibung der Strafe geltenden Vorschriften.

Fehlt es an einer nach den vorstehenden Vorschriften zuständigen Vollstreckungsbehörde, so hat die Bezirksregierung (Polizeipräsidium in Berlin) eine solche zu bestimmen.

Den zuständigen höheren Verwaltungs- und den Aufsichtsbehörden ist es gestattet, die Funktionen der Vollstreckungsbehörde selbst zu übernehmen.

---

§ 5. Muß eine Vollstreckungsmaßregel außerhalb des Geschäftsbezirkes der Vollstreckungsbehörde zur Ausführung gebracht werden, so hat die entsprechende Behörde desjenigen Bezirkes, in welchem die Ausführung erfolgen soll, auf Ersuchen der Vollstreckungsbehörde das Zwangsverfahren auszuführen. Insoweit von der ersuchten Behörde die Pfändung körperlicher Sachen und deren Versteigerung ausgeführt wird, tritt diese an die Stelle der Vollstreckungsbehörde.

---

§ 6. Die Vollstreckungsbehörde hat das Zwangsverfahren durch die ihr beigegebenen Vollziehungsbeamten oder durch diejenigen Beamten, deren sie sich als solcher zu bedienen hat, auszuführen.

Fehlt es derselben an solchen Beamten, so kann die Bezirksregierung (Polizeipräsidium in Berlin) eine andere Vollstreckungsbehörde bestimmen.

Die Vollstreckungsbeamten müssen eidlich verpflichtet werden.

Die Ausführung der Zwangsvollstreckung wegen der in Angelegenheiten der Justizverwaltung beizutreibenden Geldbeträge findet durch die Gerichtsvollzieher statt; den Gerichtsvollziehern kann die Ausführung einer Zwangsvollstreckung auch in anderen Fällen übertragen werden. Die Gerichtsvollzieher haben an Stelle der Vorschriften der §§ 9, 10, 14, 15, 22 bis 31 die für den Civilprozeß geltenden Vorschriften zu beobachten.

---

§ 7. Der Zwangsvollstreckung soll in der Regel eine Mahnung desjenigen, gegen welchen die Zwangsvollstreckung vorzunehmen ist, mit dreitägiger Zahlungsfrist vorhergehen. In betreff der Gerichtskosten vertritt die Mitteilung der Kostenrechnung die Stelle der Mahnung.

---

§ 8. Gegen eine dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Militärperson darf die Zwangsvollstreckung erst beginnen, nachdem von derselben die vorgesetzte Militärbehörde Anzeige erhalten hat. Der Vollstreckungsbehörde ist auf Verlangen der Empfang der Anzeige zu bescheinigen.

Soll die Zwangsvollstreckung gegen eine dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Person des Soldatenstandes in Kasernen und anderen militärischen

Dienstgebäuden oder auf Kriegsfahrzeugen erfolgen, so hat die Vollstreckungsbehörde die zuständige Militärbehörde um die Zwangsvollstreckung zu ersuchen. Die gepfändeten Gegenstände sind dem von der Vollstreckungsbehörde bezeichneten Beamten zu übergeben.

---

§ 9. Auf die Zustellungen finden die Vorschriften der Civilprozeßordnung über Zustellungen, die von Amtswegen erfolgen, mit folgenden Maßgaben entsprechende Anwendung.

---

§ 10. Die Beglaubigung einer bei der Zustellung zu übergebenden Abschrift (§ 210 der Civilprozeßordnung) ist nicht erforderlich.

Die für Zustellungen zur Nachtzeit und an Sonntagen und allgemeinen Feiertagen notwendige Erlaubnis (§ 188 a. a. O.) wird von der Vollstreckungsbehörde erteilt. Die Niederlegung des Schriftstücks im Falle des § 182 a. a. O. findet bei der Ortsbehörde oder der Postanstalt des Zustellungsorts statt.

Die dem Gerichtsschreiber und Gerichtsdiener obliegenden Geschäfte werden von den dazu bestimmten Beamten wahrgenommen.

---

§ 11. In den Fällen der §§ 199 bis 201 der Civilprozeßordnung erfolgt die Zustellung in der dort vorgeschriebenen Weise.

Eine in einem anderen deutschen Staate zu bewirkende Zustellung erfolgt mittels Ersuchens der zuständigen Behörde desselben.

Die Zustellung wird durch das schriftliche Zeugnis der ersuchten Behörden oder Beamten, daß die Zustellung erfolgt sei, nachgewiesen.

---

§ 12. Ist der Aufenthalt des Schuldners unbekannt, so kann die Zustellung an denselben durch Anheftung des zuzustellenden Schriftstücks an der zu Aushängen der Vollstreckungsbehörde bestimmten Stelle erfolgen. Die Zustellung gilt als bewirkt, wenn seit der Anheftung zwei Wochen verstrichen sind. Auf die Giltigkeit der Zustellung hat es keinen Einfluß, wenn das Schriftstück von dem Orte der Anheftung zu früh entfernt wird.

Diese Art der Zustellung ist auch dann zulässig, wenn bei einer im Auslande zu bewirkenden Zustellung die Befolgung der für diese bestehenden Vorschriften unausführbar ist oder keinen Erfolg verspricht oder wenn die Zustellung aus dem Grunde nicht bewirkt werden kann, weil die Wohnung einer nach den §§ 18, 19 des Gerichtsverfassungsgesetzes der Gerichtsbarkeit nicht unterworfenen Person der Ort der Zustellung ist.

---

§ 13. Dem Schuldner und Dritten gegenüber wird der Vollziehungsbeamte zur Vornahme der Zwangsvollstreckung durch den ihm erteilten und auf Verlangen einer beteiligten Person vorzuzeigenden schriftlichen Auftrag der Vollstreckungsbehörde ermächtigt.

---

§ 14. Der Vollziehungsbeamte hat die im § 758, mit Ausnahme des Schlußsatzes, sowie in den §§ 759, 762 der Civilprozeßordnung dem Gerichtsvollzieher beigelegten Rechte und Pflichten.

Die Bestimmungen des § 761 a. a. O. finden mit der Maßgabe Anwendung, daß die Ortspolizeibehörde für die Erteilung der Erlaubnis zur Vornahme einer Vollstreckungshandlung zuständig ist.

---

§ 15. Die Aufforderungen und sonstigen Mitteilungen, welche zu den Vollstreckungshandlungen gehören, sind von dem Vollziehungsbeamten mündlich zu erlassen und vollständig in das Protokoll aufzunehmen.

Kann die mündliche Ausführung nicht erfolgen, so hat die Vollstreckungsbehörde demjenigen, an welchen die Aufforderung oder Mitteilung zu richten ist, eine Abschrift des Protokolls zu übersenden.

---

§ 16. Die Kosten der Mahnung und der Zwangsvollstreckung fallen dem Schuldner zur Last; sie sind zugleich mit dem zur Zwangvollstreckung stehenden Anspruche beizutreiben.

II. Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen.

A. Allgemeine Bestimmungen.

§ 17. Die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen erfolgt durch Pfändung. Sie darf nicht weiter ausgedehnt werden, als zur Deckung der beizutreibenden Geldbeträge und der Kosten der Zwangsvollstreckung erforderlich ist.

Die Pfändung hat zu unterbleiben, wenn sich von der Verwertung der zu pfändenden Gegenstände ein Ueberschuß über die Kosten der Zwangsvollstreckung nicht erwarten läßt.

---

§ 18. Gegen die Pfändung kann sich der Schuldner nur schützen, wenn derselbe entweder eine Fristbewilligung vorzeigt oder die vollständige Berichtigung des beizutreibenden Geldbetrags durch Quittung oder durch Vorlegung eines Postscheins nachweist, aus welchem sich ergiebt, daß der beizutreibende Geldbetrag an die für die Einziehung zuständige Stelle eingezahlt ist.

Zur Empfangnahme von Geldbeträgen ist der Vollziehungsbeamte nur nach Maßgabe des ihm erteilten schriftlichen Auftrags ermächtigt.

---

§ 19. Behauptet ein Dritter, daß ihm an dem gepfändeten Gegenstand ein die Veräußerung hinderndes Recht zustehe oder werden nach Maßgabe der §§ 772, 773 oder 774 der Civilprozeßordnung Einwendungen erhoben, so ist der Widerspruch gegen die Pfändung erforderlichenfalls im Wege der Klage geltend zu machen.

Auf die Einstellung weiterer und die Aufhebung bereits erfolgter Vollstreckungsmaßregeln finden die Vorschriften der §§ 769, 770 der Civilprozeßordnung Anwendung.

Der Pfändung einer Sache kann ein Dritter, welcher sich nicht im Besitze der Sache befindet, auf Grund eines Pfand- oder Vorzugsrechts nicht widersprechen; er kann jedoch seinen Anspruch auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Erlös im Wege der Klage geltend machen, ohne Rücksicht darauf, ob seine Forderung fällig ist oder nicht.

In den im Abs. 1 und 3 bezeichneten Fällen ist die Klage ausschließlich bei dem Gerichte zu erheben, in dessen Bezirke die Pfändung erfolgt ist. Wird die Klage gegen denjenigen, für dessen Rechnung die Zwangsvollstreckung stattfindet, und den Schuldner gerichtet, so sind diese als Streitgenossen anzusehen.

---

§ 20. Wird ein Gegenstand auf Grund der Pfändung veräußert, so steht dem Erwerber wegen eines Mangels im Rechte oder wegen eines Mangels der veräußerten Sache ein Anspruch auf Gewährleistung nicht zu.

---

§ 21. Hat die Pfändung zu einer vollständigen Deckung der beizutreibenden Geldbeträge nicht geführt oder wird glaubhaft gemacht, daß durch Pfändung eine vollständige Deckung nicht zu erlangen sei, so ist der Schuldner auf Antrag der für die Einziehung des Geldbetrags zuständigen Stelle verpflichtet, ein Verzeichnis seines Vermögens vorzulegen, in betreff seiner Forderungen den Grund und die Beweismittel zu bezeichnen, sowie den Offenbarungseid dahin zu leisten:

> daß er nach bestem Wissen sein Vermögen so vollständig angegeben habe, als er dazu im stande sei.

Für die Abnahme des Offenbarungseids ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirke der Schuldner seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines solchen seinen Aufenthaltsort hat; für das Verfahren gelten die Vorschriften der §§ 900 bis 915 der Civilprozeßordnung; jedoch ist die Vorauszahlung der Verpflegungskosten nicht erforderlich, wenn die Leistung des Offenbarungseids wegen solcher Geldbeträge beantragt ist, welche an den Staat zu entrichten sind.

B. Zwangsvollstreckung in körperliche Sachen.

§ 22. Die Pfändung der im Gewahrsame des Schuldners befindlichen körperlichen Sachen wird dadurch bewirkt, daß der Vollziehungsbeamte dieselben in Besitz nimmt.

Andere Sachen als Geld, Kostbarkeiten

und Wertpapiere sind im Gewahrsame des Schuldners zu belassen, sofern nicht hierdurch die Befriedigung des Gläubigers gefährdet wird. Werden die Sachen im Gewahrsame des Schuldners belassen, so ist die Wirksamkeit der Pfändung dadurch bedingt, daß durch Anlegung von Siegeln oder auf sonstige Weise die Pfändung ersichtlich gemacht ist.

Der Vollziehungsbeamte hat den Schuldner von der geschehenen Pfändung in Kenntnis zu setzen.

---

§ 23. Die vorstehenden Bestimmungen finden entsprechende Anwendung auf die Pfändung von Sachen, welche sich im Gewahrsam eines zur Herausgabe bereiten Dritten befinden.

---

§ 24. Früchte, die von dem Boden noch nicht getrennt sind, können gepfändet werden, solange ihre Beschlagnahme im Wege der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen erfolgt ist. Die Pfändung darf nicht früher als einen Monat vor der gewöhnlichen Zeit der Reife erfolgen.

Ein Gläubiger der ein Recht auf Befriedigung aus dem Grundstücke hat, kann der Pfändung nach Maßgabe des § 19 Abs. 1 dieser Verordnung widersprechen, sofern nicht die Pfändung für einen im Falle der Zwangsvollstreckung in das Grundstück vorgehenden Anspruch erfolgt ist.

---

§ 25. Die in dem § 811 der Civilprozeßordnung bezeichneten Sachen sind der Pfändung nicht unterworfen.

Die Vorschriften der §§ 812 und 813 der Civilprozeßordnung finden entsprechende Anwendung.

---

§ 26. Die gepfändeten Sachen sind auf schriftliche Anordnung der Vollstreckungsbehörde und zwar in der Regel durch den Vollziehungsbeamten öffentlich zu versteigern; Kostbarkeiten sind vor der Versteigerung durch einen Sachverständigen abzuschätzen. Gepfändetes Geld hat der Vollziehungsbeamte an die Vollstreckungsbehörde abzuliefern; die Wegnahme des Geldes durch den Vollziehungsbeamten gilt als Zahlung von seiten des Schuldners.

---

§ 27. Die Versteigerung der gepfändeten Sachen darf nicht vor Ablauf einer Woche seit dem Tage der Pfändung geschehen, sofern nicht der Schuldner sich mit einer früheren Versteigerung einverstanden erklärt oder dieselbe erforderlich ist, um die Gefahr einer beträchtlichen Wertverringerung der zu versteigernden Sache abzuwenden oder um unverhältnismäßige Kosten einer längeren Aufbewahrung zu vermeiden.

Die Versteigerung erfolgt in der Gemeinde, in welcher die Pfändung geschehen ist. Zeit und Ort der Versteigerung sind unter allgemeiner Bezeichnung der zu versteigernden Sachen öffentlich bekannt zu machen. Auf Ersuchen der Vollstreckungsbehörde ist der Ortsvorsteher verpflichtet, der Versteigerung beizuwohnen oder einen Gemeinde- oder Polizeibeamten mit der Beiwohnung zu beauftragen.

Die Vorschriften des § 18 finden auf die Versteigerung entsprechende Anwendung.

---

§ 28. Bei der Versteigerung ist nach den Vorschriften der §§ 816 Abs. 4, 817 Abs. 1 bis 3, 818 der Civilprozeßordnung zu verfahren.

Die Empfangnahme des Erlöses durch den versteigernden Beamten gilt als Zahlung von seiten des Schuldners.

---

§ 29. Gold- und Silbersachen dürfen nicht unter ihrem Gold- und Silberwerte zugeschlagen werden. Wird ein den Zuschlag gestattendes Gebot nicht abgegeben, so kann der Verkauf aus freier Hand zu dem Preise bewirkt werden, welcher den Gold- oder Silberwert erreicht.

---

§ 30. Gepfändete Wertpapiere sind, wenn sie einen Börsen- oder Marktpreis haben, aus freier Hand zum Tageskurse zu verkaufen und, wenn sie einen solchen Preis nicht haben, nach den allgemeinen Bestimmungen zu versteigern.

---

§ 31. Die Versteigerung gepfändeter, von dem Boden noch nicht getrennter Früchte ist erst nach der Reife zulässig. Sie kann vor oder nach der Trennung der Früchte erfolgen; im letzteren Falle hat der Vollziehungsbeamte die Aberntung bewirken zu lassen.

---

§ 32. Lautet ein gepfändetes Wert-

papier auf Namen, so ist die Vollstreckungsbehörde berechtigt, die Umschreibung auf den Namen des Käufers oder, wenn es sich um ein auf Namen umgeschriebenes Inhaberpapier handelt, die Rückverwandlung in ein Inhaberpapier zu erwirken und die hierzu erforderlichen Erklärungen an Stelle des Schuldners abzugeben.

---

§ 33. Auf Antrag des Schuldners oder aus besonderen Zweckmäßigkeitsgründen kann die Vollstreckungsbehörde anordnen, daß die Verwertung einer gepfändeten Sache in anderer Weise oder an einem anderen Orte, als in den vorstehenden Paragraphen bestimmt ist, stattzufinden habe oder daß die Versteigerung durch eine andere Person als den Vollziehungsbeamten vorzunehmen sei.

---

§ 34. Zur Pfändung bereits gepfändeter Sachen genügt die in das Protokoll aufzunehmende Erklärung des Vollziehungsbeamten, daß er die Sachen zur Deckung der ihrer Art und Höhe nach zu bezeichnenden Geldbeträge pfände. Der Schuldner ist von der weiteren Pfändung in Kenntnis zu setzen.

Ist die erste Pfändung im Auftrag einer anderen Vollstreckungsbehörde oder durch einen Gerichtsvollzieher erfolgt, so ist dieser Vollstreckungsbehörde beziehungsweise dem Gerichtsvollzieher eine Abschrift des Protokolls zuzustellen.

Eine entsprechende Verpflichtung hat der Gerichtsvollzieher, welcher im Wege der gerichtlichen Zwangsvollstreckung eine bereits im Auftrag einer Vollstreckungsbehörde gepfändete Sache pfändet.

---

§ 35. Wenn eine mehrfache Pfändung desselben Gegenstandes im Auftrage verschiedener Vollstreckungsbehörden oder im Auftrag einer Vollstreckungsbehörde und durch Gerichtsvollzieher stattgefunden hat, so begründet ausschließlich die erste Pfändung die Zuständigkeit zur Ausführung der Versteigerung.

Die Versteigerung erfolgt für alle beteiligten Gläubiger auf Betreiben eines Jeden derselben.

Die Verteilung des Erlöses erfolgt nach der Reihenfolge der Pfändungen oder, falls die sämtlichen Beteiligten über die Verteilung einverstanden sind, nach der getroffenen Vereinbarung.

Ist der Erlös zur Deckung der Forderungen nicht ausreichend und verlangt der Gläubiger, für welchen die zweite oder eine spätere Pfändung erfolgt ist, ohne Zustimmung der übrigen beteiligten Gläubiger eine andere Verteilung als nach der Reihenfolge der Pfändungen, so ist die Sachlage unter Hinterlegung des Erlöses demjenigen Amtsgericht, in dessen Bezirke die Pfändung stattgefunden hat, anzuzeigen. Dieser Anzeige sind die auf das Verfahren sich beziehenden Schriftstücke beizufügen. Die Verteilung erfolgt nach Maßgabe der Vorschriften der §§ 873 bis 882 der Civilprozeßordnung.

In gleicher Weise ist zu verfahren, wenn die Pfändung für mehrere Gläubiger gleichzeitig bewirkt ist.

C. Zwangsvollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte.

§ 36. Soll eine Geldforderung gepfändet werden, so hat die Vollstreckungsbehörde durch schriftliche Verfügung dem Drittschuldner zu verbieten, an den Schuldner zu zahlen. Zugleich hat die Vollstreckungsbehörde an den Schuldner durch schriftliche Verfügung das Gebot zu erlassen, sich jeder Verfügung über die Forderung, insbesondere der Einziehung derselben, zu enthalten.

Mit der Zustellung der Verfügung an den Drittschuldner ist die Pfändung als bewirkt anzusehen. Von dieser Zustellung ist der Schuldner in Kenntnis zu setzen.

§ 37. Zur Pfändung einer Forderung, für welche eine Hypothek besteht, ist außer dem Pfändungsbeschlusse die Aushändigung des Hypothekenbriefs an die Vollstreckungsbehörde erforderlich. Die Vorschriften des § 830 der Civilprozeßordnung finden entsprechende Anwendung.

---

§ 38. Die Pfändung von Forderungen aus Wechseln und anderen Papieren, welche durch Indossament übertragen werden können, wird dadurch bewirkt, daß

der Vollziehungsbeamte diese Papiere in Besitz nimmt.

§ 39. Die gepfändete Geldforderung ist demjenigen, für dessen Rechnung die Zwangsvollstreckung erfolgt, durch die Vollstreckungsbehörde zur Einziehung zu überweisen; dieselbe hat beglaubigte Abschriften der Verfügung dem Schuldner und dem Drittschuldner zustellen zu lassen.

§ 40. Die Ueberweisung ersetzt die förmlichen Erklärungen des Schuldners, von welchen nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechtes die Berechtigung zur Einziehung der Forderung abhängig ist. Bei Ueberweisung einer Forderung, für welche eine Hypothek besteht, findet der § 837 der Civilprozeßordnung entsprechende Anwendung.

Der Ueberweisungsbeschluß gilt, auch wenn er mit Unrecht erlassen ist, zu Gunsten des Drittschuldners dem Schuldner gegenüber solange als rechtsbeständig, bis er aufgehoben wird und die Aufhebung zur Kenntnis des Drittschuldners gelangt.

Der Schuldner ist verpflichtet, die zur Geltendmachung der Forderung nötige Auskunft zu erteilen und die über die Forderung vorhandenen Urkunden herauszugeben. Im Weigerungsfalle sind die Urkunden auf Anordnung der Vollstreckungsbehörde dem Schuldner durch den Vollziehungsbeamten wegzunehmen.

Werden die herauszugebenden Urkunden nicht vorgefunden, so kann von dem Schuldner die Ableistung des Offenbarungseids dahin,

daß er die Urkunden nicht besitze, auch nicht wisse, wo dieselben sich befinden,

gefordert werden.

Das Gericht kann eine der Lage der Sache entsprechende Aenderung der vorstehenden Eidesnorm beschließen.

Für die Zuständigkeit des Gerichts und das Verfahren finden die Vorschriften des § 21 entsprechende Anwendung.

Befindet sich eine herauszugebende Urkunde im Gewahrsam eines Dritten, so ist demjenigen, für dessen Rechnung die Zwangsvollstreckung erfolgt, der Anspruch des Schuldners auf Herausgabe derselben nach Maßgabe des § 39 zu überweisen.

§ 41. Auf Verlangen des Gläubigers hat der Drittschuldner binnen zwei Wochen, von der Zustellung der im § 36 Abs. 1 bezeichneten Verfügung an gerechnet, dem Gläubiger zu erklären:

1. ob und inwieweit er die Forderung als begründet anerkenne und Zahlung zu leisten bereit sei;
2. ob und welche Ansprüche andere Personen an die Forderung machen;
3. ob und wegen welcher Ansprüche die Forderung bereits für andere Gläubiger gepfändet sei.

Die Aufforderung zur Abgabe dieser Erklärung kann in die vorgedachte Verfügung aufgenommen werden. Der Drittschuldner haftet dem Gläubiger für den aus der Nichterfüllung seiner Verpflichtung entstehenden Schaden.

Die Bestimmungen der §§ 841 bis 843 der Civilprozeßordnung finden Anwendung.

§ 42. Schon vor der Pfändung kann die für die Einziehung zuständige Stelle durch die Vollstreckungsbehörde dem Drittschuldner und dem Schuldner die Benachrichtigung, daß die Pfändung bevorstehe, zustellen lassen mit der Aufforderung an den Drittschuldner, nicht an den Schuldner zu zahlen, und mit der Aufforderung an den Schuldner, sich jeder Verfügung über die Forderung, insbesondere der Einziehung derselben, zu enthalten.

Die Benachrichtigung an den Drittschuldner hat die Wirkung eines Arrestes (§ 930 der Civilprozeßordnung), sofern die Pfändung der Forderung innerhalb drei Wochen bewirkt wird. Die Frist beginnt mit dem Tage, an welchem die Benachrichtigung zugestellt ist.

§ 43. Die Zwangsvollstreckung in Ansprüche, welche die Herausgabe oder Leistung körperlicher Sachen zum Gegenstande haben, erfolgt nach den Vorschriften der §§ 36 bis 42 unter Berücksichtigung der nachstehenden Bestimmungen.

§ 44. Bei der Pfändung eines Anspruchs, welcher eine bewegliche körperliche Sache betrifft, hat die Vollstreckungsbehörde anzuordnen, daß die Sache an den zu bezeichnenden Vollziehungsbeamten herauszugeben sei.

Auf die Verwertung der Sache finden die Vorschriften über die Verwertung gepfändeter Sachen Anwendung.

§ 45. Bei Pfändung eines Anspruchs, welcher eine unbewegliche Sache betrifft, hat die Vollstreckungsbehörde anzuordnen, daß die Sache an einen auf ihren Antrag vom Amtsgerichte der belegenen Sache zu bestellenden Sequester herauszugeben sei.

Ist der Anspruch auf Uebertragung des Eigentums gerichtet, so hat die Auflassung an den Sequester als Vertreter des Schuldners zu erfolgen. Mit dem Uebergange des Eigentums auf den Schuldner erlangt derjenige, für dessen Rechnung die Zwangsvollstreckung erfolgt, eine Sicherungshypothek für seine Forderung. Der Sequester hat die Eintragung der Sicherungshypothek zu bewilligen.

Die Zwangsvollstreckung in die herausgegebene Sache wird nach den für die Zwangsvollstreckung in unbewegliche Sachen geltenden Vorschriften bewirkt.

---

§ 46. Der Pfändung sind nicht unterworfen:

1. die auf gesetzlicher Vorschrift beruhenden Alimentenforderungen und die nach § 844 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wegen der Entziehung einer solchen Forderung zu entrichtende Geldrente;
2. die fortlaufenden Einkünfte, welche ein Schuldner aus Stiftungen oder sonst auf Grund der Fürsorge und Freigebigkeit eines Dritten bezieht, insoweit der Schuldner zur Bestreitung des notdürftigen Unterhalts für sich, seinen Ehegatten und seine unversorgten Kinder dieser Einkünfte bedarf;
3. die aus Kranken-, Hilfs- oder Sterbekassen, insbesondere aus Knappschaftskassen und Kassen der Knappschaftsvereine, zu beziehenden Hebungen;
4. der Sold und die Invalidenpensionen der Unteroffiziere und der Soldaten sowie die Unterstützungen an Familien der in den Dienst eingetretenen Mannschaften nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 28. Februar 1888 (Reichs-Gesetzbl. S. 59);
5. das Diensteinkommen der Militärpersonen, welche zu einem mobilen Truppenteil oder zur Besatzung eines in Dienst gestellten Kriegsfahrzeugs gehören;
6. die Pensionen der Witwen und Waisen und die denselben aus Witwen- und Waisenkassen zukommenden Bezüge, die Erziehungsgelder und die Studienstipendien sowie die Pensionen invalider Arbeiter;
7. das Diensteinkommen der Offiziere, Militärärzte und Deckoffiziere, der Beamten, der Geistlichen sowie der Aerzte und Lehrer an öffentlichen Anstalten; die Pension dieser Personen nach deren Versetzung in einstweiligen oder dauernden Ruhestand sowie der nach ihrem Tode den Hinterbliebenen zu gewährende Sterbe- oder Gnadengehalt.

Uebersteigen in den Fällen Nr. 6 und 7 das Diensteinkommen, die Pension oder die sonstigen Bezüge die Summe von fünfzehnhundert Mark für das Jahr, so ist der dritte Teil des Mehrbetrags der Pfändung unterworfen.

Bei der Einziehung von kurrenten öffentlichen Abgaben, von Disziplinarstrafen und von solchen Zwangsstrafen, welche durch die vorgesetzte Dienstbehörde festgesetzt sind, finden die Vorschriften der Nr. 7 rücksichtlich des Diensteinkommens und der Pension der Civilbeamten, der Geistlichen sowie der Aerzte und Lehrer an öffentlichen Anstalten nicht Anwendung.

Die nach § 843 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wegen einer Verletzung des Körpers oder der Gesundheit zu entrichtende Geldrente ist nur so weit der Pfändung unterworfen, als der Gesamtbetrag die Summe von 1500 Mark für das Jahr übersteigt.

Die Einkünfte, welche zur Bestreitung eines Dienstaufwandes bestimmt sind, und der Servis der Offiziere, Militärärzte und Militärbeamten sind weder der Pfändung unterworfen, noch bei der Ermittelung, ob und zu welchem Betrag ein Diensteinkommen der Pfändung unterliege, zu berechnen.

Bezüglich der Zulässigkeit der Pfändung des Arbeits- oder Dienstlohns verbleibt es bei den Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 21. Juni 1869 (Bundes-Gesetzbl. 1869 S. 242 und 1871 S. 63).

---

§ 47. Die Vorschriften der §§ 851 und 852 der Civilprozeßordnung finden entsprechende Anwendung.

§ 48. Ist eine Forderung auf Anordnung mehrerer Vollstreckungsbehörden oder auf Anordnung einer Vollstreckungsbehörde und eines Gerichts gepfändet, so finden die Vorschriften der §§ 853 bis 856 der Civilprozeßordnung entsprechende Anwendung.

In Ermangelung eines nach §§ 853, 854 zuständigen Amtsgerichts findet die Hinterlegung bei der Hinterlegungsstelle desjenigen Amtsgerichts statt, in dessen Bezirke die Vollstreckungsbehörde, deren Pfändungsverfügung dem Drittschuldner zuerst zugestellt worden, ihren Sitz hat.

§ 49. Auf die Zwangsvollstreckung in andere Vermögensrechte, welche nicht Gegenstand der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen sind, finden die vorstehenden Bestimmungen entsprechende Anwendung.

Ist ein Drittschuldner nicht vorhanden, so ist die Pfändung mit dem Zeitpunkt als bewirkt anzusehen, in welchem dem Schuldner das Gebot, sich jeder Verfügung über das Recht zu enthalten, zugestellt ist.

Ein unveräußerliches Recht ist in Ermangelung besonderer Vorschriften der Pfändung insoweit unterworfen, als die Ausübung einem anderen überlassen werden kann.

Die Vollstreckungsbehörde kann bei der Zwangsvollstreckung in unveräußerliche Rechte, deren Ausübung einem anderen überlassen werden kann, besondere Anordnungen erlassen. Sie kann insbesondere bei der Zwangsvollstreckung in Nutzungsrechte eine Verwaltung anordnen. In diesem Falle wird die Pfändung durch Uebergabe der zu benutzenden Sache an den Verwalter bewirkt, sofern sie nicht Zustellung der Pfändungsverfügung bereits vorher bewirkt ist.

Ist die Veräußerung des Rechtes selbst zulässig, so kann auch diese Veräußerung unter der gleichen Voraussetzung von der Vollstreckungsbehörde angeordnet werden.

Auf die Zwangsvollstreckung in eine Reallast, eine Grundschuld oder eine Rentenschuld finden die Vorschriften über die Zwangsvollstreckung in eine Forderung, für welche eine Hypothek besteht, entsprechende Anwendung.

Bezüglich der Zwangsverwaltung und Wiederverpachtung verpachteter Grundstücke und Gerechtsame behält es bei den besonderen Bestimmungen des § 42 der Verordnung vom 26. Dezember 1808 (Gesetz-Samml. von 1806 bis 1810 S. 464) und der Allerhöchsten Ordre vom 31. Dezember 1825 (Gesetz-Samml. für 1826 S. 5) sein Bewenden.

§ 50. Die Bestimmungen der §§ 858 bis 863 der Civilprozeßordnung finden entsprechende Anwendung.

III. Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen.

§ 51. Die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen erfolgt nach den für gerichtliche Zwangsvollstreckungen bestehenden Vorschriften. Die erforderlichen Anträge sind durch die Vollstreckungsbehörde zu stellen.

Anträge auf Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung sind nur zulässig, sobald feststeht, daß durch Pfändung die Beitreibung des Geldbetrages nicht erfolgen kann.

Die Vollstreckbarkeit der Forderung und die Zulässigkeit der Zwangsvollstreckung nach Maßgabe des Abs. 2 unterliegen nicht der Beurteilung des Gerichts oder Grundbuchamts.

In den besonderen Rechten der bestehenden Kreditverbände bei der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung der zu ihnen gehörigen oder von ihnen beliehenen Güter wird durch die Bestimmungen dieser Verordnung nichts geändert.

§ 52. Ist eine Sicherheitshypothek eingetragen, so ist im Falle der Veräußerung des belasteten Grundstücks die Zwangsvollstreckung in Ansehung des Grundstücks gegen den Rechtsnachfolger zulässig. Die Vorschriften des § 3 Abs. 3 finden Anwendung.

IV. Arrest.

§ 53. Soweit ein Arrest zur Sicherung der Zwangsvollstreckung wegen einer im Verwaltungszwangsverfahren beizutreibenden Geldforderung zulässig ist, erfolgt

die Vollziehung desselben unter entsprechender Anwendung der Vorschriften dieser Verordnung. Die Vorschriften der Zoll- und Steuergesetze über die Beschlagnahme zoll- oder steuerpflichtiger Gegenstände werden hierdurch nicht berührt.

V. Kosten der Zwangsvollstreckung.

§ 54. Die Kosten des Verfahrens sind nach dem angehängten Tarif unter Beachtung der nachstehenden näheren Bestimmungen zu berechnen:

a) Die Wertklasse wird bei der Ausführung einer Versteigerung durch den Erlös der versteigerten Gegenstände, in allen anderen Fällen durch die Summe der von jedem einzelnen Schuldner einzuziehenden Geldbeträge, einschließlich der rückständigen Kosten, bestimmt.

b) Bei der Pfändung körperlicher Sachen sowie bei deren Versteigerung ist der Anspruch auf Gebühren begründet, sobald der Vollziehungsbeamte die Ausführung des entsprechenden Auftrags begonnen hat.

c) Die Gebühren müssen, auch wenn der Vollziehungsbeamte mehrere Zwangsmaßregeln in derselben Gemeinde an demselben Tage vollstreckt hat, von jedem Schuldner besonders entrichtet werden. Die Kosten für die öffentliche Bekanntmachung und für die Versteigerung sind jedoch, wenn mehrere Massen zusammengenommen werden, nur einmal nach der Gesamtsumme zu entrichten und unter die beteiligten Schuldner nach Verhältnis des aus jeder Masse gewonnenen Erlöses zu verteilen.

d) Die durch die Zwangsvollstreckung verursachten baaren Auslagen sind von dem Schuldner zu ersetzen; bei Verteilung der Transportkosten und anderer baren Auslagen, welche mehrere Schuldner gemeinschaftlich zu tragen haben, ist auf die besonderen Umstände, namentlich den Wert, den Umfang und das Gewicht der Gegenstände, billige Rücksicht zu nehmen.

e) Neben den Gebühren findet der Ansatz von Reise- und Zehrungskosten für den Vollziehungsbeamten nicht statt.

f) Die Gebühren der zugezogenen Sachverständigen werden nach den für gerichtliche Schätzungen vorgeschriebenen Sätzen bestimmt.

g) Die Gebühren des Vollziehungsbeamten kommen auch für andere, mit der Vornahme einzelner Vollstreckungshandlungen beauftragte Beamte in Ansatz.

Das Staatsministerium ist ermächtigt, eine Revision und anderweite Festsetzung des Tarifs vorzunehmen.

Vorstehende Bestimmungen finden keine Anwendung, wenn die Zwangsvollstreckung durch einen Gerichtsvollzieher erfolgt.

---

§ 55. Die Gebühren des Vollziehungsbeamten und alle anderen Kosten der Zwangsvollstreckung werden von der Vollstreckungsbehörde aus den eingegangenen Geldern entnommen.

Bei Unzulänglichkeit dieser Gelder werden, soweit für den einzelnen Fall nicht anderweite Bestimmungen maßgebend sind, zunächst die in Ansatz gebrachten Gebühren des Vollziehungsbeamten, sodann die übrigen Kosten der Zwangsvollstreckung berichtigt; soweit die letzteren aus den eingegangenen Geldern nicht gedeckt werden, sind dieselben unbeschadet der bestehenden anderweiten Vorschriften von demjenigen zu tragen, für dessen Rechnung die Zwangsvollstreckung erfolgt.

---

§ 56. Diese Verordnung tritt gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft.

Die zur Ausführung derselben erforderlichen Anordnungen haben die beteiligten Ministerien gemeinschaftlich zu erlassen.

Gebührentarif.

	I. bis 3 Mark einschl.		II. 3 bis 15 Mark einschl.		III. 15 bis 150 Mark einschl		IV. 150 bis 300 Mark einschl.		V. 300 bis 1000 Mark einschl.		VI. 1000 bis 5000 Mark einschl.		VII. über 5000 Mark	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
1. Für jede Mahnung, welche nicht mittels der Post erfolgt ist[1])	—	10	—	20	—	40	—	75	—	75	—	75	—	75
2. Für die Pfändung körperlicher Sachen sowie für die Wegnahme der vom Schuldner herauszugebenden Urkunden, einschl. der durch die Pfändung und Wegnahme der Urkunden veranlaßten Zustellungen. Wenn der Schuldner die Pfändung abwendet (§ 18), wird nur die Hälfte der Gebühren entrichtet.	—	40	—	80	1	60	3	—	4	—	5	—	6	—
3. Für die öffentliche Bekanntmachung der Versteigerung durch Aushang und Ausruf	—	20	—	20	—	40	—	75	—	75	—	75	—	75
4. Für die Versteigerung sowie für den freihändigen Verkauf der gepfändeten Sachen, einschließlich der hierzu veranlaßten Zustellungen . . . . . Wenn der Schuldner die Versteigerung abwendet (§ 27 Abs. 3), wird nur die Hälfte der Gebühren entrichtet, jedoch nicht über 2 Mark 50 Pf. Pfändungs- und Versteigerungskosten im Sinne der Bestimmungen zu Nr. 2 Abs. 2 und zu Nr. 4 Abs. 2 dürfen nur dann gefordert werden, wenn der Vollziehungsbeamte behufs Vornahme der Pfändung oder Versteigerung sich an Ort und Stelle begeben hat.	—	40	—	80	1	60	3	—	5	—	15	—	30	—
5. Für jede Abschrift eines Protokolls . .	—	10	—	10	—	10	—	10	—	10	—	10	—	10
6. Für jede im Zwangsverfahren erforderliche Zustellung, welche nicht nach den Bestimmungen unter Nr. 2 und 4 unentgeltlich zu leisten ist	—	20	—	40	1	20	2	—	2	—	2	—	2	—
7. Gebühren der bei einer Pfändung zugezogenen Zeugen	—	20	—	20	—	40	—	50	—	50	—	50	—	50
8. Gebühren des Aufbewahrers von gepfändeten Sachen täglich . . . . . Wenn die Aufbewahrung länger als 8 Tage dauert, werden von dem 9. Tage an nur die halben Gebühren bewilligt.	—	10	—	20	—	30	—	50	—	75	1	—	1	50

[1]) Für Mitteilung von Gerichtskostenrechnungen wird die Gebühr nicht entrichtet. Das durch derartige Mitteilung veranlaßte Porto bleibt der Staatskasse zur Last.

Die wichtigsten über die Rechtsverhältnisse der Staats- und Kommunal-Beamten ergangenen Gesetze und Verordnungen.

Vorbemerkung.

Staatsbeamter ist jeder, der in einem mittelbaren oder unmittelbaren dauernden Dienstverhältnisse (Amt) zur Ausübung von Verrichtungen der Staatsgewalt steht. Die unmittelbaren preußischen Staatsbeamten sind diejenigen, welche in einem Zweige der Staatsverwaltung angestellt sind; die mittelbaren, deren Dienstherr nicht der Staat direkt, sondern eine diesem unterstellte Behörde ist, also Provinz, Gemeinde u. a. Die Staatsbeamten werden eingeteilt in höhere, Subaltern- und Unterbeamte. Als höhere Beamte gelten diejenigen, welche eine wissenschaftliche Berufsbildung besitzen, als Subalternbeamte diejenigen, welche eine geschäftliche Berufsbildung und höhere Schulbildung besitzen. Von den Unterbeamten wird eine gute Volksschulbildung, dagegen keine besondere berufliche Ausbildung gefordert.

Alle Staatsbeamten werden vom König selbst oder in seinem Auftrage ernannt und zwar in der Regel auf Lebenszeit. Die Staatsämter sind jedem Preußen zugänglich, welcher die zu ihrer Bekleidung erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt. Es gehört dazu 1. der Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte, 2. der Nachweis der Befähigung. Derselbe wird erbracht durch Ablegung einer Prüfung, durch das Supernumerariat, durch den Zivilversorgungsschein oder durch Probedienstleistung. Zu den höheren Staatsämtern können ausnahmslos nur solche Personen befördert werden, welche die vorgeschriebenen Prüfungen bestanden haben; die Zulassung zu denselben ist zum Teil noch von der vorherigen Ableistung eines Vorbereitungsdienstes abhängig gemacht.

Die Befähigung zu den mittleren Staatsämtern wird durch den Zivilversorgungsschein oder das Supernumerariat erworben. Den Zivil-

versorgungsberechtigten ist die Hälfte der subalternen Beamtenstellen, zu denen eine besondere wissenschaftliche oder geschäftliche Ausbildung nicht erforderlich ist, ausschließlich vorbehalten. Die übrigen Stellen werden mit solchen Bewerbern besetzt, die aus dem Supernumerariat hervorgegangen sind. Supernumerar kann werden, wer: 1. seiner Militärpflicht genügt hat, 2. die Mittel besitzt, um sich 3 Jahre selbst zu erhalten, 3. entweder die Abschlußprüfung der Untersekunda eines Gymnasiums, Realgymnasiums, einer Oberrealschule, oder die Abgangsprüfung einer sechsklassigen höheren Lehranstalt oder höheren Bürgerschule bestanden, oder schließlich, wer eine besondere Befähigung durch mehrjährige praktische Thätigkeit bei den Behörden dargethan hat.

Die Stellungen der Unterbeamten, deren Besetzung von einer 6 bis 12monatigen Probedienstleistung abhängig gemacht werden kann, sind zum weitaus größten Teil den Militäranwärtern vorbehalten. Der Zivilversorgungsschein wird durch Invalidität oder 12jährige Dienstzeit als Unteroffizier erworben.

Die Uebertragung eines Amtes erfolgt in der Regel durch eine „Bestellung" und ist mit der Verpflichtung zur Ableistung des Dienst- und Verfassungseides verbunden.

Dem Inhaber des Amtes erwachsen durch die Uebertragung besondere Pflichten und Rechte.

Die allen Staatsbürgern gemeinsame Pflicht zum Gehorsam gegen König und Gesetze besteht für den Beamten in erhöhtem Maße.

Jeder Beamte muß sein Amt nach bestem Wissen und Gewissen treu und pflichtgemäß verwalten. Er muß ihm deshalb seine ganze Kraft widmen und darf ohne Genehmigung seiner vorgesetzten Dienstbehörde weder ein Nebenamt übernehmen, noch eine Nebenbeschäftigung betreiben, mit welcher eine fortlaufende Vergütung verbunden ist. Gewisse Nebenämter und Nebenbeschäftigungen sind überhaupt unzulässig. Der Beamte darf sich weder ohne Urlaub entfernen, noch sich in seinem Amte ohne besondere Ermächtigung durch einen anderen vertreten lassen. Eines Urlaubs bedarf der Beamte nicht, wenn er in den Reichs- oder Landtag gewählt, wenn er zu einer militärischen Uebung eingezogen oder wenn er als Schöffe oder Geschworener berufen ist. In solchen Fällen ist jedoch der vorgesetzten Dienstbehörde Anzeige von der geschehenen Berufung zu erstatten. Ueber alle Thatsachen, welche amtlich zu seiner Kenntnis gelangen, ist der Beamte zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Auch als Zeuge vor Gericht darf ein Beamter über solche Angelegenheiten nur mit Genehmigung seiner vorgesetzten Dienstbehörde eine Aussage abgeben.

Die Verpflichtung der Beamten zur Stellung von Amtskautionen ist im allgemeinen aufgehoben.

Das außerdienstliche Verhalten der Beamten muß ein tadelloses sein; seine Lebensführung soll in sittlicher und wirtschaftlicher Beziehung so beschaffen sein, daß sie der Würde seines Amtes entspricht.

Durch Verletzung seiner Amtspflichten macht sich der Beamte entweder strafbar, oder privatrechtlich haftbar, oder auch beides zugleich. Die Bestrafung ist entweder eine gerichtliche oder eine disziplinarische.

Außer den allgemeinen, selbstverständlich auch für Beamte gültigen Strafbestimmungen enthält das Strafgesetzbuch eine Reihe besonderer, welche strafbare Handlungen mit härteren Strafen bedrohen, wenn sie von Beamten begangen sind, oder überhaupt nur in diesem Falle mit Strafe bedrohen. (Straf-Ges.-Buch § 331 ff.; „Verbrechen und Vergehen im Amte".) Ist gegen einen Beamten auf eine gerichtliche Strafe von längerer als einjähriger Dauer, oder auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte oder auf den Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter oder auf Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt, so zieht diese Verurteilung den Verlust des Amtes nach sich.

Wenn ein Beamter durch Handlungen, welche nicht gegen das Strafgesetzbuch verstoßen, die Pflichten verletzt, die ihm sein Amt auferlegt, oder sich durch sein Verhalten in oder außer dem Amte der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt, so hat er Disziplinarbestrafung verwirkt. Die Disziplinarstrafen bestehen in Ordnungsstrafen und Entfernung aus dem Amte. Die Ordnungsstrafen sind: Warnung, Verweis, Geldbuße und gegen Unterbeamte auch Arreststrafen auf die Dauer von höchstens 8 Tagen. Die Ordnungsstrafen werden von den vorgesetzten Dienstbehörden verhängt. Die Entfernung aus dem Amte kann bestehen: 1. in Versetzung in ein anderes Amt von gleichem Range, jedoch mit Verminderung des Diensteinkommens und Verlust des Anspruchs auf Umzugskosten oder mit einem von beiden Nachteilen, 2. in Dienstentlassung. Diese Strafe zieht den Verlust des Titels und des Pensionsanspruches nach sich. Die Entfernung aus dem Amte kann nur ausgesprochen werden in einem förmlichen Disziplinarverfahren, welches in einer von einem Kommissar zu führenden Voruntersuchung und einer mündlichen Verhandlung besteht. Das Gericht erster Instanz in Disziplinarsachen ist für alle Beamte, die der königlichen oder ministeriellen Ernennung, Bestätigung oder Genehmigung bedürfen, der Disziplinarhof in Berlin, für die übrigen Beamten die Provinzialbehörden (Regierungen, Provinzialschulkollegien, Oberbergämter u. s. w.). Gegen das Urteil ist Berufung bei dem Staatsministerium zulässig. Bei der

Einleitung des Disziplinarverfahrens oder im Verlaufe desselben kann die vorläufige Dienstenthebung erfolgen, mit welcher einstweilige Einbehaltung des halben Gehaltes verbunden ist. Die vorläufige Dienstenthebung tritt kraft Gesetzes ein: 1. wenn im gerichtlichen Strafverfahren die Verhaftung eines Beamten beschlossen oder gegen ihn ein noch nicht rechtskräftiges Urteil erlassen ist, welches auf den Verlust des Amtes lautet oder diesen kraft Gesetzes nach sich zieht, 2. wenn im Disziplinarverfahren eine noch nicht rechtskräftige Entscheidung ergangen ist, welche auf Dienstentlassung lautet.

Im Interesse des Dienstes können außerhalb des Disziplinarverfahrens Verfügungen getroffen werden, durch welche 1. Beamte in ein anderes Amt von nicht geringerem Range und etatsmäßigem Diensteinkommen mit Vergütung der gesetzlichen Umzugskosten versetzt, 2. Beamte auf Wartegeld gesetzt, 3. Beamte nach eingetretener Dienstunfähigkeit auf Grund eines besonderen Verfahrens in den Ruhestand wider ihren Willen versetzt werden.

Für pflichtwidrige Handlungen und Unterlassungen sind die Beamten sowohl dem Staate wie Privatpersonen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen schadensersatzpflichtig.

Die Rechte der Beamten bestehen in den Amtsbefugnissen und in persönlichen Rechten. Amtsbefugnis ist die im Amte unmittelbar begründete Berechtigung zur Vornahme derjenigen Handlungen, welche zur Erreichung des Amtszweckes notwendig sind. Zur Befugnis des Polizeibeamten gehört es also beispielsweise, die Persönlichkeit desjenigen festzustellen, der sich einer Uebertretung schuldig macht. Für gewisse Beamtenkategorien besteht als ein Teil ihrer Amtsbefugnisse das Recht, unter bestimmten Voraussetzungen von ihren Waffen Gebrauch zu machen; hierher gehören namentlich Polizeibeamte, Gefängnis- und Strafanstaltsbeamte, Forst- und Jagdbeamte, Grenzaufsichtsbeamte.

Die persönlichen Rechte der Beamten sind Ehren- und Vermögensrechte.

Die Ehrenrechte bestehen in dem Anspruch auf Rang, Titel und Uniform. Dieselben werden in der Regel gleichzeitig mit der Uebertragung des Amtes erworben. In einigen Fällen kann ein besonderer Rang und Titel verliehen werden (Rechnungsrat, Geheimer Kanzleirat, Landgerichtsrat). Die höheren Beamten sind in 5 Rangklassen eingeteilt; die Subalternbeamten in 4 Klassen, deren erste der 5. Rangklasse der höheren Beamten entspricht.

Die höheren Beamten sind in nachstehender Weise auf die 5 Klassen verteilt:

I. Klasse: Unterstaatssekretäre, Abteilungsdirektoren und Wirkliche Geheime Oberregierungsräte in den Ministerien, die Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts und der Oberrechnungskammer.

II. Klasse: Vortragende Räte in den Ministerien und Zentralbehörden, (sofern sie den Titel Geheimer Oberregierungsrat, Geh. Oberjustizrat u. s. w. besitzen), der Polizeipräsident von Berlin, Regierungspräsidenten, Oberlandesgerichtspräsidenten, Oberverwaltungsgerichtsräte, Berghauptleute.

III. Klasse: Vortragende Geheime Räte, Provinzialsteuerdirektoren, Vorsitzende der Generalkommissionen, Senatspräsidenten bei den Oberlandesgerichten, Landgerichtspräsidenten, Oberstaatsanwälte, der Amtsgerichtspräsident bei dem Amtsgericht in Berlin, der Erste Staatsanwalt in Berlin, Oberpräsidialräte, Oberregierungsräte, Verwaltungsgerichtsdirektoren, Oberforstmeister, Polizeipräsidenten.

IV. Klasse: Regierungs-, Land-, Konsistorial- und Oberbergräte, Polizeidirektoren, Regierungs- und Forsträte, Forstmeister, Landgerichtsdirektoren, Oberlandes-, Land- und Amtsgerichtsräte, Erste Staatsanwälte, ordentliche Professoren, Direktoren der Gymnasien und der ihnen gleichstehenden Anstalten.

V. Klasse: Rechnungs-, Steuer- und Polizeiräte, Landrentmeister und Gewerbeinspektoren, Justizhauptkassenrendanten, Oberförster, Kataster- und Aichungsinspektoren, Land- und Amtsrichter, Staatsanwälte, Assessoren, außerordentliche Professoren und Seminardirektoren, Direktoren der staatlichen Progymnasien, Realprogymnasien, Real- und höheren Bürgerschulen, die Oberlehrer und wissenschaftlichen Lehrer an den höhren Lehranstalten, Bauinspektoren, Regierungsbaumeister, Direktoren der Strafanstalten und staatlichen Erziehungs- und Besserungsanstalten, die Direktoren höherer Schulen, welche weniger als neun Klassen haben und die Oberlehrer an neunklassigen höheren Schulen, die Geistlichen der Charité, die Geistlichen der Straf- und Gefängnisanstalten.

Die Klassen der Subalternbeamten sind folgende:

I. Klasse: Ministerialsekretäre.

II. Klasse: Referendare und Regierungsbauführer.

III. Klasse: Ministerialkanzleisekretäre und Kanzlisten, Regierungssekretäre, Kreissekretäre.

IV. Klasse: Regierungskanzleisekretäre und Kanzlisten.

Die Vermögensrechte der Beamten sind Anspruch auf Diensteinkommen, Pension und Fürsorge für Witwen und Waisen.

Das Diensteinkommen besteht aus Gehalt, zu welchem noch treten Wohnungsgeldzuschüsse, Mietsentschädigung, Dienstaufwandentschädi-

gung, Schreibmaterialienvergütung, besondere Vergütungen, Dienstwohnung und Naturalleistungen.

Der Gehalt wird vierteljährlich im voraus bezahlt; seine Höhe hängt vom Rang ab und bleibt sich in der Regel gleich. Nur bei den Richtern findet ein Aufsteigen nach Dienstaltersklassen statt. Wird die Gehaltszahlung verweigert, so ist der Beamte berechtigt, dieselbe einzuklagen. Die Pfändung, Verpfändung und Zession des Gehalts unterliegt besonderen Beschränkungen. Pfändbar ist insbesondere nur der dritte Teil des Betrages, welcher die Summe von 1500 Mark übersteigt.

Der Beamte enthält entweder eine Dienstwohnung oder Wohnungsgeldzuschuß oder Mietsentschädigung. Die beiden letzteren sind abhängig von dem Range des Beamten und seinem Amtssitze. Bezüglich des Ortes regeln sich die Entschädigungen und Zuschüsse nach einem Tarife, der auf der Verteilung sämtlicher Ortschaften der Monarchie auf 5 Servisklassen beruht. (Berlin, Frankfurt a. M. und einige andere große Städte bilden eine besondere Klasse.)

Die Dienstaufwandsentschädigung und die Schreibmaterialienvergütung werden in der Regel in einer bestimmten Höhe festgestellt und mit dem Gehalte bezahlt.

Außerdem haben die Beamten im Falle einer Versetzung oder bei Vornahme von Dienstgeschäften an Orten, die weiter als 2 km von ihrem Amtssitze entfernt sind, Anspruch auf Umzugskosten bezw. Reisekosten und Tagegelder, welche auf Grund tarifmäßiger Bestimmungen mit Rücksicht auf Rang und Entfernung festgesetzt werden.

In manchen Fällen werden bei besonderer Tüchtigkeit Remunerationen und Gratifikationen, sowie in besonderen Bedürfnisfällen Unterstützungen gewährt.

Neben diesen baren Bezügen besteht das Diensteinkommen mitunter in Naturalleistungen (freier Heizung, Beleuchtung oder Benutzung eines Dienstgrundstückes).

Hinsichtlich der Besteuerung seitens der Gemeinden genießen die Beamten besondere Vergünstigungen. Das Beamteneinkommen einschließlich der Ruhe- und Wartegehälter darf nur insoweit zu den Kommunalabgaben herangezogen werden, als diese von allen Abgabepflichten nach Maßgabe ihres persönlichen Einkommens erhoben werden. Das Diensteinkommen wird dann auch nur halb so hoch als dieses persönliche Einkommen und mit höchstens 1 bis 2 Prozent des Gesamtbetrages veranlagt. Ganz befreit sind die Einkommen unter 750 Mark.

Alle Beamten, welche mindestens zehn Jahre lang im Dienste angestellt gewesen sind, erhalten nach dem Ausscheiden eine Pension, welche bei 10jähriger Dienstzeit $^{15}/_{60}$ des Gehaltes beträgt und mit

jedem weiteren Dienstjahre um $^1/_{60}$ bis zum Höchstbetrage von $^{45}/_{60}$ steigt. Nach dem Tode eines Beamten erhalten die Hinterbliebenen außer dem Gehalte für den Sterbemonat noch ein Gnadenquartal und auf dieselbe Zeit die Benutzung der Dienstwohnung mit Ausnahme der Diensträume. War der Verstorbene schon pensioniert, so erhalten die Hinterbliebenen außer dem Sterbe- noch einen Gnadenmonat.

Die Witwen und Waisen unmittelbarer pensionsberechtigter Staatsbeamter erhalten Witwen- und Waisengelder. Das erstere beträgt 40 Prozent der Pension (doch ist eine Minimal- und eine Maximalsumme festgesetzt), welche der Verstorbene am Todestage hätte beanspruchen können; das Waisengeld beträgt bei Lebzeiten der Mutter für jedes Kind ein Fünftel, nach dem Tode derselben ein Drittel des Witwengeldes. Der Anspruch auf Witwen- und Waisengelder ist erloschen, wenn sich die Witwe wieder verheiratet oder wenn das berechtigte Kind das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Das Beamtenrecht ist nicht, wie in Art. 98 der Verf.-Urkunde verheißen war, durch ein Gesetz geregelt; die einschlägigen Bestimmungen sind vielmehr in einer großen Anzahl von Einzelgesetzen verstreut. Die wichtigsten derselben sind unten abgedruckt worden.

I. Anstellung und Besoldung, Rechte und Pflichten während der Dienstführung.

Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern.

Vom 25. März 1882.

§ 1. Militäranwärter im Sinne der nachstehenden Grundsätze ist jeder Inhaber des Civilversorgungsscheins.

Der Civilversorgungsschein wird denjenigen Personen, welchen ein Anspruch auf denselben nach den Bestimmungen des Militärpensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 (Reichs-Gesetzbl. S. 275) und der Novelle vom 4. April 1874 (Reichs-Gesetzbl. S. 25) zusteht, gemäß der Anlage A[1]) erteilt.

Außerdem kann der Civilversorgungsschein solchen ehemaligen Unteroffizieren erteilt werden, welche nach mindestens neunjährigem, aktiven Dienst im Heere oder in der Marine in militärisch organisierte Gendarmerien (Landjägerkorps) oder Schutzmannschaften eingetreten und dort als Invaliden ausgeschieden sind oder unter Einrechnung der im Heere oder in der Marine zugebrachten Dienstzeit eine gesamte aktive Dienstzeit von zwölf Jahren zurückgelegt haben. Der Civilversorgungsschein ist in diesen Fällen nach Anlage B[1]) auszustellen und hat nur Gültigkeit für den Reichsdienst und den Civildienst des betreffenden Staates.

Sind in eine militärisch organisierte Gendarmerie (Landjägerkorps) oder Schutzmannschaft in Ermangelung geeigneter Unteroffiziere von mindestens neunjähriger aktiver Militärdienstzeit, Unteroffiziere von geringerer, aber mindestens sechsjähriger aktiver Militärdienstzeit aufgenommen worden, so darf denselben der Civilversorgungsschein nach Anlage C[1]) verliehen werden, wenn sie entweder eine gesamte aktive Dienstzeit von fünfzehn Jahren zurückgelegt haben oder nach ihrem Uebertritt in die Gendarmerie oder Schutzmannschaft durch Dienstbeschädigung oder nach einer gesamten aktiven Dienstzeit von acht Jahren invalide geworden sind. Dieser Schein hat nur Gültigkeit für den Civildienst des betreffenden Staates.

Die Erteilung des Civilversorgungsscheines erfolgt in allen Fällen durch diejenige Militärbehörde, welche über den Anspruch auf diese Versorgung zu entscheiden hat.

Die auf Grund der bisher geltenden Vorschriften erteilten Civilanstellungsscheine sind fortan innerhalb ihres bisherigen Gültigkeitsbereiches den Civilversorgungsscheinen gleich zu achten.

Dem Eintritt in eine militärisch organisierte Gendarmerie oder Schutzmannschaft steht der Eintritt in eine der in den deutschen Schutzgebieten durch das Reich oder die Landesverwaltung errichteten Schutz- oder Polizeitruppen oder die Anstellung als Grenz- oder Zollaufsichtsbeamter in den Schutzgebieten gleich.

[1]) Nicht mit abgedruckt.

Ein auf Grund dieser Bestimmung ausgestellter Civilversorgungsschein hat für den Reichsdienst sowie für den Civildienst aller Bundesstaaten Gültigkeit; er wird nach dem anliegenden Muster A[1]) durch das Reichs-Marine-Amt ausgestellt. Diejenigen, welche auf Grund der vorstehenden Bestimmung den Civilversorgungsschein erhalten haben, stehen in Bezug auf die Reihenfolge der Einberufung von Stellenanwärtern den im § 18 unter Nr. 3 bezeichneten Unteroffizieren gleich, insoweit sie im stehenden Heere oder in der Kaiserlichen Marine unter Hinzurechnung der Dienstzeit in den Schutzgebieten eine Gesamtdienstzeit von mindestens acht Jahren erreicht haben.

§ 2. Die Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden — jedoch ausschließlich des Forstdienstes — sind, unbeschadet der in den einzelnen Bundesstaaten bezüglich der Versorgung der Militäranwärter im Civildienste erlassenen weitergehenden Bestimmungen, nach Maßgabe der nachstehenden Grundsätze vorzugsweise mit Militäranwärtern zu besetzen.

§ 3. Ausschließlich mit Militäranwärtern sind zu besetzen:

1. in allen Dienstzweigen und bei allen Behörden, außer bei der Reichskanzlei, dem Auswärtigen Amt, den Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten, den Chiffrier-Bureaus, den Gesandtschaften und Konsulaten:
   die Stellen im Kanzleidienst, einschließlich derjenigen der Lohnschreiber, soweit deren Inhabern lediglich die Besorgung des Schreibwerks (Abschreiben, Mundieren, Kollationieren ꝛc.) und der mit demselben zusammenhängenden Dienstverrichtungen obliegt;
2. in allen Dienstzweigen und bei allen Behörden, außer bei den Gesandtschaften und Konsulaten:
   sämtliche Stellen, deren Obliegenheiten im wesentlichen in mechanischen Dienstleistungen bestehen und keine technischen Kenntnisse erfordern.

§ 4. Mindestens zur Hälfte mit Militäranwärtern sind zu besetzen:

in allen Dienstzweigen und bei allen Behörden, außer bei den Ministerien und sonstigen Zentralbehörden, sowie bei den Gesandtschaften und Konsulaten:

die Stellen der Subalternbeamten im Bureaudienst (Journal, Registratur, Expeditions-, Kalkulatur-, Kassendienst u. dergl.) mit Ausschluß derjenigen, für welche eine besondere wissenschaftliche oder technische Vorbildung erfordert wird.

Bei Annahme von Bureaudiätarien ist nach gleichen Grundsätzen zu verfahren.

§ 5. In welchem Umfange die nicht unter die §§ 3 und 4 fallenden Subaltern- und Unterbeamtenstellen mit Militäranwärtern zu besetzen sind, ist unter Berücksichtigung der Anforderungen des Dienstes zu bestimmen.

§ 6. Insoweit in Ausführung der §§ 4 und 5 einzelne Klassen von Subaltern- und Unterbeamtenstellen für die Militäranwärter nicht mindestens zur Hälfte vorbehalten werden können, so hat nach Möglichkeit ein Ausgleich in der Weise stattzufinden, daß andere derartige Stellen desselben Geschäftsbereichs in entsprechender Zahl und Dotierung vorbehalten werden.

§ 7. Ueber die gegenwärtig vorhandenen Subaltern- und Unterbeamtenstellen des Reichs- und Staatsdienstes, welche nach §§ 3 bis 6 für die Militäranwärter vorzubehalten sind, werden Verzeichnisse angelegt.

Gleichartige Stellen, welche in Zukunft errichtet werden, unterliegen denselben Bestimmungen.

§ 8. Die Anlage D[1]) enthält das Verzeichnis der den Militäranwärtern zur Zeit im Reichsdienste vorbehaltenen Stellen.

Die Verzeichnisse bezüglich des Staatsdienstes werden von den einzelnen Bundesregierungen aufgestellt und dem Reichskanzler mitgeteilt. Letzterer wird von etwaigen Ausstellungen gegen diese Ver-

[1]) Nicht mit abgedruckt.

zeichnisse den beteiligten Bundesregierungen Kenntnis geben.

Die Verzeichnisse, sowie etwaige Nachträge zu denselben, werden durch das Central-Blatt für das Deutsche Reich veröffentlicht.

---

§ 9. Die den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen dürfen mit anderen Personen nicht besetzt werden, sofern sich Militäranwärter finden, welche zu deren Uebernahme befähigt und bereit sind.

Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Stellen dauernd oder nur zeitweise bestehen, ob mit denselben ein etatsmäßiges Gehalt oder nur eine diätarische oder andere Remuneration verbunden ist, ob die Anstellung auf Lebenszeit, auf Kündigung oder sonst auf Widerruf geschieht.

Zu vorübergehender Beschäftigung als Hilfsarbeiter oder Vertreter können jedoch auch Nichtversorgungsberechtigte angenommen werden, falls qualifizierte Militäranwärter nicht vorhanden sind, deren Eintritt ohne unverhältnismäßigen Zeitverlust oder Kostenaufwand herbeigeführt werden kann.

---

§ 10. Insoweit Vorschriften bestehen oder erlassen werden, nach welchen die Besetzung erledigter Stellen erfolgen kann, oder vorzugsweise zu erfolgen hat,

1. mit Beamten, welche einstweilig in den Ruhestand versetzt sind, und Wartegeld oder dem gleich zu erachtende Einnahmen beziehen oder
2. mit solchen Militärpersonen im Offizierrange, welchen die Aussicht auf Anstellung im Civildienste verliehen ist,

finden jene Vorschriften auch auf die Besetzung der den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen Anwendung.

Auch können die den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen verliehen werden:

3. solchen Beamten, welche für ihren Dienst unbrauchbar oder entbehrlich geworden sind und einstweilig oder dauernd in den Ruhestand versetzt werden müßten, wenn ihnen nicht eine den Militäranwärtern vorbehaltene Stelle verliehen würde. Von solchen Verleihungen ist dem zuständigen Kriegsministerium Kenntnis zu geben;
4. den Besitzern des Forstversorgungsscheines gegen Rückgabe dieses Scheines, sofern eine Reichsbehörde oder eine Behörde des betreffenden Staates von der Anstellung eines mit diesem Schein Beliehenen einen besonderen Vorteil für den Reichs- oder Staatsdienst erwartet;
5. solchen ehemaligen Militäranwärtern, welche sich in einer auf Grund ihrer Versorgungsansprüche erworbenen etatsmäßigen Anstellung (§ 13) befinden oder infolge eingetretener Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden sind;
6. solchen ehemaligen Militärpersonen, welchen der Civilversorgungsschein lediglich um deswillen versagt worden ist, weil sie sich nicht fortgesetzt gut geführt haben und welche von der zuständigen Militärbehörde (§ 1) eine Bescheinigung nach Anlage E[1]) erhalten haben;
7. sonstigen Personen, welchen, sofern es sich um den Reichsdienst oder den Dienst der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen handelt, durch Erlaß des Kaisers, in anderen Fällen durch Erlaß des Landesherrn bezw. Senats, ausnahmsweise die Berechtigung zu einer Anstellung verliehen worden ist. Dergleichen Verleihungen sollen jedoch nur für eine bestimmte Stelle oder für einen bestimmten Dienstzweig und auch nur dann beantragt werden, wenn ein besonderes dienstliches Interesse dafür geltend zu machen ist. Die Anträge sind, wenn die Anstellung im Reichsdienst oder im Dienst der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen erfolgen soll, unter Mitwirkung des Königlich preußischen Kriegsministeriums, wenn die Anstellung im Dienst eines Bundesstaats mit eigener Militärverwaltung oder in der Militärverwaltung desselben erfolgen soll, unter Mitwirkung des zuständigen Kriegsministeriums zu stellen. In den übrigen Bundesstaaten hat den Anträgen eine Mitteilung an die oberste Militärbehörde desjenigen Ersatzbezirkes, innerhalb welches die

[1]) Nicht mit abgedruckt.

Stelle besetzt werden soll, voranzugehen. Auch ist dieser Militärbehörde von den ergehenden Entscheidungen, sowie von etwaigen ohne Antrag erfolgten Verleihungen der Anstellungsberechtigung Kenntnis zu geben.

§ 11. Stellen, welche den Militäranwärtern nur teilweise (zur Hälfte, zu einem Dritteil ꝛc.) vorbehalten sind, werden bei eintretenden Vakanzen in einer dem Anteilsverhältnis entsprechenden Reihenfolge mit Militäranwärtern oder Civilanwärtern besetzt, und zwar ohne Rücksicht auf die Zahl der zur Zeit der Besetzung thatsächlich mit der einen oder anderen Klasse von Anwärtern besetzten Stellen.

Wird die Reihenfolge auf Grund des § 10 unterbrochen, so ist eine Ausgleichung herbeizuführen. Dabei sind Personen, deren Anstellung auf Grund des § 10 Nr. 1, 3 und 7 erfolgt, als Civilanwärter, Personen, deren Anstellung auf Grund des § 10 Nr. 2, 4, 5 und 6 erfolgt, als Militäranwärter in Anrechnung zu bringen.

§ 12. Die Militäranwärter haben sich um die von ihnen begehrten Stellen zu bewerben.

Die Bewerbungen sind an die für die Anstellung zuständigen Reichs- oder Staatsbehörden — Anstellungsbehörden — zu richten, und zwar:

a) seitens der noch im aktiven Militärdienst befindlichen Militäranwärter durch Vermittelung der vorgesetzten Militärbehörde;
b) seitens der Angehörigen einer militärisch organisierten Gendarmerie oder Schutzmannschaft durch Vermittelung der vorgesetzten Dienstbehörde;
c) seitens der übrigen Militäranwärter entweder unmittelbar oder durch Vermittelung des heimatlichen Landwehr-Bezirkskommandos, welches jede eingehende Bewerbung sofort der zuständigen Anstellungsbehörde mitteilt.

§ 13. Die Militäranwärter sind zu den in Rede stehenden Bewerbungen vor oder nach dem Eintritt der Stellenerledigung insolange berechtigt, bis sie eine etatsmäßige Stelle erlangt und angetreten haben, mit welcher Anspruch oder Aussicht auf Ruhegehalt oder dauernde Unterstützung verbunden ist.

§ 14. Die Anstellungsbehörden sind zur Annahme von Bewerbungen nur dann verpflichtet, wenn die Bewerber eine genügende Qualifikation für die fragliche Stelle bezw. den fraglichen Dienstzweig nachweisen.

Behufs Feststellung der körperlichen Qualifikation haben die Militärbehörden auf Verlangen die ärztlichen Atteste, auf Grund deren die Erteilung des Civilversorgungsscheines wegen Invalidität erfolgt ist, mitzuteilen, sofern seit deren Ausstellung noch nicht drei Jahre verflossen sind.

Sind für gewisse Dienststellen oder für gewisse Kategorien von Dienststellen besondere Prüfungen (Vorprüfungen) vorgeschrieben, so hat der Militäranwärter auch diese Prüfungen abzulegen. Auch kann, wenn die Eigentümlichkeit des Dienstzweiges dies erheischt, die Zulassung zu dieser Prüfung oder die Annahme der Bewerbung überhaupt von einer vorgängigen informatorischen Beschäftigung in dem betreffenden Dienstzweige abhängig gemacht werden, welche in der Regel nicht über drei Monate auszudehnen ist.

Bei allen von Militäranwärtern abzulegenden Prüfungen dürfen an dieselben keine höheren Anforderungen gestellt werden, als an andere Anwärter.

Für „qualifiziert" befundene Bewerber werden Stellenanwärter.

§ 15. Ueber die Bewerbungen um noch nicht vakante Stellen legen die Anstellungsbehörden Verzeichnisse nach Anlage F[1]) an, in welche die Stellenanwärter nach dem Datum des Eingangs der ersten Meldung eingetragen werden. War die Qualifikation noch durch eine Prüfung (Vorprüfung) nachzuweisen, so kann die Eintragung auch nach dem Tage des Bestehens derselben erfolgen.

Die Stellenanwärter haben, so lange sie keine Civilversorgung gefunden, ihre Meldung jährlich zum 1. Dezember zu wiederholen. Diejenigen Bewerbungen, bezüglich welcher eine solche Wiederholung unterlassen wird, sind in dem Verzeichnisse zu

[1]) Nicht mit abgedruckt.

streichen; sie können demnächst, auf erneuertes Ansuchen, mit dem Datum des Eingangs der neuen Meldung, wieder eingetragen werden.

§ 16. Stellen, für welche Stellenanwärter nicht notiert sind, werden im Falle der Vakanz durch eine allwöchentlich herausgegebene Liste („Vakanzenliste") bekannt gemacht.

Die Herausgabe der Vakanzen veranlaßt das zuständige Kriegsministerium.

Die Aufnahme der Stellen in die Liste vermittelt eine für den Bereich eines oder mehrerer Ersatzbezirke besonders bezeichnete Militärbehörde — Vermittelungsbehörde —, welcher zu diesem Zweck seitens der Ausstellungsbehörden Nachweisungen nach Anlage G[1]) zuzusenden sind.

§ 17. Ist innerhalb einer Frist von fünf Wochen nach Absendung der Nachweisung eine Bewerbung bei der Anstellungsbehörde nicht eingegangen, so hat dieselbe in der Stellenbesetzung freie Hand.

§ 18. Die Reihenfolge, in welcher die Einberufung der Stellenanwärter zu erfolgen hat, bestimmt sich nach folgenden Grundsätzen:

1. Bei Einberufungen für den Dienst eines Bundesstaates kann den diesem Staate angehörigen oder aus dem Kontingente desselben hervorgegangenen Stellenanwärtern vor allen übrigen der Vorzug gegeben werden.
2. Bei Einberufungen für den See-, Küsten- und Seehafendienst sind Unteroffiziere der Marine vor den Unteroffizieren des Landheeres zu berücksichtigen.
3. Insoweit die Grundsätze unter 1 und 2 keinen Vorzug begründen, sind in erster Reihe Unteroffiziere einzuberufen, welche mindestens acht Jahre in dem Heere oder in der Marine aktiv gedient haben. Abweichungen hiervon sind nur in Ausnahmefällen und nur insoweit zulässig, als sie durch ein dringendes dienstliches Interesse bedingt werden.
4. Innerhalb der einzelnen Kategorien von Stellenanwärtern ist bei der Einberufung die Reihenfolge in dem Verzeichnis (§ 15) in Betracht zu ziehen.
5. Die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung wird bei ihren Anstellungen vorzugsweise die Stellenanwärter desjenigen Staates berücksichtigen, in welchem die Vakanz entstanden ist.

§ 19. Die Anstellung eines einberufenen Stellenanwärters kann zunächst auf Probe erfolgen oder von einer Probedienstleistung abhängig gemacht werden.

Einberufungen zur Probedienstleistung werden nur erfolgen, insoweit Stellen (§ 9 Absatz 2 offen sind; eine Entlassung Einberufener wegen mangelnder Vakanz wird nicht stattfinden.

Die Probezeit soll, vorbehaltlich der Abkürzung bei früher erwiesener Qualifikation in der Regel höchstens betragen:

a) für den Dienst als Post- oder Telegraphen-Assistent ein Jahr,
b) für den Dienst in der Eisenbahnverwaltung mit Ausschluß der im § 3 bezeichneten Stellen ein Jahr,
c) für den Dienst bei der Reichsbank ein Jahr,
d) für den Dienst in der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern ein Jahr,
e) für den Dienst in der Straßen- und Wasserbauverwaltung mit Ausschluß der in § 3 bezeichneten Stellen ein Jahr,
f) für den nicht unter a bis e fallenden Reichs- und Staatsdienst sechs Monate.

Spätestens bei Beendigung der Probezeit hat die Anstellungsbehörde darüber Beschluß zu fassen, ob der Stellenanwärter in seiner Stelle zu bestätigen, bezw. in den Civildienst zu übernehmen, oder wieder zu entlassen ist.

§ 20. Stellenanwärter, welche sich noch im aktiven Militärdienst befinden, werden auf Veranlassung der Anstellungsbehörde durch die vorgesetzte Militärbehörde für die Dauer der Probezeit abkommandiert. Eine Verlängerung der letzteren über die im § 19 bezeichneten Fristen hinaus ist unzulässig.

[1]) Nicht mit abgedruckt.

§ 21. Den Stellenanwärtern ist während der Anstellung auf Probe das volle Stelleneinkommen, während der Probedienstleistung eine fortlaufende Remuneration von nicht weniger als Dreiviertel des Stelleneinkommens zu gewähren.

---

§ 22. Konkurieren bei der etatsmäßigen Besetzung einer den Militäranwärtern vorbehaltenen Stelle mehrere bereits einberufene, aber noch nicht etatsmäßig (§ 13) angestellte Stellenanwärter, so finden die im § 18 festgestellten Grundsätze sinngemäß Anwendung. Einen Anspruch auf vorzugsweise Berücksichtigung haben jedoch die ehemaligen, mindestens acht Jahre gedienten Unteroffiziere nicht denjenigen Stellenanwärtern gegenüber, deren Gesamtdienstzeit (aktive Militärdienstzeit und Dienstzeit in dem betreffenden Dienstzweige) von längerer Dauer ist, als die von ihnen selbst zurückgelegte.

Nichtversorgungsberechtigte, welche für eine den Militäranwärtern ausschließlich vorbehaltene Stelle einberufen worden sind, weil kein geeigneter Stellenanwärter vorhanden war, sind bezüglich der etatsmäßigen Anstellung den Stellenanwärtern, welche nicht nach mindestens achtjähriger aktiver Dienstzeit aus dem Heere oder der Marine als Unteroffizier ausgeschieden sind, gleichzuachten. Jedoch dürfen dieselben nicht vor solchen qualifizierten Stellenanwärtern etatsmäßig angestellt werden, welche in demselben Dienstzweige eine gleiche oder längere Dienstzeit zurückgelegt haben. Dasselbe gilt für die in § 10 Nr. 7 bezeichneten Personen, sofern ihnen die Anstellungsfähigkeit für einen bestimmten Dienstzweig und nicht nur für eine bestimmte Stelle verliehen worden ist.

Das Aufrücken in höhere Dienstein-nahmen und die Beförderung in Stellen höherer Klasse erfolgt lediglich nach den für die einzelnen Dienstzweige maßgebenden Bestimmungen. Der Besitz des Civilversorgungsscheins begründet dabei keinen Anspruch auf Bevorzugung. Jene Bestimmungen dürfen jedoch ebensowenig Beschränkungen zu Ungunsten der Militäranwärter enthalten, vielmehr ist thunlichst darauf Bedacht zu nehmen, daß denselben Gelegenheit zur Erwerbung der Qualifikation für das Aufrücken in höhere Dienststellen geboten werde.

Ist für das Aufrücken in höhere Dienst-einnahmen oder für die Beförderung in höhere Dienststellen die Gesamtdienstzeit entscheidend, so wird dieselbe für Militäranwärter mindestens von dem Beginn der Probezeit in dem betreffenden Dienstzweige ab berechnet.

---

§ 23. Von der Besetzung der den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen haben die Anstellungsbehörden am Schlusse des Quartals den Vermittelungsbehörden ihres Bezirks durch Zusendung einer Nachweisung nach Anlage H[1]) Mitteilung zu machen.

Die Vermittelungsbehörden veranlassen eine entsprechende Bekanntmachung in der Vakanzenliste.

---

§ 24. Zur Kontrolle darüber, daß bei der Besetzung der den Militäranwärtern im Reichsdienst vorbehaltenen Stellen den vorstehenden Grundsätzen gemäß verfahren wird, ist außer den Ressortchefs der Rechnungshof verpflichtet.

Sobald ein Stellenanwärter im Reichsdienst angestellt wird, ist der ersten Anweisung für die Zahlung des Gehalts oder der Remuneration beglaubigte Abschrift des Civilversorgungsscheins beizufügen.

Nach erfolgter etatsmäßiger Anstellung (§ 13) wird der Civilversorgungsschein selbst zu den Akten genommen.

Ist die Besetzung einer vorbehaltenen Stelle des Reichsdienstes durch einen Nichtversorgungsberechtigten erfolgt, so ist zu der Rechnung, aus welcher diese Besetzung zum erstenmal ersichtlich wird, zu bescheinigen und auf Erfordern dem Rechnungshof nachzuweisen, daß bei der Besetzung der Stelle den vorstehenden Grundsätzen genügt worden ist.

Die gleiche Verpflichtung, wie den Ressortchefs und dem Rechnungshofe ist bezüglich der Stellen im Staatsdienst den obersten Verwaltungsbehörden oder nach Anordnung der Landesregierungen den höchsten Rechnungs-Revisionsstellen in den einzelnen Bundesstaaten aufzuerlegen.

Erfolgt die Besetzung der Stellen durch eine oberste Staatsbehörde, so bedarf es eines Nachweises vor der Rechnungs-Revisionsstelle nicht.

---

[1]) Nicht mit abgedruckt.

§ 25. Im Falle der Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung gegen einen Militäranwärter ist der Civilversorgungsschein zu den Untersuchungsakten einzufordern. Führt die Untersuchung zu einem rechtskräftigen Erkenntnis, welches auf die zeitige Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter oder auf eine Strafe lautet, welche die dauernde oder zeitige Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter von Rechtswegen zur Folge hat, so ist der Civilversorgungsschein unter Mitteilung der Urteilsformel derjenigen Militärbehörde zu übersenden, welche den Schein erteilt hat (§ 1). Andernfalls ist der Civilversorgungsschein derjenigen Behörde zu übersenden, bei welcher der Militäranwärter angestellt oder beschäftigt ist, Militäranwärtern aber, welche im Civildienst noch nicht angestellt oder beschäftigt sind, zurückzugeben.

§ 26. Der Civilversorgungsschein ist verwirkt, wenn gegen den Inhaber rechtskräftig auf eine Strafe erkannt worden ist, welche die dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter von Rechtswegen zur Folge hat.

Lautet das rechtskräftige Erkenntnis nur auf zeitige Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter oder auf eine Strafe, welche die zeitige Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter zur Folge hat, so wird der Civilversorgungsschein nach Ablauf der Zeit, auf welche sich die Wirkung des Erkenntnisses erstreckt, zurückgegeben, zuvor jedoch von der Militärbehörde (§ 25) mit einem, den wesentlichen Inhalt des Erkenntnisses wiedergebenden Vermerk versehen. Die Anstellung des Inhabers in einer den Militäranwärtern vorbehaltenen Stelle ist lediglich dem freien Ermessen der beteiligten Behörden überlassen.

§ 27. Erfolgt das Ausscheiden aus der Stelle unfreiwillig aus anderen, als den im § 26 bezeichneten Gründen, so sind dieselben in dem Civilversorgungsschein zu vermerken, bevor dessen Rückgabe erfolgt.

Hat die unfreiwillige Entlassung eines Militäranwärters infolge einer den Mangel an ehrliebender Gesinnung verratender Handlung oder wegen fortgesetzt schlechter Dienstführung stattgefunden, so sind die Behörden zur Berücksichtigung des Anstellungsgesuchs nicht verpflichtet.

§ 28. Erfolgt das Ausscheiden aus der Stelle freiwillig, aber ohne Pension, so ist dies gleichfalls in dem Civilversorgungsschein zu vermerken, bevor dessen Rückgabe erfolgt.

§ 29. Der Civilversorgungsschein erlischt, sobald sein Inhaber aus dem Civildienste mit Pension (§ 13) in den Ruhestand tritt. Eine Rückgabe des Civilversorgungsscheins findet in diesem Falle nicht statt.

§ 30. Bereits erworbene Ansprüche werden durch vorstehende Grundsätze nicht berührt.

§ 31. Vorstehende Grundsätze treten mit dem 1. Oktober 1882, für Elsaß-Lothringen mit dem 1. Oktober 1884 in Kraft.

Erläuterungen

zu den

Grundsätzen, betreffend die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern.

I. **Zu § 1.** Der Civilversorgungsschein giebt dem Inhaber kein Recht auf eine bestimme Dienststelle.

II. **Zu § 2.** Gemeindedienststellen fallen nicht unter die Bestimmungen des Entwurfs.

III. **Zu § 3 2c.**

1. Stellen oder Verrichtungen, welche als Nebenamt versehen werden, fallen nicht unter die Bestimmungen des Entwurfs; dieselben sind daher den den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen nicht zuzuzählen.
2. Bei Berechnung der Zahl der den Militäranwärtern vorzubehaltenden Stellen sind diejenigen Stellen nicht in Betracht zu ziehen, bezüg-

lich welcher den Anstellungsbehörden freie Hand gelassen ist.

IV. **Zu § 7.** Stellen, deren Inhaber — wenn sie auch in Pflichten genommen sein sollten — ihr Einkommen nicht unmittelbar aus der Staatskasse beziehen (Privatgehilfen), brauchen in die nach § 7 anzulegenden Verzeichnisse nicht aufgenommen zu werden.

V. **Zu § 8.** Das dem § 8 als Anlage D angehängte Verzeichnis der Stellen im Reichsdienst präjudiziert den von den Landesregierungen aufzustellenden Verzeichnissen nicht.

VI. **Zu § 9 und 10.** Die in § 9 Abs. 1 enthaltene Regel, daß die den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen mit anderen Personen nicht besetzt werden dürfen, sofern befähigte und zur Uebernahme der Stellen bereite Militäranwärter vorhanden sind, steht — abgesehen von den Ausnahmen des § 10 — der Anwendung der Bestimmungen in § 22 Abs. 3 und in § 30 nicht entgegen. Auch bleibt den Landesregierungen die Befugnis, Versetzungen von Beamten (Bediensteten im weiteren Sinne) von Stelle zu Stelle vorzunehmen. Eine solche Versetzung in eine den Militäranwärtern vorbehaltene Stelle darf jedoch nur dann erfolgen, wenn dadurch eine den Militäranwärtern nach Maßgabe dieser Grundsätze zugängliche Stelle frei wird. Auch von solchen Versetzungen ist dem zuständigen Kriegsministerium Kenntnis zu geben.

VII. **Zu § 12.** Die Anstellungsbehörden werden durch die Landesregierungen bestimmt. Diesen soll unbenommen sein, Zentralstellen einzurichten, an welche sämtliche Bewerbungen ausschließlich zu richten sind, welchen die Anstellungsbehörden die zu besetzenden Stellen mitzuteilen haben und welche den Anstellungsbehörden die bei Einberufung der Stellenanwärter in Betracht zu ziehende Reihenfolge bezeichnen.

VIII. **Zu § 16.** Die Vermittelungsbehörden werden von den in den einzelnen Bundesstaaten zuständigen Organen bestimmt.

IX. **Zu § 18.** Als aus dem Kontingent Elsaß-Lothringens hervorgegangen werden alle diejenigen betrachtet, welche einem in Elsaß-Lothringen garnisonierenden Truppenteil angehört haben.

X. **Zu § 30.** Es handelt sich hier nicht um erworbene Rechtsansprüche, sondern um Anwartschaften; so soll insbesondere ein erworbener Anspruch dann als vorhanden angenommen werden, wenn für gewisse Dienstzweige die Prüfung bestanden oder der Vorbereitungsdienst zum größeren Teil absolviert ist.

Gesetz, betreffend die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen in der Verwaltung der Kommunalverbände mit Militäranwärtern.

Vom 21. Juli 1892.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, für den gesamten Umfang der Monarchie, was folgt:

§ 1. Die Subaltern- und Unterbeamtenstellen in der Verwaltung der Kommunalverbände, jedoch ausschließlich der Forstverwaltung, sind gemäß den nachstehenden Bestimmungen mit Militäranwärtern zu besetzen.[1])

[1]) Unter dem 25. Juli 1899 hat der Reichskanzler für das ganze Gebiet des Reiches „Grundsätze, betreffend die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Kommunalbehörden u. s. w. mit Militäranwärtern" veröffentlicht.

Militäranwärter im Sinne dieses Gesetzes ist jeder dem preußischen Staate angehörige und aus dem preußischen Reichsmilitärkontingente hervorgegangene Inhaber des Civilversorgungsscheins. Die unter preußischer Verwaltung stehenden außerpreußischen Kontingente und die Kaiserliche Marine sind in dieser Beziehung dem preußischen Kontingente gleichgestellt.

§ 2. Die Subaltern- und Unterbeamtenstellen in denjenigen Landgemeinden und ländlichen Kommunalverbänden, welche weniger als 2000 Einwohner haben, unterliegen den Vorschriften dieses Gesetzes nicht. Es können jedoch bezüglich der Kriegsinvaliden durch Königliche Verordnung, von welcher dem Landtage bei seinem nächsten Zusammentritt Mitteilung zu machen ist, die Subaltern- und Unterbeamtenstellen in diesen Landgemeinden und Kommunalverbänden der Vorschrift des § 1 unterworfen werden.

§ 3. Ausschließlich mit Militäranwärtern sind zu besetzen:

1. die Stellen im Kanzleidienst, einschließlich derjenigen der Lohnschreiber, soweit deren Inhabern die Besorgung des Schreibwerks und der damit zusammenhängenden Dienstverrichtungen obliegt,
2. sämtliche Stellen, deren Obliegenheiten im wesentlichen in mechanischen Dienstleistungen bestehen.

§ 4. Mindestens zur Hälfte mit Militäranwärtern sind zu besetzen die Stellen der Subalternbeamten im Bureaudienst, jedoch mit Ausnahme

1. derjenigen Stellen, für welche eine besondere wissenschaftliche oder technische Vorbildung erfordert wird,
2. der Stellen derjenigen Kassenvorsteher, welche eigene Rechnung zu legen haben, sowie derjenigen Kassenbeamten, welche Kassengelder einzunehmen, zu verwahren oder auszugeben haben.

§ 5. In welchem Umfange die nicht unter die §§ 3 und 4 fallenden Subaltern- und Unterbeamtenstellen mit Militäranwärtern zu besetzen sind, ist unter Berücksichtigung der Anforderungen des Dienstes und unter sinngemäßer Zugrundelegung der für die Reichs- und Staatsbehörden jeweilig geltenden Verzeichnisse über die den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen zu bestimmen.

Diese Grundsätze decken sich im ganzen mit dem oben abgedruckten Gesetz. Nur die folgenden Stellen kommen für Preußen in Betracht, da sie das Preußische Gesetz ergänzen:

§ 1 Abs. 1: Die Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Kommunen und Kommunalverbänden, bei den Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten, sowie bei ständischen oder solchen Instituten, welche ganz oder zum Teil aus Mitteln des Reichs, des Staates oder der Gemeinden unterhalten werden, — ausschließlich des Forstdienstes — sind unbeschadet der in den einzelnen Bundesstaaten bezüglich der Versorgung der Militäranwärter im Civildienst erlassenen weitergehenden Vorschriften, gemäß den nachstehenden Grundsätzen vorzugsweise mit Militäranwärtern zu besetzen.

§ 1 Abs. 3: Die Anstellungsberechtigung eines Militäranwärters beschränkt sich auf denjenigen Bundesstaat, dessen Staatsangehörigkeit er seit zwei Jahren besitzt. Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten sowie ständische Institute u. s. w., deren Wirksamkeit sich auf mehrere Bundesstaaten erstreckt, sind zur Anstellung nur solcher Militäranwärter verpflichtet, welche in einem dieser Staaten die Staatsangehörigkeit besitzen.

§ 11 Abs. 1 und 2: Ueber die Bewerbungen um noch nicht erledigte Stellen haben die Kommunal- u. s. w. Behörden Verzeichnisse nach Anlage 2 anzulegen, in welche die Stellenanwärter nach dem Datum des Einganges der ersten Meldung eingetragen werden. War die Befähigung noch durch eine Prüfung (Vorprüfung) nachzuweisen, so kann die Eintragung auch nach dem Tage des Bestehens der Prüfung erfolgen.

Bei der Besetzung erledigter Stellen sind unter sonst gleichen Verhältnissen Unteroffiziere, welche mindestens acht Jahre im Heere oder in der Marine aktiv gedient haben, in erster Linie zu berücksichtigen.

§ 6. Insoweit in Ausführung der §§ 4 und 5 einzelne Klassen von Subaltern- und Unterbeamtenstellen den Militäranwärtern nicht mindestens zur Hälfte vorbehalten werden können, hat nach Möglichkeit ein Ausgleich in der Weise stattzufinden, daß andere derartige Stellen desselben Kommunalverbandes in entsprechender Zahl und Besoldung vorbehalten werden.

Unter einer Klasse im Sinne dieses Gesetzes ist die Gesamtheit der bei einem kommunalen Verbande beschäftigten Beamten zu verstehen, deren dienstliche Obliegenheiten ihrer Natur nach im wesentlichen dieselben sind.

Enthält eine Klasse nur eine Stelle, so bleibt dieselbe den Militäranwärtern vorbehalten oder versagt, je nachdem sie unter Berücksichtigung der Anforderungen des Dienstes zur Besetzung mit einem Militäranwärter geeignet oder nicht geeignet ist.

---

§ 7. Die den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen können verliehen werden:

1. an Offiziere und Deckoffiziere, welchen beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienste die Aussicht auf Anstellung im Civildienste verliehen worden ist;
2. ehemaligen Militäranwärtern, welche sich in einer auf Grund ihrer Versorgungsansprüche erworbenen etatsmäßigen Anstellung befinden oder infolge eingetretener Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden sind;
3. ehemaligen Militärpersonen, welchen der Civilversorgungsschein lediglich um deswillen versagt worden ist, weil sie sich nicht fortgesetzt gut geführt haben, und welchen gemäß einer von der zuständigen Militärbehörde ihnen später erteilten Bescheinigung eine den Militäranwärtern im Reichs- oder Staatsdienste vorbehaltene Stelle übertragen werden darf;
4. sonstigen Personen, denen die Berechtigung zu einer Anstellung landesherrlich verliehen worden ist;
5. solchen Beamten und Bediensteten des betreffenden Kommunalverbandes, welche für ihren Dienst unbrauchbar oder entbehrlich geworden sind und einstweilig oder dauernd in den Ruhestand versetzt werden müßten, wenn ihnen nicht eine den Militäranwärtern vorbehaltene Stelle verliehen würde.

---

§ 8. Stellen, welche den Militäranwärtern nur teilweise (zur Hälfte, zu einem Dritteil u. s. w.) vorbehalten sind, werden bei eintretenden Vakanzen in einer dem Anteilsverhältnis entsprechenden Reihenfolge mit Militäranwärtern oder Civilpersonen besetzt, und zwar ohne Rücksicht auf die Zahl der zur Zeit der Besetzung thatsächlich mit Militäranwärtern und Civilpersonen besetzten Stellen.

Wird die Reihenfolge auf Grund des § 7 unterbrochen oder wird infolge des § 7 Nr. 5 eine ausschließlich mit Militäranwärtern zu besetzende Stelle mit einem Bediensteten des Kommunalverbandes besetzt, so ist eine Ausgleichung herbeizuführen. Dabei sind Personen, deren Anstellung auf Grund des § 7 Nr. 4 und 5 erfolgt, als Civilpersonen, Personen, deren Anstellung auf Grund des § 7 Nr. 1 und 3 erfolgt, als Militäranwärter in Anrechnung zu bringen.

In der Versetzung oder Beförderung eines besoldeten Subaltern- oder Unterbeamten auf eine andere nicht ausschließlich mit Militäranwärtern zu besetzende besoldete Subaltern- oder Unterbeamtenstelle desselben Kommunalverbandes sind die Kommunalverbände nicht beschränkt. Wäre die auf eine solche Weise mit einer Civilperson besetzte Stelle der bestehenden Reihenfolge nach mit einem Militäranwärter zu besetzen gewesen, so ist eine Ausgleichung herbeizuführen.

---

§ 9. Die Militäranwärter haben sich um die von ihnen begehrten Stellen bei den Anstellungsbehörden zu bewerben.

Sie sind zu Bewerbungen vor oder nach der Stellenerledigung so lange berechtigt, als sie noch nicht eine etatsmäßige Stelle erlangt und angetreten haben, mit welcher ein pensionsfähiges Einkommen von mindestens 900 Mark verbunden ist. Bewerbungen um Stellen, welche nur im Wege des Aufrückens zu erlangen sind, werden jedoch hierdurch nicht ausgeschlossen.

---

§ 10. Bewerbungen um noch nicht freigewordene Stellen sind alljährlich zum 1. Dezember zu erneuern, widrigenfalls dieselben als erloschen gelten.

§ 11. Stellen, welche mit Militäranwärtern zu besetzen sind, müssen im Falle der Erledigung, und wenn keine Bewerbungen von Militäranwärtern für dieselben vorliegen, seitens der Anstellungsbehörde der zuständigen Militärbehörde behufs der Bekanntmachung mittels Einreichung einer Nachweisung bezeichnet werden.

Ist innerhalb sechs Wochen nach der Bekanntmachung eine Bewerbung bei der Anstellungsbehörde nicht eingegangen, so hat dieselbe in der Stellenbesetzung freie Hand.

§ 12. Die den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen dürfen, außer in dem Falle des § 7, mit anderen Personen nicht besetzt werden, sofern sich Militäranwärter finden, welche zur Uebernahme der Stellen befähigt und bereit sind. Es machet dabei keinen Unterschied, ob die Stellen dauernd oder nur zeitweise bestehen, ob mit denselben ein etatsmäßiges Gehalt oder nur eine diätarische oder andere Remuneration verbunden ist, ob die Anstellung auf Lebenszeit, auf Kündigung oder auf Widerruf geschieht.

Zu vorübergehender Beschäftigung als Hilfsarbeiter oder Vertreter können jedoch auch Nichtversorgungsberechtigte angenommen werden.

In Ansehung derjenigen dienstlichen Verrichtungen, für welche wegen ihres geringen, die volle Zeit und Thätigkeit eines Beamten nicht in Anspruch nehmenden Umfanges und der Geringfügigkeit der damit verbundenen Remuneration besondere Beamte nicht angenommen, welche vielmehr an Privatpersonen, an andere Beamte als Nebenbeschäftigung oder an verabschiedete Beamte übertragen zu werden pflegen, behält es hierbei sein Bewenden. Wenn sich jedoch Militäranwärter ohne Aufforderung zu solchen dienstlichen Verrichtungen melden, so sind dieselben vorzugsweise zu berücksichtigen.

§ 13. Die Anstellungsbehörden sind zur Berücksichtigung von Bewerbungen nur dann verpflichtet, wenn die Bewerber eine genügende Befähigung für die fragliche Stelle beziehungsweise den fraglichen Dienstzweig nachweisen. Darüber, ob der Bewerber genügende Befähigung besitzt, entscheidet auf Beschwerde die staatliche Aufsichtsbehörde.

Sind für gewisse Dienststellen oder für gewisse Gattungen von Dienststellen besondere Prüfungen (Vorprüfungen) vorgeschrieben, so hat der Militäranwärter auch diese Prüfungen abzulegen. Auch kann, wenn die Eigentümlichkeit des Dienstzweiges dies erheischt, die Zulassung zu dieser Prüfung oder die Annahme der Bewerbung überhaupt von einer vorgängigen informatorischen Beschäftigung in dem betreffenden Dienstzweige abhängig gemacht werden, welche in der Regel nicht über drei Monate auszudehnen ist. Ueber die Zulässigkeit einer informatorischen Beschäftigung entscheidet die staatliche Aufsichtsbehörde.

Die Anstellung eines einberufenen Militäranwärters kann zunächst auf Probe erfolgen oder von einer Probedienstleistung abhängig gemacht werden. Die Probezeit darf vorbehaltlich der Abkürzung bei früher nachgewiesener Befähigung in der Regel höchstens sechs Monate, für den Dienst der Straßen- und Wasserbauverwaltung, mit Ausschluß der im § 3 bezeichneten Stellen, ein Jahr betragen. Handelt es sich um Anstellungen im Bureau- oder Kassendienst, so kann die Probezeit mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde unter Zustimmung der zuständigen Militarbehorde ausnahmsweise bis auf die Dauer eines Jahres verlängert werden. Während der Anstellung auf Probe ist dem Anwärter das volle Stelleneinkommen, während der Probedienstleistung eine fortlaufende Remuneration von nicht weniger als Dreiviertel des Stelleneinkommens zu gewähren.

§ 14. Welche Subaltern- und Unterbeamtenstellen und, gegebenenfalls, in welcher Anzahl dieselben gemäß den vorstehenden Bestimmungen den Militäranwärtern vorzubehalten sind, hat die Kommunalaufsichtsbehörde festzustellen. Gegen diese Feststellung ist die Beschwerde zulässig. Stellen, wegen deren eine solche Feststellung noch nicht stattgefunden hat, dürfen, insofern nicht Militäranwärter zur Anstellung gelangen, oder das in diesem

Gesetze bezüglich der Besetzung der Stellen mit Militäranwärtern vorgeschriebene Verfahren erledigt ist, bis zu der erfolgten Feststellung nur widerruflich besetzt werden. Die Anstellungsverhältnisse der Inhaber von solchen Stellen, welche gemäß den vorstehenden Bestimmungen den Militäranwärtern vorzubehalten, dagegen ohne Verletzung der bisherigen Bestimmungen an nicht Versorgungsberechtigte übertragen worden sind, bleiben hierdurch unberührt. Gleichfalls unberührt bleiben bereits erworbene Ansprüche von Militäranwärtern.

Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 15. Sind bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes Civilpersonen seit mindestens drei Jahren in Stellen, welche denselben nach dem bisherigen Rechte ohne landesherrliche Verleihung der Berechtigung zu einer Anstellung nicht hätten übertragen werden dürfen, so können die Civilpersonen in diesen Stellen belassen werden. Gehören diese Stellen zu denjenigen, welche gemäß den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes den Militäranwärtern teilweise vorbehalten sind, so müssen frei werdende Stellen den Militäranwärtern so lange und in ununterbrochener Reihenfolge übertragen werden, bis der den Militäranwärtern vorbehaltene Teil erfüllt ist.

§ 16. Das gegenwärtige Gesetz tritt am 1. Oktober 1892 in Kraft.

Mit diesem Zeitpunkte treten alle entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere die Deklaration wegen Berücksichtigung invalider Militärpersonen bei Besetzung städtischer Posten vom 29. Mai 1820 (Gesetz-Samml. S. 79), die Kabinetsorder, betreffend die Besetzung der Kämmereirendanten- und Kommunalkassenrendantenstellen, vom 1. August 1835 (Gesetz-Samml. S. 179) und der Allerhöchste Erlaß, betreffend die Verpflichtung der Stadtgemeinden in den neu erworbenen Landesteilen zur Besetzung der besoldeten städtischen Unterbedientenstellen mit versorgungsberechtigten Militärinvaliden, vom 22. September 1867 (Gesetz-Samml. S. 1667) außer Kraft.

Der Minister des Innern und der Kriegsminister sind mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt und erlassen die hierzu erforderlichen Anordnungen und Instruktionen.

Allerhöchster Erlaß, betreffend die Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Dienstalter der Civilbeamten.

Vom 14. Dezember 1891.

§ 1. Den höheren Beamten, bei denen die Fähigkeit zur Bekleidung ihres Amtes von dem Bestehen einer Prüfung abhängt, wird bei Bestimmung des Dienstalters, sofern dieselbe gemäß dem Zeitpunkte des Bestehens der Prüfung zu erfolgen hat, die Zeit, welche sie während ihrer Studienzeit oder ihres Vorbereitungsdienstes in Erfüllung der aktiven Dienstpflicht im stehenden Heere oder in der Marine gedient haben, insoweit in Anrechnung gebracht, als infolge der Erfüllung der aktiven Dienstpflicht die Ablegung der bezeichneten Prüfung später stattgefunden hat.

§ 2. Den Subalternbeamten wird bei Feststellung des Dienstalters, welches für ihre Berufung zur ersten etatsmäßigen Anstellung in Betracht kommt, die Zeit, welche sie während ihrer Ausbildungs- oder Vorbereitungszeit in Erfüllung der aktiven Dienstpflicht im stehenden Heere oder in der Marine gedient haben, bis zum Höchstbetrage eines Jahres insoweit in Anrechnung gebracht, als sie infolge der Erfüllung der Dienstpflicht die Befähigung zur Bekleidung des betreffenden Amtes später erlangt haben.

§ 3. Die in den Subalterndienst übernommenen Militäranwärter sollen bei Feststellung ihrer Anciennetät um ein Jahr oder, wenn die Invalidität vor Ablauf eines Jahres eingetreten ist, um die thatsächlich abgeleistete aktive Dienstzeit zurückdatiert werden, sobald sie eine etatsmäßige Anstellung erhalten.

§ 4. Anderen, als den in Nr. 1 und 2 bezeichneten Beamten, welche nicht zu den Unterbeamten gehören, kann die Zeit, welche sie in Erfüllung der aktiven Dienstpflicht im stehenden Heere oder in der Marine gedient haben, in entsprechender Anwendung der Bestimmungen in Nr. 1 von dem Ressortchef bei Bestimmung des Dienstalters in Anrechnung gebracht werden.

§ 5. Diese Vorschriften treten am 1. Januar 1892 in Kraft.

§ 6. Das Dienstalter eines Beamten kann in Anwendung der Vorschriften in Nr. 1 bis 4 nicht früher als vom 1. Januar 1892 bestimmt werden. Beamte der gleichen Dienstgattung, deren Dienstalter vom 1. Januar 1892 bestimmt worden ist, während es in Anwendung der bezeichneten Vorschriften von einem früheren Zeitpunkte zu bestimmen gewesen wäre, werden in ihrem Verhältnisse zu einander so behandelt, als wenn ihr Dienstalter von dem letzteren Zeitpunkte bestimmt worden wäre.

Gesetz, betreffend die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten.

Vom 30. Juli 1899.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, für den Umfang der Monarchie mit Ausschluß der Hohenzollernschen Lande, was folgt:

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Als Kommunalbeamter im Sinne dieses Gesetzes gilt, wer als Beamter für den Dienst eines Kommunalverbandes (§§ 8 bis 22) gegen Besoldung angestellt ist. Die Anstellung erfolgt durch Aushändigung einer Anstellungsurkunde.

§ 2. Die Rechtsverhältnisse der auf Probe, zu vorübergehenden Dienstleistungen oder zur Vorbereitung angestellten Kommunalbeamten unterliegen den Bestimmungen dieses Gesetzes nur insoweit, als dies ausdrücklich vorgesehen ist. Die Anstellung auch dieser Beamten erfolgt nach § 1 Satz 2.

Auf Personen, welche ein Kommunalamt nur als Nebenamt oder als Nebenthätigkeit ausüben oder ein Kommunalamt führen, das seiner Art oder seinem Umfange nach nur als eine Nebenthätigkeit anzusehen ist, findet dieses Gesetz keine Anwendung.

§ 3. Die Zahlung des Gehalts an Kommunalbeamte erfolgt in Ermangelung besonderer Festsetzungen vierteljährlich im voraus.

§ 4. Die Hinterbliebenen eines Kommunalbeamten erhalten für das auf den Sterbemonat folgende Vierteljahr noch die volle Besoldung des Verstorbenen (Gnadenquartal); war der Verstorbene pensioniert, so gebührt ihnen die Pension noch für den auf den Sterbemonat folgenden Monat (Gnadenmonat). Dabei finden die für die unmittelbaren Staatsbeamten geltenden Bestimmungen mit der Maßgabe Anwendung, daß an Stelle der Genehmigung des Verwaltungschefs und der Provinzialbehörde, auf deren Etat die Pension übernommen war, die Genehmigung der Kommunalverwaltungsbehörde tritt.

§ 5. In dem Genusse der von dem verstorbenen Beamten bewohnten Dienstwohnung ist die hinterbliebene Familie in Ermangelung anderweiter Festsetzungen nach Ablauf des Sterbemonats noch drei fernere Monate zu belassen. Hinterläßt der Beamte keine Familie, so ist denjenigen, auf welche sein Nachlaß übergeht, unter der gleichen Voraussetzung eine vom Todestage an zu rechnende einmonatliche Frist zur Räumung der Dienstwohnung zu gewähren.

In jedem Falle müssen Arbeits- und Sitzungszimmer, sowie sonstige, für den amtlichen Gebrauch bestimmte Räumlichkeiten sofort geräumt werden.

§ 6. Ueber die Art und Höhe der Reisekostenentschädigung, welche den Kommunalbeamten, einschließlich der im § 2 Absatz 2 erwähnten, bei Dienstreisen zugebilligt werden sollen, können die Kommunalverbände Vorschriften erlassen. Kommen solche in Fällen, in welchen ein Bedürfnis der Regelung besteht, nicht zu stande, so kann die Aufsichtsbehörde die erforderlichen Vorschriften erlassen, welche so lange in Geltung bleiben, bis anderweite Bestimmungen seitens der Kommunalverbände getroffen sind.

§ 7. Der Bezirksausschuß[1]) beschließt über streitige vermögensrechtliche Ansprüche der Kommunalbeamten einschließlich der in § 2 Absatz 1 erwähnten Beamten aus ihrem Dienstverhältnisse, insbesondere über Ansprüche auf Besoldung, Reisekostenentschädigung, Pension sowie über streitige Ansprüche der Hinterbliebenen der Beamten auf Gnadenbezüge oder Witwen- und Waisengeld. Die Beschlußfassung erfolgt, soweit sie sich auf die Frage erstreckt, welcher Teil des Diensteinkommens bei Feststellung der Pensionsansprüche als Gehalt anzusehen ist, vorbehaltlich der den Beteiligten innerhalb zwei Wochen bei dem Bezirksausschuß gegeneinander zustehenden Klage im Verwaltungsstreitverfahren. Im übrigen findet gegen den in erster oder auf Beschwerde in zweiter Instanz ergangenen Beschluß binnen einer Ausschlußfrist von sechs Monaten nach Zustellung desselben die Klage im ordentlichen Rechtswege statt. Die Beschlüsse sind vorläufig vollstreckbar.

Bei den in §§ 18 bis 20 erwähnten ländlichen Kommunalverbänden tritt an die Stelle des Bezirksausschusses sowohl für das Beschluß- als auch für das Verwaltungsstreitverfahren der Kreisausschuß.

Beamte der Stadtgemeinden.

§ 8. Die Anstellung der städtischen Beamten erfolgt, unbeschadet der Vorschriften in §§ 9 und 10, auf Lebenszeit.

Für die Beamten der städtischen Betriebsverwaltungen findet Absatz 1 nur insoweit Anwendung, als die Stadtgemeinden dies beschließen. Welche Verwaltungszweige zu den städtischen Betriebsverwaltungen zu rechnen sind, kann durch Ortsstatut festgesetzt werden.

§ 9. Abweichungen von dem Grundsatze der Anstellung auf Lebenszeit (§ 8 Absatz 1) können durch Ortsstatut oder in einzelnen Fällen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde festgesetzt werden.

Soweit hiernach eine Anstellung auf Kündigung zulässig ist, darf die Kündigung nur auf Grund eines Beschlusses des kollegialischen Gemeindevorstandes (Magistrats) oder, wo ein solcher nicht besteht, eines aus dem Bürgermeister und den Beigeordneten (Schöffen, Ratmänner) gebildeten Kollegiums erfolgen.

§ 10. Der Anstellung kann eine Beschäftigung auf Probe vorangehen. Dieselbe darf in der Regel die Dauer von zwei Jahren nicht übersteigen. Eine Ausdehnung der probeweisen Beschäftigung ist nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde zulässig.

Im übrigen hat bei Beamten, welche probeweise oder zu vorübergehenden Dienstleistungen oder zum Zwecke der Vorbereitung beschäftigt werden, die Regelung der

[1]) Für die Stadt Berlin tritt an die Stelle des Bezirksausschusses der Oberpräsident (§ 43 Abs. 3 des Landesverwaltungsgesetzes). Gegen den Beschluß des Oberpräsidenten findet die Klage bei dem Bezirksausschusse statt.

Annahmebedingungen vor dem Antritt der Beschäftigung zu erfolgen.

Durch die vorstehenden Bestimmungen wird § 13 des Gesetzes, betreffend die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen der Kommunalverbände mit Militäranwärtern, vom 21. Juli 1892 (Gesetz-Samml. S. 214) nicht berührt.

---

§ 11. Die Aufsichtsbehörde kann in Fällen eines auffälligen Mißverhältnisses zwischen der Besoldung und den amtlichen Aufgaben der Beamtenstelle verlangen, daß den städtischen Beamten die zu einer zweckmäßigen Verwaltung angemessenen und der Leistungsfähigkeit der Stadtgemeinde entsprechenden Besoldungsbeträge bewilligt werden, insoweit nicht die Besoldung der betreffenden Stelle durch Ortsstatut festgesetzt ist. Im Falle des Widerspruchs der Stadtgemeinde erfolgt die Feststellung der Besoldungsbeträge durch Beschluß des Bezirksausschusses.

Betreffs der Polizeibeamten bewendet es bei der Bestimmung im § 4 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Samml. S. 265), § 4 Absatz 1 der Verordnung vom 20. September 1867 (Gesetz-Samml. S. 1529), § 5 Absatz 1 des Lauenburgischen Gesetzes vom 7. Januar 1870 (Offizielles Wochenblatt S. 13).

---

§ 12. Die städtischen Beamten erhalten bei eintretender Dienstunfähigkeit — sofern nicht mit Genehmigung des Bezirksausschusses ein anderes festgesetzt ist — Pension nach den für die Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten geltenden Grundsätzen, wobei Artikel III des Gesetzes vom 31. März 1882, betreffend die Abänderung des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 (Gesetz-Samml. 1882 S. 133), insoweit er nicht durch das Gesetz vom 1. März 1891 (Gesetz-Samml. S. 19) abgeändert ist, unberührt bleibt.

Als pensionsfähige Dienstzeit wird, unbeschadet der über die Anrechnung der Militärdienstzeit bei Militäranwärtern und forstversorgungsberechtigten Personen des Jägerkorps geltenden Bestimmungen und in Ermangelung anderweiter Festsetzungen nur die Zeit gerechnet, welche der Beamte in dem Dienste der betreffenden Gemeinde zugebracht hat.

Die Bestimmungen des Gesetzes vom 31. März 1882, betreffend die Abänderung des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 (Gesetz-Samml. 1882 S. 133), in betreff der Beamten, welche das 65. Lebensjahr vollendet haben, können durch Ortsstatut auch für Kommunalbeamte in Kraft gesetzt werden.

---

§ 13. Das Recht auf den Bezug der Pension (§ 12) ruht, wenn und so lange ein Pensionär im Staats- oder Kommunaldienst ein Einkommen oder eine neue Pension bezieht, insoweit als der Betrag des neuen Einkommens unter Hinzurechnung der zuvor erdienten Pension den Betrag des von dem Beamten vor der Pensionierung bezogenen Diensteinkommens übersteigt.

---

§ 14. Betreffs der Anstellung, Besoldung und Pensionierung der Mitglieder des kollegialischen Gemeindevorstandes (Magistrats), sowie in Städten ohne kollegialischen Gemeindevorstand der Bürgermeister und deren Stellvertreter (zweite Bürgermeister, Beigeordnete) bewendet es bei den bestehenden Bestimmungen mit der Aenderung, daß die Pension vom vollendeten zwölften Dienstjahre ab bis zum vierundzwanzigsten Dienstjahre alljährlich um $^1/_{60}$ steigt.

In der Provinz Hannover findet, unter entsprechender Aufhebung der Vorschrift des § 64 Absatz 2 der revidierten Städteordnung vom 24. Juni 1858 (Hannoversche Gesetz-Samml. S. 141), auch auf die im Absatz 1 gedachten Beamten die Berechnung der Pension nach Maßgabe des § 8 des Gesetzes vom 31. März 1882, betreffend die Abänderung des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 (Gesetz-Samml. 1882 S. 133), Anwendung.

---

§ 15. Die Witwen und Waisen der pensionsberechtigten Beamten der Stadtgemeinden, einschließlich der im § 14 aufgeführten Beamten, erhalten — sofern nicht mit Genehmigung des Bezirksausschusses ein anderes festgesetzt ist — Witwen- und Waisengeld nach den für die Witwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten geltenden Vorschriften unter Zugrundelegung des von dem Beamten im Augenblick des Todes erdienten Pensionsbetrages; dabei tritt an die Stelle der für das Witwengeld bei unmittelbaren Staatsbeamten vor-

geschriebenen Höchstsätze der Höchstsatz von 2000 Mark.

Auf das Witwen- und Waisengeld kommen die Bezüge, welche von öffentlichen Witwen- und Waisenanstalten oder von Privatgesellschaften gezahlt werden, in demselben Verhältnisse in Anrechnung, in welchem die Stadtgemeinde sich an den vertraglichen Gegenleistungen beteiligt hat. Als Beteiligung der Stadtgemeinde wird es auch, soweit die Zeit vor dem Inkrafttreten des Gesetzes in Betracht kommt, angesehen, wenn die Gegenleistung seitens des Beamten auf Grund ausdrücklicher, bei der Anstellung übernommener Verpflichtung oder anderweiter Festsetzungen erfolgt ist.

---

§ 16. Stadtgemeinden im Sinne dieses Gesetzes sind diejenigen Städte, welche nach einer Städteordnung verwaltet werden, einschließlich der im § 1 Absatz 2 der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853 (Gesetz-Samml. S. 261) und der in §§ 94 ff. des Gesetzes, betreffend die Verfassung und Verwaltung der Städte und Flecken in der Provinz Schleswig-Holstein vom 14. April 1869 (Gesetz-Samml. S. 589) erwähnten Ortschaften und Flecken.

---

§ 17. Die in den vorstehenden Bestimmungen vorgesehenen Ortsstatuten unterliegen auch in den Städten von Neuvorpommern und Rügen der Genehmigung des Bezirksausschusses.

Beamte der Landgemeinden, der Landbürgermeistereien, Aemter, Zweckverbände und Amtsbezirke.

§ 18. Die Anstellungs-, Besoldungs- und Pensionsverhältnisse der Beamten der Landgemeinden, sowie die Ansprüche der Hinterbliebenen dieser Beamten auf Witwen- und Waisengeld können durch Ortsstatut geregelt werden. Hierbei gelangt für die Rheinprovinz und die Provinz Westfalen § 19 Nr. 2 zur Anwendung.

Kommt ein derartiges Statut in größeren Landgemeinden, für welche nach ihren besonderen örtlichen Verhältnissen ein Bedürfnis ortsstatutarischer Regelung (Absatz 1) besteht, insbesondere städtischen Vororten, Industrieorten, Badeorten u. s. w. nicht zu stande, so kann auf Antrag der Aufsichtsbehörde der Kreisausschuß beschließen, ob und inwieweit die Bestimmungen der §§ 8 bis 10 und 12 bis 15 dieses Gesetzes auf die Beamten oder einzelne Klassen der Beamten derselben entsprechende Anwendung zu finden haben. Bei Anwendung der vorgedachten Bestimmungen tritt an die Stelle des Bezirksausschusses der Kreisausschuß. Der Beschluß des Kreisausschusses bleibt so lange in Geltung, bis durch Ortsstatut (Absatz 1) eine anderweite Regelung getroffen ist.

Auf Antrag der Beteiligten oder der Aufsichtsbehörde beschließt der Kreisausschuß über die Festsetzung der Besoldungen und sonstigen Dienstbezüge der Landgemeindebeamten.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für die Beamten der Amtsbezirke und der auf Grund der §§ 128 ff. der Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen vom 3. Juli 1891 (Gesetz-Samml. S. 233), §§ 128 ff. der Landgemeindeordnung für die Provinz Schleswig-Holstein vom 4. Juli 1892 (Gesetz-Samml. S. 155), §§ 100 ff. der Landgemeindeordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 4. August 1897 (Gesetz-Samml. S. 301) gebildeten Zweckverbände.

---

§ 19. Die Vorschriften der §§ 8 bis 15 dieses Gesetzes finden auf die Beamten der Bürgermeistereien in der Rheinprovinz und der Aemter in der Provinz Westfalen, sowie im Umfange der §§ 12 bis 15 auch auf die Gemeindeeinnehmer in diesen Provinzen mit folgenden Maßgaben sinnentsprechende Anwendung:

1. die Anstellung der Bürgermeister und Amtmänner, sowie die Festsetzung der Besoldung und Dienstunkostenentschädigung für diese Beamten und die Gemeindeeinnehmer (Amtseinnehmer) erfolgt nach den bisherigen Vorschriften;
2. im Falle der Pensionierung kommt bei der Berechnung der Dienstzeit auch die Zeit in Anrechnung, während welcher der zu pensionierende Beamte bei anderen Bürgermeistereien (Amtsver-

bänden) oder Landgemeinden innerhalb der betreffenden Provinz angestellt gewesen ist;
3. an Stelle des Bezirksausschusses tritt überall der Kreisausschuß.

§ 20. Für die Bürgermeistereien in der Rheinprovinz und die Aemter in der Provinz Westfalen kann die Anstellung besoldeter Beigeordneter durch die Bürgermeisterei- oder Amtsversammlungen beschlossen werden. Die Art der Ernennung und die Bedingungen der Anstellung regeln sich nach den die Landbürgermeister oder Amtmänner betreffenden Bestimmungen.

Beamte der Kreis- und Provinzialverbände.

§ 21. Auf die Rechtsverhältnisse der Kreiskommunalbeamten finden die Vorschriften in §§ 8 bis 15 entsprechende Anwendung; an Stelle der ortsstatutarischen Regelung tritt die der Genehmigung des Bezirksausschusses unterliegende Beschlußfassung des Kreistages.

§ 22. Hinsichtlich der Provinzialbeamten und der Beamten der Bezirksverbände der Regierungsbezirke Cassel und Wiesbaden sowie der Beamten des Lauenburgischen Landeskommunalverbandes bewendet es, unbeschadet der allgemeinen Bestimmungen dieses Gesetzes, bei den bestehenden Vorschriften.

Gemeindeforstbeamte.

§ 23. Die Rechtsverhältnisse der Gemeindeforstbeamten unterliegen der Regelung durch das vorliegende Gesetz mit folgenden Maßgaben:
1. die §§ 8 bis 10 bleiben außer Anwendung;
2. die Verordnung, betreffend die Verwaltung der den Gemeinden und öffentlichen Anstalten gehörigen Forsten in den Provinzen Westfalen, Cleve, Berg und Niederrhein vom 24. Dezember 1816 (Gesetz-Samml. 1817 S. 57), § 15 des Gesetzes vom 14. August 1876 (Gesetz-Samml. S. 373) und das Gesetz, betreffend die Forstschutzbeamten der Gemeinden und öffentlichen Anstalten im Regierungsbezirk Wiesbaden u. s. f., vom 12. Oktober 1897 (Gesetz-Samml. S. 411) bleiben unberührt;
3. die Forstbeamten der Landgemeinden in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen erhaltene Pension und deren Witwen und Waisen Hinterbliebenenversorgung nach den Vorschriften der §§ 12 bis 15; dabei tritt an Stelle des Bezirksausschusses der Kreisausschuß, und kommt im Falle der Pensionierung auch diejenige Zeit in Anrechnung, während deren der Beamte bei einer anderen Landgemeinde innerhalb der betreffenden Provinz als Forstbeamter angestellt gewesen ist.

Schluß- und Uebergangsbestimmungen.

§ 24. Ist die nach Maßgabe dieses Gesetzes zu bemessende Pension eines Beamten geringer als die Pension, welche ihm hätte gewährt werden müssen, wenn er am 31. März 1900 nach den bis dahin für ihn geltenden Bestimmungen pensioniert worden wäre, so wird diese letztere Pension an Stelle der ersteren bewilligt, jedoch unbeschadet der Feststellung des Witwen- und Waisengeldes nach Maßgabe dieses Gesetzes, soweit nicht auch in dieser Beziehung bereits erworbene Rechte bestehen.

§ 25. Die diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen treten außer Kraft. Insbesondere gilt dieses auch von den §§ 41 Absatz 3 und 47 der Hannoverschen Städteordnung vom 24. Juni 1858 (Hannoversche Gesetz-Samml. S. 141).

Unberührt bleiben:

1. § 28 Absatz 2 bis 5 der Kreisordnung für die Provinz Westfalen vom 31. Juli 1886 (Gesetz-Samml. S. 217) und § 27 Absatz 2 bis 6 der Kreisordnung für die Rheinprovinz vom 30. Mai 1887 (Gesetz-Samml. S. 209), jedoch mit der Maßgabe, daß die Zahlungspflicht der Kassenverbände sich auch auf die den Beamten nach § 18 zustehenden Pensionen erstreckt.

   Im übrigen kann in den beiden genannten Provinzen durch Beschluß des Provinziallandtages mit Genehmigung des Ministers des Innern der Kassenverband verpflichtet werden:
   a) auch diejenigen Pensionen von Beamten der Amtsverbände (Bürgermeistereien) und Landgemeinden zu zahlen, welche diesen im Wege der Einzelvereinbarung unter Beachtung der in den §§ 12 Absatz 1, 19 Nr. 2, 23 Nr. 3 oder 25 Absatz 2 Nr. 1b festgestellten Grundsätze gewährt werden,
   b) bei Zahlung der Pensionen auch diejenigen Beträge zu übernehmen, welche sich aus einer Anrechnung der von den Beamten im Reichs-, insbesondere im Militärdienste, im Staatsdienste oder im Dienste eines deutschen Kommunalverbandes oder einer anderen öffentlichen Korporation verbrachten Zeit ergeben.
2. §§ 81 bis 87 der Landgemeindeordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 4. August 1897 (Gesetz-Samml. S. 301), § 84 indessen mit der Aenderung, daß die Pension vom vollendeten 12. Dienstjahre ab bis zum 24. Dienstjahre alljährlich um $^1/_{60}$ steigt.

§ 26. Das gegenwärtige Gesetz tritt am 1. April 1900 in Kraft.

§ 27. Der Minister des Innern ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Königliche Verordnung, betreffend die Form der Diensteide.

Vom 6. Mai 1867.

§ 1. Die Form des Diensteides, welcher von den im unmittelbaren oder im mittelbaren Staatsdienste stehenden Beamten fortan zu leisten ist, wird dahin festgestellt: „Ich N. N. schwöre zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß Seiner Königlichen Majestät von Preußen, meinem Allergnädigsten Herrn, ich unterthänig, treu und gehorsam sein und alle mir vermöge meines Amtes obliegenden Pflichten nach meinem besten Wissen und Gewissen genau erfüllen, auch die Verfassung gewissenhaft beobachten will, so wahr mir Gott helfe u. s. w." Dem Schwörenden bleibt es überlassen, den vorstehend festgestellten Eidesworten die seinem religiösen Bekenntnis entsprechende Bekräftigungsformel hinzuzufügen.

Bei den im mittelbaren Staatsdienste stehenden Beamten tritt denselben diejenige Eidesnorm hinzu, mittelst deren diese Beamten sich, den bestehenden Bestimmungen und den besonderen Verhältnissen gemäß, dem unmittelbaren Dienstherrn zu verpflichten haben.

§ 2. Der im § 1 gedachte Eid verpflichtet den Schwörenden nicht nur für die zur Zeit der Eidesleistung von ihm bekleideten, sondern auch für alle ihm etwa später zu übertragenden Aemter.

Gesetz, betreffend die Aufhebung der Verpflichtung zur Bestellung von Amtskautionen.

Vom 7. März 1898.

§ 1. Die Verpflichtung der Staatsbeamten zur Kautionsstellung nach Maßgabe des Gesetzes betreffend die Kautionen der Staatsbeamten vom 25. März 1873 (Gesetz-Samml. S. 125) wird vorbehaltlich der Bestimmung in § 2 des gegenwärtigen Gesetzes aufgehoben.

§ 2. Unberührt bleibt die Verpflichtung der Gerichtsvollzieher und der Hypothekenbewahrer im Geltungsbereiche des Rheinischen Rechts zur Bestellung von Amtskautionen.

Durch Beschluß des Staatsministeriums kann für diese Beamten an Stelle der in den §§ 4 bis 12 des Gesetzes vom 25. März 1873 (Gesetz-Samml. S. 125)[1] vorgeschriebenen Art der Kautionsbestellung eine andere Form der Sicherheitsleistung, insbesondere die Uebernahme einer Gesamthaftung durch eine Vereinigung von Beamten, zugelassen werden.

§ 3. Die Amtskautionen der nach § 1 von der Kautionsleistung befreiten Beamten werden zurückgegeben. Die Rückgabe erfolgt nach näherer Bestimmung des Finanzministers innerhalb einer zweijährigen Frist nach Inkrafttreten dieses Gesetzes.

Für etwaige vor der Rückgabe bekannt gewordene Ersatzansprüche bleiben die Kautionen verhaftet. Ihre Rückgabe bleibt in Höhe der erhobenen Ansprüche bis dahin ausgesetzt, daß über die Begründung der letzteren endgültige Feststellung getroffen ist.

---

[1]) § 4. Die Amtskaution ist durch den kautionspflichtigen Beamten zu bestellen. Die Bestellung derselben durch eine andere Person ist zulässig, sofern dem Staate an der Kaution dieselben Rechte gesichert werden, welche ihm an einer durch den Beamten selbst gestellten Kaution zugestanden haben würden.

§ 5. Die Amtskautionen sind durch Verpfändung von auf den Inhaber lautenden Obligationen über Schulden des Staats oder des Deutschen Reichs nach deren Nennwert zu leisten.

Die Verpfändung erfolgt durch Uebergabe zum Faustpfande.

§ 6. Die Kautionen sind bei denjenigen Kassen, welche zur Aufbewahrung derselben von den Verwaltungs-Chefs im Einverständnis mit dem Finanzminister werden bestimmt werden, niederzulegen. Die Niederlegung der Wertpapiere erfolgt einschließlich des dazu gehörigen Talons, bezw. desjenigen Zinsscheins, an dessen Inhaber die neue Zinsschein-Serie ausgereicht wird. Die faustpfandlichen Rechte an den niedergelegten Wertpapieren sind mit voller rechtlicher Wirkung erworben, sobald der Empfangsschein über die Niederlegung erteilt ist.

Die Zinsscheine für einen vier Jahre nicht übersteigenden Zeitraum werden dem Kautionsbesteller belassen, bezw. nach Ablauf dieses Zeitraums oder nach Ausreichung neuer Zinsscheine verabfolgt. Die Einziehung der neuen Zinsscheine erfolgt durch die Kasse. Letztere hat nicht die Verpflichtung, die Auslosung der niedergelegten Wertpapiere zu überwachen.

§ 7. Die Bestellung der Amtskaution ist vor der Einführung des Beamten in das kautionspflichtige Amt zu bewirken.

In welchen Fällen die vorgesetzte Dienstbehörde ermächtigt ist, den Beamten die nachträgliche, durch Ansammlung von Gehaltsabzügen zu bewirkende Beschaffung der Kaution ausnahmsweise zu gestatten und in welcher Art dann die Ansammlung zu erfolgen hat, wird im Wege der Verordnung (§ 3) bestimmt.

§ 8. Im Wege der Verordnung (§ 3) wird die Höhe der Kaution auch für den Fall bestimmt, daß ein Beamter gleichzeitig mehrere kautionspflichtige Aemter verwaltet. Soweit danach die Bestellung einer Amtskaution und deren Verteilung auf

Allerhöchste Kabinetsorder, die Amtsverschwiegenheit der öffentlichen Beamten betreffend.

Vom 21. November 1835.

Obgleich Gesetze und Dienst-Instruktionen den öffentlichen Beamten Verschwiegenheit über Gegenstände ihres Amtes zur Pflicht machen, so habe Ich doch mißfällig in Erfahrung gebracht, daß diese Pflicht aus den Augen gesetzt, über dergleichen Gegenstände, ohne amtliche Veranlassung, mündliche und schriftliche Mitteilung gemacht und selbst zur Publizität gebracht worden. Eine solche Verletzung der gesetzlichen Vorschriften ist nicht länger zu dulden; das Staatsministerium hat daher diese Mißbräuche abzustellen und zu veranlassen, daß die Departements-Chefs nicht nur ihren untergeordneten Behörden und Beamten die im Interesse des Dienstes unerläßliche Verschwiegenheit wiederholend und ernstlich einschärfen, sondern auch die geeigneten Anordnungen treffen, um die genaue Beobachtung derselben zu sichern und die Propalation amtlicher Verhandlungen zu verhindern. Die Departements-Chefs haben auf die Befolgung dieser für die Beamten aller Kategorien geltenden Vorschrift mit Ernst und Sorgfalt zu halten, die Beamten, welche dieselben verletzen, unnachsichtlich zur Verantwortung und Bestrafung zu ziehen und Mir anzuzeigen, damit sie, dem Befinden nach, neben der verwirkten Strafe, ohne Pension aus dem Dienste entfernt werden. Ich beauftrage das Staatsministerium, die gegenwärtige Order durch die Gesetzsammlung zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

---

die einzelnen Aemter zu erfolgen hat, haftet die ganze Kaution für jedes einzelne Amt aushilfsweise.

§ 9. Die für den Fall der Vereinigung mehrerer kautionspflichtigen Aemter in einer Person maßgebenden Vorschriften sind auch in dem Falle anwendbar, wenn ein kautionspflichtiger Beamter gleichzeitig ein kautionspflichtiges Amt im Dienste des Deutschen Reichs verwaltet.

§ 10. Die Amtskaution haftet für alle von dem kautionspflichtigen Beamten aus seiner Amtsführung zu vertretenden Schäden und Mängel an Kapital und Zinsen, sowie an gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten der Ermittelung des Schadens.

§ 11. Steht eine der nach § 10 aus der Kaution zu deckenden Forderungen zur Exekution, so ist die dem kautionspflichtigen Beamten vorgesetzte Dienstbehörde ohne weiteres berechtigt, die verpfändeten Wertpapiere bis auf Höhe der Forderung an einer innerhalb des Deutschen Reichs belegenen, von ihr zu bestimmenden Börse außergerichtlich verkaufen zu lassen. Der Kautionsbesteller ist in solchem Falle zur Ausantwortung der ihm belassenen noch nicht fälligen Zinsscheine (§ 6) verpflichtet. Ist diese Ausantwortung von ihm nicht zu erlangen, so kann er zur Erlegung des Geldwerts der von ihm zurückbehaltenen Zinsscheine in dem für die Beitreibung öffentlicher Abgaben vorgeschriebenen Verfahren zwangsweise angehalten werden.

Der Staat ist nicht verpflichtet, im Falle des Konkurses die verpfändeten Wertpapiere in die Konkursmasse einzuliefern.

§ 12. Nach Beendigung des kautionspflichtigen Dienstverhältnisses wird, sobald amtlich festgestellt ist, daß aus demselben Vertretungen nicht mehr zu leisten sind, die Kaution gegen Aushändigung des quittierten Empfangsscheines oder, im Falle des Verlustes desselben, des gerichtlichen Amortisations-Dokuments zurückgegeben.

Von der Beibringung des gerichtlichen Amortisations-Dokuments kann nach dem Ermessen der dem kautionspflichtigen Beamten vorgesetzten Dienstbehörde abgesehen werden.

Allerhöchster Erlaß, die Rechtsverhältnisse der aus dem Preußischen Staatsdienst in den Reichsdienst oder in den Landesdienst von Elsaß-Lothringen übertretenden Beamten betreffend.

Vom 2. Februar 1881.

Indem Ich dem Staatsministerium den im Einvernehmen mit demselben erstatteten Bericht des Reichskanzlers vom 28. Januar d. J. abschriftlich zugehen lasse, bestimme Ich, daß Meinen Beamten, welche aus dem Preußischen Staatsdienst in den Reichsdienst oder den Landesdienst von Elsaß-Lothringen übertreten, der Regel nach ein Demissoriale nicht erteilt werden und bei Eintritt geeigneter Vakanzen ihnen die Wiederaufnahme in den Preußischen Staatsdienst gesichert sein soll. Bei einer solchen ist das Dienstalter und Diensteinkommen der Beamten so zu berechnen, als ob derselbe im Preußischen Staatsdienste verblieben wäre. Die rücksichtlich der Aufnahme in den Preußischen Richterdienst bestehenden Vorschriften werden von dieser Bestimmung nicht berührt. Hiernach hat das Staatsministerium das Weitere zu veranlassen.

Allerhöchste Kabinetsorder, betreffend die für die Folge rücksichtlich der Uebernahme von Nebenämtern durch Staatsbeamte zu beobachtenden Bestimmungen.

Vom 13. Juli 1839.

1. Kein Staatsbeamter darf ein Nebenamt oder eine Nebenbeschäftigung, mit welcher eine fortlaufende Remuneration verbunden ist, ohne vorgängige ausdrückliche Genehmigung derjenigen Centralbehörden übernehmen, welchen das Haupt- und das Nebenamt untergeben sind.
2. Die betreffenden Centralbehörden haben sich in jedem einzelnen Falle über die, den obwaltenden besonderen Umständen entsprechenden Bedingungen, wovon die Erteilung der Genehmigung abhängig zu machen ist, zu vereinigen. — Verabredungen, wonach ein Beamter, um eine Nebenstelle oder Nebenbeschäftigung zu übernehmen, sich in seinem Hauptamte, wenn auch auf eigene Kosten, ganz oder teilweise vertreten lassen will, sind unzulässig.
3. Die Uebertragung von Nebenämtern oder Nebenbeschäftigungen darf in der Regel nur auf Widerruf stattfinden. Die Centralbehörden des Haupt- wie des Nebenamts sind gleich befugt, diesen Widerruf eintreten zu lassen, ohne daß eine Beschwerde darüber zulässig ist, oder eine Entschädigung für den Verlust der mit dem Nebenamte oder Geschäfte verbundenen Einnahmen oder Vorteile in Anspruch genommen werden kann. Die von Mir selbst genehmigten Ernennungen zu Nebenämtern sind jedoch als bleibende zu betrachten. — Aus besonderen Gründen können auch die Centralbehörden ausnahmsweise Nebenämter oder Nebenbeschäftigungen entweder bleibend oder doch auf bestimmte Jahre übertragen, oder zu einer solchen Uebertragung die Genehmigung erteilen. — Es muß dies aber bei der Verleihung oder der Genehmigung der Annahme ausdrücklich bemerkt werden, indem sonst der Widerruf jederzeit zulässig bleibt.
4. Mit alleiniger Ausnahme der Fälle, in denen eine in den Etats aufgeführte Stelle als Nebenamt bleibend verliehen ist, kann von dem mit Nebenämtern oder Geschäften verbundenen

Einkommen auf Pension niemals Anspruch gemacht werden, wogegen von diesem Einkommen auch keine Pensionsbeiträge zu entrichten sind. Insoweit jedoch das Diensteinkommen eines Nebenamts bei der Berechnung der Pensionsbeiträge bisher mit berücksichtigt worden ist, dauert die Entrichtung dieser Beiträge und der entsprechende Pensionsanspruch so lange fort, bis dieses Nebenamt anderweitig verliehen wird.

5. Alle Einnahmen und Emolumente, welche ein Beamter außer dem mit seinem Hauptamte verbundenen Einkommen aus Staats-, Instituten-, Korporations- oder anderen Kassen und Fonds bezieht, müssen in demjenigen Etat, worin das Hauptamt aufgeführt ist, genau vor der Linie vermerkt werden. Auch ist in dem Jahresetat, worin eine solche Nebeneinnahme zum erstenmal erscheint, nachzuweisen, daß bei deren Verleihung den vorstehenden Vorschriften genügt worden.

Gesetz, betreffend die Beteiligung der Staatsbeamten bei der Gründung und Verwaltung von Aktien-, Kommandit- und Bergwerks-Gesellschaften.

Vom 10. Juni 1874.

§ 1. Unmittelbare Staatsbeamte dürfen ohne Genehmigung des vorgesetzten Ressortministers nicht Mitglieder des Vorstandes, Aufsichts- oder Verwaltungsrates von Aktien-, Kommandit- oder Bergwerks-Gesellschaften sein, und nicht in Komitees zur Gründung solcher Gesellschaften eintreten.

Eine solche Mitgliedschaft ist gänzlich verboten, wenn dieselbe mittelbar oder unmittelbar mit einer Remuneration oder mit einem anderen Vermögensvorteile verbunden ist.

§ 2. Solchen unmittelbaren Staatsbeamten, welche aus der Staatskasse eine fortlaufende Besoldung oder Remuneration nicht beziehen, oder welche nach der Natur ihres Amtes neben dieser Besoldung noch auf einen anderen Erwerb hingewiesen sind (Medizinalbeamte u. s. w.), kann die Genehmigung, auch wenn mit der Mitgliedschaft ein Vermögensvorteil verknüpft ist, erteilt werden, sofern die Uebernahme der letzteren nach dem Ermessen des vorgesetzten Ressortministers mit dem Interesse des Staatsdienstes vereinbar erscheint.

§ 3. Die erteilte Genehmigung ist jederzeit widerruflich.

§ 4. Auf Rechtsanwalte und Notarien, sowie auf einstweilen in den Ruhestand versetzte Beamte finden die Bestimmungen dieses Gesetzes keine Anwendung.

Gesetz, betreffend die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten.

Vom 12. Mai 1873.

§ 1. Den unmittelbaren Staatsbeamten, welche eine etatsmäßige Stelle bekleiden und ihre Besoldung aus der Staatskasse beziehen, ferner den Lehrern und Beamten der Universitäten und derjenigen Unterrichts- und sonstigen Anstalten, bei welchen

die Gewährung der erforderlichen Unterhaltungszuschüsse ausschließlich dem Staate obliegt, wird vom 1. Januar 1873 ein Wohnungsgeldzuschuß nach Maßgabe des diesem Gesetze beiliegenden Tarifs gewährt.

Der Wohnungsgeldzuschuß wird auch denjenigen unmittelbaren Staatsbeamten gewährt, welche bei der Umgestaltung der Behörden in den neuen Provinzen etatsmäßige Stellen verloren haben und zur Zeit noch außeretatsmäßig im unmittelbaren Staatsdienst beschäftigt werden.

---

§ 2. Für den zu gewährenden Wohnungsgeldzuschuß ist der mit der Amtsstellung verbundene Dienstrang, nicht der einem Beamten etwa persönlich beigelegte höhere Rang, maßgebend.

Beamte, welche nach ihrer Dienststellung zwischen den Abteilungen des Tarifs rangieren, werden der entsprechenden niederen Abteilung zugerechnet.

Für solche Beamte und Lehrer, welchen ein bestimmter Dienstrang nicht beigelegt ist, wird durch den Ressortchef im Einvernehmen mit dem Finanzminister festgesetzt, welcher der im Tarif bestimmten Beamtenklassen dieselben beizuzählen sind.

Die Stellung der Orte in den verschiedenen Servisklassen bestimmt sich nach der Klasseneinteilung, wie sie in Gemäßheit des § 3 des Reichsgesetzes vom 25. Juni 1868, betreffend die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes (B.G.Bl. S. 523), jeweilig in Geltung ist.

Bei Veränderungen in der Klasseneinteilung kommt, von dem auf die Publikation der Veränderung folgenden Kalenderquartal an, der danach sich ergebende veränderte Satz des Wohnungsgeldzuschusses in Anwendung.

---

§ 3. Bei Versetzungen erlischt der Anspruch auf den dem bisherigen amtlichen Wohnorte entsprechenden Satz des Wohnungsgeldzuschusses mit dem Zeitpunkte, zu welchem der Bezug der Besoldung aus der bisherigen Dienststelle aufhört.

Die bei einer Versetzung an einen Ort einer geringeren Servisklasse eintretende Verminderung des Wohnungsgeldzuschusses wird als eine Verkürzung des Diensteinkommens (§ 53 des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der Richter und die unfreiwillige Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand, vom 7. Mai 1851, G.S. S. 218, und § 87 des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, vom 21. Juli 1852 G.S. S. 465) nicht angesehen.

---

§ 4. Der Wohnungsgeldzuschuß wird nicht gewährt an Beamte, welche Dienstwohnungen innehaben, oder anstatt derselben Mietsentschädigungen beziehen.

Die Mietsvergütigungen, welche Beamte für die ihnen überlassenen Dienstwohnungen zu entrichten haben, werden von dem im § 1 bestimmten Zeitpunkte ab um den Betrag des Wohnungsgeldzuschusses gekürzt.

---

§ 5. Beamte, welche mehrere Aemter bekleiden, erhalten den Wohnungsgeldzuschuß nur einmal und zwar für dasjenige Amt, welches auf den höchsten Satz Anspruch giebt.

---

§ 6. Bei der Feststellung der Umzugskostenvergütungen (§ 4 des Allerhöchsten Erlasses vom 26. März 1855, G.S. S. 190) bleibt der Wohnungsgeldzuschuß außer Ansatz.

Bei der Bemessung der Pension (§ 10 des Gesetzes, betreffend die Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten ꝛc., vom 27. März 1872, G.S. S. 268) wird der Durchschnittssatz des Wohnungsgeldzuschusses für die Servisklassen I bis V in Anrechnung gebracht. Dieser Satz gilt auch für diejenigen Beamten, welche eine Dienstwohnung beziehungsweise eine Mietsentschädigung erhalten. Im übrigen gilt der Wohnungsgeldzuschuß in allen Beziehungen mit der im § 3 Abs. 2 bestimmten Maßgabe als ein Teil der Besoldung.

---

§ 7. Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf die gesandtschaftlichen Beamten, sowie auf Beamte in Dienststellungen, wie sie im § 5 des allegierten Gesetzes vom 27. März 1872 bezeichnet sind.

Tarif.

Bezeichnung der Beamten	Jahresbetrag des Wohnungsgeldzuschusses in den Orten der Servisklasse:					
	Berlin	I.	II.	III.	IV.	V.
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
I. Beamte der 1. Rangklasse . . .	1500	1200	900	720	600	600
II. Beamte der 2. und 3. Rangklasse	1200	900	720	600	540	540
III. Beamte der 4. und 5. Rangklasse	900	660	540	480	420	360
IV. Beamte, welche zwischen den Beamten der 5. Rangklasse und den Subalternen der Provinzialbehörden rangieren, Subalternbeamte zweiter Klasse bei den Centralbehörden, Subalternbeamte bei den Provinzial- und Lokalbehörden . .	540	432	360	300	216	180
V. Unterbeamte	240	180	144	108	72	60

Allerhöchster Erlaß, betreffend den Gehaltsabzug bei Beurlaubung von Beamten.

Vom 15. Juni 1863.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 31. vor. Mts. will ich hiermit genehmigen, daß bei Beurlaubungen von Civilbeamten und nicht Servis beziehenden Militärbeamten fortan folgende Grundsätze befolgt werden:

1. Bei der Beurlaubung eines Beamten wird auf die ersten 1½ Monate des Urlaubs das Gehalt unverkürzt gezahlt, für weitere 4½ Monate tritt ein Gehaltsabzug zum Betrage der Hälfte des Gehalts des betreffenden Beamten ein, während bei fernerem Urlaube kein Gehalt zu gewähren ist.
2. Bei Beurlaubungen wegen Krankheit und zur Herstellung der Gesundheit findet auch für die über 1½ Monate hinausgehende Zeit der unumgänglich notwendigen Abwesenheit des Beamten kein Abzug vom Gehalte statt.

Gesetz, betreffend die Tagegelder und die Reisekosten der Staatsbeamten.

Vom 24. März 1873

in der durch die Gesetze vom 28. Juni 1875 und 21. Juni 1897 und die Verordnung vom 15. April 1876 abgeänderten Fassung.

§ 1. Die Staatsbeamten erhalten bei Dienstreisen Tagegelder nach den folgenden Sätzen:

I. Aktive Staatsminister 35 Mark,
II. Beamte der ersten Rangklasse 28 Mark,

III. Beamte der zweiten und dritten Rangklasse 22 Mark,
IV. Beamte der vierten und fünften Rangklasse 15 Mark,
V. Beamte, welche nicht zu obigen Klassen gehören, soweit sie bisher zu dem Tagegelderſatze von 9 Mark berechtigt waren, 12 Mark,
VI. Subalternbeamte der Provinzial-, Kreis- und Lokalbehörden und andere Beamte gleichen Ranges 8 Mark,
VII. andere Beamte, welche nicht zu den Unterbeamten zu zählen sind 6 Mark,
VIII. Unterbeamte 4 Mark.

Erstreckt sich eine Dienstreise auf zwei Tage und wird sie innerhalb 24 Stunden beendet, so ist nur das Ein- und einhalbfache der Sätze unter I. bis VIII. zu liquidieren.

Wird die Dienstreise an ein und demselben Tage angetreten und beendet, so tritt eine Ermäßigung der Tagegelder bei I. auf 27 Mark, bei II. auf 21 Mark, bei III. auf 17 Mark, bei IV. auf 12 Mark, bei V. auf 9 Mark, bei VI. auf 6 Mark, bei VII. auf 4,50 Mark und bei VIII. auf 3 Mark ein.

---

§ 2. Erfordert eine Dienstreise einen außergewöhnlichen Kostenaufwand, so kann der Tagegelderſatz (§ 1) von dem Verwaltungs-Chef angemessen erhöht werden.

---

§ 3. Etatsmäßig angestellte Beamte, welche vorübergehend außerhalb ihres Wohnortes bei einer Behörde beschäftigt werden, erhalten für die Dauer dieser Beschäftigung neben ihrer Besoldung die im § 1 festgesetzten Tagegelder.

Nicht etatsmäßig angestellte Beamte haben im gleichen Falle auf die im § 1 festgesetzten Tagegelder nur für die Dauer der Hin- und Rückreise Anspruch. Für die Dauer der Beschäftigung werden die denselben zu gewährenden Tagegelder durch die vorgesetzte Behörde bestimmt.

---

§ 4. An Reisekosten, einschließlich der Kosten der Gepäckbeförderung, erhalten:

I. bei Dienstreisen, welche auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen gemacht werden können:
1. die im § 1 unter I. bis IV. bezeichneten Beamten für das Kilometer 9 Pf. und für jeden Zu- und Abgang 3 Mark.

Hat einer dieser Beamten einen Diener auf die Reise mitgenommen, so kann er für denselben 5 Pf. für das Kilometer beanspruchen;
2. die im § 1 unter V. und VI. genannten Beamten für das Kilometer 7 Pf. und für jeden Zu- und Abgang 2 Mark;
3. die im § 1 unter VII. und VIII. genannten Beamten für das Kilometer 5 Pf. und für jeden Zu- und Abgang 1 Mark;

II. bei Dienstreisen, welche nicht auf Eisenbahnen, Kleinbahnen oder Dampfschiffen zurückgelegt werden können:
1. die im § 1 unter I. bis IV. genannten Beamten 60 Pf.,
2. die im § 1 unter V. und VI. genannten Beamten 40 Pf.,
3. die im § 1 unter VII. und VIII. genannten Beamten 30 Pf.

für das Kilometer;

III. Die Bestimmung darüber, unter welchen Umständen von den Beamten bei ihren Dienstreisen Kleinbahnen zu benutzen, und welche Reisekostenvergütungen in solchen Fällen zu gewähren sind, erfolgt durch das Staatsministerium.

Haben erweislich höhere Reisekosten als die unter I. und II. festgesetzten aufgewendet werden müssen, so werden diese erstattet.

---

§ 5. Die Reisekosten werden für die Hin- und Rückreise besonders berechnet. Hat jedoch ein Beamter Dienstgeschäfte an verschiedenen Orten unmittelbar nacheinander ausgerichtet, so ist der von Ort zu Ort wirklich zurückgelegte Weg ungeteilt der Berechnung der Reisekosten zu Grunde zu legen.

---

§ 6. Für Geschäfte am Wohnorte des Beamten werden weder Tagegelder noch Reisekosten gezahlt; dasselbe gilt von Geschäften außerhalb des Wohnorts in geringerer Entfernung als 2 Kilometer von demselben. War der Beamte durch außergewöhnliche Umstände genötigt, sich eines Fuhrwerks zu bedienen, oder waren sonstige notwendige Unkosten, wie Brücken-

oder Fährgeld aufzuwenden, so sind die Auslagen zu erstatten.

Für einzelne Ortschaften kann durch den Verwaltungschef in Gemeinschaft mit dem Finanzminister bestimmt werden, daß den Beamten bei den außerhalb des Dienstgebäudes vorzunehmenden Geschäften die verauslagten Fuhrkosten zu erstatten sind.

§ 7. Bei Berechnung der Entfernungen wird jedes angefangene Kilometer für ein volles Kilometer gerechnet.

Bei Reisen von nicht weniger als 2 Kilometer, aber unter 8 Kilometer, sind die Fuhrkosten für 8 Kilometer zu gewähren

§ 8. Beamte, welche zum Zweck von Reisen innerhalb ihres Amtsbezirks neben oder in ihrem Einkommen eine Pauschsumme für Reisekosten oder Unterhaltung von Fuhrwerk oder Pferden beziehen, erhalten Tagegelder und Reisekosten nach Maßgabe dieses Gesetzes nur dann, wenn sie Dienstgeschäfte außerhalb ihres Amtsbezirks ausgeführt haben.

Werden Beamte, welche eine solche Pauschsumme beziehen, wegen Urlaubs oder sonstiger Verhinderung vertreten, so haben dieselben ihren Stellvertreter angemessen zu entschädigen. Diese Entschädigung und die unter besonderen Umständen zulässigen Ausnahmen bestimmt die vorgesetzte Behörde.

§ 9. Für Dienstreisen von Beamten, welche sich im Vorbereitungsdienst befinden, werden Tagegelder und Reisekosten dann nicht gewährt, wenn die Reisen lediglich zum Zwecke der Ausbildung dieser Beamten erfolgen. Ob letzteres der Fall ist, entscheidet die vorgesetzte Dienstbehörde.

§ 10. Ist der persönliche Rang eines Beamten ein höherer, als der mit dem Amt verbundene, so ist der letztere für die Feststellung der Tagegelder- und Reisekostensätze maßgebend. Beamte, welche im Range zwischen zwei Klassen stehen, erhalten die für die niedrigere Klasse bestimmten Sätze. Für Beamte, denen ein bestimmter Rang nicht verliehen ist, entscheidet der Verwaltungschef in Gemeinschaft mit dem Finanzminister über die denselben nach Maßgabe dieses Gesetzes zu gewährenden Sätze. In gleicher Weise erfolgt die Entscheidung darüber, welche Beamte zu den im § 1 unter VII und VIII genannten zu zählen sind.

§ 11. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1873 in Kraft.

Alle demselben entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben, insbesondere: die Verordnung vom 28. Juni 1825 wegen Vergütigung der Diäten und Reisekosten für kommissarische Geschäfte in Königlichen Dienstangelegenheiten (G.S. S. 163) und der Erlaß vom 10. Juni 1848 über die Tagegelder und Fuhrkosten bei Dienstreisen der Staatsbeamten (G.S. S. 151).

Wo in besonderen Vorschriften auf die hiernach aufgehobenen Bestimmungen Bezug genommen wird, treten die entsprechenden Bestimmungen dieses Gesetzes an deren Stelle.

§ 12. Die gesetzlichen und Verwaltungs-Vorschriften, welche für einzelne Dienstzweige oder Dienstgeschäfte bezüglich der den Beamten aus der Staatskasse zu gewährenden Tagegelder und Reisekosten ergangen sind, bleiben vorläufig in Kraft. Eine Abänderung derselben kann im Wege Königlicher Verordnung erfolgen.

Die in den vorstehenden §§ 1 und 4 bestimmten Sätze dürfen jedoch nicht überschritten werden.

Unter gleicher Beschränkung kann die Gewährung von Tagegeldern und Reisekosten für einzelne Dienstzweige oder Dienstgeschäfte auch fernerhin im Wege Königlicher Verordnung besonders geregelt werden.

Desgleichen können die Sätze von Tagegeldern und Reisekosten, welche den in Angelegenheiten der direkten Staatssteuern berufenen Kommissionsmitgliedern und Abgeordneten zu gewähren sind, im Wege der Königlichen Verordnung geändert oder neu bestimmt werden.

Die Bestimmung in den vorstehenden §§ 6 und 7, wonach die Entfernung von 2 beziehungsweise 8 Kilometern für die Berechtigung auf Tagegelder und Reisekosten, sowie deren Berechnung maßgebend ist, findet auch auf die vorerwähnten besonderen Vorschriften entsprechende Anwendung.

Gesetz, betreffend die Tagegelder und Reisekosten der Staatsbeamten.

Vom 21. Juni 1897.

Der Artikel I ändert die §§ 1 und 4 des Gesetzes vom 24. März 1873. Diese Aenderungen sind im Abdruck des genannten Gesetzes berücksichtigt, und ein nochmaliger Abdruck hier erübrigt sich deshalb.

Artikel II.

Soweit Beamte nach Maßgabe der für das betreffende Ressort bestehenden Bestimmungen Dienstreisen mit unentgeltlich gestellten Verkehrsmitteln ausführen, haben dieselben an Reisekosten nur die bestimmungsmäßigen Entschädigungen für Zu- und Abgang zu beanspruchen.

Artikel III.

Für Beamte, welche durch die Art ihrer Dienstgeschäfte zu häufigen Dienstreisen innerhalb bestimmter Amtsbezirke oder zu regelmäßig wiederkehrenden Dienstreisen zwischen bestimmten Orten genötigt werden, können an Stelle der nach den §§ 1 und 4 des Gesetzes vom 24. März 1873 zu berechnenden Vergütungen nach Bestimmung des Verwaltungschefs und des Finanzministers Bauschvergütungen festgesetzt werden.

Artikel IV.

Für die Ansprüche der Beamten auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen über die Reisekosten und Tagegelder der Staatsbeamten sind die Ausführungsvorschriften maßgebend, die vom Staatsministerium oder, soweit gesetzlich die Zuständigkeit der Verwaltungschefs beziehungsweise des Finanzministers begründet ist, von diesen getroffen werden.

Artikel V.

Die Bestimmungen im § 12 des Gesetzes vom 24. März 1873 in der Fassung der Verordnung vom 15. April 1876 (Gesetz-Samml. S. 107) finden auf die vor Erlaß des gegenwärtigen Gesetzes ergangenen gesetzlichen oder sonstigen Vorschriften, welche für einzelne Dienstzweige oder Dienstgeschäfte bezüglich der den Beamten aus der Staatskasse zu gewährenden Tagegelder und Reisekosten ergangen sind, mit der Maßgabe Anwendung, daß die in den §§ 1 und 4 des Gesetzes vom 24. März 1873 bestimmten Sätze nicht überschritten werden dürfen.

Die Bestimmungen in den §§ 1 und 4 Nr. I und II des Gesetzes vom 24. März 1873 finden jedoch auf diejenigen Beamten, welche unter den § 2 des Gesetzes, betreffend die den Medizinalbeamten für die Besorgung gerichtsärztlicher, medizinal- oder sanitätspolizeilicher Geschäfte zu gewährenden Vergütungen, vom 9. März 1872 (Gesetz-Samml. S. 265) fallen, solange keine Anwendung, als die Besoldungsverhältnisse derselben nicht anderweitig geregelt sein werden.

Artikel VI.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1897 in Kraft.

Gesetz, betreffend die Umzugskosten der Staatsbeamten.

Vom 24. Februar 1877.

§ 1. Die Staatsbeamten erhalten bei Versetzungen eine Vergütung für Umzugskosten nach folgenden Sätzen:

	auf allgemeine Kosten	auf Transportkosten für je 10 Kilometer
I. Beamte der ersten Rangklasse	1800 Mark	24 Mark
II. Beamte der zweiten und dritten Rangklasse	1000 „	20 „
III. Beamte der vierten Rangklasse	500 „	10 „
IV. Beamte der fünften Rangklasse	300 „	8 „

	auf allgemeine Kosten	auf Transportkosten für je 10 Kilometer
V. Beamte, welche nicht zu den obigen Klassen gehören, soweit sie gesetzlich zu einem Tagegelderſatze von 12 Mark berechtigt sind	240 Mark	7 Mark
VI. Subalternbeamte der Provinzial-, Kreis- und Lokalbehörden und andere Beamte gleichen Ranges, welche nicht zu der Klasse V gehören	180 „	6 „
VII. Andere Beamte, welche nicht zu den Unterbeamten zu zählen sind	150 „	5 „
VIII. Unterbeamte	100 „	4 „

§ 2. Bei Berechnung der Entfernung ist die kürzeste fahrbare Straßenverbindung zu Grunde zu legen. Jede angefangene Strecke von 10 Kilometern wird für volle 10 Kilometer gerechnet.

§ 3. Die nicht etatsmäßig angestellten Beamten erhalten bei Versetzungen nur Tagegelder und Reisekosten. Jedoch sind den im höheren Staatsdienste außeretatsmäßig beschäftigten Assessoren und Räten Umzugskosten alsdann zu gewähren, wenn sie vor der Versetzung bereits gegen eine fixierte Remuneration dauernd beschäftigt waren. Ob diese Voraussetzungen zur Gewährung von Umzugskosten vorhanden sind, entscheidet der Ressortchef im Einvernehmen mit dem Finanzminister

§ 4. Die zu Umzugskosten berechtigten Beamten erhalten außer denselben für ihre Person Tagegelder und Reisekosten.

Auch ist diesen Beamten der Mietszins zu vergüten, welchen dieselben für die Wohnung an ihrem bisherigen Aufenthaltsorte auf die Zeit von dem Verlassen des letzteren bis zu dem Zeitpunkte haben aufwenden müssen, mit welchem die Auflösung des Mietsverhältnisses möglich war. Diese Vergütung darf längstens für einen neunmonatlichen Zeitraum gewährt werden. Hat der Beamte im eigenen Hause gewohnt, so kann demselben eine Entschädigung bis höchstens zum halbjährigen Betrage des ortsüblichen Mietswerts der innegehabten Wohnung gewährt werden.

§ 5. Beamte ohne Familie erhalten nur die Hälfte der im § 1 festgesetzten Vergütung.

§ 6. Von den Vergütungssätzen (§ 1) kommt derjenige in Anwendung, welchen die Stellung bedingt, aus welcher — nicht in welche — der Beamte versetzt wird.

§ 7. Personen, welche, ohne vorher im Staatsdienste gestanden zu haben, in denselben übernommen werden, kann eine durch den Verwaltungschef im Einvernehmen mit dem Finanzminister festzusetzende Vergütung für Umzugskosten gewährt werden.

§ 8. Auf Wartegeldempfänger, welche wieder in den aktiven Staatsdienst aufgenommen werden, findet dieses Gesetz mit der Maßgabe Anwendung, daß für die Umzugskostenvergütung die Entfernung zwischen dem Wohnorte des Wartegeldempfängers und dem neuen Amtssitze desselben zu Grunde zu legen ist.

§ 9. Die Bestimmungen im § 10 des Gesetzes, betreffend die Tagegelder und Reisekosten der Staatsbeamten, vom 24. März 1873 (G.S. S. 122), finden bei Festsetzung der Vergütung für Umzugskosten entsprechende Anwendung.

§ 10. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1877 in Kraft. Alle demselben entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben, insbesondere der Erlaß vom 26. März 1855, betreffend die Vergütung der den Beamten bei Versetzungen erwachsenden Umzugskosten (G.S. S. 190), und das Umzugskosten-Reglement für Steuerbeamte vom Ober-Inspektor abwärts vom 11. April 1856 (Minist.-Bl. für die innere Verw. S. 154). Wo in besonderen Vorschriften auf die hiernach aufgehobenen Bestimmungen Bezug genommen wird, treten die entsprechenden Bestimmungen dieses Gesetzes an deren Stelle.

§ 11. Die besonderen Vorschriften, welche für einzelne Dienstzweige bezüglich der den Beamten aus der Staatskasse zu gewährenden Umzugskosten ergangen sind, bleiben — mit Ausnahme der nach § 10 aufgehobenen — vorläufig in Kraft. Eine Abänderung derselben kann im Wege Königlicher Verordnung erfolgen. Die in diesem Gesetze bestimmten Sätze dürfen jedoch nicht überschritten werden.

Die Sätze für Gesandtschaftsbeamte können jedoch nach Maßgabe derjenigen Beträge festgesetzt werden, welche für die entsprechenden Beamtenklassen in der auf Grund des § 18 des Reichsgesetzes vom 31. März 1873 (R.G.Bl. S. 61) zu erlassenden Kaiserlichen Verordnung bestimmt werden.

Cirkular und Erlaß der Minister der Finanzen und des Innern, betreffend die Umzugskosten der Staatsbeamten.

Vom 4. Mai 1877.

Nachdem das Gesetz vom 24. Februar d. J., betreffend die Umzugskosten der Staatsbeamten, durch die Ges.-Samml. S. 15 publizirt worden ist, wird in Bezug auf die Anwendung dieses Gesetzes hierdurch Folgendes bestimmt:

1. Für die Feststellung des Dienstranges der Beamten behufs Zuzählung derselben in die im § 1 des Gesetzes aufgeführten Klassen finden die für das Gesetz vom 12. Mai 1873, betreffend die Wohnungsgelderzuschüsse der Beamten (Ges.-Samml. S. 209) sowie die für das Gesetz vom 24. März 1873, betreffend die Tagegelder und die Reisekosten der Staatsbeamten (Ges.-Samml. S. 122) getroffenen Festsetzungen entsprechende Anwendung. Es wird dabei bemerkt, daß die Klasse VI. im § 1 des Umzugskostengesetzes der Klasse IV. des Tarifs zum Gesetz vom 12. Mai 1873 entspricht, daß jedoch aus der letztgenannten Klasse diejenigen Beamten ausscheiden und zu der Klasse V. im § 1 des Umzugskostengesetzes zu rechnen sind, welche zu den im § 1 Nr. V. des Tagegeldergesetzes bezeichneten Beamten gezählt werden.

Zu der Klasse VII. im § 1 des Umzugskostengesetzes gehören diejenigen Beamten, welche nach § 1 ad VII. im Artikel I. des Gesetzes vom 21. Juni 1897, betreffend die Tagegelder und Reisekosten der Staatsbeamten (Ges.-Samml. S. 193) zu einem Tagegeldersatze von 6 Mark berechtigt sind. Es kommen dabei namentlich die Förster, sowie die Grenz- und Steueraufseher in Betracht.

2. Der Anspruch auf Umzugskosten steht nur den etatsmäßig angestellten Beamten und den im höhern Staatsdienste außeretatsmäßig beschäftigten Assessoren und Räten in dem Fall zu, wenn sie vor der Versetzung bereits gegen eine fixierte Remuneration dauernd beschäftigt waren. (§ 3 des Ges.) Werden Beamte aus einem andern Ressort in die allgemeine Verwaltung als außeretatsmäßige Assessoren oder Räte übernommen, so ist hinsichtlich der Gewährung von Umzugskosten in jedem Falle die diesseitige Entscheidung einzuholen.

3. Nachdem die bisherige Bestimmung aufgehoben ist, wonach eine Vergütigung für Umzugskosten nicht stattfand, wenn die Versetzung lediglich auf den Antrag des Beamten erfolgte, ist es Pflicht der über die Versetzung beschließenden Behörde, die hierauf gerichteten Anträge der Beamten vom allgemeinen dienstlichen Standpunkte einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Anträge auf Versetzung unter Bewilligung der Umzugskosten werden in der Regel nur alsdann zu berücksichtigen sein, wenn dadurch neben den persönlichen Wünschen der Antragsteller auch gleichzeitig dem dienstlichen Interesse entsprochen wird. Ob letzteres der Fall ist, bleibt jedesmal genau zu erwägen und ist im Zweifelsfalle die diesseitige Entscheidung einzuholen.

4. Die Erstattung der Miete (§ 4), welche der versetzte Beamte für seine an dem bisherigen Aufenthaltsorte innegehabte Wohnung vom Tage des Verlassens der

letzteren ab noch zu entrichten verpflichtet gewesen ist, hat erst nach vollständiger Auflösung des Mietsverhältnisses zu erfolgen. Die Erstattung erfolgt unter der Voraussetzung, daß der Beamte nach dem Kontrakte bezw. nachweisbar zu einer früheren Vermietung nicht in der Lage war, das Leerstehen der Wohnung obrigkeitlich bescheinigt und die Zahlung der Miete glaubhaft nachgewiesen wird.

War der Beamte durch die vorliegenden Umstände gezwungen, seine Familie noch eine Zeitlang in der früheren Wohnung zurückzulassen, so kann ihm die Mietsentschädigung gleichwohl gewährt werden. Im übrigen bleiben alle seither in Bezug auf die Erstattung von Wohnungsmiete ergangenen allgemeinen Verwaltungsvorschriften in Kraft.

5. Unter „Familie" im Sinne des § 5 des Gesetzes sind nicht nur Ehefrau, Kinder oder Eltern, sondern auch andere nahe Verwandte und Pflegekinder zu verstehen, sofern der Beamte denselben in seinem Hausstande Wohnung und Unterhalt auf Grund einer gesetzlichen oder moralischen Unterstützungsverbindlichkeit gewährt. Jedenfalls muß ein eigener Hausstand von dem Beamten geführt werden.

6. Die den Beamten bei Versetzungen zustehenden persönlichen Tagegelder und Reisekosten werden nicht, wie die Umzugskosten, nach dem Dienstrange der Stelle, aus welcher, sondern in welche die Versetzung erfolgt, liquidiert.

Die den außeretatsmäßigen verheirateten Beamten bisher nachgelassene Begünstigung, die persönlichen Reisekosten und Tagegelder auch bei Benutzung von Eisenbahnen oder Dampfschiffen nach dem Landwege liquidieren zu dürfen, ist aufgehoben.

7. Der diesseitigen Ermächtigung zur Zahlung von Umzugskosten, Mietsentschädigungen, persönlichen Reisekosten und Tagegeldern bedarf es fortan nur noch in den vorstehend zu 2 und 3 bezeichneten Fällen. Die Königliche Regierung wird ermächtigt, für die Folge derartige Zahlungen in andern, als den vorbezeichneten Fällen, auf die hierzu bestimmten etatsmäßigen Fonds selbständig anzuweisen. Sollten sich hierbei in dem einen oder anderen Punkte Zweifel ergeben, so mag Dieselbe darüber berichten.

Cirkular und Erlaß der Minister der Finanzen und des Innern, die Umzugskosten der Staatsbeamten mit Familie betreffend.

Vom 31. Juli 1881.

Auf Grund eines von dem Königlichen Staatsministerium im Einverständnisse mit der Königlichen Oberrechnungskammer gefaßten Beschlusses vom 21. Juni cr. wird hiermit im Anschluß an unsere Cirkularverfügung vom 4. Mai 1877 — Min.Bl. S. 112 — betreffend die Ausführung des Umzugskostengesetzes vom 24. Februar 1877 (Ges.S. S. 15) bestimmt, daß die Gewährung des vollen Satzes der Umzugskosten (§§ 1 und 5 des Gesetzes vom 24. Februar 1877) nicht von dem Umstande, daß die Uebersiedelung thatsächlich mit Familie bewirkt worden, sondern lediglich davon abhängig zu machen ist, daß der Beamte zur Zeit des Umzugs Familie gehabt hat.

Die Umzugskosten-Liquidationen der Beamten sind daher in Zukunft zutreffenden Falles dahin zu bescheinigen, daß der Betreffende zur Zeit des Umzuges Familie im Sinne der Bestimmung unter Nr. 5 der obengedachten Cirkularverfügung vom 4. Mai 1877 gehabt habe.

Beschluß des Königl. Staatsministeriums, betreffend die Berechnung der Reise- und Umzugskosten der Staatsbeamten bei Staatsdienstreisen und Versetzungen.

Vom 13. Mai 1884.

Das Königliche Staatsministerium hat beschlossen, daß die Bestimmungen, welche in der anliegenden „Zusammenstellung einiger Grundsätze, nach welchen bei Berechnung der Reise- und Umzugskosten der Reichsbeamten zu verfahren ist," enthalten sind, in Rücksicht auf die Gleichartigkeit der in Betracht kommenden Preußischen und reichsgesetzlichen Vorschriften und zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens zwischen den Reichsverwaltungen und den Preußischen Ressorts für die Berechnung der Reisekosten der Preußischen Staatsbeamten nach § 6 der Verordnung vom 15. April 1876 (G.S. S. 107) und der Umzugskosten bei Versetzungen nach dem Gesetze vom 24. Februar 1877 (G.S. S. 15) in gleichmäßiger Weise zur Anwendung zu bringen sind.

Zusammenstellung einiger Grundsätze, nach welchen bei Berechnung der Reise- und Umzugskosten der Reichsbeamten zu verfahren ist.

A.

Bewegt sich die Dienstreise eines Beamten, welchem für die Zeit seines Aufenthalts im Auslande höhere Tagegelder als für das Inland bewilligt sind, an einem Tage innerhalb und außerhalb des Reichsgebiets, so wird für den Tag des Ueberganges in das Ausland der höhere, für den Tag der Rückkehr in das Inland der niedrigere Tagegeldersatz gewährt.

B.

1. Bei Geschäften außerhalb des Wohnorts, der Garnison 2c. wird die dienstlich zurückgelegte Wegestrecke von der Ortsgrenze ab berechnet.

2. Als Endpunkt der dienstlich zurückgelegten Wegestrecke gilt die Mitte des Bestimmungsortes oder, falls die Dienstreise mittels Eisenbahn oder Dampfschiffs gemacht werden kann, der betreffende Bahnhof oder Anlegeplatz vorbehaltlich der Bestimmung zu D. Handelt es sich um die Erledigung eines Dienstgeschäftes an einer bestimmten Stelle außerhalb eines Ortes, so ist diese Stelle als Endpunkt der Dienstreise anzunehmen.

3. Als Ort gilt der hauptsächlich von Gebäuden oder eingefriedigten Grundstücken eingenommene Teil eines Gemeindebezirks, so daß die Ortsgrenze ohne Rücksicht auf vereinzelte Ausbauten oder Anlagen durch die Außenlinie jenes Bezirksteiles gebildet wird.

Besteht ein Gemeindebezirk (Garnisonverband) aus mehreren Ortschaften, so ist als Ort im Sinne dieser Bestimmung nicht die einzelne Ortschaft, sondern der Gemeindebezirk (Garnisonverband) anzusehen.

5. Für die Feststellung der Entfernungen sind die Angaben des Kursbuches der Reichs-Postverwaltung, eventuell der amtlichen Postkarten, maßgebend. Fehlen solche Angaben, oder handelt es sich um die Entscheidung der Frage, ob ein Beamter die für den Anspruch auf Vergütung von Reisekosten maßgebende Entfernung von der Grenze seines Wohnortes 2c. hat zurücklegen müssen, so sind zur Feststellung der Entfernungen Bescheinigungen sachkundiger Behörden und bezüglich der im Auslande gemachten Dienstreisen Bescheinigungen der Kaiserlichen Gesandtschaften oder Konsulate beizubringen.

C.

1. Bei Dienstreisen, welche mittels Eisenbahn oder Dampfschiff gemacht werden können, kommt die Gebühr für Zu- und Abgang in der Regel nur einmal zum Ansatz.

2. Ein mehrfacher Ansatz dieser Gebühr findet statt:

a) wenn an Zwischenorten übernachtet werden muß;

b) wenn die Eisenbahn oder das Dampfschiff an Zwischenorten Dienstgeschäfte halber verlassen werden muß;

c) wenn an einem Zwischenorte ein Bahnhof oder Anlegeplatz verlassen und die Reise von einem anderen Bahnhof oder Anlegeplatz aus, welcher mit dem ersteren nicht in unmittelbarem Zusammenhange steht, fortgesetzt werden muß, sofern der Uebergang von dem einen zum anderen Bahnhof nicht mittels durchgehender oder unmittelbar anschließender Züge über eine Verbindungsbahn erfolgt. Der mehrfache Ansatz der Gebühr ist ausgeschlossen, wenn an einem Zwischenorte ein Uebergang von einer Bahn auf die andere oder von einem Dampfschiff auf das andere stattfindet, ohne daß dazu der Bahnhof oder Anlegeplatz zu verlassen ist. Die mit Uebergängen der letzteren Art etwa verbundenen Kosten werden ausschließlich den mit Freikarten reisenden Beamten der Eisenbahnverwaltungen auf Grund spezieller Angaben erstattet, deren Belegung nicht erforderlich ist.

Eine alphabetisch geordnete Nachweisung derjenigen Orte Deutschlands, an welchen mehrere räumlich voneinander getrennte Personenbahnhöfe oder Anlegeplätze von Dampfschiffen sich befinden, wird unter Angabe der zwischen den einzelnen Bahnhöfen vorhandenen, für den Personenverkehr benutzbaren Verbindungsbahnen durch das Kursbuch der Reichs-Postverwaltung veröffentlicht.

3. Beamte, welche bei Unterbrechung einer zum Zwecke der Bereisung einer Bahnlinie, zur Besichtigung oder Revision von Betriebsanlagen ꝛc. unternommenen Dienstreise oder am Endpunkt einer solchen den betreffenden Bahnhof oder das Bahngebiet Dienstgeschäfte halber zu verlassen nicht genötigt sind, haben keinen Anspruch auf die Zu- und Abgangsgebühr. Den mit Eisenbahnfreikarten reisenden Beamten werden in solchen Fällen die baren Nebenkosten nach Maßgabe der Bestimmungen unter Ziffer 2c erstattet.

4. Die Gebühr für Zu- und Abgang wird je zur Hälfte nicht gewährt, wenn die Beförderung des Beamten nach oder von dem Bahnhof oder Anlegeplatz seitens einer Reichsverwaltung durch Gestellung eines Fuhrwerks erfolgt.

D.

1. Neben der Gebühr für Zu- und Abgang werden die sonstigen verordnungsmäßigen Fuhrkosten gewährt, wenn die Entfernung zwischen der Ortsgrenze des Anfangs oder Endpunkts der Reise und dem Bahnhof oder Anlegeplatz 2 km oder mehr beträgt.

Hat während einer Reise ein Wechsel zwischen der Beförderung mittels Eisenbahn oder Dampfschiffs und einer anderen Beförderungsart einzutreten, so sind die Fuhrkosten für die Wegestrecke zwischen dem nach beziehungsweise vor Uebergang auf die Eisenbahn oder das Dampfschiff zunächst beziehungsweise zuletzt zu berührenden Orte und dem Bahnhofe oder Anlegeplatz nur dann zu vergüten, wenn die Entfernung 2 km oder mehr beträgt.

2. In den Fällen zu 1 sind für den Begriff des Ortes und der Ortsgrenze die Bestimmungen zu B 3, für die Feststellung der Entfernungen die Angaben des Kursbuchs der Reichs-Postverwaltung maßgebend. Fehlen letztere, so sind sie durch Bescheinigungen sachkundiger Behörden und für das Ausland durch Bescheinigungen der Kaiserlichen Gesandtschaften oder Konsulate zu ersetzen.

E.

1. Umzugskosten sind nur dann zu vergüten, wenn der Ort, von welchem, und der Ort, nach welchem die Versetzung stattfindet, zu verschiedenen Gemeindebezirken (Garnisonverbänden) gehören.

2. Im Sinne des § 13 der Verordnung vom 21. Juni 1875 ist als kürzeste fahrbare Straßenverbindung der kürzeste fahrbare Landweg anzusehen.

Wenn jedoch der Ort, von welchem, und der Ort, nach welchem die Versetzung des Beamten stattfindet, durch ununterbrochenen Schienenweg oder durch eine ununterbrochene, zur Beförderung von Gütern benutzbare Wasserstraße in kürzerer Entfernung, als auf dem Landwege, verbunden sind, so gilt die kürzeste derartige Verbindung als kürzeste fahrbare Straßenverbindung.

Behufs Ermittelung der maßgebenden kürzesten fahrbaren Straßenverbindung sind die 2 km oder mehr betragenden Entfernungen zwischen dem Anfangs- oder Endort des Umzugs und dem zugehörigen gleichnamigen Bahnhof als Schienenweg, solche Teilstrecken, auf welchen beladene Wagen mittels Schiffs, Trajekts, Fähre ꝛc. zu Wasser befördert werden, als fahrbarer Landweg in Anrechnung zu bringen.

Beschluß des Königl. Staatsministeriums, betreffend die Berechnung der Reise- und Umzugskosten der Staatsbeamten.

Vom 30. Oktober 1895.

1. Dienstreisen sind, sofern die Zahl der Reisetage dadurch beeinflußt werden sollte, und wenn nicht besondere dienstliche — eventuell in der Liquidation kurz zu erläuternde — Umstände oder die fahrplanmäßige Abfahrtszeit der Eisenbahnzüge oder Dampfschiffe ein Anderes bedingen, in den Morgenstunden, d. h. in den Monaten April bis September von 6 Uhr und in den Monaten Oktober bis März von 7 Uhr morgens ab, anzutreten.

Bei Benutzung von Eisenbahnen, Dampfschiffen oder Postverbindungen ist als Zeitpunkt des Antritts der Reise der fahrplanmäßige Abgang der Züge ꝛc. anzusehen.

---

2. Soweit die vorhandenen Verkehrsmittel es ermöglichen, sind Dienstreisen ohne andere, als die zur Erledigung der Dienstgeschäfte erforderlichen Unterbrechungen zurückzulegen.

Unterbrechungen behufs Uebernachtens sind bei Reisen, deren Zweck eine außergewöhnliche Beschleunigung nicht bedingt, unter der Voraussetzung durchgehender Züge im allgemeinen erst nach Zurücklegung einer Eisenbahnstrecke von 500 km gestattet. Für Reisen auf Landwegen ermäßigt sich diese Entfernung unter normalen Verhältnissen auf $112^1/_2$ km und für Reisen auf Dampfschiffen auf 375 km.

Unterbrechungen, welche durch Krankheit oder andere besondere Umstände notwendig werden und auf die Zahl der Reise- und Aufenthaltstage von Einfluß sind, müssen erläutert werden.

---

3. Beamte, welche für die mittels der Eisenbahn zurückzulegenden Dienstreisen an Fuhrkosten 0,10 Mark oder mehr für das Kilometer zu beanspruchen haben, sind zur Benutzung von Schnell- und Durchgangs-(D-)Zügen verpflichtet, wenn dadurch eine Abkürzung der Reisedauer ermöglicht wird oder Unterbrechungen der Reise vermieden werden.

---

4. Die Weiter- bezw. Rückreise, namentlich bei kürzeren Touren, ist — von denjenigen Beamten, welche für Reisen auf Landwegen 0,60 Mark für das Kilometer als Fuhrkosten erhalten, unter Umständen selbst mit Benutzung von Extrapost — nach beendetem Dienstgeschäft möglichst noch an demselben Tage anzutreten.

Haben die Dienstgeschäfte bezw. die Hinreise und die Dienstgeschäfte 7 Stunden und darüber in Anspruch genommen, so

werden unter kürzeren Touren solche Entfernungen verstanden, welche mit der Post, der Eisenbahn oder dem Dampfschiff in höchstens 2 Stunden zurückgelegt werden können.

5. Die Berechnung der Reisekosten erfolgt ohne Rücksicht darauf, welchen Weg der Reisende thatsächlich eingeschlagen und welches Beförderungsmittel er benutzt hat, nach demjenigen Wege, welcher sich für die Staatskasse als der mindestkostspielige darstellt und nach dem Zweck der Reise und den Umständen des besonderen Falls von dem Beamten auch wirklich hätte benutzt werden können.

6. Ausnahmen von vorstehenden Bestimmungen (1 bis 5) können nach der Entscheidung der die Richtigkeit der Reisekostenliquidationen bescheinigenden Beamten dann zugelassen werden, wenn die Anwendung derselben zu besonderen Härten führen würde.

Regulativ über die Dienstwohnungen der Staatsbeamten.

Vom 26. Juli 1880 mit Nachtrag vom 20. April 1898.

§ 1. Dieses Regulativ findet Anwendung auf alle Dienstwohnungen der Staatsbeamten, der Beamten und Lehrer staatlicher oder vom Staate zu unterhaltender Unterrichtsanstalten, sowie derjenigen Geistlichen und Schullehrer, welchen der Staat in ihrer Eigenschaft als solche Dienstwohnungen überläßt, unbeschadet der ihnen etwa zustehenden Befreiung von Kommunallasten und Abgaben.

§ 2. Ausgeschlossen bleiben die Lokalbeamten der Domänen- und Forstverwaltung, sowie die zum Ressort der Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung gehörigen Werksunterbeamten mit Rücksicht auf die besonderen dieserhalb bestehenden Vorschriften.

Auch findet das Regulativ auf Geistliche, Kirchenbeamte und Schullehrer, denen Dienstwohnungen von Kommunen und fiskalischen oder Privatpatronen überwiesen sind, keine Anwendung.

§ 3. Die zuständige Aufsichtsbehörde hat die Befolgung der den Inhabern obliegenden Verpflichtungen zu überwachen, von dem Zustande der Dienstwohnungen sowohl während der Benutzung seitens der Inhaber, als auch während der Uebergangsfrist zwischen Rückgewähr und Uebergabe durch die Verwaltungsorgane oder Techniker Kenntnis zu nehmen und bei Wahrnehmung von Verstößen und Mängeln die entsprechende Abhilfe anzuordnen.

§ 4. Ueber jede Dienstwohnung nebst Zubehör muß ein vollständiges und übersichtliches, geeignetenfalls mit einem Grundplan oder doch mit einer Handzeichnung zu versehendes Inventarium in zwei gleichlautenden Exemplaren, von denen das eine durch die Aufsichtsbehörde (§ 3), das andere durch den Wohnungsinhaber aufbewahrt wird, angelegt und durch Nachtragung aller während der Benutzungszeit genehmigten Abänderungen vervollständigt werden, so daß das Inventarium stets den zeitigen Stand der Wohnungen erkennen läßt und eine ausreichende Grundlage für die Rückgewähr bildet.

§ 5. Das Inventarium muß enthalten:

a) Zahl, Maß und Ausstattung der Räume,
b) die Bezeichnung der etwaigen Repräsentationsräume und ihrer Ausstattung,
c) die auf der Wohnung oder dem Dienstgrundstück haftenden Lasten und Besitzeinschränkungen,
d) bei Dienstwohnungen mit Garten oder Ackernutzung die Angabe des Flächeninhalts und die Beschreibung der Grenzen, beziehentlich der Bewährungen u. s. w. gegen die Nachbargrundstücke, sowie einen Vermerk darüber, ob und welche Vergütung der Wohnungsinhaber für die Nutzung der Ländereien zu entrichten hat.

Im übrigen bestimmt sich die Einrichtung des Inventariums in Form und In-

halt nach den besonderen Verhältnissen der Dienstwohnung.

§ 6. Der Wohnungsinhaber darf in dem von ihm aufzubewahrenden Exemplar des Inventariums eigenmächtig keine Eintragung vornehmen. Die Nachtragung der Abänderungen erfolgt in beiden Exemplaren des Inventariums gleichlautend, auf Anordnung der Aufsichtsbehörde. Etwaige Mängel des Inventariums sind bei den im § 3 erwähnten Revisionen, beziehungsweise bei der Abnahme oder Uebergabe der Dienstwohnungen zu berichtigen.

§ 7. Die Ueberlassung von Dienstwohnungen erfolgt nach Maßgabe des Etats. Die Annahme einer vom Staate angewiesenen Dienstwohnung kann nicht verweigert werden. Wird dem Beamten auf seinen Antrag aus besonderen Gründen die Benutzung der Dienstwohnung erlassen, so erfolgt die Festsetzung der näheren Bedingungen durch den Ressortchef im Einvernehmen mit dem Finanzminister.

§ 8. Der Inhaber einer Dienstwohnung darf dieselbe oder einen Teil oder ein Zubehör derselben ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde weder abtreten noch vermieten.

§ 9. Aus der Zuweisung einer Dienstwohnung erwirbt der Beamte keinen Anspruch auf dauernde Belassung derselben, vielmehr hat die Rückgewähr auch dann, wenn letztere bei der Ueberweisung nicht ausdrücklich vorbehalten ist, auf Verlangen der vorgesetzten Behörde binnen einer von der letzteren zu bestimmenden angemessenen Räumungsfrist, zu erfolgen, ohne daß dem Beamten hierdurch ein Anspruch auf besondere Entschädigung erwächst.

§ 10. Die Uebergabe und die Rückgewähr einer Dienstwohnung wird in allen Fällen durch einen von der Aufsichtsbehörde ernannten Kommissar bewirkt, welcher hierbei den neu einziehenden Beamten ausdrücklich zu eröffnen hat, daß für die Ueberweisung und Benutzung der Dienstwohnung die Bestimmungen dieses Regulativs maßgebend sind.

In der über den Hergang aufzunehmenden von den Beteiligten zu vollziehenden Verhandlung sind alle Mängel, welche sich bei der Besichtigung unter Zugrundelegung des Inventars ergeben, zu verzeichnen.

Gleichzeitig ist anzugeben, ob die für die Abhilfe aufzuwendenden Kosten der Staatskasse oder dem bisherigen Inhaber, beziehentlich dessen Erben zur Last fallen. Die Abschätzung der Herstellungskosten hat durch den Kommissar und bei höheren Beträgen durch den zuzuziehenden Techniker zu erfolgen.

§ 11. Kommt wegen der Abhilfe solcher Mängel und Schäden, die nicht für Rechnung der Verwaltung zu beseitigen sind, zwischen dem bisherigen Inhaber, beziehentlich dessen Erben und dem neu anziehenden Inhaber ein Vergleich zustande, so ist dessen Inhalt in die Verhandlung aufzunehmen. Dasselbe gilt, wenn die Mängel und die erfolgte Abschätzung als richtig anerkannt und die Kosten der erforderlichen Herstellung von dem abziehenden Beamten, bezw. dessen Erben, übernommen werden. Andernfalls ist der Sach- und Streitstand genau zu verzeichnen und durch den Kommissarius der Aufsichtsbehörde zur Entscheidung vorbehaltlich des Rechtsweges vorzulegen.

§ 12. Der Wohnungsinhaber oder dessen Erben sind verpflichtet, den im gütlichen Wege ermittelten oder von der Aufsichtsbehörde festgestellten Kostenbetrag (§ 11) zur Staatskasse einzuzahlen. Dieselben bleiben außerdem zur Nachzahlung eines demnächst etwa verausgabten, gehörig belegten Mehrkostenbetrages verpflichtet. Ein etwaiger Mehrbetrag der Einzahlung über die wirklich erwachsenen Kosten ist ihnen dagegen zurückzuerstatten.

§ 13. Können Rückgewähr und Uebergabe der Dienstwohnung nicht gleichzeitig vorgenommen werden, so ist dieselbe an einen Beamten oder eine sonst geeignete Person zur Beaufsichtigung und Unterhaltung zu übergeben. Hierüber, sowie über die dem Aufseher etwa zu gewährende Entschädigung hat der Kommissar das Nähere in das Protokoll aufzunehmen. Die Uebergabe und Rückgewähr der Dienstwohnung ist thunlichst durch denselben Kommissar zu bewirken.

§ 14. Dem Wohnungsinhaber liegen — außer der Fürsorge für die Reinigung und Lüftung — die nachstehenden Leistungen ob:

a) die Erhaltung der Verglasung in den Fenstern, Glasthüren, Glaswänden und Oberlichtern, letztere soweit sie nicht als ein Teil des Daches anzusehen sind;
b) das Fegen der Schornsteine nebst der Reinigung der Heizkörper und ihrer Feuerzüge von Ruß, Asche und Schlacken;
c) die Unterhaltung der Oefen, Kochherde, Bratöfen, Kesselfeuerungen, Koch- und Back-Apparate bezüglich der durch den fortgesetzten Gebrauch nötig gewordenen Reparaturen, jedoch unter Ausschluß ihrer Erneuerung und ihres Umsetzens (§ 15 litt. b.);
d) die Unterhaltung der Beschläge und Schlösser an Thüren und Fenstern, sofern das Bedürfnis nur einzelne Teile derselben betrifft, und nicht eine Erneuerung des Gesamtbeschlages oder des ganzen Schlosses erforderlich ist, ingleichen die Unterhaltung vorhandener Glockenzüge oder ähnlicher Vorrichtungen zum Herbeirufen des Gesindes;
e) der Anstrich der inneren Thüren und Fenster, der Paneele, hölzernen Verschläge und Wandschränke, soweit einzelne durch den Gebrauch abgenutzte Stellen eine Wiederherstellung der Farbendecke erfordern und das Bedürfnis eines neuen Anstrichs des gesamten Objekts nicht anzuerkennen ist (§ 15 litt. c.);
f) das Bohnen und Frottieren der Dielungen und Fußleisten in den durch den Gebrauch und das Erhaltungsbedürfnis bedingten Fristen, sowie kleine Reparaturen des Anstrichs der Fußbodendielung;
g) die Unterhaltung der inneren Wände und der Decken in Betreff ihrer Tünche, Färbung und Malerei, oder Tapezierung, das hierbei etwa erforderliche Abreiben des Abputzes, sowie die Beseitigung unwesentlicher Verletzungen des Putzes und das Abreiben unrein gewordener Tapetenwände und Decken, insofern es sich nicht um eine Erneuerung der Gesamtflächen handelt;
h) die Unterhaltung derjenigen Teile der Wasser- und Gasleitungen, welche mit dem Gebäude nicht in fester Verbindung stehen, sowie die Beschaffung und Unterhaltung der zu diesen Anlagen etwa erforderlichen, unter den Begriff der Mobilien fallenden Gegenstände, wie z. B. der nicht befestigten Wannen, Gartenspritzen, Schläuche, Kronenleuchter, tragbaren Lampen und dergleichen, ferner die Aufwendung der Kosten für den Verbrauch des durch die Leitungen zugeführten Wassers und Gases und die Vorkehrung zum Schutze der Leitungen gegen das Einfrieren;
i) die Wiederherstellung des früheren Zustandes im Falle von Beschädigungen, welche durch Mutwillen oder Fahrlässigkeit des Inhabers, seiner Angehörigen und seines Gesindes veranlaßt sind, — nach Maßgabe der Vorschriften des bürgerlichen Rechtes;
k) die Uebernahme solcher Abgaben und Lasten, welche der Mieter gesetzlich oder ortsüblich zu den Kommunalbedürfnissen zu leisten hat, sowie:
die Uebernahme der Einquartierungslast, wenn dieselbe durch die Gemeindebehörden, beziehentlich durch Ortsstatut auf die Wohnungsinhaber lediglich nach Maßgabe des entbehrlichen Raumes verteilt ist, mag dieselbe in natura oder in Geld zu leisten sein;
l) die Anschaffung und Unterhaltung von Gegenständen des Luxus, der Neigung oder Bequemlichkeit, sowie der Pflanzungen und der Verbesserungen, welche der Inhaber in dem mit der Dienstwohnung etwa verbundenen Garten oder Ackerlande bewirkt hat, dergestalt, daß der Inhaber hierfür weder eine Entschädigung aus der Staatskasse noch auch die Uebernahme jener Gegenstände oder Anlagen seitens des Dienstnachfolgers verlangen darf;
m) die Unterhaltung der zur Dienstwohnung gehörigen Gärten, soweit nicht besondere Festsetzungen getroffen sind.

Bei einem gemeinsamen Gebrauch von Räumen und Anlagen zu mehreren Dienstwohnungen werden die den Wohnungsinhaber treffenden Kosten nach Bestimmung der Aufsichtsbehörde anteilig von jedem Inhaber getragen.

---

§ 15. Soweit die Kosten der Unterhaltung von Dienstwohnungen nicht dem Inhaber auferlegt sind, fallen dieselben der

Staatskasse zur Last, insbesondere treffen die letztere:

a) die Herstellung aller Schäden, welche von Naturereignissen, Gewittern, Orkanen, Hagelschlag, Erdbeben u. s. w. angerichtet werden;

b) die notwendige Erneuerung von Hauptbestandteilen der Feuerungen und Heizungen, namentlich von Heizthüren, Rauchröhren, Kochplatten, Kacheln und metallenen Muffeln oder Einsetzen der Bratöfen, insofern die Notwendigkeit der Erneuerung nicht durch fahrlässigen Gebrauch veranlaßt ist (§ 14 litt. c.);

c) die Unterhaltung und Erneuerung von plastischen Ausstattungen, sowie des Anstrichs der äußeren Thüren, Doppelthüren, Thore, Fenster, Doppelfenster. Fensterbretter und inneren und äußeren Fensterläden auf beiden Seiten, desgleichen der Anstrich der inneren Thüren und Fenster, der Paneele, hölzernen Verschläge und Wandschränke, wenn das Bedürfnis sich nicht auf einzelne schadhafte Stellen beschränkt, endlich das Verkitten der Scheiben außer dem im § 14 litt. a. vorgesehenen Falle;

d) die Erneuerung von Hauptbestandteilen der Glockenzüge oder ähnlicher Vorrichtungen zum Herbeirufen des Gesindes;

e) die Unterhaltung und Erneuerung von Garten- und Hofbewährungen, einschließlich der Pforten, Thorwege und Thore;

f) die Unterhaltung und Erneuerung des zur Erhaltung der Dielungen dienenden Anstrichs und das damit verbundene Verkitten der Fugen;

g) die sonst nach § 14 dem Wohnungsinhaber obliegende Unterhaltung der davon betroffenen Gegenstände in allen den Fällen, in welchen die Ursachen des Reparatur- und Erneuerungsbedürfnisses erweislich aus Mängeln der ersten Anlage oder aus Veränderungen in der technischen Struktur des Gebäudes, wie Rissen und Lösungen der Mauern oder Decken u. s. w. hervorgehen;

h) die Uebernahme der Einquartierungslast, wenn dieselbe durch die Gemeindebehörden beziehentlich durch Ortsstatut auf die Hauseigentümer verteilt ist.

---

§ 16. Bei gemeinsamer Benutzung von Gebäuden zu Dienstwohnungen und Geschäftsräumen gelten folgende Bestimmungen:

1. in den zu beiden Zwecken gemeinschaftlich benutzten Räumen, wie Fluren, Korridoren, Treppen u. s. w. trägt der Staat auch die dem Wohnungsinhaber obliegenden Leistungen;
2. zu den im § 14b bezeichneten Kosten leistet der Wohnungsinhaber einen von der Aufsichtsbehörde festzusetzenden angemessenen Beitrag;
3. von den im § 14k bezeichneten Kommunalabgaben und Lasten trägt der Staat für die Geschäftsräume, soweit an sich keine Befreiung desselben begründet ist, einen angemessenen Anteil.

---

§ 17. Unterbeamte haben nur die in dem § 14 sub litt. a, h, i, k und l aufgeführten Leistungen zu erfüllen. Als Unterbeamte im Sinne dieses Regulativs gelten die in Gemäßheit des Gesetzes vom 24. Februar 1877, betreffend die Umzugskosten des Staatsbeamten (Ges.-Samml. S. 15) § 1 Nr. VIII zu den Unterbeamten zu zählenden Staatsbeamten.

---

§§ 18 bis **22** sind aufgehoben. An ihre Stelle sind folgende Bestimmungen getreten:

Sofern die Dienstwohnung nicht im Etat als freie bezeichnet und dem Beamten als solche bewilligt ist, hat dieser für ihre Benutzung eine Vergütung an die Staatskasse zu leisten.

Diese Vergütung wird bezüglich etatsmäßiger Beamten auf die für sie in Betracht kommenden Sätze des Wohnungsgeldzuschusses festgesetzt und durch deren Einbehaltung nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 12. Mai 1873, betreffend die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen (Gesetz-Samml. S. 209) beglichen. Bezüglich etatsmäßiger Beamten, welche ein monatsweise zahlbares Diensteinkommen beziehen, ist sie nach Hundertteilen dieses Diensteinkommens zu bemessen und nach der Klasseneinteilung abzustufen, wie solche in Gemäßheit des Gesetzes vom 25. Juni 1868, betreffend die Quartierleistung für

die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes (Bundes-Gesetz-Bl. S. 523), durch den jeweiligen Servistarif gegeben ist. Danach beträgt die zu zahlende Vergütung:

in Orten der Servisklasse	A	10	v. Hundert	
" " " "	I	7½	"	"
" " " "	II	6	"	"
" " " "	III	5	"	"
" " " "	IV	4	"	"
" " " "	V	3½	"	"

des Diensteinkommens.

Bei Veränderungen in der Servisklasseneinteilung kommt mit dem Beginne des auf ihre Verkündigung folgenden Kalendervierteljahres der veränderte Satz der Mietvergütung zur Anwendung.

Tagegeldempfänger sind von Entrichtung der Mietvergütung frei zu lassen.

Beamte (mit Einschluß der Militäranwärter) welchen die einstweilige Verwaltung einer Dienststelle übertragen und hierbei die mit der Stelle verbundene Dienstwohnung angewiesen worden ist, können für die Dauer dieses Verhältnisses von der Leistung der Vergütung entbunden werden.

---

§ 23. Für die Benutzung von Gärten, welche nach der von dem Verwaltungschef zu treffenden Entscheidung als Zubehör der Dienstwohnung anzusehen sind, ist eine Vergütung an die Staatskasse nicht zu entrichten.

---

§ 24. Insoweit Beamten die Benutzung von Dienstwohnungen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Regulativs gegen eine geringere Vergütung verstattet ist, tritt die Berechnung der höheren Vergütung erst in dem Falle ein, wenn dem Wohnungsinhaber eine das Mehr der Vergütung übersteigende Erhöhung seines Diensteinkommens zuteil wird.

---

§ 25. In betreff der Dienstwohnungen, die einer Ausstattung mit Mobilar, Tafel-, Haus- und Wirtschaftsgerät bedürfen, bleiben die Vorschriften des Allerhöchsten Erlasses vom 24. Juni 1861, in betreff der Dienstwohnungen der Minister diejenigen des Allerhöchsten Erlasses vom 12. Februar 1866 und bezüglich der Gärten diejenigen des Allerhöchsten Erlasses vom 19. November 1862 maßgebend.

---

§ 26. Mobilien und Ausstattungsgegenstände, welche auf Kosten des Staats für die Repräsentationsräume einer Dienstwohnung beschafft und bei diesem im Inventarium (§ 5 litt. b.) verzeichnet sind, dürfen von dem Wohnungsinhaber in anderen Räumen nicht verwendet werden.

---

§ 27. Bei Dienstwohnungen mit Repräsentationsräumen werden in letzteren sämtliche für Wiederherstellung oder Erneuerung der Wand- und Deckenflächen, mögen sie getüncht, gefärbt, gemalt, tapeziert oder mit plastischer Bekleidung ausgestattet sein, erforderlichen Ausgaben, ingleichen die Kosten für Unterhaltung und Erneuerung des Anstrichs der inneren Thüren und Fenster, der Paneele, hölzernen Verschläge und Wandschränke, sowie für Beschaffung und Unterhaltung von Glockenzügen oder ähnlicher Vorrichtungen zum Herbeirufen des Gesindes, von der Staatskasse getragen.

---

§ 28. Gehört zu Dienstwohnungen, deren Inhabern eine Repräsentation obliegt, ein Garten, so fällt die Unterhaltung desselben der Staatskasse zur Last. Welche Dienstwohnungen hierher zu rechnen sind, wird durch den Verwaltungschef im Einvernehmen mit dem Finanzminister bestimmt. Die Unterhaltungskosten der Gärten sind zu veranschlagen und in den Kassenetats als Unterfonds zu bemerken.

---

§ 29. Veränderungen bei der Anordnung und Ausstattung der Dienstwohnungen nebst Zubehör sind nur unter Zustimmung der Aufsichtsbehörde und Berichtigung des Inventars (§§ 4 ff.) statthaft.

---

§ 30. Die Aufsichtsbehörde hat bei Genehmigung des Gesuchs zu bestimmen:

a) ob bei der Rückgewähr der frühere Zustand wieder herzustellen oder die Abänderung beizubehalten ist;

d) ob letzteren Falls der für die Staatskasse sich ergebende Vorteil dazu angethan erscheint, einen Beitrag aus Staatsmitteln zu den Herstellungskosten entweder sofort oder bei der Rückgewähr bei dem Verwaltungschef in Antrag zu bringen.

---

§ 31. Auf Dienstwohnungen, welche vom Staate angemietet sind, findet dieses Regulativ nur insoweit Anwendung, als es

die besonderen Verhältnisse des einzelnen Falles, insbesondere der abgeschlossene Mietsvertrag gestatten. Sind von der Behörde in dem Mietsvertrage besondere Verpflichtungen in Betreff der Unterhaltung der Räume oder ihrer Zubehörungen übernommen, so hat der Wohnungsinhaber für Erfüllung solcher Verabredungen in der Regel nur insoweit aufzukommen, als Verpflichtungen gleicher Art den Inhaber einer Dienstwohnung in einem Staatsgebäude treffen würden, während alle weitergehenden Verpflichtungen dem Staate zur Last fallen.

Die nähere Festsetzung hierüber bleibt im Einzelfalle dem Verwaltungschef vorbehalten.

---

§ 32. Bei Dienstwohnungen in angemieteten Räumen darf die Aufnahme eines Inventars (§ 4) unterbleiben, sofern der Mietsvertrag die erforderlichen Angaben in ausreichender Uebersichtlichkeit enthält.

---

§ 33. Das vorstehende Regulativ tritt für den ganzen Umfang der Monarchie mit dem 1. April 1881 in Kraft.

Die entgegenstehenden Vorschriften, namentlich das Regulativ vom 18. Oktober 1822 und die dasselbe ergänzenden und abändernden Bestimmungen sind aufgehoben.

Das Regulativ findet auch auf die Beamten Anwendung, welche sich am 1. April 1881 im Genusse einer Dienstwohnung befinden. Nur für diejenigen dieser Beamten, denen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Regulativs ein Rechtsanspruch auf eine besondere Behandlung hinsichtlich der Unterhaltungspflicht ihrer Dienstwohnungen zusteht, bewendet es auf deren Verlangen lediglich bei den jenen Anspruch begründenden Vorschriften.

---

§ 34. In zweifelhaften Fällen bei Anwendung dieses Regulativs entscheidet der Verwaltungschef im Einvernehmen mit dem Finanzminister.

Erlaß des Finanzministers zu dem Regulativ.

Vom 27. Oktober 1880.

1. Zur Sicherung einer ordnungsmäßigen Führung der Inventarien (§§ 4 bis 6 des Regulativs) ist es erforderlich, daß zwischen den beiden, durch die Aufsichtsbehörde und durch den Wohnungsinhaber aufzubewahrenden Exemplaren des Inventariums stets vollständige Uebereinstimmung in Form und Inhalt stattfindet.

   Neben der im § 3 des Regulativs erwähnten allgemeinen Prüfung des Zustandes der Dienstwohnungen sind die Inventarien sowohl bei der Uebergabe und Rückgewähr der Dienstwohnungen, als auch während der Benutzung seitens des Inhabers der Regel nach alljährlich einmal einer Revision zu unterziehen. Dieselbe hat sich auf die Prüfung der im Inventarium nachgetragenen Zugänge, der nachgewiesenen Abgänge und auf das Vorhandensein der sonach verbliebenen Gegenstände zu erstrecken.

   Ueber das Ergebnis einer jeden Revision ist eine Verhandlung aufzunehmen und zu den Akten zu bringen.
2. Da die Ueberlassung von Dienstwohnungen nur nach Maßgabe des Etats zu erfolgen hat (§ 7 des Regulativs), so müssen sämtliche den Beamten überwiesene Dienstwohnungen in den Special-Etats der betreffenden Verwaltungen aufgeführt werden. Ist für die Dienstwohnung eine Vergütung nicht zu entrichten, so ist dieselbe als „freie" zu bezeichnen (§ 18 des Regulativs).
3. Bei der Uebergabe der Dienstwohnung ist dem neu einziehenden Beamten die im § 10 des Regulativs bezeichnete ausdrückliche Eröffnung zu machen, daß für die Ueberweisung und Benutzung der Dienstwohnung die Bestimmungen dieses Regulativs maßgebend sind. Daß dies geschehen, ist

in die Uebergabe-Verhandlung aufzunehmen.

4. Die erleichterte Unterhaltungspflicht des Wohnungsinhabers bedingt eine strenge und unausgesetzte Aufsicht über den Zustand der Dienstwohnung und über die dem Inhaber obliegenden Leistungen, wie solches im § 3 des Regulativs vorgeschrieben ist.

   Da abweichend von den bisherigen Vorschriften nach den Bestimmungen im § 14 litt. g. und § 15 litt. c. des Regulativs die Kosten der Tapezierungen, der Erneuerung des Anstrichs der Wände, Decken, Thüren, Fenster u. s. w. die Staatskasse treffen, sofern es sich um eine Wiederherstellung der Gesamtflächen handelt, so ist in der Regel zunächst das Bedürfnis sorgfältig festzustellen, namentlich darauf zu sehen, ob eine den besonderen Verhältnissen entsprechende Abnutzungszeit vergangen ist und ob nicht die Notwendigkeit der Wiederherstellung durch Mutwillen oder Fahrlässigkeit des Inhabers, seiner Angehörigen oder seines Gesindes veranlaßt ist, so daß der Inhaber nach der Bestimmung im § 14 litt. i. für die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Anspruch zu nehmen ist.

5. Nach § 17 des Regulativs gelten als Unterbeamte, denen eine erhebliche Erleichterung in der Unterhaltungspflicht der Dienstwohnungen zu teil wird, die in Gemäßheit des Gesetzes vom 24. Februar 1877, betreffend die Umzugskosten der Staatsbeamten (G.S. S. 15), § 1 Nr. VIII zu den Unterbeamten zu zählenden Staatsbeamten. Ausgeschlossen hiervon bleiben diejenigen Beamten, welche nach § 1 ad VII im Artikel I des Gesetzes vom 28. Juni 1875, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 24. März 1873 über die Tagegelder und Reisekosten der Staatsbeamten (G.S. S. 370), zu einem Tagegeldersatze von 6 Mark berechtigt sind und dementsprechend zu der Klasse VII im § 1 des gedachten Umzugskosten-Gesetzes gezählt werden.

6. Nachdem die bisherigen Sätze der für die Benutzung der Dienstwohnungen zu entrichtenden Vergütung anderweit festgesetzt sind (cfr. §§ 18—21 des Regulativs), soll die Berechnung der danach zu entrichtenden höheren Vergütung, falls Beamten die Benutzung von Dienstwohnungen zur Zeit des Inkrafttretens des Regulativs gegen eine geringere Vergütung verstattet ist, nach der Bestimmung im § 24 erst in dem Falle eintreten, wenn dem Wohnungsinhaber eine das Mehr der Vergütung übersteigende Erhöhung seines Diensteinkommens zu teil wird. Ist dagegen die zur Zeit zu entrichtende Vergütung höher als der regulativmäßige Satz, so hat die anderweite Normierung der Vergütung schon vom 1. April k. Js. ab zu erfolgen.

7. Für die Benutzung von Gärten, welche als Zubehör der Dienstwohnung anzusehen sind, ist eine Vergütung an die Staatskasse nicht zu entrichten (§ 23 des Regulativs). Es wird dieses in der Regel zutreffen, wenn die Gärten nur für die Erholung des Inhabers oder für die Erzielung von Gemüsen oder Gartenfrüchten seines Haushaltsbedarfs bestimmt sind und ihre Lage eine andere Verwertung nicht thunlich erscheinen läßt. Sind die Gärten jedoch nach dem Umfange ihres Areals für eine landwirtschaftliche Nutzung oder vermöge ihrer abgesonderten Lage zur Einzelverpachtung geeignet, so ist für den Genuß einer derartigen Nutzung von dem Wohnungsinhaber eine derselben entsprechende und durch sachverständige Schätzung zu ermittelnde Vergütung zu zahlen. Walten in Fällen vorstehender Art Zweifel ob, so ist die diesseitige Entscheidung einzuholen. Insoweit von dem Wohnungsinhaber für die Benutzung von Gärten bisher eine Vergütung entrichtet ist, behält es hierbei bis auf Weiteres sein Bewenden.

Verordnung, betreffend die Heranziehung der Staatsdiener zu den Kommunal-Auflagen in den neu erworbenen Landesteilen.[1]

Vom 23. September 1867.

§ 1. Von allen direkten Kommunalauflagen, sowohl der einzelnen bürgerlichen Stadt- und Landgemeinden, als der weiteren kommunalen Körperschaften (Amtsbezirke, Distriktsgemeinden, Armendistrikte, Wegeverbände u. s. w.) und der kreis-, kommunal- und provinzialständischen Verbände sind vollständig befreit:

1. die servisberechtigten Militärpersonen des aktiven Dienststandes hinsichtlich ihres dienstlichen Einkommens; nur zu den auf den Grundbesitz oder das aus diesen Quellen fließende Einkommen gelegten Kommunallasten müssen auch sie beitragen, wenn sie in dem Kommunalbezirk Grundbesitz haben oder ein stehendes Gewerbe betreiben.[2]

   Militärärzte genießen rücksichtlich ihres Einkommens aus einer Civilpraxis die Befreiung nicht;
2. die auf Inaktivitätsgehalt gesetzten oder mit Pension zur Disposition gestellten Offiziere hinsichtlich ihrer Gehalts- und sonstigen dienstlichen Bezüge;
3. die Geistlichen und Elementarlehrer hinsichtlich ihrer Besoldungen und Emolumente, einschließlich der Ruhegehälter, ingleichen die unteren Kirchendiener, wo und soweit den letzteren eine derartige Befreiung seither rechtsgültig zugestanden hat;
4. die verabschiedeten Beamten und nicht zu der Kategorie unter Nr. 2 gehörigen Militärpersonen hinsichts ihrer aus Staatsfonds oder sonstigen öffentlichen Kassen zahlbaren Pensionen und laufenden Unterstützungsbezüge, ebenso die Beamten hinsichts ihrer Wartegelder, sofern der jährliche Betrag solcher Bezüge für einen Empfänger die Summe von 750 Mark nicht erreicht;
5. die hinterbliebenen Witwen und Waisen der unter 1 bis 4 genannten Personen hinsichts ihrer aus Staatsfonds oder aus einer öffentlichen Versorgungskasse zahlbaren Pensionen und laufenden Unterstützungen;
6. die Sterbe- und Gnadenmonate;
7. alle diejenigen Dienst-Emolumente, welche bloß als Ersatz barer Auslagen zu betrachten sind.

§ 2. Zu den Beamten im Sinne dieser Verordnung gehören alle, in unmittelbaren Diensten des Staats oder der demselben untergeordneten Obrigkeiten, Kollegien, kommunalen und ständischen Korporationen stehende, mit fester Besoldung angestellte, beziehentlich in Ruhestand getretene öffentliche Beamte, einschließlich der Militär- und Hofbeamten; dagegen nicht diejenigen, welche nur als außerordentliche Gehilfen vorübergehend im öffentlichen Dienst beschäftigt werden.

§ 3. Die Beamten (§ 3) können von ihrem Diensteinkommen einschließlich der Warte- und Ruhegehälter, ebenso der Militärpersonen von ihren Pensionen — wenn nicht ein Fall der gänzlichen Befreiung nach § 1 vorliegt — zu direkten Kommunal-Auflagen (§ 1) nur insoweit herangezogen werden, als diese von allen Pflichtigen nach dem Maßstabe des persönlichen Einkommens erhoben werden.

§ 4. Das Diensteinkommen wird in solchen Fällen nur halb so hoch als anderes gleich hohes persönliches Einkommen der Steuerpflichtigen veranlagt.

Wenn die Veranlagung nicht unmittelbar den Einkommensbetrag zur Grundlage hat, so ist, unter Genehmigung der Aufsichtsbehörde des besteuernden kommunalen

---

[1]) Dieselben Grundsätze gelten für die Staatsdiener in den übrigen Teilen der Monarchie. Man vergleiche auch § 41 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (abgedruckt in Band II).

[2]) Man vergleiche jetzt das unten abgedruckte Gesetz vom 29. Juni 1886.

Verbandes, das Einschätzungsverfahren dergestalt besonders zu regeln, daß der vorstehende Grundsatz analog zur Anwendung kommt.

Das Diensteinkommen von zufälligen Emolumenten wird gleich dem festen Gehalte besteuert; zu diesem Behufe wird nötigenfalls der Betrag derselben in runder Summe durch die vorgesetzte Dienstbehörde festgestellt.

§ 5. An kommunalen Auflagen aller Art (§ 1) dürfen äußersten Falls, im Gesamtbetrage, bei Besoldungen (§ 3) unter 750 Mark nicht mehr als ein Prozent, bei Besoldungen von 750 bis 1500 Mark ausschließlich nicht mehr als anderthalb Prozent, und bei höheren Besoldungen nicht mehr als zwei Prozent des gesamten Diensteinkommens jährlich gefordert werden.

Die hiernach etwa nötige Ermäßigung der nach § 4 berechneten Steuerbeträge trifft, im Fall der Konkurrenz mehrerer kommunaler Verbände, die zuletzt zur Hebung gestellte Forderung, mehrere noch nicht entrichtete Forderungen aber nach Verhältnis ihrer Höhe.

§ 6. Auf Staatssteuern und Staatslasten welche gemeindeweise abgetragen werden, finden die Bestimmungen dieser Verordnung keine Anwendung.

§ 7. Die gemäß §§ 3 bis 5 den Staatsdienern obliegende Beitragspflicht zu den Kommunalabgaben erstreckt sich auf alle diejenigen Beträge der letzteren, welche innerhalb der Zeit, da der Pflichtige dem betreffenden kommunalen Verbande angehört, auf ihn verteilt und auch fällig werden, nicht aber auf später fällige.

§ 8 ist aufgehoben.

§ 9. Von ihrem etwaigen besonderen Vermögen haben auch die nach § 3 begünstigten Staatsdiener, ebenso die Offiziere der unter § 1 Nr. 2 bezeichneten Kategorie, die Geistlichen und Elementarlehrer, ihre Beiträge zu den Kommunallasten gleich anderen Angehörigen der betreffenden Verbände zu entrichten.

§ 10.[1])

§ 11. Zu den indirekten Gemeinde-Abgaben müssen auch die nach §§ 1 bis 5 begünstigten Personen gleich andern Gemeinde-Einwohnern beitragen. Sie sind nicht befugt, was sie hierauf entrichten, bei ihren direkten Kommunalbeiträgen in Anrechnung zu bringen.

§ 12. Alle entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen werden aufgehoben.

Wo jedoch weitergehende Immunitäten für Beamte, Militärs, Geistliche oder Lehrer nach statutarischem Recht oder besonderen Privilegien bestehen, soll in denselben hierdurch nichts geändert werden.

§ 13. Gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 30. September d. J., unter Anwendung auf alle von diesem Tage an zur Ausschreibung gelangenden direkten Kommunal-Auflagen, in Kraft.

Der Minister des Innern wird mit Ausführung derselben beauftragt.

Gesetz, betreffend die Heranziehung von Militärpersonen zu Abgaben für Gemeindezwecke.

Vom 29. Juni 1886.

§ 1. Die im Offiziersrange stehenden Militärpersonen des Friedensstandes, welche der Heranziehung zur Einkommensteuer unterliegen, haben neben den nach den bestehenden Bestimmungen (§ 1 Ziffer 1 der Verordnung vom 23. September 1867, Gesetz-Samml. S. 1648) bereits zu entrichtenden Kommunalabgaben vom Grundbesitz und Gewerbebetrieb von dem aus sonstigen Quellen fließenden außer-

[1]) Ueber die Freiheit von Naturaldiensten vergleiche man jetzt § 68 Abs. 6 des Kommunalabgabengesetzes.

dienstlichen Einkommen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen eine Abgabe zu Gemeindezwecken zu entrichten.

§ 2. Gegenstand dieser Besteuerung ist das außerdienstliche selbständige Einkommen der Abgabepflichtigen, unter Hinzurechnung des etwaigen besonderen Einkommens der zu ihrem Haushalte gehörigen Familienglieder.[1]) Außer Ansatz bleibt jedoch:

a) dasjenige Einkommen, welches bereits nach den bestehenden Bestimmungen der Kommunalabgabenpflicht unterliegt,

b) in Ansehung der vor dem 1. April 1887 in den Ehestand getretenen Militärpersonen, derjenigen Chargen, welche bei Nachsuchung des Heiratskonsenses zur Führung des Nachweises eines bestimmten außerdienstlichen Einkommens verpflichtet sind, der vorschriftsmäßige Satz des letzteren.

§ 3. Der der Veranlagung der abgabepflichtigen Militärperson zur Staatseinkommensteuer für das betreffende Steuerjahr zu Grunde gelegte Einkommensbetrag, vermindert um den Betrag des nach den §§ 1 und 2 außer Betracht zu lassenden Einkommens, stellt den nach Maßgabe dieses Gesetzes zur Versteuerung gelangenden Einkommensbetrag dar.

Von diesem Einkommensbetrage haben die im § 1 bezeichneten Militärpersonen für Gemeindezwecke an die Gemeinde des Garnisonorts — sofern die Garnison mehrere Gemeindebezirke umfaßt, oder der Abgabepflichtige nicht in dem Garnisonorte selbst wohnt, an die Gemeinde des Wohnorts — eine Abgabe zu entrichten, welche der nach den Bestimmungen des § 17 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (Gesetz-Samml. S. 175) von einem gleichen Jahreseinkommen zu entrichtenden Staatssteuer gleichkommt.[2])

Die Abgabe ist in den für die Entrichtung der Staatssteuern vorgeschriebenen Raten im voraus abzuführen. Dem Abgabepflichtigen steht frei, die Abgabe auch für einen längeren Zeitraum bis zum ganzen Jahresbetrage zu bezahlen. Durch die Vorausbezahlung wird die Verpflichtung der Gemeinde zur Erstattung eines ihr nicht gebührenden Abgabebetrages nicht berührt.

§ 4. Die Feststellung des der Abgabe unterliegenden Einkommenbetrages und die Ermittelung der Steuerstufe erfolgt durch den Vorsitzenden der Einkommensteuerveranlagungskommission.

§ 5. Jedem Abgabepflichtigen ist die erfolgte Feststellung der Steuerstufe mit dem Betrage der von ihm für das Steuerjahr zu entrichtenden Abgabe durch eine verschlossene Zuschrift bekannt zu machen Die Benachrichtigung der berechtigten Gemeinde erfolgt durch Mitteilung einer Liste, welche die Personen der Abgabepflichtigen und den von ihnen zu entrichtenden Abgabebetrag nachweist.

Gegen die Feststellung steht dem Abgabepflichtigen, sowie der Gemeinde binnen zwei Monaten vom Empfange der Zuschrift die Beschwerde bei der Bezirksregierung frei, bei deren Entscheidung es bewendet.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 6. Die Abgabepflicht beginnt mit dem Ersten desjenigen Monats, welcher auf den Monat folgt, in welchem die Ernennung beziehungsweise die Verlegung des Wohnsitzes stattfindet, für die zur Staatseinkommensteuer einstweilen noch nicht herangezogenen Personen mit dem Zeitpunkt der Heranziehung; sie endet mit dem Ablauf des Monats, in welchem der Abgabepflichtige seinen Wohnsitz in dem Bezirk der berechtigten Gemeinde aufgiebt, versetzt wird, stirbt oder aus dem aktiven Dienst ausscheidet.

§ 7. Die Abgabepflicht ruht während der Zugehörigkeit zur Besatzung eines zum auswärtigen Dienst bestimmten Schiffes oder Fahrzeuges der Kaiserlichen Marine,

[1]) Nach Maßgabe des § 11 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (abgedruckt in Band I).

[2]) Die Abgabe beträgt bei einem abgabepflichtigen Einkommen bis 660 Mark einschließlich: 2,40 Mark, bei einem abgabepflichtigen Einkommen von mehr als 660 bis 900 Mark einschließlich: 4 Mark.

und zwar vom Ersten desjenigen Monats ab, welcher auf den Monat folgt, in welchem die heimischen Gewässer verlassen werden, bis zum Ablauf des Monats, in welchem die Rückkehr in dieselben erfolgt.

Die Abgabepflicht ruht ferner während der Zugehörigkeit zu einem in der Kriegsformation befindlichen Teile des Heeres oder der Marine vom Ersten desjenigen Monats ab, welcher auf den Monat folgt, in welchem die Zugehörigkeit begonnen hat, bis zum Ablauf des Monats, in welchem dieselbe endet.

---

§ 8. Ab- und Zugänge am Einkommen während des Jahres, für welches die Veranlagung erfolgt ist, ändern an der einmal veranlagten Abgabe nichts Nur wenn nachgewiesen werden kann, daß durch den Verlust einzelner Einnahmequellen das veranschlagte abgabepflichtige Einkommen um mehr als den vierten Teil vermindert worden, darf eine verhältnismäßige Ermäßigung der veranlagten Abgaben gefordert werden.[1])

Ueber den Antrag entscheidet der Vorsitzende der Einkommensteuer-Veranlagungskommission vorbehaltlich der Beschwerde an die Bezirksregierung (§ 5 Absatz 2).

---

§ 9. Die mit Pension zur Disposition gestellten Offiziere werden, solange dieselben nicht zum aktiven Dienst wieder herangezogen werden, hinsichtlich der Verpflichtung zur Entrichtung der Gemeindeabgaben den verabschiedeten Offizieren gleichgestellt, die vor dem 1. April 1886 mit Pension zur Disposition gestellten Offiziere jedoch nur dann, wenn ihre Militärpension auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. April 1886 (Reichs-Gesetzbl. S. 78) entsprechend erhöht worden ist.

---

§ 10. Dieses Gesetz gelangt zuerst für das mit dem 1. April 1887 beginnende Steuerjahr zur Anwendung.

Mit der Ausführung werden die Minister des Innern, der Finanzen und des Krieges beauftragt.

Gesetz, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, die Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand.

Vom 21. Juli 1852.

---

§ 1. Das gegenwärtige Gesetz findet unter den darin ausdrücklich gemachten Beschränkungen auf alle in unmittelbarem oder mittelbarem Staatsdienste stehenden Beamten Anwendung, die nicht unter die Bestimmungen des die Richter betreffenden Gesetzes vom 7. Mai 1851 fallen.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen über Dienstvergehen und deren Bestrafung.

§ 2. Ein Beamter, welcher

1. die Pflichten verletzt, die ihm sein Amt auferlegt, oder
2. sich durch sein Verhalten in oder außer dem Amte der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt,

unterliegt den Vorschriften dieses Gesetzes.

§ 3. Ist eine der unter § 2 fallenden Handlungen (Dienstvergehen) zugleich in den gemeinen Strafgesetzen vorgesehen, so können die durch dieselben angedrohten Strafen nur auf Grund des gewöhnlichen Strafverfahrens von denjenigen Gerichten ausgesprochen werden, welche für die gewöhnlichen Strafsachen zuständig sind.

---

[1]) Man vergleiche § 58 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (abgedruckt in Band I).

§ 4. Im Laufe einer gerichtlichen Untersuchung darf gegen den Angeschuldigten ein Disziplinarverfahren wegen der nämlichen Thatsachen nicht eingeleitet werden.

Wenn im Laufe eines Disziplinarverfahrens wegen der nämlichen Thatsachen eine gerichtliche Untersuchung gegen den Angeschuldigten eröffnet wird, so muß das Disziplinarverfahren bis zur rechtskräftigen Erledigung des gerichtlichen Verfahrens ausgesetzt werden.

---

§ 5. Wenn von den gewöhnlichen Strafgerichten auf Freisprechung erkannt ist, so findet wegen derjenigen Thatsachen, welche in der gerichtlichen Untersuchung zur Erörterung gekommen sind, ein Disziplinarverfahren nur noch insofern statt, als dieselben an sich und ohne ihre Beziehung zu dem gesetzlichen Thatbestande der Uebertretung, des Vergehens oder des Verbrechens, welche den Gegenstand der Untersuchung bildeten, ein Dienstvergehen enthalten.

Ist in einer gerichtlichen Untersuchung eine Verurteilung ergangen, welche den Verlust des Amtes nicht zur Folge gehabt hat, so bleibt derjenigen Behörde, welche über die Einleitung des Disziplinarverfahrens zu verfügen hat, die Entscheidung darüber vorbehalten, ob außerdem ein Disziplinarverfahren einzuleiten oder fortzusetzen sei.

---

§ 6. Spricht das Gesetz bei Dienstvergehen, welche Gegenstand eines Disziplinarverfahrens werden, die Verflichtung zur Wiedererstattung oder zum Schadenersatze, oder eine sonstige civilrechtliche Verpflichtung aus, so gehört die Klage der Beteiligten vor das Civilgericht, jedoch vorbehaltlich der Bestimmung des § 100.

---

§ 7. Ist von dem gewöhnlichen Strafrichter auf eine Freiheitsstrafe von längerer als einjähriger Dauer, auf eine schwerere Strafe, auf Verlust der bürgerlichen Ehre, auf zeitige Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte, auf immerwährende oder zeitige Unfähigkeit zu öffentlichen Aemtern oder auf Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt, so zieht das Straferkenntnis den Verlust des Amtes von selbst nach sich, ohne daß darauf besonders erkannt wird.

§ 8. Ein Beamter, welcher sich ohne den vorschriftsmäßigen Urlaub von seinem Amte entfernt hält oder den erteilten Urlaub überschreitet, ist, wenn ihm nicht besondere Entschuldigungsgründe zur Seite stehen, für die Zeit der unerlaubten Entfernung seines Diensteinkommens verlustig.

---

§ 9. Dauert die unerlaubte Entfernung länger als acht Wochen, so hat der Beamte die Dienstentlassung verwirkt.

Ist der Beamte dienstlich aufgefordert worden, sein Amt anzutreten oder zu demselben zurückzukehren, so tritt die Strafe der Dienstentlassung schon nach fruchtlosem Ablauf von vier Wochen seit der ergangenen Aufforderung ein.

---

§ 10. Die Entziehung des Diensteinkommens (§ 8) wird von derjenigen Behörde verfügt, welche den Urlaub zu erteilen hat. Im Falle des Widerspruchs findet das förmliche Disziplinarverfahren statt.

---

§ 11. Die Dienstentlassung kann nur im Wege des förmlichen Disziplinarverfahrens ausgesprochen werden. Sie wird nicht verhängt, wenn sich ergiebt, daß der Beamte ohne seine Schuld von seinem Amte fern gewesen ist.

---

§ 12. Die Einleitung eines Disziplinarverfahrens wegen unerlaubter Entfernung vom Amte und die Dienstentlassung vor Ablauf der Fristen (§ 9) ist nicht ausgeschlossen, wenn sie durch besonders erschwerende Umstände als gerechtfertigt erscheint.

---

§ 13. Die in dem § 9 erwähnte Aufforderung, sowie alle anderen Aufforderungen, Mitteilungen, Zustellungen und Vorladungen, welche nach den Bestimmungen dieses Gesetzes erfolgen, sind gültig und bewirken den Lauf der Fristen, wenn sie demjenigen, an den sie ergehen, unter Beobachtung der für gerichtliche Insinuationen vorgeschriebenen Formen in Person zugestellt oder wenn sie in seiner letzten Wohnung an dem Orte insinuiert werden, wo er seinen letzten Wohnsitz im Inlande hatte. Die vereideten Verwaltungsbeamten haben dabei den Glauben der Gerichtsboten.

§ 14. Die Disziplinarstrafen bestehen in
Ordnungsstrafen,
Entfernung aus dem Amte.

§ 15. Ordnungsstrafen sind:
1. Warnung,
2. Verweis,
3. Geldbuße,
4. gegen untere Beamte auch Arreststrafe auf die Dauer von höchstens acht Tagen, welche jedoch nur in solchen Räumen zu vollstrecken ist, die den Verhältnissen der zu bestrafenden Beamten angemessen sind.

Zu dieser Beamtenklasse werden im allgemeinen nur gerechnet: Exekutoren, Boten, Kastellane, Diener und die zu ähnlichen, sowie die zu bloß mechanischen Funktionen bestimmten Beamten. Außerdem ist das Staatsministerium ermächtigt, in der Steuer-, Post-, Polizei- und Eisenbahn-Verwaltung diejenigen Beamten-Kategorien speziell zu bezeichnen, gegen welche Arreststrafen verhängt werden können.

§ 16. Die Entfernung aus dem Amte kann bestehen:
1. in Versetzung in ein anderes Amt von gleichem Range, jedoch mit Verminderung des Diensteinkommens und Verlust des Anspruches auf Umzugskosten, oder mit einem von beiden Nachteilen.

Diese Strafe findet nur auf Beamte im unmittelbaren Staatsdienste Anwendung.
2. in Dienstentlassung.

Diese Strafe zieht den Verlust des Titels und Pensions-Anspruches von selbst nach sich; es wird darauf nicht besonders erkannt, es sei denn, daß vor Beendigung des Disziplinarverfahrens aus irgend einem von dessen Ergebnis unabhängigen Grunde das Amtsverhältnis bereits aufgehört hat und daher auf Dienstentlassung nicht mehr zu erkennen ist.

Gehört der Angeschuldigte zu den Beamten, welche einen Anspruch auf Pension haben, und lassen besondere Umstände eine mildere Beurteilung zu, so ist die Disziplinarbehörde ermächtigt, in ihrer Entscheidung zugleich festzusetzen, daß dem Angeschuldigten ein Teil des reglementsmäßigen Pensionsbetrages auf Lebenszeit oder auf gewisse Jahre als Unterstützung zu verabreichen sei.

§ 17. Welche der in den §§ 14 bis 16 bestimmten Strafen anzuwenden sei, ist nach der größeren oder geringeren Erheblichkeit des Dienstvergehens mit Rücksicht auf die sonstige Führung des Angeschuldigten zu ermessen, unbeschadet der besonderen Bestimmungen der §§ 8 und 9.

Zweiter Abschnitt.

Von dem Disziplinarverfahren.

§ 18. Jeder Dienstvorgesetzte ist zu Warnungen und Verweisen gegen seine Untergebenen befugt.

§ 19. In Beziehung auf die Verhängung von Geldbußen ist die Befugnis der Dienstvorgesetzten begrenzt, wie folgt:

Die Vorsteher derjenigen Behörden, welche unter den Provinzialbehörden stehen, einschließlich die Landräte, können gegen die ihnen selbst untergebenen Beamten, sowie gegen die Beamten der ihnen untergeordneten Behörden Geldbußen bis zu 9 Mark verfügen.

Andere Vorgesetzte der unteren Beamten dürfen solche Geldbußen nur insofern verfügen, als ihnen die Befugnis zur Verhängung von Geldbußen durch besondere Gesetze oder auf Grund solcher Gesetze erlassene Instruktionen beigelegt ist.

Die Provinzialbehörden sind ermächtigt, die ihnen untergeordneten Beamten mit Geldbuße bis zu dreißig Thalern zu belegen, besoldete Beamte jedoch nicht über den Betrag des einmonatlichen Diensteinkommens hinaus.

Gleiche Befugnis haben die Vorsteher der Provinzialbehörden in Ansehung der bei letzteren angestellten unteren Beamten.

Die Minister haben die Befugnis, allen ihnen unmittelbar oder mittelbar untergebenen Beamten Geldbußen bis zum Be-

trage des monatlichen Diensteinkommens, unbesoldeten Beamten aber bis zur Summe von 90 Mark aufzuerlegen.

Welche Beamten im Sinne dieses Paragraphen zu den unteren zu rechnen sind, wird durch das Staatsministerium bestimmt.

---

§ 20. Nur diejenigen Dienstvorgesetzten, welche gegen die, in § 15 Nr. 4 bezeichneten Beamten Geldbuße verhängen können, sind ermächtigt, gegen dieselben Arreststrafen zu verfügen.

Diejenigen Vorgesetzten, deren Strafgewalt auf Geldbuße bis zu 9 Mark beschränkt ist, dürfen bei den Arreststrafen das Maß von drei Tagen nicht überschreiten.

---

§ 21. Gegen die Verfügung von Ordnungsstrafen findet nur Beschwerde im vorgeschriebenen Instanzenzuge statt.

---

§ 22. Die Entfernung aus dem Amte muß ein förmliches Disziplinarverfahren vorhergehen. Dasselbe besteht in der von einem Kommissar zu führenden schriftlichen Voruntersuchung und in einer mündlichen Verhandlung nach den folgenden näheren Bestimmungen.

---

§ 23. Die Einleitung des Disziplinarverfahrens wird verfügt und der Untersuchungs-Kommissar ernannt:

1. wenn die Entscheidung der Sache vor den Disziplinarhof gehört (§ 24 Nr. 1), von dem Minister, welcher dem Angeschuldigten vorgesetzt ist.

   Ist jedoch Gefahr im Verzuge, so kann diese Verfügung und Ernennung vorläufig von dem Vorsteher der Provinzialbehörde des Ressorts ausgehen. Es ist alsdann die Genehmigung des Ministers einzuholen und, sofern dieselbe versagt wird, das Verfahren einzustellen;
2. in allen anderen Fällen von dem Vorsteher der Behörde, welche die entscheidende Disziplinarbehörde bildet (§ 24 Nr. 2), oder von dem vorgesetzten Minister.

---

§ 24. Die entscheidenden Disziplinarbehörden erster Instanz sind:

1. der Disziplinarhof zu Berlin (§ 29) in Ansehung derjenigen Beamten, zu deren Anstellung nach den Bestimmungen, welche zur Zeit der verfügten Einleitung der Untersuchung gelten, eine von dem Könige oder von den Ministern ausgehende Ernennung, Bestätigung oder Genehmigung erforderlich ist;
2. die Provinzialbehörden, als:
   die Regierungen,
   die Provinzial-Schulkollegien,
   die Provinzial-Steuerdirektionen,
   die Oberbergämter,
   die Generalkommissionen,
   das Polizeipräsidium zu Berlin,
   die Eisenbahnkommissariate,
   in Ansehung aller Beamten, die bei ihnen angestellt oder ihnen untergeordnet und nicht vorstehend unter 1. begriffen sind.

Den Provinzialbehörden werden in dieser Beziehung gleichgestellt die unter den Ministern stehenden Central-Verwaltungsbehörden in Dienstzweigen, für welche keine Provinzialbehörden bestehen, sowie die Generallandschafts- und Hauptritterschafts-Direktionen.

---

§ 25. Für diejenigen Kategorien von Beamten, welche nicht unter den im § 24 bezeichneten begriffen sind, ist die entscheidende Disziplinarbehörde die Regierung, in deren Bezirk sie fungieren und für die in Berlin oder im Auslande fungierenden die Regierung in Potsdam.

---

§ 26. Die Zuständigkeit der Provinzialbehörden kann von dem Staatsministerium auf einzelne Kategorien solcher Beamten ausgedehnt werden, welche von den Ministern ernannt oder bestätigt werden, aber nicht zu den etatsmäßigen Mitgliedern einer Provinzialbehörde gehören.

---

§ 27. Für den Fall, daß bei der zuständigen Disziplinarbehörde die beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern nicht vorhanden ist, oder wenn auf den Antrag des Beamten der Staatsanwaltschaft oder des Angeschuldigten der Disziplinarhof das Vorhandensein von Gründen anerkennt, aus welchen die Unbefangenheit der zuständigen Disziplinarbehörde bezweifelt werden kann, tritt eine andere durch das Staatsministerium substituierte Disziplinarbehörde an deren Stelle.

---

§ 28. Streitigkeiten über die Kompetenz der Disziplinarbehörden als solcher werden von dem Staatsministerium, nach Vernehmung des Gutachtens des Disziplinarhofes, entschieden.

§ 29. Der Disziplinarhof besteht aus einem Präsidenten und zehn anderen Mitgliedern, von denen wenigstens vier zu den Mitgliedern des Kammergerichts gehören müssen.

Die Mitglieder des Disziplinarhofes werden von dem Könige auf drei Jahre ernannt.

Ein Mitglied, welches im Laufe dieser Periode ernannt wird, bleibt nur bis zum Ende derselben in Thätigkeit.

Die ausscheidenden Mitglieder können wieder ernannt werden.

§ 30. Zur Erledigung der Disziplinarsachen ist bei dem Disziplinarhofe die Teilnahme von wenigstens sieben Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden erforderlich, von denen wenigstens zwei zu den Mitgliedern des Kammergerichts gehören müssen.

§ 31. Bei den Provinzialbehörden werden die Disziplinarsachen in besonderen Plenarsitzungen erledigt, an welchen mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder teilnehmen müssen. In diesen Plenarsitzungen steht, bei den Regierungen, den Mitgliedern derselben nur dasjenige Stimmrecht zu, welches ihnen durch die allgemeinen Vorschriften für Verhandlung im Plenum beigelegt ist. Bei den übrigen Provinzialbehörden nehmen an den zur Erledigung der Disziplinarsachen bestimmten Plenarsitzungen nur die etatsmäßigen Mitglieder und diejenigen teil, welche eine etatsmäßige Stelle versehen. Bei den Eisenbahnkommissariaten tritt zur Erledigung der Disziplinarsachen der, ein- für allemal hierzu bestimmte Kommissarius der Regierung, in deren Bezirk das Eisenbahnkommissariat seinen Sitz hat, in Berlin der Justitiarius des Polizeipräsidiums ein. Alle in dieser Weise zur Teilnahme Berufenen haben ein volles Stimmrecht, auch wenn die Behörde sonst keine kollegialische Einrichtung hat.

§ 32. In der Voruntersuchung wird der Angeschuldigte unter Mitteilung der Anschuldigungspunkte vorgeladen und, wenn er erscheint, gehört; es werden die Zeugen eidlich vernommen und die zur Aufklärung der Sache dienenden sonstigen Beweise herbeigeschafft.

Die Verrichtungen der Staatsanwaltschaft werden durch einen Beamten wahrgenommen, welchen die Behörde ernennt, von der die Einleitung des Disziplinarverfahrens verfügt wird.

Bei der Vernehmung des Angeschuldigten und dem Verhör der Zeugen ist ein vereideter Protokollführer zuzuziehen.

§ 33. Der dem Angeschuldigten vorgesetzte Minister ist ermächtigt, mit Rücksicht auf den Ausfall der Voruntersuchung, das fernere Verfahren einzustellen und geeigneten Falles nur eine Ordnungsstrafe zu verhängen.

Ist eine sonstige Behörde, welche die Einleitung der Untersuchung verfügt hat, der Ansicht, daß das fernere Verfahren einzustellen sei, so muß sie darüber an den Minister zu dessen Beschlußnahme berichten.

In beiden Fällen erhält der Angeschuldigte Ausfertigung des darauf bezüglichen, mit Gründen zu unterstützenden Beschlusses.

§ 34. Wird das Verfahren nicht eingestellt, so wird nach Eingang einer von dem Beamten der Staatsanwaltschaft anzufertigenden Anschuldigungsschrift der Angeschuldigte unter abschriftlicher Mitteilung dieser Anschuldigungsschrift zu einer, von dem Vorsitzenden der Disziplinarbehörde zu bestimmenden Sitzung zur mündlichen Verhandlung vorgeladen.

§ 35. Bei der mündlichen Verhandlung, welche in nicht öffentlicher Sitzung stattfindet, giebt zuerst ein von dem Vorsitzenden der Behörde aus der Zahl ihrer Mitglieder ernannter Referent eine Darstellung der Sache, wie sie aus den bisherigen Verhandlungen hervorgeht.

Der Angeschuldigte wird vernommen.

Es wird darauf der Beamte der Staatsanwaltschaft mit seinem Vor- und Antrage und der Angeschuldigte in seiner Verteidigung gehört.

Dem Angeschuldigten steht das letzte Wort zu.

§ 36. Wenn die Behörde auf den Antrag des Angeschuldigten oder des Beamten der

Staatsanwaltschaft, oder auch von Amtswegen die Vernehmung eines oder mehrerer Zeugen, sei es durch einen Kommissar, oder mündlich vor der Behörde selbst, oder die Herbeischaffung anderer Mittel zur Aufklärung der Sache für angemessen erachtet, so erläßt sie die erforderliche Verfügung und verlegt nötigenfalls die Fortsetzung der Sache auf einen anderen Tag, welcher dem Angeschuldigten bekannt zu machen ist.

§ 37. Der Angeschuldigte, welcher erscheint, kann sich des Beistandes eines Rechtsanwaltes als Verteidigers bedienen. Der nicht erscheinende Angeschuldigte kann sich durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen. Der Disziplinarbehörde steht es jedoch jederzeit zu, das persönliche Erscheinen des Angeschuldigten unter der Warnung zu verordnen, daß, bei seinem Ausbleiben, ein Verteidiger zu seiner Vertretung nicht werde zugelassen werden.

§ 38. Bei der Entscheidung hat die Disziplinarbehörde, ohne an positive Beweisregeln gebunden zu sein, nach ihrer freien, aus dem ganzen Inbegriffe der Verhandlungen und Beweise geschöpften Ueberzeugung zu beurteilen, inwieweit die Anschuldigung für begründet zu erachten.

Die Entscheidung kann auch auf eine bloße Ordnungsstrafe lauten.

Die Entscheidung, welche mit Gründen versehen sein muß, wird in der Sitzung, in welcher die mündliche Verhandlung beendigt worden ist, oder in einer der nächsten Sitzungen verkündigt und eine Ausfertigung derselben dem Angeschuldigten auf sein Verlangen erteilt.

§ 39. Ueber die mündliche Verhandlung wird ein Protokoll aufgenommen, welches die Namen der Anwesenden und die wesentlichen Momente der Verhandlung enthalten muß. Das Protokoll wird von dem Vorsitzenden und dem Protokollführer unterzeichnet.

§ 40. Das Rechtsmittel des Einspruches (Restitution oder Opposition) findet nicht statt.

§ 41. Gegen die Entscheidung steht die Berufung an das Staatsministerium, sowohl dem Beamten der Staatsanwaltschaft, als dem Angeschuldigten offen.

§ 42. Die Anmeldung der Berufung geschieht zu Protokoll oder schriftlich bei der Behörde, welche die anzugreifende Entscheidung erlassen hat. Von seiten des Angeschuldigten kann sie auch durch einen Bevollmächtigten geschehen.

Die Frist zu dieser Anmeldung ist eine vierwöchentliche, welche mit dem Ablaufe des Tages, an welchem die Entscheidung verkündigt worden ist, und für den Angeschuldigten, welcher hierbei nicht zugegen war, mit dem Ablaufe des Tages beginnt, an welchem ihm die Entscheidung zugestellt worden ist.

§ 43. Zur schriftlichen Rechtfertigung der Berufung steht demjenigen, der dieselbe rechtzeitig angemeldet hat, eine fernere vierzehntägige Frist offen.

Diese Frist kann auf den Antrag des Appellanten angemessen verlängert werden.

Neue Thatsachen, welche die Grundlagen einer andern Beschuldigung bilden, dürfen in zweiter Instanz nicht vorgebracht werden.

§ 44. Die Anmeldung der Berufung und die etwa eingegangene Appellationsschrift wird dem Appellaten in Abschrift zugestellt oder dem Beamten der Staatsanwaltschaft, falls er Appellat ist, in Urschrift vorgelegt.

Innerhalb vierzehn Tagen nach erfolgter Zustellung oder Vorlegung kann der Appellat eine Gegenschrift einreichen.

Diese Frist kann auf den Antrag des Appellaten angemessen verlängert werden.

§ 45. Nach Ablauf der in dem § 44 bestimmten Frist werden die Akten an das Staatsministerium eingesandt.

Das Staatsministerium beschließt auf den Vortrag eines von dem Vorsitzenden ernannten Referenten; in Sachen jedoch, in welchen der Disziplinarhof in erster Instanz geurteilt hat, auf den Vortrag zweier von dem Vorsitzenden ernannten Referenten, von denen einer dem Justizministerium angehören muß.

Ist die Berufung von der Entscheidung einer Provinzialbehörde eingelegt, so kann das Staatsministerium keinen Beschluß fassen, bevor das Gutachten des Disziplinarhofes eingeholt worden ist.

Der Disziplinarhof kann die zur Aufklärung der Sache etwa erforderlichen Verfügungen erlassen. Er kann auch eine

mündliche Verhandlung anordnen, zu welcher der Angeschuldigte vorzuladen und ein Beamter der Staatsanwaltschaft zuzuziehen ist. Der letztere wird in diesem Falle vom Minister des Ressorts bezeichnet.

§ 46. Lautet die Entscheidung oder das Gutachten des Disziplinarhofes auf Freisprechung des Angeschuldigten, oder nur auf Warnung oder Verweis, so kann das Staatsministerium, wenn es den Angeschuldigten strafbar findet, nicht die Strafe der Dienstentlassung, sondern nur eine geringere Disziplinarstrafe verhängen, oder die einstweilige Versetzung in den Ruhestand mit Wartegeld verfügen.

§ 47. Eine jede Entscheidung der Disziplinarbehörde, gegen die kein Rechtsmittel mehr stattfindet und durch welche die Dienstentlassung ausgesprochen ist, bedarf der Bestätigung des Königs, wenn der Beamte vom Könige ernannt oder bestätigt worden ist.

Dritter Abschnitt.

Vorläufige Dienstenthebung.

§ 48. Die Suspension eines Beamten vom Amte tritt kraft des Gesetzes ein:

1. wenn in dem gerichtlichen Strafverfahren seine Verhaftung beschlossen, oder gegen ihn ein noch nicht rechtskräftig gewordenes Urteil erlassen ist, welches auf den Verlust des Amtes lautet, oder diesen kraft des Gesetzes nach sich zieht;
2. wenn im Disziplinarverfahren eine noch nicht rechtskräftige Entscheidung ergangen ist, welche auf Dienstentlassung lautet.

§ 49. In dem im vorhergehenden Paragraphen unter Nr. 1 vorgesehenen Falle dauert die Suspension bis zum Ablauf des zehnten Tages nach Wiederaufhebung des Verhaftungsbeschlusses oder nach eingetretener Rechtskraft desjenigen Urteils höherer Instanz, durch welches der angeschuldigte Beamte zu einer anderen Strafe als der bezeichneten verurteilt wird.

Lautet das rechtskräftige Urteil auf Freiheitsstrafe, so dauert die Suspension bis das Urteil vollstreckt ist. Wird die Vollstreckung des Urteils, ohne Schuld des Verurteilten, aufgehalten oder unterbrochen, so tritt für die Zeit des Aufenthaltes oder der Unterbrechung eine Gehaltsverkürzung (§ 51) nicht ein. Dasselbe gilt für die im ersten Absatze dieses Paragraphen erwähnte Zeit von zehn Tagen, wenn nicht vor Ablauf derselben die Suspension vom Amte im Wege des Disziplinarverfahrens beschlossen wird.

In dem § 48 unter Nr. 2 erwähnten Falle dauert die Suspension bis zur Rechtskraft der in der Disziplinarsache ergehenden Entscheidung.

§ 50. Die zur Einleitung der Disziplinaruntersuchung ermächtigte Behörde kann die Suspension, sobald gegen den Beamten ein gerichtliches Strafverfahren eingeleitet, oder die Einleitung einer Disziplinaruntersuchung verfügt wird oder auch demnächst im ganzen Laufe des Verfahrens bis zur rechtskräftigen Entscheidung verfügen.

§ 51. Der suspendierte Beamte behält während der Suspension die Hälfte seines Diensteinkommens.

Auf die für Dienstunkosten besonders angesetzten Beträge ist bei Berechnung der Hälfte des Diensteinkommens keine Rücksicht zu nehmen.

Der innebehaltene Teil des Diensteinkommens ist zu den Kosten, welche durch die Stellvertretung des Angeschuldigten verursacht werden, der etwaige Rest zu den Untersuchungskosten zu verwenden. Einen weiteren Beitrag zu den Stellvertretungskosten zu leisten, ist der Beamte nicht verpflichtet.

§ 52. Der zu den Kosten (§ 51) nicht verwendete Teil des Einkommens wird dem Beamten nicht nachgezahlt, wenn das Verfahren die Entfernung aus dem Amte zur Folge gehabt hat.

Erinnerungen über die Verwendung des Einkommens stehen dem Beamten nicht zu; wohl aber ist ihm auf Verlangen eine

Nachweisung über diese Verwendung zu erteilen.

§ 53. Wird der Beamte freigesprochen, so muß ihm der innebehaltene Teil des Diensteinkommens vollständig nachgezahlt werden.

Wird er nur mit einer Ordnungsstrafe belegt, so ist ihm der innebehaltene Teil, ohne Abzug der Stellvertretungskosten, nachzuzahlen, soweit derselbe nicht zur Deckung der Untersuchungskosten und der Ordnungsstrafe erforderlich ist.

§ 54. Wenn Gefahr im Verzuge ist, kann einem Beamten auch von solchen Vorgesetzten, die seine Suspension zu verfügen nicht ermächtigt sind, die Ausübung der Amtsverrichtungen vorläufig untersagt werden; es ist aber darüber sofort an die höhere Behörde zu berichten.

Vierter Abschnitt.

Nähere und besondere Bestimmungen in Betreff der Beamten der Justizverwaltung.

§ 55. Hinsichtlich der Beamten der Justizverwaltung, welche kein Richteramt bekleiden, gelten die nachfolgenden näheren Bestimmungen.

§ 56. Der Justizminister kann gegen alle Beamte Ordnungsstrafen jeder Art (§§ 15, 19) verhängen, vorbehaltlich der in den §§ 66 bis 68 enthaltenen Einschränkungen.

§ 57. Der Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgerichte ist befugt, gegen alle im Bezirke des Oberlandesgerichts angestellten Beamten der Staatsanwaltschaft Warnungen und Verweise, gegen die Beamten der Staatsanwaltschaft bei den Amtsgerichten (Amtsanwälte) und gegen die Beamten der gerichtlichen Polizei Warnungen, Verweise und Geldbuße bis zu 30 Mark zu verhängen.

§ 58. Der Staatsanwalt bei einem Landgerichte ist befugt, allen Beamten der Staatsanwaltschaft und der gerichtlichen Polizei im Bezirke dieses Gerichtes Warnungen zu erteilen.

§ 59.[1]) Die Vorgesetzten, welche außer dem Justizminister befugt sind, von Amtswegen oder auf den Antrag der Staatsanwaltschaft gegen Bureau- und Unterbeamte der Gerichte Ordnungsstrafen zu verhängen, sind:

1.[2])
2. Der Präsident eines Oberlandesgerichts, in Ansehung der Beamten innerhalb des Oberlandesgerichtsbezirks. Die Geldbuße darf die Summe von 90 Mark nicht übersteigen.
3. Der Präsident eines Landgerichts in Ansehung der Beamten innerhalb des Bezirks dieses Gerichts. Die Geldbuße darf die Summe von 30 Mark nicht übersteigen.
5. Der Amtsrichter in Ansehung der bei dem Amtsgerichte angestellten Beamten. Die Geldbuße darf die Summe von 9 Mark nicht übersteigen.
6. Der Präsident des Oberlandeskulturgerichts in Ansehung der bei dieser Behörde angestellten Beamten. Die Geldbuße darf die Summe von 90 Mark nicht übersteigen.

§§ 60, 61 sind aufgehoben.

§ 62. Die Beschwerde gegen Ordnungsstrafen geht:
1. in den Fällen des § 59 Nr. 2 an den Justizminister;
2. in den Fällen des § 59 Nr. 3 und 5 an den Präsidenten des Oberlandesgerichts, und von dessen Verfügung an den Justizminister;

[1]) Man vergleiche jetzt auch die §§ 78 bis 80 des Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze (abgedruckt im Band I).

[2]) Die Nummern 1, 4 und 7 des § 59 sind nicht mehr in Geltung.

3. von den Verfügungen eines Beamten der Staatsanwaltschaft an den höheren Beamten derselben, und von dessen Verfügung an den Justizminister;
4. in den Fällen des § 59 Nr. 6 an den Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten;

---

§ 63. Die Bestimmungen über die Entfernung aus dem Amte (§ 23 Nr. 1, §§ 24 ff.) finden auf die Beamten der Staatsanwaltschaft Anwendung. In Ansehung der Amtsanwälte und der Beamten der gerichtlichen Polizei ist deren sonstige amtliche Eigenschaft für die Zuständigkeit der Disziplinarbehörde maßgebend.

---

§ 64. Hinsichtlich der Bureau- und Unterbeamten bei den Gerichten (§ 59) treten folgende Modifikationen ein:

1. Die Verfügung wegen Einleitung des Disziplinarverfahrens steht, auch bei den von dem Justizminister ernannten Beamten, dem Oberlandesgerichte, und die Ernennung des Untersuchungskommissars dem Präsidenten des Gerichts zu, unbeschadet der Befugnis des Justizministers zu dieser Verfügung und Ernennung;
2. die entscheidende Disziplinarbehörde erster Instanz ist das Oberlandesgericht, und zwar in derjenigen Abteilung, in welcher der Präsident gewöhnlich den Vorsitz führt;
3. der Oberstaatsanwalt bei dem Oberlandesgerichte kann die Einleitung des Disziplinarverfahrens beantragen. Es werden demselben vor dem Abschlusse der Voruntersuchung die Akten zur Stellung seines Antrages vorgelegt;
4. wenn der Beamte bei dem Oberlandeskulturgericht angestellt ist, so werden die den Oberlandesgerichten und deren Präsidenten unter Nr. 1 und 2 beigelegten Befugnisse von dieser Behörde und deren Präsidenten wahrgenommen, unbeschadet der Befugnis des Ministers für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten, die Einleitung der Untersuchung zu verfügen und den Kommissar zu ernennen;

---

§ 65 ist aufgehoben.

---

§ 66. Auf die Notarien finden nur die Bestimmungen der §§ 2 bis 7 und der §§ 48 bis 50 dieses Gesetzes Anwendung.[1])

Im übrigen gelten die nachstehenden Vorschriften (§§ 67 bis 77).

---

§ 67. Hinsichtlich der Notarien im Bezirke des Oberlandesgerichtes zu Köln verbleibt es bei der Verordnung vom vom 15. April 1822.

---

§§ 68 bis **76** sind aufgehoben.

---

§ 77. Wenn ein Notar oder ein Gerichtsvollzieher durch Blindheit, Taubheit oder ein sonstiges körperliches Gebrechen oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zu der Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig ist, so hat der Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgerichte ihn oder seinen nötigenfalls zu bestellenden Pfleger schriftlich unter Angabe der Gründe zur Niederlegung des Amtes aufzufordern.

Tritt innerhalb sechs Wochen nach dieser Aufforderung die freiwillige Niederlegung des Amtes nicht ein, so beschließt der Disziplinarsenat des Oberlandesgerichts nachdem das im § 61 des die Richter betreffenden Gesetzes vom 7. Mai 1851 vorgeschriebene und geeignetenfalls das im § 62 daselbst zugelassene Verfahren stattgefunden hat, nach Anhörung der Staatsanwaltschaft endgültig darüber, ob der Fall der Niederlegung des Amtes vorliege.

Beschließt das Gericht, daß dieser Fall vorhanden sei, so kann der Justizminister die Stelle für erledigt erklären.

Fünfter Abschnitt.

Besondere Bestimmungen in Betreff der Gemeindebeamten.

§ 78 ist aufgehoben.

---

[1]) Man vergleiche jetzt auch § 91 bis 94 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit am 21. September 1899.

Sechster Abschnitt.

Besondere Bestimmungen in Betreff der Beamten der Militärverwaltung.

§§ 79 bis 82 sind aufgehoben.

Siebenter Abschnitt.

Besondere Bestimmungen in Betreff der Entlassung von Beamten, welche auf Widerruf angestellt sind, der Referendarien u. s. w.

§ 83. Beamte, welche auf Probe, auf Kündigung oder sonst auf Widerruf angestellt sind, können ohne ein förmliches Disziplinarverfahren von der Behörde, welche ihre Anstellung verfügt hat, entlassen werden.

Dem auf Grund der Kündigung entlassenen Beamten ist in allen Fällen bis zum Ablaufe der Kündigung sein volles Diensteinkommen zu gewähren.

---

§ 84. Referendarien, welche durch eine tadelhafte Führung zu der Belassung im Dienste sich unwürdig zeigen oder in ihrer Ausbildung nicht gehörig fortschreiten, können von dem vorgesetzten Minister, nach Anhörung der Vorsteher der Provinzial-Dienstbehörde, ohne weiteres Verfahren aus dem Dienst entlassen werden.

---

§ 85. In Ansehung der Entlassung der Supernumerarien und der sonst zur Erlernung des Dienstes bei den Behörden beschäftigten Personen kommen die darauf bezüglichen besonderen Bestimmungen zur Anwendung.

---

§ 86. In Bezug auf Kanzleidiener, Boten, Kastellane und andere in gleicher Kategorie stehende oder bloß zu mechanischen Dienstleistungen bestimmte Diener, welche bei den obersten Verwaltungsbehörden oder in solchen Verwaltungszweigen angestellt sind, in welchen keine Provinzialdienstbehörden bestehen, entscheidet endgültig der Minister, nach Anhörung des Angeschuldigten und auf den Vortrag zweier Referenten, zu denen stets ein Justitiar oder, wenn ein solcher bei der Verwaltungsbehörde nicht angestellt ist, ein Rat des Justizministeriums gehören muß.

Achter Abschnitt.

Verfügungen im Interesse des Dienstes, welche nicht Gegenstand eines Disziplinarverfahrens sind.

§ 87. Die nachbenannten Verfügungen welche im Interesse des Dienstes getroffen werden können, sind nicht Gegenstand des Disziplinarverfahrens, vorbehaltlich des im § 46 vorgesehenen Falles:

1. Versetzung in ein anderes Amt von nicht geringerem Range und etatsmäßigem Diensteinkommen, mit Vergütung der reglementsmäßigen Umzugskosten.

   Als eine Verkürzung im Einkommen ist es nicht anzusehen, wenn die Gelegenheit zur Verwaltung von Nebenämtern entzogen wird, oder die Beziehung der für die Dienstunkosten besonders ausgesetzten Einnahmen mit diesen Unkosten selbst fortfällt.

   Landräte, welche für einen bestimmten Kreis auf Grund ihrer Ansässigkeit und infolge vorgängiger Wahl ernannt worden, können außer im Wege des Disziplinarverfahrens wider ihren Willen in ein anderes Amt nicht versetzt werden, so lange die Erfordernisse erfüllt bleiben, durch welche ihre Wahl bedingt war.
2. Einstweilige Versetzung in den Ruhestand mit Gewährung von Wartegeld nach Maßgabe der Vorschriften der Verordnung vom 14. Juni und 24. Oktober 1848.

   Außer dem daselbst vorgesehenen Falle können durch Königliche Verfügung jederzeit die nachbenannten Beamten mit Gewährung des vorschriftsmäßigen Wartegeldes einst-

weilig in den Ruhestand versetzt werden:

Unterstaatssekretäre,
Ministerialdirektoren,
Oberpräsidenten,
Regierungspräsidenten und Vizepräsidenten,
Militärintendanten,
Beamte der Staatsanwaltschaft bei den Gerichten,
Vorsteher Königlicher Polizeibehörden,
Landräte,
die Gesandten und andere diplomatische Agenten.

Wartegeldempfänger sollen bei Wiederbesetzung erledigter Stellen, für welche sie sich eignen, vorzugsweise berücksichtigt werden.

3. Gänzliche Versetzung in den Ruhestand mit Gewährung der vorschriftsmäßigen Pension, nach Maßgabe der §§ 88 ff. dieses Gesetzes.

---

§ 88. Ein Beamter, welcher durch Blindheit, Taubheit oder ein sonstiges körperliches Gebrechen oder wegen Schwäche seiner körperlichen und geistigen Kräfte zu der Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig ist, soll in den Ruhestand versetzt werden.

---

§ 89. Sucht der Beamte in einem solchen Falle seine Versetzung in den Ruhestand nicht nach, so wird ihm oder seinem nötigenfalls hierzu besonders zu bestellenden Pfleger von der vorgesetzten Dienstbehörde unter Angabe des zu gewährenden Pensionsbetrages und der Gründe der Pensionierung eröffnet, daß der Fall seiner Versetzung in den Ruhestand vorliege.

---

§ 90. Innerhalb sechs Wochen nach einer solchen Eröffnung (§ 89) kann der Beamte seine Einwendungen bei der vorgesetzten Dienstbehörde anbringen. Ist dies geschehen, so werden die Verhandlungen an den vorgesetzten Minister eingereicht, welcher, sofern nicht der Beamte von dem Könige ernannt ist, über die Pensionierung entscheidet.

Gegen diese Entscheidung steht dem Beamten der Rekurs an das Staatsministerium binnen einer Frist von vier Wochen nach Empfang der Entscheidung zu.

Des Rekursrechtes ungeachtet kann der Beamte von dem Minister sofort der weiteren Amtsverwaltung vorläufig enthoben werden.

Ist der Beamte von dem Könige ernannt, so erfolgt die Entscheidung von dem Könige auf den Antrag des Staatsministeriums.

---

§ 91. Dem Beamten, dessen Versetzung in den Ruhestand verfügt ist, wird das volle Gehalt noch bis zum Ablaufe desjenigen Vierteljahres fortgezahlt, welches auf den Monat folgt, in dem ihm die schließliche Verfügung über die erfolgte Versetzung in den Ruhestand mitgeteilt worden ist.

---

§ 92. Wenn der Beamte gegen die ihm gemachte Eröffnung (§ 89) innerhalb sechs Wochen keine Einwendungen erhoben hat, so wird in derselben Weise verfügt, als wenn er seine Pensionierung selbst nachgesucht hätte.

Die Zahlung des vollen Gehaltes dauert bis zu dem im § 91 bestimmten Zeitpunkte.

---

§ 93. Ist ein Beamter vor dem Zeitpunkte, mit welchem die Pensionsberechtigung für ihn eingetreten sein würde, dienstunfähig geworden, so kann er gegen seinen Willen nur unter Beobachtung derjenigen Formen, welche für die Disziplinaruntersuchung vorgeschrieben sind, in den Ruhestand versetzt werden.

Wird es jedoch für angemessen befunden, dem Beamten eine Pension zu dem Betrage zu bewilligen, welcher ihm bei Erreichung des vorgedachten Zeitpunktes zustehen würde, so kann die Pensionierung desselben nach den Vorschriften der §§ 88 bis 92 erfolgen.

---

§ 94. Die vorstehenden Bestimmungen über einstweilige und gänzliche Versetzung in den Ruhestand finden nur auf Beamte in unmittelbarem Staatsdienste Anwendung.

---

§ 95. In Bezug auf die mittelbaren Staatsdiener bleiben die wegen Pensionierung derselben bestehenden Vorschriften in Kraft.

Wenn jedoch mittelbare Staatsdiener vor dem Zeitpunkte, mit welchem eine Pensionsberechtigung für sie eingetreten sein würde, dienstunfähig geworden, so

können auch sie gegen ihren Willen nur unter den für Beamte im unmittelbaren Staatsdienste vorgeschriebenen Formen (§ 93) in den Ruhestand versetzt werden.

§ 96. Auf Universitätslehrer finden die Bestimmungen der §§ 87 bis 95 keine Anwendung.

Neunter Abschnitt.

Allgemeine und Uebergangsbestimmungen.

§ 97. Die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes gelten auch in Ansehung der zur Disposition gestellten oder einstweilen in Ruhestand versetzten Beamten.

§§ 98, 99 haben keine Bedeutung mehr.

§ 100. Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben. Dagegen wird durch dasselbe in der Befugnis der Aufsichtsbehörden, im Aufsichtswege Beschwerden Abhilfe zu verschaffen, oder Beamte zur Erfüllung ihrer Pflichten in einzelnen Sachen anzuhalten, und dabei alles zu thun, wozu sie nach den bestehenden Gesetzen ermächtigt sind, nichts geändert.

§ 101 hat keine Bedeutung mehr.

§ 102. Dieses Gesetz tritt an die Stelle der vorläufigen Verordnung vom 11. Juli 1849.

Gesetz, betreffend die Abänderung von Bestimmungen der Disziplinargesetze.

Vom 9. April 1879.

§ 1. Die Bestimmungen

1. der Gesetze vom 7. Mai 1851 und 26. März 1856, betreffend die Dienstvergehen der Richter und die unfreiwillige Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand
2. des Gesetzes vom 21. Juli 1852, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, die Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand,
3. der Verordnung vom 23. September 1867, betreffend die Ausdehnung der Preußischen Disziplinargesetze auf die Beamten in den neu erworbenen Landesteilen,
4. des § 5 des Gesetzes vom 27. März 1872, betreffend die Einrichtung und die Befugnisse der Ober-Rechnungskammer,
5. des § 34 Absatz 2 des Gesetzes vom 12. Mai 1873 über die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung des Königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten,

sowie die in diesen gesetzlichen Bestimmungen (Nr. 1 bis 5) in Bezug genommenen Gesetze werden durch die in den §§ 2 bis 26 enthaltenen Vorschriften abgeändert.

§ 2. Im Sinne der im § 1 bezeichneten Gesetze gelten als Einzelrichter die Amtsgerichte, als Gerichte erster Instanz die Landgerichte.

§ 3. An die Stelle der Appellationsgerichte treten die Oberlandesgerichte.

§ 4. Zur Erledigung der Angelegenheiten, welche den Plenarversammlungen der Appellationsgerichte zugewiesen sind, werden bei den Oberlandesgerichten Disziplinarsenate gebildet. Dieselben entscheiden in der Besetzung von sieben Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden.

§ 5. Vorsitzender des Disziplinarsenats ist der Präsident, im Falle der Verhinderung desselben der älteste Senatspräsident. Zu den Mitgliedern gehört der älteste

Senatspräsident oder, falls dieser den Vorsitz führt, der nächstälteste Senatspräsident.

§ 6. Für den Disziplinarsenat des Kammergerichts zu Berlin gelten die nachstehenden besonderen Bestimmungen:

Vorsitzender des Disziplinarsenats ist der älteste Senatspräsident, im Falle der Verhinderung desselben der nächstälteste Senatspräsident.

Zu den Mitgliedern gehört der nächstälteste Senatspräsident oder, falls dieser den Vorsitz führt, der ihm dem Alter nach folgende Senatspräsident.

§ 7. Die Bestimmung der aus der Zahl der Räte erforderlichen Mitglieder des Disziplinarsenats erfolgt nach den für die Bildung der Civil- und Strafsenate geltenden Vorschriften.

§ 8. An die Stelle des Obertribunals tritt der bei dem Kammergericht zu Berlin zu bildende große Disziplinarsenat.

Der große Disziplinarsenat entscheidet in der Besetzung von fünfzehn Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden.

§ 9. Vorsitzender des großen Disziplinarsenats ist der Präsident, im Falle der Verhinderung desselben der älteste Senatspräsident.

Zu den Mitgliedern gehören die fünf ältesten Senatspräsidenten oder, falls der älteste Senatspräsident den Vorsitz führt, die fünf ihm dem Alter nach folgenden Senatspräsidenten.

Die Bestimmung der aus der Zahl der Räte erforderlichen Mitglieder des großen Disziplinarsenats erfolgt nach den für die Bildung der Civil- und Strafsenate geltenden Vorschriften.

Ein Richter, welcher bei einer durch ein Rechtsmittel angefochtenen Entscheidung mitgewirkt hat, ist von der Mitwirkung bei der Entscheidung des großen Disziplinarsenats kraft Gesetzes ausgeschlossen.

§ 10. Das Alter der Senatspräsidenten wird nach dem Dienstalter, bei gleichem Dienstalter nach dem Lebensalter bestimmt. Die Senatspräsidenten, welche im einzelnen Falle infolge rechtlicher oder thatsächlicher Verhinderung an der Entscheidung nicht teilnehmen können, kommen für die nach dem Alter sich ergebende Reihenfolge nicht in Betracht.

§ 11. Die Angelegenheiten, welche den Abteilungen und Senaten der Appellationsgerichte zugewiesen sind, werden von dem Senat des Oberlandesgerichts, in welchem der Präsident den Vorsitz führt, in der Besetzung von fünf Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden erledigt.

§ 12. Hilfsrichter sind von der Teilnahme an den Entscheidungen über Disziplinarsachen ausgeschlossen.

Die mit der Voruntersuchung beauftragten Richter sind von der Teilnahme an den Entscheidungen, die Richter, welche an Beschlüssen außerhalb der Hauptverhandlung mitgewirkt haben, von der Teilnahme an dem Hauptverfahren nicht ausgeschlossen.

Die Entscheidungen erfolgen nach der absoluten Mehrheit der Stimmen.

§ 13. Die richterlichen Mitglieder des Disziplinarhofes für nicht richterliche Beamte müssen dem Kammergericht in Berlin angehören.

§ 14. Die Präsidenten der Oberlandesgerichte, des Oberlandeskulturgerichts und der Ober-Rechnungskammer, sowie der General-Auditeur der Armee, unterliegen nicht der Vorschrift des § 13 des Gesetzes vom 7. Mai 1851.

Den bezeichneten Beamten kann die im § 58 des Gesetzes vom 7. Mai 1851 vorgeschriebene Eröffnung nur auf Grund eines Beschlusses des großen Disziplinarsenats gemacht werden.

§ 15. Die in dem Gesetze vom 21. Juli 1852 hinsichtlich der Polizeianwälte getroffenen Bestimmungen finden auf die Amtsanwälte entsprechende Anwendung.

§ 16. Die in den §§ 57, 58, 63 des Gesetzes vom 21. Juli 1852 hinsichtlich der Beamten der gerichtlichen Polizei getroffenen Bestimmungen finden auf die Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes, welche Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft sind, mit der Maßgabe Anwendung, daß gegen solche Beamte, welche ihr Amt als Ehrenamt versehen, Ordnungsstrafen von den

Justizbehörden nicht festgesetzt werden dürfen.

§ 17. Die im Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Köln hinsichtlich der Gerichtsschreiber geltenden besonderen Vorschriften werden aufgehoben.

Die Gerichtsschreiber gelten auch in dem gedachten Bezirke im Sinne des Gesetzes vom 21. Juli 1852 als Bureaubeamte bei den Gerichten.

§ 18. Die Gerichtsvollzieher unterliegen denselben Bestimmungen wie die Gerichtsschreiber.

Die Befugnis zur Festsetzung von Ordnungsstrafen gegen Gerichtsvollzieher steht den in Gemäßheit des § 73 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze vom 24. April 1878 zu bestimmenden Aufsichtsbeamten zu.

Geldstrafen dürfen verhängt werden:

1. von den Aufsichtsbeamten bei den Oberlandesgerichten bis zum Betrage von neunzig Mark;
2. von den Aufsichtsbeamten bei den Landgerichten bis zum Betrage von dreißig Mark;
3. von den Aufsichtsbeamten bei den Amtsgerichten bis zum Betrage von neun Mark.

§ 19. Hinsichtlich der Bureau- und Unterbeamten, welche unter der alleinigen Aufsicht der Staatsanwaltschaft stehen, finden die hinsichtlich der Bureau- und Unterbeamten bei den Gerichten in dem Gesetze vom 21. Juli 1852 getroffenen Bestimmungen mit der Maßgabe Anwendung, daß die Befugnis zur Festsetzung von Ordnungsstrafen den Beamten der Staatsanwaltschaft zusteht, Geldstrafen jedoch nur verhängt werden dürfen:

1. von dem Oberstaatsanwalt bis zum Betrage von neunzig Mark;
2. von dem Ersten Staatsanwalt bis zum Betrage von dreißig Mark.

§ 20. Beschwerden der in den §§ 17 bis 19 bezeichneten Beamten gegen die Festsetzung von Ordnungsstrafen werden im Aufsichtswege erledigt.

§ 21. In dem Geltungsbereiche des Gesetzes vom 30. April 1847 über die Bildung eines Ehrenrats und im Kreise Herzogtum Lauenburg ist hinsichtlich der Notare der Disziplinarsenat des Oberlandesgerichts (§ 4) das zuständige Disziplinargericht erster Instanz. Auf das Disziplinarverfahren und die vorläufige Enthebung vom Amte finden mit den aus dem gegenwärtigen Gesetze sich ergebenden Abänderungen die Vorschriften des zweiten und dritten Abschnitts des Gesetzes vom 7. Mai 1851 Anwendung.

§ 22. Wird gegen einen Notar, welcher zugleich Rechtsanwalt ist, auf Ausschließung von der Rechtsanwaltschaft rechtskräftig erkannt, so erlischt dessen Amt als Notar von selbst.

§ 23. Richterlichen Beamten gegenüber liegt in dem Recht der Aufsicht (§ 78 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze vom 24. April 1878) die Befugnis, die ordnungswidrige Ausführung eines Amtsgeschäfts zu rügen und zu dessen rechtzeitiger und sachgemäßer Erledigung zu ermahnen.

Beantragt der richterliche Beamte die Einleitung der Disziplinaruntersuchung, weil ihm eine Ordnungswidrigkeit oder Säumnis in der Erledigung eines Amtsgeschäfts nicht zur Last falle, so ist diesem Antrage stattzugeben. In dem Endurteil ist zugleich über die Aufrechterhaltung oder Aufhebung der im Aufsichtswege getroffenen Maßregel zu erkennen.

Es kann in diesem Verfahren im Falle der Feststellung eines Disziplinarvergehens auch auf Disziplinarstrafe erkannt werden.

Hat der Beamte die Beschwerde auf Grund des § 85 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze eingelegt, so findet der Antrag auf Einleitung der Disziplinaruntersuchung nicht statt. Ebenso schließt der Antrag auf Einleitung der Disziplinaruntersuchung die Beschwerde aus.

§ 24. Die Vorschriften des § 23 Absatz 2 und 3 finden entsprechende Anwendung, wenn auf Grund des § 13 des Gesetzes vom 7. Mai 1851 eine Mahnung erlassen ist.

§ 25. Auf richterliche Beamte, welche nicht unter der Aufsicht der Justizver-

waltung oder nicht ausschließlich unter der Aufsicht der Justizverwaltung stehen, finden die Bestimmungen der §§ 23, 24 nicht Anwendung.

---

§ 26. Die Vorschriften der im § 1 bezeichneten Gesetze finden mit den aus dem gegenwärtigen Gesetze sich ergebenden Abänderungen auf die in Gemäßheit des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze vom 24. April 1878 zur Verfügung des Justizministers verbleibenden und einstweilig in den Ruhestand tretenden Beamten entsprechende Anwendung.

---

§ 27. Die Bestimmungen der im § 1 Nr. 1 bezeichneten Gesetze kommen mit den aus dem gegenwärtigen Gesetze sich ergebenden Abänderungen auch im Kreise Herzogtum Lauenburg zur Anwendung.

---

§ 28. Soweit nach den bestehenden Vorschriften für die Festsetzung von Stempelstrafen gegen Beamte eine Justizbehörde als vorgesetzte Dienst- oder Disziplinarbehörde zuständig ist, geht diese Zuständigkeit auf den Präsidenten des Landgerichts über.

Ueber den Rekurs entscheidet unmittelbar der Justizminister.

---

§ 29. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auch auf die vor dem Inkrafttreten desselben anhängig gewordenen Angelegenheiten Anwendung.

---

§ 30. Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft.

II. Pension und Sorge für die Hinterbliebenen.

Gesetz, betreffend die Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten, sowie der Lehrer und Beamten an den höheren Unterrichtsanstalten, mit Ausschluß der Universitäten.

Vom 27. März 1872

in der durch die Gesetze vom 31. März 1882, 30. April 1884, 20. März 1890 und 25. April 1896 abgeänderten Fassung.

§ 1. Jeder unmittelbare Staatsbeamte, welcher sein Diensteinkommen aus der Staatskasse bezieht, erhält aus derselben eine lebenslängliche Pension, wenn er nach einer Dienstzeit von wenigstens zehn Jahren infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zu der Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig ist und deshalb in den Ruhestand versetzt wird.

Ist die Dienstunfähigkeit die Folge einer Krankheit, Verwundung oder sonstigen Beschädigung, welche der Beamte bei Ausübung des Dienstes oder aus Veranlassung desselben ohne eigene Verschuldung sich zugezogen hat, so tritt die Pensionsberechtigung auch bei kürzerer als zehnjähriger Dienstzeit ein.

Bei Staatsministern, welche aus dem Staatsdienste ausscheiden, ist eingetretene Dienstunfähigkeit nicht Vorbedingung des Anspruchs auf Pension. Diese Bestimmung findet gleichfalls Anwendung auf diejenigen Beamten, welche das fünfundsechzigste Lebensjahr vollendet haben.

§ 2. Die unter dem Vorbehalte des Widerrufs oder der Kündigung angestellten Beamten haben einen Anspruch auf Pension nach Maßgabe dieses Gesetzes nur dann, wenn sie eine in den Besoldungsetats aufgeführte Stelle bekleiden.

Es kann ihnen jedoch, wenn sie eine solche Stelle nicht bekleiden, bei ihrer Versetzung in den Ruhestand eine Pension bis auf Höhe der durch dieses Gesetz bestimmten Sätze bewilligt werden.

§ 3. Die bei den Auseinandersetzungsbehörden beschäftigten Oekonomiekommissarien und Feldmesser, sowie die bei den Landesmeliorationen beschäftigten Wiesenbautechniker und Wiesenbaumeister haben nur insoweit einen Anspruch auf Pension, als ihnen ein solcher durch den Departementschef besonders beigelegt worden ist.

Wie vielen dieser Beamten und nach welchen Diensteinkommensätzen die Pensionsberechtigung beigelegt werden darf, wird durch den Staatshaushalts-Etat bestimmt. Für jetzt bewendet es bei den hierüber durch Königliche Erlasse gegebenen Vorschriften.

§ 4. Das gegenwärtige Gesetz findet auch auf die Oberwachtmeister und Gendarmen der Landgendarmerie Anwendung; dagegen erfolgt die Pensionierung der Offiziere der

Landgendarmerie nach den für die Offiziere des Reichsheeres geltenden Vorschriften.

§ 5. Beamte, deren Zeit und Kräfte durch die ihnen übertragenen Geschäfte nur nebenbei in Anspruch genommen, oder welche ausdrücklich nur auf eine bestimmte Zeit oder für ein seiner Natur nach vorübergehendes Geschäft angenommen werden, erwerben keinen Anspruch auf Pension nach den Bestimmungen dieses Gesetzes.

Darüber, ob eine Dienststellung eine solche ist, daß sie die Zeit und Kräfte eines Beamten nur nebenbei in Anspruch nimmt, entscheidet mit Ausschluß des Rechtsweges die dem Beamten vorgesetzte Dienstbehörde.

§ 6. Auf die Lehrer an den Universitäten ist dieses Gesetz nicht anwendbar.

Dagegen sind die Bestimmungen desselben anzuwenden auf alle Lehrer und Beamten an Gymnasien, Progymnasien, Realschulen, Schullehrer-Seminarien, Taubstummen- und Blinden-Anstalten, Kunst- und höheren Bürgerschulen. Wegen Aufbringung der Pension für die Lehrer und Beamten an denjenigen vorbezeichneten Schulen, welche nicht vom Staate allein zu unterhalten sind, bleiben die bestehenden Vorschriften, insbesondere die §§ 4 bis 9 und 16 bis 18 der Verordnung vom 28. Mai 1846 (Gesetz-Samml. S. 214) mit der aus dem Wegfall der Pensionsbeiträge der unmittelbaren Staatsbeamten sich ergebenden Maßgabe in Kraft. Desgleichen finden die Vorschriften des § 13 der Verordnung auf die zur Zeit des Inkrafttretens des gegenwärtigen Gesetzes an den vom Staate allein zu unterhaltenden Unterrichtsanstalten angestellten Lehrer und Beamten auch ferner Anwendung. Im übrigen treten die Bestimmungen der Verordnung mit der Maßgabe außer Kraft, daß Zusicherungen einer Anrechnung von Dienstzeiten, soweit sie für den Betreffenden günstiger sind, in Geltung bleiben.

§ 7. Wird außer dem im zweiten Absatz des § 1 bezeichneten Falle ein Beamter vor Vollendung des zehnten Dienstjahres dienstunfähig und deshalb in den Ruhestand versetzt, so kann demselben bei vorhandener Bedürftigkeit mit Königlicher Genehmigung eine Pension entweder auf bestimmte Zeit oder lebenslänglich bewilligt werden.

§ 8. Die Pension beträgt, wenn die Versetzung in den Ruhestand nach vollendetem zehnten, jedoch vor vollendetem elften Dienstjahre eintritt, $^{15}/_{60}$ und steigt von da ab mit jedem weiter zurückgelegten Dienstjahre um $^{1}/_{60}$ des in den §§ 10 bis 12 bestimmten Diensteinkommens.

Ueber den Betrag von $^{45}/_{60}$ dieses Einkommens hinaus findet eine Steigerung nicht statt.

In dem im § 1 Absatz 2 erwähnten Falle beträgt die Pension $^{15}/_{60}$, in dem Falle des § 7 höchstens $^{15}/_{60}$ des vorbezeichneten Diensteinkommens.

§ 9. Bei jeder Pension werden überschießende Thalerbrüche auf volle Thaler abgerundet.

§ 10. Der Berechnung der Pension wird das von dem Beamten zuletzt bezogene gesamte Diensteinkommen, soweit es nicht zur Bestreitung von Repräsentations- oder Dienstaufwandskosten gewährt wird, nach Maßgabe der folgenden näheren Bestimmungen zu Grunde gelegt.

1. Feststehende Dienstemolumente, namentlich freie Dienstwohnung, sowie die anstatt derselben gewährte Mietsentschädigung, Feuerungs- und Erleuchtungsmaterial, Naturalbezüge an Getreide, Winterfutter u. s. w., sowie der Ertrag von Dienstgrundstücken kommen nur insoweit zur Anrechnung, als deren Wert in den Besoldungsetats auf die Geldbesoldung des Beamten in Rechnung gestellt, oder zu einem bestimmten Geldbetrage als anrechnungsfähig bezeichnet ist.
2. Dienstemolumente, welche ihrer Natur nach steigend und fallend sind, werden nach den in den Besoldungs-Etats oder sonst bei Verleihung des Rechts auf diese Emolumente deshalb getroffenen Festsetzungen und in Ermangelung solcher Festsetzungen nach ihrem durchschnittlichen Betrage während der drei letzten Etatsjahre vor dem Etatsjahre, in welchem die Pension festgesetzt wird, zur Anrechnung gebracht.

3. Bloß zufällige Diensteinkünfte, wie widerrufliche Tantième, Kommissionsgebühren, außerordentliche Remunerationen, Gratifikationen und dergleichen kommen nicht zur Berechnung.
4. Das gesamte zur Berechnung zu ziehende Diensteinkommen einer Stelle darf den Betrag des höchsten Normalgehalts derjenigen Dienstkategorie, zu welcher die Stelle gehört, nicht übersteigen.

   Ohne diese Beschränkung kommen solche Gehaltsteile oder Besoldungszulagen, welche zur Ausgleichung eines von dem betreffenden Beamten in früherer Stellung bezogenen Diensteinkommens demselben mit Pensionsberechtigung gewährt sind, zur vollen Anrechnung.
5. Wenn das nach den Bestimmungen dieses Paragraphen ermittelte Einkommen eines Beamten insgesamt mehr als 12000 Mark beträgt, wird von dem überschießenden Betrag nur die Hälfte in Anrechnung gebracht.

---

§ 11. Ein Beamter, welcher früher ein mit einem höheren Diensteinkommen verbundenes Amt bekleidet und dieses Einkommen wenigstens ein Jahr lang bezogen hat, erhält, sofern der Eintritt oder die Versetzung in ein Amt von geringerem Diensteinkommen nicht lediglich auf seinen im eigenen Interesse gestellten Antrag erfolgt oder als Strafe auf Grund des § 16 des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten u. s. w., vom 21. Juli 1852 (Gesetz-Samml. S. 465), oder des § 1 des Gesetzes, betreffend einige Abänderungen des Gesetzes über die Dienstvergehen der Richter vom 7. Mai 1851 u. s. w., vom 22. März 1856 (Gesetz-Samml. S. 201) gegen ihn verhängt ist, bei seiner Versetzung in den Ruhestand eine nach Maßgabe des früheren höheren Diensteinkommens unter Berücksichtigung der gesamten Dienstzeit berechnete Pension; jedoch soll die gesamte Pension das letzte pensionsberechtigte Diensteinkommen nicht übersteigen.

---

§ 12. Das mit Nebenämtern oder Nebengeschäften verbundene Einkommen begründet nur dann einen Anspruch auf Pension, wenn eine etatsmäßige Stelle als Nebenamt bleibend verliehen ist.

§ 13. Die Dienstzeit wird vom Tage der Ableistung des Diensteides gerechnet. Kann jedoch ein Beamter nachweisen, daß seine Vereidigung erst nach dem Zeitpunkte seines Eintritts in den Staatsdienst stattgefunden hat, so wird die Dienstzeit von diesem Zeitpunkte an gerechnet.

---

§ 14. Bei Berechnung der Dienstzeit kommt auch

1. unter Bezug von Wartegeld im einstweiligen die Zeit in Anrechnung, während welcher ein Beamter: Ruhestand nach Maßgabe der Vorschriften des Gesetzes vom 21. Juli 1852 § 87 Nr. 2 (Gesetz-Samml. S. 465), der Erlasse vom 14. Juni 1848 (Gesetz-Samml. S. 153) und 24. Oktober 1848 (Gesetz-Samml. S. 338) und der Verordnung vom 23. September 1867 § 1 Nr. 4 (Gesetz-Samml. S. 1619), oder
2. im Dienste des Norddeutschen Bundes oder des Deutschen Reichs sich befunden hat, oder
3. als anstellungsberechtigte ehemalige Militärperson nur vorläufig oder auf Probe im Civildienste des Staats, des Norddeutschen Bundes oder des Deutschen Reichs beschäftigt worden ist, oder
4. eine praktische Beschäftigung außerhalb des Staatsdienstes ausübte, insofern und insoweit diese Beschäftigung vor Erlangung der Anstellung in einem unmittelbaren Staatsamte behufs der technischen Ausbildung in den Prüfungsvorschriften ausdrücklich angeordnet ist, oder
5. als Lehrer (§ 6 Abs. 2) der vorgeschriebenen praktischen Ausbildung sich unterzogen hat. Dabei wird ein vorschriftsmäßig zurückgelegtes Ausbildungsjahr stets zu zwölf vollen Monaten gerechnet.

---

§ 15. Der Civildienstzeit wird die Zeit des aktiven Militärdienstes hinzugerechnet.

---

§ 16. Die Dienstzeit, welche vor den Beginn des einundzwanzigsten Lebensjahres fällt, bleibt außer Berechnung.

Nur die in die Dauer eines Krieges fallende und bei einem mobilen oder Ersatztruppenteile abgeleistete Militärdienstzeit kommt ohne Rücksicht auf das Lebensalter zur Anrechnung.

Als Kriegszeit gilt in dieser Beziehung die Zeit vom Tage einer angeordneten Mobilmachung, auf welche ein Krieg folgt, bis zum Tage der Demobilmachung.

---

§ 17. Für jeden Feldzug, an welchem ein Beamter im Preußischen oder im Reichsheer oder in der Preußischen oder Kaiserlichen Marine derart teilgenommen hat, daß er wirklich vor den Feind gekommen oder in dienstlicher Stellung den mobilen Truppen in das Feld gefolgt ist, wird demselben zu der wirklichen Dauer der Dienstzeit ein Jahr zugerechnet.

Ob eine militärische Unternehmung in dieser Beziehung als ein Feldzug anzusehen ist, und inwiefern bei Kriegen von längerer Dauer mehrere Kriegsjahre in Anrechnung kommen sollen, dafür ist die nach § 23 des Reichsgesetzes vom 27. Juni 1871 (Reichsgesetzblatt S. 275) in jedem Falle ergehende Bestimmung des Kaisers maßgebend.

Für die Vergangenheit bewendet es bei den hierüber durch Königliche Erlasse gegebenen Vorschriften.

---

§ 18. Die Zeit

a) eines Festungsarrestes von einjähriger und längerer Dauer, sowie

b) der Kriegsgefangenschaft

kann nur unter besonderen Umständen mit Königlicher Genehmigung angerechnet werden.

---

§ 19. Mit königlicher Genehmigung kann zukünftig nach Maßgabe der Bestimmungen in den §§ 13—18 angerechnet werden:

1. die Zeit, während welcher ein Beamter
   a) sei es im In- oder Auslande als Sachwalter oder Notar fungiert, im Gemeinde-, Kirchen- oder Schuldienste, im ständischen Dienste, oder im Dienste einer landesherrlichen Haus- oder Hofverwaltung sich befunden, oder
   b) im Dienste eines fremden Staates gestanden hat;
2. die Zeit praktischer Beschäftigung außerhalb des Staatsdienstes, insofern und insoweit diese Beschäftigung vor Erlangung der Anstellung in einem unmittelbaren Staatsamte herkömmlich war.

Die Anrechnung der unter 1. erwähnten Beschäftigung muß erfolgen bei denjenigen Beamten, welche mit den im Jahre 1866 erworbenen Landesteilen in den unmittelbaren Staatsdienst übernommen worden sind, sofern dieselben auf diese Anrechnung nach den bis dahin für sie maßgebenden Pensionsvorschriften einen Rechtsanspruch hatten.

---

§ 19a. Bei der Berechnung der Dienstzeit eines in den Ruhestand zu versetzenden Lehrers an einer in § 6 Absatz 2 bezeichneten Unterrichtsanstalt muß mit der im § 29a bestimmten Maßgabe die gesamte Zeit angerechnet werden, während welcher der Lehrer innerhalb Preußens oder eines von Preußen erworbenen Landesteils im öffentlichen Schuldienst gestanden hat.

---

§ 20. Zum Erweise der Dienstunfähigkeit eines seine Versetzung in den Ruhestand nachsuchenden Beamten ist die Erklärung der demselben unmittelbar vorgesetzten Dienstbehörde erforderlich, daß sie nach pflichtmäßigem Ermessen den Beamten für unfähig halte, seine Amtspflichten ferner zu erfüllen.

Inwieweit noch andere Beweismittel zu erfordern oder, der Erklärung der unmittelbar vorgesetzten Behörde entgegen, für ausreichend zu erachten sind, hängt von dem Ermessen der über die Versetzung in den Ruhestand entscheidenden Behörde ab.

---

§ 21. Die Bestimmung darüber, ob und zu welchem Zeitpunkte dem Antrage eines Beamten auf Versetzung in den Ruhestand stattzugeben ist, erfolgt durch den Departementschef.

Bei denjenigen Beamten, welche durch den König zu ihren Aemtern ernannt worden sind, ist die Genehmigung des Königs zur Versetzung in den Ruhestand erforderlich.

Für die Beamten derjenigen Kategorien, deren Anstellung durch eine dem Departementschef nachgeordnete Behörde erfolgt, kann der Departementschef letzterer oder der ihr vorgesetzten Behörde die Bestimmung über den Antrag auf Versetzung in den Ruhestand übertragen.

---

§ 22. Die Entscheidung darüber, ob und welche Pension einem Beamten bei seiner Versetzung in den Ruhestand zusteht, er-

folgt durch den Departementschef in Gemeinschaft mit dem Finanzminister.

Dieselben können die Befugnis zu dieser Entscheidung derjenigen dem Departementschef nachgeordneten Behörde übertragen, welcher die Bestimmung über die Versetzung des Beamten in den Ruhestand zusteht (§ 21 Absatz 3).

---

§ 23. Die Beschreitung des Rechtsweges gegen die Entscheidung darüber, ob und welche Pension einem Beamten bei seiner Versetzung in den Ruhestand zu gewähren ist, steht dem Beamten offen, doch muß die Entscheidung des Departementschefs und des Finanzministers der Klage vorhergehen, und letztere sodann bei Verlust des Klagerechts innerhalb sechs Monaten, nachdem dem Beamten diese Entscheidung bekannt gemacht ist, erhoben werden. Der Verlust des Klagerechts tritt auch dann ein, wenn nicht von dem Beamten, über dessen Anspruch auf Pension die dem Departementschef nachgeordnete Behörde Entscheidung getroffen hat (§ 22 Absatz 2), gegen diese Entscheidung binnen gleicher Frist die Beschwerde an den Departementschef und den Finanzminister erhoben ist.

---

§ 24. Die Versetzung in den Ruhestand tritt, sofern nicht auf den Antrag oder mit ausdrücklicher Zustimmung des Beamten ein früherer Zeitpunkt festgesetzt wird, mit dem Ablauf des Vierteljahres ein, welches auf den Monat folgt, in welchem dem Beamten die Entscheidung über seine Versetzung in den Ruhestand und die Höhe der ihm etwa zustehenden Pension (§ 22) bekannt gemacht worden ist.

---

§ 25. Die Pensionen werden monatlich im voraus gezahlt.

---

§ 26. Das Recht auf den Bezug der Pension kann weder abgetreten noch verpfändet werden.

In Ansehung der Beschlagnahme der Pensionen bleiben die bestehenden Bestimmungen in Kraft.

---

§ 27. Das Recht auf den Bezug der Pension ruht:

1. wenn ein Pensionär das Deutsche Indigenat verliert, bis zu etwaiger Wiedererlangung desselben;
2. wenn und so lange ein Pensionär im Reichs- oder Staatsdienste ein Diensteinkommen bezieht, insoweit als der Betrag dieses neuen Diensteinkommens unter Hinzurechnung der Pension den Betrag des von dem Beamten vor der Pensionierung bezogenen Diensteinkommens übersteigt.

---

§ 28. Ein Pensionär, welcher in eine an sich zur Pension berechtigende Stellung des unmittelbaren Staatsdienstes wieder eingetreten ist (§ 27 Nr. 2), erwirbt für den Fall des Zurücktretens in den Ruhestand den Anspruch auf Gewährung einer nach Maßgabe seiner nunmehrigen verlängerten Dienstzeit und des in der neuen Stellung bezogenen Diensteinkommens berechneten Pension nur dann, wenn die neu hinzutretende Dienstzeit wenigstens ein Jahr betragen hat.

Mit der Gewährung einer hiernach neu berechneten Pension fällt bis auf Höhe des Betrages derselben das Recht auf den Bezug der früher bezogenen Pension hinweg.

Dasselbe gilt, wenn ein Pensionär im Deutschen Reichsdienste eine Pension erdient.

---

§ 29. Die Einziehung, Kürzung oder Wiedergewährung der Pension auf Grund der Bestimmungen in den §§ 27 und 28 tritt mit dem Beginn desjenigen Monats ein, welcher auf das, eine solche Veränderung nach sich ziehende Ereignis folgt.

Im Falle vorübergehender Beschäftigung im Reichs- oder im Staatsdienste gegen Tagegelder oder eine anderweite Entschädigung wird die Pension für die ersten sechs Monate dieser Beschäftigung unverkürzt, dagegen vom siebenten Monate ab nur zu dem nach den vorstehenden Bestimmungen zulässigen Betrage gewährt.

---

§ 29a. Die in dem § 27 Nr. 2, sowie in den §§ 28 und 29 für den Fall des Wiedereintritts eines Pensionärs in den Reichs- oder Staatsdienst getroffenen Vorschriften finden auf diejenigen unter die Vorschriften des § 6 fallenden pensionierten Lehrer und Beamten, deren Pension nicht aus der Staatskasse zu zahlen ist, nur dann sinngemäße Anwendung, wenn sie im Dienste der zur Aufbringung ihrer Pension ganz oder teilweise verpflichteten Gemeinde oder Stiftung oder

des betreffenden Kommunalverbandes wieder angestellt oder beschäftigt werden.

Ist ein unter die Vorschriften des § 6 fallender Pensionär, dessen Pension nicht aus der Staatskasse zu zahlen ist, in ein zur Pension berechtigendes Amt des unmittelbaren Staatsdienstes oder an einer der im § 6 Abs. 2 bezeichneten Unterrichtsanstalten, deren Unterhaltung anderen, als den zur Aufbringung seiner Pension Verpflichteten obliegt, wieder eingetreten, so bleibt für den Fall des Zurücktretens in den Ruhestand bei der Entscheidung über eine ihm zu gewährende neue Pension die Dienstzeit vor seiner früheren Versetzung in den Ruhestand außer Anrechnung.

Diese Bestimmung findet auf diejenigen Pensionäre, deren Pension aus der Staatskasse zu zahlen ist, alsdann gleichfalls Anwendung, wenn sie in ein zu Pension berechtigendes Amt an einer der im § 6 Absatz 2 bezeichneten Unterrichtsanstalten, welche nicht vom Staate allein zu unterhalten sind, wieder eingetreten sind.

---

§ 30. Sucht ein nicht richterlicher Beamter, welcher das fünfundsechzigste Lebensjahr vollendet hat, seine Versetzung in den Ruhestand nicht nach, so kann diese nach Anhörung des Beamten unter Beobachtung der Vorschriften der §§ 20 ff. dieses Gesetzes in der nämlichen Weise verfügt werden, wie wenn der Beamte seine Pensionierung selbst beantragt hätte.

Im übrigen behält es in Ansehung der unfreiwilligen Versetzung in den Ruhestand und des dabei stattfindenden Verfahrens bei den Bestimmungen in den §§ 56—64 des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der Richter und die unfreiwillige Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand, vom 7. Mai 1851 (Gesetz-Samml. S. 218) und in den §§ 88—93 des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, die Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand, vom 21. Juli 1852 (Gesetz-Samml. S. 465) sein Bewenden.

Wird hiernach gemäß § 90 des letzterwähnten Gesetzes von dem Rechtsmittel des Rekurses an das Staatsministerium Gebrauch gemacht, so läuft die sechsmonatliche Frist zur Anstellung der Klage wegen unrichtiger Festsetzung des Pensionsbetrages (§ 2 des Gesetzes, betreffend die Erweiterung des Rechtsweges, vom 24. Mai 1861, Gesetz-Samml. S. 241) erst von dem Tage, an welchem dem Beamten die Entscheidung des Staatsministeriums bekannt gemacht ist.

Die Bestimmungen der §§ 88 bis 93 des Gesetzes vom 21. Juli 1852 (Gesetz-Samml. S. 465) finden auch auf die Lehrer und Beamten derjenigen im § 6 Absatz 2 genannten Anstalten Anwendung, welche nicht vom Staate allein zu unterhalten sind.

---

§ 31. Hinterläßt ein Pensionär eine Witwe oder eheliche Nachkommen, so wird die Pension noch für den auf den Sterbemonat folgenden Monat gezahlt.

An wen die Zahlung erfolgt, bestimmt die Provinzialbehörde, auf deren Etat die Pension übernommen war.

Die Zahlung der Pension für den auf den Sterbemonat folgenden Monat kann auf Verfügung dieser Behörde auch dann stattfinden, wenn der Verstorbene Eltern, Geschwister, Geschwisterkinder oder Pflegekinder, deren Ernährer er gewesen ist, in Bedürftigkeit hinterläßt, oder wenn der Nachlaß nicht ausreicht, um die Kosten der letzten Krankheit und der Beerdigung zu decken.

Der über den Sterbemonat hinaus gewährte einmonatliche Betrag der Pension kann nicht Gegenstand einer Beschlagnahme sein.

---

§ 32. Ist die nach Maßgabe dieses Gesetzes bemessene Pension geringer als die Pension, welche dem Beamten hätte gewährt werden müssen, wenn er am 31. März 1872 nach den bis dahin für ihn geltenden Bestimmungen pensioniert worden wäre, so wird diese letztere Pension an Stelle der ersteren bewilligt.

---

§ 33. Den infolge der Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit aus dem Privatgerichtsdienst in den unmittelbaren Staatsdienst übernommen oder bereits vor dieser Aufhebung in den unmittelbaren Staatsdienst übergegangenen Beamten wird die Zeit des Privatgerichtsdienstes nach Maßgabe der Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes angerechnet.

Den vormals Schleswig-Holsteinischen

Beamten wird die Zeit, welche sie als beeidigte Sekretäre oder Volontäre bei den Oberbeamten zugebracht haben, bei Feststellung ihrer Dienstzeit mit angerechnet.

§ 34. Die Zeit, während welcher ein Beamter in den neu erworbenen Landesteilen oder ein mit einem solchen Landesteile übernommener Beamter auch in einem anderen Teile des Landes, welchem seine Heimat vor der Vereinigung mit Preußen angehört hat, im unmittelbaren Dienste der damaligen Landesherrschaft gestanden hat, wird in allen Fällen bei der Pensionierung nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes in Anrechnung gebracht.

§ 35. Hinsichtlich der Hohenzollernschen, in den Preußischen Staatsdienst übernommenen Beamten bleiben die Bestimmungen unter Nr. 2 und 3 des Erlasses vom 26. August 1854 (Gesetz-Samml. 1855 S. 33) in Kraft.

§ 36. Zusicherungen, welche in Bezug auf dereinstige Bewilligung von Pensionen an einzelne Beamte oder Kategorien von Beamten durch den König oder einen der Minister gemacht worden sind, bleiben in Kraft.

Doch finden auf Beamte, hinsichtlich deren durch Staatsverträge die Bewilligung von Pensionen nach den Grundsätzen fremdländischer Pensionsbestimmungen zugesichert worden ist, die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes insoweit Anwendung, als sie für die Beamten günstiger sind.

§ 37. Die im § 79 des Gesetzes, betreffend die Verfassung und Verwaltung der Städte und Flecken in der Provinz Schleswig-Holstein, vom 14. April 1869 (Gesetz-Samml. S. 589) festgestellte Verpflichtung der Staatskasse zur anteiligen Uebernahme der Pensionen städtischer Beamten wird durch das gegenwärtige Gesetz nicht berührt.

§ 38. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. April 1872 in Kraft. Mit diesem Zeitpunkte treten, soweit nicht durch § 32 Ausnahmen bedingt werden, alle den Vorschriften dieses Gesetzes entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere das Pensionsreglement für die Civil-Staatsdiener vom 30. April 1825 und die dasselbe ergänzenden, erläuternden und abändernden Bestimmungen außer Kraft. Wo in den bestehenden Gesetzen und Verordnungen auf dieselben Bezug genommen wird, kommen die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes zur Anwendung.

Gesetz, betreffend Abänderungen des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872.

Vom 31. März 1882.

Artikel I.

An die Stelle des § 1 Absatz 3, des § 8, des § 16 Absatz 1 und des § 30 Abs. 1 des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 (Gesetz-Samml. S. 268) treten folgende Vorschriften. (Diese Vorschriften sind im Pensionsgesetz abgedruckt.)

Artikel II.

Ist die nach Maßgabe dieses Gesetzes bemessene Pension geringer als die Pension, welche dem Beamten hätte gewährt werden müssen, wenn er am 31. März 1882 nach den bis dahin für ihn geltenden Bestimmungen pensioniert worden wäre, so wird diese letztere Pension an Stelle der ersteren bewilligt.

Artikel III.

ist aufgehoben.

Artikel IV.

Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. April 1882 in Kraft.

Gesetz, betreffend die Ausdehnung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 31. März 1882 wegen Abänderung des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 auf mittelbare Staatsbeamte.

Vom 1. März 1891.

Artikel I.

Die Grundsätze der §§ 8 und 16 des Gesetzes, betreffend die Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten ꝛc., vom 27. März 1872 (Gesetz-Samml. S. 268) finden in der durch das Gesetz vom 31. März 1882 (Gesetz-Samml. S. 133) diesen Paragraphen gegebenen Fassung auf diejenigen mittelbaren Staatsbeamten Anwendung, welche bei eintretender Dienstunfähigkeit auch im übrigen nach den für die unmittelbaren Staatsbeamten bestehenden Grundsätzen zu pensionieren sind.

Der Artikel III des Gesetzes vom 31. März 1882 wird dementsprechend abgeändert.

Artikel II.

Ist die nach Maßgabe dieses Gesetzes bemessene Pension geringer, als die Pension, welche dem Beamten hätte gewährt werden müssen, wenn er am 31. März 1891 nach den bis dahin für ihn geltenden Bestimmungen pensioniert worden wäre, so wird diese letztere Pension an Stelle der ersteren bewilligt.

Artikel III.

Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. April 1891 in Kraft.

Gesetz, betreffend Abänderungen des Pensionsgesetzes vom 28. März 1872.

Vom 25. April 1896.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtags der Monarchie, was folgt:

Artikel I bis III, V und VI

ändern das Pensionsgesetz. Diese Aenderungen sind in das oben abgedruckte Pensionsgesetz aufgenommen, der nochmalige Abdruck an dieser Stelle erübrigte sich.

Artikel IV

Auf die Lehrer und Beamten solcher im § 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 27. März 1872 bezeichneten Unterrichtsanstalten, welche nicht vom Staate allein zu unterhalten sind, finden nachstehende besondere Vorschriften Anwendung:

§ 1. Bei der Entscheidung über das Recht auf Pension und bei der Uebertragung der Befugnis zu dieser Entscheidung an eine nachgeordnete Behörde (§§ 22 und 23 des Gesetzes vom 27. März 1872 und des Gesetzes vom 30. April 1884 — Gesetz-Samml. S. 126 —) findet eine Mitwirkung des Finanzministers nicht statt.

Die Beschwerde über die Entscheidung und die Klage gegen dieselbe steht auch den zur Zahlung der Pension Verpflichteten innerhalb der für die Beamten (Lehrer) bestimmten Fristen offen. Die Klage ist von den Lehrern und Beamten gegen die zur Zahlung der Pension Verpflichteten, von letzteren gegen erstere zu erheben.

Bis zur endgültigen Erledigung der Beschwerde oder Klage gegen die getroffene Entscheidung über die zu gewährende

Pension wird dieselbe nach Maßgabe dieser Entscheidung vorschußweise an den Bezugsberechtigten gezahlt.

§ 2. Von dem in dem § 20 des Gesetzes vom 27. März 1872 vorgeschriebenen Nachweise der Dienstunfähigkeit kann im Einverständnisse mit dem Unterhaltungspflichtigen abgesehen werden.

§ 3. Die Bewilligung einer Pension auf Grund des § 2 Absatz 2 und des § 7 des Gesetzes vom 27. März 1872 sowie die Anrechnung von Dienstzeiten, auf welche den Lehrern oder Beamten ein Rechtsanspruch nicht zusteht, erfolgt mit Zustimmung der zur Aufbringung der Pension Verpflichteten durch die für die Entscheidung über den Rechtsanspruch des Lehrers oder Beamten zuständige Behörde (§ 22 des Gesetzes vom 27. März 1872 und des Gesetzes vom 30. April 1884 — Gesetz-Samml. S. 126).

§ 4. Den Lehrern und Beamten steht ein Anspruch auf Anrechnung einer im Reichs- oder Staatsdienst zurückgelegten Civildienstzeit, abgesehen von dem Falle des § 19a, nicht zu. Dagegen ist denselben die gesamte Zeit anzurechnen, während welcher sie in einem Amte der zur Aufbringung ihrer Pension ganz oder teilweise verpflichteten Gemeinde oder Stiftung oder des betreffenden größeren Kommunalverbandes gestanden haben.

Artikel VII.

Ist die nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes zu bemessende Pension geringer als die Pension, welche dem Lehrer oder Beamten hätte gewährt werden müssen, wenn er zur Zeit des Inkrafttreten dieses Gesetzes nach den bis dahin für ihn geltenden Bestimmungen pensioniert worden wäre, so wird diese letztere Pension an Stelle der ersteren bewilligt.

Artikel VIII.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1896 in Kraft.

Pensionstabelle.[1])

Siehe umstehend S. 336—337.

Dieselbe ist zunächst nur für die Beamten der 2. bis 5. Rangklasse aufgestellt; für die übrigen Beamtenklassen (mit Ausnahme der Unterbeamten) würde zum Gehalt ein durchschnittlicher Wohnungsgeldzuschuß von 297 Mark 60 Pf., für die Unterbeamten ein solcher von 112 Mark 80 Pf., hinzuzurechnen und die Pension auf einen durch 3 teilbaren Markbetrag nach oben hin abzurunden sein. Zu beachten ist für alle Fälle, daß die Dienstzeit, welche vor den Beginn des einundzwanzigsten Lebensjahres fällt, außer Berechnung bleibt.

[1]) Abgedruckt aus Pfafferoth, Preußische Beamtengesetzgebung, Berlin, J. Guttentag. 1897, Seite 215 bis 219.

Pensionstabelle für die Beamten der zweiten bis fünften Rangklasse.

Bei einem pensionsberechtigten Einkommen			Nach zurückgelegtem														
			10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.
an Gehalt	an durchschnittl. Wohnungsgeldzuschuß	zusammen	Dienstjahre															
			15/60	16/60	17/60	18/60	19/60	20/60	21/60	22/60	23/60	24/60	25/60	26/60	27/60	28/60	29/60	30/60
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
2 400	492	2 892	723	774	822	870	918	966	1014	1062	1110	1158	1206	1254	1302	1350	1398	1446
2 700	492	3 192	798	852	906	960	1011	1065	1119	1173	1224	1278	1332	1386	1437	1491	1545	1596
3 000	492	3 492	873	933	990	1050	1107	1164	1224	1281	1341	1398	1455	1515	1572	1632	1689	1746
3 300	492	3 792	948	1014	1077	1140	1203	1266	1329	1392	1555	1518	1581	1614	1707	1770	1833	1896
3 600	492	4 092	1023	1092	1161	1230	1296	1365	1434	1503	1569	1638	1707	1776	1842	1911	1980	2046
3 900	492	4 392	1098	1173	1245	1320	1392	1464	1539	1611	1686	1758	1830	1905	1977	2052	2124	2196
4 200	492	4 692	1173	1254	1332	1410	1488	1566	1644	1722	1800	1878	1956	2034	2112	2190	2268	2346
4 500	492	4 992	1248	1332	1416	1500	1581	1665	1749	1833	1914	1998	2082	2166	2247	2331	2415	2496
4 800	492	5 292	1323	1413	1500	1590	1677	1764	1854	1941	2031	2118	2205	2295	2382	2472	2559	2646
5 100	492	5 592	1398	1494	1587	1680	1773	1866	1959	2052	2145	2238	2331	2424	2517	2610	2703	2796
5 400	492	5 892	1473	1572	1671	1770	1866	1965	2064	2163	2259	2358	2457	2556	2652	2751	2850	2946
5 700	492	6 192	1548	1653	1755	1860	1962	2064	2169	2271	2376	2478	2580	2685	2787	2892	2994	3096
6 000	492	6 492	1623	1734	1842	1950	2058	2166	2274	2382	2490	2598	2706	2814	2922	3030	3138	3246
6 600	492	7 092	1773	1893	2010	2130	2247	2364	2484	2601	2721	2838	2955	3075	3192	3312	3429	3546
7 500	492	7 992	1998	2133	2265	2400	2532	2664	2799	2931	3066	3198	3330	3465	3597	3732	3864	3996
7 500	660	8 160	2040	2178	2313	2448	2586	2721	2856	2994	3129	3264	3402	3537	3672	3810	3945	4080
8 100	660	8 760	2190	2337	2484	2628	2775	2922	3066	3213	3360	3504	3651	3798	3942	4089	4236	4380
8 700	660	9 360	2340	2496	2652	2808	2964	3120	3276	3432	3588	3744	3900	4056	4212	4368	4524	4680
9 300	660	9 960	2490	2658	2823	2968	3156	3321	3486	3654	3819	3984	4152	4317	4482	4650	4815	4980
9 900	660	10 560	2640	2817	2994	3168	3345	3522	3696	3873	4050	4224	4401	4578	4752	4929	5106	5280
10 500	660	11 160	2790	2976	3162	3348	3534	3720	3906	4092	4278	4464	4650	4836	5022	5208	5394	5580
14 000	660	14 660 (13330)	3333	3555	3777	3999	4221	4446	4668	4890	5112	5334	5556	5778	6000	6222	6444	6666

Bei einem pensionsberechtigten Einkommen an Gehalt	an durchschnittl. Wohnungsgeldzuschuß	zusammen	Nach zurückgelegtem 26. Dienstjahre	27.	28.	29.	30.	31.	32.	33.	34.	35.	36.	37.	38.	39.	40.
			31/60	32/60	33/60	34/60	35/60	36/60	37/60	38/60	39/60	40/60	41/60	42/60	43/60	44/60	45/60
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
2 400	492	2 892	1497	1545	1593	1641	1689	1737	1785	1833	1881	1929	1977	2025	2073	2121	2169
2 700	492	3 192	1650	1704	1758	1809	1863	1917	1971	2022	2076	2130	2184	2235	2289	2343	2394
3 000	492	3 492	1806	1863	1923	1980	2037	2097	2154	2214	2271	2328	2388	2445	2505	2562	2619
3 300	492	3 792	1962	2025	2088	2151	2214	2277	2340	2403	2466	2529	2592	2655	2718	2781	2844
3 600	492	4 092	2115	2184	2253	2319	2388	2457	2526	2592	2661	2730	2799	2865	2934	3003	3069
3 900	492	4 392	2271	2343	2418	2490	2562	2637	2709	2784	2856	2928	3003	3075	3150	3222	3294
4 200	492	4 692	2427	2505	2583	2661	2739	2817	2895	2973	3051	3129	3207	3285	3363	3441	3519
4 500	492	4 992	2580	2664	2748	2829	2913	2997	3081	3162	3246	3330	3414	3495	3579	3663	3744
4 800	492	5 292	2736	2823	2913	3000	3087	3177	3264	3354	3441	3528	3618	3705	3795	3882	3969
5 100	492	5 592	2892	2985	3078	3171	3264	3357	3450	3543	3636	3729	3822	3915	4008	4101	4194
5 400	492	5 892	3045	3144	3243	3339	3438	3537	3636	3732	3831	3930	4029	4125	4224	4323	4419
5 700	492	6 192	3201	3303	3408	3510	3612	3717	3819	3924	4026	4128	4233	4335	4440	4542	4644
6 000	492	6 492	3357	3465	3573	3681	3789	3897	4005	4113	4221	4329	4437	4545	4653	4761	4869
6 600	492	7 092	3666	3783	3903	4020	4137	4257	4374	4494	4611	4728	4848	4965	5085	5202	5319
7 500	492	7 992	4131	4263	4398	4530	4662	4797	4929	5064	5196	5328	5463	5595	5730	5862	5994
7 500	660	8 160	4218	4353	4488	4626	4761	4896	5034	5169	5304	5442	5577	5712	5850	5985	6120
8 100	660	8 760	4527	4674	4818	4965	5112	5256	5403	5550	5694	5841	5988	6132	6279	6426	6570
8 700	660	9 360	4836	4992	5148	5304	5460	5616	5772	5928	6084	6240	6396	6552	6708	6864	7020
9 300	660	9 660	5148	5313	5478	5646	5811	5976	6144	6309	6474	6642	6807	6972	7140	7305	7470
9 900	660	10 560	5457	5634	5808	5985	6162	6336	6513	6690	6864	7041	7218	7392	7569	7746	7920
10 500	660	11 160	5766	5952	6138	6324	6510	6696	6882	7068	7254	7440	7626	7812	7998	8184	8370
14 000	660	14 660 (13330)	6888	7110	7332	7554	7776	7998	8223	8445	8667	8889	9111	9333	9555	9777	9999

Gesetz, betreffend die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen.

Vom 18. Juni 1887.

§ 1. Unmittelbare Staatsbeamte, welche in reichsgesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben beschäftigt sind, erhalten, wenn sie infolge eines im Dienste erlittenen Betriebsunfalls dauernd dienstunfähig werden, als Pension sechsundsechzigzweidrittel Prozent des jährlichen Diensteinkommens, soweit ihnen nicht nach anderweiter gesetzlicher Vorschrift ein höherer Betrag zusteht.

Personen der vorbezeichneten Art erhalten, wenn sie infolge eines im Dienste erlittenen Betriebsunfalls nicht dauernd dienstunfähig geworden, aber in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt worden sind, bei ihrer Entlassung aus dem Dienste als Pension:

1. im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit für die Dauer derselben den im ersten Absatze bezeichneten Betrag;
2. im Falle teilweiser Erwerbsunfähigkeit für die Dauer derselben einen Bruchteil der vorstehend bezeichneten Pension, welcher nach dem Maße der verbliebenen Erwerbsfähigkeit zu bemessen ist.

Steht solchen Personen nach anderweiter gesetzlicher Vorschrift ein höherer Betrag zu, so erhalten sie diesen.

Nach dem Wegfall des Diensteinkommens sind dem Verletzten außerdem die noch erwachsenden Kosten des Heilverfahrens zu ersetzen.

---

§ 2. Die Hinterbliebenen solcher im § 1 bezeichneten Personen, welche infolge eines im Dienste erlittenen Betriebsunfalls gestorben sind, erhalten:

1. als Sterbegeld, sofern ihnen nicht nach anderweiter Bestimmung Anspruch auf Gnadenquartal oder Gnadenmonat zusteht, den Betrag des einmonatigen Diensteinkommens beziehungsweise der einmonatigen Pension des Verstorbenen, jedoch mindestens 30 Mark;
2. eine Rente. Dieselbe beträgt:
   a) für die Witwe bis zu deren Tode oder Wiederverheiratung zwanzig Prozent des jährlichen Diensteinkommens des Verstorbenen, jedoch nicht unter 160 Mark und nicht mehr als 1600 Mark;
   b) für jedes Kind bis zur Vollendung des achtzehnten Lebensjahres oder bis zur etwaigen früheren Verheiratung, sofern die Mutter lebt, fünfundsiebenzig Prozent der Witwenrente und sofern die Mutter nicht lebt, die volle Witwenrente;
   c) für Aszendenten des Verstorbenen, wenn dieser ihr einziger Ernährer war, für die Zeit bis zu ihrem Tode oder bis zum Wegfall der Bedürftigkeit zwanzig Prozent des Diensteinkommens des Verstorbenen, jedoch nicht unter 160 Mark und nicht mehr als 1600 Mark; sind mehrere derartig Berechtigte vorhanden, so wird die Rente den Eltern vor den Großeltern gewährt.

Die Renten dürfen zusammen sechzig Prozent des Diensteinkommens nicht übersteigen. Ergiebt sich ein höherer Betrag, so haben die Aszendenten nur insoweit einen Anspruch, als durch die Renten der Witwe und der Kinder der Höchstbetrag der Rente nicht erreicht wird. Soweit die Renten der Witwe und Kinder den zulässigen Höchstbetrag überschreiten, werden die einzelnen Renten in gleichem Verhältnisse gekürzt.

Steht nach anderweiter gesetzlicher Vorschrift den Hinterbliebenen ein höherer Betrag zu, so erhalten sie diesen.

Der Anspruch der Witwe ist ausgeschlossen, wenn die Ehe erst nach dem Unfall geschlossen worden ist.

---

§ 3. Erreicht das Diensteinkommen nicht den von der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Gemeindebehörde für Erwachsene festgesetzten ortsüblichen Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter (§ 8 des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, vom 15. Juni 1883, in

der Fassung vom 10. April 1892, Reichs-Gesetzbl. 1892, S. 417), so ist der letztere der Berechnung zu Grunde zu legen.

Bleibt bei den nicht mit Pensionsberechtigung angestellten Beamten (§ 1) die nach vorstehenden Bestimmungen der Berechnung zu Grunde zu legende Summe unter dem niedrigsten Diensteinkommen derjenigen Stellen, in welchen solche Beamte nach den bestehenden Grundsätzen zuerst mit Pensionsberechtigung angestellt werden können, so ist der letztere Betrag der Berechnung zu Grunde zu legen.

---

§ 4. Der Bezug der Pension beginnt mit dem Wegfall des Diensteinkommens, der Bezug der Witwen- und Waisenrente mit dem Ablauf des Gnadenquartals oder Gnadenmonats oder, soweit solche nicht gewährt werden, mit dem auf den Todestag des Verunglückten folgenden Tage.

Gehört der Verletzte auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Verpflichtung einer Krankenkasse oder der Gemeindekrankenversicherung an, so wird bis zum Ablauf der dreizehnten Woche nach dem Eintritt des Unfalls die Pension und der Ersatz der Kosten des Heilverfahrens um den Betrag der von der Krankenkasse oder der Gemeindekrankenversicherung geleisteten Krankenunterstützung gekürzt. Der Anspruch auf das Sterbegeld (§ 2 Absatz 1 Ziffer 1), und vom Beginn der vierzehnten Woche ab auch der Anspruch auf die Pension und auf den Ersatz der Kosten des Heilverfahrens (§ 1) geht bis zum Betrage des von der Krankenkasse gezahlten Sterbegeldes beziehungsweise bis zum Betrage der von dieser gewährten weiteren Krankenunterstützung auf die Krankenkasse über. Als Wert der freien ärztlichen Behandlung, der Arznei und der Heilmittel (§ 6 Absatz 1 Ziffer 1 des Krankenversicherungsgesetzes) gilt die Hälfte des gesetzlichen Mindestbetrages des Krankengeldes.

---

§ 5. Ein Anspruch auf die in den §§ 1 und 2 bezeichneten Bezüge besteht nicht, wenn der Verletzte den Unfall (§ 1) vorsätzlich oder durch ein Verschulden herbeigeführt hat, wegen dessen auf Dienstentlassung oder auf Verlust des Titels und Pensionsanspruchs gegen ihn erkannt oder wegen dessen ihm die Fähigkeit zur Beschäftigung in einem öffentlichen Dienstzweige aberkannt worden ist.

§ 6. Ansprüche auf Grund dieses Gesetzes sind, soweit deren Feststellung nicht von Amtswegen erfolgt, bei Vermeidung des Ausschlusses vor Ablauf von zwei Jahren nach dem Eintritt des Unfalls bei der dem Verletzten unmittelbar vorgesetzten Dienstbehörde anzumelden.

Nach Ablauf dieser Frist ist der Anmeldung nur dann Folge zu geben, wenn zugleich glaubhaft bescheinigt wird, daß die Folgen des Unfalls erst später bemerkbar geworden sind, oder daß der Berechtigte von der Verfolgung seines Anspruchs durch außerhalb seines Willens liegende Verhältnisse abgehalten worden ist.

Jeder Unfall, welcher von Amtswegen oder durch Anmeldung der Beteiligten einer vorgesetzten Dienstbehörde bekannt wird, ist sofort zu untersuchen. Den Beteiligten ist Gelegenheit zu geben, selbst oder durch Vertreter ihre Interessen bei der Untersuchung zu wahren.

---

§ 7. Soweit vorstehend nichts anderes bestimmt ist, finden auf die nach § 1, und hinsichtlich der Berechnung des Diensteinkommens auch auf die nach § 2 zu gewährenden Bezüge die für die Beteiligten geltenden Bestimmungen über Pension, auf die nach § 2 zu gewährenden Renten im übrigen die Vorschriften über die Fürsorge für die Witwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten Anwendung.

Die nach § 1 beziehungsweise 2 dieses Gesetzes zu gewährenden Pensionen beziehungsweise Renten treten an die Stelle derjenigen Pension, beziehungsweise derjenigen Witwen- und Waisengelder, welche den Beteiligten auf Grund anderweiter gesetzlicher Vorschrift zustehen, soweit nicht die letzteren Beträge die nach Maßgabe dieses Gesetzes zu gewährenden Bezüge übersteigen (§ 1 Absatz 1 und § 2 Absatz 3).

---

§ 8. Die in den §§ 1 und 2 bezeichneten Personen können einen Anspruch auf Ersatz des durch den Unfall (§ 1) erlittenen Schadens gegen den Staat überhaupt nicht und gegen die Betriebsleiter, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher derjenigen Betriebsverwaltung, in deren Dienst sie den Unfall erlitten haben, nur dann geltend machen, wenn durch strafgerichtliches Urteil festgestellt worden ist, daß diese den Unfall vorsätzlich herbeigeführt haben.

Der hiernach zulässige Anspruch geht in Höhe der den Entschädigungsberechtigten auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes oder anderweiter gesetzlicher Vorschrift (§§ 1 und 2) vom Staat zu zahlenden Beträge auf letzteren über.

§ 9. Die in dem § 8 bezeichneten Ansprüche können, auch ohne daß die daselbst vorgesehene Feststellung durch strafgerichtliches Urteil stattgefunden hat, geltend gemacht werden, falls diese Feststellung wegen des Todes oder der Abwesenheit des Betreffenden oder aus einem anderen in der Person desselben liegenden Grunde nicht erfolgen kann.

§ 10. Die Haftung anderer in dem § 8 nicht bezeichneten Personen, welche den Unfall vorsätzlich herbeigeführt oder durch Verschulden verursacht haben, bestimmt sich nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften. Der hiernach zulässige Anspruch geht in Höhe der den Entschädigungsberechtigten auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes oder anderweiter gesetzlicher Vorschrift vom Staat zu zahlenden Beträge auf letzteren über.

§ 11. Kommunalbeamten und ihren Hinterbliebenen, für welche durch statutarische Festsetzung gegen die Folgen eines im Dienst erlittenen Betriebsunfalls eine den Vorschriften der §§ 1 bis 5 mindestens gleichkommende Fürsorge getroffen ist, stehen gegen den Kommunalverband, in dessen Dienst der Unfall erlitten ist, weitergehende Ansprüche nicht zu.

§ 12. Gegen das Reich stehen den in den §§ 1, 2 und 11 bezeichneten Personen aus Preußischen Landesgesetzen weitergehende Ansprüche als auf die gedachten Bezüge nicht zu.

Derselben Beschränkung unterliegen die Ansprüche dieser Personen gegen andere Bundesstaaten und gegen Kommunalverbände, sofern für deren Beamte durch die Landesgesetzgebung beziehungsweise durch statutarische Festsetzung gegen die Folgen eines im Dienst erlittenen Betriebsunfalls eine den Vorschriften der §§ 1 bis 5 mindestens gleichkommende Fürsorge getroffen ist und durch die Gesetzgebung des bezüglichen Bundesstaats weitergehende Ansprüche der Beamten und ihrer Hinterbliebenen aus den Landesgesetzen gegenüber dem Reich, sowie den Bundesstaaten und Kommunalverbänden ausgeschlossen sind.

§ 13. Die in den §§ 1 und 2 des Reichsgesetzes, betreffend die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes infolge von Betriebsunfällen, vom 15. März 1886 (Reichs-Gesetzbl. S. 53) aufgeführten Personen, desgleichen die Beamten anderer Bundesstaaten und der Deutschen Kommunalverbände, sowie deren Hinterbliebene, für welche durch die Landesgesetzgebung beziehungsweise durch statutarische Festsetzung gegen die Folgen eines im Dienst erlittenen Betriebsunfalls eine den Vorschriften der §§ 1 bis 5 mindestens gleichkommende Fürsorge getroffen ist, haben wegen eines Unfalls (§ 1) aus Preußischen Landesgesetzen einen Anspruch auf Ersatz des durch den Unfall erlittenen Schadens nur in Höhe der ihnen danach zukommenden Bezüge sowohl gegen das Reich und den Preußischen Staat, wie gegen diejenigen Preußischen Kommunalverbände, welche für ihre Beamten die Unfallfürsorge in dem vorgedachten Umfange getroffen haben. Derselben Beschränkung unterliegen die Ansprüche dieser Personen gegen andere Bundesstaaten außer Preußen und die nichtpreußischen Kommunalverbände unter der Voraussetzung, daß nach den Landesgesetzen des betreffenden Bundesstaats den durch entsprechende Unfallfürsorge sichergestellten Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, sowie deren Hinterbliebenen weitergehende Ansprüche gegen das Reich, die Bundesstaaten und Kommunalverbände nicht zustehen.

§ 14. Im übrigen finden auf die Ansprüche der in den §§ 11 bis 13 bezeichneten Personen die Bestimmungen der §§ 8 bis 10 entsprechende Anwendung.

§ 15. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Gesetz, betreffend die Zahlung der Beamtengehälter und Bestimmungen über das Gnaden-Quartal.

Vom 6. Februar 1881.

§ 1. Die unmittelbaren Staatsbeamten, welche eine etatsmäßige Stelle bekleiden, erhalten ihre Besoldung aus der Staatskasse vierteljährlich im voraus.

§ 2. Die Hinterbliebenen der im § 1 bezeichneten Beamten erhalten für das auf den Sterbemonat folgende Vierteljahr noch die volle Besoldung des Verstorbenen (Gnadenquartal) nach Maßgabe der Kabinettsorder vom 15. November 1819 (G.S. 1820 S. 45), auch wenn derselbe nicht in kollegialischen Verhältnissen gestanden hat.

§ 3. Hat ein verstorbener Beamter (§ 2) eine Witwe oder eheliche Nachkommen nicht hinterlassen, so kann mit Genehmigung des Verwaltungschefs das Gnadenquartal außer den in der Kabinettsorder vom 15. November 1819 erwähnten auch solchen Personen, welche die Kosten der letzten Krankheit und der Beerdigung bestritten haben, für den Fall gewährt werden, daß der Nachlaß zu deren Deckung nicht ausreicht.

§ 4. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auch auf die zur Disposition stehenden Beamten und Wartegeldempfänger, sowie auf deren Hinterbliebene Anwendung.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1881 in Kraft.

Gesetz, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten.

Vom 20. Mai 1882.

§ 1—6 sind aufgehoben.

§ 7. Die Witwe und die hinterbliebenen ehelichen oder durch nachgefolgte Ehe legitimierten Kinder eines zur Zeit seines Todes zur Entrichtung von Witwen- und Waisengeldbeiträgen verpflichteten Beamten erhalten aus der Staatskasse Witwen- und Waisengeld nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen.

§ 8. Das Witwengeld besteht in vierzig vom Hundert derjenigen Pension, zu welcher der Verstorbene berechtigt gewesen ist oder berechtigt gewesen sein würde, wenn er am Todestage in den Ruhestand versetzt wäre.

Das Witwengeld soll jedoch, vorbehaltlich der im § 10 verordneten Beschränkung, mindestens 216 Mark betragen und für Witwen der Staatsminister und Beamten der ersten Rangklasse 3000 Mark, für Witwen der Beamten der zweiten und dritten Rangklasse 2500 Mark und für Witwen der übrigen Beamten 2000 Mark nicht übersteigen.

Ueber die Zugehörigkeit zu einer Rangklasse entscheiden die Bestimmungen des § 2 Abs. 1 bis 3 des Gesetzes, betreffend die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten, vom 12. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 209).

§ 9. Das Waisengeld beträgt:

1. für Kinder, deren Mutter lebt und zur Zeit des Todes des Beamten zum Bezuge von Witwengeld berechtigt war, ein Fünftel des Witwengeldes für jedes Kind;
2. für Kinder, deren Mutter nicht mehr lebt oder zur Zeit des Todes des Beamten zum Bezuge von Witwengeld nicht berechtigt war, ein Drittel des Witwengeldes für jedes Kind.

§ 10. Witwen- und Waisengeld dürfen weder einzeln noch zusammen den Betrag der Pension übersteigen, zu welcher der Verstorbene berechtigt gewesen ist oder berechtigt gewesen sein würde, wenn er am Todestage in den Ruhestand versetzt wäre.

Bei Anwendung dieser Beschränkung werden das Witwen- und das Waisengeld verhältnismäßig gekürzt

§ 11. Bei dem Ausscheiden eines Witwen- und Waisengeldberechtigten erhöht sich das Witwen- oder Waisengeld der verbleibenden Berechtigten von dem nächstfolgenden Monat an insoweit, als sie sich noch nicht im vollen Genuß der ihnen nach den §§ 8 bis 10 gebührenden Beträge finden.

§ 12. War die Witwe mehr als 15 Jahre jünger als der Verstorbene, so wird das nach Maßgabe der §§ 8 bis 10 berechnete Witwengeld für jedes angefangene Jahr des Altersunterschiedes über 15 bis einschließlich 25 Jahre um $^1/_{20}$ gekürzt.

Auf den nach § 9 zu berechnenden Betrag des Waisengeldes sind diese Kürzungen des Witwengeldes ohne Einfluß.

Nach fünfjähriger Dauer der Ehe wird für jedes angefangene Jahr ihrer weiteren Dauer dem gekürzten Betrage $^1/_{20}$ des nach Maßgabe der §§ 8 und 10 zu berechnenden Witwengeldes solange hinzugesetzt, bis der volle Betrag wieder erreicht ist.

§ 13. Keinen Anspruch auf Witwengeld hat die Witwe, wenn die Ehe mit dem verstorbenen Beamten innerhalb dreier Monate vor seinem Ableben geschlossen und die Eheschließung zu dem Zwecke erfolgt ist, um der Witwe den Bezug des Witwengeldes zu verschaffen.

Keinen Anspruch auf Witwen- und Waisengeld haben die Witwe und die hinterbliebenen Kinder eines pensionierten Beamten aus solcher Ehe, welche erst nach der Versetzung des Beamten in den Ruhestand geschlossen ist.

§ 14. Stirbt ein zur Entrichtung von Witwen- und Waisengeldbeiträgen verpflichteter Beamter, welchem, wenn er am Todestage in den Ruhestand versetzt wäre, auf Grund des § 7 des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 eine Pension hätte bewilligt werden können, so kann der Witwe und den Waisen desselben von dem Departementschef in Gemeinschaft mit dem Finanzminister Witwen- und Waisengeld bewilligt werden.

Stirbt ein zur Entrichtung von Witwen- und Waisengeldbeiträgen verpflichteter Beamter, welchem nach den §§ 18 und 19 des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 im Falle seiner Versetzung in den Ruhestand die Anrechnung gewisser Zeiten auf die in Betracht kommende Dienstzeit hätte bewilligt werden können, so ist der Departementschef in Gemeinschaft mit dem Finanzminister befugt, eine solche Anrechnung auch bei Festsetzung des Witwen- und Waisengeldes zuzulassen.

§ 15. Die Zahlung des Witwen- und Waisengeldes beginnt mit dem Ablauf des Gnadenquartals oder des Gnadenmonats.

§ 16. Das Witwen- und Waisengeld wird monatlich im voraus gezahlt. An wen die Zahlung giltig zu leisten ist, bestimmt der Departementschef, welcher die Befugnis zu solcher Bestimmung auf die Provinzialbehörde übertragen kann.

Nicht abgehobene Teilbeträge des Witwen- und Waisengeldes verjähren binnen vier Jahren, vom Tage ihrer Fälligkeit an gerechnet, zum Vorteile der Staatskasse.

§ 17. Das Witwen- und Waisengeld kann mit rechtlicher Wirkung weder abgetreten noch verpfändet oder sonst übertragen werden.

§ 18. Das Recht auf den Bezug des Witwen- und Waisengeldes erlischt:

1. für jeden Berechtigten mit Ablauf des Monats, in welchem er sich verheiratet oder stirbt;
2. für jede Waise außerdem mit dem Ablauf des Monats, in welchem sie das 18. Lebensjahr vollendet.

§ 19. Das Recht auf den Bezug des Witwen- und Waisengeldes ruht, wenn der Berechtigte das Deutsche Indigenat verliert, bis zur etwaigen Wiedererlangung desselben.

§ 20. Mit den aus § 14 sich ergebenden Maßgaben erfolgt die Bestimmung darüber, ob und welches Witwen- und Waisengeld der Witwe und den Waisen eines

Beamten zusteht, durch den Departementschef, welcher die Befugnis zu solcher Bestimmung auf die Provinzialbehörde übertragen kann.

Die Beschreitung des Rechtsweges steht den Beteiligten offen, doch muß die Entscheidung des Departementschefs der Klage vorhergehen und letztere sodann bei Verlust des Klagerechts innerhalb sechs Monaten, nachdem den Beteiligten die Entscheidung des Departementschefs bekannt gemacht worden, erhoben werden.

---

21. Die Vorschriften

1. der §§ 10 und 12 des Dänischen Pensionsgesetzes vom 24. Februar 1858,
2. des dritten Teils des Kurhessischen Staatsdienstgesetzes vom 8. März 1831,
3. der §§ 28 ff. des Staatsdienereditks für das Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen vom 20. August 1831 und der §§ 26 ff. der Dienstpragmatik für das Fürstentum Hohenzollern-Hechingen vom 11. Oktober 1843

treten für die Hinterbliebenen derjenigen Beamten, welche auf Grund des § 23 Absatz 1 dieses Gesetzes aus der Landesanstalt, der sie seither angehörten, ausscheiden, mit der Maßgabe außer Kraft, daß das denselben zu bewilligende Witwen- oder Waisengeld nicht hinter demjenigen Betrage zurückbleiben darf, welcher ihnen nach den vorstehend unter Ziffer 1 bis 3 bezeichneten Vorschriften aus der Staatskasse hätte bewilligt werden müssen.

---

§ 22. Der Beitritt zu der allgemeinen Witwenverpflegungsanstalt ist den Beamten des Deutschen Reichs nicht ferner gestattet.

---

§ 23 ist aufgehoben.

---

§ 24. Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1882 in Kraft.

Allerhöchste Kabinetsorder wegen der den Hinterbliebenen Königlicher Beamten zu bewilligenden Gnaden- und Sterbe-Quartale.

Vom 27. April 1816.

Auf den von dem Staatsministerium wegen der Gnaden- und Sterbe-Quartale in dem Berichte vom 12. d. M. Mir gemachten Vortrag will ich genehmigen, daß

1. und 2. (sind aufgehoben.)

Wegen der Dienstwohnungen bestimme Ich:

3. daß nach dem Absterben eines Offizianten die Sessions- und Arbeitsstube ohne Verzug geräumt, insofern die letztere aber so belegen ist, daß sie nicht füglich von der Familienwohnung abgesondert werden kann, eine andere Stube zum Arbeitszimmer eingeräumt werden soll, und daß die Familie des Verstorbenen demnächst auch für die Dauer der Gnadenmonate in der Dienstwohnung bleiben darf. Sollte bei Ablauf des letzten Monats, wegen des damit nicht übereintreffenden Mietsquartals, das anderweite Unterkommen der Familie Schwierigkeiten finden, so soll solche entweder mit dem früher eintretenden Mietsquartal die Wohnung räumen und durch den Dienstnachfolger für die Monate entschädigt werden, für welche ihr eigentlich die freie Wohnung noch zukommt, oder die Familie soll bis zum nächstfolgenden Mietsquartal darin belassen werden, und nur verpflichtet sein, dem Nachfolger im Dienst ein gewöhnliches Absteigequartier für seine Person und einen oder mehrere Domestiken einzuräumen.

Zugleich setze Ich fest, daß ohne Rücksicht auf das bisherige Verfahren, nach den obigen Grundsätzen bei allen landesherrlichen Kollegien und Civilstellen verfahren werden soll, jedoch mit Ausschluß der Geistlichen und Schullehrer und der Mitglieder der Akademie der Wissenschaften, für welche resp. die Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und des Ostpreuß. Provinzialrechts, sowie die am 24. Januar 1812 von Mir vollzogenen Statuten nach wie vor zu befolgen sind.

Allerhöchste Kabinetsorder, daß auf die nach dem Tode eines Beamten geschehenen allgemeinen Gnadenbewilligungen die Gläubiger keine Ansprüche haben sollen.

Vom 15. November 1819.

Auf den Bericht des Staatsministerii vom 3. d. M. setze Ich zur Deklaration Meiner Order vom 27. April 1816 hierdurch fest: daß nur dasjenige, was die Hinterbliebenen eines Beamten, der bemerkten Order gemäß, an Besoldung außer dem Sterbequartal erhalten, für dieselben Gnadenbewilligung ist, — daß auf letztere kein Gläubiger des Verstorbenen Anspruch hat, — daß solche der Regel nach nur der Witwe, den Kindern und Enkeln, ohne Rücksicht, ob sie dessen Erben sind oder nicht, zusteht; daß aber den Ministern als Departementschefs freigelassen ist, im Falle der Erblasser der Ernährer armer Eltern, Geschwister, Geschwisterkinder oder Pflegekinder gewesen ist, ausnahmsweise denselben das Gnadengehalt anzuweisen und die Minister jedenfalls befugt sein sollen, die Verteilung desselben unter die Hinterbliebenen zu regulieren und dessen Verwendung zu bestimmen. Zugleich genehmige Ich, daß diese Bestimmungen wegen des Gnadengehalts auch auf den Gnadenmonat, welcher den Hinterbliebenen des Pensionärs außer dem Sterbemonat bewilligt ist, angewendet werden.

Allerhöchste Kabinetsorder wegen des Gnaden- und Sterbe-Quartals für die Hinterbliebenen der Kommunalbeamten.

Vom 22. Januar 1826.

Wie wohl nach dem Bericht des Staatsministerii vom 14. vorigen Monats und Jahres der Fall selten zu erwarten steht, daß den Hinterbliebenen der Kommunalbeamten der Genuß des Gnaden- und Sterbe-Quartels streitig gemacht werden dürfte, so erkenne Ich doch für alle Fälle als notwendig an, hierunter eine Bestimmung zu erlassen. Ich erkläre daher mit Bezug auf den zugleich wieder vorgelegten Antrag des Staatsministers von Schuckmann, und auf den § 69 Tit. 10 Teil 2 des Allgemeinen Landrechts, daß der in Meiner Order vom 7. Februar 1814 in Betreff der Gnadengenüsse städtischer Beamten ausgesprochene Grundsatz durch Meine Order vom 27. April 1816 nicht aufgehoben worden, vielmehr die Hinterbliebenen solcher Beamten gleich den Staatsbeamten, nach der letzteren und der Deklaration derselben vom 15. November 1819 behandelt werden sollen, sofern deshalb nicht bei Ansetzung der städtischen Beamten mit denselben besondere Verabredungen getroffen sein sollten, bei welchen es in solchem Falle sein Bewenden behalten kann.

Gesetz,

betreffend

das Staatsschuldbuch.

Vom 20. Juli 1883.

Vorbemerkung.

Die Schuldverschreibungen des Staates sind eine der sichersten Kapitalanlagen. Sie lauten regelmäßig auf den Inhaber, und es liegt hierin neben dem Vorzug der schnellen Veräußerlichkeit auch die Gefahr eines erleichterten Verlustes der Papiere. Diesem Mangel sollen das Reichsschuldbuch und das Staatsschuldbuch abhelfen. Durch die Eintragung in diese werden die auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen in Buchschulden auf den Namen eines bestimmten Gläubigers umgewandelt. Die Folge dieser Umwandlung ist: Erschwerung der Veräußerung, doch größere Sicherheit gegen Verlust oder Beschädigung sowohl der Schuldverschreibungen wie der Zinsscheine (Kupons) und der Erneuerungsscheine (Talons, Anweisungen). Es empfiehlt sich darum die Benutzung des Staatsschuldbuchs oder des Reichsschuldbuchs besonders für den, der seine Papiere als dauernde Kapitalanlage haben will, insbesondere auch zur Anlegung von Mündelgeld.

Das Preußische Staatsschuldbuch ist eingerichtet für die Preußischen konsolidierten Anleihen. Es wird verwaltet von der Hauptverwaltung für Staatsschulden. Von dieser sind zur größeren Verbreitung der Kenntnis über das Staatsschuldbuch herausgegeben „Amtliche Nachrichten über das Preußische Staatsschuldbuch", denen die nachfolgenden Angaben größtenteils entnommen sind.

Für die verschiedenen Arten der Preußischen Konsols ist je ein besonderes Buch angelegt. Jeder Gläubiger bekommt in diesem Buch ein besonderes Konto, jedes Konto darf nur für eine Person angelegt werden, jeder Gläubiger darf in einem Buch nur ein Konto erhalten. Die Konten haben folgende Form:

($3^1/_2$ [3] prozentige Buchschuld.)
Konto № Gläubiger:
Aenderungen in der Person (Bezeichnung) des Gläubigers:
(Behörde, welche die Verwaltung der Masse führt — beaufsichtigt —.)

1.	2.						3.	4.	
	Abschreibungen								
Betrag der Forderung	a. Uebertragen auf das Konto:			b. Umgewandelt in 4 ($3^1/_2$ bezw. 3) prozentige konsolidirte Staatsschuldverschreibungen:			Beschränkungen des Gläubigers	Die Zinsen zu empfangen ist berechtigt:	
	Abtheilung	Nummer		Litr.	Nummer	Betrag			halbjährlich mit
ℳ			ℳ			ℳ		ℳ	₰

Die Anlegung eines Kontos und die Umwandlung der Schuldverschreibungen erfolgt auf den Antrag des Inhabers. Mit dem Antrag müssen die Schuldverschreibungen, sowie die dazu gehörigen noch nicht fälligen Zinsscheine und die Erneuerungsscheine eingereicht werden (§ 2). Zinsscheine, die schon im Monat nach der Einrichtung fällig werden, brauchen nicht mit eingereicht zu werden.

Mit der Eintragung in das Staatsschuldbuch erlöschen die Rechte des Inhabers an den eingelieferten Schuldverschreibungen (§ 5). Verfügungen über eingetragene Forderungen, wie Abtretungen oder Verpfändungen, erlangen dem Staat gegenüber nur durch die Eintragung Wirksamkeit (§ 7).

Die Zinsen werden halbjährlich im Januar- und Juli-, oder im April- und Oktober-Termin an den, der am zehnten Tage des dem Fälligkeitstermine der Zinsen vorangehenden Monats eingetragener Berechtigter war, gezahlt (§ 18). Die Art der Zinsenzahlung bestimmt die Hauptverwaltung der Staatsschulden, doch berücksichtigt sie dabei möglichst die Wünsche der Gläubiger. Die Zinsen werden gezahlt entweder durch Uebersendung durch die Post innerhalb des Deutschen Reichs, durch Abhebung bei bestimmten Preußischen Kassen, z. B. bei der Staatsschulden-Tilgungskasse, den Regierungs-Hauptkassen u. a., oder durch Gutschrift auf das Reichsbank-Girokonto des Gläubigers. Bei

Abhebung der Zinsen von einer Kasse muß sich der Empfänger legitimieren. Nicht abgehobene Zinsen verjähren in vier Jahren.

Zu Anträgen auf Anlegung eines Kontos oder Zuschreibung eines Kapitals auf einem schon angelegten Konto müssen die Schuldverschreibungen, wie oben erwähnt, beigefügt werden, außerdem Verzeichnisse der mitüberreichten Papiere.

Man benutzt hierzu am besten die amtlichen Formulare, die man vom Staatsschuldbuchbureau in Berlin und außerhalb Berlins von jeder Königlichen Kasse, welche mit Zahlung von Buchschuldzinsen betraut ist, unentgeltlich beziehen kann.

Für verschiedene Quoten der Konsols ($3^1/_2$ oder 3prozentige) sind getrennte Anträge und Verzeichnisse zu nehmen.

Die amtlichen Formulare lauten folgendermaßen:

1. Für einen Antrag auf Anlegung eines Kontos:

An
die Hauptverwaltung der Staatsschulden
(Schuldbuch-Angelegenheit)

frei. Berlin.

....., den ....ten ..... 19.....

Die Hauptverwaltung der Staatsschulden erhält hierbei die in dem anliegenden Verzeichnis aufgeführten ..... Stück Schuldverschreibungen der preußischen konsolidierten .....prozentigen Staatsanleihe über zusammen ..... ℳ, schreibe (in Worten) .... Mark, nebst den dazu gehörigen Zinsscheinen über die seit 1. ....., ... 19..... laufenden Zinsen und den Anweisungen zur Abhebung neuer Zinsscheine mit dem Antrage:

1. die gedachten ..... ℳ auf den Namen: .... in ..... Kreis .... Straße Nr..... in das Staatsschuldbuch einzutragen;
2. die fälligen Zinsen durch die Post (durch die Königliche ..... Kasse in .....) an ..... wohnhaft in .... Kreis .... Straße Nr..... zahlen zu lassen.

(Unterschrift.)

2. Für einen Antrag auf Zuschreibung auf ein bestehendes Konto;

An
die Hauptverwaltung der Staatsschulden
(Schuldbuch-Angelegenheit)
Berlin.

....., den ....ten ..... 19.....

Die Hauptverwaltung der Staatsschulden erhält hierbei die in dem anliegenden Verzeichnis aufgeführten ..... Stück Schuldverschreibungen der preußischen konsolidierten ..... prozentigen Staatsanleihe über zusammen ..... ℳ, schreibe ..... Mark, nebst den dazu gehörigen Zinsscheinen über die seit 1. ..... 19..... laufenden Zinsen und den Anweisungen zur Abhebung neuer Zinsscheine mit dem Antrage:

1. die gedachten ..... ℳ zusätzlich auf das Konto:
der Abteilung ... de .....
.....
in ..... Kreis .....
..... Straße Nr.....
in das Staatsschuldbuch einzutragen;
2. die fälligen Zinsen durch die Post (durch die Königliche ..... Kasse in .....)
an d

wohnhaft in ..... Kreis ....
..... Straße Nr.....
zahlen zu lassen.

(Unterschrift.)

.....

3. Für ein Verzeichnis der eingelieferten Schuldverschreibungen:
(Siehe dasselbe nebenstehend auf S. 349.)

Zu bemerken ist hierbei, daß in den Anträgen Vor- und Familienname des als Gläubiger in das Staatsschuldbuch Einzutragenden, bei Frauen der Geburtsname, ferner dessen Beruf oder Stand, Wohnort und Wohnung zur Vermeidung von Irrtümern so genau als möglich angegeben werden muß. Stellt ein Vertreter, Bevollmächtigter oder

Verzeichnis

der mit Antrag des ..... vom ..... ten ..... 19 .....
eingelieferten Schuldverschreibungen der preußischen konsolidierten ..... prozentigen Staatsanleihe.

(Zu ordnen nach den verschiedenen Zinsterminen (Januar—Juli, April—Oktober), und innerhalb dieser beiden Arten nach den Littern, für jede Littera aber nach der Nummernfolge.)

Spalte 1.					Spalte 2.				
Laufende Nr.	Litr.	Nummern	Betrag des einzelnen Stückes ℳ	Betrag für jeden Wertabschnitt ℳ	Laufende Nr.	Litr.	Nummern	Betrag des einzelnen Stückes ℳ	Betrag für jeden Wertabschnitt ℳ
a) mit Zinsscheinen über im Januar und Juli fällige Zinsen.							(Soweit die Spalte 1 nicht ausreicht, sind die Spalten 2 und folgende zu benutzen.)		
1	A	2473	5000						
2	„	2476	„	10000					
3	B	4673	2000						
4	„	10380/90 II	„						
5	„	11760	„	26000					
6	C	70536	1000	1000					
7	D	19216	500						
8	„	20355	„	1000					
9	E	18309	300						
10	„	20576/8 a	„						
11	„	30682	„	1500					
			Summe a	39500					
b) mit Zinsscheinen über im April und Oktober fällige Zinsen.									
12	D	766001/30 80	500	15000					
13	J	1280	3000	3000					
			Summe b	18000					
			Gesamtbetrag	57000					

Mit den Schuldverschreibungen müssen die dazu gehörigen Zinsscheine nebst Anweisungen abgeliefert werden. Nur den Schuldverschreibungen, welche in einem dem Fälligkeitstermine der Zinsen unmittelbar vorangehenden Monat eingereicht werden, sind die nächstfälligen Zinsscheine nicht beizufügen.

Rechtsnachfolger des bereits eingetragenen Gläubigers einen Antrag, so muß er auch die Urkunden beibringen, die zu seiner Legitimation erforderlich sind.

Soll eine juristische Person, eine Handelsfirma, eingetragene Genossenschaft oder eingeschriebene Hilfskasse als Gläubigerin eingetragen werden, so müssen auch öffentliche Urkunden, z. B. Registerauszüge, beigefügt werden, aus denen die rechtliche Existenz des Gläubigers hervorgeht.

Wird beantragt, eine unter Vormundschaft stehende Person als Gläubiger einzutragen, so ist bei großjährigen Personen der Grund der Entmündigung (z. B. entmündigt wegen Geisteskrankheit), bei minderjährigen Personen ihr Geburtstag und Geburtsort, andernfalls aber der Name, Stand oder Beruf und letzte Aufenthaltsort des Vaters, in allen Fällen der gesetzliche Vertreter (Vater, Vormund u. s. w.) anzugeben. Als zum Empfang der Zinsen berechtigt können Minderjährige nur dann eingetragen werden, wenn der Vater, Vormund oder Pfleger hierzu seine Genehmigung erteilt.

Bei einem Antrag, eine Beschränkung des Gläubigers in der Verfügung über Kapital oder Zinsen (Spalte 3 des Kontos) einzutragen, muß die Art und der Umfang der Beschränkung, auch die Person, zu deren Gunsten die Beschränkung stattfinden soll, genau angegeben werden.

Während für Anträge auf Anlegung eines Kontos oder auf Zuschreibung zu einem bestehenden Konto, für Anträge auf Aenderung der Art der Zinsenzahlung, für Widerruf einer Vollmacht und für Anträge des Gläubigers auf Zahlung der Zinsen an ihn selbst statt an eine in Spalte 4 als empfangsberechtigt für die Zinsen eingetragene Person die einfache schriftliche Form genügt, müssen alle anderen Anträge, zum Beispiel der Antrag auf nachträgliche Eintragung oder auf Löschung einer Beschränkung in Spalte 3, wenn sie nicht von öffentlichen Behörden ausgehen, gerichtlich oder notariell, oder von einem Konsul des Deutschen Reiches aufgenommen oder beglaubigt sein.

Sind seit der Eintragung Aenderungen in der Person des Gläubigers (Verheiratung einer Frau, Aenderungen des Gewerbes, Standes, Namens, Wohnorts) eingetreten, so kann verlangt werden, daß die Identität durch eine öffentliche Urkunde dargethan werde (§ 10).

Ueber die Legitimation des Antragstellers bei solchen Anträgen, die einer besonderen Form bedürfen, geben die §§ 7, 9, 12 und 14 des Gesetzes nähere Vorschriften, für Teilübertragungen und Teillöschungen und für Rückverwandlung der Buchschuld in eine Briefschuld der § 6.

An Gebühren werden erhoben:

1. für die Umwandlung von Staatsschuldverschreibungen in Buchschulden des Staats, sowie für sonstige Eintragungen und Löschungen, jede Einschrift in das Staatsschuldbuch be-

sonders gerechnet, 25 Pfennig von je angefangenen 1000 Mk. des Betrages, über den verfügt wird, zusammen mindestens 1 Mk.;

2. für die Ausreichung von Staatsschuldverschreibungen für je angefangene 1000 Mk. Kapitalbetrag 50 Pfennig, zusammen mindestens 1 Mk. Vermerke über Bevollmächtigungen, sowie über Aenderungen in der Person oder der Wohnung des eingetragenen Berechtigten (§ 10 Abs. 3) sind gebührenfrei (§ 21).

Es ist also folgender Gebührentarif anwendbar:

Es werden erhoben:			
Wenn verfügt wird über ein Kapital		1. Für Einschriften in das Staatsschuldbuch	2. Für Rückverwandlung der Buchschulden in Briefschulden
von mehr als ℳ	bis einschließlich ℳ	ℳ	ℳ
	2 000	1	2
2 000	3 000	1	2,50
3 000	4 000	1	3
4 000	5 000	1,25	3,75
5 000	6 000	1,50	4,50
6 000	7 000	1,75	5,25
7 000	8 000	2	6
8 000	9 000	2,25	6,75
9 000	10 000	2,50	7,50
10 000	11 000	2,75	8,25
11 000	12 000	3	9
12 000	13 000	3,25	9,75
13 000	14 000	3,50	10,50
14 000	15 000	3,75	11,25
15 000	16 000	4	12
16 000	17 000	4,25	12,75
17 000	18 000	4,50	13,50
18 000	19 000	4,75	14,25
19 000	20 000	5	15
20 000	21 000	5,25	15,75
21 000	22 000	5,50	16,50
22 000	23 000	5,75	17,25
23 000	24 000	6	18
24 000	25 000	6,25	18,75

Jede weitere Wertklasse steigt um 1000 ℳ, die einzelnen Gebühren um je 25 oder 75 ₰.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

§ 1. Schuldverschreibungen der vierprozentigen konsolidierten Anleihe [1]) können in Buchschulden des Staats auf den Namen eines bestimmten Gläubigers umgewandelt werden.

§ 2. Die Umwandlung erfolgt gegen Einlieferung zum Umlaufe brauchbarer Staatsschuldverschreibungen durch Eintragung in das bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden zu führende Staatsschuldbuch.

In demselben sind auch die in dem Schuldverhältnisse eintretenden Veränderungen zu vermerken.

Von dem Staatsschuldbuche ist eine Abschrift zu bilden und getrennt aufzubewahren.

Ueber den Inhalt des Staatsschuldbuchs darf nur dem eingetragenen Gläubiger, seinen gesetzlichen Vertretern, Bevollmächtigten und Rechtsnachfolgern von Todeswegen, sowie bezüglich der im § 4 unter Nr. 3 und 4 bezeichneten Gläubiger den zur Revision der Kassen derselben berechtigten öffentlichen Behörden oder sonstigen Personen, letzteren aber nur, falls ihre Berechtigung zur Kassenrevision durch eine Deutsche öffentliche Behörde bescheinigt ist, Auskunft erteilt werden.

§ 3. Die Eintragung einer Buchschuld geschieht auf Antrag des Inhabers und auf den Namen der in dem Antrage als Gläubiger bezeichneten Person.

§ 4. Als Gläubiger können nur eingetragen werden:

1. einzelne physische Personen,
2. einzelne Handelsfirmen,
3. einzelne eingetragene Genossenschaften, einzelne eingeschriebene Hülfskassen und einzelne juristische Personen, welche im Gebiete des Deutschen Reichs ihren Sitz haben,
4. einzelne Vermögensmassen, wie Stiftungen, Anstalten, Familienfideikommisse, deren Verwaltung von einer öffentlichen Behörde oder unter deren Aufsicht geführt wird, oder deren Verwalter ihre Verfügungsbefugnis über die Masse durch eine gerichtliche oder notarielle Urkunde nachweisen.

Einem Gläubiger wird nicht mehr als ein Konto im Staatsschuldbuch eröffnet.

§ 5. Mit der Eintragung erlöschen die Rechte des Inhabers an den eingelieferten Schuldverschreibungen.

Im übrigen finden die für die vierprozentige konsolidierte Anleihe geltenden Vorschriften auf die eingetragene Forderung entsprechende Anwendung.

§ 6. Eingetragene Forderungen können durch Zuschreibung erhöht, ganz oder teilweise auf andere Konten übertragen und ganz oder teilweise gelöscht werden.

Teilübertragungen und Teillöschungen sind jedoch nur zulässig, sofern die Teilbeträge in Stücken von Schuldverschrei-

[1]) Erweitert durch:

1. Gesetz, betreffend Erweiterung des Staatsschuldbuchs vom 12. April 1896:
   Einziger Artikel. Die Bestimmungen des Gesetzes, betreffend das Staatsschuldbuch, vom 20. Juli 1883 finden vom 1. Juli 1886 ab auf Schuldverschreibungen der dreieinhalbprozentigen konsolidierten Anleihe mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß die hiernach zu bewirkenden Eintragungen in ein besonderes Buch erfolgen können.
2. Gesetz, betreffend eine Erweiterung des Staatsschuldbuchs vom 8. Juni 1891:
   Artikel I. Die Bestimmungen des Gesetzes, betreffend das Staatsschuldbuch, vom 20. Juli 1883 finden auf die Schuldverschreibungen der sämtlichen konsolidierten Anleihen mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß für die zu verschiedenen Zinssätzen erfolgenden Eintragungen getrennte Bücher angelegt werden können.

bungen der vierprozentigen konsolidierten Anleihe darstellbar sind.

Im Falle gänzlicher oder teilweiser Löschung der eingetragenen Forderung erfolgt die Ausreichung von Schuldverschreibungen der vierprozentigen konsolidierten Anleihe zu gleichem Nennwerte, zu deren Anfertigung die Hauptverwaltung der Staatsschulden hierdurch ermächtigt wird.

---

§ 7. Zur Stellung von Anträgen auf Uebertragung eingetragener Forderungen auf ein anderes Konto, auf Eintragung und auf Löschung von Vermerken über Veränderungen im Schuldverhältnisse (§ 2 Abs. 2), sowie auf Ausreichung von Staatsschuldverschreibungen gegen Löschung der eingetragenen Forderung sind nur der eingetragene Gläubiger, seine gesetzlichen Vertreter und Bevollmächtigten, sowie diejenigen Personen berechtigt, auf welche die eingetragene Forderung von Todeswegen übergegangen ist. Zur Stellung von Anträgen für eine Firma gilt für berechtigt, wer zur Zeichnung der Firma berechtigt ist; zur Stellung von Anträgen für die im § 4 Nr. 4 gedachten Vermögensmassen die daselbst genannte Behörde oder die von derselben bezeichnete Person, beziehungsweise die gemäß § 4 Nr. 4 zur Verfügung über die Masse befugten Verwalter.

Zur Löschung von Vermerken zu Gunsten Dritter bedarf es der Zustimmung derselben mit Ausnahme des im § 14 gedachten Falles.

Verfügungen über eingetragene Forderungen, wie Abtretungen, Verpfändungen, erlangen dem Staate gegenüber durch die Eintragung Wirksamkeit.

Eine Pfändung oder vorläufige Beschlagnahme der eingetragenen Forderung im Wege der Zwangsvollstreckung oder des Arrestes, sowie eine durch eine einstweilige gerichtliche Verfügung angeordnete Beschränkung des eingetragenen Gläubigers ist von Amtswegen auf dem Konto zu vermerken, beziehentlich nach erfolgter Beseitigung dieser Anordnungen zu löschen. Wird eine gepfändete Forderung an Zahlungsstatt überwiesen, so ist dieselbe vorbehaltlich der Bestimmung im § 16 Nr. 2 im Staatsschuldbuche zu übertragen.

Eine Prüfung der Gültigkeit der den Anträgen zu Grunde liegenden Rechtsgeschäfte findet nicht statt.

---

§ 8. Die Eintragungen erfolgen in derselben Reihenfolge, in welcher die auf dasselbe Konto bezüglichen Anträge bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden eingegangen sind.

---

§ 9. Eine Ehefrau wird, unbeschadet der Vorschriften des Artikel 97 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche,[1]) zu Anträgen ohne Zustimmung des Ehemannes zugelassen.

---

§ 10. Zum Antrage auf Eintragung einer Forderung, sowie auf gleichzeitigen Vermerk einer Beschränkung des Gläubigers in Bezug auf Kapital oder Zinsen derselben und zur gleichzeitigen Erteilung einer Vollmacht genügt schriftliche Form.

In allen anderen Fällen muß der Antrag gerichtlich oder notariell, oder von einem Konsul des Deutschen Reichs aufgenommen oder beglaubigt sein.

Sind seit der Eintragung Aenderungen in der Person des Gläubigers (Verheiratung einer Frau, Aenderung des Gewerbes, Standes, Namens, Wohnorts) eingetreten, so kann verlangt werden, daß die Identität durch eine öffentliche Urkunde dargethan werde.

---

[1]) Artikel 97. Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche die Eintragung von Gläubigern des Bundesstaats in ein Staatsschuldbuch und die aus der Eintragung sich ergebenden Rechtsverhältnisse, insbesondere die Uebertragung und Belastung einer Buchforderung, regeln.

Soweit nach diesen Vorschriften eine Ehefrau berechtigt ist, selbständig Anträge zu stellen, ist dieses Recht ausgeschlossen, wenn ein Vermerk zu Gunsten des Ehemanns im Schuldbuch eingetragen ist. Ein solcher Vermerk ist einzutragen, wenn die Ehefrau oder mit ihrer Zustimmung der Ehemann die Eintragung beantragt. Die Ehefrau ist dem Ehemann gegenüber zur Erteilung der Zustimmung verpflichtet, wenn sie nach dem unter ihnen bestehenden Güterstand über die Buchforderung nur mit Zustimmung des Ehemanns verfügen kann.

§ 11. Der Antrag eines Taubstummen, Blinden, Schreibunkundigen oder einer der deutschen Sprache nicht mächtigen Person bedarf zu seiner Gültigkeit der für die Verträge solcher Personen vorgeschriebenen Form.

§ 12. Rechtsnachfolger von Todeswegen haben sich, sofern ihre Berechtigung auf der gesetzlichen Erbfolge beruht, durch eine Bescheinigung als Erben, sofern dieselbe auf letztwilliger Verfügung beruht, durch eine Bescheinigung darüber auszuweisen, daß sie über die eingetragene Forderung zu verfügen befugt sind.

Zur Ausstellung dieser Bescheinigungen ist das Nachlaßgericht und, falls der Erblasser zur Zeit des Erbfalls im Inlande weder Wohnsitz noch Aufenthalt hatte, auch derjenige Konsul des Reichs zuständig, in dessen Amtsbezirke der Erblasser zur Zeit des Erbfalls seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte, sofern dem Konsul von dem Reichskanzler die Ermächtigung zur Ausstellung solcher Bescheinigungen erteilt ist.

§ 13. Mehrere Erben haben zur Stellung von Anträgen und zur Empfangnahme von Schuldverschreibungen eine einzelne Person zum Bevollmächtigten zu bestellen.

§ 14. Vollmachten, sowie die Genehmigungserklärungen dritter Personen, zu deren Gunsten der eingetragene Gläubiger in Bezug auf die Forderung oder deren Zinserträgnisse durch einen Vermerk im Staatsschuldbuche beschränkt ist, bedürfen zu ihrer Gültigkeit derselben Form, welche für die Anträge vorgeschrieben ist. Zum Widerruf einer Vollmacht genügt schriftliche Form.

Zur Löschung von persönlichen unvererblichen Einschränkungen des Gläubigerrechts oder des Verfügungsrechts, welche durch den Tod des Berechtigten erloschen sind, ist nur die Beibringung des Totenscheines erforderlich; das Recht auf den Bezug rückständiger Leistungen wird hierdurch nicht berührt.

Anträge und Urkunden öffentlicher Behörden bedürfen, wenn sie ordnungsmäßig unterschrieben und untersiegelt sind, keiner Beglaubigung.

§ 15. Ueber die Eintragung von Forderungen und Vermerken, sowie über die verfügte Auslieferung von Schuldverschreibungen an Stelle zur Löschung gelangter Forderungen wird dem Antragsteller und, falls der Berechtigte ein anderer ist, auch diesem eine Benachrichtigung erteilt.

Die Benachrichtigung gilt nicht als eine über die Forderung ausgestellte Verschreibung.

§ 16. Von Amtswegen kann die Löschung eingetragener Forderungen und die Hinterlegung der dagegen auszuliefernden Schuldverschreibungen bei der Hinterlegungsstelle in Berlin auf Kosten des Gläubigers erfolgen:

1. wenn die Eintragung von Verpfändungen oder sonstigen Verfügungsbeschränkungen beantragt wird;
2. wenn die Forderung ganz oder teilweise im Wege der Zwangsvollstreckung oder des Arrestes gepfändet oder wenn eine einstweilige gerichtliche Verfügung über dieselbe getroffen ist;
3. wenn über das Vermögen des eingetragenen Gläubigers der Konkurs eröffnet worden ist;
4. wenn die Zinsen des eingetragenen Kapitals zehn Jahre hintereinander nicht abgehoben worden sind;
5. wenn glaubhaft bekannt geworden ist, daß der Gläubiger vor länger als zehn Jahren verstorben ist und ein Rechtsnachfolger sich nicht legitimiert hat.

Die hinterlegten Schuldverschreibungen treten in allen rechtlichen Beziehungen an die Stelle der gelöschten Forderung.

§ 17. Im Falle einer Kündigung der vierprozentigen konsolidierten Anleihe sind die eingetragenen Gläubiger schriftlich zu benachrichtigen. Die Wirksamkeit der Kündigung ist jedoch von dieser Benachrichtigung nicht abhängig.

§ 18. Die Zahlung der Zinsen einer eingetragenen Forderung erfolgt mit rechtlicher Wirkung an denjenigen, welcher am zehnten Tage des dem Fälligkeitstermine der Zinsen vorangehenden Monats eingetragener Berechtigter war.

§ 19. Die Zinsen werden nur innerhalb des Deutschen Reichs gezahlt, und zwar in der Zeit vom vierzehnten Tage vor bis zum achten Tage nach dem Fälligkeitstermine durch eine öffentliche Kasse oder mittels Uebersendung durch die Post oder auf sonstige vom Finanzminister zu bestimmende Weise auf Gefahr und Kosten des Berechtigten.

Kommt die Sendung als unbestellbar zurück, so unterbleiben weitere Sendungen, bis der Gläubiger die richtige Adresse angezeigt hat.

---

§ 20. Aenderungen in der Person oder der Wohnung des Zinsenempfängers (§ 10 Abs. 3) werden nur berücksichtigt, wenn sie von demselben schriftlich gemeldet werden.

---

§ 21. An Gebühren werden erhoben:

1. für die Umwandlung von Staatsschuldverschreibungen in Buchschulden des Staats, sowie für sonstige Eintragungen und Löschungen, jede Einschrift in das Staatsschuldbuch besonders gerechnet, 25 Pfennig von je angefangenen 1000 Mark des Betrages, über den verfügt wird, zusammen mindestens 1 Mark;
2. für die Ausreichung von Staatsschuldverschreibungen für je angefangene 1000 Mark Kapitalbetrag 50 Pfennig, zusammen mindestens eine Mark. Vermerke über Bevollmächtigungen, sowie über Aenderungen in der Person oder der Wohnung des eingetragenen Berechtigten (§ 10 Abs. 3) sind gebührenfrei.

Die Gebühren werden von dem Antragsteller, soweit nötig, im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen. Auch kann die Vorausbezahlung der Gebühren gefordert werden.

An Gebühren für die gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der Anträge (§ 10 Abs. 2) sind zu erheben:

bei Beträgen bis 2000 Mark: 1 Mark 50 Pfennig,

bei Beträgen über 2000 Mark: 3 Mark.[1])

---

§ 22. Anträge auf Eintragung oder Löschung von Forderungen und Vermerken, welche in dem, dem Fälligkeitstermine der Zinsen voraufgehenden Monate eingereicht werden, sind erst nach Ablauf desselben zu erledigen.

---

§ 23. Die Hauptverwaltung der Staatsschulden ist unbedingt verantwortlich

1. dafür, daß die im Staatsschuldbuche eingetragenen Forderungen und die noch umlaufenden Schuldverschreibungen der vierprozentigen konsolidierten Anleihe zusammen den gesetzlich festgestellten Betrag der letzteren nicht überschreiten;
2. für die Löschung, Kassation und Aufbewahrung der behufs Eintragung der Forderung eingereichten Staatsschuldverschreibungen bis zur gänzlichen Vernichtung derselben.

Die Staatsschuldenkommission übt die fortlaufende Kontrolle über diese Geschäfte.

---

§ 24 ist aufgehoben.

---

§ 25. Der Zeitpunkt, mit welchem das gegenwärtige Gesetz in Kraft tritt,[2]) wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

---

[1]) Man vergleiche jetzt § 42 Abs. 2 des Preußischen Gerichtskostengesetzes (Band I S. 210).

[2]) der 1. Oktober 1884.

Gesetz

über

die Fürsorgeerziehung Minderjähriger.

Vom 2. Juli 1900.

Vorbemerkung.

Der Staat nimmt für sich das Recht in Anspruch, die Erziehung seiner heranwachsenden Mitglieder zu überwachen und äußersten Falles das Erziehungsrecht dem, der es gröblich mißbraucht oder sonst in das öffentliche Wohl gefährdender Weise ausübt, zu nehmen und anderen zu übertragen.

Das Gesetz, betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder, vom 13. März 1878, beschränkte sich auf die verwahrlosten Kinder, die im Alter vom vollendeten sechsten bis zum vollendeten zwölften Jahre eine strafbare Handlung begangen haben, aber wegen ihres Alters strafrechtlich nicht haben verfolgt werden können.

Doch hat dies Gesetz sich nicht als ausreichend erwiesen, um der stetig wachsenden Kriminalität, Verwahrlosung und Verrohung unter den Jugendlichen zu wehren. Deshalb hat das vorliegende Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger vom 2. Juli 1900, das seine Entstehung den Bestimmungen des neuen Rechts (§§ 1666 und 1838 des Bürgerlichen Gesetzbuches und Artikel 34, 135 und 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche) verdankt, den Kreis der Kinder, über welche die Zwangserziehung (jetzt Fürsorgeerziehung) verhängt werden kann, nach zwei Richtungen erweitert: es läßt die Erziehung unter öffentlicher Aufsicht schon dann zu, wenn sich die Spuren der Verwahrlosung zeigen, ohne daß eine Strafthat den Jugendlichen vor den Strafrichter gebracht zu haben braucht, und es erhöht die obere Altersgrenze für die Anwendung der Fürsorgeerziehung

auf das achtzehnte Lebensjahr, die Grenze für die Dauer der Fürsorgeerziehung auf das Ende der Minderjährigkeit.

Hinsichtlich des Verfahrens weicht das vorliegende Gesetz von dem Gesetz, betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder, nicht wesentlich ab, insbesondere liegt die Ausführung der Erziehung wie bisher den Provinzen, beziehungsweise den ihnen gleichgestellten Kommunalverbänden unter Aufsicht des Staates ob, erhöht ist aber der Zuschuß, den die Staatskasse den Kommunalverbänden zu den von ihnen nach § 15 Absatz 1 des Gesetzes vom 2. Juli 1900 zu tragenden Kosten gewährt, von der Hälfte auf zwei Drittel.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtags, für den Umfang der Monarchie, was folgt:

§ 1. Ein Minderjähriger, welcher das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, kann der Fürsorgeerziehung überwiesen werden:

1. wenn die Voraussetzungen des § 1666 oder des § 1838 des Bürgerlichen Gesetzbuches vorliegen und die Fürsorgeerziehung erforderlich ist, um die Verwahrlosung der Minderjährigen zu verhüten;
2. wenn der Minderjährige eine strafbare Handlung begangen hat, wegen der er in Anbetracht seines jugendlichen Alters strafrechtlich nicht verfolgt werden kann, und die Fürsorgeerziehung mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Handlung, die Persönlichkeit der Eltern oder sonstigen Erzieher und die übrigen Lebensverhältnisse zur Verhütung weiterer sittlicher Verwahrlosung des Minderjährigen erforderlich ist;
3. wenn die Fürsorgeerziehung außer diesen Fällen wegen Unzulänglichkeit der erziehlichen Einwirkung der Eltern oder sonstigen Erzieher oder der Schule zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens des Minderjährigen notwendig ist.

---

§ 2. Die Fürsorgeerziehung erfolgt unter öffentlicher Aufsicht und auf öffentliche Kosten in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt.

---

§ 3. Die Unterbringung zur Fürsorgeerziehung erfolgt, nachdem das Vormundschaftsgericht durch Beschluß das Vorhandensein der Voraussetzungen des § 1 unter Bezeichnung der für erwiesen erachteten Thatsachen festgestellt und die Unterbringung angeordnet hat.

---

§ 4. Das Vormundschaftsgericht beschließt von Amtswegen oder auf Antrag. Zur Stellung des Antrags sind berechtigt und verpflichtet:

der Landrat, in den Hohenzollernschen Landen der Oberamtmann, in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern sowie in den nach § 28 der Kreisordnung für die Provinz Hannover vom 6. Mai 1884 (Gesetz-Samml. S. 181) denselben gleichgestellten Städten auch der Gemeindevorstand,

in Stadtkreisen der Gemeindevorstand und der Vorsteher der Königlichen Polizeibehörde.

Vor der Beschlußfassung soll das Vormundschaftsgericht, soweit dies ohne erhebliche Schwierigkeit geschehen kann, die Eltern, den gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen und in allen Fällen den Gemeindevorstand, den zuständigen Geistlichen

und den Leiter oder Lehrer der Schule, welche der Minderjährige besucht, hören, auch hat, wenn die Beschlußfassung nicht auf Antrag erfolgt, das Vormundschaftsgericht zuvor dem Landrate (Oberamtmanne, Gemeindevorstande, Vorsteher der Königlichen Polizeibehörde) unter Mitteilung der Akten Gelegenheit zu einer Aeußerung zu geben.

Der Beschluß ist dem gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen, diesem selbst, wenn er das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, dem Landrate (Oberamtmanne, Gemeindevorstande, Vorsteher der Königlichen Polizeibehörde) und dem verpflichteten Kommunalverbande (§ 14) zuzustellen.

Gegen den Beschluß steht den im Absatz 3 Genannten die sofortige Beschwerde zu, dem gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen oder diesem selbst jedoch nur dann, wenn der Beschluß auf Unterbringung zur Fürsorgeerziehung lautet. Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

---

§ 5. Bei Gefahr im Verzuge kann das Vormundschaftsgericht eine vorläufige Unterbringung des Minderjährigen anordnen. Die Polizeibehörde des Aufenthaltsorts hat in diesem Falle für die Unterbringung des Minderjährigen in einer Anstalt oder in einer geeigneten Familie zu sorgen.

Die durch die vorläufige Unterbringung erwachsenden Kosten fallen, sofern die Ueberweisung zur Fürsorgeerziehung demnächst endgültig angeordnet wird, dem verpflichteten Kommunalverbande (§ 14), anderenfalls demjenigen zur Last, welcher die Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung zu tragen hat. Die Polizeibehörde hat in allen Fällen die durch die vorläufige Unterbringung entstehenden Kosten vorzuschießen.

Streitigkeiten über die Angemessenheit der dem Erstattungspflichtigen in Rechnung gestellten Vorschüsse der Polizeibehörde entscheidet der Bezirksausschuß im Beschlußverfahren. Der Beschluß des Bezirksausschusses ist endgültig.

---

§ 6. Hat die in § 4 angeordnete Anhörung der Eltern oder des gesetzlichen Vertreters nicht stattfinden können, so sind dieselben berechtigt, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu verlangen.

§ 7. Soweit nicht in diesem Gesetz ein anderes bestimmt ist, finden auf das gerichtliche Verfahren die allgemeinen Vorschriften über die durch Landesgesetz den ordentlichen Gerichten übertragenen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit Anwendung.

---

§ 8. Die gerichtlichen Verhandlungen sind gebühren- und stempelfrei; die baren Auslagen fallen der Staatskasse zur Last. Ist nach dem Ermessen des Vormundschaftsgerichts die Vernehmung der nach § 4 Absatz 2 zu hörenden Personen erforderlich gewesen, so haben sie Anspruch auf Erstattung der notwendigen baren Auslagen aus der Staatskasse; dies gilt jedoch nicht für die Eltern des Minderjährigen.

Verträge über die Unterbringung von Zöglingen sind stempelfrei.

---

§ 9. Die Ausführung der Fürsorgeerziehung liegt dem verpflichteten Kommunalverbande ob (§ 14); er entscheidet darüber, in welcher Weise der Zögling untergebracht werden soll. Im Falle der Anstaltserziehung ist der Zögling, soweit möglich, in einer Anstalt seines Bekenntnisses unterzubringen. Im Falle der Familienerziehung muß der Zögling mindestens bis zum Aufhören der Schulpflicht in einer Familie seines Bekenntnisses untergebracht werden.

Der Kommunalverband hat dem Vormundschaftsgerichte von der Unterbringung und von der Entlassung des Zöglinges Mitteilung zu machen.

Die Ueberführung des Zöglinges liegt der Polizeibehörde des Aufenthaltsorts ob.

---

§ 10. Die Zöglinge dürfen nicht in Arbeitshäusern und nicht in Landarmenhäusern, in Anstalten, welche für Kranke, Gebrechliche, Idiote, Taubstumme oder Blinde bestimmt sind, nur so lange untergebracht werden, als es ihr körperlicher oder geistiger Zustand erfordert.

In Ausführung einer eingeleiteten Fürsorgeerziehung kann die Erziehung in der eigenen Familie des Zöglinges unter Aufsicht des Kommunalverbandes widerruflich angeordnet werden.

---

§ 11. Für jeden in einer Familie untergebrachten Zögling ist zur Ueber-

wachung seiner Erziehung und Pflege von dem Kommunalverband ein Fürsorger zu bestellen. Hierzu können auch Frauen bestellt werden.

---

§ 12. Auf Antrag des verpflichteten Kommunalverbandes kann, unbeschadet der Vorschriften des Artikel 73 § 1 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche, der Vorstand einer unter staatlicher Aufsicht stehenden Erziehungsanstalt vor den nach § 1776 des Bürgerlichen Gesetzbuchs als Vormünder berufenen Personen zum Vormunde der auf Grund der §§ 3 ff. in der Anstalt untergebrachten Zöglinge bestellt werden.

Das Gleiche gilt für Zöglinge, die unter der Aufsicht des Vorstandes der Anstalt in einer von ihm ausgewählten Familie erzogen werden; liegt die Beaufsichtigung der Zöglinge einem von dem verpflichteten Kommunalverbande bestellten Beamten ob, so kann dieser auf Antrag des Kommunalverbandes statt des Vorstandes der Anstalt zum Vormunde bestellt werden.

Neben dem nach den Vorschriften der Absätze 1, 2 bestellten Vormund ist ein Gegenvormund nicht zu bestellen. Dem Vormunde stehen die nach § 1852 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zulässigen Befreiungen zu.

---

§ 13. Die Fürsorgeerziehung endigt mit der Minderjährigkeit.

Die frühere Aufhebung der Fürsorgeerziehung erfolgt durch Beschluß des Kommunalverbandes von Amtswegen oder auf Antrag der Eltern oder des gesetzlichen Vertreters des Minderjährigen, wenn der Zweck der Fürsorgeerziehung erreicht oder die Erreichung des Zweckes anderweit sichergestellt ist. Die Aufhebung kann unter Vorbehalt des Widerrufs beschlossen werden.

Gegen den ablehnenden Beschluß des Kommunalverbandes kann der Antragsteller binnen einer Frist von zwei Wochen vom Tage der Zustellung ab die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts anrufen. Gegen den Beschluß des Vormundschaftsgerichts findet die Beschwerde statt. Die Beschwerde des Kommunalverbandes hat aufschiebende Wirkung.

Ein abgewiesener Antrag darf vor dem Ablaufe von sechs Monaten nicht erneuert werden.

§ 14. Die Provinzialverbände, in der Provinz Hessen-Nassau die Bezirksverbände der Regierungsbezirke Wiesbaden und Cassel, der Lauenburgische Landeskommunalverband, der Landeskommunalverband der Hohenzollernschen Lande, sowie der Stadtkreis Berlin sind verpflichtet, die Unterbringung der durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts zur Fürsorgeerziehung überwiesenen Minderjährigen in einer den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechenden Weise zu bewirken. Sie haben für die Errichtung von Erziehungs- und Besserungsanstalten zu sorgen, soweit es an Gelegenheit fehlt, die Zöglinge in geeigneten Familien sowie in öffentlichen, kirchlichen oder privaten Anstalten unterzubringen, auch soweit nötig für ein angemessenes Unterkommen bei der Beendigung der Fürsorgeerziehung zu sorgen.

Zur Unterbringung verpflichtet ist derjenige Kommunalverband, in dessen Gebiete der Ort liegt, als dessen Vormundschaftsgericht das Gericht Beschluß gefaßt hat.

---

§ 15. Die Kosten, welche durch die Ueberführung eines Zöglinges in eine Familie oder Anstalt, durch die dabei nötige reglementsmäßige erste Ausstattung, durch die Beerdigung des während der Fürsorgeerziehung verstorbenen und durch die Rückreise des aus der Fürsorgeerziehung entlassenen Zöglings entstehen, fallen dem Ortsarmenverband, in welchem er seinen Unterstützungswohnsitz hat, zur Last. Ist ein solcher Ortsarmenverband nicht vorhanden, so fallen diese Kosten dem verpflichteten Kommunalverbande (§ 14 Absatz 2) zur Last. Die übrigen Kosten des Unterhalts und der Erziehung sowie der Fürsorge für entlassene Zöglinge tragen in allen Fällen die Kommunalverbände.

Die Kommunalverbände erhalten zu den nach Absatz 1 von ihnen zu tragenden Kosten aus der Staatskasse einen Zuschuß in Höhe von zwei Dritteln dieser Kosten. Der Betrag des Zuschusses wird jährlich auf Liquidation der im Vorjahr aufgewendeten Kosten oder im Einverständnisse mit den einzelnen Kommunalverbänden periodisch als Bauschsumme von dem Minister des Innern festgesetzt.

---

§ 16. Die Kommunalverbände sind berechtigt, die Erstattung der während der

Fürsorgeerziehung entstandenen Kosten des Unterhalts eines Zöglinges von diesem selbst oder von dem auf Grund des bürgerlichen Rechtes zu seinem Unterhalte Verpflichteten zu fordern. Dieselbe Berechtigung steht den Ortsarmenverbänden hinsichtlich der ihnen nach § 15 Absatz 1 zur Last fallenden Kosten zu.

Für die Erstattungsforderung der Kommunalverbände sind Tarife zu Grunde zu legen, welche von dem Minister des Innern nach Anhörung der Kommunalverbände festgesetzt werden. Die Kosten der allgemeinen Verwaltung der Fürsorgeerziehung, des Baues und der Unterhaltung der von den Kommunalverbänden errichteten Anstalten bleiben hierbei außer Ansatz.

Wird gegen den Erstattungsanspruch Widerspruch erhoben, so beschließt darüber auf Antrag des Kommunalverbandes oder Ortsarmenverbandes der Bezirksausschuß.

Der Beschluß ist vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges endgültig.

Zwei Drittel der durch die Kommunalverbände von den Erstattungspflichtigen eingezogenen Beträge sind auf den Beitrag des Staates (§ 15 Absatz 2) anzurechnen.

---

§ 17. Die Kommunalverbände haben für die Ausführung der Fürsorgeerziehung und für die Verwaltung der von ihnen errichteten Erziehungs- und Besserungsanstalten Reglements zu erlassen.

Die Reglements bedürfen der Genehmigung der Minister des Innern und der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten in betreff derjenigen Bestimmungen, welche sich auf die Aufnahme, die Behandlung, den Unterricht und die Entlassung der Zöglinge beziehen.

Hinsichtlich der Privatanstalten behält es bei den bestehenden Vorschriften sein Bewenden.

---

§ 18. Die gesetzlichen Bestimmungen über die religiöse Erziehung der Kinder finden auch auf die Fürsorgeerziehung Anwendung.

---

§ 19. Wenn schulpflichtige Zöglinge der öffentlichen Volksschule ohne sittliche Gefährdung der übrigen die Schule besuchenden Kinder nicht zugewiesen werden können, so hat der Kommunalverband dafür zu sorgen, daß diesen Zöglingen während des schulpflichtigen Alters der erforderliche Schulunterricht anderweitig zu teil wird. Im Streitfalle entscheidet der Oberpräsident.

---

§ 20. Die zuständigen staatlichen Aufsichtsbehörden der Kommunalverbände und in höherer Instanz der Minister des Innern haben die Oberaufsicht über die zur Unterbringung von Zöglingen getroffenen Veranstaltungen zu führen; sie sind befugt, zu diesem Zwecke Revisionen vorzunehmen.

---

§ 21. Wer, abgesehen von den Fällen der §§ 120, 235 des Strafgesetzbuchs, einen Minderjährigen, bezüglich dessen das gerichtliche Verfahren auf Unterbringung zur Fürsorgeerziehung eingeleitet oder die Unterbringung zur Fürsorgeerziehung angeordnet ist, dem Verfahren oder der angeordneten Fürsorgeerziehung entzieht, oder ihn verleitet, sich dem Verfahren oder der Fürsorgeerziehung zu entziehen, oder wer ihm hierzu vorsätzlich behilflich ist, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

---

§ 22. Der Minister des Innern ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

---

§ 23. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1901 in Kraft.

Mit dem gleichen Zeitpunkt wird das Gesetz vom 13. März 1878, betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder, aufgehoben.

Kommunalverbände, welche zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes über geeignete Anstalten nicht in ausreichendem Maße verfügen, sollen bis zum 1. April 1903 bei der Unterbringung der Zöglinge den in § 10 Absatz 1 dieses Gesetzes ausgesprochenen Beschränkungen nicht unterliegen.

Die

Polizeiverwaltungsgesetze.

Vorbemerkung.

Im Gegensatz zu den Justizbehörden, die erst bei vorhandenen Rechtsverletzungen zur Durchführung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Thätigkeit treten, hat die Polizei hauptsächlich eine vorbeugende Aufgabe: sie soll alles das, was der Wohlfahrt, Ordnung und Sicherheit des Staates und seiner Bürger in den Weg treten könnte, möglichst forträumen, schon bevor ein Schade verursacht ist.

Man scheidet die Ordnungs- und Sicherheitspolizei von der Wohlfahrtspolizei. Aufgabe der ersteren ist Schutz des Staates (politische Polizei) und des einzelnen Bürgers, sowie Aufrechterhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung. Hierher gehören die Bekämpfung von Aufruhr und Empörung und die Verhängung des Belagerungszustandes, das Paßwesen und die Fremdenpolizei, die Preßpolizei, die Ueberwachung des Vereins- und Versammlungswesens, die Gesindepolizei, die Unfallpolizei, die Sittenpolizei u. a.

Als Kriminalpolizei oder Strafpolizei hat die Polizei die Aufgabe, die Justizbehörden zu unterstützen, ihr Eingreifen vorzubereiten und zu fördern. Daneben besitzt sie ein Strafrecht für geringere Uebertretungsfälle.

Die Wohlfahrtspolizei umfaßt die übrigen Zweige polizeilicher Thätigkeit, deren Zweck ist, die Wohlfahrt des einzelnen Bürgers zu fördern. Hierher gehört die polizeiliche Thätigkeit, welche auf den

besonderen Gebieten der Staatsverwaltung hervortritt und im Gegensatz zur allgemeinen Polizei nach ihnen benannt wird, wie die Gewerbe- und Marktpolizei, die Gesundheitspolizei, die Baupolizei, die Wege- und Verkehrs-, Erziehungs- und Unterrichtspolizei, die Armenpolizei u. s. w., soweit sie sich nicht, z. B. besonders die Bau- und Gesundheitspolizei, als ordnungspolizeiliche Thätigkeit darstellt. Insofern sie in der Hauptsache eine auf Förderung der Erwerbsthätigkeit gerichtete staatliche Wirksamkeit darstellt, bezeichnet man sie als Wohlfahrtspflege.

Die vielseitige Aufgabe der Polizei hindert, sie einem Minister allein unterzuordnen. Nur die allgemeine Polizei ist dem Minister des Innern unterstellt, in ihren Sondergebieten ist die Polizei jedesmal dem Minister untergeordnet, in dessen Zuständigkeit ihre Thätigkeit fällt. Z. B. untersteht die Bau-, Wege- und Eisenbahnpolizei dem Minister der öffentlichen Arbeiten, die Berg-, Hafen-, Schiffahrts-, sowie größtenteils die Gewerbepolizei dem Handelsminister, die Landwirtschafts-, Forst-, Jagd-, Fischerei- und Viehseuchenpolizei dem Landwirtschaftsminister, die Gesundheitspolizei dem Kultusminister.

Man unterscheidet Orts- und Landespolizei.

Die Ortspolizei ist auf Schutz der Interessen der nachbarlich örtlichen Gemeinschaft beschränkt. Ihre Aufgabe bestimmt näher der § 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850.

In Städten ist Ortspolizeibehörde regelmäßig der Bürgermeister, doch kann nach § 2 des Polizeiverwaltungsgesetzes in bestimmten Gemeinden, insbesondere in solchen mit mehr als 10000 Einwohnern, der Minister des Innern die örtliche Polizeiverwaltung besonderen Staatsbeamten übertragen.

Diese Beamten heißen in einigen Städten Polizeipräsidenten an der Spitze eines Polizeipräsidiums (in Berlin, Frankfurt a. M., Königsberg i. Pr., Breslau, Magdeburg und Hannover), in anderen Polizeidirektoren an der Spitze einer Polizeidirektion (in Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf, Potsdam, Stettin, Posen, Kiel, Kassel, Wiesbaden, Aachen, Koblenz, Hanau und Fulda). Doch führen auch die letzteren zum Teil den Charakter Polizeipräsident.

Die Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung bestreitet nach § 3 des Polizeiverwaltungsgesetzes regelmäßig die Gemeinde, in Gemeinden mit königlicher Polizeiverwaltung jedoch der Staat. Doch hat die Gemeinde in diesem Falle nach dem Gesetz, betreffend die Kosten königlicher Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden, vom 20. April 1892,

Zuschüsse nach dem Kopf der Bevölkerung, in verschiedener Höhe zu leisten.

In den Landgemeinden, in welchen die oben abgedruckte Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 gilt, sowie in Schleswig-Holstein wird die Ortspolizei von dem Amtsvorsteher geübt, über dessen Stellung und Aufgaben man die §§ 46 und folgende der Kreisordnung vergleiche. In den Landgemeinden der anderen Provinzen üben die Ortspolizei Beamte mit ähnlichen Befugnissen, in Posen die Distriktskommissare, in der Rheinprovinz die Landbürgermeister, in Westfalen die Amtmänner. In Hannover wird die Ortspolizei von den Landräten, in Hessen-Nassau von den Gemeindebehörden verwaltet.

Die Landespolizei ist für diejenige polizeiliche Thätigkeit zuständig, welche über den Bezirk der Gemeinde hinaus weitere Teile des Staatsgebietes berührt, oder welche ihrer höheren Bedeutung oder größeren Schwierigkeit wegen thatsächlich von einer untergeordneten Behörde nicht wahrgenommen werden kann. Daneben umfaßt sie die Abwehr der den Staat oder die Gesellschaft als solche bedrohenden Gefahren.

Die Landespolizei wird vom Regierungspräsidenten geübt.

Die mannigfachen und schwierigen Aufgaben der Polizei rechtfertigen es, daß sie mit besonderen, weitgehenden Befugnissen ausgestattet wird; vor allem muß ein schnelles und energisches Eingreifen der Polizei gesichert werden. Anderseits müssen den weitgehenden und nach der Natur der Sache nicht scharf zu begrenzenden Befugnissen der Polizei gegenüber Maßregeln getroffen werden, die das polizeiliche Eingreifen möglichst wenig störend gestalten und den einzelnen vor polizeilicher Willkür schützen.

Zu den Befugnissen der Polizei gehören vor allem der Erlaß von Polizeiverordnungen, Polizeiverfügungen und die Ausübung der Zwangsgewalt zur Durchführung der Verfügungen.

Durch die Polizeiverordnungen werden gewisse polizeiliche Gebiete in allgemeiner Weise geregelt. Die Polizeiverordnungen werden deshalb durch Publikation in amtlichen Blättern zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Sie stehen in ihrer Wirkung den Gesetzen gleich, daher üben die Polizeibehörden mit dem Erlaß von Polizeiverordnungen eine Art gesetzgeberischer Thätigkeit.

Das Polizeiverordnungsrecht kommt in verschiedenem Umfange den Ministern, den Oberpräsidenten, den Regierungspräsidenten, den Landräten und den Ortspolizeibehörden zu. Das Nähere vergleiche man in den §§ 137 bis 145 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung, sowie im Gesetz über die Polizeiverwaltung.

Der Gesetzescharakter der Polizeiverordnungen bringt es mit sich, daß der Richter nicht zu prüfen hat, ob die Polizeiverordnung zweckmäßig oder ob sie notwendig sei, sondern lediglich, ob sie den Gesetzen entspricht.

Die Polizeiverfügungen haben dagegen nie eine allgemeine Natur, sie richten sich vielmehr immer nur auf einen einzelnen, bestimmten Fall. Sie werden daher nicht publiciert, sondern nur den Personen, welche sie betreffen, zugestellt.

Der Zweck der Polizeiverfügungen ist, eine Rechtsverletzung zu verhindern.

Gegen die polizeilichen Verfügungen stehen den davon Betroffenen Rechtsmittel offen. Das Nähere bestimmen §§ 127 und folgende des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung und das Gesetz über die Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf polizeiliche Verfügungen vom 11. Mai 1842.

Als Kriminalpolizei ist die Polizei hauptsächlich Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft. Sie hat den Sachverhalt strafbarer Handlungen in erster Linie zu ermitteln und festzustellen und für die Beschaffung von Beweismitteln, insbesondere für unveränderte Erhaltung des Befundes zu sorgen. Zur Durchführung dieser Thätigkeit steht ihr nach Maßgabe der §§ 94 und folgende der Strafprozeßordnung das Recht zu, Gegenstände mit Beschlag zu belegen, Wohnungen zu durchsuchen und Personen vorläufig festzunehmen.

Wo es der Schutz von Personen, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sittlichkeit, Sicherheit und Ruhe dringend erfordern, hat die Polizei ferner nach dem Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850 das Recht, Personen in polizeiliche Verwahrung zu nehmen.

Neben dieser Thätigkeit als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft hat sie ein beschränktes Strafrecht, das Recht zum Erlasse von polizeilichen Strafverfügungen, welche, wie die richterlichen Strafbefehle und Strafurteile, begangene Rechtsverletzungen zu sühnen bestimmt sind.

Die polizeilichen Strafverfügungen sollen dazu dienen, für gewisse leichte Strafthaten rein polizeilicher Natur auf schnellerem und weniger kostspieligem Wege eine Sühne zu erreichen, als es im gerichtlichen Verfahren der Fall wäre. Man vergleiche das Gesetz betreffend den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Uebertretungen vom 23. April 1883.

Außerdem liegt der Polizei auf dem Gebiete der Strafrechtspflege ob die Verwaltung der Zuchthäuser und Gefängnisanstalten, soweit

letztere nicht den Justizbehörden unterstehen, die Aufsicht über die von den Landarmenverbänden unterhaltenen Arbeitshäuser und Besserungsanstalten, sie hat den Gefangenentransport zu besorgen und die Polizeiaufsicht auszuführen, auf deren Zulässigkeit von den Gerichten erkannt ist (man vergleiche §§ 38, 39 des Strafgesetzbuchs).

Der Sicherheitspolizei liegt der Schutz des Gemeinwesens, der Person und des Eigentumes im Gegensatze zu dem Schutze der Ordnung und Sitte und der wirtschaftlichen Thätigkeit ob.

Soweit sie öffentliche Gefahren, vor allem Hochverrat und Landesverrat, Aufruhr und Empörung zu bekämpfen hat, fällt sie mit der höheren oder politischen Polizei zusammen. Diese Handlungen werden zwar auch von den Gerichten auf Grund des Strafgesetzbuchs abgeurteilt, doch unverzügliches Einschreiten und Unterdrückung derselben ist Sache der Polizei, die erforderlichen Falles militärische Hilfe herbeirufen kann.

Im Falle eines Aufruhrs bei dringender Gefahr, ebenso im Fall eines Krieges kann nach Maßgabe des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851, vom Staatsministerium, in dringenden Fällen für einzelne Gebiete auch durch den obersten Militärbefehlshaber des gefährdeten Gebietes, der Belagerungszustand verhängt werden.

Die Verhängung hat zur Folge, daß die oberste Gewalt an die Militärbefehlshaber übergeht, daß einzelne Bestimmungen der Verfassung, durch welche bestimmte bürgerliche Rechte, vor allem die persönliche Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung, die Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit gewährleistet sind, außer Kraft gesetzt werden, daß gewisse, die öffentliche Sicherheit gefährdende Strafthaten härter bestraft und vor Kriegsgerichten abgeurteilt werden.

In einigen Fällen kann der sogenannte kleine Belagerungszustand verhängt werden, durch welchen die erwähnten Bestimmungen der Verfassung ohne Erklärung des Belagerungszustandes außer Kraft gesetzt werden.

Für die bei öffentlichen Aufläufen durch offene Gewalt oder durch Anwendung der dagegen getroffenen gesetzlichen Maßregeln geschehenen Beschädigungen an Eigentum oder Verletzungen von Personen haftet die Gemeinde, in deren Bezirk diese Handlungen geschehen sind, nach dem Gesetz, betreffend die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatz des bei öffentlichen Aufläufen verursachten Schadens, vom 11. März 1850, außerdem haften für Beschädigungen an Sachen bei Gelegenheit von Aufläufen alle Teilnehmer solidarisch, d. h. einer für alle und alle für einen, gemäß der Verordnung zur Aufrechterhaltung

der öffentlichen Ordnung und der dem Gesetze schuldigen Achtung, vom 17. August 1835 (GSS. 170).

Der Bekämpfung staatsfeindlicher Elemente dient ferner die Paß- und Fremdenpolizei (Reichsgesetz über das Paßwesen vom 12. Oktober 1867) und die Preßpolizei (Reichsgesetz über die Presse vom 7. Mai 1874). Zu demselben Zweck beaufsichtigt die Polizei Vereine und Versammlungen (man vergleiche die unten ausführlicher behandelte Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes [Vereinsgesetz] vom 11. März 1850).

Eine äußerst vielseitige Thätigkeit entwickelt die Unfallpolizei, deren Aufgabe ist, Unfälle zu verhüten, oder die Folgen geschehener Unfälle möglichst zu beseitigen oder zu mildern. Durch Polizeiverordnungen, in einzelnen Punkten auch durch das Strafgesetzbuch werden geregelt: der Verkehr mit Sprengstoffen, das Feuerwesen, insbesondere das Feuerlöschwesen, werden Maßregeln getroffen zur Verhütung von Unfällen durch Tiere, von Beschädigungen durch Umsturz von Gebäuden und durch Herabfallen.

Der Ordnungs- und Sittenpolizei liegt neben allgemeiner Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Einzelnen die Aufgabe ob, öffentliche Verstöße gegen Religion und Sitte zu verhindern und ihnen entgegenzutreten. Sie sorgt daher durch Polizeiverordnungen für die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage, bekämpft die Trunksucht und beaufsichtigt öffentliche Lustbarkeiten und Theater durch Erteilung der Konzession für das Schankgewerbe und Schauspielunternehmungen, durch Festsetzung der Polizeistunde, durch die Zensur und dadurch, daß zu öffentlichen Tanzlustbarkeiten ihre besondere Erlaubnis erforderlich ist. Sie tritt ferner der Tierquälerei entgegen und übt Aufsicht über Unzucht und Prostitution, verbotene Spiele und Sammlungen.

In öffentlichem Interesse greift die Polizei ein bei Streitigkeiten zwischen Polizei und Gesinde (das Nähere vergleiche man im Band I bei der Gesindeordnung). Sie setzt ferner die Räumungsfristen der Wohnungen fest (Gesetz über die Termine bei Wohnungsmietsverträgen vom 30. Juni 1834) und wirkt in betreff gefundener Sachen (BGB. §§ 965 ff.).

Von der Thätigkeit der Polizei auf den besonderen Gebieten der Staatsverwaltung seien hervorgehoben die Zweige der Gesundheits-, Bau- und Armenpolizei.

Zur Gesundheitspolizei gehört die Seuchen-, Nahrungsmittel- und Wohnungspolizei, ihr liegt ob die Durchführung des Impfwesens, die Beaufsichtigung des Handels mit Giften, des Transportes von Leichen und des Begräbniswesens, der Aerzte, Hebammen und Heilgehilfen, der Apotheken, Kranken- und sonstigen Heilanstalten, die Bekämpfung der Kurpfuscherei.

Im Deutschen Reich übt der Reichskanzler durch das Reichsamt des Innern die Aufsicht über das Medizinalwesen, er wird unterstützt durch das kaiserliche Gesundheitsamt in Berlin als technische Behörde.

In Preußen steht an der Spitze der Medizinalverwaltung der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten (Kultusminister). Das Ministerium wird beraten durch die „wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen" und den „Apothekerrat". In den Provinzen liegt die Medizinalverwaltung in den Händen der Präsidenten, mit Ausnahme der Konzessionierung der Apotheken, für die der Oberpräsident zuständig ist. Dem Regierungspräsidenten steht ein Medizinalrat als technischer Beamter zur Seite, der Oberpräsident wird durch das Provinzial-Medizinalkollegium beraten. Im Kreise steht neben dem Landrat (oder dem Polizeipräsidenten) der Kreisarzt.

Zur Abwehr ansteckender Krankheiten stehen den Polizeibehörden Sanitätskommissionen zur Seite, die in Städten mit mehr als 5000 Einwohnern gebildet werden müssen, in anderen Orten gebildet werden können. Der Abwehr von Seuchen dient auch das Impfwesen, geregelt durch das Reichsimpfgesetz vom 8. April 1874.

Der Nahrungsmittelpolizei liegt die Abwendung der Gefahren ob, welche durch die Verbreitung von gefälschten oder gesundheitsschädlichen Nahrungs- und Genußmitteln drohen. Neben dem Nahrungsmittelgesetz vom 14. Mai 1879 bestehen gesetzliche Bestimmungen über den Verkauf von Kunstbutter und über die Herstellung von Wein, über die Verwendung künstlicher Süßstoffe (Saccharin), gesundheitsschädlicher Farben und blei- und zinkhaltiger Gefäße und Umhüllungen; besonderer polizeilicher Ueberwachung unterliegt der Verkehr mit Milch. Zur Durchführung einer erfolgreichen Fleischkontrolle können nach dem Gesetz, betreffend die Errichtung öffentlicher, ausschließlich zu benutzender Schlachthäuser, vom $\frac{\text{18. März 1868}}{\text{9. März 1881}}$ die Gemeinden, in denen ein öffentliches Schlachthaus errichtet ist, anordnen, daß nur in diesem öffentlichen Schlachthaus geschlachtet werden dürfe.

Die Baupolizei giebt durch Polizeiverordnungen (Bauordnungen)

allgemeine Vorschriften für die Aufführung von Bauten und beschränkt dadurch im allgemeinen Interesse das Recht des Grundeigentümers, auf seinem Boden nach Belieben Gebäude zu errichten.

Neben dieser allgemeinen Regelung des Bauwesens überwacht die Baupolizei die Ausführung des einzelnen Baues.

Zu jedem Neubau und Umbau ist die Genehmigung der Ortspolizeibehörde erforderlich. Bevor diese erteilt wird, muß der Bauherr durch Zeichnungen der Polizei Lage und Einrichtung des Gebäudes nachweisen und etwaige Änderungen seines Planes, welche die Polizei für erforderlich erachtet, vornehmen. Baut er ohne Genehmigung, oder weicht er von ihr ab, so erwächst ihm Strafe und er läuft Gefahr, daß sein Bau abgerissen wird.

Auch die Ausführung des Baues wird von der Polizei überwacht und eine Benutzung des Gebäudes kann erst stattfinden, nachdem ein polizeiliches Abnehmen stattgefunden hat.

Die Anlegung oder Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften unterliegt ebenfalls polizeilicher Beaufsichtigung. Das Nähere ergiebt das Fluchtliniengesetz (Gesetz, betreffend die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften) vom 2. Juli 1875.

Ortspolizeilicher Genehmigung bedarf ferner die Gründung neuer Ansiedelungen nach dem Gesetz, betreffend die Verteilung der öffentlichen Lasten bei Grundstücksteilungen und die Gründung neuer Ansiedelungen in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Westfalen, vom 25. August 1876 und ähnlichen Gesetzen für Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau.

Die Armenpolizei, deren Aufgabe Vorbeugung und Milderung der Armut ist, wird zum Teil von den eigentlichen Staatsbehörden geübt, z. B. die Bekämpfung der Bettelei und des Landstreichens; der größere Teil jedoch, die Armenpflege, liegt in den Händen der Kommune und Kommunalverbände.

Die Grundsätze der öffentlichen Armenpflege finden sich in dem Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz, vom 6. Juni 1870 (abgedruckt in Band II des Neuen Deutschen Rechtsbuches), zu welchem für Preußen das unten abgedruckte Ausführungsgesetz vom 8. März 1871 ergangen ist.

Nach diesen Gesetzen liegt die Unterstützungspflicht den Gemeinden (Ortsarmenverbänden) ob. Diese Unterstützungspflicht ist teils vorläufig, teils endgültig: jeder Hilfsbedürftige muß vorläufig von dem

Ortsarmenverband unterstützt werden, in dessen Bezirk er sich mit Eintritt der Hilfsbedürftigkeit befindet, doch kann dieser Ortsarmenverband, wenn der Hilfsbedürftige in seinem Bezirk keinen Unterstützungswohnsitz hat, von dem endgültig verpflichteten Ortsarmen- oder Landarmenverband seine Kosten erstattet verlangen.

Der Anspruch des Hilfsbedürftigen erstreckt sich nach § 1 des genannten Ausführungsgesetzes auf Obdach, unentbehrlichen Lebensunterhalt, erforderliche Pflege in Krankheitsfällen und angemessenes Begräbnis.

Die Einrichtung der Armenpflege liegt den Gemeinden ob, sie gewähren teils unmittelbare Unterstützung, teils bringen sie die zu Verpflegenden in Anstalten unter.

Gesetz über die Polizeiverwaltung.

Vom 11. März 1850.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc.
verordnen, unter Zustimmung beider Kammern, was folgt:

§ 1. Die örtliche Polizeiverwaltung wird von den nach den Vorschriften der Gesetze dazu bestimmten Beamten im Namen des Königs geführt — vorbehaltlich der im § 2 des gegenwärtigen Gesetzes vorgesehnen Ausnahme.

Die Ortspolizeibeamten sind verpflichtet, die ihnen von der vorgesetzten Staatsbehörde in Polizeiangelegenheiten erteilten Anweisungen zur Ausführung zu bringen.

Jeder, der sich in ihrem Verwaltungsbezirke aufhält oder daselbst ansässig ist, muß ihren polizeilichen Anordnungen Folge leisten.

---

§ 2. In Gemeinden, wo sich eine Bezirksregierung oder ein Landgericht befindet, sowie in Festungen und in Gemeinden von mehr als 10000 Einwohnern, kann die örtliche Polizeiverwaltung durch Beschluß des Ministers des Innern besonderen Staatsbeamten übertragen werden. Auch in anderen Gemeinden kann aus dringenden Gründen dieselbe Einrichtung zeitweise eingeführt werden.

---

§ 3. Die Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung sind, mit Ausnahme der Gehälter der von der Staatsregierung im Falle der Anwendung des § 2 angestellten besonderen Beamten, von den Gemeinden zu bestreiten.

---

§ 4. Ueber die Einrichtungen, welche die örtliche Polizeiverwaltung erfordert, kann der Regierungspräsident besondere Vorschriften erlassen. Die für den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Köln bestehenden gesetzlichen Bestimmungen wegen Anstellung von Polizeikommissarien werden hierdurch nicht berührt. Ebenso bleiben vorläufig die Distriktskommissarien in der Provinz Posen in Wirksamkeit.

Die Ernennung aller Polizeibeamten, deren Anstellung den Gemeindebehörden zusteht, bedarf der Bestätigung der Staatsregierung.

---

§ 5. Die mit der örtlichen Polizeiverwaltung beauftragten Behörden sind befugt, nach Beratung mit dem Gemeindevorstande, ortspolizeiliche, für den Um-

fang der Gemeinde gültige Vorschriften zu erlassen und gegen die Nichtbefolgung derselben Geldstrafen bis zum Betrage von 9 Mark anzudrohen.

Die Strafandrohung kann bis zu dem Betrage von 30 Mark gehen, wenn der Regierungspräsident seine Genehmigung dazu erteilt hat.

Die Regierungspräsidenten haben über die Art der Verkündigung der ortspolizeilichen Vorschriften, sowie über die Formen, von deren Beobachtung die Gültigkeit derselben abhängt, die erforderlichen Bestimmungen zu erlassen.

---

§ 6. Zu den Gegenständen der ortspolizeilichen Vorschriften gehören:

a) der Schutz der Personen und des Eigentums;
b) Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, Brücken, Ufern und Gewässern;
c) der Marktverkehr und das öffentliche Feilhalten von Nahrungsmitteln;
d) Ordnung und Gesetzlichkeit bei dem öffentlichen Zusammensein einer größeren Anzahl von Personen;
e) das öffentliche Interesse in Bezug auf die Aufnahme und Beherbergung von Fremden; die Wein-, Bier- und Kaffeewirtschaften und sonstige Einrichtungen zur Verabreichung von Speisen und Getränken;
f) Sorge für Leben und Gesundheit;
g) Fürsorge gegen Feuersgefahr bei Bauausführungen, sowie gegen gemeinschädliche und gemeingefährliche Handlungen, Unternehmungen und Ereignisse überhaupt;
h) Schutz der Felder, Wiesen, Weiden, Wälder, Baumpflanzungen, Weinberge u. s. w.;
i) alles andere, was im besonderen Interesse der Gemeinden und ihrer Angehörigen polizeilich geordnet werden muß.

§ 7. Zu Verordnungen über Gegenstände der landwirtschaftlichen Polizei ist die Zustimmung der Gemeindevertretung erforderlich. Die Beratung erfolgt unter dem Vorsitze des mit der örtlichen Polizeiverwaltung beauftragten Beamten.

---

§ 8. Von jeder ortspolizeilichen Verordnung ist sofort eine Abschrift an die zunächst vorgesetzte Staatsbehörde einzureichen.

---

§ 9.[1])

---

§ 10. Die Bestimmungen der §§ 8 und 9 finden auch auf die Abänderung oder Aufhebung ortspolizeilicher Vorschriften Anwendung.

---

§ 11. Die Regierungspräsidenten sind befugt, für mehrere Gemeinden ihres Verwaltungsbezirks oder für den ganzen Umfang desselben gültige Polizeivorschriften zu erlassen und gegen die Nichtbefolgung derselben Geldstrafen bis zu dem Betrage von 30 Mark anzudrohen.

Der Minister des Innern hat über die Art der Verkündigung solcher Vorschriften, sowie über die Formen, von deren Beobachtung die Gültigkeit derselben abhängt, die erforderlichen Bestimmungen zu erlassen.

---

§ 12. Die Vorschriften der Regierungspräsidenten (§ 11) können sich auf die im § 6 dieses Gesetzes angeführten und alle anderen Gegenstände beziehen, deren polizeiliche Regelung durch die Verhältnisse der Gemeinden oder des Bezirks erfordert wird.

---

§ 13.[2])

---

§ 14 hat keine Bedeutung mehr.

---

§ 15. Es dürfen in die polizeilichen Vorschriften (§§ 5 und 11) keine Bestimmungen aufgenommen werden, welche

---

[1]) Ueber die Befugnis des Regierungspräsidenten und des Ministers des Innern, ortspolizeiliche Vorschriften außer Kraft zu setzen, vergleiche man jetzt § 145 des oben abgedruckten Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883.

[2]) Ueber die erforderliche Zustimmung des Bezirksausschusses zu den von dem Regierungspräsidenten zu erlassenden Polizeivorschriften vergleiche man jetzt § 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung.

mit den Gesetzen oder den Verordnungen einer höheren Instanz im Widerspruche stehen.

§ 16. Der Minister des Innern ist befugt, soweit Gesetze nicht entgegenstehen, jede polizeiliche Vorschrift durch einen förmlichen Beschluß außer Kraft zu setzen.

Die Genehmigung des Königs ist hierzu erforderlich, wenn die polizeiliche Vorschrift von dem Könige oder mit dessen Genehmigung erlassen war.

§ 17. Die Schöffengerichte haben über alle Zuwiderhandlungen gegen polizeiliche Vorschriften (§§ 5 und 11) zu erkennen, und dabei nicht die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit, sondern nur die gesetzliche Gültigkeit jener Vorschriften nach den Bestimmungen der §§ 5, 11 und 15 dieses Gesetzes in Erwägung zu ziehen.

§ 18. Für den Fall des Unvermögens des Angeschuldigten ist auf verhältnismäßige Haft zu erkennen.

§ 19. Die bisher erlassenen polizeilichen Vorschriften bleiben so lange in Kraft, bis sie in Gemäßheit dieses Gesetzes aufgehoben werden.

§ 20. Die den Polizeibehörden nach den bisherigen Gesetzen zustehende Exekutionsgewalt wird durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

Jede Polizeibehörde ist berechtigt, ihre polizeilichen Verfügungen durch Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel durchzusetzen.

Wer es unterläßt, dasjenige zu thun, was ihm von der Polizeibehörde in Ausübung dieser Befugnis geboten worden ist, hat zu gewärtigen, daß es auf seine Kosten zur Ausführung gebracht werde — vorbehaltlich der etwa verwirkten Strafe und der Verpflichtung zum Schadenersatze.

§ 21. Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben.

Verordnung über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen.

Vom 20. September 1867.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen auf den Antrag Unseres Staatsministeriums für den Bereich der durch das Gesetz vom 20. September 1866 (Gesetz-Samml. S. 555) und durch die Gesetze vom 24. Dezember 1866 (Gesetz-Samml. S. 875, 876) mit Unserer Monarchie vereinigten Gebiete, mit Ausnahme des vormaligen Ober-Amtsbezirks Meisenheim und der Enklave Kaulsdorf, was folgt:

§ 1. Die örtliche Polizeiverwaltung wird von den nach den Vorschriften der Gesetze hierzu bestimmten oder berufenen Behörden oder Beamten im Namen des Königs geführt.

Die Ortspolizeibeamten sind verpflichtet, die ihnen von der vorgesetzten Staatsbehörde in Polizeiangelegenheiten erteilten Anweisungen zur Ausführung zu bringen.

Jeder, der sich in ihrem Verwaltungsbezirke aufhält oder daselbst ansässig ist, muß ihren polizeilichen Anordnungen Folge leisten.

§ 2. Soweit nach der in den neu erworbenen Landesteilen bestehenden Gesetzgebung der Staatsregierung die Befugnis vorbehalten ist, die örtliche Polizeiverwaltung in einer Gemeinde oder in einem Bezirke einer besonderen Staatsbehörde oder einem besonderen Staatsbeamten zu übertragen, ist diese Befugnis von dem Minister des Innern auszu-

üben. In Gemeinden, in welchen die örtliche Polizeiverwaltung durch eine Staatsbehörde oder einen besonderen Staatsbeamten geführt wird, ist der Minister des Innern befugt, einzelne Zweige der örtlichen Polizeiverwaltung den Gemeinden zur eigenen Verwaltung unter Aufsicht des Staats zu überweisen. Für die den Gemeinden zur eigenen Verwaltung überwiesenen Zweige der örtlichen Polizeiverwaltung stehen die in dieser Verordnung den Ortspolizeibehörden eingeräumten Befugnisse der Gemeindebehörde oder dem Gemeindebeamten zu, welchem mit Genehmigung des Regierungspräsidenten die betreffenden Geschäfte übertragen worden sind.

§ 3. In betreff der Verpflichtung zur Tragung der Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung bewendet es vorläufig bei den in den neu erworbenen Landesteilen hierüber bestehenden Vorschriften.

Wenn in Gemäßheit des § 2 einzelne Zweige der Polizeiverwaltung den Gemeinden zur eigenen Verwaltung überwiesen worden sind, so haben die Gemeinden die Kosten dieser Verwaltung selbst zu tragen.

§ 4. Ueber die Einrichtungen, welche die örtliche Polizeiverwaltung erfordert, kann der Regierungspräsident besondere Vorschriften erlassen.

Die Ernennung aller Polizeibeamten, deren Anstellung den Gemeindebehörden zusteht, bedarf der Bestätigung der Staatsregierung.

§ 5. Die mit der örtlichen Polizeiverwaltung beauftragten Behörden sind befugt, nach Beratung mit dem Gemeindevorstande ortspolizeiliche, für den Umfang der Gemeinde gültige Vorschriften zu erlassen und gegen die Nichtbefolgung derselben Geldstrafen bis zum Betrage von neun Mark anzudrohen. Steht die örtliche Polizeiverwaltung innerhalb eines Bezirks, zu welchem mehrere Gemeinden gehören, einem Beamten (Amtshauptmann, Amtmann 2c.) oder einer Behörde zu, so ist dieser Beamte oder diese Behörde befugt, ortspolizeiliche Vorschriften

a) für den Umfang einer Gemeinde nach Anhörung des betreffenden Gemeindevorstandes,

b) für mehrere Gemeinden oder den ganzen Bezirk aber nach Anhörung der Amtsvertretung (Amtsversammlung 2c.) und in deren Ermangelung nach Anhörung der betreffenden Gemeindevorstände

unter der vorstehend gedachten Strafandrohung zu erlassen.

Die Strafandrohung kann bis zu dem Betrage von 30 Mark gehen, wenn der Regierungspräsident seine Genehmigung dazu erteilt hat.

Die Regierungspräsidenten haben über die Art der Verkündigung der ortspolizeilichen Vorschriften, sowie über die Formen, von deren Beobachtung die Gültigkeit derselben abhängt, die erforderlichen Bestimmungen zu erlassen.

§ 6. Zu den Gegenständen der ortspolizeilichen Vorschriften gehören:

a) der Schutz der Personen und des Eigentums;
b) Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, Brücken, Ufern und Gewässern;
c) der Marktverkehr und das öffentliche Feilhalten von Nahrungsmitteln;
d) Ordnung und Gesetzlichkeit bei dem öffentlichen Zusammensein einer größeren Anzahl von Personen;
e) das öffentliche Interesse in Bezug auf die Aufnahme und Beherbergung von Fremden; die Wein-, Bier- und Kaffeewirtschaften und sonstige Einrichtungen zur Verabreichung von Speisen und Getränken;
f) Sorge für Leben und Gesundheit;
g) Fürsorge gegen Feuersgefahr und sonstige Unsicherheit bei Bauausführungen, sowie gegen gemeinschädliche und gemeingefährliche Handlungen, Unternehmungen und Ereignisse überhaupt;
h) Schutz der Felder, Wiesen, Weiden, Wälder, Baumpflanzungen, Weinberge u. s. w.;
i) alles andere, was im besonderen Interesse der Gemeinden und ihrer Angehörigen polizeilich geordnet werden muß.

§ 7. Zu Verordnungen über Gegenstände der landwirtschaftlichen Polizei ist die Zustimmung der Gemeindevertretung,

wo aber eine Gemeindevertretung zur Zeit nicht besteht, die der Gemeindeversammlung, und für diejenigen Fälle, in welchen es nach § 5 der Zuziehung der Amtsvertretung bedarf, deren Zustimmung erforderlich.

§ 8. Von jeder ortspolizeilichen Verordnung ist sofort eine Abschrift an die zunächst vorgesetzte Staatsbehörde einzureichen.

§ 9.[1])

§ 10. Die Bestimmung findet auch auf die Abänderung oder Aufhebung ortspolizeilicher Vorschriften Anwendung.

§ 11. Die Regierungspräsidenten sind befugt, für mehrere Gemeinden ihres Verwaltungsbezirks oder für den ganzen Umfang desselben gültige Polizeivorschriften zu erlassen und gegen die Nichtbefolgung derselben Geldstrafen bis zu dem Betrage von 30 Mark anzudrohen. Der Minister des Innern hat über die Art der Verkündigung solcher Vorschriften, sowie über die Formen, von deren Beobachtung die Gültigkeit derselben abhängt, die erforderlichen Bestimmungen zu erlassen.

§ 12. Die Vorschriften der Regierungspräsidenten (§ 11) können sich auf die im § 6 dieser Verordnung angeführten und alle anderen Gegenstände beziehen, deren polizeiliche Regelung durch die Verhältnisse der Gemeinden oder des Bezirks erfordert wird.

§ 13. Es dürfen in die polizeilichen Vorschriften (§§ 5 und 11) keine Bestimmungen aufgenommen werden, welche mit den Gesetzen oder den Verordnungen einer höheren Instanz im Widerspruche stehen.

§ 14. Der Minister des Innern ist befugt, soweit Gesetze nicht entgegenstehen, jede polizeiliche Vorschrift durch einen förmlichen Beschluß außer Kraft zu setzen. Die Genehmigung des Königs ist hierzu erforderlich, wenn die polizeiliche Vorschrift von dem Landesherrn oder mit dessen Genehmigung erlassen war.

§ 15. Die Schöffengerichte haben, wenn sie über Zuwiderhandlungen gegen polizeiliche Vorschriften (§§ 5 und 11) erkennen, nicht die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit, sondern nur die gesetzliche Gültigkeit jener Vorschriften nach den Bestimmungen der §§ 5, 11 und 13 dieser Verordnung in Erwägung zu ziehen.

§ 16. Für den Fall des Unvermögens des Angeschuldigten ist auf verhältnismäßige Haftstrafe zu erkennen.

§ 17. Die bisher erlassenen polizeilichen Vorschriften bleiben solange in Kraft, bis sie in Gemäßheit dieser Verordnung aufgehoben werden.

§ 18. Die Polizeibehörden sind berechtigt, ihre polizeilichen Verfügungen durch Anwendung von Zwangsmitteln durchzusetzen. Es steht ihnen zu diesem Behufe die Befugnis zu, Strafandrohungen bis zu 300 Mark oder vier Wochen Gefängnis zu erlassen oder zu vollstrecken. Die Regierungen sind jedoch ermächtigt, die ihnen untergeordneten Polizeibehörden in der Höhe der Strafandrohungen auf ein geringeres Strafmaß zu beschränken. Wer es unterläßt, dasjenige zu thun, was ihm von der Polizeibehörde in der Ausübung dieser Befugnis geboten worden ist, hat zu gewärtigen, daß es auf seine Kosten zur Ausführung gebracht werde, vorbehaltlich der etwa verwirkten Strafe und der Verpflichtung zum Schadenersatze.

§ 19 hat keine Bedeutung mehr.

§ 20. Alle dieser Verordnung entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben. Dieselbe tritt mit dem Tage in Kraft, an welchem das sie enthaltende Stück der Gesetz-Sammlung in Berlin ausgegeben wird.

---

[1]) Ueber die Befugnis des Regierungspräsidenten und des Ministers des Innern, ortspolizeiliche Vorschriften außer Kraft zu setzen, vergleiche man jetzt § 145 des oben abgedruckten Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883.

Gesetz, betreffend die Kosten Königlicher Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden.

Vom 20. April 1892.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtags der Monarchie, was folgt:

§ 1. In denjenigen Stadtgemeinden, in welchen die örtliche Polizeiverwaltung ganz oder teilweise von einer königlichen Behörde geführt wird, bestreitet der Staat alle durch diese Verwaltung entstehenden Ausgaben einschließlich der Kosten für das Nachtwachtwesen und erhebt, unbeschadet der Bestimmung des § 7 Absatz 3 des Gesetzes vom 23. April 1883 — Gesetz-Samml. S. 65 — alle mit dieser Verwaltung verbundenen Einnahmen. Zu den Ausgaben tragen nach Maßgabe der Kopfzahl der Civilbevölkerung jährlich bei:

a) die Stadtgemeinde Berlin je 2,50 Mark,
b) die Stadtgemeinde Cassel neben der feststehenden Summe von jährlich 8354,05 Mark je 0,32 Mark,

von den übrigen Stadtgemeinden mit Königlicher Polizeiverwaltung:

c) diejenigen mit mehr als 75000 Einwohnern je 1,50 Mark,
d) diejenigen mit mehr als 40000 bis 75000 Einwohnern je 1,10 Mark,
e) diejenigen mit 40000 und weniger Einwohnern je 0,70 Mark,

für jeden Kopf der Bevölkerung.

Ueber die Verwendung dieser Beiträge, insbesondere auch zur Vermehrung der Landgendarmerie behufs Ausdehnung der Thätigkeit derselben auf die zu Landkreisen gehörigen Stadtgemeinden und behufs Verstärkung derselben in den Vororten der einen eigenen Kreis bildenden Städte mit kommunaler Polizeiverwaltung, wird durch den Staatshaushalts-Etat alljährlich Bestimmung getroffen.

§ 2. Ausgaben der örtlichen Polizeiverwaltung im Sinne des § 1 sind sämtliche Dienstbezüge (Besoldungen, Remunerationen, Wohnungsgeldzuschüsse, Lokal- und Stellenzulagen, Dienstaufwands-, Mietsentschädigungen, Equipagen- und Pferdeunterhaltungsgelder), Pensionen und Wartegelder der Polizeibeamten, Witwen- und Waisengelder für Hinterbliebene solcher Beamten, Fuhr- und Transportkosten, Mieten für Dienstwohnungen, Kosten für Bekleidung und Ausrüstung der Schutzmannschaft, für Bureaubedürfnisse, für Beschaffung und bauliche Unterhaltung der Polizeidienstgebäude, Polizeigefängniskosten und besondere Ausgaben im Interesse der örtlichen Polizeiverwaltung.

§ 3. Maßgebend für die Berechnung der Einwohnerzahl ist in betreff der Bestimmungen dieses Gesetzes die durch die jedesmalige letzte Volkszählung ermittelte Zahl der ortsanwesenden Civilbevölkerung. Die Aenderung dieser Zahl tritt ein mit dem Beginn des auf die jedesmalige Volkszählung folgenden Etatsjahres.

Der von den Stadtgemeinden zu leistende Kostenbeitrag ist in vierteljährlichen Teilbeträgen vorauszuzahlen.

§ 4. Die Stadtgemeinden sind verpflichtet, die ihnen gehörigen Grundstücke, Gebäude, Gebäudeteile, Inventarstücke und Einrichtungen, welche gegenwärtig den Zwecken der Königlichen Ortspolizeiverwaltung unentgeltlich dienen, auch ferner auf die Dauer des Bedürfnisses für diese Zwecke unentgeltlich herzugeben.

§ 5. Erstreckt sich der Bezirk der Königlichen Ortspolizeiverwaltung in einer Stadtgemeinde auf benachbarte Landgemeinden oder Gutsbezirke, so sind die beteiligten Verbände verpflichtet, zu den Ausgaben der Polizeiverwaltung nach den Bestimmungen des § 1 mit der Maßgabe beizutragen, daß der auf den Kopf zu berechnende Beitragssatz nach der Einwohnerzahl des beitragenden Gemeinde- oder Gutsbezirks (§ 3) bemessen wird, und wo diese Einwohnerzahl unter 10000 bleibt, durch den Oberpräsidenten, jedoch

in keinem Falle höher als auf 0,70 Mark für jeden Kopf, festgesetzt wird. Werden solchen Gemeinde- oder Gutsbezirken einzelne Zweige der örtlichen Polizeiverwaltung belassen oder überwiesen, so tritt eine entsprechende Ermäßigung des Beitragssatzes ein, dessen Höhe durch den Oberpräsident festgesetzt wird.

Gegen den Festsetzungsbeschluß des Oberpräsidenten findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgericht statt.

---

§ 6. In denjenigen Stadtgemeinden, welchen einzelne Zweige der Ortspolizeiverwaltung zur eigenen Verwaltung überwiesen sind oder, bei der auf Antrag der Gemeinden einzuleitenden Neuregelung der Verwaltung der Wohlfahrtspolizei zukünftig überwiesen oder bei künftiger Uebernahme der Ortspolizeiverwaltung durch eine Königliche Behörde belassen werden, tritt eine der Minderausgabe des Staates entsprechende Ermäßigung des nach Maßgabe der Kopfzahl der Civilbevölkerung zu zahlenden Beitragssatzes ein. Die Höhe dieses ermäßigten Satzes wird von dem Oberpräsidenten festgesetzt. Gegen den Festsetzungsbeschluß des Oberpräsidenten findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgericht statt.

---

§ 7. Mit dem 1. April 1893 erlischt:

1) die im Vertrage vom 21. Juni 1844 übernommene Verpflichtung der Stadt Königsberg i. Pr. zur Zahlung eines Zuschusses von 7500 Mark jährlich zu den Kosten der dortigen Polizeiverwaltung;
2) die im § 4 des Vertrages vom 15. August 1857 und 3. Februar 1858 übernommene Verpflichtung der Stadt Breslau, zu den Unterhaltungs- und Neubaukosten des dortigen Polizeipräsidialgebäudes beizutragen;
3) die im Vertrage vom 22. August und 1. September 1879 übernommene Verpflichtung der Stadt Danzig zur baulichen Unterhaltung des dortigen Polizeigeschäftshauses;
4) die im Vertrage vom 31. Juli 1837 übernommene Verpflichtung der Stadt Berlin, die Kosten des Nachtwachtwesens zu tragen.

Im übrigen wird in den bestehenden Verträgen, welche bestimmte Ausgaben einer Königlichen Polizeiverwaltung dem Staate oder der Gemeinde auferlegen, oder welche die Hergabe von Grundstücken und die Errichtung von Gebäuden für eine Königliche Polizeiverwaltung betreffen, durch dieses Gesetz nichts geändert.

---

§ 8. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. April 1893 in Kraft. Mit diesem Zeitpunkte werden alle demselben zuwiderlaufenden Bestimmungen aufgehoben.

---

§ 9. Der Minister des Innern ist mit der Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt und erläßt die hierzu erforderlichen Anordnungen.

Gesetz, betreffend den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Uebertretungen.

Vom 23. April 1883.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen auf Grund der §§ 453 bis 458 der Strafprozeßordnung für das Deutsche Reich vom 1. Februar 1877 (Reichs-Gesetzbl. S. 253) mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages Unserer Monarchie, für den ganzen Umfang derselben, was folgt:

§ 1. Wer die Polizeiverwaltung in einem bestimmten Bezirke auszuüben hat, ist befugt, wegen der in diesem Bezirke verübten, in seinen Verwaltungsbereich fallenden Uebertretungen die Strafe durch Verfügungen festzusetzen, sowie eine etwa verwirkte Einziehung zu verhängen. Die polizeiliche Strafverfügung ist auch gegen

Beschuldigte im Alter von 12 bis 18 Jahren zulässig.

Wird Geldstrafe festgesetzt, so ist zugleich die für den Fall des Unvermögens an die Stelle der Geldstrafe tretende Haft zu bestimmen.

Die festzusetzende Geldstrafe darf den Betrag von 30 Mark, die Haft, auch wenn sie an die Stelle einer nicht beizutreibenden Geldstrafe tritt, die Dauer von drei Tagen nicht überschreiten. Erachtet der Polizeiverwalter eine höhere Strafe für gerechtfertigt, so muß die Verfolgung dem Amtsanwalte überlassen werden.

---

§ 2. Die Festsetzung einer Strafe durch die Polizeibehörde findet nicht statt:

1) bei Uebertretungen, für deren Aburteilung die Rheinschiffahrtsgerichte,[1]) die Elbzollgerichte[1]) oder die Gewerbegerichte zuständig sind;
2) bei Uebertretungen der Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben oder Gefälle;
3) bei Uebertretungen bergpolizeilicher Vorschriften.

---

§ 3. Der Beschuldigte kann gegen die Strafverfügung binnen einer Woche nach der Bekanntmachung in Gemäßheit der Strafprozeßordnung auf gerichtliche Entscheidung antragen.

Ist gegen einen Beschuldigten im Alter von 12 bis 18 Jahren eine Strafverfügung erlassen, so kann binnen der für den Beschuldigten laufenden Frist auch der gesetzliche Vertreter desselben auf gerichtliche Entscheidung antragen.

---

§ 4. Die Strafverfügung muß außer der Festsetzung der Strafe die strafbare Handlung, Zeit und Ort derselben, die angewendete Strafvorschrift und die Beweismittel, sowie die Kasse bezeichnen, an welche die Geldstrafe zu zahlen ist.

Sie muß die Eröffnung enthalten:

a) daß der Beschuldigte binnen einer Woche nach der Bekanntmachung auf gerichtliche Entscheidung antragen könne;
b) daß der Antrag entweder bei der Polizeibehörde, welche die Strafverfügung erlassen hat, oder bei dem zuständigen Amtsgericht bzw. Elbzollgericht und Rheinschiffahrtsgericht anzubringen sei;
c) daß die Strafverfügung, falls innerhalb der bestimmten Frist ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung nicht erfolge, vollstreckbar werde.

---

§ 5. Die polizeiliche Strafverfügung ist nach Maßgabe der zu erlassenden Ausführungsbestimmungen (§ 13) dem Beschuldigten durch einen öffentlichen Beamten zu behändigen.

---

§ 6. Für dieses Verfahren (§§ 1 bis 5) sind weder Stempel noch Gebühren anzusetzen, die baren Auslagen aber fallen dem Beschuldigten nach näherer Maßgabe der zu erlassenden Ausführungsbestimmungen (§ 13) in allen Fällen zur Last, in welchen eine Strafe endgültig gegen ihn festgesetzt ist.

---

§ 7. Die in Gemäßheit dieses Gesetzes endgültig festgesetzten Geldstrafen, sowie die eingezogenen Gegenstände fallen demjenigen zu, welcher die sächlichen Kosten der Polizeiverwaltung zu tragen hat.

Der Letztere ist dagegen verpflichtet, die durch Festsetzung und Vollstreckung der Strafen entstehenden, von dem Beschuldigten nicht beizutreibenden Kosten zu tragen.

Insoweit besondere Vorschriften bestehen, nach welchen Geldstrafen oder eingezogene Gegenstände einem anderen Berechtigten zufallen, findet die Vorschrift des ersten Absatzes keine Anwendung. Desgleichen bleiben vertragsmäßige Bestimmungen unberührt.

---

[1]) § 1 des Gesetzes über den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Uebertretung strom- und schiffahrtspolizeilicher Vorschriften auf der Elbe und auf dem Rheine vom 26. Juli 1897:

Die Bestimmung im § 2 des Gesetzes über den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Uebertretungen vom 23. April 1883 (Gesetz-Samml. S. 65), wonach bei den dort genannten Uebertretungen eine Straffestsetzung durch die Polizeibehörde nicht stattfindet, tritt bei Uebertretungen derjenigen strom- und schiffahrtspolizeilichen Vorschriften, für deren Aburteilung die Elbzollgerichte und die Rheinschiffahrtsgerichte zuständig sind, außer Kraft.

§ 8. Ist der Amtsanwalt eingeschritten, bevor die polizeiliche Strafverfügung dem Beschuldigten behändigt worden, so ist die letztere wirkungslos.

§ 9. Wird bei dem Amtsgericht bezw. Elbzollgericht und Rheinschiffahrtgericht auf gerichtliche Entscheidung angetragen, so ist dem Antragsteller eine Bescheinigung hierüber kostenfrei zu erteilen.

§ 10. Ist die polizeiliche Strafverfügung vollstreckbar geworden, so findet wegen derselben Handlung eine fernere Anschuldigung nicht statt, es sei denn, daß die Handlung keine Uebetretung, sondern ein Vergehen oder Verbrechen darstellt und daher die Polizeibehörde ihre Zuständigkeit überschritten hat.

In diesem Falle ist während des gerichtlichen Verfahrens die Vollstreckung der Strafverfügung einzustellen; erfolgt eine rechtskräftige Verurteilung wegen eines Vergehens oder Verbrechens, so tritt die Strafverfügung außer Kraft.

§ 11. Gegen Militärpersonen dürfen die Polizeibehörden Strafen nur wegen solcher Uebertretungen festzusetzen, zu deren Aburteilung im gerichtlichen Verfahren die ordentlichen Gerichte zuständig sind. Eine Festsetzung von Haft für den Fall des Unvermögens (§ 1 Absatz 2) findet durch die Polizeibehörde nicht statt.

§ 12. Das gegenwärtige Gesetz tritt am 1. Juli 1883 in Kraft und in denjenigen Landesteilen, in welchen zur Zeit das Gesetz vom 14. Mai 1852 Geltung hat, an die Stelle dieses Gesetzes und der dasselbe ergänzenden Bestimmungen.

Von diesem Tage ab sind für das weitere Verfahren in denjenigen Sachen, in welchen eine polizeiliche Strafverfügung noch nicht behändigt ist, die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes maßgebend.

§ 13. Die Minister des Innern und der Justiz haben die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen reglementarischen Bestimmungen zu erlassen.

Gesetz über die Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf polizeiliche Verfügungen.

Vom 11. Mai 1842.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc.

verordnen zur Beseitigung der Zweifel, welche über die Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf polizeiliche Verfügungen entstanden sind, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsrats für den ganzen Umfang der Monarchie was folgt:

§ 1. Beschwerden über polizeiliche Verfügungen jeder Art, sie mögen die Gesetzmäßigkeit, Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit derselben betreffen, gehören vor die vorgesetzte Dienstbehörde.[1])

Der Rechtsweg ist in Beziehung auf solche Verfügungen nur dann zulässig, wenn die Verletzung eines zum Privateigentum gehörigen Rechts behauptet wird, und nur unter den nachfolgenden näheren Bestimmungen.

§ 2.[1]) Wenn derjenige, welchem durch eine polizeiliche Verfügung eine Verpflichtung auferlegt wird, die Befreiung von derselben auf Grund einer besonderen gesetzlichen Vorschrift oder eines speziellen Rechtstitels behauptet, so ist die richterliche Entscheidung sowohl über das Recht zu dieser Befreiung, als auch über dessen Wirkungen zulässig.

[1]) Man vergleiche jetzt § 127 des oben abgedruckten Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883.

§ 3.[1]) Die Verfügung (§ 2) kann jedoch, des Widerspruchs ungeachtet, zu Ausführung gebracht werden, wenn solches nach dem Ermessen der Polizeibehörde ohne Nachteil für das Allgemeine nicht ausgesetzt bleiben kann. Nach ergangenem rechtskräftigem Erkenntnisse muß die Polizeibehörde dessen Bestimmungen bei ihren weiteren Anordnungen beachten.

§ 4. Steht einer polizeilichen Verfügung ein besonderes Recht auf Befreiung (§ 2) nicht entgegen, es wird aber behauptet, daß durch dieselbe ein solcher Eingriff in Privatrechte geschehen sei, für welchen nach den gesetzlichen Vorschriften über Aufopferungen der Rechte und Vorteile des Einzelnen im Interesse des Allgemeinen, Entschädigung gewährt werden muß, so findet der Rechtsweg darüber statt: ob ein Eingriff dieser Art vorhanden sei, und zu welchem Betrage dafür Entschädigung geleistet werden müsse.

Eine Wiederherstellung des früheren Zustandes kann in diesem Falle niemals verlangt werden, wenn solche nach dem Ermessen der Polizeibehörde unzulässig ist.

§ 5. Gebührt der Polizeibehörde nur die Befugnis zu einer vorläufigen Anordnung mit Vorbehalt der Rechte der Beteiligten, oder behauptet derjenige, welchem durch eine polizeiliche Verfügung eine Verpflichtung auferlegt worden ist, daß diese Verpflichtung ganz oder teilweise einem anderen obliege, so ist zur Feststellung der Rechte unter den Beteiligten und über die zu leistende Entschädigung die richterliche Entscheidung zulässig.[2])

§ 6.[3]) Wird eine polizeiliche Verfügung im Wege der Beschwerde als gesetzwidrig oder unzulässig aufgehoben, so bleiben dem Beteiligten seine Gerechtsame nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über die Vertretungsverbindlichkeit der Beamten vorbehalten.

§ 7. Sämtliche, sowohl allgemeine als besondere Vorschriften über Gegenstände dieses Gesetzes und namentlich die Vorschriften der Verordnung vom 26. Dezember 1808, §§ 38 bis 40 werden hierdurch aufgehoben.

Gesetz, betreffend die Erweiterung des Rechtsweges.

Vom 24. Mai 1861.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

Erster Abschnitt.

In Beziehung auf die Ansprüche der Staatsbeamten wegen ihrer Diensteinkünfte.

§ 1. Ueber vermögensrechtliche Ansprüche der Staatsbeamten aus ihrem Dienstverhältnis, insbesondere über Ansprüche auf Besoldung, Pension oder Wartegeld, findet mit folgenden Maßgaben der Rechtsweg statt.

§ 2. Die Entscheidung des Verwal-

---

[1]) Man vergleiche jetzt § 53 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883.

[2]) Man vergleiche jetzt § 56 Nr. 5, § 66 Nr. 3 und § 160 des oben abgedruckten Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883.

[3]) Man vergleiche § 131 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883.

tungschefs muß mit Ausnahme des Falles, wo ein Beamter durch eine von der Ober-Rechnungskammer getroffene Festsetzung verkürzt zu sein glaubt, der Klage vorhergehen, und letztere sodann bei Verlust des Klagerechts innerhalb sechs Monaten, nachdem dem Beamten die Entscheidung des Verwaltungschefs oder die Festsetzung der Ober-Rechnungskammer bekannt gemacht worden, angebracht werden.

§ 3. Die Klage ist gegen diejenige Provinzialbehörde des betreffenden Verwaltungsressorts und in Ermangelung eines solchen gegen denjenigen Regierungspräsidenten[1]) zu richten, in dessen Amtsbezirk, der Beamte zu der Zeit, wo der streitige Anspruch entstanden ist, vermöge seines dienstlichen Wohnsitzes seinen persönlichen Gerichtsstand gehabt hat. Der Stadtbezirk von Berlin wird in dieser Beziehung zum Bezirk der Regierung zu Potsdam gerechnet.

Für die Prozesse von Beamten in den Hohenzollernschen Landen ist der Regierungspräsident in Sigmaringen zur Vertretung des Fiskus befugt.

§ 4.[2])

§ 5. Die Entscheidungen der Disziplinar- und Verwaltungsbehörden darüber, ob und von welchem Zeitpunkt ab ein Beamter aus seinem Amte zu entfernen, einstweilen oder definitiv in den Ruhestand zu versetzen oder zu suspendieren sei, über die Verhängung von Ordnungsstrafen, sowie darüber, ob und wie weit eine geforderte Vergütung in Ermangelung eines vorher bestimmten Betrages oder Maßstabes derselben mit der betreffenden Leistung im Verhältnis stehe, sind für die Beurteilung der von den Gerichten geltend gemachten vermögensrechtlichen Ansprüche maßgebend.

§ 6. Ingleichen sind bei der richterlichen Beurteilung nächst den, dem Beamten besonders erteilten Zusicherungen und den Bestimmungen der allgemeinen Landesgesetze, die zur Zeit der Entstehung des streitigen Anspruchs in Kraft gewesenen Königlichen Anordnungen, sowie die seitens der Centralbehörden ergangenen, den Provinzialbehörden mitgeteilten und die mit Genehmigung der Centralbehörden von den Provinzialbehörden erlassenen allgemeinen Verfügungen, soweit solche nicht den Gesetzen oder Königlichen Anordnungen zuwiderlaufen, zum Grunde zu legen.

§ 7. Soweit über vermögensrechtliche Ansprüche der Staatsbeamten bereits vor dem Eintritt der Gesetzeskraft des § 1 von dem Könige oder dem Staatsministerium entschieden worden ist, können dieselben bei den Gerichten nicht weiter verfolgt werden.

§ 8. Alle den §§ 1 bis 7 entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben.

Zweiter Abschnitt.

In Beziehung auf öffentliche Abgaben im Allgemeinen.[3])

§ 9. Wegen allgemeiner Anlagen und Abgaben (§§ 36, 41 der Verordnung vom 26. Dezember 1808, Gesetz-Samml. von 1817, S. 283, §§ 78, 79, Teil II. Tit. 14,

[1]) Man vergleiche § 2 des Gesetzes, betreffend die Vertretung des Fiskus in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten der Justizverwaltung, vom 14. März 1885.

§ 2. Die Anordnungen darüber, wie die Vertretung des Fiskus in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, welche Angelegenheiten der Justizverwaltung betreffen, zu erfolgen hat, erläßt der Justizminister.

Durch die daraufhin ergangenen Justizministerialverfügungen sind die Regierungspräsidenten mit der Vertretung des Fiskus betraut.

[2]) Ueber die Zulässigkeit der Revision vergleiche man jetzt § 39 Nr. 1 des im ersten Bande abgedruckten Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz und § 547 Nr. 2 der Civilprozeßordnung.

[3]) Man vergleiche jetzt § 160 des oben abgedruckten Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883.

Allgemeinen Landrechts) kann auf Grund der Behauptung, daß die einzelne Forderung bereits früher getilgt oder verjährt sei, die Klage auf Erstattung des Gezahlten angestellt werden, jedoch bei Verlust des Klagerechts nur binnen spätestens sechs Monaten nach erfolgter Beitreibung oder geleisteter Zahlung.

§ 10. Der Rechtsweg findet ferner statt, wenn der Herangezogene behauptet, daß die geforderte Abgabe keine öffentliche Abgabe sei, sondern auf einem aufgehobenen privatrechtlichen Fundamente, insbesondere einem früheren gutsherrlichen, schutzherrlichen oder grundherrlichen Verhältnisse beruhe.

Dritter Abschnitt.

In Beziehung auf die Stempelsteuer.

§ 11.[1]) Wer zur Entrichtung eines Wertstempels oder eines nicht nach dem Betrage des Gegenstandes zu bemessenden Vertragsstempels gar nicht oder nicht in dem geforderten Betrage verpflichtet zu sein vermeint, ist befugt, dies gerichtlich geltend zu machen.

§ 12.[1]) Die Klage ist bei Verlust des Klagerechts binnen sechs Monaten nach erfolgter Beitreibung oder mit Vorbehalt geleisteter Zahlung des Stempelbetrages anzubringen. Hinsichtlich der Stempel, welche zu Gerichtskassen eingezogen werden, ist die Klage gegen die Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgerichte, in allen übrigen Fällen gegen die zur Verwaltung der indirekten Steuern bestimmte Provinzialbehörde zu richten.

§ 13 hat keine Geltung mehr.

§ 14 ist aufgehoben.

Vierter Abschnitt.

In Beziehung auf Kirchen-, Pfarr- und Schulabgaben.

§ 15. Das rechtliche Gehör ist in Beziehung auf die in Nr. 1 der Allerhöchsten Order vom 19. Juni 1836 (Gesetz-Samml. S. 198) aufgeführten Abgaben und Leistungen, welche für Kirchen und öffentliche Schulen oder für deren Beamte auf Grund einer notorischen Orts- oder Bezirksverfassung erhoben werden, desgleichen in Beziehung auf Forderungen öffentlicher Schul- und Erziehungsanstalten an Schul- und Pensionsgeld fortan unbedingt gestattet. In Beziehung auf solche Abgaben und Leistungen, welche auf einer allgemeinen gesetzlichen Verbindlichkeit, bezüglich auf einer, von der aufsichtführenden Regierung in Gemäßheit gesetzlicher Bestimmung angeordneten oder exekutorisch erklärten Umlage beruhen, findet der Rechtsweg aber nur insoweit statt, als dies bei öffentlichen Abgaben der Fall ist.

§ 16. Die Bestimmung in der Nr. 3 der Allerhöchsten Order vom 19. Juni 1836 wird aufgehoben.

[1]) Die §§ 11 und 12 sind aufgehoben durch § 35 des Preußischen Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 (abgedruckt im Band I). Man vergleiche jetzt den § 26 des genannten Gesetzes.

Verordnung, betreffend die Zulässigkeit des Rechtsweges und die Anwendung der Gesetze vom 8. April 1847 über das Verfahren bei Kompetenzkonflikten zwischen den Gerichten und Verwaltungsbehörden und vom 13. Februar 1854 über die Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen in den durch die Gesetze vom 20. September und 24. Dezember 1866 der Monarchie einverleibten Landesteilen.

Vom 16. September 1867.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen für die durch die Gesetze vom 20. September und 24. Dezember 1866 (Gesetz-Samml. S. 555, 875, 876 Unserer Monarchie einverleibten Landesteile, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt:

I. Allgemeine Bestimmungen.

Artikel I.

Ueber Angelegenheiten, welche nach den im Geltungsbereiche des Preußischen Landrechts bestehenden allgemeinen Bestimmungen der Erledigung im Verwaltungswege mit Ausschluß des Rechtsweges unterliegen, findet auch in den durch die Gesetze vom 20. September und 24. Dezember 1866 (Gesetz-Samml. S. 555, 875, 876) Unserer Monarchie einverleibten Landesteilen ein Prozeßverfahren nicht statt.

Soweit diesen Bestimmungen zufolge der Rechtsweg nur unter gewissen Maßgaben oder Voraussetzungen zulässig ist, oder hinsichtlich des Prozeßverfahrens bei Beschreitung des Rechtsweges oder des Verfahrens in Steuerdefraudationssachen, wenn die Einrede der Nichtverpflichtung zur Entrichtung der Steuer entgegengestellt wird, besondere Vorschriften bestehen, finden in den gedachten Landesteilen die nämlichen Maßgaben, Voraussetzungen oder Vorschriften Anwendung.

Artikel II.

Beschränkungen des Rechtsweges in den vorgedachten Landesteilen, welche mit den im Geltungsgebiete des Preußischen Landrechts bestehenden allgemeinen Bestimmungen nicht im Einklange stehen, sind aufgehoben.

Ueber die Verbindlichkeit zur Zahlung bezw. Fortentrichtung derjenigen in den Herzogtümern Schleswig und Holstein bestehenden Gefälle, welche aus der Zeit vor der Vereinigung mit Unserer Monarchie herrühren, findet der Rechtsweg indes nur mit der aus der bisherigen Gesetzgebung sich ergebenden Beschränkung statt.

Artikel III.

Das Verfahren bei Kompetenzkonflikten zwischen den Gerichten und Verwaltungsbehörden richtet sich nach dem Gesetz vom 8. April 1847 (Gesetz-Samml. S. 170).[1])

Die Entscheidung erfolgt durch das Oberverwaltungsgericht.

Artikel IV.

Die Befugnisse, welche den vorgesetzten Civil- und Militärbehörden bei gerichtlichen Verfolgungen ihrer Untergebenen wegen Amts- und Diensthandlungen nach dem Gesetze vom 13. Februar 1854 (Gesetz-Samml. S. 86) zustehen, finden auch in den Eingangs bezeichneten Landesteilen Anwendung. Ueber die Konflikte entscheidet nach näherer Maßgabe des gedachten Gesetzes der im Artikel III bezeichnete Gerichtshof, bezw. das Militär-Justizdepartement.

[1]) Man vergleiche jetzt auch § 114 des oben abgedruckten Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und die Verordnung vom 1. August 1879 auf Seite 382.

II. Besondere Bestimmungen.

Artikel V und VI

haben keine Bedeutung mehr.

III. Schluß- und Uebergangsbestimmungen.

Artikel VII.

Alle dieser Verordnung entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben.

Hinsichtlich der Zulässigkeit des Rechtsweges bei Expropriationen, sowie bei Gemeinheitsteilungen, Ablösungen und Zusammenlegungen wird jedoch durch die gegenwärtige Verordnung an den bestehenden Vorschriften nichts geändert.

Ebenso bleibt hinsichtlich derjenigen Ansprüche von Staatsbeamten aus ihrem Dienstverhältnisse, welche aus der Zeit vor der Publikation dieser Verordnung geltend gemacht werden, für die Zulässigkeit des Rechtsweges die bisherige Gesetzgebung der einzelnen Landesteile auch ferner in Kraft.

Artikel VIII.

Die gegenwärtige Verordnung erlangt mit dem Tage ihrer Verkündigung Gesetzeskraft.

Ansprüche, über welche vor diesem Zeitpunkte im Verwaltungswege endgültig entschieden worden ist, können, sofern gegen diese Entscheidung nach den bisherigen Landesgesetzen der Rechtsweg nicht zulässig war, auch ferner nicht bei den Gerichten verfolgt werden.

Artikel IX.

Zur Entscheidung der nach den bisherigen Landesgesetzen bereits erhobenen Kompetenzkonflikte ist der im Artikel III bezeichnete Gerichtshof gleichfalls zuständig.

Soweit das bisherige Verfahren den Vorschriften der §§ 5 bis 13 des Gesetzes vom 8. April 1847 nicht entspricht, ist den letzteren gemäß dasselbe zu ergänzen.

Verordnung, betreffend die Kompetenzkonflikte zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden.

Vom 1. August 1879.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen auf Grund des § 17 Absatz 2 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze, was folgt:

§ 1. Die Entscheidung von Streitigkeiten über die Zulässigkeit des Rechtswegs erfolgt in den durch diese Verordnung bestimmten Fällen durch den Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte.

§ 2. Der Gerichtshof besteht aus elf Mitgliedern, von denen sechs dem Kammergericht zu Berlin angehören müssen. Die anderen fünf Mitglieder müssen für den höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt befähigt sein. Zum Mitgliede kann nur ernannt werden, wer das 35. Lebensjahr vollendet hat.

Die Mitglieder werden für die Dauer des zur Zeit ihrer Ernennung von ihnen bekleideten Amtes oder, falls sie zu dieser Zeit ein Amt nicht bekleiden, auf Lebenszeit ernannt. Eine Enthebung vom Amte kann nur unter denselben Voraussetzungen wie bei den Mitgliedern des Reichsgerichts stattfinden.

Der Vorsitzende und die übrigen Mitglieder werden vom Könige auf den Vorschlag des Staatsministeriums ernannt.

§ 3. Der Gerichtshof entscheidet in der Besetzung von sieben Mitgliedern.

Die Geschäftsordnung, insbesondere die

Befugnisse des Vorsitzenden und die Reihenfolge, in welcher die Mitglieder an den einzelnen Sitzungen teilzunehmen haben, werden durch ein Regulativ geordnet, welches der Gerichtshof zu entwerfen und dem Staatsministerium zur Bestätigung einzureichen hat.

§ 4. Der Gerichtshof entscheidet, wenn die Verwaltungsbehörden den Rechtsweg in einem bei den Gerichten anhängigen bürgerlichen Rechtsstreite für unzulässig erachten und deshalb der Kompetenzkonflikt erhoben wird.

Der Kompetenzkonflikt kann nicht erhoben werden, wenn die Zulässigkeit des Rechtswegs in der Sache durch rechtskräftiges Urteil des Gerichts feststeht.

§ 5.[1]) Zur Erhebung des Kompetenzkonflikts ist nur die Central- und die Provinzial-Verwaltungsbehörde befugt.

Dieselben können den Kompetenzkonflikt auch dann erheben, wenn die Zuständigkeit zur Entscheidung der Sache für die Verwaltungsgerichte in Anspruch genommen wird.

Hat die Provinzialbehörde mehrere Abteilungen, so steht die Erhebung des Kompetenzkonflikts dem Plenum zu.

§ 6. Die Erhebung des Kompetenzkonflikts erfolgt bei dem Gerichte, bei welchem die Sache anhängig ist, durch die schriftliche Erklärung der Verwaltungsbehörde, daß der Rechtsweg für unzulässig erachtet werde.

Der Erklärung soll eine Begründung beigefügt werden.

Wird die Erklärung bei einem Gerichte, bei welchem die Sache nicht anhängig ist, abgegeben, so hat dieses die Erklärung an das zuständige Gericht zu übersenden.

§ 7. Das Prozeßverfahren wird durch die Erhebung des Kompetenzkonflikts für die Dauer des denselben betreffenden Verfahrens unterbrochen (§ 249 der Civilprozeßordnung). Durch die nach dem Schlusse einer mündlichen Verhandlung eintretende Unterbrechung wird auch die Verkündung einer Entscheidung gehindert.

Das Gericht hat die Verwaltungsbehörde von dem Eingange der Erklärung und die Parteien von der Erhebung des Kompetenzkonflikts von Amtswegen zu benachrichtigen.

Den Parteien ist zugleich eine Abschrift der Erklärung zu übersenden.

§ 8. Ist die Sache bei einem Gericht höherer Instanz anhängig, so sind die Prozeßakten, unter Beifügung der Erklärung der Verwaltungsbehörde und der Zustellungsurkunden über die Benachrichtigung der Parteien, dem Gerichtsschreiber des Gerichts erster Instanz zurückzusenden.

§ 9. Innerhalb der Frist eines Monats, die mit der Zustellung der Benachrichtigung beginnt, können die Parteien bei dem Gericht erster Instanz einen Schriftsatz über den Kompetenzkonflikt einreichen.

Der Schriftsatz muß von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein. Oeffentliche Behörden, sowie Personen, welche zum Richteramt befähigt sind, können den Schriftsatz ohne Zuziehung eines Rechtsanwalts einreichen.

Das Gericht hat der Verwaltungsbehörde und der Gegenpartei den Schriftsatz in Abschrift mitzuteilen. Die erforderliche Zahl von Abschriften ist von der Partei einzureichen.

Sind innerhalb der Frist Schriftsätze nicht eingegangen, so hat das Gericht der Verwaltungsbehörde davon Anzeige zu machen.

§ 10. Nach Eingang der Schriftsätze der Parteien oder, wenn Schriftsätze nicht eingegangen sind, nach Ablauf der im § 9 bestimmten Frist sendet das Gericht die Akten mittelst gutachtlichen Berichts an das Oberlandesgericht, welches ihn unter Beifügung seines Gutachtens dem Justizminister überreicht.

Der Justizminister sendet die Akten und die Gutachten der Gerichte an den Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte und setzt davon den beteiligten Verwaltungschef in Kenntnis.

[1]) Man vergleiche § 113 des oben abgedruckten Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883.

§ 11. Die Provinzialverwaltungsbehörden haben an den beteiligten Verwaltungschef Anzeige von der Erhebung des Kompetenzkonflikts zu erstatten und unter Vorlegung der Erklärungen der Parteien gutachtlich zu berichten.

Der Verwaltungschef kann dem Gerichtshof eine schriftliche Erklärung über den Kompetenzkonflikt mitteilen.

Er ist befugt, den Kompetenzkonflikt zurückzunehmen. In diesem Falle werden die Akten von dem Gerichtshof an den Justizminister und von diesem an das Gericht, bei welchem die Sache anhängig war, zurückgesandt. Das Gericht hat den Parteien die Zurücknahme des Kompetenzkonflikts von Amtswegen anzuzeigen.

§ 12. Die Entscheidung des Gerichtshofes über den Kompetenzkonflikt erfolgt auf Grund mündlicher Verhandlung in öffentlicher Sitzung. Die Vorschriften der §§ 170 bis 185 des Gerichtsverfassungsgesetzes über Oeffentlichkeit und Sitzungspolizei, sowie die Vorschriften der §§ 159 ff. der Civilprozeßordnung über die Aufnahme eines Protokolls finden entsprechende Anwendung.

§ 13. Der Termin zur mündlichen Verhandlung wird von dem Vorsitzenden von Amts wegen bestimmt.

Die Parteien sind zu dem Termin von Amts wegen zu laden. Das Erscheinen der Parteien oder eines Vertreters ist nicht erforderlich.

Die Parteien müssen sich, wenn sie in dem Termin verhandeln wollen, durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen. Diese Vorschrift findet auf öffentliche Behörden und auf Personen, welche zum Richteramt befähigt sind, keine Anwendung.

Die Bestimmung des Termins ist dem beteiligten Verwaltungschef anzuzeigen. Derselbe kann einen Beamten mit seiner Vertretung beauftragen.

§ 14. In dem Termin zur mündlichen Verhandlung giebt ein von dem Vorsitzenden beauftragtes Mitglied des Gerichtshofes eine Darstellung der bisher stattgefundenen Verhandlungen. Sodann werden die Vertreter der Parteien und der von dem Verwaltungschef abgeordnete Beamte gehört.

§ 15. Das Urteil kann nur von denjenigen Mitgliedern gefällt werden, welche der dem Urteil zu Grunde liegenden Verhandlung beigewohnt haben.

Die Verkündung des Urteils erfolgt in dem Termin, in welchem die mündliche Verhandlung geschlossen wird, oder in einem sofort anzuberaumenden Termin, welcher nicht über eine Woche hinaus angesetzt werden soll.

In dem Urteil sind die Namen der Mitglieder, welche bei der Entscheidung mitgewirkt haben, anzugeben.

§ 16. Die Ausfertigungen der Urteile sind von dem Vorsitzenden zu unterschreiben und mit dem Gerichtssiegel zu versehen.

§ 17. Eine Ausfertigung des Urteils ist dem Verwaltungschef, eine andere mit den gerichtlichen Akten dem Justizminister mitzuteilen.

Der Justizminister übersendet die Ausfertigung des Urteils mit den Akten an das Gericht, bei welchem die Sache anhängig war. Das Gericht hat den Parteien das Urteil von Amts wegen zustellen zu lassen.

§ 18. Ist der Rechtsweg für unzulässig erkannt, so werden Gerichtskosten nicht erhoben und die bereits erhobenen zurückgezahlt; eine Erstattung der den Parteien erwachsenen Kosten findet nicht statt.

§ 19. Ist zur Zeit der Erhebung des Kompetenzkonflikts ein in dem Rechtsstreit erlassenes Urteil vorläufig vollstreckbar, so hat das Gericht, bei welchem die Sache anhängig ist, die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung von Amts wegen anzuordnen. Gegen diese Entscheidung findet kein Rechtsmittel statt.

Wird der Rechtsweg für zulässig erkannt oder der Kompetenzkonflikt zurückgenommen, so ist die Entscheidung von Amts wegen wieder aufzuheben.

§ 20. Das durch die Erhebung eines Kompetenzkonflikts veranlaßte Verfahren ist gebühren- und stempelfrei. Bare Auslagen werden nicht in Ansatz gebracht. Eine Erstattung der den Parteien erwachsenen Kosten findet nicht statt.

§ 21. Haben in einer Sache einerseits die Gerichte und andererseits die Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichte ihre Unzuständigkeit endgültig ausgesprochen, weil von den Gerichten die Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichte und von diesen die Gerichte für zuständig erachtet sind, so entscheidet der Gerichtshof über den Kompetenzkonflikt auf Antrag einer bei der Sache beteiligten Partei.

Der Antrag ist bei dem Gericht anzubringen, bei welchem die Sache in erster Instanz anhängig war. Der Antrag ist der Gegenpartei von Amts wegen zuzustellen. Diese kann innerhalb der Frist eines Monats einen Schriftsatz über den Kompetenzkonflikt einreichen.

Im übrigen finden die Vorschriften der §§ 9 bis 17, 20 dieses Gesetzes entsprechende Anwendung.

Der Gerichtshof hat in seinem Urteil die demselben entgegenstehenden Entscheidungen aufzuheben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an die betreffende Instanz zu verweisen.

---

§ 22. Bei Anwendung der Vorschriften dieser Verordnung gelten die Auseinandersetzungsbehörden als Verwaltungsbehörden.

---

§ 23. Auf die Erledigung der vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung anhängig gewordenen Kompetenzkonflikte finden die bisherigen Bestimmungen über das Verfahren Anwendung.

---

§ 24. Diese Verordnung tritt gleichzeitig mit dem Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft.

Gesetz, betreffend die Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen.

Vom 13. Februar 1854.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc.
verordnen, mit Zustimmung der Kammern, was folgt:

§ 1. Wenn gegen einen Civil- oder Militärbeamten wegen einer in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amtes vorgenommenen Handlung oder wegen Unterlassung einer Amtshandlung eine gerichtliche Verfolgung im Wege des Civil- oder Strafprozesses eingeleitet worden ist, so steht der vorgesetzten Provinzial- oder Centralbehörde des Beamten, falls sie glaubt, daß demselben eine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse oder Unterlassung einer ihm obliegenden Amtshandlung nicht zur Last fällt, die Befugnis zu, den Konflikt zu erheben.

Auf einen solchen Konflikt finden die Vorschriften des Gesetzes vom 8. April 1847 (Gesetz-Samml. 1847 S. 170), des § 11 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze vom 27. Januar 1877 (Reichsgesetzbl. S. 77) und des § 114 des Landesverwaltungsgesetzes Anwendung.

---

§ 2. Erachtet das Oberverwaltungsgericht vor Fällung seines Urteils noch thatsächliche Ermittelungen für erforderlich, so ist es befugt, solche durch die Verwaltungs- oder durch die Gerichtsbehörden zu veranlassen, insbesondere die Fortsetzung der gerichtlichen Instruktion oder Untersuchung bis zu einem zu bestimmenden Ziele anzuordnen.[1])

---

§ 3. Befindet das Oberverwaltungsgericht (§ 2), daß dem Beamten eine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse oder

[1]) Man vergleiche §§ 113, 114 des oben abgedruckten Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883.

Unterlassung einer ihm obliegenden Amtshandlung nicht zur Last fällt, so entscheidet es, daß der Rechtsweg gegen den Beamten unzulässig sei, im entgegengesetzten Falle aber, daß derselbe zulässig sei. — Ein Urteil der letzteren Art präjudiziert weder dem Beamten in seiner weiteren Verteidigung vor dem Gerichte, noch dem Gerichte in seiner rechtlichen Entscheidung der Sache.

§ 4. Vorstehende Bestimmungen sind auch anwendbar, wenn eine gerichtliche Verfolgung wegen Amtshandlungen (§ 1) gegen einen aus dem Dienste bereits ausgeschiedenen Beamten oder gegen die Erben eines Beamten anhängig wird.

§ 5. Unter den Beamten (§ 1) sind auch diejenigen, welche in mittelbarem Staatsdienste stehen, einbegriffen.

§ 6. Das gegenwärtige Gesetz findet auch Anwendung, wenn Personen des Soldatenstandes wegen Handlungen, welche von ihnen bei Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung ihrer Dienstverrichtungen vorgenommen sind, oder wegen Unterlassung ihrer Dienstverrichtungen bei anderen als Militärgerichten belangt werden. — In diesen Fällen steht dem vorgesetzten Divisionskommandeur oder kommandierenden General die Befugnis zu, den Konflikt zu erheben. Die Verrichtungen des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte werden durch das Militär-Justizdepartement ausgeübt, welches unter Mitwirkung dreier höheren Offiziere, die von dem Könige jedesmal auf drei Jahre bezeichnet werden, zu entscheiden hat. Die Beschlußnahme erfolgt auf den schriftlichen Vortrag zweier rechtsverständiger Referenten, deren einer von dem Justizminister, der andere von dem Kriegsminister ernannt wird.

§ 7. Ausgeschlossen aus dem gegenwärtigen Gesetze bleiben die Fälle, in denen die gerichtliche Verfolgung eingeleitet ist:

1) gegen richterliche Beamte,
2) gegen andere Justizbeamte, mit Ausnahme der Beamten der Staatsanwaltschaft und der gerichtlichen Polizei,
3) gegen die im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Köln angestellten Hypothekenbewahrer und Civilstandsbeamten.

Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit.

Vom 12. Februar 1850.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc.
verordnen, mit Zustimmung beider Kammern, unter Aufhebung des Gesetzes vom 24. September 1848, was folgt:

§ 1 bis 5.[1])

§ 6. Die im § 3 genannten Behörden, Beamten und Wachtmannschaften[2]) sind befugt, Personen in polizeiliche Verwahrung zu nehmen, wenn der eigene Schutz dieser Personen oder die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sittlichkeit, Sicherheit und Ruhe diese Maßregel dringend erfordern. Die polizeilich in Verwahrung genommenen Personen müssen jedoch spätestens im Laufe des folgenden Tages in Freiheit ge-

[1]) Ueber Verhaftung und vorläufige Festnahme vergleiche man jetzt §§ 112 und folgende der Strafprozeßordnung.

[2]) d. i. „die Polizeibehörden und andere Beamte, welchen nach den bestehenden Gesetzen die Pflicht obliegt, Verbrechen und Vergehen nachzuforschen, sowie die Wachtmannschaften."

setzt oder es muß in dieser Zeit das Erforderliche veranlaßt werden, um sie der zuständigen Behörde zu überweisen.

§ 7. In eine Wohnung darf wider den Willen des Inhabers niemand eindringen, außer auf Grund einer aus amtlicher Eigenschaft folgenden Befugnis oder eines von einer gesetzlich dazu ermächtigten Behörde erteilten Auftrags.

§ 8. Das Eindringen in die Wohnung während der Nachtzeit ist verboten. Die Nachtzeit umfaßt für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März die Stunden von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und für die Zeit vom 1. April bis 30. September die Stunden von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens.

§ 9. Das Verbot, in eine Wohnung zur Nachtzeit einzudringen, begreift nicht die Fälle einer Feuer- oder Wassersnot, einer Lebensgefahr oder eines aus dem Inneren der Wohnung hervorgegangenen Ansuchens; es bezieht sich nicht auf die Orte, in welchen während der Nachtzeit das Publikum ohne Unterschied zugelassen wird, solange diese Orte dem Publikum zum ferneren Eintritt oder dem eingetretenen Publikum zum ferneren Verweilen geöffnet sind.

§ 10. Zum Zweck der vorläufigen Ergreifung und Festnahme einer Person, welche bei Ausführung einer strafbaren Handlung oder gleich nach derselben verfolgt worden, sowie zum Zweck der Wiederergreifung eines entsprungenen Gefangenen, darf der verfolgende oder zugezogene Beamte, ingleichen die verfolgende oder zugezogene Wachtmannschaft, auch zur Nachtzeit in eine Wohnung eindringen. Außerdem darf zum Zwecke der Verhaftung oder vorläufigen Festnahme der verfolgende Beamte nur dann zur Nachtzeit in eine Wohnung eindringen, wenn dringende Gründe dafür sprechen, daß bei längerer Verzögerung der Verfolgte sich der Festnahme ganz entziehen werde. Der Zutritt zu den von Militärpersonen benutzten Wohnungen darf den Militärvorgesetzten oder -Beauftragten, behufs Vollziehung dienstlicher Befehle, auch zur Nachtzeit nicht versagt werden. Das Verbot in eine Wohnung bei Nachtzeit einzudringen, bezieht sich nicht auf diejenigen Räume, welche die Zoll- und Steuerbeamten zur Vollziehung der ihnen obliegenden Revisionen zu betreten berechtigt sind, ohne durch die Bestimmunggen der Zoll- und Steuergesetze auf die Tageszeit beschränkt zu sein.

§§ 11 bis 13.[1])

Gesetz über den Belagerungszustand.

Vom 4. Juni 1851.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc.
verordnen, mit Zustimmung der Kammern, was folgt:

§ 1. Für den Fall eines Krieges ist in den, von dem Feinde bedrohten oder teilweise schon besetzten Provinzen jeder Festungskommandant befugt, die ihm anvertraute Festung mit ihrem Rayonbezirke, der kommandierende General aber den Bezirk des Armeekorps oder einzelne Teile desselben zum Zweck der Verteidigung in Belagerungszustand zu erklären.

§ 2. Auch für den Fall eines Aufruhrs kann bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit, der Belagerungszustand sowohl in Kriegs- als in Friedenszeiten erklärt werden.

Die Erklärung des Belagerungszustandes geht alsdann vom Staatsministerium aus, kann aber provisorisch und vorbehaltlich der sofortigen Bestätigung oder

[1]) Ueber Durchsuchungen vergleiche man jetzt §§ 102 und folgende der Strafprozeßordnung.

Beseitigung durch dasselbe, in dringenden Fällen, rücksichtlich einzelner Orte und Distrikte, durch den obersten Militärbefehlshaber in denselben, auf den Antrag des Verwaltungschefs des Regierungsbezirks, wenn aber Gefahr im Verzuge ist, auch ohne diesen Antrag erfolgen.

In Festungen geht die provisorische Erklärung des Belagerungszustandes von dem Festungskommandanten aus.

§ 3. Die Erklärung des Belagerungszustandes ist bei Trommelschlag oder Trompetenschall zu verkünden, und außerdem durch Mitteilung an die Gemeindebehörde, durch Anschlag an öffentlichen Plätzen und durch öffentliche Blätter ohne Verzug zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. — Die Aufhebung des Belagerungszustandes wird durch Anzeige an die Gemeindebehörde und durch die öffentlichen Blätter zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

§ 4. Mit der Bekanntmachung der Erklärung des Belagerungszustandes geht die vollziehende Gewalt an die Militärbefehlshaber über. Die Civilverwaltungs- und Gemeindebehörden haben den Anordnungen und Aufträgen der Militärbefehlshaber Folge zu leisten.

Für ihre Anordnungen sind die betreffenden Militärbefehlshaber persönlich verantwortlich.

§ 5. Wird bei Erklärung des Belagerungszustandes für erforderlich erachtet, die Artikel 5, 6, 7, 27, 28, 29, 30 und 36 der Verfassungsurkunde, oder einzelne derselben, zeit- und distriktweise außer Kraft zu setzen, so müssen die Bestimmungen darüber ausdrücklich in die Bekanntmachung über die Erklärung des Belagerungszustandes aufgenommen, oder in einer besonderen, unter der nämlichen Form (§ 3) bekannt zu machenden Verordnung verkündet werden.

Die Suspension der erwähnten Artikel oder eines derselben ist nur für den Bezirk zulässig, der in Belagerungszustand erklärt ist, und nur für die Dauer des Belagerungszustandes.

§ 6. Die Militärpersonen stehen während des Belagerungszustandes unter den Gesetzen, welche für den Kriegszustand erteilt sind. — Auch finden auf dieselben die §§ 8 und 9 dieser Verordnung Anwendung.

§ 7. In den in Belagerungszustand erklärten Orten oder Distrikten hat der Befehlshaber der Besatzung (in den Festungen der Kommandant) die höhere Militärgerichtsbarkeit über sämtliche zur Besatzung gehörende Militärpersonen.

Auch steht ihm das Recht zu, die wider diese Personen ergehenden kriegsrechtlichen Erkenntnisse zu bestätigen. Ausgenommen hiervon sind nur in Friedenszeiten die Todesurteile; diese unterliegen der Bestätigung des kommandierenden Generals der Provinz.

Hinsichtlich der Ausübung der niederen Gerichtsbarkeit verbleibt es bei den Vorschriften des Militär-Strafgesetzbuches.

§ 8.[1]) Wer in einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Distrikte der vorsätzlichen Brandstiftung, der vorsätzlichen Verursachung einer Ueberschwemmung, oder des Angriffs oder des Widerstandes gegen die bewaffnete Macht oder Abgeordnete der Civil- oder Militärbehörde in offener Gewalt und mit Waffen oder gefährlichen Werkzeugen versehen sich schuldig macht, wird mit dem Tode bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann, statt der Todesstrafe, auf zehn- bis zwanzigjährige Zuchthausstrafe erkannt werden.

§ 9. Wer in einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Distrikte

a) in Beziehung auf die Zahl, die Marschrichtung oder angeblichen Siege der Feinde oder Aufrührer wissentlich falsche Gerüchte ausstreut oder verbreitet, welche geeignet sind, die Civil- oder Militärbehörden hinsichtlich ihrer Maßregeln irre zu führen, oder

b) ein bei Erklärung des Belagerungszustandes oder während desselben vom Militärbefehlshaber im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenes Verbot übertritt, oder zu solcher Uebertretung auffordert oder anreizt, oder

[1]) Man vergleiche § 4 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuche.

c) zu dem Verbrechen des Aufruhrs, der thätlichen Widersetzlichkeit, der Befreiung eines Gefangenen, oder zu andern § 8 vorgesehenen Verbrechen, wenn auch ohne Erfolg, auffordert oder anreizt, oder

d) Personen des Soldatenstandes zu Verbrechen gegen die Subordination oder Vergehungen gegen die militärische Zucht und Ordnung zu verleiten sucht,

soll, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden.

---

§ 10. Wird unter Suspension des Artikels 7 der Verfassungsurkunde zur Anordnung von Kriegsgerichten geschritten, so gehört vor dieselben die Untersuchung und Aburteilung der Verbrechen des Hochverrats, des Landesverrats, des Mordes, des Aufruhrs, der thätlichen Widersetzung, der Zerstörung von Eisenbahnen und Telegraphen, der Befreiung von Gefangenen, der Meuterei, des Raubes, der Plünderung, der Erpressung, der Verleitung der Soldaten zur Untreue, und der in den §§ 8 und 9 mit Strafe bedrohten Verbrechen und Vergehen, insofern alle genannten Verbrechen und Vergehen nach der Erklärung und Bekanntmachung des Belagerungszustandes begangen oder fortgesetzte Verbrechen sind.

Als Hochverrat und Landesverrat sind, bis zur rechtlichen Geltung eines Strafgesetzbuchs für die ganze Monarchie, in dem Bezirke des Rheinischen Appellationshofes zu Köln die Verbrechen und Vergehen wider die innere und äußere Sicherheit des Staats (Artikel 75 bis 108 des Rheinischen Strafgesetzbuchs) anzusehen.[1])

Ist die Suspension des Art. 7 der Verfassungsurkunde nicht vom Staatsministerium erklärt, so bleibt in Friedenszeiten bei den von dem Kriegsgerichte eingeleiteten Untersuchungen die Vollstreckung des Urteils ausgesetzt, bis die Suspension vom Staatsministerium genehmigt ist.

---

§ 11. Die Kriegsgerichte bestehen aus fünf Mitgliedern, unter denen zwei von dem Vorstande des Civilgerichtes des Ortes zu bezeichnende richterliche Civilbeamte, und drei von dem Militärbefehlshaber, welcher am Orte den Befehl führt, zu ernennende Offiziere sein müssen. Die Offiziere sollen mindestens Hauptmannsrang haben; fehlt es an Offizieren dieses höheren Ranges, so ist die Zahl aus Offizieren des nächsten Grades zuergänzen.

Sofern in einer vom Feinde eingeschlossenen Festung die erforderliche Zahl von richterlichen Civilbeamten nicht vorhanden ist, soll dieselbe von dem kommandierenden Militärbefehlshaber aus den Mitgliedern der Gemeindevertretung ergänzt werden. Ist kein richterlicher Civilbeamter in der Festung vorhanden, so ist stets ein Auditeur Civilmitglied des Kriegsgerichts.

Die Zahl der Kriegsgerichte richtet sich, wenn eine ganze Provinz, oder ein Teil derselben in Belagerungszustand erklärt ist, nach dem Bedürfnis, und den Gerichtssprengel eines jeden dieser Gerichte bestimmt in derartigen Fällen der kommandirende General.

---

§ 12. Den Vorsitz in den Sitzungen der Kriegsgerichte führt ein richterlicher Beamter.

Von dem Vorsitzenden werden, bevor das Gericht seine Geschäfte beginnt, die zu Mitgliedern desselben bestimmten Offiziere und eintretendenfalls diejenigen Civilmitglieder, welche dem Richterstande nicht angehören, dahin vereidigt,

daß sie die Obliegenheiten des ihnen übertragenen Richteramtes mit Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit, den Gesetzen gemäß, erfüllen wollen.

Der Militärbefehlshaber, welcher die dem Offizierstande angehörigen Mitglieder des Kriegsgerichts ernennt, beauftragt als Berichterstatter einen Auditeur, oder in dessen Ermangelung einen Offizier. Dem Berichterstatter liegt ob, über die Handhabung und Anwendung des Gesetzes zu wachen, und durch Anträge die Ermittelung der Wahrheit zu fördern. Stimmrecht hat derselbe nicht.

Als Gerichtsschreiber wird zur Führung des Protokolls ein von dem Vorsitzenden des Kriegsgerichts zu bezeichnender und von ihm zu vereidigender Beamter der Civilverwaltung zugezogen.

---

[1]) Absatz 2 hat heute keine Bedeutung mehr. Er ist durch die §§ 80 bis 93 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich ersetzt.

§ 13. Für das Verfahren vor den Kriegsgerichten gelten folgende Bestimmungen:

1. Das Verfahren ist mündlich und öffentlich; die Oeffentlichkeit kann vom Kriegsgerichte oder durch einen öffentlich zu begründenden Beschluß ausgeschlossen werden, wenn es dies aus Gründen des öffentlichen Wohls für angemessen erachtet.
2. Der Beschuldigte kann sich eines Verteidigers bedienen. — Wählt er keinen Verteidiger, so muß ihm ein solcher von Amts wegen von dem Vorsitzenden des Gerichts bestellt werden, insofern es sich um solche Verbrechen oder Vergehen handelt, bei welchen nach dem allgemeinen Strafrecht eine höhere Strafe, als Gefängnis bis zu einem Jahre, eintritt.
3. Der Berichterstatter trägt in Anwesenheit des Beschuldigten die demselben zur Last gelegte Thatsache vor.

   Der Beschuldigte wird aufgefordert, sich darüber zu erklären, demnächst wird zur Erhebung der anderweiten Beweismittel geschritten.

   Sodann wird dem Berichterstatter zur Aeußerung über die Resultate der Vernehmungen und die Anwendung des Gesetzes, und zuletzt dem Beschuldigten und seinem Verteidiger das Wort gestattet.

   Das Urteil wird bei sofortiger nichtöffentlicher Beratung des Gerichts nach Stimmenmehrheit gefaßt und unmittelbar darauf dem Beschuldigten verkündigt.
4. Das Gericht erkennt auf die gesetzliche Strafe oder auf Freisprechung, oder Verweisung an den ordentlichen Richter.

   Der Freigesprochene wird sofort der Haft entlassen. Die Verweisung an den ordentlichen Richter findet statt, wenn das Kriegsgericht sich für nicht kompetent erachtet; es erläßt in diesem Falle über die Fortdauer oder Aufhebung der Haft im Urteile zugleich besondere Verfügung.
5. Das Urteil, welches den Tag der Verhandlung, die Namen der Richter, die summarische Erklärung des Beschuldigten über die ihm vorgehaltene Beschuldigung, die Erwähnung der Beweisaufnahme und die Entscheidung über die Thatfrage und den Rechtspunkt, sowie das Gesetz, auf welches das Urteil begründet ist, enthalten muß, wird von den sämtlichen Richtern und dem Gerichtsschreiber unterzeichnet.
6. Gegen die Urteile der Kriegsgerichte findet kein Rechtsmittel statt. Die auf Todesstrafe lautenden Erkenntnisse unterliegen jedoch der Bestätigung des im § 7 bezeichneten Militärbefehlshabers, und zwar in Friedenszeiten der Bestätigung des kommandierenden Generals der Provinz.
7. Alle Strafen, mit Ausnahme der Todesstrafe, werden binnen 24 Stunden nach der Verkündigung des Erkenntnisses, Todesstrafen binnen gleicher Frist, nach Bekanntmachung der erfolgten Bestätigung an den Angeschuldigten zum Vollzug gebracht.
8. Die Todesstrafe wird durch Erschießen vollstreckt. Sind Erkenntnisse, welche auf Todesstrafe lauten, bei Aufhebung des Belagerungszustandes noch nicht vollzogen, so wird diese Strafe von den ordentlichen Gerichten in diejenige Strafe umgewandelt, welche, abgesehen von dem Belagerungszustande, die gesetzliche Folge der von dem Kriegsgerichte als erwiesen angenommenen That gewesen sein würde.

---

§ 14. Die Wirksamkeit der Kriegsgerichte hört mit der Beendigung des Belagerungszustandes auf.

---

§ 15. Nach aufgehobenem Belagerungszustande werden alle vom Kriegsgerichte erlassenen Urteile samt Belagstücken und dazu gehörenden Verhandlungen, sowie die noch schwebenden Untersuchungssachen an die ordentlichen Gerichte abgegeben; diese haben in den von dem Kriegsgerichte noch nicht abgeurteilten Sachen nach den ordentlichen Strafgesetzen, und nur in den Fällen des § 9 nach den in diesem getroffenen Strafbestimmungen zu erkennen.

---

§ 16. Auch wenn der Belagerungszustand nicht erklärt ist, können im Falle des Krieges oder Aufruhrs, bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Artikel 5, 6, 27, 28, 29, 30 und 36

der Verfassungsurkunde oder einzelne derselben vom Staatsministerium zeit- und distriktweise außer Kraft gesetzt werden.[1])

§ 17. Ueber die Erklärung des Belagerungszustandes, sowie über jede, sei es neben derselben (§ 5) oder in dem Falle des § 16 erfolgte Suspension auch nur eines der §§ 5 und 16 genannten Artikel der Verfassungsurkunde, muß den Kammern sofort, beziehungsweise bei ihrem nächsten Zusammentreten, Rechenschaft gegeben werden.

§ 18. Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Vorschriften werden aufgehoben.

Das gegenwärtige Gesetz tritt an die Stelle der Verordnung vom 10. Mai 1849 und der Deklaration vom 4. Juli 1849 (Gesetz-Samml. S. 165 und 250).

Gesetz, betreffend die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatz des bei öffentlichen Aufläufen verursachten Schadens.

Vom 11. März 1850.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc.

verordnen, unter Zustimmung beider Kammern, was folgt:[2])[3])

§ 1. Finden bei einer Zusammenrottung oder einem Zusammenlaufe von Menschen durch offene Gewalt, oder durch Anwendung der dagegen getroffenen gesetzlichen Maßregeln, Beschädigungen des Eigentums, oder Verletzungen von Personen statt, so haftet die Gemeinde, in deren Bezirk diese Handlungen geschehen sind, für den dadurch verursachten Schaden.

§ 2. Die im § 1 festgestellte Verantwortlichkeit tritt nicht ein, wenn die Beschädigung durch eine von außen her in den Gemeindebezirk eingedrungene Menschenmenge verursacht worden und in diesem Falle die Einwohner des letzteren zur Abwehr des Schadens erweislich außer stande gewesen sind.

---

[1]) Der sogenannte kleine Belagerungszustand.

[2]) Man vergleiche Artikel 108 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche:

> Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die Verpflichtung zum Ersatze des Schadens, der bei einer Zusammenrottung, einem Auflauf oder einem Aufruhr entsteht.

[3]) Die Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der dem Gesetze schuldigen Achtung, vom 17. August 1835, bestimmt über die Schadensersatzpflicht für Sachbeschädigungen, die bei Tumulten vorgefallen sind:

> § 11. Für Beschädigungen an Sachen, welche bei solchen Gelegenheiten vorfallen, haften nicht nur die Urheber derselben, sondern auch alle diejenigen solidarisch:
>
> a) welche sich bei einem Auflaufe irgend eine gesetzwidrige Handlung haben zu Schulden kommen lassen, und
>
> b) alle Zuschauer, welche sich an dem Orte des Auflaufs befunden und nach dem Einschreiten der Orts- oder Polizeibehörde nicht sogleich entfernt haben. Keine Entschuldigung eines Zuschauers wird beachtet, wenn seine Anwesenheit noch bei dem Einschreiten der bewaffneten Macht stattgefunden hat.
>
> Denen, die sich nur in dem letzteren Falle befunden haben, bleibt der Regreß an diejenigen vorbehalten, die sich mit ihnen in demselben Falle befinden, zu gleichen Teilen, an die Urheber und die Teilnehmer des Verbrechens aber für den ganzen von ihnen gezahlten Betrag.

§ 3. Im Falle des § 2 liegt die Entschädigungspflicht der Gemeinde oder den Gemeinden ob, auf deren Gebiet die Ansammlung oder von deren Bezirk aus der Ueberfall stattgehabt hat, es sei denn, daß auch diese Gemeinden erweislich nicht im stande gewesen wären, den verursachten Schaden zu verhindern.

Mehrere nach den vorstehenden Bestimmungen verpflichtete Gemeinden (§§ 1 und 3) haften, dem Beschädigten gegenüber, solidarisch.

§ 4. Hat in einer Gemeinde eine Beschädigung der im § 1 gedachten Art stattgefunden, so ist der Vorstand der Gemeinde berechtigt und auf Ansuchen des Beschädigten verpflichtet, den angerichteten Schaden vorläufig zu ermitteln und festzustellen.

Bei dieser Ermittelung sind die Interessenten, so weit als möglich, zuzuziehen.

§ 5. Wer von der Gemeinde Schadenersatz fordern will, muß seine Forderung binnen 14 Tagen präklusivischer Frist, nachdem das Dasein des Schadens zu seiner Wissenschaft gelangt ist, bei dem Gemeindevorstande anmelden und binnen 4 Wochen präklusivischer Frist nach dem Tage, an welchem ihm der Bescheid des Gemeindevorstandes zugegangen ist, erforderlichenfalls gerichtlich geltend machen.

§ 6. Bezüglich der Entschädigungspflicht derjenigen Personen, welchen eine solche nach Maßgabe der besonderen Gesetze obliegt, wird durch vorstehende Bestimmungen nichts geändert. Der Gemeinde, welche ihrer Entschädigungspflicht Genüge geleistet hat, steht der Regreß an die für den Schaden nach allgemeinen Grundsätzen Verhafteten zu.

§ 7. Bis zum Erlaß eines allgemeinen Gesetzes über eine Gemeinde-, Bürger- oder Schutzwehr sind die Bezirksregierungen ermächtigt, auf den Antrag der Gemeinden die Errichtung eines bewaffneten Sicherheitsvereins anzuordnen.

Gesetz, betreffend die Verlegung der Landes-Buß- und Bettage.

Vom 12. März 1893.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages für den Umfang der Monarchie, mit Ausschluß der Hohenzollernschen Landen, was folgt:

§ 1. Die in den verschiedenen Landesteilen der Monarchie bestehenden Buß- und Bettage, insbesondere der Mittwoch nach dem Sonntag Jubilate, gelten fortan nicht mehr als allgemeine Feiertage.

§ 2. Dem Mittwoch an dem letzten Trinitatissonntage wird die Geltung eines allgemeinen Feiertages beigelegt.

§ 3. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes wird durch Königliche Verordnung[1]) bestimmt.

[1]) Das Gesetz ist am 1. April 1893 in Kraft getreten.

Gesetz, betreffend den Charfreitag.

Vom 2. September 1899.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages für diejenigen Landesteile, in welchen der Charfreitag nach den bestehenden Gesetzen nicht die Eigenschaft eines allgemeinen Feiertages hat, was folgt:

Einziger Paragraph.

Der Charfreitag hat die Geltung eines bürgerlichen allgemeinen Feiertages.

In Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung soll die bestehende herkömmliche Werktagsthätigkeit (auch die gewerbliche Thätigkeit — § 105a ff. der Reichsgewerbeordnung —) am Charfreitage nicht verboten werden; es sei denn, daß es sich um öffentlich bemerkbare oder geräuschvolle Arbeiten in der Nähe von dem Gottesdienst gewidmeten Gebäuden handelt.

Gesetz über die Termine bei Wohnungs-Mietsverträgen.

Vom 30. Juni 1834.[1])

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc.

finden Uns bewogen, zur Beseitigung einiger bei Verträgen über Wohnungs-Mieten vorgekommenen Zweifel, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsrats für den ganzen Umfang Unserer Monarchie folgendes zu bestimmen:

§ 1 gilt nicht mehr.

§ 2. Wo es nötig gefunden werden sollte, bei größeren Wohnungen die gesetzliche Räumungsfrist zu verlängern, kann solches, unter Berücksichtigung der bestehenden örtlichen Gewohnheiten, durch eine von der Ortspolizeibehörde zu erlassende Verordnung mit verbindlicher Kraft für alle Einwohner des betreffenden Orts angeordnet werden; solche Verordnungen bedürfen jedoch der Bestätigung der vorgesetzten Regierung. Die Regierungen werden hierüber von dem Ministerium des Innern und der Polizei mit Instruktion versehen werden.

§ 3. Fallen Sonntage oder Feiertage in die bestimmte Umzugszeit, so soll an solchen Tagen die außerdem vorhandene Verbindlichkeit des Mieters ruhen.

[1]) Man vergleiche Artikel 93 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche:

> Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die Fristen, bis zu deren Ablaufe gemietete Räume bei Beendigung des Mietverhältnisses zu räumen sind.

Gesetz, betreffend die Errichtung öffentlicher, ausschließlich zu benutzender Schlachthäuser.

Vom 18. März 1868.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

§ 1. In denjenigen Gemeinden, in welchen eine Gemeindeanstalt zum Schlachten von Vieh (öffentliches Schlachthaus) errichtet ist, kann durch Gemeindebeschluß angeordnet werden, daß innerhalb des ganzen Gemeindebezirks oder eines Teils desselben das Schlachten sämtlicher oder einzelner Gattungen von Vieh, sowie gewisse mit dem Schlachten in unmittelbarem Zusammenhange stehende, bestimmt zu bezeichnende Verrichtungen, ausschließlich in dem öffentlichen Schlachthause, resp. den öffentlichen Schlachthäusern, vorgenommen werden dürfen.

In dem Gemeindebeschlusse kann bestimmt werden, daß das Verbot der ferneren Benutzung anderer als der in einem öffentlichen Schlachthause befindlichen Schlachtstätten:

1. auf die im Besitze und in der Verwaltung von Innungen oder Korporationen befindlichen gemeinschaftlichen Schlachthäuser,
2. auf das nicht gewerbsmäßig betriebene Schlachten,

keine Anwendung finde.

§ 2. Durch Gemeindebeschluß kann nach Errichtung eines öffentlichen Schlachthauses angeordnet werden:

1. daß alles in dasselbe gelangende Schlachtvieh zur Feststellung seines Gesundheitszustandes sowohl vor als nach dem Schlachten einer Untersuchung durch Sachverständige zu unterwerfen ist;
2. daß alles nicht im öffentlichen Schlachthause ausgeschlachtete frische Fleisch in dem Gemeindebezirke nicht eher feilgeboten werden darf, bis es einer Untersuchung durch Sachverständige gegen eine zur Gemeindekasse fließende Gebühr unterzogen ist;
3. daß in Gastwirtschaften und Speisewirtschaften frisches Fleisch, welches von auswärts bezogen ist, nicht eher zum Genusse zubereitet werden darf, bis es einer gleichen Untersuchung unterzogen ist;
4. daß sowohl auf den öffentlichen Märkten als in den Privatverkaufsstätten das nicht im öffentlichen Schlachthause ausgeschlachtete frische Fleisch von dem daselbst ausgeschlachteten Fleisch gesondert feilzubieten ist;
5. daß in öffentlichen, im Eigentum und in der Verwaltung der Gemeinde stehenden Fleischverkaufshallen frisches Fleisch von Schlachtvieh nur dann feilgeboten werden darf, wenn es im öffentlichen Schlachthause ausgeschlachtet ist;
6. daß diejenigen Personen, welche in dem Gemeindebezirk das Schlächtergewerbe oder den Handel mit frischem Fleisch als stehendes Gewerbe betreiben, innerhalb des Gemeindebezirks das Fleisch von Schlachtvieh, welches sie nicht in dem öffentlichen Schlachthause, sondern an einer anderen innerhalb eines durch den Gemeindebeschluß festzusetzenden Umkreises gelegenen Schlachtstätte geschlachtet haben, oder haben schlachten lassen, nicht feilbieten dürfen.

Die Regulative für die Untersuchung (Nr. 1, 2 und 3) und der Tarif für die zu erhebende Gebühr (Nr. 2 und 3) werden gleichfalls durch Gemeindebeschluß festgesetzt und zur öffentlichen Kenntnis gebracht. In dem Regulativ für die Untersuchung des nicht im öffentlichen Schlachthause ausgeschlachteten Fleisches (Nr. 2) kann angeordnet werden, daß das der Untersuchung zu unterziehende Fleisch dem Fleischbeschauer in größeren Stücken (Hälften, Vierteln) und, was Kleinvieh anbelangt, in unzerteiltem Zustande vorzulegen ist; die in dem Tarife (Nr. 2 und 3) fest-

zusetzenden Gebühren dürfen die Kosten der Untersuchung nicht übersteigen.

Die Anordnungen zu Nr. 2 bis 6 können nur in Verbindung mit der Anordnung zu Nr. 1 und dem Schlachtzwang (§ 1) beschlossen werden, sie bleiben für diejenigen Teile des Gemeindebezirks und diejenigen Gattungen von Vieh, welche gemäß § 1 von dem Schlachtzwange ausgenommen sind, außer Anwendung.

Im übrigen steht es den Gemeinden frei, die unter Nr. 2—6 aufgeführten Anordnungen sämtlich oder teilweise, und die einzelnen Anordnungen in ihrem vollen, durch das Gesetz begrenzten Umfange oder in beschränktem Umfange zu beschließen.

---

§ 3. Die in den §§ 1 und 2 bezeichneten Gemeindebeschlüsse bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Bezirksausschusses.

Das Verbot der Benutzung anderer als der im öffentlichen Schlachthause befindlichen Schlachtstätten (§ 1) tritt 6 Monate nach der Veröffentlichung des genehmigten Gemeindebeschlusses in Kraft, sofern nicht in diesem Beschlusse selbst eine längere Frist bestimmt ist.

Neue Privatschlachtanstalten dürfen von dem Tage dieser Veröffentlichung ab nicht mehr errichtet werden.

---

§ 4. Die Gemeinde ist verpflichtet, das öffentliche, ausschließlich zu benutzende Schlachthaus den öffentlichen Bedürfnissen entsprechend einzurichten und zu erhalten.

Will die Gemeinde die Anstalt eingehen lassen, so ist der Termin der Aufhebung von der Genehmigung des Bezirksausschusses abhängig.

---

§ 5. Die Gemeinde ist befugt, für die Benutzung der Anstalt, sowie für die Untersuchung des Schlachtviehes, bezw. des Fleisches, Gebühren zu erheben. Der Gebührentarif wird durch Gemeindebeschluß auf mindestens einjährige Dauer festgesetzt und zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Die Höhe der Tarifsätze ist so zu bemessen, daß

1. die für die Untersuchung (§ 2) zu entrichtenden Gebühren, die Kosten dieser Untersuchung,
2. die Gebühren für die Schlachthausbenutzung den zur Unterhaltung der Anlagen, für die Betriebskosten, sowie zur Verzinsung und allmählichen Amortisation des Anlagekapitals und der etwa gezahlten Entschädigungssumme (§ 7) erforderlichen Betrag

nicht übersteigen.

Ein höherer Zinsfuß als fünf Prozent jährlich und eine höhere Amortisationsquote als ein Prozent nebst den jährlich ersparten Zinsen darf hierbei nicht berechnet werden.

---

§ 6. Die Benutzung der Anstalt darf bei Erfüllung der allgemein vorgeschriebenen Bedingungen niemanden versagt werden.

---

§ 7. Den Eigentümern und Nutzungsberechtigten der in dem Gemeindebezirke vorhandenen Privatschlachtanstalten ist für den erweislichen, wirklichen Schaden, welchen sie dadurch erleiden, daß die zum Schlachtbetriebe dienenden Gebäude und Einrichtungen infolge der nach § 1 getroffenen Anordnung ihrer Bestimmung entzogen werden, von der Gemeinde Ersatz zu leisten. Bei Berechnung des Schadens ist namentlich zu berücksichtigen, daß der Ertrag, welcher von den Grundstücken und Einrichtungen bei anderweiter Benutzung erzielt werden kann, von dem bisherigen Ertrage in Abzug zu bringen ist.

Eine Entschädigung für Nachteile, welche aus Erschwerungen oder Störungen des Geschäftsbetriebes hergeleitet werden möchten, findet nicht statt.

---

§ 8. Soweit Pacht- und Mietsverträge die Benutzung von Privatschlachtanstalten zum Gegenstande haben, erreichen solche Verträge ihr Ende spätestens mit dem Ablauf der nach § 3 den Schlachthausbesitzern gewährten Frist.

Ein Entschädigungsanspruch wegen dieser Auflösung allein steht dem Verpächter und Pächter gegeneinander nicht zu.

---

§ 9. Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten (Pächter, Mieter) von Privatschlachtanstalten sind bei Vermeidung des Verlustes ihrer Entschädigungsansprüche gegen die Gemeinde verpflichtet, dieselben innerhalb der ihnen nach § 3 gewährten Frist bei der Bezirksregierung anzumelden.

Diese Behörde ernennt einen Kommissarius, welcher unter Zuziehung von zwei Beisitzern den Anspruch zu prüfen und den Betrag der Entschädigung zu ermitteln hat.

Der eine der Beisitzer ist von dem Entschädigungsberechtigten, der andere von der Gemeinde zu wählen. Erfolgt die Wahl nicht binnen einer vom Kommissarius zu bestimmenden mindestens zehntägigen Frist, so ernennt dieser die Beisitzer.

§ 10. Nach Beendigung der Instruktion reicht der Kommissarius die Verhandlungen mit seinem Gutachten dem Bezirksausschusse ein, welcher über den Entschädigungsanspruch durch ein mit Gründen abgefaßtes Resolut entscheidet und eine Ausfertigung desselben jedem der Beteiligten durch den Kommissarius aushändigen läßt.

§ 11. Gegen das Resolut steht jedem der Beteiligten innerhalb einer Frist von vier Wochen, vom Tage der Behändigung des Resoluts an gerechnet, die Beschreitung des Rechtsweges zu.

Nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist hat das Resolut die Wirkung eines rechtskräftigen Erkenntnisses.

§ 12. Die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes finden auch auf den Fall Anwendung, in welchem die Gemeinde das öffentliche, ausschließlich zu benutzende Schlachthaus nicht selbst errichtet, sondern die Errichtung desselben einem andern Unternehmer überläßt. In diesem Falle verbleiben der Gemeinde die ihr in diesem Gesetze auferlegten Verpflichtungen. Das gegenseitige Verhältnis zwischen der Gemeinde und dem Unternehmer ist durch einen Vertrag zu regeln, welcher der Bestätigung des Bezirksausschusses unterliegt.

§ 13 hat keine Bedeutung mehr.

§ 14. Wer der nach § 1 getroffenen Anordnung zuwider außerhalb des öffentlichen Schlachthauses entweder Vieh schlachtet oder eine der sonstigen im Gemeindebeschlusse näher bezeichneten Verrichtungen vornimmt, ferner wer den Anordnungen zuwiderhandelt, welche durch die in § 2 erwähnten Gemeindebeschlüsse getroffen worden sind, wird für jeden Uebertretungsfall mit Geldstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark oder mit Haft bestraft.

Revidierte Apotheker-Ordnung.

Vom 11. Oktober 1801.

Titel I.

Von den Apothekern überhaupt.

§ 1. Zur Ausübung der Apothekerkunst an einem Orte berechtigt nur

1. ein landesherrliches Privilegium,[1])
2. das Approbationspatent.

Das erstere wird von Unserm General-Directorio, das letztere von Unserm Ober-Collegio-Medico & Sanitatis erteilet.

§ 2. Die Apotheken-Privilegia, welche einmal in einem Orte fundiert sind, sind sowohl erblich, als überhaupt veräußerlich, es wäre denn, daß sie nur dem Besitzer für seine Person verliehen worden; doch gehört zur Besitzfähigkeit des Erwerbers, daß er selbst ein gelernter Apotheker sei, und als solcher von der Medizinalbehörde approbiert werde.

§ 3. Fällt daher eine Apotheke einem nicht gelernten Apotheker, es sei durch Erbgangsrecht, oder durch andere zum Erwerb eines Eigentums geschickte Titel, zu, so muß er solche binnen Jahresfrist, welche jedoch bei erheblichen Umständen von der

[1]) Privilegien werden nicht mehr erteilt, es bedarf gegenwärtig zur Anlegung neuer Apotheken der Konzession des Oberpräsidenten, für Berlin des Kultusministers.

Medizinalbehörde auf sechs Monate erweitert werden kann, auf einen qualifizierten Besitzer bringen, bis dahin aber solche durch einen vom Ober-Collegio-Medico & Sanitatis approbierten und vereideten Provisor verwalten lassen.

§ 4. Nur den Witwen eines privilegierten Apothekers, während ihres Witwenstandes, und den minorennen Kindern desselben, bis zu ihrer Großjährigkeit, soll es nach wie vor vergönnt sein, die Apotheke durch einen qualifizierten Provisor verwalten lassen.

§ 5. Sobald indes ein Sohn, welcher die Apothekerkunst gelernt hat, solche annehmen, oder eine Tochter an solchen sich verheiraten will, so hört die Administration derselben auf, und der Annehmer muß die Miterben nach einer billigmäßigen Taxe abfinden, da dem Staat daran gelegen ist, daß die Apotheken sich in den Händen gelernter Apotheker befinden und nicht durch den Weg der Versteigerung zu gar zu hohen Preisen getrieben werden.

§ 6. Wenn an einem Orte, wo bereits privilegierte Apotheken vorhanden, neue Apotheken-Privilegia gesucht werden, so wird das Finanzdepartement zuvor mit dem Medizinaldepartement darüber konzertieren, weil die zu große Konkurrenz derselben der treuen Ausübung der Kunst schädlich ist; doch müssen sich die Apotheker eines solchen Orts den gemeinschaftlichen Beschluß dieser Behörden gefallen lassen.

§§ 7 bis 13 gelten nicht mehr.

§ 14. Die Ausübung der Apothekerkunst erstreckt sich aber weder auf ärztliche noch chirurgische Verrichtungen. Sollte jedoch an einem Orte oder in dessen Nähe bis auf zwei Meilen sich kein Arzt etabliert haben, so soll der Apotheker, insofern nicht etwa der dortige Chirurgus auf innere Kuren bereits examiniert ist und von Unserm Ober-Collegio-Medico & Sanitatis approbiert worden, befugt sein, auf seine Prüfung zur Verrichtung gewöhnlicher leichter innerer Kuren bei dem Collegio-Medico der Provinz anzutragen, welches alsdann darüber an Unser Ober-Collegium-Medicum & Sanitatis zur Approbation berichten muß. Dagegen erfordert aber auch das allgemeine Beste, daß Aerzte und zur innerlichen Praxis autorisierte Wundärzte an solchen Orten, wo keine öffentliche Apotheke vorhanden, oder in der Nähe befindlich ist, eine mit den notwendigsten Arzneimitteln versehene kleine Hausapotheke sich halten können, jedoch lediglich nur zum Gebrauch in ihrer Praxi, nicht aber zum Wiederverkauf an andere Personen. Auch müssen diese Mittel, besonders die Praeparata und Composita, von einem approbierten Apotheker im Lande, welcher für deren Güte verantwortlich sein kann, nicht aber von auswärtigen Laboranten und Krämern entnommen werden. Ingleichen müssen dieselben davon keinen übermäßigen Vorteil erlangen, und in den Preisen dafür die Patienten nicht überteuern, sondern ihre Arzneirechnungen ganz nach der bestehenden Taxe einrichten, indem sie für die Mühe des einzelnen Dispensierens hinlänglich durch den Rabatt entschädigt werden, den Apotheker, von welchen sie sich die Arzneimittel undispensiert liefern lassen, zu geben pflegen.

Von den Lehrlingen.[1])

§ 15. Jeder gelernte, privilegierte und approbierte Apotheker ist Lehrlinge anzunehmen und Gehülfen zu halten befugt. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß die Apotheker bei Annahme der Lehrlinge zum öftern ohne die nötige Auswahl und ohne genugsame Rücksicht auf deren Tauglichkeit verfahren, bloß ihren Privatnutzen beabsichtigen und ihrer Verbindlichkeit, aus selbigen tüchtige und brauchbare Subjekte zu bilden, zu wenig Genüge leisten.

Es wird daher den Apothekern folgendes zur Pflicht gemacht:

a) Sollen sie so viel wie möglich dahin sehen, daß sie nur solche Lehrlinge an-

[1]) Ueber die Apothekerlehrlinge vergleiche man jetzt auch das Reglement vom 11. August 1864, über die Lehrzeit der Apothekerlehrlinge, ferner die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 13. November 1875, betreffend die Prüfung als Apothekergehilfe.

nehmen, die, bei einem von der Natur nicht vernachlässigten Kopfe, durch eine einigermaßen wissenschaftliche Ausbildung und durch eine gute sittliche Erziehung zur Erlernung dieser Kunst hinlänglich vorbereitet sind. Damit auch der zur Apothekerkunst bestimmte Jüngling dem ihm nötigen Schulunterricht nicht zu früh entzogen werde, so wird den Apothekern hiermit anbefohlen, keinen Lehrling jünger als zu vollen 14 Jahren anzunehmen.

Da auch insbesondere die Kenntnis der lateinischen Sprache zum richtigen Verstehen der Rezepte und der in den Dispensatorien enthaltenen Vorschriften ganz unentbehrlich ist, so sollen die Apotheker fernerhin keine Lehrlinge annehmen, die von der lateinischen Sprache nicht wenigstens soviel gelernt haben, daß sie leichte Stellen aus einem lateinischen Autor fertig übersetzen können.

Diese Beurteilung soll aber in Zukunft nicht den Lehrherrn allein überlassen sein, sondern es wird ihnen hiermit zur Pflicht gemacht, ihre anzunehmenden Lehrlinge in dieser Hinsicht durch den Physicum des Orts zuvor prüfen zu lassen.

Die Apotheker haben ferner dahin zu sehen, ob auch der anzunehmende Lehrling eine fertige und gehörig deutliche Hand schreibe. Dieses ist besonders deshalb notwendig, um zu verhüten, daß durch ihn keine aus unleserlich geschriebenen Signaturen leicht entspringende Zweifel und Irrtümer auf Seiten des Patienten veranlaßt werden.

b) Da auch vielfältig wahrgenommen wird, daß Lehrherren ihre Zöglinge als bloße Arbeitsleute behandeln, hingegen um deren Bildung zu brauchbaren Apothekern unbekümmert sind, und genug gethan zu haben glauben, wenn sie selbige nach verflossenen Lehrjahren mit einem Lehrbrief entlassen, so werden sie hiermit ernstlich erinnert, die ihnen gegen ihre Lehrlinge obliegenden Pflichten nicht außer acht zu lassen, sondern selbige, durch treue Anweisung und gründlichen Unterricht, sowohl im theoretischen als praktischen Teile der Pharmacie, verbunden mit Darreichung guter Bücher und Ueberlassung der nötigen Zeit zu deren Benutzung, zu geschickten und in ihrem Fache tüchtigen Staatsbürgern zu erziehen.

c) Ist vielfach der Mißbrauch eingerissen, daß die Apotheker, vornehmlich an solchen Orten, wo sie neben ihrem Hauptgeschäft noch andere Gewerbe treiben, gar keine Gehülfen, dagegen aber zwei bis drei Lehrlinge halten, auch hierzu sogar am liebsten rohe, unwissende, schlecht erzogene Knaben von unreifem Alter auswählen, weil sie diese am besten zu ihren oft mit niedrigen Arbeiten verknüpften Nebengewerben zu ziehen und gebrauchen zu können glauben. Da aber hierdurch die Zahl unwissender und höchstens nur zu einigen mechanischen Arbeiten brauchbarer Apothekergehülfen jährlich vergrößert wird, so wird hiermit verordnet, daß die Apotheker nur soviel Discipel halten dürfen, als sie ausgelernte Gehülfen haben. Haben sie nur einen Gehülfen, so dürfen sie auch nur einen Lehrling annehmen. Sind aber ihre Geschäfte so unbeträchtlich, daß sie solche überhaupt nur mit einem Menschen bestreiten können, so dürfen sie gar keinen Lehrling, sondern bloß einen Gehülfen halten, es sei denn, daß sie erweisen können, keinen Gehülfen bekommen zu können, oder daß sie als geschickte und ihr Hauptwerk selbst mit Thätigkeit abwartende Männer bekannt sind.

d) Um überhaupt dem Anwachsen schlecht erzogener, unwissender und untauglicher Apothekergehülfen um so mehr vorzubeugen, so wird hiermit festgesetzt: daß hinfüro kein Lehrherr befugt sein soll, seinen Lehrlingen den Lehrbrief oder das Attest wohlüberstandener Lehrjahre zu erteilen, bevor nicht dieser durch eine von dem Physikus des Orts in Beisein des Lehrherrn zu veranstaltende Prüfung, welche dem, was man von einem solchen jungen Menschen billigerweise fordern kann, angemessen sein muß, als tüchtig befunden worden. Bei dieser Prüfung ist besonders darauf zu sehen, ob der ausgelernte sich praktische Kenntnisse der Pharmacie und

eine hinlängliche Fertigkeit in kunstmäßigen Arbeiten erworben habe, da solches bei einem guten Apotheker der Theorie vorangehen muß. Findet es sich, daß er noch nicht reif genug ist, um als brauchbarer Apothekergehülfe anerkannt zu werden, so hat der Physikus ihm anzudeuten, daß er noch nicht entlassen werden könne, sondern so lange noch in der Lehre bleiben müsse, bis er sich hinlänglich qualifiziert habe. Ergäbe es sich aber, daß die Schuld der Versäumnis in den Lehrjahren weniger am Lehrlinge, als vielmehr am Lehrherrn selbst liege, sie bestehe nun in vorsätzlicher Vernachlässigung des Lehrlings, oder in erwiesener Unfähigkeit, brauchbare Subjekte zu bilden, so soll einem solchen Apotheker die weitere Befugnis, Lehrlinge zu halten, gänzlich untersagt werden. Der Lehrling aber soll verpflichtet sein, so lange bei einem anderen Apotheker in die Lehre zu treten, bis er sich die erforderliche Kenntnis und Geschicklichkeit erworben hat.

---

§ 16. Was die Dauer der Lehrjahre und die sonstigen Bedingungen der Rezeption eines Lehrlings betrifft, so hängt zwar dies von der Bestimmung des mit den Eltern, Vormündern oder Verwandten desselben zu errichtenden schriftlichen Kontrakts ab; doch soll die Lehrzeit nie unter vier Jahre bestimmt, auch von dem Lehrherrn dem Lehrling nur insoweit ein Nachlaß auf etwa sechs Monate bewilligt werden, als der Physikus des Orts nach genugsamer Prüfung von der Reife des Lehrlings sich überzeugt und solches schriftlich attestiert hat.

---

§ 17. Kein Lehrherr soll daher dem Lehrling den Lehr- oder Gesellenbrief eher erteilen, bis der Physikus des Orts demselben das Fähigkeitszeugnis dazu gegeben hat, wofür er, sowie für das Attest bei der Rezeption des Lehrlings, außer dem Stempelpapier, an Gelde mehr nicht als einen Thaler erhält.

Von den Apotheker-Gehülfen.

§ 18. Der solchergestalt mit dem Lehrbriefe versehene Lehrling wird nun ein Apothekergehülfe. Als solcher übernimmt er in der Apotheke, bei welcher er sich engagiert, eben die allgemeinen Verpflichtungen, unter welchen der Prinzipal, dem er sich zugesellt, zur öffentlichen Ausübung dieses Kunstgewerbes von seiten des Staats autorisiert ist. Er muß sich daher sogleich mit denjenigen landesherrlichen Medizinalgesetzen und Verordnungen, welche das pharmaceutische Fach betreffen, bekannt machen, damit er in Beobachtung derselben, soweit sie auf ihn Bezug haben, sich nichts zu Schulden kommen lassen möge. Hat selbiger seine Lehrjahre in einer inländischen Apotheke zugebracht, so ist zu erwarten, daß er mit den Vorschriften der Pharmacopoea Borussica und mit der Arzneitaxe schon bekannt sei; ist er aber ein Ausländer, so muß er sich angelegen sein lassen, diese zu studieren, um sich nach Anleitung derselben der Anfertigung, Dispensierung und Taxierung der Arzneimittel unterziehen zu können.

Bei der Rezeptur hat er alle Behutsamkeit und Genauigkeit in Dispensierung der verschriebenen Arzneimittel anzuwenden. Zu dem Ende muß er die Vorschrift des Rezepts nicht nur zuvor mit Aufmerksamkeit überlesen, sondern auch das angefertigte Medikament nicht eher aus der Hand stellen, bevor er nicht das Rezept nochmals mit Bedacht gelesen und von der geschehenen richtigen Anfertigung und Signatur sich überzeugt hat. Im Laboratorio muß er die Composita und Praeparata, nach Vorschrift der Pharmacopoea Borussica, reinlich, ordentlich und gewissenhaft bereiten, und wohl bezeichnet aufbewahren.

Uebrigens wird von einem jeden konditionierenden Apotheker vorausgesetzt, daß er den Inbegriff seiner Obliegenheiten kenne und stets vor Augen habe; daß er, demzufolge, als ein rechtschaffener Gehülfe und Mitarbeiter seines Prinzipals die ihm anvertrauten Geschäfte mit Treue und Fleiß abwarte, ohne dabei die wissenschaftlichen Kenntnisse seines Fachs zu versäumen; daß er sich vorzüglich auch eines guten moralischen Wandels befleißige, gegen jedermann höflich und bescheiden sei, aller ausschweifenden und verführerischen Gesellschaften sich enthalte, keine unnötige und unanständige Besuche in der Offizin annehme, und überall in Erfül-

lung seiner Pflichten den ihm untergeordneten Lehrlingen mit musterhaftem Beispiele vorangehe.

§ 19. Die Bestimmung des Gehaltes und der sonstigen Emolumente eines Gehülfen hängt von dem schriftlichen Verein beider Teile ab. Wäre dergleichen Kontrakt nicht gemacht, so muß sich der Gehülfe in einer der § 10 benannten Städte, neben freier Station, exklusive Kleidung, jährlich mit demjenigen Gehalt begnügen, welches ein Apothekergehülfe dieses Orts gewöhnlich erhält.

§ 20. Die Servierzeit eines Gehülfen wird auf fünf Jahre festgesetzt. Sollte aber derselbe in Berlin, oder auf Akademien Gelegenheit gefunden haben, Vorlesungen in der Chemie, Pharmacie, Botanik ꝛc. zu hören, und er darüber gute Zeugnisse der Lehrer beibringen, auch bei der Prüfung zum Apotheker die nötige Geschicklichkeit bewiesen, so soll Unser Ober-Collegium-Medicum & Sanitatis befugt sein, ihm ein, höchstens zwei Jahre zu erlassen, weil nicht bloß Theorie, sondern mehrjährige Ausübung der Apothekerkunst zur Bildung eines guten praktischen Apothekers erfordert wird, und keine andere als die Medizinalbehörde fähig ist, zu beurteilen:

ob einem Kandidaten der Pharmacie die Ausübung der Apothekerkunst mit Sicherheit anvertraut werden kann.

Von den Provisoren.

§ 21. Ein Kandidat der Pharmacie, wenn ihm die Direktion einer Apotheke übertragen wird, führt den Namen Provisor.

§ 22. Niemand kann zum Provisor angenommen werden, der nicht die Lehr- und wenigstens drei Servierjahre überstanden, auch bei dem Collegio-Medico & Sanitatis der Provinz die geordnete Prüfung ausgehalten hat.

§ 23. Er ist an alle, den Betrieb der Apothekerkunst betreffenden Gesetze und Verordnungen gebunden, und besonders dafür verantwortlich, daß in der Apotheke, welcher er vorsteht, das Kunstgewerbe im ganzen Umfange vorschriftsmäßig ausgeübt werde, zu welchem Ende er von dem Ober-Collegio-Medico & Sanitatis approbiert und dessen Vereidigung verfügt werden muß.

§ 24. Seine Verhältnisse gegen den Eigentumsherrn der Apotheke bestimmt der mit ihm schriftlich zu errichtende Kontrakt.

Titel II.

Von der Oberaufsicht über die Apotheken.[1])

§ 1. Die pharmaceutische Praxis gehört ihrer Natur nach zu denjenigen Gegenständen, welche die strengste Aufsicht Unsers Ober-Collegii-Medici & Sanitatis und der von selbigen abhängenden Provinzial-Collegiorum erheischen. Aus dieser Ursache sind, außer der den Medizinalbehörden obliegenden allgemeinen Wachsamkeit über die Apotheken, noch insbesondere die Visitationen derselben eingeführt. Zu den gewöhnlichen Visitationen ist ein Zeitraum von drei Jahren festgesetzt; bei dringenden Veranlassungen aber finden auch außerordentliche Visitationen zu unbestimmten Zeiten statt.

§ 2. Bei gewöhnlichen Visitationen hat der Apotheker den dazu ernannten Kommissarien vorzulegen:

1. das Privilegium und die auf dessen Besitz sich beziehenden Dokumente;
2. die Approbation Unseres Ober-Collegii-Medici & Sanitatis, oder wenn die Apotheke durch einen Provisor verwaltet wird, dessen Konfirmation;
3. die Pharmacopoea Borussica, die Arzneitaxe, das Medizinaledikt, die gegenwärtige revidierte Ordnung für die Apotheker und die etwa in der Folge dazu nötig gefundenen nachträglichen Verordnungen;

[1]) Man vergleiche: Instruktion für das Verfahren bei Apotheken-Revisionen vom 21. Oktober 1819.

4. das Elaborationsbuch;
5. die Giftscheine, mit der darüber geführten Kontrolle;
6. das in den Offizinen vorrätig zu haltende Herbarium vivum einheimischer offizineller Pflanzen:
7. Einige Pakete taxierter Rezepte.

§ 3. Die Gehülfen haben ihren Lehrbrief und Testimonia vorzuzeigen; einige zur Prüfung ihrer Fähigkeit ihnen vorzulegende Fragen aus der Materia Pharmaceutica und der Chemie zu beantworten; ein Pensum aus der Pharmacopoea Borussica ins Deutsche zu übersetzen; auch eine Probe ihrer Handschrift ad Acta zu geben.

§ 4. Auf ähnliche Art werden auch die Lehrlinge in Rücksicht ihrer Fähigkeiten und Fortschritte, nach Verhältnis ihrer zurückgelegten Lehrzeit geprüft.

§ 5. Die Apotheker nebst ihren Gehülfen und Lehrlingen sind verpflichtet, den Kommissarien weder bei genereller Besichtigung der Offizin, des Laboratorii, der Materialkammern, Kräuterböden, Keller ꝛc. noch bei spezieller Prüfung der Arzneimittel nach dem vorgeschriebenen Verzeichnisse, irgend Hindernisse in den Weg zu legen; vielmehr selbigen mit Achtung und Bereitwilligkeit entgegenzukommen, die von selbigen geschehenen Erinnerungen und Belehrungen bescheiden anzunehmen und den von selbigen etwa für nötig erachteten Anforderungen willige Folge zu leisten In streitigen Fällen aber haben sie ihre Gegenerinnerungen bescheiden zu Protokoll zu geben und die Entscheidung von der Behörde zu erwarten.

§ 6. Die auf die gewöhnlichen Visitationen gehenden Gebühren und Kosten, wie solche in der Medizinalordnung S. 72 und in dem hier beiliegenden Circulari Unseres General-Directorii vom 6. Februar 1798 bestimmt sind, tragen die Stadtkämmerei und die Apotheker zu gleichen Teilen.

§ 7. Außerdem stehen die Apotheken immerwährend unter der unmittelbaren Aufsicht der Physiker, oder derjenigen Personen, denen sonst die Aufsicht von der obern Behörde übertragen worden, als deren Pflicht es ist, die Apotheken von Zeit zu Zeit zu besuchen und acht zu geben, ob darin alles wohl hergehe und in gutem Stande gehalten werde; daher dann auch ein Apotheker, wenn er auf mehrere Tage oder Wochen verreisen will, verbunden ist, die Aufsicht über seine Offizin einer dazu qualifizierten Person, die während seiner Abwesenheit nötigenfalls die Verantwortlichkeit übernimmt, zu übertragen, und solches dem Physikus des Orts anzuzeigen.

Titel III.

Von der Ausübung der pharmaceutischen Kunst selbst.

Von den Pflichten der Apotheker in Anschaffung, Bereitung und Aufbewahrung der Medikamente überhaupt.

§ 1. a) Ein jeder Apotheker in Unsern Landen ist schon durch seinen geleisteten Eid dazu verpflichtet, stets dafür zu sorgen, daß seine Apotheke diejenigen, sowohl rohen als zubereiteten Arzneimittel, welche in der nach Maßgabe für größere und kleinere Städte entworfenen Disignation spezifiziert sind, in bestmöglichster Beschaffenheit und Güte, und in einer den Bedürfnissen des Orts angemessenen Menge vorrätig enthalte.

Die einfachen Arzneimittel aus dem Tier- und Pflanzenreiche muß er im Durchschnitt alle zwei Jahre, die gebräuchlichsten aber, oder die durch die Zeit leicht an der Kraft verlieren, alle Jahre frisch und in gehöriger Güte und Menge anschaffen, zur rechten Zeit einsammeln, säubern, mit allem Fleiße trocknen, und in saubern dichten Gefäßen unter richtiger Bezeichnung aufbewahren.

Gleichergestalt muß er auf die kunstmäßige Bereitung der pharmaceutischen und chemischen Praeparata alle Aufmerksamkeit und Sorgfalt richten. Bei Anfertigung derselben hat er sich genau an die Vorschriften

der Pharmacopoea Borussica zu halten, und darf er sich dabei keine willkürlichen Abweichungen erlauben. Jedoch ist ihm unverwehrt, neben den nach der Pharmacopoea Borussica angefertigten Praeparatis und Compositis, dergleichen auch nach anderweitigen Dispensatoriis oder besonderen Vorschriften, vorrätig zu halten, wenn dergleichen von den Aerzten verlangt werden.

b) Die Apotheker sind zwar überhaupt angewiesen, die chemischen Arzneimittel selbst zu bereiten. In dem Falle aber, daß sie an der eigenen Anfertigung gehindert sind, oder ihre bedürfende Menge dazu zu gering ist, müssen sie sich damit aus einer andern guten einländischen Apotheke versorgen; dürfen aber dergleichen nicht von gemeinen Laboranten, oder ausländischen Drogisten, kaufen.

c) Es ist die Pflicht eines jeden Apothekers, daß er seine sämtlichen Waren und Medizinalien oft und fleißig revidiere, um sowohl die abhängig gewordenen, als durch Alter oder Zufall verdorbenen Mittel sogleich ergänzen zu können, damit er stets von der Güte und tadellosen Beschaffenheit jedes einzelnen Artikels seines Vorrats überzeugt sein, und dafür die Gewähr leisten könne.

Von dem besonderen Verhalten bei Anfertigung der Rezepte.

§ 2. a) Sobald ein Rezept zur Bereitung in die Apotheke gebracht wird, auf welches der Arzt das Datum, die Jahreszahl, den Namen des Patienten, und wenn dem Apotheker dessen Hand nicht bekannt ist, auch seinen eigenen Namen geschrieben haben muß, so ist der Apotheker verpflichtet, es entweder selbst zu verfertigen, oder einem tüchtigen Gehülfen, allenfalls auch einem Lehrlinge, welcher aber wenigstens drei Jahre in der Lehre gestanden und sich wohl appliziert haben muß, zur Bereitung zuzustellen. Sowohl die Apotheker, als deren Gehülfen und Lehrlinge, sind verbunden, die Arzneimittel auf einem mit Gittern umgebenen Rezeptiertische nach Vorschrift der Rezepte, ohne Aufschub, vorsichtig und pünktlich zu bereiten, die angefertigten Medikamente daselbst bis zur Abholung zu bewahren, und solche nebst den Rezepten, so wenig während der Anfertigung, als nachher, jemandem vorzuzeigen, noch weniger Abschriften davon zu geben oder nehmen zu lassen. Damit auch derjenige, welcher am Rezeptiertische die Medikamente zusammenmischt, nicht gestört werde, so soll außer den in die Offizin gehörigen Personen niemand zu solchen zugelassen werden.

b) Bei der Rezeptur muß die strengste Genauigkeit, Ordnung und Reinlichkeit herrschen. Sämtliche Gefäße und Instrumente müssen stets rein und sauber, auch Wagen und Gewichte im accuraten Zustande gehalten werden. Auch das Reinhalten der Seihetücher zu Decocten und Infusionen ist nicht zu vernachlässigen.

Mixturen, Pulver, Pillenmassen ꝛc., zu welchen salinische und metallische Präparate kommen, dürfen in keinem metallischen, sondern sollen in steinernen, gläsernen oder porzellanenen Mörsern bereitet werden.

Zu scharfen, heftig wirkenden Mitteln, als Quecksilbersublimat, imgleichen zu stark riechenden, als Moschus und Asa foetida, sollen besondere Mörser und Wageschalen gehalten werden.

Der in einigen Apotheken noch übliche Gebrauch, Pulver- und Pillenschachteln mit Goldpapier auszufüttern, wovon die darin aufbewahrten Arzneimittel leicht mit Kupferteilchen verunreinigt werden, wird hiermit untersagt.

c) Bei Dispensierung der Arzneimittel soll nichts gemessen, vielweniger nach dem bloßen Augenmaße genommen, sondern alles ordentlich und genau abgewogen werden. Bei den Wässern kann jedoch das Abmessen wohl statt haben: nur müssen die eigens dazu bestimmten Mensuren nach dem absoluten Gewicht des Wassers richtig abgeteilt sein. Sollten auch noch Aerzte im Gebrauch haben, Vegetabilien manipulweise zu verschreiben, so sol-

len diese dennoch gewogen, und statt eines Manipuls, bei Kräutern eine halbe Unze, und bei Blumen drei Drachmen, nach Gewicht genommen werden.

d) Zu mehrerer Verhütung, daß keine Verwechselung der Medikamente sich zutragen möge, soll in der Apotheke jedesmal der Name des Patienten, welcher auf dem Rezepte steht, imgleichen der Name des Apothekers, bei welchem das Rezept verfertigt worden, nebst dem Dato, auf der Signatur bemerkt werden.

Auch soll auf der Signatur die auf dem Rezept bestimmte Gabe und Zeit des Einnehmens nicht mit Ziffern bezeichnet, sondern jedesmal mit Buchstaben deutlich und leserlich geschrieben werden.

Ebenso muß die Taxe der Medikamente auf den Rezepten, wenn sie bei erfolgender Bezahlung zurückgegeben werden, mit deutlichen Ziffern bemerkt sein.

e) Da noch die Erfahrung gelehrt, daß öfters diejenigen Arzneien, welche die Patienten auf Verordnung ihres Arztes zum zweitenmale oder öftermale machen lassen, nicht vollkommen gleich, sondern in Farbe, Quantität, Geschmack und Geruch verschieden sind, und hierdurch den Patienten verdächtig werden, so soll derjenige Apotheker, in dessen Offizin dergleichen Nachlässigkeit erweislich gemacht worden, in fünf Thaler Strafe verfallen. Damit man aber wisse, wer den Fehler bei der Reiteratur begangen, so soll derjenige, der solche verfertigt, jedesmal seinen Namen auf die Signatur schreiben.

f) In gleiche Strafe soll derjenige Apotheker genommen werden, welcher die ihm zugeschickten Rezepte, es sei bei Tage oder bei Nacht, nicht sogleich, ohne Aufhaltung verfertigt, den Handkauf vorzieht und die Patienten ohne Not auf die Medizin warten läßt. Besonders sollen diejenigen Rezepte, die mit cito bezeichnet worden, sogleich bereitet, und die Arzneien den Boten, welche die Rezepte einhändigen, mitgegeben werden.

g) Uebrigens sollen solche von approbierten Aerzten und Wundärzten einmal verschriebene und verfertigte Rezepte, welche Drastica, Vomitoria, Menses & Urinam motentia, Opiata und andre dergleichen stark wirkende Medikamente enthalten, ohne Vorwissen und Bewilligung des Arztes, zum andernmale nicht wieder gemacht werden; weil dergleichen Mittel, die, zur rechten Zeit verordnet, von guter Wirkung gewesen, dem Kranken, wenn er solche zur Unzeit nimmt, den Tod zuwege bringen können.

h) Wenn dem Apotheker in den verschriebenen Rezepten ein Irrtum oder Verstoß von der Art, daß davon ein Nachteil für den Patienten zu besorgen sei, bemerklich werden sollte, so hat er sogleich dem Arzte, welcher das Rezept verschrieben, seine Bedenklichkeit und seinen Zweifel bescheiden zu eröffnen. Wenn der Arzt den Verstoß nicht anerkennt, und auf die Ausfertigung des Rezepts nach seiner Vorschrift besteht, so kann es der Apotheker zwar auf dessen Verantwortung verfertigen, doch hat er zu seiner eigenen Rechtfertigung den Fall sogleich dem Physikus, oder wenn dieser das verdächtige Rezept verschrieben hätte, dem kompetenten Collegio-Medico anzuzeigen.

i) Sollte es sich zutragen, daß ein verschriebenes Ingredienz nicht vorrätig oder sogleich nicht anzuschaffen sei, so darf der Apotheker nicht willkürlich ein anderes dafür substituieren, oder etwas hinweglassen, sondern er hat solches sofort dem Arzte anzuzeigen und es diesem zu überlassen, an dessen Statt ein andres Mittel von gleicher Eigenschaft zu verordnen.

k) Da auch verlauten will, daß noch hie und da unbefugte Personen sich mit innerlichen und äußerlichen Kuren befassen, so wird den Apothekern hiermit anbefohlen, sich der Verfertigung solcher Rezepte, die von dazu nicht qualifizierten Personen verschrieben worden, zu enthalten, und sich hierunter lediglich nach dem § 5 S. 28 Unsers Medizinaledikts vom Jahre 1725 zu achten; am wenigsten aber Medikamente von heftiger und bedenklicher Wirkung, als: Drastica, Vomitoria, Mercurialia, Narcotica, Emmenagoga, namentlich auch Resina und

Tinctura Jalappae, von der Hand, ohne ein von einem approbierten Arzte verschriebenes Rezept verabfolgen zu lassen.

l) Es haben demnach alle und jede Apotheker in Unsern Landen, bei Vermeidung von fünf bis zwanzig Thaler Strafe auf jeden Kontraventionsfall, und bei wiederholter Kontravention bei noch höherer Geldstrafe, sich nach diesen Verordnungen zu achten, auch bei Vermeidung gleicher Strafe dafür zu sorgen, daß von ihren Gehülfen und Lehrlingen dieselbe auf das genaueste befolgt werden; gleichwie sie für das, was ihre Gehülfen, oder andere zu ihrem Hause gehörige Personen, hierin zuwider handeln, schlechterdings einstehen müssen; obschon ihnen das Recht vorbehalten bleibt, ihren Regreß an gedachte Personen zu nehmen.

Gesetz, betreffend die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften.

Vom 2. Juli 1875.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, für den ganzen Umfang der Monarchie, was folgt:

§ 1. Für die Anlegung oder Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften sind die Straßen- und Baufluchtlinien vom Gemeindevorstande im Einverständnisse mit der Gemeinde, bezüglich deren Vertretung, dem öffentlichen Interesse entsprechend unter Zustimmung der Ortspolizeibehörde festzusetzen.

Die Ortspolizeibehörde kann die Festsetzung von Fluchtlinien verlangen, wenn die von ihr wahrzunehmenden polizeilichen Rücksichten die Festsetzung fordern.

Zu einer Straße im Sinne dieses Gesetzes gehört der Straßendamm und der Bürgersteig.

Die Straßenfluchtlinien bilden regelmäßig zugleich die Baufluchtlinien, das heißt die Grenzen, über welche hinaus die Bebauung ausgeschlossen ist. Aus besonderen Gründen kann aber eine von der Straßenfluchtlinie verschiedene, jedoch in der Regel höchstens drei Meter von dieser zurückweichende Baufluchtlinie festgesetzt werden.

---

§ 2. Die Festsetzung von Fluchtlinien (§ 1) kann für einzelne Straßen und Straßenteile oder, nach dem voraussichtlichen Bedürfnisse der näheren Zukunft, durch Aufstellung von Bebauungsplänen für größere Grundflächen erfolgen.

Handelt es sich infolge von umfassenden Zerstörungen durch Brand oder andere Ereignisse um die Wiederbebauung ganzer Ortsteile, so ist die Gemeinde verpflichtet, schleunigst darüber zu beschließen, ob und inwiefern für den betreffenden Ortsteil ein neuer Bebauungsplan aufzustellen ist und eintretendenfalls die unverzügliche Feststellung des neuen Bebauungsplanes zu bewirken.

---

§ 3. Bei Festsetzung der Fluchtlinien ist auf Förderung des Verkehrs, der Feuersicherheit und der öffentlichen Gesundheit Bedacht zu nehmen, auch darauf zu halten, daß eine Verunstaltung der Straßen und Plätze nicht eintritt.

Es ist deshalb für die Herstellung einer genügenden Breite der Straßen und einer guten Verbindung der neuen Bauanlagen mit den bereits bestehenden Sorge zu tragen.

---

§ 4. Jede Festsetzung von Fluchtlinien (§ 1) muß eine genaue Bezeichnung der davon betroffenen Grundstücke und Grundstücksteile und eine Bestimmung der Höhenlage, sowie der beabsichtigten Entwässe-

rung der betreffenden Straßen und Plätze enthalten.

§ 5. Die Zustimmung der Ortspolizeibehörde (§ 1) darf nur versagt werden, wenn die von derselben wahrzunehmenden polizeilichen Rücksichten die Versagung fordern.

Will sich der Gemeindevorstand bei der Versagung nicht beruhigen, so beschließt auf sein Ansuchen der Kreisausschuß.[1])

Derselbe beschließt auf Ansuchen der Ortspolizeibehörde über die Bedürfnisfrage, wenn der Gemeindevorstand die von der Ortspolizeibehörde verlangte Festsetzung (§ 1 Alinea 2) ablehnt.

§ 6. Betrifft der Plan der beabsichtigten Festsetzungen (§ 4) eine Festung, oder fallen in denselben öffentliche Flüsse, Chausseen, Eisenbahnen oder Bahnhöfe, so hat die Ortspolizeibehörde dafür zu sorgen, daß den beteiligten Behörden rechtzeitig zur Wahrung ihrer Interessen Gelegenheit gegeben wird.

§ 7. Nach erfolgter Zustimmung der Ortspolizeibehörde, bezüglich des Kreisausschusses (§ 5), hat der Gemeindevorstand den Plan zu jedermanns Einsicht offen zu legen. Wie letzteres geschehen soll, wird in der ortsüblichen Art mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß Einwendungen gegen den Plan innerhalb einer bestimmt zu bezeichnenden Frist von mindestens vier Wochen bei dem Gemeindevorstande anzubringen sind.

Handelt es sich um Festsetzungen, welche nur einzelne Grundstücke betreffen, so genügt statt der Offenlegung und Bekanntmachung eine Mitteilung an die beteiligten Grundeigentümer.

§ 8. Ueber die erhobenen Einwendungen (§ 7) hat, soweit dieselben nicht durch Verhandlung zwischen dem Gemeindevorstande und den Beschwerdeführern zur Erledigung gekommen, der Kreisausschuß[1]) zu beschließen. Sind Einwendungen nicht erhoben oder ist über dieselben endgültig (§ 16) beschlossen, so hat der Gemeindevorstand den Plan förmlich festzustellen, zu jedermanns Einsicht offen zu legen und, wie dies geschehen soll, ortsüblich bekannt zu machen.

§ 9. Sind bei Festsetzung von Fluchtlinien mehrere Ortschaften beteiligt, so hat eine Verhandlung darüber zwischen den betreffenden Gemeindevorständen stattzufinden.

Ueber die Punkte, hinsichtlich deren eine Einigung nicht zu erzielen ist, beschließt der Kreisausschuß.[1])

§ 10. Jede, sowohl vor als nach Erlaß dieses Gesetzes getroffene Festsetzung von Fluchtlinien kann nur nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen aufgehoben oder abgeändert werden.

Zur Festsetzung neuer oder Abänderung schon bestehender Bebauungspläne in den Städten Berlin, Potsdam, Charlottenburg und deren nächster Umgebung bedarf es Königlicher Genehmigung.

§ 11. Mit dem Tage, an welchem die im § 8 vorgeschriebene Offenlegung beginnt, tritt die Beschränkung des Grundeigentümers, daß Neubauten, Um- und Ausbauten über die Fluchtlinie hinaus versagt werden können, endgültig ein. Gleichzeitig erhält die Gemeinde das Recht, die durch die festgesetzten Straßenfluchtlinien für Straßen und Plätze bestimmte Grundfläche dem Eigentümer zu entziehen.

§ 12. Durch Ortsstatut kann festgestellt werden, daß an Straßen oder Straßenteilen, welche noch nicht gemäß der baupolizeilichen Bestimmungen des Orts für den öffentlichen Verkehr und den Anbau fertig hergestellt sind, Wohngebäude, die nach diesen Straßen einen Ausgang haben, nicht errichtet werden dürfen.

Das Ortsstatut hat die näheren Bestimmungen innerhalb der Grenze vorstehender Vorschrift festzusetzen und bedarf der Bestätigung des Bezirksausschusses. Gegen den Beschluß des Bezirksausschusses ist innerhalb einer Präklusivfrist von zwei Wochen die Beschwerde bei dem Provinzialrate zulässig.

[1]) Man vergleiche § 146 Absatz 2 des oben abgedruckten Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883.

Nach erfolgter Bestätigung[1]) ist das Statut in ortsüblicher Art bekannt zu machen.

---

§ 13. Eine Entschädigung kann wegen der nach den Bestimmungen des § 12 eintretenden Beschränkung der Baufreiheit überhaupt nicht, und wegen Entziehung oder Beschränkung des von der Festsetzung neuer Fluchtlinien betroffenen Grundeigentums nur in folgenden Fällen gefordert werden:

1. wenn die zu Straßen und Plätzen bestimmten Grundflächen auf Verlangen der Gemeinde für den öffentlichen Verkehr abgetreten werden;
2. wenn die Straßen- oder Baufluchtlinie vorhandene Gebäude trifft und das Grundstück bis zur neuen Fluchtlinie von Gebäuden freigelegt wird;
3. wenn die Straßenfluchtlinie einer neu anzulegenden Straße ein unbebautes, aber zur Bebauung geeignetes Grundstück trifft, welches zur Zeit der Feststellung dieser Fluchtlinie an einer bereits bestehenden und für den öffentlichen Verkehr und für den Anbau fertig gestellten anderen Straße belegen ist, und die Bebauung in der Fluchtlinie der neuen Straße erfolgt.

Die Entschädigung wird in allen Fällen wegen der zu Straßen und Plätzen bestimmten Grundfläche für Entziehung des Grundeigentums gewährt. Außerdem wird in denjenigen Fällen der Nr. 2, in welchen es sich um eine Beschränkung des Grundeigentums infolge der Festsetzung einer von der Straßenfluchtlinie verschiedenen Baufluchtlinie handelt, für die Beschränkung des bebaut gewesenen Teiles des Grundeigentums (§ 12 des Gesetzes über Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874) Entschädigung gewährt.

In allen oben gedachten Fällen kann der Eigentümer die Uebernahme des ganzen Grundstücks verlangen, wenn dasselbe durch die Fluchtlinie entweder ganz oder soweit in Anspruch genommen wird, daß das Restgrundstück nach den baupolizeilichen Vorschriften des Ortes nicht mehr zur Bebauung geeignet ist.

Bei den Vorschriften dieses Paragraphen ist unter der Bezeichnung Grundstück jeder im Zusammenhange stehende Grundbesitz des nämlichen Eigentümers begriffen.

---

§ 14. Für die Feststellung der nach § 13 zu gewährenden Entschädigungen und die Vollziehung der Enteignung kommen die §§ 24 ff. des Gesetzes über Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 zur Anwendung.

Streitigkeiten über Fälligkeit des Anspruchs auf Entschädigung gehören zur gerichtlichen Entscheidung.

Die Entschädigungen sind, soweit nicht ein aus besonderen Rechtstiteln Verpflichteter dafür aufzukommen hat, von der Gemeinde aufzubringen, innerhalb deren Bezirk das betreffende Grundstück belegen ist.

---

§ 15. Durch Ortsstatut kann festgesetzt werden, daß bei der Anlegung einer neuen oder bei der Verlängerung einer schon bestehenden Straße, wenn solche zur Bebauung bestimmt ist, sowie bei dem Anbau an schon vorhandenen bisher unbebauten Straßen und Straßenteilen von dem Unternehmer der neuen Anlage oder von den angrenzenden Eigentümern — von letzteren, sobald sie Gebäude an der neuen Straße errichten — die Freilegung, erste Einrichtung, Entwässerung und Beleuchtungsvorrichtung der Straße in der dem Bedürfnisse entsprechenden Weise beschafft, sowie deren zeitweise, höchstens jedoch fünfjährige Unterhaltung, bezw. ein verhältnismäßiger Beitrag oder der Ersatz der zu allen diesen Maßnahmen erforderlichen Kosten geleistet werde. Zu diesen Verpflichtungen können die angrenzenden Eigentümer nicht für mehr als die Hälfte der Straßenbreite, und wenn die Straße breiter als 26 Meter ist, nicht für mehr als 13 Meter der Straßenbreite herangezogen werden.

Bei Berechnung der Kosten sind die Kosten der gesamten Straßenanlage und bezw. deren Unterhaltung zusammen zu rechnen und den Eigentümern nach Verhältnis der Länge ihrer, die Straße berührenden Grenze zur Last zu legen.

Das Ortsstatut hat die näheren Bestimmungen innerhalb der Grenze vorstehender Vorschrift festzusetzen. Bezüglich

[1]) Man vergleiche Anmerkung zu § 5.

seiner Bestätigung, Anfechtbarkeit und Bekanntmachung gelten die im § 12 gegebenen Vorschriften.

§ 16.[1])

§§ 17 und **18** sind aufgehoben.

§ 19. Alle den Bestimmungen dieses Gesetzes entgegenstehenden allgemeinen und besonderen gesetzlichen Vorschriften werden hierdurch aufgehoben.

Alle Bestimmungen der im Verwaltungswege erlassenen Bauordnungen, sonstigen polizeilichen Anordnungen und Ortsstatuten, welche mit den Vorschriften dieses Gesetzes in Widerspruch stehen, treten außer Kraft.

§ 20. Der Minister der öffentlichen Arbeiten wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Gesetz, betreffend die Verteilung der öffentlichen Lasten bei Grundstücksteilungen und die Gründung neuer Ansiedelungen in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Westfalen.

Vom 25. August 1876

mit den Abänderungen des Gesetzes vom 16. September 1899.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages Unserer Monarchie für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Westfalen, was folgt:

I. Verteilung der öffentlichen Lasten bei Grundstücksteilungen.

§ 1. Hinsichtlich der Verteilung der öffentlichen Lasten, welche bei gutsherrlich-bäuerlichen Regulierungen, Gemeinheitsteilungen und Ablösungen erforderlich wird, und hinsichtlich der Verteilung der Grundsteuer verbleibt es bei den bestehenden Vorschriften.

Die Verteilung der zu den Zwecken der Deich-, Meliorations-, Waldgenossenschafts- und ähnlichen Verbände aufzubringenden Abgaben und Leistungen steht den genannten Verbänden nach Maßgabe ihrer Verfassung zu.

§ 2. Der Verteilung nach diesem Gesetze unterliegen nur die den Königlichen Rentenbanken und Tilgungskassen, sowie dem Domänenfiskus zustehenden Renten und, vorbehaltlich der Bestimmungen in § 10, die aus dem Kirchen-, Pfarr-, Schul- und Gemeindeverbande entspringenden Abgaben und Leistungen, sofern solche auf dem Grundbesitz haften oder mit Rücksicht auf Grundbesitz zu entrichten sind.

Sobald eine Verteilung nach diesem Gesetze endgültig stattgefunden hat, ist jedes Trennstück nur für die auf dasselbe verteilten Lasten der vorbezeichneten Art verhaftet.

§ 3. Die Verteilung der im § 2 bezeichneten Lasten ist nach dem Maßstabe der Grund- und Gebäudesteuer zu bewirken.

Falls dieser Maßstab nicht anwendbar ist, oder von dem Verhältnisse des Ertrags-(Nutzungs-)Wertes der einzelnen Teilstücke erheblich abweicht, so ist deren besonders zu ermittelnder Ertrags-(Nutzungs-)Wert der Verteilung zu Grunde zu legen. Hierbei sind die für die Grund- und Gebäudesteuer bestehenden Vorschriften zum Anhalt zu nehmen.

---

[1]) Ueber die Zulässigkeit der Beschwerde vergleiche man jetzt § 121 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883.

§ 4. Die Verteilung der Renten (§ 2) erfolgt durch den Katasterkontrolleur, welcher den Verteilungsplan entwerfen und den Beteiligten bekannt machen muß.

Innerhalb 21 Tagen nach der Bekanntmachung steht den Beteiligten die Beschwerde offen.

Dieselbe ist schriftlich oder mündlich zu Protokoll bei dem Katasterkontrolleur anzubringen.

---

§ 5. Die Bestätigung des Rentenverteilungsplanes und die Entscheidung über die angebrachten Beschwerden erfolgt durch

a) die Direktion der Rentenbank hinsichtlich der dieser Bank zustehenden oder ihr zur Verwaltung überwiesenen Renten,
b) die Domänenbehörde hinsichtlich der Domänenrenten.

---

§ 6. Zum Ersatz für die dem Katasterkontrolleur erwachsenden Geschäftsunkosten haben die Trennstückserwerber nach näherer Bestimmung des Finanzministers eine Gebühr zu entrichten, welche höchstens eine Mark für jedes Trennstück beträgt.

Außerdem sind dem Katasterkontrolleur von denjenigen Trennstückserwerbern, in deren Interesse Ermittelungen an Ort und Stelle lediglich wegen der Rentenverteilung erforderlich werden, nach Verhältnis der Rentenanteile die gesetzlichen Tagegelder und Reisekosten zu vergüten.

---

§ 7. Die aus dem Kirchen- und Pfarrverbande entspringenden Lasten werden in evangelischen Gemeinden durch den Gemeindekirchenrat, in katholischen Gemeinden durch den Kirchenvorstand, die aus dem Schulverbande entspringenden Lasten durch den Schulvorstand, die aus dem Gemeindeverbande entspringenden Lasten durch den Gemeindevorstand verteilt.

---

§ 8. Der Katasterkontrolleur hat bei jeder Grundstücksteilung, falls nicht einer der Fälle des § 10 vorliegt, eine Abschrift des bestätigten Rentenverteilungsplanes, oder wenn solcher nicht aufzustellen war, einen Auszug aus den Grundsteuerfortschreibungs-Protokollen nebst den erforderlichen Angaben hinsichtlich der Gebäudesteuer, dem Landrat, in Stadtkreisen dem Gemeindevorstande, zu übersenden. Diese stellen, wenn Lasten der im § 7 gedachten Art zu verteilen sind, jedem der zur Verteilung berufenen Organe eine Abschrift der bezeichneten Schriftstücke zu.

---

§ 9. Die Verteilung (§ 7) wird in urkundlicher Form festgesetzt. Sie ist den Beteiligten und, wenn Patronatslasten zur Verteilung kommen, auch der Patronatsaufsichtsbehörde bekannt zu machen.

Innerhalb zwei Wochen nach der Bekanntmachung steht den Beteiligten und der Patronatsaufsichtsbehörde die Klage im Verwaltungsstreitverfahren offen.

Dieselbe ist bei dem Kreisausschusse, in Stadtkreisen bei dem Bezirksausschusse anzubringen.

---

§ 10. Der Verteilung nach diesem Gesetze bedarf es hinsichtlich der im § 7 genannten Lasten nicht, wenn dieselben:

a) auf Gebäuden, Bauplätzen, Hofstellen oder Gärten innerhalb einer Stadt oder Vorstadt ruhen, oder wenn sie
b) von dem Besitzer eines jeden Grundstücks ohne Rücksicht auf dessen Beschaffenheit oder Größe, oder
c) nach Verhältnis der Staatssteuern aufzubringen sind,
d) wenn im Falle der Vertauschung von Grundstücksteilen deren Eigentümer unter Zustimmung der Abgabenberechtigten und der im § 7 bezeichneten Vorstände in die wechselseitige Lastenübertragung auf die Tauschstücke willigen.

---

§ 11. Streitigkeiten über die Existenz, den Umfang oder die rechtliche Natur der zu verteilenden Abgaben und Leistungen verbleiben der richterlichen Entscheidung. Wenn vor derselben die Verteilung nicht bewirkt werden kann, so ist hinsichtlich der Renten die bestätigende Behörde, sonst der Kreisausschuß, in Stadtkreisen der Bezirksausschuß, befugt, über die Verteilung eine vorläufige Festsetzung zu treffen, gegen welche eine Berufung nicht stattfindet.

---

§ 12. Die in Gemäßheit dieses Gesetzes über die Verteilung von Lasten getroffenen endgültigen und die nach § 11 getroffenen vorläufigen Festsetzungen sind im Verwaltungswege vollstreckbar.

II. Gründung neuer Ansiedelungen.

§ 13. Wer außerhalb einer im Zusammenhange gebauten Ortschaft ein Wohnhaus errichten oder ein schon vorhandenes Gebäude zum Wohnhause einrichten will, bedarf einer von der Ortspolizeibehörde zu erteilenden Ansiedelungsgenehmigung. Vor deren Aushändigung darf die polizeiliche Bauerlaubnis nicht erteilt werden.

Die Ansiedelungsgenehmigung ist nicht erforderlich für Wohnhäuser, welche in den Grenzen eines nach dem Gesetz vom 2. Juli 1875 festgestellten Bebauungsplans, oder welche auf einem bereits bebauten Grundstücke im Zusammenhange mit bewohnten Gebäuden errichtet oder eingerichtet werden sollen.

---

§ 14. Die Ansiedelungsgenehmigung ist zu versagen, wenn nicht nachgewiesen ist, daß der Platz, auf welchem die Ansiedelung gegründet werden soll, durch einen jederzeit offenen Weg zugänglich, oder daß die Beschaffung eines solchen Weges gesichert ist. Wenn nur der letztere Nachweis erbracht werden kann, so ist bei Erteilung der Ansiedelungsgenehmigung für die Beschaffung des Weges eine Frist zu bestimmen, nach deren fruchtlosem Ablaufe das polizeiliche Zwangsverfahren eintritt.

---

§ 15. Die Ansiedelungsgenehmigung kann versagt werden, wenn gegen die Ansiedelung von dem Eigentümer, dem Nutzungs- oder Gebrauchsberechtigten oder dem Pächter eines benachbarten Grundstücks oder von dem Vorsteher des Gemeinde-(Guts-)Bezirks, zu welchem das zu besiedelnde Grundstück gehört, oder von einem der Vorsteher derjenigen Gemeinde-(Guts-)Bezirke, an welche dasselbe grenzt, Einspruch erhoben und der Einspruch durch Thatsachen begründet wird, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Ansiedelung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus dem Feld- oder Gartenbau, aus der Forstwirtschaft, der Jagd oder der Fischerei gefährden werde.

---

§ 15a. Die Ansiedelungsgenehmigung kann ferner versagt werden, wenn gegen die Ansiedelung von dem Besitzer eines Bergwerks, welches unter dem zu besiedelnden Grundstück oder in dessen Nähe belegen ist, Einspruch erhoben und durch Thatsachen begründet wird, welche die Annahme rechtfertigen,

a) daß durch den Betrieb des Bergwerks in absehbarer Zeit Beschädigungen der Oberfläche des zu besiedelnden Grundstücks eintreten können, denen im Interesse der persönlichen Sicherheit und des öffentlichen Verkehrs durch bergpolizeilich anzuordnendes Stehenlassen von Sicherheitspfeilern vorzubeugen sein würde,

b) daß die wirtschaftliche Bedeutung des uneingeschränkten Abbaues der Mineralien die der Ansiedelung überwiegt.

---

§ 16. Vor Erteilung der Ansiedelungsgenehmigung sind die beteiligten Gemeinde-(Guts-)Vorsteher (§ 15) von dem Antrage in Kenntnis zu setzen. Diese haben den Antrag innerhalb ihrer Gemeinden (Gutsbezirke) auf ortsübliche Art mit dem Bemerken bekannt zu machen, daß gegen den Antrag von den Eigentümern, Nutzungs-, Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Präklusivfrist von 21 Tagen bei der Ortspolizeibehörde Einspruch erhoben werden könne, wenn der Einspruch sich durch Thatsachen der in § 15 bezeichneten Art begründen lasse.

Geht Bergbau unter dem zu besiedelnden Grundstücke oder in dessen Nähe um, so ist von dem Antrage auch der zuständige Bergrevierbeamte in Kenntnis zu setzen. Dieser hat den beteiligten Bergwerksbesitzern den Antrag unter Hinweis auf die Befugnis, innerhalb der im vorstehenden Absatz bestimmten Frist Einspruch auf Grund des § 15a bei der Ortspolizeibehörde zu erheben, bekannt zu machen.

Die erhobenen Einsprüche sind von der Ortspolizeibehörde, geeignetenfalls nach Anhörung des Antragstellers und derjenigen, welche Einspruch erhoben haben, sowie nach Aufnahme des Beweises zu prüfen.

Wenn der Einspruch auf Grund des § 15a erhoben wird, so ist die Ortspolizeibehörde zur Einholung einer gut-

achtlichen Aeußerung der zuständigen Bergpolizeibehörde verpflichtet.

§ 17. Die Versagung der Genehmigung auf Grund des § 14 oder auf Grund erhobener Einsprüche (§§ 15, 15a), sowie die Zurückweisung der gegen die Ansiedelungsgenehmigung erhobenen Einsprüche erfolgt durch einen Bescheid der Ortspolizeibehörde, welcher mit Gründen zu versehen und dem Antragsteller, sowie denjenigen, welche Einspruch erhoben haben, zu eröffnen ist.

Gegen den Bescheid steht dem Antragsteller, sowie denjenigen, welche Einspruch erhoben haben, innerhalb einer Präklusivfrist von zwei Wochen nach Zustellung des Bescheides, den Tag der Zustellung ungerechnet, die Klage im Verwaltungsstreitverfahren offen.

Zuständig ist der Kreisausschuß, in Stadtkreisen der Bezirksausschuß.

Erfolgt die Zurückweisung des Einspruchs im Falle des § 15a aus dem Grunde, weil die Bergpolizeibehörde das Stehenlassen von Sicherheitspfeilern nicht für notwendig erachtet, so unterliegt der Bescheid der Ortspolizeibehörde keiner weiteren Anfechtung.

§ 17a. Auf den dem Grundeigentum durch die Versagung der Ansiedelungsgenehmigung zugefügten Schaden finden, sofern sich diese Verfügung auf einen Einspruch aus § 15a dieses Gesetzes stützt, die Bestimmungen der §§ 148 bis 151 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 (Gesetz-Samml. S. 705) Anwendung.

Die Verjährung des Anspruchs auf Schadenersatz beginnt mit Ablauf des Tages, an welchem der Versagungsbescheid endgültig oder rechtskräftig wird.

Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, auf Verlangen des Bergwerksbesitzers die Eintragung eines Vermerks in das Grundbuch dahin zu bewilligen:

daß und für welche Grundfläche die Ansiedelungsgenehmigung auf Einspruch des Bergwerksbesitzers versagt und welche Entschädigung gezahlt worden ist.

§ 18. Wer außerhalb einer im Zusammenhange gebauten Ortschaft eine Kolonie anlegen will, hat dazu die Genehmigung des Kreisausschusses, in Stadtkreisen der Ortspolizeibehörde, zu beantragen. Mit dem Antrage ist ein Plan vorzulegen, in welcher Art die Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse der Kolonie geordnet werden sollen.

§ 19. Die Genehmigung zur Anlegung einer Kolonie kann versagt werden, wenn und solange die Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse nicht dem öffentlichen Interesse und den bestehenden gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen gemäß geordnet sind. Im übrigen finden die Bestimmungen der §§ 14 bis 17a mit der Maßgabe Anwendung, daß die in den §§ 16, 17 der Ortspolizeibehörde beigelegten Befugnisse für Landkreise von dem Kreisausschusse wahrzunehmen sind und gegen den vom Kreisausschuß ergangenen Bescheid innerhalb der im § 17 bestimmten Frist Einspruch auf mündliche Verhandlung im Streitverfahren stattfindet.

§ 20. Wer vor Erteilung der vorgeschriebenen Genehmigung mit einer neuen Ansiedelung oder der Anlegung einer Kolonie beginnt, wird mit Geldstrafe bis einhundertundfünfzig Mark oder Haft bestraft. Auch kann die Ortspolizeibehörde die Weiterführung der Ansiedelung oder Kolonie verhindern oder die Wegschaffung der errichteten Anlagen anordnen.

III. Schluß- und Uebergangsbestimmungen.

§ 21. Das Verfahren nach diesem Gesetze, einschließlich der erteilten Genehmigungen, ist stempelfrei.

§§ 22 und 23 sind aufgehoben.

§ 24. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1877 in Kraft. Von diesem Zeitpunkte ab sind aufgehoben:

das Gesetz vom 3. Januar 1845, betreffend die Zerteilung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedelungen (Gesetz-Samml. S. 25), die dasselbe ergänzenden Gesetze vom

24. Februar 1850 (Gesetz-Samml. S. 68) und vom 24. Mai 1853 (Gesetz-Samml. S. 241), das Gesetz vom 26. Mai 1856, betreffend die Zerteilung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedelungen in Neuvorpommern und Rügen (Gesetz-Samml. S. 613), § 135 Nr. VII und VIII der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 und die Verordnung vom 11. Juli 1845, betreffend die neuen Ansiedelungen in der Provinz Westfalen (Gesetz-Samml. S. 496).

Diejenigen anderweiten Bestimmungen, welche die Errichtung von Gebäuden in der Nähe von Forsten, Eisenbahnen, Chausseen, öffentlichen Gewässern, Strömen, Kanälen, Deichen, Bergwerken, Pulvermagazinen und anderen Anlagen polizeilichen Beschränkungen unterwerfen, werden von dem gegenwärtigen Gesetze nicht berührt.

---

§ 25. Die §§ 1 bis 12 bleiben für die Provinz Westfalen außer Anwendung.

---

§ 26. Der Finanzminister, der Minister des Innern, der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten und der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten sind mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt und erlassen die erforderlichen Anordnungen und Instruktionen.

Gesetz, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz.

Vom 8. März 1871

mit den Abänderungen des Gesetzes vom 11. Juli 1891.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. verordnen zur Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 (Bundesgesetzbl. S. 360 ff.) für den gesamten Umfang der Monarchie, einschließlich des Jadegebietes, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, was folgt:

§ 1. Jedem hilfsbedürftigen Deutschen (§ 69) ist von dem zu seiner Unterstützung verpflichteten Armenverbande Obdach, der unentbehrliche Lebensunterhalt, die erforderliche Pflege in Krankheitsfällen und im Falle seines Ablebens ein angemessenes Begräbnis zu gewähren.

Die Unterstützung kann geeigneten Falles, solange dieselbe in Anspruch genommen wird, mittelst Unterbringung in einem Armen- oder Krankenhause, sowie mittelst Anweisung der den Kräften des Hilfsbedürftigen entsprechenden Arbeiten außerhalb oder innerhalb eines solchen Hauses gewährt werden.

Gebühren für die einem Unterstützungsbedürftigen geleisteten geistlichen Amtshandlungen sind die Armenverbände zu entrichten nicht verpflichtet.

---

§ 2. Jede Gemeinde bildet für sich einen Ortsarmenverband, sofern sie nicht einem, mehrere Gemeinden oder Gutsbezirke umfassenden einheitlichen Ortsarmenverbande (Gesamtarmenverbande) schon angehört oder nach den folgenden Bestimmungen einzuverleiben ist. Die Verwaltung der öffentlichen Armenpflege steht in den Gemeindebezirken überall den für die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten durch die Gemeindeverfassungsgesetze angeordneten Gemeindebehörden zu. Die Bestimmungen der Gemeindeverfassungsgesetze über die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten, insbesondere die Bestimmungen über die Zuständigkeit des Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung sind überall auch für die Verwaltung der öffentlichen Armenpflege maßgebend.

Die in diesem Gesetze der Gemeindevertretung zugewiesenen Verrichtungen werden da, wo eine gewählte Gemeindevertretung nicht besteht, von der Gemeindeversammlung wahrgenommen.

§ 3. Auf Grund eines Gemeindebeschlusses können in allen Gemeinden für die Verwaltung der öffentlichen Armenpflege besondere dem Gemeindevorstand untergeordnete Deputationen aus Mitgliedern des Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung, geeignetenfalls unter Zuziehung anderer Ortseinwohner, gebildet werden. Den Vorsitz in solchen Deputationen führt, sofern nicht die Gemeindeverfassungsgesetze über den Vorsitz in Deputationen anderes bestimmen, der Bürgermeister — in den Landgemeinden der Provinz Westfalen der Amtmann — oder ein dazu von ihm abgeordnetes Mitglied des Gemeindevorstandes. Wo kein Bürgermeister (Amtmann) an der Spitze der Gemeindeverwaltung steht, tritt an seine Stelle der Gemeindevorsteher.

Bei den sonstigen näheren Bestimmungen der Gemeindeverfassungsgesetze über die Zusammensetzung und Geschäftsführung besonderer Verwaltungsdeputationen hat es sein Bewenden; die Wahl der in die letzteren zu entsendenden Mitglieder der Gemeindevertretung und anderen Ortseinwohner steht jedoch fortan überall, soviel den Gegenstand dieses Gesetzes betrifft, der Gemeindevertretung zu.

Ortspfarrer oder deren Stellvertreter, deren Pfarrbezirk über die Grenzen der politischen Gemeinde ihres Wohnorts sich erstreckt, sind hinsichtlich des in der auswärtigen Gemeinde belegenen Kirchspielteiles den dortigen Ortseinwohnern gleich zu achten.

§ 4. Jedes zur Teilnahme an den Gemeindewahlen berechtigte Gemeindemitglied ist verpflichtet, eine unbesoldete Stelle in der Gemeindearmenverwaltung zu übernehmen und drei Jahre oder die sonst in den Gemeindeverfassungsgesetzen vorgeschriebene längere Zeit hindurch fortzuführen. Von dieser Verpflichtung befreien nur folgende Gründe:

1. anhaltende Krankheit; 2. Geschäfte, die eine häufige oder lange dauernde Abwesenheit mit sich bringen; 3. ein Alter von 60 oder mehr Jahren; 4. die Verwaltung eines anderen öffentlichen Amtes; 5. sonstige besondere, eine gültige Entschuldigung begründende Verhältnisse, über deren Vorhandensein, sofern die Gemeindeverfassungsgesetze nicht etwas anderes bestimmen, von der Gemeindevertretung zu beschließen ist.

Wer eine unbesoldete Stelle die gesetzlich vorgeschriebene Zeit hindurch wahrgenommen hat, ist während der nächstfolgenden gleich langen Zeit von der Wahrnehmung einer solchen Stelle befreit.

§ 5. Wer ohne gesetzlichen Grund die Uebernahme oder fernere Wahrnehmung einer unbesoldeten Stelle in der Gemeindearmenverwaltung verweigert oder sich dieser Wahrnehmung entzieht, kann auf drei bis sechs Jahre des Rechts zur Teilnahme an den Gemeindewahlen und zur Wahrnehmung unbesoldeter Stellen verlustig erklärt und um ein Achtel bis ein Viertel stärker zu den direkten Gemeindeabgaben herangezogen werden. Die Beschlußfassung hierüber steht, sofern die Gemeindeverfassungsgesetze nicht etwas anderes bestimmen, der Gemeindevertretung zu.

§ 6. Die Vorsteher von Korporationen und anderen juristischen Personen sind verpflichtet, den Gemeindebehörden auf deren Erfordern Auskunft über den Betrag der Unterstützungen zu erteilen, welche einem Hilfsbedürftigen des Gemeindebezirks aus den unter ihrer Verwaltung stehenden, einem Zwecke der Wohlthätigkeit gewidmeten Fonds gewährt werden. Vorsteher, welche diese Auskunft innerhalb einer 14tägigen Frist, von Empfang der seitens der Gemeindebehörden ergangenen Aufforderung an gerechnet, zu erteilen unterlassen, werden mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mark bestraft.

§ 7. Den Gemeinden werden, soviel den Gegenstand dieses Gesetzes betrifft, die außerhalb des Gemeindeverbandes stehenden Gutsbezirke gleich geachtet. Die Bestimmungen der Gesetze über die Verwaltung der örtlichen Angelegenheiten in den außerhalb des Gemeindeverbandes stehenden Bezirken sind in den letzteren überall auch für die Verwaltung der öffentlichen Armenpflege maßgebend.

§ 8. Die Gutsbesitzer haben in den Gutsbezirken die Kosten der öffentlichen Armenpflege gleich den Gemeinden zu tragen.

Steht der Gutsbezirk nicht ausschließlich im Eigentum des Gutsbesitzers, so ist auf dessen Antrag ein Statut zu erlassen, welches die Aufbringung der Kosten der öffentlichen Armenpflege in dem Gutsbezirke anderweitig regelt und den mit heranzuziehenden Grundbesitzern oder Einwohnern eine entsprechende Beteiligung bei der Verwaltung der Armenpflege einräumt. Das Statut wird, wenn sich die Beteiligten nicht vereinigen, nach Anhörung derselben durch den Kreisausschuß festgestellt und muß hinsichtlich der Regelung der Beitragspflicht den gesetzlichen Bestimmungen über die Verteilung der Kommunallasten in den ländlichen Gemeinden folgen. Dasselbe unterliegt der Bestätigung des Bezirksausschusses.

---

§ 9. Die einen einheitlichen Ortsarmenverband (Gesamtarmenverband) gegenwärtig bereits bildenden Verbände von Gemeinden oder Gutsbezirken bleiben als solche bestehen. Die für die Verwaltung der Angelegenheiten dieser Verbände maßgebenden statutarischen Vorschriften können durch verfassungsmäßigen, von dem Bezirksausschusse bestätigten Beschluß des betreffenden Verbandes, in Ermangelung eines solchen Beschlusses aber nur gemäß den Vorschriften des § 10, abgeändert werden.

---

§ 10. Soweit die Verfassung der bestehenden Gesamtarmenverbände nicht durch statutarische Vorschriften geregelt ist, bleibt den beteiligten Gemeinden und Gutsbezirken die Vereinbarung solcher statutarischen Vorschriften, vorbehaltlich der Bestätigung der letzteren durch den Bezirksausschuß, überlassen; in Ermangelung einer derartigen Vereinbarung wird die Verfassung des Gesamtarmenverbandes durch ein nach Anhörung der Beteiligten von dem Kreistage nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen zu beschließendes, von dem Bezirksausschusse zu bestätigendes Statut geregelt.

Es wird für den Gesamtarmenverband eine besondere, aus Abgeordneten der Gemeinden und Gutsbezirke bestehende Vertretung gebildet. Die Zahl der von den Gemeinden und Gutsbezirken zu entsendenden Abgeordneten, sowie geeignetenfalles die Zahl der dem Abgeordneten eines Gutsbezirkes einzuräumenden Stimmen wird nach dem Verhältnis der von den Gemeinden und Gutsbezirken zu leistenden Beiträge zu den Kosten der gemeinsamen Armenpflege bestimmt, mit der Maßgabe, daß jede Gemeinde und jeder Gutsbezirk wenigstens einen Abgeordneten zu entsenden hat. Die Abgeordneten der Gemeinden, zu denen jedoch in allen Fällen der Vorsteher der betreffenden Gemeinde gehören muß, werden von der Gemeindevertretung auf drei bis sechs Jahre gewählt. Die Vertretung des Gesamtarmenverbandes wählt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, in der Regel aus ihrer Mitte. Dem Vorsitzenden kann eine Dienstunkostenentschädigung gewährt werden. Die Wahlen erfolgen nach den entsprechenden Vorschriften der Gemeindeverfassungsgesetze. In Beziehung auf die Verwaltung der gemeinsamen Armenpflege stehen, nach Maßgabe der Gemeindeverfassungsgesetze, der Vertretung des Gesamtarmenverbandes die Rechte der Gemeindevertretung (Gemeindeversammlung), dem Vorsitzenden derselben aber die Rechte des Gemeindevorstehers (Gemeindevorstandes) zu. Die Verteilung der Kosten der gemeinsamen Armenpflege auf die einzelnen Gemeinde- und Gutsbezirke erfolgt nach Maßgabe der in ihnen aufkommenden Einkommensteuer, der halben Gewerbesteuer, sowie der halben Grund- und Gebäudesteuer. Das Einkommen, welches aus außerhalb belegenem Grundbesitz oder betriebenem Gewerbe fließt, ist außer Berechnung zu lassen.

Das Einkommen, welches die außerhalb des Bezirkes des Gesamtarmenverbandes wohnenden Personen mit Einschluß der juristischen Personen, der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien aus dem innerhalb dieses Bezirks belegenen Grundbesitz oder betriebenen Gewerbe beziehen, wird hinsichtlich der Einkommensteuer besonders veranlagt.

Den einzelnen Gemeinden bleibt die Aufbringung des auf sie verteilten Kostenbeitrages nach den Vorschriften der Gemeindeverfassungsgesetze überlassen.

---

§ 11. Die einen einheitlichen Ortsarmenverband gegenwärtig noch nicht bil-

denden, aus mehreren Gemeinden oder Gutsbezirken zusammengesetzten Kommunalverbände (Bürgermeistereien, Aemter, Samtgemeinden) können unter Zustimmung des Kreistages in den Formen, welche für die Beschlußfassung über die gemeinschaftlichen Angelegenheiten dieser Verbände vorgeschrieben sind, als Gesamtarmenverbände eingerichtet werden. Die Bestimmungen der Gesetze über die Verwaltung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der gedachten Kommunalverbände sind alsdann auch für die Verwaltung der gemeinsamen Armenpflege maßgebend.

§ 12. Gemeinden oder Gutsbezirke, welche einem der in den §§ 9 und 11 gedachten Verbände nicht angehören, können mittelst gegenseitiger Vereinbarung als Gesamtarmenverbände eingerichtet oder einem bestehenden Gesamtarmenverbande einverleibt werden. Die Art der Beschlußfassung über die gemeinschaftlichen Angelegenheiten, die Vertretung des Gesamtarmenverbandes nach außen, die Formen der Verwaltung und die Aufbringungsweise der Kosten der gemeinsamen Armenpflege sind in diesem Falle durch ein von dem Bezirksausschusse zu bestätigendes Statut zu regeln.

§ 13. Die Bestimmungen der §§ 3 bis 5, betreffend die Bildung besonderer Deputationen und die Verpflichtung zur Annahme unbesoldeter Stellen, sowie die Bestimmungen des § 6 kommen auch bezüglich der Gesamtarmenverbände und deren Vertretung zur Anwendung.

§ 14. Die Wiederauflösung eines Gesamtarmenverbandes kann nur in den Formen, welche für die Beschlußfassung über die gemeinschaftlichen Angelegenheiten vorgeschrieben sind, und nur mit Genehmigung des Bezirksausschusses vorgenommen werden.

§ 15. Jede Einrichtung und jede Wiederauflösung eines Gesamtarmenverbandes ist durch das Amtsblatt zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

§§ 16 bis 24 haben keine Bedeutung mehr.

§ 25. Der Staatsregierung steht nach Maßgabe der Gemeindeverfassungsgesetze die Aufsicht über die Verwaltung der Ortsarmenverbände zu. Sie hat insbesondere auch in den Fällen der §§ 19 ff. darüber zu wachen, daß das Armenvermögen seinen bestimmungsmäßigen Zwecken nicht entfremdet werde.

§ 26. Die bestehenden Landarmenverbände werden in ihren gegenwärtigen Grenzen bis auf weiteres beibehalten, jedoch wird der Kreis Meisenheim dem Landarmenverbande des Regierungsbezirks Coblenz und die Enklave Kaulsdorf dem Landarmenverbande der vormals sächsischen Kreise der Regierungsbezirke Merseburg und Erfurt und des Kreises Erfurt zugelegt. Einen besonderen Landarmenverband bilden außerdem

1. die Provinz Schleswig-Holstein,
2. die Provinz Hannover,
3. der kommunalständische Verband des Regierungsbezirks Kassel,
4. der kommunalständische Verband des Regierungsbezirks Wiesbaden,
5. [1])
6. der Regierungsbezirk Sigmaringen.

Für das Jadegebiet werden die Funktionen des Landarmenverbandes bis auf weiteres vom Staate übernommen.

§ 27. Die Grenzen der Landarmenverbände können unter Zustimmung der Beteiligten und, wo für den Bezirk eines Landarmenverbandes eine besondere Vertretung nicht besteht, unter Zustimmung der Provinzialvertretung, durch Königliche Verordnung geändert werden. Ohne diese Zustimmung ist eine solche Aenderung nur im Wege der Gesetzgebung zulässig.

§ 28. Die Verwaltung der Angelegenheiten derjenigen Landarmenverbände, welche nur aus einer Gemeinde bestehen, erfolgt nach den für die Verwaltung der Angelegenheiten der Gemeinden maßgebenden Vorschriften.

In allen anderen Fällen wird die Verwaltung der Angelegenheiten der Land-

[1]) Ist fortgefallen.

armenverbände durch Königliche Verordnung, soweit es bisher noch nicht geschehen ist, den betreffenden kreis-, beziehungsweise provinzial- und kommunalständischen Verbänden und deren Organen nach Maßgabe der für diese Verbände und deren Organe gültigen Verfassungsgesetze übertragen. Bis zum Erlaß der betreffenden Königlichen Verordnung bewendet es überall bei den zur Zeit bestehenden Verwaltungsvorschriften, vorbehaltlich der Bestimmungen des § 71.

---

§ 29. Die zur Erfüllung der Verpflichtungen der Landarmenverbände aufzubringenden Kosten werden auf die betreffenden Kreise nach dem Maßstabe der in ihnen aufkommenden direkten Staatssteuern (§ 70) verteilt, sofern nicht die Vertretung eines Landarmenverbandes mit Genehmigung der Minister des Innern und der Finanzen eine andere Aufbringungsweise beschließt. Den Vertretungen der Kreise bleibt die Beschlußfassung über die Aufbringungsweise des auf die letzteren verteilten Kostenbetrages überlassen.

In der Provinz Hannover werden die vorgedachten Kosten auf die Amtsverbände beziehungsweise auf die nicht zu einem Amtsverband gehörigen Städte verteilt.

Im Regierungsbezirk Sigmaringen erfolgt die Verteilung auf die Oberamtsbezirke. Die Aufbringungsweise der auf die letzteren verteilten Kostenbeträge wird bis zur Einführung von Kreis- und Provinzialvertretungen durch eine Versammlung der Ortsvorsteher (Bürgermeister, Stadtschultheiß, Vogt) des Oberamtsbezirks unter dem Vorsitze des Oberamtmanns bestimmt.

---

§ 30. Die Bestimmungen des § 29 treten in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen und in der Rheinprovinz erst mit dem 1. Januar 1873 in Geltung. Mit demselben Tage treten in der Provinz Schlesien die zur Zeit dort geltenden gesetzlichen Bestimmungen, betreffend die Erhebung von Abgaben für das Landarmen- und Korrigendenwesen bei Erb- und Besitzveränderungsfällen außer Kraft.

---

§ 31. Die Landarmenverbände — in der Provinz Ostpreußen der Landarmenverband der Provinz — sind verpflichtet, für Bewahrung, Kur und Pflege der hilfsbedürftigen Geisteskranken, Idioten, Epileptischen, Taubstummen und Blinden, soweit dieselben der Anstaltspflege bedürfen, in geeigneten Anstalten Fürsorge zu treffen.

Verpflichtet zur Aufnahme und Bewahrung, zur Gewährung der Kur und Pflege ist zunächst derjenige Landarmenverband welchem der vorläufig unterstützungspflichtige Ortsarmenverband angehört.

Dieser Landarmenverband kann die Uebernahme des Hilfsbedürftigen, sowie den Ersatz der aufgewendeten Verpflegungs- und Ueberführungskosten von demjenigen Landarmenverband verlangen, dem der endgültig unterstützungspflichtige Ortsarmenverband angehört.

---

§ 31a. Die allgemeinen Verwaltungskosten der Anstalten und die Kosten der von der Anstalt selbst bewirkten Beerdigung trägt der Landarmenverband. Der Landarmenverband ist berechtigt, sofern es sich nicht um einen landarmen Hilfsbedürftigen handelt, vorbehaltlich anderweitiger Vereinbarung Ersatz der sonstigen Kosten von dem endgültig unterstützungspflichtigen Ortsarmenverband zu verlangen. Die Erstattung erfolgt durch Vermittelung des Kreises, welchem dieser Ortsarmenverband angehört; der Kreis ist verpflichtet, dem Ortsarmenverbande mindestens zwei Drittel der von letzterem aufzubringenden Kosten als Beihilfe zu gewähren.

Unberührt bleiben alle auf besonderen gesetzlichen Bestimmungen oder Titeln beruhenden Verpflichtungen.

---

§ 31b. Die Bestimmungen über die Aufnahme und Entlassung der Anstaltspflegebedürftigen, sowie über die Höhe der zu erstattenden Kosten werden in Reglements getroffen, welche der Genehmigung der zuständigen Minister unterliegen.

---

§ 31c. Streitigkeiten zwischen den Ortsarmenverbänden und den zur Beihilfe verpflichteten Kreisen unterliegen der Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren. Zuständig in erster Instanz ist der Bezirksausschuß, in zweiter das Oberverwaltungsgericht.

Im übrigen behält es bei den Bestimmungen des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 sein Bewenden.

---

§ 31d. Land- und Stadtkreise, sowie Ortsarmenverbände, welche für einen der von den Landarmenverbänden unmittelbar zu übernehmenden Zweige der Armenpflege bisher schon in ausreichender Weise gesorgt haben, können, so lange dies der Fall ist, nicht gegen ihren Willen verpflichtet werden, an der betreffenden Einrichtung des Landarmenverbandes teilzunehmen oder zu den Kosten derselben beizutragen.

Land- und Stadtkreise können mit Genehmigung des Oberpräsidenten auch in Zukunft die Fürsorge für hilfsbedürftige Geisteskranke, Idioten, Epileptische, Taubstumme und Blinde in eigenen Anstalten übernehmen.

Die infolge der Ausführung der vorstehenden Vorschriften erforderliche Regelung der Verhältnisse ist, unbeschadet aller Privatrechte Dritter, durch den Oberpräsidenten zu bewirken.

Streitigkeiten, welche hierbei entstehen, unterliegen der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts.

In den Fällen der Absätze 1 und 2 tragen die Landkreise die allgemeinen Verwaltungskosten allein und dürfen die Ortsarmenverbände höchstens bis zu einem Drittel der sonstigen Kosten heranziehen (§ 31a).

---

§ 31e. Die Landarmenverbände, Kreise und die aus mehreren Gemeinden und Gutsbezirken zusammengesetzten Kommunalverbände sind auch ferner befugt, die Fürsorge für Sieche unmittelbar zu übernehmen.

Die gleiche Befugnis verbleibt den Kreisen und den im Absatz 1 bezeichneten Kommunalverbänden hinsichtlich der hilfsbedürftigen Kranken.

---

§ 32. Die in einigen Landesteilen bereits bestehenden Verbände von Gemeinden und Gutsbezirken zur Bestreitung der Kosten einzelner besonderer Zweige der öffentlichen Armenpflege (außerordentliche Armenlast) bleiben als solche aufrecht erhalten; bezüglich der Verwaltung der Angelegenheiten derselben kommen die §§ 9, 10, 13 bis 15 gleichmäßig zur Anwendung.

Ohne Zustimmung der Beteiligten findet die Bildung solcher Verbände nicht ferner statt.

---

§ 33. Die in einigen Landesteilen bestehenden Verpflichtungen des Staats zur Bestreitung einzelner besonderer Zweige der öffentlichen Armenpflege werden insoweit aufgehoben, als diese Verpflichtungen nicht auf besonderen Rechtstiteln beruhen.

Desgleichen werden aufgehoben die Bestimmungen des Ausschreibens des vormaligen Kurhessischen Staatsministeriums vom 15. Oktober 1822 (Kurhessische Gesetz-Samml. S. 45), sowie die Bestimmungen in § 1 Nr. 5 des Gesetzes, betreffend die Erweiterung der Verwendungszwecke der Einnahmen aus dem vormals Kurhessischen Staatsschatze, vom 25. März 1869 (Gesetz-Samml. S. 525).

---

§ 34. Die Landarmenverbände sind befugt, die ihrer Fürsorge gesetzlich anheimfallenden Personen demjenigen Ortsarmenverbande gegen Entschädigung zu überweisen, welcher nach § 28 des Bundesgesetzes vom 6. Juni 1870 zur vorläufigen Unterstützung derselben verpflichtet ist.

Die Landarmenverbände sind verpflichtet, in ihren Armenhäusern, soweit es der Raum gestattet, gegen Entschädigung die der Fürsorge der Ortsarmenverbände gesetzlich anheimfallenden Personen auf Antrag dieser Verbände anzunehmen.

---

§ 35. Die für den Betrag der Erstattungsforderungen der Armenverbände maßgebenden Tarife werden von dem Minister des Innern nach Anhörung der Provinzialvertretung beziehungsweise der Kommunallandtage aufgestellt. Bei den gegenwärtig in Geltung stehenden Tarifen bewendet es, bis sie in vorgedachter Weise abgeändert worden sind.

---

§ 36. Die Landarmenverbände sind verpflichtet, denjenigen, ihrem Bezirke angehörigen Ortsarmenverbänden eine Beihilfe zu gewähren, welche den ihnen obliegenden Verpflichtungen zu genügen unvermögend sind. Ob und welche Beihilfe zu leisten ist, beschließt nach Anhörung

des Kreistages endgültig der Provinzialrat. Die Beihilfe kann in Geld oder mittelst Bereitstellung von Pflegeanstalten oder in sonst geeigneter Weise gewährt werden.

Die in einigen Teilen des Regierungsbezirks Kassel bestehenden Verbände zur Unterstützung solcher Gemeinden, welche die Lasten der öffentlichen Armenpflege für sich allein nicht aufzubringen im stande sind, werden insoweit aufgehoben, als diese Verbände nicht gleichzeitig zur Verfolgung anderer Zwecke eingerichtet sind, beziehungsweise insoweit auf sie nicht gleichzeitig der § 32 Anwendung findet. Auf das Vermögen dieser Verbände, soweit dasselbe lediglich zur Unterstützung der vorgedachten Gemeinden bestimmt ist, kommen die Vorschriften der §§ 17 und 18 zur Anwendung.

---

§ 37. Muß ein Deutscher, welcher keinen Unterstützungswohnsitz hat, auf Verlangen ausländischer Staatsbehörden (§ 33 des Bundesgesetzes) aus dem Auslande übernommen werden und ist bei der Uebernahme der Fall der Hilfsbedürftigkeit vorhanden oder tritt derselbe innerhalb sieben Tagen nach erfolgter Uebernahme ein, so liegt die Verpflichtung zur Erstattung der Kosten der Unterstützung beziehungsweise zur Uebernahme des Hilfsbedürftigen demjenigen Landarmenverbande ob, innerhalb dessen der Hilfsbedürftige seinen letzten Unterstützungswohnsitz gehabt hat. Läßt sich dieser Unterstützungswohnsitz nicht ermitteln, so ist derjenige Landarmenverband zur Tragung der Kosten verpflichtet, in dessen Bezirk die Hilfsbedürftigkeit hervorgetreten ist.

---

§ 38. Die Landarmenverbände sind verpflichtet, die in ihrem Bezirke festgenommenen, auf Grund der Bestimmungen des § 361 Nr. 3 bis 8 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871 verurteilten und nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde überwiesenen Personen, auf dahin gehenden Beschluß dieser Behörde in ein Arbeitshaus unterzubringen. Die Kosten des Transportes der vorgedachten Personen aus dem Gerichtsgefängnis in das Arbeitshaus, sowie der ihnen etwa behufs dieses Transportes zu gewährenden unentbehrlichen Bekleidung fallen dem Staate zur Last, wogegen die Landarmenverbände die Kosten der Verpflegung in der Anstalt, der bei der Entlassung aus dieser, wenn nötig, zu gewährenden Bekleidung und entstehendenfalls der Beerdigung insoweit zu tragen haben, als diese Kosten durch den aufkommenden Arbeitsverdienst nicht gedeckt werden.

---

§ 39. Die Landarmenverbände sind fortan, soweit es bisher noch der Fall ist, nicht mehr verpflichtet, die Kosten der Vollstreckung gerichtlich erkannter Freiheitsstrafen bezüglich der im § 38 gedachten Personen zu tragen.

---

§§ 40 bis **48** sind aufgehoben.

---

§ 49. Der Bezirksausschuß ist befugt, Untersuchungen an Ort und Stelle zu veranlassen, Zeugen und Sachverständige zu laden und eidlich zu vernehmen, überhaupt den angetretenen Beweis in vollem Umfange zu erheben.

Hinsichtlich der Verpflichtung, sich als Zeuge oder Sachverständiger vernehmen zu lassen, kommen die entsprechenden Bestimmungen der bürgerlichen Prozeßgesetze zur Anwendung. Der Bezirksausschuß erkennt auf die im Ungehorsamsfalle zu verhängenden Strafen, vorbehaltlich des innerhalb vierzehn Tagen nach Zustellung des Strafbescheides zulässigen Rekurses an das Bundesamt für das Heimatwesen.

---

§§ 50 bis **56** sind aufgehoben.

---

§ 57. Soweit die Organisation oder die örtliche Abgrenzung der einzelnen Armenverbände Gegenstand des Streites ist, bewendet es endgültig bei der Entscheidung des Bezirksausschusses. Im übrigen findet gegen dessen Entscheidung, unter Ausschluß aller sonstigen Rechtsmittel, die Berufung an das Bundesamt für das Heimatwesen statt.

---

§ 58. In allen Streitsachen zwischen preußischen Armenverbänden ist die unterliegende Partei verpflichtet, der Gegenpartei die ihr in der Berufungsinstanz entstandenen baren Auslagen, sowie die Gebühren eines sie in der öffentlichen Sitzung des Bundesamtes vertretenden Rechtsverständigen zu erstatten.

---

§ 59. Gegen die im § 56 des Bundesgesetzes erwähnten Anordnungen findet die Berufung an das Bundesamt für das Heimatwesen auch in denjenigen Fällen statt, in denen ein Streit zwischen zwei preußischen Armenverbänden besteht.

Ist ein Armenverband zur Zahlung und Erstattung der ihm endgültig auferlegten Kosten und Gebühren ganz oder teilweise außer stande (§ 59 des Bundesgesetzes), so bleiben die Kosten des Verfahrens außer Ansatz und für die Erstattung der Auslagen und Gebühren muß der betreffende Landarmenverband aufkommen.

---

§ 60.[1]) Der Kreis-(Stadt-)Ausschuß muß in allen Streitigkeiten, in denen ein Ortsarmenverband von einem anderen preußischen Armenverbande in Anspruch genommen wird, auf Antrag beider streitenden Teile der schiedsrichterlichen Entscheidung, und auf Antrag eines Teiles, welchen dieser stellt, ehe der Streit bei dem Bezirksausschusse anhängig gemacht ist, einem gütlichen Sühneversuch sich unterziehen.

---

§ 61. Für das Verfahren kommt § 49 in Anwendung mit der Maßgabe, daß gegen eine Strafverfügung der Rekurs an den Bezirksausschuß zusteht. Der Kreis-(Stadt-)Ausschuß darf in jeder Lage des Verfahrens einen Sühneversuch veranlassen.

---

§ 62. Der Kreis-(Stadt-)Ausschuß beschließt endgültig mit Ausschluß jeder Berufung. Der Beschluß erfolgt gebühren- und stempelfrei; doch sind dem unterliegenden Teile die baren Auslagen des Verfahrens und die des obsiegenden Teils, jedoch mit Ausschluß der Gebühren eines Bevollmächtigten, zur Last zu legen.

Die zu erstattenden baren Auslagen werden von dem Kreis-(Stadt-)Ausschuß endgültig festgesetzt.

Die Beschlüsse der Kreis-(Stadt-)Ausschüsse, sowie die urkundlich von denselben festgestellten Einigungen sind im Verwaltungswege vollstreckbar.

§ 63. Einen Anspruch auf Unterstützung kann der Arme gegen einen Armenverband niemals im Rechtswege, sondern nur bei der Verwaltungsbehörde geltend machen, in deren Pflicht es liegt, keine Ansprüche zuzulassen, welche über das Notdürftige hinausgehen.[2])

---

§ 64. Jeder Ausländer ist, so lange ihm der Aufenthalt im Inlande gestattet wird, in Bezug

a) auf die Art und das Maß der im Falle der Hilfsbedürftigkeit zu gewährenden öffentlichen Unterstützung,
b) auf den Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes

einem Deutschen gleich zu behandeln.

---

§ 65. Auf den Antrag des Armenverbandes, der einen Hilfsbedürftigen unterstützen muß, können durch einen mit Gründen versehenen Beschluß der Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Beteiligten der Ehemann, die Ehefrau, die ehelichen Eltern, die uneheliche Mutter sowie die ehelichen Kinder und die unehelichen Kinder in Beziehung auf die Mutter, angehalten werden, dem Hilfsbedürftigen nach Maßgabe ihrer gesetzlichen Verpflichtung die erforderliche laufende Unterstützung zu gewähren.

Die Beschlußfassung steht dem Kreis-(Stadt-)Ausschusse desjenigen Kreises zu, in welchem der in Anspruch genommene Angehörige des Hilfsbedürftigen seinen Wohnsitz hat.

Hat der gedachte Angehörige im Inlande keinen Wohnsitz, so treten an die Stelle der Behörden des Wohnsitzes die Behörden des Aufenthaltsortes.

In den Fällen der §§ 31, 31 a, d und e sind auch die Kreise und die anderen daselbst bezeichneten Kommunalverbände berechtigt, die Gewährung der erforderlichen laufenden Unterstützung von den im Absatz 1 aufgeführten Personen nach Maßgabe ihrer gesetzlichen Verpflichtung zu fordern. Findet eine Vereinbarung über die Höhe dieser Kosten nicht statt, so beschließt auf den Antrag der Berechtigten

---

[1]) Man vergleiche § 43 des oben abgedruckten Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883.

[2]) Ueber die Zuständigkeit für Beschwerden von Armen gegen Verfügungen von Ortsarmenverbänden vergleiche man § 41 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883.

nach Anhörung der Beteiligten der Bezirksausschuß endgültig, vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges.

Die in schriftlicher, von beiden Teilen vollzogener Fassung vereinbarten und die von dem Bezirksausschusse festgesetzten Beträge unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren.

§ 66.[1])

§ 67. Der Beschluß des Kreis-(Stadt-) Ausschusses (§§ 65, 66) ist vorläufig und so lange vollstreckbar, bis mittelst rechtskräftigen gerichtlichen Urteils eine abändernde Entscheidung erfolgt ist.

Im letzteren Falle hat der Armenverband dem in Anspruch genommenen Angehörigen das bis dahin Geleistete beziehungsweise das zuviel Geleistete zu erstatten; im Weigerungsfalle ist er hierzu im Aufsichtswege anzuhalten.

Hatte jedoch der eine solche Erstattung Fordernde die gerichtliche Klage nicht innerhalb sechs Monaten nach Zustellung des von ihm angefochtenen Beschlusses des Kreis-(Stadt-)Ausschusses angebracht, so kann er nur dasjenige zurückfordern, was er für den Zeitraum seit Anbringung der Klage zu viel geleistet hat.

§ 68. Die Erstattung bereits verausgabter Unterstützungskosten kann ein Armenverband in allen Fällen, soweit nicht die Bestimmungen betreffend das Verfahren in Streitsachen der Armenverbände zur Anwendung kommen, nur im gerichtlichen Verfahren beanspruchen.

Der Erstattungsanspruch im gerichtlichen Verfahren steht in den Fällen der §§ 31, 31a, d und e auch den Kreisen und den anderen daselbst bezeichneten Kommunalverbänden zu. Die Klage ist gegen den Unterstützten und gegen seine alimentationspflichtigen Angehörigen zulässig.

§ 69. Unter einem deutschen Hilfsbedürftigen und einem deutschen Armenverbande im Sinne dieses Gesetzes ist ein solcher zu verstehen, welcher dem Geltungsbereich des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 angehört.

§ 70. Soweit die Verteilung der von den einzelnen Verbänden, Kreisen und Gemeinden infolge dieses Gesetzes aufzubringenden Kosten nach Maßgabe der direkten Staatssteuern erfolgt, kommen folgende Bestimmungen zur Anwendung:

1.[2])
2. die in § 4 Litt. a und b des Grundsteuergesetzes vom 21. Mai 1861 (Gesetz-Samml. S. 253) und beziehungsweise im § 3 des Grundsteuergesetzes vom 11. Februar 1870 (Gesetz-Samml. S. 85) bezeichneten Grundstücke werden nach Maßgabe derjenigen Grundsteuerbeträge herangezogen, welche von ihnen zu entrichten sein würden, wenn ihnen ein Anspruch auf Grundsteuerbefreiung oder Bevorzugung nicht zustände. Die Berechnung dieser Grundsteuerbeträge erfolgt durch Anwendung des allgemeinen Grundsteuer-Prozentsatzes auf die in Ausführung der vorerwähnten beiden Gesetze für die gedachten Grundstücke festgestellten oder festzustellenden Reinerträge. In den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau, sowie in dem Kreise Meisenheim geschieht diese Berechnung so lange, als die neu zu regelnde Grundsteuer noch nicht erhoben wird, nach den gesetzlich feststehenden oder hergebrachten Besteuerungsgrundsätzen;
3. die nach § 3 unter 1. des Gesetzes betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, vom 21. Mai 1861 (Gesetz-Samml. S. 317 ff.) von der Gebäudesteuer befreiten Gebäude, mit Ausnahme derjenigen, welche sich im Besitze der Mitglieder des Königlichen Hauses oder des Hohenzollernschen Fürstenhauses, sowie des Hannoverschen Königshauses oder des Kurhessischen oder Herzoglich Nassauischen Fürstenhauses befinden, werden nach Maßgabe ihres, den Grundsätzen des angeführten Gesetzes entsprechend,

[1]) Der Beschluß des Kreis-(Stadt-)Ausschusses ist jetzt nach § 43 Absatz 2 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden, vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges, endgültig.

[2]) Gilt nicht mehr.

besonders einzuschätzenden Nutzungswertes und der danach zu berechnenden Gebäudesteuerbeträge herangezogen;

4. die Steuer für den Gewerbebetrieb im Umherziehen bleibt außer Berücksichtigung.

---

§ 71 ist ohne Bedeutung mehr.

---

§ 72. Die Verwaltung des für das ehemalige Herzogtum Nassau vorhandenen, seiner Bestimmung zu erhaltenden Central-Waisenfonds wird durch Königliche Verordnung geregelt; bis zu deren Erlaß bewendet es bei den darauf bezüglichen Bestimmungen der §§ 17 und 19 des Gesetzes, betreffend die Verwaltung der öffentlichen Armenpflege, vom 18. Dezember 1848 (Nassauisches Verordnungsblatt S. 303 ff.).

---

§ 73. Das gegenwärtige Gesetz tritt, vorbehaltlich der Bestimmung des § 30, mit dem 1. Juli 1871 in Kraft. Es ist, den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes entsprechend, Vorkehrung dahin zu treffen, daß vom 1. Juli 1871 ab jedes Grundstück einem räumlich abgegrenzten Ortsarmenverbande angehört oder selbständig als solcher eingerichtet ist.

---

§ 74. Mit dem 1. Juli 1871 treten alle mit den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes im Widerspruche stehenden oder mit denselben nicht zu vereinigenden gesetzlichen Bestimmungen außer Kraft. Insbesondere treten außer Kraft:

1. für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen und die Rheinprovinz:
   a) das Gesetz über die Verpflichtung zur Armenpflege vom 31. Dezember 1842 (Gesetz-Samml. S. 8) mit der Maßgabe, daß die im § 6 unter 3 dieses Gesetzes erwähnten, zur Zeit der Verkündigung desselben bereits in Ausführung gekommenen Veränderungen von Gemeindebezirken nach wie vor als rechtsbeständig zu betrachten sind,
   b) das Gesetz zur Ergänzung der Gesetze vom 31. Dezember 1842 über die Verpflichtung zur Armenpflege ꝛc. vom 21. Mai 1855 (Gesetz-Samml. S. 311), soweit dasselbe zur Zeit noch Gültigkeit hat,
   c) der § 1 des Edikts vom 14. Dezember 1747 wegen Ausrottung der Bettler ꝛc. in Schlesien und der Grafschaft Glatz, vorbehaltlich der Bestimmungen des § 9 des gegenwärtigen Gesetzes,
   d) diejenigen gesetzlichen Vorschriften, welche die Aufbringung der Kosten der örtlichen Armenpflege in der Provinz Schlesien, ausschließlich der Oberlausitz, zu ihrem Gegenstande haben, insbesondere das Gesetz vom 18. März 1869 (Gesetz-Samml. S. 505),
   e) der § 5 der Verordnung, betreffend die Einführung der im Westrheinischen Teile des Regierungsbezirks Coblenz geltenden Gesetze in dem vormals Hessen-Homburgischen Oberamte Meisenheim vom 20. September 1867 (Gesetz-Samml. S. 1535 ff.) und die dort allegierte Verordnung vom 15. Oktober 1832;
2. für die Provinz Schleswig-Holstein die Armenordnung vom 29. Dezember 1841 (Schleswig-Holsteinische Gesetz-Samml. S. 267 ff.), mit Ausnahme der §§ 14 bis 18, 77, 78, 81, 82, soweit dieselben die gesetzliche Alimentationspflicht der Verwandten und die Verpflichtungen der Dienstherrschaften gegenüber den Dienstboten zum Gegenstande haben; desgleichen die §§ 7 bis 15 des Patents, betreffend die Niederlassung und Versorgung von Ausländern, vom 5. November 1841 (ebenda S. 243 ff.);
3. für die Provinz Hannover:
   a) die Verordnung über die Bestimmung des Wohnorts ꝛc. vom 6. Juli 1827 (Hannoversche Gesetz-Samml. S. 69 ff.) mit der Maßgabe, daß die nach den Gemeinde-Verfassungsgesetzen durch den Erwerb des Wohnrechts bedingten Rechte und Pflichten fortan durch den Wohnsitz (juristisches Domizil) in der betreffenden Gemeinde begründet werden,
   b) das Gesetz wegen Behandlung erkrankter, der Gemeinde ꝛc. nicht

angehöriger Armen vom 9. August 1838 (ebenda S. 195 ff.),

c) die §§ 48 und 49, sowie die auf das Armenwesen Bezug habenden Bestimmungen der §§ 28 ff. des Gesetzes über die Verhältnisse der Juden vom 30. September 1842 (ebenda S. 211 ff.);

4. für das ehemalige Kurfürstentum Hessen die Verordnung, enthaltend Maßregeln der Sicherheitspolizei wegen der erwerbs- oder heimatlosen ꝛc. Personen, vom 29. November 1823 (Kurhessische Gesetz-Samml. S. 57 ff.);

5. für das ehemalige Herzogtum Nassau das Gesetz, betreffend die Verwaltung der öffentlichen Armenpflege, vom 18. Dezember 1848 (Nassauisches Verordnungsbl. S. 303 ff.); jedoch

a) mit Ausnahme des § 9, soweit derselbe die gesetzliche Alimentationspflicht der Ehegatten und der Verwandten zu seinem Gegenstande hat,

b) mit Ausnahme des § 28 und

c) vorbehaltlich der die Verwaltung des Central-Waisenfonds betreffenden Bestimmung des § 72 dieses Gesetzes und mit der Maßgabe, daß die auf Grund der §§ 14 und 16 sub 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 1848 für die Landarmen- und Waisenpflege im Gebiete des ehemaligen Herzogtums Nassau, sowie die für gleiche Zwecke im Kreise Biedenkopf aus der Staatskasse pro 1870 geleisteten Zuschüsse dem Landarmenverbande des Regierungsbezirks Wiesbaden überwiesen werden;

6. für die ehemaligen bayerischen Landesteile die Verordnung über das Armenwesen vom 17. November 1816 (Bayerisches Gesetzbl. S. 780 ff.), das Gesetz über die Heimat vom 11. September 1825 (ebenda S. 103 ff.), das revidierte Gesetz über Ansässigmachung und Verehelichung vom 11. September 1825 und 1. Juli 1834 (ebenda S. 133 ff.), das Gesetz über die Unterstützung und Verpflegung hilfsbedürftiger und erkrankter Personen vom 25. Juli 1850 (ebenda S. 341 ff.).

Es werden überdies alle gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben, welche die Erhebung einer Abgabe von öffentlichen Lustbarkeiten zu Armenzwecken vorschreiben. Die Befugnis der Gemeindebehörden, die Einführung oder Forterhebung solcher Abgaben nach Maßgabe der Gemeinde-Verfassungsgesetze zu beschließen, wird durch diese Bestimmung nicht berührt.

Das Versammlungs- und Vereinigungsrecht in Preußen.

Einleitung.

Unter Versammlungs- und Vereinigungsrecht versteht man die Gesamtheit aller der gesetzlichen Vorschriften, welche ergangen sind in betreff der den Staatsbürgern verfassungsmäßig gewährleisteten Berechtigung, Versammlungen und Vereine zu bilden und an solchen teilzunehmen.

Nach Artikel 4 Nummer 16 der Verfassung des Deutschen Reiches unterliegen der Beaufsichtigung des Reiches und der Gesetzgebung desselben die Bestimmungen über das Vereinswesen. Von dieser ihr zustehenden Befugnis hat die Reichsregierung nur einen geringen Gebrauch gemacht, indem sie das Vereinswesen nicht einheitlich durch ein besonderes Gesetz geregelt hat. Es sind vielmehr hierüber nur einzelne Bestimmungen ergangen, welche in verschiedenen Reichsgesetzen enthalten sind.

In Preußen gelten daher die Landesgesetze, soweit ihnen nicht jene Reichsgesetze entgegenstehen, also neben einigen kleineren Gesetzen die Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat und die Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauches des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes vom 11. März 1850.

Nach Artikel 29 und 30 der Verfassungsurkunde sind alle Preußen berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln und sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen. Beschränkungen dieses Rechtes sind nur unter den gesetzlichen Voraussetzungen zulässig.

In Gemäßheit des Artikel 3 der Reichsverfassung besteht für ganz Deutschland ein gemeinsames Indigenat mit der Wirkung, daß der Angehörige eines jeden Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaate als Inländer zu behandeln und demgemäß zur Erlangung des Staatsbürgerrechtes und zum Genusse aller sonstigen bürgerlichen Rechte unter denselben Voraussetzungen, wie der Einheimische zuzulassen ist. Hieraus darf nun aber keineswegs der Schluß gezogen werden, daß jeder Angehörige eines anderen Bundesstaates in Preußen zur Teilnahme an Vereinen und Versammlungen zugelassen werden muß; denn jeder Angehörige eines anderen deutschen Bundesstaates ist zwar Reichsangehöriger, aber deshalb noch nicht Preuße; zur Teilnahme an Versammlungen und Vereinen sind aber nach dem Wortlaute des Gesetzes nur Preußen berechtigt.

Das Versammlungs- und Vereinsrecht hat nach verschiedenen Richtungen hin wesentliche Einschränkungen erfahren.

Zunächst ist eine zeitlich und örtlich begrenzte Aufhebung desselben zulässig. Der Kaiser kann, wenn die öffentliche Sicherheit in dem Bundesgebiete bedroht ist, einen jeden Teil desselben in Kriegszustand (Belagerungszustand) erklären (Art. 68 der Reichsverfassung). Dies ist zulässig 1. für den Fall eines Krieges in den von dem Feinde bedrohten oder teilweise schon besetzten Provinzen; 2. in Kriegs- und Friedenszeiten im Falle eines Aufruhrs bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Gleichzeitig mit der Erklärung des Belagerungszustandes kann die für bestimmte Zeit und einen bestimmten Distrikt geltende Aufhebung der Artikel 29 und 30 der Verfassungsurkunde, auf denen das Versammlungs- und Vereinsrecht beruht, erfolgen. Die Bestimmung über die Aufhebung dieser Artikel muß entweder ausdrücklich in die Bekanntmachung über die Erklärung des Kriegszustandes aufgenommen oder in derselben Weise wie diese öffentlich verkündet werden. Die Erklärung des Belagerungszustandes geschieht unter Trommelschlag oder Trompetenschall und außerdem durch Mitteilung an die Gemeindebehörde, sowie durch Anschlag an öffentlichen Plätzen und durch öffentliche Blätter. Die Aufhebung des Versammlungs- und Vereinigungsrechts gilt nur solange, als der Belagerungszustand verhängt ist.

Abgesehen von diesen Fällen ist im Falle des Krieges oder Aufruhrs auch das Staatsministerium befugt, die Artikel 29 und 30 der Verfassungsurkunde zeit- und distriktsweise außer Kraft zu setzen, wenn dringende Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht.

Eine weitere Beschränkung des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes ergiebt sich aus den genannten Artikeln der Verfassungsurkunde

selbst. Dieselben gestatten nur solche Versammlungen, welche friedlich und ohne Waffen stattfinden, und nur solche Vereine, deren Zwecke den Strafgesetzen nicht zuwider laufen. Infolgedessen sind alle Vereine und Versammlungen verboten, die sich zur Erreichung verbotener Ziele gebildet haben, oder bei denen zu befürchten ist, daß von ihren Teilnehmern und Mitgliedern strafbare Handlungen begangen werden. Das Reichsstrafgesetz enthält hierüber unter den Titeln: Widerstand gegen die Staatsgewalt und Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung eine Reihe von Einzelbestimmungen (Str.-G.-B. § 110 ff.).

Demnach sind verboten zunächst öffentliche Zusammenrottungen, in denen mit vereinten Kräften einem (mittelbaren oder unmittelbaren) Staatsbeamten in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes durch Gewalt oder Drohung Widerstand geleistet, oder eine Behörde bezw. ein Beamter durch Gewalt oder Drohung zur Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung genötigt wird. Die Teilnehmer an solchen Zusammenrottungen werden wegen Aufruhrs mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten, die Rädelsführer und diejenigen Aufrührer, welche eine der vorbezeichneten Handlungen begangen haben, mit Zuchthaus bestraft, sofern nicht mildernde Umstände vorhanden sind.

Strafbar ist ferner derjenige, welcher sich nicht entfernt, nachdem eine auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen versammelte Menschenmenge von dem zuständigen Beamten oder dem Befehlshaber der bewaffneten Macht dreimal aufgefordert worden ist, auseinanderzugehen. Es ist hierbei ohne Belang, ob die Menschenmenge sich zu einem gleichgültigen oder gar erlaubten Zwecke zusammengefunden hat. Die Strafbarkeit ist auch nicht für den Teilnehmer ausgeschlossen, welcher die Aufforderung nicht gehört hat. Es genügt, wenn er nur von derselben irgendwie Kunde erhalten hat.

Verboten sind ferner öffentliche Zusammenrottungen, welche sich in der Absicht gebildet haben, mit vereinten Kräften Gewaltthätigkeiten gegen Personen oder Sachen zu begehen, und in die Wohnung, die Geschäftsräume oder das befriedete Besitz eines andern oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst bestimmt sind, widerrechtlich eindringen. Ist es nicht bei der Absicht des Eindringens geblieben, sondern dieselbe mit vereinten Kräften ausgeführt worden, so tritt Bestrafung wegen schweren Hausfriedensbruches (Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren) für jeden ein, welcher sich des Eindringens schuldig gemacht hat. Werden dagegen von einer solchen Menschenmenge mit vereinten Kräften Gewaltthätigkeiten gegen Personen und Sachen begangen, so erfolgt die bei weitem strengere Bestrafung wegen Landfriedensbruches (Gefängnis nicht unter drei Monaten), und zwar

wird hier jeder Teilnehmer an der Zusammenrottung bestraft, gleichgültig, ob er sich an den Gewaltthätigkeiten beteiligt hat oder nicht. Die Rädelsführer und diejenigen, welche die Gewaltthätigkeiten begangen haben, erhalten bei mildernden Umständen Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten, sonst Zuchthausstrafe.

Schließlich ist strafbar, wer einen bewaffneten Haufen bildet oder befehligt, oder wer sich einem solchen bewaffneten Haufen anschließt. Die Voraussetzung der Strafbarkeit ist, daß sich der Haufen ohne gesetzliche Befugnis gebildet hat.

Abgesehen von diesen Vereinigungen, welche in der Regel von kürzerer Dauer sind, ist verboten die Teilnahme an geheimen und an gesetzwidrigen Verbindungen. Eine geheime Verbindung ist eine solche, deren Dasein, Zweck oder Verfassung vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welcher gegen unbekannte Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird. Gesetzwidrige Verbindungen sind solche, zu deren Zwecken oder Beschäftigungen gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften. In beiden Fällen tritt Bestrafung mit Gefängnis ein; sind die Mitglieder Beamte, so kann ihnen die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter bis zur Dauer von fünf Jahren abgesprochen werden.

Eine besondere Bestimmung ist bezüglich der Jesuiten ergangen. Der Orden der Gesellschaft Jesu und die ihm verwandten Orden und Kongregationen (Kongregation der Lazaristen und die Gesellschaft vom heiligen Herzen Jesu) sind vom Gebiete des Deutschen Reiches ausgeschlossen. Die Errichtung von Niederlassungen derselben ist untersagt. Die Angehörigen der Orden können, wenn sie Ausländer sind, aus dem Deutschen Reiche ausgewiesen werden; sind sie Reichsangehörige, so kann ihnen der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt oder angewiesen werden.

Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften können, wenn sie sich gesetzwidriger Handlungen oder Unterlassungen schuldig machen, durch welche das Gemeinwohl gefährdet wird, ohne Anspruch auf Entschädigung aufgelöst werden. Dasselbe gilt von den Gesellschaften mit beschränkter Haftung, wenn sie das Gemeinwohl dadurch gefährden, daß die Gesellschafter gesetzwidrige Beschlüsse fassen oder gesetzwidrige Handlungen der Geschäftsführer wissentlich geschehen lassen.

Im Interesse der Wehrkraft des Reiches und der militärischen Disziplin ist die unbefugte Veranstaltung von Versammlungen der Personen des Soldatenstandes verboten, in denen über militärische Angelegenheiten oder Einrichtungen beraten werden soll. Die an einer

solchen Versammlung Beteiligten werden mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten bestraft. Personen der Beurlaubten werden bestraft, auch wenn sie sich nicht im Dienste befinden, sofern sie sich gegen das vorstehende Gebot vergehen.

Gesinde, Schiffsknechte, Dienstleute oder sonstige landwirtschaftliche Handarbeiter, welche die Arbeitgeber oder die Obrigkeit zu gewissen Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern verabreden oder zu einer solchen Verabredung andere auffordern, haben Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre verwirkt.

Die bisher verhandelten Vereinigungen können zwar im weiteren Sinne des Wortes als Versammlungen und Vereine angesehen werden, sie unterliegen aber nicht dem eigentlichen Versammlungs- und Vereinsrecht. Dieses beschäftigt sich vielmehr nur mit solchen Personenvereinigungen, die entweder in die Oeffentlichkeit treten oder sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen.

Was unter Versammlung und Verein zu verstehen ist, sagt das Gesetz nicht. Man versteht unter Versammlung jede absichtliche, auf eine kürzere Dauer berechnete Vereinigung einer größeren Anzahl von Personen an demselben Orte und zu einem gemeinsamen Zwecke. Es ist unterschieden zwischen Versammlungen in geschlossenen Räumen und unter freiem Himmel. Eine Versammlung in geschlossenen Räumen, welche rein gesellschaftliche Zwecke verfolgt, unterliegt keinerlei Beschränkungen; sollen dagegen öffentliche Angelegenheiten in derselben beraten und erörtert werden, so muß von dem Unternehmer mindestens 24 Stunden vorher eine Anzeige nebst Angabe des Ortes und der Zeit bei der Polizeibehörde erstattet werden. Die Entscheidung der Frage, ob eine Versammlung angezeigt werden muß, hängt von dem Zweck der Beratung und Erörterung und nicht von der Art und Weise derselben ab. Es ist also nicht erforderlich, daß ein Vorstand, Schriftführer u. s. w. gewählt wird, und daß die Verhandlung nach einem bestimmten Plane einheitlich verläuft, es genügt vielmehr, daß öffentliche Angelegenheiten den Gegenstand derselben bilden. Ebenso ist der Ort der Versammlung belanglos, sie kann sich zum Beispiel in einer Privatwohnung zusammenfinden. Dagegen müssen selbstverständlich soviel Personen anwesend sein, daß die Bezeichnung „Versammlung" gerechtfertigt ist; eine solche kann natürlich nicht aus zwei Personen bestehen, unter Umständen können aber acht ausreichend sein.

Oeffentliche Angelegenheiten sind solche, welche nicht ausschließlich einzelne (physische oder juristische) Personen und deren Privatinteressen, sondern die Gesamtheit des Gemeinwesens und das gesamte öffentliche

Interesse berühren. Die öffentlichen Angelegenheiten sind entweder politische, religiöse oder sozialpolitische. Sie brauchen sich nicht auf das ganze Volk zu erstrecken, es genügt, wenn einzelne Schichten und Klassen der Bevölkerung beteiligt sind. Es gehören demnach hierher Angelegenheiten, die sich beziehen auf Körperschaften, die vom Staate anerkannt sind und deren Stellung staatlich geregelt ist (Kirche, Schule, Stadt-, Dorfgemeinde); Bestrebungen zur sittlichen und materiellen Hebung des Arbeiterstandes als solchen, zur Regelung der Arbeitszeit, der Akkordarbeit, der Frauenarbeit; Bestrebungen zur Wahrung der Interessen der Landwirtschaft u. a. m.

Die Anzeige, welche schriftlich oder mündlich erfolgen kann, muß den Ort und die Anfangszeit der Versammlung angeben. Sie ist zu richten an die Ortspolizeibehörde, in den Städten also an den Bürgermeister (in Städten mit Kgl. Polizeiverwaltung an den Polizeipräsidenten bezw. Polizeidirektor), auf dem Lande an den Landrat, Amtsvorsteher, Amtmann, Distriktskommissar oder Bürgermeister. Ueber die erfolgte Anzeige ist sofort eine Bescheinigung auszustellen (auch außerhalb der Dienststunden, sowie an Sonn- und Feiertagen), welche stempelfrei ist und eine Angabe über den Ort und den Beginn der Versammlung enthalten muß. Die Bescheinigung darf nicht verweigert, insbesondere darf sie nicht davon abhängig gemacht werden, daß der Anzeigende es ablehnt, Mitteilungen über den Zweck der Versammlung zu machen. Unberührt hiervon bleibt aber die Befugnis der Polizei, eine Versammlung aus Gründen des allgemeinen Wohles, z. B. wenn sie in einem baufälligen Gebäude stattfinden soll, zu verhindern. Auch kann die Bescheinigung dann versagt werden, wenn zwischen der Anzeige und dem Beginne der Versammlung nicht mehr 24 Stunden liegen.

Der Ort, an dem die Versammlung abgehalten werden soll, muß ein geschlossener Raum sein, d. h. in der Länge, Breite und Höhe geschlossen; soll die Versammlung z. B. in einem Garten stattfinden, so bedarf es nicht nur der Anzeige, sondern auch der polizeilichen Genehmigung.

Die Versammlung muß spätestens eine Stunde nach der in der Anzeige angegebenen Zeit beginnen und darf nicht über eine Stunde ausgesetzt werden. Von den Besuchern kann ein festes Eintrittsgeld erhoben werden. Die Erhebung eines Eintrittsgeldes, dessen Höhe von dem Belieben der Zahlenden abhängt, sowie Sammlung freiwilliger Beiträge (Tellersammlung) ist nur nach vorher eingeholter Genehmigung gestattet. Die Behörde ist befugt, sich in der Versammlung durch höchstens zwei Personen vertreten zu lassen. Sind diese Polizeibeamte, so dürfen sie nur in ihrer Dienstkleidung und unter ausdrücklicher Kundgebung

ihrer dienstlichen Eigenschaft erscheinen. Wenn die Vertreter der Polizei keine Polizeibeamte sind, so müssen sie ein besonderes Abzeichen (Armbinde und dergl.) tragen und sich auf Verlangen durch einen schriftlichen, unterschriebenen und untersiegelten Auftrag legitimieren. Den Abgeordneten der Behörden muß ein angemessener Platz angewiesen und auf Verlangen Auskunft über Namen, Stand und Wohnung der Redner gegeben werden. Die Verhandlungen in der Versammlung können in jeder beliebigen Sprache geführt werden; die Auskünfte, welche die Vertreter der Polizei zu fordern berechtigt sind, müssen jedoch in deutscher Sprache erfolgen. Mehr als zwei Abgeordnete der Behörden dürfen ohne Genehmigung der Versammlung bezw. des Leiters derselben nicht verweilen. Leisten sie einer Aufforderung, sich zu entfernen, keine Folge, so machen sie sich des Hausfriedensbruchs schuldig.

In folgenden Fällen sind die Abgeordneten der Polizei zur Auflösung der Versammlung befugt:

1. wenn die Bescheinigung über die erfolgte Anzeige nicht vorgelegt werden kann;
2. wenn in derselben Anträge und Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Aufreizung zu strafbaren Handlungen enthalten;
3. wenn Bewaffnete in der Versammlung erscheinen und trotz der Aufforderung der Beamten nicht entfernt werden;
4. wenn Personen an der Versammlung teilnehmen, welche durch gesetzliche Vorschrift ausgeschlossen sind.

Bezüglich des Fehlens der Bescheinigung ist zu bemerken, daß eine Versammlung als nicht angemeldet gilt, wenn sie später als eine Stunde nach dem in der Bescheinigung angegebenen Zeitpunkt beginnt oder auf länger als eine Stunde ausgesetzt wird. Eine Auflösung aus dem unter 2. aufgeführten Grunde kann selbstverständlich auch erfolgen, wenn in der Versammlung selbst schon strafbare Handlungen (Gewaltthätigkeiten, Beleidigungen) begangen werden. Bewaffnet darf in einer Versammlung niemand erscheinen, außer den im Dienste befindlichen Polizeibeamten. Als Waffen gelten alle Gegenstände, welche zum Angriffe oder zur Verteidigung geeignet sind (also starke Stöcke, Aexte, Sensen, Knüttel, Beile u. s. w.), und wenn sie nicht zufällig, sondern zu Angriffs- und Verteidigungszwecken mitgebracht worden sind. Eigentliche Waffen, wenn sie nicht aus dieser Absicht mitgeführt werden (also Ehrendegen, Dienstwaffen, Paradeschläger und Rappiere) unterliegen nicht dieser Bestimmung.

Von der Teilnahme an Versammlungen sind ausgeschlossen Frauen, Schüler und Lehrlinge. Selbstverständlich sind daher auch Versamm-

lungen, die ausschließlich aus solchen Personen bestehen, nicht zulässig. Unter Schülern sind nur solche zu verstehen, welche die zwischen Gymnasium und Volksschule liegenden Lehranstalten besuchen, also nicht Studenten, Kunstakademiker u. s. w.

Werden in der Versammlung politische Angelegenheiten erörtert, so sind auch Militärpersonen, die zum aktiven Heere gehören, ausgeschlossen. Politische Angelegenheiten betreffen die Verwaltung, die Gesetzgebung des Staates, die staatsbürgerlichen Rechte und die internationalen Beziehungen der Staaten zu einander. Wegen ihrer Zugehörigkeit zur Armee sind von politischen Versammlungen ausgeschlossen:

1. Offiziere, Aerzte, Militärbeamte des Friedensstandes vom Tage ihrer Anstellung bis zum Zeitpunkte ihrer Entlassung aus dem Dienste;
2. Kapitulanten vom Beginn bis zum Ablauf der abgeschlossenen Kapitulation;
3. die Freiwilligen und ausgehobenen Rekruten von dem Tage, mit welchem ihre Verpflegung durch die Militärverwaltung beginnt, Einjährig-Freiwillige von dem Zeitpunkt ihrer definitiven Einstellung in einen Truppenteil an, sämtlich bis zum Ablauf des Tages ihrer Entlassung aus dem aktiven Dienste;
4. die aus dem Beurlaubtenstande zum Dienste einberufenen Offiziere, Aerzte, Militärbeamte und Mannschaften von dem Tage, zu welchem sie einberufen sind, bis zum Ablaufe des Tages der Wiederentlassung;
5. alle in Kriegszeiten zum Heeresdienst Aufgebotenen oder freiwillig eingetretenen Offiziere, Aerzte, Militärbeamte und Mannschaften, welche zu keiner der vorgenannten Kategorien gehören, von dem Tage, zu welchem sie einberufen sind, bezw. vom Tage ihres freiwilligen Eintrittes an bis zum Ablaufe des Tages der Entlassung.

Ist die Versammlung eine öffentliche und findet sie in einem öffentlichen Lokale statt, so ist die Polizei berechtigt, dieselbe mit dem Beginne der Polizeistunde aufzulösen.

Die Erklärung, durch welche die Auflösung erfolgt, muß eine unzweideutige sein; der Gebrauch bestimmter Worte ist nicht vorgeschrieben, es genügt, wenn die Anwesenden aus der Erklärung entnehmen müssen, daß die Versammlung aufgelöst sein soll. Ist die Auflösung erfolgt, so sind alle Anwesenden verpflichtet, sich sofort zu entfernen, gleichgültig, ob ein gesetzlicher Grund zur Auflösung vorlag oder nicht. Auch wenn sich an den geschäftlichen Teil der Versammlung noch eine gesellige Ver-

einigung anschließen soll, so müssen sich doch zunächst alle Teilnehmer aus dem Versammlungsraume entfernen.

Wird angenommen, daß die Auflösung zu Unrecht erfolgt ist, so ist die Beschwerde bei der Behörde, in deren Auftrage der Polizeibeamte erschienen war, zulässig. Erteilt dieselbe einen ablehnenden Bescheid, so ist:

1. gegen denselben bei Ortspolizeibehörden auf dem Lande oder einer zu einem Landkreise gehörigen Stadt, deren Einwohnerzahl bis zu 10000 beträgt, Beschwerde an den Landrat und gegen dessen Bescheid an den Regierungspräsidenten zulässig;
2. gegen Verfügungen der Ortspolizeibehörde eines Stadtkreises mit Ausnahme von Berlin, einer zu einem Landkreise gehörigen Stadt mit mehr als 10000 Einwohnern, oder des Landrates an den Regierungspräsidenten und gegen dessen Bescheid an den Oberpräsidenten;
2. gegen ortspolizeiliche Verfügungen in Berlin an den Oberpräsidenten.

Gegen den in letzter Instanz ergangenen Bescheid des Regierungspräsidenten bezw. Oberpräsidenten findet die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.

Die Klage kann darauf gestützt werden:

1. daß der angefochtene Bescheid durch Nichtanwendung oder unrichtige Anwendung des bestehenden Rechtes, insbesondere auch der von den Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Verordnungen den Kläger in seinen Rechten verletze;
2. daß die thatsächlichen Voraussetzungen nicht vorhanden seien, welche die Polizeibehörde zum Erlaß der Verfügung berechtigt haben würde.

Die Entscheidung der Oberverwaltung ist endgültig, unbeschadet aller privatrechtlichen Verhältnisse.

An Stelle der Beschwerde gegen die Verfügung der Behörde ist auch die Klage statthaft und zwar:

1. gegen die Verfügungen der Ortspolizeibehörde auf dem Lande oder einer zu einem Landkreise gehörigen Stadt, deren Einwohnerzahl bis zu 10000 Einwohnern beträgt, bei dem Kreisausschusse;
2. gegen die Verfügungen des Landrates oder der Ortspolizeibehörden eines Stadtkreises oder einer zu einem Landkreise gehörigen Stadt mit mehr als 10000 Einwohnern bei dem Bezirksausschusse.

Die Klage kann nur auf die gleichen Behauptungen gestützt werden, wie die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte.

Klage und Beschwerde schließen einander aus, d. h. es kann entweder Klage erhoben oder Beschwerde eingelegt werden, nicht beides zugleich. Die Frist für die Klage wie die Beschwerde beträgt zwei Wochen.

Ein weitergehendes Recht hat die Behörde gegenüber öffentlichen Versammlungen, welche unter freiem Himmel stattfinden; dieselben bedürfen einer vorgängigen schriftlichen Genehmigung, welche aber nur dann versagt werden darf, wenn aus der Abhaltung der Versammlung Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu befürchten ist. Die Notwendigkeit der Genehmigung hängt nicht, wie bei den vorher erörterten Versammlungen von dem Zwecke derselben ab, sondern davon, daß es sich 1. um eine öffentliche Versammlung handelt, und daß sie 2. unter freiem Himmel stattfindet. Oeffentlich ist eine Versammlung dann, wenn nicht ein begrenzter Kreis von Personen, namentlich Mitglieder eines Vereines, sondern ganze Personenklassen (Berufs-, Parteigenossen) Zutritt haben. Unter freiem Himmel findet eine Versammlung statt, wenn sie nicht in einem der Länge, Breite und Höhe nach abgeschlossenen Raume zusammenkommt. Der Zweck der Versammlung ist gleichgültig, auch rein gesellige Zusammenkünfte können je nach den Umständen der behördlichen Genehmigung bedürfen. Soll die Versammlung auf öffentlichen Plätzen in Städten und Ortschaften oder auf öffentlichen Straßen stattfinden, so kann die Polizeibehörde im Interesse des Verkehrs besondere Anordnungen treffen und von deren Befolgung die Genehmigung abhängig machen.

Oeffentliche Versammlungen unter freiem Himmel sind verboten in einem Umkreise von zwei Meilen von dem Orte, wo der König seinen Aufenthalt hat, sowie von dem Orte, wo der Landtag seinen Sitz hat, aber nur während der Sitzungsperiode.

Oeffentliche Aufzüge in Städten und Ortschaften oder auf öffentlichen Straßen unterliegen den gleichen Beschränkungen, wie öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel. Als öffentliche Aufzüge sind Vereinigungen anzusehen, die sich zu Fuß, zu Pferd, in Wagen oder auf andere Art in auffallender Weise fortbewegen, so daß sie geeignet sind, die Aufmerksamkeit des Publikums zu erregen. Für alle Aufzüge ist vorher die Genehmigung einzuholen und bei dem Gesuch der beabsichtigte Weg anzugeben. Führt dieser durch mehrere Polizeibezirke, so ist für jeden die besondere Genehmigung der zuständigen Polizeibehörden erforderlich. Wird ein anderer als der angegebene Weg eingeschlagen, so gilt der Aufzug als nicht genehmigt. Kriegervereine haben, wenn sie seitens der Polizeibehörde ihres Ortes genehmigt sind, ein für alle

Male die Erlaubnis zu öffentlichen Aufzügen, nur müssen sie vorher Anzeige erstatten. Dagegen bedürfen Schützengilden, Turnvereine, freiwillige Feuerwehr der Genehmigung; haben sie diese erhalten, so dürfen sie bei ihren Aufzügen in der üblichen Waffenausrüstung erscheinen. Die Kriegervereine haben außerdem die Berechtigung, bei Beerdigung von Waffengefährten in der vom König genehmigten Waffenausrüstung mit Musik aufzuziehen. Ueber das Grab zu schießen ist nur bei der Bestattung von Mitgliedern zulässig, die an einem Kriege teilgenommen haben.

Befreit von der Verpflichtung, obrigkeitliche Genehmigung einzuholen und selbst Anzeige zu erstatten, sind:

1. gewöhnliche Leichenbegängnisse;
2. Züge der Hochzeitsversammlungen, wo diese hergebracht sind;
3. kirchliche Prozessionen, Wallfahrten und Bittgänge, wenn sie in der hergebrachten Art stattfinden.

Jedoch kann die Polizeibehörde Beamte zur Aufsicht entsenden und diese haben gegebenen Falles das Recht zur Auflösung, gerade wie bei den Versammlungen in geschlossenen Räumen.

Als gewöhnlich gilt ein Leichenbegängnis, bei welchem nicht eine über den Zweck der Leichenbestattung hinausgehende Absicht verfolgt oder durch besondere Weise der Ausführung die öffentliche Ordnung gefährdet wird. Durch Musikbegleitung oder durch das Fehlen eines Geistlichen wird der Leichenzug noch nicht zu einem ungewöhnlichen. Dagegen kann unter Umständen das Halten einer Grabrede durch einen Laien diese Wirkung haben.

Züge der Hochzeitsversammlungen, wo sie hergebracht sind, können ohne weiteres stattfinden, selbst wenn sie nicht in der hergebrachten Weise ausgeführt werden.

Kirchliche Prozessionen, Bittgänge, Wallfahrten finden in der hergebrachten Weise statt, wenn sie nach Zeit, Ort, Form und Bedeutung hergebracht sind.

Unter Verein versteht man die mehr oder weniger organisierte, auf eine längere Dauer berechnete Verbindung mehrerer Personen zur Verfolgung bestimmter gemeinsamer Zwecke. Als Vereine gelten auch Vereinigungen, Kommissionen, Ausschüsse, welche auf Grund des Beschlusses einer Versammlung, welche keine Vereinsversammlung zu sein braucht (z. B. Kongreß) zur Ausführung von Beschlüssen der Versammlung gewählt sind.

Die Vorsteher von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, müssen Statuten und Mitgliederverzeichnis binnen drei Tagen nach Stiftung des Vereins oder nach eingetretener

Veränderung der Ortspolizeibehörde zur Kenntnisnahme einreichen und derselben auf Verlangen jede darauf bezügliche Auskunft erteilen.

Die Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten, welche in Versammlungen aber auch auf jede andere Weise, z. B. durch Schriftwechsel geschehen kann, braucht nicht der einzige oder Hauptzweck des Vereins zu sein. Deshalb unterliegen auch gesellige Vereine sowie Vereinigungen von Berufsgenossen den genannten Vorschriften, wenn sie neben ihren eigentlichen Zwecken auch wiederholt die Absicht erkennbar werden lassen, einen Einfluß auf öffentliche Angelegenheiten auszuüben. Die Statuten und das Mitgliederverzeichnis müssen in deutscher Sprache abgefaßt sein. Wenn die Statuten nicht ausreichen oder die Vermutung begründet erscheint, daß der Verein andere als in den Statuten angegebene Zwecke verfolgt, so tritt die Verpflichtung zur Auskunfterteilung ein. Auch diese Auskünfte müssen in deutscher Sprache abgegeben werden.

Jeder Verein soll Statuten besitzen; hat er keine, so hört er trotzdem nicht auf, Verein zu sein, wenn nur die übrigen Voraussetzungen eines solchen auf ihn zutreffen. Deshalb unterliegen auch solche Vereinigungen den über die Vereine ergangenen gesetzlichen Bestimmungen, welche keine schriftlichen Statuten besitzen, aber eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken.

Kirchliche und religiöse Vereine, welche Korporationsrechte haben, brauchen weder die für Vereine noch für Versammlungen geltenden Vorschriften zu beobachten, sie sind also davon befreit, Statuten und Mitgliederverzeichnis einzureichen, sowie ihre Versammlungen vorher anzuzeigen.

Diese kirchlichen Gemeinschaften mit Korporationsrechten sind folgende:

1. die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen;
2. die evangelische (lutherische, reformierte unierte) Landeskirche der 1866 einverleibten Landesteile einschließlich der reformierten Konföderation in Niedersachsen;
3. die katholische (altkatholische) Kirche;
4. Alt-Lutheraner, Niederländisch-Reformierte, Herrnhuter, Böhmische Brüder, Mennoniten, Baptisten, und schließlich
5. die vorschriftsmäßig gebildeten Synagogengemeinden.

Alle übrigen religiösen Gemeinschaften unterliegen denselben Bestimmungen wie Vereine.

Vereine, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, sind davon befreit, ihre Vereinsversammlungen vorher anzuzeigen, wenn sie Zeit und Ort derselben statutenmäßig oder durch besonderen Beschluß

im voraus festgestellt haben und 24 Stunden vor der ersten Versammlung die Anzeige erfolgt ist.

Freimaurer müssen der Polizei vorher den Ort ihrer Zusammenkünfte angeben und dürfen sich dann an keinem anderen Orte in ihrer Eigenschaft als Freimaurer zusammenfinden. Freimaurer darf nur werden, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat.

Von politischen Vereinen, d. h. solchen, welche sich mit der Erörterung von politischen Angelegenheiten (siehe oben) befassen, sind dieselben Personen ausgeschlossen, welche keinen Zutritt zu Versammlungen haben, in denen öffentliche Angelegenheiten beraten und erörtert werden. Ferner sollen sich Beamte nicht an solchen Vereinen beteiligen, welche statutenmäßig oder thatsächlich eine der Staatsregierung feindliche Tendenz verfolgen, eine systematische Opposition gegen dieselbe unterhalten und den bestehenden verfassungsmäßigen Zustand systematisch zu untergraben versuchen, die Pflicht der Treue gegen den König gering achten und, anstatt die Regierung zu unterstützen, ihr hemmend entgegentreten. Beamte, welche dieser Vorschrift zuwiderhandeln, werden im Disziplinarwege bestraft, abgesehen von der gegebenen Falles eintretenden strafrechtlichen Ahndung.

Das Verbot, welches politischen Vereinen untersagte, mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung zu treten, ist durch das Reichsgesetz, betreffend das Vereinswesen, vom 11. Dezember 1899, aufgehoben worden.

Vereine, welche diese Vorschriften übertreten und Personen als Mitglieder aufnehmen, die gesetzlich ausgeschlossen sind, können von der Ortspolizeibehörde vorläufig geschlossen werden. Ueber die endgültige Schließung entscheidet der Richter in dem eingeleiteten Strafverfahren. Ein politischer Verein muß endgültig geschlossen werden, wenn Vorsteher, Ordner oder Leiter des Vereins sich wiederholt in der genannten Richtung vergangen haben.

Alle strafbaren Handlungen, welche von Stiftern, Gründern, Einberufern, Vorstehern, Ordnern, Leitern, Mitgliedern und Teilnehmern an Vereinen und Versammlungen, sowie von denen, welche für dieselben den Platz oder das Lokal hergegeben haben, begangen werden, fallen unter die allgemeinen Strafbestimmungen. Außerdem finden aber die Strafandrohungen der §§ 12—22 der Verordnung vom 11. März 1850 Anwendung. Dieselben sind durch die Einführungsgesetze zum Reichsstrafgesetzbuch und zur Strafprozeßordnung ausdrücklich aufrecht erhalten worden.

Verordnung

über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes.

Vom 11. März 1850.

---

§ 1. Von allen Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen, hat der Unternehmer mindestens vierundzwanzig Stunden vor dem Beginne der Versammlung, unter Angabe des Ortes und der Zeit derselben, Anzeige bei der Ortspolizeibehörde zu machen. Dieser Behörde hat darüber sofort eine Bescheinigung zu erteilen.

Beginnt die Versammlung nicht spätestens eine Stunde nach der in der Anzeige angegebenen Zeit, so ist die später beginnende Versammlung als vorschriftsmäßig angezeigt nicht anzusehen. Dasselbe gilt, wenn eine Versammlung die länger als eine Stunde ausgesetzten Verhandlungen wieder aufnimmt.

---

§ 2. Die Vorsteher von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind verpflichtet, Statuten des Vereins und das Verzeichnis der Mitglieder binnen drei Tagen nach Stiftung des Vereins, und jede Aenderung der Statuten oder der Vereinsmitglieder binnen drei Tagen, nachdem sie eingetreten ist, der Ortspolizeibehörde zur Kenntnisnahme einzureichen, derselben auch auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu erteilen.

Die Ortspolizeibehörde hat über die erfolgte Einreichung der Statuten und der Verzeichnisse, oder der Abänderungen derselben, sofort eine Bescheinigung zu erteilen.

Die Bestimmungen dieses und des vorhergehenden Paragraphen beziehen sich nicht auf kirchliche und religiöse Vereine und deren Versammlungen, wenn diese Vereine Korporationsrechte haben.

---

§ 3. Wenn für die Versammlungen eines Vereines, welcher eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, Zeit und Ort statutenmäßig oder durch einen besonderen Beschluß im voraus feststeht, und dieses wenigstens vierundzwanzig Stunden vor der ersten Versammlung zur Kenntnis der Ortspolizeibehörde gebracht worden ist, so bedarf es einer besonderen Anzeige, wie sie der § 1 erfordert, für die einzelnen Versammlungen nicht.

---

§ 4. Die Ortspolizeibehörde ist befugt, in jede Versammlung, in welcher öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen, einen oder zwei Polizeibeamte oder eine oder zwei andere Personen als Abgeordnete zu senden.

Die Abgeordneten dürfen, wenn sie Polizeibeamte sind, nur in ihrer Dienstkleidung oder unter ausdrücklicher Kund-

gebung ihrer dienstlichen Eigenschaft erscheinen. Sind sie nicht Polizeibeamte, so müssen sie durch besondere Abzeichen erkennbar sein.

Den Abgeordneten muß ein angemessener Platz eingeräumt, ihnen auch auf Erfordern durch den Vorsitzenden Auskunft über die Person der Redner gegeben werden.

---

§ 5. Die Abgeordneten der Polizeibehörde sind, vorbehaltlich des gegen die Beteiligten gesetzlich einzuleitenden Strafverfahrens, befugt, sofort jede Versammlung aufzulösen, bezüglich deren die Bescheinigung der erfolgten Anzeige (§§ 1 und 3) nicht vorgelegt werden kann. Ein Gleiches gilt, wenn in der Versammlung Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten, oder wenn in der Versammlung Bewaffnete erscheinen, die der Aufforderung des Abgeordneten der Obrigkeit entgegen nicht entfernt werden.

---

§ 6. Sobald ein Abgeordneter der Polizeibehörde die Versammlung für aufgelöst erklärt hat, sind alle Anwesenden verpflichtet, sich sofort zu entfernen. Diese Erklärung kann nötigenfalls durch die bewaffnete Macht zur Ausführung gebracht werden.

---

§ 7. Niemand darf in einer Versammlung bewaffnet erscheinen, mit Ausnahme der im Dienste befindlichen Polizeibeamten.

---

§ 8. Für Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, gelten außer vorstehenden Bestimmungen nachstehende Beschränkungen:

a) sie dürfen keine Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen;

b) [1])

Werden diese Beschränkungen überschritten, so ist die Ortspolizeibehörde berechtigt, vorbehaltlich des gegen die Beteiligten gesetzlich einzuleitenden Strafverfahrens, den Verein bis zur ergehenden richterlichen Entscheidung (§ 16) zu schließen.

Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge dürfen den Versammlungen und Sitzungen solcher politischen Vereine nicht beiwohnen. Werden dieselben auf die Aufforderung des anwesenden Abgeordneten der Obrigkeit nicht entfernt, so ist Grund zur Auflösung der Versammlung oder der Sitzung (§§ 5, 6) vorhanden.

---

§ 9. Oeffentliche Versammlungen unter freiem Himmel bedürfen der vorgängigen schriftlichen Genehmigung der Ortspolizeibehörde.

Die Genehmigung ist von dem Unternehmer, Vorsteher, Ordner oder Leiter derselben mindestens achtundvierzig Stunden vor der Zusammenkunft nachzusuchen, und darf nur versagt werden, wenn aus Abhaltung der Versammlung Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu befürchten ist.

Soll die Versammlung auf öffentlichen Plätzen, in Städten und Ortschaften, oder auf öffentlichen Straßen stattfinden, so hat die Ortspolizeibehörde bei Erteilung der Erlaubnis auch alle, dem Verkehr schuldige Rücksichten zu beachten. Im übrigen finden auf solche Versammlungen die Bestimmungen der §§ 1, 4, 5, 6 und 7 Anwendung.

---

§ 10. Den in dem vorhergehenden Paragraphen erwähnten Versammlungen werden öffentliche Aufzüge in Städten und Ortschaften oder auf öffentlichen Straßen gleichgestellt. Bei Einholung der Genehmigung ist der beabsichtigte Weg anzugeben. Gewöhnliche Leichenbegängnisse, sowie Züge der Hochzeits-Versammlungen, wo diese hergebracht sind, kirchliche Prozessionen, Wallfahrten und Bittgänge, wenn sie in der hergebrachten Art stattfinden, bedürfen einer vorgängigen Genehmigung und selbst einer Anzeige nicht.

---

[1]) Nummer b enthielt für politische Vereine das Verbot, mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung zu treten. Dieses Verbot ist aufgehoben durch das Reichsgesetz, betreffend das Vereinswesen, vom 11. Dezember 1899:

Einziger Artikel: Inländische Vereine jeder Art dürfen mit einander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.

§ 11. Innerhalb zweier Meilen von dem Orte der jedesmaligen Residenz des Königs, oder von dem Orte des Sitzes beider Kammern dürfen Volksversammlungen unter freiem Himmel von der Ortspolizeibehörde nicht gestattet werden. Das letztere Verbot besteht nur für die Dauer der Sitzungsperiode der Kammern.

§ 12. Wenn eine Versammlung ohne die in § 1 vorgeschriebene Anzeige stattgefunden hat, so trifft den Unternehmer eine Geldbuße von fünf bis fünfzig Thalern oder Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu sechs Wochen. Derjenige, der den Platz dazu eingeräumt hat, und jeder, welcher in der Versammlung als Vorsteher, Ordner, Leiter oder Redner aufgetreten ist, hat eine Geldbuße von fünf bis fünfzig Thalern verwirkt.

§ 13. Wenn, der Vorschrift des § 2 entgegen, die Statuten eines Vereins oder das Verzeichnis der Mitglieder, oder die eingetretenen Aenderungen in der bestimmten Frist zur Kenntnis der Ortspolizeibehörde nicht gebracht worden sind, oder wenn eine von der Ortspolizeibehörde erforderte Auskunft nicht erteilt worden ist, so wird jeder Vorsteher des Vereins mit Geldbuße von fünf bis fünfzig Thalern bestraft, insofern er nicht nachweisen kann, daß die Anzeige oder die Einreichung des Verzeichnisses ganz ohne sein Verschulden unterblieben ist. Dieser Strafe tritt eine Gefängnisstrafe von acht Tagen bis sechs Wochen hinzu, wenn die Vorsteher wissentlich unrichtige Statuten oder Verzeichnisse eingereicht, oder wissentlich unrichtige Auskunft erteilt haben.

§ 14. Wenn in einer Versammlung, der Vorschrift des § 4 entgegen, den Abgeordneten der Ortspolizeibehörde der Zutritt oder die Einräumung eines angemessenen Platzes verweigert worden ist, so trifft den Unternehmer und jeden, welcher in der Versammlung als Vorsteher, Ordner oder Leiter aufgetreten ist, Geldbuße von zehn bis einhundert Thalern oder Gefängnis von vierzehn Tagen bis zu sechs Monaten. Dieselbe Strafe hat der Vorsitzende verwirkt, wenn er sich weigert, den Abgeordneten der Polizeibehörde Auskunft über die Person der Redner zu geben, oder wenn er wissentlich unrichtige Auskunft erteilt.

§ 15. Wer sich nicht sofort entfernt, nachdem der Abgeordnete der Ortspolizeibehörde die Versammlung für aufgelöst erklärt hat (§§ 5, 6, 8), wird mit Geldbuße von fünf bis zu fünfzig Thalern oder mit Gefängnis von acht Tagen bis zu drei Monaten bestraft.

§ 16. Wenn ein politischer Verein die in § 8 zu a und b gezogenen Beschränkungen überschreitet, so haben Vorsteher, Ordner und Leiter, die diesen Bestimmungen entgegen gehandelt haben, eine Geldbuße von fünf bis fünfzig Thalern oder Gefängnis von acht Tagen bis zu drei Monaten verwirkt. Der Richter kann außerdem nach der Schwere der Umstände auf Schließung des Vereins erkennen. Auf diese Schließung muß erkannt werden, wenn Vorsteher, Ordner oder Leiter sich wiederholt strafbar gemacht haben.

Wer sich bei einem auch nur vorläufig (§ 8) geschlossenen politischen Vereine als Mitglied ferner beteiligt, wird mit Geldstrafe von fünf bis zu fünfzig Thalern oder Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu drei Monaten belegt.

Wer der Vorschrift des § 8a entgegen sich als Mitglied aufnehmen läßt, hat eine Geldbuße von fünf bis zu fünfzig Thalern verwirkt.

Wenn die Polizeibehörde einen politischen Verein vorläufig geschlossen hat (§ 8), so ist sie gehalten, binnen achtundvierzig Stunden nach der Schließung davon und von den Gesetzwidrigkeiten, welche zur Schließung Anlaß gegeben haben, der Staatsanwaltschaft Anzeige zu machen. Findet die Staatsanwaltschaft die angeblichen Gesetzwidrigkeiten nicht geeignet, eine Anklage darauf zu gründen, so hat die Ortspolizeibehörde auf die ihr durch die Staatsanwaltschaft binnen weiteren acht Tagen zu erteilende Nachricht die Schließung des Vereins aufzuheben. Anderenfalls muß die Staatsanwaltschaft ebenfalls binnen acht Tagen entweder die Anklage erheben oder binnen gleicher Frist die Voruntersuchung beantragen. Alsdann ist vom Gerichte sofort Beschluß darüber zu fassen, ob die vorläufige Schließung des Vereins bis zum Erkenntnisse in der Hauptsache fortdauern soll.

§ 17. Wer an einem Aufzuge oder an einer Versammlung unter freiem Him-

mel teil nimmt, zu welcher die nach dem gegenwärtigen Gesetze erforderliche Genehmigung nicht erteilt ist, wird mit einer Geldbuße von einem bis fünf Thalern bestraft.

Wer zu einer solchen Versammlung oder zu einem solchen Aufzuge vor Eingang der obrigkeitlichen Erlaubnis auffordert oder auffordern läßt, oder darin als Ordner, Leiter oder Redner thätig ist, wird mit Geldbuße von fünf bis fünfzig Thalern oder mit Gefängnis von acht Tagen bis zu drei Monaten bestraft.

Diese Strafen sind jederzeit verwirkt, wenn die Versammlung oder der Aufzug in Städten und Ortschaften oder auf öffentlichen Straßen, oder wenn eine Volksversammlung in den Fällen des § 11 stattgefunden hat. In allen anderen Fällen sind die Teilnehmer und selbst diejenigen, welche als Redner aufgetreten sind, nur dann strafbar, wenn die Versagung der Genehmigung oder das nachträgliche Verbot vorher öffentlich oder den Teilnehmern besonders bekannt gemacht war. Wird die Nichtgenehmigung oder das Verbot während der Versammlung oder des Aufzuges selbst bekannt gemacht, so kann sich wegen seiner späteren Beteiligung niemand mit Unkenntnis der Nichtgenehmigung oder des Verbotes entschuldigen.

---

§ 18. Wer gegen das Verbot des § 7 in einer Versammlung bewaffnet erscheint, wird mit Gefängnis von vierzehn Tagen bis zu sechs Monaten bestraft.

---

§ 19. Wer auffordert, in einer Versammlung mit Waffen zu erscheinen, oder die Aufforderung hierzu verbreiten läßt, oder in einer Versammlung Waffen austeilt, wird mit Gefängnis von sechs Wochen bis zu einem Jahre bestraft.

---

§ 20. Die in dieser Verordnung mit Strafe bedrohten Handlungen sind, unbeschadet der Zuständigkeit der Schwurgerichte in Ansehung der in Versammlungen begangenen politischen Vergehen, von der Kompetenz der Schwurgerichte ausgeschlossen, selbst wenn sie durch die Presse begangen sind.

---

§ 21. Auf die durch das Gesetz oder die gesetzlichen Autoritäten angeordneten Versammlungen und die Versammlungen der Mitglieder beider Kammern während der Dauer der Sitzungsperiode finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.

Wahlvereine unterliegen den Beschränkungen des § 8 nicht.

---

§ 22. Zuwiderhandlung gegen die Vorschrift des Artikels 38 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850, welcher also lautet:

„Die bewaffnete Macht darf weder in noch außer dem Dienste beratschlagen, oder sich anders, als auf Befehl versammeln. Versammlungen und Vereine der Landwehr zur Beratung militärischer Einrichtungen, Befehle und Anordnungen sind auch dann, wenn dieselbe nicht zusammenberufen ist, untersagt."

wird nach den Bestimmungen des § 125 des ersten Teils des Militär-Strafgesetzbuches bestraft.

---

§ 23. Gegenwärtiges Gesetz tritt an die Stelle der Verordnung vom 29. Juni 1849 (Gesetz-Sammlung S. 221—225).

Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes.

Vom 31. Mai 1869.

---

§ 17. Die Wahlberechtigten haben das Recht, zum Betriebe der den Reichstag betreffenden Wahlangelegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen unbewaffnet öffentliche Versammlungen zu veranstalten.

Die Bestimmungen der Landesgesetze über die Anzeige der Versammlungen und Vereine, sowie über die Ueberwachung derselben bleiben unberührt.

Reichs-Militärgesetz.

Vom 2. Mai 1874.

§ 49. (Absatz 2.) — — Die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen ist den zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen untersagt.

Militär-Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich.

Vom 20. Juni 1872.

§ 101. Wer unbefugt eine Versammlung von Personen des Soldatenstandes behufs Beratung über militärische Angelegenheiten oder Einrichtungen veranstaltet, ..., wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft; zugleich kann auf Dienstentlassung erkannt werden.

Die an einer solchen Versammlung . . . Beteiligten werden mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 113. Eine Person des Beurlaubtenstandes wird, auch während sie sich nicht im Dienste befindet, nach den Vorschriften dieses Abschnittes bestraft, wenn sie dem § 101 zuwiderhandelt.

Vergleiche auch:

1. Verfassung des Deutschen Reiches: Art. 3, 4, 16, 68;
2. Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich: §§ 110, 111, 113, 114, 115, 124, 125, 127, 128, 129;
3. Gewerbeordnung für das Deutsche Reich: §§ 152, 153, 154a;
4. Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich: § 2 Abs. 2;
5. Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung: § 6 Abs. 2;
6. Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat: Art. 29, 30, 38, 39, 111.

Geſetz

über die

Enteignung von Grundeigentum.

Vom 11. Juni 1874.

Inhaltsverzeichnis.

Paragraphen

Titel I.

Zuläſſigkeit der Enteignung . . . 1—6

Titel II.

Von der Entſchädigung . . . . . 7—14

Titel III.

Enteignungsverfahren.

1. Feſtſtellung des Planes . . 15—23
2. Feſtſtellung der Entſchädigung 24—31
3. Vollziehung der Enteignung . 32—38
4. Allgemeine Beſtimmungen . 39—43

Titel IV.

Wirkungen der Enteignung . . . 44—49

Titel V.

Beſondere Beſtimmungen über Entnahme von Wegebaumaterialien 50—53

Titel VI.

Schluß- u. Uebergangsbeſtimmungen 54—58

Gesetz

über die

Enteignung von Grundeigentum.[1])

Vom 11. Juni 1874.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtages, für den ganzen Umfang der Monarchie, was folgt:

Titel I.

Zulässigkeit der Enteignung.

§ 1. Das Grundeigentum kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohles für ein Unternehmen, dessen Ausführung die Ausübung des Enteignungsrechtes erfordert, gegen vollständige Entschädigung entzogen oder beschränkt werden.

§ 2. Die Entziehung und dauernde Beschränkung des Grundeigentums erfolgt auf Grund Königlicher Verordnung, welche den Unternehmer und das Unternehmen, zu dem das Grundeigentum in Anspruch genommen wird, bezeichnet.

Die Königliche Verordnung wird durch das Amtsblatt derjenigen Regierung bekannt gemacht, in deren Bezirk das Unternehmen ausgeführt werden soll.

§ 3. Ausnahmsweise bedarf es zu Enteignungen der in § 2 gedachten Art einer Königlichen Verordnung nicht für Geradelegung oder Erweiterung öffentlicher Wege, sowie zur Umwandlung von Privatwegen in öffentliche Wege, vorausgesetzt, daß das dafür in Anspruch genommene Grundeigentum außerhalb der Städte und Dörfer belegen und nicht mit Gebäuden besetzt ist. In diesem Falle wird die Zulässigkeit der Enteignung von dem Bezirksausschusse[2]) ausgesprochen.

§ 4. Vorübergehende Beschränkungen werden von dem Bezirksausschusse[2]) angeordnet.

Dieselben dürfen wider den Willen des Grundeigentümers die Dauer von drei Jahren nicht überschreiten. Auch darf dadurch die Beschaffenheit des Grundstücks nicht wesentlich oder dauernd verändert werden. Zur Ueberschreitung dieser Gren-

---

[1]) Man vergleiche Artikel 109 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

[2]) Im Stadtkreis Berlin tritt an die Stelle des Bezirksausschusses die erste Abteilung des Polizeipräsidiums nach § 150 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883.

zen bedarf es eines nach § 2 eingeleiteten und durchgeführten Enteignungsverfahrens.

Gegen den Beschluß des Bezirksausschusses[1]) in den Fällen der §§ 3 und 4 steht innerhalb zwei Wochen nach der Zustellung jedem Beteiligten die Beschwerde an den Minister der öffentlichen Arbeiten offen.

---

§ 5. Handlungen, welche zur Vorbereitung eines die Enteignung rechtfertigenden Unternehmens erforderlich sind, muß auf Anordnung des Bezirksausschusses[1]) der Besitzer auf seinem Grund und Boden geschehen lassen. Es ist ihm jedoch der hierdurch etwa erwachsende, nötigenfalls im Rechtswege festzustellende Schaden zu vergüten. Zur Sicherstellung der Entschädigung darf der Bezirksausschuß vor Beginn der Handlungen vom Unternehmer eine Kaution bestellen lassen, und deren Höhe bestimmen. Er ist hierzu verpflichtet, wenn ein Beteiligter die Kautionsstellung verlangt.

Die Gestattung der Vorarbeiten wird von dem Bezirksausschusse im Regierungs-Amtsblatte generell bekannt gemacht. Von jeder Vorarbeit hat der Unternehmer unter Bezeichnung der Zeit und der Stelle, wo sie stattfinden soll, mindestens zwei Tage zuvor den Vorstand des betreffenden Guts- oder Gemeindebezirks in Kenntnis zu setzen, welcher davon die beteiligten Grundbesitzer speziell oder in ortsüblicher Weise generell benachrichtigt. Dieser Vorstand ist ermächtigt, dem Unternehmer auf dessen Kosten einen beeidigten Taxator zu dem Zwecke zur Seite zu stellen, um vorkommende Beschädigungen sogleich festzustellen und abzuschätzen. Der abgeschätzte Schaden ist, vorbehaltlich dessen anderweiter Feststellung im Rechtswege, den Beteiligten (Eigentümer, Nutznießer, Pächter, Verwalter) sofort auszuzahlen, widrigenfalls der Ortsvorstand auf den Antrag des Beteiligten die Fortsetzung der Vorarbeiten zu hindern verpflichtet ist.

Zum Betreten von Gebäuden und eingefriedigten Hof- oder Gartenräumen bedarf der Unternehmer, insoweit dazu der Grundbesitzer seine Einwilligung nicht ausdrücklich erteilt, in jedem einzelnen Falle einer besonderen Erlaubnis der Ortspolizeibehörde, welche die Besitzer zu benachrichtigen und zur Offenstellung der Räume zu veranlassen hat.

Eine Zerstörung von Baulichkeiten jeder Art, sowie ein Fällen von Bäumen ist nur mit besonderer Gestattung des Bezirksausschusses zulässig.

---

§ 6. Dasjenige, was dieses Gesetz über die Entziehung und Beschränkung des Grundeigentums bestimmt, gilt auch von der Entziehung und Beschränkung der Rechte am Grundeigentum.

Titel II.

Von der Entschädigung.[2])

§ 7. Die Pflicht der Entschädigung liegt dem Unternehmer ob. Die Entschädigung wird in Geld gewährt. Ist in Spezialgesetzen eine Entschädigung in Grund und Boden vorgeschrieben, so behält es dabei sein Bewenden.

---

§ 8. Die Entschädigung für die Abtretung des Grundeigentums besteht in dem vollen Werte des abzutretenden Grundstücks, einschließlich der enteigneten Zubehörungen und Früchte.

Wird nur ein Teil des Grundbesitzes desselben Eigentümers in Anspruch genommen, so umfaßt die Entschädigung zugleich den Mehrwert, welchen der abzutretende Teil durch seinen örtlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhang mit dem Ganzen hat, sowie den Minderwert, welcher für den übrigen Grundbesitz durch die Abtretung entsteht.

---

§ 9. Wird nur ein Teil von einem Grundstück in Anspruch genommen, so kann der Eigentümer verlangen, daß der Unternehmer das Ganze gegen Entschädigung

---

[1]) Man vergleiche die Anmerkung zu § 3.

[2]) Man vergleiche auch Artikel 52 und 53 in Verbindung mit § 109 Satz 2 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

übernimmt, wenn das Grundstück durch die Abtretung so zerstückelt werden würde, daß das Restgrundstück nach seiner bisherigen Bestimmung nicht mehr zweckmäßig benutzt werden kann.

Trifft die geminderte Benutzbarkeit nur bestimmte Teile des Restgrundstücks, so beschränkt sich die Pflicht zur Mitübernahme auf diese Teile.

Bei Gebäuden, welche teilweise in Anspruch genommen werden, umfaßt diese Pflicht jedenfalls das gesamte Gebäude.

Bei den Vorschriften dieses Paragraphen ist unter der Bezeichnung Grundstück jeder in Zusammenhang stehender Grundbesitz des nämlichen Eigentümers begriffen.

---

§ 10. Die bisherige Benutzungsart kann bei der Abschätzung nur bis zu demjenigen Geldbetrage Berücksichtigung finden, welcher erforderlich ist, damit der Eigentümer ein anderes Grundstück in derselben Weise und mit gleichem Ertrage benutzen kann.

Eine Werterhöhung, welche das abzutretende Grundstück erst infolge der neuen Anlage erhält, kommt bei der Bemessung der Entschädigung nicht in Anschlag.

---

§ 11. Der Betrag des Schadens, welchen Nutzungs-, Gebrauchs- und Servitutberechtigte, Pächter und Mieter durch die Enteignung erleiden, ist, soweit derselbe nicht in der nach § 8 für das enteignete Grundeigentum bestimmten Entschädigung oder in der an derselben zu gewährenden Nutzung begriffen ist, besonders zu ersetzen.

---

§ 12. Für Beschränkungen (§§ 2, 4) ist die Entschädigung nach denselben Grundsätzen zu bestimmen, wie für die Entziehung des Grundeigentums.

Tritt durch eine Beschränkung eine Benachteiligung des Eigentümers ein, welche bei Anordnung der Beschränkung sich nicht im voraus abschätzen läßt, so kann der Eigentümer die Bestellung einer angemessenen Kaution, sowie die Festsetzung der Entschädigung nach Ablauf jeden halben Jahres der Beschränkung verlangen.

---

§ 13. Für Neubauten, Anpflanzungen, sonstige neue Anlagen und Verbesserungen wird beim Widerspruch des Unternehmers eine Vergütung nicht gewährt, vielmehr nur dem Eigentümer die Wiederwegnahme auf seine Kosten bis zur Enteignung des Grundstückes vorbehalten, wenn aus der Art der Anlage, dem Zeitpunkt ihrer Errichtung oder den sonst obwaltenden Umständen erhellt, daß dieselben nur in der Absicht vorgenommen sind, eine höhere Entschädigung zu erzielen.

---

§ 14. Der Unternehmer ist zugleich zur Einrichtung derjenigen Anlagen an Wegen, Ueberfahrten, Triften, Einfriedigungen, Bewässerungs- und Vorflutanstalten 2c. verpflichtet, welche für die benachbarten Grundstücke oder im öffentlichen Interesse zur Sicherung gegen Gefahren und Nachteile notwendig werden. Auch die Unterhaltung dieser Anlagen liegt ihm ob, insoweit dieselbe über den Umfang der bestehenden Verpflichtungen zur Unterhaltung vorhandener, demselben Zwecke dienender Anlagen hinausgeht.

Ueber diese Obliegenheiten des Unternehmers beschließt der Bezirksausschuß[1]) (§ 21).

Titel III.

Enteignungsverfahren.

1. Feststellung des Planes.

§ 15. Vor Ausführung des Unternehmens ist für dasselbe, unter Berücksichtigung der nach § 14 den Unternehmer treffenden Obliegenheiten, ein Plan, welchem geeignetenfalls die erforderlichen Querprofile beizufügen sind, in einem zweckentsprechenden Maßstabe aufzustellen und von derjenigen Behörde zu prüfen und vorläufig festzustellen, welche dazu nach den für die verschiedenen Arten der

---

[1]) Man vergleiche die Anmerkung zu § 3.

Unternehmungen bestehenden Gesetzen berufen ist.

Ist eine besondere Behörde durch das Gesetz nicht berufen, so liegt diese Prüfung und Feststellung dem Regierungspräsidenten[1]) ob.

---

§ 16. Eine Einigung zwischen den Beteiligten über den Gegenstand der Abtretung, soweit er nach dem Befinden der zuständigen Behörde zu dem Unternehmen erforderlich ist, kann zum Zwecke sowohl der Ueberlassung des Besitzes, als der sofortigen Abtretung des Eigentums stattfinden. Es kann dabei die Entschädigung nachträglicher Feststellung vorbehalten werden, welche alsdann nach den Vorschriften dieses Gesetzes oder auch, je nach Verabredung der Beteiligten, sofort im Rechtswege erfolgt. Es kann ferner behufs Regelung der Rechte Dritter die Durchführung des förmlichen Enteignungsverfahrens, nach Befinden ohne Berührung der Entschädigungsfrage, vorbehalten werden.

---

§ 17. Für die freiwillige Abtretung in Gemäßheit des § 16 sind die nach den bestehenden Gesetzen für die Veräußerung von Grundeigentum vorgeschriebenen Formen zu wahren.[2])

Handelt es sich um Grundstücke oder Gerechtigkeiten bevormundeter, in Konkurs geratener, unter Kuratel stehender oder anderer handlungsunfähiger Personen, so genügt der Abschluß des Vertrages durch deren Vertreter unter Genehmigung des vormundschaftlichen Gerichts oder desjenigen Gerichts, welches die Veräußerung der Grundstücke und Gerechtigkeiten solcher Personen aus freier Hand zu genehmigen befugt ist.[3])

Lehns- und Fideikommißbesitzer sind befugt, solche Verträge unter Zustimmung der beiden nächsten Agnaten abzuschließen, sofern die Stiftungsurkunden oder besondere gesetzliche Bestimmungen jene Veräußerungen nicht unter erleichterter Form gestatten.

Veräußerungsbeschränkungen, welche zur Verhütung der Trennung von Gutsverbänden oder der Zerstückelung von Ländereien bestehen, finden keine Anwendung.

---

§ 18. Auf Antrag des Unternehmers erfolgt das Verfahren behufs Feststellung des Planes.

Zu diesem Behufe hat derselbe dem Regierungspräsidenten[4]) für jeden Gemeinde- oder Gutsbezirk einen Auszug aus dem vorläufig festgestellten Plane nebst Beilagen vorzulegen, welche die zu enteignenden Grundstücke nach ihrer grundbuchmäßigen, katastermäßigen oder sonst üblichen Bezeichnung und Größe, deren Eigentümer nach Namen und Wohnort, ferner die nach § 14 herzustellenden Anlagen, sowie, wo nur eine Belastung von Grundeigentum in Frage steht, die Art und den Umfang dieser Belastung enthalten müssen.

---

§ 19. Plan nebst Beilagen sind in dem betreffenden Gemeinde- oder Gutsbezirke während vierzehn Tagen zu jedermanns Einsicht offen zu legen.

Die Zeit der Offenlegung ist ortsüblich bekannt zu machen.

Während dieser Zeit kann jeder Beteiligte im Umfange seines Interesses Einwendungen gegen den Plan erheben. Auch der Vorstand des Gemeinde- oder Gutsbezirks hat das Recht, Einwendungen zu erheben, welche sich auf die Richtung des Unternehmens oder auf Anlagen der in § 14 gedachten Art beziehen.

Der Regierungspräsident[4]) hat diejenige Stelle zu bezeichnen, bei welcher solche Einwendungen schriftlich einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu geben sind.

---

§ 20. Nach Ablauf der Frist (§ 19) werden die Einwendungen gegen den Plan in einem nötigenfalls an Ort und Stelle abzuhaltenden Termin vor einem von dem Regierungspräsidenten[4]) zu ernennenden Kommissar erörtert.

---

[1]) Für den Stadtkreis Berlin dem Polizeipräsidenten nach § 42 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883.

[2]) Man vergleiche jedoch Artikel 12 § 1 Absatz 2 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

[3]) Nach § 26 des Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze vom 24. April 1878 ist jetzt das Amtsgericht zuständig.

[4]) Man vergleiche Anmerkung zu § 15.

Zu dem Termine werden die Unternehmer, die Reklamanten und die durch die Reklamationen betroffenen Grundbesitzer, sowie der Vorstand des Gemeinde- oder Gutsbezirks vorgeladen und mit ihrer Erklärung gehört. Dem Kommissar bleibt es überlassen, Sachverständige, deren Gutachten erforderlich ist, zuzuziehen.

Die Verhandlungen haben sich nicht auf die Entschädigungsfrage zu erstrecken.

§ 21. Der Kommissar hat nach Beendigung der Verhandlungen letztere dem Bezirksausschusse[1]) vorzulegen, welcher prüft, ob die vorgeschriebenen Förmlichkeiten beobachtet sind, mittelst motivierten Beschlusses über die erhobenen Einwendungen entscheidet und danach

1. den Gegenstand der Enteignung, die Größe und die Grenzen des abzutretenden Grundbesitzes, die Art und den Umfang der aufzulegenden Beschränkungen, sowie auch die Zeit, innerhalb deren längstens vom Enteignungsrechte Gebrauch zu machen ist — soweit die Königliche Verordnung (§ 2) über diese Punkte keine Bestimmungen enthält —,
2. die Anlagen, zu deren Errichtung wie Unterhaltung der Unternehmer verpflichtet ist (§ 14),

feststellt.

Die Entscheidung wird dem Unternehmer, den Reklamanten und sonstigen Personen, welche an der Streiterörterung teilgenommen, sowie dem Vorstande des Gemeinde- oder Gutsbezirks zugestellt.

§ 22. Gegen den Beschluß des Bezirksausschusses steht den Beteiligten die Beschwerde an den Minister der öffentlichen Arbeiten offen.

Die Beschwerde muß bei Verlust derselben innerhalb zwei Wochen nach Zustellung des Beschlusses bei dem Bezirksausschusse eingelegt und gerechtfertigt werden.[2])

§ 23. Das Enteignungsrecht bei der Anlage von Eisenbahnen erstreckt sich unter Berücksichtigung der Vorschriften dieses Gesetzes insbesondere:

1. auf den Grund und Boden, welcher zur Bahn, zu den Bahnhöfen und zu den an der Bahn und an den Bahnhöfen behufs des Eisenbahnbetriebes zu errichtenden Gebäuden erforderlich ist;
2. auf den zur Unterbringung der Erde und des Schuttes 2c. bei Abtragungen, Einschnitten und Tunnels erforderlichen Grund und Boden;
3. überhaupt auf den Grund und Boden für alle sonstigen Anlagen, welche zu dem Behufe, damit die Bahn als eine öffentliche Straße zur allgemeinen Benutzung dienen könne, nötig oder infolge der Bahnanlage im öffentlichen Interesse erforderlich sind;
4. auf das für die Herstellung von Aufträgen erforderliche Schüttungsmaterial.

Dagegen ist das Enteignungsrecht auf den Grund und Boden für solche Anlagen nicht auszudehnen, welche, wie Warenmagazine und dergleichen, nicht den unter Nr. 3 gedachten allgemeinen Zweck, sondern nur das Privatinteresse des Eisenbahnunternehmers angehen.

Die vorübergehende Benutzung fremder Grundstücke soll bei der Anlage von Eisenbahnen, insbesondere zur Errichtung von Interimswegen, Werkplätzen und Arbeiterhütten zulässig sein.

2. Feststellung der Entschädigung.

§ 24. Der Antrag auf Feststellung der Entschädigung ist von dem Unternehmer schriftlich bei dem Regierungspräsidenten[3]) einzubringen.

Der Antrag muß das zu enteignende Grundstück und dessen Eigentümer, sowie, wo nur eine Belastung in Frage steht, die Art und den Umfang derselben genau bezeichnen (§ 18).

Dem Antrage ist zum Nachweis der

[1]) Man vergleiche die Anmerkung zu § 3.

[2]) Ueber die Behandlung der Beschwerde vergleiche man § 122 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1883.

[3]) Man vergleiche die Anmerkung zu § 15.

Rechte am Grundstück ein beglaubigter Auszug aus dem Grundbuch (Hypothekenbuch, Währschaftsbuch, Stockbuch), wo aber ein solches nicht vorhanden ist oder nicht ausreicht, eine Bescheinigung des Ortsvorstandes oder der sonst zur Ausstellung solcher Bescheinigungen berufenen Behörde über den Eigentumsbesitz und die bekannten Realrechte beizufügen. Diese Urkunden haben die betreffenden Behörden dem Unternehmer auf Grund der Feststellung (§ 21) oder einer sonstigen Bescheinigung des Regierungspräsidenten gegen Erstattung der Kopialien zu erteilen, auch demselben Einsicht des Grundbuchs ꝛc. zu gestatten.

Gleichzeitig mit Erteilung des Auszugs hat die Grundbuchbehörde, soweit die betreffenden Grundbücher dazu geeignet sind, und zwar ohne weiteren Antrag, eine Vormerkung über das eingeleitete Enteignungsverfahren im Grundbuche einzutragen, deren Löschung mit vollzogener Enteignung (§ 33) oder auf besonderes Ersuchen des Regierungspräsidenten erfolgt. Auch hat dieselbe während der Dauer des Enteignungsverfahrens von jeder an dem Grundstücke eintretenden Rechtsveränderung, welche für die Vertretung des Grundstücks oder die Auszahlung der Entschädigung von Bedeutung ist, von Amts wegen der Enteignungsbehörde Nachricht zu geben.

---

§ 25. Der Entscheidung des Bezirksausschusses muß eine kommissarische Verhandlung mit den Beteiligten unter Vorlegung des definitiv festgestellten Planes vorangehen.

Der Kommissar hat auf Grund der nach § 24 beizubringenden Urkunden darauf zu achten, daß das Verfahren gegen den wirklichen Eigentümer gerichtet wird.

Er hat den Unternehmer, den Eigentümer, sowie auch Nebenberechtigte, welche sich zur Teilnahme an dem Verfahren gemeldet haben, zu einem nötigenfalls an Ort und Stelle abzuhaltenden Termine vorzuladen.

Alle übrigen Beteiligten werden durch eine in dem Regierungsamtsblatt und in dem betreffenden Kreisblatt, sowie geeignetenfalls in sonstigen Blättern bekannt zu machende Vorladung aufgefordert, ihre Rechte im Termine wahrzunehmen.

Die Ladungen erfolgen unter der Verwarnung, daß beim Ausbleiben der Geladenen ohne deren Zuthun die Entschädigung festgestellt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung der letzteren werde verfügt werden.

In dem Termine ist jeder an dem zu enteignenden Grundstücke Berechtigte befugt, zu erscheinen und sein Interesse an der Feststellung der Entschädigung, sowie bezüglich der Auszahlung und Hinterlegung derselben wahrzunehmen.

In dem Termine hat der Grundeigentümer seine Anträge auf vollständige Uebernahme eines teilweise in Anspruch genommenen Grundstücks (§ 9) anzubringen. Spätere Anträge dieser Art sind unzulässig.

---

§ 26. Der Kommissar hat eine Vereinbarung der Beteiligten zu Protokoll zu nehmen und ihnen eine Ausfertigung auf Verlangen zu erteilen.

Das Protokoll hat die Kraft einer gerichtlichen oder notariellen Urkunde. In Bezug auf die Rechtsverbindlichkeit der vor dem Kommissar abgeschlossenen Verträge kommen die Bestimmungen des § 17 Absatz 2 und 5[1]) zur Anwendung.

---

§ 27. Zu der kommissarischen Verhandlung sind ein bis drei Sachverständige zuzuziehen, welche von dem Regierungspräsidenten[2]) entweder für das ganze Unternehmen oder einzelne Teile desselben zu ernennen sind. Doch steht auch den Beteiligten zu, sich vor dem Abschätzungstermine über Sachverständige zu einigen, und dieselben dem Kommissar zu bezeichnen.

Die ernannten Sachverständigen müssen die in den betreffenden Prozeßgesetzen vorgeschriebenen Eigenschaften eines völlig glaubwürdigen Zeugen[3]) besitzen; dieselben dürfen insbesondere nicht zu denjeni-

---

[1]) Auch des Absatz 3 und 4 des § 17. Die Fassung des Gesetzes „2 und 5" beruht auf einem Versehen. Es muß heißen „2 bis 5".

[2]) Man vergleiche Anmerkung zu § 15.

[3]) Solche Prozeßgesetze giebt es nicht mehr. Doch vergleiche man § 393 der Civilprozeßordnung.

gen Personen gehören, die selbst als Entschädigungsberechtigte von der Enteignung betroffen sind.

§ 28. Das Gutachten wird von den Sachverständigen entweder mündlich zu Protokoll erklärt oder schriftlich eingereicht. Dasselbe muß mit Gründen unterstützt und beeidet werden. Sind die Sachverständigen ein- für allemal als solche vereidet, so genügt die Versicherung der Richtigkeit des Gutachtens auf den geleisteten Eid im Protokoll oder unter dem schriftlich eingereichten Gutachten.

Den Beteiligten ist vor der Entscheidung des Bezirksausschusses (§ 29) Gelegenheit zu geben, über das Gutachten sich auszusprechen.

§ 29. Die Entscheidung des Bezirksausschusses[1]) über die Entschädigung, die zu bestellende Kaution und die sonstigen aus §§ 7—13 sich ergebenden Verpflichtungen erfolgt mittelst motivierten Beschlusses.

Die Entschädigungssumme ist für jeden Eigentümer, sowie für jeden der im § 11 bezeichneten Nebenberechtigten, soweit ihm eine nicht schon im Werte des enteigneten Grundeigentums begriffene Entschädigung zuzusprechen ist, besonders festzustellen. Auch ist da, wo die den Nebenberechtigten gebührende Entschädigung in dem Werte des enteigneten Grundeigentums begriffen ist, auf Antrag des Eigentümers oder des betreffenden Nebenberechtigten das Anteilsverhältnisse festzustellen, nach welchem dem letzteren innerhalb seiner vom Eigentümer anerkannten Berechtigung aus der für das Eigentum festgestellten Entschädigungssumme oder deren Nutzungen Entschädigung gebührt.

In dem Beschlusse ist zugleich zu bestimmen, daß die Enteignung des Grundstücks nur nach erfolgter Zahlung oder Hinterlegung der Entschädigungs- oder Kautionssumme auszusprechen sei.

§ 30. Gegen den Beschluß des Bezirksausschusses steht sowohl dem Unternehmer als den übrigen Beteiligten innerhalb sechs Monaten nach Zustellung des Beschlusses die Beschreitung des Rechtsweges zu. Ein Streit über das Anteilsverhältnis eines Nebenberechtigten an der für das Eigentum festgestellten Entschädigungssumme ist lediglich zwischen dem Nebenberechtigten und dem Eigentümer auszutragen.

Eines vorgängigen Sühneversuchs bedarf es nicht.

Zuständig ist das Gericht, in dessen Bezirk das betreffende Grundstück belegen ist.

Sind die Parteien über die Sachverständigen nicht einig, so ernennt das Gericht dieselben.

Wird von dem Unternehmer auf richterliche Entscheidung angetragen, so fallen ihm jedenfalls die Kosten der ersten Instanz zur Last.

§ 31. Wegen solcher nachteiligen Folgen der Enteignung, welche erst nach dem im § 25 gedachten Termine erkennbar werden, bleibt dem Entschädigungsberechtigten bis zum Ablauf von drei Jahren nach der Ausführung des Teiles der Anlage, durch welche er benachteiligt wird, ein im Rechtswege verfolgbarer persönlicher Anspruch gegen den Unternehmer.

3. Vollziehung der Enteignung.

§ 32. Die Enteignung des Grundstücks wird auf Antrag des Unternehmers von dem Bezirksausschusse[1]) ausgesprochen, wenn der nach § 30 vorbehaltene Rechtsweg dem Unternehmer gegenüber durch Ablauf der sechsmonatlichen Frist, Verzicht oder rechtskräftiges Urteil erledigt, und wenn nachgewiesen ist, daß die vereinbarte (§§ 16, 26) oder endgültig festgestellte Entschädigungs- oder Kautionssumme rechtsgültig gezahlt oder hinterlegt ist.

Die Enteignungserklärung schließt, insofern nicht ein anderes dabei vorbehalten wird, die Einweisung in den Besitz in sich.

§ 33. Gleichzeitig mit der Enteignungserklärung hat der Bezirksausschuß[1]) da, wo nach den bestehenden Gesetzen von dem Eigentumsübergange Nachricht zu den

[1]) Man vergleiche die Anmerkung zu § 3.

Gerichtsakten zu nehmen ist, oder wo zur Eintragung des Eigentumsüberganges bestimmte öffentliche Bücher bestehen, der zuständigen Gerichts- oder sonstigen Behörde von der Enteignung Nachricht zu geben, beziehungsweise dieselbe um Bewirkung der Eintragung zu ersuchen. Der Enteignungsbeschluß des Bezirksausschusses steht hierbei dem Erkenntnisse eines Gerichts gleich.

---

§ 34. In dringlichen Fällen kann der Bezirksausschuß [1]) auf Antrag des Unternehmers anordnen, daß noch vor Erledigung des Rechtsweges die Enteignung erfolgen solle, sobald die durch Beschluß (§ 29) festgestellte Entschädigungs- oder Kautionssumme gezahlt oder hinterlegt worden.

Diese Anordnung kann unter Umständen auch von vorgängiger Leistung einer besonderen Kaution abhängig gemacht werden.

Gegen die Anordnung des Bezirksausschusses [1]) in diesen Fällen steht innerhalb halb dreier Tage nach der Zustellung jedem Beteiligten die Beschwerde an den Minister der öffentlichen Arbeiten offen.

---

§ 35. Jeder Beteiligte kann binnen sieben Tagen nach dem ihm bekannt gemachten, die Dringlichkeit aussprechenden Beschlusse verlangen, daß der Enteignung eine Feststellung des Zustandes von Gebäuden oder künstlichen Anlagen vorausgehe.

Dieselbe ist bei dem Gerichte der belegenen Sache (Amtsgerichte) mündlich zu Protokoll oder schriftlich zu beantragen.

Das Gericht hat den Termin schleunigst und nicht über sieben Tage hinaus anzuberaumen und hiervon die Beteiligten und den Bezirksausschuß [1]) zeitig zu benachrichtigen.

Die Zuziehung eines oder mehrerer Sachverständigen kann auch von Amts wegen angeordnet werden. Sind die Parteien über die Sachverständigen nicht einig, so ernennt das Gericht dieselben.

Die Enteignung kann nicht vor Beendigung dieses Verfahrens erfolgen, von welcher das Gericht den Bezirksausschuß zu benachrichtigen hat.

§ 36. Die Entschädigungssumme wird an denjenigen bezahlt, für welchen die Feststellung stattgefunden hat.

Dieselbe wird in Ermangelung abweichender Vertragsbestimmungen von dem Unternehmer mit vier Prozent von dem Tage der Enteignung verzinst, soweit sie zu dieser Zeit nicht bezahlt oder in Gemäßheit des § 37 hinterlegt ist.

Wird die durch Beschluß des Bezirksausschusses festgesetzte Entschädigungssumme durch die gerichtliche Entscheidung herabgesetzt, so erhält der Unternehmer den gezahlten Mehrbetrag ohne Zinsen, den hinterlegten Mehrbetrag aber mit den davon in der Zwischenzeit etwa aufgesammelten Zinsen zurück.

---

§ 37. Der Unternehmer ist verpflichtet, die Entschädigungssumme zu hinterlegen:

1. wenn neben dem Eigentümer Entschädigungsberechtigte vorhanden sind, deren Ansprüche an die Entschädigungssumme zur Zeit nicht feststehen;
2. wenn das betreffende Grundstück Fideikommiß- oder Stammgut ist, oder im Lehn- oder Leiheverbande steht;
3. wenn Reallasten, Hypotheken oder Grundschulden auf dem betreffenden Grundstück haften. [2])

Die Hinterlegung erfolgt bei derjenigen Stelle, welche für den Bezirk der belegenen Sache zur Annahme von Hinterlegungen der betreffenden Art, beziehungsweise von gerichtlichen Hinterlegungen bestimmt ist.

Ueber die Rechtmäßigkeit der Hinterlegung findet ein gerichtliches Verfahren nicht statt. Jeder Beteiligte kann sein Recht an der hinterlegten Summe gegen den dasselbe bestreitenden Mitbeteiligten im Rechtswege geltend machen. Soweit nach dem Rechte einzelner Landesteile ein gerichtliches Verteilungsverfahren in derartigen Fällen stattfindet, behält es dabei sein Bewenden.

---

§ 38. Ist nur ein Teil eines Grundbesitzes enteignet, so stehen der Auszahlung der für den geeigneten Teil bestimm-

---

[1]) Man vergleiche die Anmerkung zu § 3.

[2]) Man vergleiche Artikel 35 des Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung.

ten Entschädigungssumme die auf dem gesammten Grundbesitz haftenden Hypotheken und Grundschulden nicht entgegen, wenn dieselben den fünfzehnfachen Betrag des Grundsteuer-Reinertrages des Restgrundbesitzes nicht übersteigen. Reallasten, welche der Eintragung in das Grundbuch bedürfen, werden hierbei den Hypotheken gleich geachtet und in entsprechender Anwendung der bei notwendigen Subhastationen geltenden Grundsätze zu Kapital veranschlagt.

Auch wird bei einer solchen teilweisen Enteignung die Auszahlung der für den enteigneten Teil bestimmten Entschädigungssumme durch nicht eingetragene Reallasten, Fideikommiß-, Stammgut- Lehn- oder Leiheverband des gesamten Grundbesitzes nicht gehindert, wenn die gedachte Entschädigungssumme den fünffachen Betrag des Grundsteuer-Reinertrages des gesamten Grundbesitzes und auch die Summe von dreihundert Mark nicht übersteigt.

Die Auszahlung laufender Nutzungen der Entschädigungssumme kann ohne Rücksicht auf die vorgedachten Realverhältnisse erfolgen.

4. Allgemeine Bestimmungen.

§ 39. Alle Vorladungen und Zustellungen im Enteignungsverfahren sind gültig, wenn sie nach den für gerichtliche Behändigungen bestehenden Vorschriften[1]) erfolgt sind. Die vereideten Verwaltungsbeamten haben dabei den Glauben der zur Zustellung gerichtlicher Verfügungen bestellten Beamten.

§ 40. Verwaltungsbehörden und Gerichte haben die Beweisfrage unter Berücksichtigung aller Umstände nach freier Ueberzeugung zu beurteilen.

§ 41. Wo dieses Gesetz die Anordnung einer Kaution vorschreibt oder zuläßt, ist gleichwohl der Fiskus von der Kautionsleistung frei.

§ 42. Wenn der Unternehmer von dem ihm verliehenen Enteignungsrechte nicht binnen der in § 21 gedachten Zeit Gebrauch macht, oder von dem Unternehmen zurücktritt, bevor die Festsetzung der Entschädigung durch Beschluß des Bezirksausschusses erfolgt ist, so erlischt jenes Recht. Der Unternehmer haftet in diesem Falle den Entschädigungsberechtigten im Rechtswege für die Nachteile, welche denselben durch das Enteignungsverfahren erwachsen sind.

Tritt der Unternehmer zurück, nachdem bereits die Feststellung der Entschädigung durch Beschluß des Bezirksausschusses erfolgt ist, so hat der Eigentümer die Wahl, ob er lediglich Ersatz für die Nachteile, welche ihm durch das Enteignungsverfahren erwachsen sind, oder Zahlung der festgestellten Entschädigung gegen Abtretung des Grundstücks geeignetenfalls nach vorgängiger Durchführung des in § 30 gedachten Prozeßverfahrens im Rechtswege beanspruchen will.

§ 43. Die Kosten des administrativen Verfahrens trägt der Unternehmer. Bei demselben kommen nur Auslagen, nicht aber Stempel und Sporteln zur Anwendung und können die Entschädigungsberechtigten Ersatz für Wege und Versäumnisse nicht fordern.

Im prozessualischen Verfahren werden die Kosten und Stempel taxmäßig berechnet.

Die Kosten des in § 35 erwähnten Verfahrens sind vom Antragsteller vorzuschießen. Ueber die Verbindlichkeit zur endlichen Uebernahme dieser Kosten ist im nachfolgenden Rechtsstreit zu entscheiden.

Sämtliche übrigen Verhandlungen vor den Gerichten, Grundbuch- und Auseinandersetzungsbehörden, einschließlich der nach § 17 eintretenden freiwilligen Veräußerungsgeschäfte über Grundeigentum innerhalb des vorgelegten Planes, sowie einschließlich der Quittungen und Konsense der Hypothekengläubiger und sonstigen Beteiligten, sind gebühren- und stempelfrei. Auch werden keine Depositalgebühren angesetzt.

Soweit diese Verhandlungen von den Notaren vorgenommen werden, sind sie stempelfrei.

[1]) Man vergleiche die §§ 166 und folgende der Civilprozeßordnung.

Titel IV.

Wirkungen der Enteignung.

§ 44. Mit Zustellung des Enteignungsbeschlusses (§ 32) an Eigentümer und Unternehmer geht das Eigentum des enteigneten Grundstücks auf den Unternehmer über.

Erfolgt die Zustellung an den Eigentümer und Unternehmer nicht an demselben Tage, so bestimmt die zuletzt erfolgte Zustellung den Zeitpunkt des Uebergangs des Eigentums.

Diese Vorschrift gilt auch in den Landesteilen, in denen nach den allgemeinen Gesetzen der Uebergang des Eigentums von der Einschreibung in die Grundbücher oder von der Einreichung des Vertrages bei dem Realrichter abhängig gemacht ist.

---

§ 45. Das enteignete Grundstück wird mit dem in § 44 bestimmten Zeitpunkt von allen darauf haftenden privatrechtlichen Verpflichtungen frei, soweit der Unternehmer dieselben nicht vertragsmäßig übernommen hat.

Die Entschädigung tritt rücksichtlich aller Eigentums-, Nutzungs- und sonstigen Realansprüche, insbesondere der Reallasten, Hypotheken und Grundschulden an die Stelle des enteigneten Gegenstandes.

---

§ 46. Ist die Abtretung des Grundstücks durch Vereinbarung zwischen Unternehmer und Eigentümer erfolgt und zwar in Gemäßheit des § 16 unter Durchführung des Enteignungsverfahrens oder in Gemäßheit des § 26, so treten die rechtlichen Wirkungen des § 45, auch in diesem Falle ein. Hypotheken- und Grundschuldgläubiger, sowie Realberechtigte, können jedoch, soweit ihre Forderungen durch die zwischen Unternehmer und Eigentümer vereinbarte Entschädigungssumme nicht gedeckt werden, deren Festsetzung im Rechtswege gegen den Unternehmer fordern, wobei die Beweisvorschriften der §§ 30 und 40 zur Anwendung kommen.

---

§ 47. War das enteignete Grundstück Fideikommiß- oder Stammgut, oder stand dasselbe im Lehn- oder Leiheverbande, so ist — mit Ausnahme des § 38 vorgesehenen Falles — der Besitzer über die Entschädigungssumme nur nach den Vorschriften zu verfügen berechtigt, welche in den verschiedenen Landesteilen für die Verfügungen über derartige Güter und die an deren Stelle tretenden Kapitalien maßgebend sind.

---

§ 48. War das enteignete Grundstück mit Reallasten, Hypotheken oder Grundschulden behaftet, so kann — mit Ausnahme des § 38 vorgesehenen Falles — der Eigentümer über die Entschädigungssumme nur verfügen, wenn die Realberechtigten einwilligen.

---

§ 49. Der Eigentümer des Grundstücks ist jedoch in den Fällen der §§ 47 und 48 befugt, wegen Auszahlung oder Verwendung der hinterlegten Entschädigungssumme die Vermittelung der Auseinandersetzungsbehörden für Regulierung gutsherrlicher und bäuerlicher Verhältnisse, Ablösungen und Gemeinheitsteilungen in Anspruch zu nehmen.

Die Auseinandersetzungsbehörde hat die bei ihr eingehenden Anträge nach den Bestimmungen zu beurteilen und zu erledigen, welche wegen Wahrnehmung der Rechte dritter Personen bei Verwendung der Ablösungskapitalien in den §§ 110 bis 112 des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Ablösung der Reallasten und Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse erteilt worden sind.

Diese Vorschrift kommt in den Landesteilen des linken Rheinufers, in der Provinz Hannover und den Teilen des Regierungsbezirks Wiesbaden, in welchen die Verordnungen vom 13. Mai 1867 (Ges.-Samml. S. 716) und 2. September 1867 (Ges.-Samml. S. 1463) nicht eingeführt sind, nicht zur Anwendung, vielmehr bleibt es hier bei den bisher bestehenden Vorschriften.

Titel V.

Besondere Bestimmungen über Entnahme von Wegebaumaterialien.

§ 50. Die zum Bau und zur Unterhaltung öffentlicher Wege (mit Ausschluß der Eisenbahnen) erforderlichen Feld- und Bruchsteine, Kies, Rasen, Sand, Lehm und andere Erde ist, soweit der Wegebaupflichtige nicht diese Materialien in brauchbarer Beschaffenheit und angemessener Nähe auf eigenen Grundstücken fördern kann, und der Eigentümer sie nicht selbst gebraucht, ein jeder verpflichtet, nach Anordnung der Behörde von seinen landwirtschaftlichen und Forstgrundstücken, seinem Unlande oder aus seinen Gewässern entnehmen und das Aufsuchen derselben durch Schürfen, Bohren 2c. daselbst unter Kontrolle des Eigentümers sich gefallen zu lassen.

§ 51. Der Wegebaupflichtige hat dem Eigentümer den Wert der entnommenen Materialien ohne Berücksichtigung des Mehrwerts, welchen sie durch den Wegebau erhalten, zu ersetzen.

Wo durch den Wert der Materialien der dem Grundstück durch die Entnahme zugefügte Schaden, einschließlich der entzogenen Nutzungen, sowie die etwa bereits wirtschaftlich aufgewendeten Werbungs-, Sammlungs- und Bereitungskosten nicht gedeckt werden, hat der Wegebaupflichtige, statt Ersatz jenes Wertes, hierfür Ersatz zu leisten.

§ 52. Wenn ein Grundstück zur Gewinnung der Materialien hauptsächlich bestimmt ist und letztere für den Wegebau in solchem Maße in Anspruch genommen werden, daß das Grundstück deshalb dieser Bestimmung gemäß nicht ergiebig benutzt werden kann, oder wenn die Eigentumsbeschränkung länger als drei Jahre dauert, so kann der Eigentümer gegen Abtretung des Grundstücks selbst an den Wegebaupflichtigen den Ersatz des Wertes desselben verlangen.

§ 53. In Ermangelung gütlicher Einigung hat der Kreis-(Stadt-)Ausschuß auf Grund vollständiger Erörterung zwischen den Beteiligten eine Entscheidung[1]) zu treffen, in welcher

1. die dem Wegebaupflichtigen gegen den Grundbesitzer einzuräumenden Rechte nach Gegenstand und Umfang speziell zu bezeichnen sind, und
2. die dafür zu gewährende Entschädigung auf Grund sachverständiger Abschätzung oder geeignetenfalls (§ 12) die dafür zu bestellende Sicherheit vorläufig festzusetzen ist.

Gegen den Beschluß unter 1 steht beiden Teilen binnen einer Präklusivfrist von zwei Wochen nach deren Zustellung die Beschwerde an den Bezirksausschuß[2]) mit aufschiebender Wirkung zu.

Gegen die Feststellung der Entschädigung unter 2 ist innerhalb neunzig Tagen der Rechtsweg, jedoch ohne aufschiebende Wirkung, zulässig. Ist gegen den Beschluß des Kreis-(Stadt-)Ausschusses Beschwerde eingelegt, so läuft diese Frist erst vom Tage der Zustellung des Beschlusses des Bezirksausschusses an. Eines vorgängigen Sühneversuchs bedarf es nicht.

Die dem Wegebaupflichtigen zuständigen Rechte dürfen erst ausgeübt werden, wenn derselbe in das Grundstück, beziehungsweise die daran auszuübenden Rechte eingewiesen ist. Dieser Einweisung muß die Zahlung oder Sicherstellung der Entschädigung auf Grund mindestens vorläufiger Festsetzung vorausgehen.

Wegen Auszahlung der Entschädigungssumme findet die in § 36 gegebene Bestimmung Anwendung.

Titel VI.

Schluß- und Uebergangsbestimmungen.

§ 54. Dieses Gesetz findet keine Anwendung:

1. auf die in besonderen Gesetzen oder im Gewohnheitsrechte begründete Entziehung oder Beschränkung des Grundeigentums im Interesse der

[1]) Durch Beschluß nach § 151 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883.
[2]) Man vergleiche Anmerkung zu § 3.

Landeskultur, als: bei Regulierung gutsherrlicher und bäuerlicher Verhältnisse, bei Ablösung von Reallasten, Gemeinheitsteilungen, Vorflutsangelegenheiten, Entwässerungs- und Bewässerungsangelegenheiten, Benutzung von Privatflüssen, Deichangelegenheiten, Wiesen- und Waldgenossenschafts-Angelegenheiten;

2. auf die Entziehung und Beschränkung des Grundeigentums im Interesse des Bergbaues und der Landestriangulation.

---

§ 55. Bereits eingeleitete Enteignungsverfahren werden nach den bisherigen Vorschriften zu Ende geführt. Wird in einem solchen Verfahren der Rechtsweg beschritten, so findet der § 40 auch hier Anwendung.

---

§ 56 ist aufgehoben.

---

§ 57. Alle den Vorschriften dieses Gesetzes entgegenstehende Bestimmungen, sowie die Bestimmungen über das Wiederkaufsrecht bezüglich des enteigneten Grundstücks werden aufgehoben.

Ein gesetzliches Vorkaufsrecht findet wegen aller Teile von Grundstücken statt, welche infolge des verliehenen Enteignungsrechts zwangsweise oder durch freien Vertrag an den Unternehmer abgetreten sind, wenn in der Folge das abgetretene Grundstück ganz oder teilweise zu dem bestimmten Zweck nicht weiter notwendig ist und veräußert werden soll.

Das Vorkaufsrecht steht dem zeitigen Eigentümer des durch den ursprünglichen Erwerb verkleinerten Grundstücks zu.[1]) Wer das Enteignungsrecht ausgeübt hat, muß die Absicht der Veräußerung und den angebotenen Kaufspreis dem berechtigten Eigentümer anzeigen, welcher sein Vorkaufsrecht verliert, wenn er sich nicht binnen zwei Monaten darüber erklärt. Wird die Anzeige unterlassen, so kann der Berechtigte seinen Anspruch gegen jeden Besitzer geltend machen.

---

§ 58. Insoweit in anderen Gesetzen auf die Vorschriften der aufgehobenen Gesetze Bezug genommen ist, treten an die Stelle der letzteren die entsprechenden Vorschriften dieses Gesetzes.

---

[1]) Man vergleiche Artikel 22 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

Gesetz,

betreffend

den Austritt aus der Kirche.

Vom 14. Mai 1873.

Vorbemerkung.

Das Gesetz, betreffend den Austritt aus der Kirche versteht unter Kirche (§ 1) die evangelischen Landeskirchen und die katholische Kirche, einschließlich der altkatholischen, unter Religionsgemeinschaften, welchen Korporationsrechte gewährt sind (§ 8), hauptsächlich diejenigen der Alt-Lutheraner, Herrnhuter, Baptisten und Mennoniten.

Der Austritt aus einer solchen Kirche oder Religionsgemeinschaft, mag er mit einem Uebertritt in eine andere Kirche oder Religionsgemeinschaft verbunden sein, oder ohne solchen Uebertritt geschehen, befreit den Austretenden von den Lasten des kirchlichen Verbandes, dem er bisher angehört hat, z. B. von den Kirchensteuern, Beiträgen zu Bauten, Hand- und Spanndiensten und anderen Abgaben, nur dann, wenn er nach den Vorschriften des vorliegenden Gesetzes erfolgt ist. Für den bloßen Wechsel einer Parochie desselben kirchlichen Verbandes ist die Beobachtung dieser Formen nicht erforderlich.

Der erste Schritt für die Bewerkstelligung des Austrittes ist ein Antrag an das Amtsgericht des Wohnsitzes des Austretenden auf Aufnahme der Austrittserklärung. Dieser Antrag kann schriftlich oder mündlich zu Protokoll des Gerichtsschreibers geschehen. Ein schriftlicher Antrag würde etwa folgendermaßen lauten:

An das Königliche Amtsgericht zu A.

Ich beabsichtige aus der evangelischen Landeskirche auszutreten und beantrage, diesen meinen Antrag dem evangelischen Kirchenvorstande bekannt zu machen.

A., den 5. April 1900.

Friedrich Müller,
Gastwirt.

Der Antrag wird dem Vorstande der Kirchengemeinde, welcher der Antragsteller angehört, bekannt gemacht. Hierauf hat der Austretende mündlich und persönlich (er darf also keinen Stellvertreter senden) an den Amtsrichter seines Wohnortes seinen Austritt zu erklären. Doch kann diese Erklärung nur innerhalb einer vierzehntägigen Frist geschehen, nämlich nicht vor Ablauf von vier Wochen und nicht nach Ablauf von sechs Wochen seit Eingang des obenerwähnten Antrages beim Gericht. Ein besonderer Termin wird vom Gericht nicht anberaumt, der Austretende muß also von selbst an einem Geschäftstage auf das Gericht gehen. Wird die Frist versäumt, so hat der Antrag seine Wirksamkeit verloren. Ueber den Austritt kann der Ausgetretene vom Gericht eine Bescheinigung verlangen (§ 2).

Durch die Austrittserklärung wird der Ausgetretene von der Pflicht der Leistungen gegen den kirchlichen Verband, aus dem er geschieden ist, mit Schluß des der Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres frei, soweit nicht aus dem § 3 des Gesetzes ein anderes folgt.

Für den Austritt aus den jüdischen Synagogengemeinden giebt das Gesetz vom 28. Juli 1878 ähnliche Bestimmungen.

Zu beachten ist, daß der Austritt der Eltern aus einem kirchlichen Verbande nicht auch den Austritt solcher Kinder von selbst mit sich bringt, welche das religiöse Selbstbestimmungsrecht haben (im größten Teile Preußens die Kinder über vierzehn Jahre).

Im Verfahren betreffend den Austritt aus der Kirche oder einer Synagogengemeinde wird eine Gebühr von drei Mark erhoben, ferner werden Abschriftsgebühren und bare Auslagen in Ansatz gebracht.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, für den Umfang der Monarchie, einschließlich des Jadegebiets, was folgt:

§ 1. Der Austritt aus einer Kirche mit bürgerlicher Wirkung erfolgt durch Erklärung des Austretenden in Person vor dem Richter seines Wohnortes.

Rücksichtlich des Uebertrittes von einer Kirche zur anderen verbleibt es bei dem bestehenden Recht.

Will jedoch der Uebertretende von den Lasten seines bisherigen Verbandes befreit werden, so ist die in diesem Gesetz vorgeschriebene Form zu beobachten.

§ 2. Der Aufnahme der Austrittserklärung muß ein hierauf gerichteter Antrag vorangehen. Derselbe ist durch den Richter dem Vorstande der Kirchengemeinde, welcher der Antragsteller angehört, ohne Verzug bekannt zu machen.

Die Aufnahme der Austrittserklärung findet nicht vor Ablauf von vier Wochen, und spätestens innerhalb sechs Wochen nach Eingang des Antrages zu gerichtlichem Protokoll statt. Abschrift des Protokolls ist dem Vorstande der Kirchengemeinde zuzustellen.

Eine Bescheinigung des Austritts ist dem Ausgetretenen auf Verlangen zu erteilen.

§ 3. Die Austrittserklärung bewirkt, daß der Ausgetretene zu Leistungen, welche auf der persönlichen Kirchen- oder Kirchengemeinde-Angehörigkeit beruhen, nicht mehr verpflichtet wird.

Diese Wirkung tritt mit dem Schlusse des auf die Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres ein. Zu den Kosten eines außerordentlichen Baues, dessen Notwendigkeit vor Ablauf des Kalenderjahres, in welchem der Austritt aus der Kirche erklärt wird, festgestellt ist, hat der Austretende bis zum Ablauf des zweiten auf die Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres ebenso beizutragen, als wenn er seinen Austritt aus der Kirche nicht erklärt hätte.

Leistungen, welche nicht auf der persönlichen Kirchen- oder Kirchengemeinde-Angehörigkeit beruhen, insbesondere Leistungen, welche entweder kraft besonderen Rechtstitels auf bestimmten Grundstücken haften, oder von allen Grundstücken des Bezirks, oder doch von allen Grundstücken einer gewissen Klasse in dem Bezirk ohne Unterschied des Besitzers zu entrichten sind, werden durch die Austrittserklärung nicht berührt.

---

§ 4. Personen, welche vor dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes ihren Austritt aus der Kirche nach den Vorschriften der bisherigen Gesetze erklärt haben, sollen vom Tage der Gesetzeskraft dieses Gesetzes ab zu anderen als den im dritten Absatz des § 3 bezeichneten Leistungen nicht ferner herangezogen werden.

§ 5. Ein Anspruch auf Stolgebühren und andere bei Gelegenheit bestimmter Amtshandlungen zu entrichtende Leistungen kann gegen Personen, welche der betreffenden Kirche nicht angehören, nur dann geltend gemacht werden, wenn die Amtshandlung auf ihr Verlangen wirklich verrichtet worden ist.

---

§ 6. Als Kosten des Verfahrens werden nur Abschriftsgebühren und bare Auslagen in Ansatz gebracht.

---

§ 7 gilt nicht mehr.

---

§ 8. Was in den §§ 1 bis 6 von den Kirchen bestimmt ist, findet auf alle Religionsgemeinschaften, welchen Korporationsrechte gewährt sind, Anwendung.

---

§ 9. Die Verpflichtung jüdischer Grundbesitzer, zur Erhaltung christlicher Kirchensysteme beizutragen, wird mit dem Eintritt der Gesetzeskraft dieses Gesetzes auf den Umfang derjenigen Leistungen beschränkt, welche nach dem dritten Absatz des § 3 des gegenwärtigen Gesetzes den aus der Kirche ausgetretenen Personen zur Last bleiben.

---

§ 10. Alle dem gegenwärtigen Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen werden hierdurch aufgehoben.

---

§ 11. Der Justizminister und der Minister der geistlichen Angelegenheiten sind mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Gesetzgebung,

betreffend

Kultus und Unterricht.

Gesetz, betreffend die evangelische Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen.

Vom 25. Mai 1874.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie, für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen, was folgt:

Artikel 1.

Die Vertretung der evangelischen Kirchengemeinden, sowie die Verwaltung des Kirchenvermögens geht vom 1. Juli 1874 ab nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen auf die im § 1 der in der Anlage enthaltenen Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 bestimmten Organe über.

Artikel 2.

Der Gemeinde-Kirchenrat übt die ihm in der Gemeindeordnung zugewiesenen Rechte in betreff

1. der Verfügung über die Kirchengebäude (§ 15);
2. der Vertretung der Gemeindeinteressen in Bezug auf die Schule (§ 16);
3. der Vertretung der Gemeinde in vermögensrechtlicher Beziehung und bei Verwaltung des Kirchenvermögens, einschließlich des Vermögens der kirchlichen Lokalstiftungen, sowie des Pfarr- und Pfarrwitwentums-Vermögens (§§ 22 bis 24);
4. der Vertretung der Gemeinde bei Parochialveränderungen (§ 25).

Die zur Ausübung dieser Rechte erforderlichen Beschlüsse werden nach § 11 Abs. 2 und 3 gefaßt und dritten gegenüber nach § 11 Abs. 5 und § 22 Abs. 2 festgestellt.

Die Verwaltung der Kirchenkasse richtet sich nach § 24.

Artikel 3.

Die Gemeindevertretung (§ 27 Abs. 1 und 2, § 42 Abs. 2, § 45 Abs. 3) übt die ihr in dem § 31 zugewiesenen Rechte.

Die zur Ausübung derselben erfor-

derlichen Beschlüsse werden nach §§ 29 und 30 gefaßt.

Beschlüsse über Umlagen auf die Gemeindeglieder können erst dann vollstreckt werden, wenn sie von der Staatsbehörde für vollstreckbar erklärt worden sind.

Diese Erklärung ist insbesondere zu versagen, sofern Bedenken hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit der Auferlegung, der Angemessenheit des Beitragsfußes oder der Leistungsfähigkeit der Pflichtigen bestehen.

Artikel 4.

Die Rechte, welche nach den Art. 2 bis 3 dem Gemeinde-Kirchenrat und der Gemeindevertretung in einzelnen Gemeinden zustehen, werden in den Fällen des § 2 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung den vereinigten Gemeinde-Kirchenräten und Gemeindevertretungen für die gemeinsamen Angelegenheiten beigelegt.

Artikel 5.

Zur Feststellung von Gemeindestatuten, welche die Kirchengemeinde- und Synodalordnung ergänzen oder modifizieren (§ 31 Nr. 11 und § 46), bedarf es der vorgängigen Anerkennung seitens der Staatsbehörde, daß die entworfene Bestimmung den in Art. 1 bis 4 und Art. 8 staatsgesetzlich genehmigten Vorschriften nicht zuwider sei.

Artikel 6.

Die Bestimmungen des § 73 über die Kosten für die Bildung und Wirksamkeit der Gemeinde-Kirchenräte und Gemeindevertretungen kommen vom 1. Juli 1874 ab zur Anwendung.

Artikel 7.

Wegen der den Kreis- und Provinzialsynoden und deren Vorständen in der evangelischen Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 zugewiesenen Rechte bleibt die staatsgesetzliche Regelung, soweit es deren bedarf, vorbehalten.[1])

Artikel 8.

Die Rechtsverhältnisse des Patrons in betreff der Vermögensverwaltung werden bis zum Erlaß des in Art. 17 der Verfassungsurkunde vorgesehenen Gesetzes über die Aufhebung des Patronats durch § 23 bestimmt.

Wenn jedoch ein Patron, welcher für die Kirchenkasse im Falle ihrer Unzulänglichkeit ganz oder teilweise einzutreten hat, zu Ausgaben aus dieser Kasse, für welche sie bisher nicht bestimmt gewesen ist, seine Zustimmung verweigert, so darf die Einwilligung nicht durch die vorgesetzte Aufsichtsbehörde ergänzt werden.

Artikel 9.

Alle diesem Gesetze und dem ersten Abschnitt der Kirchengemeinde- und Synodalordnung entgegenstehenden Bestimmungen, mögen dieselben im Allgemeinen Landrecht, in Provinzialgesetzen oder in Lokalgesetzen und Lokalordnungen enthalten oder durch Observanz oder Gewohnheit begründet sein, treten mit dem 1. Juli 1874 außer Kraft.

---

[1]) Man vergleiche das unten abgedruckte Gesetz, betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen der Monarchie, vom 3. Juni 1876.

Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen.

Vom 10. September 1873

mit den durch die Kirchengesetze vom 9. März 1891 und 10. Mai 1893 vorgenommenen Abänderungen.

Erster Abschnitt.

Organe der Gemeinde.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die Kirchengemeinden haben ihre Angelegenheiten innerhalb der gesetzlichen Grenzen selbst zu verwalten. Als Organe dieser Selbstverwaltung dienen die Gemeinde-Kirchenräte und die Gemeindevertretungen.

§ 2. In jeder Kirchengemeinde wird ein Gemeinde-Kirchenrat, in den größeren Gemeinden auch eine Gemeindevertretung gemäß der nachfolgenden Ordnung gebildet.

Sind mehrere Gemeinden unter einem gemeinschaftlichen Pfarramt verbunden (vereinigte Muttergemeinden, Mutter- und Tochtergemeinden), so treten in allen gemeinsamen Angelegenheiten der Gesamtparochie die besonderen Gemeinde-Kirchenräte beziehungsweise Gemeindevertretungen zu einer gemeinsamen beratenden und beschließenden Körperschaft zusammen.

In Ortschaften, welche mehrere unter einem gemeinsamen Pfarramt nicht verbundene Parochien umfassen, kann zur Behandlung gemeinsamer Angelegenheiten ein Zusammentreten einiger oder sämtlicher Gemeinde-Kirchenräte beziehungsweise Gemeindevertretungen unter Einwilligung derselben oder im Falle des Widerspruchs nach erteilter Zustimmung der Kreissynode von dem Konsistorium angeordnet werden.

Die Teilnahme zugeschlagener Vagantengemeinden (Gastgemeinden) an dem Gemeinde-Kirchenrate und der Gemeindevertretung der Pfarrgemeinde ist durch statutarische Bestimmung zu regeln (§ 46).

II. Gemeinde-Kirchenrat.

A. Mitglieder des Gemeinde-Kirchenrats.

§ 3. Der Gemeinde-Kirchenrat besteht:

1. aus dem Pfarrer (Pastor, Prediger) der Gemeinde oder dessen Stellvertreter im Pfarramt,
2. aus mehreren Aeltesten, welche, soweit ihre Ernennung nicht dem Patron zusteht (§ 6), durch die Gemeinde gewählt werden (§§ 34 ff.).

§ 4. Sind mehrere Pfarrgeistliche in der Gemeinde fest angestellt, so gehören sie sämtlich dem Gemeinde-Kirchenrate als Mitglieder an.

Hilfsprediger auf nicht fundierten Stellen nehmen, auch wenn sie ordiniert sind, nur als Mitglieder mit beratender Stimme an den Sitzungen des Gemeinde-Kirchenrats teil.

§ 5. Die Zahl der Aeltesten soll nicht mehr als zwölf und nicht weniger als vier betragen. In Filialgemeinden kann die Zahl auf zwei beschränkt werden.

Die Feststellung der Zahl der Aeltesten in den einzelnen Gemeinden erfolgt unter Berücksichtigung der Seelenzahl, sowie der sonstigen örtlichen Verhältnisse für die erstmalige Wahl durch das Konsistorium, künftig nach Vernehmung der Gemeindevertretung durch die Kreissynode. Bei vereinigten Muttergemeinden oder Mutter- und Tochtergemeinden ist die Zahl der Aeltesten innerhalb des zulässigen Höchstbetrages auf die Gemeinden der Gesamtparochie angemessen zu verteilen.

§ 6. In Patronatsgemeinden hat der Patron die Befugnis, ein Gemeindeglied, welches die zur Wählbarkeit erforderlichen Eigenschaften besitzt (§ 35), zum Aeltesten zu ernennen.

Diese Ernennung erfolgt für einen Zeitraum von sechs Jahren; eine Wiederernennung derselben Person ist zulässig. Für die bisher erfolgten Ernennungen beginnt der Lauf der sechsjährigen Periode mit dem Tage, an welchem dieses Gesetz seine verbindliche Kraft erhalten hat.

Macht der Patron von seiner Befugnis keinen Gebrauch und besitzt er die zur Wählbarkeit erforderlichen Eigenschaften, so kann er selbst in den Gemeinde-Kirchenrat eintreten. Das gleiche Recht hat unter der gleichen Voraussetzung der ein- für allemal bestellte Vertreter desjenigen Patrons, welcher keine physische Person ist.

Kompatrone haben über die Ausübung der vorstehenden Befugnis sich untereinander zu vereinigen. Die Befugnisse ruhen, solange eine Einigung nicht zu stande kommt.

---

§ 7. Die Aeltesten sind im Hauptgottesdienst vor der Gemeinde feierlich einzuführen und durch Abnahme des nachfolgenden Gelübdes zu verpflichten:

> Gelobet ihr vor Gott und dieser Gemeinde, des euch befohlenen Dienstes sorgfältig und treu, dem Worte Gottes, den Ordnungen der Kirche und dieser Gemeinde gemäß, zu warten, und gewissenhaft darauf zu achten, daß alles ordentlich und ehrlich in der Gemeinde zugehe zu deren Besserung?

Erst mit Ablegung dieses Gelübdes ist der Aelteste als in das Amt eingetreten zu erachten.

B. Sitzungen und Beschlüsse des Gemeinde-Kirchenrats.

§ 8. Den Vorsitz im Gemeinde-Kirchenrat führt der Pfarrer. Bei Erledigung des Pfarramts oder dauernder Verhinderung des Pfarrers geht das Recht des Vorsitzes auf den Superintendenten über, welcher sich in dessen Ausübung von einem Mitgliede des Gemeinde-Kirchenrats oder einem benachbarten Geistlichen vertreten lassen kann. In Fällen vorübergehender Verhinderung führt den stellvertretenden Vorsitz ein Aeltester, welcher vom Gemeinde-Kirchenrate aus seiner Mitte auf drei Jahre nach dem Eintritt der neuen Aeltesten (§ 43) gewählt wird.

Sind mehrere Pfarrgeistliche in der Gemeinde fest angestellt, so kommt der Vorsitz dem ersten, oder, wo keine Unterordnung unter ihnen stattfindet, dem der Ordination nach ältesten zu. Zur Stellvertretung ist der im Range beziehungsweise Dienstalter nächstfolgende Geistliche berufen.

In den Fällen des § 2 Absatz 3 führt, wenn einer der Geistlichen zugleich Superintendent ist, dieser, sonst ein von der Versammlung gewählter Geistlicher den Vorsitz.

---

§ 9. Der Gemeinde-Kirchenrat versammelt sich zu außerordentlicher Sitzung in der Regel monatlich einmal an dem ein- für allemal von ihm festgesetzten Tage; zu außerordentlicher Sitzung, so oft ihn der Vorsitzende durch schriftliche oder sonst ortsübliche Einladung beruft.

Die außerordentliche Berufung muß erfolgen, wenn mindestens die Hälfte der Aeltesten unter Abgabe des Zweckes dieselbe verlangt.

---

§ 10. Die Sitzungen sind nicht öffentlich und werden in der Regel mit Gebet eröffnet.

Jedes Mitglied des Gemeinde-Kirchenrats ist verpflichtet, über alle die Seelsorge und Kirchenzucht betreffenden Angelegenheiten, sowie über die sonst als vertraulich bezeichneten Gegenstände Verschwiegenheit zu beobachten.

---

§ 11. Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen und ist für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich.

Die Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit der Anwesenden gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei Wahlen das Los.

Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist erforderlich, daß mehr als die Hälfte der verfassungsmäßigen Mitgliederzahl des Gemeinde-Kirchenrats anwesend ist. Wer nicht mitstimmt, wird zwar als anwesend gerechnet, die Stimmenmehrheit wird aber lediglich nach der Zahl der Stimmenden festgestellt. Mitglieder, welche an dem Gegenstande der Beschlußfassung persönlich beteiligt sind, haben sich der Abstimmung zu enthalten. Ist eine zur Beschlußfassung ausreichende Anzahl der Aeltesten zeitweise nicht vorhanden, so wählt die Gemeindevertretung auf Berufung des Vorsitzenden die zur Herstellung der Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl von Ersatzmännern.

Die Beschlüsse des Gemeinde-Kirchenrats sind unter Angabe des Tages und der Anwesenden in ein Protokollbuch zu verzeichnen, und jedes Protokoll von dem

Vorsitzenden und mindestens einem Aeltesten zu unterschreiben.

Dritten gegenüber werden, soweit der § 22 nichts anderes bestimmt, Beschlüsse des Gemeinde-Kirchenrats durch Auszüge aus dem Protokollbuch bekundet, welche der Vorsitzende beglaubigt. Ausfertigungen ergehen unter der Unterschrift des Vorsitzenden.

---

§ 12. In Gemeinde-Kirchenräten von stärkerer Mitgliederzahl können für bestimmte Geschäftszweige einzelne Mitglieder vorzugsweise berufen werden. Die bezüglichen Anordnungen, sowie die Einrichtung von Deputationen und Kommissionen bleiben dem Gemeinde-Kirchenrat überlassen.

C. Wirkungskreis des Gemeinde-Kirchenrats.

§ 13. Der Gemeinde-Kirchenrat hat den Beruf, in Unterstützung der pfarramtlichen Thätigkeit nach bestem Vermögen zum religiösen und sittlichen Aufbau der Gemeinde zu helfen, die christlichen Gemeindethätigkeiten zu fördern und die Kirchengemeinde in ihren inneren und äußeren Angelegenheiten zu vertreten.

---

§ 14. Insbesondere liegt dem Gemeinde-Kirchenrate ob:

1. christliche Gesinnung und Sitte in der Gemeinde, sowohl durch eigenes Vorbild, als auch durch besonnene Anwendung aller dazu geeigneten und statthaften Mittel aufrecht zu erhalten und zu fördern.

Der Pfarrer bleibt in seinen geistlichen Amtsthätigkeiten der Lehre, Seelsorge, Verwaltung der Sakramente und in seinen übrigen Ministerialhandlungen von dem Gemeinde-Kirchenrat unabhängig. Hält er es jedoch für notwendig, eine von ihm begehrte Amtshandlung oder die Zulassung zu einer solchen im einzelnen Falle abzulehnen, und gelingt es ihm nicht, auf seelsorgerischem Wege die Beteiligten zum Verzicht zu bewegen, so hat er unter schonender einstweiliger Zurückhaltung des Betroffenen auf Verlangen desselben den Fall dem Gemeinde-Kirchenrat zur Beschlußfassung vorzulegen. Spricht dieser die Zurückweisung aus, so steht den Beteiligten dagegen binnen vierzehn Tagen der Rekurs an die Kreis-Synode beziehungsweise deren Vorstand (§ 53 Nr. 4, § 55 Nr. 7) zu. Erklärt sich der Gemeinde-Kirchenrat gegen die Zurückweisung, so hat der Geistliche, falls er sich bei diesem Beschlusse nicht beruhigen will, binnen gleicher Frist die Sache zur Entscheidung der Kreis-Synode beziehungsweise des Kreissynodalvorstandes zu bringen. Bis zum Erlaß der letzteren bleibt die Ausführung des angefochtenen Beschlusses ausgesetzt.

Der Gemeinde-Kirchenrat ist wie berechtigt so verpflichtet, Verstöße des Geistlichen und der Aeltesten in ihrer Amtsführung oder ihrem Wandel in seinem Schoße zur Sprache zu bringen. Jedoch steht ihm behufs weiterer Verfolgung nur zu, der vorgesetzten Kirchenbehörde davon Anzeige zu machen.

---

§ 15. 2. Der Gemeinde-Kirchenrat hat für Erhaltung der äußeren gottesdienstlichen Ordnung zu sorgen und die Heilighaltung des Sonntags zu befördern.

Zur Abänderung der üblichen Zeit der öffentlichen Gottesdienste bedarf der Pfarrer der Zustimmung des Gemeinde-Kirchenrats.

Dieselbe ist auch erforderlich, wenn wegen Abänderung der in der Gemeinde bestehenden lokalen liturgischen Einrichtungen Anträge an die zuständigen Behörden gerichtet werden sollen.

Der Gemeinde-Kirchenrat entscheidet über die Einräumung des Kirchengebäudes zu einzelnen nicht gottesdienstlichen Handlungen, welche der Bestimmung des Kirchengebäudes nicht widersprechen.

---

§ 16. 3. Der Gemeinde-Kirchenrat hat die religiöse Erziehung der Jugend zu beachten und die Interessen der Kirchengemeinde in Bezug auf die Schule zu vertreten.

Eine unmittelbare Einwirkung auf die Schule steht ihm nicht zu. Mißstände in der religiösen Unterweisung der Jugend oder in sittlicher Beziehung sind von ihm bei den gesetzlichen Organen der Schulverwaltung zur Anzeige zu bringen.

---

§ 17. 4. Dem Gemeinde-Kirchenrat liegt die Leitung der kirchlichen Einrichtungen für Pflege der Armen, Kranken und Verwahrlosten ob.

Geeignetenfalls setzt er sich mit den bürgerlichen Armenbehörden und Institutsverwaltungen, sowie mit etwa bestehenden freien Vereinen in Einvernehmen. Auch kann er sich Helfer aus der Gemeinde, insonderheit aus der Gemeindevertretung, beiordnen.

---

§ 18. 5. Der Gemeinde-Kirchenrat stellt die Liste der wahlberechtigten Gemeindeglieder (§ 34) auf, nimmt die dazu erforderlichen Anmeldungen entgegen, bereitet die Wahlen zum Aeltestenamt und zur Gemeindevertretung vor, hält diese Wahlen ab, beruft die Gemeindevertretung ein und bringt die Beschlüsse derselben in Ausführung.

---

§ 19. 6. Der Gemeinde-Kirchenrat ist bis zur landesgesetzlichen Aufhebung der Parochial-Exemtion[1]) befugt, eximierte Personen, welche ihren Exemtionsrechten zu entsagen bereit sind, auf ihren Antrag in die Gemeinde aufzunehmen.

Die gleiche Befugnis steht ihm bezüglich solcher Personen zu, welche sich bereits ein Jahr lang am Orte der Gemeinde aufgehalten haben, aber wegen Mangels des Wohnsitzes die Gemeindeangehörigkeit entbehren.

---

§ 20. 7. Der Gemeinde-Kirchenrat hat von der eingetretenen Pfarrvakanz Anzeige zu machen und die diesfalls ergehenden provisorischen Anordnungen in Ausführung zu bringen.

Inwieweit derselbe bei Besetzung der Pfarrämter in Gemeinschaft mit der Gemeindevertretung eine Mitwirkung auszuüben hat, ist im § 32 bestimmt.

---

§ 21. 8. Dem Gemeinde-Kirchenrat kommt, soweit wohlerworbene Rechte dritter nicht entgegenstehen, die Ernennung der niederen Kirchendiener zu. Er beaufsichtigt ihre Dienstführung und übt das Recht der Entlassung aus kündbaren Anstellungen.

Wegen Entlassung im Disziplinarwege, sowie wegen Verleihung und Entziehung der mit Schulstellen verbundenen niederen Kirchenbedienungen behält es bei den bestehenden Vorschriften sein Bewenden.

§ 22. 9. Der Gemeinde-Kirchenrat vertritt die Gemeinde in vermögensrechtlicher Beziehung, in streitigen wie in nichtstreitigen Rechtssachen, und verwaltet das Kirchenvermögen, einschließlich des Vermögens der kirchlichen Lokalstiftungen, welche nicht fundationsmäßig eigene Vorstände haben, sowie einschließlich des Pfarr- und Pfarrwitwentums-Vermögens, soweit das Recht jeweiliger Inhaber nicht entgegensteht.

Zu jeder die Gemeinde verpflichtenden schriftlichen Willenserklärung des Gemeinde-Kirchenrats bedarf es der Unterschrift des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters und zweier Aeltesten, sowie der Beidrückung des Kirchensiegels. Hierdurch wird dritten gegenüber die ordnungsmäßige Fassung des Beschlusses festgestellt, so daß es eines Nachweises der einzelnen Erfordernisse desselben, insbesondere der erfolgten Zustimmung der Gemeindevertretung, wo eine solche notwendig ist, nicht bedarf.

An den gesetzlichen Verwaltungsnormen, sowie an den den Staatsbehörden oder vorgesetzten Kirchenbehörden zustehenden Rechten der Aufsicht und der Einwilligung zu bestimmten Handlungen der Verwaltung wird durch den Uebergang der letzteren auf den Gemeinde-Kirchenrat nichts geändert (§ 47).

In den Fällen des § 31 ist der Gemeinde-Kirchenrat an die Mitwirkung der Gemeindevertretung gebunden. Die Bestellung außerordentlicher Gemeinde-Repräsentanten nach § 159 Tit. 11 Teil II A. L. R. findet nicht ferner statt.

---

§ 23. Dem Patron verbleiben außer der Teilnahme an der Verwaltung des kirchlichen Vermögens durch die Beteiligung am Gemeinde-Kirchenrat (§ 6) da, wo derselbe Patronatslasten für die kirchlichen Bedürfnisse trägt, die Aufsicht über die Verwaltung der Kirchenkasse und das Recht der Zustimmung zu den nach den bestehenden Gesetzen seiner Genehmigung unterliegenden Geschäften der Vermögensverwaltung.

In letzterer Beziehung gilt jedoch seine Zustimmung zu Beschlüssen des Gemeinde-Kirchenrats und der Gemeindevertretung

---

[1]) Man vergleiche Gesetz, betreffend die Aufhebung der Parochial-Exemtionen, vom 3. Juni 1876.

für erteilt, wenn er auf abschriftliche Zustellung des betreffenden Beschlusses nicht binnen dreißig Tagen nach dem Empfange dem Gemeinde-Kirchenrat seinen Widerspruch zu erkennen giebt.

Geschieht das letztere, so steht dem Gemeinde-Kirchenrat der Rekurs an die vorgesetzte Aufsichtsbehörde offen. Diese ist befugt, geeignetenfalls den Widerspruch des Patrons zu verwerfen und dessen Einwilligung zu ergänzen.

Kommt es für Urkunden auf formelle Feststellung der Zustimmung des Patrons an, und ist die letztere wegen Verabsäumung der dem Patron offen stehenden Erklärungsfrist für erteilt zu erachten, so wird die fehlende Unterschrift desselben durch die zuständige Aufsichtsbehörde ergänzt.

---

§ 24. Für die Verwaltung der Kirchenkasse hat der Gemeinde-Kirchenrat eines seiner Mitglieder zum Rendanten (Kirchenmeister, Kirchenrechner ꝛc.) zu ernennen.

Demselben kann eine Vergütung für sächliche Ausgaben, nicht aber eine Besoldung angewiesen werden.

Auslagen sind ihm zu ersetzen.

Ist nach dem Umfange der Kasse eine unentgeltliche Verwaltung nicht zu erreichen, so kann der Gemeinde-Kirchenrat einen besoldeten Rendanten anstellen; soll jedoch hierzu ein Mitglied des Gemeinde-Kirchenrats ernannt werden, so ist die Genehmigung des Vorstandes der Kreissynode erforderlich.

Der Rendant hat folgende Obliegenheiten:

a) Er erhebt die Einnahmen der Kirchenkasse und leistet die Ausgaben aus derselben. Die Ausgaben erfolgen, soweit es sich um feststehende Zahlungen an bestimmte Empfänger handelt, auf Grund des Etats, sonst auf besondere schriftliche Zahlungsanweisung des Vorsitzenden des Gemeinde-Kirchenrats.

b) Er legt dem Gemeinde-Kirchenrate jährlich Rechnung ab und hat sich den von diesem angeordneten Kassenrevisionen zu unterwerfen.

c) Er führt die nächste Aufsicht über die kirchlichen Gebäude, Grundstücke, Geräte und sonstigen Inventarienstücke. Wegen der zur Instandhaltung oder Erneuerung derselben erforderlichen Lohnarbeiten, Anschaffungen oder Bau-Unternehmungen hat er beim Gemeinde-Kirchenrate rechtzeitig Anträge zu stellen.

Im übrigen sind für den Geschäftsbetrieb des Rendanten bis auf weiteres die in den einzelnen Gemeinden geltenden und die im Anschluß daran von den Gemeinde-Kirchenräten zu treffenden Bestimmungen maßgebend.

---

§ 25. 10. Der Gemeinde-Kirchenrat ist das Organ der Gemeinde gegenüber den Kirchenbehörden und den Synoden. Er hat das Interesse der Gemeinde sowohl durch Erledigung von Vorlagen der Kirchenregierung, insbesondere bei Parochialveränderungen, als auch geeignetenfalls durch Einbringung von Anträgen wahrzunehmen.

---

§ 26. 11. Der Gemeinde-Kirchenrat soll in der Gemeinde die Erweckung einer lebendigen Teilnahme an ihren Aufgaben und Interessen sich angelegen sein lassen und zu diesem Behufe namentlich die Wünsche und Anliegen einzelner Gemeindeglieder willig entgegennehmen und fleißig erwägen. Auch hat er bei geeigneten Gelegenheiten, z. B. bei der Wahl der Gemeindevertreter, über die zur Veröffentlichung sich eignenden wichtigeren Vorgänge seines Verwaltungsgebiets der Gemeinde Mitteilung zu machen.

III. Gemeindevertretung.

§ 27. In Kirchengemeinden von 500 Seelen oder darüber wird durch Wahl der Gemeinde (§§ 34 ff.) eine Gemeindevertretung gebildet.

In Gemeinden unter 500 Seelen kommen die Rechte der Gemeindevertretung der Versammlung der wahlberechtigten Gemeindeglieder zu.

Sind mehrere Gemeinden unter einem gemeinschaftlichen Pfarramt verbunden (vereinigte Muttergemeinden, Mutter- und Tochtergemeinden), und beträgt die Gesamt-Seelenzahl derselben 500 oder darüber, so ist für die im § 2 Absatz 2 vorgesehenen Fälle in jeder Gemeinde, ohne Rücksicht auf deren Seelenzahl, eine Gemeindevertretung zu bilden.

Ob die für Bildung der Vertretung

entscheidende Seelenzahl in einer Gemeinde dauernd vorhanden ist, wird durch Beschluß des Gemeinde-Kirchenrats festgestellt.

---

§ 28. Die Stärke der Gemeindevertretung beträgt das dreifache der normalen Zahl der Aeltesten.

Eine stärkere Zahl von Mitgliedern kann auf Antrag der Gemeindevertretung nach gutachtlicher Anhörung der Kreissynode vom Konsistorium genehmigt werden.

---

§ 29. Die Gemeindevertretung verhandelt und beschließt in Gemeinschaft mit dem Gemeinde-Kirchenrate über die von dem letzteren zur Beratung vorgelegten Gegenstände. Der Vorsitzende des Gemeinde-Kirchenrats ist zugleich Vorsitzender der zu einem Kollegium vereinigten Versammlung.

Sie wird je nach dem vorhandenen Bedürfnisse unter Angabe der wesentlichen Gegenstände der Verhandlung berufen.

Auf Verlangen des Konsistoriums muß die Berufung jederzeit erfolgen.

Die Einladung geschieht durch den Vorsitzenden schriftlich oder in sonst ortsüblicher Weise.

---

§ 30. Auf die Versammlungen, Beratungen und Beschlüsse der Gemeindevertretung finden die Bestimmungen des § 11 Anwendung.

Ist auf die erste Einladung die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Mehrheit der Gemeindevertretung nicht erschienen, so ist eine zweite Versammlung zu veranstalten, in welcher die Erschienenen ohne Rücksicht auf ihre Zahl die Gemeinde gültig vertreten.

Die Beschlüsse werden in das Protokollbuch des Gemeinde-Kirchenrats eingetragen.

---

§ 31. In folgenden Angelegenheiten bedarf der Gemeinde-Kirchenrat der beschließenden Mitwirkung der Gemeindevertretung:

1. bei dem Erwerb, der Veräußerung und der dinglichen Belastung von Grundeigentum, der Verpachtung und Vermietung von Kirchengrundstücken auf länger als zehn Jahre und der Verpachtung oder Vermietung der den kirchlichen Beamten zur Nutzung oder zum Gebrauch überwiesenen Grundstücke über die Dienstzeit des jeweiligen Inhabers hinaus;
2. bei außerordentlichen Nutzungen des Vermögens, welche die Substanz selbst angreifen, sowie bei Kündigung und Einziehung von Kapitalien, sofern sie nicht zur zinsbaren Wiederbelegung erfolgt;
3. bei Anleihen, soweit sie nicht bloß zur vorübergehenden Aushilfe dienen und aus den laufenden Einnahmen derselben Voranschlagsperiode zurückerstattet werden können;
4. bei der Anstellung von Prozessen, soweit sich dieselben nicht auf Eintreibung fortlaufender Zinsen und Gefälle oder die Einziehung ausstehender Kapitalien, deren Zinsen rückständig geblieben sind, beschränken, desgleichen bei der Abschließung von Vergleichen;
5. bei Neubauten und erheblichen Reparaturen an Baulichkeiten, sofern nicht über die Notwendigkeit der Bauausführung bereits durch die zuständige Behörde endgültig entschieden ist. Für erheblich gelten Reparaturen, deren Kostenanschlag 150 Mark übersteigt. Im Fall des Bedürfnisses kann die Gemeindevertretung ein- für allemal die Vollmacht des Gemeinde-Kirchenrats zur Vornahme höher veranschlagter Reparaturen, jedoch nicht über die Summe von je 900 Mark hinaus, erweitern.

   Die Vorschriften 1 bis 5 finden Anwendung auf alles kirchliche Vermögen, gleichviel, ob es rechtlich der Gemeinde, der Kirche oder einer kirchlichen Stiftung gehört, sofern es nur der Verwaltung der früheren Kirchenvorsteher, der Gemeinde oder einer Gemeindekörperschaft unterlegen hat;
6. bei der Beschaffung der zu den kirchlichen Bedürfnissen erforderlichen Geldmittel und Leistungen, soweit solche nicht nach bestehendem Rechte aus dem Kirchenvermögen oder vom Patrone oder von sonst speziell Verpflichteten zu gewähren sind, insbesondere bei Festsetzung der auf die Gemeinde zu

repartierenden Umlagen und bei Bestimmung des Repartitionsfußes, welcher nach Maßgabe direkter Staatssteuern oder am Orte erhobener Kommunalsteuern festgesetzt werden muß;

7. bei Veränderungen bestehender und Einführung neuer Gebührentaxen;
8. bei Bewilligungen aus der Kirchenkasse zur Dotierung neuer Stellen für den Dienst der Gemeinde, sowie zur dauernden Verbesserung des Einkommens der bestehenden; bei dauernder Verminderung solcher, auf der Kirchenkasse haftender Bewilligungen; bei Verwandlung veränderlicher Einnahmen der Kirchenbeamten in feste Hebungen oder bei Umwandlung von Natural-Einkünften in Geldrente, letzteres, soweit nicht die Umwandlung in dem durch die Staatsgesetze geordneten Ablösungsverfahren erfolgt;
9. bei der Feststellung des Etats der Kirchenkasse und der Voranschlagsperiode, sowie, wenn die jährliche etatsmäßige Solleinnahme der Kirchenkasse 900 Mark oder mehr beträgt, bei der Abnahme der Jahresrechnung und Erteilung der Decharge.

   In allen Fällen ist der Etat und die Jahresrechnung nach erfolgter Feststellung resp. Decharge auf 14 Tage zur Einsicht der Gemeindeglieder öffentlich auszulegen;
10. bei Bewilligungen aus der Kirchenkasse an andere Gemeinden oder zur Unterstützung evangelisch-christlicher Vereine und Anstalten, sofern dieselben einzeln zwei Prozent der etatsmäßigen Solleinnahme der Kirchenkasse übersteigen. Bis zu diesem Betrage ist der Gemeinde-Kirchenrat zu solchen Bewilligungen ermächtigt, doch darf der Gesamtbetrag derselben während eines Jahres fünf Prozent der Solleinnahme nicht überschreiten;
11. bei Errichtung von Gemeindestatuten (§ 46).

---

§ 32. Die bestehenden Vorschriften über die Verleihung der Pfarrämter und die der Gesamtheit der Gemeinde dabei gebührende Mitwirkung, desgleichen über das Einspruchsrecht der Gemeinden nach §§ 330—339 Tit. 11 T. II A. L. R. bleiben bis auf weiteres, insbesondere bis zur landesgesetzlichen Ausführung des Artikels 17 der Verfassungs-Urkunde, mit folgenden Maßgaben in Geltung:

1. Diejenigen Rechte der Wahl oder der Teilnahme an der Wahl des Pfarrers, welche bisher kirchengemeindlichen Wahlkollegien zugestanden haben, werden, an deren Stelle von dem Gemeinde-Kirchenrat in Gemeinschaft mit der Gemeindevertretung geübt.

   Haben bisher Kommunen oder andere Korporationen an den zur Ausübung eines Gemeindewahlrechts gebildeten Wahlkollegien teilgenommen, so kommt diese Berechtigung in Wegfall, soweit sie nicht nachweisbar auf dem Patronat oder einem anderen besonderen Rechtstitel beruht;
2. Pfarrstellen, welche bisher auf Grund des fiskalischen Patronats, spezieller Statuten oder aus anderen Gründen der freien kirchenregimentlichen Verleihung unterlegen haben, werden dergestalt besetzt, daß die Kirchenbehörde in dem einen Erledigungsfalle mit, in dem anderen ohne Konkurrenz einer Gemeindewahl den Pfarrer beruft. Die Wahl erfolgt durch den Gemeinde-Kirchenrat in Gemeinschaft mit der Gemeindevertretung. Die näheren Bestimmungen bleiben einer besonderen königlichen Verordnung vorbehalten, bis zu deren Erlaß die bisherige Besetzungsweise einstweilen fortbesteht.

   Auf Pfarrstellen, mit deren Verleihung die gleichzeitige Uebertragung eines kirchenregimentlichen Amts verbunden werden soll, findet diese Vorschrift keine Anwendung.

---

§ 33. Der Gemeinde-Kirchenrat ist befugt, auch andere Gemeinde-Angelegenheiten, die ihm dazu geeignet scheinen, an die Gemeindevertretung zur Beratung und Beschließung zu bringen.

Die infolgedessen gefaßten Beschlüsse sind für den Gemeinde-Kirchenrat maßgebend.

IV. Bildung der Gemeinde-Organe.

§ 34. Die Mitglieder des Gemeinde-Kirchenrats und der Gemeindevertretung werden von den wahlberechtigten Gemeindegliedern gewählt.

Wahlberechtigt sind alle männlichen selbständigen, über 24 Jahre alten Mitglieder der Gemeinde, welche bereits ein Jahr in der Gemeinde, oder wo mehrere Gemeinden am Orte sind, an diesem Orte wohnen, zu den kirchlichen Gemeindelasten nach Maßgabe der dazu bestehenden Verpflichtung beitragen und sich zum Eintritt in die wahlberechtigte Gemeinde ordnungsmäßig nach Maßgabe der darüber zu erlassenden Instruktion angemeldet haben.

Der Patron ist wahlberechtigt, auch wenn er nicht am Orte der Gemeinde wohnt.

Als selbständig sind nicht anzunehmen diejenigen:

1. welche keinen eigenen Hausstand haben oder kein öffentliches Amt bekleiden oder kein eigenes Geschäft, beziehungsweise nicht als Mitglied einer Familie deren Geschäft führen;
2. welche unter Kuratel stehen oder sich im Konkurs befinden;
3. welche im letzten Jahre vor der Wahl armutshalber Unterstützung aus Armenmitteln oder Erlaß der Staatssteuern oder der kirchlichen Beiträge genossen haben.

Ausgeschlossen vom Wahlrechte ist:

1. wer nicht im Vollbesitze der bürgerlichen Ehrenrechte sich befindet;
2. wer wegen eines Verbrechens oder wegen eines solchen Vergehens, welches die Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte nach sich ziehen muß oder kann, in Untersuchung sich befindet, bis zur Beendigung der Sache;
3. wer durch Verachtung des göttlichen Wortes oder unehrbaren Lebenswandel ein öffentliches, noch nicht durch nachhaltige Besserung gesühntes Aergernis gegeben hat;
4. wer wegen Verletzung besonderer kirchlicher Pflichten nach Vorschrift eines Kirchengesetzes des Wahlrechts verlustig erklärt ist.

Das Wahlrecht ruht bei allen, welche mit Bezahlung kirchlicher Umlagen über ein Jahr im Rückstande sind.

§ 35. Wählbar in die Gemeindevertretung sind alle Wahlberechtigten, sofern sie nicht durch beharrliche Fernhaltung vom öffentlichen Gottesdienste und von der Teilnahme an den Sakramenten ihre kirchliche Gemeinschaft zu bethätigen aufgehört haben.

Wählbar in den Gemeinde-Kirchenrat sind alle zum Eintritt in die Gemeindevertretung befähigten Personen, welche das dreißigste Lebensjahr vollendet haben.

---

§ 36. Der Gemeinde-Kirchenrat ordnet die Wahl für die Gemeindeorgane an und legt die von ihm aufgestellte Liste der Wahlberechtigten (§ 18) in einem jedermann zugänglichen Lokale 14 Tage lang öffentlich aus.

Ort und Zeit der Auslegung sind im Hauptgottesdienste von der Kanzel bekannt zu machen, mit dem Beifügen, daß nach Verlauf der Auslegungsfrist Reklamationen gegen die Liste nicht mehr angebracht werden können. Nach dem Ermessen des Gemeinde-Kirchenrats kann die Bekanntmachung auch noch in anderen, den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Formen erfolgen.

Die eingehenden Reklamationen hat der Gemeinde-Kirchenrat zu prüfen und geeignetenfalls die Liste zu berichtigen; gegen einen ablehnenden Bescheid steht dem dadurch von der Wahl Ausgeschlossenen binnen 14 Tagen der Rekurs an den Vorstand der Kreissynode zu. Durch Einlegung des Rekurses wird die anstehende Wahl nicht aufgehalten. Zwischen dem Ende der Reklamationsfrist und dem Tage der Wahl müssen mindestens vierzehn Tage in der Mitte liegen.

---

§ 37. Die Einladung der Gemeindeglieder zur Wahl hat unter Angabe der Zeit und des Ortes der Wahl, sowie der Zahl der für den Gemeinde-Kirchenrat und für die Gemeindevertretung zu wählenden Personen von der Kanzel in allen von der Anordnung der Wahl an bis zum Wahltage stattfindenden Hauptgottesdiensten zu geschehen. Anderweite den örtlichen Verhältnissen entsprechende Bekanntmachungen zu veranstalten, bleibt dem Ermessen des Gemeinde-Kirchenrats überlassen.

Der Patron oder Patronatsverwalter

(§ 6) ist zur Teilnahme an der Wahlhandlung besonders einzuladen.

§ 38. Die Wahl geschieht in der Kirche der Wahlgemeinde an einem Sonntage nach Schluß des Hauptgottesdienstes.

Die Wahlhandlung wird von dem Vorsitzenden des Gemeinde-Kirchenrats geleitet, welchem die übrigen Mitglieder des Gemeinde-Kirchenrats und erforderlichenfalls einige von diesem zu bezeichnende Gemeindeglieder als Wahlvorstand zur Seite stehen. Der Patron oder der Patronatsvertreter ist immer berechtigt, in den Wahlvorstand einzutreten.

Der Vorsitzende eröffnet die Wahlhandlung. Er ermahnt die Wähler, ihre Wahl auf Männer von unsträflichem Wandel, christlicher Gesinnung, bewährter Liebe zur evangelischen Kirche und fleißiger Teilnahme an Wort und Sakrament zu richten.

Nur die persönlich erschienenen Wähler sind stimmberechtigt. Die Abstimmung erfolgt schriftlich mittelst Stimmzettel. Durch Beschluß des Gemeinde-Kirchenrats kann eine mündliche Abstimmung zu Protokoll angeordnet werden.

Zunächst ist die Wahl der Aeltesten, danach die der Mitglieder der Gemeindevertretung zu vollziehen.

Gewählt sind diejenigen, auf welche die absolute Mehrheit der abgegebenen Wahlstimmen gefallen ist. Hat der erste Wahlgang eine absolute Mehrheit für die zur Bildung oder Ergänzung der Gemeinde-Organe erforderliche Zahl von Personen nicht ergeben, so ist, bis dies erreicht wird, das Verfahren durch engere Wahl fortzusetzen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Ueber die Wahlhandlung wird ein Protokoll aufgenommen, welches den wesentlichen Hergang beurkundet. Das Protokoll wird von dem Vorsitzenden und mindestens zwei Mitgliedern des Gemeinde-Kirchenrats unterzeichnet.

§ 39. Die Namen der Gewählten werden, nachdem der Gemeinde-Kirchenrat die Legalität der Wahl geprüft und anerkannt hat, an zwei aufeinander folgenden Sonntagen im Hauptgottesdienste der Gemeinde bekannt gemacht.

§ 40. Einsprüche gegen die Wahl können bis zur zweiten Bekanntmachung derselben (§ 39) von jedem wahlberechtigten Gemeindegliede (§ 34) erhoben werden.

Ueber solche Einsprüche entscheidet der Gemeinde-Kirchenrat und, auf eingelegten Rekurs, für welchen von Zustellung der Entscheidung an eine vierzehntägige präklusivische Frist läuft, der Vorstand der Kreissynode. (§ 56 Nr. 8.)

Der letztere hat auch von Amts wegen die Wahl zu prüfen.

§ 41. Die Gewählten können das Gemeindeamt nur ablehnen oder niederlegen,

1. wenn sie das sechzigste Lebensjahr vollendet, oder
2. schon sechs Jahre das Aeltestenamt bekleidet haben, oder
3. wegen anderer erheblicher Entschuldigungsgründe, z. B. Kränklichkeit, häufiger Abwesenheit, unvereinbarer Dienstverhältnisse. Ueber die Erheblichkeit und thatsächliche Begründung entscheidet der Gemeinde-Kirchenrat und auf eingelegten Rekurs, für welchen von Zustellung der Entscheidung an eine vierzehntägige präklusivische Frist läuft, der Vorstand der Kreissynode.

Wer ohne solchen Grund die Uebernahme oder die Fortsetzung des Gemeindeamts verweigert, verliert das kirchliche Wahlrecht. Dasselbe kann ihm jedoch auf sein Gesuch von dem Gemeinde-Kirchenrate wieder beigelegt werden.

Die Ablehnung oder Niederlegung des vom Patron übertragenen Aeltestenamts unterliegt keinen beschränkenden Bestimmungen.

§ 42. Ist für die Aeltestenwahl zweimal vergeblich Termin abgehalten, weil Wahlberechtigte nicht erschienen sind, oder die Erschienenen die Vornahme der Wahl verweigert haben oder weil nicht wählbare Personen gewählt worden sind, so hat für diesesmal der Vorstand der Kreissynode die Aeltesten zu ernennen.

Ist aus denselben Gründen die Wahl der Gemeindevertretung nicht zu stande gekommen, so werden bis dahin die Rechte derselben durch den Gemeinde-Kirchenrat ausgeübt.

§ 43. Das Amt der gewählten Ael-

testen und der Gemeindevertreter dauert sechs Jahre.

Von drei zu drei Jahren scheidet die Hälfte aus. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar und bleiben jedenfalls bis zur Einführung ihrer Nachfolger im Amt.

Der Austritt wird durch die Dienstzeit, das erste Mal durch Auslosung bestimmt.

Bei einer außer der Zeit eintretenden Erledigung wählt die Gemeindevertretung in ihrer nächsten Versammlung einen Ersatzmann, dessen Funktion sich auf die Restzeit der Amtsdauer des Ausgeschiedenen erstreckt.

---

§ 44. Die Entlassung eines Aeltesten oder Gemeindevertreters erfolgt durch den Vorstand der Kreissynode nach Anhörung des Gemeinde-Kirchenrats:

1. wegen Verlustes einer zur Wählbarkeit erforderlichen Eigenschaft (§ 34),
2. wegen grober Pflichtwidrigkeit.

Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Kreissynode steht sowohl dem Betroffenen, als auch dem Gemeinde-Kirchenrat binnen 4 Wochen die Berufung an das Konsistorium zu, welches mit Zuziehung des Vorstandes der Provinzialsynode endgültig entscheidet. (§ 55 Nr. 9.)

---

§ 45. Wenn eine Gemeindevertretung beharrlich die Erfüllung ihrer Pflichten vernachlässigt oder verweigert, so kann das Konsistorium auf den Antrag des Vorstandes der Kreissynode dieselbe auflösen und den erwiesen Schuldigen die Wählbarkeit auf bestimmte Zeit entziehen.

Die Neubildung der Gemeindevertretung ist unter Leitung eines von dem Konsistorium zu bestellenden Kommissarius zu bewirken.

Bis dahin werden die Rechte der Gemeindevertretung durch den Gemeinde-Kirchenrat ausgeübt.

V. Schlußbestimmungen.

§ 46. Mittelst statutarischer Bestimmung können in einer Gemeinde besondere, die vorstehende Ordnung ergänzende oder modifizierende Einrichtungen aufrecht erhalten oder neu eingeführt werden.

Geeignetenfalls ist das Ganze der Gemeindeordnung in einem förmlichen Gemeindestatut zusammenzufassen.

Zur Festsetzung statutarischer Ordnungen bedarf es der Zustimmung der Gemeindevertretung, der Prüfung durch die Kreis- und Provinzialsynode, der Anerkennung der letzteren, daß die entworfene Bestimmung zweckmäßig und wesentlichen Vorschriften der Kirchenordnung nicht zuwider sei, sowie der abschließenden Genehmigung des Konsistoriums.

---

§ 47. Das in den bestehenden Gesetzen begründete Recht sowohl der Staatsbehörden als der vorgesetzten Kirchenbehörden, die Gemeinden und ihre Organe zu einer pflichtmäßigen Thätigkeit anzuhalten, zu diesem Behufe ihnen Weisungen zu erteilen und erforderlichenfalls die gesetzlich statthaften Zwangsmittel anzuwenden, erfährt durch diese Ordnung keine Veränderung.

---

§ 48. Die Vorschriften dieses Abschnittes finden keine Anwendung:

1. auf diejenigen französisch-reformierten Gemeinden, in welchen ein nach Vorschrift der „discipline des églises réformées de France“ gebildetes „consistoire“ oder Presbyterium eingerichtet ist;
2. auf diejenigen Immediatgemeinden, welche eine allerhöchst sanktionierte Verfassung und ein für die Interna und Externa der Gemeinde gebildetes Kirchenkollegium besitzen;
3. auf die Unitätsgemeinden der Provinz Posen;
4. auf die Militär- und Anstaltsgemeinden.

Hinsichtlich aller dieser Gemeinden bewendet es bis auf weiteres bei der bestehenden Verfassung.

Zweiter Abschnitt.

Kreissynode.

§ 49. Die zu einer Diözese vereinigten Gemeinden bilden in der Regel den Kreis-Synodalverband.

Gemeinden, welche keiner Diözese angehören, sind einem benachbarten Synodalverbande anzuschließen.

Kleinere Diözesen können ganz oder geteilt mit benachbarten zu dem Verbande einer Kreissynode vereinigt werden.

Ueber Veränderungen bestehender Kreis-Synodalverbände trifft das Konsistorium mit Einwilligung der betreffenden Kreissynoden oder im Falle des Widerspruchs unter Zustimmung der Provinzialsynode Entscheidung.

§ 50.[1])

§ 51. Die Kreissynode tritt jährlich in der Regel einmal zusammen. Außerordentliche Versammlungen können mit Genehmigung oder auf Anordnung des Konsistoriums stattfinden. Die Dauer der Versammlung soll zwei Tage nicht überschreiten.

Ausnahmsweise ist das Konsistorium befugt, eine schriftliche Abstimmung der Mitglieder außerhalb der Versammlung zu veranstalten.

§ 52. Der Vorsitzende beruft, eröffnet und schließt die Versammlung und sorgt für die vorbereitenden Arbeiten, die er auf Mitglieder des Synodalvorstandes (§ 54) und andere geeignete Synodalen nach Bedürfnis verteilen kann.

Er leitet die Verhandlungen, bestimmt die Reihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände und sorgt für Aufrechthaltung der Ordnung. In diesen Geschäften kann er sich durch ein anderes Mitglied der Synode vertreten lassen.

Zur Beschlußfähigkeit der Synode bedarf es der Anwesenheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl.

Die Beschlüsse werden nach absoluter Stimmenmehrheit gefaßt. Wahlhandlungen sind, wenn zunächst relative Mehrheiten sich ergeben, durch engere Wahl bis zur Erreichung einer absoluten Majorität fortzusetzen. Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag, bei Wahlen entscheidet das Los.

Jede Sitzung wird mit Gebet eröffnet, die Schlußsitzung auch mit Gebet geschlossen.

§ 53. Der Wirkungskreis der Kreissynode umfaßt nachstehende Befugnisse und Obliegenheiten:

1. die Erledigung der vom Konsistorium oder von der Provinzialsynode ihr zugehenden Vorlagen;
2. die Beratung von Anträgen an das Konsistorium und die Provinzialsynode, welche von den Mitgliedern der Synode, von den Gemeinde-Kirchenräten oder auch einzelnen Gemeindegliedern des Synodalkreises ausgehen;
3. die Mitaufsicht über die Gemeinden, Geistlichen, Kandidaten und alle in kirchlichen Berufsämtern stehenden Personen ihres Kreises.

   Zu diesem Behufe erhält sie bei ihrem jedesmaligen Zusammentreten zu ordentlicher Versammlung durch den Superintendenten oder die von ihm dazu bestellten Referenten einen Bericht über die kirchlichen und sittlichen Zustände der Gemeinden.

   Sie ist berufen, von anstößigen Vorgängen in Leben und Wandel der Geistlichen, der Gemeindebeamten und der niederen Kirchendiener Kenntnis zu nehmen, dagegen die Mittel der brüderlichen Ermahnung und Warnung in Anwendung zu bringen, geeignetenfalls aber, wenn diese fruchtlos bleiben, die Sache der zuständigen Disziplinarinstanz zu übergeben;
4. die Uebung der Kirchendisziplin in zweiter Instanz, wo in erster Instanz der Gemeinde-Kirchenrat disziplinarische Entscheidung getroffen hat (§ 14, vergl. jedoch § 55 Nr. 7);
5. die Mitaufsicht über die in den Kirchengemeinden bestehenden Einrichtungen für christliche Liebeswerke (§ 17), sowie die Verwaltung und Leitung der den Kirchengemeinden des Synodalkreises gemeinsamen derartigen Institute, jedoch unbeschadet abweichender statutarischer Ordnungen;
6. die Prüfung des Kassen- und Rechnungswesens in den einzelnen Gemeinden.

   Die Synode ist berechtigt, durch einen zu bestellenden Ausschuß von der Verwaltung des lokalen Kir-

[1]) § 50 ist aufgehoben. Man vergleiche § 43 der Generalsynodalordnung, vom 20. Januar 1876.

chen- und kirchlichen Stiftungsvermögens (§ 22), sowie von der Verwaltung der durch eigene Vorstände vertretenen lokalen und allgemeinen kirchlichen Stiftungen innerhalb des Kreises Kenntnis zu nehmen und die Beseitigung etwaiger Mißstände anzuordnen.

Sind an Stiftungen der letzteren Art mehrere Synodalkreise beteiligt, so stehen diese Befugnisse nur derjenigen Kreissynode zu, in deren Bereiche der Stiftungs-Vorstand seinen Sitz hat;

7. die Verwaltung der Kreis-Synodalkasse, die Bestellung eines Kreis-Synodalrechners, die Festsetzung des Etats der Kasse, diese unter Genehmigung des Konsistoriums, die Repartition der zur Kreis-Synodalkasse erforderlichen Beiträge der Kirchenkassen und Gemeinden;
8. die Prüfung statutarischer Ordnungen der Gemeinden (§ 46), sowie die Errichtung solcher Ordnungen in dem den Kreissynoden angewiesenen Geschäftsgebiete. Auch die letzteren bedürfen der Billigung der Provinzialsynode und der abschließenden Bestätigung des Konsistoriums;
9. die Wahl ihres Vorstandes nach Maßgabe des § 54;
10. die Wahl von Abgeordneten zur Provinzialsynode nach Maßgabe der §§ 58 ff.

---

§ 54. Der Vorstand der Kreissynode besteht aus dem vorsitzenden Superintendenten (Präses) und aus vier von der Synode aus ihrer Mitte auf drei Jahre gewählten Beisitzern (Assessoren), von denen mindestens einer ein Geistlicher sein muß. Der geistliche Beisitzer und, wenn deren mehrere in dem Synodal-Vorstand sind, der an erster Stelle gewählte, hat den Vorsitzenden im Falle seiner Verhinderung in allen Synodalgeschäften zu vertreten. Das Konsistorium kann jedoch, wenn die Vertretung eines Superintendenten in allen Ephoralfunktionen angeordnet werden muß, auch den Synodalvorsitz dem ernannten Vertreter der Superintendentur übertragen.

§ 55. Der Synodal-Vorstand hat

1. den Vorsitzenden in den Präsidialgeschäften zu unterstützen,
2. für die Aufzeichnung, Redaktion und Beglaubigung der Protokolle zu sorgen, zu welchem Behufe er unter seiner Verantwortlichkeit auch einige Synodalmitglieder zur Unterstützung zuziehen kann,
3. die Synodalprotokolle an das Konsistorium zu befördern und die von letzterem bestätigten Beschlüsse, soweit ihm die Vollziehung aufgetragen wird, zur Ausführung zu bringen,
4. zur Versammlung der Kreissynode die erforderlichen Einleitungen zu treffen, insbesondere die Vorlagen für dieselbe vorzubereiten,
5. dem Konsistorium auf Erfordern Gutachten abzustatten,
6. in eiligen Fällen der nach § 53 Nr. 5 und 6 der Synode übertragenen Mitaufsicht die vorläufige, bis zur nächsten Synodalversammlung wirksame Entscheidung zu treffen,
7. wenn die Kreissynode nicht versammelt ist, die ihr im § 53 Nr. 4 übertragene Zuständigkeit auszuüben,
8. auf eingelegten Rekurs über Einsprüche gegen die Wahl von Aeltesten oder Gemeindevertretern (§ 40), über die Zulässigkeit einer Amtsablehnung oder Niederlegung von Aeltesten oder Gemeindevertretern (§ 41), sowie über den Ausschluß vom Wahlrechte (§ 36) zu entscheiden,
9. darüber zu befinden, ob der Fall des § 44 Nr. 1 vorliegt, sowie die Disziplinargewalt über die Mitglieder des Gemeinde-Kirchenrats und der Gemeindevertretung auszuüben mit dem Rechte, Ermahnung, Verweis und, wegen grober Pflichtwidrigkeit, Entlassung aus dem Amte zu verfügen (§ 44 Nr. 2).

Die Disziplinar-Entscheidung erfolgt nach Untersuchung der Sache und Vernehmung des Beschuldigten durch eine schriftlich mit Gründen abzufassende Resolution, welche im Falle der Verurteilung zugleich

über die Notwendigkeit der Suspension zu bestimmen hat. Binnen vier Wochen nach Zustellung der Resolution steht dem Beschuldigten der Rekurs an das Konsistorium zu, welches endgültig entscheidet. Lautet die angefochtene Verfügung auf Entlassung, so kann das Konsistorium nur unter Zuziehung des Vorstandes der Provinzialsynode entscheiden,

10. bei Pfarrbesetzungen, vorbehaltlich des Rekurses an das Konsistorium, über Einwendungen der Gemeinde gegen Wandel und Gaben des Designierten, sowie über Einwendungen von einer Zweidrittelmehrheit der Gemeindeglieder zu entscheiden.

Ueber Einwendungen wegen der Lehre des Designierten trifft in erster Instanz das Konsistorium die Entscheidung unter Mitwirkung des Vorstandes der Provinzialsynode (vergl. § 68 Nr. 6).

Der Kreissynodalvorstand ist beschlußfähig, sobald mindestens drei Mitglieder, einschließlich des Vorsitzenden, an der Beschlußfassung teilnehmen.

---

§ 56. Bei den Versammlungen der Kreissynode findet eine beschränkte Oeffentlichkeit statt.

Die Kandidaten und nicht ordinierten Geistlichen des Synodalkreises, die Aeltesten desselben, die evangelischen Kirchenpatrone, die evangelischen Mitglieder der an der Kirchenverwaltung beteiligten Kreis- und Provinzialbehörden, sowie der Zentralbehörden haben als Gäste Zutritt.

Andere Personen als Zuhörer zuzulassen, hängt von dem Ermessen des Synodal-Vorstandes ab.

Der General-Superintendent, sowie ein vom Konsistorium etwa abgeordnetes Konsistorialmitglied, desgleichen der Präses der Provinzialsynode (§ 66) hat das Recht, jederzeit den Verhandlungen der Kreissynode beizuwohnen, dabei das Wort zu ergreifen und Anträge zu stellen.

§ 57. In Städten, welche mehrere Synodalkreise umfassen, ist auf das Zusammentreten von mehreren Kreissynoden zur Behandlung gemeinsamer kirchlicher Angelegenheiten der Stadt Bedacht zu nehmen. Die Anordnung desselben erfolgt mit Einwilligung der einzelnen Kreissynoden, im Fall ihres Widerspruchs unter Zustimmung der Provinzialsynode durch das Konsistorium, welches zugleich den Vorsitz und die Geschäftsordnung der so gebildeten synodalen Körperschaft regelt.

Dem Konsistorium bleibt vorbehalten, den Wirkungskreis einer Kreissynode oder einer nach Absatz 1 gebildeten Vereinigung von Kreissynoden, sowie ihres Vorstandes mit Rücksicht auf eigentümliche Einrichtungen oder Bedürfnisse des Kreises, im Einverständnis mit den betreffenden Kreissynoden oder, wenn dasselbe nicht zu erreichen, unter Zustimmung der Provinzialsynode, zu erweitern.

Dritter Abschnitt.

Provinzialsynode.

§ 58. Die Kreissynoden jeder Provinz bilden zusammen den Verband einer Provinzialsynode.

---

§ 59.[1]

---

§ 60. Die Mitglieder des von der vorangegangenen ordentlichen Provinzialsynode gewählten Vorstandes, des Provinzial-Konsistoriums und des evangelischen Ober-Kirchenrats sind berechtigt, mit beratender Stimme an den Verhandlungen der Synode teilzunehmen.

Außerdem wohnt ein Königlicher Kommissar den Verhandlungen bei, welcher jederzeit das Wort ergreifen und Anträge stellen kann. Das gleiche Recht steht den General-Superintendenten der Provinz zu.

---

§§ 61, 62.[2]

---

[1]) § 59 ist aufgehoben. Man vergleiche § 44 der Generalsynodalordnung, vom 20. Januar 1876.

[2]) §§ 61, 62 sind aufgehoben. Man vergleiche §§ 45, 46 der Generalsynodalordnung, vom 20. Januar 1876.

§ 63. Die Mitglieder der Provinzialsynode legen bei ihrem Eintritt in die Synode nachstehendes Gelöbnis ab:

„Ich gelobe vor Gott, daß ich meine Obliegenheiten als Mitglied der Synode sorgfältig und treu, dem Worte Gottes und den Ordnungen der evangelischen Landeskirche gemäß, erfüllen und darnach trachten will, daß die Kirche in allen Stücken wachse an dem, der das Haupt ist, Christus."

---

§ 64. Die Provinzialsynode versammelt sich alle drei Jahre auf Berufung des Konsistoriums in einer Stadt der Provinz. Außerordentliche Versammlungen kann mit Zustimmung des Synodalvorstandes das Konsistorium, unter Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenrats, berufen. Anfangstermin, Ort und Dauer der Versammlung werden zwischen dem Konsistorium und dem Synodalvorstande vereinbart.

Eine Verlängerung der vereinbarten Dauer bedarf der Zustimmung des landesherrlichen Kommissars.

---

§ 65. Der Wirkungskreis der Provinzialsynode umfaßt nachstehende Befugnisse und Obliegenheiten:

1. Sie hat die Zustände und Bedürfnisse ihres Bezirks in Obacht zu nehmen, über die Erhaltung der kirchlichen Ordnung in Lehre, Kultus und Verfassung zu wachen und die Hebung der wahrgenommenen Mißstände durch Anträge oder Beschwerden im kirchenordnungsmäßigen Wege zu betreiben.
2. Ueber die von der Kirchenregierung gemachten Vorlagen, sowie über die von den Kreissynoden oder aus ihrer eigenen Mitte an sie gelangenden Anträge hat sie zu beraten und die zu ihrer Erledigung erforderlichen Gutachten zu erstatten und Beschlüsse zu fassen.

   Die letzteren bedürfen der Bestätigung der Kirchenregierung.
3. Die Provinzialsynode übt eine selbständige Teilnahme an der kirchlichen Gesetzgebung dergestalt, daß kirchliche Gesetze, deren Geltung sich auf die Provinz beschränken soll, durch das Kirchenregiment nicht ohne ihre Zustimmung erlassen werden können.

   Neue Katechismus-Erklärungen, Religionslehrbücher, Gesangbücher und agendarische Normen dürfen in den Provinzialbezirk nicht ohne Zustimmung der Provinzialsynode eingeführt werden.

   Kirchliche Ordnungen und Gesetze, welche mit Zustimmung der Generalsynode in Gemäßheit der künftigen General-Synodalordnung erlassen werden, gehen den provinziellen Ordnungen und Gesetzen vor.
4. Zur Einführung neuer, regelmäßig wiederkehrender Provinzial-Kirchenkollekten bedarf es der Zustimmung der Provinzialsynode.
5. Die von den Kreissynoden beschlossenen statutarischen Bestimmungen unterliegen der Prüfung der Provinzialsynode und gelangen erst nach deren Zustimmung zur Bestätigung an das Konsistorium (§ 53 Nr. 8).
6. Die Provinzialsynode erhält Einsicht von dem Zustande der Synodal-Witwen- und Waisenkassen, des Provinzial-Emeritenfonds und anderer provinzieller, von dem Konsistorium oder anderen Königlichen Behörden verwalteter kirchlicher Stiftungen.

   Sie führt die Mitaufsicht über die Kreis-Synodalkassen und ordnet durch ihre Beschlüsse die Verwaltung der Provinzial-Synodalkasse.
7. Neue kirchliche Ausgaben zu provinziellen Zwecken, soweit sie durch Leistungen der Kirchenkassen oder Kirchengemeinden gedeckt werden sollen, bedürfen der Bewilligung der Provinzialsynode und der Zustimmung des Konsistoriums.
8. Die Provinzialsynode beschließt über die Verwendung des Ertrages einer vor ihrem jedesmaligen regelmäßigen Zusammentritt in der Provinz einzusammelnden Kirchen- und Hauskollekte zum Besten der dürftigen Gemeinden ihres Bezirks. Sie ist befugt, eine jährliche Einsammlung dieser Kirchen- und Hauskollekte anzuordnen.

Ueber die Verwendung der Kollekte kann das Konsistorium Vorschläge an die Synode richten.

9. Sie ist berechtigt, zu den durch das Konsistorium veranstalteten Prüfungen der theologischen Kandidaten zwei bis drei Abgeordnete aus ihrer Mitte als Mitglieder der Prüfungskommission mit vollem Stimmrecht zu entsenden.
10. Sie wählt ihren Vorstand nach Maßgabe des § 66.
11. Sie wählt Abgeordnete zur Generalsynode nach Maßgabe der demnächst zu erlassenden General-Synodalordnung.

---

§ 66. Der Vorstand der Provinzialsynode wird für eine laufende Synodalperiode gewählt, bleibt aber bis zur Bildung des neuen Vorstandes in Thätigkeit.

Er besteht

1. aus einem Vorsitzenden (Präses),
2. aus mehreren (nicht über sechs) Beisitzern, geistlichen und weltlichen in gleicher Zahl (Assessoren).

Die Feststellung der Zahl für jede einzelne Provinz erfolgt durch einen Beschluß der Provinzialsynode, welcher der Bestätigung durch den Evangelischen Ober-Kirchenrat bedarf.

Für sämtliche Beisitzer werden Stellvertreter gewählt, welche in Verhinderungsfällen für jene in den Vorstand eintreten.

Die Wahl des Präses unterliegt der Bestätigung des Evangelischen Ober-Kirchenrats.

---

§ 67. Der Präses eröffnet die Synode, leitet ihre Verhandlungen und handhabt die äußere Ordnung. Seine Stimme entscheidet bei Stimmengleichheit. Er repräsentiert die Synode nach außen, insbesondere bei kirchlichen Feierlichkeiten von provinzieller Bedeutung. Er ist befugt, den Kreissynoden der Provinz mit beratender Stimme beizuwohnen. Bei vorübergehender Behinderung kann er sich durch einen Beisitzer vertreten lassen. Er ist der Vorsitzende des Synodalvorstandes als eigenen Kollegiums.

Der Präses wird bei den Präsidialgeschäften von den Beisitzern unterstützt. Im Falle seiner bleibenden Verhinderung oder seines definitiven Ausscheidens wählen bei nicht versammelter Synode die Beisitzer unter sich einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Die Korrespondenz führt, insoweit nicht der Vorstand in Gesamtheit zu handeln berufen ist, der Präses allein. Demselben steht frei, die Mitunterschrift der Beisitzer einzuholen.

---

§ 68. Dem Vorstande der Provinzialsynode liegt ob:

1. die Sorge für die Redaktion und Beglaubigung der Synodalprotokolle. Für die Aufzeichnung kann der Vorstand mit Zustimmung der Synode ein Mitglied derselben oder mehrere heranziehen. Auch in diesem Falle ist er für die Redaktion und die Richtigkeit des Protokolls verantwortlich;
2. die Einreichung der Synodalprotokolle an das Konsistorium, sowie deren Mitteilung an sämtliche Pfarrer und Gemeinde-Kirchenräte der Provinz;
3. die zur Ausführung der Synodalbeschlüsse erforderlichen Maßnahmen;
4. die Vorbereitung der Geschäfte für die nächste Synodalversammlung, insbesondere die Prüfung der Legitimationen (§ 69);
5. die Abstattung von Gutachten, welche von dem Konsistorium erfordert werden;
6. die Teilnahme an wichtigen Geschäften des Konsistoriums. Sie muß eintreten bei Vorschlägen über die Besetzung kirchenregimentlicher Aemter, bei Entscheidungen sowohl in der Rekursinstanz über die Entlassung von Aeltesten (§ 44) als auch in erster Instanz über Einwendungen der Gemeinde gegen die Lehre eines zum Pfarramt Designierten (§ 55 Nr. 10); ferner bei Entscheidungen, durch welche wegen Mangels an Uebereinstimmung mit dem Bekenntnisse der Kirche die Berufung eines sonst Anstellungsfähigen zu einem geistlichen Amte für unzulässig erklärt wird; endlich in allen Fällen, in welchen gegen einen Geistlichen wegen Irrlehre die Untersuchung eingeleitet oder eine Entscheidung gefällt werden soll.

Auch in anderen, durch ihre Wichtigkeit dazu geeigneten Angelegenheiten kann das Konsistorium den Synodalvorstand zuziehen.

Die Mitwirkung des Vorstandes findet in der Weise statt, daß die Mitglieder desselben an den betreffenden Beratungen und Beschlüssen als außerordentliche Mitglieder des Konsistoriums mit vollem Stimmrechte teilnehmen. Ihrer Teilnahme ist in der Ausfertigung des Beschlusses Erwähnung zu thun;

7. die Berichterstattung über seine Wirksamkeit an die nächste ordentliche Provinzialsynode.

---

§ 69. Nachdem der Präses die Synode eröffnet hat, berichtet er namens des Synodal-Vorstandes über die Legitimation der Synodalmitglieder, über welche die Versammlung beschließt. Beanstandete Mitglieder stimmen hierbei nicht mit. Die eintretenden Mitglieder legen das Synodalgelöbnis in die Hand des Präses ab. Demnächst erstattet der Präses den Bericht über die Wirksamkeit des bisherigen Synodal-Vorstandes und leitet die Wahl des neuen.

Am Tage nach der Eröffnung der Synode findet ein feierlicher Synodal-Gottesdienst statt. Jede einzelne Sitzung wird mit Gebet eröffnet, die Synode auch mit Gebet geschlossen.

Die Verhandlungen sind öffentlich. Eine vertrauliche Beratung kann durch Beschluß der Synode verfügt werden.

Die Geschäftsordnung wird von der Synode mit Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenrats geregelt. Bis dahin ist eine von dem letzteren erteilte Geschäftsordnung maßgebend.

---

§ 70. Die Synode ist beschlußfähig, wenn zwei Dritteile der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend sind.

Die Beschlüsse werden nach absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Wahlhandlungen sind, wenn zunächst relative Mehrheiten sich ergeben, durch engere Wahl bis zur Erreichung einer absoluten Mehrheit fortzusetzen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Für die Wahl zu Kommissionen genügt die relative Mehrheit.

Bei Fragen, deren Entscheidung nur aus einem der für den Bereich der Provinz zu Recht bestehenden evangelischen Bekenntnisse geschöpft werden kann, haben die dem betreffenden Bekenntnisse persönlich nicht angehörigen Mitglieder sich an der Abstimmung insoweit, als sie die konfessionelle Vorfrage betrifft, nicht zu beteiligen. Die Entscheidung dieser Vorfrage ist demnächst der Beschlußfassung über die Sache selbst, welche durch die ungeteilte Synode erfolgt, zu Grunde zu legen.

Vierter Abschnitt.

Kosten.

§ 71. Die Kosten der Synoden werden aus den Provinzial- und Kreis-Synodalkassen bestritten. Diese erhalten ihren Bedarf, soweit nicht andere Mittel für jenen Zweck gewidmet sind, teils durch die Aufkünfte ihres etwaigen eigenen Vermögens, teils durch die Beiträge der Synodalkreise und Gemeinden.

---

§ 72. Die Provinzial-Synodalkasse bezieht die erforderlichen Beiträge aus den Kreis-Synodalkassen nach Maßgabe einer Matrikel, welche vorläufig vom Konsistorium, definitiv von der Provinzialsynode unter Zustimmung des Konsistoriums aufzustellen ist. Die Verwaltung der Provinzial-Synodalkasse wird unter der Aufsicht der Synode durch einen von ihr zu bestellenden Synodalrechner oder von der Konsistorialkasse der Provinz geführt.

Die Kreis-Synodalkassen ziehen die erforderlichen Beiträge von den Gemeinden ein (§ 53 Nr. 7).

---

§ 73. In den Gemeinden werden sowohl die Synodalkostenbeiträge als auch die aus der Bildung und Wirksamkeit der Gemeinde-Kirchenräte und Gemeindevertretungen entstehenden Kosten aus den Kirchenkassen, soweit diese dazu bei Berücksichtigung ihrer übrigen Verpflichtungen imstande sind, sonst durch Gemeinde-Umlagen bestritten. Beide Arten von Kosten haben die Natur von notwendigen kirchlichen Aufwendungen.

---

§ 74. Den Mitgliedern der Kreissynoden und Kreissynodalvorständen gebühren, soweit sie nicht am Orte der Versammlung

wohnhaft sind, Tagegelder und Reisekosten. Den Mitgliedern der Provinzialsynoden und Provinzialsynodalverbände, sowie den Abgeordneten zur Prüfungskommission (§ 65 Nr. 9) gebühren Tagegelder und, soweit sie nicht am Orte ihrer synodalen Wirksamkeit ihren Wohnsitz haben, Reisekosten. Die Tagegelder und Reisekosten gehören zu den Synodalkosten.

Fünfter Abschnitt.

Uebergangsbestimmungen.

§ 75. In allen Gemeinden ist mit der Bildung der Gemeinde-Kirchenräte und Gemeindevertretungen in Gemäßheit dieser Ordnung ungesäumt vorzugehen. Dabei üben

1. bestehende Gemeinde-Kirchenräte der früheren Ordnung diejenigen Befugnisse aus, welche den Gemeinde-Kirchenräten der neuen Ordnung für die Bildung der Gemeindevertretung, sowie für die Vorbereitung und Leitung der Wahl des Gemeinde-Kirchenrats (§§ 18, 36, 38) übertragen sind,
2. bestehende Vorstände der Kreissynoden früherer Ordnung diejenigen Befugnisse, zu welchen diese neue Ordnung die Kreissynodal-Vorstände beruft (§§ 36, 40, 42).

---

§ 76. Nachdem die Gemeinde-Kirchenräte eines Synodalkreises gebildet sind, ist zur Bildung der Kreissynode in Gemäßheit dieser Ordnung zu schreiten. Dabei übt der Vorstand der bisherigen Kreissynode diejenigen Befugnisse aus, welche die neue Ordnung dem Kreissynodal-Vorstande beilegt (§ 52).

---

§ 77. Sind die Kreissynoden in einer Provinz eingerichtet, so erfolgen auf ihrer erstmaligen Versammlung die Wahlen zur Provinzialsynode (§ 53 Nr. 10).

Bis zum Zusammentritt der letzteren werden die auf ihre Vorbereitung und Eröffnung bezüglichen Befugnisse, welche der Provinzialsynode selbst oder ihrem Vorstande beziehungsweise dem Präses eingeräumt sind (§§ 64, 68 Nr. 4), von dem Konsistorium, beziehungsweise dessen Vorsitzenden ausgeübt.

---

§ 78. Fehlt es an Gemeinde-Kirchenräten oder Kreissynoden der früheren Ordnung, oder ergeben sich bei Bildung der neuen Gemeindeorgane und Synoden anderweite Hindernisse, so ist das Konsistorium befugt, die zur Ueberleitung in die neue Ordnung erforderlichen Verfügungen zu treffen.

---

§ 79. Die Amtsthätigkeit der jetzigen Gemeinde-Kirchenräte, Kreissynoden und Kreissynodalvorstände erlischt mit dem Tage, an welchem die nach der gegenwärtigen Ordnung gebildeten Gemeindeorgane und Synoden in Wirksamkeit treten.

---

§ 80. Die zur Ausführung dieser Ordnung erforderlichen Instruktionen werden von dem Evangelischen Ober-Kirchenrat im Einverständnis mit dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten erlassen.

Gesetz, betreffend die Vertretung der Kreis- und Provinzialsynodalverbände in vermögensrechtlichen Angelegenheiten.

Vom 18. Juni 1895.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags der Monarchie, für die evangelische Landeskirche der neun älteren Provinzen, was folgt:

Artikel 1.

Der Kreissynodalvorstand, das Konsistorium und der Provinzialsynodalvorstand üben die ihnen durch das anliegende Kirchengesetz vom 16. d. M. zugewiesenen Rechte bei Vertretung des Kreissynodal-

verbandes (der Kreisgemeinde) und des Provinzialsynodalverbandes (der Provinzialgemeinde) in ihren vermögensrechtlichen Angelegenheiten.

Die Befugnis zur Aufnahme von Anleihen ist darin nicht einbegriffen.

Artikel 2.

Die Beschlüsse des Kreissynodalvorstandes und des durch den Provinzialsynodalvorstand erweiterten Konsistoriums und ihre die vertretenen Verbände verpflichtenden schriftlichen Erklärungen werden dritten gegenüber nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 1 und 2 des im Artikel 1 erwähnten Kirchengesetzes festgestellt.

Artikel 3.

Auf die Beschlüsse der kirchlichen Organe in den Fällen des Artikels 1 findet Artikel 24 des Gesetzes vom 3. Juni 1876, betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen der Monarchie, (Gesetz-Samml. S. 125) Anwendung.

Die hier vorgeschriebene staatliche Genehmigung ist nicht erforderlich, wenn der Erwerb von Grundeigentum im Falle einer Zwangsversteigerung zur Sicherung in das Grundbuch eingetragener Forderungen erfolgt.

Anlage.

Kirchengesetz, betreffend die Vertretung der Kreis- und Provinzialsynodalverbände in vermögensrechtlichen Angelegenheiten.

Vom 16. Juni 1895.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der Generalsynode für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen, was folgt:

§ 1. Der Kreissynodalvorstand (Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 § 54 — Gesetz-Samml. S. 417 — und Kirchengesetz vom 27. April 1891 — Kirchliches Gesetz- und Verordnungsbl. S. 18 —) vertritt den Kreissynodalverband (die Kreisgemeinde) in vermögensrechtlichen Angelegenheiten.

Zu jeder den Kreissynodalverband verpflichtenden schriftlichen Willenserklärung des Kreissynodalvorstandes bedarf es der Unterschrift des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters und zweier Mitglieder des Vorstandes sowie der Beidrückung des Amtssiegels.

---

§ 2. Die Vertretung des Provinzialsynodalverbandes (der Provinzialgemeinde) in vermögensrechtlichen Angelegenheiten erfolgt durch das Konsistorium unter Mitwirkung des Provinzialsynodalvorstandes. Auf diese Mitwirkung findet § 68 Nr. 6 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 und Nr. 4 unter 2 des Kirchengesetzes vom 1. Juli 1893 (Kirchliches Gesetz- und Verordnungsbl. S. 103) Anwendung.

Schriftliche Willenserklärungen, welche den Provinzialsynodalverband dritten gegenüber rechtlich verpflichten, bedürfen in ihrer Ausfertigung des Vermerks, daß der Provinzialsynodalvorstand bei dem Beschlusse mitgewirkt hat, der Unterschrift des Konsistorialpräsidenten oder seines Vertreters und der Beidrückung des Amtssiegels.

---

§ 3. Die Beschlüsse des Kreissynodalvorstandes und des durch den Provinzialsynodalvorstand erweiterten Konsistoriums in den Fällen der §§ 1 und 2 bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung der vorgesetzten kirchlichen Aufsichtsbehörde

1. bei dem Erwerbe, der Veräußerung oder der dinglichen Belastung von Grundeigentum, soweit der Erwerb nicht im Falle einer Zwangsversteigerung zur Sicherung in das Grundbuch eingetragener kirchlicher Forderungen notwendig ist,

2. bei einer Verwendung des kirchlichen Vermögens zu anderen als den bestimmungsmäßigen Zwecken,

3 bei neuen organischen Einrichtungen für kirchliche Zwecke, sowie bei Errichtung, Uebernahme oder wesentlicher Aenderung von Anstalten für christliche Liebesthätigkeit.

§ 4. Die Kirchenbehörde, welche in den Fällen des § 3 die Genehmigung zu erteilen hat, imgleichen der Zeitpunkt für das Inkrafttreten dieses Gesetzes wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

Generalsynodalordnung für die evangelische Landeskirche der neun älteren Provinzen der Monarchie.

Vom 20. Januar 1876

mit den durch die Kirchengesetze vom 18. Juli 1892, 13. April und 19. September 1898 vorgenommenen Abänderungen.

§ 1. Der Verband der Generalsynode erstreckt sich auf die evangelische Landeskirche der neun älteren Provinzen der Monarchie und der Hohenzollernschen Lande.

Der Bekenntnisstand und die Union in den genannten Provinzen und den dazu gehörenden Gemeinden werden durch dieses Verfassungsgesetz nicht berührt.

I. Zusammensetzung.

§ 2. Die Generalsynode wird zusammengesetzt:

1. aus 151 Mitgliedern, welche von den Provinzialsynoden der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen, Rheinprovinz und der Kreissynode Hohenzollern gewählt werden;
2. aus sechs Mitgliedern, von welchen jede evangelisch-theologische Fakultät an den Universitäten Königsberg, Berlin, Greifswald, Breslau, Halle und Bonn eines aus ihrer Mitte wählt;
3. aus den General-Superintendenten der im Generalsynodalverbande stehenden Provinzen;
4. aus dreißig vom Könige zu ernennenden Mitgliedern.

Die Berufung der Synodalmitglieder erfolgt für eine Synodalperiode von sechs Jahren.

---

§ 3. Die zufolge § 2 Nr. 1 zu wählenden Mitgliedern werden auf die neun Provinzialsynoden und die Kreissynode Hohenzollern dergestalt verteilt, daß die Synode

der Provinz	Ostpreußen	15,
„ „	Westpreußen	9,
„ „	Brandenburg	27,
„ „	Pommern	18,
„ „	Posen	9,
„ „	Schlesien	21,
„ „	Sachsen	24,
„ „	Westfalen	12,
„	Rheinprovinz	15,
„	Provinz Hohenzollern	1

Mitglieder wählt.

Die Wahl erfolgt in der Weise, daß

1. ein Dritteil aus den innerhalb der Provinz in geistlichen Aemtern der Landeskirche angestellten Geistlichen,
2. ein Dritteil aus solchen Angehörigen der Provinz gewählt wird, welche in Kreis- und Provinzialsynoden oder in den Gemeindekörperschaften derselben als weltliche Mitglieder entweder zur Zeit der Kirche dienen oder früher gedient haben;
3. die Wahlen für das letzte Dritteil sind an diese Beschränkungen nicht gebunden, sondern können auch auf andere angesehene, kirchlich erfahrene und verdiente Männer gerichtet werden, welche der evangelischen Landeskirche angehören;
4. das von der Kreissynode Hohenzollern zu wählende Mitglied kann aus den innerhalb derselben in einem

geistlichen Amte der Landeskirche angestellten Geistlichen oder aus solchen Angehörigen der Hohenzollernschen Lande entnommen werden, welche in der Kreissynode oder in den Gemeindekörperschaften derselben als weltliche Mitglieder entweder zur Zeit der Kirche dienen oder früher gedient haben.

Für jeden Abgeordneten wird gleichzeitig ein Stellvertreter gewählt.

Alle Gewählten müssen das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt haben.

---

§ 4. Königlicher Verordnung bleibt es vorbehalten, die Aussonderung der Residenzstadt Berlin und ihrer Umgebung aus dem Synodalverband der Provinz Brandenburg, die Einrichtung einer besonderen Provinzial- (Stadt-) Synode Berlin und die Verteilung der Zahl der Mitglieder anzuordnen, welche demnächst die Synoden der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin nach dem Maßstabe der in ihnen vorhandenen evangelischen Bevölkerung in die Generalsynode zu entsenden haben.

Ueber die einzeln hierzu erforderlichen Bestimmungen sind die vereinigten Kreissynoden von Berlin und die Provinzialsynode der Provinz Brandenburg zu hören.

Veränderungen der hiernach getroffenen Anordnungen, welche durch spätere landesgesetzliche Feststellung eines besonderen provinziellen Verbandes für die Stadt Berlin und ihre Umgebung bedingt werden sollten, erfolgen gleichfalls durch Königliche Verordnung.

II. Wirkungskreis.

§ 5. Die Generalsynode hat mit dem Kirchenregimente des Königs der Erhaltung und dem Wachstum der Landeskirche auf dem Grunde des evangelischen Bekenntnisses zu dienen; Regiment, Lehrstand und Gemeinden zur Gemeinschaft der Arbeit an dem Aufbau der Landeskirche zu verbinden; auf Innehaltung der bestehenden Kirchenordnung in den Thätigkeiten der Verwaltung zu achten; über die gesetzliche Fortbildung der landeskirchlichen Einrichtungen zu beschließen; die Fruchtbarkeit der Landeskirche an Werken der christlichen Nächstenliebe zu fördern; die Einheit der Landeskirche gegen auflösende Bestrebungen zu wahren; der provinziellen kirchlichen Selbständigkeit ihre Grenzen zu ziehen und sie in denselben zu schützen; die Gemeinschaft zwischen der Landeskirche und anderen Teilen der evangelischen Gesamtkirche zu predigen; zur interkonfessionellen Verständigung der christlichen Kirche zu helfen, und überhaupt sowohl aus eigener Bewegung, als auf Anregung der Kirchenregierung, in Gemäßheit dieser Ordnung, alles zu thun, wodurch die Landeskirche gebaut und gebessert und die Gesamtkirche in der Erfüllung ihrer religiösen und sittlichen Aufgabe gefördert werden mag.

Gesetzgebung.

§ 6. Landeskirchliche Gesetze bedürfen der Zustimmung der Generalsynode und werden von dem Könige, kraft seines Rechts als Träger des Kirchenregiments, erlassen. Sie werden behufs Beglaubigung von dem Präsidenten des Evangelischen Ober-Kirchenrats gezeichnet.

Die Generalsynode hat das Recht, landeskirchliche Gesetze vorzuschlagen.

Bevor ein von der Generalsynode angenommenes Gesetz dem Könige zur kirchenregimentlichen Genehmigung vorgelegt wird, ist die Erklärung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten darüber herbeizuführen, ob gegen den Erlaß desselben von Staats wegen etwas zu erinnern sei.

Ein Kirchengesetz erhält seine verbindliche Kraft durch die Verkündigung in dem unter Verantwortlichkeit des Evangelischen Ober-Kirchenrats erscheinenden kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblatt. Sie beginnt, sofern in dem Gesetze kein anderer Anfangstermin bestimmt ist, mit dem vierzehnten Tage nach demjenigen Tage, an welchem das betreffende Stück des genannten Blattes in Berlin ausgegeben worden ist.

---

§ 7. Folgende Gegenstände unterliegen ausschließlich der landeskirchlichen Gesetzgebung:

1. die Regelung der kirchlichen Lehrfreiheit;
2. die ordinatorische Verpflichtung der Geistlichen;
3. die zu allgemeinem landeskirchlichem Gebrauche bestimmten agendarischen Normen.

Soll die Einführung agendarischer Normen nur für einzelne Provinzial-

bezirke erfolgen, so bedarf es der Zustimmung der betreffenden Provinzialsynode.

Insofern bestehende agendarische Ordnungen die Verwaltung der Sakramente betreffen, dürfen sie in den einzelnen Gemeinden nicht ohne Zustimmung der Gemeindeorgane verändert werden, gleichviel, ob die Aenderung durch landeskirchliche oder provinzielle Gesetzgebung beschlossen ist.

Durch vorübergehende Verhältnisse bedingte und daher nur zeitweilige liturgische Anordnungen werden mit Ermächtigung des Königs vom Evangelischen Ober-Kirchenrate getroffen.

Die Zulassung von Katechismuserklärungen, Religionslehrbüchern und Gesangbüchern erfolgt für den allgemeinen landeskirchlichen Gebrauch nach erteilter Billigung der Generalsynode, für den provinziellen Gebrauch nach erteilter Billigung der Provinzialsynode, durch Verfügung des Kirchenregiments. Gegen obligatorische Einführung solcher Bücher steht jeder einzelnen Gemeinde ein Widerspruchsrecht zu;

4. die Einführung oder Abschaffung allgemeiner kirchlicher Feiertage;
5. Aenderungen der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873, der Kirchengemeinde-Ordnung für die evangelischen Gemeinden in den Hohenzollernschen Landen vom 1. März 1897 der Kreissynodal-Ordnung für dieselben und dieser Ordnung, sowie Aenderungen der Kirchenverfassung, welche den Grundsatz betreffen, wonach das Kirchenregiment des Königs durch kollegiale, mit geistlichen und weltlichen Mitgliedern besetzte Kirchenbehörden auszuüben ist;
6. die Kirchenzucht wegen Verletzung allgemeiner Pflichten der Kirchenglieder, sowie die Disziplinargewalt über Geistliche und andere Kirchendiener. Bis zur anderweiten kirchengesetzlichen Regelung der Disziplinargewalt bei Dienstvergehen der Superintendenten, Geistlichen und niederen Kirchendiener finden auf das förmliche Disziplinarverfahren, sowie auf die vorläufige Dienstenthebung gegen dieselben die Bestimmungen der §§ 22, 23 Nr. 1, 24, 27, 28, 31 bis 45 und 48 bis 54 des Gesetzes vom 21. Juli 1852 (G. S. S. 465) mit der Maßgabe Anwendung, daß die in dem genannten Gesetze dem Disziplinarhofe und den Provinzialbehörden beigelegten Befugnisse von den Provinzialkonsistorien nach den für das Verfahren bei den Provinzialbehörden vorgeschriebenen Bestimmungen zu üben sind, die dem Disziplinarhof beigelegte gutachtliche Thätigkeit fortfällt und die Zuständigkeit des Ministerial- beziehungsweise Staats-Ministerialressorts dem Evangelischen Ober-Kirchenrate zukommen;
7. die kirchlichen Erfordernisse der Anstellungsfähigkeit und die kirchlichen Grundsätze über die Besetzung der geistlichen Aemter;
8. die kirchlichen Bedingungen der Trauung.

---

§ 8. Der Kirchenregierung wie der Generalsynode bleibt unbenommen, auch über andere Gegenstände der kirchlichen Ordnung, deren allgemeine kirchengesetzliche Regelung heilsam erachtet wird, Gesetzesvorschläge zu machen.

Ist diese Regelung erfolgt, so kann weder eine Veränderung derselben, noch deren Ueberlassung an die provinzial-kirchliche Gesetzgebung oder an das kirchenregimentliche Verordnungsrecht anders als im Wege der landeskirchlichen Gesetzgebung geschehen.

---

§ 9. Es hängt vom Ermessen der Kirchenregierung ab, über Gesetzesvorschläge, welche sie der Generalsynode zu machen beabsichtigt, zuvor die Provinzialsynoden, beziehungsweise die ausschließlich beteiligten, zu gutachtlicher Aeußerung zu veranlassen. Bei Veränderungen, welche die Liturgie betreffen (§ 7 Nr. 3), soll diese Anhörung der Provinzialsynoden in der Regel geschehen.

---

§ 10. Veränderungen der revidierten Kirchenordnung für Westfalen und die Rheinprovinz können, wie bisher, von den Provinzialsynoden dieser Provinzen beschlossen und durch Bestätigung der Kirchenregierung in Kraft gesetzt werden.

Werden Bestimmungen der genannten Kirchenordnung durch ein von der Kir-

chenregierung beabsichtigtes landeskirchliches Gesetz betroffen, so müssen die Synoden der beiden Provinzen, bevor der Gesetzesvorschlag an die Generalsynode gelangt, gutachtlich gehört werden.

Gehen solche Gesetzesvorschläge von der Generalsynode aus, so sind die Gutachten der genannten Provinzialsynoden vor der Einholung der Königlichen Sanktion zu veranlassen.

Aeußern sich beide Synoden übereinstimmend gegen die Veränderung ihrer Kirchenordnung, so bleiben diese Provinzen von dem Geltungsbereiche der betreffenden landeskirchlichen Vorschrift ausgenommen.

Kirchliche Vermögensrechte und Besteuerung.

§ 11. Die Generalsynode übt eine Kontrolle über die vom Evangelischen Ober-Kirchenrate verwaltete oder unter seine Verfügung gestellten kirchlichen Fonds und sonstigen kirchlichen Einnahmen, und vereinbart mit ihm die leitenden Grundsätze für ihre Verwendung. Der Generalsynode, und in den Jahren, in welchen sie sich nicht versammelt, dem Synodalvorstande ist die Jahresrechnung über diese Fonds zur Prüfung und Erteilung der Entlastung vorzulegen.

---

§ 12. Von der Verwendung der unter der Verwaltung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten stehenden kirchlichen Fonds und der im Staatshaushalts-Etat für kirchliche Zwecke bewilligten Mittel giebt der Evangelische Ober-Kirchenrat auf Grund der Nachrichten, welche er darüber vom Minister der geistlichen Angelegenheiten erhalten hat, der Generalsynode Kenntnis. Sobald solche Fonds oder Mittel in die Verwaltung der Kirche übergehen, erweitert sich die synodale Kenntnisnahme zur Kontrolle (§ 11).

---

§ 13. Anordnungen der Kirchenregierung wegen Einführung neuer, regelmäßig wiederkehrender, sowie wegen Abschaffung bestehender landeskirchlicher Kollekten bedürfen der Zustimmung der Generalsynode.

---

§ 14. Die Bewilligung neuer Ausgaben für landeskirchliche Zwecke, soweit sie durch Umlagen auf die Kirchenkassen oder Kirchengemeinden gedeckt werden sollen, erfolgt im Wege der kirchlichen Gesetzgebung.

Der bewilligte, durch Umlage aufzubringende Betrag wird über die Provinzen der Landeskirche nach einem Maßstabe repartiert, welcher vorläufig durch Königliche Verordnung aufgestellt, endgültig zwischen der Generalsynode und der Kirchenregierung vereinbart wird.

Die auf die einzelnen Provinzen entfallenden Beträge werden nach den in den §§ 72, 73 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 aufgestellten Normen für die Provinzen Rheinland und Westfalen nach Maßgabe des § 135 der Kirchenordnung vom 5. März 1835 einer Unterrepartition unterworfen und an die Konsistorialkassen und von diesen an den Evangelischen Ober-Kirchenrat abgeführt.

---

§ 15. Auch die Einkünfte des Kirchenvermögens und der Pfarrpfründen können durch ein Kirchengesetz zu Beiträgen für kirchliche Zwecke herangezogen werden.

Dies ist nur zulässig bei Kirchenkassen, sofern die etatmäßige Solleinnahme derselben die etatmäßige Sollausgabe um mehr als ein Drittel der letzteren, und wenigstens um dreihundert Mark jährlich übersteigt, bei Pfarrpfründen, sofern der jährliche Ertrag derselben ausschließlich des Wohnungswerts auf mehr als sechstausend Mark sich beläuft. Diese Beiträge dürfen zehn Prozent des jährlichen Ueberschusses der Solleinnahme der Kirchenkasse und des über die Summe von sechstausend Mark hinausgehenden Pfründenertrages nicht überschreiten.

Anträge und Beschwerden.

§ 16. Die Generalsynode kann durch Anträge, welche sie beschließt, das Kirchenregiment in dem ganzen Bereiche seiner Thätigkeit zu den Maßregeln anregen, die sie dem landeskirchlichen Bedürfnis entsprechend erachtet. Auf jeden solchen Antrag muß ein Bescheid, im Falle der Ablehnung mit den Gründen derselben, erteilt werden.

---

§ 17. Behufs Erhaltung der kirchengesetzlichen Ordnung in den Thätigkeiten der Verwaltung steht der Generalsynode auch der Weg der Beschwerde offen. Ge-

genstand derselben sind Verletzungen kirchengesetzlicher Vorschriften durch Verfügungen der Kirchenbehörden, welche im kirchlichen Instanzenwege keine Abhilfe gefunden haben. Die von der Generalsynode darüber gefaßten Beschlüsse gehen an den Evangelischen Ober-Kirchenrat zur Prüfung und Bescheidung.

Wahrung der Einheit der Landeskirche.

§ 18. Der Generalsynode werden die von den Provinzialsynoden gefaßten Beschlüsse vorgelegt. Findet die Generalsynode, daß ein Beschluß der Provinzialsynode mit der Einheit der evangelischen Landeskirche in Bekenntnis und Union, in Kultus und Verfassung nicht vereinbar ist, so ist demselben die kirchenregimentliche Bestätigung zu versagen. Ist solche bereits erteilt, so hat die Kirchenregierung ihn außer Kraft zu setzen.

Verhältnis zu den anderen Kirchengemeinschaften.

§ 19. Die Generalsynode nimmt Kenntnis von den Beziehungen der Landeskirche zu den übrigen Teilen der Deutschen evangelischen Kirche, beschließt über die der weiteren Entwickelung ihres Gemeinschaftsbandes dienenden Einrichtungen und beteiligt sich durch von ihr gewählte Abgeordnete an etwaigen Vertretungskörpern der Deutschen evangelischen Kirche.

Zur Teilnahme der Landeskirche an anderen kirchlichen Versammlungen, insbesondere denen von internationaler oder interkonfessioneller Art, bedarf es der Zustimmung der Generalsynode.

Wahl des Präsidiums, des Synodalvorstandes und Synodalrats.

§ 20. Die Generalsynode wählt beim Beginne ihrer jedesmaligen Versammlung (§ 29) und für die Dauer derselben ihr Präsidium, bestehend aus einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten und vier Schriftführern.

---

§ 21. Am Schlusse jeder ordentlichen Versammlung (§ 24) wählt die Generalsynode den Synodalvorstand und Synodalrat auf eine Synodalperiode von sechs Jahren. Wird die Versammlung geschlossen, bevor diese Wahl stattgefunden hat, so treten die für die frühere Synodalperiode Gewählten wieder in Funktion.

---

§ 22. Der Synodalvorstand besteht aus einem Vorsitzenden, aus einem Stellvertreter desselben und aus fünf Beisitzern. Für die Beisitzer werden Ersatzmänner gewählt, welche bei Verhinderung der ersteren in den Vorstand berufen werden. Scheiden bei nicht versammelter Synode sowohl der Vorsitzende als sein Stellvertreter aus, so wählen die Beisitzer unter sich für die Restzeit einen Vorsitzenden.

Der Synodalvorstand tritt außer Funktion, sobald die nächste ordentliche Versammlung der Generalsynode ihr Präsidium gewählt hat.

---

§ 23. Zum Synodalrat wählt die Generalsynode achtzehn Mitglieder, welche zusammen mit dem Vorstande den Synodalrat bilden.

Von den Gewählten müssen je drei den Provinzen Preußen, Brandenburg und Sachsen, je zwei den Provinzen Pommern, Schlesien, Westfalen und der Rheinprovinz, eines der Provinz Posen angehören. Für dieselben werden Ersatzmänner gewählt, welche bei Verhinderung der ersteren zur Funktion berufen werden.

Der Synodalrat endet seine Funktion mit der Eröffnung der nächsten ordentlichen Generalsynode.

III. Versammlungen der Generalsynode.

§ 24. Die Generalsynode tritt auf Berufung des Königs und zwar alle sechs Jahre zu ordentlicher Versammlung zusammen. Zu außerordentlicher Versammlung kann sie nach Anhörung des Synodalvorstandes jederzeit berufen werden.

Dem Könige steht es zu, jederzeit die Versammlung zu schließen oder zu vertagen.

---

§ 25. Während der Versammlung der Synode findet in allen evangelischen Hauptgottesdiensten der Landeskirche eine Fürbitte für die Synode statt.

---

§ 26. Als Königlicher Kommissar zur Wahrnehmung der Zuständigkeiten des obersten Kirchenregiments bei der Synode fungiert der Präsident des Evangelischen

Ober-Kirchenrats. In Vakanzfällen oder bei dauernder Verhinderung ernennt der König einen anderen Kommissar.

Der Königliche Kommissar ist befugt, jederzeit das Wort zu ergreifen und Anträge zu stellen. Er kann Mitglieder des Evangelischen Ober-Kirchenrats mit seiner Beihilfe und vorübergehenden Vertretung beauftragen.

Der Minister der geistlichen Angelegenheiten und die von ihm ernannten Kommissarien sind berechtigt, den Sitzungen beizuwohnen und jederzeit das Wort zu ergreifen, sofern sie es im Interesse des Staates für erforderlich erachten.

---

§ 27. Die Synode regelt ihren Geschäftsgang. Bis dies geschieht, ist eine provisorische Geschäftsordnung maßgebend, welche der Evangelische Ober-Kirchenrat erteilt.

---

§ 28. Der Präsident der Synode leitet die Verhandlungen und handhabt die äußere Ordnung.

---

§ 29. Der Vorsitzende des Synodalvorstandes eröffnet die Synode, berichtet über die bisherige Wirksamkeit des Synodalvorstandes während der verflossenen Synodalperiode, sowie über die Verhandlungen der während derselben Zeit abgehaltenen Provinzialsynoden, soweit sie für die gesamte Landeskirche von Bedeutung sind; er berichtet ferner über die Legitimation der Synodalmitglieder und leitet die Wahl des Präsidiums.

Die Versammlung beschließt über die Legitimation ihrer Mitglieder.

---

§ 30. Die Mitglieder werden nach Konstituierung des Präsidiums von dem Präsidenten mit dem in der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 § 63 vorgeschriebenen Gelöbnis verpflichtet.

---

§ 31. Am Tage nach der Eröffnung der Synode findet ein feierlicher Synodal-Gottesdienst statt.

Jede einzelne Sitzung beginnt mit einer kurzen Schriftverlesung und Gebet und schließt mit einem Segenswunsch. Die Synode wird mit Gebet geschlossen.

---

§ 32. Die Verhandlungen sind öffentlich. Eine vertrauliche Beratung kann durch Beschluß der Synode verfügt werden.

Zur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder erforderlich. Die Beschlußfassung erfolgt mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Wahlhandlungen sind, wenn zunächst relative Mehrheiten sich ergeben, durch engere Wahl bis zur Erreichung einer absoluten Mehrheit fortzusetzen. Für die Wahl zu Kommissionen genügt die relative Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Einer zweimaligen Beratung und Beschlußfassung bedarf es, wenn es sich um Kirchengesetze (§ 6) oder um Bewilligung neuer Ausgaben (§§ 14, 15) handelt.

Aenderungen der Kirchenverfassung in Bezug auf die Zusammensetzung oder die Befugnisse der Gemeindeorgane oder der Synoden können nur mit einer Mehrheit von Zweidritteln der abgegebenen Stimmen in der Generalsynode beschlossen werden.

---

§ 33. Das Präsidium sorgt für die Aufzeichnung, Redaktion und Beglaubigung der Sitzungsprotokolle. Bei der Aufzeichnung kann es von Mitgliedern der Synode unterstützt werden, welche sich auf Einladung des Präsidiums diesem Geschäfte unterziehen.

IV. Synodalvorstand und Synodalrat.

§ 34. Als selbständiges Kollegium hat der Vorstand der Generalsynode den folgenden Wirkungskreis:

1. Er erledigt die ihm von der Kirchenregierung gemachten Vorlagen.
2. Er beschließt über die in seiner eigenen Mitte gestellten Anträge auf Beseitigung von Mängeln, welche bei der kirchlichen Gesetzgebung und Verwaltung hervortreten. Beschlüsse der letzteren Art gehen, sofern ihnen im Verwaltungswege entsprochen werden kann, als Anträge an den Evangelischen Ober-Kirchenrat. Verlangt ihre Ausführung den Weg der Gesetzgebung, so kann der Synodalvorstand entweder die Beschreitung desselben bei der Kirchenregierung beantragen,

oder selbst einen Gesetzentwurf behufs seiner Einbringung in der Generalsynode ausarbeiten (§ 6).

3. Er vertritt die nicht versammelte Generalsynode, wenn Anordnungen, welche regelmäßig der beschließenden Mitwirkung der Generalsynode bedürfen, wegen ihrer Unaufschieblichkeit durch kirchenregimentlichen Erlaß provisorisch getroffen werden sollen. Solche Erlasse können nur ergehen, wenn der Synodalvorstand sowohl die Unaufschieblichkeit anerkennt, als auch ihrem Inhalte zustimmt und mit ausdrücklicher Erwähnung dieser seiner Mitwirkung. Sie sind der nächsten Generalsynode zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen und, wenn die letztere versagt wird, außer Wirksamkeit zu setzen.
4. Er bereitet die nächste Versammlung der Generalsynode, soweit ihm dies obliegt, vor, insbesondere durch Prüfung der Legitimationen und Feststellung des der Generalsynode abzustattenden Berichts (§ 29).
5. In Bezug auf die vorangegangene Versammlung erledigt er die zur Ausführung ihrer Beschlüsse erforderlichen Geschäfte und sorgt für den Druck und die Verteilung der Synodalprotokolle.
6. Er verwaltet die General-Synodalkasse (§ 38) und übt die ihm in § 11 zugewiesenen Funktionen.

Verlangt der Synodalvorstand, bevor er sich in Angelegenheiten der unter Nr. 2 und 3 bezeichneten Art schlüssig macht, eine gemeinschaftliche Beratung mit dem Evangelischen Ober-Kirchenrat, so hat der letztere eine solche zu veranstalten.

---

§ 35. Der Synodalvorstand wird zur Erledigung derjenigen Geschäfte, welche ihm selbständig bei nicht versammelter Synode obliegen (§ 34), nach Vereinbarung mit dem Evangelischen Ober-Kirchenrat von seinem Vorsitzenden nach Berlin berufen.

Zu einem gültigen Beschlusse des Synodalvorstandes bedarf es der Anwesenheit von wenigstens fünf Mitgliedern. Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Die Erledigung einzelner Geschäfte im schriftlichen Wege ist ausnahmsweise nach dem Ermessen des Vorsitzenden zulässig.

Der Synodalvorstand regelt seinen Geschäftsgang durch seine Beschlüsse. Es steht ihm frei, aus seiner Mitte für bestimmte Geschäfte Ausschüsse zu bilden oder auch einzelne Mitglieder mit solchen zu beauftragen.

---

§ 36. Mit dem Evangelischen Ober-Kirchenrat wirkt der Synodalvorstand zusammen:

1. wenn in der Rekursinstanz entweder über Einwendungen der Gemeinde gegen die Lehre eines zum Pfarramt Designierten, oder über die wegen mangels an Uebereinstimmung mit dem Bekenntnis der Kirche angefochtene Berufung eines sonst Anstellungsfähigen zu einem geistlichen Amte, oder in einer wegen Irrlehre gegen einen Geistlichen geführten Disziplinaruntersuchung Entscheidung abgegeben werden soll;
2. bei der Feststellung der von der Kirchenregierung der Generalsynode vorzulegenden Gesetzentwürfe und der zur Ausführung der landeskirchlichen Gesetze erforderlichen Instruktionen;
3. bei den dem Evangelischen Ober-Kirchenrat zustehenden Vorschlägen für die Besetzung der General-Superintendenturen;
4. bei Vertretung der evangelischen Landeskirche in ihren vermögensrechtlichen Angelegenheiten;
5. in anderen Angelegenheiten der kirchlichen Zentralverwaltung von vorzüglicher Wichtigkeit, in welchen der Evangelische Ober-Kirchenrat die Zuziehung des Synodalvorstandes beschließt.

Die Mitwirkung des Vorstandes findet in der Weise statt, daß die Mitglieder desselben, nach vorheriger Mitteilung der Gegenstände der Beratung, auf Berufung durch den Präsidenten des Evangelischen Ober-Kirchenrats an den betreffenden Beratungen und Beschlüssen als außerordentliche Mitglieder des Evangelischen Ober-Kirchenrats mit vollem Stimmrecht teilnehmen. In der Ausfertigung solcher Beschlüsse ist ihrer Mitwirkung Erwähnung zu thun. Dem Erfordernis der Mitwirkung ist entsprochen, wenn wenigstens

vier Mitglieder des Vorstandes teilgenommen haben.

---

§ 37. Der Synodalrat (§ 23) wird in jedem Jahre einmal in Berlin versammelt, um mit dem Evangelischen Ober-Kirchenrat in dessen Sitzung über Aufgaben und Angelegenheiten der Landeskirche zu beraten, in welchen die Kirchenregierung zur Feststellung leitender Grundsätze den Beirat dieses landeskirchlichen Synodalorgans für notwendig erachtet.

Die Berufung erfolgt durch den Evangelischen Ober-Kirchenrat.

Die Versammlung des Synodalrats kann in den Jahren ausfallen, in welchen die Generalsynode sich versammelt.

V. Kosten.

§ 38. Zur Bestreitung der Kosten der Generalsynode, sowie der Vorstände derselben und der von den letzteren bestellten Ausschüsse und Kommissionen wird eine General-Synodalkasse gebildet. Diese erhält ihren Bedarf, soweit nicht andere Mittel für jenen Zweck gewidmet sind, durch die Beiträge der Provinzial-Synodalkassen. Für die Verteilung dieser Beiträge über die einzelnen Provinzen und die Beschaffung der auf diese entfallenden Summen sind die Bestimmungen des § 14 Satz 2 und 3 maßgebend. Die Abführung geschieht an den Vorstand der Generalsynode.

---

§ 39. Der Synodalvorstand legt die Rechnung der General-Synodalkasse. Die Prüfung und Entlastung dieser Rechnung erfolgt durch die Generalsynode.

Beschließt die Generalsynode auf den Antrag ihres Vorstandes die Verwaltung der Synodalkasse durch den Evangelischen Ober-Kirchenrat, so erfolgt sie bei diesem; Rechnungslegung und Entlastung richten sich dann nach den Vorschriften des § 11.

---

§ 40. Den Mitgliedern der Generalsynode, ihres Vorstandes und des Synodalrates gebühren Tagegelder und, soweit sie nicht am Orte ihrer synodalen Wirksamkeit ihren Wohnsitz haben, Reisekosten. Dieselben gehören zu den Synodalkosten und werden nach den vom Evangelischen Ober-Kirchenrat vorläufig zu bestimmenden, definitiv mit der Generalsynode zu vereinbarenden Sätzen aus der General-Synodalkasse bestritten.

VI. Schlußbestimmungen.

§ 41. Die Neuregelung der Ressortverhältnisse zwischen den Staatsbehörden einerseits und den Kirchenbehörden andererseits bleibt staatlicher Anordnung vorbehalten.

---

§ 42. Die §§ 50, 59, 61 und 62 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 sind aufgehoben.

An die Stelle derselben treten die Bestimmungen der nachfolgenden §§ 43 bis 46.

---

§ 43. Die Kreissynode besteht aus:

1. dem Superintendenten der Diözese als Vorsitzenden.

   Unter mehreren zur Synode gehörigen Superintendenten gebührt der Vorsitz dem im Ephoralamt älteren;
2. sämtlichen innerhalb des Kirchenkreises ein Pfarramt definitiv oder vikarisch verwaltenden Geistlichen. Geistliche an Anstalten, welche keine Parochialrechte haben, Militärgeistliche und ordinierte Hilfsgeistliche sind nur befugt, mit beratender Stimme an der Synode teilzunehmen. Zweifel über den Umfang der Teilnahmeberechtigung einzelner Geistlichen entscheidet das Konsistorium;
3. der doppelten Anzahl gewählter Mitglieder. Die Hälfte derselben wird aus den derzeitigen Aeltesten oder aus der Zahl der früheren Aeltesten gewählt, in der Weise, daß jede Gemeinde so viele Mitglieder entsendet, als sie stimmberechtigte Geistliche in der Synode hat. Die andere Hälfte wird aus den angesehenen, kirchlich erfahrenen und verdienten Männern des Synodalkreises von den an Seelenzahl stärkeren Gemeinden gewählt. Diejenigen Gemeinden, welche hiernach noch ein oder mehrere Mitglieder zu wählen haben, sowie die Zahl dieser Mitglieder, werden unter Berücksichtigung der Seelenzahl, sowie der sonstigen örtlichen Verhältnisse der Gemeinden und des Kreises, das erste Mal nach Anhörung des Kreis-Synodalvorstandes durch Anordnung des

durch den Provinzial-Synodalvorstand verstärkten Konsistoriums, demnächst endgültig nach Anhörung der Kreissynode durch Beschluß der Provinzialsynode bestimmt.

Die Wahl dieser Mitglieder erfolgt auf 3 Jahre und wird durch die vereinigten Gemeindeorgane, bei verbundenen Gemeinden der Gesamtparochie, vollzogen; wo verfassungsmäßig eine Gemeindevertretung nicht vorhanden ist, erfolgt die Wahl durch den Gemeinde-Kirchenrat. Diejenigen weltlichen Mitglieder der Kreissynode, welche noch kein Gelübde als Aelteste abgelegt haben, werden von dem Vorsitzenden der Kreissynode mit demjenigen Gelübde verpflichtet, welches die Mitglieder der Provinzialsynode nach § 63 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 zu leisten haben. Die Gewählten müssen das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben.

Seitens der Kirchenregierung ist darauf hinzuwirken, daß durch Teilung der größeren Diözesen eine übermäßig große Zahl der zu einer Kreissynode gehörigen Mitglieder vermieden werde.

---

§ 44. Die Provinzialsynode wird zusammengesetzt aus:

1. den von den Kreissynoden oder Synodalverbänden der Provinz zu wählenden Abgeordneten;
2. einem von der evangelisch-theologischen Fakultät der Provinzial-Universität (für Posen der Universität Breslau) zu wählenden Mitgliede dieser Fakultät;
3. den vom Könige zu ernennenden Mitgliedern, deren Zahl den sechsten Teil der nach Nr. 1 zu wählenden Abgeordneten nicht übersteigen soll.

Die Berufung aller Synodalmitglieder erfolgt für eine Synodalperiode von drei Jahren.

---

§ 45. Jeder Kreis-Synodalbezirk ist ein Wahlkreis, seine Kreissynode der Wahlkörper. Ist jedoch in der Provinz eine größere Anzahl von Kreissynoden vorhanden, so ist durch Vereinigung mehrerer Kreissynoden zu einem Wahlverbande die Zahl der Wahlkreise auf fünfunddreißig, in den Provinzen Brandenburg und Sachsen auf vierzig zu verringern. In dem Wahlverbande bilden die vereinigten Kreissynoden den Wahlkörper.

Die Anzahl und die Begrenzung der durch Zusammenlegung von Kreissynoden gebildeten Wahlkreise wird bis zur anderweiten kirchengesetzlichen Regelung durch Königliche Verordnung bestimmt.

Die Zahl der von den Kreissynoden und Wahlverbänden zu wählenden Abgeordneten (§ 44 Nr. 1) beträgt das Dreifache der in der Provinz vorhandenen Wahlkreise.

Für jeden Abgeordneten wird gleichzeitig ein Stellvertreter gewählt.

Für Wahlkreise, in denen die Wahl durch die vereinigten Kreissynoden des Verbandes mit besonderen Unzuträglichkeiten verknüpft ist, kann auf Antrag einer oder mehrerer Kreissynoden des Verbandes durch ein von der Provinzialsynode zu erlassendes Statut die Wahl der von dem Wahlkreise in die Provinzialsynode zu entsendenden Abgeordneten nach einem regelmäßigen Wechsel auf die einzelnen Kreissynoden des Wahlkreises erteilt werden. Das Statut bedarf zu seiner Gültigkeit der Bestätigung des evangelischen Oberkirchenrats.

---

§ 46. Die Wahl erfolgt in der Weise, daß in jedem Wahlkreise

1. ein Abgeordneter aus den innerhalb des Wahlkreises in geistlichen Aemtern der Landeskirche angestellten Geistlichen,
2. ein Abgeordneter aus solchen Angehörigen des Wahlkreises gewählt wird, welche in Kreissynoden oder in den Gemeindekörperschaften desselben als weltliche Mitglieder zur Zeit der Kirche dienen oder früher gedient haben,
3. das letzte Dritteil der Abgeordneten wird von den an Seelenzahl stärkeren Kreissynoden und Wahlverbänden aus den angesehenen, kirchlich erfahrenen und verdienten Männern des Provinzialbezirks gewählt. Diejenigen Wahlkörper, welche hiernach eines oder mehrere dieser Mitglieder zu wählen haben, sowie die Zahl dieser Mitglieder werden unter Berücksichtigung der Seelenzahl das erste Mal durch Anordnung des Evange-

lischen Oberkirchenrats, demnächst endgültig durch Beschluß der Provinzialsynode bestimmt. Dieser Beschluß bedarf der Bestätigung des durch den Vorstand der Generalsynode verstärkten Evangelischen Ober-Kirchenrats.

Die weltlichen Mitglieder müssen das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben.

---

§ 47. Die Amtsthätigkeit der jetzigen Kreissynoden und Kreis-Synodalvorstände, Provinzialsynoden und Provinzial-Synodalvorstände erlischt mit dem Tage, an welchem die nach der gegenwärtigen Ordnung gebildeten Synoden und Synodalvorstände in Wirksamkeit treten.

---

§ 48. Bis zur Konstituierung des Präsidiums der ersten Generalsynode werden die dem Synodalvorstande oder seinem Vorsitzenden beigelegten Funktionen durch den Evangelischen Ober-Kirchenrat oder dessen Präsidenten ausgeübt.

---

§ 49. Die zur Ausführung dieser Ordnung erforderliche Instruktion wird von dem Evangelischen Ober-Kirchenrat im Einverständnis mit dem Minister der geistlichen Angelegenheiten erlassen.

Gesetz, betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den neun älteren Provinzen der Monarchie.

Vom 3. Juni 1876

mit den durch die Gesetze vom 19. Mai 1891 und 28. Mai 1894 vorgenommenen Abänderungen.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages, der Monarchie, für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Westfalen und die Rheinprovinz, was folgt:

Artikel 1.

Die in der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. Sept. 1873 (G.-S. 1874 S. 151) und in der anliegenden General-Synodalordnung vom 20. Januar 1876 bestimmten und nach diesen Vorschriften zusammengesetzten Synodalorgane üben die nachstehenden Rechte nach Maßgabe dieses Gesetzes.

Artikel 2.

Die Kreissynode übt die ihr in der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 zugewiesenen Rechte in betreff

1. der in den Kirchengemeinden bestehenden und der den Kirchengemeinden des Synodalkreises gemeinsamen Einrichtungen und Institute für christliche Liebeswerke (§ 53 Nr. 5);
2. des Kassen- und Rechnungswesens der einzelnen Gemeinden und der kirchlichen Stiftungen innerhalb des Bezirks (§ 53 Nr. 6);
3. der Kreis-Synodalkasse, des Kreis-Synodalrechners, des Etats der Kasse und der Repartition der zu derselben erforderlichen Beiträge der Kirchenkassen und Gemeinden (§ 53 Nr. 7);
4. der statutarischen Ordnungen (§ 53 Nr. 8).

Die zur Ausübung dieser Rechte erforderlichen Beschlüsse werden nach § 52 Absatz 3, 4 gefaßt.

Artikel 3.

Den Gemeinden steht gegen Beschlüsse der Kreissynode wegen Repartition der zur Kreis-Synodalkasse erforderlichen Beiträge binnen einundzwanzig Tagen seit Zustellung des Beschlusses Beschwerde zu.

Ueber die Beschwerde entscheidet die Staatsbehörde.

Artikel 4.

Zur Feststellung statutarischer Ordnungen in dem der Kreissynode überwiesenen Geschäftsgebiete (§ 53 Nr. 8, § 65 Nr. 5) bedarf es der vorgängigen Anerkennung seitens der Staatsbehörde, daß die entworfenen Bestimmungen dem Gesetz vom 25. Mai 1874 und diesem Gesetz nicht zuwider seien.

Artikel 5.

Der Kreis-Synodalvorstand übt in Bezug auf die nach § 53 Nr. 5 und 6 der Synode übertragene Mitaufsicht das Recht, in eiligen Fällen die vorläufige Entscheidung zu treffen (§ 55 Nr. 6).

Artikel 6.

Die Rechte, welche nach den Artikeln 2 bis 5 der einzelnen Kreissynode und deren Vorständen zustehen, werden in dem Fall des § 57 Absatz 1 den vereinigten Kreissynoden und deren Vorständen für die gemeinsamen Angelegenheiten beigelegt, wenn die Vereinigung mit Einwilligung der einzelnen Kreissynoden erfolgt.

Artikel 7.

Wenn der Wirkungskreis einer Kreissynode oder einer nach § 57 Absatz 1 gebildeten Vereinigung von Kreissynoden, sowie ihres Vorstandes nach Absatz 2 dieses Paragraphen mit Rücksicht auf eigentümliche Einrichtungen oder Bedürfnisse des Kreises erweitert werden soll, so ist ein Regulativ zu erlassen, für welches die Bestimmungen des bezeichneten Absatzes maßgebend sind. Auf die Feststellung desselben findet Artikel 4 dieses Gesetzes Anwendung.

Artikel 8.

In dem Regulativ für die vereinigten Kreissynoden der Haupt- und Residenzstadt Berlin[1]) kann denselben das Recht beigelegt werden,

1. über die Veränderung, Aufhebung oder Einführung allgemeiner Gebührentaxen für alle Gemeinden Beschluß zu fassen;
2. Anleihen aufzunehmen.

   Die Anleihen dürfen nur zur Errichtung neuer kirchlicher Gebäude verwendet werden. Zur Aufnahme bedarf es der Genehmigung des Staatsministeriums;
3. allgemeine Umlagen auszuschreiben, und zwar:
   a) behufs Ersatz für die Stolgebühren,
   b) zur Verzinsung und Abtragung der Anleihen,
   c) zur Gewährung von Beihilfen an ärmere Parochien behufs Befriedigung dringender kirchlicher Bedürfnisse.

   Soll die Umlage für die beiden letzteren Zwecke zehn Prozent der Summe der von den pflichtigen Gemeindegliedern jährlich an den Staat zu entrichtenden Personalsteuern (Klassen- und Einkommensteuer) übersteigen, so bedarf es der Genehmigung des Staatsminsteriums.
   d) behufs Berichtigung des Anteils aller Gemeinden an den Kreis-, Provinzial- und General-Synodalkosten, sowie an den im Wege kirchlicher Gesetzgebung festgestellten Umlagen für provinzielle und landeskirchliche Zwecke.

   Die Umlagen müssen gleichzeitig in allen Gemeinden nach gleichem Maßstabe erhoben werden, und gilt für den Repartitionsfuß die Vorschrift des § 31 Nr. 6 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873.

   Auf die Beschlüsse über solche Umlagen findet Artikel 3 Absatz 3, 4 des Gesetzes vom 25. Mai 1874 Anwendung;
4. eine Synodalkasse für die Einnahme und Verwendung der ausgeschriebenen Umlagen und aufgenommenen Anleihen zu errichten.

Artikel 9.

In anderen Ortschaften, die mehrere unter einem gemeinsamen Pfarramt nicht verbundene Parochien umfassen, können die im Artikel 8 bezeichneten Zwecke auf den Antrag aller oder der Mehrheit der Parochien im Sinne des Artikel 4 des

[1]) Jetzt: Berliner Stadtsynode.

Gesetzes vom 25. Mai 1874 für gemeinsame Angelegenheiten durch das Konsistorium erklärt werden.

Beim Widerspruch der Vertretung auch nur einer Parochie kann dies unter Zustimmung der Provinzialsynode geschehen.

Artikel 10.

Die Provinzialsynode übt die ihr in der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 zugewiesenen Rechte in betreff

1. der von den Kreissynoden beschlossenen statutarischen Bestimmungen (§ 65 Nr. 5);
2. der Synodalwitwen- und Waisenkassen; der provinziellen Fonds und Stiftungen; der Kreis-Synodalkasse und der Provinzial-Synodalkasse (§ 65 Nr. 6);
3. neuer kirchlicher Ausgaben zu provinziellen Zwecken (§ 65 Nr. 7);
4. der Verwendung des Ertrages der vor dem jedesmaligen Zusammentritt der Provinzialsynode oder alljährlich in der Provinz einzusammelnden Kirchen- und Hauskollekten zum Besten der dürftigen Gemeinden des Bezirks (§ 65 Nr. 8).

   Die Befugnis, eine Einsammlung dieser Hauskollekte anzuordnen, bedarf nicht der besonderen Ermächtigung einer Staatsbehörde; die Zeit der Einsammlung muß aber dem Oberpräsidenten vorher angezeigt werden.

Die zur Ausübung dieser Rechte erforderlichen Beschlüsse werden nach § 70 Absatz 1, 2 gefaßt.

Artikel 11.

Die von der Provinzialsynode beschlossenen neuen kirchlichen Ausgaben zu provinziellen Zwecken (§ 65 Nr. 7 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873) werden auf die Kreis-Synodalkassen nach Maßgabe der in den §§ 72, 73 daselbst aufgestellten Normen repartiert.

Sowohl der Beschluß über die Bewilligung der Ausgabe als die Matrikel bedarf der Bestätigung durch die Staatsbehörde. Die Bestätigung ist insbesondere zu versagen, wenn Bedenken hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit des Beschlusses, der Angemessenheit des Verteilungsmaßstabes oder der Leistungsfähigkeit des Bezirks bestehen.

Artikel 12.

Die Bestimmungen der §§ 71 bis 74 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 über die Kosten der Kreis- und Provinzialsynoden kommen zur Anwendung, sobald die neuen Synodalorgane gemäß den §§ 43 bis 46 der General-Synodalordnung vom 20. Januar 1876 gebildet sind.

Artikel 13.

Kirchliche Gesetze und Verordnungen, sie mögen für die Landeskirche oder für einzelne Provinzen oder Bezirke erlassen werden, sind nur soweit rechtsgültig, als sie mit einem Staatsgesetz nicht in Widerspruch stehen.

Bevor ein von einer Provinzialsynode oder von der Generalsynode beschlossenes Gesetz dem Könige zur Sanktion vorgelegt wird, ist die Erklärung des Staatsministeriums darüber herbeizuführen, ob gegen den Erlaß desselben von Staats wegen etwas zu erinnern sei.

Absatz 4 des § 6 der General-Synodalordnung vom 20. Januar 1876 findet auch auf provinzielle kirchliche Gesetze Anwendung.

Die Bestimmungen dieses Artikels gelten auch in dem Bezirk der Kirchenordnung vom 5. März 1835 für die Provinz Westfalen und die Rheinprovinz.

Artikel 14.

Die Generalsynode übt die ihr in der General-Synodalordnung vom 20. Januar 1876 zugewiesenen Rechte in betreff

1. der unter die Verwaltung und Verfügung des Evangelischen Ober-Kirchenrats gestellten kirchlichen Fonds (§§ 11, 12);
2. neuer Ausgaben für landeskirchliche Zwecke (§ 14);
3. der Heranziehung der Einkünfte des Kirchenvermögens und der Pfarrpfründen zu Beiträgen für kirchliche Zwecke (§ 15).

Die zur Ausübung dieser Rechte erforderlichen Beschlüsse werden nach § 32 Absatz 2 und 4 gefaßt.

Artikel 15.

Kirchengesetze, durch welche neue Ausgaben zu landeskirchlichen Zwecken bewilligt werden (§ 14 der General-Synodalordnung vom 20. Januar 1876), und die endgültige Vereinbarung zwischen der Generalsynode und der Kirchenregierung über die Verteilung der Umlage auf die Provinzen (§ 14 Absatz 2 daselbst) bedürfen, bevor sie dem Könige zur Sanktion vorgelegt werden, der Zustimmung des Staatsministeriums.

Die Königliche Verordnung über vorläufige Feststellung des Verteilungsmaßstabes (§ 14 Absatz 2) ist von dem Staatsministerium gegenzuzeichnen.

Für die Unterverteilung in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen kommt Artikel 11 zur Anwendung. Die Unterverteilung in der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz erfolgt nach Maßgabe des § 135 der Kirchenordnung vom 5. März 1835. Wegen der Bestätigung der Matrikel für die Verteilung auf die Kreissynoden findet Artikel 11 Absatz 2, und wegen der Verteilung der Anteile der Kreissynoden auf die Gemeinden Artikel 3 Anwendung.

Artikel 16.

Die Gesamtsumme der auf Grund der Artikel 10 Nr. 3 und 14 Nr. 2 zu beschließenden Umlagen darf — abgesehen von den Synodalkosten — für provinzielle und landeskirchliche Zwecke sechs Prozent der Gesamtsumme der Einkommensteuer der zur evangelischen Landeskirche gehörigen Bevölkerung nicht übersteigen.

Wie viel von den innerhalb dieser Grenzen zulässigen Umlagen durch die Provinzialsynoden und wie viel durch die Generalsynode ausgeschrieben werden kann, wird durch landeskirchliches Gesetz bestimmt.

Kirchengesetze, welche diesen Prozentsatz überschreiten, bedürfen der Bestätigung durch ein Staatsgesetz. Dasselbe gilt, wenn Kirchengesetze eine Belastung der Gemeinden zu Gemeindezwecken anordnen oder zur Folge haben.

Artikel 17.

Kirchengesetze, durch welche die Einkünfte des Kirchenvermögens oder der Pfarrpfründen zu Beiträgen für kirchliche Zwecke herangezogen werden (§ 15 der General-Synodalordnung vom 20. Januar 1876), dürfen die Pfründeninhaber in ihren schon vor Erlaß dieses Gesetzes erworbenen Rechten nicht schmälern, müssen die Heranziehung in den einzelnen Kategorien der Kirchenkassen oder Pfründen nach gleichen Prozentsätzen anordnen und bedürfen, bevor sie dem Könige zur Sanktion vorgelegt werden, der Zustimmung des Staatsministeriums.

Die Zustimmung darf nicht versagt werden, wenn das Gesetz ordnungsmäßig zu stande gekommen ist und der Inhalt desselben dem § 15 der General-Synodalordnung vom 20. Januar 1876 und diesem Artikel entspricht.

Kirchengemeinden, welche den Nachweis führen, daß sie die vollen Ueberschüsse ihrer Kirchenkasse zu bestimmten, innerhalb der nächstfolgenden Jahre zu befriedigenden Bedürfnissen nicht entbehren können, sind von dieser Beitragspflicht zeitweilig zu entbinden.

Die Beiträge können im Wege der Administrativ-Exekution beigetrieben werden.

Zur Abwendung der Exekution steht den Beteiligten binnen einundzwanzig Tagen seit Empfang der Zahlungsaufforderung die Beschwerde dahin zu, daß die Heranziehung nicht dem Gesetz entspricht oder die Berechnung des Beitrages unrichtig, oder die Kirchenkasse nach Absatz 3 von der Beitragspflicht zu entbinden ist.

Ueber die Beschwerde entscheidet die Staatsbehörde.

Gegen die Entscheidung der Staatsbehörde steht den Beteiligten binnen einundzwanzig Tagen seit Zustellung derselben die Klage im Verwaltungsstreitverfahren beim Oberverwaltungsgericht offen.

Artikel 18.

Der General-Synodalvorstand übt die ihm in den §§ 11, 12 der General-Synodalordnung vom 20. Januar 1876 zugewiesenen Rechte und verwaltet die General-Synodalkasse (§ 34 Nr. 6).

Die zur Ausübung dieser Rechte erforderlichen Beschlüsse werden nach § 35 Absatz 2 gefaßt.

Artikel 19.

Die Vertretung der evangelischen Lan-

deskirche in ihren vermögensrechtlichen Angelegenheiten erfolgt durch den Evangelischen Ober-Kirchenrat unter Mitwirkung des General-Synodalvorstandes (§ 36 Nr. 4 der General-Synodalordnung vom 20. Januar 1876). Die Befugnis zur Aufnahme von Anleihen ist darin nicht einbegriffen.

Schriftliche Willenserklärungen, welche die Landeskirche dritten gegenüber rechtlich verpflichten, bedürfen in ihrer Ausfertigung des Vermerks, daß der General-Synodalvorstand bei dem Beschluß mitgewirkt hat, der Unterschrift des Präsidenten des Evangelischen Ober-Kirchenrats oder dessen Stellvertreters und der Beidrückung des Amtssiegels.

Artikel 20.

Für die Kosten der Generalsynode, deren Vorstände, Ausschüsse und Kommissionen, sowie des Synodalrats kommen die §§ 38 bis 40 der General-Synodalordnung vom 20. Januar 1876 zur Anwendung.

Artikel 21.

Die Verwaltung der Angelegenheiten der evangelischen Landeskirche geht, soweit solche bisher von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten und von den Regierungen geübt worden ist, auf den Evangelischen Ober-Kirchenrat und die Konsistorien als Organe der Kirchenregierung über.

Der Zeitpunkt und die Ausführung des Ueberganges bleibt Königlicher Verordnung vorbehalten.

Veränderungen der kollegialen Verfassung dieser Organe bedürfen der Genehmigung durch ein Staatsgesetz (General-Synodalordnung vom 20. Januar 1876 § 7 Nr. 5).

Artikel 22.

In Beziehung auf die Patronatsverhältnisse, sowie auf die kirchlichen Angelegenheiten bei dem Militär und öffentlichen Anstalten wird in den Zuständigkeiten der Behörden durch dieses Gesetz nichts geändert.

Artikel 23.

Den Staatsbehörden verbleibt:

1. die Anordnung und Vollstreckung der zur Aufrechthaltung der äußeren kirchlichen Ordnung erforderlichen polizeilichen Vorschriften;
2. die Regelung der streitigen Kirchen-, Pfarr- und Küstereibausachen, sowie die Vollstreckung der einstweiligen Entscheidungen in diesen Sachen;
3. die Beitreibung kirchlicher Abgaben;
4. die Leitung der Kirchenbuchführung, soweit die Kirchenbücher noch zur Beurkundung des Personenstandes dienen;
5. die Ausstellung von Attesten über das Vorhandensein derjenigen Thatsachen, welche den Anspruch auf Kostenfreiheit begründen;
6. die Mitwirkung bei der Veränderung bestehender, sowie bei der Bildung neuer Pfarrbezirke;
7. die Mitwirkung bei der Besetzung kirchenregimentlicher Aemter oder bei der Anordnung einer kommissarischen Verwaltung derselben. Diese Mitwirkung bleibt in dem bisherigen Umfange bestehen. Insbesondere hat die Anstellung der Mitglieder der kirchenregimentlichen Behörden unter Gegenzeichnung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten zu erfolgen.

Artikel 24.

Die Beschlüsse der kirchlichen Organe bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde in folgenden Fällen:

1. bei dem Erwerb, der Veräußerung oder der dinglichen Belastung von Grundeigentum;
2. bei der Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwert haben;
3. bei Anleihen, soweit sie nicht bloß zu vorübergehender Aushilfe dienen und aus der laufenden Einnahme derselben Voranschlagsperiode zurückerstattet werden können;
4. bei der Einführung und Veränderung von Gebührentaxen;
5. bei der Errichtung neuer, für den Gottesdienst, die Geistlichen oder andere Kirchendiener bestimmter Gebäude;
6. bei der Anlegung oder veränderten Benutzung von Begräbnisplätzen;
7. bei der Ausschreibung, Veranstaltung

oder Abhaltung von Sammlungen außerhalb der Kirchengebäude, unbeschadet des Artikels 10 Nr. 4;

8. bei einer Verwendung des kirchlichen Vermögens zu andern, als den bestimmungsmäßigen Zwecken.

Bewilligungen aus der Kirchenkasse an andere Gemeinden oder zur Unterstützung evangelischer Vereine und Anstalten, sofern dieselben einzeln zwei Prozent und im Gesamtbetrage eines Etatsjahres fünf Prozent der Solleinnahme nicht übersteigen, bedürfen nicht der Genehmigung der Staatsbehörde.

Artikel 25.

In betreff der Schenkungen und letztwilligen Zuwendungen bewendet es bei dem Gesetze vom 23. Februar 1870.[1])

Artikel 26.

Die kirchlichen Organe bedürfen zur Führung von Prozessen keiner Ermächtigung von seiten einer Staatsbehörde.

Artikel 27.

Die Staatsbehörde ist berechtigt, von der kirchlichen Vermögensverwaltung Einsicht zu nehmen, zu diesem Behuf die Etats und Rechnungen einzufordern, sowie außerordentliche Revisionen vorzunehmen und auf Abstellung der etwa gefundenen Gesetzwidrigkeiten durch Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel zu dringen.

Weigert sich ein Gemeindekirchenrat oder eine Gemeindevertretung, gesetzliche Leistungen, welche aus dem kirchlichen Vermögen zu bestreiten sind, oder den Pfarreingesessenen obliegen, auf den Etat zu bringen, festzusetzen oder zu genehmigen, so ist sowohl das Konsistorium als auch die Staatsbehörde unter gegenseitigem Einvernehmen befugt, die Eintragung in den Etat zu bewirken und die weiter erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Bestreiten die Gemeindeorgane die Gesetzwidrigkeit der beanstandeten Posten oder die Verpflichtung zu der auf Anordnung des Konsistorii und der Staatsbehörde in den Etat eingetragenen Leistungen, so entscheidet auf Klage der Gemeindeorgane im Verwaltungsstreitverfahren das Ober-Verwaltungsgericht.

Artikel 28.

Durch königliche Verordnung werden diejenigen Staatsbehörden bestimmt, welche die in den Artikeln 3, 5 und 8 des Gesetzes vom 25. Mai 1874 und in den Artikeln 3, 4, 7, 8, 11, 17 Absatz 6, Artikel 23, 24, 27 dieses Gesetzes erwähnten Rechte auszuüben haben.

Artikel 29.

Alle diesem Gesetz, der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 Abschnitt 2—5 und der anliegenden General-Synodalordnung vom 20. Januar 1876 entgegenstehenden Bestimmungen, mögen dieselben in den allgemeinen Landesgesetzen, in Provinzial- oder Lokalgesetzen und Lokalordnungen enthalten, oder durch Observanz oder Gewohnheit begründet sein, treten außer Kraft.

---

[1]) Aufgehoben durch Artikel 89 Nr. 26 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche. An seine Stelle sind Artikel 6 und 7 des genannten Ausführungsgesetzes getreten (vgl. Bd. I, S. 14, 15).

Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes vom 3. Juni 1876, betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den neun älteren Provinzen der Monarchie.

Vom 21. September 1898.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie, für die neun älteren Provinzen und die Hohenzollernschen Lande, was folgt:

Artikel 1.

Der Geltungsbereich des Kirchenverfassungsgesetzes vom 3. Juni 1876 (Gesetz-Samml. S. 125) erstreckt sich auf die neun älteren Provinzen der Monarchie und die Hohenzollernschen Lande.

Artikel 2.

Die Generalsynode übt die in dem Gesetze vom 3. Juni 1876 bestätigten Rechte auch, wenn sie nach den Bestimmungen über Abänderung und Ergänzung der §§ 1 Satz 1, 2 Nr. 1, 3 Satz 1 und Satz 2 der General-Synodalordnung im Artikel I des anliegenden Kirchengesetzes vom 19. September 1898[1]) zusammengesetzt ist.

Artikel 3.

Für die Verteilung von Umlagen und Kosten (Artikel 15 und 20 des Gesetzes vom 3. Juni 1876) finden Artikel II des anliegenden Kirchengesetzes, und wegen der Verteilung der Anteile auf die Gemeinden der Kreissynode Hohenzollern Artikel 3 des Gesetzes, betreffend die Kreis-Synodalordnung für die evangelischen Gemeinden in den Hohenzollernschen Landen, Anwendung.

Kirchengesetz, betreffend die kirchliche Aufsicht über die Vermögensverwaltung der Kirchengemeinden.

Vom 18. Juli 1892.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der Generalsynode und nachdem durch Erklärung Unseres Staatsministeriums festgestellt worden, daß gegen dieses Gesetz von Staatswegen nichts zu erinnern ist, für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen, was folgt:

§ 1. Die Beschlüsse der kirchlichen Gemeindeorgane in Vermögensangelegenheiten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung der kirchlichen Aufsichtsbehörde in folgenden Fällen:

1. bei dem Erwerbe, der Veräußerung oder der dinglichen Belastung von Grundeigentum, soweit der Erwerb nicht im Falle einer Zwangsversteigerung zur Sicherung in das Grundbuch eingetragener kirchlicher Forderungen notwendig ist;

[1]) Nämlich des Kirchengesetzes, betreffend Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen der Generalsynodalordnung vom 20. Januar 1876, vom 19. September 1898. Dieses Gesetz ist hier, da die Aenderungen, welche es an der Generalsynodalordnung vornimmt, bei dieser berücksichtigt sind, nicht mit abgedruckt.

2. bei der Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwert haben;
3. bei Anleihen, soweit sie nicht bloß zu vorübergehender Aushilfe dienen und aus den laufenden Einnahmen derselben Voranschlagsperiode zurückerstattet werden können;
4. bei der Einführung und Veränderung von Gebührentaxen;
5. bei einer Verwendung des kirchlichen Vermögens zu anderen als den bestimmungsmäßigen Zwecken mit Ausnahme solcher Bewilligungen aus der Kirchenkasse an andere Gemeinden oder zur Unterstützung evangelischer Vereine und Anstalten, welche einzeln zwei Prozent und im Gesamtbetrage eines Voranschlagsjahres fünf Prozent der Solleinnahme nicht übersteigen;
6. bei Einführung eines neuen und Abänderung des bestehenden Verteilungsfußes der Kirchenumlagen;
7. a) bei Bewilligungen aus der Kirchenkasse zur dauernden Verbesserung des Einkommens der bestehenden Stellen für den Dienst der Gemeinde,
   b) bei dauernder Verminderung solcher auf der Kirchenkasse haftenden Bewilligungen,
   c) bei Auseinandersetzungen über das Vermögen vereinigter Kirchen- und Schulstellen,
   d) bei Verwandlung veränderlicher Einnahmen der Kirchenbeamten in feste Hebungen oder
   e) bei Umwandlung von Naturaleinkünften in Geldrente, letztes, soweit nicht die Umwandlung in dem durch die Staatsgesetze geordneten Ablösungsverfahren erfolgt;
8. a) bei Neubauten oder beim Abbruch vorhandener Gebäude,
   b) bei Reparaturen gottesdienstlicher Gebäude, wenn dadurch die bauliche Grundgestalt oder die künstlerische Ausstattung des Gebäudes geändert wird, und
   c) bei Reparaturen der für die Geistlichen oder andere Kirchendiener bestimmten Gebäude, sofern sie nicht im Einverständnis mit dem berechtigten Stelleninhaber erfolgen;
9. bei Verpachtung und Vermietung von Kirchengrundstücken auf länger als zwölf Jahre, der Verpachtung oder Vermietung der den kirchlichen Beamten zur Nutzung oder zum Gebrauch überwiesenen Grundstücke über die Dienstzeit des jeweiligen Inhabers hinaus, oder wenn ein Kirchengrundstück an eine an der kirchlichen Vermögensverwaltung oder an der Aufsicht darüber beteiligte Person verpachtet oder vermietet werden soll;
10. bei Ausleihung kirchlicher Gelder auf Hypothek oder Grundschuld:
    a) wenn das Kapital 1000 Mk. übersteigt oder
    b) nicht zu erster Sicherheit oder
    c) an eine an der kirchlichen Vermögensverwaltung oder an der Aufsicht darüber beteiligte Person ausgeliehen werden soll;
11. bei Verwendungen von Kapitalbeständen für laufende Bedürfnisse;
12. bei außerordentlichen Ausgaben, welche den von der kirchlichen Aufsichtsbehörde für die Kirchengemeinde festgesetzten Betrag übersteigen.

    Ausgaben sind außerordentliche im Sinne dieser Vorschrift, wenn sie weder zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung notwendig, noch schon bisher nach bestimmten, von der Aufsichtsbehörde ausdrücklich oder stillschweigend gebilligten Grundsätzen geleistet sind.

---

§ 2. Alle Bestimmungen, nach denen es zu den Geschäften der kirchlichen Vermögensverwaltung in anderen als den in § 1 genannten Fällen einer Genehmigung der kirchlichen Aufsichtsbehörde bedarf, treten außer Kraft.

---

§ 3. Die Festsetzung des Zeitpunkts, mit welchem dieses Gesetz in Geltung tritt, bleibt Königlicher Verordnung vorbehalten.

Durch Königliche Verordnung wird gleichfalls bestimmt, in welchem der in

§ 1 erwähnten Fälle das Recht der Genehmigung von dem Evangelischen Ober-Kirchenrate oder dem Konsistorium auszuüben ist, und unter welchen Voraussetzungen es gestattet sein soll, das Genehmigungsrecht der Aufsichtsbehörde auf synodale Organe zu übertragen.

§ 4. Die Provinz Westfalen und die Rheinprovinz bleiben von den Vorschriften dieses Gesetzes zunächst ausgenommen. Die Einführung des Gesetzes in diese Provinzen erfolgt, sobald dessen Annahme von den beiden Provinzialsynoden oder von einer derselben beschlossen wird, durch kirchliche, vom Landesherrn zu erlassende Verordnung, welche in der dem § 6 der Generalsynodalordnung entsprechenden Form zu verkünden ist.

Verordnung über die Ausübung der Rechte des Staats gegenüber der evangelischen Landeskirche der acht älteren Provinzen der Monarchie.

Vom 9. September 1876.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen in Gemäßheit des Artikels 28 des Gesetzes vom 3. Juni 1876 (G.S. S. 125), auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen und die Rheinprovinz über die Ausübung der Rechte des Staats gegenüber der evangelischen Landeskirche dieser Provinzen, was folgt:

Artikel I.

Die Rechte des Staats werden von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten ausgeübt:

1. bei Feststellung des Regulativs für die vereinigten Kreissynoden der Haupt- und Residenzstadt Berlin (Gesetz vom 3. Juni 1876 Art. 8);
2. bei dem Erwerb, der Veräußerung oder der dinglichen Belastung von Grundeigentum, wenn der Wert des zu erwerbenden oder des zu veräußernden Gegenstandes, oder wenn der Betrag der Belastung die Summe von zehntausend Mark übersteigt (Art. 24 Nr. 1);
3. bei der Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwert haben (Art. 24 Nr. 2);
4. bei der Errichtung neuer, für den Gottesdienst bestimmter Gebäude (Art. 24 Nr. 5);
5. bei der Anlegung von Begräbnisplätzen (Art. 24 Nr. 6);
6. bei der Bewilligung von Sammlungen außerhalb der Kirchengebäude, wenn die Sammlung in mehr als einer Provinz stattfinden soll (Art. 24 Nr. 7), und zwar in diesem Falle in Gemeinschaft mit dem Minister des Innern;
7. in allen Fällen der Art. 24 und 27 Abs. 1 a. a. O., wenn die Rechte des Staats gegenüber dem Evangelischen Ober-Kirchenrat geltend zu machen sind.

Artikel II.

Die Rechte des Staats werden durch den Oberpräsidenten ausgeübt:

1. bei den von der Provinzialsynode beschlossenen neuen kirchlichen Ausgaben (Gesetz vom 3. Juni 1876 Art. 11 Abs. 2);
2. bei der Bewilligung von Sammlungen außerhalb der Kirchengebäude, wenn die Sammlung in mehr als einem Regierungsbezirk stattfinden soll (Art. 24 Nr. 7).

Gegen die Verfügung des Oberpräsidenten findet in den Fällen zu 1 die

Beschwerde an den Minister der geistlichen Angelegenheiten, in den Fällen zu 2 an die Minister des Innern und der geistlichen Angelegenheiten statt.

Artikel III.

Die Rechte des Staats werden durch den Regierungspräsidenten, in der Haupt- und Residenzstadt Berlin durch den Polizeipräsidenten ausgeübt:

1. in betreff der Vollstreckbarkeit der Beschlüsse über Gemeindeumlagen (Art. 3 des Gesetzes vom 25. Mai 1874);
2. bei Feststellung der Gemeindestatuten (Art. 5 des Gesetzes vom 25. Mai 1874);
3. in betreff der Ausübung der Patronatsrechte (§ 23 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 und Art. 8 des Gesetzes vom 25. Mai 1874);
4. in den Fällen der Art. 3, 4, 7, 17 Abs. 6, der Art. 24 und 27 des Gesetzes vom 3. Juni 1876, soweit nicht in den Art. 1 und 2 dieser Verordnung die Ausübung der Rechte dem Minister der geistlichen Angelegenheiten oder dem Oberpräsidenten übertragen ist.

Gegen die Verfügung des Regierungspräsidenten geht, sofern nicht die Klage bei dem Ober-Verwaltungsgerichte nach Art. 27 Abs. 3 des Gesetzes vom 3. Juni 1876 stattfindet, die Beschwerde an den Oberpräsidenten. Derselbe beschließt auf die Beschwerde endgültig.

Artikel IV.

Ob und welche Aenderung in der Zuständigkeit der Staatsbehörden für die im Art. 23 des Gesetzes vom 3. Juni 1876 bezeichneten Rechte einzutreten hat, bleibt der in Gemäßheit des Art. 21 a. a. O. später zu erlassenden Verordnung vorbehalten.

Verordnung, betreffend den Uebergang der Verwaltung der Angelegenheiten der evangelischen Landeskirche auf den evangelischen Oberkirchenrat und die Konsistorien der acht älteren Provinzen der Monarchie.

Vom 5. September 1877.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen auf Grund des Artikels 21 des Gesetzes vom 3. Juni 1876 (G.S. S. 125) und des Artikels IV der Verordnung vom 9. September 1876 (G.S. S. 395) auf den Antrag Unseres Staatsministeriums für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen und die Rheinprovinz, was folgt:

Artikel I.

Mit dem 1. Oktober 1877 geht die Verwaltung der Angelegenheiten der evangelischen Landeskirche, soweit solche bisher von dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und von den Regierungen geübt worden ist, nach Maßgabe des Gesetzes vom 3. Juni 1876 auf den Evangelischen Ober-Kirchenrat und die Konsistorien als Organe der Kirchenregierung über.

Artikel II.

In betreff des Kurmärkischen und des Neumärkischen Aemterkirchenfonds bewendet es bis zu dem bevorstehenden Erlasse anderweitiger Bestimmungen über diese Fonds bei der bisherigen Verwaltung.

Artikel III.

Die Rechte des Staates in den Fällen des Artikels 23 Nr. 1 bis einschließlich 6

des Gesetzes vom 3. Juni 1876 werden in der Haupt- und Residenzstadt Berlin, soweit sie bisher von dem Konsistorium der Provinz Brandenburg geübt sind, vom 1. Oktober 1877 ab durch den Polizeipräsidenten ausgeübt.

Artikel IV.

Die Ausübung der landesherrlichen Patronatsrechte in der Haupt- und Residenzstadt Berlin, soweit solche bisher von dem Konsistorium geübt sind, geht mit dem 1. Oktober 1877 auf die Ministerial-, Militär- und Bau-Kommission zu Berlin über. Dem Konsistorium verbleibt jedoch die Ausübung der auf dem landesherrlichen Patronate beruhenden Ernennungs- und Berufungsrechte nach Maßgabe des § 2 der Verordnung vom 27. Juni 1845 (G.-S. S. 440), der §§ 21 und 32 Nr. 2 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 (G.-S. 1874 S. 151) und der Verordnung vom 2. Dezember 1874 (G.-S. S. 355).

Gesetz über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden.

Vom 20. Juni 1875.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtags, für den Umfang der Monarchie, was folgt:

§ 1. In jeder katholischen Pfarrgemeinde sind die kirchlichen Vermögensangelegenheiten durch einen Kirchenvorstand und eine Gemeindevertretung nach Maßgabe dieses Gesetzes zu besorgen.

§ 2. Die Vorschrift des § 1 findet auch auf Missionspfarrgemeinden, sowie auf solche anderen Kirchengemeinden (Filial-, Kapellen- ꝛc. Gemeinden) Anwendung, für welche besonders bestimmte kirchliche Vermögensstücke vorhanden sind oder deren Gemeindegliedern besondere Leistungen zur Bestreitung der kirchlichen Bedürfnisse dieser Gemeinden obliegen.

§ 3. Zu dem kirchlichen Vermögen im Sinne dieses Gesetzes gehören:

1. das für Kultusbedürfnisse bestimmte Vermögen, einschließlich des Kirchen- und Pfarrhausbaufonds, der zur Besoldung der Geistlichen und anderen Kirchendiener bestimmten Vermögensstücke und der Anniversarien;
2. die zu irgend einem sonstigen kirchlichen Zwecke oder zu wohlthätigen oder Schulzwecken bestimmten kirchlichen Vermögensstücke;
3. die Erträge der durch kirchliche Organe zu kirchlichen, wohlthätigen oder Schulzwecken des Gemeindebezirks innerhalb und außerhalb der Kirchengebäude veranstalteten Sammlungen, Kollekten ꝛc.;
4. die zu kirchlichen, wohlthätigen oder Schulzwecken innerhalb des Gemeindebezirks bestimmten und unter die Verwaltung kirchlicher Organe gestellten Stiftungen.

§ 4. Die dem Staate oder den bürgerlichen Gemeinden zustehenden Rechte an Begräbnisplätzen oder solchen Vermögensstücken, welche zu kirchlichen Zwecken bestimmt sind, werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Unter kirchlichem Vermögen im Sinne dieses Gesetzes ist dasjenige nicht begriffen, welches zwar zu kirchlichen Zwecken bestimmt, aber unter dauernde Verwaltung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinden und Kommunalverbände gestellt ist.

I. Kirchenvorstand.

§ 5. Der Kirchenvorstand besteht:

1. in Pfarrgemeinden aus dem Pfarrer, in Filial-, Kapellen- ꝛc. Gemeinden, welche eigene Geistliche haben, aus dem der Anstellung nach ältesten;

2. aus mehreren Kirchenvorstehern, welche durch die Gemeinde gewählt werden;
3. in dem Falle des § 39 aus dem daselbst bezeichneten Berechtigten oder dem von ihm ernannten Kirchenvorsteher.

---

§ 6. Die Zahl der für jede Gemeinde zu wählenden Kirchenvorsteher beträgt in Gemeinden bis 500 Mitglieder vier, bei mehr als 500 bis 2000 Mitgliedern sechs, bei mehr als 2000 bis 5000 Mitgliedern acht, bei mehr als 5000 Mitgliedern zehn.

Eine Abänderung der Zahl kann durch Beschluß der Gemeindevertretung bewirkt werden; die Zahl soll jedoch nicht mehr als zwölf und nicht weniger als vier betragen.

Mit Rücksicht auf die Seelenzahl oder die besonderen Verhältnisse einer Gemeinde kann die Zahl mit Genehmigung des Oberpräsidenten bis auf zwei herabgesetzt werden.

---

§ 7. Das Amt der Kirchenvorsteher ist ein Ehrenamt.

Für außergewöhnliche Mühewaltungen kann auf Antrag des Kirchenvorstandes eine angemessene Entschädigung durch die Gemeindevertretung bewilligt werden.

---

§ 8. Der Kirchenvorstand verwaltet das kirchliche Vermögen.

Er vertritt die seiner Verwaltung unterstehenden Vermögensmassen und die Gemeinde in vermögensrechtlicher Beziehung.

Die Rechte der jeweiligen Inhaber an den zur Besoldung der Geistlichen und anderen Kirchendiener bestimmten Vermögensstücken werden hierdurch nicht berührt.

---

§ 9. Die Mitglieder des Kirchenvorstandes haften für die Sorgfalt eines ordentlichen Hausvaters.

---

§ 10. Die Kassenverwaltung und die Rechnungsführung ist einem Kirchenvorsteher zu übertragen, welcher von dem Kirchenvorstande gewählt wird.

Durch Beschluß des Kirchenvorstandes kann ein demselben nicht angehöriger, besonderer Rendant oder Rechnungsführer angestellt werden. Ein solcher Rendant oder Rechnungsführer gehört zu den Kirchendienern im Sinne des Gesetzes vom 12. Mai 1873.

---

§ 11. Der Kirchenvorstand hat ein Inventar über das von ihm verwaltete kirchliche Vermögen (§ 3) zu errichten und fortzuführen.

Er hat einen Voranschlag der Jahreseinnahmen und Ausgaben aufzustellen und einen vollständigen Bericht über den Stand des kirchlichen Vermögens alljährlich an die Gemeindevertretung zu erstatten.

Am Schlusse jedes Rechnungsjahres hat der Kirchenvorstand die Rechnung zu prüfen.

---

§ 12. Der Kirchenvorstand wählt aus seinen im § 5 Nr. 2 und 3 bezeichneten Mitgliedern bei dem Eintritt der neuen Kirchenvorsteher einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben, beide auf drei Jahre.

---

§ 13. Der Kirchenvorstand versammelt sich auf Einladung des Vorsitzenden, so oft es die Erledigung der Geschäfte erforderlich macht. Durch Beschluß können regelmäßige Sitzungstage festgesetzt werden.

---

§ 14. Der Kirchenvorstand ist zu berufen, wenn dies verlangt wird:

1. von der bischöflichen Behörde,
2. von dem Landrat (Amtshauptmann, Amtmann), in Stadtkreisen von dem Bürgermeister,
3. von der Hälfte der Mitglieder des Kirchenvorstandes,
4. durch Beschluß der Gemeindevertretung,

in den beiden letzten Fällen, sofern ein innerhalb der Zuständigkeit des Kirchenvorstandes liegender Zweck angegeben wird.

---

§ 15. Kommt der Vorsitzende dem Verlangen nicht nach, oder ist ein Vorsitzender nicht vorhanden, so kann die Berufung sowohl durch die bischöfliche Behörde, als auch durch die im § 14 Nr. 2 genannten Beamten erfolgen.

In diesen Fällen bestimmt die berufende Behörde den Vorsitzenden aus den im § 5 Nr. 2 und 3 bezeichneten Mitgliedern des Kirchenvorstandes.

---

§ 16. Zu den Sitzungen sind sämt-

liche Mitglieder des Kirchenvorstandes einzuladen. Die Einladung ist, wenn der Beschluß der Zustimmung der Gemeindevertretung bedarf, schriftlich unter Angabe des Gegenstandes spätestens den Tag vor der Sitzung zuzustellen.

§ 17. Die Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit der Anwesenden gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei Wahlen das Los.

Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist erforderlich, daß mindestens die Hälfte der Mitglieder des Kirchenvorstandes an der Abstimmung teilgenommen hat.

Mitglieder, welche an dem Gegenstande der Beschlußfassung persönlich beteiligt sind, haben sich der Abstimmung zu enthalten.

Bei nicht vorschriftsmäßig erfolgter Einladung kann eine Beschlußfassung nur dann stattfinden, wenn der Kirchenvorstand vollzählig versammelt ist und Widerspruch nicht erhoben wird.

§ 18. Die Beschlüsse sind unter Angabe des Tages und der Anwesenden in ein Protokollbuch zu verzeichnen. Die Protokolle werden von dem Vorsitzenden und mindestens noch einem Mitgliede des Kirchenvorstandes unterschrieben.

§ 19. Zu jeder die Gemeinde und die von dem Kirchenvorstande vertretenen Vermögensmassen verpflichtenden schriftlichen Willenserklärung des Kirchenvorstandes bedarf es der Unterschrift des Vorsitzenden und noch zweier Mitglieder des Kirchenvorstandes, sowie der Beidrückung des Amtssiegels. Hierdurch wird dritten gegenüber die ordnungsmäßige Fassung des Beschlusses festgestellt, so daß es eines Nachweises der einzelnen Erfordernisse desselben, insbesondere der erfolgten Zustimmung der Gemeindevertretung, wo eine solche notwendig ist, nicht bedarf.

II. Gemeindevertretung.

§ 20. Die Zahl der Gemeindevertreter soll dreimal so groß sein, wie diejenige der gewählten Kirchenvorsteher.

Mit Rücksicht auf die Seelenzahl oder die besonderen Verhältnisse einer Gemeinde kann die Zahl mit Genehmigung des Oberpräsidenten herabgesetzt werden.

§ 21. Die Beschlüsse des Kirchenvorstandes bedürfen der Zustimmung der Gemeindevertretung in folgenden Fällen:

1. bei dem Erwerb, der Veräußerung oder der dinglichen Belastung von Grundeigentum, bei der Vermietung oder Verpachtung desselben auf länger als zehn Jahre und bei der Vermietung oder Verpachtung der den Geistlichen und anderen Kirchendienern zum Gebrauch oder zur Nutzung überwiesenen Grundstücke über die Dienstzeit des jeweiligen Inhabers hinaus;
2. bei Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwert haben;
3. bei außerordentlicher Benutzung des Vermögens, welche die Substanz selbst angreift, sowie bei Kündigung und Einziehung von Kapitalien, sofern sie nicht zur zinsbaren Wiederbelegung erfolgt;
4. bei Anleihen, sofern sie nicht bloß zur vorübergehenden Aushilfe dienen und aus den Ueberschüssen der laufenden Einnahmen über die Ausgaben derselben Voranschlagsperiode zurückerstattet werden können;
5. bei Anstellung von Prozessen, soweit dieselben nicht die Eintreibung fortlaufender Zinsen und Gefälle oder die Einziehung ausstehender Kapitalien, deren Zinsen rückständig geblieben sind, betreffen, und bei Abschließung von Vergleichen;
6. bei Neubauten oder erheblichen Reparaturen an Baulichkeiten, sofern nicht über die Notwendigkeit der Bauausführung bereits durch die zuständigen Behörden endgültig entschieden ist. Für erheblich gelten Reparaturen, deren Kostenanschlag 200 Mark übersteigt. Im Fall des Bedürfnisses kann die Gemeindevertretung ein für allemal die Vollmacht des Kirchenvorstandes zur Vornahme höher veranschlagter Reparaturen, jedoch nicht über die Summe von 1000 Mark hinaus erweitern;
7. bei Beschaffung der zu den kirchlichen Bedürfnissen erforderlichen Geldmittel oder Leistungen, soweit solche nicht nach dem bestehenden

Rechte aus dem Kirchenvermögen oder von dem Patron oder von sonst besonders Verpflichteten zu gewähren sind;

8. bei Festsetzung der auf die Gemeindeglieder zu verteilenden Umlagen und bei Bestimmung des Verteilungsmaßstabes; letzterer ist entweder nach Maßgabe der direkten Staatssteuer oder der Kommunalsteuer festzusetzen;
9. bei Einführung oder Veränderung von Gebührentaxen;
10. bei Bewilligungen aus der Kirchenkasse zur Ausstattung neuer Stellen für den Dienst der Gemeinde, sowie zur dauernden Verbesserung des Einkommens bestehender Stellen, und bei Umwandlung von veränderlichen Einnahmen der Geistlichen und anderer Kirchendiener in feste Hebungen oder von Naturaleinkünften in Geld, letzteres soweit nicht die Umwandlung in dem durch die Staatsgesetze geordneten Ablösungsverfahren erfolgt;
11. bei einer Verwendung des kirchlichen Vermögens, welche nicht kirchliche, wohlthätige oder Schulzwecke innerhalb der Gemeinde selbst betrifft;
12. bei Feststellung des Etats und der Voranschlagsperiode;
13. bei Abnahme der Jahresrechnung und Erteilung der Entlastung.

Der Etat ist nach erfolgter Feststellung, die Jahresrechnung nach erteilter Entlastung auf zwei Wochen zur Einsicht der Gemeindeglieder nach vorgängiger ortsüblicher Bekanntmachung öffentlich auszulegen.

---

§ 22. Die Gemeindevertretung wählt bei dem Eintritt der neuen Gemeindevertreter einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben, beide auf drei Jahre.

Sie versammelt sich auf Einladung des Vorsitzenden, so oft es die Erledigung der Geschäfte erforderlich macht.

In betreff der Berufung der Gemeindevertretung finden die Vorschriften der §§ 14 und 15 sinngemäße Anwendung, jedoch mit der Maßgabe, daß auf Verlangen eines Dritteils der Mitglieder der Gemeindevertretung die Berufung erfolgen muß.

---

§ 23. Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes oder ein von ihm abgeordneter Kirchenvorsteher (§ 5 Nr. 2 und 3 sind befugt, den Sitzungen der Gemeindevertretung mit beratender Stimme beizuwohnen.

---

§ 24. Zu den Sitzungen sind sämtliche Gemeindevertreter, sowie der Vorsitzende des Kirchenvorstandes schriftlich unter Angabe des Gegenstandes spätestens den Tag vor der Sitzung einzuladen.

Im übrigen finden die Bestimmungen der §§ 17 und 18 sinngemäße Anwendung, jedoch genügt zur Beschlußfähigkeit der Versammlung die Anwesenheit eines Dritteils der Mitglieder.

Die Gemeindevertretung hat das Recht, die Oeffentlichkeit ihrer Sitzungen zu beschließen.

Die Beschlüsse werden dem Kirchenvorstande in einem von dem Vorsitzenden und zwei Gemeindevertretern unterschriebenen Auszuge aus dem Protokollbuche zugestellt.

III. Wahl der Kirchenvorsteher und der Gemeindevertreter.

§ 25. Wahlberechtigt sind alle männlichen volljährigen, selbständigen Mitglieder der Gemeinde, welche bereits ein Jahr in derselben, oder wo mehrere Gemeinden am Orte sind, an diesem Orte wohnen und zu den Kirchenlasten nach Maßgabe der dazu bestehenden Verpflichtung beitragen.

Selbständig sind diejenigen, welche einen eigenen Hausstand haben oder ein öffentliches Amt bekleiden oder ein eigenes Geschäft oder als Mitglied einer Familie deren Geschäft führen.

Als selbständig sind nicht anzunehmen diejenigen, welche unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehen, oder welche im letzten Jahre vor der Wahl armutshalber aus öffentlichen Mitteln Unterstützung erhalten oder Erlaß der kirchlichen Beiträge genossen haben.

---

§ 26. Von der Ausübung des Wahlrechts sind ausgeschlossen diejenigen:

1. welche nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden;

2. welche wegen eines Verbrechens oder wegen eines solchen Vergehens, welches die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach sich ziehen kann, in Untersuchung sich befinden;
3. welche im Konkurse sich befinden;
4. welche mit der Bezahlung kirchlicher Umlagen über ein Jahr im Rückstande sind.

---

§ 27. Wählbar sind die wahlberechtigten Mitglieder der Gemeinde, welche das dreißigste Lebensjahr vollendet haben, sofern sie nicht nach § 26 von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen sind.

---

§ 28. Geistliche und andere Kirchendiener gehören nicht zu den wahlberechtigten und wählbaren Mitgliedern der Gemeinde.

---

§ 29. Niemand kann zugleich Mitglied des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung sein.

---

§ 30. Das Wahlverfahren bestimmt sich nach der beiliegenden Wahlordnung.

---

§ 31. Die Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter sind in ihr Amt einzuführen und auf treue Erfüllung ihrer Obliegenheiten zu verpflichten.

---

§ 32. Die Gewählten können das Amt eines Kirchenvorstehers oder eines Gemeindevertreters nur ablehnen oder niederlegen:

1. wenn sie das sechzigste Lebensjahr vollendet oder
2. schon sechs Jahre das Amt bekleidet haben, oder
3. wenn andere erhebliche Entschuldigungsgründe vorliegen, z. B. Kränklichkeit, häufige Abwesenheit, oder Dienstverhältnisse, welche mit dem Amte unvereinbar sind.

Ueber die Erheblichkeit und thatsächliche Richtigkeit entscheidet der Kirchenvorstand und auf eingelegte Berufung, für welche von Zustellung der Entscheidung an eine Ausschlußfrist von zwei Wochen läuft, die bischöfliche Behörde im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten (Landdrosten).

Wer ohne solchen Grund die Uebernahme oder die Fortführung des Amts verweigert, verliert das durch dieses Gesetz begründete kirchliche Wahlrecht. Dasselbe kann ihm auf sein Gesuch von dem Kirchenvorstande wieder beigelegt werden.

---

§ 33. Das Amt der gewählten Kirchenvorsteher und der Gemeindevertreter dauert sechs Jahre.

Von drei zu drei Jahren scheidet die Hälfte aus. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar und bleiben jedenfalls bis zu dem Eintritt ihrer Nachfolger im Amt.

Der Austritt wird durch die Dienstzeit, das erste Mal durch Auslosung bestimmt.

---

§ 34. Ist das Amt eines gewählten Kirchenvorstehers oder eines Gemeindevertreters außer der Zeit erledigt, so wählt die Gemeindevertretung für die Restzeit der Amtsdauer des Ausgeschiedenen einen Ersatzmann.

IV. Fortfall der Gemeindevertretung.

§ 35. In Gemeinden, in denen besondere Verhältnisse, z. B. geringes Vermögen, zerstreute Wohnsitze ꝛc., die Bildung einer Gemeindevertretung unzweckmäßig oder unthunlich erscheinen lassen, kann die bischöfliche Behörde im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten anordnen, daß eine Gemeindevertretung nicht zu bilden, sofern in einer hierzu anzuberaumenden Versammlung der wahlberechtigten Gemeindeglieder die Mehrheit derselben nicht widerspricht.

---

§ 36. In dem Falle des § 35 werden die der Gemeindevertretung nach § 7 zustehenden Befugnisse von dem Kirchenvorstande wahrgenommen.

Ersatzmänner werden durch die Gesamtheit der Wahlberechtigten gewählt.

V. Entlassung und Auflösung.

§ 37. Die Entlassung eines Kirchenvorstehers oder eines Gemeindevertreters erfolgt:

1. wegen Verlustes einer zur Wählbarkeit erforderlichen Eigenschaft;
2. wegen grober Pflichtwidrigkeit.

In dem letzteren Falle kann die Wahlberechtigung dauernd oder auf Zeit entzogen werden.

Die Entlassung kann sowohl von der

bischöflichen Behörde, als auch von dem Regierungspräsidenten nach Anhörung des Beschuldigten und des Kirchenvorstandes verfügt werden.[1])

§ 38. Wenn der Kirchenvorstand oder die Gemeindevertretung beharrlich die Erfüllung ihrer Pflichten vernachlässigen oder verweigern, oder wiederholt Angelegenheiten, welche nicht zu ihrer Zuständigkeit gehören, zum Gegenstande einer Erörterung oder Beschlußfassung machen, so können sie sowohl durch die bischöfliche Behörde, als auch durch den Oberpräsidenten, unter gegenseitigem Einvernehmen aufgelöst werden.

Mit der Auflösung sind sofort die erforderlichen Neuwahlen anzuordnen.

VI. Stellung der Patrone anderer Berechtigter.

§ 39. Der Patron, welchem auf Grund des Patronats, oder ein anderer Berechtigter, welchem auf Grund eines besonderen Rechtstitels die Mitgliedschaft in dem Kirchenvorstande oder die Berechtigung zugestanden hat, Kirchenvorsteher zu ernennen, zu bestellen oder zu präsentieren, ist fortan befugt, entweder selbst in den Kirchenvorstand einzutreten oder einen Kirchenvorstand zu ernennen.

Der Berechtigte, welcher in den Kirchenvorstand eintritt, und der von ihm ernannte Kirchenvorsteher müssen die in den §§ 27 bis 29 vorgeschriebene Wählbarkeit besitzen.

§ 40. Außer der im § 39 festgesetzten Befugnis zur Beteiligung an dem Kirchenvorstande verbleiben dem Patron da, wo derselbe Patronatslasten für die kirchlichen Bedürfnisse trägt, die Aufsicht über die Verwaltung der Kirchenkasse und das Recht der Zustimmung zu den nach den bestehenden Gesetzen seiner Genehmigung unterliegenden Geschäften der Vermögens-Verwaltung.

Die Beschlüsse des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung sind dem Patron abschriftlich mitzuteilen. Erklärt er sich auf dieselben nicht binnen dreißig Tagen nach dem Empfange, so gilt er als zustimmend. Widerspricht der Patron, so steht dem Kirchenvorstande die Berufung an die Bezirksregierung zu, welches den Widerspruch verwerfen und die Zustimmung des Patrons ergänzen kann.

Eine solche Ergänzung ist unzulässig, wenn es sich um Ausgaben handelt, für welche die Kirchenkasse bisher nicht bestimmt gewesen ist.

Kommt es für Urkunden auf die formelle Feststellung der Zustimmung des Patrons an und ist die letztere wegen Verabsäumung der dem Patron offen stehenden Frist für erteilt zu erachten, so wird die fehlende Unterschrift durch die im Absatz 2 genannten Aufsichtsbehörden ergänzt.

§ 41. In den Landesteilen, in welchen die bürgerliche Gemeinde zur Aufbringung von Kosten für die kirchlichen Bedürfnisse der Pfarrgemeinden gesetzlich verpflichtet ist, muß sowohl der Etat, als auch die Jahresrechnung zugleich mit der im § 21 angeordneten öffentlichen Auslegung dem Bürgermeister abschriftlich mitgeteilt werden.

VII. Ausführungsbestimmungen.

§ 42. Anweisungen über die Geschäftsführung können dem Kirchenvorstande oder der Gemeindevertretung sowohl von der bischöflichen Behörde, als auch von dem Oberpräsidenten, unter gegenseitigem Einvernehmen, erteilt werden.

§ 43. Macht die bischöfliche Behörde in denjenigen Fällen, in welchen sie eine Anordnung oder Entscheidung im Einvernehmen mit der Staatsbehörde zu treffen hat, von ihren Befugnissen keinen Gebrauch, so ist sie zur Ausübung derselben von der Staatsbehörde aufzufordern. Leistet sie dieser Aufforderung binnen dreißig Tagen nach dem Empfange derselben keine Folge, so geht die Ausübung der Befugnisse auf die Staatsbehörde über.

In denjenigen Fällen, in welchen die bischöfliche oder die Staatsbehörde, jede jedoch im Einvernehmen mit der andern,

[1]) Gegen die Entscheidung findet Beschwerde an den Minister der geistlichen Angelegenheiten statt, nach Art. 10 des Gesetzes, betreffend Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze, vom 21. Mai 1886.

eine Anordnung oder Entscheidung zu treffen hat, muß die um ihre Zustimmung angegangene Behörde sich binnen dreißig Tagen nach dem Empfange der Aufforderung erklären. Erklärt sie sich nicht, so gilt sie als zustimmend.

Bei erhobenem Widerspruch entscheidet in allen Fällen über Meinungsverschiedenheiten zwischen der bischöflichen Behörde und dem Regierungspräsidenten der Oberpräsident über Meinungsverschiedenheiten zwischen diesem und der bischöflichen Behörde der Minister der geistlichen Angelegenheiten.

---

§ 44. In den getroffenen Anordnungen ist erkennbar zu machen, ob das Einvernehmen erreicht oder ob die Zustimmung wegen Verabsäumung der Frist für erteilt zu erachten oder ob die Entscheidung infolge erhobenen Widerspruchs getroffen ist.

---

§ 45. Weigert sich ein Kirchenvorsteher, sein Amt zu übernehmen oder auszuüben, so ist eine Neuwahl anzuordnen.

Weigert sich auch der neu gewählte Kirchenvorsteher, sein Amt zu übernehmen oder auszuüben, so ist der Regierungspräsident befugt, den Kirchenvorsteher aus den wählbaren Mitgliedern der Gemeinde zu bestellen.

---

§ 46. Kommt die Wahl der Kirchenvorsteher überhaupt nicht zu stande oder weigert sich die Mehrzahl der gewählten Kirchenvorsteher, ihr Amt zu übernehmen oder auszuüben, oder muß der nach erfolgter Auflösung neu gewählte Kirchenvorstand aufgelöst werden, so ist der Regierungspräsident befugt, eine kommissarische Besorgung der kirchlichen Vermögensangelegenheiten unter sinngemäßer Anwendung der §§ 9 bis 11 des Gesetzes vom 20. Mai 1874 anzuordnen.

Kommt die Wahl der Gemeindevertretung nicht zu stande, oder weigert sich die Mehrzahl der Gemeindevertreter, ihr Amt zu übernehmen oder auszuüben, oder muß die nach erfolgter Auflösung neu gewählte Gemeindevertretung aufgelöst werden, so ist der Regierungspräsident befugt, sowohl die Geschäfte des Kirchenvorstandes, als auch die der Gemeindevertretung kommissarisch besorgen zu lassen.

VIII. Aufsichtsbehörde.

§ 47. Die gesetzlichen Verwaltungsnormen werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Die den vorgesetzten Kirchenbehörden gesetzlich zustehenden Rechte der Aufsicht und der Einwilligung zu bestimmten Handlungen der Verwaltung werden mit den in den nachfolgenden Bestimmungen enthaltenen Einschränkungen geübt.

---

§ 48. Macht die vorgesetzte Kirchenbehörde von den ihr gesetzlich zustehenden Rechten der Aufsicht oder der Einwilligung zu bestimmten Handlungen der Verwaltung keinen Gebrauch, so ist sie zur Ausübung derselben von der staatlichen Aufsichtsbehörde aufzufordern. Leistet sie dieser Aufforderung binnen dreißig Tagen nach dem Empfange derselben keine Folge, so geht die Ausübung der Befugnisse auf die staatliche Aufsichtsbehörde über.

---

§ 49. Gegen Verfügungen der vorgesetzten Kirchenbehörde, durch welche die Einwilligung zu bestimmten Handlungen der Verwaltung versagt wird, steht dem Kirchenvorstande die Berufung an den Oberpräsidenten zu, welcher endgültig entscheidet.

---

§ 50. Die Beschlüsse des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde in folgenden Fällen:

1. bei dem Erwerb, der Veräußerung oder der dinglichen Belastung von Grundeigentum;
2. bei Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwert haben;
3. bei Anleihen im Sinne des § 21 Nr. 4;
4. bei dem Bau neuer, für den Gottesdienst, die Geistlichen oder andere Kirchendiener bestimmter Gebäude;
5. bei der Anlegung oder veränderten Benutzung von Begräbnisplätzen;
6. bei Einführung oder Veränderung von Gebührentaxen;
7. bei Ausschreibung, Veranstaltung und Abhaltung von Sammlungen, Kollekten ꝛc. für kirchliche, wohlthätige oder Schulzwecke außerhalb der Kirchengebäude;

8. bei einer Verwendung des kirchlichen Vermögens, welche nicht kirchliche, wohlthätige oder Schulzwecke innerhalb der Gemeinde selbst betrifft.

In dem Falle zu 8 gilt die Genehmigung als erteilt, wenn die staatliche Aufsichtsbehörde nicht binnen 30 Tagen nach Mitteilung des Beschlusses widerspricht;

9. bei Umlagen auf die Gemeindeglieder.

In dem Falle zu 9 ist die Genehmigung insbesondere zu versagen, sofern Bedenken hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit der Auferlegung, der Angemessenheit des Beitragsfußes oder der Leistungsfähigkeit der Pflichtigen bestehen.

Wegen der Schenkungen und letztwilligen Zuwendungen bewendet es bei dem Gesetze vom 23. Februar 1870.[1])

§ 51. Der Kirchenvorstand bedarf zur Führung von Prozessen keiner Ermächtigung von seiten einer Staats- oder Kirchenbehörde.

Atteste über die Legitimation des Kirchenvorstandes zur Besorgung von Rechtsangelegenheiten oder Atteste über das Vorhandensein derjenigen Thatsachen, welche den Anspruch auf Kostenfreiheit begründen, können gültig nur von der staatlichen Aufsichtsbehörde erteilt werden.

§ 52. Die staatliche Aufsichtsbehörde ist berechtigt, Einsicht von dem Etat zu nehmen und die Posten, welche den Gesetzen widersprechen, zu beanstanden. Die beanstandeten Posten dürfen nicht in Vollzug gesetzt werden.

§ 53. Weigert sich der Kirchenvorstand oder die Gemeindevertretung, Leistungen, welche aus dem kirchlichen Vermögen zu bestreiten sind, oder den Pfarreingesessenen oder sonstigen Verpflichteten obliegen, auf den Etat zu bringen, festzusetzen oder zu genehmigen, so ist sowohl die bischöfliche Behörde, als auch die staatliche Aufsichtsbehörde, unter gegenseitigem Einvernehmen, befugt, die Eintragung in den Etat zu bewirken und die weiter erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Unter derselben Voraussetzung sind diese Behörden befugt, die gerichtliche Geltendmachung von Ansprüchen der Kirche, der Pfarrei, der Gemeinde und der in der Verwaltung des Kirchenvorstandes befindlichen Vermögensmassen, insbesondere auch der aus der Pflichtwidrigkeit eines Geistlichen oder anderen Kirchendieners entstehenden Entschädigungsforderung, anzuordnen und die hierzu nötigen Maßregeln zu treffen.

§ 54. Die Jahresrechnung ist der staatlichen Aufsichtsbehörde zur Prüfung, ob die Verwaltung etatsmäßig geführt worden ist, mitzuteilen.

§ 55. Welche Staatsbehörden, die in den §§ 48, 50 bis 52, 53, 54 angegebenen Befugnisse der Aufsicht auszuüben haben, wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

IX. Schluß- und Uebergangs-Bestimmungen.

§ 56. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden auf Dom-, Militär- und Anstaltsgemeinden keine Anwendung.

§ 57. Vom 1. Oktober 1875 ab können die dem Kirchenvorstande und der Gemeindevertretung nach diesem Gesetze zustehenden Befugnisse nicht durch andere Personen oder Behörden, als durch die in diesem Gesetz bezeichneten, wahrgenommen werden.

Sofern nach bisherigem Rechte den kirchlichen Organen (Kirchenvorständen, Kirchenkollegien, Fabrikräten, Kirchmeistern, Repräsentanten ꝛc. noch andere Befugnisse, als die der Vermögensverwaltung zugestanden haben, gehen diese, wenn sie von den unmittelbar zur Vermögensverwaltung berufenen Organen ausgeübt worden sind, auf den Kirchenvorstand, in allen anderen Fällen auf die Gemeindevertretung über. Ist eine solche nicht vorhanden, so werden auch die der Gemeindevertretung zustehenden Befugnisse von dem Kirchenvorstande wahrgenommen.

§ 58. Die den bischöflichen Behörden gesetzlich zustehenden Rechte in Bezug auf die Vermögensverwaltung in den Kirchengemeinden ruhen, so lange die bischöfliche Behörde diesem Gesetze Folge zu leisten

[1]) Man vergleiche die Anmerkung auf Seite 490.

verweigert, oder so lange das betreffende Amt nicht in gesetzmäßiger Weise besetzt oder verwaltet ist.

Eine solche Weigerung ist als vorhanden anzunehmen, wenn die bischöfliche Behörde auf eine schriftliche Aufforderung des Oberpräsidenten nicht binnen 30 Tagen die Erklärung abgiebt, den Vorschriften dieses Gesetzes Folge leisten zu wollen.

Die den bischöflichen Behörden zustehenden Befugnisse gehen in solchen Fällen auf die betreffende Staatsbehörde über.

---

§ 59. Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen, mögen dieselben in dem in den verschiedenen Landesteilen geltenden allgemeinen Rechte, in Provinzialgesetzen, in Lokalgesetzen oder Lokalordnungen enthalten, oder durch Observanz oder Gewohnheit begründet sein, werden aufgehoben.

---

§ 60. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Derselbe ist befugt, mit Rücksicht auf besondere örtliche oder sonstige Verhältnisse und besondere für die Vermögensverwaltung bestehende Einrichtungen den im § 57 Absatz 1 festgesetzten Termin der Ausführung zu verlängern.

Verordnung über die Ausübung der Aufsichtsrechte des Staats bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden.

Vom 30. Januar 1893.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen in Gemäßheit des § 55 des Gesetzes über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden vom 20. Juni 1875, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, für den Umfang der Monarchie, was folgt:

Artikel I.

Die in den §§ 48, 50 bis 52, 53 und 54 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 angegebenen Aufsichtsrechte des Staats werden ausgeübt:

1. von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten
   - bei dem Erwerb, der Veräußerung oder der dinglichen Belastung von Grundeigentum (§ 50 Nr. 1), wenn der Wert des zu erwerbenden oder zu veräußernden Gegenstandes oder wenn der Betrag der Belastung die Summe von zehntausend Mark übersteigt,
   - bei der Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwert haben (§ 50 Nr. 2),
   - bei dem Bau neuer, für den Gottesdienst bestimmter Gebäude (§ 50 Nr. 4),
   - bei der Anlegung von Begräbnisplätzen (§ 50 Nr. 5);
2. von dem Oberpräsidenten
   in den Fällen des § 50 Nr. 7;
3. von dem Regierungspräsidenten (Landdrosten)
   in den übrigen Fällen des § 50, sowie in den Fällen des § 48 und der §§ 51 bis 54.

Artikel II.

Die Beschwerde findet statt
- gegen Verfügungen des Oberpräsidenten — Artikel 1 Nr. 2 — an den Minister der geistlichen Angelegenheiten und den Minister des Innern,
- gegen Verfügungen des Regierungspräsidenten — Artikel 1 Nr. 3 — an den Oberpräsidenten, welcher endgültig entscheidet.

Artikel III.

Diese Verordnung tritt am 1. April 1893 in Kraft.

Gesetz über die Aufsichtsrechte des Staats bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen.

Vom 7. Juni 1876.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, für den Umfang der Monarchie, was folgt:

§ 1. Die Aufsicht des Staates über die Verwaltung

1. der für die katholischen Bischöfe, Bistümer und Kapitel bestimmten Vermögensstücke,
2. der zu kirchlichen, wohlthätigen oder Schulzwecken bestimmten und unter die Verwaltung oder Aufsicht katholisch-kirchlicher Organe gestellten Anstalten, Stiftungen und Fonds, welche nicht von dem Gesetze vom 20. Juni 1875 betroffen werden,

wird nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ausgeübt.

§ 2. Die verwaltenden Organe bedürfen der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde in nachstehenden Fällen:

1. zu dem Erwerb, der Veräußerung oder der dinglichen Belastung von Grundeigentum;
2. zu der Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwert haben;
3. zu außerordentlicher Benutzung des Vermögens, welche die Substanz selbst angreift, sowie zu der Kündigung und Einziehung von Kapitalien, sofern sie nicht zur zinsbaren Wiederbelegung erfolgt;
4. zu Anleihen, sofern sie nicht bloß zur vorübergehenden Aushilfe dienen und aus den Ueberschüssen der laufenden Einnahmen über die Ausgaben derselben Voranschlagsperiode zurückerstattet werden können;
5. zu der Errichtung neuer, für den Gottesdienst bestimmter Gebäude;
6. zu der Anlegung oder veränderten Benutzung von Begräbnisplätzen;
7. zu der Einführung oder Veränderung von Gebührentaxen;
8. zu der Ausschreibung, Veranstaltung und Abhaltung von Sammlungen, Kollekten ꝛc. außerhalb der Kirchengebäude;

   Eine auf Anordnung der bischöflichen Behörde jährlich stattfindende Hauskollekte zum Besten bedürftiger Gemeinden der Diözese bedarf nicht der besonderen Ermächtigung einer Staatsbehörde; die Zeit der Einsammlung muß aber dem Oberpräsidenten vorher angezeigt werden.
9. zu der Verwendung der Einkünfte erledigter Stellen (Vakanzeinkünfte, Interkalarfrüchte);
10. zu der Verwendung des Vermögens für nicht stiftungsmäßige Zwecke.

    In dem Falle zu 10 gilt die Genehmigung als erteilt, wenn die staatliche Aufsichtsbehörde nicht binnen dreißig Tagen nach Mitteilung von der beabsichtigten Verwendung widerspricht.

Ist die Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde nicht erteilt, so sind die in den vorstehenden Fällen vorgenommenen Rechtsgeschäfte ungültig.

§ 3. Die verwaltenden Organe bedürfen zur Führung von Prozessen keiner Ermächtigung von seiten einer Staatsbehörde.

Atteste über die Legitimation der verwaltenden Organe zur Besorgung von Rechtsangelegenheiten oder Atteste über das Vorhandensein derjenigen Thatsachen, welche den Anspruch auf Kostenfreiheit begründen, können gültig nur von der staatlichen Aufsichtsbehörde erteilt werden.

§ 4. Die staatliche Aufsichtsbehörde ist berechtigt, die Aufstellung und Vorlegung eines Inventars zu fordern, Einsicht von

den Etats zu nehmen und die Posten, welche den Gesetzen widersprechen, zu beanstanden. Die beanstandeten Posten dürfen nicht in Vollzug gesetzt werden.

Die Etats solcher Verwaltungen, welche Zuschüsse aus Staatsmitteln erhalten, sind der staatlichen Aufsichtsbehörde zur Genehmigung einzureichen. Diese Behörde bestimmt den Zeitpunkt der Einreichung, sie regelt die formelle Einrichtung der Etats und setzt die Fristen zur Erledigung der Erinnerungen fest.

§ 5. Weigern sich die verwaltenden Organe

1. Leistungen, welche aus dem im § 1 bezeichneten Vermögen zu bestreiten oder für dasselbe zu fordern sind, auf den Etat zu bringen, festzusetzen oder zu genehmigen,
2. Ansprüche des im § 1 bezeichneten Vermögens, insbesondere auch Entschädigungsforderungen aus der Pflichtwidrigkeit des Inhabers einer für die Vermögensangelegenheiten bestehenden Verwaltungsstelle, gerichtlich geltend zu machen,

so ist in denjenigen Fällen, in welchen die bischöfliche Behörde das Recht der Aufsicht hat, sowohl diese, als auch die staatliche Aufsichtsbehörde, unter gegenseitigem Einvernehmen, in allen anderen Fällen die staatliche Aufsichtsbehörde allein befugt, die Eintragung in den Etat zu bewirken und die gerichtliche Geltendmachung der Ansprüche anzuordnen, auch die hierzu nötigen Maßregeln zu treffen.

In denjenigen Fällen, in welchen das Einvernehmen der bischöflichen Behörde und der staatlichen Aufsichtsbehörde erforderlich ist, muß die um ihre Zustimmung angegangene Behörde sich binnen dreißig Tagen nach dem Empfange der Aufforderung erklären. Erklärt sie sich nicht, so gilt sie als zustimmend. Bei erhobenem Widerspruch entscheidet die der staatlichen Aufsichtsbehörde vorgesetzte Instanz.

§ 6. Bestreiten die verwaltenden Organe die Gesetzwidrigkeit der nach § 4 beanstandeten Posten oder das Vorhandensein der Verpflichtung zu den im § 5 sub. 1 erwähnten Leistungen, so entscheidet auf die Klage der verwaltenden Organe im Verwaltungsstreitverfahren hierüber das Ober-Verwaltungsgericht.

§ 7. Die staatliche Aufsichtsbehörde ist berechtigt, Einsicht von der Jahresrechnung zu nehmen.

Die Jahresrechnung solcher Verwaltungen, deren Etats der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde bedürfen, ist dieser Behörde zur Prüfung, ob die Verwaltung etatsmäßig geführt worden ist, einzureichen.

§ 8. Die staatliche Aufsichtsbehörde ist berechtigt, die Vermögensverwaltung Revisionen zu unterwerfen.

§ 9. Die staatliche Aufsichtsbehörde ist berechtigt, die Befolgung der in den §§ 4, 5, 7 und 8 enthaltenen Vorschriften und der zu ihrer Ausführung getroffenen Anordnungen von den verwaltenden Organen durch Geldstrafen bis zu dreitausend Mark zu erzwingen.

Die Androhung und Festsetzung der Strafe darf wiederholt werden, bis dem Gesetze genügt ist.

Außerdem können die zu Zwecken des im § 1 bezeichneten Vermögens bestimmten Leistungen aus Staatsmitteln ganz oder teilweise einbehalten oder unmittelbar an die Empfangsberechtigten verabfolgt werden.

Erweisen sich die vorstehenden Maßregeln als erfolglos oder unanwendbar, so ist die staatliche Aufsichtsbehörde berechtigt, eine kommissarische Besorgung der Vermögensangelegenheiten unter sinngemäßer Anwendung der §§ 9 bis 11 des Gesetzes vom 20. Mai 1874 anzuordnen.

§ 10. Welche Staatsbehörden die in den §§ 2 bis 5 und 7 bis 9 angegebenen Aufsichtsrechte auszuüben haben, wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

§ 11. Wegen der Schenkungen und letztwilligen Zuwendungen bewendet es bei dem Gesetze vom 23. Februar 1870.[1])

§ 12. In betreff des Vermögens der Orden und ordensähnlichen Kongregatio-

[1]) Man vergleiche die Anmerkung auf Seite 490.

nen bewendet es bei den §§ 3 und 5 des Gesetzes vom 31. Mai 1875.

§ 13. Die dem Staate zustehenden Eigentums- oder Verwaltungsrechte an dem im § 1 bezeichneten Vermögen werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

§ 14. Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 1876 in Kraft.

§ 15. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Verordnung über die Ausübung der Aufsichtsrechte des Staats bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen.

Vom 30. Januar 1893.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen in Gemäßheit des § 10 des Gesetzes über die Aufsichtsrechte des Staats bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen vom 7. Juni 1876 auf den Antrag Unseres Staatsministeriums für den Umfang der Monarchie, unter Aufhebung der Verordnung vom 29. September 1876 (Gesetz-Samml. S. 401), was folgt:

Artikel 1.

Die in den §§ 2 bis 5, 7 und 8 des Gesetzes vom 7. Juni 1876 angegebenen Aufsichtsrechte des Staats werden ausgeübt:

1. von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten, und zwar, soweit das Ressort des Ministers des Innern beteiligt ist, unter Zuziehung des letzteren
   bei dem Erwerb, der Veräußerung oder der dinglichen Belastung von Grundeigentum (§ 2 Nr. 1), wenn der Wert des zu erwerbenden oder des zu veräußernden Gegenstandes, oder wenn der Betrag der Belastung die Summe von einhunderttausend Mark übersteigt,
   bei der Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwert haben (§ 2 Nr. 2),
   bei der Errichtung neuer, für den Gottesdienst bestimmter Gebäude (§ 2 Nr. 5);
2. von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten und dem Finanzminister
   in den Fällen des § 4 Absatz 2;
3. von der Ober-Rechnungskammer
   in den Fällen des § 7 Absatz 2;
4. von dem Oberpräsidenten
   in den übrigen Fällen der §§ 2, 2 und 7, sowie in den Fällen der §§ 3, 5 und 8.

In den Fällen des § 5 entscheidet bei erhobenem Widerspruch der Minister der geistlichen Angelegenheiten, und zwar, soweit das Ressort des Ministers des Innern beteiligt ist, unter Zuziehung des letzteren.

Artikel 2.

Die im § 9 des Gesetzes vom 7. Juni 1876 angegebenen Befugnisse werden ausgeübt, und zwar:

die im Absatz 1 und 2 angegebenen von denjenigen staatlichen Aufsichtsbehörden, welche im Artikel 1 für die Fälle der §§ 4, 5, 7 und 8 bestimmt sind,

die im Absatz 3 und 4 angegebenen von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten,

in den Fällen des § 4 Absatz 2 und des § 7 Absatz 2 von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten und dem Finanzminister.

Artikel 3.

Gegen die Verfügungen des Oberpräsidenten — Artikel 1 Nr. 4 und Artikel 2 — findet die Beschwerde statt

in denjenigen Fällen, in welchen das Ressort des Ministers des Innern beteiligt ist, an diesen und den Minister der geistlichen Angelegenheiten,
in allen übrigen Fällen an den Minister der geistlichen Angelegenheiten.

Artikel 4.

Diese Verordnung tritt am 1. April 1893 in Kraft.

Gesetz, betreffend den Bau und die Unterhaltung der Schul- und Küsterhäuser.

Vom 21. Juli 1846.

Wir ꝛc. Da die Bestimmungen des A.L.R. im § 37 Tl. II Tit. 12 wegen des Baues und der Unterhaltung derjenigen Schulhäuser, welche zugleich Küsterwohnungen sind, dem mit der Entwickelung des Schulwesens erweiterten Bedürfnisse nicht mehr überall entsprechen, so verordnen Wir auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, nach Anhörung Unserer getreuen Stände und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsrats für die Landesteile, in welchen das A.L.R. Gesetzeskraft hat, was folgt:

§ 1. Die Bestimmung des § 37 Tl. II Tit. 12 des A. L. R., nach welcher der Bau und die Unterhaltung derjenigen Schulhäuser, die zugleich Küsterwohnungen sind, auf eben die Art, wie bei Pfarrbauten vorgeschrieben, zu besorgen ist, soll fortan nur unter nachstehenden Beschränkungen und Maßgaben (§§ 2 bis 6) zur Anwendung kommen.

§ 2. Einzelne Ortschaften, Gemeinden, Teile von Gemeinden, oder Einwohnerklassen, welche innerhalb der Parochie, zu der die Küsterei gehört, mit Genehmigung der Behörden eine eigene öffentliche Schule haben, sind von Beiträgen zu denjenigen Bauten und Reparaturen an dem Schul- und Küsterhause frei, welche allein durch das Bedürfnis der Schulanstalt veranlaßt werden.

§ 3. Tritt bei dem mit der Küsterwohnung verbundenen Schullokale das Bedürfnis ein, die Schulstube zu erweitern, oder Räume für neue Schulklassen oder zu Wohnungen für Lehrer zu beschaffen, so können weder die Kirchenkasse, noch der Patron und die Eingepfarrten angehalten werden, die hierzu erforderlichen Bauten zu bewirken. In einem solchen Falle sind vielmehr diejenigen, welchen in Ermangelung eines Küsterhauses der Bau und die Unterhaltung einer gemeinen Schule am Orte obliegen würde, verpflichtet, jene Bauten nötigenfalls durch Herstellung besonderer Gebäude auszuführen und auch künftig zu unterhalten.

Insbesondere müssen dieselben, wenn ein solcher Erweiterungsbau mit dem bestehenden Schul- und Küsterhause in Verbindung gebracht wird, nach Verhältnis dieses Erweiterungsbaues, zur Unterhaltung des Schul- und Küsterhauses, so wie im Falle eines Neubaues dieses Hauses zu dessen Wiederherstellung beitragen.

§ 4. Ist eine Schule in Gemäßheit des § 101 der Gemeinheitsteilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 mit Land dotiert worden, so sind nur die zur Unterhaltung der Schule Verpflichteten schuldig, die dem Schullehrer zur Benutzung jenes Landes etwa nötigen Wirtschaftsräume: als Scheune und Stallung, zu bauen und zu unterhalten.

§ 5. Die der Schulanstalt vorgesetzte Reg. ist befugt, in den Fällen der §§ 2

bis 4 das Beitragsverhältnis der verschiedenen Verpflichteten, bei dem Mangel einer gütlichen Einigung, auf Grund sachverständiger Ermittelungen, durch ein Resolut vorläufig festzusetzen und in Vollzug zu bringen. Gegen diese Festsetzung ist der Rekurs an das Min. der G. u. U. Ang. zulässig. Findet sich ein Teil durch eine solche Entscheidung der Verwaltungsbehörden verletzt, so steht ihm frei, gegen den anderen Teil auf Entscheidung im Rechtswege anzutragen.[1])

§ 6. Soweit ein Provinzial- oder ein Lokal-Gesetz, oder das Herkommen mit dem § 37 Tl. II Tit. 12 des A. L. R. übereinstimmen, treten auch an ihre Stelle die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes §§ 2—5. Jedoch soll da, wo das bisherige, mit der gedachten Vorschrift des A. L. R. übereinstimmende Rechtsverhältnis auf einem besonderen Rechtstitel beruht, durch das gegenwärtige Gesetz nichts geändert werden.

Gesetz, betreffend die Beaufsichtigung des Unterrichts und Erziehungswesens.

Vom 11. März 1872.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, in Ausführung des Artikels 23 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages, für den Umfang der Monarchie, was folgt:

§ 1. Unter Aufhebung aller in einzelnen Landesteilen entgegenstehenden Bestimmungen steht die Aufsicht über alle öffentlichen und Privat-Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten dem Staate zu.

Demgemäß handeln alle mit dieser Aufsicht betrauten Behörden und Beamten im Auftrage des Staates.

§ 2. Die Ernennung der Lokal- und Kreis-Schulinspektoren und die Abgrenzung ihrer Aufsichtsbezirke gebührt dem Staate allein.

Der vom Staate den Inspektoren der Volksschule erteilte Auftrag ist, sofern sie dies Amt als Neben- oder Ehrenamt verwalten, jederzeit widerruflich.

Alle entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben.

§ 3. Unberührt durch dieses Gesetz bleibt die den Gemeinden und deren Organen zustehende Teilnahme an der Schulaufsicht, sowie der Artikel 24 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850.

§ 4. Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

---

[1]) Man vergleiche jetzt die §§ 47 und 49 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden, vom 1. August 1883.

Gesetz, betreffend die Feststellung von Anforderungen für Volksschulen.

Vom 26. Mai 1887.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, über die Feststellung von Anforderungen für Volksschulen, was folgt:

§ 1. Unter Volksschulen im Sinne dieses Gesetzes sind diejenigen öffentlichen Schuleinrichtungen zu verstehen, welche zur Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht dienen.

§ 2. Werden von den Schulaufsichtsbehörden für eine Volksschule Anforderungen gestellt, welche durch neue oder erhöhte Leistungen der zur Unterhaltung der Schule Verpflichteten (Gemeinden, Gutsbezirke, Schulgemeinden, Schulsozietäten, Schulkommunen u. s. w. und dritte, statt derselben oder neben denselben Verpflichtete) zu gewähren sind, so wird in Ermangelung des Einverständnisses der Verpflichteten die zu gewährende Anforderung, soweit solche innerhalb der gesetzlichen Zuständigkeit nach dem Ermessen der Verwaltungsbehörden zu bestimmen ist, bei Landschulen durch Beschluß des Kreisausschusses, bei Stadtschulen durch Beschluß des Bezirksausschusses, insbesondere mit Rücksicht auf das Bedürfnis der Schule und auf die Leistungsfähigkeit der Verpflichteten festgestellt.

§ 3. Die Einleitung des Beschlußverfahrens erfolgt auf Antrag der Schulaufsichtsbehörde.

Gegen die Beschlüsse des Kreisausschusses beziehungsweise Bezirksausschusses ist binnen einer Frist von zwei Wochen nur die Beschwerde an den Provinzialrat zulässig.

Die zuständige Behörde kann zur Vervollständigung der Beschwerde eine angemessene Nachfrist gewähren. Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

Die Vorschrift des zweiten Absatzes findet auf die Hohenzollernschen Lande keine Anwendung. Die Beschlußfassung des Bezirksausschusses in den Hohenzollernschen Landen bezüglich der Stadtschulen ist endgültig.

§ 4 hat keine Bedeutung mehr.

§ 5. Auf Schulbausachen im Sinne des § 47 Absatz 1 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (Gesetz-Samml. S. 237) findet dies Gesetz keine Anwendung.

Auch bleiben die Vorschriften des Gesetzes vom 6. Juli 1885, betreffend die Pensionierung der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen (Gesetz-Samml. S. 298), unberührt.

§ 6. Für die Provinz Posen bewendet es bei den bestehenden Bestimmungen.

§ 7. Der Minister des Innern und der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten sind mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Gesetz, betreffend die Erleichterung der Volksschullasten.

Vom 14. Juni 1888.

Wir Friedrich, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, für den ganzen Umfang der Monarchie bis zum Erlasse eines Gesetzes über die Unterhaltung der Volksschulen, was folgt:

§§ 1 bis 3 sind aufgehoben.

§ 4. Die Erhebung eines Schulgeldes bei Volksschulen findet fortan nicht statt. Ausnahmen sind nur gestattet:

1. für solche Kinder, welche innerhalb des Bezirks der von ihnen besuchten Schule nicht einheimisch sind,
2. soweit als das gegenwärtig bestehende Schulgeld durch den Staatsbeitrag (§ 1) nicht gedeckt wird, und andernfalls eine erhebliche Vermehrung der Kommunal- oder Schulabgaben eintreten müßte. Das danach einstweilen in der Schule überhaupt noch zulässige Schulgeld ist in Landschulen mit Genehmigung des Kreisausschusses, in Stadtschulen mit Genehmigung des Bezirksausschusses festzustellen. Von fünf zu fünf Jahren ist zur Weitererhebung eine erneute Genehmigung erforderlich. In den Provinzen Schleswig-Holstein und Posen ist bis zu dem im § 155 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Samml. S. 195) bezeichneten Zeitpunkte für diese Genehmigung bei Landschulen der Landrat, bei Stadtschulen der Regierungspräsident zuständig.

§ 5. Wo seither das Schulgeld als ein seiner Natur nach steigendes und fallendes persönliches Dienstmolument des Lehrers einen Teil des Diensteinkommens desselben gebildet hat, ist dem Lehrer der durchschnittliche Betrag des Schulgeldes während der letzten drei Etatsjahre vor dem Etatsjahre, in welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, als Teil seines baren Gehaltes zu gewähren.

§ 6. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1888 in Kraft.

Mit demselben Zeitpunkte treten die Vorschriften der §§ 1 bis 3 des Gesetzes vom 29. Juli 1837, die Teilnahme der Landeskasse an den Kosten des Volksunterrichts betreffend (Sammlung der Gesetze und Verordnungen für das Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen Bd. IV S. 534), und des § 2 der Verordnung vom 18. Februar 1843, die Erhöhung der Normalgehalte für die Schullehrer und Provisoren betreffend (a. a. O. Bd. IV S. 339), außer Kraft.

§ 7. Mit der Ausführung dieses Gesetzes werden der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und der Finanzminister beauftragt.

Gesetz, betreffend die Ergänzung des Gesetzes über die Erleichterung der Volksschullasten vom 14. Juni 1888.

Vom 31. März 1889.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages für den ganzen Umfang der Monarchie, was folgt:

Artikel I.

ist aufgehoben.

Artikel II.

Wo bei Volksschulen für Kinder, welche innerhalb des Bezirks der von ihnen besuchten Schule einheimisch sind, eine Erhebung von Schulgeld noch stattfindet, fällt dasselbe in demjenigen Betrage fort, um welchen infolge der Einrichtung neuer Schulstellen in einem Schulverbande nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 14. Juni 1888 oder gemäß der Vorschrift in Artikel I des gegenwärtigen Gesetzes eine Erhöhung des Staatsbeitrages bereits eingetreten ist oder fortan eintritt.

Das hiernach einstweilen vom 1. April 1889 ab noch zulässige Schulgeld ist nach § 4 Nr. 2 des Gesetzes vom 14. Juni 1888 erneut festzustellen.

Artikel III.

Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. April 1889 in Kraft.

Artikel IV.

Mit der Ausführung dieses Gesetzes werden der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und der Finanzminister beauftragt.

Gesetz
über die Handelskammern.

Vom 24. Februar 1870 und 19. August 1897
in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1897.

Bestimmung und Errichtung der Handelskammern.

§ 1. Die Handelskammern haben die Bestimmung, die Gesamtinteressen der Handel- und Gewerbetreibenden ihres Bezirkes wahrzunehmen, insbesondere die Behörden in der Förderung des Handels und der Gewerbe durch thatsächliche Mitteilungen, Anträge und Erstattung von Gutachten zu unterstützen.

§ 2. Die Errichtung einer Handelskammer unterliegt der Genehmigung des Minister für Handel und Gewerbe.

Bei Erteilung dieser Genehmigung wird zugleich über die Zahl der Mitglieder und, wenn die Errichtung für einen über mehrere Orte sich erstreckenden Bezirk erfolgt, über den Sitz der Handelskammer Bestimmung getroffen.

Wahlberechtigung und Wählbarkeit.

§ 3. Die Mitglieder der Handelskammer werden gewählt.

Berechtigt, an der Wahl teilzunehmen, und verpflichtet, zu den Kosten der Handelskammer beizutragen, sind, sofern sie zur Gewerbesteuer veranlagt sind:

1. diejenigen Kaufleute (natürliche und juristische Personen), die als Inhaber einer Firma in einem der für den Bezirk der Handelskammer geführten Handelsregister eingetragen stehen,
2. diejenigen ein Handelsgewerbe treibenden Gesellschaften und Genossenschaften, die in einem der Handels- oder Genossenschaftsregister des Handelskammerbezirks eingetragen stehen,
3. die im Bezirke der Handelskammer den Bergbau treibenden Alleineigentümer oder Pächter eines Bergwerks, Gewerkschaften oder Gesellschaften, auch wenn sie nicht im Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen stehen,
4. die Beisitzer von im Handelskammerbezirk belegenen Betriebsstätten, welche zu einem außerhalb dieses Bezirks bestehenden, im Handelsregister eingetragenen Unternehmen gehören, auch wenn die Betriebsstätten nicht im Handelsregister eingetragen stehen, sofern dieselben nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordern.

Von Wahlrecht und Beitragspflicht sind ausgeschlossen:

a) die Reichs- und Staatsbetriebe,
b) die mit einem land- und forstwirtschaftlichen Betriebe verbundenen Nebengewerbe,
c) die landwirtschaftlichen und Handwerksgenossenschaften,

die zu b und c Genannten, sofern nicht die Zulassung von ihnen beantragt wird.

§ 4. Die Handelskammer kann beschließen, daß Wahlrecht und Beitragspflicht außer von den Erfordernissen des § 3 von der Veranlagung in einer bestimmten Klasse oder zu einem bestimmten Satze der Gewerbesteuer bedingt sein soll. Der Beschluß unterliegt der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe.

§ 5. Befähigt, die Wahlstimme abzugeben, sind Personen, die im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, weder unter Vormundschaft noch unter Pflegschaft stehen und nicht gemäß § 9 vom Wahlrechte ausgeschlossen sind.

Wahlberechtigte Personen, die hiernach zur Abgabe der Wahlstimme befähigt sind, üben das Wahlrecht persönlich aus. Eine Vertretung bei den Wahlen findet statt:

1. für offene Handelsgesellschaften durch einen zur Vertretung befugten Gesellschafter, für andere wahlberechtigte Gesellschaften, Gewerkschaften und juristische Personen durch einen ihrer gesetzlichen Vertreter und, wenn sie einen solchen nicht haben, durch ein Vorstandsmitglied,
2. für Personen weiblichen Geschlechts, für Personen, die unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehen, und für Zweigniederlassungen und Betriebsstätten (§ 3 Ziffer 4), die einem Handelskammerbezirke, in dem ihre Hauptniederlassung nicht belegen ist, angehören, und nicht von einer nach den vorstehenden Bestimmungen wahlberechtigten Person geleitet werden, durch einen im Handelsregister eingetragenen Prokuristen oder, wenn sie einen solchen nicht haben, durch einen besonders bestellten Bevollmächtigten.

Die Handelskammer kann beschließen, daß bei den Wahlen die Vertretung durch einen in das Handelsregister eingetragenen Prokuristen allgemein zugelassen werde. Sie hat in diesem Falle auch die zur Ausführung dieses Beschlusses etwa erforderlichen Bestimmungen, namentlich über die Legitimation des die Wahlstimme abgebenden Prokuristen zu treffen.

§ 6. Wer nach vorstehenden Bestimmungen (§§ 3 bis 5) in demselben Handelskammerbezirke mehrfach stimmberechtigt ist, darf gleichwohl nur eine Wahlstimme abgeben und hat sich, wenn er gleichzeitig in mehreren Wahlkreisen des Handelskammerbezirks (§ 10) stimmberechtigt ist, vor Ablauf der zu Einwendungen gegen die Wählerliste bestimmten Frist (§ 11) zu erklären, in welchem Wahlkreise er seine Stimme ausüben will.

§ 7. Zu Mitgliedern der Handelskammer wählbar sind deutsche Staatsangehörige, die mindestens 25 Jahre alt und nach den §§ 3 bis 5 zur Abgabe der Wahlstimme befähigt sind, jedoch mit Ausnahme der nach § 5 Absatz 2 Ziffer 2 besonders bestellten Bevollmächtigten. Mehr als der vierte Teil der Mitglieder der Handelskammer darf nicht aus den im § 5 Absatz 3 genannten Personen bestehen.

Mehrere Vertreter derselben Gesellschaft, Gewerkschaft oder juristischen Person (Gesellschafter, gesetzliche Vertreter, Vorstandsmitglieder, Prokuristen) dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder derselben Handelskammer sein.

§ 8. Die Handelskammer kann Personen, die nach § 7 zu Mitgliedern der Handelskammer gewählt werden konnten, aber ihre die Wählbarkeit begründende Thätigkeit oder Stellung aufgegeben haben, über die nach § 2 festgestellte Zahl der Mitglieder hinaus zuwählen.

Die Zuwahl erfolgt auf drei Jahre.

Die Zahl dieser Mitglieder darf den zehnten Teil der Mitglieder der Handelskammer nicht übersteigen.

§ 9. Diejenigen, über deren Vermögen der Konkurs eröffnet ist, sind bis nach Abschluß dieses Verfahrens, und diejenigen, welche ihre Zahlungen eingestellt haben, während der Dauer der Zahlungseinstellung weder wahlberechtigt noch wählbar.

Wahlverfahren.

§ 10. Die Handelskammer kann durch Statut beschließen, daß die Wahlen nach Abteilungen der Wahlberechtigten vorzunehmen sind, sowie daß eine Abstufung

des Wahlrechts nach der Höhe der Handelskammerbeiträge stattfindet, oder daß die Wahlen durch alle Wahlberechtigten mit gleichem Rechte erfolgen. Für die Ausführung der Wahlen können engere Wahlbezirke gebildet werden. In dem Statute sind zugleich die zur Ausführung der Beschlüsse erforderlichen Bestimmungen zu treffen, insbesondere über die Abgrenzung der Wahlbezirke und Wahlabteilungen und die Verteilung der Mitglieder der Handelskammer auf die Wahlbezirke und Wahlabteilungen, sowie über den bei Abstufungen des Wahlrechts anzuwendenden Maßstab.

Das Statut unterliegt der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe.

So lange ein solches Statut nicht erlassen ist, erfolgen die Wahlen zur Handelskammer in der Weise, daß die nach § 3 Wahlberechtigten unter Zugrundelegung des Ergebnisses ihrer Veranlagung zur Gewerbesteuer in drei Abteilungen geteilt werden, deren jede ein Drittel der Kammermitglieder wählt. Innerhalb der Wahlabteilungen können mit Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe Wahlbezirke gebildet werden.

---

§ 11. Zur Vorbereitung der Wahlen stellt die Handelskammer eine Liste der Wahlberechtigten auf, die eine Woche lang öffentlich auszulegen ist. Hat die Wahl nach Wahlbezirken oder Wahlabteilungen zu erfolgen, so ist für jeden Wahlbezirk und für jede Wahlabteilung eine besondere Liste aufzustellen und auszulegen.

Die Handelskammer macht Ort und Zeit der Auslegung mit dem Hinzufügen bekannt, daß Einwendungen gegen die Liste innerhalb einer Woche nach beendeter Auslegung bei ihr anzubringen seien.

Nach Ablauf dieser Frist beschließt sie über die erhobenen Einwendungen und stellt die Wahlliste fest. Gegen den Beschluß findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde beim Regierungspräsidenten statt. Dieser entscheidet endgültig.

In Wahlbezirken, für welche eine Handelskammer noch nicht vorhanden ist, werden die der Handelskammer durch Absatz 1 bis 3 zugewiesenen Aufgaben von dem Regierungspräsidenten wahrgenommen.

---

§ 12. Nach erfolgter Feststellung der Wählerliste hat für jeden Wahlbezirk bei Einrichtung der Handelskammer ein von dem Regierungspräsidenten, sonst ein von der Handelskammer aus der Zahl ihrer Mitglieder zu ernennender Kommissarius den Wahltermin zu bestimmen und öffentlich bekannt zu machen.

---

§ 13. In der Wahlversammlung führt der ernannte Kommissarius (§ 12) den Vorsitz. Es wird ein Wahlvorstand gebildet. Zu demselben gehören, außer dem Vorsitzenden, ein Stimmensammler und ein Schriftführer, welche von den anwesenden Wahlberechtigten aus ihrer Mitte gewählt werden.

---

§ 14. Die Wahl erfolgt nach absoluter Stimmenmehrheit durch geheime Abstimmung mittelst Stimmzettel, welche, außer den im § 5 erwähnten Fällen, von den Stimmberechtigten persönlich abzugeben sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Ergiebt sich bei einer Wahl in der ersten Abstimmung weder eine absolute Stimmenmehrheit noch Stimmengleichheit, so werden diejenigen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, in doppelter Anzahl der zu Wählenden auf die engere Wahl gebracht. Falls mehr Personen, als die doppelte Anzahl der zu Wählenden, die relativ meisten Stimmen erhalten, entscheidet bei Feststellung der Liste der auf die engere Wahl zu Bringenden, unter denen, welche gleich viele Stimmen haben, das Los. Ueber die Gültigkeit der Wahlzettel entscheidet der Wahlvorstand. Das Wahlprotokoll ist von dem Wahlvorstande zu unterzeichnen.

Durch ein der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe unterliegendes Statut kann ein von den Bestimmungen des Absatzes 1 abweichendes Wahlverfahren beschlossen werden.

---

§ 15. Die Handelskammer hat das Ergebnis der Wahl öffentlich bekannt zu machen.

Einsprüche gegen die Wahl sind innerhalb zweier Wochen bei der Handelskammer anzubringen, der die Beschlußfassung zusteht, und die im übrigen die Legitimation ihrer Mitglieder von Amts wegen prüft und darüber beschließt.

Gegen die Beschlüsse der Handelskammer

findet innerhalb zweier Wochen die Klage beim Bezirksausschusse statt, gegen dessen Endurteil nur das Rechtsmittel der Revision zulässig ist.

Dauer der Funktion und Wechsel der Mitglieder.

§ 16. Die Mitglieder der Handelskammer werden auf sechs Jahre gewählt. Alle zwei Jahre scheidet ein Dritteil aus und wird durch neue Wahlen (Ergänzungswahlen) ersetzt. Soweit die Zahl der Mitglieder nicht durch drei teilbar ist, bestimmt die Handelskammer, bei welchen Ergänzungswahlen die übrig bleibende Zahl der Mitglieder durch Neuwahl zu ersetzen ist. Die Handelskammer hat ferner, wenn die Wahlen nach Wahlabteilungen oder Wahlbezirken erfolgen, die ausscheidenden Mitglieder auf die Abteilungen oder Bezirke angemessen zu verteilen.

Die das erste und das zweite Mal Ausscheidenden werden durch das Los bestimmt.

Die Ergänzungswahlen finden vor Schluß des Kalenderjahres statt. Die Gewählten beginnen ihre Thätigkeit mit dem Beginne des folgenden Jahres. Die Ausscheidenden können wieder gewählt werden. Sie bleiben im Amte, bis die Neugewählten die Geschäfte übernommen haben.

---

§ 17. Wahlen zum Ersatze von Mitgliedern, die außerhalb der regelmäßigen Ergänzung der Handelskammer ausgeschieden sind (Ersatzwahlen), werden im Anschlusse an die nächsten Ergänzungswahlen vollzogen.

Sie sind schon vorher zu vollziehen, wenn der Minister für Handel und Gewerbe oder die Handelskammer es für erforderlich erachtet, und können alsdann unter Zugrundelegung der bei der letzten Ergänzungswahl festgestellten Liste der Wahlberechtigten vollzogen werden.

Der Ersatzmann bleibt bis zum Ende derjenigen Wahlperiode in Thätigkeit, für welche der Ausgeschiedene gewählt war.

Die Wahl jedes Ersatzmannes erfolgt in einem besonderen Wahlgange; nur wenn mehrere Ersatzmänner für eine gleiche Wahlperiode von derselben Wahlabteilung oder demselben Wahlbezirke zu wählen sind, erfolgt die Wahl in einem gemeinsamen Wahlgange.

---

§ 18. Jeder in der Person eines Mitgliedes eintretende Umstand, welcher dasselbe, wenn er vor der Wahl vorhanden gewesen wäre, von der Wählbarkeit ausgeschlossen haben würde, hat das Erlöschen der Mitgliedschaft zur Folge. Die Beschlußfassung hierüber steht der Handelskammer zu.

---

§ 19. Die Handelskammer kann ein Mitglied, welches nach ihrem Urteile durch seine Handlungsweise die öffentliche Achtung verloren hat, nach Anhörung desselben durch einen mit einer Mehrheit von wenigstens zwei Dritteilen ihrer Mitglieder zu fassenden Beschluß aus ihrer Mitte entfernen.

---

§ 20. In derselben Art (§ 19) kann die Handelskammer ein Mitglied, gegen welches ein gerichtliches Strafverfahren eröffnet wird, bis nach Abschluß desselben, von seinen Funktionen vorläufig entheben.

---

§ 21. Gegen die nach Maßgabe der §§ 18 bis 20 gefaßten Beschlüsse der Handelskammer findet innerhalb zweier Wochen die Klage beim Bezirksausschusse statt, gegen dessen Endurteil nur das Rechtsmittel der Revision zulässig ist.

---

§ 22. Die Handelskammer kann beschließen, daß neben den Mitgliedern Stellvertreter gewählt werden. In dem Beschlusse ist über die Zahl der Stellvertreter, über ihre Verteilung auf Wahlbezirke oder Wahlabteilungen und über die Voraussetzungen, unter denen sie in Thätigkeit treten, Bestimmung zu treffen. Im übrigen finden auf die Stellvertreter die für Mitglieder geltenden Bestimmungen entsprechende Anwendung.

Kostenaufwand.

§ 23. Die Handelskammer beschließt über den zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe erforderlichen Kostenaufwand und ordnet ihr Kassen- und Rechnungswesen selbständig.

Sie nimmt die von ihr für erforderlich

erachteten Arbeitskräfte an, setzt die Vergütungen für dieselben fest und beschafft die nötigen Räumlichkeiten.

§ 24. Die Mitglieder versehen ihre Geschäfte unentgeltlich. Nur die durch Erledigung einzelner Aufträge erwachsenden baren Auslagen werden ihnen erstattet.

Die Handelskammer kann beschließen, ihren Mitgliedern eine den baren Auslagen für die Teilnahme an den Sitzungen entsprechende Entschädigung zu gewähren.

§ 25. Die Handelskammer hat alljährlich einen Etat aufzustellen, öffentlich bekannt zu machen und dem Regierungspräsidenten mitzuteilen.

§ 26. Soweit die in dem Haushaltsplane veranschlagten Kosten der Handelskammerverwaltung nicht durch besondere Einnahmen gedeckt werden, werden sie auf die Wahlberechtigten (§§ 3 und 4) umgelegt. Den Maßstab bildet die staatlich veranlagte Gewerbesteuer. Dabei bleibt derjenige Teil der Gewerbesteuer außer Anrechnung, der auf Niederlassungen, Betriebe oder Betriebsstätten entfällt, die ihren Sitz nicht im Handelskammerbezirk haben, oder hinsichtlich welcher ihren Besitzern das Recht, an den Handelskammerwahlen teilzunehmen, nicht zusteht.

In Gemeinden, die eine besondere Gewerbesteuer eingeführt haben (§ 29 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893), kann auf Grund Beschlusses der Handelskammer nach Anhörung der Beteiligten der auf die Wahlberechtigten der Gemeinde entfallende Betrag an Handelskammerbeiträgen durch Zuschläge zu der besonderen Gewerbesteuer aufgebracht werden. Dieser Beschluß bedarf der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe.

§ 27. Das Ergebnis der Veranlagung zur Gewerbesteuer sowie etwa später eintretende Veränderungen werden der Handelskammer von den Steuerausschüssen kostenfrei mitgeteilt. Insoweit die Veranlagung sich auf mehrere Niederlassungen, Betriebe oder Betriebsstätten eines Beitragspflichtigen erstreckt, die ihren Sitz nicht sämtlich im Bezirk einer Handelskammer haben oder hinsichtlich welcher ihren Besitzern das Recht, an den Handelskammerwahlen teilzunehmen, nicht zusteht, ist auf Antrag der Handelskammer vom Vorsitzenden des Steuerausschusses der auf die abgabepflichtigen Niederlassungen, Betriebe oder Betriebsstätten entfallende Teilbetrag festzustellen und den Abgabepflichtigen mitzuteilen.

Denselben steht binnen einer Ausschlußfrist von vier Wochen die Berufung an die Bezirksregierung, deren Entscheidung endgültig ist, zu.

Die Handelskammer stellt die Beiträge fest.

§ 28. Auf Ersuchen der Handelskammer haben die Gemeinden und Gutsbezirke die Erhebung der Handelskammerbeiträge gegen eine Vergütung von höchstens drei vom Hundert der eingezogenen Beiträge zu bewirken und die Beiträge durch Vermittelung der Kreis-(Steuer-) Kassen an die Handelskammer abzuführen.

Die Handelskammerbeiträge sind öffentliche Lasten. Rückständige Beiträge werden in derselben Weise wie Gemeindeabgaben eingezogen.

§ 29. Einsprüche gegen die Heranziehung zu Handelskammerbeiträgen sind innerhalb zweier Wochen nach der Zahlungsaufforderung bei der Handelskammer anzubringen, die darüber beschließt. Gegen den Beschluß findet innerhalb zweier Wochen nach der Zustellung die Klage beim Bezirksausschusse statt, gegen dessen Endurteil nur das Rechtsmittel der Revision zulässig ist.

Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Einsprüche, welche sich gegen den dem Handelskammerbeitrage zu Grunde liegenden Satz der staatlich veranlagten Gewerbesteuer richten, sind unzulässig.

§ 30. Die Handelskammer ist befugt, zur Deckung der Kosten von Anstalten, Anlagen und Einrichtungen, die für einzelne Teile des Handelskammerbezirks oder für einzelne Betriebszweige ausschließlich bestimmt sind, oder ihnen vorzugsweise zu gute kommen, die Beitragspflichtigen dieser Bezirksteile oder Betriebszweige zu besonderen Beiträgen heranzuziehen. Bevor solche Anstalten, Anlagen und Einrichtungen ins Leben gerufen werden, ist

den Beteiligten Gelegenheit zu geben, sich über deren Zweckmäßigkeit zu äußern.

Zur Verwaltung solcher Einrichtungen sind Vertreter der beteiligten Bezirksteile oder Betriebszweige in angemessener Zahl heranzuziehen; sie kann örtlichen oder sachlichen Ausschüssen übertragen werden, die aus Mitgliedern der Handelskammer und Vertretern der beteiligten Bezirksteile oder Betriebszweige zu bilden sind. Die auf Grund dieser Bestimmungen gefaßten Beschlüsse unterliegen der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe.

§ 31. Einer vorgängigen Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe bedarf es, wenn die Beschaffung des Aufwandes für ein Jahr einen zehn Prozent der Gewerbesteuer übersteigenden Zuschlag zu derselben erfordert.

In diesem Falle kann der Minister für Handel und Gewerbe die etatsmäßigen Kosten in der Gesamtsumme soweit herabsetzen, daß der zu ihrer Deckung erforderliche Zuschlag nicht mehr als zehn Prozent der Gewerbesteuer beträgt.

Geschäftsführung.

§ 32. Zu Anfang jeden Jahres wählt die Handelskammer aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen oder zwei Stellvertreter desselben. Im Falle des Ausscheidens des Vorsitzenden oder seiner Stellvertreter vor der gesetzlichen Zeit erfolgt eine Neuwahl für den Rest dieser Zeit.

§ 33. Die Handelskammern können die Oeffentlichkeit ihrer Sitzungen beschließen.

Ausgenommen von der öffentlichen Beratung sind diejenigen Gegenstände, welche in einzelnen Fällen den Handelskammern als für die Oeffentlichkeit nicht geeignet von den Behörden bezeichnet oder von ihnen selbst als zur öffentlichen Beratung nicht geeignet befunden werden.

§ 34. Die Beschlüsse der Handelskammern werden — außer den in den §§ 19 und 20 bestimmten Fällen — durch Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Bei Wahlen findet das im ersten Absatze des § 14 bestimmte Verfahren statt. Um einen gültigen Beschluß zu fassen, ist die Ladung aller Mitglieder unter Mitteilung der Beratungsgegenstände und die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder erforderlich.

Ueber jede Beratung ist ein Protokoll aufzunehmen.

§ 35. Die Handelskammer hat die Rechte einer juristischen Person.

Sie wird nach außen vertreten durch den Vorsitzenden oder seinen Stellvertreter.

Urkunden, die die Handelskammer vermögensrechtlich verpflichten sollen, müssen unter ihrem Namen von dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter und einem Mitgliede der Handelskammer vollzogen werden.

Sie führt ein den heraldischen Adler enthaltendes Siegel mit der Unterschrift: „Handelskammer zu (für) . . . . .“

§ 36. Den Handelskammern ist gestattet, ihre Berichte unmittelbar an die Zentralbehörden zu erstatten.

Sie haben von den an die Zentralbehörden erstatteten Berichten derjenigen Provinzialbehörde, in deren Geschäftskreis der Gegenstand fällt, Mitteilung zu machen.

§ 37. Die näheren Bestimmungen über die Geschäftsführung werden von der Handelskammer in einer dem Regierungspräsidenten mitzuteilenden Geschäftsordnung getroffen.

Geschäftskreis.

§ 38. Der Geschäftskreis der Handelskammern wird im allgemeinen durch ihre Bestimmung (§ 1) begrenzt.

Sie sind befugt, Anstalten, Anlagen und Einrichtungen, die die Förderung von Handel und Gewerbe, sowie die technische und geschäftliche Ausbildung, die Erziehung und den sittlichen Schutz der darin beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge bezwecken, zu begründen, zu unterhalten und zu unterstützen.

§ 39. Alljährlich bis spätestens Ende Juni haben die Handelskammern über die Lage und den Gang des Handels während des vorhergegangenen Jahres an den Minister für Handel und Gewerbe zu berichten und den Bericht im Druck zu vervielfältigen.

Außerdem sind sie verpflichtet, durch die öffentlichen Blätter oder in sonst geeigneter Weise den Handel- und Gewerbetreibenden ihres Bezirkes fortlaufende Mitteilungen aus den Beratungsprotokollen zu machen, sowie summarisch von ihren Einnahmen und Ausgaben Kenntnis zu geben.

§ 40. An denjenigen Orten, an welchen Handelskammern ihren Sitz haben, werden von diesen die Handelsmäkler — unter Vorbehalt der Bestätigung des Regierungspräsidenten — ernannt.

§ 41. Börsen und andere für den Handelsverkehr bestehende öffentliche Anstalten können unter die Aufsicht der Handelskammer gestellt werden.

§ 42. Die Handelskammer ist befugt, Dispacheure und solche Gewerbetreibende der in § 36 der Reichs-Gewerbeordnung bezeichneten Art, deren Thätigkeit in das Gebiet des Handels fällt, öffentlich anzustellen und zu beeidigen. Auf Auktionatoren findet diese Bestimmung keine Anwendung. Vorschriften, die die Handelskammer für die hiernach angestellten Personen erläßt, sind dem Minister für Handel und Gewerbe vorzulegen.

Der Handelskammer liegt ferner die Ausstellung von Ursprungszeugnissen und anderen dem Handelsverkehre dienenden Bescheinigungen ob.

Beaufsichtigung. Auflösung.

§ 43. Die Handelskammer unterliegt der Aufsicht des Ministers für Handel und Gewerbe.

Auf Antrag desselben kann eine Handelskammer durch Beschluß des Staatsministeriums aufgelöst werden. Es sind sodann Neuwahlen anzuordnen, die innerhalb dreier Monate vom Tage der Auflösung an erfolgen müssen.

Ueber die Geschäftsführung und Vermögensverwaltung der Handelskammer während der Zwischenzeit trifft der Minister für Handel und Gewerbe die erforderlichen Anordnungen.

Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 44. Auf die zu Berlin, Stettin, Magdeburg, Tilsit, Königsberg, Danzig, Memel und Elbing bestehenden kaufmännischen Korporationen und auf das Kommerzkollegium zu Altona findet dieses Gesetz mit Ausnahme der §§ 33, 38 und 42 keine Anwendung.

Die in Absatz 1 aufgeführten Körperschaften sind befugt, sich in Handelskammern umzuwandeln oder, falls eine Handelskammer für den Bezirk besteht, sich mit dieser zu vereinigen.

Die Umwandlung erfolgt durch ein von der Körperschaft zu beschließendes, der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe unterliegendes Statut, in welchem über die Verwaltung der Einrichtungen und des Vermögens der Körperschaft, sowie über das für die neue Handelskammer maßgebende Wahlsystem Bestimmung zu treffen ist. Durch das Statut kann die bisherige Bezeichnung der Körperschaft und ihrer Vertretung aufrecht erhalten werden.

Zur Vereinigung mit einer schon bestehenden Handelskammer bedarf es eines mit dieser zu vereinbarenden Statuts, welches der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe unterliegt.

§ 45. Alle entgegenstehenden Gesetze und Verordnungen treten außer Kraft.

§ 46. Vor dem 1. April 1898 sind für die zur Zeit bestehenden Handelskammern Neuwahlen der Mitglieder mit der Maßgabe vorzunehmen, daß die ersten, darauf folgenden Ergänzungswahlen (§ 16) vor Schluß des Jahres 1889 stattfinden. Bis zur Vollziehung der Neuwahlen bleiben die derzeitigen Mitglieder der Handelskammern im Amte.

§ 47. Mit der Ausführung dieses Gesetzes ist der Minister für Handel und Gewerbe beauftragt.

Das Allgemeine Landrecht

für die

Preußischen Staaten.

Inhaltsverzeichnis.[1])

Einleitung.

Seite

I. Von den Gesetzen überhaupt . . . 526

II. Allgemeine Grundsätze des Rechts 528

Erster Teil.

Erster Titel.

Von Personen und deren Rechten überhaupt 530

Achter Titel.

Vom Eigentume . . . 530

Neunter Titel.

Von der Erwerbung des Eigentums überhaupt, und den unmittelbaren Arten derselben insonderheit . 536

3. Abschnitt. Von gefundenen Schätzen 536
4. „ Vom Tierfange . . . 537
5. „ Von der Beute . . . 539
6. „ Von der Erwerbung der An- und Zuwüchse 540
7. Abschnitt. Von preisgegebenen Sachen oder Geldern 543
9. Abschnitt. Von der Verjährung . 543

Elfter Titel.

Von den Titeln zur Erwerbung des Eigentums, welche sich in Verträgen unter Lebendigen gründen . . 543

1. Abschnitt. Von Kaufs- und Verkaufsgeschäften 543
6. Abschnitt. Von gewagten Geschäften und ungewissen Erwartungen . . 544
7. Abschnitt. Vom Darlehnsvertrage 544
8. „ Von Verträgen, wodurch Sachen gegen Handlungen oder Handlungen gegen Handlungen versprochen werden 544

Zwölfter Titel.

Von den Titeln zur Erwerbung des Eigentums, welche aus Verordnungen von Todeswegen entstehen . 546

[1]) Die nicht aufgeführten Titel und Abschnitte sind aufgehoben.

Seite

1. Abschnitt. Von Testamenten und Codicillen 546

Dreizehnter Titel.
Von Erwerbung des Eigentums der Sachen und Rechte durch einen Dritten 546

1. Abschnitt. Von Vollmachtsaufträgen 546

Siebzehnter Titel.
Vom gemeinschaftlichen Eigentume 547

5. Abschnitt. Von Grenzscheidungen 547

Achtzehnter Titel.
Vom geteilten Eigentume . 547

1. Abschnitt. Vom Lehn 547

Seite

Zwanzigster Titel.
Von dem Rechte auf die Substanz einer fremden Sache . . . 548

1. Abschnitt. Von dem Rechte des Unterpfandes 548

Einundzwanzigster Titel.
Von dem Rechte zum Gebrauche oder Nutzung fremden Eigentums 548

1. Abschnitt. Vom Nießbrauche . . 548

Zweiundzwanzigster Titel.
Von Gerechtigkeiten der Grundstücke gegeneinander 549

Zweiter Teil.

Erster Titel.
Von der Ehe 559

1. Abschnitt. Von den Erfordernissen einer gültigen Ehe 559

4. Abschnitt. Von den Rechten und Pflichten der Eheleute, in Beziehung auf ihre Personen 559

8. Abschnitt. Von Trennung der Ehe durch richterlichen Ausspruch . . . 559

9. Abschnitt. Von d. Ehe zur linken Hand 559

Zweiter Titel.
Von den wechselseitigen Rechten und Pflichten der Eltern und Kinder 560

1. Abschnitt. Von ehelichen Kindern 560

2. „ Von den Rechten und Pflichten der Eltern und der aus einer Ehe zur rechten Hand erzeugten Kinder, so lange die letzteren unter väterlicher Gewalt stehen . . 560

3. Abschnitt. Von dem eigentümlichen Vermögen der Kinder 560

9. Abschnitt. Von den aus unehelichem Beischlafe erzeugten Kindern . . . 561

10. Abschnitt. Von der Annahme an Kindesstatt 561

Vierter Titel.
Von gemeinschaftlichen Familienrechten 561

1. Abschnitt. Von gemeinschaftlichen Familienrechten überhaupt 561

2. Abschnitt. Von Familienstiftungen 562

3. Abschnitt. Von beständigen Familien-Fideikommissen 563

4. Abschnitt. Von der Successionsordnung in Familien-Fideikommisse . 568

5. Abschnitt. Von der Auseinandersetzung zwischen dem Fideikommißfolger und den Erben des letzten Besitzers 572

Sechster Titel.
Von Gesellschaften überhaupt, und von Korporationen und Gemeinen insonderheit 573

Siebenter Titel.
Vom Bauernstande . . 582

1. Abschnitt. Vom Bauernstande überhaupt 582

2. Abschnitt. Von Dorfgemeinen . . 582

6. „ Von den Diensten der Unterthanen 586

7. Abschnitt. Von den Zinsen und Abgaben der Unterthanen 594

Achter Titel.
Vom Bürgerstande . . . 595

1. Abschnitt. Vom Bürgerstande überhaupt 595

2. Abschnitt. Von Städten und Stadtgemeinen 596

3. Abschnitt. Von Handwerkern und Zünften 597

4. Abschnitt. Von Künstlern und Fabrikanten 598

5. Abschnitt. Von Brauern, Gastwirten, Garköchen und anderen, welche mit dem Verkaufe zubereiteter Speisen oder Getränke ein Gewerbe treiben 598

Seite

6. Abschnitt. Von Apothekern . . 599
13. „ Von Versicherungen . 600

Neunter Titel.

Von den Pflichten und Rechten des Adelstandes 614

Zehnter Titel.

Von den Rechten und Pflichten der Diener des Staates . . . 617

Elfter Titel.

Von den Rechten und Pflichten der Kirchen- und geistlichen Gesellschaften 621

1. Abschnitt. Von Kirchengesellschaften überhaupt 621
2. Abschnitt. Von den Mitgliedern der Kirchengesellschaften 623
3. Abschnitt. Von den Obern und Vorgesetzen der Kirchengesellschaften 626
4. Abschnitt. Von den Gütern und dem Vermögen der Kirchengesellschaften . 628
5. Abschnitt. Von Parochien . . . 630
6. „ Von dem Pfarrer und dessen Rechten 634
7. Abschnitt. Von weltlichen Kirchenbedienten 643
8. Abschnitt. Von Kirchenpatronen . 644
9. „ Von der Verwaltung der Güter und des Vermögens der Pfarrkirchen 646
10. Abschnitt. Von Pfarrgütern und Einkünften 653
11. Abschnitt. Von Zehnten und anderen Pfarrabgaben 657
12. Abschnitt. Von geistlichen Gesellschaften überhaupt 661
13. Abschnitt. Von katholischen Domstiften und Kapiteln 665
14. Abschnitt. Von Kollegiatsstiften . 666
15. „ Von Klostergesellschaften 666
17. „ Von weltgeistlichen Canonicis 667
18. Abschnitt. Von Mönchen und Ordensleuten 669
20. Abschnitt. Von protestantischen Stiften, Klöstern, Ritterorden und deren Mitgliedern 671

Zwölfter Titel.

Von niederen und höheren Schulen 672

Seite

Dreizehnter Titel.

Von den Rechten und Pflichten des Staats überhaupt . . . 680

Vierzehnter Titel.

Von den Staatseinkünften und fiskalischen Rechten 681

Fünfzehnter Titel.

Von den Rechten und Regalien des Staats in Ansehung der Landstraßen, Ströme, Häfen und Meeresufer 685

1. Abschnitt. Von Land- und Heerstraßen 685
2. Abschnitt. Von Strömen, Häfen und Meeresufern 687
3. Abschnitt. Von der Zollgerechtigkeit 689
5. „ Von der Mühlengerechtigkeit 691

Sechzehnter Titel.

Von den Rechten des Staats auf herrenlose Güter und Sachen . 692

2. Abschnitt. Von den Rechten des Staats auf erblose Verlassenschaften 692
3. Abschnitt. Vom Jagdregal . . . 692

Siebzehnter Titel.

Von den Rechten und Pflichten des Staats zum besonderen Schutze seiner Unterthanen . . . 693

1. Abschnitt. Von der Gerichtsbarkeit 693
2. „ Von Auswanderungen, Abfahrts- und Abschoßgeldern . . 695

Achtzehnter Titel.

Von Vormundschaften und Kuratelen 695

6. Abschnitt. Von der Sorge für den Unterhalt und die Erziehung der Pflegebefohlenen 695
8. Abschnitt. Von Aufhebung der Vormundschaften 695
9. Abschnitt. Von den Rechten und Pflichten der Kuratoren 696

Neunzehnter Titel.

Von Armenanstalten und anderen milden Stiftungen . . . 696

Das Allgemeine Landrecht

für die

Preußischen Staaten.[1])

Vorbemerkung.

Das Allgemeine Landrecht für die preußischen Staaten ist auf Veranlassung Friedrichs des Großen entstanden und am 1. Juni 1794 in Kraft getreten. Der Name paßt jetzt nicht mehr recht, das Geltungsgebiet des Allgemeinen Landrechts ist schon längst nicht mehr ganz Preußen, denn in fast allen Gebietsteilen, welche erst nach dem 1. Juni 1794 mit Preußen vereinigt sind, ist das Recht, welches dort vor der Einverleibung galt, in Kraft geblieben. Das Allgemeine Landrecht beschränkt sich jetzt also mit Ausnahme einiger kleiner außerpreußischer Gebietsteile auf die Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, Brandenburg, Sachsen, Westfalen und Pommern mit Ausnahme des Regierungsbezirkes Stralsund, innerhalb Hannovers auf den Regierungsbezirk Aurich und die Kreise Lingen im Regierungsbezirk Osnabrück und Duderstedt im Regierungsbezirk Hildesheim, innerhalb der Rheinprovinz auf die Kreise Duisburg Stadt, Mülheim an der Ruhr, Essen Stadt, Essen Land, Ruhrort und Ries, sämtlich im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Nach mehr als hundertjähriger Geltung ist dieses Gesetzbuch, dem man wie wenigen Verständnis des praktischen Lebens und Einfachheit der Sprache nachrühmen kann, das andererseits durch die im neunzehnten Jahrhundert mächtig emporgeblühte Rechtswissenschaft und Gesetzestechnik vielfach überholt worden ist, auf Grund des Artikels 55 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche am 1. Januar 1900 zum großen Teile außer Kraft getreten.

---

[1]) Soweit es vom Artikel 89 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche unberührt gelassen ist.

Nur zum großen Teile, denn beträchtliche Bestandteile des Allgemeinen Landrechts haben das neunzehnte Jahrhundert überdauert. Das Allgemeine Landrecht regelt nämlich nicht nur, wie das Bürgerliche Gesetzbuch, die rechtlichen Beziehungen der Einwohner des Staates untereinander, also das bürgerliche Recht, es enthält vielmehr auch öffentliches Recht, das sich mit den Rechtsverhältnissen des Staates befaßt. Dieses öffentliche Recht ist durch Artikel 55 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche nicht aufgehoben worden.

Das Bürgerliche Gesetzbuch regelt aber nicht einmal alle Teile des Bürgerlichen Rechts. Für zahlreiche Rechtsgebiete, die sich in den einzelnen Teilen Deutschlands verschieden entwickelt haben, ließen sich einheitliche Regeln nicht geben, für sie sind die Landesgesetze ausdrücklich aufrecht erhalten worden, so zum Beispiel in dem § 919 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches und in den Artikeln 56 bis 152 des Einführungsgesetzes zu ihm.

So gelten also noch zahlreiche Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts auch heute. So einfach diese Thatsache festgestellt ist, so schwierig ist es im einzelnen Falle oft, zu entscheiden, ob der einzelne Rechtssatz des Allgemeinen Landrechts bürgerliches Recht (auch Privatrecht genannt) enthalte, und wenn dies zu bejahen ist, ob er etwa nicht durch einen Vorbehalt im Bürgerlichen Gesetzbuche oder in seinem Einführungsgesetze gedeckt ist, ob er also noch gilt oder ob er aufgehoben ist. Diese Entscheidung will der Artikel 89 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche erleichtern und bestimmt deshalb hinsichtlich des Allgemeinen Landrechts:

> Die nachstehenden Vorschriften werden, soweit sie nicht schon infolge Reichsgesetzes außer Kraft treten, unbeschadet der Uebergangsvorschriften, aufgehoben:
>
> 1. folgende Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, soweit sie sich nicht auf öffentliches Recht beziehen:
>
> a) die Einleitung mit Ausnahme der §§ 74, 75;
>
> b) der erste Teil mit Ausnahme
>
> des § 24 des 1. Titels,
>
> der §§ 29 bis 69, 71 bis 82, 96 bis 117, 125 bis 131, 133, 137 bis 140, 142 bis 144, 146 bis 148, 152, 153, 155, 156, 162 bis 167, 169 bis 174, 185, 186 des 8. Titels,
>
> der §§ 94 bis 96, 111 bis 120, 126, 128, 129, 139, 140, 152, 153, 155 bis 157, 170 bis 208, 210 bis 219, 223 bis 258, 261 bis 274, 348, 655 bis 659

des 9. Titels sowie der sonstigen Vorschriften des neunten Abschnitts dieses Titels, soweit sie auf Grund der im Einführungsgesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuche gemachten Vorbehalte in Kraft bleiben,

der §§ 4 bis 11, 651, 652, 676, 677, 996 bis 1019, 1021 bis 1023 des 11. Titels,

der §§ 176, 475, 476 des 12. Titels,

der §§ 41 bis 45 des 13. Titels,

der §§ 362 bis 371 des 17. Titels,

der §§ 1 bis 679 des 18. Titels,

der §§ 458 bis 465 des 20. Titels,

der §§ 45, 46 des 21. Titels und

der §§ 55 bis 242 des 22. Titels;

c) aus dem zweiten Teile:

der 1. Titel mit Ausnahme der §§ 34, 35, des Anhangs-§ 65, der §§ 193, 738 bis 740 und des neunten Abschnitts, soweit dieser auf Grund einer nach den Artikeln 57, 58 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft bleibenden Vorschrift der Hausverfassung gilt;

der 2. Titel mit Ausnahme der §§ 17, 18, 59, 77, 78, 81 bis 84, 150, 603, 641, 642, 683 bis 685;

der 3. Titel;

die §§ 1 bis 22, 27 bis 47, 227 bis 250 des 4. Titels, soweit sie nicht für Familienfideikommisse gelten;

der 5. Titel;

der 6. Titel, soweit er sich auf die Verfassung rechtsfähiger Vereine bezieht, für Vereine, die nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs Rechtsfähigkeit erlangen;

die §§ 80 bis 85 des 7. Titels;

die §§ 444 bis 455 des 8. Titels;

die §§ 1199 bis 1209 des 11. Titels;

die §§ 1 bis 4, 7 bis 18, 21, 23 bis 29 des 16. Titels;

die §§ 48 bis 52, 54, 56 bis 60 des 17. Titels;

der 18. Titel mit Ausnahme der §§ 344, 810, 996 bis 1002;

die §§ 45 bis 48 des 19. Titels;

die §§ 1271, 1272 des 20. Titels.

Durch Artikel 89 sind somit große Teile des Allgemeinen Landrechts ausdrücklich aufgehoben, darunter auch solche, welche vom Bürgerlichen Gesetzbuche nicht beseitigt waren.

Doch auch die im Artikel 89 nicht erwähnten Teile des Allgemeinen Landrechts gelten nicht mehr in vollem Umfange, vielmehr sind auch von ihnen zahlreiche Paragraphen durch die Gesetzgebung des neunzehnten Jahrhunderts aufgehoben oder abgeändert worden.

Dies ist in dem nachstehenden Abdrucke des Allgemeinen Landrechts berücksichtigt worden: die unzweifelhaft aufgehobenen Stellen sind nicht mit übernommen, auch sind die Gesetze, welche das Allgemeine Landrecht abgeändert haben, großenteils in den Fußnoten angeführt.

Schließlich sind einige Teile des Allgemeinen Landrechts, die noch nicht aufgehoben sind (der erste Abschnitt des achtzehnten Titels im ersten Teil: vom Lehn, und der neunte Abschnitt des ersten Titels im zweiten Teile: von der Ehe zur linken Hand), die aber in den Rahmen dieser Sammlung nicht hineinpassen und deren praktische Bedeutung gleich null ist, nicht mit aufgenommen.

Einleitung.[1])

1. Von den Gesetzen überhaupt.

§ 1. Das A.L.R. enthält die Vorschriften, nach welchen die Rechte und Verbindlichkeiten der Einwohner des Staats, soweit dieselben nicht durch besondere Gesetze bestimmt worden, zu beurteilen sind.

§ 2. Besondere Provinzialverordnungen und Statuten einzelner Gemeinheiten und Gesellschaften erhalten nur durch die landesherrliche Bestätigung die Kraft der Gesetze.

§ 3. Gewohnheitsrechte und Observanzen, welche in den Provinzen und einzelnen Gemeinheiten gesetzliche Kraft haben sollen, müssen den Provinzial-Landrechten einverleibt sein.

§ 4. Insofern aber durch Observanzen etwas bestimmt wird, was die Gesetze unentschieden gelassen haben, hat es, bis zum Erfolge einer gesetzlichen Bestimmung, dabei sein Bewenden.

§ 5. Die von dem Landesherrn in einzelnen Fällen, oder in Ansehung einzelner Gegenstände, getroffenen Verordnungen können in andern Fällen, oder bei andern Gegenständen, als Gesetze nicht angesehen werden.

§ 6. Auf Meinungen der Rechtslehrer oder ältere Aussprüche der Richter soll bei künftigen Entscheidungen keine Rücksicht genommen werden.

Publikation.

§ 10. Das Gesetz erhält seine rechtliche Verbindlichkeit erst von der Zeit an, da es gehörig bekannt geworden.

§ 12. Es ist aber auch ein jeder Einwohner des Staats, sich um die Gesetze, welche ihn und sein Gewerbe und seine Handlungen betreffen, genau zu erkundigen gehalten; und es kann sich niemand mit der Unwissenheit eines gehörig publizierten Gesetzes entschuldigen.

Anwendung der Gesetze.

§ 14. Neue Gesetze können auf schon vorher vorgefallene Handlungen und Begebenheiten nicht angewendet werden.

§ 15. Die von seiten des Gesetzgebers nötig befundene und nicht gehörig publizierte Erklärung eines älteren Gesetzes aber giebt, in allen zu entscheidenden Rechtsfällen, den Ausschlag.

§ 16. Soll nur die äußere Form einer Handlung geändert, und diese Vorschrift bei allen noch abzuändern möglichen Handlungen beobachtet werden, so muß das Gesetz hierzu eine hinlängliche Frist bestimmt haben.

§ 17. Frühere Handlungen, welche, wegen eines Mangels der Förmlichkeit, nach den alten Gesetzen ungültig sein würden, sind gültig, insofern nur die nach den neueren Gesetzen erforderlichen Förmlichkeiten, zur Zeit des darüber entstandenen Streits, dabei angetroffen werden.

§ 21. Uebrigens stehen, bei Beurteilung einzelner Streitfragen, die allgemeinen Gesetze den Provinzialgesetzen, diese den besonderen Statuten und diese endlich den auf andere Art wohlerworbenen Rechten nach.

---

[1]) Die abgedruckten §§ der Einleitung sind nur noch in Geltung, so weit sie öffentliches Recht enthalten. Eine Ausnahme hiervon bilden allein die §§ 74 und 75, welche durch Artikel 89 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch im vollen Umfange aufrecht erhalten sind.

Wen die Gesetze verbinden.

§ 22. Die Gesetze des Staats verbinden alle Mitglieder desselben, ohne Unterschied des Standes, Ranges und Geschlechts.

Bei der Form der Handlungen.

§ 33. Provinzialgesetze und Statuten, welche die äußerliche Feierlichkeit einer Handlung bestimmen, gelten nur bei Handlungen die unter der Gerichtsbarkeit, für welche das Gesetz gegeben ist, von den ihr unterworfenen Personen vorgenommen werden.

§ 36. Den Gesandten und Residenten auswärtiger Mächte, sowie den in ihren Diensten stehenden Personen, bleiben ihre Befreiungen, nach dem Völkerrechte und den mit den verschiedenen Höfen obwaltenden Verträgen vorbehalten.

§ 40. Wem die Gesetze auf der einen Seite Verbindlichkeiten auflegen, dem kommen sie auf der anderen Seite durch ihren Schutz auch wieder zu statten.

Auslegung der Gesetze.

§ 46. Bei Entscheidung streitiger Rechtsfälle darf der Richter den Gesetzen keinen andern Sinn beilegen, als welcher aus den Worten und dem Zusammenhange derselben, in Beziehung auf den streitigen Gegenstand, oder aus dem nächsten unzweifelhaften Grunde des Gesetzes, deutlich erhellet.

§ 49. Findet der Richter kein Gesetz, welches zur Entscheidung des streitigen Falles dienen könnte, so muß er zwar nach den in dem Landrechte angenommenen allgemeinen Grundsätzen, und nach den wegen ähnlicher Fälle vorhandenen Verordnungen, seiner besten Einsicht gemäß, erkennen.

§ 53. Wo kein Provinzial-Landesgesetz oder andere dergleichen besondere Bestimmung vorhanden ist, hat es allemal bei den Vorschriften des allgemeinen Landrechts sein Bewenden.

§ 54. Privilegien und verliehene Freiheiten müssen in zweifelhaften Fällen so erklärt werden, wie sie am wenigsten zum Nachteile des dritten gereichen.

§ 55. Im übrigen sind die verliehenen Privilegien und Freiheiten so zu deuten, daß die wohlthätige Absicht des Gebers dabei nicht verfehlt oder vereitelt werde.

§ 56. Privilegien und Freiheiten, welche durch einen lästigen Vertrag erworben worden, sind nach den Regeln der Verträge zu erklären und zu beurteilen.

§ 57. Außerdem sind alle dergleichen besondere Gesetze und Verordnungen so zu erklären, wie sie mit den Vorschriften des gemeinen Rechts, und dem Hauptendzwecke des Staats am nächsten übereinstimmen.

§ 58. Uebrigens ist auf den eigentlichen Inhalt des Privilegii, im zweifelhaften Falle mehr, als auf die darin angeführten Bewegungsgründe der ersten Verleihung, Rücksicht zu nehmen.

Aufhebung der Gesetze.

§ 59. Gesetze behalten so lange ihre Kraft, bis sie von dem Gesetzgeber ausdrücklich wieder aufgehoben werden.

§ 60. So wenig durch Gewohnheiten, Meinungen der Rechtslehrer, Erkenntnisse der Richter, oder durch die in einzelnen Fällen ergangenen Verordnungen neue Gesetze eingeführt werden können, eben so wenig können schon vorhandene Gesetze auf dergleichen Art wieder aufgehoben werden.

§ 61. Statuten und Provinzialgesetze werden durch neuere allgemeine Gesetze nicht aufgehoben, wenn nicht in letzteren die Aufhebung der ersteren deutlich verordnet ist.

§ 62. Bei Aufhebung besonderer Statuten, Provinzialgesetze und Privilegien müssen diejenigen, die es zunächst angeht, mit ihrer Notdurft gehört werden.

§ 63. Privilegien, welche einer bestimmten Person verliehen worden, erlöschen mit dem Abgange des Privilegierten.

§ 64. Dagegen gehen Rechte und Privilegien, welche der Sache ankleben, auf einen jeden Besitzer über, insofern die Gesetze oder die Verleihungsurkunden nicht ausdrücklich ein anderes besagen.

§ 65. Ist ein oder der andere Besitzer zur Ausübung des der Sache anklebenden Rechts unfähig, so ruht dieses Recht so lange, bis die rechtlichen Hindernisse wieder gehoben sind.

§ 66. Ist das Privilegium oder Recht auf die Person, in Verbindung mit der Sache gerichtet, so erlischt dasselbe durch die Trennung des Besitzers und der Sache.

§ 67. Privilegien, welche nur auf be-

stimmte Zeit verliehen worden, erlöschen mit derselben Ablauf.

§ 68. Ist das Privilegium ausdrücklich nur unter einer festgesetzten Bedingung verliehen, so kann dasselbe ohne Erfüllung dieser Bedingung nicht ausgeübt werden.

§ 69. Auch Privilegien, welche zu einem bestimmten Endzweck gegeben sind, hören auf, wenn der Zweck gar nicht, oder doch ferner nicht mehr, erreicht werden kann.

§ 70. Privilegien, auch solche, die durch einen lästigen Vertrag erworben worden, kann der Staat, jedoch nur aus überwiegenden Gründen des gemeinen Wohls, und nur gegen hinlängliche Entschädigung des Privilegierten, wieder aufheben.

§ 71. Die Entschädigung selbst kann nicht anders, als durch Vertrag oder rechtliches Erkenntnis festgesetzt werden.

§ 72. Wer eines groben Mißbrauchs seines Privilegii, zum Schaden des Staats, oder seiner Mitbürger durch richterliches Erkenntnis schuldig befunden wird, der hat sein Recht verwirkt und kann keine Entschädigung dafür fordern.

II. Allgemeine Grundsätze des Rechts.

§ 73. Ein jedes Mitglied des Staats ist, das Wohl und die Sicherheit des gemeinen Wesens, nach dem Verhältnisse seines Standes und Vermögens, zu unterstützen verpflichtet.

Verhältnis des Staats gegen seine Bürger.

§ 74.[1]) Einzelne Rechte und Vorteile der Mitglieder des Staats müssen den Rechten und Pflichten zur Beförderung des gemeinschaftlichen Wohls, wenn zwischen beiden ein wirklicher Widerspruch (Kollision) eintritt, nachstehen.

§ 75. Dagegen ist der Staat denjenigen, welcher seine besonderen Rechte und Vorteile dem Wohle des gemeinen Wesens aufzuopfern genötigt wird, zu entschädigen gehalten.

§ 76. Jeder Einwohner des Staats ist den Schutz desselben für seine Person und sein Vermögen zu fordern berechtigt.

§ 77. Dagegen ist niemand sich durch eigene Gewalt Recht zu schaffen befugt.

§ 78. Die Selbsthilfe kann nur in dem Falle entschuldigt werden, wenn die Hilfe des Staats zur Abwendung eines unwiederbringlichen Schadens zu spät kommen würde.

§ 79. Die Entscheidung der vorfallenden Streitigkeiten, sowie die Bestimmung der zu verhängenden Strafen muß den, einem jeden Einwohner des Staats durch die Gesetze angewiesenen Gerichten, überlassen werden.

§ 80. Auch Rechtsstreitigkeiten zwischen dem Oberhaupte des Staats und seinen Unterthanen sollen bei den ordentlichen Gerichten, nach den Vorschriften der Gesetze, erörtert und entschieden werden.

§ 81. Den Schutz gegen auswärtige Feinde erwartet der Staat lediglich von der Anordnung seines Oberhauptes.

Quelle des Rechts.

§ 82. Die Rechte des Menschen entstehen durch seine Geburt, durch seinen Stand, und durch Handlungen oder Begebenheiten, mit welchen die Gesetze eine bestimmte Wirkung verbunden haben.

§ 83. Die allgemeinen Rechte des Menschen gründen sich auf die natürliche Freiheit, sein eigenes Wohl, ohne Kränkung der Rechte eines andern, suchen und befördern zu können.

§ 84. Die besonderen Rechte und Pflichten der Mitglieder des Staats beruhen auf dem persönlichen Verhältnisse, in welchem ein jeder gegen den andern, und gegen den Staat selbst, sich befindet.

§ 85. Rechte und Pflichten, welche aus Handlungen oder Begebenheiten entspringen, werden allein durch die Gesetze bestimmt.

§ 86. Rechte, welche durch die Gesetze nicht unterstützt werden, heißen unvollkommen, und begründen keine gerichtliche Klage oder Einrede.

§ 87. Handlungen, welche weder durch natürliche, noch durch positive Gesetze verboten werden, werden erlaubt genannt.

Ausübung der Rechte.

§ 88. Soweit jemand ein Recht hat, ist er dasselbe in den gesetzmäßigen Schranken auszuüben befugt.

---

[1]) Zu den §§ 74 und 75 vergleiche man Artikel 109 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

§ 89. Wem die Gesetze ein Recht geben, dem bewilligen sie auch die Mittel, ohne welche dasselbe nicht ausgeübt werden kann.

§ 90. Wer ein Recht hat, ist zu allen Vorteilen, die er sich durch dessen gesetzmäßigen Gebrauch verschaffen kann, wohl befugt.

§ 91. Das Recht zum Größern oder Mehrern schließt das Recht zum Geringern oder Wenigern gleicher Art in sich.

§ 92. Aus dem Rechte des einen folgt die Pflicht des andern, zur Leistung oder Duldung dessen, was die Ausübung des Rechtes erfordert.

Kollision.

§ 95. Wenn das Recht des einen der Ausübung des Rechtes eines andern entgegensteht, so muß das mindere Recht dem stärkern weichen.

§ 96. In Ermangelung besonderer gesetzlicher Vorschriften muß der, welcher durch Ausübung seines Rechtes einen Vorteil sucht, dem nachstehen, der nur einen Schaden abzuwenden bedacht ist.

§ 97. Sind die in Kollision kommenden Rechte von gleicher Beschaffenheit, so muß jeder der Berechtigten von dem seinen so viel nachgeben, als erforderlich ist, damit die Ausübung beider zugleich bestehen könne.

§ 98. Bis zur erfolgenden richterlichen Bestimmung des entstandenen Kollisionsfalles muß die Sache zwischen den Berechtigten in dem Stande bleiben, in welchem sie bis dahin gewesen ist.

Uebertragung der Rechte.

§ 99. Rechte, welche an eine bestimmte Person, oder an gewisse Eigenschaften derselben, nicht gebunden sind, können von dem einen auf den andern übertragen werden.

§ 100. Wer einem andern sein Recht überträgt, von dem wird vermutet, daß er demselben damit zugleich alle damit verbundenen Vorteile habe übertragen wollen.

§ 101. Niemand aber kann dem andern mehrere Rechte übertragen, als er selbst besitzt.

Verlust der Rechte.

§ 102. Rechte, welche nur der Person ankleben, verschwinden durch derselben Tod.

§ 103. Rechte aber, welche zum freien Eigentum gerechnet werden, gehen mit dem Tode des Besitzers auf andere, nach näherer Bestimmung der Gesetze, über.

§ 104. Die bloß an den Stand gebundenen Rechte können von dem Besitzer aus eigener Macht auf andere nicht übertragen werden und gehen mit dem Stande verloren.

§ 105. Daß jemand sich seines Rechtes habe begeben wollen, wird nicht vermutet.

§ 106. Die Willensäußerung zur Entsagung oder Uebertragung eines Rechtes muß also deutlich und zuverlässig sein.

§ 107. Doch kann, nach näherer Bestimmung der Gesetze, ein Recht auch durch den unterlassenen Gebrauch, oder durch den Mißbrauch desselben, verloren gehen.

§ 108. Das Recht, welches von dem Dasein oder der Dauer eines andern Rechtes oder einer Sache, abhängt, geht mit dem Rechte oder der Sache, worauf es beruht, zugleich verloren.

Erster Teil.

Erster Titel.

Von Personen und deren Rechten überhaupt.

Unterschied der Geschlechter.

§ 24. Die Rechte beider Geschlechter sind einander gleich, soweit nicht durch besondere Gesetze oder rechtsgültige Willenserklärungen Ausnahmen bestimmt werden.

Achter Titel.

Vom Eigentume.

Grundsätze von dem eingeschränkten Eigentum.

§ 29.[1]) Der Staat kann das Privateigentum seiner Bürger nur alsdann einschränken, wenn dadurch ein erheblicher Schaden von andern oder von dem Staate selbst abgewendet, oder ihnen ein beträchtlicher Vorteil verschafft werden, beides aber ohne allen Nachteil des Eigentümers geschehen kann.

§ 30. Ferner alsdann, wenn der abwendende Schaden, oder der zu verschaffende Vorteil des Staates selbst, oder anderer Bürger desselben, den aus der Einschränkung für den Eigentümer entstehenden Nachteil beträchtlich überwiegt.

§ 31. Doch muß in diesem letzteren Falle der Staat zugleich dafür sorgen, daß der einzuschränkende Eigentümer für den dadurch erleidenden Verlust vollständig schadlos gehalten werde.

§ 32.[2]) In allen Fällen aber können Einschränkungen des Eigentums, welche nicht aus besonderen wohlerworbenen Rechten eines andern entspringen, nur durch Gesetze begründet werden.

Gesetzliche Einschränkungen zum Besten des gemeinen Wesens.

§ 33. Soweit die Erhaltung einer Sache auf die Erhaltung und Beförderung des gemeinen Wohls erheblichen Einfluß hat, soweit ist der Staat deren Zerstörung oder Vernichtung zu untersagen berechtigt.

§ 34. Soweit die Benutzung einer Sache zur Erhaltung des gemeinen Wohls erforderlich ist, kann der Staat diese Benutzung befehlen und die Unterlassung derselben durch Strafgesetze ahnden.

Bei Gebäuden. Pflichten des Eigentümers wegen deren Unterhaltung und Wiederherstellung.

§ 35. Statuen und Denkmäler, die auf öffentlichen Plätzen errichtet worden, darf

---

[1]) Zu den §§ 29 bis 31 vergleiche man Artikel 109 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

[2]) Zu den §§ 32 bis 82 vergleiche man Artikel 111 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

niemand, wer er auch sei, beschädigen, oder ohne obrigkeitliche Erlaubnis wegnehmen oder einreißen.

§ 36. Noch weniger dürfen, ohne dergleichen Erlaubnis, Gebäude in den Städten, die an Straßen oder öffentliche Plätze stoßen, zerstört oder vernichtet werden.

§ 37. Dergleichen Gebäude muß der Eigentümer, soweit es zur Erhaltung der Substanz und Verhütung alles Schadens und Nachteils für das Publikum notwendig ist, in baulichem Stande unterhalten.

§ 38. Vernachlässigt er diese Pflicht dergestalt, daß der Einsturz des ganzen Gebäudes, oder eine Gefahr für das Publikum zu besorgen ist, so muß die Obrigkeit ihn zur Veranstaltung der notwendigen Reparatur, innerhalb einer nach den Umständen zu bestimmenden billigen Frist, allenfalls durch Zwangsmittel anhalten.

§ 39. Sind diese fruchtlos, so ist die Obrigkeit den notwendigen Bau auf seine Kosten zu veranstalten berechtigt.

§ 40. Kann oder will er die Kosten nicht herbeischaffen, so kann die Obrigkeit dergleichen Gebäude zum öffentlichen Verkaufe ausbieten.[1])

§ 41. Dem Käufer eines solchen Gebäudes muß allemal die Wiederherstellung desselben zur Bedingung gemacht werden.

§ 42. Das außerdem erlegte Kaufgeld kommt dem bisherigen Eigentümer oder dessen Gläubigern zu gute.

§ 43. Doch muß davon dasjenige, was die Obrigkeit etwa schon auf einstweilige Veranstaltungen zur Abwendung dringender Gefahr hat verwenden müssen, zuvor abgezogen werden.

§ 44. Findet sich kein Käufer, so müssen die auf dem Grundstücke versicherten Gläubiger über die Mittel zur Erhaltung und Wiederherstellung des Gebäudes vernommen werden.

§ 45. Können diese sich darüber nicht vereinigen, so muß das Gebäude demjenigen unter ihnen, welcher außer der Wiederherstellung desselben, die vorteilhaftesten Bedingungen für seine Mitgläubiger und den Eigentümer anbietet, zugeschlagen werden.

§ 46. Will auch kein Gläubiger das Gebäude als Meistbietender erstehen, so ist der erste unter ihnen den Zuschlag, gegen die bloße Uebernahme der Wiederherstellung, zu verlangen berechtigt.

§ 47. Will dieser von seinem Rechte keinen Gebrauch machen, so geht dasselbe auf die folgenden, immer nach Ordnung der Priorität, über.

§ 48. Will keiner von den Gläubigern die Wiederherstellung des Gebäudes übernehmen, so muß dasselbe der Kämmerei des Orts zugeschlagen werden.

§ 49. Der Magistrat ist alsdann berechtigt, dergleichen Gebäude einem jeden, unter der Bedingung des zu vollführenden Baues, als sein freies Eigentum zu überlassen.

§ 50. So lange jedoch der wirkliche Zuschlag an einen solchen dritten Unternehmer noch nicht erfolgt ist, behält der bisherige Eigentümer, sowie jeder Gläubiger desselben, das Recht, sich annoch zur Ausführung des Baues zu melden.

§ 51. Doch müssen in einem solchen Falle der Eigentümer oder der Gläubiger, welche dem Zuschlage an einen Dritten widersprechen wollen, der Obrigkeit, wegen wirklicher Vollführung des Baues, genugsame Sicherheit sofort nachweisen.

§ 52. Unter übrigens gleichen Umständen hat der Eigentümer vor dem Gläubiger den Vorzug.

§ 53. Wenn in den Fällen der §§ 46, 47 und 50 das Gebäude einem der Gläubiger zugeschlagen wird, so verlieren die übrigen, und wenn dasselbe, in dem Falle des § 48, der Kämmerei anheimfällt, so verlieren alle Gläubiger ihr Recht an dergleichen Grundstück.

§ 54. Wenn also bei dem durch den Magistrat nach § 49 veranstalteten Zuschlage, außer der Uebernahme der Wiederherstellung, noch andere Vorteile bewilligt werden, so kommen dieselben der Kämmerei zu statten.

§ 55. Dagegen wird aber auch der bisherige Eigentümer von der Zeit an, wo er nach § 48 das Gebäude der Kämmerei lassen, und sich aller fernern Nutzungen desselben begeben muß, von der weitern Entrichtung der darauf haftenden dinglichen Lasten frei.

§ 56. Kann auch durch die Veranstaltungen des Magistrats dergleichen verfallenes Gebäude nicht wiederhergestellt

[1]) Man vergleiche Artikel 29 bis 32 des Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung, vom 23. September 1899.

werden, so ist, bei fortdauernder Gefahr für das Publikum, die Obrigkeit, selbiges abzubrechen und die Materialien an den Meistbietenden verkaufen zu lassen, berechtigt.

§ 57. Das daraus gelöste Geld aber kommt der Kämmerei, welche bisher die notwendigen Unterhaltungskosten hat hergeben müssen, zu statten.

§ 58. Was § 36 ff. von verfallenen städtischen Gebäuden verordnet ist, gilt auch von solchen, die durch Feuer oder anderes Unglück zerstört worden, wenn der bisherige Eigentümer dieselben innerhalb einer von der Obrigkeit zu bestimmenden Frist nicht wiederherstellen kann oder will.

§ 59. Die für einen solchen Unglücksfall ausgesetzten Feuer-Societätsbeiträge und andere dergleichen Vergütungen kommen alsdann nicht dem bisherigen Eigentümer oder dessen Konkursmasse, sondern dem Uebernehmer des Bauplatzes zu statten.

§ 60.[1]) Was von städtischen Grundstücken verordnet ist, gilt auch von Grundstücken auf dem Lande, die als eigene für sich bestehende Stellen oder Nahrungen in die Steuer- oder Lagerbücher eingetragen sind.

§ 61. Wenn also der Eigentümer ein solches Grundstück dergestalt in Verfall geraten läßt, daß davon die öffentlichen Abgaben und Prästationen nicht mehr entrichtet werden können, so ist die Obrigkeit damit ebenso, wie bei den städtischen Grundstücken vorgeschrieben worden, zu verfahren berechtigt.

§ 62. Ein Gleiches findet statt, wenn der Eigentümer die zum Gute notwendig erforderlichen Gebäude, ohne welche dasselbe nicht bewohnt oder bewirtschaftet werden kann, eingehen läßt.

§ 63. Doch kann auch in diesen Fällen, bei einem erfolgenden Verkaufe dienstpflichtiger Stellen, der Grundherrschaft ein zur Versehung der Wirtschaft und Leistung der Dienste untauglicher Besitzer nicht aufgedrungen werden.

§ 64. In Fällen, wo städtische Grundstücke der Kämmerei zugeschlagen werden, fallen Rustikalgründe der Obrigkeit des Orts zur anderweitigen Besetzung oder Verteilung anheim.

Einschränkungen des Eigentümers bei dem Bauen.

§ 65. In der Regel ist jeder Eigentümer seinen Grund und Boden mit Gebäuden zu besetzen, oder sein Gebäude zu verändern wohl befugt.

§ 66. Doch soll zum Schaden oder zur Unsicherheit des gemeinen Wesens, oder zur Verunstaltung der Städte und öffentlichen Plätze, kein Bau und keine Veränderung vorgenommen werden.

§ 67. Wer also einen neuen Bau in Städten anlegen will, muß davon zuvor der Obrigkeit zur Beurteilung Anzeige machen.

§ 68. Bei der anzustellenden Prüfung muß die Obrigkeit zugleich dahin sehen, daß durch eine richtige und vollständige Beschreibung des abzutragenden Gebäudes, nach seiner Lage, Grenzen und übrigen Beschaffenheit, künftigen Streitigkeiten bei dem Wiederaufbaue, in Ansehung des Winkelrechts, und sonst möglichst vorgebeugt werde.

§ 69. Vorzüglich ist eine besondere obrigkeitliche Erlaubnis notwendig, wenn, es sei in Städten oder auf dem Lande, eine neue Feuerstelle errichtet, oder eine alte an einen andern Ort verlegt werden soll.

§ 71. In allen Fällen, wo sich findet, daß ein ohne vorhergegangene Anzeige unternommener Bau schädlich oder gefährlich für das Publikum sei, oder zur groben Verunstaltung einer Straße oder eines Platzes gereiche, muß derselbe nach der Anweisung der Obrigkeit geändert werden.

§ 72. Findet die Aenderung nicht statt, so muß das Gebäude wieder abgetragen und alles, auf Kosten des Bauenden, in den vorigen Stand gesetzt werden.

§ 73. Bauanlagen auf Straßen, wodurch Gehende, Reitende oder Fahrende Beschädigungen ausgesetzt werden, soll die Obrigkeit nicht dulden.

§ 74. Niemand darf in Gegenden, die zum Ab- und Zugang des Publikums bestimmt sind, vor seinen Fenstern, oder an seinem Hause, etwas aufstellen oder aufhängen, durch dessen Herabsturz jemand beschädigt werden könnte.

§ 75. Der Uebertreter muß das Aufgestellte oder Aufgehängte sofort wegzuschaffen angehalten werden.

---

[1]) Es ist zweifelhaft, ob die §§ 60 bis 64 noch in Geltung sind.

§ 76. Ohne Erlaubnis der Obrigkeit dürfen Baustellen, die bisher besondere Nummern hatten, nicht in eins gezogen werden.[1])

§ 77. Auch die Zugestehung einer solchen Erlaubnis kann, in Ansehung der nach den Nummern verteilten, oder noch zu verteilenden Lasten und Abgaben, weder dem gemeinen Wesen noch anderen Privatpersonen zum Nachteil gereichen.

§ 78. Die Straßen und öffentlichen Plätze dürfen nicht verengt, verunreinigt oder sonst verunstaltet werden.

§ 79. Besonders darf niemand, ohne ausdrückliche Bewilligung der Obrigkeit, einen Kellerhals oder anderes dergleichen Nebengebäude auf die Straße zu anlegen.

§ 80. Auch die Einrichtung von Keller- und Ladenthüren, welche auf die Straße gehen, die Anlegung neuer, oder Wiederherstellung eingegangener Erker, Löben und auf die Straße hinaus gießender Dachrinnen; die Aufsetzung von Wetterdächern und in die Straße hinein sich erstreckenden Schildern, sowie die Errichtung von Blitzableitern darf nur unter Erlaubnis der Polizeiobrigkeit und nach den von dieser zu erteilenden Anweisungen vorgenommen werden.

§ 81. Uebrigens aber kann jeder Hauseigentümer den sogenannten Bürgersteig, soweit er das Steinpflaster zu unterhalten hat, unter den § 78 bestimmten Einschränkungen nutzen.

§ 82. Nähere Bestimmungen über die §§ 78 bis 81 berührten Gegenstände bleiben den besonderen Polizeigesetzen eines jeden Orts vorbehalten.

Bei Gräben und Wasserleitungen.

§ 96.[2]) Wasserleitungen und andere Wasserbaue an öffentlichen Orten und Flüssen müssen unter Aufsicht der Landespolizei geführt werden.

§ 97. Besonders darf niemand an öffentlichen Flüssen, wenngleich auf seinem Eigentume, Schleusen, Wehre, Dämme und Brücken anlegen oder ändern, ohne daß zuvor die Nachbarn vernommen und die Einwilligung des Staats beigebracht worden.

§ 98. Die übrigen Einschränkungen der Rechte des Eigentümers, in Rücksicht der öffentlichen Ströme, Häfen und Meeresufer sind in dem Titel von den Regalien des Staats bestimmt.

§ 99. Auch in den Privatflüssen darf zum Nachteile der Nachbarn und Uferbewohner durch Hemmung des Ablaufs derselben nichts unternommen oder verändert werden.[3])

§ 100. Vielmehr ist der Regel nach ein jeder die über sein Eigentum gehenden Gräben und Kanäle, wodurch das Wasser seinen ordentlichen und gewöhnlichen Ablauf hat, zu unterhalten verbunden.

§ 101. Sind es Scheidegräben, so muß in der Regel die Unterhaltung von den beiderseitigen Nachbarn bis zur Mitte des Grabens geschehen.

Einschränkungen des Eigentums zum Besten des Nachbarn, in Ansehung der Vorflut.

§ 102. Gegen das außerhalb der ordentlichen Kanäle und Gräben wild ablaufende Wasser ist ein jeder Eigentümer Grundstücke zu decken wohl befugt.

§ 103. Kann jedoch der oberhalb liegende Besitzer dergleichen Wasser durch die auf seinem Grund und Boden zu machenden Veranstaltungen nicht abführen: so ist der unterhalb liegende Nachbar selbiges anzunehmen, und also dem obern die Vorflut zu gestatten, verbunden.

§ 104. Die unterhalb liegenden Besitzer sind aber dazu nicht verpflichtet, sobald es einem unter ihnen durch natürliche Hindernisse unmöglich wird, das solchergestalt anzunehmende Wasser weiter abzuleiten.

§ 105. Doch kann auch in diesem Falle der Staat die unterhalb liegenden Nachbarn zur Gestattung der Vorflut anhalten[4]), wenn die Vorteile des oberhalb

---

[1]) Man vergleiche zu §§ 76 und 77 Artikel 119 Nummer 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

[2]) Zu den §§ 96 bis 117 vergleiche man Artikel 65 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

[3]) Man vergleiche das Gesetz über die Benutzung der Privatflüsse vom 28. Februar 1843.

[4]) Man vergleiche § 68 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883.

gelegenen Besitzers den Schaden der untern beträchtlich überwiegen und ersterer dem letzteren diesen Schaden vollständig zu vergüten bereit und vermögend ist.

§ 106. Ist zur Verschaffung der Vorflut die Ziehung eines neuen Grabens notwendig, so müssen diejenigen, welche Nutzen davon haben, nach Verhältnis desselben zu den Kosten gemeinschaftlich beitragen.

§ 107. Hat der, auf dessen Grund und Boden der Graben gezogen wird, davon keinen Vorteil, so ist er zur Anlegung so wenig als zur Unterhaltung desselben etwas beizutragen verbunden.

§ 108. Vielmehr muß ihm der dadurch erlittene Schaden, mit Inbegriff der durch Ziehung des neuen Grabens verloren gehenden Erdfläche, nach der Würdigung vereideter Sachverständigen ersetzt werden.

§ 109. Auch die neuen Brücken, welche über dergleichen Graben angelegt und unterhalten werden müssen, fallen denjenigen zur Last, zu deren Besten der Graben gezogen worden.

§ 110. Doch muß der Eigentümer, wenn er auch zur Mitunterhaltung des Grabens oder der Brücken nicht selbst verpflichtet ist, die daran sich ereignenden Beschädigungen, sobald er sie wahrnimmt, den Interessenten anzeigen.

§ 111. Wenn nach geschehener Anzeige die Interessenten die erforderliche Reparatur nicht zeitig genug besorgen können oder wollen, so ist der Eigentümer dieselbe, zur Abwendung des für ihn zu besorgenden Schadens, auf ihre Kosten zu veranstalten wohl befugt.

§ 112. Dagegen soll aber auch der Eigentümer, welcher dergleichen Graben oder Brücken, durch sich selbst oder durch die Seinigen, vorsätzlich oder aus grober Unvorsichtigkeit beschädigt, zum vollständigen Schadensersatz angehalten werden.

§ 113. Ist zur Verschaffung der Vorflut nicht die Ziehung eines neuen, sondern nur die Verbreitung oder Vertiefung eines schon vorhandenen Grabens erforderlich, so finden wegen der Kosten dieser Anlage die §§ 106 bis 109 gegebenen Vorschriften Anwendung.

§ 114. Die Unterhaltung des verbreiteten Grabens aber liegt demjenigen ob, welcher den alten Graben zu unterhalten hatte.

§ 115. Doch muß bei Bestimmung der nach § 108 dem Eigentümer zu leistenden Entschädigung auch auf die mehreren ihm in der Folge zur Last fallenden Unterhaltungskosten billige Rücksicht genommen werden.

§ 116. Was von der Verbreitung eines Grabens verordnet ist, gilt auch von der Verlängerung der darüber gelegten Brücken.

Von Schweineställen, Kloaken 2c.

§ 125.[1]) Schweineställe, Kloake, Dünger- und Lohgruben, und andere den Gebäuden schädliche Anlagen müssen wenigstens drei Fuß rheinländisch von den benachbarten Gebäuden, Mauern und Scheunen entfernt bleiben.

§ 126. Auch müssen dergleichen Gruben und Behältnisse von Grund aus aufgemauert werden.

§ 127. Von Bäumen des Nachbars müssen dergleichen Anlagen wenigstens drei Werkschuhe zurücktreten.

Von Rinnen und Kanälen.

§ 128. Wer auf seinem Grund und Boden, jedoch an der Seite des Nachbars hin, Rinnen und Kanäle an der Erde zur Abführung des Wassers anlegen will, muß gegen die Wand des Nachbars wenigstens noch einen Raum von einem Werkschuhe frei lassen.

Vom Brunnen.

§ 129.[2]) Anlagen, durch welche der schon vorhandene Brunnen des Nachbars verunreinigt oder unbrauchbar gemacht werden würde, sind unzulässig.

§ 130. Dagegen kann die Grabung eines Brunnens auf eigenem Grund und Boden, wenngleich dadurch dem Nachbar sein Wasser entzogen wird, dem Eigentümer nicht gewehrt werden, sobald der Nachbar desfalls kein besonderes Untersagungsrecht erlangt hat.

§ 131. Doch darf innerhalb dreier Werkschuhe von des Nachbars Grenze kein neuer Brunnen angelegt werden.

---

[1]) Zu den §§ 125 und folgende vergleiche man Artikel 124 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

[2]) Es ist zweifelhaft, ob die §§ 129, 130 noch in Geltung sind.

Vom Gebrauche einer gemeinschaftlichen Mauer.

§ 133. Back-, Brenn- oder Schmelzöfen und Feuerherde können an der dem Nachbar gehörenden Scheidewand ohne desselben Bewilligung nicht angelegt werden.

Vom Licht und von der Aussicht.

§ 137. Um Licht in sein Gebäude zu bringen, kann ein jeder Oeffnungen und Fenster in seine eigene Wand oder Mauer machen, wenn dieselben gleich eine Aussicht über die benachbarten Gründe gewähren.

§ 138. Sollen jedoch die Oeffnungen in einer unmittelbar an des Nachbars Hof oder Garten stoßenden Wand oder Mauer gemacht werden, so müssen dieselben, wo es die Umstände gestatten, sechs Fuß von dem Boden des Zimmers oder Behältnisses erhöht, in allen Fällen aber mit eisernen nur zwei Zoll voneinander stehenden Stäben oder mit einem Drahtgitter verwahrt sein.

§ 139. Neu errichtete Gebäude müssen von älteren schon vorhandenen Gebäuden des angrenzenden Nachbars, wenn nicht besondere Polizeigesetze ein anderes vorschreiben, wenigstens drei Werkschuhe zurücktreten.

§ 140. Stößt aber das neue Gebäude auf einen unbebauten Platz des Nachbars, so ist ein Abstand von anderthalb Werkschuhen hinreichend.

§ 142. Sind jedoch die Fenster des Nachbars, vor welchen gebaut werden soll, schon seit zehn Jahren oder länger vorhanden, und die Behältnisse, wo sie sich befinden, haben nur von dieser Seite her Licht, so muß der neue Bau soweit zurücktreten, daß der Nachbar noch aus den ungeöffneten Fenstern des unteren Stockwerks den Himmel erblicken könne.

§ 143. Hat in diesem Falle das Gebäude des Nachbars, in welchem die Fenster sich befinden, noch von einer anderen Seite Licht, so ist genug, wenn der neue Bau nur soweit zurücktritt, daß der Nachbar aus den ungeöffneten Fenstern des zweiten Stockwerks den Himmel sehen könne.

§ 144. Sind aber die Fenster des Nachbars, vor welchen gebaut werden soll, noch nicht seit zehn Jahren vorhanden, so ist der Bauende bloß an die § 139 bestimmte Entfernung gebunden.

§ 146. Wo eine solche Grundgerechtigkeit[1]) obwaltet, da findet im Mangel ausdrücklich verabredeter, die gesetzliche Bestimmung des § 142 Anwendung.[2])

§ 147. In allen §§ 139, 140, 142, 143, 146 bestimmten Fällen bleibt der unbebaute Zwischenraum nach wie vor seinem bisherigen Eigentümer, und kann von demselben zu jedem in den Gesetzen nicht verbotenen Gebrauche angewendet werden.

Von Thüren.

§ 148. Neue Thüren, welche unmittelbar auf des Nachbars Grund und Boden führen, dürfen wider dessen Willen niemals angelegt werden.

Von Zäunen, Planken und Scheidewänden.

§ 152. Wer eine neue Scheidung in einer Gegend, wo bisher noch keine vorhanden gewesen ist, anlegen will, muß nicht nur die Anlage, sondern auch die fernere Unterhaltung auf seine Kosten besorgen.

§ 153. Ueberhaupt liegt die Unterhaltung solcher Scheidungen demjenigen ob, welchem erweislich das Eigentum derselben gebührt.

§ 155. Dagegen muß ihm aber der Nachbar, von dessen Seite die Bretter angeschlagen sind, den Zutritt zu seinem Grund und Boden bei notwendigen an der Planke sich ereignenden Bauen und Reparaturen gestatten.

§ 156. Die Abdachung der Stiele muß nach der Seite desjenigen Grundes geschehen, dessen Eigentümer die Planke gehört.

§ 162. Bei Zäunen und Wellerwänden ist in der Regel jeder Besitzer städtischer Grundstücke und Gärten den Zaun rechter Hand, vom Eintritt in den Haupteingang, zu bauen und zu unterhalten schuldig.

§ 163. Hat aber jemand durch einen neuen Bau seinen Haupteingang gänzlich verändert, so behält er dennoch, in Rück-

---

[1]) Nämlich das Recht des Nachbarn, einem neuen Bau, durch den ihm das Licht benommen wird, zu widersprechen.

[2]) Man vergleiche Artikel 115 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

sicht der zu unterhaltenden Zäune, eben die Verbindlichkeit, welche er vor der Veränderung gehabt hat.

§ 164. Hat bisher ein Gebäude die Haltung eines Zaunes unnötig gemacht, so muß der, welcher dies Gebäude wegnimmt, den dafür anzulegenden Zaun bauen und unterhalten; selbst wenn er sonst, nach der Regel des § 162, dazu nicht verpflichtet sein würde.

§ 165. Wenn ein zur linken Hand neu anbauender Nachbar seinen Hof oder Garten schließen will, so muß er den daselbst bereits vorhandenen Zaun seines Nachbars zur Unterhaltung übernehmen.

§ 166. Die Kosten der ersten Anlage aber ist er dem Nachbar zu vergüten nicht schuldig.

§ 167. Der Quer- oder Rückzaun muß von beiden gegeneinander stoßenden Nachbarn gemeinschaftlich angelegt und unterhalten werden.

§ 169. Scheidungen zwischen Höfen müssen in der Regel nicht unter sechs, zwischen Gärten aber, sowohl in Städten als auf dem Lande, nicht unter fünf Fuß hoch sein.

§ 170. Wo es die Umstände zulassen, sollen künftig statt der hölzernen Zäune, bei Gärten und geschlossenen Ackerstücken lebendige Hecken angelegt werden.

§ 171. Auch ist der Eigentümer eines hölzernen Scheidezauns allezeit befugt, an dessen Stelle eine lebendige Hecke anzulegen.

§ 172. Er ist aber auch schuldig, die Anlage nach der Anweisung der Sachverständigen so zu machen und zu unterhalten, daß durch die Hecke das Eigentum des Nachbars ebenso gut, als durch den Zaun gesichert werde.

§ 173. Lebendige Hecken, welche zwei geschlossene Grundstücke voneinander unterscheiden, müssen stets so angelegt werden, daß dadurch dem Nachbar kein Schaden geschehe.

§ 174. Will also jemand gegen die Grenze seines Nachbars eine neue lebendige Hecke anlegen, so muß er ohne Unterschied der Holzart, welche dazu gewählt wird, anderthalb Fuß von des Nachbars Grenze zurücktreten.

Von Erhöhungen und Erniedrigungen des Bodens.

§ 185. Wer seinen Grund und Boden erhöhen will, muß mit dieser Erhöhung drei Fuß von dem Zaune, der Mauer oder Planke des Nachbars zurückbleiben.

§ 186. Daraus, daß der Nachbar die Erhöhung in einer größern Nähe ohne ausdrücklichen Widerspruch geschehen läßt, folgt noch nicht, daß er dem Ersatze des daraus in der Folge erwachsenden Schadens entsagt habe.

Neunter Titel.

Von der Erwerbung des Eigentums überhaupt, und den unmittelbaren Arten derselben insonderheit.

Dritter Abschnitt.

Von gefundenen Schätzen.

Rechte in Ansehung des Schatzes bei geteiltem oder eingeschränktem Eigentume.

§ 94.[1]) Das Recht des Eigentümers auf einen Schatz kommt dem nutzbaren Eigentümer allein zu, und derjenige, welchem bloß ein Anteil an der Proprietät zusteht, kann darauf keinen Anspruch machen.

§ 95. Auch der Fideikommißbesitzer und Erbzinsmann haben die Rechte des Eigentümers an einem Schatze, welcher auf dem von ihnen solchergestalt besessenen Grundstücke gefunden worden.

§ 96. Der auf einem Lehn-, Fideikommiß- oder Erbzinsgute gefundene Schatz wird das freie Eigentum des Besitzers.

---

[1]) Man vergleiche zu den §§ 94 bis 96 den Artikel 59 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

Vierter Abschnitt.

Vom Tierfange.

1. Vom Tierfange überhaupt.

§ 111.[1]) Tauben, welche jemand hält, ohne ein wirkliches Recht dazu zu haben, sind, wenn sie im Freien betroffen werden, ein Gegenstand des Tierfanges.

§ 112. Wer das Recht habe, Tauben zu halten, ist in den Provinzialgesetzen bestimmt.

§ 113. Wo diese nichts Besonderes festsetzen, sind nur diejenigen, welche tragbare Aecker in der Feldflur eigentümlich besitzen, oder dieselben statt des Eigentümers benutzen, nach Verhältnis des Ackermaßes, Tauben zu halten berechtigt.

§ 114. Insekten und andere Tiere, welche nach § 111 ein Gegenstand des Tierfanges, und weder zur Jagd-, noch zur Fischereigerechtigkeit geschlagen sind, können von einem jeden eingefangen werden.

§ 115. Wer in der Absicht, dergleichen Tiere zu fangen, fremden Grund und Boden ohne Vorwissen oder wider den Willen des Eigentümers betreten hat, muß das Gefangene dem Eigentümer auf desselben Verlangen unentgeltlich ausliefern.

§ 116. Hat der Eigentümer auf seinem Grund und Boden zu einem erlaubten Tierfange Anstalten gemacht, so darf kein anderer die daselbst eingefangenen Tiere, bei Strafe des Diebstahls, wegnehmen.

§ 117. Vogeleier und junge Vögel sind, soweit es die Polizeigesetze nicht ausdrücklich verbieten, ein Gegenstand des freien Tierfanges.

2. Insonderheit von Bienen.

§ 118. Bienen auf seinem Eigentume zu halten, ist einem jeden erlaubt.

§ 119. Das Recht, Bienen in der Heide zu halten, steht nur dem Eigentümer des Forstes zu.

§ 120. Diesem kann auch der Hütungsberechtigte das Halten der Bienen nicht untersagen.

§ 126. Die Polizeiobrigkeit jedes Orts ist berechtigt, Verfügungen zu treffen, wodurch das Rauben der Bienen verhindert und diejenigen Stöcke, unter denen es eingerissen ist, davon wieder entwöhnt werden.

3. Von der Jagd.

§ 128.[2]) Die Besitznehmung durch die Jagd ist erst alsdann für vollendet zu achten, wenn das Tier tot oder lebendig in die Gewalt des Jagenden gekommen ist.

§ 129. Ein Tier, welches bloß angeschossen worden, oder aus dem Netze entkommen ist, befindet sich noch in seiner natürlichen Freiheit.

§ 139. Ist angeschossenes Wild entkommen, oder hat sonst die Jagdfolge nicht stattgefunden, so ist der Jagende schuldig, dem Inhaber desjenigen Reviers, wohin das Wild auf der Flucht sich gewendet hat, von dem Anschusse binnen vierundzwanzig Stunden, bei einem bis fünf Thalern Strafe, Nachricht zu geben.

§ 140. Doch versteht sich dieses nur vom angeschossenen hohen Wilde, und die Anzeige geschieht auf Kosten des Berechtigten.

Fälle, wo das Wild, auch ohne Jagdgerechtigkeit, gefangen oder getötet werden kann.

§ 152. Wo sich Wölfe aufhalten, mag jeder Grundbesitzer an abgelegenen Orten Wolfsgruben anlegen.

§ 153. Damit aber niemand dadurch Schaden leide, müssen dergleichen Gruben gegen Menschen und Vieh tüchtig umrückt werden.

§ 155. Wird jemand von wilden Tieren angefallen, so sind ihm, zur Verteidigung seines Lebens und seiner Gesundheit alle Mittel, dieselben von sich abzuhalten oder zu töten, erlaubt.

§ 156. Wilde oder andere reißende Tiere bleiben demjenigen, welcher sie bei solcher Gelegenheit gefangen oder getötet hat, eigen.

§ 157. Sind aber Hirsche, Schweine

---

[1]) Man vergleiche zu den §§ 111 bis 113 den Artikel 130 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche und das Reichsgesetz, betreffend den Schutz der Brieftauben vom 28. Mai 1898.

[2]) Man vergleiche Artikel 69 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

oder anderes dergleichen Wild bei solchen Gelegenheiten gefangen und getötet worden, so müssen sie dem Jagdberechtigten gegen Ersatz des Schußgeldes ausgeliefert werden.

4. Von der Fischerei.[1]) Gegenstand derselben.

§ 170. Soweit jemand mit der Fischereigerechtigkeit in Strömen, Seen und anderen Gewässern versehen ist, soweit hat er ein ausschließendes Recht, sich alle in diesen Gewässern lebenden Tiere zuzueignen (Teil 2 Tit. 15 Abschn. 2).

§ 171. Der Fang solcher Tiere, die zugleich im Wasser und auf dem Lande leben (der Amphibien), gehört zur Jagd, wenn er mit Schießgewehr, Fallen oder Schlageisen geschieht.

§ 172. Der Fang der Fischottern und Biber gehört allemal zur Jagd.

§ 173. Wasservögel sind nur ein Gegenstand des Jagdrechts.

§ 174. Insofern jedoch jagdbare Zugvögel, außer der Hegezeit, mit Fischernetzen unter dem Wasser gefangen werden können, ist solches dem Fischereiberechtigten erlaubt.

§ 175. Alle anderen Wassertiere und Amphibien, welche mit Fischernetzen, Angeln oder mit der Hand im Wasser gefangen werden, gehören dem Fischereiberechtigten.

Von Fischen in geschlossenen und ungeschlossenen Gewässern.

§ 176. Teiche, Hälter, Seen und andere geschlossene Gewässer, welche sich nicht über die Grenze des Grundstücks erstrecken, in welchem sie liegen, sind in der Regel als das Eigentum des Grundherrn anzusehen.

§ 177. Die Fische in solchen Privatgewässern gehören also auch dem Eigentümer des Grundstücks.

§ 178. Wenn Fische, die in solchen Gewässern gehegt werden, bei großem Wasser oder bei einem Durchbruche des Dammes austreten, so können sie von dem Eigentümer, auch auf fremdem Grunde, wieder eingefangen werden.

§ 179. Bis in Flüsse und Ströme hingegen, oder in andere Gewässer, worin ein Dritter das Recht zu fischen hat, findet die Verfolgung nur insoweit statt, als der Eigentümer sichere Merkmale anzugeben vermag, wodurch seine ausgetretenen Fische von denjenigen, die in dem andern Gewässer befindlich sind, sich hinlänglich unterscheiden.

§ 180. Wenn Flüsse, Bäche oder andere uneingeschlossene Gewässer austreten, so kann der, welcher darin zu fischen berechtigt ist, die ausgetretenen Fische in der Regel nicht verfolgen.

§ 181. Vielmehr gehören diese demjenigen, auf dessen Grunde das ausgetretene Wasser stehen bleibt.

§ 182. Bleiben die Fische nach abgelaufenem Wasser in Lachen zurück, die jemand zu befischen das Recht hat, so kann dieser auch solche Fische sich zueignen.

§ 183. Es darf aber niemand die Fische durch Netze, Zäune, Dämme oder andere Wehrungen an der Rückkehr in den Strom verhindern.

Polizeigesetze bei Ausübung der Fischerei.

§ 184. Jeder Eigentümer mag auf seinem Grunde und Boden, unter Beobachtung der Landespolizeigesetze, Fischteiche anlegen.

§ 185. Die Fischerei in Teichen und eingeschlossenen Privatgewässern ist jeder Eigentümer nach eigenem Gutdünken auszuüben berechtigt.

§ 186. In öffentlichen aber, sowie in nicht eingeschlossenen Privatgewässern müssen, bei Ausübung derselben, die Vorschriften der Polizeigesetze wegen der Laichzeit, des verbotenen Fischerzeuges und was sonst darin zur Verhütung des Ruins der Fischerei verordnet ist, genau befolgt werden.

§ 187. Auch in Privatflüssen, worin mehrere die Fischereigerechtigkeit haben, darf niemand, der nicht ein besonderes Recht dazu erworben hat, durch Versetzung des Flusses ober- oder unterhalb, den freien Gang der Fische hindern.

§ 188. Auf öffentlichen Gewässern

[1]) Man vergleiche Artikel 69 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche und das Fischereigesetz für den Preußischen Staat vom 30. Mai 1874 (abgedruckt im Band I). Durch letzteres sind obige Bestimmungen zum Teil abgeändert.

soll niemand zum Nachteile der Fischereiberechtigten Enten halten.

§ 189. Enten, welche die Besitzer der an Privatflüsse und Teiche stoßenden Grundstücke ohne ausdrückliche Erlaubnis des Fischereiberechtigten halten, ist dieser, wenn sie auf dem Wasser betroffen werden, zu pfänden oder zu töten wohl befugt.

§ 190. Wer ohne Recht oder Erlaubnis fischt oder krebst, verliert außer dem, was er gefangen hat, auch die bei ihm befindlichen Netze und Fischgeräte.

Schranken der Fischereigerechtigkeit.

§ 191. Wer bloß die Fischereigerechtigkeit hat, darf sich deswegen in dem Strome oder Gewässer anderer Rechte des Grundeigentümers nicht anmaßen.

§ 192. Werden also bei Gelegenheit des Fischfanges andere Sachen gefunden und entdeckt, so gelten in Ansehung derselben die Vorschriften des zweiten und dritten Abschnittes.[1])

Fünfter Abschnitt.

Von der Beute.

Von der Beute überhaupt.

§ 193. Das Recht, im Kriege Beute zu machen, kann nur mit Genehmigung des Staats erlangt werden.

§ 194. Wem der Staat dieses Recht erteilt hat, der erwirbt durch bloße Besitzergreifung das Eigentum der erbeuteten Sache.

§ 195. Wer Kriegs- oder Mundvorräte erbeutet, der muß dieselben zum Gebrauch des Staats abliefern.

§ 196. Alle anderen Sachen, welche bei dem feindlichen Kriegsheere oder bei den unter den Waffen befindlichen Feinden, ingleichen bei feindlichen Marketendern und Lieferanten angetroffen werden, sind als Beute zu betrachten.

§ 197. Das Eigentum feindlicher Unterthanen, die weder zur Armee gehören, noch derselben folgen, kann nur zur Beute gemacht werden, wenn der Befehlshaber der Truppen die ausdrückliche Erlaubnis dazu gegeben hat.

§ 198. Unbewegliches Eigentum ist niemals ein Gegenstand der Beute.

§ 199. Bewegliche Sachen, die der Feind weggenommen und veräußert hat, kann der vorige Eigentümer gegen Erstattung desjenigen, was dafür gezahlt worden, zurückfordern.[2])

§ 200. Hat der Feind die erbeutete Sache verschenkt, so muß der Besitzer dieselbe dem vorigen Eigentümer unentgeltlich zurückgeben.

§ 201. Die Beute ist erst alsdann für erobert zu achten, wenn sie von den Truppen, welche sie gemacht haben, bis in ihr Lager, Nachtquartier, oder sonst in völlige Sicherheit gebracht worden.

§ 202. So lange der Feind noch verfolgt wird, bleibt dem vorigen Eigentümer der ihm wieder abgenommenen Sachen sein Recht darauf vorbehalten.

§ 203. Den Truppen, welche dem Feinde die Beute wieder abnehmen, soll von dem Kriegsgericht eine nach den Umständen billig gefundene Belohnung, welche die Eigentümer bei der Zurücknahme entrichten müssen, ausgesetzt werden.

§ 204. Insofern zu dergleichen wiedereroberten Beute kein Eigentümer sich meldet, verbleibt dieselbe den Truppen, die sie dem Feinde wieder abgenommen haben.

Von der Kaperei insonderheit.

§ 205. Privatpersonen, welche Kaperschiffe auszurüsten Vorhabens sind, müssen zu diesem Behufe sich Kaperbriefe erteilen lassen.

§ 206. Wer ohne diese auf Kaperei ausgeht, wird als Seeräuber angesehen.

§ 207. In Ansehung der Kapereien findet der Regel nach alles statt, was vorstehend vom Beutemachen verordnet ist.

§ 208. Güter und Schiffe, welche von Kapern weggenommen werden, sind erst für verloren anzusehen, wenn dieselben in einem feindlichen oder neutralen Hafen aufgebracht worden.

§ 210. Ist dergleichen Beute dem Feinde von Kriegsschiffen des Staats oder dessen Bundesgenossen wieder abgenommen worden, so findet zum Besten der Eroberer dasjenige statt, was oben § 203 in Ansehung der Landtruppen verordnet ist.

---

[1]) Jetzt die §§ 965 bis 984 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

[2]) Es ist zweifelhaft, ob die §§ 199 bis 202 noch in Geltung sind.

Anh. § 7. Die Rechte und Befugnisse der Preußischen Kaperschiffe sollen, nach den jedesmal konkurrierenden Verhältnissen, zu seiner Zeit bestimmt werden.

§ 211. Was für Sachen und Waren durch Kaperei erworben werden können, ist nach dem Inhalte der Kaperbriefe und nach den zwischen den kriegführenden und neutralen Mächten bestehenden Traktaten zu beurteilen.

§ 212. Wo diese nichts bestimmen, sind alle Waren und Güter feindlicher Unterthanen, welche auf feindlichen Schiffen gefunden werden, für gute Beute anzusehen.

§ 213. Dagegen soll den Unterthanen freundschaftlicher oder neutraler Mächte ihr auf feindlichen Schiffen gefundenes Eigentum nicht vorenthalten werden.

§ 214. Auch das Eigentum feindlicher Unterthanen, welches sich auf neutralen Schiffen befindet, ist frei.

§ 215. Ein Gleiches gilt von dem Eigentume feindlicher Unterthanen, welches dieselben den Postschiffen und Paketbooten des gegen ihren Landesherrn kriegführenden Staats anvertraut haben.

§ 216. Alles vorstehende (§§ 213, 214, 215) findet jedoch nur insofern statt, als dergleichen Güter und Sachen nicht unter die verbotenen Waren gehören.

§ 218. Alles, was nach einem kundbar belagerten oder eingeschlossenen Hafen geführt wird, ist als verbotene Ware zu betrachten.

§ 219. Für eingeschlossen ist ein Hafen zu achten, wenn derselbe durch eine feindliche Landbatterie oder durch Kriegsschiffe, die vor dem Hafen stationiert sind, gesperrt ist.

Sechster Abschnitt.

Von der Erwerbung der An- und Zuwüchse.[1]

2. Vom abgerissenen Lande.

§ 223. Wird durch die Gewalt des Stroms ein Stück Landes weggerückt und an ein fremdes Ufer angelegt, oder auf dasselbe geworfen, so ist der vorige Besitzer ein solches Stück noch innerhalb Jahresfrist wegzunehmen berechtigt.

§ 224. Hat der vorige Besitzer ein Jahr, ohne sein Recht geltend zu machen, verstreichen lassen, so ist der Eigentümer des dadurch verbreiteten Ufers das angelegte Stück durch die Besitzergreifung sich zuzueignen wohl befugt.

3. Von der Alluvion.

§ 225. Verbreitungen des Ufers durch das allmähliche Anspülen fremder Erdteile kommen demjenigen zu gute, welchem das Ufer gehört (Teil 2 Tit. 15 Abschn. 2).

§ 226. Auch neu anwachsende Erdzungen und Halbinseln, welche nach und nach entstanden sind, gehören demjenigen, an dessen Ufer sich dieselben angesetzt haben.

§ 227. In beiden Fällen §§ 225, 226 bedarf es zur Erwerbung des Eigentums weiter keiner Besitzergreifung.

§ 228. Auch wenn dergleichen Anspülungen oder Erdzungen sich der Breite nach in das Flußbett hinein und selbst bis über die Mitte desselben erstrecken, kann dennoch der Besitzer des gegenüber liegenden Ufers darauf keinen Anspruch machen.

§ 229. Wohl aber ist er berechtigt, an seinem Ufer solche Veranstaltungen zu treffen, wodurch die fernere Verbreitung des gegenüber liegenden Ufers verhindert wird.

§ 230. Buhnen hingegen, und andere Anlagen, wodurch der einmal vorhandene Anwuchs der Gefahr, wieder weggespült zu werden, ausgesetzt wird, darf, ohne Erlaubnis des Staats, niemand anlegen.

§ 231. Diese Erlaubnis soll nur alsdann erteilt werden, wenn durch die entstandene Anspülung oder Erdzunge eine dem Nachbar nachteilige Veränderung in dem Laufe des Flusses entsteht, welche derselbe durch die gewöhnlichen Uferbefestigungen nicht abwenden kann.

§ 232. Das Eigentumsrecht des Uferbesitzers über die an sein Ufer stoßenden Anspülungen und Erdzungen erstreckt sich nur soweit, als seine Grenze, der Länge nach, reicht.

§ 233. Wird also dergleichen Anwuchs mit der Zeit über seine Grenze hinaus verlängert, so ist das über seine Grenze hinausgehende Stück des Anwuchses oder der Erdzunge das Eigentum des benachbarten Uferbesitzers.

---

[1]) Man vergleiche Artikel 65 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

§ 234. Diese Vorschrift findet auch alsdann statt, wenn das über die Grenze des Nachbars hinausgehende Stück der Erdzunge oder Halbinsel mit dem Ufer des Nachbars noch nicht zusammenhängt.

§ 235. Hat jedoch in beiden Fällen der benachbarte Uferbesitzer geschehen lassen, daß der, an dessen Ufer der Anwuchs oder die Erdzunge sich zuerst angesetzt hatte, dieselbe auch über seine Grenze hinaus durch drei aufeinander folgende Jahre ruhig nutzen dürfen, so hat letzterer das Eigentum eines solchen Stückes erworben.

§ 236. Das einem Uferbesitzer einmal zugefallene Eigentum eines Anwuchses oder einer Halbinsel geht nicht verloren, wenn auch dieselben in der Folge durch das Wasser von seinem Ufer abgetrennt werden.

§ 237. Niemand darf durch Pflanzungen oder andere Wasserbaue das Anspülen an die Ufer eines öffentlichen Flusses vorsätzlich befördern.

§ 238. Auch der daselbst wirklich angespülte Grund und Boden darf durch Bepflanzungen nur insofern befestigt werden, als der gewöhnliche Lauf des Wassers dadurch nicht gehemmt wird.

§ 239. Dagegen ist jeder Uferbesitzer, das Ausreißen des Stroms, durch dazu dienliche Uferbefestigungen zu hindern, wohl befugt.

§ 240. Wenn das dem Ausreißen des Stroms ausgesetzte Ufer nicht anders als durch solche Anlagen, welche zugleich das Anspülen befördern, hinlänglich befestigt werden kann, so ist der Uferbesitzer auch zu diesen berechtigt.

§ 241. Es dürfen aber dergleichen Anlagen in öffentlichen Flüssen, bei entstehenden Widerspruche, nicht anders als unter der ausdrücklichen Genehmigung des Staats, nach vorhergegangener Untersuchung ihrer Notwendigkeit, veranstaltet werden.

Von Inseln.

§ 242. Solange eine Erderhöhung in dem Flußbette eines Stromes, bei gewöhnlichem Wasserstande, mit einem gemeinen Fischernachen umfahren werden kann, ist sie als eine Insel anzusehen.

§ 243. Erdflecke, die erweislich sonst ein Teil des festen Landes gewesen und davon nur durch Einbiegungen und Umströmungen des Flusses abgesondert worden sind, werden für Inseln, im rechtlichen Sinne, nicht geachtet.

§ 244. Wo nach den Provinzialgesetzen die Inseln in öffentlichen Flüssen kein Vorbehalt des Staats sind, da haben die Besitzer desjenigen Ufers, welchem sie am nächsten liegen, das Recht, sich dieselben zuzueignen.

§ 245. Ein gleiches gilt durchgehends von den in Privatflüssen entstehenden Inseln.

§ 246. Das Eigentum der Inseln aber wird erst durch die wirkliche Besitznehmung erworben.

§ 247. Welchem von beiden gegeneinander über liegenden Ufern eine Insel am nächsten sei, muß nach einer durch das Flußbette, der Länge nach, zu ziehenden Linie beurteilt werden.

§ 248. Die Breite des Flusses wird dabei nach Linien bestimmt, die von denjenigen Punkten beiderseitiger, bei gewöhnlichem Wasserstande sichtbarer Ufer, welche den beiden Enden der Insel gegenüber liegen, quer über den Fluß gezogen werden.

§ 249. Diejenige, der Länge nach gezogene Linie, welche jede dieser beiden Querlinien in ihrer Mitte durchschneidet, bestimmt, welchem Ufer die Insel am nächsten liege.

§ 250. Schneidet diese Mittellinie durch die Insel selbst, so kommt das Recht, sich die dadurch bestimmten, jedem Ufer am nächsten liegenden Anteile zuzueignen, den beiderseitigen Uferbesitzern zu.

§ 251. Liegt die Insel, ihrer Länge nach, den Ufern mehrerer aneinander grenzender Besitzer gegenüber, so hat ein jeder von diesen Besitzern das Recht, sich den seinem Ufer gegenüber liegenden Teil derselben zuzueignen.

§ 252. Der Anteil eines jeden dieser Uferbesitzer wird durch Linien bestimmt, welche von den Punkten, wo eines jeden Grenze an den Fluß stößt, quer über den Fluß, gerade nach der in der Mitte desselben angenommenen Linie gezogen werden.

§ 253. Bei Bestimmung der Rechte der Uferbesitzer auf eine ihren Ufern gegenüber liegende Insel wird darauf, ob das Ufer mit Dämmen oder Deichen mit oder ohne Vorland, eingeschlossen sei oder nicht, keine Rücksicht genommen.

§ 254. Wenn jemand eine ganze

Insel, die mehreren Ufern gegenüber liegt, oder deren über seine Grenze hinaus gehenden Teil in Besitz nehmen will, so muß er diesen Vorsatz seinen Nachbarn bekannt machen, und dieselben zur Erklärung, ob sie sich ihres Rechtes bedienen wollen, auffordern.

§ 255. Weigern sie sich dieser Erklärung, oder zögern sie damit, oder auch mit der Ausübung ihres Rechtes selbst, so kann der, welcher die Insel in Besitz nehmen will, auf die Vermittelung des Staats antragen.

§ 256. Findet der Staat, daß die Benutzung der Insel dem gemeinen Wesen zuträglich sei, und wollen, nach wiederholter Aufforderung, die übrigen Interessenten, innerhalb einer ihnen zu bestimmenden Frist, von ihrem Rechte keinen Gebrauch machen, so kann der Staat dem, welcher sich zuerst gemeldet hat, auch die über seine Grenze hinauslaufenden Teile der Insel zueignen.

§ 257. Soweit jemand, auch ohne dergleichen ausdrückliche Bestimmung des Staats, eine Insel drei Jahre hinter einander ruhig besessen und benutzt, hat er das Eigentum der ganzen Insel, selbst gegen solche Nachbarn, deren Ufer einem Teile derselben näher liegen, durch Verjährung erworben.

§ 258. Findet der Staat nötig, daß An- und Zuwüchse der Ufer, oder auch der Inseln, durchgestochen oder weggeräumt werden, so müssen die Privatbesitzer derselben sich dergleichen Verfügungen zu allen Zeiten gefallen lassen.

§ 261. Geschieht die Wegräumung in einem Privatflusse, um denselben schiffbar zu machen, so müssen die darunter leidenden Besitzer der Alluvionen und Inseln von dem Staate allemal vollständig entschädigt werden.

§ 262. Eine gleiche Entschädigung muß denselben von den Flußnachbarn in allen Fällen zu teil werden, wenn der Staat dergleichen Durchstiche oder Wegräumungen zu ihrem Besten und Vorteile auf ihren Antrag veranlaßt.

5. Von zugelandeten und verlassenen Flußbetten.

§ 263. Soll ein Flußbette, oder anderer Graben und Kanal, durch Verkrippungen oder andere dergleichen Anstalten verengt oder zugelandet werden, so haben die angrenzenden Uferbesitzer das nächste Recht, sich den solchergestalt gewonnenen Grund und Boden durch Besitznahme zuzueignen.

§ 264. Wollen sie aber von diesem Rechte Gebrauch machen, so müssen sie, nach Verhältnis ihrer Anteile an dem gewonnenen Lande, zu den Arbeiten und Kosten der Ausführung beitragen.

§ 265. Das Recht eines jeden Uferbesitzers erstreckt sich in solchem Falle der Länge nach so weit, als seine Grenze am Ufer geht, und der Breite nach bis zu der Mitte des vormaligen Flußbettes.

§ 266. Diese Mitte wird auf die § 248 ff. vorgeschriebene Art bestimmt.

§ 267. Das Bette abgelassener Landseen verbleibt den Eigentümern des Sees, nach Verhältnis des jedem von ihnen an dem See selbst zugestandenen Eigentumsrechts.

§ 268. Sind die Eigentumsanteile der mehreren Interessenten in dem See selbst nicht bestimmt gewesen, so wird der abgelassene Grund unter die Uferbesitzer nach den § 265 vorgeschriebenen Grundsätzen verteilt.

§ 269. Doch muß von diesen derjenige, welcher, ohne selbst Uferbesitzer zu sein, nutzbare Rechte in dem See auszuüben hatte, verhältnismäßig entschädigt werden.

§ 270. Soweit die in einem Flusse entstehenden Inseln den benachbarten Uferbesitzern gehören, soweit gehört ihnen auch das von dem Wasser verlassene Flußbette.

§ 271. Doch müssen diejenigen Unterthanen des Staats, welche durch den neuen Kanal des Flusses an ihrem Eigentume gelitten haben, vorzüglich aus dem verlassenen Flußbette oder dessen Werte entschädigt werden.

§ 272. Ueberströmungen, welche durch die Gewalt des Wassers veranlaßt worden, und nur eine Zeitlang dauern, wirken keine Veränderung in dem Eigentume der überströmten Grundstücke.

§ 273. Ist aber der ehemalige Eigentümer des neuen Kanals bereits auf andere Art schadlos gehalten worden, so fällt das wieder verlassene neue Flußbette, soweit es nicht nach § 271 zur ferneren Entschädigung gebraucht wird, demjenigen zu, welcher dem ersteren die Schadloshaltung geleistet hat.

§ 274. Wegen einer bloßen Schmälerung oder Erweiterung des Flußbettes, welche durch die Natur selbst veranlaßt worden, kann keine Vergütung gefordert werden.

Siebenter Abschnitt.

Von preisgegebenen Sachen oder Geldern.

§ 348. Niemand darf, ohne Genehmigung der Polizeiobrigkeit, wegen sonst zu besorgender Unordnungen, öffentlich Gelder auswerfen oder Sachen preisgeben.

Neunter Abschnitt.

Von der Verjährung.

§ 655. Von öffentlichen Lasten und Abgaben wird der Verpflichtete bloß dadurch, daß er dieselben auch in der längsten Zeit nicht entrichtet hat, keineswegs frei.

Fünfzigjährige Präskription.

§ 656. Wenn jedoch erhellet, daß jemand zu einer Last oder Abgabe, wozu er nach seinem Stande und Verhältnisse an sich verpflichtet war, aufgefordert worden, sich aber deren Leistung geweigert habe, und seit dieser Zeit, fünfzig Jahre hindurch, davon frei geblieben sei, so wird vermutet, daß er die Befreiung auf eine rechtsgültige Weise erlangt habe.

§ 657. Er muß also bei seiner Freiheit so lange geschützt werden, als nicht ausgemittelt ist, daß er sich deren ohne Recht angemaßt habe.

§ 658. Ist das Grundstück oder die Gerechtigkeit, von welcher die Abgabe entrichtet werden soll, in das Steuerbuch niemals eingetragen gewesen, so begründet schon der Umstand allein, daß die Abgabe in fünfzig Jahren nicht gefordert worden, die Vermutung einer rechtsgültig erlangten Befreiung.

§ 659. Es findet also auch in diesem Falle die Vorschrift des § 657 Anwendung.

Elfter Titel.

Von den Titeln zur Erwerbung des Eigentums, welche sich in Verträgen unter Lebendigen gründen.

Erster Abschnitt.

Von Kaufs- und Verkaufsgeschäften.

Vom notwendigen Kaufe.

§ 4.[1]) Auch der Staat ist jemanden zum Verkaufe seiner Sachen zu zwingen nur alsdann berechtigt, wenn es zum Wohl des gemeinen Wesens notwendig ist.

§ 5. Zur Anlegung oder Verbreitung einer öffentlichen Landstraße oder eines schiffbaren Kanals oder Flußbettes können die Besitzer der angrenzenden Grundstücke so viel davon, als zu diesem Behufe erfordert wird, dem Staate käuflich zu überlassen gezwungen werden.

§ 6. Ein Gleiches hat statt, wenn der Staat der öffentlichen Sicherheit wegen einen Ort mit Festungswerken zu versehen nötig findet.

§ 7. Bei entstehendem Getreidemangel ist der Staat, zur Abwendung einer drohenden Hungersnot, berechtigt, die Besitzer von Getreidevorräten zur Ausstellung derselben zum feilen Verkaufe, jedoch mit Vorbehalt ihres eigenen Bedürfnisses, zu nötigen.

§ 8. In allen Fällen eines durch die Gesetze begründeten notwendigen Verkaufs muß, wenn über den Preis kein Einverständnis stattfindet, derselbe nach dem Ermessen vereideter Taxatoren bestimmt werden.

§ 9. Bei dieser Bestimmung ist nicht bloß auf den gemeinen, sondern auch auf den außerordentlichen Wert Rücksicht zu nehmen.

---

[1]) Man vergleiche § 109 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche und das oben abgedruckte Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874.

§ 10. Ob der Fall einer Notwendigkeit des Verkaufs zum gemeinen Wohl vorhanden sei, bleibt der Beurteilung und Entscheidung des Oberhauptes des Staats vorbehalten.

§ 11. Ueber die Bestimmung des Preises aber soll dem bisherigen Eigentümer rechtliches Gehör nicht versagt werden.

Sechster Abschnitt.

Von gewagten Geschäften und ungewissen Erwerbungen.

10. Von Witwen-, Heirats- und Sterbekassen.[1])

§ 651. Gemeinschaftliche Witwen-, Sterbe- und Aussteuerkassen dürfen, ohne landesherrliche Genehmigung, nicht errichtet werden.

§ 652. Die Rechte und Pflichten der Interessenten sind nach dem vom Staate bestätigten Plane zu beurteilen.

Siebenter Abschnitt.

Vom Darlehnsvertrage.

§ 676.[2]) Aus Darlehnen an Prinzen und Prinzessinnen, welche durch Geburt oder Heirat zum Königlichen Hause gehören, soll, solange die Einwilligung des regierenden Oberhauptes der Familie nicht hinzugekommen ist, bei hiesigen Gerichten keine Klage angenommen werden.

§ 677. Auf Prinzessinnen, welche durch Heirat aus der Königlichen Familie herausgegangen sind, findet diese Vorschrift nicht Anwendung.

Achter Abschnitt.

Von Verträgen, wodurch Sachen gegen Handlungen oder Handlungen gegen Handlungen versprochen werden.

Verlagsverträge.[3])

§ 996. Das Verlagsrecht besteht in der Befugnis, eine Schrift durch den Druck zu vervielfältigen, und sie auf den Messen, unter die Buchhändler und sonst, ausschließend abzusetzen.

§ 997. Nicht bloß Bücher, sondern auch Landkarten, Kupferstiche, topographische Zeichnungen und musikalische Kompositionen sind ein Gegenstand des Verlagsrechts.

§ 998. In der Regel erlangt der Buchhändler das Verlagsrecht nur durch einen mit dem Verfasser darüber geschlossenen schriftlichen Vertrag.[4])

§ 999. Ist dergleichen schriftlicher Vertrag nicht errichtet, die Handschrift jedoch von dem Schriftsteller abgeliefert worden, so gilt die mündliche Abrede zwar in Ansehung des dem Verfasser versprochenen Honorarii, in allen übrigen Stücken aber sind die Verhältnisse beider Teile lediglich nach den gesetzlichen Vorschriften zu beurteilen.

§ 1000. Der Verfasser ist schuldig, den schriftlichen Vertrag durch Lieferung der Handschrift zur gehörigen Zeit zu erfüllen.

§ 1001. Thut er dieses nicht, so kann der Verleger von dem Vertrage wieder abgehen.

§ 1002. Ist die Zeit, wann die Handschrift geliefert werden soll, im Vertrage nicht bestimmt, so wird angenommen, daß dieselbe dergestalt geliefert werden solle, daß der Verleger die Schrift noch auf die nächste Leipziger Messe bringen könne.

§ 1003. Erhellet aus der Größe und dem Umfange des Werks, oder aus der kurzen Zwischenzeit bis zur Messe, oder aus anderen Umständen, daß dem Schriftsteller eine längere Zeit habe gestattet sein sollen, so hängt die nähere im Kontrakte nicht enthaltene Bestimmung von dem Schriftsteller ab.

§ 1004. Doch kann derselbe von dem Verleger angehalten werden, eine gewisse Zeit zu bestimmen, oder sich den Rücktritt von dem Kontrakte gefallen zu lassen.

§ 1005. Ereignen sich Umstände oder Hindernisse, welche den Verfasser veranlassen, das versprochene Werk gar nicht

---

[1]) Man vergleiche Artikel 75 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche und § 360 Nummer 9 des Strafgesetzbuchs.

[2]) Man vergleiche Artikel 57 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

[3]) Man vergleiche Artikel 76 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

[4]) Man vergleiche Artikel 5 des Ausführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche.

herauszugeben, so kann er von dem Vertrage zurücktreten.

§ 1006. Er muß aber dem Verleger den Schaden ersetzen, welcher demselben aus den zum Abdruck etwa schon getroffenen, und durch den Rücktritt unnütz werdenden Anstalten wirklich entsteht.

§ 1007. Giebt aber der Schriftsteller das einem Verleger versprochene Werk innerhalb Jahresfrist nach dem Rücktritte, ohne Vorwissen und Einwilligung desselben, in einem anderen Verlage, oder auf eigene Rechnung heraus, so muß er dem ersten Verleger auch für den entgangenen Gewinn gerecht werden.

§ 1008. Findet der Schriftsteller nötig, in Ansehung des Umfanges, oder der Einrichtung des Werkes, Veränderungen noch vor dem Drucke zu machen, so hat der Verleger die Wahl, sich dieselben gefallen zu lassen oder von dem Vertrage wieder abzugehen.

§ 1009. Macht aber der Schriftsteller dergleichen Veränderungen nach bereits angefangenem Drucke, ohne die Einwilligung des Verlegers, so haftet er dem Verleger für allen daraus entstehenden Schaden.

§ 1010. Wegen der Fälle, wo die Erfüllung des Verlagsvertrages einem oder dem anderen Teile unmöglich wird, hat es bei den Vorschriften des § 879 ff.[1]) sein Bewenden.

§ 1011. Wenn ein neuer unveränderter Abdruck einer Schrift in eben demselben Formate veranlaßt wird, so heißt solches eine neue Auflage.

§ 1012. Wenn aber eine Schrift in verändertem Formate, oder mit Veränderungen im Inhalte, von neuem gedruckt wird, so wird solches eine neue Ausgabe genannt.

§ 1013. Ist im Verlagsvertrage die Zahl der Exemplare der ersten Auflage nicht bestimmt, so steht es dem Verleger frei, auch ohne ausdrückliche Einwilligung des Verfassers, neue Auflagen zu veranstalten.

§ 1014. Ist aber die Zahl bestimmt, so muß der Verleger, wenn er eine neue Auflage machen will, sich darüber mit dem Schriftsteller, oder dessen Erben, anderweit abfinden.

§ 1015. Können die Parteien sich darüber nicht vereinigen, so dient die Hälfte des für die erste Auflage gezahlten Honorarii zum Maßstabe.

§ 1016. Hingegen erstreckt sich das Verlagsrecht in der Regel, und wenn nicht in dem geschlossenen schriftlichen Vertrage ein anderes verabredet ist, nur auf die erste Ausgabe des Werks, mit Inbegriff aller ferneren Teile und Fortsetzungen desselben.

§ 1017. Der erste Verleger kann also niemals eine neue Ausgabe machen, ohne mit dem Schriftsteller einen neuen Vertrag darüber geschlossen zu haben.

§ 1018. Dagegen kann auch der Schriftsteller keine neue Ausgabe veranstalten, solange der erste Verleger die von ihm nach §§ 1013, 1014 rechtmäßig veranstalteten Auflagen noch nicht abgesetzt hat.

§ 1019. Können Verfasser und Buchhändler sich wegen der neuen Ausgabe nicht vereinigen, so muß ersterer, wenn er dieselbe in einem anderen Verlage herausgeben will, zuvörderst dem vorigen Verleger alle vorrätigen Exemplare der ersten Ausgabe, gegen bare Bezahlung des Buchhändlerpreises, abnehmen.

§ 1021. Vorstehende Einschränkungen des Verlagsrechtes zum Besten des Schriftstellers fallen weg, wenn der Buchhändler die Ausarbeitung eines Werkes, nach einer von ihm gefaßten Idee, dem Schriftsteller zuerst übertragen, und dieser die Ausführung ohne besonderen schriftlichen Vorbehalt übernommen; oder wenn der Buchhändler mehrere Verfasser, zur Ausführung einer solchen Idee, als Mitarbeiter angestellt hat.

§ 1022. In diesen Fällen gebührt das volle Verlagsrecht vom Anfange an dem Buchhändler, und der oder die Verfasser können sich auf fernere Auflagen und Ausgaben weiter kein Recht anmaßen, als was ihnen in dem schriftlichen Vertrage ausdrücklich vorbehalten ist.

§ 1023. Anmerkungen zu Büchern, worauf ein anderer das Verlagsrecht hat, besonders abzudrucken, ist erlaubt. Mit dem Werke selbst aber können dergleichen Anmerkungen, ohne Einwilligung des Verfassers und seines Verlegers, nicht gedruckt, noch in den Königlichen Landen verkauft werden.

[1]) Jetzt die §§ 275 und folgende des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Zwölfter Titel.

Von den Titeln zur Erwerbung des Eigentums, welche aus Verordnungen von Todeswegen entstehen.

Erster Abschnitt.

Von Testamenten und Codicillen.

V. Form der Testamente und Codicille.
3. Von privilegierten Testamenten, a) solchen, die dem Landesherrn übergeben werden.

§ 176. Bei Personen, welche zu der Familie des Landesherrn gehören, ist es genug, wenn dieselben ihre Disposition dem Haupte der Familie auch nur schriftlich eingereicht haben, und dieselbe dem Kabinettsarchive, oder einem Gericht, zur ferneren Aufbewahrung zugefertigt worden ist.[1])

VII. Wirkungen gehörig errichteter und publizierter Testamente und Codicille.
C. In Ansehung der Substitutionen.
2. Der fideikommissarischen.

§ 475.[2]) Hat der Erblasser aus seinem Nachlasse ein Familienfideikommiß bestellt, so muß der Fideikommißfolger die einzelnen Vermächtnisse, soweit die übrige Erbschaft nicht hinreicht, entrichten.

§ 476. Doch können die Legatarii nicht an die Substanz, sondern nur an die Nutzungen des Fideikommisses sich halten.

Dreizehnter Titel.

Von Erwerbung des Eigentums der Sachen und Rechte durch einen Dritten.

Erster Abschnitt.

Von Vollmachtsaufträgen.

Wirkungen des Vollmachtsvertrages erster Rechte zwischen dem Machtgeber und Bevollmächtigten. a) Von der Befugnis, zu substituieren.

§ 41. Geschäfte eines öffentlichen Amtes soll niemand eigenmächtig einem anderen an seiner Statt auftragen.

§ 42. Ist es dennoch geschehen, so sind die Handlungen des Substituten nichtig, und er sowohl, als sein Machtgeber haften, einer für beide und beide für einen, wegen alles daraus entstandenen Schadens.[3])

§ 43. War jedoch der Substitut zur Verrichtung von Amtshandlungen dieser Art an sich qualifiziert, so wird zwar dadurch, daß der, welchem das Geschäft eigentlich oblag, ihn dazu eigenmächtig substituiert hat, die Handlung selbst noch nicht ungültig.

§ 44. Derjenige aber, welcher sich eine solche eigenmächtige Substitution angemaßt hat, soll, nach Bewandtnis der Umstände. mit verhältnismäßiger Geld- oder Gefängnisstrafe belegt werden.

§ 45. Auch von dieser Strafe bleibt ein Beamter frei, welcher durch Krankheit, oder anderen Zufall, die Geschäfte seines Amts zu verwalten, auf eine Zeitlang außer stande gesetzt worden, und auf so lange, bis von seinem Vorgesetzten wegen einstweiliger Versehung desselben Anstalten getroffen worden, solche Amtshandlungen, die keinen Aufschub leiden, anderen, welche zu Geschäften von gleicher Art öffentlich bestellt und verpflichtet sind, aufgetragen hat.

---

[1]) Man vergleiche Artikel 57 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.
[2]) Man vergleiche Artikel 59 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.
[3]) Man vergleiche Artikel 78 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

Siebzehnter Titel.

Vom gemeinschaftlichen Eigentume.

Fünfter Abschnitt.

Von Grenzscheidungen.

Wie Grenzscheidungen anzulegen.[1])

§ 362. Sowohl bei Gemeinheitsteilungen, als in allen anderen Fällen, wo eine Bestimmung der Grenzen erforderlich ist, müssen dieselben deutlich bezeichnet werden.

§ 363. Diese Auszeichnung, sie mag durch die Grenzraine, Graben, Steine, Pfähle, Bäume oder Grenzhügel bestimmt werden, muß so beschaffen sein, daß sie nicht leicht verrückt oder verdunkelt werden könne.

§ 364. Es ist hinlänglich, wenn die Grenzgraben oder Raine zwischen den einzelnen Besitzungen einen Fuß, zwischen verschiedenen Feldmarken aber vier Fuß breit sind.

§ 365. Doch kann eine bisher bestandene größere Breite zum Nachteil derjenigen, welche ein Nutzungsrecht darauf haben, solchergestalt nicht eingeschränkt werden.

§ 366. Die Mitte des Grabens oder Rains, welcher die Grenze bestimmt, ist für die eigentliche Grenzlinie zu achten.

§ 367. Grenzpfähle, Bäume und Steine müssen durch oberhalb des Bodens eingehauene, oder durch untergelegte unverwesliche Merkmale bezeichnet werden.

§ 368. Ein Hügel, welcher für ein Grenzzeichen angegeben wird, hat diese Eigenschaft nur alsdann, wenn unter demselben dergleichen Merkmale sich finden; oder wenn die Bestimmung desselben zu einem Grenzzeichen aus anderen Umständen deutlich zu entnehmen ist.

§ 369. Wege, Fußsteige und Bäche, welche ihre Lage leicht verändern, sollen zur Bezeichnung der Grenzen in der Regel nicht angenommen werden.

§ 370. Wo die Bezeichnung der Grenzen nicht durch Raine oder Gräben, sondern durch Steine, Pfähle oder Hügel geschieht, müssen diese Grenzzeichen so angelegt werden, daß der Grenzzug durch eine gerade Linie von einem zum anderen bestimmt werde.

§ 371. Vorstehende Regeln sind sowohl bei Bestimmung bisher streitig gewesener, als bei Erneuerung unstreitiger Grenzen zu beobachten.

Achtzehnter Titel.

Vom geteilten Eigentume.

Erster Abschnitt.

Vom Lehn.

Die durch Artikel 89 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche aufrecht erhaltenen §§ 1 bis 679 dieses Titels handeln vom Lehn.

Ihre Bedeutung ist heute, insbesondere für den Leser dieser Sammlung, gleich Null. Deshalb sind sie hier als überflüssig nicht mit abgedruckt.

---

[1]) Man vergleiche § 919 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Zwanzigster Titel.

Von dem Rechte auf die Substanz einer fremden Sache.

Erster Abschnitt.

Von dem Rechte des Unterpfandes.

IV. Hypothekenrechte. 6. Wirkungen des Hypothekenrechts. Worauf das dingliche Recht des Hypothekengläubigers sich erstreckt.

§ 458.[1]) Sind bei Gemeinheitsteilungen, Pertinenzstücke unbeweglicher Güter gegeneinander ausgetauscht worden, so finden die Vorschriften §§ 456, 457[2]) keine Anwendung.

§ 459. Vielmehr treten, auch in Beziehung auf die Hypothekengläubiger, die neuen Pertinenzstücke an die Stelle der vorigen.

§ 460. Sind bei solchen Gemeinheitsteilungen, Pertinenzstücke eines Guts gegen eine bare ein- für allemal zu entrichtende Vergütung abgetreten worden, so müssen die Gerichte, welche das Geschäft dirigieren, ein solches Abkommen den Hypothekengläubigern, zur Wahrnehmung ihrer Gerechtsame, bekannt machen.

§ 461. Diesen steht alsdann frei, zu verlangen, daß der Schuldner die ihm ausgesetzte bare Vergütung entweder zur Wiederherstellung ihrer durch die Abtretung geschmälerten Sicherheit, oder zur Abstoßung der zuerst eingetragenen Kapitalsposten, soweit sie dazu hinreicht, verwende.

§ 462. Kann oder will der Schuldner weder eines noch das andere bewerkstelligen, so sind die Hypothekengläubiger befugt, ihre Kapitalien auch noch vor der Verfallzeit, aufzukündigen.

§ 463. Sie müssen aber von diesem Rechte binnen sechs Wochen, nach der ihnen zugekommenen Notifikation, Gebrauch machen.

§ 464. Thun sie das, so bleibt ihnen ihr hypothekarisches Recht auf das abgetretene Pertinenzstück bis zum Austrage der Sache vorbehalten.

§ 465. Verabsäumen sie aber die gesetzliche Frist, so erlischt ihr Hypothekenrecht auf das abgetrennte Pertinenzstück.

Einundzwanzigster Titel.

Von dem Rechte zum Gebrauche oder Nutzung fremden Eigentums.

Erster Abschnitt.

Vom Nießbrauche.

Rechte des Nießbrauchers.

§ 45. Die Ausübung der auf einem Gute haftenden Ehrenrechte gebührt in der Regel dem Eigentümer.

§ 46. Sind aber Lasten mit diesen Ehrenrechten verbunden, so muß der Eigentümer entweder auch diese tragen, oder, wenn er letzteres nicht will, die Ausübung der Ehrenrechte, gegen Tragung der Lasten, dem Nießbraucher überlassen.

---

[1]) Man vergleiche Artikel 113 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

[2]) Nach diesen jetzt aufgehobenen §§ konnte bei Austausch von Pertinenzstücken der Hypothekengläubiger wählen, ob er sich an das neue oder an das abgetretene Stück halten wolle. Dieses Wahlrecht verneint § 458 bei Gemeinheitsteilungen.

Zweiundzwanzigster Titel.

Von Gerechtigkeiten der Grundstücke gegeneinander.[1])

I. Grundgerechtigkeiten auf Gebäude.

§ 55. Das Recht, auf die eigentümliche Mauer eines anderen zu bauen, oder einen Balken auf dieselbe zu legen, muß, als eine Grundgerechtigkeit, besonders erworben werden.

§ 56. Eine solche Mauer muß der Eigentümer unterhalten oder das Eigentum derselben aufgeben und es dem Berechtigten überlassen.

§ 57. Wenn der Eigentümer einer Mauer, die das Gebäude eines anderen unterstützt, dieselbe ausbessert, oder von neuem aufführt, so muß er das Gebäude so lange auf seine Kosten unterstützen.

§ 58. Hat aber ein bloßer Zufall den Bau notwendig gemacht, oder wird selbiger von dem Verpflichteten bloß zum Besten des Berechtigten geführt, so muß letzterer für die Unterstützung seines Gebäudes in der Zwischenzeit, bis der Bau vollendet werden kann, selbst sorgen.

§ 59. Auch die als Grundgerechtigkeit jemandem zukommende Befugnis der Dachtraufe, oder des Ausgusses auf das benachbarte Grundstück, muß überall so eingerichtet werden, daß der Nachbar dadurch so wenig Nachteil als möglich erleide.

§ 60. Ist zur Abführung der Flüssigkeiten ein Kanal erforderlich, so muß derselbe bedeckt und mit einem eisernen Gitter versehen werden.

§ 61. Wer das Traufrecht hat, muß dennoch geschehen lassen, daß der Nachbar in der nach allgemeinen Vorschriften zulässigen Nähe an seinen Gebäuden heraufbaue; wenn er nur unter der Traufe bleibt, und selbige auf sein Dach nimmt.

§ 62. Das Recht der freien Aussicht schließt die Befugnis in sich, auch in einer an des Verpflichteten Hof oder Garten unmittelbar anstoßenden Mauer neue Fenster zu öffnen.

II. Bei Wegen und Fußsteigen, Viehtrieben, Durchfahrten ꝛc.

§ 63. Gebahnter Fußsteige auf offenen Feldern kann ein jeder sich bedienen.

§ 64. Hat aber der Eigentümer den gemeinen Gebrauch solcher Fußsteige durch Gräben, Kreuze, Schlagbäume, oder andere dergleichen Merkmale untersagt, so kann nur derjenige, welchem eine besondere Vergünstigung eingeräumt worden, davon Gebrauch machen.

§ 65. Wer das Recht hat, über das Grundstück des anderen zu gehen, darf sich dessen weder zum Reiten noch zum Fahren, auch nicht mit einrädrigen Karren bedienen.

§ 66. Wer aber das Recht hat, auf einem Wege zu fahren, darf auch darauf reiten, mit Karren fahren, und Vieh an Stricken darüber führen.

§ 67. Dagegen folgt aus der Befugnis, über des anderen Grundstück zu fahren, noch nicht das Recht, Vieh darüber zu treiben.

§ 68. Ebensowenig folgt aus der Befugnis, über des anderen Grundstück Vieh zu treiben, ein Recht, über dasselbe zu fahren.

§ 69. Aus der Wegegerechtigkeit folgt noch nicht die Befreiung von Damm- oder Brückengeld, oder anderen Abgaben der Durchreisenden.

§ 70. Wem das Recht, über ein fremdes Grundstück zu gehen, zu reiten, oder zu fahren, zukommt, der muß sich genau auf dem bestimmten Wege halten, und darf unter keinerlei Vorwande Nebenwege suchen.

§ 71. Dagegen kann er sich, wenn sein Recht nicht auf einen gewissen bestimmten Zweck ausdrücklich eingeschränkt ist, des Weges zu allen seinen Bedürfnissen ohne Unterschied, nicht aber zu ganz neuen Anlagen (§ 8) bedienen.

§ 72. Wer das Recht des Viehtriebes hat, muß solchen dergestalt einrichten, daß das Vieh durch Uebertreten, oder sonst, keinen Schaden verursache.

§ 73. Verzäunungen aber, oder andere Verrückungen, ist der Berechtigte auf seine Kosten anzulegen, oder zu unterhalten, nicht verbunden.

---

[1]) Man vergleiche Artikel 115 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche und die Gemeinheitsteilungsordnung vom 7. Juni 1821.

§ 74. Will der Besitzer des belasteten Grundstücks dergleichen bisher von ihm unterhaltene Anstalten wieder eingehen lassen, so ist der Berechtigte zum Widerspruche dagegen nicht befugt, und muß dennoch die nach § 72 ihm obliegende Verbindlichkeit beobachten.

§ 75. Wenn jedoch der zum Viehtriebe eingeräumte Weg nicht die erforderliche Breite hat (§ 79), und daher von dem Besitzer des belasteten Grundstücks bisher, zur Verhütung des Uebertretens, solche Anstalten unterhalten worden, so ist der Verpflichtete, dieselben wider den Willen des Berechtigten eingehen zu lassen, nicht befugt.

§ 76. Ist jemandem die Durchfahrt durch einen Thorweg gestattet worden, so kann letzterer in der Folge, ohne Einwilligung des Berechtigten, weder verengt, noch erniedrigt werden.

§ 77. Die Breite der Fußsteige, Wege und Viehtriebe wird hauptsächlich durch die bei Einräumung des Rechtes getroffenen Verabredungen bestimmt.

§ 78. In Ermangelung solcher verabredeten oder in Provinzialgesetzen enthaltenen Bestimmungen, ist die Breite eines Fußsteiges auf drei Fuß, und wenn darauf geritten oder mit Karren gefahren werden soll, auf vier Fuß zu bestimmen.

§ 79. Auf Wege zum Fahren ist eine Breite von acht Fuß in der geraden Linie, und von zwölf Fuß in der Biegung, auf Viehtriebe hingegen die doppelte Breite eines Weges zu rechnen.

III. Hütungsgerechtigkeit.

§ 80. Wer das Recht hat, sein Vieh auf den Grundstücken eines anderen Gutes zu hüten, muß sich desselben bedienen, daß der Eigentümer dadurch an der Substanz der Sache keinen Schaden leide, und an der nach Landesart gewöhnlichen Kultur und Benutzung nicht gehindert werde.

Anh. § 59. Wenn wüste Feldmarken unter landesherrlicher Genehmigung wieder angebaut und mit Unterthanen besetzt werden, so sollen wegen älterer Hütungs- oder anderer Ansprüche benachbarter Dorfschaften keine prozessualische Einleitungen stattfinden, insofern nicht dazu auf vorherige Anfrage die landesherrliche Zustimmung erteilt worden.

§ 81. Andere Arten der Benutzung kann der Besitzer des belasteten Gutes nur insofern ausüben, als der erforderliche Weidebedarf des Berechtigten dadurch nicht geschmälert, oder dieser entgehende Bedarf, durch Anweisung eines anderen gleich gut gelegenen Stückes, vollständig vergütet wird.

§ 82. Der Hütungsberechtigte kann den Eigentümer eines mit der Hütung belasteten Waldes nicht hindern, den Wald soweit zu bebauen, als es zur Veranstaltung der erforderlichen Forstaufsicht notwendig ist.

§ 83. Der Berechtigte ist schuldig, sein Vieh nur unter Aufsicht eines Hirten auf die Weide zu bringen, oder sonst hinreichende Anstalten zur Verhütung aller durch dasselbe zu verursachenden Beschädigungen zu treffen.

§ 84. Auch wenn das Vieh in kleinerer Anzahl nach einzelnen Hütungsflecken ausgetrieben wird, muß diese Pflicht von dem Hütungsberechtigten beobachtet werden.

§ 85. Vernachlässigt der Berechtigte diese Obliegenheit, so haftet er für allen und jeden durch das Vieh, auch bloß zufällig, angerichteten Schaden.

§ 86. Wegen der anzulegenden, zu unterhaltenden, und wieder aufzuhebenden Verzäunungen ꝛc. finden die Vorschriften §§ 73, 74 Anwendung.

§ 87. Unreines und mit ansteckenden Krankheiten behaftetes Vieh darf auf die Hütung nicht gebracht werden.

§ 88. Auch das sogenannte Schmiervieh ist der Verpflichtete in Gegenden, wo dergleichen Vieh nicht durchgängig gehalten wird, auf der Hütung zu dulden nicht verbunden.

§ 89. Es wird niemals vermutet, daß jemand dem anderen die Hütungsgerechtigkeit mit Ausschluß seines eigenen Viehes habe einräumen wollen.

§ 90. Ist die Anzahl des vorzutreibenden Viehes nicht bestimmt, so mag der Berechtigte so viel Stücke, als er mit dem von den berechtigten Grundstücken gewonnenen Futter durchwintern kann, auf die Hütung bringen.

§ 91. Ein solcher Hütungsberechtigter darf sich also der Weide so wenig für fremdes, als selbst für solches eigenes Vieh bedienen, welches er etwa von anderen eigentümlichen oder gepachteten Grundstücken durchwintern könnte.

§ 92. Hat jedoch eine ganze Gemeinde das Hütungsrecht, so muß der Besitzer des belasteten Grundstückes auch solches Vieh einzelner Mitglieder zulassen, welches von gepachteten Grundstücken der zur berechtigten Gemeinde gehörenden Feldflur durchgewintert wird.

§ 93. Ist der Berechtigte ein nicht mit eigenem Ackerbau versehenes Mitglied der Gemeinde, so darf er nur so viel Vieh auf die Hütung bringen, als Leuten aus seiner Klasse, an demselben Orte, zu halten gewöhnlich erlaubt wird.

§ 94. Bei der Beurteilung, wie viel Vieh der Berechtigte mit eigenem Futter durchwintern, und also auf die Hütung bringen könne, werden nur solche Zehnten, die zur Zeit der Einräumung des Rechtes bei dem berechtigten Gute schon befindlich waren, ihm zu gute gerechnet.

§ 95. Später erworbene Zehnten kann er sich nur dann zu gute rechnen, wenn er dieselben von einem anderen zu derselben Hütung berechtigten Gute an sich gebracht hat.

§ 96. Ist der Berechtigte kein Grundbesitzer, sondern es wird von ihm nur zum Behufe seines Gewerbes Vieh gehalten, so darf er die Weide nur für das zu seinem Gewerbe und zu seinem eigenen Bedürfnis erforderliche Vieh benutzen.

§ 97. Vieh, welches zum Handel bestimmt ist, darf er in der Regel nicht auf die Hütung bringen.

§ 98. Auch wenn die Anzahl des Viehes, welches der Berechtigte vortreiben darf, bestimmt ist, kann dennoch das von diesem gefallene junge Vieh, solange es saugt, von der Hütung nicht ausgeschlossen werden.

§ 99. Steht dem berechtigten Gute die Hütungsgerechtigkeit ohne Bestimmung einer gewissen Art des Viehes zu, so begreift sie alles Zug-, Rind- und Schafvieh unter sich.

§ 100. Schweine und andere Arten von Vieh dürfen auf eine solche Hütung nur insofern gebracht werden, als die Einräumung des Rechtes sich darauf ausdrücklich mit erstreckt, oder dieselben seit rechtsverjährter Zeit darauf mit vorgetrieben worden.

§ 101. Ist dem Berechtigten die Hütung nur für eine gewisse Art von Vieh eingeräumt, so darf er Vieh von anderer Art nur insofern auf dieselbe bringen, als er durch Zufall oder höhere Gewalt, diese Art von Vieh an die Stelle des anderen zu halten, auf eine Zeitlang genötigt worden.

§ 102. War auch die Zahl des vorzutreibenden Viehes bestimmt, so muß die Zahl der neuen Art nach wirtschaftlichen Grundsätzen mit derselben in Verhältnis stehen, dergestalt, daß das verpflichtete Grundstück nicht mehr als vorhin belästigt werde.

§ 103. Wird durch Zufall oder höhere Gewalt die Beschaffenheit des mit der Hütung belasteten Grundstücks dergestalt verändert, daß die bisherige Anzahl des Viehes nicht mehr darauf erhalten werden kann, so muß der Berechtigte sich eine Verminderung seines vorzutreibenden Viehstandes, nach eben dem Verhältnisse, wie der Eigentümer selbst, gefallen lassen.

§ 104. Wird für die Hütung etwas an Gelde oder Naturalien entrichtet, so muß, in dem angeführten Falle, diese Abgabe verhältnismäßig heruntergesetzt werden.

§ 105. Ist aber die Anzahl des Viehes von seiten des Berechtigten bestimmt, so trifft eine notwendig gewordene Verminderung des Viehstandes zuerst den Eigentümer des belasteten Grundstückes.

§ 106. Hat der Eigentümer seinen Viehstand durch neue Wirtschaftsanstalten und Einrichtungen dergestalt vermehrt, daß die Hütung für die bisherige Anzahl des Viehes nicht mehr hinreicht, so muß er den Ausfall auch alsdann, wenn die Anzahl des Viehes von seiten des Berechtigten nicht bestimmt war, allein tragen.

§ 107. Der Berechtigte darf, durch unzeitige Behütung der Felder und Wiesen, den Eigentümer nicht beeinträchtigen.

§ 108. Die Behütung ist für unzeitig zu achten, solange dadurch das belastete Gut in seinen übrigen Nutzungen würde beschädigt werden.

§ 109. Die Hütung auf Wiesen findet zu geschlossenen Zeiten niemals statt.

§ 110. Wann diese geschlossene Zeit im Frühjahr anfange, und wie lange sie dauere, ist nach der hergebrachten Gewohnheit jedes Ortes, und wo diese nicht entscheidet, nach dem Gutachten vereideter Sachverständigen ein- für allemal festzusetzen.

Anh. § 60. Siehe die gesetzliche Bestimmung, mittelst welcher die durch Verträge oder Gewohnheiten nach dem

Julianischen Kalender angeordneten Hütungs- und Hebungstermine auf die Jahrestage des verbesserten neuen Gregorianischen Kalenders verlegt werden, vom 31. August 1800.

§ 111. Auf eben die Art muß bestimmt werden, zu welcher Zeit ein- oder zweischürige Wiesen, nach der Heu- oder Grummeternte, betrieben werden mögen.

§ 112. Nasse durchbrüchige Wiesen müssen auch im Herbste mit der Hütung verschont werden.

§ 113. Feldwiesen muß der Hütungsberechtigte so lange schonen, als die Aecker, zwischen welchen sie liegen, nicht betrieben werden dürfen.

§ 114. Ist er dergleichen Wiesen auch im Brachfelde zu behüten nicht berechtigt, so muß sie der Eigentümer einzäunen oder sonst befrieden.

§ 115. Der Eigentümer des belasteten Grundstückes ist die Kultur seines Ackers zum Vorteil des Berechtigten zu verschieben, nicht schuldig.

§ 116. Er darf aber auch seine Brache, zur Schmälerung der Hütung, nicht anders als landüblich benutzen.

§ 117. Ist durch Verträge oder hergebrachte Gewohnheiten eine gewisse Zeit zum Anfange und zur Dauer der Hütung bestimmt, so hat es dabei sein Bewenden.

§ 118. Doch sind dergleichen Verträge und Gewohnheiten, soweit sie den wegen der Wiesen §§ 109 bis 114 gegebenen Vorschriften zuwiderlaufen, unverbindlich.

§ 119. Jeder Interessent, welcher in der zur Hütung bestimmten Feldmark Aecker besitzt, ist einen Teil derselben zum Anbau der Futterkräuter oder Gartengewächse einzuhegen berechtigt.

§ 120. Er muß aber die Einhegung auf eigene Kosten besorgen und unterhalten.

§ 121. Er muß den einzuhegenden Fleck so wählen, daß dadurch die Trift auf die übrigen Hütungsgründe nicht gehindert oder erschwert werde.

§ 122. Dagegen steht ihm auch frei, den eingehegten Fleck wiederum zur Hütung aufzugeben, und dafür einen anderen schicklichen Fleck einzuhegen.

§ 123. Wie groß der Anteil, den jeder Interessent aus der gemeinen Hütung solchergestalt ausziehen mag, zu bestimmen sei, bleibt den Festsetzungen der Provinzialgesetze, und solange diese noch nichts darüber verordnet haben, dem Gutachten vereideter Sachverständigen vorbehalten.

§ 124. Diese müssen bei ihrem Gutachten hauptsächlich darauf Rücksicht nehmen, daß, wenn jeder der Interessenten sich eben dieses Rechtes verhältnismäßig bedienen wollte, dennoch eine in gewöhnlichen Jahren zur Hütung nach wirtschaftlichen Grundsätzen hinreichende Oberfläche übrig bleibe.

§ 125. Ein Teil der Hütung kann für das Zugvieh eingehegt werden.

§ 126. Die Einhegung ist nach Verhältnis des Zugviehes, gegen die übrige gesamte zur Hütung berechtigte Herde zu bestimmen.

§ 127. Sobald das Zugvieh außer der Hegeweide gehütet wird, ist das Gehege für aufgehoben zu achten.

§ 128. Wo mehrere Arten von Vieh zu demselben Hütungsrevier berechtigt sind, da können die Schafe nur hinter dem Zug- und Rindvieh auf die Hütung getrieben werden.

§ 129. Schweine, Gänse und anderes Federvieh folgen erst hinter den Schafen, insofern denselben nicht nach der Observanz des Ortes eine besondere Hütung angewiesen ist.

§ 130. Ziegen darf der Hütungsberechtigte auf solche Plätze nicht bringen, wo Beschädigung am Holze, an Bäumen oder Hecken zu besorgen ist.

§ 131. Hat aber der Eigentümer des belasteten Grundstückes neue Anlagen dieser Art gemacht, so liegt ihm ob, dieselben gegen besorgliche Beschädigungen bedecken.

§ 132. Uebrigens kann der bloß zur Hütung Berechtigte weder auf Rohr oder Schilfnutzung Anspruch machen, noch sich das Mähen auf dem Hütungsrevier auf irgend eine Art anmaßen.

Von der Koppelhütung.

§ 133. Wenn mehreren auf dem Grundstücke eines Dritten die gemeinschaftliche Hütung zukommt, so sind ihre Verhältnisse untereinander, in Ansehung dieses gemeinsamen Rechtes, nach dem ersten Abschnitte des siebenzehnten Titels zu bestimmen.

§ 134. Ein Gleiches gilt, wenn ein Hütungsrevier den Besitzern mehrerer Grundstücke, sowohl in Absicht des Eigentumes als der Hütung, gemein ist.

§ 135. Wenn zwischen den Besitzern angrenzender, im ausschließenden Eigentume eines jeden befindlicher Grundstücke die gemeinschaftliche Hütung auf diesen Grundstücken stattfindet, so wird dergleichen Koppelweide in der Regel als eine wechselseitige Grundgerechtigkeit angesehen.

§ 136. Wenn aber diese wechselseitige Hütung nicht regelmäßig und beständig auf demselben, sondern nur zuweilen, und bald auf diesen, bald auf anderen Stücken ausgeübt worden, so wird angenommen, daß dabei nur nachbarliche Freundschaft und Gutwilligkeit zum Grunde liege.

§ 137. In diesem Falle steht also jedem Interessenten frei, davon nach Gutbefinden wieder abzugehen.

Von Aufhebung der Hütungsgerechtigkeiten.

§ 141.[1]) Die Aufhebung einer Hütungsgerechtigkeit findet nur insofern statt, als der Berechtigte seinen Viehstand, den er auf die Hütung zu bringen befugt war, mit Inbegriff der ihm anzuweisenden Vergütung, ferner zu unterhalten im stande bleibt.

§ 142. Bei Bestimmung der dem Berechtigten anzuweisenden Schadloshaltung muß auf den Umfang seines Rechtes an sich und auf die landübliche Art, dasselbe zu benutzen, Rücksicht genommen werden.

§ 143. Es hat also weder die Fahrlässigkeit eines oder des anderen bisherigen Besitzers, noch dessen ungewöhnlicher Fleiß in der Benutzung des Rechtes, auf diese Bestimmung Einfluß.

§ 144. Eine Vergütung in Geld ist der Hütungsberechtigte anzunehmen niemals verbunden.

IV. Schäfereigerechtigkeit.

§ 146. Die Schäfereigerechtigkeit, oder die Befugnis, Schafe auf der ganzen Feldmark zu hüten, ist in der Regel, wo nicht Provinzialgesetze oder Verfassungen ein anderes bestimmen, als ein Vorrecht der Gutsherrschaften anzusehen.

§ 147. Dieses Recht bedarf in keinem Falle der Eintragung in das Hypothekenbuch.

§ 148. Bei neu angelegten Dörfern findet eine solche Schäfereigerechtigkeit nur insofern statt, als der Grund und Boden schon vorhin damit belastet gewesen, oder dieselbe, bei Anlegung der neuen Kolonie, ausdrücklich vorbedungen worden.

§ 149. Es wird nicht vermutet, daß eine Gutsherrschaft das Recht habe, Schafe von anderen außer der Feldmark gelegenen Vorwerken auf die Hütung zu bringen.

§ 150. Dagegen kann der Gutsherrschaft, welcher die Schäfereigerechtigkeit ohne Einschränkung zukommt, keine Anzahl von Schafen, nach dem Verhältnisse der Durchwinterung mit eigenem Futter, vorgeschrieben werden.

§ 151. Wo aber mehreren die Schäfereigerechtigkeit auf eben derselben Feldmark gebührt, da wird unter ihnen die Anzahl der vorzutreibenden Schafe, nach dem Grundsatze der Durchwinterung mit eigenem Futter, bestimmt.

§ 152. An Orten, wo auch die anderen Dorfbewohner das Recht haben, Schafe auf die Hütung zu bringen, muß die Gutsherrschaft ihren vorzutreibenden Schafstand so einrichten, daß den Schafen der Unterthanen ihr Weidebedarf nicht entzogen werde.

§ 153. Dagegen dürfen aber auch die Dorfeinwohner die Zahl der Schafe, so einem jeden von ihnen, nach den Provinzialgesetzen, Verträgen oder der hergebrachten Gewohnheit des Ortes zu halten erlaubt ist, nicht übersteigen.

§ 154. Es steht bei der Herrschaft, ob sie die Schafe der übrigen Dorfbewohner mit in ihre Herde nehmen wolle.

§ 155. An Orten, wo dies nicht geschieht, müssen die Schafe der übrigen Dorfbewohner in einer gemeinschaftlichen Herde gehütet werden.

§ 156. Hat die Gutsherrschaft Rustikaläcker in Kultur, so muß sie zu dem Lohne des Schafhirten der Unterthanen verhältnismäßig beitragen, wenn sie gleich ihre sämtlichen Schafe durch einen besonderen Schäfer hüten läßt.

§ 157. Wo der Hordenschlag üblich ist, da kann in der Regel den zur Schafhütung berechtigten Unterthanen der Vorteil davon, nach Verhältnis ihrer Schafe, nicht versagt werden.

---

[1]) Man vergleiche zu den §§ 141 bis 144 Artikel 113 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

§ 158.[1]) Durch eine Gemeinheitsteilung an und für sich wird die Schäfereigerechtigkeit noch nicht aufgehoben.

§ 159. Soll die Aufhebung erfolgen, so muß der Gutsherrschaft eine solche Entschädigung angewiesen werden, bei welcher sie im stande bleibe, den seit den letzten drei Jahren wirklich vorgetriebenen, oder den mit eigenem Futter durchzuwinternden Schafstand ferner zu unterhalten.

§ 160. Ob die Entschädigung nach dem wirklich vorgetriebenen, oder nach dem durchzuwinternden Schafstande berechnet werden solle, hängt von der Wahl der Herrschaft ab.

§ 161. In allen Fällen müssen die von den Dorfeinwohnern mit Futterkräutern oder Gartengewächsen bestellten Stücke mit der Schafhütung verschont werden.

§ 162. Doch dürfen die Dorfeinwohner das durch Gesetze (§ 119 ff.), Verträge oder hergebrachte Gewohnheiten bestimmte Ackermaß mit dergleichen Bestellung nicht überschreiten, noch der Herrschaft dadurch den freien Betrieb verhindern.

§ 163. Zerstreute Grundstücke dieser Art müssen von dem Eigentümer eingehegt oder sonst befriedet werden.

§ 164. Vor Weihnachten dürfen die Schafe, ohne besondere Einwilligung der Ackerbesitzer, auf die junge Saat nicht getrieben werden.

§ 165. Auch nach Weihnachten ist dergleichen Saathütung nur bei hartem und trockenem Froste zulässig.

§ 166. Besonders muß die Saat, solange sie mit Glatteis und Reif belegt ist, mit der Schafhütung verschont werden.

§ 167. Sobald der Boden durch die Sonne aufzutauen anfängt, müssen die Schafe von der Schafhütung wegbleiben.

§ 168. Im Monat Februar dürfen, bei heller Witterung, die Schafe nicht länger als zwei Stunden nach Sonnenaufgang auf den Saatfeldern geduldet werden.

§ 169. Wegen der Ordnung, in welcher auf noch nicht bestellten oder schon geräumten Feldern die Schafe dem übrigen zur Hütung berechtigten Viehe folgen, hat es bei der obigen gesetzlichen Vorschrift (§ 128), und wegen der Zeiten, wo ihnen diese Hütung aufgegeben werden muß, bei den hergebrachten Gewohnheiten jedes Orts sein Bewenden.

Von Schonungen bei der Waldhütung.[2])

§ 170. Wenn ein Wald in Schläge oder Haue ordentlich eingeteilt ist, und solchergestalt forstmäßig beholzt wird, so müssen die jungen Haue mit der Hütung solange geschont werden, bis für das Holz keine Beschädigung mehr von dem Viehe zu besorgen ist.

§ 171. Auch einen bisher unordentlich und unwirtschaftlich beholzten Wald kann der Eigentümer in Schläge einteilen, und von den Hütungsberechtigten verlangen, daß sie dieselben soweit schonen, als es zur Konservation des Waldes notwendig ist.

§ 172. Die Zahl der anzulegenden Schläge, und wie lange ein jeder derselben geschont werden müsse, ist nach Beschaffenheit des Bodens und der Holzarten, durch das Gutachten vereideter Forstverständigen zu bestimmen.

§ 173. Wenn aber der ganze Wald ruiniert wäre, so kann doch der Eigentümer denselben nicht auf einmal in Schonung legen, sondern er muß die Einteilung so machen, daß die Wiederherstellung des Waldes nach und nach erfolgen könne, und dennoch den Hütungsberechtigten die Notdurft, zur Unterhaltung ihres berechtigten Viehstandes, nicht entzogen werde.

§ 174. Wenn die Wiederherstellung des Waldes nicht möglich ist, ohne den Viehstand, welcher auf die Hütung gebracht werden kann, einzuschränkeen, so müssen die Hütungsberechtigten eine solche Einschränkung auf so lange, als es nach dem Befinden vereideter Sachverständigen notwendig ist, sich gefallen lassen.

§ 175. Feldhütungen zum Holzanwuchse zu hegen, ist der Eigentümer nur insofern befugt, als es ohne allen Abbruch der Notdurft für die Hütungsberechtigten geschehen kann.

§ 176. Will der Eigentümer mehr in Schonung legen, als er nach vorstehenden

---

[1]) Man vergleiche zu §§ 158 bis 160 Artikel 113 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

[2]) Man vergleiche das Landeskulturedikt vom 14. September 1811, durch welches die folgenden Bestimmungen zum Teil abgeändert sind.

Grundsätzen zu thun befugt sein würde, zugleich aber den Hütungsberechtigten dasjenige, was ihnen durch die anzulegende größere Schonung an ihrem Weidebedarf abgehen würde, an einem anderen Ort auf so lange anweisen, bis der in Schonung gelegte größere Fleck wieder aufgegeben werden kann, so müssen die Hütungsberechtigten sich solches gefallen lassen.

§ 177. Hat der Eigentümer schon so viel Schonungen angelegt, als ihm erlaubt ist, so findet die Anlegung neuer Schonungen nur insoweit statt, als eben so viel von den gehegten Stücken wiederum zur Hütung aufgegeben wird.

§ 178. Doch findet auch in diesem Falle die Vorschrift des § 176 Anwendung.

§ 179. Die angelegten Schonungen müssen von dem Eigentümer durch Gräben, Zäune oder auf andere Art, gehörig befriedet, oder doch die Grenzen derselben so kennbar bezeichnet und verwischt werden, daß die Hütungsberechtigten diese Grenzen, ohne eigenes mäßiges Versehen, nicht überschreiten können.

§ 180.[1]) Ist dieses geschehen, so ist der Eigentümer das in solche Schonungen übertretende Vieh zu pfänden berechtigt.

§ 181. Das bei solchen Pfändungen zu entrichtende höhere Pfandgeld ist in den Provinzialgesetzen und Forstordnungen bestimmt.

§ 182. Unter diesem Pfandgelde ist der Schadensersatz für das Ueberhüten mit begriffen.

§ 184. Das Pfandgeld muß der Eigentümer des übergetretenen Viehes entrichten, mit Vorbehalt seines Regresses an den Hirten, durch dessen Verschulden die Schonung verletzt worden ist.

§ 185. Fordert aber der Eigentümer des Forstes, nach § 183, besondere Entschädigung, so haftet der Eigentümer des Viehes nur für das ordinäre Pfandgeld, und für das Verschulden des Hirten nur insofern, als nach den allgemeinen Grundsätzen des sechsten Titels jemand den durch andere verursachten Schaden erstatten muß (Tit. 6 § 56 ff.).

V. Mastungsrecht.

§ 187. Das Mastungsrecht kommt in der Regel, wo nicht Provinzialgesetze ein anderes ausdrücklich bestimmen, dem Eigentümer der Bäume zu.

§ 188. Solange die Mastung dauert, müssen die Reviere, wo die Schweine sich befinden, mit der übrigen Hütung geschont werden.

§ 189. Es folgt also an Orten, wo Mastung ist, das übrige Vieh erst hinter den Schweinen.

§ 190. Die Schonungszeit der Masthölzer nimmt der Regel nach mit dem Tage Bartholomäi ihren Anfang und dauert bis zu Weihnachten.

§ 191. In der Mitte des Augustes muß, mit Zuziehung des Hütungsberechtigten, durch Forstverständige bestimmt werden, ob volle oder nur Sprengmast vorhanden sei.

§ 192. Die Schonung der Masthölzer muß aber nicht nur bei voller Mast geschehen, sondern auch alsdann, wenn die Sprengmast zur Notdurft des Eigentümers, oder zur Einführung fremder Schweine zulänglich ist.

§ 193. Wenn aber jemandem das Mastungsrecht in einem fremden Forste als eine Grundgerechtigkeit zukommt, so kann er sich desselben der Regel nach nur bei voller Mast bedienen.

§ 194. Wenn nur Sprengmast ist, so muß er mit dem Lesen der Eicheln, Bucheln und anderer dergleichen zur Schweinefütterung tauglichen wilden Baumfrüchte sich begnügen.

§ 195. Die Mastgerechtigkeit ist unter einer selbst unbestimmten Hütungsgerechtigkeit nicht mitbegriffen.

§ 196. Der Mastberechtigte kann den Eigentümer des Waldes und die Holzungsberechtigten nicht hindern, auch Masthölzer nach forstmäßigen Grundsätzen zu schlagen.

VI. Holzungsgerechtigkeit.

§ 197.[2]) Wer das Holz in einem Walde ohne Einschränkung genutzt hat, ist im zweifelhaften Falle für den Eigen-

---

[1]) Man vergleiche zu den §§ 180 bis 185 und den folgenden jetzt den vierten Titel des im Band I abgedruckten Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880.

[2]) Es ist zweifelhaft, ob die §§ 197 bis 200 noch in Geltung sind.

tümer des Waldes, derjenige aber, dem nur eine eingeschränkte Nutzung zusteht, für den bloßen Besitzer einer Grundgerechtigkeit zu halten.

Anh. § 61. Freiholzdeputanten sind schuldig, da, wo ihnen Torf gegeben werden kann, wenigstens die Hälfte in Torf, oder wenn sie dies nicht wollen, in Geld, nach der Forsttaxe, zu nehmen, welches jedoch auf wirkliche Holzungsberechtigte nicht auszudehnen ist.

§ 198. Haben sie insgesamt das Holz mit gleicher Freiheit oder Einschränkung genutzt, so wird vermutet, daß sie sich alle im Miteigentume des Waldes befinden.

§ 199. Erhellet aber, wem die Bäume eines Waldes gehören, und ist nur das Eigentum über Grund und Boden streitig, so gilt die Vermutung für den Eigentümer der Bäume.

§ 200. Wer nur Eigentümer der Bäume ist, kann, außer der Holz- und Mastung, weiter keine Rechte auf Grund und Boden sich anmaßen.

§ 201. Wem das Recht, das benötigte Holz aus eines anderen Walde zu nehmen, als eine Grundgerechtigkeit, ohne weitere Einschränkung oder Bestimmung zukommt, der ist nicht nur Brenn-, sondern auch Bauholz aus dem Walde zu holen befugt.

§ 202. Das Recht aber, Rohr und Schilf zu hauen, gehört in der Regel nicht mit zur Holzungsgerechtigkeit.

§ 203. Auch schränkt sich dergleichen unbestimmte Holzungsgerechtigkeit nur auf das Bedürfnis des begünstigten Grundstücks ein, und der Berechtigte kann sich dieselbe weder durch Verkauf noch zur Versorgung anderer unberechtigter Besitzungen zu nutze machen.

§ 204. Der Berechtigte kann sein Bedürfnis nicht auf mehrere Jahre vorausnehmen, sondern dasselbe nur für jedes Wirtschaftsjahr besonders fordern.

§ 205. Das einem Gute als Grundgerechtigkeit unbestimmt beigelegte Holzungsrecht begreift die persönlichen Bedürfnisse des Besitzers und seiner Familie nur alsdann, wenn er auf dem Gute wohnt, nicht aber, wenn er sich anderswo aufhält, unter sich.

§ 206. Die persönlichen Bedürfnisse des auf dem Gute wohnenden Pächters oder Wirtschaftsbeamten sind darunter allemal mit begriffen.

§ 207. Ist dem Besitzer des berechtigten Grundstücks die Befugnis, auch seine persönlichen Bedürfnisse aus dem Walde zu nehmen, ausdrücklich beigelegt, so finden die Regeln vom Nutzungsrechte Anwendung.

§ 208. Die Befugnis, Bauholz aus einem Walde zu nehmen, erstreckt sich, insoweit sie eine Grundgerechtigkeit ist, nur auf dasjenige, was zur Unterhaltung oder Wiederherstellung der zur Zeit der Verleihung des Rechtes vorhanden gewesenen Wohn- und Wirtschaftsgebäude erforderlich ist.

§ 209. Zu neuen Anlagen also darf der belastete Wald das Bauholz nicht hergeben.

§ 210. Wenn aber auch die veränderten Umstände, oder vermehrten Bedürfnisse des berechtigten Gutes, eine Verlegung oder Erweiterung der anfänglich vorhanden gewesenen Gebäude notwendig machen, so kann auch dazu das erforderliche Bauholz aus dem belasteten Walde genommen werden.

§ 211. Wenn einer ganzen Dorfschaft oder Gemeinde das Holzungsrecht verliehen worden, so kommt selbiges in der Regel nur den angesessenen Wirten, nicht aber den Einliegern oder Häuslingen zu.

§ 212. Die Zahl der angesessenen Grundbesitzer, im ganzen genommen, kann, zum Nachteil des belasteten Waldeigentümers, über die zur Zeit der Verleihung vorhanden gewesene Anzahl nicht vermehrt werden.

§ 213. Auch die zum Bau-, Brenn-, Nutz- und Leseholze Berechtigten müssen sich nach der vorgeschriebenen Forstordnung richten.

§ 214. Ohne Vorwissen des Waldaufsehers sind sie nicht befugt, Holz zu fällen und abzuführen.

§ 215. Zum Raff- und Leseholze wird nur dasjenige Holz gerechnet, welches in trockenen Aesten abgefallen ist oder in abgeholzten Schlägen an Abraum zurückgelassen worden.

§ 216. Stämme, die vor Alter umgefallen sind, werden zum Lagerholze gerechnet.

§ 217. Wer nur zum Raff- und Leseholze berechtigt ist, kann weder auf Lagerholz, noch auf Windbrüche Anspruch machen.

§ 218. Dem Waldeigentümer kommt

es zu, für diejenigen, welche nur Raff- und Leseholz aus dem Walde zu nehmen berechtigt sind, gewisse Holztage zu bestimmen, und außer denselben ihnen den freien Eingang in den Wald zu untersagen.

§ 219. Wer nur zum Raff- und Leseholze berechtigt ist, darf keine Aexte, Beile oder andere Instrumente, wodurch Bäume oder Aeste heruntergebracht werden können, mit in den Wald nehmen.

§ 220. Wird er mit einem solchen Instrumente betroffen, so hat er nicht nur den Verlust desselben, sondern außerdem noch die in den Provinzial-Forstordnungen näher bestimmten Strafen verwirkt.

§ 221. Die Befugnis, Streu zu rechen, oder Kien zu holen, ist unter dem Rechte zum Raff- und Leseholze nicht mitbegriffen.

§ 224. Die bloß zum Raff- und Leseholz Berechtigten können, in Ermangelung desselben, stehendes selbst abgestandenes Holz nicht fordern.

§ 225. Hat aber der Waldbesitzer in der Benutzung des Waldes solche Anstalten und Vorkehrungen gemacht, daß dadurch den Raff- und Leseholzberechtigten die Ausübung ihres Rechts vereitelt worden, so muß er ihnen stehendes Holz zu ihrer Notdurft so lange anweisen, bis der Mangel an Raff- und Leseholz aufhört.

§ 226. Der Holzungsberechtigte kann den Eigentümer des Waldes von dessen Gebrauche, unter dem Vorwande der Unzulänglichkeit desselben für ihre beiderseitigen Bedürfnisse, nicht ausschließen.

§ 227. Vielmehr muß, wenn dergleichen Unzulänglichkeit wirklich vorhanden ist, ein jeder von beiderlei Interessenten, eine nach dem Bedarf der beiderseitigen Wirtschaften verhältnismäßig zu bestimmende Einschränkung sich gefallen lassen.

§ 228. Doch ruhet in einem solchen Falle die Befugnis des Eigentümers, Holz aus dem Walde zu verkaufen, so lange, bis der Mangel gehoben ist.

§ 229. Hat der Eigentümer des Waldes die Unzulänglichkeit durch üble Wirtschaft und übertriebenen Verkauf selbst verursacht, so muß er dem Holzungsberechtigten nachstehen.

§ 230. Auch ist der Holzungsberechtigte, um einem solchen Mangel vorzubeugen, darauf anzutragen befugt, daß der Eigentümer des Waldes angehalten werde, den Wald in ordentliche Schläge einzuteilen.

§ 231. Ist der Holzungsberechtigte nur auf eine gewisse Holzart eingeschränkt, so hört sein Recht auf, wenn die bestimmte Holzart in dem Walde nicht mehr anzutreffen ist.

§ 232. Er kann jedoch den Eigentümer zur Wiederanpflanzung dieser Holzart anhalten.

§ 233. Hat der Eigentümer den Mangel durch seine Schuld verursacht, so muß er den Berechtigten auf so lange, bis der Bedarf desselben von der bestimmten Art im Walde wieder vorhanden ist, entschädigen.

§ 234. Diese Entschädigung muß der Regel nach durch Holz von anderer Art, nach einem durch Forstverständige zu bestimmenden Verhältnisse, wenn aber auch dergleichen nicht vorhanden ist, in barem Gelde geleistet werden.

§ 235. Bei einer unbestimmten Holzungsgerechtigkeit kann der Eigentümer des Waldes verlangen, daß dieselbe, in Ansehung des Brennholzes, auf ein mit der rechtmäßigen Benutzung im Verhältnisse stehendes bestimmtes Holzdeputat festgesetzt werde.

§ 236. In Ansehung des Bauholzes aber kann dergleichen Festsetzung nicht anders, als durch gütliches Einverständnis der Parteien erfolgen.

§ 237. Der Holzungsberechtigte kann zwar das zu seinem Bedürfnisse ihm angewiesene Holz in der Regel nicht verkaufen, sondern muß, wenn er es gethan hat, den Wert des Holzes dem Eigentümer des Waldes vergüten.

§ 238. Wenn ihm aber sein Bedarf in einer so entlegenen Gegend angewiesen wird, daß die Herbeiholung desselben mehr als eine Tagereise erfordert, so muß der Eigentümer des Waldes, auf geschehene Anzeige, sich gefallen lassen, daß der Holzungsberechtigte sich sein Bedürfnis mehr in der Nähe anschaffe, und dazu den Wert des entlegenen Holzes mit verwende.

§ 239. Will der Eigentümer des Waldes dies nicht geschehen lassen, so muß er dem Berechtigten, statt des Holzes in Natur, den Wert nach der Forsttaxe entrichten.

VII. Andere Arten von Grundgerechtigkeiten.

§ 240. Das Recht, auf fremdem Grunde und Boden Kalk zu brennen, schließt die Befugnis, das dazu benötigte Holz unentgeltlich zu fordern, nicht in sich.

§ 241. Das Recht, auf fremdem Grunde und Boden Erde, Steine, Lehm u. s. w. zu holen, muß jederzeit so ausgeübt werden, daß den Aeckern, Wiesen, Hütungen und Holzpflanzungen kein Schaden dadurch geschehe.

§ 242. Sind dazu nicht gewisse bestimmte Reviere ausgesetzt, so muß der Berechtigte sich zuvor bei dem Verpflichteten melden, und die Anweisung eines schicklichen Ortes abwarten.

Zweiter Teil.

Erster Titel.

Von der Ehe.

Erster Abschnitt.

Von den Erfordernissen einer gültigen Ehe.

Ehen der Militärpersonen.[1])

§ 34. Offiziere, welche in wirklichen Kriegsdiensten stehen, können ohne Königliche Erlaubnis nicht heiraten.

Anh. § 65. Siehe die Cirkular-Verordnung: Das Heiraten der Offiziere und die Legitimation der unehelichen Kinder betreffend, vom 1. September 1798.

§ 35. Bei Unteroffizieren, Soldaten, und allen, welche gleich diesen zur Fahne geschworen haben, wird die Einwilligung des Chefs oder Kommandeurs von dem Regimente, Bataillon, oder Korps, zu welchem sie gehören, erfordert.

Vierter Abschnitt.

Von den Rechten und Pflichten der Eheleute in Beziehung auf ihre Personen.

Rechte und Pflichten der Frau.

§ 193. Sie nimmt teil an den Rechten seines[2]) Standes, soweit dieselben nicht allein an seine Person gebunden sind.

Achter Abschnitt.

Von Trennung der Ehe durch richterlichen Ausspruch.

Wirkungen der Ehescheidung.

§ 738. Die geschiedene Frau behält in der Regel den bisherigen Stand und Rang des Mannes.

§ 739. Ist sie aber ausdrücklich für den schuldigen Teil erklärt, so fällt sie in den vor der Ehe gehabten niedrigen Stand zurück.

§ 740. Ist sie nicht für den schuldigen Teil erklärt worden, so kann sie in den höheren Stand, welchen sie vor der Heirat hatte, wieder hinaustreten.

Neunter Abschnitt.

Von der Ehe zur linken Hand.

Die §§ 835 bis 932 dieses Titels sind zwar durch Artikel 89 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche aufrechterhalten, sind aber hier, wegen ihrer geringen Bedeutung, und weil sie in den Rahmen dieser Sammlung nicht hineinpassen, nicht mit abgedruckt.

---

[1]) Man vergleiche § 1315 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

[2]) Das heißt: des Mannes.

Zweiter Titel.

Von den wechselseitigen Rechten und Pflichten der Eltern und Kinder.

Erster Abschnitt.

Von ehelichen Kindern.

Rechtmäßigkeit der Kinder, welche in stehender Ehe geboren werden.

§ 17.[1]) Dagegen können Lehns- und Fideikommißanwärter die Rechtmäßigkeit eines Kindes, soweit dessen Succession in das Lehn- oder Fideikommiß davon abhängt, annoch binnen drei Jahren nach dem Tode des vorgeblichen Vaters anfechten.

§ 18. Auch durch das Anerkenntnis dieses letzteren kann den Lehns- und Fideikommißanwärtern ihr Recht nicht benommen werden.

Zweiter Abschnitt.

Von den Rechten und Pflichten der Eltern und der aus einer Ehe zur rechten Hand erzeugten Kinder, solange die letzteren unter väterlicher Gewalt stehen.

Allgemeine Rechte ehelicher Kinder.

§ 59. Sie erlangen die Rechte seiner Familie und seines Standes, insofern letztere durch die bloße Geburt fortgepflanzt worden.

Rechte und Pflichten der Eltern wegen der Erziehung und des Unterrichts.

§ 77.[2]) Zu Abweichungen von diesen[3]) gesetzlichen Vorschriften kann keiner der Eltern den anderen, auch nicht durch Verträge verpflichten.

§ 78. Solange jedoch die Eltern über den ihren Kindern zu erteilenden Religionsunterricht einig sind, hat kein Dritter ein Recht, ihnen darin zu widersprechen.

§ 81. Auf eine in der letzten Krankheit erst erfolgte Religionsveränderung wird dabei keine Rücksicht genommen.

§ 82. Hat aber der verstorbene Vater ein Kind, wenigstens durch das ganze letzte Jahr vor seinem Tode, in dem Glaubensbekenntnisse des anderen Ehegatten unterrichten lassen, so muß dieser Unterricht in eben der Art, auch nach seinem Tode, bis zum vollendeten vierzehnten Jahre des Kindes, fortgesetzt werden.

§ 83. Vor zurückgelegtem vierzehnten Jahre darf keine Religionsgesellschaft ein Kind zur Annahme, oder zum öffentlichen Bekenntnisse einer anderen Religion, als wozu dasselbe nach vorstehenden gesetzlichen Bestimmungen gehört, selbst nicht mit Einwilligung des Vaters, zulassen.

§ 84. Nach zurückgelegtem vierzehnten Jahre hingegen steht es lediglich in der Wahl der Kinder, zu welcher Religionspartei sie sich bekennen wollen.

Dritter Abschnitt.

Von dem eigentümlichen Vermögen der Kinder.

§ 150. Auch Lehne, die den Kindern verliehen, oder wozu dieselben in die Gesamtehand mit aufgenommen worden, werden, sobald sie zum Besitze gelangen, in Beziehung auf den Vater, ihrem freien Vermögen beigerechnet.

---

[1]) Zu §§ 17, 18 vergleiche man § 59 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

[2]) Man vergleiche Artikel 134 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

[3]) Nämlich denen der Deklaration v. 21. Nov. 1803 wegen des den Kindern aus Ehen zwischen Personen von verschiedenem Glaubensbekenntnis zu erteilenden Religionsunterrichts, durch welche allgemein festgesetzt ist:

daß eheliche Kinder jedesmal in der Religion des Vaters unterrichtet werden sollen, und daß zu Abweichungen von dieser gesetzlichen Vorschrift kein Ehegatte den andern durch Verträge verpflichten dürfe.

Neunter Abschnitt.

Von den aus unehelichem Beischlaf erzeugten Kindern.

Legitimation unehelicher Kinder durch obrigkeitliche Deklaration.

§ 603. Durch diese Legitimation erhält das Kind den Stand des Vaters, und in Ansehung seiner, alle Rechte und Pflichten eines ehelichen Kindes.

Rechte des Staates und der Familie.

§ 641. Ist die Mutter von adliger Herkunft, so kann dennoch das uneheliche Kind den adligen Namen und das Wappen sich nicht anmaßen.

§ 642.[1]) Uneheliche Kinder werden bis zum beendigten vierzehnten Jahre in dem Glaubensbekenntnisse der Mutter erzogen.

Zehnter Abschnitt.

Von der Annahme an Kindesstatt.

§ 683. Es[2]) überkommt alle Rechte seines[3]) Standes, soweit dieselben durch die Geburt aus einer wirklichen Ehe zur rechten Hand fortgepflanzt werden.

§ 684. Ist jedoch der Annehmende von Adel, und der Angenommene von bürgerlicher Herkunft, so kann letzterer die Vorrechte und Unterscheidungen des Adels nur mittels besonderer landesherrlicher Begnadigung erhalten.

§ 685. Ist der Annehmende bürgerlichen Standes, und der Angenommene adeliger Herkunft, so verliert letzterer zwar nicht die Rechte des Adels, er muß aber, außer dem Namen des Adoptierenden zugleich seinen adligen Familiennamen beibehalten.

Vierter Titel.

Von gemeinschaftlichen Familienrechten.

Erster Abschnitt.

Von gemeinschaftlichen Familienrechten überhaupt.

Teilnehmung an Familienrechten.

§ 1.[4]) An gemeinschaftlichen Familienrechten nehmen sämtliche Mitglieder der Familie, ohne Unterschied der Art oder des Grades der Verwandtschaft teil.

§ 2. Wenn von Familienrechten überhaupt die Rede ist, so kommen dieselben auch Personen weiblichen Geschlechts, und denjenigen zu, welche durch Abstammung von solchen Personen mit der Familie verbunden sind.

§ 3. Nur in Fällen, wo Stiftungsbriefe, Familienverträge oder besondere Gesetze dies bestimmen, werden Weibspersonen, und die durch sie mit der Familie verwandt sind, von solchen Gerechtsamen ausgeschlossen.

Ausübung derselben.

§ 4. Ist ein gemeinschaftliches Familienrecht so beschaffen, daß es nicht von allen zugleich, sondern nur von einem ausgeübt werden kann, so kommt, wenn nicht Stiftungsbriefe oder Familienverträge ein anderes mit sich bringen, die Ausübung eines solchen Rechtes demjenigen zu, welcher dem ersten Erwerber, dem Grade nach, am nächsten verwandt ist.

§ 5. Ist kein erster Erwerber bekannt, oder sind mehrere ihm gleich nahe Familienmitglieder vorhanden, so kommt die Ausübung des Familienrechts demjenigen zu, welcher der Aeltere den Jahren nach ist.

§ 6. Giebt auch das Alter keine entscheidende Bestimmung, so muß dieselbe dem Lose überlassen werden.

Familienschlüsse.

§ 7. Gemeinschaftliche Familienangelegenheiten müssen durch Beratschlagungen

[1]) Man vergleiche Artikel 134 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.
[2]) Das angenommene Kind.
[3]) Des annehmenden Vaters.
[4]) Die §§ 1 bis 20 sind in Geltung nur soweit sie sich auf Familienfideikommisse beziehen (§ 89 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche).

und Schlüsse der ganzen Familie angeordnet werden.

§ 8. Inwiefern dieses durch die Mehrheit der Stimmen, oder nur durch den einhelligen Schluß sämtlicher Familienmitglieder geschehen könne, ist, insofern Stiftungsbriefe und Familienverträge nichts Besonderes festsetzen, nach den allgemeinen Vorschriften vom Rechte der Gesellschaften zu bestimmen.

Vorsteher der Familie.

§ 9. Zu dergleichen Beratschlagungen muß der Vorsteher der Familie dieselbe zusammenberufen.

§ 10. Wer als Vorsteher der Familie anzusehen sei, wird durch die Wahl der übrigen Mitglieder, und wenn keine Wahl geschehen, oder überhaupt in der Familie nicht gewöhnlich ist, durch das Alter den Jahren nach bestimmt.

§ 11. Personen weiblichen Geschlechts können nur durch Stiftungsbriefe, oder durch die Wahl der übrigen Mitglieder, zu Vorstehern der Familie bestellt werden.

§ 12. Dem Vorsteher der Familie liegt vorzüglich ob, für die Erhaltung der Familienrechte zu sorgen.

§ 13. Doch muß er in Prozessen Vollmacht von den übrigen Familienmitgliedern beibringen.

§ 14. In Fällen aber, wo Gefahr aus dem Verzuge für die Familie entstehen könnte, muß er, vermöge einer zu vermutenden Vollmacht, zugelassen werden.

§ 15. Die von ihm auf den Grund einer solchen wirklich erteilten, oder zu vermutenden Vollmacht aufgewendeten Kosten muß ihm die Familie erstatten.

§ 16. Die Verteilung dieser Kosten geschieht in der Regel nach der Zahl der zu der Familie gehörenden Personen.

§ 17. Doch werden Kinder, deren Eltern noch am Leben sind, nur insofern gerechnet, als sie eigentümliches freies Vermögen besitzen, oder bereits eine abgesonderte Wirtschaft angestellt haben.

§ 18. Unvermögende Familienmitglieder müssen von den vermögenden übertragen werden.

§ 19. Die Verwahrung der die gemeinschaftlichen Familienrechte betreffenden Urkunden gebührt dem Vorsteher der Familie.

§ 20. Ist aber ein gemeinschaftliches Stammhaus vorhanden, so müssen die Familienurkunden der Regel nach in diesem aufbewahrt werden.

Zweiter Abschnitt.

Von Familienstiftungen.

Was Fideikommisse[1]) sind.

§ 23. Wenn aber jemand verordnet, daß ein gewisses Grundstück oder Kapital, entweder für beständig, oder doch durch mehrere Geschlechtsfolgen bei einer Familie verbleiben solle, so wird solches ein Familienfideikommiß genannt.

§ 24. Wenn jemand verordnet, daß die Zinsen eines gewissen Kapitals einer Familie zu gute kommen sollen, so ist dergleichen Verordnung, im zweifelhaften Falle, eher für eine bloße Familienstiftung, als für ein Fideikommiß zu achten.

§ 25. Ist ein bestimmter Zinsfuß eines gewissen Kapitals als der Maßstab der der Familie zugedachten jährlichen Hebung vorgeschrieben, so müssen, bei erfolgender Verminderung des Zinsfußes, auch die Teilnehmer eine Verminderung ihrer jährlichen Hebung sich gefallen lassen.

§ 26. Ist jedoch das Kapital selbst bei dem Schuldner desselben, auf eine ihn rechtlich verpflichtende Art, unablöslich bestätigt worden, so kann derselbe auf eine Herabsetzung der Zinsen niemals antragen.

Von Errichtung der Familienstiftungen.

§ 27.[2]) Familienstiftungen zu machen, ist jeder Einwohner des Staates insoweit berechtigt, als er überhaupt über sein Vermögen schalten kann.

§ 28. Dergleichen Familienstiftungen können durch Verträge, durch einseitige Verfügungen unter Lebendigen und durch letzte Willensverordnungen errichtet werden.

---

[1]) Man vergleiche Artikel 59 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

[2]) Die §§ 27 bis 33 sind in Geltung nur soweit sie sich auf Familienfideikommisse beziehen (§ 89 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche und § 62 dieses Titels).

§ 29. Die Stiftungsurkunden sollen künftig allemal vor dem ordentlichen persönlichen Richter des Stifters verlautbart, und demselben zur Bestätigung vorgelegt werden.

§ 30. Diese Verlautbarung muß, wenn sie der Stifter nicht selbst schon bei seiner Lebenszeit bewirkt, durch den Vorsteher der zum Genusse der Stiftung berufenen Familie besorgt werden.

§ 31. Der Richter ist schuldig, nach näherer Anweisung der Gesetze, welche die gerichtliche Verfahrungsart in nicht streitigen Rechtsangelegenheiten vorschreiben, darauf zu sehen, daß dergleichen Urkunden deutlich und bestimmt gefaßt, auch künftigen Zweifeln und Prozessen möglichst vorgebeugt werde.

§ 32. Solange die Stiftungsurkunde nicht gerichtlich verlautbart worden, soll keine Klage daraus angenommen werden.

§ 33. Wird aber die Gültigkeit der Urkunde selbst, vor oder nach der Verlautbarung, angefochten, so muß darüber rechtliches Gehör verstattet werden.

Wie weit Familienschlüsse über solche Stiftungen gelten.

§ 42.[1]) Zur Abfassung eines solchen Familienschlusses müssen alle Mitglieder zugezogen, und denjenigen, welche wegen minderjährigen Alters oder sonst, ihren Sachen nicht selbst vorstehen können, Vormünder bestellt werden.

§ 43. Letzteres muß geschehen, auch wenn die Väter solcher minderjährigen Familienmitglieder noch am Leben sind.

§ 44. Wenn neue Familienmitglieder innerhalb des dreihundert zweiten Tages nach der von ihren Eltern geschehenen Vollziehung des Familienschlusses geboren werden, so sind in Ansehung ihrer die Vorschriften §§ 42, 43 zu beobachten.

§ 45. Später geborene Familienmitglieder müssen den Schluß der Familie schlechterdings anerkennen.

§ 46. Dergleichen Familienschlüsse sollen gerichtlich geprüft und bestätigt werden (§§ 29 bis 33).

Dritter Abschnitt.

Von beständigen Familienfideikommissen.

Was zu beständigen Familienfideikommissen gewidmet werden könne.

§ 48. Zu beständigen Familienfideikommissen aber können nur Kapitalien und Grundstücke, mit welchen Ackerbau und Viehzucht verbunden ist, gewidmet werden.

§ 49. Nur freie und keiner grundherrschaftlichen Botmäßigkeit unterworfene Grundstücke können mit einem solchen beständigen Familienfideikommisse belegt werden.

§ 50. Lehne können zwar in Fideikommisse nicht verwandelt, wohl aber darin eine Successionsordnung, wie bei Fideikommissen, mit Beistimmung sämtlicher Interessenten, eingeführt werden.

§ 51. Ein Landgut, welches zum beständigen Familienfideikommiß gewidmet werden soll, muß wenigstens einen reinen Ertrag von zweitausendfünfhundert Thalern, nach einem landüblichen Wirtschaftsanschlage, gewähren.

§ 52. Dieser Ertrag darf weder mit Zinsen von Schuldposten, die auf dem Gute haften, noch mit Abgaben an Familienmitglieder oder Fremde belastet sein.

§ 53. Nur mit Prästationen zum Besten der Kinder des jedesmaligen Fideikommißbesitzers, zur Auffammlung eines Kapitals für künftige Unglücksfälle, oder zur Erweiterung und Verbesserung des Fideikommisses, kann der Ertrag desselben, bis zur Hälfte der gesetzmäßigen Summe, in dem Stiftungsbriefe belegt werden.

§ 54. Es muß also bei jedem künftig zu errichtenden Fideikommisse dem zeitigen Besitzer wenigstens ein reiner Ertrag von zwölfhundertundfünfzig Thalern zur freien Verwendung übrig bleiben.

§ 55. Grundstücke, die schon an und für sich den reinen Ertrag von zweitausendfünfhundert Thalern nicht gewähren, können nur insofern zu einem beständigen

---

[1]) Die §§ 42 bis 46 sind in Geltung nur soweit sie sich auf Familienfideikommisse beziehen (§ 89 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche und § 77 dieses Titels).

Fideikommiß gewidmet werden, als damit ein Kapital, dessen Nutzung das Fehlende ergänzt, untrennbar verbunden wird.

§ 56. Für eben diese Familie soll in Zukunft kein Fideikommiß, welches den reinen Ertrag von zehntausend Thalern übersteigt, ohne besondere landesherrliche Genehmigung gestiftet werden.

§ 57. Auch ein nachfolgender Fideikommißbesitzer kann das von seinen Vorfahren auf ihn verfällte Fideikommiß über diesen Ertrag nicht vergrößern.

§ 58. Sobald aber eine Familie in mehrere nebeneinander fortlaufende Linien sich teilt, kann für jede dieser Linien ein besonderes Fideikommiß gestiftet werden.

§ 59. Zu einem bloßen für sich allein bestehenden Geldfideikommiß ist ein Kapital von zehntausend Thalern hinreichend.

§ 60. Aus bloßen Häusern und Gebäuden, ingleichen aus Mobilien und Kostbarkeiten allein kann kein beständiges Familienfideikommiß errichtet werden.

§ 61. Wohl aber können dergleichen Gebäude, Mobilien und Kostbarkeiten einem anderen für sich bestehenden Fideikommisse zugeschlagen werden.

Von Errichtung der Familienfideikommisse.

§ 62. Von Errichtung und Verlautbarung der Fideikommißurkunden gilt eben das, was in Ansehung der Familienstiftungen verordnet ist (§ 28 ff.).

§ 63. Doch muß, wenn das Fideikommiß in einem Grundstücke besteht, die Verlautbarung vor demjenigen Oberlandesgericht geschehen, unter welchem das Grundstück belegen ist.

§ 64. Dieses muß von Amts wegen dafür sorgen, daß das Fideikommiß auf das dazu gewidmete Grundstück in das Hypothekenbuch eingetragen werde.

§ 65. Auch die zur Zeit der Errichtung des Fideikommisses vorhandenen bekannten Familienmitglieder, welche dazu mitberufen sind, müssen ihre Namen, und die Art ihrer Verwandtschaft mit dem Stifter im Hypothekenbuche vermerken lassen.

§ 66. Ist nach dem Inhalte der Stiftungsurkunde zu vermuten, daß noch unbekannte Teilnehmer vorhanden sein möchten, so muß der Richter dieselben zur Anmeldung ihrer Gerechtsame, zum Behufe der Eintragung, öffentlich auffordern.

§ 67. Auch in der Folge, wenn neue Familienmitglieder entstehen, sind dieselben, sobald sie aus der väterlichen Gewalt kommen und eine abgesonderte Wirtschaft anfangen, sich in der Eigenschaft als Anwärter zum Fideikommisse, im Hypothekenbuche vermerken zu lassen schuldig.

§ 68. Nur die aus dem Hypothekenbuche bekannten Familienmitglieder ist der Richter bei Verhandlungen über das Fideikommiß zuzuziehen verbunden.

§ 69. Diejenigen, welche sich zur Eintragung nicht gemeldet haben, müssen sich alles, was mit den Eingetragenen gerichtlich verhandelt und von diesen beschlossen worden, ohne alle Widerrede gefallen lassen.

§ 70. In allen Fällen, wo ein nicht eingetragenes Mitglied seinen Anspruch auf das Fideikommiß durch eine besondere Legitimation nachweisen muß, ist dasselbe schuldig, auch wenn es in der Hauptsache ein obsiegliches Urteil erhält, alle durch diese Legitimationsführung verursachten Kosten allein zu tragen.

§ 71. Uebrigens soll künftig, bei Errichtung eines jeden Fideikommisses, von den dazu gehörenden Pertinenz- und Inventarienstücken ein vollständiges beglaubigtes Verzeichnis aufgenommen und ein Exemplar davon bei den Akten des Hypothekenbuches verwahrt werden.

Rechte und Pflichten des Fideikommißbesitzers.

§ 72. Dem jedesmaligen Fideikommißbesitzer gebührt das nutzbare Eigentum des Fideikommisses.

§ 73. Das Obereigentum befindet sich bei der ganzen Familie.

§ 74. Die Rechte und Pflichten des Fideikommißbesitzers sind hauptsächlich nach dem Inhalte des Stiftungsbriefes, übrigens aber nach den Vorschriften der Gesetze vom nutzbaren Eigentum zu beurteilen.

§ 75. Wenn der Sinn des Stiftungsbriefes nicht klar ist, so muß derselbe jedesmal so gedeutet werden, wie es dem Zwecke der Erhaltung des Fideikommisses bei der Familie am gemäßesten ist.

§ 76. In allen Fällen, wenn bei geteiltem Eigentume die Einwilligung des Obereigentümers zu einer Verfügung erforderlich ist, muß dieselbe bei Fideikom-

missen durch einen Familienschluß[1]) getroffen werden.

§ 77. Wegen Aufnehmung eines solchen Familienschlusses gilt bei Fideikommissen alles das, was bei Familienstiftungen vorgeschrieben ist (§ 42 ff.).

§ 78. Wenn also mit der Substanz der zum Fideikommisse gewidmeten Güter durch Tausch oder sonst Veränderungen vorgenommen werden sollen, so muß dieses durch einen Familienschluß geschehen.

§ 79. Ist dergleichen Schluß nicht zu stande gekommen, so kann jedes Familienmitglied, welches nicht eingewilligt hat, sobald es zur Succession gelangt, die Handlung anfechten und auf Versetzung der Sache in den vorigen Stand antragen.

insonderheit bei Verschuldungen des Fideikommisses;

§ 80. Nur allein bei Aufnehmung notwendiger Darlehne auf die Einkünfte des Fideikommisses ist nicht die Zuziehung aller, sondern bloß gewisser Familienmitglieder erforderlich.

§ 81. Für notwendige Schulden sind diejenigen Summen zu achten, welche zur Wiederherstellung der durch Unglücksfälle, ingleichen durch Alter, ohne eigenes Verschulden des Besitzers ruinierten, oder in Verfall geratenen Gebäude aufgenommen werden müssen.

§ 82. Doch soll künftig jeder Fideikommißbesitzer schuldig sein, die zum Fideikommisse gehörenden Gebäude in die Feuerversicherungsgesellschaft aufnehmen zu lassen.

§ 83. Ist dieses durch seine Schuld unterblieben, so kann er wegen Feuerschäden, deren Vergütung durch Beiträge der Gesellschaft erfolgt sein würde, die Einkünfte des Fideikommisses, zum Nachteil der Besitzer, mit Schulden nicht beschweren.

§ 84. Dagegen ist ein Fideikommißfolger, welcher die Gebäude von seinen Vorfahren in so schlechten Umständen überkommen hat, sie eines neuen Baues oder einer Hauptreparatur bedürfen, die dazu erforderliche Summe auf die Nutzungen des Fideikommisses aufzunehmen berechtigt, wenn das freie Vermögen des Vorfahren zum Ersatze derselben nicht hinreicht.

§ 85. Wenn an dem Fideikommißinventario überhaupt, oder auch an einzelnen Rubriken desselben durch Brand, Krieg, Wasserfluten oder andere Unglücksfälle, ein solcher Schaden entstanden ist, daß derselbe, zu Gelde gerechnet, den vierten Teil der Fideikommißeinkünfte, nach einem ungefähren Anschlage, übersteigt, so ist der Besitzer ebenfalls berechtigt, die zur Wiederherstellung des Inventarii nötige Summe auf die Nutzungen des Fideikommisses aufzunehmen.

§ 86. Wenn das Gut durch Krieg, oder sonst durch höhere Gewalt dergestalt verheert worden, daß der Besitzer in einem oder dem anderen Jahre nicht so viel Nutzungen, als zur Abführung der stiftungsmäßigen Prästationen erforderlich sind, daraus hat ziehen können, so ist er berechtigt, so viel, als zu dieser Abführung ermangelt, auf die künftigen Revenüen aufzunehmen und zu versichern.

§ 87. In allen Fällen, wo das Fideikommiß mit einer neuen Schuld beschwert werden soll, müssen bei Regulierung der Sache zwei der Fideikommißanwärter zugezogen werden.

§ 88. Besteht die zum Fideikommisse berufene Familie aus mehreren Linien, so wird die Zuziehung des nächsten Anwärters aus der im Besitze befindlichen, und des ältesten aus derjenigen Linie, welche nach ihr die nächste ist, erfordert.

§ 89. Ist nur eine Linie vorhanden, so müssen aus dieser die beiden nächsten Anwärter zugezogen werden.

§ 90. Unter die zuzuziehenden Fideikommißanwärter sind die Kinder des Besitzers nicht mitzurechnen.

§ 91. Stehen die zuzuziehenden Anwärter unter Vormundschaft, so müssen sie, auch bei diesem Geschäfte, von ihren Vormündern vertreten werden.

§ 92. Sind keine anderen Anwärter, außer den Kindern des Fideikommißbesitzers, vorhanden, so ist deren Zuziehung hinreichend.

§ 93. Ihnen muß, wenn sie ihren Sachen nicht selbst vorstehen können, ein

[1]) Man vergleiche das Gesetz über Familienschlüsse bei Familienfideikommissen, Familienstiftungen und Lehen, vom 15. Februar 1840, durch welches die folgenden Bestimmungen zum Teil abgeändert sind.

besonderer Kurator zu diesem Geschäfte bestellt werden.

§ 94. Ist überhaupt nur ein Anwärter vorhanden, so ist dessen Einwilligung hinreichend.

§ 95. Ist kein Anwärter bekannt, doch aber auch noch nicht entschieden, ob das Fideikommiß in den Händen des gegenwärtigen Besitzers erlöschen werde, so muß dieser, wenn er ein Darlehn aufnehmen will, bei dem Richter der Sache auf Bestellung eines Kurators für das Fideikommiß und auf dessen Zuziehung antragen.

§ 96. Bei Aufnehmung eines solchen Darlehns sind allemal gewisse Termine zu dessen Rückzahlung, durch Uebereinkommen mit den zugezogenen Anwärtern, oder in dessen Ermangelung nach richterlichem Ermessen, zu bestimmen.

§ 97. Der Fideikommißbesitzer ist nicht schuldig, höhere Rückzahlungstermine auf ein Jahr zu übernehmen, als der vierte Teil der gewöhnlichen Einkünfte, nach einem ungefähren Ueberschlage, beträgt.

§ 98. Dieser Ueberschlag ist jedoch nicht nach der gegenwärtigen etwa verfallenen Beschaffenheit des Gutes, sondern darnach einzurichten, was das Gut, wenn es sich in gewöhnlich gutem Wirtschaftszustande befunden, sonst getragen hat.

§ 99. Dem Besitzer muß aber auch, zur Wiederherstellung des Gutes durch Verwendung der aufzunehmenden Summe, eine verhältnismäßige Zeit gelassen werden, ehe er mit den Rückzahlungen anzufangen schuldig ist.

§ 100. Mindere Termine, als das Viertel der gewöhnlichen Einkünfte beträgt, sind die zugezogenen Anwärter dem Besitzer zu bewilligen nur insofern befugt, als das Fideikommiß dadurch dennoch binnen zehn Jahren von der Schuld wieder befreit werden kann.

§ 101. Die Regulierung eines solchen Darlehnsgeschäftes muß allemal gerichtlich erfolgen.

§ 102. Der Richter, unter welchem das Fideikommiß gelegen ist, muß dabei von Amts wegen dahin sehen, daß die vorstehenden Erfordernisse beobachtet werden.

§ 103. Giebt der Gläubiger wegen der bestimmten Rückzahlungstermine freiwillig Nachsicht, so geschieht es auf seine Gefahr (Teil 1 Tit. 18 §§ 252, 253).

§ 104. Schulden des Fideikommißstifters, mit welchen er selbst das Fideikommiß bei dessen Errichtung belastet hat, oder die aus seinem übrigen Vermögen nicht bezahlt werden können, sind als ursprüngliche, die Substanz angehende Fideikommißschulden anzusehen.

§ 105. Dergleichen Schulden ist der Fideikommißfolger aus den Einkünften zu bezahlen, nicht verbunden.

§ 106. Hat er sie bezahlt, so findet dabei eben das statt, was wegen der Lehnsschulden verordnet ist (Teil 1 Tit. 18 § 592 ff.).

§ 107. Ein Gleiches gilt auch alsdann, wenn der Fideikommißbesitzer auf die terminlich zurückzuzahlenden Schulden Zahlungen, die erst in die Zeiten seines Nachfolgers treffen würden, zum voraus geleistet hat.

§ 108. Wegen solcher Schulden, die nach § 80 ff. in gewissen Terminen aus den Einkünften wieder abgestoßen werden sollen, kann die Subhastation des Fideikommißgutes selbst niemals erfolgen.

§ 109. Vielmehr kann der Gläubiger wegen solcher zurückbleibenden Zahlungen nur an die Einkünfte durch den Weg der gerichtlichen Sequestration sich halten.

§ 110. Wegen solcher Schulden aber, die nach § 104 aus der Substanz des Fideikommisses selbst bezahlt werden müssen, kann der Gläubiger, im Verfolge der Exekution, auch auf den gerichtlichen Verkauf des Gutes selbst antragen.

§ 111. Was aber von dem Kaufgelde, nach Abzug dieser Schulden, noch übrig bleibt, muß zum Fideikommiß angelegt werden.

§ 112. Der Käufer eines solchen Gutes kann also nur in das gerichtliche Depositum[1]) mit Sicherheit zahlen.

§ 113. Wie die anderweitige Anlegung zum Fideikommisse geschehen solle, muß durch einen Familienschluß angeordnet werden.

§ 114. Ein solcher Familienschluß ist auch alsdann notwendig, wenn, in außerordentlichen Fällen, zur Wiederherstellung eines ruinierten Fideikommisses ein so starker Vorschuß erforderlich ist, daß derselbe

[1]) Jetzt: An die Hinterlegungsstelle (Hinterlegungsordnung vom 14. März 1879, abgedruckt im Band I).

aus den bloßen Einkünften nicht zurückgezahlt werden kann.

§ 115. Wird durch Versandungen oder andere dergleichen aus höherer Macht herrührende Unglücksfälle das Fideikommißgut dergestalt verringert, daß die nach § 53 auf das Gut gelegten stiftungsmäßigen Prästationen daraus nicht mehr genommen werden können, so müssen diese soweit zurückstehen, als es notwendig ist, um dem Fideikommißbesitzer den § 54 ausgemessenen reinen Ertrag zu gewähren.

§ 116. Doch dauert dieser Nachlaß so lange, bis das Gut so weit, als zur Aufbringung der vorigen Prästationen erforderlich ist, wieder hat hergestellt werden können.

bei Prozessen;

§ 117. Bei Prozessen, welche die Substanz des Fideikommisses betreffen, ist zwar der jedesmalige Besitzer die Rechte desselben, auf den Grund einer zu vermutenden Vollmacht, wahrzunehmen befugt und schuldig.

§ 118. Er muß aber im Fortgange des Prozesses die nächsten Anwärter, nach obiger Bestimmung (§ 87 ff.) zuziehen oder Vollmacht von selbigen beibringen.

§ 119. Was in einem solchergestalt geführten Prozesse entschieden oder mit Beitritt der Anwärter durch Vergleich festgesetzt worden, daran ist die ganze Familie und jeder künftige Fideikommißbesitzer aus selbiger gebunden.

§ 120. Alle Prozeß- und andere Gerichtskosten ist der Fideikommißbesitzer aus den Einkünften zu tragen verpflichtet.

§ 121. Ist aber der Besitzer, wider seinen Willen, auf Verlangen der Anwärter, einen Prozeß fortzusetzen genötigt worden, und geht derselbe demnächst verloren, so fallen diejenigen Kosten, welche seit dem Zeitpunkte, wo der Besitzer sich hat vergleichen oder dem Prozesse hat entsagen wollen, aufgelaufen sind, den Anwärtern, auf deren Andringen die Sache hat fortgesetzt werden müssen, allein zur Last.

wegen der Verjährung.

§ 122. Einzelne Rechte des Fideikommisses, oder auf dasselbe, können durch dreißigjährige Präskription erlöschen oder gegen das Fideikommiß erworben werden.

§ 123. Die Eigenschaft des Fideikommisses selbst aber kann durch keine Verjährung verloren gehen.

§ 124. Wenn also das Successionsrecht eines zum Fideikommisse mitberufenen Anwärters durch Verjährung erloschen ist, so steht diese Verjährung ihm und seinen Abkömmlingen, in Ansehung aller übrigen zum Fideikommisse berechtigten Personen, nicht aber in Ansehung eines Fremden, entgegen.

§ 125. Wenn daher alle übrigen zum Fideikommisse berufenen Personen abgegangen sind, so kann der durch Verjährung Ausgeschlossene auf den Besitz desselben wiederum Anspruch machen.

Von Geldfideikommissen.

§ 126. Bei Geldfideikommissen schränkt sich das Recht des Besitzers der Regel nach bloß auf die Erhebung und den Genuß der Zinsen ein.

§ 127. Er ist aber nicht berechtigt, das Kapital selbst eigenmächtig einzuziehen, an andere abzutreten, zu verpfänden, oder sonst zu belasten.

§ 128. Ereignet sich etwas, wodurch die Sicherheit des Kapitals bedenklich wird, so muß er, mit Zuziehung der nächsten Anwärter, nach obiger Bestimmung § 87 ff. für dessen Einziehung und anderweitige Unterbringung sorgen.

§ 129. Ein Gleiches muß geschehen, wenn der Schuldner das Kapital aufzukündigen berechtigt ist, und wirklich aufkündigt.

§ 130. In beiden Fällen muß, wenn die Stiftungsurkunde nicht das Gegenteil verordnet, die anderweitige Belegung unter gerichtlicher Aufsicht erfolgen.

§ 131. Der Schuldner eines Fideikommißkapitals, der diese Eigenschaft desselben weiß, oder zu wissen schuldig ist, kann dasselbe nur auf richterlichen Befehl, oder in das gerichtliche Depositum[1]) sicher bezahlen.

§ 132. Alle bei solcher Gelegenheit vorfallenden Kosten muß der zeitige Besitzer des Fideikommisses tragen, und die Substanz des letzteren kann dadurch niemals geschmälert werden.

§ 133. Sollen mit dem Fideikommißkapital andere Veränderungen vorgenommen oder Grundstücke statt des Kapitals dazu gewidmet werden, so kann solches nur durch einen Familienschluß geschehen.

[1]) Man vergleiche Anmerkung zu § 112 dieses Titels.

Vierter Abschnitt.

Von der Successionsordnung in Familienfideikommisse.

Successionsordnung bei schon errichteten Fideikommissen.

§ 134. In den bisher schon, unter ausdrücklicher oder stillschweigender Genehmigung des Staates errichteten Familienfideikommissen hat es bei der von dem Stifter vorgeschriebenen Successionsordnung lediglich sein Bewenden.

Von Senioraten.

§ 135. Hat der Stifter verordnet, daß jedesmal der älteste aus der Familie zur Succession gelangen solle, so heißt die Stiftung ein Seniorat.

§ 136. Auf Seniorate haben alle männlichen Nachkommen des Stifters Anspruch.

§ 137. Es succediert also bei dem Abgange des jedesmaligen Besitzers, der älteste den Jahren nach, ohne Rücksicht auf die Linie oder den Grad der Verwandtschaft.

§ 138. Machen zwei Familienmitglieder, welche den Jahren nach die gleichältesten sind, Anspruch, und der genaue Zeitpunkt ihrer Geburt kann nicht ausgemittelt werden, so muß das Los unter ihnen entscheiden.

§ 139. Ist die männliche Nachkommenschaft ganz erloschen, und der Stifter hat auf diesen Fall nichts Ausdrückliches verordnet, so wird das Fideikommiß ein freies Vermögen des letzten Besitzers.

Successionsordnung bei künftig zu errichtenden Fideikommissen.

§ 140. In Zukunft sollen Landgüter zu Senioraten nicht mehr gewidmet werden.

§ 141. Auch sollen Verordnungen, vermöge welcher ein Landgut sich in einer Familie nur nach den Regeln der gesetzlichen Erbfolge verfällen würde, künftig nur als fideikommissarische Substitutionen gelten.

§ 142. Ein künftiger Fideikommißstifter muß also eine solche Successionsordnung bestimmen, nach welcher ein dazu gewidmetes einzelnes Landgut immer nur einem aus der Familie zu teil werde.

§ 143. Besteht das Fideikommiß aus mehreren abgesonderten Landgütern, so kann zwar der Stifter eine Teilung derselben unter mehreren Linien, sowohl von Anfang an, als bei künftig vorkommenden Successionsfällen anordnen.

§ 144. Doch ist dergleichen Anordnung nur insofern zu Recht beständig, als jeder solcher Anteil, für sich allein, seinem künftigen Besitzer wenigstens den § 51 ff. bestimmten reinen gesetzmäßigen Ertrag gewähren kann.

Von Majoraten.

§ 145. Verordnet der Stifter, daß zwar der nächste aus der Familie, dem Grade nach, zur Succession gelangen, unter mehreren gleich nahen aber der ältere, den Jahren nach, die jüngeren ausschließen solle, so heißt die Stiftung ein Majorat.

Von Minoraten.

§ 146. Ist die Succession zwar ebenfalls nach der Nähe des Grades, jedoch dergestalt angeordnet, daß unter mehreren gleich nahen der jüngere den älteren ausschließt, so wird ein solches Fideikommiß ein Minorat genannt.

§ 147. Primogenituren heißen solche Fideikommisse, wo die Succession nach Linien mit dem Rechte der Erstgeburt angeordnet ist.

§ 148. Bei der Succession in Majorate und Minorate finden die bei den Senioraten §§ 135 bis 139 vorgeschriebenen Regeln ebenfalls Anwendung.

Von Primogenituren.

§ 149. In Primogenituren gelangt zuvörderst der erstgeborene Sohn des Stifters, mit Ausschließung aller seiner nachgeborenen Brüder, zum Besitze des Fideikommisses.

§ 150. Bei dessen vor oder nach dem Stifter erfolgenden Abgange succediert hinwiederum sein erstgeborener Sohn.

§ 151. Mit gleicher Ordnung geschieht die Succession in den übrigen Geschlechtsfolgen, dergestalt, daß immer der erstgeborene Sohn des Besitzers, und desselben Descendenten, die nachgeborenen Brüder und übrigen Verwandten ausschließen.

§ 152. Geht ein Nebenast in der erstgeborenen Hauptlinie gänzlich aus, so gelangt die Succession an den zweiten Neben-

aſt, ſo wie ſich derſelbe der Erſtgeburt am nächſten zieht.

§ 153. Auf den Grad der Verwandtſchaft mit dem letzten Beſitzer kommt es dabei gar nicht an.

§ 154. Hinterläßt alſo der letzte Beſitzer keine männliche Descendenz, wohl aber Brüder, Brudersſöhne, oder männliche Nachkommen von Brüdern in weiteren Graden, ſo ſuccediert unter dieſen der ältere Bruder, oder des erſtgeborenen Sohnes älteſter Sohn, mit gänzlicher Ausſchließung aller nachgeborenen, ſowie der etwa vorhandenen Vatersbrüder.

§ 155. Ebenſo, wenn der letzte Beſitzer weder Descendenten, noch Brüder, noch männliche Nachkommen von Brüdern verläßt, gelangt die Succeſſion auf den nächſtgeborenen Bruder ſeines Vaters und deſſen männliche Descendenz, nach gleicher Ordnung der Erſtgeburt.

§ 156. Sind auch keine Vatersbrüder oder männliche Nachkommen von ſelbigen mehr vorhanden, ſo wird der nächſtgeborene Bruder von dem Großvater des letzten Beſitzers, nebſt deſſen männlichen Nachkommen, überall nach der Ordnung der Erſtgeburt, zur Succeſſion berufen.

§ 157. Solange von dem erſtgeborenen Sohne des Stifters noch ein männlicher Abkömmling vorhanden iſt, bleibt das Fideikommiß immer in derſelben Linie, mit Ausſchließung aller übrigen.

§ 158. Nach gänzlicher Erlöſchung dieſer Linie gelangt die Linie von dem zweiten Sohne des Stifters zur Succeſſion und ſchließt die jüngeren Linien aus.

§ 159. In dieſer zweiten Linie gilt, wegen der beſtändig zu beobachtenden Ordnung der Succeſſion nach dem Rechte der Erſtgeburt, ohne Rückſicht auf den Grad der Verwandtſchaft mit dem letzten Beſitzer, eben das, was wegen der erſten Linie vorgeſchrieben iſt.

§ 160. Es gelangt alſo, nach erloſchener erſter Linie, unter den männlichen Descendenten von des Stifters zweitem Sohne derjenige zur Succeſſion, welcher von desſelben erſtgeborenem Sohne herſtammt, und unter den übrigen ſich am nächſten zur Erſtgeburt zieht.

§ 161. Nach eben dieſen Grundſätzen wird die Succeſſionsordnung auch in der dritten, vierten, und den folgenden Linien, welche von dem Stifter abſteigen, beſtimmt.

§ 162. Uebrigens wird bei dieſer ganzen Succeſſion auf Halbbrüder von der Mutterſeite und deren Abkömmlinge keine Rückſicht genommen.

§ 163. Dagegen iſt zwiſchen vollbürtigen und Halbbrüdern von des Vaters Seite, nebſt ihren männlichen Descendenten kein Unterſchied.

§ 164. Es hängt zwar von dem Stifter ab, zu verordnen, daß nicht die erſtgeborenen, ſondern eine der nachgeborenen von ihm abſtammenden Linien, zuerſt zur Succeſſion in das Fideikommiß gelangen ſolle.

§ 165. Iſt aber dieſe zuerſt berufene Linie erloſchen, und der Stifter hat auf ſolchen Fall wegen der Succeſſion der übrigen Linien nicht ausdrücklich verfügt, ſo richtet ſich die Succeſſionsordnung dennoch nach der Erſtgeburt, dergeſtalt, daß die jüngeren Linien immer von den älteren ausgeſchloſſen werden.

Wenn in einer Familie mehrere Fideikommiſſe von einem Stifter, oder

§ 166. Hat aber der Stifter zwei oder mehrere Fideikommiſſe, eines für die erſtgeborene, und die anderen zum Beſten der nachgeborenen Linien errichtet, ſo gelangen die Descendenten des Stifters aus der erſten Linie in dem zweiten Fideikommiſſe niemals zur Succeſſion, ſolange noch ein anderer von dem Stifter entſproſſener Mannesſtamm vorhanden iſt.

§ 167. Geht die zweite männliche Linie aus, oder gelangt dieſelbe durch Erlöſchung der älteren zur Succeſſion in dem erſten Fideikommiſſe, ſo verfällt das zweite an die von dem dritten Sohne des Stifters abſtammende Linie.

§ 168. Nach gleichen Grundſätzen geht die Succeſſion auf die vierte und folgenden von dem Stifter entſproſſenen Linien, inſofern dergleichen noch vorhanden ſind.

§ 169. Sind zuletzt alle von dem Stifter herſtammenden männlichen Linien bis auf eine erloſchen, ſo kommen zwar in dieſer beide Fideikommiſſe zuſammen.

§ 170. Sind aber in dieſer Linie zwei oder mehrere Nebenäſte vorhanden, ſo fällt das zweite Fideikommiß an denjenigen Aſt, welcher nicht im Beſitze des erſten, jedoch zur Succeſſion in ſelbiges, nach den Grundſätzen der Primogenitur, am nächſten iſt.

§ 171. Dasjenige Mitglied dieſes Nebenaſtes gelangt zur Succeſſion, wel-

ches sich unter den übrigen der Erstgeburt, im Verhältnis gegen den Stifter, am nächsten zieht.

§ 172. Sind in der noch übrigen Linie keine weiteren Abkömmlinge des Stifters mehr vorhanden, als der Besitzer des ersten Fideikommisses und dessen Descendenz, so erhält dieser beide Fideikommisse.

§ 173. Sie bleiben alsdann so lange bei einander, bis wiederum zwei oder mehrere Linien entstehen.

§ 174. Geschieht dieses, so bleibt das erste Fideikommiß bei der erstgeborenen Linie, und das zweite verfällt auf die nächste nach ihr.

§ 175. Nach eben diesen Grundsätzen ist die Successionsordnung zu bestimmen, wenn in einer Familie drei oder mehrere von eben demselben Stifter herrührende Fideikommisse vorhanden sind.

§ 176. Hat der Stifter jeder von ihm abstammenden Linie ein Fideikommiß hinterlassen, so gelangt, wenn eine dieser Linien erlischt, das für sie gestiftete Fideikommiß an die erstgeborene, oder, wenn auch diese schon erloschen ist, an diejenige Linie, die sich nach ihr der Erstgeburt am nächsten zieht.

§ 177. Besteht diese Linie aus mehreren Nebenästen, so finden auch alsdann die Vorschriften §§ 170, 171 Anwendung.

§ 178. In allen Fällen, da ein Mitglied der Familie ein nach der Successionsordnung auf ihn verfälltes Fideikommiß bloß um deswillen nicht erlangen kann, weil er sich schon im Besitze eines anderen befindet, hat derselbe die Wahl, ob er das neu auf ihn verfällte Fideikommiß übernehmen und dagen das bisher besessene abgeben wolle.

von verschiedenen Stiftern sind.

§ 179. Hat für eine schon mit einem Fideikommiß versehene Familie eine andere, von dem ersten Stifter verschiedene Person ein besonderes Fideikommiß errichtet, so wird bei der Successionsordnung in dieses auf den ersten Stifter und das Verhältnis der Personen und Linien gegen denselben gar keine Rücksicht genommen.

§ 180. Sind also die von dem zweiten Stifter zur Succession berufenen Linien erloschen, und es soll, seiner Verordnung zufolge, das Fideikommiß dennoch bei der Familie bleiben, so kommt in dasselbe dasjenige Familienmitglied zur Succession, welches dem letzten Besitzer aus den von dem zweiten Stifter berufenen Linien dem Grade nach am nächsten ist.

§ 181. Dabei macht es keinen Unterschied, wenn auch das hiernach zur Succession in das zweite Fideikommiß gelangende Familienmitglied sich schon im Besitze des von dem ersten Stifter herrührenden Fideikommisses befindet.

§ 182. Hat aber der zweite Stifter ausdrücklich erklärt, daß das von ihm errichtete mit dem von dem ersten Stifter herrührenden Fideikommisse niemals zusammenkommen solle, so ist doch dergleichen Erklärung im zweifelhaften Falle nur so zu deuten, daß die Vereinigung beider Fideikommisse nicht in einer Person geschehen solle.

§ 183. Es kommt alsdann, wenn der Nächste dem Grade nach im Besitze des ersten Fideikommisses ist, der Nächste nach ihm zur Succession in das zweite.

§ 184. Sind bei dem Abgange der von dem zweiten Stifter berufenen Linien zwei oder mehrere gleich nahe successionsfähige Verwandte des letzten Besitzers vorhanden, so hängt es von diesem ab, welchem unter ihnen er das zweite Fideikommiß bescheiden wolle.

§ 185. Hat er sich darüber nicht erklärt, so muß unter diesen mehreren gleichnahen successionsfähigen Anwärtern das Los entscheiden.

§ 186. Ist in dem Falle des § 180 nur noch ein Mitglied der von dem zweiten Stifter berufenen Familie vorhanden, so erlangt zwar derselbe, wenn der Stifter auf diesen Fall nicht ausdrücklich verordnet hat, den Besitz beider Fideikommisse;

§ 187. Sobald aber von ihm mehrere successionsfähige Familienmitglieder ententspringen, so müssen die Fideikommisse unter selbige nach den obigen Regeln §§ 170, 171 wiederum geteilt werden.

§ 188. Wenn zwei oder mehrere von Anfang an abgesonderte Fideikommisse, in der Folge der Succession, auf eine Person zusammenfallen, so macht ein den gesetzmäßigen Satz § 56 übersteigender Ertrag dabei kein Hindernis.

Weibliche Succession.

§ 189. Wenn die gesamte männliche Descendenz eines Fideikommißstifters erlischt und derselbe zum Besten seiner weiblichen Nachkommen nichts verordnet hat, so

wird das Fideikommiß in den Händen des letzten männlichen Descendenten freies eigentümliches Vermögen.

§ 190. Hat aber der Stifter auch die weibliche Descendenz zum Fideikommisse berufen, und für dieselbe eine Successionsordnung bestimmt, so muß dieselbe genau beobachtet werden.

§ 191. Hat er keine dergleichen Successionsordnung bestimmt, so gelangen, nach dem Tode des letzten männlichen Descendenten, die erstgeborene Tochter desselben, und deren männliche Abkömmlinge, zur Succession.

§ 192. Wenn also die älteste Tochter des letzten Besitzers vor oder nach dem Vater mit Tode abgeht, so fällt das Fideikommiß auf ihre Söhne, und deren männlichen Descendenten, überall nach der Regel der Erstgeburt.

§ 193. Hat sie weder Söhne, noch Enkel von Söhnen, so kommen die Enkel ihrer Töchter, nach der Ordnung der Erstgeburt, zur Succession.

§ 194. Ist bei dem Ableben des letzten männlichen Descendenten von dem Stifter dessen älteste Tochter noch am Leben, so gelangt sie zum Besitze des Fideikommisses, auch wenn sie alsdann noch keine successionsfähige männliche Nachkommen hätte.

§ 195. Stirbt sie aber ohne dergleichen Nachkommen zu hinterlassen, so geht die Succession auf die zweite Tochter des letzten Besitzers, und deren männliche Descendenten, nach eben den Regeln über.

§ 196. Ein Gleiches findet statt, wenn die älteste Tochter des letzten Besitzers vor dem Vater verstorben ist, und auch bei seinem Ableben noch keine successionsfähige männliche Nachkommen von dieser älteren Tochter vorhanden sind.

§ 197. Nach eben den Grundsätzen bestimmt sich das Successionsrecht der dritten und mehrerer folgender Töchter des letzten Besitzers und ihrer männlichen Descendenten.

§ 198. Ist nach diesen Grundsätzen ein durch Weiber von dem ersten Stifter abstammender männlicher Descendent einmal zum Besitze des Fideikommisses gelangt, so fängt mit ihm eine neue Successionsordnung an, und nach dem Verhältnisse gegen ihn richtet sich die Fideikommißfolge unter seiner Nachkommenschaft.

§ 199. Sind bei dem Ableben des letzten, von dem ersten Stifter herstammenden, männlichen Abkömmlings keine Töchter und keine zur Succession fähige Descendenten derselben vorhanden, oder sterben seine hinterlassenen Töchter insgesamt ohne dergleichen successionsfähige Nachkommenschaft, so geht das Fideikommiß auf die anderen von dem ersten Stifter durch Weiber abstammenden männlichen Descendenten über.

§ 200. Dabei wird wiederum auf die Ordnung der Erstgeburt, im Verhältnis gegen den ersten Stifter oder Erwerber, Rücksicht genommen.

§ 201. Es schließt also z. B. die Linie der älteren Töchter des ersten Stifters alle jüngeren Linien, und in dieser älteren Linie der sich am nächsten zur Primogenitur ziehende Nebenast alle übrigen aus.

§ 202. Wenn aber, nach dieser Regel, ein durch Weiber von dem ersten Stifter entsprossener männlicher Descendent einmal zum Besitze des Fideikommisses gelangt ist, so findet wegen der durch ihn entstehenden neuen Successionsordnung die Vorschrift des § 198 ebenfalls Anwendung.

Allgemeine Regeln wegen der Fideikommißsuccession.

§ 203. Bei jedem Anfalle eines Fideikommisses wird, sofern nicht im Vorstehenden etwas Besonderes verordnet ist, nach dem Zeitpunkte, wo der letzte Besitzer gestorben ist, bestimmt, wer unter den alsdann vorhandenen Mitgliedern zur Succession der nächste sei.

§ 204. Wenn also auch in einem Minorate derjenige, welcher bei dem Ableben des letzten Besitzers der jüngste war, das Fideikommiß einmal erhalten hat, und in der Folge ein noch jüngerer geboren wird, so kann doch dieser letztere die bereits erworbenen Gerechtsame des nunmehrigen Besitzers nicht weiter anfechten.

§ 205. Doch werden in der ganzen Fideikommißsuccession diejenigen, welche innerhalb des dreihundertundzweiten Tages nach dem Ableben des letzten Besitzers zur Welt kommen, dafür, daß sie in dem Zeitpunkte der eröffneten Succession schon vorhanden gewesen, angesehen.

Fünfter Abschnitt.

Von der Auseinandersetzung zwischen dem Fideikommißfolger und den Erben des letzten Besitzers.

§ 206. Das nutzbare Eigentum des Fideikommisses geht in dem Augenblicke, da der bisherige Besitzer verstirbt, auf den Nachfolger über.

§ 207. Diesem müssen die Erben des letzten Besitzers das Fideikommiß so ausantworten, wie dasselbe von dem Stifter auf ihren Erblasser gediehen ist.

§ 208. Besteht das Fideikommiß in liegenden Gründen, so muß das bei Errichtung desselben aufgenommene Inventarium (§ 71) vollständig gewährt werden.

§ 209. Wegen eines dabei sich ereignenden Mangels oder Ueberflusses gilt alles, was wegen der Lehns-Inventarien verordnet ist (Teil 1 Tit. 18 § 511 ff.).

§ 210. Es versteht sich von selbst, daß die bei Lehnen wegen Zuziehung und Mitwirkung des Landesherrn erteilten Vorschriften bei Fideikommissen keine Anwendung finden.

§ 211. Wegen der bei der Substanz des Fideikommisses sich selbst ereignenden Verbesserungen oder Verringerungen finden eben die Vorschriften Anwendung, welche für die Auseinandersetzung zwischen dem Lehnsfolger und Allodialerben erteilt worden (Teil 1 Tit 18 § 527 ff.).

§ 212. Wegen der Nutzungen des letzten Jahres, ingleichen wegen der noch vorhandenen Früchte und der noch rückständigen Lasten früherer Jahre geschieht die Auseinandersetzung zwischen dem Fideikommißfolger und den Erben des letzten Besitzers nach den bei der Lehre vom Nießbrauche erteilten Vorschriften.

§ 213. An Schulden darf der Fideikommißfolger nur diejenigen übernehmen, welche nach Vorschrift § 104 aus der Substanz, oder nach Vorschrift § 81 ff. aus den Einkünften des Fideikommisses zu bezahlen sind.

§ 214. Diese letzteren muß er auch alsdann übernehmen, wenn er damals, als das Darlehn gemacht worden, unter die nächsten Anwärter nicht gehört hat, und daher seine Einwilligung nicht erfordert worden.

§ 215. Doch ist er nur zur Entrichtung derjenigen Termine verbunden, welche nach den gleich von Anfang festgesetzten Bestimmungen (§ 96) auf die Jahre seiner Besitzzeit treffen.

§ 216. Hat der Gläubiger, wegen der früheren Termine, auf seine Gefahr Nachsicht gegeben (§ 103), so kann er sich dieserhalb nur an den übrigen Nachlaß halten.

§ 217. Der Termin desjenigen Jahres, in welchem der letzte Besitzer gestorben ist, muß aus den Einkünften dieses Jahres berichtigt werden.

§ 218. Hat der Fideikommißbesitzer in Fällen, wo er die Aufnehmung eines Darlehns auf die Einkünfte des Fideikommisses zu suchen berechtigt gewesen, solches nicht gethan, sondern die Wiederherstellung aus eigenen Mitteln oder durch Privatkredit bewerkstelligt, so können seine Allodialerben dafür keine Vergütung fordern.

§ 219. Auch der Gläubiger, welcher Privatvorschüsse dazu gemacht hat, kann an die dem Fideikommißfolger zukommenden Einkünfte des Fideikommisses sich nicht halten, wenn er gleich nachweisen könnte, daß das von ihm gegebene Darlehen in das Fideikommiß wirklich verwendet worden.

§ 220. Hat hingegen der Fideikommißbesitzer die Wiederherstellung, wegen obwaltender Gefahr im Verzuge, zwar aus eigenen Mitteln oder auf Privatkredit bewirkt, aber zugleich den Konsens zur Aufnehmung eines Darlehns nachgesucht, so muß der Nachfolger dieses Darlehn anerkennen, wenngleich der Konsens erst nach geschehener Verwendung, oder erst nach dem Tode des vorigen Besitzers, erteilt oder ergänzt worden ist.

§ 221. Insoweit, als der verstorbene Besitzer, zur Abführung stiftungsmäßiger Prästationen, ein Darlehn auf die Einkünfte des Fideikommisses aufzunehmen berechtigt gewesen wäre (§ 86), ist der neue Besitzer das im Rückstande Verbliebene aus den folgenden Einkünften zu entrichten verbunden.

§ 222. Halten sich die Berechtigten wegen solcher Rückstände an den Allodialnachlaß, so können die Erben den Ersatz aus den Fideikommißeinkünften fordern.

§ 223. Doch findet auch in diesem Falle die Vorschrift der §§ 561, 562 im Titel von Lehnen Anwendung.

§ 224. Andere, als die vorstehend bestimmten Schulden, ist der Nachfolger aus dem Fideikommisse zu bezahlen nicht ver-

bunden, auch wenn er zugleich des vorigen Besitzers Erbe geworden wäre.

§ 225. Vielmehr muß der Gläubiger sich an den übrigen freien Nachlaß seines Schuldners lediglich halten.

§ 226. Hat jedoch der Fideikommißfolger in eine andere als eigentliche Fideikommißschuld ausdrücklich gewilligt, oder sind die Termine, welche der vorige Besitzer entrichten sollen, mit seiner ausdrücklichen Genehmigung verlängert worden, so ist der Gläubiger berechtigt, sich dieserhalb an die Nutzungen des Fideikommisses, solange sie der Einwilligende genießt, zu halten.

Sechster Titel.

Von Gesellschaften überhaupt, und von Korporationen und Gemeinen insonderheit.[1])

Gesellschaften überhaupt,

§ 1. Unter den Gesellschaften überhaupt werden hier Verbindungen mehrerer Mitglieder des Staats zu einem gemeinschaftlichen Endzwecke verstanden.

unerlaubte,

§ 3. Gesellschaften aber, deren Zweck und Geschäfte der gemeinen Ruhe, Sicherheit und Ordnung zuwiderlaufen, sind unzulässig, und sollen im Staate nicht geduldet werden.

§ 4. Auch an sich nicht unzulässige Gesellschaften kann der Staat verbieten, sobald sich findet, daß dieselben anderen gemeinnützigen Absichten oder Anstalten hinderlich oder nachteilig sind.

§ 5. Dergleichen ausdrücklich verbotene Gesellschaften sind, von Zeit des ergangenen Verbotes, den an sich unzulässigen gleich zu achten.

§ 6. Unzulässige und verbotene Gesellschaften haben, als solche, gar keine Rechte, weder gegen ihre Mitglieder, noch gegen andere.

§ 7. Die Mitglieder derselben sind, wegen unerlaubter Handlungen, die von ihnen gemeinschaftlich, oder auch von einzelnen nach dem Zwecke der Gesellschaft vorgenommen worden, zum Schadensersatze und zur Strafe ebenso verhaftet, wie andere Mitgenossen eines Verbrechens.

§ 8. Doch sind diejenigen Mitglieder davon befreit, welche weder von dem gemeinschädlichen Zwecke der Gesellschaft gewußt, noch an den unerlaubten Handlungen der übrigen teilgenommen haben.

§ 9. Dergleichen Mitglieder können vielmehr, wenn ihnen aus einer solchen Verbindung Schaden entsteht, den Ersatz desselben von denjenigen, durch welche sie zum Beitritte verleitet worden, sowie von den Vorstehern der Gesellschaft fordern.

§ 10. Wer einer vom Staate ausdrücklich verbotenen Gesellschaft beitritt, kann gegen die in dem Verbotsgesetze bestimmte Strafe, durch Vorschützung der Unwissenheit des unerlaubten Zweckes, sich nicht entschuldigen.

Rechte der erlaubten Privatgesellschaften.

§ 17. Alles, was einer solchen[2]) Gesellschaft zufällt, wird nur das gemeinschaftliche Eigentum der dermaligen Mitglieder.

§ 18. Es kann also jedes ausscheidende Mitglied seinen Anteil davon, sowie von dem übrigen im gemeinschaftlichen Eigentume befindlichen Vermögen fordern.

§ 19. Ist bei der Erwerbung oder Zuwendung das Gegenteil ausdrücklich festgesetzt worden, so hat zwar, solange die Gesellschaft besteht, ein ausscheidendes Mitglied an dergleichen Sachen keinen Anspruch;

§ 20. Wenn aber die Gesellschaft ganz aufhört, so wird auch eine solche Sache, gleich dem übrigen gemeinschaftlichen Vermögen, unter die alsdann vorhandenen Mitglieder geteilt.

---

[1]) Die Vorschriften des sechsten Titels sind aufgehoben, soweit sie sich auf die Verfassung rechtsfähiger Vereine beziehen, für Vereine, die nach Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs Rechtsfähigkeit erlangt haben.

[2]) Nämlich einer (in dem aufgehobenen § 16 genannten) Handlungsgesellschaft.

Korporationen und Gemeinen. I. Grundverfassung derselben.

§ 26. Die Verhältnisse und Rechte der Korporationen und Gemeinen sind hauptsächlich nach den bei ihrer Errichtung geschlossenen Verträgen oder ergangenen Stiftungsbriefen, nach den vom Staate erhaltenen Privilegien und Konzessionen, und nach den auch in der Folge unter Genehmigung des Staats abgefaßten Schlüssen zu beurteilen.

§ 27. Die solchergestalt bestimmten Rechte und Pflichten der Gesellschaft und ihrer Mitglieder, sowie die wegen des Betriebes der gemeinschaftlichen Angelegenheiten getroffenen Einrichtungen, machen die Verfassung dieser Korporation aus.

§ 28. Soweit dadurch der Zweck der Gesellschaft, und solche Mittel, ohne welche dieser Zweck nicht erreicht werden kann, bestimmt sind, gehören dieselben zur Grundverfassung.

§ 29. Grundverfassungen können nur insoweit geändert oder abgeschafft werden, als die Korporation selbst aufgehoben werden kann.

§ 30. Auch andere Verfassungen kann die Korporation eigenmächtig, ohne Vorwissen und Genehmigung des Staats, nicht abändern.

§ 31. Wie weit aber dergleichen Aenderungen durch einen nach Mehrheit der Stimmen abzufassenden Gesellschaftsschluß, unter Approbation des Staats, erfolgen können, ist nach den vorkommenden Regeln zu beurteilen.

§ 32. Bei der Auslegung dunkler und zweifelhafter Stellen in den Verfassungsgesetzen einer Gesellschaft finden die allgemeinen Regeln von Auslegung der Verträge, Gesetze und Privilegien überhaupt Anwendung.

§ 33. Doch ist dabei auch auf die bisherige Gewohnheit bei der Gesellschaft, soweit dieselbe ihrer Grundverfassung und den allgemeinen Gesetzen des Staats nicht widerspricht, vorzügliche Rücksicht zu nehmen.

§ 34. Soll über dergleichen dunkle oder zweifelhafte Stellen eine allgemeine Erklärung für die Zukunft abgefaßt werden, so kann dies nur durch Schlüsse der Korporation, unter Genehmigung des Staates, geschehen.

§ 35. Kann kein solcher Schluß zu stande kommen, oder betrifft die Sache Rechte und Pflichten der Korporation gegen andere außer ihr, so kommt dieses Erklärungsrecht nur allein dem Staate zu.

§ 36. Behauptet aber ein Dritter, daß er durch solche Deklarationen in seinen schon erworbenen Befugnissen gekränkt sei, so muß ihm darüber rechtliches Gehör verstattet werden.

§ 37. Jedes in die Korporation neu eintretende Mitglied unterwirft sich eben dadurch den Verfassungen derselben.

§ 38. Von deren Beobachtung, soweit es dabei auf Grundverfassungen ankommt, können auch einzelne Mitglieder niemals befreit werden.

§ 39. Inwiefern aber Korporationen, oder deren Vorgesetzte, einzelne Mitglieder von anderen zur Grundverfassung nicht gehörenden Verbindlichkeiten und Lasten dispensieren können, hängt von den besonderen Einrichtungen einer jeden Art der Korporationen ab.

§ 40. Soweit die Verfassung einer Korporation aus den bisher (§§ 26 bis 36) angegebenen Quellen nicht zu bestimmen ist, muß auf die wegen der verschiedenen Arten der Korporationen ergangenen besonderen Gesetze Rücksicht genommen werden.

§ 41. Wo auch diese nichts Näheres bestimmen, da treten nachstehende allgemeine Vorschriften ein.

II. Innere Rechte.

§ 42. Jedes Mitglied einer Korporation ist schuldig, seine Handlungen dem gemeinschaftlichen Zwecke gemäß einzurichten, und zur Erreichung desselben mitzuwirken.

§ 43. Die Korporation ist berechtigt, Mitglieder, welche diesem Zwecke vorsätzlich, oder sonst beharrlich, zuwiderhandeln, auszustoßen.

§ 44. Sie kann aber diese Befugnis nur unter Aufsicht des Staates, und nach den von ihm vorgeschriebenen Gesetzen ausüben.

§ 45. Ein eigentliches Strafrecht gegen ihre Mitglieder kann einer Korporation nur wegen Vergehungen, die von den Mitgliedern in dieser Eigenschaft begangen worden, und nur insofern zukommen, als ihr der Staat dergleichen Recht ausdrücklich verliehen hat.

§ 46. Aber auch in diesem Falle muß die Korporation, bei Ausübung ihres Strafrechtes, die in den Gesetzen allgemein

vorgeschriebene Ordnung und Verfahrungsart beobachten.

§ 47. Auch findet gegen solche Strafverfügungen die Berufung auf die vom Staate angeordneten Richterstühle statt.

§ 48. Die Korporation hat das Recht, neue Mitglieder, mit Vorwissen und Bestimmung des Staates, aufzunehmen.

§ 49. Rechte und Vorzüge, welche einer Korporation oder Gemeine vom Staate beigelegt sind, kommen der Regel nach allen gegenwärtigen und künftigen Mitgliedern derselben zu statten.

§ 50. Doch können auch Vorrechte, welche nur der ganzen Gesellschaft, als eine moralische Person betrachtet, verliehen sind, einzelne Mitglieder für ihre Personen, und in ihren Privatangelegenheiten, keinen Anspruch machen.

Beratschlagungen und Schlüsse;

§ 51. Die inneren Angelegenheiten einer Korporation werden durch Beratschlagungen und Schlüsse der Mitglieder angeordnet.

§ 52. Bei gewöhnlichen Vorfällen, und in den ein- für allemal dazu bestimmten Versammlungen, entscheidet der Schluß der in dieser Versammlung gegenwärtigen Mitglieder.

§ 53. Bei außerordentlichen Vorfällen, deren Verhandlung in den Stiftungsgesetzen den ordinären Versammlungen nicht beigelegt ist, müssen sämtliche Mitglieder ausdrücklich eingeladen werden.

§ 54. Ist bei der Einladung zu solchen außerordentlichen Versammlungen zugleich der Gegenstand der Beratschlagung angezeigt worden, so können die erscheinenden Mitglieder, ohne Rücksicht auf ihre Anzahl, einen gültigen Schluß abfassen.

§ 55. Ist aber eine solche ausdrückliche Bekanntmachung des Gegenstandes der Beratschlagung nicht geschehen, so müssen wenigstens zwei Drittel der Mitglieder gegenwärtig sein, wenn ein Schluß zu stande kommen soll.

§ 56. Ist die Einladung nicht gehörig geschehen, oder in dem Falle des § 55 nicht die erforderliche Anzahl von Mitgliedern gegenwärtig gewesen, so ist ein dennoch abgefaßter Schluß nichtig.

§ 57. Es ist hinreichend, wenn die Einladung an dem gewöhnlichen Wohnorte eines jeden Mitgliedes, auf die in der Prozeßordnung vorgeschriebene Art, insinuiert wird.

§ 58. Mitglieder, welche ihren bisherigen bekannten Aufenthaltsort verändern, ohne den Vorstehern der Korporation Nachricht zu geben, wo sie anzutreffen sind, ist die Korporation besonders einzuladen nicht schuldig.

§ 59. Eben das gilt wegen solcher Mitglieder, die ihren Wohnsitz aus der Provinz verlegen, ohne der Korporation einen Bevollmächtigten anzuzeigen, an welchen die Einladung in vorkommenden Fällen gerichtet werden solle.

§ 60. Abwesende Mitglieder können den Versammlungen auch durch Bevollmächtigte beiwohnen.

§ 61. Dergleichen Vollmacht kann aber nur einem Mitgliede der Korporation aufgetragen werden.

§ 62. Die Schlüsse der Gesellschaft werden nach der Mehrheit der Stimmen abgefaßt.

§ 63. Bei vorhandener Stimmengleichheit gebührt die Entscheidung derjenigen Behörde, der es selbst zukommt, die Schlüsse der Korporation zu bestätigen.

insonderheit bei neuen Anlagen;

§ 64. Zu neuen Beiträgen, die weder in der Stiftungsverfassung, noch in den allgemeinen Gesetzen des Staates gegründet sind, ist die Einwilligung aller Mitglieder erforderlich.

§ 65. Sind jedoch dergleichen Anlagen zur Erfüllung des Zweckes der Korporation, oder einer von ihr vorhin schon rechtsgültig übernommenen Verbindlichkeit notwendig, so muß auch in dergleichen Angelegenheiten die geringere Zahl der Mehrheit der Stimmen sich unterwerfen.

§ 66. In keinem Falle können neue Anlagen ohne Vorwissen und Genehmigung des Staates gemacht werden.

§ 67. Was von neuen Beiträgen verordnet ist, gilt auch von Erhöhung der bisher nur gewöhnlichen.

§ 68. Gesellschaftliche Rechte, welche nicht sämtlichen Mitgliedern, sondern nur einem oder dem andern unter ihnen, als Mitglied, zukommen, können denselben, wider ihren Willen, durch die bloße Stimmenmehrheit nicht genommen, oder eingeschränkt werden.

§ 69. Eben das gilt, wenn nicht allen, sondern nur einem oder etlichen Mitglie-

dern neue Lasten oder Verbindlichkeiten aufgelegt werden sollen.

wegen des Vermögens;

§ 70. Auch die Verwaltung und Nutzung des der Korporation zustehenden gemeinschaftlichen Vermögens wird durch Schlüsse der Korporation angeordnet.

§ 71. Die Verwendung muß zur Beförderung des gemeinschaftlichen Besten der Gesellschaft, und zur Erreichung ihres Endzweckes geschehen.

§ 72. Derjenige Teil des Gesellschaftsvermögens, wovon die Nutzungen für die einzelnen Mitglieder bestimmt sind, muß nach den Rechten des gemeinsamen Eigentums behandelt werden.[1])

wegen der Stiftungen.

§ 73. Die Korporation ist nicht befugt, von demjenigen, was ein Mitglied, oder auch ein Fremder, ihr zu einem gewissen bestimmten Zwecke zugewendet hat, ohne dessen Genehmigung einen anderen Gebrauch zu machen.

§ 74. Inwiefern aber bei veränderten Umständen der Staat, nach dem Ableben des Stifters, der Stiftung eine andere Richtung geben könne, ist nach dem unter § 193 vorkommenden Grundsatze zu beurteilen.

§ 75. In allen Fällen, wo dergleichen Verfügung getroffen werden soll, muß die noch bestehende Korporation mit ihrem Gutachten zuvörderst darüber vernommen und von diesem Gutachten, ohne überwiegende Gründe, nicht abgewichen werden.

§ 76. Auch von den zur Erreichung des Zweckes einer solchen Stiftung vorgeschriebenen Mitteln darf die Korporation eigenmächtig nicht abgehen.

§ 77. Der Staat selbst ist, diese Mittel und Einrichtungen abzuändern, nur alsdann berechtigt, wenn klar erhellet, daß dadurch der Zweck nicht erreicht werden könne, oder gar verfehlt werden würde.

§ 78. Sind dabei Verordnungen zu gunsten gewisser bestimmter Personen gemacht, so kann davon, ohne die Einwilligung oder vollständige Entschädigung solcher Personen, nicht abgegangen werden.

§ 79. Ist in dem Falle, wenn die Einrichtungen des Stifters nicht buchstäblich befolgt würden, einem Dritten ein Recht auf die zur Stiftung gewidmete Sache oder Summe beigelegt, so findet eine Aenderung ohne die Zuziehung oder Einwilligung dieses Dritten nicht statt.

§ 80. Werden die von dem Stifter gemachten Einrichtungen schon zu der Zeit, da die Stiftung errichtet, und der Korporation angetragen worden, zweckwidrig befunden, so muß der Korporation die Annahme einer solchen Stiftung nicht gestattet werden.

III. Aeußere Rechte;

§ 81. Korporationen und Gemeinen stellen in den Geschäften des bürgerlichen Lebens eine moralische Person vor.

§ 82. Sie werden in Rücksicht auf ihre Rechte und Verbindlichkeiten gegen andere außer ihnen, nach eben den Gesetzen, wie andere einzelne Mitglieder des Staates, beurteilt.[2])

§ 85. Auch bei Schulden, für welche die Substanz des unbeweglichen Gesellschaftsvermögens, oder die Nutzungen desselben, auf länger als ein Jahr haften sollen, ist die Einwilligung der vorgesetzten Behörde notwendig.

§ 86. Die Ausübung der äußeren Gesellschaftsrechte wird durch Schlüsse der Korporation angeordnet.

§ 87. Von Abfassung dieser Schlüsse gilt alles das, was bei den inneren Angelegenheiten der Korporation bestimmt ist.

§ 88. Auch diejenigen Angelegenheiten, welche zwar nicht die Korporation, als eine moralische Person betrachtet, aber doch die sämtlichen Mitglieder derselben, als solche, betreffen, werden durch Schlüsse der Korporation bestimmt.

§ 89. Ist jedoch von Befugnissen oder Leistungen die Rede, welche auf die einzelnen Mitglieder dergestalt verteilt werden können, daß jeder für sich das Recht ausüben oder die Pflicht leisten kann, ohne dadurch die Rechte der anderen einzuschrän-

---

[1]) Nach § 3 der Deklaration vom 26. Juli 1847 ist die Bestimmung des § 72 nur von der Verwaltung des Gemeindegliedervermögens zu verstehen.

[2]) Ueber die Erwerbsbeschränkungen juristischer Personen vergleiche man jetzt Artikel 7 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche (Band I).

ken, oder ihre Pflichten zu erschweren, so sind die einzelnen Mitglieder an einen durch Mehrheit der Stimmen der übrigen gefaßten Schluß nicht gebunden.

§ 90. Sie überkommen also auch durch die, vermöge eines solchen Schlusses, ferner erfolgenden Verhandlungen, für ihre Personen weder Rechte noch Verbindlichkeiten.

insonderheit wegen der Schulden.

§ 91. Für die von der Korporation gehörig übernommenen Schulden haftet das gemeinschaftliche Vermögen derselben.

§ 92. An denjenigen Teil des Gesellschaftsvermögens, wovon die Nutzungen den einzelnen Mitgliedern zukommen, kann der Gläubiger nur in Ermangelung eines anderen gemeinschaftlichen Vermögens sich halten.

§ 93. Auch kann dieser Teil des Gesellschaftsvermögens nur insofern angegriffen werden, als der Schluß, wodurch die Verbindlichkeit übernommen worden, nach Vorschrift §§ 62 bis 69 jedes einzelne Mitglied verpflichtet.

§ 94. Das Privatvermögen der Mitglieder haftet nur alsdann, wenn sich dieselben dazu ausdrücklich anheischig gemacht haben.

§ 95. Zu einer solchen Verpflichtung können die Widersprechenden auch durch eine überwiegende Stimmenmehrheit nicht angehalten werden.

§ 96. Dagegen haften die einzelnen Mitglieder, selbst ohne ausdrückliche Einwilligung, für Schulden, die zu solchen Bedürfnissen der Kommune gemacht worden, zu deren Bestreitung sie neue oder erhöhte Beiträge, auch wider ihren Willen, hätte übernehmen müssen (§ 65).

§ 97. Ist eine wahre Gesellschaftsschuld vorhanden, welche durch neue oder erhöhte Beiträge getilgt werden muß, so hat die Gesellschaft das Recht, diese Beiträge, unter Aufsicht und Genehmigung des Staates, dergestalt einzurichten, daß das Erforderliche nur nach und nach zusammengebracht, und die Last sowohl unter die gegenwärtigen als künftigen Mitglieder billig verteilt werde.

§ 98. Auch der Gläubiger muß sich eine solche nur nach und nach zu leistende Zahlung gefallen lassen, wenn nicht ein gemeinschaftliches Vermögen, an welches er sich halten kann, vorhanden, oder in dem Vertrage mit der Gesellschaft ein anderes verabredet ist.

§ 99. Soweit nach Vorschrift § 97 Gesellschaftsschulden durch Beiträge der Mitglieder nach und nach getilgt werden müssen, soweit sind auch neue Mitglieder diese fortlaufenden Beiträge mit zu übernehmen verbunden.

§ 100. Doch muß ihnen dieses bei ihrer Aufnahme bekannt gemacht werden.

§ 101. Weigern sie sich alsdann, die ferneren Beiträge zu übernehmen, so kann ihnen die Aufnahme in die Gesellschaft versagt werden.

§ 102. Ist die Bekanntmachung nicht geschehen, so haften die Vorsteher der Gesellschaft, durch deren Schuld dieselbe unterblieben ist, für die Beiträge solcher Mitglieder.

§ 103. Durch den Austritt aus der Gesellschaft werden einzelne Mitglieder von ferneren Beiträgen in der Regel frei.

§ 104. Auch die Erben verstorbener Mitglieder sind, als solche, zu ferneren Beiträgen nicht verpflichtet.

§ 105. Von diesen Regeln (§§ 103, 104) findet eine Ausnahme statt, wenn ein Mitglied eine Gesellschaftsschuld, ganz oder zum Teil, nicht bloß in der Eigenschaft eines Mitgliedes, sondern als eine Privatschuld, ausdrücklich übernommen hat.

§ 106. Sind Privatgrundstücke oder Gerechtigkeiten für eine Gesellschaftsschuld verpfändet worden, so geht die Schuld auf jeden Besitzer derselben über.

§ 107. Haben die Mitglieder einer Korporation zwar durch einen an sich rechtsbeständigen Schluß, aber zu einem Behufe, welcher nicht das fortwährende Beste der Korporation, sondern nur die gegenwärtigen Mitglieder betrifft, Schulden gemacht, so sind auch nur diese, und ihre Erben, zu deren Abtragung verpflichtet.

§ 108. Von dieser Pflicht können sie sich durch den Austritt aus der Gesellschaft nur alsdann befreien, wenn sie ein anderes Mitglied stellen, welches die ferneren Beiträge an ihrer Statt zu übernehmen erbötig, und dafür hinlänglich sicher ist.

§ 109. Dagegen ist die Weigerung eines neuen Mitgliedes, Beiträge zu Schulden von dieser Art zu übernehmen, für sich allein noch kein hinreichender Grund, demselben die Aufnahme zu versagen.

§ 110. Das gemeinschaftliche Ver-

mögen der Gesellschaft haftet dem Gläubiger, welcher mit ihr, unter Beobachtung der gesetzlichen Erfordernisse, einen gültigen Vertrag geschlossen hat, wenngleich das Gegebene oder Geleistete nicht zum Besten der Gesellschaft verwendet worden.

§ 111. Der Staat aber ist, so wie die Gesellschaft selbst, in einem solchen Falle dafür zu sorgen berechtigt, daß das gemeinschaftliche Vermögen von der darauf gelegten Verpflichtung durch diejenigen, welche den Vorteil davon gezogen haben, oder durch deren Verschulden die Verwendung zum Besten der Gesellschaft unterblieben ist, wieder befreit werde.

§ 112. Eben diese Vorschriften (§§ 110, 111) finden auch Anwendung, wenn wegen Schulden von der § 107 beschriebenen Art das Gesellschaftsvermögen angegriffen worden.

§ 113. Auch wenn kein Vertrag vorhanden ist, oder es demselben an den gesetzlichen Erfordernissen mangelt, wird die Korporation durch die geschehene Verwendung in den gemeinschaftlichen Nutzen, gleich einer Privatperson, verhaftet.

IV. Repräsentanten.

§ 114. Die Ausübung der Gesellschaftsrechte kann einzelnen Personen, als Repräsentanten oder Stellvertretern der Gesellschaft, übertragen werden.

§ 115. Ist die Bestellung von Repräsentanten in den Stiftungsverträgen oder Gesetzen nicht angeordnet, so gehört die Entscheidung der Frage, ob Repräsentanten bestellt werden sollen, zu denjenigen Angelegenheiten, welche in außerordentlichen Versammlungen, nach vorhergegangener Einladung sämtlicher Mitglieder, abgethan werden müssen.

§ 116. Zur bejahenden Entscheidung dieser Frage wird eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der auf gehörige Einladung erschienenen Mitglieder, zur Wahl der Personen aber nur eine Mehrheit der Stimmen überhaupt erfordert.

§ 117. Den Repräsentanten einer Korporation kommt nur die Ausübung der äußeren Rechte der Gesellschaft, und die Besorgung der Geschäfte derselben mit Fremden außer ihr zu.

§ 118. Dergleicher Geschäfte sind die Repräsentanten in der Regel ohne weitere Rückfrage mit der Gesellschaft abzuthun berechtigt.

§ 119. Dagegen sind sie, wegen solcher Geschäfte, mit der Gesellschaft Rücksprache zu nehmen verbunden, wodurch unbewegliche Sachen derselben veräußert, oder verschuldet, oder die Mitglieder zu neuen oder erhöhten Beiträgen verpflichtet werden sollen.

§ 120. Sind den Repräsentanten mehrere Einschränkungen nur durch ihre Instruktion, oder vermöge eines besonderen Herkommens in der Korporation, gemacht, so ist ein Fremder, der mit ihnen in Verhandlungen sich einläßt, an solche Einschränkungen nur soweit gebunden, als ihm dieselben hätten bekannt sein können und sollen.

§ 121. Daß eigentliche Repräsentanten durch besondere Instruktionen mehr, als die öffentlich bekannte Verfassung der Gesellschaft, oder die Landesgesetze mit sich bringen, eingeschränkt sind, wird nicht vermutet.

§ 122. Eine Korporation also, welche solche besondere Einschränkungen machen will, muß dafür sorgen, die ihren Repräsentanten erteilte Instruktion dergestalt öffentlich bekannt zu machen, daß dieselbe niemandem, der mit den Repräsentanten etwas verhandelt, ohne sein eigenes grobes oder mäßiges Versehen verborgen bleiben könne.

§ 123. Dagegen muß der fremde Kontrahent die gewöhnliche Aufmerksamkeit anwenden, daß er solchen Einschränkungen der Repräsentanten, welche auf einem ununterbrochenen Herkommen bei der Gesellschaft beruhen, nicht zuwiderhandle.

§ 124. Ob Repräsentanten, welche mit einem Fremden in ihrem eigenen Namen Verhandlungen vornehmen, demselben dadurch nur sich selbst, oder die Gesellschaft verpflichten, muß nach eben den Regeln, wie bei Bevollmächtigten, beurteilt werden.

§ 125. Innere Gesellschaftsrechte kommen den Repräsentanten nur insofern zu, als ihnen dergleichen durch die Stiftungsgesetze, durch ihre Instruktion, oder durch ein ununterbrochenes Herkommen übertragen worden.

§ 126. Von den Schlüssen der Repräsentanten gilt in der Regel alles, was von den Schlüssen der Gesellschaft selbst verordnet ist.

§ 127. Wenn die Zahl der Repräsentanten bestimmt, und eine Stelle darunter durch den Tod oder sonst erledigt ist,

so müssen alle Angelegenheiten, bei welchen keine Gefahr im Verzuge obwaltet, bis zu deren Wiederbesetzung verschoben werden.

§ 128. Ist der Auftrag der Repräsentanten durch die Verfassung der Korporation auf eine gewisse Zeit eingeschränkt, so sind alle nach Ablauf dieser Zeit vorgenommenen Handlungen derselben für die Gesellschaft unverbindlich.

§ 129. Ist keine Zeit dazu bestimmt, so dauert ihr Auftrag solange, als er nicht durch einen Schluß der Gesellschaft widerrufen, oder von ihnen selbst aufgekündigt worden.

§ 130. Sollen Repräsentanten in Ansehung der Dauer ihres Auftrages nur durch ihre Instruktion, oder durch besondere Gesellschaftsschlüsse eingeschränkt werden, so gilt, wegen öffentlicher Bekanntmachung solcher Einschränkungen, eben das, was § 122 verordnet ist.

§ 131. Die Repräsentanten sind der Korporation von ihren Handlungen Rechenschaft abzulegen verbunden.

§ 132. Dabei, sowie überhaupt wegen aller den Repräsentanten gegen die Korporation zukommenden Rechte und Verbindlichkeiten, worüber in den Stiftungsgesetzen, in ihrer Instruktion, oder in besonderen gesetzlichen Vorschriften, nicht abweichende Bestimmungen vorhanden sind, werden die Repräsentanten als Bevollmächtigte, und wenn sie zugleich das Gesellschaftsvermögen administrieren, als Verwalter fremder Güter angesehen und beurteilt.

§ 133. Die Korporation hat das Recht, ihre gefaßten Schlüsse wieder aufzuheben und die von ihnen getroffenen Anordnungen zu widerrufen.

§ 134. Die Mißbilligung der Korporation giebt ihr aber nicht die Befugnis, von Verhandlungen, welche die Repräsentanten mit anderen außer der Gesellschaft einmal gültig geschlossen, und woraus letztere ein Recht erworben haben, abzugehen.

§ 135. Diejenigen, welche von der Gesellschaft nur zu einem gewissen bestimmten Geschäfte bestellt worden, sind, wenn sie gleich den Namen der Repräsentanten führen, dennoch nur als Bevollmächtigte der Gesellschaft anzusehen.

§ 136. Die Ausstellung einer Vollmacht im Namen der Gesellschaft gehört zu denjenigen Angelegenheiten, welche in außerordentlichen Versammlungen, nach vorhergegangener Einladung sämtlicher Mitglieder, verhandelt, und nach der Mehrheit der Stimmen berichtigt werden müssen.

V. Vorsteher.

§ 137. Jede Korporation muß wenigstens einen Vorsteher haben.

§ 138. Ob deren mehrere, und wie viele sein sollen, hängt, wenn es in der Verfassung nicht ein- für allemal bestimmt ist, von dem Beschlusse der Korporation ab.

§ 139. Die Wahl der Vorsteher gebührt in der Regel der Korporation.

§ 140. Diese Wahl gehört zu den außerordentlichen Angelegenheiten, welche durch die Mehrheit der Stimmen, nach vorhergegangener Einladung sämtlicher Mitglieder, entschieden werden müssen.

§ 141. Die Vorsteher der Gesellschaft haben das Recht und die Pflicht, alles zu thun, was zur guten Ordnung in den Geschäften und Verhandlungen,, und zum gewöhnlichen nützlichen Betriebe der gemeinsamen Angelegenheiten erforderlich ist.

§ 142. Zu ihrem Amte gehört es, Versammlungen zu berufen, die Direktion in selbigen zu führen, die Gegenstände der Beratschlagung vorzutragen, die Stimmen zu sammeln, und nach selbigen den Schluß abzufassen.

§ 143. Insonderheit ist es ihre Pflicht, darauf zu sehen, daß nichts wider die Stiftungsgesetze, und wider die Rechte des Staates vorgenommen und beschlossen werde.

§ 144. Die Unterbedienten der Gesellschaft sind ihrer Direktion und Aufsicht unterworfen.

§ 145. Die Befugnis, die Vorsteher über ihre Amtsführung zur Rechenschaft zu ziehen, kann der Korporation, durch einen auch einmütigen Beschluß sämtlicher gegenwärtiger Mitglieder, für die Zukunft nicht entzogen werden.

§ 146. Bei erfolgendem Abgange eines Vorstehers muß sein Amt, bis zu dessen anderweitig geschehener Besetzung, von demjenigen, welcher ihm nach der in der Gesellschaft eingeführten Ordnung der nächste ist, wahrgenommen werden.

VI. Beamte.

§ 147. Auch die Verwaltung der gemeinschaftlichen Güter einer Korporation kann gewissen Beamten übertragen werden.

§ 148. Zur Betreibung ihrer Rechtsangelegenheiten kann die Korporation einen Syndikus bestellen.

§ 149. Zur Bestellung eines Syndici kann keine Korporation gezwungen, wohl aber, wenn sie aus mehr als drei Personen besteht, von dem Richter angehalten werden, die Verhandlung ihrer Rechtsangelegenheiten durch zwei oder drei aus ihrer Mitte zu wählende Deputierte abzuwarten.

§ 150. Zur Uebernahme eines Auftrags als Deputierte in einzelnen Fällen, können Mitglieder gegen hinlängliche Entschädigung, auch wider ihren Willen, angehalten werden.

§ 151. Die Rechte und Pflichten eines Gesellschaftsbeamten und Syndici sind nach ihren Bestallungen und Amtsinstruktionen, übrigens aber nach der Lehre von Vollmachtsaufträgen zu beurteilen.

§ 152. Auch ein wirklicher Syndikus ist nicht berechtigt, ohne Rückfrage mit der Korporation, Klagen in ihrem Namen anzustellen, oder auf solche, die wider sie angestellt worden, sich einzulassen.

§ 153. Die Verwalter der Gesellschaftsgüter sind nicht befugt, Grundstücke, Gerechtigkeiten und Kapitalien der Gesellschaft zu veräußern, oder auf irgend eine Art zu belasten.

§ 154. Aus den von ihnen allein geschlossenen Verträgen wird die Gesellschaft nicht verhaftet.

§ 155. Doch muß sie, wenn daraus etwas in ihren gemeinsamen Nutzen verwendet worden, dem anderen Kontrahenten, nach allgemeinen gesetzlichen Vorschriften dafür, gerecht werden.

§ 156. Auch muß sie die Handlungen und Verträge der Beamten soweit vertreten, als diese nach der Natur ihres Auftrages, denselben, ohne dergleichen Handlungen vorzunehmen, nicht würden ausführen können.

§ 157. Hat eine Kommune ihre Vorsteher oder Beamten überhaupt zur Veräußerung und Verpfändung des Kommunvermögens nach Gutbefinden im voraus bevollmächtigt, so ist Dieses dennoch nur von dem Falle, wenn eine solche Veräußerung oder Verpfändung zur Bestreitung gemeinschaftlicher Bedürfnisse notwendig ist, zu verstehen.

§ 158. Doch bindet diese Einschränkung nur die Vorsteher oder Beamten, steht aber einem Dritten, welcher sich mit ihnen auf den Grund einer solchen uneingeschränkten Bevollmächtigung eingelassen hat, nicht entgegen.

§ 159. Der Regel nach ist die Korporation befugt, sich ihre Beamten selbst zu wählen.

§ 160. Es muß jedoch die Wahl der vorgesetzten Obrigkeit zur Genehmigung angezeigt werden.

§ 161. Ein Mitglied der Korporation ist die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen verbunden, wenn ihm nicht eben die Gründe der Entschuldigung, aus welchen eine aufgetragene Vormundschaft abgelehnt werden kann, zu statten kommen.

§ 162. Die Beurteilung der angeführten Entschuldigungsursachen gebührt der Obrigkeit.

§ 163. Die von der Korporation geschehene und von dem Gewählten angenommene Wahl kann die Obrigkeit dennoch verwerfen, wenn der Gewählte die Eigenschaften nicht besitzt, welche nach allgemeinen oder nach den Gesetzen der Gesellschaft zu dieser Stelle erforderlich sind.

§ 164. Wird die Wahl verworfen, so muß die Korporation von neuem wählen.

§ 165. Fällt auch diese Wahl auf einen Untüchtigen, so verliert die Korporation für diesen Fall ihr Wahlrecht, und die Stelle wird von der Obrigkeit besetzt.

§ 166. Abweichungen von obigen Regeln beruhen auf besonderen Gesetzen und Verfassungen.

§ 167. Die Wahl der Vorsteher und Beamten gehört zu den inneren Rechten der Gesellschaft.

§ 168. Sie ist ein Gegenstand der außerordentlichen Zusammenkünfte (§§ 53 ff.).

§ 169. Ist die Dauer ihrer Amtsführung weder in der Verfassung, noch durch die Natur des Auftrages selbst bestimmt, so hängt sie von dem Schlusse der Gesellschaft bei der Wahl ab.

§ 170. Ist auch dadurch keine gewisse Zeit bestimmt, so wird angenommen, daß Vorsteher und Beamte auf Lebenszeit bestellt worden.

§ 171. Weder die auf Lebenslang,

noch die auf eine kürzere bestimmte Zeit angesetzten Vorsteher und Beamten können von der Korporation nach bloßer Willkür wieder abgesetzt werden.

§ 172. Der Staat aber kann sie aus eben den Gründen, aus welchen Beamte überhaupt ihres Amtes verlustig erklärt werden können, absetzen oder entlassen.

§ 173. Die Korporation hat nur das Recht, bemerkte Gründe dieser Art dem Staate zur Untersuchung anzuzeigen.

§ 174. Doch kann sie, bis zur erfolgenden Verfügung der Obrigkeit, den angeschuldigten Beamten in der Verwaltung seines Amtes soweit einschränken, als es notwendig ist, um ferneren besorglichen Schaden abzuwenden.

§ 175. Auch Beamte können ihr ohne Einschränkung auf eine gewisse Zeit übernommenes Amt niemals, und wenn eine Zeit bestimmt ist, nicht vor Ablauf derselben eher niederlegen, als bis zu dessen Wiederbesetzung die nötige Verfügung getroffen ist.

§ 176. Wenn es aber an tauglichen Personen dazu nicht ermangelt, und die Korporation gleichwohl mit Vornehmung einer neuen Wahl zögert, so kann der abgehende Beamte bei dem Staate darauf antragen, daß ihr die Anstellung einer solchen Wahl in einer zu bestimmenden Frist aufgegeben, und wenn diese fruchtlos verläuft, die Stelle für diesmal von dem Staate unmittelbar besetzt werde.

VII. Dauer.

§ 177. Korporationen und Kommunen dauern fort, wenn auch nur noch ein Mitglied vorhanden ist.

§ 178. Dieses Mitglied kann alle Rechte der Gesellschaft in deren Namen ausüben; es muß aber auch alle ihre Pflichten erfüllen.

§ 179. Kann letzteres nach der Natur und dem Zwecke der Gesellschaft nicht geschehen, oder erlischt die Gesellschaft durch das Absterben auch des letzten Mitgliedes von selbst, so finden die Vorschriften § 192 ff. Anwendung.

§ 180. Auch mit Einwilligung sämtlicher Mitglieder kann eine öffentliche Gesellschaft nicht anders, als unter Genehmigung des Staates aufgehoben werden.

§ 181. Auch unter Genehmigung des Staates kann zum Nachteil eines Dritten, der ein begründetes Recht, auf der Fortdauer der Korporation zu bestehen, nachzuweisen vermag, die Aufhebung derselben nicht erfolgen.

VIII. Austritt einzelner Mitglieder.

§ 182. In der Regel kann jedes Mitglied einer Korporation dieselbe nach Gutbefinden wieder verlassen.

§ 183. Das austretende Mitglied muß aber seinen Vorsatz dem Vorsteher der Gesellschaft gehörig anzeigen.

§ 184. Der Austritt selbst muß bis zum Ablauf eines solchen Zeitraumes ausgesetzt werden, in welchem die Vorteile und Lasten, die aus der gesellschaftlichen Verbindung auf einzelne Mitglieder treffen, sich am füglichsten gegeneinander abwägen lassen.

§ 185. Es kann also, zum Beispiel, ein Mitglied, welches die gesellschaftlichen Vorteile eines Jahres ganz oder zum Teil bereits genossen hat, vor Ablauf dieses Jahres nicht anders austreten, als wenn es auch alle in dieses Jahr fallenden Lasten entrichtet hat, oder die Korporation dafür entschädigt.

§ 186. Auch in Fällen, wo sonst die Aufnehmung neuer Mitglieder nur der Korporation zukommt, ist der Staat dazu berechtigt, wenn zu besorgen ist, daß durch den Abgang der bisherigen die Gesellschaft erlöschen würde.

§ 187. Eine gleiche Befugnis steht dem Staat in allen Fällen zu, wo wegen des Austrittes mehrerer Mitglieder, oder wegen veränderter Umstände überhaupt, die begründete Besorgnis entsteht, daß die noch vorhandene Anzahl nicht hinreichen werde, dem Zwecke ein Genüge zu leisten, zu welchem die Korporation von dem Staate gestiftet, oder privilegiert worden ist.

§ 188. Doch muß bei solchen Vermehrungen (§ 187) auch auf die Konservation der schon vorhandenen Mitglieder allemal Rücksicht genommen werden.

IX. Aufhebung der Korporationen und Gemeinen.

§ 189. Wenn der im Grundvertrage vorgeschriebene Zweck einer Korporation oder Gemeine nicht ferner erreicht werden kann, oder gänzlich hinwegfällt, so ist der Staat berechtigt, sie aufzuheben.

§ 190. Ein Gleiches findet nicht statt, wenn dieser Zweck, wegen veränderter Um-

stände, dem gemeinen Wohl offenbar schädlich wird.

§ 191. Wird nur durch Mißbräuche oder Mängel der inneren Verfassungen die Erreichung des Zweckes gehindert, oder Nachteil für das gemeine Wohl hervorgebracht, so ist der Staat nur befugt, zur Abschaffung der Mißbräuche und Wiederherstellung der guten Ordnung zweckmäßige Mittel vorzukehren.[1])

Siebenter Titel.[2])

Vom Bauernstande.

Erster Abschnitt.

Vom Bauernstande überhaupt.

Wer Bauer sei.

§ 1. Unter dem Bauernstande sind alle Bewohner des platten Landes begriffen, welche sich mit dem unmittelbaren Betriebe des Ackerbaues und der Landwirtschaft beschäftigen, insofern sie nicht durch adlige Geburt, Amt, oder besondere Rechte, von diesem Stande ausgenommen sind.

Allgemeine Rechte und Pflichten des Bauernstandes.

§ 8. Ein jeder Landmann ist die Kultur seines Grundstücks, auch zur Unterstützung der gemeinen Notdurft, wirtschaftlich zu betreiben schuldig.

§ 9. Er kann also dazu von dem Staate auch durch Zwangsmittel genötigt, und bei beharrlicher Vernachlässigung, sein Grundstück an einen anderen zu überlassen, angehalten werden.

§ 10. Veränderungen und Verbesserungen in der Kultur stehen einem jeden soweit frei, als dadurch das Recht eines Dritten nicht gekränkt wird.

§ 11. Sobald es eine dringende Notdurft des Staates erfordert, kann auch der Landmann angehalten werden, den Ueberschuß seiner Erzeugnisse zum Verkauf auszubieten (Teil 1 Tit. 11 § 7).

Zweiter Abschnitt.

Von Dorfgemeinen.[3])

Rechte und Pflichten der Dorfgemeinen.

§ 18.[4]) Die Besitzer der in einem Dorfe oder in dessen Feldmark gelegenen bäuerlichen Grundstücke machen zusammen die Dorfgemeine aus.

§ 19. Dorfgemeinen haben die Rechte der öffentlichen Korporationen (Tit. 6).

§ 20. Nur die angesessenen Wirte nehmen, als Mitglieder der Gemeinen, an den Beratungen derselben teil.

§ 21. Die Gemeine kann aber, zum Nachteil der Rechte der übrigen Dorfeinwohner, nichts beschließen.

§ 22. Die Stimmen werden in der Regel nach den Personen der angesessenen Wirte gezählt.

§ 23. Wo aber von Rechten oder Leistungen, welche auf die verschiedenen Klassen der Gemeindeglieder sich beziehen, die Rede ist, da können die Mitglieder der einen Klasse, wenn sie auch an sich eine überwiegende Stimmenmehrheit ausmachen, zum Nachteil der anderen Klassen nichts festsetzen.

§ 24. Die Mitglieder der einzelnen Klassen machen unter sich keine besondere Korporation aus.

§ 25. Insofern sie, zusammengenommen, gemeinschaftliche Angelegenheiten be-

---

[1]) Ueber das Anfallrecht in Ansehung des Vermögens des Vereins vergleiche man Artikel 5 § 1 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

[2]) Der Titel 7 gilt nicht im Herzogtum Westfalen, Fürstentum Siegen, den Amtern Burbach und Neunkirchen, den Grafschaften Wittgenstein-Wittgenstein und Wittgenstein-Berleburg.

[3]) Man vergleiche jetzt die oben abgedruckte Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen der Monarchie vom 3. Juli 1871.

[4]) Man vergleiche zu den §§ 18 bis 78 § 146 der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891.

treiben, sind sie als bloße Privatgesellschaften anzusehen (Tit. 6).

§ 26. Wenn ein vorkommendes Geschäft nur eine solche einzelne Klasse allein betrifft, so sind auch nur die Mitglieder dieser Klasse allein zum Stimmen berechtigt.

§ 27. In solchen Fällen wird der Schluß, so wie bei wirklichen Korporationen, durch Mehrheit der Stimmen in dieser Klasse festgesetzt.

Rechte der einzelnen Mitglieder.

§ 28.[1]) Alle Glieder der Dorfgemeinen sind zur Nutzung der Gemeingründe durch Hütung, Holzung ꝛc. berechtigt, insofern ihnen nicht ausdrückliche Gesetze oder Verträge entgegenstehen.

§ 29. Sie nehmen an den gemeinschaftlichen Nutzungen nach eben dem Maßstabe teil, nach welchem sie die gemeinen Lasten zu tragen schuldig sind.

§ 30.[2]) Auf Gemeinweiden mag jeder Dorfseinwohner soviel Vieh treiben, als zur gehörigen Bestellung seiner Wirtschaft von ihm gehalten werden muß.

§ 31. Wo zwischen den angesessenen Wirten und den übrigen Dorfseinwohnern, oder auch zwischen den verschiedenen Klassen der ersteren, gewisse Verhältnisse in Ansehung der Nutzungen, und der gemeinen Lasten, durch Verträge oder hergebrachte Gewohnheit festgesetzt sind, hat es dabei auch ferner sein Bewenden.

§ 32. Bei erfolgender Teilung der Gemeingründe muß ein gleiches Verhältnis, wie bei der Nutzung, beobachtet werden.

Einschränkung der Dorfgemeinen.

§ 33.[2]) Dorfgemeinen können, ohne Vorwissen und Erlaubnis ihrer Gerichtsobrigkeit, keine unbeweglichen Güter durch einen lästigen Vertrag an sich bringen.

§ 34. Auch wenn eine Gemeine eine Pachtung außerhalb der Feldflur eingehen will, wird dazu die Genehmigung der Gerichtsobrigkeit erfordert.

§ 35. Zur Veräußerung von Gemeingründen und Gerechtigkeiten, sowie zu Schulden, welche die Gemeine verpflichten sollen, ist ebenfalls die Einwilligung der Gerichtsobrigkeit notwendig.

§ 36. Versagt die Gerichtsobrigkeit ihre Erlaubnis oder Genehmigung ohne erheblichen Grund, so kann die Gemeine auf deren Ergänzung durch die Behörde antragen.

Gemeinarbeiten.

§ 37. Zu den Gemeinarbeiten, und anderen nachbarlichen Pflichten, zu welchen ein jedes Mitglied der Gemeine Dienste und Beiträge leisten muß, werden der Regel nach gerechnet:

1. die Ausbesserung der gemeinschaftlichen Wege und Brücken;
2. die Räumung der Dorf- und gemeinen Feldgräben;
3. die Einhegung der Nachtkoppeln und Viehtriften;
4. der Bau und die Besserung gemeinschaftlicher Dorfgebäude, Schmieden, Hirtenhäuser, Brunnen ꝛc.;
5. die Versorgung der Dorfhirten und anderer im Dienste der Gemeine stehender Personen;
6. die Versehung der Nachtwachen, oder die Versorgung des Dorfwächters;
7. die Anhaltung und Bewachung der Verbrecher;
8. der Transport, und die Begleitung der nach Landespolizeigesetzen von einem Orte zum anderen zu bringenden Verbrecher oder Landstreicher;
9. die sogenannten Deserteurwachen;
11. die Unterhaltung des Dorfbullen und Zuchtebers;
12. die Unterhaltung der Dorfspritzen und anderer gemeinschaftlicher Feuerlöschinstrumente;
13. das Feuerlöschwesen im Dorfe, und den dazu gehörenden Waldungen.

§ 38. Insofern die hierunter begriffenen Gemeindienste mit Gespann zu verrichten sind, müssen dieselben von den damit versehenen Gemeingliedern allein besorgt werden.

---

[1]) Nach § 4 der Deklaration vom 26. Juli 1847 beziehen sich die Vorschriften der §§ 28 und 30 nur auf solche Gemeingründe und Gemeinweiden, welche zum Gemeindeglieder-Vermögen gehören.

[2]) Man vergleiche zu den §§ 33, 34 den § 31 des oben abgedruckten Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883.

§ 39. Inwiefern die darunter mit begriffenen Handdienste nur von den mit keinem Gespann versehenen Gemeingliedern, oder von allen angesessenen Wirten ohne Unterschied zu verrichten sind, ist hauptsächlich nach den jedes Orts bestehenden Verträgen, oder hergebrachten Gewohnheiten zu bestimmen.

§ 40. Im zweifelhaften Falle wird vermutet, daß die bespannten Ackerbesitzer nur bei solchen Arbeiten, bei welchen zugleich Spanndienste vorkommen, von den Handdiensten frei sind.

§ 41. Die Leistung der gemeinen Spanndienste geschieht nach Verhältnis der Klassen, in welche die bespannten Ackerbesitzer, als Vierspänner, Dreispänner, Zweispänner u. s. f., an jedem Orte eingeteilt werden.

§ 42. Die Handdienste hingegen werden nach der Zahl der dazu verpflichteten Wirte verteilt.

§ 43. Die baren Geldausgaben werden in der Regel nach dem Verhältnisse der landesherrlichen Steuern aufgebracht.

§ 44. Unangesessene Dorfseinwohner sind zu solchen Gemeinlasten, wovon bloß die angesessenen Wirte den Vorteil ziehen, beizutragen nicht schuldig.

§ 45. Wenn in einem Dorfe mehrere Gerichtsbarkeiten sind, so tragen zu den § 37 Nr. 7, 8 bemerkten Lasten nur diejenigen bei, welche der Gerichtsbarkeit, in welcher der Fall sich ereignet, unterworfen sind.

Von Schulzen oder Dorfrichtern.

§ 46.[1]) Der Schulze oder Dorfrichter ist der Vorsteher der Gemeine.

§ 47. Er wird von der Gutsherrschaft ernannt, die aber dazu ein angesessenes Mitglied aus der Gemeine, solange es darunter an einer mit den erforderlichen Eigenschaften versehenen Person nicht ermangelt, bestellen muß.

§ 48. Ist dieses Amt mit dem Besitze eines bestimmten Gutes verbunden, so muß der neue Besitzer eines solchen Gutes, vor Antritt seines Amtes, der Gerichtsobrigkeit zur Prüfung und Bestätigung vorgestellt werden.

§ 49. Fehlt es ihm an den erforderlichen Eigenschaften und Fähigkeiten, so ist die Herrschaft einen Stellvertreter zu ernennen berechtigt.

§ 50. Diesem muß, für die Uebernehmung des Amtes, eine billige Belohnung ausgesetzt, und von dem Lehn- oder Erbschulzen entrichtet werden.

§ 51. Wer zum Schulzenamt bestellt werden soll, muß des Lesens und Schreibens notdürftig kundig, und von untadelhaften Sitten sein.

§ 52. Dem Schulzen kommt es zu, bei nötigen Beratungen die Gemeine zusammen zu rufen, die Versammlung zu dirigieren, und den Schluß nach der Mehrheit der Stimmen abzufassen.

§ 53. Er muß der Gemeine die landesherrlichen und obrigkeitlichen Verfügungen bekannt machen, und für deren Befolgung sorgen.

§ 54. Die Steuern und andere öffentliche Abgaben müssen, wenn es die Gemeine verlangt, von dem Schulzen eingesammelt, und gehörigen Orts abgeliefert werden.

§ 55. Bei öffentlichen Arbeiten und Diensten, welche die Gemeine dem Staat zu leisten schuldig ist, ingleichen bei Verteilung der das Dorf treffenden Einquartierungen, führt der Schulze die Aufsicht.

§ 56. Dem Schulzen gebührt, mit Zuziehung der Schöppen oder Dorfgerichte, die Verwaltung des Vermögens der Gemeine, und er ist schuldig, Rechnung darüber abzulegen.

§ 57. Wo besondere Verwalter der Gemeingüter bestellt sind, hat der Schulze die Aufsicht über dieselben, und muß sie zur Rechnungslegung anhalten.

§ 58. Er muß dafür sorgen, daß die Grenzen des Dorfes und der Feldmarken nicht verrückt oder verdunkelt werden.

§ 59. Auf genaue Befolgung der Dorf- und Landespolizeiordnungen zu halten, liegt ihm vorzüglich ob.

§ 60. Besonders muß er bei ausbrechenden Viehseuchen, und anderen dergleichen Landplagen, dem Landrate sofort Anzeige davon machen.

§ 61. Müßiggänger, Bettler, unvergeleitete Juden, Zigeuner, und andere unbekannte oder verdächtige Personen, welche sich durch obrigkeitliche Pässe und glaub-

[1]) Zu den §§ 46 bis 78 vergleiche man jetzt die §§ 22 bis 30, 36 bis 45, 65 der oben abgedruckten Kreisordnung vom 13. Dezember 1872.

würdige Zeugnisse nicht ausweisen können, muß er im Dorfe nicht dulden, sondern dieselben als Landstreicher sofort in Verhaft nehmen, und an die Behörde abliefern.

§ 62. Bei vorkommendem Zank und Schlägereien muß der Schulze sich sofort ins Mittel legen, und allen Gewaltthätigkeiten vorbeugen.

§ 63. Bei Visitationen, die im Dorfe auf Verlangen der Obrigkeit, oder anderer von den Polizei-, Accise- oder sonstigen Behörden dazu legitimierter Personen angestellt werden sollen, muß er den nötigen Beistand unweigerlich leisten.

§ 64. Wer sich bei dergleichen Fällen (§§ 61, 62, 63) der Anordnung des Schulzen, oder der Dorfgerichte widersetzt, oder sich gar an demselben vergreift, soll nach Vorschrift der Kriminalgesetze, gleich demjenigen, der sich einem Unterbedienten des Staates in seinem Amte widersetzt, bestraft werden.

§ 65. Der Schulze muß dafür haften, daß fremdes Gesinde, noch andere Leute, von den Dorfeinwohnern ohne Kundschaft nicht aufgenommen werden.

§ 66. Feld- und Gartendiebstähle, sowie alle übrigen zu seiner Wissenschaft gelangenden Uebertretungen der Polizei- und Kriminalgesetze, muß er der Obrigkeit ohne Zeitverlust anzeigen.

§ 67. Er muß darauf sehen, daß alle im Dorfe verwaisten Kinder, und wahn- oder blödsinnigen Personen, dem Gerichtshalter[1]) zur Bevormundung angezeigt werden.

§ 68. Nachtwächter, Hirten, Flurschützen, und andere im Dienste der Gemeine stehende Personen, muß er mit Ernst zu ihrer Schuldigkeit anhalten.

§ 69. Diejenigen Dorfseinwohner, welche ihre Wirtschaft oder Gebäude vernachlässigen, oder mit Feuer und Licht unvorsichtig umgehen, muß er der Obrigkeit sogleich anzeigen.

§ 70. Er muß dahin sehen, daß die Feuerlösch-Gerätschaften, sowohl bei der Gemeine, als bei jedem einzelnen Wirte, in brauchbarem Stande erhalten werden.

§ 71. Er muß dafür sorgen, daß jeder Hauswirt seine Schornsteine in gehörigem Stande halte, und zur rechten Zeit fegen lasse.

§ 72. Die dem Schulzen für seine Bemühungen etwa zukommenden Vorteile oder Freiheiten sind nach der Verfassung eines jeden Ortes bestimmt.

Von Schöppen oder Gerichtsmännern.

§ 73. Dem Schulzen müssen von der Gerichtsobrigkeit wenigstens zwei Schöppen oder Gerichtsmänner beigeordnet, und diese sowohl, als jener, dem Staate, der Herrschaft, sowie der Gemeine, zur getreuen Besorgung ihrer Amtsangelegenheiten, in Gegenwart der letzteren eidlich verpflichtet werden.

§ 74. Zu Schöppen oder Gerichtsleuten muß die Herrschaft, soviel als möglich, angesessene Wirte und Leute von unbescholtenem Rufe und untadelhaften Sitten bestellen.

§ 75. Das von der Behörde ihm aufgetragene Schulzen- und Schöppenamt kann ein Mitglied der Gemeine nur aus solchen Gründen ablehnen, die ihn von der Uebernehmung einer Vormundschaft entschuldigen würden.

§ 76. Die Pflicht der Schöppen ist, dem Schulzen in seinen Amtsverrichtungen beizustehen.

§ 77. In Abwesenheit oder bei Verhinderungen desselben vertreten sie seine Stelle.

§ 78. In Fällen, wo der Schulze seine Pflichten zu beobachten unterläßt, sind die Schöppen, bei Vermeidung gleicher Verantwortung, ihr Amt zu thun, oder der Obrigkeit die nötige Anzeige zu machen, verpflichtet.

Von Dorfgerichten.

§ 79. Schulze und Schöppen machen zusammen die Dorfgerichte aus.

§ 86. Der Gerichtshalter[2]) kann den Dorfgerichten die Aufnahme von Inventarien und Taxen unter seiner Aufsicht übertragen.

---

[1]) Jetzt: dem Amtsgericht.

[2]) Jetzt: Das Amtsgericht.

Sechster Abschnitt.[1])

Von den Diensten der Unterthanen.

Wozu die Dienste geleistet werden müssen.

§ 308. Die Dienste, welche die Unterthanen ihrer Herrschaft zu leisten haben, sind eigentlich zur Bewirtschaftung und Benutzung der herrschaftlichen Grundstücke bestimmt.

§ 309. Auf anderen Gütern, als wozu die Unterthanen bisher geschlagen waren, können sie zu dienen nicht gezwungen werden.

§ 310. Wenn nicht ausgemittelt werden kann, zu welchem Gute oder herrschaftlichen Vorwerke Unterthanen, die bisher Dienstgeld bezahlt haben, die Naturaldienste zu leisten schuldig sind, so können sie dazu nur in Ansehung der im Dorfe oder zunächst demselben gelegenen Vorwerke, wo die Dienste gebraucht werden können, angehalten werden.

§ 311. In der Regel sind die zu Diensten verpflichteten Unterthanen alle Arten von Fuhren und Handarbeiten, welche zur landwirtschaftlichen Benutzung des herrschaftlichen Gutes erfordert werden, zu verrichten schuldig.

§ 312. Dagegen können ihnen andere Arbeiten, besonders solche, die eine auf dem Lande nicht gewöhnliche Fabrikation oder Handlung zur Absicht haben, im Hofedienste nicht zugemutet werden.

§ 313. Wo jedoch schon zur Zeit der Publikation dieses Landrechts Unterthanen auch solche Dienste, vermöge vorhandener Verträge, oder einer seit rechtsverjährter Zeit wohlhergebrachten Verfassung haben leisten müssen, hat es auch ferner dabei sein Bewenden.

Möglichste Festsetzung gemessener Dienste.

§ 314. Alle Arten der Hofedienste sollen künftig, soviel als möglich, nach Zeit, Ort, Maß, oder Gewicht, bestimmt werden.

§ 315. Bei Bestimmung der ungemessenen Dienste ist sowohl auf die Notdurft des Gutes, zu dessen Kultur die Unterthanen angesetzt sind, als auf deren eigene Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen.

§ 316. In Fällen, wo die Herrschaft, durch eigene Züge oder Handarbeiter, zur Kultur ihres Gutes, mitgeholfen hat, muß, bei Berechnung der Notdurft dieses Gutes, dergleichen Beihilfe zu gunsten der Unterthanen allerdings mit angeschlagen werden.

§ 317. Bei bisher ungemessenen Arten von Diensten, welche nicht zur gewöhnlichen Bewirtschaftung des Gutes gehören, sondern nur bei außerordentlichen Gelegenheiten oder in besonderen Fällen vorkommen, ist die Herrschaft nicht schuldig, sich eine Bestimmung derselben gefallen zu lassen.

§ 318. Ungemessene Baudienste können daher, wider den Willen der Herrschaft, niemals in gemessene verwandelt werden.

§ 319. Bei Festsetzung und Verteilung der Dienste ist darauf zu sehen, daß den Unterthanen die nötige Zeit zur Bestellung ihrer eigenen Wirtschaften, und zum Erwerbe ihrer Notdurft übrig bleibe.

§ 320. Bei streitiger Bestimmung ungemessener Dienste müssen von beiden Teilen Sachverständige vorgeschlagen, diese von dem Richter mit ihrem Gutachten gehört, und auf dies Gutachten bei Abfassung des Urteils, vorzügliche Rücksicht genommen werden.

§ 321. In Ansehung solcher Güter, welche die Unterthanen, ohne herrschaftliche Hilfe, bisher bearbeitet haben, hat es dabei ferner sein Bewenden.

§ 322. Es darf aber alsdann die Herrschaft ohne Einstimmung der Dienstleute, weder Erweiterungen, noch Veränderungen in dem Betriebe der Wirtschaft vornehmen, durch welche die Dienste erschwert werden.

Spanndienste.

§ 323. Welche Klasse von Unterthanen zu Spanndiensten verpflichtet, mit welchen Arten von Zugvieh, und mit wie vielen Stücken desselben ein jeder von ihnen dabei zu erscheinen schuldig sei, ist nach der Verfassung eines jeden Orts bestimmt.

§ 324. Von diesen Einrichtungen ist kein Teil ohne des anderen Einwilligung abzugehen berechtigt.

§ 325. Im zweifelhaften Falle gilt

[1]) Man vergleiche jetzt das Gesetz, betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse vom 2. März 1850.

die Vermutung, daß die Bauern mit Pferden zu dienen schuldig sind.

§ 326. Unterthanen, die zur Bearbeitung ihrer eigenen Güter kein Zugvieh nötig haben, können auch zu herrschaftlichen Spanndiensten nicht angehalten werden.

§ 327. Die Unterthanen sind schuldig, ihre Dienste, nach deren Bestimmung, den Anweisungen der Herrschaft gemäß, mit Fleiß, Sorgfalt und Treue zu verrichten.

Von gemessenen Dienstagen.

§ 328. Wo die Dienste auf eine gewisse Zahl von Tagen in der Woche oder im Jahre bestimmt sind, hängt es von der Herrschaft ab, welche Wochentage sie zu wählen für gut finde.

§ 329. Die nach den Landesgesetzen beibehaltenen Feiertage haben mit den Sonntagen gleiche Rechte.

§ 330. An den durch Landesgesetze abgeschafften Feiertagen können die Unterthanen den Dienst, auf Erfordern, zu thun sich nicht weigern.

§ 331. Wo aber die Unterthanen alltäglich zu dienen schuldig sind, da können sie an den dritten Feiertagen von den sogenannten drei hohen Festtagen, dem grünen Donnerstage, und den drei aufgehobenen Bußtagen, zum Hofedienste, außer der Ernte, nicht angehalten werden.

§ 332. Gewöhnlich muß die am anderen Tage vorzunehmende Arbei den Unterthanen am Abend vorher angesagt werden.

§ 333. Doch bleibt in vorkommenden unvermuteten Fällen der Herrschaft frei, noch den folgenden Morgen die vorzunehmenden Arbeiten auf andere Art anzuordnen, oder noch gänzlich abzubestellen.

§ 334. Hat aber der Unterthan dadurch, daß er mit seinem Zugviehe bereits ausgezogen war, oder sonst, den Dienst schon wirklich angetreten, so muß ihm, wenn diese Arbeit nicht fortgesetzt wird, eine andere angewiesen, oder die angefangene Arbeit an seiner gemessenen Dienstzeit verhältnismäßig abgerechnet werden.

§ 335. Wird der Unterthan noch an demselben Vormittage wieder nach Hause entlassen, so wird ihm ein halber, wenn aber die Nachmittagsarbeit schon angefangen war, der ganze Dienstag zu gute gerechnet.

§ 336. Wo es hergebracht ist, daß die Arbeit nach Gespannen eingeteilt und berechnet wird, da ist in diesem Falle jedes angefangene Gespann für vollendet zu achten.

§ 337. Außer diesem Falle einer, durch Veränderung der Umstände notwendig gewordenen, Abrechnung der angefangenen Dienste, ist die Herrschaft nicht berechtigt, die schuldigen Hofetage in halbe Tage, oder einzelne Gespanne, nach Willkür zu verwandeln.

§ 338. Ist die angefangene Arbeit durch Schuld des Unterthans unterbrochen worden, so muß er die rückständig gebliebenen Stunden nachdienen.

§ 339. Wöchentlich bestimmte Spanndienste, welche in dem festgesetzten Zeitraume nicht gefordert worden, können nur auf eine, Handdienste aber auf zwei Wochen zurück, nachgefordert werden.

§ 340. Beträgt der ordinäre Hofedienst auf die Woche mehr als drei Tage, so kann wöchentlich nur ein Tag nachgefordert werden.

§ 341. Auch findet eine Nachforderung der Spanndienste nicht statt, wenn der Unterthan in gleicher Not und Verlegenheit mit der Herrschaft ist.

§ 342. Es kann also in der Erntezeit, wenn der Unterthan mit seiner Ernte noch nicht fertig ist, die Herrschaft von ihm Spanndienste, die er selbst zur Einbringung seiner eigenen Feldfrüchte nötig hat, nicht nachfordern.

§ 343. Ein Vorausfordern der Dienste findet gegen den Willen der Unterthanen niemals statt.

Gemessene Dienste nach Ackermaß.

§ 344. Sind die Spanndienste der Unterthanen auf ein gewisses Acker- oder Wiesenmaß festgesetzt, so müssen dieselben zu gehöriger Jahreszeit, und nach den Regeln einer guten Wirtschaft verrichtet werden.

§ 345. Ein Gleiches findet statt, wenn die Unterthanen im gemessenen Hofedienste gewisse bestimmte Acker- oder Wiesenflecke zu bearbeiten haben.

§ 346. Auch in diesen Fällen sind die Unterthanen schuldig, bei der Arbeit der Anweisung der Herrschaft zu folgen, und können von ihr, vermöge des Dienstzwanges, dazu angehalten werden.

§ 347. Wird die Bestellung nachlässig und schlecht befunden, so muß dieselbe sofort, und ohne Widerrede, auch ohne Anrechnung auf den ordinären Hofedienst, verbessert werden.

Nach Zeit- und Ackermaß zugleich.

§ 348. Sind die Dienste der Unterthanen zum Teil auf Tage, zum Teil aber auf Acker- und Wiesenmaß, oder gewisse Fuhren bestimmt, so finden bei jeder dieser Arten von Diensten die dafür oben besonders erteilten Vorschriften Anwendung.

Handdienste spannpflichtiger Unterthanen.

§ 349. Zur Ableistung der Spanndienste müssen, außer dem Zugviehe, auch die zur Führung des Wagens, des Pfluges, und der Egge erforderlichen Personen gestellt werden.

§ 350. Diese sind sowohl beim Ackerbaue, als beim Auf- und Abladen der Wagen zu helfen schuldig.

§ 351. In keinem Falle kann der mitgeschickte Ablader auf längere Zeit, oder zu schwereren Diensten, als ihm nach § 350 obliegen, gebraucht werden.

§ 352. Ist ein zu Spanndiensten pflichtiger Unterthan auch eine oder mehrere Personen zu besonderer Handarbeit zu stellen verbunden, so können, der Regel nach, beiderlei Arten von Diensten nicht zu gleicher Zeit gefordert werden.

§ 353. Es steht dem Unterthan frei, ob er die Hofearbeit selbst verrichten, oder durch tüchtiges Gesinde oder diensttaugliche Kinder leisten wolle.

§ 354. Männertage können nicht durch Weiber oder Mägde, wohl aber die sogenannten Weibertage durch Mannspersonen abgedient werden.

§ 355. Sind jedoch in diesen Weibertagen gewisse Arbeiten zu verrichten, welche von Mannspersonen nicht gehörig geleistet werden können, so ist die Herrschaft diese, statt der Weiber oder Mägde, anzunehmen nicht schuldig.

§ 356. Unterthanen, welche von der ordinären Hofearbeit befreit, und dagegen für das ganze Jahr nur zu einer bestimmten Anzahl von Hofetagen verbunden sind, müssen dieselben zu der Zeit, wo die Herrschaft sie am nötigsten braucht, unweigerlich entrichten.

§ 357. Eben das gilt von den sogenannten Beitagen, welche manche Unterthanen außer der ordinären Hofearbeit zu leisten haben.

Gerätschaften.

§ 358. Die Unterthanen müssen zum Hofedienste diejenigen Gerätschaften in tüchtigem Stande mitbringen, die sie zur Hofwehr erhalten haben, oder die sie, zu Arbeiten von derselben Art, in ihrer eigenen Wirtschaft brauchen.

§ 359. Ist der Unterthan zu solchen Arten von Arbeit verpflichtet, die in seiner eigenen Wirtschaft nicht vorfallen, so müssen ihm die dazu besonders erforderlichen Gerätschaften von der Herrschaft gegeben werden.

§ 360. Nur dann, wenn er dergleichen Gerätschaften vorsätzlich, oder aus grober Fahrlässigkeit verdirbt, muß er den dadurch verursachten Schaden ersetzen.

Anfang und Ende der Tagarbeit.

§ 361. Wo nach dem Landesgebrauche keine andere Bestimmungen angenommen sind, muß der Unterthan vom 15. April, bis zu Ende des Monats August, früh von fünf Uhr an, in der übrigen Jahreszeit aber mit Sonnenaufgang den Dienst antreten, und in allen Fällen denselben vor Sonnenuntergang nicht wieder verlassen.

§ 362. Doch muß bei diesen Zeitbestimmungen auf die Entfernung des Ortes, wo der Dienst geleistet werden soll, von dem Wohnorte des Unterthans, billige Rücksicht genommen werden.

Ruhestunden.

§ 363. Bei Spanndiensten sowohl, als bei Handarbeiten, müssen den Unterthanen die jeden Ortes gewöhnlichen Ruhestunden zum Frühstück, zum Mittage und zur Vesper gelassen werden.

§ 364. Wo die Gewohnheit des Ortes nichts Bestimmtes festsetzt, da sind den Unterthanen, bei Spanndiensten, am Vormittage eine, zu Mittage zwei, und den Nachmittag wieder eine, sowie bei Handdiensten auf jede der drei Tagezeiten eine Ruhestunde zu gestatten.

§ 365. Im Winter, vom 21. September bis 21. März, fallen die Frühstücks- und Vesperstunden weg, und es können an Orten, wo mehr als ein Gespann

auch in kurzen Tagen gemacht wird, nur die Futterstunden gerechnet werden.

Anderweitige Dienstbestimmungen

§ 366. Wo das Tagewerk nach Maß, Gewicht, Zahl, oder Entfernung nicht bestimmt ist, muß der Unterthan mit seinem Gespanne dem mittleren oder schwächeren Hofezuge gleich arbeiten.

§ 367. Bei Handdiensten müssen die Unterthanen dem von der Herrschaft bestellten Vorarbeiter folgen.

§ 368. Dieser Vorarbeiter, sowie in dem Falle des § 366 der Hofezug, dürfen an demselben Tage nicht gewechselt, oder abgelöst werden.

Baudienste.

§ 369. Baudienste müssen von den Unterthanen in der Regel außer dem ordinären Hofedienste geleistet werden.

§ 370. Die Unterthanen sind dieselben sowohl zur Erbauung neuer, als zur Wiederherstellung und Besserung alter Gebäude zu leisten verbunden.

§ 371. Sie werden allein durch das Bedürfnis der Wirtschafts- und unentbehrlichen Wohngebäude, auf demjenigen Gute, zu welchem die Dienstpflichtigen als Unterthanen gehören, bestimmt.

§ 372. Ob solche Gebäude innerhalb der Einschließung des Rittersitzes oder außerhalb derselben liegen, und ob sie auf der vorigen, oder auf einer anderen Stelle wieder erbaut werden sollen, macht keinen Unterschied.

§ 373. Zu Gebäuden, welche bloß zur Pracht, oder zum Vergnügen dienen, können die Unterthanen nicht anders, als an den gemessenen Hofetagen Dienste zu leisten angehalten werden.

§ 374. Gleiche Bewandtnis hat es in Ansehung derjenigen Gebäude, die für ein besonderes, die Landwirtschaft nicht betreffendes Gewerbe errichtet sind.

§ 375. In Fällen, wo die Unterthanen ungemessene Baudienste zu leisten schuldig sind, müssen sie alle zum Baue erforderlichen Materialien und Gerätschaften anfahren.

§ 376. Findet die Herrschaft für gut, zum Behufe des bevorstehenden Baues einen Ziegel- oder Kalkofen anzulegen, so können die Unterthanen sich nicht weigern, das zum Ziegel- oder Kalkbrennen erforderliche Holz, soweit als diese Materialien zum eigenen Gebrauche zubereitet werden, im Baudienste anzufahren.

§ 377. Dagegen sind sie nicht schuldig, zum Baue des Ziegel- oder Kalkofens selbst, außer den ordinären Hofetagen, Dienste zu leisten.

§ 378. Das Anfahren der Pflastersteine und des Sandes zu Ställen und Mistplätzen, sowie des Holzes zu Einfassung der Brunnen und Düngerstellen, gehört zum Baudienste.

§ 379. Dagegen wird die Anfuhr des Holzes und der Steine zu Gartenmauern und Planken, zum Baudienste in der Regel nicht gerechnet.

§ 380. Das Bauholz aus dem Walde sind die Unterthanen auch unbeschlagen anzufahren schuldig; es muß aber abgewipfelt und ausgeästet sein.

§ 381. Sägeblöcke, welche zum Behufe des Baues zu Brettern geschnitten werden sollen, müssen die Unterthanen im Baudienste zur Schneidemühle anfahren, und die Bretter daselbst wieder abholen.

§ 382. Den Bauplatz müssen die Unterthanen zwar abräumen, das Wegfahren des Schuttes aber, ingleichen der abgebrochenen Bretter, Balken, Dielen und anderer alten Baumaterialien, gehört nicht zum Baudienste.

§ 383. Die Baumaterialien müssen die Unterthanen an denjenigen Orten abholen, wo ihnen dieselben von der Herrschaft angewiesen werden.

§ 384. Doch sind sie Bauholz, und Steine aller Art, in einer weiteren Entfernung, als sechs Meilen, herbeizuholen niemals verpflichtet.

§ 385. Andere Baumaterialien müssen sie auch weiter holen, wenn dieselben in der Nähe gar nicht mehr zu haben sind.

§ 386. Kann aber die Herrschaft brauchbare Baumaterialien dieser Art unter sechs Meilen erhalten, so ist sie weitere Fuhren, unter dem Vorwande der besseren Güte oder des wohlfeileren Preises, von den Unterthanen zu fordern nicht berechtigt.

§ 387. In einer Entfernung von sechs Meilen hingegen können die Unterthanen sich nicht weigern, die Baumaterialien da zu holen, wo sie ihnen von der Herrschaft angewiesen werden; wenn auch dieselben mehr in der Nähe, aber von schlech-

terer Beschaffenheit, oder in allzu teurem Preise zu haben wären.

§ 388. Allzu teuer ist der Preis, wenn die näheren Materialien ein Viertel oder darüber mehr kosten, als die entfernteren.

§ 389. Die etwaige vorzügliche Güte entfernterer Materialien berechtigt die Herrschaft nicht, weitere Fuhren von den Unterthanen zu verlangen, sobald die näheren Materialien nur an und für sich brauchbar sind.

§ 390. Handlangerdienste und alle übrigen Arten von Arbeiten, die ein Unterthan bei dem Baue und der Besserung seiner eigenen Gebäude nach Landesgebrauch zu verrichten pflegt, muß er auch im herrschaftlichen Baudienste übernehmen.

§ 391. Arbeiten, welche handwerksmäßige Kenntnis erfordern, ist er solchergestalt zu verrichten nicht schuldig.

§ 392. Bei dem sogenannten Heben und Legen, oder dem Richten herrschaftlicher Wirtschaftsgebäude, ist ein jeder Unterthan, auf Erfordern hilfreiche Hand zu leisten, zu allen Zeiten verpflichtet.

§ 393. Die Herrschaft muß die ihr zukommenden Baudienste mit solcher Mäßigung fordern, daß die Wirtschaft der Unterthanen dabei bestehen kann.

§ 394. Soweit die Herrschaft von den in ihrer Kultur befindlichen bäuerlichen Grundstücken bäuerliche Prästationen entrichten muß, ist sie auch schuldig, zu den Baudiensten der Unterthanen verhältnismäßig mitzuwirken.

§ 395. Zum Baue und zur Besserung der Gebäude auf unterthänigen Stellen, welche die Herrschaft nach der gemeinen Verfassung des Ortes zu unterhalten schuldig ist, sind die Unterthanen Baudienste zu leisten verbunden.

Forstdienste.

§ 396. Forstdienste werden in der Regel zu den ordinären, in den gemessenen Tagen zu leistenden, Hofediensten gerechnet.

§ 397. Unterthanen also, welche noch ungemessene Dienste haben, sind in der Regel Forstdienste zu leisten nicht schuldig.

Marktfuhren.

§ 399. Zum ordinären Hofedienste spannpflichtiger Unterthanen gehört auch die Verfahrung aller Arten von Erzeugnissen des Gutes, zu welchem sie geschlagen sind, an Feld- und Gartenfrüchten, ingleichen an Vieh, sowie die Herbeiholung aller Arten der zu dessen Bewirtschaftung erforderlichen Bedürfnisse.

Weite der Fuhren.

§ 404. Sowohl bei diesen außerordentlichen, als bei den im ordinären Hofedienste zu leistenden Fuhren, außerhalb der Grenze des Gutes, hängt die Bestimmung, wie weit dieselben zu leisten, wie viel Meilen auf einen Hofetag zu rechnen, wie viel Ladung der Unterthan zu nehmen schuldig ist ꝛc., von der Verfassung jedes Ortes ab, und muß in den Provinzialgesetzen näher darüber verordnet werden.

§ 405. Wenn über dergleichen Fragen Streit entsteht, so hat es, bis zur Endschaft des Prozesses, bei demjenigen sein Bewenden, was bisher geschehen, oder sonst in der Gegend üblich ist.

Rückladungen.

§ 406. Bei Fuhren, welche außerhalb der Grenze des Gutes geleistet werden müssen, sind die spannpflichtigen Unterthanen Rückladungen für die Herrschaft anzunehmen verbunden.

§ 407. Beträgt die Rückladung nur die Hälfte der vollen Ladung, oder weniger, so wird den Unterthanen dafür nichts gut gerechnet.

§ 408. Beträgt aber die Rückladung mehr, oder muß der Unterthan länger, als einen halben Tag darauf warten, so muß ihm auf seine schuldigen Diensttage für die Rückfuhre ebensoviel, als für die Hinfuhre, abgeschrieben werden.

§ 409. Ueber 24 Stunden auf Rückladung zu warten, ist der Unterthan niemals verbunden.

Botengehen.

§ 410. Die Verbindlichkeit, in herrschaftlichen Angelegenheiten Boten zu gehen, trifft gewöhnlich nur die zu Spanndiensten nicht verpflichteten Unterthanen.

§ 411. Das Botenlaufen gehört in der Regel zu den außerordentlichen Diensten; doch können die ordinären Diensttage, welche während der durch eine solche Verschickung veranlaßten Abwesenheit des Un-

terthans verflossen sind, niemals nachgefordert werden.

§ 412. Die Zeit, welche der Unterthan, über einen halben Tag, an dem Orte, wohin er verschickt worden ist, auf die Abfertigung warten muß, ist ihm auf die schuldigen Diensttage, insofern diese nachgefordert werden können, gutzuschreiben.

§ 413. Ein Botenläufer ist im herrschaftlichen Dienste fünfzehn bis achtzehn, und wenn die Entfernung weiter ist, als daß er noch an demselben Tage zurückkommen könnte, zehn bis zwölf Pfund mitzutragen schuldig.

§ 414. Lasten, die nur mit einem Schiebkarren, oder mit einer Radbare fortgebracht werden können, sind die Unterthanen im Botendienste mitzunehmen, der Regel nach nicht verbunden.

§ 415. Wo sie aber dazu verpflichtet sind, da darf eine solche Last die Schwere von fünfzig bis sechzig Pfund niemals übersteigen.

§ 416. Wegen Bestimmung der Weite hat es bei den Vorschriften §§ 404, 405 sein Bewenden.

Von der Saat- und Erntezeit.

§ 417. Außerordentliche Dienste, welche die Unterthanen über die ordinäre Hofearbeit zu leisten schuldig sind, insonderheit aber Baudienste, können zur Saat- und Erntezeit, außer dem Falle einer dringenden Not, von ihnen nicht gefordert werden.

§ 418. Auf jede Saatzeit werden vier, und auf die Erntezeit sechs Wochen gerechnet.

Vergütungen bei den Diensten.

§ 419. Die Bestimmungen, was den Unterthanen für ihre Dienste an Lohn, Kost oder Futter gebühre, bleiben den Verfassungen eines jeden Ortes und den Gesetzen der Provinz überlassen.

§ 420. Doch müssen ihnen überall das Zoll-, Wege-, Brücken- und Fährgeld, ingleichen, wenn sie im herrschaftlichen Dienste über Nacht ausbleiben müssen, bei Spanndiensten das Stall-, und bei dem Botengehen das Schlafgeld, sowie alle anderen extraordinären Auslagen dieser Art, vergütet werden.

Verwandlung der Dienste in Dienstgeld.

§ 421. Mit Einwilligung der Unterthanen kann die Herrschaft Naturaldienste in Dienstgeld und mit ihrer Zuziehung ungemessene Dienste aller Art in gemessene verwandeln.

§ 422. Insofern aber durch dergleichen, in den Diensten einzelner Unterthanen vorzunehmende, Veränderung die unbestimmten Lasten der übrigen erschwert werden können, ist die Einwilligung aller Teilnehmer erforderlich.

§ 423. Wo jeder Unterthan bestimmte Dienste zu leisten hat, da bedarf es zur Verwandlung derselben in Geld- oder andere Abgaben, auch bei einzelnen Unterthanen, keiner Einwilligung von seiten der übrigen.

§ 424. Ist der Unterthan zu Naturaldiensten oder zu Dienstgeld verpflichtet, so gebührt der Herrschaft die Wahl, welches von beiden sie fordern wolle.

§ 425. Sie muß aber, wenn sie von dem, was bisher geschehen ist, abgehen will, den Anfang eines neuen Wirtschaftsjahres abwarten, und die Unterthanen wenigstens in den ersten drei Monaten des nächstvorhergehenden Wirtschaftsjahres davon benachrichtigen.

§ 426. Ein Gleiches muß von den Unterthanen geschehen, wenn diesen die Wahl, ob sie Dienstgeld zahlen, oder die Dienste in Natur leisten wollen, ausdrücklich vorbehalten ist.

§ 427. Haben sich Herrschaft und Unterthanen durch schriftliche Verträge auf Dienstgeld vereinigt, so hat es bei dem wörtlichen Inhalte dieser Verträge sein Bewenden.

§ 428. Ist aber kein schriftlicher Vertrag vorhanden, so kann der Herrschaft, wenn auch dieselbe seit noch so langer Zeit nur das Dienstgeld gefordert und angenommen hat, die Forderung der Dienste in Natur dennoch nicht gewehrt werden.

§ 429. Eine Verjährung findet in diesem Falle nur von der Zeit an statt, wo die Herrschaft die Dienste in Natur gefordert, der Unterthan deren Leistung verweigert, und die Herrschaft das Dienstgeld von ihm ferner angenommen hat.

§ 430. Sind den Unterthanen innerhalb fünfzig Jahren die Dienste in Natur nicht abgefordert, sondern nur Dienstgeld

von ihnen entrichtet worden, so muß es der Regel nach auch ferner dabei sein Bewenden haben.

§ 431. Kann jedoch klar nachgewiesen werden, daß die Unterthanen in noch älteren Zeiten wirklich Naturaldienste geleistet haben, so bleibt es bei den §§ 428 und 429 enthaltenen Verordnungen.

Aussetzung der Dienste.

§ 432. Wenn der Unterthan dem Staate dienen muß, und in derselben Zeit nicht zugleich die herrschaftlichen Dienste leisten kann, so muß er zwar damit in diesem Zeitraume verschont, es müssen aber die solchergestalt rückständig gebliebenen herrschaftlichen Dienste in den zunächst folgenden Tagen oder Wochen von ihm nachgeleistet werden (§ 339 ff.).

§ 433. Eben das findet statt, wenn der Unterthan, durch von ihm zu leistende Gemeinarbeit, an der Ableistung der herrschaftlichen Dienste eine Zeitlang verhindert worden.

§ 434. Doch muß den Unterthanen durch dieses Nachdienen die notwendige Bestellung ihrer eigenen Wirtschaft nicht unmöglich gemacht werden.

Erlaß der Dienste.

§ 435. Bei erlittenem beträchtlichen Brandschaden an Wohn- oder Wirtschaftsgebäuden kann der Unterthan einen verhältnismäßigen Erlaß an den Diensten verlangen, insofern die Herrschaft den Wiederaufbau nicht selbst zu besorgen übernimmt.

§ 436. Die Dauer dieses Erlasses ist auf die Hälfte der Zeit zu bestimmen, während welcher dem verunglückten Unterthan ein Nachlaß an den Kreisprästationen zu statten kommt.

§ 437. Hat der Unterthan durch Feuer oder Seuche das zum Spanndienste erforderliche Zugvieh verloren, so muß ihm ebenfalls für die Hälfte der Zeit, während welcher der Kreis Remission giebt, der Spanndienst erlassen werden.

§ 438. Doch muß er in diesem Falle, auf Verlangen der Herrschaft, statt des Spanndienstes, ebensoviel Tage mit der Hand dienen.

§ 439. Bei dem Verluste des Zugviehes durch andere Unglücksfälle kann der Unterthan nur auf soviel Zeit, als zu dessen Wiederanschaffung notwendig ist, Nachlaß an den schuldigen Spanndiensten fordern.

§ 440. Wenn es dem Unterthan durch seine eigene, oder der Seinigen Krankheit unmöglich wird, die Dienste zu leisten, so kann die Herrschaft dieselben nicht nachfordern.

§ 441. Doch kann in diesem Falle der spanndienstpflichtige Unterthan sein Zugvieh dem herrschaftlichen Dienste nicht vorenthalten.

§ 442. Die Frau des dienstbaren Unterthans bleibt nach ihrer Niederkunft, durch sechs Wochen, von den ihr sonst obliegenden Weiberdiensten frei.

§ 443. Wenn der Wirt oder die Wirtin gestorben ist, so können von der Stelle acht Tage lang keine Dienste gefordert werden.

Unmöglichkeit der Dienste.

§ 444. Auf einen immerwährenden Erlaß an den schuldigen Diensten, wegen angeblicher Unmöglichkeit, können Unterthanen nur alsdann antragen, wenn sie durch Zufall, höhere Gewalt, oder den Anspruch eines Dritten, einen nicht unbeträchtlichen Teil ihrer Grundstücke, oder eine dazu gehörende nutzbare Gerechtigkeit verloren haben.

§ 445. Ferner alsdann, wenn durch einen solchen Unglücksfall die Grundstücke zu der bisher gewöhnlichen Kultur ganz oder zum Teil unbrauchbar geworden sind.

§ 446. Wird durch Nachweisung solcher Umstände die Unmöglichkeitsklage begründet, so muß durch Sachverständige ausgemittelt werden, um wieviel die Stelle durch den erlittenen Unglücksfall an ihrem Ertrage vermindert worden.

§ 447. Alsdann muß die Herrschaft entweder den vormaligen Ertrag durch Anweisung anderer Realitäten wieder ergänzen, oder sich, nach Verhältnis der entstandenen Verschlimmerung, eine Herunterſetzung der Dienste gefallen lassen.

§ 448. Behauptet die Herrschaft, daß die Unterthanen, des erlittenen Verlustes ungeachtet, die schuldigen Dienste dennoch leisten können, so steht ihr frei, die Möglichkeit derselben entweder durch nähere Ausmittelung der gegenwärtigen Beschaffenheit der Güter, oder durch Vergleichung mit anderen, ebensolche Dienste in glei-

chem Maße wirklich leistenden Stellen, nachzuweisen.

§ 449. Wählt die Herrschaft den ersten Weg, so muß ausgemittelt werden, ob die Stelle bei einer gewöhnlichen Bewirtschaftung soviel eintragen könne, als zur Unterhaltung des Besitzers und seiner Familie, sowie des zur Bestellung der Wirtschaft und zum Hofedienste notwendigen Gespannes und Gesindes, erforderlich ist.

§ 450. Ingleichen: ob, wenn die schuldigen Dienste in ihrem bisherigen Maße und Umfange ferner geleistet werden müßten, dem Besitzer die nötige Zeit übrig bleibe, seine Wirtschaft gehörig zu bestellen, und sowohl die öffentlichen, als Gemeindedienste zu leisten.

§ 451. Auch muß bei dieser Zeitberechnung darauf gesehen werden, ob und wieviel Zeit der Unterthan nötig habe, um den etwa unzureichend befundenen Ertrag der Stelle durch Nebenverdienst zu ergänzen, und inwiefern Gelegenheit zu einem solchen Nebenverdienste in der Gegend vorhanden sei.

§ 452. Nach dem, was hierdurch ausgemittelt worden, und nach dem pflichtmäßigen Ermessen vereideter Sachverständigen, muß der Richter festsetzen, ob und in welchem Maße die Herrschaft einen Teil der schuldigen Dienste zu erlassen verbunden sei.

§ 453. Will die Herrschaft den Weg der Vergleichung wählen (§ 448), so steht ihr frei, diejenigen Stellen, mit welchen die Vergleichung angestellt werden soll, in Vorschlag zu bringen.

§ 454. Alsdann muß untersucht werden, ob diese vorgeschlagenen Stellen mit denjenigen, für welche der Erlaß gefordert wird, sowohl in Ansehung der Dienste und übrigen Lasten, als des Umfanges und der Beschaffenheit der dabei befindlichen nutzbaren Realitäten, wirklich in gleichem Verhältnisse stehen.

§ 455. Auch auf die mehr oder minder bequeme Lage und Gelegenheit zum Nebenverdienste muß dabei Rücksicht genommen werden.

§ 456. Findet der Richter, nach dem Ermessen der Sachverständigen, daß die zur Vergleichung schickliche, eben dieselben Dienste leistende Stelle von eben der, oder gar noch schlechterer Qualität sei, so ist die Unmöglichkeitsklage als unbegründet zu verwerfen.

§ 457. Findet sich aber, daß die gleiche Dienste leistenden Stellen von besserer Qualität sind, so muß die Herrschaft entweder diejenigen, für welche der Erlaß gefordert wird, soweit, daß sie jenen gleich werden, verbessern, oder, nach Verhältnis der schlechteren Qualität, eine Herunterſetzung der Dienste sich gefallen lassen.

§ 458. Sind, durch Erweiterung oder Verbesserung der herrschaftlichen Wirtschaft, ungemessene Dienste der Unterthanen dergestalt vermehrt worden, daß denselben die erforderliche Zeit zu ihrer eigenen Notdurft nicht übrig bleibt, so ist die Herrschaft schuldig, dabei mit eigenen Zügen oder Lohnarbeitern, nach Verhältnis der Erweiterung mitzuwirken.

§ 459. Obige Vorschriften (§§ 444 bis 458) gelten auch alsdann, wenn die Unterthanen ihre Stellen nicht eigentümlich besitzen, sondern dieselben der Herrschaft gehören.

§ 460. Will jedoch die Herrschaft sich mit einem solchen Unterthan auf den Prozeß über die vorgeschützte Unmöglichkeit der Dienste gar nicht einlassen, so steht ihr frei, die Stelle zurückzunehmen.

§ 462. Ist der Unterthan bloß Zeitpächter, so muß seine Befugnis, Erlaß der Dienste zu fordern, nach dem Inhalte seines Kontraktes, hiernächst aber nach den bei Pachtungen überhaupt vorgeschriebenen Grundsätzen beurteilt werden.

Dienststreitigkeiten.

§ 463. Bei entstehenden Dienststreitigkeiten müssen die Unterthanen diejenigen Dienste, welche sie in dem letzten Jahre vor erfolgtem Widerspruche, auf Geheiß der Herrschaft, ohne schriftlichen Vorbehalt, geleistet haben, bis zur rechtskräftigen Entscheidung der Sache fortsetzen.

§ 464. Bau- und andere nicht alljährlich wiederkommende Dienste müssen, wenn der Besitzstand streitig ist, während des Prozesses nach dem Provinzial-, und wo dieses nichts bestimmt, nach dem allgemeinen Landrechte geleistet und angenommen werden.

§ 465. Gegen diese einstweilige Leistung der streitigen Dienste können die Unterthanen sich mit dem Einwande, daß diese Dienste in den vorhandenen Verträgen oder Urbarien mit Stillschweigen übergangen sind, keineswegs schützen.

§ 466. Doch hat es in Ansehung

der nach Vorschrift § 141 aufgenommenen Urbarien bei der Verordnung des § 143 sein Bewenden.

§ 467. Findet es sich am Ende des Prozesses, daß die Herrschaft die streitigen Dienste zur Ungebühr gefordert habe, so muß sie dieselben den Unterthanen, von der Zeit des ersten Widerspruchs an, nach dem doppelten Satze des in der Gegend gewöhnlichen Kammeranschlages vergüten.

§ 468. Bei Unmöglichkeitsklagen müssen die Unterthanen die schuldigen Dienste bis zu dem Erkenntnisse in erster Instanz dennoch leisten.

§ 469. Was aber in dieser Instanz erkannt worden, muß einstweilen gelten, bis ein anderes rechtskräftig festgesetzt ist.

§ 470. Wird auf einen Erlaß rechtskräftig erkannt, so muß die Herrschaft die Unterthanen wegen dessen, was sie während des Prozesses, um dennoch die Dienste zu leisten, haben aufwenden, oder in ihrer Wirtschaft verabsäumen müssen, entschädigen.

§ 471. Besitzer dienstpflichtiger Bauergüter, wenn sie auch für ihre Personen keine Unterthanen wären, sind dennoch in Ansehung der von ihrer Stelle der Herrschaft zu leistenden Dienste und Abgaben, nach eben den Grundsätzen, wie die unterthänigen Besitzer, zu beurteilen.

Siebenter Abschnitt.

Von den Zinsen und Abgaben der Unterthanen.

Allgemeine Grundsätze.

§ 472. Grundzinsen und andere Abgaben, welche die Unterthanen der Herrschaft von ihren Stellen zu entrichten haben, sollen künftig, so wie die Dienste, in den Urbarien oder Kauf- und Annehmebriefen, genau bestimmt werden.

§ 473. Daß Unterthanen, außer den auf eine oder die andere Weise bestimmten, noch andere oder mehrere Abgaben an die Herrschaft zu leisten schuldig sind, wird nicht vermutet.

Naturalabgaben.

§ 474. Gebührt der Herrschaft ein verhältnismäßiger Anteil (pars quota) gewisser Erzeugnisse, es sei als Zehnt, oder unter einem anderen Namen, so finden die Vorschriften vom Zehntrechte Anwendung (Tit. 11 Abschn. 11).

§ 475. Abgaben, die in einem gewissen bestimmten Maße von Früchten, oder anderen Naturalien bestehen, müssen so, wie sie auf dem zinsbaren Gute gewonnen werden, rein und unvermengt entrichtet und angenommen werden.

§ 476. Sind dem Unterthan dergleichen Naturalien in einem oder dem anderen Jahre nicht zugewachsen, so muß er dafür den zur Verfallzeit gestandenen mittleren Preis der nächsten Marktstadt entrichten.

§ 477. Doch steht dem Unterthan frei, die ihm mißratenen Naturalien selbst anzukaufen, und solchergestalt in Natur an die Herrschaft abzuliefern.

§ 478. Dergleichen Abgaben müssen am Verfalltage, oder spätestens innerhalb vier Wochen nach demselben, abgeführt werden.

§ 479. Fällt dem Unterthan eine Saumseligkeit erweislich zur Last, so steht es in der Wahl der Herrschaft, ob sie nach dem Verfalltage noch die Naturallieferung, oder bare Bezahlung, nach dem am Verfalltage gestandenen mittleren Marktpreise fordern wolle.

§ 480. a) Wählt sie letzteres, so muß der Unterthan von der schuldigen Geldsumme Zögerungszinsen seit dem Verfalltage entrichten.

§ 480. b) Nach Ablauf der vier Wochen (§ 478) hat der Unterthan die Vermutung der Saumseligkeit wider sich.

Geldzinsen.

§ 481. Zu Zögerungszinsen ist der Unterthan in Ansehung aller Geldabgaben, die nicht an dem bestimmten Termin erlegt worden, verpflichtet.

§ 482. Geldzinsen müssen in derjenigen Münzsorte bezahlt und angenommen werden, in welcher der Unterthan die öffentlichen Abgaben zu entrichten hat.

§ 483. Sollte in Zukunft ein leichterer Münzfuß eingeführt werden, so dient bei Bestimmung der von den Unterthanen zu entrichtenden, alsdann schon bestehenden Zinsen der gegenwärtige Münzfuß zur Richtschnur.

Beitreibung der Zinsen.

§ 484. Unstreitige Zinsen kann die Herrschaft, auch wenn sie selbst die Ge-

richtsbarkeit nicht hat, durch die Dorfgerichte des Ortes unmittelbar beitreiben lassen.

§ 485. Doch müssen dabei die Vorschriften der Exekutionsordnung beobachtet, und wenn es auf einen öffentlichen gerichtlichen Verkauf ankommt, die Direktion desselben dem ordentlichen Richter überlassen werden.

§ 486. Bestreitet aber der Unterthan die Verbindlichkeit zu den geforderten Zinsen oder Abgaben, so ist ihm darüber rechtliches Gehör und Erkenntnis nicht zu versagen.

§ 487. Er muß aber, wenn die Herrschaft sich bisher im Besitze der streitig gewordenen Zinsen befunden hat, dieselben während des Prozesses, mit Vorbehalt seines Rechtes, entrichten, oder Sicherheit dafür bestellen.

Erlaß an den Zinsen.

§ 488. Wegen erlittener Unglücksfälle können Unterthanen an den herrschaftlichen Zinsen und Abgaben nur alsdann einen Nachlaß fordern, wenn ihnen dergleichen an der landesherrlichen Kontribution zu statten kommt.

§ 489. Das den Unterthanen zu erlassende Quantum muß nach der Hälfte der Zeit, für welche der Landesherr die Steuern erläßt, berechnet werden.

§ 490. Wenn also z. B. der Landesherr einem Unterthan, wegen erlittener Unglücksfälle, sechsmonatliche Steuern nachläßt, so kommt diesem, an den jährlichen herrschaftlichen Zinsen und Abgaben, der Erlaß eines Viertels zu gute.

§ 491. Unterthanen, die ihre Güter auf den Grund eines wirklichen Zeit- oder Erbpachtkontraktes besitzen, müssen auch in Ansehung der Remissionen bei Unglücksfällen, nach den bei Zeit- oder Erbpachten geltenden Gesetzen beurteilt werden.

§ 492. Andere zinspflichtige Besitzer, die nicht Unterthanen sind, haben auf die nach § 488 ff. den Unterthanen zu statten kommenden Remissionen keinen Anspruch.

§ 493. Wegen rückständig gebliebener Zinsen und Abgaben hat die Herrschaft, bei einem über das Vermögen des Schuldners entstehenden Konkurse, das Vorrecht, nach näherer Bestimmung der Konkursordnung.

§ 494. Von der Verjährung solcher Zinsen gilt alles, was die Gesetze bei jährlichen Prästationen überhaupt verordnen.

Achter Titel.

Vom Bürgerstande.[1])

Erster Abschnitt.[2])

Vom Bürgerstande überhaupt.

Begriffe und Grundsätze.

§ 1. Der Bürgerstand begreift alle Einwohner des Staates unter sich, welche, ihrer Geburt nach, weder zum Adel, noch zum Bauerstande gerechnet werden können, und auch nachher keinem dieser Stände einverleibt sind.

§ 2. Ein Bürger im eigentlichen Verstande wird derjenige genannt, welcher in einer Stadt seinen Wohnsitz aufgeschlagen, und daselbst das Bürgerrecht gewonnen hat.

Bürgerrecht.

§ 13. Das Bürgerrecht besteht in dem Inbegriffe aller Vorzüge und Befugnisse, welche den Mitgliedern einer Stadtgemeine vom Staate verliehen sind.

---

[1]) Man vergleiche zu diesem Titel die oben abgedruckte Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen der Preußischen Monarchie vom 30. Mai 1853.

[2]) Die Abschnitte 1 bis 6 dieses Titels gelten nicht im Herzogtum Westfalen, Fürstentum Siegen, den Ämtern Burbach und Neunkirchen, den Grafschaften Wittgenstein-Wittgenstein und Wittgenstein-Berleburg.

Zweiter Abschnitt.

Von Städten und Stadtgemeinen.

Rechte der Städte.
Marktrecht.

§ 103. Messen, Jahr-, Wochen-, Woll- und Viehmärkte sollen der Regel nach nur in Städten gehalten werden.

§ 105. Das Meß- oder Jahrmarktsrecht zu erteilen, gebührt allein dem Landesherrn.

§ 106. Zur Zeit der Messen und Jahrmärkte steht auch Fremden der öffentliche Verkauf ihrer Waren frei.

§ 107. Die Einschränkung dieser Freiheit in Kauf und Verkauf wird nicht vermutet, sondern muß durch besondere landesherrliche Verordnungen nachgewiesen werden.

Stadtgemeinen.

§ 108. Stadtgemeinen haben die Rechte privilegierter Korporationen (Tit. 6 § 25 ff.).

§ 136. Das Archiv eines Stadtmagistrats hat, wenngleich dem Magistrat die Gerichtsbarkeit nicht zukommt, dennoch mit einem gerichtlichen Archiv gleiche Rechte.

§ 137. Doch muß ein Magistrat, der seinem Archiv dieses Recht erhalten will, dasselbe durch besonders dazu verpflichtete Personen verwahren lassen.

Kämmerei.

§ 138. Das Kämmereivermögen der Stadt steht unter der Verwaltung des Magistrats.

§ 139. Zum Kämmereivermögen gehört alles, was zur Bestreitung der gemeinschaftlichen Lasten und Ausgaben der Stadtgemeine bestimmt ist.

§ 140. Auch solche Güter, von deren Ertrage die Unterhaltung der Magistratspersonen ganz oder zum Teil bestritten werden soll, gehören zum Kämmereivermögen.

§ 141. Ist ein besonderer Kämmerer bestellt, so muß der Magistrat über dessen Amtsführung genaue und sorgfältige Aufsicht haben.

§ 142. Unrichtigkeiten des Kämmerers muß der Magistrat insoweit vertreten, als er bei dessen Bestellung nicht die gehörige Vorsicht gebraucht, oder die Aufsicht über ihn vernachlässigt hat.

§ 143. Wenn Streit entsteht, inwiefern der Magistrat sich dabei eine Vertretung zugezogen habe, so muß dieser Streit, im Mangel besonderer Vorschriften, nach eben den Grundsätzen entschieden werden, welche wegen Vertretung der Unrichtigkeiten eines Vormundes durch das vormundschaftliche Gericht vorgeschrieben sind.

§ 144. Der Kämmerer hat alle Rechte und Pflichten eines Verwalters fremder Güter.

§ 155. Wegen gültiger Kämmereischulden können zwar auch unbewegliche Kämmereigüter angegriffen, und im Wege der Exekution veräußert werden, ohne daß es zu dieser Veräußerung eines besonderen Konsenses von der Gemeine oder vom Staate bedarf.

§ 156. Doch können Gebäude, welche zum Betriebe der öffentlichen Angelegenheiten, und zu anderen gemeinen Notdurften, nicht bloß für die Stadtgemeine, sondern zugleich für alle am Orte Geschäfte treibenden Einwohner und Fremde bestimmt sind, wegen Kämmereischulden nicht angegriffen werden.

§ 157. Uebrigens genießen Stadtgemeinen, in Ansehung ihres Kämmereivermögens, die Rechte der Minderjährigen.

Bürgervermögen.

§ 159. Auf die Verwaltung desjenigen gemeinschaftlichen Vermögens, dessen Nutzungen den einzelnen Mitgliedern der Bürgergemeine zukommen, hat der Magistrat vermöge seines Amtes keinen Anspruch.

§ 160. Vielmehr wird, soweit darüber in der Verfassung nichts bestimmt ist, die Verwaltung dieses Bürgervermögens durch Schlüsse der Bürgerschaft angeordnet, und überhaupt dergleichen Vermögen nach den Regeln des gemeinsamen Eigentums beurteilt.[1])

§ 161. Doch steht das Bürgervermögen unter der Aufsicht des Magistrats.

§ 162. In Fällen, wo zu Verfügungen über das Kämmereivermögen die Genehmigung des Staates erfordert wird, gilt die Vermutung, daß zu solchen Verfügungen

[1]) Nach § 3 der Deklaration vom 26. Juli 1897 ist die Bestimmung des § 160 nur von der Verwaltung des Gemeindeglieder-Vermögens zu verstehen.

über das Bürgervermögen die Einwilligung des Magistrats nachgesucht werden müsse (§§ 151, 152).

§ 163. Die Einwilligung des Staates in Verfügungen über das Bürgervermögen ist der Regel nach nur in denjenigen Fällen notwendig, wo dieselbe in Ansehung des gemeinschaftlichen Vermögens der Korporation überhaupt erfordert wird.

§ 164. Das Bürgervermögen haftet für gültige Kämmereischulden nur soweit, als das Kämmereivermögen zu deren Tilgung nicht hinreichend ist.

§ 165. Auch, außer dem Falle eines notwendigen Verkaufs, ist zur Veräußerung unbeweglicher Güter und Gerechtigkeiten einer Kämmerei oder Bürgergemeine die öffentliche Versteigerung notwendig.

Dritter Abschnitt.

Von Handwerkern und Zünften.[1])

Verfassung der Zünfte.

§ 191. Die Zünfte haben, gleich der ganzen städtischen Gemeine, zu welcher sie gehören, die Rechte privilegierter Korporationen.

§ 192. Ihre innere Verfassung, und die Rechte und Pflichten der Zunftgenossen, sind hauptsächlich nach den vom Staate erteilten oder bestätigten Gildebriefen, Innungsprivilegiis und Zunftartikeln zu beurteilen.

§ 193. Sie stehen unter der Aufsicht des Magistrats und des von demselben verordneten Beisitzers.

§ 194. Außerordentliche Versammlungen können nur mit Vorwissen und Genehmigung des Beisitzers veranlaßt werden.

§ 195. Der Beisitzer muß bei allen gewöhnlichen und außerordentlichen Zusammenkünften der Zunft gegenwärtig sein.

§ 196. Die Schlüsse und Ausfertigungen werden durch seine Mitunterschrift und durch Beidrückung des ihm anvertrauten Gewerksſiegels bekräftigt.

§ 197. Nur eigentliche Zunftangelegenheiten können durch Zunftschlüsse reguliert werden.

§ 198. Die Zünfte können in ihren Versammlungen nichts beschließen, was allgemeinen Polizeigesetzen zuwider ist, oder dem gemeinen Besten überhaupt nachteilig werden könnte.

§ 199. Sie dürfen keinen Preis der von den Zunftgenossen zu verfertigenden Arbeiten bestimmen.

§ 200. Sie müssen es der Obrigkeit allein überlassen, ob die Festsetzung einer Taxe notwendig und ratsam sei.

§ 201. Soll jedoch dergleichen Taxe bestimmt werden, so muß die Obrigkeit die Zunftältesten zuziehen, und mit ihrem Gutachten hören.

§ 202. Keine Zunft ist berechtigt, ihren Genossen die Vollendung der von einem andern angefangenen Arbeit zu untersagen.

§ 203. Keine Zunft darf durch ihre Schlüsse den neu anzunehmenden Mitgliedern neue bisher nicht gewöhnliche Lasten aufbürden.

§ 204. Beiträge und Strafen darf die Zunft von ihren Mitgliedern nur so weit fordern, als es in den vom Staate gegebenen oder bestätigten Innungsartikeln, mit Bestimmung der Fälle, auch der Summe des Beitrages, oder der Strafe, ausdrücklich zugelassen ist.

§ 205. Wie weit übrigens zu den Zunftschlüssen obrigkeitliche oder landesherrliche Genehmigung und Bestätigung hinzukommen müsse, ist nach den allgemeinen Grundsätzen von Korporationen überhaupt, und von Stadtkommunen insonderheit, zu bestimmen.

§ 209. Insofern durch Abänderung oder Aufhebung der Zunftartikel einzelne Mitglieder einen wirklichen Nachteil erleiden, finden wegen der ihnen zukommenden Entschädigung die Grundsätze von Privilegiis Anwendung (Einleitung §§ 70 bis 72).

§ 210. Von dem gemeinschaftlichen Vermögen der Zünfte gilt in der Regel eben das, was von dem Vermögen der Korporationen und Gemeinen überhaupt, sowie der Stadtgemeinen insonderheit, vorgeschrieben ist.

§ 211. In Fällen, wo zu Verfügungen über das Kämmereivermögen die Genehmigung des Staates nachgesucht werden muß, ist zu Verfügungen über das gemeinschaftliche Zunftvermögen die Approbation des Magistrats erforderlich.

---

[1]) Man vergleiche zu diesem und den folgenden Abschnitten die Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 1. Juli 1883 mit ihren zahlreichen Novellen.

§ 212. Der Genehmigung des Staates selbst bedarf es der Regel nach nur in solchen Fällen, wo dieselbe bei Korporationen und Gemeinen überhaupt erforderlich wird.

§ 213. Die Zunftältesten sind die Verwalter des gemeinschaftlichen Zunftvermögens.

§ 214. Sie stehen dabei zunächst unter der Aufsicht des Beisitzers, und mittelbar unter der Oberaufsicht des Magistrats.

§ 215. Sie sind schuldig, der Zunft von ihrer Verwaltung alljährlich Rechnung abzulegen.

§ 216. Nähere Bestimmungen, wie die Verwaltung geführt, und inwiefern von den Aeltesten Kaution deshalb geleistet werden solle, bleiben den Zunftartikeln vorbehalten.

§ 217. In Fällen, wo das Zunftvermögen in gemeinschaftlichem Beschlusse mehrerer Aeltesten und des Beisitzers gehalten wird, kann der Regel nach Kautionsbestellung nicht gefordert werden.

Vierter Abschnitt.

Von Künstlern und Fabrikanten.[1])

Fabriken.

§ 407. Anstalten, in welchen die Verarbeitung oder Verfeinerung gewisser Naturerzeugnisse im großen getrieben wird, werden Fabriken genannt.

§ 408. Der, welcher eine dergleichen Anstalt für seine Rechnung betreibt, heißt ein Fabrikunternehmer, und diejenigen, welche in einer solchen Anstalt arbeiten, führen den Namen der Fabrikanten.

§ 409. Diejenigen, welche eine zunftmäßige oder andere Profession für eigene Rechnung einzeln betreiben, sind, wenn sie auch im gemeinen Leben Fabrikanten heißen, dennoch nur nach den Vorschriften des vorhergehenden Abschnitts, je nachdem das Gewerbe in eine Innung eingeschlossen ist oder nicht, zu beurteilen.

Rechte der Fabrikunternehmer.

§ 413. Die Unternehmer der Fabriken haben, in Rücksicht auf den Betrieb derselben, und den Absatz der darin verfertigten Waren, kaufmännische Rechte.

Fünfter Abschnitt.

Von Brauern, Gastwirten, Garköchen und anderen, welche mit dem Verkaufe zubereiteter Speisen oder Getränke ein Gewerbe treiben.

Brauerei.

§ 426. Ob die Braugerechtigkeit in einer Stadt zum Kämmereivermögen gehöre, oder einzelnen Bürgern beigelegt sei, ist nach der hergebrachten Verfassung eines jeden Ortes zu bestimmen.

§ 427. Nach eben diesen Verfassungen muß beurteilt werden, ob die den einzelnen Bürgern beigelegte Braugerechtigkeit auf gewissen Häusern hafte, oder gewissen, ausschließend dazu berechtigten Personen zukomme.

§ 428. Ferner, ob jeder Berechtigte zu allen Zeiten, oder nur nach einer gewissen Reihe, und ob er ohne, oder mit Einschränkung auf ein gewisses Maß, zu brauen befugt sei.

§ 429. Wo das Braurecht einzelnen Bürgern oder Hausbesitzern zukommt, da müssen dieselben in der Regel der dazu öffentlich bestellten und verpflichteten Personen, sowie des vorhandenen gemeinschaftlichen Brau-, Malz- oder Darrhauses sich bedienen.

§ 430. Braugerechtigkeiten, die auf Häusern haften, können in der Regel ohne diese Grundstücke nicht veräußert werden.

§ 431. Doch kann der Berechtigte die Ausübung seines Rechtes, von einer Zeit, oder von einem Falle zum anderen, auch einem Dritten übertragen.

§ 432. Wo das Reihebrauen unter den Bürgern oder Hausbesitzern eingeführt ist, da ist in der Regel ein jeder befugt, das von ihm in seiner Ordnung gebraute Bier auch in seinem Hause auszuschenken; wenn ihm gleich sonst die Schenkgerechtigkeit oder der Ausschank nicht zukommt.

Garküchen und Gastwirtschaften.

§ 434. Garköche sind berechtigt, die von ihnen verfertigten Speisen auch außerhalb ihrer Wohnungen zu verkaufen.

---

[1]) D. h. Fabrikarbeiter im Sinne der Reichsgewerbeordnung.

§ 435. Gastwirte dürfen bloß in ihren Wohnungen Gäste für Geld mit warmen Speisen bewirten.

§ 436. Sie haben, mit Ausschließung der Garköche, Bier-, Wein- und Kaffeeschenken, das Recht, Fremde für Geld zu beherbergen.

§ 437. An Orten, wo Gasthöfe vorhanden sind, sollen auch andere Einwohner fremde Reisende, die in dem Gasthofe unterkommen können, für Geld nicht aufnehmen.

§ 438. Verdächtige, mit Pässen nicht versehene Leute dürfen Gastwirte weder aufnehmen, noch dulden.

§ 439. Sie sind schuldig, die zur Nachtherberge bei ihnen einkehrenden Personen, in Städten dem Magistrate, auf den Dörfern aber dem Schulzen anzuzeigen.

§ 440. Ueberhaupt sind Gastwirte der genauesten Aufsicht der Polizei unterworfen, und müssen sich alle zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nötig gefundenen Veranstaltungen ohne Widerrede gefallen lassen.

§ 441. Auch die von der Polizei vorgeschriebene Taxe dürfen sie unter keinerlei Vorwande überschreiten.

§ 443. Wie Gastwirte, welche wissentlich Diebe oder Diebshehler bei sich aufnehmen und dulden, bestraft werden sollen, verordnen die Kriminalgesetze.

Sechster Abschnitt.

Von Apothekern.

Rechte der Apotheker.

§ 456. Apotheker sind zur Zubereitung der Arzneimittel ingleichen zum Verkaufe derselben und der Gifte, ausschließend berechtigt.

Anh. § 109. Siehe die Apothekerordnung vom 11. Oktober 1801.[1])

§ 457. Naturerzeugnisse, welche, außer der Medizin, auch zu anderen Fabriken-, Haus- oder Küchenbedürfnissen gebraucht werden, mögen Apotheker ebenfalls führen, und, jedoch nur in kleineren Quantitäten, verkaufen.

§ 458. Zum Handel mit Gewürz oder anderen Materialwaren sind die Apotheker, als solche, nicht berechtigt.

§ 460. Aerzte und Wundärzte müssen sich der eigenen Zubereitung der den Kranken zu reichenden Arzneien, an Orten, wo Apotheker sind, der Regel nach enthalten.

§ 461. Auch sogenannte Arcane darf niemand, ohne besondere Erlaubnis der dem Medizinalwesen in der Provinz vorgesetzten Behörde zum Verkaufe verfertigen.

§ 462. Das Recht, zur Anlegung neuer Apotheken Erlaubnis zu geben, kommt allein dem Staate zu.

§ 463. Dergleichen neue Konzessionen sind nach den Vorschriften von Privilegien zu beurteilen.

Pflichten derselben.

§ 464. Die Apotheker sind der unmittelbaren Aufsicht des Staates, und den von ihm angeordneten Medizinalbehörden unterworfen.

§ 465. Nur diejenigen, welche die Apothekerkunst ordentlich erlernt haben, zu deren Ausübung, nach angestellter Prüfung von der Medizinalbehörde tüchtig befunden, und zur Wahrnehmung ihrer Obliegenheiten durch diese Behörde verpflichtet worden, sind fähig, einer Apotheke vorzustehen.

§ 466. Wem es an diesen Erfordernissen mangelt, der muß, zur Verwaltung einer durch Erbgangsrecht oder sonst ihm zugefallenen Apotheke, einen nach obiger Vorschrift qualifizierten Provisor bestellen.

§ 467. Ein solcher Provisor hat die Rechte und Pflichten eines Handlungsfaktors.

§ 468. Kein Arzt soll in der Regel eine eigene Apotheke besitzen, oder dieselbe durch sich selbst oder durch andere verwalten.

§ 469. Ein Apotheker ist, bei Verlust seines Rechtes, schuldig, dafür zu sorgen, daß die nötigen Arzneimittel bei ihm in gehöriger Güte zu allen Zeiten zu haben sind.

§ 470. Auch muß er solche Veranstaltungen treffen, daß das Publikum und die Kranken, mit deren Zubereitung, es sei bei Tage oder bei Nacht, schleunig befördert werden.

§ 471. Die Pflichten der Apotheker wegen der Zubereitung, des Verkaufes,

[1]) Oben abgedruckt.

und der Verwahrung der Arzneien und Gifte, ingleichen wegen des Kurierens der Krankheiten, sind im Kriminalrechte bestimmt.

Besondere Privilegia der Apotheker.

§ 472. Apotheker genießen, wegen der einem Gemeinschuldner auf Kredit gereichten Arzneien, das in der Konkursordnung näher bestimmte Vorrecht.

§ 473. Die von ihnen, nach kaufmännischer Art, geführten Bücher haben die Rechte und die Glaubwürdigkeit der Handlungsbücher.

Dreizehnter Abschnitt.

Von Versicherungen.[1][2]

§ 1934. Bei einer Versicherung oder Assekuranz übernimmt der Versicherer, gegen Erhaltung einer gewissen Abgabe oder Prämie, die Vergütung des aus einer bestimmten Gefahr die versicherte Sache treffenden Schadens.

§ 1935. Ist keine Prämie bedungen worden, so wird das Geschäft nicht als eine Assekuranz, sondern als eine Schenkung betrachtet.

§ 1936. Mäkler und Schiffsklarierer sollen weder Schiffe, noch Schiffsparten, noch Kaufmannsgüter und Waren, bei Vermeidung der § 1328 bestimmten Strafe, auf eigene Rechnung versichern lassen.

§ 1938. Versicherungen erteilen, setzt notwendig die Befugnis voraus, einen lästigen Vertrag zu schließen.

§ 1939. Mäkler, Schiffsklarierer und Abrechner, öffentlich bestellte Dispacheurs, Schadentaxatoren, und richterliche Personen in Assekuranzstreitigkeiten, Vorsteher und Bediente der Bank, Vorsteher und Bediente der Assekuranzkompagnie, Offizianten, sowohl bei landesherrlichen, als anderen öffentlichen Kassen, ingleichen Zoll- und Accisebedienten, dürfen für eigene Rechnung, weder unmittelbar, noch mittelbar, Versicherungen erteilen.

§ 1940. Wird diesem Verbote zuwidergehandelt, so ist der Vertrag nichtig; die bedungene Prämie fällt dem Fiskus anheim, und der unbefugte Versicherer soll seines Amtes entsetzt werden.

§ 1941. Hat in solchem Falle der Versicherte, ohne sein Verschulden, die dem Versicherer entgegenstehende Eigenschaft nicht gewußt, so haftet ihm letzterer zur Entschädigung.

§ 1942. Wer den Auftrag hat, für einen Dritten Versicherung zu suchen, darf dieselbe ohne besondere Genehmigung des Auftragenden nicht selbst übernehmen, widrigenfalls er die Prämie herausgeben muß, und für die übernommene Gefahr nichtsdestoweniger verhaftet ist.

§ 1943. Einem jeden steht frei, Versicherungen da zu nehmen, wo er es am ratsamsten findet.

§ 1944. Die Rechte einer zu Versicherungen besonders privilegierten Gesellschaft sind aus dem ihr erteilten Privilegio zu beurteilen.

§ 1945. Wer für fremde Rechnung Versicherung nimmt, muß dazu mit Vollmacht oder Auftrag versehen sein, widrigenfalls die Versicherung ungültig und die bedungene Prämie verfallen ist.

§ 1946. Jedoch können Handlungsfaktoren und Disponenten, auch ohne besondere Vollmacht, für Rechnung ihres Prinzipals Versicherung nehmen.

§ 1947. Soll ihnen diese Befugnis nicht zustehen, so muß eine solche Einschränkung gehörig bekannt gemacht sein (§ 503 ff.).

§ 1948. Wer für fremde Rechnung ohne Spezialvollmacht zeichnet, haftet nur für seine Person.

§ 1949. Eben dies findet auch von Handlungsfaktoren und Disponenten statt, wenn sie nicht durch Spezialvollmacht, oder ein- für allemal in ihrer Prokura, dazu legitimiert sind.

§ 1950. So wie jeder ohne Vollmacht im Namen eines anderen geschlossene Vertrag, durch desselben nachher hinzukommende Genehmigung, zu Kräften gelangt, so findet ein Gleiches auch bei dem Versicherungsvertrage statt.

§ 1951. Einer stillschweigenden Genehmigung ist gleich zu achten, wenn derjenige, in dessen Namen die Versicherung genommen oder erteilt worden, nach davon erlangter Wissenschaft, binnen der im

---

[1]) Man vergleiche Artikel 75 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

[2]) Für Versicherung gegen Seegefahr gilt dieser Abschnitt nicht mehr.

ersten Teile Tit. 5 § 95 ff. bestimmten Fristen, keinen gerichtlichen Protest dagegen einlegt.

Gegenstände der Versicherungen.

§ 1952. Ueber alles, was der Gegenstand eines rechtsgültigen Vertrages sein kann, können auch Versicherungen geschlossen werden.

§ 1953. Jede künftige Gefahr, die nicht mit verbotenen Handlungen verknüpft ist, kann der Versicherer übernehmen.

§ 1954. Ist eine Versicherung über die Gefahr bei verbotenen Handlungen geschlossen, so muß jeder Teil die gezeichnete Summe zur Strafe erlegen.

§ 1955. Sind Waren und Güter, welche wider die Landesgesetze aus-, ein-, oder durchgeführt werden sollen, versichert, so ist der Versicherte aller Vorteile aus dem Vertrage verlustig, und der Fiskus tritt an seine Stelle.

§ 1956. Hat der Versicherer wissentlich auf solche Waren gezeichnet, so wird er als Teilnehmer bestraft, und die Prämie verfällt dem Fiskus.

§ 1957. Ist die Versicherung nur zum Teil auf dergleichen Waren gerichtet, so besteht sie in Ansehung der unverbotenen.

§ 1958. Werden jedoch diese mit den verbotenen zugleich konfisciert oder zur Bezahlung der verwirkten Strafe verwendet, so ist der Versicherer zur Vergütung nicht schuldig.

§ 1959. In Kriegszeiten darf kein Unterthan auf Kriegsbedürfnisse, die feindlichen Unterthanen gehören, oder ihnen sonst zugewendet werden sollen, Versicherung geben (§ 2034 ff.).

§ 1960. Ein Gleiches gilt von Lebensmitteln aller Art, die in feindliche Magazine, für feindliche Armeen und Festungen gehören, oder dahin geliefert werden sollen.

§ 1961. Ingleichen von allen Waren und Sachen, worüber der Handel mit feindlichen Unterthanen während des Krieges verboten ist.

§ 1962. Hat jemand, diesen Vorschriften zuwider, auf solche Sachen Versicherung gegeben, so ist der Vertrag ungültig.

§ 1963. Hat er es wissentlich gethan, so muß er die gezeichnete Summe dem Fiskus zur Strafe bezahlen.

§ 1964. Ist aber dem Versicherer die verbotene Qualität der Ware nicht bekannt gewesen, so ist er nur die erhaltene Prämie an den Fiskus herauszugeben schuldig.

§ 1965. Die Strafe des Versicherten ist nach Vorschrift des Kriminalrechtes zu bestimmen.

§ 1966. Der Anfang eines Krieges wird von der Zeit an gerechnet, da die Land- oder Seemacht sich zu Kriegsoperationen gegen den Feind in Bewegung setzt.

§ 1967. Nur mit Bekanntmachung der geschlossenen Friedenspräliminarien wird ein Krieg für beendigt erachtet.

§ 1968. Jedermann kann sein eigenes Leben versichern lassen.

§ 1969. Auf einen durch Verbrechen verwirkten Verlust des Lebens kann jedoch eine solche Versicherung weder gegeben noch gedeutet werden.

§ 1970. Hat aber jemand das Leben eines Dritten versichern lassen, so haftet der Versicherer für jeden auch von dem Dritten selbst verschuldeten Verlust des Lebens, wenn nicht das Gegenteil festgesetzt worden.

§ 1971. Eltern, Kinder, Ehegatten, oder Verlobte, können für eigene Rechnung das Leben ihrer Kinder, Eltern, des anderen Ehegatten oder Verlobten, versichern lassen.

§ 1972. Unter Kindern werden eheliche Descendenten in absteigender Linie überhaupt verstanden.

§ 1973. Außer diesen kann niemand, zu seinem eigenen Vorteil, auf das Leben eines Dritten, ohne dessen gerichtliche Einwilligung, Versicherung nehmen.

§ 1974. Ist dies dennoch geschehen, so muß jeder, sowohl der Versicherer als der Versicherte, die gezeichnete Summe, zum Besten der Armen, als Strafe erlegen.

§ 1975. Auch die Freiheit eines Menschen kann gegen See- und Türkengefahr, barbarische Seeräubereien, feindliche Aufbringung, oder Gefangenschaft versichert werden.

§ 1976. Wird auf solche Art die Freiheit eines Dritten versichert, so ist dessen Einwilligung dazu nicht nötig.

§ 1977. Versicherungen der Freiheit auf andere Arten des Verlustes sind ungültig, wenn der Dritte, dessen Freiheit versichert worden, nicht seine Einwilligung dazu gerichtlich erteilt hat.

§ 1978. Bei erfolgter Einwilligung aber findet die Vorschrift des § 1970 statt.

§ 1979. Derjenige, welcher die Loskaufung eines von Feinden oder Seeräubern Gefangenen übernommen hat, kann sich das Lösegeld nebst den Kosten wieder versichern lassen.

§ 1982. Eben dies findet von Frachtgeldern statt.

Wie weit Versicherungen genommen und gegeben werden können.

§ 1983. Durch Versicherungen muß der Versicherte sich nur gegen Schaden decken, nicht aber Bereicherung dadurch suchen.

§ 1984. Niemand darf eine Sache höher versichern lassen, als bis zum gemeinen Werte derselben, zur Zeit des geschlossenen Vertrages.

§ 1987. Versicherungen auf Waren sollen den Einkaufspreis nicht übersteigen.

§ 1988. Jedoch kann der Versicherte alle Zölle, Abgaben und Unkosten zuschlagen, die er darauf bis zu der Zeit, da sie wirklich an Bord gebracht, oder sonst abgesendet sind, hat verwenden müssen.

§ 1989. Auch die Versicherungsprämie selbst kann er mit in Anschlag bringen.

§ 1990. Eine Versicherung auf Frachtgelder darf den Betrag der durch Konnossemente oder Chartepartie festgesetzten Fracht, und der kleinen Haverei, nicht übersteigen.

§ 1991. Versicherungen auf gehofften oder sogenannten imaginären Gewinn sind nur insoweit gültig, als sie ausdrücklich darauf geschlossen, und zugleich der Gegenstand, von welchem der Gewinn erwartet wird, bestimmt angegeben worden.

§ 1992. Versicherungen auf das Bestehen, Steigen und Fallen der Warenpreise sind nur den Kaufleuten erlaubt.

§ 1993. Es muß jedoch dadurch keine dem gemeinen Wesen nachteilige Preissteigerung beabsichtigt werden.

§ 1994. Liegt diese zum Grunde, so ist der Vertrag ungültig; die Prämie verfällt dem Fiskus, und die Kontrahenten müssen nach Vorschrift des Kriminalrechts bestraft werden.

§ 1995. Versicherungen auf Interesse oder Nichtinteresse sind auf keine höhere Summe gültig, als das in der Police angezeigte Interesse wirklich beträgt.

§ 1996. Wird von dem Versicherer nachgewiesen, daß das wirkliche Interesse weniger, als die bezeichnete Summe betrage, so findet verhältnismäßig das Ristorno statt.

§ 1997. Dagegen darf, auch bei dieser Art von Versicherungen, ein Mehreres, als die gezeichnete Summe, von dem Versicherer niemals vertreten werden.

Verbot mehrerer Versicherungen über den vollen Wert eines und eben desselben Gegenstandes.

§ 2000. Niemand soll über einen und eben denselben Gegenstand, auf dessen nach § 1984 ff. zu bestimmenden Wert, mehrere Versicherungen nehmen.

§ 2001. Wer Versicherung sucht, muß gewissenhaft anzeigen, ob und in welcher Art er bereits an einem anderen Orte Versicherung genommen, oder zu deren Schließung Ordre erteilt habe.

§ 2002. Wer bei einer solchen Anzeige eine vorsätzliche Unrichtigkeit zum Schaden des Versicherers, oder eines Dritten begeht, soll, außer dem Verluste seines Rechtes aus den beiden oder mehreren Versicherungen, als ein Betrüger bestraft werden.

§ 2003. Ist die Anzeige aus grobem oder mäßigem Versehen unterlassen worden, so bleibt nur die älteste Versicherung bei Kräften, und es muß nichtsdestoweniger die bei der jüngeren Versicherung bedungene Prämie bezahlt werden.

§ 2004. Das Datum der geschehenen Zeichnung bestimmt, welcher Kontrakt der ältere sei, wenn auch die Police ein anderes Datum enthalten sollte.

§ 2005. Diese Vorschrift findet in der Regel auch alsdann Anwendung, wenn die eine Versicherung von dem Prinzipal selbst, und die andere von dem Faktor geschlossen worden.

§ 2006. Hat aber jemand einem Korrespondenten Ordre erteilt, Versicherung für ihn zu nehmen, und nachher sich selbst darüber Versicherung erteilen lassen, so wird auf das Datum der gegebenen Ordre gesehen.

§ 2007. Hat ein Korrespondent ohne Ordre Versicherung für jemand angenommen, dieser aber, weil es ihm unbekannt gewesen, einen solchen Vertrag ebenfalls geschlossen, so wird diejenige, welche zuletzt gezeichnet worden, ristorniert.

§ 2008. Ist in vorstehenden Fällen, § 2003 ff., durch den älteren Kontrakt eine Summe versichert, die den vollen nach

§ 1984 ff. zu bestimmenden Wert der Sache noch nicht erreicht, so gilt der zweite auf das an diesem vollen Werte noch fehlende Quantum, und in Ansehung des Ueberrestes findet die Rückforderung der Prämie nur in dem Falle des § 2007 statt.

§ 2009. Ist ein Gegenstand nur auf eine gewisse bestimmte Zeit versichert, so kann derselbe, wegen Verlustes und Schadens, welche sich vor dem Eintritte dieser Zeit, oder nach deren Ablauf ereignen, anderweitig versichert werden.

§ 2010. Wenn eine Sache nur bis zu einem gewissen Orte versichert worden, so ist die fernere Versicherung derselben von diesem bis zu einem anderen Orte zulässig.

§ 2011. Es ist auch erlaubt, über die Zahlungsfähigkeit seines Versicherers Versicherung zu nehmen.

§ 2012. Wird über das Vermögen des Versicherers vor beendigter Gefahr Konkurs eröffnet, so steht dem Versicherten frei, anderweitige Versicherung zu nehmen.

§ 2013. Alsdann kann er die Prämie von dem ersten Versicherer ohne Abzug zurückfordern, wenngleich die bei der anderweitigen Versicherung bedungene Prämie geringer sein sollte.

§ 2014. Er muß aber, bei Vermeidung der § 2002 bestimmten Strafe, sogleich, als er die anderweitige Versicherung sucht, oder dazu Ordre giebt, den Kurator der Masse des ersten Versicherers davon benachrichtigen.

§ 2015. Will er bei dem Vertrage bleiben, so kann er, wenn der Versicherer Rückversicherung genommen hatte, gegen Erstattung der dafür bezahlten Prämie und Kosten, verlangen, daß ihm alle Rechte gegen den Rückversicherer abgetreten werden.

Von der Rückversicherung.

§ 2016. Der Versicherer kann sich die gezeichnete Summe, ganz oder zum Teil, von einem anderen wieder versichern lassen.

§ 2017. Er muß aber, außer den § 2001 ff. vorgeschriebenen Pflichten, bei Verlust seines Rechtes, ausdrücklich anzeigen, daß er eine Rückversicherung verlange.

§ 2018. Die Rückversicherung kann auf das ganze versicherte Quantum, mit Einrechnung der Prämie für die Assekuranz, genommen werden.

§ 2019. Zwischen demjenigen, welcher die Rückversicherung nimmt, und seinem Versicherer, finden eben die Verhältnisse statt, als zwischen denjenigen, welche die erste Versicherung geschlossen haben.

§ 2020. Die Rechte und Verbindlichkeiten zwischen dem ersten Versicherer und Versicherten werden durch die Rückversicherung in nichts geändert.

§ 2021. Ebensowenig ändert sich das Verhältnis des ersten Versicherers gegen seinen Rückversicherer, wenn jener, ohne Genehmigung des letzteren, sich mit seinem Versicherten über das bei entstandenem Unglücksfalle zu vergütende Quantum vergleicht.

§ 2022. Ist aber dem ersten Versicherer von der liquiden Vergütigungssumme etwas erlassen, so kommt dieses auch dem Rückversicherer zu statten.

§ 2023. Wird über des ersten Versicherers Vermögen Konkurs eröffnet, so muß der Rückversicherer nichtsdestoweniger an dessen Kreditmasse ebenso die volle Vergütung bezahlen, als ob kein Konkurs entstanden wäre.

Pflichten der Kontrahenten vor und bei Schließung des Vertrages.

§ 2024. Bei Schließung des Versicherungsvertrages sind beide Teile zu besonderer Treue, Redlichkeit und Aufrichtigkeit verpflichtet, und es finden die Vorschriften des ersten Teiles Tit. 11 § 539 ff. Anwendung.

§ 2025. Hat der Versicherer, vor Schließung des Kontraktes, gewisse oder wahrscheinliche Nachricht, daß die Sache bereits in Sicherheit, oder die Gefahr, für welche die Versicherung erteilt werden soll, schon ganz überstanden sei, erhalten, und dieselbe dem Versicherten verschwiegen, so muß er die ganze Prämie zurückgeben, und den doppelten Betrag derselben zur Strafe erlegen.

§ 2026. Verschweigt der Versicherte Umstände, welche nach dem vernünftigen Ermessen der Sachkundigen, auf den Entschluß des Versicherers, sich in den Vertrag einzulassen, hätten Einfluß haben können, so ist die Assekuranz unverbindlich, und die Prämie verfallen.

§ 2027. Dagegen soll dem Versicherten die Entschuldigung, daß die erhaltene und verschwiegene Nachricht noch unzuverlässig

oder zweifelhaft gewesen sei, nicht zu statten kommen.

§ 2028. Kann er überführt werden, vor Schließung des Kontraktes, von einem die Sache betreffenden Unglücksfalle sichere Nachricht gehabt zu haben, so soll er noch außerdem als Betrüger bestraft werden.

§ 2029. Wird die Versicherung durch einen Bevollmächtigten genommen, so muß der Versicherte dessen Fehler als seine eigenen vertreten.

§ 2050. Bei Versicherungen über das Leben eines Menschen muß vorzüglich dessen Alter, Gesundheitszustand und Gewerbe angezeigt werden.

§ 2051. Soll jemandes Freiheit versichert werden, so ist besonders die genaue Anzeige darüber notwendig, ob er in einer für seine Person gefährlichen Unternehmung begriffen sei, oder dergleichen vorhabe.

§ 2052. Wer die Fracht von Salz, oder anderen dem Schmelzen unterworfenen lose ins Schiff geladenen Waren versichern läßt, muß ausdrücklich anzeigen, ob die Fracht für das eingenommene, oder für das auszuliefernde Maß festgesetzt sei; widrigenfalls das letztere angenommen, und nur darnach die Vergütung geleistet wird.

§ 2053. Werden Waren, Mobilien und Effekten gegen Feuersgefahr versichert, so muß der Versicherte die Qualität dieser Sachen getreulich anzeigen.

§ 2054. Sind Schießpulver, Schwefel, Salpeter, Heu, Stroh, ungedroschenes Getreide, Tabaksblätter, Hanf, Flachs, Heede, geteertes Tauwerk, Pech, Teer, Talg, Terpentinöl und Thran darunter befindlich, so müssen sie, bei Verlust des Rechtes und der Prämie, ausdrücklich benannt werden.

§ 2055. Gold, Silber, Gold- und Silbergeschirr, Juwelen, Porzellan, Emaille, Spiegel, Gläser, Gemälde, Kupferstiche, Kabinette von Antiquitäten, Naturalien, oder Kunstsachen, Zeichnungen, Banknoten, Pfandbriefe, Wechsel- oder andere Schuldverschreibungen, Kontrakte oder Schriften, Handlungsbücher und Rechnungen, ingleichen Moventien, sind nicht für versichert zu achten, wenn sie nicht ausdrücklich genannt, und die Versicherung darauf mit gerichtet worden.

§ 2056. Ferner muß derjenige, welcher Versicherung gegen Feuersgefahr sucht, gewissenhaft angeben, ob die Sachen in feuerfesten Gebäuden aufbewahrt werden, und ob sie gefährliche Nachbarschaft haben.

§ 2057. Feuerfeste Gebäude sind solche, welche von allen Seiten massive Mauern und Schornsteine haben.

§ 2058. Ein Gebäude, welches ganz oder zum Teil mit einer leicht brennbaren Materie, als Schindeln, Brettern, Stroh, Rohr, Schilf u. dergl. m. gedeckt ist, kann für feuerfest nicht geachtet werden.

§ 2059. Für gefährliche Nachbarschaft wird gehalten, wenn im Gebäude selbst, oder in einem der drei nächsten Häuser, welche das versicherte Gebäude umgeben, gefährliche Gewerbe getrieben werden.

§ 2060. Ferner, wenn in einem dieser Gebäude feuerfangende Sachen in größerer Quantität, als zum gewöhnlichen Wirtschaftsgebrauche erforderlich ist, aufbewahrt sind.

§ 2061. Desgleichen, wenn eins der drei nächsten Gebäude, welche das Haus, worin sich die versicherten Sachen befinden, umgeben, mit leicht brennbaren Materien ganz oder zum Teil gedeckt ist (§ 2058).

§ 2062. Gefährliche Gewerbe sind: Pulvermühlen, Stückgießereien, Vitriol- und Salmiakfabriken, Zuckersiedereien, chemische Laboratorien, Apotheken, Goldschmiede, Kupferschmiede, Gelbgießer, Grobschmiede, Destillateurs, Brauer, Branntweinbrenner, Bäcker, Färber, Seifensieder, Lichtgießer und Töpfer.

§ 2063. Als leicht feuerfangende Sachen werden die im § 2054 genannten betrachtet.

Form des Kontraktes.

§ 2064. Jeder Versicherungsvertrag, welcher zwischen Königlichen Unterthanen, oder in hiesigen Landen zwischen Königlichen Unterthanen und Fremden geschlossen wird, muß bei Strafe der Ungültigkeit schriftlich abgefaßt werden.

§ 2065. Wird eine Versicherung durch Mäkler geschlossen, so vertritt der aus ihrem Journal zu erteilende Auszug die Stelle des schriftlichen Kontraktes.

§ 2066. Sobald solchergestalt der Kontrakt geschlossen ist, muß der Versicherer gegen Bezahlung der bedungenen Prämie, den Versicherungsbrief, oder die Police nach den festgesetzten Bedingungen ausfertigen und unterschreiben.

§ 2068. Ist keine besondere schriftliche Verabredung vorhergegangen, so wird der Kontrakt in Ansehung eines jeden Versicherers für geschlossen geachtet, sobald derselbe den Versicherungsbrief oder die Police unterzeichnet hat.

Erfordernisse der Police: a) Name des Versicherten;

§ 2069. In der Police muß der Name des Versicherten ausgedrückt sein.

§ 2070. Ein Kommissionär, der Waren auf fremde Rechnung versendet, kann die Versicherung auf seinen oder auf des Eigentümers Namen schließen.

§ 2071. Nur Kaufleuten ist erlaubt, mit Verschweigung ihres Namens, unter dem Ausdrucke: „An Zeiger dieses", oder „für Rechnung dessen, den es angeht", Versicherung zu nehmen.

§ 2072. Soll aber demnächst der Versicherer Vergütung leisten, so kann er verlangen, daß ihm der Versicherte genannt, und vollständige Legitimation beigebracht werde.

b) Gegenstand der Versicherung;

§ 2073. Die Police muß ferner den Gegenstand der Versicherung nach denjenigen Kennzeichen, die ihn von anderen hinlänglich unterscheiden, enthalten.

§ 2082. Besonders ist die Qualität der Ware, womöglich auch die Zahl der Pakete, Kisten oder Fässer mit ihren Zeichen, der Ort der Absendung, der Name des Absenders, das Datum der Bestellungsordre und des Avisbriefes, in der Police zu bemerken.

§ 2084. Bei Stromversicherungen muß der Schiffer, und bei Landversicherungen der Fuhrmann, oder die Post, mit welcher die Versendung geschehen ist, in der Police benannt werden.

§ 2085. Wird das Leben, oder die Freiheit eines Dritten versichert, so muß dessen Vor- und Geschlechtsname, oder der Geschlechtsname und Charakter desselben, oder ein anderes deutliches Kennzeichen, wodurch er sich von anderen Personen gleichen Namens unterscheidet, in der Police ausgedrückt werden.

§ 2086. Bei Feuerversicherungen ist der Ort und die Lage des Gebäudes, worin die versicherten Sachen sich befinden, zu benennen.

§ 2087. Haben die Kontrahenten den Wert des versicherten Gegenstandes unter sich bestimmt, so muß selbiger in der Police angegeben sein.

c) Betrag der Versicherungssumme;

§ 2088. Es muß ferner die Versicherungssumme genau bestimmt werden.

§ 2089. In allen Fällen, wenn das Leben, oder die Freiheit eines Menschen versichert wird, muß im Kontrakte genau festgesetzt sein, was der Versicherer zu bezahlen oder zu leisten habe; widrigenfalls der Kontrakt ungültig ist.

§ 2090. Zeichnen mehrere Versicherer eine und eben dieselbe Police, so muß jeder von ihnen bei seiner Unterschrift bemerken, auf welches Quantum er die Versicherung übernehme.

§ 2091. Ist dies unterblieben, und von keinem das Versicherungsquantum bestimmt, so haften sie sämtlich als Selbstschuldner.

§ 2092. Hat aber der eine oder andere das Versicherungsquantum bestimmt, so haftet jeder für das Quantum seines nächsten Vormannes.

§ 2093. Wird dadurch die Versicherungssumme überschritten, so haftet der letzte für dasjenige, was an der Versicherungssumme noch fehlt.

d) Art und Dauer der Gefahr;

§ 2094. Sowohl die Art, als die Dauer der übernommenen Gefahr muß nach ihrem Anfange und Ende genau bestimmt werden.

§ 2095. Zu dem Ende muß bei See- und Stromversicherungen der Ort der Ein- und Ausladung oder Bestimmung, desgleichen, soviel als möglich, auch die Zeit der Absegelung angegeben sein.

§ 2096. Uebernimmt der Versicherer nur eine gewisse Art der Gefahr, so muß dieselbe deutlich angegeben werden.

e) Unterzeichnung;

§ 2097. Zuletzt muß in der Police auch der Ort, wo sie gezeichnet worden, ingleichen die Unterschrift des Versicherers beigefügt werden.

§ 2098. Haben Mehrere auf eine Police gezeichnet, und einer derselben hat das Datum nicht beigesetzt, so wird der-

jenige Tag angenommen, welchen sein nächster am Orte befindlicher Vormann beigefügt hat.

§ 2099. Von der Unterschrift des Versicherers gilt dasjenige, was § 776 ff. bei Wechseln vorgeschrieben worden.

Pflichten aus dem Kontrakte.

§ 2100. Die Pflichten des Versicherers und Versicherten aus dem Kontrakte sind hauptsächlich nach dem Inhalte desselben zu beurteilen.

§ 2101. Abweichungen von der Regel, Nebenbedingungen, und Einschränkungen sind nur insoweit gültig, als sie in der Police, oder bei der Zeichnung, ausdrücklich bemerkt worden.

§ 2102. Ist darin etwas dunkel oder zweideutig, so wird jederzeit angenommen, daß die Kontrahenten insoweit von den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften nicht haben abweichen wollen.

I. Pflichten des Versicherten: a) in Absicht der versprochenen Prämie;

§ 2104. Der Versicherte ist hauptsächlich zur Entrichtung der versprochenen Prämie verbunden.

§ 2105. Ein Kommissionär, welcher nicht auf den Namen des Kommittenten, sondern auf seinen eigenen Versicherung nimmt, haftet für die Prämie als Selbstschuldner.

§ 2106. Der Versicherer ist aber auch befugt, die Prämie, wenn er will, von dem Kommittenten selbst zu fordern.

§ 2107. Die Prämie kann in Gelde, oder auch in anderen erlaubten Vorteilen, die dem Versicherer eingeräumt werden, bestehen.

§ 2109. Ist keine spätere Frist festgesetzt, so muß die Zahlung der Prämie bei Aushändigung der unterzeichneten Police erfolgen.

§ 2110. Wird die Zahlung verzögert, so kann der Säumige dazu, binnen dreißig Tagen nach der Zeichnung, im Exekutivprozesse angehalten werden, und muß zugleich von der Prämie eins vom Hundert monatlich an Zinsen bezahlen (§ 2067).

§ 2111. War die Prämie nicht in Gelde bedungen, so wird, statt der Zinsen, das volle Interesse vergütet.

§ 2112. Ist die Versicherung durch einen Mäkler geschlossen worden, so haftet dieser für die Prämie nur alsdann, wenn er sie ausgehändigt erhalten hat.

§ 2113. In diesem Falle muß er die Prämie unverzüglich abliefern, und wird, wenn er damit zögert, außer der Verbindlichkeit zur Entrichtung der Zinsen, oder des Interesse, seines Mäklerlohnes für das Geschäft verlustig.

§ 2116. Jedoch kann auch im letzten Falle, wenn ein Schaden vergütet werden muß, die rückständige Prämie, nebst Zinsen oder Interesse, davon abgerechnet werden.

b) bei vorgehenden Veränderungen;

§ 2117. Während der Versicherungszeit darf der Versicherte, bei Verlust seines Rechtes, nichts vornehmen, oder durch andere vornehmen lassen, wodurch die Umstände, unter welchen die Versicherung geschlossen worden, zu des Versicherers Nachteil geändert werden, oder seine Gefahr vergrößert wird.

§ 2118. Ereignen sich Vorfälle dieser Art, ohne Zuthun des Versicherten, so muß er die erhaltenen Nachrichten, bei Verlust seines Rechtes in Ansehung aller nachher sich ereignenden Unglücksfälle, dem Versicherer binnen der im ersten Teile Tit. 5 § 95 ff.[1]) bestimmten Fristen mitteilen, auch zur Abwendung des daraus entstehenden Nachteiles, schleunig Vorkehrungen treffen.

§ 2119. Insoweit der Versicherte, oder dessen Kommissionär durch eigene Schuld oder Nachlässigkeit, irgend einigen Schaden veranlaßt haben, ist der Versicherer zu dessen Vergütung nicht verbunden.

§ 2120. Welchen Grad des Versehens ein Versicherter zu vertreten habe, ist nach den allgemeinen Vorschriften des Tit. 5 § 278 ff.[2]) zu beurteilen.

§ 2152. Hat jemand sein eigenes Leben versichern lassen, so hört die Versicherung auf, wenn er ohne des Versicherers Einwilligung, außer Europa, oder in den Krieg, oder zur See geht, oder sonst eine für sein Leben gefährliche Lebensart ergreift; es sei denn, daß die Versicherung auf diese Fälle ausdrücklich gerichtet worden.

§ 2153. Giebt aber der Versicherte noch in Zeiten dem Versicherer von einem

---

[1]) Man vergleiche jetzt §§ 147 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches.
[2]) Man vergleiche jetzt § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

solchen Vorhaben Nachricht, so findet für die noch nicht abgelaufene Zeit das Ristorno statt.

§ 2154. Hat jemand das Leben eines Dritten versichern lassen, so heben dergleichen Vorfälle an und für sich den Kontrakt nicht auf, wenn sie sich ohne Zuthun des Versicherten ereignen.

§ 2155. Gleiche Grundsätze finden bei Versicherung der Freiheit statt.

§ 2156. Bei Feuerversicherungen haftet der Versicherer für keinen Schaden, der von dem Versicherten selbst, dessen Ehegatten, Kindern, oder Enkeln verursacht worden.

§ 2157. Wird ein Teil der versicherten Sache an einen anderen als den in der Police bestimmten Ort der Aufbewahrung gebracht, so hört die Gefahr des Versicherers insoweit auf, und er behält dennoch die ganze Prämie.

§ 2158. Wird aber des Versicherten Wohnung, oder der in der Police bestimmte Ort der Aufbewahrung sämtlicher versicherter Sachen verändert, so muß dieses, bei Verlust des Rechtes, dem Versicherer schleunigst bekannt gemacht werden.

§ 2159. Alsdann hat der Versicherer innerhalb der § 2137 bestimmten Frist die Wahl, ob er den Kontrakt fortsetzen, oder davon abgehen, und, nach Verhältnis der noch nicht abgelaufenen Zeit, das Ristorno stattfinden lassen wolle.

§ 2160. Wenn durch Veranlassung des Versicherten eine gefährliche Nachbarschaft entsteht, so ist der Versicherer für den daraus erwachsenden Schaden nicht verhaftet.

§ 2161. Ein Gleiches findet statt, wenn die gefährliche Nachbarschaft zwar ohne des Versicherten Zuthun entstanden ist, derselbe aber die davon erhaltene Nachricht dem Versicherer nicht binnen der § 2137 bestimmten Frist mitgeteilt hat.

§ 2062. Ist die Anzeige gehörig geschehen, so hat es bei der Vorschrift des § 2159 sein Bewenden.

§ 2163. Eine Veränderung in der Person des Eigentümers der versicherten Sache ändert nichts in der Versicherung, wenn nicht damit zugleich eine Veränderung des Ortes, der Aufsicht, der Art der Aufbewahrung, oder der Nachbarschaft verbunden ist.

c) bei entstehendem Schaden.

§ 2164. Sobald der Versicherte in Erfahrung bringt, daß der Gegenstand der Versicherung verunglückt oder beschädigt sei, muß er, bei Verlust seines Rechtes, den Versicherer binnen der § 2137 bestimmten Frist davon benachrichtigen, und sich über die ferner zu treffenden Maßregeln mit demselben beratschlagen, auch nach dessen Anweisung verfahren.

§ 2165. In der Zwischenzeit muß er alles, was zur Abwendung oder Verminderung des Schadens gereichen kann, vorkehren.

§ 2166. Er ist jedoch befugt, von dem Versicherer dazu einen verhältnismäßigen Vorschuß zu fordern.

§ 2167. Sind Schiffe oder Waren aufgebracht, oder in Beschlag genommen worden, so muß der Versicherte deren Freigebung betreiben, und wenn darüber ein Konfiskationsprozeß entsteht, während desselben für die sichere Aufbewahrung der Güter bis zum Austrage der Sache sorgen.

§ 2168. Sind verderbliche Waren unter dem aufgebrachten, verunglückten oder beschädigten Gute, so muß er den öffentlichen Verkauf derselben bewirken.

§ 2169. In jedem Falle, wenn er die Vergütung eines Schadens fordert, muß er darthun, daß die versicherten Stücke wirklich der Gefahr ausgesetzt gewesen sind; daß und welche davon beschädigt oder verloren worden, und wie viel der daran entstandene Schaden mit Inbegriff der Kosten betrage.

§ 2170. Nur von dem Nachweise des Wertes ist der Versicherte frei, wenn derselbe schon in der Police bestimmt worden; jedoch steht dem Versicherer der Beweis offen, daß diese Taxe mehr als zehn Prozent über den nach § 1984 ff. zu bestimmenden vollen Wert betrage.

II. Pflichten des Versicherers.

§ 2171. Die Hauptpflicht des Versicherers besteht in der Vergütung des Schadens, welchen die versicherte Sache bei der übernommenen Gefahr erlitten hat.

Zeit der Gefahr.

§ 2172. Ist die Dauer der Gefahr in der Police nach Tagen, Monaten oder Jahren bestimmt, so ist sie nach dem Kalender zu berechnen.

§ 2173. Die Tage werden von Mitternacht bis Mitternacht an dem Versicherungsorte gerechnet, ohne auf die Zeit des Sonnenauf- oder Unterganges Rücksicht zu nehmen.

§ 2174. Die Dauer einer solchen bestimmten Versicherungszeit kann durch keine Zwischenfälle, von welcher Art sie auch sein mögen, unterbrochen werden.

Art der Gefahr.

§ 2209. Ist bei See- und Stromversicherungen keine besondere Art der Gefahr bestimmt, für welche der Versicherer nur haften soll, so trifft ihn jeder Schade, den die Sache durch äußere Vorfälle leidet.

§ 2210. Dahin gehören besonders: Sturm, Ungewitter, Schiffbruch, An- und Ueberseglung, Treibeis, Strandung, Brand, Repressalien, feindliche Aufbringung, oder Plünderung von Kriegsschiffen, Kreuzern, Kapern und Seeräubern, Diebstahl und dergleichen.

§ 2211. Hat das Schiff nach der Police unter Convoy segeln sollen, ist aber durch Wind und Wetter zu ihr zu stoßen verhindert, oder von ihr getrennt worden, so muß der Versicherer auch die Folgen eines solchen Zufalls tragen.

§ 2212. Ist das versicherte Schiff oder Gut wegen des von einem Dritten, der die Stelle des Versicherten nicht vertritt, ohne des letzteren Vorwissen getriebenen Contrebandehandels, unrichtiger Deklaration, Einlaufens in verbotene Häfen, oder sonstiger Uebertretung der vorhandenen Gesetze und Ordnungen, angehalten und eingezogen worden, so muß der Versicherer für den Schaden haften.

§ 2213. Sind die versicherten Waren selbst, wegen eines dem Versicherten unbekannt gewesenen Verbotes, außerhalb Landes konfisziert worden, so haftet der Versicherer dafür nur in dem Falle, wenn das Verbot während der Reise ergangen ist.

§ 2214. Doch muß der Versicherte zuvor auf Erfordern eidlich erhärten, daß er weder von einem schon vorhanden gewesenen, noch von einem bevorgestandenen Verbote Kenntnis gehabt habe.

§ 2215. Aller Schade, welcher dem versicherten Gute durch Schuld der Reeder, oder eines Dritten, der nicht die Stelle des Versicherten vertritt, ohne des letzteren Zuthun entsteht, muß von dem Versicherer getragen werden, welcher dagegen seinen Regreß an den Urheber des Schadens zu nehmen hat.

§ 2216. Ferner haftet der Versicherer für allen Schaden, der dem versicherten Schiffe oder Gute, durch des Schiffers, der Steuerleute, oder des Volkes Unerfahrenheit, Unvorsichtigkeit, Nachlässigkeit, Mutwillen oder Bosheit zugefügt wird, insoweit der Versicherte aus dem Vermögen des Schuldigen, und aus dem Schiffe, nebst der Fracht, seine Befriedigung nicht erlangen kann.

§ 2217. Dahin gehört besonders, wenn das Schiff übel versehen, und gedichtet, oder die Güter schlecht gestauet, oder durch darauf gelegte nasse und fließende Waren verdorben sind.

§ 2218. Hat jedoch ein Reeder bei der Auswahl des Schiffers ein grobes Versehen begangen, so kann er von seinem Versicherer keinen Ersatz der durch den Schiffer verursachten Schäden fordern.

§ 2219. Eben dieses findet statt, wenn ein Befrachter bei Auswahl des Schiffes ein grobes Versehen begangen hat.

§ 2220. Der Versicherer eines Casco ist nicht zum Ersatze verbunden, wenn die Schiffsgerätschaften während der Reise durch den ordentlichen Gebrauch brechen, oder abgenutzt und zernichtet werden.

§ 2221. Dahin gehört auch das Brechen der Masten oder der Taue, ingleichen der Verlust der Anker oder Segel, wenn der Schaden nicht durch Sturm, oder sonst durch außerordentliche Zufälle veranlaßt wird.

§ 2222. Ebenso haftet der Versicherer bei Waren und Gütern für keinen Schaden, der aus der natürlichen Beschaffenheit selbst, aus ihren inneren Fehlern und Mängeln, und aus der schlechten Fustage oder Emballage entsteht.

§ 2223. Wenn also Weine sauer werden, Oele verderben, Früchte faulen oder sonst umkommen, Getreide oder Kastanien sich anstecken, oder die Ware durch innerlich erzeugtes Ungeziefer beschädigt wird, so trifft der Schaden den Versicherten allein.

§ 2224. Eben dies gilt von einem durch Anfressen, Benagen und Zernichten, von Mäusen, Ratten oder anderem Ungeziefer verursachten Schaden.

§ 2225. Ist aber die Reise durch Zufall ungewöhnlich verzögert worden, so muß der Versicherer auch dergleichen bei

verderblichen Waren aus solchem Aufenthalte entstandenen Schaden tragen.

§ 2226. Ferner haftet der Versicherer nicht, wenn Weine, Oele, oder andere flüssige Waren verlecken, ohne daß dieses eine Folge vom Stoßen des Schiffes, vom Stranden oder von einem anderen Unglücke ist.

§ 2228. Ohne ausdrückliche Abrede darf der Versicherer den aus dem Fallen der Preise entstehenden Nachteil nicht vergüten.

§ 2229. Auch solchen Schaden, der durch die große Havereirechnung wirklich vergütet wird, darf der Versicherer nicht übernehmen.

§ 2230. Dagegen muß er aber den etwaigen Ausfall, sowie auch den Beitrag, welcher von der versicherten Sache zur großen Haverei hat entrichtet werden müssen, vergüten.

§ 2231. Außer dem Schaden muß der Versicherer zugleich für alle besonderen und extraordinären Kosten haften, welche der versicherten Sache wegen vorgefallen sind, und durch die große Haverei nicht vergütet werden.

§ 2232. Der Versicherer eines Schiffes muß die Liegekosten vertreten, wenn das Schiff, ohne Veranlassung der Reeder oder Befrachter, durch höhere Macht angehalten, oder auszulaufen verhindert worden.

§ 2233. Ebenso muß, bei Waren, ein Versicherer für die Schäden und Kosten haften, welche durch das Umladen der Waren entstanden sind, im Fall dies Umladen durch einen Zufall oder durch die Schuld des Schiffers oder seiner Leute verursacht worden.

§ 2234. Hauptsächlich aber muß der Versicherer diejenigen Kosten vertreten, welche bei geschehenem Unglücksfalle, zum Besten der versicherten Sache, verwendet werden müssen.

Besonders bei Feuerversicherungen.

§ 2235. Bei Feuerversicherungen haftet der Versicherer für allen Feuerschaden, welcher der versicherten Sache, ohne Verschulden des Versicherten selbst, dessen Ehegatten, Kinder oder Enkel verursacht wird.

§ 2236. Er haftet auch alsdann, wenn das Feuer durch Verschulden der Hausgenossen und Domestiken des Versicherten entstanden ist.

§ 2237. Unter Hausgenossen sind alle diejenigen zu verstehen, welche in den Gebäuden, wo die versicherten Stücke aufbewahrt werden, ihren Aufenthalt haben.

§ 2238. Geschwister und entferntere Verwandte des Versicherten werden zu den Hausgenossen gerechnet.

§ 2239. Nur alsdann ist der Versicherer frei, wenn solche Umstände vorhanden sind, daß der Versicherte, nach Vorschrift des ersten Teils Tit. 6 § 56 bis 66, auch die unerlaubten Handlungen seiner Hausgenossen oder Dienstboten vertreten muß.[1])

§ 2240. Sind, bei entstandener Feuersgefahr, die versicherten Sachen bei dem Retten und Fortschaffen beschädigt oder verloren worden, so muß der Versicherer auch dafür Vergütung leisten.

§ 2241. Für die zur Rettung der versicherten Sachen verwendeten Kosten muß der Versicherer ebenfalls haften.

Ausmittelung des Schadens.

§ 2242. Ist nach vorstehenden Grundsätzen an einem versicherten Schiffe, Gute, oder anderem Objekt ein Totalschade entstanden, welchen der Versicherer zu vertreten hat, so bestimmt sich das von ihm zu entrichtende Quantum aus der Police von selbst.

§ 2243. Ist die Versicherung auf Schiff und Ladung gerichtet, ohne daß der Wert eines jeden in der Police besonders bestimmt wäre, und das Schiff wird während der Reise für unbrauchbar erklärt, so wird ein Dritteil der gezeichneten Summe für das Schiff gerechnet, bis ein höherer oder geringerer Wert desselben, im Verhältnis gegen die Ladung, nachgewiesen werden kann.

§ 2244. Wenn bei Frachtversicherungen die Police nicht taxiert ist, so zahlt der Versicherer, im Falle eines Totalschadens, die durch Konnossemente oder Chartepartie zu erweisende, wirklich bedungen gewesene Fracht, und die zur kleinen Haverei gehörenden Auslagen, bis zum Betrage der gezeichneten Summe.

§ 2245. Sind die Waren für Rechnung der Reeder geladen, oder ist sonst keine Fracht bedungen, so wird die Fracht

[1]) Man vergleiche jetzt §§ 831, 832 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

zum Grunde gelegt, welche am Ladungsorte, zu der Zeit, als das Schiff in Ladung gelegen hat, für ähnliche Waren und Reisen gewöhnlich ist.

§ 2246. Ist die versicherte Sache nur beschädigt worden, oder nur zum Teil verloren gegangen, so muß der eigentliche Betrag des Schadens ausgemittelt werden.

§ 2247. Bei Schiffen bestimmt denselben die vor der Ausbesserung vorzunehmende Untersuchung, und der darnach anzufertigende Kostenanschlag.

§ 2248. Zu dieser Untersuchung muß ein erfahrener Schiffer, Schiffsbaumeister, Repschläger und Segelmacher, entweder durch Uebereinkunft der Interessenten gewählt, oder von der Obrigkeit ernannt, und in beiden Fällen vereidet werden.

§ 2249. Bei Waren müssen die beschädigten Stücke von den unbeschädigten gehörig abgesondert, und erstere durch vereidete Taxatoren gewürdigt, hiernächst aber öffentlich verkauft werden.

§ 2250. Sind keine öffentlich bestellte kunsterfahrene Taxatoren zu haben, so können auch andere von beiden Teilen zu erwählende glaubwürdige Männer gebraucht werden.

§ 2251. Die Taxe muß geschehen, ehe noch der Empfänger die Güter in seinen Gewahrsam übernimmt.

§ 2252. Hat der Empfänger die Waren angenommen, ohne den Schaden vorher untersuchen und abschätzen zu lassen, so wird der Versicherer frei.

§ 2253. Ist der Empfänger nur Bevollmächtigter gewesen, so bleibt derselbe dem Versicherten verantwortlich.

§ 2254. Ist nach dem Gutachten der Taxatoren der Schaden an den versicherten Waren so beschaffen, daß sie zu ihrer eigentlichen Bestimmung gar nicht mehr zu gebrauchen sind, so müssen selbige für Rechnung des Versicherers, ohne weitere Rücksprache, sogleich öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

§ 2255. Ein Gleiches muß geschehen, wenn die beschädigten Waren an sich unter die verderblichen gehören.

§ 2256. Außer diesen beiden Fällen ist der Versicherte oder dessen Kommissionär schuldig, nach aufgenommener Taxe zuvor mit dem Versicherer über den Verkauf Rücksprache zu halten, und dessen Anweisung zu befolgen.

§ 2257. Das aus solchem Verkaufe gelöste Geld erhält der Versicherte, auf Abschlag der ihm von dem Versicherer zukommenden Vergütung.

§ 2258. Die Würdigung muß bei Schiffen an dem Orte, wo sie zuerst einlaufen, und bei Waren an dem Orte, wo sie ausgeladen werden, geschehen.

§ 2259. Der daselbst gegenwärtige Versicherer, oder dessen dem Schiffer bekannt gemachter Kommissionär, muß dabei mit zugezogen, außerdem aber dem Versicherer ein zuverlässiger Mann, zur Wahrnehmung seiner Rechte, zugeordnet werden.

§ 2260. Die Würdigung muß unter gerichtlicher Aufsicht erfolgen.

§ 2261. Doch soll, wenn die Schadensaufnehmung außerhalb Landes geschieht, auch die Zuziehung des Konsuls der Nation, von welcher der Versicherer ist, oder eines Notarii und zweier Zeugen hinreichend sein.

Berechnung des Schadens.

§ 2262. Die Schadensberechnung selbst muß, wenn beide Teile darüber uneinig sind, von vereideten Sachkundigen oder Dispacheurs, nach den ihnen vorzulegenden richtig befundenen Briefschaften und Beweismitteln, angefertigt werden.

§ 2263. Bei beschädigten Schiffen ergiebt sich der Betrag dessen, was der Versicherer vergüten muß, aus dem aufgenommenen Anschlage (§ 2247).

§ 2264. Ist der vormalige Wert des Schiffes in der Police bestimmt, und nicht voll versichert, so wird der Schaden nur nach Verhältnis der gezeichneten Summe vom Versicherer vergütet.

§ 2265. Bei beschädigten Waren ergiebt sich die zu vergütende Summe aus Vergleichung des gelösten Geldes, gegen den comptanten Marktpreis am Bestimmungsorte.

§ 2266. Wird aber die beschädigte Ware im Nothafen verkauft, so muß der Einkaufspreis ausgemittelt werden.

§ 2267. Dies geschieht auf den Grund der Faktur und Einkaufsrechnung, mit Zuschlagung der Ladungskosten, der Fracht, des Beitrages zur kleinen Haverei, der Versicherungsprämie, und anderer Unkosten, welche die Ware gewöhnlich bis zum Verkauf am Bestimmungsorte erfordert.

§ 2268. Beträgt die gezeichnete Summe weniger, als der nach vorstehenden Grundsätzen auszumittelnde Wert der Waren, so muß der Schaden zwischen beiden Teilen, nach Verhältnis der Versicherungsquanti, zum ausgemittelten Werte verteilt werden.

§ 2269. Sind Waren von gleicher Art bei Mehreren versichert, und es kann nicht ausgemittelt werden, von wem die beschädigten versichert sind, so tragen sämtliche Versicherer den Schaden auf vorstehende Art, nach Verhältnis der gezeichneten Summen.

§ 2270. Ist zur Zeit des entstandenen Unglücks die versicherte Sache schon durch solche Vorfälle, wofür der Versicherer nicht einsteht, beschädigt gewesen, so wird der Betrag dieses Schadens nach dem Gutachten vereideter Sachverständiger in Abzug gebracht.

§ 2271. Bei Frachtversicherungen wird, im Falle eines Partialschadens, auf die Taxe in der Police keine Rücksicht genommen, sondern der Versicherte muß durch Konnossemente und Chartepartie die bedungen gewesene Fracht und die kleine Haverei erweisen.

§ 2272. Was er weniger erhält, wird im Verhältnis des ausgemittelten Betrages der bedungenen Fracht und der kleinen Haverei, prozentweise berechnet, und der Versicherer bezahlt so viel Prozente von der gezeichneten Summe.

§ 2273. Wenn aber die gezeichnete Summe die wirklich bedungene Fracht und kleine Haverei übersteigt, so bezahlt der Versicherer nur jene Differenz..

§ 2274. Beträgt bei an sich verderblichen Waren der Schaden nur zehn, bei unverderblichen aber, ingleichen bei Cascoversicherungen, unter drei Prozent von der versicherten Summe gerechnet, so kann der Versicherte keine Vergütung fordern.

§ 2275. Ist ein Schaden durch Schuld und Versehen des Schiffers, der Steuerleute, oder des Schiffsvolkes geschehen, so muß der Versicherte alle Mühe anwenden, auf Kosten des Versicherers, aus des Schuldigen Vermögen, aus dem Schiffe oder dessen Frachtgeldern, den Ersatz seines Schadens zu erhalten.

§ 2276. Nur so weit, als er solchergestalt zu seiner Befriedigung ganz oder zum Teil nicht gelangen kann, ist er dieselbe von dem Versicherer zu fordern berechtigt.

§ 2277. Dem Versicherer steht jedoch frei, den Prozeß gegen den Schuldigen selbst zu übernehmen, ohne daß er dazu eine Vollmacht oder Cession nötig hat; er muß aber alsdann dem Versicherten die Vergütungssumme auf dessen Verlangen sogleich bezahlen.

§ 2278. Hat außer dem Schiffer oder Schiffsvolke, sonst ein Dritter, der nicht die Stelle des Versicherten vertritt, den Schaden verursacht, so ist der Versicherte schuldig, die Klage wider denselben sogleich anzustellen, und den Prozeß, auf Kosten des Versicherers, solange gehörig fortzusetzen, als dieser, nach dem Laufe der Posten, dazu die nötigen Verfügungen selbst treffen kann.

Von Zahlung der Vergütungssumme.

§ 2279. Wegen der Münzsorte, worin die Zahlung von dem Versicherer geleistet werden muß, gelten die Vorschriften des ersten Teiles Tit. 16 § 74 ff.[1])

§ 2280. Die Zahlung muß an denjenigen geschehen, auf dessen Namen die Police lautet, oder dem sie von diesem cediert worden.

§ 2281. Ist nach § 2071 die Versicherung an Zeiger dieses, oder für Rechnung dessen, den es angeht, geschlossen, so kann der Versicherer zwar an jeden Inhaber sicher zahlen, jedoch hängt es von ihm ab, von der Vorschrift des § 2072 Gebrauch zu machen.

§ 2282. Von der zu zahlenden Vergütungssumme kann der Versicherer zwei Prozent in Abzug bringen, wenn er dieser Befugnis nicht ausdrücklich entsagt hat.

§ 2283. Bei einem Totalschaden sowohl, als bei Partialschäden muß die Vergütung binnen zwei Monaten, vom Tage der Bekanntmachung und Andeutung, entrichtet werden, wenn binnen dieser Zeit die erforderlichen Beweise beigebracht werden.

§ 2284. Werden die erforderlichen Beweise später beigebracht, so ist die Zahlung binnen acht Tagen vom Tage der angelegten Dispache zu leisten.

---

[1]) Man vergleiche jetzt Artikel 14 des Reichs-Münzgesetzes vom 9. Juli 1873.

§ 2285. Von der hiernach zu bestimmenden Zahlungszeit, oder wenn die zu leistende Vergütung erst durch Prozeß festgesetzt wird, vom Tage der eingehändigten Klage, kann der Versicherte auch die im ersten Teile Tit. 11 § 827 ff.[1]) bestimmten Verzögerungszinsen fordern.

§ 2286. Auf die Zwischenzeit kann er in denjenigen Fällen Sicherheitsbestellung verlangen, da gesetzmäßige Gründe zum Arrestvorschlage vorhanden sind.

§ 2287. Bei Versicherungen der Freiheit eines Menschen muß der Versicherer die gezeichnete Summe binnen acht Tagen von dem Tage an bezahlen, da ihm die eingegangene glaubhafte Nachricht von der Gefangennehmung des Versicherten angedeutet, oder in Ermangelung vollständiger Beweise, bis zur Beibringung derselben hinreichende Sicherheit bestellt worden.

§ 2288. Der § 2282 bestimmte Abzug der Zwei vom Hundert findet in einem solchen Falle nicht statt.

§ 2289. Ist der Versicherte ohne Lösegeld frei gekommen, so wird der Versicherer dadurch nicht außer Verbindlichkeit gesetzt, noch kann er die bereits gezahlte Summe zurückfordern.

§ 2290. Dagegen findet die Zurückforderung statt, wenn der Versicherte vor der Auslösung gestorben ist, jedoch muß alsdann der Witwe und den Kindern des Verstorbenen der vierte Teil der gezeichneten Summe gelassen werden.

§ 2291. Ist auf die Freiheit eines Menschen keine bestimmte Summe in der Police gezeichnet, so muß der Versicherer für alle Kosten zu der versuchten Losmachung des Gefangenen haften.

§ 2292. Doch soll, bei ermangelnder Vereinigung, auf den Antrag des Versicherers, ein Dritter von der Obrigkeit bestellt werden, der das Auslösungsgeschäft, auf Rechnung des Versicherers, welcher den Vorschuß dazu hergeben muß, betreibe.

§ 2293. Ist das Leben eines Menschen versichert, so muß die gezeichnete Summe binnen zwei Monaten, nach dem Tage, da die von seinem Absterben eingegangene glaubhafte Nachricht dem Versicherer angedeutet worden, bezahlt werden.

§ 2294. Ist der zur Dauer der Versicherung bestimmte Zeitpunkt verflossen, ohne daß von dem Leben oder Tode der versicherten Person Nachricht eingegangen wäre, so ist der Versicherer zu nichts verbunden, bis das Absterben während der Versicherungszeit erwiesen wird.

§ 2295. War die Versicherung ausdrücklich zum Behufe einer bevorstehenden Gefahr geschlossen, und die versicherte Person ist dieser Gefahr wirklich ausgesetzt gewesen, so muß der Inhaber der Police die gesetzliche Frist, nach deren Verlauf ein Verschollener für tot erklärt werden kann, abwarten.

§ 2296. Die Todeserklärung muß der Inhaber auf seine eigenen Kosten suchen, nach deren Erfolg aber kann er die gezeichnete Summe fordern.

§ 2297. In der Zwischenzeit kann er verlangen, daß ihm landübliche Zinsen von der gezeichneten Summe, seit dem Ablaufe der zur Dauer der Versicherung bestimmten Zeit, gezahlt werden.

§ 2298. Wird hiernächst erwiesen, daß der Versicherte während des zur Dauer der Versicherung bestimmten Zeitpunktes verstorben sei, so muß nichtsdestoweniger die volle gezeichnete Summe bezahlt werden; wird aber dieser Beweis nicht geführt, so werden die genossenen Zinsen von der gezeichneten Summe abgerechnet.

§ 2299. Findet sich hiernächst der Verschollene wieder ein, oder kann sonst erwiesen werden, daß er die Jahre der Versicherung überlebt habe, so muß der Empfänger die gezeichnete Summe, jedoch ohne Zinsen, zurückzahlen.

Vom Abandonnieren:

§ 2300. Von vorstehenden aus dem Assekuranzvertrage fließenden Verbindlichkeiten kann keine von beiden Parteien sich, weder ganz, noch zum Teil, einseitig losmachen.

des Versicherers;

§ 2301. Doch kann der Versicherer von den zur Rettung oder Freimachung der versicherten Sache erforderlichen Kosten sich befreien, wenn er sich, nach entstandenem Unglücksfalle, zur Zahlung der ganzen gezeichneten Summe erbietet.

§ 2302. Er muß sich aber darüber bin-

[1]) Man vergleiche jetzt §§ 288 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches.

nen der im ersten Teile Tit. 5 § 95 ff.[1]) vorgeschriebenen Frist, von der Zeit an gerechnet, da ihm der geschehene Unglücksfall mit den Hauptumständen vollständig gemeldet worden, schriftlich erklären.

§ 2303. Zögert er damit, so muß er alle bis zum Zeitpunkte der Erklärung bereits verwendeten Kosten, noch außer dem Versicherungsquanto, bezahlen.

des Versicherten;

§ 2304. Der Versicherte kann sich seiner Verbindlichkeit, zur Rettung der versicherten Sache ferner allen Fleiß und Mühe anzuwenden, nur in dem Falle entziehen, wenn bei Seeversicherungen ein Totalschaden höchst wahrscheinlich ist, und dies durch gehörig beigebrachte Beweise dargethan worden.

§ 2330. Bei allen übrigen Arten von Versicherungen findet gar kein Abandonnement statt.

§ 2331. Hat aber, bei Feuerassekuranzen, der Versicherer die gezeichnete Summe bezahlt, so gehört ihm alles, was von den versicherten Sachen gerettet oder aufgefunden wird.

§ 2332. Der Versicherte ist schuldig, dem Versicherer dazu die ihm bekannt gewordenen Nachrichten mitzuteilen, und sich auf Erfordern darüber eidlich zu reinigen.

Vom Ristorno.

§ 2333. Wenn der Assekuranzkontrakt ohne Schuld des Versicherten rückgängig wird, und also der Versicherer gar keine Gefahr gelaufen ist, so muß letzterer die bereits erhaltene Prämie zurückzahlen.

§ 2334. Er kann sich jedoch ein halb Prozent von dem versicherten Kapital abziehen und einbehalten.

§ 2335. Beträgt die Prämie selbst nicht über zwei Prozent, so kann nur ein Viertel der Prämie abgezogen werden.

§ 2336. Das Ristorno findet alsdann statt, wenn mehrere Versicherungen über den vollen Wert der Sache ohne Schuld des Versicherten geschlossen worden, und also die eine wieder aufgehoben werden muß (§§ 2007, 2008).

§ 2337. Ferner, wenn der Versicherte die Unternehmung, auf welche die Versicherung geschlossen worden, aus erheblichen Gründen gänzlich einstellt.

§ 2338. Auch alsdann, wenn sonst wegen vorgekommener Zufälle und Hindernisse die Unternehmung gänzlich unterbleibt.

§ 2339. Muß aber ein bereits ausgelaufenes Schiff, wegen widrigen Windes, oder aus anderen Ursachen, wieder zurückkehren, und die Reise gänzlich einstellen, so kann der Versicherer, außer dem halben Prozent, noch einen verhältnismäßigen Abzug machen.

§ 2340. Dieser Abzug muß nach Verhältnis der bereits ausgestandenen Gefahr, allenfalls durch schiedsrichterlichen Ausspruch, bestimmt werden.

§ 2341. Die Reise wird für ganz eingestellt geachtet, wenn die Ladung ganz gelöst werden muß, um das Schiff auszubessern.

§ 2342. Wird aber von dem Versicherer irgend ein Schaden aus dem Kontrakte vergütet, so findet das Ristorno nicht statt, und die Versicherung ist beendigt.

§ 2343. Ist ein Schiff oder Gut auf mehrere Orte zugleich versichert, und auf jeden Ort eine besondere Prämie bestimmt, so findet das Ristorno in Ansehung derjenigen Prämien statt, welche für Orte bestimmt waren, wohin das Schiff oder Gut nicht wirklich gegangen ist.

§ 2344. In Ansehung eines Teiles der Prämie findet das Ristorno in den §§ 2141, 2146, 2153, 2159 bestimmten Fällen Anwendung.

§ 2345. Bei Versicherungen auf imaginären Gewinn ist das Ristorno nur alsdann zulässig, wenn die Unternehmung, worauf selbige geschlossen worden, ohne Schuld des Versicherten nicht stattfindet.

Verjährung.

§ 2346. Kann der Versicherte zu seiner Befriedigung nicht gelangen, so muß er deshalb richterliche Hilfe nachsuchen.

§ 2352. In allen übrigen Fällen hingegen fängt die Verjährung von der Zeit an, da der Schaden soweit liquid geworden ist, daß die Klage hat angestellt werden können.

§ 2353. Sind diese Fristen verflossen, und der Versicherte kann keine solche Umstände nachweisen, welche nach Vorschrift

[1]) Man vergleiche Anmerkung zu § 2118 dieses Titels.

des ersten Teiles Tit. 9 § 512 bis 534[1]) den Anfang der Verjährung hindern, oder die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand begründen, so ist sein Anspruch ganz erloschen.

§ 2354. Die Verjährung kann nur durch Anstellung einer gerichtlichen Klage, oder dadurch unterbrochen werden, daß der Versicherer sich schriftlich zur Vergütung erboten hat.

§ 2355. Sind über die Vergütung Unterhandlungen gepflogen worden, so wird die darauf verwendete Zeit, bis zu dem Zeitpunkte, da selbige wegen der Weigerung des Versicherers abgebrochen worden, in die Verjährungszeit nicht mit eingerechnet.

§ 2356. Ist die Verjährung einmal unterbrochen, so dauert der Anspruch dreißig Jahre.

§ 2357. Wegen rückständig gebliebener Prämie erlischt die Klage nur innerhalb der gewöhnlichen Verjährungsfristen.

§ 2358. Mit Einforderung des Ristorno hat es gleiche Bewandtnis.

Neunter Titel.

Von den Pflichten und Rechten des Adelstandes.

Erlangung des Adels.

§ 2. Zum Adelsstande werden nur diejenigen gerechnet, denen der Geschlechtsadel durch Geburt oder landesherrliche Verleihung zukommt.

1. durch Geburt und Heirat;

§ 3. Durch die Geburt kommt er allen zu, die von einem adligen Vater aus einer Ehe zur rechten Hand erzeugt, oder darin geboren sind.

§ 4. Der Adel wird also durch den Vater fortgepflanzt, auch wenn die Mutter nicht von Adel ist.

§ 5. Auch das von einem adligen Vater außer der Ehe erzeugte Kind wird durch gesetzmäßige Vollziehung einer Ehe zur rechten Hand mit der Mutter, ingleichen durch eine derselben gleich zu achtende gerichtliche Erklärung des Vaters, des Adelsstandes teilhaft.

§ 7. Inwiefern durch landesherrliche Legitimation, oder durch Annahme an Kindesstatt, der Adel erlangt werde, ist gehörigen Ortes bestimmt. (Ebend. §§ 603, 683 bis 685.)

§ 8. Wenn eine Person weiblichen Geschlechtes aus einem niederen Stande sich mit einer Mannesperson von Adel zur rechten Hand verehelicht, so erlangt sie dadurch die äußeren Rechte des Adels.

2. durch landesherrliche Verleihung.

§ 9. Nur das Oberhaupt des Staates kann einem Unterthan, welcher den Adel durch die Geburt nicht hat, denselben verleihen.

§ 10. Auch nur ihm allein kommt es zu, jemanden von einer niederen Stufe des Adels in eine höhere zu erheben.

§ 11. Die vom Landesherrn verliehene Standeserhöhung kommt auch den alsdann schon vorhandenen Kindern, sie mögen noch unter väterlicher Gewalt sein oder nicht, zu statten, sobald dieselben nicht ausdrücklich ausgenommen sind.

§ 12. Standeserhöhungen der Frauen und Witwen haben auf ihre Kinder keinen Einfluß.

§ 13. Kein Unterthan des Staates soll, ohne Erlaubnis seines Landesherrn, Standeserhöhungen bei fremden Staaten suchen, oder deren, welche ihm etwa aus eigener Bewegung von selbigen verliehen werden, in hiesigen Landen sich bedienen.

Anh. § 118. Kein Unterthan des Staates soll ohne Erlaubnis des Landesherrn Standeserhöhungen bei fremden Staaten suchen, oder von ihnen annehmen; darf daher auch, wenn ihm solche etwa aus eigener Bewegung von selbigen verliehen werden, dieser Standeserhöhungen sich nicht bedienen.

---

[1]) Man vergleiche jetzt §§ 202 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches.

§ 14. Niemand, welcher den Adelsstand nicht durch Geburt, oder landesherrliche Begnadigung, erlangt hat, darf adlige Prädikate und Vorrechte sich anmaßen.

§ 15. Ebensowenig darf jemand aus dem niederen Adel Rechte oder Prädikate der höheren Stufen sich eigenmächtig beilegen.

§ 16. Niemand darf sich eines adligen Familienwappens bedienen, welcher nicht zu der Familie gehört, der dieses Wappen entweder ausdrücklich beigelegt ist, oder die dasselbe von alten Zeiten her geführt hat.

Ausweis des Adels.

§ 17. Die Aufnahme in adlige Ritterorden und Stifter zu adligen Stellen, zu Turnieren, zur Ritterbank auf den Landtagen und in den Kollegien, sowie zu adligen Hofämtern, beweist den einer Familie zukommenden Geschlechtsadel.

§ 18. Wer entweder selbst, oder wessen Vorfahren im Jahre 1740 im wirklichen Besitze des Adels sich befunden, und desselben nach der Zeit nicht verlustig gemacht haben, der soll in seinen adligen Rechten durch den Fiskus nicht beunruhigt werden.

§ 19. Wer entweder selbst, oder wessen Vorfahren vierundvierzig Jahre hindurch sich adliger Prädikate und Vorrechte ruhig bedient, und also ein ausdrückliches, oder stillschweigendes Anerkenntnis des Staates für sich haben, für den streitet die rechtliche Vermutung, daß ihm der Geschlechtsadel wirklich zukomme.

§ 20. Dagegen ist die nur ein- und anderesmal geschehene Beilegung adliger Prädikate, in gerichtlichen oder anderen öffentlichen Ausfertigungen, zum Beweise des Geschlechtsadels für sich allein noch nicht hinreichend.

Von altem und neuem Adel.

§ 21. In Ansehung der wesentlichen Rechte und Eigenschaften des Adelsstandes ist zwischen älterem und neuerem Adel kein Unterschied.

§ 22. Wo aber Statuten, Privilegien, oder das ununterbrochene Herkommen eines Ordens, Kapitels, oder einer anderen Korporation, einen stifts- oder turniermäßigen Adel erfordern, hat es dabei auch ferner sein Bewenden.

§ 23. Die im Ahnenbriefe jemandem erteilten Ahnen werden in einem solchen Falle der Regel nach nicht mitgezählt.

§ 24. Auch muß, bei Nachweisung der Ahnen, in der Regel, die adlige Geburt der Vorfahren von beiderlei Geschlecht dargethan werden.

§ 25. Der zuerst geadelte Vorfahr, sowie seine etwa mit ihm zugleich in den Adelsstand erhobenen Descendenten werden, bei der Nachweisung der Ahnen, in der Regel nicht gerechnet.

§ 26. Wie viel Ahnen nachgewiesen, und wie die Nachweisungen geführt werden müssen, bleibt hauptsächlich der näheren Bestimmung der Statuten, der Privilegien und des Herkommens bei einem jeden Orden, Stifte oder Korporation, überlassen.

§ 27. Wo jedoch hierdurch über die Art der Führung des Nachweises nichts Gewisses festgesetzt ist, da muß die Ahnentafel hauptsächlich mit beglaubigten Auszügen aus Kirchenbüchern, Tauf- oder Trauungsregistern, belegt werden.

§ 28. Wo diese, besonders für ältere Zeiten, nicht herbeigeschafft werden können, da sind für die in der Ahnentafel vorkommenden Heiraten und Abstammungen, auch Eheberedungen, Erbrezesse, Lehnbriefe, und andere unverdächtige Familienurkunden, als Beweismittel zulässig.

§ 29. Was solchergestalt nicht vollständig nachgewiesen werden kann, mag durch das eidliche Zeugnis, wenigstens zweier Personen von bekanntem ritterbürtigen und stiftsmäßigen Adel, denen von der Familie, in welcher der Beweis geführt werden soll, nähere Kenntnis beiwohnt, ergänzt werden.

§ 30. Inwiefern noch außerdem die eidliche Versicherung des Beweisführers, daß, nach den ihm bekannten Familiennachrichten, die vorgelegte Ahnentafel ihre Richtigkeit habe, erforderlich oder zulässig sei, ist nach den allgemeinen Grundsätzen vom Beweise zu beurteilen.

§ 31. Soweit die Ahnentafel aus einer anderen entnommen ist, die eben derselbe Orden, dasselbe Kapitel, oder dieselbe Korporation schon einmal richtig befunden hat, bedarf es darüber keiner besonderen Beweisführung.

Vom Personenadel.

§ 32. Die einem Collegio oder einer Korporation von dem Landesherrn beigelegten, oder mit einem Amte verbundenen

adligen Rechte können über die wörtliche Bestimmung des Gnadenbriefes nicht ausgedehnt werden.

§ 33. Dergleichen Rechte werden durch die Geburt nicht fortgepflanzt.

Vorrechte des Adels.

§ 38. Welches adlige Güter sind, ist durch die besonderen Verfassungen einer jeden Provinz bestimmt.

Besondere Rechte und Pflichten des Adels.

§ 80. Besondere Rechte und Pflichten des Adels, teils als ganzer Stand betrachtet, teils der einzelnen Mitglieder desselben, in Rücksicht auf ihre Person und Vermögen, sind nach Verschiedenheit der Provinzen durch besondere Gesetze und Verfassungen bestimmt.

Verlust des Adels.

§ 83. Wer sich von jemandem niederen Standes an Kindesstatt annehmen läßt und dabei seinen adligen Namen verändert, kann ohne besondere Dispensation des Landesherrn den Adel nicht beibehalten.

§ 84. Personen weiblichen Geschlechts verlieren die persönlichen Vorrechte des Adels, wenn sie durch Verheiratung mit einem Unadligen ihren Geschlechtsnamen ändern.

§ 85. Auch nach getrennter Ehe treten sie, der Regel nach, in den Adelsstand nicht wieder zurück.

§ 86. Ist jedoch die Frau bei der Trennung der Ehe durch richterliches Erkenntnis nicht für den schuldigen Teil erklärt worden, so steht ihr frei, in ihren angeborenen Adelsstand wieder einzutreten (Tit. 1 § 738 bis 740).

§ 87. Wenn eine Person adliger Geburt, nachdem ihre Ehe mit einem Bürgerlichen durch den Tod, oder durch richterliches Erkenntnis getrennt worden, wiederum einen Adligen zur rechten Hand heiratet, so kann ihren Abkömmlingen aus dieser Ehe, wegen der vormaligen Heirat derselben mit einem Bürgerlichen, auch in Ansehung der Rechte des alten Adels, in der Regel keine Ausstellung gemacht werden (§ 90).

§ 88. Wird die Ehe einer Person von adliger Geburt mit einem Bürgerlichen für nichtig erklärt, so kann sie ihren adligen Stand und Familiennamen wieder annehmen.

§ 89. Ist sie aber für den schuldigen Teil erklärt, so kann sie daraus, durch Zurücktretung in den Adelsstand, keinen Vorteil ziehen.

§ 90. Ist die Person adliger Herkunft, welche einen Bürgerlichen geheiratet hatte, bei der Trennung und Nichtigkeitserklärung dieser Ehe ausdrücklich für den schuldigen Teil erkannt worden, so kann dieselbe, wenn sie hiernächst wieder einen Adligen heiratet, zum Besten der Abkömmlinge aus dieser späteren Ehe, unter den weiblichen Ahnen nicht mitgerechnet werden.

§ 94. Durch den bloßen Nichtgebrauch adliger Rechte und Titel geht der Adel selbst nicht verloren.

§ 95. Wenn eine adlige Familie sich in zwei Geschlechtsfolgen ihres Adels nicht bedient hat, so muß derjenige, welcher davon wieder Gebrauch machen will, sich bei dem Landesjustizcollegio der Provinz melden, und seine Befugnis dazu nachweisen.

Anh. § 120. Den Landescollegiis steht nicht die Befugnis zu, die in dem angezeigten Falle wegen des Adels geführte Nachweisung für hinreichend zu erklären, und auf deren Grund die nachsuchende Familie zu autorisieren, daß sie sich des Adels wiederum bedienen könne; vielmehr bleibt dies der näheren Beurteilung des Lehnsdepartements vorbehalten.

Erneuerung des Adels.

§ 96. Wer entweder selbst, oder wessen Vorfahren den Adel verloren haben, der kann die Erneuerung desselben bei dem Landesherrn nachsuchen.

§ 97. Durch die Erneuerung des Adelsstandes werden die besonderen Vorrechte des alten Adels, ohne ausdrückliche Erklärung des Landesherrn, nicht wieder hergestellt (§ 22).

§ 98. Ein durch Verbrechen verwirkter Adel kann in der Person des Verbrechers nicht erneuert werden.

§ 99. Nicht durch bloße Begnadigung des Verbrechers, wohl aber durch gänzliche Aufhebung und Niederschlagung der Untersuchung (Abolition) wird der Adel erhalten.

§ 100. Der Landesherr kann zwar,

zum Besten der von dem Verbrecher nach der Verwirkung des Adels erzeugten Kinder, den alten Adel derselben wieder herstellen, es wird aber alsdann in Fällen, wobei es auf Zählung der Ahnen ankommt, der Verbrecher nicht mitgerechnet.

Zehnter Titel.

Von den Rechten und Pflichten der Diener des Staates.

Allgemeine Grundsätze.

§ 1. Militär- und Civilbeamte sind vorzüglich bestimmt, die Sicherheit, die gute Ordnung und den Wohlstand des Staates unterhalten und befördern zu helfen.

§ 2. Sie sind, außer den allgemeinen Unterthanenpflichten, dem Oberhaupte des Staates besondere Treue und Gehorsam schuldig.

§ 3. Ein jeder ist nach der Beschaffenheit seines Amtes, und nach dem Inhalte seiner Instruktion, dem Staat noch zu besonderen Diensten durch Eid und Pflicht zugethan.

I. Militärbediente.

§ 4. Die besonderen Pflichten des Soldatenstandes sind hauptsächlich durch die Kriegsartikel und andere dahin einschlagende Verordnungen festgesetzt.

§ 13. Alle Militärpersonen ohne Unterschied sind in Ansehung ihrer Grundstücke und ihrer darauf sich beziehenden Handlungen und Pflichten, den Rechten und dem Gerichtsstande, unter welchem die Grundstücke liegen, unterworfen.

Besondere Rechte der Militärpersonen.

§ 19. Als Besitzer von Grundstücken müssen sie alle mit diesem Besitze verbundenen Lasten tragen.

§ 20. Militärpersonen sollen in die Rechte des Civilstandes keinen Eingriff thun.

In Ansehung der Grundstücke.

§ 33. In allen Fällen müssen Militärpersonen, welche Grundstücke besitzen, nicht nur die darauf haftenden Abgaben entrichten, sondern auch die damit verbundenen persönlichen Prästationen gleich anderen leisten. (§ 19.)

§ 34. Werden sie, letzteres selbst zu thun, durch ihre Kriegsdienste verhindert, so müssen sie dazu für sich andere taugliche Personen stellen.

in Ansehung anderer Geschäfte.

§ 41. Die besonderen Rechte der Militärpersonen in Ansehung der letztwilligen Verordnungen und ihrer Heiraten sind gehörigen Ortes bestimmt.

§ 42. Von der Aussetzung der Prozesse gegen Militärpersonen bei ausgebrochenem Kriege, ingleichen von der den Unteroffizieren und Gemeinen zu statten kommenden Sportelfreiheit handelt die Prozeßordnung.[1])

Wie der Soldatenstand aufhöre.

§ 64. Der Soldatenstand, und die damit verbundenen Rechte und Pflichten hören durch den Tod und durch die ausdrückliche Entlassung aus den Kriegsdiensten auf.

§ 65. Solange eine entlassene Militärperson noch keinen anderweitigen Wohnsitz erwählt hat, wird dieselbe, von dem Zeitpunkt ihrer Entlassung an, den Gesetzen und Gerichten des Standquartiers, unter welche Civilpersonen von gleicher Herkunft gehören, unterworfen.

Anh. § 122. Verabschiedete Offiziere, welche Pension oder Wartegeld haben, sind der Militär-Jurisdiktion unterworfen.

II. Civilbeamte.

§ 68. Alle Beamte des Staates, welche zum Militärdienste nicht gehören, sind unter der allgemeinen Benennung von Civilbedienten begriffen.

§ 69. Dergleichen Beamte stehen entweder in unmittelbaren Diensten des Staates, oder gewisser demselben untergeordneter Kollegien, Korporationen und Gemeinen.

---

[1]) Man vergleiche § 247 der Civilprozeßordnung.

Bestellung derselben.

§ 70. Es soll niemandem ein Amt aufgetragen werden, der sich dazu nicht hinlänglich qualifiziert und Proben seiner Geschicklichkeit abgelegt hat.

§ 71. Wem die Besetzung der verschiedenen Arten von Civilbedienungen zukomme, wer zu dergleichen Bedienungen gelangen könne, und was für Vorbereitungen und Prüfungen dazu vorhergehen müssen, ist, nach Verschiedenheit der Fächer und Stufen solcher Bedienungen, durch spezielle Gesetze und Instruktionen bestimmt.

§ 72. Wer sich durch Bestechungen oder andere unerlaubte Wege in ein Amt eindrängt, soll desselben sofort wieder entsetzt werden.

§ 73. Alle Verträge und Versprechungen, wodurch jemandem gegen Zuwendung eines Amtes, Privatvorteile zugesagt oder wirklich eingeräumt worden, sind null und nichtig.

§ 74. Auch Verabredungen zwischen einem abgehenden Beamten und dessen Nachfolger, wodurch dem ersteren von den Einkünften des Amts etwas vorbehalten werden soll, sind nur so weit gültig, als sie von der vorgesetzten Behörde ausdrücklich genehmigt worden.

§ 75. Wer wissentlich eine Bedienung einer dazu nicht tauglichen Person anvertraut, muß dem Staat für allen durch die Unwissenheit und Untauglichkeit eines solchen Bedienten entstandenen Nachteil gerecht werden.

§ 76. Niemand soll sich eigenmächtig die Verwaltung eines Amtes anmaßen, wozu er von der vorgesetzten Behörde nicht angewiesen worden.

§ 77. Wer dieses thut, und vermöge eines solchen Amtes Handlungen vornimmt, zu welchen er nach den Gesetzen überhaupt nicht qualifiziert ist, dessen Handlungen sind unkräftig.

§ 78. Mangelt es ihm nicht an den erforderlichen Eigenschaften zu Handlungen dieser Art überhaupt, so können zwar seine Handlungen, zum Nachteil der Parteien, in der Regel, und wo nicht besondere Gesetze ein anderes vorschreiben, für nichtig nicht angesehen werden;

§ 79. Er hat aber, auch in diesem Falle, nach Verhältnis des Grades seiner Schuld bei der ungebührlichen Anmaßung des Amtes, seiner aus den Umständen sich ergebenden unerlaubten Absicht dabei, und der aus der Anmaßung entstandenen schädlichen Folgen, wenn nicht besondere Gesetze die Ahndung näher bestimmen, willkürliche Geld- oder Gefängnisstrafe verwirkt.

§ 80. Alles, was der unbefugte Anmaßer bei Gelegenheit der von ihm unternommenen Amtshandlungen empfangen hat, muß er zurückgeben.

§ 81. Niemand soll, bei zehn bis dreihundert Thalern fiskalischer Geldstrafe, sich ein Amt anmaßen, welches ihm nicht auf eine der eingeführten Ordnung gemäße Art übergeben worden.

§ 82. Allen Schaden, welcher aus solchen ungebührlichen Anmaßungen für den Staat oder einen Dritten entsteht, muß er ersetzen.

§ 83. Wer einem Kassenbedienten die Kasse übergiebt, ehe und bevor die Amtskaution desselben berichtigt worden, ist für allen daraus entstandenen Schaden verhaftet.

§ 84. Titel und Rang, welche mit einem Amt verbunden sind, werden, nebst den davon abhangenden Vorrechten, schon durch die darüber ausgefertigte Bestallung verliehen.

Rechte und Pflichten derselben in Ansehung ihres Amtes.

§ 85. Die Rechte und Pflichten der Civilbedienten, in Beziehung auf das ihnen anvertraute Amt, werden durch die darüber ergangenen besonderen Gesetze und durch ihre Amtsinstruktionen bestimmt.

§ 86. Niemand soll sein Amt zur Beleidigung oder Bevorteilung anderer mißbrauchen.

§ 87. Was ein Beamter vermöge seines Amtes und nach den Vorschriften desselben unternimmt, kann gegen ihn als eine Privatbeleidigung nicht gerügt werden.

§ 88.[1] Wer ein Amt übernimmt, muß auf die pflichtmäßige Führung desselben die genaueste Aufmerksamkeit wenden.

---

[1] Die §§ 88 bis 91, 127 bis 144 haben Bedeutung nur noch für das Verhältnis zwischen Staat und Beamten. Das Verhältnis zwischen dem Beamten und dem beschädigten Dritten ergaben die §§ 839 bis 841 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

§ 89. Jedes dabei begangene Versehen, welches bei gehöriger Aufmerksamkeit, und nach den Kenntnissen, die bei der Verwaltung des Amtes erfordert werden, hätte vermieden werden können und sollen, muß er vertreten.

§ 90. Vorgesetzte, welche durch vorschriftsmäßige Aufmerksamkeit die Amtsvergehungen ihrer Untergebenen hätten hindern können, sind für den aus Vernachlässigung dessen entstehenden Schaden sowohl dem Staat, als einzelnen Privatpersonen, welche darunter leiden, verhaftet.

§ 91. Doch findet in beiden Fällen (§§ 89, 90) die Vertretung nur alsdann statt, wenn kein anderes gesetzmäßiges Mittel, wodurch den nachteiligen Folgen eines solchen Versehens abgeholfen werden könnte, mehr übrig ist.

§ 92. Kein Beamter darf den zur Ausübung seines Amtes ihm angewiesenen Wohnort ohne Vorwissen und Genehmigung seiner Vorgesetzten verlassen.

§ 93. Inwiefern, zu bloßen Reisen und Entfernungen auf eine Zeitlang, die Erlaubnis der unmittelbaren oder höheren Vorgesetzten erforderlich sei, ist nach den einer jeden Klasse von Beamten vorgeschriebenen besonderen Gesetzen und Amtsinstruktionen zu bestimmen.

Anh. § 124. Königliche Offizianten, welche ein fremdes Bad besuchen wollen, müssen durch ein medizinisches Attest bescheinigen lassen, daß das fremde Bad zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit notwendig, auch kein einheimisches ebenso geschickt dazu sei.

Niederlegung, Entsetzung und Verabschiedung.

§ 94. Bei derjenigen Instanz, von welcher die Besetzung eines Amtes abhängt, muß auch die Entlassung davon gesucht werden.

§ 95. Die Entlassung soll nur alsdann, wenn daraus ein erheblicher Nachteil für das gemeine Beste zu besorgen ist, versagt werden.

§ 96. Einem Beamten, dem aus diesem Grunde die Entlassung versagt wird, steht dagegen die Berufung auf die unmittelbare landesherrliche Entscheidung offen.

§ 97. In keinem Falle aber darf der abgehende Beamte seinen Posten eher verlassen, als bis wegen Wiederbesetzung oder einstweiliger Verwaltung desselben Verfügung getroffen ist.

§ 98. Kein Vorgesetzter oder Departementschef kann einen Civilbedienten, wider seinen Willen, einseitig entsetzen oder verabschieden.

§ 102. Amtsverbindungen, deren Dauer durch die Natur des Geschäftes, oder durch ausdrücklichen Vorbehalt, auf eine gewisse Zeit eingeschränkt ist, erlöschen mit dem Ablaufe dieser Zeit von selbst (§ 97).

Rechte der Civilbedienten in ihren Privatangelegenheiten.

§ 104. Civilbediente werden in ihren Privatangelegenheiten nach eben den Gesetzen und Rechten, wie andere Bürger des Staates, beurteilt.

Von Collegiis der Beamten.

§ 114. Wenn mehrere Beamte in ein Kollegium zusammengezogen sind, so gilt wegen ihrer Versammlungen, Beratschlagungen und Schlüsse, in der Regel eben das, was im sechsten Titel von öffentlichen Gesellschaften und Korporationen verordnet ist.

§ 115. Doch können dergleichen Collegia die von dem Landesherrn oder ihrer vorgesetzten Instanz gemachten Einrichtungen, auch durch einmütige Beschlüsse, nicht ändern.

§ 116. Ebensowenig können sie über Grundstücke, Gerechtigkeiten, Kapitalien und Einkünfte des ganzen Collegii eigenmächtig Verfügung treffen.

§ 117. Ueber die Rechte des Collegii können sie, ohne Genehmigung der vorgesetzten Instanz, keinen Vergleich schließen.

§ 118. Gegenstände, welche zur Behandlung des Collegii gehören, müssen nach der Mehrheit der Stimmen entschieden werden.

Vorgesetzte solcher Kollegien.

§ 119. Auch der unmittelbare Vorgesetzte des Collegii muß in Sachen, die zur kollegialischen Bearbeitung gehören, der Mehrheit der Stimmen sich unterwerfen.

§ 120. Dem Vorgesetzten des Collegii kommt nur das Recht zu, die Stimmen zu sammeln und den Schluß nach der Mehrheit derselben abzufassen.

§ 121. Wenn aber die Stimmen der Mitglieder über einen Gegenstand der Be-

ratschlagungen gleich sind, so giebt er durch die seinige den Ausschlag.

§ 122.[1]) Aeußere Ordnung bei dem Collegio, und was dahin gehört, hängt lediglich von der Direktion des Vorgesetzten ab.

§ 123. Doch darf er von der bisherigen Ordnung nicht abgehen, wenn durch eine Veränderung der Lauf der Geschäfte unterbrochen oder aufgehalten würde.

§ 124. Die dem Collegio ausdrücklich vorgeschriebene Instruktion darf er eigenmächtig nicht ändern.

§ 125. Die §§ 120, 121 bestimmten Verhältnisse des Vorgesetzten bei der Stimmensammlung kommen auch demjenigen zu, welcher bei der Abwesenheit des ersteren desselben Stelle vertritt.

§ 126. Dagegen darf dergleichen bloß einstweiliger Vorgesetzter in der bisher bei dem Collegio beobachteten Ordnung nichts ändern.

Vertretungsverbindlichkeit.

§ 127. Geschäfte, welche dem ganzen Collegio obliegen, müssen von allen Mitgliedern desselben vertreten werden.

§ 128. Inwiefern die Mitglieder für einen durch Vorsatz oder Versehen entstandenen Schaden als Mitschuldner, oder ein jeder nur für seinen Anteil, haften, ist nach allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zu bestimmen.

§ 129. Kann in Fällen, wo jedes Mitglied nur für seinen Anteil haftet, von einem oder dem anderen dessen Anteil an der Entschädigung nicht beigetrieben werden, so müssen die übrigen denselben zu gleichen Teilen vertreten.

§ 130. Der Einwand, daß ein Versehen durch den unrichtigen Vortrag eines Mitgliedes, oder durch die von demselben geschehene Abfassung einer dem Schlusse des Collegii nicht gemäßen Verfügung, oder durch andere Pflichtwidrigkeiten oder Fahrlässigkeiten desselben entstanden sei, befreit das Kollegium nicht von der Einlassung auf die Klage.

§ 131. Findet sich aber bei der Untersuchung, daß dieser Einwand seine Richtigkeit habe, so muß der Kläger an dasjenige Mitglied, welches solchergestalt das Versehen unmittelbar begangen hat, vorzüglich sich halten.

§ 132. Nächst diesem haftet der Vorgesetzte, wenn er durch Anwendung der ihm vermöge seines Amtes obliegenden Aufmerksamkeit (§ 90) das vorgefallene Versehen hätte verhüten oder abwenden können.

§ 133. Die übrigen Mitglieder haften nur, in Ermangelung beider, und nur insofern, als besondere Gesetze ihnen eine vorzüglich eigene Aufmerksamkeit auf die Handlungen ihrer Kollegen bei Geschäften dieser Art, ausdrücklich zur Pflicht gemacht haben.

§ 134. Hat der Vorgesetzte das Geschäft ohne Zuziehung des Collegii, oder nur mit Zuziehung einiger Mitglieder vorgenommen, so ist derselbe nur allein, oder nur mit den zugezogenen Mitgliedern verantwortlich.

§ 135. Die nicht zugezogenen Mitglieder sind nur alsdann zur Vertretung gehalten, wenn hiernächst das Geschäft dem Collegio vorgetragen, und zu einer Zeit, da dem Versehen noch abgeholfen werden konnte, von selbigem genehmigt worden.

§ 136. Hat das Kollegium die Besorgung der verschiedenen Arten seiner Geschäfte unter seine Mitglieder eigenmächtig verteilt, so ändert dieses nichts in der Vertretungsverbindlichkeit der Mitglieder gegen die Partei.

§ 137. Doch bleibt den übrigen der Regreß gegen diejenigen Mitglieder vorbehalten, welche die Besorgung des Geschäftes ausschließend übernommen, und dabei das Versehen begangen haben.

§ 138. Sind aber durch Gesetze, Amtsinstruktionen, oder höhere Anweisungen, gewisse Arten von Geschäften einem oder etlichen Mitgliedern zur ausschließenden Besorgung angewiesen, so müssen diese für ein dabei begangenes Versehen, und zwar, wenn mehrere dabei sind, nach Vorschrift §§ 127, 128, 129 haften.

§ 139. Ist dem einen die eigentliche Besorgung des Geschäftes, den übrigen aber eine besondere Aufsicht über ihn solchergestalt angewiesen, so werden letztere nur für die Vernachlässigung dieser Aufsicht verantwortlich.

§ 140. Sind dergleichen zu einem gewissen Geschäfte besonders verordnete Mitglieder oder Subalternen zum Schadens-

[1]) Man vergleiche Anmerkung zu § 88 dieses Titels.

ersatze nicht vermögend, so haften der Vorgesetzte und die übrigen Mitglieder nur insofern, als bei der Auswahl oder Bestellung des Subjektes ein grobes oder mäßiges Versehen begangen, oder die über das Geschäft zu führende allgemeine Aufsicht vernachlässigt worden.

§ 141. In keinem Falle sind Mitglieder eines Collegii zur Vertretung gehalten, wenn ihnen bei dem Geschäfte, worin das Versehen vorgefallen ist, kein Votum zukam.

§ 142. Auch alsdann nicht, wenn sie mit Vorwissen und Genehmigung des Vorgesetzten abwesend waren.

§ 143. Ferner alsdann nicht, wenn sie durch Krankheit der Versammlung des Collegii beizuwohnen verhindert worden.

§ 144. Endlich alsdann nicht, wenn sie überstimmt worden, und ihr Votum schriftlich, unter Anführung der Gründe, zu den Akten gebracht haben.

§ 145. Auch die Erben der Mitglieder haften für den dem Erblasser obliegenden Ersatz, ebenso, wie für andere Schulden desselben.

Elfter Titel.

Von den Rechten und Pflichten der Kirchen- und geistlichen Gesellschaften.

Allgemeine Grundsätze.

§ 1. Die Begriffe der Einwohner des Staats von Gott und göttlichen Dingen, der Glaube und der innere Gottesdienst können kein Gegenstand von Zwangsgesetzen sein.

§ 2. Jedem Einwohner im Staat muß eine vollkommene Glaubens- und Gewissensfreiheit gestattet werden.

§ 3. Niemand ist schuldig, über seine Privatmeinungen in Religionssachen Vorschriften vom Staat anzunehmen.

§ 4. Niemand soll wegen seiner Religionsmeinungen beunruhigt, zur Rechenschaft gezogen, verspottet, oder gar verfolgt werden.

§ 5. Auch der Staat kann von einem einzelnen Unterthan die Angabe, zu welcher Religionspartei sich derselbe bekenne, nur alsdann fordern, wenn die Kraft und Gültigkeit gewisser bürgerlicher Handlungen davon abhängt.

Vom häuslichen Gottesdienste.

§ 7. Jeder Hausvater kann seinen häuslichen Gottesdienst nach Gutbefinden anordnen.

§ 8. Er kann aber Mitglieder, die einer anderen Religionspartei zugethan sind, zur Beiwohnung desselben wider ihren Willen nicht anhalten.

§ 9. Heimliche Zusammenkünfte, welche der Ordnung und Sicherheit des Staats gefährlich werden könnten, sollen, auch unter dem Vorwande des häuslichen Gottesdienstes, nicht geduldet werden.

Religionsgesellschaften.

§ 10. Wohl aber können mehrere Einwohner des Staats zu Religionsübungen sich verbinden.

Kirchengesellschaften.

§ 11. Religionsgesellschaften, welche sich zur öffentlichen Feier des Gottesdienstes verbunden haben, werden Kirchengesellschaften genannt.

Geistliche Gesellschaften.

§ 12. Diejenigen, welche zu gewissen anderen Religionsübungen vereinigt sind, führen den Namen der geistlichen Gesellschaften.

Erster Abschnitt.

Von Kirchengesellschaften überhaupt.

Grundsatz.

§ 13. Jede Kirchengesellschaft ist verpflichtet, ihren Mitgliedern Ehrfurcht gegen die Gottheit, Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den Staat, und sittlich gute Gesinnungen gegen ihre Mitbürger einzuflößen.

Unerlaubte Kirchengesellschaften;

§ 14. Religionsgrundsätze, welche diesem zuwider sind, sollen im Staat nicht gelehrt, und weder mündlich, noch in Volksschriften ausgebreitet werden.

§ 15. Nur der Staat hat das Recht, dergleichen Grundsätze, nach angestellter Prüfung, zu verwerfen, und deren Ausbreitung zu untersagen.

§ 16. Privatmeinungen einzelner Mitglieder machen eine Religionsgesellschaft nicht verwerflich.

öffentlich aufgenommene;

§ 17. Die vom Staat ausdrücklich aufgenommenen Kirchengesellschaften haben die Rechte privilegierter Korporationen.

§ 18. Die von ihnen zur Ausübung ihres Gottesdienstes gewidmeten Gebäude werden Kirchen genannt, und sind als privilegierte Gebäude des Staates anzusehen.

§ 19. Die bei solchen Kirchengesellschaften zur Feier des Gottesdienstes und zum Religionsunterricht bestellten Personen haben mit anderen Beamten im Staat gleiche Rechte.

geduldete.

§ 20. Eine Religionsgesellschaft, welche der Staat genehmigt, ihr aber die Rechte öffentlich aufgenommener Kirchengesellschaften nicht beigelegt hat, genießt nur die Befugnis geduldeter Gesellschaften.

§ 23. Zu dieser gehört die Anstellung gottesdienstlicher Zusammenkünfte in gewissen dazu bestimmten Gebäuden, und die Ausübung der ihren Religionsgrundsätzen gemäßen Gebräuche, sowohl in diesen Zusammenkünften, als in den Privatwohnungen der Mitglieder.

§ 24. Eine bloß geduldete Kirchengesellschaft kann aber das Eigentum solcher Gebäude ohne besondere Erlaubnis des Staates nicht erwerben.

§ 25. Ihr ist nicht gestattet, sich der Glocken zu bedienen, oder öffentliche Feierlichkeiten außerhalb der Mauern ihres Versammlungshauses anzustellen.

§ 26. Die von ihr zur Feier ihrer Religionshandlungen bestellten Personen genießen, als solche, keine besondere persönliche Rechte.

Verhältnis der Kirchengesellschaften gegen den Staat;

§ 27. Sowohl öffentlich aufgenommene, als bloß geduldete Religions- und Kirchengesellschaften müssen sich, in allen Angelegenheiten, die sie mit anderen bürgerlichen Gesellschaften gemein haben, nach den Gesetzen des Staates richten.

§ 28. Diesen Gesetzen sind auch die Obern, und die einzelnen Mitglieder in allen Vorfällen des bürgerlichen Lebens unterworfen.

§ 29. Soll denselben, wegen ihrer Religionsmeinungen, eine Ausnahme von gewissen Gesetzen zu statten kommen, so muß dergleichen Ausnahme vom Staat ausdrücklich zugelassen sein.

§ 30. Ist dieses nicht geschehen, so kann zwar der Anhänger einer solchen Religionsmeinung etwas gegen seine Ueberzeugung zu thun nicht gezwungen werden;

§ 31. Er muß aber die nachteiligen Folgen, welche die Gesetze mit ihrer unterlassenen Beobachtung verbinden, sich gefallen lassen.

§ 32. Die Privat- und öffentliche Religionsübung einer jeden Kirchengesellschaft ist der Oberaufsicht des Staates unterworfen.

§ 33. Der Staat ist berechtigt, von demjenigen, was in den Versammlungen der Kirchengesellschaft gelehrt und verhandelt wird, Kenntnis einzuziehen.

§ 34. Die Anordnung öffentlicher Bet-, Dank- und anderer außerordentlicher Festtage hängt allein vom Staat ab.

§ 35. Inwiefern die bereits angeordneten Kirchenfeste mit Einstellung aller Handarbeiten und bürgerlichen Gewerbe begangen werden sollen, oder nicht, kann nur der Staat bestimmen.

gegen andere Kirchengesellschaften;

§ 36. Mehrere Kirchengesellschaften, wenn sie gleich zu einerlei Religionspartei gehören, stehen dennoch unter sich in keiner notwendigen Verbindung.

§ 37. Kirchengesellschaften dürfen so wenig, als einzelne Mitglieder derselben, einander verfolgen oder beleidigen.

§ 38. Schmähungen und Erbitterung verursachende Beschuldigungen müssen durchaus vermieden werden.

gegen ihre Mitglieder.

§ 39. Protestantische Kirchengesellschaften des Augsburgischen Glaubensbekenntnisses sollen ihren Mitgliedern wech-

felseitig die Teilnahme auch an ihren eigentümlichen Religionshandlungen nicht versagen, wenn dieselben keine Kirchenanstalt ihrer eignen Religionspartei, deren sie sich bedienen können, in der Nähe haben.

§ 40. Jedem Bürger des Staats, welchen die Gesetze fähig erkennen, für sich selbst zu urteilen, soll die Wahl der Religionspartei, zu welcher er sich halten will, freistehen.

§ 41. Der Uebergang von einer Religionspartei zu einer anderen geschieht in der Regel durch ausdrückliche Erklärung.

§ 42. Die Teilnehmung an solchen Religionshandlungen, wodurch eine Partei sich von der andern wesentlich unterscheidet, hat die Kraft einer ausdrücklichen Erklärung, wenn nicht das Gegenteil aus den Umständen deutlich erhellt (§ 39).

§ 43. Keine Religionspartei soll die Mitglieder der andern durch Zwang oder listige Ueberredungen zum Uebergange zu verleiten sich anmaßen.

§ 44. Unter dem Vorwande des Religionseifers darf niemand den Hausfrieden stören, oder Familienrechte kränken.

§ 45. Keine Kirchengesellschaft ist befugt, ihren Mitgliedern Glaubensgesetze wider ihre Ueberzeugung aufzudringen.

§ 46. Wegen der äußeren Form und Feier des Gottesdienstes kann jede Kirchengesellschaft dienliche Ordnungen einführen.

§ 47.[1]) Dergleichen Anordnungen müssen jedoch dem Staat zur Prüfung, nach dem § 13 bestimmten Grundsatze, vorgelegt werden.

§ 48. Nach erfolgter Genehmigung haben sie mit anderen Polizeigesetzen gleiche Kraft und Verbindlichkeit.

§ 49. Sie können aber auch ohne Genehmigung des Staates nicht verändert, noch wieder aufgehoben werden.

§ 50. Jedes Mitglied einer Kirchengesellschaft ist schuldig, sich der darin eingeführten Kirchenzucht zu unterwerfen.[2])

Zweiter Abschnitt.

Von den Mitgliedern der Kirchengesellschaften.

Geistliche Mitglieder.

§ 58. Die Kirchengesellschaft besteht aus geistlichen und weltlichen Mitgliedern.

§ 59. Diejenigen, welche bei einer christlichen Kirchengemeine zum Unterricht in der Religion, zur Besorgung des Gottesdienstes, und zur Verwaltung der Sakramente bestimmt sind, werden Geistliche genannt.

Erfordernisse derselben.

§ 60. Niemand darf ohne Vorwissen und Genehmigung derjenigen, deren Einwilligung zur Wahl einer Lebensart erfordert wird, zu einem geistlichen Amte sich bestimmen.

§ 61. Ohne vorhergegangene genaue Prüfung seiner Kenntnisse, und seines bisher geführten Wandels, soll niemand zu einem geistlichen Amte gelassen werden.

§ 62. Die übrigen Erfordernisse zu einem geistlichen Amte bleiben, nach Verschiedenheit der Religionsparteien, den vom Staat genehmigten Grundgesetzen und Verfassungen derselben vorbehalten.

Bestallung.

§ 63. Die Befugnis zur Ausübung aller geistlichen Amtsverrichtungen wird durch die Ordination verliehen.

---

[1]) Zu den §§ 47 bis 49 vergleiche man jetzt die §§ 6, 7 der General-Synodal-Ordnung für die evangelische Landeskirche der acht ältern Provinzen der Monarchie vom 20. Januar 1876.

[2]) Man vergleiche § 1 des Gesetzes über die Grenzen des Rechtes zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel vom 13. Mai 1873.

> § 1. Keine Kirche oder Religionsgesellschaft ist befugt, andere Straf- oder Zuchtmittel anzudrohen, zu verhängen oder zu verkünden, als solche, welche dem rein religiösen Gebiete angehören oder die Entziehung eines innerhalb der Kirche oder Religionsgesellschaft wirkenden Rechts oder die Ausschließung aus der Kirchen- oder Religionsgesellschaft betreffen.
>
> Straf- oder Zuchtmittel gegen Leib, Vermögen, Freiheit oder bürgerliche Ehre sind unzulässig.

§ 64. Landesunterthanen sollen, ohne besondere Erlaubnis, die Ordination zu geistlichen Aemtern bei auswärtigen Behörden nicht nachsuchen oder annehmen.

§ 65. Die Ordination soll niemandem erteilt werden, ehe er ein geistliches Amt, welches ihm seinen Unterhalt gewährt, zu übernehmen Gelegenheit hat.

Rechte und Pflichten in Ansehung des Amtes.

§ 66. Die besonderen Rechte und Pflichten eines katholischen Priesters, in Ansehung seiner geistlichen Amtsverrichtungen, sind durch die Vorschriften des Kanonischen Rechts, der protestantischen Geistlichen aber, durch die Konsistorial- und Kirchenordnungen bestimmt.

§ 67. Alle Geistlichen müssen sich, bei Verlust ihres Amtes, eines ehrbaren und dem Volke unanstößlichen Lebenswandels vorzüglich befleißigen.

§ 68. Auch in gleichgültigen Dingen müssen sie alle Gelegenheit zum Anstoße für die Kirchengemeine sorgfältig vermeiden.

§ 69. Aller zudringlichen Einmischungen in Privat- und Familienangelegenheiten müssen sie sich enthalten.

§ 70. Durch vorsichtiges und sanftmütiges Betragen müssen sie die Liebe und das Vertrauen der Gemeine zu erwerben suchen.

§ 71. Ueberhaupt müssen sie in Lehre und Wandel ihren Zuhörern mit einem guten Beispiel der Sanftmut und Verträglichkeit, selbst gegen fremde Religionsverwandte, vorgehen.

§ 72. Auch die Personen, welche zu ihrer Familie gehören, müssen sie zu einer ordentlichen, stillen und bescheidenen Aufführung anhalten.

§ 73. In ihren Amtsvorträgen, und bei dem öffentlichen Unterricht, müssen sie zum Anstoße der Gemeine nichts einmischen, was den Grundbegriffen ihrer Religionspartei widerspricht.

§ 74. Inwiefern sie, bei innerer Ueberzeugung von der Unrichtigkeit dieser Begriffe, ihr Amt dennoch fortsetzen können, bleibt ihrem Gewissen überlassen.

§ 75. Auch außer der Kirche müssen Geistliche, denen die Seelsorge bei einer Kirchengesellschaft anvertraut ist, an der Belehrung und moralischen Besserung ihrer Mitglieder unermüdet arbeiten.

§ 76. Zu Privatmahnungen, insofern dieselben mit Sanftmut und Bescheidenheit geschehen, sind sie berechtigt.

§ 77. Wenn sie einem Mitgliede der Gemeine seine Vergehungen insgeheim vorhalten, so sind sie nicht schuldig, die Quellen ihrer davon erhaltenen Nachrichten anzugeben.

§ 78. Dergleichen geheime Vorhaltungen sollen niemals für Injurien angesehen werden.

§ 79. Fehlen sie dabei aus Mangel an Sanftmut und Bescheidenheit, so müssen die geistlichen Obern sie deshalb zurechtweisen.

§ 80. Was einem Geistlichen unter dem Siegel der Beichte, oder der geistlichen Amtsverschwiegenheit anvertraut worden, das muß er, bei Verlust seines Amtes, geheim halten.

§ 81. Auch zum gerichtlichen Zeugnisse über den Inhalt solcher Eröffnungen kann ein Geistlicher ohne den Willen desjenigen, der ihm dieselben anvertraut hat, nicht aufgefordert werden.

§ 82. Soweit aber die Offenbarung eines solchen Geheimnisses notwendig ist, um eine dem Staat drohende Gefahr abzuwenden, oder ein Verbrechen zu verhüten, oder den schädlichen Folgen eines schon begangenen Verbrechens abzuhelfen oder vorzubeugen, muß der Geistliche dasselbe der Obrigkeit anzeigen.

§ 83. In öffentlichen Vorträgen muß jeder Geistliche aller persönlichen Anzüglichkeiten sich enthalten.

§ 84. Schilderungen der in einer Gemeine herrschenden Laster sind keine Anzüglichkeiten.

§ 85. Sie arten aber darin aus, wenn Personen genannt, oder durch individuelle Nebenumstände kundbar gemacht werden.

§ 86. Kein Geistlicher darf eigenmächtig irgend ein Mitglied der Gemeine von Beiwohnung des Gottesdienstes, oder von den Sakramenten ausschließen.

§ 87. Findet er Bedenken, jemanden zuzulassen, so muß er demselben dies Bedenken in Zeiten mit vernünftiger Schonung eröffnen.

§ 88. Besteht derselbe dennoch auf seiner Zulassung, so muß der Geistliche den Vorfall, mit Verschweigung des Namens, seinen geistlichen Obern anzeigen und nach deren Vorbescheidung sich achten.

§ 89. Nur in Fällen, wenn jemand zu einer gottesdienstlichen Handlung in der Trunkenheit, in anstößiger und ärgerlicher Kleidung, oder sonst in einem Zustande sich darstellt, in welchem er, ohne offenbaren Anstoß und grobes Aergernis der Gemeine, oder seiner Mitgenossen bei dieser Handlung nicht zugelassen werden kann, mag der Geistliche einen solchen Menschen, bis auf weitere Verfügung der Behörde, zurückweisen.

§ 90. Der einmal Zurückgewiesene (§§ 87, 89) muß die Vorbescheidung der geistlichen Obern abwarten.

§ 91. Kein Geistlicher kann ein Mitglied der Gemeine zur Beiwohnung des Gottesdienstes, und zum Gebrauche der Sakramente, durch äußern Zwang anhalten.

§ 92. Auch zu Haus- und Krankenbesuchen darf er sich niemandem gegen dessen erklärte Abneigung aufdringen.

Rechte und Pflichten in ihren Privatangelegenheiten.

§ 93. Geistliche dürfen weder für sich selbst, noch durch die in ihrem Hause lebende Familie, Kaufmannschaft oder bürgerliche Gewerbe treiben.

§ 94. Wenn ihnen der Genuß gewisser Grundstücke zu ihrem Unterhalt angewiesen worden, so mögen sie deren Kultur und den Absatz der darauf gewonnenen Erzeugnisse selbst besorgen.

§ 95. Außerdem dürfen sie nur unter Genehmigung ihrer Obern, und nur insofern, als es ohne Vernachlässigung ihres Amtes geschehen kann, sich mit der Landwirtschaft beschäftigen.

§ 96. Die Geistlichen der vom Staat privilegierten Kirchengesellschaften sind, als Beamte des Staates, der Regel nach von den persönlichen Lasten und Pflichten des gemeinen Bürgers frei.

§ 98. In den Angelegenheiten des bürgerlichen Lebens werden alle Geistliche, ohne Unterschied der Religion, nach den Gesetzen des Staats beurteilt.

§ 99. Nach diesen Gesetzen behalten sowohl alle protestantischen, als die katholischen Weltgeistlichen, die freie Disposition über ihr Vermögen.

§ 100. Auch dasjenige, was sie aus den Einkünften ihres geistlichen Amtes erworben haben, gehört zu ihrem freien Eigentum.

§ 101. Nur da, wo Provinzialgesetze, oder vom Staat gebilligte Statuten, der Kirche ein Erbrecht auf einen gewissen Teil dieses Erwerbes beilegen, hat es dabei sein Bewenden.

Wie das geistliche Amt aufhöre.

§ 102. Seinem geistlichen Amte kann ein jeder entsagen.

§ 103. Kriminalverbrechen und grobe Vergehungen gegen die Kirchenordnungen, und die darin vorgeschriebenen geistlichen Amtspflichten, ingleichen ein ärgerlicher Lebenswandel, begründen die Entsetzung eines Geistlichen.

§ 104. Durch öffentliche, den geistlichen Obern angezeigte Entsagung des geistlichen Standes, sowie durch Entsetzung eines Geistlichen von seinem Amte, gehen alle damit verbundenen äußeren Rechte verloren.

§ 105. Auch darf ein solcher gewesener Geistlicher, bei Vermeidung nachdrücklicher Strafe, sich keine Amtsverrichtungen mehr anmaßen.

§ 106. Thut er es dennoch, so haben die Amtshandlungen, die er sich anmaßt, keine bürgerliche Gültigkeit, und er selbst bleibt denen, welche dadurch Schaden leiden, verantwortlich (Tit. 10 § 76 bis 82).

§ 107. Wenn und wie ein katholischer Priester, bei der Entsetzung, auch seines geistlichen Charakters verlustig werde, ist nach den Grundsätzen seiner Kirche zu beurteilen.

Weltliche Mitglieder.

§ 108. Die weltlichen Mitglieder einer Kirchengesellschaft haben das Recht, sich der Anstalten der Gesellschaft zu ihren Religionshandlungen zu bedienen.

§ 109. Sie müssen sich aber dabei den bei dieser Gesellschaft eingeführten Ordnungen und Verfassungen unterwerfen.

§ 110. Solange sie Mitglieder der Gesellschaft bleiben, müssen sie zur Unterhaltung der Kirchenanstalten, nach den Verfassungen der Gesellschaft, beitragen.

§ 111. Nur der Staat kann bestimmen, zu welcher der verschiedenen Kirchengemeinen seiner eigenen Religionspartei jeder Einwohner als ein beitragendes Mitglied gerechnet werden soll.

Dritter Abschnitt.

Von den Obern und Vorgesetzten der Kirchengesellschaften.[1])

Von dem geistlichen Departement.[2])

§ 113. Die dem Staat über die Kirchengesellschaften nach den Gesetzen zukommenden Rechte werden von dem geistlichen Departement[2]) insofern verwaltet, als sie nicht dem Oberhaupte des Staates ausdrücklich vorbehalten sind.

§ 114. Außerdem aber stehen die Kirchengesellschaften einer jeden vom Staat aufgenommenen Religionspartei unter der Direktion ihrer geistlichen Obern.

Von Bischöfen.

§ 115. Bei den katholischen Glaubensgenossen ist der Bischof der gemeinschaftliche Vorgesetzte aller Kirchengesellschaften des ihm angewiesenen Distriktes.

§ 116. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Staates kann keine Kirchengesellschaft von dieser Unterordnung gegen den Bischof der Diöcese ausgenommen werden.

Verhältnis derselben gegen den Staat.

§ 119. Diejenigen Gerechtsame über die Kirchengesellschaften, welche nach den Gesetzen dem Staat vorbehalten sind, kann der Bischof nur insofern ausüben, als ihm eine oder die andere derselben von dem Staat ausdrücklich verliehen worden.

Diöcesanrechte.

§ 120. Ohne Zuthun und Approbation des Bischofs der Diöcese, oder dessen Vikarien, soll niemand zum Priester aufgenommen, zu einem geistlichen Amte befördert, oder auch nur zum öffentlichen Lehrvortrage in einer Kirchengemeine zugelassen werden.

§ 121. Dem Bischof gebührt die Aufsicht über die Amtsführung, Lehre und Wandel der seiner Diöcese unterworfenen Geistlichen.

§ 122. Diese sind ihm Ehrfurcht, und in Angelegenheiten ihres geistlichen Amtes Gehorsam schuldig.

§ 123. Der Bischof ist berechtigt, bei den Kirchen seiner Diöcese, so oft er es nötig findet, Visitationen vorzunehmen.

§ 124. Die Rechte der Kirchenzucht gebühren nur dem Bischof.

§ 126. Geistliche katholischer Religion, die sich in ihrer Amtsführung grober Vergehen schuldig gemacht haben, müssen nach dem Erkenntnisse des geistlichen Gerichts bestraft werden.

---

[1]) Dieser und die folgenden Abschnitte sind in vielen Punkten abgeändert, hauptsächlich durch folgende Gesetze und Verordnungen:

Gesetz vom 3. Juni 1876, betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen, abgeändert durch Gesetz vom 28. Mai 1894.

Verordnung vom 9. September 1876, über die Ausübung der Rechte des Staats gegenüber der evangelischen Landeskirche der acht älteren Provinzen.

Verordnung vom 5. September 1877, betreffend den Uebergang der Verwaltung der Angelegenheiten der evangelischen Landeskirche auf den Evangelischen Oberkirchenrat und die Konsistorien der acht älteren Provinzen der Monarchie.

Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen vom 10. September 1873.

Generalsynodal-Ordnung für die evangelische Landeskirche der acht älteren Provinzen der Monarchie vom 20. Januar 1876.

Kirchengesetz vom 18. Juli 1892, betreffend die kirchliche Aufsicht über die Vermögensverwaltung der Kirchengemeinde.

Gesetz vom 20. Juni 1875 über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden.

Gesetz vom 7. Juni 1876 über die Aufsichtsrechte des Staats bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen.

[2]) Jetzt: Ministerium für die geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten.

§ 129. Auch über ein Privatintereſſe, welches bei Gelegenheit einer Amtshandlung entſtanden iſt, gebührt das Erkenntnis in der Regel den weltlichen Gerichten.

§ 130. Der Biſchof kann in den verſchiedenen Verrichtungen ſeines Amtes durch andere Geiſtliche, die ihm untergeordnet ſind, vertreten werden.

§ 131. Diejenigen, welchen dergleichen Vertretung, nach der beſonderen Verfaſſung einer jeden Diöceſe, vermöge ihres Amtes zukommt und obliegt, werden zur höhern Geiſtlichkeit gerechnet.

§ 132. Auch anderen Geiſtlichen kann der Biſchof, bei einzelnen Vorfällen ſeines Amtes, nach Gutbefinden Aufträge machen.

§ 134. Alle Obern der Geiſtlichkeit ſind dem Staat zur vorzüglichen Treue und Gehorſam verpflichtet.

Von auswärtigen Biſchöfen.

§ 135. Kein auswärtiger Biſchof, oder anderer geiſtlicher Obere darf ſich in Kirchenſachen eine geſetzgebende Macht anmaßen.

§ 136. Auch darf er irgend einige andere Gewalt, Direktion oder Gerichtsbarkeit in ſolchen Sachen, ohne ausdrückliche Einwilligung des Staates, nicht ausüben.

§ 137. Kein Unterthan des Staates, geiſtlichen oder weltlichen Standes, kann unter irgend einem Vorwande zu der Gerichtsbarkeit auswärtiger geiſtlicher Obern gezogen werden.

§ 138. Iſt dergleichen auswärtigen Obern eine Direktion oder Gerichtsbarkeit innerhalb der Grenzen des Staates zugeſtanden, ſo müſſen ſie, zu deren Verwaltung, einen vom Staate genehmigten Vikarius innerhalb Landes beſtellen.

§ 139. Ein ſolcher Vikarius muß nicht nur ſelbſt die den einländiſchen Biſchöfen vorgeſchriebenen Grenzen genau beobachten, ſondern auch nicht geſtatten, daß dieſe Grenzen von ſeinen auswärtigen Obern überſchritten werden.

§ 140. Vielmehr muß er, wenn etwas dergleichen, ſo er nicht hintertreiben kann, unternommen wird, dem Staat davon in Zeiten getreue Anzeige machen.

Proteſtantiſche Conſiſtoria.

§ 143. Bei den Proteſtanten kommen die Rechte und Pflichten des Biſchofs in Kirchenſachen, der Regel nach, den Conſiſtoriis zu.[1])

Mediatconſiſtoria.

§ 147. Mediatconſiſtoria, wo dergleichen vorhanden ſind, ſtehen, der Regel nach, unter der Aufſicht des Oberconſiſtorii der Provinz.

§ 148. Ausnahmen davon, und unmittelbare Unterordnung unter das geiſtliche Departement müſſen beſonders dargethan werden.

§ 149. Es ſollen aber auch die Oberconſiſtoria den untergeordneten Mediatconſiſtoriis in Ausübung ihrer Gerechtſame keinen Eintrag thun.

Superintendenten, Inſpektoren und Erzprieſter.

§ 150. Superintendenten, Inſpektoren und Erzprieſter ſind untergeordnete Aufſeher einzelner Diöceſen oder Kreiſe.

§ 151. Sie ſtehen unter der Direktion des Biſchofs oder der Konſiſtorien, und werden von denſelben unter Genehmigung des Staates ausgewählt und beſtellt.

§ 152. Ihr Amt beſteht eigentlich nur in der Aufſicht über die zu ihrem Kreiſe geſchlagenen Kirchen und Geiſtlichen.

§ 153. Letztere ſind ihnen von ihrer Amtsführung, Lehre und Wandel, auf jedesmaliges Verlangen, Rechenſchaft zu geben ſchuldig.

§ 154. Beſonders müſſen dieſe Aufſeher die Kirchenviſitationen ordentlich und ſorgfältig vornehmen; dabei auch von der Beſchaffenheit und Verwaltung des Kirchenvermögens, ſowie von dem Bauſtande der Kirchen- und Pfarrgebäude, genaue Erkundigung einziehen, und davon ſowohl, als von der Amtsführung der Prediger und übrigen Kirchenbedienten, ihren vorgeſetzten Obern treulich berichten.

§ 155. Zu entſcheidenden Verfügungen, ſowie überhaupt zu anderen Geſchäften, ſind ſie ohne beſonderen Auftrag ihrer Obern nicht befugt.

---

[1]) Man vergleiche jetzt das Geſetz, betreffend die evangeliſche Kirchenverfaſſung in den acht älteren Provinzen der Monarchie, vom 3. Juni 1876.

Kirchencollegia.[1])

§ 156. Die Collegia einzelner Kirchen bestehen aus den Geistlichen und den ihnen zugeordneten Vorstehern.

§ 157. Diesen kommt die Verwaltung der äußeren Rechte der Kirchengesellschaft zu.

§ 158. Sie sind der Aufsicht der Erzpriester oder Inspektoren untergeordnet.

Vierter Abschnitt.

Von den Gütern und dem Vermögen der Kirchengesellschaften.

Was Kirchenvermögen sei.

§ 160. Zu dem Vermögen der Kirchengesellschaften gehören die Gebäude, liegenden Gründe, Kapitalien und alle Einkünfte, welche zur anständigen Unterhaltung des äußeren Gottesdienstes für jede Kirchengemeine nach deren Verfassung bestimmt sind.

Verhältnis desselben gegen den Staat;

§ 161. Das Kirchenvermögen steht unter der Oberaufsicht und Direktion des Staates.

§ 162. Der Staat ist berechtigt, darauf zu sehen, daß die Einkünfte der Kirchen zweckmäßig verwendet werden.

§ 163. Ihm kommt es zu, dafür zu sorgen, daß nützliche Anstalten aus Mangel des Vermögens nicht zu Grunde gehen.

§ 164. Für den Unterhalt der bei einer Kirchengesellschaft angesetzten Beamten muß die Gesellschaft selbst sorgen.

§ 165. Kirchen, welche, gleich anderen Gesellschaften im Staate, den Schutz desselben bei ihrem Vermögen genießen, sind auch von diesem Vermögen, soweit ihnen nicht aus besonderen Gesetzen und Verfassungen gewisse Freiheiten zu statten kommen, zu den Lasten des Staates beizutragen verbunden.

§ 166. Sind Kirchengesellschaften, vermöge besonderer Privilegien, oder Verordnungen, von gewissen Lasten in Ansehung ihrer liegenden Gründe frei, so kann doch diese Befreiung, wofern das Privilegium, oder die Verordnung es nicht ausdrücklich festsetzt, auf nachher erst erworbene Grundstücke nicht ausgedehnt werden.

gegen die geistlichen Obern.

§ 167. Das Kirchenvermögen steht unter der Aufsicht der geistlichen Obern.

§ 168. Diese sind schuldig, für die Unterhaltung und zweckmäßige Verwendung desselben, nach der Verfassung einer jeden Kirchengesellschaft, zu sorgen.

§ 169. Keinem auswärtigen geistlichen Obern soll erlaubt sein, sich irgend eine Aufsicht oder Direktion über das Vermögen inländischer Kirchen unmittelbar anzumaßen.

Kirchengebäude.

§ 170. Kirchen und andere dahin gehörige Gebäude sind ausschließend das Eigentum der Kirchengesellschaft, zu deren Gebrauche sie bestimmt sind.

§ 171. Auch durch Veränderung ihrer Religionsgrundsätze verliert eine Kirchengesellschaft nicht das Eigentum der ihr gewidmeten Kirchengebäude.

§ 172. Wenn aber die Kirchengesellschaft ganz aufhört, so gilt von diesen Gebäuden alles das, was von dem Vermögen erloschener Gesellschaften überhaupt im sechsten Titel § 189 ff. verordnet ist.

§ 173. Kirchengebäude, soweit sie zur Feier des Gottesdienstes und zu gottesdienstlichen Handlungen bestimmt sind, dürfen ohne die Einwilligung der Gemeine zu anderen Zwecken nicht gebraucht werden.

§ 174. Die Kirchengebäude sind von den gemeinen Lasten des Staates frei und genießen alle Vorrechte der dem Staat zustehenden öffentlichen Gebäude.

§ 175. Sie sollen zu keinen Freistätten für Verbrecher dienen, sondern die weltliche Obrigkeit ist berechtigt, diejenigen, welche sich dahin geflüchtet haben, herauszuholen und ins Gefängnis bringen zu lassen.

Von Errichtung neuer Kirchen.

§ 176. Neue Kirchen können nur unter ausdrücklicher Genehmigung des Staats erbaut werden.

§ 177. Eine Kirchengesellschaft kann

[1]) Man vergleiche jetzt: Anmerkung auf Seite 626.

auf diese Erlaubnis nur alsdann Anspruch machen, wenn sie erhebliche Gründe der Notwendigkeit oder des Nutzens, und zugleich hinlängliche Mittel zum Baue und zur Unterhaltung eines solchen neuen Kirchensystems, ohne besorglichen Ruin der gegenwärtigen und künftigen Mitglieder, nachweisen kann.

§ 178. Durch Errichtung neuer Kirchen sollen die Rechte, oder vom Staat genehmigten Verfassungen anderer schon vorhandener Kirchengesellschaften nicht beeinträchtigt werden.

Kirchengerätschaften.

§ 179. Kirchengefäße und andere zum unmittelbaren gottesdienstlichen Gebrauche gewidmete Sachen haben mit den Kirchengebäuden, der Regel nach, gleiche Rechte.

§ 180. Solche Gerätschaften können in der Regel nur wegen einer dringenden Notwendigkeit, unter Genehmigung des Staates und der geistlichen Obern, veräußert werden.

§ 181. Doch können der Staat und die geistlichen Obern dergleichen Veräußerung überflüssiger Kirchengerätschaften, auch wegen eines für die Kirchengesellschaft zu hoffenden sicheren und überwiegenden Nutzens, zulassen.

§ 182. Wenn aber solche Gerätschaften aus Stiftungen herrühren, so finden dabei die Vorschriften des sechsten Titels § 73 ff. Anwendung.

Kirchhöfe.

§ 183. Kirchhöfe oder Gottesäcker und Begräbnisplätze, welche zu den einzelnen Kirchen gehören, sind der Regel nach das Eigentum der Kirchengesellschaften.

§ 184. In den Kirchen, und in bewohnten Gegenden der Städte sollen keine Leichen beerdigt werden.

§ 185. Bei Verlegung der Begräbnisplätze können diejenigen, welche bisher erbliche Familienbegräbnisse in den Kirchen besessen haben, die unentgeltliche Anweisung eines schicklichen Platzes dazu auf dem neuen Kirchhofe fordern.

§ 186. Ohne Anzeige bei den geistlichen Obern sollen Leichen anderswo, als auf einem öffentlichen Kirchhofe, nicht begraben werden.

§ 187. Niemand kann, durch Veranstaltung eines solchen Privatbegräbnisses, der Kirchenkasse und der Geistlichkeit die ihnen zukommenden Abgaben entziehen.

§ 189. Auch die im Staat aufgenommenen Kirchengesellschaften der verschiedenen Religionsparteien dürfen einander wechselweise, in Ermangelung eigner Kirchhöfe, das Begräbnis nicht versagen.

§ 190. Wo der Kirchhof erweislich nicht der Kirchengesellschaft, sondern der Stadt- oder Dorfgemeine gehört, da kann jedes Mitglied der Gemeine, ohne Unterschied der Religion, auch auf das Begräbnis daselbst Anspruch machen.

Geläute.

§ 191. Das bei einer Kirche befindliche Geläute ist in der Regel als ein Eigentum der Kirchengesellschaft anzusehen.

§ 192. Wo nach Verträgen oder hergebrachter Observanz, auch eine andere Gemeine oder Religionspartei auf den Gebrauch desselben Anspruch machen kann, da kann dennoch dieser Mitgebrauch während des Gottesdienstes der Kirchengesellschaft, welcher die Glocken gehören, nicht verlangt werden.

Uebriges Vermögen.

§ 193. Die vom Staat ausdrücklich aufgenommenen Kirchengesellschaften sind, auch bei Erwerbung, Verwaltung und Veräußerung ihres Vermögens, anderen privilegierten Korporationen gleich zu achten (Tit. 6 §§ 70, 71, 72, 81 ff.).

§ 194. Keine Kirchengesellschaft kann, ohne ausdrückliche Bewilligung des Staates, liegende Gründe an sich bringen.

§ 195. Ohne Vorwissen und besondere Erlaubnis des Oberhauptes im Staate darf keiner ausländischen Kirche etwas verabfolgt werden.

§ 196. Die Strafe trifft denjenigen, auf dessen Veranstaltung die Sache oder Summe der ausländischen Kirche ausgehändigt worden.

Verwaltung des Kirchenvermögens.

§ 217. Die Verwaltung des Kirchenvermögens liegt den Kirchenkollegien, unter Aufsicht der geistlichen Obern, ob.

§ 218. Von diesen gilt, der Regel nach, alles, was wegen der Beamten privilegierter Korporationen verordnet ist (Tit. 6 § 147 ff.).

Veräußerung.

§ 219. Grundstücke und Gerechtigkeiten, die einer Kirche gehören, können, ohne ausdrückliche Genehmigung des Staates, nicht veräußert werden.

§ 221. Die Genehmigung kann nur alsdann nachgesucht werden, wenn die Veräußerung zum Besten der Kirche notwendig, oder von erheblichem Nutzen ist.

§ 222. Die öffentliche Subhastation ist zur Gültigkeit einer solchen Veräußerung nicht wesentlich notwendig.

Anh. § 126. Bei Veräußerung unbeweglicher Grundstücke der Kirchen und anderer geistlicher Stiftungen, sowie bei Erb- und Zeitverpachtungen (letztere über sechs Jahre) soll zwar in der Regel eine freiwillige Subhastation veranlaßt werden, es soll jedoch von dem Ermessen der geistlichen Obern abhängen, ob nach aufgenommener gerichtlicher Taxe, nach dem Gutachten der Untergerichte, Inspektoren und Prediger, die Subhastation noch erforderlich sei, und deren Unterlassung soll keine Ungültigkeit nach sich ziehen.

§ 223. Die ohne den erforderlichen Konsens geschehene Veräußerung eines solchen Eigentums der Kirche ist nichtig.

§ 224. Dagegen kann dieselbe, wenn die Einwilligung der Behörde hinzugekommen ist, unter dem Vorwande, daß sie unnötig oder nicht nützlich gewesen sei, nicht angefochten werden.

§ 225. Vielmehr finden dagegen nur eben die Einwendungen und Rechtsmittel, wie gegen jede andere Veräußerung, statt.

§ 226. Doch bleibt derjenige, welcher durch unrichtige Vorspiegelungen oder sonst, vorsätzlich oder aus grobem Versehen, die Einwilligung zu einer nicht notwendigen oder schädlichen Veräußerung bewirkt hat, der Kirche zur vollständigen Schadloshaltung verhaftet.

Verpfändung.

§ 227. Zu Verpfändungen des unbeweglichen Kirchenvermögens ist die Einwilligung des Bischofs, und bei protestantischen Kirchen, des Consistorii notwendig.

Besondere Vorrechte des Kirchenvermögens.

§ 228. Die Kirchengesellschaften genießen, in Ansehung der mit ihnen selbst, oder mit ihren Repräsentanten und Vorstehern, über ihr Vermögen verhandelten Geschäfte und geschlossenen Verträge, die Rechte der Minderjährigen.

Verhältnisse der Mitglieder.

§ 235. Die Verhältnisse zwischen den Kirchengesellschaften und deren Mitgliedern, in Ansehung der Güter und des Vermögens der ersteren, sind nach den allgemeinen Grundsätzen von Korporationen überhaupt, und demnächst nach der unter Genehmigung des Staates hergebrachten Verfassung einer jeden einzelnen Kirchengesellschaft bestimmt.

§ 236. Bei eigentlichen Parochialkirchen sind nähere Bestimmungen gesetzlich vorgeschrieben.

Fünfter Abschnitt.

Von Parochien.

Begriff.

§ 237. Derjenige Distrikt, in welchem Glaubensverwandte einer vom Staate öffentlich aufgenommenen Religionspartei zu einer gemeinschaftlichen Kirche angewiesen sind, wird eine Parochie genannt.

Errichtung und Grenzen.

§ 238. Neue Parochien können nur vom Staat, unter Zuziehung der geistlichen Obern, errichtet, und die Grenzen derselben bestimmt werden.

§ 239. Bei Veränderungen in schon errichteten Parochien muß der Staat alle diejenigen, welche ein Interesse dabei haben, rechtlich hören, und die ihnen etwa zukommenden Entschädigungen festsetzen.

§ 240. Alle dergleichen Streitigkeiten, sowie diejenigen, welche über die Grenzen zwischen zwei oder mehreren Parochien entstehen, müssen von der weltlichen Obrigkeit durch den ordentlichen Weg Rechtens entschieden werden.

§ 241. Sind die Grenzen eines Kirchspiels in öffentlichen Urkunden deutlich bestimmt, so findet dagegen die gewöhnliche Verjährung nicht statt.

§ 242. Fehlt dergleichen deutliche Bestimmung, so muß die bisherige Gewohnheit, zu welcher Kirche die Bewohner der

streitigen Grundstücke sich in den letzten zehn Jahren gleichförmig gehalten haben, den Ausschlag geben.

§ 243. Kann keine solche gleichförmige Observanz ausgemittelt werden, so ist keine der streitenden Parochien zum Pfarrzwange über dergleichen Einwohner berechtigt, sondern es finden die Vorschriften § 293 ff. Anwendung.

Von Mutter- und Tochter- ingleichen von vereinigten Mutterkirchen.

§ 244. Zum Gebrauche einer Parochie können mehrere Kirchen errichtet, sowie mehrere Parochien zu einer Kirche oder unter einem gemeinschaftlichen Pfarrer zusammengeschlagen werden.

§ 245. Wenn in einer Parochie, außer der Haupt- und ursprünglichen Pfarrkirche, mehrere Nebenkirchen in entlegenen Gegenden, zur Bequemlichkeit der daselbst wohnhaften Eingepfarrten errichtet worden, so werden dieselben Tochterkirchen genannt.

§ 246. Wenn aber, nach Erfordernis der Umstände, und um die Kosten zur Unterhaltung des öffentlichen Gottesdienstes zu erleichtern, mehrere Parochien und deren Kirchen zusammengeschlagen werden, so heißen dieselben vereinigte Mutterkirchen.

§ 247. Von dergleichen zusammengeschlagenen Mutterkirchen behält jede ihre ursprünglichen Rechte, und sie können, nach Beschaffenheit der Umstände, unter Genehmigung der geistlichen Obern, wieder getrennt werden.

§ 248. Es ändert darunter nichts, wenngleich derjenigen Kirche, bei welcher der Prediger nicht wohnt, im gemeinen Sprachgebrauche der Name Tochterkirche beigelegt worden.

§ 249. Eigentliche Tochterkirchen aber sind von der Haupt- oder Mutterkirche abhängig und können sich von ihr ohne Einwilligung der Hauptgemeine nicht trennen.

§ 250. Im zweifelhaften Falle streitet die Vermutung gegen die Eigenschaft einer Tochterkirche.

§ 251. Wenn erhellt, daß die eine Kirche aus den Mitteln der anderen errichtet oder dotiert worden, so ist dies zum Beweise, daß jene eine Tochterkirche von dieser sei, wenn nicht das Gegenteil aus den vorhandenen Urkunden klar erhellt, hinreichend.

§ 252. Inwiefern die vereinigten Kirchen zum Unterhalte des gemeinschaftlichen Pfarrers und seiner Gehilfen beitragen müssen, beruht hauptsächlich auf Verträgen, und ist in deren Ermangelung durch die hergebrachte Verfassung einer jeden Kirche bestimmt.

Von auswärtigen Parochien.

§ 253. Nach eben dieser Vorschrift ist auch, wenn diesseitige Unterthanen zu einer auswärtigen Kirche sich halten, oder inländische Kirchen durch auswärtige benachbarte Pfarrer mit besorgt werden, das Verhältnis der inländischen Unterthanen oder ihrer Kirche mit der auswärtigen Kirche, oder deren Pfarrer, zu beurteilen.

§ 254. Insofern aber die Zulässigkeit einer kirchlichen Handlung, oder deren rechtliche Folgen, durch bürgerliche Gesetze bestimmt sind, müssen die diesseitigen Unterthanen lediglich nach hiesigen Gesetzen beurteilt werden.

§ 255. Weigert sich der auswärtige Pfarrer, eine Handlung nach hiesigen Gesetzen zu vollziehen, so steht den Interessenten frei, bei ihrer Landesregierung den Auftrag zur Vollziehung an einen inländischen Geistlichen nachzusuchen.

§ 256. Auch die Rechte der inländischen mit einer auswärtigen verbundenen Kirche werden, soweit sie nicht durch Verträge oder Herkommen nach § 252 bestimmt sind, nach hiesigen Gesetzen beurteilt.

§ 257. Bei Amtshandlungen, welche auswärtige Pfarrer in hiesigen Kirchen vornehmen, müssen sie schlechterdings die hiesigen Landesgesetze befolgen, und nach den in hiesigen Landen vorgeschriebenen Bestimmungen wegen der Pfarrgebühren sich richten.

§ 258. Der ausländische Geistliche ist wegen derjenigen Amtshandlungen, die er innerhalb Landes verrichtet, der Aufsicht der hiesigen geistlichen Obern unterworfen.

§ 259. Den Befehlen derselben muß er, auch soweit sie in die Kirchen- oder allgemeine Landespolizei einschlagen, gebührende Folge leisten.

Wer zur Parochie gehöre.

§ 260. Wer innerhalb eines Kirchspiels seinen ordentlichen Wohnsitz aufgeschlagen hat, ist zur Parochialkirche des Bezirks eingepfarrt.

§ 261. Doch soll niemand bei einer Parochialkirche von einer andern, als derjenigen Religionspartei, zu welcher er sich bekennt, zu Lasten oder Abgaben, welche aus der Parochialverbindung fließen, angehalten werden, wenn er gleich in dem Pfarrbezirke wohnt, oder Grundstücke darin besitzt.

§ 262. Wer noch keinen beständigen Wohnsitz hat, wird als Eingepfarrter derjenigen Parochie, zu welcher seine Eltern gehört haben, betrachtet.

§ 263. Wer den Wohnsitz seiner Eltern aufgegeben, und keinen andern gewählt hat, ist nirgends eingepfarrt.

§ 264. Wer einen doppelten Wohnsitz hat, ist bei der Parochialkirche eines jeden derselben als Eingepfarrter verpflichtet.

§ 265. In Ansehung seiner Grundstücke trägt er die Lasten der Parochialverbindung nur bei derjenigen Kirche, in deren Pfarrbezirk die Grundstücke liegen.

§ 266. Bei Trauungen, Taufen und anderen kirchlichen Handlungen, die zu gleicher Zeit nur an einem Orte vorgenommen werden können, hat er die Wahl, welcher von beiden Kirchenanstalten er sich bedienen wolle.

§ 267. Hat jemand an einem Orte, wo mehrere Parochien seiner Religionspartei sind, seinen Wohnsitz aufgeschlagen, so bestimmt die Lage des Hauses, in dem er wohnt, die Parochie, zu welcher er gehört.

§ 268. Durch den bloßen Aufenthalt in einem Kirchspiel, solange der Vorsatz, seinen Wohnsitz darin aufzuschlagen, noch nicht erhellt, wird die Einpfarrung nicht begründet.

§ 269. Die Frau gehört zur Parochie des Mannes nur insofern, als sie mit ihm einerlei Glaubensbekenntnisse zugethan ist.

§ 270. Ist sie von einer verschiedenen Religionspartei, so gehört sie, der Regel nach, in diejenige Parochie, welcher die übrigen Mitglieder ihrer eigenen Religionspartei, in dem Bezirke, wo der Mann seinen Wohnsitz hat, unterworfen sind.

§ 271. Sind diese zu keiner Parochie geschlagen, so ist auch eine solche Frau von dem Pfarrzwange frei.

§ 272. Kinder, die noch unter der Eltern Gewalt stehen, gehören zur Parochie desjenigen von den Eltern, in dessen Glaubensbekenntnisse sie unterrichtet worden, oder deren Religionspartei sie gewählt haben.

§ 273. Sind dergleichen Kinder von einem andern Glaubensbekenntnisse als beide Eltern, so finden die Vorschriften §§ 270, 271 Anwendung.

§ 274. Wo es durch besondere Gesetze oder wohlhergebrachte Gewohnheiten zwischen den verschiedenen protestantischen Gemeinen bisher eingeführt gewesen, daß die Parochialeigenschaft der sämtlichen Mitglieder einer Familie nach der Religionspartei, zu welcher das Haupt sich bekennt, beurteilt worden, hat es auch ferner dabei sein Bewenden.

§ 275. Das Gesinde gehört zu der Parochie seiner Religionspartei an dem Orte, wo es im Dienste der Herrschaft sich aufhält.

§ 276. Eben das gilt von Handwerksgesellen und Lehrburschen, in Beziehung auf den Wohnort des Meisters.

Exemtionen von der Parochie.

§ 278. Sämtliche zum Militärstande gehörende Personen sind der ordentlichen Parochie ihres Wohnortes oder Standquartiers nicht unterworfen.

§ 279. Vielmehr gehören dieselben, nach näherer Bestimmung der Militär-Konsistorialordnung, zu der Parochie des Regiments oder der Garnison, zu welcher sie in Absicht ihres Dienstes gewiesen sind.[1])

§ 280. Besitzen sie aber Grundstücke, so müssen von diesen die Parochiallasten an die Kirche ihrer Religionspartei, in deren Bezirke die Grundstücke liegen, entrichtet werden.

§ 281. Wo an einem Orte ein Feld- und ein Garnisonprediger sich befinden, da hat ersterer nur auf diejenigen als seine Eingepfarrten Anspruch, welche zu dem Regiment oder Bataillon, bei welchem er angesetzt ist, gehören.

§ 282. Wo aber kein besonderer Garnisonprediger ist, da gehören alle am Orte befindlichen, unter Militärgerichtsbarkeit stehenden Personen, zu der Gemeine des Feldpredigers, und unter mehreren desjenigen, welchem der Gouverneur oder

[1]) Jetzt: Militärkirchenordnung vom 12. Februar 1832.

Kommandant die Geschäfte des Garnisonpredigers aufgetragen hat.

§ 288. Alle vom Pfarrzwange Ausgenommenen haben in jedem einzelnen Falle die Wahl, welcher Kirchenanstalt sie sich bedienen wollen.

Anh. § 128. Sie können daher die geistlichen Handlungen auch von einem Geistlichen einer anderen Religionspartei verrichten lassen.

§ 289. Doch müssen sie sich, bei jeder solchen Handlung, allen Anordnungen und Abgaben derjenigen Kirchenanstalt, deren sie sich bedienen, gleich den wirklich Eingepfarrten unterwerfen.

§ 291. In allen Fällen, wo bei einer ihrer kirchlichen Handlungen Ausnahmen von gewissen, die Civilpersonen überhaupt bindenden Gesetzen gemacht werden sollen, muß die Dispensation dazu, wenngleich die Handlung selbst von einem zum Militärstande gehörigen Geistlichen verrichtet wird, dennoch bei der gehörigen Civilinstanz nachgesucht werden.

Von vagierenden Distrikten und Einwohnern.

§ 293. Einzelne Einwohner des Staates, welche nach obigen Grundsätzen weder zu einer Parochie gehören, noch vom Pfarrzwange ausdrücklich eximiert sind, müssen eine Kirche ihrer Religionspartei wählen, zu welcher sie sich halten wollen.

§ 294. Auch ganze Gemeinen, welche noch zu keinem Kirchspiel gewiesen sind, müssen sich, unter Vorwissen und Genehmigung der geistlichen Obern, zu einer benachbarten Kirche schlagen.

§ 295. Der Regel nach hängt die Bestimmung, zu welcher sie sich halten wollen, von der Mehrheit der Stimmen einer solchen Gemeine ab.

§ 296. Doch können, wenn keine Vereinigung stattfindet, die geistlichen Obern, nach Bewandtnis der Umstände, einen Teil der Gemeine zu dieser, und die übrigen zu einer anderen Kirche weisen.

§ 297. Bei der Zuschlagung solcher Gemeinen zu benachbarten Kirchen müssen die Abgaben und Beiträge derselben, sowie ihre Teilnehmung an einem der Gemeine bei Besetzung der Pfarrstelle zukommenden Wahlrechte, unter Direktion der geistlichen Obern, durch Verträge bestimmt werden.

§ 298. Sind damals keine Verträge geschlossen worden, so muß die fehlende Bestimmung, in vorkommenden Fällen, von den geistlichen Obern, nach der Billigkeit, und nach dem, was unter ähnlichen Umständen, im Kreise oder in der Provinz üblich ist, ergänzt werden.

§ 299. Dergleichen Zuschlag hat zwar nicht die Wirkung einer beständigen Einpfarrung;

§ 300. Es können aber die zugeschlagenen Gemeinen nur aus erheblichen Ursachen, und nur unter Approbation der geistlichen Obern, von der einmal gewählten Kirche wieder abgehen.

§ 301. Solange der Pfarrer, welcher für diese zugeschlagene Gemeine mit berufen worden, noch im Amte steht, kann zu seinem Nachteil eine Abtrennung dieser Gemeine nicht gestattet werden.

§ 302. Dagegen hat der Prediger, während dessen Amtsführung die Zuschlagung geschehen ist, gegen eine von den geistlichen Obern genehmigte Wiederabtrennung kein Recht zum Widerspruche.

Verlassung der Parochie.

§ 303. Wer von einer Religionspartei zur anderen übergeht, verläßt seine bisherige Parochie.

§ 304. Wer seinen Wohnsitz außer den Grenzen seiner bisherigen Parochie verlegt, wird dadurch zugleich von dem Pfarrzwange derselben frei.

Aufhebung der Parochie.

§ 306. Die unter Genehmigung des Staates einmal bestehenden Parochien können, ohne dergleichen Genehmigung, nicht wieder aufgehoben werden.

§ 307. Dadurch, daß aus Mangel an Eingepfarrten in einer Kirche eine Zeitlang keine gottesdienstlichen Handlungen haben vorgenommen werden können, verliert dieselbe noch nicht die Rechte einer Parochialkirche.

§ 308. Wenn aber, aus Mangel an Eingepfarrten, die Stelle des Pfarrers länger als zehn Jahre hindurch unbesetzt geblieben ist, so kann der Landesherr, wo nicht besondere Landesverfassungen oder Traktate entgegenstehen, über die vakante Kirche verfügen, und alsdann erlöschen auch die etwaigen Parochialrechte derselben.

Vom Simultaneo.

§ 309. Wenn zwei Gemeinen verschiedener Religionsparteien zu einer Kirche berechtigt sind, so müssen die Rechte einer jeden hauptsächlich nach den vorhandenen besonderen Gesetzen oder Verträgen beurteilt werden.

§ 310. Mangelt es an solchen Bestimmungen, so wird vermutet, daß eine jede dieser Gemeinen mit der anderen gleiche Rechte habe.

§ 311. Die näheren Maßgaben wegen der Ausübung dieser Rechte müssen, bei entstehendem Streite, nach dem Einverständnisse der beiderseitigen Obern, und wenn dies nicht stattfindet, durch unmittelbare landesherrliche Entscheidung, festgesetzt werden.

§ 312. Dabei ist jedoch auf dasjenige, was bisher üblich gewesen, hauptsächlich Rücksicht zu nehmen.

§ 313. Wird aber darüber gestritten, ob eine oder die andere Gemeine zu der Kirche wirklich berechtigt sei, so gehört die Entscheidung vor den ordentlichen Richter.

§ 314. Wenn nicht erhellt, daß beide Gemeinen zu der Kirche wirklich berechtigt sind, so wird angenommen, daß diejenige, welche zu dem gegenwärtigen Mitgebrauche am spätesten gelangt ist, denselben nur bittweise, d. h. als eine widerrufliche Gefälligkeit erhalten habe.

§ 315. Selbst ein vieljähriger Mitgebrauch kann, für sich allein, die Erwerbung eines wirklichen Rechtes durch Verjährung in der Regel nicht begründen.

§ 316. Wenn jedoch, außer diesem Mitgebrauche, auch die Unterhaltung der Kirche von beiden Gemeinen gemeinschaftlich bestritten worden, so begründet dieses die rechtliche Vermutung, daß auch der später zum Mitgebrauche gekommenen Gemeine ein wirkliches Recht darauf zustehe.

§ 317. Solange eine Gemeine den Mitgebrauch nur bittweise hat, muß sie bei jedesmaliger Ausübung einer bisher nicht gewöhnlichen gottesdienstlichen Handlung die besondere Erlaubnis der Vorsteher dazu nachsuchen.

Sechster Abschnitt.

Von dem Pfarrer und dessen Rechten.[1])

Begriff.

§ 318. Derjenige Geistliche, welcher zur Direktion und Verwaltung des Gottesdienstes bei einer Parochialkirche bestellt worden, wird der Pfarrer des Kirchspiels genannt.

Erfordernisse und

§ 319. Ein Pfarrer muß die von einem geschickten und tugendhaften Geistlichen erforderten Eigenschaften im vorzüglichen Grade besitzen.

allgemeine Pflichten desselben.

§ 320. Er muß sich den Wohlstand der Kirche, den Unterricht der Gemeine, und die Beförderung eines guten moralischen Verhaltens ihrer sämtlichen Mitglieder besonders angelegen sein lassen.

§ 321. Die Sorge für die Gebäude und das Vermögen der Kirche hat er mit den Vorstehern[2]) gemein.

§ 322. Wenn letztere in ihren Pflichten nachlässig sind, ist er seiner geistlichen Behörde davon Anzeige zu machen schuldig.

§ 323. Dagegen sind aber auch die Vorsteher verbunden, eben dieser Behörde es anzuzeigen, wenn der Pfarrer seine Amtspflichten vernachlässigt und in seinem sittlichen Verhalten zu begründetem Tadel und Aergernis der Gemeine Veranlassung giebt.

Wahl des Pfarrers überhaupt;

§ 324. Ob die Wahl des Pfarrers von dem Bischof, dem Consistorio, einem Privatpatron, oder den Gliedern der Gemeine abhange, wird durch die besonderen Verfassungen jeder Provinz und jedes Ortes näher bestimmt.

§ 325. Niemals soll ein Subjekt, welches mit der Gemeine in Streit und Feindschaft lebt, oder gegen dessen Grundsätze, oder moralisches Verhalten, die Gemeine

---

[1]) Man vergleiche das Gesetz, betreffend das Diensteinkommen der evangelischen Pfarrer, vom 2. Juli 1398 und das Gesetz, betreffend das Diensteinkommen der katholischen Pfarrer, vom 2. Juli 1898.

[2]) Jetzt mit dem Gemeindekirchenrat, der Gemeindevertretung oder dem Kirchenvorstand.

erhebliche Einwendungen hat, derselben zum Pfarrer aufgedrängt werden.

§ 326. In allen Fällen muß daher das Subjekt, welches zum Pfarrer bestellt werden soll, der Gemeine zuvor bekannt gemacht werden.

insonderheit bei Patronatkirchen;

§ 327. Hat die Pfarrkirche ihren eigenen Patron, so gebührt diesem, der Regel nach, die Berufung eines neuen Pfarrers.

§ 328. Auch Patrone können, bei ihrer anzustellenden Auswahl, nur auf solche Subjekte Rücksicht nehmen, die entweder schon in einem geistlichen Amte stehen, oder doch als Kandidaten, von den geistlichen Obern ihrer Provinz, nach angestellter vorläufiger Prüfung, die Erlaubnis zum Predigen erhalten haben.

§ 329. Das von dem Patron ausgewählte Subjekt muß der Gemeine vorgestellt, und zur Haltung einer Probepredigt und Katechisation angewiesen werden.

§ 330. Hat der Gewählte schon vorhin in einem geistlichen Amte gestanden, so muß er dennoch, wenn die Gemeine ihn nicht schon hinlänglich kennt, eine Gastpredigt und Katechisation halten.

§ 331. Der Tag der zu haltenden Probe- oder Gastpredigt muß der Gemeine wenigstens vierzehn Tage vorher bekannt gemacht werden.

§ 332. Sind zwei oder mehrere Kirchen unter einem Pfarrer zusammengeschlagen, so muß in jeder eine Probepredigt gehalten werden.

§ 333. Ob auch in eigentlichen Filialkirchen die Haltung einer Probepredigt nötig sei, oder ob die Mitglieder einer solchen Tochtergemeine zu deren Anhörung in der Mutterkirche sich einfinden müssen, bleibt der hergebrachten Verfassung bei einem jeden Kirchensystem überlassen.

§ 334. Die Gemeine muß, nach Verlauf von wenigstens acht Tagen, mit ihrer Erklärung über das von dem Patron ausgewählte Subjekt vernommen werden.

§ 335. Ist der Kandidat aus einer anderen Diöcese oder Konsistorialdepartement, so kann die Gemeine eine längere Frist, allenfalls bis vier Wochen, zu ihrer Erklärung verlangen.

§ 336. Ist die Gemeine mit dem Patron über die Würdigkeit des von letzterem ausgewählten Subjekts uneins, so müssen die vorgesetzten geistlichen Obern, ohne prozessualische Weitläuftigkeiten, über die Erheblichkeit der Einwendungen entscheiden.

§ 337. Wer rechtlich überführt wird, daß er sich durch Bestechungen, oder andere unerlaubte Wege, in ein geistliches Amt einzuschleichen gesucht habe, wird eines solchen Amtes auf immer unfähig.

§ 338. Auf den bloßen, mit keinen erheblichen Gründen unterstützten Widerspruch einzelner Mitglieder der Gemeine soll keine Rücksicht genommen werden.

§ 339. Wenn aber ein Subjekt wenigstens zwei Drittel der Stimmen sämtlicher Gemeineglieder gegen sich hat, soll er zu der Pfarrstelle nicht anders gelassen werden, als wenn sich bei der Untersuchung findet, daß der Widerspruch durch bloße Verhetzungen und Aufwiegelungen veranlaßt worden.

§ 340. Ist der Patron dem römisch-katholischen, die Gemeine aber dem protestantischen Glaubensbekenntnisse zugethan, oder umgekehrt, so muß der Patron wenigstens drei Subjekte zur Probepredigt zulassen.

§ 341. Demjenigen unter diesen, welcher bei der Gemeine, nach der Mehrheit der Stimmen derselben, den vorzüglichsten Beifall hat, kann er die Vokation nicht versagen.

§ 342. In diesem sowohl, als in allen übrigen Fällen, wo es hergebracht ist, daß der Patron der Gemeine mehrere Subjekte zur Auswahl vorschlage, muß die Gemeine notwendig eins derselben wählen, insofern sie nicht allen dreien erhebliche Einwendungen nach Vorschrift der §§ 319, 325, 328, 337 entgegensetzen kann.

§ 343. Eben dieses findet, im umgekehrten Falle, in Ansehung des Patrons statt, wenn nach wohlhergebrachter Verfassung demselben mehrere Subjekte zur Auswahl von der Gemeine vorgeschlagen werden.

§ 344. Nehmen mehrere Patrone mit gleichem Rechte an Besetzung der Pfarren teil, so entscheidet, wenn sie sich nicht vereinigen können, die Mehrheit der Stimmen.

§ 345. Ist keine überwiegende Mehrheit der Stimmen vorhanden, so müssen die geistlichen Obern den Patronen aufgeben, sich binnen einer gewissen nach den Umständen zu bestimmenden Frist, über ein vorzuschlagendes Subjekt zu vereinigen.

§ 346. Erfolgt in der bestimmten Frist kein Einverständnis, so fällt die Besetzung der Stelle für diesmal den geistlichen Obern anheim.

§ 347. Diese müssen aber die Stelle in der Regel einem Dritten, welcher von keinem der uneinigen Patrone vorgeschlagen worden, verleihen.

§ 348. Hat eine eigentliche Tochterkirche einen besonderen Patron, so muß dieser in der Regel dem Patron in der Mutterkirche beitreten, wenn er nicht gegen das von letzterem ausgewählte Subjekt erhebliche Einwendungen nach §§ 319, 325, 328, 337 machen kann.

§ 349. Wenn in dem Falle der §§ 340, 342 der Gemeine von den mehreren Patronen drei Subjekte vorgeschlagen werden sollen, so finden, wenn die Patrone sich über diese Auswahl nicht vereinigen können, die Vorschriften §§ 344 bis 347 Anwendung.

§ 350. Wenn also die mehreren Patrone ohne ein vorhandenes Uebergewicht von Stimmen auf mehr als drei Subjekte Rücksicht nehmen, so müssen die geistlichen Obern der Gemeine drei andere vorschlagen.

§ 351. Wenn jedoch alle, oder die meisten Patrone sich über ein oder zwei Subjekte vereinigt hatten, so müssen diese auch von den geistlichen Obern mit vorgeschlagen, und nur statt derjenigen, wegen welcher kein solches Einverständnis getroffen werden kann, andere genommen werden.

§ 352. In allen Fällen, wo es auf die Stimmenmehrheit unter den Patronen ankommt, werden die Stimmen, wenn das Patronatrecht bloß persönlich ist, nach den Personen, wenn es aber auf Gütern haftet, nach den Gütern, ohne Rücksicht auf den Wert oder die Größe derselben, gezählt, insofern nicht, vermöge vorhandener Verträge oder einer rechtsverjährten Gewohnheit, ungleiche Anteile für die mit dem Patronatrechte versehenen Güter bestimmt sind.

bei Kirchen, welche keinen Patron haben.

§ 353. Bei Kirchen, welche keinen eigenen Patron haben, gebührt der Regel nach die Wahl des Pfarrers der Gemeine.

§ 354. In diesem Falle müssen die Kirchenvorsteher[1]) der Gemeine drei Subjekte vorschlagen.

§ 355. Bei diesem Vorschlage aber müssen sie nur auf solche Subjekte, die der Gemeine durch Probepredigten oder sonst hinlänglich bekannt sind, Rücksicht nehmen, und besonders solche, von welchen sie Ursache haben, zu glauben, daß mehrere Mitglieder der Gemeine Zuneigung und Vertrauen zu ihnen hegen, nicht übergehen.

§ 356. Bei der Wahl selbst hat in der Regel jedes Mitglied der Gemeine, welches nicht einem mitwählenden Familienhaupte untergeordnet ist, ein Stimmrecht.

Anh. § 129. Auch Witwen und unverheirateten Frauenzimmern ist hierbei, und unter der gedachten Einschränkung, die Konkurrenz durch qualifizierte Stellvertreter nicht zu versagen.

§ 357. Durch Streitigkeiten über die Befugnisse zum Stimmrechte soll die Wahl niemals aufgehalten werden.

§ 358. Wer entweder selbst schon in einem ähnlichen Falle ein Stimmrecht bei der Gemeine ausgeübt hat, oder wer zu einer Klasse gehört, deren Mitglieder in vorigen Fällen zum Stimmen zugelassen worden, dem muß auch bei der gegenwärtigen Wahl die Abgebung seiner Stimme verstattet werden.

§ 359. Ein Gleiches gilt von demjenigen, der ein Grundstück besitzt, dessen vorige Inhaber, als Glieder der Gemeine, in ähnlichen Fällen zur Wahl gelassen worden.

§ 360. Niemand aber kann ein Stimmrecht sich anmaßen, der zu einer anderen als derjenigen Religionspartei gehört, für welche der Pfarrer gewählt werden soll.

§ 361. Die Festsetzung, wie nach diesen Grundsätzen ein streitig gewordenes Stimmrecht in dem gegenwärtigen Falle ausgeübt werden soll, kommt den geistlichen Obern zu.

§ 362. Die Entscheidung über das streitige Stimmrecht selbst aber gehört vor den ordentlichen weltlichen Richter.

§ 363. Die nach der Festsetzung der geistlichen Obern vorgenommene Wahl (§ 361) verliert für den gegenwärtigen Fall nichts von ihrer Gültigkeit, wenn

[1]) Jetzt der Gemeindekirchenrat und die Gemeindevertretung oder der Kirchenvorstand.

auch hiernächst durch richterliches Erkenntnis jemandem das ausgeübte Stimmrecht ab-, oder wenn dasselbe einem Ausgeschlossenen zugesprochen wird.

§ 364. Was vorstehend §§ 357 bis 363 wegen eines über das Stimmrecht gewisser Gemeineglieder entstehenden Streites verordnet ist, gilt, jedoch mit Ausschließung des § 360, auch in Fällen, wo unter mehreren Patronen das Berufsrecht streitig wird.

§ 365. Uebrigens findet, bei der von einer Gemeine anzustellenden Pfarrwahl, dasjenige statt, was wegen Verhandlung und Entscheidung gemeinschaftlicher Angelegenheiten bei Gemeinen überhaupt verordnet ist (Tit. 6 §§ 167, 168).

§ 366. Nehmen mehrere Gemeinen an der Pfarrwahl teil, so sind, wenn nicht ein Vertrag, oder eine seit rechtsverjährter Zeit wohlhergebrachte Gewohnheit etwas anderes bestimmt, die Mitglieder der Filialgemeine ihre Stimmen unter der Hauptgemeine abzugeben befugt.

§ 367. Sind mehrere Pfarrgemeinen unter einem gemeinschaftlichen Pfarrer vereinigt, so hat jede solche Gemeine nach der Regel ihre eigene Stimme.

§ 368. Entsteht durch Zählung der Stimmen dieser vereinigten Kirchengemeinen keine überwiegende Mehrheit, so müssen die einzelnen Stimmen der Mitglieder, ohne Rücksicht auf die verschiedenen Gemeinen, gezählt werden.

§ 369. In allen Fällen, wo keine entscheidende Mehrheit der Stimmen zu finden ist, gebührt den geistlichen Obern die Ernennung, unter den mit gleichvielen Stimmen gewählten Personen.

§ 370. Mitglieder bloß zugeschlagener Gemeinen nehmen, wenn nicht bei der Zuschlagung nach § 297 ein anderes festgesetzt worden, an der Pfarrwahl keinen Teil.

§ 371. Doch ist, wenn von den übrigen Gemeinen ein Pfarrer gewählt worden, zu welchem der größere Teil der Gastgemeine kein Vertrauen hat, dieses für einen erheblichen Grund, aus welchem letztere auf die Wiederabtrennung antragen kann, zu achten.

§ 372. Uebrigens kommt es, auch bei Pfarrwahlen, der Gerichtsobrigkeit des Kirchspiels in allen Fällen zu, die Wahl zu dirigieren, und auf Ruhe und Ordnung dabei zu sehen.

§ 373. Sind in dem Kirchspiel mehrere Gerichtsobrigkeiten vorhanden, so gebührt die Wahldirektion der Gerichtsobrigkeit des Ortes, wo jede Stimmensammlung geschieht.

Vokation.

§ 374. Demjenigen, welcher von dem Patron, oder der Gemeine, zu der erledigten Pfarrstelle rechtmäßig gewählt worden, muß eine schriftliche Vokation zugefertigt werden.

§ 375. Wo es bisher gebräuchlich gewesen, daß die Vokation erst nach erfolgter Prüfung erteilt worden, da muß dem Gewählten eine schriftliche Bekanntmachung, welche die Bedingungen zur künftig zu erteilenden Vokation enthält, geschehen.

§ 376. Die Ausfertigung der Vokation gebührt dem Patron, und in dessen Ermangelung den Kirchenvorstehern.[1])

§ 377. Die Bestimmung der Zeit, binnen welcher der Berufene sich über die Annahme der Vokation erklären muß, ist willkürlich, und hängt von dem Gutbefinden der Wählenden ab.

§ 378. Kommt binnen dieser Frist die Erklärung des Berufenen nicht ein, so sind der Patron, oder die Gemeine, zu einer neuen Wahl zu schreiten sofort berechtigt.

§ 379. Ist keine Zeit zur Erklärung bestimmt, so kann der Berufene die Vokation solange annehmen, als ihm nicht ein geschehener Widerruf derselben bekannt gemacht worden.

§ 380. Hat er sich aber binnen vierzehn Tagen, nach erhaltener Vokation, über die Annahme derselben nicht erklärt, und sind, nach Verlauf dieser Frist, der Patron und die Gemeine zu einer neuen Wahl geschritten, so hat eine später erfolgte Annahme keine rechtliche Wirkung.

§ 381 Uebrigens gelten von der Annahme der Vokationen die von der Annahme bei Verträgen überhaupt vorgeschriebenen Gesetze.

§ 382. Ist die Vokation von mehreren ausgefertigt, so ist es hinlänglich, wenn die Annahme auch nur gegen einen derselben erklärt worden.

---

[1]) Jetzt dem Gemeindekirchenrat oder dem Kirchenvorstand.

§ 383. Die von dem Berufenen einmal gültig angenommene Vokation kann ohne erhebliche Ursachen nicht widerrufen werden.

§ 384. Nur aus eben den Gründen, aus welchen ein schon bestellter Pfarrer seines Amtes entsetzt werden kann, ist auch der Widerruf einer zu rechter Zeit angenommenen Vokation zulässig.

§ 385. Es macht dabei keinen Unterschied, ob diese Gründe schon vor Erlassung der Vokation vorhanden und bekannt gewesen, oder ob sie erst nachher entstanden, oder zur Wissenschaft des Patrons oder der Gemeine gelangt sind.

Präsentation.

§ 386. Sobald der Berufene die Vokation angenommen hat, muß er den geistlichen Obern der Diöcese, oder des Departements, zur Bestätigung präsentiert werden.

§ 387. Die Präsentation muß von dem Patron, und wo deren mehrere sind, von allen geschehen, welche zur Teilnehmung an der Wahl und Vokation berechtigt sind.

§ 388. In Ermangelung von Patronen geschieht die Präsentation durch die Vorsteher.

§ 389. Der Präsentation muß eine Abschrift der erteilten oder noch zu erteilenden Vokation, ingleichen das Protokoll über die Probe- oder Gastpredigt beigelegt werden.

§ 390. In allen Fällen, wo eine Wahl der Gemeine stattgefunden hat, ist auch die Beilegung des Wahlprotokolls erforderlich.

§ 391. Wird von den geistlichen Obern der Präsentierte untauglich, oder die Wahl unregelmäßig befunden, so muß eine neue Wahl und Präsentation erfolgen.

§ 392. Ist der Patron, welcher ein untaugliches Subjekt vorgeschlagen hat, selbst ein Geistlicher, so verliert er für diesen Fall sein Präsentationsrecht, und die Besetzung der Pfarre geschieht durch die geistlichen Obern.

§ 393. Die Präsentation zu einem erledigten Pfarramte muß innerhalb sechs Monaten von Zeit der Erledigung geschehen.

§ 394. Ist der Pfarrer auswärts verstorben, so läuft die Frist von der Zeit an, wo sein Tod dem Patron oder den Kirchenvorstehern bekannt geworden.

§ 395. Während der Vakanz muß der Gottesdienst in der Pfarrkirche, auf Veranstaltung des Erzpriesters oder Kreisinspektors, durch dazu qualifizierte Personen versehen werden.

§ 396. In der Regel sind bei Pfarrkirchen, wo nur ein Geistlicher angesetzt ist, die benachbarten Pfarrer derselben Inspektion, nach der Anweisung des Erzpriesters oder Inspektors, gegen die hergebrachte Vergütung aus den Einkünften der erledigten Pfarre, dazu verpflichtet.

§ 397. Auch bei Kirchen, wo mehrere Geistliche sind, findet eine solche Vertretung der vakanten Stelle statt, wenn nach dem Befinden des Inspektors die übrigen Geistlichen die Arbeit allein nicht bestreiten können.

Devolutionsrecht.

§ 398. Kommt die Präsentation innerhalb sechs Monaten nicht ein, und ist auch vor Ablauf dieser Frist eine Verlängerung derselben nicht nachgesucht, oder nicht zugestanden worden, so fällt die Besetzung der Pfarre für diesen Fall den geistlichen Obern anheim.

§ 399. Wenn ein hiernächst bei der Prüfung untauglich befundenes Subjekt präsentiert worden, und hierüber die gesetzmäßige Frist verlaufen ist, so kommt, außer dem Falle des § 392 dem Präsentierenden noch eine Nachfrist von sechs Wochen zu statten.

§ 400. Muß nach § 343 die Gemeine dem Patron Subjekte zur Auswahl vorschlagen, oder muß nach §§ 340, 342 ein solcher Vorschlag der Gemeine von dem Patron geschehen, so fällt nur das Recht desjenigen, welcher in seiner Obliegenheit säumig gewesen ist, den geistlichen Obern anheim.

§ 401. Solange die geistlichen Obern von ihren Anfallsrechten noch keinen Gebrauch gemacht haben, kann der Patron oder die Gemeine das Versäumte nachholen.

§ 402. Auch die geistlichen Obern müssen, so oft ihnen die Ernennung des Pfarrers anheimfällt, wegen Auswahl eines tauglichen Subjekts, die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften beobachten.

Ordination.

§ 403. Ist der Präsentierte bestätigt, so muß ihm die Ordination, wenn er selbige nicht wegen eines vorher bekleideten geistlichen Amtes schon erhalten hat, verliehen werden.

Einweisung.

§ 404. Der erwählte und bestätigte Pfarrer muß in sein Amt, und zu allen Verrichtungen desselben, ordentlich eingewiesen werden.

§ 405. Die Einweisung wird, der Regel nach, durch den Erzpriester oder Kreisinspektor vollzogen.

§ 406. Die Kosten der Vokation, Präsentation und Einweisung, wozu auch die Reisekosten der zur Einweisung nötigen Personen gehören, müssen, wo nicht besondere Provinzialverordnungen ein anderes festsetzen, aus den Einkünften der Kirche, und in deren Ermangelung von der Gemeine bestritten werden.

§ 407. Die Kosten der Prüfung und Ordination hingegen muß der neue Pfarrer tragen.

§ 408. Auch muß, der Regel nach, der neue Pfarrer sich auf seine eigenen Kosten an den Ort der Bestimmung hinbegeben.

§ 409. Wo es aber durch Provinzialgesetze, oder nach einem ununterbrochenen Herkommen, eingeführt ist, daß die Reisekosten aus der Kämmerei- oder Gemeinekasse gegeben, oder daß die Fuhren von den Mitgliedern der Gemeine unentgeltlich verrichtet werden, da hat es noch ferner dabei sein Bewenden.

§ 410. Doch soll in keinem Falle der Gemeine zugemutet werden, einen Prediger, welchen sie nicht selbst gewählt hat, weiter, als in einer Entfernung von zwei Tagereisen, abzuholen.

§ 411. An Orten, wo die Gemeine den Prediger zu holen schuldig ist, muß sie auch die zu seiner Familie gehörenden Personen, und was er an Kleidung, Wäsche, Hausrat und Büchern mitbringt, herbeiführen.

Amtspflichten der Pfarrer.

§ 413. Die Pfarrer müssen sich bei ihren Kirchen beständig aufhalten, und dürfen die ihnen anvertraute Gemeine, selbst bei einer drohenden Gefahr, eigenmächtig nicht verlassen.

§ 414. Wenn sie zu verreisen genötigt sind, so kann es nur mit Vorwissen und Erlaubnis des Inspektors oder Erzpriesters geschehen.

§ 415. Dieser muß die Genehmigung der geistlichen Obern einholen, wenn die Zeit der Abwesenheit mehr als einen Sonntag in sich begreift.

§ 416. In allen Fällen muß der Pfarrer, unter Direktion des Erzpriesters oder Inspektors, solche Veranstaltungen treffen, daß die Gemeine bei seiner Abwesenheit nicht leide.

§ 417. Bei seiner Amtsführung muß der Pfarrer alle den Geistlichen überhaupt vorgeschriebenen Pflichten sorgfältig beobachten.

Vom Pfarrzwange.

§ 418. Dagegen hat er das Recht, von den Eingepfarrten zu fordern, daß sie sich in ihren Religionshandlungen, zu deren Vollziehung es der Mitwirkung eines Pfarrers bedarf, nur seines Amts bedienen sollen.

§ 419. Dieser Verbindlichkeit können auch einzelne Eingepfarrte, ohne besondere Erlaubnis der geistlichen Obern, sich nicht entziehen.

§ 420. Dergleichen Erlaubnis soll nur aus erheblichen Gründen, besonders aber alsdann erteilt werden, wenn aus den Umständen erhellt, daß die Amtshandlungen dieses Pfarrers bei den Eingepfarrten den Zweck der moralischen Besserung verfehlen dürften.

§ 421. Auch soll, wenn nicht nachgewiesen ist, daß die Schuld davon auf der Seite des Pfarrers sei, für die Entschädigung desselben gehörig gesorgt werden.

§ 422. Auch in einzelnen Fällen dürfen Eingepfarrte ihre Trauungen, Taufen und Begräbnisse durch einen anderen, als den in ihrer Parochie bestellten Pfarrer, ohne dessen Einwilligung nicht vornehmen lassen.

Stolgebühren.[1])

§ 423. Der Pfarrer hat für dergle-

[1]) Man vergleiche Gesetz, betreffend die Aufhebung von Stolgebühren für Taufen und Trauungen in der evangelischen Landeskirche der neun älteren Provinzen vom 28. Juni 1892.

chen Handlungen die festgesetzten Stolgebühren zu fordern, und der Richter muß ihm dazu, nötigenfalls, auf gebührendes Anmelden verhelfen.

§ 424. Er kann aber diese Gebühren niemals vorausfordern, noch deshalb die von ihm begehrte Amtshandlung verschieben.

§ 426. Kirchenbediente, welche sich mit den ihnen angewiesenen Gebühren nicht begnügen, sollen um den drei- bis zehnfachen Betrag des Zuvielgeforderten fiskalisch bestraft werden.

§ 427. Kein Geistlicher darf dergleichen Handlungen, die einer anderen Parochie zukommen, ohne ausdrückliche Bewilligung des gehörigen Pfarrers vornehmen.

§ 428. Dieser aber darf, gegen Empfang der ihm zukommenden Gebühren, die Einwilligung nicht versagen.

§ 429. Diese Einwilligung muß schriftlich erteilt, und es dürfen dafür keine besonderen Gebühren gefordert werden.

§ 430. Eine dergleichen Einwilligung berechtigt jeden zu dergleichen Handlungen überhaupt befugten Geistlichen, die Handlung vorzunehmen.

§ 431. Soll aber bei einem protestantischen Eingepfarrten die Handlung von einem katholischen Geistlichen, oder umgekehrt, verrichtet werden, so ist dazu die Erlaubnis des Staates erforderlich.

§ 432. Soll ein Pfarrer eine an sich ihm gebührende Handlung in dem Sprengel eines anderen Pfarrers von seiner Religionspartei vornehmen, so muß dazu die Einwilligung des diesem Sprengel vorgesetzten Pfarrers eingeholt werden.

§ 433. Dieser letztere ist schuldig, die Einwilligung gegen Empfang der halben Gebühren zu erteilen; dem die Handlung selbst vollziehenden Pfarrer aber darf deswegen an seinen Gebühren nichts abgezogen werden.

§ 434. Ein Pfarrer, welcher, obigen Vorschriften zuwider, eine vor einen anderen Pfarrer gehörende Handlung ohne dessen Einwilligung vornimmt, soll um den doppelten Betrag der erhaltenen Gebühren fiskalisch bestraft, der gehörige Pfarrer aber von dem Eingepfarrten entschädigt werden.

Von Taufen.

§ 446. Die Taufe ehelicher Kinder gebührt in der Regel dem Pfarrer des Vaters.

§ 447. Sind die Eltern von verschiedener Religionspartei, so gebührt die Taufe der Regel nach dem Pfarrer des Vaters.

§ 448. Die Taufe der unehelichen Kinder kommt dem Pfarrer der Mutter zu.

§ 449. Steht in beiden Fällen der Vater unter Militärgerichtsbarkeit, so muß die Taufe von dem Feld- oder Garnisonprediger, ohne Unterschied der Religionspartei des Vaters, verrichtet werden.

§ 450. Ist die Niederkunft nicht an dem Orte geschehen, wo der gehörige Pfarrer sich aufhält, so kann auch der Pfarrer des Ortes der Niederkunft die Taufe ohne weitere Rückfrage verrichten.

§ 451. Hat eine Nottaufe geschehen müssen, so muß dem ordentlichen Pfarrer davon unverzüglich Anzeige gemacht werden.

§ 452. Für die Handlungen oder Gebräuche, welche hiernächst, nach Verschiedenheit der Religionsparteien, bei einem solchen am Leben bleibenden Kinde vorgenommen werden, hat der Pfarrer eben die Gebühren, wie für eine Taufe, zu fordern.

Von Begräbnissen.

§ 453. Jeder Eingepfarrte muß der Regel nach in seiner Parochie begraben werden.

§ 454. Stirbt jemand außer seiner Parochie, jedoch an eben demselben Orte, so hat der Pfarrer seines Kirchspiels das Recht, zu fordern, daß die Beerdigung in seiner Parochie geschehe.

§ 455. Stirbt er aber an einem anderen Orte, so haben die Hinterlassenen die Wahl, ob sie ihn da, wo er gestorben ist, begraben, oder in seine ordentliche Parochie zurückbringen lassen wollen.

§ 456. Ueberhaupt kann jeder Eingepfarrte sein und der Seinigen Begräbnis nach außerhalb seiner Parochie wählen.

§ 457. Hat der Verstorbene selbst gewählt, so ist es hinreichend, wenn nur seine Willensmeinung mit genugsamer Gewißheit bekannt ist.

§ 458. Außer den Fällen der §§ 454, 455 müssen aber nicht nur dem Pfarrer und der Kirche, wo die Beerdigung geschieht, sondern auch dem Pfarrer und der

Kirche, denen sie eigentlich zukommt, die Gebühren entrichtet werden.

§ 459. Doch haben letztere, wenn nach § 457 der Verstorbene selbst gewählt hat, nur solche Gebühren zu fordern, die, nach der Verfassung jedes Ortes, von allen Begräbnissen derjenigen Klasse, zu welcher die Leiche gehört, notwendig zu entrichten sind.

§ 460. Soll eine Leiche, auf bloßes Verlangen der Hinterlassenen, außer der gehörigen Parochie begraben werden, so müssen letztere dem Pfarrer und der Kirche dieser Parochie, außer den notwendigen Gebühren, auch diejenigen Handlungen und Feierlichkeiten, welche sie bei der fremden Kirche vornehmen lassen, taxmäßig bezahlen.

§ 461. Wer ein Erb- oder Familienbegräbnis außerhalb des Kirchspiels hat, kann verlangen, daß sein und der Seinigen Leichname dahin abgeführt werden.

§ 462. Doch sind auch alsdann der Kirche und dem Pfarrer, für welche das Begräbnis eigentlich gehören würde, der Regel nach, die ihnen nach § 459 zukommenden Gebühren ohne Abzug zu entrichten.

§ 463. In allen Fällen, wo eine Leiche durch einen anderen Gerichtsbezirk geführt werden soll, muß ein Leichenpaß nachgesucht werden.

§ 464. Kann ein solcher Paß nicht vorgezeigt werden, so hat die ordentliche Obrigkeit jedes Ortes der Durchfuhre das Recht, zu verlangen, daß der Sarg geöffnet, und ihr die Besichtigung der Leiche gestattet werde.

§ 465. Die Pfarrer, durch deren Kirchspiel die Leiche gebracht wird, können davon weder für sich, noch für die Kirche Gebühren fordern.

§ 466. Jeder Pfarrer, von welchem, bei Gelegenheit der Durchfuhre, gewisse Amtshandlungen oder andere Feierlichkeiten ausdrücklich verlangt werden, hat davon die Gebühren, für sich und die Kirche, nach der Taxe des Ortes zu fordern.

§ 467. Ist der Tote an einer ansteckenden Krankheit verstorben, so daß durch Wegbringung der Leiche die Krankheit verbreitet werden könnte, so muß die Leiche schlechterdings, und ohne Unterschied der Fälle, da, wo sie ist, beerdigt werden.

§ 468. Alsdann sind aber auch die Gebühren nur dem Pfarrer und der Kirche der Parochie, wo die Beerdigung wirklich geschehen ist, zu entrichten.

Vertretung des Pfarrers in seinem Amte.

§ 506. Ein Pfarrer, der nur bei einer einzelnen Handlung, oder nur auf kurze Zeit, sein Amt selbst zu verrichten gehindert wird, kann sich dabei durch einen anderen Geistlichen, welcher zu solchen Handlungen an und für sich befugt ist, vertreten lassen.

§ 507. Soll die Vertretung länger als drei Tage dauern, so muß dem Erzpriester oder dem Kreisinspektor Anzeige davon geschehen.

§ 508. Ist die Vertretung auf länger als vierzehn Tage erforderlich, so muß der Erzpriester oder Inspektor es an das Konsistorium berichten, und die genommenen Maßregeln zur Genehmigung anzeigen.

§ 509. Verrichtet der Stellvertreter eine Amtshandlung, die ins Kirchenbuch eingetragen werden muß, so ist er schuldig, seinen eigenen Namen, mit der Angabe seines Amtes, und der Ursache der Vertretung zu unterzeichnen.

Kapläne.

§ 510. Ein katholischer Pfarrer kann, unter Approbation seines vorgesetzten Consistorii, einen beständigen Amtsgehilfen oder Kaplan annehmen.

§ 511. Er muß aber dazu ein Subjekt wählen, gegen dessen Person, Lehre und Wandel der Patron so wenig, als die Gemeine, etwas Erhebliches einwenden können.

§ 512. Der Pfarrer kann einen solchen Kaplan, wenn derselbe die Ordination erhalten hat, alle Arten seiner Amtsgeschäfte ohne Unterschied auftragen.

§ 513. Die Verteilung der Geschäfte selbst, die Dauer der Vertretung und die dem Kaplan dafür zukommende Belohnung, wird lediglich durch den zwischen ihnen, unter Approbation der geistlichen Obern, geschlossenen Vertrag bestimmt.

§ 514. Ein solcher Kaplan kann jedoch, wenn die Pfarrstelle selbst erledigt wird, auf die Nachfolge darin keinen rechtlichen Anspruch machen.

Pfarrgehilfen.

§ 515. Ein protestantischer Pfarrer kann, mit Vorwissen des Consistorii, einen Kandidaten zu seiner Vertretung, jedoch nur bei dem Unterricht der Gemeine, nicht aber bei anderen Amtshandlungen, annehmen.

§ 516. Wird er durch Krankheit, Schwachheit oder Alter verhindert, sein Amt nach dessen ganzem Umfange selbst gehörig zu verwalten, und verlangt er daher einen beständigen Gehilfen zu allen seinen Amtsverrichtungen, so muß er dieses demjenigen, welchem bei einer erfolgenden Erledigung der Pfarre das Wahlrecht zusteht, anzeigen.

§ 517. Alsdann muß, bei der Verstellung eines solchen Amtsgehilfen, alles das beobachtet werden, was bei der Wahl eines neuen Pfarrers erforderlich ist.

§ 518. Ehe jedoch zur Wahl geschritten wird, muß dem bestellenden Substituten sein auskömmlicher Unterhalt aus den Einkünften der Pfarre bestimmt werden.

§ 519. Dieser Aussatz darf niemals in einem Anteil der einzelnen Pfarreinkünfte (pars quota) bestehen, sondern er muß auf einen gewissen Betrag an Gelde oder Naturalien, welche der Pfarrer dem Substituten, oder dieser jenem abzugeben hat, bestimmt werden.

§ 520. Ein solcher Substitut tritt, wenn die Pfarre erledigt wird, sofort an die Stelle und in alle Rechte eines wirklichen Pfarrers.

§ 521. Dagegen hat ein nicht förmlich gewählter, sondern nur von dem Pfarrer selbst, mit Erlaubnis der geistlichen Oberen, wenn auch unter Einwilligung des Patrons oder der Gemeine angenommener Substitut kein Recht zur Nachfolge in die erledigte Pfarre.

§ 522. Auch ohne das Gesuch des Pfarrers kann demselben ein Substitut gegeben werden, wenn aus der Anzeige des Patrons, der Vorsteher, oder der Gemeine, oder auch des Kreisinspektors, bei einer deshalb von den geistlichen Obern zu veranlassenden Untersuchung sich ergiebt, daß der Pfarrer, aus einem der § 516 angeführten Gründe, seinem Amte vollständig vorzustehen, nicht mehr vermögend sei.

Niederlegung des Amtes.[1])

§ 523. Wenn ein Pfarrer sein Amt niederlegen will, so muß er dem Patron und der Gemeine davon Anzeige machen, und die Genehmigung der geistlichen Obern nachsuchen.

§ 524. Finden diese dabei nichts zu erinnern, so gebührt weder dem Patron, noch der Gemeine, ein Recht zum Widerspruche.

§ 525. Nimmt jedoch ein Pfarrer innerhalb zehn Jahren von Zeit seiner Bestellung, einen anderweitigen Ruf an, so ist er schuldig, der Kirchenkasse und der Gemeine alle bei seiner Ansetzung und seinem Anzuge verwendeten Kosten zu erstatten.

§ 526. Auch nach erhaltener Genehmigung der geistlichen Obern darf der Pfarrer sein Amt nicht eher verlassen, als bis sein Nachfolger bestellt und eingewiesen worden.

§ 527. Sind erhebliche Gründe vorhanden, warum dieses nicht abgewartet werden kann, so muß der Erzpriester oder Inspektor, unter besonderer Approbation des Consistorii, für die Versehung des Amtes in der Zwischenzeit sorgen.

§ 528. Einem Pfarrer, der sein untadelhaft geführtes Amt wegen Alters oder Krankheit niederlegen muß, gebührt ein lebenswieriger Gnadengehalt.

Vergehungen der Pfarrer.

§ 531. Hat ein Pfarrer, ohne bösen Vorsatz, durch unvorsichtiges Betragen, das Vertrauen seiner Gemeine verloren, so müssen die geistlichen Obern seine Versetzung an einen andern Ort veranstalten.

§ 535. Bei katholischen Pfarrern gebührt das Erkenntnis dem geistlichen Gericht.

§ 536. Hat ein Pfarrer sich bürgerlicher Verbrechen, die eine Kriminaluntersuchung nach sich ziehen, schuldig gemacht, so müssen die geistlichen Obern ihn suspendieren, und die Sache der ordentlichen Obrigkeit zur weiteren Verfügung anzeigen.

---

[1]) Man vergleiche jetzt Gesetz vom 15. März 1880, betreffend das Ruhegehalt der emeritierten Geistlichen, abgeändert durch Kirchengesetze vom 16. März 1892 und 10. Oktober 1898.

§ 537. Es kann aber auch die bürgerliche Obrigkeit, ohne erst die Anzeige abzuwarten, sich des Verbrechers sofort bemächtigen, und ihm den Prozeß machen.

§ 538. Doch muß sie den geistlichen Obern davon Nachricht geben, damit diese wegen der Amtsversehung das Nötige verfügen können.

Nebengeistliche.

§ 539. Die bei größeren Parochialkirchen bestellten Nebengeistlichen machen mit dem Pfarrer ein Kollegium aus, worin dem letzteren der Vorsitz und die Direktion gebührt.

§ 540. Die Verteilung der Geschäfte und Einkünfte unter sie, sowie ihr Verhältnis gegen den Pfarrer und die Gemeine, ist nach den Verfassungen einer jeden solchen Kirche besonders bestimmt.

§ 541. Der Regel nach sind die Nebengeistlichen der Aufsicht und der Anweisung des Pfarrers in allen ihren Amtsgeschäften unterworfen.

§ 542. Weltgeistliche, die zur Abwartung des Gottesdienstes bei einer Kapelle oder bei einem Altar bestellt sind, dürfen sich keine Parochialverrichtungen anmaßen.

§ 543. Auch mehrere dergleichen bei einer Kirche bestellte Kapläne machen dennoch unter sich kein Kollegium aus.

§ 544. Uebrigens aber haben sie die allgemeinen Rechte und Obliegenheiten der Geistlichen.

§ 545. Weltgeistliche, die kein bestimmtes geistliches Amt bei einer Gemeine oder Kirche haben, sollen von den Bischöfen nicht ohne erhebliche Ursache bestellt, oder in ihre Diöcese aufgenommen werden.

§ 546. Sie stehen in Ansehung ihrer geistlichen Funktionen unter dem Bischof, und dieser muß dafür sorgen, daß sie weder Unordnung oder Aergernis anrichten, noch sonst dem Staat zur Last fallen.

§ 547. Solange sie bei einer Gemeine oder Kirche nicht wirklich angesetzt sind, haben sie auf die äußeren Vorrechte der Geistlichen §§ 96, 97 keinen Anspruch.

Schiffs- und Gesandtschaftsprediger.

§ 548. Schiffsprediger stehen unter den geistlichen Obern der Provinz, wohin das Schiff gehört, und Gesandtschaftsprediger unter den geistlichen Obern derjenigen Provinz, deren Landes-Justizcollegio der Gesandte in seinen persönlichen Angelegenheiten unterworfen ist.

§ 549. Beide haben, in Ansehung der ihnen angewiesenen Kirchengesellschaft, die Rechte und die Glaubwürdigkeit eines wirklichen Pfarrers.

Siebenter Abschnitt.

Von weltlichen Kirchenbedienten.

§ 550. Personen, welche zwar zum Dienste der Kirche, aber nur in mechanischen Verrichtungen, oder weltlichen Angelegenheiten bestimmt sind, haben nicht die Rechte der Geistlichen.

§ 551. Insonderheit werden sie durch ihre Kirchenbedienungen von der ordentlichen Gerichtsbarkeit nicht ausgenommen.

Küster.

§ 556. Küster und andere dergleichen niedere Kirchenbediente werden der Regel nach von dem Patron bestellt.

§ 557. Dieser muß zwar den Pfarrer mit seinem Gutachten über das zu bestellende Subjekt hören, er ist aber an dessen Vorschläge nicht gebunden.

§ 558. Doch darf dem Pfarrer kein Subjekt aufgedrängt werden, welches mit ihm in offenbarer Feindschaft lebt, oder sich gröblich wider ihn vergangen hat.

§ 559. Ist der Küster zugleich Vorleser oder Vorsänger, so muß er eine Probe vor der versammelten Gemeine ablegen.

§ 560. Die Gemeine hat in diesem Fall ein Recht zum Widerspruche, wenn sie den geistlichen Obern erhebliche Gründe gegen die Tüchtigkeit und Würdigkeit des vorgeschlagenen Subjekts anzeigen und nachweisen kann.

§ 561. Ist der Küster zugleich Schulhalter, so finden wegen seiner Prüfung und Bestellung die Vorschriften des folgenden Titels Anwendung.

§ 562. Bei Kirchen, welche keinen eigenen Patron haben, gebührt die Bestellung der niederen Kirchenbedienten dem Pfarrer und den Kirchenvorstehern, insofern nicht dieselbe, nach wohlhergebrachter Gewohnheit des Ortes, letzteren allein

oder auch der ganzen Gemeine zukommt.[1])

§ 563. In allen Fällen muß der Pfarrer die geschehene Bestellung eines solchen Kirchenbedienten dem Erzpriester oder Kreisinspektor anzeigen.

§ 564. Ist von einem Küster die Rede, so muß derselbe, ehe er in das Amt wirklich eingesetzt wird, dem Erzpriester oder Inspektor zur Prüfung vorgestellt werden.

§ 565. Die Pflichten und Verrichtungen der niederen Kirchenbedienten sind in den Provinzialkirchenordnungen, und durch die besonderen Verfassungen einer jeden Parochialkirche bestimmt.

§ 566. Sie stehen in ihrem Amte zunächst unter der Aufsicht und Direktion des Pfarrers, und müssen den Anweisungen desselben bereitwillige Folge leisten.

§ 567. Uebrigens gilt von der Aufsicht der geistlichen Obern über sie, von ihrer Bestrafung bei vorkommenden Amtsvergehungen, ingleichen von ihrer Entsetzung alles, was im vorigen Abschnitte in Ansehung der Pfarrer verordnet ist (§§ 530 bis 538).

Achter Abschnitt.

Von Kirchenpatronen.

Begriff.

§ 568. Derjenige, welchem die unmittelbare Aufsicht über eine Kirche, nebst der Sorge für deren Erhaltung und Verteidigung obliegt, wird der Kirchenpatron genannt.

Erwerbung des Patronatrechts.

§ 569. Wer eine Kirche baut, oder hinlänglich dotiert, erlangt dadurch ein Recht zum Patronat.

§ 570. Eben dergleichen Recht erlangt derjenige, welcher eine verfallene oder verarmte Kirche wieder aufbaut, oder von neuem dotiert.

§ 571. Hat eine solche Kirche bereits einen Patron, so erlangt der neue Wohlthäter mit demselben gleichen Rechte; doch nur insofern, als der bisherige Patron die Kosten des Aufbaues und der Dotation nicht hat übernehmen können oder wollen.

§ 572. Auch durch den Auftrag einer Kirchengesellschaft, die bisher unter keinem besonderen Patronat gestanden hat, kann Jemand ein Recht zum Patronat erhalten.

§ 573. Doch wird in allen vorstehenden Fällen (§§ 569—572) das Kirchenpatronat selbst erst durch die Verleihung des Staates erworben.

§ 574. Außerdem kann das Kirchenpatronat auch durch Verjährung erlangt werden.

§ 575. Soll eine dergleichen Erwerbung desselben, gegen den Staat, oder die Kirchengesellschaft nachgewiesen werden, so müssen die Erfordernisse der bei Regalien stattfindenden Verjährung vorhanden sein.

§ 576. Wenn aber zwei oder mehrere Privatpersonen über den Besitz des Patronatrechtes miteinander streiten, so ist die gemeine Verjährung hinreichend.

§ 577. Alle dergleichen über die Zuständigkeit des Patronatrechtes entstehenden Streitigkeiten gehören zum Erkenntnisse des ordentlichen weltlichen Richters.

§ 578. Inwiefern das Patronatrecht nur der Person des Erwerbers und seinen Erben, oder einer gewissen Familie zukomme, oder mit einem Amte, oder mit dem Besitze eines Gutes verbunden sei; ist in vorkommenden Fällen nach den darüber sprechenden Erwerbungsurkunden zu bestimmen.

§ 579. Im zweifelhaften Falle wird vermutet, daß das Kirchenpatronat auf einem Gute oder Grundstück hafte.

§ 580. Dergleichen Patronat kann von dem Gute, auf welchem es bisher gehaftet hat, ohne ausdrückliche Einwilligung der geistlichen Obern, nicht abgesondert werden.

§ 581. Mit dem Gute zugleich aber geht dasselbe auf jeden Besitzer, ohne Unterschied der Religionspartei, wozu er sich bekennt, über.

§ 582. Doch können Personen, welche zu keiner von den im Staat aufgenommenen oder geduldeten christlichen Religionspartei gehören, das Patronatrecht über eine Kirche nicht ausüben.

§ 583. Es steht ihnen zwar frei, diese Ausübung einem anderen während ihrer Besitzzeit zu übertragen; die Beiträge und

[1]) Jetzt dem Gemeindekirchenrat oder Kirchenvorstand.

Leistungen aber, welche aus dem Patronat fließen, müssen in allen Fällen aus den Einkünften des Gutes bestritten werden.

Rechte und Pflichten des Patrons.

§ 584. Die dem Patron obliegende Sorge für die Erhaltung der Kirche begreift die Pflicht, dazu, bei Ermangelung eines hinlänglichen Kirchenvermögens, aus eigenen Mitteln beizutragen, in sich.

§ 586. Dem Patron, als Wohlthäter und Erhalter der Kirche, kommen in Ansehung derselben gewisse Ehrenrechte zu.

§ 587. Er hat das Recht, bei Erledigung der Pfarrstelle den neuen Pfarrer zu präsentieren. (§ 327 ff.)

§ 588. Er ist befugt, seinen Kirchstuhl im Chor, oder sonst an einem vorzüglichen Orte der Kirche zu haben.

§ 589. Der Patrone und ihrer Familien muß im öffentlichen Kirchengebete besonders gedacht werden.

§ 590. Auch bei der Beerdigung gebührt dem Patron, seiner Ehefrau, ehelichen Abkömmlingen, und bei ihm wohnenden Seitenverwandten ein Platz in dem Begräbnisgewölbe.

§ 591. Kann in diesem die Beerdigung nach den Gesetzen des Staates nicht stattfinden, so kann der Patron die unentgeltliche Anweisung einer vorzüglichen Stelle auf dem der Kirchengesellschaft zustehenden Begräbnisplatze fordern (§ 185.)

§ 592. Auch ist er berechtigt, Ehrenmäler für sich und seine Familie in der Kirche zu errichten.

§ 593. Bei seinem und seiner Ehegattin Absterben findet, durch den nach jedes Ortes Gewohnheit bestimmten Zeitraum, das Trauergeläute statt.

§ 594. Wo die Kirchentrauer für den Patron und seine Familie bei deren Absterben hergebracht ist, hat es dabei auch fernerhin sein Bewenden.

§ 595. Verarmte Patrone genugsam dotierter Kirchen haben aus dem Kirchenschatze notdürftigen Unterhalt zu fordern.

§ 596. Doch ist die Kirche zu dieser Kompetenz nur insofern verpflichtet, als die Einkünfte des Vermögens, womit sie dotiert worden, nach Abzug aller zur Unterhaltung ihrer Anstalten erforderlichen Ausgaben dazu hinreichen.

§ 597. Auch tritt die Verbindlichkeit der Kirche nur alsdann ein, wenn außer ihr niemand mehr vorhanden ist, der zur Ernährung des verarmten Patrons nach den Gesetzen verpflichtet wäre.

Wem die Ausübung eines Real-Patronatrechtes zukomme.

§ 598. Die Ausübung des auf einem Gute haftenden Patronatrechtes gebührt demjenigen, welchem das bürgerliche Eigentum (dominium civile) des Gutes zukommt.

§ 599. Wem die Gesetze die Verwaltung des Inbegriffs der Güter und Gerechtsame eines anderen übertragen haben, der ist auch das dazu gehörende Kirchenpatronat in dessen Namen auszuüben berechtigt.

§ 600. Ein bloßes Verwaltungs-, Nutzungs- oder Erbpachtrecht an dem mit dem Patronat versehenen Gute giebt noch keine Befugnis zur Ausübung des letzteren.

§ 601. Dagegen ist die Leibgedings-Frau zu solcher Ausübung während ihres Besitzes berechtigt.

§ 602. Wenn ein Gut Schulden halber in Beschlag genommen werden, so bleibt die Ausübung des Patronatrechtes dennoch dem Eigentümer; und nur diejenigen Befugnisse und Pflichten, welche auf das Kirchenvermögen Beziehung haben, müssen von dem gerichtlich bestellten Administrator wahrgenommen werden.

§ 603. Dagegen müssen die Lasten des Patronats, auch in diesem Falle, aus den Einkünften des Gutes getragen werden.

§ 604. Verfällt ein mit dem Patronatrechte versehenes Gut, aus anderen Ursachen als Schulden halber, auf den Antrag des Fiskus in gerichtlichen Beschlag: so kommt es, während desselben, dem Staate zu, für die Ausübung der diesfälligen Rechte und Pflichten zu sorgen.

Von mehreren Patronen.

§ 605. Wenn das Patronatrecht über eben dieselbe Kirche auf mehreren Gütern mit gleichem Rechte haftet, so sind die Besitzer dieser Güter, in Ansehung der damit verbundenen Befugnisse und Pflichten, als Inhaber eines gemeinsamen Rechtes oder einer gemeinsamen Verbindlichkeit, zu betrachten.

§ 606. Doch kann jeder von ihnen die §§ 586 bis 594 beschriebenen Ehrenrechte für seine Person fordern und ausüben.

§ 607. Hat eine Kirche mehrere Patrone, so kann derjenige, in dessen Gute die Kirche liegt, in gemeinschaftlichen Geschäften das Direktorium und den dahin gehörenden Vorzug in der Unterschrift verlangen.

§ 608. Sind mehrere Kirchen unter gemeinschaftlichen Geistlichen und Patronen vereinigt, so kommt das Direktorium in gemeinschaftlichen Angelegenheiten dem Patron des Ortes zu, wo der Pfarrer wohnt.

§ 609. In Angelegenheiten aber, welche nur eine einzelne Kirche betreffen, findet die Vorschrift § 607 ebenfalls Anwendung.

Wie das Patronatrecht aufhöre.

§ 610. Niemand kann, ohne ausdrückliche Einwilligung der Gemeinde, und ohne Genehmigung der geistlichen Obern, des Patronatrechtes und der damit verbundenen Obliegenheiten sich begeben.

§ 611. Dagegen verliert aber auch der Patron seine Rechte keineswegs durch den bloßen Nichtgebrauch.

§ 612. Hat er aber geschehen lassen, daß einzelne unter dem Patronatrechte begriffene Befugnisse von der Gemeine, oder deren Vorstehern, oder auch von einem Dritten, durch eine zur gewöhnlichen Verjährung hinreichende Frist, als ein ihnen zukommendes Recht ausgeübt worden, so hat er diese Befugnisse verloren.

§ 613. Wer um Bestechung oder anderer unerlaubter Privatvorteile willen jemanden zu einer Pfarrstelle präsentiert, verliert für seine Person das Wahl- und Präsentationsrecht bei dieser und allen folgenden Vakanzen.

§ 614. In diesem und allen übrigen Fällen, wo der Patron das Wahl- und Präsentationsrecht für seine Person verliert, kommt die Besetzung der vakanten Pfarrstelle den geistlichen Obern zu. (§ 398 ff.)

§ 615. Auch einem Collegio, Korporation oder Kommune kann das Kirchenpatronat zukommen.

§ 616. Ein solches Kollegium u. s. f. kann zwar die Ausübung desselben jemandem aus seinem Mittel übertragen, oder selbige mit einem gewissen Amte verknüpfen:

§ 617. Es kann sich aber dadurch der zum Patronat gehörigen Pflichten, zum Nachteil der Kirche, nicht entledigen.

Neunter Abschnitt.

Von der Verwaltung der Güter und des Vermögens der Pfarrkirchen.

Allgemeiner Grundsatz.

§ 618. Von den Gütern und dem Vermögen der Parochialkirchen gilt alles, was vom Vermögen der Kirchen überhaupt im vierten Abschnitte verordnet ist.

Art der Verwaltung.

§ 619. Die Verwaltung des Kirchenvermögens gebührt in der Regel den Kirchenvorstehern.[1])

Rechte und Pflichten der Kirchenverwalter.

§ 623. Sie müssen bei ihrer Verwaltung eben die Aufmerksamkeit anwenden, und eben den Grad der Schuld vertreten, wozu Vormünder nach den Gesetzen verpflichtet sind.

§ 625. Sie müssen die der Kirche zustehenden Gelder, Schuldinstrumente, und andere Urkunden dergestalt unter gemeinschaftlichem Beschlusse halten, daß keiner von ihnen einseitig, und ohne die übrigen, darüber verfügen könne.

§ 626. Wo der Kasten, in welchem die Kirchengelder und Urkunden unter solchem gemeinsamen Beschlusse aufzubewahren sind, am sichersten untergebracht werden könne, müssen die Vorsteher mit dem Patron und Pfarrer in Ueberlegung nehmen; allenfalls aber muß dieses von dem Inspektor oder Erzpriester nach den Umständen bestimmt werden.

§ 627. Wo es, besonders auf dem Lande, an tauglichen und im Rechnungswesen hinlänglich geübten Subjekten zu Kirchenvorstehern ermangelt, da kann der Pfarrer sich nicht entbrechen, dieses Geschäft mit zu übernehmen, und die Schreibereien, nebst dem Rechnungswesen, zu besorgen.

§ 628. Was also hier von Kirchenvorstehern überhaupt verordnet wird, gilt in

[1]) Jetzt dem Gemeindekirchenrat oder dem Gemeindevorstand.

diesem Falle auch von dem Pfarrer, und den ihm an die Seite gesetzten Nebenvorstehern.

Von Kirchenkapitalien.

§ 629. Ausstehende Kirchenkapitalien können die Vorsteher, ohne Vorwissen und Genehmigung des Patrons oder Kirchencollegii[1]), wo dergleichen vorhanden ist, nicht aufkündigen.

§ 630. Geschieht die Aufkündigung von dem Schuldner, so müssen sie dem Patron oder Kirchencollegio davon sofort Anzeige machen.

§ 634. Sobald aus den Einkünften der Kirche ein Bestand von fünfzig Thalern oder mehr erübrigt werden kann, müssen die Vorsteher für dessen sichere und zinsbare Unterbringung zum Besten der Kirche sorgen.

§ 635. Solange sich zu einer solchen Unterbringung gegen höhere Zinsen, unter gesetzmäßiger Sicherheit, keine Gelegenheit findet, müssen dergleichen aufgesammelte Kapitalien bei der Königlichen Bank[2]) belegt werden.

§ 636. Kirchenkapitalien sollen in der Regel nicht anders, als gegen gerichtliche Sicherheit und Eintragung auf unbewegliche Güter, ausgeliehen werden.

§ 637. Die Ausleihung muß mit Vorwissen und Genehmigung des Patrons oder Kirchencollegii, in deren Ermangelung aber mit Zuziehung des Pfarrers geschehen.

§ 638. In allen Fällen muß die beabsichtigte Ausleihung und die dagegen der Kirche zu verschaffende Sicherheit dem Erzpriester oder Inspektor angezeigt werden.

§ 639. Beträgt das auszuleihende Kapital mehr als fünfzig Thaler, so muß er bei den vorgesetzten geistlichen Obern darüber anfragen.

§ 640. Ein Gleiches muß geschehen, wenn der Inspektor, auch bei einer minderen Summe, die Sicherheit bedenklich findet.

§ 641. Dem Patron selbst dürfen das Kirchenkollegium, der Pfarrer und die Vorsteher, bei eigener Vertretung, ohne besondere Genehmigung der geistlichen Obern, keine Kirchengelder zum Darlehn geben, oder sonst überlassen.

§ 642. Ein Gleiches gilt von Darlehnen, die einem Vorsteher, oder einem Mitgliede des Kirchencollegii, oder auch dem Pfarrer gemacht werden sollen.

§ 643. Die geistlichen Obern machen sich der Kirche verantwortlich, wenn sie ohne eine solche Sicherheit, als die Gesetze bei Verleihung der Mündelgelder aus dem gerichtlichen Deposito erfordern, in dergleichen Darlehne (§§ 641, 642) willigen.

§ 644. An Personen, welche zu den geistlichen Obern gehören, dürfen weder die Vorsteher, noch der Patron oder die Kirchencollegia, bei eigener Vertretung, Darlehne aus dem Kirchenvermögen machen.

Von Schulden der Kirche.

§ 645. Sollen Kapitalien für die Kirche aufgenommen werden, so ist dazu der Beitritt des Patrons oder Kirchencollegii, oder in beider Ermangelung, der Gemeine oder deren Repräsentanten, nebst der Genehmigung der geistlichen Obern erforderlich.

§ 646. Wer ohne diese Erfordernisse in ein solches Darlehnsgeschäft sich einläßt, der erlangt daraus ein Recht an die Kirche und deren Vermögen nur so weit, als er die geschehene Verwendung in ihren Nutzen nachweisen kann.

Grundstücke.

§ 648. Keine Veräußerung aber kann ohne vorhergegangene Untersuchung und Approbation der geistlichen Obern und ohne Erlaubnis des geistlichen Departements im Staatsministerio, gültig geschehen.

Prozesse.

§ 650. Wenn die Kirche wegen ihrer Güter und Vermögens in Prozesse verwickelt wird, so liegt der Betrieb derselben den Vorstehern ob.

§ 652. Soll die Kirche Klägers Stelle vertreten, so müssen der Patron und die Vorsteher, noch vor dem Anfange des

---

[1]) Gemeindekirchenrat und Gemeindevertretung oder Kirchenvorstand.

[2]) Jetzt der Reichsbank.

Prozesses, die Approbation der geistlichen Obern darüber einholen.

§ 653. Unterlassen sie dieses, so wird der Prozeß auf ihre Gefahr und Kosten geführt, und der Kirche kann daraus kein Nachteil erwachsen.

§ 654. Auch wenn die Kirche von anderen rechtlich belangt wird, müssen der Patron und die Vorsteher den geistlichen Obern davon sofort Anzeige machen.

§ 655. Das Approbationsdekret der geistlichen Obern ist zwar zur Einlassung auf die Klage nicht notwendig;

§ 656. Wenn aber die Vorsteher dergleichen Dekret nicht nachbringen, so geht der Prozeß auf ihre Gefahr und Kosten.

§ 657. Die Kosten können jedoch sowohl in diesem, als in dem Falle des § 653 aus dem Kirchenvermögen zurückgefordert werden, wenn durch einen günstigen Ausgang des Prozesses ein die Kosten übersteigender Nutzen für die Kirche verschafft worden.

§ 659. In Fällen, wo die Vorsteher, der Patron oder die Kirchencollegia, wirkliche Rechte der Kirche in Gerichten auszuführen oder zu verteidigen beharrlich verweigern, müssen die geistlichen Obern der Kirche einen Bevollmächtigten dazu von Amts wegen bestellen.

§ 660. Die durch die ungegründete Weigerung entstandenen mehreren Kosten muß der Weigernde aus eigenen Mitteln ersetzen.

§ 661. Auch wenn gegen den Patron oder das Kirchenkollegium selbst ein gerichtliches Verfahren erforderlich ist, muß der Kirche von den geistlichen Obern ein Bevollmächtigter dazu von Amts wegen bestellt werden.

Vergleiche.

§ 662. Ohne Genehmigung der geistlichen Obern kann über Kirchengüter und Rechte kein Vergleich geschlossen werden.

§ 663. Enthält der Vergleich eine Art von Veräußerung solcher Güter und Rechte, so müssen noch außerdem die § 648 vorgeschriebenen Erfordernisse einer gültigen Veräußerung von Kirchengütern überhaupt hinzukommen.

Einkünfte.

§ 664. Die Kirchenvorsteher müssen insonderheit die ordentliche und prompte Einziehung der Kircheneinkünfte besorgen.

§ 665. Der Ertrag des Klingelbeutels, oder ausgestellten Beckens, gehört der Regel nach zu den Kircheneinkünften, und muß nach vollendeter Einsammlung, von den Vorstehern, mit Zuziehung des Pfarrers übernommen werden.

§ 666. Ein Gleiches gilt von den persönlichen Abgaben, welche von Eingepfarrten oder anderen, die sich dieser Anstalt bedienen wollen, für gewisse kirchliche Handlungen, nach einer vom Staat genehmigten Taxe an die Kirche selbst zu entrichten sind.

§ 667. Desgleichen von den Stellgeldern, die, nach Gewohnheit des Ortes, für die Begräbnisplätze auf den Kirchhöfen entrichtet werden müssen.

Vermieten und Verpachten der Grundstücke.

§ 668. Grundstücke der Kirchen können die Vorsteher, unter Genehmigung des Patrons oder Kirchencollegii, vermieten oder verpachten, und die Mieten oder Pachtgelder davon einziehen.

§ 669. Die Ausbietung eines solchen Grundstückes zur Miete oder Pacht muß allemal öffentlich geschehen.

§ 670. Hat die bisherige Miete oder Pacht, oder der bisherige Ertrag, fünfzig Thaler nicht überstiegen, und soll die Austhuung nicht auf längere Zeit als sechs Jahre geschehen, so ist es hinreichend, wenn die Bekanntmachung, und die Aufforderung der Miet- oder Pachtlustigen, sich an einem bestimmten Tage in der Wohnung des Patrons, oder der Kirchenvorsteher zu melden, drei Sonntage hintereinander von der Kanzel geschieht.

§ 674. Sollen Grundstücke dem Kirchenpatron selbst vermietet oder verpachtet werden, so ist allemal die Genehmigung der geistlichen Obern dazu notwendig.

§ 675. Kann ein Kirchengut zum Besten der Kirche nicht verpachtet werden, so sind die eingepfarrten Gemeinen, wo nicht ein anderes hergebracht ist, nur schuldig, die innerhalb der Kirchspielsgrenzen gelegenen Grundstücke, gegen Vergütung der in der Gegend üblichen Bestellungs- und Erntekosten, zu bearbeiten, und die Früchte davon einzusammeln.

Vermietung der Kirchstellen.

§ 676. Wo die Vermietung der Kirchstellen hergebracht ist, da gebührt selbige den Vorstehern.[1])

§ 677. Sie können die Stelle an Eingepfarrte und an Fremde zum Gebrauch überlassen; doch haben die ersteren den Vorzug.

§ 678. Die Vorsteher können die hergebrachten Kirchstellengelder ohne Bewilligung der Eingepfarrten[2]) nicht erhöhen.

§ 679. Das Vermieten der Kirchstellen soll niemals nach Art einer öffentlichen Versteigerung geschehen.

§ 680. Bei neu errichteten Kirchen muß die Verteilung der Stellen von den Vorstehern, unter Beistimmung des Patrons oder Kirchencollegii[3]) und Genehmigung der geistlichen Obern, nach Klassen, oder durch das Los besorgt werden.

§ 681. Wo nach besonderen Verfassungen Kirchstellen gewissen Personen oder Familien erblich verliehen sind, da können die Eigentümer dieselben an andere vermieten, und zum Gebrauche einräumen; auch sie auf ihre Nachkommen vererben.

§ 682. Dagegen können sie das Eigentum weder unter Lebendigen, noch von Todes wegen an andere übertragen.

§ 683. Wenn der Eigentümer einer solchen Stelle ohne Nachkommen stirbt, oder die Parochie verläßt, so fällt die Stelle an die Kirche zurück.

§ 684. Kirchstühle, die jemandem in Rücksicht seiner Würde oder seines Amtes angewiesen sind, können von ihm an andere auf keine Weise überlassen werden.

§ 685. Kirchstühle, die einem Hause oder Gute für beständig zugeschlagen sind, gehen mit diesem Grundstücke zugleich auf jeden Besitzer desselben, auch wenn er einer anderen Religionspartei zugethan ist, über.

Ausgaben aus dem Kirchenvermögen.

§ 686. Die bei der Kirche vorkommenden ordentlichen und bestimmten Ausgaben sind die Vorsteher, ohne weitere Rückfrage, aus den Kirchenmitteln zu entrichten befugt.

Rechnungslegung.

§ 688. Bei jeder Parochialkirche sind gewisse Termine zu bestimmen, in welchen die Vorsteher von ihrer Administration Rechnung legen müssen.

§ 695. Die geistlichen Obern müssen von Amtswegen darauf halten, daß die Rechnungslegung zur bestimmten Zeit gehörig erfolge.

§ 696. Bei Gelegenheit einer jeden Kirchenvisitation muß der Erzpriester oder Inspektor die, seit der letztvorhergehenden, gelegten Rechnungen nachsehen, und einen Extrakt, in Ansehung der verschiedenen Rubriken von Einnahme und Ausgabe, den geistlichen Obern einsenden.

§ 697. Findet er bei den abgelegten Rechnungen noch Zweifel oder Bedenken, so muß er die Vorsteher darüber vernehmen, und die Sache den geistlichen Obern zur weiteren Beurteilung und Verfügung anzeigen.

§ 698. Die Rechnungen von Königlichen Patronatkirchen; ingleichen von denjenigen, worüber Magistraten oder Kommunen in den Städten das Patronatrecht zusteht, müssen an das Konsistorium zur Revision, und wenn die jährliche Einnahme über fünfhundert Thaler beträgt, von dem Consistorio an die Oberrechenkammer eingesendet werden.

Bau und Besserung der Kirchengebäude.

§ 699. Für die Unterhaltung der Kirchengebäude und Geräte müssen die Kirchenvorsteher, nebst dem Pfarrer, vorzüglich Sorge tragen.[4])

§ 700. Bei vorfallenden Bauen und Reparaturen muß dem Patron oder Kirchencollegio[5]) jedesmal Anzeige gemacht werden.

§ 704. Sollen aber zu einem Baue, oder zu einer Reparatur, mehr als fünfzig Thaler aus dem Kirchenvermögen verwendet werden, so wird allemal, auch wenn

---

[1]) Jetzt dem Gemeindekirchenrat oder Kirchenvorstand.
[2]) Jetzt der Gemeindevertretung.
[3]) Jetzt des Gemeindekirchenrates oder Kirchenvorstandes.
[4]) Jetzt der Gemeindekirchenrat oder Kirchenvorstand.
[5]) Jetzt die Gemeindevertretung.

ein Patron oder Kirchenkollegium vorhanden sind, die Genehmigung der geistlichen Obern erfordert.

§ 705. Diesen muß der Erzpriester oder Inspektor, nach angestellter Untersuchung, darüber berichten, und einen von Sachverständigen aufgenommenen Kostenanschlag beilegen.

§ 706. Ist von einem neuen Anbaue, oder von einer Erweiterung der Kirchengebäude die Rede, so muß, ohne Unterschied der Fälle, die Approbation der geistlichen Obern eingeholt werden.

Untersuchung der Notwendigkeit und Erfordernis des Baues.

§ 707. Die geistlichen Obern müssen die Notwendigkeit des Baues prüfen, und die Art desselben bestimmen.

§ 708. In allen Fällen, wo über die Notwendigkeit oder Art des Baues, oder der Reparatur, oder wegen des dazu zu leistenden Beitrages, unter den Interessenten Streit entsteht, müssen die geistlichen Obern, die Sache gütlich zu regulieren, sich angelegen sein lassen.

§ 709. Findet die Güte nicht statt, so müssen sie die rechtliche Entscheidung des Streites an die weltliche Obrigkeit verweisen, zugleich aber festsetzen, wie es inzwischen mit dem Baue oder der Reparatur gehalten werden solle.

Woher die Kosten zu nehmen.

§ 710. Wo in Ansehung der Kosten zum Baue, und zur Unterhaltung der Kirchengebäude, durch Verträge, rechtskräftige Erkenntnisse, ununterbrochene Gewohnheiten, oder besondere Provinzialgesetze, gewisse Regeln bestimmt sind, da hat es auch ferner dabei sein Bewenden.

§ 711. Insoweit aber, als es an dergleichen besonderen Bestimmungen ermangelt, finden nachstehende allgemeine Vorschriften Anwendung.

§ 712. Die Kosten zum Baue und zur Unterhaltung der Kirchengebäude müssen hauptsächlich aus dem Kirchenvermögen genommen werden.

§ 713. Es darf aber davon nicht mehr verwendet werden, als ohne Nachteil der aus der Kirchenkasse zu bestreitenden jährlichen Ausgaben geschehen kann.

§ 714. Auch müssen, bei Landkirchen, die Eingepfarrten in jedem Falle, ohne Unterschied, die nötigen Hand- und Spanndienste unentgeltlich leisten.

§ 715. Die Verteilung der Hand- und Spanndienste unter die Eingepfarrten muß nach eben dem Verhältnisse geschehen, wie bei Gemeindediensten. (Tit. 7 § 37 ff.)

§ 716. Eingepfarrte, welche nicht zu der Gemeine des Dorfes, wo die Kirche liegt, gehören, oder aus irgend einem Grunde von den Gemeindediensten frei sind, müssen dennoch zu den Hand- und Spanndiensten bei Kirchenbauen und Reparaturen beitragen.

§ 717. Ihr Verhältnis dabei wird, in Ansehung der Handdienste, nach der Zahl der Familien, sowie in Ansehung der Spanndienste, nach dem auf ihren Stellen angeschlagenen oder gewöhnlich gehaltenen Gespanne bestimmt.

§ 718. Zu unentgeltlicher Leistung von Arbeiten, welche kunst- oder handwerksmäßige Kenntnis erfordern, ist auch bei Kirchenbauen und Reparaturen kein Eingepfarrter verpflichtet.

§ 719. Bei Stadtkirchen werden die erforderlichen Hand- und Spanndienste zu den übrigen Kosten geschlagen.

§ 720. Ist das Kirchenvermögen zur Bestreitung der Kosten ganz oder zum Teil nicht hinreichend, so muß der Ausfall von dem Patron und den Eingepfarrten gemeinschaftlich getragen werden.

§ 721. Kein Eingepfarrter kann sich dieser Verbindlichkeit entziehen, und wer eine doppelte Parochie hat, ist in beiden dazu verpflichtet.

§ 722. Auch diejenigen, welche nur vermöge eines besonderen Privilegii vom Pfarrzwange der Parochialkirche ihrer Religionspartei befreit sind, müssen dennoch von ihren im Kirchspiel eigentlich innehabenden Grundstücken zum Baue und Unterhaltung der Pfarrkirche beitragen.

§ 723. Auch Gastgemeinen, welche zu einer benachbarten Kirche gewiesen worden (§ 294 ff.), müssen dazu Beitrag leisten.

§ 724. Ist die notwendige Reparatur während der Zeit ihrer Verbindung entstanden, so können sie sich dieser Pflicht durch Wiederabtrennung von der Kirche, auch bei sonst vorwaltenden erheblichen Gründen, einer solchen Trennung nicht entziehen.

§ 725. Sind mehrere Kirchen nur unter einem gemeinschaftlichen Pfarrer vereinigt, so dürfen der Patron und die Eingepfarrten einer jeden solchen Kirche nur zur Unterhaltung ihrer eigenen Gebäude beitragen.

§ 726. Sind aber mehrere Haupt- oder Filialgemeinen zu einer gemeinschaftlichen Kirche geschlagen, so sind sämtliche Patrone und Eingepfarrten zu deren Unterhaltung verpflichtet.

§ 727. Hat der Patron einer zugeschlagenen Mutter- oder Filialgemeinde, bei der Zuschlagung, mit Einwilligung des Hauptpatrons, sich seines Patronatrechts zu Gunsten dieses letzteren gänzlich begeben, so kann er auch bei vorfallenden Bauen und Reparaturen, als Patron, zum Beitrage nicht gezogen werden.

§ 728. Ist einem Teil der Gemeine die Errichtung einer besonderen Kapelle, oder eines Bethauses, in einer entlegeneren Gegend des Kirchspiels verstattet worden: so muß dennoch dergleichen Kapelle, sowie die Hauptkirche, von denjenigen, die zu letzterer verpflichtet sind, unterhalten werden.

§ 729. Baumaterialien, welche der Patron oder die Kirchengemeine selbst hat, müssen von ihnen zum Baue geliefert werden.

§ 730. Doch wird jedem Teil der anschlagsmäßige Preis derselben auf seinen Geldbeitrag zu gute gerechnet.

§ 731. Der Geldbeitrag wird, bei Landkirchen, zwischen dem Patron und der Kirchengemeine dergestalt verteilt, daß der Patron zwei Drittel, die Eingepfarrten aber ein Drittel entrichten.

§ 732. Besitzt der Patron Rustikalhufen im Kirchspiel, so trägt er davon noch besonders, wie ein anderer Eingepfarrter, mit bei.

§ 733. Wenn mehrere Patrone zum Beitrage verpflichtet sind, so tragen die Patrone die ihnen obliegenden zwei Drittel unter sich, nach Verhältnis ihres Anteils am Patronatrechte.

§ 734. Der nach § 731 bestimmte Beitrag der Eingepfarrten wird unter sie nach dem Kontributionsfuße verteilt.

§ 735. Kirchen-, Pfarr-, Schul- und Hospital-Aecker werden zu keinem Beitrage gezogen.

§ 736. Eingepfarrte, deren Grundstücke der Kontribution nicht unterworfen sind, müssen ihren Beitrag dennoch nach Verhältnis des Maßes und Ertrages dieser Grundstücke entrichten.

§ 737. Zu dem Ende werden diese Grundstücke, nach den im Steuerkataster für die kontribuablen Aecker der Feldmark angenommenen Klassen und Sätzen, durch Sachverständige gewürdigt, und solchergestalt das Verhältnis des zu leistenden Beitrages gegen die steuerbaren Grundstücke bestimmt.

§ 738. Eingepfarrte Gemeineglieder, die keine Grundstücke besitzen, sondern nur von ihren Nahrungen und Gewerben beitragen sollen, werden dazu nach eben dem Verhältnisse angeschlagen, nach welchem sie zu anderen Gemeinelasten mit den angesessenen Mitgliedern Beitrag leisten müssen.

§ 739. Wer in zwei Kirchspielen eingepfarrt ist, trägt in jedem nur nach Verhältnis der in demselben besitzenden Grundstücke, oder des in demselben treibenden Gewerbes bei.

§ 740. Bei Stadtkirchen geschieht die Verteilung zwischen dem Patron und den Eingepfarrten dergestalt, daß ersterer ein Drittel, letztere aber zwei Drittel betragen.

§ 741. Die Verteilung unter den Eingepfarrten geschieht auf eben die Art, wie andere gemeine persönliche Lasten und Abgaben nach eines jeden Ortes Verfassung aufgebracht werden.

§ 742. Sind Filial- oder auch Mutterkirchen eingegangen, und die dazu eingepfarrt gewesenen Gemeinen zu einer anderen benachbarten Kirche geschlagen worden, so werden in der Regel die Mitglieder derselben nach einerlei Grundsätzen, wie die Mitglieder der Hauptgemeine zum Beitrage gezogen.

§ 743. Die einzelnen Mitglieder bloßer Gastgemeinen entrichten jeder den vierten Teil dessen, was ein Kontribuent von eben der Klasse aus der eigentlichen Pfarrgemeine zu leisten hat.

§ 744. Ist ihnen aber bei der Zuschlagung die Teilnehmung an dem Wahlrechte zur Besetzung der Pfarrstelle zugestanden worden, so müssen sie auch zu den Bau- und Reparaturkosten der Kirche, gleich den Mitgliedern der eigentlichen Pfarrgemeinen beitragen.

§ 745. Einwohner des Kirchspiels, die zu einer anderen Religionspartei gehören,

müssen dennoch nach eben diesen Grundsätzen beitragen, sobald sie sich der Kirche zu ihrem Gottesdienste mit bedienen.

§ 746. Außer diesem Falle sind sie zwar zu Beiträgen in der Regel nicht verpflichtet.

§ 747. Es dürfen aber auch, wegen ihres Ausfalles, die Beiträge der übrigen wider deren Willen nicht erhöht werden; sondern die geistlichen Obern müssen für die Uebertragung eines solchen Ausfalles auf andere Art sorgen.

§ 748. Gleiche Grundsätze gelten auch bei der Verteilung der Hand- und Spanndienste.

§ 749. Auf die Ausfälle, welche durch den zurückbleibenden Beitrag solcher nicht eingepfarrten Gemeineglieder entstehen, muß vornehmlich der von der Kirche, nach Maßgabe ihres Vermögens, zu entrichtende Zuschuß gerechnet werden.

§ 750. Kann der Ausfall dadurch nicht gedeckt werden, so können die geistlichen Obern die Bewilligung einer Kollekte bei dem Staat nachsuchen.

§ 751. Sind gar keine andere Mittel, den Ausfall zu decken, vorhanden, so muß derselbe von den Eingepfarrten, soweit es ohne ihre erhebliche Bedrückung geschehen kann, übertragen werden.

§ 752. Hat aber die Zahl der Eingepfarrten dergestalt abgenommen, daß die noch übrigen den ihnen obliegenden Beitrag, ohne ihren zu besorgenden Ruin, nicht mehr aufbringen können, so müssen die geistlichen Obern, unter Genehmigung des Staates, eine solche Parochie zu einer andern benachbarten schlagen.

§ 753. Dergleichen zusammengeschlagene Parochien stehen in dem Verhältnisse gegeneinander als Mutterkirchen.

§ 754. Wie weit der Patron und die Eingepfarrten der zugeschlagenen Parochie, auch in Ansehung der Bestellung des Pfarrers und der Unterhaltung der Kirche, sowie in Ansehung der übrigen Rechte und Pflichten, zur Teilnehmung mit dem Patron und den Eingepfarrten der Kirche, bei welcher sie vereinigt sind, gelangen sollen, muß in dem Einigungsvertrage, unter Vermittelung der geistlichen Obern deutlich bestimmt werden.

§ 755. Soweit dergleichen Bestimmung nicht erfolgt, treten die Regeln des Gesetzes über die Verhältnisse vereinigter Mutterkirchen, ihrer Patrone und Eingepfarrten ein.

§ 756. Das Vermögen jeder Parochie wird in der Regel nach wie vor besonders verwaltet; doch muß jedes derselben zur Unterhaltung der gemeinschaftlichen Kirche, solange die Vereinigung dauert, in gleichem Verhältnisse beitragen.

Aufsicht über den Bau.

§ 757. Die Aufsicht über den Bau, und die Einsammlung der Beiträge dazu, liegt den Kirchenvorstehern[1]) ob.

§ 758. Der weltliche Richter kann denselben, zur Beitreibung der letzteren, die richterliche Hilfe auf gebührendes Anmelden nicht versagen.

§ 759. Auch während eines über die Verbindlichkeit, oder das Quantum des Beitrages entstandenen Prozesses muß letzterer nach der Festsetzung der geistlichen Obern entrichtet werden.

§ 760. Wenn aber der klagende Interessent durch Urteil und Recht von diesem Beitrage ganz oder zum Teil freigesprochen wird, so muß demselben das Gezahlte, nebst Zinsen, von den übrigen Kontribuenten zurückgegeben werden.

Bau und Besserung der Kirchhöfe.

§ 761. Die Unterhaltung der Begräbnisplätze ist gemeine Last und liegt allen ob, die an dem Kirchhofe teilzunehmen berechtigt sind. (§ 183 ff.)

§ 762. Erhält jedoch die Kirche Bezahlung für die Grabstellen, so muß der Kirchhof aus der Kirchenkasse auf eben die Art, wie die Kirche selbst, unterhalten werden.

§ 763. Der Patron ist der Regel nach zur Unterhaltung des Kirchhofes beizutragen in keinem Falle verpflichtet.

§ 764. Die Anlegung neuer Begräbnisplätze soll nur aus erheblichen Ursachen, und nur unter Einwilligung der geistlichen Obern, sowie der Polizeivorgesetzten des Ortes, stattfinden.

§ 765. Durch dergleichen neue Anlagen soll dem Pfarrer und den Kirchenbedienten an ihren bisherigen Gebühren nichts entzogen werden.

---

[1]) Jetzt dem Gemeindekirchenrat oder Kirchenvorstand.

Unterhaltung des Geläutes.

§ 766. Inwiefern eine Kirchengesellschaft, welche sich des Geläutes einer anderen Kirche bedient, zur Unterhaltung desselben, ingleichen des Glockenstuhles und Turmes, beitragen müsse, hängt hauptsächlich von Verträgen, und der bisherigen ununterbrochenen Gewohnheit eines jeden Ortes ab.

§ 767. Fehlen dergleichen Bestimmungen, so kommt es darauf an, ob die fremde Kirchengesellschaft derjenigen, welcher die Glocken gehören, für den Mitgebrauch derselben etwas entrichte, oder ob sie sich dieses Mitgebrauchs unentgeltlich zu erfreuen habe.

§ 768. Entrichtet die fremde Kirchengesellschaft etwas für den Mitgebrauch, so kann diejenige, welcher das Geläute gehört, zur Unterhaltung desselben keinen Beitrag fordern.

§ 769. Eben das findet statt, wenn auch nur die Mitglieder der fremden Kirchengesellschaft für den Gebrauch der Glocken, in einzelnen Fällen mehr, als die Mitglieder derjenigen, welcher das Geläute gehört, zur Kirchenkasse entrichten müssen.

§ 770. Ist der Mitgebrauch ganz unentgeltlich, oder zahlen die Mitglieder der fremden Gesellschaft dafür in einzelnen Fällen nur ebenso viel, als die eigentlichen Eingepfarrten, so müssen erstere zur Unterhaltung des Geläutes nach eben dem Verhältnisse, wie letztere beitragen.

§ 771. Werden in diesem Falle die Kosten aus der Kirchenkasse genommen, also, daß die eigentlichen Eingepfarrten nichts beitragen dürfen, so muß dennoch die fremde Kirchengesellschaft einen von den geistlichen Obern billig zu bestimmenden Beitrag leisten.

Zehnter Abschnitt.

Von Pfarrgütern und Einkünften.

Was zum Pfarrvermögen gehöre.

§ 772. Von dem Kirchenvermögen müssen die unmittelbar zur Unterhaltung des Pfarrers und der übrigen Kirchenbedienten bestimmten Güter und Einkünfte unterschieden werden.

§ 773. Zu letzteren gehören auch die von den Parochialverrichtungen zu erlegenden Stolgebühren.

Rechte desselben überhaupt.

§ 774. Pfarrgüter haben eben die äußeren Rechte, als Kirchengüter.

§ 775. Sie sind der Regel nach von allen Prästationen und Abgaben an die Gutsherrschaft oder Stadtkämmerei, sowie von den gemeinen Lasten frei.

§ 776. Zu solchen Ausgaben der Gemeine, wovon der Pfarrer und die Gemeine unmittelbaren Vorteil ziehen, müssen sie mit beitragen.

Nießbrauch des Pfarrers.

§ 778. Die Verwaltung und der Nießbrauch der Pfarrgüter gebührt dem Pfarrer.

§ 779. Der Patron und die Kirchenvorsteher sind schuldig und befugt, darauf zu sehen, daß der Pfarrer die Wiedmuthsstücke ordentlich verwalte, und wirtschaftlich nutze.

§ 780. Besonders müssen sie dafür sorgen, daß ein richtiges und vollständiges Wohnungs-, Wirtschafts-, Garten- und Feld-Inventarium gehalten werde.

§ 781. Wenn Streit entsteht, was an Grundstücken, Gebäuden, Inventarien, Kapitalien, oder jährlichen Hebungen, zur Kirche oder Pfarre gehöre, so muß bei dessen Entscheidung auf die vorhandenen Kirchenmatrikeln vorzüglich Rücksicht genommen werden.

§ 782. Der Pfarrer kann seine Wohngebäude nur mit Einwilligung des Patrons und der Kirchenvorsteher vermieten; diese aber dürfen ihm die Einwilligung ohne erhebliche Gründe nicht versagen.

§ 783. Bei Aufnehmung der Fremden ist der Pfarrer den Polizeigesetzen, gleich jedem anderen Einwohner, unterworfen.

Unterhaltung der Gebäude.

§ 784. Die Unterhaltung der Zäune und Gehege, sowie kleine Reparaturen an den Gebäuden, müssen die Pfarrer und Kirchenbedienten aus eigenen Mitteln besorgen.

§ 785. Für kleine Reparaturen sind diejenigen zu achten, die entweder gar keine bare Auslagen erfordern, oder wo

die Kosten, von jeder einzeln genommen, für den Pfarrer nicht über drei, und für den Kirchenbedienten nicht über Einen Thaler betragen.

§ 786. Thüren, Fenster, Oefen, Schlösser, und andere dergleichen innere Pertinenzstücke der Gebäude, müssen von dem Nießbraucher, mit eigenen Kosten, ohne Rücksicht auf den Betrag derselben, unterhalten werden.

§ 787. Auch zu größeren Reparaturen der Pfarrgebäude, sowie zu neuen Bauten, muß der Pfarrer die Materialien, soweit als dieselben bei der Pfarre über die Wirtschaftsnotdurft befindlich sind, unentgeltlich hergeben.

§ 788. Woher die übrigen Kosten, in Ermangelung eines eigenen dazu bestimmten Fonds, zu nehmen sind, ist nach den vorhandenen verschiedenen Provinzialgesetzen zu bestimmen.

§ 789. Wo darüber keine besondere gesetzliche Bestimmung vorhanden ist, da müssen diese Kosten, gleich den Bau- und Reparaturkosten der Kirche selbst, aus dem Kirchenvermögen genommen, bei dessen Unzulänglichkeit aber, von dem Patron und den Eingepfarrten getragen werden.

§ 790. Wegen Aufbringung und Verteilung der Beiträge finden eben die Grundsätze wie bei Kirchengebäuden statt.

§ 791. Doch sind Filial- und zugeschlagene Gemeinen von allen Beiträgen zu Pfarr- und Küster-Gebäuden bei der gemeinschaftlichen Kirche frei, wenn sie eigene dergleichen Gebäude zu unterhalten haben.

§ 792. Dagegen ist eine solche Filial- und zugeschlagene Gemeine von dem Beitrage zur Unterhaltung des Küstergebäudes bei der gemeinschaftlichen Kirche nicht frei, wenn sie gleich einen eigenen Schulmeister hat, sobald dieser das Küsteramt bei dem Gottesdienste nicht zugleich mit versieht.

§ 793. Predigerwitwenhäuser ist in der Regel weder die Kirchenkasse, noch der Patron, oder die Gemeine, zu unterhalten verbunden.

§ 794. Vielmehr müssen die Kosten aus dem von dem Erbauer dazu ausgesetzten Fonds genommen, und bei dessen Ermangelung oder Unzulänglichkeit, von der Witwe, gegen den ihr zu gute kommenden Genuß der freien Wohnung, getragen werden.

§ 795. Ist aber das Haus von dem Patron und der Gemeine selbst errichtet, oder sonst mit ihrer ausdrücklichen Einwilligung zur Pfarre geschlagen worden, so gilt von desselben Unterhaltung alles, was von Unterhaltung der Pfarrgebäude verordnet ist.

§ 796. Den Kirchenvorstehern[1]) liegt vorzüglich ob, darauf zu sehen, daß der Pfarrer, und die übrigen zu kleinen Reparaturen verpflichteten Personen, den Schaden nicht größer werden lassen.

§ 797. Die geistlichen Obern müssen, bei Gelegenheit der Visitationen, die Pfarrer und Kirchenbedienten zu ihrer Schuldigkeit, auch in diesem Stücke, ernstlich anhalten.

§ 798. Hat ein Pfarrer oder Kirchenbedienter durch Vernachlässigung der kleinen Reparaturen, oder durch schuldbar unterlassene Anzeige eines vorhandenen beträchtlichen Schadens, zur Vergrößerung desselben Anlaß gegeben, so muß die Wiederherstellung auf desselben eigene Kosten geschehen.

Unterhaltung des Inventarii.

§ 799. Für die Unterhaltung des Garten-, Feld- und Wirtschafts-Inventarii muß der Pfarrer als Nießbraucher sorgen.

§ 800. Pfarräcker kann der Pfarrer ohne weitere Rückfrage verpachten; sein Amtsfolger ist aber an den von ihm geschlossenen Vertrag nicht gebunden.

§ 801. Doch muß der Amtsfolger, wenn die Aecker in gewisse Felder geteilt sind, den Pächter so lange dulden, bis derselbe mit der Nutzung wenigstens einmal, von Anfang der Pacht an, durch alle Felder herumgekommen ist.

§ 802. Trifft die Anstellung des Nachfolgers in eine Zeit, da der Pächter die Benutzung der Felder nach der Reihe bereits von neuem wieder angefangen hat, so muß der Nachfolger sich die Fortsetzung der Pacht so lange, bis die Reihe wieder herum ist, gefallen lassen.

§ 803. Ist der Pachtkontrakt mit Zuziehung des Patrons und der Vorsteher, und unter ausdrücklicher Bestätigung der geistlichen Obern geschlossen worden, so ist auch der Amtsfolger daran gebunden.

[1]) Jetzt dem Gemeindekirchenrat.

Benutzung des Pfarrwaldes.

§ 804. Gehört ein Wald zur Pfarre, so kann der jedesmalige Pfarrer denselben nach den Regeln der Forstordnung nutzen.

§ 805. Er ist aber Bauholz daraus zu verkaufen nicht berechtigt.

§ 806. Dergleichen Bauholz muß, soweit es ohne Abbruch des benötigten Brennholzes für den Pfarrer geschehen kann, geschont und zu vorkommenden Bauen und Reparaturen an den Pfarr- und Küstergebäuden aufbewahrt werden.

§ 807. Ist überflüssiges Bauholz vorhanden, so können die Vorsteher unter Genehmigung des Patrons oder Kirchencollegii, oder in deren Ermangelung, der Gemeine, oder ihrer Repräsentanten, dasselbe verkaufen und das gelöste Geld zinsbar belegen.

§ 808. Dergleichen Kapital gehört zum Pfarrvermögen, und muß vorzüglich zu vorkommenden Bau- und Reparaturkosten an den Pfarr- und Küstergebäuden verwendet werden.

§ 809. Solange es aber zu diesem Behufe noch nicht gebraucht wird, kommen die Zinsen davon dem jedesmaligen Pfarrer zu gute.

§ 810. Auch Brennholz ist der Pfarrer nur soweit zu verkaufen berechtigt, als entweder der Pfarrwald in gewisse Schläge eingeteilt, und ihm solchergestalt zum Nießbrauche eingeräumt, oder ihm ein gewisses Deputat daraus angewiesen ist, und er von diesem etwas erübrigen kann.

§ 811. Außer diesem Falle findet bei Brennholz, wenn etwas davon ohne Abbruch der Notdurft des Pfarrers verkauft werden kann, eben das statt, was §§ 807—809 wegen des Bauholzes verordnet ist.

§ 812. Ist auf dem eigentlichen Hufenschlage der Pfarre Holz gewachsen, so kann ein nachfolgender Pfarrer zwar verlangen, daß dasselbe entweder auf Kosten desjenigen, der eine solche Veränderung in der ursprünglichen Bestimmung des Grundes eigenmächtig vorgenommen hat, oder auf Kosten der Pfarr- oder Kirchenkasse, weggeschafft und geradet werde.

§ 813. Er kann aber weder an das geschlagene Holz, noch an das dafür gelöste Geld Anspruch machen; sondern dieses verbleibt demjenigen, welcher die Kosten der Radung getragen hat.

§ 814. Die Früchte und wirtschaftlichen Nutzungen von einzelnen auf dem Felde stehenden Obst- und anderen Bäumen gehören dem Pfarrer; an die Substanz der Bäume hingegen hat er keinen Anspruch.

Von Pfarrbauern.

§ 815. Wo gewisse Dienst- oder Frohnleute zur Pfarre geschlagen sind, hat der Pfarrer in Ansehung ihrer Dienste eben die Rechte, wie ein Gutsherr gegen seine Unterthanen.

§ 816. Gerichtsbarkeit und andere gutsherrliche Rechte stehen dem Pfarrer über sie nur alsdann zu, wenn er dergleichen Gerechtsame durch Beleihung vom Staate, oder durch Verjährung, besonders erworben hat.

§ 817. Sind dergleichen Rechte in der Matrikel mit aufgeführt, so streitet die Vermutung für den Pfarrer, daß dieselben auf eine rechtsgültige Weise zur Pfarre erworben worden.

Nutzung des Kirchhofes.

§ 818. Die Nutzung des Kirchhofes gehört der Regel nach nicht dem Pfarrer, sondern zu den Kircheneinkünften.

§ 819. Wenn jedoch ein Pfarrer den Kirchhof mit Maulbeerbäumen bepflanzt, und für deren Abwartung und Kultur gehörig sorgt, so gebührt demselben die ganze Nutzung des Kirchhofes, sowohl an Gras, als Früchten.

§ 820. Will der Pfarrer sich mit der Anpflanzung und Kultur der Maulbeerbäume solchergestalt nicht befassen, so steht dieses dem Küster frei, welcher dagegen eben dieselben Vorteile von dem Kirchhofe zu genießen hat.

Auseinandersetzung zwischen dem an- und abziehenden Pfarrer.

§ 822. Bei der Einweisung eines neuen Pfarrers muß demselben Wohnung und Wirtschaft von den Vorstehern, unter Aufsicht und Direktion des Patrons, oder des Erzpriesters, oder Kreisinspektors, nach dem Inventario übergeben werden.

§ 823. Die Auseinandersetzung zwischen dem abgehenden Pfarrer oder dessen Erben, und der Kirche, in Ansehung der Substanz, sowie mit dem neuen Pfarrer, in

Ansehung der Nutzungen, geschieht nach den in der Lehre vom Nießbrauche vorgeschriebenen Gesetzen.

§ 824. Wo daselbst zu Verbesserungen, die dem Nießbraucher vergütet werden müssen, die Einwilligung des Eigentümers erfordert wird, da ist bei einem Pfarrer die Einwilligung des Patrons oder Kirchencollegii, und die Genehmigung der geistlichen Obern erforderlich.

§ 825. Soweit dergleichen Verbesserungen dem abgehenden Pfarrer oder dessen Erben vergütet worden, werden dieselben der Pfarre einverleibt; und es gilt davon, in Ansehung der folgenden Fälle, alles das, was von Pfarrgütern überhaupt verordnet ist.

§ 826. Hat der neue Pfarrer die Vergütung solcher Verbesserungen aus eigenem Mitteln geleistet, so können er oder seine Erben, bei seinem erfolgenden Abgange, die Vergütung des dafür Gezahlten von dem Nachfolger fordern.

§ 827. Dergleichen einem Vorgänger von seinem Nachfolger zu leistende Vergütung dauert, auch bei nachherigen Amtsveränderungen, so lange fort, als nicht etwa auch dieser Wert der Verbesserung, sowie die Verbesserung selbst, der Pfarre einverleibt worden.

§ 828. Hat aber der neue Pfarrer dem abgehenden, oder dessen Erben, Verbesserungen, für welche dieselben keine Vergütung fordern, sondern sie nur zurücknehmen konnten, bezahlt: so werden dieselben dadurch der Pfarre nicht einverleibt; der Pfarrer kann aber auch dafür, bei seinem demnächst erfolgenden Abgange, keinen Ersatz fordern.

§ 829. Vielmehr tritt er, in Ansehung der Befugnis zur Zurücknahme, nur in die Rechte des ursprünglichen Verbesserers.

§ 830. Soll gegen diese Regeln etwas durch Vertrag, zwischen der Kirche und Pfarre an einer, und dem abgehenden Pfarrer oder dessen Erben, ingleichen dem neuen Pfarrer, an der anderen Seite, festgesetzt werden, so ist dazu die Genehmigung der geistlichen Obern notwendig.

§ 831. Auch wegen der Auseinandersetzung über die Nutzungen gelten, soweit ausdrückliche Provinzialgesetze nicht ein anderes bestimmen, die bei dem Nießbrauche vorgeschriebenen Regeln.

§ 832. Doch kommen die Stolgebühren nur demjenigen zu, welcher die Handlung verrichtet hat.

Sterbequartal.

§ 833. Das Sterbequartal kommt der Witwe und den Kindern des im Amte gestorbenen Pfarrers zu gute.

§ 834. Doch müssen dieselben davon die Begräbniskosten, soweit die Einkünfte dazu hinreichen, bestreiten.

§ 835. Zum Nachteil der Gläubiger des verstorbenen Pfarrers können auch seine Witwe und Kinder auf das Sterbequartal keinen Anspruch machen.

§ 836. Dagegen kann ihnen der Mann und Vater diesen Genuß durch letztwillige Verordnung, zu Gunsten anderer Erben, nicht entziehen.

§ 837. Sowohl das Amtsjahr, als das Sterbequartal, werden von dem ersten Tage desjenigen Monats, in welchem der Pfarrer eingewiesen worden, berechnet.

Gnadenjahr.

§ 838. Das Gnadenjahr, oder die Gnadenzeit, findet nur bei den protestantischen Pfarrern und nur an Orten statt, wo es durch Provinzial-Kirchenordnungen eingeführt, oder durch Gewohnheit hergebracht ist.

§ 839. Es gebührt nur der hinterlassenen Witwe und solchen Kindern des Pfarrers, die sich bei seinem Absterben noch in seiner väterlichen Gewalt befunden haben.

§ 840. Enkel und bloß angenommene Kinder des verstorbenen Pfarrers können darauf nur insofern Anspruch machen, als sie sich zur Zeit seines Ablebens in seinem Hause und in seiner Verpflegung befunden haben.

§ 841. Witwen, welche nach der Verfassung des Ortes einen Witwengehalt empfangen, können in der Regel kein Gnadenjahr fordern.

§ 842. Den Witwen und den Kindern eines Pfarrers, der sein Amt gänzlich niedergelegt und nur noch ein Gnadengehalt davon genossen hat, gebührt kein Gnadenjahr.

§ 843. War aber der Pfarrer noch im Amte geblieben, und war ihm nur ein Substitut zugeordnet worden, so genießen seine Witwe und Kinder die ihm vorbehaltenen Einkünfte während der Gnadenzeit.

§ 844. Die Dauer der Gnadenzeit ist nach jedes Ortes Gewohnheit bestimmt.

§ 845. Das Sterbequartal wird in die Gnadenzeit nicht mit eingerechnet.

§ 846. Das Gnadenjahr bleibt der Witwe und den Kindern, wenn sie auch ihres Mannes und Vaters Erben nicht geworden sind.

§ 847. Doch können rechtmäßig enterbte Kinder keinen Anspruch darauf machen.

§ 848. Ist eine Witwe vorhanden, so gebührt derselben allein das Gnadenjahr; sie muß aber dagegen für den Unterhalt der Kinder unentgeltlich sorgen.

§ 849. Stirbt die Witwe während des Gnadenjahres, so wird der Genuß von den nach §§ 839, 840 dazu berechtigten Kindern des Pfarrers fortgesetzt.

§ 850. Genießen nur Kinder das Gnadenjahr, und stirbt während des Genusses eines derselben, so wächst dessen Portion den übrigen zu.

§ 851. Andere, als die §§ 839, 840 benannten Witwen und Kinder des verstorbenen Pfarrers, können auf eine Gnadenzeit niemals Anspruch machen.

§ 852. Was von den Einkünften der Pfarre während der Vakanz, nach Abzug der Vertretungskosten, übrig bleibt, wächst, wo kein Gnadenjahr stattfindet, dem Pfarrvermögen zu.

§ 853. Die Stolgebühren gehören der Regel nach weder zum Gnadenjahre, noch zum Pfarrvermögen; sondern sie kommen demjenigen zu, der die Handlung, wofür sie erlegt werden müssen, verrichtet hat.

§ 854. Wo es hergebracht ist, daß auch die Stolgebühren zum Gnadenjahre gehören, da müssen die im Genusse des letzteren befindliche Witwe und Kinder diejenigen, welche die Handlung verrichtet haben, für die dabei vorgefallenen Reise- und Zehrungskosten schadlos halten.

§ 855. Sowohl im Sterbequartal, als im Gnadenjahre, müssen diejenigen, welche die Pfarreinkünfte genießen, denjenigen, welche den Gottesdienst versehen, die in der Provinz, oder im Kreise gewöhnliche Entschädigung, soweit sie nicht durch die Stolgebühren erfolgt, gewähren.

§ 856. Kommt das Sterbequartal und Gnadenjahr verschiedenen Personen zu, so müssen die Nutzungen unter sie nach Verhältnis der Zeit geteilt werden.

Elfter Abschnitt.

Von Zehnten und anderen Pfarrabgaben.

Grundsätze.

§ 857. Der eigentliche Zehnte ist eine Abgabe von Früchten, die auf der zur Parochie gehörenden Feldmark erzeugt werden.

§ 858. Ursprünglich ist der Zehnte zur Unterhaltung des Pfarrers bestimmt; er kann aber auch von der Kirche, sowie von jedem anderen erworben und besessen werden.

§ 859. Bei Zehnten, die sich in den Händen eines weltlichen Besitzers befinden, hat, wenn sie auch ursprünglich Pfarrzehnten sind, die Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses auf das Recht, sie zu fordern, keinen Einfluß.

§ 860. Daraus, daß eine Kirche die Eigenschaft einer Parochialkirche hat, folgt noch nicht, daß die Eingepfarrten zur Entrichtung eines Zehnten verbunden sind.

Erwerbung des Zehntrechts.

§ 861. Der Pfarrer und die Kirche können das Zehntrecht auf eben die Art, wie jedes andere Recht, auch durch die ordentliche Verjährung erwerben.

§ 862. Wenn ein Laie den durch Verjährung geschehenen Erwerb eines ursprünglichen Pfarr- oder Kirchenzehnten gegen den Pfarrer oder die Kirche behaupten will, so müssen alle Erfordernisse der Kirchenverjährung vorhanden sein.

§ 863. Zwischen Laien, die über den Besitz eines ursprünglichen Kirchen- oder Pfarrzehnten untereinander streiten, ist die gewöhnliche Verjährung zur Entscheidung hinreichend.

§ 864. Alle, auch über Pfarr- und Kirchenzehnten entstehenden Streitigkeiten gehören zur Entscheidung des weltlichen Richters.

Umfang desselben.

§ 865. Sobald ausgemittelt ist, daß dem Zehntberechtigten, der einen ursprünglichen Pfarr- oder Kirchenzehnten besitzt, das Zehntrecht über eine gewisse Feldmark zustehe, gilt die Vermutung, daß alle in dieser Feldmark gelegenen Grundstücke demselben unterworfen sind.

§ 866. Zehntsteine beweisen kein allgemeines Zehntrecht; sondern nur, daß derjenige, dessen Zeichen darauf befindlich ist, ein Zehntrecht in dem innerhalb der Steine gelegenen Bezirk auszuüben befugt sei.

§ 867. Wer zehntfreie Aecker neben zehntpflichtigen erwirbt, oder zehntfreie Wiesen, Weiden und Holzungen in Saatland verwandeln und mit zehntpflichtigen Ländereien vereinigen will, muß dem Zehntherrn davon Anzeige machen, und in Gegenwart desselben, oder dessen Bevollmächtigten, das zehntfreie Land von dem zehntpflichtigen durch Grenzmale absondern.

§ 868. Hat er dies nicht beobachtet, so ist die Vermutung wider ihn, und er muß, bei entstehendem Streite, die Grenzen des zehntfreien Landes vollständig nachweisen.

Erlöschung des Zehntrechts.

§ 869. Die sonstigen Eigenschaften und Vorrechte eines innerhalb des Zehntbezirkes gelegenen Grundstückes begründen noch nicht die Befreiung vom Zehnten.

§ 870. Wenn jedoch der Inhaber sich seit zehn Jahren im ruhigen Besitze der Zehntfreiheit befindet, so wird dadurch die aus der Lage des Grundstückes entstandene rechtliche Vermutung gehoben.

§ 871. Kann aber die zehntpflichtige Eigenschaft des Grundstückes auf andere Art nachgewiesen werden, so geht die Befugnis, den Zehnten zu fordern, für die Kirche oder den Pfarrer nur durch einen vierundvierzigjährigen Nichtgebrauch unter den im Titel von der Verjährung enthaltenen Bestimmungen verloren.

§ 872. Wenn der Besitzer eines an sich zehntbaren Grundstückes für seine Person wegen Verschiedenheit seines Religionsbekenntnisses, von Entrichtung des Zehnten frei ist, so ruht inzwischen das Zehntrecht, und es kann, während dieses Besitzes, keine Verjährung wider die Kirche oder den Pfarrer anfangen.

§ 873. Auch werden die Jahre eines solchen Besitzes von dem Zeitraum, in welchem die Verjährung gegen die Kirche oder den Pfarrer gehörig angefangen und fortgesetzt worden, abgerechnet.

§ 874. Der Zehnte besteht, der Regel nach, in dem zehnten Teil der auf dem zehntpflichtigen Lande gewachsenen, und dem Zehntrechte unterworfenen Früchte.

Von Großzehnten.

§ 875. Wo der Zehnte überhaupt und ohne weitere Bestimmung hergebracht ist, wird darunter nur der sogenannte Großzehnte verstanden.

§ 876. Dieser muß von allen Erzeugnissen der zehntpflichtigen Aecker und Wiesen, welche der Halm trägt, entrichtet werden.

§ 877. Der Zehntberechtigte kann dem Zehntpflichtigen nicht vorschreiben, wie derselbe das Grundstück bestellen und nutzen solle.

§ 878. Baut aber der Zehntpflichtige eine andere Art von Erzeugnissen, als wozu das Grundstück bisher gewöhnlich genutzt worden, so muß er auch davon den Zehnten entrichten.

§ 879. Kann diese Art der Berichtigung, nach der Natur und Beschaffenheit des anderweit gebauten Erzeugnisses, oder aus anderen Ursachen nicht stattfinden, so muß der Zehntpflichtige ebensoviel, als der Zehnte von einem Acker gleicher Größe in demselben Felde beträgt, in dem Erzeugnisse der gewöhnlichen Art entrichten.

§ 880. Früchte, die im Brachfelde gebaut werden, sind der Regel nach zehntfrei.

§ 881. Hat aber der Zehntpflichtige das Brachfeld so genutzt, daß dadurch der Ertrag der künftigen Ernte offenbar geschmälert wird, so muß er den Zehntberechtigten deshalb entschädigen.

§ 882. Sowohl, ob eine solche dem Zehntberechtigten schädliche Brachnutzung vorhanden sei, als wieviel der demselben daraus entstandene Ausfall betrage, muß, wenn kein gütliches Abkommen stattfindet, nach dem Gutachten vereideter Sachverständigen bestimmt werden.

§ 883. Diese müssen dabei auf das Verhältnis des Ertrages benachbarter Aecker von eben derselben Beschaffenheit, bei welchen die Brache landüblich genutzt worden, Rücksicht nehmen.

§ 884. Läßt der Zehntpflichtige die zum Winter- oder Sommerfelde gehörigen Ländereien, aus Nachlässigkeit oder unordentlicher Wirtschaft, ganz oder zum Teil unbebaut liegen, so ist der Zehntberech-

tigte befugt, dieselben in Kultur zu nehmen; und der Eigentümer hat auf die davon gewonnenen Früchte gar keinen Anspruch.

§ 885. Nimmt der Zehntpflichtige eine Art von Kultur vor, wodurch die Gestalt und Bestimmung des Grundstückes gänzlich verändert wird, so muß er den Zehntberechtigten, wegen des dadurch entstehenden Verlustes, auf andere Art schadlos halten.

§ 886. Zum Maßstabe dieser Entschädigung muß der Durchschnitt des Zehntertrages von den letzten sechs Jahren vor der Veränderung angenommen werden.

§ 887. Können die Parteien sich über diese Art der Entschädigung nicht vereinigen, so muß dieselbe, für jedes Jahr, nach der Vorschrift des § 879 bestimmt werden.

§ 888. Eine große Veränderung in der Einteilung der Felder, oder in der Art der Bedüngung, oder die Verminderung der Aussaat durch Anlegung künstlicher Wiesen, geben dem Zehntberechtigten keinen Anspruch auf Schadloshaltung.

§ 889. Auch von solchen Aeckern, welche nicht gewöhnlich, sondern nur zuweilen gebaut werden, ist der Zehnte, so oft sie wirklich bestellt sind, zu entrichten.

Art der Entrichtung des Großzehnten.

§ 894. Der Zehnte muß von den Früchten, ohne Abzug der Bestellungskosten und Abgaben, entrichtet werden.

§ 895. Der Empfänger muß denselben auf dem Felde, aus den aufgesetzten Garben oder Haufen, wie sie folgen, annehmen; doch kann er mit dem Abzählen da, wo er selbst will, den Anfang machen.

§ 896. Auch kann er von einem Acker, auf einen anderen des nämlichen Besitzers, die Garben oder Haufen fortzählen.

§ 897. Bei diesem Fortzählen steht es ihm frei, ob er an dem oberen oder unteren Ende des folgenden Ackers den Anfang machen will.

§ 898. Bleiben zuletzt noch Früchte übrig, die keine Zehntgarbe ausmachen, so werden dieselben, zur Mitzählung auf das folgende Jahr, dem Berechtigten vorbehalten.

§ 899. Wo die Feldfrüchte in Mandeln oder Hocken aufgesetzt werden, da kann der Zehntberechtigte verlangen, daß die bei der Abzählung übrig gebliebenen einzelnen Mandeln oder Hocken auseinander genommen, und ihm von den darin enthaltenen Garben der Zehnte verabfolgt werde.

§ 900. Der Zehntberechtigte muß, wenn er zur Zeit der Ernte nicht selbst gegenwärtig sein kann oder will, einen Abzehntner in der Nähe bestellen, und denselben dem Zehntpflichtigen zeitig bekannt machen.

§ 901. Sobald dem Zehntberechtigten oder dessen Abzehntner gemeldet worden, daß die Früchte zum Abzählen in Bereitschaft stehen, müssen sich dieselben dazu unverzüglich einfinden.

§ 902. Der Zehntpflichtige ist nicht schuldig, länger als zwölf Stunden nach der Anzeige auf das Abzählen zu warten.

§ 903. Vielmehr kann er alsdann, in Gegenwart oder mit Zuziehung der Dorfgerichte, oder zweier an sich glaubwürdiger Zeugen, auf Kosten des Berechtigten den Zehnten selbst ausstoßen, und auf dem Felde liegen lassen.

§ 904. Nötigt die Witterung den Zehntpflichtigen, mit der Einführung der Früchte zu eilen, so ist es genug, wenn die Anzeige dem Zehntherrn, oder dessen Abzehntner, nur sechs Stunden vor dem Einfahren geschieht.

§ 905. Dagegen ist aber auch der Zehntpflichtige schuldig, wenn der Zehntsammler auf der Flur mit der Abzählung schon wirklich beschäftigt ist, so lange zu warten, bis derselbe auf seinen Acker kommen kann.

§ 906. Säumt der Zehntsammler geflissentlich, so haftet er dem Zehntpflichtigen für allen dadurch erweislich entstandenen Schaden.

§ 907. Sind aber, mit Vernachlässigung obiger Vorschriften, die Früchte vor Ausstoßung des Zehnten eingeführt worden, so muß derselbe dem Berechtigten noch aus der Scheune verabfolgt werden.

§ 908. Ist die zu frühe Einführung von dem Verpflichteten vorsätzlich, oder durch eigenes grobes Verschulden geschehen, so muß er, wenn besondere Provinzialgesetze nicht ein anderes bestimmen, dem Berechtigten auf zehn Garben eine, bei einem obwaltenden nur mäßigen Versehen aber auf zwanzig Garben eine Garbe mehr abliefern.

§ 909. Die Einfuhre des auf dem

Felde abgezählten Zehnten muß der Empfänger, der Regel nach, und wo nicht ein anderes durch ununterbrochene Gewohnheit hergebracht ist, selbst besorgen.

Von Kleinzehnten.

§ 910. Wo der Kleinzehnte ausdrücklich eingeführt ist, muß derselbe in der Regel von allen Garten- und Baumfrüchten, ohne Unterschied, ob sie im Garten oder auf dem Felde gebaut worden, entrichtet werden.

§ 911. Weder am Groß-, noch Kleinzehnten kann der Zehntpflichtige, wegen erlittener Unglücksfälle, Erlaß fordern.

§ 912. Weder bei dem Verkaufe der Zehntfrüchte, noch bei Verpachtungen des Zehntrechtes gebührt dem Zehntpflichtigen ein Vorkaufs- oder Näherrecht.

§ 913. Eben das gilt, wenn das Zehntrecht mit dem Gute oder Grundstücke, worauf dasselbe haftet, verkauft wird.

Von Blutzehnten.

§ 915. Die Befugnis, Fleisch- oder Blutzehnten zu nehmen, erstreckt sich auf alle Arten von Vieh, welches zur Haus- oder Feldwirtschaft gehört.

§ 916. Der Regel nach muß das zehntbare Vieh von einem Jahre ins andere aufgezählt, und danach das zehnte Stück geliefert werden.

§ 917. Die vor der wirklichen Aufzählung gestorbenen Stücke werden bei Berechnung des Zehnten nicht mitgezählt.

§ 918. Die Zeit der Abzählung ist nach jedes Ortes Herkommen bestimmt.

§ 919. Kälber, Lämmer und Schweine ist der Zehntberechtigte nicht eher, als bis sie zum Verkaufe tauglich, Fohlen nicht eher, als bis sie abgesogen sind, und Federvieh erst, wenn es befiedert ist, anzunehmen verbunden.

§ 920. Von allen Sorten dürfen nur Stücke mittlerer Güte zum Zehnten gegeben und angenommen werden.

Abschaffung des Personalzehnten.

§ 921. Ein Personalzehnt von dem, was durch bloßen menschlichen Fleiß erworben worden, soll nirgend weder gefordert, noch gegeben werden.

Vom Sackzehnten.

§ 922. Wenn der Zehnte auf gewisse Quantitäten oder Maße von gedroschenem Getreide oder gewonnenen Früchten bestimmt ist, so heißt derselbe ein Sackzehnte.

§ 923. Wenn erhellet, daß der Berechtigte einen Naturalzehnten zu fordern habe, so hat derselbe sein Recht, diesen Zehnten in Natur zu ziehen, nicht verloren, wenn er gleich seit länger als rechtsverjährter Zeit selbigen in gedroschenen Körnern angenommen hätte.

§ 924. Hat aber der Berechtigte sein Recht zum Zugzehnten ausüben wollen, der Verpflichtete demselben widersprochen, und ersterer seit diesem Widerspruche, durch rechtsverjährte Zeit, den Zehnten in gedroschenem Getreide angenommen, so ist eine Verwandlung des Zug- in einen Sackzehnten durch Verjährung erfolgt.

§ 925. Der Sackzehnte muß gleich durch, wie der Zehntpflichtige die Früchte gewonnen hat, entrichtet und angenommen werden.

§ 926. Doch ist der Zehntpflichtige in jedem Falle marktgängiges Getreide abzuliefern verbunden.

§ 927. Die Ablieferung muß in der Regel nach gestrichenem Maße geschehen.

§ 928. Die Abfuhre in die Wohnung, oder auf den Boden des Empfängers, muß der Zehntpflichtige besorgen.

§ 929. Ist der Zehntpflichtige in der Ablieferung säumig gewesen, so finden die Vorschriften des siebenten Titels §§ 479, 480 Anwendung.

§ 930. Hat der Zehntpflichtige totalen Mißwachs erlitten, so kann der Empfänger den Sackzehnten nur insofern fordern, als die gewonnenen Früchte, nach Abzug der Wirtschaftsnotdurften, an Samen, Brot, Speisung des Gesindes und Futterung dazu noch hinreichen.

§ 931. Hat sich der Mißwachs nur in einer oder der anderen Getreidesorte, z. B. nur in den Winter- oder nur in den Sommerfrüchten ereignet, so muß der Zehntpflichtige den in der mißratenen Sorte zu entrichtenden Sackzehnten, entweder nach den in der Provinz oder Gegend üblichen Anschlagspreisen bezahlen, oder denselben in einer anderen Getreidesorte, nach Verhältnis eben dieser Preise, abliefern.

§ 932. Der Zehntpflichtige, welcher von einem dieser Befugnisse Gebrauch machen will, muß wegen der dem Berechtigten von dem vorhandenen Mißwachse

in Zeiten zu machenden Anzeige die einem Pächter erteilten Vorschriften beobachten.

§ 933. Auch findet keine von diesen Befugnissen statt, wenn der Zehntpflichtige allen Remissionen ausdrücklich entsagt hat.

§ 934. Was hier von dem Erlasse bei geistlichen Sackzehnten verordnet ist, findet auf andere Naturalabgaben, welche nicht als Pfarr- oder Kirchenzehnten entrichtet werden, keine Anwendung.

Von Geldzehnten.

§ 935. Wenn der Zehntberechtigte, statt des Naturalzehnten, eine beständig gleichförmige Abgabe in Gelde durch rechtsverjährte Zeit angenommen hat, so finden die Vorschriften §§ 923 und 924 Anwendung.

§ 936. Ein solcher Zehntpflichtiger kann, wegen erlittener Unglücksfälle, nur insoweit Nachsicht oder Erlaß fordern, als dergleichen einem Erbzinsmanne wegen des schuldigen Kanons zu statten kommt.

Von anderen Pfarrabgaben.

§ 937. Offertoria, Pröven, Ostereier, Wettergarben, und andere dergleichen Pfarr- und Küsterabgaben, müssen lediglich nach jedes Ortes Gewohnheit bestimmt werden.

§ 938. Für dergleichen Prästationen kann niemals Erlaß gefordert werden.

Zwölfter Abschnitt.

Von geistlichen Gesellschaften überhaupt.

Begriff und Grundsätze.

§ 939. Unter geistlichen Gesellschaften, deren Mitglieder sich mit anderen Religionsübungen, als der Seelsorge, hauptsächlich beschäftigen, werden die vom Staat aufgenommenen Stifter, Klöster, und Orden verstanden.

§ 940. Diese haben unter dem Namen der Kapitel und Konvente, mit anderen Korporationen im Staate gleiche Rechte. (Tit. 6.)

§ 941. Sie stehen unter der Direktion ihrer besonderen Vorgesetzten, welche, nach Verschiedenheit der Verfassung, entweder von den Mitgliedern gewählt, oder von einem Dritten bestellt werden.

Geistliche Verrichtungen.

§ 942. Sie sind in ihren geistlichen Beschäftigungen der Regel nach, der Aufsicht des Bischofs der Diözes unterworfen und müssen, wenn sie davon befreit zu sein behaupten, eine besondere vom Staate genehmigte Exemtion nachweisen.

§ 943. Sie dürfen den Pfarrern in ihren Amtsverrichtungen keine Eingriffe thun, und sich auch einzelne zur Seelsorge gehörige Handlungen, ohne besondere Erlaubnis des Bischofs nicht anmaßen.

§ 944. Doch sind sie selbst vom Pfarrzwange ausgenommen, und können für sich einen eigenen Gottesdienst unterhalten.

§ 945. Wo einer geistlichen Gesellschaft Parochialrechte über einen gewissen Distrikt verliehen sind, da muß dieselbe die Verwaltung des Pfarramtes einem dazu gehörig qualifizierten Subjekt aus ihrem Mittel übertragen.

Aeußere Rechte in Beziehung auf den Staat,

§ 948. Die Rechte des Staates über solche geistliche Gesellschaften und deren Vermögen sind hauptsächlich nach den von ihm bestätigten Grundverfassungen, nach den vorhandenen Rezessen und Verträgen, und nach den die Angelegenheit derselben betreffenden Friedensschlüssen und anderen Traktaten zu beurteilen.

§ 949. In der Regel kommen dem Staate eben die Rechte über sie zu, wie über die Kirchengesellschaften.

in Ansehung ihres Vermögens.

§ 951. Das ihnen vom Staate zugewendete oder überlassene Vermögen muß zur Aufrechthaltung ihrer geistlichen Anstalten, nach der vom Staate gebilligten Verfassung, und zum Unterhalte der Mitglieder verwendet werden.

§ 952. Sie sind dabei eben den Einschränkungen unterworfen und genießen eben die Vorrechte, wie Kirchengesellschaften.

§ 953. Doch haben sie, in Ansehung ihrer beständig fortlaufenden jährlichen Hebungen, auf das den Kirchengesellschaften § 229 verliehene besondere Privilegium keinen Anspruch.

§ 954. Die Verwaltung des gemeinschaftlichen Vermögens kommt dem Kapitel zu, welches, zur Besorgung der da-

bei vorfallenden Einnahmen und Ausgaben, Unterbediente zu stellen berechtigt ist.

Innere Verfassung.

§ 955. Die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der geistlichen Korporationen werden in ihren Zusammenkünften oder Kapiteltagen verhandelt.

§ 956. Dem Vorsteher gebührt der Vorsitz und die Direktion in dem Kapitel; er muß aber, bei Abfassung der Schlüsse, sich nach der Mehrheit der Stimmen richten.

Versammlungen.

§ 957. Die Schlüsse selbst müssen notwendig im versammelten Kapitel abgefaßt werden.

§ 958. Die ordinären Zusammenkünfte oder Kapiteltage sind nach der besonderen Einrichtung einer jeden Korporation festgesetzt, und zur Verhandlung desjenigen bestimmt, was zur Verwaltung und Konservation der Rechte und inneren Verfassung der Korporation gehört.

§ 959. So oft in der Grundverfassung des Stifts etwas geändert werden soll, wird eine außerordentliche Zusammenberufung des Kapitels, die Einwilligung des Bischofs der Diözes und die Genehmigung des Staates erfordert.

§ 960. Eben dies findet statt, wenn unbewegliche Güter, Kostbarkeiten, oder Rechte der Stiftung vertauscht, verpfändet oder veräußert werden sollen.

§ 961. Geistliche Gesellschaften dürfen, ohne ausdrückliche Erlaubnis des Staates, weder Kapitalien außerhalb Landes verleihen, noch weniger auswärtigen geistlichen Obern oder Stiftungen, etwas von ihrem Vermögen, bei einer gleich hohen Geldstrafe zuwenden.

§ 962. Die Verwendung der aus dem Stiftsvermögen den einzelnen Mitgliedern bestimmten Hebungen zu anderen Zwecken, kann nur in außerordentlichen Zusammenkünften, mit einmütiger Bewilligung sämtlicher Mitglieder, beschlossen werden.

§ 963. Auch die Wahl eines neuen Vorgesetzten, Beamten oder Mitgliedes der Korporation, kann nur in solchen außerordentlichen Zusammenkünften geschehen.

§ 964. Abwesende Mitglieder des Kapitels oder Konvents müssen zu dergleichen außerordentlichen Versammlungen besonders eingeladen werden.

§ 965. Ist dieses unterlassen worden, so können sie dieser Uebergehung wegen (ob contemtum) auf Vernichtung des von den übrigen Mitgliedern gefaßten Schlusses antragen.

§ 966. Es ist aber genug, wenn die Einladung nur in die gewöhnliche Wohnung oder Kurie solcher abwesenden Mitglieder insinuiert wird.

§ 967. Ein Mitglied des Kapitels, welches persönlich zu erscheinen verhindert ist, kann seine Stimme nur einem anderen Mitgliede auftragen.

§ 968. Wer auf gehörige Einladung weder selbst erscheint, noch einen qualifizierten Bevollmächtigten bestellt, muß sich dasjenige gefallen lassen, was von den übrigen Mitgliedern beschlossen worden.

§ 969. In gewöhnlichen Angelegenheiten und Zusammenkünften entscheidet die Mehrheit der Stimmen der gegenwärtigen Mitglieder.

§ 970. Inwiefern, und bei welchen Geschäften, die Mehrheit der Stimmen sämtlicher Mitglieder, oder eine gewisse überwiegende Mehrheit erfordert werde, ist nach der besonderen Verfassung einer jeden Korporation bestimmt, und wird unten vorkommen.

Rechte des Vorstehers.

§ 971. Ebenso bestimmt die Verfassung einer jeden geistlichen Korporation, was der Vorsteher ohne Rückfrage an das Kapitel zu beschließen und vorzunehmen berechtigt sei.

§ 972. Uebernimmt er außerdem eine Verbindlichkeit ohne Zuziehung des Kapitels, so haftet dieses nur soweit dafür, als etwas aus einem solchen Geschäfte in den Nutzen der Gesellschaft wirklich verwendet worden.

§ 973. Welchen Personen die Verwaltung der Rechte und Obliegenheiten eines abwesenden, oder sonst verhinderten, ingleichen eines gänzlich abgegangenen Vorstehers, vermöge ihres Amtes zukomme, muß nach den besonderen Stiftsverfassungen beurteilt werden.

Rechte des Kapitels bei vakantem Vorsteheramte.

§ 974. Der Regel nach fallen die

Rechte des mit Tode abgegangenen Vorstehers an das Kapitel zurück.

§ 975. Das Kapitel kann dieselben entweder selbst ausüben, oder deren Verwaltung inzwischen anderen übertragen.

§ 976. Doch ist das Kapitel die an die Person des Vorstehers besonders gebundenen Rechte, ohne dringende Notwendigkeit auszuüben oder an andere zu übertragen, nicht berechtigt.

§ 977. Während der Vakanz darf keine Neuerung in den Angelegenheiten des Stifts vorgenommen werden.

§ 978. Die besonderen Einkünfte des Vorstehers müssen während der Vakanz aufbewahrt, und seinem Nachfolger übergeben werden.

Wahl und Postulation.

§ 979. Wo die Wahl des Vorgesetzten dem Kapitel oder Konvent zusteht, muß diese innerhalb dreier Monate nach dem Abgange des vorigen, bei Verlust des Wahlrechtes, erfolgen.

§ 980. Der zu wählende Kandidat muß alle zu solchem Amte, nach dem kanonischen Rechte und den Statuten des Stifts, erforderlichen Eigenschaften besitzen.

§ 981. Wem eine oder die andere derselben mangelt, der kann nur nach vorhergegangener Postulation, und erfolgter Dispensation des geistlichen Obern, zu der vakanten Würde gelangen.

§ 982. Das Wahlgeschäft ist der Landesherr durch dazu bestellte Kommissarien zu dirigieren berechtigt.

§ 983. Wo nicht besondere Statuten entgegenstehen, werden die Stimmen von diesen Kommissarien als Skrutatoren, eingesammelt.

§ 984. Die Stimmen werden mittelst verschlossener Zettel abgegeben.

§ 985. Finden sich nach geendigter Stimmensammlung mehr oder weniger Wahlzettel, als wählende Personen sind, so müssen die sämtlichen Zettel uneröffnet verbrannt, und die Stimmen aufs neue gesammelt werden.

§ 986. Nach richtig befundenen Wahlzetteln werden dieselben eröffnet, und die Stimmen, so wie sie sich hintereinander finden, in das Wahlprotokoll eingetragen.

§ 987. Nur der ist für regelmäßig gewählt zu achten, welcher wenigstens Eine Stimme über die Hälfte der Stimmen sämtlicher Mitglieder des Kapitels oder Konvents für sich hat.

§ 988. Wenn ein Kandidat, welcher nur postuliert werden kann, mit einem völlig Wahlfähigen zusammenkommt, so kann die Postulation des ersten nur alsdann erfolgen, wenn er mehr als zwei Drittel sämtlicher Wahlstimmen für sich hat.

§ 989. In dessen Entstehung wird der Wahlfähige vorgezogen, wenn auch nur ein Drittel sämtlicher Stimmen sich für ihn erklärt hätte.

§ 990. Wenn aber sämtliche Kandidaten nur postuliert werden können, so muß die Postulation für denjenigen erfolgen, der mehr als die Hälfte der sämtlichen Wahlstimmen für sich hat.

§ 991. Hat keiner der Kandidaten so viel Stimmen, als nach obigen Vorschriften zu einer gültigen Wahl oder Postulation erfordert werden, so ist der ganze Wahlaktus ohne Wirkung.

§ 992. Die Wahl kann auch durch Kompromiß auf ein oder mehrere Mitglieder des Kapitels geschehen.

§ 993. Auch die Errichtung eines solchen Kompromisses muß unter Direktion der landesherrlichen Kommissarien erfolgen.

§ 994. Zu dergleichen Kompromiß ist die Einwilligung sämtlicher Mitglieder erforderlich.

§ 995. Nur durch gleichmäßige allgemeine Einwilligung kann das Kompromiß, wenn es einmal zu stande gekommen ist, wieder aufgehoben werden.

§ 996. Diejenigen, auf welche kompromittiert worden, müssen sich nach dem Inhalte des ihnen von dem Kapitel geschehenen Auftrages genau achten.

§ 997. Ist in diesem Auftrage nicht ein anderes bestimmt, so ist derjenige für gewählt oder postuliert zu achten, welcher die Mehrheit der Stimmen der Kompromissarien für sich hat.

§ 998. Haben die Kompromissarien einen ganz Unwürdigen gewählt, so fällt das Wahlrecht an das Kapitel oder den Konvent zurück.

Kapitulation.

§ 999. Das Kapitel oder der Konvent kann mit dem gewählten oder postulierten Vorsteher eine Kapitulation errichten.

§ 1000. Dadurch können aber klare und entschiedene Rechte des Vorgesetzten nicht geschmälert, noch die Grundverfassungen des Stifts geändert werden.

§ 1001. Auch die Kapitulation, wenn dergleichen errichtet wird, muß dem Landesherrn zur Genehmigung vorgelegt werden.

Konfirmation.

§ 1002. Der Gewählte oder Postulierte muß, bei Verlust seines Rechtes, innerhalb Monatsfrist über die Annahme der ihm zugedachten Würde sich erklären, und hiernächst innerhalb dreier Monate die Konfirmation oder Zulassung desjenigen geistlichen Obern, dem das Stift unmittelbar untergeordnet ist, nachsuchen.

§ 1003. Die einmal geschehene Wahl kann von dem Kapitel niemals, die Postulation aber nur so lange, als sie dem geistlichen Obern noch nicht angezeigt ist, zurückgenommen werden.

§ 1004. Einem regelmäßig Gewählten, welchem die nach § 980 erforderlichen Eigenschaften nicht ermangeln, darf der geistliche Obere die Konfirmation nicht versagen.

§ 1005. Auch die Postulation muß er zulassen, wenn der Mangel des Erfordernisses denselben des zugedachten Amtes nicht unwürdig, oder zur Ausübung der damit verbundenen Pflichten ganz unfähig macht.

§ 1006. Die Zulassung einer Postulation hat mit der Bestätigung einer Wahl gleiche Wirkung.

§ 1007. Wird die Wahl unregelmäßig, oder die Postulation unzulässig befunden, so verliert das Kapitel für diesen Fall sein Wahlrecht.

Konsekration.

§ 1008. Der Bestätigte oder Zugelassene gelangt durch die Einweihung zum Besitze seines geistlichen Amtes.

Landesherrliche Approbation.

§ 1009. Es darf aber kein Gewählter oder Postulierter die Bestätigung oder Zulassung der geistlichen Obern eher nachsuchen, als bis er dazu die Genehmigung des Landesherrn hat.

§ 1010. Vor dem Erfolge dieser Genehmigung soll die Einweihung nicht stattfinden, noch der Gewählte oder Postulierte zur Ausübung der Funktionen seines Vorsteheramtes, oder zum Besitze und Genusse der damit verbundenen weltlichen Rechte und Einkünfte gelassen werden.

§ 1011. Wenn der Landesherr, aus Gründen des gemeinen Wohls, oder der Erhaltung der äußern und innern Ruhe des Staates, das präsentierte Subjekt verwirft, so muß eine neue Wahl veranlaßt werden.

§ 1012. In Fällen, wo das Kapitel oder der Konvent wegen seiner schuldbaren Saumseligkeit, oder wegen der bei der Wahl oder Postulation vorgefallenen Unregelmäßigkeiten, seines Wahlrechts verlustig wird, fällt die Besetzung der Stelle für diesesmal, nach Verschiedenheit der Verfassungen in den Provinzen, entweder dem Landesherrn, oder den geistlichen Obern anheim.

§ 1013. Aber auch letztere müssen, bei ihrer Ernennung, die gesetzlichen Vorschriften wegen der Tüchtigkeit des zu bestellenden Subjekts beobachten und dasselbe dem Landesherrn zur Genehmigung vorschlagen.

§ 1014. Wo es hergebracht ist, daß dem Landesherrn mehrere Subjekte zur Ernennung vorgeschlagen werden müssen, da ist das Kapitel oder der Konvent, bei der Auswahl dieser Subjekte, die § 979 ff. enthaltenen Vorschriften ebenfalls zu beobachten schuldig.

Von Koadjutoren.

§ 1015. Einem Stiftsvorgesetzten, der durch Alter, Krankheit oder andere Ursachen an gehöriger Verwaltung seines Amtes verhindert ist, kann ein Koadjutor bestellt werden.

§ 1016. Die Wahl eines solchen Koadjutors kommt dem Kapitel oder Konvent insofern zu, als ihm die Wahl des Vorgesetzten selbst gebührt.

§ 1017. Die Gründe zur Bestellung eines Koadjutors müssen von den unmittelbaren geistlichen Obern des Stifts, und von dem Landesherrn geprüft und genehmigt werden.

§ 1018. Es hängt von dem Vorgesetzten ab, inwiefern er sich seines Koadjutors bedienen will, und dieser darf sich wider seinen Willen keine Amtsverrichtungen anmaßen.

§ 1019. Dagegen darf aber auch der Vorgesetzte diejenigen Amtsgeschäfte, die er selbst nicht verrichten kann oder will, einem anderen als seinem Koadjutor nicht auftragen.

§ 1020. Soll der Koadjutor Verrichtungen vornehmen, die bei bloßer Abwesenheit oder temporeller Verhinderung des Vorgesetzten, gewissen Mitgliedern des Kapitels vermöge ihres Amtes zukommen, so wird zu deren Uebertragung der Konsens des Kapitels erfordert.

§ 1021. Bei gänzlichem Abgange des Vorgesetzten tritt der ihm zugeordnete Koadjutor sofort an dessen Stelle.

Dreizehnter Abschnitt.

Von katholischen Domstiften und Kapiteln.

Bestimmung der Domkapitel.

§ 1022. Domkapitel sind geistliche Korporationen, deren Mitglieder zur Abwartung des feierlichen Gottesdienstes in der Hauptkirche der Diözes bestimmt, und dem Bischof in wichtigen Angelegenheiten des Bistums und der Diözes, zur Seite gesetzt sind.

Rechte derselben, als für sich bestehender Korporationen.

§ 1023. Nur diejenigen sind als Mitglieder dieses Collegii zu betrachten, welche bei dem Stifte eine Pfründe oder ein Kanonikat besitzen.

§ 1024. Der Bischof hat also darin weder Sitz noch Stimme, als insofern er zugleich mit einem Kanonikat bei dem Stifte versehen ist.

§ 1025. Alle gemeinschaftlichen Rechte des Stifts werden also, mit Ausschluß des Bischofs, durch das Kapitel allein ausgeübt.

§ 1026. Insonderheit gebührt dem Kapitel die alleinige Verwaltung des Stiftsvermögens.

§ 1027. Das Kapitel steht in diesen gemeinschaftlichen Angelegenheiten unter der Direktion des Dechanten.

§ 1028. Die übrigen Würden und Aemter im Kapitel sind, nebst ihren Rechten und Obliegenheiten, nach den besonderen Verfassungen eines jeden Stifts bestimmt.

§ 1029. Das Kapitel ist zur Verteitigung seiner Rechte einen Syndikum und andere Unterbediente zur Besorgung seiner Vermögensangelegenheiten, ohne Zuziehung des Bischofs zu stellen berechtigt.

Verhältnis gegen den Bischof.

§ 1030. Das Kapitel ist dem Bischof subordiniert, welcher berechtigt ist, Visitationen bei dem Kapitel vorzunehmen, und die dabei vorgefundenen Mißbräuche abzustellen.

§ 1031. Der Bischof soll in allen wichtigen Angelegenheiten des Bistums und der Diözes das Domkapitel mit seinem Rate und Gutachten vernehmen.

§ 1032. Die Einwilligung des Domkapitels ist notwendig, wenn unbewegliche Güter oder Gerechtigkeiten des Bistums oder einer Kirche in der Diözes verpfändet oder veräußert, Pfarren und Pfründen, die zur gemeinschaftlichen Kollatur des Bischofs und Kapitels stehen, vergeben, und Kirchen oder Pfründen zusammengeschlagen und aufgehoben werden sollen.

§ 1033. In welchen Fällen es außerdem, zur Gültigkeit einer von dem Bischof vorgenommenen Handlung, der Einwilligung des Domkapitels bedürfe, ist nach der besonderen Verfassung einer jeden Diözes bestimmt.

§ 1035. In gemeinschaftlichen Angelegenheiten des Bischofs und Kapitels geschieht die Zusammenberufung von seiten des ersteren; und ihm gebührt alsdann die Direktion der Beratschlagung.

§ 1036. Der Regel nach wird die Versammlung in der Kapitelsstube gehalten.

§ 1037. In allen Fällen, wo zu einem Geschäfte die Einwilligung des Kapitels notwendig ist, hat der Bischof für sich eine, und das Kapitel zusammen genommen die zweite Stimme.

§ 1038. Es kann also nichts beschlossen werden, als worin der Bischof von einer, und die Mehrheit der Stimmen des Domkapitels von der anderen Seite willigen.

§ 1039. Insofern der Bischof zugleich Kanonikus ist, muß seine Stimme auch unter den Stimmen der Mitglieder des Kapitels mitgezählt werden.

§ 1040. Das Kapitel kann in Angelegenheiten des Bistums und der Diözes, ohne den Bischof oder gegen desselben

Gutbefinden, auch durch einhelligen Beschluß, nichts entscheiden.

Rechte des Kapitels während der Vakanz des Bistums.

§ 1041. Wenn der bischöfliche Stuhl entweder gänzlich oder auf eine Zeitlang erledigt, oder dessen Wiederbesetzung ohne die Schuld des Kapitels verzögert wird, so kommt die Verwaltung der bischöflichen Rechte dem Domkapitel zu.[1])

§ 1042. Dieses muß dabei alles beobachten, was § 974 ff. bei der Vakanz eines geistlichen Vorstehers überhaupt vorgeschrieben ist.

§ 1043. Die Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten des Bistums kann das Kapitel einem Vikarius auftragen; wenn aber dergleichen Vikarius von dem abgegangenen Bischof schon bestellt worden, so muß das Kapitel denselben bestätigen.

§ 1044. Funktionen, die mit der Person und Würde des Bischofs untrennbar verknüpft sind, kann weder das Kapitel, noch der von ihm gesetzte Vikarius ausüben.

§ 1046. Rechte, welche nach den Gesetzen und Verfassungen für den Bischof und das Kapitel gemeinschaftlich gehören, können, während der Vakanz, von dem Kapitel allein nur in dringenden Notfällen ausgeübt werden.

§ 1047. Eigene Angelegenheiten des Kapitels, zu deren Rechtsbeständigkeit die Einwilligung des Bischofs notwendig ist, müssen der Regel nach während der Vakanz ausgesetzt bleiben.

§ 1048. Pfründen, welche zur alleinigen Verleihung des Bischofs stehen, können von dem Kapitel, während einer gänzlichen Vakanz, nicht vergeben werden, sondern es muß deren Besetzung dem neuen Bischof aufbewahrt werden.

§ 1049. Wird aber die Wiederbesetzung des bischöflichen Stuhles ohne Schuld des Domkapitels verhindert, so kann letzteres über dergleichen Pfründen insofern verfügen, als das Wohl der Kirche deren baldige Verleihung erfordert.

§ 1050. Zum Besten des Bistums kann das Domkapitel, während einer Vakanz, Verträge schließen, welche zur Konservation der Gerechtsame desselben notwendig sind.

Wahl des Bischofs.

§ 1051. Wo die Ernennung des Bischofs dem Landesherrn nicht vorbehalten ist, da kommt die Wahl desselben dem Domkapitel zu.

§ 1052. Dieses muß dabei alles beobachten, was im vorigen Abschnitt von der Wahl eines Stiftsobern verordnet ist.

§ 1053. Ein Gleiches findet statt, wenn dem Bischof ein Koadjutor bestellt werden soll.

Vierzehnter Abschnitt.

Von Kollegiatstiften.

§ 1054. Geistliche Korporationen, die bei einer anderen, als der Hauptkirche der Diözes, zur feierlichen Begehung des Gottesdienstes verordnet sind, werden Kollegiatstifte genannt.

§ 1055. Sie unterscheiden sich von den Domstiften nur darin, daß ihre Mitglieder an den Angelegenheiten des Bistums und der Diözes keinen Teil nehmen.

§ 1056. Die dem weiblichen Geschlecht gewidmeten weltgeistlichen Stifte haben mit den Kollegiatstiften gleiche Rechte.

Fünfzehnter Abschnitt.

Von Klostergesellschaften.

Begriff.

§ 1057. Klostergesellschaften sind geistliche Korporationen, deren Mitglieder zu gemeinschaftlichem Leben und gemeinschaftlicher Religionsübung, nach gewissen von der Kirche bestätigten Regeln, durch feierliche Gelübde sich verpflichtet haben.

Geistliche Obern.

§ 1058. Den einzelnen Klostergesellschaften sind eigene Obern unter dem Namen der Aebte, Prioren, Pröpste, Guardiane oder Rektoren vorgesetzt.

---

[1]) Man vergleiche jetzt Gesetz vom 20. Mai 1874, über die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer.

§ 1059. Alle Klostergesellschaften einer Provinz, welche zu einerlei Ordensregel sich bekennen, stehen unter dem Provinzial, und sämtlichen Provinzen ist der General des Ordens vorgesetzt.

§ 1060. Diese Ordens-Obern dürfen den Bischöfen der Diözes in ihre Gerechtsame nicht eingreifen.

§ 1061. Wenn sie außerhalb Landes wohnen, so gilt von ihnen alles das, was von auswärtigen Obern der Kirchengesellschaften verordnet ist. (§ 135 ff.)

§ 1062. Auch da, wo die Besetzung der vakanten Stelle eines Kloster-Obern von einem höheren Ordens-Obern abhängt, muß über das von diesem ausgewählte Subjekt, vor dessen Einsetzung und Annahme, die Approbation des Staates eingeholt werden.

§ 1063. Visitationen bei einländischen Klöstern dürfen auswärtige Ordens-Obern ohne ausdrückliche Erlaubnis des Staates nicht vornehmen.

Kapitel und Konvente.

§ 1064. Ob und in welchen Angelegenheiten dem Kloster-Obern ein Kapitel oder Konvent an die Seite gesetzt sei, ist durch die Regeln eines jeden Ordens bestimmt.

§ 1065. Nur wirkliche Klostergeistliche, nicht aber bloße Laienbrüder, haben in dem Kapitel oder Konvent Sitz und Stimme.

Klosterzucht.

§ 1066. Die Kloster-Obern müssen die ihnen zukommende Klosterzucht nach den §§ 946, 947 vorgeschriebenen Gesetzen ausüben, und machen sich durch deren Uebertretung dem Staat verantwortlich.

§ 1067. Kloster-Obern, welche diesen Vorschriften zuwiderhandeln, haben vom Staate eben die Strafen zu erwarten, welche gegen eigenmächtige Privatgewalt im Kriminalrechte verordnet sind.

Aufnahme und Versetzung der Mitglieder.

§ 1068. Ohne Vorwissen und Genehmigung des Staates dürfen sie keine Mitglieder außerhalb Landes verschicken, oder in auswärtige Klöster versetzen, oder auswärtige Mitglieder in einländische Klöster aufnehmen.

§ 1069. Kloster-Obern, welche diesem zuwiderhandeln, sollen in ihrem Amte nicht ferner geduldet, und noch außerdem verhältnismäßig bestraft, auch zur Zurückschaffung des aus dem Lande gebrachten Mitgliedes durch rechtliche Zwangsmittel angehalten werden.

Siebzehnter Abschnitt.

Von weltgeistlichen Canonicis.[1])

Was Canonici sind.

§ 1073. Die Mitglieder der Dom- und Kollegiatstifte führen beide den Namen Canonici.

Klassen derselben.

§ 1074. Nur diejenigen Canonici, welche innerhalb der bei jedem Stifte nach der Fundation bestimmten Anzahl aufgenommen sind, haben Sitz und Stimme im Kapitel, und werden bei Kathedralstiften Domkapitularen genannt.

§ 1075. Diejenigen, welche nach der Observanz eines Stifts über die ursprüngliche Zahl angesetzt worden, heißen mindere Canonici, oder bei Domstiften Domicellaren.

§ 1076. Sogenannte regulierte Canonici sind nach den Vorschriften des folgenden Abschnitts zu beurteilen.

Erfordernisse eines Canonici.

§ 1077. Wer bei einem Stift Kanonikus werden will, muß derjenigen Religionspartei, zu welcher das Stift selbst gehört, zugethan sein.

§ 1078. Bei vermischten Stiften muß, in den zum deutschen Reiche gehörenden Provinzen, der Besitzstand des ersten Januars des Jahres 1624 beobachtet werden.

Verleihung der Kanonikate.

§ 1088. Wo die Verleihung zwischen dem Kapitel und dem Landesherrn, oder dem geistlichen Obern, nach Monaten abwechselt, wird der Ablauf des Monats auf die Mitternachtsstunde des letzten Tages festgesetzt.

---

[1]) Dieser Abschnitt ist durch die Bulle de salute animarum vom 16. Juli 1821, sanktioniert durch Allerhöchste Kabinetsordre vom 23. August 1821, vielfach abgeändert.

§ 1089. Die Wahl des Kapitels geschieht durch die Mehrheit der Stimmen sämtlicher Kapitularen, mit Ausschluß des Bischofs.

Inwiefern eine Person mehrere Kanonikate besitzen könne.

§ 1115. Niemand soll zwei oder mehrere geistliche Pfründen bei einem und eben demselben Stift besitzen.

§ 1116. Wohl aber kann ein Kanonikus zugleich eine geistliche Würde bei eben demselben Stifte bekleiden.

§ 1117. Auch bei verschiedenen Stiften kann eine Person mehrere Pfründen zugleich alsdann nicht besitzen, wenn diese Pfründen die Verbindlichkeit zur Residenz bei sich führen.

§ 1118. Wenn also die verschiedenen Stifte an einem Orte, oder zwar an verschiedenen Orten, jedoch so gelegen, oder beschaffen sind, daß die Residenzzeit in jedem derselben gehörig abgewartet werden kann, so ist der Besitz solcher mehreren Pfründen in einer Person erlaubt.

§ 1119. Wer von der Residenz bei dem Stifte, wo er dieselbe nicht abwarten kann, befreit ist (§ 131), auf den findet insoweit die Vorschrift des § 1117 nicht Anwendung.

§ 1120. Ein Gleiches gilt, wenn bei einem Stift die Residenz nicht notwendig, sondern nur eine statutenmäßige Geldstrafe, oder die Einbuße gewisser Arten von Einkünften, mit deren Unterlassung verbunden ist.

Vorbereitung zum Kanonikat.

§ 1121. Jeder neue Kanonikus muß sich vor seiner Aufnahme der nach den Statuten des Stifts bestimmten Prüfung, an dem Orte, wo das Stift seinen Sitz hat, unterwerfen.

§ 1122. Doch genießt er, auch während der Probezeit, der Regel nach alle zu seiner Stelle gehörigen Hebungen.

Aufnahme.

§ 1123. Erst nach geendigter Probezeit erfolgt die feierliche Aufnahme, bei welcher der neue Kanonikus auf die vom Staate genehmigten Statuten verpflichtet wird.

§ 1124. Vor der Aufnahme muß jeder neue Kanonikus, wenn er nicht vom Landesherrn selbst bestellt worden, demselben zur Genehmigung und Bestätigung präsentiert werden.[1])

Pflichten.

§ 1125. Die allgemeinen Pflichten der Geistlichen, soweit dieselben nicht auf das Lehramt Beziehung haben, liegen auch den Canonicis ob. (§ 67 ff.)

§ 1126. Ihre Amtsverrichtungen sind durch die Statuten des Stifts, und durch die Vorschriften des kanonischen Rechtes bestimmt.

§ 1127. Insonderheit sind sie schuldig, den Gottesdienst im Chor durch die geordneten Stunden regelmäßig abzuwarten.

Residenz.

§ 1128. Sie sind verpflichtet, an dem Sitze des Stifts ordentlich Residenz zu halten.

§ 1129. Eine beharrliche Unterlassung dieser Pflicht wird mit dem Verluste der Stelle, eine Vernachlässigung aber, mit einer verhältnismäßigen Geldbuße, und zwar, wenn die Statuten nichts Näheres festsetzen, mit dem Verluste des vierten Teils, oder der Hälfte der Einkünfte geahndet.

§ 1130. Die Art und die Dauer der Residenz ist nach den Statuten eines jeden Stifts zu beurteilen.

§ 1131. Wer durch öffentliche Bedienungen, durch Reisen in Angelegenheiten des Staates, oder der Kirche, studierenshalber, durch Alter, Krankheit, oder ungefähren Zufall, an der wirklichen Residenz verhindert ist, nimmt dennoch auch an solchen Hebungen teil, die nur für die Residierenden bestimmt sind.

§ 1132. Dagegen kann er auf die sogenannten Präsentiengelder keinen Anspruch machen.

§ 1133. Wer aus bloßer Gnade von der Residenz dispensiert ist, muß sich mit den Nutzungen einer Pfründe begnügen.

Aeußere Rechte und Pflichten der Canonicorum;

§ 1139. Canonici genießen, in Ansehung ihrer Person und eigenen Ver-

[1]) Durch Allerhöchste Kabinetsordre vom 11. Januar 1819 dem Minister der geistlichen Angelegenheiten übertragen.

mögens, alle äußeren Vorrechte der Geistlichen überhaupt, sind aber auch dabei eben denselben Einschränkungen unterworfen. (§ 93 ff.)

§ 1140. Sie behalten, des Eintritts in den geistlichen Stand ungeachtet, alle Familienrechte, und sind der Succession in Lehne und Fideikommisse fähig.

§ 1141. Katholische Canonici nehmen und hinterlassen keine Heergeräte; wo aber Niftelgerade hergebracht ist, da sind sie dergleichen von ihren weiblichen Verwandten in aufsteigender Linie zu erben fähig.

besonders in Ansehung ihrer Präbenden.

§ 1142. Auf ihre Präbenden haben die Canonici alle mit dem Nießbrauche verbundenen Rechte und Pflichten.

§ 1143. Insonderheit müssen sie die dazu gehörigen Gebäude aus den Einkünften der Präbende in baulichem Wesen unterhalten.

§ 1144. Bei vorfallenden Hauptreparaturen kann, mit Einwilligung des Kapitels, ein Kapital aufgenommen werden, welches aus den Einkünften verzinset und in gewissen bestimmten Terminen zurückgezahlt werden muß.

§ 1145. Dergleichen Zinsen und Terminszahlungen muß auch der Nachfolger in der Präbende, für die Zeit, wo er die Nutzungen hat, übernehmen.

§ 1146. Die Gläubiger eines Canonici sind berechtigt, aus den Einkünften der Präbende Befriedigung zu suchen.

§ 1147. Doch muß daraus dem Präbendaten, in Ermangelung eigenen Vermögens, eine Kompetenz, nach näherer Vorschrift der Prozeßordnung, gelassen werden.

§ 1148. Auch über das aus der Präbende erworbene Vermögen können Canonici letztwillig verfügen, ohne daß es eines päpstlichen oder bischöflichen Indults dazu bedarf.

§ 1149. Keinem auswärtigen geistlichen Obern soll erlaubt sein, sich ein Spolienrecht auf inländische Präbenden anzumaßen.

§ 1150. Den Erben eines Canonici gebühren auch die Nutzungen des Sterbejahres (annus deservitus), die der Erblasser noch nicht erhoben hat.

§ 1151. Der Anfang und die Dauer dieses letzten Jahres richten sich nach dem Kapitelsjahre, so wie dieses an jedem Orte hergebracht ist.

§ 1152. Welche Nutzungen zum Sterbejahre gehören, ist ebenfalls nach den Statuten und Verfassungen der einzelnen Stifte bestimmt.

§ 1153. Hebungen, die nicht zu einer besonderen Präbende gehören, kommen den Erben nur alsdann zu, wenn der Erblasser die Mitternachtsstunde vor dem Tage, wo sie fällig sind, überlebt hat.

§ 1154. Gehört ein Landgut oder anderes Grundstück zur Präbende, so erfolgt die Auseinandersetzung, wegen der Nutzungen, Verbesserungen, Verschlimmerungen u. s. w., nach den im Titel vom Nießbrauche erteilten Vorschriften.

§ 1155. Die Verwaltung aber, während des Ueberrestes des letzten Wirtschaftsjahres, gebührt der Regel nach dem neuen Präbendaten.

§ 1156. Die Nutzungen des letzten Jahres behält auch der, welcher eine Präbende resigniert; es wäre denn die Resignation darauf ausdrücklich mit gerichtet worden.

§ 1157. Gnaden- oder Nachjahre finden bei Kanonikaten der Regel nach keine Statt.

§ 1158. Bei Stiften, wo sie eingeführt sind, muß alles nach den Statuten, und in deren Ermangelung, nach der hergebrachten Observanz bestimmt werden.

Von weltgeistlichen Frauenstiften.

§ 1159. Von den Mitgliedern weltgeistlicher Frauenstifte gilt der Regel nach alles das, was von weltgeistlichen Canonicis männlichen Geschlechts verordnet ist; außer wo Abweichungen davon durch den Unterschied des Geschlechts begründet werden.

Achtzehnter Abschnitt.

Von Mönchen und Ordensleuten.[1])

Erfordernisse zum Mönchs- und Nonnenstande.

§ 1160. Niemand darf ohne Vor-

[1]) Man vergleiche jetzt das Gesetz vom 31. Mai 1875, betreffend die geistlichen Orden und ordensähnlichen Kongregationen der katholischen Kirche, abgeändert durch Gesetz vom 29. April 1887.

wissen und Genehmigung derjenigen, deren Einwilligung zur Wahl einer Lebensart nach den Gesetzen erforderlich ist, zum Klosterleben sich bestimmen.

§ 1161. Kein königlicher Unterthan, männlichen oder weiblichen Geschlechts, soll ohne Vorwissen und Erlaubnis des Staates in ein Kloster aufgenommen werden.

§ 1162. Vor zurückgelegtem fünfundzwanzigsten Jahre darf keine Mannsperson, und vor zurückgelegtem einundzwanzigsten Jahre keine Person weiblichen Geschlechts, zur Ablegung des Klostergelübdes zugelassen werden.

§ 1163. Ein obigen Vorschriften (§§ 1160, 1161, 1162) zuwider abgelegtes Gelübde ist von Anfang an nichtig.

§ 1164. Ein Stift oder Kloster, welches diesen Vorschriften entgegenhandelt, soll mit fiskalischer Geldstrafe, allenfalls bis zu hundert Dukaten belegt, und bei beharrlicher Wiederholung solcher Uebertretungen, bewandten Umständen nach, ganz aufgehoben werden.

§ 1165. Eltern und Vormünder, welche ihre Kinder oder Pflegebefohlenen, gegen die Vorschriften §§ 1161, 1162, das Klostergelübde ablegen lassen, haben fiskalische Geldstrafe, ebenfalls bis zu hundert Dukaten, oder verhältnismäßige Gefängnisstrafe verwirkt.

§ 1166. Verehelichte Personen dürfen gar nicht, und Verlobte nur mit erteilter, oder von dem Richter ergänzter Einwilligung des anderen Teils, in ein Kloster aufgenommen werden.

§ 1167. Verschuldete können durch Ergreifung des Klosterstandes die Rechte ihrer Gläubiger auf ihre Person oder ihr Vermögen nicht vereiteln.

§ 1168. Personen, welche fremde Güter verwaltet und die Rechnung darüber noch nicht abgelegt haben, können durch den Eintritt in das Kloster weder dieser ihrer Verbindlichkeit, noch dem Erkenntnisse des gehörigen weltlichen Richters sich entziehen.

§ 1169. Die innere Tüchtigkeit eines Kandidaten zu solchem Stande ist nach den Regeln des Ordens zu beurteilen.

Probejahr.

§ 1170. Der wirklichen Aufnahme in das Kloster muß das Probejahr vorangehen, welches unter keinerlei Vorwande abgekürzt werden kann.

Gelübde.

§ 1171. Nach geendigtem Probejahre geschieht die Aufnahme durch die feierliche Ablegung des Klostergelübdes.

§ 1172. Alles, was die Rechtsgültigkeit einer Willenserklärung vereitelt, benimmt auch dem Klostergelübde seine Kraft.

§ 1173. Auch die geistlichen Obern sind nicht berechtigt, irgend jemanden, auch nicht einen Weltgeistlichen, unter dem Vorwande einer geistlichen Züchtigung zum Klosterleben zu nötigen.

§ 1174. In allen Fällen, wo, nach vorstehenden Grundsätzen, die Ablegung des Klostergelübdes nichtig und ungültig ist, kann dessen förmliche Aufhebung bei dem Bischof der Diözes zu allen Zeiten nachgesucht werden.

§ 1175. Wird von diesem das Gehör versagt, so hat der Staat das Recht, die Sache zu untersuchen, und befundenen Umständen nach, die Nichtigkeitserklärung in Ansehung der äußeren Folgen des Gelübdes zu erkennen.

§ 1176. Der gewesene Klostergeistliche tritt alsdann in alle Rechte und Verhältnisse eines anderen Staatsbürgers zurück.

§ 1177. Wird das Gelübde von Anfang an für nichtig erklärt, so erstreckt sich die Wirkung dieser Erklärung bis auf den Zeitpunkt des nichtig abgelegten Gelübdes zurück.

§ 1178. Wird aber jemand nur aus anderen Ursachen von seinem Gelübde durch die geistlichen Obern entbunden, so nehmen die bürgerlichen Wirkungen dieser Dispensation nur von dem Tage, an welchem sie erfolgt ist, ihren Anfang.

§ 1179. Die geistlichen Obern sind nicht berechtigt, unter dem Vorwande des abgelegten Gelübdes, irgend jemandem einen Gewissenszwang anzulegen, ihm die freie Wahl der Religionspartei, zu welcher er sich halten will, zu verschränken, oder ihn wider seinen Willen im Kloster zurückzuhalten.

Geistliche Obliegenheiten.

§ 1180. Die geistlichen Obliegenheiten und Verrichtungen der Mönche und Nonnen sind durch die Ordensregeln bestimmt.

§ 1181. Diese Regeln können ohne Vorwissen und Genehmigung des Staates nicht geändert werden.

Rechte in Ansehung des Vermögens während des Probejahres.

§ 1182. Personen, die sich dem Mönchs- oder Nonnenstande widmen wollen, können, so lange sie im Probejahr stehen, über ihr Vermögen, gleich anderen Bürgern des Staates, frei verfügen.

§ 1183. Sie können dem Kloster, in welches sie treten wollen, nach Verhältnis der Notdurft ihres Unterhaltes, einen Teil ihrer Einkünfte, jedoch nicht über vier Prozent von dem Betrage ihrer gesamten Vermögenssubstanz, auf ihre Lebenszeit verschreiben.

§ 1184. Wenn sie aber ihren Vorsatz, wegen Ablegung des Klostergelübdes, ändern, so sind sie berechtigt, alle während des Probejahres über ihr Vermögen getroffenen Verfügungen, welche mit dem intendierten Klosterleben Verbindung oder Beziehung darauf haben, zu widerrufen.

Von geistlichen Brautschätzen.

§ 1185. Wo bei dem Eintritte in ein Kloster die Bestellung eines geistlichen Brautschatzes gewöhnlich ist, mag es dabei auch ferner sein Bewenden haben.

§ 1186. Es muß aber diese Gewohnheit weder auf genugsam dotierte, noch auf Klöster der Bettelmönche ausgedehnt werden.

§ 1187. Auch soll dergleichen Brautschatz die Summe von fünfhundert Thalern nicht übersteigen.

§ 1188. Höhere Summen können nur unter ausdrücklicher Genehmigung des Staates, auf vorhergegangene Untersuchung der Umstände, nach der besonderen Notdurft des Klosters und der zur Unterhaltung der Konventualen erforderlichen mehreren Kosten ausgesetzt werden.

§ 1189. Den zur Wartung der Kranken bestimmten geistlichen Orden können höhere Brautschätze, ingleichen Vermächtnisse und Schenkungen, ohne Einschränkung auf eine gewisse Summe, zugewendet werden.[1])

§ 1190. Aber auch bei diesen ist, wenn die Summe mehr als fünfhundert Thaler beträgt, die ausdrückliche Genehmigung des Staates notwendig.

§ 1191. Unter dem geistlichen Brautschatze sind die Kosten der sogenannten geistlichen Hochzeit und Ausstattung nicht mit begriffen.

§ 1192. Doch dürfen auch diese die Summe von fünfhundert Thalern niemals übersteigen.

§ 1193. Der Wert der Sachen und Effekten, welche der in das Kloster tretenden Person zu ihrem eigenen Gebrauche mitgegeben werden, sind unter keiner der obigen Summen begriffen.

§ 1194. Doch fallen die darunter befindlichen Juwelen und Kostbarkeiten nach dem Abgange der Klosterperson nicht dem Kloster, sondern deren alsdann vorhandenen nächsten Erben zu.

§ 1195. Hat ein Kloster höhere Einkünfte, als nach § 1183 zulässig sind, oder einen höheren Brautschatz, oder ein mehreres zur Ausstattung und Hochzeit, als fünfhundert Thaler, ohne Vorwissen und Genehmigung des Staates angenommen, so verfällt der ganze Betrag dem Fiskus, und das Kloster muß noch außerdem den doppelten Betrag des zuviel genommenen als Strafe entrichten.

§ 1196. Haben weltliche Verwalter der Klostergüter dergleichen übermäßigen Brautschatz, oder Ausstattung und Hochzeitskosten angenommen, so trifft sie die Strafe und das Kloster verliert nur das Empfangene.

§ 1197. Haben dergleichen Verwalter den Betrag solcher Zuwendungen in den Rechnungen verschwiegen oder verheimlicht, so müssen sie die dreifache Summe zur Strafe entrichten.

§ 1198. Kann die verwirkte Summe und Strafe von dem Kloster oder dessen Verwaltern nicht beigetrieben werden, so haften dafür diejenigen, von welchen die gesetzwidrige Zahlung geleistet worden.

Zwanzigster Abschnitt.

Von protestantischen Stiften, Klöstern, Ritterorden, und deren Mitgliedern.

Rechte als geistliche Gesellschaften;

§ 1218. Die protestantischen Stifte und Klöster haben, vermöge ihres Ur-

[1]) Man vergleiche jetzt Artikel 6 und 7 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 20. September 1899.

sprungs und ihrer Fundation, die Rechte der geistlichen Gesellschaften.

als Korporationen.

§ 1219. Als Korporationen werden sie hauptsächlich nach ihren Statuten und hergebrachten Observanzen, demnächst aber nach eben den Gesetzen, wie katholische Stifte gleicher Art beurteilt.

Rechte des Landesherrn.

§ 1220. Der Landesherr hat, in Beziehung auf dieselben, alle Rechte, welche den Bischöfen oder anderen geistlichen Obern auf katholische Stiftungen gleicher Art eingeräumt worden.

§ 1221. Dagegen können protestantische Stifte, wenn sie auch an sich die Würde der Kathedralstifte haben, dennoch einige Teilnehmung an den Angelegenheiten der Kirche oder der Diözes sich nicht anmaßen.

Rechte der einzelnen Mitglieder.

§ 1222. Bei den einzelnen Mitgliedern der protestantischen Stifte, Klöster, und Ritterorden, werden die äußeren persönlichen Rechte und Pflichten derselben, sowohl in Beziehung auf den Staat, als auf die übrigen Einwohner, durch die Aufnahme in eine solche Gesellschaft nicht verändert.

§ 1223. Auch sind dieselben weder an Gelübde, noch an andere auf den Gottesdienst sich beziehende Regeln und Vorschriften ähnlicher katholischer Stiftungen gebunden.

§ 1224. Was sie aber in dieser Rücksicht bei einem oder dem anderen Stift besonders zu beobachten haben, ist lediglich nach den Statuten und Gewohnheiten desselben zu bestimmen.

§ 1225. Wegen der Art, zu einer Präbende oder Stelle zu gelangen, und der in Ansehung derselben dem Präbendaten zukommenden Rechte und Pflichten, finden der Regel nach die bei katholischen Stiften von gleicher Art erteilten Vorschriften Anwendung.

§ 1226. Bei den Erfordernissen zur Aufnahme, wegen der Probezeit, Verbindlichkeit zur Residenz und Vereinigung mehrerer Pfründen in einer Person kommt dem Landesherrn das Dispensationsrecht in allen Fällen zu, wo nicht besondere Gesetze oder Verträge entgegenstehen.

Von Anwartschaften.

§ 1227. Sowohl der Landesherr, als das Kapitel können auf Präbenden und Stellen, die künftig zu ihrer Verleihung erledigt werden, Anwartschaften erteilen.

§ 1228. Unter mehreren Anwärtern gebührt der Regel nach die erste zur Verleihung des Kollators derselben vakanten Stelle demjenigen, welcher die älteste Anwartschaft hat.

§ 1229. Ist in den Statuten eine Zeit bestimmt, binnen welcher nach Entstehung der Vakanz der Anwärter sich melden muß, so geht durch deren Verabsäumung sein Recht für diesen Fall verloren.

§ 1230. Solange der Anwärter noch nicht immatrikuliert worden, kann die Anwartschaft zurückgenommen werden.

§ 1231. Uebrigens gilt von dem Falle, wenn mehrere Anwärter auf eine zur Verleihung desselben Kollators erledigte Präbende Anspruch machen, eben das, was in einem gleichen Falle bei Lehnsanwartschaften verordnet ist. (Th. 1, Tit. 18, § 458 ff.)

§ 1232. Die Immatrikulation vertritt dabei die Stelle der Eventualbelehnung.

Zwölfter Titel.

Von niederen und höheren Schulen.[1])

Begriff.

§ 1. Schulen und Universitäten sind Veranstaltungen des Staats, welche den Unterricht der Jugend in nützlichen Kenntnissen und Wissenschaften zur Absicht haben.

[1]) Man vergleiche hierzu die Artikel 23 bis 26 und 112 der Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat.

§ 2. Dergleichen Anstalten sollen nur mit Vorwissen und Genehmigung des Staats errichtet werden:

Von Privaterziehungsanstalten.

§ 3. Wer eine Privaterziehungs- oder sogenannte Pensions-Anstalt errichten will, muß bei derjenigen Behörde, welcher die Aufsicht über das Schul- und Erziehungswesen des Ortes aufgetragen ist, seine Tüchtigkeit zu diesem Geschäfte nachweisen, und seinen Plan, sowohl in Ansehung der Erziehung, als des Unterrichts zur Genehmigung vorlegen.

§ 4. Auch solche Privat-, Schul- und Erziehungsanstalten sind der Aufsicht dieser Behörde unterworfen, welche von der Art, wie die Kinder gehalten und verpflegt, wie die physische und moralische Erziehung derselben besorgt, und wie ihnen der erforderliche Unterricht gegeben werde, Kenntnis einzuziehen befugt und verpflichtet ist.

§ 5. Schädliche Unordnungen und Mißbräuche, welche sie dabei bemerkt, muß sie der dem Schul- und Erziehungswesen in der Provinz vorgesetzten Behörde zur näheren Prüfung und Abstellung anzeigen.

Von der häuslichen Erziehung.

§ 7. Eltern steht zwar frei, nach den im zweiten Titel enthaltenen Bestimmungen, den Unterricht und die Erziehung ihrer Kinder auch in ihren Häusern zu besorgen.

§ 8. Diejenigen aber, welche ein Gewerbe daraus machen, daß sie Lehrstunden in den Häusern geben, müssen sich wegen ihrer Tüchtigkeit dazu bei der § 3 bezeichneten Behörde ausweisen, und sich von derselben mit einem Zeugnisse darüber versehen lassen.

Von öffentlichen Schulen.

§ 9. Alle öffentlichen Schul- und Erziehungsanstalten stehen unter der Aufsicht des Staats und müssen sich den Prüfungen und Visitationen desselben zu allen Zeiten unterwerfen.

§ 10. Niemandem soll, wegen Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses der Zutritt in öffentliche Schulen versagt werden.

§ 11. Kinder, die in einer anderen Religion, als welche in der öffentlichen Schule gelehrt wird, nach den Gesetzen des Staats erzogen werden sollen, können dem Religionsunterricht in derselben beizuwohnen nicht angehalten werden.

I. Von gemeinen Schulen. Aufsicht und Direktion derselben.[1])

§ 16. Finden sie[2]) bei der Anwendung der ergangenen allgemeinen Vorschriften auf die ihrer Aufsicht anvertraute Schule Zweifel oder Bedenklichkeiten, so muß der geistliche Vorsteher der dem Schulwesen in der Provinz vorgesetzten Behörde davon Anzeige machen.

§ 17. Eben dieser Behörde gebührt die Entscheidung, wenn die Obrigkeit sich mit dem geistlichen Schulvorsteher über eine oder die andere bei der Schule zu treffende Anstalt oder Einrichtung nicht vereinigen kann.

Aeußere Rechte der Schulanstalten.

§ 18. Schulgebäude genießen eben die Vorrechte, wie die Kirchengebäude. (Tit 11, § 170 ff.)

§ 19. Auch von den Grundstücken und dem übrigen Vermögen der Schulen gilt in der Regel alles das, was vom Kirchenvermögen verordnet ist. (Ebend. § 193 ff. Abschn. 9.)

Unterhalt der Schullehrer.[3])

§ 29. Wo keine Stiftungen für die gemeinen Schulen vorhanden sind, liegt

---

[1]) Man vergleiche hierzu jetzt das Gesetz, betreffend die Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens, vom 11. März 1872.

[2]) Nämlich die weltlichen oder geistlichen Oberen.

[3]) Man vergleiche jetzt vor allem: Gesetz, betreffend die Feststellung der Anforderungen für die Volksschulen, vom 26. Mai 1887, Gesetz, betreffend die Erleichterung der Volksschullasten vom 14. Juni 1888, Gesetz, betreffend das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen, vom 3. März 1897, Gesetz, betreffend die Pensionierung der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen, vom 6. Juli 1885, Gesetz, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Lehrer an öffentlichen Volksschulen, vom 4. Dezember 1899.

die Unterhaltung der Lehrer den sämtlichen Hausvätern jedes Ortes, ohne Unterschied, ob sie Kinder haben oder nicht, und ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses ob.

§ 30. Sind jedoch für die Einwohner verschiedenen Glaubensbekenntnisses an einem Orte mehrere gemeine Schulen errichtet, so ist jeder Einwohner nur zur Unterhaltung des Schullehrers von seiner Religionspartei beizutragen verbunden.

§ 31. Die Beiträge, sie bestehen nun in Gelde oder Naturalien, müssen unter die Hausväter nach Verhältnis ihrer Besitzungen und Nahrungen billig verteilt und von der Gerichtsobrigkeit ausgeschrieben werden.

§ 32. Gegen Erlegung dieser Beiträge sind alsdann die Kinder der Kontribuenten von Entrichtung eines Schulgeldes für immer frei.

§ 33. Gutsherrschaften auf dem Lande sind verpflichtet, ihre Unterthanen, welche zur Aufbringung ihres schuldigen Beitrages ganz oder zum Teil auf eine Zeitlang unvermögend sind, dabei nach Notdurft zu unterstützen.

Schulgebäude.[1])

§ 34. Auch die Unterhaltung der Schulgebäude und Schulmeisterwohnungen muß, als gemeine Last, von allen zu einer solchen Schule gewiesenen Einwohnern ohne Unterschied getragen werden.

§ 35. Doch trägt das Mitglied einer fremden zugeschlagenen Gemeine zur Unterhaltung der Gebäude nur halb soviel bei, als ein Einwohner von gleicher Klasse an dem Orte, wo die Schule befindlich ist.

§ 36. Bei Bauen und Reparaturen der Schulgebäude müssen die Magistrate in den Städten und die Gutsherrschaften auf dem Lande, die auf dem Gute oder Kämmerei-Eigentum, wo die Schule sich befindet, gewachsenen oder gewonnenen Materialien, soweit selbige hinreichend vorhanden und zum Baue notwendig sind, unentgeltlich verabfolgen.

§ 37. Wo das Schulhaus zugleich die Küsterwohnung ist, muß in der Regel die Unterhaltung desselben auf eben diese Art, wie bei Pfarrbauten vorgeschrieben ist, besorgt werden.

§ 38. Doch kann kein Mitglied der Gemeine wegen Verschiedenheit des Religionsbekenntnisses dem Beitrage zur Unterhaltung solcher Gebäude sich entziehen.

Pflicht der Schulgemeine zur Herbeiholung neuer Schulmeister.

§ 39. Die Gemeinen sind in der Regel verbunden, einen neuen Schulmeister herbeizuholen.

§ 40. Diese Verbindlichkeit erstreckt sich auch auf die zur Familie des Schulmeisters gehörenden Personen, und was derselbe an Kleidung, Wäsche, Hausrat und Büchern mitbringt.

§ 41. Doch findet dabei, in Ansehung der Entfernung, eben die Einschränkung auf zwei Tagereisen, wie bei Abholung der Pfarrer durch die Kirchengemeine statt.

§ 42. Auch findet die Vorschrift des elften Titels § 525 auf Schulmeister ebenfalls Anwendung.

Pflicht der Eltern, ihre Kinder zur Schule zu halten.

§ 43. Jeder Einwohner, welcher den nötigen Unterricht für seine Kinder in seinem Hause nicht besorgen kann oder will, ist schuldig, dieselben nach zurückgelegtem fünften Jahre zur Schule zu schicken.

§ 44. Nur unter Genehmigung der Obrigkeit und des geistlichen Schulvorstehers kann ein Kind länger von der Schule zurückgehalten, oder der Schulunterricht desselben, wegen vorkommender Hindernisse, für einige Zeit ausgesetzt werden.

§ 45. Zum Besten derjenigen Kinder, welche wegen häuslicher Geschäfte die ordinären Schulstunden zu gewissen, notwendiger Arbeit gewidmeten Jahreszeiten nicht mehr ununterbrochen besuchen können, soll am Sonntage, in den Feierstunden zwischen der Arbeit und zu anderen schicklichen Zeiten besonderer Unterricht gegeben werden.

§ 46. Der Schulunterricht muß so lange fortgesetzt werden, bis ein Kind nach dem Befunde seines Seelsorgers die einem jeden vernünftigen Menschen seines Standes notwendigen Kenntnisse gefaßt hat.

---

[1]) Man vergleiche das Gesetz, betreffend den Bau und die Unterhaltung der Schul- und Küsterhäuser, vom 21. Juli 1846.

Pflichten der Schulaufseher.

§ 47. Die Schulaufseher müssen darauf acht haben, daß der Schulmeister sein Amt mit Treue und Fleiß abwarte.

§ 48. Ihnen liegt es ob, unter Beistand der Obrigkeit darauf zu sehen, daß alle schulfähigen Kinder nach obigen Bestimmungen (§ 43 ff.), erforderlichenfalls durch Zwangsmittel und Bestrafung der nachlässigen Eltern, zur Besuchung der Lehrstunden angehalten werden.

Schulzucht.

§ 50. Die Schulzucht darf niemals bis zu Mißhandlungen, welche der Gesundheit der Kinder auch nur auf entfernte Art schädlich werden könnten, ausgedehnt werden.

§ 51. Glaubt der Schullehrer, daß durch geringere Züchtigungen der eingewurzelten Unart eines Kindes oder dem überwiegenden Hange desselben zu Lastern und Ausschweifungen nicht hinlänglich gesteuert werden könne, so muß er der Obrigkeit und dem geistlichen Schulvorsteher davon Anzeige machen.

§ 52. Diese müssen alsdann mit Zuziehung der Eltern oder Vormünder die Sache näher prüfen und zweckmäßige Besserungsmittel verfügen.

§ 53. Aber auch dabei dürfen die der elterlichen Zucht vorgeschriebenen Grenzen nicht überschritten werden.

II. Von gelehrten Schulen und Gymnasien.

§ 54. Schulen und Gymnasia, in welchen die Jugend zu höheren Wissenschaften oder auch zu Künsten und bürgerlichen Gewerben durch Beibringung der dabei nötigen oder nützlichen wissenschaftlichen Kenntnisse vorbereitet werden soll, haben die äußeren Rechte der Korporationen.

§ 55. Diese Rechte werden durch die Schulkollegia nach der eingeführten Schulordnung jedes Ortes ausgeübt.

§ 56. Dergleichen Schulen stehen unter der näheren Direktion der dem Schul- und Erziehungswesen vom Staate vorgesetzten Behörde, welche besonders darauf sehen muß, daß der Unterricht zweckmäßig eingerichtet und die Schule unter beständiger Aufsicht gehalten werde.

§ 57. Von den Gebäuden, Grundstücken und Vermögen solcher Anstalten gilt alles, was in Ansehung der Kirchen und deren Vermögen im vorigen Titel verordnet ist.

§ 59. Wo die Bestellung der Lehrer und Schulaufseher nicht etwa gewissen Personen oder Korporationen vermöge der Stiftung oder eines besonderen Privilegii zukommt, da gebührt dieselbe dem Staate.

§ 60. Auch da, wo die unmittelbare Aufsicht über dergleichen Schulen, oder die Bestellung der Lehrer gewissen Privatpersonen oder Korporationen überlassen ist, können dennoch, ohne Vorwissen und Genehmigung der dem Schulwesen in der Provinz vorgesetzten Behörde, weder neue Lehrer bestellt, noch wesentliche Veränderungen in der Einrichtung des Schulwesens und der Art des Unterrichts vorgenommen werden.

§ 61. Zu Aufsehern müssen Leute von hinlänglichen Kenntnissen, guten Sitten und richtiger Beurteilungskraft gewählt werden.

§ 62. Diese müssen junge Leute, welche sich einer Lebensart, die gelehrte Kenntnisse erfordert, widmen, und zu dem Ende die Universität beziehen wollen, gleichwohl aber sich durch Geistesfähigkeiten und Anlagen zu einer gründlichen Gelehrsamkeit nicht auszeichnen, vom Studieren ernstlich abmahnen und deren Eltern oder Vormünder dahin zu vermögen suchen, daß sie dergleichen mittelmäßige Subjekte zu anderen nützlichen Gewerben in Zeiten anhalten.

§ 63. Dagegen sollen junge Leute, welche vorzügliche Fähigkeiten und Anlagen zeigen, zur Fortsetzung ihrer Studien aufgemuntert und unterstützt werden.

§ 64. Kein Landeseingeborener, welcher eine öffentliche Schule besucht hat, soll ohne ein von den Lehrern und Schulaufsehern unterschriebenes Zeugnis über die Beschaffenheit der erworbenen Kenntnisse und seines sittlichen Verhaltens von der Schule entlassen werden.

§ 65. Die Lehrer bei den Gymnasiis und anderen höheren Schulen werden als Beamte des Staats angesehen.

§ 66. Rückständig gebliebenes Schulgeld, sowie bei gemeinen Schulen der zum Unterhalt des Schullehrers zu leistende Beitrag genießen bei einem über das Vermögen der Eltern entstandenen Konkurse das in der Konkursordnung näher bestimmte Vorrecht.

III. Von Universitäten.

§ 67. Universitäten haben alle Rechte privilegierter Korporationen.

Innere Verfassung.

§ 68. Die innere Verfassung derselben, die Rechte des akademischen Senats und seines jedesmaligen Vorstehers in Besorgung und Verwaltung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten, sind durch Privilegien und die vom Staate genehmigten Statuten einer jeden Universität bestimmt.

Rechte der Lehrer.

§ 73. Alle, sowohl ordentliche als außerordentliche Professoren, Lehrer und Offizianten auf Universitäten genießen die Rechte der königlichen Beamten. (Tit. 10 § 104 ff.)

Aufnahme der Studierenden.

§ 74. Die Aufnahme der Studierenden unter die Mitglieder der Universität geschieht durch das Einschreiben in die Matrikel.

§ 75. Wer einmal eingeschrieben worden, bleibt ein Mitglied der Universität, solange er sich am Sitze derselben aufhält und daselbst keinen besonderen Stand oder Lebensart, die ihn einer anderen Gerichtsbarkeit unterwerfen, ergriffen hat.

§ 76. Wer sich studierenshalber auf eine Universität begiebt, ist schuldig, bei dem Vorsteher des akademischen Senats sich zur Einschreibung zu melden.

Anh. § 132. Sobald jemand an dem Orte, wo die Universität ihren Sitz hat, Studierenswegen eintrifft, ist er verpflichtet, sich immatrikulieren zu lassen. Wer dies über acht Tage verschiebt, muß die Gebühren doppelt entrichten.

Auch sollen die Vergehungen derer, welche noch nicht eingeschrieben sind, ebenso, wie die der anderen Studierenden, von den akademischen Gerichten geahndet werden.

Auch die Führer und Begleiter der Studierenden, wie auch ihre Bedienten, müssen als Personen, welche unter akademischem Gerichtszwange stehen, immatrikuliert werden.

Wer von derselben oder von einer anderen Universität relegiert worden, kann ohne vorgängige Genehmigung der den Universitäten vorgesetzten Behörden nicht unter die Studierenden aufgenommen werden.

§ 77. Der Einzuschreibende muß sein mitgebrachtes Schulzeugnis (§ 64) vorlegen.

§ 78. Wenn er dergleichen, weil er Privatunterricht genossen, nicht mitgebracht hat, so ist der Rektor denselben an die zur Prüfung solcher neuen Ankömmlinge verordnete Kommission zu weisen schuldig.

Anh. § 133. Inländer müssen entweder ein auf ein vorgängiges Examen sich gründendes Zeugnis in Rücksicht auf ihre Reife zu den akademischen Studien von der von ihnen besuchten öffentlichen Schule mitbringen, oder falls sie durch Privatunterricht zur Universität vorbereitet worden, oder auch auf der von ihnen bisher besuchten Schule wegen besonderer Umstände nicht geprüft worden (worüber alsdann eine Bescheinigung beizubringen ist, ohne welche sie die Matrikel nicht erhalten können), auf der Universität selbst von der dazu verordneten Kommission binnen der ersten Woche nach ihrer Ankunft noch vor der Immatrikulation geprüft werden.

Wer mit dem Zeugnisse der Unreife die Universität bezieht, kann auf keine Benefizien Ansprüche machen. Ausländer sind von dieser Prüfung ausgenommen.

§ 79. Wer bei dieser Prüfung noch nicht reif genug, in Ansehung seiner Vorkenntnisse befunden wird, muß entweder zurückgewiesen oder mit der nötigen Anleitung zur Ergänzung des ihm noch Fehlenden versehen werden.

Anh. § 134. Ob der Student bei der vorgeschriebenen Prüfung reif oder unreif zu den akademischen Studien befunden worden, muß in dem bei dem Abgange von der Universität einzuholenden Fakultätszeugnisse bemerkt werden. Doch steht es dem Abgehenden, der ehedem für unreif erklärt worden, frei, auf eine Prüfung der Fakultät, zu welcher er gehört, anzutragen, als in welchem Falle nur allein der Ausfall dieser letzten

Prüfung in dem Fakultätszeugnisse bemerkt wird.

§ 80. Der Rektor muß einem jeden ankommenden Studenten die akademischen und Polizeigesetze des Ortes bekannt machen und ihn zu deren gehöriger Beobachtung anweisen.

Aufsicht über ihre Studien und Lebensart.

§ 81. Nach geschehener Immatrikulation muß der Student seine Matrikel dem Dekanus der Fakultät vorlegen.

§ 82. Bemerkt der Dekanus an einem zu seiner Fakultät gehörenden Studenten Unfleiß oder unordentliche Lebensart, so muß er davon dem akademischen Senat Anzeige machen.

§ 83. Dieser muß den Studierenden durch nachdrückliche Ermahnungen zu bessern suchen, und wenn dieselben fruchtlos sind, seinen Eltern oder Vormündern, sowie denjenigen, von welchen sie Stipendia genießen, davon Nachricht geben.

Anh. § 135. Wer unter dem Namen eines Studenten allein seinen Vergnügungen nachgeht und weder die Kollegia besucht, noch sonst gelehrte oder doch dem Zwecke der Universität angemessene Geschäfte treibt, soll auf der Universität nicht gelitten werden.

Von der akademischen Disziplin.

§ 84. Alle Studierenden müssen den allgemeinen Polizeigesetzen des Landes und Ortes sowohl, als den besonderen die akademische Zucht betreffenden Vorschriften und Anordnungen die genaueste Folge leisten.

Anh. § 136. Soweit die akademischen Vorrechte und Gesetze keine Ausnahme machen, sind die Studenten auf den Königlichen Universitäten, gleich anderen Unterthanen, alle Gesetze des Staats zu beobachten schuldig; doch werden sie in Absicht auf die aus allgemeinen gesellschaftlichen oder aus Familienverhältnissen entspringenden persönlichen Rechte, besonders in Ansehung der Großjährigkeit und wegen des Erbrechts auf ihren Nachlaß, nach den Gesetzen ihrer Heimat beurteilt, wofern sie nicht den Vorsatz, auf der Akademie ihren beständigen Wohnsitz zu nehmen, ausdrücklich oder stillschweigend erklärt haben.

Auch bei Kriminalfällen, besonders in Ansehung der Duelle, sind die Studenten den allgemeinen Landesgesetzen unterworfen, und es wird deshalb ausdrücklich auf das allgemeine Landrecht verwiesen; doch soll kein Arzt oder Wundarzt verpflichtet sein, der Obrigkeit von einem vorgefallenen, zum Behuf der Kur, zu seiner Kenntnis gekommenen Duell Kenntnis zu geben, vielmehr in solchem Falle ein gewissenhaftes Stillschweigen beobachten, bis daß die Obrigkeit, wenn sie durch andere Mittel die That entdeckt, deren Vernehmung darüber veranlaßt.

§ 85. Besonders müssen Schlägereien, Schwelgereien und andere zum öffentlichen Aergernisse oder zur Störung der gemeinen Ruhe und Sicherheit gereichende Excesse der Studenten nachdrücklich geahndet werden.

Anh. § 137. 1. Studierende müssen sich in jeder Hinsicht anständiger Sitten befleißigen. Sittenlosigkeit und Unanständigkeiten, besonders auch in Ansehung der Kleidung, werden das erstemal mit ernstlichem Verweise, im Wiederholungsfalle mit Karzer und Verlust der bisher genossenen Wohlthaten, und wenn auch dadurch die Besserung nicht bewirkt wird, mit Entfernung von der Universität bestraft.

2. Das Baden und Schwimmen darf bei Vermeidung einer achttägigen Karzerstrafe nicht anders als an den dazu von der Polizei sicher befundenen Orten geschehen.

3. Wer das Hausrecht verletzt oder sich in Orten und Versammlungen, welche nur für gewisse Personen bestimmt sind, namentlich bei Hochzeiten eindrängt, hat dreitägige Karzerstrafe und, im Fall dabei begangener Ausschweifungen, noch härtere Andungen zu erwarten. Gleiche Strafe trifft diejenigen, welche bei Schulprüfungen des Ortes Lärm erregen und sie durch Unfug stören.

4. Wer auf öffentlichen Plätzen und Straßen in Maske oder sonst verkleidet erscheint, hat eine dreitägige Karzerstrafe verwirkt, und werden hiermit alle Schlittenfahrten in Maske bei gleicher Strafe ernstlich verboten.

5. Noch härtere Strafe trifft den, welcher liederliche Häuser besucht oder sich eines verdächtigen Umganges mit liederlichen Weibsbildern schuldig macht.
6. Außer dem Falle einer Reise, wohin bloße Spazierfahrten und Spazierritte nicht zu rechnen sind, sollen Studenten keine Waffen oder andere gefährliche Werkzeuge bei sich tragen.
7. Gefährliche Rapiere, besonders die nicht mit Leder überzogenen Haurappiere sollen nicht gelitten, sondern da, wo sie sich befinden, weggenommen und diejenigen, welche sie bei sich haben und sonst davon Gebrauch machen, mit achttägiger Karzerstrafe belegt werden.
8. Die Studierenden müssen die Accise- und Zoll-, wie auch die Polizeigesetze des Ortes, bei Vermeidung der darin bestimmten Strafe genau beobachten; besonders müssen sie sich des schnellen Fahrens und Reitens in den Städten, auf den Brücken, oder wo sonst ein Schaden zu besorgen ist, enthalten.

   Auch müssen sie zur Verhütung des Feuerschadens die vorgeschriebene Vorsicht gebrauchen; besonders durch Vermeidung des Schießens, der Feuerwerke und des Tabakrauchens an Orten, wo leicht Schaden zu besorgen ist, z. B. in der Nähe von Gebäuden und anderen leicht entzündbaren Gegenständen, vornehmlich auf den Straßen, es sei in Städten oder Dörfern und Wäldern, wie auch innerhalb der Gebäude in der Nähe der Betten, auf Böden oder in Ställen.
9. Studenten, welche sich zur Zeit eines Tumults oder in größerer Zahl nach Mitternacht auf der Straße finden lassen, haben die Vermutung böser Absicht oder eines liederlichen Lebenswandels wider sich; auch muß niemand nach zehn Uhr abends sich in einem Wirtshause antreffen lassen.
10. Wer andere zum Tumultuieren oder zu anderem Unfug auffordert oder anreizt, oder sich bei einem Tumult als Anführer brauchen läßt, wird, wofern nicht durch den Tumult eine noch härtere Strafe verwirkt worden, wenigstens mit der Relegation bestraft. Alle Teilnehmer an einem Tumult haben nach dem Verhältnisse, wie sie dabei mitgewirkt, entweder Relegation oder das Consilium abeundi, oder angemessene Karzerstrafe zu erwarten.
11. Oeffentliche Aufzüge, mit oder ohne Musik zu Wagen, zu Pferde oder zu Fuß, dürfen von Studenten ohne besondere Erlaubnis der akademischen Obrigkeit, bei Vermeidung dreitägiger Karzerstrafe, nicht unternommen werden. Gleiche Bewandnis hat es mit den Versammlungen auf öffentlichen Plätzen und Straßen, wenn sie nicht nach vorgängiger Warnung der akademischen Obrigkeit und ihrer Diener oder der Wache wieder auseinandergehen. Auch das Einholen neuer Ankömmlinge und die Abnötigung eines Schmauses und anderer unnötiger Ausgaben wird aufs ernstlichste verboten, und jede Beschimpfung und Kränkung derselben verschuldet nachdrückliche Bestrafung.
12. Dauernde Gesellschaften und Verbindungen zu einem bestimmten Zwecke können nicht ohne Vorwissen der akademischen Obrigkeit errichtet werden und haben ohne deren Erlaubnis die Vermutung einer gesetzwidrigen Absicht wider sich. Sobald aber eine mit Vorwissen der Obrigkeit bestehende Gesellschaft auf irgend eine Art andere zum Eintritte oder zum Beharren in ihr nötigen wollte, soll die Gesellschaft nicht länger geduldet werden. Auch sind alle diejenigen strafbar, welche andere zu Kollekten nötigen; besonders werden alle Orden und Landsmannschaften bei Strafe einer immerwährenden Relegation von allen Universitäten in den Königlichen Landen hiermit ernstlich untersagt, wie denn auch durch neuerliche Reichstagsschlüsse die Veranstaltung getroffen worden, daß diejenigen, welche deswegen relegiert werden, auf keiner Universität in Deutschland wieder aufgenommen werden.
13. Hohe und alle Hazardspiele sind unerlaubt. Welches Spiel für hoch zu achten, bleibt der Beurteilung der akademischen Gerichte vorbehalten. Wer das erstemal eines zu hohen Spiels schuldig befunden wird, muß ernstlich gewarnt, im Wiederholungsfalle aber mit dreitägiger Karzerstrafe

belegt werden. Gleiche Strafe hat der zu erwarten, welcher, obschon das erstemal, sich auf Hazardspiele einläßt. Wer Bank macht, hat vierzehntägige Karzerstrafe verwirkt. Verdoppelung der Strafe tritt im Wiederholungsfalle ein. Wer aus dem Spiel ein Gewerbe macht, erhält das Consilium abeundi und hat, wenn er des Betruges überführt wird, schimpfliche Relegation zu erwarten.

Aller Gewinn aus unerlaubtem Spiel fällt der Armenkasse zu. Auch aus erlaubtem Spiel und wegen dessen, was dazu geliehen worden, findet keine Klage statt.

Hat ein Student dem anderen zu Hazardspielen Geld geliehen, so wird er wie ein Spieler bestraft.

14. Des lauten Gesanges, des Knallens mit Peitschen, und des die Ruhe und Ordnung störenden Getöses müssen sich die Studenten zu jeder Zeit, besonders in der Nacht und zur Zeit des Gottesdienstes enthalten, oder vierundzwanzigstündige bis dreitägige Karzerstrafe gewärtigen. Wer den öffentlichen Gottesdienst auf irgend eine Art stört, wird nach den Landesgesetzen bestraft.
15. Beleidigungen der zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung bestimmten Personen, besonders der Pedelle, wie auch der militärischen, Bürger- und Scharwache und der Nachtwächter ziehen langwierige Karzer- und, nach Bewandnis der Umstände, selbst Festungsstrafe nach sich.
16. Wer die akademische Obrigkeit selbst oder einzelne öffentliche Lehrer gröblich beleidigt, wird nach ausgestandener Gefängnisstrafe relegiert oder hat nach Beschaffenheit der Umstände noch härtere Strafe, dem peinlichen Rechte gemäß, zu erwarten. Wer in einem Kollegio oder bei einer öffentlichen Rede, Disputation oder Promotion durch unanständiges Pochen, Scharren, Lachen oder auf andere Weise absichtlich Unruhe erregt, soll, nach Beschaffenheit der Umstände, mit Karzer, oder wohl gar mit Relegation bestraft werden.
17. Wenn Studierende etwas bei der akademischen Obrigkeit nachsuchen, so muß dies mit Bescheidenheit und nicht haufenweise geschehen. Verletzung dieses Gesetzes zieht verhältnismäßige Karzerstrafe und im Falle eines dabei gebrauchten Ungestüms Relegation nach sich.
18. Wer den ihm auferlegten weiteren Arrest bricht, wird sofort ins Gefängnis gebracht, und wer dies ohne Erlaubnis der akademischen Obrigkeit verläßt, hat eine vierzehntägige Karzerstrafe verwirkt.

§ 86. Der Rektor oder Prorektor ist vorzüglich, und nach ihm der akademische Senat für alle entstandenen Unordnungen, welche durch genauere Aufmerksamkeit und Sorgfalt hätten vermieden werden können, dem Staate verantwortlich.

Anh. § 138. Hierin findet eine Ausnahme dann statt:

1. wenn die Karzerstrafe bekanntlich unfleißige Studenten trifft;
2. wenn der Student ohnedies schon während der Untersuchung im Gefängnisse gesessen, oder aus Furcht vor der Verhaftnehmung sich während der Zeit, da die Vorlesungen gehalten werden, in oder außer dem Bezirk der Universität verborgen gehalten hat;
3. wenn auf eine längere als vierwöchentliche Karzerstrafe erkannt worden.

§ 88. Sie muß mit gänzlicher Entfernung aller Gesellschaft und Entziehung der gewöhnlichen Bequemlichkeiten des Lebens verbunden sein.

§ 89. Wiederholte grobe Excesse, Widersetzlichkeit gegen den akademischen Senat und dessen zur Ausübung der akademischen Zucht verordnete Bediente; Aufwiegeleien, Rottenstiftungen und Verführung anderer müssen mit Relegation bestraft werden.

§ 90. Von der erkannten Relegation muß den Eltern oder Vormündern des Straffälligen sofort Nachricht gegeben werden.

Anh. § 139. Bei jedem Consilio abeundi muß ein Gleiches geschehen; auch muß von jeder Relegation jeder anderen Königlich Preußischen Universität Nachricht gegeben werden.

§ 91. Von jeder erkannten Relegation muß dem der Universität vorgesetzten Departement mit Beilegung des Erkenntnisses Anzeige geschehen, damit dieses, nach Beschaffenheit der Umstände die übrigen Universitäten gegen die Aufnahme

eines solchen Subjekts vor hinlänglich nachgewiesenen Besserung warnen, auch dem Departement, von welchem der Relegierte nach der Fakultät, zu welcher er gehört, eine künftige Beförderung zu erwarten hat, davon Nachricht geben könne.

§ 94. Grobe Excesse, wenn sie sich auch noch nicht zur Relegation qualifizieren, sollen dennoch mit Gefängnisstrafe geahndet werden.

Anh. § 140. Grobe und wiederholte Ausschweifungen oder anhaltender Unfleiß eines Beneficiaten sollen den Kollatoren zur Entziehung der genossenen Vorteile angezeigt werden.

§ 95. So wenig die Relegation, als eine nach den Gesetzen verwirkte Gefängnisstrafe kann mit Geld abgekauft werden.

§ 96. In Ansehung wirklicher Verbrechen der Studierenden hat es bei den Vorschriften der Kriminalgesetze sein Bewenden.

Rechte der Studierenden in ihren Privatangelegenheiten.

§ 97. In ihren Privatangelegenheiten bleiben Studierende der Regel nach den Gesetzen ihres Geburtsortes oder ihrer Heimat unterworfen.

§ 98. So lange Studierende noch unter Eltern oder Vormündern stehen, bleibt es, wegen ihrer Unfähigkeit, für sich allein verbindliche Verträge zu schließen, bei den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften.

besonders in Ansehung des Schuldenmachens.

Anh. § 141. 1. Die Honoraria für die Kollegia müssen zur Hälfte von den Studierenden vorausbezahlt, die andere Hälfte aber in der Mitte des halben Jahres zu Johannis oder Neujahr entrichtet werden. In Fällen, wo Lehrer bei dem durch ein gerichtliches Attest von der Obrigkeit des Geburtsortes bescheinigten Unvermögen eines Studierenden genötigt sind, ihm die Honoraria für die Kollegia solange zu stunden, bis er durch Beförderung zu einem öffentlichen Amte, oder durch sonstige Verbesserung seiner Vermögensumstände in den Stand gekommen, dieselben zu bezahlen, verbleibt ihnen bis dahin ihr Anspruch an solchen ungekränkt. Sie müssen aber dafür besorgt sein, daß beim Abgange des Studierenden der Betrag der Schuld, gleich anderen, von dem akademischen Gericht registriert und zugleich in dem akademischen Zeugnisse notiert wird.

2. Repetenten, welche die von anderen gehaltenen Vorlesungen in dem Zeitraum, in welchem sie gehört worden, mit den Studierenden wiederholen, haben in Ansehung des Honorarii mit den akademischen Lehrern gleiche Rechte, wegen anderer Privatstunden aber sind sie den Sprach- und Exerzitienmeistern gleich zu achten.

Von akademischen Zeugnissen.

§ 127. Jeder Studierende muß, wenn er die Universität verlassen will, bei seinen Lehrern Zeugnisse seines Fleißes und seiner Ordnung in Abwartung der Lehrstunden nachsuchen und selbige dem Vorsteher des akademischen Senats zustellen.

§ 128. Dieser muß die Richtigkeit derselben unter dem Siegel der Universität bekräftigen und zugleich bemerken, ob gegen das sittliche Betragen des Abgehenden während seines Aufenthalts auf der Akademie etwas Nachteiliges bekannt geworden sei.

§ 129. Jeder Landeseingeborene, welcher sich zur Uebernehmung eines Amtes oder sonst zur Ausübung seiner Wissenschaften qualifizieren will, muß dergleichen Zeugnis von einer inländischen Akademie vorlegen.

Dreizehnter Titel.

Von den Rechten und Pflichten des Staates überhaupt.

Allgemeine Grundsätze.

§ 1. Alle Rechte und Pflichten des Staates gegen seine Bürger und Schutzverwandten vereinigen sich in dem Oberhaupte desselben.

§ 2. Die vorzüglichste Pflicht des Oberhauptes im Staat ist, sowohl die

äußere als innere Ruhe und Sicherheit zu erhalten und einen jeden bei dem Seinigen gegen Gewalt und Störungen zu schützen.

§ 3. Ihm kommt es zu, für Anstalten zu sorgen, wodurch den Einwohnern Mittel und Gelegenheit verschafft werden, ihre Fähigkeiten und Kräfte auszubilden und dieselben zur Beförderung ihres Wohlstandes anzuwenden.

§ 4. Dem Oberhaupte im Staat gebühren daher alle Vorzüge und Rechte, welche zur Erreichung dieser Endzwecke erforderlich sind.

Majestätsrechte.

§ 5. Die Verteidigung des Staats gegen auswärtige Feinde anzuordnen, Kriege zu führen, Frieden zu schließen, Bündnisse und Verträge mit fremden Staaten zu errichten, kommt allein dem Oberhaupte des Staats zu.

§ 6. Das Recht, Gesetze und allgemeine Polizeiverordnungen zu geben, dieselben wieder aufzuheben, und Erklärungen darüber mit gesetzlicher Kraft zu erteilen, ist ein Majestätsrecht.

§ 7. Privilegia als Ausnahmen von dergleichen Gesetzen zu bewilligen, Standeserhöhungen, Staatsämter und Würden zu verleihen, gebührt nur dem Oberhaupte des Staats.

§ 9. Das Recht, aus erheblichen Gründen Verbrechen zu verzeihen; Untersuchungen niederzuschlagen, Verbrecher ganz oder zum Teil zu begnadigen, Zuchthaus-, Festungs- oder andere härtere Leibesstrafen in gelindere zu verwandeln, kann nur von dem Oberhaupte des Staats unmittelbar ausgeübt werden, soweit er nicht dasselbe für gewisse Arten von Verbrechen oder Strafen einer ihm untergeordneten Behörde ausdrücklich übertragen hat.

§ 10. Durch dergleichen Aufhebung eines Verbrechens oder durch die erfolgende Begnadigung des Verbrechers sollen aber die aus der That selbst wohlerworbenen Privatrechte eines Dritten niemals gekränkt werden.

§ 11. Vielmehr bleibt diesem, wenn auch die peinliche Untersuchung gegen den Angeschuldigten niedergeschlagen worden, dennoch frei, die Richtigkeit der Thatsache, soweit es zur Begründung seines Rechts erforderlich ist, im Wege des Civilprozesses nachzuweisen.

§ 13. Alle im Staate vorhandenen und entstehenden Gesellschaften und öffentlichen Anstalten sind der Aufsicht des Landesherrn nach dem Zwecke der allgemeinen Ruhe, Sicherheit und Ordnung unterworfen.

§ 14. Damit das Oberhaupt des Staats die ihm obliegenden Pflichten erfüllen und die dazu erforderlichen Kosten bestreiten könne, sind ihm gewisse Einkünfte und nutzbare Rechte beigelegt.

§ 15. Das Recht, zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse das Privatvermögen, die Personen, ihre Gewerbe, Produkte oder Konsumtion mit Abgaben zu belegen, ist ein Majestätsrecht.

§ 16. Soweit die Besorgung gewisser zu den Rechten und Pflichten des Staats gehörender Angelegenheiten und Geschäfte den Beamten des Staats vermöge ihres Amtes obliegt (§ 7), muß diesen, innerhalb der Grenzen ihres Auftrages, ebenso wie dem Landesherrn selbst, Folge geleistet werden.

Privatrechte des Landesherrn und seiner Familie.

§ 17. Rechtsangelegenheiten, welche die Personen und Familienrechte des Landesherrn und seines Hauses betreffen, werden nach den Hausverfassungen und Verträgen bestimmt.

§ 18. Andere Privathandlungen und Geschäfte derselben sind nach den Gesetzen des Landes zu beurteilen.

Vierzehnter Titel.

Von den Staatseinkünften und fiskalischen Rechten.

Begriff des Fiskus.

§ 1. Alle Arten der Staatseinkünfte, welche aus dem Besteuerungsrechte, aus dem besonderen Staatseigentum, den nutzbaren Regalien und anderen Staatsabgaben fließen, werden unter der Benennung des Fiskus begriffen und haben besondere Vorzugsrechte.

Besteuerungsrecht.

§ 2. Dem Besteuerungsrechte, als einem Hoheitsrechte des Staats (Tit. 13. § 15), sind alle diejenigen unterworfen, die für ihre Personen, Vermögen oder Gewerbe den Schutz des Staats genießen.

§ 3. Welche Klassen von Landeseinwohnern oder Besitzungen die Befreiung von einer oder der anderen Art der Staatsabgaben zukomme, ist, nach Verschiedenheit der Provinzen, in den besonderen Gesetzen derselben bestimmt.

§ 4. Einzelne Landeseinwohner, Korporationen oder Gemeinen können die Befreiung von den Abgaben derjenigen Klasse, zu welcher sie gehören, in der Regel nur durch Verträge oder ausdrückliche Privilegia erlangen.

§ 5. Inwiefern dergleichen Befreiung durch Verjährung erworben werden könne, ist gehörigen Orts bestimmt. (T. 1, Tit. 9, §§ 656—659.)

§ 6. Alle solche ausdrücklich oder stillschweigend erlangte Befreiungen sind nach den Vorschriften der Einleitung §§ 54—58 und 62—72 zu beurteilen.

§ 7. Durch dergleichen Ausnahmen sollen die übrigen Mitglieder derselben Klasse mit höheren Lasten nicht beschwert werden.

§ 8. Wer ein solches zur Belastung der übrigen Mitglieder gereichendes Privilegium für sich anführt, gegen den gilt die Vermutung, daß er selbiges erschlichen habe.

§ 9. Streitigkeiten, welche über die Verteilung der aus dem Besteuerungsrechte fließenden Abgaben unter den Kontribuenten entstehen, werden, in Ermangelung hinlänglicher durch Verträge, wohlhergebrachte Gewohnheiten oder besondere Gesetze begründeter Bestimmungen, nach den Regeln einer ohne ausdrücklichen Vertrag entstandenen Gemeinschaft (T. 1, Tit. 17, Abschn. 1) beurteilt.

§ 10. Streitigkeiten über Befreiungen sollen nach obigen Gesetzen (§§ 2—8), übrigens aber nach denjenigen, welche über den angeführten Grund der Exemtion ergangen sind, entschieden werden.

Domänen.

§ 11. Einzelne Grundstücke, Gefälle und Rechte, deren besonderes Eigentum dem Staate, und die ausschließende Benutzung dem Oberhaupte desselben zukommt, werden Domänen oder Kammergüter genannt.

§ 12. Auch diejenigen Güter, deren Einkünfte zum Unterhalte der Familie des Landesherrn gewidmet worden, sind als Domänengüter anzusehen.

§ 13. Was Personen aus der Familie des Landesherrn durch eigene Ersparnis oder auf andere Art gültig erworben haben, wird, solange von dem Erwerber oder seinen Erben keine ausdrückliche Einverleibung erfolgt, und soweit darüber durch Familienverträge und Hausverfassungen nicht ein anderes bestimmt ist, als Privateigentum betrachtet.

§ 14. Eben das gilt von Gütern und Sachen, welche der Landesherr selbst aus eigenen Ersparnissen oder durch irgend eine andere auch bei Privatpersonen stattfindende Erwerbungsart an sich gebracht hat.

§ 15. Hat jedoch derjenige Landesherr, welcher ein solcher erster Erwerber war, über unbewegliche von ihm auf dergleichen Art erworbene Sachen, weder unter Lebendigen, noch von Todes wegen verfügt, so sind dieselben für einverleibt in die Domänen des Staats anzusehen.

§ 16. Domänengüter können nur insoweit an einen Privatbesitzer gültig gelangen, als der Staat dagegen auf andere Art schadlos gehalten worden.

§ 17. Insonderheit können sie gegen andere Güter vertauscht werden.

§ 18. Uebrigens gilt, wenn ein Domänengut einer Privatperson gegen Entschädigung überlassen worden, die Vermutung, daß die Schadloshaltung verhältnismäßig gewesen sei.

§ 19. Wer aber wissentlich den Besitz eines Domänenguts ohne dergleichen Schadloshaltung an sich gebracht hat, der ist als ein unredlicher Besitzer anzusehen.

§ 20. Lehne, welche dem Oberhaupte des Staats von seinen Vasallen heimfallen, kann derselbe zu allen Zeiten wieder verleihen.

§ 21. Die Land- und Heerstraßen, die von Natur schiffbaren Ströme, das Ufer des Meeres und die Häfen sind ein gemeines Eigentum des Staats. (Tit. 15, Abschn. 1, 2.)

§ 22. Eben dahin wird auch das ausschließende Recht, gewisse Arten der herren-

losen Sachen in Besitz zu nehmen, gerechnet. (Tit. 16.)

Niedere Regalien.

§ 24. Die Nutzungsrechte vorstehender Arten des Staatseigentums (§§ 21, 22, 23) werden niedere Regalien genannt.

§ 25. Dies gemeine Staatseigentum selbst ist den Domänen völlig gleich zu achten.

§ 26. Die einzelnen Nutzungsrechte oder niederen Regalien aber können von Privatpersonen und Kommunen erworben und besessen werden.

§ 27. Ist ein dergleichen niederes Regal zur Zeit der Verleihung von dem Staate schon wirklich benutzt worden, so finden dabei die Vorschriften §§ 16—19 wie bei Domänen Anwendung.

§ 28. Wem das Oberhaupt des Staats dergleichen Nutzungsrecht verliehen hat, der kann zur Verteidigung desselben auf den Beistand des fiskalischen Amtes gegründeten Anspruch machen.

§ 29. Es darf aber der Privatbesitzer die Benutzung der vom Staate ihm übertragenen Rechte nicht weiter ausdehnen, als der Staat selbst dergleichen Regalien zur Zeit der Uebertragung genutzt hat.

§ 30. Sind Art und Schranken der Benutzung bei der Verleihung selbst ausdrücklich bestimmt worden, so kann der Privatbesitzer sein Recht unter keinerlei Vorwande auf andere Art oder in einem weiteren Umfange ausüben.

§ 31. Ueberhaupt versteht sich dergleichen Verleihung allemal unter der Einschränkung auf den bestimmten Ort oder auf die vorausgesetzten Fälle oder Begebenheiten.

§ 32. Innerhalb dieser bestimmten Grenzen aber gilt die Vermutung, daß das Regal dem Privatbesitzer ausschließend zukomme und der Staat sich der Mitausübung begeben habe.

§ 33. Sind die Grenzen des Rechts in der Verleihungsurkunde nicht deutlich bestimmt, so findet wegen deren Auslegung alles statt, was von Auslegung der Privilegien verordnet ist. (Einleitung §§ 54 bis 58.)

§ 34. Wenn der Staat einem Privatbesitzer ein Gut mit allen Regalien, oder mit Regalien überhaupt, ohne weitere Bestimmung verliehen hat, so werden darunter nur diejenigen niederen Regalien verstanden, welche anderen Gütern derselben Art in derselben Provinz oder in eben dem Distrikte gewöhnlich beigelegt sind.

Von der Verjährung der Regalien und Domänen.

§ 35. Von der Verjährung der Regalien gilt alles, was von der Verjährung gegen den Fiskus überhaupt verordnet ist.

§ 36. Das Eigentum der Domänen hingegen kann dem Staate auch durch eine solche Verjährung nicht entzogen werden.

§ 37. Vielmehr muß derjenige, der ein solches Eigentum sich anmaßt, des für ihn streitenden Besitzes ungeachtet, den Titel oder Rechtsgrund, auf welchem sein Besitz beruht, gegen den Fiskus angeben und nachweisen.

§ 38. Doch soll die Verjährung durch den Besitz vom Jahre 1740 auch bei Domänengütern stattfinden.

§ 39. Auch hat derjenige, welcher sich in einem vierundvierzigjährigen ruhigen Besitze eines Domänengutes befindet, die Vermutung für sich, daß er es aus einem rechtsgültigen Titel besitze.

§ 40. Er muß also bei diesem Besitze solange geschützt werden, als nicht ausgemittelt worden, daß bei der ersten Veräußerung entweder gar kein rechtsgültiger Titel zum Grunde gelegen habe, oder daß dabei die Vorschrift des § 16 nicht beobachtet worden sei.

§ 41. Wer nach Verlauf von zwanzig Jahren, vom Tage der erfolgten Abtrennung von den Domänen an gerechnet, ein solches Gut redlicherweise an sich gebracht hat, dem kommen, wenn auch Fiskus zur Rückforderung an sich berechtigt ist, die Vorschriften des fünfzehnten Titels im ersten Teil §§ 24 ff. zu statten.[1])

§ 42. Wird nicht über das Eigentum eines Domänenguts, sondern nur über einzelne Pertinenzstücke desselben, oder über Dienstbarkeits- und andere Rechte, welche das Domänenamt gegen einen

---

[1]) Jetzt die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Erwerb in gutem Glauben.

Dritten, oder dieser gegen das Amt, sich anmaßt, gestritten, so finden auch bei Domänen die allgemeinen Grundsätze von der Verjährung gegen den Fiskus Anwendung.

§ 43. Eben das gilt bei den zwischen einem Domänen- und einem anderen Privatgute entstehenden Grenzstreitigkeiten.

Fiskalische Rechte.

§ 44. Die Art der Erhebung und Verwaltung der verschiedenen Staatseinkünfte hängt von dem Oberhaupte des Staates ab.

1. Vorrechte der Staatskassen in dem Vermögen der Kassenbedienten, Domänenbeamten und Pächter;

§ 49. Dagegen haftet ein solcher Kassenschuldner mit seinem gesamten in dem § 47 bemerkten Zeitpunkte vorhandenen Vermögen für alles, was er aus seiner Amtsführung oder aus seinem Pachtkontrakte dem Fiskus zu leisten oder zu ersetzen hat.

§ 50. Nur diejenigen Privatgläubiger gehen in dem Vermögen des Schuldners dem Fiskus vor, welche ihr Eigentum zurückfordern, oder die durch gültige Verpfändung beweglicher oder durch dergleichen Eintragung auf unbewegliche Vermögensstücke ein dingliches Recht erlangt haben.

§ 51. Die Gültigkeit einer Verpfändung, welche vor angelegtem allgemeinen oder besonderen Beschlage auf das ganze Vermögen des Schuldners, oder auf gewisse Stücke desselben, von ihm vorgenommen worden, ist nach eben den Grundsätzen zu beurteilen, welche die Konkursordnung für den Fall vorschreibt, wenn ein Gemeinschuldner vor oder nach eröffnetem Konkurse Verfügungen über sein Vermögen getroffen hat.

2. in dem Vermögen anderer Kassenschuldner;

§ 65. In Ansehung der fixierten beständigen Abgaben gebührt den Staatskassen das Vorzugsrecht vor allen anderen Gläubigern, auf einen Rückstand der beiden letzten Jahre, nach näherer Vorschrift der Konkursordnung.

§ 67. In Ansehung der erkannten Geldstrafen steht der Fiskus allen übrigen Gläubigern des Schuldners nach.

§ 68. Kann jedoch nachgewiesen werden, daß eine Schuld bloß zur Vereitelung der Strafe gemacht worden, und dieses dem Gläubiger bekannt gewesen sei, so muß derselbe dem Fiskus weichen.

§ 69. Konfiszierte Sachen nimmt der Staat als sein Eigentum an sich.

§ 70. Doch geht auch eine solche Sache mit den zur Zeit der Konfiskation darauf haftenden Lasten an den Fiskus über.

§ 72. Die Bank und andere dem Staate gehörende Handlungsanstalten genießen die fiskalischen Rechte nur soweit, als ihnen dieselben durch ein besonderes Privilegium ausdrücklich beigelegt worden.

§ 73. Eine minder privilegierte Kasse erhält dadurch, daß ihre Einkünfte zu einer mehr privilegierten bestimmt und angewiesen worden, kein größeres Recht.

§ 74. Wie weit eine Privatperson, der eine fiskalische Forderung cediert worden, in die Rechte des Fiskus trete, und wie weit der Fiskus, der eine Privatforderung übernimmt, dabei von seinen Vorrechten Gebrauch machen könne, ist nach den allgemeinen Vorschriften von Konzessionen zu beurteilen.

§ 75. Inwiefern besonders die fiskalischen Vorrechte bei der Verjährung, in Ansehung der Sachen und Rechte, welche der Fiskus einer Privatperson überlassen oder von derselben überkommen hat, stattfinden, ist am gehörigen Orte bestimmt.

3. bei der Administration der Domänen und Regalien;

§ 76. Bei dem Gebrauche, der Benutzung und Verwaltung der Domänen und Regalien kommen dem Staate der Regel nach nur eben die Rechte zu, wie einem jeden Privateigentümer.

4. in besonderen Angelegenheiten;

§ 77. Besondere Vorrechte des Staats bei gewissen Angelegenheiten und Geschäften müssen durch ausdrückliche Gesetze bestimmt sein.

5. bei Prozessen.

§ 78. Ueber die Verbindlichkeit zur Entrichtung allgemeiner Anlagen, denen

sämtliche Einwohner des Staats, oder alle Mitglieder einer gewissen Klasse derselben, nach der bestehenden Landesverfassung unterworfen sind (§§ 2, 3) findet kein Prozeß statt.

§ 79. Behauptet aber jemand aus besonderen Gründen die Befreiung von einer solchen Abgabe (§§ 4—8), oder behauptet er, in der Bestimmung seines Anteils über die Gebühr belastet zu sein (§ 9), so soll er darüber rechtlich gehört werden.

§ 80. Doch muß der, welcher sich über Prägravation beschwert, in allen Fällen, sowie der, welcher eine Exemtion behauptet, wenn er nicht wenigstens seit zwei Jahren im Besitze der Freiheit sich befindet, die von ihm geforderten Abgaben während des Prozesses mit Vorbehalt seines Rechts entrichten.

§ 81. Alle Streitigkeiten zwischen dem Fiskus und Privatpersonen über Befugnisse und Obliegenheiten, welche nicht auf solchen allgemeinen Anlagen beruhen, sollen im ordentlichen Wege Rechtens, nach den Gesetzen des Staats erörtert und entschieden werden.

§ 82. Insonderheit ist jeder, mit welchem der Fiskus in Verträge oder andere einzelne Geschäfte sich eingelassen hat, bei entstehendem Streit rechtliches Gehör und Erkenntnis darüber zu verlangen befugt.

§ 83. Auch die vermöge allgemeiner Anlagen zu fordernden Rückstände muß der Fiskus durch seine Beamten im Wege Rechtens einfordern, sobald es dabei auf ein Vorzugsrecht gegen einen Dritten ankommt.

§ 84. Doch genießt der Fiskus in allen seinen Prozessen die Befreiung von den sonst gewöhnlichen Gerichtsgebühren.

§ 85. Wenn Diener des Staats oder fiskalische Beamte andere Privatpersonen mit ungegründeten fiskalischen Prozessen vorsätzlich beunruhigen, so müssen sie denselben die dadurch verursachten Kosten aus eigenen Mitteln ersetzen.

Fünfzehnter Titel.

Von den Rechten und Regalien des Staats in Ansehung der Landstraßen, Ströme, Häfen und Meeresufer.

Erster Abschnitt.

Von Land- und Heerstraßen.

Begriff.

§ 1. Wege, die von einer Grenze des Landes zu einer anderen oder von einer Stadt, von einem Post- oder Zollamte, entweder zu einem anderen oder zu Meeren und Hauptströmen führen, werden Land- oder Heerstraßen genannt.

Rechte des Staats.

§ 2. Ohne besondere Erlaubnis des Staats darf sich niemand eine Verfügung über solche Straßen anmaßen.

§ 3. Auch alsdann nicht, wenn die Verfügung an sich dem Gebrauche der Straße für die Reisenden unschädlich wäre.

§ 4. Der Staat hingegen ist berechtigt, die Land- und Heerstraßen, sowie er es zum gemeinen Besten dienlich findet, zu verändern und zu verlegen.

§ 5. Doch muß er alsdann die Eigentümer der Grundstücke, über welche die verlegte Straße geht, entschädigen.

§ 6. Wird durch Verlegung einer Straße, die nicht aus unvermeidlicher Notwendigkeit vorgenommen worden, einem Privatbesitzer ein nutzbares Recht, welches ihm ausdrücklich in Beziehung auf diese Straße vom Staate verliehen war, ganz entzogen oder beträchtlich geschmälert, so findet wegen seiner Entschädigung eben das statt, was wegen Aufhebung der Privilegien verordnet ist. (Einleitung §§ 70, 71.)

§ 7. Der freie Gebrauch der Land- und Heerstraßen ist einem jeden zum Reisen und Fortbringen seiner Sachen gestattet.

§ 8. Alle anderen Nutzungen aber, welche von solchen Straßen gezogen werden können, gehören nach gemeinen Rechten zu den niedern Regalien.

§ 9. Die Nutzungen der an den Landstraßen gepflanzten Bäume kommen in

der Regel demjenigen zu gute, welcher die Bäume gepflanzt hat.

§ 10. Muß ein anderer, als der, welcher die Pflanzung zuerst angelegt hat, dieselbe unterhalten, so kommt diesem die Nutzung der Bäume zu.

Pflicht des Staats.

§ 11. Gegen den Genuß der dem Staate von den Landstraßen zukommenden Nutzungen ist er verpflichtet, für die Unterhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit derselben zu sorgen.

§ 12. Für den aus Unterlassung dieser Pflicht entstandenen Schaden sind diejenigen, welche bei der vom Staate ihnen aufgetragenen Sorge dafür sich eines groben oder mäßigen Versehens schuldig gemacht haben, verantwortlich.

Unterhaltung der Wege.

§ 13. Die Einwohner der an der Straße liegenden Gegend sind nach gemeinen Rechten zur Arbeit mit Hand- und Spanndiensten bei Unterhaltung und Besserung der Wege nach der Anordnung des Staats verbunden.

§ 14. Diese Verbindlichkeit erstreckt sich auf alle Einwohner, durch deren Distrikt, Kreis oder Kirchspiel dergleichen Landstraße geht, und die nach den Gesetzen der Landesverfassungen zur Gemeinarbeit verpflichtet sind.

§ 15. Wo durch Provinzialgesetze oder besondere Wegeordnungen die Verbindlichkeit zu Unterhaltung der Landstraßen näher oder anders bestimmt ist, hat es dabei, auch in Zukunft, lediglich sein Bewenden.

Anlegung neuer Wege,

§ 16. Auch bei Anlegung neuer Wege kann der Staat von den nach der Landesverfassung zur Wegearbeit überhaupt verpflichteten Einwohnern, welche von dem neuen Wege Vorteil haben, Hand- und Spanndienste fordern.

besonders der Dammstraßen.

§ 17. Bei der Anlegung von Chausseen oder Dammstraßen, statt ordinärer Landstraßen, sind die zur Wegearbeit verpflichteten Einwohner nur nach dem Maße zu helfen schuldig, nach welchem sie bei Anlegung einer gewöhnlichen Landstraße Dienste thun müßten.

§ 18. Den zur Anlegung, Verbreitung oder geraden Führung einer solchen Dammstraße erforderlichen Boden, ingleichen die dazu nötigen, auf der benachbarten Feldflur befindlichen Materialien ist ein jeder dem Staate zu überlassen verbunden.

§ 19. Er muß aber dafür von dem Staate entschädigt werden.

§ 20. Zu dieser Entschädigung ist der Staat denjenigen Boden oder dessen Wert, vorzüglich anzuwenden berechtigt, welcher dadurch gewonnen wird, daß die neue Dammstraße nicht die ganze Breite des bisher gewöhnlichen Weges erfordert oder daß durch die geradere Führung der Dammstraße ein Teil des bisherigen Weges liegen bleibt.

§ 21. Doch kann über solche Ersparnisse des Bodens, die auf einer Feldmark sich befinden, nur zu Entschädigungen für Grundbesitzer in eben der Feldmark verfügt werden.

§ 22. Auch bleiben demjenigen, welcher nachweisen kann, daß der ersparte Boden zu seinem Eigentum gehöre, und bloß mißbrauchsweise zu dem ehemaligen Wege gezogen worden sei, seine Rechte darauf vorbehalten.

§ 23. Von der gewöhnlichen Unterhaltung solcher Dammstraßen gilt alles, was von der Unterhaltung der Wege verordnet ist. (§§ 13, 14, 15.)

§ 24. Zu Hauptreparaturen hingegen, die ohne Verschulden der zur Wegearbeit verpflichteten Einwohner entstanden sind, sind dieselben nur in eben dem Maße, wie bei der Anlegung zu helfen verbunden. (§ 17.)

Vorschriften wegen des Ausweichens auf den Straßen.

§ 25. Den nach § 7 einem jeden freistehenden Gebrauch der Landstraßen muß ein jeder so ausüben, daß der andere an dem gleichmäßigen Gebrauche des Weges nicht gehindert, noch zu Zänkereien oder gar Thätlichkeiten über das Ausweichen Anlaß gegeben werde.

§ 26. Alle Fuhr- und Landleute, auch andere Reisende ohne Unterschied des Standes, müssen den ordinären und Extraposten, wenn diese hinter ihnen kommen,

oder ihnen begegnen, aus dem Wege fahren und sie ohne Schwierigkeit vorbeilassen, sobald der Postillon ins Horn stößt.

§ 27. Außer diesen Fällen müssen ledige oder bloß mit Personen besetzte Wagen und Kutschen allen mit Sachen und Effekten beladenen Wagen, wohin auch Kutschen, die Koffer oder sonstige Bagage führen, zu rechnen sind, ausweichen.

§ 28. Begegnen sich zwei beladene oder zwei ledige Wagen, so müssen beide auf der rechten Seite zur Hälfte ausweichen.

§ 29. Kann einer rechter Hand nicht ausweichen, so muß dieses von dem anderen ganz geschehen.

§ 30. Fehlt es auch dazu am Raume, so muß in dem Falle des § 27 derjenige, welcher zum Ausweichen verbunden ist, sowie in dem Falle des § 28 der, welcher den anderen zuerst gewahr wird, an einem schicklichen Orte so lange stillhalten, bis der andere Wagen vorüber ist.

§ 31. Kommt ein Wagen von einem Berge oder von einer steilen Anhöhe herunter, und ein anderer Wagen fährt hinauf, so ist der letztere jederzeit zum Ausweichen verbunden, er mag schwerer beladen sein oder nicht.

§ 32. Bei hohlen Wegen oder anderen engen Pässen muß jeder zuvor stille halten und nach gegebenem deutlichen Zeichen mit dem Horn, mit der Peitsche oder auf andere Art, so lange warten, bis er versichert ist, daß kein anderer Wagen sich schon darin befindet.

§ 33. Ist der hohle Weg oder enge Paß von solcher Länge, daß die gegebenen Zeichen von einem Ende bis zum anderen nicht deutlich gehört oder wahrgenommen werden können, so muß an solchen Plätzen, wo Raum zum Ausweichen ist, aufs neue gewartet und das Zeichen wiederholt werden.

§ 34. Außer den Posten muß jeder vorfahrende Wagen dem hinten folgenden und schneller fahrenden, wenn dieser nicht anders vorkommen kann und der Raum es erlaubt, auf ein gegebenes Zeichen so weit ausweichen, als es nötig ist, damit letzterer seinen Weg fortsetzen könne.

§ 35. Wer durch Verabsäumung dieser Vorschriften dem anderen Schaden zufügt, muß denselben nach Beschaffenheit der ihm zur Last fallenden Schuld ersetzen.

§ 36. Hat der Beschädigte durch sein eignes Versehen dazu Anlaß gegeben, so treten die Vorschriften des Titel 6 §§ 18 ff.[1]) ein.

§ 37. Fuhrleute haften für ihre Knechte nach Vorschrift des zweiten Teils, Titel 8, Abschnitt 15[1]); andere Dienstherrschaften aber nur nach Vorschrift des ersten Teils Titel 6, §§ 61 ff.)[1])

Zweiter Abschnitt.

Von Strömen, Häfen und Meeresufern.

Begriff.

§ 38. Die Nutzungen solcher Ströme, die von Natur schiffbar sind, gehören zu den Regalien des Staats.

§ 39. Privatflüsse können, zum Nachteil der bisherigen Eigentümer, in schiffbare Ströme nicht verwandelt werden.

§ 40. Findet der Staat die Schiffbarmachung eines Privatflusses dem gemeinen Besten zuträglich, so muß er den bisherigen Eigentümern für die dadurch verlorenen Nutzungen und vermehrten Lasten vollständige Schadloshaltung anweisen.

§ 41. Uebrigens gehen durch die Schiffbarmachung eines Privatflusses die Eigentumsrechte, soweit dieselben mit der nunmehrigen Bestimmung des Flusses bestehen können, noch nicht verloren.

§ 42. Der Staat kann zwar den Eigentümer eines auch nicht schiffbaren Privatflusses nötigen, den Gebrauch desselben zum Holzflößen zu gestatten.

§ 43. Er muß aber auch für die vollständige Entschädigung eines solchen Eigentümers sorgen.

Flußwasser.

§ 44. Der Gebrauch des Flußwassers aus öffentlichen Strömen durch Schöpfen, Baden und Tränken ist einem jeden unverwehrt.

§ 45. Doch muß jeder, welcher Vieh aus einem Flusse tränken will, der dazu

---

[1]) Jetzt treten die entsprechenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches an die Stelle der angeführten Paragraphen des Allgemeinen Landrechtes.

bereits vorhandenen Tränk- und Schwemmstätte sich bedienen.

Wasserleitungen.

§ 46. Wasserleitungen dürfen aus öffentlichen Strömen, ohne besondere Erlaubnis des Staats, nicht geführt, noch Wasch- oder Badehäuser daran ohne dergleichen Erlaubnis angelegt werden.

Schiffahrt.

§ 47. Die Schiffahrt auf solchen Flüssen ist unter den vom Staate festgesetzten Bedingungen einem jeden erlaubt.

Flößungsrecht.

§ 49. Unverbundenes Holz auf schiffbaren Strömen zu flößen ist nach gemeinen Rechten ein Vorbehalt des Staats und darf ohne Vorwissen desselben von Privatpersonen nicht unternommen werden.

Fähren und Prahmen.

§ 50. Fähren und Prahmen zum eigenen Gebrauche kann jeder Anwohner eines solchen Flusses halten.

§ 51. Das Recht aber, Fähren und Prahmen zur Ueberfetzung für Geld zu halten, gehört zu den Regalien des Staats.

Brücken.

§ 52. Neue Brücken über öffentliche Ströme darf niemand, auch auf eignem Grund und Boden, ohne besondere Erlaubnis des Staats anlegen.

§ 53. Die Unterhaltung der Brücken über öffentliche Ströme liegt in der Regel demjenigen ob, welcher daselbst die Nutzung des Stromes hat.

§ 54. Brücken über Privatflüsse, welche bloß oder doch hauptsächlich zum Uebergange der Reisenden bestimmt sind, müssen von denjenigen, welchen die Besserung des Weges obliegt, unterhalten werden.

Ufer.

§ 55. Die Ufer der öffentlichen Flüsse gehören der Regel nach den Eigentümern der unmittelbar daranstoßenden Grundstücke.

§ 56. Auch die Vergrößerung des Ufers durch angesetztes Land wächst den Eigentümern des Ufers zu. (T. 1. Tit. 9. §§ 225—241.)

§ 57. Die Eigentümer der Ufer öffentlicher Flüsse können dem Schiffahrenden nicht wehren, sich des Leinpfades am selbigen zu bedienen, daran zu landen, die Schiffe zu befestigen und die Ladung im Notfall eine Zeitlang an das Ufer auszusetzen.

§ 58. Wird aber dadurch das Ufer selbst oder dessen Befestigung beschädigt, oder wird dem Eigentümer die Nutzung des Ufers entzogen oder geschmälert, so kann er von den Urhebern des Schadens Ersatz fordern.

§ 59. Inwiefern er zur Deckung dieses Schadens gegen fremde oder unbekannte Schiffahrer zur Pfändung schreiten könne, ist nach den allgemeinen Grundsätzen von Pfändungen zu beurteilen.

§ 60. Was vorstehend von dem den Schiffahrenden zu gestattenden Gebrauche des Ufers und der dem Eigentümer dafür zukommenden Schadloshaltung verordnet ist, findet auf Holzflöße ebenfalls Anwendung.

§ 61. Niemand darf an seinem Ufer etwas anlegen, wodurch der Lauf des Flusses zum Nachteil der Schiffahrt gehemmt, eingeschränkt oder sonst verändert wird.

§ 62. Es soll daher auch niemand an oder in öffentlichen Flüssen Wasserbaue führen, ohne sich vorher bei dem Staate gemeldet und die Genehmigung desselben erhalten zu haben.

Dämme.

§ 63. Ordinäre Befestigungen der Ufer müssen der Regel nach von den Eigentümern der Ufer unterhalten werden.

§ 66. Entsteht die Notwendigkeit, einen neuen Damm zu führen, aus einer von dem Staate zu seinem besonderen Vorteil in oder an dem Flusse gemachten Veranstaltung, so muß der Staat für die Kosten der Anlage und Unterhaltung des Dammes ohne neue Belastung der Anwohner sorgen.

Inseln.

§ 67. In welchen öffentlichen Flüssen die entstehenden Inseln dem Staate gehören oder von den Eigentümern der Ufer in Besitz genommen werden können, wird nach Verschiedenheit der bisherigen Observanz in den Provinzial-Gesetzbüchern bestimmt. (Tit 1, Tit. 9, §§ 244 ff.)

Flußbette.

§ 68. Je nachdem die Inseln in einem Flußbette dem Staate oder den Uferbesitzern gehören, fällt auch das vom Flusse verlassene Bette jenem oder diesem anheim. (Ebend. § 270.)

§ 69. Auch der Staat ist, sowie ein jeder Privatbesitzer schuldig, das ihm zugefallene Flußbett oder dessen Wert zur Entschädigung derjenigen Unterthanen, welche durch den neuen Kanal des Flusses an ihrem Eigentum gelitten haben, anzuwenden. (Ebend. § 271.)

§ 70. Hat der Staat durch veranlaßte Durchstiche dem Strome einen andern Lauf angewiesen, so ist er in allen Fällen berechtigt, über das verlassene Bette Verfügungen zu treffen.

§ 71. Er muß aber auch in diesen Fällen sowohl die Anwohner des verlassenen Kanals, als diejenigen, über deren Grundstücke der neue Kanal geführt ist, sowie bei Landstraßen vollständig entschädigen.

§ 72. Eine gleiche Entschädigung haben auch die Fischereiberechtigten zu fordern, wenn der verlassene Kanal von ihnen nicht mehr befischt werden kann und der neue Kanal ihnen nicht eine Fischerei von gleicher Art gewährt.

Fischerei.

§ 73. Der Fischfang in öffentlichen Strömen gehört zu den Regalien.

§ 74. Wem die Fischereigerechtigkeit ohne Bestimmung gewisser Grenzen vom Staate verliehen worden, der kann dieselbe nur soweit ausüben, als sein Besitz am Ufer sich erstreckt.

§ 75. Wem die Fischerei bloß zum häuslichen Gebrauche verliehen ist, der kann sie weder verpachten, noch mit den gefangenen Fischen Handel treiben.

§ 76. Ist jedoch der Fischfang zum Hausgebrauche nicht gewissen bestimmten Personen, sondern einem Grundstücke und dessen Besitzern beigelegt, so kann er dem Pächter des Grundstücks mit diesem zugleich zu solchem Gebrauche überlassen werden.

§ 77. Uebrigens finden die allgemeinen Bestimmungen wegen der einer Person oder Familie beigelegten oder mit einem Amte verbundenen Nutzungsrechte auch auf die solchergestalt verliehene Fischereigerechtigkeit Anwendung.

§ 78. Auch sind der Umfang, die Grenzen und Einschränkungen einer jeden Fischereigerechtigkeit gehörigen Orts festgesetzt. (T. 1. Tit. 9. §§ 170—192.)

Pflicht des Staats.

§ 79. Gegen die dem Staate zukommende Nutzung der schiffbaren Ströme ist derselbe verpflichtet, für die zur Sicherheit und Bequemlichkeit der Schiffahrt nötigen Anstalten zu sorgen. (§§ 11, 12.)

Häfen und Meeresufer.

§ 80. Die Häfen und Meeresufer sind nach gemeinen Rechten ein Eigentum des Staats.

Dritter Abschnitt.

Von der Zollgerechtigkeit.

Begriff.

§ 88. Das Recht, von denjenigen, welche sich der Häfen, Ströme, Wege, Brücken und Fähren bedienen, eine gewisse bestimmte Abgabe zu fordern, wird die Zollgerechtigkeit genannt.

§ 89. Der eigentliche Zoll wird von Sachen und Waren; Brücken-, Fähr- und Wegegeld aber nur von den Personen, dem Viehe und den Fuhrwerken, welche die Brücke, die Fähre oder den Weg passieren, entrichtet.

Grundsätze von Verleihung und Erwerbung der Zollgerechtigkeit.

§ 90. Zoll, Brücken- und Wegegeld darf niemand erheben, als dem das Recht dazu vom Staate verliehen oder aufgetragen worden.

§ 91. Nur allein der Staat kann die Zollabgaben, das Hafen-, Wege- und Brückengeld bestimmen und den Tarif darüber vorschreiben.

§ 92. Es macht in der Art des Rechts keinen Unterschied, ob die Abgabe im Tarif nach Geld oder auf einen gewissen Teil der zollbaren Waren bestimmt ist.

§ 93. Ohne einen vom Staate vorgeschriebenen Tarif kann weder Zoll, noch Wege- oder Brückengeld gefordert werden.

§ 94. Wer nach § 51 eine Prahmgerechtigkeit hat, muß die Bestimmung der für das Uebersetzen zu nehmenden Abgabe vom Staate erwarten.

§ 95. Solange der Staat noch keine Abgabe festgesetzt hat, hängt die Bestimmung derselben in jedem einzelnen Falle von dem Abkommen zwischen dem Berechtigten und denen, welche sich des Prahms bedienen wollen, ab.

§ 96. Solange ein Prahmberechtigter noch mit keinem Tarif vom Staate versehen ist, kann er den Reisenden, auch in derselben Gegend nicht wehren, sich anderer Mittel zum Uebersetzen zu bedienen.

§ 97. Ueber Privatbrücken und Wege darf niemandem ein Uebergang zum Nachteil der Zolleinkünfte des Staats oder derer, welche von diesem berechtigt sind, gestattet werden.

Veränderungen in den Abgaben.

§ 98. Die vom Staate einmal bestimmten Zollabgaben, Wege-, Prahm- und Brückengelder dürfen vom Privatberechtigten eigenmächtig nicht erhöht werden.

§ 99. Auch eine vom Staate vorgenommene Erhöhung solcher Abgaben erteilt den Privatbesitzern noch kein Recht zu einer gleichen Steigerung des ihnen verliehenen Privatzolles oder Brückengeldes.

§ 100. Soweit jedoch dergleichen Erhöhung sich bloß auf eine Veränderung des Münzfußes gründet, hat der Privatbesitzer auf die Zugestehung gleichmäßiger Sätze rechtlichen Anspruch.

Zollbefreiungen.

§ 101. Zollbefreiungen können nur durch ausdrückliche Provinzialgesetze oder durch besondere Privilegia oder Verträge begründet werden.

§ 104. Alles, was zum eignen Gebrauche des Staats oder des Landesherrn und seiner Hofhaltung transportiert wird, genießt in der Regel, wo nicht Provinzialgesetze und besondere Verfassungen ein anderes mit sich bringen, die Befreiung auch von den Privatzöllen.

§ 105. Diese landesherrliche Zollfreiheit aber kann an Privatpersonen, bloß zu deren Begünstigung mit dem Nachteil anderer Privatzollberechtigten nicht abgetreten werden.

Pflichten der Reisenden, den Zoll nicht zu verfahren.

§ 110. Niemand darf zum Nachteil des Zolles die Reisenden von der Zollstraße ableiten oder ihnen bei Bereisung derselben Hindernisse in den Weg legen.

§ 111. Niemand, der zollbare Waren führt, darf innerhalb des Zolldistrikts von der ordinären Zollstraße abweichen und Nebenwege zur Vermeidung des Zolles aufsuchen.

§ 112. Wer jedoch auf dem gewöhnlichen, zu seiner Wohnung führenden Wege zwar einen Teil der Zollstraße, nicht aber die Zollstätte selbst passiert, ist die Zollabgaben zu entrichten nicht schuldig.

§ 113. Auch da, wo zur Unterhaltung der Landstraßen oder Brücken nur ein Wege- oder Brückengeld festgesetzt ist, darf dem Staate oder dessen Beliehenen zum Nachteil, kein Nebenweg gesucht werden.

§ 114. Wem also die Anlegung neuer Wege oder Brücken zu seiner Bequemlichkeit gestattet worden, der darf nicht zulassen, daß dieselben zum Nachteil des Staats oder eines Privatberechtigten gemißbraucht werden.

§ 115. Jeder Reisende ist schuldig, sich an der Zollstätte zur Entrichtung des Zolles auch unerfordert zu melden, und die bei ihm befindlichen Waren getreulich anzuzeigen.

§ 116. Auch derjenige, dem eine Befreiung zu statten kommt, ist von der Meldung im Zollamte nicht ausgenommen und muß auf Erfordern sein Angeben bescheinigen.

Pflichten der Zollberechtigten.

§ 117. Jeder Zollberechtigte muß solche Anstalten treffen, wodurch die Zollstätte jedermann kenntlich gemacht werde und die von den Reisenden nicht leicht übersehen werden können.

§ 118. Ebenso muß der Zollberechtigte dafür sorgen, daß diejenigen, welche sich zur Entrichtung des Zolles, Wege-, Fähr- oder Brückengeldes melden, nicht ungebührlich aufgehalten, sondern prompt abgefertigt werden.

§ 119. Die Zollbedienten, welche ihre Pflicht darunter nicht beobachten, sollen nicht nur nach dem Inhalt der Zollgesetze bestraft, sondern auch zum Ersatze alles aus der Versäumnis durch ihre

Schuld entstandenen Schadens angehalten werden.

Zolldefraudationen.

§ 120. Niemand soll zum Nachteil des Zollberechtigten den Zoll verfahren oder zollbare Waren verschweigen.

§ 121. Wer innerhalb des Zolldistrikts auf Nebenwegen den Zollstätten vorbeigegangen ist, wird als ein Zolldefraudant angesehen.

§ 122. Damit sich niemand mit der Unwissenheit entschuldigen könne, so sollen auf den Straßen, welche zu einer Zollstätte führen, die gewöhnlichen Zollstangen errichtet und beständig unterhalten werden.

§ 123. Was von Verfahrung des Zolles verordnet ist, gilt auch in Ansehung des vom Staate festgesetzten Wege-, Fähr- und Brückengeldes.

§ 124. Wie die zum Nachteil des Staats vorsätzlich begangenen Zolldefraudationen durch Konfiskation und sonst zu bestrafen, ist in den Kriminalgesetzen verordnet.

§ 129. Wer, um dem Wege- und Brückengelde sich zu entziehen, unerlaubte Nebenwege sucht, soll, wenn nicht anderweitige rechtsgültige Strafbestimmungen vorhanden sind, die schuldige Abgabe vierfach, nebst dem etwaigen Pfandgelde entrichten.

Obliegenheiten der Zollberechtigten.

§ 138. Jeder Privatinhaber einer Zoll-, Brücken-, Fähr- oder Wegegelds-Gerechtigkeit ist schuldig, die Straßen, Wege, Fähren und Brücken innerhalb des ihm angewiesenen Distrikts auf eigne Kosten in sicherem und tauglichem Stande zu erhalten.

§ 139. Für allen Schaden, der den Reisenden aus der Unterlassung dieser Pflicht entsteht, muß der Zoll- oder Brückengelds-Berechtigte haften.

§ 140. Doch kann ihm ein Schade, welcher durch bloßen Zufall oder durch eigne Schuld und Unvorsichtigkeit der Reisenden entstanden ist, nicht zugerechnet werden.

Fünfter Abschnitt.

Von der Mühlengerechtigkeit.

Mühlen an öffentlichen Flüssen.

§ 229. Das Recht, Wasser- und Schiffsmühlen an und in öffentlichen Flüssen anzulegen, ist ein Vorbehalt des Staats.

§ 230. Wem der Staat die Mühlengerechtigkeit auf einem schiffbaren Strome verliehen hat, der muß bei Ausübung seines Rechts, nach dem Inhalte seines Privilegii, und der vom Staate erteilten allgemeinen oder Provinzial-Mühlenordnungen auf das genaueste sich achten.

§ 231. Will er von seinem Rechte durch Anlegung einer neuen, bisher noch nicht vorhanden gewesenen Mühle Gebrauch machen, so muß er sich bei der Landespolizei-Instanz melden und den Anweisungen derselben Folge leisten.

§ 232. Ein Gleiches findet statt, wenn eine alte eingegangene Mühle dieser Art wieder aufgebaut oder in der gegenwärtigen Anlage einer wirklich vorhandenen etwas verändert werden soll.

Mühlen an Privatflüssen, und Windmühlen.

§ 233. Mühlen an Privatflüssen, ingleichen Windmühlen, mag zwar in Provinzen, wo nicht das Gegenteil durch besondere Gesetze oder Verfassungen bestimmt ist, jeder Eigentümer auf seinem Grunde und Boden anlegen.

§ 234. Er ist aber dazu nur insofern berechtigt, als es ohne Schmälerung der Befugnisse eines Dritten geschehen kann.

Was Rechtens sei, bei Anlegung neuer oder Veränderung alter Mühlen.

§ 235. Es muß daher jeder Mühlenberechtigte ohne Unterschied, welcher eine neue Mühle bauen oder eine eingegangene wieder herstellen, oder sie an einen anderen Ort verlegen, oder in eine andere Gattung verwandeln, oder mit mehreren Gängen versehen will, sich bei der Landespolizei-Instanz melden, derselben den Plan der beabsichtigten Einrichtung anzeigen und die weitere Anweisung derselben erwarten.

§ 236. Die Landespolizei-Instanz muß, ehe sie die Approbation erteilt, die benachbarten Mühlenberechtigten und andere, welchen durch den neuen Bau oder durch die Abänderung Schaden erwachsen könnte, darüber vernehmen.

Wer zum Widerspruche dagegen berechtigt sei, oder nicht.

§ 238. Auch ist ein neuer Mühlenbau

insofern unzulässig, als dadurch den schon vorhandenen Mühlen das zu ihrem Betriebe erforderliche Wasser entzogen, oder selbiges zu ihrem Nachteil zurückgestaut wird.

§ 239. Wer aus einem dieser gesetzmäßigen Gründe einem neuen Mühlenbaue widerspricht, dem soll Gehör darüber, im ordentlichen Wege Rechtens, verstattet werden.

§ 241. Der vermeintliche Abgang freiwilliger Mahlgäste ist kein hinlänglicher Grund zum Widerspruche gegen die Anlegung neuer Mühlen.

Polizeigesetze in Mühlensachen.

§ 243. Erhöhungen des Fachbaumes und Veränderungen des Sicherpfahls können nicht anders, als unter Aufsicht der Landespolizei mit Zuziehung der benachbarten Interessenten und nur soweit es diesen unschädlich ist, vorgenommen werden.

§ 244. Dagegen sind bewegliche Aufsätze auf dem Fachbaum bei kleinem Wasser solange erlaubt, als den ober- oder unterhalb liegenden Nachbarn, sowohl Müllern als Grundbesitzern, daraus kein Nachteil entsteht.

§ 246. Einer schon vorhandenen Mühle darf ein Nachbar, durch dessen Grundstücke das zu ihrem Betriebe nötige Wasser fließt, dasselbe nicht entziehen.

§ 247. Auch ist niemand berechtigt, einer Windmühle durch Anpflanzung hoher Bäume da, wo dergleichen vorher nicht gewesen sind, den nötigen Wind zu benehmen.

Sechzehnter Titel.

Von den Rechten des Staats auf herrenlose Güter und Sachen.

Zweiter Abschnitt.

Von den Rechten des Staats auf erblose Verlassenschaften.

Inwiefern das Recht, erblose Verlassenschaften in Besitz zu nehmen, von Privatpersonen;

§ 20. Das Erbrecht des Staats auf erledigte Verlassenschaften kommt moralischen oder anderen Privatpersonen nur insofern zu, als sie nachweisen können, dasselbe vom Staate auf eine rechtsgültige Weise erworben zu haben.[1])

von milden Stiftungen.

§ 22. Milden Stiftungen bleibt ihr Successionsrecht auf den erblosen Nachlaß der darin erzogenen oder bis an ihren Tod verpflegten Personen, gegen den Fiskus auch alsdann, wenn dem Verstorbenen die vorgeschriebene Bedeutung nicht geschehen ist. (Tit. 19.)[2])

Dritter Abschnitt.

Vom Jagdregal.

Begriff.

§ 30. Das Recht, jagdbare wilde Tiere aufzusuchen und sich zuzueignen, wird die Jagdgerechtigkeit genannt. (T. 1, Tit. 9, §§ 107—175.)

Was jagdbare Tiere sind.

§ 31. Was zu den jagdbaren Tieren gehöre oder ein Gegenstand des freien Tierfanges sei, wird in den Gesetzen einer jeden Provinz bestimmt.

§ 32. Im Mangel anderer Bestimmungen gehören vierfüßige wilde Tiere und wildes Geflügel, insofern beide zur Speise gebraucht zu werden pflegen, zur ausschließenden Jagdgerechtigkeit.

§ 33. Andere wilde Tiere sind in der Regel ein Gegenstand des freien Tierfanges.

---

[1]) Man vergleiche Artikel 138 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.
[2]) Man vergleiche Artikel 139 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

§ 34. Dahin gehören auch Wölfe, Bären, und andere dergleichen schädliche Raubtiere.

§ 35. Doch dürfen dergleichen Tiere (§§ 33, 34) in Wäldern und Jagdrevieren von denjenigen, denen daselbst keine Jagdgerechtigkeit zukommt, nicht aufgesucht, noch weniger Jagden darauf angestellt werden.

§ 36. Was für Arten der wilden Tiere weder gejagt, noch sonst eingefangen werden können, muß durch besondere Gesetze und Verordnungen ausdrücklich bestimmt sein.

Hohe, mittlere und niedere Jagd.

§ 37. Zur hohen Jagd werden gewöhnlich nur Hirsche, wilde Schweine, Auerochsen, Elentiere, Fasanen, Auerhähne und Hennen gerechnet.

§ 38. Wo die Provinzialgesetze keine mittlere Jagd bestimmen, gehört alles übrige Wild zur niederen Jagd.

Einschränkungen der Jagdgerechtsamkeit;

§ 44. Soweit als jemand zur Jagd berechtigt ist, kann er seine Befugnis, auf alle an sich erlaubten Arten das Wild zu jagen oder zu fangen, ausüben.

1. in Ansehung der Zeit der Ausübung;

§ 45. Die Setz-, Schon- und Hegezeit aber muß von jedem Jagdberechtigten genau beobachtet werden.

2. in Ansehung der Art der Ausübung.

§ 58. Auch ein Jagdberechtigter darf kein Selbstgeschoß legen.

§ 59. Fuchseisen oder Schlingen dürfen nur an abgelegenen Oertern, und mit solcher Vorsicht, daß dadurch weder Menschen noch Vieh, ohne eigenes grobes Versehen der ersteren, zu Schaden kommen können, gelegt werden. (Teil 1, Titel 9, §§ 152, 153.)

Von Hunden auf fremdem Jagdrevier.

§ 64. Niemand darf auf fremden Jagdrevieren Hunde laufen lassen, die nicht mit einem Knüppel, welcher sie an der Aufsuchung und Verfolgung des Wildes hindere, versehen sind.

§ 65. Ungeknüppelte gemeine Hunde, ingleichen Katzen, die auf Jagdrevieren herumlaufen, kann jeder Jagdberechtigte töten, und der Eigentümer muß das Schußgeld bezahlen.

§ 66. Wenn Jagd- oder Windhunde während der von einem Jagdberechtigten auf seinem Revier angefangenen Jagd bloß überlaufen, so können sie nicht getötet, sie müssen aber sofort zurückgerufen werden.

§ 67. Wenn Jagdhunde nicht mit Vorsatz an der Grenze gelöst worden, sondern nur von ungefähr über die Grenze gelaufen sind, können sie aufgefangen und müssen dem Eigentümer gegen Entrichtung eines Pfandgeldes von acht Groschen für das Stück zurückgegeben werden.

§ 68. Wie die Jagdkontraventionen zu bestrafen, ist im Kriminalrechte vorgeschrieben und wird in den Provinzial-Jagdordnungen näher bestimmt.

Siebzehnter Titel.

Von den Rechten und Pflichten des Staats zum besonderen Schutze seiner Unterthanen.

Allgemeine Grundsätze.

§ 1. Der Staat ist für die Sicherheit seiner Unterthanen, in Ansehung ihrer Personen, ihrer Ehre, ihrer Rechte und ihres Vermögens, zu sorgen verpflichtet.

§ 2. Dem Staate kommt es also zu, zur Handhabung der Gerechtigkeit, zur Vorsorge für diejenigen, welche sich selbst nicht vorstehen können, und zur Verhütung sowohl als Bestrafung der Verbrechen, die nötigen Anstalten zu treffen.

Erster Abschnitt.

Von der Gerichtsbarkeit.

Gerichtsbarkeit überhaupt.

§ 3. Die Pflicht des Staats, für die Sicherheit seiner Einwohner, ihrer Personen und ihres Vermögens zu sorgen, ist der Grund der demselben zukommenden allgemeinen und obersten Gerichtsbarkeit.

Bürgerliche,

§ 4. Die bürgerliche Gerichtsbarkeit hat die Untersuchung und Entscheidung der Streitigkeiten, welche über Rechte und Eigentum entstehen, zum Gegenstande.

§ 5. Doch gehört zur Civilgerichtsbarkeit auch das Recht, Handlungen, die nicht streitig sind, gerichtlich zu vollziehen, zu bestätigen und zu beglaubigen.

Kriminal-,

§ 6. Zur Kriminalgerichtsbarkeit gehört die Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen.

§ 9. Strafbare Beeinträchtigungen nutzbarer Rechte des Staats bleiben den darüber besonders bestellten Gerichten vorbehalten.

Polizeigerichtsbarkeit.

§ 10. Die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publiko, oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist das Amt der Polizei.

§ 11. Die Untersuchung und Bestrafung der gegen solche Polizeigesetze begangenen Uebertretungen kommt, sobald damit kein vorsätzliches oder schuldbares Verbrechen verbunden ist, der Polizeigerichtsbarkeit zu.

§ 12. Bei einem jeden Vorfalle, wodurch die unter der besonderen Obsorge der Polizei stehende öffentliche Ruhe und Sicherheit gestört worden, hat die Polizeigerichtsbarkeit das Recht des ersten Angriffes und der vorläufigen Untersuchung.

§ 13. Findet sich aber bei dieser Untersuchung, daß außer der Uebertretung des Polizeigesetzes zugleich ein vorsätzliches oder schuldbares Verbrechen begangen worden, so muß die Polizei die fernere Verfügung der ordentlichen Gerichtsbarkeit überlassen.

§ 14. Auch müssen in allen Fällen, da ein Mensch gewaltsamer Weise ums Leben gekommen ist, und überhaupt, sobald zur Begründung einer künftigen Kriminalunterſuchung, das Dasein und die Beschaffenheit einer gewaltthätigen Handlung durch Einnehmung des Augenscheins, oder Besichtigung der Sachverständigen, rechtlich festzusetzen sind, die ordentlichen Gerichte von der Polizei zugezogen werden.

§ 17. Die Vollstreckung eines rechtskräftigen Urteils gehört der Regel nach derjenigen Gerichtsbarkeit, welcher die Untersuchung und das Erkenntnis in der Sache gebührt.

Höchste Gerichtsbarkeit des Staats.

§ 18. Die allgemeine und höchste Gerichtsbarkeit im Staate gebührt dem Oberhaupte desselben, und ist, als ein Hoheitsrecht, unveräußerlich.

Von der Gerichtsbarkeit in nicht streitigen Sachen.

§ 55. Handlungen, die zwar an sich keinen Rechtsstreit betreffen, dennoch aber vor ihrer Vollziehung eine richterliche Untersuchung erfordern, können nur von dem ordentlichen Richter vollzogen werden.

Nähere Bestimmungen wegen der bürgerlichen und peinlichen Gerichtsbarkeit.

§ 64. Inwiefern geringere Vergehungen des freien oder unterthänigen Gesindes oder der Dienstleute von jedem Hausvater oder Gutsherrn geahndet werden können, ist gehörigen Orts bestimmt.[1])

Einschränkungen der peinlichen Privatgerichtsbarkeit.

§ 72. In welchen Fällen Kriminalurteile dem Oberhaupte des Staats vorgelegt werden müssen, ist am gehörigen Orte vorgeschrieben.[2])

Verhältnis der Unterrichter gegen den Staat.

§ 98. Uebrigens steht jeder Unterrichter in Ansehung seiner Amtsgeschäfte unter der Direktion des Staats und des von selbigem ihm vorgesetzten Obergerichts.

§ 99. Wer ein richterliches Amt bekleidet, kann nur bei den vorgesetzten Gerichten oder Landeskollegiis wegen seiner Amtsführung belangt, in Untersuchung genommen, bestraft, oder seines Amtes entsetzt werden.

Obergerichte.

§ 100. Die verschiedenen Arten der

[1]) Man vergleiche § 77 der Gesindeordnung vom 8. November 1810.
[2]) Man vergleiche § 485 der Strafprozeßordnung.

Obergerichte und derselben Grenzen sind in den Ressortreglements bestimmt.[1])

§ 101. Der Umfang der ordentlichen Gerichtsbarkeit, und die Fälle, wo Ausnahmen von derselben stattfinden, sind in der Prozeßordnung vorgeschrieben.

Lasten der Gerichtsbarkeit.

§ 102. Wer das Recht zur Gerichtsbarkeit ausübt, muß auch die zur Unterhaltung wohlbestellter Gerichte erforderlichen Kosten tragen.

§ 103. Ein jeder Justizbedienter soll, nach Verhältnis seiner Geschäfte, mit einer bestimmten Besoldung versehen, niemals aber auf die Gerichtsgebühren angewiesen werden.

§ 109. Zur Bewachung der Gefangenen, wo dieselbe nötig ist, sind die Gerichtseingesessenen verpflichtet.

Nutzungen der Gerichtsbarkeit.

§ 118. Zu den Einkünften der Kriminalgerichtsbarkeit gehört außer den gewöhnlichen Gerichtsgebühren auch der Anfall des gestohlenen Gutes, insofern dessen Eigentümer nicht ausfindig gemacht werden kann.

§ 124. Ueberhaupt ist kein Gericht befugt, andere oder mehrere Gebühren zu fordern, als der Staat ausdrücklich gebilligt und festgesetzt hat.

§ 125. Alle Gerichtsgebühren und dahin gehörende Einnahmen der Landes-Justizkollegien sollen dem Staate berechnet, und besonders zu den bestimmten Besoldungen, auch anderen Notdurften der Rechtspflege, angewandt werden.

§ 126. Zu den vom Staate vorbehaltenen nutzbaren Rechten der obersten Gerichtsbarkeit gehören besonders die fiskalischen Strafen.

§ 129. Vaterlose Waisen dürfen, ohne besondere Einwilligung des Staats in auswärtige Lande nicht gebracht werden.

Zweiter Abschnitt.

Von Auswanderungen, Abfahrts- und Abschoßgeldern.

§ 131. Fremde, die in hiesigen Landen sich zwar aufgehalten, aber darin weder ein Amt übernommen, noch Grundstücke angekauft, noch bürgerliche Gewerbe getrieben haben, können das Land zu allen Zeiten nach eigener Willkür wieder verlassen.

§ 136. In allen Fällen, wo dem Haupte der Familie das Auswandern freisteht, oder erlaubt wird, kann er seine Frau, die noch unter seiner Gewalt befindlichen Kinder, und das von ihm mit ins Land gebrachte, noch wirklich in seinen Diensten stehende Gesinde mitnehmen.

§ 137. Einheimisches Gesinde nimmt an der dem Hausvater zustehenden Freiheit oder gegebenen Erlaubnis zum Auswandern keinen Teil, sondern wird nach seiner eigenen persönlichen Qualität beurteilt.

Achtzehnter Titel.

Von Vormundschaften und Kuratelen.

Sechster Abschnitt.

Von der Sorge für den Unterhalt, und die Erziehung der Pflegebefohlenen.

§ 344. Finden der Vormund oder die Verwandten keine andere Gelegenheit, dergleichen[2]) Personen unterzubringen, so liegt dem Staate ob, dieselben in eine öffentliche Anstalt zur Verwahrung aufzunehmen.

Achter Abschnitt.

Von Aufhebung der Vormundschaften.

§ 810. Wird jemandem vor erlangter Volljährigkeit ein Amt übertragen, so hat der Mangel des Alters auf die Verbindlichkeit und Rechtskraft seiner Amtshandlungen keinen Einfluß.

[1]) Jetzt im Gerichtsverfassungsgesetz.
[2]) Nämlich: Wahn- und Blödsinniger.

Neunter Abschnitt.

Von den Rechten und Pflichten der Kuratoren.

IV. Von Lehnskuratoren.

§ 996. Wenn zu dem Vermögen des Pflegebefohlenen ein Lehn gehört, so muß demselben ein Lehnskurator bestellt werden.

§ 997. Von dieser Kuratel ist der nächste Agnat oder Mitbelehnte, wenn er selbige übernehmen will und dazu fähig ist, niemals auszuschließen.

§ 998. Dieser Kurator hat jedoch nur dasjenige zu besorgen, was zur Ausübung der Lehnsrechte und Lehnspflichten des Pflegebefohlenen bei dem Lehnshofe und zur Erhaltung der Substanz des Lehns gehört.

§ 999. Auch die Ausübung des Patronats und anderer mit dem Lehn verbundener Ehrenrechte gehört zu dem Amte des Lehnskurators.

§ 1000. Die gewöhnliche Verwaltung des Lehns und der davon fallenden Einkünfte gebührt dem ordentlichen Vormunde.

§ 1001. Angelegenheiten, welche weder die Administration allein, noch die Substanz allein betreffen, sondern auf beides zugleich Einfluß haben, müssen von dem Vormunde und dem Lehnskurator gemeinschaftlich besorgt und betrieben werden.

§ 1002. Wenn also das Lehn verpfändet, wenn Holzungen in Aecker, Teiche in Wiesen, oder umgekehrt, verwandelt, oder sonst die Gestalt oder Hauptbestimmung einzelner Stücke oder Zubehörungen des Lehns verändert, oder Verbesserungen in der Substanz, unter dem Vorbehalt eines künftigen Ersatzes der Kosten, vorgenommen werden sollen, so ist die Mitwirkung des Vormundes und des Lehnskurators erforderlich.

Neunzehnter Titel.

Von Armenanstalten und anderen milden Stiftungen.

Grundsätze.

§ 1. Dem Staate kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen und denselben auch von anderen Privatpersonen, welche nach besonderen Gesetzen dazu verpflichtet sind, nicht erhalten können.

§ 2. Denjenigen, welchen es nur an Mitteln und Gelegenheit, ihren und der Ihrigen Unterhalt selbst zu verdienen ermangelt, sollen Arbeiten, die ihren Kräften und Fähigkeiten gemäß sind, angewiesen werden.

§ 3. Diejenigen, die nur aus Trägheit, Liebe zum Müßiggange oder anderen unordentlichen Neigungen die Mittel, sich ihren Unterhalt selbst zu verdienen, nicht anwenden wollen, sollen durch Zwang und Strafen zu nützlichen Arbeiten unter gehöriger Aufsicht angehalten werden.

§ 4. Fremde Bettler sollen in das Land nicht gelassen, oder darin geduldet, und wenn sie sich gleichwohl einschleichen, sofort über die Grenze zurückgeschafft werden.

§ 5. Auch einheimischen Armen soll das Betteln nicht gestattet, sondern dieselben an den Ort, wohin sie gehören, und wo für sie nach den Vorschriften des gegenwärtigen Titels gesorgt werden muß, zurückgeschafft werden.

§ 6. Der Staat ist berechtigt und verpflichtet, Anstalten zu treffen, wodurch der Nahrlosigkeit seiner Bürger vorgebeugt, und der übertriebenen Verschwendung gesteuert werde.

§ 7. Veranlassungen, wodurch ein schädlicher Müßiggang, besonders unter den niederen Volksklassen, genährt, und der Trieb der Arbeitsamkeit geschwächt wird, sollen im Staate nicht geduldet werden.

§ 8. Stiftungen, welche auf die Beförderung und Begünstigung solcher schädlichen Neigungen abzielen, ist der Staat aufzuheben, und die Einkünfte derselben zum besten der Armen zu verwenden berechtigt.

Wem die Versorgung der Armen obliege.

§ 9. Privilegierte Korporationen, welche einen besonderen Armenfonds haben, oder dergleichen, ihrer Verfassung gemäß, durch Beiträge unter sich aufbringen, sind ihre unvermögenden Mitglieder zu ernähren vorzüglich verbunden.

§ 10. Auch Stadt- und Dorfgemeinen

müssen für die Ernährung ihrer verarmten Mitglieder und Einwohner sorgen.

§ 11. In Ansehung der ausdrücklich aufgenommenen Mitglieder entsteht die Verbindlichkeit, sobald die Aufnahme wirklich geschehen ist.

§ 12. In Ansehung anderer Einwohner hingegen ist nur diejenige Stadt- oder Dorfgemeine zur Ernährung eines Verarmten verpflichtet, bei welcher derselbe zu den gemeinen Lasten zuletzt beigetragen hat.

§ 13. Neben eben den Grundsätzen (§§ 9—12) müssen auch die Ehefrauen, Witwen, und unversorgten Kinder des Verarmten von den Korporationen und Gemeinen ernährt werden.

§ 14. Die Vorsteher der Korporationen und Gemeinen sind schuldig, sich nach den Ursachen des Verfalls ihrer Mitglieder zu erkundigen und dieselben der Obrigkeit, zur Abhelfung, in Zeiten anzuzeigen.

§ 15. Aller Armen und Unvermögenden, denen ihr Unterhalt auf andere Art nicht verschafft werden kann, muß die Polizeiobrigkeit eines jeden Ortes, ohne Unterschied des Ranges und sonstigen Gerichtsstandes derselben, sich annehmen.

Mittel dazu.

§ 16. Arme, deren Versorgung, nach obigen Grundsätzen, einzelnen Privatpersonen, Korporationen oder Kommunen nicht obliegt, oder von denselben nicht bestritten werden kann, sollen durch Vermittelung des Staats in öffentlichen Landarmenhäusern untergebracht werden.

§ 17. Dies gilt besonders von fremden Bettlern, wenn deren Zurückschaffung über die Grenze (§ 4) nicht ratsam gefunden wird, oder der Zweck, das Land von ihnen zu befreien, dadurch nicht erreicht werden kann.

§ 18. Die Bettler in solchen Landarmenhäusern sollen zu nützlichen Arbeiten, soweit es ihre Gesundheit und Kräfte gestatten, angehalten werden:

§ 19. Sie bleiben in der Anstalt solange, bis man versichert sein kann, daß sie sowohl den Willen, als die Gelegenheit haben, ihren Unterhalt auf eine andere erlaubte Weise, ohne fernere Belästigung des Publikums, sich zu verschaffen.

§ 20. Die Straßenbettelei soll nicht geduldet werden.

§ 21. Vielmehr liegt es den Polizeibehörden jedes Ortes ob, diesem Uebel mit Nachdruck zu steuern.

§ 22. Sobald die § 16 gedachten Anstalten getroffen sind, darf niemand mehr einem Straßenbettler Almosen geben.

§ 23. Vielmehr müssen die Straßenbettler aufgegriffen und an diejenigen, denen nach den Grundsätzen §§ 9—16 deren Versorgung obliegt, abgeliefert werden.

§ 24. Die Ablieferung geschieht auf Kosten desjenigen, welcher für den Bettler sorgen muß.

§ 25. Die Mittel zur Unterhaltung der Armen sollen, soviel als möglich, aus den Zinsen der dazu bereits vorhandenen Kapitalien und Stiftungen genommen werden.

§ 26. Auch hat es bei den zu solchem Ende teils schon angeordneten, teils nach Bewandnis der Umstände, unter Erlaubnis des Staats, besonders zu veranstaltenden Kirchen- und Hauskollekten sein Bewenden.

§ 27. Bei der Unzulänglichkeit dieser Beiträge sind die Kommunen, unter Genehmigung des Staats, den Luxus, die Ostentation und die öffentlichen Belustigungen ihrer wohlhabenden Einwohner mit gemäßigten Taxen zu belegen berechtigt.

§ 28. Alle Strafgelder, welchen nicht in den ergangenen Strafgesetzen selbst besondere Bestimmungen angewiesen sind, sollen zur Verpflegung der Armen angewendet werden.

§ 29. Zur Unterhaltung der öffentlichen Landarmenhäuser ist vorzüglich der Ertrag der Arbeiten der darin aufgenommenen Personen bestimmt.

§ 30. Bei dessen Unzulänglichkeit kann der Staat von allen denjenigen, welche von der Abstellung der Straßenbettelei Vorteil ziehen, verhältnismäßige Beiträge fordern.

§ 31. Die näheren Bestimmungen, sowohl hierüber, als wegen der Einrichtung solcher Landarmenhäuser überhaupt, bleiben den besonderen, für jede Provinz abzufassenden Reglements vorbehalten.

Von öffentlichen Armenanstalten; Verhältnis des Staats gegen dieselben.

§ 32. Armenhäuser, Hospitäler, Waisen- und Findel-, Werk- und Arbeitshäuser

stehen unter dem besonderen Schutze des Staats.

§ 33. Werden dergleichen Anstalten von neuem errichtet, so muß das Vorhaben dem Staate zur Prüfung der Grundsätze ihrer Verfassung angezeigt werden.

§ 34. Doch sollen diejenigen Behörden, denen diese Prüfung nach den verschiedenen Verfassungen in den Provinzen obliegt, nur in Fällen, wo die Ausführung der Verordnungen des Stifters unmöglich oder gar schädlich sein würde, dieselben zu verwerfen berechtigt sein.

§ 35. Außerdem kann jeder Stifter die innere Einrichtung solcher Anstalten, die Aufsicht über dieselben, die Bestellung der Verwalter, die Revision und Abnahme der Rechnungen, nach Gutbefinden anordnen.

§ 36. Soweit der Stifter nichts verordnet hat, gebühren alle diese Befugnisse dem Staate.

§ 37. Auch solche Anstalten, denen in der Stiftungsurkunde, oder sonst, eigene Aufseher vorgesetzt sind, bleiben dennoch der Oberaufsicht des Staates unterworfen.

§ 38. Diese Oberaufsicht schränkt sich aber nur darauf ein, daß nach den vom Staate ausdrücklich oder stillschweigend genehmigten Verordnungen des Stifters verfahren werde, und nichts einschleiche, was dem allgemeinen Endzwecke solcher Stiftungen zuwider sei.

§ 39. Der Staat ist zwar berechtigt, Visitationen bei dergleichen Anstalten zu veranlassen, und die vorgefundenen Mißbräuche und Mängel, obigen Grundsätzen (§ 38) gemäß, zu verbessern.

§ 40. Ueberhaupt muß der Staat darauf sehen, daß die Einkünfte der Armen- und anderer Versorgungsanstalten zweck- und vorschriftsmäßig verwendet werden.

§ 41. Wird wegen veränderter Umstände die in der Stiftungsurkunde vorgeschriebene Verwendungsart unmöglich, oder gar schädlich, so muß der Staat die Güter und Einkünfte einer solchen Anstalt zu einem anderen, der wahrscheinlichen Absicht des Stifters so viel als möglich gemäßen, Gebrauche widmen.

Aeußere Rechte solcher Anstalten.

§ 42. Die vom Staate ausdrücklich oder stillschweigend genehmigten Armen- und andere Versorgungsanstalten haben die Rechte moralischer Personen.

§ 43. Ihr Vermögen hat die Rechte der Kirchengüter. (Tit. 11, Abschn. 4.)

§ 49. Unvermögenden Verwandten derjenigen, welche milde Stiftungen errichtet haben, kommt auf den Genuß derselben ein vorzügliches Recht zu.

Successionsrecht in den Nachlaß der von ihnen verpflegten Personen.

§ 50. Auf den eigentümlichen freien Nachlaß solcher Personen, die in eine öffentliche Anstalt zur unentgeltlichen Verpflegung aufgenommen worden, und in dieser Verpflegung gestorben sind, hat die Anstalt ein gesetzliches Erbrecht.

§ 51. Dies Erbrecht erstreckt sich auf den ganzen Nachlaß, wenn die aufgenommene Person nur Verwandten in aufsteigender, oder in der Seitenlinie, oder einen Ehemann verläßt.

§ 52. Hat sie aber eheliche Nachkommen oder eine Ehefrau, so verbleibt denselben ihr Pflichtteil.

§ 53. Auch geht die Ehefrau, in Ansehung desjenigen, was sie nach ihren Ehepakten zu fordern hat, der Armenanstalt vor.

§ 54. Auch die § 52 benanntn Personen verlieren den pflicht- oder vertragsmäßigen Erbteil zum besten der Anstalt, wenn sie, bei hinlänglichem Vermögen, ihren hilflosen Eltern, oder dem Ehemanne, die gesuchte Unterstützung versagt haben.

§ 55. Hat die aufgenommene Person die Anstalt vor ihrem Tode freiwillig wieder verlassen, so kann diese die auf sie verwendeten Kosten, aus ihrem Vermögen oder Nachlasse, als eine Schuld zurückfordern.

§ 56. Wenn aber Kinder, die in einem Waisenhause erzogen worden, nachdem sie aus demselben herausgekommen sind, und entweder auf ein Handwerk gethan, oder ihnen andere Gelegenheit zu ihrem weiteren Fortkommen angewiesen worden, vor zurückgelegtem einundzwanzigsten Jahre verstorben sind, so verbleibt dem Waisenhause, des erfolgten Austritts ungeachtet, sein Erbrecht.

§ 57. Doch erstreckt sich in diesem Falle das Erbrecht nur auf dasjenige Vermögen, welches ein solches Kind mit in das Waisenhaus gebracht hat, oder welches ihm, während seiner Verpflegung durch

dasselbe, noch vor seinem Austritte zugefallen ist.

§ 58. Hat eine im Waisenhause erzogene Frauensperson sich verheiratet, so fällt, wenn auch dieselbe vor erlangter Volljährigkeit verstorben wäre, das Erbrecht des Waisenhauses ganz hinweg.

§ 59. In keinem Falle darf die Armenkasse, wenn ihr auch nach obigen Vorschriften (§ 50 ff.) ein wirkliches Erbrecht zukommt, sich den Nachlaß eigenmächtig anmaßen; sondern sie muß vielmehr, bei eintretendem Falle, dies ihr Erbrecht dem Richter gehörig anzeigen, und von diesem den Zuschlag der Verlassenschaft erwarten.

§ 60. Das einer Anstalt nach diesen Vorschriften zustehende Erbrecht muß jedem, welcher darin aufgenommen werden soll, bekannt gemacht, und daß dieses geschehen, in einem von ihm mit zu unterzeichnenden Protokolle bemerkt werden.

§ 61. Ist der Aufzunehmende seines Verstandes nicht mächtig, oder in der Befugnis, über sein Vermögen zu verfügen, eingeschränkt, so muß die Bekanntmachung den Eltern, oder wenn er keine Eltern mehr hat, den nächsten Verwandten, und den Vormündern geschehen; auch im letzten Falle die obervormundschaftliche Genehmigung beigebracht werden.

§ 62. Erklärt auf diese Bekanntmachung jemand unter den Verwandten, daß er für die Verpflegung des Aufzunehmenden selbst sorgen wolle, so muß ihm dieses gestattet werden, und er erhält sich dadurch das ihm zukommende gesetzliche Erbrecht.

§ 63. Doch muß er alsdann dem Hülfsbedürftigen wenigstens eine gleich gute Verpflegung, als derselbe in der öffentlichen Anstalt gefunden hätte, gewähren.

§ 64. Ist der Aufzunehmende seinen Willen zu erklären fähig, und er zieht die Versorgung in der Anstalt derjenigen, welche ihm von seinen Verwandten angeboten wird, vor, so hat es dabei lediglich sein Bewenden.

§ 65. Ist die Bekanntmachung nicht gehörig erfolgt, so kann die Anstalt bloß die Vergütung der für den Aufgenommenen verwendeten Kosten, als eine Schuld, aus dessen Nachlasse fordern.

§ 66. Die Anstalt kann jedoch nur die für den Aufgenommenen zur Kleidung, Medizin, und sonst gemachten baren Auslagen, und für den genossenen Unterhalt ein Kostgeld, welches allenfalls nach pflichtmäßigem Ermessen der Sachverständigen richterlich zu bestimmen ist, fordern.

§ 67. Wenn jemand nicht in die Anstalt selbst zur Verpflegung aufgenommen, sondern ihm nur Beiträge daraus zu seinem Unterhalte bis zu seinem Ableben gereicht worden, so kann nur der Ersatz dieser Beiträge aus seinem Nachlasse, soweit derselbe dazu hinreicht, gefordert werden.

§ 68. Hat jemand aus mehreren Anstalten nach § 67 Unterstützung genossen, und ist sein Nachlaß zu ihrer aller Befriedigung nicht hinreichend, so teilen sich die mehreren Anstalten in das Vorhandene, nach Verhältnis ihrer Forderungen.

§ 69. Hat sich jemand in die Anstalt eingekauft, so gebührt dieser auf seinen Nachlaß kein weiterer Anspruch.

§ 70. Die bloße Erlegung eines Eintrittsgeldes, welches mit der zu verwendenden Verpflegung in keinem Verhältnis steht, schließt das Erbrecht der Anstalt nicht aus.

§ 71. Hat der Aufgenommene sich mit der Anstalt, wegen des derselben auf seinen Nachlaß zukommenden Erbrechts, auf eine gewisse Summe verglichen, so hat es dabei lediglich sein Bewenden; selbst in dem Falle, wenn das Vermögen des Aufgenommenen erst in der Folge einen Zuwachs erhält.

§ 72. Werk- und Arbeitshäuser, in welchen die Aufgenommenen nur insofern Unterhalt genießen, als sie sich denselben durch ihre Arbeit verdienen, haben auf den Nachlaß derselben kein Erbrecht.

§ 73. Hingegen wird durch Arbeiten, wozu ein Aufgenommener überhaupt in jeder Armenanstalt nach §§ 87, 88 schuldig ist, oder wofür er besondere Vergütung erhalten hat, das Erbrecht der Anstalt nicht ausgeschlossen.

§ 74. Anstalten, die bloß zur Heilung der Kranken bestimmt sind, haben, wenngleich der Aufgenommene daselbst verstorben ist, dennoch auf seinen Nachlaß kein Erbrecht; sondern können bloß den Ersatz der auf ihn verwendeten Kosten nach § 66 fordern.

§ 75. In Fällen, wo den Armen- oder anderen Versorgungsanstalten auf einen Nachlaß ein gesetzliches Erbrecht beigelegt

ist, kann ihnen dasselbe, durch Verfügung auf den Todesfall, weder entzogen, noch geschmälert werden.

Innere Verfassung solcher Anstalten.

§ 76. Die innere Einrichtung und Verfassung einer jeden öffentlichen Armen- oder anderen Versorgungsanstalt ist, durch die für selbige von dem Staate vorgeschriebene oder genehmigte Ordnung und Instruktion, bestimmt.

§ 77. Kirchen und Kapellen, welche für dergleichen Anstalten besonders errichtet sind, stehen gleich anderen, unter der Aufsicht der geistlichen Obern der Diözes oder des Distrikts.

§ 78. Auf die in der Anstalt lebenden Personen und Offizianten gebühren dergleichen Kirchen und Kapellen wirkliche Parochialrechte.

§ 79. Auf diejenigen aber, welche außerhalb der Anstalt leben, können sie sich solche Rechte nicht anmaßen.

Vorsteher und Verwalter.

§ 80. Die Vorsteher oder Verwalter solcher Anstalten sind als Diener des Staates anzusehen.

§ 81. Bei Verwaltung der der Anstalt zugehörenden Gelder und Gefälle finden eben die Vorschriften, und gleiche Vertretung, wie bei königlichen Kassen statt.

§ 83. Uebrigens müssen dergleichen Vorsteher und Administratoren, bei Führung ihres Amtes, hauptsächlich nach der Stiftungsurkunde, und ihrer besonderen Instruktionen, demnächst aber nach den, den Vormündern erteilten gesetzlichen Vorschriften sich achten.

Aufgenommene Personen.

§ 84. Personen, welche in Armen- und andere öffentliche Verpflegungsanstalten aufgenommen worden, können sich der darin eingeführten Zucht und Ordnung unter keinerlei Vorwande entziehen.

§ 85. Unruhige und Widerspenstige müssen von den Aufsehern, nötigenfalls durch dienliche Zwangsmittel, in Ordnung gehalten, oder bewandten Umständen nach aus der Anstalt fortgeschafft werden.

§ 86. Die Strafen müssen aber die Grenzen einer bloßen Züchtigung nicht überschreiten, und die Fortschaffung darf niemals ohne Vorwissen und Genehmigung der Obrigkeit geschehen.

§ 87. Unentgeltlich Aufgenommene sind der Anstalt zu häuslichen Diensten, soweit es ihre Kräfte und Gesundheitsumstände zulassen, verpflichtet.

§ 88. In gleichem Maße können auch andere Arbeiten, die bloß zum Verbrauche in der Anstalt bestimmt sind, soweit sie Fähigkeiten und Kräfte dazu besitzen, von ihnen gefordert werden.

§ 89. Uebrigens werden die den Aufgenommenen, vermöge ihres Standes oder sonstigen Verhältnisses, zukommenden Rechten und Pflichten durch die Aufnahme in dergleichen Anstalt nicht verändert.

Kleinere Gesetze zur Ergänzung des Allgemeinen Landrechts.

Königliche Verordnung über die Erscheinung und den Verkauf der neuen Gesetz-Sammlung.

Vom 27. Oktober 1810.

In Betracht, daß die bisherige Publikation allgemeiner Gesetze weder an sich den vorgesetzten Zweck gehörig erreicht, noch den Gebrauch und die Uebersicht erleichtert, verordnen Wir hiermit:

§ 1. Es soll für die gesamte Monarchie eine Gesetz-Sammlung erscheinen, und es werden in dieselbe alle die vom heutigen Tage an erlassenen Gesetze und Verordnungen aufgenommen, welche mehr als ein einzelnes Regierungsdepartement betreffen.

§ 2. Es soll für jedes Regierungsdepartement ein Departementsblatt[1]) erscheinen, in welches alle Vorschriften und Publikationen aufzunehmen sind, welche das Departement allein betreffen.

§ 3. Die allgemeine Gesetz-Sammlung erscheint in Quarto; die Redaktion erfolgt im Bureau Unseres Staatskanzlers, der gesamte Debit aber durch das General-Postamt.

[1]) Jetzt: Regierungs-Amtsblatt.

Gesetz, betreffend die Publikation der Gesetze.

Vom 3. April 1846.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc.

verordnen zur Vereinfachung der bisherigen Bestimmungen über die Publikation der Gesetze, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsrats, für den ganzen Umfang Unserer Monarchie, was folgt:

§ 1. Landesherrliche Erlasse, welche Gesetzeskraft erhalten sollen, erlangen dieselbe nur durch die Aufnahme in die Gesetz-Sammlung, ohne Unterschied, ob sie für die ganze Monarchie oder für einen Teil derselben bestimmt sind.

§ 2. Ist in einem durch die Gesetz-Sammlung verkündeten Erlasse der Zeitpunkt bestimmt, mit welchem derselbe in Kraft treten soll, so ist der Anfang seiner Gesetzeskraft nach dieser Bestimmung zu beurteilen.

§ 3. Auch für diejenigen, welche schon früher von dem Gesetze Kenntnis erhalten haben, beginnt die Verbindlichkeit, nach demselben sich zu richten, erst mit dem im § 2 bestimmten Zeitpunkte.

§ 4. Das vorliegende Gesetz tritt am 1. Mai dieses Jahres in Kraft. Nach seinen Bestimmungen sind nur diejenigen Erlasse zu beurteilen, welche an eben diesem Tage oder späterhin als Gesetz verkündet werden. Auch treten von da ab alle dem vorliegenden Gesetze entgegenstehende bisherige Vorschriften außer Kraft.

Gesetz, betreffend die Bekanntmachung landesherrlicher Erlasse durch die Amtsblätter.

Vom 10. April 1872.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen für den gesamten Umfang der Monarchie, einschließlich des Jadegebietes, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, was folgt:

§ 1. Landesherrliche Erlasse und die durch dieselben bestätigten oder genehmigten Urkunden werden fortan durch die Amtsblätter, im Jadegebiet durch das Gesetzesblatt, mit rechtsverbindlicher Kraft bekannt gemacht, wenn sie betreffen:

1. Die Verleihung des Expropriationsrechts;
2. die Verleihung des Rechts zur Entnahme von Chaussee- und Wegebau- und Unterhaltungs-Materialien;
3. die Verleihung des Rechts zur Erhebung von Chaussee- und Wegegeld;
4. die Statuten der Deichverbände und der Genossenschaften zu Meliorationen durch Entwässerung und Bewässerung;
5. die Erteilung von Konzessionen zum Bau und Betriebe von Eisenbahnen, sowie die Statuten der Unternehmer;
6. die Reglements für die öffentlichen und Privat-Feuersozietäten;
7. die Reglements für die landschaftlichen Kreditvereine und ähnliche Kreditinstitute;

8. die Einrichtung des Landarmen- und Korrigendenwesens;
9. die Privilegien zur Ausgabe von Papieren auf den Inhaber.

Auf dieselbe Weise erfolgt die Bekanntmachung von Ergänzungen und Abänderungen der bezeichneten Erlasse und Urkunden, auch wenn diese selbst durch die Gesetz-Sammlung bekannt gemacht worden sind.

---

§ 2. Die Bekanntmachung erfolgt durch die Blätter derjenigen Bezirke, in welchen in den Fällen des § 1 Nr. 1 bis 5 das betreffende Unternehmen ausgeführt werden soll oder ausgeführt worden ist, der Eisenbahn-Unternehmer (§ 1 Nr. 5) und der Ausgeber der Papiere (§ 1 Nr. 9) ihren Sitz oder Wohnsitz haben oder für welche die Feuersozietät (§ 1 Nr. 6), der Kreditverein oder das Kreditinstitut (§ 1 Nr. 7) bestimmt und das Landarmen- oder Korrigendenwesen (§ 1 Nr. 8) eingerichtet worden ist.

---

§ 3. Die Kosten der Bekanntmachung trägt der Unternehmer, die Sozietät, der Verband, das Kreditinstitut oder der Ausgeber der Papiere.

---

§ 4. Ist in einem in Gemäßheit dieses Gesetzes verkündeten Erlasse der Zeitpunkt bestimmt, mit welchem derselbe in Kraft treten soll, so ist der Anfang seiner Wirksamkeit nach dieser Bestimmung zu beurteilen; enthält aber der verkündete Erlaß eine solche Zeitbestimmung nicht, so beginnt dessen Wirksamkeit mit dem achten Tage nach dem Ablaufe desjenigen Tages, an welchem das betreffende Stück des Blattes, welches den Erlaß verkündet, ausgegeben worden ist.

---

§ 5. Eine Anzeige von jedem infolge dieses Gesetzes verkündeten Erlasse ist in die Gesetz-Sammlung aufzunehmen.

Gesetz, betreffend den Beginn der verbindlichen Kraft der durch die Gesetz-Sammlung verkündeten Erlasse.

Vom 16. Februar 1874.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. verordnen, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages Unserer Monarchie, was folgt:

§ 1. Ist in einem durch die Gesetz-Sammlung verkündeten Erlasse der Zeitpunkt, mit welchem derselbe in Kraft treten soll, nicht bestimmt, so beginnt dessen verbindliche Kraft in dem ganzen Umfange Unsrer Monarchie mit dem vierzehnten Tage nach dem Ablaufe desjenigen Tages, an welchem das betreffende Stück der Gesetz-Sammlung in Berlin ausgegeben worden ist.

Die entgegenstehenden Bestimmungen des Gesetzes vom 3. April 1846 (Gesetz-Sammlung S. 151), der Verordnung vom 1. Dezember 1866 (Gesetz-Samml. S. 743) und der Verordnung vom 29. Januar 1867 (Gesetz-Samml. S. 139) werden aufgehoben.

---

§ 2. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. März 1874 in Kraft.

Gesetz wegen des Wasserstaues bei Mühlen und Verschaffung von Vorflut.[1])

Vom 15. November 1811.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc.

thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Die Nachteile, welche durch das Anstauen des Wassers bei den Mühlen und das zeitige Verfahren bei Anordnung der Vorflut für die Landschaft entstehen, veranlassen Uns, folgende nähere Bestimmungen darüber zu erlassen:

§ 1. Bei den Mühlen oder andern durch Wehre oder Schleusen veranlaßten Störungen, wo der Wasserstand noch nicht durch einen unter polizeilicher Aufsicht gesetzten Merkpfahl bestimmt ist, muß jeder Besitzer derselben sich die Setzung eines Merkpfahls auf Antrag und Kosten derer, die dabei interessiert sind, gefallen lassen.

§ 2. Diese Setzung kann nur durch sachverständige Kommissarien[1]) des Kreis-(Stadt-)Ausschusses vollzogen werden.

§ 3. An dem Merkpfahle muß sowohl der im Sommer, als der im Winter zulässige höchste Wasserstand ganz deutlich kennbar bezeichnet, auch die Höhe davon mit dem Fachbaum der Mahl- und Freischleuse und mit einem nahe gelegenen unverrückbaren Gegenstande durch Nivellement verglichen und zu Protokoll verschrieben werden. Im umgekehrten Falle, wenn ein Müller die Verpflichtung hat, zur Erhaltung der Schiffbarkeit eines Gewässers das Oberwasser seiner Mühle auf einer bestimmten Höhe zu erhalten, soll in Absicht der Setzung der Merkpfähle für den niedrigsten zulässigen Wasserstand auf eine ähnliche Weise verfahren werden.

§ 4. Ist die Höhe des Wasserstandes durch rechtskräftige Urteile oder nach dem Einverständnisse aller Interessenten auf eine andere Art deutlich bestimmt, so hat es dabei sein Bewenden, und müssen die Kommissarien den Merkpfahl danach setzen.

§ 5. Sind aber die Interessenten darüber uneinig, ob die Höhe des Wasserstandes durch gültige Verträge, Verleihungen oder rechtverjährten Besitz bestimmt sei, so muß die Sache zur Erörterung im Verwaltungsstreitverfahren an den Kreis-(Stadt-)Ausschuß verwiesen, das Verfahren jedoch vorzüglich beschleunigt werden. Findet es sich hierbei, daß keine klare Bestimmungen des Wasserstandes vorgelegt werden können, so setzen die Kommissarien denselben dergestalt fest, daß dabei das gegenseitige Interesse der Bodenkultur und des Müllers oder sonstigen Stauberechtigten möglichst vereinigt werde, und gegen eine Festsetzung auf diesem Grunde finden keine Beschwerden bei den Gerichten, sondern Klage bei dem Kreis-(Stadt-)Ausschuß statt.[1])

§ 6. Dem Kreis-(Stadt-)Ausschusse[1]) bleibt jedoch unbenommen, während der Dauer der erwähnten verwaltungsgerichtlichen Erörterung interimistisch einen Wasserstand festsetzen zu lassen, welchen der Müller oder sonstige Stauberechtigte solange halten muß, bis ein anderes durch die definitive Entscheidung festgesetzt ist.

§ 7. Von welchem Tage ab, und bis zu welchem Tage hin bloß der niedrige Sommerwasserstand gehalten werden darf, bestimmen zunächst Verträge und rechtliche Erkenntnisse, wenn diese vorhanden sind, nächst diesen die Provinzialgesetze. Ist keine solche Bestimmung vorhanden, so liegt den Kommissarien ob, von wann ab

[1]) Man vergleiche §§ 67 und folgende des oben abgedruckten Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden, vom 1. August 1883.

und bis wohin nur der Sommerwasserstand gehalten werden dürfe, nach den örtlichen Verhältnissen festzusetzen. Auf jeden Fall muß in dem über die Verhandlung aufzunehmenden Protokolle ausdrücklich vermerkt sein, von wann ab und bis wohin der Sommerwasserstand gehalten werden soll.

---

§ 8. Kein Besitzer von Mühlen oder anderen Stauungsanlagen darf den Wasserstand über die durch den Merkpfahl festgesetzte Höhe aufstauen. Sobald das Wasser über diese Höhe wächst, muß er durch Oeffnung der Schleusen, Gerinne und Grundstöcke, Abnehmung der beweglichen Aufsätze auf den Fachbäumen oder Ueberfällen, überhaupt Wegräumung aller bloß zeitlichen Hindernisse, den Abfluß desselben unentgeltlich sogleich und unausgesetzt so lange befördern, bis das Wasser wieder auf die durch den Merkpfahl bestimmte Höhe herabgefallen ist.

---

§ 9. Versäumt er dies, so ist nicht allein die örtliche Polizeibehörde verpflichtet, auf Antrag der Interessenten die vorerwähnte Oeffnung, Abnehmung und Wegräumung auf Gefahr und Kosten des Mühlenbesitzers ohne Anstand vornehmen zu lassen, sondern er hat auch in jedem Falle, außer dem Ersatze alles durch die widerrechtliche Stauung verursachten Schadens, sechzig bis einhundertfünfzig Mark Polizeistrafe verwirkt.

---

§ 10. Wem die Unterhaltung eines Grabens oder Wasserabzuges obliegt, der kann zu dessen Auskrautung oder Räumung polizeilich angehalten werden, sobald aus der Vernachlässigung derselben oder aus Mangel an der erforderlichen Tiefe Nachteil für die Besitzer anderer Grundstücke oder nutzbarer Anlagen oder auch für die Gesundheit der Anwohner entsteht. Die Bestimmung, wann und wie die Auskrautung oder Räumung bewirkt werden soll, gehört bloß zur Kognition der Polizeibehörden, und jeder Unterhaltungspflichtige muß sich derselben unbedingt unterwerfen.

---

§ 11. Die Mühlenbesitzer und alle, welche sonst den Abfluß eines Gewässers anzuhalten berechtigt sind, sollen verpflichtet sein, den freien Lauf desselben nach Bestimmung des Kreis-(Stadt-)Ausschusses ganz oder zum Teil wieder herzustellen, sobald daraus ein offenbar überwiegender Vorteil für die Bodenkultur oder Schiffahrt entsteht, und diejenigen, welche für ihre Kultur oder Schiffahrtsanlagen des Wasserabflusses bedürfen, ihnen eine vollständige Entschädigung herzugeben bereit und vermögend sind.

---

§ 12. Diese Verpflichtung kann selbst bis auf gänzliche Wegräumung von Wassermühlen ausgedehnt werden, sobald nach Ermessen des Kreis-(Stadt-)Ausschusses der Zweck anders nicht zu erreichen ist, der Müller aber vollständig entschädigt, auch der Gegend Ersatz für ihr Interesse bei Erhaltung der Mühle geleistet werden kann.

---

§ 13. Auch da, wo keine künstlichen Hindernisse des Abflusses vorhanden sind, kann jeder Grundbesitzer verlangen, daß ihm Abwässerungsgraben durch fremden Boden zu ziehen gestattet werde, sobald die vorerwähnten Bedingungen stattfinden.

---

§ 14. Selbst zur Ablassung von Teichen und stehenden Seen kann unter gedachten Bedingungen (§ 11) die Gestattung der Vorflut erfordert werden, und wird insoweit eine Ausnahme von dem entgegenstehenden Gesetz, A.L.R. T. I. Tit. 8 § 117, nachgegeben.

---

§ 15. Besitzer von Grundstücken, welche sich des auf ihren Ländereien stehenden Wassers entledigen wollen und deshalb nicht gütlich mit den zur Stauung Berechtigten oder anderen Grundbesitzern einigen können, müssen von ihrem Vorhaben dem Kreis-(Stadt-)Ausschusse Anzeige machen, nachweisen, welchen Vorteil sie von dem Ablassen des Wassers erwarten, und darthun, daß sie bereite Mittel haben, die wahrscheinliche Entschädigung ohne Verzug zu bezahlen.

---

§ 16. Auf diesen Antrag wird sogleich eine Lokaluntersuchung durch sachkundige Kommissarien verfügt, welche ausmitteln:

a) wodurch der Zweck des Grundbesitzers am leichtesten erreicht werden könne?

b) ob durch die beabsichtigte Entwässerung nicht andere Grundbe-

sitzer leiden, oder ein Nachteil davon für die Schiffahrt oder öffentlichen Anlagen zu besorgen sei?

§ 17. Die letztere Untersuchung muß auch für den Fall stattfinden, wenn beide Teile über die Ablassung gütlich einverstanden sind.

§ 18. Auf den Grund dieser Untersuchung bestimmt der Kreis-(Stadt-)Ausschuß, ob die Ablassung des Wassers überhaupt stattfinden könne, und unter welchen Modalitäten sie ausgeführt werden müsse.

§ 19. Wollen die Interessenten sich dieser Bestimmung nicht unterwerfen, so findet dagegen keine gerichtliche Klage, sondern nur der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren statt.

§ 20. Jedoch kann über den Umfang der Rechte, welche jede Partei zur Ausgleichung bringt, durch diesen Entwässerungsplan niemals etwas bestimmt werden, sondern es muß, wenn der Wasserstand streitig ist, derselbe nach §§ 1—5 festgesetzt, jede andere streitige Befugnis aber zur richterlichen Entscheidung verwiesen werden.

§ 21. Wird die Ausführung des Entwässerungsplans genehmigt, so wird durch schiedsrichterliches Ermessen sowohl der Betrag der Entschädigung ausgemittelt, als auch die Entwässerung selbst nach dem genehmigten Plane zur Vollziehung gebracht.

§ 22. Zu dem Ende wählen die Staunungsberechtigten oder die Inhaber der Grundstücke, die Vorflut gewähren sollen, einen Schiedsrichter, der, oder die Grundbesitzer, welche auf die Entwässerung antragen, auch einen, und der Kreis-(Stadt-)Ausschuß einen Obmann.

§ 23. Diese drei Personen werden von dem Kreis-(Stadt-)Ausschuß autorisiert, auf den Grund der nach absoluter Stimmenmehrheit von ihnen gefaßten Beschlüsse sowie die Entschädigung zu bestimmen, als auch die Vollziehung der Entwässerung selbst anzuordnen. Zugleich haben sie die künftige Unterhaltung der neu angelegten Abzugsgraben näher zu bestimmen, wobei der Grundsatz anzuwenden ist, daß der oder diejenigen, welche in einem bestimmten Verhältnis Vorteil von der neuen Anlage haben, auch in eben dem Verhältnis zur Unterhaltung derselben verpflichtet sind.

§ 24. Von ihrer Entscheidung findet keine Appellation statt.

§ 25. Insofern ihnen jedoch klar nachgewiesen werden kann, daß sie ihre Befugnis überschritten haben, ist der Kreis-(Stadt-)Ausschuß befugt und verpflichtet, ihr Verfahren zu kassieren, den Parteien ihre Ansprüche auf Schadenersatz an sie vorzubehalten und die Wahl von neuen Schiedsrichtern zu veranlassen.

§ 26. Eine solche Ueberschreitung der Befugnisse findet jedoch nur statt, wenn die Schiedsrichter entweder von dem durch den Kreis-(Stadt-)Ausschuß genehmigten Entwässerungsplan abweichen, oder für solche Rechte, welche noch unter den Parteien streitig sind, Entschädigungen aussetzen.

§ 27. Will der Stauungsberechtigte sich nicht dazu verstehen, einen Schiedsrichter zu wählen, oder verzögert er die Wahl über vier Wochen, nachdem ihm die Aufforderung dazu insinuiert worden ist, so ernennt der Kreis-(Stadt-)Ausschuß des Kreises den Schiedsrichter statt seiner.

§ 28. Zu Schiedsrichtern können nur unbescholtene dispositionsfähige sachkundige Männer gewählt werden.

§ 29. Auch nur solche, die als Zeugen für und wider die Parteien und übrigen Schiedsrichter mit voller Kraft vor Gericht könnten zugelassen werden.

§ 30. Wer zum Schiedsrichter gewählt ist, darf die Wahl nicht ablehnen, es sei denn, daß er solche Entschuldigungsgründe für sich anführen könnte, welche ihn von der Uebernahme einer mit Administration verbundenen Vormundschaft befreien würden.

§ 31. Findet außer dem Interesse der Stauungsberechtigten oder der Inhaber der Grundstücke, die Vorflut gewähren sollen, noch ein besonderes Interesse, z. B. wegen Fischerei, Viehtränke ꝛc., gegen die Entwässerung statt, so wählen diejenigen, welche ein besonderes Interesse haben, ebenfalls einen Schiedsrichter.

§ 32. Dieser verhandelt mit dem Schiedsrichter der Gegenpartei und dem Obmann besonders über das gedachte Interesse, und das Resultat ihrer Verhandlungen wird nachmals in den allgemeinen Rezeß über die ganze Verhandlung aufgenommen.

§ 33. Den Schiedsrichtern steht nicht nur die Vergütung ihrer baren Auslagen, sondern auch ein Diätensatz zu, welchen der Kreis-(Stadt-)Ausschuß den Umständen nach festsetzt.

§ 34. Sämtliche Kosten tragen diejenigen, auf deren Antrag die Entwässerung erfolgt.

Gesetz, betreffend die Errichtung und Erhaltung von Marksteinen behufs der zur Legung eines trigonometrischen Netzes über die sechs östlichen Provinzen der Monarchie zu bestimmenden trigonometrischen Punkte.

Vom 7. Oktober 1865.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, was folgt:

§ 1. Die Eigentümer, beziehungsweise die Pächter oder sonstigen Nutznießer von Grundstücken in den sechs östlichen Provinzen der Monarchie sind verpflichtet, die Ausführung der erforderlichen Arbeiten zur Herstellung eines über diese Landesteile zu legenden trigonometrischen Netzes, sowie zu allen späteren zur Ausführung der Landesvermessung erforderlichen amtlichen Detailvermessungen auf den betreffenden Grundstücken zu gestatten.

Die zur Festlegung der trigonometrischen Punkte durch Errichtung von Marksteinen nach der Bestimmung der Trigonometer erforderlichen Bodenflächen, sowie das zur Sicherstellung der Marksteine nötige Umgebungsterrain sind dem Staate eigentümlich zu überlassen.

Gebäude, Hoflagen und Hausgärten werden von den vorstehenden Anordnungen nicht betroffen.

In Ermangelung einer gütlichen Einigung zwischen den Interessenten erfolgt die Einweisung in den Besitz der hiernach dem Staate abzutretenden Bodenflächen nach Anhörung des beteiligten Eigentümers und nach wenigstens vorläufiger Feststellung der Entschädigung (§ 3) durch den Kreislandrat.

§ 2. Die Vergütung des den Grundstücken bei Ausführung der im § 1 bezeichneten Arbeiten etwa zugefügten vorübergehenden Schadens erfolgt nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen.

Der Anspruch auf jede derartige Entschädigung erlischt binnen Jahresfrist nach der angeblichen Schadenszufügung.

§ 3. In Ermangelung einer gütlichen Einigung über den Kaufpreis wird für die Ueberlassung des Eigentums der Bodenflächen zur Errichtung der Marksteine mit Einschluß des zu deren Sicherstellung erforderlichen Umgebungsterrains bis zu 20 Quadratfuß Flächeninhalt eine Entschädigung gewährt von

3 Mark bei der Kulturart Gärten und ersten bis fünften Ackerklasse,
2 Mark bei der sechsten bis achten Ackerklasse,
1 Mark bei jeder anderen Kulturart,

nach Maßgabe der in der Ausführung des Grundsteuergesetzes vom 21. Mai 1861 Nr. 5379 (Gesetz-Samml. S. 253) erfolgten Veranlagung des ganzen in der Gemarkungskarte und dem Flurbuche unter einer besonderen Nummer eingetragenen

Flächenabschnittes, zu welchem die überlassene Bodenfläche gehört.

Ist die in Anspruch genommene Bodenfläche größer als 20 Quadratfuß, so wird für jede größere Fläche innerhalb weiterer 20 Quadratfuß die oben festgesetzte Entschädigung gezahlt.

Die Festsetzung der Entschädigung erfolgt durch den Kreislandrat. Den Entschädigungsberechtigten, welche eine höhere Entschädigung beanspruchen, steht gegen die Festsetzung des Kreislandrates binnen einer sechswöchentlichen Präklusivfrist der Rechtsweg zu. Die Abmessung der Entschädigung erfolgt in einem solchen Falle nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen.

---

§ 4. Uebersteigt die Entschädigungssumme den Betrag von 60 Mark nicht, so wird dieselbe dem Entschädigungsberechtigten zur freien Disposition ausgehändigt.

Die Legitimation des die Entschädigung (§ 3) in Anspruch nehmenden Interessenten ist, wenn der Besitztitel für denselben im Hypothekenbuche nicht berichtigt sein sollte, für geführt zu erachten, wenn

a) derselbe eine auf die Erwerbung des Eigentums von dem betreffenden Grundstücke lautende öffentliche Urkunde vorzulegen imstande ist, oder wenn ihm von der zuständigen Gemeindebehörde bescheinigt wird, daß er das Grundstück besitze, und daß ein anderer Eigentümer desselben nicht bekannt sei;

b) nach Benachrichtigung der aus dem Hypothekenbuche etwa ersichtlichen Eigentums-Prätendenten seitens der mit der Leitung der trigonometrischen Arbeiten beauftragten Behörde, oder bei nicht reguliertem Hypothekenbuche nach einmaligem öffentlichen Aufrufe durch das Regierungs-Amtsblatt von keinem anderen binnen einer Frist von acht Wochen Ansprüche auf die Entschädigung bei der gedachten Behörde erhoben werden.

Bei Gewährung einer höheren Entschädigungssumme tritt letztere rücksichtlich aller Eigentums-, Nutzungs- oder sonstigen Realansprüche, insbesondere der Reallasten und Hypotheken, an die Stelle des betreffenden Grundstücks.

---

§ 5. Von dem Zeitpunkte ihrer Uebergabe respektive ihrer Ueberweisung an den Staat ab werden die Grundstücke von allen darauf haftenden auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Verpflichtungen frei.

Ist das betreffende Grundstück im Hypothekenbuche aufgeführt, so muß die Abschreibung desselben erfolgen, und zwar im Falle der zwangsweisen Enteignung auf bloße Requisition des Kreislandrates.

---

§ 6. Die Ortsbehörden sind verpflichtet, die Erhaltung der Marksteine in ordnungsmäßigem Stande zu überwachen und von jeder Beschädigung oder Verrückung derselben dem Kreislandrate Anzeige zu machen.

Vorsätzliche Beschädigungen der Marksteine unterliegen der Bestrafung nach § 304 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871.

---

§ 7. Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen erlassen die Minister der Finanzen, des Krieges und des Innern gemeinschaftlich.

Gesetz, betreffend die Errichtung von Marksteinen.

Vom 7. April 1869.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

Artikel 1.

Das Gesetz vom 7. Oktober 1865, betreffend die Errichtung und Erhaltung von Marksteinen behufs der zur Legung eines trigonometrischen Netzes über die sechs östlichen Provinzen der Monarchie zu bestimmenden trigonometrischen Punkte (Gesetz-Samml. S. 1033), wird in der folgenden Fassung auf den übrigen Teil der Monarchie mit Ausschluß der Hohenzollern-

schen Lande und des Jadegebietes ausgedehnt.

§ 1. Die Eigentümer, beziehungsweise die Pächter oder sonstigen Nutznießer von Grundstücken sind verpflichtet, die Ausführung der Arbeiten bei allen trigonometrischen Vermessungen, sowie bei allen späteren zur Ausführung der Landesvermessung erforderlichen amtlichen Detailvermessungen auf den betreffenden Grundstücken zu gestatten.

Die zur Festlegung der trigonometrischen Punkte durch Errichtung von Marksteinen nach der Bestimmung der Trigonometer erforderlichen Bodenflächen, sowie das zur Sicherstellung der Marksteine nötige Umgebungsterrain sind dem Staate eigentümlich zu überlassen.

Gebäude, Hoflagen und Hausgärten werden von den vorstehenden Anordnungen nicht betroffen.

In Ermangelung einer gütlichen Einigung zwischen den Interessenten erfolgt die Einweisung in den Besitz der hiernach dem Staate abzutretenden Bodenflächen nach Anhörung des beteiligten Eigentümers und nach wenigstens vorläufiger Feststellung der Entschädigung (§ 3) durch den Kreislandrat.

§ 2. Die Vergütung des den Grundstücken bei Ausführung der im § 1 bezeichneten Arbeiten etwa zugefügten vorübergehenden Schadens erfolgt nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen.

Der Anspruch auf jede derartige Entschädigung erlischt binnen Jahresfrist nach der angeblichen Schadenszufügung.

§ 3. In Ermangelung einer gütlichen Einigung über den Kaufpreis wird für die Ueberlassung des Eigentums der Bodenflächen zur Errichtung der Marksteine mit Einschluß des zu deren Sicherstellung erforderlichen Umgebungsterrains bis zu 20 Quadratfuß Flächeninhalt eine Entschädigung gewährt von

3 Mark bei der Kulturart der Gärten und der ersten bis fünften Ackerklasse,

2 Mark bei der sechsten bis achten Ackerklasse,

1 Mark bei jeder anderen Kulturart.

Für die durch das Gesetz vom 20. September 1866 und die beiden Gesetze vom 24. Dezember 1866 (Gesetz-Sammlung S. 555, 875, 876) mit der Monarchie vereinigten Landesteile wird bis zur Erhebung der in denselben nach dem Gesetze vom 21. Mai 1861 (Gesetz-Sammlung S. 253) neu zu veranlagenden Grundsteuer

Ackerland von guter und mittlerer Ertragsfähigkeit dem Boden erster bis fünfter Klasse,

Ackerland von einer die mittlere Ertragsfähigkeit nicht erreichenden Beschaffenheit dem Boden sechster bis achter Klasse

entsprechend gerechnet.

Ist die in Anspruch genommene Bodenfläche größer als 20 Quadratfuß, so wird für jede größere Fläche innerhalb weiterer 20 Quadratfuß die oben festgesetzte Entschädigung gezahlt.

Die Bestimmung der Kulturart der Bodenfläche erfolgt nach Maßgabe der darüber in § 5 der Anweisung für das Verfahren bei Ermittelung des Reinertrages der Liegenschaften behufs anderweiter Regelung der Grundsteuer vom 21. Mai 1861 (Gesetz-Samml. S. 258) enthaltenen Vorschriften, die Bestimmung der Ertragsfähigkeit des Ackerlandes dagegen auf Grund diesfälliger besonderer Feststellung des Kreislandrates.

Die Festsetzung der Entschädigung erfolgt durch den Kreislandrat. Den Entschädigungsberechtigten, welche eine höhere Entschädigung beanspruchen, steht gegen die Festsetzung des Kreislandrates binnen einer sechswöchentlichen Präklusivfrist der Rechtsweg zu. Die Abmessung der Entschädigung erfolgt in einem solchen Falle nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen.

§ 4. Uebersteigt die Entschädigungssumme den Betrag von 60 Mark nicht, so wird dieselbe dem Entschädigungsberechtigten zur freien Disposition ausgehändigt.

Die Legitimation des die Entschädigung (§ 3) in Anspruch nehmenden Interessenten ist, wenn der Besitztitel für denselben im Hypothekenbuche nicht berichtigt sein sollte, für geführt zu erachten, wenn

a) derselbe eine auf die Erwerbung des Eigentums von dem betreffenden Grundstücke lautende öffentliche Urkunde vorzulegen im stande ist, oder wenn ihm von der zuständigen Gemeindebehörde bescheinigt wird, daß

er das Grundstück besitze, und daß ein anderer Eigentümer desselben nicht bekannt sei;

b) nach Benachrichtigung der aus dem Hypothekenbuche ersichtlichen Eigentums-Prätendenten seitens der mit der Leitung der trigonometrischen Arbeiten beauftragten Behörde, oder bei nicht reguliertem Hypothekenbuche nach einmaligem öffentlichen Aufrufe durch das Regierungs-Amtsblatt von keinem anderen binnen einer Frist von acht Wochen Ansprüche auf die Entschädigung bei der gedachten Behörde erhoben werden.

Bei Gewährung einer höheren Entschädigungssumme tritt letztere rücksichtlich aller Eigentums-, Nutzungs- oder sonstigen Realansprüche, insbesondere der Reallasten und Hypotheken, an die Stelle des betreffenden Grundstücks.

§ 5. Von dem Zeitpunkte ihrer Uebergabe respektive ihrer Ueberweisung an den Staat ab werden die Grundstücke von allen darauf haftenden, auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Verpflichtungen frei.

Ist das betreffende Grundstück im Hypothekenbuche aufgeführt, so muß die Abschreibung desselben erfolgen, und zwar im Falle der zwangsweisen Enteignung auf bloße Requisition des Kreislandrates.

§ 6. Die Ortsbehörden sind verpflichtet, die Erhaltung der Marksteine in ordnungsmäßigem Stande zu überwachen und von jeder Beschädigung oder Verrückung derselben dem Kreislandrate Anzeige zu machen.

Vorsätzliche Beschädigungen der Marksteine unterliegen der Bestrafung nach § 304 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871.

Artikel 2.

Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen erlassen der Minister der Finanzen, des Krieges und des Innern gemeinschaftlich.

Gesetz zur Ergänzung der Gesetze vom 7. Oktober 1865 und 7. April 1869, die Errichtung von trigonometrischen Marksteinen betreffend.

Vom 3. Juni 1874.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

Einziger Paragraph.

Grundstücke, welche auf Grund der Gesetze vom 7. Oktober 1865 und vom 7. April 1869 zur Errichtung trigonometrischer Marksteine vom Staate erworben sind, müssen, sofern sie im Hypotheken- resp. Grundbuch aufgeführt sind, auf bloße Requisition des Kreislandrates auch dann abgeschrieben werden, wenn die Enteignung nicht zwangsweise, sondern im Wege der Vereinbarung erfolgt ist.

Gesetz, betreffend den erleichterten Abverkauf kleiner Grundstücke.

Vom 3. März 1850.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. rc. verordnen, mit Zustimmung beider Kammern, für den ganzen Umfang der Monarchie, mit Ausnahme der auf dem linken Rheinufer belegenen Landesteile, was folgt:

§ 1. Jeder Grundeigentümer, sowie jeder Lehns- und Fideikommißbesitzer ist befugt, einzelne Gutsparzellen gegen Auferlegung fester, nach den Vorschriften der Ablösungs-Ordnung ablösbarer Geldabgaben oder gegen Feststellung eines Kauf-

geldes auch ohne Einwilligung der Lehns- und Fideikommißberechtigten, Hypotheken- und Realgläubiger zu veräußern, sofern bei landschaftlich beliehenen Gütern die Kreditdirektion, bei anderen die Auseinandersetzungs-Behörde bescheinigt, daß die Abveräußerung den gedachten Interessenten unschädlich sei.

§ 2. Ein solches Unschädlichkeitszeugnis darf nur erteilt werden, wenn das Trennstück im Verhältnis zu dem Hauptgute von geringem Wert und Umfang ist, und wenn die auferlegte Geldabgabe oder das verabredete Kaufgeld den Ertrag oder den Wert des Trennstücks erreicht.

§ 3. Das veräußerte Trennstück scheidet aus dem Realverbande des Hauptgutes, zu welchem dasselbe bis dahin gehört hat, aus, und die demselben auferlegte Geldabgabe, sowie das verabredete Kaufgeld treten in Beziehung auf die Lehns- und Fideikommißberechtigten, Hypotheken- und Realgläubiger des Hauptgutes an die Stelle des Trennstücks.

§ 4. Hinsichtlich der Verwendung der festgesetzten Kaufgelder in das Hauptgut kommen die gesetzlichen Vorschriften über die Verwendung der Ablösungs-Kapitalien zur Anwendung.

§ 5. Alle Bestimmungen, welche den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes entgegenstehen oder sich mit denselben nicht vereinigen lassen, werden außer Kraft gesetzt.

Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 13. April 1841, über den erleichterten Austausch einzelner Parzellen von Grundstücken.

Vom 27. Juni 1860.

Wir Wilhelm ꝛc. ꝛc., Regent, verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, für den ganzen Umfang, mit Ausnahme der zum Bezirke des Rheinischen Appellationsgerichtshofes gehörigen Landesteile, der Hohenzollernschen Lande und des Jadegebiets, was folgt:

§ 1. Das Gesetz vom 13. April 1841 über den erleichterten Austausch einzelner Parzellen von Grundstücken (Gesetz-Samml. für das Jahr 1841 S. 79) wird hierdurch aufgehoben. An dessen Stelle treten nachstehende Bestimmungen.

§ 2. Jeder Grundeigentümer, sowie jeder Lehns- und Fideikommißbesitzer, ist befugt, einzelne Gutsparzellen gegen andere Grundstücke auch ohne Einwilligung der Lehns- und Fideikommißberechtigten, Hypotheken- und Realgläubiger zu vertauschen, sofern bei landschaftlich beliehenen Gütern die Kreditdirektion, bei anderen die Auseinandersetzungsbehörde bescheinigt, daß der Tausch den gedachten Interessenten unschädlich sei.

§ 3. Ein solches Unschädlichkeitsattest darf nur erteilt werden, wenn die abzutretende Parzelle, im Verhältnis zu dem Gute, von welchem sie abgetreten werden soll, von geringem Werte und Umfange ist und das letztere durch den Tausch an Wert nicht verliert.

Sind diese Bedingungen bei dem einen der beiden Güter, zwischen denen der Austausch bewirkt werden soll, vorhanden, bei dem andern aber nicht, so ist nur bei jenem das gegenwärtige Gesetz anzuwenden, für das andere bleibt es bei den allgemeinen Gesetzen, nach welchen die Einwilligung der einzelnen Real-, Lehns- und Fideikommißberechtigten ꝛc. erforderlich ist.

§ 4. Wenn der Wert der abzutretenden Parzelle mehr beträgt als der Wert des einzutauschenden Grundstücks, so ist eine

Ausgleichung durch Kapitalzahlung zulässig.

Hinsichtlich der Verwendung solcher Kapitalien in das Hauptgut kommen die gesetzlichen Vorschriften über die Verwendung der Ablösungskapitalien zur Anwendung.

§ 5. Die abgetretene Parzelle scheidet aus dem Realverbande des Gutes, zu welchem solche bis dahin gehört hat, aus, und das eingetauschte Grundstück tritt in Beziehung auf die Lehns- und Fideikommißberechtigten Hypotheken- und Realgläubiger an die Stelle der abgetretenen Parzelle.

§ 6. Alle Bestimmungen, welche mit den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes in Widerspruch stehen, oder sich mit denselben nicht vereinigen lassen, werden außer Kraft gesetzt.

Gesetz, betreffend die Erleichterung unentgeltlicher Abtretungen einzelner Gutsteile oder Zubehörstücke zu öffentlichen Zwecken.

Vom 15. Juli 1890.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtags der Monarchie, für den Geltungsbereich des Gesetzes vom 3. März 1850 und des Gesetzes vom 25. März 1889, betreffend den erleichterten Abverkauf kleiner Grundstücke, hierdurch, was folgt:

§ 1. Jeder Grundeigentümer, sowie jeder Lehns- und Fideikommißbesitzer ist befugt, einzelne Gutsparzellen auch ohne Einwilligung der Lehns- und Fideikommißberechtigten, der Hypotheken- und Realgläubiger zu öffentlichen Zwecken unentgeltlich zu veräußern, sofern bei landschaftlich beliehenen Gütern die Kreditdirektion, bei anderen die Auseinandersetzungsbehörde bescheinigt, daß die Abveräußerung den gedachten Interessenten unschädlich sei.

Ein solches Unschädlichkeitszeugnis darf nur erteilt werden, wenn das abzutretende Trennstück im Verhältnis zu dem Hauptgute von geringem Wert und Umfange ist, und wenn die durch die öffentliche Anlage herbeigeführte Wertserhöhung des Hauptgutes den Wert des Trennstücks erreicht.

§ 2. Die schulden- und lastenfreie Abschreibung des unentgeltlich abgetretenen Trennstücks vom Grundbuchblatte des Hauptgutes kann erfolgen, wenn die Auseinandersetzungsbehörde bescheinigt hat, daß mit der Ausführung der öffentlichen Anlage begonnen sei.

§ 3. Die Unschädlichkeitsatteste, welche auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes, und solche, welche auf Grund des Gesetzes vom 25. März 1889 (Gesetz-Sammlung S. 65) bezüglich der im § 1 Nr. 3 daselbst bezeichneten Geschäfte ausgestellt werden, sind stempel- und gebührenfrei.

§ 4. Den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes unterliegen auch die vor dem Inkrafttreten desselben stattgefundenen unentgeltlichen Abtrennungen einzelner Gutsteile oder Zubehörstücke zu öffentlichen Zwecken.

Gesetz, über die Eisenbahn-Unternehmungen.

Vom 3. November 1838.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc.

haben für nötig erachtet, über die Eisenbahn-Unternehmungen und insbesondere über die Verhältnisse der Eisenbahn-Gesellschaften zum Staate und zum Publikum allgemeine Bestimmungen zu treffen, und verordnen demnach auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsrats, wie folgt:

§ 1. Jede Gesellschaft, welche die Anlegung einer Eisenbahn beabsichtigt, hat sich an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu wenden, und demselben die Hauptpunkte der Bahnlinie, sowie die Größe des zu der Unternehmung bestimmten Aktienkapitals genau anzugeben. Findet sich gegen die Unternehmung im allgemeinen nichts zu erinnern, so ist der Plan derselben, nach den bereits erteilten und künftig etwa noch zu erlassenden Instruktionen einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen. Wird infolge dieser Prüfung Unsere landesherrliche Genehmigung erteilt, so hat das Ministerium der öffentlichen Arbeiten unter Eröffnung der etwa nötig befundenen besonderen Bedingungen und Maßgaben eine Frist festzusetzen, binnen welcher der Nachweis zu führen ist, daß das bestimmte Aktienkapital gezeichnet und die Gesellschaft nach einem unter den Aktienzeichnern vereinbarten Statute wirklich zusammengetreten sei.

§ 2. Hinsichtlich der Aktien und der Verpflichtungen der Aktienzeichner finden folgende Grundsätze Anwendung:

1. die Aktien dürfen auf den Inhaber gestellt werden;
2. die Ausgabe der Aktien darf vor Einzahlung des ganzen Nominalbetrages derselben nicht erfolgen, und ebenso wenig die Erteilung auf den Inhaber gestellten Promessen, Interimsscheine ꝛc. Ueber Privatzahlungen dürfen nur Quittungen, auf den Namen lautend, erteilt werden;
3. der Zeichner der Aktie ist für die Einzahlung von 40 Prozent des Nominalbetrages der Aktie unbedingt verhaftet; von dieser Verpflichtung kann derselbe weder durch Uebertragung seines Anrechts auf einen dritten sich befreien, noch seitens der Gesellschaft entbunden werden. Für den Fall, daß die ausgeschriebenen Partialzahlungen in Rückstand bleiben, ist die Bestimmung von Konventionalstrafen, ohne Rücksicht auf die sonst hinsichtlich deren Höhe gesetzlich bestehenden Beschränkungen, zulässig;
4. nach Einzahlung von 40 Prozent hat die Gesellschaft, wenn der ursprüngliche Zeichner der Aktie sein Anrecht auf einen anderen übertragen hat, die Wahl, ob sie
   a) den ursprünglichen Zeichner seiner Verpflichtung entlassen und sich lediglich an den Cessionar halten, oder
   b) der Abtretung ungeachtet, den ursprünglichen Zeichner noch ferner in Anspruch nehmen will, in welchem Fall die Gesellschaft gegen den Cessionar keinen Anspruch hat.

   Der hierüber von dem Vorstande der Gesellschaft zu fassende Beschluß ist beim Ausschreiben der nächsten Partialzahlung bekannt zu machen.
5. Bei jeder folgenden Cession treten dieselben Bestimmungen ein, welche unter 4. für die erste gegeben worden sind.
6. Wenn nach Einzahlung von 40 Prozent die ferneren Partialzahlungen nicht eingehen, so ist die Gesellschaft berechtigt, entweder
   a) den Zahlungspflichtigen weiter in Anspruch zu nehmen, oder

b) denselben, unter Aufhebung seiner Verpflichtung gegen die Gesellschaft, des bereits Gezahlten und aller Rechte aus den bisherigen Zahlungen verlustig zu erklären. Bis zu dem Betrage, mit welchem die auf diese Weise ausscheidenden Interessenten beteiligt waren, dürfen neue Aktienzeichnungen zugelassen werden.

§ 3. Das Statut ist zu Unserer landesherrlichen Bestätigung einzureichen; es muß jedoch zuvor der Bauplan im wesentlichen festgestellt worden sein.

So lange die Bestätigung nicht erfolgt ist, bestimmen sich die Verhältnisse der Gesellschaft und ihrer Vertreter nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften über Gesellschafts- und Mandats-Verträge. Mittelst der Bestätigung des Statuts, welches durch das Amtsblatt[1]) zu publizieren ist, werden der Gesellschaft die Rechte einer Korporation oder einer anonymen Gesellschaft erteilt.

§ 4. Die Genehmigung der Bahnlinie in ihrer vollständigen Durchführung durch alle Zwischenpunkte wird dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten vorbehalten, ebenso sind die Verhältnisse der Konstruktion, sowohl der Bahn als der anzuwendenden Fahrzeuge, an diese Genehmigung gebunden. Alle Vorarbeiten zur Begründung der Genehmigung hat die Gesellschaft auf ihre Kosten zu beschaffen.

§ 5. Die Anlage von Zweigbahnen kann ebenso wie die von neuen Eisenbahnen überhaupt nur mit Unserer landesherrlichen Genehmigung stattfinden.

§ 6. Zur Emission von Aktien über die ursprünglich festgesetzte Zahl hinaus ist Unsere Genehmigung notwendig. Die Aufnahme von Geldbarlehnen (womit der Kauf auf Kredit nicht gleichgestellt werden soll) bedarf der Zustimmung des Ministeriums für die öffentlichen Arbeiten, welches dieselbe an die Bedingung eines festzustellenden Zins- und Tilgungsfonds zu knüpfen befugt ist.

§ 7. Die Gesellschaft ist befugt, die für das Unternehmen erforderlichen Grundstücke ohne Genehmigung einer Staatsbehörde zu erwerben; zur Gültigkeit der Veräußerung von Grundstücken ist jedoch die Genehmigung der Regierung nötig.

§§ 8 bis 13.[2])

§ 14. Außer der Geldentschädigung ist die Gesellschaft auch zur Einrichtung und Unterhaltung aller Anlagen verpflichtet, welche die Regierung an Wegen, Ueberfahrten, Triften, Einfriedigungen, Bewässerungs- oder Vorfluts-Anlagen ꝛc. nötig findet, damit die benachbarten Grundbesitzer gegen Gefahren und Nachteile in Benutzung ihrer Grundstücke gesichert werden.

Entsteht die Notwendigkeit solcher Anlagen erst nach Eröffnung der Bahn durch eine mit den benachbarten Grundstücken vorgehende Veränderung, so ist die Gesellschaft zwar auch zu deren Einrichtung und Unterhaltung verpflichtet, jedoch nur auf Kosten der dabei interessierten Grundbesitzer, welche deshalb auf Verlangen der Gesellschaft Kaution zu bestellen haben.

§§ 15 bis 19.[2])

§ 20. Für alle Entschädigungs-Ansprüche, welche infolge der Bahnanlage an den Staat gemacht, und entweder von der Gesellschaft selbst anerkannt, oder unter ihrer Zuziehung richterlich festgestellt werden, ist die Gesellschaft verpflichtet.

§ 21. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten wird nach vorgängiger Vernehmung der Gesellschaft die Fristen bestimmen, in welchen die Anlage fortschreiten und vollendet werden soll, und kann für deren Einhaltung sich Bürgschaften stellen lassen. Im Falle der Nichtvollendung binnen der bestimmten

[1]) Man vergleiche § 1 Nr. 5 des Gesetzes, betreffend die Bekanntmachung landesherrlicher Erlasse durch die Amtsblätter. Vom 10. April 1872 (s. o. S. 702).

[2]) Die §§ 8 bis 13 und 15 bis 19 sind ersetzt durch das Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum, vom 11. Juni 1874 (s. o. S. 439 ff.).

Zeit bleibt vorbehalten, die Anlage, so wie sie liegt, für Rechnung der Gesellschaft unter der Bedingung zur öffentlichen Versteigerung zu bringen, daß dieselbe von den Ankäufern ausgeführt werde. Es muß jedoch dem Antrage auf Versteigerung die Bestimmung einer schließlichen Frist von sechs Monaten zur Vollendung der Bahn vorangehen.

---

§ 22. Die Bahn darf dem Verkehr nicht eher eröffnet werden, als nach vorgängiger Revision der Anlage von dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten die Genehmigung dazu erteilt worden.

---

§ 23. Die Handhabung der Bahnpolizei wird, nach einem darüber von dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu erlassenden Reglement, der Gesellschaft übertragen. Das Reglement wird zugleich das Verhältnis der mit diesem Geschäft beauftragten Beamten der Gesellschaft näher festsetzen.

---

§ 24. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Bahn nebst den Transport-Anstalten fortwährend in solchem Stande zu erhalten, daß die Beförderung mit Sicherheit und auf die der Bestimmung des Unternehmens entsprechende Weise erfolgen könne, sie kann hierzu im Verwaltungswege angehalten werden.

---

§ 25.[1]) Die Gesellschaft ist zum Ersatz verpflichtet für allen Schaden, welcher bei der Beförderung auf der Bahn, an den auf derselben beförderten Personen und Gütern, oder auch an anderen Personen und deren Sachen entsteht, und sie kann sich von dieser Verpflichtung nur durch den Beweis befreien, daß der Schaden entweder durch die eigene Schuld des Beschädigten, oder durch einen unabwendbaren äußeren Zufall bewirkt worden ist. Die gefährliche Natur der Unternehmung selbst ist als ein solcher, von dem Schadensersatz befreiender Zufall nicht zu betrachten.[2])

---

§ 26. Für die ersten drei Jahre nach dem auf die Eröffnung der Bahn folgenden 1. Januar wird, vorbehaltlich der Bestimmungen des § 45, der Gesellschaft das Recht zugestanden, ohne Zulassung eines Konkurrenten, den Transportbetrieb allein zu unternehmen und die Preise sowohl für den Personen- als für den Warentransport nach ihrem Ermessen zu bestimmen. Die Gesellschaft muß jedoch

1. den angenommenen Tarif beim Beginn des Transportbetriebes und die späteren Aenderungen sofort bei deren Eintritt, im Falle der Erhöhung aber sechs Wochen vor Anwendung derselben, der Regierung anzeigen und öffentlich bekannt machen, und
2. für die angesetzten Preise alle zur Fortschaffung aufgegebene Waren, ohne Unterschied der Interessenten, befördern, mit Ausnahme solcher Waren, deren Transport auf der Bahn durch das Bahn-Reglement oder sonst polizeilich für unzulässig erklärt ist.

---

§ 27. Nach Ablauf der ersten drei Jahre können zum Transportbetriebe auf der Bahn, außer der Gesellschaft selbst, auch andere gegen Entrichtung des Bahngeldes oder der zu regulierenden Vergütung (§§ 28—31 vergl. mit § 45), die Befugnis erlangen, wenn das Ministerium der öffentlichen Arbeiten nach Prüfung aller Verhältnisse angemessen findet, denselben eine Konzession zu erteilen.

---

[1]) Man vergleiche Artikel 105 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

[2]) Gesetz, betreffend einen Zusatz zu § 25 des Gesetzes über die Eisenbahn-Unternehmungen vom 3. November 1838, vom 3. Mai 1869.

Einziger Artikel. Die Eisenbahnen sind nicht befugt, die Anwendung der im § 25 des Gesetzes über die Eisenbahn-Unternehmungen vom 3. Nov. 1838 enthaltenen Bestimmungen über ihre Verpflichtung zum Ersatze des Schadens, welcher bei der Beförderung auf der Bahn an den auf derselben beförderten Personen oder auch an anderen Personen entsteht, zu ihrem Vorteile durch Verträge (mittelst Reglements oder durch besondere Uebereinkunft) im voraus auszuschließen oder zu beschränken. Vertragsbestimmungen, welche dieser Vorschrift entgegenstehen, haben keine rechtliche Wirkung.

§ 28. Auf solche Konkurrenten sind, in Ansehung der Bahnpolizei, der guten Erhaltung ihrer Anstalten, sowie der Verpflichtung zum Schadenersatz, dieselben Bestimmungen anzuwenden, welche in den §§ 23, 24, 25 für die ursprüngliche Gesellschaft gegeben sind.

---

§ 29. Die Höhe des Bahngeldes, zu dessen Forderung die Gesellschaft, in Ermangelung gütlicher Einigung mit den Transport-Unternehmern berechtigt ist, wird in der Art festgesetzt, daß durch dessen Entrichtung, unter Zugrundelegung der wirklichen Erträge aus den letztverflossenen Jahren,

1. die Kosten der Unterhaltung und Verwaltung der Bahn nebst Zubehör (mit Ausschluß der das Transport-Unternehmen angehenden Betriebs- und Verwaltungskosten) bestritten,
3. der statutenmäßige Beitrag zur Ansammlung eines Reservefonds für außergewöhnliche, die Bahn und Zubehör betreffende Ausgaben aufgebracht,
3. die von der Gesellschaft zu übernehmenden Lasten (einschließlich der im § 38 gedachten) gedeckt werden können; woneben außerdem
4. der Gesellschaft an Zinsen und Gewinn ein, der bisherigen Nutzung entsprechender Reinertrag des auf die Bahn und Zubehör verwendeten Anlage-Kapitals zu gewähren bleibt, mit der weiteren Maßgabe jedoch, daß dieser Reinertrag, auch wenn die Erträge der verflossenen Jahre eine höhere Nutzung des Anlage-Kapitals gewährt hätten, nicht höher als zu 10 Prozent des letzteren, dagegen umgekehrt, auch wenn die Erträge der Vorjahre sich nicht so hoch belaufen hätten, nicht geringer als zu 6 Prozent des Anlage-Kapitals in Ansatz kommen soll. Zum Anlage-Kapital sind auch alle spätere wesentliche, von der Regierung als solche anerkannte Meliorationen zu rechnen, insoweit dieselben durch Erweiterung des Grundkapitals bewirkt worden sind.

---

§ 30. Die Berechnung des Bahngeldes geschieht in folgender Weise:

1. Aus den von der Gesellschaft im letzten Vierteljahr der ersten Betriebsperiode vorzulegenden Rechnungen der verflossenen $2^3/_4$ Jahre ist zunächst der bis dahin durchschnittlich gewonnene Reinertrag eines Jahres zu ermitteln. Dieser Reinertrag wird nach Verhältnis der auf die Bahn und deren Zubehör und auf das Fuhr- und Transport-Unternehmen nebst dem dazu gehörigen Inventar verwendeten Anlage-Kapitalien verteilt, und der hiervon auf die Bahn und deren Zubehör fallende Anteil, mit Berücksichtigung der im § 29 Nr. 4 gegebenen Vorschriften, für den Reinertrag der Bahn angenommen. Der sonach festgestellte Reinertrag der Bahn und der jährliche Durchschnittsbetrag der in dem § 29 Nr. 1—3 bezeichneten Ausgabe-Positionen zusammen genommen bilden die Teilungssumme, welche der Festsetzung des Bahngeldes zum Grunde zu legen ist.
2. Die Frequenz der Bahn ist nach der Einnahme an Personen- und Frachtgeld zu berechnen, und hierbei entweder die Zentnerzahl der Güterfracht nach Verhältnis des Personengeldes zum Frachtgelde auf Personen-Einheiten, oder auch die Personenzahl nach demselben Verhältnis auf Zentner-Einheiten zu reduzieren.
3. Die zu 1. ermittelte Summe, durch die Zahl des auf Personen- oder Zentner-Einheiten reduzierten Fuhr- und Transportbetriebes zu 2. geteilt, ergiebt die Höhe des zu entrichtenden Bahngeldes für eine Person oder einen Zentner Ware.

   Haben bei einer Bahn verschiedene Sätze des Personengeldes oder für den Gütertransport stattgefunden, so soll bei der Reduktion zu 2. hinsichtlich des Personengeldes überall nur der niedrigste Satz, hinsichtlich des Güter-Transports aber ein Durchschnittssatz angenommen werden.
4. Die schließliche Feststellung des Bahngeldes für Personen und Güter erfolgt demnächst in dem bei der Reduktion auf Personen- oder Zentner-Einheiten zum Grunde gelegten Verhältnisse, mit Rücksicht auf die Ver-

schiedenheit der bisherigen Sätze für den Güter-Transport.

§ 31. Das Bahngeld ist in bestimmten Perioden, welche das Ministerium der öffentlichen Arbeiten für jede Eisenbahn auf wenigstens drei und höchstens zehn Jahre festzusetzen hat, von Neuem zu regulieren. Die Gesellschaft darf das festgesetzte Bahngeld nicht überschreiten, wohl aber vermindern. Sowohl der für die ganze Periode festgesetzte Tarif, als diese in der Zwischenzeit eintretenden Veränderungen, sind öffentlich bekannt zu machen und auf alle Transporte ohne Unterschied der Unternehmer gleichmäßig anzuwenden. Enthält der neue Tarif eine Erhöhung des Bahngeldes, so kann diese erst sechs Wochen nach der Bekanntmachung zur Anwendung kommen.

§ 32. Es bleibt der Gesellschaft überlassen, nachdem die Regulierung des Bahngeld-Tarifs nach §§ 29 und 30 erfolgt ist, die Preise, welche sie für die Beförderung an Fuhrlohn neben dem Bahngelde erheben will, nach ihrem Ermessen anzusetzen; es dürfen solche jedoch nicht auf einen höheren Reinertrag als 10 Prozent des in dem Transport-Unternehmen angelegten Kapitals berechnet werden.

Die Gesellschaft ist hierbei verpflichtet:

1. den Fracht-Tarif (sowohl für den Waren- als für den Personen-Transport), welcher nachher ohne Zustimmung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten nicht erhöht werden darf, so wie demnächst die innerhalb der tarifmäßigen Sätze vorgenommenen Aenderungen, und zwar im Falle einer Erhöhung früher ermäßigter Sätze sechs Wochen vor Anwendung derselben der Regierung anzuzeigen und öffentlich bekannt zu machen; auch
2. für die angenommenen Sätze alle zur Fortschaffung aufgegebene Waren, deren Transport polizeilich zulässig ist, ohne Unterschied der Interessenten zu befördern.

§ 33. Sofern nach Abzug der das Transport-Unternehmen betreffenden Ausgaben, einschließlich des in dem Statute mit Genehmigung des Ministeriums festzusetzenden jährlichen Beitrags zur Ansammlung eines Reservefonds, für die zuletzt verlaufene Periode sich an Zinsen und Gewinn ein Reinertrag von mehr als zehn Prozent des in dem Unternehmen angelegten Kapitals ergiebt, müssen die Fuhrpreise in dem Maße herabgesetzt werden, daß der Reinertrag diese zehn Prozent nicht überschreite. Wenn jedoch der Ertrag des Bahngeldes das dafür in § 29 verstattete Maximum von zehn Prozent nicht erreicht, so soll der Ertrag des Transportgeldes zehn Prozent so lange übersteigen dürfen, bis beide Einnahmen zusammengerechnet einen Reinertrag von zehn Prozent der in dem gesamten Unternehmen angelegten Kapitale ergeben.

§ 34. Um die Ausführung der in den §§ 29—33 gegebenen Vorschriften möglich zu machen, ist die Gesellschaft verpflichtet, über alle Teile ihrer Unternehmung genaue Rechnung zu führen und hierin die ihr von dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu gebende Anweisung zu befolgen. Diese Rechnung ist alljährlich bei der vorgesetzten Regierung einzureichen.

§ 35.[1])

§ 36. Die aus dem Postregale entspringenden Vorrechte des Staats, an festgesetzten Tagen und zwischen bestimmten Orten Personen und Sachen zu befördern, gehen, soweit es für den Betrieb der Eisenbahnen nötig ist, die in jenem Regale enthaltene Ausschließung des Privatgewerbes aufzugeben, auf dieselben über, wobei der Postverwaltung die Berechtigung vorbehalten bleibt, die Eisenbahnen zur Beförderung von postmäßigen Versendungen unter den nachfolgenden näheren Bestimmungen zu benutzen:

1. Die Gesellschaft ist verpflichtet, ihren Betrieb, soweit die Natur desselben es gestattet, in die notwendige Uebereinstimmung mit den Bedürfnissen der Postverwaltung zu bringen.
2. Sie übernimmt den unentgeltlichen

[1]) Man vergleiche jetzt § 159 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden, vom 1. August 1883.

Transport der Briefe, Gelder und aller anderen dem Postzwang unterworfenen Güter.

3. Sie übernimmt ferner den unentgeltlichen Transport derjenigen Postwagen, welche nötig sein werden, um die der Post anvertrauten Güter zu befördern.
4. Findet es die Postverwaltung nötig, der Gesellschaft Reisende zur Beförderung zu überweisen, so ist die Gesellschaft verpflichtet, dieselben vorzugsweise vor anderen Personen auf derjenigen Klasse von Bahnwagen, die dazu von der Post für immer bestimmt werden sollen, gegen Entrichtung des gewöhnlichen Personengeldes dieser Wagen, zu befördern.
5. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die mit Post-Freipässen versehenen Personen unentgeltlich zu befördern, vorausgesetzt, daß diese nur einen Teil ihrer Reise auf der Eisenbahn, einen andern Teil aber mit gewöhnlichem Postfuhrwerk zurücklegen.
6. Wird der regelmäßige Postbetrieb auf einer Eisenbahn dergestalt durch die Schuld der Gesellschaft unterbrochen, daß die Postverwaltung ihren Betrieb einstweilen durch andere Anstalten zu besorgen genötigt wird, so ist die Gesellschaft zum Ersatz des hierdurch veranlaßten Kostenaufwandes verpflichtet.

---

§ 37. Wird eine Konkurrenz im Transport auf der Eisenbahn verstattet (§ 27), so sind die Konkurrenten gegen die Post zu denselben Leistungen verpflichtet, wie die ursprünglichen Unternehmer (§ 36). Für die angemessene Verteilung dieser Lasten unter den verschiedenen Unternehmern ist bei Erteilung der Konzession Bedacht zu nehmen.

---

§ 38. Von den Eisenbahnen ist eine Abgabe zu entrichten, welche im Verhältnisse des auf das gesamte Aktien-Kapital, nach Abzug aller Unterhaltungs- und Betriebskosten und des jährlich inne zu behaltenden Beitrags zum Reservefonds, treffenden Ertrags sich abstuft. Die Höhe dieser Abgabe soll aber erst dann reguliert werden, wenn die zweite, innerhalb Unserer Staaten konzessionierte Eisenbahn drei Jahre in vollständigem Betriebe gewesen ist, und dadurch zu einer angemessenen Regulierung die nötigen Erfahrungen gesammelt worden sind; bis dahin ist die Post für den Verlust, welchen sie durch die Eisenbahnen in ihrer Einnahme erweislich erleidet, von jeder Gesellschaft mit Berücksichtigung der im § 36 zum Vorteile der Post bestimmten Leistungen zu entschädigen.

Von der Entrichtung einer Gewerbesteuer bleiben die Eisenbahngesellschaften befreit.

---

§§ 39. 40 sind aufgehoben.

---

§ 41. Sollte künftig eine Konkurrenz in der Transport-Unternehmung bewilligt werden (§ 27), so wird den Konkurrenten gleichfalls eine angemessene Abgabe auferlegt und darüber in der Konzession das Nötige bestimmt werden.

---

§ 42. Dem Staat bleibt vorbehalten, das Eigentum der Bahn mit allem Zubehör gegen vollständige Entschädigung anzukaufen.

Hierbei ist, vorbehaltlich jeder anderweiten, hierüber durch gütliches Einvernehmen zu treffenden Regulierung, nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

1. Die Abtretung kann nicht eher als nach Verlauf von dreißig Jahren, von dem Zeitpunkt der Transporteröffnung an, gefordert werden.
2. Sie kann ebenfalls nur von einem solchen Zeitpunkt an gefordert werden, mit welchem, zufolge des § 31, eine neue Festsetzung des Bahngeldes würde eintreten müssen.
3. Es muß der Gesellschaft die auf Uebernahme der Bahn gerichtete Absicht mindestens ein Jahr vor dem zur Uebernahme bestimmten Zeitpunkte angekündigt werden.
4. Die Entschädigung der Gesellschaft erfolgt sodann nach folgenden Grundsätzen:
   a) Der Staat bezahlt an die Gesellschaft den fünfundzwanzigfachen Betrag derjenigen jährlichen Dividende, welche an sämtliche Aktionäre im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ausbezahlt worden ist.
   b) Die Schulden der Gesellschaft werden ebenfalls vom Staate übernommen und in gleicher Weise,

wie dies der Gesellschaft obgelegen haben würde, aus der Staatskasse berichtigt, wogegen auch alle etwa vorhandenen Aktiv-Forderungen auf die Staatskasse übergehen.

b) Gegen Erfüllung obiger Bedingungen geht nicht nur das Eigentum der Bahn und des zur Transport-Unternehmung gehörigen Inventariums samt allem Zubehör auf den Staat über, sondern es wird demselben auch der von der Gesellschaft angesammelte Reservefonds mit übereignet.

d) Bis dahin, wo die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft nach vorstehenden Grundsätzen reguliert, die Einlösung der Aktien und die Uebernahme der Schulden erfolgt ist, verbleibt die Gesellschaft im Besitze und in der Benutzung der Bahn.

---

§ 43. Für Kriegsbeschädigungen und Demolierungen, es mögen solche vom Feinde ausgehen, oder im Interesse der Landesverteidigung veranlaßt werden, kann die Gesellschaft vom Staat einen Ersatz nicht in Anspruch nehmen.

---

§ 44. Die Anlage einer zweiten Eisenbahn durch andere Unternehmer, welche neben der ersten in gleicher Richtung auf dieselben Orte mit Berührung derselben Hauptpunkte fortlaufen würde, soll binnen einem Zeitraum von dreißig Jahren nach Eröffnung der Bahn nicht zugelassen werden, anderweite Verbesserungen der Kommunikation zwischen diesen Orten und in derselben Richtung sind jedoch hierdurch nicht beschränkt.

---

§ 45. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach der Bestimmung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten den Anschluß anderer Eisenbahn-Unternehmungen an ihre Bahn, es möge die beabsichtigte neue Bahn in einer Fortsetzung, oder in einer Seitenverbindung bestehen, geschehen zu lassen und der sich anschließenden Gesellschaft den eigenen Transportbetrieb auf der früher angelegten Bahn, auch vor Ablauf des im § 26 gedachten Zeitraums, zu gestatten. Sie muß sich gefallen lassen, daß die zu diesem Behuf erforderlichen baulichen Einrichtungen, z. B. die Anlage eines zweiten Geleises, von der sich anschließenden Gesellschaft bewirkt werden. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten wird hierüber, sowie über die Verhältnisse beider Unternehmungen zu einander und besonders wegen der vor Ablauf der ersten drei Jahre (§ 26), statt des Bahngeldes zu entrichtenden Vergütung, das Nötige bei der Konzession des Anschlusses festsetzen.

---

§ 46. Zur Ausübung des Aufsichtsrechts des Staates über das Unternehmen wird, nach Erteilung Unserer Genehmigung (§ 1), ein beständiger Kommissarius ernannt werden, an welchen die Gesellschaft sich in allen Beziehungen zur Staatsverwaltung zu wenden hat. Derselbe ist befugt, ihre Vorstände zusammen zu berufen und deren Zusammenkünften beizuwohnen.

---

§ 47. Die erteilte Konzession wird verwirkt und die Bahn mit den Transportmitteln und allem Zubehör für Rechnung der Gesellschaft öffentlich versteigert, wenn diese eine der allgemeinen oder besonderen Bedingungen nicht erfüllt und eine Aufforderung zur Erfüllung binnen einer endlichen Frist von mindestens drei Monaten ohne Erfolg bleibt.

---

§ 48. Die Bestimmungen dieses Gesetzes über die Verhältnisse der Eisenbahn-Gesellschaften zum Staate und zum Publikum sollen auch bei den Unternehmungen derjenigen Eisenbahn-Gesellschaften, deren Statuten bereits Unsere Genehmigung erhalten haben, zur Anwendung kommen.

---

§ 49. Wir behalten Uns vor, nach Maßgabe der weiteren Erfahrung und der sich daraus ergebenden Bedürfnisse, die im gegenwärtigen Gesetze gegebenen Bestimmungen durch allgemeine Anordnungen oder durch künftig zu erteilende Konzessionen zu ergänzen und abzuändern und nach Umständen denselben auch andere ganz neue Bestimmungen hinzuzufügen. Sollten Wir es für notwendig erachten, auch den bereits konzessionierten oder in Gemäßheit dieses Gesetzes zu konzessionierenden Gesellschaften die Beobachtung

dieser Ergänzungen, Abänderungen oder neuen Bestimmungen aufzulegen, so müssen sie sich denselben gleichfalls unterwerfen. Sollte jedoch durch neue, in diesem Gesetze weder festgesetzte noch vorbehaltene (§ 38) und, sofern von künftig zu konzessionierenden Gesellschaften die Frage ist, später als die ihnen erteilte Konzession erlassene Bestimmungen eine Beschränkung ihrer Einnahmen oder eine Vermehrung ihrer Ausgaben herbeigeführt werden, so ist ihnen eine angemessene Geldentschädigung dafür zu gewähren.

Gesetz, betreffend die Einsetzung von Bezirkseisenbahnräten und eines Landeseisenbahnrates für die Staatseisenbahnverwaltung.

Vom 1. Juni 1882.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

Einleitende Bestimmungen.

§ 1. Zu beirätlicher Mitwirkung in Eisenbahnverkehrsfragen (§§ 6, 14) werden bei den für Rechnung des Staates verwalteten Eisenbahnen errichtet:

a) Bezirkseisenbahnräte als Beiräte der Staatseisenbahndirektionen;
b) ein Landeseisenbahnrat als Beirat der Zentralverwaltung der Staatseisenbahnen.

A. Bezirkseisenbahnräte.

Zahl.

§ 2. Für den Bezirk einer jeden Staatseisenbahndirektion wird ein Bezirkseisenbahnrat errichtet. Auf Anordnung der Minister der öffentlichen Arbeiten, für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten kann jedoch ausnahmsweise statt dessen der Bezirkseisenbahnrat für mehrere Staatseisenbahndirektions-Bezirke errichtet werden.

Zusammensetzung und Wahl.

§ 3. Die Bezirkseisenbahnräte werden aus Vertretern des Handelsstandes, der Industrie, der Land- und Forstwirtschaft zusammengesetzt.

Die Mitglieder, sowie die im Falle der Behinderung von Mitgliedern eintretenden Stellvertreter werden von den Handelskammern, kaufmännischen Korporationen und den landwirtschaftlichen Provinzialvereinen (Zentralbezirksvereinen), sowie von anderen, durch die Minister der öffentlichen Arbeiten, für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zu bestimmenden Korporationen und Vereinen auf drei Jahre gewählt.

Die Zahl der Mitglieder und Stellvertreter, sowie deren Verteilung auf die verschiedenen Interessentenkreise bestimmen die Minister der öffentlichen Arbeiten, für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Zulassung außerpreußischer Teilnehmer.

§ 4. Wo der Bezirk einer Staatseisenbahndirektion außerpreußisches Gebiet — innerhalb des Deutschen Reiches — umfaßt, können auf den Wunsch der beteiligten wirtschaftlichen Kreise unter Zustimmung der betreffenden Regierung auch aus diesem Gebiet Vertreter des Handelsstandes, der Industrie oder der Land- und Forstwirtschaft zur Teilnahme an den Verhandlungen des Bezirkseisenbahnrates zugelassen werden. Die Anzahl derselben und die Art ihrer Einladung bestimmt der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Ausschüsse.

§ 5. Jeder Bezirkseisenbahnrat kann zur Vorbereitung seiner Beratungen einen

ständigen Ausschuß aus seiner Mitte bestellen.

Zuständigkeit.

§ 6. Der Bezirkseisenbahnrat ist von der betreffenden Staatseisenbahndirektion in allen die Verkehrsinteressen des Bezirks oder einzelner Distrikte desselben berührenden wichtigen Fragen zu hören. Namentlich gilt dies von wichtigeren Maßregeln bei der Feststellung oder Abänderung der Fahrpläne und der Tarife.

Der Bezirkseisenbahnrat kann in Angelegenheiten der vorbezeichneten Art auch selbständig Anträge an die Staatseisenbahndirektion richten und von dieser Auskunft verlangen.

Wenn die Eisenbahndirektion wegen Gefahr im Verzuge ohne vorherige Anhörung des Bezirkseisenbahnrates wichtigere zur Beiratszuständigkeit des letzteren gehörige Maßregeln getroffen hat, so muß sie hiervon dem ständigen Ausschusse (§ 5) und dem Bezirkseisenbahnrate bei deren nächstem Zusammentritt Mitteilung machen.

Geschäftsordnung.

§ 7. Der Geschäftsgang des Bezirkseisenbahnrates und des Ausschusses, sowie die Organisation des letzteren wird durch ein von dem Minister der öffentlichen Arbeiten zu genehmigendes Regulativ, welches der Bezirkseisenbahnrat entwirft, geordnet.

Das Regulativ hat auch die erforderlichen Bestimmungen über den Vorsitz im Bezirkseisenbahnrat und Ausschuß, sowie über die periodischen Sitzungen des ersteren zu treffen.

Es muß eine wenigstens zweimal im Jahre stattfindende Zusammenberufung des Bezirkseisenbahnrates anordnen.

Zuziehung anderer Eisenbahnverwaltungen und Staatsbehörden.

§ 8. Den Sitzungen des Bezirkseisenbahnrates können auf Einladung des Präsidenten der Staatseisenbahndirektion auch Vertreter anderer Eisenbahnverwaltungen oder Staatsbehörden beiwohnen.

Vorerhebungen.

§ 9. Erachtet der Bezirkseisenbahnrat bei seiner Beschlußfassung Vorerhebungen für erforderlich, so erfolgen dieselben durch die betreffende Staatseisenbahndirektion.

B. Landeseisenbahnrat.

Zusammensetzung.

§ 10. Der Landeseisenbahnrat besteht:

a) aus einem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter;
   dieselben werden vom Könige und zwar auf die Dauer von drei Jahren ernannt;
b) aus drei von dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, drei von dem Minister für Handel und Gewerbe, zwei von dem Minister der Finanzen, sowie zwei von dem Minister der öffentlichen Arbeiten für die Dauer von drei Jahren berufenen Mitgliedern, nebst einer gleichen Anzahl von Stellvertretern; ausgeschlossen sind unmittelbare Staatsbeamte;
c) aus je einem Mitgliede für den Regierungsbezirk Kassel, den Regierungsbezirk Wiesbaden, die Stadt Berlin und die Stadt Frankfurt a. M.; aus je zwei Mitgliedern für die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Posen, Schleswig-Holstein, Hannover; aus je drei Mitgliedern für die Provinzen Schlesien, Sachsen, Westfalen und die Rheinprovinz, nebst einer gleichen Anzahl von Stellvertretern.

Dieselben werden durch die Bezirkseisenbahnräte aus den Kreisen der Land- und Forstwirtschaft, der Industrie oder des Handelsstandes innerhalb der Provinz, beziehungsweise des Regierungsbezirks oder der Stadt auf die Dauer von drei Jahren gewählt, nach Maßgabe eines durch Königliche Verordnung festgestellten Verteilungsplanes.

Zuziehung von Sachverständigen.

§ 11. Dem Minister der öffentlichen Arbeiten bleibt es vorbehalten, in geeigneten Fällen Spezialsachverständige bei den Beratungen behufs Auskunfterteilung zuzuziehen.

Ausschuß.

§ 12. Aus seiner Mitte bestellt der Landeseisenbahnrat einen ständigen Ausschuß zur Vorbereitung seiner Beratungen.

Zusammensetzung des Ausschusses.

§ 13. Der Ausschuß besteht aus dem Vorsitzenden des Landeseisenbahnrates oder dessen Stellvertreter (§ 10 Litt. a), und vier von dem Landeseisenbahnrate aus seiner Mitte erwählten Mitgliedern und vier Stellvertretern.

Zuständigkeit des Landeseisenbahnrates.

§ 14. Dem Landeseisenbahnrate sind zur Aeußerung vorzulegen:

1. die dem Entwurf des Staatshaushalts-Etats beizufügende Uebersicht der Normaltransportgebühren für Personen und Güter;
2. die allgemeinen Bestimmungen über die Anwendung der Tarife (allgemeine Tarifvorschriften nebst Güterklassifikation);
3. die Anordnungen wegen Zulassung oder Versagung von Ausnahme- und Differenzialtarifen (unregelmäßig gebildeten Tarifen);
4. Anträge auf allgemeine Aenderungen der Betriebs- und Bahnpolizei-Reglements, soweit sie nicht technische Bestimmungen betreffen.

Auch hat der Landeseisenbahnrat in allen wichtigeren, das öffentliche Verkehrswesen der Eisenbahnen berührenden Fragen auf Verlangen des Ministers der öffentlichen Arbeiten sein Gutachten zu erstatten.

Der Landeseisenbahnrat kann in Angelegenheiten der vorbezeichneten Art auch selbständige Anträge an den Minister der öffentlichen Arbeiten richten und von diesem Auskunft verlangen.

Berufung des Landeseisenbahnrates.

§ 15. Der Landeseisenbahnrat wird von dem Minister der öffentlichen Arbeiten nach Bedürfnis, mindestens aber zweimal im Jahre, nach Berlin berufen.

Die Tagesordnung für die Sitzungen, insoweit dieselbe Gegenstände der im § 14 bezeichneten Art umfaßt, ist mindestens acht Tage vorher von dem Vorsitzenden zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Nachträgliche Mitteilung vorläufiger Anordnungen der Staatsregierung an den Landeseisenbahnrat und Ausschuß.

§ 16. Die von der Staatsregierung bei Gefahr im Verzuge ohne vorherige Anhörung des Landeseisenbahnrates in Angelegenheiten der im § 14 bezeichneten Art getroffenen Anordnungen sind dem Ausschusse und dem Landeseisenbahnrate bei dem nächsten Zusammentritt mitzuteilen.

Geschäftsordnung.

§ 17. Der Geschäftsgang in den Sitzungen des Landeseisenbahnrates wird durch ein von diesem zu entwerfendes und von dem Staatsministerium zu genehmigendes Regulativ geordnet.

Der Ausschuß regelt seine Geschäftsordnung selbständig.

Vorerhebungen.

§ 18. Erachtet der Landeseisenbahnrat oder der Ausschuß Vorerhebungen für erforderlich, so erfolgen dieselben durch den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Mitteilung der Verhandlungen des Landeseisenbahnrates an den Landtag.

§ 19. Die Verhandlungen des Landeseisenbahnrates werden von dem Minister der öffentlichen Arbeiten unter Beifügung einer übersichtlichen Darstellung des Ergebnisses und der darauf getroffenen Entscheidungen ebenso wie die Normaltransportgebühren für Personen und Güter dem Landtage regelmäßig mitgeteilt.

Festsetzung der Normaltransportgebühren.

§ 20. Unbeschadet der dem Reiche verfassungsmäßig zustehenden Einwirkung auf das Eisenbahntarifwesen können Erhöhungen der für die einzelnen Klassen des Gütertarifschemas zur Zeit der Publikation dieses Gesetzes bestehenden Normal-(Maximal-)Transportgebühren, soweit sie nicht zum Zwecke der Herstellung der Gleichmäßigkeit der Tarife oder infolge von Aenderungen des Tarifschemas vorgenommen werden, nur durch Gesetz erfolgen.

Freie Fahrt und Diäten.

§ 21. Die Mitglieder des Landeseisenbahnrates und die seitens des Ministers der öffentlichen Arbeiten zugezogenen Sachverständigen (§ 11) erhalten für die Reise nach und von dem Orte der Sitzung sowie für die Dauer der Sitzung täglich je 15 Mark, soweit dieselben nicht schon

anderweit Diäten aus der Staatskasse beziehen.

Auch erhalten dieselben sowie auch die Mitglieder der Bezirkseisenbahnräte behufs Teilnahme an der Sitzung freie Fahrt in beliebiger Wagenklasse für die Reisen nach und von dem Orte der Sitzung.

Erlöschen der Mitgliedschaft im Bezirkseisenbahnrate und Landeseisenbahnrate.

§ 22. Jeder in der Person eines Mitgliedes des Bezirkseisenbahnrates, oder des Landeseisenbahnrates (§ 10 Litt. b und c) eintretende Umstand, durch welchen dasselbe zur Bekleidung öffentlicher Aemter dauernd oder auf Zeit unfähig wird, ebenso wie die Eröffnung des Konkurses über das Vermögen solcher Mitglieder, hat das Erlöschen der Mitgliedschaft zur Folge.

Scheidet aus dieser Veranlassung oder durch Tod oder Verzicht ein Mitglied vor Ablauf der Periode, für welche dasselbe gewählt oder berufen ist, aus, so ist für den Rest der Periode ein neues Mitglied zu wählen, beziehungsweise zu berufen.

§ 23. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1883 in Kraft.

Gesetz über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen.

Vom 28. Juli 1892.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

I. Kleinbahnen.

§ 1. Kleinbahnen sind die dem öffentlichen Verkehre dienenden Eisenbahnen, welche wegen ihrer geringen Bedeutung für den allgemeinen Eisenbahnverkehr dem Gesetze über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 (Gesetz-Samml. S. 505) nicht unterliegen.

Insbesondere sind Kleinbahnen der Regel nach solche Bahnen, welche hauptsächlich den örtlichen Verkehr innerhalb eines Gemeindebezirks oder benachbarter Gemeindebezirke vermitteln, sowie Bahnen, welche nicht mit Lokomotiven betrieben werden.

Ob die Voraussetzung für die Anwendbarkeit des Gesetzes vom 3. November 1838 vorliegt, entscheidet auf Anrufen der Beteiligten das Staatsministerium.

---

§ 2. Zur Herstellung und zum Betriebe einer Kleinbahn bedarf es der Genehmigung der zuständigen Behörde. Dasselbe gilt für wesentliche Erweiterungen oder sonstige wesentliche Aenderungen des Unternehmens, der Anlage oder des Betriebes. Diese Genehmigung ist zu versagen, wenn die Erweiterung oder Aenderung die Unterordnung des Unternehmens unter das Gesetz vom 3. November 1838 bedingt.

§ 3. Zur Erteilung der Genehmigung ist zuständig:

1. wenn der Betrieb ganz oder teilweise mit Maschinenkraft beabsichtigt wird: der Regierungspräsident, für den Stadtkreis Berlin der Polizeipräsident, im Einvernehmen mit der von dem Minister der öffentlichen Arbeiten bezeichneten Eisenbahnbehörde;
2. in allen übrigen Fällen, und zwar:
   a) sofern Kunststraßen, welche nicht als städtische Straßen in der Unterhaltung und Verwaltung von Stadtkreisen stehen, benutzt oder von der Bahn mehrere Kreise oder nicht preußische Landesteile berührt werden sollen: der Regierungspräsident, im ersten Falle für den Stadtkreis Berlin der Polizeipräsident,
   b) sofern mehrere Polizeibezirke desselben Landkreises berührt werden: der Landrat,
   c) sofern das Unternehmen innerhalb eines Polizeibezirks verbleibt: die Ortspolizeibehörde.

Wenn die zum Betriebe mit Maschinenkraft einzurichtende Bahn die Bezirke mehrerer Landespolizeibehörden berührt, oder

in dem Falle der Nr. 2a die betreffenden Kreise nicht in demselben Regierungsbezirke liegen, bezeichnet der Oberpräsident, falls jedoch die Landespolizeibezirke beziehungsweise Kreise verschiedenen Provinzen angehören, oder Berlin beteiligt ist, der Minister der öffentlichen Arbeiten im Einvernehmen mit dem Minister des Innern die zuständige Behörde.

Die Zuständigkeit zur Genehmigung von wesentlichen Erweiterungen oder sonstigen wesentlichen Aenderungen des Unternehmens, der Anlage und des Betriebes regelt sich so, als ob das Unternehmen in der nunmehr geplanten Art neu zu genehmigen wäre. Jedoch bleibt zur Genehmigung von Aenderungen des Betriebes der in Absatz 1 Nr. 1 erwähnten Unternehmungen diejenige Behörde zuständig, welche die Genehmigung zum Bau und Betriebe erteilt hat.

---

§ 4. Die Genehmigung wird auf Grund vorgängiger polizeilicher Prüfung erteilt. Diese Prüfung beschränkt sich auf:

1. die betriebssichere Beschaffenheit der Bahn und der Betriebsmittel,
2. den Schutz gegen schädliche Einwirkungen der Anlage und des Betriebes,
3. die technische Befähigung und Zuverlässigkeit der in dem äußeren Betriebsdienste anzustellenden Bediensteten,
4. die Wahrung der Interessen des öffentlichen Verkehrs.

---

§ 5. Dem Antrage auf Erteilung der Genehmigung sind die zur Beurteilung des Unternehmens in technischer und finanzieller Hinsicht erforderlichen Unterlagen, insbesondere ein Bauplan, beizufügen.

---

§ 6. Soweit ein öffentlicher Weg benutzt werden soll, hat der Unternehmer die Zustimmung der aus Gründen des öffentlichen Rechtes zur Unterhaltung des Weges Verpflichteten beizubringen.

Der Unternehmer ist mangels anderweitiger Vereinbarung zur Unterhaltung und Widerherstellung des benutzten Wegeteiles verpflichtet und hat für diese Verpflichtung Sicherheit zu bestellen.

Die Unterhaltungspflichtigen (Absatz 1) können für die Benutzung des Weges ein angemessenes Entgelt beanspruchen, ingleichen sich den Erwerb der Bahn im ganzen nach Ablauf einer bestimmten Frist gegen angemessene Schadloshaltung des Unternehmers vorbehalten.

---

§ 7. Die Zustimmung der Unterhaltungspflichtigen kann ergänzt werden:

soweit eine Provinz oder ein den Provinzen gleichstehender Kommunalverband beteiligt ist, durch Beschluß des Provinzialrates, wogegen die Beschwerde an den Minister der öffentlichen Arbeiten zulässig ist;

soweit eine Stadtgemeinde oder ein Kreis beteiligt ist, oder es sich um einen mehrere Kreise berührenden Weg handelt, durch Beschluß des Bezirksausschusses, im übrigen durch Beschluß des Kreisausschusses.

Durch den Ergänzungsbeschluß wird unter Ausschluß des Rechtsweges zugleich über die nach § 6 an den Unternehmer gestellten Ansprüche entschieden.

---

§ 8. Vor Erteilung der Genehmigung ist die zuständige Wegepolizeibehörde und, wenn die Eisenbahnanlage sich dem Bereiche einer Festung nähert, die zuständige Festungsbehörde zu hören. In diesem Falle darf die Genehmigung nur im Einverständnis mit der Festungsbehörde erteilt werden.

Wenn die Bahn sich dem Bereiche einer Reichstelegraphenanlage nähert, so ist die zuständige Telegraphenbehörde vor der Genehmigung zu hören.

Soll das Gleis einer dem Gesetze über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 unterworfenen Eisenbahn gekreuzt werden, so darf auch in den Fällen, in denen die Eisenbahnbehörde im übrigen nicht mitwirkt (§ 3), die Genehmigung nur im Einverständnis mit der letzteren erteilt werden.

---

§ 9. Außer den durch die polizeilichen Rücksichten (§ 4) gebotenen Verpflichtungen sind in der Genehmigung zugleich diejenigen zu bestimmen, welchen der Unternehmer im Interesse der Landesverteidigung und der Reichs-Postverwaltung in Gemäßheit des § 42 zu genügen hat.

---

§ 10. Bei der Genehmigung von Bahnen, auf welchen die Beförderung von Gütern stattfinden soll, kann vorbehalten werden, den Unternehmer jederzeit zur Gestattung der Einführung von Anschlußgleisen für den Privatverkehr anzuhalten. Art und Ort der Einführung unterliegt der Genehmigung der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde.

Die Behörde (§ 3) hat mangels gütlicher Vereinbarung der Interessenten auch die Verhältnisse des Bahnunternehmens und des den Anschluß Beantragenden zu einander zu regeln, insbesondere die dem ersteren für die Benutzung oder Veränderung seiner Anlagen zu leistende Vergütung vorbehaltlich des Rechtsweges festzusetzen.

---

§ 11. Bei der Genehmigung ist die Art und Höhe der Sicherstellung für die Unterhaltung und Wiederherstellung öffentlicher Wege, soweit diese nicht bereits erfolgt ist, vorzuschreiben.

Für die Ausführung der Bahn und für die Eröffnung des Betriebes kann eine Frist festgesetzt und die Erlegung von Geldstrafen für den Fall der Nichteinhaltung derselben, sowie Sicherheitsstellung hierfür gefordert werden.

Auch können Geldstrafen und Sicherheitsstellung zur Sicherung der Aufrechterhaltung des ordnungsmäßigen Betriebes während der Dauer der Genehmigung vorgesehen werden.

---

§ 12. Der nach den Bestimmungen dieses Gesetzes erforderlichen Sicherstellung bedarf es nicht, wenn das Reich, der Staat oder ein Kommunalverband Unternehmer ist.

---

§ 13. Die Genehmigung kann dauernd oder auf Zeit erteilt werden. Sie erfolgt unter dem Vorbehalte der Rechte dritter, der Ergänzung und Abänderung durch Feststellung des Bauplanes (§§ 17 und 18).

---

§ 14. Im Interesse des öffentlichen Verkehrs ist bei der Genehmigung (§ 2) durch die zuständige Behörde über den Fahrplan und die Beförderungspreise das Erforderliche festzustellen; zugleich sind die Zeiträume zu bezeichnen, nach deren Ablauf diese Feststellungen geprüft und wiederholt werden müssen.

Von der Feststellung über den Fahrplan kann für einen bei der Genehmigung festzusetzenden Zeitraum abgesehen werden. Dieser Zeitraum kann verlängert werden.

Die Feststellung der Beförderungspreise steht innerhalb eines bei der Genehmigung festzusetzenden Zeitraumes von mindestens fünf Jahren nach der Eröffnung des Bahnbetriebes dem Unternehmer frei. Das alsdann der Behörde zustehende Recht der Genehmigung der Beförderungspreise erstreckt sich lediglich auf den Höchstbetrag derselben. Hierbei ist auf die finanzielle Lage des Unternehmens und auf eine angemessene Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals Rücksicht zu nehmen.

---

§ 15. Der Aushändigung der Genehmigungsurkunde müssen die nach § 11 geforderten Sicherstellungen vorausgehen.

---

§ 16. Die Genehmigung, welche für eine Aktiengesellschaft, eine Kommanditgesellschaft auf Aktien oder eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung behufs Eintragung in das Handelsregister (§ 195 Absatz 2 Nr. 6, § 320 des Handelsgesetzbuchs, § 8 Nr. 4 des Reichsgesetzes vom 20. April 1892 — Reichs-Gesetzbl. S. 477[1]) —) ausgehändigt worden ist, tritt erst in Wirksamkeit, wenn der Nachweis der Eintragung in das Handelsregister geführt ist.

---

§ 17. Mit dem Bau von Bahnen, welche für den Betrieb mit Maschinenkraft bestimmt sind, darf erst begonnen werden, nachdem der Bauplan durch die genehmigende Behörde in folgender Weise festgestellt worden ist:

1. Der Planfeststellung werden die bei der Genehmigung vorläufig getroffenen Festsetzungen zu Grunde gelegt.
2. Plan nebst Beilagen sind in dem betreffenden Gemeinde- oder Gutsbezirke während vierzehn Tagen zu jedermanns Einsicht offenzulegen. Zeit und Ort der Offenlegung ist ortsüblich bekannt zu machen.

---

[1]) Jetzt in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 849).

Während dieser Zeit kann jeder Beteiligte im Umfange seines Interesses Einwendungen gegen den Plan erheben. Auch der Vorstand des Gemeinde- oder Gutsbezirkes hat das Recht, Einwendungen zu erheben, welche sich auf die Richtung des Unternehmens oder auf Anlagen der in § 18 dieses Gesetzes gedachten Art beziehen.

Diejenige Stelle, bei welcher solche Einwendungen schriftlich einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu geben sind, ist zu bezeichnen.

3. Nach Ablauf der Frist (Nr. 2 Abs. 1) sind die gegen den Plan erhobenen Einwendungen in einem nötigenfalls an Ort und Stelle durch einen Beauftragten abzuhaltenden Termine, zu dem der Unternehmer und die Beteiligten (Nr. 2 Absatz 2) vorgeladen werden müssen und Sachverständige zugezogen werden können, zu erörtern.
4. Nach Beendigung der Verhandlungen wird über die erhobenen Einwendungen beschlossen und erfolgt darnach die Feststellung des Planes sowie der Anlagen, zu deren Errichtung und Unterhaltung der Unternehmer verpflichtet ist (§ 18).

Der Beschluß wird dem Unternehmer und den Beteiligten zugestellt.

Der Feststellung (Absatz 1) bedarf es nicht, wenn eine Planfestsetzung zum Zwecke der Enteignung stattfindet..

Wenn aus der beabsichtigten Bahnanlage Nachteile oder erhebliche Belästigungen der benachbarten Grundbesitzer und des öffentlichen Verkehrs nicht zu erwarten sind, kann, sofern es sich nicht um die Benutzung öffentlicher Wege, mit Ausnahme städtischer Straßen, handelt, der Minister der öffentlichen Arbeiten den Beginn des Baues ohne vorgängige Planfestsetzung gestatten.

---

§ 18. Dem Unternehmer ist bei der Planfeststellung (§ 17) die Herstellung derjenigen Anlagen aufzuerlegen, welche die den Bauplan festsetzende Behörde zur Sicherung der benachbarten Grundstücke gegen Gefahren und Nachteile oder im öffentlichen Interesse für erforderlich erachtet, desgleichen die Unterhaltung dieser Anlagen, soweit dieselbe über den Umfang der bestehenden Verpflichtungen zur Unterhaltung vorhandener, demselben Zwecke dienender Anlagen hinausgeht.

---

§ 19. Zur Eröffnung des Betriebes bedarf es der Erlaubnis der zur Erteilung der Genehmigung zuständigen Behörde. Die Erlaubnis ist zu versagen, sofern wesentliche in der Bau- und Betriebsgenehmigung gestellte Bedingungen nicht erfüllt sind.

---

§ 20. Die Betriebsmaschinen sind vor ihrer Einstellung in den Betrieb und nach Vornahme erheblicher Aenderungen, außerdem aber zeitweilig der Prüfung durch die zur eisenbahntechnischen Aufsicht über die Bahn zuständige Behörde (§ 22) zu unterwerfen.

---

§ 21. Der Fahrplan und die Beförderungspreise sowie die Aenderungen derselben sind vor ihrer Einführung öffentlich bekannt zu machen.

Die angesetzten Beförderungspreise haben gleichmäßig für alle Personen oder Güter Anwendung zu finden.

Ermäßigungen der Beförderungspreise, welche nicht unter Erfüllung der gleichen Bedingungen jedermann zu gute kommen, sind unzulässig.

---

§ 22. Rücksichtlich der Erfüllung der Genehmigungsbedingungen und der Vorschriften dieses Gesetzes ist jede Kleinbahn der Aufsicht der für ihre Genehmigung jeweilig zuständigen Behörde unterworfen. Bei den für den Betrieb mit Maschinenkraft eingerichteten Bahnen steht die eisenbahntechnische Aufsicht der zur Mitwirkung bei der Genehmigung berufenen Eisenbahnbehörde zu, sofern nicht der Minister der öffentlichen Arbeiten die Aufsicht einer anderen Eisenbahnbehörde überträgt.

---

§ 23. Die Genehmigung kann durch Beschluß der Aufsichtsbehörde für erloschen erklärt werden, wenn die Ausführung der Bahn oder die Eröffnung des Betriebes nicht innerhalb der in der Genehmigung bestimmten oder der verlängerten Frist erfolgt.

---

§ 24. Die Genehmigung kann zurückgenommen werden, wenn der Bau oder Betrieb ohne genügenden Grund unterbrochen oder wiederholt gegen die Be-

dingungen der Genehmigung oder die dem Unternehmer nach diesem Gesetze obliegenden Verpflichtungen in wesentlicher Beziehung verstoßen wird.

§ 25. Ueber die Zurücknahme entscheidet auf Klage der zur Erteilung der Genehmigung zuständigen Behörde das Oberverwaltungsgericht.

§ 26. Bei Erlöschen oder Zurücknahme der Genehmigung wird die für die Unterhaltung und Wiederherstellung öffentlicher Wege bestellte Sicherheit, soweit sie für den bezeichneten Zweck nicht in Anspruch zu nehmen ist, herausgegeben. Mangels anderweiter Vereinbarung hat der Wegeunterhaltungspflichtige die Wahl, die Wiederherstellung des früheren Zustandes, nötigenfalls unter Beseitigung in den Weg eingebauter Teile der Bahnanlage, oder gegen angemessene Entschädigung den Uebergang der letzteren in sein Eigentum zu verlangen.

Macht der Unterhaltungspflichtige von dem ersteren Rechte Gebrauch, so geht das Eigentum der zurückgelassenen Teile der Bahnanlage auf den Unterhaltungspflichtigen unentgeltlich über.

Im öffentlichen Interesse kann die Aufsichtsbehörde eine Frist festsetzen, vor deren Ablauf der Unterhaltungspflichtige nicht berechtigt ist, die Wiederherstellung des früheren Zustandes zu verlangen.

§ 27. Ob und inwieweit bei Erlöschen (§ 23) oder Zurücknahme der Genehmigung wegen Unterbrechung des Baues oder Betriebes (§ 24) die für die Ausführung der Bahn oder die fristgemäße Eröffnung oder die Aufrechterhaltung des Betriebes bestimmten Geldstrafen verfallen, entscheidet unter Ausschluß des Rechtsweges der Minister der öffentlichen Arbeiten. Dieser beschließt über die Verwendung solcher Geldstrafen. Letztere sind zu gunsten des früheren Unternehmens, anderenfalls ähnlicher Unternehmungen in dem betreffenden Landesteile zu verwenden.

§ 28. Unternehmer von Kleinbahnen sind verpflichtet, sich den Anschluß anderer Bahnen gefallen zu lassen, sofern die Behörde, welche die Genehmigung für die Bahn, an welche der Anschluß erfolgen soll, erteilt hat, mit Rücksicht auf die Konstruktion und den Betrieb der Bahn den Anschluß für zulässig erachtet. Dieselbe Behörde entscheidet auch darüber, wo und in welcher Weise der Anschluß erfolgen soll, regelt in Ermangelung einer gütlichen Vereinbarung die Verhältnisse beider Unternehmer zu einander und setzt, vorbehaltlich des Rechtsweges, die dem erstgedachten Bahnunternehmer für die Benutzung oder Veränderung seiner Anlagen zu leistende Vergütung fest.

§ 29. Unternehmer von Kleinbahnen können die Gestattung des Anschlusses ihrer Bahnen an Eisenbahnen verlangen, welche dem Gesetze über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 unterliegen, sofern der Minister der öffentlichen Arbeiten mit Rücksicht auf die Konstruktion und den Betrieb der letzteren den Anschluß für zulässig erachtet. Darüber, wo und in welcher Weise der Anschluß herzustellen ist, und über die Verhältnisse beider Unternehmer zu einander, insbesondere über die dem Eisenbahnunternehmer für die Benutzung oder Veränderung seiner Anlagen zu leistende Vergütung entscheidet, in letzter Beziehung unter Vorbehalt des Rechtsweges, der Minister der öffentlichen Arbeiten.

§ 30. Haben Kleinbahnen nach Entscheidung des Staatsministeriums eine solche Bedeutung für den öffentlichen Verkehr gewonnen, daß sie als Teil des allgemeinen Eisenbahnnetzes zu behandeln sind, so kann der Staat den eigentümlichen Erwerb solcher Bahnen gegen Entschädigung des vollen Wertes nach einer mit einjähriger Frist vorangegangenen Ankündigung beanspruchen.

§ 31. Der Erwerb (§ 30) erfolgt unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des § 42 Nr. 4 a bis d des Gesetzes über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838, mit der Maßgabe, daß der Berechnung des 25fachen Betrages nach § 42 Nr. 4 a des vorerwähnten Gesetzes das steuerpflichtige Einkommen nach den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (Gesetz-Samml. S. 175) zu Grunde zu legen ist, jedoch bei den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien der Abzug von $5^1/_2$ Prozent des eingezahlten

Aktienkapitals (§ 16 Einkommensteuergesetz) fortfällt. Erstreckt sich die Kleinbahn über das Gebiet des Preußischen Staates hinaus in andere Deutsche Bundesstaaten, so ist gleichwohl das Einkommen aus dem gesamten Betriebe der Berechnung der Entschädigung zu Grunde zu legen. War das zu erwerbende Unternehmen noch nicht fünf Jahre im Betriebe, so ist für die Berechnung der Entschädigung der Jahresdurchschnitt des bisher erzielten Reingewinnes maßgebend. — Ist eine Aktiengesellschaft Unternehmer der zu erwerbenden Bahn, so bedarf es nicht der Einlösung der Aktien von den einzelnen Aktionären, sondern nur der Zahlung der Gesamtentschädigung an die Gesellschaft.

---

§ 32. Der Unternehmer kann verpflichtet werden, über jede Bahn, für welche ihm eine besondere Genehmigung erteilt worden ist, dergestalt Rechnung zu führen, daß der Reinertrag derselben, und wenn der Unternehmer eine Aktiengesellschaft ist, die von derselben gezahlte Dividende daraus mit Sicherheit entnommen werden kann.

Die Vernachlässigung dieser Verpflichtung begründet für den Staat das Recht, die Berechnung der Entschädigung nach dem Sachwerte (§§ 33 bis 35) zu verlangen.

---

§ 33. Der Unternehmer kann Entschädigung nach dem Sachwerte verlangen, wenn das Unternehmen noch nicht länger als fünfzehn Jahre im Betriebe ist. Erfolgt die Erwerbung durch den Staat in den ersten fünf Jahren des Betriebes, so werden dem Sachwert 20 Prozent, erfolgt sie in den nachfolgenden zehn Jahren, so werden demselben 10 Prozent zugeschlagen.

---

§ 34. Im Falle der Entschädigung nach dem Sachwerte bilden den Gegenstand des Erwerbes alle dem Unternehmen unmittelbar oder mittelbar gewidmeten Sachen und Rechte des Unternehmers, die Forderungen und Schulden jedoch nur insoweit, als dieselben nach beiderseitigem Einverständnisse auf den Staat übergehen sollen. In die mit den Beamten und Arbeitern bestehenden Verträge tritt der Staat ein, ebenso in solche Verträge, welche zur Beschaffung des für das Unternehmen erforderlichen Materials abgeschlossen sind.

Für alle Bestandteile ist der volle Wert zu vergüten.

---

§ 35. Die Abschätzung und die Festsetzung der Entschädigung für die Bestandteile des Unternehmens (§ 34) erfolgt nach einem von dem Unternehmer aufzustellenden Inventar, über dessen Richtigkeit und Vollständigkeit erforderlichenfalles zu verhandeln und von dem Bezirksausschusse zu entscheiden ist.

---

§ 36. Die Festsetzung der Entschädigung (§§ 31 und 33 bis 35) erfolgt, vorbehaltlich des beiden Teilen zustehenden, innerhalb sechs Monaten nach Zustellung des Festsetzungsbeschlusses zu beschreitenden Rechtsweges, durch den Bezirksausschuß unter sinngemäßer Anwendung der §§ 24 bis 29 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874.

Der Bezirksausschuß ist auch für das Vollziehungsverfahren zuständig.

---

§ 37. Auf die Ermittelung der Entschädigung finden die §§ 24 bis 28, auf die Vollziehung der Enteignung die §§ 32 bis 37, auf das Verfahren vor dem Bezirksausschusse und auf die Wirkungen der Enteignung die §§ 39 bis 46 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 sinngemäße Anwendung.

Die Entschädigung für Bestandteile des Unternehmens, welche im Inventar verzeichnet und bei Feststellung der Gesamtentschädigung berücksichtigt, bei der Vollziehung der Enteignung aber nicht mehr vorhanden sind, ist von dem Unternehmer zurückzuerstatten. Für Bestandteile, welche bei Vollziehung der Enteignung über das Inventar hinaus vorhanden sind, ist auf Antrag des Unternehmers von dem Bezirksausschusse nachträglich die vom Staate zu gewährende Entschädigung festzusetzen.

---

§ 38. Erwerbsberechtigten (§ 6) gegenüber greift das Erwerbungsrecht des Staates gleichfalls Platz. Ihnen ist der volle Wert des Erwerbsrechtes zu erstatten.

---

§ 39. Zur Anlegung von Bahnen in den Straßen Berlins und Potsdams bedarf es Königlicher Genehmigung.

---

§ 40. Die Kleinbahnen werden der Gewerbesteuer auf Grund des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (Gesetz-Samml. S. 205) unterworfen.

Bezüglich der Kommunalbesteuerung sind Kleinbahnen als Privateisenbahnunternehmungen im Sinne des § 4 des Gesetzes vom 27. Juli 1885, betreffend Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen über Erhebung der auf das Einkommen gelegten direkten Kommunalabgaben (Gesetz-Samml. S. 327), nicht zu erachten.

---

§ 41. Die auf Grund des Allerhöchsten Erlasses vom 16. September 1867 (Gesetz-Samml. S. 1528), des Gesetzes vom 7. März 1868 (Gesetz-Samml. S. 223), des Gesetzes vom 11. März 1872 (Gesetz-Samml. S. 257) und der §§ 2 und 3 des Gesetzes vom 8. Juli 1875 (Gesetz-Samml. S. 497) den dort genannten Provinzial- und Kommunalverbänden überwiesenen Kapitalien und Summen können auch zur Förderung des Baues von Kleinbahnen verwendet werden.

---

§ 42. Die Kleinbahnen unterliegen nachfolgenden Verpflichtungen gegenüber der Postverwaltung:

1. Die Unternehmer haben auf Verlangen der Postverwaltung mit jeder für den regelmäßigen Beförderungsdienst bestimmten Fahrt einen Postunterbeamten mit einem Briefsack und, soweit der Platz reicht, auch andere zur Mitfahrt erscheinende Unterbeamte im Dienst gegen Zahlung der Abonnementsgebühr oder, falls solche nicht besteht, der Hälfte des tarifmäßigen Personengeldes zu befördern.
2. Die Unternehmer solcher Bahnen, welche sich nicht ausschließlich mit der Personenbeförderung befassen, sind außerdem verpflichtet, auf Verlangen der Postverwaltung mit jeder für den regelmäßigen Beförderungsdienst bestimmten Fahrt:
   a) Postsendungen jeder Art durch Vermittelung des Zugpersonals zu befördern, und zwar Briefbeutel, Brief- und Zeitungspakete gegen eine Vergütung von 50 Pfennig für jede Fahrt, die anderen Sendungen gegen Zahlung des Stückguttarifsatzes der betreffenden Bahn oder, sofern dieser Betrag höher ist, gegen eine Vergütung von 2 Pfennig für je 50 Kilogramm und das Kilometer der Beförderungsstrecke nach dem monatlichen Gesamtgewicht der von Station zu Station beförderten Poststücke;
   b) in Zügen, mit welchen in der Regel mehr als ein Wagen befördert wird, eine Abteilung eines Wagens für die Postsendungen, das Begleitpersonal und die erforderlichen Postdienstgeräte, gegen Zahlung der in den Artikeln 3 und 6 des Reichsgesetzes vom 20. Dezember 1875 (Reichs-Gesetzbl. S. 318) und den dazu gehörigen Vollzugsbestimmungen festgesetzten Vergütung, sowie gegen Entrichtung des halben Stückguttarifsatzes der betreffenden Bahn einzuräumen.
3. Die Postverwaltung ist berechtigt, auf ihre Kosten an den Bahnwagen einen Briefkasten anbringen und dessen Auswechselung oder Leerung an bestimmten Haltestellen bewirken zu lassen.

II. Privatanschlußbahnen.

§ 43. Bahnen, welche dem öffentlichen Verkehre nicht dienen, aber mit Eisenbahnen, welche den Bestimmungen des Gesetzes über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 unterliegen, oder mit Kleinbahnen derart in unmittelbarer Gleisverbindung stehen, daß ein Uebergang der Betriebsmittel stattfinden kann, bedürfen, wenn sie für den Betrieb mit Maschinen eingerichtet werden sollen, zur baulichen Herstellung und zum Betriebe polizeilicher Genehmigung.

---

§ 44. Zur Erteilung der Genehmigung (§ 43) ist der Regierungspräsident, für den Stadtkreis Berlin der Polizeipräsident, im Einvernehmen mit der von dem Minister der öffentlichen Arbeiten bezeichneten Eisenbahnbehörde zuständig.

Berührt die Bahn mehrere Landespolizeibezirke, so bestimmt, wenn sie derselben Provinz angehören, der Oberpräsident, falls sie verschiedenen Provinzen angehören oder Berlin dabei beteiligt ist, der Minister der öffentlichen Arbeiten im Einvernehmen mit dem Minister des Innern die zuständige Landespolizeibehörde.

§ 45. Die polizeiliche Prüfung beschränkt sich

1. auf die betriebssichere Beschaffenheit der Bahn und der Betriebsmittel,
2. auf die technische Befähigung und Zuverlässigkeit der in dem äußeren Betriebsdienste anzustellenden Bediensteten,
3. auf den Schutz gegen schädliche Einwirkungen der Anlage und des Betriebes.

Soll eine Bahn, welche an eine dem Gesetze über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 unterliegende Eisenbahn Anschluß hat, von dem Unternehmer der letzteren angelegt und betrieben werden, so beschränkt sich die Prüfung auf den Schutz gegen schädliche Einwirkungen der Anlage und des Betriebes.

---

§ 46. Zur Benutzung öffentlicher Wege bedarf es der Zustimmung der Unterhaltungspflichtigen und der Genehmigung der Wegepolizeibehörde.

---

§ 47. Die Bestimmungen der §§ 8, 17 bis 20 und 22 Satz 1 finden auf diese Bahnen gleichmäßige Anwendung.

---

§ 48. Polizeiliche Bestimmungen über den Betrieb auf solchen Bahnen können nur im Einverständnis mit der Eisenbahnbehörde (§ 44) erlassen werden.

---

§ 49. Die Genehmigung kann zurückgenommen werden, wenn wiederholt gegen die Bedingungen derselben in wesentlicher Beziehung verstoßen wird.

Ueber die Zurücknahme der Genehmigung entscheidet auf Klage der Behörde (§ 44) das Oberverwaltungsgericht.

---

§ 50. Die eisenbahntechnische Aufsicht und Ueberwachung der Privatanschlußbahnen erfolgt durch diejenige Behörde, welcher diese Aufgaben bezüglich der dem öffentlichen Verkehre dienenden Bahn, an welche sie anschließen, obliegen.

---

§ 51. Die Bestimmungen der §§ 43 bis 49 finden auf diejenigen Bahnen, welche Zubehör eines Bergwerks im Sinne des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 (Gesetz-Samml. S. 705) bilden, keine Anwendung.

Durch die Bestimmung in § 50 wird das auf dem Allgemeinen Berggesetze vom 24. Juni 1865 (Gesetz-Samml. S. 705) beruhende Aufsichtsrecht der Bergbehörden gegenüber diesen Bahnen nicht berührt.

Gemeinsame und Uebergangsbestimmungen.

§ 52. Gegen die Beschlüsse und Verfügungen, für welche die Landespolizeibehörden in Verbindung mit den Eisenbahnbehörden zuständig sind, und gegen die Beschlüsse und Verfügungen der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörden findet die Beschwerde an den Minister der öffentlichen Arbeiten statt. Im übrigen greifen die nach den Bestimmungen der §§ 127 bis 130 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 23. Juli 1883 (Gesetz-Samml. S. 195) zulässigen Rechtsmittel Platz.

---

§ 53. Für die bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes genehmigten Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen ist diejenige Behörde zuständig, welcher die Genehmigung nach Inkrafttreten dieses Gesetzes gemäß §§ 3 und 44 obgelegen hätte.

Auf diesen Bahnen finden die §§ 2, 20 bis 22, 24, 25, 40, 42 und 52, beziehungsweise 48 bis 50 des gegenwärtigen Gesetzes, sowie die Bedingungen und Vorbehalte, welche bei ihrer Genehmigung vorgesehen sind, Anwendung.

Die Unternehmer sind jedoch berechtigt, sich durch eine an die zuständige Aufsichtsbehörde zu richtende Erklärung den sämtlichen Bestimmungen dieses Gesetzes zu unterwerfen.

Die Genehmigung von wesentlichen Erweiterungen oder wesentlichen Aenderungen des Unternehmens, der Anlage oder des Betriebes kann von der Unterwerfung des Unternehmens unter sämtliche Bestimmungen dieses Gesetzes abhängig gemacht werden.

Der Zeitpunkt der Unterstellung unter dieses Gesetz ist öffentlich bekannt zu machen.

Wohlerworbene Rechte Dritter werden durch die Unterwerfung nicht berührt.

---

§ 54. Dieses Gesetz tritt bezüglich des

§ 40 am 1. April 1893, bezüglich aller anderen Bestimmungen am 1. Oktober 1892 in Kraft.

§ 55. Mit der Ausführung dieses Gesetzes werden der Minister der öffentlichen Arbeiten und der Minister des Innern betraut.

Gesetz, betreffend das Pfandrecht an Privateisenbahnen und Kleinbahnen und die Zwangsvollstreckung in dieselben.

Vom 19. August 1895.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtages Unserer Monarchie, was folgt:

Erster Abschnitt.

Bahneinheit.

§ 1. Eine Privateisenbahn, welche dem Gesetze über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 (Gesetz-Samml. S. 505) unterliegt, und eine Kleinbahn, deren Unternehmer verpflichtet ist, für die Dauer der ihm erteilten Genehmigung das Unternehmen zu betreiben, bildet mit den dem Bahnunternehmen gewidmeten Vermögenswerten als Einheit (Bahneinheit) einen Gegenstand des unbeweglichen Vermögens.

§ 2. Jedes Bahnunternehmen, für welches eine besondere Genehmigung erteilt ist, ist als eine selbständige Bahneinheit anzusehen. Ist jedoch eine Privateisenbahn nach den Bestimmungen der für dieselbe erteilten Genehmigung einheitlich mit einer anderen bereits bestehenden Privateisenbahn (Stammbahn) zu betreiben, so bilden beide eine einzige Bahneinheit.

Wer zur Verfügung über eine Bahn berechtigt ist und in welchem Umfange das Verfügungsrecht ausgeübt werden kann, bestimmt sich nach den gesetzlichen Vorschriften und dem Inhalte der Genehmigung.

§ 3. Die Bahneinheit entsteht, so bald die Genehmigung zur Eröffnung des Betriebes auf der ganzen Bahnstrecke erteilt ist, und wenn die Bahn vorher in das Bahngrundbuch eingetragen wird, mit dem Zeitpunkt der Eintragung. Sie hört auf mit dem Erlöschen der Genehmigung für das Unternehmen, wenn jedoch die Bahn im Bahngrundbuch eingetragen ist, erst mit der Schließung des Bahngrundbuchblatts.

Als ein Erlöschen der Genehmigung im Sinne des Gesetzes ist die Verwirkung derselben in Gemäßheit des § 47 des Gesetzes vom 3. November 1838 nicht anzusehen. Dagegen steht es dem Erlöschen der Genehmigung gleich, wenn in einer Zwangsversteigerung ein wiederholter Versteigerungstermin nicht zur Erteilung eines Zuschlags (§ 45 Satz 1) geführt hat und die zur Einleitung der Zwangsverwaltung erforderliche Erklärung der Bahnaufsichtsbehörde (§ 38) versagt worden ist.

§ 4. Zur Bahneinheit gehören:

1. der Bahnkörper und die übrigen Grundstücke, welche dauernd, unmittelbar oder mittelbar, dem Bahnunternehmen gewidmet sind, mit den darauf errichteten Baulichkeiten, sowie die für das Bahnunternehmen dauernd eingeräumten Rechte an fremden Grundstücken;
2. die von dem Bahnunternehmer angelegten, zum Betriebe und zur Verwaltung der Bahn erforderlichen Fonds, die Kassenbestände der laufenden Bahnverwaltung, die aus dem Betriebe des Bahnunternehmens unmittelbar erwachsenen Forderungen und die Ansprüche des Bahnunternehmers aus Zusicherungen dritter,

welche die Leistung von Zuschüssen für das Bahnunternehmen zum Gegenstande haben;

3. die dem Bahnunternehmer gehörigen beweglichen körperlichen Sachen, welche zur Herstellung, Erhaltung oder Erneuerung der Bahn oder der Bahngebäude oder zum Betriebe des Bahnunternehmens dienen. Dieselben gelten, einer Veräußerung ungeachtet, als Teile der Bahneinheit, so lange sie sich auf den Bahngrundstücken befinden, rollendes Betriebsmaterial auch nach der Entfernung von den Bahngrundstücken, so lange dasselbe mit Zeichen, welche nach den Verkehrsgebräuchen die Annahme rechtfertigen, daß es dem Eigentümer der Bahn gehöre, versehen und dem Bahnbetriebe nicht dauernd entzogen ist. Ist die Bahn bereits vor der Genehmigung zur Eröffnung des Betriebes auf der ganzen Bahnstrecke im Bahngrundbuche eingetragen (§ 3 Absatz 1), so gehören die nur zur ersten Herstellung der Bahn zu benutzenden Gerätschaften und Werkzeuge der Bahneinheit nicht an.

So lange die Bahn nicht in das Bahngrundbuch eingetragen ist, gelten nur diejenigen Grundstücke, welche mit dem Bahnkörper zusammenhängen oder deren Widmung für das Bahnunternehmen sonst äußerlich erkennbar ist, als Teile der Bahneinheit. Nach der Anlegung des Bahngrundbuchblattes gehören außerdem alle auf dem Titel desselben verzeichneten Grundstücke zur Bahneinheit. Die Entscheidung darüber, ob ein vom Bahnunternehmer angelegter Fonds zum Betrieb und zur Verwaltung der Bahn erforderlich ist, steht der Bahnaufsichtsbehörde zu.

Besteht die Bahneinheit nach Erlöschen der Genehmigung fort, so wird dieselbe durch alle zur Zeit des Erlöschens zu ihr gehörigen Gegenstände und Rechte gebildet.

---

§ 5. Veräußerungen oder Belastungen einzelner zur Bahneinheit gehöriger Grundstücke sind ungültig, soweit nicht die Bahnaufsichtsbehörde bescheinigt, daß durch die Verfügung die Betriebsfähigkeit des Bahnunternehmens nicht beeinträchtigt wird. Sobald die Genehmigung für das Unternehmen erloschen ist, können Veräußerungen oder Belastungen ohne diese Bescheinigung erfolgen, jedoch unbeschadet der an der Bahn begründeten Pfandrechte (§ 19). Hinsichtlich der unter Grundbuchrecht stehenden Grundstücke kann die durch die Zugehörigkeit zur Bahneinheit begründete Verfügungsbeschränkung gegen den Erwerber nur unter der Voraussetzung geltend gemacht werden, daß die Zugehörigkeit des Grundstücks zur Bahneinheit ihm bekannt oder im Grundbuch vermerkt war.

Dadurch, daß ein dem Bahnunternehmen gewidmetes Grundstück von dem Eigentümer einem anderen Zwecke dauernd gewidmet wird, hört es nicht auf, ein Teil der Bahneinheit zu sein, soweit nicht die im vorstehenden Absatze bezeichnete Bescheinigung erteilt wird.

---

§ 6. Die Verfolgung dinglicher Rechte an einzelnen zur Bahneinheit gehörigen Grundstücken findet bis zum Erlöschen der Genehmigung nur statt, soweit die Bahnaufsichtsbehörde bescheinigt, daß durch die Verfolgung die Betriebsfähigkeit des Bahnunternehmens nicht beeinträchtigt werde.

Wird die Bescheinigung versagt, so kann der Berechtigte gegen Aufgabe seines Rechtes von dem Eigentümer der Bahn eine Entschädigung fordern, welche sich nach den Vorschriften über die Entschädigung für den Fall der Enteignung bestimmt.

§ 7. Die Vorschriften der §§ 5 und 6 finden auf die Veräußerung und Belastung der für das Bahnunternehmen dauernd eingeräumten Rechte an fremden Grundstücken, auf die Verfolgung dinglicher Rechte an diesen Rechten, sowie auf den Widerspruch des Eigentümers des Grundstücks gegen die Geltendmachung dieser Rechte entsprechende Anwendung.

Zweiter Abschnitt.

Bahngrundbücher.

§ 8. Für die in § 1 bezeichneten Bahnen werden nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes Bahngrundbücher geführt. Die Eintragung einer Bahn in das Bahngrundbuch kann von dem Eigenthümer beantragt werden, sobald die Genehmigung für das Bahnunternehmen erteilt ist. Der Antrag ist an die Bahnaufsichtsbehörde zu richten, welche das Amtsgericht (§ 10) um die Eintragung

zu ersuchen hat. Veräußerungen oder Belastungen einer Bahneinheit können erst nach Eintragung derselben in das Bahngrundbuch erfolgen. Im Falle der Zwangsvollstreckung geschieht die Eintragung nach Maßgabe der Vorschriften der §§ 33, 34 und 46.

§ 9. Auf das Verfahren bei Führung der Bahngrundbücher finden die Vorschriften der Grundbuchordnung vom 24. März 1897 und der dieselbe ergänzenden und abändernden Gesetze entsprechende Anwendung, soweit nicht in diesem Gesetze ein anderes bestimmt ist. Die Vorschriften der Einführungsgesetze zur Grundbuchordnung mit Ausschluß der Bestimmungen über die Anlegung der Grundbücher sind in ihrem Geltungsbereiche auch hinsichtlich der Bahngrundbücher maßgebend. Für die Anwendung dieses Gesetzes sind der Kreis Herzogtum Lauenburg und die Insel Helgoland als zum Geltungsbereich des Gesetzes vom 27. Mai 1873 über das Grundbuchwesen und die Verpfändung von Seeschiffen in der Provinz Schleswig-Holstein (Gesetz-Samml. S. 241) und die vormals Großherzoglich Hessischen Landesteile, das vormals Landgräflich Hessische Amt Homburg, das vormalige Herzogtum Nassau und die vormals freie Stadt Frankfurt als zum Geltungsbereich des Gesetzes vom 29. Mai 1873 über das Grundbuchwesen in dem Bezirke des Appellationsgerichts zu Kassel mit Ausschluß des Amtsgerichtsbezirks von Vöhl (Gesetz-Samml. S. 273) gehörig anzusehen, so lange nicht besondere Einführungsgesetze für die bezeichneten Landesteile erlassen sind.

§ 10. Für die Bahngrundbücher kommt das Formular I zur Grundbuchordnung zur Anwendung.[1]) Jede selbständige Bahneinheit erhält, unbeschadet der Anwendung des § 4 der Grundbuchordnung und unbeschadet der Befugnis des Eigentümers einer Bahneinheit, diese als Zubehör einer anderen Einheit zuschreiben zu lassen, ein eigenes Grundbuchblatt.

Die Eintragung der Bahn erfolgt in dem Bahngrundbuch des Amtsgerichts, in dessen Bezirk die Hauptverwaltung des Bahnunternehmens ihren Sitz hat. Befindet sich der Sitz der Hauptverwaltung nicht innerhalb des Preußischen Staatsgebietes, so wird das zur Führung des Bahngrundbuchs zuständige Amtsgericht durch den Justizminister bestimmt.

§ 11. In den Titel des Grundbuchblattes ist eine Beschreibung des Bahnunternehmens aufzunehmen. Dieselbe hat den Anfangs- und Endpunkt der Bahn und den übrigen wesentlichen Inhalt der Genehmigung, insbesondere eine etwaige Begrenzung der Zeitdauer für das Bahnunternehmen zu enthalten. Von der Genehmigungsurkunde ist eine beglaubigte Abschrift zu den Grundakten zu nehmen. So lange die Genehmigung zur Eröffnung des Betriebes nicht erteilt ist, ist dies auf dem Titel zu vermerken.

In den Titel sind ferner folgende Angaben aufzunehmen:

1. die Länge der auf eigenem und der auf fremden Grund und Boden belegenen Bahnstrecken;
2. die katastermäßige Bezeichnung derjenigen zur Bahneinheit gehörigen Grundstücke, deren Widmung für das Bahnunternehmen weder aus ihrem Zusammenhange mit dem Bahnkörper noch sonst äußerlich erkennbar ist. Soweit die Grundstücke in Grundbüchern oder anderen gerichtlichen Büchern verzeichnet sind, ist auch das Grundbuchblatt oder die sonstige buchmäßige Bezeichnung derselben anzugeben;
3. die zur Bahneinheit gehörigen Fonds;
4. die Bestimmungen über das Anteilverhältnis an denjenigen Gegenständen, welche mehreren Bahnunternehmungen gewidmet sind.

In den Grundakten ist der Betrag des zur Anlage und Ausrüstung der Bahn verwendeten Kapitals (Baukapitals) und der Betrag der Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben eines jeden Geschäftsjahres zu verzeichnen.

Die nähere Einrichtung des Titels und der Grundakten wird durch den Justizminister bestimmt.

§ 12. Der Vermerk von Grundstücken (§ 11 Absatz 2 Ziffer 2) auf dem Titel setzt den Nachweis voraus, daß das Grund-

[1]) Man vergleiche § 45 der Allgemeinen Verfügung zur Ausführung der Grundbuchordnung, vom 20. November 1899 (Band I Seite 739).

stück dem Bahneigentümer gehört und frei von Pfandrechten ist. Sofern für das Grundstück das Grundbuchrecht maßgebend ist, wird dieser Nachweis durch Vorlegung einer zu den Grundakten zu nehmenden beglaubigten Abschrift des Grundbuchblatts geführt. Bei anderen Grundstücken hat das Amtsgericht nach Maßgabe des in den einzelnen Landesteilen geltenden Rechts auf Grund der ihm vorzulegenden Auszüge aus den über die Eigentums- und Belastungsverhältnisse des Grundstücks geführten Büchern zu entscheiden, ob der Nachweis als geführt zu erachten ist. Auf Erfordern des Amtsgerichts ist eine Bescheinigung des Ortsvorstandes oder der sonst zur Ausstellung solcher Bescheinigungen berufenen Behörde über den Eigentumsbesitz und die bekannten dinglichen Rechte beizubringen. Auch kann von dem Amtsgericht eine öffentliche Aufforderung zur Anmeldung von Eigentums- und anderen Ansprüchen erlassen werden.

Ist dem Amtsgericht bei der von ihm vorgenommenen Prüfung bekannt geworden, daß auf dem Grundstücke andere dingliche Rechte als Pfandrechte lasten, so darf der Vermerk auf dem Titel nur stattfinden, falls von der Bahnaufsichtsbehörde bescheinigt wird, daß diese Rechte mit der Betriebsfähigkeit des Bahnunternehmens vereinbar sind.

---

§ 13. Das Ersuchen der Bahnaufsichtsbehörde um Anlegung des Bahngrundbuchs (§ 8) muß die Person des Bahneigentümers und die in § 11 Absatz 1 bezeichneten Angaben enthalten.

Die Aufnahme der übrigen nach § 11 erforderlichen Angaben in den Titel oder die Grundakten, sowie die Abänderung von Angaben des Titels erfolgt gleichfalls auf Ersuchen der Aufsichtsbehörde. Den Ersuchen sind die Genehmigungsurkunde in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift, sowie die in § 12 bezeichneten beglaubigten Abschriften und Auszüge beizufügen.

Der Bahneigentümer ist verpflichtet, der Aufsichtsbehörde die erforderlichen Angaben und Urkunden zu liefern, und kann zur Beibringung derselben von der Bahnaufsichtsbehörde angehalten werden. Von der letzteren ist die Uebereinstimmung der Angaben in Betreff des Baukapitals, sowie in Betreff der jährlichen Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben mit den Abschlüssen der ihr von dem Bahneigentümer vorzulegenden Rechnungsbücher zu bescheinigen.

---

§ 14. Von dem Erlöschen der Genehmigung hat die Bahnaufsichtsbehörde dem Amtsgericht Kenntnis zu geben. Das Amtsgericht hat nach Empfang dieser Mitteilung das Grundbuchblatt zu schließen, wenn keine Pfandrechte im Bahngrundbuche eingetragen sind. Sind Pfandrechte eingetragen, so wird das Erlöschen der Genehmigung vom Amtgericht im Bahngrundbuche vermerkt und öffentlich bekannt gemacht. Die Schließung des Bahngrundbuchblatts erfolgt in diesem Falle bei der Löschung der eingetragenen Pfandrechte oder nach Beendigung des Zwangsliquidationsverfahrens oder mit Ablauf von sechs Monaten seit der Bekanntmachung des Erlöschens der Genehmigung, sofern bis zu diesem Zeitpunkt ein Antrag auf Einleitung der Zwangsliquidation nicht gestellt ist oder die gestellten Anträge durch Zurücknahme oder rechtskräftige Zurückweisung erledigt sind. Werden Anträge auf Einleitung der Zwangsliquidation erst nach Ablauf der sechs Monate zurückgenommen oder rechtskräftig zurückgewiesen, so erfolgt die Schließung des Bahngrundbuchblatts mit dem Zeitpunkte der Erledigung aller Anträge.

---

§ 15. Nach Anlegung des Bahngrundbuchs ist die Zugehörigkeit eines Grundstücks zur Bahneinheit in dem über das Grundstück geführten Grundbuche oder Stockbuche oder in dem in der vormals freien Stadt Frankfurt geführten Verbotsbuche einzutragen. Nach Aufhören der Bahneinheit ist der Vermerk unter gleichzeitiger Eintragung eines durch eine Veräußerung derselben eingetretenen Eigentumswechsel zu löschen.

Der Bahneigentümer ist verpflichtet, die Eintragung und Löschung zu beantragen, und kann hierzu von der Bahnaufsichtsbehörde, welcher er ein Verzeichnis der Bahneinheit gehörigen Grundstücke mitzuteilen hat, angehalten werden. Soweit die Grundstücke auf dem Titel des Bahngrundbuchblatts vermerkt sind, wird die Eintragung und Löschung von dem das Bahngrundbuch führenden Amtsgericht von Amtswegen veranlaßt. Wird ein Grundstück, welches bisher gemäß § 90 der

Grundbuchordnung im Grundbuch nicht eingetragen war, in das Grundbuch aufgenommen, so ist die Zugehörigkeit zur Bahneinheit von Amtswegen zu vermerken.

Vor dem Aufhören der Bahneinheit kann der Vermerk über die Zugehörigkeit eines Grundstücks zu derselben nur mit Zustimmung der Bahnaufsichtsbehörde oder des Liquidators im Falle der Zwangsliquidation gelöscht werden.

In den vormals Großherzoglich Hessischen Landesteilen, in dem vormals Landgräflich Hessischen Amte Homburg und in den Landgemeinden der vormals freien Stadt Frankfurt tritt bis zum Inkrafttreten des Grundbuchrechts an die Stelle des Vermerks im Grundbuche und der Löschung desselben eine von dem Amtsgerichte, in dessen Bezirk das Grundstück belegen ist, dem Ortsgerichte (Feldgerichte) über die Zugehörigkeit zur Bahneinheit und das Aufhören derselben zu machende Mitteilung.

Dritter Abschnitt.

Dingliche Rechtsverhältnisse an Bahnen im allgemeinen.

§ 16. Auf den Erwerb des Eigentums und der sonstigen dinglichen Rechte an der Bahneinheit, den Umfang, die Wirkung, Uebertragung und Aufhebung dieser Rechte finden, soweit nicht dieses Gesetz ein anderes bestimmt, im ganzen Umfange der Monarchie die in den Grundbuchgesetzen für Grundstücke gegebenen Vorschriften Anwendung. Neben denselben kommen die am Sitze des für die Führung des Bahngrundbuchs zuständigen Gerichts geltenden Vorschriften der Einführungsgesetze und die nach Maßgabe der Grundbuchgesetze und der Einführungsgesetze an diesem Orte noch geltenden Vorschriften des bisherigen Immobiliarsachenrechts zur Anwendung. Der Geltungsbereich der Einführungsgesetze bestimmt sich nach den Vorschriften in § 9 dieses Gesetzes.

§ 17. Die Eintragung einer Hypothek oder Grundschuld an einer Bahn (Bahnpfandschuld) kann auf Grund einer vor der Eintragung der Bahn in das Bahngrundbuch von dem Eigentümer erklärten Bewilligung erfolgen. Die Eintragung einer Grundschuld an einer Privateisenbahn bedarf der Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten.

§ 18. Das Kündigungsrecht des Gläubigers einer Bahnpfandschuld kann auch über die Dauer von 30 Jahren hinaus ausgeschlossen werden.

§ 19. Sofern nach dem Erlöschen der Genehmigung die Bahneinheit fortbesteht, sind Verfügungen des Bahneigentümers über einzelne Bestandteile der Bahneinheit den Bahnpfandgläubigern gegenüber unwirksam; jedoch finden die Vorschriften zu Gunsten derjenigen, welche Rechte von einem Nichtberechtigten herleiten, insbesondere die Vorschriften über den öffentlichen Glauben des Grundbuchs entsprechende Anwendung. Das Recht der Bahnpfandgläubiger, die Unwirksamkeit einer Verfügung des Bahneigentümers geltend zu machen, erlischt mit der Schließung des Bahngrundbuchblatts.

Vierter Abschnitt.

Teilschuldverschreibungen auf den Inhaber.

§ 20. Eine Bahnpfandschuld kann ohne Bezeichnung des Gläubigers im Bahngrundbuch eingetragen werden, wenn die Schuld in Teile zerlegt und die Genehmigung zur Ausstellung von Teilschuldverschreibungen auf den Inhaber erteilt ist. In diesem Falle sind in der Eintragung neben dem Gesamtbetrage die Teilschuldverschreibungen nach Anzahl, Bezeichnung und Betrag anzugeben. Ist ein Tilgungsplan vorhanden, so bedarf es nicht der Angabe der Zahlungsbedingungen in der Eintragung, sondern es genügt die Verweisung auf den zu den Grundakten zu nehmenden Plan. Die Vorlegung einer Schuldurkunde ist auch dann nicht erforderlich, wenn der Schuldgrund bei der Eintragung angegeben wird.

§ 21. Die Vorschriften des § 795 des Bürgerlichen Gesetzbuches finden auf die Ausstellung der Teilschuldverschreibungen (§ 20) Anwendung.

§ 22. Die Eintragung der Teilschulden

ist öffentlich bekannt zu machen. Die Bildung eines Hypotheken- oder Grundschuldbriefes findet nicht statt. Zur Geltendmachung der Rechte aus der Eintragung ist der Inhaber der Teilschuldverschreibung berechtigt.

§ 23. Auch eine für einen bestimmten Gläubiger eingetragene Bahnpfandschuld kann mit Zustimmung des eingetragenen Eigentümers in Teilschuldverschreibungen auf den Inhaber zerlegt werden. Die Umwandlung ist unter Vernichtung der Urkunde, welche über die Bahnpfandschuld gebildet war, in das Bahngrundbuch einzutragen. Die Vorschriften der §§ 21, 22 finden Anwendung.

Teilabtretungen einer für einen bestimmten Gläubiger eingetragenen Bahnpfandschuld können ohne Bezeichnung des Erwerbers nicht erfolgen.

§ 24. Zur Löschung von Teilschulden hat der Eigentümer eine gerichtliche oder notarielle Urkunde über die durch ihn erfolgte Vernichtung der Teilschuldverschreibungen beizubringen. Im Falle einer Kraftloserklärung derselben ist außer dem Ausschlußurteile die Löschungsbewilligung desjenigen, der das Ausschlußurteil erwirkt hat, beizubringen.

Die Beibringung der in Absatz 1 bezeichneten Urkunden wird durch die unter Verzicht auf Zurücknahme erfolgte Hinterlegung des Betrages der fälligen Teilschuld ersetzt.

§ 25. Soweit nicht nach Inhalt der Urkunde (§ 24) auch die Vernichtung der für die Teilschuldverschreibungen ausgegebenen Zinsscheine erfolgt ist, sind die letzteren vorzulegen. Zinsscheine über verjährte Zinsen brauchen nicht vorgelegt zu werden.

Die Vorlegung der nach der Fälligkeit der Teilschuld fällig werdenden Zinsscheine ist im Falle des § 24 Absatz 2 nicht erforderlich, in anderen Fällen nur insoweit, als der Aussteller zur Einlösung trotz der Fälligkeit der Hauptschuld verpflichtet ist.

Die Vorlegung eines Zinsscheines wird durch die unter Verzicht auf Zurücknahme erfolgte Hinterlegung des Betrages desselben ersetzt.

Der Inhaber des Zinsscheines kann gegen Aushändigung des Scheines den Betrag in Empfang nehmen. Sein Recht erlischt mit dem Ablaufe von sechs Monaten nach dem Eintritte der Verjährung; der Hinterleger ist zur Zurücknahme berechtigt. Ein Aufgebot der Zinsscheine findet nicht statt.

§ 26. Die Löschung der Teilschuld ist öffentlich bekannt zu machen, sofern der Antrag auf Löschung ganz oder zum Teil auf Hinterlegung (§ 24 Absatz 2) gestützt war.

§ 27. In einer Versammlung der Gläubiger einer Bahnpfandschuld kann die gänzliche oder teilweise Aufgabe des Pfandrechts, die Einräumung eines Vorrechts, die Gewährung einer Stundung oder einer Ermäßigung des Zinsfußes, der Verzicht auf Sicherungsmaßregeln, sowie die Zustimmung zur Einstellung des Konkursverfahrens beschlossen werden.

§ 28. Die Versammlung der Gläubiger wird durch das Gericht, bei welchem das Bahngrundbuch geführt wird, berufen. Die Berufung findet statt, wenn sie unter Angabe des Zwecks, sowie unter Einzahlung eines zur Deckung der Kosten hinreichenden Betrages von Gläubigern, deren Teilschuldverschreibungen zusammen den 25. Teil des Betrages der Bahnpfandschuld darstellen, oder von dem Eigentümer der Bahn oder dem Konkursverwalter beantragt oder wenn sie von der Bahnaufsichtsbehörde verlangt wird.

Die Berufung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung derselben unter Angabe des Zwecks.

Gegen den die Berufung ablehnenden Beschluß des Gerichts findet Beschwerde nach Maßgabe der Deutschen Civilprozeßordnung (§§ 568 bis 575) statt.

§ 29. Die Versammlung findet unter Leitung des Gerichts statt.

Der Beschluß (§ 27) wird nach Mehrheit der Stimmen gefaßt. Stimmenmehrheit ist vorhanden, wenn die Mehrzahl der im Termine anwesenden Gläubiger ausdrücklich zustimmt und die Gesamtsumme der Teilschuldbeträge der Zustimmenden wenigstens zwei Dritteile der Gesamtsumme der Bahnpfandschuld beträgt. Gezählt werden nur die Stimmen der

Gläubiger, welche die Teilschuldverschreibungen nach Anordnung des Gerichts hinterlegt haben.

---

§ 30. Der Beschluß der Versammlung bedarf der Bestätigung des Gerichts, welches vor Erteilung derselben die Bahnaufsichtsbehörde zu hören hat. Auf die Bestätigung, deren Wirkung und Anfechtung finden die Bestimmungen der §§ 181, 184 Absatz 2, 185, 186 Nr. 1, 188, 189, 193, 195, 196 der Deutschen Konkursordnung entsprechende Anwendung. Der Antrag auf Verwerfung des Beschlusses, sowie die sofortige Beschwerde gegen die Entscheidung über die Bestätigung desselben steht jedem Inhaber einer Teilschuldverschreibung zu. Der rechtskräftig bestätigte Beschluß ist in Ausfertigung zu den Grundakten der Bahn zu bringen.

---

§ 31. Vor der rechtskräftigen Bestätigung des Beschlusses findet auf Grund desselben eine endgültige Eintragung im Bahngrundbuch nicht statt. Zur Eintragung bedarf es nicht der Vorlegung der in den §§ 24, 25 bezeichneten Urkunden. Die Eintragung ist öffentlich bekannt zu machen.

Fünfter Abschnitt.

Zwangsvollstreckung.

§ 32. Auf die Zwangsvollstreckung in die Bahneinheit finden der erste und dritte Abschnitt des Gesetzes vom 24. März 1897 über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung im ganzen Umfange der Monarchie Anwendung, soweit nicht nachstehend ein anderes bestimmt ist.

Nach Erlöschen der für das Bahnunternehmen erteilten Genehmigung ist eine Zwangsverwaltung oder Zwangsversteigerung der Bahn nicht mehr einzuleiten und ein etwa eingeleitetes Verfahren einzustellen.

---

§ 33. Ist zur Zeit des Antrags auf Eintragung einer vollstreckbaren Forderung im Bahngrundbuche die Bahneinheit in dem letzteren nicht eingetragen, so ist der Antrag vom Amtsgericht der Bahnaufsichtsbehörde mitzuteilen, welche von Amtswegen das Ersuchen um Anlegung des Bahngrundbuchblattes in Gemäßheit der Vorschriften des zweiten Abschnitts dieses Gesetzes zu stellen hat. Die Eintragung der vollstreckbaren Forderungen erfolgt bei Anlegung des Grundbuchblattes auf Grund des vorher gestellten Antrages mit dem nach der Zeit des letzteren zu bestimmenden Range; bei der Bestimmung der Reihenfolge für die Befriedigung von Realansprüchen und Forderungen, für welche die Bahn in Beschlag genommen ist (§ 11 des Gesetzes vom 24. März 1897), gilt der Zeitpunkt des Eingangs des Antrags als Zeit der Entstehung des Pfandrechts.

---

§ 34. Wird die Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung einer nicht im Bahngrundbuch eingetragenen Bahn beantragt, so bedarf es der Anlegung des Bahngrundbuchs nur dann, wenn gemäß § 130 des Gesetzes vom 24. März 1897 rückständiges Kaufgeld als Hypothek einzutragen ist. In diesem Falle erfolgt die Anlegung auf das in Gemäßheit der bezeichneten Vorschrift zu stellende Ersuchen des Vollstreckungsgerichts. Bei der Anlegung wird in den Titel die in § 11 Absatz 1 bezeichnete Beschreibung des Bahnunternehmens aufgenommen. Die Aufnahme der übrigen nach § 11 erforderlichen Angaben erfolgt auf Ersuchen der Bahnaufsichtsbehörde (§ 13 Absatz 2 und 3), welcher von der erfolgten Anlegung seitens des Grundbuchrichters Mitteilung zu machen ist.

Wird im Laufe des Verfahrens der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung das Bahngrundbuch angelegt, so ist der Vermerk über den Antrag auf Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung (§§ 19, 146 des Gesetzes vom 24. März 1897) bei der Anlegung von Amtswegen einzutragen. Zu diesem Zwecke hat das Vollstreckungsgericht von der Stellung eines solchen Antrages dem Grundbuchrichter Mitteilung zu machen.

---

§ 35. Für die Zwangsvollstreckung in die Bahn ist als Vollstreckungsgericht das zur Führung des Bahngrundbuchs berufene Amtsgericht ausschließlich zuständig. Die Vorschriften des § 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 24. März 1897 finden entsprechende Anwendung.

§ 36. An unbeweglichen oder beweglichen Gegenständen und Rechten, welche zu mehreren Bahnen desselben Eigentümers gehören, bestimmt sich das Anteilsverhältnis durch das Verhältnis der im letzten Geschäftsjahre vor der Beschlagnahme (§ 13 des Gesetzes vom 24. März 1897) auf den einzelnen Bahnen zurückgelegten Wagenachskilometer, soweit nicht aus dem Bahngrundbuch ein anderes Verhältnis sich ergiebt. Ist die Zahl der Wagenachskilometer nicht buchmäßig festzustellen, so wird das Anteilsverhältnis durch das Vollstreckungsgericht nach Anhörung der Bahnaufsichtsbehörde bestimmt.

§ 37. Hinsichtlich der Reihenfolge der aus dem Kaufgelde zu befriedigenden Ansprüche gelten die Vorschriften der §§ 10, 11 des Gesetzes vom 24. März 1897 mit folgenden Maßgaben:

Nach den in § 10 Nr. 1 bezeichneten Ausgaben sind die gemäß §§ 6, 7 dieses Gesetzes begründeten Entschädigungsforderungen zu berichtigen. Das Vorrecht erlischt, wenn die Entschädigungsforderung nicht innerhalb eines Jahres seit der Erklärung der Bahnaufsichtsbehörde gerichtlich geltend gemacht und bis zur Eröffnung des Vollstreckungsverfahrens verfolgt ist.

Das in § 10 Nr. 2 bestimmte Vorrecht steht denjenigen Personen zu, welche sich dem Eigentümer der Bahn für den Betrieb derselben zu dauerndem Dienste verdungen haben.

Die in den § 10 Nr. 3 bestimmten Vorrechte stehen für diejenigen Steuern und andere öffentliche Abgaben zu, welche für den Bahnbetrieb oder bezüglich der zur Bahneinheit gehörigen Grundstücke zu entrichten sind.

Nach den in § 10 Nr. 3 bezeichneten Forderungen sind zu berichtigen die Forderungen auf Erstattung von Beträgen, welche innerhalb des letzten Jahres im gegenseitigen Bahnverkehr von einem anderen Bahnunternehmer ausgelegt oder für ihn erhoben oder für die Benutzung von Transportmitteln zu entrichten sind (Abrechnungsforderungen).

§ 38. Mit dem Antrage auf Einleitung der Zwangsverwaltung ist von dem Antragsteller eine Erklärung der Bahnaufsichtsbehörde beizubringen, daß die Einkünfte aus der Zwangsverwaltung den Kosten des Verfahrens mit Einschluß der Ausgaben und Ansprüche aus der Verwaltung voraussichtlich entsprechen werden oder es ist eine nach den Erklärungen der Bahnaufsichtsbehörde voraussichtlich hierzu ausreichende Deckung zu gewähren.

§ 39. Wird über das Vermögen des Bahneigentümers das Konkursverfahren eröffnet, so ist die Zwangsverwaltung auch dann einzuleiten, wenn die Bahnaufsichtsbehörde das Vollstreckungsgericht um die Einleitung derselben ersucht. Dies Ersuchen ist nur dann zu stellen, wenn die Einkünfte aus der Zwangsverwaltung den Kosten des Verfahrens mit Einschluß der Ausgaben und Ansprüche aus der Verwaltung voraussichtlich entsprechen werden.

§ 40. Die in den §§ 150, 153, 154 des Gesetzes vom 24. März 1897 dem Gericht zugewiesene Thätigkeit steht der Bahnaufsichtsbehörde zu. Der Minister der öffentlichen Arbeiten kann für die Geschäftsführung der Verwalter und die denselben zu gewährende Vergütung allgemeine Anordnungen treffen.

§ 41. Bei der Verteilung der Einkünfte der Zwangsverwaltung sind neben den laufenden Abgaben, Leistungen und Zinsen die in § 37 Absatz 2 und 5 bezeichneten Forderungen in der daselbst bestimmten Rangordnung zu berichtigen. Vor den in Absatz 3 des § 147 des Gesetzes vom 13. Juli 1883[1]) bezeichneten Forderungen sind die während des Verfahrens fällig werdenden Teilschulden zu berichtigen, soweit solche nicht aus den statutenmäßig zu ihrer Einlösung bestimmten Fonds, welche nicht zur Bahneinheit gehören, zur Hebung gelangen und sofern nicht andere, den Teilschulden vorgehende Bahnpfandschulden fällig sind oder die Zwangsversteigerung oder das Konkursverfahren eröffnet ist.

§ 42. Bei dem Antrage auf Einleitung der Zwangsversteigerung bedarf es der

[1]) Jetzt § 10 Nr. 5 des Gesetzes vom 24. März 1897 (die Forderungen der fünften Klasse).

Beifügung eines Auszuges aus der Grundsteuermutterrolle und der Gebäudesteuerrolle (Artikel 4 des Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 23. September 1899) hinsichtlich der zur Bahneinheit gehörigen Grundstücke nicht.

§ 43. Vor Feststellung der Kaufbedingungen ist die Bahnaufsichtsbehörde zu hören.

§ 44. An Stelle der in § 37 Nr. 1, § 38 des Gesetzes vom 24. März 1897 bezeichneten Angaben tritt eine den wesentlichen Inhalt der Genehmigung wiedergebende Beschreibung der Bahn.

§ 45. Die Erteilung des Zuschlags erfolgt unter der Bedingung, daß für die Person des Erstehers die staatliche Genehmigung zum Erwerbe der Bahn beigebracht wird. Wird diese Genehmigung versagt, so ist das Urteil über die Erteilung des Zuschlags aufzuheben und ein den Zuschlag versagendes Urteil zu erlassen, welches allen Interessenten von Amtswegen zuzustellen ist. Die Zustellung der Entscheidung steht im Sinne der §§ 31, 86, 87 des Gesetzes vom 24. März 1897 der Verkündung des den Zuschlag versagenden Urteils gleich. Ein Termin zur Verkündung dieses Urteils findet nicht statt. Der Termin zur Belegung und Verteilung des Kaufgeldes wird erst nach Beibringung der Genehmigung zum Erwerbe anberaumt.

§ 46. Die in den §§ 21 und 47 des Gesetzes über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 vorgesehenen öffentlichen Versteigerungen erfolgen nach den für die Zwangsversteigerung der Bahn geltenden Vorschriften. Die Feststellung eines geringsten Gebotes findet nicht statt.

Ist eine Bahn, für welche die Genehmigung zur Eröffnung des Betriebs noch nicht erteilt ist, nicht im Bahngrundbuch eingetragen, so hat die Bahnaufsichtsbehörde bei Stellung des Antrags auf Einleitung der Zwangsversteigerung zugleich um die Anlegung des Bahngrundbuchblatts zu ersuchen.

§ 47. Eine Zwangsvollstreckung in andere, als die im Reichsgesetze vom 3. Mai 1886, betreffend die Unzulässigkeit der Pfändung von Eisenbahnfahrbetriebsmitteln (Reichs-Gesetzbl. S. 131), bezeichneten, zur Bahneinheit gehörigen Gegenstände findet nur statt, soweit die Bahnaufsichtsbehörde bescheinigt, daß die Vollstreckung mit dem Betriebe des Bahnunternehmens vereinbar ist.

Besteht nach dem Erlöschen der Genehmigung die Bahneinheit fort, so ist bis zur Schließung des Bahngrundbuchblatts die Zwangsvollstreckung in die zur Bahneinheit gehörigen Gegenstände nur zur Betreibung eines den Bahnpfandgläubigern gegenüber wirksamen Pfandrechts zulässig. Durch diese Bestimmung werden dieselben im Falle des Konkursverfahrens von der Konkursmasse nicht ausgeschlossen. Soweit eine Zwangversteigerung zulässig ist, wird derjenige Teil des Erlöses, welcher dem Bahneigentümer zufällt, Bestandteil der Bahneinheit.

Sechster Abschnitt.

Zwangsliquidation.

§ 48. Nach Erlöschen der Genehmigung für das Bahnunternehmen ist auf Antrag von dem Amtsgericht, bei welchem das Bahngrundbuch geführt wird, zur abgesonderten Befriedigung der Bahnpfandgläubiger aus den einzelnen Bestandteilen der Bahneinheit die Zwangsliquidation zu eröffnen.

Zu dem Antrage ist jeder Bahnpfandgläubiger, sowie der Bahneigentümer und, wenn über dessen Vermögen der Konkurs eröffnet ist, der Konkursverwalter berechtigt.

§ 49. Der Beschluß, durch welchen die Zwangsliquidation eröffnet wird, ist öffentlich bekannt zu machen. Die ihrem Wohnorte nach bekannten Bahnpfandgläubiger sollen von dem Beschluß benachrichtigt werden. Der den Antrag auf Zwangsliquidation abweisende Beschluß des Gerichts ist dem Antragsteller von Amtswegen zuzustellen.

§ 50. Gegen den Eröffnungsbeschluß steht jedem Bahnpfandgläubiger, sowie dem Bahneigentümer oder Konkursverwalter, gegen den abweisenden Beschluß dem Antragsteller die sofortige Beschwerde nach

Maßgabe der Deutschen Civilprozeßordnung (§§ 577, 568 bis 575) zu. Die Frist zur Einlegung der Beschwerde gegen den Eröffnungsbeschluß beginnt mit der Bekanntmachung desselben (§ 49).

§ 51. Nach der Bekanntmachung des Eröffnungsbeschlusses und bis zur Beendigung der Zwangliquidation findet eine selbständige Verfolgung des Pfandrechts durch einzelne Bahnpfandgläubiger nicht statt.

§ 52. Zugleich mit der Eröffnung der Zwangsliquidation ernennt das Gericht einen Liquidator und beruft eine Versammlung der Bahnpfandgläubiger zur Bestellung eines Ausschusses von mindestens zwei Mitgliedern.

Die Berufung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung derselben unter Angabe des Zweckes. Die Versammlung findet unter Leitung des Gerichts statt.

Wahlen erfolgen nach relativer Mehrheit, andere Beschlußfassungen nach absoluter Mehrheit der Stimmen der erschienenen Gläubiger. Die Stimmenmehrheit wird nach den Beträgen der Forderungen berechnet. Die Inhaber von Teilschuldverschreibungen müssen dieselben nach Anordnung des Gerichts hinterlegt haben.

§ 53. Der Name des Liquidators ist öffentlich bekannt zu machen. Ihm ist eine urkundliche Bescheinigung seiner Bestellung zu erteilen, welche er bei Beendigung seiner Geschäftsführung zurückzureichen hat.

Die Vergütung für die Geschäftsführung des Liquidators wird in Ermangelung einer Einigung mit dem Ausschusse der Bahnpfandgläubiger und dem Bahneigentümer oder Konkursverwalter durch das Gericht festgesetzt. Das Gleiche gilt für eine den Mitgliedern des Ausschusses bewilligte Vergütung, wenn über die Höhe derselben eine Einigung mit der Versammlung der Bahnpfandgläubiger und dem Bahneigentümer oder Konkursverwalter nicht erzielt wird.

Der Liquidator steht unter der Aufsicht des Gerichts. Das Gericht kann gegen denselben Ordnungsstrafen bis zu 2000 Mark festsetzen und ihn auf Antrag des Gläubigerausschusses oder des Bahneigentümers oder Konkursverwalters wegen Pflichtverletzung oder aus anderen wichtigen Gründen entlassen. Vor der Entscheidung ist der Liquidator zu hören.

Gegen die in diesem Paragraphen bezeichneten Entscheidungen des Gerichts findet Beschwerde nach Maßgabe der Deutschen Civilprozeßordnung (§§ 568 bis 575) statt. Die Beschwerde gegen die Entlassung eines Liquidators ist die sofortige (§ 577).

§ 54. Der Liquidator hat die Verwertung aller Bestandteile der Bahneinheit vorzunehmen. In wichtigeren Fällen hat derselbe dem Ausschusse der Bahnpfandgläubiger von der beabsichtigten Maßregel Mitteilung zu machen.

Die Zwangsverwaltung und Zwangsversteigerung von Grundstücken kann durch den Liquidator betrieben werden, ohne daß er einen vollstreckbaren Schuldtitel erlangt hat. Zur Veräußerung von Grundstücken aus freier Hand bedarf der Liquidator der Genehmigung des Ausschusses der Bahnpfandgläubiger, sowie der Zustimmung des Bahneigentümers oder Konkursverwalters.

§ 55. Wird einem Unternehmer die Genehmigung zum Fortbetrieb des Bahnunternehmens erteilt, so kann der Liquidator mit Zustimmung des Ausschusses der Bahnpfandgläubiger, sowie des Bahneigentümers oder Konkursverwalters die noch vorhandenen Bestandteile der Bahneinheit als Einheit nach den in § 16 bezeichneten Vorschriften veräußern.

§ 56. So oft aus der Verwertung von Bestandteilen der Bahneinheit hinreichende bare Masse vorhanden ist, hat der Liquidator eine Verteilung vorzunehmen. Die Kosten und Ausgaben der Zwangsliquidation sind vorweg zu berichtigen.

Bei der Verteilung kommen hinsichtlich der Teilnahmerechte, sowie der Reihenfolge und des Umfangs der zu befriedigenden Forderungen die für die Verteilung des Erlöses einer Zwangsversteigerung geltenden Vorschriften zur Anwendung. Die in § 37 Absatz 2 bezeichneten Entschädigungsforderungen können Befriedigung nur in Höhe des Erlöses des einzelnen Grundstücks beanspruchen. Die Verteilungen an die Bahnpfandgläubiger erfolgen, ohne daß es einer Anmeldung

bedarf, auf Grund des Bahngrundbuchs. Soweit für die Bestimmung des Umfangs einer Forderung nach dem Gesetze vom 24. März 1897 der Zeitpunkt der Beschlagnahme maßgebend ist, tritt der Zeitpunkt, an welchem die Eröffnung der Zwangsliquidation bekannt gemacht ist (§ 49), an die Stelle.

Die Vornahme einer Verteilung unterliegt der Genehmigung des Ausschusses. Von der beabsichtigten Verteilung ist der Bahneigentümer oder Konkursverwalter zu benachrichtigen.

Nicht erhobene Anteile sind nach der Bestimmung des Ausschusses für Rechnung der Beteiligten zu hinterlegen.

---

§ 57. Nach der letzten Verteilung und nach der Rechnungslegung des Liquidators beschließt auf den von dem Liquidator und dem Ausschusse der Bahnpfandgläubiger gestellten Antrag das Gericht die Aufhebung der Zwangsliquidation.

Das Gericht hat die Einstellung der Zwangsliquidation zu beschließen, wenn die Bahnpfandgläubiger der Einstellung zustimmen. Auf die Zustimmung der Inhaber von Teilschuldverschreibungen finden die Vorschriften der §§ 28 bis 30 Anwendung.

Gegen die vorstehend bezeichneten Entscheidungen findet Beschwerde nach Maßgabe der Deutschen Civilprozeßordnung (§§ 568 bis 575) statt.

Die Aufhebung oder Einstellung ist öffentlich bekannt zu machen.

Siebenter Abschnitt.

Schlußbestimmungen.

§ 58. Wenn ein anderer als der Eigentümer einer Bahn den Betrieb auf derselben kraft eigenen Nutzungsrechts ausübt, so gehört dies Nutzungsrecht in Ansehung der Zwangsvollstreckung zum unbeweglichen Vermögen. Die Zwangsvollstreckung erfolgt nach den Vorschriften des fünften Abschnitts dieses Gesetzes als Zwangsverwaltung durch Ausübung des Nutzungsrechts. Zur Immobiliarmasse gehören die in § 4 bezeichneten Gegenstände, soweit sie Eigentum des Nutzungsberechtigten sind. Auf die Zwangsvollstreckung in dieselben finden bis zum Erlöschen der Genehmigung die Vorschriften des § 47 entsprechende Anwendung.

---

§ 59. Bei Bahnen, welche nur zum Teil im Gebiet des Preußischen Staates liegen, finden die Vorschriften dieses Gesetzes, sofern nicht durch Staatsvertrag ein anderes bestimmt ist, auf die im Preußischen Gebiet befindlichen Bestandteile Anwendung.

---

§ 60. Auf die Beschwerde gegen die nach diesem Gesetz den Aufsichtsbehörden der Kleinbahnen zustehenden Beschlüsse und Verfügungen findet der § 52 des Gesetzes über die Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892 (Gesetz-Samml. S. 225) Anwendung.

---

§ 61. Die in diesem Gesetz angeordneten öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen durch mindestens einmalige Einrückung in den Anzeiger des Amtsblatts. Die Bekanntmachung gilt als bewirkt mit dem Ablaufe des zweiten Tages nach der Ausgabe des die Einrückung oder die erste Einrückung enthaltenden Blattes.

Außerdem erfolgt die Bekanntmachung durch mindestens einmalige Einrückung in die durch die Statuten oder die Bedingungen der Ausgabe der Teilschuldverschreibungen bestimmten Blätter. Diese Bestimmung findet auch auf die Bekanntmachung des Termins einer Zwangsversteigerung Anwendung, im übrigen bleiben die Vorschriften der §§ 39, 40 des Gesetzes vom 24. März 1897 unberührt.

---

§ 62. Bei Eintragung einer bereits zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes im Betriebe befindlichen Bahn in das Bahngrundbuch sind auf Ersuchen der Aufsichtsbehörde die vor diesem Zeitpunkte auf Grund des Gesetzes vom 17. Juni 1833 (§ 21) ausgegebenen Teilschuldverschreibungen auf den Inhaber, bei welchen in den Ausgabebedingungen eine vorzugsweise Haftung der Bahn nicht ausgeschlossen worden ist, als Bahnpfandschulden einzutragen.

Die Eintragung erfolgt in der durch die Zeit der Entstehung der Forderungen bestimmten Reihenfolge mit dem Vermerke, daß das Rangverhältnis der Gläubiger zu einander nach dem vor der Eintra-

gung zwischen ihnen begründeten Verhältnisse sich bestimme.

Soweit der Bahneigentümer die im ersten Absatze bezeichnete Eigenschaft der früheren Schuld oder deren Betrag bestreitet, ist bei der Eintragung eine Vormerkung zur Erhaltung seines Widerspruchs gegen die Pfandhaftung der Bahn einzutragen.

---

§ 63. Sind Forderungen der in § 62 bezeichneten Art vorhanden, so hat die Bahnaufsichtsbehörde von Amtswegen das Amtsgericht zu ersuchen, das Bahngrundbuchblatt in Gemäßheit der Vorschriften des zweiten Abschnitts dieses Gesetzes anzulegen.

---

§ 64. Aendert das Preußische Gerichtskostengesetz vom 25. Juni 1885. Die Aenderungen sind in der im Band I Seite 192 abgedruckten Fassung des Gerichtskostengesetzes berücksichtigt.

---

§ 65. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1895 in Kraft.

---

§ 66. Mit der Ausführung des Gesetzes werden der Justizminister und der Minister der öffentlichen Arbeiten beauftragt.

Vorläufige Verordnung über die Ausübung der Waldstreu-Berechtigung.

Vom 5. März 1843.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc.

finden Uns bewogen, zur Verhütung der Nachteile, welche eine ungeregelte Ausübung der Waldstreu-Berechtigung auf die Holzkultur ausübt und um sowohl den Waldbesitzern die angemessene Bewirtschaftung ihrer Waldungen, als auch den Servitut-Berechtigten selbst die nachhaltige Ausübung dieser Berechtigung zu sichern, für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Sachsen vorläufig bis zur Publikation einer neuen allgemeinen Forst- und Jagdpolizei-Ordnung nach Anhörung Unserer getreuen Stände und auf den Antrag Unseres Staatsministeriums zu verordnen, wie folgt:

§ 1. Die Waldstreu-Berechtigung besteht in der Befugnis, abgefallenes Laub und Nadeln, sowie dürres Moos zum Unterstreuen unter das Vieh behufs der Bereitung des Düngers in dem Walde eines anderen einzusammeln.

---

§ 2. Wo der Umfang und die Art der Ausübung dieser Berechtigung durch Verleihung, Vertrag, richterliche Entscheidung oder bereits vollendete Verjährung bestimmt festgestellt worden ist, behält es hierbei sein Bewenden. In Ermangelung solcher auf besonderen Rechtstiteln beruhender Verhältnisse dienen die nachstehenden Vorschriften lediglich zur Richtschnur.

§ 3. Die Berechtigten müssen sich, wenn sie die Waldstreu-Nutzung in der nächsten Periode (§ 4 b) ausüben wollen, spätestens bis zum 15. August eines jeden Jahres bei dem Waldbesitzer oder dessen verwaltenden Beamten melden, worauf ihnen ein kostenfrei ausgefertigter Zettel zu ihrer Legitimation erteilt wird. Dieser Zettel ist nur für den Zeitraum, für das Revier und für die Personen gültig, auf welche derselbe lautet.

Die Streu-Berechtigten oder die von ihnen mit Einsammlung der Waldstreu beauftragten Leute müssen diese Zettel, wenn sie Streu im Walde einsammeln, bei Vermeidung einer für jeden einzelnen Kontraventionsfall an den Wald-Eigen-

tümer zu erlegenden Strafe[1]) stets bei sich führen und beim Ablauf der zur Streusammlung bestimmten Zeit bei gleicher Strafe wieder abliefern.

---

§ 4. Die Berechtigung darf nur:

a) in den vom Wald-Eigentümer nach Maßgabe einer zweckmäßigen Bewirtschaftung des Forstes geöffneten Distrikten,

b) in den sechs Winter-Monaten vom 1. Oktober bis zum 1. April,

c) an bestimmten vom Wald-Eigentümer mit Rücksicht auf die bisherige Observanz festzusetzenden, jedoch auf höchstens zwei Tage in der Woche zu beschränkenden und von den Raff- und Leseholz-Tagen verschiedenen Wochentagen

ausgeübt werden. Besteht aber nach dem Herkommen der Gebrauch, daß die Einsammlung der Streu gleich beim Beginn des Oktobers an mehreren nach einander folgenden Tagen von allen Berechtigten gleichzeitig unter Aufsicht des Wald-Eigentümers geschieht und hiermit das Einsammeln für das ganze Jahr geschlossen ist, so behält es hierbei sein Bewenden.

Die Berechtigung darf auch nur

d) mit den in den Zetteln bezeichneten, nach der bisherigen Observanz zu bestimmenden Transportmitteln und

e) nicht mit eisernen, sondern nur mit hölzernen unbeschlagenen Rechen oder Harken, deren Zinken ebenfalls nur von Holz sein dürfen und mindestens $2^1/_2$ Zoll von einander abstehen müssen,

ausgeübt werden.

§ 5. Entstehen über die Frage:

welche Distrikte zum Streusammeln zu öffnen sind,

zwischen dem Wald-Eigentümer und den Berechtigten Streitigkeiten, so werden solche vor dem Kreis-Landrat unter Zuziehung eines von diesem zu wählenden hierbei unbeteiligten Forstbeamten und eines Oekonomieverständigen unter Vorbehalt des Rekurses an das Plenum der vorgesetzten Regierung entschieden. Ueber Streitigkeiten, in betreff der Transportmittel, sowie über die mit Berücksichtigung der bisherigen Observanz zum Streuholen zu bestimmende Zahl der Tage (§ 4, Litt. c) findet dagegen das ordentliche Rechtsverfahren statt.

---

§ 6. Die Waldstreu kann zwar vorübergehend auch zu anderen wirtschaftlichen Zwecken (§ 1), z. B. zur Versetzung der Wände der Wohngebäude, zur Bedeckung der Kartoffelgruben ꝛc. benutzt, darf aber in ihrer Endbestimmung nur zum Unterstreuen unter das Vieh verbraucht, auch weder verkauft, noch sonst an andere überlassen werden.

---

§ 7. Die Geldstrafen fallen dem Wald-Eigentümer anheim.[2])

---

§ 8. Bei Betretung des Frevlers auf eine der in den §§ 3 und 4 bezeichneten Kontraventionen tritt Pfändung ein und der Wald-Eigentümer ist das abgenommene Pfand nur gegen Erlegung der auf die Kontravention gesetzten Strafe auszuantworten verpflichtet.

---

[1]) Man vergleiche § 41 des Feld- und Forst-Polizeigesetzes vom 1. April 1880 (Band I Seite 340).

[2]) Man vergleiche §§ 36, 38, 40 und 42 des Feld- und Forst-Polizeigesetzes vom 1. April 1880 (Band I Seite 340 und 341).

Gesetz, betreffend die Zwangsvollstreckung aus Forderungen landschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditanstalten.

Vom 3. August 1897.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

§ 1. Für öffentliche landschaftliche (ritterschaftliche) Kreditanstalten kann mit landesherrlicher Genehmigung durch Satzung bestimmt werden:

1. daß der Anstalt als Vollstreckungsbehörde ein Zwangsvollstreckungsrecht nach Maßgabe dieses Gesetzes zustehen soll;
2. daß aus Urkunden, welche von einem zum Richteramte befähigten Beamten der Anstalt innerhalb der Grenzen seiner Amtsbefugnisse aufgenommen sind, die gerichtliche Zwangsvollstreckung stattfindet.

Als landschaftliche Kreditanstalten im Sinne dieses Gesetzes gelten auch die provinzial-(kommunal-)ständischen öffentlichen Grundkreditanstalten.

Beruht die Verfassung der Anstalt unmittelbar auf Gesetz, so können die im Absatz 1 erwähnten Bestimmungen durch Königliche Verordnung getroffen werden.

§ 2. Das Zwangsvollstreckungsrecht ist auf die Beitreibung fälliger Forderungen an Darlehnskapitalien und Zinsen, an Tilgungsbeiträgen und auf sonstige durch die Satzung vorgesehene Leistungen beschränkt. Es kann nur gegen Schuldner, welche Eigentümer des beliehenen Grundstückes sind, geltend gemacht werden.

§ 3. Kraft des Zwangsvollstreckungsrechtes ist die Anstalt befugt, die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen des Schuldners zu betreiben.

Der Anstalt kann auch die Befugnis beigelegt werden, das beliehene Grundstück in Zwangsverwaltung zu nehmen. In diesem Falle ist die Anstalt befugt, die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen und die Zwangsverwaltung zusammen oder einzeln zur Ausführung zu bringen.

§ 4. Gleichzeitig mit den im § 3 bezeichneten Maßregeln kann die Anstalt die gerichtliche Zwangsversteigerung des geliehenen Grundstücks betreiben. Der vollstreckbare Schuldtitel wird durch den Antrag auf Zwangsversteigerung ersetzt. Der Antrag soll das Grundstück, den Eigentümer und den Anspruch bezeichnen.

§ 5. Die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen des Schuldners erfolgt nach den Vorschriften der Verordnung über das Verwaltungsverfahren vom 15. November 1899 (Gesetz-Sammlung S. 545).

Das Verfahren der Zwangsverwaltung ist, soweit nicht hierüber in diesem Gesetze Bestimmungen getroffen sind, durch Satzung zu regeln. Die Regelung soll im Anschluß an die Vorschriften des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 24. März 1897 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) erfolgen.

Bestreitet der Schuldner die Verbindlichkeit zur Entrichtung der geforderten Geldbeträge, so bleibt ihm überlassen, seine Rechte im Wege der Klage geltend zu machen.

§ 6. Die Einleitung einer Zwangsverwaltung durch die Anstalt ist ausgeschlossen, so lange eine gerichtliche Zwangsverwaltung anhängig ist.

Eine durch die Anstalt eingeleitete Zwangsverwaltung endigt, wenn wegen des Anspruches eines anderen Gläubigers die gerichtliche Zwangsverwaltung angeordnet wird.

Die Anstalt kann auf Ersuchen des Gerichts die dem letzteren durch §§ 150, 153, 154 des gedachten Reichsgesetzes zugewiesene Thätigkeit bezüglich land- oder forstwirtschaftlicher Grundstücke übernehmen; bezüglich der von ihr beliehenen

Grundstücke kann ihr mit landesherrlicher Genehmigung durch Satzung ein Recht auf Ueberweisung dieser Thätigkeit beigelegt werden.

---

§ 7. Liegen die Voraussetzungen vor, unter denen nach §§ 1134 und 1135 des Bürgerlichen Gesetzbuches das Gericht gegen den Schuldner einzuschreiten haben würde, so ist die Anstalt befugt, unter entsprechender Anwendung der Vorschriften der Verordnung über das Verwaltungszwangsverfahren vom 15. November 1899 (Gesetz-Samml. S. 545) den Arrest in das bewegliche Vermögen des Schuldners vollziehen zu lassen. Steht der Anstalt die Befugnis zu, das beliehene Grundstück in Zwangsverwaltung zu nehmen, so kann sie auch diese Maßregel im Wege des Arrestes zur Ausführung bringen.

Wird von dem Schuldner die Rechtmäßigkeit des Arrestes bestritten, so ist der Widerspruch im Wege der Klage geltend zu machen.

---

§ 8. Bei einer Zwangsverwaltung oder Zwangsversteigerung, bei welcher eine landschaftliche (ritterschaftliche) Kreditanstalt beteiligt ist, brauchen Ansprüche, welche nach § 2 dem Zwangsvollstreckungsrechte der Anstalt unterliegen, auch insoweit, als sie aus dem Grundbuche nicht hervorgehen, weder zum Zwecke ihrer Berücksichtigung bei Feststellung des geringsten Gebotes, noch zum Zwecke ihrer Aufnahme in den Teilungsplan glaubhaft gemacht zu werden.

Durch den Widerspruch, welchen bei der Verhandlung über den Teilungsplan ein anderer Beteiligter gegen einen Anspruch der bezeichneten Art erhebt, wird die Ausführung des Planes nicht aufgehalten. Dem widersprechenden Beteiligten bleibt es überlassen, seine Rechte nach erfolgter Auszahlung im Wege der Klage geltend zu machen.

§ 9. Führt die von einer landschaftlichen (ritterschaftlichen) Kreditanstalt in Gemäßheit des § 5 Absatz 1 betriebene Zwangsvollstreckung zu einem Verteilungsverfahren, so finden die Vorschriften des § 8 entsprechende Anwendung.

---

§ 10. Auf die gerichtliche Zwangsvollstreckung aus den im § 1 Absatz 1 Ziffer 1 vorgesehenen Urkunden finden die Vorschriften über die Zwangsvollstreckung aus notariellen Urkunden entsprechende Anwendung.

In den Fällen des § 726 Absatz 1, der §§ 727 bis 729, 738, 742, 744, des § 745 Absatz 2 und des § 749 der Civilprozeßordnung ist die vollstreckbare Ausfertigung nur auf Anordnung des Amtsgerichtes zu erteilen, in dessen Bezirke die Anstalt ihren Sitz hat.

---

§ 11. Die Vorschriften der §§ 7 bis 9 können mit landesherrlicher Genehmigung durch Satzung auch für solche landschaftliche (ritterschaftliche) Kreditanstalten eingeführt werden, denen schon vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ein Zwangsvollstreckungsrecht im Sinne des § 1 Ziffer 1 zustand.

---

§ 12. Die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Verfassungen und Satzungen der landschaftlichen (ritterschaftlichen) Kreditanstalten und provinzial-(kommunal-)ständischen öffentlichen Grundkreditanstalten werden, auch soweit sie den Anstalten weitergehende Befugnisse gewähren, durch die Vorschriften dieses Gesetzes nicht berührt.

---

§ 13. Die Vorschriften dieses Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die gerichtliche Zwangsverwaltung von Grundstücken gelten nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches nur für die zur Zeit dieses Inkrafttretens bestehenden Kreditanstalten.

Gesetz, betreffend die Errichtung einer Centralanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Personalkredites.

Vom 31. Juli 1895

mit den durch das Gesetz vom 8. Juni 1896 vorgenommenen Abänderungen.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

§ 1. Zur Förderung des Personalkredits (§ 2), insbesondere des genossenschaftlichen Personalkredits, wird unter dem Namen „Preußische Zentral-Genossenschafts-Kasse" eine Anstalt mit dem Sitze in Berlin errichtet.

Die Anstalt besitzt die Eigenschaft einer juristischen Person, sie steht unter Aufsicht und Leitung des Staates.

§ 2. Die Anstalt ist befugt, folgende Geschäfte zu betreiben:

1. zinsbare Darlehne zu gewähren an
   a) solche Vereinigungen und Verbandskassen eingetragener Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Reichsgesetz vom 1. Mai 1889 — Reichs-Gesetzbl. S. 55 —), welche unter ihrem Namen vor Gericht klagen und verklagt werden können,
   b) die für die Förderung des Personalkredits bestimmten landschaftlichen (ritterschaftlichen) Darlehnskassen,
   c) die von den Provinzen (Landeskommunalverbänden) errichteten gleichartigen Institute;
2. von den unter 1 gedachten Vereinigungen ꝛc. Gelder verzinslich anzunehmen.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben (1 und 2) ist die Anstalt außerdem befugt:

3. sonstige Gelder im Depositen- und Checkverkehr anzunehmen;
4. Spareinlagen anzunehmen;
5. Kassenbestände im Wechsel-, Lombard- und Effektengeschäft nutzbar zu machen;
6. Wechsel zu verkaufen und zu acceptieren;
7. Darlehne aufzunehmen;
8. für Rechnung der unter 1 bezeichneten Vereinigungen ꝛc. und der zu denselben gehörigen Genossenschaften sowie derjenigen Personen, von denen sie Gelder im Depositen- und Checkverkehr oder Spareinlagen oder Darlehne erhalten hat, Effekten zu kaufen und zu verkaufen.

Der Geschäftskreis der Anstalt kann durch Königliche Verordnung über die in 1 genannten Vereinigungen hinaus durch die Hereinbeziehung bestimmter Arten von öffentlichen Sparkassen erweitert werden.

§ 3. Der Staat gewährt der Anstalt für die Dauer ihres Bestehens als Grundkapital eine Einlage von 5 Millionen Mark[1]) in dreiprozentigen Schuldverschreibungen nach dem Nennwerte.

§ 4. Der Finanzminister wird zur Ausgabe der Schuldverschreibungen (§ 3) ermächtigt. Er bestimmt, zu welchen Beträgen und zu welchen Bedingungen der Kündigung die Schuldverschreibungen verausgabt werden sollen.

Im übrigen kommen wegen Verwaltung und Tilgung der Anleihe und wegen Verjährung der Zinsen die Vorschriften des Gesetzes vom 19. Dezember 1869 (Gesetz-Samml. S. 1197) zur Anwendung.

§ 5. Es bleibt den im § 2 gedachten Vereinigungen ꝛc. vorbehalten, sich gleichfalls an der Anstalt mit Vermögenseinlagen nach näherer Bestimmung der Aufsichtsbehörde zu beteiligen.

[1]) Nach Gesetz vom 8. Juni 1896: 20 Millionen Mark, und nach Gesetz vom 20. April 1898: 50 Millionen Mark.

§ 6. Von dem beim Jahresabschlusse sich ergebenden Reingewinne der Anstalt wird:

1. zunächst $^1/_5$ zur Bildung eines Reservefonds, $^4/_5$ zur Verzinsung der Einlagen (§§ 3 und 5) bis zu 3 vom Hundert verwendet, ein etwaiger Ueberrest aber ebenfalls dem Reservefonds zugeführt;
2. sobald der Reservefonds ein Viertel der Einlagen beträgt, eine Verzinsung der Einlagen bis zu 4 vom Hundert gewährt und der Rest dem Reservefonds zugeführt.

---

§ 7. Die Aufsichtsbehörde erläßt die Geschäftsanweisungen für das Direktorium (§ 8), sowie die Dienstinstruktionen für die Beamten der Anstalt und verfügt die erforderlichen Abänderungen.

---

§ 8. Die Anstalt wird durch ein Direktorium verwaltet, sowie nach außen vertreten.

Das Direktorium besteht aus einem Direktor und der erforderlichen Anzahl von Mitgliedern und faßt seine Beschlüsse nach Stimmenmehrheit, hat jedoch bei seiner Verwaltung überall den Vorschriften und Weisungen der Aufsichtsbehörde Folge zu leisten.

Der Direktor und die Mitglieder des Direktoriums werden auf den Vorschlag des Staatsministeriums vom Könige auf Lebenszeit ernannt, im Falle kommissarischer Beschäftigung durch die Aufsichtsbehörde berufen.

---

§ 9. Die Beamten der Anstalt haben die Rechte und Pflichten der unmittelbaren Staatsbeamten.

Ihre Besoldungen, Pensionen und sonstigen Dienstbezüge, sowie die Pensionen und Unterstützungen für ihre Hinterbliebenen trägt die Anstalt, der auch die Bestreitung der sächlichen Verwaltungsausgaben obliegt.

Der Etat der persönlichen und sächlichen Verwaltungsausgaben ist vom 1. April 1896 ab alljährlich dem Landtage zur Genehmigung vorzulegen.

---

§ 10. Die Rechnungen der Anstalt unterliegen der Revision durch die Ober-Rechnungskammer.

Die Form, in welcher die Rechnungslegung zu erfolgen hat, wird durch die Aufsichtsbehörde bestimmt. Die hierüber ergehenden Bestimmungen sind der Ober-Rechnungskammer mitzuteilen.

---

§ 11. Die Anstalt wird in allen Fällen, und zwar auch, wo die Gesetze eine Spezialvollmacht erfordern, durch die Unterschrift des Direktoriums verpflichtet, sofern diese Unterschrift von zwei Mitgliedern des Direktoriums oder den als Stellvertreter der letzteren bezeichneten Beamten vollzogen ist.

---

§ 12. Zur beirätlichen Mitwirkung bei den Geschäften der Anstalt wird ein Ausschuß aus sachverständigen Personen gebildet. Dabei sind die Vereinigungen ꝛc. (§ 2), welche mit der Anstalt in regelmäßigem Geschäftsverkehr stehen oder sich an derselben mit Einlagen beteiligen (§ 5), thunlichst zu berücksichtigen.

Der Ausschuß versammelt sich unter Vorsitz des Direktors der Anstalt wenigstens einmal jährlich, kann von demselben aber auch sonst nach Bedarf berufen werden.

---

§ 13. Dem Ausschuß ist Kenntnis von dem gesamten Stand der Geschäfte zu geben, er ist berechtigt, seinerseits Vorschläge über die etwa gebotenen Maßregeln zu machen.

Insbesondere ist der Ausschuß gutachtlich zu hören über:

1. die Grundsätze für die Kreditgewährung, namentlich die Höhe des Zinsfußes, die Fristen und die Sicherheitsleistung;
2. die Grundsätze für die Annahme von Spareinlagen;
3. die Bilanz und die Gewinnberechnung, welche nach Ablauf des Geschäftsjahres vom Direktorium aufgestellt und mit dessen Gutachten der Aufsichtsbehörde zur endgültigen Festsetzung überreicht wird.

Allgemeine Geschäftsanweisungen und Dienstinstruktionen sind dem Ausschusse alsbald nach ihrem Erlasse (§ 7) zur Kenntnisnahme mitzuteilen.

---

§ 14. Die näheren Bestimmungen über

die Zusammensetzung und den Geschäftskreis des Ausschusses erfolgen im Wege Königlicher Verordnung.

§ 15. Aufsichtsbehörde im Sinne dieses Gesetzes ist der Finanzminister, welcher auch die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen Anordnungen zu treffen hat.

Gesetz, betreffend den Geschäftsverkehr der Versicherungsanstalten.

Vom 17. Mai 1853.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc., verordnen, mit Zustimmung beider Kammern, was folgt:

§ 1. Die Vorschrift des § 360 Nr. 9 des Reichsstrafgesetzbuches findet auf Unternehmer von Versicherungsanstalten jeder Art, und ebenso auch auf diejenigen Anwendung, welche den Geschäftsbetrieb der vor dem 1. Juli 1851 errichteten, noch nicht genehmigten Anstalten fortsetzen. Die danach erforderliche Genehmigung der Staatsbehörde ist bei dem Regierungspräsidenten des Wohnorts des Unternehmers nachzusuchen und darf nur erteilt werden, wenn der Regierungspräsident sich von der Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit des Unternehmers überzeugt hat.

§ 2. Ausländische Unternehmer von Versicherungsanstalten (§ 1) bedürfen, wenn sie im Inlande Agenten bestellen wollen (§ 3) dazu, sofern nicht durch Staatsverträge ein anderes bestimmt ist, der Erlaubnis der Ministerien (§ 18 allgemeine Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845).

§§ 3 und **4** sind aufgehoben.

§ 5. Die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über die Zurücknahme gewerblicher Konzessionen finden auch auf die nach § 1 erteilten Konzessionen Anwendung.[1]) Die an Ausländer erteilte Erlaubnis (§ 2) kann zu jeder Zeit ohne Angabe von Gründen widerrufen werden.

§ 6 ist aufgehoben.

§ 7. Wer für nicht konzessionierte Unternehmer von Versicherungsanstalten selbst oder durch andere, gewerbsmäße oder doch gegen irgend einen Vorteil Versicherungsgeschäfte abschließt oder vermittelt, oder seine Vermittelung zur Abschließung solcher Geschäfte oder die Erteilung von Auskunft über dieselben verbreitet, hat Geldbuße bis zu sechshundert Mark oder Gefängnis bis zu drei Monaten verwirkt.

§ 8 gilt nicht mehr.

§ 9. Die von inländischen Aktiengesellschaften errichteten oder zu errichtenden Versicherungsanstalten sind den vorstehenden Bestimmungen (§§ 1 bis 8) mit der Maßgabe unterworfen, daß es in Betreff der Erteilung und Entziehung der im § 1 gedachten Genehmigung bei den, dieserhalb bestehenden besonderen Vorschriften bewendet.

§ 10. Das gegenwärtige Gesetz findet auch auf das Feuerversicherungswesen, jedoch nur insoweit Anwendung, als das Gesetz vom 8. Mai 1837 (Gesetz-Samml. S. 102) und die Ordre vom 30. Mai 1891 (Gesetz-Samml. S. 122)) nicht abweichende Bestimmungen enthalten.

---

[1]) Man vergleiche § 120 Nr. 2 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden, vom 1. August 1883.

Gesetz über das Mobiliar-Feuer-Versicherungswesen.

Vom 8. Mai 1837.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. finden Uns bewogen, zur Abwendung von Mißbräuchen bei der Versicherung von Gegenständen des Mobiliarvermögens gegen Feuersgefahr, nach Vernehmung Unserer getreuen Stände, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsrats für den ganzen Umfang Unserer Monarchie zu verordnen, wie folgt:

1. Zulässigkeit der Versicherungen.

§ 1. Kein Gegenstand des Mobiliarvermögens darf gegen Feuersgefahr höher versichert werden, als nach dem gemeinen Werte zur Zeit der Versicherungsnahme.

Solche Kunstsachen und ähnliche Gegenstände von größerer Bedeutung, denen ein gemeiner Wert nicht wohl beizulegen ist, müssen mit ihren Versicherungssummen in der Police einzeln aufgeführt werden.

§ 2. Es ist unzulässig, Versicherungen auf einen und denselben Gegenstand bei verschiedenen Versicherungsgesellschaften zu nehmen. Eine Ausnahme von dieser Regel findet nur bei solchen kaufmännischen Warenlägern und anderen großen Vorräten statt, welche einen Wert von mindestens dreißigtausend Mark haben. Der Gesamtbetrag der einzelnen Versicherungen darf jedoch auch in diesem Falle nicht über den gemeinen Wert des Versicherungs-Gegenstandes hinausgehen. Sind dergleichen Warenläger oder Vorräte bereits irgendwo versichert, so ist, bei anderweitiger Versicherung, der Betrag der früheren anzugeben. Andererseits muß aber auch der frühere Versicherer von der späteren Versicherung innerhalb acht Tagen nach Abschluß des Kontrakts durch den Versicherten benachrichtigt werden.

§ 3. Es ist ferner unzulässig, Versicherungen ohne Vermittelung eines bestätigten, inländischen Agenten unmittelbar bei ausländischen Gesellschaften zu nehmen. Nur den, im § 19 bezeichneten Kaufleuten und Fabrikanten ist dies in Ansehung der daselbst erwähnten Gegenstände, jedoch auch nur bei solchen ausländischen Gesellschaften gestattet, welche von Unserem Ministerium des Innern und der Polizei die Erlaubnis hierzu erhalten haben (§ 6).

§ 4. Ergiebt sich eine zu hohe Versicherunng (§ 1), so ist die Orts-Polizeibehörde befugt und schuldig, den Versicherungsbetrag auf den allgemeinen Wert zurückführen zu lassen. Der Versicherte und die Gesellschaft sind verpflichtet, die nötige Veränderung in den Büchern und in der Police vorzunehmen.

Die Polizeibehörde hat das Recht, sich durch Einsicht der Bücher und der Police von der Beobachtung dieser Vorschrift zu überzeugen.

§ 5. Zur Versicherung von Mobiliargegenständen ist deren Angabe nach einzelnen Stücken oder Gattungen erforderlich (§ 13). Bei Warenlägern, großen Naturalienvorräten und ähnlichen Gegenständen, welche zum Verkauf oder zum Verbrauch zusammengebracht zu werden pflegen, und deren Bestand nach Größe und Wert daher einem steten Wechsel unterworfen ist, soll jedoch die Versicherung auf den durchschnittlichen, oder selbst auf den mutmaßlich höchsten Betrag, der nach dem Umfange des Geschäfts, der Produktion ꝛc. anzunehmen stehet, zulässig sein.

Die Versicherten sind jedoch gehalten, über die lagernden Güter und Vorräte vollständige Bücher zu führen, aus welchen der jedesmalige Ab- und Zugang genau zu ersehen sein muß.

Die Polizeibehörde hat das Recht, diese Bücher zu jeder Zeit einzusehen, um sich von der gehörigen Anlegung und Fortführung zu überzeugen; ein tieferes Eindringen ist ihr nicht gestattet.

2. Zulassung ausländischer Gesellschaften.

§ 6. Ausländische Gesellschaften bedürfen zu Versicherungsgeschäften in Unsern Landen der Erlaubnis Unseres Ministeriums des Innern und der Polizei, dem auch die Befugnis zustehen soll, die erteilte Erlaubnis zurückzunehmen, wenn es dazu Veranlassung findet. Die Erteilung oder Zurücknahme einer solchen Erlaubnis hat das Ministerium durch die Amtsblätter zur öffentlichen Kenntnis bringen zu lassen.

3. Agenten der Gesellschaften.

§§ 7—11 fallen fort.

---

§ 12.[1])

4. Buchführung der Agenten.

§ 13. Jeder Agent ist verpflichtet, über seine sämtlichen das Feuer-Versicherungswesen betreffenden Geschäfte besondere Bücher zu führen, aus welchen zu ersehen sein muß

a) der Name und Wohnort des Versicherten,
b) der Gegenstand oder die Gegenstände der Versicherung nach Gattungen,
c) die Höhe der Versicherungssumme für jeden Gegenstand oder für jede Gattung von Gegenständen,
d) der Tag, mit welchem die Versicherung anfängt,
e) der Tag, mit welchem dieselbe aufhört, und
f) die über denselben Gegenstand bei einer andern Gesellschaft etwa schon bestehende Versicherung und deren Betrag.

Die Polizeibehörde (§ 14) ist befugt, diese Bücher zu jeder Zeit einzusehen, sowohl um die Führung derselben zu beaufsichtigen, als um eine Kontravention zu ermitteln oder zu verhüten.

5. Aufsicht über die Versicherungen.

§ 14. Kein Agent darf eine Police oder einen Prolongationsschein zu derselben aushändigen, bevor er nicht von der Polizeiobrigkeit des Wohnorts des Versicherungssuchenden die amtliche Erklärung erhalten hat, daß der Aushändigung in polizeilicher Hinsicht kein Bedenken entgegenstehe.

Der Agent hat zu dem Ende ein Duplikat des Versicherungsantrags und der damit verbundenen Deklaration des Versicherungsnehmers einzureichen.

Der Polizeiobrigkeit bleibt überlassen, durch Besichtigung an Ort und Stelle oder durch andere ihr dienlich scheinende Mittel sich von der Angemessenheit des Versicherungsbetrages die nötige Ueberzeugung zu verschaffen. Versagt die Polizeiobrigkeit die nachgesuchte Erklärung, so steht den Beteiligten der Rekurs an die vorgesetzte Regierung[2]) zu.

Alle hierauf sich beziehenden Verhandlungen sind stempel- und kostenfrei.

---

§ 15. Die im § 14 den Agenten auferlegten Verpflichtungen sind auch von inländischen Gesellschaften zu erfüllen, wenn jemand bei ihnen unmittelbar eine Versicherung nimmt.

---

§ 16. Die Polizeibehörden sind verpflichtet, den Verpächtern und Vermietern von Landgütern, Häusern und Niederlageräumen, auf Ansuchen derselben, über die von ihren Pächtern oder Mietern genommenen Mobiliarversicherungen Auskunft zu erteilen.

---

§ 17. Im Falle eines Brandes darf der Anspruch des Versicherten den infolge des Brandes wirklich erlittenen Verlust nicht übersteigen.

---

§ 18. Ist nach eingetretenem Brande die dem Versicherten gebührende Entschädigungssumme festgestellt und zur Zahlung bereit, so hat die Gesellschaft oder der Agent der Orts-Polizeibehörde davon An-

---

[1]) Man vergleiche jetzt § 14 der Reichsgewerbeordnung.

[2]) An die Stelle dieses Rekurses sind jetzt die Rechtsmittel des § 127 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 getreten.

zeige zu machen. Die Zahlung darf nur erst dann erfolgen, wenn die Behörde nicht binnen acht Tagen nach erhaltener Anzeige, dagegen Einspruch gethan hat.

§ 19. Versicherungen von Kaufleuten und mit kaufmännischen Rechten versehenen Fabrikanten, welche ordnungsmäßig eingerichtete Bücher führen, auf Warenläger von mindestens dreißigtausend Mark, sind den Vorschriften der §§ 14 und 15 nicht unterworfen; dagegen ist der § 18 auch auf sie anwendbar.

§ 20. Wer Mobiliar-Vermögens-Gegenstände gegen Feuersgefahr wissentlich zu einem höhern als dem gemeinen Wert versichert, hat außer der Zurückführung der Versicherungssumme auf diesen Wert (§ 41) eine dem Betrage der Ueberschreitung gleichkommende Geldbuße verwirkt, welche, wenn die Entdeckung der Ueberversicherung erst nach eingetretenem Brande geschehen, verdoppelt wird.

§ 21. Beträgt die Ueberschreitung bei Warenlagern ꝛc. (§ 5) zehn bis dreißig Prozent, oder bei anderen beweglichen Vermögen zwanzig bis fünfzig Prozent, so tritt, wenn der Fall wissentlicher Ueberschreitung nicht vorliegt, eine Geldstrafe von dreißig bis eintausendfünfhundert Mark ein.

§ 22. Wird von dem Versicherten die erfolgte Ueberschreitung entweder noch vor dem eingetretenen Brande oder wenigstens vor dem erhobenen Anspruche auf die Vergütung freiwillig angezeigt, so findet nur eine Geldbuße bis zu dreißig Mark statt.

§ 23. Wenn eine der beiden in § 2 für mehrfache Versicherungen vorgeschriebenen Anzeigen versäumt wird, so hat der Versicherte eine Geldbuße von fünfzehn bis dreihundert Mark verwirkt.

§ 24. Wer der Vorschrift des § 2 zuwider mehrfache Versicherungen nimmt, verfällt in eine Geldbuße von dreißig bis eintausendfünfhundert Mark.

§ 25. Unmittelbare Versicherungen bei ausländischen Gesellschaften gegen die Vorschrift des § 3 werden mit einer Geldbuße von dreißig bis eintausendfünfhundert Mark bestraft.

§ 26. Versicherungen bei nicht zugelassenen ausländischen Gesellschaften (§ 6) werden mit einer Geldbuße von dreißig bis eintausendfünfhundert Mark bestraft.

§ 27. Ein Versicherter, welcher die im § 5 vorgeschriebenen Bücher gar nicht oder nicht in gehöriger Ordnung führt, hat eine Geldbuße von fünfzehn bis dreihundert Mark verwirkt.

§§ 28 und 29 gelten nicht mehr.

§ 30. Jeder Agent, welcher die im § 13 vorgeschriebenen Bücher gar nicht oder nicht in gehöriger Ordnung führt, hat eine Geldstrafe von fünfzehn bis dreihundert Mark verwirkt.

§ 31. Hat ein Agent die im § 14 vorgeschriebene amtliche Erklärung einzuholen versäumt, so trifft ihn eine Geldstrafe von dreißig bis eintausendfünfhundert Mark.

§ 32. Dieselben Strafen (§ 31) treffen den Agenten, wenn er gegen die Vorschrift des § 18 Zahlungen leistet.

§ 33. Unterläßt eine inländische Gesellschaft, auf einen unmittelbar bei ihr gemachten Antrag die amtliche Erklärung einzuholen (§§ 14 und 15), oder leistet sie gegen die Vorschrift des § 18 Zahlung, so verfällt sie in dieselben Geldstrafen, soweit die gleichartigen Verschuldungen der Agenten inhalts der §§ 31 und 32 belegt werden sollen.

§ 34. In Unvermögensfällen treten verhältnismäßige Haftstrafen an die Stelle der Geldbußen.

Allgemeines Berggesetz

für die

Preußischen Staaten.

Vom 24. Juni 1865

mit den Abänderungen durch die Gesetze vom 24. Juni 1892, 8. April 1894 und 20. September 1899.

Inhaltsverzeichnis.

	Paragraphen
Erster Titel.	
Allgemeine Bestimmungen . .	1 bis 2
Zweiter Titel.	
Von der Erwerbung des Bergwerkseigentums.	
1. Abschnitt. Vom Schürfen .	3 „ 11
2. „ Vom Muten . .	12 „ 21
3. „ Vom Verleihen .	22 „ 38
4. „ Vom Vermessen.	39 „ 40
5. „ Von der Konsolidation	41 „ 49
Dritter Titel.	
Von dem Bergwerkseigentume.	
1. Abschnitt. Von dem Bergwerkseigentume im allgemeinen	50 „ 64
2. Abschnitt. Von dem Betriebe und der Verwaltung	65 „ 79
3. Abschnitt. Von den Bergleuten und den Betriebsbeamten	80 „ 93
Vierter Titel.	
Von den Rechtsverhältnissen der Mitbeteiligten eines Bergwerks	94 „ 134
Fünfter Titel.	
Von den Rechtsverhältnissen zwischen den Bergbautreibenden und den Grundbesitzern.	
1. Abschnitt. Von der Grundabtretung	135 „ 147
2. Abschnitt. Von dem Schadenersatze für Beschädigungen des Grundeigentums	148 bis 152
3. Abschnitt. Von dem Verhältnisse des Bergbaues zu öffentlichen Verkehrsanstalten . . .	153 „ 155
Sechster Titel.	
Von der Aufhebung des Bergwerkseigentums	156 „ 164
Siebenter Titel.	
Von den Knappschaftsvereinen .	165 „ 186
Achter Titel.	
Von den Bergbehörden	187 „ 195
Neunter Titel.	
Von der Bergpolizei.	
1. Abschnitt. Von dem Erlasse bergpolizeilicher Vorschriften .	196 „ 203
2. Abschnitt. Von dem Verfahren bei Unglücksfällen	204 „ 206
3. Abschnitt. Strafbestimmungen	207 „ 209a
Zehnter Titel.	
Provinzialrechtliche Bestimmungen	210 „ 214
Elfter Titel.	
Uebergangsbestimmungen . . .	215 „ 241
Zwölfter Titel.	
Schlußbestimmungen	242 „ 250

Allgemeines Berggesetz

für die

Preußischen Staaten.

Vom 24. Juni 1865

mit den Abänderungen durch die Gesetze vom 9. April 1873, 24. Juni 1892, 8. April 1894 und 20. September 1899.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, für den ganzen Umfang der Monarchie, was folgt:

Erster Titel.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die nachstehend bezeichneten Mineralien sind von dem Verfügungsrechte des Grundeigentümers ausgeschlossen.

Die Aufsuchung und Gewinnung derselben unterliegt den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes.

Diese Mineralien sind:

Gold, Silber, Quecksilber, Eisen mit Ausnahme der Raseneisenerze, Blei, Kupfer, Zinn, Zink, Kobalt, Nickel, Arsenik, Mangan, Antimon und Schwefel, gediegen und als Erze;

Alaun- und Vitriolerze;

Steinkohle, Braunkohle und Graphit;

Steinsalz nebst den mit demselben auf der nämlichen Lagerstätte vorkommenden Salzen und die Soolquellen.

---

§ 2. Der Erwerb und Betrieb von Bergwerken für Rechnung des Staates ist den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes ebenfalls unterworfen.

An den Rechten des Staates bezüglich des Salzhandels wird durch dieses Gesetz nichts geändert.

Zweiter Titel.

Von der Erwerbung des Bergwerkseigentums.

Erster Abschnitt.

Vom Schürfen.

§ 3. Die Aufsuchung der im § 1 bezeichneten Mineralien auf ihren natürlichen Ablagerungen — das Schürfen — ist unter Befolgung der nachstehenden Vorschriften einem jeden gestattet.

---

§ 4. Auf öffentlichen Plätzen, Straßen und Eisenbahnen, sowie auf Friedhöfen ist das Schürfen unbedingt untersagt.

Auf anderen Grundstücken ist das Schürfen unstatthaft, wenn nach der Entscheidung der Bergbehörde überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen.

Unter Gebäuden und in einem Umkreise um dieselben bis zu zweihundert Fuß, in Gärten und eingefriedigten Hofräumen darf nicht geschürft werden, es sei denn, daß der Grundbesitzer seine ausdrückliche Einwilligung hierzu erteilt hat.

---

§ 5. Wer zur Ausführung von Schürfarbeiten fremden Grund und Boden benutzen will, hat hierzu die Erlaubnis des Grundbesitzers nachzusuchen.

Mit Ausnahme der im § 4 bezeichneten Fälle muß der Grundbesitzer, er sei Eigentümer oder Nutzungsberechtigter, das Schürfen auf seinem Grund und Boden gestatten.

---

§ 6. Der Schürfer ist verpflichtet, dem Grundbesitzer für die entzogene Nutzung jährlich im voraus vollständige Entschädigung zu leisten und das Grundstück nach beendigter Benutzung zurückzugeben, auch für den Fall, daß durch die Benutzung eine Wertverminderung des Grundstücks eintritt, bei der Rückgabe den Minderwert zu ersetzen.

Für die Erfüllung dieser letzteren Verpflichtung kann der Grundbesitzer schon bei der Abtretung des Grundstücks die Bestellung einer angemessenen Kaution von dem Schürfer verlangen.

---

§ 7. Die dem Grundeigentümer im letzten Satze des § 137 und in den §§ 138, 139 und 141 eingeräumten Rechte stehen demselben auch gegen den Schürfer zu.

---

§ 8. Kann der Schürfer sich mit dem Grundbesitzer über die Gestattung der Schürfarbeiten nicht gütlich einigen, so entscheidet das Ober-Bergamt durch einen Beschluß darüber, ob und unter welchen Bedingungen die Schürfarbeiten unternommen werden dürfen.

Das Ober-Bergamt darf die Ermächtigung nur in den Fällen des § 4 versagen.

Dasselbe setzt beim Mangel einer Einigung unter den Beteiligten die Entschädigung und die Kaution (§ 6) in Gelde fest. Gegen diese Festsetzung findet der Rekurs nicht statt.

Wegen der Kosten kommt der § 147 zur Anwendung.

---

§ 9. Durch Beschreitung des Rechtsweges wird, wenn dieselbe nur wegen der Festsetzung der Entschädigung oder der Kaution erfolgt, der Beginn der Schürfarbeiten nicht aufgehalten, vorausgesetzt, daß die Entschädigung an den Berechtigten gezahlt oder bei verweigerter Annahme gerichtlich deponiert, desgleichen die gerichtliche Deposition der Kaution geschehen ist.

---

§ 10. In den Feldern fremder Bergwerke darf nach denjenigen Mineralien geschürft werden, auf welche der Bergwerkseigentümer Rechte noch nicht erworben hat.

Bedrohen jedoch solche Schürfarbeiten die Sicherheit der Baue oder den ungestörten Betrieb des Bergwerks, so hat die Bergbehörde dieselben zu untersagen.

Der Bergwerksbesitzer kann verlangen, daß der Schürfer ihm vor Beginn der Schürfarbeiten eine angemessene Kaution für die etwa zu leistende Entschädigung bestellt.

Auf diese Kaution finden die §§ 8 und 9 Anwendung.

---

§ 11. Der Schürfer ist befugt, über die bei seinen Schürfarbeiten geförderten Mineralien (§ 1) zu verfügen, insofern nicht bereits Dritte Rechte auf dieselben erworben haben.

Hinsichtlich der Entrichtung der Bergwerks-Abgaben kommen die für die Bergwerke maßgebenden Vorschriften zur Anwendung.

Zweiter Abschnitt.

Vom Muten.

§ 12. Das Gesuch um Verleihung des Bergwerks-Eigentums in einem gewissen Felde — die Mutung — muß bei dem Ober-Bergamte angebracht werden.

Das Ober-Bergamt hat die Befugnis, für bestimmte Reviere die Annahme der Mutungen den Revier-Beamten zu überweisen.

Dieser Auftrag muß durch das Regierungs-Amtsblatt und den Staats-Anzeiger bekannt gemacht werden.

§ 13. Die Mutung ist schriftlich in zwei gleichlautenden Exemplaren einzulegen.

Jedes Exemplar wird mit Tag und Stunde der Präsentation versehen und sodann ein Exemplar dem Muter zurückgegeben.

Es ist statthaft, die Mutung bei der zur Annahme derselben befugten Behörde zu Protokoll zu erklären.

§ 14. Jede Mutung muß enthalten:

1. den Namen und Wohnort des Muters,
2. die Bezeichnung des Minerals, auf welches die Verleihung des Bergwerks-Eigentums verlangt wird,
3. die Bezeichnung des Fundpunktes,
4. den dem Bergwerke beizulegenden Namen.

Wird eine Mutung auf das Mineralvorkommen eines verlassenen Bergwerks eingelegt, so muß dieselbe statt des Erfordernisses unter 3. eine Angabe über die Lage dieses Bergwerks enthalten.

Fehlt der Mutung die eine oder andere dieser Angaben, so hat der Muter dem Mangel auf die Aufforderung der Bergbehörde innerhalb einer Woche abzuhelfen. Geschieht dies nicht, so ist die Mutung von Anfang an ungültig.

§ 15. Die Gültigkeit einer Mutung ist dadurch bedingt, daß das in derselben bezeichnete Mineral an dem angegebenen Fundpunkte (§ 14) auf seiner natürlichen Ablagerung vor Einlegung der Mutung entdeckt worden ist und bei der amtlichen Untersuchung nachgewiesen wird, und daß außerdem nicht bessere Rechte Dritter auf den Fund entgegenstehen.

§ 16. Wird eine Mutung auf das Mineralvorkommen eines verlassenen Bergwerks eingelegt (§ 14), so bedarf es zur Gültigkeit derselben keiner vorherigen neuen Aufschlüsse.

War jedoch das Mineral erwiesenermaßen bereits bei dem Verlassen des Bergwerks gänzlich abgebaut, so ist eine solche Mutung von Anfang an ungültig.

§ 17. Der Muter hat die Lage und Größe des begehrten Feldes (§ 27), letztere nach Quadratlachtern[1]) anzugeben und einen von einem konzessionierten Markscheider oder Feldmesser angefertigten Situationsriß in zwei Exemplaren einzureichen, auf welchem der Fundpunkt, die Feldesgrenzen, die zur Orientierung erforderlichen Tages-Gegenstände und der Meridian angegeben sein müssen.

Der bei Anfertigung dieses Situationsrisses anzuwendende Maßstab wird durch das Ober-Bergamt festgesetzt und durch die Regierungs-Amtsblätter bekannt gemacht.

§ 18. Die Angabe der Lage und Größe des Feldes, sowie die Einreichung des Situationsrisses (§ 17) müssen binnen sechs Wochen nach Präsentation der Mutung bei der zur Annahme der letzteren befugten Bergbehörde erfolgen.

Geschieht dies nicht, so ist die Mutung von Anfang an ungültig.

Unterläßt der Muter die Einreichung eines zweiten Exemplars des Situationsrisses, so kann die Bergbehörde dasselbe auf Kosten des Muters anfertigen lassen.

§ 19. Die Lage und Größe des begehrten Feldes können nur innerhalb der auf dem Situationsrisse (§ 17) angegebenen Grenzen abgeändert werden.

Gegen Mutungen Dritter ist das gesetzlich begehrte, auf dem Situationsrisse angegebene Feld einer Mutung für die Dauer ihrer Gültigkeit geschlossen.

Diese Wirkung tritt mit dem Zeitpunkte der Präsentation der Mutung ein und wird auf diesen Zeitpunkt auch dann zurückbezogen, wenn der Situationsriß erst später innerhalb der im § 18 vorgeschriebenen Frist eingereicht worden ist.

§ 20. Das Feld einer jeden Mutung wird gleich nach Einreichung des Situationsrisses (§ 17) von der Bergbehörde auf die Mutungs-Uebersichtskarte aufgetragen.

Die Einsicht dieser Karte ist einem jeden gestattet.

§ 21. Versuchsarbeiten, welche der Muter etwa noch vor der Verleihung ausführt, unterliegen denselben Vorschriften, wie die Arbeiten des Schürfers (§§ 3 bis 11).

[1]) Jetzt nach Quadratmetern.

Dritter Abschnitt.

Vom Verleihen.

§ 22. Die den gesetzlichen Erfordernissen entsprechende Mutung begründet einen Anspruch auf Verleihung des Bergwerk-Eigentums in dem im § 27 bestimmten Felde.

§ 23. Dieser Anspruch kann jedoch auf dem Rechtswege nicht gegen die verleihende Bergbehörde, sondern nur gegen diejenigen Personen verfolgt werden, welche dem Muter die Behauptung eines besseren Rechts entgegensetzen.

§ 24. Wer auf eigenem Grund und Boden oder in seinem eigenen Grubengebäude oder durch Schürfarbeiten, welche nach Vorschrift der §§ 3 bis 10 unternommen worden sind, ein Mineral (§ 1) auf seiner natürlichen Ablagerung entdeckt, hat als Finder das Vorrecht vor anderen, nach dem Zeitpunkte seines Fundes eingelegten Mutungen.

Der Finder muß jedoch innerhalb einer Woche nach Ablauf des Tages der Entdeckung Meldung einlegen, widrigenfalls sein Vorrecht erlischt.

§ 25. In allen übrigen Fällen geht die ältere Mutung der jüngeren vor. Das Alter wird durch das Präsentatum der zur Annahme befugten Bergbehörde (§ 12) bestimmt.

§ 26. Das Bergwerks-Eigentum wird für Felder verliehen, welche, soweit die Oertlichkeit es gestattet, von geraden Linien an der Oberfläche und von senkrechten Ebenen in die ewige Teufe begrenzt werden.

Der Flächeninhalt der Felder ist nach der horizontalen Projektion in Quadrat-Lachtern[1]) festzustellen.

§ 27. Der Muter hat das Recht,

1. in den Kreisen Siegen und Olpe des Regierungsbezirks Arnsberg und in den Kreisen Altenkirchen und Neuwied des Regierungsbezirks Koblenz ein Feld bis zu 25000 Quadrat-Lachtern;
2. in allen übrigen Landesteilen ein Feld bis zu 500000 Quadrat-Lachtern

zu verlangen.

In dieser Ausdehnung kann dem Felde jede beliebige, den Bedingungen des § 26 entsprechende Form gegeben werden. Jedoch muß der Fundpunkt (§ 15), beziehungsweise der frühere Aufschluß des Mineralvorkommens eines verlassenen Bergwerks (§ 16) stets in dieses Feld eingeschlossen werden. Auch dürfen je zwei Punkte der Begrenzung bei 25000 Quadrat-Lachtern (Nr. 1) nicht über 500 Lachter und bei 500000 Quadrat-Lachtern (Nr. 2) nicht über 2000 Lachter von einander entfernt liegen.

§ 28. Ehe die Verleihung des Bergwerks-Eigentums erfolgt, hat der Muter in einem vor der Bergbehörde anzusetzenden, ihm mindestens vierzehn Tage vorher bekannt zu machenden Termine seine Schlußerklärung über die Größe und Begrenzung des Feldes, sowie über etwaige Einsprüche und kollidierende Ansprüche Dritter abzugeben.

Auf den Antrag des Muters kann der Termin verlegt, auch kann zur Fortsetzung des Verfahrens ein fernerer Termin angesetzt werden.

Erscheint der Muter im Termine nicht, so wird angenommen, derselbe beharre bei seinem Anspruche auf Verleihung des Bergwerks-Eigentums in dem auf dem Situationsrisse (§ 17) angegebenen Felde und erwarte die Entscheidung der Bergbehörde über seinen Anspruch sowie über die etwaigen Einsprüche und Ansprüche Dritter.

§ 29. Zu dem Termine (§ 28) werden

1. diejenigen Muter, deren Rechte vermöge der Lage ihrer Fundpunkte oder Felder mit dem begehrten Felde bereits kollidieren oder doch in Kollision geraten können,
2. die Vertreter der durch das begehrte Feld ganz oder teilweise überdeckten und der benachbarten Bergwerke

zur Wahrnehmung ihrer Rechte mit dem Eröffnen vorgeladen, daß im Falle ihres

[1]) Jetzt in Quadratmetern.

Ausbleibens die Bergbehörde lediglich nach Lage der Verhandlungen entscheiden werde.

§ 30. Liegen Einsprüche und Kollisionen mit den Rechten Dritter nicht vor und findet sich auch sonst gegen die Anträge des Muters gesetzlich nichts zu erinnern, so fertigt das Ober-Bergamt ohne weiteres die Verleihungsurkunde aus.

§ 31. Liegen Einsprüche oder Kollisionen mit den Rechten Dritter vor oder kann aus anderen gesetzlichen Gründen den Anträgen des Muters gar nicht oder nicht in ihrem ganzen Umfange entsprochen werden, so entscheidet das Ober-Bergamt über die Erteilung oder Versagung der Verleihung durch einen Beschluß, welcher dem Muter und den beteiligten Dritten in Ausfertigung zugestellt wird.

Einsprüche und Ansprüche, welche durch den Beschluß des Ober-Bergamts abgewiesen werden, müssen, insofern wegen derselben der Rechtsweg zulässig ist, binnen drei Monaten, vom Ablaufe des Tages, an welchem der Beschluß, beziehungsweise der Rekursbescheid (§ 191) zugestellt ist, durch gerichtliche Klage verfolgt werden.

Wer von dieser Frist keinen Gebrauch macht, ist seines etwaigen Rechtes verlustig.

Die in dem Verleihungsverfahren durch unbegründete Einsprüche entstehenden Kosten hat der Widersprechende zu tragen.

§ 32. Sind die der Verleihung entgegenstehenden Hindernisse (§ 31) durch die Entscheidung der Bergbehörde oder durch Richterspruch beseitigt, so fertigt das Ober-Bergamt die Verleihungsurkunde aus.

§ 33. Bei Ausfertigung der Verleihungsurkunde werden die beiden Exemplare des Situationsrisses (§ 17) von dem Ober-Bergamte beglaubigt, erforderlichenfalls aber vorher berichtigt und vervollständigt.

Das eine Exemplar des Risses erhält der Bergwerkseigentümer, das andere aber wird bei der Bergbehörde aufbewahrt.

§ 34. Die Verleihungs-Urkunde muß enthalten:

1. den Namen, Stand und Wohnort des Berechtigten;
2. den Namen des Bergwerks;
3. den Flächen-Inhalt und die Begrenzung des Feldes unter Verweisung auf den Situationsriß (§ 33);
4. den Namen der Gemeinde, des Kreises, des Regierungs- und Ober-Bergamts-Bezirks, in welchem das Feld liegt;
5. die Benennung des Minerals oder der Mineralien, auf welche das Bergwerks-Eigentum verliehen wird;
6. Datum der Urkunde;
7. Siegel und Unterschrift des verleihenden Ober-Bergamts.

§ 35. Die Verleihungs-Urkunde ist binnen sechs Wochen nach der Ausfertigung durch das Amtsblatt der Regierung, in deren Bezirk das Bergwerk liegt, unter Verweisung auf diesen und den folgenden Paragraphen zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Muter, welche auf das in der Bekanntmachung bezeichnete Feld oder auf Teile desselben ein Vorzugsrecht zu haben glauben, können dieses Recht, insofern über dasselbe nicht bereits in dem Verleihungs-Verfahren verhandelt und in dem Beschlusse des Ober-Bergamts (§ 31) entschieden worden ist, noch binnen drei Monaten vom Ablaufe des Tages, an welchem das die Bekanntmachung enthaltende Amtsblatt ausgegeben worden ist, durch gerichtliche Klage gegen den Bergwerkseigentümer verfolgen.

Wer von dieser Frist keinen Gebrauch macht, ist seines etwaigen Vorzugsrechts verlustig.

Wird das Vorzugsrecht des Widersprechenden durch Richterspruch anerkannt, so hat das Ober-Bergamt die Verleihungs-Urkunde je nach Lage des Falles gänzlich aufzuheben oder abzuändern.

§ 36. Der § 35 findet auch auf solche Bergwerkseigentümer Anwendung, welche nach § 55 ein Vorzugsrecht auf die in der publizierten Verleihungs-Urkunde bezeichneten Mineralien zu haben glauben, insofern dieses Recht nach § 55 nicht schon erloschen, auch über dasselbe nicht bereits in dem Verleihungs-Verfahren verhandelt und in dem Beschlusse des Ober-Bergamts (§ 31) entschieden worden ist.

Im übrigen werden die Rechte des verliehenen Bergwerkseigentums durch die

Aufforderung und Präklusion des § 35 nicht betroffen.

§ 37. Während der dreimonatlichen Frist des § 35 ist die Einsicht des Situationsrisses (§ 33) bei der Bergbehörde einem jeden gestattet.

§ 38. Die Kosten des Verleihungs-Verfahrens hat mit Ausschluß der durch unbegründete Einsprüche entstandenen (§ 31) der Muter zu tragen.

Vierter Abschnitt.

Vom Vermessen.

§ 39. Der Bergwerkseigentümer ist befugt, die amtliche Vermessung und Verlochsteinung des durch die Verleihungs-Urkunde bestimmten Feldes zu verlangen.

Dieselbe Befugnis steht den Eigentümern angrenzender Bergwerke zu.

Dieses Geschäft wird unter Leitung der Bergbehörde durch einen konzessionierten Markscheider oder Feldmesser ausgeführt.

Die Kosten hat der Antragsteller zu tragen.

§ 40. Zu der Vermessung und Verlochsteinung werden außer dem Bergwerkseigentümer die Vertreter der angrenzenden Bergwerke und die Besitzer derjenigen Grundstücke, auf welchen Lochsteine zu setzen sind, zugezogen.

Die Grundbesitzer sind verpflichtet, das Betreten ihrer Grundstücke und das Setzen der Lochsteine gegen vollständigen Ersatz des Schadens zu gestatten.

Fünfter Abschnitt.

Von der Konsolidation.

§ 41. Die Vereinigung zweier oder mehrerer Bergwerke zu einem einheitlichen Ganzen — Konsolidation — unterliegt der Bestätigung des Ober-Bergamts (§ 49).

§ 42. Zur Konsolidation ist erforderlich:

1. ein notariell oder gerichtlich beglaubigter Konsolidationsakt — je nach Beschaffenheit des Falles ein Vertrag oder Beschluß der Mitbeteiligten oder eine Erklärung des Alleineigentümers,
2. ein von einem konzessionierten Markscheider oder Feldmesser in 2 Exemplaren angefertigter Situationsriß des ganzen Feldes,
3. die Angabe des dem konsolidierten Bergwerke beigelegten Namens.

§ 43. Kann das durch die Konsolidation entstehende (konsolidierte) Werk nur als Ganzes mit Hypotheken und dinglichen Lasten beschwert werden (vgl. § 98), so muß für den Fall, daß auf den einzelnen Bergwerken Hypotheken oder andere Realrechte oder, daß auf denselben Privilegien des Rheinischen Rechts haften, außer dem Konsolidationsakte eine mit den Berechtigten vereinbarte Bestimmung darüber beigebracht werden, daß und in welcher Rangordnung die Rechte derselben auf das konsolidierte Werk als Ganzes übergehen sollen.

§ 44. In allen übrigen Fällen muß in dem Konsolidationsakte eine Bestimmung des Anteilsverhältnisses, nach welchem jedes einzelne Bergwerk in das konsolidierte Werk eintreten soll, enthalten sein. Auf diese Fälle finden alsdann die besonderen Vorschriften der §§ 45 bis 48 Anwendung.

§ 45. Der wesentliche Inhalt des Konsolidationsaktes, insbesondere die Bestimmung des Anteilsverhältnisses (§ 44) wird durch das Ober-Bergamt den aus dem Hypothekenbuche ersichtlichen Hypothekengläubigern und anderen Realberechtigten, insofern deren ausdrückliches Einverständnis mit dem Arbeitsverhältnisse nicht beigebracht ist, unter Verweisung auf diesen und die beiden folgenden Paragraphen bekannt gemacht.

Außerdem erfolgt diese Bekanntmachung

durch das Amtsblatt der Regierung, in deren Bezirk das Bergwerk liegt.

§ 46. Hypothekengläubiger und andere Realberechtigte, sowie privilegierte Gläubiger des Rheinischen Rechts, welche durch die Bestimmung des Anteilsverhältnisses (§ 44) an ihren Rechten verkürzt zu sein glauben, sind befugt, gegen diese Bestimmung Einspruch zu erheben.

Dieses Einspruchsrecht muß binnen drei Monaten nach Ablauf des Tages, an welchem die Bekanntmachung zugestellt, beziehungsweise das die Bekanntmachung enthaltende Amtsblatt ausgegeben worden ist (§ 45), durch gerichtliche Klage geltend gemacht werden.

Wer von dieser Frist keinen Gebrauch macht, ist seines Einspruchsrechts verlustig.

§ 47. Statt diese Klage zu erheben, können die vorbezeichneten Gläubiger und anderen Realberechtigten ihre Befriedigung vor der Verfallzeit verlangen, soweit dies die Natur des versicherten Anspruches gestattet.

Dieses Recht muß jedoch ebenfalls bei Vermeidung des Verlustes desselben innerhalb der im § 46 bestimmten Frist geltend gemacht werden.

§ 48. Mit der Bestätigung der Konsolidation (§ 49) geht das Realrecht ohne weiteres auf den entsprechenden, nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen (§§ 44 bis 46) festgestellten Anteil an dem konsolidierten Werke über.

§ 49. Sind Hypothekengläubiger und andere Realberechtigte, sowie privilegierte Gläubiger des Rheinischen Rechts nicht vorhanden, oder ist in den Fällen des § 43 die dort bezeichnete Vereinbarung beigebracht, oder sind in den Fällen des § 44 Einsprüche nicht erhoben oder die erhobenen Einsprüche (§§ 46, 47) erledigt, so entscheidet das Ober-Bergamt über die Bestätigung der Konsolidation.

Die Bestätigung darf nur versagt werden, wenn die Felder der einzelnen Bergwerke nicht aneinander grenzen oder wenn Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen.

Der Bestätigungs-Urkunde werden die Verleihungs-Urkunden der einzelnen Bergwerke beigefügt.

Hinsichtlich der Beglaubigung, Aushändigung und Aufbewahrung der Risse finden die Bestimmungen des § 33 Anwendung.

Dritter Titel.

Von dem Bergwerkseigentume

Erster Abschnitt.

Von dem Bergwerkseigentume im allgemeinen.

§ 50. Das Bergwerkseigentum wird durch die Verleihung begründet sowie durch Konsolidation, Teilung von Grubenfeldern oder Austausch von Feldesteilen erworben.

Für das Bergwerkseigentum gelten die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs, soweit nicht aus diesem Gesetze sich ein anderes ergiebt.

Mit der gleichen Beschränkung finden die für den Erwerb des Eigentums und die Ansprüche aus dem Eigentum an Grundstücken geltenden Vorschriften auf das Bergwerkseigentum entsprechende Anwendung.

§ 51. Die reale Teilung des Feldes eines Bergwerks in selbständige Felder, sowie der Austausch von Feldesteilen zwischen angrenzenden Bergwerken unterliegt der Bestätigung des Ober-Bergamts.

Dieselbe darf nur versagt werden, wenn überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen.

Hypothekengläubiger und andere Realberechtigte, sowie privilegierte Gläubiger des Rheinischen Rechts, welche durch die Feldesteilung oder durch den Feldesaustausch an ihren Rechten verkürzt zu sein glauben, können ihre Befriedigung vor der Verfallzeit verlangen, soweit dies die Natur des versicherten Anspruchs gestattet. Dieses Recht muß bei Vermeidung des Verlustes desselben innerhalb der im § 46 bestimmten Frist geltend gemacht werden.

Die Bestätigung wird unter Beobachtung des Verfahrens erteilt, welches sich aus der Anwendung der §§ 42, 45 und 49 auf die vorstehenden Fälle ergiebt.

Bei dem Austausche von Feldesteilen geht das Recht der erwähnten Gläubiger und anderen Realberechtigten mit der Bestätigung der Bergbehörde ohne weiteres auf den zu dem belasteten Bergwerke hinzutretenden Feldesteil über, wogegen der abgetretene Feldesteil von der dinglichen Belastung befreit wird.

§§ 52, 53.[1])

§ 54. Der Bergwerkseigentümer hat die ausschließliche Befugnis, nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes das in der Verleihungsurkunde benannte Mineral in seinem Felde aufzusuchen und zu gewinnen, sowie alle hierzu erforderlichen Vorrichtungen unter und über Tage zu treffen.

Diese Befugnis erstreckt sich auch auf die innerhalb des Feldes befindlichen Halden eines früheren Bergbaues.

§ 55. Auf Mineralien, welche mit dem in der Verleihungs-Urkunde benannten Mineral innerhalb der Grenzen des Feldes in einem solchen Zusammenhange vorkommen, daß dieselben nach der Entscheidung des Ober-Bergamtes aus bergtechnischen oder bergpolizeilichen Gründen gemeinschaftlich gewonnen werden müssen, hat der Bergwerkseigentümer in seinem Felde vor jedem Dritten ein Vorrecht zum Muten.

Legt ein Dritter auf solche Mineralien Mutung ein, so wird dieselbe dem Bergwerkseigentümer mitgeteilt. Letzterer muß alsdann binnen vier Wochen nach Ablauf des Tages dieser Mitteilung Mutung einlegen, widrigenfalls sein Vorrecht erlischt.

Auf andere Mineralien, welche nicht in dem vorbezeichneten Zusammenhange vorkommen, hat der Bergwerkseigentümer kein Vorrecht.

§ 56. Steht das Recht zur Gewinnung verschiedener Mineralien innerhalb derselben Feldesgrenzen verschiedenen Bergwerkseigentümern zu, so hat jeder Teil das Recht, bei einer planmäßigen Gewinnung seines Minerals auch dasjenige des andern Teils insoweit mit zu gewinnen, als diese Mineralien nach der Entscheidung des Ober-Bergamts aus den im § 55 angegebenen Gründen nicht getrennt gewonnen werden können.

Die mitgewonnenen, dem andern Teile zustehenden Mineralien müssen jedoch dem letzteren auf sein Verlangen gegen Erstattung der Gewinnungs- und Förderungskosten herausgegeben werden.

§ 57. Der Bergwerkseigentümer ist befugt, die durch den Betrieb des Bergwerks gewonnenen, nicht unter den § 1 gehörigen Mineralien zu Zwecken seines Betriebes ohne Entschädigung des Grundeigentümers zu verwenden.

Soweit diese Verwendung nicht erfolgt, ist der Bergwerkseigentümer verpflichtet, die bezeichneten Mineralien dem Grundeigentümer auf sein Verlangen gegen Erstattung der Gewinnungs- und Förderungskosten herauszugeben.

§ 58. Dem Bergwerkseigentümer steht die Befugnis zu, die zur Aufbereitung seiner Bergwerkserzeugnisse erforderlichen Anstalten zu errichten und zu betreiben.

§ 59. Die zum Betriebe auf Bergwerken und Aufbereitungs-Anstalten (§ 58) dienenden Dampfkessel und Triebwerke unterliegen den Vorschriften der Gewerbegesetze.

Sofern zur Errichtung oder Veränderung solcher Anlagen nach den Vorschriften der Gewerbegesetze eine besondere polizeiliche Genehmigung erforderlich ist, tritt jedoch an die Stelle der Regierung das Ober-Bergamt.

Ueber die Zulässigkeit der Wassertriebwerke entscheiden das Ober-Bergamt und die Regierung durch einen gemeinschaftlichen Beschluß.

§ 60. Der Bergwerkseigentümer ist befugt, im freien Felde Hilfsbaue anzulegen.

Dieselbe Befugnis steht ihm im Felde anderer Bergwerkseigentümer zu, sofern die Hilfsbaue die Wasser- und Wetterlösung oder den vorteilhafteren Betrieb

[1]) Gestrichen durch Artikel 37 des Preußischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

des Bergwerks, für welches die Anlage gemacht werden soll, bezwecken und der eigene Bergbau des anderen dadurch weder gestört noch gefährdet wird.

Der Hilfsbau gilt als Bestandteil des berechtigten Bergwerkes oder, wenn die Eigentümer mehrerer Bergwerke sich zur gemeinschaftlichen Anlage eines Hilfsbaues vereinigt und keine anderweitige Vereinbarung getroffen haben, als Bestandteil der berechtigten Bergwerke. Er bedarf, wenn der Hilfsbauberechtigte den Besitz erlangt hat, zur Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs nicht der Eintragung in das Grundbuch.

§ 61. Bestreitet der Bergwerkseigentümer, in dessen Felde ein Hilfsbau angelegt werden soll, seine Verpflichtung zur Gestattung desselben, so entscheidet hierüber das Ober-Bergamt mit Ausschluß des Rechtsweges.

§ 62. Wird ein Hilfsbau in dem Felde eines anderen Bergwerkseigentümers angelegt, so muß der Hilfsbauberechtigte für allen Schaden, welcher dem belasteten Bergwerke durch seine Anlage zugefügt wird, vollständige Entschädigung leisten.

§ 63. Die bei Ausführung eines Hilfsbaues im freien Felde gewonnenen Mineralien (§ 1) werden als Teil der Förderung des durch den Hilfsbau zu lösenden Bergwerks behandelt.

Werden bei Ausführung eines Hilfsbaues im Felde eines anderen Bergwerkseigentümers Mineralien gewonnen, auf welche der letztere berechtigt ist, so müssen diese Mineralien demselben auf sein Verlangen unentgeltlich herausgegeben werden.

§ 64. Der Bergwerkseigentümer hat die Befugnis, die Abtretung des zu seinen baulichen Zwecken (§§ 54 bis 60) erforderlichen Grund und Bodens nach näherer Vorschrift des fünften Titels zu verlangen.

Zweiter Abschnitt.

Von dem Betriebe und der Verwaltung.

§ 65. Der Bergwerksbesitzer ist verpflichtet, das Bergwerk zu betreiben, wenn der Unterlassung oder Einstellung des Betriebes nach der Entscheidung des Ober-Bergamts überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen.

Das Ober-Bergamt hat in diesem Falle die Befugnis, den Eigentümer, nach Vernehmung desselben, zur Inbetriebsetzung des Bergwerks oder zur Fortsetzung des unterbrochenen Betriebes binnen einer Frist von sechs Monaten aufzufordern und für den Fall der Nichtbefolgung dieser Aufforderung die Entziehung des Bergwerkseigentums nach Maßgabe des sechsten Titels anzudrohen.

§ 66. Der Bergwerksbesitzer ist verpflichtet, der Bergbehörde von der beabsichtigten Inbetriebsetzung des Bergwerks mindestens vier Wochen vorher Anzeige zu machen.

§ 67. Der Betrieb darf nur auf Grund eines Betriebsplanes geführt werden.

Derselbe unterliegt der Prüfung durch die Bergbehörde und muß der letzteren zu diesem Zwecke vor der Ausführung vorgelegt werden.

Die Prüfung hat sich auf die im § 196 festgestellten polizeilichen Gesichtspunkte zu beschränken.

§ 68. Erhebt die Bergbehörde nicht binnen 14 Tagen nach Vorlegung des Betriebsplans Einspruch gegen denselben, so ist der Bergwerksbesitzer zur Ausführung befugt.

Wird dagegen innerhalb dieser Frist Einspruch von der Bergbehörde erhoben, so ist der Bergwerksbesitzer gleichzeitig zur Erörterung der beanstandeten Betriebsbestimmungen zu einem Termine vorzuladen.

Insoweit auf diesem Wege keine Verständigung erzielt wird, hat das Ober-Bergamt diejenigen Abänderungen des Betriebsplans, ohne welche derselbe nicht zur Ausführung gebracht werden darf, durch einen Beschluß festzusetzen.

§ 69. Die §§ 67 und 68 finden auch auf die späteren Abänderungen der Betriebspläne Anwendung.

Werden jedoch infolge unvorhergesehener Ereignisse sofortige Abänderungen eines Betriebsplanes erforderlich, so genügt es, wenn dieselben binnen den nächsten vierzehn Tagen der Bergbehörde durch den Betriebsführer angezeigt werden.

§ 70. Wird ein Betrieb den Vorschriften der §§ 67 bis 69 zuwider geführt, so ist die Bergbehörde befugt, nötigenfalls einen solchen Betrieb einzustellen.

§ 71. Will der Bergwerksbesitzer den Betrieb des Bergwerks einstellen, so hat derselbe der Bergbehörde hiervon mindestens vier Wochen vorher Anzeige zu machen.

Muß der Betrieb infolge unvorhergesehener Ereignisse schon in kürzerer Frist oder sofort eingestellt werden, so ist die Anzeige binnen längstens vierzehn Tagen nach erfolgter Betriebseinstellung nachzuholen.

§ 72. Der Bergwerksbesitzer hat auf seine Kosten ein Grubenbild von zwei Exemplaren durch einen konzessionierten Markscheider anfertigen und regelmäßig nachtragen zu lassen.

In welchen Zeitabschnitten die Nachtragung stattfinden muß, wird durch das Ober-Bergamt vorgeschrieben.

Das eine Exemplar des Grubenbildes ist an die Bergbehörde zum Gebrauche derselben abzuliefern, das andere auf dem Bergwerke oder, falls es daselbst an einem geeigneten Orte fehlt, bei dem Betriebsführer aufzubewahren.

§ 73. Der Betrieb darf nur unter Leitung, Aufsicht und Verantwortlichkeit von Personen geführt werden, deren Befähigung hierzu anerkannt ist.

§ 74. Der Bergwerksbesitzer hat die zur Leitung und Beaufsichtigung des Betriebes angenommenen Personen, wie Betriebsführer, Steiger, technische Aufseher 2c., der Bergbehörde namhaft zu machen.

Diese Personen sind verpflichtet, ihre Befähigung zu den ihnen zu übertragenden Geschäften nachzuweisen und sich zu diesem Zwecke auf Erfordern einer Prüfung durch die Bergbehörde zu unterwerfen.

Erst nachdem letztere die Befähigung anerkannt hat, dürfen die genannten Personen die ihnen übertragenen Geschäfte übernehmen.

§ 75. Wird der Betrieb von einer Person geleitet oder beaufsichtigt, welche das erforderliche Anerkenntnis ihrer Befähigung (§ 74) nicht besitzt oder welche diese Befähigung wieder verloren hat, so ist die Bergbehörde befugt, die sofortige Entfernung derselben zu verlangen und nötigenfalls den in Betracht kommenden Betrieb so lange einzustellen, bis eine als befähigt anerkannte Person angenommen ist.

§ 76. Die Personen, welche die Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebes übernommen haben, sind für die Innehaltung der Betriebspläne, sowie für die Befolgung aller im Gesetze enthaltenen oder auf Grund desselben ergangenen Vorschriften und Anordnungen verantwortlich.

§ 77. Dieselben sind verpflichtet, die Bergbeamten, welche im Dienste das Bergwerk befahren, zu begleiten und denselben auf Erfordern Auskunft über den Betrieb, über die Ausführung der Arbeitsordnung und über alle sonstigen, der Aufsicht der Bergbehörde unterliegenden Gegenstände zu erteilen.

§ 78. Der Bergwerksbesitzer muß den mit Fahrscheinen des Ober-Bergamts versehenen Personen, welche sich dem Bergfache gewidmet haben, zum Zwecke ihrer Ausbildung die Befahrung und Besichtigung des Werkes gestatten.

§ 79. Der Bergwerksbesitzer ist verpflichtet, in den dafür festgesetzten Zeiträumen und Formen der Bergbehörde die vom Handels-Minister vorgeschriebenen statistischen Nachrichten einzureichen.

Dritter Abschnitt.

Von den Bergleuten und den Betriebsbeamten.

§ 80. Das Vertragsverhältnis zwischen den Bergwerksbesitzern und den Bergleuten wird nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen beurteilt, soweit nicht nachstehend etwas Anderes bestimmt ist.

Den Bergwerksbesitzern ist untersagt, für

den Fall der rechtswidrigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch den Bergmann die Verwirkung des rückständigen Lohnes über den Betrag des durchschnittlichen Wochenlohnes hinaus auszubedingen.

---

§ 80a. Für jedes Bergwerk und die mit demselben verbundenen unter der Aufsicht der Bergbehörden stehenden Anlagen ist innerhalb vier Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes oder nach der Eröffnung des Betriebes eine Arbeitsordnung von dem Bergwerksbesitzer oder dessen Stellvertreter zu erlassen. Für die einzelnen Abteilungen des Betriebes, für einzelne oder vorbezeichnete Anlagen oder für die einzelnen Gruppen der Arbeiter können besondere Arbeitsordnungen erlassen werden. Der Erlaß erfolgt durch Aushang (§ 80g Absatz 2).

Die Arbeitsordnung muß den Namen des Bergwerks oder die Bezeichnung der besonderen Betriebsanlage sowie den Zeitpunkt, mit welchem sie in Wirksamkeit treten soll, angeben und von dem Bergwerksbesitzer oder dessen Stellvertreter unter Angabe des Datums unterzeichnet sein.

Abänderungen ihres Inhalts können nur durch den Erlaß von Nachträgen oder in der Weise erfolgen, daß an Stelle der bestehenden eine neue Arbeitsordnung erlassen wird.

Die Arbeitsordnungen und Nachträge zu denselben treten frühestens zwei Wochen nach ihrem Erlaß in Geltung.

Die Bergbehörde kann den Bergwerksbesitzer auf Antrag von dem Erlaß einer Arbeitsordnung oder von der Aufnahme einzelner der im § 80b bezeichneten Bestimmungen entbinden, wenn der Betrieb nur von geringem Umfange oder seiner Natur nach nur von kurzer Dauer ist.

---

§ 80b. Die Arbeitsordnung muß Bestimmungen enthalten:

1. über Anfang und Ende der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit, über die Zahl und Dauer der für die erwachsenen Arbeiter etwa vorgesehenen Pausen und darüber, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Maße, abgesehen von Fällen der Beseitigung von Gefahren und der Ausführung von Notarbeiten, die Arbeiter verpflichtet sind, die Arbeit über die ordentliche Dauer der Arbeitszeit hinaus fortzusetzen oder besondere Nebenschichten zu verfahren, bei Arbeiten unter Tage über die Regelung der Ein- und Ausfahrt und über die Ueberwachung der Anwesenheit der Arbeiter in der Grube;
2. über die zur Festsetzung des Schichtlohnes und zum Abschlusse sowie zur Abnahme des Gedinges ermächtigten Personen, über den Zeitpunkt, bis zu welchem nach Uebernahme der Arbeit gegen Gedingelohn das Gedinge abgeschlossen sein muß, über die Beurkundung des abgeschlossenen Gedinges und die Bekanntmachung an die Beteiligten, über die Voraussetzungen, unter welchen der Bergwerksbesitzer oder der Arbeiter eine Veränderung oder Aufhebung des Gedinges zu verlangen berechtigt ist, sowie über die Art der Bemessung des Lohnes für den Fall, daß eine Vereinbarung über das Gedinge nicht zu stande kommt;
3. über Zeit und Art der Abrechnung und Lohnzahlung, über die Fälle, in denen wegen ungenügender oder vorschriftswidriger Arbeit Abzüge gemacht werden dürfen, über die Vertreter des Bergwerksbesitzers, welchen die Befugnis zur Anordnung von Abzügen wegen ungenügender oder vorschriftswidriger Arbeit zusteht, sowie über den Beschwerdeweg gegen solche Anordnungen;
4. sofern es nicht bei den gesetzlichen Bestimmungen (§§ 81, 82, 83) bewenden soll, über die Frist der zulässigen Aufkündigung, sowie über die Gründe, aus welchen die Entlassung und der Austritt aus der Arbeit ohne Aufkündigung erfolgen darf;
5. sofern Strafen vorgesehen werden, über die Art und Höhe derselben, über die Art ihrer Festsetzung, über die hierzu bevollmächtigten Vertreter des Bergwerksbesitzers und den Beschwerdeweg gegen diese Festsetzung, sowie, wenn die Strafen in Geld bestehen, über deren Einziehung und über den Zweck, für welchen sie verwendet werden sollen;
6. sofern die Verwirkung von Lohnbeträgen nach Maßgabe der Bestim-

nung des § 80 Absatz 2 durch Arbeitsordnung oder Arbeitsvertrag ausbedungen wird, über die Verwendung der verwirkten Beträge;

7. über die etwaige Verabfolgung und Berechnung der Betriebsmaterialien und Werkzeuge.

---

§ 80c. Ist im Falle der Fortsetzung der Arbeit vor demselben Arbeitsort das Gedinge nicht bis zu dem nach § 80b Nr. 2 in der Arbeitsordnung zu bestimmenden Zeitpunkte abgeschlossen, so ist der Arbeiter berechtigt, die Feststellung seines Lohnes nach Maßgabe des in der vorausgegangenen Lohnperiode für dieselbe Arbeitsstelle gültig gewesenen Gedinges zu verlangen.

Werden auf Grund der Arbeitsordnung Fördergefäße wegen ungenügender oder vorschriftswidriger Beladung ganz oder teilweise nicht angerechnet, so ist den beteiligten Arbeitern Gelegenheit zu geben, hiervon nach Beendigung der Schicht Kenntnis zu nehmen. Der Bergwerksbesitzer ist verpflichtet, zu gestatten, daß die Arbeiter auf ihre Kosten durch einen von ihnen oder, wenn ein ständiger Arbeiterausschuß besteht, von diesem aus ihrer Mitte gewählten Vertrauensmann das Verfahren bei Feststellung solcher Abzüge insoweit überwachen lassen, als dadurch eine Störung der Förderung nicht eintritt. Genügend und vorschriftsmäßig beladene Fördergefäße zur Strafe in Abzug zu bringen, ist unzulässig.

---

§ 80d. Strafbestimmungen, welche das Ehrgefühl oder die guten Sitten verletzen, dürfen in die Arbeitsordnung nicht aufgenommen werden. Geldstrafen dürfen in jedem einzelnen Falle die Hälfte des für die vorhergegangene Lohnperiode ermittelten durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes derjenigen Arbeiterklasse nicht übersteigen, zu welcher der Arbeiter gehört; jedoch können Thätlichkeiten gegen Mitarbeiter, erhebliche Verstöße gegen die guten Sitten, sowie gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Betriebes, zur Sicherung gegen Betriebsgefahren oder zur Durchführung der Bestimmungen dieses Gesetzes und der Reichsgewerbeordnung erlassenen Vorschriften mit Geldstrafen bis zum vollen Betrage dieses durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes belegt werden. Das Recht des Bergwerksbesitzers, Schadenersatz zu fordern, wird durch diese Bestimmung nicht berührt.

Alle Strafgelder, sowie alle wegen ungenügender oder vorschriftswidriger Beladung der Fördergefäße den Arbeitern in Abzug gebrachten Lohnbeträge müssen der Knappschaftskasse oder einer zu Gunsten der Arbeiter des Bergwerks bestehenden Unterstützungskasse überwiesen werden.

Dem Bergwerksbesitzer bleibt überlassen, neben den im § 80b bezeichneten noch weitere die Ordnung des Betriebes und das Verhalten der Arbeiter im Betriebe betreffende Bestimmungen in die Arbeitsordnung aufzunehmen. Mit Zustimmung eines ständigen Arbeiterausschusses können in die Arbeitsordnung Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter bei Benutzung der zu ihrem Besten getroffenen, auf dem Bergwerke bestehenden Einrichtungen, sowie Vorschriften über das Verhalten der minderjährigen Arbeiter außerhalb des Betriebes aufgenommen werden.

---

§ 80e. Der Inhalt der Arbeitsordnung ist, soweit er den Gesetzen nicht zuwiderläuft, für die Arbeitgeber und Arbeiter rechtsverbindlich.

Andere als die in der Arbeitsordnung oder in den §§ 82 und 83 vorgesehenen Gründe der Entlassung und des Austritts aus der Arbeit dürfen im Arbeitsvertrage nicht vereinbart werden. Andere als die in der Arbeitsordnung vorgesehenen Strafen dürfen über den Arbeiter nicht verhängt werden. Die Strafen müssen ohne Verzug festgesetzt und dem Arbeiter zur Kenntnis gebracht werden.

Die verhängten Geldstrafen sind in ein Verzeichnis einzutragen, welches den Namen des Bestraften, den Tag der Bestrafung, sowie den Grund und die Höhe der Strafe ergeben und auf Erfordern dem Revierbeamten jederzeit zur Einsicht vorgelegt werden muß.

---

§ 80f. Vor dem Erlaß der Arbeitsordnung oder eines Nachtrages zu derselben ist den auf dem Bergwerke, in der betreffenden Betriebsanlage oder in den betreffenden Abteilungen des Betriebes beschäftigten großjährigen Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich über den Inhalt der Arbeitsordnung zu äußern. Auf Bergwerken, für welche ein ständiger Arbeiterausschuß besteht, wird dieser Vorschrift

durch Anhörung des Ausschusses über den Inhalt der Arbeitsordnung genügt.

Als ständige Arbeiterausschüsse im Sinne der vorstehenden Bestimmung und der §§ 80c Absatz 2 und 80d Absatz 3 gelten nur:

1. die Vorstände der für die Arbeiter eines Bergwerks bestehenden Krankenkassen oder anderer für die Arbeiter des Bergwerks bestehender Kasseneinrichtungen, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit von den Arbeitern aus ihrer Mitte zu wählen sind, sofern sie als ständige Arbeiterausschüsse bestellt werden;
2. die Knappschaftsältesten von Knappschaftsvereinen, welche nur die Betriebe eines Bergwerksbesitzers umfassen, sofern sie aus der Mitte der Arbeiter gewählt sind und als ständige Arbeiterausschüsse bestellt werden;
3. die bereits vor dem 1. Januar 1892[1]) errichteten ständigen Arbeiterausschüsse, deren Mitglieder in ihrer Mehrzahl von den Arbeitern aus ihrer Mitte gewählt werden;
4. solche Vertretungen, deren Mitglieder in ihrer Mehrzahl von den volljährigen Arbeitern des Bergwerks, der betreffenden Betriebsabteilung oder der mit dem Bergwerke verbundenen Betriebsanlagen aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt werden. Die Wahl der Vertreter kann auch nach Arbeiterklassen oder nach besonderen Abteilungen des Betriebes erfolgen.

---

§ 80g. Die Arbeitsordnung, sowie jeder Nachtrag zu derselben ist unter Mitteilung der seitens der Arbeiter geäußerten Bedenken, soweit die Aeußerungen schriftlich oder zu Protokoll erfolgt sind, binnen drei Tagen nach dem Erlaß in zwei Ausfertigungen, unter Beifügung der Erklärung, daß und in welcher Weise der Vorschrift des § 80f Absatz 1 genügt ist, der Bergbehörde einzureichen.

Die Arbeitsordnung ist an geeigneter, allen beteiligten Arbeitern zugänglicher Stelle auszuhängen. Der Aushang muß stets in lesbarem Zustande erhalten werden. Die Arbeitsordnung ist jedem Arbeiter bei seinem Eintritt in die Beschäftigung zu behändigen.

---

§ 80h. Arbeitsordnungen und Nachträge zu denselben, welche nicht vorschriftsmäßig erlassen sind, oder deren Inhalt den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderläuft, sind auf Anordnung der Bergbehörde durch gesetzmäßige Arbeitsordnungen zu ersetzen oder den gesetzlichen Vorschriften entsprechend abzuändern.

Gegen diese Anordnungen findet der Rekurs nach näherer Bestimmung der §§ 191 bis 193 statt.

---

§ 80i. Arbeitsordnungen, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen worden sind, unterliegen den Bestimmungen der §§ 80a bis e, 80g Absatz 2, 80h und sind binnen vier Wochen der Bergbehörde in zwei Ausfertigungen einzureichen. Auf spätere Abänderungen dieser Arbeitsordnungen und auf die seit dem 1. April 1892[1]) erstmalig erlassenen Arbeitsordnungen finden die §§ 80f und 80g Absatz 1 Anwendung.

---

§ 80k. Erfolgt die Lohnberechnung auf Grund abgeschlossener Gedinge, so ist der Bergwerksbesitzer zur Beobachtung nachstehender Vorschriften verpflichtet:

1. Wird die Leistung aus Zahl und Rauminhalt der Fördergefäße ermittelt, so muß dieser am Fördergefäße selbst dauernd und deutlich ersichtlich gemacht werden, sofern nicht Fördergefäße von gleichem Rauminhalt benutzt werden und letzterer vor dem Beginn des Gebrauches bekannt gemacht wird.
2. Wird die Leistung aus dem Gewichtsinhalt der Fördergefäße ermittelt, so muß das Leergewicht jedes einzelnen derselben vor dem Beginn des Gebrauchs und später in jedem Betriebsjahre mindestens einmal von neuem festgestellt und am Fördergefäße selbst dauernd und deutlich ersichtlich gemacht werden.

Der Bergwerksbesitzer ist verpflichtet, die Einrichtungen zu treffen und die Hilfskräfte zu stellen, welche die Bergbehörde

---

[1]) Für den schlesischen Eisenerzbau (§§ 211 bis 211c) vor dem 1. Januar 1894 (Art. II des Gesetzes vom 8. April 1894).

zur Ueberwachung der Ausführung vorstehender Bestimmungen erforderlich erachtet.

Für Waschabgänge, Halden- und sonstige beim Absatz der Produkte gegen die Fördermenge sich ergebende Verluste dürfen dem Arbeiter Abzüge von der Arbeitsleistung oder dem Lohne nicht gemacht werden. Ausnahmen hiervon bedürfen der Genehmigung der Bergbehörde.

---

§ 81. Das Vertragsverhältnis kann, wenn nicht ein anderes verabredet ist, durch eine jedem Teile freistehende, vierzehn Tage vorher zu erklärende Aufkündigung gelöst werden.

Werden andere Aufkündigungsfristen vereinbart, so müssen sie für beide Teile gleich sein. Vereinbarungen, welche dieser Bestimmung zuwiderlaufen, sind nichtig.

---

§ 82. Vor Ablauf der vertragsmäßigen Arbeitszeit und ohne Aufkündigung können Bergleute entlassen werden:

1. wenn sie bei Abschluß des Arbeitsvertrages den Arbeitgeber durch Vorzeigung falscher oder verfälschter Abkehrscheine, Zeugnisse oder Arbeitsbücher hintergangen oder ihn über das Bestehen eines anderen, sie gleichzeitig verpflichtenden Arbeitsverhältnisses in einen Irrtum versetzt haben;
2. wenn sie eines Diebstahls, einer Entwendung, einer Unterschlagung, eines Betruges oder eines lüderlichen Lebenswandels sich schuldig machen;
3. wenn sie die Arbeit unbefugt verlassen haben oder sonst den nach dem Arbeitsvertrage ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern;
4. wenn sie eine sicherheitspolizeiliche Vorschrift bei der Bergarbeit übertreten oder sich groben Ungehorsams gegen die den Betrieb betreffenden Anordnungen des Bergwerksbesitzers, dessen Stellvertreters oder der ihnen vorgesetzten Beamten schuldig machen;
5. wenn sie sich Thätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen den Bergwerksbesitzer, dessen Stellvertreter oder die ihnen vorgesetzten Beamten oder gegen die Familienangehörigen derselben zu Schulden kommen lassen;
6. wenn sie einer vorsätzlichen und rechtswidrigen Sachbeschädigung zum Nachteil des Bergwerksbesitzers, dessen Stellvertreters, der ihnen vorgesetzten Beamten oder eines Mitarbeiters sich schuldig machen;
7. wenn sie die Vertreter des Bergwerksbesitzers, die ihnen vorgesetzten Beamten, die Mitarbeiter oder die Familienangehörigen dieser Personen zu Handlungen verleiten oder zu verleiten versuchen, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten verstoßen;
8. wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig oder mit einer abschreckenden Krankheit behaftet sind.

In den unter Nr. 1 bis 7 gedachten Fällen ist die Entlassung nicht mehr zulässig, wenn die zu Grunde liegenden Thatsachen dem Bergwerksbesitzer oder dessen Stellvertreter länger als eine Woche bekannt sind.

Inwiefern in den unter Nr. 8 gedachten Fällen dem Entlassenen ein Anspruch auf Entschädigung zustehe, ist nach dem Inhalte des Vertrages und nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zu beurteilen.

---

§ 83. Vor Ablauf der vertragsmäßigen Arbeitszeit und ohne vorhergegangene Aufkündigung können Bergleute die Arbeit verlassen:

1. wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig werden;
2. wenn der Bergwerksbesitzer, dessen Stellvertreter oder die ihnen vorgesetzten Beamten sich Thätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen die Bergleute oder gegen ihre Familienangehörigen zu Schulden kommen lassen;
3. wenn der Bergwerksbesitzer, dessen Stellvertreter oder Beamte oder Familienangehörige zu Handlungen verleiten oder zu verleiten suchen, oder mit den Familienangehörigen der Bergleute Handlungen begehen, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten laufen.
4. wenn der Bergwerksbesitzer den Bergleuten den schuldigen Lohn nicht in der bedungenen Weise auszahlt, bei Gedingelohn nicht für ihre ausreichende Beschäftigung sorgt, oder wenn er sich widerrechtlicher Uebervorteilungen gegen sie schuldig macht.

In den unter Nr. 2 gedachten Fällen

ist der Austritt aus der Arbeit nicht mehr zulässig, wenn die zu Grunde liegenden Thatsachen dem Arbeiter länger als eine Woche bekannt sind.

§ 83a. Außer den in den §§ 82 und 83 bezeichneten Fällen kann jeder der beiden Teile aus wichtigen Gründen vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Innehaltung der Kündigungsfrist die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses verlangen, wenn dasselbe mindestens auf vier Wochen oder wenn eine längere als vierzehntägige Kündigungsfrist vereinbart ist.

§ 84. Der Bergwerksbesitzer oder dessen Stellvertreter ist verpflichtet, dem abkehrenden großjährigen Bergmanne ein Zeugnis über die Art und Dauer seiner Beschäftigung und auf Verlangen auch ein Zeugnis über seine Führung und seine Leistungen auszustellen. Die Unterschrift dieser Zeugnisse hat die Ortspolizeibehörde kosten- und stempelfrei zu beglaubigen.

Wird die Ausstellung des Zeugnisses verweigert, so fertigt die Ortspolizeibehörde dasselbe auf Kosten des Verpflichteten aus.

Werden dem abkehrenden Bergmanne in dem Zeugnisse Beschuldigungen zur Last gelegt, welche seine fernere Beschäftigung hindern würden, so kann er auf Untersuchung bei der Ortspolizeibehörde antragen, welche, wenn die Beschuldigung unbegründet befunden wird, unter dem Zeugnisse den Befund ihrer Untersuchung zu vermerken hat.

Den Arbeitgebern ist untersagt, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen.

§ 85. Bergwerksbesitzer oder deren Stellvertreter dürfen großjährige Arbeiter, von denen ihnen bekannt ist, daß sie schon früher beim Bergbau beschäftigt waren, nicht eher zur Bergarbeit annehmen, bis ihnen von denselben das Zeugnis des Bergwerksbesitzers oder Stellvertreters, bei dem sie zuletzt in Arbeit gestanden haben, beziehungsweise das Zeugnis der Ortspolizeibehörde (§ 84) vorgelegt ist.

§ 85a. Minderjährige Arbeiter können beim Abgange ein Zeugnis über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern, dessen Unterschrift die Ortspolizeibehörde kosten- und stempelfrei zu beglaubigen hat.

Dieses Zeugnis ist auf Verlangen der Arbeiter auch auf ihre Führung und ihre Leistungen auszudehnen.

Auf die Ausstellung dieses Zeugnisses finden die Absätze 2, 3 und 4 des § 84 entsprechende Anwendung.

Der gesetzliche Vertreter des Minderjährigen kann die Ausstellung des Zeugnisses fordern, auch verlangen, daß dasselbe nicht an den Minderjährigen, sondern an ihn ausgehändigt werde. Mit Genehmigung der Gemeindebehörde des Arbeitsortes kann auch gegen den Willen des gesetzlichen Vertreters die Aushändigung unmittelbar an den Arbeiter erfolgen.

§ 85b. Minderjährige Personen dürfen auf den den Bestimmungen dieses Gesetzes unterworfenen Anlagen als Arbeiter nur beschäftigt werden, wenn sie mit einem Arbeitsbuche versehen sind. Bei der Annahme solcher Arbeiter hat der Bergwerksbesitzer das Arbeitsbuch einzufordern. Er ist verpflichtet, dasselbe zu verwahren, auf amtliches Verlangen vorzulegen und nach rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses wieder auszuhändigen. Die Aushändigung erfolgt an den gesetzlichen Vertreter, sofern dieser es verlangt, oder der Arbeiter das sechzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, andernfalls an den Arbeiter selbst. Mit Genehmigung der Gemeindebehörde des im § 85c bezeichneten Ortes kann die Aushändigung des Arbeitsbuches auch an die zur gesetzlichen Vertretung nicht berechtigte Mutter oder einem sonstigen Angehörigen oder unmittelbar an den Arbeiter erfolgen.

§ 85c. Das Arbeitsbuch wird dem Arbeiter durch die Polizeibehörde desjenigen Ortes, an welchem er zuletzt seinen dauernden Aufenthalt gehabt hat, wenn aber ein solcher innerhalb des Staatsgebietes nicht stattgefunden hat, von der Polizeibehörde des von ihm zuerst erwählten Arbeitsortes kosten- und stempelfrei ausgestellt. Die Ausstellung erfolgt auf Antrag oder mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters; ist die Erklärung des gesetzlichen Vertreters nicht zu beschaffen, oder verweigert er die Zustimmung ohne genügenden Grund und zum Nachteile des Arbeiters, so kann die Gemeindebehörde

die Zustimmung ergänzen. Vor der Ausstellung ist nachzuweisen, daß der Arbeiter zum Besuche der Volksschule nicht mehr verpflichtet ist, und glaubhaft zu machen, daß bisher ein Arbeitsbuch für ihn noch nicht ausgestellt war.

§ 85d. Wenn das Arbeitsbuch vollständig ausgefüllt oder nicht mehr brauchbar, oder wenn es verloren gegangen oder vernichtet ist, so wird an Stelle desselben ein neues Arbeitsbuch ausgestellt. Die Ausstellung erfolgt durch die Polizeibehörde desjenigen Ortes, an welchem der Inhaber des Arbeitsbuches zuletzt seinen dauernden Aufenthalt gehabt hat. Das ausgefüllte oder nicht mehr brauchbare Arbeitsbuch ist durch einen amtlichen Vermerk zu schließen.

Wird das neue Arbeitsbuch an Stelle eines nicht mehr brauchbaren, eines verloren gegangenen oder vernichteten Arbeitsbuches ausgestellt, so ist dies darin zu vermerken. Für die Ausstellung kann in diesem Falle eine Gebühr bis zu fünfzig Pfennig erhoben werden.

§ 85e. Das Arbeitsbuch (§ 85b) muß den Namen des Arbeiters, Ort, Jahr und Tag seiner Geburt, Namen und letzten Wohnort seines gesetzlichen Vertreters und die Unterschrift des Arbeiters enthalten. Die Ausstellung erfolgt unter dem Siegel und der Unterschrift der Behörde. Letztere hat über die von ihr ausgestellten Arbeitsbücher ein Verzeichnis zu führen.

Die Einrichtung der Arbeitsbücher wird durch den Minister für Handel und Gewerbe bestimmt.

§ 85f. Bei dem Eintritt des Arbeiters in das Arbeitsverhältnis hat der Bergwerksbesitzer an der dafür bestimmten Stelle des Arbeitsbuches die Zeit des Eintritts und die Art der Beschäftigung, am Ende des Arbeitsverhältnisses die Zeit des Austritts und, wenn die Beschäftigung Aenderungen erfahren hat, die Art der letzten Beschäftigung des Arbeiters einzutragen.

Die Eintragungen sind mit Tinte zu bewirken und von dem Bergwerksbesitzer oder dem dazu bevollmächtigten Betriebsleiter zu unterzeichnen.

Die Eintragungen dürfen nicht mit einem Merkmal versehen sein, welches den Inhaber des Arbeitsbuches günstig oder nachteilig zu kennzeichnen bezweckt.

Die Eintragung eines Urteils über die Führung oder die Leistungen des Arbeiters und sonstige durch dieses Gesetz nicht vorgesehene Eintragungen oder Vermerke in oder an dem Arbeitsbuche sind unzulässig.

§ 85g. Ist das Arbeitsbuch bei dem Bergwerksbesitzer unbrauchbar geworden, verloren gegangen oder vernichtet, oder sind von dem Bergwerksbesitzer unzulässige Merkmale, Eintragungen oder Vermerke in oder an dem Arbeitsbuche gemacht, oder wird von dem Bergwerksbesitzer ohne rechtmäßigen Grund die Aushändigung des Arbeitsbuches verweigert, so kann die Ausstellung eines neuen Arbeitsbuches auf Kosten des Bergwerksbesitzers beansprucht werden. Ein Bergwerksbesitzer, welcher das Arbeitsbuch seiner gesetzlichen Verpflichtung zuwider nicht rechtzeitig ausgehändigt oder die vorschriftsmäßigen Eintragungen zu machen unterlassen oder unzulässige Merkmale, Eintragungen oder Vermerke gemacht hat, ist dem Arbeiter entschädigungspflichtig. Der Anspruch auf Entschädigung erlischt, wenn er nicht innerhalb vier Wochen nach seiner Entstehung im Wege der Klage oder Einrede geltend gemacht ist.

§ 85h. Auf Antrag des Minderjährigen oder seines gesetzlichen Vertreters hat die Ortspolizeibehörde die Eintragung in das Arbeitsbuch kosten- und stempelfrei zu beglaubigen.

§ 86. Bergwerksbesitzer, welche einen Bergmann verleiten, vor rechtmäßiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Arbeit zu verlassen, sind dem früheren Arbeitgeber für den entstandenen Schaden als Selbstschuldner mitverhaftet. In gleicher Weise haftet der Bergwerksbesitzer, welcher einen Bergmann annimmt, von dem er weiß, daß derselbe einem anderen Arbeitgeber zur Arbeit noch verpflichtet ist.

In dem im vorstehenden Absatze bezeichneten Umfange ist auch derjenige Bergwerksbesitzer mitverhaftet, welcher einen Bergmann, von dem er weiß, daß derselbe einem anderen Arbeitgeber zur Arbeit noch verpflichtet ist, während der Dauer dieser Verpflichtung in der Beschäftigung behält, sofern nicht seit der unrechtmäßigen Lösung des Arbeitsverhältnisses bereits vierzehn Tage verflossen sind.

§ 87. Die Bergwerksbesitzer sind verpflichtet, ihren Arbeitern unter achtzehn Jahren, welche eine von der Gemeindebehörde oder vom Staate als Fortbildungsschule anerkannte Unterrichtsanstalt besuchen, hierzu die erforderlichenfalls von der Bergbehörde festzusetzende Zeit zu gewähren. Am Sonntage darf der Unterricht nur stattfinden, wenn die Unterrichtsstunden so gelegt werden, daß die Schüler nicht gehindert werden, den Hauptgottesdienst oder einen mit Genehmigung der kirchlichen Behörden für sie eingerichteten besonderen Gottesdienst ihrer Konfession zu besuchen. Ausnahmen von dieser Bestimmung kann der Minister für Handel und Gewerbe für bestehende Fortbildungsschulen, zu deren Besuch keine Verpflichtung besteht, bis zum 1. Oktober 1894 gestatten.

Als Fortbildungsschulen im Sinne dieser Bestimmungen gelten auch Anstalten, in welchen Unterricht in weiblichen Hand- und Hausarbeiten erteilt wird.

Durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes, welche nach Maßgabe des § 142 der Gewerbeordnung erlassen wird, kann mit Zustimmung des Oberbergamts für männliche Arbeiter unter achtzehn Jahren die Verpflichtung zum Besuche einer Fortbildungsschule begründet werden. Auf demselben Wege können die zur Durchführung dieser Verpflichtung erforderlichen Bestimmungen getroffen werden. Insbesondere können durch statutarische Bestimmung die zur Sicherung eines regelmäßigen Schulbesuchs den Schulpflichtigen sowie deren Eltern, Vormündern und Arbeitgebern obliegenden Verpflichtungen bestimmt und diejenigen Vorschriften erlassen werden, durch welche die Ordnung in der Fortbildungsschule und ein gebührliches Verhalten der Schüler gesichert wird. Von der durch statutarische Bestimmung begründeten Verpflichtung zum Besuch einer Fortbildungsschule sind diejenigen befreit, welche eine andere Fortbildungs- oder Fachschule (Steigerschule, Bergvorschule, Bergschule) besuchen, sofern der Unterricht dieser Schule von dem Oberbergamt als ausreichender Ersatz des durch statutarische Bestimmung geregelten Fortbildungsschulunterrichts anerkannt wird.

---

§ 88. Das Dienstverhältnis der von den Bergwerksbesitzern gegen feste Bezüge zur Leitung und Beaufsichtigung des Betriebes nach Maßgabe der §§ 73 und 74 angenommenen oder dauernd mit höheren technischen Dienstleistungen betrauten Personen (Maschinen- und Bautechniker, Chemiker, Zeichner und dergleichen) kann, wenn nicht etwas Anderes verabredet ist, von jedem Teile mit Ablauf jedes Kalendervierteljahres nach sechs Wochen vorher erklärter Aufkündigung aufgehoben werden.

Jeder der beiden Teile kann vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist die Aufhebung des Dienstverhältnisses verlangen, wenn ein wichtiger, nach den Umständen des Falles die Aufhebung rechtfertigender Grund vorliegt.

---

§ 89. Gegenüber den im § 88 bezeichneten Personen kann die Aufhebung des Dienstverhältnisses insbesondere verlangt werden:

1. wenn sie beim Abschluß des Dienstvertrages den Bergwerksbesitzer durch Vorbringen falscher oder verfälschter Zeugnisse hintergangen oder ihn über das Bestehen eines anderen sie gleichzeitig verpflichtenden Dienstverhältnisses in einen Irrtum versetzt haben;
2. wenn sie im Dienste untreu sind, oder das Vertrauen mißbrauchen;
3. wenn sie ihren Dienst unbefugt verlassen oder den nach dem Dienstvertrage ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern;
4. wenn sie eine sicherheitspolizeiliche Vorschrift bei der Leitung oder Beaufsichtigung der Bergarbeit übertreten oder wenn ihnen durch die Bergbehörde die Befähigung zum Aufsichtsbeamten aberkannt ist;
5. wenn sie durch anhaltende Krankheit oder durch eine längere Freiheitsstrafe oder Abwesenheit an der Verrichtung ihrer Dienste verhindert werden;
6. wenn sie sich Thätlichkeiten oder Ehrverletzungen gegen den Bergwerksbesitzer oder seine Vertreter zu Schulden kommen lassen;
7. wenn sie sich einem unsittlichen Lebenswandel ergeben.

In dem Falle zu 5 bleibt der Anspruch auf die vertragsmäßigen Leistungen des Bergwerksbesitzers für die Dauer von sechs

Wochen in Kraft, wenn die Verrichtung der Dienste durch unverschuldetes Unglück verhindert worden ist. Jedoch mindern sich die Ansprüche in diesem Falle um denjenigen Betrag, welcher dem Berechtigten aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung oder aus einer Knappschaftskasse zukommt.

§ 90. Die im § 88 bezeichneten Personen können die Aufhebung des Dienstverhältnisses insbesondere verlangen:

1. wenn der Bergwerksbesitzer oder seine Stellvertreter sich Thätlichkeiten oder Ehrverletzungen gegen sie zu Schulden kommen lassen;
2. wenn der Bergwerksbesitzer die vertragsmäßigen Leistungen nicht gewährt;
3. wenn der Bergwerksbesitzer oder dessen Stellvertreter Anordnungen ergehen läßt, welche gegen den Betriebsplan oder gegen sicherheitspolizeiliche Vorschriften verstoßen, oder wenn er die Mittel zur Ausführung der von der Bergbehörde getroffenen polizeilichen Anordnungen verweigert.

§ 91. Unter den im § 86 aufgestellten Voraussetzungen tritt die daselbst bestimmte Haftung des Bergwerksbesitzers auch für den Fall ein, wenn die im § 88 bezeichneten Personen zur Aufgabe des Dienstverhältnisses verleitet, in Dienst genommen oder im Dienst behalten werden.

§ 92. Die wegen Uebertretungen der §§ 84 Absatz 4, 85 und 85 f Absatz 3 festgesetzten Geldstrafen fließen zu der Knappschaftskasse, welcher das betreffende Werk angehört.

§ 93. Auf jedem Bergwerke ist über die daselbst beschäftigten Arbeiter eine Liste zu führen, welche die Vor- und Zunamen, das Geburtsjahr, den Wohnort, den Tag des Dienstantritts und der Entlassung, sowie das Datum des letzten Arbeitszeugnisses enthält.

Die Liste muß der Bergbehörde auf Verlangen vorgelegt werden.

Vierter Titel.

Von den Rechtsverhältnissen der Mitbeteiligten eines Bergwerks.

§ 94. Zwei oder mehrere Mitbeteiligte eines Bergwerks bilden eine Gewerkschaft.

Die Gewerkschaft kann ihre besondere Verfassung durch ein notariell oder gerichtlich zu errichtendes Statut regeln, welches der Zustimmung von wenigstens drei Vierteilen aller Anteile und der Bestätigung des Ober-Bergamts bedarf.

Die Bestimmungen der §§ 95 bis 110, 114 Absatz 2 und 123 bis 128 dürfen durch das Statut nicht abgeändert werden.

§ 95. Die Gewerkschaft führt den Namen des Bergwerks, sofern sie nicht in dem Statut einen anderen Namen gewählt hat.

§ 96. Die Gewerkschaft kann unter ihrem Namen Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, Eigentum und andere dingliche Rechte an Bergwerken und Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden.

Ihr ordentlicher Gerichtsstand ist bei dem Gerichte, in dessen Bezirk das Bergwerk liegt.

§ 97. Das Bergwerk wird, soweit die Einrichtung des Hypothekenwesens dies gestattet, auf den Namen der Gewerkschaft in das Hypothekenbuch eingetragen.

§ 98. Das Bergwerk kann nur von der Gewerkschaft und nur als Ganzes mit Hypotheken und dinglichen Lasten beschwert werden.

§ 99. Für die Verbindlichkeiten der Gewerkschaft haftet nur das Vermögen derselben.

§ 100. Durch das Ausscheiden einzelner Mitglieder — Gewerken — wird die Gewerkschaft nicht aufgelöst. Auch können einzelne Gewerken nicht auf Teilung klagen.

§ 101. Die Zahl der gewerkschaftlichen Anteile — Kuxe — beträgt Hundert.

Durch das Statut kann die Zahl auf tausend bestimmt werden.

Die Kuxe sind unteilbar. Sie gehören zum beweglichen Vermögen.

§ 102. Die Gewerken nehmen nach dem Verhältnis ihrer Kuxe an dem Gewinne und Verluste teil.

Sie sind verpflichtet, die Beiträge, welche zur Erfüllung der Schuldverbindlichkeiten der Gewerkschaft und zum Betriebe erforderlich sind, nach Verhältnis ihrer Kuxe zu zahlen (§§ 129, 130).

§ 103. Ueber sämtliche Mitglieder der Gewerkschaft und deren Kuxe wird von der Gewerkschaft ein Verzeichnis — das Gewerkenbuch — geführt. Auf Grund desselben wird einem jeden Gewerken, welcher es verlangt, ein Anteilschein — Kuxschein — ausgefertigt.

Die Kuxscheine sind nach der Wahl des Gewerken über die einzelnen Kuxe oder über eine Mehrheit derselben auszustellen.

Die Kuxscheine dürfen nur auf einen bestimmten Namen, niemals auf den Inhaber lauten.

Die Erneuerung eines Kuxscheins ist nur gegen Rückgabe oder nach erfolgter Amortisation desselben zulässig.

§ 104. Die Kuxe können ohne Einwilligung der Mitgewerken auf andere Personen übertragen werden.

Ein gesetzliches Vorkaufsrecht steht den Mitgewerken nicht zu.

§ 105. Zur Uebertragung der Kuxe ist die schriftliche Form erforderlich.

Der Uebertragende ist zur Aushändigung des Kuxscheins und, wenn dieser verloren ist, zur Beschaffung der Amortisations-Erklärung auf seine Kosten verpflichtet.

Die Umschreibung im Gewerkenbuche darf nur auf Grund der Uebertragungsurkunde und gegen Vorlegung des Kuxscheins oder der Amortisations-Erklärung erfolgen.

§ 106. Wer im Gewerkenbuche als Eigentümer der Kuxe verzeichnet ist, wird der Gewerkschaft gegenüber bei Ausübung seiner Rechte als solcher angesehen.

§ 107. Bei freiwilligen Veräußerungen von Kuxen bleibt der seitherige Eigentümer derselben der Gewerkschaft für die Beiträge (§ 102) verpflichtet, deren Erhebung die Gewerkschaft beschlossen hat, bevor die Umschreibung der Kuxe im Gewerkenbuche gesetzlich (§ 105) beantragt ist.

§ 108. Die Verpfändung der Kuxe geschieht durch Uebergabe des Kuxscheins auf Grund eines schriftlichen Vertrages.

§ 109. Die Exekution in den Anteil eines Gewerken wird durch Abpfändung seines Kuxscheins und Verkauf desselben im Wege der Mobiliarversteigerung vollstreckt.

§ 110. Die Amortisation eines verloren gegangenen Kuxscheins ist bei dem ordentlichen Gerichte, in dessen Bezirk das Bergwerk liegt, zu beantragen.

Der Antragsteller muß den Besitz und Verlust des Kuxscheins glaubhaft machen.

Das Gericht erläßt eine öffentliche Aufforderung an den unbekannten Inhaber des Kuxscheins, binnen drei Monaten den Kuxschein dem Gerichte vorzulegen, mit der Verwarnung, daß sonst der Kuxschein werde für kraftlos erklärt werden.

Die Aufforderung wird dreimal in das Amtsblatt, den Staats-Anzeiger und eine inländische Provinzial-Zeitung eingerückt. Es kann daneben auch die Bekanntmachung durch eine ausländische Zeitung angeordnet werden.

Wird von einem Inhaber der Kuxschein vorgelegt, so ist dem Antragsteller hiervon Kenntnis zu geben und ihm zu überlassen, sein Recht gegen den Inhaber geltend zu machen.

Meldet sich niemand, so erklärt das Gericht den Kuxschein für kraftlos.

§ 111. Die Gewerken fassen ihre Beschlüsse in Gewerkenversammlungen.

Das Stimmrecht wird nach Kuxen, nicht nach Personen ausgeübt.

§ 112. Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist erforderlich, daß „alle Gewerken" anwesend oder unter Angabe des zu verhandelnden Gegenstandes zu einer Versammlung eingeladen werden.

Einladungen durch die Post erfolgen gegen Post-Insinuationsschein.

Gewerken, welche weder im Inlande,

noch in einem Deutschen Bundesstaate wohnen, haben zur Empfangnahme der Einladungen einen Bevollmächtigten im Inlande zu bestellen. Ist dies nicht geschehen, so reicht ein vierzehntägiger Aushang am Amtslokale des Revierbeamten aus.

Dasselbe gilt bei Gewerken, deren Wohnort unbekannt ist.

§ 113. Die Beschlüsse werden in der beschlußfähigen Gewerkenversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt.

Beschlußfähig ist die erste Versammlung, wenn die Mehrheit aller Kuxe vertreten ist.

Ist die Mehrheit aller Kuxe nicht vertreten, so sind sämtliche Gewerken zu einer zweiten Versammlung einzuladen.

Die zweite Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Kuxe beschlußfähig. Diese Folge muß indes, wenn sie eintreten soll, in der Einladung angegeben werden.

Ueber jede Gewerkenversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen.

§ 114. Eine Mehrheit von wenigstens drei Vierteilen aller Kuxe ist erforderlich zu Beschlüssen, durch welche über den Gegenstand der Verleihung — Substanz des Bergwerks — ganz oder teilweise verfügt werden soll. Dies gilt insbesondere von den Fällen des Verkaufes, des Tausches, der Verpfändung oder der sonstigen dinglichen Belastung des Bergwerks, sowie der Ueberlassung der Ausbeutung gegen Entgelt (Verpachtung).

Zu Verfügungen über das verliehene Bergwerkseigentum durch Verzicht oder Schenkung ist Einstimmigkeit erforderlich.

§ 115. Binnen einer Präklusivfrist von vier Wochen vom Ablaufe des Tages, an welchem ein Gewerkschaftsbeschluß gefaßt ist, kann jeder Gewerke die Entscheidung des ordentlichen Richters, in dessen Bezirk das Bergwerk liegt, darüber, ob der Beschluß zum Besten der Gewerkschaft gereiche, anrufen und gegen die Gewerkschaft auf Aufhebung des Beschlusses klagen.

Durch das Statut kann bestimmt werden, daß die Entscheidung dieser Frage in Streitfällen durch ein Schiedsgericht erfolgen, wie das Schiedsgericht gebildet und unter welchen Formen von demselben verfahren werden soll.

Diese Bestimmungen finden auf einen in Gemäßheit des § 94 gefaßten Beschluß keine Anwendung.

§ 116. Durch die Anstellung der Klage auf Aufhebung des Gewerkschaftsbeschlusses wird die Ausführung desselben nicht aufgehalten.

Wird der Beschluß aufgehoben, so verliert derselbe erst von der Rechtskraft der richterlichen Entscheidung an seine rechtliche Wirksamkeit.

Diese Bestimmungen finden keine Anwendung, wenn der Beschluß die im § 120 bezeichneten Gegenstände betrifft.

§ 117. Jede Gewerkschaft ist verpflichtet, einen im Inlande wohnenden Repräsentanten zu bestellen und der Bergbehörde namhaft zu machen.

Statt eines einzelnen Repräsentanten kann die Gewerkschaft jedoch einen aus zwei oder mehreren Personen bestehenden Grubenvorstand bestellen.

Als Repräsentanten oder Mitglieder des Grubenvorstandes können auch Personen bestellt werden, welche nicht Gewerken sind.

§ 118. Die Wahl erfolgt in einer nach § 113 beschlußfähigen Versammlung durch absolute Stimmenmehrheit. Ist eine solche bei der ersten Abstimmung nicht vorhanden, so werden diejenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, in die engere Wahl gebracht. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Bei Ausmittelung der in die engere Wahl zu bringenden zwei Personen entscheidet im Falle der Stimmengleichheit ebenfalls das Los.

Das Protokoll über die Wahlverhandlung ist notariell oder gerichtlich aufzunehmen. Eine Ausfertigung desselben wird dem Repräsentanten oder dem Grubenvorstande zu seiner Legitimation erteilt.

§ 119. Der Repräsentant oder Grubenvorstand vertritt die Gewerkschaft in allen ihren Angelegenheiten gerichtlich und außergerichtlich.

Eine Specialvollmacht ist nur in den im § 120 bezeichneten Fällen erforderlich.

Eide namens der Gesellschaft werden durch ihn geleistet.

Beschränkt oder erweitert die Gewerkenversammlung die Befugnisse des Repräsentanten oder Grubenvorstandes, so müssen

die betreffenden Festsetzungen in die Legitimation (§ 118) aufgenommen werden.

§ 120. Der Repräsentant oder Grubenvorstand bedarf eines besonderen Auftrages der Gewerkenversammlung.

1. wenn es sich um Gegenstände handelt, welche nur von einer Mehrheit von wenigstens drei Vierteilen aller Kuxe oder nur mit Einstimmigkeit beschlossen werden können;
2. wenn Beiträge von den Gewerken erhoben werden sollen.

§ 121. Der Repräsentant oder Grubenvorstand führt das Gewerkenbuch und fertigt die Kuxscheine aus (§ 103).

Er ist verpflichtet, für die Führung der übrigen erforderlichen Bücher der Gewerkschaft Sorge zu tragen und jedem Gewerken auf Verlangen die Bücher zur Einsicht offen zu legen.

§ 122. Der Repräsentant oder Grubenvorstand beruft die Gewerkenversammlungen.

Er muß, wenn das Bergwerk im Betriebe ist, alljährlich eine Gewerkenversammlung berufen und derselben eine vollständig belegte Verwaltungsrechnung vorlegen.

Der Repräsentant ist zur Berufung einer Gewerkenversammlung verpflichtet, wenn dies die Eigentümer von wenigstens einem Vierteil aller Kuxe verlangen. Unterläßt er die Berufung, so erfolgt dieselbe durch die Bergbehörde auf den an sie gerichteten Antrag.

Zur Vornahme der Wahl eines Repräsentanten oder Grubenvorstandes oder zur Beschlußfassung über den Widerruf der erfolgten Bestellung kann die Bergbehörde auf den an sie gerichteten Antrag eine Gewerkenversammlung berufen.

§ 123. Der Repräsentant ist berechtigt und verpflichtet, alle Vorladungen und andere Zustellungen an die Gewerkschaft mit voller rechtlicher Wirkung in Empfang zu nehmen.

Bestellt die Gewerkschaft einen Grubenvorstand, so muß ein Mitglied desselben mit dieser Empfangnahme beauftragt und in der Legitimation des Grubenvorstandes bezeichnet werden. Wenn dies nicht geschehen ist, so kann die Zustellung an jedes Mitglied des Grubenvorstandes erfolgen.

§ 124. Die Bestimmungen der §§ 120, 121 und 122 dürfen nur durch ein förmliches Statut (§ 94), diejenigen des § 123 aber gar nicht abgeändert werden.

In keinem Falle darf dem Repräsentanten oder Grubenvorstande die Vertretung der Gewerkschaft bei den Verhandlungen mit der Bergbehörde, mit dem Knappschaftsvereine und mit anderen auf den Bergbau bezüglichen Instituten, sowie in den gegen sie angestellten Prozessen und die Eidesleistung in letzteren entzogen werden.

§ 125. Die Gewerkschaft wird durch die von dem Repräsentanten oder Grubenvorstande in ihrem Namen geschlossenen Rechtsgeschäfte berechtigt und verpflichtet.

Es ist gleichgültig, ob das Geschäft ausdrücklich im Namen der Gewerkschaft geschlossen worden ist, oder ob die Umstände ergeben, daß es nach dem Willen der Kontrahenten für die Gewerkschaft geschlossen werden sollte.

§ 126. Der Repräsentant oder die Mitglieder des Grubenvorstandes sind aus den von ihnen im Namen der Gewerkschaft vorgenommenen Rechtshandlungen Dritten gegenüber für die Verbindlichkeiten der Gewerkschaft persönlich nicht verpflichtet.

Handeln dieselben außer den Grenzen ihres Auftrages oder den Vorschriften dieses Titels entgegen, so haften sie persönlich, beziehungsweise solidarisch für den dadurch entstandenen Schaden.

§ 127. Die Bergbehörde ist befugt, eine Gewerkschaft aufzufordern, innerhalb drei Monaten einen Repräsentanten oder einen Grubenvorstand zu bestellen.

Wird dieser Aufforderung nicht entsprochen, so kann die Bergbehörde bis dahin, daß dies geschieht, einen Repräsentanten bestellen und demselben eine angemessene, von der Gewerkschaft aufzubringende und nötigenfalls im Verwaltungswege exekutivisch einzuziehende Belohnung zusichern.

Dieser interimistische Repräsentant hat die in den §§ 119 bis 123 bestimmten Rechte und Pflichten, insofern die Bergbehörde keine Beschränkungen eintreten läßt.

§ 128. Soweit der gegenwärtige Titel nichts anderes bestimmt, sind die durch die Bestellung eines Repräsentanten oder Grubenvorstandes entstehenden Rechtsverhältnisse nach den allgemeinen Vorschriften über die Vollmacht und den Auftrag zu beurteilen.

---

§ 129. Die Klage gegen einen Gewerken auf Zahlung seines durch Gewerkschaftsbeschluß bestimmten Beitrages kann nicht vor Ablauf der in dem § 115 bestimmten Präklusivfrist von vier Wochen erhoben werden. Ist innerhalb dieser Frist von dem Gewerken auf Aufhebung des Beschlusses Klage erhoben worden (§ 115), so findet vor rechtskräftiger Entscheidung über dieselbe die Klage gegen den Gewerken nicht statt.

Die Klage gegen den Gewerken kann nur bei dem ordentlichen Richter angestellt werden, in dessen Bezirk das Bergwerk liegt.

Das Verfahren über beide Klagen richtet sich nach den für schleunige Sachen bestehenden Vorschriften.

---

§ 130. Der Gewerke kann seine Verurteilung und die Exekution dadurch abwenden, daß er unter Ueberreichung des Kuxscheins den Verkauf seines Anteils behufs Befriedigung der Gewerkschaft anheimstellt.

---

§ 131. Der Verkauf des Anteils erfolgt im Wege der Mobiliarversteigerung nach Vorschrift des § 109.

Aus dem gelösten Kaufpreis werden zunächst die Verkaufskosten und sodann die schuldigen Beiträge gezahlt.

Ist der Anteil unverkäuflich, so wird derselbe den anderen Gewerken nach Verhältnis ihrer Anteile in ganzen Kuxen, soweit dies aber nicht möglich ist, der Gewerkschaft als solcher im Gewerkenbuche lastenfrei zugeschrieben.

---

§ 132. Jeder Gewerke ist befugt, auf seinen Anteil freiwillig zu verzichten, wenn auf dem Anteile weder schuldige Beiträge, noch sonstige Schuldverbindlichkeiten haften, oder die ausdrückliche Einwilligung der Gläubiger beigebracht wird und außerdem die Rückgabe des Kuxscheines an die Gewerkschaft erfolgt.

Der Anteil soll alsdann, sofern die Gewerkschaft nicht anderweitig über denselben verfügt, durch den Repräsentanten zu Gunsten der Gewerkschaft verkauft werden.

Ist der Anteil unverkäuflich, so findet die für diesen Fall im § 131 getroffene Bestimmung Anwendung.

---

§ 133. Die Bestimmungen der §§ 94 bis 132 kommen nicht zur Anwendung, wenn die Rechtsverhältnisse der Mitbeteiligten eines Bergwerks durch Vertrag oder sonstige Willenserklärung anderweitig geregelt sind. Ein solches Rechtsgeschäft bedarf zu seiner Gültigkeit der notariellen oder gerichtlichen Form. Die Urkunde über dasselbe ist der Bergbehörde einzureichen.

Mitbeteiligte eines Bergwerks im Sinne des § 94 sind nicht die Teilhaber an einer ungeteilten Erbschaft oder an einer sonstigen gemeinschaftlichen Masse, zu welcher ein Bergwerk gehört.

---

§ 134. In den Fällen des § 133 muß, wenn die Mitbeteiligten eines Bergwerks nicht eine Gesellschaft bilden, deren Vertretung durch die allgemeinen Gesetze geordnet ist, ein im Inlande wohnender Repräsentant bestellt und der Bergbehörde namhaft gemacht werden, widrigenfalls letztere nach § 127 zu verfahren befugt ist.

Dasselbe gilt, wenn der Alleineigentümer eines Bergwerks im Auslande wohnt.

Dieser Repräsentant hat diejenigen Geschäfte zu besorgen, welche im § 124 als solche bezeichnet sind, die dem Repräsentanten oder Grubenvorstande einer Gewerkschaft niemals entzogen werden dürfen. Eine Abänderung ist auch hier unzulässig.

Fünfter Titel.

Von den Rechtsverhältnissen zwischen den Bergbautreibenden und den Grundbesitzern.

Erster Abschnitt.

Von der Grundabtretung.

§ 135. Ist für den Betrieb des Bergbaues und zwar zu den Grubenbauen selbst, zu Halden-, Ablage- und Niederlageplätzen, Wegen, Eisenbahnen, Kanälen, Maschinenanlagen, Wasserläufen, Teichen, Hilfsbauen, Zechenhäusern und anderen für Betriebszwecke bestimmten Tagegebäuden, Anlagen und Vorrichtungen, zu den im § 58 bezeichneten Aufbereitungsanstalten, sowie zu Solleitungen und Solbehältern die Benutzung eines fremden Grundstücks notwendig, so muß der Grundbesitzer, er sei Eigentümer oder Nutzungsberechtigter, dasselbe an den Bergwerksbesitzer abtreten.

§ 136. Die Abtretung darf nur aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Interesses versagt werden.

Zur Abtretung des mit Wohn-, Wirtschafts- oder Fabrikgebäuden bebauten Grund und Bodens und der damit in Verbindung stehenden eingefriedigten Hofräume kann der Grundbesitzer gegen seinen Willen niemals angehalten werden.

§ 137. Der Bergwerksbesitzer ist verpflichtet, dem Grundbesitzer für die entzogene Nutzung jährlich im Voraus vollständige Entschädigung zu leisten und das Grundstück nach beendigter Benutzung zurückzugeben.

Tritt durch die Benutzung eine Wertsverminderung des Grundstücks ein, so muß der Bergwerksbesitzer bei der Rückgabe den Minderwert ersetzen. Für die Erfüllung dieser Verpflichtung kann der Grundbesitzer schon bei der Abtretung des Grundstücks die Bestellung einer angemessenen Kaution von dem Bergwerksbesitzer verlangen. Auch ist der Eigentümer des Grundstücks in diesem Falle zu fordern berechtigt, daß der Bergwerksbesitzer, statt den Minderwert zu ersetzen, das Eigentum des Grundstücks erwirbt.

§ 138. Wenn feststeht, daß die Benutzung des Grundstücks länger als drei Jahre dauern wird, oder wenn die Benutzung nach Ablauf von drei Jahren noch fortdauert, so kann der Grundeigentümer verlangen, daß der Bergwerksbesitzer das Eigentum des Grundstücks erwirbt.

§ 139. Wenn ein Grundstück durch die Abtretung einzelner Teile so zerstückelt werden würde, daß die übrig bleibenden Teile nicht mehr zweckmäßig benutzt werden können, so muß auch für letztere die jährliche Entschädigung (§ 137) auf Verlangen des Grundbesitzers von dem Bergwerksbesitzer geleistet werden.

Unter derselben Voraussetzung kann der Eigentümer eines solchen Grundstücks verlangen, daß der Bergwerksbesitzer das Eigentum des ganzen Grundstücks erwirbt.

§ 140. Bei der zwangsweisen Abtretung oder Erwerbung eines Grundstücks zu einer bergbaulichen Anlage kommen diejenigen Wertserhöhungen, welche das Grundstück erst infolge dieser Anlage erhält, bei der Entschädigung nicht in Anschlag.

§ 141. Wegen aller zu Zwecken des Bergbaubetriebes veräußerten Teile von Grundstücken findet ein Vorkaufs- und Wiederkaufsrecht statt, wenn in der Folge das Grundstück zu den Zwecken des Bergbaues entbehrlich wird.

Das Vorkaufsrecht steht dem zeitigen Eigentümer des durch die ursprüngliche Veräußerung verkleinerten Grundstücks nach denselben gesetzlichen Grundsätzen zu, welche in dieser Beziehung den Eisenbahn-Gesellschaften gegenüber gelten.

§ 142. Können die Beteiligten sich in den Fällen der §§ 135 bis 139 über die Grundabtretung nicht gütlich einigen, so erfolgt die Entscheidung darüber, ob, in welchem Umfange und unter welchen Bedingungen der Grundbesitzer zur Abtretung

des Grundstücks oder der Bergwerksbesitzer zum Erwerbe des Eigentums verpflichtet ist, durch einen gemeinschaftlichen Beschluß des Ober-Bergamts und des Bezirksausschusses.

§ 143. Vor der Entscheidung müssen beide Teile gehört und die Verhältnisse durch Kommissarien der beiden entscheidenden Behörden an Ort und Stelle untersucht werden.

Die Ermittelung der für die vorübergehende Benutzung des Grundstücks oder für die Abtretung des Eigentums zu leistenden vollständigen Entschädigung, sowie der im § 137 erwähnten Kaution liegt beim Mangel einer gütlichen Einigung der Beteiligten ebenfalls den Kommissarien ob.

Zu dieser Ermittelung sind Sachverständige zuzuziehen.

Jeder Teil ist befugt, einen Sachverständigen zu bezeichnen. Geschieht dies binnen einer von den Kommissarien zu bestimmenden Frist nicht, so ernennen letztere die Sachverständigen.

In jedem Falle können die Kommissarien einen dritten Sachverständigen zuziehen.

§ 144. Der Beschluß, durch welchen die zwangsweise Abtretung oder Erwerbung eines Grundstücks ausgesprochen wird, muß das Grundstück genau bezeichnen, die dem Grundbesitzer zu leistende Entschädigung, beziehungsweise Kaution festsetzen und die sonstigen Bedingungen der Abtretung oder Erwerbung enthalten.

§ 145. Gegen den Beschluß des Ober-Bergamts und der Regierung steht beiden Teilen der Rekurs an die betreffenden Ressort-Minister zu. Derselbe muß nach näherer Vorschrift der §§ 192 und 193 bei dem Ober-Bergamte eingelegt werden. Gegen die Festsetzung der Entschädigung und der Kaution findet der Rekurs nicht statt.

Ueber die Verpflichtung zur Abtretung eines Grundstücks ist der Rechtsweg nur in dem Falle zulässig, wenn die Befreiung von dieser Verpflichtung auf Grund des zweiten Absatzes des § 136 oder eines speciellen Rechtstitels behauptet wird.

§ 146. Durch Beschreitung des Rechtsweges wird, wenn dieselbe nur wegen der Festsetzung der Entschädigung oder Kaution erfolgt, die Besitznahme des Grundstücks nicht aufgehalten, vorausgesetzt, daß die festgesetzte Entschädigung an den Berechtigten gezahlt oder bei verweigerter Annahme gerichtlich deponiert, desgleichen die gerichtliche Deposition der festgesetzten Kaution geschehen ist.

§ 147. Die Kosten des Expropriations-Verfahrens hat für die erste Instanz der Bergwerksbesitzer, für die Rekursinstanz der unterliegende Teil zu tragen.

Zweiter Abschnitt.

Von dem Schadenersatze für die Beschädigungen des Grundeigentums.

§ 148. Der Bergwerksbesitzer ist verpflichtet, für allen Schaden, welcher dem Grundeigentume oder dessen Zubehörungen durch den unterirdisch oder mittels Tagebaues geführten Betrieb des Bergwerks zugefügt wird, vollständige Entschädigung zu leisten, ohne Unterschied, ob der Betrieb unter dem beschädigten Grundstücke stattgefunden hat oder nicht, ob die Beschädigung von dem Bergwerksbesitzer verschuldet ist, und ob sie vorausgesehen werden konnte oder nicht.

Den Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldgläubigern wird eine besondere Entschädigung nicht gewährt.

§ 149. Ist der Schaden durch den Betrieb zweier oder mehrerer Bergwerke verursacht, so sind die Besitzer dieser Bergwerke gemeinschaftlich und zwar zu gleichen Teilen zur Entschädigung verpflichtet.

Im Verhältnis der Bergwerksbesitzer unter sich ist der Nachweis eines anderen Teilnahmeverhältnisses und der Anspruch auf Erstattung des Zuvielgezahlten nicht ausgeschlossen.

§ 150. Der Bergwerksbesitzer ist nicht zum Ersatze des Schadens verpflichtet, welcher an Gebäuden oder anderen Anlagen durch den Betrieb des Bergwerks entsteht, wenn solche Anlagen zu einer Zeit errichtet worden sind, wo die denselben durch den Bergbau drohende Gefahr dem Grund-

besitzer bei Anwendung gewöhnlicher Aufmerksamkeit nicht unbekannt bleiben konnte.

Muß wegen einer derartigen Gefahr die Errichtung solcher Anlagen unterbleiben, so hat der Grundbesitzer auf die Vergütung der Wertsminderung, welche sein Grundstück dadurch etwa erleidet, keinen Anspruch, wenn sich aus den Umständen ergiebt, daß die Absicht, solche Anlagen zu errichten, nur kund gegeben wird, um jene Vergütung zu erzielen.

§ 151. Ansprüche auf Ersatz eines durch den Bergbau verursachten Schadens (§§ 148, 149), welche sich nicht auf Vertrag gründen, müssen von dem Beschädigten innerhalb drei Jahren, nachdem „das Dasein" und der Urheber des Schadens zu seiner Wissenschaft gelangt sind, durch gerichtliche Klage geltend gemacht werden, widrigenfalls sie verjährt sind.

§ 152. Auf Beschädigung des Grundeigentums oder der Zubehörungen desselben durch die von Schürfern und Mutern ausgeführten Arbeiten finden die §§ 148 bis 151 ebenfalls Anwendung.

Dritter Abschnitt.

Von dem Verhältnisse des Bergbaues zu öffentlichen Verkehrsanstalten.

§ 153. Gegen die Ausführung von Chausseen, Eisenbahnen, Kanälen und anderen öffentlichen Verkehrsmitteln, zu deren Anlegung dem Unternehmer durch Gesetz oder besondere landesherrliche Verordnung das Expropriationsrecht beigelegt ist, steht dem Bergbautreibenden ein Widerspruchsrecht nicht zu.

Vor Feststellung der solchen Anlagen zu gebenden Richtung sind diejenigen, über deren Bergwerke dieselben geführt werden sollen, seitens der zuständigen Behörde darüber zu hören, in welcher Weise unter möglichst geringer Benachteiligung des Bergwerkseigentums die Anlage auszuführen sei.

§ 154. War der Bergbautreibende zu dem Bergwerksbetriebe früher berechtigt, als die Genehmigung der Anlage (§ 153) erteilt ist, so hat derselbe gegen den Unternehmer der Anlage einen Anspruch auf Schadenersatz. Ein Schadenersatz findet nur insoweit statt, als entweder die Herstellung sonst nicht erforderlicher Anlagen in dem Bergwerke oder die sonst nicht erforderliche Beseitigung oder Veränderung bereits in dem Bergwerke vorhandener Anlagen notwendig wird.

Können die Beteiligten sich über die zu leistende Entschädigung nicht gütlich einigen, so erfolgt die Festsetzung derselben nach Anhörung beider Teile und mit Vorbehalt des Rechtsweges, durch einen Beschluß des Ober-Bergamts, welcher vorläufig vollstreckbar ist.

§ 155. Wenn Bergbautreibende, welche vor Eintritt der Gesetzeskraft des gegenwärtigen Gesetzes zu dem Bergwerksbetriebe berechtigt waren, Entschädigungsansprüche erheben, welche über den ihnen nach § 154 zu gewährenden Schadenersatz hinausgehen, so ist über diese Ansprüche nach den bisherigen Gesetzen zu entscheiden.

Sechster Titel.

Von der Aufhebung des Bergwerkseigentums.

§ 156. Wird amtlich festgestellt, daß ein Bergwerkseigentümer die nach Vorschrift des § 65 an ihn erlassene Aufforderung zur Inbetriebsetzung des Bergwerks oder zur Fortsetzung des unterbrochenen Betriebes nicht befolgt hat, so kann das Ober-Bergamt die Einleitung des Verfahrens wegen Entziehung des Bergwerkseigentums durch einen Beschluß aussprechen.

§ 157. Der Bergwerkseigentümer ist befugt, binnen vier Wochen vom Ablaufe des Tages, an welchem ihm der Beschluß, beziehungsweise der Rekursbescheid (§ 191) zugestellt ist, bei dem Gerichte, in dessen Bezirk das Bergwerk liegt, gegen das Ober-Bergamt auf Aufhebung des Beschlusses zu klagen. Geschieht dies nicht, so ist das Einspruchsrecht erloschen.

§ 158. Erhebt der Bergwerkseigentümer keinen Einspruch oder ist derselbe rechtskräftig verworfen, so wird der Beschluß von dem Ober-Bergamte den aus dem Hypothekenbuche oder den Rheinischen Hypothekenregistern ersichtlichen Gläubigern und anderen Realberechtigten zugestellt und außerdem durch das Amtsblatt der Regierung, in deren Bezirk das Bergwerk liegt, unter Verweisung auf diesen und den folgenden Paragraphen, zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

§ 159. Jeder Hypothekengläubiger oder sonstige Realberechtigte, sowie jeder privilegierte Gläubiger des Rheinischen Rechts ist befugt, binnen drei Monaten vom Ablaufe des Tages, an welchem der Beschluß zugestellt, beziehungsweise an welchem das die Bekanntmachung enthaltende Amtsblatt ausgegeben ist, behufs seiner Befriedigung die notwendige Subhastation des Bergwerks bei dem zuständigen Richter auf seine Kosten zu beantragen, vorbehaltlich der Erstattung derselben aus den Kaufgeldern.

Wer von diesem Rechte binnen der angegebenen Frist keinen Gebrauch macht, hat bei der demnächstigen Aufhebung des Bergwerkseigentums das Erlöschen seines Realanspruchs zu erleiden (§ 160).

Auch der seitherige Eigentümer des Bergwerks kann innerhalb jener Präklusivfrist von drei Monaten die Subhastation auf seine Kosten beantragen.

§ 160. Wird die Subhastation nicht beantragt, oder führt dieselbe nicht zu dem Verkaufe des Bergwerks, so spricht das Ober-Bergamt durch einen Beschluß die Aufhebung des Bergwerkseigentums aus.

Mit dieser Aufhebung erlöschen alle Ansprüche auf das Bergwerk, von welcher Art sie auch sein mögen.

§ 161. Erklärt der Eigentümer eines Bergwerks vor der Bergbehörde seinen freiwilligen Verzicht auf dasselbe, so wird mit dieser Erklärung nach § 158 ebenso verfahren, wie mit dem dort bezeichnetn Beschlusse.

Die den Hypothekengläubigern und anderen Realberechtigten, sowie den privilegierten Gläubigern des Rheinischen Rechts im § 159 eingeräumte Befugnis steht denselben auch in diesem Falle zu, und hinsichtlich der Aufhebung des Bergwerkseigentums finden die Bestimmungen des § 160 ebenfalls Anwendung.

§ 162. Nach § 161 ist auch dann zu verfahren, wenn der freiwillige Verzicht auf das Bergwerkseigentum nur einzelne Teile eines Feldes betrifft.

§ 163. Bei jeder Aufhebung eines Bergwerkseigentums darf der bisherige Eigentümer die Zimmerung und Mauerung des Grubengebäudes nur insoweit wegnehmen, als nach der Entscheidung der Bergbehörde nicht polizeiliche Gründe entgegenstehen.

§ 164. Die Kosten, welche durch das im gegenwärtigen Titel angeordnete Verfahren bei der Bergbehörde erwachsen, hat der Bergwerkseigentümer zu tragen.

Siebenter Titel.

Von den Knappschaftsvereinen.

§ 165. Für die Arbeiter aller dem gegenwärtigen Gesetze unterworfenen Bergwerke und Aufbereitungsanstalten, desgleichen für die Arbeiter der Salinen sollen Knappschaftsvereine bestehen, welche den Zweck haben, ihren Teilnehmern und deren Angehörigen nach näherer Bestimmung des Gesetzes Unterstützung zu gewähren.

Sind mit den vorbezeichneten Werken zugleich Gewerbsanlagen verbunden, welche nicht unter der Aufsicht der Bergbehörde stehen, so können die bei diesen Gewerbsanlagen beschäftigten Arbeiter auf den gemeinschaftlichen Antrag der letzteren und der Werksbesitzer durch den Knappschaftsvorstand in den Knappschaftsverein aufgenommen werden.

Die Knappschaftsvereine erlangen durch die Bestätigung ihrer Statuten die Eigenschaft juristischer Personen.

§ 166. Die bereits bestehenden Knappschaftsvereine bleiben in Wirksamkeit. Der gegenwärtige Titel findet jedoch auch auf sie Anwendung. Ihre Statuten sind mit den Vorschriften der §§ 170, 176 und 181 bis 186 in Uebereinstimmung zu bringen.

Die Besitzer und Arbeiter der Hütten-

werke und der dem gegenwärtigen Gesetze nicht unterworfenen Aufbereitungsanstalten, welche bereits einem Knappschaftsvereine angehören, scheiden auf ihren gemeinschaftlichen Antrag aus dem Vereine aus.

---

§ 167. Die Bestimmung der Bezirke, für welche neue Knappschaftsvereine gegründet werden sollen, hängt zunächst von dem Beschlusse der Beteiligten ab. Kann hierüber eine Einigung nicht erzielt werden, so entscheidet das Ober-Bergamt nach Anhörung der Werksbesitzer und eines von den Arbeitern zu wählenden Ausschusses.

---

§ 168. Alle in dem Bezirke eines bereits bestehenden oder neu gegründeten Knappschaftsvereins belegenen Bergwerke, Aufbereitungsanstalten und Salinen (§ 165) und die auf denselben beschäftigten Arbeiter sind dem Vereine nach näherer Bestimmung des Statuts beizutreten berechtigt und verpflichtet.

Berechtigt zum Beitritt sind auch die Werksbeamten, sowie die Verwaltungsbeamten des Knappschaftsvereins.

---

§ 169. Für jeden neu gegründeten Knappschaftsverein haben die Werksbesitzer unter Mitwirkung eines von den Arbeitern zu wählenden Ausschusses ein mit dem Gesetze in Uebereinstimmung stehendes Statut aufzustellen. Dasselbe unterliegt der Bestätigung des Ober-Bergamts, welche nur versagt werden darf, wenn das Statut den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderläuft.

Wird das Statut nach vorgängiger Aufforderung nicht innerhalb Jahresfrist vorgelegt, so hat das Ober-Bergamt dasselbe aufzustellen.

---

§ 170. Zu allen Abänderungen von Knappschafts-Statuten ist erforderlich, daß dieselben von den Beteiligten nach den hierüber in das Statut aufzunehmenden näheren Bestimmungen beschlossen werden und sodann die Bestätigung des Ober-Bergamts nach Maßgabe des § 169 erlangen.

§ 171. Die Leistungen, welche jeder Knappschaftsverein nach näherer Bestimmung des Statuts seinen vollberechtigten Mitgliedern mindestens zu gewähren hat, sind:

1. in Krankheitsfällen eines Knappschaftsgenossen freie Kur und Arznei für seine Person;
2. ein entsprechender Krankenlohn bei einer ohne eigenes grobes Verschulden entstandenen Krankheit;
3. ein Beitrag zu den Begräbniskosten der Mitglieder und Invaliden;
4. eine lebenslängliche Invaliden-Unterstützung bei einer ohne grobes Verschulden eingetretenen Arbeitsunfähigkeit;
5. eine Unterstützung der Witwen auf Lebenszeit, beziehungsweise bis zur etwaigen Wiederverheiratung;
6. eine Unterstützung zur Erziehung der Kinder verstorbener Mitglieder und Invaliden bis nach zurückgelegtem vierzehnten Lebensjahre.

Für die Mitglieder der am wenigsten begünstigten Klasse sind mindestens die unter 1. und 2. genannten Leistungen und, wenn sie bei der Arbeit verunglücken, auch die unter 3. und 4. genannten zu gewähren.

---

§ 172. Für die Leistungen unter 1., 2. und 3. des § 171 oder für einzelne derselben können nach dem gemeinschaftlichen Beschlusse der Werksbesitzer, der Knappschaftsältesten und des Knappschaftsvorstandes besondere Krankenkassen auf sämtlichen zu einem Knappschaftsvereine gehörigen Werken und zwar auf jedem einzelnen Werke oder gruppenweise auf mehreren eingerichtet werden.

Die für die Krankenkassen nach Vorschrift des § 169 aufzustellenden Statuten unterliegen der daselbst erwähnten Bestätigung.

Die Beaufsichtigung der Krankenkassen gehört zu den Obliegenheiten des Knappschaftsvorstandes. In den Statuten des Knappschaftsvereins sind die näheren Bestimmungen hierüber, sowie über die bei der Abzweigung der Krankenkassen eintretende Herabsetzung der Beiträge zur Hauptkasse zu treffen.

---

§ 173. Die Ansprüche der Berechtigten auf die Leistungen der Knappschafts- und der Krankenkassen können weder an Dritte übertragen, noch mit Arrest belegt werden.

---

§ 174. Sowohl die Arbeiter als auch die Werksbesitzer haben zu den Knappschafts- und den Krankenkassen Beiträge zu leisten.

§ 175. Die Beiträge der Arbeiter sollen in einem gewissen Prozentsatze ihres Arbeitslohns oder in einem entsprechenden Fixum bestehen.

Die Beiträge der Werksbesitzer sollen mindestens die Hälfte des Beitrags der Arbeiter ausmachen.

§ 176. Die Werksbesitzer sind bei Vermeidung des gegen sie selbst zu richtenden Zwangsverfahrens verpflichtet, für die Einziehung und Abführung der Beiträge ihrer Arbeiter aufzukommen.

Auch haben die Werksbesitzer ihre Arbeiter regelmäßig an den durch das Statut festzusetzenden Zeitpunkten bei dem Knappschaftsvorstande anzumelden.

Unterbleibt die Anmeldung, so ist der Vorstand befugt, die Zahl der Arbeiter, für welche die Beiträge zur Knappschaftskasse eingezogen werden sollen, nach seinem Ermessen zu bestimmen oder bei dem Ober-Bergamte den Erlaß eines Strafbefehls gegen den säumigen Werksbesitzer in Antrag zu bringen.

§ 177. Alle Beiträge zur Knappschaftskasse wie zu den Krankenkassen können, auf vorgängige Festsetzung durch das Ober-Bergamt, im Wege der Verwaltungsexekution eingezogen werden.

Durch Beschreitung des Rechtsweges wird die Exekution nicht aufgehalten.

§ 178. Die Verwaltung eines jeden Knappschaftsvereins erfolgt unter Beteiligung von Knappschaftsältesten durch einen Knappschafts-Vorstand.

§ 179. Die Knappschaftsältesten werden von den zum Vereine gehörigen Arbeitern und Beamten in einer durch das Statut bestimmten Zahl aus ihrer Mitte gewählt.

Auch den invaliden Arbeitern und Beamten kann die Wählbarkeit durch das Statut beigelegt werden.

Die Knappschaftsältesten vertreten die Knappschaftsmitglieder bei der Wahl des Vorstandes und haben im allgemeinen das Recht und die Pflicht, einerseits die Befolgung des Statuts durch die Knappschaftsmitglieder zu überwachen und andererseits die Rechte der letzteren gegenüber dem Vorstande wahrzunehmen.

Das Statut oder eine besondere Instruktion (§ 181) regelt ihre Dienstobliegenheiten.

§ 180. Die Mitglieder des Knappschaftsvorstandes werden nach näherer Bestimmung des Statuts zur einen Hälfte von den Werksbesitzern, beziehungsweise von den Repräsentanten, und zur andern Hälfte von den Knappschaftsältesten je aus ihrer Mitte oder aus der Zahl der Königlichen oder Privat-Bergbeamten gewählt.

§ 181. Der Knappschaftsvorstand vertritt den Verein nach außen, leitet die Wahlen der Knappschaftsältesten, erwählt die Beamten und Aerzte des Vereins, schließt die Verträge mit denselben, sowie mit den Apothekern ab, erläßt die erforderlichen Instruktionen, verwaltet das Vermögen des Vereins und besorgt alle übrigen, ihm durch das Statut übertragenen Geschäfte.

§ 182. Die jährlich zu legenden Rechnungen müssen nach vorgängiger Prüfung durch den Vorstand den Knappschaftsältesten und den Werksbesitzern zur Einsicht und etwaigen Erklärung offen gelegt werden, bevor der Vorstand dem Kassenbeamten die Entlastung erteilt.

§ 183. Die Ober-Bergämter haben die Beobachtung der Statuten und insbesondere die statutenmäßige Verwaltung des Vermögens zu überwachen.

§ 184. Zur Ausübung dieses Aufsichtsrechts ernennt das Ober-Bergamt für jeden Knappschaftsverein einen Kommissar.

Derselbe ist befugt, allen Sitzungen des Knappschaftsvorstandes, welche ihm zu diesem Zwecke mindestens drei Tage vorher anzuzeigen sind, beizuwohnen und jeden statutenwidrigen Beschluß zu suspendieren. Von einer solchen Suspension muß er dem Ober-Bergamte sofort Anzeige machen.

§ 185. Der Knappschaftsvorstand ist jederzeit verpflichtet, dem Ober-Bergamte und dessen Kommissar auf Verlangen die Einsicht der über seine Verhandlung zu führenden Protokolle, der Kassenbücher und der gelegten Rechnungen, sowie die Revision der Kasse zu gestatten.

Auch hat derselbe dem Ober-Bergamte die zur Statistik des Knappschaftswesens erforderlichen Nachrichten zu geben.

§ 186. Beschwerden über die Verwaltung des Vorstandes sind bei dem Ober-Bergamte und in der weitern Instanz bei dem Handels-Minister anzubringen.

Achter Titel.

Von den Bergbehörden.

§ 187. Die Bergbehörden sind:
die Revierbeamten,
die Ober-Bergämter,
der Handels-Minister.

§ 188. Die Bezirke der Ober-Bergämter werden durch Königl. Verordnung, diejenigen der Revierbeamten durch den Handels-Minister festgestellt.

§ 189. Die Revierbeamten bilden für die ihnen überwiesenen Bergreviere die erste Instanz in allen Geschäften, welche nach dem gegenwärtigen Gesetze der Bergbehörde obliegen und nicht ausdrücklich den Ober-Bergämtern übertragen sind.

Sie handhaben insbesondere die Bergpolizei nach Vorschrift des Gesetzes. In Beziehung auf die ihrer Aufsicht unterworfenen Anlagen und Betriebe stehen ihnen, insbesondere bei der Ueberwachung der Ausführung dieses Gesetzes, die Befugnisse und Obliegenheiten der im § 139b der Reichsgewerbeordnung bezeichneten Aufsichtsbeamten zu.

Auch gehört zu ihrem Geschäftskreise die Wahrnehmung der Rechte des Staates hinsichtlich der Bergwerks-Abgaben.

§ 190. Die Ober-Bergämter bilden die Aufsichts- und Rekurs-Instanz für die Revierbeamten.

Unter ihrer Aufsicht stehen die Markscheider.

Durch sie erfolgt die Prüfung und Konzessionierung der letzteren, sowie die Wiederentziehung erteilter Konzessionen.

Sie überwachen die Ausbildung derjenigen Personen, welche sich für den Staatsdienst im Bergfache vorbereiten.

Außerdem liegen den Ober-Bergämtern die denselben im gegenwärtigen Gesetze ausdrücklich übertragenen Geschäfte ob.

Innerhalb ihres Geschäftskreises haben die Ober-Bergämter die gesetzlichen Befugnisse und Verpflichtungen der Regierungen.

§ 191. Gegen Verfügungen und Beschlüsse des Revierbeamten ist der Rekurs an das Ober-Bergamt, gegen Verfügungen und Beschlüsse des letzteren der Rekurs an den Handels-Minister zulässig, insofern das Gesetz denselben nicht ausdrücklich ausschließt.

§ 192. Der Rekurs muß binnen vier Wochen vom Ablaufe des Tages, an welchem die Verfügung oder der Beschluß zugestellt oder sonst bekannt gemacht worden ist, eingelegt werden, widrigenfalls das Rekursrecht erlischt.

Widersprechen Verfügungen oder Beschlüsse des Revierbeamten oder des Oberbergamts den von der zuständigen Berufsgenossenschaft erlassenen Vorschriften zur Verhütung von Unfällen, so ist zur Einlegung des Rekurses binnen der vorstehend bezeichneten Frist auch der Vorstand der Berufsgenossenschaft oder Berufsgenossenschaftssektion befugt.

§ 193. In den Fällen, wo nach dem gegenwärtigen Gesetze ein Beschluß des Ober-Bergamts erforderlich ist, desgleichen gegen Verfügungen, welche eine Entscheidung zwischen streitenden Parteien enthalten, muß der Rekurs innerhalb der im § 192 bestimmten Frist bei derjenigen Behörde eingelegt werden, von welcher die beschwerende Entscheidung getroffen worden ist. Durch Einlegung bei einer anderen Behörde wird das Rekursrecht nicht gewahrt.

In den Fällen, wo eine Gegenpartei vorhanden ist, wird derselben die Rekursschrift zur Beantwortung binnen einer vierwöchentlichen, vom Ablaufe des Tages der Behändigung beginnenden Frist mitgeteilt. Geht innerhalb dieser Frist die Beantwortung nicht ein, so werden die Verhandlungen ohne Weiteres zur Rekursentscheidung eingesendet.

§ 194. Die bei den Bergbehörden in Bergbauangelegenheiten erwachsenden Kosten können von denjenigen Personen, welchen dieselben nach dem gegenwärtigen Gesetze zur Last fallen, im Wege der Verwaltungsexekution eingezogen werden.

§ 195. Die Bergbeamten des Staates, deren Frauen und unter väterlicher Ge-

walt stehenden Kinder können im Verwaltungsbezirke der ersteren durch Mutung keine Bergwerke oder Kuxe erwerben.

Zu solchen Erwerbungen durch andere Rechtsgeschäfte unter Lebenden ist die Genehmigung des Handels-Ministers erforderlich.

Neunter Titel.

Von der Bergpolizei.

Erster Abschnitt.

Von dem Erlasse bergpolizeilicher Vorschriften.

§ 196. Der Bergbau steht unter der polizeilichen Aufsicht der Bergbehörden.

Dieselbe erstreckt sich auf

die Sicherheit der Baue,

die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter,

die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes durch die Einrichtung des Betriebes,

den Schutz der Oberfläche im Interesse der persönlichen Sicherheit und des öffentlichen Verkehrs,

den Schutz gegen gemeinschädliche Einwirkungen des Bergbaues.

Dieser Aufsicht unterliegen auch die in den §§ 58 und 59 erwähnten Aufbereitungsanstalten, Dampfkessel und Triebwerke, sowie die Salinen.

---

§ 197. Die Ober-Bergämter sind befugt, für den ganzen Umfang ihres Verwaltungsbezirks oder für einzelne Teile desselben Polizeiverordnungen über die im § 196 bezeichneten Gegenstände zu erlassen. Für solche Betriebe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, können die Oberbergämter Dauer, Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorschreiben und die zur Durchführung dieser Vorschriften erforderlichen Anordnungen erlassen.

Die Verkündigung dieser Verordnungen erfolgt durch das Amtsblatt der Regierungen, in deren Bezirk dieselben Gültigkeit erlangen sollen.

Vor dem Erlaß von Polizeiverordnungen, welche sich auf die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter und auf die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes im Betriebe beziehen, ist dem Vorstande der beteiligten Berufsgenossenschaft oder Berufsgenossenschaftssektion Gelegenheit zu einer gutachtlichen Aeußerung zu geben. Auf diese finden die Bestimmungen des § 79 Abs. 1 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 (Reichs-Gesetzbl. S. 69) Anwendung.

---

§ 198. Tritt auf einem Bergwerke in Beziehung auf die im § 196 bezeichneten Gegenstände eine Gefahr ein, so hat das Ober-Bergamt die geeigneten polizeilichen Anordnungen nach Vernehmung des Bergwerksbesitzers oder des Repräsentanten durch einen Beschluß zu treffen.

---

§ 199. Ist die Gefahr eine dringende, so hat der Revierbeamte sofort und selbst ohne vorgängige Vernehmung des Bergwerksbesitzers oder des Repräsentanten die zur Beseitigung der Gefahr erforderlichen polizeilichen Anordnungen zu treffen, gleichzeitig aber dem Ober-Bergamte hiervon Anzeige zu machen.

Das Ober-Bergamt hat die getroffenen Anordnungen durch einen Beschluß zu bestätigen oder wieder aufzuheben. Vorher ist die Vernehmung der genannten Personen nachzuholen.

---

§ 200. Die Bekanntmachung der auf Grund der §§ 198 und 199 getroffenen polizeilichen Anordnungen an den Bergwerksbesitzer oder den Repräsentanten erfolgt durch Zustellung des Beschlusses des Ober-Bergamtes, beziehungsweise der Verfügung des Revierbeamten.

Die Bekanntmachung an den Betriebsführer und die Grubenbeamten wird von dem Revierbeamten oder auf dessen An-

weisung durch Eintragung in das Zechenbuch bewirkt, welches zu diesem Zwecke auf jedem Bergwerke gehalten werden muß.

Soweit eine Bekanntmachung an die Arbeiter erforderlich ist, geschieht dieselbe auf Anweisung des Revierbeamten durch Verlesen und durch Aushang auf dem Werke.

---

§ 201. In den Fällen des § 199 muß mit der Ausführung der polizeilichen Anordnungen des Revierbeamten ohne Rücksicht auf die vorbehaltene oberbergamtliche Bestätigung oder Wiederaufhebung sofort begonnen werden.

Die Ausführung dieser Anordnungen wird durch Einlegung des Rekurses nicht aufgehalten.

§ 202. Werden die auf Grund der §§ 198 und 199 getroffenen polizeilichen Anordnungen nicht in der bestimmten Frist durch den Bergwerksbesitzer ausgeführt, so wird die Ausführung durch den Revierbeamten auf Kosten des Bergwerksbesitzers bewirkt.

---

§ 203. Sobald auf einem Bergwerke eine Gefahr in Beziehung auf die im § 196 bezeichneten Gegenstände eintritt, hat der Betriebsführer und im Verhinderungsfalle der denselben vertretende Grubenbeamte dem Revierbeamten Anzeige hiervon zu machen.

Zweiter Abschnitt.

Von dem Verfahren bei Unglücksfällen.

§ 204. Ereignet sich auf einem Bergwerke unter oder über Tage ein Unglücksfall, welcher den Tod oder die schwere Verletzung einer oder mehrerer Personen herbeigeführt hat, so sind die im § 203 genannten Personen zur sofortigen Anzeige an den Revierbeamten und an die nächste Polizeibehörde verpflichtet.

---

§ 205. Der Revierbeamte ordnet die zur Rettung der verunglückten Personen oder zur Abwendung weiterer Gefahr erforderlichen Maßregeln an.

Die zur Ausführung dieser Maßregeln notwendigen Arbeiter und Hilfsmittel hat der Besitzer des Bergwerks zur Verfügung zu stellen.

Die Besitzer benachbarter Bergwerke sind zur Hilfeleistung verpflichtet.

---

§ 206. Sämtliche Kosten für die Ausführung der im § 205 bezeichneten Maßregeln trägt der Besitzer des betreffenden Bergwerks, vorbehaltlich des Regreß-Anspruchs gegen Dritte, welche den Unglücksfall verschuldet haben.

Dritter Abschnitt.

Strafbestimmungen.

§ 207. Uebertretungen der Vorschriften in den §§ 4, 10, 66, 67, 69, 71, 72, 73, 74, 77, 93, 163, 200, 201, 203, 204, 205 werden mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bestraft.

In den Fällen der §§ 67 und 69, sowie 73 und 74 tritt diese Strafe auch dann ein, wenn auf Grund der §§ 70 und 75 der Betrieb von der Bergbehörde eingestellt wird.

---

§ 207a. Mit Geldstrafe bis zu zweitausend Mark und im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten werden Bergwerksbesitzer bestraft, welche den §§ 84 Absatz 4 und 85f Absatz 3 zuwiderhandeln.

---

§ 207b. Mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark und im Unvermögensfalle mit Haft wird bestraft, wer ein Bergwerk betreibt, für welches eine Arbeitsordnung (§ 80a) nicht besteht, oder wer der endgültigen Anordnung der Behörde wegen Ersetzung oder Abänderung der Arbeitsordnung (§ 80h) nicht nachkommt.

---

§ 207c. Mit Geldstrafen bis zu einhundertfünfzig Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wochen wird bestraft:

1. wer den Bestimmungen des § 80e Absatz 2 zuwider gegen Arbeiter Strafen verhängt, welche in der Arbeitsordnung nicht vorgesehen sind oder den gesetzlich zulässigen Betrag übersteigen, oder wer Strafgelder, Lohnabzüge oder die im § 20b Ziffer 6 bezeichneten Beträge in einer dem Gesetze oder der Arbeitsordnung widersprechenden Weise verwendet;
2. wer es unterläßt, den durch die §§ 80c Absatz 2, 80g Absatz 1, 80i und 80k für ihn begründeten Verpflichtungen nachzukommen.

---

§ 207d. Mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu acht Tagen wird bestraft, wer es unterläßt, der durch § 80g Absatz 2 für ihn begründeten Verpflichtung nachzukommen.

---

§ 207e. Mit Geldstrafe bis zu zwanzig Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu drei Tagen für jeden Fall der Verletzung des Gesetzes wird bestraft:

1. wer den Bestimmungen der §§ 85 und 85b bis 85g zuwider einen Arbeiter in Beschäftigung nimmt oder behält;
2. wer außer dem im § 207a vorgesehenen Falle den Bestimmungen dieses Gesetzes in Ansehung der Arbeitsbücher zuwiderhandelt;
3. wer vorsätzlich ein auf seinen Namen ausgestelltes Arbeitsbuch unbrauchbar macht oder vernichtet;
4. wer den Bestimmungen des § 87 Absatz 1 oder einer auf Grund des § 87 Absatz 3 erlassenen statutarischen Bestimmung zuwiderhandelt;
5. wer es unterläßt, den durch § 80e Absatz 3 für ihn begründeten Verpflichtungen nachzukommen.

---

§ 208. Zuwiderhandlungen gegen die von den Bergbehörden bereits erlassenen, sowie die von den Oberbergämtern auf Grund des § 197 noch zu erlassenden Bergpolizeiverordnungen werden mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bestraft.

Dieselbe Strafe findet bei Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund der §§ 198 und 199 getroffenen polizeilichen Anordnungen Anwendung.

---

§ 209. Ueber die Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften (§§ 207, 207a bis 207e, 208) sind von den Revierbeamten Protokolle aufzunehmen.

Diese Protokolle werden der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung übergeben.

Die Entscheidung steht den ordentlichen Gerichten zu. Dieselben haben hierbei nicht die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit, sondern nur die gesetzliche Gültigkeit der von den Bergbehörden erlassenen polizeilichen Vorschriften zu prüfen.

---

§ 209a. Die Strafverfolgung der in den §§ 207b und 208 mit Strafe bedrohten Handlungen verjährt innerhalb drei Monaten, von dem Tage an gerechnet, an welchem sie begangen sind.

Zehnter Titel.

Provinzialrechtliche Bestimmungen.

§ 210. In denjenigen Landesteilen, in welchen das unter dem 19. April 1844 publizierte Provinzialrecht für Westpreußen Anwendung findet, sind nur Steinsalz- und Solquellen den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes unterworfen.

Auf den Braunkohlen-Bergbau in diesen Landesteilen sollen jedoch der dritte Abschnitt des dritten Titels (von den Bergleuten), der siebente Titel (von den Knappschaftsvereinen) und der neunte Titel (von der Bergpolizei) Anwendung finden.

---

§ 211. Von den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes sind ausgenommen die Eisenerze

1. in Neuvorpommern und der Insel Rügen und
2. in den Hohenzollernschen Landen.

---

§ 211a. In dem Herzogtum Schlesien und der Grafschaft Glatz unterliegen die Eisenerze wie bisher dem Verfügungsrechte des Grundeigentümers, und es werden die bestehenden Berechtigungen zur Gewinnung dieser Erze aufrecht erhalten.

§ 211b. Auf den Eisenerzbergbau in den im § 211a bezeichneten Landesteilen — mit Ausnahme der Gewinnung von Raseneisenerzen — kommen die nachfolgenden Vorschriften zur Anwendung:

1. aus Titel III, erster Abschnitt, „Von dem Bergwerkseigentume im allgemeinen", die §§ 58 und 59.
2. aus Titel III, zweiter Abschnitt, „Von dem Betriebe und der Verwaltung", die §§ 66 bis 79,
3. Titel III, dritter Abschnitt, „Von den Bergleuten und den Betriebsbeamten", §§ 80 bis 93 unter Ausscheidung der auf die Knappschaftsvereine Bezug habenden Bestimmungen in den §§ 80d Absatz 2, 80f Absatz 2 Ziffer 2, 89 Absatz 2 und unter der Maßgabe, daß die im § 92 bezeichneten Geldstrafen derjenigen Hilfskasse zufallen, welcher der Arbeiter angehört, in Ermangelung einer solchen einer anderen zum Besten der Arbeiter an dem Orte bestehenden, von der Gemeindebehörde zu bestimmenden Kasse und in deren Ermangelung der Ortsarmenkasse,
4. Titel VIII, „Von den Bergbehörden", §§ 187 bis 195,
5. Titel IX, „Von der Bergpolizei", §§ 196 bis 209a.

§ 211c. Wird der Eisenerzbergbau in den im § 211a bezeichneten Landesteilen von mehreren Personen betrieben, so sind dieselben, sofern ihre Vertretung nicht durch die allgemeinen Gesetze geordnet ist, verpflichtet, mittels notarieller oder gerichtlicher Urkunde einen innerhalb des Deutschen Reichs wohnenden Repräsentanten zu bestellen, welchem die Befugnis zusteht, alle Vorladungen und andere Zustellungen an die Beteiligten mit voller rechtlicher Wirkung in Empfang zu nehmen und letztere bei den Verhandlungen mit den Bergbehörden und den auf den Bergbau Bezug habenden Instituten und Korporationen zu vertreten.

Dasselbe gilt, wenn der Alleineigentümer eines Eisenerzbergwerks außerhalb des Deutschen Reichs wohnt.

Wird ein Repräsentant auf die Aufforderung der Bergbehörde nicht innerhalb einer Frist von drei Monaten bestellt und unter Einreichung der Bestallungsurkunde namhaft gemacht, so ist die Bergbehörde befugt, bis dahin, daß dies geschieht, einen Repräsentanten zu bestellen und diesem eine angemessene, von den Beteiligten aufzubringende und nötigenfalls im Verwaltungswege exekutivisch einzuziehende Belohnung zuzusichern. Die Aufforderung gilt für zugestellt, wenn sie mindestens zwei Beteiligten behändigt ist.

Der von der Bergbehörde bestellte interimistische Repräsentant hat die vorstehend angegebenen Befugnisse eines gewählten Repräsentanten, sofern die Bergbehörde keine Beschränkungen eintreten läßt.

§§ 212, 213 sind aufgehoben.

§ 214. In den linksrheinischen Landesteilen bleiben die Dachschieferbrüche, die Traßbrüche und die unterirdisch betriebenen Mühlsteinbrüche auch fernerhin der polizeilichen Beaufsichtigung durch die Bergbehörde unterworfen.

Auf dieselben finden der siebente und der neunte Titel des gegenwärtigen Gesetzes Anwendung.

Elfter Titel.

Uebergangsbestimmungen.

§ 215. Die Felder der bei dem Eintritt der Gesetzeskraft des gegenwärtigen Gesetzes eingelegten Mutungen und bestehenden Bergwerke sind nach Maßgabe desselben (§§ 26ff.) auf den Antrag des Berechtigten, wenn sie gestreckte sind, in gevierte Felder umzuwandeln, und wenn sie gevierte Felder sind, bis zu der zulässigen Ausdehnung (§ 27) zu erweitern.

Ein solcher Antrag gilt in Beziehung auf das begehrte freie Feld als Mutung.

Bei konsolidierten Bergwerken kann der

Antrag für jedes einzelne Feld gestellt werden.

Ein Erweiterungsantrag ist nicht mehr zulässig, wenn er nicht binnen sechs Monaten nach Eintritt der Gesetzeskraft dieses Gesetzes bei der zur Annahme von Mutungen befugten Bergbehörde (§ 12) gestellt worden ist.

---

§ 216. Von dem durch einen Umwandlungs- oder Erweiterungs-Antrag (§ 215) begehrten Felde dürfen die gestreckten Felder anderer Bergwerke nur dann ganz oder teilweise umschlossen werden, wenn die Eigentümer dieser Bergwerke auf eine desfallsige Aufforderung der Bergbehörde sich mit der Umschließung ihrer Felder ausdrücklich einverstanden erklären.

Tritt diese Voraussetzung nicht ein, so muß der Antragsteller sich eine entsprechende, nötigenfalls durch einen Beschluß des Ober-Bergamts festzustellende Beschränkung des begehrten gevierten Feldes gefallen lassen.

---

§ 217. Mehrere Umwandlungsanträge, welche auf das nämliche Feld gerichtet sind, begründen für jeden der Antragsteller ein gleiches Recht. Dasselbe gilt von mehreren Erweiterungsanträgen, welche auf das nämliche Feld gerichtet sind.

Bei einer solchen Kollision bildet, insoweit eine vertragsmäßige Einigung nicht zu erzielen ist, die Teilung in gleiche Teile die Regel.

Das Ober-Bergamt ist jedoch befugt, bei der Verleihung von diesem Teilungsverhältnisse abzuweichen, insoweit sich dies für einen zweckmäßigen Betrieb als erforderlich darstellt.

---

§ 218. Diejenigen Umwandlungsanträge, welche innerhalb sechs Monaten nach Eintritt der Gesetzeskraft dieses Gesetzes bei der zur Annahme von Mutungen befugten Bergbehörde (§ 12) eingehen, gewähren den auf Grund dieses Gesetzes eingelegten Mutungen und Erweiterungsanträgen gegenüber ein Vorzugsrecht auf das im § 27 bestimmte Feld.

Von den gevierten Feldern der Mutungen, welche innerhalb dieser Frist eingelegt werden, dürfen die gestreckten Felder bereits bestehender Bergwerke ohne ausdrückliche Einwilligung der Eigentümer auch dann nicht umschlossen werden, wenn seitens der letzteren keine Umwandlungsanträge gestellt sind.

---

§ 219. Wird das Eigentum eines Bergwerks, dessen gestrecktes Feld von dem gevierten Felde eines andern Bergwerks umschlossen ist, nach dem sechsten Titel des gegenwärtigen Gesetzes aufgehoben, so hat der Eigentümer des andern Bergwerks, welchen die Bergbehörde von der Aufhebung in Kenntnis zu setzen hat, ein binnen vier Wochen nach dieser Bekanntmachung auszuübendes Vorzugsrecht auf die Vereinigung des gestreckten Feldes mit seinem gevierten Felde.

Die Vereinigung wird durch einen Nachtrag zur Verleihungsurkunde ohne weitere Förmlichkeiten ausgesprochen.

---

§ 220. Den im Kreise Wetzlar auf Grund der §§ 156 und 157, II, 16 des A. L. R. mit gevierten Feldern verliehenen Bergwerken steht die ewige Teufe nach senkrechten Ebenen zu.

---

§ 221. Wer auf Grund einer vor dem Eintritt der Gesetzeskraft des gegenwärtigen Gesetzes eingelegten Mutung auf das Feld eines zu derselben Zeit bereits bestehenden Bergwerks oder auf Teile desselben ein Vorzugsrecht zu haben glaubt, muß letzteres innerhalb eines Jahres, von jenem Zeitpunkte an, durch gerichtliche Klage gegen den Bergwerkseigentümer verfolgen.

Wer von dieser Frist keinen Gebrauch macht, ist seines etwaigen Vorzugsrechts auf das Feld verlustig.

---

§ 222. Soweit das gegenwärtige Gesetz auf die bereits bestehenden Bergwerke überhaupt Anwendung findet, unterliegen den Bestimmungen desselben auch diejenigen Bergwerke, welche den seitherigen gesetzlichen Vorschriften gemäß auf Mineralien berechtigt sind, die der § 1 dieses Gesetzes nicht mehr aufführt.

---

§ 223. Nach dem Eintritt der Gesetzeskraft des gegenwärtigen Gesetzes findet eine Verleihung von Erbstollenrechten nicht mehr statt.

In Ansehung der bereits bestehenden Erbstollengerechtigkeiten, insbesondere auch der Aufhebungsarten, verbleibt es bei den Bestimmungen der seitherigen Gesetze.

Im Gesetzesbereiche des Allgemeinen

Landrechts bedarf es jedoch zur Befreiung eines Bergwerks von den Erbstollengebühren durch eine Wasserhaltungsmaschine einer besonderen Verleihung der Erbstollengerechtigkeit für diese Maschine nicht mehr; es genügt, wenn die sonstigen Bedingungen der Enterbung nach den §§ 468 flg. Teil II Titel 16 des A. L. R. vorhanden sind. Erbstollenrechte erwirbt eine solche Wasserhaltungsmaschine für sich nicht.

§ 224. Bei Bergwerkseigentum, welches nach dem Eintritt der Gesetzeskraft des gegenwärtigen Gesetzes verliehen wird, findet ein Anspruch auf Freikuxe irgend einer Art nicht mehr statt.

Den bereits vor diesem Zeitpunkte von Kirchen und Schulen, von dem Schlesischen Freikuxgelderfonds und von Grundbesitzern erworbenen Freikuxen steht nur eine Realberechtigung auf den durch die bisherigen Gesetze bestimmten Ausbeuteanteil an dem Bergwerke zu.

Durch die nach § 9 des Knappschaftsgesetzes vom 10. April 1854 erfolgte Aufhebung der beiden Freikuxe für die Knappschafts- und Armenkasse ist weder die Quote des Ausbeuteanteils des übrigen Freikuxberechtigten, noch die Zahl der gewerkschaftlichen Kuxe verändert worden.

Die Ablösung der Freikuxe bleibt der freien Vereinigung der Beteiligten vorbehalten.

§ 225. Nach dem Eintritt der Gesetzeskraft des gegenwärtigen Gesetzes kann ein Recht auf Mitbau zur Hälfte, wo solches bisher gesetzlich bestanden hat, nur noch alsdann in Anspruch genommen werden, wenn die Erklärung, mitbauen zu wollen, bereits vor jenem Zeitpunkte rechtzeitig abgegeben oder die dreimonatliche Frist zur Abgabe dieser Erklärung noch nicht abgelaufen ist.

Alle Ansprüche auf das Recht des Mitbaues zur Hälfte, bezüglich deren die vorgeschriebene Aufforderung zur Geltendmachung unterblieben ist, müssen bei Vermeidung der Präklusion innerhalb eines Jahres, von dem vorbezeichneten Zeitpunkte an, durch gerichtliche Klage geltend gemacht werden.

§ 226. Die Rechtsverhältnisse der bei dem Eintritt der Gesetzeskraft des gegenwärtigen Gesetzes in den rechtsrheinischen Landesteilen bestehenden Gewerkschaften sind, soweit es an vertragsmäßigen Verabredungen fehlt und nicht in den nachfolgenden §§ 227 bis 239 etwas Anderes bestimmt ist, nach den Vorschriften des vierten Titels zu beurteilen.

§ 227. Die §§ 94 bis 98, 101, 103, 105, 106, 108, 109 und 110 finden auf die bestehenden Bergwerke keine Anwendung.

§ 228. Die seitherige Kuxeinteilung bleibt bestehen. Jedoch kann von jetzt an ein Kux nur noch in Zehnteile geteilt werden.

§ 229. Die einzelnen Gewerken werden, soweit die Einrichtung des Hypothekenwesens dies gestattet, als Eigentümer ihrer Kuxe in das Hypothekenbuch eingetragen.

§ 230. Die einzelnen Gewerken können ihre Kuxe zur Hypothek stellen.

Eine Verpfändung des ganzen Bergwerks durch Mehrheitsbeschluß (§ 114) ist nur dann zulässig, wenn die einzelnen Kuxe nicht mit Hypotheken belastet sind. Anderenfalls ist Einstimmigkeit erforderlich.

§ 231. Für die Kuxe gelten die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs, soweit nicht ein anderes bestimmt ist.

Die für den Erwerb des Eigentums und die Ansprüche aus dem Eigentum an Grundstücken geltenden Vorschriften finden auf die Kuxe entsprechende Anwendung.

§ 232. Der § 107 findet mit der Maßgabe Anwendung, daß die Erhebung der Beiträge beschlossen sein muß, bevor der seitherige Eigentümer der Kuxe dieselben veräußert hat.

§ 233. Soweit die bereits bestellten Repräsentanten und Grubenvorstände mit besonderen Vollmachten versehen sind, behält es bei denselben sein Bewenden.

Im übrigen ist von der Anwendung der §§ 119 bis 126 und 128 auf diese Repräsentanten und Grubenvorstände nur die Bestimmung des § 121 über die Führung des Gewerkenbuchs und die Ausfertigung der Kuxscheine ausgeschlossen.

§ 234. In den Fällen der §§ 130 bis 132 erfolgt der Verkauf des Anteils im Wege der notwendigen Subhastation und die Zuschreibung des unverkäuflichen Anteils im Hypothekenbuche, letzteres, soweit die Einrichtung des Hypothekenwesens dies gestattet.

§ 235a. Durch einen von einer Mehrheit von wenigstens drei Vierteilen aller Kuxe gefaßten Beschluß kann, soweit nicht vertragsmäßige Verabredungen entgegenstehen, jede bereits bestehende Gewerkschaft sich denjenigen Bestimmungen des vierten Titels, welche nach § 227 auf die bestehenden Bergwerke keine Anwendung finden, unterwerfen und insbesondere die Zahl der Kuxe auf Einhundert oder Eintausend mit der Wirkung bestimmen, daß die neuen Kuxe zum beweglichen Vermögen gehören.

Stehen der vorbezeichneten Einteilung außergewöhnliche Schwierigkeiten entgegen, so kann mit Genehmigung des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ausnahmsweise eine andere Zahl der Kuxe bestimmt werden.

§ 235b. Der Beschluß der Gewerkschaft unterliegt der Bestätigung des Ober-Bergamts.

Das Protokoll über die Gewerkenversammlung, in welcher der Beschluß gefaßt wird, ist notariell oder gerichtlich aufzunehmen und in Ausfertigung dem Ober-Bergamte einzureichen. Wo die Einrichtung des Hypothekenwesens es gestattet, hat die Hypothekenbehörde den Beschluß auf Grund einer Ausfertigung des Protokolls im Hypothekenbuche zu vermerken und dem Ober-Bergamte eine beglaubigte Abschrift des Vermerks mitzuteilen. Die Löschung des Vermerks erfolgt auf Antrag des Ober-Bergamts.

§ 235c. Wenn auf gewerkschaftlichen Anteilen Privilegien des Rheinischen Rechts oder Hypotheken haften, so wird der wesentliche Inhalt des Beschlusses, insbesondere die Zahl der neuen Kuxe durch das Ober-Bergamt den aus dem Hypothekenbuche oder aus den Rheinischen Hypothekenregistern ersichtlichen Berechtigten, insofern deren ausdrückliches Einverständnis mit dem Beschlusse nicht beigebracht ist, unter Verweisung auf diesen und die beiden nachstehenden Paragraphen bekannt gemacht.

In jedem Falle erfolgt diese Bekanntmachung durch das Amtsblatt der Regierung, in deren Bezirk das Bergwerk liegt.

§ 235d. Die privilegierten Gläubiger des Rheinischen Rechts, sowie die Hypothekengläubiger können ihre Befriedigung vor der Verfallzeit verlangen, soweit dies die Natur ihres Anspruchs gestattet.

Dieses Recht muß binnen drei Monaten nach Ablauf des Tages, an welchem die Bekanntmachung zugestellt, beziehungsweise das die Bekanntmachung enthaltende Amtsblatt ausgegeben worden ist, durch gerichtliche Klage geltend gemacht und binnen derselben drei Monate muß dem Ober-Bergamte die erfolgte Klagestellung nachgewiesen werden. Der eingeklagte Anspruch muß unausgesetzt gerichtlich weiter verfolgt werden. Die Nichtbeobachtung dieser Vorschriften zieht den Verlust des Rechts nach sich.

§ 235e. Sind privilegierte Gläubiger des Rheinischen Rechts oder Hypothekengläubiger nicht vorhanden, oder haben dieselben von dem ihnen beigelegten Recht, ihre Befriedigung vor der Verfallzeit zu verlangen, keinen Gebrauch gemacht, oder sind deren Rechte nach den vorstehenden Bestimmungen oder im Wege der gütlichen Einigung erledigt, so hat das Ober-Bergamt den Beschluß zu bestätigen und die erfolgte Bestätigung durch das Amtsblatt der Regierung, in deren Bezirk das Bergwerk liegt, bekannt zu machen.

§ 235f. Privilegierte Gläubiger des Rheinischen Rechts, sowie Hypothekengläubiger, deren Privilegium oder Realrecht erst nach dem Tage der Ausgabe des die Bekanntmachung des Beschlusses enthaltenden Amtsblattes, beziehungsweise nach der Eintragung des Vermerkes über den Beschluß im Hypothekenbuche entstanden ist, sind den rechtlichen Folgen des Beschlusses ohne weiteres unterworfen.

§ 235g. Bleiben bei der neuen Einteilung überschießende Kuxteile zurück, so erfolgt nach geschehener Zusammenlegung zu ganzen Kuxen auf Grund des bestätigten Beschlusses die notwendige Subhastation derselben auf Antrag des Repräsentanten oder Grubenvorstandes durch den zuständi-

gen Richter, insofern nicht die an den überschießenden Kuxteilen beteiligten Gewerken über die anderweitige Zusammenlegung dieser Kuxteile ein Uebereinkommen getroffen und der Gewerkschaft vorgelegt haben. Mit der Subhastation erlöschen alle Privilegien des Rheinischen Rechts, Realrechte und Hypotheken, welche auf den überschießenden Kuxteilen haften.

Die Kosten der Subhastation fallen der Gewerkschaft zur Last.

§ 236. Soweit nicht etwas Anderes vereinbart ist, haften den seitherigen Hypothekengläubigern die neuen Kuxe, welche an die Stelle der verpfändeten Anteile treten, in der unter denselben durch ihre Hypothekenrechte begründeten Rangordnung als Pfand.

Wo nach der Einrichtung des Hypothekenwesens die auf den gewerkschaftlichen Anteilen haftenden Hypotheken und anderen Realansprüche in der zweiten und dritten Rubrik des Hypothekenfoliums eingetragen sind, werden dieselben von diesem Folium wörtlich in die Kuxscheine übertragen.

Die Löschung dieser Vermerke erfolgt nach den für die Löschung im Hypothekenbuche maßgebenden Vorschriften.

§ 237. Ist ein Anteil nach § 236 mit Pfandrechten, welche an die Stelle seitheriger Hypotheken getreten sind, belastet, so wird der darüber ausgefertigte Kuxschein, sofern nur ein seitheriger Hypothekengläubiger vorhanden ist, diesem ausgehändigt, sofern aber zwei oder mehrere solche Gläubiger vorhanden sind, für diese von der Hypothekenbehörde (§ 239) in Gewahrsam genommen und aufbewahrt.

§ 238. Der Verkauf von Kuxscheinen behufs Befriedigung seitheriger Hypothekengläubiger erfolgt im Wege der Mobiliarversteigerung (§ 109).

Der Versteigerungstermin ist sämtlichen aus dem Kuxscheine ersichtlichen Realberechtigten bekannt zu machen.

Durch den Verkauf erlöschen alle Realansprüche auf den verkauften Anteil.

Der gelöste Kaufpreis wird unter die Gläubiger nach der Rangordnung ihrer Forderungen verteilt.

§ 239. Wenn und so lange infolge der Ausführung eines unter den § 235 fallenden Beschlusses Anteile einzelner Gewerken mit Pfandrechten, welche an die Stelle seitheriger Hypotheken getreten, belastet sind, erfolgt die Führung des Gewerkenbuchs und die Ausfertigung der Kuxscheine (§§ 103 und 121) durch die Hypothekenbehörde, welche das Hypothekenbuch über das Bergwerk selbst zu führen hat.

§ 240. In den Rechtsverhältnissen der Mitbeteiligten der bei dem Eintritt der Gesetzeskraft des gegenwärtigen Gesetzes in den linksrheinischen Landesteilen im Besitze mehrerer Personen befindlichen Bergwerke wird durch dieses Gesetz nichts geändert. Jedoch finden die Bestimmungen des § 134 auch auf diese Bergwerke Anwendung.

Durch einen von einer Mehrheit von wenigstens drei Vierteilen aller Anteile gefaßten Beschluß können die Mitbeteiligten eines solchen Bergwerks die im vierten Titel des gegenwärtigen Gesetzes (§§ 94 bis 132) enthaltene gewerkschaftliche Verfassung annehmen, soweit nicht vertragsmäßige Verabredungen entgegenstehen.

Der Beschluß ist gerichtlich oder notariell aufzunehmen.

§ 241. Auf Fälle, in welchen vor Eintritt der Gesetzeskraft für den Betrieb des Bergbaues Grund und Boden eigentümlich oder zur Benutzung abgetreten ist, kommen nicht die §§ 137 bis 141, sondern die bisherigen Gesetze zur Anwendung.

Zwölfter Titel.

Schlußbestimmungen.

§ 242. Wo in diesem Gesetze eine Frist nach Monaten bestimmt ist, fällt der Ablauf der Frist auf denjenigen Tag des letzten Monats, welcher durch seine Zahl dem Tage des Anfangs der Frist entspricht. Fehlt dieser Tag in dem letzten Monate, so läuft die Frist mit dem letzten Tage dieses Monats ab.

§ 243. Das gegenwärtige Berggesetz

tritt im ganzen Umfange der Monarchie mit dem 1. Oktober 1865 in Kraft.

§ 244. Mit diesem Zeitpunkte treten außer Kraft: die Provinzial-Bergordnungen, die §§ 6 und 69 bis 480 des sechzehnten Titels im zweiten Teile des Allgemeinen Preußischen Landrechts, das Gemeine Deutsche Bergrecht, die Deklaration vom 27. Oktober 1804, das Gesetz über die Verleihung des Bergeigentums auf Flözen vom 1. Juli 1821, das Gesetz über die Verhältnisse der Miteigentümer eines Bergwerks vom 12. Mai 1851, das Knappschaftsgesetz vom 10. April 1854, das Gesetz über die Beaufsichtigung des Bergbaues und das Verhältnis der Berg- und Hüttenarbeiter vom 21. Mai 1860, das Gesetz über die Kompetenz der Ober-Bergämter vom 10. Juni 1861, das linksrheinische Bergwerksgesetz vom 21. April 1810, das Dekret über die Organisation des Bergwerkskorps vom 18. November 1810, das Bergwerks-Polizeidekret vom 3. Januar 1813 und alle übrigen allgemeinen und besonderen Gesetze, Verordnungen und Gewohnheiten über Gegenstände, auf welche das gegenwärtige Gesetz sich bezieht.

§ 245. Für die Verwaltung der Bergbauhilfskassen bleibt das Gesetz vom 5. Juni 1863 — Gesetzsammlung Seite 365 — maßgebend.

Desgleichen wird an den Vorschriften über die Entrichtung, Ermittelung und Einziehung der Bergwerks-Abgaben durch das gegenwärtige Gesetz nichts geändert.

Die bisher von den Bergbehörden erlassenen Bergpolizei-Verordnungen bleiben, soweit sie nicht mit dem gegenwärtigen Gesetze in Widerspruch stehen, in Kraft.

§ 246. Die bisher von besonderen Berg-Hypothekenkommissionen geführten Berg-Hypothekenbücher sollen an die ordentlichen Gerichte abgegeben werden.

Der Zeitpunkt dieser Abgabe und die Auflösung der Berg-Hypothekenkommissionen wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

§ 247 ist aufgehoben.

§ 248. Die Rheinische Subhastations-Ordnung vom 1. August 1822 — G.-S. S. 195 — erleidet bei der Subhastation von Bergwerken und Bergwerksanteilen folgende Abänderungen:

1. Nr. 2 und 3 des § 4 und die entsprechenden Bestimmungen unter Nr. 2 und 3 des § 12 bleiben außer Anwendung.

   Es genügt eine von dem Revierbeamten angefertigte genaue Beschreibung des Bergwerks.

2. In allen Fällen ist der Bietungstermin (§ 13) auf drei Monate hinauszurücken und das Subhastationspatent unter den im § 14 Nr. II vorgeschriebenen Förmlichkeiten bekannt zu machen.

Bei den auf Grund des sechsten Titels des gegenwärtigen Gesetzes einzuleitenden Subhastationen finden die §§ 2 und 3 jener Subhastations-Ordnung keine Anwendung.

§ 249. Die besonderen Vorschriften über die Teilnahmerechte der Berggläubiger bei der Verteilung der Kaufgelder und Revenuen von Bergwerken im Konkurse und in der notwendigen Subhastation sind aufgehoben.

Dagegen wird den Bergarbeitern in Beziehung auf die Rückstände aus dem letzten Jahre an Lohn und anderen Emolumenten das Vorrecht des § 50 der Konkurs-Ordnung vom 8. Mai 1855, und im Gebiete des Rheinischen Rechts das Privilegium des Artikels 2101 Nr. 4 des Bürgerlichen Gesetzbuchs beigelegt.

§ 250. An den Rechten der früher reichsunmittelbaren Standesherrn, sowie derjenigen, welchen auf Grund besonderer Rechtstitel das Bergregal in gewissen Bezirken allgemein oder für einzelne Mineralien zusteht, wird durch das gegenwärtige Gesetz nichts geändert.

Unbeschadet dieser Rechte unterliegt jedoch auch der Bergbau in jenen Bezirken den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes.

Die von den Berechtigten bestellten Bergbehörden bleiben in Wirksamkeit. Die Dienstinstruktionen derselben sollen mit diesem Gesetze, soweit es nach dem Vorstehenden Anwendung findet, in Uebereinstimmung gebracht werden.

Gerichtsvollzieherordnung.

Vom 31. März 1900.

Inhaltsverzeichnis.

Erster Teil.

Amt des Gerichtsvollziehers.

Paragraphen

Erster Abschnitt.

Gerichtsvollzieher.

Vorbedingung der Ernennung 1
Vorbereitungsdienst 2
Zulassung zum Vorbereitungsdienste . 3
Abkürzung des Vorbereitungsdienstes . 4
Zulassung zur Prüfung 5
Prüfungskommission 6
Prüfung 7
Prüfungsarbeiten 8
Beurteilung der Prüfungsarbeiten . . 9
Mündliche Prüfung 10
Prüfungsergebnis 11
Ernennung 12
Anstellungsbehörde 13
Dienstliche Stellung 14
Amtspflichten im allgemeinen 15
Wohnsitz 16
Gerichtsvollzieherbezirke, Geschäftsverteilung 17
Zuständigkeit 18
Geschäftskreis 19
Aufträge der Justizbehörden 20
Uebernahme der Geschäfte eines Gerichtsschreibergehülfen, eines Kanzleigehülfen oder eines Unterbeamten 21
Dienstbezüge 22
Parteiaufträge 23
Amtliche Aufträge 24
Dienstsiegel und Dienststempel 25
Dienstkleidung 26
Geschäftslokal 27

Paragraphen

Dienstbedürfnisse 28
Pfandkammer 29
Ablehnung von Aufträgen 30
Vertretung 31
Annahme von Vergütungen 32
Aufsicht 33
Ablieferung der Dienstpapiere und anderweitige Sicherungsmaßnahmen . . 34

Zweiter Abschnitt.

Personen, welche mit der einstweiligen Wahrnehmung der Gerichtsvollziehergeschäfte beauftragt sind (Gerichtsvollzieher kraft Auftrags).

Allgemeines 35
Prüfung der Vermögensverhältnisse . . 36
Dienstliche Stellung 37
Bezüge 38
Parteiaufträge 39
Amtliche Aufträge 40
Dienstabzeichen 41
Anwendbare Vorschriften 42
Beauftragung von Beamten 43
Wahrnehmung einzelner Geschäfte . . 44

Dritter Abschnitt.

Hülfsgerichtsvollzieher.

Allgemeines 45
Dienstliche Stellung 46
Dienstbedürfnisse. Siegel 47
Anwendbare Vorschriften 48

Zweiter Teil.

Geschäftsbetrieb.

Paragraphen

I. Erteilung der Aufträge.

Verteilungsstelle 49
Geschäftszeit 50
Entgegennahme der Aufträge 51
Zuweisung der Aufträge 52
Erledigung eiliger Aufträge 53
Amtliche und vermittelte Aufträge . . 54
Abholung von der Gerichtsschreibere. . 55
Landgerichte und Oberlandesgerichte . 56
Staatsanwaltschaften und Oberstaatsanwaltschaften 57
Behandlung der Aufträge 58

II. Erhebung der Gebühren.

Gebührenvorschriften 59
Gemeinsame Bestimmungen 60
Gebühren im Verwaltungszwangsverfahren 61
Gebühren in anderen Angelegenheiten . 62
Vorschuß 63
Armensachen 64

Paragraphen

III. Register.

Dienstregister 65
Ausfüllung der Spalten 66
Abschluß des Dienstregisters 67
Ablieferungsbuch 68
Revision 69
Reisetagebuch 70

IV. Festsetzung der Gebührenanteile sowie der Entschädigungen für Auslagen 71

V. Akten.

Anlegung der Akten 72
Generalakten 73
Sonderakten 74
Sammelakten 75
Aufbewahrung der Akten und Register 76
Rückgabe von Schriftstücken 77
Gerichtsvollzieher kraft Auftrags, Hülfsgerichtsvollzieher 78

Dritter Teil.

Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

§§ 79 bis 82.

Gerichtsvollzieherordnung.[1])

Vom 31. März 1900.

Erster Teil.

Amt des Gerichtsvollziehers.

Erster Abschnitt.

Gerichtsvollzieher.

Vorbedingungen der Ernennung.

§ 1. 1. Zum Gerichtsvollzieher kann nur ernannt werden, wer

a) das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat;
b) die aktive Dienstpflicht im stehenden Heere oder in der Flotte erfüllt hat oder von ihr für die Friedenszeit endgültig befreit ist;
c) die für den Gerichtsvollzieherdienst erforderliche körperliche Rüstigkeit besitzt;
d) sich in geordneten Vermögensverhältnissen befindet und
e) eine Prüfung bestanden hat.

2. Von der Ablegung der Prüfung sind diejenigen befreit, welche die Gerichtsschreiberprüfung bestanden haben.

Vorbereitungsdienst.

§ 2. Der Prüfung muß ein mindestens sechsmonatiger Vorbereitungsdienst bei einem von dem Oberlandesgerichtspräsidenten zu bestimmenden Amtsgerichte vorangehen. Während dieses Zeitraums ist der Anwärter vorzugsweise bei einem Gerichtsvollzieher, nebenbei auch bei einem Gerichtsschreiber zu beschäftigen. Der Gerichtsvollzieher und der Gerichtsschreiber, bei welchen die Beschäftigung zu erfolgen hat, werden von dem aufsichtführenden Amtsrichter bestimmt.

2. Bei dem Antritte des Vorbereitungsdienstes hat der Anwärter den allgemeinen Diensteid zu leisten. Der Anwärter ist von der Vereidigung ab den allgemeinen Beamtenpflichten (§ 15) unterworfen.

3. Dem aufsichtführenden Amtsrichter liegt die allgemeine, dem Gerichtsvollzieher und dem Gerichtsschreiber die besondere Leitung des Vorbereitungsdienstes ob.

Zulassung zum Vorbereitungsdienste.

§ 3. 1. Zum Vorbereitungsdienste dürfen nur Militäranwärter mit einer guten Elementarschulbildung zugelassen werden. Ueber die Zulassung entscheidet der Oberlandesgerichtspräsident. Anwärter, welche das 35. Lebensjahr überschritten haben, sind in der Regel nicht mehr zuzulassen. Dem Gesuch um Zulassung sind die Geburtsurkunde, eine kurze selbstverfaßte und selbstgeschriebene Darstellung des Lebenslaufs sowie der Ausweis über die Militärverhältnisse und über die erlangte Schulbildung beizufügen. Ferner hat der Gesuchsteller eine Erklärung abzugeben, ob er Schulden hat, und bejahendenfalls, worin diese bestehen.

[1]) Die der Gerichtsvollzieherordnung als Anlagen beigegebenen Formulare sind, da nicht allgemein interessierend, hier fortgelassen.

2. Im Falle eines dienstlichen Interesses können auch bereits etatsmäßig angestellte Beamte, soweit sie ehemalige Militäranwärter sind, zum Vorbereitungsdienste zugelassen werden. Die Vorschriften im Abs. 1 Satz 3, 4 finden auf diese Anwärter keine Anwendung.

Abkürzung des Vorbereitungsdienstes.

§ 4. 1. Der Zeitraum, während dessen der Anwärter mit der einstweiligen selbständigen Wahrnehmung des Gerichtsvollzieherdienstes in sämtlichen oder in einzelnen Zweigen beauftragt war, kann auf den Vorbereitungsdienst ganz oder teilweise angerechnet werden.

2. Im übrigen ist eine Abkürzung des Vorbereitungsdienstes nur unter besonderen Umständen nach dem Ermessen des Oberlandesgerichtspräsidenten zulässig.

Zulassung zur Prüfung.

§ 5. 1. Ueber den Erfolg des Vorbereitungsdienstes in den einzelnen Dienstzweigen und über das dienstliche und außerdienstliche Verhalten des Anwärters hat der aufsichtführende Amtsrichter nach Anhörung des Gerichtsvollziehers und des Gerichtsschreibers, welche mit der besonderen Leitung des Vorbereitungsdienstes beauftragt waren, ein Zeugnis auszustellen und durch Vermittelung des Landgerichtspräsidenten dem Oberlandesgerichtspräsidenten vorzulegen.

2. Ueber die Zulassung zur Prüfung entscheidet der Oberlandesgerichtspräsident. Die Zulassung darf nur erfolgen, wenn der Anwärter für genügend vorbereitet zur Ablegung der Prüfung zu erachten ist.

Prüfungskommission.

§ 6. 1. Die Gerichtsvollzieherprüfung wird bei Landgerichten, welche hierzu von dem Oberlandesgerichtspräsidenten bestimmt werden, abgelegt.

2. Die Mitglieder der Prüfungskommission werden auf die Dauer des Geschäftsjahrs aus richterlichen Beamten, welche am Sitze des Landgerichts ihren Wohnsitz haben, von dem Oberlandesgerichtspräsidenten ernannt; ihnen tritt der Rechnungsrevisor des Landgerichts hinzu.

3. Die einzelnen Prüfungen sind von einem richterlichen Beamten und dem Rechnungsrevisor des Landgerichts abzunehmen.

4. Der Oberlandesgerichtspräsident kann an Stelle des Rechnungsrevisors einen am Sitze der Prüfungskommission angestellten Gerichtsschreiber oder den Rendanten der Gerichtskasse zum Mitgliede der Prüfungskommission ernennen

5. Die geschäftliche Leitung der Prüfungskommission steht dem Landgerichtspräsidenten zu.

Prüfung.

§ 7. 1. Die Prüfung ist eine schriftliche und eine mündliche. Sie ist darauf zu richten, ob der Anwärter die für sämtliche Zweige des Gerichtsvollzieherdienstes erforderliche Kenntnis und praktische Gewandtheit sich erworben hat.

2. Die schriftliche Prüfung geht der mündlichen voraus. Die Aufgaben zur schriftlichen Bearbeitung sind vorzugsweise dem Gebiete der von den Gerichtsvollziehern aufzunehmenden Urkunden zu entnehmen, die einschlagenden Bestimmungen der Gebühren- und Stempelgesetze sind gleichfalls zu berücksichtigen.

Prüfungsarbeiten.

§ 8. 1. Die schriftliche Bearbeitung der gestellten Aufgaben erfolgt am Sitze der Prüfungskommission unter Aufsicht eines Beamten.

2. Der Landgerichtspräsident kann dem Anwärter auf Antrag gestatten, die schriftlichen Arbeiten am Sitze eines Amtsgerichts anzufertigen.

Beurteilung der Prüfungsarbeiten

§ 9. 1. Die Beurteilung der schriftlichen Arbeiten erfolgt von denjenigen Mitgliedern der Kommission, vor welchen die mündliche Prüfung abgelegt werden soll.

2. Erachten beide Mitglieder die Arbeiten für völlig mißlungen, so gilt die Prüfung als nicht bestanden.

Mündliche Prüfung.

§ 10. 1. Die mündliche Prüfung ist nicht öffentlich. Zu einem Prüfungstermine können mehrere, jedoch nicht mehr als sechs Anwärter zugelassen werden.

2. Der Gang der mündlichen Prüfung im allgemeinen und das Gesamtergebnis der Prüfung sind zu den Akten zu vermerken.

Prüfungsergebnis.

§ 11. 1. Die Entscheidung darüber, ob die Prüfung überhaupt bestanden, und bejahendenfalls, ob sie „ausreichend" oder „gut" bestanden sei, erfolgt nach dem Gesamtergebnisse der schriftlichen und der mündlichen Prüfung. Als bestanden oder als gut bestanden gilt die Prüfung nur, wenn beide Mitglieder der Prüfungskommission darin übereinstimmen.

2. Ueber das Ergebnis der bestandenen Prüfung erhält der Anwärter ein von dem Oberlandesgerichtspräsidenten auszustellendes Zeugnis.

3. Hat der Anwärter die Prüfung nicht bestanden, so kann er nach Zurücklegung eines weiteren Vorbereitungsdienstes zu einer zweiten und letzten Prüfung zugelassen werden. Die Dauer des weiteren Vorbereitungsdienstes wird von dem Oberlandesgerichtspräsidenten bestimmt.

Ernennung.

§ 12. Der Ernennung des Anwärters zum Gerichtsvollzieher soll in der Regel die einstweilige selbständige Wahrnehmung der Geschäfte eines Gerichtsvollziehers während der Dauer von mindestens drei Monaten vorangehen.

Anstellungsbehörde.

§ 13. Die Gerichtsvollzieher werden von dem Oberlandesgerichtspräsidenten ernannt. Die Ernennung erfolgt auf Lebenszeit.

Dienstliche Stellung.

§ 14. 1. Die Gerichtsvollzieher gehören zu den Subalternbeamten II. Klasse bei den Lokalbehörden.

2. Die Gerichtsvollzieher haben vor der Einführung in ihr Amt eine Amtskaution von sechshundert Mark zu bestellen. Sie werden nach Bestellung der Kaution von dem aufsichtführenden Richter unter Aushändigung der Bestallung, des Dienstsiegels und des Dienststempels (§ 25) in ihr Amt eingeführt und, sofern sie den Diensteid nicht bereits geleistet haben, vereidigt.

3. Wird die Amtskaution trotz einer wiederholten Aufforderung nicht bestellt, so ist die Ernennung zurückzunehmen.

Amtspflichten im allgemeinen.

§ 15. 1. Die Gerichtsvollzieher unterliegen den allgemeinen für die dienstlichen Pflichten der Staatsbeamten geltenden Vorschriften. Sie sind insbesondere zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet und dürfen von dem Orte ihres amtlichen Wohnsitzes über Nacht nicht entfernt bleiben, es sei denn, daß die Ausrichtung eines Dienstgeschäftes dies erfordert. Sie haben nach näherer Bestimmung der Aufsichtsbehörde sich gegenseitig zu vertreten und sich der einstweiligen Wahrnehmung des Gerichtsvollzieherdienstes bei einem anderen Amtsgerichte sowie der Ausbildung der Anwärter für den Gerichtsschreiber- und Gerichtsvollzieherdienst in den Gerichtsvollziehergeschäften zu unterziehen.

2. In Ansehung der Uebernahme von Nebenämtern und Nebenbeschäftigungen sowie des Betriebes von Gewerben unterliegen die Gerichtsvollzieher den allgemeinen für die Justizbeamten bestehenden Einschränkungen. Der Gewerbetrieb eines Agenten darf ihnen nicht gestattet werden.

3. Die Gerichtsvollzieher dürfen als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nur für nahe Angehörige (CPO. § 41 Nr. 2, 3; GVG. § 156 Nr. 2, 3) vor Gericht auftreten.

Wohnsitz.

§ 16. 1. Die Gerichtsvollzieher werden bei den Amtsgerichten angestellt. Sie haben ihren amtlichen Wohnsitz am Sitze des Amtsgerichts. Mit Genehmigung des Justizministers kann ihnen der amtliche Wohnsitz an einem anderen Orte des Amtsgerichtsbezirkes angewiesen werden.

2. Die Befugnis der Anstellungsbehörde, unter besonderen Umständen einem Gerichtsvollzieher zu gestatten, außerhalb des amtlichen Wohnsitzes Wohnung zu nehmen, bleibt unberührt.

Gerichtsvollzieherbezirke; Geschäftsverteilung.

§ 17. 1. Ist bei einem Amtsgerichte nur ein Gerichtsvollzieher bestellt, so bildet der Amtsgerichtsbezirk den Gerichtsvollzieherbezirk. Als ständigen Vertreter eines solchen Gerichtsvollziehers hat der Oberlandesgerichtspräsident einen Gerichtsvollzieher eines benachbarten Amtsgerichts im voraus zu bestimmen. Für die Fälle der Vertretung gilt der Gerichtsvollzieher-

bezirk des behinderten Gerichtsvollziehers als erweiterter Gerichtsvollzieherbezirk des Vertreters. Bezüglich der Erledigung von Aufträgen, die ohne Gefährdung der Parteirechte keinen Aufschub gestatten, regelt sich die Vertretung des behinderten Gerichtsvollziehers nach Maßgabe der Vorschriften im § 44.

2. Sind bei einem Amtsgerichte mehrere Gerichtsvollzieher angestellt, so wird einem jeden Gerichtsvollzieher ein örtlich abgegrenzter Bezirk (Gerichtsvollzieherbezirk) zugewiesen. Die Bildung der Bezirke und ihre Verteilung unter die Gerichtsvollzieher (Geschäftsverteilung) liegt dem aufsichtführenden Amtsrichter ob. Dieser hat für jeden Gerichtsvollzieher im voraus einen anderen Gerichtsvollzieher als Vertreter zu bestimmen.

3. Zustellungsaufträge sind von dem Gerichtsvollzieher des Bezirkes, in dem die Uebergabe des Schriftstücks stattfinden soll, auch dann zu erledigen, wenn sie durch die Post ausgeführt werden. Diejenigen Zustellungsaufträge der bezeichneten Art, bei denen der Ort der Uebergabe außerhalb des Amtsgerichtsbezirkes belegen ist, sowie sämtliche Aufträge zu Zustellungen durch Aufgabe zur Post, werden von dem Aufsicht führenden Amtsrichter im voraus verteilt.

4. Die Aufträge zur Erhebung von Wechselprotesten (§ 94 der Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher) bleiben von der Geschäftsverteilung unberührt. Im übrigen kann mit Genehmigung des Landesgerichtspräsidenten eine andere Art der Geschäftsverteilung als nach örtlichen Bezirken, insbesondere auch für einzelne Geschäftsgattungen, erfolgen.

5. Die Ausführung solcher Aufträge, welche ohne Gefährdung der Parteirechte keinen Aufschub gestatten, ist an die Geschäftsverteilung nicht gebunden. Der Grund für die Dringlichkeit ist in Spalte 13 des Dienstregisters ersichtlich zu machen.

6. Die Geschäftsverteilung (Abs. 2 bis 4) ist, erforderlichenfalls unter Beifügung eines alphabetischen Straßenverzeichnisses, durch Aushang an der Gerichtsstelle und in den Geschäftslokalen aller Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts bekannt zu machen; sie ist den an demselben Orte befindlichen Justizbehörden, der örtlichen Postanstalt sowie den sämtlichen Rechtsanwälten, Gerichtsvollziehern und Amtsgerichten des Landgerichtsbezirkes, auf Antrag auch anderen Behörden, öffentlichen Instituten u. dergl., zur Kenntnisnahme mitzuteilen. Die Mitteilung an die Rechtsanwälte und die Gerichtsvollzieher im Landgerichtsbezirke hat durch Vermittelung der betreffenden Amtsgerichte zu erfolgen. Im Laufe des Jahres eintretende Aenderungen der Geschäftsverteilung sind in gleicher Weise bekannt zu machen und mitzuteilen.

Zuständigkeit.

§ 18. 1. Die Zuständigkeit des Gerichtsvollzieher beschränkt sich, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, auf den ihm zugewiesenen Gerichtsvollzieherbezirk (§ 17).

2. Für die Uebernahme und Erledigung eines Auftrags, welcher eine Amtsthätigkeit in mehreren Gerichtsvollzieherbezirken erfordert, ist jeder Gerichtsvollzieher eines dieser Bezirke zuständig, insoweit diese zu dem Bezirke desselben Amtsgerichts, bei Gerichtsvollzieherbezirken verschiedener Amtsgerichte zu dem Bezirke des gemeinschaftlichen Landgerichts oder in den von dem Justizminister bestimmten Fällen zu dem Bezirk eines benachbarten Landgerichts gehören. Diese Vorschrift findet entsprechende Anwendung, wenn nach Uebernahme eines Auftrags sich ergiebt, daß er nicht in dem Bezirke des beauftragten Gerichtsvollziehers, sondern in einem anderen Gerichtsvollzieherbezirke zu erledigen ist.

3. Tritt nach Uebernahme eines Auftrags und vor seiner vollständigen Erledigung ein Umstand ein, welcher die Erledigung des Auftrags durch den Gerichtsvollzieher eines anderen Bezirkes zweckdienlich erscheinen läßt (z. B. im Falle einer Wohnungsverlegung in einen anderen entfernten Gerichtsvollzieherbezirk), so kann auf den Antrag des zunächst beauftragten Gerichtsvollziehers der aufsichtführende Amtsrichter die Erledigung oder die weitere Erledigung des Auftrags einem anderen Gerichtsvollzieher übertragen. Durch diese Maßnahme dürfen der Partei Mehrkosten nicht erwachsen.

4. Die Gültigkeit einer Amtshandlung wird dadurch nicht berührt, daß sie von einem anderen als dem nach der Geschäftsverteilung zuständigen Gerichtsvollzieher vorgenommen worden ist.

Geschäftskreis.

§ 19. Der sachliche Geschäftskreis der Gerichtsvollzieher wird durch die Reichs- und Landesgesetze sowie durch die Vorschriften der §§ 20, 21 bestimmt.

Aufträge der Justizbehörden.

§ 20. Die Gerichtsvollzieher sind verpflichtet, Aufträge jeder Art, welche ihrer dienstlichen Stellung entsprechen und ihnen von den Justizbehörden erteilt werden, auszuführen, insbesondere

a) Geldbeträge einzufordern;
b) Befehle, welche die Verhaftung, Vorführung, Festhaltung oder die vorläufige Festnahme einer Person sowie die Vornahme von Durchsuchungen und Beschlagnahmen betreffen, auszuführen oder bei der Ausführung Hilfe zu leisten;
c) Behändigungen mit oder ohne Beurkundung vorzunehmen;
d) Erkundigungen einzuziehen und schriftliche oder mündliche Mitteilungen zu besorgen.

Uebernahme der Geschäfte eines Gerichtsschreibergehilfen, eines Kanzleigehilfen oder eines Unterbeamten.

§ 21. 1. Die Gerichtsvollzieher sind verpflichtet, auf Anordnung des Oberlandesgerichtspräsidenten Geschäfte eines Gerichtsschreibergehilfen, eines Kanzleigehilfen oder eines Unterbeamten zu übernehmen. Die gröberen Verrichtungen des Gerichtsdieners (Reinigung, Heizung ꝛc.) und die Geschäfte des Gefangenaufsehers, soweit es sich bei diesen nicht um eine vorübergehende Vertretung handelt, sind dem Gerichtsvollzieher nicht zu übertragen.

2. Im Falle der Dringlichkeit ist der aufsichtführende Amtsrichter zu einer vorläufigen Anordnung unter Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung des Oberlandesgerichtspräsidenten befugt.

Dienstbezüge.

§ 22. 1. Die Gerichtsvollzieher beziehen ein festes Gehalt und den gesetzlichen Wohnungsgeldzuschuß. Der Berechnung der Pension sowie des Witwen- und Waisengeldes wird, unbeschadet der Vorschriften, welche in Ansehung der Pensionierung der vor dem 1. Oktober 1900 etatsmäßig angestellten Gerichtsvollzieher im Staatshaushalt getroffen sind, das Gehalt und der Durchschnittssatz des Wohnungsgeldzuschusses (§ 6 des Gesetzes vom 12. Mai 1873 — Gesetz-Samml. S. 209) zu Grunde gelegt.

2. Die Gebühren der Gerichtsvollzieher fließen zur Staatskasse. Sie werden für die Staatskasse von den Gerichtsvollziehern erhoben.

3. Der Anspruch auf Vergütung an baren Auslagen der Gerichtsvollzieher gebührt der Staatskasse. Die Auslagen werden von den Gerichtsvollziehern erhoben und, soweit sie aus Parteiaufträgen erwachsen, ihnen nach Maßgabe der Vorschriften des § 23 Abs. 2 überlassen.

Parteiaufträge.

§ 23. 1. Parteiaufträge sind

a) die Aufträge von Privatpersonen, auch wenn sie durch Vermittelung des Gerichtsschreibers erteilt sind;
b) die Aufträge von Behörden, mit Ausnahme der im § 24 Abs. 1 bezeichneten Aufträge;
c) die Aufträge zu Zustellungen der Notare oder der Gerichtsschreiber nicht staatlicher Gewerbegerichte (§ 41 Abs. 2, 3 der Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher).

2. Als Entschädigung ihres Aufwandes bei Erledigung von Parteiaufträgen erhalten die Gerichtsvollzieher die tarifmäßige Vergütung der baren Auslagen (§§ 13 ff. der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher), soweit die letzteren zur Einziehung gelangen. Wenn dem Gerichtsvollzieher die Geschäfte eines Kanzleigehilfen übertragen sind (§ 21 Abs. 1), so kann der Oberlandesgerichtspräsident die Anordnung treffen, daß das Schreibwerk des Gerichtsvollziehers für Rechnung der Staatskasse herzustellen und die dafür zu erhebenden Schreibegebühren zur Staatskasse einzuziehen sind.

3. Die Gerichtsvollzieher erhalten von den Gebühren aus Parteiaufträgen, welche für die von ihnen erledigten Geschäfte zur Staatskasse vereinnahmt werden, 24 vom Hundert als Gebührenanteil.

Amtliche Aufträge.

§ 24. 1. Amtliche Aufträge sind

a) alle Aufträge Preußischer Justizbehörden;

b) die Aufträge anderer Preußischer staatlicher Behörden, insbesondere der Verwaltungsgerichte oder Auseinandersetzungsbehörden, zur Zwangsvollstreckung nach Maßgabe der Verordnung vom 15. November 1899 (vergl. § 108 der Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher);

c) die Aufträge der unter b bezeichneten Behörden, welche den Offenbarungseid eines Schuldners betreffen, in denjenigen Fällen, in welchen die beizutreibenden Beträge der Staatskasse gebühren.

2. Für die Erledigung von amtlichen Aufträgen erhalten die Gerichtsvollzieher zum Ersatz ihrer baren Auslagen eine Entschädigung, welche den thatsächlich gemachten Aufwand deckt, soweit dieser Aufwand erforderlich war. Für die Erhebung von Kosten, Geldstrafen und anderen dem Staate gebührenden Geldbeträgen wird den Gerichtsvollziehern eine besondere Vergütung nach Maßgabe der hierüber ergangenen weiteren Bestimmungen gewährt.

Dienstsiegel und Dienststempel.

§ 25. 1. Die Gerichtsvollzieher führen ein Dienstsiegel und einen Dienststempel. Siegel und Stempel zeigen den Königlichen Adler mit der Umschrift „Gerichtsvollzieher bei dem Königlich Preußischen Amtsgericht in ..... (Ortsname)".

2. Das Dienstsiegel und der Dienststempel werden auf Staatskosten beschafft.

3. Das Siegel ist anzuwenden, wo die Benutzung von Siegellack oder eines ähnlichen Stoffs vorgeschrieben ist, z. B. bei Siegelungen (Geschäftsanweisung § 103) oder beim Verschlusse von Geldbriefen. In anderen Fällen, insbesondere zum Verschlusse gewöhnlicher Briefe oder von Briefen mit Zustellungsurkunde, genügt die Verwendung des Stempels (Schwarzdrucksiegels).

Dienstkleidung.

§ 26. Die Gerichtsvollzieher haben nach Maßgabe der hierüber getroffenen besonderen Vorschriften eine Dienstkleidung zu tragen und auf eigene Kosten zu beschaffen.

Geschäftslokal.

§ 27. 1. Die Gerichtsvollzieher müssen an ihrem amtlichen Wohnsitz (§ 16 Abs. 1) ein Geschäftslokal halten und auf eigene Kosten beschaffen.

2. In Städten von mehr als hunderttausend Einwohnern kann dem Gerichtsvollzieher durch den aufsichtführenden Amtsrichter eine bestimmt begrenzte Gegend der Stadt für das Geschäftslokal angewiesen werden, wenn besondere Umstände dies erforderlich erscheinen lassen und die Maßnahme ohne Härte für den Gerichtsvollzieher durchführbar ist.

3. Das Geschäftslokal ist durch ein an der Außenseite des Hauses in der Nähe des Hauseinganges anzubringendes Schild kenntlich zu machen. Das Schild hat in der Aufschrift den Namen des Gerichtsvollziehers und die Nummer des Bezirkes zu enthalten.

Dienstbedürfnisse

§ 28. Die zur Ausführung von amtlichen Aufträgen erforderlichen Formulare sowie die Kassenformulare werden auf Staatskosten beschafft, die Ausgaben für alle übrigen Dienstbedürfnisse, einschließlich der sonstigen Formulare, haben die Gerichtsvollzieher zu bestreiten.

Pfandkammer.

§ 29. Die Gerichtsvollzieher haben, soweit es nach Lage der Verhältnisse erforderlich ist, zur Unterbringung gepfändeter Sachen eine Pfandkammer auf eigene Kosten zu halten.

Ablehnung von Aufträgen.

§ 30. 1. Der Gerichtsvollzieher darf, unbeschadet der Vorschrift im § 18 der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher, Aufträge, für deren Erledigung er zuständig ist (§§ 17, 18), nur dann ablehnen, wenn er im einzelnen Falle von der Ausübung seines Amtes kraft Gesetzes ausgeschlossen ist (GVG. § 156; AG. z. GVG. § 76).

2. Aufträge zu freiwilligen Versteigerungen für Rechnung des Auftraggebers dürfen ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden (vergl. § 100 Abs. 1 der Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher). Desgleichen ist der Gerichtsvollzieher berechtigt, den Auftrag zur Zustellung eines Schriftstücks mit offensichtlich strafbarem Inhalt abzulehnen.

3. Wendet sich die Partei an einen Gerichtsvollzieher, um ihm einen Auftrag zu erteilen, für dessen Erledigung er nicht zuständig ist (§§ 17, 18), so hat er, sofern nicht der Fall des § 17 Abs. 5 vorliegt, bei mündlichen Aufträgen die Partei an den zuständigen Gerichtsvollzieher zu verweisen, in anderen Fällen den Auftrag an die Verteilungsstelle weiterzugeben oder, falls eine solche bei dem Amtsgerichte nicht besteht, dem Auftraggeber zurückzusenden.

Vertretung.

§ 31. 1. Der Gerichtsvollzieher ist nicht befugt, die Ausführung eines Dienstgeschäfts einer anderen Person zu übertragen.

2. Ist der Gerichtsvollzieher an der Erledigung eines Auftrags rechtlich (Geschäftsanweisung § 3) oder thatsächlich behindert, so hat er den Auftrag unter Angabe des Grundes seiner Behinderung an den für ihn bestellten regelmäßigen Vertreter (§ 17 Abs. 1, 2) abzugeben oder wenn Gefahr im Verzug obwaltet und der Vertreter nicht bei demselben Amtsgericht angestellt ist, dem aufsichtführenden Amtsrichter unter Vorlegung des Auftrags Anzeige zu machen.

3. Ist auch der Vertreter behindert, so hat dieser die Sachlage unverzüglich dem aufsichtführenden Amtsrichter anzuzeigen. Dem letzteren liegt es alsdann ob, an Stelle des behinderten Gerichtsvollziehers für die zu erledigenden Amtshandlungen einen besonderen Vertreter zu bestellen. Dieser hat dem Auftraggeber von seiner Bestellung Mitteilung zu machen, wenn diese Mitteilung erst zu demselben Zeitpunkte bei dem Auftraggeber eintreffen würde, wie die Benachrichtigung über die Ausführung des Geschäfts.

Annahme von Vergütungen.

§ 32. Die Gerichtsvollzieher dürfen für ihre Amtshandlungen keine besonderen Vergütungen annehmen, fordern oder sich versprechen lassen.

Aufsicht.

§ 33. 1. Das Recht der Aufsicht, einschließlich der im § 80 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze vom 24. April 1878 erwähnten Befugnis, steht hinsichtlich der Gerichtsvollzieher dem aufsichtführenden Amtsrichter sowie den diesem vorgesetzten Aufsichtsbeamten zu.

2. Der Amtsrichter, welchem an sich nicht das Recht der Aufsicht gebührt, ferner der Untersuchungsrichter, der beauftragte Richter, die Vorsitzenden der Kammern und Senate, der Erste Staatsanwalt und der Oberstaatsanwalt haben die im § 80 des angeführten Gesetzes erwähnte Befugnis gegenüber den Gerichtsvollziehern des Bezirkes, sofern es sich um die Ausführung eines von ihnen angeordneten Amtsgeschäfts handelt. Die gleiche Befugnis hat der Kassenkurator, sofern es sich um die Ausführung eines von der Kassenverwaltung angeordneten Geschäfts handelt. Beschwerden über die Erteilung von Rügen oder die Festsetzung von Ordnungsstrafen werden im Aufsichtsweg erledigt.

Ablieferung der Dienstpapiere und anderweitige Sicherungsmaßnahmen.

§ 34. 1. Bei der Erledigung einer Dienststelle durch den Tod oder die Entlassung sowie bei der Amtssuspension oder der Verhaftung des Gerichtsvollziehers hat der aufsichtführende Amtsrichter

a) die Ablieferung des Dienstsiegels und Dienststempels, der Dienstregister, des Wechselprotestregisters und der sonstigen dienstlichen Papiere an das Amtsgericht zu veranlassen;

b) für die Sicherstellung der aus Anlaß des Dienstes in den Gewahrsam des Gerichtsvollziehers gekommenen Gelder, Pfandstücke, Schriftstücke und sonstigen Sachen, welche dem Gerichtsvollzieher nicht gehören, Sorge zu tragen.

2. Die Vorschrift im Abs. 1 findet auch bei der Versetzung eines Gerichtsvollziehers Anwendung.

Zweiter Abschnitt.

Personen, welche mit der einstweiligen Wahrnehmung der Gerichtsvollziehergeschäfte beauftragt sind (Gerichtsvollzieher kraft Auftrags).

Allgemeines.

§ 35. 1. Mit der einstweiligen Wahrnehmung der Gerichtsvollziehergeschäfte können beauftragt werden

a) Personen, welche zu Gerichtsvollziehern ernannt werden können;
b) Personen, welche die Gerichtsschreibergehilfenprüfung bestanden haben;
c) Personen, welche im Vorbereitungsdienste für das Gerichtsvollzieheramt mindestens drei Monate beschäftigt gewesen sind;
d) Gerichtsdiener.

2. In Ermangelung der vorbezeichneten Personen können auch andere Personen, welche der Oberlandesgerichtspräsident für geeignet erachtet, mit der einstweiligen Wahrnehmung der Gerichtsvollziehergeschäfte beauftragt werden.

Prüfung der Vermögensverhältnisse.

§ 36. Von den zur einstweiligen Wahrnehmung des Gerichtsvollzieherdienstes an sich geeigneten Personen (§ 35) dürfen in jedem Falle nur solche beauftragt werden, welche sich in geordneten Vermögensverhältnissen befinden.

Dienstliche Stellung.

§ 37. 1. Der Auftrag (§§ 35, 36) wird von dem Oberlandesgerichtspräsidenten erteilt.

2. Die Vorschriften des § 14 Abs. 2, 3 finden entsprechende Anwendung; der Oberlandesgerichtspräsident kann die Amtskaution auch auf einen geringeren Betrag als sechshundert Mark festsetzen oder von der Bestellung einer Kaution entbinden.

3. Bei Gefahr im Verzuge kann der Auftrag unter Vorbehalt der Genehmigung des Oberlandesgerichtspräsidenten von dem aufsichtführenden Amtsrichter erteilt werden. Dieser hat von dem Erfordern einer Amtskaution abzusehen.

Bezüge.

§ 38. Die mit der einstweiligen Wahrnehmung des Gerichtsvollzieherdienstes beauftragten Personen erhalten, soweit sich nicht aus dem § 43 ein anderes ergiebt, an Stelle der im § 22 Abs. 1 bezeichneten Bezüge eine im voraus bestimmte, in monatlichen Nachzahlungen zu gewährende Vergütung (vergl. Nr. 43 Abs. 4 der Etatsvorschriften), Gebührenanteile und Vergütungen an baren Auslagen aber nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 39, 40.

Parteiaufträge.

§ 39. 1. Für die Erledigung der Parteiaufträge erhalten die im § 38 bezeichneten Personen den Gebührenanteil sowie die tarifmäßige Vergütung der baren Auslagen nach Maßgabe der Vorschriften des § 23 Abs. 2, 3.

2. Erstreckt sich jedoch der Auftrag nur auf einen kurzen Zeitraum und ist anzunehmen, daß die während der Beschäftigung aufkommenden Gebührenanteile und Vergütungen an baren Auslagen zur Deckung der Auslagen und sonstigen Aufwendungen des Gerichtsvollziehers für allgemeine Dienstbedürfnisse nicht ausreichen werden, so hat der Oberlandesgerichtspräsident bei Erteilung des Auftrags zu bestimmen, daß ein Gebührenanteil nicht zu gewähren ist und die von den Parteien als Auslagen zu erhebenden Beträge zur Staatskasse einzuziehen sind. In diesem Falle erhält der Gerichtsvollzieher zum Ersatze dieser Auslagen sowie der etwaigen sonstigen Aufwendungen in den einzelnen Sachen (z. B. für die Beschaffung und Heizung des Versteigerungslokals) eine Entschädigung, welche den thatsächlichen Aufwand deckt, soweit dieser Aufwand erforderlich war. Das Gleiche gilt von den allgemeinen Dienstbedürfnissen (Geschäftslokal, Formularbedarf ꝛc.), soweit dem Gerichtsvollzieher diese Bedürfnisse nicht von der Justizbehörde überwiesen werden. Der Bedarf an Schreibmaterialien ist regelmäßig aus den Beständen des Amtsgerichts zu gewähren.

Amtliche Aufträge.

§ 40. In Ansehung der amtlichen Auf-

träge finden die Vorschriften des § 24 Anwendung.

Dienstabzeichen.

§ 41. 1. Die Gerichtsvollzieher kraft Auftrages, welche die Befähigung zum Gerichtsvollzieheramte besitzen, sind zum Tragen der Dienstkleidung eines Gerichtsvollziehers berechtigt. Wird von dieser Befugnis kein Gebrauch gemacht, so haben sie, wie die übrigen mit der Wahrnehmung von Gerichtsvollziehergeschäften beauftragten Personen, ein von dem Oberlandesgerichtspräsidenten bestimmtes Dienstabzeichen zu tragen.

2. Gerichtsdiener tragen die für sie vorgeschriebene Dienstkleidung, auch wenn sie Gerichtsvollziehergeschäfte wahrzunehmen haben.

Anwendbare Vorschriften.

§ 42. Soweit sich aus den vorstehenden Bestimmungen nicht ein anderes ergiebt, finden die für den Dienst der Gerichtsvollzieher geltenden Vorschriften auf die mit der einstweiligen Wahrnehmung der Gerichtsvollziehergeschäfte beauftragten Personen entsprechende Anwendung.

Beauftragung von Beamten.

§ 43. 1. Etatsmäßig angestellte Beamte und ständige Hilfsarbeiter sind mit der einstweiligen Wahrnehmung des Gerichtsvollzieherdienstes, sofern es sich nicht um eine Probedienstleistung in einer offenen Stelle handelt (§ 12), in der Regel nicht zu beauftragen.

2. Ist die Beauftragung eines der im Abs. 1 bezeichneten Beamten ausnahmsweise erfolgt, so erhält dieser an Stelle der im § 38 vorgesehenen monatlichen Vergütung die mit seiner anderen Dienststellung verbundenen Bezüge und an Stelle des im § 39 Abs. 1 bestimmten Gebührenanteils einen nach § 23 Abs. 3 zu berechnenden Gebührenanteil in Höhe von 14 vom Hundert; im übrigen bewendet es in Ansehung der Entschädigungen für bare Auslagen und sonstige Aufwendungen bei den Vorschriften des § 39 Abs. 1, des § 40 und des § 71 Abs. 2. Bei kurzzeitigen Aufträgen findet die Vorschrift des § 39 Abs. 2 Anwendung. Nimmt der Beamte auch während der Dauer des Auftrags seine sonstigen Amtsgeschäfte ganz oder teilweise wahr, so kann nach dem Ermessen des Oberlandesgerichtspräsidenten dem Beauftragten in den Fällen des § 39 Abs. 2 ein Gebührenanteil (§ 23 Abs. 3) bis zu 10 vom Hundert gewährt, in den übrigen Fällen der Gebührenanteil von 14 vom Hundert bis auf 24 vom Hundert erhöht werden.

3. Inwieweit bei einer Beschäftigung außerhalb des amtlichen Wohnsitzes den im Abs. 1 bezeichneten Beamten eine Mehraufwandsentschädigung zu gewähren ist, bestimmt sich nach den hierüber getroffenen allgemeinen Vorschriften.

Wahrnehmung einzelner Geschäfte.

§ 44. Bei Gefahr im Verzug ist der aufsichtführende Amtsrichter ermächtigt, mit der Wahrnehmung einzelner, den Gerichtsvollziehern zugewiesener Geschäfte eine Person, welche zur einstweiligen Wahrnehmung des Gerichtsvollzieherdienstes befähigt ist, und in deren Ermangelung jede andere von ihm für geeignet erachtete Person, zu beauftragen.

2. Der Beauftragte ist mit einem entsprechenden Ausweise zu versehen und, sofern er nicht den allgemeinen Diensteid geleistet hat, mittels Handschlags an Eidesstatt dahin zu verpflichten, daß er die Obliegenheiten eines Gerichtsvollziehers getreulich erfüllen wolle.

3. Für die ihm übertragene Amtshandlung wird ihm eine Entschädigung in Höhe der für die Amtshandlungen der Gerichtsvollzieher bestimmten tarifmäßigen Gebühren und Vergütungen an baren Auslagen gewährt. Diese Vorschrift findet auch Anwendung, wenn der Beauftragte ein etatsmäßig angestellter oder ein ständig oder nicht ständig beschäftigter Justizbeamter ist, es sei denn, daß der Beamte nach Maßgabe der Nummer I Abs. 1 der Allgemeinen Verfügung vom 13. Februar 1886 (Just.-Minist.-Bl. S. 26) behufs seiner Ausbildung im Vorbereitungsdienste beschäftigt wird. Im letzteren Falle beschränkt sich die Entschädigung auf die Vergütung der baren Auslagen.

4. Für die Fälle der Wahrnehmung einzelner Geschäfte (Abs. 1) wird ein Dienstregister bei dem Amtsgerichte geführt. Die beglaubigten Abschriften etwa aufgenommener Wechselproteste sind in das Wechselprotestregister des Gerichtsvollziehers einzutragen, in dessen Bezirk der Protest aufgenommen worden ist.

Dritter Abschnitt.
Hilfsgerichtsvollzieher.

Allgemeines.

§ 45. Zur Erledigung solcher Gerichtsvollziehergeschäfte, welche von Preußischen Justizbehörden angeordnet werden, können Gerichtsdiener und Hilfsgerichtsdiener zu Hilfsgerichtsvollziehern widerruflich bestellt werden. Die Gerichtsdiener und die Hilfsgerichtsdiener sind zur Uebernahme der Geschäfte eines Hilfsgerichtsvollziehers neben den Gerichtsdienergeschäften verpflichtet. Die Hilfsgerichtsvollzieher sind von der Stellung einer Amtskaution befreit.

Dienstliche Stellung.

§ 46. 1. Die Bestellung zum Hilfsgerichtsvollzieher erfolgt durch den Oberlandesgerichtspräsidenten. Die Vorschrift des § 37 Abs. 3 findet entsprechende Anwendung.

2. Für die Erledigung der Aufträge erhalten die Hilfsgerichtsvollzieher die im § 24 Abs. 2 bezeichneten Vergütungen. Eine weitere Entschädigung wird ihnen nicht gewährt.

Dienstbedürfnisse, Siegel.

§ 47. 1. Die Hilfsgerichtsvollzieher sind verpflichtet, besondere Geschäftsräume oder eine Pfandkammer zu halten. Die erforderlichen Dienstbedürfnisse, wie Formulare, Briefumschläge ꝛc. werden ihnen aus den Beständen der Justizbehörde, bei der sie bestellt sind, überwiesen.

2. Die Hilfsgerichtsvollzieher führen, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, Dienstsiegel und Dienststempel der Gerichtsvollzieher.

Anwendbare Vorschriften.

§ 48. Im übrigen finden die Vorschriften der §§ 15, 16, des § 17 Abs. 1, 2, 5, der §§ 18, 20, des § 22 Abs. 2, der §§ 24, 25, 30, 32, 33, 34 und des § 41 Abs. 2 auch auf die Hilfsgerichtsvollzieher entsprechende Anwendung.

Zweiter Teil.
Geschäftsbetrieb.

I. Erteilung der Aufträge.

Verteilungsstelle.

§ 49. 1. Bei jedem Amtsgerichte, für dessen Bezirk mehrere Gerichtsvollzieher bestellt sind, wird eine Verteilungsstelle für Gerichtsvollzieheraufträge eingerichtet. Die Geschäfte der Verteilungsstelle werden einem, erforderlichenfalls mehreren Gerichtsschreibereibeamten übertragen.

2. Der Verteilungsstelle liegt es ob, solche Aufträge in Parteisachen, bei denen eine Vermittelung des Gerichtsschreibers nicht zugelassen ist oder nicht in Anspruch genommen wird, entgegenzunehmen und an den zuständigen Gerichtsvollzieher (§§ 17, 18) zu befördern.

3. Die Befugnis der Parteien, ihre Aufträge dem zuständigen Gerichtsvollzieher unmittelbar zu erteilen, bleibt unberührt. Die Verteilungsstelle ist verpflichtet, den Rechtsuchenden auf Erfordern den zuständigen Gerichtsvollzieher zu bezeichnen.

4. Die Verteilungsstelle ist befugt, einen Auftrag zur Zwangsvollstreckung einem anderen als dem zuständigen Gerichtsvollzieher (§§ 17, 18) zur Ausführung zuzuteilen, wenn besondere Umstände dies erforderlich erscheinen lassen. Die Zuteilung hat in schriftlicher Form zu geschehen. Der beauftragte Gerichtsvollzieher hat bis zu einer etwaigen anderweitigen

Entscheidung des aufsichtführenden Amtsrichters der Anordnung Folge zu leisten.

5. Aufträge zur Annahme von Wechselprotesten, welche bei der Verteilungsstelle eingehen, sind dem Gerichtsvollzieher zuzuteilen, zu dessen Bezirke die Oertlichkeit gehört, an welcher der Protest oder die erste von mehreren erforderlichen Protesthandlungen aufzunehmen ist.

Geschäftszeit.

§ 50. 1. Die Verteilungsstelle muß während der gewöhnlichen Dienststunden (§ 3 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Gerichtsschreibereien der Amtsgerichte) für die Beteiligten geöffnet sein.

2. An dem Eingange zu dem Geschäftszimmer sind die Dienststunden der Verteilungsstelle sowie die Namen und Wohnungen (Geschäftslokale) der Gerichtsvollzieher und ihrer regelmäßigen Vertreter unter Bezeichnung der ihnen zugewiesenen Bezirke und der sonstigen Anordnungen hinsichtlich der Geschäftsverteilung zu vermerken, auch ist auf die Befugnis der Parteien, ihre Aufträge dem zuständigen Gerichtsvollzieher unmittelbar zu erteilen, hinzuweisen.

Entgegennahme der Aufträge.

§ 51. 1. Die mündliche oder schriftliche Erteilung des Auftrags an die Verteilungsstelle unter Aushändigung der zur Ausführung des Auftrags erforderlichen Schriftstücke hat die gleiche Wirkung, als ob der Auftrag dem zuständigen Gerichtsvollzieher unmittelbar erteilt wäre. Die Zeit der Uebergabe ist von dem Beamten der Verteilungsstelle auf den übergebenen Schriftstücken zu vermerken und im Falle des § 169 der Civilprozeßordnung der Partei auf Verlangen zu bescheinigen.

2. Mündliche Aufträge hat der Beamte der Verteilungsstelle erforderlichenfalls auf den übergebenen Schriftstücken oder auf einem besonderen Umschlage kurz zu vermerken. Der Beamte hat den erschienenen Auftraggeber an den zuständigen Gerichtsvollzieher selbst zu verweisen, wenn der bezeichnete Vermerk nicht genügen würde, um den Gerichtsvollzieher über die Sachlage zu unterrichten, oder wenn der Auftraggeber (z. B. bei Protestierung eines Wechsels) die schleunige Erledigung verlangt.

3. Der Beamte der Verteilungsstelle soll den erschienenen Auftraggeber darauf aufmerksam machen, daß der Gerichtsvollzieher wegen der Gebühren und Auslagen Vorschuß fordern und bis zur Einzahlung des Vorschusses seine Thätigkeit verweigern darf (§ 63). Erbietet sich der Auftraggeber zur Zahlung eines Vorschusses, so hat der Beamte die Zahlung im Namen des Gerichtsvollziehers gegen Quittung in Empfang zu nehmen. Der eingezahlte Betrag ist gemäß dem Abs. 2 Satz 1 zu vermerken und dem Gerichtsvollzieher bei dessen Erscheinen an der Verteilungsstelle (§ 52 Abs. 3) gegen Empfangsbekenntnis auszuhändigen. Ueber die Vereinnahmung und die Verausgabung der Vorschüsse ist von der Verteilungsstelle ein Kassenbuch zu führen. Hierzu ist das Formular zur Asservatenliste der Gerichtskasse (Formular P der Kassenordnung) zu verwenden; die Spalte 4 bleibt darin unbenutzt.

Zuweisung der Aufträge.

§ 52. 1. Für jeden Gerichtsvollzieher wird bei der Verteilungsstelle ein Fach bestimmt; das Fach ist mit dem Namen des Gerichtsvollziehers zu bezeichnen.

2. Die eingegangenen, gemäß dem § 51 Abs. 1 mit dem Eingangsvermerke versehenen Schriftstücke werden von der Verteilungsstelle nach Gerichtsvollzieherbezirken gesondert. Die für einen jeden der Gerichtsvollzieher bestimmten Schriftstücke werden in das mit dem Namen des Gerichtsvollziehers bezeichnete Fach gelegt.

3. Der Gerichtsvollzieher hat sich täglich zur Empfangnahme der für ihn bestimmten Schriftstücke bei der Verteilungsstelle persönlich einzufinden, es sei denn, daß ihm der aufsichtführende Amtsrichter gestattet, diese Schriftstücke unter eigener Verantwortlichkeit durch eine zuverlässige, der Verteilungsstelle zu bezeichnende erwachsene Person abholen zu lassen. Auch im letzteren Falle hat sich der Gerichtsvollzieher wenigstens an zwei Tagen der Woche bei der Verteilungsstelle persönlich einzufinden.

4. Durch die Post eingehende Aufträge der Parteien, welche einer besonderen Beschleunigung bedürfen, sind dem Gerichtsvollzieher alsbald, in der Regel durch den Gerichtsdiener, anderenfalls auf Kosten der Partei zuzusenden.

5. Die Verteilungsstelle hat dem Auftraggeber bei mündlichen Aufträgen mündlich, bei schriftlichen Aufträgen mittels unfrankierter, mit entsprechendem Vordrucke für die Mitteilung versehener und als portopflichtige Dienstsache zu übersendender Postkarten den Gerichtsvollzieher zu bezeichnen, welchem der Auftrag zugeteilt worden ist.

6. Der Landgerichtspräsident ist befugt, die Führung einer besonderen, möglichst einfachen Kontrolle über die bei den Verteilungsstellen eingehenden Schriftstücke und deren Zuteilung an die Gerichtsvollzieher anzuordnen.

Erledigung eiliger Aufträge.

§ 53. 1. Bei Amtsgerichten von großem Geschäftsumfange kann von dem aufsichtführenden Amtsrichter die Anordnung getroffen werden, daß an den einzelnen Wochentagen abwechselnd in einer im voraus zu bestimmenden Reihenfolge ein oder erforderlichenfalls mehrere Gerichtsvollzieher zur Erledigung solcher Aufträge, die zur Abwendung eines unwiederbringlichen Nachteils sofort ausgeführt werden müssen, sich in ihrem Geschäftslokale ständig bereit zu halten haben.

2. Die Zuständigkeit des Gerichtsvollziehers zur Erledigung der im Abs. 1 bezeichneten Aufträge unterliegt nicht der im § 18 Abs. 1 vorgesehenen Beschränkung.

Amtliche und vermittelte Aufträge.

§ 54. 1. Ist nach § 49 bei dem Amtsgericht eine Verteilungsstelle errichtet, so liegt dieser auch die Beförderung der durch einen Gerichtsschreiber vermittelten Parteiaufträge sowie der amtlichen Aufträge an die zuständigen Gerichtsvollzieher ob. In diesem Falle treten die bei der Verteilungsstelle befindlichen Fächer an die Stelle derjenigen Fächer, welche im § 22 Abs. 2 der Geschäftsordnung für die Gerichtsschreibereien der Amtsgerichte vorgesehen sind.

2. In jeder Gerichtsschreiberei ist alsdann ein Fach für die an die Verteilungsstelle abzugebenden Schriftstücke einzurichten. In dieses Fach sind die für die Gerichtsvollzieher bestimmten Aufträge ohne Sonderung nach Gerichtsvollzieherbezirken niederzulegen. Die niedergelegten Schriftstücke sind zu den von dem aufsichtführenden Amtsrichter bestimmten Zeiten, mindestens aber zweimal täglich, an die Verteilungsstelle abzutragen; sie sind vor der Aushändigung an den Gerichtsvollzieher in eine Hülle zu legen.

Abholung von der Gerichtsschreiberei.

§ 55. Bei den Amtsgerichten ohne Verteilungsstelle (§ 49) hat sich der Gerichtsvollzieher zur Empfangnahme der Aufträge täglich auf der Gerichtsschreiberei einzufinden oder — im Falle der Genehmigung seitens des aufsichtführenden Amtsrichters — für die Abholung gemäß § 52 Abs. 3 Sorge zu tragen.

Landgerichte und Oberlandesgerichte.

§ 56. Von den Landgerichten und den Oberlandesgerichten ist für die durch den Gerichtsschreiber vermittelten und für die amtlichen Aufträge, die bei dem Amtsgericht eingerichtete Verteilungsstelle mitzubenutzen, es sei denn, daß besondere Umstände, insbesondere der Geschäftsumfang oder die örtlichen Verhältnisse, nach dem Ermessen des Präsidenten die Einrichtung einer besonderen Verteilungsstelle zweckmäßig erscheinen lassen (§ 20 Abs. 2, 3 der Geschäftsordnung für die Gerichtsschreibereien der Landgerichte und der Oberlandesgerichte).

Staatsanwaltschaften und Oberstaatsanwaltschaften.

§ 57. 1. Die Sekretäre der Staatsanwaltschaft und der Oberstaatsanwaltschaft haben sich für den geschäftlichen Verkehr mit den Gerichtsvollziehern gleichfalls der an ihrem Amtssitze bestehenden Verteilungsstellen zu bedienen. Eilige Aufträge senden sie dem zuständigen Gerichtsvollzieher unmittelbar zu.

2. Die erforderlichen näheren Anordnungen bleiben dem Vorstande der Behörde überlassen.

Behandlung der Aufträge.

§ 58. 1. Der Gerichtsvollzieher hat die ihm durch die Verteilungsstelle zugehenden Aufträge in der gleichen Weise wie die ihm unmittelbar erteilten Aufträge zu behandeln. Er hat sie insbesondere mit dem Eingangsvermerke (§ 21 Abs. 1 der

Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher) zu versehen und auf ihre Zulässigkeit zu prüfen.

2. Wegen Behebung etwa vorgefundener Anstände und wegen des etwa einzufordernden Vorschusses hat er sich mit dem Auftraggeber unmittelbar in Verbindung zu setzen.

II. Erhebung der Gebühren.

Gebührenvorschriften.

§ 59. 1. Die Berechnung der dem Zahlungspflichtigen in Ansatz zu bringenden Gebühren und Auslagen erfolgt

a) in dem Verwaltungszwangsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen nach dem § 54 der Verordnung vom 15. November 1899 (Gesetz-Samml. S. 545) und dem dieser Verordnung beigefügten Tarife in Verbindung mit der Allgemeinen Verfügung vom 8. Dezember 1899 (Just.-Minist.-Bl. S. 721);

b) in anderen Angelegenheiten nach der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 (Reichs-Gesetz-Bl. S. 683) und nach dem Preußischen Gesetz, enthaltend die landesgesetzlichen Vorschriften über die Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher, in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Oktober 1899 (Gesetz-Samml. S. 381) in Verbindung mit der Allgemeinen Verfügung vom 8. Dezember 1899 (Just.-Minist.-Bl. S. 721).

2. Zu den Geldbeträgen, welche auf Anordnung der zuständigen Justizverwaltungsbehörde im Verwaltungszwangsverfahren einzuziehen sind, gehören insbesondere

a) die Gerichtskosten (Pr. G.K.G. §§ 16, 119);

b) die an Justizbeamte, Zeugen oder Sachverständige oder an die Empfänger von Transportkosten sowie die an Angeschuldigte bei der Erstattung von Auslagen (St.P.O. §§ 499, 505) zuviel gezahlten und wieder einzuziehenden Beträge (Pr. G.K.G. § 141);

c) die auf Grund eines Defektenbeschlusses einzuziehenden Beträge (§ 9 der Verordnung vom 24. Januar 1844 — Gesetz-Samml. S. 52);

d) die durch Entscheidungen der Aufsichts- und Disziplinarbehörden gegen Beamte festgesetzten Geldstrafen;

e) die Ordnungsstrafen (Pr. F.G.G. Artikel 16);

f) die nach § 11 des Gesetzes vom 25. März 1873, betreffend die Amtskautionen der Staatsbeamten (Gesetz-Samml. S. 125), von dem Kautionsbesteller einzuziehenden Beträge;

g) die Kosten des Verwaltungszwangsverfahrens.

3. Für die mit der Einziehung der Geldstrafe verbundene Beitreibung der Kosten sind die Gebühren und Auslagen des Gerichtsvollziehers nach der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 zu berechnen; als beizutreibende Forderung gilt der zusammenzurechnende Betrag an Strafe und Kosten. Ist die Beitreibung der Kosten des Strafverfahrens nicht mit der Beitreibung der Geldstrafe verbunden (§ 45 der Kassenordnung), so werden für die Beitreibung der Kosten Gebühren nach dem Tarife für das Verwaltungszwangsverfahren berechnet.

4. Das Verfahren, betreffend die Abnahme des Offenbarungseides von einem Schuldner, von welchem Geldbeträge im Verwaltungszwangsverfahren beizutreiben sind, ist nach § 21 der Verordnung vom 15. November 1899 ein gerichtliches Verfahren. Die Gebühren für die in diesem Verfahren von dem Gerichtsvollzieher vorzunehmenden Geschäfte sind daher nach der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher in Ansatz zu bringen.

5. Aufträge, welche dem Gerichtsvollzieher von gerichtlichen Kassenverwaltungen erteilt werden, sind in der Regel (Abs. 2 a, b, g) im Verwaltungszwangsverfahren auszuführen (§ 108 der Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher). Eine Ausnahme von dieser Regel bilden nur die Fälle, in welchen die Kassenverwaltung Prozeßpartei ist oder als Prozeßpartei behandelt wird (Abs. 4). Die Kassenverwaltungen haben, sofern eine Zustellung oder Zwangsvollstreckung nicht im Verwaltungszwangsverfahren erfolgt, dies in dem

Auftrag an den Gerichtsvollzieher ersichtlich zu machen. Andere Justizbehörden müssen dagegen bei der Anordnung von Zustellungen und Zwangsvollstreckungen, welche im Verwaltungszwangsverfahren auszuführen sind, in dem Auftrag ersichtlich machen, daß er im Verwaltungszwangsverfahren zu erledigen ist.

Gemeinsame Bestimmungen.

§ 60. 1. Die Gerichtsvollzieher haben unter den Urschriften und Abschriften der von ihnen aufgenommenen Urkunden eine Berechnung der tarifmäßigen Gebühren und Auslagen (§ 59) aufzustellen. In der Berechnung sind unter Bezeichnung der zur Anwendung gebrachten Vorschrift die Gebühren und Auslagen nach den einzelnen Posten und, sofern die Höhe der Gebühr davon abhängt, der Wert des Gegenstandes und die Zeitdauer des Vollstreckungsgeschäftes anzugeben.

2. Neben der Berechnung ist die Nummer des Dienstregisters zu vermerken. Auf jede Abschrift der Urkunde ist auch eine Abschrift der Gebührenrechnung zu übertragen.

3. Wenn eine besondere Gebührenrechnung zu erteilen ist, weil der Schuldner weder die Urschrift noch eine Abschrift der Urkunde erhält, so muß die Rechnung außer den im Abs. 1 Satz 2 bestimmten Angaben eine kurze Bezeichnung der Sache und des vorgenommenen Geschäfts sowie Ort und Zeit der Ausstellung enthalten.

4. Sofern die Kosten nicht bei der Aushändigung der Schriftstücke an den Gerichtsvollzieher gezahlt oder durch Vorschuß gedeckt oder durch Postnachnahme erhoben werden, hat die dem Schuldner mitzuteilende Rechnung (Abs. 3) die Aufforderung zu enthalten, die Kostenschuld binnen einer Woche nach dem Empfange der Rechnung an den Gerichtsvollzieher unter Angabe der Dienstregisternummer zu zahlen oder mit Angabe dieser Nummer portofrei einzusenden, anderenfalls ohne weitere Mahnung die Beitreibung im Zwangsverfahren eintreten werde. Erhält der Schuldner nicht eine besondere Rechnung, sondern die mit der Kostenrechnung versehene Urschrift oder Abschrift der Urkunde, so ist im Falle der Voraussetzungen im Satze 1 die Zahlungsaufforderung unter Bezugnahme auf die aus der Urkunde ersichtliche Berechnung dem Kostenschuldner zuzufertigen. Die Zahlungsaufforderung und die Kostenrechnung sind von dem Gerichtsvollzieher zu unterschreiben. Erfolgt gleichwohl Zahlung nicht, so richtet sich das weitere Verfahren nach § 66 Abs. 6.

5. Wird der Kostenansatz auf Erinnerung des Zahlungspflichtigen durch gerichtliche Entscheidung ermäßigt, so hat der Gerichtsvollzieher die Entscheidung dem Landgerichtspräsidenten zur Prüfung vorzulegen. Dieser hat, sofern das Ergebnis der Prüfung hierzu Anlaß bietet, den Gerichtsvollzieher zur Erhebung der Beschwerde anzuweisen.

6. Sind Kosten vom Gerichtsvollzieher irrig in Ansatz gebracht oder einer nicht zahlungspflichtigen Person in Rechnung gestellt, so hat er eine anderweitige Berechnung aufzustellen und im Falle bereits geleisteter Zahlung die überhobenen Beträge zurückzuzahlen. In dem Dienstregister und in dem Ablieferungsbuche sind diese Beträge unter einer besonderen Nummer als negative Zahl (rot) einzustellen und demgemäß von der Summe zu kürzen. Sind jedoch die Kosten in einem früheren als dem laufenden Vierteljahre (§ 67 Abs. 1) verrechnet worden, so hat die Zurückzahlung durch die Gerichtskasse nach Maßgabe der Vorschriften der Kassenordnung zu erfolgen.

Gebühren im Verwaltungszwangsverfahren.

§ 61. 1. Bei der Berechnung der Gebühren und Auslagen im Verwaltungszwangsverfahren ist zu beachten, daß der der Verordnung vom 15. November 1899 beigefügte Tarif auf anderen Grundsätzen beruht, als die Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher, und daß daher die Bestimmungen der Gebührenordnung auch nicht entsprechend angewendet werden dürfen.

2. Als bare Auslagen des Gerichtsvollziehers sind der Partei gegenüber die im Tarife für diese festgesetzten Beträge (z. B. Nr. 3, 5, 7, 8 des Gebührentarifs), sofern jedoch der Tarif keine Sätze festsetzt, die thatsächlich gezahlten Beträge in Ansatz zu bringen.

Zu beachten bleibt insbesondere folgendes:

a) Zu Nr. 3 des Tarifs. Erfolgt die öffentliche Bekanntmachung der Versteigerung durch Anhang und Ausruf, so sind der Partei gegenüber lediglich die Beträge des Tarifs, er-

folgt sie dagegen auf andere Weise, die thatsächlich entstandenen Auslagen anzusetzen.

b) Zu Nr. 5 des Tarifs. Schreibgebühren kommen nur für Protokollabschriften in Ansatz; sie betragen ohne Rücksicht auf den Umfang des Schriftstücks 10 Pfennig.

c) Zu Nr. 8 des Tarifs. Wenn Vieh gepfändet und einer Person zur Pflege übergeben, oder wenn zur Aufsicht über gepfändete, von dem Boden noch nicht getrennte Früchte ein Wächter bestellt ist, so sind nicht die Sätze des Tarifs, sondern die thatsächlich entstandenen Auslagen zu erheben. Für die Aufbewahrung anderer aus dem Gewahrsame des Schuldners entfernter Sachen hat dagegen der Schuldner ohne Rücksicht auf die wirklich entstandenen Kosten stets den unter Nr. 8 des Tarifs bestimmten Betrag zu zahlen.

3. Reise- und Zehrungskosten kommen nach § 54 Buchst. e der Verordnung nicht in Ansatz.

4. Auslagen für Beschaffung, Heizung oder Beleuchtung des Versteigerungslokals werden durch den Tarifsatz für die Versteigerung mit abgegolten und dürfen dem Schuldner nicht in Rechnung gestellt werden.

5. Gebühren für Zustellungen (Nr. 6 des Tarifs) sind nur zu erheben, soweit es sich um andere als die unter Nr. 2, 4 des Tarifs bezeichneten Zustellungen handelt. Postgebühren kommen neben den Zustellungsgebühren (Nr. 6 des Tarifs) nicht in Ansatz.

6. Ist der Antrag nicht von einer Preußischen Justizbehörde oder einer anderen Preußischen Staatsbehörde erteilt, so kommen auch im Verwaltungszwangsverfahren die für gerichtliche Zwangsvollstreckungen geltenden Gebührenvorschriften zur Anwendung. Auf die im Verwaltungszwangsverfahren durch Gerichtsvollzieher bewirkten Ladungen zur Leistung des Offenbarungseids und die Verhaftungen zum Zwecke der Erzwingung dieses Eides finden die Vorschriften der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher in allen Fällen Anwendung (§ 6 Satz 2, 3 der Allgemeinen Verfügung vom 8. Dezember 1899 — Just.-Minist.-Bl. S. 721).

Gebühren in anderen Angelegenheiten.

§ 62. 1. Für Geschäfte, welche nicht dem Gebührentarife für das Verwaltungszwangsverfahren unterliegen (vergl. § 6 der Allgemeinen Verfügung vom 8. Dezember 1899 — Just.-Minist.-Bl. S. 721), erfolgt die Berechnung der den Zahlungspflichtigen in Rechnung zu stellenden Reisekosten, Schreibgebühren und sonstigen baren Auslagen in allen Fällen nach den Vorschriften der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher ohne Rücksicht darauf, ob die Gebühr für den Akt selbst durch die Gebührenordnung oder anderweit bestimmt ist. Bei Reisekosten ist die Gesamtzahl der Kilometer des Hinwegs und des Rückwegs anzugeben.

2. Der Gerichtsvollzieher hat die Gebühren und Auslagen für Parteiaufträge (§ 23) sogleich nach der Erledigung des Auftrags unter Mitteilung der Gebührenrechnung (§ 60 Abs. 3, 4) von dem Auftraggeber zu erheben, soweit sie nicht durch Vorschuß gedeckt oder bei der Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner von diesem erhoben oder beigetrieben sind. Die Erhebung durch Postnachnahme ist nur bei der Einforderung vom Auftraggeber selbst statthaft.

Vorschuß.

§ 63. Der Gerichtsvollzieher hat der Regel nach die Uebernahme eines Geschäfts von der Zahlung eines zur Deckung der baren Auslagen und des vermutlichen Betrags der Gebühren hinreichenden Vorschusses abhängig zu machen, sofern es sich nicht um amtliche Aufträge (§ 24 Abs. 1) oder um einen Auftrag für eine zum Armenrechte zugelassene Person (Geb.-O. für G.V. § 18) oder um einen solchen Auftrag handelt, dessen Verzögerung dem Antragsteller einen unersetzlichen Nachteil bringen würde (Pr. G.K.G. § 6). Von der Erhebung des Vorschusses ist ferner abzusehen, wenn mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die Kostenzahlung nach Vornahme des Geschäfts erfolgen wird. Die Einforderung des Vorschusses hat unter dem Eröffnen zu geschehen, daß erst nach seiner Erledigung der Auftrag zur Ausführung gelangen werde. Wird der Vorschuß nicht binnen vierzehn Tagen erlegt, so sind die etwa übergebenen Schriftstücke dem Auftraggeber zurückzugeben oder portopflichtig zurückzusenden.

Armensachen.

§ 64. 1. Wird einer armen Partei durch das Prozeßgericht das Armenrecht bewilligt, so erlangt sie dadurch das Recht, daß ihr zur vorläufig unentgeltlichen Bewirkung von Zustellungen und Vollstreckungshandlungen ein Gerichtsvollzieher beigeordnet werde (C.P.O. § 115 Nr. 3). Die Bewilligung des Armenrechts erfolgt für jede Instanz besonders, für die erste Instanz einschließlich der Zwangsvollstreckung (C.P.O. § 119 Abs. 1).

2. Als beigeordnet gilt derjenige Gerichtsvollzieher, zu dessen Zuständigkeit (§§ 17, 18) die im Auftrage der armen Partei vorzunehmende Amtshandlung gehört, auch wenn er bei einem anderen Gericht, als dem Prozeßgericht angestellt ist. Die Partei kann sich unmittelbar an den zuständigen Gerichtsvollzieher oder an die bei dem Amtsgericht eingerichtete Verteilungsstelle wenden oder in den gesetzlich zulässigen Fällen die Vermittelung des Gerichtsschreibers in Anspruch nehmen. Die Urkunden über Zustellungen, die der Gerichtsvollzieher im Auftrage der armen Partei oder des ihr beigeordneten Anwalts vorgenommen hat, sind dem Auftraggeber portofrei zu übersenden.

3. Der Gerichtsvollzieher kann zum Nachweise des Armenrechts die Vorlegung der darüber ergangenen gerichtlichen Entscheidung verlangen. Wird jedoch der Auftrag von einem Rechtsanwalt erteilt, oder durch den Gerichtsschreiber vermittelt, so hat sich der Gerichtsvollzieher mit dessen Erklärung, daß der Partei das Armenrecht bewilligt sei, zu begnügen.

4. Auch ohne vorgängige Bewilligung des Armenrechts hat der zuständige Gerichtsvollzieher Zustellungsaufträge, welche ihm von einem Rechtsanwalt erteilt werden, auf Verlangen vorläufig unentgeltlich zu erledigen, falls der Rechtsanwalt sich bereit erklärt, die Gebühren und baren Auslagen aus eigenen Mitteln zu zahlen, wenn das Armenrecht nicht bewilligt werden sollte.

5. Inwieweit die Gebühren und die baren Auslagen für die Geschäfte einer armen Partei von dem in die Prozeßkosten verurteilten Gegner beigetrieben werden können, ist im § 124 der Civilprozeßordnung bestimmt. In betreff der Kosten der Zwangsvollstreckung findet der § 51 der Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher Anwendung.

6. Die Erstattung der baren Auslagen aus der Staatskasse in Gemäßheit des § 21 der Gebührenordnung hat der Gerichtsvollzieher bei dem Prozeßgericht erster Instanz in Antrag zu bringen, wenn die Beitreibung von dem Gegner der armen Partei entweder nicht statthaft oder erfolglos geblieben ist. Die auf Grund dessen aus der Staatskasse dem Gerichtsvollzieher erstatteten Auslagen sind in der letzten Spalte des Dienstregisters und des Restenbuchs mit roter Tinte zu vermerken, damit sie bei einer etwaigen späteren Einziehung von dem Zahlungspflichtigen nicht abermals für den Gerichtsvollzieher, sondern für die Staatskasse verrechnet werden (Spalte 4c des Ablieferungsbuchs).

III. Register.

Dienstregister.

§ 65. 1. Der Gerichtsvollzieher ist verpflichtet, außer dem im § 96 der Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher bezeichneten Wechselprotestregister ein Dienstregister nach dem Formular 1 in Monatsheften zu führen. Dem Oberlandesgerichtspräsidenten bleibt überlassen, weitere Anordnungen über die Größe des Papiers, die Zahl der Eintragungen auf den gegenüberstehenden Seiten ꝛc. zu erlassen.

2. Durch das Dienstregister werden die dem Gerichtsvollzieher erteilten Aufträge, mit Einschluß der amtlichen Aufträge, die Art und Zeit der Erledigung, die anzusetzenden und eingezogenen Gebühren und Auslagen, sowie der Geldverkehr des Gerichtsvollziehers mit dem Auftraggeber nachgewiesen. Von der Eintragung sind jedoch ausgeschlossen mündliche Bestellungen und Erkundigungen sowie Behändigungen ohne Beurkundung, es sei denn, daß eine Reise ausgeführt werden muß, die nach § 70 Abs. 2 in das Reisetagebuch einzutragen ist.

3. Um den Jahresabschluß zu erleichtern, sind Aufträge zur Vornahme von

Vollstreckungen und von öffentlichen Versteigerungen, welche dem Gerichtsvollzieher in der Zeit vom 15. bis 31. März zugehen, in das Register für den Monat April einzustellen, sofern nach den Umständen anzunehmen ist, daß der Auftrag im Monat März nicht mehr erledigt werden kann. Ergiebt sich diese Annahme nachträglich als unzutreffend, so ist die Sache in dem Register für den Monat April zu streichen und in das Register für den Monat März vor dem Abschlusse dieses Registers nachzutragen. Die Uebertragung ist in beiden Registern unter Hinweis auf die Nummer des anderen Registers in Spalte 13 zu bemerken.

4. Die Aufträge sind am Tage des Einganges in fortlaufender, durch die Zeit des Einganges bestimmter Reihenfolge einzutragen. Auf allen Schriftstücken ist der Tag des Einganges und die Registernummer zu bemerken. In Spalte 2 ist bei den aus den Registern der vorhergehenden Monate übertragenen Nummern (§ 67 Abs. 3) nicht nur der Kalendertag, sondern auch der Monat, erforderlichenfalls auch das Jahr anzugeben.

5. Jedes Register muß mit fortlaufenden Blattzahlen versehen und dauerhaft geheftet sein. Das Register darf erst in Gebrauch genommen werden, nachdem der aufsichtführende Amtsrichter ist ermächtigt, Blätter beglaubigt hat. Vollständig erledigte Register sind nach der Zeit geordnet, aufzubewahren.

6. In dem Register dürfen allgemeinverständliche Abkürzungen gebraucht werden.

7. Die Registerführung hat durch den Gerichtsvollzieher selbst zu erfolgen. Der aufsichtführende Amtsrichter ist ermächtigt, unter besonderen Umständen die Registerführung durch einen Privatgehilfen des Gerichtsvollziehers zu gestatten; der Gerichtsvollzieher bleibt aber auch in diesem Falle für die Führung verantwortlich.

Ausfüllung der Spalten.

§ 66. 1. Der Auftrag ist in Spalte 4 durch Bezeichnung der Sache und des aufgetragenen Geschäfts (Zustellung, Pfändung, Pfandverkauf ꝛc.) ersichtlich zu machen; bei Zustellungsaufträgen sind zutreffendenfalls die für die Begründung der höheren Zustellungsgebühr erforderlichen Voraussetzungen zu vermerken, der Name des Auftraggebers ist bei Parteiaufträgen zu unterstreichen. Bei amtlichen Aufträgen ist in Spalte 3 die Behörde, welche den Auftrag veranlaßt hat, sowie ihre Geschäftsnummer anzugeben.

2. In Spalte 5 sind die einzelnen Dienstverrichtungen unter Beifügung des Tages in Bruchform anzugeben. Bei Zustellungen durch die Post und durch Aufgabe zur Post ist der Bestimmungsort ersichtlich zu machen. Wird die Amtshandlung nicht am Wohnsitze des Gerichtsvollziehers vorgenommen, so ist auch der Name des Ortes zu vermerken. Die Zeitdauer (ausschließlich der Hin- und Rückreise) ist nur anzugeben, wenn mehr als die für die geringste Zeitdauer bestimmte Gebühr berechnet wird. Die Spalte 5 muß in Verbindung mit den in Spalte 13 aufgenommenen Bemerkungen eine vollständige Uebersicht über den Stand und den Verlauf der einzelnen Sachen ergeben. In Spalte 13 ist, wenn bei einer Zustellung durch die Post oder durch Aufgabe zur Post nach Orten außerhalb des Postbestellbezirkes des Aufgabeorts mehr als 10 Pfennige Absendungsporto aufgewendet worden sind, der Grund der höheren Aufwendung zu erläutern.

3. Der Wert des Gegenstandes ist, sofern die Höhe der Gebühr davon abhängt, in Spalte 6 anzugeben. Läßt sich ausnahmsweise (z. B. bei Siegelungen und Entsiegelungen) der Wert des Gegenstandes nicht sogleich mit Sicherheit bestimmen, so ist in Spalte 6 der vorläufig ermittelte Wert anzugeben und, daß dies geschehen, in Spalte 13 besonders ersichtlich zu machen. Wird der Wert des Gegenstandes demnächst genauer festgestellt, so ist der Vermerk in Spalte 6 zu berichtigen und die Gebührenrechnung nötigenfalls zu ändern.

4. Die in Spalte 7 eingetragenen Gebühren und Auslagen müssen sich stets in Uebereinstimmung mit den Berechnungen befinden, welche unter den Urschriften der aufgenommenen Urkunden aufgestellt sind. Die bei Erhebung der Kosten durch Postnachnahme entstehende Uebermittelungs- und Postbestellgebühr kommt im Dienstregister nicht zur Darstellung.

5. Die auf Gebühren oder Auslagen eingegangenen Beträge sind alsbald in die Spalten 8, 9 einzustellen. Dem Schuldner ist unaufgefordert Quittung zu er-

teilen, es sei denn, daß die Zahlung durch Vermittelung der Post erfolgt ist. Die Abschnitte der Postanweisungen sind mit der Nummer des Dienstregisters zu versehen und nach der Zeitfolge aufzubewahren. Beträgt der auf Kosten erhobene Vorschuß mehr, als dem Zahlungspflichtigen in Rechnung zu stellen ist, so ist der mehr erhobene Betrag alsbald an den Einzahler zurückzuzahlen. Bei Uebersendung mittels Postanweisung ist das aufzuwendende Uebersendungsporto aus dem Betrage der Zurückzahlung zu entnehmen.

6. Sind die Kosten innerhalb der in der Zahlungsaufforderung gestellten Frist nicht entrichtet, so hat der Gerichtsvollzieher unter Benutzung des Formulars 2 die zwangsweise Beitreibung bei dem Rendanten der Gerichtskasse in Antrag zu bringen. In Spalte 13 ist ein entsprechender Vermerk zu machen.

7. In Spalte 10 sind diejenigen Beträge aufzunehmen, welche in den Fällen des § 24 Abs. 2 Satz 1, des § 39 Abs. 2, der §§ 40, 46 Abs. 2 dem Gerichtsvollzieher in den einzelnen Sachen zur Deckung des wirklich erwachsenen Aufwandes an Stelle der Auslagen zu gewähren sind. Reise- und Zehrungskosten sind hierbei nicht zu berücksichtigen (§ 71 Abs. 2). Soweit nach den Vorschriften des § 61 Abs. 2 bis 5 der Partei gegenüber die Gebührensätze der Nr. 2, 3, 4, 6, 7 und 8 des Gebührentarifs zur Verordnung vom 15. November 1899 zur Anwendung gelangen, sind diese Beträge, sofern sie eingegangen sind, in die Spalten 9a und 9d des Dienstregisters, und zwar die Tarifsätze Nr. 2, 4, 6 in Spalte 9a, die Tarifsätze 3, 7, 8 in Spalte 9d einzustellen. Die eingegangenen Schreibgebühren sind in demjenigen Betrag in Spalte 9b einzustellen, in welchem sie dem Zahlungspflichtigen in Rechnung gestellt werden. Dagegen sind die durch die Vornahme einer Dienstverrichtung im Verwaltungszwangsverfahren in den Fällen des § 61 Abs. 1 bis 5 entstandenen und dem Gerichtsvollzieher aus der Staatskasse zu erstattenden notwendigen Auslagen, soweit sie nicht in Reise- und Zehrungskosten bestehen (§ 61 Abs. 3 — vergl. auch § 70 Abs. 2) in dem thatsächlich vom Gerichtsvollzieher gezahlten, die Schreibgebühren in dem nach Nr. 5 des Gebührentarifs zulässigen Betrag in Spalte 10 einzustellen. Es macht hierbei keinen Unterschied, ob die Vollstreckungshandlung erfolglos gewesen ist oder die Auslagen vom Schuldner eingezogen sind. Die thatsächlich entstandenen notwendigen Auslagen sind auch für diejenigen amtlichen Aufträge in Ansatz zu bringen, für welche weder durch Gesetz noch durch Anordnungen des Justizministers Gebühren bestimmt sind. Für Benutzung der Pfandkammer kann ein angemessener Betrag als Aufwendung eingestellt werden, sofern dem Gerichtsvollzieher durch Haltung der Pfandkammer Unkosten erwachsen. Soweit eine nähere Erläuterung des in Spalte 10 eingestellten Betrags erforderlich ist, wird dazu die Spalte 13 benutzt.

8. In Spalte 11a sind die Geldbeträge einzustellen, welche der Gerichtsvollzieher als Vorschuß von dem Auftraggeber erhalten hat, oder welche infolge der Erledigung des Auftrags (vom Schuldner gezahlte oder beigetriebene Gelder, Erlös aus freiwilligen Versteigerungen) in seine Hände gelangt sind. Aus den Spalten 11a, b, c muß sich jederzeit der Gesamtbetrag der infolge von dienstlichen Aufträgen und deren Erledigung in seinem Gewahrsame befindlichen, den Auftraggebern gebührenden Gelder ergeben.

9. Zur Eintragung von Geldbeträgen bestimmte Spalten, in welche nach Lage der Sache ein solcher Betrag nicht einzustellen ist, sind durch einen wagerechten Strich auszufüllen.

10. In Spalte 13 sind alle diejenigen Vermerke aufzunehmen, welche nach ausdrücklicher Vorschrift in diese Spalte verwiesen sind oder zur Klarstellung des Sachverhalts zweckmäßig erscheinen.

11. Für die nach einer Liste (Abholungsliste, Beitreibungsliste, Vollstreckungsliste 2c.) zu erledigenden Aufträge gelten folgende besondere Bestimmungen:

a) die Eintragung in dem Register erfolgt nur unter einer Nummer;
b) zur Bezeichnung des Auftrags in Spalte 4 genügt die Bezeichnung der Liste;
c) in Spalte 5 sind nur die Tage der Dienstverrichtungen zu verzeichnen;
d) die Spalten 7, 8 und 11 bleiben unbenutzt, in die Spalten 9a bis 9d, 10 sind nur die Gesamtbeträge einzutragen;

e) die Spalten 9a bis 9d, 10 sind erst auszufüllen, nachdem der Gerichtsschreiber oder der Rendant die Gebühren und Auslagen in den Listen als richtig bescheinigt hat.

12. Wird eine Stellvertretung des Gerichtsvollziehers angeordnet, so hat der Vertreter ein besonderes Dienstregister zu führen. In dieses sind auch diejenigen Aufträge des Vertretenen aufs neue einzutragen, zu deren Erledigung der Vertreter Amtshandlungen vorzunehmen hat. In den Registern des Vertretenen und des Vertreters ist auf die Eintragung in dem anderen Register hinzuweisen. Das Gleiche gilt von denjenigen Aufträgen des Vertreters, zu deren Erledigung der Vertretene nach dem Ablaufe der Vertretung Amtshandlungen vorzunehmen hat.

Abschluß des Dienstregisters.

§ 67. 1. Der Abschluß des Dienstregisters erfolgt vierteljährlich für die drei ersten Vierteljahre des Etatsjahrs am 21. des ersten Monats des folgenden Vierteljahrs, für das letzte Vierteljahr am 6. April.

2. Der Abschluß des Dienstregisters wird durch Aufrechnung der Spalten 7 bis 10 bewirkt. Die Aufrechnung erfolgt seitenweise; in jedem Monatshefte sind die Summen der Seiten zusammenzustellen und aufzurechnen. In dem Register für den dritten Monat werden die Schlußsummen der Monatshefte zusammengestellt und aufgerechnet. Die Zusammenstellungen und die Abschlüsse der einzelnen Register sind von dem Gerichtsvollzieher unter Beifügung des Datums zu unterschreiben.

3. Aufträge, welche zur Zeit des Vierteljahrsabschlusses noch nicht vollständig erledigt sind und bei denen auch die Spalten 8, 9 noch nicht vollständig ausgefüllt werden können, hat der Gerichtsvollzieher alsbald in das Register des laufenden Monats unter einer neuen Nummer zu übertragen. Die Uebertragung ist sowohl in dem Register des früheren als des laufenden Monats unter Hinweis auf die Nummer des anderen Registers in Spalte 13 zu bemerken. Vor Uebertragung sind zunächst die erhobenen Vorschüsse auf die bis dahin entstandenen Kosten (Spalte 7) durch Einstellung der Beträge in Spalte 8 zu verrechnen. Reichen die Vorschüsse zur Deckung der Beträge in Spalte 7 nicht aus, so erfolgt die Verrechnung zunächst auf die Auslagen in der Reihenfolge der Spalten 7d, 7b, 7c und zuletzt auf die Gebühren. Die hiernach nicht gedeckten Beträge sind nach Spalte 7 des Registers des laufenden Monats mit zu übertragen, im bisherigen Register aber von der Solleinnahme abzusetzen. Die Absetzung erfolgt durch Einstellung der nicht gedeckten Beträge in roten Ziffern unter dem entsprechenden Betrage der Spalte 7. Bei der Aufrechnung der Spalte 7 werden die auf derselben Seite rot gebuchten Beträge für sich besonders aufgerechnet und von der Summe der auf dieser Seite schwarz gebuchten Beträge in Abzug gebracht. Der Rest oder die sich ergebende negative Zahl wird in die Monatszusammenstellung (Abs. 2) übernommen.

4. Im übrigen sind die bis zum Vierteljahrsabschlusse nicht einziehbar gewesenen Beträge aus Spalte 7, einschließlich der Gebühren und Auslagen für Erledigung der im § 64 bezeichneten Aufträge, in das in Vierteljahrsheften zu führende Restenbuch (Formular 3), und zwar in das Heft für das neue Vierteljahr, zu übertragen. Bei Aufrechnung des Registers und der Spalten 5 des Restenbuchs müssen hiernach die Gesamtbeträge aus den Spalten 8 des Dienstregisters und 5 des Restenbuchs mit den Summen der Spalten 7 des Dienstregisters übereinstimmen. Ist keine Aussicht auf Einziehung der Kosten vorhanden, so hat der Gerichtsvollzieher die Löschung der Beträge im Restenbuche bei dem Kassenkurator in Antrag zu bringen. Zum Vierteljahrsabschlusse sind auch die Spalten 7, 9, 10 des Restenbuchs für das abgelaufene Vierteljahr abzuschließen. Die bei der Aufrechnung der Spalten 7a bis 7d sich ergebenden Beträge sind den bei dem Abschlusse für das gleiche Vierteljahr ermittelten Summen der Spalten 8a bis 8d des Dienstregisters ersichtlich zuzusetzen und bei der Festsetzung der Gebührenanteile für dieses Vierteljahr zu berücksichtigen. Die bis zum Vierteljahrsabschlusse weder durch Eingang noch durch Löschung erledigten Kostenposten sind in das Restenbuch des folgenden Vierteljahrs zu übertragen und in einem besonderen Abschnitte „Reste aus dem vorigen Vierteljahre" darzustellen.

5. Die Aufrechnungen sind von einem dazu bestimmten Beamten zu prüfen und als richtig zu bescheinigen. Die abgeschlossenen und bescheinigten Register sind dem aufsichtführenden Amtsrichter vorzulegen.

6. Für den Monat März ist unter dem Abschlusse für das letzte Vierteljahr des Etatsjahrs der Jahresabschluß aufzustellen. Er besteht in der Zusammenstellung und der Aufrechnung der Abschlußsummen der vier Vierteljahre. Der Jahresabschluß ist mit dem Datum und der Unterschrift des Gerichtsvollziehers zu versehen und von einem dazu bestimmten Beamten als rechnerisch richtig zu bescheinigen.

7. Endet die amtliche Thätigkeit des Gerichtsvollziehers im Laufe eines Vierteljahrs, so ist der Abschluß des Dienstregisters alsbald herbeizuführen.

Ablieferungsbuch.

§ 68. 1. Das nach dem Formular 4 in Vierteljahrsheften zu führende Ablieferungsbuch dient zum Nachweise derjenigen Gebühren und Auslagen, welche der Gerichtsvollzieher für Rechnung der Staatskasse erhoben hat und zu deren Ablieferung an die Gerichtskasse er verpflichtet ist.

2. In Spalte 3 ist der Tag zu vermerken, an welchem der Gerichtsvollzieher den abzuliefernden Betrag empfangen hat. In den Spalten 4a und 4b sind, nach den Parteiaufträgen und amtlichen Aufträgen gesondert, die reinen Beträge der vereinnahmten Gebühren (Spalten 8a, 9a des Dienstregisters) ohne Berücksichtigung der Auslagen anzugeben. In Spalte 4c sind diejenigen, von den Beteiligten eingezogenen Auslagebeträge, welche zur Staatskasse fließen (§§ 22 Abs. 3, § 24 Abs. 2 Satz 1, § 39 Abs. 2, § 23 Abs. 2 Satz 2, § 64 Abs. 6) einzustellen. Auslagebeträge, welche der Gerichtsvollzieher für eigene Rechnung (§ 23 Abs. 2 Satz 1) eingezogen hat, sind in das Ablieferungsbuch nicht einzustellen.

3. In Spalte 12 des Dienstregisters ist auf die Nummer des Ablieferungsbuchs, unter der die Kostenzahlung gebucht wird, zu verweisen.

4. Die Aufrechnung des Ablieferungsbuchs (Spalten 4a bis 4d) und die Ablieferung der Gelder erfolgt am 1. und am 15. eines jeden Monats oder an dem Abrechnungstage des Gerichtsvollziehers, welcher auf die bezeichneten Tage zunächst folgt, in Fällen, wo die Beschäftigung des Gerichtsvollziehers zu einem früheren Zeitpunkt endet, bei Beendigung der Beschäftigung. Die dem Gerichtsvollzieher an dem Betrage Spalte 4a zustehenden Gebührenanteile sind gleichzeitig zu berechnen und in einer Summe in Spalte 4e, der Restbetrag aber in Spalte 4f einzustellen.

Der Abschluß ist von dem Gerichtsvollzieher zu unterschreiben. Der ermittelte Betrag (Spalte 4f) ist an die Gerichtskasse abzuliefern.

5. Die zuständigen Kassenbeamten haben den Abschluß des Ablieferungsbuchs rechnerisch nachzuprüfen und den Empfang des abzuliefernden Betrags im Quittungsbuche zu bescheinigen.

6. Bei der Revision des Dienstregisters und bei dem Vierteljahrsabschluß (§ 67) ist das Ablieferungsbuch mit vorzulegen; dasselbe ist demnächst bei der Gerichtskasse aufzubewahren.

Revision.

§ 69. 1. Der Gerichtsvollzieher hat in jedem Monat an den hierzu bestimmten Tagen und Stunden dem aufsichtführenden Amtsrichter das Dienstregister für den vorhergehenden Monat zur Revision vorzulegen. In den Monaten des Vierteljahrsabschlusses erfolgt die Revision bei dessen Vorlegung.

2. Die Prüfung erstreckt sich auf den gesammten Inhalt der Register, namentlich die ordnungsmäßige und rechtzeitige Erledigung der Aufträge, die Richtigkeit des Ansatzes der Gebühren und Auslagen und die ordnungsmäßige Ablieferung der vereinnahmten Kosten an die Gerichtskasse. Die in Spalte 10 des Dienstregisters eingestellten Auslagen sind einzeln nachzuprüfen. Die Eintragungen sind mit den Abholungs-, Vollstreckungs- und Beitreibungslisten, den gerichtlichen Akten und den Akten des Gerichtsvollziehers probeweise zu vergleichen. Von Zeit zu Zeit ist auch das Wechselprotestregister vorzulegen und zu prüfen, ob die Gebühren für Wechselproteste richtig berechnet und in das Dienstregister eingestellt sind. Die Revision kann auf die Kassenbestände und die Belege über die Ablieferung der für die Parteien vereinnahmten Gelder aus-

gedehnt werden. Die Register sind mit dem Revisionsvermerke zu versehen. Die Ergebnisse der Revision sind in einem Protokolle zu verzeichnen.

3. Der aufsichtführende Amtsrichter kann außerordentliche Revisionen vornehmen, auch bei den ordentlichen wie außerordentlichen Revisionen die Vorprüfung der Register einem Gerichtsschreiberei- oder Kassenbeamten übertragen oder bei Revisionen einen solchen Beamten zuziehen.

4. Das Dienstregister und das Ablieferungsbuch sind außerdem von Zeit zu Zeit von dem Kassenrendanten oder einem anderen Kassenbeamten zu prüfen. Die näheren Bestimmungen hierüber sind von dem Landgerichtspräsidenten zu erlassen.

5. Für die ordentlichen Revisionen des Dienstregisters ist mit Ausnahme der Monate des Vierteljahrsabschlusses (§ 67 Abs. 1) in der Regel der letzte Geschäftstag des folgenden Monats als Revisionstag zu bestimmen. In dem Revisionsprotokolle sind die noch unerledigten Nummern zu vermerken. Auf Grund dieser Vermerke sind beim Vierteljahrsabschlusse die bei den betreffenden Nummern erfolgten späteren Eintragungen einer nachträglichen Prüfung zu unterziehen.

Reisetagebuch.

§ 70. 1. Der Gerichtsvollzieher hat ein Reisetagebuch nach dem Formular 5 in Monatsheften zu führen.

2. In Spalte 2 sind nur die Orte zu verzeichnen, welche mehr als zwei Kilometer von dem Wohnsitze des Gerichtsvollziehers (§ 16 Abs. 1) entfernt sind. Reisen zur Vornahme von Zustellungen sind nur einzutragen, wenn der Gerichtsvollzieher zur Ausführung im Wege der gewöhnlichen Zustellung ermächtigt war. Um erkennbar zu machen, an welchen Orten nur Parteiaufträge oder nur amtliche Aufträge oder Aufträge jeder Art erledigt sind, ist für jeden an einem und demselben Tage besuchten Ort in den Spalten 2, 3, 4 und 5 eine besondere Linie zu benutzen. In das Reisetagebuch sind auch die Reisen über zwei Kilometer zur Erledigung von Aufträgen im Verwaltungszwangsverfahren einzustellen.

3. Das Reisetagebuch ist am Monatsschluß in Ansehung der Spalten 4a bis 4d aufzurechnen, mit den Datum und der Unterschrift des Gerichtsvollziehers zu versehen und gleichzeitig mit der Revision des Dienstregisters einer Prüfung zu unterziehen. Beim Vierteljahrsabschluß ist das Reisetagebuch mit dem Dienstregister einzureichen, nachdem die Ergebnisse der Spalten 4a bis 4d für das Vierteljahr zusammengestellt sind.

4. Für das Reisetagebuch der Hilfsgerichtsvollzieher kommt die Spalte 3a in Wegfall.

IV. Festsetzung der Gebührenanteile sowie die Entschädigungen für Auslagen.

§ 71. 1. Die Anweisung der dem Gerichtsvollzieher gemäß dem § 24 Abs. 2 Satz 1 an Stelle der Auslagen für amtliche Aufträge zustehenden Entschädigung sowie der Gebührenanteile geschieht vierteljährlich auf Vorschlag des aufsichtführenden Amtsrichters durch den Landgerichtspräsidenten. In dem zu erstattenden Berichte sind die bei dem Abschlusse festgestellten Schlußsummen anzugeben; die Dienstregister, das Restenbuch, das Ablieferungsbuch und das Reisetagebuch sind beizufügen. Endet die Amtsthätigkeit eines Gerichtsvollziehers im Laufe eines Vierteljahrs, so ist die Festsetzung der Entschädigung alsbald in Antrag zu bringen.

2. Bei Bemessung der Entschädigung sind die Angaben in Spalte 10 des Dienstregisters zu berücksichtigen. Soweit die Entschädigung zur Deckung von Reisekosten dienen soll, bildet das Reisetagebuch die Grundlage für ihre Ermittelung. Dieser Teil der Entschädigung ist so zu bestimmen, daß unter Hinzurechnung der Reisekosten, welche der Gerichtsvollzieher aus Parteiaufträgen bezogen hat, die für sämtliche Reisen nach den örtlichen Verhältnissen notwendig aufzuwendenden Reise- und Zehrungskosten voll gedeckt werden.

3. Die Vorschriften der Abs. 1, 2 finden im Falle des § 39 Abs. 2 mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß die Anweisung erforderlichenfalls auch in kürzeren als vierteljährlichen Zwischenräumen erfolgen kann.

V. Akten.

Anlegung der Akten.

§ 72. Die Gerichtsvollzieher haben mit ihren Dienstpapieren Generalakten, Sonderakten und Sammelakten anzulegen.

Generalakten.

§ 73. 1. Ueber die auf den Dienst des Gerichtsvollziehers sich beziehenden Anordnungen der Aufsichtsbehörden sind Generalakten anzulegen. Diese sind nach folgenden Gegenständen zu sondern:

a) Dienst der Gerichtsvollzieher im allgemeinen; dahin gehören auch solche Verfügungen, welche sich nicht auf eine der unter b bis g bezeichneten Geschäftsgattungen beziehen;
b) Gebührenwesen;
c) Zustellungen und Behändigungen;
d) Zwangsvollstreckungen;
e) Wechselproteste;
f) öffentliche Versteigerungen;
g) Einziehung von Geldstrafen und Gerichtskosten.

2. Die Deckel der Generalakten sind mit Aufschriften und mit Nummern zu versehen. Vor den Akten ist ein Inhaltsverzeichnis zu führen, welches das Datum und den Inhalt der Schriftstücke, sowie die Aktenblätter ergiebt.

3. Die zu demselben Aktenstücke gehörigen Schriften sind nach der Reihenfolge des Einganges einzuheften und mit fortlaufenden Blattzahlen zu versehen. Bezieht sich eine Verfügung auf mehrere in gesonderten Generalakten behandelte Geschäftszweige, so ist entweder ein Auszug aus der Verfügung zu den anderen Akten zu bringen oder in deren Inhaltsverzeichnisse der in Betracht kommende Inhalt der Verfügung unter Hinweis auf die Akten, bei denen sie sich befindet, kurz anzugeben.

Sonderakten.

§ 74. 1. Ueber jeden einzelnen in das Dienstregister einzutragenden Auftrag zur Vornahme einer Zwangsvollstreckung, einer Beurkundung des thatsächlichen Angebots einer Leistung oder einer öffentlichen Versteigerung sind Sonderakten anzulegen.

2. Zu diesen Akten sind alle auf die Sache bezüglichen Schriften (Protokolle, Quittungen, Postscheine, Fristscheine, Briefe ꝛc.) zu nehmen. Die zu den Akten gehörigen Schriftstücke sind beim Eingange mit der Nummer zu versehen, unter welcher die Sache im Register eingetragen steht. Enthält ein Aktenstück außer der vollstreckbaren Ausfertigung mehr als einen Bogen, so ist es mit einem Umschlage zu versehen. Aus den Akten muß sich der Stand der Sache jederzeit vollständig ergeben.

3. Die Akten über laufende Zwangsvollstreckungen und öffentliche Versteigerungen einerseits und die Akten über erledigte Sachen dieser Art andererseits sind gesondert voneinander nach der Nummernfolge des Registers aufzubewahren.

Sammelakten.

§ 75. 1. Einzelne Schriftstücke, welche weder zu Generalakten noch zu Sonderakten gehören, sind bis zur Erledigung des Auftrags, auf welchen sie sich beziehen, in der Nummernfolge des Dienstregisters in einem, oder nötigenfalls mehreren Umschlägen aufzubewahren.

2. Nach Erledigung des Auftrags sind sie, soweit nicht ihre Aushändigung an die Partei erfolgt, in derselben Folge jahrgangsweise zu einem oder mehreren Paketen zusammenzubinden und gesondert von den Schriftstücken über laufende Sachen dieser Art aufzubewahren. Die Pakete sind mit entsprechender Aufschrift (Sammelakten Jahr ....., Band ....) zu versehen.

3. Die Gerichtsvollzieher sind berechtigt, ihre Sonderakten nach dem Ablaufe von 10 Jahren seit der Erledigung der betreffenden Aufträge und ihre Sammelakten nach dem Ablaufe von 10 Jahren seit Erledigung aller in diesen erteilten Aufträge zu vernichten. Sollen die Akten zwecks Vernichtung verkauft werden, so finden die Vorschriften unter Nr. 6 der Allgemeinen Verfügung vom 21. Dezember 1883 (Just.-Minist.-Bl. S. 366) Anwendung. Die Gerichtsvollzieher sind berechtigt, die betreffenden Akten und Schriftstücke dem Amtsgerichte zum Zwecke des gleichzeitigen Verkaufs mit den gerichtlichen Akten zu übergeben.

Aufbewahrung der Akten und Register.

§ 76. 1. Die Gerichtsvollzieher sind verpflichtet, ihre Register und Akten über-

sichtlich zu ordnen und in einer jeden Mißbrauch ausschließenden Weise aufzubewahren. Die Aufbewahrung muß thunlichst in einem Aktenschrank erfolgen, dessen Fächer mit entsprechender Aufschrift zu versehen sind. Den Aufsichtsbeamten sind die Akten und Register jederzeit, auf Verlangen auch außerhalb des Geschäftslokals, zur Revision vorzulegen.

2. Jeder Person, welche bei einer von dem Gerichtsvollzieher betriebenen Zwangsvollstreckung beteiligt ist, muß auf Begehren Einsicht der betreffenden Register und Akten gestattet und gegen die gesetzlichen Schreibgebühren Abschrift einzelner Schriftstücke oder des betreffenden Teiles des Registers erteilt werden (C.P.O. § 760). Personen, welche ein rechtliches Interesse an der Sache nicht haben, darf weder die Einsicht der Akten gestattet, noch Abschrift eines Schriftstücks erteilt werden.

Rückgabe von Schriftstücken.

§ 77. Nachdem der Antrag erledigt, zurückgenommen oder auf andere Weise erloschen ist, hat der Gerichtsvollzieher die ihm übergebenen Schriftstücke, soweit nicht deren Aushändigung an die Gegenpartei erfolgen muß (C.P.O. § 757), dem Auftraggeber zurückzugeben.

Verzichtet der Schuldner auf Aushändigung des Schuldtitels (C.P.O. § 757), so ist dieser bei den Sonderakten zurückzubehalten; er bleibt von der Vernichtung dieser Akten ausgeschlossen.

Gerichtsvollzieher kraft Auftrags, Hilfsgerichtsvollzieher.

§ 78. Die Vorschriften im zweiten Teile gelten, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, auch für Gerichtsvollzieher kraft Auftrags und für Hilfsgerichtsvollzieher.

Dritter Teil.

Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 79. Zum Gerichtsvollzieher kann ohne Ablegung der im ersten Abschnitte des ersten Teiles vorgeschriebenen Prüfung ernannt werden, wer nach Maßgabe der Bestimmung der Gerichtsvollzieherordnung vom 23. Februar 1885 die Prüfung bestanden hat oder von der Prüfung befreit war.

---

§ 80. Die Oberlandesgerichtspräsidenten sind ermächtigt, zur Ausführung und Ergänzung dieser Vorschriften allgemeine Anordnungen zu treffen. Von dem Erlaß ist dem Justizminister Kenntnis zu geben.

§ 81. Die vorhandenen Gerichtsvollzieher-Siegel und Stempel sind weiter zu benutzen.

---

§ 82. Die Gerichtsvollzieherordnung tritt am 1. Oktober 1900 in Kraft. Die bis dahin erwachsenen Gebühren und Vergütungen an baren Auslagen für die Erledigung der Parteiaufträge erwerben die Gerichtsvollzieher nach den bisherigen Vorschriften, auch wenn sie erst nach dem bezeichneten Zeitpunkt eingehen.

Gesetz,

betreffend

die Bildung der Wählerabteilungen bei den Gemeindewahlen.

Vom 30. Juni 1900.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtags Unserer Monarchie für den Umfang derselben mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande, was folgt:

§ 1. In den Gemeinden, in welchen die Bildung der Wählerabteilungen für die Wahlen zur Gemeindevertretung nach dem Maßstabe direkter Steuern stattfindet, werden die Wähler nach den von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in drei Abteilungen geteilt und zwar in der Art, daß auf jede Abteilung ein Dritteil der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Wähler fällt.

Für jede nicht zur Staatseinkommensteuer veranlagte Person ist an Stelle dieser Steuer ein Betrag von drei Mark zum Ansatze zu bringen.

Steuern, die für Grundbesitz oder Gewerbebetrieb in einer anderen Gemeinde entrichtet werden, sowie Steuern für die im Umherziehen betriebenen Gewerbe sind bei Bildung der Abteilungen nicht anzurechnen.

Wo direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, tritt an deren Stelle die vom Staate veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer.

Personen, welche vom Staate zu einer Steuer nicht veranlagt sind, wählen stets in der dritten Abteilung.

Verringert sich infolgedessen die auf die erste und zweite Abteilung entfallende Gesamtsteuersumme, so findet die Bildung dieser Abteilungen in der Art statt, daß von der verbleibenden Summe auf die erste und zweite Abteilung je die Hälfte entfällt.

---

§ 2. In denjenigen Gemeinden, die nach der jedesmaligen letzten Volkszählung mehr als 10 000 Einwohner zählen, wird die nach § 1 erfolgte Drittelung derart verändert, daß jeder Wähler, dessen Steuerbetrag den Durchschnitt der auf den einzelnen Wähler treffenden Steuerbeträge übersteigt, stets der zweiten oder der ersten Abteilung zugewiesen wird. Im übrigen wählen Personen, welche vom Staate zu einer Steuer nicht veranlagt sind, stets in der dritten Abteilung. Bei Berechnung des durchschnittlichen Steuerbetrags sind die Wähler, welche zur Staatseinkommensteuer nicht veranlagt sind, und, wo das Wahlrecht an einen Einkommensteuersatz von sechs Mark geknüpft ist, auch die zu diesem Satze veranlagten Wähler, sowie die Steuer, mit welcher dieselben in die Wählerliste eingetragen sind, außer Betracht zu lassen.

Erhöht oder verringert sich infolgedessen die auf die erste oder zweite Abteilung entfallende Gesamtsteuersumme, so findet

die Bildung dieser beiden Abteilungen in der Art statt, daß von jener Summe auf die erste und zweite Abteilung je die Hälfte fällt. Eine höhere Abteilung darf niemals mehr Wähler zählen als eine niedere.

---

§ 3. In den unter § 2 fallenden Gemeinden kann durch Ortsstatut bestimmt werden

1. daß bei der nach § 2 erfolgenden Bildung der Wählerabteilungen an Stelle des auf einen Wähler entfallenden durchschnittlichen Steuerbetrags ein den Durchschnitt bis zur Hälfte desselben übersteigender Betrag tritt,
2. daß auf die erste Wählerabteilung $^5/_{12}$, auf die zweite $^4/_{12}$ und auf die dritte $^3/_{12}$ der Gesamtsumme der im § 1 bezeichneten Steuerbeträge aller Wähler fallen, eine höhere Abteilung aber nicht mehr Wähler zählen darf als eine niedere.

---

§ 4. Zur Beschlußfassung über die Einführung, Abänderung oder Aufhebung der Ortsstatute (§ 3) bedarf es der Mehrheit von $^2/_3$ der abstimmenden Gemeindevertreter.

Der Beschluß unterliegt der Bestätigung und zwar in Landgemeinden durch den Kreisausschuß, in Stadtgemeinden durch den Bezirksausschuß. Gegen die in erster Instanz ergehenden Beschlüsse dieser Behörden ist die Beschwerde an den Provinzialrat zulässig. Auf die Beschwerde finden in allen Fällen die §§ 122 und 123 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Samml. S. 195) Anwendung.

---

§ 5. Der § 5 des Gesetzes, betreffend Aenderung des Wahlverfahrens, vom 29. Juni 1893 (Gesetz-Samml. S. 103) wird aufgehoben. Die bestehenden gesetzlichen Vorschriften über das Gemeindewahlrecht bleiben im übrigen unberührt; insbesondere gilt dies von den Bestimmungen der Gemeindeverfassungsgesetze, nach denen die Ausübung des Wahlrechts an die Entrichtung bestimmter Steuersätze geknüpft ist oder geknüpft werden kann, sowie von den im § 15 Absatz 1 beziehungsweise § 21 Absatz 1 der Städte- beziehungsweise Landgemeindeordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 4. August 1897 (Gesetz-Samml. S. 254, 301) hinsichtlich des Wahlrechts der juristischen Personen und sofort getroffenen Bestimmungen.

---

§ 6. I. Im Bereiche der Städteordnung für die östlichen Provinzen der Monarchie vom 30. Mai 1853 (Gesetz-Samml. S. 261), der Städteordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 (Gesetz-Samml. S. 237), der Städteordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856 (Gesetz-Samml. S. 406), der Städteordordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 4. August 1897 (Gesetz-Sammlung S. 254) und des Gemeindeverfassungsgesetzes für die Stadt Frankfurt am Main vom 25. März 1867 (Gesetz-Sammlung S. 401) ist der Magistrat (Bürgermeister) befugt, an Stelle oder innerhalb der Wahlbezirke, in denen je eine bestimmte Anzahl Stadtverordneter zu wählen ist, Bezirke zum Zwecke der Stimmenabgabe (Abstimmungsbezirke) zu bilden oder die Wähler in anderer Weise in Gruppen zu teilen und für jeden Abstimmungsbezirk beziehungsweise jede Gruppe einen eigenen Wahlvorstand zu bestellen. Soweit er von dieser Befugnis Gebrauch macht, hat er zugleich die für die Feststellung des Gesamtergebnisses der Wahl sowie für das Verfahren bei notwendig werdenden engeren Wahlen erforderlichen Anordnungen zu treffen.

II. Im Bereiche der unter I genannten Städteordnungen besteht der Wahlvorstand in den einzelnen Wahl-, Abstimmungsbezirken oder Gruppen aus dem Bürgermeister und aus zwei von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Beisitzern; für den Vorsitzenden werden von dem Bürgermeister und für die Beisitzer von der Stadtverordnetenversammlung je ein oder mehrere Vertreter aus der Zahl der stimmfähigen Bürger bestellt.

---

§ 7. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1901 in Kraft.

Gesetz,

betreffend

die Warenhaussteuer.

Vom 18. Juli 1900.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie, für den Umfang derselben, mit Ausschluß der Hohenzollernschen Lande und der Insel Helgoland, was folgt:

§ 1. Wer das stehende Gewerbe des Klein-(Detail-)Handels mit mehr als einer der im § 6 dieses Gesetzes unterschiedenen Warengruppen betreibt, unterliegt, wenn der Jahresumsatz in diesen Gruppen — einschließlich desjenigen der in Preußen belegenen Zweigniederlassungen, Filialen, Verkaufsstätten — 400 000 Mark übersteigt, der nach Vorschrift dieses Gesetzes zu entrichtenden, den Gemeinden zufließenden Warenhaussteuer.

Ob der Kleinhandel im offenen Laden, Warenhaus, Lager und dergleichen oder als Versandtgeschäft, auf oder ohne vorgängige Bestellung betrieben wird, macht für die Besteuerung keinen Unterschied.

Erstreckt sich der Kleinhandelsbetrieb über mehrere Orte, so tritt die Steuerpflicht nur insoweit ein, als seine Verkaufsstätten in einem und demselben Orte oder unmittelbar benachbarten Orten mehr als eine der im § 6 unterschiedenen Warengruppen führen.

Vereine, eingetragene Genossenschaften und Korporationen, welche nach § 5 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 der Gewerbesteuer nicht unterworfen sind, unterliegen auch der Warenhaussteuer nicht. Dasselbe gilt von den auf Grund des § 3 des gedachten Gesetzes beziehungsweise § 28 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 von der Gewerbesteuer befreiten Betrieben.

---

§ 2. Die Warenhaussteuer beträgt vorbehaltlich der Bestimmung im § 5 bei einem Jahresumsatz von

mehr als	bis Mark	Steuersatz Mark
400,000	450,000	4,000
450,000	500,000	5,500
500,000	550,000	7,500
550,000	600,000	8,500
600,000	650,000	9,500
650,000	700,000	10,500
700,000	750,000	11,500
750,000	800,000	12,500
800,000	850,000	13,500
850,000	900,000	15,000
900,000	950,000	16,500
950,000	1,000,000	18,000
1,000,000	1,100,000	20,000
1,100,000	1,200,000	22,000

und sofort für jede 100 000 Mark mehr 2000 Mark Steuer mehr.

---

§ 3. Unterhält ein Unternehmen der in § 1 bezeichneten Art, welches seinen Sitz außerhalb Preußens hat, in Preußen eine oder mehrere Verkaufsstätten (Zweigniederlassungen, Filialen ꝛc.), so unterliegt jede dieser Verkaufsstätten ohne Rücksicht auf die Höhe des Umsatzes einer Warenhaussteuer von 2 vom Hundert ihres Jahresumsatzes.

Der geringste Steuersatz beträgt 200 Mark bei einem jährlichen Umsatz von 10 000 Mark oder weniger. Die Steuer-

sätze steigen um je 200 Mark für je 10 000 Mark des Jahresumsatzes.

Die Heranziehung nach Absatz 1 und 2 unterbleibt, wenn der Unternehmer vor eingetretener Rechtskraft der Veranlagung nachweist, daß der Gesamtumsatz des ganzen Unternehmens 400 000 Mark nicht übersteigt. Ingleichen sind, wenn der Gesamtumsatz mehr als 400 000 Mark, aber nachgewiesenermaßen nicht mehr als 1 000 000 Mark beträgt, die inländischen Verkaufsstätten nur mit dem ihrem Anteil an dem Gesamtumsatz entsprechenden, auf die nächste durch 10 teilbare Zahl von Mark abzurundenden Teilbetrage desjenigen Steuersatzes zu veranlagen, welcher nach § 2 auf das Gesamtunternehmen zu veranlagen sein würde, wenn sich seine sämtlichen Betriebsstätten in Preußen befänden.

---

§ 4. Für die Steuerveranlagung maßgebend ist der Umsatz des bei der Vornahme derselben abgelaufenen Jahres. Besteht der Gewerbebetrieb noch nicht ein Jahr lang, so ist der Umsatz nach dem zur Zeit der Veranlagung vorliegenden Anhalt zu schätzen. Während des Steuerjahres eintretende Aenderungen sind erst bei der Besteuerung für das folgende Jahr zu berücksichtigen.

---

§ 5. Würde die nach § 2 berechnete Warenhaussteuer eines Steuerpflichtigen nachweislich 20 Prozent des nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 für das betreffende Steuerjahr gewerbesteuerpflichtigen Ertrages seitens der Warenhaussteuer unterliegenden Unternehmens übersteigen, so ist sie auf seinen Antrag auf diesen Betrag, keinesfalls aber weiter als bis auf die Hälfte des nach § 2 sich ergebenden Steuersatzes, herabzusetzen. Der Antrag ist entweder bei Abgabe der Steuererklärung (§ 9) oder im Wege der gesetzlichen Rechtsmittel (§ 13) anzubringen.

Auf Konsumvereine und Konsumanstalten, welche nach § 1 Absatz 4 steuerpflichtig sind, ingleichen auf die im § 3 bezeichneten Unternehmen findet diese Bestimmung keine Anwendung.

---

§ 6. Die nach § 1 zu unterscheidenden Warengruppen sind:

A. Material- und Kolonialwaren, Eß- und Trinkwaren und Genußmittel, mittel, Tabak und Tabakfabrikate (auch Rauchutensilien), Apothekerwaren, Farbwaren, Drogen und Parfümerien;

B. Garne und Zwirne, Posamentierwaren, Schnitt-, Manufaktur- und Modewaren, gewebte, gestrikte, gewalkte und gestickte Waren, Bekleidungsgegenstände (Konfektion, Pelzwaren), Wäsche jeder Art, Betten und Möbel jeder Art, Vorhänge, Teppiche, Möbelstoffe und die zu deren Verarbeitung dienende Anfertigung von Zimmerdekorationen;

C. Haus-, Küchen- und Gartengerätschaften, Oefen, Glas-, Porzellan-, Steingut- und Thonwaren, Möbel jeder Art und die dazu dienenden Möbelstoffe, Vorhänge und Teppiche;

D. Gold-, Silber- und sonstige Juwelenwaren, Kunst-, Luxus-, Galanteriewaren, Papp- und Papierwaren, Bücher und Musikalien, Waffen, Fahrräder, Fahr-, Reit- und Jagdutensilien, sonstige Sportartikel, Nähmaschinen, Spielwaren, optische, physikalische, medizinische und musikalische Instrumente und Apparate.

Waren, welche zu keiner der im ersten Absatz unterschiedenen Gruppen gehören, werden als besondere Warengruppen nicht gezählt.

Solche Waren, die vermöge ihrer Beschaffenheit oder Bestimmung sowohl der einen wie der anderen jener Gruppen zugerechnet werden können, werden nur einmal gezählt, und zwar, wenn auch andere zu denselben Gruppen gehörige Waren geführt werden, bei derjenigen, der diese Waren angehören.

Ingleichen wird, wenn sich der Handel mit Waren der einen Gruppe nach Herkommen und Gebrauch auch auf Waren anderer Gruppen erstreckt, welche mit ersteren zugleich feilgeboten zu werden pflegen — wie bei Handlungen mit Eisen- und Stahlwaren, Gummiwaren und dergleichen — nur Handel mit einer Warengruppe angenommen.

Wie eine Ware nach Maßgabe der in den vorstehenden vier Absätzen niedergelegten Grundsätze zu klassifizieren ist, wird im Zweifelsfalle von dem Minister für Handel und Gewerbe oder der von ihm

bestimmten Behörde mit bindender Kraft festgestellt.

Maßgebend ist die zur Zeit der Veranlagung geführte Zahl von Warengruppen.

---

§ 7. Durch die Zerlegung eines Warenhausbetriebes in mehrere gesonderte, selbstständige Betriebe werden diese Betriebe von der Entrichtung der Steuer nach Maßgabe des Gesamtumsatzes nicht befreit, wenn die begleitenden Umstände erkennen lassen, daß die Zerlegung in mehrere Betriebe behufs Verdeckung des Warenhausbetriebes stattfindet.

Der hiernach auf die Gesamtheit der Betriebe einheitlich veranlagte Steuersatz ist unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen im § 38 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 beziehungsweise im § 3 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 in die auf die einzelnen Betriebe entfallenden Teilbeträge zu zerlegen.

---

§ 8. Die Veranlagung der Warenhaussteuer erfolgt für jedes Steuerjahr im Anschluß an diejenige der allgemeinen Gewerbesteuer nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 (Gesetz-Samml. S. 203) für alle Gewerbesteuerklassen durch den örtlich zuständigen Steuerausschuß der Gewerbesteuerklasse I. Der Finanzminister kann anordnen, daß demselben zu diesem Zweck zwei weitere Mitglieder hinzutreten, von denen das eine vom Finanzminister zu ernennen, das andere nach Maßgabe des § 10 des Gewerbesteuergesetzes zu wählen ist.

---

§ 9. Jeder bereits zur Warenhaussteuer veranlagte Gewerbetreibende ist auf die jährlich durch öffentliche Bekanntmachung ergehende Aufforderung des Vorsitzenden des nach § 8 zuständigen Steuerausschusses verpflichtet, die Höhe seines steuerpflichtigen Jahresumsatzes anzugeben. Diese Erklärungen sind innerhalb der auf mindestens 14 Tage zu bemessenden Frist nach den vom Finanzminister vorgeschriebenen, kostenlos zu verabfolgenden Formularen bei dem im ersten Satze bezeichneten Vorsitzenden des Steuerausschusses schriftlich oder zu Protokoll unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Andere Gewerbetreibende sind zur Abgabe einer solchen Erklärung verpflichtet, sobald eine besondere Aufforderung des im Absatz 1 bezeichneten Vorsitzenden des Steuerausschusses an sie ergeht.

Die Erklärungen (Absatz 1 und 2) sind geheim aufzubewahren.

Der § 56 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 findet auf diese Erklärungen sinngemäße Anwendung.

---

§ 10. Bei der Veranlagung darf von den Angaben in der Erklärung (§ 9) nur abgewichen werden, nachdem dem betreffenden Steuerpflichtigen Gelegenheit mit mindestens 14tägiger Frist zur Aeußerung über die obwaltenden Bedenken gegeben worden ist.

Zum Zwecke der Prüfung der Erklärung ist der Steuerpflichtige auf Beschluß des Steuerausschusses auch verpflichtet, seine Geschäftsbücher vorzulegen.

---

§ 11. Wer die ihm nach § 9 obliegende Erklärung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist abgiebt oder den auf Grund der Vorschrift des § 10 an ihn gerichteten Aufforderungen nicht Folge leistet, verliert die gesetzlichen Rechtsmittel gegen seine Veranlagung zur Warenhaussteuer für das betreffende Steuerjahr, insofern nicht Umstände dargethan werden, welche die Versäumnis entschuldbar machen.

---

§ 12. Gewerbetreibende, welche im Laufe des Steuerjahres den Kleinhandel mit mehr als einer der im § 6 unterschiedenen Warengruppen anfangen oder auf mehr als eine dieser Warengruppen ausdehnen, oder eine nach § 3 der Warenhaussteuer unterliegende Verkaufsstelle in Preußen errichten, haben hiervon, wenn nicht nach den Verhältnissen des Betriebes von vornherein ausgeschlossen ist, daß der Gesamtumsatz die warenhaussteuerpflichtige Höhe erreicht, der von dem Finanzminister zu bestimmenden Behörde vorher oder gleichzeitig Anzeige zu machen.

Die im Laufe eines Steuerjahres erfolgende Beschränkung des Kleinhandels eines zur Warenhaussteuer veranlagten Betriebes auf nur eine der im § 6 unterschiedenen Warengruppen oder auf Waren, welche keiner derselben angehören, ändert an der veranlagten Warenhaussteuer nichts.

---

§ 13. Soweit in dem Vorstehenden nicht ein anderes bestimmt ist, finden auf die Warenhaussteuer hinsichtlich der Veranlagung, der Rechtsmittel, der Zerlegung der Steuersätze, der Zu- und Abgänge, der Anmeldungen, der Befugnisse der Steuerausschüsse und ihrer Vorsitzenden, der den Gewerbetreibenden und ihren Vertretern obliegenden Verpflichtung zur Auskunftserteilung der Nachbesteuerung, der Ausfälle, des Erlasses und der Ermäßigung veranlagter Steuerbeträge sowie der Oberaufsicht die für die Gewerbesteuerklasse I geltenden Vorschriften §§ 17 bis 21, 25, 26, 27 Absatz 2, 3, §§ 30 bis 38, 42 bis 53, 58, 76 bis 78 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (Gesetz-Samml. S. 203), sowie §§ 9, 10 Absatz 2, § 11 Absatz 1, 2, § 14 Absatz 1, 2, § 15 Absatz 1 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893 (Gesetz-Samml. S. 119) sinngemäße Anwendung.

Die in den §§ 54 und 56 des Gewerbesteuergesetzes den Gewerbetreibenden und ihren Vertretern auferlegte Verpflichtung zur Auskunftserteilung erstreckt sich fortan für alle Gewerbetreibenden, welche den Kleinhandel betreiben, auch auf die Angabe, mit welchen Warengattungen dies geschieht.

Die Strafbestimmungen in den §§ 70 und 71 Nr. 1 des Gewerbesteuergesetzes sind auch auf die durch das gegenwärtige Gesetz den Gewerbetreibenden und ihren Vertretern auferlegte Verpflichtung zur Anmeldung und zur Abgabe von Erklärungen entsprechend anzuwenden. Ingleichen finden die §§ 71 Nr. 2, 72 und 73 a. a. O. bei der Warenhaussteuer sinngemäße Anwendung.

---

§ 14. Die Veranlagung zur allgemeinen Gewerbesteuer nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 und zu besonderen auf Grund des § 28 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 eingeführten Gewerbesteuern wird durch die Warenhaussteuer nicht berührt. Die empfangsberechtigte Gemeinde hat aber die Warenhaussteuer nur so weit zu erheben, als sie die von ihr nach § 29 oder § 30 des Kommunalabgabengesetzes von dem der Warenhaussteuer unterliegenden Betriebe erhobene Gewerbesteuer übersteigt. Erstreckt sich die Gewerbesteuerveranlagung auf mehrere Betriebe, die nicht sämtlich der Warenhaussteuer unterliegen, so ist der auf die warenhaussteuerlichen Betriebe entfallende Teilbetrag der Gewerbesteuer unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften im § 38 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 und § 32 des Kommunalabgabengesetzes festzustellen.

Die Warenhaussteuer ist von den Gemeinden (Gutsbezirken) in vierteljährlichen Beträgen zu erheben. Die Bestimmung des § 40 und § 41 des Gewerbesteuergesetzes findet auch auf die Warenhaussteuer Anwendung.

Das Aufkommen an Warenhaussteuer ist von den Gemeinden, so weit dieselben zur Deckung ihrer Ausgaben von den nach den Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes in den Steuerklassen III und IV veranlagten Gewerbetreibenden Prozente der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer oder eine besondere Gewerbesteuer erheben, zur Erleichterung der von diesen Steuerklassen zu erhebenden Prozente beziehungsweise Steuer, andernfalls zur Bestreitung von Gemeindebedürfnissen vorzugsweise im Interesse der kleineren Gewerbetreibenden zu verwenden. Eine Anrechnung der Warenhaussteuer auf den nach den §§ 54 bis 57 des Kommunalabgabengesetzes durch besondere Gemeindegewerbesteuern oder Prozente der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer aufzubringenden Teil des Steuerbedarfes findet nicht statt.

Die Gutsbezirke haben die erhobenen Beträge an Warenhaussteuer am Schlusse eines jeden Vierteljahres an die Kreiskommunalkasse abzuführen. Die Kreise haben diese Beträge vorzugsweise im Interesse der kleineren Gewerbetreibenden zu verwenden.

---

§ 15. Die Warenhaussteuer wird zum erstenmal für das Rechnungsjahr 1901 erhoben.

Die bei Veröffentlichung dieses Gesetzes bereits bestehenden Warenhäuser haben die Steuer für das Rechnungsjahr 1901 nur zur Hälfte zu entrichten.

---

§ 16. Der Finanzminister, der Minister für Handel und Gewerbe sind mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Sachregister.

Die in Klammern gesetzten Zahlen bezeichnen die Paragraphen bezw. Artikel der auf der angegebenen Seite befindlichen Gesetze, Verordnungen oder Verfügungen. I bedeutet den ersten, II den zweiten Band. Die Zahlen daneben geben die Seiten an.

A.

Abänderung der Arbeitsordnung (80a) . . . II 763
des Betriebsplans (69) . II 762
der gewöhnlichen Jagdbezirke (4) . . . . . I 355
der Grenzen der Monarchie (2) . . . . . II 3
der Knappschaftsstatuten (170) . . . . . II 779
des Pensionsgesetzes . II 333 ff.
der Verfassung (107) . . II 27
Abandon (2300 ff.) . . II 612 f.
Abfahrtsgelder (131 ff.) . II 695
Abfindung der Miterben bei Apotheken (5) . . II 397
Abgaben für Ausübung der richterlichen Gewalt, Aufhebung der — (42) II 12
der Bahnen (88) . . . II 718
Befreiung von — für Jagdscheine (4) . . . I 365
bei der Einkommensteuer I 397 f.
Erhebung von — (100) II 24
Forterhebung früherer — (109) . . . . . II 27
gemeine Lasten, wenn aus öffentlichen Verbänden entsprungen (2) I 141
für Jagdscheine (4) . . I 365
kirchliche — (23) . . . II 489
öffentliche —, Rechtsweg wegen — . . . . . II 379 f.
Verjährungsfristen (9) I 17, II 248 ff.
Abgänge im Laufe des Steuerjahres (43, 58, 69) . . . . . I 481, 483 f.
Abgangslisten (61) . I 433 f.
Abgangstellung (59 f.) . I 433
Abgeordnete, Diäten und Reisekosten (85) . . . II 21
Erklärung über Annahme der Wahl (31, 30) . II 35, 42
freie Meinungsäußerung (84) . . . . . II 21
Wahl (72) . . . . . II 19
Wählbarkeit (74) . . . II 20
Zahl (69) . . . . . II 19
Abgeordnetenhaus, Beschlußfassung (80) . . II 20
Legislaturperiode (73) . II 20
Legitimationsprüfung der Mitglieder (78) . . II 20
Verordnung über Wahl zum — . . . . . II 31 ff.
Wahl der Mitglieder (72) II 19
Zahl derselben (69) . . II 19
Abgerissenes Land (223 f.) II 540
Abhandenkommen von Inhaberpapieren (18) . I 27
Abkömmlinge (Descendenten), Befreiung von der Erbschaftssteuer (2b) . I 559
Ablehnung von Aufträgen durch Gerichtsvollzieher (30) . . . . . I 798
der Ausübung des Schiedsmannsamts (16 f.) . I 296 f.
von Gerichtspersonen (1) I 155
der Gerichtspersonen im Verwaltungsstreitverfahren (61 f.) . . . . II 72
der Hinterlegung (20 f.) I 311
des Schiedsmannsamts (8) I 295
Strafen für — des Schiedsmannsamts (10) I 296
der Versteigerung durch Gerichtsvollzieher (100) I 710
Ablehnung der Wahl (31, 30) . . . . . II 35, 42
— — zum Steuerausschuß (47) . . . . . I 481
— — zu Steuerkommissionen (50) . . . . . I 429
Ablieferung des erlegten Wildes an den Jagdpächter (23) . . . . . I 357
Ablieferungsbuch (68) . II 812
Ablösbarkeit der Geldrenten (30) . . . . . I 36
Ablösung der Reallasten (89) . . . . . I 93
Renten stehen öffentlichen Lasten gleich (3) . . . I 141
von Steuerbefreiungen (22) . . . . . II 218
Abmarkung, Zuständigkeit d. Notare zur Mitwirkung bei der — (31) I 164
Abnahme des Jagdscheins (8) . . . . . I 367
des Parteieides durch Schiedsmann unstatthaft (24) . . . . . I 297
Abnutzung, Absetzungen für — (9, 13) . I 397 f., 406
Abolitionsrecht d. Königs (49) . . . . . II 14
Absatz land- u. forstwirtschaftlicher Erzeugnisse (4) . . . . . I 470
Abschätzung v. hinterlegten Kostbarkeiten (42 ff.) I 314
der Landgüter (89 Abs. 20) I 93
Abschichtung (52 § 4, 67 § 1) . . . . . I 58, 67
Abschluß des Dienstregisters (67) . . . II 811 f.

Abschoßgelder (131 f.) . II 695
Abschreibung ein. Grundstücksteils (30) . . . . I 737
Abschreibungen (14) . . I 409
d. Wertverminderung (22) I 476
Abschriften (35) . . . . I 423
beglaubigte — von Testamenten u. Todeserklärungen (31) . . . . . I 553
der Behörden zu Steuerzwecken (25) . . . . . I 454
aus d. Grundbuche (32 f.) I 737
von Protokollen über ein Rechtsgeschäft (49 f.) . I 167
— — des Schiedsmanns (29 f.) . . . . . I 298
Abschuß d. Wildes (23, 12) I 357, 363
Abstimmung, Beratung und — (90) . . . . I 114
bei d. Einkommensteuer (51) I 429 f.
Unverantwortlichkeit für die — in d. Kammer (84) II 21
über Verfassungsänderungen (107) . . . . II 27
bei Wahl zum Steuerausschuß (46) . . . . I 481
Abstufungen d. Stempelsteuer (11) . . . . . I 515
Abteilungen d. Urwähler (71) . . . . . II 19
Abteilungslisten (10, 12, 16; 4 ff., 9, 15) II 33 f., 36, 38 ff.
Abtretung, freiwillige, v. Grundeigentum an Stelle von Enteignung (12 § 1) I 18
von Grund u. Boden (64) II 761
unentgeltliche — . . . II 712
Abverkauf kleiner Grundstücke . . . . . II 710 f.
Abwehr des Wildes (21) I 356
Abwesende (79) . . . . I 437
Abzug von d. Erbschaftssteuermasse (5) . . . . I 547
beim Erwerb der Substanz ohne d. Nutzung (27) I 552
des Geldwerts von Leistungen von der Zuwendung (6) . . . . I 548
des Gesindes (171 ff.) . I 585
der Schulden bei der Ergänzungssteuer (4; 8) I 441, 445
Abzüge (9) . . . . . I 397 ff.
Abzugsfähige Ausgaben (21 f.) . . . . . I 476 f.
Abzugsgelder, Unzulässigkeit der Erhebung (11) II 9
Abzugstermin d. Gesindes I 587
Ackermaß (344 ff.) . . II 587 f.
Adel . . . . . II 614 ff.
Sonderrecht des hohen — (88; 136) . . . . I 91, 185
Adoptierte Kinder, Versteuerung d. Erbanfalls B I 558
Adressen an die Kammern (81) . . . . . II 20
der Kammern an den König (81) . . . . . II 20
Agnat, nächster, als Regent (56) . . . . . II 15
Agnatische Linealfolge (53) II 15
Akademische Lehrer (73) II 676
Akten, amtliche, beim Tode eines Beamten (20) . I 159 f.
der Gerichtsvollzieher (72 ff.) . . . . . II 814 f.
im Nachlaß eines Beamten (26; 20) . . I 761, 791
Aktiengesellschaften, Abgabe der Steuererklärungen (29) . . . . I 419 f.
Auflösung wegen rechtswidriger Handlungen (4) I 99
Berechnung des Einkommens (16) . . . . . I 413
Einkommensteuerpflicht (1) I 389
Einreichung d. Geschäftsberichte (24; 28) . I 418, 478
Haftung der Vorstandsmitglieder (19, 56) I 476, 483
Steuerpflicht (19) . . . I 476
Wahlrecht (47) . . . . I 481
Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten (144) . I 186
Allgem. Gütergemeinschaft (47, 52, 56, 59, 67) . . . I 52, 58, 61, 63, 67
nach Landrecht (46) . . I 51
in Westfalen (48) . . . I 53
Allgemeines Landrecht II 519 ff.
Allgemeine Gütergemeinschaft nach — (46) . . I 51
Aufgehobene Teile des — (89 Abs. 1) . . . . . I 92
Gesetzl. Güterstand nach — (45, 51, 57) . . I 50, 56, 62
Stiftungen im Geltungsbereich des — (3) . . I 11
Alluvion s. Anschwemmung.
Altdamm, eheliches Güterrecht (51 § 5) . . . . I 57
Altenteil bleibt bestehen, ohne im geringsten Gebot berücksichtigt zu sein (6) . . . . . I 142
Altenteilsvertrag (15) . I 23
Alter für das aktive Wahlrecht (70; 8) . . . II 19, 33
der Kommissionsmitglieder bei der Einkommensteuer (50) . . . . . I 429
für die Mitgliedschaft im Herrenhause (7) . . . II 30
Alter für das passive Wahlrecht (74; 29) . . . II 20, 34
Ältere Mutung (25) . . II 756
Altersversicherungsbeiträge (9) . . . . . I 398
Älteste der Gemeinde (3 ff.) II 458
Alt-Hessisches Gesetz betr. die Errungenschaftsgemeinschaft (54 § 1) . . I 60
Ammen (7) . . . . . I 575
Amortisationsrenten, nicht eintragungsbedürftig (22) . . . . . I 30
Amt des Gerichtsvollziehers . . . . . II 793 ff.
des Notars (77) . . . I 172
d. Schiedsmänner (1-11) I 294 ff.
Ämter, kirchenregimentliche (23) . . . . . II 489
des Kreises (21) . . . II 147
öffentliche (4) . . . . . II 9
unbesoldete — in der Gemeinde (65) . . . . II 197
Amtliche Aufträge (24) II 797 f.
Thätigkeit, steuerfrei (4) I 470
Verwahrung von Testamenten (81) . . . . . I 77
Amtmänner (19 f.) . II 284 f.
Amtsanwalt (62 ff.) I 111 f., (15) II 324
Maßnahmen gegen Forstdiebstahl (26 ff.) . . I 330 f.
Vertretung durch Forstbeamte (19; 53) . I 329, 343
Amtsanwaltsgeschäfte, Kosten der — (65) . . I 112
Amtsbefugnisse, Überschreitung (97) . . . . II 23
Amtsbezirke (21, 46 ff.) II 147 f.
der Gerichtsvollzieher (2) I 661
der Notare (33; 80) I 164, 172
Amtsentsetzung, der Richter (87) . . . . . II 22
der Staatsbeamten (98) II 23
Amtsgerichte (21 ff.) I 107 f., (2) II 323
Aufgebot von Familienmitgliedern (2) . . . I 10
Auflassung im Gebiete des rheinischen Rechts (25) I 31
Aufsicht über Dorfgerichte (104 ff.; 130, 133) I 178 ff., 182 ff.
Ausschließliche Zuständigkeit zur Hinterlegung (87 ff.) . . . . . I 319
Beeidigung der Handelsmäkler (13) . . . . . I 20
Beschwerde gegen Verfügungen (6) . . . . I 156
Bezirke . . . . . I 271 f.
Erklärungen über den Familiennamen (68) . I 68

Amtsgerichte, Genehmigung von Familienstiftungen (1) . . . . . I 9
Hinterlegung von Urkunden und Wertpapieren (14 ff.) . . . . . I 818 f.
Hinterlegungsstelle (84 Abs. 20) . . . . . I 81
Sicherung des Nachlasses in Hessen (121) . . . I 181
Überweisung der Auseinandersetzung an einen Notar (21) . . . . . I 160
Vereidigung des Dolmetschers (86) . . . . . I 173
— der Schiedsmänner (5) I 295
Verwahrung von Testamenten (81) . . . . . I 77
— von bisher bei aufgehobenen Gerichten hinterlegten Urkunden (104 ff.) . . . . . I 320 f.
vorläufige Verwahrung (70 ff.) . . . . I 317 f., 816
Zuständigkeit in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (31 ff.) . . . . . I 164 f.
— beim Forstdiebstahl (19; 53 ff.) . . . I 329, 343
Amtshandlungen, Verfolgung wegen — . II 385 f.
Amtskautionen . . . . II 287
d. Gerichtsvollzieher (14) II 795
Amtskommunalkasse (4) I 365
Amtspflichten der Geistlichen (66 ff.) . . . II 624 f.
d. Gerichtsvollzieher (15) II 795
der Pfarrer (413 ff.) . . II 639
Amtsrichter, Verwahrung hinterlegten Geldes (79) I 318
Amtssitz der Auktionatoren (10) . . . . . I 813
Amtsstellung der Notare (77—103) . . . . I 172 ff.
Amtssuspension, d. Richter (87) . . . . . II 22
Amtstitel der Richter (8) I 106
Amtstracht der Gerichtspersonen (89) . . . . I 114
Amtsverbände, Angelegenheiten der — (5 f.) . . II 91
Amtsverschwiegenheit . II 288
Amtsvorsteher (21, 46 ff.) II 147 ff.
Analphabeten, taube — (41) . . . . . I 166
Änderung der Zivilprozeßordnung, Ausführungsgesetz . . . . I 119 ff.
im Gewerbebetriebe während d. Steuerjahrs (24) I 477
— — im Umherziehen (19) I 493
Änderung des Güterstandes, Berichtigung des Grundbuchs (59) . . . I 63
— —, Wirkung dritten gegenüber (59) . . . . I 63
der Verfassung einer Familienstiftung (2 § 1) . I 9
der Wert- oder Kostenfestsetzung (28) . . . . I 201
Anerbengüter (43) . . . I 739
Übernahme durch überlebende Ehegatten (46) I 51
Anerbenrecht, Gesetz betr. das — (12, 108) . I 129, 179
Anerkannte Kinder, Versteuerung des Erbanfalls . . . . . C I 558
Anerkennung der Berechtigung zur Teilnahme am Familienschluß (2 § 8) . . . . . I 10
der Vaterschaft (70 f.) . I 71
Anfallrecht bei Stiftungen und Vereinen (5) . . I 12
Anfechtung gerichtlicher Verfügungen in Angelegenheiten d. freiw. Gerichtsbarkeit (3) . . I 156
Weitere Geltung d. bisherigen Bestimmungen bei einer — (140) . . I 186
Angabe des Vermögens, Verpflichtung d. Steuerpflichtigen zur — (26) I 455
Angebot einer Leistung, Beurkundung durch Gerichtsvollzieher (106) . I 714 f.
Angehörige des deutschen Reichs (1, 4) . . . . I 365
der Haushaltung bei Steuerveranlagung (11) I 403
Mitbieten der — des Gerichtsvollziehers (97) I 707
Pflicht zur Unterstützung (65) . . . . . II 418
des Schenkgebers od. Erblassers, Versteuerung d. ihnen von dritten Bedachten Herausgegebenen (12) . . . . . I 549
Angelegenheiten d. freiwilligen Gerichtsbarkeit, Mitwirkung der Gemeindebeamten in — (104—127) . . . . I 178 ff.
Ankaufsrecht, staatliches, auf die Bahnen (42) II 718 f.
Anklage, der Minister wegen ihrer Amtshandlungen (49) . . . . . II 14
wegen Verfassungsverletzung (61) . . . . . II 16
Anklam, eheliches Güterrecht (51 § 5) . . . . I 57
Anlagen in Bergwerken (59) . . . . . II 760
Besichtigung gewerblicher — (25) . . . . I 477
den Gebäuden schädliche — (125 ff.) . . . II 534
Anlage- und Betriebskapital (4 ff., 11, 23) I 441, 447, 477
Anlegestellen einer Fähre als Betriebsorte . . . I 467 f.
Anlegung von Mündelgeld (73—76) . . . . I 73 f.
neuer Wege (16) . . . II 686
Anleihen, kirchliche (24, 50, 2) . . . II 489, 501, 504
für die Staatskasse (103) II 24
Zinsen aus — (12) . . I 405
Anmeldung d. Erbanfalls (32 ff.) . . . . . I 553 f.
des Gewerbebetriebs im Umherziehen (4, 6 f.) . I 489 f.
des Gewerbes (52—58) I 482 f.
einer Hypothek im Zwangsversteigerungsverfahren (33) . . . . I 147
Annahme zur Hinterlegung (5) . . . . . I 309
des Nichteinlassungswillens beim Nichterscheinen im Sühnetermin (37) . . . . . I 299
Annahme an Kindesstatt (683 ff.) . . . . II 561
Befreiung vom erforderlichen Alter (14, 4) . I 600 f.
Gebühr für Bestätigung (99) . . . . . I 231
Anordnung der Hinterlegung (6) . . . . . I 309
Anrechnung im Auslande gezahlter Erbschaftssteuer (10) . . . . . I 549
des Mietgeldes auf den Lohn (25) . . . . . I 576
Ansatz der Gebühren und Auslagen (14) . . . . I 199
Anschlußbahnen (45) . II 719
Anschwemmung (225 ff.) II 540 f.
Ansiedelungen, Gründung neuer — . . . II 409
Ansiedelungsverfahren (147 ff.) . . . . . II 121
Ansprüche auf Herausgabe körperlicher Sachen (43 f.) . . . . . II 257
an Knappschaftskassen (173) . . . . . II 779 f.
Pfändung von — gegen

unbewegliche Sachen (45) . . . . . II 258
Verjährung gewisser — (8 f.) . . . . . I 16 f.
auf Verleihung d. Bergwerkseigentums (22 ff.) II 756
Anstalten zur Aufbereitung von Bergwerkserzeugnissen (58 f.) . . II 760
öffentliche —, Befreiung von der Erbschaftssteuer I 559
— —, Umschreibung der Inhaberpapiere (18 § 1) I 27
Anstaltsgemeinden (48) II 467
Anstaltsvorstand, Bevormundung durch einen — oder durch Beamte d. Armenverwaltung (78) I 76
Anstellung der Beamten II 269 ff., 281 ff.
Anstellungsbehörden (12 ff., 9 ff.) II 272, 276, 278 f.
Anteilsverhältnis bei vereinigten Bergwerken (44 ff.) . . . . . II 758 f.
Anträge auf Begnadigung eines Ministers (49) . II 14
Entgegennahme der — (4) . . . . . I 127
auf Erteilung eines Hypothekenbriefs (33 § 2) . I 39
auf Fürsorge-Erziehung (4) . . . . . II 357 f.
auf Gewährung von Steuerfreiheit (3) . . I 468
auf Herabsetzung der Betriebssteuer (61) . . . I 484
auf Sühneverhandlung (20) . . . . . I 297
auf Umschreibung von Inhaberpapieren (18 § 7) I 27
auf Zwangsversteigerung (18, 24, 29) . . . . I 145 f.
Anwärter des höheren Forstfaches (5) . . . . I 366
Anwartschaften (30) . II 275 f.
Anweisung d. Vormundschaftsgerichts zur Hinterlegung (48 ff.) . . . I 315
Anwendung d. Gebührenordnung für Rechtsanwälte (2) . . . . . I 251
der Gesetze . . . . . II 526
Anzeige des Amtsblatts, Veröffentlichung d. Aufgebots durch — (7) . . I 117
des Aufhörens eines steuerpflichtigen Gewerbes (58) . I 483, (10) II 239
Anzeigepflicht d. Grundstücksbesitzer und Haushaltungsvorstände (22) I 417
Anzeigepflicht für Versammlungen (1) . . . II 435
Anzug und Abzug, Meldungen beim Gemeinde- od. Gutsvorstande (61) I 433 f.
Apotheker (456 ff.) II 599 f., 396 ff.
Apothekergehülfen (18 ff.) II 399 ff.
Apothekerlehrlinge (15 ff.) II 397 ff.
Approbationspatent der Apotheker (1) . . . . II 396
Arbeiterausschuß (80c f.) II 764
Arbeitsbuch (85b ff.) . II 767 f.
Arbeitshaus (38) . . . II 417
Arbeitsordnung (80a ff.) II 763 ff.
Arbeitszeit (80b) . . . II 763
Arme, Anspruch auf Unterstützung (63) . . . . II 418
Beschwerden gegen Ortsarmenverbände (41) . II 100
Armenangelegenheiten II 99 f.
Armenanstalten (1 ff.) II 696 ff.
Befreiung von der Erbschaftssteuer . . . . . I 559
Armensachen (64) . . . II 808
Armenunterstützung (44) II 193
Ausschluß d. Wahlrechts bei — (8) . . . . . II 33
Armenverband, Antrag des — auf Entmündigung wegen Verschwendung u. Trunksucht (3) I 117
Streitigkeiten weg. Unterstützung (39) . . . . II 99
Unterstützung Hilfsbedürftiger (1) . . . . II 411
Armenverwaltung, Bevormundung durch Anstaltsvormund od. durch Beamte der — (78) . I 76
Arrest (53) . . . . . II 259 f.
Arrestbefehle, Vollziehung von — (86 ff.) . . . I 699 f.
Arreststrafe (15) . . . II 314
Arzneien, Verabreichung durch Aerzte . . . . . I 471
Arzneirechnungen der Ärzte (14) . . . . . II 397
Ärzte (4) . . . . . I 470
Ascendenten, Befreiung von d. Erbschaftssteuer I 559
Auditeur (129) . . . . I 182
Befugnis (111) . . . . I 115
als Berichterstatter (12) II 389
als Mitglied des Kriegsgerichts (11) . . . . II 389
Aufbau bei Grenzmauern, Untersagung der Mitbenutzung (23 § 2) . . I 31
Aufbewahrung, getrennte — hinterlegten Geldes (81) . . . . . I 319
Aufenthalt des Steuerpflichtigen (1) . . . . I 389
Aufforderung zum Nachweis der Berechtigung zur Teilnahme am Familienschluß (2 § 9) . I 10
zur Steuererklärung (25, 30) . . . . I 418, 420, 455
Unterbrechung der Verjährung durch — zur Zahlung im Verwaltungszwangsverfahren (8 § 2) . . . . . I 17
zum Widerspruch gegen Familienschluß (2 § 11) I 10
Aufgabe der Wohnung durch den Ausgedinger wegen Verhalten des andern Teils (15 § 8) . I 24
Aufgebot, Befreiung v. — (12) . . . . . I 599
im Falle der Hinterlegung (84 Abs. 13, 14) I 80
der Familienmitglieder (2 §§ 10, 11) . . . . I 10
des zur Gewinnung von Eisenerzen Berechtigten (39) . . . . . I 44
von Hypotheken in Kassel (33 § 3) . . . . . I 39
von umgeschriebenen Inhaberpapieren (18 § 9) I 27
Verfahren (7 ff., 14) I 117, 145
Veröffentlichung des — im Amtsblatte (7) . . I 117
des Wiederkaufsberechtigten am Rentengut (29 § 11) I 36
Aufgebotsverfahren, Ausschließung v. Eigentumsansprüchen (21 ff.) I 721
— d. unbekannten Hypothekengläubigers im — (33 § 3) . . . . . I 39
bei der Hinterlegung (19, 58 ff., 87a) . I 311, 316 f., 319
Aufgehobene Gerichte (12) I 106
Gesetze (89) . . . . . I 92 ff.
Aufhebung des Arbeitsverhältnisses (83a) . . II 767
des Belagerungszustands (3, 15) . . . . II 388, 390
des Bergwerkseigentums (156 ff.) . . . . . II 778
besonderer Rechte ohne Entschädigung (42) . . II 12
des Dienstverhältnisses (89 f.) . . . . . II 769 f.
direkter Staatssteuern II 237 ff.
einer Familienstiftung (2 § 1) . . . . . I 9

Aufhebung der Gesetze . II 527
des Gesindevertrags (11; 110 ff.) . . . . I 576. 582 ff.
d. Gütergemeinschaft (56 § 4) . . . . . I 62
von Hinterlegungsstellen (92 ff.) . . . . . I 319 f.
der Korporationen und Gemeinen (189 ff.) . II 581 f.
von Polizeiverfügungen (6) . . . . . II 378
der Schonzeit (12) . . . I 363
einer Stiftung (4) . . . I 11
Auflage, Vollziehung d. — (7) . . . . . I 599
Auflassung, Form der — im Gebiete d. rheinischen Rechts (26) . . . . . I 32
Auflassungsstempel (18) I 200
Auflösung d. Aktiengesellschaften wegen rechtswidriger Handlungen (4) I 99
der Gemeindevertretung (142) . . . . . II 211
der Handelskammer (43) II 518
polizeiliche — von Versammlungen (5 f.) . . II 436
Aufnahme von Anleihen (103) . . . . . II 24
d. Familienschlusses durch das Gericht (2 Abs. 7) I 10
von Taxen (110) . . . I 179
von Vermögensverzeichnissen (31, 38) . . . I 164 f.
Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Notverordnungen zur— (63) . . . . . II 19
Aufruhr, Außerkraftsetzung der Verfassung (111; 16) . . . . II 28, 391
Erklärung des Belagerungszustandes (2) . . II 387
strafbare Aufforderung zum — (9) . . . . . II 388
Aufschiebende Wirkung d. Anfechtung von Verwaltungshandlungen (53) II 70
Aufsicht (14) . . . . . I 368
über Gerichtsvollzieher (33) II 799
üb. Kirchenbauten (757 ff.) II 652
über die Provinzialverbände (114 ff.) . . . II 137 ff.
staatliche — über Besteuerung der Gemeinden (77) . . . . . II 232
— — über die Gemeinden (139 ff.) . . . . II 211 f.
— — über den Unterricht . . . . . II 508
— — über die Unterrichtsanstalten (23) . . II 10
Aufsicht über die Versicherungen (14 ff.) . . . II 750 f.
Aufsichtsbehörde bei der Einkommensteuer (35, 42) . . . . . I 423, 427
Genehmigung z. Grundstückserwerb durch jur. Personen (7) . . . . I 15
Aufsichtsrecht der richterlichen Beamten (78 f.) . I 113
über den Schiedsmann (7) . . . . . I 295
des Staates über die Bahnen (45 f.) . . . II 719
— — über kirchliche Vermögensverwaltung . II 503 ff.
Auftrag der Jagdpolizeibehörde (2) . . . . . I 365
Aufträge d. Justizbehörden an Gerichtsvollzieher (20 f.) . . . . II 797
Aufwendungen d. Dritterwerbers eines Rentenguts im Verhältnis zum Wiederkäufer (29 § 7) . I 35
im Verhältnis zu seinem Rechtsvorgänger (29 § 9) I 36
der Gemeinden (55 f.) . II 227
Aufzug, öffentlicher — (10, 17) . . . . . II 436 f.
Auktionator, beeideter — (125 f.) . . . . I 182, 812 ff.
Ausbildung f. d. Staatsforstdienst (5) . . . . I 366
Auseinandersetzungen, Aufnahme des Antrags auf — durch die Ortsbehörden (113) . . . . I 180
des Fideikommißfolgers mit den Erben des letzten Besitzers (206 ff.) II 572 f.
Gebühren für — . . I 224 ff.
Mitwirkung des Ortsgerichts (41 ff.) . . . I 764
in Nassau (36) . . . . I 41
zwischen dem an- und abziehenden Pfarrer (822 ff.) . . . . . II 655 f.
— dem überlebenden Ehegatten und den Erben des Verstorbenen (48 § 4) . . . . . I 53
Überweisung der — an einen Notar (21 ff., 33) I 160, 164
Unterstützung der Gerichte durch Ortsbehörden (116) . . . . . I 180
Vorschriften des Landrechts über — (144) I 186, 188
Auseinandersetzungsangelegenheiten, Anderungen d. Gesetzes betr. das Verfahren in — (4) . . . . . I 119/121
Ges. betr. Kosten in — (3) I 141
Auseinandersetzungsbehörde (95) . . . . II 113
Eintragung der von der — bestätigten Rezesse im Grundbuche (12 f.) I 129
Lastenfreie Abschreibung eines Grundstücksteils auf einer Bescheinigung der — (20) . . . . I 130 f.
Veranlassung der Berichtigung des Grundbuchs durch — (14) . . . . I 129
Verjährung d. Anspruchs auf nicht eingezogene Kosten durch die — (8 § 1) . . . . . I 17
Vermittelung der — bei der Enteignung (37, 39) I 147 f.
Verteilung der Reallasten (31) . . . . . I 37
Auseinandersetzungsurkunden, kostenfreie Aufnahme von — (60) I 64
Ausfertigung gerichtlicher Verfügungen (18) . . I 157
von Inhaberpapieren d. Staats od. eines Kommunalverbands (17 § 1) I 26
des Protokolls über ein Rechtsgeschäft (43—47, 61) . . . . . I 166, 168
— — des Schiedsmanns (29 ff) . . . . . I 298
Ausfertigungsgebühren (4) . . . . . I 365
Ausführungsgesetz der C.P.O., Aenderungen des — (1) . . . . . I 116 ff.
zum Gerichtsverfassungsgesetz (130) . . . . I 182 f.
zur Konkursordnung (144 Abs. 20) . . . . . I 188
Ausführungsverordnungen, Erlaß durch den König (45) . . . II 14
Ausführungsvorschriften für Umschreibung von Inhaberpapieren (18 § 7) I 27
Ausgaben, abzugsfähige (22) . . . . . I 476 f.
— bei der Einkommensteuer (9) . . . . . I 397 f.
aus dem Kirchenvermögen (686) . . . . . II 649
Ausgedinge-Vertrag (15) I 23
Ausgleichung bei der Schichtung (48 § 6) . I 54
Aushändigung von Aus-

fertigungen und Abschriften (15) . . . . . I 199
gerichtlicher oder notarieller Urkunden (52) . I 167
Aushang der Arbeitsordnung (80g) . . . II 765
Auskunft, Verpflichtung zur — an das Erbschaftssteueramt (38) . I 555
Auskunftserteilung, Verpflichtung zur — in Steuersachen (7) . . . I 513
Auskunftspersonen, Vernehmung durch den Steuerausschuß (26) . I 478
Auslagen der Dorfgerichte (60 ff.) . . . . . I 797 ff.
des Gerichts (113 ff.) . I 234 f.
d. Gerichtsvollziehers (24) I 255
des Notars (19) . . . I 246
der Ortsgerichte (93 ff.) I 773 ff.
des Rechtsanwalts (9) . I 156
d. Schiedsmanns (42 ff.) I 299 f.
Ausland (1) . . . . . I 389
Übernahme e. Deutschen ohne Unterstützungswohnsitz aus dem — (37) . . . . . II 417
Ausländer, Eheschließung in Preußen (43 § 1) . I 46
als Erblasser (9) . . . I 548
Erbschaftssteuer der — (1) I 544
Gewerbebetrieb i. Preußen (2) . . . . . I 466
— im Umherziehen (3 f.) I 489
Handel auf Messen und Märkten (4) . . . . . I 470
Heranziehung zu Gemeindesteuern (39) . . II 223
als Jagdpächter (12) . I 356
steuerfreies Einkommen (1) I 389
Steuerpflicht (6) . . I 395 f.
Unterstützungswohnsitz (64) . . . . . II 418
Ausländische juristische Personen, Grundstückserwerb (7 § 2) . . . I 15
Versicherungsgesellschaften (6) . . . . . II 750
Auslegung der Abteilungslisten (16; 9; 21) II 34, 39, 41
der Gesetze . . . . . II 527
der Urwählerlisten (15; 4; 21) . . . . II 33, 38, 41
der Wahlmännerverzeichnisse (24) . . . . . II 42
Ausnahmegerichte, Unzulässigkeit (7) . . . . II 9
Ausnehmen von Eiern (2) I 365
Ausscheiden von Gewerken (100) . . . . . II 770
Ausschlagungsfrist (46 § 3) . . . . . I 51
Ausschließung von Gerichtspersonen (1) . . I 155
— — im Verwaltungsstreitverfahren (61 f.) . II 72
der Gütergemeinschaft (56 § 6) . . . . . I 62
der Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen (93) II 22
— — vor dem Kriegsgericht (13) . . . . . II 390
Recht der — aus dem Jagdbezirk (5 f.) . . . I 355
Ausschluß des Handelskammermitglieds (19) . II 515
Ausschlußfristen (47) . I 461
bei der Einkommensteuer (40, 60, 75, 79) . I 425, 433, 436 f., 437
für Einlegung d. Rechtsmittel (35 f.) . . . . I 479
im Gemeindeabgabengesetz (94) . . . . . II 236
für Schadensersatzforderungen (5) . . . . . II 392
Ausschlußurteil im Aufgebotsverfahren (69) . I 317
— — über einen Eigentumsanspruch (27 f.) . I 721
Erlöschen d. Wiederkaufsrechts durch — (29 § 11) . . . . . I 36
Ausschuß zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen (34) . . . I 109
Äußere Rechte der Korporation (81 ff.) . . II 576 ff.
Außergewöhnliche Gelegenheiten, vorübergehender Gewerbebetrieb bei — (61) . . . . . I 484
Außergewöhnliche Gemeindewahlen (54) . . II 196
Außerkraftsetzung v. Verfassungsbestimmungen (111) . . . . . II 28
— — während des Belagerungszustandes (5) II 388
Außerordentliche Kommissionen, Aufhebung (7) . . . . . II 9
Außerpreußische Gewerbetreibende (2, 4) I 466, 470
Außerpreußischer Gewerbebetrieb von Inländern (21) . . . . I 476
Aussetzung der Dienste (432 ff.) . . . . . II 592
der Versteuerung bei fortgesetzter Gütergemeinschaft (40) . . . . . I 555
Aussetzung der Versteuerung bis zur Vereinigung von Nutzung und Substanz (27) . . . . I 552
Aussicht (137 ff.) . . . II 585
Ausspielungen . . . . I 597
Austausch von Feldesteilen (50 f.) . . . . . II 759
Austritt aus der Kirche, Gesetz betr. — . . . II 453 ff.
aus der Korporation (182 ff.) . . . . . II 581
Ausübung der Jagd (1) I 365
des Jagdrechts (2 f.) . . I 354
des Real-Patronatrechts (598 ff.) . . . . . II 645
der Rechte . . . . . II 528 f.
des Schiedsmannsamts (15 ff.) . . . . . I 296 f.
der Staatsbürgerrechte (3) II 9
Auswanderung (131 ff.) II 695
Auswanderungsfreiheit (11) . . . . . II 9
Auswärtige Bischöfe (135 ff.) . . . . . II 627
Ausweichen auf d. Straße (25 ff.) . . . . . II 686 f.
Auszahlung hinterlegter Gelder (5; 22 ff.; 102 ff.) I 309, 311 f., 320
von Schenkungen an juristische Personen vor erfolgter Genehmigung (6) . . . . . I 14
Auszeichnungen, Verleihung (50) . . . . II 14
Auszug, Dienstbarkeit, bleibt bestehen, ohne im geringsten Gebot berücksichtigt zu sein (6) . . I 142
aus dem Grundbuche (30, 37) . . . . . I 737 f.
aus den Totenlisten für das Erbschaftssteueramt (31) . . . . . I 553
Auszugsvertrag (15) . I 23
Automaten . . . . . I 468
Aversionalversteuerung (40) . . . . . I 555

B.

Bäche, Räumung von — (65 f.) . . . . . II 106
Badisches Landrecht (57) I 62
Bahneinheit (1 ff.) . . II 731 f.
Zwangsliquidation . . I 237 ff.
Bahngeld (29 ff.) . . II 716 f.
Bahngeldtarif (159) . . II 123
Bahngrundbücher (8 ff.) II 732 ff.
Bahnpfandschuld (20 ff.) II 735 f.
Bahnpolizei (23) . . . II 715

Barzahlung d. Stempelabgabe (14) . . . . . I 516
Bau der Kirchengebäude (699 ff.) . . . . . II 649 ff.
Baudienste (369 ff.) . . II 589
Bauen, Einschränkung d. Eigentümers (65 ff.) . II 532
Bauernstand . . . . . II 582
Bauerordnung (5) . . I 57
Bauerschaftsvorsteher (118) . . . . . I 180
Baukosten, anteiliger Ersatz bei Erhöhung der Grenzmauer (23 §§ 2, 3) I 31
Baupolizei (143 ff.) . . II 121
Bayern, Angehörige der rechtsrheinischen Gebietsteile von — (43 § 6) I 46
Bayerische Güterrechte . I 611 ff.
Bayrisches Gesetz betr. d. Verjährungsfristen (89 Abs. 21) . . . . . I 93
Beamte, Ausfertigung v. Inhaberpapieren (17) . I 26
Beurkundung v. Grundstücksveräußerungen durch — (12 §§ 2, 4; 27 § 1) . . . . . I 18 f., 32
Bevormundung durch — der Armenverwaltung . I 75
dienstlicher Wohnsitz (1) I 389
Genehmigung z. Schiedsmannsamte (2) . . . I 295
gerichtliche Verfolgung wegen Überschreitung der Amtsbefugnisse (97) II 23
der Korporation (147 ff.) II 580 f.
der Landgemeinden (18 ff.) II 284 f.
Pensionsanspruch (2) . II 327
auf Probe, Kündigung, Widerruf (83) . . . . II 321
der Stadtgemeinden (8 ff.) . . . . . II 282 ff.
unbefugte Offenbarung der Steuerverhältnisse (69) . . . . . I 435
Urlaub zum Eintritt in die Kammer (78) . . II 20
der Vertreter fremder Mächte (3) . . . . . I 394
als Vormünder . . . . I 71
Beamtengehälter, Zahlung der — . . . . . II 341
Beamtenrecht d. Schiedsmanns (6) . . . . . I 295
Beanstandung d. Steuererklärung (38) . . . . I 424
d. Vermögensanzeige (30) I 455
Beaufsichtigung der Familienstiftung (1) . . I 9
der Fischerei (46 ff.) . I 379 f.
der Handelskammer (43) II 518
Beauftragter Richter (37) I 165
Bedienstete der Vertreter fremder Mächte, Steuerfreiheit der — (3) . . I 394
Bedingte Belastung (23) I 551
Bedingter Erwerb (22) I 551
Bedingung bei Eigentumsübertragung an Grundstücken (27) . . I 32
Beeidigung d. Dolmetscher bei Grundstücksveräußerungen (12 § 4) . . . I 19
von Forstschutzbeamten (23 ff.; 5) . . . I 329 f., 366
durch die Handelskammer (42) . . . . . II 518
der Handelsmäkler (13) . I 20
der Sachverständigen für gerichtliche Angelegenheiten (86) . . . . . I 113
durch Schiedsmann unzulässig (24) . . . . I 297
Befähigung zu öffentlichen Ämtern (4) . . II 9
d. Referendare zu richterlichen Geschäften (2) . I 105
zum Richteramt (90) . II 22
zur Unterrichtserteilung (22) . . . . . II 10
Befähigungsnachweis d. Betriebsbeamten (74) . II 762
Beförderung, Mandatsverlust durch — (78) . II 20
Beförderungspreise (21) II 726
Befreiung (3—5) . I 468—473
von d. Einkommensteuer (3) I 394
von der Entrichtung der Jagdscheinabgaben (5) . I 366
von der Erbschaftssteuer I 544
von der Ergänzungssteuer (3) . . . . . I 441
vom Schöffenamt (33) . I 108
der Staatsdiener von Kommunalauflagen . II 309 f.
von der Verpflichtung zur Lösung eines Jagdscheins (2) . . . . . I 365
von der Zahlung der Gerichtsgebühren (7 ff.) I 196 ff.
Befugnis zur Ablehnung d. Schiedsmannsamts (8) I 295
Befugnisse des Aufsichtsrichters (80 f.) . . . . I 113
d. Bergwerkseigentümers (54) . . . . . II 760
des Grubenvorstandes (119 ff.) . . . . . II 772 ff.
d. Steuerausschusses (26 f.) I 478
des Vorsitzenden des Steuerausschusses (25) . I 477
Beginn der Einkommensteuerpflicht (5) . . . I 395
Beginn der Schürfarbeiten (9) . . . . . II 754
Beglaubigte Abschrift, Form (57) . . . . . I 168
aus dem Grundbuche (7) I 128
aus dem Schiffsregister (29) . . . . . I 161
Verbot der — durch Notare aus gerichtlichen Akten (32) . . . . . I 164
Beglaubigung von Abschriften (56 f., 59 ff.) . I 168 f.
Befugnis der Gerichtsschreiber zur — (35) . I 165
durch Gemeindebeamte (115) . . . . . I 180
gerichtliche oder notarielle — (10) . . . . II 353
— amtlicher Unterschriften zwecks Legalisation im diplomatischen Wege (43) . . . . . I 110
des Handzeichens (27) . I 298
durch die Ortspolizeibehörde (84 ff.) . . . II 767 f.
von Unterschriften oder Handzeichen (11; 60; 144 Abs. 22) I 144, 168, 188
— — durch das Ortsgericht (89) . . . . . I 771
der Zeit (59) . . . . . I 168
Begnadigungsrecht des Königs (49) . . . . . II 14
Begräbnisse (453 ff.) . II 640 f.
Begräbniskosten, Abzug der — von der steuerpflichtigen Masse (5) . I 547
des Gesindes (100) . . I 581
Begräbnisplätze (24, 4, 50; 2) . II 489, 495, 501, 504
Begrenzung der Kreise (1 ff.) . . . . . II 142 f.
der Steuerpflicht (33) . I 479
Begründung des Bergwerkseigentums (37 I) . I 42
Begünstigung (7) . . . I 366
Behörden, Entscheidung über Hinterlegung (6) . I 309
Erteilung der Erlaubnis zur Übernahme der Vormundschaft durch die vorgesetzte — (72) . . I 71
zur Genehmigung des Grundstückserwerbs (7) I 15
— — der Zuwendungen an juristische Personen (6) . . . . . I 14
als Kontrahenten bei Grundstücksveräußerungen (12 § 2; 27) . I 18, 32
Petitionsrecht (32) . . II 11
keine Prüfung der Rechts-

gültigkeit königl. Verordnungen (106) . . . II 27
zur Schulaufsicht (23) . II 10
Stellung der — (48 f.) II 69 f.
Verpflichtung zur Gestattung der Einsicht von Schriftstücken durch Steuerbehörden (25) . I 477 f.
Beifichführen des Jagdscheins (1) . . . . . I 365
Beisitzer bei der Abgeordnetenwahl (30; 26) II 35, 42
bei der Urwahl (20; 12 f.) II 34, 40
Beistände (19, 27) . . I 297 f.
Beiträge (9) . . . . . I 397 f.
zu Gemeindezwecken (9 f.) II 216 f.
zu Kassen (174 ff.) . . II 780
Beitreibung von Geldbeträgen im Verwaltungszwangsverfahren II 251 ff.
der Zinsen (484 ff.) . II 594 f.
Bekanntmachung d. Anlegung des Grundbuchs I 730
des Aufgebots (14) . . I 145
der Auslegung der Urwählerlisten (15; 4) II 33, 38
der Behörden . . . . . I 609
einseitiger Willenserklärungen durch Gemeindebeamte (114) . . . . I 180
der Erklärung und Aufhebung d. Belagerungszustandes (3 ff.) . . . II 388
des Fahrplans v. Kleinbahnen (21) . . . . . II 726
von Gesetzen und Verordnungen (106) . . . II 27
landesherrlicher Erlasse . II 702
der Steuererklärungsfrist (24) . . . . . I 418
der Terminsbestimmung zur Zwangversteigerung (5) . . . . . I 141
des Textes d. Gebührenordnung für Notare (135) . . . . . I 185
— — des preußischen Gerichtskostengesetzes (86 § 2) . . . . . I 91
des Veranlagungsergebnisses (39) . . . . . I 425
des Wahlmännerverzeichnisses (24) . . . . . II 42
weiterer Gesetzestexte durch den Justizminister (7) . I 121
Bekenntnis, Freiheit des religiösen — (12) . . II 10
Beköstigung des Gesindes (32 f.) . . . . . I 577
Beladung d. Verdecks (7) I 101
Belastung des Bergwerks (98) . . . . . II 770
Beleidigungen, Sühneverhandlung über — (33—39) . . . . . I 298 f.
Benachrichtigung von bevorstehender Pfändung (42) . . . . . II 257
des Steuerpflichtigen (32) I 479
Beratschlagungen d. Korporationen (51 ff.) . . II 575
Beratung und Abstimmung (90) . . . . . I 114
Berechnung d. Erbschaftssteuer (28) . . . . . I 552
der Gebühren (39) . . I 210
— — des Notars (2 ff.; 24) . . . . . I 244, 247
des Schadens bei der Versicherung (2262 ff.) . II 610 f.
Berechtigung der Teilnahme am Familienschluß (2 §§ 8, 9) . . I 10
Berechtigungen, Ablösung gewerblicher — (133) . . . . . II 119
Bergbau, Einkommen aus dem — (14) . . . . I 409
Steuerpflicht des — . . I 468
Bergbaubetrieb, gesetzliches Vorkaufsrecht zu Zwecken des — (22) . I 30
Bergbehörden . . . . 781 f.
Berggesetz . . . . . II 752
allgemeines — (17, 23, 26) . . . . . I 145 f.
Änderungen des allgemeinen — (37) . . . I 41
Gebrauchs- u. Nutzungsrechte im Bereiche des — ohne Eintragung wirksam (22) . . . . I 30
Berggewerkschaften, Berechnung des Einkommens (16) . . . . . I 415
Pflicht zur Einreichung des Geschäftsberichts u. d. Jahresabschlüsse (24) I 418
Steuerpflicht (1) . . . I 389 f.
Bergleute (80 ff.) . . II 762 ff.
Lohnansprüche der — (17) I 145
Bergpolizei (196 ff.) . II 782 f.
Bergrecht (37 ff.) . . . I 41 ff.
Bergregal (250) . . . II 790
Bergwerk, Anwendung d. Vorschriften der Grundbuchordnung auf — (22) . . . . . I 132
Grundbuch für — (22 ff.) I 735 f.
staatliches — (2) . . . II 753
Bergwerksabgaben, Aufhebung (2) . . . . . II 237
Bergwerksanteile, Zwangsversteigerung u. Zwangsverwaltung von unbeweglichen — im Wege der Zwangsvollstreckung (15; 20) . . I 145 f.
Bergwerkseigentum, analoge Anwendung der Vorschriften über Erbbaurecht auf das — (28) I 133
Aufhebung (25) . . . . I 132
Begründung (37 I) . . I 42
Eintragung des — auf Ersuchen des Oberbergamts (23) . . . . . I 132
Erwerbung (3 ff., 50 ff.) II 753, 759 ff.
Schließung des Grundbuchblattes (25) . . . I 132
Zwangsversteigerung u. -verwaltung . . . . I 145 f.
Berichte d. Handelskammern (36) . . . . . II 517
Berichterstatter beim Kriegsgericht (12 f.) . II 389 f.
Berichtigung des Grundbuchs infolge Änderung d. Güterstandes (59 § 2) I 63
Berlin, Behörden für den Stadtkreis — (41 ff.) . II 68 f.
besondere Veranlagung (10 f.; 52; 58; 77) I 474, 482 f., 486
besonderer Verwaltungsbezirk (1) . . . . . II 62
Bildung der Berufungskommission bei der Einkommensteuer (41) . . I 426
Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern (78) . . . . I 437
Feld- und Forstpolizeisachen (89) . . . . . I 347
Gerichtsorganisation für — und Umgebung . I 269 ff.
Oberlandesgericht —, ausschließliche Zuständigkeit des — (50) . . . . . I 111
Berufung an d. Bundesamt für das Heimatwesen (59) . . . . . II 418
im Disciplinarverfahren (41 ff.) . . . . . II 317
beim Forstdiebstahl (19) I 329
gleichzeitige, beider Kammern (77) . . . . . II 20
der Kammern (51, 76) II 15, 20
zu Mitgliedern d. Herrenhauses (3) . . . . . II 29
zur Regentschaft (56 f.) . II 15
zum Schöffenamt (33) . I 108
gegen Veranlagung zur

Einkommensteuer (40, 75) . . . . . I 425, 436 f.
— — zur Ergänzungssteuer (33 ff.) . . . . I 456 ff.
im Verwaltungsstreitverfahren (82 ff.) . . . . II 75
Berufungskommission (41 ff.; 75; 35 f.) I 426 f., 436 f., 457 f.
Berufungsrecht d. Steuerpflichtigen u. des Vorsitzenden des Steuerausschusses gegen die Einspruchsentscheidung (35 f.) . . . . . I 479
d. Vorsitzenden d. Steuerklasse I gegen Veranlagungsbeschlüsse (30) . I 478
Beschäftigung, Einkommen aus Gewinn bringender — (15) . . . I 411
Bescheinigung d. Amtsgerichts über Abtretung von Grundschulden (34) I 40
über die Berechtigung zur Empfangnahme hinterlegter Gelder (33) . . I 313
im Bereiche des Gesetzes betr. das Staatsschuldbuch (16) . . . . . I 25
über die Erbschaftssteuer (41) . . . . . I 555
der Erfolglosigkeit des Sühneversuchs (38) . . I 299
der Hinterlegung (16; 41 f.; 78; 84) I 310, 314, 318 f.
Beschlagnahme (41, 43) . I 148
eines Bergwerks (19) . I 145
von Briefen und Papieren (6) . . . . . II 9
von Fanggeräten (48) . I 380
durch Gerichtsvollzieher (89) . . . . . I 701 f.
der Jagdgeräte u. Hunde (12) . . . . . I 368
d. Werkzeuge beim Forstdiebstahl (16) . . . . I 328
Beschlüsse der Gemeindevertretung (66 f.) . . . II 197
d. kirchlichen Organe (24) II 489
d. Korporationen (51 ff.) II 575
der Handelskammern (34) II 517
Beschlußfähigkeit d. Kammern (80) . . . . . II 20
Beschlußfassung d. Kammern (80) . . . . . II 20
Beschlußverfahren (54 ff.) II 71
in Verwaltungssachen . II 80 ff.
Beschränkung des Grundeigentums (9) . . . . II 9
nachbarrechtliche — des Eigentums (23) . . . I 30
Beschränkung der Reallasten (30) . . . . . I 36 f.
Beschwerde (9) . . . . I 367
allgemeine (4) . . . . I 156
an die Berufungskommission (43) . . . . . I 427
im Beschlußverfahren (121 ff.) . . . . . II 81 f.
gegen Entscheidung der Berufungskommission (44; 36) . . . . I 428, 458
— — über den Zuschlag (32) . . . . . I 147
an den Finanzminister (30; 55; 60; 67; 71) I 420, 431, 433, 435 f.
Instanzenzug (6 f.) . . I 156
üb. Knappschaftsvorstand (186) . . . . . II 781
an das Oberverwaltungsgericht (37) . . . . . I 480
gegen Ordnungsstrafen (62; 20) . . . II 319, 325
über polizeiliche Verfügungen . . . . . II 377 f.
an die Regierung wegen Betriebssteuer (65) . . I 484
gegen den Schiedsmann (7) I 295
sofortige — (5, 11) . I 156 f.
-Summe (11) . . . . I 157
in Verwaltungssachen (50; 110 f.) . . . . II 70, 79
weitere — (6 f., 11) . I 156 f.
Beseitigung des Widerstands des Schuldners gegen zu duldende Handlung (82) . . . . . I 697
Besetzung d. Dorfgerichte (1 ff.) . . . . . I 789
Besichtigung gewerblicher Anlagen (25) . . . . . I 477
Besitz, Feststellung des — (18) . . . . . I 720
Besitzschutz bei Grunddienstbarkeiten (28) . . I 33
Besoldung d. Beamten II 269 ff.
Besteuerung (2; 15) I 393, 411
Besondere Fälle der Versteuerung (12) . . . . I 549
Gerichte . . . . . I 178 ff.
Besorgnis (6) . . . . . I 366
Besserungsanstalt (2) . II 357
Bestallung d. Geistlichen (63 ff.) . . . . . II 623 f.
Bestätigung der Auseinandersetzung (23) . . . I 160
d. Gemeindebeamten (84) II 200
der Konsolidation (49) . II 759
der Wahl zum Schiedsmanne (4) . . . . . I 295
Bestätigungsrecht der kriegsgerichtlichen Urteile während des Belagerungszustandes (7) II 388
Bestechung, Anklage der Minister wegen (61) . II 16
Bestellung eines gemeinsamen Vertreters mehrerer geschäftsunfähiger Familienmitglieder (2 § 6) . . . . . I 10
des Grubenvorstandes (127 f.) . . . . . II 773 f.
Besteuerung, kirchliche (11 ff.) . . . . . II 479
Besteuerungsgrenze bei d. Ergänzungssteuer (17) I 450
Besteuerungsrecht des Fiskus (2 ff.) . . . . II 682
Bestrafung (11) . . . . I 367
d. Forstdiebstahls (2 ff.) I 326 ff.
der Übertretung d. Versammlungsrechts (12 ff.) II 437 f.
Beteiligte am Verteilungsverfahren (41, 44) I 148 f.
Kostentragung seitens eines — (10) . . . . I 156
Betrag der Lehns- und Fideikommißanfälle (26) I 552
d. Steuer vom Gewerbebetrieb i. Umherziehen (9) I 491
Betrieb des Bergwerks (65 ff.) . . . . . II 761
Betriebsbeamte in Bergwerken (80 ff.) . . . II 762 ff.
vorzugsweises Recht auf Befriedigung der Lohnansprüche (17) . . . . I 145
Betriebsgemeinden, Verpflichtung zur Leistung von Zuschüssen (53) . II 226
Betriebskapital (23) . . I 477
Betriebskosten (22) . . I 476
Betriebsmaterialien (80b) II 764
Betriebsort (38) . . . . I 480
Betriebsstätten (2) . . I 393
Betriebssteuer (59) I 483 (12 f.), II 239 f.
Betriebsunfälle, Fürsorge für Beamte infolge von — . . . II 338 ff.
Bettag . . . . . II 392
Beurkundung, Form (55, 61) . . . . . I 168
durch Gerichte (37) . . I 165
durch Gerichtsschreiber (36) I 165
von Grundstücksveräußerungen (12) . . . . I 18 f.
des Notars am Krankenlager (6) . . . . . I 244
eines Rechtsgeschäfts (2; 31; 39 f.) . . . I 155, 164 f.
des Zeitpunktes des Einganges (4) . . . . . I 127

Beurlaubtenstand, Person des — (113) . . . II 439
Wegfall d. Steuer während d. aktiven Dienstes (65) . . . . . I 434
Beurlaubung, Gehaltsabzug bei — . . . . II 292
Beute (193 ff.) . . . . II 539
Bevollmächtigte zum Bundesrate, Befreiung von der Einkommensteuer (3) . . . . . I 394
eines Familienmitgliedes in Stiftungsangelegenheiten (2 § 8) . . . . I 10
Haftung von — für die Erbschaftssteuer (30) . I 553
Bevormundung durch Anstaltsvormund oder Beamte der Armenverwaltung (78) . . . . I 76
Bewaffnete Macht (36, 38) . . . . . II 11
Bewässerungsanlagen . II 106
Bewegliche körperliche Sachen, Zwangsvollstreckung (56 ff.) . . I 680 ff.
Sachen, Zwangsvollstreckung (79) . . . I 695 f.
Bewegliches Vermögen (10) . . . . . I 548
Zwangsvollstreckung (17 ff.) . . . . . II 254 ff.
Bezirke der Amtsgerichte (21) . . . . . I 107
Begrenzung der — der Ortsgerichte (1 ff.) . I 748 f.
der Gerichtsvollzieher (17) . . . . . II 795 f.
der Grundbuchämter (2 f.) I 127
d. Hinterlegungsstellen (3) I 309
der Landgerichte (37) . I 109
der Oberlandesgerichte (47) I 110
Bezirksausschuß (4) I 99 (28 ff.), II 66 f.
Armensachen (49) . . . II 417
Regelung vermögensrechtlicher Ansprüche d. Kommunalbeamten (7) II 282
in Steuersachen (31) . I 420 f.
Bezirksbehörden . . . II 64 ff.
Bezirkseisenbahnräte . II 720 f.
Bezirkshilfskassen (3) . . I 468
Bezirksregierung (17 ff.) II 64 ff.
als Hinterlegungsstelle (1) I 309
Bezirkssteuer beim Wahlrecht (1) . . . . . II 36
Bezirksverbände . . . II 24
Bienen (118 ff.) . . . . II 537
Bilanz (14) . . . . . I 409
Bildung der Gemeindeorgane (34 ff.) . . II 465 ff.
Bildungswesen (21—26) II 10
Binnenfischerei (3, 7) I 371 f.
Binnenschiffsregister (34 ff.) I 649
Bischöfe (115 ff.) . . . II 626
Bittschriften an die Kammern (81) . . . . II 20
Blankoabtretung einer Grundschuld (34) . . I 40
Börsen (134 ff.) . . . II 119
Aufsicht (41) . . . . II 518
Börsenpreis des Pfandes (41) . . . . . I 45
Botengehen (410 ff.) . . II 590
Brand, Versicherung gegen — (2) . . . . I 141
Brandenburg, Kreisordnung . . . . . II 141 ff.
Provinzialordnung . II 125 ff.
Brandstiftung während des Belagerungszustandes (8) . . . . . II 388
Brandunglück (44) . . I 481
Branntwein, Steuerpflicht der Brennereien I 468
desgl. des Kleinhandels mit — (59) . . . . I 483
Brauerei (426 ff.) . . . II 598
Braunkohlenbergbau (38) I 43
Brautschätze, geistliche — (1185 ff.) . . . . . II 671
Bremisches Güterrecht I 625 ff.
Ritterrecht (19) . . . I 130
Briefe, Beschlagnahme von — (6) . . . . . II 9
Geschäftsabschluß durch — (1) . . . . . I 509
Briefgeheimnis, Unverletzlichkeit des — (33) . II 11
Bruchteil eines Rentenguts, Wiederkaufsrecht (29, § 2) . . . . . I 34
Brücken (52 ff.) . . . . II 688
Brückengeld (90 ff.) . II 689 f.
Brunnen (129 ff.) . . . II 534
Brunshausen, eheliches Güterrecht von — (50) I 55
Buchführung der Versicherungsagenten (13) . . II 750
Buchschulden des Staats, Umwandlung d. Schuldverschreibungen in — (1 f.) . . . . . II 352
Buhnen (230 ff.) . . . II 540
Bundesamt für das Heimatwesen (59) . . . II 418
Bureau- und Unterbeamte der Gerichte (59, 64, 19) . II 319 f., 325
Bürge (1) . . . . . I 365
Sicherheitsleistung für ein Gebot durch — (10) I 143
Bürgerliche Ehrenrechte (6) I 366
Bürgerliche Ehrenrechte Vollbesitz (74) . . . . II 20
Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, Sühneverhandlung über — . I 296 ff.
Zustellungen (19 ff.) . I 664 ff.
Zwangsvollstreckung (42 ff.) . . . . . I 671 ff.
Bürgerliches Gesetzbuch (8, 21) . . . . . I 128, 132
Ausführungsgesetz . . . I 5 ff.
Besitzschutz von Grunddienstbarkeiten (28) . . I 33
Gesinderecht (14) . . . I 21
für das Königreich Sachsen (61) . . . . . I 64
Leibgedingevertrag (15) I 23
selbständige Gerechtigkeiten (40) . . . . . I 44
Umschreibung von Inhaberpapieren (17) . . I 26
Verjährung (8 § 2) . . I 16
Wiederkaufsrecht bei Rentengütern (29 § 5) . . I 35
Bürgermeister, Befugnisse der — (123) . . I 181
Beurkundung von Grundstückskaufverträgen in Nassau (12 § 3) . . . I 19
Organe der freiwilligen Gerichtsbarkeit (118 f., 123) . . . . . I 180 f.
Bürgerrecht (10; 5 f.; 13) . . . . II 92, 171, 595
Verlust des — (75) . . II 185
Bürgerrechtsgelder (96) II 236
Bürgerstand . . . . II 595 ff.
Bürgervermögen (159 ff.) II 596 f.
Bürgschaft (1) . . . . I 365
Bußen, Vollstreckung (91) I 702
Bußtag . . . . . II 392
Burtehude, eheliches Güterrecht von — (50) . I 55

C.

Canonici (1073 ff.) . . II 667 ff.
Cassel, Ablösung der Reallasten (89 Abs. 26, 30) I 93 f.
Gesinderecht (14 § 3) . I 21
Hypotheken aus der Zeit vor 1874 (33 § 3) . . I 39
rechtzeitige Anmeldung einer Hypothek (33) . I 147
Censur, Verbot der — (27) II 11
Charfreitag . . . . . II 393
Christliche Religion, Grundlage der Staatseinrichtungen (14) . . II 10
Civilbehörde, Requisition der bewaffneten Macht (36) . . . . . II 11

Civilehe, Einführung der — (19) . . . . . II 10
Civilhaft gegen Kammermitglieder (84) . . . II 21
Civilkammer (6; 51) I 156, 167
der Landgerichte (42) . I 110
Civilprozeßordnung (17; 26) . . . . . I 157, 161
Ausführungsgesetz . . I 116 ff.
Civilsenat (6; 137) I 156, 185
Civilstandsregister (19) . II 10
Code de procédure civile (144) . . . . . I 187
Cöln, Auszahlung hinterlegter Gelder (24) . . I 312
Besonderheiten für Notare (143) . . . . . I 186
Gebühr des Notars für Vermittelung einer Hypothek (17) . . . . I 246
Commanditgesellschaften auf Aktien, Auflösung der — (4) . . . . I 99
Verordnung betr. d. — (8) I 102

D.

Dämme (63 f.) . . . . II 688
Dammstraßen (17 ff.) . II 686
Dänische Gesindeordnung (14 § 2) . . . . . I 21
-s Recht über den ehelichen Güterstand (52 § 3) . I 58
Darlehnskassen, kommunale (3) . . . . . I 468
Darlehnsvertrag (676 f.) II 544
Dauer der Dienstzeit des Gesindes (40 f.) . . . I 577
des Jagdscheins (3) . . I 365
der Korporation (177 ff.) II 581
Deichangelegenheiten (96 f.) . . . . . II 113
Deichlasten, Abzug der — vom Einkommen (9) I 397 f.
Deichpflicht, Beiträge zur Erfüllung der — öffentl. Lasten (1) . . . . . I 140
Deichverband (66) . . II 106
Deklaration bei der Erbschaftssteuer (35 ff.) . . I 554
Demissoriale . . . . II 289
Deputationen der Armenverwaltung (3) . . . II 412
Descendenten s. Abkömmlinge.
Deutsche Bundesstaaten, Angehörige der — (1, 4) I 365
Deutsches Gerichtskostengesetz, Ausführungsges. zum — . . . . . I 256
Deutsches Reich (2 § 4) . I 9
Gewerbebetrieb des — (3) I 468
Deutsches Reich, Sitz juristischer Personen außerhalb des — (18 § 2) . . I 27
Devolutionsrecht (398 ff.) II 638
Diäten der Abgeordneten (85) . . . . . II 21
Diebstahl (6 f.) . . . . I 366
Dienstalter der Richter (9) I 106
der Zivilbeamten . . II 280 f.
Dienstantritt des Gesindes (42 ff.) . . . . I 578
Dienstaufwand nicht steuerpflichtig (15) . . I 411
Dienstbarkeit, Pflicht zur Bestellung einer — beim Leibgedinge (15 § 1) . I 23
bleibt ohne Berücksichtigung im geringsten Gebot bestehen (6) . . . I 142
Dienstbedürfnisse der Gerichtsvollzieher (28) . . II 798
Dienstbehörde, vorgesetzte, Genehmigung der — bei Inanspruchnahme von Beamten (97) . . . II 23
Dienstbezüge der Gerichtsvollzieher (22) . . . II 797
Dienstboten, Dienstantritt der — (9 f.) . . . . I 576
Dienstbücher des Gesindes I 588
Dienste der Unterthanen (308 ff.) . . . . . II 586
Diensteid, Form des — II 286
des Notars (81) . . . I 172
des Vertreters des Notars (99) . . . . I 174 f.
Diensteinkommen (3 ff.; 8 ff.; 51 ff.; 3 f.) II 309 f., 313, 318 f., 338
Abzug des Dienstaufwands bei der Einkommensteuer (15) . . . I 411
Diensteinkünfte, Zulässigkeit d. Rechtswegs wegen — der Staatsbeamten II 378 f.
Dienstenthebung, vorläufige — (48 ff.) . . II 318 f.
Dienstentlassung (9 ff., 16) II 313 f.
Dienstführung der Beamten . . . . . II 269 ff.
Diensthandlungen, Verfolgung wegen — . II 385 f.
Dienstherrschaft (14) . . I 368
Dienstkleidung des Gerichtsvollziehers (16) I 663, (26) II 798
Dienstliche Stellung der Ortsgerichte (5 ff.) . . I 749
Dienstlohn (14 § 3) . . I 22
Dienstpapiere der Gerichtsvollzieher, Ablieferung der — (34) . . II 799
Dienstreisen . . II 292 ff., 299 ff.
der Kommunalbeamten (6) II 282
Dienstsiegel des Gerichtsvollziehers (13) I 663, (25) II 798
Dienststreitigkeiten (463 ff.) . . . . . II 593 f.
Diensttage (328 ff.) . . II 587
Dienstunfähigkeit (20) . II 330
Dienstvergehen (93; 144 Abs. 6) . . . . . I 174, 187
der Bürgermeister (80) II 185
der Gemeindebeamten (20 f.; 36 f.; 143) II 94, 98 f., 211
der Provinzialbeamten (98) . . . . . II 135
der nicht richterlichen Beamten . . . . . II 312 ff.
Dienstverhältnisse der Gerichtsschreiber (131) I 183
Dienstwohnungen (4) . . . II 291, 302 ff., 343
Benutzung durch die Hinterbliebenen (5) . . . II 282
Einkommen aus — (15) I 411
Dienstzeit, Beginn und Berechnung (13 f.) . . II 329
Dienstzeugnis des Gesindes (171 ff.) . . . . I 585
Dingliche Rechtsverhältnisse an Bahnen (16 ff.) II 735
Diözesanrechte (120 ff.) II 626 f.
Diözese (49) . . . . . II 467
Vermögensverwaltung der — . . . . . II 504 ff.
Direkte Gemeindesteuern (20 ff.) . . . . . II 218 ff.
Direktion für Verwaltung der direkten Steuern in Berlin (52, 58) I 482 f., (45) II 69
Zuständigkeit (78) . . . I 437
Disciplinarbestimmungen für das Militär (37, 39) . . . . . II 11 f.
Disciplinargerichte, Gerichtsbarkeit der — (110) I 115
Strafen der — (94) . . I 174
Disciplinarhof (29 ff.) . II 316
richterliche Mitglieder des — (13) . . . . . II 324
Disciplinarsenate (4 ff.) II 323 f.
Disciplinarverfahren (4 ff.; 18 ff.) . . . . II 313 ff.
gegen nicht richterliche Beamte (98) . . . . II 23
gegen richterliche Beamte (87) . . . . . II 22
Dismembrationsverfahren (147 ff.) . . . . . II 121
Dispache (30; 102) . I 161, 231
Dispacheure (42) . . . II 518
Distriktskommissarius (84 ff.) . . . . . II 200 ff.

Dividenden als Einkommen aus Kapitalvermögen (12) . . . . . I 405
Dolmetscher (12 § 4; 1; 86) I 19, 155, 173
Beeidigung (10 ff.) . . I 654 f.
Domänen (11 ff.) . . . II 682
Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens (44 ff.) . . . . . II 224
Einkünfte aus den — (59) . . . . . II 15
Domänenabgaben, Erlaß von — (18) . . . II 240
Domänen-Amortisationsrenten (22) . . . . . I 30
Domkapitel (1022 ff.) . II 665 f.
Doppelausfertigung des Jagdscheins (4) . . . I 365
Doppelbesteuerung, Vermeidung der — (47 ff.) II 224 ff.
Doppelversicherung (2000 ff.) . . . . . II 602 f.
Dorfgemeinden (18 ff.) II 582 ff.
Dorfgerichte (104 ff.; 119) I 178 ff., 789 ff., (79 f.) II 585
Besetzung der — (110) . I 179
Dorfrichter (46 ff.) . . II 584 f.
Dorfschaftsvorsteher (118) I 180
Dotalrecht, gemeines (49 § 1, 56 § 10) . . . I 55, 62
Dritte Abteilung des Grundbuchblatts (12) . I 734
Durchschnittsberechnung bei unbestimmten oder schwankenden Einnahmen (10) . . . . . I 402
Durchsuchung durch Gerichtsvollzieher (89) . I 701 f.

E.

Ehe . . . . . II 559
von Staatsbeamten und Geistlichen (42) . . . I 46
Ehebruch, Verbot der Eheschließung (10; 2) . . I 599 f.
Ehefrau, Annahme weiblicher Dienstboten (3) . I 575
Anträge betr. das Staatsschuldbuch (16) . . . . I 25
Gewerbebetrieb (20) . . I 476
selbständige Steuerveranlagung (11) . . . . . I 403
Verfügung über umgeschriebene Inhaberpapiere (18 § 4) . . . . I 27
Ehegatten, Befreiung des — von der Erbschaftssteuer (2 c) . . . . . I 559
Erbeinsetzung von Verwandten in gemeinschaftlicher letztwilliger Verfügung (28) . . . I 552
Erbschaftssteuer bei fortgesetzter Gütergemeinschaft des überlebenden — (40) . . . . . I 555
Leibgedinge für — (15 § 10 . . . . . I 24
Ehehindernisse, Beseitigung von — (10 f., 1 f.) I 599 f.
Ehelichkeit, Anfechtung der — (17 f.) . . . . II 560
Ehelichkeitserklärung, Genehmigung (13, 3) . I 600
Ehemann, Recht, Gesinde zu mieten (2) . . . . I 575
Ehen, Güterstand bestehender — (44; 67) . . I 50, 67
Ehescheidung, Wirkungen (738 ff.) . . . . . II 559
Eheschließung (19) II 10, I 45
von Ausländern (43) . . I 46
Befreiung von die — hindernden Vorschriften (10 f., 1 f.) . . . . I 599 f.
gerichtliche Bewilligung der Befreiung von Erfordernissen der — (98) I 231
der Staatsbeamten und Geistlichen (42) . . . . I 46
Ehe- und Erbverträge, Mitwirkung des Ortsgerichts (41 ff.) . . . I 764
Ehevertrag (62) . . . . I 65
Gebühren für den — (35) I 209
Gebühren- und Stempelfreiheit (60) . . . . . I 64
Vorbereitung durch Gemeindebeamte (113) . . I 180
Ehrenamt des Schiedsmanns (2) . . . . . I 294
Ehrenbreitstein, Aufhebung der Schöffengerichte (14) . . . . . I 106
Ehrenfeldhüter (64 ff.) . I 344
Ehrenrechte (6) . . . . I 366
bürgerliche — (74) . . II 20
—, Aberkennung (44) . . II 193
Ehrensolde steuerfrei (6) I 395
Eid, Abnahme (34) . . . I 165
der Handelsmäkler (13) . I 20
des Königs auf die Verfassung (54) . . . . II 15
der Mitglieder der Kammern und der Staatsbeamten (108) . . . . II 27
— — des Kriegsgerichts während des Belagerungszustandes (12) . . II 389
des Regenten (58) . . . II 15
Eiderstedt, Ratmänner in der Landschaft — (119) I 180
Eidesstattliche Versicherungen über die Richtigkeit des Nachlaßverzeichnisses (39) . . . . I 555
des Vorstandes einer Familienstiftung (2 § 10) I 10
Eidliche Bekräftigung von Zeugnissen oder Gutachten bei der Steuerveranlagung (43) . . . I 427
Vernehmung von Sachverständigen und Aufsichtspersonen (26) . . I 478
Verpflichtung d. Schiedsmänner (5) . . . . . I 295
Eier der Möven und Kiebitze (2) . . . . . I 365
Eigentum, Feststellung des — (18) . . . . . I 720
gesetzliche Beschränkungen (9) . . . . . II 9
nachbarrechtliche Beschränkungen (23) . . I 30
am Rentengut (29 § 3) I 35
Uebertragung an buchungsfreien Grundstücken (27) . . . . . I 32
Unverletzlichkeit (9) . . . II 9
widerrufliches — an Grundstücken (25) . . . I 31
Eigentümer, Eintragung als — (20; 31) I 720 f., 737
Vorrecht des Mutens (24) II 756
Eigentumsansprüche, Ausschließung im Aufgebotsverfahren (21 ff.) I 721
Eigentumsbeschränkungen, (12) . . I 719, II 530 ff.
Eigentumsbesitz, Glaubhaftmachung des — (11) I 719
Eigentumserwerbsgesetz, Aufhebung des — (89 Abs. 28) . . . . . I 94
Einberufung, gleichzeitige, beider Kammern (77) . II 20
des Landtags (46) . . . II 20
bei der Regentschaft (56, 57) . . . . . II 15
Einführungsgesetze zum HGB., aufgehobene — (8) . . . . . I 102
Eingebrachtes Gut (49 § 2) . . . . . I 55
Eingefriedigte Grundstücke (2) . . . . . I 354
Eingetragene Genossenschaften, Einkommensteuerpflicht der — (1) I 389 f.
Steuerpflicht (5) . . . . I 473
Einheit der Landeskirche (18) . . . . . II 480
Einheitliche Besteuerung

mehrerer Gewerbebetriebe desselben Steuerpflichtigen (17) . . . . I 476
Einigung, zum Eigentumsübergang an nicht eingetragenen Grundstücken genügt — (27) I 32
der Erbschaftssteuerbehörde mit dem Steuerpflichtigen (21) . . . . I 551
Einkaufsgelder (96) . . II 236
Einkaufstätten außerpreußischer gewerblicher Unternehmungen in Preußen (2) . . . . . I 466
Einkindschaft (67; B) I 67, 558
Einkommen (7) . . . . I 396
der Aktiengesellschaften (16) . . . . . I 413
aus gewinnbringender Beschäftigung und aus Rechten auf periodische Hebungen (15) . . . . I 411
aus Grundvermögen (13) . . . . . I 406 f.
aus Handel und Gewerbe einschließlich des Bergbaues (14) . . . . . I 409
aus Kapitalvermögen (12) I 405
Einkommensnachweisung (36) . . . . . I 424
Einkommensquellen (7; 26; 58) . . I 396, 419, 432
Einkommensteuer (33 ff.) . . . . . II 221 ff.
Einkünfte der Kirche (664 ff.) . . . . . II 648
Einlösungsrecht des Verpfänders (7) . . . . . I 594
Einnahmen und Ausgaben des Staates (99) II 24
außerordentliche (8) . . I 397
aus der Jagd (11) . . I 356
Einquartierungsangelegenheiten (50) . . . . II 102
Einräumung des Vorzugsrechts einer Rente (21) . . . . . I 29
Einreichung der stempelpflichtigen Urkunde (14) I 516
Einrichtung der Ortsgerichte (5 ff.) . . . . . I 749
Einschränkung der Dorfgemeinden (33 ff.) . . II 583
der Fischereiberechtigungen (5 ff.) . . . . . I 372
Einseitige Verträge, Gebühren für Beurkundung (34) . . . . . I 209
Einsicht von Grundakten (36) . . . . . I 737
des Grundbuchs (32) . . I 737
Einsicht in notarielle Protokolle (50, 52) . . . I 167
zur Schließung von Rechtsgeschäften (40) . I 165
des Situationsrisses (37) II 758
der Versteigerungsakten (71) . . . . . I 171
Einsichtsvermerk (10 f.) . I 367
Einspruch gegen Bestimmung des Anteilsverhältnisses am Bergwerk (46) . . . . . II 759
im Disziplinarverfahren (40) . . . . . II 317
gegen Eintragung eines Vereins (3) . . . . . I 598
gegen Gewerbesteuerveranlagung (35) . . . . I 479
des Mannes gegen Erwerbsgeschäft der Frau (59 § 9) . . . . . I 63
gegen Mutung (30 f.) . . II 757
Einstellung des Bergbaubetriebs (70 f.) . . . . II 762
der Verzinsung hinterlegten Geldes (53 ff.) I 315 f.
Einstimmigkeit des Familienschlusses (2 § 2) . I 9
von Korporationsschlüssen (64 ff.) . . . . . II 575
Einstweilige Verfügungen, Vollziehung von — durch Gerichtsvollzieher (86 ff.) . . . . I 699
Einteilung der Grundsteuer (1) . . . . . I 496
Eintragung des Bergwerks (97) . . . . . II 770
des Eigentümers auf Ersuchen der Auseinandersetzungsbehörde (14) . I 129
der Fideikommißeigenschaft (16) . . . . . I 130
Form (6) . . . . . I 128
im Grundbuche (16) . . I 735
im Handelsregister (2) . I 98
der — nicht bedürfende Lasten (11) . . . . . I 129
der — nicht bedürfende Rechte (22) . . . . . I 30
im Staatsschuldbuch (7 f.) II 353
des Vorzugsrechts einer Rente (21) . . . . . I 29
Eintragungsbewilligung (9) . . . . . I 719
Einweisung des Pfarrers (404 ff.) . . . . . II 639
Einwendungen gegen die Veranlagung zur Gebäudesteuer (10 f.) . . I 503 f.
Einwohnerzahl (162; 3) II 124, 374
Einzahlung zur Hinterlegung (12 ff.) . . . . I 310
Einziehung von Jagdgeräten u. Hunden (12) I 368
der hinterzogenen Steuer (44) . . . . . I 460
von Holz bei wegen Forstdiebstahls Verurteilten (17) . . . . . I 329
von Sachen durch Wegnahme (92) . . . . . I 703
des Vermögens (10) . . II 9
der Werkzeuge b. Forstdiebstahl (15; 23) I 328, 337
Eisenbahnangelegenheiten (158 f.) . . . . II 123
Eisenbahnen, Enteignungsrecht b. Anlegung von — (23) . . . . II 445
Steuerfreiheit der — (4) I 470
Eisenbahn-Unternehmungen . . . . . II 713 ff.
Eisenerze, Berechtigung zur Gewinnung von — (39) . . . . . I 44
Elementarlehrer, Einkommen (45) . . . . II 100
Elsaß-Lothringen, Preußische Beamte im Landesdienst von — . . . II 289
Elterliche Gewalt, Nutznießung kraft — . . . I 70
Vertreter kraft — bei Familienstiftungen (2 § 6) I 10
Eltern, Rechte u. Pflichten II 560
Embryo, Vertreter des — bei Familienstiftungen (2 § 5) . . . . . I 9
Empfangnahme v. Schenkungen für jur. Pers. vor erfolgter Genehmigung (6 § 3) . . . . I 14
Empfangsberechtigung, Änderung der — hinterlegter Gelder (28) . . I 312
Empfangsschein, einstweiliger, über Hinterlegung (41) . . . . . I 314
Endigung des Patronatrechts (610 ff.) . . . . II 646
Engere Wahl (23, 30; 11, 17) . . . . . II 34 f., 40 f.
Entbindung von Abgabe eines Gutachtens (23) I 160
Enteignung (12 § 1; 22) I 18, 30
Gesetz, betr. — (35 f.) I 147, II 440 ff.
Enteignungsbehörde (41) I 148
Enteignungsbeschluß (32, 44) . . . . . II 447, 450
Enteignungsrecht, Erlöschen des — (42) . . II 449

Enteignungssachen (150 ff.) . . . . . II 122
Entfernung aus dem Amte (14, 16) . . . . . II 314
Enthebung vom Amte des Schiedsmanns (9) . . . I 295
Entlassung ohne Kündigung (80 b; 82) . II 763, 766
des Gesindes durch den Ehemann (4) . . . . I 575
— — ohne Kündigung (117 ff.) . . . . . I 582 f.
Entlastung der Staatsregierung hinsichtlich des Staatshaushalts (104) II 24
Entmündigung wegen Geistesschwäche . . . I 656 ff.
wegen Verschwendung, Beantragung durch den Armenverband (3) . . I 117
Entschädigung bei Aufhebung gewisser Rechte ausgeschlossen (42) . . II 12
für Auslagen (71) . . . II 813
des Bahnunternehmers durch den Staat (33 ff.) II 728
für Beschränkung des Eigentums (9) . . . . II 9
— — des Grundeigentums (13 f.) . . . . . II 406
bisher befreiter u. bevorzugter Grundstücke (5) . I 498
dritter durch den Wiederkaufsberechtigten (29 § 7 f.) . . . . . I 35 f.
bei der Enteignung (35 ff.) I 147; (7 ff.; 24 ff.; 45 ff.) II 442 f., 445 ff., 450 f.
d. Gemeindevorstehers (86) II 201
des Leibgedingers wegen Aufgabe der Wohnung (15 § 8) . . . . . I 24
d. Privatschlachtanstalten (7 ff.) . . . . . II 395
Entschädigungsansprüche d. Dienstherrschaft, Aufrechnung der — mit Lohnforderungen d. Gesindes (14 § 1) . . . . I 21
Entschädigungspflicht des Bergwerksbesitz. (137 ff.) II 775 f.
des Schärfers (6, 8) . . II 754
Entsiegelung durch Gerichtsvollzieher (102 ff.) I 712 f.
Entwässerungsanlagen II 106
Entwurf des Familienschlusses (2 §§ 7, 12) . I 10
eines Notars, Gebühren des — (8) . . . . . I 244
Entziehung von der Fürsorgeerziehung (21) . . II 360
des Jagdscheins (8) . . I 367
Erbanfall während des laufenden Steuerjahres (57) . . . . . I 431
Erbbaurecht, im Gebiete des rheinischen Rechts (26 § 1) . . . . . I 32
bei Kohlenabbaugerechtigkeiten, Bergwerkseigentum, unbewegl. Bergwerksanteilen und selbständigen Gerechtigkeiten (27 f.) . . . . . I 132 f.
beim Nachlaß oder Gesamtgut einer ehelichen Gütergemeinschaft (10) I 128
Erbbescheinigung (12) . II 354
Erben, Haftung der — (58; 78) 483, 486
Verbindlichkeit zur Nachzahlung der Gemeindesteuer (85 f.) . . . . II 233 f.
— — — hinterzogener Steuern (67) . . . . I 435
Verpflichtung zur Zahlung der Nachsteuer (80) . . . I 437
Erbgüter, landwirtschaftliche Eintragung der Nutzungsberechtigten in das Grundbuch (15) . I 129
Erbleihegüter, Eintragg. d. Nutzungsberechtigten ins Grundbuch (15) . I 129
Erblichkeit der Krone (53) II 15
des Sitzes im Herrenhause (65 ff.) . . . . II 19
Erbpachtgüter, Eintragg. d. Nutzungsberechtigten ins Grundbuch (15) . I 129
Erbschaft ist Vermehrung d. Stammvermögens (8) I 397
Erbschaftssteuer (130) . I 183
Entrichtung der — bei Stiftungen (7) . . . I 548
— bei Zuwendungen zu milden Zwecken (8) . . I 548
Erhebung der — in Bezug auf das Ausland . . I 549
Haftung für die — (29 f.) I 553
Erbschaftssteuergesetz . I 543 ff.
Erbschaftssteuerpflichtige Masse (5) . . . . . I 547
Erbschaftssteuertabelle . I 560
Erbschein, Gebühren für den — (81) . . . . I 225
Erbstammgüter nach Bremischem Ritterrechte (19 f.) . . . . . I 130
Erbstollenrecht (223) . . II 786
Erbteilungsverfahren, Gebühren (86) . . . I 226
Erbunterthänigkeit, Aufhebung der — (42) . II 12
Erbvertrag, amtliche Verwahrung . . . . . I 77
Eröffnung . . . . . I 78
Gebühren für den — (44) I 211
Vorbereitung durch Gemeindebeamte (113) . I 180
Erbzinsgüter (15) . . I 129
Erfolglosigkeit d. Sühneversuchs (38) . . . . I 299
Erfordernisse zum geistlichen Amt (60 ff.) . . II 623
Erfurt, Realgeschoß (2; 21) I 501, 505
Ergänzungssteuer, Anwendung von Bestimmungen d. Einkommensteuergesetzes (46) . . I 461
Gesetz betr. die — . I 439 ff.
der — nicht unterliegendes Vermögen (4; 8) I 441, 445
Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung (54, 58 ff.) . . . . . II 196
zur Handelskammer (16) II 515
Ergebnis der Veranlagung (32; 39) . I 425, 445
Ergreifung eines Kammermitglieds auf frischer That (84) . . . . . II 21
Erhebung der Gebühren (59 ff.) . . . . . II 805 ff.
der Gemeindesteuer (61 ff.) II 228 f.
von Stempeln (29 ff.) I 201 f.
der Steuer (62 ff.) . . I 434
Erhöhung des Bodens (185 f.) . . . . . II 536
der Mauer nach rheinischem Recht (23) . . I 30
Erinnerungen gegen den Kostenansatz (25 ff.) . . I 201
Erklärung des Belagerungszustandes (1 f.) II 387 f.
über den Familiennamen I 67
über Hinterlegung (14 ff.; 40) . . . . . I 310, 314
über den Namen einer geschiedenen Frau (68) . I 68
Verkündung d. — d. Belagerungszustandes (3) II 388
des Widerspruchs und der Zustimmung zu Familienschlüssen (2 § 11) . I 10
Erlaß der Dienste (435 ff.) II 592
von Notverordnungen (63) II 19
der Zinsen (488 ff.) . . II 595
Erlasse, landesherrliche, Bekanntmachung . . II 702 f.
Erlaubnis zur Eheschließung für Beamte und Geistliche . . . . . I 46
zum Schürfen (5) . . II 754

Erlaubnisschein zur Fischerei (11 ff.) . . I 373 f.
Erlaubte Privatgesellschaften (17 ff.) . . . . II 573
Erlös beim Pfandverkauf (15) . . . . . I 595
Erlöschen d. Wiederkaufsrechts (29 § 11) . . . I 36
Ermächtigung von Handelsmäklern zu Kaufgeschäften . . . . . I 19 f.
der Jagdpolizeibehörde (2) I 365
Ermäßigung der Ergänzungssteuer (19; 39, 41) I 452, 458 f.
im Laufe des Steuerjahres (44 f.) . . . . . I 481
der Steuersätze (18 f.; 58, 60) . . . . . I 415, 432 f.
Ermittelung d. Schadens bei der Versicherung (2242 ff.) . . . . . II 609 f.
des Wertes der Masse (14 ff.) . . . . . I 550 f.
des Wildschadens (7) . I 363
Ermittelungen des Erbschaftssteueramts (38) . I 554
Ermittelungsverfahren, amtliches — in Steuersachen (7) . . . . . I 513
Ernennung des Gerichtsvollziehers (1; 12 f.) II 793, 795
durch den König (45, 47; 86) . . . . . II 14, 22
u. Wahl d. Einschätzungskommissionen (31; 34; 41) . . . I 420 f., 422, 426
Erneuerung des Adels (96 ff.) . . . . . II 616
Erneuerungsscheine von Inhaberpapieren, Ausfertigung von — (17 § 1) I 26
Erntezeit (417 f.) . . . II 591
Eröffnung des Bahnverkehrs (22; 19, 23) II 715, 726
der Kammern (77) . . II 20
von Testamenten u. Erbverträgen (82) . . . I 78
Errichtung der Familienfideikommisse (62 ff.) . II 564
d. Familienschlusses (2 § 2) I 9
neuer Kirchen (176 ff.) II 628 f.
der Ortsgerichte (1 ff.) I 748 f.
Errungenschaftliches Vermögen (53) . . . . I 59
Errungenschaftsgemeinschaft (53 f.) . . . . I 59
Ersatzansprüche der Ehegatten auf Grund des Güterstandes (59 § 4). I 63
Verlust der — beim Wildschaden (6) . . . . I 363
Ersatzgeld (69 ff.) . . . I 344 f.
Ersatzpflicht der Gerichtsbeamten (82) . . . . I 113
beim Wildschaden (2 ff.) I 362
Ersatzwahl eines Abgeordneten (18) . . . II 34
zur Handelskammer (17) II 515
eines Wahlmannes (20 f.) II 41
Erstattung d. Erbschaftssteuer bei Rückkehr Verschollener (1) . . . . I 544
— — bei nicht zur Ausführung gelangten Stiftungen (7) . . . . . I 548
— — bei Verminderung des Werts der steuerpflichtigen Masse (23) . I 551
— — Vorbehalt der — bei unsicheren Forderungen (25) . . . . . I 552
der Förderungskosten (57) II 760
der Gewerbesteuer (15) . I 492
verwendeter Stempel (25) I 519
Erste Abteilung d. Grundbuchblatts (10) . . . . I 733
Erste Kammer (65 ff.) . II 19
Verordnung wegen Bildung der — . . . II 29 f.
Erstgeburt, Recht der — (53) . . . . . II 15
Ersuchen einer Behörde (9, 13) . . . . . I 128 f.
Entgegennahme d. — (4) I 127 f.
Ersuchter Richter (37) . I 165
Erteilung der Aufträge an Gerichtsvollzieher (49 ff.) . . . . . II 802 ff.
von Hypothekenbriefen (33 § 2) . . . . . I 39
des Jagdscheins (1) . . I 365
Ertrag (20 ff.) . . . I 476 f.
Ertragswert, Feststellung des — eines Landguts (83) . . . . . I 78
Erwerb von Ausländern in Preußen einkommensteuerpflichtig (1) . . . I 389
von Grundeigentum für Korporationen des Auslandes (89 Abs. 13) . I 93
der Staatsbürgerrechte (3) II 9
der Substanz ohne die Nutzung (27) . . . . I 552
Erwerbsbeschränkungen für juristische Personen I 14 f.
Erwerbung d. Bergwerkseigentums . . . . II 753 ff.
des Patronatrechts (569 ff.) . . . . . II 644 f.
Erzeugnisse des Grund u. Bodens beim Leibgedingevertrag (15 § 3) . I 23
Erziehende Thätigkeit steuerfrei (4) . . . . I 470
Erziehungsanstalten, Staatsaufsicht üb. — (23) II 10
Erziehungswesen, Staatsaufsicht . . . . . II 508
Erzpriester (150 ff.) . . II 627
Etatsjahr (99) . . . . II 24
Etatsüberschreitungen, Genehmigung der — durch die Kammern (104) II 24
Exemptionen, Aufhebung der — (42) . . . . . II 12

F.

Fabrikarbeiter (408) . . II 598
Fabrikationsstätten außerpreuß. gewerblich. Unternehmungen in Preußen (2) . . . . I 466
Fabrikunternehmer (413) II 598
Fähren (50 f.) . . . . II 688
Fahrnisgemeinschaft (55) I 61
Fahrplan (21) . . . . II 726
Fahrscheine d. Oberbergamts (78) . . . . . II 762
Fälligkeit des Darlehns bei der Pfandleihe (4) . . I 594
der Gerichtsgebühren (11) I 198
der Steuer (39, 63) I 480, 484
Familie, Fürsorgeerziehung in einer — (2) . . . II 357
der Staatsbeamten . . II 298
Familienangehörige des Leibgedingers (15 § 6) I 24
Familienfideikommisse (48 ff.) . . . . . II 563
Aufgebot bei Hinterlegung (67) . . . . . I 317
Eintragung d. Nutzungsberechtigten in d. Grundbuch (15 f.) . . . . I 129 f.
Gemeinschaftlich. Grundbuchblatt (37) . . . . I 722
Gesetz betr. die — (89 Abs. 11; 130) . . I 93, 183
Familienglied unter 14 Jahren, Abzug vom steuerpflichtigen Einkommen des Haushaltungsvorstandes für jedes — (18) . . . . I 389
Familienmitglieder, geschäftsunfähige — (2 §§ 5 f.) . . . . . I 9 f.
Nichterklärung eines — zum Familienschluß (2 § 12) . . . . . I 10
unbekannte — (2 §§ 10 f.) I 10
Zuziehung zum Familienschluß (2 § 4) . . . . I 9

Familiennamen, Erklärung üb. d. — (98) I 67, 231
Familienrat (10) . . . I 156
Familienrechte (1 ff.) . . II 561
Familienschlüsse (2 ff.) I 9, (7 f.; 42 ff.) II 561 ff.
Familienstiftungen (1) I 9, II 562 ff.
Anfälle von Hebungen aus — sind steuerpflichtig (1) . . . . . I 544
Berechnung der Versteuerung von Anfällen aus — (26) . . . . . I 552
Gebühr für Genehmigung (100) . . . . . I 231
Haftung des Verwalters der — für die Erbschaftssteuer (30) . . . I 553
Steuersatz von Hebungen aus — (3) . . . . . I 558
Fangmittel, Verbot schädlicher — (21) . . . . I 375
Feiertage, Amtshandlungen von Gerichtsvollziehern an — (7) . . . I 661
Felder b. Bergbau (17 ff.; 26; 215 ff.) . II 755 f., 785 f.
Feldgerichte (123) . . . I 181
Feldhüter (62 ff.) . . I 343 f.
Feldmesser (4) . . . . I 470
Pensionsanspruch (3) . II 327
Feldpolizeiordnung, Aufhebung d. § 59 d. — (2) I 119
Feld- und Forst-Polizeigesetz . . . . . I 332 ff.
Feldzug, Teilnahme am — (17) . . . . . II 330
Festnahme durch Gerichtsvollzieher (88) . . . . I 701
Festsetzung der Gebührenanteile (71) . . . . . II 813
der Kosten (10 f.) . . I 156 f.
einer Ordnungsstrafe (16) I 157
Feststehende Einnahmen (10) . . . . . I 402
Feststellung der Entschädigung bei Enteignungen (24 ff.) . . . . . II 445 ff.
der Erbschaftssteuer (41) I 555
des Ertragswerts eines Landguts . . . . . I 78
der Grundsteuerhauptsummen (6 f.) . . . . I 499
Festungsarrest (18) . . II 330
Festungsbehörde (10 f.) . I 367
Festungskommandant, Erklärung des Belagerungszustandes durch den — (1 f.) . . . II 387 f.
Militärgerichtsbarkeit d. — (7) . . . . . II 388
Festungsrayon (10 f.) . I 367
Feuerlöschwesen (139 f.) . II 120
Feuerstelle, Errichtung e. — im Walde (47 ff.) . I 342
Feuerversicherung (2235 ff.) . . . . . II 609
Fideikommiß I 229, (23 ff.) II 562
-behörde (16 ff.) . . . . I 130
-folger (144) I 186 ff., II 572 f.
-sachen (130) . . . . . I 182
-succession (203 ff.) . . . II 571
-verband (20) . . . I 130 f.
-vermögen des Kindes (69 § 2) . . . . . I 70
Fideikommißanfälle (1) I 544
Berechnung der Versteuerung (26) . . . . . I 552
Steuersatz von — (3) . I 558
Fideikommißstiftungen (2 f.) . . . . . I 545
Beschränkung der — auf quidquid supererit (27) I 552
Fideikommisse, Bescheinigung über Erbfolge (18) . . . . . I 130
Gebühren für Beaufsichtigung (96 f.) . . . I 229 f.
Finanzgesetzentwurf, Vorlegung des — an das Abgeordnetenhaus (62) II 19
Finanzen des Preußischen Staats . . . . . II 23
Finanzminister, Ausführung des Einkommensteuergesetzes (85) . . . I 438
Beschwerde an den — (30; 55; 60; 67; 71) . I 420, 431, 433, 435, 436
Bestimmung der Mitgliederzahl des Steuerausschusses der Klasse I (10) . . . . . I 474
— d. übrigen Klassen (12) I 474
— des Veranlagungsbezirkes (17) . . . . . I 476
Bewilligung von Steuerfreiheiten (3) . . . . I 468
Entscheidung auf Beschwerde des Steuerausschusses (29) . . . I 478
— auf Beschwerde über Entscheidung der Ermäßigungsanträge (44) I 481
— auf Beschwerde über Kostenfestsetzung (74) . I 486
— in weiterer Instanz auf Beschwerden gegen d. Verfahren d. Steuerausschüsse (76) . . . . I 486
Ernennung d. Mitglieder des Steuerausschusses d. Klasse I (10) . . . . I 474
Finanzminister, oberste Leitung des Veranlagungsgeschäftes (55) . I 431
Regelung der Zu- und Abgänge (43) . . . . I 481
Finanzwesen (99 ff.) . II 23 f.
Fischerei (170 ff.; 73 ff.) II 538 f., 689
Fischereiaufseher (46 f.) I 379 f.
Fischereiberechtigungen (5 ff.) . . . . . I 372
Fischereierlaubnisschein (11 ff.) . . . . . I 373 f.
Fischereigenossenschaften (9 f.) . . . . . I 373
Fischereigesetz für d. Preußischen Staat . . I 369, 381
Fischereipolizei (98 ff.) II 113 f.
Fischereipolizeiliche Vorschriften (22) . . . I 375 f.
Fischerzeuge, Kennzeichnung der — (19) . . I 375
Fischfang (2) . . . . . I 371
Fischpässe (35 ff.) . . I 377 f.
Fischteiche (4) . . . . . I 372
Fischwasser, Verunreinigung der (43 f.) . . I 378 f.
Fischwechsel, Beseitigung der Hindernisse (20) . I 375
Fischzucht, Freiheit der — von d. Gewerbesteuer (4) I 470
Fiskalat (144 Abs. 8) . I 187
Fiskalische Rechte (44 ff.) II 684 f.
Fiskus (5 § 2; 130) I 12, 182, (1 ff.) II 681 ff.
Befreiung von der Erbschaftssteuer (1) . . . I 559
— von der Sicherheitsleistung (41) . . . . II 449
Flößungsrecht (49) . . II 688
Fluchtlinien . . . . . II 404
Flußbett (263 ff.; 68 ff.) II 542, 689
Flußwasser, Gebrauch (44 f.) . . . . . II 687 f.
Fördergefäße (80 c, k) II 764 f.
Forderungen, vereinnahmte Gewinne aus der Veräußerung von — gelten als Einkommen (12) . . . . . I 405
Zwangsvollstreckung in — (74 ff.) I 693 ff., (36 ff.; 48) II 256, 259
Form der Auflassung (26) I 32
äußere — der Urkunden I 169
der Bekanntmachung von Gesetzen und Verordnungen (106) . . . . II 27
einer Erklärung (5) . . I 128
des Versicherungsvertrags (2064 ff.) . . . . . II 604

Formulare zu Gesuchen um Annahme von Geld, Urkunden, Wertpapieren durch das Amtsgericht I 820 ff.
zur Schiedsmannsordnung . . . . . I 287 ff.
Forstarbeiten als Strafe (14) . . . . . I 328
Forstbeamte als Amtsanwalt (19) . . . . . I 329
Forstdiebstahl (1 ff.; 7) I 326 ff., 366
Verfahren gegen des — Beschuldigte (26 ff.) . I 330 f.
Forstdiebstahlgesetz (5) . I 365
Forstdienste (396 f.) . . II 590
Forsten, Einkünfte aus den — (59) . . . . . II 15
Forsthüter (62 ff.) . . I 343 f.
Forstschutzbeamte (23 ff.) I 329 f.
Forstversorgungsschein (10) . . . . . II 271
Forstwirtschaft, Freiheit der — von der Gewerbesteuer (4) . . . . . I 470
Fortbildungsschulen (87) II 769
Fortgesetzte Gütergemeinschaft (47 § 4; 56 § 3; 66) . . . . . I 53, 61, 66
Fortschreibungskosten (18) I 505
Frachttarif (159) . . . . II 123
Frankfurt a. M., Einführungsges. zum H.G.B. (8) . . . . . I 102
Errichtung besonderer Ortsgerichte in — (122) I 181
Errungenschaftsgemeinschaft in — (53 § 1) . I 59
Fahrnißgemeinschaft in — (55 § 1) . . . . . I 61
Gesetz betr. Erwerb von Grundeigentum durch Nichtverbürgerte in — (89 Abs. 23) . . . . I 93
Mitwirkung der Gemeindebeamten in Angelegenheiten d. freiw. Gerichtsbarkeit (111, 119, 122) . . . . I 180/181
Französisches Zivilgesetzbuch (57) . . . . . I 62
Französisch-reformierte Gemeinden (48) . . . II 467
Frau, Rechte und Pflichten (193) . . . . . II 559
Stimmrecht (45 f) . . . II 193
Freigeben des Fischfangs, Verbot (8) . . . . . I 372
Freihändiger Verkauf durch Gerichtsvollzieher (97 ff.) . . . . . I 706 ff.
desgl des Pfandes (10a) I 594
Freiheit der Auswanderung (mit Beschränkungen) (11) . . . . II 9
Gewährleistung der persönlichen — (5) . . . II 9
der Meinungsäußerung (27) . . . . . II 11
des religiösen Bekenntnisses (12) . . . . . II 10
Schutz der persönlichen — II 386 f.
des Unterrichts (22) . . II 10
der Wissenschaft und ihrer Lehre (20) . . . . . II 10
Freikux (224) . . . . . II 787
Freiwillige Gerichtsbarkeit, Angelegenheiten der — . . . . . I 192 f.
Mitwirkung der Gemeindebeamten . . I 178 ff.
Verjährung der Gebühren der Ortsbehörden (8 § 1) I 16
Zuständigkeit der Dorfgerichte (7 ff.) . . . I 789 f.
Freiwillige Versteigerung (31, 33; 66) I 164, 170
durch Auktionatoren (125) I 182
durch das Dorfgericht (109; 34 ff.) . . I 179, 793 ff.
gerichtliche — von Grundstücken . . . . . I 170 f.
durch das Ortsgericht (46 ff.) . . . . . I 765 ff.
Friedensschluß durch den König (48) . . . . . II 14
Frist zur Abgabe der Steuererklärung (24) . I 418
zur Anmeldung des Erbanfalls (32) . . . . . I 553
zur Äußerung über eine beanstandete Steuererklärung (38) . . . . I 424
zur Ausübung des Wiederkaufsrechts bei Rentengütern (29 § 6) . . I 35
für Beibringung des Wertstempels (2) . . . . . I 545
bei Berechnung des Wertes von Leibrenten (16) . I 550
zur Berufung gegen die Veranlagung (40; 75) I 425, 436 f.
zur Beschwerde gegen die Entscheidung der Berufungskommission (44) I 428
zur Einlegung der Beschwerde an den Finanzminister gegen Entscheidungen der Veranlagungskommission über Steuerermäßigungen (60) I 433
desgl. eines Rechtsmittels (5) . . . . . I 156
Frist zur Einreichung des Nachlaßverzeichnisses (35) I 554
für die Klage auf Erstattung der Erbschaftssteuer (42) . . . . . I 556
zum Nachweis der Berechtigung zur Teilnahme am Familienschluß (2 § 9) I 10
zur schriftlichen Gegenerklärung gegen die Beschwerde des Vorsitzenden der Berufungskommission (45) . . . . . I 429
Verlängerung (79) . . I 437
Fristen beim Aufgebotsverfahren über hinterlegtes Geld (58 ff.) . I 316 f.
im Berggesetz (242) . . II 789
bei Beschwerden (13) . I 368
für Einlegung der Rechtsmittel (35) . . . . . I 479
in Stempelsteuersachen (28) I 520
im Verwaltungsstreitverfahren (52; 85 ff.) II 70, 75 f.
Früchte, Pfändung vom Boden noch nicht getrennter — (68) I 689 f., (24) . . . . . II 254
Versteigerung gepfändeter — (31) . . . . II 255
Fuldisches Recht, allgemeine Gütergemeinschaft nach — (67) . . I 67
Aufhebung der Verordnung vom Auszug oder von der Leibzucht (89 Abs. 5) . . . . . I 92
über den ehelichen Güterstand (52 § 4, 57) . I 58, 62
Fundpunkt (14 f., 27) II 755 f.
Fundsachen, polizeiliche Behandlung der — . I 606 ff.
Versteigerung durch das Dorfgericht (56) . . . I 796
desgl. durch das Ortsgericht (67) . . . . . I 768
Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen . . . . . II 338 ff.
des Nachlaßgerichts . . I 76
Fürsorgeerziehung Minderjähriger . . . . II 356 ff.
Fürsorger (11) . . . . II 358
Fürsten als erbliche Mitglieder des Herrenhauses (2) . . . . . II 29

G.

Garantieübernahme durch den Staat (103) . . . II 24
Garküchen (434 ff.) . . II 598 f.

Gartenbau, Steuerpflicht des — (4) . . . . . I 470
Garz a. O., eheliches Güterrecht (51 § 5) . . I 57
Gastwirtschaft (434 ff.) II 598 f
Betriebssteuer (59) . . I 483
Gebäude, Einkommen aus — (13) . . . . . I 406 f.
kirchliche — (24; 50; 2) II 489, 501, 504
Unterhaltung (35 ff.) . . II 530
Gebäudesteuer (44; 2) I 149, 497, 501
Nutzungswert (8) . . . I 142
beim Wahlrecht (4) . . II 36
Gebäudesteuerbücher (2) I 718
Gebäudesteuermutterrolle, Auszug (4) — I 141
Gebrauchsrecht (Berggesetz) (22) . . . . . I 30
Gebühren für Angelegenheiten der streitigen Gerichtsbarkeit (119 ff.) . I 236 f.
der beeidigten Auktionatoren (27) . . . . . I 815
Berechnung der — (24) I 247
der Dorfgerichte (60 ff.) I 797 ff.
für Eintragung im Staatsschuldbuch (21) . II 355
Erhebung der — (59 ff.) II 805 ff.
desgl. der — auf Grund von Gesetzen (102) . . II 24
als Gemeindeabgaben (4 ff.) . . . . . II 215 ff.
gerichtliche Festsetzung der — (25) . . . . . I 247
für gerichtliche Handlungen . . . . . I 230 ff.
desgl. Urkunden (33 ff.) I 208 ff.
des Gerichtsvollziehers (18 ff.) I 254 f.; (für Beurkundung) (35) I 313; (nicht im Gesetz bestimmte —) (1 ff.) I 716 f.; (im Verwaltungszwangsverfahren) (6) . . . . . I 717
für Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit (8) . . . . . I 16
für kirchl. Handlungen (8) I 16
der Mitglieder des Ortsgerichts (16) . . . . I 750
des Notars bei Nichtvollzug des bezweckten Geschäfts (11) . . . . . I 245
öffentliche — (9) . . . I 17
der Ortsgerichte (93 ff.) I 773 ff.
des Rechtsanwalts (9; 1 ff.; 27) . I 156, 251 ff., 255
der Sachverständigen und Zeugen (51) . . . . . I 482
Gebühren für Untersuchung des Schlachtviehs (5) . . . . . II 395
Verjährung des Anspruchs auf — (9) . . . . . I 17
Verjährungsbeginn (8) . I 16
vertragsmäßige Festsetzung der — (26) . . I 247
für Zeugen und Sachverständige (72) . . . I 436
Gebührenfreiheit (7 ff.; 109) . . . . I 196 ff., 232 f.
amtsgerichtlicher Bescheinigungen (34) . . . . I 40
der Unschädlichkeitszeugnisse (19) . . . . . I 28
Gebührenordnung für Notare (134 f.) . I 184 f., 242
für Zeugen und Sachverständige . . . . . I 256
Gebührentarif zum Verwaltungszwangsverfahren . . . . . II 261
Gebührentaxe, kirchliche (24; 50; 2) II 489, 501, 504
Geburtsregister (68 § 2) I 68
Gedingelohn (80 b, k) II 763, 765.
Geduldete Kirchengesellschaften (20 ff.) . . . II 622
Gefahr bei der Versicherung . . . . . II 607 ff.
Gefährdung der öffentlichen Sicherheit (6) . I 366
Gefangenenbefreiung, Aufforderung zur — während des Belagerungszustandes (9) . . II 389
Gegenleistung des Gläubigers zum Empfang hinterlegten Geldes (18) I 311
Gegenstand der Erbschaftssteuer . . . . . I 544
der Versicherung (1952 ff.) 2073 ff.) . . . II 601, 605
Gegenstände des unbeweglichen Vermögens, Zwangsversteigerung u. Zwangsverwaltung von — . . . . . I 237/240
Gegenzeichnung der Minister (44) . . . . . II 14
Gehalt der Beamten (6, 15) . . . . . I 395, 411
der Gemeindebeamten (64) II 183
der Richter (9) . . . . I 106
Zahlung des — an Gemeindebeamte (3) . . II 281
Gehaltsabzug bei Beurlaubung . . . . . II 292
Gehaltserhöhung, begründet Mandatsverlust (78) II 20
Gehaltszulage der Richter (9) . . . . . I 106
Geheime Justizrat (18) . I 107
Geheime Sitzungen der Kammern (79) . . . II 20
Geheimhaltung der Ausschußverhandlungen (49) I 481
Geheimhaltungspflicht (52, 69) . . . . I 430, 435
Gehülfe (2) . . . . . I 365
Geisteskrankheit, Entmündigung wegen — I 656 ff.
Geistesschwäche, Entmündigung wegen — I 656 ff.
Geistige Getränke, Verabfolgung (59 f.) . . . I 483
Geistliche (58 ff.) . . II 623 ff.
Eheschließung (42) . . I 46
als Vormünder . . . . I 71
Geistliche Gesellschaften (12; 939 ff.) . II 621, 661 ff.
Geistlichkeit, Verwaltung der Güter der —, (französ. Dekret) (144 Abs. 3) I 187
Geläute (191 f.) . . . . II 629
Unterhaltung des — (766 ff.) . . . . . II 653
Geld, Hinterlegung von — . . . . . I 309 ff.
Geldbeträge aus Zwangsvollstreckungen, Berechnung der — (72) . . I 692
Geldbuße (15; 57 ff.) II 314. 319
bei der Gesindemiete (12) I 576
Gelder, Aufbewahrung durch Gerichtsvollzieher (10) . . . . . I 662
Auswerfen von — (348) II 543
Empfang, Verwahrung, Auszahlung durch Notare (13) . . . . . I 245
Geldfideikommisse (126 ff.) II 567
Geldrente, Grundstücksveräußerung gegen Übernahme einer — (12; 29) . . . . . I 18, 34
Kündigung und Ablösung der — (30) . . . . . I 36
Geldstrafen (14) . . . . I 368
Androhung von — (5) II 369 (durch die Ortspolizeibehörden), (11) II 370 (durch die Regierungspräsidenten).
Einziehung durch die Gemeindebehörde (35) . I 331
durch den Schiedsmann festgesetzte — (46) . . I 300
bei der Stempelsteuer (17) I 517
bei Übertretung des Schlachtzwangs (14) . II 396
Umwandlung in Frei-

heitsstrafe bei der Erbschaftssteuer ausgeschlossen (47) . . . . . I 557
desgl. in Gefängnis beim Forstdiebstahl (13 f.) . I 328
desgl. in Haft (1; 73) I 376, 485
Verhängung von — (70 ff.) . . . . . I 485 f.
Verzeichnis (80 e; 92) II 764, 770
Vollstreckung (90) . . . I 702
wegen Zuwiderhandlungen gegen die Erwerbsbeschränkungen juristischer Personen (6 § 3) I 14
Geldzinsen (481 ff.) . . II 594
Gelehrte Schulen (54 ff.) II 675
Geltungsbereich des Fischereigesetzes (1 ff. . I 371 f.
des Jagdscheingesetzes (3) I 365
Gemarkung, Neumessung (14) . . . . . II 240
Gemeinarbeiten (37 ff.) II 583 f.
Gemeinden (26 ff.) II 574 ff., II 24
Angelegenheiten d. Volksschulen (24) . . . . . II 10
Ausübung der Binnenfischerei (7) . . . . . I 372
desgl. des Jagdrechtes (3) I 354
als Ortsarmenverbände (2) . . . . . II 411
Schadensersatzpflicht . II 391 f.
Unterhaltung der Volksschulen (25) . . . . . II 10
Vertretung und Verwaltung (105) . . . . . II 27
Gemeindeabgaben (44; 1 ff.) . . . . . II 193, 215
Gemeindeämter, Pflicht zur Übernahme unbesoldeter — (65) . . . . II 197
Gemeindeangehörige der Landgemeinden (7 ff.) II 190 f.
Gemeindearbeiten als Strafe (14) . . . . . I 328
Gemeindearmenverwaltung (4 ff.) . . . . . II 412
Gemeindebeamte (10 ff.) II 92
besoldete . . . . . II 206
Mitwirkung in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit . . . I 178 ff.
Rechtsverhältnisse . . II 262 ff.
Gemeindebehörde, Beschluß der — über Ausübung d. Jagdrechts (10) I 355
Einziehung von Geldstrafen (35) . . . . . I 331
Verpflichtung zur Ausübung der Jagd (22) . I 356
Gemeindedienststellen (2) II 275
Gemeindeeinkommensteuer (33 ff.) . . . II 221 ff.
Gemeindeforstbeamte (23) II 285
Gemeindeglieder der Landgemeinden (39 ff.) . . II 192 f.
Gemeindehaushalt (66 ff.; 119 ff.) . . . II 183 f., 206 f.
Rechnungsjahr für den — (95) . . . . . II 236
Gemeindekasse (4) . . . I 365
Gemeindekirchenrat (2 ff.; 1 ff.) . . . . II 456 f., 458 ff.
Gemeindelasten, Heranziehung zu den — (18; 34) . . . . . II 93, 97
Gemeindenutzungen (68 ff.; 114) . . . . . II 198, 205
Gemeindesteuern (1) II 36, 217 ff.
Gemeindeverbände (128 ff.) II 208 ff
Gemeindevermögen . . II 198
Gemeindeversammlung (40 ff.; 102 ff.) II 192 ff., 204 ff.
Gemeindevertreter, Wahl (25 ff.) . . . . . II 498 f.
Gemeindevertretung (105; 49 ff.; 102 ff.; 3 ff; 20 ff; 35 f; 46; 1 ff.) . . . II 27, 194 ff., 204 ff., 456 f., 497 f., 499, 501, 558 ff.
Gemeindeverwaltung, Ablehnung von Ämtern der — (10) . . . . . II 92
Gemeindeverwaltungsbehörde, Thätigkeit der — bei den Wahlen (6, 15 f., 1, 3, 4, 6) II 33 f., 37 ff.
Gemeindevorstand (37 f.) II 67 f.
Mitwirkung bei der Veranlagung (25) . . . . I 454
Pflichten bei der Einkommensteuer (21, 23, 31, 61) . . . I 417, 420 f., 433 f.
Gemeindevorsteher (53, 54) . I 482, (74 ff.) II 199 ff.
Gemeindewahlen (50 ff.; 75 ff.) . . . . II 195, 199 f.
Bildung von Wählerabteilungen (1 ff.) . . . II 816 ff
Gemeindewahlrecht (70) II 19
Gemeindewaisenrat (77); 124; 104; 118) I 75, 181, 178, 180.
Gemeindewaldungen (69) II 198
Gemeine Lasten (1 f., 17) I 140 f., 145
Gemeines Dotalrecht. (49, 57, 58) . . . . . I 55 ff.
Sachsenrecht (57) . . . I 62
Gemeines Recht, Aufhebung der Bestimmungen des — über Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und Privatpfändung (89 Abs. 3) . . . . . I 92,
über Exemplifikation und Innovation von Urkunden. (144 Abs. 4) . . I 187
Gemeinheitsteilungen, Verfahren bei Rechtsstreitigkeiten (19) . . . I 107
Gemeinnützige Unternehmungen (3) . . . . . I 468
Gemeinnützige Zwecke, Versteuerung der Anfälle zu — (e) . . . . . I 558
Gemeinsame Vertreter von Familienmitgliedern bei der Familienstiftung (2 § 6) . . . . . I 10
Gemessene Dienste (314 ff.) II 586
Gendarmen, Pensionsanspruch (4) . . . . . II 327
Genehmigung der Aufsichtsbehörde zum Erwerb von Grundstücken durch juristische Personen (7) . . . . . I 15
zum Bau von Bahnen (16) II 725
des Familienschlusses (2 §§ 2, 9 f., 13) . . . . I 9 ff.
Folgen der Nichteinholung der — (6 § 3) . . . I 14
des Königs für Schenkungen (6) . . . . . I 14
nachträgliche — der Kammern (63; 104) . . II 19, 24
von Schenkungen und Zuwendungen von Todeswegen an juristische Personen (6 §§ 1 f.; 99 Abs. 26) . . . . I 14, 93
des Staatsministeriums (10) . . . . . II 389
einer Stiftung (1) . . . I 9
seitens des Vormundschaftsgerichts (2 §§ 5 f. I 10
Zurücknahme und Erlöschen (23 ff.) . . . II 726 f.
Generalkommissionen (16) II 64, (12; 108) I 18, 179
Instanzenzug (19) . . . I 107
Generalsynode II 476 ff., (14 ff.; 2) II 487 f., 491.
Generalversammlung der Aktien- und Kommanditgesellschaften auf Aktien, Einreichung der Beschlüsse der — (24) . I 418
Genossenschaften, eingetragene, Einreichung d. Geschäftsberichte (28) . I 478
Steuerpflicht (5) . . . I 473

Genossenschaftsregister,
Anmeldung zum — (3) I 98
Führung des — . . . I 642 ff.
Gerechtigkeiten, selbständige (40; 22, 27 f.; 22) I 44, 132 f., 146
Gerätschaften zum Hofedienst (358 ff.) . . . . II 588
Gerichte, aufgehobene — (12) . . . . . I 106
Aufnahme und Genehmigung des Familienschlusses (2 §§ 2, 7) . . I 9 f.
besondere — (91) II 22, I 178 ff.
Entscheidung über Hinterlegung (6) . . . . . I 309
gemeinschaftliche — (87a) II 22
Kompetenz (96) . . . . II 22
Öffentlichkeit des Verfahrens (93) . . . . II 22
Organisation (89) . . . II 22
als statutarische Verwaltungs- und Aufsichtsorgane von Familienstiftungen (1) . . . . I 9
Thätigkeit bei Entmündigung wegen Geistesschwäche (11 ff.) . . . I 658
Unabhängigkeit der — (86) . . . . . II 22
Zuständigkeit im Strafverfahren (73) . . . . I 485
Gerichtliche Ausfertigungen (45 ff.) . . . . . I 166
Entscheidung gegen polizeiliche Strafverfügungen (3 ff.) . . . . . II 376
Hilfsbeamte, Ortsbehörde als — (8) . . . . . I 16
Maßregeln zur Sicherung des Nachlasses (19) . . I 159
Urkunden (52 f.) . I 164 f., 167
Versteigerung von Grundstücken, Verfahren bei der freiwilligen — . . . I 170 f.
Gerichtsassessoren (3 ff.) . I 105
Gerichtsbarkeit (3 ff.) II 693 ff., I 106 f.
freiwillige, (Angelegenheiten der —) I 192 ff., (Mitwirkung der Gemeindebeamten) I 178 ff., (Preußisches Gesetz) . I 151 ff.
niedere (7) . . . . . II 9
streitige —, Angelegenheiten der — . . . I 235 ff.
Gerichtsdiener (26) . . I 161
Gerichtsferien . . . . I 114
Erledigung von Aufträgen des Gerichtsvollziehers (9) . . . . . I 662
Gerichtsgebühren (59 f.) I 63
Gerichtsherrliche Rechte, Aufhebung der — (42) II 12
Gerichtshof, besonderer — (95 f.) . . . . . II 22
zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte (1 ff.) . II 382 f.
oberster — (61; 92; 116) II 16, 22, 28.
Gerichtskosten, Änderung der — bei Zwangsversteigerungen (44) I 148 ff.
Nichterhebung (40) . . I 148
Gerichtskostengesetz . I 191 ff.
Abänderungen (86; 30) I 81 ff., 133 f.
Gerichtsmänner (5 ff.; 1 ff.) I 749 758 ff., (73 ff.) II 585
Gerichtsorganisation, Gesetz betr. die — für Berlin und Umgebung I 269 ff.
Gerichtspersonen, Ausschließung und Ablehnung im Verwaltungsstreitverfahren (61 f.) . II 72
Gerichtsschreiber I 112, (2, 24, 26, 29, 35 f., 38 f.) I 155, 161, 165, (17) . II 325
beim Dorfgericht (1 ff.) . I 789
beim Kriegsgericht (12) . II 389
Verwahrung hinterlegten Geldes (79 f.) . . . . I 318
Gerichtssprache (1, 144 Abs. 18) . . . . I 155, 187
Gerichtsstand, der früher reichsständischen Familien (27) . . . . . I 108
der Gewerkschaft (96) . II 770
Gerichtstage (22; 139) I 108, 240
Gerichtsverfassungsgesetz, Ausführungsgesetz zum — . . . . . I 103 ff.
Gerichtsverhandlungen, Öffentlichkeit der — (93) II 22
Gerichtsvollzieher I 112, (26; 38) I 161, 165, (18) II 325
Ausführungsgesetz z. Gebührenordnung für — I 256
Beurkundung der Aufgabe von Geld zur Post zwecks Hinterlegung (17) . . . . . I 311
Gebühr für Beurkundung der Aufgabe von Geld (35) . . . . . I 313
Geschäftsanweisung f. — I 659 ff.
Pfändung durch — (34 f.; 54) . . . . . II 256, 260
Gerichtsvollziehergebühren (18 ff.) . . . . I 254 f.
Gerichtsvollziehergeschäfte, einstweilige Wahrnehmung der — (35 ff.) II 800 ff.
Gerichtsvollzieherordnung . . . . . II 791 ff.
Geringstes Gebot (6, 27, 31, 33) . . . I 142, 146, 147
Gesamtarmenverband (10) II 413
Gesamtgut (67) . . . . I 67
einer Gütergemeinschaft (10) I 128
Gesamtgutsverbindlichkeiten (51 § 2) . . . . I 56
Gesamtschuldner, Haftung mehrerer Anteilsberechtigter als — (3) . . . I 196
— — als — zur Zahlung der Stempelsteuer (12) . . . . . I 515
— — Kostenschuldner als — (2) . . . . . I 196
— des sich zur Kostenzahlung Verpflichtenden (4) . . . . . I 196
Gesandte, Bescheinigung der Zuständigkeit von Behörden durch — (43 § 3) . . . . . I 46
Steuerfreiheit der — (3) I 394
Gesandtschaftliche Beamte (7) . . . . . II 291
Gesandtschaftsprediger (548 f.) . . . . . II 643
Geschäfte des Kreisausschusses (130 ff.) . . II 163 f.
des Kreistages (115 ff.) II 160 ff.
des Magistrats (56 ff.) II 180 ff.
des Provinzialausschusses (45 ff.) . . . . . II 131 f.
des Provinziallandtags (34 ff.) . . . . . II 130
der Stadtverordneten (35 ff.) . . . . . II 177 ff.
Geschäftsberichte, Einreichung d. — (24; 28) I 418, 478
Geschäftsbetrieb der Gerichtsvollzieher (49 ff.) II 802 ff.
Geschäftsbücher, Vorlegung der — (27) . . I 478
Geschäftserweiterungen (22) . . . . . I 476
nicht abzugsfähig vom steuerpflichtigen Einkommen (9) . . . . I 397 f.
Geschäftsfähigkeit im allgemeinen (40; 60) I 165, 168
der Familienmitglieder bei Stiftungen (2 §§ 5 f.) I 9 f.
Geschäftsführung des Steuerausschusses (46) . I 481
Geschäftsgang der Verwaltung (55 f.) . . . . II 71
Geschäftsgeheimnisse, Verlangen der Offenbarung unzulässig (27) . . . . I 478
Geschäftsgewinn (14) . . I 409

Geschäftskreis der Handelskammern (38 ff.) . II 517 f.
Geschäftslokal der Gerichtsvollzieher (27) . . II 798
Geschäftsordnung der Kammern (78, 80, 84) II 20 f.
der Kommissionen (50 ff.) I 429 ff.
Geschäftsreisen des Notars (21) . . . . . I 246
Geschäftssprache der Behörden, Ges. betr. — (144 Abs. 18) . . . . I 187
Geschäftsverteilung bei den Amtsgerichten (23) I 108
der Gerichtsvollzieher (17) . . . . . II 795 f.
Geschiedene Frau, Erklärung über den Namen der — (68) . . . . . I 68
Geschlechter, Unterschied der — (24) . . . . . II 530
Geschlechtsverbände, Präsentationsrecht der — (4) II 29
Geschlossene Gewässer (4) I 372
Geschwister, Versteuerung des Erbanfalls (B) . . I 558
Geschworenengericht (94) II 22
Gesellschaften . . . . II 573 ff.
geistliche — (13) . . . II 10
Gesellschaftsverträge, Stempelsteuer (16) . . I 517
Gesetz, betr. die Abänderung des Fischereigesetzes für den Preußischen Staat . . . . . I 381
— — — des Gesetzes über die Schonzeiten des Wildes . . . . . I 361
— die Erbschaftssteuer I 543 ff.
— Ergänzung der gesetzlichen Vorschriften über die Ausübung der Jagd auf eigenem Grundbesitz . . . . . I 358
— die Gerichtsorganisation für Berlin und Umgebung . . . . . I 269 ff.
über die Schonzeit des Wildes . . . . . I 359 ff.
Gesetze . . . . . II 526
über Aufnahme von Anleihen (103) . . . . . II 24
Bekanntmachung (106) . II 27
Erlaß (62) . . . . . II 18
über Steuern und Abgaben (100) . . . . . II 24
Verkündung (45) . . . II 14
Gesetzesvorschlag durch den König (64) . . . II 19
Gesetzgebende Gewalt (62) II 18
Gesetzgebung der Landeskirche (6 ff.) . . . . II 477 ff.
Gesetzlicher Vertreter der Familienmitglieder (2 § 5) I 9
gemeinsame — (2 § 6) . I 10
Haftung für die Erbschaftssteuer (30) . . . I 553
Nichterklärung (2 § 12) . I 10
Gesetz-Sammlung . . . II 701
Gesinde, Berechtigung, sich als — zu vermieten (5 ff.) I 575 f.
Kündigung des Dienstvertrages (145 ff.) . . I 584
Gesindedienstbücher . . I 588
Gesindedienstverträge, Beurkundung durch das Ortsgericht (84 f.) . . I 771
Gesindekost (32 ff.) . . . I 577
Gesindelohn (32 ff.) . . I 577
Gesindemäkler (14 ff.) . . I 576
Gesinderecht . . . I 21 f., 561 ff.
Gesindeverhältnis, begründet keinen Wohnsitz (14) . . . . . I 21
Gesindevertrag (1, 11) . I 575 f.
Aufhebung ohne Kündigung durch Gesinde (136 ff.) . . . . . I 583
Beurkundung durch Gemeindebeamte (114) . I 180
Gesuch um Aufnahme des Familienschlusses (2 § 7) I 10
Gewährleistung der Freiheit der Religionsübung (12) . . . . . II 10
der persönlichen Freiheit (5) II 9
beim Pfandverkauf (20) II 254
Gewalt, elterliche (69) . I 70
gesetzgebende (62) . . . II 18
richterliche (86) . . . . II 22
Gewalthaber (14) . . . I 368
Gewerbe, Anzeige des Aufhörens eines steuerpflichtigen — (10) . . II 239
Einkommen aus — (14) I 409
Gewerbeanlagen, Einkommen aus — (2) . I 393
Gewerbebetrieb, Änderung des — (19) . . I 493
von Ausländern (6) . . I 395
Berechnung des steuerbaren Vermögens (10) I 447
ohne Gewerbeschein strafbar (18) . . . . . I 492
Steuern vom — (28 ff.) II 220 f.
Strafbestimmungen (18 ff.) I 492 ff.
im Umherziehen (Besteuerung) . . . . . I 488
Gewerbegerichte (91) . . II 22
Gewerbepolizei, Zuständigkeit (109 ff.) . . . II 115 ff.
Gewerbeschein für Gewerbetreibende (6 ff.) . I 490 ff.
für Musiker-, Schauspieler-, Kunstreitergesellschaften (10) . . . . . I 491
für Reisende (2) . . . I 488
steuerfreier — (13) . . I 492
Verlust und Vernichtung des — (16) . . . . . I 492
Gewerbesteuer (3) I 98, (28 ff.; 26 f.) . . II 220 f., 516
der Kleinbahnen (40) . II 729
beim Wahlrecht (3) . . II 36
Gewerbesteuererklärungen (54 f.) . . . . . I 482
Gewerbesteuerklassen (6) I 473
Gewerbesteuerrolle (31) I 478
Gewerbe- und Betriebssteuer (1) . . . . . II 237
Gewerbeverfassung, frühere, Beseitigung der Vorrechte aus der — (42) II 12
Gewerbliche Anlagen, Errichtung (109 ff.) . II 115 f.
Gewerbliche Betriebsstätten, Einkommen aus — (2) . . . . . I 393
Gewerbliche Konzessionen (114 ff.) . . . . II 116 f.
Gewerbliche Unternehmungen von Ausländern im Inlande (2) . I 466
— der Gemeinden (3) . II 215
— von Inländern im Auslande (21) . . . . I 476
Gewerken, Rechte und Pflichten (102) . . . II 771
Gewerkenbuch (103) . . II 771
Gewerkenversammlungen (111 ff.) . . . . . II 771 f.
Gewerkschaft (94 ff.) . II 770 ff.
Antrag auf Zwangsversteigerung eines Bergwerksanteils (26) . . . I 146
Gewinnanteilscheine, Umschreibung der — auf Namen (18 § 1) . I 27
Glatz, Berechtigung zur Gewinnung von Eisenerzen in — (39) . . . I 44
Ges. betr. Familienfideikommisse (88 Abs. 11) . I 93
Glaubhaftmachung (24; 10) . . . . . I 146, 156
Gläubiger v. Bergwerken (46 ff.) . . . . . II 759
Bezeichnung des — des hinterlegten Geldes (18) I 311
Gleichberechtigung der Bekenntnisse (12) . . . II 10
Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz (4) II 9
Gliederung des Kreises (21) . . . . . II 147
Gnadengehalt, dem Zu-

griff der Gläubiger entzogen . . . . . II 344
Gnadenjahr (838 ff.) . II 656 f.
Gnadenquartal (4) II 281, 341
Goldsachen, Versteigerung im Pfandleihgewerbe (41) I 45
Gold- und Silbersachen (29) . . . . . II 255
Feststellung des Wertes (58; 47) . . . . I 767, 795
Zuschlag nicht unter dem Metallwerte (10b) . . I 594
— bei der Versteigerung (60; 49) . . . . . I 767, 796
Gottesdienst, Besuch durch Gesinde (84) . . . . I 580
Gräben (96 ff.) . . . . II 533
Räumung von — (65 f.; 10 ff.) . . . . . II 106, 705
Grenzen der Kreise (2) . II 90
der Landarmenverbände (26 f.) . . . . . II 414
der Landgemeinden und Gutsbezirke (25 f.) . . II 95 f.
des Staatsgebiets (Aenderung) (2) . . . . . II 3
der Stadtgemeinden (8 f.) II 91
Grenzmauer (23) . . . I 30
Grenzscheidungen (362 ff.) II 547
Gruben (125 ff.) . . . . II 534
Grubenfelder, Teilung von — (37 I) . . . . I 42
Grubenvorstand (37 X; 16) I 42, 145 (117 ff.), II 772 ff.
Grundabtretung (22) I 30, (135 ff.) 775
Grundakten (34 ff) . . I 737 f.
Grundbesitz (4) . . . . I 365
Einkommen aus — (2, 6) . . . . . I 393, 395
gewährt Stimmrecht (45 ff.) . . . . . II 193 f.
Jagd auf eigenem — . I 358
Steuern vom — (24 ff.) II 219 f.
Grundbuch, Berichtigung des — infolge Aenderung des Güterstandes (59 § 2) — . . . . . I 63
Grundbuchamt, Amtsgericht als — (1) . . I 127
Ersuchen d. Verteilungsgerichts (41) . . . . I 118
Vorlegung der Hypothekenbriefe (26) . . . I 132
Zuständigkeit bei Zuschreibung von Grundstücken (3) . . . . . I 127
Grundbuchbeamter, Verantwortlichkeit des — (8) . . . . . I 128
Grundbuchbezirke (3 ff.) I 718, 723 ff.
Grundbücher, Abschrift aus dem — (33) . . I 737
Anlegung von — (1 ff.) I 731 ff.
Einsicht (32) . . . . . I 737
Fortführung der bisherigen — (27) . . . I 736
Grundbuchordnung (10, 15, 20, 22, 26 f., 34) I 128 f., 130 ff., 135
Ausführungsgesetz . . . I 122
frühere preußische — (33 § 2) . . . . . I 39
Grundbuchsachen, Gebühren für — (57 ff.) I 216 ff.
Grundbuchwesen, Gesetz betr. — in Cassel (83) I 135, 147
Königliche Verordnung über das — . . . . I 718 ff.
Grunddienstbarkeiten, Besitzschutz bei — (28) I 33
Grundeigentum, Form der freiwilligen Abtretung (12) . . . . . I 18
Gesetz betr. Enteignung von — . . . . . II 440 ff
Grundeigentümer, Verfügungsrecht (3) . . . II 753
Grundgerechtigkeiten (55 ff.) . . . . . II 549 ff.
Grundkreditanstalt (21; 34) . . . . . I 132, 147
Zinsschein einer öffentlichen — (17 § 2) . . I 27
Grundlose Entlassung des Gesindes (160) . . . I 585
Grundschulden, bestehende (34) . . . . . I 40
-brief (7; 20; 26) I 128, 130 ff.
Kündigungsrecht bei Hypotheken und — . . I 37 f.
Grundsteuer (44) . I 148 ff., 495
Einteilung (1) . . . . I 496
Gleichstellung in den verschiedenen Provinzen (3) I 498
Grundsteuerbücher (2) . I 718
Grundsteuerentschädigungen (17 ff.) . . II 240 f.
Grundsteuer-Erhebungsbezirke (28) . . . . . I 736
Grundsteuerfreiheiten, beizubehaltende (4) . . I 498
Grundsteuerhauptsummen (6 ff.) . . . . I 499 f.
Grundsteuermutterrolle (4) . . . . . I 141
Grundstücke, Anmeldung von Rechten an — beim Grundbuchamte (29) . I 722
außerhalb Landes nicht steuerpflichtig (9) . . . I 548
Beurkundung von Kaufverträgen über — in Nassau durch Bürgermeister (12 § 3) . . . I 19
Einkommen aus den im Reich und den Schutzgebieten belegenen — (6) I 395
Erwerb von — (6) . . I 599
— durch juristische Personen (7) . . . . . I 15
Erzeugnisse der — beim Leibgedinge (15 § 3) . I 23
der Gemeinde (Veräußerung) (115) . . . . II 205 f.
juristischer Personen (Versteigerung) (75) . . . I 171
der Kirche (24; 50; 2; 648; 668 ff.) II 489, 501, 504, 647 f.
Kündbarkeit der auf — angelegten Kapitalien (32 § 2) . . . . . I 37
Rückfallsrecht im rheinischen Recht (25) . . . I 31
Teilung eines mit Reallasten belasteten — (31) I 37
Uebertragung des Eigentums an buchungsfreien — (27) . . . . . I 32
Unschädlichkeitszeugnis bei Entlassung von Teilen eines — (19) . . I 28
Verfahren bei der freiwilligen gerichtlichen Versteigerung . . . I 170 f.
widerrufliches Eigentum an — (25) . . . . . I 31
Wiederkaufsrecht zu Gunsten d. jeweiligen Eigentümers eines — (29 §§ 1, 10 f.) . . . . . I 34 ff.
Zwangsversteigerung u. Zwangsverwaltung . I 140 ff.
Zwangsvollstreckung durch Gerichtsvollzieher (80) I 696 f.
Grundstücksteilungen, Verteilung der öffentlichen Lasten bei — . II 407 f.
Grundstücksveräußerungen, Beurkundung von — . . . . . I 18 f.
Grund und Boden, Ausübung des Jagdrechts auf eigenem (2) . . . I 354
Grund und Gebäudesteuer, Aufhebung (1) II 237
Gründung neuer Ansiedelungen . . . . . II 409
Grundverfassung d. Korporationen u. Gemeinen (26 ff.) . . . . . II 574
Grundvermögen, Einkommen aus — (1-3) . I 406 f.

Gültigkeit amtsrichterlicher Handlungen (23) I 108
der Mutung (15) . . . II 755
Gültigkeitsdauer d. Jagdscheins (3 f.) . . . . . I 365
Gutachten, Ausarbeitung eines — mit juristischer Begründung durch den Notar (16) . . . . . I 246
Entbindung von der Abgabe des — (23) . . . I 160
der Gerichte u. Staatsanwaltschaften (84) . . I 113
des Schätzungsausschusses (28 f.) . . . . . I 455
Gütergemeinschaft, allgemeine (47; 56 § 3; 59 § 1; 67) I 52, 61, 63, 67
Aufhebung (56 § 4) . . I 62
Ausschließung (56 § 6) . I 62
Aussetzung der Versteuerung bei Fortsetzung der — (40) . . . . . I 555
Verzicht auf die — (56 § 5) . . . . . I 62
Güterkonsolidationen in Nassau (36) . . . . . I 41
Güterrechtsregister . . I 161
Gebühren für Eintragung (77) . . . . . I 223
Führung des — (1 ff., 12 ff.) . . . . . I 601 ff.
Güterstand (2) . . . . . I 98
bestehender Ehen I 50 ff., 611 ff.
Eintragung im Handelsregister (2) . . . . . I 98
Gütertrennungsklage (56 § 4) . . . . . I 62
Gutsbezirke (2 ff.) . . II 188 ff.
Angelegenheiten der selbständigen — (24 ff.) . II 95 ff.
Armenpflege in den — (8) . . . . . II 413
selbständige — (122 ff.) II 207 ff.
Gutsherrliche Polizeiverwaltung, Aufhebung (46) . . . . . II 147
Gutsvorstand, Mitwirkung bei der Veranlagung (25) . . . . . I 454
Pflichten bei der Einkommensteuer (21, 23, 31, 61) . I 417, 420 f., 433 f.
Gutsvorsteher (118; 53 f.) I 180, 482
Gymnasien (54 ff.) . . . II 675

H.

Hadeln, Gerichtsbarkeit der Universitäts- und Kirchspielsgerichte (13) I 106
Häfen (80) . . . . . II 689
Hafenpolizei (95) . . . II 113
Haft, Zwangsvollstreckung durch — (83 ff.) . . I 698 f.
Haftbarkeit des Dienstherrn (14) . . . . . I 368
für die Stempelsteuer (13) I 515
Haftung für Betriebsunfälle von Beamten (10) . . . . . II 340
des Drittschuldners (41) II 257
der Eisenbahn (25) . . II 715
für die Erbschaftssteuer (29 f.) . . . . . I 553
der Gemeinde für Schaden aus Aufruhr (1 f.) II 391
der Gesindemäkler (19) I 576
des Gewalthabers für Forstdiebstahl der Gewaltuntergebenen (11 ff.) I 328
des Gewerkschaftsvermögens (99) . . . . . II 770
mehrerer Kostenschuldner (2) . . . . . I 196
der Notare für Kauf- u. Pachtgelder (18) . . . I 246
des Pfandes für die Kosten des Verkaufs (14) I 595
für Schulden der Korporation (91 ff.) . . . II 577
solidarische — der Herdenbesitzer für Ersatzgeld (74) . . . . . I 345
der Staatskasse für hinterlegte Gelder (8; 29, 32 f.; 101) I 309, 312 f., 320
der überlebenden Ehefrau (48 § 5) . . . . . I 53
bei Zuwiderhandlung gegen das Feld- u. Forstpolizeigesetz (5) . . . . I 334
Hagelschlag, Versicherung gegen — (2) . . . . I 141
Hamburgisches Güterrecht . . . . . I 630 ff.
Handdienste (349 ff.) . . II 588
Handel, Einkommen aus dem — (14) . . . . I 409
Handelsanlagen (2) . . I 393
Handelsgärtnerei (4) . . I 470
Handelsgerichte (91) . . II 22
Handelsgesetzbuch, Ausführungsges. zum — I 95 ff.
Handelskammern (134 ff.) . . . II 119, 512 ff.
öffentliche Ermächtigung der Mäkler (13) . . . I 19
Handelskammerbeiträge (28 ff.) . . . . . II 516
Handelsmäkler, Ermächtigung von — zu Kaufgeschäften . . . . . I 19 f.
Handelsmäkler, Pfandverkauf durch — (10a) I 45
Handelsminister (187 ff.) . . . . . II 781 f.
Handelsregister, Anmeldung zum — (29) I 161, 98
Eintragung (2) . . . . I 98
Führung . . . . . I 634 ff.
Gebühren für Eintragung (72 ff.) . . . . . I 221 f.
Löschung . . . . . I 98
Handelsrichter, Ernennung der — durch den König (7) . . . . . I 105
Handelssachen . . . . I 161
Kammern für — . . . I 110
Handelsverträge, Zustimmung der Kammern zu — (48) . . . II 14
Handschlag an Eidesstatt der Wahlbeisitzer (20; 13; 26) . . . II 34, 40, 42
Handwerker (191 ff.) II 597 f.
Handzeichen, Beglaubigung des — (68 § 3; 27) . . . . . I 68, 298
Hannover, Abveräußerung von Grundstücksteilen (144) . . . . . I 187
allgemeine Gütergemeinschaft (52) . . . . . I 57
Einführungsgesetz zum HGB. (7 f.) . . . . I 101 f.
Höferollen (52 § 1) . . I 58
Hypothekeninstrumente in den ehem. Münsterschen Ortschaften (33 § 2) . . I 39
Kündbarkeit der auf Grundstücke gelegten Kapitalien (32 § 2) . . . I 37
Mitglieder des vormaligen Königshauses (137) I 185
Verjährung (89 Abs. 16) I 93
Verordnungen (144) . . I 187
Hannoversches Königshaus, vormaliges, Befreiung des — von der Einkommensteuer (3) . I 394
Harlingerland (33 § 2; 89, 125, 144 Abs. 10) I 39, 173, 182, 187
Hauberge (44) . . . . I 739
Hausapotheke der Aerzte (14) . . . . . II 397
Hausbesitzer, Pflichten des — (22) . . . . . I 417
Häuser, Einkommen aus — (13) . . . . . I 406 f.
Hausgesetze (53) . . . . II 15
Haushaltsausgaben (9) I 397 f.
Haushaltungskosten des Gewerbetreibenden (22) I 476

Haushaltungsvorstand (11, 18) . . . . I 403, 415
Häusliche Erziehung (7 f.) II 673
Hausschlachten (1) . . . II 394
Hausstand des Erblassers, zum — gehörige Personen steuerfrei (d) . . I 559
Haussuchungen (6) . . . II 9
Havereischaden (30) . . I 161
Hebestelle (39) . . . . . I 480
Hebungen, Einkommen aus Rechten auf periodische — (15) . . . I 411
Hechinger Recht über Güterstand (52 § 5) . . . I 58
Heer, Oberbefehl über das — (46) . . . . . II 14
Stellenbesetzung im — (47) . . . . . II 14
Heeresverwaltung, Verträge der — (16) . . II 175
Heerwesen (34 f.) . . . II 11
Hege- und Schonzeit (18) I 356
Hehlerei (6 f.) . . . . . I 366
beim Forstdiebstahl (5 ff.) I 327
Heimatshafen (7) . . . I 101
Heirat weiblichen Gesindes (54 f.) . . . . . I 578
Heiratsgut der Frau (49) I 55
Heiratskassen (651 f.) . . II 544
Helgoland, Anlegung des Grundbuchs (35) . . . I 722
Beschränkung der Reallasten (30) . . . . . I 36
Jagdscheingesetz . . . . I 365
Kündbarkeit von Kapitalien (32 § 2) . . . . I 37
Veräußerung von Grundstücksteilen (20) . . . I 29
Verordnung betr. Einführung preußischer Landesgesetze (8) . . . I 102
Herabsetzung der Steuersätze (48) . . . . . I 461
der Steuersumme (15) . I 475
Herausgabe von Sachen, Erzwingung der — (17) I 157
— —, Forderungen auf — (77) . . . . . I 694 f.
Herrenhaus (62) . . . II 18
Berufung des — (76 f.) II 20
Beschlußfähigkeit des — (80) . . . . . II 20
Legitimationsprüfung der Mitglieder des — (78) . . . . . II 20
Zusammensetzung des — (65 ff.) . . . . . II 19
Herrenlose Sachen . . II 692 f.
Herrschaft, Kündigung des Gesindevertrags (143 f.) I 583
Pflichten der — (82 ff.) I 580 f.
Hessen-Nassau, allgemeine Gütergemeinschaft (52) I 58
Einführungsgesetz zum HGB. (8) . . . . . I 102
Zuständigkeit der Amtsgerichte zur Nachlaßsicherung (121) . . . . I 181
Hessische Güterrechte . I 618 ff.
vormalige Gebietsteile (111, 119, 122, 139) I 180 f., 186
Hessisches Gesetz, betr. Verjährung persönlicher Klagen (89 Abs. 17) . . I 93
Hilfsbau (37 III) . . . I 42
(60 ff.) . . . . . II 760 f.
Hilfsgerichtsvollzieher (45 ff.) . . . . . II 802
Hilfskassen (141) . . . II 120
Hilfsrichter, Gerichtsassessoren als — (5) . I 105
keine Entscheidung in Disziplinarsachen (12) II 324
Hindernisse für den Wechsel der Fische, Beseitigung der — (20) . . I 375
Hinterbliebene verunglückter Beamter (2) . . II 338
Hinterleger von Wertpapieren, Pflichten des — (38) . . . . . I 313 f.
Hinterlegtes Geld, Eigentum des Staates (7) . . I 309
Hinterlegung . . . . . I 78 ff.
Beurkundung durch Gerichtsvollzieher (107) . I 715
der Entschädigung bei Enteignung (36 f.; 49) II 448, 450
von Geld, Wertpapieren und Kostbarkeiten . . I 309 ff.
durch Gerichtsvollzieher (87) . . . . . I 700 f.
Hinterlegungsordnung I 301 ff.
Aenderungen der — (84; 11) . . . . . I 78 ff., 144
Hinterlegungsstellen (76; 1 ff.) . . . I 74, 309, 632 f.
Hinterziehung von Steuern (66) . . . . I 434
Höchste zulässige Sätze (14) . . . . . I 475
Hochverrat, Aburteilung (95) . . . . . II 22
Höferolle (52 § 1) . . . I 58
Gebühren für Eintragung in die — (71) . I 221
Höhe der Versicherung (1983 ff.) . . . . . II 602
Hohenzollern, Amtskommunalkasse (4) . . . . I 365
Hohenzollernsche Lande (52 § 1; 89 Abs. 22; 4; 8; 44; 111; 119; 122; 139) I 58, 93, 141 f., 149, 180 f., 186
Steuer für Gewerbebetrieb im Umherziehen (11) . . . . . I 491
Verwaltungseinteilung (5) . . . . . II 63
Hohenzollernsches Fürstenhaus, Befreiung des — von der Einkommensteuer (3) . . . . I 394
Hoher Adel, Vorbehalte zu Gunsten des — (136) . . . . . I 185
Holstein, Einführungsgesetz zum HGB. (7 f.) I 101 f.
Holzungsgerechtigkeit (197 ff.) . . . . . II 555 ff.
Homburg (111, 119, 122, 139) . . . . . I 180 f., 186.
Hospitäler, Befreiung der — von der Erbschaftssteuer (g) . . . . . I 559
Hülfsbau bei Bergwerken (37) . . . . . I 42
Hülfsbeamte (27) . . . I 455
Gebühren der Ortsbehörden als gerichtliche — (8) . . . . . I 16
des Vorsitzenden der Veranlagungskommission (37) . . . . . I 424
Hülfsdienste beim Jagen (2) . . . . . I 365
Hülfskassen der Kommunalverbände (3) . . . I 468
Hunde, Beschlagnahme u. Einziehung der — (12) I 368
auf fremdem Jagdrevier (64 ff.) . . . . . II 693
Hütungsgerechtigkeit (80 ff.) . . . . . II 550 ff.
Hypotheken, bestehende — I 39 f.
gesetzliche — der Frau (56 § 9) . . . . . I 62
Kündigungsrecht bei — I 37 f.
Pfändung von —forderungen (37, 40) . . II 256 f.
Hypothekenbrief (33; 7; 20; 26) . . I 39, 128, 130 ff.
Einrichtung des — (38 ff.) . . . . . I 738
kostenfreie Erteilung (33) I 39
Nichterteilung (13) . . . I 719
Wegnahme durch Gerichtsvollzieher (74 f.) I 693 f.
Hypothekeninstrument (33 § 2) . . . . . I 39
Hypothekenregister (33 § 4) . . . . . I 40

J.

Jadegebiet, Auktionator- u. Vergantungsordnung (144 Abs. 14) . . . . I 187
Einführungsges. z. H.G.B. (7 f.) . . . . . I 101 f.
Jagd (128 ff.) . . . . . II 537
auf eigenem Grundbesitz I 358
Freiheit von d. Gewerbesteuer (4) . . . . . I 470
Jagdausübung (1) . . I 365
Jagdbezirk, eigener — . I 358
gemeinschaftlicher — (4) I 354
Jagdgeräte (12) . . . . I 368
Jagdkontravention (7) . I 366
Jagdpachtgelder (11) . I 356
Jagdpachtverträge (2; 18) I 362 364
Jagdpolizei, Zuständigkeit (103 ff.) . . . . II 114 f.
Jagdpolizeigesetz . . . I 354
Jagdpolizeiliche Vorschriften (7) . . . . . I 366
Jagdpolizeiübertretungen (17, 19 f.) . . . . . I 356
Jagdrecht, Ausübung des — (1 ff.) . . . . . I 354
Ruhenlassen des — (5 ff., 9) . . . . . I 355
Jagdregal . . . . . II 692 f.
Jagdschein, Kassierung d. — (8) . . . . . I 367
polizeiliche Erlaubnis (1) I 365
Versagung des — (6) . I 366
Jagdscheingesetz, Giltigkeit des — (3) . . . I 365
Inkrafttreten des — (15) I 368
Jagdvergehen (7) . . . I 366
Jäger, von der Gemeinde angestellter — (10 f., 13) I 355 f.
Jahresabschlüsse, Einreichung der — (24) I 418
Jahreseinkünfte (7) . . I 396
Jahresertrag, mutmaßlicher — (10) . . . . I 402
Jahresjagdschein (3) . I 365
Jahresrechnung (54; 7) II 502, 505
Jahrmärkte (4) . . . . I 470
Jeweiliger Eigentümer, Wiederkaufsrecht des — am Rentengut (29 §§ 1, 10 f.) . . . . . I 34, 36
Immediatgemeinden (48) II 467
Immunität des Königs (43) . . . . . II 14
d. Landtagsabgeordneten (84) . . . . . II 21
Indirekte Abgaben (9) . I 397 f.
Gemeindesteuern (13 ff.) II 217 f.
Indossable Papiere, Pfändung von Forderungen (74, 76) . . . . . I 693 f.
Inhaber des Pfandscheins (17) . . . . . I 595
Schuldverschreibungen auf den — . . . . . I 26 ff.
Inhaberpapier, Bekanntmachung des Verlustes eines — (6) . . . . . I 100
Inkrafttreten des Jagdscheingesetzes (15) . . . I 368
des Preußischen Gerichtskostengesetzes (143) . . I 241
Inländische Gewerbetreibende (21) . . . . . I 476
Innere Rechte der Korporationen u. Gemeinen (42 ff.) . . . . . II 574 f.
Innungen (123 ff.) . . . II 118
Inseln im Flusse (242 ff., 67) . . . . . II 541 f., 688
Inspektoren (150 ff.) . . II 627
Internationale Verträge, Zustimmung d. Kammern zu — (48) . . II 14
Interpellationsrecht der Kammern (81) . . . II 20
Invaliden, Pensionserhöhungen und Verstümmelungszulagen (6) . . I 395
Invalidenversicherungskassen, Beiträge zu den — (9) . . . . . I 397 f.
Inventar des Nachlasses (104, 108, 128) . I 179, 182
Inventarium s. auch Verzeichnis.
der Dienstwohnung (4 ff.; 32) . . . . . II 302 f., 307
Italien, Erhebung d. Erbschaftssteuer . . . . . I 549
Juristische Personen, Erwerbsbeschränkungen für — . . . . . I 14 f.
Genehmigung der Aufsichtsbehörden zum Erwerb von Grundstücken durch — (7) . . . . . I 15
Gewerbebetrieb (19) . . I 476
Inhaberpapiere der — (18 § 1) . . . . . I 27
Umschreibung auf Namen von — (18 § 2) . . . I 27
Justizminister, Anordnungen des — betr. landesgesetzliche Vorschriften (29, 6, 19, 29, 31, 38, 65, 96, 119, 126, 128, 133, 139) . . . I 133, 156, 159, 161, 164 f., 169, 174, 180, 182, 184, 186
Justizminister, Aufsicht des — über die Notare (91) . . . . . I 174
Bestimmung des zuständigen Gerichts durch den — (130) . . . . I 182 f.
Dispensation bei Eheschließung (43 § 4) . . I 46
Ermächtigung z. Bekanntmachungen des Gesetzestextes (86 Abs. 2; 7; 46; 135) . . I 91, 121, 150, 185
Ernennung der Notare durch den — (78) . . I 172
Familienstiftungen (Anordnung d. Verwaltung) (1, 2 § 5) . . . . . I 9
Festsetzung der Grenze des Kleingewerbes (1) . . I 97
Genehmigung des — (17) I 130
Justizrat, der Geheime — in Preußen (18) . . . I 107
Justizverwaltung . . . I 113
Beamte der — . . . . II 319

K.

Kaffeeschänken (3) . . . I 468
Kalkbrüche, Ausbeutung . I 469
Kämmerei (138 ff.) . . . II 596
Kammergericht (92) . . II 22
Disziplinarsenat des — (6 ff.) . . . . . II 324 f.
Kammern (62 ff.) . . . II 17 ff.
für Handelssachen . . . I 110
Kanalisationswerke der Gemeinden (3) . . . . I 468
Kanoniker (1073 ff.) . . II 667 ff.
Kanzleidiener, Entlassung (86) . . . . . II 321
Kaperei (205 ff.) . . . II 539 f.
Kapitalabtragungen (9) I 397 f.
Kapitalanlagen (9) . . I 397 f.
Kapitalien, zurückzuerstattende — (18 ff.) . II 240 f.
Kapitalvermögen, Einkommen aus — (12) . I 405
bei der Ergänzungssteuer (4, 7) . . . . . I 441, 444
Kapitalversicherung, Anrechnung des Rückkaufswertes (15) . . . . . I 449
Kapitalwert, Ermittelung des — (13) . . . . . I 448
von Nutzungen und Leistungen (15, 18) . . . I 550
Kaplan (510 ff.) . . . . II 641
Karfreitag . . . . . II 393
Kassen, Gemeinschaftliche (651 f.) . . . . . II 544
Zahlungen aus öffentlichen — . . . . . I 17

Kassenbeiträge (9) . . . I 397 f.
Kassenbuch des Verwalters bei der Zwangsverwaltung . . . . . I 744
Kassenmäßiges Geld (11) I 310
Kassel, Einführung der Kurhessischen Gesindeordnung (14 § 3) . . I 21
Katasterbehörde (17) . . I 720
Katzenellnbogen, Landrecht von — (57) . . I 62
Kauf (4 ff.) . . . . . II 543 f.
Kaufgeschäfte, Ermächtigung von Handelsmäklern zu — . . . . . I 19 f.
Kaufmännische Körperschaft (13) . . . . . I 19 f.
Korporationen (134 ff.) . II 119
-s Zurückbehaltungsrecht (99) . . . . . I 709
Kaufverträge (12 § 3) . I 19
Beurkundung in Nassau (90 ff.) . . . . . I 772
Kautionshypotheken (33 § 1) . . . . . I 39
Kautionsstellung, Aufhebung d. — d. Staatsbeamten . . . . . II 287
Kehrbezirke (132) . . . II 119
Kenntnis d. Behörde (8) I 367
Kiesgruben . . . . . I 469
Kinder, Berücksichtigung d. — bei der Einkommensteuerveranlagung (11, 18) . . . . . I 403, 415
als Gesinde (6) . . . . I 575
Rechte und Pflichten . . II 560
Kirche, Austritt aus der — II 453 ff.
Befreiung von der Erbschaftssteuer (i) . . . I 559
Gebühr für den Austritt aus der — (107) . . . I 232
Verjährung d. Gebührenanspruchs der — (8 § 1) I 16
Kirchenabgaben, Rechtsweg wegen — . . . . II 380
Kirchenbausachen (23) . II 489
Kirchenbeamte (8) . . . I 16
Abgaben an — sind öffentliche Lasten (2) . . . . I 141
Kirchenbücher (80) I 223, (23) . . . . . II 489
Kirchengebäude (170 ff.; 699 ff.) . . . . II 628, 649 f.
Kirchengemeinden, Vermögensverwaltung . . II 503
Kirchengemeindeordnung II 456 ff.
Kirchengerätschaften (179 ff.) . . . . . II 629
Kirchengesellschaften (11 ff.) . . . . . II 621 ff.
Kirchenkapitalien (629 ff.) II 647
Kirchenkollegien (156 ff.) II 628
Kirchenlasten (1, 3 ff.) . II 454 f.
Kirchenpatron . . . . II 644 ff.
Kirchenpatronat (17) . . II 10
Kirchenverfassung, evangelische, Ges. betr. . . II 485 ff.
Kirchenvermögen (17, 24; 50; 2) . . II 488 f., 502, 504
Begriff des — (160 ff.) . II 628
Kirchenverwalter (623 ff.) II 646
Kirchenvorstand (1, 5 ff.) II 495 ff.
Kirchenvorsteher, Wahl (25 ff.; 45 f.) . . II 498 f., 501
Kirchhöfe (183 ff.) . . . II 629
Bau u. Besserung (761 ff.) II 652
Nutzung der — (818 ff.) II 655
Kirchliche Ordnung (23) II 489
Kirchliche Vermögensrechte (11 ff.) . . . . II 479
Kirchstellen, Vermietung (676 ff.) . . . . . II 649
Klage gegen Gewerkschaftsbeschlüsse (115 f.) . . . II 772
gegen den Gewerken (129) II 774
Kleinbahnen . . . . II 723 ff.
Gesetz betr. die — (31; 3) I 134, 156
Pfandrecht an — (45) . I 739
Kleine Belagerungszustand . . . . . II 391 f.
Kleingewerbe, Grenze d. — (1) . . . . . I 97
Kleinhandel mit Branntwein od. Spiritus (59) . I 483
Kleinkinderbewahranstalten (g) . . . . . I 559
Klostergelübde (1171 ff.) II 670
Klostergesellschaften (1057 ff.) . . . . . II 666 f.
Klosterzucht (1066 ff.) . . II 667
Knappschaftsältesten (178 ff.) . . . . . II 780
Knappschaftskassen (17) . I 145
Knappschaftsvereine (80 f.; 165 ff.) . II 765, 778 ff.
Knappschaftsvorstand (178 ff.) . . . . . II 780
Kohlenabbaugerechtigkeiten (38 § 3; 22, 27) I 43, 132
Grundbücher für — (22 ff.) . . . . . I 735 f.
Zwangsversteigerung u. -verwaltung . . . . I 145 f.
Kollegiatsstifte (1054 ff.) II 666
Kollision . . . . . II 529
Kolonie, Anlegung (18 ff.) II 410
Kommanditgesellschaften (4, 8) . . . . . I 99, 102
Kommanditgesellschaften auf Aktien, Einreichung des Geschäftsberichts (28) I 478
Kommanditgesellschaften auf Aktien, Steuerpflicht (1) . . . . . I 389
steuerpflichtiges Einkommen (16) . . . . . I 413
Kommissar der Regierung als Vorsitzender d. Veranlagungskommission (34) . . . . . I 422
Kommissionen, außerordentliche (7) . . . . II 9
bei der Einkommensteuer (31; 34; 41; 50 ff.) I 420 f., 422, 426, 429 f.
Kommissionsbeschlüsse, Ausfertigung d. — (51) I 429 f.
Kommissionsmitglieder bei der Einkommensteuer (50 ff., 54, 69, 72) . . . . . I 429 ff., 435 f.
Kommunalabgaben . . I 436
Kommunalabgabengesetz II 214 ff.
Kommunalauflagen, Heranziehung d. Staatsdiener zu den — . . II 309 f.
Kommunalbeamte s. auch Gemeindebeamte.
Betriebsunfall von — (11) . . . . . II 340
Erhebung von Gebühren durch — (102) . . . II 24
Gnadenquartal . . . . II 344
Kommunalbezirke, Verteilung des Steuersatzes auf mehrere — (38) . I 480
Kommunallandtag (124) I 182
Kommunalverbände (17; 54) . . . . . I 26, 431
Abgaben an — (2) . . I 141
Gebot der — (9) . . . I 143
Stellenbesetzung mit Militäranwärtern (1 ff.) II 276 ff.
steuerfreie Betriebe der — (3) . . . . . I 468
Kompetenz der Disciplinarbehörden (28) . . . II 316
der Gerichte u. Verwaltungsbehörden (96) . . II 22
Kompetenzkonflikte (96; 113) . . II 22, 79, 381 ff.
Konfessionen, Gleichberechtigung der — (12) II 10
Konfiskation der Jagdgeräte und Hunde (12) I 368
König (43 ff.) . . . . II 12 ff.
Eid auf die Verfassung (54) . . . . . II 15
Genehmigung für Schenkungen (6) . . . . . I 14
gesetzgebende Gewalt d. — (62) . . . . . II 18

König, Minderjährigkeit (56) . . . . . II 15
Oberbefehl über das Heer (46) . . . . . II 14
Rechte des — (48 ff., 76, 77) . . . . . II 14 f., 20
Treueid für den — (108) II 27
Unverletzlichkeit (43) . . II 14
Verkündung der Gesetze (45) . . . . . II 14
Volljährigkeit (54) . . . II 15
Königliche Polizeiverwaltung . . . . . II 374 f.
Königliches Haus, Befreiung von der Einkommensteuer (3) . . . I 394
Königliche Verordnung bei Auflassungen im rheinischen Recht (26 § 1) I 32
bei Stiftungen (6, 7 § 2) I 14 f.
Konkurrenzbahn (44) . II 719
Konkurs des Gemeindeglieds (44; 9) . . II 193, 513
Konsistorium (44; 55 ff.; 9) . . II 467 ff., 474 ff., 486
Konsolidation von Bergwerken (41 ff.) . . . II 758 f.
von Grubenfeldern (37 I) I 42
Konsul, Beglaubigung durch den — (10, 12) II 353 f.
Bescheinigung des — über Zuständigkeit von Behörden (43 § 3) . . . I 46
Konsumanstalten (5) . . I 473
Konsumvereine (1; 5) I 390, 473
Konto des Staatsschuldbuchs (4) . . . . . II 352
Kontobuch des Verwalters bei der Zwangsverwaltung . . . . . I 745 ff.
Koppelhütung (133 ff) . II 552
Körperliche Sachen, Zwangsvollstreckung (22 ff.) . . . . . II 254 ff.
Körperverletzungen, Sühneverhandlung über — . . . . . I 298 f.
Körperschaft, Anfallsberechtigung bei Stiftungen (5 § 2) . . . . I 12
kaufmännische — (13) . I 19
des öffentlichen Rechts (1; 2) . . . . . I 9, 141
Umschreibung der Inhaberpapiere einer — (18) I 27
Korporationen (26 ff.) II 574 ff.
Ausübung des Jagdrechts durch — (3) . . I 354
Petitionsrecht der — (32) II 11
Steuerpflicht (3) . . . I 468
Korporationsrechte, Erlangung der — (13) . II 10
Korporationsrechte, Verleihung der — (31) . II 11
Kost des Gesindes (32 ff., 82 ff., 150 ff.) I 577, 580, 584 f.
Kostbarkeiten, Hinterlegung von — . . . I 313 ff.
Kosten (14; 74) I 368, 486, 299 f.
der amtlichen Ermittelung des Nachlaßwerts (20; 38) . . . . . I 551, 554
der Amtsanwaltsgeschäfte (65) . . . . . I 112
für Amtshandlungen des Schiedsmanns (40) . . I 299
der Aufhebung des Bergwerkseigentums (164) . II 778
in Auseinandersetzungssachen (3) . . . . . I 141
der Beschwerdeinstanz (28) I 161
des Enteignungsverfahrens (43; 147) . II 449, 776
bei der Erbschaftssteuer (49) . . . . . I 557
Erstattung der — (13) . I 157
für Erteilung von Hypothekenbriefen (33 § 2) . I 39
Festsetzung der — (10 ff., 14) . . . . . I 157
der Fürsorgeerziehung (15 f.) . . . . . II 359 f.
der Gebäudesteuerveranlagung (13) . . . . . I 504
der Gemeindeabgaben (89 f.) . . . . . II 234 f.
der Generalsynode (38 ff.) II 483
des Gerichts (40, 44 ff.) I 148, 150
der Handelskammern (23 ff.) . . . . . II 515 ff.
der Hebung und Beitreibung (15) . . . . . II 240
der Kirchenbauten (710 ff.) II 650 ff.
königlicher Polizei in Stadtgemeinden . . II 374 f.
der Landarmenverbände (29 ff.) . . . . . II 415 f.
der Mahnung u. Zwangsvollstreckung (16) . . . II 253
von der Masse abzuziehende — (5) . . . I 547
des Muters (38) . . . II 758
Nichterhebung von — für Verhandlungen (49) I 557
der örtlichen Polizeiverwaltung (3) . . . . . II 369
der Ortsgerichte (16) . . I 750
der Rettung verunglückter Bergleute (206) . . . II 783
Rückerstattung von — (8 § 1) . . . . . I 16
Kosten in Stempelsteuersachen (29) . . . . . I 520
der Steuerveranlagung (71 f.) . . . . . I 436
der Synoden (71 ff.) . II 473 f.
der Umschreibung von Inhaberpapieren (18 §§ 6 f.) . . . . . I 27
der Veranlagung zur Ergänzungssteuer (45) . I 460 f.
— — und Verwaltung (14) . . . . . II 240
des Verfahrens (9, 16 f., 28, 30) . . . . I 156 f., 161
Verjährung d. Anspruchs auf — (8 § 1) . . . I 16
Verjährungsbeginn (8 § 1) I 16
Verteilung der — der Armenverbände (70) II 419 f.
des Verwaltungsstreitverfahrens (102 ff.) . II 77 f.
des Wegebaus (62) . . II 105 (Beitrag d. Gemeinden), (64) II 105 (Beitrag von Fabriken),
der Zwangsvollstreckung (54 ff.) . . . . . II 260
Kostenfreie Erteilung des Hypothekenbriefes (33 § 2) . . . . . I 39
Kostenfreiheit der Angelegenheiten d. Justizverwaltung (145) . . I 241
Kostengesetze, Preußische I 191 ff.
Kostenrechnung (7) . . II 252
Kostenvorschuß (6) . . . I 196
Kostgänger (11) . . . . I 403
Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen od. vernichteten Schuldverschreibung (18 § 9; 7) . . . . . I 27, 117
des Kuxscheins (110) . II 771
Krankenkassen, Beiträge zu den — (9) . . . I 397 f.
Krankenlager, Beurkundung des Notars am — (6) . . . . . I 244
Krankheit, andauernde, als Grund zur Steuerermäßigung (19; 44) I 415, 481
des Gesindes (86 ff.) . . I 580
Krankheitskosten, Abzug der — von der steuerpflichtigen Masse (5) . I 547
Kreditanstalten (17 § 2; 21; 9, 12; 34) I 27, 132, 143 f., 147
d. Kommunalverbände (3) I 468
landschaftliche —, Forderungen von — . . II 744 f.

Kreditverbände (3) . . I 468
Kreidebrüche . . . . . I 469
Kreis als Veranlagungsbezirk (33) . . . . . I 422
Kreisangehörige (6 ff.) II 143 ff.
Kreisausschuß (36 ff., 130 ff.) . . . . II 67 f., 163 f.
Schiedsrichteramt des — (60 ff.) . . . . . II 418
Kreisbehörden . . . . II 67 f.
Kreise, Angelegenheiten der — (2 ff.) . . . . II 90
Veranlagungsbezirke (11) I 474
Vereinigung mehrerer — zu einem Veranlagungsbezirk (12) . . . . . I 474
Kreishaushalt (127 ff.) . II 162
Kreiskommissionen (167 f.) II 164
Kreiskommunalkasse (4) I 365
Kreisstatuten (20) . . . II 146
Kreissteuern (91 ff.) . II 235 f.
Kreissynode (49 ff., 43 ff., 2 ff.) . II 467 ff, 483 f., 485 ff.
Kreistag, Zusammensetzung (84 ff.) . . . II 154 ff.
Kreisverbände . . . . II 24
Beamte der — (21) . . II 285
Kreisverfassung . . . II 142 ff.
Kreisvertretung, Wahl der Veranlagungskommission (34) . . . . . I 422
Kreisverwaltung, Oberaufsicht (176 ff.) . . II 165 f.
Krieg, Außerkrafttreten von Verfassungsbestimmungen im — (111) . II 28
Erklärung des — (48) . II 14
Kriegsbeschädigungen d. Bahn (43) . . . . . II 719
Kriegserklärung durch d. König (48) . . . . . II 14
Kriegsformation (6) . . I 395
Kriegsgefangenschaft (18) II 330
Kriegsgerichte (110) . . I 115
Kriegszeit (18) . . . . II 330
Krone, Erblichkeit der — (53) . . . . . II 15
Kronfideikommißfonds (59) . . . . . II 15
Kronsyndici (3) . . . . II 29
Kultus, Gesetze betr. — II 456 ff.
Kündigung, Ausschließung der — bei Hypotheken u. Grundschulden (32) . I 37
im Bergbau (81, 88) II 766, 769
bisher unkündbarer Kapitalien (32 § 2) . . . I 37
der Geldrenten (30) . . I 36
d. Gesindevertrags (110 ff., 143 f.) . . . . . I 582 f.
Recht der — bei Hypotheken u. Grundschulden I 37 f.
Kündigung der Wohnung des Ausgedingers (15 § 9) I 24
Kunst steuerfrei (4) . . . I 470
Kunstgärtnerei (5) . . I 470
Kunstgegenstände (24; 50; 2) . . II 489, 501, 504
Künstlerische Thätigkeit (15) . . . . . I 411
Kurhessisches Fürstenhaus, Befreiung von d. Einkommensteuer (3) I 394
Kur-Hessische Fürstenhausmitglieder (137) . I 185
Gebietsteile (54) . . . I 60
Gesetz betr. Verjährungsfristen (87 Abs. 18) . I 93
Verordnung üb. Gesindewesen (14 § 3) . . . I 22
Kur-Kölnische Rechtsordnung (55 § 2) . . . I 61
Kur-Trierisches Landrecht (55 § 2) . . . . . I 61
Kurswert hinterlegter Wertpapiere (43) . . I 314
Kurtaxen (12) . . . . . II 217
Küstenfahrer, Beladung des Verdecks (7) . . I 101
Tagebuch der — (7) . I 101
Küstenfischerei (3) . . I 371
Küster (556 ff.) . . II 643 f.
Küsterhäuser . . . II 507 f.
Kure (37 IX) I 42 (101 ff., 228 ff.) . . . II 770 f., 787
Kurschein (103) . . . II 771

L.

Ladung von Familienmitgliedern bei Familienschlüssen (2 § 12) . . I 10
der Parteien durch den Schiedsmann (37) . . I 299
Landarmenverbände (f) I 559 (26 f., 31 ff.) . . . II 414 f.
Landbürgermeistereien (19 f.) . . . . . II 284 f.
Landdrosteibezirke (2) . II 62
Landeseisenbahnrat . II 721 ff.
Landeskirchliche Gesetzgebung (6 ff.) . . . II 477 ff.
Landeskulturrenten . . I 29
Landeskultur-Rentenbanken (3) . . . . . I 468
Landeskreditkassen (3) . I 468
Landesverwaltung, Gesetz über die allgemeine — . . . . . II 61 ff.
Landgemeinden (2 ff.) . II 188 ff.
Angelegenheiten der — (24 ff.) . . . . . II 95 ff.
Landgemeindeordnung der östl. Provinzen II 187 ff.
Landgerichte (2) II 323, I 109 f.
Landgerichtsbezirke . . I 270 f.
Landgesinde . . . . . I 586 f.
Landgut, Feststellung des Ertragswerts eines — I 78
Landgüterrolle (45 § 2) I 50
Ländliche Arbeiter, Verletzung d. Dienstpflichten I 586
Landmesser (4) . . . . I 470
Landrat (1) . . . . . I 365
(36) . . . . . II 67
Amt des — (74 ff.) . II 153 f.
Versetzung (87) . . . . II 321
Vorsitzender der Veranlagungskommission (34) I 422
Landrecht, allgemeines II 519 ff.
eheliches Güterrecht nach — (45; 28, 30, 32; 104; 119) I 50, 146 f., 178, 180
Stiftungen im Geltungsbereiche des — (3) . . I 11
Landschaftliche Kreditanstalten (21) . . . . . I 132
Landstraßen (1 ff.) . . II 685 ff.
Landsturm, Aufgebot (35) II 11
Landtag, Einberufung (76) . . . . . II 20
Land- u. Gartenhäuser (8) I 503
Landwehr (35, 38) . . . II 11
Landwirtschaft (4) . . . I 470
Landwirtschaftliche Kreditverbände (3) . . . I 468
Landwirtschaftsbetriebe, Berechnung des steuerbaren Vermögens (10) . I 447
Lasten, Aufhebung besonderer — (42) . . . . II 12
Abzug der dauernden — vom Einkommen (9) I 397 f.
gemeine — (1 f., 17) I 141, 145
auf Grundstücksteilen (15 § 4) . . . . . I 23
und Leistungen (23 f.) . I 551
öffentliche — (1 ff., 11) I 141, 129
Verteilung der öffentlichen — bei Grundstücksteilungen . . . II 407 f.
Lauenburg, Beschränkung der Reallasten in — (30) . . . . . I 36
Einführungsgesetz zum HGB. in — (8) . . . I 102
Gerichtsbarkeit in — (17) I 107
Kündbarkeit der auf Grundstücke gelegten Kapitalien in — (32 § 2) . . . . . I 37
Lebensbescheinigung (56) I 168
Lebensversicherung, Anrechnung des Rückkaufswertes (15) . . . . . I 449

Lebensversicherungsprämien (9) . . . . . I 397 f.
Lebenszeit, Ernennung der Richter auf — (87) II 22
Legalisation amtlicher Unterschriften (43, 130) I 110, 183
Legislaturperiode (73, 75) . . . . . II 20
Legitimation unehelicher Kinder (603) . . . . II 561
Legitimationsprüfung der Kammermitglieder (78) . . . . . II 20
Lehmgruben . . . . . I 469
Lehen . . . . . II 547
außerhalb des Staats liegende — (41) . . . . II 12
Thronlehen (41) . . . II 12
Verbot der Errichtung von — (40) . . . . II 12
Lehnsanfälle (1) . . . I 544
Betrag der Erbschaftssteuer für — (26) . . I 552
Steuersatz von — (3) . . I 558
Lehnsfolger (19, 144 Abs. 1) . . . . . I 130, 186
Lehnsgüter (15) . . . I 129
Lehnssachen (130) . . . I 183
Lehnsverband (20) . . . I 130
Aufhebung (40) . . . . II 12
Lehre, Freiheit der — der Wissenschaft (20) . . . II 10
Lehrer, Dienstaufwand (15) . . . . . I 411
öffentliche — (23 f.) . . II 10
Pensionierung . . . II 327 ff.
Lehrfreiheit, kirchliche (7) II 477
Lehrlinge des Apothekers (15 ff.) . . . . . II 397 ff.
Leibgedingsvertrag (26) I 23 f.
aufgehobene Vorschriften über — (89 Abs. 5) . . I 92
bleibt bestehen, ohne im geringsten Gebot berücksichtigt zu sein (6) I 142
mehrere Berechtigte (15 § 10) . . . . . I 24
Leibrente (5 § 2) . . . I 12
Bestimmung des Wertes (16) . . . . . I 550
Leibzuchtsvertrag (15, 89 Abs. 5) . . . . . I 23, 93
Recht des — bleibt bestehen, ohne im geringsten Gebot berücksichtigt zu sein (6) . . I 142
Leihanstalten der Gemeinden (3) . . . . . I 468
Leistungen der Knappschaftsvereine (171 ff.) II 779 f.
Leistungsfähigkeit, Beeinträchtigung der — der Steuerpflichtigen (19) I 415
Lieferungsverträge, Stempelpflicht der — (5) . . . . . I 511
Linealfolge, agnatische (53) . . . . . II 15
Lingen, Hypothekarinstrumente in — (33 § 2) I 39
Linke Hand, Ehe zur — II 559
Liste der Bergleute (93) II 770
Livree der Bedienten (37 ff., 154 ff.) I 577, 584 f.
Lohn, Abzüge (80 b) . . II 763
Berechnung (80 k) . . . II 765
Forderung (17) . . . . I 145
— (des Gesindes) (14 § 1) I 21
des Gesindes (32 ff., 82 ff., 150 ff.) . . I 577, 580, 584 f.
rückständiger — (80) . . II 762
Zahlung (80 b) . . . . II 763
Löschung der Fideikommißeigenschaft (16) . . I 130
im Handelsregister (2) . I 98
der Hypothek (33 § 3) . I 39
im Staatsschuldbuche (15 ff.) . . . . . II 354
Lotterien, Spiel in außerpreußischen — . . . . I 596
Lübeck, Aufhebung des revidierten Statuts von — (89 Abs. 4) . . . . . I 92
Güterrecht (50, 51 § 4) I 55 f., 625

M.

Macht, bewaffnete — (36, 38) . . . . . I 11
Magistrat (29 ff., 56 ff.) II 176 f., 180 ff.
Mahl- und Schlachtsteuer, Erhebung der — an Stelle direkter Steuern (72) . . . . . II 19
Mahnung vor der Zwangsvollstreckung (7) II 252
Majestätsrechte (5 ff.) . . II 681
Mainzer Landrecht, eheliches Güterrecht nach — (53 § 5) . . . . . I 60
Errungenschaftsgemeinschaft nach — (54 § 1) I 60
Majorat (145) . . . . II 568
Mannesstamm, Vererbung im — (53) . . . II 15
Marine, Angehörige und Offiziere der — (6, 65) . . . . . I 395, 434
Märkisches Provinzialrecht, Güterstand nach — (46) . . . . . I 51
Markscheider (4) . . . . I 470
(190) . . . . . II 781
Marksteine (1 ff.) . . II 707 ff.
Märkte (127 ff.) . . . . II 118
Marktfuhren (399) . . . II 590
Markthallen (3) . . . . I 468
Marktpreis des Pfandes (41) . . . . . I 45
Marktrecht (103 ff.) . . II 596
Marktstandsgeld (11) . . II 217
Maschinen, Abnutzung von — (9) . . . . . I 397 f.
Maschinenkraft, Bahnen mit — (17) . . . . II 725 f.
Maßstab der Besteuerung zur Ergänzungssteuer I 441 f.
Mastungsrecht (187 ff.) . II 555
Mauer, Erhöhung der — nach Rheinischem Recht (23) . . . . . I 30
gemeinschaftliche (133) . II 535
Mediatkonsistorien (147 ff.) . . . . . II 627
Medikamente . . . . II 401 ff.
Meeresufer (80) . . . . II 689
Mehrere Gegenstände in einer Urkunde, Versteuerung (10) . . . . I 514
Patrone (605 ff.) . . II 645 f.
Urkunden über denselben Gegenstand (9) . . . I 514
Mehrfacher Wohnsitz, Einschätzung bei — (50) II 225
Mehrheit in den Kammern (80) . . . . . II 20
Meiergüter (15) . . . . I 129
Meinungsäußerung, freie — (27, 84) . . II 11, 21
Meistgebot (27) . . . . I 146
Meliorationsgenossenschaften (2) . . . . . I 141
Merkmale, unzulässige — (84, 85 a, f) . . . . II 767 f.
Merkpfahl (1 ff.) . . II 704 ff.
Messen (4) . . . . . I 470
Miete, Einkommen aus der — (13) . . . . . I 406
Mieter, Rechte des — (7) I 142
Mietsentschädigungen (4) . . . . . II 291
Mietsgeld (Gesinde) (23 ff., 45 ff.) . . . . . I 576 ff.
Mietssteuern (57) . . . II 227
Mietsvertrag (Gesinde) (11, 22 ff.) . . . . I 576 f.
bei der Zwangsverwaltung (6 f.) . . . . I 741 f.
Miet- und Pachtrechte, nicht eintragungsbedürftige (9) . . . . . I 599
Mietwert (13; 6 f.) I 406, 502
Milchpächter (4) . . . I 470

Militäranwärter II 269 ff., 276 ff.
-beamte, Ueberschreitung d. Amtsbefugnisse (97) . II 23
-dienst (15 f.) . . . . . II 329
-dienstzeit, Anrechnung II 280 f.
-disciplin (37) . . . . II 11
-einkommen (6) . . . . I 395
-gemeinden (48, 56) II 467, 502
-gerichte (110) . . . . I 115
-gerichtsstand (37) . . . II 11
Militärpersonen (6) . . I 395
Beratung üb. militärische Einrichtungen (101, 113) II 439
Ehe (34 f.) . . . . . II 559
Heranziehung zu Gemeindeabgaben (42) II 223, 310 ff.
Rechte und Pflichten . . II 617
Straffestsetzungen durch Polizeibehörden (11) . . II 377
Teilnahme an politischen Vereinen (49) . . . . II 439
Zutritt in Wohnung der — zur Nachtzeit (10) . II 387
Zwangsvollstreckung gegen — (8) . . . . II 252
Minderjährige (47, 56) I 481, 483
Fürsorgeerziehung . . II 356 ff.
als Gesinde (6) . . . . I 575
Mindestbetrag der Erbschaftssteuer (1) . . . I 558
der Gebühren (32) . . I 202
— — des Notars (3) . I 244
der Stempelsteuer (11) . I 515
Mineralien, Aufsuchung und Gewinnung (1, 57) II 753, 760
Minister, Anklage (49, 61) . . . . . II 14, 16
Ausführungsvorschriften für Umschreibung von Inhaberpapieren (18 § 7) I 27
Auskunft über Beschwerden an d. Kammern (81) II 20
Befreiung betr. Eheschließung durch den — des Innern (43 § 4) . . . I 46
Begnadigung der — (49) II 14
Ernennung und Entlassung (45) . . . . . II 14
Festsetzung d. Grenze d. Kleingewerbes (1) . . I 97
Gegenzeichnung (44) . . II 14
für Handel u. Gewerbe (126) . . . . . I 182
Sicherung des Nachlasses durch den — des Innern (19) . . . . . I 159
Verantwortlichkeit (44) . II 14
Minorat (146 ff.) . . . II 568
Mißhandlung des Gesindes (79, 96, 136) I 580 f., 583
Mitbau (225) . . . . . II 787
Miteigentümer, Feststellung der Ansprüche (18) I 720
Wiederkaufsrecht des — eines Rentenguts (29 §2) I 34
Mitglieder des Abgeordnetenhauses (108) II 27 (Eid), (78) II 20 (Legitimationsprüfung), (78) II 20 (Rangerhöhung), (75) II 20 (Wiederwählbarkeit), (69) II 19 (Zahl) der Kammern (Rechtsstellung) (83 f.) . . . II 21
der Kirche (39 ff.) . . II 622 f.
d. Oberrechnungskammer (74) . . . . . II 20
Mitgliedschaft zur Handelskammer (16 ff.) . . II 515
des Herrenhauses (65 ff.) II 19
der Kammern (74) . . II 20
Mitteilung gerichtlicher oder notarieller Urkunden (52) . . . . . I 167
Mitwirkung d. Gemeindebeamten in Angelegenheiten der freiw. Gerichtsbarkeit . . . . I 178 ff.
Mobiliar-Feuer-Versicherungswesen . . . II 749 ff.
Mobilmachung, Lieferungsverträge (16) . . I 517
Molkereigenossenschaften (5) . . . . . I 473
Monarchie, Geltung des Jagdscheingesetzes in der — (3) . . . . . I 365
Umfang (1) . . . . . II 3
Mönche (1160 ff.) . . II 669 ff.
Moralische Personen (81) II 576
Most, Ausschank von — (67) . . . . . I 484
Möveneier (2) . . . . I 365
Mühlen, Wasserstand bei — (1 ff.) . . . . . II 704 ff.
Mühlengerechtigkeit (229 ff.) . . . . . I 691 f.
Mündel, Hinterlegung von Wertpapieren des — (47 ff.) . . . . . I 314 f.
Mündelgeld, Anlegung von — . . . . . I 73 f.
Mündelsicherheit (A. 73 f.) I 73 f.
Mündlichkeit d. Verhandlung vor dem Schiedsmanne (23) . . . . . I 297
Münzrecht (50) . . . . II 15
Muster für die Verhandlungen d. Dorfgerichte I 800 ff.
— — — d. Ortsgerichte I 777 ff.
Muten . . . . . II 754 ff.
Muter, Pflichten (17 ff.) II 755
Rechte (27) . . . . . II 756
Mutmaßlicher Wert unsicherer Forderungen (25) . . . . . I 552
Mutung (12 ff.) . . . II 754 ff.

N.

Nachbargemeinden (128 ff.) . . . . . II 208 ff.
Nachbarrechtliche Beschränkung des Eigentums . I 30
Nacherhebung der Erbschaftssteuer (23) . . . I 551
Nachforderung von Gerichtskosten (12) . . . I 198
hinterzogener Gemeindesteuern (83 ff.) . . II 233 f.
Nachlaß (10) . . . . . I 128
Sicherung (104, 121, 128) I 178, 181 f.
— durch das Dorfgericht (10 ff.) . . . . . I 790 ff.
— durch Gerichtsvollzieher (103) . . . . . I 712
— durch das Ortsgericht (16 ff.) . . . . . I 760 ff.
der in Stiftungen verpflegten Personen (50 ff.) II 698 ff.
Verzeichnis (104, 108, 128) . . . . I 178 f., 182
Nachlaßgericht, Fürsorge (79) . . . . . I 76
Zuständigkeit (20) . . . I 159
Nachlaßinventar, Aufnahme durch Gerichtsvollzieher (102 ff.) . I 712 ff.
Nachlaßkosten (3) . . . I 196
Nachlaßregulierungskosten, abzugsfähig von d. Erbschaftssteuermasse (5) . I 547
Nachlaßsachen (19) . . I 159
Gebühren bei — . . . I 224 ff.
Nachlaß- und Teilungssachen . . . . . I 159 ff.
Nachlaßverwalter, Haftung für die Erbschaftssteuer (30) . . . . . I 553
Nachsteuer (80, 70, 78) I 437, 485 f., (84 ff.) II 234
Nachtzeit, Amtshandlungen des Gerichtsvollziehers (8) . . . . . I 662
Beurkundungen d. Notars zur — (6) . . . . . I 244
Eindringen in die Wohnung während der — (8 ff.) . . . . . II 387
Nachzahlung der Steuer (66 f., 80) . . . I 434 f., 437
Namen auf Jagdschein (1) I 365
Umschreibung von Inhaberpapieren auf — (18) . . . . . I 27

Namentliche Nachweisungen (29) . . . . I 478
Namhaftmachung der Betriebsbeamten (74) . . II 762
Nassau, Auseinandersetzungen (36, 111, 119, 122, 137, 139) I 41, 180, 181, 185, 186
Beurkundung von Grundstückskaufverträgen durch Bürgermeister (12 § 3). I 19
Veräußerung von Grundstücksteilen (20) . . . I 29
Nassauisches Fürstenhaus, Befreiung von der Einkommensteuer (3) . . . I 394
Nassau-Katzenellnbogen, eheliches Güterrecht in — (53 § 5) . . . . . I 60
Naturalabgaben (474 ff.) II 594
Naturaldienste (1, 68) . II 215 229 f.
Nebenämter, Pensionsanspruch aus — (12) . II 329
Übernahme von — durch Staatsbeamte . . . II 289 f.
Nebengeistliche (539 ff.) . II 643
Nebenwege (58 ff.) . . . II 104
Nennwert als Steuergrundlage (12) . . . . . II 448
Neumünstersche Kirchspielgebräuche, gesetzl. Güterstand der — (50 § 3) . I 55
Neuvorpommern, eheliches Güterrecht in — (51 § 4) I 56
Neuwahl der Abgeordneten (75) . . . . . II 20
bei Auflösung d. Kammer in bestimmter Frist (51) II 15
Nichtabhalten von der Begehung von Forstdiebstahl (36) . . . . . I 331
Nichterfüllung des Leibgedingevertrags (15 § 7) I. 24
Nichterhebung der veranlagten Einkommensteuer (65) . . . . . I 434
Niederlegung der Arbeit ohne Kündigung (83 f.) II 766 ff.
des Pfarramts (523 ff.) . II 642
d. Schiedsmannsamts (8) I 295
Niederrheinische Provinzen, Verordnung für Notare in den — (144 Abs. 6) . . . . . I 187
Niederschlagung der Gerichtskosten (17) . . . I 199
von Steuerbeträgen (45) I 481
von Untersuchungen (49) II 14
von veranlagten Einkommensteuerbeträgen (64) I 434
Niedrigste zulässige Steuersätze (14) . . . . . I 475
Nießbrauch (45 f.) . . . II 518
auf Lebenszeit, Wertermittelung (16) . . . . . I 550
des Pfarrers (778 ff.) . II 653
Nießbrauchsrecht, Privilegien und Hypotheken des rheinischen Rechts am — (33 § 4) . . . I 40
Nordstrander Landrecht, eheliches Güterrecht nach — (52 § 3, 53 § 4) I 58, 60
Notar, Amtsstellung . I 172 ff.
Auflassung vor dem — im rheinischen Recht (26 § 1) . . . . . I 32
Ausschließung von der Rechtsanwaltschaft (22) II 325
Beteiligung bei Gründung v. Gesellschaften (4) II 290
Empfang, Verwahrung u. Auszahlung v. Geldern und Wertpapieren (13) I 245
Gebührenordnung (134 f.) I 184 f.
Haftung für Kauf- und Pachtgelder (18) . . . I 246
Niederlegung des Amtes (77) . . . . . II 320
im Oberlandesgerichtsbezirk Köln (143) . . . I 186
Rechte u. Pflichten (51 ff.) I 167 ff.
Überweisung der Auseinandersetzung (21 ff.) . I 160
Vermittelung der Auseinandersetzung (87) . I 226
als Vormund (72) . . I 72
Zuständigkeit (31 ff., 38) I 164 f.
Zustellung (26) . . . . I 161
Notariat, Gesetz betr. (144 Abs. 19, 22) . . . . . I 188
Notarielle Urkunden . I 164 f.
Notstand, Erlaß von Verordnungen während des — (63) . . . . . II 19
Nottestament . . . . . I 76
Notverordnungen, Erlaß — (63) . . . . . II 19
Nutzungen eines dritten an der Erbschaft (27) . I 552
Ermittelung des Wertes von — (15 ff.) . . . I 550 f.
inländischer Grundstücke (9) I 548
Nutzungswert von Gebäuden (6 f.) . . . . I 502

O.

Oberamtmann (1) . . . I 365
Oberaufsicht (76 f.) . . . I 486
über die Apotheken . II 400 f.
des Finanzministers (55) I 431
Oberbefehl über das Heer (46) . . . . . II 14
Oberbergamt (23 ff.) I 132, (8, 12, 30 ff., 41, 45, 49, 51, 59, 61, 65, 68, 72, 142 ff., 154, 177, 183 ff., 187 ff., 197 ff.) II 754, 757 ff., 775 ff., 780 ff.
Obereigentum, Eintragung des — ins Grundbuch (15) . . . . . I 129
Oberhessen, Gesetz betr. Klagenverjährung (89 Abs. 17) . . . . . I 93
Oberkirchenrat, evangelischer (36 f., 21) II 482 f., 489, 494 f.
Oberlandesgerichte I 110 (3 f.) . . . . . II 323
bei Familienstiftungen (1) I 9
als Fideikommißbehörde (17; 6 f., 37, 130, 137, 143) I 130, 156, 165, 182, 185 f.
Oberpräsident (8 f.) . . II 63
vereinigt mehrere Gemeinden zu einem Voreinschätzungsbezirke (31) I 420 f.
Oberrechnungskammer, Mitglieder (74) . . . II 20
Zuständigkeit (104) . . II 24
Oberstaatsanwalt (59) . I 111
Obertribunal, Regelung der Gerichtsbarkeit letzter Instanz des — (19) I 107
Oberverwaltungsgericht (37) I 480, (7; 6) II 63, 505
Befugnisse in Steuersachen (44 ff.) . . . . I 428 f.
Entscheidung über Rechtsmittel (36) . . . . . I 458
Obstbau (4) . . . . . I 470
Offenbarungseid (21, 40) II 254, 257
Öffentlich aufgenommene Kirchengesellschaften (17 ff.) . . . . II 622
Öffentliche Abgaben (9; 2) I 17, 141, Verjährungsfristen bei — . . . II 248 ff.
Angelegenheiten, Erörterung (1) . . . . . II 435
Auslegung der Steuerliste (75) . . . . . I 436 f.
Behörde (8 § 1; 12 § 2; 27) . . . . . I 16, 18, 32
Ermächtigung der Handelsmäkler (13) . . . I 19
Glauben des Grundbuchs (22; 6) I 30, 142), (Personen mit —) (32) . . . . . I 164
Grundstücke, Eintragung nur auf Antrag (1) . I 718

Öffentliche Kasse, Zahlungen aus — (11) . I 17
Lasten bei der Zwangsversteigerung (1 ff.) . I 140 f.
Sicherheit (6) . . . . . I 366
Urkunden (2 §§ 3, 7, 11) I 9 f.
Verkehrsanstalten (153 ff.) II 777
Versammlungen (9 ff.) II 436 f.
Wege, Aufsicht und Bau (55 ff.) . . . . . II 103 ff.
Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen (93) . . II 22
der Kammersitzungen (79) II 20
und Sitzungspolizei . . I 114
Offiziere, Aussicht auf Anstellung im Zivildienste (7) . . . . . II 278
Oldenburgische Güterrechte . . . . . I 620
Vergantungsordnung (144 Abs. 14) . . . . . I 187
Olpe, Jahnschaften und Konsortenstücke im Kreise — (44) . . . . . I 739
Orden, Recht des Königs zur Verleihung von — (50) . . . . . II 14
Ordensleute (1160 ff.) II 669 ff.
Ordination (403) . . . II 639
Ordnungsstrafen (18 f.) I 518, (14 f., 56) II 314, 319
zwecks Beschaffung von Urkunden zur Berichtigung des Grundbuchs (14) I 129
in Erbschaftssteuersachen (38, 43 ff.) . . . I 554, 556 f.
Erzwingung einer Handlung durch — (15 f.) . I 157
Organe des Handelsstandes, Gutachten der — über die Grenze des Kleingewerbes (1) . . I 97
der kirchlichen Gemeinde II 458 ff.
der Veranlagung (31) . I 420
Organisation der Gerichte (89, 91) . . . . II 22
d. Landesverwaltung (1 ff.) II 62 f.
des obersten Gerichtshofes (116) . . . . . II 28
Veränderungen der — (87) II 22
Ort der Veranlagung (20, 17 ff.) . . . . . I 416, 476
— — zur Ergänzungssteuer (20) . . . . . I 453
Örtliche Zuständigkeit (20) I 107
Ortsarmenkasse, Eigentumserwerb am Erlös des Überschusses beim Pfandverkauf (15) . . I 595
Ortsarmenverband (2) . II 411
Befreiung von der Erbschaftssteuer (f) . . . I 559
Ortsbehörde, Organ der freiw. Gerichtsbarkeit (8 § 1; 124; 139) I 16, 181, 186
Ortsgerichte (119, 122 ff.) . . . . . I 180, 181
in Frankfurt und Kassel I 748 ff.
Ortsgerichtsvorsteher (5 ff., 1 ff.) . . . I 749, 758 ff.
Ortspolizeibeamte (1) . II 369
Ortspolizeibehörde (1) . I 365
Antrag d. — auf Zwangsversteigerung (29) . . I 146
Maßregeln der — bei Todesfällen (19) . . . I 159
Ortspolizeiliche Vorschriften (5 ff.) . . . . . II 369 ff.
Ortsstatuten über gewerbliche Angelegenheiten (122) . . . . . II 117
Ortsvorsteher, Befugnisse der — (123) . . . . I 181
Osnabrück, Auktionatoren in — (125) . . . . . I 182
Notare (89) . . . . . I 173
Ostfriesland, Auf- und Annahme von Testamenten (89 Abs. 8) . . I 93
Auktionatoren in — (125) I 182
Hypothekeninstrumente in — (33 § 2) . . . . . I 39
Versteigerungsordnung in — (144 Abs. 10) . I 187
Ostpreußen, Kreisordnung . . . . . II 141 ff.
Provinzialordnung . II 125 ff.
Ostpreußisches Provinzialrecht, Güterstand (45 § 2) . . . . . I 50
Otterndorf, eheliches Güterrecht (50) . . . . . I 55

P.

Pächter, Rechte des — bei Zwangsversteigerung (7) . . . . . I 142
Pachtgrundstücke (5) . . I 366
Pachtverträge, Rückzahlung von Gebühren der Beurkundung von — (22) . . . . . I 200
bei der Zwangsverwaltung (6 f.) . . . . . I 741 f.
Pachtzins (13) . . . . I 406
Papiere, Beschlagnahme von — (6) . . . . . II 9
Parochien . . . . . II 630 ff.
Parteiaufträge (23) . . II 797
Parzellen, Austausch von — . . . . . II 711 f.
Patron (8, 6 ff., 34 ff.; 39 ff.) . II 457 ff., 465 f., 500
Pauschquantum, Erhebung eines — (49) . . I 429
Pension, Anrechnung des Wohnungsgeldzuschusses (6) . . . . . II 291
Besteuerung (2, 6, 15) I 393, 395, 411
Entscheidung über die — (22 ff.) . . . . . II 330
Erhöhung (6) . . . . I 395
der Gemeindebeamten (64, 117 f.) . . . . . II 183, 206
auf Grund von Betriebsunfällen . . . . . II 338 f.
der Staatsbeamten . II 327 ff.
der städtischen Beamten (12 ff.) . . . . . II 283
Pensionskassen, Beiträge zu den — (9) . . . I 397 f.
Pensionstabelle . . . II 335 ff.
Personen, Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von — (81) . . . . . I 697
Personenadel (32 f.) . II 615 f.
Personenstand (154 f.) . II 123
Aufnahme einer Nachweisung des — (21) . I 417
Persönliche Freiheit, Gewährleistung der — (5) II 9
Persönliche Stempelsteuerbefreiungen (5) . I 511
Petitionsrecht (32, 81) II 11, 20
Pfandbriefe (17 § 2, 21) I 27, 132
Pfandbuch (5 f.) . . . . I 594
Pfandkammer (29) . . II 798
Pfandleihanstalten (20) . I 595
der Gemeinden (3) . . I 468
Pfandleiher (1 ff.) . . I 593 ff.
Mitbietungsrecht bei Pfandversteigerungen (40) I 45
Pfandleihgewerbe . . . I 45
Pfandrecht des Pfandleihers (5) . . . . . I 594
an Privat- und Kleinbahnen (31, 3) I 134, 156, II 731 f.
Pfandschein (6 ff.) . . . I 594
Pfandstücke, Freigabe unveräußerter — (73) . I 692
Pfändung (17 ff.) . . II 254 ff.
bereits gepfändeter Sachen (69) . . . . . I 690 f.
bei Feld- und Forstpolizeiübertretungen (77 ff.) . I 346 f.
von Fischergeräten (48) . I 380
gleichzeitige — für mehrere Gläubiger (70) . . I 691
der — nicht unterworfene Sachen (25, 46) . II 255, 258
Pfändungsbeschluß, Zustellung des — (75) . I 693

Pfandverkauf (9 ff.) . . I 594 f.
Pfarrabgaben . . . II 657 ff.
Rechtsweg wegen — . . II 380
Pfarrbauern (815 ff.) . . II 655
Pfarrbezirke (23) . . . II 489
Pfarrer (3 ff.) . II 458 f., 634 ff.
Pfarrgehilfen (515 ff.) . II 642
Pfarrgemeinde, katholische (1 ff.) . . . . . II 495 ff.
Pfarrgüter . . . . . II 653 ff.
Pfarrverband, Abgaben an den — (2) . . . . I 141
Pfarrvermögen (772 f.) . II 653
Pfarrwald (804 ff.) . . II 655
Pfarrzwang (418 ff.) . . II 639
Pfleger, Anweisung zur Hinterlegung (48 ff.) . I 315
Hinterlegung durch den — (84 IX) . . . . . I 79
eines Notars (99) . . I 175
Pflicht zur Auszahlung hinterlegter Gelder (30 f.) I 312 f.
Pflichten des Bergwerksbesitzers (78 f.) . . . II 762
des Gesindes (56 ff.) . . I 579 f.
der Herrschaft (82 ff.) . I 580 f.
Pfründen (17) . . . . II 488
Planken (152 ff.) . . . II 535
Plätze, Anlegung und Veränderung . . . II 404 ff.
Police, Erfordernisse (2069 ff.) . . . . II 605 f.
Politische Vereine (30) II 11
Pölitz, eheliches Güterrecht in — (51 § 5) . . . I 57
Polizeiaufsicht (6) . . I 366
Polizeiliche Überwachung von Versammlungen (4) II 435
Verfügungen, Rechtsmittel (127 ff.) . . . . II 82 f.
Polizeiverordnungsrecht II 84 ff.
Polizeiverwaltung, örtliche (1 ff.) . . . . II 369
Polizeiverwaltungsgesetze . . . . . II 361 ff.
Polizeivorschrift, Außer Kraft setzen durch Minister des Innern (16) II 371
Pommern, Kreisordnung II 141 ff.
Provinzialordnung . II 125 ff.
Post, Zustellungen durch die — (53) . . . . . I 430
Postbeförderung durch die Bahn (36 f., 42) II 717 f., 729
Prahmen (50 f.) . . . . II 688
Prämien für Versicherungen (9) I 397 f., (2104 ff.) II 606
Präsentation des Pfarrers (386 ff.) . . . . II 638
Präsident der Oberrechnungskammer (74) . . II 20
Präsident, Wahl des — der Kammern (78) . . II 20
Preßfreiheit (27) . . . II 11
Preßgesetz (113) . . . . II 28
Preußen, Gleichheit der — vor dem Gesetz (4) II 9
Recht der freien Meinungsäußerung der — (27) . . . . . II 11
Rechte der — (30, 32, 70, 74) . . . . II 11, 19 f.
Staatsbürgerrecht (3) . II 9
Wehrpflicht der — (34) II 11
Eheschließung von Ausländern in — (43 § 1) I 46
Grundstücke in — (12 § 2) . . . . . I 18
juristische Personen in — (6 § 3, 7 § 1) . . . . I 14 f.
— — außerhalb (6 § 3, 7 § 2) . . . . . I 14 f.
Preußische Zentral-Genossenschafts-Kasse . II 746 ff.
Primogenitur (149 ff.) II 568 f.
Privatangelegenheiten d. Geistlichen (93 ff.) . . II 625
Privatanschlußbahnen (43 ff.) . . . . . II 729 ff.
Privatbahnen, Reineinkommen der — (46) . II 224
Privateisenbahnen (31, 3) I 134, 156
Pfandrecht an (45) . . I 739
Privaterziehungsanstalten (3 ff.) . . . . . II 673
Privatflüsse (39 ff.) . . II 687
Privathandel mit Staatslotterielosen . . . . . I 597
Privatklagen gegen Studierende (39) . . . . I 299
Privatlotterien . . . . I 597
Privatrechte des Landesherrn (17 f.) . . . . II 681
Privatschlachtanstalten (3, 7 ff.) . . . . . II 395
Privatunterrichtsanstalten (28) . . . . . II 10
Privaturkunde (36) . . I 165
Privilegien d. rheinischen Rechts (33 § 4) . . . I 40
Privilegium der Apotheker (1 ff.) . . . . II 396 f.
Probedienstleistung (19 ff.) . . . . . II 273 f.
Probejahr (1170) . . . II 670
Probezeit der Militäranwärter (19) . . . II 273
Protestantische Consistorien (143) . . . . . II 627
Stifte, Klöster (1218 ff.) II 671 f.
Protokoll über Grundstücksveräußerung mit Unterschrift des Dolmetschers (12 § 4) . . I 19
des Ortsgerichts (7 ff.) . I 759
richterliches — (5; 40 f., 47 ff., 54 ff.) . . I 128, 165 ff.
d. Schiedsmanns (25 ff.) I 297 f.
üb. Versteigerungen durch die Ortsgerichte (54 f.) I 766
Protokollbuch d. Schiedsmanns (28) . . . . I 298
Provinzen, Angelegenheiten der — (1) . . . II 90
als Veranlagungsbezirke (10) . . . . . I 474
Provinzialangehörige (5 ff.) . . . . . II 127
Provinzialausschuß (45 ff.) . . . . . II 131 ff.
Wahlen zum Steuerausschuß (10) . . . . I 474
Provinzialbeamte (87 ff.) II 133 ff.
Provinzialbehörden (8 ff.) II 63 f.
Disciplinarsachen der — (31) . . . . . II 316
Provinzialhaushalt (101 ff.) . . . . II 136 f.
Provinzial-Hülfskassen (3) I 468
Provinzialkommissionen (99 f.) . . . . . II 135 f.
Provinziallandtag (124) I 182, (9 ff.) II 127 ff.
Provinzialrat (10 ff.) II 63 f.
Provinzialrecht, ostpreußisches — (45) . . . I 50
märkisches — (46) . . I 51
Provinzialrechtliche Bestimmungen des Berggesetzes (210 ff.) . . II 784 f.
Provinzialstatuten (8) . II 127
Provinzialsteuern (91 ff.) II 235
Provinzialsynode (58 ff., 44 ff., 10 f.) II 470 ff., 484 f., 487
Provinzialverbände (1 ff.) II 126, 24
Beamte der — (22) . . II 285
Provisoren (21 ff.) . . II 400
Prozentsatz hinterlegten Geldes (9) . . . . I 310
Prozeß, Kosten des — zwischen Erbinteressenten (5) . . . . . I 547
Prozeßagenten (1 ff.) . I 655 f.
Prozesse der kirchlichen Organe (26, 20, 51, 3) II 490 497, 502, 504
der Kirche (650 ff.) . II 647 ff.
über die Substanz des Fideikommisses (117 ff.) II 567
Prüfung . . . . . I 105
der Auktionatoren (1 ff.) I 812
des Gerichtsvollziehers (5 ff.) . . . . . II 794 f.

Prüfung der Rechtsgültigkeit königlicher Verordnungen (106) . . . . II 27
Publikation . . . . . II 526
Pupillarische Sicherheit s. Mündelsicherheit.
Pyritz, eheliches Güterrecht in — (51 § 5) . I 57

R.

Rangerhöhung, Mandatsverlust infolge — (78) . . . . . II 20
Rangordnung der Rechte im Grundbuch (30) . I 722
Ratmänner in der Landschaft Eiderstedt (119) I 180
Ratzeburg, Familienfideikommißsachen (130) . I 183
Räumungsfrist (2) . . II 393
Rayons (10) . . . . I 367
Realberechtigte (35) . . I 147
Realgeschoß (2, 21) . I 501, 505
Reallasten, Beschränkung der — (30) . . . . I 36
Fortbestehen der — (6) I 142
Verpflichtung zur Bestellung von — beim Leibgedingevertrag (15 § 1) I 23
Verteilung der — (6) I 142
Realsteuern (24 ff.) . II 219 ff.
Rechnungen über den Staatshaushalt, Prüfung der — (104) . . II 24
Rechnungsführung des Bahnunternehmers (32) II 728
Rechnungshof, Kontrolle des — über Stellenbesetzung der Militäranwärter (24) . . . II 274
Rechnungsjahr (56) . . I 431
für den Gemeindehaushalt (95) . . . . . II 236
Rechnungslegung der Kirchenvorsteher (688 ff.) II 649
Rechte, der Eintragung nicht bedürfende — . I 30
am Grundeigentum (6) II 442
auf periodische Hebungen (15) . . . . . I 411
der Preußen . . . . II 4
des Staats gegenüber der Landeskirche . . . II 493 f.
Rechtsanwälte (7) . . I 105
Beteiligung bei Gründung von Gesellschaften (4) . . . . . II 290
Gebühren und Auslagen (9) . . . . . I 156, 250 ff.
nicht gewerbesteuerpflichtig (4) . . . . . I 470
Rechtsfähigkeit des Vereins (1 ff.) . . . . I 598 f.
Rechtsgeschäfte, Urkunden über — . . . . . I 165 ff.
Rechtsgültigkeit königlicher Verordnungen, Prüfung der — durch die Kammern (106) . II 27
Rechtshilfe . . . . . I 114
Rechtsmittel (9, 35 f.) I 367, 479
bei der Ergänzungssteuer (33 ff.) . . . . . I 456 ff.
gegen polizeiliche Verfügungen . . . . . II 82 f.
gegen die Veranlagung (30, 40, 44, 75) I 420, 425, 428 436 f.
— — — zur Gemeindesteuer (69 ff.) . . . II 230 f.
Versäumung von — (47) I 461
Rechtsnachteile bei Ablehnung des Schiedsmannsamts (10) . . . . . I 296
Rechtsprechung im Namen des Königs (86) . . . II 22
Rechtsquellen . . . . II 528
Rechtsstreitigkeiten, bürgerliche, Sühneverhandlung über — . . . I 296 ff.
Rechtstitel, auf besonderen — beruhende dauernde Lasten (9) . . I 397 f.
Rechtsverbindlichkeit der Arbeitsordnung (80 e) II 764
Rechtsverhältnisse der nicht richterl. Staatsbeamten (98) . . . II 23
Rechtsverletzungen durch Beamte (97) . . . . II 23
Rechtsvorgänger, Angabe des — (19) . . . . I 720
Rechtsweg wegen Ansprüche auf Diensteinkünfte . . . . . II 378 f.
in Stempelsteuersachen (26) I 520
Zulässigkeit des — in Erbschaftssteuersachen (42) I 556
— — — gegen polizeiliche Verfügungen . II 377 ff.
Referendare, Befugnisse (130) . . . . . I 182
Entlassung (84) . . . II 321
Vorbereitungsdienst (1) I 105
zeitweilige Wahrnehmung richterlicher Geschäfte (2) I 105
Regalien (24 ff.) . . . II 683
Regent, Rechte und Pflichten des — (58) . . II 15
Übernahme der Regierung durch den — (56) II 15
Wahl des — (57) . . . II 15
Regierung, Befugnisse bei der Gewerbesteuer (29 f., 37, 44, 58, 65, 70, 72 ff., 76, 78) . . . . . I 478 ff.
Thätigkeit bei der Veranlagung (30 f., 33, 37, 41, 60, 67, 69 ff., 78) I 420 ff.
Regierungsakte des Königs (44) . . . . . II 14
Regierungsbezirke, Veranlagungsbezirke der Klasse II (11) . . . I 474
Regierungspräsident (4) I 99, (17 ff.) . . . II 64 ff.
Ermächtigung der Handelsmäkler (13) . . . I 20
Register der Gerichtsvollzieher (65 ff.) . . . II 808 ff.
Registerführung, Gebühren für — . . . . I 219 ff.
Registergericht (3 f.) . I 98 f.
Reichsbeamte (1, 6) I 389 f., 395
Reichsdienst, Preußische Beamte im — . . . . II 289
Reichsgesetz, Grundstückserwerb der auf Grund besonderen Rechts bestehenden jur. Personen (7 § 1) . . . . . I 15
Reichsunmittelbare (4) I 394 f.
Reihenfolge der Einberufung der Stellenanwärter (18) . . . . . II 273
der Vollstreckungsaufträge (70) . . . . . I 691
Reinertrag d. Liegenschaften (6 f.) . . . . . I 499
Reisekosten der Abgeordneten (85) . . . . . II 21
der Geschworenen (45) . I 110
der Schöffen (36) . . . I 109
der Staatsbeamten . II 292 ff., 299 ff.
Vergütung der — (72) . I 436
Reisetagebuch (70) . . . II 813
Reise- und Tagegelder der Veranlagungskommissionen (13) . . . . I 504
Rekurs an den Finanzminister (11) . . . . I 504
gegen Verfügungen der Revierbeamten (191 ff.) II 781 f.
Religion, christliche — (14) II 10
Religionsfreiheit (12, 14) II 10
Religionsgesellschaften (12 f., 24; 10) . . II 10, 621
Religionsunterricht (24) II 10
Religiöse Erziehung (18) II 360
Renten, Abzug der — vom Einkommen (9) . I 397 f.
Einräumung und Eintragung des Vorzugsrechts (21) . . . . . I 29

Renten für Hinterbliebene Beamter (2) . . . . II 338
Rentenbanken (17 § 2; 12; 3) . . . I 27, 129, 141
Rentenbriefe (17 § 2) . . I 27
Rentengüter (12) . . . I 18
Gesetz betr. — (12, 20) I 129 f.
Wiederkaufsrecht bei — I 34 ff.
Rentengutsvertrag (12) I 18
Rentenscheine (18 § 1) . I 27
Rentenschulden, Ausschluß des Kündigungsrechts (32 § 1) . . . . I 37
-briefe (7) . . . . . I 128
Teilabschreibung ein. mit — belasteten Grundstücks (20, 26) . . I 130, 132
Übertragung von Vorschriften auf — (35) . I 41
Rentenversicherung, Anrechnung des Kapitalwerts (15) . . . . . I 449
Repräsentant der Gesellschaft (114 ff.) . . . II 578 f.
d. Gewerkschaft (117 ff.) II 772 ff.
Requisition der bewaffneten Macht durch die Civilbehörde (36) . . . II 11
Reservefonds als steuerpflichtiges Einkommen (16) . . . . . I 413
Revierbeamte (187 ff.) II 781 f.
Revision der Bahnanlagen (22) . . . . . II 715
des Dienstregisters (69) . II 812
der Gebäudesteuerveranlagung (20) . . . . . I 505
der kirchlich. Vermögensverwaltung (8) . . . . II 505
an das Oberverwaltungsgericht (93 ff.) . . . . II 76 f.
Rezepte, Anfertig. d. — II 402 ff.
Rezesse, Eintragung der — (12) . . . . . I 129
Rheinisches Recht, Aufhebung von Teilen des — (89 Abs. 2) . . . . I 92
Auflassung (26) . . . . I 32
Einregistrierung von Urkunden (144 Abs. 7) . . I 187
Erhöhung d. Mauer nach — (23) . . . . . I 30
Güterstand nach — (56) I 61
Kündbarkeit von Kapitalien (32 § 2) . . . . I 37
Rechtsanwaltschaft u. Notariat (144 Abs. 21) . . I 188
Rechtsstellung eines unehelichen Kindes (71) . I 71
Rückfallsrecht (25) . . . I 31
Sicherheit durch Bürgen (10) . . . . . I 143
Rheinisches Recht, Teilungsverfahren (144 Abs. 20) . . . . . I 188
Zuständigkeit der Landgerichte (133) . . . I 184
Rheinprovinz, Beschränkung der Reallasten (30) . . . . . I 36
Feld- und Forstpolizeisachen (94) . . . . . I 347 f.
Richter (87, 90) . . . II 22
Ernennung durch den König (7) . . . . . I 105
Richteramt . . . . . I 105 f.
Richterliche Beamte, Aufsichtsrecht (23) . . . . II 325
Richterliche Gewalt (42, 86) . . . . . II 12, 21, 22
Rinnen (128) . . . . . II 534
Ristorno (2333 ff.) . . . II 613
Ritterschaftliche Kreditanstalt (17 § 2, 21) I 27, 132
Roheinnahme . . . . . I 477
Rückerstattung zuviel bezahlter Kosten (8 § 1) . . . . . I 16
Rückfall bei Feld- und Forstpolizeisachen (3, 21) . . . . . I 333, 337
beim Forstdiebstahl (7 ff.) I 327
Rückfallsrecht an einem Grundstück (25) . . . I 31
Rückgabe einer Urkunde durch den Notar (12) . I 245
des Pfandscheins (8) . . I 594
Rückladungen (406 ff.) . II 590
Rücknahme d. öffentlichen Ermächtigung der Handelsmäkler (13) . . . . I 19
Rücktritt v. Leibgedingevertrag (15 § 7) . . . I 24
Rückvergütung der Jagdscheinabgabe (8) . . . I 367
Rückversicherung (2016 ff.) II 603
Rückverwandlung von Namen- in Inhaberpapiere (18 §§ 5 ff.) . . I 27
Rügen, eheliches Güterrecht auf — (51 § 4) . I 56
Ruhen der Ausübung des Gemeinderechts (44) . . II 193
des Rechts auf Bezug der Pension (27) . . . . II 331
Ruhenlassen des Jagdrechts (5 f., 22) . . . I 355 f.
Ruhestand der Richter (87) . . . . . II 22
Versetzung in den — (87 ff.; 19 ff.) . II 321 f., 330
Ruhestunden (363 ff.) . . II 588
Rußland, Erhebung der Erbschaftssteuer . . . I 549

S.

Saatzeit (417 f.) . . . . II 591
Sachen, Zwangsvollstreckung in bewegliche körperliche — (56 ff.) . . I 680 ff.
— zur Erwirkung der Herausgabe von — (79 f.) . . . . . I 695 ff.
Sachliche Stempelsteuerbefreiungen (4) . . . I 510
Sächliche Kosten des Schiedsmannsamts (45) I 300
Sachsen, Bürgerliches Gesetzbuch (61) . . . . . I 64
Kreisordnung . . . . II 141 ff.
Provinzialordnung . II 125 ff.
Sachsen-Koburgische Güterrechte . . . . . I 624
Sachsen-Meiningensche Güterrechte . . . . I 620 ff.
Sachsenrecht, gemeines, Güterrecht nach — (57) I 62
Sächsisches Recht, ehelicher Güterstand nach — (50) I 55
Sachverständige, Abschätzung v. hinterlegten Kostbarkeiten (42 ff.) . I 314
im Auseinandersetzungsverfahren (23) . . . . I 160
Beeidigung (130) . I 183, 653 ff.
Gebühren . . . . . I 256
f. gerichtliche Angelegenheiten (86) . . . . I 113
Vernehmung durch den Steuerausschuß (26) . I 478
Zuziehung durch die Veranlagungskommission (38, 43, 72) I 424, 427, 436
Salzhandel (2) . . . II 753
Sammlungen, kirchliche (24, 50, 2) II 490, 501, 504
Sandgruben . . . . I 469
Satzungen der Kreditanstalten (34) . . . I 147
Schaden durch Gesinde zugefügt (14) . . . . I 21
des Versicherten (2164 ff.) II 607
b. d. Versicherung (2242 ff.) II 609 f.
Schadensersatz (14) . . I 21
Beamter wegen Betriebsunfälle (8) . . . . II 339
des Bergwerksbesitzers (148 ff.) . . . . II 776 f.
bei Feld- u. Forstpolizeiübertretungen (67 ff.) I 344 ff.
beim Forstdiebstahl (9) . I 327
des Gesindes (65 ff.) . . I 579
des Grundbesitzers (40) . II 758
d. Herrschaft (94 f., 174 f.) I 581, 586

Schadenersatz des Hilfsbauberechtigten (62) . II 761
Schadenersatzpflicht der Gemeinden . . . . II 391 f.
des Pfandleihers (16) . I 595
Schädliche Fangmittel, Verbot (21) . . . . I 375
Tiere, Berechtigung zum Töten und Fangen (45) I 379
Schäfereigerechtigkeit (146 ff.) . . . . . II 553 f.
Schankwirtschaft (59) . I 483
Schatz (94 ff.) . . . . II 536
Schätzung des Wildschadens (7 f.) . . . . . I 363
Schätzungsausschuß (23 f., 28 f.) . . . . . I 453 ff.
Schaumburgische Anteile Holsteins, Güterrecht in den vormaligen — (50) I 55
Güterrecht nach der Polizeiordnung von 1615 (50, 57) . . . . . I 55, 62
Scheidemauer (24) . . I 31
Scheidewände (152 ff.) . II 535
Schenkungen, außerordentliche Einnahmen aus — sind nicht steuerpflichtig (8) . . . . . I 397
Genehmigung des Königs (6) . . . . . I 14
unter Lebenden (4) . . I 545
von Todeswegen unterliegen der Erbschaftssteuer (1) . . . . . I 544
Schichtlohn (80 b) . . II 763
Schichtung (48 §§ 4, 6) I 53 f.
Schiedsmann, Amt des — . . . . . I 294 ff.
ausschließliche Zuständigkeit des — (35) . . I 298
Ausschließung von der Amtsausübung (15) . I 296
Pflicht zur Ablehnung d. Amtsausübung (16) . I 296 f.
Recht zur Ablehnung d. Amtsausübung (17) . I 297
Strafandrohung durch d. — (21) . . . . . I 297
Straffestsetzung durch d. — (22) . . . . . I 297
Thätigkeit außerhalb d. Amtsbezirks (11, 14) . I 296
Zurückweisung von Beiständen (19) . . . . I 297
Schiedsmannsamt, Ausschließung vom — kraft Gesetzes (15) . . . . I 296
Verpflichtung zur Ablehnung d. Ausübung (16) I 296 f.
Recht zur Ablehnung d. Ausübung (17) . . . I 297
Schiedsmannsbezirke (1) I 294
Schiedsmannsordnung I 273 ff.
Schieferbrüche . . . I 469
Schiffahrt (47) . . . II 688
Schiffahrtspolizei (95) . II 113
Schiffsmühlen (229 ff.) II 691 f.
Schiffsprediger (548 f.) . II 643
Schiffsregister (29, 35) . I 161, 165
Eintragungsgebühren (78) I 223
Führung des — . . . I 644 ff.
— des — in Hannover (15) . . . . . I 106
Schiffsurkunden (42 ff.) I 650 f.
Schlachthäuser (131, 11) II 118, 217, 394 ff.
der Gemeinden (3) . . I 468
Schlachtrecht (6) . . . . II 395
Schlachtzwang (1 ff.) . II 394 f.
Schlafstellenmieter (11) . I 403
Schlesien, Berechtigung zur Gewinnung von Eisenerz in — (39) . . I 44
Gesetz betr. Familienfideikommisse (89 Abs. 11) I 93
Kreisordnung . . . II 141 ff.
Provinzialordnung . II 125 ff.
Schleswig-Holstein, Ablösung der Reallasten (89 Abs. 29) . . . . I 94
eheliches Güterrecht (50) I 55
Einführungsgesetz zum HGB. (7 f.) . . . . I 101 f.
Gemeindevorstände in — (118) . . . . . I 180
Gesindeordnung in — (14 § 2) . . . . . I 21
Lehnssachen in — (130) I 183
Verordnung wider die Veräußerung unbewegl. Güter (89 Abs. 7) . . I 93
Schließung des Grundbuchblatts (17 ff.) . . . I 735
der Kammern (77) . . II 20
Schlußrechnung der Mutter als Vormund (69 § 3) . . . . . I 70
Schöffen, Befugnisse der — (119, 123) . . . . I 181
beim Dorfgericht (1 ff.) . I 789
als Gemeindebeamte (74 ff.) . . . . . II 199 f.
Schöffengerichte . . . I 108 f.
Zuständigkeit bei Zuwiderhandlungen gegen Polizeivorschriften (17) II 371
Schonreviere für Fische (29 ff.) . . . . . I 376 f.
Schonungen (170 ff.) . . II 554
Schonzeiten der Fische (23 ff.) . . . . . I 376
des Wildes . . . . . I 359 ff.
Schöppen (73 ff.) . . . . II 585
Schreibgebühren des Notars (20) . . . . . I 246
des Rechtsanwalts (9) . . I 253
des Schiedsmanns (42 ff.) . . . . . I 299 f.
Schriftführer der Kammern (78) . . . . . II 20
Schriftlichkeit des Gesindevertrags nicht erforderlich (22 f.) . . . . . I 576
Schriftstellerische Thätigkeit (4) . . . . . I 470
Einkommen aus — (15) I 411
Schulabgaben, Rechtsweg wegen — . . . . II 380
Schulangelegenheiten (45 ff.) . . . . . II 100 ff.
Schulanstalten (18 f.) . . II 673
Schulaufseher (47 f.) . . II 675
Schulden, Abzug der — bei der Ergänzungssteuer (4, 8) . . . I 441, 445
der Kirche (645 f.) . . . II 647
der Korporation (91 ff.) II 577 f.
und Lasten, Verteilung (13) . . . . . I 549
der Studenten . . . . II 680
Schuldenzinsen (22) . . I 477
Abzug vom Einkommen (9) . . . . . I 398
Schuldner, Belassung unentbehrlicher Räume bei der Zwangsverwaltung (3) . . . . . I 741
Schuldverschreibungen auf den Inhaber . . . I 26 ff.
Ausgabe (8) . . . . . I 599
Schulen . . . . . II 672 ff.
Baukosten (47) . . . . II 101
Befreiung von der Erbschaftssteuer (h) . . . I 559
öffentliche (21) . . . . II 10
Zwangsetatisierung von Leistungen (48) . . . II 101
Schulgebäude (34 ff.) . . II 674
Schulgeld . . . . . II 510 f.
Schulhäuser . . . . . II 507 f.
Schulinspektoren (2) . . II 508
Schullehrer (29 ff.) . . II 673 f.
Schulpflicht, allgemeine (1) . . . . . II 509
Schulunterricht bei der Fürsorgeerziehung (19) II 360
Schulwesen (26, 112) II 10, 28
Schultheißen, Befugnisse der — (119, 123) . . I 181
Schulverband, Abgaben an den — (2) . . . . I 141
Schulze (46 ff.) . . . II 584 f.
Vorsteher des Dorfgerichts (1 ff.) . . . . . I 789

Schulzenamt, Aufhebung zur Verwaltung des — (92 ff.) . . . . . II 203 f.
Schulzucht (50 ff.) . . . II 675
Schulzwang (43 ff.) . . II 674
Schürfrecht (3 ff.) . . II 753 f.
Schutz der jungen Fische (23 ff.) . . . . . I 376
der persönlichen Freiheit (5) . . . . . II 9, 386 f.
Schutzgebiete, Beamte in den — (1) . . . . . II 269
Einkommen aus dortigen Grundstücken und Gewerben von der Besteuerung ausgeschlossen (6) . . . . . I 395
Wohnsitz in den — (1) I 389 f.
Schutzwaldungen (11, 2) I 129, 141
Schwägerschaft hindert ein Kommissionsmitglied an der Beratung und Abstimmung über Einschätzung und Berufung (51) . . . . . I 430
Schwankende Einnahmen (10) . . . . . I 402
Schwarzburg-Rudolstädtische Güterrechte . . . I 624
Schwarzwild (14) . . . I 363
Schwiegereltern und -kinder (C) . . . . . I 558
Schwurgerichte . . . . I 110
(94) . . . . . II 22
Unzuständigkeit bei Übertretung des Versammlungsrechts (20) . . . II 438
Seeschiffsregister (18 ff.) I 646 ff.
Selbständige Gerechtigkeiten . . . . . I 44
Kohlenabbaugerechtigkeiten (Zwangsversteigerung . . . . . I 145 f.
Selbstverwaltung der Landgemeinden (5) . . II 190
Seniorat (135 ff.) . . . II 568
Sicherheit, Aufrechterhaltung der öffentlichen — (30, 63) . . . . . II 11, 19
Sicherheitsbestellung für Steuerbeträge bei Anordnung der Begründung einer Stiftung (7) I 548
bei Aussetzung der Versteuerung (27) . . . . I 552
bei Erwerb von Vermögen unter aufschiebender Bedingung (22) . . I 551
aus der steuerpflichtigen Masse (29) . . . . . I 553
bei Wegfall von Lasten (23) I 551
Sicherheitsleistung (9, 10; 73) . . . . I 143, 171
des Schürfers (6, 8) . . II 754
Sicherstellung (56, 58) . I 168
Sicherheitsverein, bewaffneter — (7) . . . II 392
Sicherung des Einkommens, Ausgaben für — sind vom Einkommen abzuziehen (9) . . . I 397 f.
des Nachlasses (19 f., 104, 121, 128) I 159, 178, 181, 182
— — durch das Ortsgericht (16 ff.) . . . I 760 ff.
Sicherungshypothek (33 § 3, 67) . . . . . I 39, 67
Sicht, auf — zahlbare Schuldverschreibungen (18 § 1) . . . . . I 27
Siegelung durch das Dorfgericht (104) . . . . I 178
durch Gerichtsvollzieher (102 ff.) . . . . . I 712 f.
durch Notare (87) . . . I 173
Verfahren bei der — (128) . . . . . I 182
Silbersachen, Versteigerung von — (41) . . I 45
Sitz der Aktiengesellschaften (1, 20) . . . I 389 f., 416
der Amtsgerichte (21) . I 107
der Familienstiftung (1, 2 § 11) . . . . . I 9 f.
der Geschäftsleitung als Veranlagungsort (17) . I 476
der juristischen Personen (6 § 3, 7 §§ 1 f., 18 § 2) . . . . . I 14 f., 27
der Landgerichte (37) . . I 109
der Oberlandesgerichte (47) . . . . . I 110
Sitzungen der Kammern (51, 79) . . . . II 15, 20
Sitzungspolizei, Öffentlichkeit u. — . . . . I 114
Sofortige Beschwerde gegen Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit (5) . . . . . I 156
gegen Kostenfestsetzung (11) . . . . . I 157
gegen die Überweisung der Auseinandersetzung an einen Notar (21) . . I 160
Soldaten, Pfändung gegen — (71) . . . . . I 692
Solmser Recht (54 §§ 1, 4) . . . . . I 60
Sonderrechte des hohen Adels (88, 136) . . I 91, 185
Sonntage, Amtshandlungen von Gerichtsvollziehern an — (7) . I 661
Spanndienste (323 ff.) II 586 f.
Sparkassen, Angelegenheiten der — (52 f.) . . II 102
Einsichtnahme der Bücher (25) . . . . . I 455
— — — und Akten durch Steuerbehörden (35) . I 423
Erwerbung von beliehenen Grundstücken im Zwangsversteigerungsverfahren (7 § 1) . . I 15
der Gemeinden steuerfrei (3) . . . . . I 468
Hinterlegung von Mündelgeld (75) . . . . . I 74
öffentliche — (9) . . . I 143
Spekulationsverkäufe (8, 12) . . . . . I 397, 405
Sportel- u. Stempelfreiheit (89 Abs. 24) . . I 93
Sprache des Gerichts (1) I 155
Geschäftssprache (144 Abs. 18) . . . . . I 187
Staat als Aussteller von Inhaberpapieren (17) . I 26
Beitrag des — zu den Schullasten (25) . . II 10
Einnahmen und Ausgaben (99) . . . . II 24
Rentengüter (12 § 1) . I 18
Schulaufsicht (23) . . II 10
Staatsamt eines Kammermitgliedes (78) . . II 20
Staatsangehörigkeit (154 f.) . . . . . II 123
des Erblassers (11) . . I 549
Voraussetzung d. Steuerpflicht (1) . . . . I 389
Staatsanwälte (98) . . II 23
Staatsanwaltschaft . I 111 f.
bei Entmündigung wegen Geistesschwäche . I 656 ff.
Staatsaufsicht über die Gemeinden (139 ff.) II 211 f.
Staatsbahnen, Reineinkommen der — (45) . II 224
Staatsbeamte (98, 102, 108) . . . . II 23 f., 27
Beteiligung bei Verwaltung von Gesellschaften II 290
Eheschließung (42) . . I 46
Genehmigung z. Schiedsmannsamt (2) . . . I 295
Rechtsverhältnisse . . II 262 ff.
Staatsbehörden, Rechte der — in kirchlichen Dingen (23, 28, 50, 2) II 489 f., 501, 504
Staatsbürgerliche Rechte (3) . . . . . II 9

Staatsdiener (23, 47) II 10, 14
Heranziehung zu den Kommunalauflagen II 309 f.
Staatsdienergesetz (117) II 28
Staatsdienst, Eintritt eines Kammermitglieds in den — (78) . . . II 20
Staatseinkünfte . . II 681 ff.
Staatseisenbahnen, Steuerfreiheit (4) . . I 470
Staatsforstbeamten (5) I 366
Staatsgebiet, preußisches — (1 f.) . . . . . II 3
Staatshaushaltsetat, gesetzliche Feststellung des — (99 f.) . . . II 24
Prüfung des — durch die Oberrechnungskammer (104) . . . . II 24
Vorlegung des — an das Abgeordnetenhaus (62) II 19
Staatskasse, Ausschließung von Ansprüchen gegen die — bei der Hinterlegung (62, 68) I 316 f.
Haftung für hinterlegte Gelder (8, 29, 32 f., 101) I 309, 312 f., 320
Verjährung von Verkehrsabgaben zur — (9) I 17
Staatslotterielose, Privathandel mit — . . I 597
Staatsministerium (57 f.) . . . . . II 15
Staatsschuldbuch (16) . . I 24
II 345 ff.
Staatsschulden (104) . II 24
Staatsschuldentilgungskasse (27) . . . . . II 242
Staatssicherheit, Verbrechen gegen die — (95) II 22
Staatssteuern, Abzug vom Einkommen (9) . . I 397 f.
Aufhebung direkter — II 237 ff.
Stade, eheliches Güterrecht in — (50) . . . I 55
Stadtausschuß (37) . . II 67
Städteordnung für die östlichen Provinzen . II 169 ff.
Stadtgemeinden . . . . II 596
Angelegenheiten der — (7 ff.) . . . . . II 91 ff.
Königliche Polizeiverwaltung in — . . . . II 374 f.
Städtische Beamte (8 ff.) II 282 ff.
Städtische Verfassung, Grundlagen (2 ff.) . II 170 ff.
ohne kollegialischen Gemeindevorstand (72) . II 184
Stadtkreise (169 f.) . . II 165
Stadtverordnetenversammlung (12 ff.) . II 172 ff.
Stadtverwaltung, Oberaufsicht (79 f.) . . . . II 185
Stammgut (19 f.) . . . I 130
Stammvermögen (8) . I 397
Standesbeamte (68, 70) I 68, 71
staatliche Aufsicht (154 f.) II 123
Standesherren, Bergregal der — (250) . . II 790
Standesregister, Berichtigung (142) . . . . I 186
Eintragungsgebühren (80) I 223
Geschäfte der Gerichte (133) . . . . . I 184
Standesvorrechte, Aufhebung der — (4) . . II 9
Starkenburg, Gesetz betr. Klagenverjährung (89 Abs. 17) . . . . . I 93
Statistische Nachrichten des Bergbaus (79) . . II 762
Statut der Gemeindeverbände (132, 137) . II 209 f.
der Gewerkschaft (94 f.) . II 770
des Vereins (2 f.) . . . II 435
Stauanlagen . . . . . II 106
Steinbrüche . . . . . I 469
Steinkohlenbergbau (38) I 43
Stellenanwärter (14 ff.) II 272 f.
Stellenbesetzung im Heere (47) . . . . . II 14
Stellvertreter der Ausschußmitglieder (46) . I 481
der Handelskammermitglieder (22) . . . . . II 515
des Schiedsmanns (11) . I 296
bei der Veranlagung (31, 50) . . . . . I 420 f., 429
Stempel . . . . . I 299 f.
Erhebung von — neben Gebühren (29 ff., 56) I 201 f., 214
Stempelabgabe für Beurkundung bei der Hinterlegung (35) . . . I 313
bei Umschreibung von Inhaberpapieren (18 § 11) . . . . . I 28
Stempelfreiheit amtsgerichtlicher Bescheinigungen (34) . . . . . I 40
der Amtshandlungen des Schiedsmanns (40) . . I 299
der Unschädlichkeitszeugnisse (20) . . . . . I 29
der Verhandlungen in Erbschaftssteuersachen (49) I 557
Stempelgebühr (4) . . I 365
Stempelmarken (14 ff.) I 516 ff.
Stempelpapier (14 ff.) I 516 ff.
Stempelpflicht, Erfüllung der — (14) . . . . I 516
Stempelpflichtigkeit (3) . I 510
Stempelsteuer . . . I 509 ff.
Rechtsweg gegen Entrichtung der — . . . . II 380
Stempelsteuerämter (31) I 521
Stempelsteuerbefreiungen (4 f.) . . . . . I 510 f.
Stempelsteuergesetz (44) I 149
Stempeltarif . . . I 523 ff.
Stempelzeichen, Anfertigung, Verkauf und Verwendung (32) . . . I 521
Ersatz verdorbener — (24) I 519
Sterbegeld (2) . . . . II 338
Sterbekassen (651 f.) . . II 544
Sterbemonat (31) . . II 332
Sterbequartal des Pfarrers (833 ff.) . . . . II 656
Stettin, eheliches Güterrecht (51) . . . . . I 56
Steuerarten, Verteilung des Steuerbedarfs auf die verschiedenen — (54 ff.) . . . . II 226 ff.
Steuerausschuß (15 f., 25 ff., 46) . . I 475 f., 481
Steuerbares Vermögen zur Ergänzungssteuer (4 ff.) . . . . . I 441 ff.
Steuerbeamte, Revisionen zur Nachtzeit (10) II 387
Steuerbedarf, Verteilung des — auf die verschiedenen Steuerarten (54 ff.) . . . . . II 226 ff.
Steuerbefreiungen (3, 6) I 394 f., (22) II 218
Steuerbehörden (3) . . I 98
Steuerbeitrag, im voraus vereinbarter — (43) . II 223
Steuererhebung (62 ff., 39 ff.) . . . . I 534, 480 f.
der Ergänzungssteuer (42) I 459 f.
Steuererhöhung bei Ablehnung des Schiedsmannsamtes (10) . . I 296
Steuererklärung (24 ff.) I 418 ff.
Aufforderung zur — (30) I 455
Steuerfreie Grundstücke, Übergang zu steuerpflichtigen — (10) . . . I 500
Steuerfreier Gewerbeschein (13) . . . . . I 492
Steuergesellschaften (13) I 475
Steuergesetzgebung, Revision der — (101) . I 24
Steuerhinterziehung (43 f.) I 460
Steuern, Erhebung von — (100) . . . . . II 24
Forterhebung früherer — (109) . . . . . II 27
Steuerordnungen der Gemeinden (82) . . . . II 233

Steuerpflicht (1, 2) I 389, 393
Befreiung von der — (3) I 441
Begrenzung der — (33) I 479
nach dem Ergänzungssteuergesetz (2) . . . I 440
zur Gemeindeeinkommensteuer (33 ff.) . . . II 221 ff.
zeitliche Begrenzung der — (60) . . . . . II 228
Steuerpflichtige Gewerbe (3) . . . . . I 98
Steuersatz, Ermäßigung des — (19, 39, 41) . I 452, 458 f.
Festsetzung des — (31) . I 455
Herabsetzung des — (48) I 461
Steuersätze (14) . . . I 475
der Ergänzungssteuer I 451 ff.
Steuertarif (17) . . I 414 f.
der Ergänzungssteuer (18 f.) . . . . . I 451 f.
Steuerverfassung, frühere, (42) . . . . . II 12
Steuervorrechte, Abschaffung (101) . . . . II 24
Steuerzahlung wird nicht aufgehalten durch Einlegung von Rechtsmitteln (63) . . . . . I 434
Steuerzuschrift (32) . . I 479
Stiefeltern und -Kinder (C) . . . . . I 558
Stifter mehrerer Fideikommisse (166 ff.) . II 569 f.
Stiftung . . . . I 9 ff., 229
Anfall des Vermögens . I 11
Aufgebot wegen Hinterlegung (67) . . . . I 317
Entstehung einer rechtsfähigen — (4) . . . I 598
Erbrecht (22) . . . . II 692
Erbschaftssteuer (7) . . I 548
Gebühren für Beaufsichtigung (96 f) . . . I 229 f.
Genehmigung (1) . . . I 9
milde — (1 ff.) . . II 696 ff.
-surkunde (1) . . . . I 9
Verfügung der Korporation über eine — (73 ff.) II 576
Verwaltung und Beaufsichtigung (29) . . . I 108
Stimmrecht (60, 70) II 16, 19
in der Gemeinde (45 ff.) II 193 f.
in Gemeindeangelegenheiten (77) . . . . I 437
Stimmzettel bei der Gemeindewahl (79 ff.) II 199 f.
Stolgebühren (423 ff.) II 639 f.
Stolp, eheliches Güterrecht (51) . . . . . I 56
Strafandrohung durch den Schiedsmann (21) I 297
Strafanstalten, Befreiung von der Erbschaftssteuer (g) . . . . . I 559
Strafbestimmungen des Berggesetzes (207 ff.) II 783 f.
bei der Einkommensteuer (66 ff.) . . . . . I 434 ff.
bei der Erbschaftssteuer (43 ff.) . . . . . I 556
bei der Ergänzungssteuer (43 f.) . . . . . I 460
beim Feld- und Forstpolizeigesetz (1 ff.) . . I 333 ff.
des Fischereigesetzes (49 ff.) I 380 f.
bei der Gewerbesteuer (70 ff.) . . . . . I 485
unzulässige für Arbeiter (80 d) . . . . . II 764
Strafen (11 f.) . . . I 367 f.
Androhung und Verhängung (8) . . . . . II 9
für Bergleute (80 b) . . II 763
des Disciplinargerichts (94) . . . . . I 174
gegen Steuerhinterziehung (79 ff.) . . . . . II 232 f.
Verjährung der — bei Jagdvergehen (13) . . I 368
Strafermäßigung bei Feld- und Forstpolizeisachen (4) . . . . . I 333
beim Forstdiebstahl (10) I 327
Straffestsetzung durch den Schiedsmann (22) . . I 297
Straffreiheit bei Stempelsteuerübertretung (20) I 519
Strafmilderung, Recht des Königs zur — (49) II 14
Strafrecht, Revision des — (113) . . . . . II 28
Strafsachen des Militärs (37) . . . . . II 11
Zustellungen in — (39) I 670
Strafschärfung bei Feld- und Forstpolizeisachen (2) . . . . . I 333
Strafverfahren in Feld- und Forstpolizeisachen (53 ff.) . . . . . I 343
in Gewerbesteuersachen (73) . . . . . I 485
gegen Kammermitglieder (84) . . . . . II 21
in Stempelsteuersachen (21) . . . . . I 519
Strafverfolgung auf Antrag wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses (72) . . . . . I 485
Strafverfügungen, polizeiliche wegen Übertretungen . . . . II 375 ff.
Strafvollstreckung in Stempelsteuersachen (22) I 519
Straßen, Anlegung und Veränderung . . . II 404 ff.
Straßenbahn (39) . . II 728
Streitige Gerichtsbarkeit, Angelegenheiten der — I 235 ff.
Streitsachen zwischen Armenverbänden (57 f.) . II 417
Ströme, Nutzungen (38) II 687
Strompolizei (95) . . II 113
Studierende (74 ff.) . II 676 ff.
Privatklagen gegen — (39) . . . . . I 299
Stumme Personen bei Grundstücksveräußerungen (12 § 4) . . . I 19
Stundung, Bewilligung der — (8 § 2) . . . I 17
unterbricht Verjährung (88) . . . . . II 234
Subhastation (144 Abs. 12) I 187
Successionsordnung in Familienfideikommisse II 568 ff.
Sühneverhandlung . I 298 ff.
Superintendenten (150 ff.) II 627
Supernumerare, Entlassung (85) . . . . II 321
Synagogengemeindeangelegenheiten (54) . II 103
Synodalordnung . . II 456 ff.
Synodalrat (20 ff.) . II 480
Synodalvorstand (20 ff.) II 480

T.

Tabelle zu § 18 des Erbschaftssteuergesetzes . . I 560
bei den Grundakten (34) . . . . . I 737
zu d. Preußischen Kostengesetzen . . . . I 257 ff.
Tagarbeit (361 f.) . . II 588
Tagebuch (7) . . . . I 101
Tagegelder der Staatsbeamten . . . . II 292 ff.
Tagesjagdschein (3) . . I 365
Tarif für die Erbschaftssteuer . . . . . I 558
zur Veranlagung d. Gebäudesteuer . . . . I 507
des Wohnungsgeldzuschusses . . . . . II 292
Taube Personen bei der Beurkundung v. Rechtsgeschäften (41) . . . I 166
bei Grundstücksveräußerungen (12 § 4) . . I 19
Taufe (446 ff.) . . . II 640
Tauschverträge über Grundstücke in Nassau (12 § 3, 90 ff.) . I 19, 772

Taxen, Aufnahme von — (119) . . . . . I 181
— — durch das Dorfgericht (110, 59) . I 179, 797
eines ländlichen u. städt. Grundstücks (73) . . I 73
Technische Beamte im Bergbaubetrieb (88 ff.) II 769 f.
Teilnahme an der Errichtung eines Familienschlusses (2 §§ 8, 9) . I 10
am Forstdiebstahl (4) . I 327
Teilschuldverschreibungen auf d. Inhaber (20 ff.) II 735 f.
Teilung von Grubenfeldern (37 I) . I 42, (50 f.) II 759
eines gemeinschaftlichen Vermögens (113, 116) . I 180
Teilungen, Mitwirkung des Ortsgerichts bei — (41 ff.) . . . . . I 764 f.
Teilungsklage der Gewerken (100) . . . II 770
Teilungsmasse (44) . . I 149
Teilungsplan (11, 13, 33) . . . . I 143 f., 147
Teilungssachen . . I 159 ff.
Terminalvorschüsse (3) . I 141
Termin zur Aufnahme eines Familienschlusses (2 § 6) . . . . . I 10
zur freiwilligen Versteigerung (67, 72) . . I 170 f.
zur Schlußerklärung üb. Bergwerksfelder (28 ff.) II 756 f.
bei Wohnungsmietverträgen . . . . . II 393
Zustimmungserklärung im — (2 § 12) . . I 10
Terminsbestimmung, Bekanntmachung der — (69 f.) . . . . . I 170
Inhalt der — zur freiwilligen Versteigerung (68) . . . . . I 170
zur Zwangsversteigerung (20, 36 ff.) . . . I 145 ff.
Testament . . . . . II 546
amtliche Verwahrung . I 77
Eröffnung . . . . . I 78
gerichtlich beglaubigte Abschrift für das Erbschaftssteueramt (31) . I 553
Testamentsvollstrecker, (—exekutor), Haftung des — für die Erbschaftssteuer (30) . . I 553
Thätigkeit des Vormundschaftsgerichts . . I 227 ff.
Thongruben . . . . I 469
Thronlehen (41) . . . II 12
Thüren (148) . . . . II 535
Tierfang, freier (15) I 364, (111 ff.) II 537
Tilgung von Schulden (16) I 413
von Staatsschulden (27) II 242
Tilgungskassen, Renten an die — (3) . . . I 141
Tilgungsrente (25) . . II 242
Tilgungstafeln . . II 244 f.
Tod, Aufhebung des Gesindevertrags (99 ff.) . I 581
eines Ausgedingers (15 § 10) . . . . . I 24
bürgerlicher (10) . . . II, 9
Grund zur Ermäßigung der Gewerbesteuer (44) I 481
Wiederkaufsrecht beim — des Eigentümers eines Rentenguts (29 § 3) . I 35
Todeserklärung, gerichtlich beglaubigte Abschrift an das Erbschaftssteueramt (31) I 553
Todesfall, Maßregeln zur Sicherung des Nachlasses beim — (19) . I 159
Todeswegen, Zuwendung von — an jurist. Pers. (6 § 1, 7 § 3) . . . I 14 f.
Torfstiche . . . . . I 469
Treiber (2) . . . . . I 365
Trennstücke . . . . . II 711
Trennung der Eheleute, dauernde (20) . . . I 476
Treptow an der Tollense, eheliches Güterrecht (51 § 4) . . . . . I 56
Trigonometrisches Netz II 707 ff.
Trockenstempel (17 § 1) I 27
Turbinen (V) . . . . I 381

U.

Uebereinstimmung der Grund- u. Steuerbücher (29) . . . . . I 737
Uebergabevertrag zwischen Eltern u. Kindern, Beurkundung eines — (113, 116) . . . . I 180
Uebergang des Eigentums bei der Enteignung (44) II 450
Uebergangene Steuerpflichtige (80) . . . I 437
Ueberschüsse (16) . . . I 413
Ueberschwemmung, Grund zur Steuerermäßigung (44) . . . . . I 481
Uebersendung hinterlegten Geldes durch die Post (25 f.) . . . . . I 312
hinterlegter Kostbarkeiten und Wertpapiere durch die Post (43 ff.) . . . I 314
Uebertragung des Eigentums an buchungsfreien Grundstücken . . . . I 32
der Kuxe (104 ff.) . . II 771
der Rechte . . . . . II 529
richterlicher Geschäfte an Referendare (2) . . . I 105
von Vorschriften auf Rentenschulden . . . I 40
Uebertretung jagdpolizeilicher Vorschriften (1, 7) . . . . . I 365 f.
polizeiliche Strafverfügungen wegen — . II 375 ff.
Ueberwachung von Versammlungen (4) . . II 435
Ueberweisung der Auseinandersetzung an einen Notar (21, 23) . . . . I 160
gepfändeter Geldforderungen (39 f.) . . . II 257
Ufer des Flusses (55 ff.) II 688
Uferbauten, Beiträge zu — (2) . . . . . I 141
Umfang der Kreise (1 ff.) II 142 f.
Umherziehen, Besteuerung des Gewerbebetriebs im — . . . I 488
Umlagen, kirchliche (16, 3, 50) . . II 488, 491, 502
Umschreibung d. Grundbuchblatts (20) . . . I 735
von Inhaberpapieren auf Namen (18) . . . . I 27
der Kuxe (105 ff.) . . II 771
des Namens (41) . . I 481
Umwandlung der Felder (215 ff.) . . . . . II 785 f.
von Geld- in Freiheitsstrafe bei Erbschaftssteuer unzulässig (47) I 557
der Hypothek (33 § 3) . I 40
einer Stiftung (4) . . I 11
Umzugskosten d. Staatsbeamten . . . . II 295 ff.
Umzugskostenvergütung (6) . . . . . II 291
Unbefugtes Schießen (7) I 366
Unbefugter Handel mit Stempelzeichen (33) . I 522
Unbeitreibliche Forderungen (16) . . . I 450
Unbekannte Familienmitglieder, Aufgebot von — (2 §§ 10 f.) . I 10
Wiederkaufsberechtigte (29 § 11) . . . . I 36
Unbemittelte, Ermäßigung von Gemeindeabgaben für — (7) . II 216

Unbestimmtheit d. Wertes des Gegenstandes (8) . I 514
Unbewegliche Bergwerksanteile, Zwangsversteigerung . . . . I 145 f.
Unbewegliches Vermögen (9) . . . . . I 548
Zwangsvollstreckung (51 f.) II 259
Zwangsversteigerung u. -verwaltung . . . I 237 ff.
Uneheliche Kinder, Befreiung von der Erbschaftssteuer (2b) . . I 559
— Namen (641) . . . II 561
Unentgeltliche Jagdscheine (5) . . . . . I 366
Unentgeltlichkeit d. Unterrichts (25) . . . . . II 10
Unerlaubte Gesellschaften (3 ff.) . . . . . II 573
Kirchengesellschaften (14 ff.) II 622
Unfähigkeit zum Schiedsmannsamt (2) . . . I 294
Unfall, vorsätzliche Herbeiführung durch den Verletzten (5) . . . . II 339
Unfallversicherungskassen, Beiträge zu den — (9) I 397 f.
Unglücksfall im Bergwerk (204 ff.) . . . II 783
Unglücksfälle, außergewöhnliche, als Grund zur Steuerermäßigung (19) . . . . . I 415
Ungültig erklärte Jagdscheine (8) . . . . . I 367
Universalvermächtnis, solidarische Haftung der Erwerber des — für die Erbschaftssteuer (29) . I 553
Universitäten (67 ff.) II 676 ff., 672 ff.
Befreiung von der Erbschaftssteuer (h) . . . I 559
Universitätslehrer (96, 6) II 323, 328
Unmöglichkeit der Dienste (444 ff.) . . . . II 592 f.
Unpfändbare Ansprüche (173) . . . . . II 779 f.
Unruhen, innere — (36) II 11
Unschädlichkeitszeugnis . I 28 f.
Unsichere Forderungen (25) . . . . . I 552
Unterbrechung der Verjährung (8 § 2) . . . I 16
— — von Gemeindeabgaben (88) . . . . II 234
Unterhalt d. Angehörigen und der Kinder (9, 19) I 397 f., 415
d. Gewerbetreibenden (22) I 477
Unterhaltung der Dienstwohnung . . . . II 304 f.
d. Pfarrgebäude (784 ff.) II 653 f.
der Wege (13 ff.) . . . II 686
Unterkommissionen (51) I 429 f.
Untermieter (11) . . . I 403
Unterpfand . . . . . II 548
Unterricht (21 f., 25) . . II 10
Gesetze betr. den — . II 456 ff.
staatliche Aufsicht . . . II 508
Unterrichtende Thätigkeit (4) . . . . . I 470
— als Einkommen (15) I 411
Unterrichtsanstalten (22 f.) II 10
Unterrichtswesen (21 ff., 112) . . . . . II 10, 28
Unterschlagung (6 f.) . . I 366
Unterstützungskassen (k) I 559
Unterstützungskosten, Erstattung (68) . . . . II 419
Unterstützungswohnsitz II 411 ff.
Untersuchung d. Schlachtviehs (2) . . . . . II 394
Untersuchungen (49, 84) II 14, 21
Untersuchungshaft eines Kammermitgliedes (84) II 21
Untersuchungskommissionen (82) . . . . . II 20
Unterverteilung d. Grundsteuerhauptsummen (8) I 499
Unterzeichnung, Gültigkeit der — von Inhaberpapieren (17 § 1) I 26
Unverletzlichkeit d. Briefgeheimnisses (33) . . II 11
des Eigentums (9) . . II 9
des Königs (43) . . . II 14
der Wohnung (6) . . II 9
Unvermögen (14) . . . I 368
Unvorsichtige Führung d. Gewehrs (6) . . . . I 366
Unzulänglichkeit des Vermögens des Ehegatten (51 § 3) . . . . . I 56
Urkunden . . . . I 167 ff.
Aufnahme durch Gerichtsvollzieher (12) . . . I 662
äußere Form . . . . I 169
Einsichtnahme durch den Steuerausschuß (25) . I 478
d. Familienzugehörigkeit (2 § 8) . . . . . I 10
Gebühren für gerichtliche — (33 ff.) . . . . I 208 ff.
gerichtliche u. notarielle — I 164 f.
Hinterlegung bei d. Amtsgerichten (14 ff.) . . I 818 f.
Kraftloserklärung (7) . I 117
öffentliche — zur Bevollmächtigung (2 § 3) . . I 9
über Rechtsgeschäfte . I 165 ff.
Stempelpflicht (1 ff.) . I 509 ff.
Urlaub der Kammermitglieder (78) . . . . II 20
eines Notars (97 f.) . . I 174
Urschrift der Urkunden, Verwahrung d. — (61 f.) I 168 f.
Urteile (86) . . . . . II 22
Urteilsverkündung im Namen des Königs (86) II 22
Urwahl (70 f.) . . . . II 19
Urwahlbezirke (71) . . II 19
Urwähler (70 f.) . . . II 19

V.

Vakanzeinkünfte (2) . . II 504
Vakanzenliste (16) . . II 273
Väterliche Gewalt (69) . I 70
Vaterschaft, Anerkennung der — (70) . . . . I 71
Veränderungen, Eintragung von — in die Gebäudesteuerrollen (15 ff.) I 504
von Gemeinde- od. Gutsbezirksgrenzen (21) . . I 108
der Steuer in der Veranlagungsperiode (38 ff.) I 458 f.
des versicherten Gegenstandes (2117 ff.) . II 606 f.
der veranlagten Steuer innerhalb des Steuerjahres (56 ff.) . . I 431 ff.
Veranlagung (9 ff., 17 ff.) I 474 476
zur Ergänzungssteuer I 453 ff.
zur Gebäudesteuer (4 ff.) I 501 f.
zu den Gemeindesteuern (61 ff.) . . . . . II 228 ff.
zur Grundsteuer (5) . . I 498
zur Warenhaussteuer (4, 8 ff.) . . . . . II 819 ff.
Veranlagungsbezirke (33 ff.; 23 ff.; 10 ff.) I 422 f. 453 f., 474
Veranlagungsgrundsätze (17 ff.) . . . . . I 476
Veranlagungskommission (34 ff.; 50 ff.; 75; 22 ff.) I 422 ff., 429 ff., 436 f., 453 ff.
bei d. Gebäudesteuer (9 ff.) I 503 f.
Veranlagungsort (17 ff.) I 476
Veranlagungsperiode bei d. Ergänzungssteuer (37) I 458
Veranlagungssoll (48) . I 461
Veranlagungsverfahren bei d. Ergänzungssteuer (22 ff.) . . . . . I 453 ff.
Verantwortlichkeit der Betriebsbeamten (76) . II 762
beim Erlaß von Notverordnungen (63) . . . II 19
der Minister (44, 61) II 14, 16
des Staatsministeriums (58) . . . . . II 15

Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (4) . . . . . I 470
Veräußerung eines Gewerbebetriebes (41) . . I 481
des Kirchenvermögens (219 ff.) . . . . . II 630
Verbände, schutzherrliche — (42) . . . . . II 12
Verbandsvorsteher (133 ff.) . . . . . II 209 f.
Verbesserung des Vermögens (9) . . . I 397 f.
Verbietungsrecht des Nachbarn bei Erhöhung der Grenzmauer (22 § 2) I 31
Verbindung von Nachbargemeinden und -gutsbezirken (128 ff.) . II 208 ff.
Verbindliche Kraft der verkündeten Erlasse . . II 703
Verbindungsverbot, Aufhebung des — . . . . II 436
Verbot des Schürfens (4) II 754
Verbrechen (94) . . . II 22
Verbüßen von Jagdstrafen (13) . . . . . I 368
Verdener Recht, Abschichtung nach — (67 § 2) I 67
Vereidigung der Gemeindebeamten (85) . II 200
des Heeres auf die Verfassung (108) . . . . . II 27
Verein, Anfall des Vermögens eines — . . I 11
zwecks Einwirkung auf öffentl. Angelegenheiten (2 ff.) . . . . . II 435
Rechtsfähigkeit (1 ff.) . I 598 f.
Steuerpflicht (3) . . . I 468
Vereinigung zu Religionsgesellschaften (12) . . II 10
Vereinigungsrecht, Mißbrauch des — . . II 435 ff.
Vereinkindschaftete Kinder (52 § 4) . . . . I 58
Vereinsrecht (29 f.) . . II 11
Vereinsregister (29) . . I 161
Führung . . . . I 601 ff.
Gebühren für Eintragungen (76) . . . . I 222
Vererbung eines Gewerbebetriebes (41) . . . I 481
Verfahren in Disciplinarsachen (33 ff.) . . . II 316 f.
bei der Enteignung (15 ff.) II 443 ff.
bei Feld- u. Forstpolizeiübertretungen (67 ff.) I 344 ff.
gegen des Forstdiebstahls Beschuldigte (26 ff.) . I 330 f.
bei der freiwilligen gerichtlichen Versteigerung von Grundstücken . I 170 f.
der Veranlagung (31 ff.) I 420 ff.
— — zur Ergänzungssteuer (22 ff.) . . . I 453 ff.
Verfassung, Abänderung der — (107) . . . . II 27
Außerkraftsetzung von Bestimmungen der — (111) . . . . . II 28
Eid der Kammermitglieder und Staatsbeamten auf die — (108) . . II 27
Eid des Königs auf die — (54) . . . . . II 15
Eid des Regenten auf die — (58) . . . . II 15
einer Familienstiftung (2) I 9 f.
der Kreditanstalten (34) . I 147
Ministeranklage wegen Verletzung der — (64) II 16
Verfassungsänderungen, Abstimmung der Kammern bei — (107) . . II 27
Verfassungseid des Königs (54) . . . . . II 15
Verfassungsurkunde . . II 2 ff.
Verfolgung wegen Amts- und Diensthandlungen . II 381
Verfügungen, Anfechtung von — der Behörden (50) II 70
— — — der Gerichte (3 f.) I 156
der Jagdpolizeibehörde (9) I 367
über umgeschriebene Inhaberpapiere (18 §§ 4 f.) I 27
über verliehenes Bergwerkseigentum (114) . II 772
Verfügungsrecht des Mannes, Ruhen d. — (48 § 3) I 53
Vergehen durch Wort u. Schrift (113) . . . . II 28
Vergehungen d. Pfarrer (531 ff.) . . . . II 642 f.
Vergleich über Kirchengüter (662 f.) . . . II 648
vor dem Schiedsmann (25) . . . . . I 297 f.
Vergleichsbehörde bei Antragsdelikten (33) . . I 298
Vergütungen, besondere, der Richter (11) . . . I 106
bei den Diensten (419 ff.) II 591
d. Gemeinden für Steuergeschäfte (16) . . . . II 240
an Gerichtsvollzieher (32) II 799
neben Zinsen (3) . . . I 594
Verhaftung durch Gerichtsvollzieher (88) . . . I 701
eines Kammermitglieds wegen Schulden (84) . II 21
Zulässigkeit der — (5, 84) II 9, 21
Verhalten, schuldhaftes — beim Leibgedinge (15 §§ 8 f.) . . . . . I 24
Verhältnis d. Kirche gegen den Staat (27 ff.) . . II 622
Verhandlungen, stempelpflichtige (15 f.) . . I 516 f.
Verheiratete Frauen als Ammen (7) . . . . I 575
Verhinderung des Königs an der Regierung (56) II 15
eines Notars (97 f.) . . I 174
Verjährung (655 ff.) . . II 543
gewisser Ansprüche (8 f.) I 16 f.
des Anspruchs auf Erhöhung d. Grenzmauer (23 § 1) . . . . . I 30
— — auf Ersatzgeld (70) I 345
— — auf Zahlung von Gerichtskosten (13) . . I 199
bei der Einkommensteuer (67, 80) . . . I 435, 437
der Erbschaftssteuer (50) I 557
beim Fideikommiß (122 ff.) II 567
beim Forstdiebstahl (18) I 329
der Gemeindeabgaben (88) II 234
d. Gerichtskosten (86 VIII) I 83
der Jagdpolizeiübertretung (20) . . . . . I 356
der Nachforderung hinterzogener Gemeindesteuern (83) . . . . . II 233
der Regalien und Domänen (35 ff.) . . II 683 f.
der Stempelsteuer (27) . I 520
der Strafe (13) . . . . I 368
der Strafverfolgung in Bergpolizeiübertretungen (209 a) . . . . . II 784
bei der Versicherung (2346 ff.) . . . . . II 613 f.
Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben II 248 ff.
Verkauf des Kuxscheins (130 f.) . . . . . II 774
des Rentenguts (29 § 3) I 35
Verkaufswert als Steuergrundlage (12) . . . I 448
Verkehrsabgaben an Privatpersonen (8) . . . I 16
an die Staatskasse (9) . I 17
Verkehrsanstalten (153 ff.) . . . . . II 777
Verkündigung der Gesetze (45, 106, 1 ff.) II 14, 27, 702
Verlagsvertrag (996 ff.) . . . . . II 544 f.
Form (5) . . . . . I 99
Verlassenes Bergwerk (14, 16, 27) . . . . . II 755 f.
Verlassung des Gesindedienstes (167 ff.) . . . I 585

Verlegung des Betriebsortes (42) . . . . . I 481
Verleihung des Adels (9 ff.) . . . . . II 614 f.
des Bergwerkseigentums (37 I) . . . . . I 42 (12 ff., 22 ff.) . . . II 754 ff.
von Orden (50) . . . . II 15
Verleihungsurkunde (24 f.; 18) . . . I 132, 145 (32 ff.) . . . . . II 757
Verleitung zur Arbeitsniederlegung (86) . . . II 768
Verletzung der Dienstpflichten des Gesindes I 586
Verlochsteinung (39 f.) II 758
Verlust des Adels (83 ff.) II 616
des Bürgerrechts (75) . . II 185
von Inhaberpapieren (18 § 9) . . . . . I 27
— — ,Bekanntmachung des — durch die Polibehörde (6) . . . . . I 100
der Rechte . . . . . II 529
von Sitz und Stimme in der Kammer (78) . II 20
des Staatsbürgerrechts (3) . . . . . II 9
Vermächtnisse, solidarische Haftung der Erwerber von — unter Universaltitel für die Erbschaftssteuer (29) . . . . . I 553
Vermehrung des Einkommens (57) . . . . . I 431
des Vermögens, Verwendungen zur — (9) . I 397 f.
Vermessung der Felder (39 f.) . . . . . II 758
Vermittelungsbehörde (16) . . . . . II 273, 276
Vermittelungsverfahren bei Enteignungen (37 ff.) . . . . . I 147 f.
Vermögen, Anfall des — eines Vereins . . . . I 11
der Kinder (150) . . . II 560
der Kirche (193 ff.) . . II 629
der Korporationen (70 ff.) . . . . . II 576
der Mönche während des Probejahres (1182 ff.) II 671
unbewegliches —, Zwangsversteigerung I 237 ff.
Vermögensanzeige (9, 13) . . . . . I 446, 449
Vermögenseinziehung (10) . . . . . II 9
Vermögensrechte, Zwangsvollstreckung in — (74 ff.) . . . . I 693 ff. (36 ff., 49) . . II 256 ff., 259
Vermögensrechtliche Angelegenheiten der Synodalverbände . . . . II 474 ff.
Vermögensübergaben, Mitwirkung des Ortsgerichts (41 ff.) . . I 764 f.
Vermögensverwaltungen . . . . . I 229
kirchliche (27) . . . II 490 ff., 495 ff., 503 ff.
Vermögensverzeichnis (21) . . . . . II 254
Aufnahme durch Amtsgericht und Notar (31) . I 164
— nach Anweisung des Justizministers (128) . I 182
— durch das Dorfgericht (26 ff.) . . . . . I 792 f.
(Muster dazu) . . . I 805 ff.
— durch Gerichtsvollzieher (102 ff.) . . . I 712 f.
kostenfreie Aufnahme (60) I 64
Aufnahme durch das Ortsgericht (32 ff.) . I 762 ff.
(Muster dazu) . . . I 782 ff.
Vernehmung von Sachverständigen durch den Steuerausschuß (26) . . I 478
Vernichtung von umgeschriebenen Inhaberpapieren (18) . . . . . I 27
der Urkunden . . . . . I 169
Verordnungen, Bekanntmachung von — (106) II 27
über Militärdisciplin (37) II 11
während Nichttagens der Kammern (63) . . . II 19
Prüfung der Rechtsgültigkeit königlicher — durch die Kammern (106) . . . . . II 27
Verpachtung der Binnenfischerei (8) . . . . I 372 f.
durch Gerichtsvollzieher (101) . . . . . I 711
des Gewerbebetriebs (41) I 481
der Jagd (12) . . . . I 356
öffentliche — (109) . . I 179
— an den Meistbietenden (69) . . . . . I 768
(durch das Ortsgericht), (durch das Dorfgericht) (58) . . . . . I 797
Verpächter, Haftung für Jahressteuer (41) . . . I 481
Verpfändung des Kirchenvermögens (227 f.) . . II 630
der Kuxe (108) . . . . II 771
Verpflichtung zur Annahme von Stellen (74 f.) . . . . . II 185
durch Handschlag seitens der Ausschußmitglieder (49) . . . . . I 481
zur Zahlung der Gerichtskosten (1) . . . . I 196
— — der Stempelsteuer (12) . . . . . I 515
Verrat, Ministeranklage wegen — (61) . . . . II 16
Versagung des Jagdscheins, Rechtsmittel gegen die — (9) . . . I 367
Versammlungen (38) . . II 11
des Kreistages (115 ff.) II 160 ff.
der Provinziallandtage (25 ff.) . . . . . II 129 f.
der Stadtverordneten (35 ff.) . . . . . II 177 ff.
Versammlungsrecht (29) II 10
Mißbrauch des — . . II 435 ff.
Verschollene, Versteuerung des Vermögens von — (1) . . . . . I 544
Verschuldung des Fideikommisses (80 ff.) . . II 565 ff.
Verschwägerung hindert an der Abstimmung im Schätzungsausschuß (50) I 482
Versetzung in Amt von gleichem Range (87) . . II 321
von Beamten (3) . . . II 291
der Minister in Anklagezustand (61) . . . . . II 16
der Richter (87) . . . . II 22
in den Ruhestand (87) . II 321
strafweise — (16) . . . II 314
Versicherung an Eidesstatt (34) . . . . . I 165
bei Familienstiftungen (2 § 10) . . . . . I 10
Versicherungen (1934 ff.) II 600 ff.
Zulässigkeit der — (1 ff.) II 749
Versicherungsanstalten, Geschäftsverkehr . . . II 748
öffentliche — (3) . . . I 468
Versicherungsprämien (9) . . . . . I 397 f.
Versicherungsverbände, Abgaben an — (2) . . I 141
Versicherungsvertrag (2024 ff.) . . . . . II 603 f.
Form (5) . . . . . I 99
Versorgung der Gemeindebeamten . . II 281 ff.
Versorgungsanstalten, Befreiung von der Erbschaftssteuer (g) . . . I 559
Verstaatlichung von Kleinbahnen (30 f.) II 727 f.
Verstärkung der Mauer zwischen zwei Grundstücken (23) . . . . . I 31

Versteigerung, Bedingungen der — (68, 72) I 170 f.
durch beeidigte Auktionatoren (17 ff.) . . . I 814 f.
des Bergwerkseigentums (76) . . . . . I 171
durch das Dorfgericht (109) . . . . . I 179
Einstellung (62) . . . I 767
freiwillige — (31, 33, 38, 66, 75, 125) I 164 f., 170 f., 182
— — durch das Ortsgericht (46 ff.) . . . I 765 ff.
— öffentliche — von Grundstücken durch das Ortsgericht (70 ff.) . I 769 f.
(Muster) . . . . . I 787
— — — durch das Dorfgericht (34 ff.) . I 793 ff.
(Muster) . . . . . I 810 f.
durch Gemeindebeamte (112) . . . . . I 180
gepfändeter Sachen (26 ff.) . . . . . II 255 f.
öffentliche — durch Gerichtsvollzieher (97 ff.) I 706 ff.
— beim Pfandverkauf (10 ff.) . . . . . I 594 f.
im Pfandleihgewerbe (41) I 45
im rheinischen Recht (26 § 2) . . . . . I 32
Termin der — (67, 72) I 170 f.
Verbot des Kaufs durch die versteigernden Beamten (53) . . . . . I 766
Verfahren bei der freiwilligen gerichtlichen — von Grundstücken . . I 170 f.
Zwangsversteigerung (31, 44) . . . . I 147, 149

Versteigerungsordnung für Osnabrück (144 Abs. 11) . . . . . I 187

Versteuerung, besondere Fälle der — (12) . . I 549
des Erbanfalls (A ff.) . I 558

Verstümmelungszulagen (6) . . . . . I 395

Versuch des Forstdiebstahls (4) . . . . . I 327

Vertagung der Kammern (52, 77) . . . II 15, 20

Verteilung der Geschäfte bei den Amtsgerichten (23) . . . . . I 108
von Reallasten (31) . . I 37
der Schulden u. Lasten (13) . . . . . I 549 ff
des Steuersatzes auf mehrere Kommunalbezirke (38) . . . . . I 480

Verteilungsgericht (41) . I 148

Verteilungsplan (48) . . II 225

Verteilungsstelle (49) . . II 802

Verteilungsverfahren bei der Enteignung (35 ff., 41, 44) . . . I 147 f.

Verträge, Gebühren für Beurkundung (34 ff.) . I 209
Zustimmung der Kammern zu internationalen — (48) . . . . II 14

Vertragsbruch im Gesindeverhältnis (14 § 3) I 21

Vertrauensmänner des Ausschusses für die Auswahl der Schöffen (35) . . . . . I 109

Vertrauensperson bei tauben Analphabeten (41) . . . . . I 166

Vertreter (2) . . . . . I 9 f.
Ausübung des Stimmrechts durch — (46 f.) II 193 f.
auswärtiger Gewerbetreibender (2) . . . . . I 466
fremder Mächte, Steuerfreiheit der (3) . . . I 394
der Minister (60) . . . II 16

Vertretung der Amtsrichter (24) . . . . . I 108
der Besitzer des Jagdbezirks (9) . . . . . I 355
der Gerichtsvollzieher (31) . . . . . II 799
der Landrichter durch Amtsrichter (38) . . I 109
des Notars (99 ff.) . . I 175
der Parteien, Unzulässigkeit (18) . . . . . I 297
des Pfarrers (506 ff.) . II 641
eines Richters am Oberlandesgerichte (48) . . I 110
des Staatsanwalts (66) I 112

Vertretungsverbindlichkeit der Beamten (6; 127 ff.) . . . II 378, 620 f.

Verunreinigung der Fischwasser (43 f.) . I 378 f.

Verurteilung eines Ministers (49) . . . . II 14

Verwahrloste Kinder, Unterbringung — (23) II 360

Verwahrung, amtliche — von Testamenten und Erbverträgen . . . . I 77
vorläufige — bei dem Amtsgerichte I 317 ff., 816 (hinterlegten Geldes) (70 ff.) . . . . I 317 f.

Verwahrungsbuch (2) . I 816

Verwalter bei der Zwangsverwaltung . I 740 ff.

Verwaltung, allgemeine Landes— (9) . . . I 365
des Erbschaftssteuerwesens (31) . . . . . I 553
einer Familienstiftung (1) I 9
des Kirchenvermögens (217 f.) . . . . . II 629
der Landgemeinden II 199 ff.
der Stempelsteuer (30) I 520

Verwaltungsbehörden, Kompetenz der — (96) II 22
Verjährung des Anspruchs auf Kosten (8 § 1) . . . . . I 16

Verwaltungsgericht (8 § 1) . . . . . I 16

Verwaltungsgerichtsbarkeit (7) . . . . II 63

Verwaltungsgesetze . II 49 ff.

Verwaltungsrecht des Mannes, ruhendes — (48 § 3) . . . . . I 53

Verwaltungssachen, Beschwerde in — (50 ff.) II 70 ff.

Verwaltungsstreitverfahren (4) . . . . I 99
(96) . . . . . II 22
Klage im — (50 ff., 61 ff.) . . . . . II 70 ff.
Verfahren in erster Instanz (63 ff.) . . . II 72 ff.
— in weiteren Instanzen (82 ff.) . . . . . II 75 f.

Verwaltungszwangsverfahren (8 § 2) . . I 17
wegen Beitreibung von Geldbeträgen . . . II 251 ff.
Einziehung einer Ordnungsstrafe im Wege des — (16) . . . . I 157
Königliche Verordnung betr. — (8) . . . . I 121
Zwangsvollstreckung durch Gerichtsvollzieher (108) . . . . . I 715

Verwandte von Bergbeamten, Unfähigkeit zum Bergwerkserwerb (195) II 782

Verwandtschaft hindert an der Abstimmung im Schätzungsausschuß (50) I 482
eines Mitglieds der Steuerkommission mit Steuerpflichtigen (51) I 429

Verweigerung der Mitwirkung des Steuerausschusses (48) . . . I 481
der Wahlen (48) . . . I 481

Verweis (15, 57 ff.) II 314, 319

Verwirkung der Bahnkonzession (47) . . . II 719
des Lohns (80, 80 b) II 762 f.

Verzehrungsgegenstände des Wochenmarktverkehrs (4) . . . . . I 470
Verzeichnis und Deklaration über die steuerpflichtige Masse (35 ff.) I 554
der Familienmitglieder (2 § 7) . . . . . I 10
des Nachlasses (104) . . I 179
des Vermögens (31, 108) I 164, 179
Verzicht der Abgeordneten auf Diäten (85) . II 21
auf Bergwerkseigentum (161 f.) . . . . . II 778
auf Gewerkschaftsanteil (132) . . . . . II 774
auf die Gütergemeinschaft (56 § 5) . . . I 62
Verzinsung, Einstellung der — . . . . . I 315 ff.
gesetzliche (10) . . . . I 17
hinterlegten Geldes (10; 53 ff.; 106 f.) I 310, 315 f., 321
Verzug beim Leibgedingsvertrage (15 § 7) . . I 24
Vicepräsidentenwahl (78) II 20
Vidimation der Urkunde (144 Abs. 9) . . . . I 187
Viehhöfe der Gemeinden (3) . . . . . I 468
Viehsterben, Versicherung gegen — (2) . . . . I 141
Viehzucht (4) . . . . I 470
Visitationen der Apotheken (1 ff.) . . . . II 400 f.
Vokation des Pfarrers (374 ff.) . . . . II 637 f.
Volksanwälte . . . . I 465
Volksbäder (3) . . . I 468
Volksbibliotheken (3) . I 468
Volksküchen (3) . . . I 468
Volksschulen (21, 24, 25) II 10, 509
Volksschullasten, Erleichterung . . . . . II 510 f.
Volksschullehrer (25) . . II 10
Volksversammlungen, Verbot von — in der Residenz und dem Orte der Kammern (11) . . II 437
Volksvertreter (83) . . II 21
Volkszählung (162) . . II 124
Volljährigkeit des Königs (54) . . . . . II 15
Vollmachtsauftrag . . II 546
Vollstreckung durch Gerichtsvollzieher (93) . I 703
Vollstreckungsaufträge, Reihenfolge der — (70) I 691
Vollstreckungsbeamter (17) I 157
Vollziehung der Enteignung (32 ff.) . . . II 447 ff.
Vollziehungsbeamte (13 ff.) . . . . . II 253 ff.
Vollzugsorgane, polizeiliche — (17) . . . . I 157
Vorarbeiten zur Enteignung (5) . . . . . II 442
Vorausbezahlung der Steuer bis zum Jahresbetrage (62, 39) . I 434, 480
Vorausnehmen der Zinsen (3) . . . . . I 594
Vorbehalt der Steuer nachforderung (25) . . I 552
bei Zahlung der Erbschaftssteuer unnötig zur Erhaltung des Klagrechts (42) . . . . I 556
Vorbehaltsgut (49 § 2) . I 55
Vorbereitung der Veranlagung zur Ergänzungssteuer (21) . . . . I 453
Vorbereitungsdienst des Gerichtsvollziehers (2 ff.) II 793 f.
der Referendare (1) . . I 105
Vorbescheid über den Schadensersatzanspruch beim Wildschaden (9 f.) I 363
Voreinschätzung bei der Ergänzungssteuer unstatthaft (22) . . . . I 453
Voreinschätzungsbezirke (31) . . . . . I 420 f.
Voreinschätzungskommissionen (31, 75) I 420 f., 436 f.
Vorempfangene (48 § 6) I 54
Vorflut (102 ff.) II 533 f., 704 ff.
Verschaffung der — II 106 f.
Vorführung, zwangsweise — eines Zeugen (23) I 160
Vorkaufsrecht, kein — der Mitgewerken (104) . . II 771
gesetzliches — zu Zwecken des Bergbaubetriebes (22) I 30
Vorladungen im Enteignungsverfahren (39) II 449
Vorläufige Straffestsetzung der Regierung (73) . . I 485
Verwahrung bei dem Amtsgericht . . . I 317 ff.
Vorlegung der Geschäftsbücher (27) . . . . I 478
gewaltsame Erzwingung der — einer Sache (17) I 157
Vormerkung, Eintragung der — (14) . . . . I 734
zur Sicherung des Anspruchs auf Einräumung der Rente (21) . I 29
beim Wiederkaufsrecht (29 § 5) . . . . . I 35
Vormund, Anweisung zur Hinterlegung (48 ff.) . I 315
Beamte und Geistliche als — . . . . . I 71
bei der Fürsorgeerziehung (12) . . . . . II 359
Herausgabe hinterlegten Geldes an den — (51) I 315
Hinterlegung durch den — (84 IX) . . . . I 79
Vormünderin (69 § 3) . I 70
Vormundschaft . . . II 695 f.
Kosten der — (10) . . I 198
Vormundschaftsgericht (2) I 9
Anweisung zur Hinterlegung (48 ff.) . . . I 315
Fürsorgeerziehung durch das — (4 f.) . . . II 357 f.
Gebühren für die Thätigkeit des — (91 ff.) . I 228 f.
Thätigkeit des — . . I 227 ff.
Vormundschaftsordnung (89 Abs. 30) . . . . I 94
Vorrecht des Bergwerkseigentümers (55) . . II 760
des Eigentümers auf Mutung (24) . . . II 756
Vorschriften, Übertragung von — auf Rentenschulden . . . . . I 40
Vorschuß an Gerichtsvollzieher (63) . . . . . II 807
des Notars (23) . . . I 246
Vorsitzender der Berufungskommission (42, 44 f., 48; 34 ff.) I 427 ff., 457 f.
d. Handelskammer (32 ff.) II 517
der Kammer, Beurkundung durch den — (37) I 165
d. Kommissionen (51 ff.) I 429 ff.
d. Steuerausschüsse (25 ff.) I 477 f.
der Veranlagungskommission (34 ff., 60, 75; 23 ff.) I 422 ff., 433, 436 f., 453 ff.
Vorstand ein. Anstalt als Vormund (78) . . . I 76
einer Familienstiftung (2) I 10
Vorsteher d. Familie (9 ff.) II 562
der geistlichen Gesellschaften (971 ff.) . . . II 662 ff.
juristischer Personen (6 § 3) I 14
der Korporation (137 ff.) II 579
der Stiftungeu und Anstalten (80 ff.) . . . II 700
Vorübergehende Gewerbebetriebe (61) . . . I 484
Voruntersuchung in Disziplinarsachen (32 ff.) . II 316
Vorzugsrecht des Muters (35) . . . . . II 757
einer Rente, Einräumung und Eintragung (21) . I 29

Vorzugsrecht, Verlust des — bei Anlegung des Grundbuchs (7) . . I 719

W.

Waffentragen, Verbot d. — in Versammlungen (29; 7; 18 ff.) II 11, 436, 438
Wahl der Abgeordneten (72, 115) . . . . II 19, 28
zum Gemeindekirchenrat (34 ff.) . . . . . II 465 ff.
d. Grubenvorstandes 118) II 772
z. Handelskammer (3 ff.) II 512 ff.
innerhalb der Kammern (78, 80) . . . . . II 20
des Magistrats (29 ff.) II 176 f.
eines Regenten (57) . . II 15
des Schiedsmanns (3) . I 295
der Stadtverordnetenversammlung (12 ff.) . II 172 ff.
d. Veranlagungsortes (20) I 416
der Wahlmänner (71) . II 19
Wählbarkeit (47) I 481, (74) . . . . . II 20
zum Gemeindeverordneten (53) . . . . . II 195
z. Handelskammer (3 ff.) II 512 f.
Wahlberechtigung (47) . I 481
Wahlbezirke (69, 51) II 19, 195
Feststellung der — für das Abgeordnetenhaus II 44 ff.
Wahlen zur Gemeindevertretung (10 ff.) . . II 92
Wählerabteilungen bei Gemeindewahlen (1 ff.) II 816 f.
Wahlgesetz (72, 115) . II 19, 28
Wahllisten bei der Gemeindewahl (56) . . II 196
Wahlmänner (71) . . II 19
Wahlmodus (71 f.) . . II 19
Wahlrecht (70, 74) . . II 19 f.
in Gemeindeangelegenheiten (77) . . . . I 437
Wahlreglement . . . II 37 ff.
für die Kreistage (1 ff.) II 167
für die Provinziallandtage (1 ff.) . . . . II 140
Wahlverbände (71) . . II 19
Wahlvereine (21, 17) . II 438
Wahlverfahren (46) . . I 481
Änderung des — . . II 36
Wahrnehmung, zeitweilige — richterlicher Geschäfte durch Referendare (2) . . . . . I 105
Waisen, Fürsorge für — der Staatsbeamten . II 341
Waisenhäuser, Befreiung von der Erbschaftssteuer (g) . . . . . I 559
Waisenkassen, Beiträge zu — (9) . . . . . I 397 f.
Waisenrat (77 § 1) . . I 75
Waisenpflegerin (77 § 2) I 75
Waldenclave (7, 24) I 355, 357
Waldgenossenschaften (11, 2) . . . . I 129, 141
Waldstreuberechtigung II 742 f.
Wandergewerbeschein (2) I 488
Wanderlagerbetrieb (1) . I 464
Besteuerung . . . . II 246 f.
Warengruppen (6) . . II 819
Warenhaussteuer, Gesetz betr. die — . . . . II 818 ff.
Warnung (15, 57 ff.) II 314, 319
Wartegeld (87) . . . II 321
Besteuerung (2, 15) I 393, 411
Wasserabzug, Räumung des — (10 ff.) . . . II 705
Wasserbauten (2) . . . I 141
Wassergenossenschaften (94, 160) . . . II 112, 124
Register der — (79) . I 223
Wasserläufe, Räumung von — (65 f.) . . . II 106
Wasserleitungen (96 ff., 46) . . . . . II 533, 688
Wassermühlen (229 ff.) II 691 f.
Wegräumung (12) . . II 705
Wasserpolizei (65 ff.) . II 106 ff.
Wasserstau (1 ff.) . . II 704 ff.
Wassertriebwerke (59) . II 760
Wasserwerke der Gemeinden (3) . . . . . I 468
Wechsel, Pfändungen von Forderungen aus — (74, 76) I 693 f., (38) II 256 f.
Wechsel der Fische, Beseitigung der Hindernisse (20) . . . . . I 375
Wechselprotest (62, 131) I 169, 183
Erhebung durch Gerichtsvollzieher (94 ff.) . . I 703 ff.
Wegebaumaterialien, Entnahme von — (50 ff.) . II 451
Wegebauten, Beiträge zu — (2) . . . . . I 141
Wegepolizei (55 ff.) . II 103 ff.
Wegfall einer Einnahmequelle Grund zur Steuerermäßigung (58) . . I 432
Wehrpflicht (34) . . . II 11
Beschränkung der Auswanderungsfreiheit mit Rücksicht auf die — (11) II 9
Weibliche Succession beim Fideikommiß (189 ff.) II 570 f.
Weidefrevel (11 ff., 69 ff.) I 335, 344 f.
Weigerung eines Zeugnisses (23) . . . . . I 160
Weihnachtsgeschenke des Gesindes (34, 36) . . I 577
Weinbau (4) . . . . I 470
Weinbauer, Ausschank (67) I 484
Weisung der Hinterlegungsstelle (5) . . . . . I 309
Werksbesitzer, Beiträge der — (17) . . . . . I 145
Wert, Angabe des — durch die Steuerpflichtigen (20) I 551
Bestimmung des — des Grundstücks (8) . . . I 142
Ermittelung des — der Masse (14) . . . . I 550
— des — durch die Steuerbehörde (21) . . I 551
des Gegenstandes des Verfahrens (12) . . . . I 157
von immerwährenden Nutzungen und Leistungen (15) . . . . . I 551
von Leibrenten, zeitlich beschränkten Nießbrauchsrechten, Nutzungen und Leistungen (16) . . . I 551
Verminderung des — der steuerpflichtigen Masse (23) . . . . . I 551
Wertberechnung (19 ff.) I 200 f.
Wertbestimmung bei der Ergänzungssteuer (9 ff.) I 446 ff.
Wertermittelung zur Stempelsteuer (6) . . I 512
Wertpapiere, Empfang, Verwahrung und Ablieferung von — durch den Notar (13) . . . I 245
gepfändete — (30 ff.) II 255 f.
Hinterlegung von — . I 313 ff.
— bei dem Amtsgericht (14 ff.) . . . . . I 818 f.
Pfändung durch Gerichtsvollzieher (67) . . . I 689
Wertverminderung, Abschreibungen auf (22) . I 476
des Grundstücks (137) . II 775
Westfalen, Ges. betr. Abschätzung der Landgüter (89 Abs. 20) . . . . I 93
eheliches Güterrecht in — (48) . . . . . I 53
Westpreußen, Kreisordnung . . . . . II 141 ff.
Provinzialordnung . II 125 ff.
Widerruf der Einwilligung des Mannes zu dem Betriebe eines selbstständigen Erwerbsgeschäfts durch die Frau (59 § 9) . . . . . I 63
Widerrufliches Eigentum an Grundstücken . . . I 31

Widerspruch gegen das Bestehen der Hypothek (33 § 3) . . . . . I 39
gegen einen Familienschluß (2 §§ 11 f.) . . I 10
Ersetzung der Vormerkung (8) . . . . . I 719
gegen Löschung im Handelsregister (2) . . . I 98
gegen Pfändung (19) . II 254
Widerstand des Schuldners gegen zu duldende Handlung des Gerichtsvollziehers (82) . . . I 697
Wiederabnahme des Jagdscheins (8) . . . . . I 367
Wiederaufnahme im Verwaltungsstreitverfahren (82 ff.) . . . . . II 75 f.
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (25, 47) I 161, 461, (112) II 79
Wiederkaufspreis (29 § 7 f) I 35 f.
Wiederkaufsrecht, Erlöschen des — durch Ausschlußurteil (29 § 11) . I 36
bei Rentengütern . . . I 34 ff.
Wiederkehrende Leistungen, Kapitalisierung der — (6 § 1) . . . . . I 14
Wiederverheiratung des überlebenden Ehegatten (67) I 67
Wiederwahl des Schiedsmanns (5) . . . . I 295
Wild, Gesetz über die Schonzeit des — . . I 359 ff.
Wilde Fischerei, Beseitigung der — (7 f.) . . I 372 f.
Wildfrevel (16) . . . I 335
Wildschaden, Ersatz des — I 362 f.
Wildschadengesetz . . I 362 ff.
Willenserklärungen, Bekanntmachung einseitiger — durch das Ortsgericht (86 ff.) . . . . I 771
Zustellung von — (40) . I 670
Windmühlen (233 f.) . . II 691
Winzervereine (5) . . I 473
Wirtschaftliche Verhältnisse, die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigende — (19) . . . I 415
Wissenschaft, Freiheit der — (20) . . . . . II 10
Wissenschaftliche Thätigkeit (4) . . . . . I 470
— — als Einkommen (15) I 411
Wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben zur Verkürzung der Steuer (66) . . . . I 434
Witwen von Apothekern Fürsorge für — der Staatsbeamten . . . II 431
und Waisen städtischer Beamter (15) . . . . II 283
Witwenkassen (651 f.) . II 544
Beiträge zu — (9) . . I 397 f.
Wochenmarktsverkehr (4) I 470
Wohnrecht des Ausgedingers (15 § 1) . . . I 23
Wohnsitz der Ehegatten in Preußen (65) . . . . I 66
des Ehemannes (63) . . I 65
des Erblassers (9 f.) . . I 548
d. Familienmitglieder (2 § 3) I 9
d. Gerichtsvollziehers (16) II 795
durch Gesindeverhältnis nicht begründet (14) . I 21
des den Jagdschein Nachsuchenden (1) . . . . I 365
bei der Steuerveranlagung (1, 20) . . . . I 389, 416
Wohnsitzgemeinde, Steuerrecht der — (49) . . II 225
Wohnung des Ausgedingers (15) . . . . . I 23 f.
Eindringen (7 ff.) . . . II 387
Unverletzlichkeit (6) . . II 9
Wohnungsgeldzuschüsse II 290 ff.
Wohnungsmietverträge, Termine bei — . . . II 393
Wursten, eheliches Güterrecht im Lande — (49) I 55
Würzburgisches Recht des ehelichen Güterstandes (52 § 4, 53 § 4, 57) I 58, 60, 62

Z.

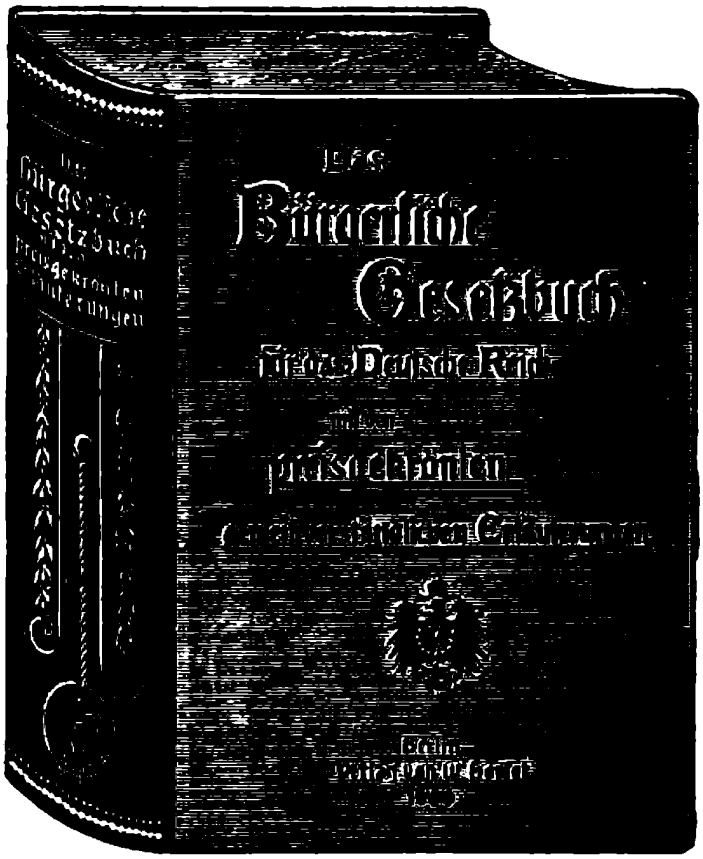
Zahl der Kuxe (101) II 770 f.
Zahlung der Erbschaftssteuer bei Liquidität des Nachlasses vor der Erbauseinandersetzung (41) I 556
aus öffentlichen Kassen (11) I 17
der Vergütung bei Versicherungen (2279 ff.) II 611 f.
Zahlungsaufforderung unterbricht Verjährung (88) . . . . . II 234
Zahlungszeit der Einkommensteuer (62) . . I 434
Zäune (152 ff.) . . . II 535
Zehnten . . . . . II 657 ff.
Zeit der Anmeldung des Erbanfalls (32) . . . I 553
des Erbanfalls bestimmt Wert des Nachlasses (14) I 550
der Stempelverwendung (15 f.) . . . . . I 516 f.
Zeitbestimmung bei Eigentumsübertragung an Grundstücken (27) . I 32
Zeitbestimmung, Sicherstellung der — (56, 58) I 168
Zeitliche Begrenzung der Steuerpflicht (60) . . II 228
Zentral-Genossenschaftskasse . . . . . II 746 ff.
Zeugen im Auseinandersetzungsverfahren (23) I 160
Ausführungsgesetz zur Gebührenordnung für — I 256
Ladung u. eidliche Vernehmung durch das Grundbuchamt (31 f.) . I 722
bei notarieller Beurkundung (22) . . . . I 246
bei d. Steuerveranlagung (38, 43, 72) I 424, 427, 436
Zeugnis f. Bergleute (84 ff.) II 767
des Gesindes (171 ff.) . I 585
Zeugnisablehnung (38) I 424
Zeugnisse, akademische — (127 ff.) . . . . . II 680
Zinsen nicht abzugsfähig (22) . . . . . I 477
für Ausgaben d. Kreditanstalt (12) . . . . I 144
gesetzliche — (10) . . I 17
Höhe beim Pfandleiher (1 f.) . . . . . I 593 f.
von im Staatsschuldbuch eingetragenen Forderungen (18 ff.) . . II 354 f.
als steuerpflichtiges Einkommen (12, 14) I 405, 409
Zinsscheine (17 f.) . . I 27
Zivilbeamte (68 ff.) . II 617 ff.
Ausschluß der Besteuerung des Einkommens aus der Kasse eines andern Bundesstaats (6) I 395
als Mitglieder v. Kriegsgerichten während des Belagerungszustandes (11 f.) . . . . . II 389
Verfolgung wegen Amtsdelikte (97) . . . . II 23
Zivilversorgungsschein (1 ff., 24 ff.) . II 269 f., 274 f.
Zollbeamte, Revisionen zur Nachtzeit (10) . . II 387
Zollgerechtigkeit (88 ff.) II 689
Zubehör des Rentengutes (29 § 4) . . . . . I 35
Zugang im Laufe des Jahres (34) . . . . I 479
Zugangslisten (61) . I 433 f.
Zugangstellung (59 f.) . I 433
Zulässigkeit der Enteignung (1 ff.) . . . II 441 f.
des Rechtswegs gegen Festsetzungen des Erbschaftssteueramts (42) I 556

Zulassung ausländischer Versicherungsgesellschaften (6) . . . . . II 750
Zünfte (191 ff.) . . II 597 f.
Zurückgabe des Mietsgeldes löst nicht Gesindevertrag (46) . . I 578
Zusammenhang d. Grundstücks bei Ausübung des Jagdrechts (2) . . . I 354
Zusammenrottung (1 f.) II 391
Zusammensetzung des Herrenhauses (65 ff.) . II 19
der Kammern (65 ff.) . II 19
des Kreisausschusses (130 ff.) . . . . II 163 f.
des Kreistages (84 ff.) II 154 f.
des Magistrats (29 ff.) II 176 ff.
des Provinzialausschusses (45 ff.) . . . . II 131 f.
der Provinziallandtage (9 ff.) . . . . . II 127 ff.
der Stadtverordnetenversammlung (12 ff.) . II 172 ff.
Zuschlag wegen Nichtabgabe der Steuererklärung (30) . . . I 420
Zuschreibung, Erhöhung eingetragener Forderungen im Staatsschuldbuche durch — (6) . II 352
eines Grundstücks (3) . I 127
Zuschrift über das Ergebnis d. Veranlagung (39) I 425
an d. Steuerpflichtigen (32) I 455
Zuständigkeit der Amtsgerichte (26) . . . . I 108
ausschließliche — der Landgerichte (39) . . I 109
der Behörden im Verwaltungsstreit- und Beschlußverfahren (57 ff.) II 71 f.
zur Beurkundung d. Auflassung (10) . . . . I 128
zur Erteilung des Jagdscheins (1) . . . . I 365
der Gemeindevertretung (66 f.) . . . . . II 197
der Gerichte (91, 96) . II 22
der Gerichtsschreiber (70) I 112
d. Gerichtsvollzieher (74) I 112, (18) II 796
der Oberlandesgerichte I 110 f.
örtliche — (20) . . . I 107
des Schiedsmanns (13, 35) . . . . . I 296, 298
d. Verwaltungsbehörden II 90 ff.
— — u. Verwaltungsgerichtsbehörden (132) I 184
Wechsel der — des Grundbuchamts (18) . . . I 735
Zustellung, durch Notare (26, 31) . . . . I 161, 164
des Pfändungsbeschlusses (75) . . . . . I 693
Protokoll über — unnötig (56) . . . . I 168
Zustellungen (17 ff.) I 663 ff., (9 ff.) II 253
im Enteignungsverfahren (39, 44) . . . . II 449 f.
an Steuerpflichtige (53, 32) . . . . . I 430, 479
Zustellungsurkunden der Gerichtsvollzieher (25) I 255
stempelfrei (31) . . . I 164
Zustimmung zum Familienschluß (2 § 12) . I 10
durch gesetzliche Vertreter (2 § 5) . . . . . I 9
der Kammern (48) . . II 14
Zu- und Abgänge (43) I 481
Zu- und Abgangstellung (40) . . . . . I 459
Zuwendung zur Vergeltung übernommener Leistungen (6) . . . I 548
Zuwendungen, Grundstückserwerb auf Grund von — (7 § 3) . . I 15
zu milden Zwecken (8) . I 548
von Todeswegen an juristische Personen (6 § 1) I 14
Zuwiderhandlung (7) . I 366
Zuziehung der Familienmitglieder zum Familienschluß (2 § 3) . . I 9
der gesetzlichen Vertreter (2 § 4) . . . . . I 9
Zwangsbefugnisse d. Verwaltungsbehörden . II 83 f.
Zwangsetatisierung (19, 141, 53, 5) II 93, 211, 502, 505
Zwangshaft (83 ff.) . I 698 f.
Zwangsliquidation einer Bahneinheit . . I 237 ff.
von Kleinbahnen (48ff.) II 739 ff.
Zwangsmittel zur Fortsetzung des Gesindedienstes (167) . . . I 585
gesetzliche — der Polizei (20) II 371
Zwangsverfahren beim Berggesetz (22) . . . I 30
Zwangsversteigerung, Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz über — I 136 ff.
von Bergwerkseigentum I 145 f.
in besonderen Fällen I 146 f.
von Gegenständen d. unbeweglichen Vermögens I 237 ff.
Gesetz betr. die — (69, 76) I 170 f.
von Grundstücken im Wege der Zwangsvollstreckung . . . . I 140 ff.
Rechtsanwaltsgebühren im Verfahren der — (4) I 251
eines Rentenguts (29 § 3) I 35
Zwangsversteigerungsverfahren (7 § 1) . I 15
Zwangsverwaltung in besonderen Fällen . . I 146 f.
von Bergwerkseigentum I 145 f.
von Gegenständen d. unbeweglichen Vermögens I 237 ff.
von Grundstücken im Wege der Zwangsvollstreckung . . . . I 140 f.
Zwangvollstreckung in Bergwerkseigentum I 145 f.
in das bewegliche Vermögen (17 ff.) . . II 254 ff.
in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (42 ff.) I 671 ff.
aus Forderungen land- und ritterschaftl. Kreditanstalten (5) I 121, II 744 f.
wegen Gemeindeabgaben (89 f.) . . . . . II 234 f.
gerichtliche — aus Schiedsmannsvergleich (32, 36) I 298 f.
in Grundstücke . . I 140 ff.
durch Haft (83 ff.) . . I 698 f.
in Lauenburg, Frankfurt, Hessen-Nassau (33) . . I 134
in Privat- und Kleinbahnen (31) I 134, (32 ff.) II 731 ff., 737 ff.
in das unbewegliche Vermögen (51 f.) . . . II 259
unterbricht Verjährung (88) . . . . . II 234
im Verwaltungszwangsverfahren (1 ff.) . II 251 ff.
Zwangsweise Einziehung der Gerichtskosten (16) I 199
— v. Ordnungsstrafen (16) I 157
Erwerbung des Grundstücks (137 ff.) . . . II 775
Zweckverbände (18) . . II 284
Zweifel an der Gültigkeit eines Geschäfts (40) I 165
an der unbeschränkten Geschäftsfähigkeit (60) II 168
Zweigbahnen (5) . . . II 714
Zweiseitige Verträge, Gebühren für Beurkundung (35 f.) . . . . . I 209
Zweite Abteilung des Grundbuchblatts (11) I 733 f.
Zweite Kammer (69 ff.) II 19 f.
Wahl der Abgeordneten zur — . . . . . II 31 ff.
Zweiter Notar (14) . I 245

In demselben Verlage ist erschienen:

Das Bürgerliche Gesetzbuch

mit den preisgekrönten gemeinverständlichen Erläuterungen



von

J. Böhm, Rechtsanwalt und Notar in Brieg.
R. Schmidt-Ernsthausen, Gerichtsassessor in Bonn,
Dr. jur. R. Maßmann, Amtsrichter in Pr. Stargard,
J. Holz, Rechtsanwalt i. Berlin,
H. Koerner, Gerichtsreferendar in Wiesbaden,
mit einem Geleitwort von
Dr. jur. et phil. Paul Oertmann, Professor der Rechte an der Universität in Berlin,
nebst **ausführlichem Sachregister** von **Dr. jur. Fritz Ehrhardt** in Berlin.

Die allgemein anerkannte Thatsache, daß das seit dem 1. Januar 1900 die Lebensverhältnisse des deutschen Volkes beherrschende neue Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches eine allen Ansprüchen genügende wirklich volkstümliche und dabei doch gediegene Darstellung nicht gefunden hat, und das immer lebhafter hervortretende allseitige Verlangen nach einer solchen Bearbeitung hatte den unterzeichneten Verlag veranlaßt, unter dem 20. November 1899 ein **Preisausschreiben über 3000** für die beste Lösung jener Aufgabe zu veranstalten. Das Ergebnis des jedermann offen gewesenen Wettbewerbes wird hiermit der Oeffentlichkeit übergeben. Von den zahlreichen trefflichen Arbeiten, die eingegangen sind, hat das Preisrichteramt, bestehend aus den Herren:

Dr. jur. Georg Frommhold, ordentl. Prof. der Rechte an der Universität zu Greifswald,
Dr. jur., Friedrich Hellmann, ordentl. Prof. der Rechte an der Universität zu München und Rechtsanwalt am Obersten Landesgericht,
Dr. jur. Georg Kautz, Regierungsrat am Königlichen Polizei-Präsidium zu Berlin,
Dr. jur. Robert Leschinsky, Amtsrichter zu Charlottenburg,
Dr. jur. et phil. Paul Oertmann, Prof. der Rechte an der Universität zu Berlin,
Dr. jur. Richard Weyl, Prof. der Rechte an der Universität zu Kiel,

die in dem Werke vereinigten Bearbeitungen gekrönt. Die etwa vorhanden gewesenen Mängel sind auf Anregung der Herren Preisrichter und unter ihrer Mitwirkung von den Herren Verfassern beseitigt worden.

Die Ausstattung des Werkes ist in Druck, Papier u. Einband durchaus vornehm gehalten.
Verkaufspreise: geh. Mk. 6.50, in eleg. und solid. Künstlerleinenband geb. Mk. 7.50.

Verlag von W. Herlet in Berlin SW 68. Abt. für Rechtswissenschaft.

Mit dem 1. Januar 1900 trat das seit nahezu vierzig Jahren in Geltung gewesene Deutsche Handelsgesetzbuch außer Kraft und an seine Stelle ein neues Gesetz mit wesentlich verändertem Inhalt. Alle irgendwie mit dem Handel und Handelsverkehr in Berührung kommenden Kreise, vor allem die Angehörigen des Handelsstandes, sind daher genötigt, sich mit dem neuen Handelsrecht vertraut zu machen. Um ihnen dies zu ermöglichen, hat der unterzeichnete Verlag unterm 20. Dezember 1899 einen für jedermann offenen Wettbewerb ausgeschrieben, um die tüchtigsten Kräfte zu veranlassen, sich der bisher ungelösten Aufgabe einer gemeinverständlichen Darstellung des neuen Handelsrechtes zu widmen, und setzte hiermit für die im Hinblick auf obigen Zweck beste Lösung jener Aufgabe einen Preis von **Zweitausend Mark** aus

Die einzelnen Abschnitte der ersten drei Bücher des

„Neuen Deutschen Handelsgesetzbuches“

sind so zu erläutern, daß durch diese als Vorbemerkungen des Gesetzes gedachten Erläuterungen jedermann in den Stand gesetzt wird, an der Hand des Gesetzes selbst dessen Sinn und Geist zu erfassen.

Über die Zuerkennung des Preises entscheidet ein aus folgenden Herren gebildetes Preisgericht:

H. Dove, Landgerichtsrat a. D., Syndikus der Berliner Kaufmannschaft,

Dr. P. Laband, ordentlicher Professor der Rechte an der Universität zu Straßburg,

Dr. K. Lehmann, ordentlicher Professor der Rechte an der Universität zu Rostock,

Dr. Riesser, Justizrat, Direktor der Bank für Handel und Industrie zu Berlin,

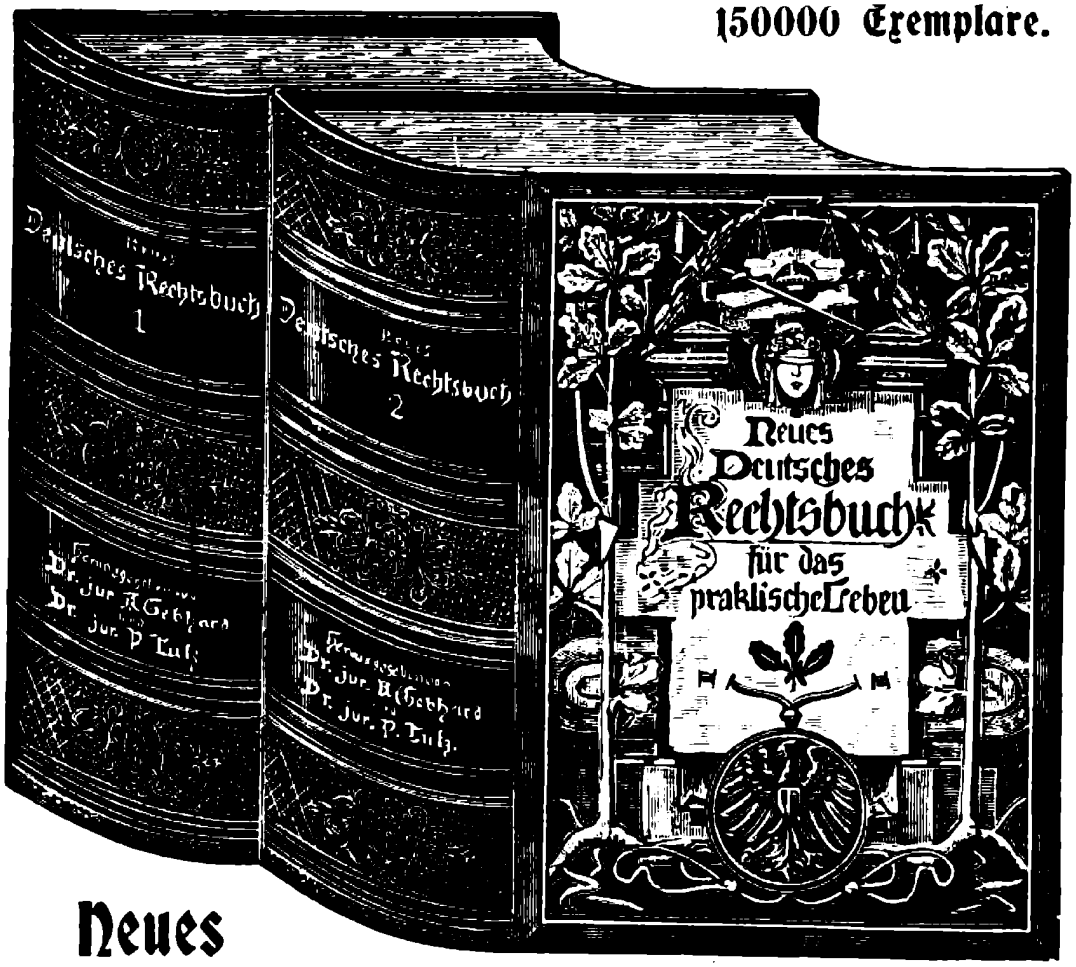
Dr. H. Staub, Justizrat, Rechtsanwalt zu Berlin.

Der späteste Einlieferungstermin war der 15. April 1900. Eine größere Anzahl von Arbeiten ist eingegangen. Das Werk wird im Oktober 1900 erscheinen und versendet ausführliche Prospekte kostenlos

Berlin SW 68,
Lindenstraße 101/102.

die Verlagsbuchhandlung
W. Herlet,
Abteilung für Rechtswissenschaft.

Absatz bis Oktober 1900 in den verschiedenen Ausgaben mehr als 150000 Exemplare.



Neues Deutsches Rechtsbuch

für das praktische Leben

sorgfältig zusammengestellte **Reichs-Gesetzsammlung,** sowie ausführliches und zuverlässiges **Nachschlage- und Formularbuch** zur **Selbstbelehrung und zum praktischen Gebrauche für Jedermann** und zur Selbstanfertigung der gebräuchlichsten Schriftstücke, als: Klageeingaben, Gesuche, Bittschriften, Kontrakte, Leih-, Kauf- und Verkaufsverträge, Testamente, Erbschaftsregulierungen, Ehescheidungen, überhaupt in allen Kriminal-, Privat-, Handels- und Konkurssachen. Insbesondere unentbehrlicher **Wegweiser und Ratgeber** in allen Rechtsangelegenheiten für Kapitalisten, Eigentümer, Landwirte, Geschäftsleute, Fabrikanten, Gewerbetreibende, Hoteliers, Unternehmer 2c. Enthaltend ferner **Winke und Ratschläge** für Behörden und Beamte, Ärzte, Geistliche, Lehrer, Schiedsmänner, Schöffen und Geschworene, überhaupt für alle Bürger, welche ein öffentliches Ehrenamt bekleiden.

Unter Mitwirkung bewährter Juristen Nord- und Süddeutschlands gemeinverständlich dargestellt und herausgegeben von

Dr. jur. Ferdinand A. Gebhardt und Dr. jur. Josef P. Lutz.

Ausgaben in 1 u. 2 Bänden sind in allen Buchhandlungen zu haben und versendet ausführliche Prospekte kostenlos die Verlagsbuchhandlg. **W. Herlet in Berlin SW. 68.**